



SÖREN FLACHOWSKY

KAMPF UM
DIE LITHOSPHERE

GEOLOGISCHE RESSORTFORSCHUNG
IN DEUTSCHLAND (1914–1945)

RESSORTFORSCHUNG IM 20. JAHRHUNDERT

BIELEFELD UNIVERSITY
PRESS

Sören Flachowsky

Kampf um die Lithosphäre

Geologische Ressortforschung in Deutschland (1914–1945)

Ressortforschung im 20. Jahrhundert

Ressortforschungseinrichtungen bilden ein elementares Strukturelement des deutschen Wissenschafts- und Innovationssystems im 20. Jahrhundert. Die Buchreihe „Ressortforschung im 20. Jahrhundert“ präsentiert die Geschichte ausgewählter Ressortforschungseinrichtungen und ihrer Vorläufer vom Ersten Weltkrieg bis in die 1960er Jahre: der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung, des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung sowie der Chemisch-Technischen Reichsanstalt. Im Zentrum stehen die Zeit des Nationalsozialismus sowie der Umgang dieser Behörden mit ihrer NS-Vergangenheit in der frühen Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Die Reihe richtet sich an Interessierte der NS- und Zeitgeschichte, der Wissenschafts- und Technikgeschichte, der historischen Innovationsforschung sowie an Mitarbeitende heutiger Ressortforschungseinrichtungen.

Reihenherausgeber: Helmut Maier und Carsten Reinhardt

Sören Flachowsky studierte Neuere und Neueste Geschichte sowie Bibliotheks- und Dokumentationswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und wurde 2005 mit einer Arbeit zur NS-Wissenschaftspolitik promoviert. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf dem Gebiet der Wissenschafts-, Technik- und Wirtschaftsgeschichte. Er befasste sich im Rahmen des vom Bundeswirtschaftsministerium geförderten Projekts mit der Geschichte der geologischen Ressortforschung (Preußisch-Geologische Landesanstalt und Reichsamt für Bodenforschung) zwischen 1871/1914 und 1945. ORCID: 0009-0009-7535-9193

Sören Flachowsky

Kampf um die Lithosphäre

Geologische Ressortforschung in Deutschland
(1914–1945)

BIELEFELD UNIVERSITY
PRESS

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie



BERGISCHE
UNIVERSITÄT
WUPPERTAL



UNIVERSITÄT
BIELEFELD

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Bundesanstalt für
Geowissenschaften
und Rohstoffe

BodenBewegungsdienst Deutschland



Physikalisch-Technische Bundesanstalt
Nationales Metrologieinstitut



BAM

Bundesanstalt für
Materialforschung
und -prüfung

Die Finanzierung dieser Publikation erfolgte durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung und die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, daneben durch die Bergische Universität Wuppertal und die Universität Bielefeld.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY-ND 4.0 veröffentlicht. Die Lizenz erlaubt die Vervielfältigung und Weitergabe, auch zu kommerziellen Zwecken, bei Namensnennung der Urheber*in, sofern das Werk unverändert und vollständig weitergegeben wird. Bearbeitungen, Abwandlungen oder inhaltliche Veränderungen sind nicht gestattet. Die Lizenz gilt ausschließlich für Originalmaterial. Für Inhalte aus anderen Quellen (z. B. Abbildungen, Fotos oder Textauszüge) können abweichende Nutzungsrechte gelten. <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/>

Erstveröffentlicht im Jahr 2026 durch Bielefeld University Press, Bielefeld
www.bielefelduniversitypress.de
© Sören Flachowsky

Umschlagsgestaltung / Satz: Leon Pöhler, Bielefeld

Coverfoto: © Deutsche Truppen im Erdölrevier von Romny (Ukraine, 1941), aus:
Nachlass, Fotoalbum Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130806, unp.

Druck: Mediaprint Solutions GmbH, Paderborn

Print-ISBN: 978-3-69129-023-3

PDF-ISBN: 978-3-69129-024-0

DOI: 10.64136/izns8222

Inhalt

1	Einleitung	9
2	Der Krieg der Geologie – Staatsgeologen im Ersten Weltkrieg 1914–1918	39
2.1	Grubenwasser, Schlamm und Algen – Kriegsrelevante Surrogatforschung	52
2.2	Der Griff nach fremden Ressourcen – Geologen als Teil der Besatzungsverwaltung	72
2.2.1	Belgien	74
2.2.2	Polen	81
2.2.3	Serbien	91
2.3	Prekäre Dienstleistungen für die annexionistische Phalanx – Kriegszieldenkschriften	97
2.4	Der Schützengraben als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung – Die neue Subdisziplin der Kriegsgeologie	112
2.5	Ressourcenmobilisierung und Regulierung des Mangels – Rohstoffversorgung und Kriegsgesellschaften	141
2.5.1	Die Kriegsmetall A.G.	146
2.5.2	Die Manganerz GmbH	159
2.5.3	Die Kriegs-Phosphat-Gesellschaft	168
3	Autarkiedenken, Spezialisierung und Wissenstransfer – Geologische Ressortforschung in der Weimarer Republik 1918–1933	185
3.1	„Intra muros“ – Struktur, Personal und Etatentwicklung	186
3.2	Lehren aus dem Krieg – Primat der Selbstversorgung	212
3.3	Geologische Avantgarde? – Erdölgeologie und Geophysik als neue wissenschaftliche Teildisziplinen	232
3.3.1	Erdölgeologie	232
3.3.2	Geophysik	254
3.4	„Extra muros“ – Nationale und internationale Kooperationsverhältnisse	275
3.4.1	Früher Einbruch in die Phalanx der Boykotteure – Internationale Beziehungen	275
3.4.2	Dienstleister im nationalen Querverbund der Landwirtschaft – Gemeinschaftsarbeiten auf dem Feld der Agrikulturchemie	285
3.4.3	Profilierungsdrang und Mitarbeit unter Vorbehalt – Nationale Kooperation auf dem Gebiet der Bodenmechanik	294

4	‚Verreichlichung‘, Staatsvorbehalt und Ressourcenmobilisierung für den ‚autarken Wehrstaat‘ – Geologische Ressortforschung 1933–1939	311
4.1	Vom Lagerstättengesetz zur Reichsstelle für Bodenforschung – Die ‚Verreichlichung‘ der Geologischen Landesanstalten	312
4.2	Politische Machinationen und erfolgreiche Ressourcenmobilisierung – Verwaltungsentwicklung in der Dynamik der ‚Neuen Staatlichkeit‘	348
4.2.1	Zerrissene Betriebsgemeinschaften und Zwang zur Konformität – „Personalpolitik unter veränderten Prämissen“	348
4.2.2	Geld spielt keine Rolle – Ein Spezifikum der geologischen Ressortforschung?	380
4.2.3	Berlin greift durch – Die Reichsstelle für Bodenforschung	393
4.3	Bodenforschung allerorten – Geologische Expertise im Interesse der Staatsräson	414
4.3.1	Straßen, Westwall, KZ-Standortplanung – Sonderaufgaben geologischer Ressortforschung	414
4.3.1.1	Reichsautobahnen	419
4.3.1.2	Reichsbodenschätzung	426
4.3.1.3	Erzaufschlüsse	431
4.3.1.4	Sonderforschungen für SS, Militär und Kolonialpolitisches Amt	437
4.3.2	Geologische Großforschung – Reichsbohrprogramm und Geophysikalische Reichsaufnahme	447
4.3.3	Steine für die Bauten des ‚Führers‘ – Die Steinbruchkartei	487
5	Besatzung, Raub und Zwangsarbeit – Das Reichsamt für Bodenforschung im Zweiten Weltkrieg 1939–1945	515
5.1	Physische Belastungen und existentielle Bedrohungen – Lebens- und Arbeitsbedingungen an der ‚Heimatfront‘	516
5.2	Das Reichsamt für Bodenforschung als Teil der NS-Besatzungsverwaltung	534
5.2.1	Das ‚Generalgouvernement‘ Polen	542
5.2.2	Das ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘	562
5.2.3	Das ‚Reichskommissariat Norwegen‘	589
5.3	Der Wettlauf um Rohstoffe – Ressourcenraub und Zwangsarbeit	614
5.3.1	Glimmer – Ein ‚kriegsentscheidender‘ Rohstoff	615
5.3.2	Erdöl – Raubbau, Expansion und Zwangsarbeit	655
5.3.2.1	Deutschland	657
5.3.2.2	Polen	689
5.3.2.3	Rumänien	701
5.3.2.4	Russland und Ukraine	708
5.3.2.5	‚Generalgouvernement‘, ‚Ostmark‘, ‚Altreich‘	721
5.4	Untertageverlagerung – Begutachtung, Sklavenarbeit, Rüstungsproduktion	738
6	Fazit	771

Anhang	791
Teil 1 Biographien	791
Teil 2 Tabellen	855
Quellen- und Literaturverzeichnis	898
Quellen	898
Literatur	911
Abkürzungsverzeichnis	1003
Abbildungsverzeichnis	1010
Verzeichnis der Tabellen (im Haupttext)	1019
Personenregister	1022

1 Einleitung

Am 11. Februar 1941 versammelten sich Vertreter der ‚Kanzlei des Führers‘, Geologen der Reichsstelle für Bodenforschung (RfB), der Luftwaffenmajor Friedrich Schröder-Stranz und der Münchener Studienprofessor für Physik Josef Wimmer im sächsischen Dippoldiswalde, um der Auffindung eines sagenhaften Schatzes beizuwohnen.¹ Alle Anwesenden waren vorher instruiert worden, absolutes Stillschweigen zu bewahren. Um wirklich sicher zu gehen, hatte die ‚Kanzlei des Führers‘ die ganze Aktion sogar als „geheime Reichssache“ deklariert und den Kreis der Mitwisser bewusst klein gehalten. Die Sicherheitsmaßnahmen waren verständlich, wenn man bedenkt, dass Dippoldiswalde seit über 120 Jahren ein Geheimnis hüten sollte, dessen Begleitumstände auch aus einem Drehbuch für eine reißerische Ufa-Verfilmung hätten stammen können. Dabei ging es um ein Medium, das in Trance auf goldgefüllte Truhen verwies, Hellseher und drei Rutengänger, die den Schatz lokalisierten, Freimaurer, die ihn behüteten, eine Entführung durch eine geheimnisumwitterte schwarze Limousine der verhassten Interalliierten Militär-Kontrollkommission (IMKK)² sowie um ‚mordlüsterne‘ Franzosen, die offenbar für die über allem schwebende ‚große Gefahr‘ standen, die jedem drohte, der sich an die Bergung dieses Schatzes wagte.

Den Auslöser für diese unglaubliche Geschichte bildete ein Bericht des Ingenieurs Erich Böhme, der im Jahr 1919 ein Grundstück in Dippoldiswalde erworben hatte, auf dem Napoleons Truppen auf ihrem Rückzug aus Moskau 1812 angeblich den von ihnen mitgeführten Kreml-Schatz vergraben hatten. Nachdem Böhme oben erwähnte ‚Medien‘ hinzugezogen hatte, schien die Existenz des Schatzes nun „zweifelsfrei“ erwiesen. Da sich der Wert der ‚nicht unerheblichen Mengen devisengleicher Edelmetalle‘ auf sage und schreibe 60 Millionen Reichsmark belaufen sollte, erklärte sich Böhme bereit, 80 Prozent des Gewinns an das Reich abzutreten, wenn dieses sich an der Hebung des Kriegsschatzes beteiligte.³ In der ‚Kanzlei des Führers‘ war man angesichts des möglichen Goldregens hellhörig geworden. Die von ihr um Hilfe ersuchte Reichsstelle für Bodenforschung lehnte aber sofort ab, weil nach ihrer Ansicht „derartigen Angaben von Wünschelrutengängern kein Glauben zu schenken“ war.⁴

1 Zu Schröder-Stranz und Wimmer vgl. Kater, Ahnenerbe (2001), S. 215, 220, 222, 224 f., 331.

2 Die IMKK war ein von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges eingerichtetes Gremium zur Überwachung der durch den Versailler Vertrag festgelegten Entwaffnung und zur militärischen Kontrolle Deutschlands. Vgl. Böse, Krupp (2022), S. 181.

3 Dr. jur. F.E. Lincke (Rechtsanwalt und Notar, Dresden) an Hitler („Mein Führer“), 5.3.1938, BAArch Berlin, R 71, Nr. 73, unpubl.; O. Stoll (Dittersdorf bei Chemnitz) an Ministerpräsident Hermann Göring (Vierjahresplan), 21.2.1939, ebd., unpubl.; Stadtbaurat ? (Aue) an Hans Hefelmann (Kanzlei des Führers), 13.10.1938, ebd., unpubl.; Notar und Rechtsanwalt Lincke (Dresden) an Reichsstelle für Bodenforschung (Berlin), 21.8.1939, ebd., unpubl.

4 Wilfried von Seidlitz (Abwicklung Staatssekretär Keppler, RfB) an Herrn O. Stoll (Dittersdorf bei Chemnitz), 22.3.1939, ebd., unpubl.

Nun wandte sich aber der in dieser Sache von Generalfeldmarschall Albert Kesselring empfohlene Luftwaffen-Major Schröder-Stranz an Hitlers ehemaligen Wirtschaftsberater und nunmehrigen Präsidenten der RfB, Wilhelm Keppler, dem er versicherte, dass auch von ihm auf dem Grundstück Böhmes aufgestellte Apparate „Ausschläge auf Edelmetalle gezeigt“ hätten.⁵ Offenbar übte nun Keppler Druck auf seine Leute aus, denn auf Nachfrage der RfB, um welche Geräte es sich dabei handelte, erfuhren die erstaunten Geologen von Schröder-Stranz, dass die Apparate geeignet waren, „von der Materie ausgehende Kräfte festzustellen“.⁶ Es verwundert nicht, dass die Pragmatiker der RfB angesichts dieser Antwort Zweifel hegten. Der Erdölgeologe Alfred Bentz warnte die Vierjahresplanbehörde⁷ unter Hermann Göring sogar davor, dass es mit dem von Johannes Brandt aus Looft bei Itzehoe entwickelten Gerät, einem so genannten „Geoskop“, nicht weit her sei, denn alle Ölbohrungen, die nach den Voraussagen von Brandt und Schröder-Stranz damit angesetzt worden seien, hätten sich als Fehlschläge erwiesen.⁸ Nach Ansicht des Chefs der RfB-Zweigstelle Freiberg, Kurt Pietzsch, war es auch aus geologischen Gründen „sehr wenig wahrscheinlich“, auf dem Grundstück von Böhme einen mit Ziegeln ausgemauerten Raum mit Goldkisten zu finden, denn die dortigen Alluvionen (Schwemmböden) und Grundwasserverhältnisse ließen die Herstellung eines unterirdischen Raums einfach nicht zu.⁹

Dem zum Trotz sah sich die RfB „leider gezwungen“ der Geschichte nachzugehen und an der von Schröder-Stranz und Brandt markierten Stelle in Dippoldiswalde einen Schürfrupp anzusetzen. Deswegen beruhigte es die Geologen nun vielleicht, dass dieses peinliche Unterfangen geheim war, also nicht drohte, weitere Kreise zu ziehen und somit geeignet schien, ihre wissenschaftliche Reputation in Frage zu stellen. Selbst der Schürfrupp war über die tatsächlichen Hintergründe nicht im Bilde, sondern wurde „auf eine normale Lagerstätte angesetzt“, die angeblich „geophysikalisch festgestellt“ worden war.¹⁰ Da man in der RfB überhaupt nichts von der Sache hielt, wurde der Schürfrupp angewiesen, „mit einem Minimum an Kosten“ zu arbeiten.¹¹

5 Major der Luftwaffe Schröder-Stranz (Berlin-Steglitz) an Staatssekretär Keppler, 6.5.1939, ebd., unpag.

6 Otto Barsch (RfB Berlin) an Major Schröder-Stranz (Berlin-Steglitz), 21.6.1939, ebd., unpag.; Schröder-Stranz an die Kommission zur Geophysikalischen Reichsaufnahme (Berlin), 1.7.1939, ebd., unpag.

7 Die Vierjahresplanbehörde unter der Leitung Hermann Görings war zwischen 1936 und 1942 die zentrale Lenkungsinstanz der NS-Wirtschaftspolitik.

8 Vgl. Alfred Bentz an Staatssekretär Paul Körner (Vierjahresplan) betr. Aufsuchung von Erdöllagerstätten durch Major Schröder-Stranz, 12.2.1940, BArch Berlin, R 71, Nr. 73, unpag.

9 Kurt Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiberg) an Ludger Funder (RfB Berlin), 2.7.1940, ebd., unpag.

10 Ludger Funder (RfB Berlin) an RfB-Zweigstelle Freiberg, 24.9.1940, ebd., unpag. Selbst die Kosten der Untersuchung waren von der RfB zu tragen. Vgl. Ludger Funder (RfB Berlin) an Hans Hefelmann (Kanzlei des Führers, Berlin) mit anliegendem Entwurf eines Vertrages zwischen der RfB und Herrn Ing. Erich Böhme (Dresden), 25.9.1940 ebd., unpag.; Funder (RfB Berlin) an Herrn A. Liebold (Dippoldiswalde), 5.11.1940, ebd., unpag.

11 Funder (RfB Berlin) an A. Liebold (Dippoldiswalde), 21.11.1940, ebd., unpag.; Karteikarte

Am 11. Februar 1941 war es dann soweit. Durch die von der ‚Kanzlei des Führers‘ veranlasste Befahrung sollte die „Methode Schröder-Stranz“ durch die Geologen einer abschließenden wissenschaftlichen Begutachtung unterzogen werden. Wie der mit der leidigen Sache betraute RfB-Geologe Ludger Funder feststellte, basierte der Aufschlussversuch auf ‚Messungen‘ verschiedener Wünschelrutengänger, eines Hellsehers und des Gerätes von „Brandt-Schröder-Stranz“. An dem von ihnen bezeichneten Punkt wurde ein Schacht bis auf knapp 30 Meter niedergebracht, da diese Tiefenlage von den ‚Messungen‘ angegeben worden war. Unten angekommen, wurde der Schacht in verschiedenen Himmelsrichtungen jeweils über 20 Meter „ausgelängert“. Der vermutete alte Stollen wurde dabei ebenso wenig angetroffen, wie „sonst irgendwelche vergrabenen Güter“. Eindringendes Wasser erschwerte die Arbeiten enorm, was den Befund des Geologen Pietzsch bestätigte, nach dem es völlig ausgeschlossen war, „dass in diese Tiefe früher eingedrungen“ worden war.

Obwohl sich „also die gemachten Angaben eindeutig als völlig falsch“ erwiesen, wünschte der Vertreter der ‚Kanzlei des Führers‘ „zur Sicherung nochmals eine Messung mit dem Apparat von Schröder-Stranz“. Man kann sich vorstellen, wie die anwesenden Geologen kopfschüttelnd mit den Augen rollten, als dieser sein aus einer Taschenlampenbatterie, Drähten, Spulen, Glas- und Radoröhren sowie einer Antenne ‚sinnlos zusammengebautes‘ Gerät vorführte. Während ein Mitarbeiter von Schröder-Stranz hektisch an dem Gerät hantierte, stand Brandt mit seiner Wünschelrute daneben und erklärte den Anwesenden, dass er „eine Strahlung der Materie“ fühle. Wie Funder monierte, handelte es sich „also nicht mehr um Dinge des Wissens und des Verstandes, sondern des Glaubens“. Da dieser Versuch ebenso kläglich scheiterte, wie auch jene der anderen anwesenden ‚Medien‘ (Wünschelrutengänger Wimmer), sich „das Zweifelhafte der gesamten Angelegenheit in sachlicher Weise [also] klar herausstellte“, schien aber letztlich auch Funder mit dem Ergebnis zufrieden, auch wenn sich der Schurfversuch mit über 21.000 RM als überaus kostspielig erwies. Denn „als wichtigstes Ergebnis der Arbeiten“ hielt Funder fest, dass „diejenigen unter den Anwesenden, welche durch unsere Nachprüfung von dem tatsächlichen Wert solcher Methoden überzeugt werden sollten, (...) zu der richtigen Einsicht gekommen“ seien. So beabsichtige der Vertreter der ‚Kanzlei des Führers‘, der die Sache ins Rollen gebracht hatte, „nach diesem niederschmetternden Ergebnis“ einen Bericht an den „Stab Hess“ zu schreiben, in dem er sich von der Sache distanzierte.¹²

Der ein oder andere Leser ist nun vielleicht geneigt, in der Episode des vermeintlichen Kriegsschatzes von Dippoldiswalde eine Bestätigung für seine pejorative Sicht auf die ‚Pseudowissenschaft‘ der Wünschelrutengänger zu sehen und sie ebenso kopfschüttelnd zu betrachten, wie die damals involvierten Geologen.¹³ Allerdings ist diese Episode hervorragend dafür geeignet, für

der RfB betr. Dippoldiswalde, ohne Datum (etwa April 1941), ebd., unpag.

12 Aktennotiz von Funder betr. Dippoldiswalde, ohne Datum, ebd., unpag.

13 Vgl. Hagner, Reflexionen (2008), S. 22.

das Thema der vorliegenden Untersuchung zentrale Aspekte aufzuzeigen. So wird zunächst deutlich, dass der aus der historischen Forschung bekannte NS-Kriegsverbrecher SS-Obergruppenführer Wilhelm Keppler als Präsident der Reichsstelle für Bodenforschung fungierte, ohne dass bisher viel über sein Wirken in dieser Funktion bekannt geworden wäre.¹⁴ Die Reichsstelle für Bodenforschung (ab Dezember 1941 Reichsamt) war 1939 aus einer Fusion aller deutschen Geologischen Landesämter hervorgegangen und bildete den Vorläufer der heutigen Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover, in deren Auftrag die vorliegende Studie unter anderem entstand. Darüber hinaus schien deren erster Nachkriegspräsident, Mitglied des Ständigen Rates des Welterdölkongresses und Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik, Alfred Bentz, über direkte Verbindungen zur Vierjahresplanbehörde Hermann Görings zu verfügen, die er glaubte, vor den Machenschaften eines Schröder-Stranz warnen zu müssen.¹⁵

Es fällt zudem auf, dass für die Beurteilung der Wünschelrutengänger von der ‚Kanzlei des Führers‘ keine Hochschulwissenschaftler herangezogen wurden, sondern ausschließlich Geologen der RfB. Obwohl sie ganz offensichtlich nichts von der Sache hielten, sahen sie sich gezwungen, ihr nachzugehen, weil sie auf Grund ihrer Stellung als Ressortforscher weisungsgebunden waren. Anders als die Vertreter der akademisch-disziplinären Forschung hatten die Wissenschaftler der RfB allerdings kein Problem mit dem Auftraggeber, denn ihr wissenschaftliches Selbstverständnis orientierte sich „an Handlungswissen und Praxisrelevanz“, was sie von ihren Fachgenossen aus der Hochschulwissenschaft unterschied.¹⁶

Wie verortete sich also die Reichsstelle für Bodenforschung im Gefüge des deutschen Wissenschaftssystems? Die staatliche Forschung hatte sich im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts neben der Hochschul- und der im Aufbau befindlichen Industrieforschung als dritte Säule im System nationaler Forschungseinrichtungen etabliert.¹⁷ Ihr Aufkommen hatte mit zur Folge, dass die Universitäten als in der Gesellschaft anerkannt prädominante „Orte der

14 Darstellungen zur Geschichte der Nürnberger Militärtribunale erwähnen Keplers Rolle innerhalb der NS-Wirtschaft und als Staatssekretär z.b.V. im Auswärtigen Amt (u.a. ‚Anschluss‘ Österreichs), seine Tätigkeit als Präsident des Reichsamts für Bodenforschung aber nicht. Vgl. Ahrens, Raubwirtschaft (2013), S. 355 f., 367; Blasius, Wilhelmstraßen-Prozeß (1999), S. 188, 192.

15 Vgl. Ansprache zur Trauerfeier für Herrn Präsidenten a.D. Prof. Dr. Dr. h.c. Alfred Bentz am 10.7.1964 gehalten von Präsident Prof. Dr. H. J. Martini, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 42881, unpag.; Präsident der Bundesanstalt für Bodenforschung an Bundesminister für Wirtschaft (Bonn), 27.5.1964, ebd., unpag.; Daten über Herrn Präsidenten Prof. Dr. Dr. h.c. A. Bentz, ohne Datum (um 1962), ebd., unpag.; Schott, Daten (1964), S. XVIII.

16 Philipps, Orientierungen (2018), S. 34.

17 Vgl. Hohn/Schimank (1990), Konflikte, S. 63 f. Zur Herausbildung der Ressortforschung vgl. maßgeblich Lundgreen u.a., Forschung (1986), S. 19 f., 25. Die folgenden, stark gekürzten Ausführungen zur Genese der Ressortforschung und der Herausbildung der Geologie als Fachdisziplin gehen zurück auf Flachowsky, Geognostik (2026), Kap. 2 und 3.

Produktion wissenschaftlichen Wissens“ ihr Monopol an ein neu entstehendes „Netzwerk verschiedenartig strukturierter Forschungseinrichtungen“ verloren, „die arbeitsteilig und systematisch neues wissenschaftliches Wissen produzierten, und zwar in Bereichen und für Bereiche, die zuvor wissenschaftsfrei oder wissenschaftsfern gewesen waren“.¹⁸ Die durch die Wissenschaft zu lösenden Probleme erwuchsen demnach nicht mehr originär aus einer disziplinären Forschungslogik heraus oder rein akademischen Kontexten, sondern wurden nunmehr auch von interessierten Nutzern außerhalb der Wissenschaft definiert.¹⁹

Ein solcher Nutzer war der Staat, für den in erster Linie politische Ziele und Aufgaben im Vordergrund standen. Daraus leitete sich die strukturelle und funktionale Eigenart der Ressortforschung ab, sowohl zur wissenschaftlichen als auch zur politisch-administrativen Sphäre zu gehören. Aus dieser Doppelanbindung resultierte eine ihr eigene Spezifik, ein ihr eigener „Nomos“, nach dem sie sich um die wissenschaftliche und vor allem praktische Relevanz ihrer Beratungsergebnisse und den „Bezug auf ein thematisch konzipiertes Forschungsgebiet“ sorgte.²⁰ So bemühten sich Ressortforschungseinrichtungen, für ihre Adressaten „gut sichtbar“ zu sein, indem sie ihre Bedeutung für die Bearbeitung von Anwendungsproblemen durch die „Bereitstellung von Informationen, Beratungen und Dienstleistungen“ kontinuierlich unter Beweis stellten. Daher erachtete es die RfB „als wichtigstes Ergebnis der Arbeiten“ von Dippoldiswalde, dass die Vertreter des Staates durch ihre Nachprüfung vom „tatsächlichen Wert“ der Wünschelrutenmethode überzeugt wurden und aufgrund ihrer Beratung „zu der richtigen Einsicht gekommen“ waren.

Darüber hinaus beeilte sich RfB-Präsident Keppler, Generalfeldmarschall Kesselring über den Fehlschlag von Dippoldiswalde ins Bild zu setzen. Seine Behörde habe die Arbeiten ohne „Kosten zu scheuen (...) vorschriftsmäßig“, also auf der Grundlage wissenschaftlicher Standards durchgeführt. Geologische Forschungsarbeit, so wird also auch deutlich, war demnach teuer, Geld schien für die RfB aber offenbar keine Rolle zu spielen. Viel wichtiger war jedoch, dass sie bemüht war, „die Legitimität ihres Sachverstandes (...) aus ihrer Anerkennung als wissenschaftlich fundierte Forschungseinrichtung“ zu beziehen.²¹ Dem offen gezeigten Widerwillen der Geologen lag daher keine wie auch immer geartete politische Opposition zugrunde, sondern war vielmehr Ausdruck einer ‚Kampfstellung‘ gegen das Unwesen der Wünschelrutengänger. Der dahinter stehende Gedanke ihrer Ausgrenzung diente hier als Indikator dessen, „was in gegebenen zeitlichen und fachlichen Kontexten als Wissenschaft gelten sollte und was nicht“. Damit diente die Delegitimierung der ‚Wünschelrutler‘ auch als Ressource im Kampf „um die öffentliche Positionierung der Wissenschaftlergemeinschaft als Denkkollektiv“ sowie „um die

18 Szöllözi-Janze, Umgestaltung (2002), S. 62 f.

19 Vgl. ebd., S. 63.

20 Barlösius, Forschen (2009), S. 348–350, 357, 362.

21 Philipps, Orientierungen (2018), S. 19, 21 f., 31–37, hier S. 35.

Festlegung der jeweils geltenden Grenzen der Mitgliedschaft in der Wissenschaftlergemeinschaft“, zu der sich die Staatsgeologen zählten.²²

Die am Beispiel von Dippoldiswalde zu Tage tretende Kernaufgabe staatlicher Forschung – die wissenschaftliche Politikberatung – diente in erster Linie dazu, die Grundlage „einer rationalen, d.h. problemlösungsfähigen Politik“ zu sichern.²³ Die spezifischen Herausforderungen des modernen Vorseorge- und Rechtsstaates implizierten nämlich eine „enorme Ausweitung der Staatsaufgaben“, was sich nicht nur im Auf- und Ausbau neuer staatlicher Infrastrukturen, sondern auch in einem deutlich gestiegenen „staatlichen Bedarf an Handlungs- und Entscheidungswissen“ niederschlug.²⁴ Folglich stellten Ressortforschungseinrichtungen wie das RfB ein „Instrument politischen Handelns“ dar, mit denen sich der Staat erweiterte Hoheitsrechte verschaffte und bestimmte politische Gestaltungsfunktionen sicherte.²⁵ Dieses über die Beratung der Verwaltung durch Experten hinausgehende Wissen diente dem Staat als „Ressource für die Ordnungsverwaltung“, so etwa bei der Umsetzung hoheitlicher Regulierungsaufgaben (Normung, Überwachung, Prüfung, Zulassung) innerhalb der modernen Industriegesellschaft, was die Herausbildung zahlreicher „Wissenschaftsbehörden“ zur Folge hatte, um den auf Seiten des Staates bestehenden Wissensbedarf zu befriedigen.²⁶

Der Wissenschaft kam darüber hinaus aber auch als „Ressource für die Leistungsverwaltung“ eine eminent wichtige Bedeutung zu.²⁷ Dieses auf den Bereich „Förderung und Vorseorge“ abzielende Tätigkeitsfeld unterstreicht den der staatlichen Forschung zugrundeliegenden Dienstleistungscharakter, denn der sich entwickelnde moderne Wohlfahrtsstaat sah sich auch mit vielfach neuen Herausforderungen der „Daseinsvorseorge und Innovationsbewältigung“ konfrontiert.²⁸ Erst die vor diesem Hintergrund ergriffenen Lösungsstrategien machen deutlich, wie subsidiär der Staat für die Förderung der wirtschaftlichen Leitsektoren und die dazugehörigen Wissenschaften war, die im Fahrwasser der Hochindustrialisierung massiven Rückenwind erhielten.²⁹ Dabei

22 Ash, Pseudowissenschaft (2008), S. 451.

23 Mayntz, Regelung (2009), S. 6.

24 Barlösius, Ressortforschungseinrichtungen (2016), S. 581; Weilert, Ressortforschung (2022), S. 3.

25 Lundgreen u.a., Forschung (1986), S. 18; Barlösius, Ressortforschungseinrichtungen (2016), S. 581.

26 Lundgreen, Wissenschaft (1990), S. 673, 690. Ausführlich dazu ders. u.a., Forschung, S. 192–204.

27 Lundgreen, Wissenschaft (1990), S. 647.

28 Ebd.; ders. u.a., Forschung (1986), S. 18.

29 Kiesewetter, Revolution (1989), S. 19. Der Staat greift entweder durch die Einflussnahme auf die Rahmenbedingungen oder direkt durch eigene Wirtschaftstätigkeit in den Wirtschaftsprozess ein. Wolfram Fischer machte dabei vier wesentliche Schwerpunkte staatlicher ökonomischer Aktivitäten aus: Erstens agiert der „Staat als Gesetzgeber“ und bestimmt durch legislative Maßnahmen (z.B. Handels-, Gewerbe- und Patentgesetze, Regalien, Steuern, Zölle) die „Rahmenbedingungen unternehmerischen Handelns“. Zweitens verschafft sich der Staat „als Administrator durch Art, Strenge und Form der Umsetzung der rechtlichen Regelungen“ bestimmenden Einfluss. Darüber hinaus wird er drittens zum Teil auch selbst als Unternehmer aktiv und schließlich viertens „auch mittelbar über den

wurde der Staat oft genau da wirksam, wo die Reichweite der Hochschul- oder der Industrieforschung endete. Es handelte sich bei all dem jedoch keineswegs um Nischenförderung, vielmehr wurden jene Disziplinen gezielt unterstützt, die den Leitsektoren der Industrie und somit der Staatsräson zuträglich waren.³⁰ Beispielhafte Felder staatlich fundierter Förderung und Vorsorge boten etwa jene Bereiche, die dem Infrastrukturausbau³¹, dem „Schutz kollektiver Güter“, der Technologie- und Wirtschaftsentwicklung sowie dem nationalen Machterhalt dienten.³²

Ein in seiner Relevanz für alle genannten Bereiche nicht zu unterschätzendes Gebiet stellte die Geologie dar, denn sie war allen Sektoren der nationalen Wertschöpfungskette vorgelagert. So verzeichneten die Montanindustrie und der Eisenbahnsektor, aber auch die chemische Industrie, der Maschinenbau und die Elektroindustrie als zentrale „Führungssektoren“³³ und „Produkte der geballten fossilen Energie“³⁴ einen stetig steigenden Bedarf an Rohstoffen, dem aber nicht selten ein Mangel an abbauwürdigen Vorräten gegenüberstand.³⁵ In Kriegs- und Krisenzeiten lag die Bedeutung einer gesicherten (autarken) Rohstoffversorgung auf der Hand. Es zeichnete sich daher ab, dass der Staat die Entdeckung neuer Lagerstätten nicht mehr nur dem Zufall oder der punktuellen Exploration privater Bergwerksgesellschaften überlassen konnte. Um den Rohstoffbedarf zu decken, wurden eine systematische landesweite Kartierung und die gezielte Aufschließung neuer Lagerstätten notwendig.³⁶ Neben der Versorgung von Wirtschaft und Gesellschaft mit Rohstoffen sah sich der Staat darüber hinaus in der Pflicht, die industrielle Entwicklung durch die Bereitstellung technisch-ökonomischer Infrastrukturen zu unterstützen. Auch in diesen Fällen erwies es sich als unerlässlich, genaueren Aufschluss über den tiefenzeitlichen Aufbau Deutschlands, „seine geologischen, für das menschliche Auge unsichtbaren Eigenschaften“ zu erhalten³⁷, um den Bau von Straßen, Eisenbahnen und Kanälen kostenoptimal zu gestalten und die damit verbundenen Georisiken zu minimieren.³⁸ Ebenso relevant waren

Staatshaushalt als Konsument und Investor ökonomisch“ tätig. Pierenkemper/Ziegler/Brüggemeier, Vorrang (2016), S. 96.

30 Zur zielgerichteten Gründung staatlicher wissenschaftlicher Institutionen vgl. Kamps, Bildung (1987), S. 148.

31 Vgl. etwa das Kapitel „Öffentliche Arbeiten“ in van Laak, Lebensadern (2018), S. 33–68.

32 Vgl. Lundgreen, Wissenschaft (1990), S. 690 f.; ders. u.a., Forschung (1986), S. 88–177, 194, 205–216.

33 Zu den „Führungssektoren der deutschen Wirtschaft während der Industrialisierung vgl. allgemein Kiesewetter, Revolution (1989), passim. Zum Eisenbahnsektor und zur Montanindustrie (Eisen- und Stahlindustrie, Steinkohlenbergbau) vgl. Pierenkemper/Ziegler/Brüggemeier, Vorrang (2016), S. 48 f.; Brüggemeier, Grubengold (2018), S. 96. Zum Vordringen der „neuen“ Industriezweige Elektrotechnik und Chemie siehe bspw. Feldenkirchen, Siemens (1995), S. 19 f.; Hippel, Weltunternehmen (2002), S. 17–116.

34 Manova, Kohle (2021), S. 14.

35 Vgl. Guntau, Gedanken (1985), S. 10.

36 Vgl. Wellmer, Begrüßung (2003), S. 197.

37 Manova, Kohle (2021), S. 8.

38 Wellmer/Röhling, Institutionalisierung (2021), S. 189.

geologische Erschließungsarbeiten und darauf aufbauende Landesaufnahmen für die Bodenkunde in der Land- und Forstwirtschaft, für die Trinkwasserversorgung und damit für die Gesundheitspflege oder für die mit der Urbanisierung einhergehenden Probleme des Hochbaues (z.B. Baugrund, Baumaterial, Materialprüfung).³⁹

Vor diesem Hintergrund erlebte die Geologie im ausgehenden 19. Jahrhundert nicht nur die „Institutionalisierung einer einheitlichen Wissenschaft als standardisierte Ausbildungsgrundlage“, sie legitimierte sich auch selbst, indem sie ihren Wert für die Daseinsvorsorge und damit ihren Dienstleistungscharakter unter Beweis stellte.⁴⁰ Es verwundert daher nicht, dass sie in der politischen Agenda vieler deutscher Staaten oberste Priorität genoss und zu den ersten Naturwissenschaften gehörte, „die eine gezielte Förderung der Forschung durch speziell dafür geschaffene Institutionen des Staates“ erhielten.⁴¹

Der weltweit erste Geologische Dienst, der British Geological Survey, wurde 1835 gegründet.⁴² Bis 1896 folgten weltweit 24 weitere Geological Surveys, die allesamt auf Regierungsebene angesiedelt waren, unter ihnen im deutschen Sprachraum die kaiserlich-königliche geologische Reichsanstalt in Wien (1849).⁴³ Der älteste deutsche Geologische Dienst wurde 1850 in Bayern

39 Vgl. Wagenbreth, *Geschichte* (2015), S. 215.

40 Schramm, *Professionalisierung* (2012), S. 103 f. Zur Institutionalisierung der Geologie als Wissenschaft, ihrer Lösung aus „christlichen Begründungszusammenhängen“ und zur damit zusammenhängenden naturhistorischen Widerlegung der in der Genesis beschriebenen Entstehung der Erde, vgl. Guntau/Wirth, *Entstehungsgeschichte* (1983), S. 617; Guntau, *Institutionen* (1991), S. 230; Will, *Evidenz* (2021), S. 50; Schulz, *Natur* (2020), S. 52–92; Weber, *Erschließen* (2015), S. 219, 229. Zur Bedeutung der bereits im 18. Jahrhundert aufkommenden Bergakademien mit ihrem ausgeprägt „geologisch-mineralogischen Lehrprofil“, siehe Guntau, *Gedanken* (1985), S. 10; Klein, *Wissen* (2016).

41 Guntau, *Gedanken* (1985), S. 17.

42 Der britische Geological Survey konzentrierte sich auf die wissenschaftliche geologische Untersuchung des Landes, die Heranbildung bergmännischen Nachwuchses und suchte „eine enge Verbindung“ mit der britischen Wirtschaft. Deubel, *Entwicklung* (1954), S. 179. Vgl. zudem Bailey, *Survey* (1952); *Memories* (2015); McMillan, *Role* (2008), S. 103–112; Wellmer, *Rohstoffversorgung* (1995), S. 609. England war im Übrigen auch Vorreiter bei der Gründung wissenschaftlicher Gesellschaften. So wurde die Geological Society of London bereits 1807 gegründet. Vgl. Koken, *Gesellschaft* (1901), S. 3.

43 Vgl. Will, *Evidenz* (2021), S. 58; Guntau, *Institutionen* (1989), S. 237 f.; Wagenbreth, *Geschichte* (2015), S. 90–96; Meinhold/Haas, *Geschichte* (2003), S. 22. Folgt man Deubel, so konzentrierte sich die Wiener Reichsanstalt in erster Linie auf wissenschaftliche Fragen, während sie zur Wirtschaft des Landes „wenig Verbindung“ unterhielt. Deubel, *Entwicklung* (1954), S. 179. Gleichwohl verweist die neuere Forschung darauf, dass die „international beachtete“ Geologische Reichsanstalt, schon in den 1880er Jahren „praktische Forschungsarbeiten“ durchführte und dabei den Anspruch Österreichs „als geistige Großmacht des südöstlichen Europas“ untermauerte. Dazu zählten Lagerstättenprospektionen im Ausland und Untersuchungen, die „hohe strategische Bedeutung“ für das Militär besaßen. Der Reichsgeologe Emil Tietze war beispielsweise schon 1873 von einem englisch-deutschen Unternehmer und dann von der persischen Regierung zu Voruntersuchungen für den Bau einer Eisenbahn unter Vertrag genommen worden. Klemun/Mattes, *Expeditionen* (2022), S. 236–241; Feichtinger/Corrandini/Geiger, *Akademie* (2022), S. 344, 351.

ins Leben gerufen.⁴⁴ Ihm folgten Kurhessen (1853), Sachsen (1872), Preußen und Elsass-Lothringen (1873), Baden (1888), Mecklenburg (1889), Württemberg (1903), Hamburg (1911) und Thüringen (1923).⁴⁵

Die Preußische Geologische Landesanstalt in Berlin (PGLA)⁴⁶ – Primus unter Deutschlands geologischen Diensten und ab 1939 Nukleus der RfB⁴⁷ – wurde als „unmittelbares Ressort“ der Bergbauabteilung des Preußischen Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten geführt.⁴⁸ Den Interessen des „wissenschaftsbasierten Interventionsstaates“⁴⁹ und seinem Bedürfnis nach handlungsleitender wissenschaftlicher Expertise folgend hatte sie die satzungsgemäße Aufgabe, die geologische Untersuchung des preußischen Staatsgebietes durchzuführen und die Ergebnisse so zu bearbeiten, dass sie „für die Wissenschaft ebenso wie für die wirtschaftlichen Interessen des Landes allgemein zugänglich und nutzbringend“ wurden.⁵⁰ Als praxisorientierte Forschungseinrichtung des preußischen Staates erfüllte die PGLA demnach klassische Aufgaben der Ressortforschung, die sich in ihrem Fall zunächst auf die Durchführung wissenschaftlicher Forschungen und auf das Feld der Politikberatung und Informationsbeschaffung erstreckten.⁵¹

44 Vgl. Vidal, Landesuntersuchung (1974), S. 101–114; Wellmer/Ehse, Surveys (2004), S. 8. Bereits im Jahr 1843 war an der Münchener Universität „die erste selbständige Professur für Geologie in Deutschland“ geschaffen worden. Oebbeke, Stellung (1902), S. 474.

45 Vgl. Krusch, Landesanstalten (1934), S. 1092–1094; Kirchheimer, Geschichte (1974), S. 51–62; Deubel, Entwicklung (1954), S. 175; Weiser, Entwicklung (1974), S. 211–213 (mit anliegendem Faltblatt „Entwicklung der deutschen geologischen Landesämter“); von Bülow, Landesanstalt (1938), S. 87–100; Reiff, Geschichte (1992), S. 7–191; Wiefel, Geschichte (1974), S. 12–24.

46 Die Anstalt wechselte des Öfteren ihren Namen. So nannte sie sich in ihren seit 1881 erscheinenden Jahrbüchern bis 1908 (Jahrbuch für 1905) „Königlich Preussische geologische Landesanstalt und Bergakademie“, nach der Trennung von der Bergakademie 1910 „Königlich Preussische Geologische Landesanstalt“ und seit 1920 (Jahrbuch für 1918) „Preussische Geologische Landesanstalt“ (PGLA). Da es sich aber immer um die gleiche Einrichtung handelt, wird für die gesamte Darstellung die Abkürzung PGLA verwendet.

47 Zu den von 1904 bis 1932, stets unter der Leitung der PGLA abgehaltenen Direktorentagungen, alljährlich stattfindenden Zusammenkünften der Direktoren der Geologischen Landesanstalten Deutschlands und Österreichs, auf denen aktuelle Fragen der geologischen Ressortforschung besprochen wurden, vgl. Homilius, Direktorenkreis (1998), S. 155–193; Flachowsky, Geognostik (2026), S. 96–105.

48 Udluft, Überblick (1968), S. 11.

49 Hoffmann/Trischler, Helmholtz-Gemeinschaft (2015), S. 10.

50 Pfeiffer, Dokumente (1974), S. 160 (§ 1 Statut der PGLA).

51 Die dritte Aufgabe der Ressortforschung, die sich auf „Regulierungs- und Prüfaufgaben“ erstreckte, spielte zunächst eine untergeordnete Rolle. Barlösius, Ressortforschung (2010), S. 377. Zur Sicherung der eigenen Qualitätsansprüche unterwarf sich die PGLA den in der Wissenschaft typischen „Konsekrationsinstanzen“. Barlösius, Forschern (2009), S. 353 f. Der Zugang zu dieser „beamteten Gelehrtengemeinschaft“ war strikt reglementierten, meritokratischen Voraussetzungen unterworfen, die die wissenschaftliche Exzellenz ihrer Mitglieder sicherstellen sollten (Promotion, 1. und 2. Staatsprüfung, Probezeit, Ernennung zum Geologen, dann erst eigentliche Laufbahn mit sukzessiven, sich über Jahre hinziehenden, an wissenschaftlichen Leistungen orientierten Beförderungen zum Professor, Bezirks- bzw. Landesgeologen. Kirchheimer, Geschichte (1974), S. 57; Flachowsky, Geognostik (2026), S. 56–61.

Die Aufgaben der PGLA waren typisch für Ressortforschungseinrichtungen, denn auch ihre Arbeiten waren in erster Linie dadurch bestimmt, „politisch gewünschte Forschung“ im Interesse des Staates in Angriff zu nehmen.⁵² Zunächst bildeten die Kartierung und die Anlegung umfangreicher Wissensspeicher (Karten, Bücher, Mineralien) und die darauf basierende Beratung der Regierung die Schwerpunkte der geologischen Staatsforschung Preußens.⁵³ Hinzu kamen die Suche nach Rohstoffen, aber auch „agronomisch-geologische Untersuchungen“ für die Land- und Forstwirtschaft, die den Methodenpool der Geologie um weitere Subdisziplinen erweiterten.⁵⁴

Die in erster Linie durch Sammeln gekennzeichnete „geognostische Phase“ endete um 1900, als sich die Forschungsarbeit der PGLA nach einen Direktionswechsel in zunehmendem Maße der Praxis öffnete. Von nun an war es ihr erklärtes Ziel, „zu einer Zentralstelle für die Auskunftserteilung in Fragen praktischer Geologie“ aufzusteigen, was ihren politischen Einfluss, aber ebenso auch die infrastrukturelle Macht des Staates deutlich erweitert hätte.⁵⁵ Als geologischer Wissensspeicher und Vertrauensstelle des preußischen Wirtschaftsministeriums wuchs sie so immer mehr in die Rolle einer „Ressource für die Leistungsverwaltung“ hinein, denn der Staat benötigte ihre wissenschaftliche Expertise für die Forcierung des Infrastrukturausbaus und die daran gekoppelte Daseinsvorsorge, für „die Innovationsförderung zugunsten der Wirtschaft“, aber auch, um nationale Sicherheitsinteressen zu bedienen.⁵⁶

Unter den PGLA-Direktoren Karl Schmeisser und Franz Beyschlag kam es nicht nur zu einer zielgerichteten Ausdehnung der Kartierung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, der Fokus richtete sich nun verstärkt auf Fragen des Verkehrswegebbaus und der Wasserversorgung, die Untersuchung von Gruben- und Schachtaufschlüssen, die Auffindung technisch nutzbarer Lagerstätten, die Erstellung von Rohstoffstatistiken, das Studium potentieller Georisiken und die Durchführung von Boden-, Mineral- und Gesteinsanalysen im hauseigenen Laboratorium.⁵⁷ In diesem Zusammenhang dehnte sich die Arbeit der PGLA nunmehr auch auf die Beratung staatlicher Organe bei der Formulierung neuer Gesetze und Verordnungen, also die Generierung von Regulierungswissen aus.⁵⁸ Die um die Jahrhundertwende vollzogene Hin-

52 Szöllösi-Janze, *Umgestaltung* (2002), S. 65.

53 Die Karten wie auch die sie erstellenden geologischen Dienste waren und sind „Teil der technisch-ökonomischen Infrastruktur, die der Staat der Industrie (und der Landwirtschaft) zur Verfügung stellt“, um ihr die Entdeckung und den Abbau von Rohstoffen oder eine optimale landwirtschaftliche Bodennutzung zu ermöglichen. Wellmer/Röhling, *Institutionalisierung* (2021), S. 187 f., 199.

54 Wellmer, *Begrüßung* (2003), 198; Hauchecorne, *Gründung* (1881), S. LI–LVI.

55 Krusch, *Nachruf Schmeißer* (1926), S. VIII.

56 Ebd., S. XI; Lundgreen, *Wissenschaft* (1990), S. 674, 690; Will, *Evidenz* (2021), S. 57; Buchhardt, *Friedenswirtschaft* (1968), S. 79–80. Über den „Infrastrukturstaat“, der „seine Macht durch Kanäle, Straßen oder andere Bauwerke definiert“, siehe van Laak, *Lebensadern* (2018), S. 35.

57 Vgl. Bericht PGLA für 1912 (1914), S. 594–618.

58 Fliegel, *Nachruf Beyschlag* (1936), S. 10.

wendung zur praktischen Geologie war auf die neue Doppelspitze der PGLA (Schmeisser und Beyschlag) zurückzuführen, die nach dem Tod der Gründungsdirektoren, Wilhelm Hauchecorne und Heinrich Ernst Beyrich, für eine inhaltliche Neuausrichtung sorgten, wobei sich aufgrund der sich verschärfenden Spannungen zwischen den europäischen Mächten im Arbeitsprofil der PGLA in zunehmendem Maße auch geo- und sicherheitspolitische Einflüsse bemerkbar machten.⁵⁹

An genau diesem Punkt setzt die vorliegende Untersuchung ein, die den Zeitraum von 1914 bis 1945, also vom Beginn des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges umfasst. In diese Zeit fiel auch die Assimilation der einzelnen geologischen Landesanstalten Deutschlands, die 1939 als Zweigstellen in die Reichsstelle für Bodenforschung unter der Leitung Kepplers übergingen. Da die Geschichte der geologischen Dienste Deutschlands, insbesondere der PGLA, bis 1914 vergleichsweise gut erforscht ist, hält sich die Arbeit nicht mit ihrer Genese auf, sondern geht sozusagen gleich in medias res, indem sie ihre Rolle und ihr Wirken im Ersten Weltkrieg an den Anfang der Untersuchung stellt.⁶⁰

Dieser Zugriff erscheint schon mit Blick auf die Erinnerungskultur staatlicher geologischer Forschung geboten, denn bereits vor über sechzig Jahren wurde konstatiert, dass die Geschichte der Geologie zwar „reich an wertvollen Traditionen, aber auch voll von tragischen Irrtümern und noch unbewältigter Vergangenheit“ sei.⁶¹ So betonte der ostdeutsche Paläontologe und Geologe Rudolf Daber 1960, in der Geschichte der Geologie, der geologischen Gesellschaften und der PGLA gebe es „noch mancherlei“, das bisher unausgesprochen sei. Dieser Befund erstreckte sich nicht nur auf die Zeit des Nationalsozialismus, denn wie Daber feststellte, „waren nach dem Ersten Weltkrieg in der geologischen Literatur kaum Bemerkungen über den Charakter dieses Krieges, über den Staatsapparat des kaiserlichen Deutschland, über

59 Vgl. Flachowsky, *Geognostik* (2026), S. 71–96.

60 Deshalb auch hier der kurze Exkurs zur Entwicklung der geologischen Ressortforschung in Deutschland. Als größter und wichtigster Dienst Deutschlands steht die PGLA naturgemäß im Mittelpunkt der Darstellung, gleichwohl werden die Entwicklungen der übrigen Landesanstalten mitberücksichtigt, so dass sich die vorliegende Untersuchung auch als Beitrag zur Geschichte der geologischen Ressortforschung Deutschlands versteht. Zur Geschichte der PGLA bis 1914 vgl. Daber, *Bemerkungen* (1960), S. 147–159; Udluft (Hg.), *Landesanstalt* (1968); Pfeiffer, *Dokumente* (1974), S. 141–209; Guntau/Wirth, *Entstehungsgeschichte* (1983), S. 616–621; Kamps, *Bildung* (1987), S. 148–153; Meinhold/Haas, *Geschichte* (2003), S. 9–189; Wellmer/Röhling, *Institutionalisierung* (2021), S. 187–204. Für die bisher kaum berücksichtigte (staatliche) Kolonialgeologie vgl. Maier, *Circulations* (2020), S. 39–63; Flachowsky, *Services* (2026); ders., *Geognostik* (2026). Für die geologischen Dienste Badens und Württembergs vgl. Deecke, *Erschließung* (1918), S. 15–25; Reiff, *Geschichte* (1992), S. 7–191; Geyer/Gwinner, *Geologie* (2011), S. 1–9; für Bayern vgl. Vidal, *Landesuntersuchung* (1974), S. 101–114; für Sachsen vgl. Börngen/Bach, *Landesamt* (1997), S. 217–241; Eissmann, *Forschung* (1999), S. 217–248; für Thüringen vgl. Wiefel, *Geschichte* (1974), S. 13–25. Allgemein vgl. Krusch, *Landesanstalten* (1934), S. 1089–1103; Kirchheimer, *Geschichte* (1974), S. 51–62; Wellmer, *Rohstoffversorgung* (1995), S. 608–612; Wagenbreth, *Geschichte* (2015), 46–52, 151–154.

61 Daber, *Bemerkungen* (1960), 147.

den Einfluss dieses Staatsapparates und des Krieges auf die Entwicklung der Geologie als friedliche Wissenschaft veröffentlicht worden“.⁶²

Ein Blick in das Jahrbuch der PGLA für 1919 hätte Daber aber eines Besseren belehrt, denn hier berichtete ihr stellvertretender Direktor, Paul Krusch, ausführlich und erstaunlich offen über „die Kriegsaufgaben der Geologischen Landesanstalt“, die „außerordentlich vielseitig“ waren und zeigen, wie die ‚friedliche Geologie‘ zur Kriegswissenschaft mutierte.⁶³ So ist dem Bericht Kruschs zu entnehmen, dass die PGLA an der Aufschließung von Rohstoffvorkommen für kriegswirtschaftliche Zwecke „hervorragend beteiligt“ war, sich mit der „Schaffung einer heimischen Ölproduktion“ befasste, „in erheblichem Maße“ mit den Kriegsbehörden kooperierte und als Teil der Besatzungsverwaltung „erheblich“ dazu beitrug, im besetzten Gebiet gelegene Lagerstätten für Deutschland nutzbar zu machen.⁶⁴ Der Erste Weltkrieg, so wird deutlich, bildete demnach die Blaupause für den Zweiten. Darüber hinaus machen die zahlreichen im Jahrbuch der PGLA nach 1918 erschienenen, bis heute weitgehend unberücksichtigten Nachrufe und Darstellungen zur Geschichte des Hauses deutlich, dass sich das Gros der Mitarbeiter keineswegs mit dem demokratischen Staatswesen von Weimar identifizierte.

Während Staatsgeologen wie Krusch ihren Anteil und den ihrer Behörde an den Kriegsanstrengungen des Kaiserreichs nach 1918 also gar nicht hoch genug bewerten konnten und in den grellsten Farben ausmalten – ein Befund, der grosso modo auch für andere Wissenschaftsfelder galt⁶⁵ – war dies nach 1945 vollkommen anders. Auch dafür waren die bis dahin aktiven ehemaligen Eliten der geologischen Dienste verantwortlich, die das Geschichtsbild der BGR-Vorgängerinstitutionen lange Zeit prägten, nun aber darauf bedacht waren, ihren Anteil an den Verbrechen als Beamte des NS-Staats herunterzuspielen. Dies setzte bereits unmittelbar nach Kriegsende ein, als namhafte Vertreter des ehemaligen RfB im Zuge des in Nürnberg abgehaltenen „Wilhelmstraßen-Prozesses“ zu Gunsten Kepplers aussagten und dabei sich selbst und ihre Behörde aus der Schusslinie brachten.⁶⁶ So stellte der Leiter des RfB-Instituts für Erdölgeologie, Alfred Bentz, fest, dass RfB habe „mit Kriegsvorbereitungen nie etwas zu tun“ gehabt. Seine Aufgabe habe „in wissenschaftlichen geologischen, geophysikalischen oder agronomischen Untersuchungen“ bestanden, deren Ergebnisse zwar für die Praxis bedeutsam gewesen seien, „aber doch noch eingehender technischer Untersuchungen bedurften, um die Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit der Planung nachzuweisen“. Sein Vorgesetzter Keppler sei ein Idealist gewesen, „der zwar vielleicht [einem] politischen Irrtum unterlegen“ sei, sich „aber keine

62 Ebd., S. 156.

63 Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CXXV–CLXII.

64 Siehe ebd.

65 Vgl. Schmid, Naturwissenschaft (1919).

66 Zum Wilhelmstraßen-Prozess vgl. Blasius, Wilhelmstraßen-Prozeß (1999), S. 187–198; Conze u.a., Amt (2010), S. 375–439; Pöppmann, Schatten (2013), S. 320–352; Ahrens, Raubwirtschaft (2013), S. 353–375.

Verbrechen“ zu Schulden habe kommen lassen.⁶⁷ Der im Zusammenhang mit der Episode von Dippoldiswalde erwähnte Ludger Funder, von 1939 bis 1945 RfB-Referatsleiter für Untersuchungs- und Bohrbetriebe aller Art, behauptete, die Wissenschaftler des RfB hätten den Untergrund nach Lagerstätten abgesucht, was aber keinesfalls „im Hinblick auf eine etwaige kriegsgerische Verwendung der Bodenschätze“ erfolgt sei. „Auf jeden Fall“ sei die Aufgabe des RfB, „auf die reine Forschung beschränkt“ geblieben. Dass letztere „noch nie an den Landesgrenzen haltgemacht“ habe, konnte Funder bei übelwollender Betrachtung durchaus als Zynismus ausgelegt werden.⁶⁸ Auch der für das RfB während des Zweiten Weltkrieges vor allem in Rumänien tätige Erdölgeologe Karl Krejci-Graf, spielte die Rolle des RfB herunter. So habe es wie alle geologischen Dienste Bodenschätze gesucht und damit den Interessen der Wirtschaft gedient. Dies könne ihm jedoch „nicht als Kriegsvorbereitung ausgelegt werden“. Ihm, Krejci-Graf, sei nichts bekannt, was das RfB „in irgendwelche Berührung zu Kriegsvorbereitungen“ hätte bringen können. Natürlich sei es um „die Förderung von Bodenschätzen“ gegangen, aber wie seine Erfahrungen in Rumänien gezeigt hätten, war dem RfB daran gelegen, „Rumänien wissenschaftliche und technische Apparaturen (...) zur Erhöhung seiner Produktion zur Verfügung zu stellen“ und zwar „im Rahmen einer geplanten Vergrößerung des Güteraustausches beider Länder“.⁶⁹

Solche semantischen Verdrehungen und ein systematisches Beschweigen der eigenen Verantwortung dienten den Staatsgeologen zur Legendenbildung und Verschleierung ihrer individuellen Beteiligung. Das wurde nach der Verurteilung Keplers im Wilhelmstraßen-Prozess noch einfacher. Denn mit dem ehemaligen RfB-Präsidenten stand nun ein passender ‚Sündenbock‘ zur Verfügung, hinter dem es leicht war, sich zu verstecken.⁷⁰ So stellte Da-

67 Eidesstattliche Aussage von Alfred Bentz (Keppler-Dokument Nr. 68), 13.4.1948, Staatsarchiv Nürnberg, KV-Prozesse, Fall 11, K-11, Prozessakte Wilhelm Keppler (S. 15–18), unpubl.

68 Eidesstattliche Versicherung von Ludger Funder (Keppler-Dokument Nr. 150), 12.5.1948, ebd. (S. 22–25), unpubl.

69 Eidesstattliche Versicherung von Karl Krejci-Graf (Keppler-Dokument Nr. 143), 3.5.1948, ebd. (S. 26–28), unpubl. Der staatliche Geologe Hans Joachim Martini, ebenfalls ehemaliger Mitarbeiter des RfB, räumte in einem anderen Zusammenhang 1946 ein, dass das RfB „als reine Kriegswirtschaftsdienststelle gegründet“ worden sei. Angesichts der Erfahrungen der NS-Zeit sollten die neu aufzubauenden geologischen Dienste an die Aufgaben der alten geologischen Landesanstalten anknüpfen, nicht aber an „die kriegswirtschaftlichen Zielsetzungen des früheren Reichsamtes für Bodenforschung“. Hans Joachim Martini (RfB, Zweigstelle Düsseldorf) an Landesoberbaurat Prager (Landesplanungsgemeinschaft, Düsseldorf), 24.6.1947, Bundesarchiv (BAArch) Koblenz, B 176, Nr. 93, unpubl.

70 Eine Form des Verschweigens zeigte sich im Fall des Stellvertreters Keplers am RfB, des Geophysikers Bernhard Brockamp. In dessen Nachruf wurde der Name Keplers einfach verschwiegen, um Brockamp nicht nachträglich zu desavouieren: „So kam auch Brockamp wieder zurück und fand eine seinen hervorragenden wissenschaftlichen Qualitäten und seinem Organisationstalent angepasste Stellung im neugegründeten Reichsamt für Bodenforschung und dessen Vorläufer. Der Leiter des Amtes brauchte und fand in Brockamp einen energischen Mitarbeiter, der umfangreiche Sachkenntnisse und frischen Mut mitbrachte und sich durchsetzen konnte.“ Möller, Bernhard Brockamp (1971), S. 17 f.

1960 fest, dass Keppler der „Organisator dieses imperialistischen Programms auf dem Gebiet der geologischen Erforschung“ gewesen und „jeder Geologe des ‚Reichsamtes für Bodenforschung‘ (...) in diese Pläne hineingezogen“ worden sei.⁷¹ Von hier aus war es nicht mehr weit von der ‚Unschuld’s- zu einer ‚Opferperspektive‘, nach der die Geologen dem ‚Missbrauch‘ durch das NS-Regime zum Opfer gefallen waren.⁷²

Führende Geologen, wie Bentz, strickten aber nicht nur ihre eigenen Legenden, vor dem Hintergrund des von ihnen angestrebten Wiederaufbaus der geologischen Ressortforschung errichteten auch sie ein ‚Persilschein-Kartell‘, durch das Wissenschaftler und Industrielle politisch entlastet werden sollten.⁷³ Gerade Bentz schien sich hervorragend für derartige Leumundszeugnisse zu eignen, da er nie der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen beigetreten war.⁷⁴ Die Vielzahl der ihn erreichenden Affidavit-Gesuche sorgte sicher auch dafür, dass der strebsame Erdölfachmann in der Nomenklatur der Staatsgeologen nach 1945 schnell an die erste Stelle rückte und alsbald als designierter Chef einer neu zu errichtenden ‚Bundesanstalt‘ feststand.⁷⁵ Abgesehen davon, dass in der deutschen „Schweigegesellschaft“ der unmittelbaren Nachkriegszeit ohnehin kein Interesse an einer Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit bestand, schien es nicht opportun, den ‚Schutzpatron‘ Bentz zu deskreditieren und mit unangenehmen Fragen über seine Vergangenheit zu behelligen.⁷⁶ Dies wäre vermutlich einem ‚akademischen Selbstmord‘ gleichgekommen, zumal auch die Vertreter der britischen Besatzungsbehörde Bentz den Rücken stärkten. Vor allem der englische Major Albert Everard Gunther, der den Auftrag hatte, die Erdölförderung in der britischen Besatzungszone aufrecht zu erhalten und die Erkenntnisse der deutschen Ölpolitik auszuwerten, zählte zu den Förderern von Bentz. Bei seiner Evaluation stützte sich Gunther auf das von Bentz und seinen Kollegen gesicherte Aktenmaterial sowie auf Aussagen und Berichte der Geologen.⁷⁷

71 Daber, Bemerkungen (1960), S. 154.

72 In Anlehnung an Babendreier, Erdbeben (2014), S. 70.

73 Vgl. etwa die Bescheinigungen von Bentz für verschiedene Personen in BGR-Archiv, Hannover, Nr. 134113–134115, 134120–134124, 134126, 134127, 134130, 134132, 134133, 134140–134144, 136067, alle unp. Zum ‚millionenfachen Sprechen über personelle NS-Vergangenheit in der Leumundspraxis“ siehe Leßau, Entnazifizierungsgeschichten (2020), S. 133–143. Selbst der 1933 an der PGLA entlassene Theodor Schmierer, Opfer der politischen ‚Säuberungen‘ nach der Machtübergabe, stellte nach 1945 „etwa 20 einstigen Pg’s oder sonst politisch Belasteten Bescheinigungen“ aus, die „durchweg Erfolg“ hatten. Theodor Schmierer an Franz Michels, 6.8.1947, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unp.

74 Wie Bentz intern zugab, musste aber auch er sich „eine hochnotpeinliche Untersuchung“ gefallen lassen. Dabei ging es um seine „einflussreiche Stellung und die Tätigkeit für den Vierjahresplan“. Die Vernehmungen hätten jedoch ergeben, dass Bentz’ „Tätigkeit nie über die eines wissenschaftlichen Fachmannes“ hinausgegangen sei „und mit Politik oder sonstigen üblen Erscheinungen nichts zu tun“ gehabt habe. Alfred Bentz an Präsident a.D. Julius Versé (Loevenich, Bezirk Köln), 30.4.1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 134123, unp.

75 In der Nachkriegs-Geologie galt Bentz „als Mann der ersten Stunde“. Carlé, Stammbaum (1988), S. 424. Vgl. auch Flachowsky/Reinhard, Verwerfungen (2026).

76 Schildt/Siegfried, Kulturgeschichte (2009), S. 209.

Die auf diese Weise zusammengetragenen Informationen bildeten die Grundlage für eine Reihe von BIOS-Reports Gunthers über die Entwicklung der deutschen Öl-Wirtschaft und Erdölgeologie in der NS-Zeit sowie einen umfangreichen Bericht, der in der renommierten „Petroleum Times“ erschien.⁷⁸ Auch Gunther trug dazu bei, die staatlichen Wissenschaftler zu entlasten, denn in seiner Darstellung verwies er auf einen Gegensatz zwischen der „Partei“ auf der einen und den Fachleuten aus Erdölindustrie und Zivilbehörden auf der anderen Seite, zu denen er auch die Staatsgeologen des RfB zählte. Für die „Kriegs-Richtung in Berlin“ stand beispielsweise das Reichswirtschaftsministerium (RWM), das trotz der von den Fachleuten geäußerten Bedenken im September 1939 einen schonungslosen Raubbau an den heimischen Erdölfeldern befohlen habe.⁷⁹

Diese Sichtweise wurde konserviert, tradiert und kanonisiert und bildete fortan den Standard staatsgeologischer „Vergangenheitsversenkung“.⁸⁰ So ist in einem 1965 erschienenen Nachruf auf Bentz zu lesen, dass er während der NS-Zeit „immer wieder (...) gegen unsachliche staatliche Ansprüche“ habe vorgehen müssen, die von ihm angesichts der bestehenden „Ölnot des Krieges“ eine „rücksichtslose Ausbeutung der deutschen Ölvorräte gefordert“ hätten: „Im Jahre 1940 muss er es sich noch gefallen lassen, dass die heimische Ölförderung auf mehr als 1 Mio. Jahrestonnen hinaufgetrieben wird; aber dieser Scheinerfolg ist mit einer Ruinierung des ganz neuen Erdölfeldes von Reitbrook bei Hamburg erkaufte. Ein Feld ‚verreitbrooken‘ heißt seither soviel, wie es durch unsinnigen Raubbau ‚zu Tode reiten‘. Von jetzt ab lassen die obersten

77 Vgl. Seibold/Seibold, Alfred Bentz (2002), S. 1087.

78 Im Jahr 1944 begannen alliierte Erkundungsteams damit, wissenschaftliche, industrielle und militärische Einrichtungen in Deutschland zu evaluieren. Bis 1947 waren von amerikanischer und britischer Seite etwa 4.000 Teams mit etwa 12.000 Ermittlern in Deutschland unterwegs. Für die britische Seite übergeordnet stand das British Intelligence Objectives Sub-Committee (BIOS), auf das allein über 1.800 Berichte („Final Reports“) zurückgehen. Maier, Wehrhaftmachung (2002), S. 23. Zu den Berichten Gunthers siehe Gunther, Albert Everard: Oil Fields Investigation. The War Development of the German Crude Oil Industry 1939–1945, Part I: North West German Crude Oil Industry Exploration (Reichsbohrungen und Private) Wells 1939–1945 (BIOS Final Report No. 1010); ... Part II, Section 1: German Oil Industry. Exploration (BIOS Final Report No. 1011); ... Part II, Section 2: German Oil Industry. Exploration Structures 1939–1945 (BIOS Final Report No. 1012); ... Part III, Section 1: German Oil Industry. Development and Exploitation of Oil Fields 1939–1945 (BIOS Final Report No. 1013); ... Part III, Section 2: German Oil Industry. Development and Exploitation of Oil Fields 1939–1945 (BIOS Final Report No. 1014); ... Part III, Section 3: German Oil Industry. Oil Production Statistics and Analyses (BIOS Final Report No. 1015); ... Part IV, Section 1: The War Structure of the German Crude Oil Industry 1934–1945 (BIOS Final Report No. 1016); ... Part IV, Section 2: The War Structure of the German Crude Oil Industry 1934–1945. Private Industry (BIOS Final Report No. 1017), alle London [ohne Datum, um 1946]. Eine deutsche Übersetzung des 1947/48 in 15 Teilkapiteln in der Petroleum Times erschienenen Berichts von Gunther findet sich in BGR-Archiv Hannover, Nr. 73874, unpubl.

79 Siehe Gunther, Albert Everard, Kap. I: Die norddeutsche Industrie: Kampf zwischen Partei und Fachleuten, in ebd., unpubl.

80 Schüring, Vergangenheitsversenkung (2001).

Staatsbehörden den Fachmann ungeschoren; die Bentzsche Autorität hat gesiegt“. Und mit Blick auf die besetzten Gebiete ist an gleicher Stelle über Bentz ‘maßvolles Vorgehen’ zu lesen: „Mit der ‚Angliederung‘ Österreichs und der Besetzung Polens und Rumäniens wachsen die Aufgaben für Bentz schier über die Kräfte eines einzelnen Mannes hinaus, aber er versteht es auch hier, völlig unabhängig von kriegswirtschaftlichen Forderungen alle Fördermaßnahmen in den fremden Ländern nach rein fachlichen Gesichtspunkten auszurichten“.⁸¹ Durch derartig verschleiernde Retrospektiven wurden die Staatsgeologen als Gemeinschaft von jeglicher Mitverantwortung freigesprochen bzw. sprachen sich selbst davon frei. Selbst wenn man einräumen musste, dass sich unter ihnen auch „einige wenige leidenschaftliche Parteigänger“ befunden hatten, wurde diesen „durchweg Idealismus und bester Wille“ attestiert.⁸² Im Jahr 1968 legte die Bundesanstalt für Bodenforschung, aus der sieben Jahre später die BGR hervorging, erstmals eine „Geschichte der Preußischen Geologischen Landesanstalt“ vor. Von den 14 Autoren des Bandes hatten 13 der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen (8 = NSDAP, 5 = NS-Organisation) angehört. Dass unter diesen Umständen nicht an eine Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zu denken war, liegt auf der Hand. So wurde schon in der Einleitung deutlich gemacht, dass das „Hauptgewicht“ der Studie „in der Übermittlung einer Tradition“ bestehe.⁸³

Als „eine Fundgrube für Details zur Geologiegeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ wurde Walter E. H. Carlés 1988 erschienenes Buch „Werner, Beyrich, von Koenen, Stille. Ein geistiger Stammbaum wegweisender Geologen“ von der Community der Geologen gefeiert, dessen Darlegungen „für die folgenden Generationen“ gedacht waren und dem „Verlust an historischem Wissen“ entgegenzuwirken suchten.⁸⁴ Carlé, ehemaliger Leiter der Zweigstelle Stuttgart im Geologischen Landesamt Baden-Württemberg und selbst Schüler des großen Göttinger Geologen Hans Stille, hatte die Absicht, ausgehend von Stille eine „Stammesgeschichte“ wegweisender Geologen zu schreiben, wobei er nicht nur auf dessen Lehrer, sondern auch auf seine Schüler blickte, von denen einige – wie Walter Schriel, Fritz Dahlgrün, Franz Lotze, Rolf Teichmüller oder Hans Joachim Martini – auch als Staatsgeologen der PGLA bzw. des RfB Bedeutung erlangten.⁸⁵ Das detailreiche Buch blendete aber wichtige Details aus, insbesondere wenn es um die NS-Zeit ging. So ließ Carlé gegenüber Dieter Pfeiffer vom Niedersächsischen Landesamt für

81 Schultze, Alfred Bentz (1965), S. 246 f.

82 Udluft, Überblick (1968), S. 33.

83 Udluft, Vorwort (1968).

84 So die Rezensenten Martin Guntau und Klaus Heide. Guntau, Buchbesprechung von W.E.H. Carlé: Werner, Beyrich, von Koenen, Stille. Ein geistiger Stammbaum wegweisender Geologen (Geologisches Jahrbuch, Reihe A, Heft 108), Stuttgart 1998, in: Zeitschrift für Geologische Wissenschaften 18 (1990), Heft 11, S. 985 f., UB Freiburg (Geologen-Archiv der Geologischen Vereinigung, GAGV), Archiv-Nr. GA 11/854–867 (Nachlass Carlé), Bl. 5; Heide, Buchbesprechung von ... , in: Chemie der Erde 51 (1991), Heft 2–3, S. 238 f., ebd., Bl. 6.

85 Carlé, Stammbaum (1988), S. 7.

Bodenforschung, mit dem er wegen seines Manuskripts im Austausch stand, durchblicken, dass er den „kleinen Abschnitt mit den vier SS-Leuten, von denen einer noch“ lebe, streiche, denn er sei „nicht wichtig“. Lasse er die Passage im Buch, bestehe auch die Gefahr, dass „Stille posthum von Überwollenden geschmäht“ würde.⁸⁶ Ähnliches dachte sich Carlé vermutlich auch bei der Betrachtung des Stille-Schülers und Carlé-Kommilitonen Martin Sylvester Zöllich, der 1940 gefallen war. Um den Ruf der ‚Stille-Schule‘ besorgt, gab er dem offenbar als Lektor und für die Drucklegung des Manuskripts verantwortlichen Pfeiffer mit auf den Weg, nicht zu „vergessen, das Naziabzeichen vom Revers Zöllichs wegzuretuschieben“ (Abb. 1 und 2).⁸⁷

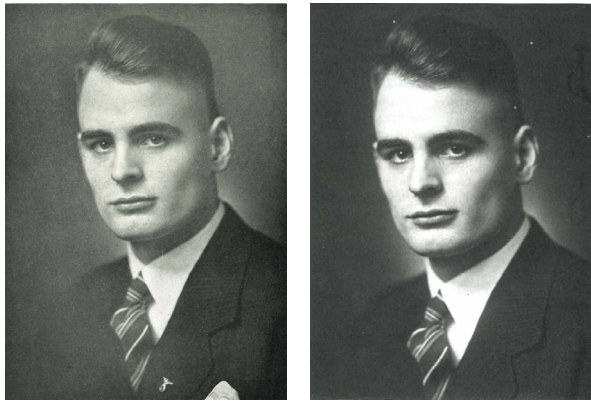


Abb. 1 und 2: Vergangenheitsbewältigung durch „Entnazifizierung der eigenen Geschichte“. Der Geologe Martin Sylvester Zöllich (1913–1940), links 1940 in der Zeitschrift der Deutschen Geologischen Gesellschaft (Todesanzeige), rechts 1988 in der Darstellung von Walter Carlé.⁸⁸

86 Walter Carlé (Riedenberg) an Prof. Dr. Dieter Pfeiffer (BGR, Hannover), 3.6.1988, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 11/732–745 (Nachlass Carlé), hier GA 11/733, unpag. Dagegen teilte Carlé Pfeiffer folgendes mit: „Also, dass mit der SA, in die wir gezwungen wurden, darf das kritische Ausland ruhig zur Kenntnis nehmen. Ich habe einen erklärenden Satz eingefügt, den die eventuellen Besserwisser zur Kenntnis nehmen sollen oder das Gegenteil beweisen. Die Sache ist Zeitgeschichte und muss bleiben“. Ebd. Hierbei ging es um den Geologen Franz Lotze, der Mitglied der SA gewesen war. Als ‚Erklärung‘ fügte Carlé in diesem Zusammenhang folgendes aus: „Er [Lotze] hatte sich, wie wir alle, dem Zwang beugen müssen, in die SA einzutreten“. Carlé, Stammbaum (1988), S. 346.

87 Walter E.H. Carlé an Dieter Pfeiffer, 1.8.1988, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 11/630–814 (Nachlass Carlé).

88 Das Original (links), stammt aus der Zeitschrift der Deutschen Geologischen Gesellschaft 92 (1940), Porträt auf nicht nummerierter Tafel zwischen Tafel 6 und Seite 205. Die retuschierte Version des Bildes findet sich in Carlé, Stammbaum (1988), S. 339. Für die Unterstützung bei der Suche nach dem Originalbild danke ich Frank Förster (BGR Hannover). Die Bezeichnung „Entnazifizierung der eigenen Geschichte“ geht zurück auf Helmut Maier, der auf ein ähnliches Beispiel am Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung verweist. Maier, Forschung (2007), S. 958 f.

Auch Carlés Blick auf andere Stille-Schüler war getrübt. Von Krejci-Graf berichtete er lediglich, dass ihn der Zweite Weltkrieg wieder „in rumänischen Erdölgebieten“ gesehen habe.⁸⁹ Dass Walter Schriel nach 1945 in Ungnade gefallen war, da er sich „als Berater der SS“ hervorgetan und „zu denjenigen Nazis“ gehört hatte, „die für unser Unglück voll mitverantwortlich“ waren,⁹⁰ nahm Carlé nicht zu Kenntnis: „Er mag ab und an einige parteipolitische Töne von sich gegeben haben“, dieselben seien aber „im Prinzip belanglos“ gewesen. So zeigte Carlé noch im Jahr 1988 kein Verständnis dafür, dass „dem verdienstvollen Forscher Schriel“ nach 1945 in Göttingen Hausverbot erteilt und ihm der Lehrstuhl entzogen worden war.⁹¹ Über Hans Joachim Martini („HANJO“), um ein weiteres Beispiel zu nennen, hielt Carlé fest, dass dieser als Leiter der Geologischen Abteilung beim ‚Reichsprotector für Böhmen und Mähren‘ zum Einsatz gekommen sei. Martinis Auftrag sei aber nicht nur fachlicher, sondern auch „diplomatischer“ Natur gewesen, denn er habe die Aufgabe gehabt, „die tschechischen Geologen ‚gleichzuschalten‘“. Wie Carlé feststellte, lief in Prag „alles sehr behutsam, doch ganz anders, als es die Parteifunktionäre erwarteten“. Dass alles gleichsam unbemerkt „von den örtlichen Machthabern“ geschehen sei, sei „allein dem diplomatischen Geschick“ Martinis zu verdanken gewesen.⁹² Damit erzeugte Carlé den Eindruck, dass der SS-Untersturmführer Martini ganz andere Interessen verfolgte, als ‚die Machthaber‘ in Prag, zu denen der Geologe nicht zu gehören schien.⁹³

Kritischer als ihre westdeutschen Kollegen setzten sich die Geologen in der DDR mit der NS-Vergangenheit der PGLA bzw. des RfB auseinander. Dabei distanzieren sie sich davon, dass der Westen „mit einer eigenartigen Selbstverständlichkeit“ seinen „Anspruch auf eine ungebrochene Traditionslinie“ von der PGLA in Berlin bis zur BGR in Hannover beschwor, sich aber über die NS-Zeit ausschwig.⁹⁴ Wie Peter Kühn und Fritz Rohrbeck betonten,

89 Carlé, Stammbaum (1988), S. 237.

90 Vermerk von Wilhelm Wolff (Geologe an der Deutschen Geologischen Landesanstalt, Ost-Berlin), 6.8.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unp. Vgl. auch Bentz an Julius Versé (Loewenich, Bezirk Köln), 5.8.1946, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. 20489–20490 unp. (Ich danke Karsten Linne für den Hinweis.)

91 Carlé, Stammbaum (1988), S. 344.

92 Ebd., S. 421f.

93 Die hier zutage tretende Form der Vergangenheitsversenkung lässt das Verdikt Dana Gieseckes und Harald Welzers, nach dem angesichts der inzwischen bekannten Verbrechen des Nationalsozialismus „der Erkenntniswert des einzelnen Falles inzwischen gegen null“ tendiere, fraglich erscheinen. Denn gerade am konkreten Einzelfall ist es einfacher, den Wahrheitsgehalt der bestehenden institutionellen Erinnerungskultur kritisch zu hinterfragen. Assmann, Unbehagen (2020), S. 107. Die jüngste Behördengeschichtsschreibung hat zuletzt im Kontext der Zwangsarbeitsforschung die institutionelle mit der individuellen (Mit-)Verantwortung methodisch verknüpft. Vgl. Marx, Verantwortung (2019), S. 279–311.

94 Kamps, Bildung (1987), S. 148. Der Osten nahm für sich in Anspruch, „mit der Abschaffung des Kapitalismus zugleich auch die Ursachen des Nationalsozialismus beseitigt und somit konsequenter und radikaler mit der NS-Vergangenheit gebrochen“ zu haben, als dies im Westen geschehen war. Herf, Auseinandersetzung (2021), S. 38.

fühlten sich die Geowissenschaftler der DDR dieser Tradition nicht verpflichtet.⁹⁵ Autoren wie Hans-Jürgen Kamps vom Zentralen Geologischen Institut in Ost-Berlin hoben 1987 hervor, dass sich die PGLA/RfB den „faschistischen Zielsetzungen angepasst“, „an exponierter zentraler Stelle maßgeblich an der Realisierung des Vierjahresplanes zur unmittelbaren Kriegsvorbereitung und schließlich an der Ausplünderung der überfallenen Länder direkt beteiligt“ habe.⁹⁶ Aber ähnlich wie im Westen blieb das individuelle Handeln einzelner Geologen auch hier ein weitgehendes Tabu, denn auch hier richtete sich der Blick vor allem auf den „Drahtzieher“ Wilhelm Keppler.⁹⁷ So sucht man Auseinandersetzungen über die NS-Vergangenheit führender Staatsgeologen der DDR wie etwa Fritz Deubel oder Kurt Pietzsch vergeblich. Allerdings verwies Hanns-Heinz Kasper in seiner 1974 in Dresden vorgelegten Dissertation zur „Erdölgewinnung Deutschlands in der Zeit von 1933–1945“ auf den Anteil des ‚bürgerlichen Wissenschaftlers‘ Alfred Bentz beim 1939 „forcierten Ausbau der Erdölgewinnung im Reichsgebiet und in Österreich“. So habe dieser den „Mob-Plan“ festgelegt, der auf eine „Förderung ohne Rücksicht auf die Lagerstättenverhältnisse“ ausgerichtet gewesen sei.⁹⁸

Die bestehenden Desiderate der Aufarbeitung der NS-Wissenschaftsgeschichte wurden erst nach der deutschen Wiedervereinigung „von einer größeren Zahl jüngerer Historikerinnen und Historiker in Ost und West als besonders eklatant wahrgenommen“.⁹⁹ Anders als die älteren Darstellungen, nach denen ‚die Wissenschaft‘ im Kern ‚gesund‘ geblieben sei, gelangten nun viele Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass die Beziehungen zwischen dem NS-Regime und den akademischen Eliten viel enger waren, als lange Zeit angenommen. Es wurde auch deutlich, dass die Nationalsozialisten trotz zweifellos bestehender antiintellektueller Vorbehalte keineswegs wissenschaftsfeindlich waren, denn auch ihnen war die Relevanz der Wissenschaft für die Durchsetzung ihrer politischen, wirtschaftlichen und vor allem militärischen Ziele bewusst.¹⁰⁰ Großprojekte zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Deutschen Forschungsgemeinschaft im ‚Dritten Reich‘ arbeiteten zudem heraus, dass das NS-Regime günstige Rahmenbedingungen zur Förderung von Wissenschaft und Forschung schuf.¹⁰¹ Diese Art von ‚Behörden-Geschichte‘ hat in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen, da sie es erlaubt, die Bedeutung und Handlungsspielräume von Institutionen innerhalb des

95 Kühn/Rohrbeck, Landesanstalt (1987), S. 34.

96 Kamps, Bildung (1987), S. 152 f.

97 Ebd., S. 151; Kühn/Rohrbeck, Landesanstalt (1987), S. 26–37.

98 Kasper, Erdölgewinnung (1974), S. 69, 75. „Mob-Plan“ steht für „Mobilisierungs-Plan“, was auf den direkten Kriegsbezug der Planungsarbeit von Bentz verweist.

99 Maier, Kurzgutachten (2017), S. 5.

100 Vgl. Grüttner/Hachtmann, Wissenschaften (2010), S. 143; Hachtmann, Forschen (2009), S. 208–210.

101 Vgl. Maier, Forschung (2007); Hachtmann, Wissenschaftsmanagement (2007); Orth/Oberkrome (Hg.), Forschungsgemeinschaft (2010); Wagner, Notgemeinschaften (2021).

NS-Herrschaftsapparates abzuschätzen.¹⁰² Diese Arbeiten führten dazu, dass das lange vorherrschende Narrativ zur NS-Wissenschaftsgeschichte, das „dem Pejorativum der ‚grotesken Ineffizienz‘ des NS-Staates“ folgte, überholt ist und durch neue Ansätze kritisch hinterfragt wird.¹⁰³ Zudem haben jüngste Untersuchungen zu Herrschaft und Verwaltungshandeln im Nationalsozialismus („Neue Staatlichkeit“) neue Perspektiven auf die Binnenstruktur, die Herrschaftsmechanismen und Mobilisierungseffekte der NS-Diktatur aufgezeigt.¹⁰⁴

Diese Impulse wirkten zum Teil auch auf die geohistorische Forschung. So befassten sich seit der Wende verschiedene Arbeiten mit der Geologie in der Zeit des Nationalsozialismus¹⁰⁵, mit der Ölpolitik des NS-Regimes und der darin involvierten Geologen von PGLA und RfB¹⁰⁶, mit der Wehrgeologie und dem „Kampf in der Lithosphäre“¹⁰⁷, mit dem Aufstieg der Mikropaläontologie im Kontext der NS-Autarkie- und Rüstungspolitik¹⁰⁸, mit einzelnen Geologinnen und Geologen¹⁰⁹ oder Geowissenschaftlern, die zu Opfern der NS-Rassen- und Vernichtungspolitik wurden.¹¹⁰ Gleichwohl blieben Untersuchungen zur institutionellen Verfasstheit geologischer (Ressort-)Forschung selten.¹¹¹ Eine Ausnahme bilden hier Studien, die sich mit den Entwicklungen in Österreich, insbesondere mit der Geschichte der Geologischen Bundesanstalt in Wien befassen.¹¹² Im Zuge des von der Unabhängigen Geschichtskommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) und seiner Vorgängereinstitutionen 2016 vorgelegten Abschlussberichtes¹¹³ empfahl das BMWi, im Rahmen der historischen

102 Malich, Wissenschaftsgeschichte (2018), S. 395–398.

103 Maier, Wissenschaft (2023), S. 43.

104 Vgl. etwa Gruner/Nolzen (Hg.), Bürokratie (2001); Hachtmann/Süß (Hg.), Kommissare; Reichardt/Seibl (Hg.), Staat (2011); Werner (Hg.), Mobilisierung (2013); Hachtmann, Wilhelminismus (2023). Zur Kritik am Konzept der „Neuen Staatlichkeit“ vgl. Eden/Marx/Schulz, Verwaltungen (2018), S. 491 (Anm. 13); Günther, Verwaltungsstaat (2025), S. 18 f., 125 f.

105 Vgl. Guntau, Aspekten (2002), S. 125–150; Kölbl-Ebert, Geology (2017), S. 63–100.

106 Vgl. Kockel, Geologie und Krieg (1994); ders., Geologie (2003); ders., Ölpolitik (2005); Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 15–244; Eichholtz, Ölpolitik (2010); Kölbl-Ebert, German petroleum geologists (2018), S. 391–407; Toprani, Oil (2019); ders., Answer (2014), S. 949–973; Koppensteiner/Häusler, Kaukasus-Öl (2021), S. 77–102.

107 Willig, Minierkrieg (2023), S. 22; ders., Wilfried von Seidlitz (2008), S. 64–92; Häusler, Development (2000), S. 141–158; ders., Wehrgeologie (1995); Rose/Häusler/Willig, Comparison (2000), S. 107–140.

108 Vgl. Rooff, Erdölförderung (2016), S. 230–267; ders., Altreich (2018), S. 224–244.

109 Vgl. Seibold/Seibold, Alfred Bentz (2002), S. 1081–1093; Mohr/Vogt, Geowissenschaftlerinnen (2003), S. 53–69; Daber, Lebenslauf (2004), S. 33–38; Głazek/Znosko, Roland Brinkmann (2004), S. 55–78; Fischer, Hans Jüngst (2017); Hoppe, Max Pfannenstiel (2020); Grebing, Wilhelm Haack (2020), S. 87–97.

110 Vgl. Guntau, Aspekten (2002), S. 126–133; Hoppe/Hoppe, Geowissenschaftler (2018).

111 Für die Geowissenschaften an der Universität Leipzig vgl. Börngen/Jacobs, Geowissenschaften (2008), S. 1285–1308.

112 Vgl. Danner, Forschungen (2014), S. 43–148; ders., Geologen (2015); Thaler u.a., Bergwetter (2018); Mertz, Haidinger-Medaille (2020), S. 359–408.

113 Vgl. Abelshauser u.a. (Hg.), Wirtschaftspolitik Bd. 1–4 (2016). Vgl. zudem Scholtyssek, Behörde (2013), S. 101–127; Löffler, Mahlstrom (2018), S. 87–107.

Aufarbeitung der Rolle oberster Bundesbehörden und ihrer Vorläufer in der NS-Zeit und der frühen Bundesrepublik,¹¹⁴ auch die Erforschung der Geschichte weiterer nachgeordneter Behörden des BMWi anzustoßen.¹¹⁵ Die Wahl fiel dabei auf die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM), die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) und die BGR, deren Vorgeschichten jeweils bis in das Deutsche Kaiserreich zurückreichen. Wie beim Geschichtsprojekt zum BMWi stellte sich schnell heraus, „dass einer Untersuchung mit historischer Tiefenperspektive“ zurück bis in den Ersten Weltkrieg „der Vorzug“ vor einer „potentiell kontextverkürzenden Beschränkung auf die NS-Zeit“ zu geben war.¹¹⁶ Der weit über die NS-Zeit hinaus angelegte diachrone Längsschnitt richtete sich darüber hinaus auch auf die Zeit nach 1945 und die Entwicklungen in beiden deutschen Staaten, um den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den einzelnen ‚Häusern‘ auszuloten.

Vor allem an der Aufarbeitung der BGR-Geschichte bestand ein reges öffentliches Interesse, nachdem verschiedene Presseberichte auf „die braune Vergangenheit“ namhafter staatlicher Geologen wie Alfred Bentz, Hans Joachim Martini oder Gerhard Richter-Bernburg hingewiesen hatten.¹¹⁷ Die Erwähnung der drei Wissenschaftler erfolgte sicher nicht zufällig, bekleideten sie doch nacheinander das Amt des Präsidenten der Bundesanstalt für Bodenforschung, der Vorgängerin der BGR. Hinzu kam, dass die Rolle von Martini und Richter-Bernburg bei der Entscheidung zur Atommülllagerung (Endlager Asse) zunehmend kritisch hinterfragt und eine Verbindungslinie von der Untertageverlagerung am Ende des Zweiten Weltkrieges hin zur Endlagerung radioaktiven Materials vermutet wurde.¹¹⁸ Der Bundestagsabgeordnete Hubertus Zdebel (DIE LINKE) veröffentlichte nicht nur Originaldokumente, die die NS-Vergangenheit Martinis belegten, sondern forderte Aufklärung darüber, welche Rolle „führende Geologen und spätere Präsidenten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)“ wie Bentz, Martini und Richter-Bernburg „in der Zeit des Nationalsozialismus und im Zweiten Weltkrieg“ spielten.¹¹⁹ Eine 2016 von Zdebel und Fraktionskollegen eingebrachte „kleine

114 Vgl. Mentel/Weise, Behörden (2016); dies., NS-Vergangenheit (2017).

115 So der Tenor eines vom BMWi Anfang 2017 organisierten Workshops zur Aufarbeitung der Geschichte von Bundesbehörden im Geschäftsbereich des BMWi, an dem der Verfasser teilnahm.

116 Ritschl, Vorwort (2016), S. V.

117 Bauchmüller, Erdöl (2016); Seifert, Spurensuche (2016).

118 Vgl. ebd.; Ehmke, Traditionslinien (2016).

119 Vgl. Zdebel, Dokumente (2016). Im Jahr 2018 wurde durch DIE LINKE im Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt eine Straßenumwidmung vorgenommen. So sollte der „Martinihof in Davenstedt“ fortan nicht mehr nach Hans Joachim Martini, sondern nach dem Geologen Carl Christian Martini benannt werden. Vgl. Stadtbezirksratsfrau Julia Gramel (DIE LINKE) an Bezirksbürgermeister Rainer Göbel im Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt betr. Änderungsantrag gemäß §§ 12 und 32 der GO des Rates der LHH zu Drs. 15-2918/2017 (Drucks. Nr. 15-2918/2017 N1), 18.1.2018, in: [https://e-government.hannover-stadt.de/lhhsimwebdd.nsf/ACF80BF48FC395CAC12582270021CEE/\\$FILE/Druckversion.pdf](https://e-government.hannover-stadt.de/lhhsimwebdd.nsf/ACF80BF48FC395CAC12582270021CEE/$FILE/Druckversion.pdf), eingesehen am 6.9.2024).

Anfrage“ an den Deutschen Bundestag forderte darüber hinaus, das Verhältnis zwischen der BGR und dem von der Industrie gegründeten „Hans-Joachim-Martini-Fonds“ (ab 1987 Hans-Joachim-Martini-Stiftung) offenzulegen.¹²⁰

Der durch die Öffentlichkeit evozierte Druck zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit gab einen wichtigen Impuls für die Genese des BMWi-Verbundvorhabens zur „Geschichte der dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie nachgeordneten Behörden (BAM, PTB, BGR) während der NS-Zeit und der Nachkriegszeit“, zu dem die vorliegende Untersuchung gehört. Sie soll beantworten, in welchem Umfang die Vorgängerinstitutionen der BGR in die Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs, in die Umstellung auf die Kriegswirtschaft, in die Ausbeutung der besetzten Gebiete und in die Ausbeutung von Menschen durch Zwangs- und Sklavenarbeit involviert waren. Wie, so ist weiter zu fragen, gestaltete sich der Einfluss der Ministerialverwaltung und der Politik auf die Arbeit der Geologischen Dienste vor und während des Krieges? Ebenso stellt sich die Frage, ob es Anzeichen widerständischen Verhaltens gegen den NS-Staat gab. Um die Bedeutung geologischer Ressortforschung an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Administration und Politik sowie ihre Instrumentalisierung für die Zwecke der Reichs- und Landesregierungen ausloten zu können, richtet sich der Blick zudem auf die konkrete Forschungsarbeit in den Landesämtern bzw. im RfB und seinen Zweigstellen. Ausgehend vom Ersten Weltkrieg geht es um die Beantwortung der Frage, welche konkreten Beiträge die Staatsgeologen zur Lösung militärischer und kriegswirtschaftlicher Probleme leisteten und welche langfristigen Folgen die Erfahrungen des Krieges auf die inhaltliche Ausrichtung geologischer Facharbeit hatten? Da der Erste Weltkrieg wegweisende Impulse für die geologische Forschung freisetzte (Erdölgeologie, Geophysik), geht es auch um den Anteil ‚unserer Häuser‘ an der Theorie- und Methodenentwicklung innerhalb der geowissenschaftlichen Disziplinen. Denn da zwischen Wissenschaften und Staat stehend, verstanden sie es, interorganisational zu agieren, also Leistungserwartungen sowohl „gegenüber den Wissenschaften als auch gegenüber dem Staat oder der Wirtschaft zu erfüllen“.¹²¹ Dieses Spannungsverhältnis zwischen disziplinimmanenter Forschungslogik und staatlicher Wissenschafts- und Technologiepolitik hat für die vorliegende Untersuchung in zweifacher Hinsicht Bedeutung. Denn seine Analyse soll dazu beitragen, die Diskrepanz zwischen der „tödlichen Effizienz“ des NS-Wissenschafts- und Innovationssystems und der von den Beteiligten nach 1945 erhobenen Behauptung, lediglich „unpolitische Grundlagenforschung“ betrieben zu haben, aufzuzeigen.¹²²

120 Vgl. Kleine Anfrage der Abgeordneten Hubertus Zdebel, Caren Lay, Herbert Behrens, Eva Bulling-Schröter, Birgit Menz, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE betr. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und Hans-Joachim-Martini-Fonds und -Stiftung, in: Deutscher Bundestag 18. Wahlperiode, Drucksache 18/9732 vom 21.9.2016.

121 Vgl. Philipps, Orientierungen (2018), S. 34 f.

122 Vgl. Maier, Verantwortung (2004). Die Zuschreibung der „tödlichen Effizienz“ des NS-Systems geht auf Wolfgang Reinhard zurück. Siehe Reichhardt/Seibel, Radikalität (2011), S. 10 (Anm. 11).

Der letzte Aspekt verweist auf einen weiteren wichtigen Gegenstand der Untersuchung, der sich mit den Aktivitäten der Geologen in den besetzten Gebieten und ihrem Anteil an der Ausbeutung von Menschen durch Zwangs- und Sklavenarbeit befasst. Um den Grad individueller Belastungen festzustellen, markiert die Auswertung biographischer Unterlagen einen weiteren Schwerpunkt der Untersuchung. Zwar geht es dabei auch um eine statistische Erhebung, um die Zahl von ‚NS-Mitgliedschaften‘ unter den Beamten, Angestellten und Arbeitern der geologischen Dienste zu ermitteln. Die Analyse erschöpft sich aber nicht in eindimensionaler ‚Nazizählerei‘, sondern versucht auch, die Geologen in ihren politischen Milieus vor und nach 1933 zu verorten und am Beispiel einzelner Vertreter konkrete Aussagen über ihre ‚NS-Verstrickung‘ oder ihre Rolle als Opfer der NS-Exklusionspolitik zu treffen.

Methodische Überlegungen

„Ressortforschungseinrichtungen stellen einen bedeutenden Teil der außeruniversitären Forschungslandschaft dar und reihen sich funktional in die wissenschaftlich-politikberatenden Institutionen ein“, denn dem Staat erwächst „durch sie eine besondere wissenschaftliche Handlungs- und ‚Beurteilungskompetenz‘“. ¹²³ Von ihm veranlasste Institutionalisierungen in bestimmten Themenfeldern verweisen auf einen dort bestehenden oder vermuteten „langfristigen Handlungs- und Regulierungsbedarf“. ¹²⁴ Daher sind auch Institute der Ressortforschung ein Beleg für die „Konvergenz von Durchstaatlichung wissenschaftlicher Rationalitätspotentiale und einer Verwissenschaftlichung staatlicher Legitimation“. ¹²⁵ Die Ressortforschung stellt demnach „nicht nur eine Brücke zwischen Wissenschaft und Ministerialverwaltung dar, sondern verbindet wissenschaftliches und politisches System in institutioneller Form“. ¹²⁶

Zur Analyse der Beziehungen von ‚Institution und Politik‘ eignen sich Untersuchungen, die Institutionen „nach ihrer Struktur, Funktion und ihrem Sinnverständnis“ befragen. ¹²⁷ Anders als die traditionelle Politik- und Institutionengeschichte in Form staatsorientierter, überindividueller Behörden- und Verwaltungsgeschichte konzentriert sich die kulturwissenschaftlich orientierte ‚moderne‘ Institutionengeschichte stärker auf das „Verstehen von Innen“, auf die in ihnen tätigen Menschen, ihre soziale und politische Praxis. ¹²⁸ Institutionen können demnach nur im Zusammenspiel mit ihrer Umwelt begriffen

123 Weilert, Ressortforschung (2022), S. 1.

124 Stach, Nationalitätenpolitik (2024), S. 17.

125 vom Bruch, Wissenschaft (2000), S. 38.

126 Weilert, Ressortforschung (2022), S. 6.

127 Vgl. Blänkner, Überlegungen (1994), S. 88. Weil der Ansatz der ‚neuen‘ Institutionengeschichte lohnend und auf verschiedene Organisationen anwendbar erscheint, entstanden die folgenden Ausführungen in Analogie zu den methodischen Überlegungen in Flachowsky, Zeughaus (2018), S. 36 f. und ders., Stadt (2021), S. 19 f.

128 Blänkner, Überlegungen (1994), S. 99 f., 102, 104. Siehe auch Böick/Schmeer, Kreuzfeuer (2020), S. 24 f.

werden, in der sie ihre Relevanz unter Beweis stellen müssen.¹²⁹ Die Bedeutung einer Institution wird durch eine Reihe von Gebräuchen bestimmt, etwa tradierte Rechts- und Politikvorstellungen, ethische Verhaltensnormen eines Gemeinwesens, weltanschauliche Standpunkte oder den durch bestimmte Kodizes „abgesteckten Rahmen der ‚politischen Kultur‘ eines Landes“.¹³⁰

Das „Wesen einer Institution“ ist aber nicht nur über die Beschreibung formaler Organisationsstrukturen, Verwaltungsabläufe und politischer Handlungsmaximen zu erfassen. Wichtig ist es auch, die einer Institution eigenen komplexen, außernormativ-informellen Bereiche interner Handlungslogik festzustellen. Auf diese Weise gewinnt man nicht nur Einblick in die ‚institutionelle Wirklichkeit‘ und Wirksamkeit von Institutionen, die Untersuchung der spezifischen „Verwaltungskultur“ eröffnet ebenso die Chance festzustellen, welche Erfahrungen und Sichtweisen das Handeln der in den Institutionen Beschäftigten prägten.¹³¹

Da derartige den Betrieb einer Behörde maßgeblich bestimmenden Binnenverhältnisse auch hier eine zentrale Rolle spielen, handelt es sich bei der vorliegenden Geschichte der geologischen Ressortforschung auch um eine „Organisationsstudie“, die auf interne Strukturen, Verwaltungsabläufe und Protagonisten, gleichzeitig jedoch auch auf die Herrschaftsverhältnisse und politisch-gesellschaftlichen Bedingungen schaut, die ebenfalls Einfluss auf das Verwaltungshandeln der Akteure hatten.¹³² Zu diesem Zweck werden die geologischen Dienste Deutschlands hier nicht nur im Hinblick auf ihre Struktur untersucht, sondern auch ihre Beziehungen zu politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Akteuren, insbesondere dem Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe und dem Reichswirtschaftsministerium (RWM) analysiert.¹³³

Angesichts der Vielzahl der in Deutschlands geologischen Diensten tätigen Personen erschien es zudem sinnvoll, sich in der vorliegenden Untersuchung auf die „Akzentuierung einzelner Akteure“ zu konzentrieren, zumal „eine Verengung der Perspektive auf institutionelles Handeln die Rolle einzelner Personen“ zu überdecken drohte.¹³⁴ Da Institutionen den Rahmen für individuelles Handeln bilden, erscheint der biographische Zugang geeignet, die Rolle und Wirkung menschlichen Agierens in Institutionen aufzuzeigen.¹³⁵

129 Vgl. Rau, Nationalbibliothek (2018), S. 18.

130 Löffler, Institutionengeschichte (2007), S. 162 f.; Eden/Marx/Schulz, Verwaltungen (2018), S. 490. Neuere kulturgeschichtliche Ansätze stellen „die Frage nach Entscheidungsinhalten und maßgeblichen Entscheidungsträgern durch stärkere Berücksichtigung von Prozessen, Strukturen, Symbolen und Deutungen“. Günther, Verwaltungsstaat (2025), S. 11.

131 Löffler, Institutionengeschichte (2007), S. 157, 168; Luttenberger, Verwaltung (2013), S. 30. Zu „informellen Kommunikations- und Einflussstrukturen“ im NS-Staat siehe Reichardt/Seibel, Radikalität (2011), S. 16. Zum Begriff der Verwaltungskultur und seinem Nutzen für die Analyse von Behördenhandeln vgl. zuletzt Günther, Verwaltungsstaat (2025), S. 11 f.

132 Hachtmann, Wilhelminismus (2023), S. 24; Günther, Verwaltungsstaat (2025), S. 16.

133 Luttenberger, Verwaltung (2013), S. 29.

134 Stach, Nationalitätenpolitik (2024), S. 18.

135 Vgl. ebd., S. 18 f.

So dienen die Biographien und schriftlichen Überlieferungen von Staatsgeologen und wichtigen Vertretern der Ministerialverwaltung in dieser Untersuchung „als Sonden“, um das Innere der Geologischen Landesämter und der Wirtschaftsministerien „auszuleuchten“ und zu entschlüsseln. Denn auch sie blieben von den äußeren gesellschaftlichen Konstellationen nicht unberührt, auch bei ihnen „schrieben sich die beiden Weltkriege sowie die Krisen und Umbrüche ‚dazwischen‘ unmittelbar ein“ und prägten ihr „Denken und auch die politisch-moralische Haltung, ihr Fühlen und Handeln“.¹³⁶

Diese Kontextualisierung hilft, die Geologen nicht nur als „ausführende Organe der Verwaltungsmaschinerie“ anzusehen, sondern konkret festzustellen, wie und wo sich ihr Einfluss im Verwaltungshandeln ihrer Behörde bemerkbar machte.¹³⁷ Auf diese Weise ist es möglich, die Interdependenz biographisch geprägter Handlungsmuster und institutioneller Sachzwänge herauszuarbeiten. Darüber erlaubt es dieser Zugriff auch, die Netzwerke und Querverbünde zu analysieren, in denen sich unsere Protagonisten bewegten und auf diese Weise dazu beitrugen, die Teilsysteme Wissenschaft, Wirtschaft, Staat und Militär miteinander zu verbinden.¹³⁸ So gesehen knüpft die vorliegende Untersuchung auch an die Überlegungen der jüngeren wissenschaftsgeschichtlichen Forschung an, die davon ausgehen, dass sich Institutionen als „wissenshistorische Gegenstände“ besonders gut für eine „Vernetzungs- und Beziehungsgeschichte“ eignen.¹³⁹ Der Blick auf die geologische Ressortforschung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts scheint dabei besonders geeignet „Mikrogeschichten des Wissens mit makrohistorischen Prozessen“ zu verbinden. So nimmt die vorliegende Untersuchung nicht nur „langfristige Zeitverläufe“ sowie Entstehungs-, Verbreitungs- und Zirkulationswege wissenschaftlichen Anwendungswissens in den Blick, sondern ebenso auch „Machtbeziehungen und politische Einflussbereiche“.¹⁴⁰

Dem diachronen Ansatz des Gesamtprojekts folgend unterteilt sich die folgende Darstellung in vier größere Kapitel, die der Entwicklung der geologischen Ressortforschung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, in der Weimarer Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus nachgehen.

Zwar bilden die zwölf Jahre der NS-Diktatur den zeitlichen Schwerpunkt. Eine Fokussierung auf die NS-Zeit rief jedoch die „Gefahr einer Verinselung“ herbei, durch die manches vielleicht als ‚NS-spezifisch‘ gekennzeichnet zu werden drohte, was sich erst im historischen Längsschnitt als langfristig wirkende habituelle Disposition und Kontinuitätslinie erweist.¹⁴¹ Den Auftakt bildet die Rolle der staatlichen Geologie im Ersten Weltkrieg, der einem „Kampf um topographische Positionen“¹⁴² und deswegen auch einer ersten Be-

136 Hachtmann, *Wilhelminismus* (2023), S. 22.

137 Luttenberger, *Verwaltung* (2013), S. 30.

138 Vgl. Stach, *Nationalitätenpolitik* (2024), S. 19.

139 Malich, *Zukunft* (2018), S. 396.

140 Ebd., S. 397 f.; Gärditz, *Hoflieferanten* (2023), S. 67.

141 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement* (2007), S. 73; ders., *Wilhelminismus* (2023), S. 44.

142 MacLeod, *Kriegsgeologen* (1995), S. 447.

währungsprobe für die noch junge Disziplin und ihre Vertreter gleichkam und der sie sich mit Vehemenz stellten. Im dritten Kapitel geht es um die Verortung staatlicher geologischer Forschung im krisengeschüttelten, 'überforderten' Staatswesen der Weimarer Republik.¹⁴³ Ausgehend von den dramatischen politischen Umwälzungen im Winter 1918/19 soll die Frage beantwortet werden, was für ein Verhältnis die Mitarbeiter 'unserer Häuser' zum Weimarer Staat fanden. Darüber hinaus geht es um die Lehren, die Wissenschaft, Staat und Industrie aus dem Krieg zogen und welche Folgen dies auf die Tätigkeit und das Selbstverständnis der Staatsgeologen hatte.

Der Krieg löste aber auch innerhalb der Geologie wirkmächtige Impulse aus, die ihr wissenschaftliches Spektrum um weitere wichtige Teildisziplinen (Erdölgeologie und Geophysik) erweiterten. Gerade hier wird deutlich, dass sich Ressortforschung vor dem Hintergrund der Daseinsvorsorge auch an wirtschaftlichen Leitsektoren orientiert. So wie die Eisenbahn im 19. Jahrhundert als ein wichtiger Leitsektor der Industrialisierung gilt, könnte auch der frühen Motorisierung am Vorabend des Ersten Weltkrieges eine ähnliche Bedeutung zukommen, da sich mit ihr ein massiver Bedarf an flüssigen Treibstoffen (Mineralöle, Synthesebenzin) einstellte, der auch zur Herausbildung neuer Forschungsrichtungen und -einrichtungen führte. Die Untersuchung wird zeigen, welche Rolle die geologischen Dienste auf diesen neuen Feldern (Erdöl) spielten, vor allem, wie hoch ihr Anteil am innerfachlichen Diskurs sowie an der Methodenentwicklung und Theoriebildung war. Darüber hinaus wird es um nationale und internationale Kooperationsverhältnisse auf dem Gebiet geologischer Forschung gehen, die u.a. auch dazu beitrugen, die internationale Isolation der deutschen Wissenschaft nach dem Ersten Weltkrieg erstaunlich früh zu überwinden.

Die Kapitel vier und fünf wenden sich mit der Zeit des Nationalsozialismus dem eigentlichen Schwerpunkt der Untersuchung zu. Im vierten Kapitel geht es um die Zeit von der Machtübergabe an die Nationalsozialisten bis zum Vorabend des von ihnen ausgelösten Zweiten Weltkrieges. Es liegt auf der Hand, dass den Wissenschaftlern der geologischen Landesanstalten angesichts ihres Staatsauftrags und der von der NS-Regierung zum wirtschaftspolitischen Mantra erhobenen Utopie einer Autarkie auch nach 1933 eine Schlüsselrolle zukam. Daher steht in Anlehnung an neuere Befunde der NS-Wissenschaftsgeschichte auch hier die Frage im Raum, in welcher Weise die kriegs- und rüstungsrelevanten geologischen Dienste vom Staat in Anspruch genommen wurden, welche Kompetenzen sie daraus ableiteten und in wie weit sie vom Beratungs- und Informationsbedarf des NS-Regimes profitierten. Gleichzeitig ist auszuloten, ob die Geologen mit den NS-spezifischen Sonderinstanzen (z.B. Vierjahresplanorganisation) kooperierten oder vielleicht auch in Konkurrenz traten. Neben der Betrachtung politischer und ökonomischer Konstellationen und Rahmenbedingungen wird es auch um die innere Entwicklung der geologischen Landesämter gehen, so etwa um die Personalpolitik, die im Gegensatz

143 Vgl. Büttner, Weimar (2010).

zur Zeit vor 1933 unter völlig veränderten Prämissen stand. Wie schon in den beiden vorhergehenden Kapiteln zum Ersten Weltkrieg und zur Weimarer Republik richtet sich der Blick schließlich auch hier auf die praktische Tätigkeit der Geologen, um ihren Beitrag an der Realisierung der von der Regierung vorgegebenen Ziele festzustellen, die im Kern auf die Schaffung eines ‚autarken Wehrstaates‘ und die Vorbereitung eines Vernichtungskrieges hinausliefen.¹⁴⁴

Im Fokus des abschließenden fünften Kapitels steht der Zweite Weltkrieg, den die Deutschen mit ihrem Überfall auf Polen 1939 vom Zaun brachen. Zwar geht es zunächst um die Folgen des Krieges an der so genannten ‚Heimatfront‘, einen wesentlichen Schwerpunkt der Untersuchung markiert jedoch die Beantwortung der Frage, in wie weit die Staatsgeologen in die Ausplünderung der besetzten Gebiete und die Ausbeutung von Menschen durch Sklaven- und Zwangsarbeit involviert waren. Zu diesem Zweck richtet sich der Blick auf die Tätigkeit von Geologen in verschiedenen Besatzungsverwaltungen. Darüber hinaus wird anhand der beiden ‚kriegswichtigen‘ Rohstoffe Glimmer und Erdöl gezeigt, welchen Anteil die Geologen an der Umstellung auf die Kriegswirtschaft, der Ausbeutung der besetzten Gebiete und dem Einsatz von Zwangsarbeitern hatten. Zudem macht der auf Rohstoffe gerichtete Zugriff deutlich, dass gerade auch äußere Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel Kriege, die Relevanz von Rohstoffen bestimmen, was sie zu ‚gesellschaftlichen Ressourcen‘ werden lässt, die wiederum den Status und die Strategien von Berufsgruppen definierten.¹⁴⁵ Einen weiteren Gegenstand der Untersuchung markiert schließlich die Untertageverlagerung rüstungsrelevanter Produktionsstrecken, die auch im Zusammenhang mit dem Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen und für die Entgrenzung des NS-Regimes stand.

Der diachrone Zuschnitt des Gesamtprojekts und die ihm zu Grunde liegenden Fragestellungen setzten voraus, die Analyse auf eine breite Quellengrundlage zu stellen. Trotz zahlreicher Aktenverluste durch den Krieg oder gezielt vorgenommene Aktenvernichtungen in seiner Endphase¹⁴⁶ konnte sich

144 Thomas, Wehrkraft (1939), S. 154.

145 Vgl. Fischer, *Geologie* (2017), S. 19. Beispielhaft der Befund Helmut Maiers, nach dem Kupfer durch den Ausbau der Elektroindustrie zu einer weltweiten „strategischen Ressource“ wurde, was u.a. auch als Legitimierung der Kolonialexpansion der europäischen Großmächte diente. Maier, *Circulations* (2020).

146 Im August 1943 verfügte das RWM beispielsweise die Vernichtung von 1.900 Akten der dem RfB vorgesetzten Bergabteilung, die der Rohstoffgewinnung für die Papierindustrie zu Gute kommen sollten. RWM (Abteilung Bergbau, Oberberghauptmann, OBH) an Regierungsrat Mittelstraß (RWM, Abt. II), 14.8.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30147, Bl. 103; Oberstleutnant d.R. Stoltze (RWM, Abt. II) an die Abteilungsleiter und Referatsleiter der Hauptabteilung II des RWM, 20.7.1943, ebd., Bl. 116. Kann man dies vielleicht noch als normalen Vorgang bezeichnen, so legte die Bergabteilung des RWM im Frühjahr 1945 eine Liste derjenigen Akten an, „die unter keinen Umständen in Feindeshand fallen“ durften „und notfalls zu vernichten“ waren. Übersichten des RWM (OBH) über Akten, die unter keinen Umständen in Feindeshand fallen dürfen, und notfalls zu vernichten sind und über Akten, die zwar von Bedeutung sind, aber in den nächsten Tagen vernichtet werden können, ohne Datum (etwa März 1945), ebd., Bl. 159 f. Im RWM wurde sogar verfügt, „dass bei Eingang des Stichwortes ‚Kolberg‘“ sofort an die Aktenvernichtung gegangen

die vorliegende Untersuchung auf eine große Zahl archivalischer Überlieferungen stützen. An dieser Stelle alle genutzten Archive aufzuzählen verbietet sich, weswegen der Leser auf das Quellen- und Literaturverzeichnis verwiesen sei. Gleichwohl soll hier ein Blick auf die für diese Arbeit wichtigsten Archive nicht fehlen. Dabei ist an erster Stelle das Archiv der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover (BGR-Archiv) zu nennen, das einen für die deutsche Wirtschafts- wie auch für die Wissenschaftsgeschichte gleichermaßen wertvollen Quellenfundus bereithält. Die hier überlieferten Akten geben nicht nur Einblick in das Verwaltungshandeln der BGR-Vorgängerinstitutionen, sondern auch in alle Facetten geologischer Facharbeit und die mit ihnen zusammenhängenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen bzw. bellizistischen Implikationen.

Eine wertvolle Ergänzung hierzu stellten die Überlieferungen im BGR-Schwesterinstitut, dem Sächsischen Geologischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie in Freiberg (GLA Freiberg) dar, dessen Provenienz sich in erster Linie aus der Überlieferung des ehemaligen Sächsischen Geologischen Landesamtes in Leipzig bzw. Freiberg speist und daher für die außerhalb Preußens gelegene Entwicklung wertvolle Informationen bietet. Gleiches gilt für die im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München (BayH-StA) erhaltenen Akten der Geologischen Landesuntersuchung am Bayerischen Oberbergamt München.

Niemand, der sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus beschäftigt, kommt am Bundesarchiv (BArch) vorbei. Vor allem die in Berlin lagernden Bestände der Reichsbehörden bilden die für die Untersuchung notwendige staatliche Gegenüberlieferung ab, ohne deren Berücksichtigung politische, gesellschaftliche und wirtschaftspolitische Entwicklungen unvollständig bleiben. Die Recherche erstreckte sich auf alle einschlägigen Ministerien, Behörden und Dienststellen, die für die geologische Ressortforschung Bedeutung erlangten. Darüber hinaus bildeten die personenbezogenen Überlieferungen des ehemaligen Berlin Document Center (ehem. BDC) eine unverzichtbare Ergänzung für die Biographik.

Weitere für diese Arbeit wichtige Unterlagen entstammen dem Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (BArch-MA Freiburg), so etwa für alle Belange der Wehrwirtschaft, der Militärgeologie und des Westwallbaues sowie dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem (GStA), dessen Überlieferungen für die Geschichte der PGLA bis 1933 zentral sind. Ergänzende Personal- und Sachakten fanden sich u.a. im Bundesarchiv Koblenz

werden sollte. Aus diesem Grund sollte „der Verbrennungsofen (...) stets so vorbereitet sein, dass er nur angezündet zu werden“ brauchte. Vermerk des RWM betr. Vernichtung von Geheimakten, Februar 1945, RGVA Moskau, 1458–3–2239, Bl. 41. Ein Hinweis auf die laufende Vernichtung von Akten im RWM findet sich im Schreiben des Leiters der Hauptabteilung I des RWM an den Staatssekretär des RWM, 21.3.1945, ebd., Bl. 32. Darüber hinaus waren bereits etwa 3.000 Sachakten des RfB 1943 einem Luftangriff auf Berlin zum Opfer gefallen. Präsident des RfB an den Magistrat der Stadt Berlin (Abt. für Bücherei- und Archivwesen), 28.9.1945, GStA, I. HA Rep. 178 B, Nr. 1186, unp.

und Ludwigsburg, im Institut für Zeitgeschichte in München, im Bergarchiv Freiberg, in den Landesarchiven Berlin, Kiel, Hannover, Sigmaringen und Freiburg, im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt, im Staatsarchiv Nürnberg sowie in den Universitätsbibliotheken Freiberg, Leipzig, Rostock und Stuttgart. Die Universitätsbibliothek Freiburg verwahrt das Geologen-Archiv der Geologischen Vereinigung (GAGV), das zahlreiche Nachlässe ehemaliger Staatsgeologen umfasst. In den Überlieferungen der Arolsen Archives fanden sich u.a. Aufstellungen über die beim Reichsamt für Bodenforschung während des Zweiten Weltkrieges beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte.¹⁴⁷ Darüber hinaus wurden in die Recherche auch verschiedene ausländische Archive einbezogen von denen hier vor allem die Nationalarchive in London, Prag und Washington, das ‚Sonderarchiv‘ beim Staatlichen Militärarchiv in Moskau (Rossijski Gosudarstweny Vojenny Archiv, RGVA)¹⁴⁸, die GeoSphere Austria/Department Rohstoffgeologie in Wien (GeoSphere Austria), der Norges Geologiske Undersøkelse Oslo, (NGU Oslo), also das Archiv des Norwegischen Geologischen Dienstes, das Archiv der Montanuniversität Leoben (UAMU Leoben) und das United States Holocaust Memorial Museum in Washington (USHMM, Washington) genannt seien.

Am Ende bietet sich stets die angenehme Möglichkeit, Wegbegleitern, Helfern und Freunden für die Unterstützung bei der Entstehung eines Buches zu danken. Dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz sowie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe bin ich für die finanzielle Förderung des Projektes zu Dank verpflichtet. Dem Leiter des Interdisziplinären Zentrums für Wissenschafts- und Technikforschung an der Universität Wuppertal, Volker Remmert, danke ich dafür, dass er mir als assoziiertem Mitarbeiter für den Zeitraum des Projektes eine Plattform zum Arbeiten bot. Mein Dank gilt auch all jenen Kollegen, die mir mit ihrer kritischen Lektüre verschiedener Kapitel und Telefonseelsorge an vielen Stellen weitergeholfen haben. Das gilt zunächst für die unermüdlichen Projektleiter Helmut Maier (Wuppertal) und Carsten Reinhardt (Bielefeld), deren Lesewut mich immer wieder erstaunt und denen ich für ihre zahlreichen Hinweise und kritischen Anmerkungen überaus dankbar bin. In gleicher Weise danke ich meinen Projektmitstreitern Simon Große-Wilde, Elisabeth Kölmel, Thomas Reuß, Yvonne Schellhorn, Malte Stöcken, Jens Thiel, Matthias Uhl und Vivian Yurdakul. Ein stets offenes Ohr und konstruktive Anregungen fand ich darüber hinaus bei Dieter Hoffmann, Karsten Linne, Rainer Karlsch, Florian Schmaltz, Anne

147 Eine Übersicht über die im RfB während des Zweiten Weltkrieges beschäftigten Ausländer findet sich im Anhang.

148 Zwischen dem Gesamtprojekt und dem Deutschen Historischen Institut (DHI) in Moskau bestand zunächst eine Kooperationsvereinbarung, nach der Mitarbeiter des DHI im Auftrag der Projektgruppe nach Quellen in verschiedenen russischen Archiven suchten. Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 wurden die Suche und der Bezug von Aktenüberlieferungen aus Russland seitens der Projektgruppe eingestellt. Darüber hinaus griff der Autor bei der Auswertung auf Archivalien zurück, die er vor dem Ukrainekrieg selbst in Moskau eingesehen hat.

Sudrow und Willi Oberkrome. Katharina Borowski danke ich für ihre umsichtige Recherche im Bayerischen Hauptstaatsarchiv und im Institut für Zeitgeschichte in München, Susanne Klöck für die Abschrift von Quellen.

Mein Dank richtet sich auch an alle Archive, die trotz des durch „Corona“ bedingten, fast zweijährigen Ausnahmezustandes – von dem auch Archive und ihre Nutzer betroffen waren – alles möglich machten, um den Fortgang des Projekts sicherzustellen. Dies gilt ganz besonders für das Archiv der BGR in Hannover, das sich auf Veranlassung von BGR-Präsident Ralph Watzel vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie überaus entgegenkommend zeigte und seine in Hannover lagernden Akten nicht nur in seine Außenstelle nach Berlin-Spandau sandte, sondern dem einen Steinwurf entfernt lebenden Autor dort zudem einen Büroraum für die Auswertung der Akten zur Verfügung stellte. Den Mitarbeitern des Archivs der BGR bin ich für ihre Hilfsbereitschaft und stoische Gelassenheit ob meiner zahllosen Anrufe und Sonderwünsche sehr dankbar. Dies gilt insbesondere für Andrea Wellermann, Sabine Termer, Nadine Delisle, Peter Esthner, Frank Förster und Christoph Wosniok. Für ihre umsichtige Betreuung und Hilfestellung in der Berliner BGR-Dependance danke ich Christiane Börsel-Langrock, während ich Angela Ehling für ihre instruktive Führung durch die Berliner Sammlung und anregende Gespräche über die Steinbruchkartei danke.

Auch die Archivare und Archivarinnen der anderen Archive standen der BGR in Sachen Hilfsbereitschaft und Engagement in nichts nach. Sie alle aufzuzählen ist nicht möglich, daher seien hier stellvertretend genannt: Sven Schneiderreit vom Bundesarchiv Berlin, Alexander Baumann von Universitätsbibliothek und Archiv der Montanuniversität Leoben, Knut Alstad vom Norges Geologiske Undersøkelse in Oslo, Pavel Dufek vom Nationalarchiv in Prag, Katrin Kleeberg und Gerald Vogt vom Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie in Freiberg sowie Thomas Hofmann vom Archiv der GeoSphere Austria in Wien. Andreas Hoppe und seiner Frau Dorothee danke ich für ihre herzliche Unterstützung und profunde Einführung in das Geologen-Archiv Freiburg, dessen Überlieferungen so manche Überraschung für mich bereithielten.

Wenig überraschend war für meine Frau, dass ich mich während der Entstehungsphase dieses Buches wieder einmal in so tief in die Materie vergraben habe, dass ich vieles von dem, was um mich herum geschah oder mir aufgetragen wurde, nicht wahrnahm. Jetzt am Ende des Grabens gelobe ich (erneut) Besserung. Ich weiß, ohne Dich hätte ich es wieder nicht geschafft. Dafür danke ich Dir von Herzen.

2 Der Krieg der Geologie – Staatsgeologen im Ersten Weltkrieg 1914–1918

Schon vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten im August 1914 hatten deutsche Staatsgeologen ihre Relevanz für das Militär unter Beweis gestellt, da die von ihnen durchgeführten Untersuchungen und Erhebungen auch die Interessen der Streitkräfte, ja sogar Belange der künftigen Kriegsführung berücksichtigten.¹⁴⁹ So befasste sich die Preußische Geologische Landesanstalt in Berlin auf Ersuchen der Eisenbahn-Brigade Schöneberg beispielsweise 1912 mit der verkehrs- und militärlogistisch wichtigen Frage, „an welchen Stellen des Rheins von Basel bis Bingen das Rammen von Pfählen für Brücken- und Pfeilerbauten wegen der im Flussbett vorhandenen Felsbildungen unmöglich“ war.¹⁵⁰ Diese Arbeiten standen im Zusammenhang mit dem von der Eisenbahnabteilung des Großen Generalstabs etwa seit der Jahrhundertwende geforderten Ausbau leistungsfähiger Schienenverbindungen zur deutschen Westgrenze.¹⁵¹ „Zu diesen allgemein als ‚Kanonenbahnen‘ bezeichneten Streckenausbauten im Interesse des Kriegsministeriums“ gehörten unter anderem auch Brücken, so etwa die Rheinbrücke bei Bingen, deren Bauzeit sich von 1913 bis 1915 erstreckte.¹⁵²

Ein paar Jahre zuvor schon hatten sich die Direktoren der geologischen Landesanstalten mit der Aufnahme der Nord- und Ostsee und der Untersuchung des Meeresbodens befasst. Die Beschäftigung mit der submarinen Geologie nahm ihren Ausgang in den Untersuchungen der Internationalen Kommission der Meeresforschung, die für wirtschaftliche, biologisch-zoologische, physikalische und morphologische Fragen gleichermaßen bedeutsam waren. Wie auf der zweiten Direktorensitzung im September 1905 deutlich wurde, war eine „intensivere Bodenuntersuchung des Nord- und Ostseebeckens“ nach Ansicht der Geologen aber „auch für die Navigation, besonders betreffs der Kriegsschiffe“ wichtig.¹⁵³ Bei den Grundwasseruntersuchungen für einzelne Kommunen,

149 Vgl. Kamps, Bildung (1987), S. 150.

150 Eisenbahn-Brigade (Schöneberg bei Berlin) an PGLA, 14.9.1912, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 98, unp.; Gutachten des Landesgeologen August Leppla (PGLA), 7.10.1912, ebd., unp.; Beyschlag (PGLA) an Kgl. Eisenbahn-Brigade, 20.11.1912, ebd., unp.

151 Schon die Reichsverfassung von 1871 hatte festgelegt, dass die Ländereisenbahnen „den Anforderungen des Reiches zum Zwecke der Landesverteidigung entsprechen“ mussten. Hundert Jahre (1938), S. 39.

152 So geht aus dem Tätigkeitsbericht der PGLA für 1912 hervor, dass sie sich u.a. mit der Beratung und Untersuchung von Aufschlüssen verschiedener „Rheinbrücken für Militärzwecke der Strecke Basel-Bingen“ befasst habe. Bericht PGLA für 1912 (1914), S. 608. Zur militärischen Relevanz der Eisenbahn und zu ihrem Einsatz im Ersten Weltkrieg vgl. Kopper, Transport (2020), S. 109. Zur Hindenburgbrücke bei Bingen vgl. Gesellschaft zur Förderung der Rheingauer Heimatforschung e.V.: Die Geschichte der Hindenburgbrücke – 1 (<http://www.rheingauer-heimatforschung.de/d.html>, eingesehen am 23.2.2023).

153 Protokoll über die Versammlung der Direktoren der Geologischen Landesanstalten der

ging es nicht immer allein um städtische Belange, denn die Arbeiten waren ebenso auch für vor Ort befindliche militärische Einrichtungen, wie etwa Kasernen oder Festungsanlagen von Belang.¹⁵⁴ Wichtige „militärische Wasserversorgungsfragen“ waren auch Gegenstand der Untersuchungen der Wiener Staatsgeologen Emil Tietze und Guido Stache, die sich vor dem Krieg mit geologischen Fragen in der Umgebung von Lemberg, Krakau und Pola befassten.¹⁵⁵ Darüber hinaus wirkten Geologen der PGLA schon 1905 als Lehrer an der Militärtechnischen Akademie beziehungsweise als Mitglieder der dortigen Studienkommission.¹⁵⁶



Abb. 3: Die Preußische Geologische Landesanstalt, Invalidenstrasse Berlin.¹⁵⁷

Im Jahr 1910 hatte sich der Direktor der PGLA Franz Beyschlag eingehend mit der ‚Motorentreiböl-Versorgung‘ der deutschen Marine beschäftigt, wobei er auf die hohe Abhängigkeit des Reiches von ausländischen Rohölimporten hinwies.¹⁵⁸ Da sich die bis dahin in Deutschland erschlossenen Ölquellen als

Deutschen Bundesstaaten, 22.9.1905, GStA, I. HA Rep. 87B, Nr. 3028, Bl. 204 (Seitenzählung 1–22, hier S. 20). Vgl. Notwendigkeit (1906), S. 162 f.

154 Vgl. Jentzsch, *Untergrund* (1899), S. 1 f., 13–15, 46, 70 f., 85, 109 f., 147; Bärtling, *Grundzüge* (1916), S. 76.

155 Häusler, *Kriegsgeologie* (2000), S. 26.

156 Um wen genau es sich dabei handelte und welche Fächer bzw. Aufgaben die beiden Geologen an der Akademie vertraten bzw. wahrnahmen, ist unklar. Vgl. *Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für das Etatsjahr 1905* (Anlage Bd. 1, Nr. 8), in: *Staatshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1905*, Berlin 1905, S. 20 f.

157 Aus: Udluft, *Landesanstalt* (1968).

158 Etwa 90 Prozent seines Mineralölverbrauchs musste Deutschland um 1913 durch Importe decken, d.h. bei einem Gesamtverbrauch von 1,42 Millionen Tonnen wurden 1,3 Millionen Tonnen eingeführt. Zwei Drittel der Lieferungen stammten aus den USA, ein Drittel aus Galizien und Rumänien. Während das Leuchtöl etwas mehr als die Hälfte des deutschen Mineralölverbrauchs ausmachte, entfielen 30 % auf Benzin, Diesel und Heizöl sowie 15 %

wenig ergiebig und ihre Ausbeutung als unrentabel erwiesen, mahnte er mit Blick „auf die ungehinderte Zufuhr auch in Kriegszeiten“ an, „die Versorgung der Marine (...) in solchen Produktionsländern sicherzustellen, aus welchen nach Lage der politischen Verhältnisse der Bezug in Friedens- und Kriegszeiten durch Staatsverträge gewährleistet werden“ konnte.¹⁵⁹ Beyschlag riet der Marineverwaltung dazu überzugehen, eigene Rohölgruben zu erwerben oder sich an solchen maßgeblich zu beteiligen. Dabei kamen als Produktionsländer für ihn aber nur Österreich-Ungarn (Galizien) und Rumänien in Betracht, deren Förderungen seit der Jahrhundertwende einen deutlichen Aufwärtstrend aufwiesen.¹⁶⁰ Gleichwohl hatten beide um 1908 etwa im Vergleich zur USA (= 63,1 %) und Russland (= 21,8 %) aber trotzdem nur einen Anteil von 4,6 bzw. 3,0 % an der Weltrohölherzeugung.¹⁶¹ Wie der Direktor der PGLA einräumte, war der Ölbezug aus dem Ausland in Friedenszeiten wegen der im Vergleich zu Deutschland dort günstigeren Produktionsverhältnisse und billigeren Gestehungskosten nicht zu umgehen. Um aber im Kriegsfall, in dem der Preis keine Rolle spielte, nicht auf das Ausland angewiesen zu sein, riet Beyschlag der Marine, die inländische Ölherzeugung (Elsass, Provinz Hannover) derart zu steigern, dass sie in der Lage sei, den in Frage kommenden Marinebedarf zu decken. Da im Reich genügend „Unternehmergeist“ vorhanden sei, erschien es ihm aber nicht ratsam, die Untersuchungs- und Aufschlussarbeiten durch staatliche Subventionen anzustoßen. Dies, so Beyschlag, würde nur Spekulationen fördern. „Die beste staatliche Unterstützung“ erblickte er vielmehr „in einem ausreichenden Zollschatz“ und in dem Grundsatz, bei der Deckung des staatlichen Bedarfs das Ausland von der Lieferung auszuschließen.¹⁶²

-
- 159 auf Schmieröle. Vgl. Emmes, *Vorgeschichte* (2016), S. 130. Zur deutschen Mineralölgewirtschaft wesentlich Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 93. Zu Beyschlag siehe Anhang Biographien. Denkschrift Beyschlags (PGLA) betr. Motorentreiböl für die deutsche Marine, 13.9.1910, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 283, unpubl. Vgl. auch Beyschlag: Bezug von Heizöl durch die deutsche Marine, Okt. 1911, ebd., unpubl.
- 160 Zur Beteiligung deutscher Banken an rumänischen Erdölförderergesellschaften, die ihnen eine Vormachtstellung in der dortigen Ölbranche sicherten, vgl. Graf, *Stürme* (2019), S. 44 f.
- 161 Das Reich hatte 1908 sogar nur einen Anteil von 0,37 % an der gesamten Rohölherzeugung. Beyschlag riet der Reichsmarine, Dauerverträge mit österreichischen Raffinerien abzuschließen, die im Kriegsfall eine auf die Interessen des Militärs ausgerichtete Fabrikation sicherstellten. Die Ölförderung Österreich-Ungarns erstreckte sich zu dieser Zeit ausschließlich auf Galizien, wobei 92 % der Erzeugung auf das Gebiet von Boryslaw, 75 Kilometer südwestlich von Lemberg entfielen. Allerdings meinte Beyschlag, dass bald mit einer Erschöpfung der dortigen Quellen zu rechnen sei. Da nach seiner Ansicht die Aussichten für eine langfristige Rohölgewinnung in Rumänien besser waren als in Galizien, riet er der Marine, sie solle in Rumänien „eine Rohölgewinnung auf breiter Grundlage“ selbst oder in Gemeinschaft mit einer leistungsfähigen deutschen Gesellschaft ins Auge fassen. Ebd.
- 162 Ebd. Zu den um diese Zeit entbrannten, letztlich gescheiterten Diskussionen um ein Reichs-petroleummonopol, das u.a. den bestimmenden Einfluss der amerikanischen Standard Oil Company am deutschen Markt brechen, den Bezug von Öl aus Russland, Rumänien und Galizien fördern und die Versorgung von Heer und Marine durch inländische Produkte sichern sollte, vgl. Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 81; Emmes, *Vorgeschichte* (2016), S. 128 f. Der von Beyschlag postulierte Einsatz von Treiböl, also die Umstellung von der

Die Verschärfung der Spannungen zwischen den rivalisierenden europäischen Bündnissystemen – etwa durch die Marokko-Krise 1911 oder die Balkankriege 1912/13 – führten auch in Deutschland zu einem „aufgeheizten Rüstungsnationalismus“, dem die im öffentlichen Bewusstsein immer stärker Verbreitung findende Vorstellung zu Grunde lag, dass ein Krieg über kurz oder lang unvermeidbar war.¹⁶³ Vor allem in der Führungsebene des Reiches brach sich eine „spezifische Präventivkriegsbereitschaft“ Bahn, die einen „geballten Rüstungsstoß“ zur Folge hatte.¹⁶⁴ So kam es nicht nur zu einer drastischen Erhöhung der Heeresvorlagen, es wurden ebenso auch verschiedene kriegsvorbereitende wirtschaftliche Maßnahmen eingeleitet.

Ende 1912 richtete das Reichsamt des Innern eine „Ständige Kommission für die wirtschaftliche Mobilmachung“ ein, „die mit der Prüfung aller einschlägigen Fragen betraut wurde“.¹⁶⁵ Im Mittelpunkt ihrer Verhandlungen standen Aspekte der Volksernährung sowie Probleme der Rohstoffversorgung im Kriegsfall, allerdings wurden letztere zugunsten von Ernährungsfragen zunehmend in den Hintergrund gedrängt.¹⁶⁶ An den Kommissionsgesprächen war auch das Preußische Ministerium für Handel und Gewerbe beteiligt, was die Vermutung zulässt, dass konkrete Verhandlungsgegenstände auch das Arbeitsprogramm der PGLA beeinflussten.¹⁶⁷ Die Gründung der Kommission

Kohle- auf die Heizölfeuerung, spielte in der deutschen Marine, anders als etwa in der britischen, eine untergeordnete Rolle. Die deutsche Admiralität bevorzugte weiterhin die Kohlefeuerung, zumal ausländische Heizöle mit einem hohen Zoll versehen waren. Ein Umdenken setzte erst um 1915 ein, wobei man versuchte, wenigstens einen Teil des Heizölverbrauchs mit inländischen Teerölen, einem Nebenprodukt der Koksproduktion, zu decken. Während sich die britische Admiralität Einfluss auf Erdölvorkommen und Gesellschaften im Ausland sicherte – genauso, wie es Beyschlag der Reichsmarine geraten hatte – tat sich letztere in dieser Frage nicht besonders hervor. Vgl. Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 94. Zu den Versuchen, Heiz- und Schmieröl aus Kokereiprodukten zu gewinnen, vgl. Flachowsky, Kohle (2010), S. 19–50.

163 Ullrich, Großmacht (1999), S. 223–238, hier 228 f. Dass es sich dabei um ein in Europa allgemein zu beobachtendes Denken handelte zeigt Nübel, Krise (2014), S. 19–29.

164 Ullrich, Großmacht (1999), S. 234; Geyer, Rüstungspolitik (1984), S. 83–96, hier 84; Epkenhans, Führung (2015), S. 131–147. Nach dem so genannten Kriegsrat vom 8.12.1912 hatte der Chef des Generalstabs Alfred von Schlieffen seinen Feldzugsplan von 1905 („Schlieffen-Plan“) in Form einer neuen Denkschrift an die veränderten politischen Rahmenbedingungen angepasst. Vgl. Huck, Frankreich (2017), S. 410–417. Zum „Kriegsrat“ Wilhelms II. vgl. Ullrich, Großmacht (1999), S. 233 f.; vom Bruch/Hofmeister (Hg.), Kaiserreich (2006), S. 337–340.

165 Vortrag des Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht über „Wirtschaft und Wehrmacht“ im Reichwehrministerium, 13.12.1934, RGVA Moskau, Fond 1458k-43-30, Bl. 1–10, hier Bl. 10; Röhl, Kaiser (2007), S. 198; Burchardt, Friedenswirtschaft (1968), S. 58; Kriegsrüstung (1930), S. 336–344 (Ich danke Helmut Maier für den Hinweis).

166 Vgl. Röhl, Kaiser (2007), S. 198; Valentin, Außenpolitik (1921), S. 169 f. Über den kriegswirtschaftlichen Wert „geordneter rohstofflicher Verhältnisse“ waren sich die Militärbehörden zwar bewusst, staatliche Bevorratungsmaßnahmen wurden von ihnen jedoch bis 1914 verworfen. So existierte bis zum Krieg auch keine für diese Frage zuständige Behörde. Burchardt, Friedenswirtschaft (1968), S. 168–173, bes. S. 170, 172.

167 Vgl. Schröter, Krieg (1965), S. 49.

ging auf den Leiter des für Wirtschaftsfragen zuständigen Reichsamts des Innern Clemens Delbrück zurück, der schon „in seiner früheren Verwaltungstätigkeit (...) mehrfach gezwungen gewesen“ war, „sich mit Mobilmachungsangelegenheiten“ zu befassen. So wurden während seiner Amtszeit als Preußischer Wirtschaftsminister und Chef der Bergwerksverwaltung (1905–1909) – also als unmittelbar vorgesetzter Minister der PGLA – auch Erhebungen darüber angestellt, „ob die Kohlenversorgung im Kriegsfall gesichert“ war.¹⁶⁸ Auch die Ständige Kommission stellte sich diese Frage, zumal den einschlägigen Kreisen bekannt war, dass neben der Versorgung der Zivilbevölkerung im Krieg vor allem die Eisenbahn und die Reichsmarine einen erhöhten Kohlenverbrauch anmeldeten.¹⁶⁹ So war es sicher kein Zufall, dass sich Geologen der PGLA genau zu dieser Zeit nicht nur mit der Aufnahme der Kohlenvorräte Preußens, sondern ebenso auch mit den französischen, belgischen und galizischen Steinkohlenvorkommen befassten, also genaugenommen mit Lagerstätten, die gar nicht in ihren Aufgabenbereich fielen.¹⁷⁰

Freilich finden sich in den öffentlich zugänglichen Berichten der PGLA keine Bezüge zu unmittelbaren Rüstungsfragen, da die Regierung nach außen hin jegliche Anzeichen „auf kriegerische Absichten Deutschlands“ zu vermeiden suchte und es sich zudem auch um geheime Arbeiten gehandelt haben dürfte.¹⁷¹ Es ist aber zu vermuten, dass ein zukünftiger Krieg und damit einhergehende wirtschaftliche Rüstungsbezüge, aber auch der Blick auf das ‚feindliche‘ Ausland in den Arbeitsprogrammen staatlicher Forschungsressorts wie der PGLA zu dieser Zeit immer auch eine Rolle spielten.¹⁷² So war

168 Kriegsrüstung (1930), S. 321. Das 1879 gegründete Reichsamt des Innern war ab 1914, mit Einschränkungen durch die Kriegswirtschaft, bis zur Gründung des Reichswirtschaftsamtes 1917 für alle Wirtschaftsfragen zuständig. Vgl. Fisch, Zentralstellen (2016), S. 40.

169 Vgl. Kriegsrüstung (1930), S. 400 f. Das Reichsmarineamt befasste sich als eine der ersten Behörden mit den möglichen Rohstoff Sorgen der Industrie im Kriegsfall. Wie Lothar Burchardt zeigt, hatte der Chef des Amtes, Alfred von Tirpitz, aber an dieser Frage kein sonderliches Interesse, da er von gesicherten Rohstoffimporten durch die deutsche Flotte ausging. Allerdings lösten die vom Reichsmarineamt veranlassten Arbeiten über den Einfluss einer Blockade auf die deutsche Wirtschaft überall dort Eifer aus, wo man nicht an die Fähigkeit der Marine glaubte, die deutschen Versorgungsrouten zu schützen. Dazu und zur Anlage von Kohlenreserven für den Kriegsfall vgl. Burchardt, Friedenswirtschaft (1968), S. 169–171.

170 Bericht PGLA für 1912 (1914), S. 610; Michael, Entwicklung (1912), S. 159–304. Aus dem Tätigkeitsbericht der PGLA für 1914 geht hervor, dass sich die Geologen Richard Bärtling und Wilhelm Wunstorff mit dem „Studium der bei der belgischen Geologischen Landesanstalt üblichen Darstellungsmethoden für Steinkohlenablagerungen zu Vergleichszwecken“ befassten. Bericht PGLA für 1914 (1916), S. 652. In Berlin rechnete man damit, dass im Falle eines Krieges die Zufuhr englischer Kohle nach Norddeutschland versiege, weswegen vermutlich andere Reviere einspringen sollten. Vgl. van de Kerkhof, Kriegswirtschaft (2006), S. 212.

171 Kriegsrüstung (1930), S. 338.

172 „Trotzdem blieb die Sorge um das Schicksal des Reiches in einem Zukunftskriege bei allen beteiligten Stellen wach, da man nicht im unklaren darüber war, dass Deutschland auch gegen seinen Willen in einen Krieg verwickelt werden konnte“. Ebd., S. 339. An anderer Stelle wird erwähnt, dass die PGLA für das Reichsamt des Innern eine Aufstellung

es beispielsweise allgemeiner Konsens, „die Tätigkeit der Landesanstalten in der geologischen Kartierung“ immer auch „als Grundlage für die kriegsgeologische Kartierung zu betrachten“.¹⁷³ Wie der Direktor der Geologischen Landesanstalt von Elsass-Lothringen 1916 festhielt, hatte man schon vor 1914 „immer ein besonderes Augenmerk“ auf das westliche Nachbargebiet gerichtet und die dort erzielten Fortschritte aufmerksam verfolgt.¹⁷⁴ Auch die in Wien ansässige Geologische Reichsanstalt, hatte ihren Fokus vor dem Hintergrund der latenten Spannungen zwischen der Doppelmonarchie, Italien, Russland und der Türkei stets auf den Balkan gerichtet.¹⁷⁵

Dieser ‚Weitblick‘ galt sicher ebenso für die vom Stellvertreter Beyschlags Paul Krusch 1913 vorgelegte Studie über die „Versorgung Deutschlands mit metallischen Rohstoffen“, welche nicht nur in den staatlichen Behörden, sondern ebenso in der Wirtschaft und beim Militär Beachtung gefunden haben dürfte.¹⁷⁶ Der PGLA-Geologe wies anhand von 22 Erzen anschaulich und detailliert nach, „dass Deutschland im allgemeinen bei weitem nicht in der Lage“ war, seinen Bedarf durch eigene Erzvorkommen zu decken.¹⁷⁷ Wie Krusch deutlich machte, waren von den von ihm aufgeführten metallischen Rohstoffen bei nicht weniger als 14 die im Inland gewonnenen Mengen so gering, dass sie als unbedeutend bezeichnet werden mussten, darunter die für die Stahlherstellung unentbehrlichen Härter Kobalt und Mangan, aber auch Quecksilber-, Molybdän-, Thorium-, Aluminium-, Vanadium- und Zinnerze. Von den in nennenswerter Menge geförderten übrigen acht Rohstoffen deckten immerhin sechs einen Teil des deutschen Bedarfs ab (u.a. Eisenerz = 60 %, Bleierz = 33 %, Kupfer = 11 %, Nickelerz = 5,6 %). Lediglich beim Zink- und beim Arsenerz war eine volle Eigenversorgung gewährleistet.¹⁷⁸

„natürlicher Wirtschaftsgebiete“ und Produktionstabellen angefertigt habe, welche verschiedene Lagerstätten zusammenfassten. Vgl. Krusch, *Versorgung* (1913), S. 9–14. Wie Stefanie van de Kerkhof zeigt, wurden spätestens ab 1913 in nahezu sämtlichen zivilen und militärischen Ressorts Maßnahmen „für die vorsorgliche militärische, finanzielle und wirtschaftliche Mobilmachung der gesamten deutschen Gesellschaft“ ergriffen. van de Kerkhof, *Kriegswirtschaft* (2006), S. 208–210, hier S. 208.

173 Wochinger, *Beitrag* (1917), S. 12 f., 21 (ich danke Helmut Maier für den Hinweis). Auf diesen Umstand verwies indirekt auch Potonié, *Geologie* (1914), S. 1765. Vgl. zudem Hafeneder, *Überblick* (2004), S. 9.

174 van Werveke, *Ergebnisse* (1916), S. 3. Dass auch die Arbeit der französischen Geologen vor 1914 „nicht frei von außenpolitischen Seitensprüngen“ war und sich der „Beschreibung der östlichen Grenzgebiete“ widmete, zeigt Wochinger, *Beitrag* (1917), S. 2.

175 Vettors/Hofmann, *Balkankarte* (2012), S. 51.

176 Krusch, *Versorgung* (1913). Zu Krusch siehe Anhang Biographien.

177 Krusch, *Versorgung* (1913), S. 1.

178 Ebd., S. 1–6; Burchardt, *Friedenswirtschaft* (1968), S. 79 f. Von 1907 bis 1913 entfielen 59 % der deutschen Importe auf Rohstoffe und Halbfabrikate, was Deutschlands Abhängigkeit von Weltmarkt belegt. Vgl. van Laak, *Infrastruktur* (2004), S. 86. Mit Blick auf die Nichteisenmetalle vgl. auch Scherner, *Metallbewirtschaftung* (2020), S. 67. „Im Branchendurchschnitt deckten die Metallimporte vor dem Krieg etwa 90 % des Bedarfs.“ Rohlack, *Kriegsgesellschaften* (2001), S. 62.

Während Krusch in seinem Bericht Deutschlands Importabhängigkeit auf dem Gebiet der metallischen Rohstoffe schonungslos aufzeigte und sich bei seiner Analyse von sachlichen Gesichtspunkten leiten ließ, verknüpfte der ehemalige Direktor der PGLA Karl Schmeisser eine von ihm etwa zeitgleich erstellte Rohstoffanalyse Deutschlands und der Welt mit dem Blick „auf die politischen Spannungen“ und den von Deutschland geforderten „Platz an der Sonne“.¹⁷⁹ Obwohl auch er nicht umhin kam, bei seiner Betrachtung wirtschaftlich bedeutender Schlüsselrohstoffe wie zum Beispiel Mangan, Phosphat, Kupfer, Zinn, Nickel und Erdöl auf vielfältige Abhängigkeiten Deutschlands vom Ausland zu verweisen, zog er am Ende den merkwürdigen Schluss, dass sich das Reich auch im Kriegsfall „gestützt auf seine Bodenschätze“ immer wieder aufrichten würde. Deutschland gelte nicht nur als kohle- und kalireichstes Land Europas, seine Eisenvorräte, seine Blei-, Zink- und Kupferindustrien würden lediglich denen der USA nachstehen, auf dem europäischen Kontinent jedoch ihresgleichen suchen. Die Wirtschaftsmacht des im Vergleich zum aufstrebenden Reich ‚zurückgebliebenen‘ Großbritannien brauche Deutschland nicht zu fürchten, auch nicht den in London möglicherweise aufkommenden Gedanken, „den lästigen Nebenbuhler im Kampfe der Waffen niederzurufen“. Eine „kriegerische Bekämpfung“, so Schmeisser, werde Deutschland „nur vorübergehend schädigen, aber nicht auf Dauer unterdrücken“ können. Um aber derartigen Entwicklungen vorzubeugen, forderte er eine starke deutsche Kriegsflotte, denn damit würde „übelwollenden Konkurrenten niemals in den Sinn kommen“, die überseeischen Verbindungen Deutschlands durch das Schließen des Kanals oder der Nordsee zu unterbinden. Schmeisser richtete sich jedoch nicht nur gegen den Rivalen England, mit Blick auf Frankreich fügte er mit annexionistisch-drohendem Impetus hinzu:

„Wenn aber trotz der immensen Friedensliebe Deutschlands in Frankreich die ständig andauernde Erregung patriotischer Leidenschaften wirklich einmal zu einer Entladung im Kriege gegen Deutschland führen sollte, dann bietet sie – im Falle des siegreichen Niederwerfens des Störenfrieds – im weiteren Hinausschieben der Westgrenze über den französischen Teil des Minettebezirks hinaus ein Mittel langdauernder ungeheurer Schädigung des Feindes, worauf ich, ohne des Chauvinismus geziehen werden zu können, umso mehr hier hindeuten darf, als wir uns doch alle darüber klar sind, dass ein siegreiches Frankreich sich nicht entblöden würde, außer Elsass-Lothringen die schon oft begehrte Rheingrenze zu fordern und damit Preußen und Deutschland noch weit härter treffen würde.“¹⁸⁰

179 Hierzu und im Folgenden Vortrag des Berghauptmanns Schmeisser (Breslau) über Gewinnung und Austausch der wichtigsten mineralischen Bodenschätze bei den Völkern der Erde nebst Hinweis darauf, wie der Konsul die Interessen der deutschen Industrie und Ausfuhr fördern kann, 19./20.12.1913, BArch Berlin, R 8749, Nr. 9, unpag.

180 Alle Zitate ebd.

Als dann im August 1914 der Krieg ausbrach, zeigte sich schnell, dass Deutschland trotz der zahlreichen Mahnungen und Denkschriften, Vorratsberechnungen und Ausschusssitzungen, trotz des Wissens um die hohe Importabhängigkeit des Reiches große Probleme bei der Umstellung von der Friedens- auf die Kriegswirtschaft hatte.¹⁸¹ Ein Grund dafür war der dann letztlich doch zu konstatierende Verzicht auf konkrete und verpflichtende wirtschaftsstrategische Mobilmachungsvorbereitungen. Die föderale Struktur des Reiches führte dazu, dass Deutschland bei Kriegsbeginn nicht über geeignete zentrale Lenkungsinstitutionen, ja nicht einmal über ein Reichskriegsministerium verfügte, das als mögliche Steuerungsinstanz hätte fungieren können.¹⁸² Zudem hatten sich die Reichsbehörden zumeist nur auf die Forderungen von Heer und Marine, weniger jedoch auf die Bedürfnisse der Gesamtwirtschaft konzentriert. Obendrein ging man vielerorts auch von einer kurzen Kriegsdauer aus.¹⁸³ Anders jedoch, als von den militärischen und zivilen Führungseliten in Berlin erwartet, scheiterte die hinter dem ‚Schlieffen-Plan‘ stehende Blitzkriegsstrategie, weswegen die von den Alliierten am 4. August 1914 verhängte Wirtschaftsblockade den Konflikt bald zum Wirtschaftskrieg ausweitete.¹⁸⁴ Wie Krusch 1920 rückblickend festhielt erwies sich der Krieg auch als „ein Kampf der nutzbaren Lagerstätten und der darauf aufgebauten Industrien“.¹⁸⁵ Zwar sei Deutschland im Hinblick auf die Versorgung mit Eisenerz und Kohle, bis auf die USA, jedem anderen kriegführenden Land überlegen, aber im Hinblick auf „die Deckung des Bedarfs an anderen Rohstoffen für die Eisendarstellung im höchsten Grade vom Ausland abhängig“ gewesen.¹⁸⁶

Es erwies sich daher als überaus bedeutsam, dass es noch im August 1914 durch die Schaffung der Kriegsrohstoffabteilung (KRA) im Preußischen Kriegsministerium gelang, Produktion, Handel und Rohstoffverteilung für den militärischen wie für den zivilen Bereich auf eine neue Grundlage zu stellen.¹⁸⁷ Die KRA unterstand dem Industriellen Walther Rathenau von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft (AEG) und seinem leitenden Ingenieur Wichard von Moellendorff, die auch die Anregung zu ihrer Gründung gegeben hatten. Unter ihrer Leitung und ab 1915 von Major Joseph Koeth entwickelte sich die KRA zur zentralen Instanz auf dem Gebiet der Rohstoffverwaltung. Sie veranlasste Rohstoffhebungen im In- und Ausland, entwickelte Regeln und Techniken der Rohstoffbeschlagnahme, -zuteilung und -verwendung,

181 Vgl. van de Kerkhof, *Kriegswirtschaft* (2006), S. 214.

182 Letztlich übernahm das Pr. Kriegsministerium diese Aufgabe. Vgl. Boldorf, *Ordnungspolitik* (2020), S. 26 f.

183 Vgl. Fisch, *Zentralstellen* (2016), S. 61; Boldorf, *Ordnungspolitik* (2020), S. 23 f.; ders. *Organisation* (2016), S. 140–142.

184 Vgl. van de Kerkhof, *Kriegswirtschaft* (2006), S. 214 f.

185 Krusch, *Kampfmittel* (1920), S. 393.

186 Ebd.

187 Das kriegsbedingte „Credo Rathenaus und von Moellendorffs“ bestand darin, eine neue „korporative Wirtschaftsordnung“ zu schaffen, „in der sich industrielle Selbstverwaltung und staatliche Aufsicht effizient miteinander verbinden sollten“. Wixforth, *Gründung* (2010), S. 86. Zur Entwicklung der KRA vgl. Boldorf, *Ordnungspolitik* (2020).

überwachte die Einhaltung der von ihr festgelegten Preise und den Devisenverkehr.¹⁸⁸ Folglich entstand mit ihr jene bis dahin fehlende Behörde, „um die deutsche Wirtschaft dem Kriege dienstbar zu machen“.¹⁸⁹ Tatsächlich befasste sich die KRA aber nur mit der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben und überließ die Umsetzung und Durchführung der angeordneten Bewirtschaftungsmaßnahmen ihrer Aufsicht unterstehenden privatrechtlichen Organisationen, so genannten Kriegsgesellschaften und -ausschüssen, wie etwa der Kriegs-Chemikalien AG, der Kriegsmetall AG, der Manganerz GmbH oder dem Kriegsausschuss der Deutschen Baumwollindustrie. Diese neuartigen Gremien waren „im Besitz oder unter Kontrolle des Staates“, unterstanden aber meist der Leitung von Unternehmern aus der Privatwirtschaft.¹⁹⁰ Trotz ihres gemischtwirtschaftlichen Charakters waren die Kriegsgesellschaften unterschiedlich aufgebaut, sie dienten aber alle als „Geschäfts- und Beratungsabteilungen der Kriegswirtschaftsverwaltung“, also primär den Interessen des Staates.¹⁹¹ Da auch die „Förderung wissenschaftlicher Entwicklungen“ zu den von den Kriegsgesellschaften ergriffenen Mobilisierungsmaßnahmen gehörte¹⁹², schien die Ressortforschung aufgrund ihres spezifischen Aufgabenprofils (Forschung, Beratung, Regulierung) für eine Mitarbeit geradezu berufen zu sein.

Nachdem die Generäle Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff Ende August 1916 die militärische Führung in der dritten Obersten Heeresleitung übernommen hatten und kurz darauf das so genannte ‚Hindenburg-Programm‘ eine weitere Rüstungsintensivierung einleitete, kam es auch zu grundlegenden Änderungen innerhalb der kriegswirtschaftlichen Organisation.¹⁹³ Die wichtigste institutionelle Veränderung stellte dabei das neu geschaffene Preußische Kriegsamt unter der Leitung von Generalleutnant Wilhelm Groener dar, zu dessen Aufgabenkreis die Rüstung und Beschaffung, Fragen der Volksernährung und der Mobilisierung des Arbeitsmarktes gehörten.¹⁹⁴ Damit galt das neue Amt gleichsam als „das neue Machzentrum

188 Bundesrats-Verordnungen von 1914 und 1915 ordneten eine Auskunftspflicht über Vorräte an und ermächtigten die Behörden, Beschlagnahmen durchzuführen. Zur Ermächtigung des Bundesrats zum Erlass gesetzesgleicher Wirtschaftsverordnungen und zur Entwicklung der KRA vgl. Fisch, Zentralstellen (2016), S. 57–64, hier S. 61 f.; Boldorf, Ordnungspolitik (2020), S. 27, 33–35; Rohlack, Kriegsgesellschaften (2001), S. 28–30, 35–41. Ein Geschäftsverteilungsplan der KRA vom Oktober 1916 findet sich in BArch, R 1501, Nr. 118830, Bl. 169–192.

189 Rathenau, Organisation (1915), S. 4.

190 Wixforth, Gründung (2010), S. 86, 90–99; Rohlack, Kriegsgesellschaften (2001), S. 29, 47–60; Boldorf, Ordnungspolitik (2020), S. 29–32. Zur Kriegs-Chemikalien AG vgl. ebd., S. 39–41. Zur Kriegsmetall AG und zum Kriegsausschuss der Deutschen Baumwollindustrie vgl. Rohlack, Kriegsgesellschaften (2001), S. 61–97, 157–185. Zur Kriegsmetall AG und zur Manganerz GmbH vgl. van de Kerkhof, Kriegswirtschaft (2006), S. 225–231; dies., Partnership (2010), S. 106–133.

191 Rohlack, Kriegsgesellschaften (2001), S. 48.

192 Ebd., S. 60.

193 Vgl. Boldorf, Ordnungspolitik (2020), S. 47–50; Pyta, Hindenburg (2009), S. 245–253; Nebelin, Ludendorff (2010), S. 243–281.

194 Vgl. van de Kerkhof, Kriegswirtschaft (2006), S. 221; Fisch, Zentralstellen (2016), S. 65.

der Rüstungswirtschaft“.¹⁹⁵ Die dem Kriegsamt nun ebenfalls zugeordnete KRA war weiterhin für die Entwicklung von Ersatzstoffen, die Gründung und Tätigkeit der Kriegsgesellschaften und die wirtschaftliche Ausbeutung der besetzten Gebiete verantwortlich.¹⁹⁶

Da sich das eigentlich für Wirtschaftsfragen zuständige Reichsamt des Innern seinen Aufgaben – so etwa der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung – immer weniger gewachsen zeigte, wurde 1916 zudem ein Kriegsernährungsamt geschaffen und im Herbst des folgenden Jahres schließlich auch ein eigenes Reichswirtschaftsamt gebildet.¹⁹⁷ Aber trotz der vielen organisatorischen Veränderungen stellte sich die von der Obersten Heeresleitung mit dem ‚Hindenburg-Programm‘ angestrebte Intensivierung der Rüstungsproduktion nicht ein. Folglich drängten kritische Stimmen auf ein stärkeres staatliches Engagement in der Rüstungswirtschaft, was die Gründung zahlreicher neuer Kriegsgesellschaften zur Folge hatte, deren Zahl sich bis 1918 schließlich auf etwa 200 erhöhte.¹⁹⁸ Gleichzeitig versuchte man, dem für die Produktionsengpässe meist verantwortlichen Mangel an Arbeitskräften durch den forcierten Einsatz von Frauen und Zwangsarbeitern entgegenzusteuern.¹⁹⁹ Infolgedessen war im Frühsommer 1918 dann tatsächlich ein Anstieg der Rüstungsproduktion zu verzeichnen. Gleichwohl wurde aber auch deutlich, dass der rücksichtslos erhöhte Rüstungsausstoß „eine ‚Überanstrengung‘ der gesamten deutschen Wirtschaft zur Folge hatte“. Dies verschärfte die an der „Heimatfront“ inzwischen allgemein zu beobachtende Kriegsmüdigkeit ebenso, wie die immer deutlicher werdenden Rückschläge an der Front, die eine Niederlage Deutschlands immer wahrscheinlicher werden ließen.²⁰⁰

Unmittelbar nach dem Kriegsausbruch 1914 stellte Beyschlag die PGLA „in den Dienst der vaterländischen Sache“.²⁰¹ Dazu bewog ihn nicht nur das Ethos treuer Pflichterfüllung des preußischen Beamten, das er auch von seinen Mitarbeitern forderte, sondern auch die Überzeugung, dass sich Deutschland in einem „durch den Neid seiner Feinde aufgezwungenen Verteidigungskampf“ befand.²⁰² Folglich bot er dem Preußischen Kriegsministerium schon am 5. August die Mitwirkung seiner Behörde „zur Wasserbeschaffung für Lazarett“ an,

195 Wixforth, Gründung (2010), S. 88.

196 Vgl. van de Kerkhof, Kriegswirtschaft (2006), S. 221.

197 Vgl. Fisch, Zentralstellen (2016), S. 67–95; van de Kerkhof, Kriegswirtschaft (2006), S. 235; Boldorf, Ordnungspolitik (2020), S. 55 f.

198 Vgl. van de Kerkhof, Kriegswirtschaft (2006), S. 225, 231; Wixforth, Gründung (2010), S. 88 f. Zu den in der Privatwirtschaft bestehenden Vorbehalten gegen die Kriegsgesellschaften und die von ihnen ausgehende Gefahr gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen vgl. ebd., S. 96.

199 Für die deutsche Arbeitskräftepolitik gegenüber Belgien vgl. etwa Thiel, Menschenbassin (2007).

200 Wixforth, Gründung (2010), S. 89 f.

201 Fliegel, Nachruf Beyschlag (1936), S. 13.

202 Vgl. Beyschlag, Weltkrieg (1921), S. IV; ders., Nachruf Müller (1921), S. IX f., XIV; Wolff, Nachruf Frank (1921), S. XXIX. Das Narrativ vom überfallenen Deutschland war weit verbreitet. So verwies beispielsweise auch der an der PGLA tätige Bergassessor Tornow

woraufhin zwei Geologen von der Medizinal-Abteilung des Kriegsministeriums „für Wasserversorgungen auf dem östlichen Kriegsschauplatz“ in Galizien angefordert wurden.²⁰³ Aus diesen proaktiven Vorstoß des PGLA-Direktors entwickelte sich in den folgenden Monaten eine ausgedehnte Kriegsarbeit der Anstalt, die sich auf Surrogatforschungen in den hauseigenen Laboratorien, wirtschaftliche Gutachten, Rohstofferkundungen und Auskunftserteilungen an militärische und zivile Dienststellen, wehrgeologische Arbeiten auf allen Kriegsschauplätzen sowie Beratungs- und Regulierungsaufgaben in verschiedenen Kriegsgesellschaften und Besatzungsverwaltungen erstreckte.²⁰⁴

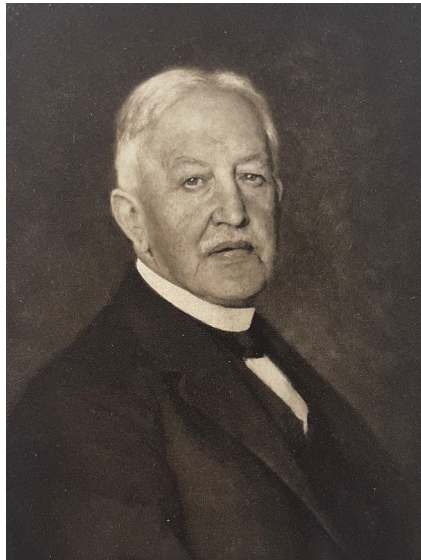


Abb. 4: Franz Beyschlag (1856–1935), 1907–1923 Erster Direktor der PGLA, ab 1920 Präsident.²⁰⁵

auf den „Überfall der rings an die Reichsgrenzen heranschleichenden Feinde“. Tornow, Nachruf Clausnitzer (1921), S. XXXIV.

203 Fliegel, Nachruf Beyschlag (1936), S. 13. Die Ansicht, dass „die Mitwirkung der Geologie auch für die Kriegsführung (...) von großem Nutzen“ sei, vertrat auch der Direktor der GLA Württembergs, Adolf Sauer. Adolf Sauer (Mineralogisch-Geologisches Institut, TH Stuttgart) an Beyschlag (PGLA), 26.4.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 608, unp. Zu einem der beiden dem Sanitätsdienst zur Verfügung gestellten Geologen gehörte vermutlich Erich Harbort. Vgl. Mestwerdt, Nachruf Harbort (1930), S. LXXI f.

204 Auf die „außerordentlich vielseitige“ Tätigkeit der PGLA im Kriege verweist Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CXXV–CLXII.

205 Aus: Gedächtnisrede des Präsidenten Prof. Dr. W. von Seidlitz gehalten in der PGLA am 17.11.1935, BGR-Archiv Hannover, Nr. 1953 K 1002.

Da Beyschlag dabei auch „neue und erfolgreiche Wege in praktischer Richtung wies“ machte er die PGLA „zu einer der wichtigsten Beratungsstellen der Kriegswirtschaft“.²⁰⁶ Dabei beließ es der selbstbewusste Behördenleiter aber nicht, denn gegenüber der Regierung erhob er sogar die Forderung, die geologische Erforschung der besetzten Gebiete allein der PGLA zu übertragen.²⁰⁷ Auch nahm Beyschlags „heißblütiger, draufgängerischer Feuergeist“ gegenüber dem Militär kein Blatt vor den Mund wenn es darum ging, etwaige Versuche unberufener Einmischung in das den Geologischen Landesanstalten zugewiesene Arbeitsgebiet abzuwehren.²⁰⁸ So legte er beispielsweise dem Chef des Feldvermessungswesens „die vielfach dilettantische Durchführung kriegsgeologischer Maßnahmen“ zu Last, die durch die Ausschaltung der eingespielten geologischen Friedensorganisation zustande gekommen sei. Als dieser dann auch noch versuchte, „die freie Aussprache in einer Direktorenkonferenz zu verhindern und die Teilnahme eines militärischen Kommissars“ verlangte, wies Beyschlag dies „energisch“ zurück und verzichtete „auf die gewohnten und geplanten Aussprachen während des Krieges“.²⁰⁹

Der von der PGLA lauthals signalisierten Bereitschaft, sich der Heeresverwaltung zur Verfügung zu stellen, und auch andere Geologische Landesanstalten bei der Erfüllung ihrer Kriegsaufgaben zu unterstützen, stand jedoch das Problem gegenüber, dass sie zunächst einen großen Teil ihrer Mitarbeiter an das Militär oder sonstige Bedarfsstellen verlor.²¹⁰ So standen infolge der kriegsbedingten Aushebungen im Frühjahr 1915 bereits 64 Beamte

206 Franz Beyschlag 1865–1935. Gedächtnisrede des Präsidenten Prof. Dr. W. von Seidlitz gehalten in der Preussischen Geologischen Landesanstalt am 17. November 1935, (S. 8), BGR-Archiv Hannover, Nr. 1953 K 1002.

207 Vgl. Entwurf eines Schreibens Beyschlags (PGLA) an Reichskanzler (Reichsamt des Innern), 6.11.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 176, unp.; Beyschlag (PGLA) an Gründungsausschuss des Akademischen Freikorps (Würzburg), 12.5.1915, GStA, Rep. 194, Nr. 608, unp. Berg, Nachruf Krusch (1941), S. 439.

208 Tatsächlich fand zwischen 1914 und 1918 keine Direktorenkonferenz der GLA's statt. Protokoll über die Versammlung der Direktoren der Deutschen Geologischen Landesanstalten (11. Tagung), 27.9.1919, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unp.; Homilius, Direktorenkreis (1998), S. 156. Eine für den 27.9.1917 in Eisenach geplante „Konferenz der Direktoren der Deutschen Geologischen Landesanstalten“ wurde „aus militärischen Gründen verschoben“. Kgl. Geologische Landesuntersuchung, Leipzig, an das Kgl. Sächsische Finanzministerium (II. Abt., Dresden), 3.10.1917, BArch Berlin, R 71, Nr. 44, Bl. 62. Im Übrigen mokierte sich auch Krusch über den vermeintlichen „militärischen Verwaltungsdilettantismus“. Das „Bestreben der militärischen Stellen, die Zivilbehörden auszuschalten und neue militärische Organe mit gleicher Tätigkeit zu schaffen“, habe zu „Überorganisation“ geführt. Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CLI f. Allerdings ist in diesem Zusammenhang auch festzuhalten, dass Wissenschaftler den Militärs nach 1918 oft den Vorwurf machten, ihr Potential zur Lösung kriegsrelevanter Probleme nicht rechtzeitig erkannt zu haben. Da die Heeresleitung aber zunächst von einem kurzen Krieg ausging, hatte sie anfangs auch noch keinen Bedarf an geologischer Expertise, zumal ihr die von den Geologen bis 1914 erstellten Vorratsberechnungen, Statistiken und Rohstoffanalysen ja bereits vorlagen. Wie sich im weiteren Verlauf des Krieges zeigte, wurden Geologen dann aber sofort herangezogen, wenn es darum ging, kriegsrelevante Probleme zu lösen. Zu diesem allgemein zu beobachtenden Phänomen vgl. Maier, Forschung (2007), S. 139.

der Anstalt an der Front. Darüber hinaus waren nicht weniger als zehn ihrer Mitarbeiter bereits gefallen.²¹¹ Tatsächlich sollte die Anstalt bis zum Ende des Krieges insgesamt 18 Beschäftigte verlieren.²¹² Hinzu kamen persönliche Schicksalsschläge, denn in einigen Fällen hatten Mitarbeiter der PGLA den ‚Heldentod‘ (z.B. Keilhack, Böhm, Klautzsch, Jentzsch, Zimmermann) oder schwere Kriegsverletzungen (Beyschlag) ihrer Söhne zu beklagen.²¹³ Ebenso wurde auch das Personal der übrigen Geologischen Landesanstalten von den Kriegseignissen berührt. So meldete die Wiener Reichsanstalt 1914, dass man fünf ihrer Mitarbeiter eingezogen habe und Nachmusterungen für den Militärdienst weitere Kräfte benannt hätten, mit deren Abberufung bald gerechnet wurde.²¹⁴ Auch andere Landesanstalten, wie etwa die von Baden, Bayern, Württemberg und Elsass-Lothringen mussten einen Teil ihrer Geologen zum Militär abstellen und auch sie hatten Todesfälle zu beklagen.²¹⁵

Da mit zunehmender Dauer des Krieges „weit über die Hälfte“ der preußischen Staatsgeologen „unter der Fahne“ stand, häuften sich die Fälle, in denen sich die PGLA-Direktion um die Rückholung ihrer an der Front stehenden Mitarbeiter oder die Sicherstellung der ihr verbliebenen Kräfte bemühte.²¹⁶

210 Siehe dazu Tab. 1 betr. Tätigkeiten von Staatsgeologen während des Ersten Weltkrieges im Anhang.

211 Vgl. Beyschlag (PGLA) an Adolf Sauer, 4.5.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 608, unpag. Der Krieg sorgte aber auch auf andere Weise für Personalengpässe. So wurde der Geologe Wilhelm Wunstorff bei einer im Auftrag einer französischen Erdölfirma durchgeführten Reise nach Tunis und Algier 1914 bis 1918 interniert. Vgl. Ahrens, Nachruf Wunstorff (1955), S. XXIVf.

212 Enthüllung einer Gedenktafel (1923), S. LI–LV; Beyschlag, Weltkrieg (1921), S. IV–VII.

213 Keilhack verlor zudem seinen Schwiegersohn, den an der PGLA angestellten und zum Heeresdienst eingezogenen Geologen Wilhelm Quitzow, sowie seine Frau bei der Geburt seiner zweiten Tochter. Vgl. Woldstedt, Nachruf Keilhack (1951), S. XXI. Ernst Zimmermann verlor seinen älteren Sohn und seinen Schwiegersohn. Vgl. Berg, Nachruf Zimmermann (1951), S. XXIX. Böhm verlor neben seinem ältesten Sohn auch seine jüngste Tochter. Vgl. Nachruf Böhm (1939), S. 7. Vgl. zudem Behr, Nachruf Jentzsch (1926), S. XLIV; Hess von Wichdorff, Nachruf Klautzsch (1928), S. XLV; Beyschlag (PGLA) an Adolf Sauer, 4.5.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 608, unpag. Hinzu kamen schwere Kriegsverletzungen, die Geologen an der Front erlitten. Maximilian Meisner etwa wurde 1914 eingezogen (Infanterie), 1916 durch Kopfschuss verwundet, was eine halbseitige Blindheit und teilweise Lähmung der linken Körperhälfte zur Folge hatte. Vgl. Gesuch Meisners um Wiedereinstellung an der PGLA, 27.11.1918, BArch Berlin, R 71, Nr. 36, Bl. 16. Wilhelm Erich Schmidt erlitt als Infanterist 1916 eine schwere Unterschenkelverletzung und wurde deswegen aus dem Heer entlassen. Vgl. Mestwerdt, Nachruf Schmidt (1952), S. XVI.

214 Vgl. Tietze, Jahresbericht für 1914 (1915), S. 2; Vettters/Hofmann, Balkankarte (2012), S. 51. Mindestens zwei Geologen der Wiener Reichsanstalt (Richard Johann Schubert und Albrecht Spitz) kehrten aus dem Krieg nicht zurück. Vgl. Ampferer, Georg Geyer (1936), S. 376.

215 Vgl. Kirchheimer, Nachruf Schnarrenberger (1966), S. XXII; Nachruf Schmidt (1950), S. XXVI; Häusler, Kriegsgeologie (2000), S. 29–33.

216 Beyschlag (PGLA) an den Führer der Offiziers-Anwärter-Abteilung der Kraftfahrer-Ersatz-Abteilung, Oberleutnant Gutknecht (Berlin-Lankwitz), 9.12.1915, BArch Berlin, R 71, Nr. 42, Bl. 35; Beyschlag (PGLA) an Kgl. Bezirkskommando V (Berlin-Schöneberg), 2.3.1916, BArch Berlin, R 71, Nr. 43, Bl. 109; Beyschlag (PGLA) an das Stellvertretende Generalkommando, III. Armeekorps (Berlin), 3.10.1916, ebd., Bl. 114f.; Beyschlag (PGLA)

Dass sie zuweilen Erfolg damit hatte war darauf zurückzuführen, dass sich „der größte Teil“ ihrer Arbeiten inzwischen zahllosen kriegsrelevanten Problemen zugewandt hatte. Tatsächlich ergab sich ein regelrechtes Wimmelbild von ‚Kriegsaufgaben‘, die eine erstaunliche Komplexität und Vielzahl an Vernetzungen der geologischen Ressortforschung mit Staat, Wirtschaft und Militär zur Folge hatten.

Ihrer Hauptaufgabe entsprechend stand die Suche nach und der Zugriff auf Rohstoffressourcen bei all diesen Arbeiten immer im Vordergrund. Allerdings gab es verschiedene Wege, diesen Zugriff zu ermöglichen und somit dem für die Ressortforschung charakteristischen Aufgabenkanon (Forschung, Beratung, Regulierung) gerecht zu werden. Die folgenden fünf Unterkapitel vermitteln einen Eindruck davon, wobei die Geologischen Landesanstalten und ihre Mitarbeiter immer als Bezugsgrößen und Betrachtungsgegenstand dienen. Das erste Unterkapitel befasst sich mit der durch den Krieg ausgelösten fieberhaften Suche nach Ersatzstoffen, womit die Laboratorien der PGLA und die dort betriebenen Surrogatforschungen in den Fokus rücken. Im daran anschließenden Kapitel richtet sich der Blick auf die Geologen und ihre Rolle innerhalb der Besatzungsverwaltungen Belgiens, Polens und Serbiens. Gerade in diesem Zusammenhang wird die Verschränkung aller drei Aufgaben besonders greifbar. Dem Feld der Politikberatung und Informationsbeschaffung widmet sich das dritte Unterkapitel, das sich mit den von Geologen vorgelegten Kriegszielen beschränkt. Dass der Erste Weltkrieg mit der ‚Kriegsgeologie‘ eine neue, in erster Linie beratende, für die Kriegsführung aber dennoch elementar wichtige geologische Subdisziplin hervorbrachte, wird im vierten Kapitel deutlich gemacht. Das fünfte Kapitel geht schließlich auf die Rolle der Staatsgeologen innerhalb der Kriegsgesellschaften ein, die als kriegswirtschaftliche Steuerungsinstrumente eine eminent wichtige Bedeutung erlangten. Zwar spielten in diesem Zusammenhang auch geologische Begleitforschung und Politikberatung eine Rolle, wichtiger indes waren aber die mit der Tätigkeit in den Kriegsgesellschaften ebenfalls verbundenen Regulierungsaufgaben.

2.1 Grubenwasser, Schlamm und Algen – Kriegsrelevante Surrogatforschung

Folgt man dem Programm der Kriegsrohstoffabteilung bestand eines ihrer Ziele darin, „schwer erhältliche Stoffe, durch andere, leichter beschaffbare“ zu ersetzen. Wie ihr Chef Rathenau unmissverständlich deutlich machte, sollten überall dort „Surrogate (...) herhalten“, wo sich Probleme bei der

an das Kaiserliche Reichsmarineamt (Berlin), 13.12.1916, BArch Berlin, R 71, Nr. 5, Bl. 60R-61; Beyschlag (PGLA) an das Kommando der Marinestation der Ostsee (Kiel), 27.7.1917, ebd., Bl. 64 f.; Kommando der 1. Matrosendivision (Kiel) an Beyschlag (PGLA), 20.8.1917, ebd., Bl. 66; Robert Gans (PGLA) an PGLA betr. Reklamation des Laboratoriumsdieneres Willy Eckstein, 18.9.1915, BArch Berlin, R 71, Nr. 14, Bl. 84.

Rohstoffbeschaffung zeigten.²¹⁷ Folglich wurden nicht nur zahlreiche Verwendungsverbote für Mangelrohstoffe eingeführt, viele wissenschaftliche Institute wandten sich nun der Substitutionsforschung zu, um die vom Staat geforderte „Werkstoffumstellung zu meistern“.²¹⁸ Neben dem Militär waren es vor allem problemorientierte Arbeitsgemeinschaften, Kommissionen und die Kriegsgesellschaften der KRA, die entsprechende Bedarfe definierten. Aufgrund ihrer personellen Zusammensetzung entwickelten sie sich zu Schnittstellen zwischen Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Militär, knüpften damit aber an schon vor 1914 eingeübte Kooperationsformen an, die vor dem Hintergrund der „existenziellen Krise der nationalen Sicherheit“ nun jedoch auf eine qualitativ neue Ebene gehoben wurden.²¹⁹

Dass man sich auch in der PGLA mit Substitutionsforschungen befasste scheint zunächst überraschend, bestand ihre Aufgabe doch in erster Linie in der Aufsuchung von Bodenschätzen. Damit wird man aber zum einen dem hybriden Charakter der Geologie und zum anderen der interdisziplinären Organisationsstruktur der PGLA nicht gerecht.²²⁰ So waren dort eben auch Chemiker, Bodenkundler, Bergingenieure, Mineralogen, Paläontologen und Petrographen beschäftigt, deren Auswahl und Laufbahnen den selben meritokratischen Prinzipien unterworfen waren, wie bei den Geologen.²²¹ Da der kriegsbedingte Ersatz von Mangelrohstoffen auf der Basis verfügbarer Materialien erfolgte – so etwa die Umstellung des Sparmetalls Kupfer auf Eisen, Zink und Aluminium – war es nur konsequent, in dieser Frage auch auf die Expertise der Geologen zurückzugreifen, da sie wussten, wo die benötigten Rohstoffe lagerten und einschätzen konnten, ob ihr Abbau lohnte.²²² Dementsprechend nahm Beyschlag beispielsweise regelmäßig an den Sitzungen der im Preußischen Kriegsministerium gebildeten „Kommission zur Beschaffung von Ersatzstoffen für die knapp werdenden Metalle teil“.²²³

217 Rathenau, Organisation (1915), S. 13 f.

218 Maier, Forschung (2007), S. 155; Scherner, Metallbewirtschaftung (2020), S. 81.

219 Zu den bereits vor 1914 bestehenden multiplexen Beziehungen der Teilsysteme (militärisch-industriell-wissenschaftlicher Komplex) vgl. Maier, Forschung (2007), S. 128–138; Trischler, Räumlichkeit (1996), S. 100.

220 Guntau, Gedanken (1985), S. 10; Klein, Wissen (2016), S. 10, 14. Allgemein vgl. Weber, Erschließen (2015), S. 235–267, 316–320.

221 Vgl. Flachowsky, Geognostik (2026), S. 56–63.

222 Beispiele für Substitutionsversuche und -maßnahmen in der deutschen Rohstoffversorgung geben Scherner, Metallbewirtschaftung (2020), S. 81–83; Maier, Newcomer (2021), S. 87–100; Morris, Substitutes (2021), S. 168–174; Rasch, Treib- und Schmierstoffe (2021), S. 183–224.

223 Beyschlag (PGLA) an Konrad Oebbecke (Mineralogisches Laboratorium und Geologische Sammlung, TH München), 12.7.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 608, unp. Dabei handelte es sich vermutlich um die seit Ende 1914 regelmäßig stattfindenden „Sparmetallsitzungen“ der Metallsektion der KRA. Vgl. Wieprecht, Metallbewirtschaftung (1940), S. 622 (Ich danke Helmut Maier für den Hinweis). An anderer Stelle verwies Beyschlag auf „Sparmetallsitzungen“ des Wumba. Beyschlag (PGLA) an Chef des Kriegsamtes Groener, 16.4.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 354, unp.

Einige der im Rahmen dieser und ähnlicher Kommissionen besprochenen Versorgungsprobleme hatten auch Einfluss auf die Arbeiten der PGLA, denn wie ihren Tätigkeitsberichten zu entnehmen ist, befassten sich ihre Chemiker mit Surrogat- bzw. Substitutionsforschungen, die zumindest in einigen Fällen von den jeweiligen Auftraggebern finanziert wurden.²²⁴ Wie der Leiter der Chemischen Abteilung der PGLA, Robert Gans (ab 1921 Ganssen), festhielt, erstreckten sich die „Kriegsarbeiten“ zunächst auf die Analyse zahlreicher Rohstoffe aus den besetzten Gebieten, insbesondere von Kohlen, bituminösen Gesteinen, Vanadin-, Zink-, Kupfer- und Edelmetallerzen. In die gleiche Richtung zielten die Auswertung und Untersuchung heimischer Phosphoritproben und solcher aus okkupierten Ländern. Darüber hinaus befasste man sich mit Versuchen zur Steigerung der Ausbeute der Zinkhütten, mit der Gewinnung von Kupfer aus stark kalziumkarbonat-haltigen Erzen und mit „der Frage des Ersatzes von Mörtel, Zement, Gips und Stein durch Stoffe natürlicher oder technischer Herkunft mit geringem Brennstoffverbrauch“.²²⁵

Besonderes Augenmerk richtete man auf die Entwicklung eines Verfahrens „zur Gewinnung von Vanadin aus Ton“, an dem die Kriegsmetall AG lebhaftes Interesse zeigte.²²⁶ Vanadium dient bei der Stahlherstellung als so genannter Veredeler.²²⁷ Schon eine geringe Beimischung dieses Rohstoffes steigert die Härte, Elastizität, Zugfestigkeit und Hitzebeständigkeit des Eisens erheblich, weswegen Vanadium vor allem für Bau- und Werkzeugstähle Verwendung fand. Darüber hinaus wurde „Vanadiumhochleistungsstahl“ für stark beanspruchte Fahrzeug- und Eisenbahnfedern sowie zur Herstellung von Geschosshüllen eingesetzt.²²⁸ Da Vanadium zusammen mit dem Molybdän das für die Stahlhärtung wichtige, aber kaum vorhandene Sparmetall Wolfram ersetzen sollte, ging man in Deutschland während des Krieges dazu zu über, es aus dem als Rückstand bei der Stahlproduktion anfallenden Thomasmehl

224 So erhielt die PGLA für die von ihr durchgeführten Aufbereitungsversuche mit platinführendem Gestein und für ihre Untersuchungen zur Gewinnung von Zink aus Erzwäscheabgängen, Räumaschen und zinkhaltigen Kiesabbränden von der KRA bspw. jeweils 3.000 Mark. Vgl. Kriegsmetall AG (KMA) an PGLA, 2.8.1916, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1622, Bl. 87; PGLA an KMA, 11.5.1918, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1623, Bl. 213; KMA an PGLA, 14.5.1918, ebd., Bl. 216. Dass „auf einzelnen mineralischen Rohstoffgebieten (...) ganz neue Wege eingeschlagen“ wurden, zeigt Krusch, *Kriegsaufgaben* (1921), S. CXXXIX.

225 Gans, *Kriegsarbeiten* (1921), S. CLXII. Zu Gans bzw. Ganssen siehe Anhang Biographien.

226 KMA an PGLA, 23.4.1917, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1599, Bl. 11. Die am 2.9.1914 gegründete Kriegsmetall AG war die erste Kriegsgesellschaft überhaupt und eine der größten. Zu ihrer Entwicklung vgl. Rohlack, *Kriegsgesellschaften* (2001), S. 52, 61–97.

227 Stahlveredelungsmittel wie Chrom, Nickel, Wolfram, Molybdän oder Vanadium sind überaus bedeutsam, denn sie verleihen dem Stahl besondere Eigenschaften, so dass er zum Beispiel als Baustahl (Panzerplatten) oder als Schnelldrehstahl für Werkzeugmaschinen Verwendung finden kann. Wie Krusch festhielt war „ohne Stahlveredelungsmittel (...) auch das stärkste Heer so gut wie wehrlos dem Feinde ausgesetzt“. Krusch, *Kampfmittel* (1920), S. 395.

228 Dazu und zu weiteren Anwendungen des Vanadiums vgl. Römpp, *Chemie* (1949), S. 142; Boldorf/Haus (Hg.), *Kriegswirtschaft*, Bd. 1: Weyrauch, *Waffen- und Munitionswesen* (2016), S. 68.

zu gewinnen.²²⁹ Dieser Weg erwies sich offenbar als erfolgreich, denn wie die Kriegsmetall AG der PGLA im April 1917 mitteilte, war es gelungen, reichhaltige Thomasschlacken aus dem Minettegebiet mit einem Vanadiumgehalt von ca. 0,7 % ausfindig zu machen. Da die Dillinger Hütte (Saargebiet) inzwischen auch eine Fabrik zur Gewinnung von monatlich zwei Tonnen Vanadium errichtete, schien der Bedarf für die deutsche Stahlindustrie gedeckt. Folglich sah die Kriegsmetall AG davon ab, sich mit weiteren Fabrikationsmöglichkeiten von Vanadium zu befassen, woraufhin die PGLA – die Tone und Eisenerze gezielt auf ihren Gehalt an Vanadium untersuchte – ihre entsprechenden Untersuchungen vermutlich einstellte.²³⁰

Tab. 1: Arbeiten im Chemischen Laboratorium der PGLA während des Ersten Weltkrieges.²³¹

Bearbeiter	Untersuchungsgegenstand
Robert Gans	- Nachweis geringster Mengen Platin in geimpften und ungeimpften Gesteinen (Kooperation mit „Gemeinschaft Schlägersberg“), - Gewinnung reiner metallurgischer Tonerde aus eisenhaltigen Silikaten, - Ersatz von Seife durch basenaustauschende, hydrolytisch sich spaltende Silikate.
Robert Wache	- Versuche über die Anreicherung von Eisen in Eisenmulen, - Versuche über die Verwitterung von Gesteinen, - Versuche über die Hygroskopizität von Permutiten, - Hygroskopizität absorptiv gesättigter und ungesättigter Aluminiumsilikate, - Gewinnung von Aluminium aus Tonerde, - Aufbereitung toniger bzw. schwefelkiesführender Braunkohlen, - Physikalisch-chemische Natur der Formsandvorkommen in Schlesien.
Karl Klüss	- Prüfung von Tonen und Eisenerzen auf ihren Vanadiningehalt.

229 Molybdän wurde aus den Rückständen der Verhüttung von Mansfelder Kupfererz (Ofensauren) gewonnen. Vgl. dazu Scherner, Metallbewirtschaftung (2020), S. 82 f. Wie Krusch betonte, war die Anwendung von Molybdän als Stahlveredelungsmittel vor dem Krieg in Deutschland unbekannt. Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CXXXVII. Da sich die Verhältnisse im Krieg jedoch änderten, wurden „an einigen Stellen umfangreiche neue Aufschlüsse auf deutschen und österreichischen Lagerstätten geschaffen“. Krusch, Stellung des Gelbbleierz (1918), S. 56.

230 KMA an PGLA 23.4.1917 u. 30.5.1917, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1599, Bl. 10 f. Der Hinweis auf die Dillinger Hütte findet sich in Krusch, Kampfmittel, S. 397. Vgl. Rohlack, Kriegsgesellschaften (2001), S. 97. Einen geringen Gehalt Vanadiums weisen vielfach auch Tone auf. Der an der PGLA tätige Bergassessor Kurt Flegel arbeitete ein Verfahren aus, mit dem es möglich war, von der im Ton enthaltenden Menge von etwa 0,02 % Vanadium etwa ein Zehntel zu gewinnen. Praktisch erprobt wurde das Verfahren jedoch nicht. Auch der Kupferschiefer von Richelsdorf wies 0,05 % Vanadium auf. Da das Vanadium im Gegensatz zum Molybdän in die Schlacke ging, arbeiteten die Teutschenthaler Molybdänwerke an einem Verfahren, „um beide Elemente zusammen in den Eisensauen zu konzentrieren“. Mit der Berechnung der in den Halden von Richelsdorf enthaltenen Menge Vanadiums und der Ermittlung des Molybdänvorrats war Krusch befasst. Vgl. Krusch, Kriegsaufgaben, S. CXXXIX.

231 Vgl. Bericht PGLA für 1916 (1919), S. 532; Bericht PGLA für 1918 (1921), S. CXVII; Pfeiffer, Nachruf Böhm (1929), S. LXXVIII.

Arthur Böhm	- Untersuchung von Diatomeen-Schlammablagerungen auf ihren Fettgehalt, - Humusformen der Braunkohle (Schwelversuche), - Untersuchung bituminöser Gesteine auf ihren Ölgehalt.
Richard Loebe	- Verfahren zur Gewinnung von Nickel und Kobalt aus Grubenwässern (Zusammenarbeit mit den Mechnicher Bleibergwerken), - Versuche zur Gewinnung von Tonerde aus Tonen.
Herbert Tüchel	- Herstellung von künstlichen lithographischen Schiefern.
Hans Wölbling	- Elektrosmotische Aufbereitungsversuche mit Braunkohlen, Walkerden und graphithaltigen Gesteinsproben, - Nutzbarmachung zinkarmer Erze und Räumaschen, - Verbesserung des Zinkhüttenprozesses.
Carl Krug	- Darstellung künstlicher Rotzinkerzkristalle.
Alfred Laage	- Gewinnung von Soda aus Tonen.

Daneben standen Forschungen zur Gewinnung von Aluminium aus Tonerde im Fokus der PGLA-Chemiker. Aluminium spielte eine wichtige Rolle für die Produktion von Zünder- und Geschossteilen sowie zur Herstellung von Halbzeugen für den Flugzeug- und Luftschiffbau.²³² Vor dem Krieg wurde der deutsche Aluminiumverbrauch durch Importe vor allem aus der Schweiz sowie aus Frankreich, England und Kanada gedeckt. Der Einfuhr von 16.000 t des Leichtmetalls stand 1914 eine deutsche Jahresproduktion von ca. 1.000 t gegenüber. Im Mai 1915 verfügte das Reich aber nur noch über einen Vorrat von etwa 4.000 t. Von der KRA veranlasste Importsteigerungen, Beschlagnahmen, Exportverbote und die nur für Rüstungszwecke vorgesehene Freigabe des Aluminiums reichten aber nicht aus, um die Versorgungslücken zu schließen, vor allem nachdem das Metall zunehmend als Ersatz für Kupfer und dessen Legierungen Verwendung fand.²³³ Mithilfe erheblicher staatlicher Subventionen wurden ab 1915 in Deutschland große Aluminiumhütten errichtet und gleichzeitig auch die Tonerde-Kapazitäten erweitert, sodass es bis 1918 gelang, etwa zwei Drittel des deutschen Aluminiumverbrauchs durch heimische Werke zu decken.²³⁴ Auch die PGLA brachte sich in diese Frage ein. So befasste sich ihr Chemiker Robert Wache seit 1916 mit der Ausarbeitung und technischen Durchführung eines Verfahrens, das es möglich machen sollte, „anstelle des ausländischen Bauxits den heimischen eisenhaltigen Ton zur Herstellung von Tonerde für die Aluminiumfabrikation zu verwenden“.²³⁵

Dagegen widmete sich Waches Kollege Richard Loebe der Ausarbeitung und technischen Durchführung eines Verfahrens zur Gewinnung von Nickel und Kobalt aus Grubenwässern.²³⁶ Auch das Legierungsmetall Nickel zählte zu den Mangelrohstoffen. Das war besonders fatal, da der Grad der deutschen

232 Maier, Newcomer (2021), S. 87.

233 Vgl. ebd.; Scherner, Metallbewirtschaftung (2020), S. 83.

234 Ebd., S. 83 f.; Maier, Newcomer (2021), S. 87; Belli, Lautawerk (2012), S. 34, 38–41, 47, 96–100.

235 Gans, Kriegsarbeiten (1921), S. CLXII; Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CXL; Bericht PGLA für 1916 (1919), S. 532. Zur Gewinnung von Aluminium aus Bauxit und Tonerden vgl. Belli, Lautawerk (2012), S. 27–29.

236 Vgl. Gans, Kriegsarbeiten (1921), S. CLXII; Bericht PGLA für 1916 (1919), S. 533.

Eigenversorgung mit diesem für die Herstellung von Stahlhelmen, Munition, Geschützrohren und Infanterieschutzschilden gleichermaßen wichtigen Rohstoff gegen Null ging.²³⁷ Wie eine Bestandserhebung der Kriegsbehörden ergab, verfügte Deutschland Mitte Mai 1915 über einen Vorrat von 3.000 t Nickel, der, bezogen auf den Verbrauch der ersten Kriegsmonate, gerade einmal den Bedarf eines halben Jahres deckte.²³⁸ Folglich versuchte die KRA, die bestehenden Versorgungslücken durch eine Intensivierung des Grubenabbaus, durch großangelegte Metallsammlungen und Recyclingverfahren und einen verstärkten Import aus dem neutralen Ausland zu schließen.²³⁹

Der Nickelengpass beeinflusste auch die Forschungen an der PGLA.²⁴⁰ Denn die bestehende deplorable Versorgungslage brachte den PGLA-Chemiker Loebe auf die Idee, nickel- und kobalthaltige Erze aus Grubenwässern zu gewinnen. Wie er in Erfahrung gebracht hatte, befand sich auf dem der Gewerkschaft Mechernicher Werke gehörenden Bleibergwerk des Schafberges bei Mechernich am Nordrand der Eifel auf der 72 m-Sohle ein Zufluss Ni- und Co-haltigen Grubenwassers, das pro Kubikmeter etwa 20 Gramm Nickel und Kobalt in Form von Sulfaten enthielt.²⁴¹ Erste Versuche hatten ergeben, dass sich beim Kochen des Wassers beide Erze quantitativ abschieden. Allerdings ließ sich dieser Weg infolge der zu erhitzenden großen Wassermengen (3,2 m³ pro Minute) aber nicht zur Grundlage eines praktischen Verfahrens machen. Wie Loebe aber Ende 1916 berichtete, war ihm die vollständige Ausfällung der Ni- und Co-Bestandteile auch ohne Zuführung von Wärme allein durch die Zugabe „dosierter Mengen von Kalk“ und „aufgeschlämmter Braunkohle“ gelungen. Zur Trennung von Niederschlag und Wasser wurde das mechanische Sedimentierungsverfahren angewendet. Der auf diese Weise gewonnene Klärschlamm wurde dann durch eine Filterpresse zum großen Teil entwässert und abschließend luftgetrocknet. Wie Loebe berichtete, schwankte der Gehalt der ersten Proben an Nickel und Kobalt zwischen drei und vier Prozent. Spätere Versuche hätten aber bereits zu einem Material mit ca. sechs Prozent geführt, also einem Ausgangsstoff der „als sehr metallreich und gut verhältbar“ zu bezeichnen sei. Immerhin wurde bei diesem Verfahren eine Ausbeute von 97 % erzielt. Der tägliche Ertrag an Nickel und Kobalt betrug 89,4 Kilogramm, was einer jährlichen Produktion von 32,6 t entsprach.

237 Vgl. Scherner, *Metallbewirtschaftung* (2020), S. 68; Boldorf/Haus (Hg.), *Kriegswirtschaft*, Bd. 1: Weyrauch, *Waffen- und Munitionswesen* (2016), S. 54, 57, 61, 68.

238 Vgl. Scherner, *Metallbewirtschaftung* (2020), S. 71. Wie Krusch betonte, betrug Deutschlands Nickelverbrauch 1913 6.000 t, wobei die deutsche Nickelgewinnung aus einheimischen Erzen nur bei „einigen hundert Tonnen“ lag. Krusch, *Kampfmittel* (1920), S. 396.

239 Darüber hinaus wurden Chrom und Kobalt anstelle von Nickel als Austauschstoff in der Stahlherstellung verwendet. Im Zuge einer gesteuerten Verbrauchsminderung gelang es zudem, den Nickelgehalt bei Geschützrohren ohne Qualitätseinbußen zu senken. Vgl. Scherner, *Metallbewirtschaftung* (2020), S. 73, 75, 80, 82–84.

240 Vgl. Krusch, *Kriegsaufgaben* (1921), S. CXXXVf.

241 Zur Geschichte der Bleierzlagerstätte und der 1911 aus einer Aktiengesellschaft hervorgegangenen Gewerkschaft Mechernicher Werke vgl. Abel, *Erzbergbau* (2004); Krusch, *Versorgung* (1913), S. 183–185. Ferner Elberskirch, *Tektonik* (1938), S. 37–81.

Da diese Zahlen für sich selbst sprachen und die Sache immer eiliger wurde, erhielt Loebe von der Kriegsmetall AG den Auftrag, das Verfahren „an Ort und Stelle in die Praxis einzuführen“.²⁴² Da kurz darauf auch der Nachweis der technischen und wirtschaftlichen Durchführbarkeit des Loebe'schen Gewinnungsverfahrens bestätigt wurde, trat die Kriegsmetall AG mit der Gewerkschaft Mechernicher Werke wegen der Weiterverfolgung der Angelegenheit in Verbindung.²⁴³ Obwohl die Kriegsmetall AG versuchte, mehrere Hütten für die Verarbeitung der durch Loebe's Verfahren gewonnenen Trockensubstanzen zu interessieren, erklärte sich letztlich offenbar nur die Duisburger Kupferhütte dazu bereit, das Material umzuarbeiten.²⁴⁴ Um den reibungslosen Fortgang des Projekts zu sichern, wurde Loebe der Kriegsmetall AG im März 1917 zur Übernahme der Leitung des Schlammgewinnungsbetriebes in Mechernich zu Verfügung gestellt, bevor die KRA im November 1917 schließlich ihre Zustimmung zum Neu- bzw. Ausbau der bisherigen Versuchsanlage erteilte, deren Produktion sich „bei den hohen Kriegspreisen eben noch lohnte“.²⁴⁵

Wie Paul Krusch im August 1915 im Rahmen der sich mit allgemeinen Düngerangelegenheiten befassenden Kriegssitzungen im preußischen Landwirtschaftsministerium ausführte, sei die PGLA „die erste Stelle gewesen (...), welche auf Anhydrit als Ausgangsmaterial für [die] Schwefelkalziumherstellung aus bergwirtschaftlichen Gründen“ hingewiesen habe.²⁴⁶ Den Hintergrund hierfür bildete der Bedarf an Schwefelsäure, die nicht nur „die wichtigste

242 Beyschlag (PGLA) an KMA (mit anliegendem Bericht Loebe's über die Vorarbeiten zur Gewinnung eines Nickel- und Kobalt-haltigen Erzes aus Grubenwasser bei Mechernich vom 24.12.1916), 27.12.1916, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1622, Bl. 253–256; Beyschlag (PGLA) an KMA, 20.10.1916, ebd., Bl. 157; Niederschrift über die Sitzung der Bergbaukommission [der KRA], 10.7.1916, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1610, Bl. 35–43, hier Bl. 40 f. Wenn man berücksichtigt, dass Deutschland 1917 aus eigenen Erzen etwa 1.560 t Nickel gewann, kann man den Wert des von Loebe entwickelten Verfahrens ermessen. Vgl. Krusch, Kampfmittel (1920), S. 396. In den 1930er Jahren erreichte die Nickelgewinnung aus deutschen Erzen „schätzungsweise einige 100 t“. Friedensburg, Bergwirtschaft (1942), S. 204. Welche Bedeutung man der Nickel- und Kobaltgewinnung aus den Mechernicher Grubenwässern beimaß geht auch daraus hervor, dass sich noch 1934 eine Arbeitsgemeinschaft an der Bergakademie Clausthal, bestehend aus den Professoren Hans Grothe (Institut für Metallhüttenwesen und Elektrometallurgie), Friedrich Buschendorf (Institut für Mineralogie und Lagerstättenkunde) und August Götte (Institut für Aufbereitung) im Rahmen einer Gemeinschaftsarbeit zur Gewinnung von Nichteisenmetallen aus armen deutschen Erzvorkommen, auch mit dieser Frage befasste und dafür Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) erhielt. Vgl. Grothe (Institut für Metallhüttenwesen und Elektrometallurgie der staatlichen Bergakademie Clausthal) an DFG, 15.11.1934, BArch Berlin, R 73, Nr. 16396, unpag.; DFG an Grothe, 22.1.1935, ebd., unpag.

243 Vgl. Beyschlag (PGLA) an KMA, 4.1.1917, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1622, Bl. 265; KMA an PGLA, 10.1.1917, ebd., Bl. 289.

244 Vgl. Schlich/Schneider/Stadler, Bleierzlagerstätte (1986), S. 59 f.

245 Vgl. KMA an PGLA, 14.3.1917 u. 20.3.1917, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1622, Bl. 370, 388 f.; KMA an Loebe (PGLA), 3.4.1917, ebd., Bl. 401 f.; KMA an PGLA, 8.12.1917, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1623, Bl. 142 f.; Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CXXXVI. Dort auch der Hinweis auf PGLA-Untersuchungen weiterer Grubenwässer auf Nickel bei Mansfeld und Sangerhausen sowie bei Schweina und Sohland, die jedoch ergebnislos verliefen.

Säule der chemischen Industrie“ darstellte, sondern ebenso auch für die Landwirtschaft (Herstellung von Düngemitteln), für die Farbenindustrie, die Zellstoff- und Papierherstellung, wie auch für die Produktion von Sprengstoffen gleichermaßen bedeutsam war.²⁴⁷ Die Rohstoffbasis für Schwefelsäure bildeten Pyrit (Schwefelkies), der vor dem Krieg zu über 80 % aus Portugal, Spanien und Frankreich eingeführt wurde, sowie elementarer Schwefel aus Italien.²⁴⁸ Da die Einfuhr infolge der alliierten Blockade auch hier stockte, wurden von der am 23. September 1914 gebildeten Kriegs-Chemikalien AG verschiedene Ersatzverfahren zu Herstellung von Schwefelsäure gefördert, wobei auch „ganz neue Wege eingeschlagen“ wurden.²⁴⁹ Bei der „Schwefelsäurefabrikation aus Ersatzmitteln“ tat sich u.a. das Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI) für Kohlenforschung in Mülheim an der Ruhr hervor, das unterschiedliche Verfahren testete.²⁵⁰ Dazu gehörte beispielsweise die Gewinnung von Schwefel aus Gips, der in „ungeheuren Mengen zur Verfügung“ stand und dessen Lagerstättenvorkommen von Geologen der PGLA nachgewiesen wurden.²⁵¹ Die Chemiker der PGLA rieten zudem, anstelle von Gips Anhydrit – einen wasserfreien Gips – zur Herstellung von Schwefelkalkzium zu verwenden, welches anschließend mit Hilfe von Carnallit oder Endlaugen zu Schwefel zersetzt wurde.²⁵² Da sich das Verfahren „bei der praktischen Erprobung“ bewährte, entstanden auch hier neue Anlagen, so etwa bei der Deutschen Claus-Schwefelgesellschaft mbH in Bernburg, der Sulfur GmbH in Walbek und der Chemischen Fabrik Hönningen AG in Hönningen, die zu diesem Zweck auch finanzielle Unterstützung der Kriegs-Chemikalien AG erhielten.²⁵³ Zwar half dieses kriegsbedingte Verfahren zwischenzeitlich, die Rohstoffdecke

246 Niederschrift der Sitzung im Pr. Landwirtschaftsministerium (LWM) betreffend allgemeine Düngerangelegenheiten, 20.8.1915, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unp.

247 Vgl. Stensland, Ersatzstoffproduktion (2009), S. 173.

248 Vgl. Rasch, Geschichte (1989), S. 67.

249 Der Hinweis auf die Gründung der Kriegs-Chemikalien AG findet sich in Rohlack, Kriegsgesellschaften (2001), S. 52. Eine Übersicht über verschiedene Verfahren zur Herstellung von Schwefelsäure findet sich in Niederschrift der Sitzung im Pr. LWM betreffend allgemeine Düngerangelegenheiten, 20.10.1916, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unp. Der Hinweis auf die „ganz neuen Wege“ findet sich in Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CXXIX.

250 Niederschrift der Sitzung im Pr. LWM betreffend allgemeine Düngerangelegenheiten, 20.8.1915, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unp. Zu den Substitutionsversuchen am KWI für Kohlenforschung auf dem Gebiet der Schwefelsäuregewinnung vgl. Rasch, Geschichte (1989), S. 67–70.

251 Vgl. Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CXXIX, CXLII. Zur Nutzung von Gips und Kieserit zur Schwefelgewinnung, der Schaffung einer Gips- und Kieseritkommission, Maßnahmen des Staates zur Sicherstellung des Schwefelbedarfs und dahingehenden Versuchen der Firma Friedrich Bayer & Co. und der Badischen Anilin- und Sodafabrik (BASF) vgl. Stensland, Ersatzstoffproduktion (2009), S. 182–193.

252 Vgl. Niederschrift der Sitzung im Pr. LWM betreffend allgemeine Düngerangelegenheiten, 20.8.1915, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unp.; Rasch, Geschichte (1989), S. 69. Zu Gips und Anhydrit vgl. Rothe, Schätze (2010), S. 146–148.

253 Rasch, Geschichte (1989), S. 70, 377 (Anm. 215); Niederschrift der Sitzung im Pr. LWM betreffend allgemeine Düngerangelegenheiten, 20.10.1916, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unp.

Deutschlands zu verlängern, allerdings wurde es nach 1918 „wegen mangelnder Rentabilität“ wieder aufgegeben.²⁵⁴

Eines „der größten und unlösbaren Probleme der deutschen Kriegswirtschaft“ stellte die Fettfrage dar.²⁵⁵ Da auch in diesem vor allem für die Nahrungsmittelversorgung grundlegenden Bereich eine hohe Auslandsabhängigkeit Deutschlands bestand – etwa bei der Lieferung von Öl und Ölsaaten – erwiesen sich die Folgen der englischen Blockade hier als besonders gravierend.²⁵⁶ Im letzten Friedensjahr hatte der deutsche Öl- und Fettverbrauch bei 1,94 Millionen t gelegen, wobei 400.000 t für technische Zwecke (z.B. Seifen, Stearin, Linoleum, Schmiermittel) und der Rest von ca. 1,5 Millionen t für die Ernährung benötigt wurden. Im Durchschnitt konsumierte die erwachsene Bevölkerung etwa 60 bis 70 Gramm Fett am Tag, während der Bedarf bei Kindern bis zu zwölf Jahren etwa die Hälfte (= 35 Gramm) ausmachte. Diesem regulären Konsum standen im ersten Kriegsjahr nur noch ca. 1,1 Millionen t pflanzliche und tierische Öle und Fette gegenüber, von denen rund 150.000 t für technische Zwecke Verwendung fanden, so dass für die Ernährung der 70 Millionen Deutschen nur noch 950.000 t blieben. Dies entsprach einer Fettration von 40 Gramm am Tag, also etwa der Menge, die die in den deutschen Gefangenenlagern Internierten erhielten. Nach Auffassung der Behörden bildete die 40-Gramm-Ration „eine notfalls für körperlich nicht stark arbeitende Menschen ausreichende Ernährung“, genügte „aber keineswegs für den Arbeiter und den Soldaten“.²⁵⁷

Vor diesem Hintergrund wurde vom für Ernährungsfragen verantwortlichen Reichsamt des Innern im Januar 1915 der Kriegsausschuss für pflanzliche und tierische Öle und Fette (KAÖF) gegründet.²⁵⁸ Er hatte die vorrangige Aufgabe, der Nahrungsmittelindustrie sämtliche für Ernährungszwecke brauchbaren Rohstoffe zuzuführen.²⁵⁹ Zu diesem Zweck befasste er sich mit der Bewirtschaftung, Beschlagnahmung und Verteilung von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten und ihrer Beschaffung aus dem Ausland (z.B. Abfallfett, Harz, Tran, Casein oder Holzteer aus Skandinavien, Ölsaaten und

- 254 Plumpe, Industrie (2020), S. 208, 216. Auch Krusch betonte, dass die Anlagen, die Gips- und Anhydrit zu Schwefel verarbeiten sollten, „kein befriedigendes Ergebnis“ brachten. Dagegen habe sich das Schwefelkiesvorkommen von Meggen in Westfalen als „Retter in der Not“ erwiesen, dessen Förderung vervielfacht wurde. Krusch, *Kampfmittel* (1920), S. 400.
- 255 Pelzer/Reith, *Margarine* (2001), S. 49; Köster, *Konsumgüterindustrien* (2020), S. 298 f.
- 256 Pelzer/Reith, *Margarine* (2001), S. 47–49. Zur Ernährungswirtschaft und den Hungererfahrungen des Ersten Weltkrieges mit 424.000 Hungertoten in Deutschland vgl. Eckart, *Medizin* (2014), S. 273–300, hier 276; Pelzer/Reith, *Margarine* (2001), S. 47–60; Thoms, *Verwertung* (2021), S. 302–304.
- 257 Geheime Denkschrift des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Öle und Fette GmbH (KAÖF) über die Öl- und Fettnot in der deutschen Ernährungsbilanz, ohne Datum (etwa Juli 1915), BArch Berlin, R 8851, Nr. 290, Bl. 181–185; Protokoll über die 3. Sitzung des wissenschaftlichen Ausschusses des KAÖF, 19.7.1915, BArch Berlin, R 8851, Nr. 287, Bl. 62–71, hier Bl. 62 f. Vgl. auch Frank, *Verwertung* (1921), S. 10, 13 f.
- 258 Vgl. Rohlack, *Kriegsgesellschaften* (2001), S. 56; Pelzer/Reith, *Margarine* (2001), S. 49. Organigramme des KAÖF vom November 1915 und Februar 1916 finden sich in BArch Berlin, R 8851, Nr. 287, Bl. 3, 246.
- 259 Vgl. Aufruf des KAÖF „Sorgt für Fettgewinnung“, 6.8.1915, ebd., Bl. 92 f.

Olivener Öl aus der Türkei), mit der Förderung des einheimischen Ölsaatenbaus und der Abnahme der Ölflechternten, mit der Verarbeitung der Rohstoffe (z.B. zu Margarine, Seifen usw.) und der Verteilung der Fertigprodukte, mit der Übernahme sämtlicher in Deutschland anfallenden Knochen und ihrer Verarbeitung sowie mit dem Einkauf und Abtransport der in den besetzten Gebieten anfallenden Rohfette.²⁶⁰ Da „für das wirtschaftliche Durchhalten während des Krieges“ eine „Erhöhung der heimischen Fettbilanz“ unabdingbar schien, unternahm der KAÖF auch verzweifelte Versuche, um „neue Fettquellen zu erschließen“.²⁶¹ Dazu gehörten beispielsweise die Aufsammlung von Bucheckern, Linsensamen und Fruchtkernen, die Gewinnung von Spülwässern durch den Einbau von Fettabscheidern, die Gewinnung von Fettpilzhefen, die Bearbeitung von Flussfettvorkommen, die systematische Gewinnung von Abfall- und Knochenfetten (z.B. in Schlächtereien), aber auch Saatengewinnung und -ernten in Deutschland, Flandern, Polen und Kurland.²⁶²

Bei der Suche nach neuen Wegen ergaben sich auch Fragen, die „nur in kleinerem Kreise von fachwissenschaftlich gebildeten Herren gelöst werden“ konnten. Infolgedessen rief der KAÖF im April 1915 einen Wissenschaftlichen Ausschuss ins Leben, der sich gut zehn Monate später in sieben Kommission untergliederte.²⁶³ Zu den Beratungen des Wissenschaftlichen Ausschusses sollten je nach Bedarf und zu behandelnder Materie externe Sachverständige hinzugezogen werden. Die zum Teil bizarr anmutenden Vorschläge, mit denen sich der Ausschuss und seine Kommissionen auseinandersetzten, deuten an, wie verzweifelt die Lage gewesen sein muss. So gab es Anregungen, Amseln, Stare und Krähen zum Abschuss freizugeben oder Mehl- und Regenwürmer, Käfer

260 Vgl. Verzeichnis der Kriegoorganisationen, 1.2.1918, BArch Berlin, R 43-I, Nr. 614, Bl. 2–27, hier Bl. 6R; Verpflichtungsschein A des KAÖF, ohne Datum (um 1916), BArch Berlin, R 8851, Nr. 1994, Bl. 41. Zu den vom KAÖF bearbeiteten pflanzlichen (z.B. Oliven-, Mohn-, Erdnuss-, Sesam-, Lein-, Rizinus-, Palmkernöl, Kokosfett) und tierischen (z.B. Fischtran, Talg, Knochenfett) Ölen und Fetten, Ölsaaten, gehärteten Ölen und Fetten (z.B. Kunstspeisefett, Margarine) und Olein vgl. Aktennotiz über die Beziehungen zwischen der Z[entral] E[inkaufs-] G[esellschaft] und dem KAÖF, Berlin bis 25.3.1916, ebd., Bl. 25–32, hier Bl. 25 f. Zur Lieferung von Ölen und Fetten aus dem Ausland (u.a. Schweden, Dänemark, Norwegen, Rumänien und der Türkei) vgl. 22. Ausschuss-Sitzung des KAÖF, 4.4.1917, BArch Berlin, R 8851, Nr. 290, Bl. 166–171.

261 Aktennotiz über die Beziehungen zwischen der Z[entral] E[inkaufs-] G[esellschaft] und dem KAÖF, Berlin bis 25.3.1916, BArch Berlin, R 8851, Nr. 1994, Bl. 25–32, hier Bl. 28; Aufruf des KAÖF „Sorgt für Fettgewinnung“, 6.8.1915, BArch Berlin, R 8851, Nr. 287, Bl. 92 f.

262 Vgl. ebd.; Geheime Denkschrift des KAÖF über die Öl- und Fettnot in der deutschen Ernährungsbilanz, ohne Datum (etwa Juli 1915), BArch Berlin, R 8851, Nr. 290, Bl. 181–185.

263 6. Ausschuss-Sitzung des KAÖF, 20.4.1915, BArch Berlin, R 8851, Nr. 288, Bl. 237. Im Februar 1916 bestanden folgende Kommissionen: A. Ernährungs-Kommission, B. Fettsäuresynthese-Kommission, C. Druckfarbenölersatz-Kommission, D. Lackleinölersatz-Kommission, E. Olein-Kommission, F. Gewinnung pflanzlicher Ersatzstoffe, G. Montansäure-Kommission. Dazu und zur Zusammensetzung der Kommissionen vgl. 16. Ausschuss-Sitzung des KAÖF, 11.2.1916, ebd., Bl. 54–57, hier Bl. 55–55R; Geschäftsordnung für die Unterkommissionen des Wissenschaftlichen Ausschusses des KAÖF, ohne Datum (Febr. 1916), BArch Berlin, R 8851, Nr. 287, Bl. 35 f.

und Fliegenmaden, Ratten, Mäuse und Hamster, Frösche, Seesterne und Schnecken sowie Fischeingeweide, Küchenabfälle und Abwässer zur Öl- und Fettgewinnung heranzuziehen.²⁶⁴ Daneben befasste sich der Ausschuss mit Ersatzlebensmitteln, wie Butter-, Schmalz- oder Salatölpräparaten, wobei deutlich wurde, dass die Prüfung dieser meist unbrauchbaren, ernährungsphysiologisch bedenklichen Produkte auch an Kriegsgefangenen durchgeführt wurde.²⁶⁵

Aber auch technische Öle und Fette weckten das Interesse des Wissenschaftlichen Ausschusses. So befasste er sich wiederholt mit der Rückgewinnung von Seifen oder verschiedenen „Seifenstreckungsverfahren“. Auf Wunsch des Reichsamts des Innern wurde zur wissenschaftlichen Behandlung der Seifenfrage sogar eine eigene „Seifenkommission“ eingesetzt. Einen Gegenstand der Untersuchungen bildete die „Streckung von Seifen mit kolloidalen Tonerdepräparaten“. Dieses Verfahren war schon länger bekannt und schien vor dem Hintergrund der allgemeinen Versorgungsengpässe „eine der besten und empfehlenswertesten“ Streckungsmöglichkeiten darzustellen, zumal Deutschland über genügend Tonerdevorkommen verfügte. Der an der PGLA tätige Chemiker Arthur Böhm sicherte dem Ausschuss jedenfalls die Mitarbeit der Geologischen Landesanstalt bei der Feststellung der sich am besten für diese Frage eignenden Tonerden zu.²⁶⁶

Dies war jedoch lediglich ein Entgegenkommen der PGLA, denn eigentlich befasste sich Böhm im Auftrag des KAÖF mit einer ganz anderen Frage. Bei den unter dem Schlagwort „Algenmudde“ zusammengefassten Arbeiten Böhms ging es nämlich darum, Diatomeen-Schlammablagerungen auf ihren Fettgehalt zu untersuchen und diese Fette gegebenenfalls zu extrahieren.²⁶⁷ Zu diesem Zweck wurden bei allen an die Ostsee angrenzenden Landratsämtern und Strandvogteien Übersichten über die Hauptvorkommen dieser Kieselalgen-Faulschlamme erstellt, Proben entnommen und im Laboratorium der PGLA analysiert. Im Mittelpunkt der Untersuchungen standen Diatomeen-Ablagerungen in der Wismarer Bucht, in der Flensburger Förde, im Kurischen Haff, in einem See der Mark und im so genannten „Ludwigshofer Fenn“ bei Ueckermünde. Während der Wassergehalt des Rohmaterials „äußerst groß“ war, erwies sich der im Faulschlamm enthaltene organische Bestandteil als enttäuschend gering. So waren lediglich drei Prozent der organischen Masse extrahierbar, wobei Böhm bezweifelte, dass es sich bei dem gewonnenen Material tatsächlich um reines Fett handelte.

264 7. Sitzung des Wissenschaftlichen Ausschusses der KAÖF, 8.4.1916, ebd., Bl. 15–20, hier Bl. 19; 8. Sitzung des Wissenschaftlichen Ausschusses der KAÖF, 10.8.1916, BArch Berlin, R 8851, Nr. 289, Bl. 85–90, hier Bl. 85R; 9. Sitzung des Wissenschaftlichen Ausschusses der KAÖF, 10.1.1917, ebd., Bl. 45–48. Vgl. auch Pelzer/Reith, *Margarine* (2001), S. 50–60.

265 Vgl. ebd., S. 53, 57; 7. Sitzung des Wissenschaftlichen Ausschusses der KAÖF, 8.4.1916, BArch Berlin, R 8851, Nr. 287, Bl. 15–20, hier Bl. 17R.

266 Vgl. ebd., Bl. 15R. Zu Böhm siehe Anhang Biographien. Mit dem Nachweis der feinen Ton- und Walkererden für die Seifenstreckung wurden vermutlich die Geologen Curt Gagel und Alexander Fuchs beauftragt. Vgl. Krusch, *Kriegsaufgaben* (1921), S. CXLVII.

Ebenso gering wie die Ausbeute, ebenso schwierig gestaltete sich auch die technische Durchführung des Verfahrens. So musste das Material durch Bagger und „Mammutpumpen“ gewonnen und zum Trocknen auf große Flächen verteilt werden. Dadurch wurde die Masse jedoch steinhart, was die Extraktion ungemein erschwerte. Aus diesem Grund schien entweder eine nicht ganz vollständige Trocknung angebracht oder aber eine Aufbereitung (Verpulverung) der vollständig getrockneten, steinharten Schlämme vor der Extraktion. Auch wenn man sich durch den Aufschluss des Materials mit Salzsäure eine Verfünffachung des Extraktionsgewinns erhoffte, sprachen nicht nur die schon an sich erheblichen Kosten gegen das Verfahren. Allein an die Beschaffung der hierfür notwendigen Extraktionsanlagen war während des Krieges überhaupt nicht zu denken. Zudem wurde deutlich, dass das aus Diatomeen-Schlamm gewonnene Algenwachs eine Vorstufe des Montanwachses darstellte, das viel einfacher aus Braunkohle zu gewinnen war. Infolge der Untersuchungsergebnisse Böhms wandte sich der KAÖF daher verstärkt der Verwendung von Montanwachs als Ersatz für Fette und Fettsäuren zu und intensivierte die Produktion der entsprechenden Industrien. Dagegen schied die Heranziehung des aus Diatomeen-Schlammlagern gewonnenen Algenwachses als „Hilfsquelle“ der deutschen Fettwirtschaft fortan aus.²⁶⁸

Im Übrigen war Böhm nicht der einzige Vertreter der PGLA, der sich mit der Nutzungsmöglichkeit von „Tiefenschlamm“ befasste. So regte der Landesgeologe Alfred Jentzsch vor dem Hintergrund der durch den Krieg bedingten Knappheit an Futtermitteln 1916 an, Seeschlamm (Sapropel) zur Streckung von Schweinefutter zu verwenden, wobei er sich zum Teil auch auf die Untersuchungen Böhms stützte.²⁶⁹ Wie Paul Krusch nach dem Krieg festhielt, sei es angeblich gelungen „aus dem Fettgehalt der deutschen Faulschlammablagerungen (...) Tierfutter herzustellen“. An den Beratungen über die Verwendung des Sapropel sei auch der Landesgeologe Adolf Klautzsch beteiligt gewesen.²⁷⁰

Die kriegsrelevanten Substitutionsforschungen der PGLA erstreckten sich auch auf das Gebiet der Treib- und Schmierstoffe, die hier abschließend betrachtet werden sollen, weil die Anstalt hier „in tatkräftigster Weise“ aktiv wurde.²⁷¹ Die Versorgung mit Mineralölprodukten stellte ebenfalls einen hochproblematischen Engpass dar, denn wie Beyschlag schon vor dem Krieg nachgewiesen hatte, war die Förderung aus heimischen Quellen nicht einmal

267 Dazu und im Folgenden vgl. 7. Sitzung des Wissenschaftlichen Ausschusses der KAÖF, 8.4.1916, BArch Berlin, R 8851, Nr. 287, Bl. 15–20, hier, Bl. 15, 16R.

268 Vgl. ebd., Bl. 16R.

269 Vgl. Jentzsch, Seeschlamm (1916), S. 376–377, 448–449. Zur Kritik an den Vorschlägen von Jentzsch vgl. Tacke, Seeschlamm (1916), S. 423.

270 Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CXLV. Auch der 1916 geschaffene Kriegsausschuss für Ersatzfutter versuchte, durch die Einführung von Tierersatzfuttermitteln die Fleisch- und Eiweißversorgung der Bevölkerung zu verbessern. Zu den von ihm ins Auge gefassten Ersatzfutterstoffen gehörten auch Seetang- und Seegrasmehl, während Sapropel offenbar nicht in Betracht kam. Vgl. Thoms, Verwertung (2021), S. 319.

271 So zumindest Pfeiffer, Nachruf Böhm (1929), S. LXXVIII.

annähernd in der Lage, den bestehenden Bedarf zu decken.²⁷² Da nach dem Kriegsbeginn auch die meisten Mineralölimporte ausfielen, kam es wie bei allen Mangelrohstoffen auch bei den Mineralölzeugnissen zu zahlreichen Spar- und Bewirtschaftungsmaßnahmen, Beschlagnahmungen und Verbrauchsumschichtungen, um bestehende Versorgungsengpässe zu überbrücken. Darüber hinaus setzte man auch hier auf den Einsatz von Ersatzstoffen (z.B. Benzol, Spiritus, Teeröl).²⁷³ Wie sich zeigte, kam der Ersatzstoffproduktion auf dem Mineralölgebiet während des Krieges weit mehr Bedeutung zu, als der inländischen Ölförderung, da sie etwa ein Fünftel des Verbrauchs deckte. Gleichwohl reichte dies nicht aus, denn Versorgungsprobleme zeigten sich nicht nur bei den Treib- sondern auch bei den Schmierstoffen, auf die neben Eisenbahnen, Schiffen, U-Booten und Flugzeugen auch Maschinen aller Art angewiesen waren.²⁷⁴

In der PGLA befassten sich neben Beyschlag der bereits erwähnte Chemiker Arthur Böhm und der Geologe Erich Harbort mit alternativen Möglichkeiten der Mineralölgewinnung, wobei sie sich vor allem auf in Deutschland und in den besetzten Gebieten vorkommende bituminöse Gesteine konzentrierten.²⁷⁵ Derartige Arbeiten standen übrigens auch im Fokus anderer Geologischer Landesanstalten. So hatte Gustav Adolf Sauer, Direktor der Geologischen Abteilung des Württembergischen Statistischen Landesamts, Ende 1914 angeregt, den brachliegenden regionalen Ölschieferabbau wieder zu beleben, wobei es nach einer Zusammenkunft mit schwäbischen Industriellen auch zu ersten ‚Tastversuchen‘ zur Ölerzeugung aus Lias-Schiefen kam.²⁷⁶ Zu diesem Zweck richtete die Firma Zeller & Gmelin in Eislingen eine Versuchsanlage ein, die für die Destillation Drehtrommeln benutzte. Zwar ermöglichte der Einsatz dieser Apparaturen hohe Durchsätze, aber es zeigte sich, dass die langen, oftmals ungleichmäßig erhitzten Trommeln durchglühten, sich verbogen und infolge ihrer Rotationsbewegung angeschlossene Geräte und Ummauerungen nach kurzer Betriebsdauer zerstörten. Auch der Rückgriff auf widerstandsfähigere Drehöfen der Firma Thyssen, die aus der Steinkohlennebenproduktengewinnung bekannt waren, erwies sich für den

272 Vgl. Denkschrift Beyschlags (PGLA) betr. Motorentreiböl für die deutsche Marine, 13.9.1910, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 283, unp.

273 Zur deutschen „Ölknappheit und Zwangsbewirtschaftung“ während des Ersten Weltkrieges vgl. maßgeblich Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 99. Zu kohlebasierten Verfahren, über die in Nebenproduktenanlagen Ausgangsstoffe für Schmiermittel und Benzine erzeugt wurden, vgl. Rasch, Treib- und Schmierstoffe (2021), S. 183–222, Flachowsky, Kohle (2010), S. 19–50.

274 Vgl. Roelevink/Ziegler, Rohstoffwirtschaft (2020), S. 133.

275 Gans, Kriegsarbeiten (1921), S. CLXII; Beyschlag, Entwicklung (1919), S. 185–256; Pfeiffer, Nachruf Böhm (1929), S. LXXVIII; Mestwerdt, Nachruf Harbort (1930), S. LXXII.

276 Vgl. Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's (11. Tagung), 27.9.1919, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unp.; Adolf Sauer (Mineralogisch-Geologisches Institut, TH Stuttgart) an Beyschlag (PGLA), 26.4.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 608, unp. Zur Schieferölgewinnung in Württemberg und den Versuchen im Ersten Weltkrieg vgl. Glauning, Entgrenzung (2006), S. 31–40, hier S. 35 f.; Beyschlag, Entwicklung (1919), S. 235–238.

kalorienarmen Ölschiefer wegen der zu geringen Wärmeökonomie ihres Betriebes nicht möglich. Darüber hinaus konzentrierte sich die Firma auf die Nebenproduktengewinnung aus Ölschiefer. Ausgehend von der seit Langem bekannten Verfeuerung des württembergischen Ölschiefers zur stationären Dampfkessel- oder Kalkofenheizung suchte man nach Wegen, die Schiefer „in Generatoren zu vergasen“, weil letztere „ein fortleitbares, also an jedem beliebigen Ort verwendbares Gas“ erzeugten. Allerdings erwies sich auch dieser Weg als wenig aussichtsreich, denn wie sich zeigte, ließ sich der verwendete Posidonienschiefer wegen der leichten Back- und Sinterfähigkeit seiner Asche nicht im Generator vergasen.²⁷⁷

In Berlin nahm man die Arbeiten der württembergischen Kollegen interessiert zu Kenntnis und schlug einen Erfahrungsaustausch vor.²⁷⁸ Über ihre eigenen Erfahrungen berichteten Beyschlag, Böhm und Harbort in einer im Dezember 1915 an die Regierung gerichteten streng vertraulichen Denkschrift, die Aufschluss „über die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Versorgung des Deutschen Reiches mit Mineralölen aus inländischen bituminösen Gesteinen“ geben sollte.²⁷⁹ Da die durch den Krieg unterbundene Zufuhr von Erdölprodukten Deutschland „in große Verlegenheit gebracht“ habe, rieten die Berliner Geologen, „im Interesse der Landesverteidigung (...) in Zukunft bezüglich der Mineralölversorgung die Unabhängigkeit vom Auslande“ anzustreben.²⁸⁰ Immerhin habe man sich nur durch die Produktion der heimischen Erdölbezirke, durch die Ersatzstoffe der Braunkohlen- und Steinkohlenteerindustrie, die Besetzung des galizischen Erdölreviers sowie Öllieferungen aus Rumänien über Wasser halten können. In der PGLA zeigte man sich besorgt,

277 Vgl. Bericht von Beyschlag über den Stand der deutschen Erdöl- und Schieferölgewinnung (S. 14–17), 29.7.1922, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 306, unpag. Wie der Erdölgeologe Alfred Bentz 1924 feststellte, erwies sich der württembergische Ölschiefer für die Ölgewinnung als „sehr minderwertiges Rohmaterial“. Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 99 f. Die von der Firma Zeller & Gmelin betriebene Ölproduktion wurde 1920 eingestellt. Vgl. Glauning, Entgrenzung (2006), S. 36.

278 Beyschlag (PGLA) an Sauer (Rektor TH Stuttgart), 4.5.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 608, unpag. Wie Beyschlag nach dem Krieg kritisierte, würde man die auch vom württembergischen Staat geförderten Ergebnisse der süddeutschen Ölgewinnungsversuche „törichterweise“ immer noch geheim halten. Obwohl die Versuche als „misslungen“ zu betrachten seien, sei es auch nicht zu fest formulierten negativen Resultaten gekommen. Trotz der Beteiligung des Staates, seien die Ergebnisse noch nicht einmal solchen Behörden zugänglich gemacht worden, „die sich in gleich ernster Weise“ mit der Schieferfrage befassten. „Besichtigungen und Meinungsaustausch wurden vermieden, obwohl bei dem gewaltigen Geldbedürfnis des Reiches eine wirksame Konkurrenz zwischen etwa in Süddeutschland und Norddeutschland entstehenden Werken gänzlich ausgeschlossen erscheinen“ müsse. Bericht von Beyschlag über den Stand der deutschen Erdöl- und Schieferölgewinnung (S. 17 f.), 29.7.1922, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 306, unpag.

279 Beyschlag, Franz, Böhm, Arthur, u. Harbort, Erich: Über die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Versorgung des Deutschen Reiches mit Mineralölen aus inländischen bituminösen Gesteinen. Denkschrift der Königl. Preuß. Geologischen Landesanstalt, Dezember 1915, BGR-Archiv Hannover, Nr. 1946 B 193.

280 Ebd., S. 1.

denn abgesehen davon, dass nur zehn Prozent der Erdölzeugnisse aus heimischen Rohölen hergestellt wurden, vertraten Beyschlag und seine Kollegen die überaus pessimistische Ansicht, dass Deutschlands natürliche Erdöllagerstätten „in spätestens 10 Jahren“ erschöpft seien.

Tab. 2: Verbrauch von Benzin, Leuchtöl und Schmieröl und Produktion derselben aus heimischen Rohölen und Braunkohlenteerölen sowie Einfuhr von Mineralerzeugnissen nach Deutschland 1910–1912 in Tonnen.²⁸¹

Jahr	Verbrauch Benzin t	Verbrauch Leuchtöl t	Verbrauch Schmieröl t	Heim.Prod. Benzin t	Heim.Prod. Leuchtöl t	Heim.Prod. Schmieröl t	Einfuhr Gesamt t
1910	146.378	787.822	210.304	1.984	15.308	68.139	1.438.833
1911	168.010	750.070	238.322	2.959	16.788	73.674	1.498.700
1912	184.164	815.736	362.729	2.739	17.553	112.378	1.294.541

Zwar sei man in der Lage, einen Teil der Erdölzeugnisse, vor allem Heiz- und Treiböle, durch Destillate von Steinkohlenteeren (Verkokung) zu ersetzen. Dies jedoch treffe für viele Mineralöle, wie Benzine, bessere Schmier- und Motorenöle, nicht zu, was Deutschlands ohnehin schon problematische Auslandsabhängigkeit erhöhe. Folglich komme es auf die „Erschließung von Reservequellen im Inland“ an. Schon „die Interessen der Landesverteidigung“ ließen es geboten erscheinen, „in Zukunft eine Reserve von Erdölprodukten für Kriegszeiten“ zu schaffen, „aus der in hinreichender Menge die notwendigen Schmieröle aller Art für Eisenbahnen, für die Maschinen der Industrie, Treib- und Motorenöle für die Flotte, die Luftflotte, Kraftwagen aller Art, und Leichtöle als Extraktionsmittel für zahlreiche Prozesse der chemischen Industrie entnommen werden“ könnten.²⁸²

Um dieses Ziel zu erreichen, waren nach Beyschlag, Böhm und Harbort drei Wege denkbar. Der erste bestand in der „Aufschließung des Reichsgebietes durch systematische Bohrungen nach Erdöl“. Dieser Weg führte nach ihrer Auffassung jedoch nicht zum Ziel, da die Aussichten auf neue Quellen „außerordentlich gering“ seien. Immerhin habe man den Untergrund Nord- und Süddeutschlands auf der Suche nach Rohstoffen „bereits siebartig durchlöchert“, dabei aber keine neuen Vorkommen entdeckt.²⁸³ Eine zweite Möglichkeit bot die Anlegung dislozierter, unterirdischer Vorratslager für eingeführte Erdölzeugnisse, um im Kriegsfall darauf zurückgreifen zu können. Aber auch dieser Weg wurde von den PGLA-Geologen aus Kostengründen verworfen. Dagegen schien ihnen die dritte Perspektive, die schon seit längerem bekannte Herstellung von Mineralölen aus inländischen bituminösen Gesteinen möglich

281 Ebd., S. 1 f.

282 Ebd., S. 2.

283 Auch eine Erweiterung der Braunkohlenteeröl-Industrie schien nicht mehr möglich zu sein, ganz abgesehen davon, dass man sich auf dieser Basis auch nicht vom Ausland unabhängig machen konnte. Vgl. ebd., S. 3.

und auch notwendig, sobald man über Techniken verfügte, um den verhältnismäßig geringen Ölgehalt dieser Gesteine wirtschaftlich zu gewinnen und auch die Qualität der extrahierten Öle den technischen Bedürfnissen genüge.²⁸⁴

Ausgehend von der theoretischen Erwägung, dass natürliche Erdöllagerstätten aus so genannten Faulschlammgesteinen (Sapropeliten) – beispielsweise bituminöse Schiefer, Tone und Sande – durch tektonische und dynamometamorphe Vorgänge entstanden seien, kamen Beyschlag und seine Mitstreiter auf den Gedanken, den langjährigen natürlichen „Prozess der Erdölkonzentration“ durch künstliche Destillation im Großbetrieb zu ersetzen und zu beschleunigen und auf diese Weise Mineralöl herzustellen. Zu diesem Zweck begann die PGLA in Kooperation mit der preußischen Bergverwaltung 1914 damit, die in Deutschland vorhandenen bituminösen Gesteine (Schwielkohlen, Ölschiefer), die für eine künstliche Herstellung von Mineralöl in Frage kamen, nach ihrer Beschaffenheit und Menge zu untersuchen, wofür an der Anstalt ein eigenes Laboratorium eingerichtet wurde.²⁸⁵ Während die Verschmelzung von Braunkohlen und die Gewinnung von Steinkohlenteeröl in Deutschland schon seit langem praktiziert wurden und daher nur am Rande Beachtung fanden, konzentrierten sich Beyschlag, Böhm und Harbort vor allem auf die Mineralölgewinnung aus schwelfähigen, bituminösen Schiefern.

Wie ihre Erhebungen ergaben, waren davon im Reich solche Mengen vorhanden, „dass ihr Vorrat auf Jahrhunderte“ reichte, „um daraus die für Deutschland notwendigen Mineralölprodukte herzustellen“.²⁸⁶ Nach ihrer Auffassung kam dafür beispielsweise der flözartig in Süd- und Norddeutschland über hunderte von Quadratkilometern (Provinzen Hannover, Westfalen,

284 Zum technischen Prozess der Verschmelzung und zur historischen Entwicklung dieser Industrie im In- und Ausland vgl. ebd., S. 13–17; Beyschlag, *Entwicklung* (1919), S. 188–209.

285 Vgl. Beyschlag, Franz, Böhm, Arthur, u. Harbort, Erich: Über die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Versorgung des Deutschen Reiches mit Mineralölen aus inländischen bituminösen Gesteinen. Denkschrift der Königl. Preuß. Geologischen Landesanstalt, Dezember 1915, BGR-Archiv Hannover, Nr. 1946 B 193, S. 4 f.; Bericht von Beyschlag über den Stand der deutschen Erdöl- und Schieferölgewinnung (S. 11), 29.7.1922, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 306, unp.; Beyschlag (PGLA) an Sauer (Rektor TH Stuttgart), 4.5.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 608, unp. Zur schon eingespielten Gewinnung von Ölen aus bituminösen Kohlen vgl. Beyschlag, Franz, Böhm, Arthur, u. Harbort, Erich: Über die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Versorgung des Deutschen Reiches mit Mineralölen aus inländischen bituminösen Gesteinen. Denkschrift der Königl. Preuß. Geologischen Landesanstalt, Dezember 1915, BGR-Archiv Hannover, Nr. 1946 B 193, S. 4–9. Hier auch die Ansicht, dass es vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus falsch sei, die verschwefelähige Braun- und Steinkohle weiterhin für die Brikettierung für Hausbrandzwecke oder Kesselfeuerung zu verwenden, da aus ihr zahlreiche Nebenprodukte zu gewinnen seien. Vielmehr müssten „alle schwelfähigen Braunkohlen zunächst auf Teeröle und Paraffine“ verarbeitet und erst der verbleibende Koksrückstand in den Haushalten verfeuert werden. Ebd., S. 7 f.

286 Ebd., S. 9. Interessanterweise befasste sich Beyschlags Sohn Rudolf während des Krieges mit einer ähnlichen Unternehmung. Dabei ging es um die Verarbeitung syrischer Ölkalke, wofür in El-Makarin eine Schwelanlage entstand, für deren „Einrichtung und Durchführung“ Rudolf Beyschlag verantwortlich war. Den Hintergrund bildete der Bedarf an Heizmaterial und Schmieröl für die syrische Hedschasbahn. Beyschlag, *Entwicklung* (1919), S. 198–201.

Hessen, in Braunschweig, Lippe-Detmold, Lothringen, Elsass, Württemberg und Baden) verbreitete und bis zu 30 Metern mächtige Posidonienschiefer in Frage.²⁸⁷ Allein die einen durchschnittlichen Bitumengehalt von vier bis fünf Prozent besitzenden und sich über eine Fläche von mehr als 27 Quadratkilometer erstreckenden Vorkommen bei Schandelah östlich von Braunschweig genügten nach ihrer Ansicht, um Deutschlands gesamten Mineralölverbrauch für die nächsten dreißig Jahre sicherzustellen. Hinzu kam, dass sich etwa die Hälfte der in diesem Gestein aufgespeicherten „gewaltigen Massen an Mineralölen“ relativ leicht durch „billigen Tagebau“ gewinnen ließ. Wie die im chemischen Laboratorium der PGLA und in der Ölgasanstalt der Königlichen Betriebswerkmeisterei Neu-Lichtenberg durchgeführten Schwelanalysen ergaben, konnte man mit den ‚Schiefern‘ eine Rohölausbeute von vier bis sechs Prozent erzielen.²⁸⁸ Darüber hinaus fielen bei der Trockendestillation brennbare Gase und Ammoniak als Nebenprodukte an, als Rückstände außerdem noch weiter verwertbarer Koks und als Asche desselben ein an Pflanzennährstoffen reicher Mergel (Dünger).²⁸⁹

Wie die wissenschaftlichen Versuche in der Theorie ergaben, war das Schwelverfahren relativ einfach zu bewerkstelligen. Es kam aber darauf an,

287 Die Bezeichnung „Ölschiefer“ ist irreführend, weil sie kein Öl enthalten und auch keine Schiefer sind. Meist handelt es sich dabei um aus Faul- oder Halbfaulschlamm (Sapropelite) entstandene tonig-mergelige Sedimente oder Sapropelkohlen. Die in ihnen enthaltene organische Substanz geht auf Wasserorganismen, Tiere und Pflanzen mit hohem Fett- und Eiweißgehalt, zurück. Bei der Zersetzung unter Luftabschluss bildet sich aus Ölen und Fetten Bitumen (lateinisch: Erdpech), ein Sammelbegriff für fest und besonders H-reiche Kohlenwasserstoffverbindungen. Gebirgsdruck, die erhöhte Temperatur des Erdinnern und lange Zeiträume haben zur Folge, dass „entsprechend dem technischen Vorgange der Druckdestillation die Umwandlung öl- und fettreicher Substanzen in Erdöl“ erfolgt, das sich im Gestein sammelt. Wenn diese Gesteine auf etwa 500 Grad Celsius erhitzt werden (Pyrolyse), geben sie „synthetisches Öl“ und Gas ab. von Bülow, Material (1925), S. 128; Petrascheck/Petrascheck, Lagerstättenlehre (1950), S. 392 f.; Beyschlag, Entwicklung (1919), S. 190 f.; Rothe, Schätze (2010), S. 41; Neukirchen/Ries, Welt (2016), S. 309 f.

288 Neben der Schandelaher Posidonienschiefermulde kam nach Ansicht der PGLA auch der Ölschiefer des Bentheimer Wealdensattels in Frage. Der im Tagebau gewonnene Schiefer wurde zunächst zerkleinert und getrocknet und dann in besonderen Schwelöfen unter Luftabschluss durch allmähliches Erhitzen bis zu 450 Grad Celsius verschwelt. Dabei erfolgte die Heizung der Retorten mit eigenen Schwelgasen. Durch das Einleiten von überhitztem Wasserdampf in die Schwelöfen sollte die Qualität der Öle verbessert und ihre Ausbeute erhöht werden. Beyschlag, Franz, Böhm, Arthur, u. Harbort, Erich: Über die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Versorgung des Deutschen Reiches mit Mineralölen aus inländischen bituminösen Gesteinen. Denkschrift der Königl. Preuß. Geologischen Landesanstalt, Dezember 1915, BGR-Archiv Hannover, Nr. 1946 B 193, S. 9–13; Pfeiffer, Nachruf Böhm (1929), S. LXXVIII;

289 Wie Beyschlag, Böhm und Harbort behaupteten, könne ein Teil dieser Nebenprodukte, etwa das aus dem im Ölschiefer enthaltenen Stickstoff gewonnene Ammoniumsulfat, in wirtschaftlicher Hinsicht bedeutsam werden. Da damit zu rechnen sei, dass die chilenischen Salpeterlagerstätten „in wenigen Jahrzehnten ihrer Erschöpfung“ entgegengingen, komme dem aus Ölschiefer gewonnenen Ammoniumsulfat als Exportgut wichtige Bedeutung zu. Dazu und zur Verwertung der anderen Nebenprodukte, vgl. ebd., S. 19–24; Beyschlag, Ziegelsteine (1923), S. 41–43.

eine „praktische Fabrikation“ einzurichten. Im Krieg spielten Kosten zwar keine Rolle, aber Beyschlag und seinen Kollegen ging es mit ihrem Projekt vor allem darum, „verkaufsfähige Mineralölprodukte“ zu erhalten, die „auch in Friedenszeiten wirtschaftlich aus dem geringen Bitumengehalt“ der deutschen Ölschiefervorkommen zu gewinnen waren.²⁹⁰ Wie Beyschlag zugab, hatten die an der PGLA unter suboptimalen Bedingungen durchgeführten Versuche (unvollkommene Destillationsanlage) nur „eine orientierende Bedeutung“. Aber immerhin gelang es festzustellen, dass aus einer Tonne Ölschiefer im Großbetrieb etwa 40 bis 50 Kilogramm Rohöl zu gewinnen waren. Die von der PGLA in „primitiver Weise“ hergestellten Rohöle wurden von der Rütgers Werke A.G. untersucht, die bestätigte, dass bei einer Verwendung technisch vollkommenerer Schwelöfen wesentlich bessere Qualitäten zu erzielen seien. Es kam demnach zunächst darauf an, einen größeren Versuchsofen für weitergehende Tests zu bauen, bevor man an die Errichtung einer vollkommenen Fabrikanlage ging.²⁹¹ Die Rütgers Werke waren von den Vorschlägen der PGLA offenbar überzeugt, denn sie erklärten sich bereit, in Velten bei Berlin eine kleinere Versuchsanlage zu errichten und die Durchführung der Versuche mit bis zu 50.000 Mark zu finanzieren.²⁹² Beyschlag bestand jedoch auf dem Bau einer größeren Anlage, um alle mit dem Schwelvorgang verbundenen Fragen (Kostenoptimierung, Wärmekreislauf, Produktmaximierung) gleichzeitig zu lösen. Zudem plädierte er dafür, die Versuchsanlage nach Schandelah oder nach Fallersleben zu verlegen, da der Ölschiefer so vor Ort verarbeitet werden konnte und Bahnanschlüsse für den Abtransport der Destillationsprodukte bereits vorhanden waren. Da der Bau einer derartigen Anlage etwa 300.000 Mark erforderlich machte, aber die „Rentabilität der Schieferölindustrie im Großbetrieb sofort und unter allen Umständen noch vor dem Friedensschluss

290 Beyschlag (PGLA) an Sauer (Rektor TH Stuttgart), 4.5.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 608, unp.; Beyschlag, Franz, Böhm, Arthur, u. Harbort, Erich: Über die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Versorgung des Deutschen Reiches mit Mineralölen aus inländischen bituminösen Gesteinen. Denkschrift der Königl. Preuß. Geologischen Landesanstalt, Dezember 1915, BGR-Archiv Hannover, Nr. 1946 B 193, S. 13.

291 Zu diesem Zweck legten Beyschlag, Böhm und Harbort eine Kalkulation für eine solche zu errichtende Versuchsanlage vor. Welche Dimensionen die Schieferölgewinnung in der Endphase annehmen sollte, machten die PGLA-Geologen aber auch schon deutlich. So gingen sie davon aus, dass „rund 183 Mill. Mark in Schieferölanlagen und Bergwerken zu investieren“ seien, „um jährlich 1 Mill. Tonnen Rohöl, 250.000 t Ammoniumsulfat und die übrigen oben erwähnten Nebenprodukte an landwirtschaftlichen Düngemitteln usw. zu erzielen“. Um den gesamten deutschen Mineralölbedarf zu decken, um also ca. zwei Millionen Tonnen Rohöl zu erzeugen, waren demnach 366 Millionen Mark erforderlich. Damit, so Beyschlag, Böhm und Harbort, eröffne sich „den deutschen Kapitalisten ein weites Feld ruhiger, zielsicherer und gewinnversprechender Betätigung in nationalem Sinne“. Ebd., S. 17–19, 24–27 und Anlagen, hier S. 25.

292 Die Versuchsanlage der Generator A.G. in Velten sollte der Frage nachgehen, ob als Schwelapparat die bis dahin in Schieferschwelereien verwandte Retorte oder aber der Generator, in dem bis dahin bituminöse Stoffe durch Vergasung verarbeitet wurden, geeigneter war. Unter den Bedingungen des Krieges entschied man sich für den Schwelgenerator. Beyschlag, Entwicklung (1919), S. 212–218.

zu klären“ war, bat Beyschlag das Reich, die Mittel für die Versuchsanlage zur Verfügung zu stellen.²⁹³



Abb. 5: Die Versuchsanlage Schandelah um 1919.²⁹⁴

Tatsächlich entstand noch während des Krieges, unter Mitwirkung der PGLA und Beteiligung des Staates (preußisches Finanzministerium, Reichsschatzamt) eine Schieferteerfabrik der Rütgers Werke A.G. in Schandelah.²⁹⁵ Während Beyschlag für den Aufbau einer Versuchsanlage plädierte, errichteten die Rütgers Werke eine „kleine Produktionsanlage“, mit einem nach Auffassung der PGLA in technischer Hinsicht „völlig ungenügend vorgeprüften“ System von Schwelgeneratoren, das erst nach umfangreichen, kostspieligen und zeitraubenden Umbauten in Betrieb genommen werden konnte. Beyschlag war mit der ‚auf falscher Grundlage basierenden‘ Anlage überhaupt nicht zufrieden, da der von den Rütgers Werken vorgesehene, andere Verfahren ausschließende, Einsatz von acht Meter hohen Riesengeneratoren nicht nur minderwertige Teeröle erzeugte, sondern auch noch unwirtschaftlich war, weil auf die Verwendung von Nebenprodukten überhaupt kein Wert gelegt wurde.²⁹⁶ Die Bedenken der PGLA teilte offenbar auch „der Staat“, denn obwohl er in der Versuchsanlage anfangs „eine rasch in Fluss kommende Finanzquelle“ erblickt hatte, zog er sich nach dem Krieg „spontan, ohne auch nur ein Resultat oder ein Gutachten einzufordern, von der gemeinsamen Unternehmung zurück“. Gleichwohl gingen die Arbeiten weiter und die Anlage wies mit ihren drei

293 Vgl. Beyschlag, Franz, Böhm, Arthur, u. Harbort, Erich: Über die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Versorgung des Deutschen Reiches mit Mineralölen aus inländischen bituminösen Gesteinen. Denkschrift der Königl. Preuß. Geologischen Landesanstalt, Dezember 1915, BGR-Archiv Hannover, Nr. 1946 B 193, S. 27. Neben wirtschaftspolitischen Gründen (z.B. Schutzzölle, Wegfall von Importkosten, Arbeitsbeschaffung, Ablösung der kostenintensiven Stickstoffgewinnung aus der Luft) führten die PGLA-Geologen aus, dass die „Unabhängigmachung des Deutschen Reiches vom Auslande“ in der Rohölversorgung „auch eine direkte Erhöhung“ der deutschen Wehrkraft bedeute (z.B. Öl- statt Kohlefeuerung sowie Einsatz von Dieselmotoren bei Kriegsschiffen). Ebd., S. 27–36.

294 Aus: Beyschlag, Entwicklung (1919), S. 219.

295 Weitere Kooperationspartner waren die Deutsche Erdöl A.G. und die Generator A.G., die nach dem Krieg in den Rütgers Werken aufging. Vgl. ebd., S. 211.

Schwelgeneratoren 1922 eine Jahresleistung von rund 1.500 t Schieferöl bei 45.000 t Schieferdurchsatz auf. Wie Beyschlag einräumte, war dieser Ertrag zwar „noch sehr gering“. Er strebte jedoch danach, die Arbeiten mit Rücken- deckung des Staates unter sachkundiger Leitung der PGLA auf eine andere Grundlage zu stellen. Allerdings teilten die Rütgers Werke die von Beyschlag in das Verfahren gesteckten Hoffnungen nicht mehr, denn infolge der noch immer nicht gegebenen Wirtschaftlichkeit der Anlage, tendierte die Firma um 1922 dazu, die Arbeiten in Schandelah einzustellen.²⁹⁷ Damit folgte die Firma einem allgemeinen Trend, denn die offenbar mangelnde Rentabilität der Schieferölgewinnung, lag weniger an fehlendem technischen Wissen oder den noch unausgereiften Destillationsanlagen, sondern vielmehr in den Eigenschaften des Ölschiefers selbst, dessen geringer Ölgehalt in keinem Verhältnis zu dem technisch aufwendigen und obendrein teuren Gewinnungsverfahren stand.²⁹⁸

Was also bleibt im Hinblick auf Ölschiefer, Grubenwasser, Schlamm und Algen festzuhalten? Zunächst verweist das hier vielleicht bizarr Anmutende auf reale Probleme der deutschen Kriegswirtschaft und die dahinterstehenden, ernst zu nehmenden Versuche, ihnen Herr zu werden. Auch Chemiker der PGLA machten da keine Ausnahme und leisteten ihren Beitrag zur Verlängerung der knappen nationalen Rohstoffdecke. Dabei handelte es sich einerseits um Auftragsforschungen, andererseits jedoch auch um selbstgewählte Aufgabenstellungen, die natürlich stets durch bestehende kriegsbedingte Problemstellungen (Rohstoffengpässe) bestimmt waren. Dafür standen etwa die von Loebe durchgeführten Versuche zur Gewinnung von Nickel und Kobalt aus Grubenwässern. Trotz der bescheidenen Erträge kann das von ihm entwickelte Verfahren durchaus als Erfolg gewertet werden, da es unter den

296 Zum Aufbau der Anlage und den während der Versuche auftretenden Problemen vgl. ebd., S. 219–235.

297 Bericht von Beyschlag über den Stand der deutschen Erdöl- und Schieferölgewinnung (S. 18–25), 29.7.1922, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 306, unpubl.; Fliegel, Nachruf Beyschlag (1936), S. 13 f. Dagegen scheinen von den Rütgers Werken während des Krieges ebenfalls begonnene Versuche zur Braunkohlenteergewinnung, für die im sächsischen Lützkendorf die „große Anlage ‚Kur-Sachsen‘ mit 42 Generatoreinheiten erbaut“ worden war, weitergeführt worden zu sein. Beyschlag, *Entwicklung* (1919), S. 241–244. In den chemischen Laboratorien der PGLA führte man noch 1926 „Versuche zur Verwertung von Ölschiefer“ durch. Tätigkeitsbericht PGLA für 1926 (1926), S. CXXV. Das von Beyschlag so vehement verfolgte Verfahren der Schieferölgewinnung könnte auch noch heute von Interesse werden, wenn die konventionellen Mineralöl- und Erdgasvorkommen zur Neige gehen. So weisen neuere Untersuchungen darauf, dass das Verfahren der Ölgewinnung aus Ölschiefen zwar nur selten wirtschaftlich sei, dies sich jedoch bei steigenden Ölpreisen ändern könne. Estland beispielsweise deckt durch die Verbrennung von Ölschiefer 90 Prozent seines Strombedarfs. Die gebrannten Rückstände bilden zudem einen guten Rohstoff für die Zementproduktion. Darüber hinaus wurden verschiedene Methoden entwickelt, um Ölschiefer unterirdisch über Jahre hinweg zu erhitzen und so die Förderung von Öl mittels Fracking zu ermöglichen. Das Fracken ist eine Methode, die auch bei der Gewinnung von Schiefergas eine Rolle spielt. Vgl. Neukirchen/Ries, *Welt* (2016), S. 303–310, hier S. 310.

298 Vgl. Glauning, *Entgrenzung* (2006), S. 39.

Bedingungen des Krieges immerhin einen Weg aufzeigte, um an das begehrte Mangelmetall Nickel zu gelangen. Die von seinem Kollegen Böhm durchgeführten Extraktionsversuche an Diatomeen-Ablagerungen erwiesen sich mit Blick auf den Fettertrag zwar als Fehlschlag, wiesen dem Kriegsausschuss für pflanzliche und tierische Öle und Fette aber mit dem gleichzeitigen Befund, dass das aus Diatomeen-Schlamm gewonnene Algenwachs eine Vorstufe des Montanwachses darstellte, das viel einfacher aus Braunkohle zu gewinnen war, einen anderen Weg zur Fett- und Fettsäuregewinnung. Ein Beispiel für die Selbstmobilisierung der Forschung markierten die Versuche zur Schieferölgewinnung. Dieses Beispiel erweist sich aber auch in anderer Hinsicht als bedeutsam. Denn zunächst einmal basierte die die Arbeiten legitimierende Annahme, dass Deutschlands natürliche Erdölvorkommen in spätestens zehn Jahren erschöpft seien, auf einer Fehlprognose bzw. auf einem „geologischen Irrtum“²⁹⁹, wie spätere Forschungen der PGLA zeigen sollten. Zudem erwies sich das Ölschieferprojekt als Beispiel für den Schulterschluss von Staat, Industrie und Wissenschaft, um bestehende kriegs- und rüstungsrelevante Probleme zu lösen. Schließlich ist festzuhalten, dass das Vorhaben Schandelah von Beginn an auf einen zukünftigen Krieg gerichtet war und lange Schatten in die NS-Zeit vorauswarf.

2.2 Der Griff nach fremden Ressourcen – Geologen als Teil der Besatzungsverwaltung

Wie aus den unverblümt offenen Berichten der PGLA hervorgeht bestand eine ihrer wesentlichen Aufgaben während des Krieges darin, die Mineralagerstätten der besetzten Gebiete für die deutsche Kriegswirtschaft nutzbar zu machen.³⁰⁰ Nach Ansicht General Ludendorffs „lag es in der Natur des Krieges“, dass „die besetzten Gebiete (...) Rohstoffe herzugeben“ hatten.³⁰¹ Da die Expertise der Geologen vor diesem Hintergrund „unbedingt notwendig“ war³⁰², konzentrierte sich ihre Tätigkeit im Schulterschluss mit den Besatzungsbehörden auf „Fragen der Rohstoffbeschaffung, der Lagerstätten und der Bergwirtschaft“.³⁰³ So hielt Beyschlag im Mai 1915 fest, dass seiner Behörde „mit an erster Stelle“ die Aufgabe zukomme, Militär-, Reichs- und Staatsbehörden „die nutzbaren Lagerstätten zur Beschaffung der für den Kriegsdienst notwendigen Mineralien nachzuweisen“.³⁰⁴ Sein Kollege Richard Bärtling

299 In Anlehnung an Ferdinand Friedensburg, der im Hinblick auf die von deutschen Geologen 1871 vorgenommene Bewertung der Minette-Vorkommen im französischen Teil Lothringens von einem „geologischen Irrtum“ sprach. Friedensburg, Kohle (1934), S. 29.

300 Vgl. Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CLVII–CLIX.

301 Ludendorff, Kriegserinnerungen (1920), S. 274.

302 Thielecke, Arbeiten (1937), S. 28.

303 Fliegel, Nachruf Beyschlag (1936), S. 13.

304 Bescheinigung Beyschlags (PGLA) für den Geologen Georg Berg, 3.5.1915, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 7105, Bl. 99.

ging 1916 noch weiter, indem er offenbar mit Blick auf einen kommenden Krieg festhielt, die ‚günstige Gelegenheit‘ des gegenwärtigen Krieges zu nutzen, um sich über den Bau und die Bodenschätze der besetzten Gebiete zu unterrichten. „Kriegsgeologische Aufnahmen der besetzten Gebiete nach Art der geologischen Landesaufnahme“ seien „daher unbedingt erforderlich“. Sie würden Deutschland später bei der Bearbeitung künftiger „Kriegspläne sehr von Nutzen sein“, die Bodenschätze des Gegners und ihre wirtschaftliche Bedeutung enthüllen, sowie „die schwachen Stellen in den Zugangswegen zum Aufmarschgebiet des Feindes“ offenlegen.³⁰⁵

Welche Bedeutung man dieser Aufgabe in der PGLA beimaß wird daran ersichtlich, dass ihr Direktor und sein Stellvertreter ihren Mitarbeitern bei der Bearbeitung derartiger Fragen vorausgingen. So untersuchte Beyschlag „auf militärisches Anfordern“ wiederholt Lagerstätten im Baltikum, auf dem Balkan und in der Türkei.³⁰⁶ Auch Krusch führten zahllose Reisen im Auftrag der Kriegsrohstoffabteilung in die besetzten und verbündeten Länder.³⁰⁷ Wie seine Kollegen strebte auch er danach, „über die zunächst in Frage stehenden kriegswirtschaftlichen Probleme hinaus seine Beobachtungen im wissenschaftlich-lagerstättenkundlichem Sinne auszuwerten“. So legte er beispielsweise Aufsätze „über die Manganerzlager Belgisch-Luxemburgs, über das Kohlengebiet und die Eisenerzvorkommen der Campine, über das Kupfervorkommen von Vastveit bei Tinsjö [Norwegen], über die Wolframit- und Zinnerzlagerstätten von Schönfeld [Krasno] und Schlaggenwald [Horní Slavkov, beide Böhmen], über die Schwefelkies- und Antimonerzlagerstätten der Kleinen Karpaten, über den französischen Anteil des Minettegebietes“ vor und behandelte „die Bodenschätze der Türkei und Bulgariens, Serbiens, Belgiens (Erz, Phosphat, Kohle) sowie die allgemeine Versorgung Deutschlands mit Erzen“.³⁰⁸ Bei aller Wissenschaftlichkeit war jedoch nicht zu übersehen, dass Krusch und seine Kollegen als Teil der Besatzungsmacht agierten und dabei natürlich immer auch deren Interessen in Rechnung stellten.

305 Bärtling, Grundzüge (1916), S. 85.

306 Fliegel, Nachruf Beyschlag (1936), S. 13. Vgl. etwa Gutachten Beyschlags über die Braunkohlengrube Jelasnica, die Gruben Podvis, Tressibaba und Vins oder die Gruben Vrska Zuka und Prlita (alles Serbien), Sommer 1917, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61142, unpag. Vgl. zudem Beyschlag/von zur Mühlen, Bodenschätze (1918), S. 141–150; Beyschlag, Beobachtungen (1918), S. 35–40; ders., Mineral-„Reichtum“ (1918), S. 81–88.

307 Wie Krusch 1915 betonte, hatte er „infolge der Besetzung Belgiens“ durch deutsche Truppen „wiederholt Gelegenheit, die nutzbaren Lagerstätten des Landes zu besuchen“. Krusch, Manganerzlagerstätten (1915), S. 204.

308 Trotz dieser zahlreichen Reisen und zum Teil monatelangen Begutachtungen übernahm Krusch 1915/16 auch den Vorsitz der DGG und 1916/17 zudem die Schriftleitung der Zeitschrift für praktische Geologie. Berg, Nachruf Krusch (1941), S. 492. Aus der Vielzahl der Arbeiten in den neutralen, verbündeten und besetzten Ländern sei an dieser Stelle nur auf die Untersuchungen in Belgien verwiesen. Vgl. etwa Krusch, Die nutzbaren Lagerstätten Belgiens (1916); ders., Der geologische Bau Belgiens (1917), S. 241–248; ders., Bedeutung (1917), S. 529–540; ders., Eisenerze (1918), S. 54–57; ders., Erz- und Phosphatlagerstätten (1916), S. 185–189, 210–219, 233–236.

2.2.1 Belgien

Bei seinen Erhebungen über die Steinkohlenvorkommen des belgischen Campine-Beckens beispielsweise arbeitete Krusch mit dem Geologen und ehemaligen Direktor der Bergakademie Berlin Wilhelm Bornhardt zusammen, der seit 1914 als Leiter der Bergbehörde bei der Zivilverwaltung des Generalgouvernements in Brüssel tätig war.³⁰⁹ Das Hauptziel der deutschen Besatzer bestand darin, die belgische Wirtschaft für ihre Zwecke nutzbar zu machen, das Land also systematisch auszubeuten. So entstanden neben der Bergbehörde in Brüssel auch Bergverwaltungen in Charleroi, Lüttich und Mons, „denen vor allem die Bewirtschaftung der Schwerindustrie und der Bodenschätze oblag“.³¹⁰ Eine Angliederung Belgiens an die deutsche Interessensphäre lag aber auch im Interesse der deutschen Industrie, die beispielsweise mit Blick auf die reichen belgischen Kohlenvorkommen die Chance witterte, „einen lästigen Konkurrenten auszuschalten“.³¹¹

Im Frühjahr 1915 hatte Bornhardt die Leistungsfähigkeit der alten belgischen Kohlenreviere in einem Bericht an die Reichsleitung in Berlin als „ungünstig“ bezeichnet und vorgeschlagen, sich stattdessen auf das bis dahin wenig ausgebeutete, Kohlenrevier Campine in der Provinz Limburg zu konzentrieren, dass sich im belgischen und französischen Privatbesitz befand.³¹² Vermutlich infolge der Anregung Bornhardts befasste sich Krusch daraufhin eingehend mit dem Vorkommen im Campine-Becken und stellte dabei fest, dass sich die dortigen Kohlenvorräte auf acht Milliarden Tonnen beliefen, also große wirtschaftliche Bedeutung besaßen und „auf eine beträchtliche Förderung in der Zukunft“ schließen ließen.³¹³ Da sich der belgische Staat in der Campine einen Großteil der noch unerschlossenen Felder aber bereits 1911 per Gesetz gesichert hatte, wies Krusch darauf hin, dass diese „Reservatgebiete (...) bei den Friedensverhandlungen besondere Aufmerksamkeit“ verdienten. Er plädierte demnach für die Beschlagnahme der Areale, damit sich Deutschland ein Faustpfand für die künftigen Verhandlungen nach einem erwarteten ‚Siegfrieden‘ sicherte.³¹⁴

309 Vgl. Beyschlag (PGLA) an den Pr. Minister für Handel und Gewerbe (MHG) (mit anliegendem Gutachten von Paul Krusch über das Steinkohlenvorkommen der Campine mit besonderer Berücksichtigung der Reservatgebiete des belgischen Staates), 11.9.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 112, unpag. Zu Bornhardt vgl. Rooff, *Dinosaurier-Skelette* (2004), S. 9. Zum Aufbau militärischer und ziviler Verwaltungsstrukturen im Generalgouvernement Belgien und der „Nutzbarmachung“ des Landes für den Bedarf der deutschen Besatzer vgl. Thiel, „Menschenbassin“ (2007), S. 37–46; de Vos/Lierneux, *Fall Belgien* (2002), S. 527–553; von Winterfeld, *Verwaltung* (1927), S. 1–110.

310 de Vos/Lierneux, *Fall Belgien* (2002), S. 529 f., 537.

311 Hatke, Hugo Stinnes (1990), S. 31.

312 Abschrift eines Telegramms von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg an AA, 17.4.1915, in Baumgart (Hg.), *Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg* (2021), S. 446 (Dokument Nr. 283).

313 Beyschlag (PGLA) an MHG (mit anliegendem Gutachten von Paul Krusch über das Steinkohlenvorkommen der Campine mit besonderer Berücksichtigung der Reservatgebiete des belgischen Staates), 11.9.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 112, unpag.

etwa 6–18 % verfügte, mussten sämtliche höherwertigen Erze mit einem Gehalt von 35–55 % Mangan aus dem Ausland, vor allem aus Indien, Südrussland, Brasilien und Afrika eingeführt werden. Da die Zufuhren mit dem Kriegsbeginn aber auch hier versiegt, wurden in Deutschland seit langem stillliegende Erzgruben wieder in Betrieb genommen oder die Förderungsleistungen bereits laufender Gruben erhöht.³¹⁷ Wie Krusch berichtete, kam es „teilweise als Folge genauer geologischer Untersuchung“ zu recht bedeutenden Produktionssteigerungen „bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit“, so etwa im Siegerland, im Lahn-Dill-Gebiet, im Taunus bei Gießen, im hessischen Waldalgesheim und im Harzer Revier bei Elbingerode. Dabei sei es der deutschen Eisen-Manganerzproduktion „im Verein mit den aus Ungarn eingeführten Erzen und den im Kriege verwandten Halden manganreicher Schlacke“ sogar gelungen, den Manganbedarf der deutschen Hütten zu decken. Folglich habe auch „keine eigentliche Mangannot“ bestanden, obwohl die altbekannten Lagerstätten bei Illfeld (Harz), Ilmenau (Thüringen) und am Odenwald nur „eine recht mühsame, kleine Produktion sehr reinen Materials“ lieferten.³¹⁸

Ende 1916 teilte Bornhardt der KRA mit, dass auch die deutsche Zivilverwaltung in Belgien auf die Wiederinbetriebnahme alter Gruben gesetzt und darüber hinaus Versuchsarbeiten zum Aufschluss weiterer Manganerzlagerstätten in die Wege geleitet habe.³¹⁹ Der auch hier zu beobachtende Zugriff auf seit langem geschlossene und unproduktive Gruben macht deutlich, dass sich „der Maßstab für die Bauwürdigkeit von Manganerzvorkommen in Deutschland, den okkupierten und neutralen Gebieten geändert“ hatte, nachdem das Reich durch die kriegsbedingte Blockade „von den Riesenlagerstätten des Auslands abgeschnitten“ war.³²⁰ Die allgemeine Mangellage zwang zu einer Änderung der Grundsätze für die Lagerstättenbeurteilung in Bezug auf Gehalte und Größe der Vorkommen, was zu einem immer weiteren Sinken der unteren Bauwürdigkeitsgrenze führte.³²¹ Dieser Umstand und die inzwischen hohen Preise für diesen kriegswichtigen Mangelrohstoff rechtfertigten nach Auffassung Kruschs daher auch in Belgien eine Ausbeutung ärmerer Vorkommen und die eingehende Untersuchung der bestehenden Manganerzlagerstätten, selbst wenn diese nur kleine Produktionen zuließen.³²²

317 Dazu und zur deutschen Manganwirtschaft im Ersten Weltkrieg vgl. Zilt, Mangannot (2021), S. 136–154. Zu den Vorkommen, Eigenschaften und Einsatzmöglichkeiten des Mangans vgl. auch Römpf, Chemie (1949), S. 92, 165–169; Rothe, Schätze (2010), S. 73–80; Petrascheck/Petrascheck, Lagerstättenlehre (1950), S. 61–65; Gemeinfassliche Darstellung des Eisenhüttenwesens (1937), S. 23, 91, 132, 214, 274; Kukuk, Geologie (1955), S. 198 f., 285–290.

318 Vgl. Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CXXXf.; ders., Kampfmittel (1920), S. 395. Zu den Geologen der PGLA, die an den Untersuchungen zum Aufschluss inländischer Eisen-Manganerz und Manganerzvorkommen beteiligt waren, siehe Tab. 3 im Anhang.

319 Vgl. Bornhardt (Verwaltungschef beim Generalgouverneur in Belgien, Abteilung für Handel und Gewerbe, Brüssel) an Pr. Kriegsministerium, KRA, 8.11.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 112, unp.

320 Krusch, Manganerzlagerstätten (1915), S. 217. Zu dieser allgemein, also auch bei anderen knappen Rohstoffen zu beobachtenden Entwicklung, vgl. ders., Sinken (1917), S. 397–407.

321 Vgl. ders., Kriegsaufgaben (1921), S. CXXVIII.

Dies verweist auf ein weiteres Problem. Denn der durch den Krieg und das Staatsinteresse evozierte Hunger nach Rohstoffen führte zu einer „Überanstrengung der meisten Gruben“ und faktischem „Raubbau“.³²³ Dies wiederum zwang die Geologen, immer neue Vorkommen ausfindig zu machen. Damit stieg deren Verantwortung unverhältnismäßig, da ihre Untersuchungen oft unter extremen Zeitdruck erfolgten, weil mit dem Bau der Förder- und Grubenanlagen schleunigst begonnen werden musste. Wie Krusch betonte, standen der „immer dringender werdenden Forderung nach Vergrößerung der Produktion (...) immer ärmer und kleiner werdende Lagerstätten gegenüber“.³²⁴ Welchen Umfang die Untersuchungen nutzbarer Lagerstätten im Krieg annahmen wird etwa daraus ersichtlich, dass allein der Kriegsmetall AG „viele Hundert Erzobjekte angeboten“ wurden, von denen ca. 150 genauer geprüft wurden, oft mit Unterstützung der PGLA. Allerdings erwies sich nur ein Bruchteil von ihnen als für den Bergbau geeignet.³²⁵ So ergaben beispielsweise die geologischen und technischen Gutachten der PGLA und beauftragter Sachverständiger der Industrie, dass die Manganerze der Ardennen ungünstig beschaffen waren und nur geringe wirtschaftliche Bedeutung besaßen, woraufhin die Ferromangangemeinschaft von der ursprünglich geplanten Förderung der Vorkommen absah. Immerhin gelang es der Deutschen Bergwerksverwaltung Lüttich, auf den Gruben bei Bihain, Lierneux und Stoumont – auf die auch Krusch in seinen Untersuchungen verwiesen hatte – den Abbau wieder in Betrieb zu setzten, der im Sommer 1916 immerhin einige hundert Tonnen des begehrten Erzes zu Tage förderte.³²⁶ Aber selbst bei ihnen stand zu befürchten, dass sie, wie viele der unter den Bedingungen des Krieges in Betrieb gesetzten Gruben, im Frieden unter normalen Verhältnissen keineswegs konkurrenzfähig waren.³²⁷

Zu den deutschen Staatsgeologen die in Belgien während des Krieges zum Einsatz gelangten, gehörte auch Willi Koert, Leiter der an der PGLA angesiedelten Geologischen Zentralstelle für die deutschen Schutzgebiete (GZ).³²⁸ Koert wurde 1915 „in höherem Auftrage“ nach Brüssel entsandt, um sich im

322 Vgl. ders., Manganerzlagerstätten (1915), S. 217; ders., Die nutzbaren Lagerstätten Belgiens (1916), S. 65. Ein Hinweis darauf, dass Krusch im September 1915 „in amtlichen Auftrag“ wegen Lagerstättenfragen in den Ardennen weilte, findet sich in Beyschlag (PGLA) an Chemische Fabrik Griesheim-Elektron. Werk Elektron (Griesheim am Main), 18.9.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 480, unp.

323 Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CXXVIII.

324 Ebd., S. CXXIX.

325 Ebd., S. CXXVIII f.

326 Vgl. Bornhardt (Verwaltungschef beim Generalgouverneur in Belgien, Abteilung für Handel und Gewerbe, Brüssel) an Pr. Kriegsministerium, KRA, 8.11.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 112, unp.; Vermutlich Bornhardt (Verwaltungschef...) an den Staatssekretär des Innern (Berlin), 25.11.1916, ebd., unp.; Krusch, Manganerzlagerstätten (1915), S. 215; ders., Bedeutung (1917), S. 535–537.

327 Vgl. ders., Kriegsaufgaben (1921), S. CXXIX.

328 Zu Koert und der Zentralstelle für die deutschen Schutzgebiete an der PGLA vgl. Flachowsky, Geognostik (2026), S. 158–171. Zu den ‚Aktionsräumen‘, dem Selbstverständnis und dem Lebensalltag deutscher Wissenschaftler im besetzten Belgien während des Ersten Weltkrieges, vgl. Roolf, Gelegenheit (2009), S. 137–154.

belgischen Kolonialarchiv Klarheit darüber zu verschaffen, welche Material- und Rohstoffreserven ‚der Feind‘ aus seinen Überseegebieten bezog.³²⁹ Konkret ging es dabei um Informationen „über die nutzbaren Lagerstätten des Kongostaates“.³³⁰ Da es Koert in der ihm zur Verfügung stehenden Zeit seines Aufenthaltes aber nicht gelang, alle für ihn wichtigen Unterlagen abzuschreiben, gestattete ihm der zuständige Referent für Kolonialangelegenheiten in der deutschen Besatzungsverwaltung Belgiens, Rudolf Asmis, kurzerhand „die Mitnahme der Originalberichte“ nach Berlin, um sie dort auswerten zu können.³³¹

Der Zentralstelle waren vom Reichskolonialamt (RKA) aber auch schon vorher in Brüssel entnommene Akten des belgischen Kolonial-Ministeriums „zur vertraulichen Kenntnissnahme“ und Auswertung übersandt worden. Da sich das RKA infolge Personalmangels außer Stande sah, sich eingehend mit kolonialgeologisch-bergbaulichen Angelegenheiten zu befassen, ließ es sich in diesen Fragen von der Geologischen Zentralstelle der deutschen Schutzgebiete unterrichten „im Vertrauen darauf, dass dort die Dinge am besten beurteilt werden“ konnten.³³² Koert kam zwar die Aufgabe zu, das RKA über die Bedeutung der in den Schriftstücken behandelten Vorkommen zu informieren, nutzte selbst aber immer auch die Gelegenheit, um Kopien für das Kolonial- und das Montanarchiv der PGLA anzufertigen.³³³ Die Übersendung von Aufzeichnungen belgischer Kolonialgesellschaften blieb kein Einzelfall, denn der PGLA gingen auch in der Folgezeit wiederholt „von der Zensur angehaltene“ Unterlagen aus Brüssel zu, so etwa Briefe, Bergbaukonzessionen und Pläne des Comité spécial du Katanga, der Compagnie du Kasai, der Société Internationale Forestière et Minière du Congo oder der Société Belge Industrielle et Minière du Katanga.³³⁴ Das Material wurde nach der Auswertung in der Regel wieder nach Brüssel zurückgesandt. Es gab aber offenbar auch Fälle, in denen die PGLA ihrem Kolonialarchiv „Karten und Schriften“ einverleibte, die von den Deutschen in Brüssel geraubt wurden.³³⁵

329 Krause, Nachruf Koert (1928), S. XXVIII.

330 Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CLVII; Koert (GZ) an RKA, 23.7.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 156, unpag. Zum Inhalt der von Koert in Belgien eingesehenen Unterlagen vgl. Koert (GZ) an die Kolonialabteilung der Kaiserlichen Zivilverwaltung in Brüssel, 5.6.1915, ebd., unpag. Vgl. auch Berghauptmann Karl Schmeisser (Breslau) an PGLA (GZ), 19.4.1916, ebd., unpag.

331 Die Berichte sollten dem Archiv des belgischen Kolonial-Ministeriums nach dem Kopieren zurückgegeben werden. Koert an GZ, 20.5.1915, ebd., unpag.

332 Vermerk Koerts (GZ), 15.6.1915, ebd., unpag.

333 Walter Busse (RKA) an GZ, 18.1.1915 und handschriftliche Notizen Koerts auf diesem Schreiben, 21.1.1915, ebd., unpag.; Koert (GZ) an RKA mit Bericht über die Auswertung der Akten des belgischen Kolonialministeriums, 4.3.1915, ebd., unpag.

334 Vgl. Rudolf Asmis (Verwaltungschef beim Generalgouverneur in Belgien, Kolonialabteilung, Brüssel) an PGLA (GZ), 4.5.1916 u. 7.6.1916, ebd., unpag.; Koert (GZ) an Kolonialabteilung des Kaiserlichen Generalgouvernements in Belgien (Brüssel), 17.7.1916, ebd., unpag.; RKA an GZ, 19.4.1915 u. 16.9.1916, ebd., unpag.; Edmund Brückner (Verwaltungschef beim Generalgouverneur in Belgien, Kolonialabteilung, Brüssel) an PGLA (GZ), 27.3.1916, 6.4.1916 u. 16.11.1916, ebd., unpag.; Beyschlag (PGLA) an RKA, 24.6.1915 u. 26.7.1916, ebd., unpag.; Koert (GZ) an RKA, Nov. 1916, ebd., unpag.

335 „Endlich empfangen wir für unser Kolonialarchiv folgende Karten und Schriften“. Koert (GZ) an die Kolonialabteilung der Kaiserlichen Zivilverwaltung in Brüssel, 5.6.1915, ebd.,

Tab. 3: Forschungen von Geologen der PGLA über Rohstoffvorkommen in von den Deutschen besetzten Gebieten während des Ersten Weltkrieges.³³⁶

Geologen	Lagerstätten (Rohstoffe)
BELGIEN	
Georg Berg, Paul Krusch	Manganerze Süd-Limburgs.
Konrad Keilhack, Adolf Klautzsch, Paul Krusch	Eisenerze der Campine.
Paul Krusch, Leo Siegert	Phosphate von Lüttich und Mons.
Wilhelm Höppner	Porphyrbüche von Lessine.
Willi Koert	Materialsammlung über nutzbare Lagerstätten des Kongo (Kolonialministerium Brüssel).
Konrad Keilhack (Leiter Flachland), August Leppla (Leiter Gebirge), Adolf Klautzsch, Friedrich Schucht, Edmund Picard, Oskar Grupe, Alexander Fuchs, Hess von Wichdorff, Paul Gustav Krause	Archivarbeiten und Auswertung von Kartenmaterial, um ausgehend von „kriegsgeologischen Gesichtspunkten (...) eine Spezialkarte des größten Teils des belgischen Flachlandes und des daran anschließenden Gebirgsstreifens“ herzustellen.
FRANKREICH	
Leo Siegert	Phosphatlagerstätten.
Paul Krusch (Leiter), Georg Berg, Oskar Grupe, Adolf Mestwerdt	Spezialaufnahme und Tiefbohrungen im Département Meurthe et Moselle (Minette), zur Feststellung der von den Franzosen festgelegten westlichen Bauwürdigkeitsgrenze, Vergleich des Verhaltens der Minettelager in den flachen Mulden mit dem auf den Sätteln.
Johannes Böhm	Ausbeutung der Schützengräben im Maastal usw. auf Fossilien der Jura- und Kreideformationen.
SERBIEN	
Franz Beyschlag, Richard Bärtling	Kupferlagerstätte Bor (Wiederinbetriebsetzung).
Richard Bärtling (Leiter), Otto Barsch, Rudolf Cramer, Bruno Dammer, Fritz Herrmann,	Kohlenvorkommen (Hebung des Kohlenbergbaus).
POLEN	
Richard Michael	Geol. Aufbau sowie Bergbau und Hüttenwesen Polens.
Curt Gagel, Ernst Benno Kühn, Hans Hess von Wichdorff	Lagerstätten (Kohlen, Eisen- und Phosphatvorkommen).
RUSSLAND	
Georg Berg	Eisenerzlager Westrusslands.
Leo von zur Mühlen	Eisenerzlager von Krivoy Rog.
Friedrich Kaunhowen, Richard Michael	Phosphatvorkommen von Grodno.
Georg Berg	Nutzbare Lagerstätten Finnlands.
Franz Beyschlag, Gotthard Fliegel, Leo von zur Mühlen	Brandschiefer Estlands.
Curt Gagel	Bodenverhältnisse Estlands.
RUMÄNIEN	
Georg Berg	Zusammenstellung nutzbarer Vorkommen.

unp. Vgl. auch Roolf, Altreich (2018), S. 226 f.

336 Vgl. Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CLVII–CLX.

Die geologische Expertise kam den deutschen Besatzern in Belgien aber noch in anderer Hinsicht zu Gute, denn im Zuge des Aufbaues militärischer und ziviler Verwaltungsstrukturen wurde innerhalb der Abteilung Handel und Gewerbe des Generalgouvernements auch eine Kartographische Abteilung eingerichtet. Um „das belgische Kartenwesen für deutsche Zwecke nutzbar zu machen“, entstand „in den Räumen der belgischen Landesaufnahme unter Leitung deutscher sachverständiger Offiziere und Beamter ein großer wichtiger Betrieb“, der sich mit der teilweisen „Neuvermessung und Erkundung des Landes“ und der „Herstellung von Kartenwerken“ befasste.³³⁷

Karten stellten im Krieg ein begehrtes „Beutegut“ dar, weil sie „nicht nur das eigene raumbezogene Wissen“ ergänzten, sondern auch „den Kenntnisstand des jeweiligen Gegners“ offenlegten.³³⁸ Ähnlich wie im Fall Koerts und den Akten des belgischen Kolonial-Ministeriums stand auch der gezielte Zugriff der deutschen Besatzer auf die Produktions- und Lagerorte der belgischen Landesaufnahme für eine durch den Krieg ermöglichte spezifische Transferpraxis, die darauf abzielte, sich Geheimwissen und fremde Ressourcen anzueignen.³³⁹ So ging es bei der Tätigkeit der Abteilung nicht nur darum, „Kartenblätter für die verschiedensten Zwecke der Frontarmeen“ herzustellen, sondern auch um die Schaffung einer Karte des gesamten Landes nach dem Muster der deutschen Generalstabskarte.³⁴⁰

Die Aufnahmearbeiten unterstanden dem Chef der Preußischen Landesaufnahme in Berlin, der dafür auch Staatsgeologen heranzog.³⁴¹ So übernahm der Abteilungsdirigent für Flachland-Kartierung in der PGLA, Konrad Keilhack, Anfang Oktober 1916 die Leitung der geologischen Aufnahmearbeiten in Brüssel. Zwei Monate später wurde ihm sein Berliner Kollege August Leppla zur Seite gestellt, der fortan für die Aufnahmen im Gebirge verantwortlich zeichnete.³⁴² Leppla war schon seit August 1915 im deutschen Hauptquartier in Brüssel tätig gewesen, um die Arbeiten zur Geologie Belgiens zu überwachen. Sein Büro wurde zwar erst Ende 1917 in den Generalstab eingegliedert, versorgte die militärischen Dienststellen aber schon vorher mit geologischen Informationen für den Grabenkrieg.³⁴³ Unter der ‚sachverständigen‘ Führung

337 Winterfeld, Verwaltung (1927), S. 28; von Köhler, Staatsverwaltung (1927), S. 48.

338 Kann, Karten (2020), S. 130.

339 Vgl. ebd., S. 130 f.

340 Winterfeld, Verwaltung (1927), S. 28.

341 Die Preußische Landesaufnahme war 1875 gebildet worden. Vgl. Kann, Karten (2020), S. 24–40. Ihre Aufgaben bestanden in der „Ausgestaltung der deutschen Generalstabskarte“, der Verfolgung der wichtigsten Neuerungen „auf den Gebieten des Lichtbild- und artilleristischen Vermessungswesens“ und der „Ausbildung des Personals und Geräts für diese Dienstzweige“. Boelcke, Kartenwesen (1921), S. 443 f., 445; Albrecht, Beiträge (2004), S. 119–139.

342 Zu Keilhack und Leppla siehe Anhang Biographien.

343 Vgl. MacLeod, Kriegsgeologen (1995), S. 431 f. Vgl. auch Wochinger, Beitrag (1917), S. 36 f.; Beyschlag (PGLA) an die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron. Werk Elektron (Griesheim am Main), 18.9.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 480, unpubl.; Niederschrift der Sitzung im Pr. LWM, betreffend allgemeine Düngerangelegenheiten, 24.9.1915 (S. 3), BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpubl.

Keilhacks und Lepplas befasste sich der geologische Dienst beim Generalgouverneur in Belgien mit der Auswertung von Kartenarchiven, um ausgehend von „kriegsgeologischen Gesichtspunkten (...) eine Spezialkarte des größten Teils des belgischen Flachlandes und des daran anschließenden Gebirgsstreifens“ herzustellen.³⁴⁴ Da sich diese Arbeiten immer weiter ausdehnten – so etwa auf „die systematische Durchforschung Belgiens in kriegsgeologischer und wirtschaftlicher Beziehung“³⁴⁵ wie auch auf das Gebiet der Hydrologie³⁴⁶ – wurden mit Alexander Fuchs, Oskar Grupe, Hans Hess von Wichdorff, Paul Gustaf Krause, Adolf Klautzsch, Edmund Picard und Friedrich Schucht sieben weitere Mitarbeiter der PGLA in die belgische Hauptstadt entsandt, wo sie zusammen mit Keilhack und Leppla die „Geologengruppe“ in Brüssel bildeten.³⁴⁷ Bei ihren Arbeiten ging es jedoch nicht nur um militärische Belange, denn auch ihr Blick richtete sich auf die dortigen Rohstoffvorkommen, ihre Gewinnungs- und Verwendungsmöglichkeiten, so etwa auch auf die von Krusch untersuchten Eisenerzvorkommen der Campine (siehe Tab. 3).³⁴⁸

2.2.2 Polen

Da Geologen im Auftrag der Reichsleitung, des Militärs und der deutschen Besatzungsverwaltungen agierten, kamen sie nicht nur im westlichen, sondern ebenso auch im östlichen Okkupationsgebiet zum Einsatz.³⁴⁹ So auch in Polen, das seit 1795 unter Russland, Preußen und Österreich aufgeteilt war und nun unter der Kriegslast der drei Teilungsmächte litt.³⁵⁰ Nach dem militärischen Erfolg der Mittelmächte gegen das Zarenreich im Sommer 1915 wurde das frühere

344 Krusch, *Kriegsaufgaben* (1921), S. CLVII f. Vgl. ferner Leppla, (1918), S. 135–143.

345 Beyschlag an Konrad Oebbeke (Mineralogisches Laboratorium und Geologische Sammlung, TH München), 5.2.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 608, unp.

346 Fliegel, Nachruf Beyschlag (1936), S. 13.

347 Vgl. Oberstleutnant und Abteilungschef Meurin (Königliche Landesaufnahme, Geologische Abteilung, Berlin) an PGLA, 26.11.1918, BArch Berlin, R 71, Nr. 43, Bl. 159; Beyschlag (PGLA) an Kasse (PGLA), 30.11.1918, ebd. Der Hinweis auf die „Geologengruppe Brüssel“ findet sich in Pfeffer (Königliche Landesaufnahme, Chef des Stabes, Berlin) an PGLA, 8.4.1918, ebd., Bl. 160. Zu Fuchs vgl. Behr, Nachruf Fuchs (1936), S. 39, 44, 46. Zu Grupe vgl. Berg, Nachruf Grupe (1941), S. 336. Zu Hess von Wichdorff vgl. Zimmermann, Nachruf Hess von Wichdorff (1933), S. 1052. Zu Klautzsch vgl. Hess von Wichdorff, Nachruf Klautzsch (1928), S. XLIV–XLIX. Zu Krause vgl. Dammer, Nachruf Krause (1950), S. XI–XX. Zu Picard vgl. Dammer, Nachruf Picard (1950), S. XXX f. Zu Schucht vgl. Dammer, Nachruf Schucht (1944), S. 551–563; Grüttner, *Lexikon* (2004), S. 154.

348 Vgl. etwa Keilhack, *Eisenerzlagerstätten* (1918), S. 373–377. Auf die von Keilhack und Klautzsch durchgeführten „Spezialaufnahmen“ in der Campine verweist auch Krusch, *Eisenerze* (1918), S. 54 f.

349 Zu der von hohen Beamten während des Ersten Weltkrieges oftmals ergriffenen Möglichkeit, durch eine Tätigkeit in der Verwaltung der besetzten Gebiete in West- und Osteuropa, das eigene Sozialprestige zu mehren und sich gleichzeitig in nationaler Hinsicht zu bewähren, vgl. Föllmer, *Verteidigung* (2002), S. 124–128.

350 So wurden während des Ersten Weltkrieges etwa 2,5 Millionen Polen für die Heere Deutschlands, Österreichs-Ungarns und Russlands mobilisiert, von denen fast 400.000 „für die fremden Kaiser“ fielen. Krzemiński, *Polen* (1993), S. 45.

Russisch-Polen, auch Kongress-Polen genannt, zwischen den Bündnispartnern Deutschland und Österreich-Ungarn aufgeteilt. Während sich Deutschland mit dem Generalgouvernement Warschau den wirtschaftlich potenteren und weitaus größeren Teil von Russisch-Polen sicherte, kontrollierte die Doppelmonarchie mit dem Militärgouvernement Lublin ein überwiegend agrarisch geprägtes Gebiet.³⁵¹ Daneben existierte im Norden noch das Verwaltungsgebiet ‚Ober Ost‘ (Kurland, Litauen, Białystok-Grodno), das dem Kommando des Oberbefehlshabers der deutschen Streitkräfte im Osten unterstand.³⁵²

Wie in Belgien und den übrigen besetzten Gebieten, sollte die deutsche Fremdherrschaft auch in Polen „in einen ökonomischen Vorteil münden“.³⁵³ Folglich sollte „selbstverständlich auch die Wirtschaftskraft des Generalgouvernements Warschau der deutschen Kriegsorganisation dienstbar gemacht werden“.³⁵⁴ Immerhin waren den Deutschen durch die Annexion ein Viertel der russischen Steinkohlenförderung und ein Zwölftel der Roheisenerzeugung in die Hände gefallen.³⁵⁵ Zu diesem Zweck entstand auch im Generalgouvernement Warschau eine Zivilverwaltung, die sich ganz überwiegend aus deutschen Beamten zusammensetzte. Während Generalgouverneur Hans von Beseler dem Kaiser unterstand, war sein Verwaltungschef Wolfgang von Kries sowohl ihm als auch dem Reichsamt des Innern in Berlin rechenschaftspflichtig. Dagegen waren die einzelnen Fachverwaltungen den jeweiligen Ministerien nachgeordnet.³⁵⁶ Da die Mittelmächte von einer kurzen Kriegsdauer ausgingen, verfolgten sie zunächst eine Strategie der rücksichtslosen Ausbeutung der besetzten polnischen Gebiete. Erst allmählich setzte sich bei ihnen die Erkenntnis durch, dass sich Krieg und Besetzung doch länger hinziehen würden. Zwar führte dies dazu, dass die Besatzer nun eine „gewisse Rücksichtnahme“ gegenüber der polnischen Bevölkerung an den Tag legten, gleichwohl hatte die Versorgung von Heimat und Heer in ihren Augen weiterhin oberste Priorität.³⁵⁷ So waren die Mittelmächte auf der einen Seite bereit, dem von ihnen im November 1916 als Vasallenstaat geschaffenen Königreich Polen einige Kompetenzen einzuräumen, andererseits aber nicht gewillt, den einheimischen Organen die Aufsicht über zentrale Infrastrukturen oder wirtschaftliche Leitsektoren (z.B. Bergbau) zu überlassen.³⁵⁸

351 Vgl. Lehnstaedt, *Besatzungswirtschaft* (2020), S. 575–577; Król, *Besatzungsherrschaft* (2002), S. 577–582. Zum Militärgouvernement Lublin vgl. Mitzka, *Militärverwaltung* (1928), S. 8–52.

352 Vgl. Polsakiewicz, *Spezifika* (2009), S. 502 (Anm. 3); Liulevicius, *Kriegsland* (2002).

353 Lehnstaedt, *Besatzungswirtschaft* (2020), S. 579.

354 von Kries, *Ausnutzung* (1934), S. 221. Dort auch Beispiele für Verordnungen zur Rohstoffbeschlagnahme. Vgl. ebd., S. 227–230, 246 f.

355 Friedensburg, *Kohle* (1934), S. 64.

356 Vgl. Lehnstaedt, *Besatzungswirtschaft* (2020), S. 579; von Kries, *Staatsverwaltung* (1933), S. 130–156. Zur Verwaltung des königlichen und kaiserlichen Militärgouvernements vgl. Król, *Besatzungsherrschaft* (2002), S. 577 f.; Lehnstaedt, *Militärgeneralgouvernement* (2012), S. 1–26.

357 Ders., *Besatzungswirtschaft* (2020), S. 582, 588–590.

358 Ebd., S. 583. Lehnstaedt zeigt auch, dass es zunehmend zu Spannungen zwischen Polen

Bergbau und Hüttenindustrie im deutsch besetzten Teil Polens standen unter deutscher Verwaltung, die vom Generalgouvernement Warschau ausgeübt wurde, das für diese Zwecke eine eigene Bergabteilung einrichtete.³⁵⁹ Wie in Brüssel, so spielte anfangs auch in Warschau der Vortragende Rat im preußischen Wirtschaftsministerium Wilhelm Bornhardt hierbei eine zentrale Rolle. Bornhardt war schon im August 1914 mit der „bergmännischen Beratung der in den neu okkupierten Landesteilen Russisch-Polens einstweilen einzusetzen- den Verwaltung beauftragt und die PGLA mit seiner Unterstützung betraut“ worden.³⁶⁰ Folglich war „der Zivilverwaltung in Warschau (...) ständig einer der älteren Landesgeologen [der PGLA] beigegeben“.³⁶¹

Diese Aufgabe übernahm der Landesgeologe Richard Michael, der als einer „der besten Kenner des benachbarten oberschlesischen Bergbaureviers“ galt.³⁶² Michael wurde angewiesen, „sich zur Erteilung von Auskünften auf Erfordern in Berlin oder im Revier zur Verfügung zu halten“.³⁶³ Es handelte sich dabei aber zunächst nur um die Zivilverwaltung der Kreise Będzin (Bendzien), Cześćochowa (Czenstochau) und Wieluń, und Michael war damals in Kattowitz mit dem dortigen Chef der Bergverwaltung, dem Clausthaler Oberbergtrat Gustav Cremer, tätig. Als dann im Januar 1915 die Zivilverwaltung Russisch-Polens zuerst in Posen eingerichtet wurde, berief man Michael zunächst nach Posen und schließlich nach Warschau. Hier war er „als Dezernent des Verwaltungschefs beim Generalgouvernement“ u. a. an den Grenzverhandlungen mit Österreich-Ungarn beteiligt, welche zu den Abkommen von Posen, Kattowitz und Teschen führten, in denen Berlin und Wien die Grenzen ihrer jeweiligen Verwaltungsgebiete absteckten.³⁶⁴

und Besatzern kam, die auch darauf zurückzuführen waren, dass die Mittelmächte ihre den Polen gegebenen Versprechen im Hinblick auf die Schaffung eines selbstverwalteten polnischen Staates nicht einhielten. Gleichwohl macht er auch deutlich, dass „die Okkupation keine Gewaltherrschaft“ war und es auch nicht zu Misshandlungen der Bevölkerung kam, weswegen ein gewaltsamer Widerstand gegen Deutsche und Österreicher ausblieb. Ebd., S. 584–586. Zu den unausgereiften konzeptionellen Überlegungen der Besatzer über die Zukunft des polnischen Staates, etwa der Bildung eines unter Aufsicht von Berlin und Wien stehenden Königreichs Polen (1916), eines Provisorischen Staatsrates (1916), eines Regentschaftsrates (1917), welche die Übergabe der Staatsverwaltung in polnische Hände sukzessive in die Wege leiten sollten, bevor sie mit dem Abzug der Deutschen nach dem Waffenstillstand 1918 dann Wirklichkeit wurde, vgl. Król, Besatzungsherrschaft (2002), S. 579–582; Ullrich, Großmacht (1999), S. 428–433; Nipperdey, Geschichte (1992), S. 809–811.

359 Vgl. Friedensburg, Kohle (1934), S. 84; von Kries, Ausnutzung (1933), S. 238.

360 Vgl. Krusch, Nachruf Michael (1929), S. LXXXIV.

361 Fliegel, Nachruf Beyschlag (1936), S. 13.

362 Thielecke, Arbeit (1937), S. 30 f.

363 Vgl. Krusch, Nachruf Michael (1929), S. LXXXIV. Zu Michael siehe Anhang Biographien.

364 Vgl. Krusch, Nachruf Michael (1929), S. LXXXIV f. Während das Posener Abkommen vom 9./10.1.1915 die „Festsetzung der Grenze zwischen dem österreichisch-ungarischen und dem deutschen Verwaltungsgebiet in Russisch-Polen“ betraf, ging es beim Kattowitzer Abkommen vom 20./22.4.1915 um die „Erläuterung des Grenzabkommens“ vom Januar 1915, so u.a. um die Verteilung von Grubenfeldern und die Regelung von Berghoheitsfragen. Das Teschener Abkommen vom 14.9./14.12.1915 betraf zum einen die „Frage der Interessenvertretung der österreichisch-ungarischen Monarchie in Warschau“ und die

Dass es dabei zwischen beiden Mächten zu heftigen Auseinandersetzungen um das an Oberschlesien angrenzende Industriegebiet kam lag nicht zuletzt an Michael, der sich schon Ende 1914 über die Erzförderung und Erzvorräte der besetzten Gebiete informiert und der Regierung geraten hatte, sich bei der Sicherung der polnischen Rohstoffvorkommen über die Befindlichkeiten des Bündnispartners hinwegzusetzen.³⁶⁵ Dabei machte er sich auch zum Fürsprecher der Annexionspläne ‚oberschlesischer Industriearbete‘.³⁶⁶

In Berlin wurden Michaels Ausführungen „durchaus ernst genommen“. So wurde er nicht nur zu Besprechungen ins Reichsamt des Innern geladen, seine Denkschriften wurden auch an das Auswärtige Amt weitergeleitet.³⁶⁷ Wie Krusch rückblickend festhielt, hat sich Michael „sowohl bei der ersten Verwaltung von 1914 als auch bei der zweiten von 1915 große Verdienste erworben“, immerhin hätten ihm „die geologische Erforschung Polens und die deutsche Volkswirtschaft“ viel zu verdanken. Mit dieser euphemistischen Schönfärberei bezog sich Krusch auf die Tätigkeit Michaels im Generalgouvernement Warschau, denn insbesondere dessen „Denkschrift über die Erzvorkommen in den an Oberschlesien grenzenden Teilen Polens“ hätte „sehr wichtiges Material“ enthalten und auch der Bau der so genannten „Reichswasserleitung, welche die Abwässer der polnischen Gruben den oberschlesischen Kalkstickstoffwerken zuführte“ und diese dadurch erst voll leistungsfähig machte, sei im wesentlichen sein Werk gewesen.³⁶⁸ Darüber hinaus untersuchte Michael im Auftrag des Preußischen Landwirtschaftsministeriums die Leistungsfähigkeit der Phosphatlagerstätten im westlichen Russland.³⁶⁹

„Abgrenzung des österreichisch-ungarischen und des deutschen Verwaltungsgebietes rechts (...) der Weichsel“. Vgl. hierzu 2. (4.) Vierteljahresbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1.10. bis 31.12.1915, Anlage III, BArch-MA Freiburg, PH 30-II, Nr. 10, unpubl. Zur Verwaltungsorganisation des Generalgouvernements Warschau vgl. ebd., Anlage I, Bl. 72–93.

365 Nicht nur hier ging Michael rücksichtslos im Interesse Deutschlands vor. So riet er der Wilhelmstraße in einem anderen Fall mit Blick auf die unbedingt zu erhaltende deutsche Monopolstellung auf dem Kalisalzgebiet, „mit Rücksicht auf die Möglichkeit des Antretens von Kalisalzen“ all jene Gebietsteile Polens zu erwerben, „in deren tieferen Untergrund die Zechsteinformation auftauchen“ könne. Lemke, Allianz (1977), S. 135 f.

366 Ebd., S. 139.

367 Ebd., S. 136.

368 Krusch, Nachruf Michael (1929), S. LXXXV. Wie Beyschlag betonte, habe sich Michael als Mitglied der „Zivilverwaltung Ost“ „eingehend mit den Eisenerzlagern beschäftigt und ihre Ausnutzung vorbereitet“. Entwurf eines Schreibens Beyschlags (PGLA) an Reichskanzler (Reichsamt des Innern), 6.11.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 176, unpubl. Zu dem von den Deutschen organisierten polnischen Steinkohlenbergbau, der 1916 fast 80 % der Friedensförderung erreichte, und dem Eisenerzbergbau, der während des Krieges insgesamt 460.000 t an die oberschlesische Industrie lieferte, vgl. Friedensburg, Kohle (1934), S. 84; von Kries, Ausnutzung (1934), S. 245–247.

369 Entwurf eines Schreibens Beyschlags (PGLA) an Reichskanzler (Reichsamt des Innern), 6.11.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 176, unpubl. Vgl. auch Niederschrift der Sitzung im Pr. LWM, betreffend allgemeine Düngerangelegenheiten, 24.9.1915 (S. 4), BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpubl.



Abb. 7: Richard Michael (1869–1928), 1915–1917 Leiter der Geologischen Abteilung in der Zivilverwaltung des Generalgouvernements Warschau.³⁷⁰

Michaels Tätigkeit in Polen beschränkte sich jedoch nicht nur auf beratende Funktionen, er gab auch direkte Fingerzeige für den Raub fremder Ressourcen. So evaluierte er während seiner Tätigkeit in Posen beispielsweise die von den Russen aufgegeben Kupferhütte Josephow bei Głowno, die sich auf die Wiedergewinnung von Kupfer und Messing aus Altmetall und die Darstellung von Messing aus Kupfer und Zink spezialisiert hatte. Obwohl die Russen das Werk vor ihrem Abzug „ausgeplündert“ hatten, ergab Michaels Nachprüfung trotzdem noch recht ‚ansehnliche Metallvorräte‘ an Zink, Kupfer, Messing sowie Kohlen und Schmierölen, für deren Abtransport nach seiner Auffassung „mindestens 60 Waggons erforderlich“ waren.³⁷¹

370 Aus: Krusch, Nachruf Michael (1929).

371 Richard Michael (Zivilverwaltung beim Oberbefehlshaber Ost, Posen) an den Regierungspräsident Exzellenz Hans von Brandenstein (Verwaltungschef beim Oberbefehlshaber Ost, Etappeninspektion 9), 25.1.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 354, unp. Welche Ausmaße der Rohstoffraub in Polen allein im Jahr 1915 annahm wird daran ersichtlich, dass auf Weisung der KRA mindestens 7.292 Waggons zum Versand nach Deutschland gebracht wurden, darunter 19.000 t Roheisen und 15.000 t Alteisen. Vgl. 2. (4.) Vierteljahresbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1.10. bis 31.12.1915, BArch-MA Freiburg, PH 30-II, Nr. 10, Bl. 1–71, hier Bl. 44–46.

Im Hinblick auf die geologische Erforschung Polens legte Michael sein ganzes Gewicht in die Waagschale, um der PGLA die in ihren Augen zustehende Prärogative zu sichern. Als es Anfang 1916 auf Veranlassung des Generalgouverneurs von Beseler zur Gründung einer Landeskundlichen Kommission kam, nahm Michael indigniert zu Kenntnis, dass die Geologen wieder einmal ‚zu spät‘ kamen und Gefahr liefen, bei der Erschließung neu besetzter Gebiete von den Geographen übergangen zu werden.³⁷² Ähnlich wie die 1905 geschaffene „Kommission für die landeskundliche Erforschung der Deutschen Schutzgebiete“ war auch die gut zehn Jahre später im Generalgouvernement Warschau ins Leben gerufene Landeskundliche Kommission auf die Initiative rühriger Geographen zurückzuführen, die es auch in diesem Fall verstanden, der Regierung den Nutzen geographischer Expertise für die praktische Verwaltung der besetzten Gebiete vor Augen zu führen.³⁷³ Spiritus rector des Expertengremiums war der Berliner Geograph Albrecht Penck, der es sich als ausgebildeter Geologe nicht nehmen ließ, das Kommissionsprogramm auf geographische und geologische Studien auszurichten.³⁷⁴ Die Aufgabe der Kommission bestand folglich nicht nur darin, den Anspruch Deutschlands auf die eroberten Gebiete wissenschaftlich zu legitimieren³⁷⁵, sondern der Besatzungsverwaltung „eine brauchbare Grundlage für die Kenntnis der landes- und volkskundlichen Züge des ehemaligen Kongresspolens“ zu liefern.³⁷⁶ Angesichts des breit gefächerten Programms meinte von Beseler, nicht auf die Mitarbeit von Fachleuten verzichten zu können. So hielt er es im Hinblick auf die wichtigen geologischen Forschungen für geboten, den in seiner Verwaltung in Warschau tätigen Bergbaureferenten Michael in die Kommission aufzunehmen.³⁷⁷

Für Michael indes war „die Angelegenheit“ äußerst verdrießlich. Denn er war über die Tatsache empört, dass die Kommission praktisch „durch Privatkorrespondenz“ zwischen Penck und von Beseler – die beide dem Vorstand der Gesellschaft für Erdkunde angehörten – zustande gekommen, und er, Michael, bei alldem nicht gefragt worden war. Wie er Beyschlag in Berlin vertraulich mitteilte, wollte er „natürlich sofort versuchen,“ den Standpunkt der PGLA zu wahren, denn das geologische Programm der Kommission lag keineswegs in

372 Zur Rivalität zwischen der sich als Reichszentrale für Kolonialgeologie verstehenden PGLA und der vom Reichskolonialrat 1905 geschaffenen, von Geographen dominierten „Kommission für die landeskundliche Erforschung der Deutschen Schutzgebiete“ vgl. Flachowsky, *Geognostik* (2026), S. 141–158.

373 Vgl. Zimmerer, *Dienste* (2004), S. 87; Born/Störckuhl, *Apologeten* (2017), S. 19 f.

374 Zur Entstehung der Landeskundlichen Kommission für das Generalgouvernement und der Rolle Pencks vgl. Laba, *Dienst* (2017), S. 97–105; Thielecke, *Arbeiten* (1937), S. 4 f.

375 Vgl. Laba, *Dienst* (2017), S. 98.

376 Generalgouverneur Hans von Beseler (Warschau) an den Reichskanzler (Reichsamt des Innern) betr. Erforschung Polens, 27.10.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 176, unpag.

377 Vgl. ebd. Zu den wirtschafts- und anthropogeographischen Arbeiten der Kommission, denen auch rassistische Ordnungsvorstellungen zugrunde lagen, vgl. Laba, *Dienst* (2017), S. 100 f. Zur Zusammensetzung der Kommission vgl. Wunderlich, *Vorwort* (1918), S. VI f.; Thielecke, *Arbeiten* (1937), S. 6 f.; Friederichsen, *Bericht* (1916), S. 329 f. Michael schied zum 1.1.1917 aus der Kommission aus. Vgl. Wunderlich, *Tätigkeitsbericht* (1917), S. 126.

ihrer Interesse. Dafür sprach nach seiner Ansicht allein schon die ‚Tatsache‘, dass zur Beantwortung geologisch-praktischer Fragen lediglich die „im Osten erfahrenden Kräfte“ der PGLA imstande waren. Michael riet Beyschlag daher, „direkt an den Reichskanzler heranzutreten und ihm Vorschläge zu unterbreiten, wie im Falle eines endgültigen Übergangs der polnischen Gebiete“ an Deutschland, „sofort die amtliche Tätigkeit der geologischen Landesaufnahme“ unter seiner, Michaels, Mitwirkung begonnen werden könne.³⁷⁸

Wie aus dem Entwurf des an den Reichskanzler (Reichsamt des Innern) gerichteten Schreibens Beyschlags hervorgeht, war man auch in der Berliner Invalidenstraße darüber verstimmt, bei den Planungen über die Organisation der geographisch-geologischen Studien in Polen übergangen worden zu sein, „obgleich die bisherigen geologischen Forschungen in dem anstoßenden deutschen und dem besetzten Gebiet fast ausschließlich“ Geologen der PGLA durchgeführt hätten.³⁷⁹ Um dem möglichen Vorwurf mangelnder Inaktivität vorzubeugen, behauptete Beyschlag kurzerhand, dass man geologische Untersuchungen noch für verfrüht gehalten aber die Absicht gehabt habe, der Regierung entsprechende Vorschläge zu unterbreiten, „sobald über das zukünftige Schicksal dieses Landes entschieden“ sei. Da nun aber ein Arbeitsprogramm vorliege, sei man „im Interesse der Sache“ gezwungen, schon jetzt auf die Angelegenheit einzugehen. Wie Beyschlag vermutete, würden Fragen der praktischen Geologie bei den zukünftig in Polen zu lösenden Aufgaben im Vordergrund stehen. Dies allerdings sei aber genau „diejenige Richtung der Geologie“, mit der sich die PGLA seit Jahrzehnten „als einziges geologisches Institut Preußens satzungsgemäß“ beschäftige. Folglich sei sie auch die einzige amtliche Stelle im Reich, die aufgrund der ihr vorliegenden Informationen in der Lage sei, die geologischen Verhältnisse in Polen zu beurteilen. Nach der Aufzählung wichtiger Forschungsaufgaben (u.a. Lagerstättenforschungen, Straßen-, Wege-, Eisenbahn- und Kanalbau, Kartierungen, Untersuchung landwirtschaftlicher Meliorationsmittel, Wasserversorgungsfragen) hob Beyschlag hervor, dass derartige Fragen nur von Geologen gelöst werden könnten, die über große Erfahrungen auf praktisch-geologischem Gebiet verfügten. „Die gewöhnliche geologische Durchschnittsbildung“ – eine deutliche Spitze gegen die von der Kommission vorgesehenen Hochschulgeographen – reiche hierfür nicht aus. Da die Landeskundliche Kommission in der Hauptsache geographische Untersuchungen plane, bestehe die Gefahr, „dass die Geologie Polens gleichsam nebenbei als Anhang der Geographie behandelt“ werde.³⁸⁰ Ein derartiger Plan sei nicht nur verfehlt, er werde der großen Bedeutung der Geologie und den wirtschaftlichen Erfordernissen nicht

378 Richard Michael (Der Verwaltungschef beim Generalgouvernement Warschau) an Franz Beyschlag, 29.10.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 176, unpag.

379 Dazu und im Folgenden Entwurf eines Schreibens Beyschlags (PGLA) an Reichskanzler (Reichsamt des Innern), 6.11.1915, ebd., unpag.

380 Ebd. Damit lag Beyschlag keineswegs falsch, denn „die einheitliche Durchführung“ der Kommissionsarbeiten sollte „nach geographischen Gesichtspunkten“ erfolgen. Thielecke, Arbeit (1937), S. 7. Die seit langem schwelende Konkurrenz zwischen Geographen und

gerecht. Folglich sei es unabdingbar, die geologische Untersuchung Polens der Leitung der PGLA zu unterstellen. Dies führte Beyschlag schließlich zu viel weitergehenden Forderungen, denn die ‚Gunst des Krieges‘ nutzend schickte er sich an, den generellen Führungsanspruch der PGLA nun auch gegenüber ihren deutschen Schwesterinstituten durchzusetzen:

„Euer Exzellenz bitten wir daher, dafür Sorge tragen zu wollen, dass die geologische Erforschung der okkupierten Gebiete als eine durchaus selbständige, von anderen naturwissenschaftlichen und geographisch-historischen staatlichen Unternehmungen getrennte organisiert wird, deren Durchführung und Leitung zweckmäßig der Königl. Preussischen Geologischen Landesanstalt in derselben Weise übertragen wird wie bisher die Bearbeitung der Gebiete einzelner Bundesstaaten.

Dabei wollen wir nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, dass die Organisation selbständiger Landesanstalten für kleinere Gebiete ihre großen Bedenken hat. Einzelne Bundesstaaten mit derartigen Organisationen wie Mecklenburg, Oldenburg sind trotz der aufgewendeten Mittel bis heute noch nicht in der Lage gewesen, eine systematische geologische Durchforschung des Landes durchzuführen, und das Beispiel Elsass-Lothringens zeigt, dass auch erheblichere Mittel nicht zum Ziele führen, wenn die Arbeit einem anderen Forschungsinstitut, wie z.B. der Universität, angegliedert wird; der völlige Stillstand in den Veröffentlichungen beweist auch hier das Verfehlte kleiner unvollständiger Geologischer Landesanstalten ohne genügende Arbeitskräfte.“³⁸¹

Über die Folgen dieser aufschlussreichen Forderungen Beyschlags sind wir nicht im Bild, aber nachdem Michael seine Beziehungen zum Warschauer Verwaltungschef von Kries nutzte und sein Anliegen auch dort vorbrachte, war er überzeugt, „persönlich hinreichend freie Hand“ zu bekommen, um die Interessen der PGLA zu wahren.³⁸² Dazu gehörte etwa die Forderung, sich die für die geplanten Untersuchungen notwendigen Hilfskräfte selbst aussuchen zu können.³⁸³ Dies hatte zur Folge, dass Michael die Federführung bei der

Geologen trat auch im Jahrbuch der PGLA hervor. Vgl. Keilhack, Bemerkungen (1917), S. 223–244.

381 Entwurf eines Schreibens Beyschlags (PGLA) an Reichskanzler (Reichsamt des Innern), 6.11.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 176, unpag. Es ist unklar, auf welcher Grundlage die von Beyschlag offenbar angestrebte Zentralisierung der geologischen Ressortforschung durchgesetzt werden sollte. Vielleicht wollte er die durch den Krieg gegebene Möglichkeit nutzen, sie auf dem Weg einer Kriegsverordnung zu erreichen. Dem stand jedoch die föderale Struktur Deutschlands entgegen. Und auch die Länder dachten keineswegs daran, sich den Berliner Vereinnahmungsversuchen zu beugen und ihre Kompetenzen an Preußen abzugeben. Dies zeigte sich beispielsweise 1923 bei der Gründung der Geologischen Landesuntersuchung Thüringens unter der Leitung von Wilfried von Seidlitz. Vgl. dazu Wiefel, Geschichte (1974), S. 22.

382 Richard Michael an PGLA, 2.11.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 176, unpag.

383 Vgl. ebd.

geologischen Erforschung Polens übernahm, bevor er am 3. August 1917 schließlich zum Chef der „Abteilung X (Geologie, Kartographie und Bibliographie)“ in Warschau ernannt wurde.³⁸⁴ Der Diktion Beyschlags folgend, stellte sich Michaels Aufgabe in der Kommission „als eine wissenschaftliche und eine praktische“ dar.³⁸⁵ Die wissenschaftliche Aufgabe bestand darin, Aufschluss über den tieferen Untergrund Polens zu gewinnen. Dabei sollte das Studium genau die Gebiete festlegen, in denen nutzbare Lagerstätten (Kohle, Eisenerze, Kalkstein, Ton, Torf) zu erwarten waren, was die praktische Seite der Arbeiten Michaels unterstrich. Die zu gewinnenden Rohstoffe sollten dann vor allem der oberschlesischen Industrie zu Gute kommen.³⁸⁶

Folglich befasste sich Michael nicht nur mit der Zusammensetzung und Verbreitung der verschiedenen Formationen der einzelnen Landesteile Polens und ihren tektonischen Verhältnissen, sondern ebenso auch mit der sorgfältigen Analyse seines Bergbaus und Hüttenwesens, so etwa der „Ermittlung der randlichen Begrenzung der produktiven Steinkohlenformationen“ im Revier von Dąbrowa, das die „östliche Fortsetzung des oberschlesischen Steinkohlenreviers“ darstellte.³⁸⁷ Um alle Möglichkeiten zur Auffindung neuer Vorkommen auszuloten, nahm Michael sämtliche Kreischefs, Bauämter und Forstabteilungen des Generalgouvernements in die Pflicht, indem er sie aufforderte, ihn über alle auffälligen Bodenbeobachtungen zu informieren und ihm mineralische Fundproben zur geologischen Bestimmung zuzusenden.³⁸⁸

Darüber hinaus wurden auf Weisung Michaels nun auch andere Geologen der PGLA im Generalgouvernement aktiv. So wurde der Kreischef von Kalisch (Kalisz) im Mai 1917 von Michael angewiesen, den Geologen Ernst Benno Kühn bei seinen Untersuchungen in der Umgebung von Kalisch zu unterstützen.³⁸⁹ Neben Kühn wurde auch Curt Gagel zwischenzeitlich nach Warschau versetzt, der sich vorwiegend mit Erkundungen im nördlichen Teil

384 In dieser Funktion war er bis Oktober 1917 tätig, bevor er auf eigenem Wunsch ausschied und wieder an die PGLA zurückkehrte. Vgl. Krusch, Nachruf Michael (1929), S. LXXXV. Ein Hinweis auf die Rolle Michaels als Dezernent beim Verwaltungschef des Generalgouvernements in Warschau findet sich auch in Kriegsmetall A.G. an Bezirksgeologe Hans Hess von Wichdorff (PGLA), 1.5.1917, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1623, Bl. 1f.

385 Friederichsen, Bericht (1916), S. 322.

386 Vgl. ebd. Wie Thielecke 1937 feststellte, habe Michael keine wesentlich neuen Beiträge geliefert, sondern vielmehr die vorliegenden Arbeiten polnischer Geologen „zu einer einheitlichen Übersicht zusammengefasst“. Thielecke, Arbeiten (1937), S. 31.

387 Vgl. Michael, Aufbau (1918), S. 29–76; Michael, Bergbau (1918), S. 418. Zur Bedeutung der Kohlegruben im Dąbrowa-Becken vgl. Lehnstedt, Besatzungswirtschaft (2020), S. 591; Thielecke, Arbeit (1937), S. 31.

388 Richard Michael (Der Verwaltungschef beim Generalgouvernement Warschau) an sämtliche Herren Kreischefs, Polizeipräsidenten in Warschau und Lodz, sämtliche Bauämter und Forstabteilungen betr. Merkblatt zur Sammlung geologischer Nachrichten, 8.7.1916, Staatsarchiv Kalisz (Archivum Państwowe w Kaliszu), Leiter des Bezirks Kalisz 1914–1918 [1919], Ref. 115, Bl. 1.

389 Vgl. Richard Michael (Der Verwaltungschef beim Generalgouvernement Warschau) an den Kreischef in Kalisch, 6.5.1917, ebd., Bl. 9.

des Generalgouvernements befasste.³⁹⁰ Wie bereits erwähnt, dehnte sich Michaels Arbeitsgebiet auch auf den Bereich des vom Oberbefehlshabers Ost kontrollierten Gebietes aus. So beschäftigte er sich neben seinem Berliner Kollegen Friedrich Kaunhowen mit den „Phosphatvorkommen von Grodno“.³⁹¹ Den Hintergrund hierfür bildete der durch den Verlust der deutschen Kolonie Nauru erfolgte Lieferausfall pazifischer Rohphosphate und der dadurch ausgelöste Zwang zur „Gewinnung neuer Phosphatquellen“. Kaunhowens Untersuchungen erfolgten jedoch „auf Veranlassung von Ober Ost“ und erstreckten sich zudem auf verschiedene Lagerstätten in Litauen, Polen und der Ukraine.³⁹² Gerade dieses Beispiel macht deutlich, dass die geologische Erforschung der gesamten besetzten Gebiete stets den aktuellen Erfordernissen des Krieges untergeordnet blieb. Da es „fast immer in erster Linie galt, praktische und technische Fragen zu lösen“, bildeten zwangsläufig auch viele erst bei der Verfolgung militärischer Zwecke gewonnene Aufschlüsse und ihre Auswertung die Grundlage der geologischen Erforschung der okkupierten Gebiete. Folglich handelte es sich bei den Untersuchungen meist „um ein Studium lokaler Erscheinungen“, wohingegen „die Bearbeitung der Aufschlussergebnisse nach dem Gesichtspunkt der Geologie als Wissenschaft und ihre Verarbeitung zu einer regionalen Geologie“ in der Regel untergeordnete Bedeutung hatten.³⁹³ Dies galt auch für die Arbeiten der österreichisch-ungarischen Staatsgeologen, die ihren deutschen Kollegen im Hinblick auf die Evaluation und Ausbeutung der polnischen Ressourcen in nichts nachstanden. So wurde der an der Wiener Geologischen Reichsanstalt tätige Wilhelm Petrascheck 1916 „zur wissenschaftlichen Studienkommission beim k. u. k. Militär-General-Gouvernement Lublin“ abgestellt, womit verschiedene Reisen in das österreichische und das deutsche Okkupationsgebiet in Polen verbunden waren. Wie auch bei Michael weckten das in wirtschaftlicher Hinsicht wichtige Steinkohlenbecken von Dąbrowa und die Eisen-, Blei-, Zink- und Kupfererzlagerstätten des Mittelgebirges das besondere Interesse Petraschecks.³⁹⁴

390 Zu Kühn und Gagel siehe Anhang Biographien.

391 Krusch, *Kriegsaufgaben* (1921), S. CLX; Generaldirektor Dr. Edmund Pietrkowski (Posen) an Kaunhowen (Oberbefehlshaber Ost, Abt. M), 23.6.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unp. Wie sich zeigte, fand Kaunhowen dort „keine bauwürdigen Lagerstätten“. Niederschrift der Sitzung im Pr. LWM betr. allgemeine Düngerangelegenheiten, 14.9.1917, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unp. Zu Kaunhowen siehe Anhang Biographien.

392 Vgl. etwa Kaunhowen, *Phosphorite* (1919), S. 71–76, 89–93. „Bei dieser Gelegenheit war er übrigens – ein für ihn unvergessliches Erlebnis – von Hindenburg zur Abendtafel gezogen worden und hatte seinen Platz zwischen Hindenburg und Ludendorff erhalten.“ Krause, *Nachruf Kaunhowen* (1941), S. 352. Eine ähnliche ‚Ehre‘ wurde auch dem PGLA-Geologen Hess von Wichdorff zu Teil, der 1915 bei seinen Arbeiten in Rydzewen (Rydzewo) in der Nähe von Lötzen in Ostpreußen ein Gräberfeld entdeckte und im Zuge der von ihm geleiteten Ausgrabungen zahlreiche altgermanische Artefakte barg. Hindenburg schien sich für die Funde zu ‚begeistern‘, denn er suchte das Gräberfeld und die Ausstellung in Lötzen „oftmals“ auf und überließ dem ‚stolzen‘ Geologen „sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift“. Zimmermann, *Nachruf Hess von Wichdorff* (1933), S. 1051 f. Zu den landeskundlichen Arbeiten in Ober Ost allgemein vgl. Thielecke, *Arbeit* (1937), S. 10–12.

393 Ebd., S. 29.

2.2.3 Serbien

Ähnlich wie Polen wurde auch Serbien nach der Besetzung von zwei Siegermächten getrennt verwaltet.³⁹⁵ Allerdings trat hier neben Österreich-Ungarn das mit den Mittelmächten verbündete Bulgarien als Besatzungsmacht in Erscheinung.³⁹⁶ Da das Deutsche Reich danach strebte, auch die serbischen Minerallagerstätten für sich nutzbar zu machen, kamen hier ebenfalls Staatsgeologen zum Einsatz, deren Tätigkeit hier abschließend kurz betrachtet werden soll.³⁹⁷ Nach dem Attentat von Sarajewo am 28. Juni 1914, das zur Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien führte und damit den Ersten Weltkrieg auslöste, gelang es der Donaumonarchie im Verbund mit Deutschland und Bulgarien erst Ende 1915, die Hauptstadt des Königreichs Serbien zu besetzen. Die österreichisch-ungarische Besatzungsmacht errichtete daraufhin am 1. Januar 1916 in dem von ihr okkupierten Gebiet das k. u. k. Militärgeneralgouvernement Serbien mit Sitz in Belgrad.³⁹⁸ Wie schon bei der Aufteilung ‚Kongress-Polens‘, stießen auch in Serbien divergierende Interessen Berlins und Wiens aufeinander. Denn als Bulgarien seinen Teil der Beute forderte, hätte es Deutschland – „selbst ohne eigene Gebietsansprüche, aber getrieben von (kriegs)wirtschaftlicher Notwendigkeit“ – gern gesehen, „wenn größte Teile Serbiens an Bulgarien gefallen wären“.³⁹⁹ Vermutlich ging man in Berlin nach den Erfahrungen in Polen davon aus, seine Interessen gegenüber Sofia leichter durchsetzen zu können, als gegenüber Wien.⁴⁰⁰

-
- 394 Tietze, Jahresbericht für 1916 (1917), S. 3, 19 f.; ders., Jahresbericht für 1917 (1918), S. 14, 26. Vgl. auch Petrascheck, Ostrand (1918), S. 53–61; ders., Alter (1918), S. 262–270. Über die Studienkommission des ehemaligen Verbündeten hielt Thielecke fest, dass von ihr „nichts besonderes an Leistungen bekannt geworden“ sei. Thielecke, Arbeit (1937), S. 10. Zu Petraschecks Arbeiten vgl. ebd., S. 31 f. Zu Petrascheck siehe Anhang Biographien.
- 395 Zum Vorgehen der deutsch-österreichisch-ungarisch-bulgarischen Allianz gegen Serbien vgl. Stevenson, Weltkrieg (2010), S. 193.
- 396 Wie Max Schwarte nach dem Krieg festhielt, „hatte Deutschland für die nötige Sicherung seiner militärischen Interessen Sorge getragen, auf die Verwaltung aber zugunsten Bulgariens und Österreich-Ungarns verzichtet“. Schwarte, Einleitung (1927), S. 5. Dazu und zur Vorgeschichte der Beziehungen zwischen Serbien, Österreich-Ungarn und Bulgarien vgl. Scheer, Besatzungsregime (2010), S. 315–317.
- 397 Vgl. Krusch, Die nutzbaren Lagerstätten Serbiens (1916), S. 69–87. Als Beleg für die österreichisch-ungarischen Interessen an serbischen Rohstoffvorkommen vgl. Doelter, Erzlagertstätten (1917), S. 143–153.
- 398 Vgl. Scheer, Besatzungsregime (2010), S. 319–322; Kerchnawe, Militärverwaltung (1928), S. 53–269; Suppan, Hitler (2014), S. 296–311.
- 399 Scheer, Besatzungsregime (2010), S. 332.
- 400 Tatsächlich schien es jedoch mehr Reibungen mit den Bulgaren, als mit den Vertretern der Donaumonarchie gegeben zu haben. Vgl. Kirch, Krieg (1928), S. 25–30. Welche Bedeutung Österreich-Ungarn der geologischen Erforschung Serbiens beimaß geht daraus hervor, dass das k.u.k. Militärgouvernement eine Bergbauabteilung schuf, die ein eigenes Laboratorium in Belgrad einrichtete, das u.a. mit metallurgischen und chemischen Untersuchungen beschäftigt war. Vgl. Besondere Übersicht [hier: Serbien. Industrieller Aufschwung und Zusammenbruch] (1916), S. 385 f.; Thielecke, Arbeit (1937), S. 14 f.

Da das Gebiet westlich des Flusses Morava von Österreich verwaltet wurde, kamen für Deutschland nur der von den Bulgaren verwaltete Osten Serbiens (Generalgouvernement Moravien in Niš) und das südlich angrenzende bulgarische Generalgouvernement Mazedonien in Uesküb (Skopje) in Betracht.⁴⁰¹ Das deutsche Interesse am bulgarischen Okkupationsgebiet kam nicht von ungefähr, denn der größere Teil der abbaufähigen und rentablen serbischen Erz- und Kohlevorkommen befand sich dort.⁴⁰² Allerdings verstand es Deutschland, sich gezielt Einfluss zu sichern, denn in Uesküb waren das Oberkommando der deutschen Heeresgruppe in Mazedonien „als oberste militärische und wirtschaftliche Behörde und die Etappen-Inspektion 11 in Niš zur Verwaltung des Etappengebietes“ stationiert.⁴⁰³ Zunächst wurden die Erz- und Kohlengruben „in buntem Durcheinander“ von der bulgarischen Verwaltung, der deutschen Etappen-Inspektion 11 und der deutschen Militär-Eisenbahn-Direktion 7 betrieben. Als sich die Unzweckmäßigkeit dieses unkoordinierten Vorgehens immer negativer bemerkbar machte, legte man Anfang 1917 in Abstimmung mit Bulgarien fest, „das Ausbeutungsrecht im ganzen Generalgouvernement Moravien allein der deutschen Verwaltung“ zu unterstellen, wofür Bulgarien ein beträchtlicher Teil der zu produzierenden Kohle in Aussicht gestellt wurde.⁴⁰⁴

Der nun unter deutscher Verwaltung stehende Bergbau wurde zwei verschiedenen Behörden unterstellt, die auch die Leitung der für die Heeresverwaltung in Betrieb genommen serbischen Gruben übernahmen. Während die KRA des preußischen Kriegsministeriums für den Erzbergbau verantwortlich zeichnete und der Etappeninspektion zu diesem Zweck eine Kriegsrohstoffstelle angliederte, wurde der Kohlenbergbau der Aufsicht der Militär-Eisenbahn-Direktion 7 unterstellt.⁴⁰⁵ Die KRA zeigte vor allem Interesse an den Kupfergruben von Bor und den Chromerz-vorkommen in der Region, wobei sie bis zum Ende des Krieges zum Teil erhebliche Fördersteigerungen initiierte. Während die bedeutendste Lagerstätte Serbiens, die Kupfermine von Bor im Jahr 1913 noch etwa 7.600 t Kupfererz im Jahr förderte, waren es 1918 stattliche 14.000 t im Monat.⁴⁰⁶ Ob die Fördersteigerungen im Zusammenhang mit den Untersuchungen der PGLA standen, konnte nicht festgestellt werden, jedenfalls weckte die Lagerstätte das Interesse ihrer Experten.⁴⁰⁷ Neben Kupfer blickten die Deutschen aber auch auf die serbischen Chromvorkommen, die vor

401 Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CLVIII; Kirch, Krieg (1928), S. 25.

402 Im österreichisch-ungarischen Besatzungsgebiet lagen dagegen nur etwa 40–45 % der erschlossenen Erzlager Serbiens. Vgl. Kerchnawe, Militärverwaltung (1928), S. 178. Dazu und zu den bergwirtschaftlichen Arbeiten im Militärgeneralgouvernement Serbien vgl. Kirch, Krieg (1928), S. 69–71.

403 Ebd., S. 25.

404 Ebd., S. 69 f.

405 Vgl. ebd., S. 72; Wurtzbacher, Versorgung (1927), S. 104 f.

406 Krusch, Untersuchung (1920), S. 586; ders., Versorgung (1913), S. 123; Kirch, Krieg (1928), S. 72; Müller, Kupferbergbau (1916), S. 281–285.

407 Vgl. Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CLIX; Berg, Untersuchung (1918), S. 108–109; Krusch, Die nutzbaren Lagerstätten Serbiens (1916), S. 80–82, 87.

allem als Ersatz für Nickel infrage kamen.⁴⁰⁸ Hatte Krusch bei seiner Inventur von 1913 noch auf „kleinere Vorkommen“ von Chromerz in Serbien verwiesen, so stieß man während des Krieges bei Uesküb auf ein vielversprechendes Vorkommen, das monatlich bis zu 1.200 t hochwertiger Erze mit einem Gehalt von 50 % Cr_2O_3 lieferte.⁴⁰⁹ Langfristig sollte sich diese Lagerstätte zu einem „Zentrum der Chromerzförderung in Südosteuropa“ entwickeln.⁴¹⁰ Aus derartigen Explorationserfolgen zog Deutschlands Rüstungswirtschaft aber auch schon während des Ersten Weltkrieges erheblichen Nutzen. So wurden von April 1916 bis Ende September 1917 aus Serbien beispielsweise 12.331 Waggonladungen mit Erz nach Deutschland geliefert.⁴¹¹ Darüber hinaus wurde die PGLA auch im Interesse der Industrie aktiv. So sollte Koert 1917 im Auftrag der AEG Glimmervorkommen in Rumänien und Serbien untersuchen, allerdings kam die Reise nicht zustande, weil der Wirtschaftsstab beim Generalgouvernement in Rumänien die geplanten Schürfungen untersagte.⁴¹²

Eine wesentliche Hauptsorge galt der Hebung des serbischen Kohlenbergbaus.⁴¹³ Zu diesem Zweck wurde von der Militär-Eisenbahn-Direktion 7 in Niš eine Abteilung „Kohlen“ eingerichtet, die die Kohlenverteilung, die Materialbeschaffung aber auch die vor Ort durchgeführten geologischen Untersuchungen beaufsichtigte. Durch die Belebung des serbischen Kohlenbergbaus sollten zum einen Kohleexporte aus Deutschland vermieden und wertvoller Transportraum freigemacht, zum anderen aber auch die Versorgung des besetzten Gebietes und die „Wiederinbetriebnahme der Kupfergrube Bor“ sichergestellt werden.⁴¹⁴ Zum Leiter der Abteilung „Kohlen“ wurde im Oktober 1916 der Bezirksgeologe Richard Bärtling ernannt, was zeigt, dass sich die Tätigkeit der Staatsgeologen während des Krieges neben Forschungen und Beratungen auch auf Regulierungsfunktionen erstreckte.⁴¹⁵ Bärtling waren für die örtliche Verwaltung und den Grubenbetrieb elf Militärbergämter unterstellt, die

408 Denkschrift von Karl Schmeisser (Schlesischer Gauverband und Abteilung Breslau der Deutschen Kolonialgesellschaft) (S. 21), 7.11.1915, BArch Berlin, R 8749, Nr. 8, unpubl.

409 Krusch, Versorgung (1913), S. 169; ders., Untersuchung (1920), S. 431, 586; Kirch, Krieg (1928), S. 72 f.

410 Opfer, Schatten (2005), S. 236.

411 Vgl. von Velsen, Militäreisenbahnwesen (1927), S. 224.

412 Vgl. MHG an PGLA, 18.6.1917, GStA, I. HA Rep. 121, Nr. 3070, unpubl.; Beyschlag (PGLA) an MHG, 5.9.1917, ebd., unpubl.

413 Vgl. Krusch, Die nutzbaren Lagerstätten Serbiens (1916), S. 72–80.

414 Wegner, Verkehrsmittel (1920), S. 231; Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CLVIII. Die vom Wirtschaftsausschuss der 11. Armee in Niš betriebene Steinkohlengrube Rtanj diente zur Versorgung der Kupfererzgrube Bor. Vgl. Gutachten Beyschlags über die Grube Rtanj, Sommer 1917, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61142, unpubl. Wie Kirsch zeigt, gelang es den serbischen Gruben aber nur, etwa die Hälfte des Bedarfs des okkupierten Gebietes zu decken, weswegen auch deutsche Kohle eingeführt werden musste. Vgl. Kirsch, Krieg (1928), S. 75.

415 Zunächst war Bärtling als geologischer Berater bei einer Kohlengrube in Senjski Rudnick tätig. Als Leiter der Abteilung Kohle in der Militär-Eisenbahn-Direktion 7 war ihm schließlich auch die in Semendria liegende Bergbaukompanie unterstellt. Vgl. Dienst, Nachruf Bärtling (1937), S. 14. Vgl. auch Kassenanweisung der Militär-Eisenbahn-Direktion 7, 3.11.1918, BArch Berlin, R 71, Nr. 11, Bl. 73R. Zu Bärtling siehe Anhang Biographien.

insgesamt 118 Beamte, eine Feldbahnbetriebskompanie, drei deutsche Bergbaukompanien (800 Mann), drei „Kriegsgefangenenbergarbeiter-Bataillone“ (2.500 Mann) und 4.500 einheimische Arbeiter umfassten.⁴¹⁶ Bärtling unterstanden damit mehr als 8.000 Personen, davon ein Viertel Kriegsgefangene. Die einzelnen Militärbergämter, die sich über das gesamte besetzte serbische Gebiet erstreckten, verwalteten jeweils bis zu drei Gruben.⁴¹⁷

Für die Einrichtung des Betriebs der Kohlengruben – die schließlich rund 2.000 t Kohle täglich lieferten – waren zum Teil ebenfalls Beamte der PGLA verantwortlich.⁴¹⁸ So geht aus dem Nachruf für den PGLA-Geologen Fritz Herrmann hervor, dass dieser 1917 auf den Balkan geschickt wurde, „um als Mitglied des serbischen Militär-Bergamtes die Bodenschätze dieses Landes für die Heeresverwaltung nutzbar zu machen“. Unter der „Leitung seines Kollegen von der Berliner Geologischen Landesanstalt, des Hauptmanns Bärtling“, sei Herrmann in dieser Stellung bis Kriegsende tätig gewesen.⁴¹⁹ Neben Herrmann waren auch Rudolf Cramer und Bruno Dammer unter Bärtlings Leitung mit der Untersuchung von Kohlevorkommen in Serbien beschäftigt.⁴²⁰ Als Leiter eines der elf Militärbergämter fungierte der Geologe Otto Barsch der dafür 1917 eigens von der Front zurückgeholt wurde, an der er bis dahin als Bataillonsführer der Infanterie gedient hatte. Barsch erhielt zunächst den Auftrag, eine Reihe serbischer Kohlevorkommen auf ihre Bauwürdigkeit zu untersuchen, bevor er das Militärbergamt 3 übernahm, das die Gruben Melinica, Petrovac und Ranovac betreute. In dieser Funktion kam ihm die Aufgabe zu, „zwei Braunkohlen- und ein Steinkohlenvorkommen zu erschließen und für den Abbau vorzurichten“.⁴²¹ Grundlegende Arbeiten für den Aufschluss der Kohlevorkommen leistete übrigens PGLA-Direktor Beyschlag, den verschiedene Reisen nach Serbien führten, wo er zahlreiche Braun- und Steinkohlengruben besichtigte, deren wirtschaftliche Bedeutung auslotete und der deutschen Verwaltung Fingerzeige für die Wiederaufwältigung alter Baue oder zur Erhöhung der Produktion gab.⁴²²

416 Dazu und zu den elf Militärbergämtern vgl. Kirch, Krieg (1928), S. 72–74; Krusch, Untersuchung (1920), S. 586.

417 Vgl. Dienst, Nachruf Bärtling (1937), S. 14.

418 Vgl. Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CXXVII, CLIX.

419 Kayser, Nachruf Herrmann (1922), S. XVIII f. Zu den von Herrmann in Serbien durchgeführten Arbeiten, die die Bedeutung der Erdbrände zur Auffindung von Kohlenlagern unterstrichen, vgl. Herrmann, Erdbrände (1919), S. 66–77. Zu Cramer und Dammer siehe Anhang Biographien.

420 Vgl. Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CLIX.

421 Zum Militärbergamt 3 vgl. Kirch, Krieg (1928), S. 73. In Serbien war Barsch von April 1917 bis Februar 1918 der Militär-Eisenbahndirektion 7 zugeteilt. Vgl. Nachweis über Militärdienstzeiten Barschs, 29.12.1924, BArch Berlin, R 71, Nr. 4, Bl. 90. Zu Barsch siehe Anhang Biographien.

422 Vgl. Gutachten Beyschlags über die Braunkohlengrube Jelasnica, die Gruben Podvis, Tressibaba und Vins, die Gruben Vrška Zuka und Prlita, die Grube Rtanj, die Grube Alicsar, den Steinkohlenbergbau bei Dobra, das Braunkohlenvorkommen von Kostolac (alles Serbien), Sommer 1917, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61142, unpag. Vgl. auch Krusch, Die nutzbaren Lagerstätten Serbiens (1916), S. 72–80. Auch Beyschlag erwähnte, dass sich die

In Analogie zu Polen wurde im Frühjahr 1917 auch eine Mazedonische Landeskundliche Kommission ins Leben gerufen, die ebenfalls auf die Initiative des Geographen Penck zurückging und der u.a. der Direktor des Sächsischen Geologischen Landesamtes Franz Kossmat angehörte.⁴²³ Demnach kamen neben Vertretern der PGLA und der Wiener Reichsanstalt auch andere deutsche Staatsgeologen im Kriegs- und Besatzungsgebiet zum Einsatz. In Mazedonien arbeiteten zwei „kriegsgeologische Hauptgruppen“.⁴²⁴ Kossmat fungierte als Leiter der östlichen Gruppe und wurde später vom ehemaligen PGLA-Mitarbeiter Otto Heinrich Erdmannsdörffer ersetzt, während die westliche Gruppe unter der Leitung der Hochschulgeologen Friedrich Rinne und später Otto Welter stand.⁴²⁵ Kossmat hatte zunächst als Kriegsgeologe im Dienst einer preußischen Vermessungsabteilung in Mazedonien gestanden. In dieser Funktion und ab November 1917 dann als Mitglied der mazedonischen Landeskundlichen Kommission konnte er einen großen Teil Innermazedoniens erforschen, wobei es immer auch um das Studium nutzbarer Lagerstätten ging. So untersuchte er die älteren Bergwerke im südserbischen Kapaonikgebiet und legte sie kartographisch fest. Darüber hinaus lieferte er wesentliche Beiträge zur Tektonik des Landes und befasste sich mit der „Frage der Wasserkräfte und der Bewässerung des Landes“.⁴²⁶

Aber auch der „Forschungsraum“ der Wiener Geologischen Reichsanstalt dehnte sich während des Krieges aus. Einen ihrer Schwerpunkte bildeten dabei in Kooperation mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Geographischen Gesellschaft in Wien veranlasste Erkundungsreisen auf den Balkan, wozu auch 1917 und 1918 durchgeführte Expeditionen nach Serbien zählten. An ihnen waren mit Hermann Vettiers, Fritz Kerner von Marilaun, Otto Ampferer und Wilhelm Hammer auch Mitarbeiter der Reichsanstalt beteiligt, die ihre wissenschaftlichen Untersuchungen auf den Sandschak

unter deutscher Aufsicht stehenden Aufschlussarbeiten auf Zwangsarbeiter stützten. So berichtete er von seiner Erkundung der Braunkohlengrube Jelasnica, dass dort „sechs deutsche Bergleute und 20 gefangene Serben unter einem deutschen Obersteiger“ eingesetzt waren. Gutachten Beyschlags über die Braunkohlengrube Jelasnica, Sommer 1917, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61142, unpubl.

423 Vgl. Kirch, Krieg (1928), S. 68 (Anm. 21). Allerdings sprach Kirch hier von „der deutschen wissenschaftlichen Kommission in Uesküb“. Zur Mazedonischen Landeskundlichen Kommission (Malako), die aus deutschen und bulgarischen Gelehrten bestand, vgl. Langer, Welt (2019), S. 117–127; Thielecke, Arbeiten (1937), S. 15; Klute, Arbeiten (1922), S. 98–106; Doflein, Mazedonien (1921), S. 1.

424 Thielecke, Arbeit (1937), S. 37.

425 Vgl. Klute, Arbeiten (1922), S. 99. Erdmannsdörffer hatte der PGLA von 1901 bis 1912 angehört und war dann an die TH Hannover gewechselt, bevor er 1926 nach Heidelberg ging. Nach seinem Weggang blieb Erdmannsdörffer freiwilliger Mitarbeiter der PGLA. Vgl. Eintrag Erdmannsdörffer, Otto: in Munzinger Online/Personen - Internationales Biographisches Archiv, URL: <http://www.munzinger.de/document/00000004428> (eingesehen am 8.5.2023).

426 Vgl. Kirch, Krieg (1928), S. 71 f.; Thielecke, Arbeit (1937), S. 37–40; MacLeod, Kriegsgeologen (1995), S. 432; Cernajsek, Anmerkungen (2012), S. 11–13; Kossmat, Bericht (1916), S. 157–178; ders., Gebirgsbau (1917), S. 49–61.

Novi Pazar und Albanien ausdehnten, diese aber ebenso wie ihre deutschen Kollegen, meist dem kriegsbedingten „Primat der Rohstoffe“ (Kohlen-, Eisen-, Schwefelkies-, Kupfer- und Magnesitlagerstätten) unterordneten.⁴²⁷

Was bleibt festzuhalten? Unter den Geologen bestand Konsens darüber, die Lagerstätten der besetzten Gebiete für die deutsche Kriegswirtschaft nutzbar zu machen. Dies schloss die rücksichtslose Ausbeutung von Gruben und Vorkommen ebenso, wie den Raub von Rohstoffen ein. Zu diesem Zweck evaluierten Staatsgeologen nutzbare Lagerstätten in den besetzten Gebieten und informierten Militär-, Reichs- und Staatsbehörden über die Möglichkeiten ihres Abbaus. Diese geologischen Untersuchungen führten auch zu lagerstättenkundlichen Neubewertungen, so etwa der Ermittlung beträchtlicher Kohlenvorräte im bis dahin wenig ausgebeuteten belgischen Campine-Becken oder der Feststellung umfangreicher Chromerzvorkommen bei Uesküb (Skopje), das sich später zu einem Zentrum der südosteuropäischen Chromerzförderung entwickelte. In gleich mehreren Fällen agierten Staatsgeologen als Vertreter der Besatzungsverwaltung, so etwa Keilhack und Leppla in Belgien, Michael in Polen oder Bärtling und Barsch in Serbien. Die Erforschung der besetzten Gebiete erfolgte zum Teil über so genannte Landeskundliche Kommissionen (z.B. Polen, Serbien), die auf die Initiative von Geographen zurückgingen und den zwischen Geologen und Geographen schwelenden Konflikt um die Deutungshoheit wieder hervortreten ließen. Das Engagement der Geographen und ihr Anspruch, auch die geologischen Arbeiten zu steuern, veranlasste den Direktor der PGLA, die Federführung bei der geologischen Erforschung der besetzten Gebiete für sich zu reklamieren. Die Tätigkeit der in den Besatzungsverwaltungen aktiven Staatsgeologen erstreckte sich neben wissenschaftlichen Forschungen, Politikberatung und Informationsbeschaffung im Übrigen auch auf Regulierungsfunktionen. Während Michael für die geologische Forschung im Generalgouvernement Warschau zuständig war, waren dem Geologen Bärtling in Serbien elf Bergämter unterstellt, von denen eines sein Berliner Kollege Barsch leitete.

427 Geiger/Feichtinger, Akademie (2022), S. 483–495. Der Hinweis auf den „Primat der Rohstoffe“ findet sich ebd. S. 490. Vgl. zudem Thielecke, Arbeiten (1937), S. 14 f., 33–37; Häusler, Kriegsgeologie (2000), S. 102 f., 105 f.; Ampferer/Hammer, Vorläufiger Bericht (1917), S. 275–276; dies., Erster Bericht (1918), S. 635–668; Kerner von Marilaun, Asphaltvorkommen (1916), S. 85–96; ders., Beschreibung (1918), S. 315–354; Vettters, Bericht (1917), S. 45–46; Petrascheck, Kohlenversorgung (1916), S. 171–179. Den Wiener Sektionsgeologen Hermann Vettters führte der „militärische Dienst (...) in verschiedene Kriegsgebiete“. Vettters wurde vor allem „auf dem südlichen Kriegsschauplatz“ zu Zwecken der Wasserversorgung herangezogen. „Als Referent des Kriegsministeriums für Wasserversorgung und Tiefbohrungen bereiste er auch die galizischen und rumänischen Ölgebiete“. Beck, Hermann Vettters (1941), S. 182. Zu Vettters siehe Anhang Biographien.

2.3 Prekäre Dienstleistungen für die annexionistische Phalanx – Kriegszielenkschriften⁴²⁸

Der deutschen Kriegsführung lagen zwischen 1914 und 1918 „keine jemals verbindlich festgelegten konkreten Kriegsziele“ oder entsprechende Programme zugrunde.⁴²⁹ Selbst das von Fritz Fischer als vermeintliches „Septemberprogramm“ identifizierte Schriftstück Bethmann Hollwegs vom 9. September 1914, in welchem ehrgeizige Annexionen auf Kosten Russlands, Belgiens und Frankreichs gefordert wurden, hatte „keinerlei endgültigen Charakter“ und stellte eher einen „Gelegenheitstext“ des Reichskanzlers, als ein verbindliches Programm dar.⁴³⁰ Das bedeutet jedoch nicht, dass solche Ziele nicht erträumt und solche Überlegungen nicht angestellt wurden. So bestand nicht nur bei Kaiser Wilhelm II. und der militärischen Führung eine regelrechte „Annexionsbegeisterung“, auch weite Teile der bildungsbürgerlichen Eliten ließen sich von der „Kriegszielbewegung“ anstecken.⁴³¹

Zur Kerngruppe der Expansionisten gehörten die rheinisch-westfälische Schwerindustrie, aber auch andere Wirtschaftsgruppen, die Alldeutschen, ein großer Teil der Professoren und Intellektuellen, Nationalliberale und Freikonservative, die Konservativen und die Mehrheit des katholischen Zentrums. „Selbst bei den Linksliberalen und auf dem rechten Flügel der Sozialdemokratie gab es eine annexionistische Minderheit“.⁴³² Darüber hinaus konfrontierten verschiedene Bundesfürsten die Reichsregierung mit weitreichenden Zielen zur Arrondierung ihrer Territorien auf Kosten der Feindmächte.⁴³³ Die zahllosen Kriegszielpamphlete phantasierten über eine von Deutschland dominierte mitteleuropäische Zollunion, die militärische Hoheit über Belgien und Nordfrankreich, die Annexion des Erzbeckens von Longwy-Briey in Lothringen, die Errichtung deutscher Protektorate oder Satelliten im Osten (z.B. Polen, Baltikum), die Ausdehnung des deutschen Machtbereichs bis in den Kaukasus und über ein großes zentralafrikanisches Kolonialreich.⁴³⁴

428 Vgl. Elvert, *Mitteleuropa* (1999), S. 38 (Anm. 9).

429 Fisch, *Zentralstellen* (2016), S. 66.

430 Soutou, *Kriegsziele* (1994), S. 29; Nipperdey, *Geschichte* (1992), S. 803. Zu „Bethmann Hollwegs Septemberprogramm“ siehe Fischer, *Griff* (1984), S. 90–95.

431 Soutou, *Kriegsziele* (1994), S. 29; Ullrich, *Großmacht* (1999), S. 419; Fischer, *Griff* (1984), S. 95–108, 208–239, 258–268, 384–413, 513–535. Dass der „Geist von 1914“ in erster Linie ein „Intellektuellenkonstrukt“ und ein von Staats- und Armeeführung sowie von der politischen Rechten geschaffener Mythos war, „um die Opferzumutungen des Konflikts und damit auch die eigene Machtstellung zu legitimieren“, zeigt Föllmer, *Verteidigung* (2002), S. 99. Siehe auch Jungcurt, *Extremismus* (2016), S. 58–62.

432 Nipperdey, *Geschichte* (1992), S. 804. Gleichwohl löste das Aufkommen annexionistischer Forderungen beim Gros der Sozialdemokratie einen anti-annexionistischen Reflex aus, dessen „ganze Kriegspolitik auf dem Prinzip des Verteidigungskrieges, des Friedens ohne Annexionen beruhte“. Ebd., S. 806. Zu den Kriegszielen der Schwerindustrie vgl. Föllmer, *Verteidigung* (2002), S. 106 f.

433 Pommerin, *Bundesstaaten* (2015), S. 10–26; Fischer, *Griff* (1984), S. 150–154.

434 Zu den sich im Verlauf des Krieges auf Seiten der Mittelmächte und der Entente

So verschieden diese maßlosen Forderungen auch waren, sie einte der Gedanke, dem ‚zu spät gekommenen‘ Deutschen Reich nach dem erwarteten militärischen Sieg die Hegemonie auf dem europäischen Kontinent und damit auch „den Durchbruch zu einer unangefochtenen Weltmachtstellung“ zu sichern.⁴³⁵

Die im August 1914 ausgelöste Denkschriftenflut korrespondierte mit den „hektischen Bemühungen der Reichsleitung, sich über die bei einem Friedensschluss zu fordernden Bedingungen Klarheit zu verschaffen“.⁴³⁶ Zwar versuchte Reichskanzler Bethmann Hollweg nach außen hin, wenn auch vergeblich, die öffentliche Kriegszieldiskussion zu verhindern, ließ die für die Friedenverhandlungen zu ergreifenden Maßnahmen aber intern durch verschiedene amtliche Ressorts weiter spezifizieren und ergänzen.⁴³⁷ Zu diesem Zweck wurden zahlreiche Experten aus Bürokratie, Armee, Wirtschaft und Wissenschaft zu Rate gezogen.⁴³⁸ Infolgedessen trat auch die PGLA als staatliche Behörde „in eine kritische Beurteilung der geologischen und bergbaulichen Verhältnisse aller derjenigen Länder ein (...), welche für die spätere politisch-wirtschaftliche Gestaltung Deutschlands und seiner Kolonien“ irgendwie in Frage kamen.⁴³⁹ In diesen Kontext gehörten auch die bereits erwähnten Gutachten Kruschs über die nutzbaren Lagerstätten Belgiens, in denen der Geologe der Reichsregierung anzeigte, auf welche Reservatgebiete des belgischen Staates sie „bei den Friedensverhandlungen“ besonders zu achten hatte.⁴⁴⁰

Dass die PGLA als amtliche Forschungsbehörde bei der Formulierung von Annexionszielen auch selbständig und proaktiv vorging, zeigte sich beispielsweise auf dem Gebiet der Kolonialgeologie. So wies Beyschlag den Leiter der Geologischen Zentralstelle für die deutschen Schutzgebiete Koert im Oktober 1914 an, dem Reichskolonialamt entsprechendes Material zukommen zu lassen, in der Annahme, dass dieses „bei einem siegreichen Ausgang des Krieges für die Friedensverhandlungen mit Frankreich“ durchaus von Relevanz sei.⁴⁴¹ Ohne Kenntnis der „ausschlaggebenden militärischen und politischen Gesichtspunkte“ konzentrierte sich Koert bei seiner Ausarbeitung zunächst auf

wandelnden, Annexionen teilweise ausklammernden Zielsetzungen, dem 14-Punkte-Programm Woodrow Wilsons, den von den Deutschen 1918 diktierten harten Friedenverträgen von Brest-Litowsk und Bukarest und das dadurch ausgelöste Bestreben der Alliierten, Deutschlands geopolitisches Gewicht durch Wirtschaftssanktionen nunmehr drastisch einzuschränken, vgl. Soutou, *Kriegsziele* (1994), S. 29–49; Fischer, *Griff* (1984), passim.

435 Ullrich, *Großmacht* (1999), S. 420.

436 Ebd.

437 Vgl. Pommerin, *Bundesstaaten* (2015), S. 14; Nipperdey, *Geschichte* (1992), S. 806.

438 Vgl. Ullrich, *Großmacht* (1999), S. 420 f.

439 Berghauptmann Karl Schmeisser (Breslau) an PGLA, 15.4.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 156, unpag.

440 Beyschlag (PGLA) an MHG (mit anliegendem Gutachten von Paul Krusch über das Steinkohlenvorkommen der Campine mit besonderer Berücksichtigung der Reservatgebiete des belgischen Staates), 11.9.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 112, unpag. Vgl. auch Krusch, *Campine-Kohlengebiet* (1915), S. 1235.

441 Willi Koert an PGLA (GZ), 24.10.1914, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 156, unpag.; Willi Koert an Staatssekretär des RKA (mit anliegender Denkschrift „Französisch-Westafrika und Äquatorialafrika nach ihrem geologischen Bau und Mineralreichtum“), 29.10.1914, ebd., unpag.

den französischen Kolonialbesitz in Westafrika – Senegal, Niger, Guinea, die Elfenbeinküste und Dahomey (heute Benin) – und in Äquatorialafrika, da diese Gebiete für das deutsche Wirtschafts- und Verkehrsleben nach seiner Ansicht „den wertvollsten Zuwachs“ bedeuteten. Zum einen stellte die Westseite Afrikas die am nächsten gelegene Bezugsquelle der für die deutsche Industrie unentbehrlichen Rohstoffe dar, zum anderen, so Koert, eröffnete „die Gewinnung der westafrikanischen französischen Kolonien zusammen mit der von Belgisch-Kongo Deutschland die Aussicht auf die Begründung eines zusammenhängenden, von der Ost- zur Westküste Afrikas sich erstreckenden Kolonialreiches“.⁴⁴²

Im Reichskolonialamt zeigte man sich vom vorausseilend-utilitaristischen Denken der PGLA beeindruckt und äußerte den ‚lebhaften Wunsch‘ die Untersuchungen auf Madagaskar, Angola, Mosambik, Nord-Rhodesien (heute Sambia), Nyssaland (heute Malawi), Uganda, Britisch-Ostafrika (heute Kenia), Nigeria, Sierra Leone, die Goldküste (heute Ghana) und Gambia auszudehnen.⁴⁴³ Der Annexionismus des RKA richtete sich demnach nicht nur auf französischen und belgischen, sondern ebenso auch auf britischen und portugiesischen Kolonialbesitz, wobei es der PGLA signalisierte, dass die von ihr erwarteten Unterlagen „bei sich bietendem Anlass“ durchaus Verwendung fänden.⁴⁴⁴

Im Zuge seiner Arbeiten für das RKA befasste sich Koert unter anderem mit der Schaffung einer geologischen Übersichtskarte des belgischen Kongo, welche auch das Interesse Karl Schmeissers weckte.⁴⁴⁵ Der ehemalige Direktor der PGLA war im Auftrag des Aktionsausschusses der Deutschen Kolonialgesellschaft (DKG) mit der Formulierung von Vorschlägen für koloniale „Friedenbedingungen“ beschäftigt.⁴⁴⁶ Da die Diplomatie nach Ansicht der Kolonialgesellschaft in dieser Frage dringend auf Unterstützung angewiesen war, hielt sie es für ihre „Pflicht“, zu den von vielen Stellen formulierten

442 Ebd.

443 Vgl. Hugo Marquardsen (RKA) an Willi Koert, 16.12.1914, ebd., unpag. Für die Erstellung der Denkschriften benötigte die Geologische Zentralstelle fast ein Jahr. Vgl. Beyschlag (PGLA) an RKA (mit Denkschriften von Willi Koert an PGLA (GZ): Madagaskars geologischer Bau und Mineralreichtum (30.12.1914); Der geologische Bau und Mineralreichtum von Mocambique zwischen dem Rovuma und Sambesi (26.2.1915); Denkschrift über den geologischen Bau und Mineralreichtum von Britisch-Nyssaland und Nord-Rhodesien (12.8.1915); Denkschrift über den geologischen Bau und Mineralreichtum von Britisch-Ostafrika (6.9.1915); Denkschrift über den geologischen Bau und Mineralreichtum von Uganda (15.9.1915); Denkschrift über den geologischen Bau und Mineralreichtum von Nigeria (18.10.1915); Denkschrift über den geologischen Bau und Mineralreichtum der Goldküste (27.11.1915), alle ebd., unpag.; Paul Range (Berlin) an PGLA (mit Bericht über die Geologie und Mineralschätze Angolas), 6.2.1915, ebd., unpag. Ein Hinweis auf weitere von der GZ erstellte „Denkschriften über den Kongostaat, französ. West- und Äquatorialafrika [und] Madagaskar“ findet sich in Beyschlag (PGLA) an RKA, 2.3.1915, ebd., unpag.

444 Eduard Haber (RKA) an PGLA (GZ), 19.3.1915, ebd., unpag. Zu den auch vom RKA vertretenden kolonialen Kriegszielen vgl. Stoecker, Weltkrieg (1991), S. 248–261; Fenske, Kolonialismus (2022), S. 66–72.

445 Vgl. Verwaltungschef beim Generalgouverneur in Belgien (Kolonialabteilung) an PGLA (GZ), 27.3.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 156, unpag.

446 Berghauptmann Karl Schmeisser (Breslau) an PGLA, 15.4.1916 u. 19.4.1916, ebd., unpag.

kolonialen Kriegszielen Stellung nehmen und ein „hinreichend fest umschriebenes Programm“ vorzubereiten.⁴⁴⁷

In einer streng vertraulichen Denkschrift hatte Schmeisser die möglichen Eckdaten für ein solches Programm schon im November 1915 fixiert, wobei er sich – ganz Bergmann – bei der Festlegung der zukünftigen Grenzen von den Vorkommen mineralischer Bodenschätze leiten ließ. Das für die Denkschrift notwendige Material hatte sich Schmeisser u.a. auch von seinen ehemaligen Kollegen an der PGLA beschafft. Bei seiner Analyse beschränkte er sich jedoch nicht allein auf die Überseegebiete, sondern steckte auch deutsche Interessensphären in Europa großzügig ab. So forderte er die „Hinausschiebung von Deutschlands Grenzen in West und Ost und zwar im Westen bis zum englandfreien Zugang zum Weltmeer“, die „Rückgewinnung der vom Feind besetzten Schutzgebiete“, die „Errichtung eines großen deutschafrikanischen Kolonialreichs“, „Freiheit der Meere“ sowie „Flottenstützpunkte“ und Funkstationen.⁴⁴⁸ Diese Forderungen waren paradigmatisch und bewegten sich im Rahmen der imperialen Logik des Kaiserreichs. Auch die Schaffung eines geschlossenen mittelafrikanischen Schutzgebietes gehörte zum Kanon älterer deutscher Annexionsphantasien.⁴⁴⁹ „Größte politische und wirtschaftliche Bedeutung“ räumte Schmeisser, dem Zusammenschluss der Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn mit dem Balkan und der Türkei ein. So sollte durch Wirtschaftsverträge und Militärkonventionen ein „auf möglichst lange Zeit“ festgefügtter Staatenblock von Flandern bis zum persischen Golf“ entstehen, der durch die Eroberung und den Wiederanschluss Ägyptens an die Türkei zudem noch mit Zentralafrika in Verbindung gebracht werden sollte.⁴⁵⁰

Wie erwähnt, machte der ehemalige PGLA-Direktor die „Hinausschiebung der westlichen und östlichen Grenze“ Deutschlands vom Vorhandensein von und vom Bedarf an Rohstoffen abhängig, die er in drei Gruppen gliederte. In der Gruppe I fasste er Kohle, Eisenerz und Mangan zusammen. Im Hinblick auf die beiden ersten Rohstoffe schien es ihm ausreichend, die Westgrenze Deutschlands bis zur „jetzigen Front“ (Belgien, Nordfrankreich) und die Ostgrenze über den russisch-polnischen Industriebezirk hinaus auszudehnen. Auf diese Weise würde Deutschland bei der Förderung von Kohle und Eisen an erster Stelle in Europa stehen. Die Ausdehnung nach Westen (Longwy, Briey, Nancy) würde zudem Frankreich eine „ungeheure Schädigung“ zufügen, die es aber „verdient“ habe. Im Übrigen habe der deutsche Drang nach Westen

447 Friedrich Hupfeld (DKG, Berlin) an Berghauptmann Karl Schmeisser (Breslau), 14.4.1916, ebd., unpag.; Denkschrift von Karl Schmeisser (Schlesischer Gauverband und Abteilung Breslau der DKG), 7.11.1915, BArch Berlin, R 8749, Nr. 8, unpag.

448 Wirtschaftlich minder bedeutende Inselgruppen der Südsee sollten wegen ihrer „schwierigen Verteidigungsmöglichkeiten“ im Tausch gegen andere Territorien abgegeben, an Neu-Guinea, Samoa, Nauru und Tsingtau sollte dagegen festgehalten werden. Vgl. ebd.

449 Vgl. Fenske, *Kolonialismus* (2022), S. 66 f.; van Laak, *Imperiale Infrastruktur* (2004), S. 166 f.; Stoecker, *Expansionsbestrebungen* (1991), S. 222–232.

450 Dazu und im Folgenden Denkschrift von Karl Schmeisser (Schlesischer Gauverband und Abteilung Breslau der DKG), 7.11.1915, BArch Berlin, R 8749, Nr. 8, unpag.

noch einen weiteren Grund. Denn es gehe auch darum „an das Weltmeer“ heranzukommen, also an eine Küste, die das den Deutschen „neidige England“ nicht sperren könne. Anders als bei Kohle und Eisenerzen verhielt es sich beim Mangan. Für die Manganversorgung des „zentralen Staatenblocks“ hielt es Schmeisser für notwendig, die türkische Grenze zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer soweit nach Norden zu verschieben, „dass der Kaukasuskamm die Grenze zwischen Russland und der Türkei“ bildete. Nur so schien ihm der Zugriff auf die russischen Manganvorkommen gesichert.

Der Gruppe II ordnete Schmeisser neben dem Erdöl die für die Düngung in der Landwirtschaft wichtigen Kalisalze, Phosphate und den Chilesalpeter zu. Obwohl Deutschland das Kalisalzmonopol hielt, schien es ihm im Interesse seiner Sicherung geboten, die östliche Reichsgrenze weiter nach Osten zu verschieben. Da das Reich nicht über genügend Phosphatvorkommen verfügte, riet er darüber hinaus zur „Rückgewinnung der ozeanischen Phosphatinseln“ (Nauru). Im Gegensatz dazu schien ihm die Gefahr ausbleibender Salpeterlieferungen durch die inzwischen erfolgreich umgesetzte Ammoniaksynthese (Haber-Bosch-Verfahren) gebannt. Dagegen ließen die von Schmeisser im Hinblick auf Erdöl geforderten anmaßenden Territorialexpansionen auf eine dramatische Mangellage der Mittelmächte schließen. So forderte er nicht nur den Zugriff auf die galizischen und rumänischen Vorkommen, sondern ebenso auch den Aufschluss oder Erwerb der türkischen, kaspischen und persischen Erdölgebiete durch Deutschlands Bundesgenossen. Die Versorgung mit den in der Gruppe III versammelten übrigen Erzen (Silber, Blei, Zink, Kupfer, Nickel, Zinn, Aluminium, Gold) schien nach Ansicht Schmeissers sichergestellt, wenn es Deutschland gelang, die Vorkommen in Ost-, Südosteuropa und Kleinasien anzugreifen und darüber hinaus ein großes zentralafrikanisches Kolonialreich zu schaffen, „welches Englisch- und Deutsch-Ostafrika, Togo, Kamerun, den belgischen und französischen Kongo und Deutsch-Südwestafrika (vielleicht auch Angola)“ umfasse. Innerhalb der Grenzen dieses Gebietes, seien zweifellos genügend Minerallagerstätten vorhanden, um Deutschlands Bedarf für lange Zeit sicherzustellen.⁴⁵¹

Mit ihren großspurigen, auch alldeutsche Postulate rezipierenden Konzeptionen offenbarten Koert und Schmeißer nicht nur ‚ungezügelter Anexionsgier‘, sondern boten der Politik auch eine Grundlage für die offizielle Definition kolonialer Kriegsziele im Fall von Friedensverhandlungen.⁴⁵² Tatsächlich machte sich das Reichskolonialamt den Gedanken eines geschlossenen deutsch-mittelafrikanischen Kolonialbesitzes zu eigen und nahm ihn in sein Annexionsprogramm auf.⁴⁵³ Der freiwillige Mitarbeiter der Geologischen Zentralstelle Paul Range erhielt im Januar 1915 sogar Mittel aus dem

451 Alle Zitate ebd.

452 Zum Einfluss von Denkschriften auf das koloniale Kriegszielprogramm des RKA, u.a. im Hinblick auf die Schaffung eines deutschen Mittelafrika, vgl. Stoecker, Weltkrieg (1991), S. 249.

453 Vgl. ebd., S. 251; Fischer, Griff (1984), S. 91f., 263, 301; Gründer, Geschichte (2023), S. 253 f.

Afrikafonds des RKA, um seine auf die „Erschließung Zentralafrikas und anderer Ländergebiete“ gerichteten wissenschaftlichen Arbeiten durchzuführen.⁴⁵⁴ Darüber hinaus fand sich ein Teil der Forderungen Schmeissers in den vom Vorstand der Deutschen Kolonialgesellschaft Ende 1916 offiziell verkündeten ‚kolonialen Leitsätzen‘ wieder, in denen die ‚Notwendigkeit‘ der Schaffung eines „künftigen Kolonialreiches“ völkisch, militärisch, wirtschaftlich und geopolitisch ‚legitimiert‘ wurde.⁴⁵⁵

Zwar blieben koloniale Erwerbungen in Übersee bis 1918 ein wesentlicher Bestandteil der Kriegszielpropaganda, der eigentliche Schwerpunkt der deutschen Territorialforderungen erstreckte sich aber auf den europäischen Kontinent.⁴⁵⁶ Während die Denkschriften der Geologischen Zentralstelle mit ihrem Fokus auf künftig infrage kommende Gebietsgewinne vergleichsweise ‚moderat‘ ausfielen, gingen aus dem Mitarbeiterstamm der PGLA auch Pamphlete hervor, die in ihrem Duktus alldeutschen Zielprojektionen – etwa der vom Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes (ADV) Heinrich Claß verfassten radikal-annexionistischen, auf eine ‚ethnische Homogenisierung‘ abzielenden Zukunftsvision – nahe kamen.⁴⁵⁷ Wie der Bezirksgeologe Erich Meyer im November 1914 meinte, könne jedermann „leicht erkennen, dass es sich in diesem Kriege um einen typischen darwinistischen Fall vom ‚Kampf ums Dasein‘ zwischen den Völkern“ handle, ja „vielleicht um den ersten dieser Art, der bewusst und mit einer ungeheuren Folgerichtigkeit eingefädelt wurde und ausgefochten“ werde. „Die Erde“, so Meyer, sei „enge geworden, erschreckend enge“, zum ersten Mal würden „die großen Kulturvölker um das nackte Leben, um die Zukunft ihrer Art und damit auch um die Zukunft ihres völkischen Kulturschatzes“ kämpfen. Wenn man das deutsche Kulturgut „für wertvoller“ ansehe als das Russlands, so habe man „jetzt sogar die heilige Pflicht, alle Kraft unseres Geistes und unserer Leiber daran zu setzen, um dieses Gut der Menschheit zu erhalten“.⁴⁵⁸

454 RKA an Regierungsgeologe Paul Range (Berlin-Lichterfelde), 29.1.1915, BArch Berlin, R 1001, Nr. 1282, Bl. 15. Range war auch an der Ausarbeitung der kolonialen PGLA-Denkschriften für das RKA beteiligt. So befasste er sich mit der portugiesischen Kolonie Angola. Vgl. Paul Range (Berlin) an PGLA (mit Bericht über die Geologie und Mineralschätze Angolas), 6.2.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 156, unp. Zu seinen kolonialwissenschaftlichen Arbeiten während des Krieges, die sich aber letztlich nur auf das Gebiet Deutsch-Südwestafrikas erstreckten, vgl. Paul Range (Berlin-Lichterfelde) an RKA, 5.2.1915 u. 9.7.1915, BArch Berlin, R 1001, Nr. 1282, Bl. 19 u. 35; RKA an Paul Range (Berlin-Lichterfelde), 14.3.1915, ebd., Bl. 22; Range (Bohrkolonne Süd, Kuibis, Deutsch-Südwestafrika) an Kaiserlichen Gouverneur Windhoek, 2.4.1915, ebd., Bl. 25–28. Vgl. zudem Range, Grundwasserverhältnisse (1915), S. 99–105; Range, Ergebnisse (1915). Zu Range vgl. Flachowsky, Geognostik (2026).

455 Koloniale Leitsätze (1916), S. 185. Vgl. auch Entschließung. (Einstimmig angenommen in der Sitzung des Vorstandes der DKG), 30.6.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 128, unp.

456 Vgl. Hofmeister, Monarchy (2012), S. 79.

457 Dazu und zu den Kriegszielen des ADV, die neben Annexionen auch Vertreibungen und ethische Säuberungen forderten, vgl. ebd., S. 78–100; ders., Einführung (2022), S. 7–18; ders., Anwalt (2024), S. 219–246, 267–278; Jungcurt, Extremismus (2016), S. 61–74.

458 Harbort, Nachruf Meyer (1921), S. LXIV. Zu Meyer siehe Anhang Biographien.

Meyer hatte sich schon während seines Studiums als „Führer von Wandervogel- und Jugendwehrabteilungen“ engagiert und vertrat die Ansicht, „dass gerade eine auf naturwissenschaftlicher Erkenntnis beruhende Ethik die Erziehung der Jugend zur Mannhaftigkeit und Wehrbarkeit“ erforderte. „Denn der Kampf ums Dasein“ gehöre „nicht der fernen Vorwelt niederer Ahnenformen an (...), das Gesetz der Auslese der Tüchtigsten“ sei ein „unentrinnbares Naturgesetz, dem sowohl der einzelne im Konkurrenzkampfe, wie auch jede Familie, Genossenschaft und jedes Volk im ganzen immer unterworfen“ bleibe.⁴⁵⁹ Seine sozialdarwinistische Grundierung führte Meyer auch in den Autorenkreis der im ‚völkisch-religiösen Diskursfeld‘ zu verortenden Zeitschrift „Volkserzieher“ und machte ihn überdies zu einem ‚Vorkämpfer‘ der „monistischen Weltanschauung“.⁴⁶⁰ Allerdings beurteilte Meyer den 1906 gegründeten Deutschen Monistenbund zunehmend negativ, nachdem dessen „Versammlungen immer mehr zum Tummelplatz rassefremder Elemente geworden waren, die durch Propagierung pazifistischer internationaler Ideen nationales Empfinden zu zersetzen begannen“.⁴⁶¹

Allein diese Formulierungen aus dem offiziellen PGLA-Nekrolog für Meyer deuten an, dass „alldeutsche Programmatik und Rhetorik“ auch unter den Geologen der PGLA verbreitet waren.⁴⁶² So stammte die dort zitierte Passage aus einer von Meyer im November 1914 erstellten Denkschrift, die der PGLA trotz ihres annexionistischen, eine Germanisierung im Osten fordernden Inhalts auch noch nach dem Krieg für eine Veröffentlichung geeignet erschien. Meyer hatte die Denkschrift mit dem Titel „Sibirien das Siedelland der Zukunft und der Friedensschluss“, wenige Monate vor seinem ‚Heldentod‘, angefertigt. Darin machte er sich Gedanken darüber, welche Forderungen Deutschland im Falle eines Sieges aufzustellen habe, um „für seine zukünftige

459 Harbort, Nachruf Meyer (1921), S. LVIII, LXIII.

460 Ebd., S. LXII. Sehr allgemein bezeichnet der „Monismus“ „eine Weltanschauung, die im Unterschied zum Dualismus oder Pluralismus als Grund der Wirklichkeit nur ein einziges absolutes Prinzip annimmt und die Welt, in all ihren Erscheinungsformen als einheitliche Größe zu begreifen versucht“. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts kennzeichnete Monismus eine populärwissenschaftliche Bewegung, „deren Vertreter die Emanzipation der Naturwissenschaften von orthodoxem Kirchenglauben forderten und als neues Sinnstiftungsangebot eine diesseitsgerichtete Weltanschauung verbreiteten“. Die Forderung nach der Trennung von Staat und Kirche markierte den „Minimalkonsens“ der Bewegung, die all jene ansprechen wollte, die sich von der Kirche abgewandt hatten. Grundlage dieses neuen Denkens sollten u.a. Darwinismus und der Evolutionismus bilden. Der Einfluss des Deutschen Monistenbundes reichte in sozialistische, liberale, konservative und völkische Kreise, aber auch in die Lebensreformbewegung. Panesar, Medien (2006), S. 99–101; Leber, Arbeit (2020), S. 16–25. Zur Zeitschrift „Volkserzieher“, die sich „vielfach mit deutsch-nationalen, antisemitischen, freigeistigen und christlichen Diskursfeldern überschneidet“ und „als Forum für aktuelle weltanschauliche, politische und religiöse Debatten eines bildungsbürgerlichen, protestantischen und in erster Linie von der norddeutschen und westfälischen Lehrerschaft geprägten Leserkreises“ diene, ebd., S. 42; Panesar, Religion (2006), S. 277–319.

461 So zumindest Harbort, Nachruf Meyer (1921), S. LXII f.

462 Jungcurt, Extremismus (2016), S. 64.

Sicherheit und Entwicklung“ Sorge zu tragen.⁴⁶³ Für Meyer war es angesichts der „unermessliche[n] Bedeutung“, welche der „germanische[n] Rasse durch ihre Ausbreitung und Kulturarbeit“ seit Jahrhunderten zukam, völlig unverständlich, warum die von England angeführte Koalition dem auf engen Raum begrenzten deutschen Volk die ‚lebensnotwendige, koloniale Ausdehnung‘ verwehrte. Während ein „bereits zur Entartung neigendes Volk, wie das französische“, dessen Einwohnerzahl sich im Gegensatz zu Deutschland seit fast einem halben Jahrhundert nicht mehr vergrößert habe, seinen Kolonialbesitz beliebig ausdehne, obwohl es diesen gar nicht benötige, gehe Deutschland, „trotz dringenden Bedürfnisses“ in dieser Frage immer wieder leer aus. Daraus zog Meyer den Schluss, dass „dieser gesegnete Krieg“ nicht nur zu einer bedingungslosen Niederlage der Entente führen müsse, die anschließenden „Friedensbedingungen“ seien so zu stellen, „dass der Gegner mindestens für ein ganzes Menschenalter kampfunfähig“ werde.

Allerdings, so Meyer weiter, habe man in Zukunft vom „elenden, krankhaften“ Frankreich und vom ränkeschmiedenden Großbritannien nichts zu befürchten, vielmehr gehe die eigentliche Bedrohung von Russland aus, falls der Krieg die politische Karte nicht wesentlich verändere. So lehre der Blick auf ebenjene Karte, dass die ungeheure „Zukunftsgefahr“ für Deutschland und alle anderen „europäischen Rassen“ in der durch den Riesenraum Eurasiens gegebenen unbegrenzten „Vermehrungsmöglichkeit der russischen und vielleicht auch der gelben Rasse“ bestehe, die „uns“ in absehbarer Zeit „von der Erde“ zu fegen oder unter ihre „Knutenherrschaft“ zu bringen drohe. Angesichts dieser ‚trüben‘ Zukunftsaussichten verstehe es sich von selbst, „dass das Weltreich Russland“ zu zerschlagen, noch nicht „russifizierte“ fremde Volksteile (Finnland, Baltikum, Polen, Ukraine, Kaukasien, Bessarabien) von diesem Reich zu lösen und unter deutschen Schutz zu stellen seien.

Meyer war sich zwar sicher, dass der ‚minderwertige, östliche Nachbar‘ durch den Verlust eines Drittels seines Territoriums „auf Jahrhunderte“ geschwächt werde, aber „für die Zukunft des Deutschtums“ sei dadurch nur wenig erreicht. Sicher könnten deutsche Auswanderer „noch unkultivierte Gebiete in diesen Ländern besiedeln, aber das Beispiel Österreichs und ähnlicher Länder, „mit so gemischter Bevölkerung und verschiedenartigem religiösen Bekenntnis“, verweise auf die permanente Gefahr „schwerer Reibungen“. „Da sich das slawische Element (...) stärker zu vermehren“ pflege, „als das deutsche“, sei es schwer, „die germanische Rasse“ auf diese Weise sicherzustellen. Um der tödlichen „Gefahr“ einer ungestörten Entwicklung „des Moskowitertums“ vorzubeugen, komme demnach alles darauf an, sich in den Besitz Sibiriens, „des einzigen noch vorhandenen, großen menschenleeren Siedlungslandes der Erde“, zu bringen. Aufgrund seines land- und bergwirtschaftlichen Reichtums, seines „gesunden, kernhaften“ Klimas stelle Sibirien „ein geradezu ideales

463 Hier und im Folgenden Erich Meyer (gefallen als Kriegsfreiwilliger am 13.11.1915 in den Karpaten): Sibirien das Siedelland der Zukunft und der Friedensschluss, November 1914, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 631, unp.

Siedlungsland“ dar. „Könnte die deutsche Rasse von Sibirien Besitz ergreifen, so wäre mit demselben Schlage, die Ausbreitung des deutschen Volkes und seiner Kulturgüter für die fernste Zukunft sichergestellt, die Ausbreitung des Russentums und seiner ‚Kultur‘ auf das Erträglichste eingeschränkt und für uns gefahrlos geworden.“ Auch wenn der Gedanke der „Germanisierung“ Sibiriens auf den ersten Blick „ungeheuerlich“ erscheine, sei es „tatsächlich das einzige Siedelland von geeignetem Klima, das der Bedeutung der germanischen Völker für die Entwicklung der Erde einen angemessenen Raum zur Betätigung“ biete. Dass dieses Land nicht in direkter Verbindung zu Deutschland stehe, sei kein Problem. Denn bei siegreichem Ausgang des Krieges werde ein „mitteleuropäischer Bund solcher Staaten“ entstehen, „die mit den großen germanischen Völkern durch wirtschaftliches Interesse oder Schutzbündnisse verknüpft“, Deutschlands Freundschaft suchen würden. So werde „ein Gürtel“ entstehen, „der sich von Finnland und dem skandinavischen Norden über Mittel-Europa, den Balkan bis zum Himalaya“ erstrecke „und der auch Suez, das Rote Meer und den Persischen Golf in seinem Besitz“ habe. Für alle dieser Völker müsse Sibirien als Siedlungsland in Besitz genommen werden, wobei dem „reingermanischen (einschließlich des skandinavischen und holländischen) Element (...) natürlich angemessene Teile des Landes“ vorzubehalten seien. Es komme demnach alles darauf an, jetzt zuzugreifen und die ‚Gunst der Stunde‘ zu nutzen. Immerhin biete dieser Krieg die einzigartige Möglichkeit, „die Zukunft unserer Rasse sicher zu stellen und sie vor dem Untergang in der slavischen Flut zu bewahren“. Verzichte man auf Sibirien, so Meyer abschließend, gebe man die deutsche „Vorpostenstellung unter den europäischen Völkern“ auf und verrate die Kultur.⁴⁶⁴

Ob die, radikale Phantasien offenbarende und lange Schatten in die NS-Zeit vorauswerfende, Denkschrift Meyers nur in der PGLA zirkulierte oder größere Kreise zog, ist nicht festzustellen. Dass darin formulierte Gedankengänge und Überlegungen aber mindestens unter seinen Kollegen auf Zustimmung stießen, deutet die Tatsache an, dass ein Auszug aus der Denkschrift noch 1921 im zentralen Referenzblatt der Anstalt, dem Jahrbuch, veröffentlicht wurde. Im Übrigen teilten viele der bildungsbürgerlichen Eliten die kruden Auffassungen Meyers. So begründete beispielsweise auch die, von alldeutscher Programmatik beeinflusste, berüchtigte „Intellektuelleneingabe“ vom Juni 1915 die Forderung nach „Siedlungsland“ im Osten mit dem vermeintlich notwendigen Abwehrkampf gegen eine angeblich „vordringende Slawisierung“.⁴⁶⁵ Dass auch Beyschlag als PGLA-Direktor keine Einwände gegen das Zitieren der Denkschrift Meyers im Jahrbuch erhob findet seine Begründung darin, dass er nach dem Krieg als „politischer Anhänger der

464 Alles ebd.

465 Zu der, nach einem ihrer Initiatoren, auch „Seeberg-Adresse“ genannten Denkschrift, die 1.341 Unterschriften aufwies, darunter 352 von Universitäts- und Hochschulprofessoren, vgl. Grumbach, Deutschland (1917), S. 135; Böhme (Hg.), Aufrufe (1975), S. 129; Ullrich, Großmacht (1999), S. 425.

Deutschnationalen Volkspartei“ galt, jener rechten Sammlungspartei, in der sich im November 1918 jene konservativ-monarchistischen und völkisch-radi-
kalen Kräfte zusammentun sollten, die Revanchedenken, Republikfeindschaft
und „der Kampf für ein starkes deutsches Volkstum“ einte.⁴⁶⁶

Wie bereits mehrfach angedeutet, war Beyschlag im August 1914 voll in
den Dienst der nationalen Sache getreten, indem er sich und die PGLA rück-
haltlos für Staat, Militär und Kriegswirtschaft zur Verfügung stellte. Diese
Selbstmobilisierung erstreckte sich auch auf patriotische Dienstleistungen, die
der Politik wissenschaftsbasierte Handlungsanleitungen zur Lösung kriegs-
bedingter Problemlagen in die Hand gaben.⁴⁶⁷ Damit reihte sich die Direk-
tion der PGLA auch in die Phalanx der Annexionisten ein. Den Hintergrund
hierfür bildete die von verschiedenen Kreisen aus Politik und Industrie sowie
Lobby- und Wirtschaftsverbänden immer wieder geforderte „Verbreiterung
der deutschen Rohstoffbasis auf dem Kontinent“, was auch „bedeutende An-
nexionen im Westen“ einschloss. Dabei gierten die Petenten neben Belgien
vor allem auf das „Erzbecken von Longwy-Briey, also die Hauptlagerstätte
des französischen Eisenerzes, das Deutschland von Importen unabhängig ma-
chen sollte“ und zweifellos das wichtigste und am unnachgiebigsten verfolgte
Kriegsziel Deutschlands im Westen markierte.⁴⁶⁸ Es verwundert daher nicht,
dass sich angesichts des anhaltenden staatlichen, wirtschaftlichen und militä-
rischen Interesses auch die Staatsgeologen mit dem Minettebezirk befassten.

Ende August 1914 hatten die Deutschen das Zentrum der französischen
Montanindustrie erobert und eine Zivilverwaltung in Metz eingerichtet.⁴⁶⁹
Der wirtschaftliche Wert dieses Territorialgewinns war erheblich, denn in
dem eroberten Gebiet schlummerten ungeheure Eisenerzvorräte. So bezifferte
Alfred Stellwaag, der sich nach dem Krieg mit der Geschichte der deutschen
Montanindustrie zwischen 1914 und 1918 befasste, die Vorräte im seit 1871

466 Vgl. Kamps, *Bildung* (1987), S. 150; Hofmeister, *Einführung* (2022), S. 19. Zur DNVP vgl. Bergmann, *Volkspartei* (2012), S. 191; Jones, *Antisemitism* (2016), S. 79–107.

467 Beyschlag und Krusch gehörten beispielsweise zu den Mitautoren einer 1914 vom deutsch-nationalen Rektor der Berliner Handels-Hochschule Paul Eltzbacher herausgegebenen Denkschrift, die Maßnahmen gegen die von England angeblich anstrebte Aushungerung Deutschlands propagierte. Vgl. Eltzbacher, *Volksernährung* (1914). Zu der Gruppe zählten neben den beiden Geologen, Statistiker, Agrarwissenschaftler, Physiologen und eine „erfahrene Hausfrau“, die die Ernährungssituation analysierten und auf dieser Grundlage „Vorschläge für eine Kriegsernährungspolitik“ formulierten. Spikermann, *Kost* (2018), S. 241. Die Aufgabe Beyschlags und Kruschs bestand vermutlich darin, die Expertengruppe über die Möglichkeiten der Rohstoffversorgung der für die Düngung relevanten Ausgangsstoffe (Kalk, Kali, Phosphorsäure, Rohphosphat, Salpeter) ins Bild zu setzen und Fingerzeige im Hinblick auf die Frage „Moorkultur“ und „innere Kolonisation“ zu geben. Vgl. Eltzbacher, *Volksernährung* (1914), S. 98–112. Zur in der PGLA wiederholt behandelten Frage der inneren Kolonisation vgl. Flachowsky, *Geognostik* (2026), S. 72–74, 104 f.

468 Nipperdey, *Geschichte* (1992), S. 805. Zur immer wiederkehrenden Forderung nach „Longwy-Briey“ siehe Fischer, *Griff* (1984), S. 93, 96–98, 140–143, 147, 216–219, 520–522, hier S. 520; Haus, *Eisenwirtschaft* (2016), S. 199.

469 Dazu und im Folgenden ebd., S. 216 f. Vgl. auch Roelievink/Ziegler, *Rohstoffwirtschaft* (2020), S. 142.

deutschen Teil Lothringens auf 2,1 Milliarden Tonnen und jene im französischen Teil Lothringens auf 2,3 Milliarden Tonnen.⁴⁷⁰ Die eroberten französischen Erzgruben unterstanden einer besonderen „kaiserlichen Schutzverwaltung“, die in Kooperation mit einem hauptsächlich aus Schwerindustriellen bestehenden „Beirat“ für die Wiederinbetriebnahme des Förderbetriebs sorgte. Ende 1916 wurde die zivile in eine der Obersten Heeresleitung unterstellte militärische Verwaltung umgewandelt. In Berlin und in den Führungsetagen der Schwerindustrie war man davon überzeugt, dass der Besitz dieses Gebietes dem Reich „das Machtpotential an Eisen und Stahl“ und somit auch die politische, wirtschaftliche und militärische Hegemonie auf dem Kontinent sicherte.⁴⁷¹

Mit der 1914 erfolgten Inbesitznahme der Grubenanlagen im Département Meurthe et Moselle schien die deutsche Erzversorgung zunächst auch gewährleistet. Allerdings hatten die Kriegshandlungen in Lothringen einen deutlichen Rückgang der Förderung auf beiden Seiten zur Folge, da sich die Gruben Deutsch- und Französisch-Lothringens in Frontnähe befanden. Tatsächlich machte sich erst ab 1916 eine Erholung bemerkbar, als die Eisenerzförderung Deutsch-Lothringens den Monatsdurchschnitt von 1914 erreichte, damit aber immer noch gut ein Drittel unter der Leistung des letzten Friedensjahres 1913 lag.⁴⁷² Allerdings gelang es der deutschen Schutzverwaltung auch, die ihr unterstehenden französischen Gruben allmählich wieder in Betrieb zu setzen, „so dass die Förderung beider Teile Lothringens [1916] zusammen fast wieder das Niveau der deutsch-lothringischen Förderung im letzten Friedensjahr erreichte“.⁴⁷³

Als sich die Deutschen dann 1917 anschickten, die Erzfelder von Longwy-Briey nunmehr voll in die deutsche Kriegswirtschaft einzubinden, wurde die PGLA mit der Aufgabe betraut, „die Zuverlässigkeit der in der französischen Literatur (...) angegebenen Bauwürdigkeitslinie der Minettelager“ zu kontrollieren und „die Ausdehnung der bauwürdigen Erze nach Westen“ hin genau zu ermitteln.⁴⁷⁴ Während die Geologen über die Grenze der deutschen

470 Haus, Eisenwirtschaft (2016), S. 216. Im September 1917 hatte Krusch ermittelt, dass die Minettelager Lothringens einen Streifen von 18–20 Kilometer Breite bei 55–60 Kilometer nordsüdlicher Länge einnahmen. Während davon etwa 43.000 Hektar zu Deutschland gehörten, umfasste der französische Teil ca. 61.000 Hektar abbauwürdiger Fläche. In Luxemburg und Belgien nahmen die Minettevorkommen nur rund 4.000 Hektar ein. Der wirtschaftliche Wert des Gebietes für die französische Wirtschaft erhellt sich, wenn man berücksichtigt, dass bei einer jährlichen Gesamtproduktion Frankreichs von 21,71 Millionen Tonnen Eisenerz 1913 rund 91 Prozent der Förderung auf die Vorkommen von Longwy-Briey entfielen. Während Krusch dem zum Areal von Longwy-Briey gehörenden 18.000 Hektar großen und etwa 200 Millionen Tonnen Eisenerz umfassenden südlich gelegenen Becken von Nancy für Deutschland keine Bedeutung beimaß, räumte er den sich von Nancy aus nach Norden erstreckenden Becken von Briey (2 Milliarden Tonnen) und Longwy (300 Millionen Tonnen) dagegen besondere Bedeutung ein. Vermerk von Krusch über das französische Minettegebiet, 19.9.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 458, Bl. 20–26.

471 Fischer, Griff (1984), S. 216.

472 Vgl. Roelevink/Ziegler, Rohstoffwirtschaft (2020), S. 142 f.

473 Ebd., S. 143.

474 Beyschlag an ?, 13.11.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 458, Bl. 12–19, hier Bl. 12.

Vorkommen im Bilde waren, wussten sie von den französischen nicht, wie weit sie sich im Ganzen erstreckten.⁴⁷⁵ Die Untersuchungen, die „in Fühlungnahme mit den maßgebenden und interessierten Stellen, dem Großen Hauptquartier, dem Generalgouvernement Metz, der Kaiserlichen Bergverwaltung Homécourt und dem Bergrevieramt in Diedenhofen“ stattfanden, wurden von den Bezirksgeologen Oskar Grupe, Georg Berg und Adolf Mestwerdt durchgeführt.⁴⁷⁶ Welche Bedeutung dieser Arbeit zukam geht daraus hervor, dass Krusch seinen drei Kollegen mit auf den Weg gab, dass hier „das Ansehen der Geologischen Landesanstalt in gleicher Weise der Schwerindustrie, dem Gouvernement Metz und den süddeutschen Kollegen gegenüber auf dem Spiel“ stand.⁴⁷⁷ Tatsächlich führten die geologischen Untersuchungen im Département Meurthe-et-Moselle zu einer Korrektur der von den Franzosen festgelegten Bauwürdigkeitsgrenzen, so vor allem im Norden, wo man die bis dahin für „unbauwürdig“ gehaltene Einbuchtung in der Umgebung von Mercy-le-Haut dem Minettebezirk zuschlug.⁴⁷⁸

Zweifelloos beeinflussten die Untersuchungen, Statistiken und Ratschläge der Staatsgeologen auch industrielle „Gedankengänge zur Einverleibung des französisch-lothringischen Eisenerzbeckens in das deutsche Reichsgebiet“. Dies geht zumindest aus einer Eingabe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (VDEStI) und des Vereins deutscher Eisenhüttenleute (VDEh) an den Reichskanzler und die Oberste Heeresleitung vom Dezember 1917 hervor.⁴⁷⁹ Unter Bezugnahme auf die Erfahrungen im gegenwärtigen und mit Blick auf einen künftigen Krieg stellten die Schwerindustriellen Wilhelm Meyer und Jakob Wilhelm Reichert vom VDEStI sowie Albert Vögler und Otto Petersen vom VDEh fest, dass es die hohe Auslandsabhängigkeit Deutschlands bei der Eisenerzversorgung keinesfalls zulasse, die ‚jetzige Westgrenze‘ als gegeben anzusehen. Vielmehr sei zum Schutz deutscher Interessen und als „Vorsorge für die Zukunft (...) die Verlegung der lothringischen Grenze unumgänglich nötig“, was nichts anderes hieß, als den seit 1914 eroberten französischen Besitz von Briey und Longwy Deutschland ganz einzuverleiben. Dieses Ansinnen sei keineswegs verwerflich, denn in diesem Fall handle es sich „nicht um eine Annexion im üblichen Sinne“, da man durch die Grenzverschiebung nach Westen lediglich „altdeutsches Reichsgebiet“ zurückgewinne. Im Übrigen habe Frankreich lange genug über seinen Bedarf hinaus Eisenerz gefördert und vor allem nach Deutschland exportiert. Frankreichs Industrie nehme

475 Vermerk von Krusch über das französische Minettegebiet, 19.9.1917, ebd., Bl. 20–26, hier Bl. 20.

476 Ebd. Zu Berg, Grupe und Mestwerdt siehe Anhang Biographien.

477 Krusch (PGLA) an die Bezirksgeologen Grupe, Berg und Mestwerdt, 1.10.1917, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60832, unp.

478 Beyschlag an ?, 13.11.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 458, Bl. 12–19, hier Bl. 17. Der Bericht von Grupe, Berg und Mestwerdt, ohne Datum (vermutlich Oktober 1917) findet sich in BGR-Archiv Hannover, Nr. 60829, unp.

479 VDEStI und VDEh an den Reichskanzler und die Oberste Heeresleitung: Gedankengänge zur Einverleibung der französisch-lothringischen Eisenerzbeckens in das deutsche Reichsgebiet (mit anliegender streng vertraulicher gleichnamiger Denkschrift beider Vereine), Dezember 1917, BArch Berlin, R 8749, Nr. 9, unp.

keinen Schaden, wenn sie nicht mehr über die Minetteerze von Longwy-Briey verfüge, denn die übrigen ihm verbleibenden Erzbergwerke könnten den gesamten französischen Bedarf über Jahrhunderte hinweg spielend decken. Deutschland dagegen würde durch die Einverleibung unabhängiger vom Ausland, steigern die Leistungsfähigkeit seiner Eisen- und Stahlindustrie und erringe sich so seinen alten Platz auf dem Weltmarkt zurück.⁴⁸⁰

Diese unverschämt-anmaßenden Forderungen wurden in einer streng vertraulichen Denkschrift präzisiert und allen Ernstes mit der deploralen Versorgungslage Deutschlands ‚legitimiert‘. So wurde behauptet, dass Deutschland bald nicht mehr genug Eisenerze besitze, um alle Zweige seiner verarbeitenden Industrie und damit die „große Arbeiterschaft für die Zukunft weiter zu beschäftigen“. Barg allein schon diese Vision vor dem Hintergrund des bröckelnden innenpolitischen Burgfriedens erhebliche soziale Sprengkraft, so malten die Stahlindustriellen obendrein auch die Gefahr eines bald bevorstehenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs an die Wand. So hätten Berechnungen von Beyschlag und Krusch, die „als die ersten deutschen Sachverständigen“ im Hinblick auf die Frage der Eisenversorgung anzusehen seien, zum dem Ergebnis geführt, dass der deutsche Eisenerzbergbau in seinen bisherigen Grenzen in etwa 50 Jahren zum Erliegen komme.⁴⁸¹ Daraus ergebe sich

480 Ebd.

481 Damit bezogen sich VDEStI und VDEh auf ein von ihnen veranlasstes Gutachten, das Beyschlag und Krusch im Dezember 1917 unter dem Titel „Deutschlands künftige Versorgung mit Eisen- und Manganerzen. Ein lagerstättenkundliches Gutachten“ vorgelegt hatten. Die Industriellen hatten das Gutachten auch an das AA als Grundlage für etwaige Friedensverhandlungen weitergeleitet und dabei betont, dass die darin angeführten Tatsachen über die deutschen Eisenvorräte die Ausführungen ihrer eigenen Denkschrift über die Einverleibung der französisch-lothringischen Eisenerzbecken unterstützen würden. Wilhelm Meyer und Jakob Wilhelm Reichert (VDEStI) an Staatssekretär AA (mit anliegendem o.g. Gutachten Beyschlags und Kruschs), 25.2.1918, BArch Berlin, R 901, Nr. 81020, Bl. 45–122, hier Bl. 45. In ihrem Gutachten hatten Beyschlag und Krusch deutlich gemacht, dass die inländischen Eisen-, Eisenmangan und Manganerzvorräte nicht im Stande seien, „für sich allein den Bedarf“ der deutschen Industrie im bisherigen Umfang zu decken. Folglich sei man nach wie vor auf den Erzbezug aus dem Ausland angewiesen (ebd., Bl. 51). Nach einer Analyse der heimischen Vorkommen und ihrer Lebensdauer, die Beyschlag und Krusch auf rund 50 Jahre veranschlagten (ebd., Bl. 51–74), stellte sich ihnen die Frage, welche inländischen Erzvorkommen nach Friedensschluss zu schonen seien, „um für zukünftige Kriege als Reserven zu dienen“. Dabei kamen sie zu dem Ergebnis, dass es unmöglich sei, „nationale Kriegsreserven“ anzulegen, Deutschland also auch in dieser Frage auf das Ausland angewiesen sei. (ebd., Bl. 81R–83R). Dies führte zu der Frage, aus welchen Ländern Deutschlands Industrie ihren Bedarf zu decken habe. Neben Brasilien, Skandinavien, Russland (Krivoy Rog) und Polen lag der Schwerpunkt der Betrachtung dabei v.a. auf Frankreich. Dabei kamen die PGLA-Geologen zu dem Ergebnis, dass Frankreich über 8,2 Milliarden Tonnen, also über dreimal so viel Eisenerz wie Deutschland (= 2,3 Milliarden Tonnen) verfüge. Neben Longwy-Briey besitze Frankreich gewaltige bis dahin „nur verschwindend in Anspruch“ genommene Eisenerzdistrikte, so etwa in der Normandie, bei Anjou und in der Bretagne, die „spielend“ in der Lage seien, seinen Bedarf zu decken, selbst wenn es Deutschland „die ausschließliche Ausnutzung der französisch-lothringischen Minetten“ überlasse (ebd., Bl. 102R, 122).

die „grausame Wahrheit“, dass man sich „gegen seine Feinde mit deutschem Eisen nicht mehr zur Wehr setzen“ könne und das Reich spätestens dann „dem Untergang geweiht“ sei. Um „für einen künftigen Krieg gesichert“ zu sein, müsse also für eine ausreichende Erzzufuhr Sorge getragen werden. Eine solche sei aber nicht durch „papierne Verträge, sondern allein durch militärische Besetzung und Beherrschung, für Deutschland aber nur durch die Einverleibung Französisch-Lothringens“ möglich.⁴⁸²

Wie Beyschlag und Krusch im Auftrag der industriellen Interessenverbände feststellten, verfügte Frankreich mit etwa acht bis neun Milliarden Tonnen Erz über mehr als dreimal so viel Eisenerz, wie Deutschland. Damit suggerierten die Wissenschaftler, dass Frankreich in Bezug auf die Eisenerzversorgung „unverhältnismäßig günstiger“ stand, als das Reich.⁴⁸³ Allein in der Normandie lagerten etwa 4,7 Milliarden Tonnen hochwertiger Erze, von denen aber nur ein „verschwindend“ geringer Teil genutzt werde. Dabei seien diese Mengen ohne weiteres in der Lage, die Produktion des Minettebezirks zu liefern, weswegen es für Frankreich auch kein wirklicher Verlust sei, wenn es Deutschland das Becken von Briey und Longwy, also gut ein Drittel seiner Erzschatze (= 2,6 Milliarden Tonnen) überlasse. Obwohl Deutschland dadurch seine „Eisenkräfte“ verdopple, sei Frankreich in dieser Hinsicht aber auch künftig immer noch besser gestellt, als das Reich.⁴⁸⁴ Was der scheinbar moderate Annexionismus der deutschen Geologen bei alledem aber nicht offen in Rechnung stellte war die Tatsache, dass die von ihnen befürwortete Annexion Longwy-Brieys drohte, „Frankreichs Industrie auf Jahre hinaus zum Erliegen“ zu bringen.⁴⁸⁵ Denn während die Vorkommen in der Normandie noch weitgehend unerschlossen waren, kamen über 90 Prozent der französischen Gesamterzförderung aus dem Revier von Longwy-Briey. Seine Annexion wäre demnach einem Ende der französischen Schwerindustrie gleichgekommen.⁴⁸⁶

482 Streng vertrauliche Abschrift einer an die Reichs- und Oberste Heeresleitung gerichteten Denkschrift des VDEStI und des VDEh mit dem Titel: Zur Einverleibung der französisch-lothringischen Eisenerzbecken in das deutsche Reichsgebiet, Dezember 1917, BArch Berlin, R 8749, Nr. 9, unpubl.

483 So zumindest der Tenor einer Besprechung des Gutachtens. Gk: Deutschlands künftige Versorgung mit Eisen- und Manganerzen. Besprechung eines von Geh. Oberbergrat Dr. Beyschlag und Geh. Bergrat Prof. Dr. Krusch im Auftrage des VDEStI und des VDEh über diesen Gegenstand erstatteten Gutachtens, in: Technische Blätter. Wochenbeilage der Deutschen Bergwerks-Zeitung Nr. 13/14 vom 6.4.1918, BArch Berlin, R 901, Nr. 81020, Bl. 357.

484 Streng vertrauliche Abschrift einer an die Reichs- und Oberste Heeresleitung gerichteten Denkschrift des VDEStI und des VDEh mit dem Titel: Zur Einverleibung der französisch-lothringischen Eisenerzbecken in das deutsche Reichsgebiet, Dezember 1917, BArch Berlin, R 8749, Nr. 9, unpubl.

485 Fischer, Griff (1984), S. 217.

486 Vgl. ebd. Während Fritz Fischer meinte, dass 81 % der französischen Gesamterzförderung aus Longwy-Briey kamen, stellte Krusch 1917 fest, dass der Anteil bei etwa 91 % lag. Vgl. Vermerk von Krusch über das französische Minettegebiet, 19.9.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 458, Bl. 20–26. Zu den Kernaussagen der Denkschrift von Beyschlag und Krusch, über die letzterer auch auf der dritten Kriegstagung des VDEStI im Dezember 1917 in Berlin vortrug, vgl. Haus, Lothringen (1991), S. 51 f.

Obwohl es deutschen Politikern mit Blick auf das feindliche Ausland nicht recht war, dass das Ergebnis des Geologengutachtens durch Indiskretionen in die Öffentlichkeit gelangte, stießen die Ausführungen Beyschlags und Kruschs dort auf große Resonanz.⁴⁸⁷ So sprachen sich führende Industrielle – wie Ernst von Borsig, August Thyssen oder Albert Vögler – offen für die in ihren Augen „längst gebotene Grenzregulierung“ im Westen aus, wobei sie sich zum Teil auf jene Argumente stützen, die Beyschlag und Krusch kurz zuvor zu Papier gebracht hatten.⁴⁸⁸ In einer Besprechung ihres Gutachtens lobte der Rezensent, dass die „nicht gerade erfreulichen“ Ergebnisse der Untersuchungen beider Forscher „die Beachtung aller Kreise“ verdienen, denn von der „Machtstellung der deutschen Eisenindustrie“ hänge letzten Endes „das Wohl und Wehe des ganzen Landes ab“. Beyschlag und Krusch komme das Verdienst zu, die Bedeutung der Eisenerzversorgung für die künftige industrielle Entwicklung im Frieden und der Landesverteidigung im Krieg aufgezeigt zu haben. Gerade in dieser Hinsicht spreche das sachkundige Gutachten für sich selbst, „möge es in weite Kreise dringen und möge jeder Leser auch die nötigen Schlussfolgerungen daraus ziehen!“⁴⁸⁹

Was bleibt festzuhalten? Auch die in erster Linie der Beratung dienende Anfertigung von Kriegszieldenkschriften verweist auf den hohen Grad der Selbstmobilisierung der Staatsgeologen, denn insbesondere in den ersten Monaten des Krieges erfolgte deren Erstellung proaktiv und nicht auf Anforderung vorgesetzter oder sonstiger Behörden (z.B. Denkschriften für das RKA). Es gab aber auch Fälle, in denen Staatsgeologen das für Kriegszieldenkschriften bestimmter Interessenkreise notwendige Material bereitstellten (DKG, VDEStI und VDEh). Allen hier untersuchten, aus der Feder von Geologen stammenden Denkschriften und diesbezüglichen Gutachten war gemeinsam, dass sie einem unverhohlenen Annexionismus das Wort redeten und weitreichende Gebietsansprüche auf Kosten ihrer europäischen Nachbarn forderten. Während sich diese Denkschriften in der Regel im Rahmen dessen bewegten, was man vielleicht etwas vereinfacht als ‚allgemeine Kriegszielforderungen‘ bezeichnen kann, gab es mindestens einen Fall, der zeigt, dass im Haus der PGLA auch radikale, an alldeutsche Postulate angelehnte Überlegungen kursierten, mit denen auch rassistische Ressentiments einhergingen (‚Sibiriendenkschrift‘

487 Vgl. Carl Richard Gneist (Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft, Den Haag) an Reichskanzler Georg von Hertling, 10.4.1918, BArch Berlin, R 901, Nr. 81020, Bl. 232; Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes an den Staatssekretär im AA, 21.6.1918, ebd., Bl. 355. Allerdings hielt es die Oberste Heeresleitung im Interesse der Aufklärung der Öffentlichkeit für geboten, die Diskussion über die Angliederung von Longwy-Briey nicht unter Zensur zu stellen. Vgl. Kriegspresseamt (Oberzensurstelle) an Reichswirtschaftsamt, 8.6.1918, ebd., Bl. 356.

488 Vgl. Eisenindustrie und Welfriede, in: Vossische Zeitung (Zweite Beilage), Nr. 176 vom 7.4.1918, ebd., Bl. 234.

489 Gk: Deutschlands künftige Versorgung mit Eisen- und Manganerzen. Besprechung eines von Geh. Oberbergrat Dr. Beyschlag und Geh. Bergrat Prof. Dr. Krusch im Auftrage des VDEStI und des VDEh über diesen Gegenstand erstatteten Gutachtens, in: Technische Blätter. Wochenbeilage der Deutschen Bergwerks-Zeitung Nr. 13/14 vom 6.4.1918, BArch Berlin, R 901, Nr. 81020, Bl. 357.

Meyers). Dies zeigt, dass die spätere NS-Ideologie und ihre Planungsutopien bestimmende Denkmuster schon im Kaiserreich verbreitet waren und man sich spätestens seit Ende 1917 schon auf den nächsten Krieg vorbereitete.⁴⁹⁰

2.4 Der Schützengraben als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung – Die neue Subdisziplin der Kriegsgeologie

Im Frühjahr 1915 wandte sich der „Gründungsausschuss des akademischen Freikorps“ in Würzburg an die Vorstände der geologischen Landesanstalten, um sie für eine „Aussprache über die Verwendbarkeit und Verwertung (...) geologischen Wissens im Krieg“ zu gewinnen.⁴⁹¹ Das in Schaffung befindliche Freikorps – das sich nach seiner endgültigen Konstituierung Mitte 1915 „Akademischer Arbeitsbund zur Stärkung deutscher Wehrkraft“ nannte⁴⁹² – machte sich zur Aufgabe, die vaterländische Verteidigung durch die Förderung und Ausarbeitung von Vorschlägen auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik zu unterstützen und diese nach Prüfung an die zuständigen Behörden, die Armee oder die Industrie weiterzugeben.⁴⁹³ Das Interesse des Freikorps richtete sich auch auf die Geologie, nachdem der in Straßburg stationierte Festungsingenieur Hauptmann Walter Kranz im Jahr 1913 einen bahnbrechenden Aufsatz über die „Militärgeologie“⁴⁹⁴ veröffentlicht und damit der „bis dahin erst in Ansätzen erkannten Bedeutung der angewandten Geologie für die militärische Planung“ maßgebliche Impulse gegeben hatte.⁴⁹⁵ Unter Bezugnahme auf diese Arbeit schickte sich das Freikorps an, „diese schwebenden Fragen in bestimmte Bahnen zu lenken“. So sah sich die PGLA mit Bitte konfrontiert,

490 In diese Richtung zielten übrigens auch 1917 angestellte Zukunftsplanungen in der Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums. Vgl. Hansen, Reichswehr (1978), S. 27 f.

491 Rundschreiben des Gründungsausschusses des Akademischen Freikorps an die Herren Vorstände der geologischen Landesanstalten, ohne Datum (etwa Januar 1915), GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 608, unpubl.

492 Vgl. Akademischer Arbeitsbund zur Stärkung deutscher Wehrkraft, in: Vossische Zeitung vom 30.6.1915, ebd., unpubl.

493 Mitglied der Vereinigung konnte „jeder unbescholtene reichsdeutsche derzeitige oder ehemalige Angehörige einer Hochschule werden“. Personen, die keine Hochschule besucht hatten, aber Erfahrungen und Erfolge im öffentlichen oder wirtschaftlichen Leben aufweisen konnten, sollten als außerordentliche oder korrespondierende Mitglieder aufgenommen werden. Auszug aus dem Entwurf der Statuten des Akademischen Freikorps, ohne Datum (etwa Januar 1915), ebd., unpubl. Aus einem Aufruf des Freikorps geht jedoch hervor, dass man „auch auf den Beitritt aller wehrfähigen Deutschen“ hoffte, um auch „die durch ihre militärische Tätigkeit gewonnenen Erfahrungen“ nutzbar zu machen. Aufruf des Gründungsausschusses des Akademischen Freikorps, Würzburg, ohne Datum (etwa Januar 1915), ebd., unpubl.

494 Kranz, Militärgeologie (1913), S. 464–471. Kranz hatte in diesem Aufsatz den Begriff der ‚Militär- bzw. Kriegsgeologie‘ eingeführt. Vgl. Wochinger, Beitrag (1917), S. 27; MacLeod, Kriegsgeologen (1995), S. 430.

495 Häusler, Gruner und Kranz (2012), S. 21. Zu Kranz vgl. auch Rose/Häusler/Willig, Comparisation (2000), S. 115–118; Häusler, Improvement (2020), S. 8–12.

sich „über den Wert und die Verwirklichungsmöglichkeit“ der von Kranz gegebenen Anregungen zu äußern. Darüber hinaus nahm man in Berlin verwundert zur Kenntnis, dass das Akademische Freikorps beabsichtige, an einer unter seiner Leitung stehenden „Zentralstelle“ im fernen Würzburg sämtliche militär-geologischen Erfahrungen zu sammeln. Man währte sich dort sogar in der Lage, den Wert geologischer Erscheinungen selbst zu beurteilen und hatte schon eine eigene „Abteilung Geologie“ eingerichtet. Der Leiter dieser Abteilung – der ein Jahr zuvor in Würzburg promovierte Leo Weismantel – lud die Geologischen Landesanstalten daher zur Mitarbeit und „Unterstützung der Landesverteidigung“ ein.⁴⁹⁶

In Berlin honorierte man den Enthusiasmus der Würzburger Patrioten durchaus, machte aber unmissverständlich deutlich, dass man sich ihrem Vorhaben nicht anschließe. Denn da sich die PGLA seit dem Beginn des Krieges „in der mannigfaltigsten Weise bemüht“ habe, „allen ihr bekannt gewordenen auf geologischem Gebiete liegenden Anforderungen (z.B. durch Ausführung von Wasserversorgungen an und hinter der Front, durch Auskunftserteilung an die einzelnen Kommando-Stellen, durch Herrichtung u. Beschaffung u. Druck geologischer Karten einzelner Teile des Kriegsschauplatzes u. endlich durch regste Mitarbeit bei der Frage der Beschaffung u. des Ersatzes mineralogischer Rohstoffe) gerecht zu werden“, schien ihr für die Bedürfnisse der preußischen Heeresverwaltung eine neue Organisation nicht erforderlich.⁴⁹⁷

Mit dieser Ansicht stand sie nicht allein. So hatte beispielsweise auch Konrad Oebbeke, Direktor des Mineralogisch-Geologischen Laboratoriums der TH München, unter Bezugnahme auf die Aktivitäten des Freikorps deutlich gemacht, dass die Gründung einer Zentrale mit Sitz in Würzburg „vollkommen verfehlt“ und es vielmehr ratsam sei, das Militär durch die PGLA für geologische Fragen zu interessieren.⁴⁹⁸ Aber selbst diese ‚gut gemeinte‘ Anregung löste in der PGLA keine größeren Aktivitäten aus. Denn wie Krusch Oebbeke wissen ließ, stehe man „bereits in derartig regem Verkehr mit den Militärbehörden“, dass „vorläufig kein Bedürfnis“ vorliege, „an maßgebender Stelle auf

496 Das Rundschreiben trug zwar die Unterschrift „Dr. Weismantel“, es handelte sich aber um Leo Weismantel, der 1914 an der Universität Würzburg seine geographische Dissertation „über die Haßberge“ eingereicht hatte. Rundschreiben des Gründungsausschusses des Akademischen Freikorps an die Herren Vorstände der geologischen Landesanstalten, ohne Datum (etwa Januar 1915), GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 608, unpag. Zu Weismantel, der sich später vor allem als katholischer Schriftsteller und Reformpädagoge einen Namen machte, vgl. Eintrag Weismantel, Leo, in: Handbuch des literarischen Katholizismus; Schaefer, Leo Weismantel. Im literarischen Nachlass Weismantels finden sich auch Hinweise auf den „Akademischen Arbeitsbund zur Stärkung deutscher Wehrkraft“ und den Mitunterzeichner des Rundschreibens von 1915, den Rechtsanwalt Stefan Selig. Vgl. Schurig, Findbuch (1981), S. 191, 768.

497 Beyschlag (PGLA) an den Gründungsausschuss des Akademischen Freikorps in Würzburg, 12.5.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 608, unpag.

498 Konrad Oebbeke (Mineralogisches Laboratorium und Geologische Sammlung, TH München) an PGLA, 5.5.1915, ebd., unpag.

die Bedeutung der Geologie noch besonders hinzuweisen“. ⁴⁹⁹ Da der virulente Aktivismus der Würzburger aber nicht nachließ und selbstige sich offenbar mit der Absicht einer geologischen Aufnahme der Kriegsschauplätze, ja sogar mit der Schaffung einer ‚kriegsgeologischen Anstalt‘ trugen ⁵⁰⁰, wurde Beyschlag deutlicher. Die „Organisation einer geologischen Aufnahme der Kriegsschauplätze“, könne „selbstverständlich nur durch die amtlichen Geologischen Landesanstalten erfolgen, die sich nach dieser Richtung hin keinerlei Vorschläge von den vereinigten Vertretern der sogenannten reinen geologischen Wissenschaften machen lassen würden“, vor allem nicht, wenn selbstige „sich im praktischen Leben bisher wenig oder noch gar nicht bewährt“ hätten. ⁵⁰¹ Im Übrigen habe man in Berlin das Gefühl, „als ob Herr Kranz und die Mehrzahl derjenigen, die für sein Projekt schwärmen“, die „Militärstellen und deren Fähigkeiten ganz gewaltig unterschätzen“ würden. ⁵⁰² Immerhin seien bei der Truppe zahlreiche Männer tätig, die als Geologen, Bergleute und Ingenieure mit praktischen Aufgaben vertraut und den an sie herantretenden Problemen durchaus gewachsen seien. ⁵⁰³

Ob der von der Direktion der PGLA angedeutete Mobilisierungseffekt auf dem Feld der Wehrgeologie wirklich so umfassend war, wie von ihr behauptet, ist allerdings zweifelhaft. So hob beispielsweise Oebbeke noch im Juli 1915 hervor, dass er „von keiner ‚regen Tätigkeit‘ mit der Militärbehörde berichten“ könne, obwohl er sich mit Eingaben direkt an das Kriegs- und das Kultusministerium Bayerns gewandt habe. ⁵⁰⁴ Leopold van Werveke, Leiter der Geologischen Landesanstalt Elsass-Lothringens, hielt sogar noch ein halbes Jahr später fest, dass die Geologie „in Bezug auf die Kriegsführung [eine] bisher ziemlich beiseite stehende und zum Teil beiseite geschobene Wissenschaft“ sei. ⁵⁰⁵ Und selbst in der PGLA gab es Stimmen die wie Kranz darauf verwiesen, dass die Geologie „in den meisten militärischen Dingen als Stiefkind“ unter den Naturwissenschaften bezeichnet werden müsse. ⁵⁰⁶

499 Krusch (PGLA) an Prof. Dr. Oebbeke (TH München), 3.6.1915, ebd., unpag.

500 Dr. Leo Weismantel (Akademischer Arbeitsbund zur Stärkung deutscher Wehrkraft) vermutlich an Beyschlag (mit anliegendem zweitem Rundschreiben der geologischen Abteilung des Akademischen Arbeitsbundes an die Vorstände der geologischen Institute und Beilagen „Geologische Kriegshilfe“ und „Fragebogen“), 4.7.1915, ebd., unpag.

501 Beyschlag (PGLA) an Akademischen Arbeitsbund zur Stärkung deutscher Wehrkraft, 8.7.1915, ebd., unpag.

502 Kranz hatte sich inzwischen selbst auch mit einer Eingabe an die PGLA gewandt. Beyschlag (PGLA) an Gustav Adolf Sauer (Rektor TH Stuttgart), 4.5.1915, ebd., unpag.; Beyschlag (PGLA) an Oebbeke (TH München), 4.5.1915, ebd., unpag.

503 Vgl. Beyschlag (PGLA) an Akademischen Arbeitsbund zur Stärkung deutscher Wehrkraft, 8.7.1915, ebd., unpag.

504 Oebbeke (Mineralogisches Laboratorium und Geologische Sammlung, TH München) an PGLA, 27.7.1915, ebd., unpag. Die Eingaben führten dazu, dass Oebbeke im August 1915 die Erlaubnis des Bayerischen Kriegsministeriums für eine geologische Studienreise an die Westfront erhielt. Dazu und zu den von ihm erstellten Gutachten, etwa über die geologischen Verhältnisse im Bereich der 10. Armee, vgl. Wochinger, Beitrag (1917), S. 34–38.

505 van Werveke, Ergebnisse (1916), S. 1.

506 Potonié, Geologie (1914), S. 1765.

Tatsächlich gehörten vor allem Oebbeke und Werveke neben Kranz zur Gruppe jener, die lange vergeblich versucht hatten, dass Militär von der strategisch-topographischen Relevanz geologischer Expertise zu überzeugen. Obwohl ihr Nutzen für die Beurteilung der Verteidigungsfähigkeit ganzer Geländeabschnitte klar auf der Hand lag, machte man in Deutschland zu Beginn des Weltkrieges die „merkwürdige Erfahrung“, dass die Geologie von „militärischer Seite (...) in ihrer vollen Bedeutung zunächst nicht erfasst wurde“. ⁵⁰⁷ Dagegen hatte beispielsweise Frankreich den militärischen Wert der Ingenieurgeologie lange vor dem Krieg erkannt und sie zum Gegenstand militärischer Ausbildung gemacht. ⁵⁰⁸ Bei Kriegsbeginn zeigte sich dann, dass Deutschland nicht so vorbereitet war, wie es hätte sein können, „denn es fehlten die Heeres- oder Kriegsgeologen“. ⁵⁰⁹ Tatsächlich sollen zu Kriegsbeginn 176 deutsche Geologen eingezogen worden seien, aber nicht als Wehrgeologen, sondern als normale Soldaten innerhalb verschiedener Truppengattungen. ⁵¹⁰ Zwar wurden diese Geologen innerhalb ihrer Einheiten oft eigeninitiativ tätig ⁵¹¹, das Fehlen übergeordneter Geologenstäbe hatte jedoch zur Folge, dass es an der Front tatsächlich zu Fällen kam, in denen man sich beispielsweise zur Sicherstellung der Wasserversorgung auf Wünschelrutengänger verließ. ⁵¹² Erschwerend kam hinzu, dass die für das militärische Kartenwesen zuständige Königliche Preußische Landesaufnahme gemäß den Mobilmachungsbestimmungen zu Kriegsbeginn bis auf ihre Kartographische Abteilung aufgelöst wurde, die sich „mit reduzierter Personalstärke“ nur noch um den Nachdruck und die Verteilung der Generalstabskarten kümmerte. ⁵¹³ Die „nur mit einer ersten Mob-Kartenausstattung im begrenzten

- 507 Wochinger, Beitrag (1917), S. 19, 26. Der PGLA-Geologe Richard Bärtling meinte, dass die Anregungen von Kranz sowohl unter den Fachgeologen als auch bei den Militärs kaum Beachtung gefunden hätten. Bärtling, Grundzüge (1916), S. 71. Vgl. auch Fliegel, Nachruf Beyschlag (1936), S. 13.
- 508 Wie Wochinger andeutete, war Frankreich Deutschland im Hinblick auf die Kriegsgeologie voraus. So hätten in Frankreich etablierte militärtechnische Bildungsanstalten, schon vor 1914 „die geologische „Wissenschaft für den Soldaten nutzbar“ gemacht. Wochinger, Beitrag (1917), S. 20, 47, 146–148, hier S. 20. Allerdings hatte die französische Armee „keine geologischen Vorbereitungen für einen Krieg auf französischem Boden“ getroffen. Wie Roy MacLeod meint, waren die französischen Geologen, wie ihre deutschen Kollegen, „mehr an der Weiterentwicklung ihrer Wissenschaft, als an der Vorbereitung militärischer Anwendungen interessiert“. MacLeod, Kriegsgeologen (1995), S. 434.
- 509 van Werveke, Ergebnisse (1916), S. 2. Allerdings betont MacLeod, dass im August 1914 keine der europäischen Armeen über aktive Militärgeologen verfügte und die europäischen Geologen auch nicht „für die Erfahrung der Schlacht ausgebildet waren“. Folglich habe auch keine der beiden Seiten in dieser Frage „eine unbestreitbare Überlegenheit“ besessen. MacLeod, Kriegsgeologen (1995), S. 429 f.
- 510 Häusler, Kriegsgeologie (2000), S. 26. Wochinger verwies auf etwa 170 Geologen im deutschen und österreichischen Heer, die 1915 „ohne Ausnützung geblieben“ seien. Wochinger, Beitrag (1917), S. 33.
- 511 Vgl. bspw. Adolf Sauer (Mineralogisch-Geologisches Institut, TH Stuttgart) an Beyschlag (PGLA), 26.4.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 608, unpag.
- 512 Bärtling, Grundzüge (1916), S. 71.
- 513 Dazu und zur „Unzulänglichkeit“ des bis dahin unhinterfragten deutschen militär-kartographischen Systems, Kann, Karten (2020), S. 89, 111; Boelcke, Kartenwesen (1921), S. 443–474.

Umfang“ versehenen Einheiten wurden von so genannten Feldvermessungsabteilungen unterstützt, welche die vorrückenden Armeen mit Vermessungen und „artilleristischem Planmaterial“ unterstützten.⁵¹⁴ Da verlässliche Karten vielerorts fehlten, wurde die PGLA „von zahlreichen militärischen Stellen“ um die Bereitstellung geologischer Karten des Operationsgebietes gebeten. Solche wurden „dann sofort (...) aus den französischen und belgischen Karten durch Umzeichnung und geeignete Redaktion“ an der PGLA hergestellt, vervielfältigt und den Truppen zugesandt.⁵¹⁵

Die Mahnungen von Kranz und anderen stießen bei den Generalstäben des deutschen und österreichisch-ungarischen Heeres zunächst „auf völliges Unverständnis und Ablehnung“, weil die dort weitverbreitete Vorstellung rascher Vorstöße „jedwede längere, wie auch immer geartete, militärgeologische Vorbereitung zu Beginn oder während der Kriegshandlungen gänzlich nutzlos erscheinen ließ“.⁵¹⁶ Auch wurde den für die militärische Kartographie wichtigen Vermessern nur untergeordnete Bedeutung beigemessen. „Einheiten für die Vermessung und Neuaufnahme jenseits der Reichsgrenzen waren überhaupt keine vorgesehen“, eben weil man in Berlin „vom schnellen Durchmarsch durch Belgien und der raschen Niederwerfung des französischen Heeres überzeugt war“.⁵¹⁷ Darüber hinaus wurde dem Stellungskampf wegen des Entwicklungsstands der Artillerie kaum noch Beachtung geschenkt.⁵¹⁸ Bekannte Probleme wie etwa Fragen der Wasserversorgung der Truppe, des Stellungsbaus oder der Errichtung von Verkehrswegen für den Nachschub meinte man „allein mit pioniertechnischen Mitteln bewältigen zu können“.⁵¹⁹

Als der Krieg dann im Westen im Stellungskampf erstarnte und sich die verfeindeten Heere eingruben zeigte sich, wie sehr Manövrier- und Lebensmöglichkeit der kämpfenden Truppen von der Kenntnis der Bodenbeschaffenheit abhingen. Wie vielfältig die Probleme waren, die oft nur mit Hilfe sachverständiger geologischer Expertise zu lösen waren, machte der von Juli 1915 bis Kriegsende amtierende Chef des Kriegsvermessungswesens Oberstleutnant Siegfried Boelcke in einem Rückblick 1920 deutlich:

Leiter der Preußischen Landesaufnahme während des Krieges war Generalmajor Hermann von Bertrab. Er hatte ihr schon von 1911 bis 1914 vorgestanden, bevor sie zu Beginn des Ersten Weltkrieges aufgelöst worden war. Auf Anordnung Hindenburgs richtete man die Landesaufnahme jedoch 1917 wieder ein, um das Kriegsvermessungswesen in Frontnähe besser unterstützen zu können. Damit unterstand von Bertrab die oberste militärische Vermessungsstelle im Deutschen Reich und seinen Schutzgebieten. Torge, Geschichte (2009), S. 299 f. Zum Führungsstab der Preußischen Landesaufnahme vgl. Gothaischer genealogischer Hofkalender (1919), S. 470. Insgesamt gab es außer in Preußen noch drei weitere militärische Landesvermessungen in Sachsen, Württemberg und Bayern. Willig, Kriegskarten- und Vermessungswesen (2023), S. 219.

514 Häusler, Kriegsgeologie (2000), S. 10 f.

515 Beyschlag (PGLA) an Konrad Oebbecke (Mineralogisches Laboratorium und Geologische Sammlung, TH München), 12.7.1915 u. 26.1.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 608, unp.

516 Häusler, Gruner und Kranz (2012), S. 21.

517 Kann, Karten (2020), S. 94.

518 Häusler, Gruner und Kranz (2012), S. 21.

„Hartgestein erforderte harte Arbeit, schützte aber auch als Unterstandsdecke gut. Gewisse weiche Bodenarten rutschten – besonders bei Feuchtigkeit – leicht ab und zwangen zum steten Nachbessern an den Böschungen. Überfluss wie Mangel an Wasser in den Stellungen spielte vielfach eine überragende Rolle. Bei trockener Jahreszeit anscheinend vortrefflich angelegte Gräben konnten bei steigendem Grundwasser im Frühjahr zu Sumpflöchern und Seuchenherden, also unbenutzbar und unbewohnbar werden. In einem Abschnitte war im Frühling reichlich Nutzwasser vorhanden; als bei anhaltender Dürre im Sommer Verstärkungen einrückten, trat quälender Wassermangel auf. Geradezu entscheidend war des Bodens Bearbeitbarkeit, Standfestigkeit und Schalleitung für die Minierarbeiten. Auch in den rückwärtigen Zonen und im Etappengebiete spielte die Bodenbeschaffenheit hemmend oder fördernd in die verschiedensten Dienstzweige hinein. Unvorsichtig geführte Anmarschwege ersoffen, überlastete Bahndämme rutschten, Mastleitungen konnten nicht ausgebessert werden, weil der Untergrund streckenweise versumpfte, Flugplätze wurden zu Moorästen, Betonunterbauten für schwerste Geschütze gerieten ins Gleiten. In Gegenden, die der Franzose im Frieden wegen Wassermangels als Manövergelände gemieden hatte, mussten jetzt große Truppenlager errichtet werden. Die Brunnen wurden verseucht, weil man bei der Anlage eines Kriegerfriedhofs die Grundwasserströmung nicht beachtet hatte. Kies und Schotter zur Betonbereitung und zum Bahn- und Straßenbau wurden oft unter empfindlicher Belastung der Bahn, weit hergeholt, bis sie der Geologe neben den Bedarfsstellen fand. Alte Halden und Bergwerke bargen ungeahnte, wertvolle Sparmetalle. Phosphate für die bedrängte heimische Landwirtschaft, Kalk, Kohlen, Torf und andere Nutzstoffe lagerten unentdeckt im Boden. Auch er wollte verstanden, durchforscht und richtig behandelt werden.“⁵²⁰

Während der Einfluss von Geologen im Bewegungskrieg zweifellos begrenzt war, erwies er sich im Stellungskrieg als überaus bedeutsam.⁵²¹ Denn vor allem die mit den monatelangen Stellungen- und Minierkämpfen einhergehenden Probleme ließen gewissermaßen die gesamte Front, also nicht nur die Schützengräben, sondern auch die Etappe, zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung und Expertise werden.⁵²²

519 Lein, Albrecht Spitz (2012), S. 33.

520 Boelcke, Kriegsgeologie A. Grundlagen (1920), S. 305.

521 Bärtling warnte aufgrund eigener Fronterfahrungen vor einer „Überschätzung des Wertes der Geologie für die mobilen Truppen“, da die Möglichkeiten zur Anwendung praktisch-geologischer Erfahrungen im Bewegungskrieg nur gering seien. Bärtling, Grundzüge (1916), S. 72, 78 f. Während die vorderste Linie der Front meist durch taktische Belange bestimmt wurde, wurden Geologen „schon bei der zweiten und dritten Linie und vor allem bei rückwärtigen Stellungen“ herangezogen. Philipp, Kriegsgeologie B. Ausführung (1920), S. 308.

522 Vgl. etwa Gagel, Beobachtungen (1922), S. 273–322.



Abb. 8: Der Schützengraben als Objekt wissenschaftlicher Forschung, (hier als Beispiel für die Beseitigung von Abwässern und Niederschlägen aus Feldstellungen).⁵²³

Da „der Truppe der Wert geologischer Beratung“ aber trotzdem häufig erst aufgedrängt werden musste⁵²⁴, forderten die Geologen ein Mitspracherecht. Immerhin war „dieser Krieg (...) der Krieg des Zeitalters der Naturwissenschaften“ und es gab kaum eine Disziplin, die nicht in seinem Dienst stand.⁵²⁵ Wie dringend das Militär tatsächlich auf die Hilfe der Geologen angewiesen war, zeigt die multiplexe Bandbreite ihrer Einsatzgebiete. So war geologischer Sachverstand bei folgenden Problemen gefragt⁵²⁶:

523 Aus: Die Woche 16 (1914), Nr. 49 vom 5.12.1914, S. 1979.

524 Philipp, *Kriegsgeologie B. Ausführung* (1920), S. 308.

525 Potonié, *Geologie* (1914), S. 1766.

526 Die folgenden Punkte beziehen sich auf Wochinger, *Beitrag* (1917); Bärtling, *Grundzüge* (1916), S. 73; Philipp, *Kriegsgeologie B. Ausführung* (1920), S. 307–314; Häusler, *Kriegsgeologie* (2000), S. 42–44, 99–101. Zum Minierkrieg vgl. Willig, *Minierkrieg* (2023), S. 17–140; ders.: Oberstleutnant Otto Füßlein (2023), S. 141–199. Vgl. zudem die auf Erfahrungen an verschiedenen Fronten basierende Denkschrift von Julius Wilser: *Kriegsgeologie der Hauptstellungskriegsschauplätze der West- und Ostfront*, ohne Datum (ca. 1919), BArch-MA Freiburg, PH 24, Nr. 27, Bl. 1–305 (die Denkschrift enthält auch Gutachten verschiedener Kriegsgeologen, die im Zivilberuf an Universitäten und Hochschulen beschäftigt waren, unter ihnen auch zwei des späteren Präsidenten der PGLA, Wilfried von Seidlitz. Vgl. ebd., Bl. 217–222, 226–229; Entwurf einer Übersicht der Vermessungsabteilung 10 beim AOK X über den geologischen Dienst bei der Vermessungsabteilung 10, ohne Datum (um 1917), BArch-MA Freiburg, PH 5–IV, Nr. 39, Bl. 14–18. Zur Anlage von Horchstollen und Hinweisen der Geologen zum ‚geräuschlosen Minieren‘ vgl. Meldung der 40.

- Festungsbau und Bekämpfung von Festungen,
- Stellungsbau,
 - Anlage von trockenen Stellungen mit schusssicheren Räumen,
 - Anlage von Stellungen im Gebirgskrieg,
 - Prüfung der Bodenverhältnisse für die Anlage von Tunnelbauten, rückwärtigen Stellungen sowie bomben- und schusssicheren Unterständen,
 - Erweiterung von Sickerschächten zu unterirdischen Verbindungsgängen,
 - Künstliche Überflutung und Ansumpfung,
 - Trockenlegung von Sumpfgebieten hinter der Front,
 - Gutachten über die Möglichkeit des Gegners, eigene Stellungen zu unterminieren,
 - Auswertung von Fliegeraufnahmen,
- Herstellung von Kriegskarten,
 - Geologische Aufnahme der Kampfgebiete,
 - Anlage von Sonderkarten (Minier-, Grundwasser-, Wasserversorgungs-, Überflutungs-, Vormarsch-, Rückzugs-, Zerstörungs-, Rohstoff- und erdelektrische Karten),
- Sappen- und Minenkrieg,
 - Bau von Tunneln, Tief-, Verkehrs- und Angriffsstollen,
 - Untersuchung der Schall-Leitung der Gesteinsschichten,
 - Auswahl vorteilhafter Stellen für Abhorchposten und Meldedienste,
 - Untersuchungen für die Anwendung von Bohrmaschinen,
 - Vermeidung von Grundwasser, Rutschungen und Wassereinbrüchen,
- Fragen der Geländegangbarkeit,
 - Untersuchung von Mooren und ähnlichen Hindernissen auf Gangbarkeit,
- Probleme der Geschosswirkung (Untergrund),
- Wasserversorgung,
 - Sicherung gegen Frühjahrshochwasserschäden, aber auch gegen Austrocknung,
 - Anlage artesischer Brunnen (Versorgung Feldstellungen und Festungen), Verbesserung der Wasserverhältnisse der Etappe durch Tiefenwasser,
 - Anlage von Fernleitungen,
 - Pläne für die Trinkwasserversorgung ganzer Armee-Bereiche, Wasserversorgungen in der Etappe (Bäckereien, Selterswasserfabriken, Ziegeleien, Sägewerke),

Infanterie-Division Nr. 3661 Ia op. betr. Anlage von Horchstollen, 26.9.1917, BArch-MA Freiburg, PH 14, Nr. 305, Bl. 7; Armee-Ober-Kommando 2 Pi. Nr. 26119/3281/17 an Oise-Gruppe betr. feindliche Miniarbeit, 31.7.1917, ebd., Bl. 8. Zur wehrgeologischen Interpretation natürlicher und künstlicher Oberflächenmerkmale vgl. Willig, Kriegskarten- und Vermessungswesen (2023), S. 222–224. Zur Wasserversorgung vgl. Willig/Häusler, Aspects (2012), S. 85–103; Häusler, Trinkwasserversorgung (2015), S. 23–55.

- Wasserversorgung von Städten, Lazaretten, Industrie- und Verkehrsanlagen,
 - Einrichtung von Wasseruntersuchungsstationen,
- Entwässerung,
 - Beseitigung von Abwässern und Niederschlägen aus Feldstellungen und Festungen,
- Hygienemaßnahmen,
 - Abwasserführung (Anlage von Senkgruben, Bade- und Entlausungsanstalten),
 - Aufsuchung von warmen Quellen für Militär-Badeanstalten,
 - Aufsuchung von Kalkvorkommen zu Entseuchungszwecken,
 - Anlage von Kriegsgräbern (Grundwasserschutz),
- Rohstoffversorgung und Baustoffbeschaffung,
 - Aufsuchung von Beton- und sonstigen Baumaterial,
 - Anlage von Straßenbaustoffkanten,
 - Nachweisung von Dolomit und Kalkstein für Hochofenbetriebe,
 - Versorgung mit Brennstoffen in holzarmen Gegenden,
 - Torfgewinnung,
 - Phosphatgewinnung,
 - Untersuchung von Goldseifen und Erzlagerstätten,
- Baugrundforschung, Straßen- und Wegebau (Pioniere),
 - Beratung beim Bau und bei der Instandhaltung von Feldbahnen und Flugplätzen,
 - Nachweis von festem Baugrund in Sümpfen und Mooren,
 - Verbesserung der Mastaufstellung für Fernsprechruppen aufgrund geologischer Gutachten über Erdströme,
 - Begutachtung unterirdischer Steinbrüche im Hinblick auf Abbau, Bewohnbarkeit und Standfestigkeit für Bauten über Tage,
 - Prüfung der Bodendurchlässigkeit für geplante Stauwerke und Talsperren,
 - Bestimmung natürlicher Sockelflächen für schwere Geschütze, Auswahl trockenen und günstig gelegenen Untergrunds für Munitionslager,
- Bodenkunde (Landwirtschaft),
- Grenzregulierungsfragen,
 - Geologische Grundlagen für die Friedensverhandlungen,
- Kulturgeschichtliche Aufgaben,
 - Gräberfunde, Höhlenforschung, Sammlung wissenschaftlicher Ergebnisse.



Herstellung und den Druck der Karten.⁵³⁰ Ab 1917 wurden bei den Heeresgruppenkommandos zudem noch „Kommandeure der Vermessungstruppen“ und bei den Armee-Oberkommandos „Stabsoffiziere für Vermessungswesen“ ernannt.⁵³¹

Unter den Offizieren des KVC-Stabes befand sich im Sommer 1915 zwar auch schon ein Fachoffizier für kriegsgeologische Fragen – es handelte sich dabei um den Greifswalder Universitätsprofessor Hans Philipp – die Kriegsgeologie selbst wurde dem Chef des Kriegsvermessungswesens aber erst im September 1916 offiziell angegliedert.⁵³² Den so bis Ende 1918 entstehenden 28 Vermessungsabteilungen der deutschen Armeen wurden nun Schritt für Schritt 28 so genannte „Geologenstäbe“ angeschlossen, denen jeweils drei bis fünf Geologen angehörten, die wiederum Geologenstellen bei den einzelnen Generalkommandos und Divisionen bekleideten.⁵³³ Zwar verfügten die einzelnen Armee-Oberkommandos über mehrere solcher Stäbe, sie zogen bei Bedarf darüber hinaus aber auch beratende Geologen aus den Landesanstalten und Hochschulen heran.⁵³⁴ Da die von den Generalkommandos und Divisionen zurate gezogenen Kriegsgeologen – deren Zahl sich bis Ende 1918 auf etwa 300 erhöhte – aber nicht ausreichten, wurden seit November 1917 zudem zahlreiche Geographen, Mineralogen und Bergfachleute, aber auch interessierte Volks- und Mittelschullehrer in Einführungskursen an der vom Württembergischen Staatsgeologen Sauer geleiteten „Ersatz- und Versuchsstelle für das Vermessungswesen“ in Stuttgart als „Geologengehilfen“ geschult.⁵³⁵

530 Vgl. Kann, Karten (2020), S. 112.

531 Häusler, Kriegsgeologie (2000), S. 11.

532 Vgl. Kann, Karten (2020), S. 112; Boelcke, Kriegsgeologie A. Grundlagen (1920), S. 306; MacLeod, Kriegsgeologen (1995), S. 431. Wochinger bezeichnete Philipp als „Organisator des praktischen Feldgeologendienstes“. Wochinger, Beitrag (1917), S. 39. Als Referent für Kriegsgeologie im Stab des KVC fungierte zudem der Geologe Julius Wilser. Vgl. Häusler, Kriegsgeologie (2000), S. 11.

533 Vgl. ebd. Im österreichischen Heer bestanden seit Frühjahr 1918 „17 Geologengruppen der Kriegsvermessung und Kriegsmappierung im Felde“ und eine „Geologische Auskunftsstelle beim Referat für Kriegsgeologie“ im Kommando des k.u.k. Kriegsvermessungswesens in Wien. Leiter des Referats für Kriegsgeologie war der Bodenkundler Leo Tschermak. Ebd., S. 13, 38 f. Chef des österreichischen Vermessungswesens, bis Herbst 1917 als Kriegsmappierung bezeichnet, war seit 1915 der Geograph und Generalstabs-Oberst Hubert Ginzl. Vgl. Angetter/Hubmann, Kriegsgeologen (2015), S. 121–123, hier S. 121. Zur Tätigkeit der Vermessungsabteilungen vgl. Die Vermessungstruppen (1918), S. 701–704.

534 Ende 1918 wurde jedem deutschen Armee-Oberkommando zudem jeweils ein leitender Geologe zugeteilt. Vgl. Häusler, Kriegsgeologie (2000), S. 75. Vgl. zudem Wochinger, Beitrag (1917), S. 138. Hinweise auf die Bildung von insgesamt 28 Vermessungsabteilungen bis 1918 (davon zwanzig Abteilungen im preußischen, je drei im sächsischen und bayerischen und zwei im württembergischen Heer) finden sich in Kann, Karten (2020), S. 114; Häusler, Kriegsgeologie (2000), S. 89 f.

535 Ebd., S. 12, 75. Im Ersten Weltkrieg kamen auf Seiten der Mittelmächte bis zu 300 (etwa 200 deutsche und 60 österreichische) Kriegsgeologen zum Einsatz. Vgl. ebd., S. 14; ders., Gruner und Kranz (2012), S. 22. Dierk Willig geht davon aus, dass die deutsche Kriegsgeologie im Oktober 1918 126 Fachgeologen und 241 Geologengehilfen, also 367 Mann umfasste. Willig, Kriegskarten- und Vermessungswesen (2023), S. 221. Vgl. auch Rooff, Altreich (2018), S. 227.

Vor diesem Hintergrund bildete sich allmählich eine „wirksame Organisation der Kriegsgeologie“ heraus.⁵³⁶

Die meisten der zunächst im einfachen Frontdienst stehenden Geologen wurden nun sukzessive in die neu entstehenden Geologenstäbe kommandiert und ab Ende 1916 folglich nicht mehr als Soldaten, sondern als „Kriegsgeologen“ bezeichnet. Der Krieg schuf demnach nicht nur eine neue militärische Formation, sondern mit der Kriegsgeologie im Grunde auch eine neue Subdisziplin der Ingenieurgeologie.⁵³⁷ So gesehen manifestierte sich die Idee des Krieges nun auch in der Disziplin der Geologie selbst.⁵³⁸ Durch ihre Einbindung in den Stellungsbau und ihre strategisch-topographischen Erkundungen standen die Kriegsgeologen darüber hinaus in unmittelbarem Kontakt zur Front, was ihre Arbeit von der anderer kriegs- und rüstungsrelevanter Wissenschaftler unterschied. Aber trotzdem sie an nahezu allen Kriegsschauplätzen zum Einsatz gelangten und ihre Tätigkeit geradezu stellvertretend für den Schlamm und das Elend des sowohl unter als auch über der Erde ausgefochtenen Konfliktes stand, waren die Geologen „weniger berüchtigt als Chemiker und weniger sichtbar als Mediziner“, da es bei ihrem ‚Kampf‘ vor allem um Material und Logistik ging.⁵³⁹ Während die Chemiker durch ihre „großen chemischen Kriegsdienste“ Sichtbarkeit gewannen, aber eben auch mit dem Schrecken des Gaskrieges in Verbindung gebracht wurden, erzielten die Kriegsgeologen „dagegen weniger sichtbare oder zumindest weniger umstrittene Ergebnisse“, weswegen es ihnen nach 1918 auch leichter fiel, „in eine Position internationaler Akzeptanz“ zurückzukehren und ihr „objektives Image“ zu wahren.⁵⁴⁰

536 Häusler, Gruner und Kranz (2012), S. 22. Der PGLA-Geologe Bärtling deutete 1916 an, dass die Organisation der Kriegsgeologie noch unvollkommen sei. Bärtling, Grundzüge (1916), S. 71. Dies hing auch damit zusammen, dass die auf Seiten der Mittelmächte eingesetzten Kriegsgeologen vielfach in problematischen Subordinationsverhältnissen standen. Während sie im zivilen Leben als angesehene Professoren oft eine wichtige Rolle spielten, standen sie als Kriegsgeologen meist nur im Rang einfacher Soldaten, was ihrer Expertise innerhalb der militärischen Struktur des deutschen Heeres nur wenig Durchsetzungskraft verlieh. Vgl. MacLeod, Kriegsgeologen (1995), S. 442. Dass die militärische Führung die Bedeutung der Geologie aber allmählich erkannte wird auch daran ersichtlich, dass diesbezügliches Schrifttum im Frühjahr 1917 unter militärische Zensur gestellt wurde, also nicht mehr veröffentlicht werden durfte. Vgl. Wochinger, Beitrag (1917), S. 56, 59.

537 Siehe ebd., S. 61, 139 („neue Wissenschaft“ der Kriegsgeologie); Krause, Nachruf Kaunhohen (1941), S. 351 f. (neue „Formation des Kriegsgeologen“); Bärtling, Grundzüge (1916), S. 71 (Kriegsgeologie als „neuer Zweig“ der Wissenschaft); MacLeod, Kriegsgeologen (1995), S. 428 („new field of engineering geology“); Häusler, Gruner und Kranz (2012), S. 21 („Militärgeologie, einer gänzlich neuen Disziplin der ‚praktischen‘ oder angewandten Geologie“). Wie Willig zeigt, entwickelte sich aus der militärisch relevanten geologischen Auswertung von Luftaufnahmen im Ersten Weltkrieg zudem „nach und nach die Foto-geologie“. Willig, Kriegskarten- und Vermessungswesen (2023), S. 224 f.

538 Vgl. Reichherzer, Front (2012), S. 81 f.

539 MacLeod, Kriegsgeologen (1995), S. 428.

540 Ebd., S. 449. Zu den kriegsgeologischen Tätigkeiten von Staatsgeologen währenden des Ersten Weltkrieges siehe Tab. 2 in Anhang.

Welche Bedeutung man ihnen inzwischen einräumte wird auch darin ersichtlich, dass Wilhelm von Branca, ehemaliger Mitarbeiter der PGLA, nun Direktor des Geologisch-Paläontologischen Instituts an der Universität Berlin im März 1917 anregte, der kurz zuvor gebildeten Kaiser-Wilhelm-Stiftung für kriegstechnische Wissenschaft (KWKW) einen kriegsgeologischen Fachausschuss anzugliedern.⁵⁴¹ Die im Dezember 1916 ins Leben gerufene KWKW war ein „wissenschaftspolitisches Resultat des Hindenburg-Programms“, das die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft konsequent auf die Anforderungen des Krieges ausrichten sollte.⁵⁴² Als neuartige Plattform des Problem- und Wissenstransfers gehörte es zu ihren Aufgaben, bestehende Reibungsverluste bei der Koordinierung der Rüstungsforschung zu minimieren und die „Entwicklung der naturwissenschaftlichen und technischen Hilfsmittel der Kriegsführung“ zu fördern.⁵⁴³ Folglich machte sich das Gremium neben der Förderung auch die Steuerung rüstungsrelevanter Forschung zur Aufgabe. In ihren sechs Fachausschüssen (u.a. Chemie, Physik, Maschinenbau, Luftfahrt und Metallforschung) waren Wissenschaftler aus Universitäten, Technischen Hochschulen, Instituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und militärischen Einrichtungen vertreten, die gemeinsam Probleme der Rüstung diskutierten und auf deren Lösung hinarbeiteten.⁵⁴⁴

Wie von Branca in seinem Antrag betonte, sei die Kriegsgeologie „in diesem Kriege“ zwar erstmals ins Leben getreten, „ihre Wichtigkeit“ sei aber inzwischen nicht mehr von der Hand zu weisen. Obwohl schon über einhundert Geologen hinter der Front tätig seien, reiche ihre Zahl nicht aus, „um die Anforderungen des Kriegsministeriums nach solchen zu befriedigen“. Nach einer Aufzählung der wichtigsten Aufgaben der Kriegsgeologie betonte von Branca, dass der von ihm vorgeschlagene neue KWKW-Fachausschuss auch die „Literatur über nutzbare Lagerstätten im Feindesland, sowie geologische Karten der betreffenden Gebiete sammeln“ müsse. Zudem solle er „eine genaue Bearbeitung der rein geologischen und der praktischen geologischen Literatur (besonders der Lagerstätten vom Standpunkte der Kriegswirtschaft) für die Kriegsgeologen“ bewirken“, um so „imstande zu sein, bei Anfragen der Kriegsgeologen, bezüglich des Kriegsministeriums, schnell kurze Angaben an diese Stellen gelangen“ zu lassen.⁵⁴⁵ Von Branca schwebte demnach weniger eine forschende, als vielmehr eine sammelnde und beratende Tätigkeit des von ihm

541 Wilhelm von Branca (Direktor Kgl. Geologisch-Paläontologisches Institut und Museum, Universität Berlin) an Adolf von Harnack, 12.3.1917, MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 1789/1, Bl. 29.

542 Hachtmann, Wissenschaftsmanagement (2007), S. 91.

543 Vermerk von Vizeadmiral Friedrich Schrader (Reichsmarineamt) mit anliegender Satzung der KWKW, 15.12.1916, BArch-MA Freiburg, RM 3, Nr. 9906, Bl. 286–289, hier Bl. 286.

544 Vgl. dazu ausführlich Maier, Forschung (2007), S. 140–152, hier S. 140; Rasch, Wissenschaft (1991), S. 73–120; Flachowsky, Reichsforschungsrat (2008), S. 40–44; ders., Krisenmanagement (2010), S. 90–97.

545 Wilhelm von Branca (Direktor Kgl. Geologisch-Paläontologisches Institut und Museum, Universität Berlin) an Adolf von Harnack, 12.3.1917, MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 1789/1, Bl. 29.

beantragten Fachausschusses vor. Bei der KWKW handelte es sich aber um ein Gremium der Rüstungsforschung, was ebenso einen Grund für die Ablehnung seines Vorschlags gebildet haben dürfte wie die Tatsache, dass die von ihm skizzierten Sammlungs- und Beratungsaufgaben bereits von den Geologischen Landesanstalten und den Hochschulen wahrgenommen wurden.

Tatsächlich unterteilten sich die kriegsgeologischen Arbeiten selbst in zwei Gruppen.⁵⁴⁶ Zum einen in die unmittelbare Tätigkeit an der Front, die „Feldgeologie“. Zum anderen in die Arbeiten im Rücken des Feldheeres, in der Etappe, in den Verwaltungen der besetzten Gebiete und in der Heimat, die „allgemeine Kriegsgeologie“. Die Feldgeologen berieten die Truppe bei Stellungswahl und Stellungsbau, beim Sappen- und Minenkrieg, bei der Wahl von Angriffsfronten und -methoden, bei der Beurteilung der Gangbarkeit des Geländes, der Geschosswirkung, bei Be- und Entwässerungsfragen, der Wasserversorgung, der Materialbeschaffung für die Front und bei der Anlage von Verkehrswegen. In ihrem Fokus standen also mehr und oft unter großem Zeitdruck zu lösende technisch-taktische Fragen. Da es auf beiden Seiten der Front tatsächlich noch immer Kritiker gab, denen sich der kriegsrelevante Nutzen der Geologie noch immer nicht erschloss, hielt der US-amerikanische Physiker Joseph Sweetman Ames über ein Erlebnis an der deutsch-französischen Front 1918 rückblickend fest:

„Nehmen wir die Geologie. Ich hatte gehört, dass Geologen zum Stab gehörten, aber ich hatte sie mir eher als Bergbauingenieure denn als Professoren dieser reinen Wissenschaft vorgestellt. Stellen Sie sich also meine Überraschung vor, als ich in einem der Räume des Hauptquartiers einen weltberühmten Geologen vorfand, der Gebiete auf einer geologischen Karte von Flandern studierte und markierte ... Auf dem Tisch lag eine Karte des Gebiets unmittelbar östlich von Ypern; er färbte bestimmte Gebiete rot und andere in verschiedenen Blautönen. Er markierte auch bestimmte Punkte und zog einige gerade Linien. Natürlich fragte ich, was das alles zu bedeuten habe. Eine Farbe bedeutete: ‚Hier ist es sicher, Unterstände zu bauen‘; eine andere: ‚Hier werdet ihr auf Felsen stoßen‘; eine weitere: ‚Passt auf Treibsand auf‘, und so weiter... Die geraden Linien bedeuteten: ‚Hier könnt ihr Tunnel bauen oder Minen graben‘. An den Wänden des Raumes sah ich vertikale Schnitte des Landes ... für das Studium der unterirdischen Wassersysteme. Nie habe ich eine interessantere Stunde verbracht.“⁵⁴⁷

546 Dazu und im Folgenden Wochinger, Beitrag (1917), S. 139.

547 Mit dieser Anekdote bezog sich Ames zwar auf den auf britisch-australischen Militärgeologen T. W. Edgeworth David, der als Angehöriger des britischen Heeres an der deutsch-französischen Front stand. Die darin geschilderte Funktion und Bedeutung geologischer Expertise traf aber ebenso für die Seite der Mittelmächte zu. MacLeod, Kriegsgeologen (1995), S. 440 f.

Dagegen umfasste die „allgemeine Kriegsgeologie“ alle Wasserfragen im Rücken des Feldheeres, hygienische Probleme, die Baustoff- und Rohstoffbeschaffung für Heer und Heimat, die Anlage von Nachschub- und Verkehrswegen, Kartierungsfragen sowie wissenschaftliche und politische Aufgaben.⁵⁴⁸ Die Geologischen Landesanstalten – aber auch die Hochschulen und Bergämter – spielten in diesem Zusammenhang als beratende und sammelnde Stellen eine wichtige Rolle. Denn sie verarbeiteten das ihnen vom Großen Hauptquartier und vom Kriegsvermessungschef zugehende Material, versorgten die Kriegsgeologenstäbe mit Karten, Literatur und Messgeräten und legten die „für die Erweiterung der kriegsgeologischen Wissenschaft nötigen Archive an“.⁵⁴⁹ Die PGLA und ihre Schwestern in Stuttgart, Straßburg und Wien lieferten beispielsweise Karten- und Bohrmateriale an verschiedene militärische Stellen, instruierten die Sanitätsbehörden über die Anlage von Brunnen, die Militärbehörden über die Fortifikation von Städten und Etappenstationen in den Operationsgebieten und taten sich – wie gezeigt – bei der „Durchforschung eines Teiles der besetzten Gebiete“ hervor.⁵⁵⁰

Darüber hinaus wiesen Staatsgeologen für Luftschiffhallen, Funkstationen, Flugzeug- und Schießplätze geeignetes Baugelände nach und sicherten die Wasserversorgung von Befestigungen, Heeres- und Marineeinrichtungen sowie rüstungsrelevanten Unternehmen. Als der Luftkrieg größere Bedeutung erlangte, entwarf die PGLA, zunächst als einzige Stelle, die dafür erforderlichen kartographischen Unterlagen (u.a. Karten für Luftangriffe) und lotete die Möglichkeiten für Untertageverlagerungen aus. Infolge von Produktionsausfällen und Lieferproblemen der Industrie versorgte sie die Geologenstäbe bei den Vermessungsabteilungen darüber hinaus mit Bohr- und Feldgeräten aus ihrem Apparatbestand. Die Nachfrage war so groß, dass sie Ende 1916 von der Auslieferung weiterer Geräte absah, da das ihr verbliebene Material kaum

548 Vgl. Wochinger, Beitrag (1917), S. 139.

549 Ebd., S. 143.

550 Ebd.; Thielecke, Arbeiten (1937), S. 27–44; Beyschlag (PGLA) an Konrad Oebbecke (Mineralogisches Laboratorium und Geologische Sammlung, TH München), 12.7.1915 u. 26.1.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 608, unp.; Bericht PGLA für 1915 (1917), S. 630 f., 633 f. Die Geländebesichtigungen der Geologen erfolgten nicht selten „in den vorderen Stellungen“. Siehe etwa Kommandeur der Pioniere (VII. A.K.) an die 2. Garde-Reserve-Division (mit anliegendem Bericht der Geologen Konrad Keilhack und Wilhelm Wolff über die geologisch-hydrologischen Verhältnisse im Stützungsgebiet des VII. Armeekorps), 19.1.1916, BArch-MA Freiburg, PH 8-II, Nr. 160, Bl. 1–7. Der Geologe Hans Hess von Wichdorf wurde 1915/16 zum Kriegsgeologen der Feste Boyen und Feldstellung Lötzen berufen. Hier war er für „die Erschließung ergiebiger Wasseradern für die bisher fehlende Wasserversorgung und Kanalisation der Feste und der Stadt, die Beurteilung von Stein- und Kieslagern für Betonierung und Fundamentierung, sachgemäße Ausführung von Kriegstraßen über Weichland“ verantwortlich. Zudem führte er geologische Vorarbeiten „für die Uferbefestigung der als Staubecken für den masurischen Kanal höher zu stauenden zwei Seen, den Goldapgar- und Systroysee“, durch. Im Winter 1916/17 wurde er als Leiter einer Kriegsgeologengruppe an die Ostfront versetzt, wo man ihm ebenfalls Fragen der Wasserversorgung und der Steinbeschaffung für den Straßenbau zuwies. Zimmermann, Nachruf Hess von Wichdorf (1933), S. 1052.

noch für den Eigenbedarf ausreichte.⁵⁵¹ Wie Krusch mit kritischen Unterton festhielt, richtete der Generalstab trotz der „Hilfsbereitschaft“ der PGLA eine „geologische Zentralstelle in Berlin“ ein, „die ohne Kartensammlung und Archive die verschiedenen Kriegsgeologengruppen mit Material versorgen sollte“.⁵⁵² Bei dieser Zentralstelle handelte es sich vermutlich um die im August 1917 bei der Preußischen Landesaufnahme in Berlin entstandene „Geologische Abteilung“, die als Auskunft- und Ausbildungsstelle für Kriegsgeologen diente und Zweigstellen in Straßburg und Lille unterhielt.⁵⁵³ Die Verbindung zum Informationspool der PGLA war jedoch auch in diesem Fall sichergestellt, da ihre Geologen Schucht, Wiegers und Michael der Auskunftsstelle bei der Preußischen Landesaufnahme zuarbeiteten.⁵⁵⁴

Wie breit gefächert die Arbeiten der Kriegsgeologen waren, soll abschließend anhand einiger Beispiele kurz skizziert werden. Von September 1916 bis April 1917 war der Berliner Geologe Wilhelm Kegel beispielsweise als Berater der Miniergruppen im Gebiet der 4. Armee bei Ypern in Flandern eingesetzt. Sein Aufgabengebiet lag im Wytschaete-Bogen, der zu den am härtesten umkämpften Bereichen der Ypern-Front gehörte. Hier erreichte der Minen- bzw. Minierkrieg, also die Taktik, die gegnerischen Stellungen durch das Graben unterirdischer Stollen und das Anbringen und Zünden tonnenschwerer Sprengladungen (Minen) zu zerstören, einen traurigen Höhepunkt.⁵⁵⁵ Der Kampf unter der Erde wurde „mit allen Mitteln der Technik“ geführt, denn zum Graben und Sichern der Stollen wurden bergmännische Verfahren und Geräte (z.B. Bohrer, Lüfter, Entwässerungspumpen) angewendet. Darüber hinaus kamen mit besonderen Abhörgeräten ausgestattete Horchposten zum Einsatz, die durch die Auswertung akustischer Daten (Echos) etwaige Grabungsaktivitäten des Gegners lokalisierten und somit „das Gebiet der seismischen Exploration“ betreten.⁵⁵⁶ Da man nicht mit einem Stellungskrieg gerechnet hatte, war man auf

551 Beyschlag (PGLA) an das Kaiserliche Reichsmarineamt (Berlin), 13.12.1916, BArch Berlin, R 71, Nr. 5, Bl. 60 f.

552 Krusch, *Kriegsaufgaben* (1921), S. CXXVI f., CXLIX f., CLII f., CLV, CLXI f.

553 Häusler, *Kriegsgeologie* (2000), S. 11 f.; Willig, *Kriegskarten- und Vermessungswesen* (2023), S. 221.

554 Krusch, *Kriegsaufgaben* (1921), S. CLII f. Wie Paul Range im Hinblick auf seine Kriegserfahrungen festhielt, eigneten sich „die Geologen der geologischen Landesanstalten (...) am besten für Kriegsgeologenstellen, da sie schon durch ihren Friedensberuf auf [die] Beantwortung praktischer Fragen hingewiesen“ seien. Range, *Beiträge* (1919), S. 166. Der Berliner Geologe Friedrich Schucht, war als Kompanie- und Bataillonsführer an der Front im Einsatz und lehnte einen Einsatz als Kriegsgeologe vehement ab. Gleichwohl fand er sich im weiteren Verlauf des Krieges zunächst als Mitarbeiter bei der geologischen Zentralstelle des Generalstabes in Berlin, der Vermessungsabteilung 9 und schließlich in der Geologengruppe Brüssel wieder. Ein Beleg für den zunehmend fachgerechten Einsatz geologischer Experten im Krieg. Vgl. Dammer, *Nachruf Schucht* (1944), S. 560.

555 Zu den aufwendigen Angriffs- und Abwehrmaßnahmen des Minierkrieges vgl. Heyer, *Sprengtechnik* (1924), S. 180–186 (Ich danke Simon Große-Wilde für den Hinweis).

556 Anonymus, *Mineur* (1918), Vorwort [S. 2]; Willig, *Minierkrieg* (2023), S. 22; ders., *Kriegskarten- und Vermessungswesen* (2023), S. 225; MacLeod, *Kriegsgeologen* (1995), S. 441.

deutscher Seite auch nicht „für den Kampf in der Lithosphäre“ vorbereitet.⁵⁵⁷ Noch Anfang 1915 gab es keine speziellen Miniereinheiten in der deutschen Armee. Aber auch nachdem es zur Aufstellung erster Minier-Kommandos kam, blieben die Deutschen den auf der anderen Seite der Front agierenden britischen Tunnelling Companies zahlenmäßig weit unterlegen.⁵⁵⁸

Um die Jahreswende 1915/16 beschloss das Oberkommando der britischen Armee einen „Minierangriff gegen den ganzen Wytschaetebogen“ und begann damit, von Fachgeologen beraten, an zwölf verschiedenen Stellen tief-liegende, im Einzelnen bis zu 658 m lange, „im ganzen über 5,3 km lange Stollen“ unter die gegnerischen Stellungen zu treiben.⁵⁵⁹ Die Deutschen erkannten erst spät, dass die Alliierten in den für nahezu lautloses und schnelles Graben geeigneten Ypern-Tonen zügig vorangekommen waren und die deutschen Stollen vielerorts gefährlich unterfahren hatten.⁵⁶⁰ Nach einer verhängnisvollen Sprengung englischer Miniere am 27. März 1916 bei St. Eloy, die hohe deutsche Verluste forderte, reagierten die Deutschen auf den „offensiven Bergbau“ der Briten und intensivierten nun ihrerseits den „Bergbaukrieg“, indem sie den Aufbau eigener Minier-Kompanien in Flandern forcierten.⁵⁶¹ Untersuchungen des beratenden Geologen des Oberkommandos der 4. Armee Siegfried Passarge ergaben, dass es den Engländern gelungen war, durch die in der Regel in fünf bis zehn Meter Tiefe liegenden wasserführenden Schichten hindurch in den trocknen Ypern-Ton vorzudringen, der ihnen ein relativ problemloses und vor allem rasches Minieren ermöglichte.⁵⁶²

Während Passarge im Hauptquartier in Gent vor allem für die Beratung der Stäbe verantwortlich war, wurden im September 1916 die Geologen Carl August Rathjens und Wilhelm Kegel zur unmittelbaren Unterstützung der Minier-Kompanien an die Front nach Flandern geschickt. Während Rathjens nördlich des Kanals Ypern-Comines agierte, war Kegel für die Überwachung des südlichen Abschnitts verantwortlich.⁵⁶³ Durch die Untersuchungen der Kriegsgeologen im Wytschaete-Bogen „bekam der Minierkrieg auf deutscher Seite allmählich eine viel sicherere Grundlage“. ⁵⁶⁴

Denn durch die von Passarge, Rathjens und Kegel erstellten Gutachten erhielten die deutschen Frontkommandos erstmals luziden Aufschluss über die örtlichen Bodenverhältnisse, was ihren Pionieren und Minier-Kompanien das Ansetzen eigener Schächte zur Tiefensicherung sowie von Stollen für Quetsch- und Trichtersprengungen, zur Bekämpfung britischer Minen, enorm erleichterte.

557 Willig, Minierkrieg (2023), S. 22.

558 Vgl. ebd., S. 31, 33.

559 Mordziol, Wehrgeologie (1938), S. 70 f.

560 Vgl. Willig, Minierkrieg (2023), S. 124.

561 Willig, Oberstleutnant Otto Füßlein (2023), S. 193. Zum „offensiven Bergbau“ der Briten MacLeod, Kriegsgeologen (1995), S. 438, 444. Zur Reaktion auf deutscher Seite vgl. Mordziol, Einführung (1938), S. 71.

562 Der Weltkrieg 1914–1918. Die militärischen Operationen zu Lande, Bd. 12 (1939), S. 428.

563 Willig, Oberstleutnant Otto Füßlein (2023), S. 190–193.

564 Mordziol, Einführung (1938), S. 72.



Abb. 10: Der PGLA-Geologe Wilhelm Kegel (2. v. l.) als Berater der Mineur-Gruppe Wytschaete der 4. Armee bei Ypern in Belgien bei der Rückkehr aus der Stellung nach den Sprengungen von 7. Februar 1917.⁵⁶⁵

Allerdings waren die vorherigen Versäumnisse auf deutscher Seite nicht wettzumachen und der von den Briten erzielte Vorsprung nicht mehr aufzuholen. Nicht nur hatten sie die deutschen Linien schon an verschiedenen Stellen bereits weit untergraben, im März 1917 wurden noch weitere Tunnelling Companies im Raum Ypern eingesetzt, was die Lage der ohnehin schon hoffnungslos unterbesetzten deutschen Minier-Kommandos noch prekärer machte. Obwohl die Oberste Heeresleitung schon seit April 1917 mit einem Angriff auf den Wytschaete-Bogen rechnete, war sie überrascht, als am 7. Juni 1917 bei Messines eine verheerende, Tausende Todesopfer fordernde Großsprengung der Briten den Durchbruch der Alliierten einleitete und nicht nur zu einer Zurückdrängung der deutschen Front und zum Ende des Minierkrieges in Flandern, sondern zur ‚großen Flandernoffensive‘ und schließlich auch zum Wiederaufleben des Bewegungskrieges führte.⁵⁶⁶

Der lange als Regierungsgeologe in Deutsch-Südwestafrika aktive und nun als freiwilliger Mitarbeiter der Geologischen Zentralstelle für die Schutzgebiete an der PGLA tätige Paul Range wurde 1915 mit der Wasserversorgung der osmanischen Armee beauftragt. Letztere kämpfte seit Januar 1915 als Verbündete der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen auf dem Sinai

565 Aus: Anonymus: Der Mineur in Flandern ein Kriegs-Bilderbuch für die Feldgrauen mit Schlägel und Eisen, Oldenburg 1918, S. 30 (https://www.europeana.eu/de/item/9200231/BibliographicResource_2000092035478, eingesehen am 7.6.2023).

566 Willig, Oberstleutnant Otto Füßlein (2023), S. 193. Zum Minier-Krieg im Wytschaete-Bogen vgl. ausführlich ebd., S. 150–167; Willig, Minierkrieg (2023), S. 24–141. Zu den Aktivitäten auf britischer Seite vgl. MacLeod, Kriegsgeologen (1995), S. 434–443. Kegels Berliner Kollege Oscar Zeise war als Mitglied der Vermessungsabteilung 22 bei der Heeresgruppe Linsingen 1917 für einen 120 km breiten Frontabschnitt bei Kowel verantwortlich. Vgl. Gagel, Nachruf Zeise (1926), S. LXXXIII f. Der Hinweis darauf, dass die Sprengung vom 7.6.1917 „die große Flandernoffensive“ der britischen Truppen einleitete, findet sich in Keller, G.: Fragen der modernen Wehrgeologie und ihre Bedeutung für die Landesverteidigung, in Technische Blätter Nr. 29 vom 16.6.1939, BArch Berlin, NS 5-VI, Nr. 17023, unp.

und in Palästina gegen die britische Armee.⁵⁶⁷ Nachdem seit 1915 unternommene Vorstöße deutsch-türkischer Verbände gegen den Suezkanal von den Briten wiederholt zurückgeschlagen worden waren, begann das Ägyptische Expeditionsheer unter seinem Oberbefehlshaber Archibald Murray 1916 mit der Rückeroberung der Sinai-Halbinsel, was ihm bis zum Frühjahr 1917 größtenteils gelang.⁵⁶⁸ Wenige Monate später gingen die Truppen der britischen „Egyptian Expeditionary Force“ auch an den Fronten im Irak und in Palästina zur Offensive über. Ihr stand hier die Heeresgruppe „Yildirim“, auch als Heeresgruppe F bezeichnet gegenüber, die zunächst unter dem Kommando des ehemaligen preußischen Kriegsministers und Chefs des Generalstabes Erich von Falkenhayn stand und ab Ende Februar 1918 von Otto Liman von Sanders befehligt wurde.⁵⁶⁹ In der so genannten „Dritten Schlacht von Gaza“ drängten die Briten die Türken dann letztlich aus ihren Stellungen und zogen am 9. Dezember 1917 in Jerusalem ein.⁵⁷⁰

Range war von 1915 bis Ende 1918 als Kriegsgeologe für die deutsch-türkischen Verbände auf dem Sinai und in der palästinensischen Küstenebene tätig, wobei er „an der zweiten Suezkanalexpedition, der dritten Schlacht bei Gaza und den Rückzugsgefechten in Palästina und Syrien“ teilnahm.⁵⁷¹ Aufbauend auf seinen Arbeiten in Deutsch-Südwestafrika, widmete sich Range in erster Linie der „Wassererschließung für die Truppen“.⁵⁷² Da die türkische Armee im Frühjahr 1915 bei ihrem Vorstoß aus dem Raum Jerusalem-Beerseba in die Sinaiwüste wegen der Trinkwasserversorgung in arge Schwierigkeiten geraten war, befasste sich Range in der zweiten Hälfte des Jahres eingehend mit der Lösung des Problems.⁵⁷³ So wurden im Zuge der Vorbereitungen zum zweiten türkisch-deutschen Vorstoß auf den Suezkanal im März 1916 in der Etappe, in den Grenzgebieten bei Gaza, Auja al-Hafir und Bir Seba sowie in der Wüste umfangreiche Vorkehrungen zur Sicherstellung der Wasserversorgung getroffen:

„Unter der sachkundigen Leitung (...) des Regierungsbaumeisters Hauptmann Dr. Range wurden die vorhandenen Brunnen gereinigt und vertieft und zahlreiche neue Brunnen gegraben und gebohrt. Auf die Brunnen wurden Pumpen gesetzt, an den ergiebigeren Wasserstellen mit Motorbetrieb. Große Wasserbassins und Trankanlagen wurden gebaut, an verschiedenen Stellen wurden mächtige Talsperren angelegt. Von Kuseime wurde mit ungeheuren Schwierigkeiten eine 30 km lange Wasserleitung in die Wüste hineingelegt.“⁵⁷⁴

567 Vgl. Häusler, Arbeiten (2021), S. 28.

568 Zum osmanischen Kriegsschauplatz allgemein vgl. Stevenson, Weltkrieg (2010), S. 156; Groß, Kriegsschauplatz (2009), S. 51–57.

569 Häusler, Arbeiten (2021), S. 30.

570 Vgl. Stevenson, Weltkrieg (2010), S. 404 f.

571 Dammer, Nachruf Range (1953), S. XXIV.

572 Ebd., S. XXVII.

573 Vgl. Häusler, Arbeiten (2021), S. 32; Range, Wassererschließungsarbeiten (1921), S. 93.

574 Kress von Kressenstein, Überblick (1921), S. 20. Range leitete die Arbeiten im Operationsgebiet, wobei ihm ein etwa 600 Mann starkes „türkisches Arbeiterbataillon“ und zehn

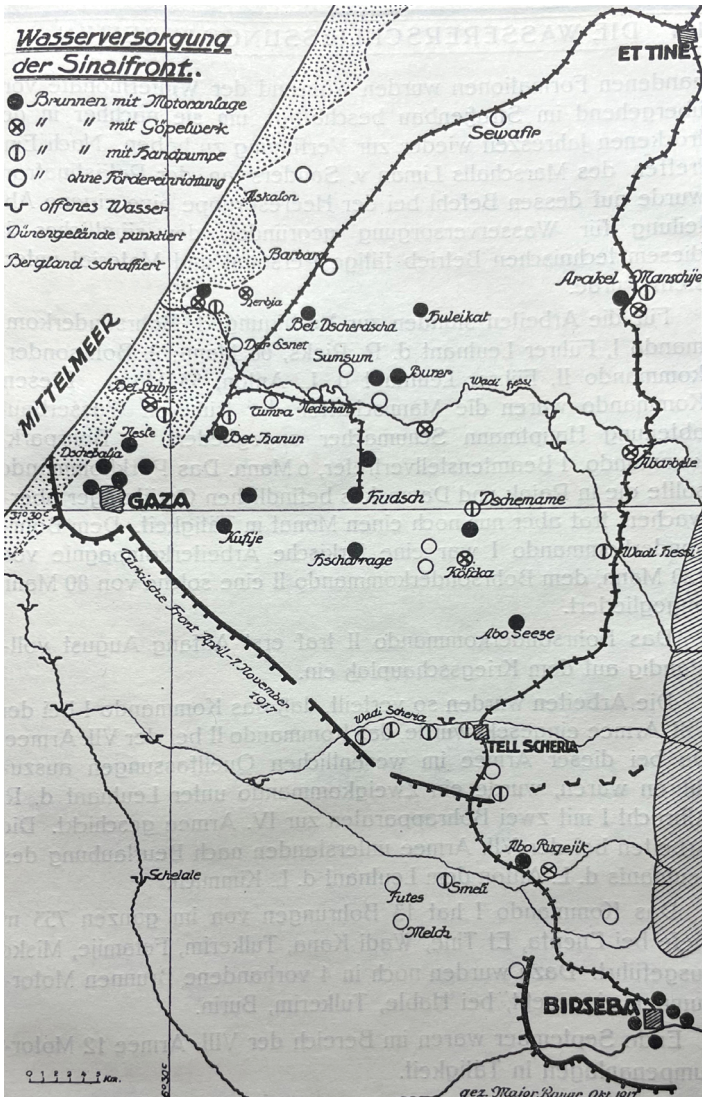


Abb. 11: Karte des Geologen Major Paul Range zur Wasserversorgung der Sinai-Front, 1917.⁵⁷⁵

deutsche Kriessfreiwillige zur Verfügung standen. Range, Wassererschließungsarbeiten (1921), S. 94.

575 Aus: Range, Wassererschließungsarbeiten (1921), S. 103.

Bei seinen Arbeiten stützte sich Range auch auf das von der deutschen Heeresverwaltung im Osmanischen Reich zwischen 1916 und 1918 eingerichtete meteorologische Beobachtungsnetz, „dessen zahlreiche Stationen in dem weitem Gebiete tägliche Wetterbeobachtungen anstellten“.⁵⁷⁶ Er selbst beschäftigte sich mit den Niederschlagsmengen an der Palästinafront (Samach, Dschenin, Afula, Nazareth, Haifa), welche die lehmigen Ebenen vor allem im Winter vollkommen unpassierbar machten, „so dass jede Truppenverschiebung stockte“ und das Hauptquartier in Nazareth wiederholt „von jeder Verbindung abgeschnitten war“.⁵⁷⁷ Im Vordergrund seiner Arbeiten standen jedoch die „Nutzbarmachung der Niederschläge in Zisternen“, die Untersuchung der „Schüttungsmengen von Quellen“ und hygienische Aspekte bei der Gewinnung des Regenwassers.⁵⁷⁸ Der Wert seiner hydrogeologischen Arbeiten bestand darin, dass Range den Militärs nicht nur die Bedeutung der Grundwasserkenntnisse für die Kriegsführung deutlich machte, sondern auch Richtwerte für den täglichen Wasserverbrauch von Mensch, Tier und Maschine in Wüstenregionen aufstellte und die Militärführung somit in die Lage versetzte, den gesamten Wasserbedarf der Verbände zu errechnen und somit planbar zu machen.⁵⁷⁹

Für die Planer im Generalstab mindestens ebenso interessant war der bereits im September 1914 vom PGLA-Landesgeologen Wilhelm Wolff vorgelegte Bericht über die Bodenbeschaffenheit des Kanals zwischen Calais und Dover. Ausgehend vom Relief des Meeresbodens befasste sich Wolff mit der Frage, ob sich die Bänke im Kanal „für die Fundierung von Betonbauten“ eigneten und dies die Strömungs-, Boden- und Gezeitenbedingungen zuließen.⁵⁸⁰ Wolff, ein begeisterter Segler und Fachmann für norddeutsche Geologie⁵⁸¹, stützte sich bei seiner Untersuchung auf französische und englische Seekarten und Literatur. Darüber hinaus erhielt er Zugang zur deutschen Admiralitätskarte, was die Vermutung nahelegt, dass seine Arbeiten auf Veranlassung der Kaiserlichen Marine erfolgten. Aus dem Bericht geht nicht hervor, in welchem Zusammenhang das Gutachten Wolffs stand. Möglicherweise ging es dabei aber um militärisch relevante Zukunftsplanungen, etwa den Bau von Hafen-, Bunker- und Befestigungsbauten oder Installationen zur Behinderung der Seefahrt. Wolff jedenfalls kam zu dem Ergebnis, dass sich auf dem Rücken der von ihm untersuchten Meeresbänke „so mächtige Sand- und Geröllmassen“ befanden, „dass schwere Betonkörper der Gefahr der Unterspülung und Senkung ausgesetzt“ waren, wenn man sie nicht hinreichend tief im Boden einließ. Dagegen stellte der tiefere Meeresboden abseits der Bänke nach seiner

576 Range, Beobachtungen (1922), S. 31. Zur Anwendung der Meteorologie für die Zwecke der Kriegsführung vgl. Willig, Wetterberatung (2023), S. 216–218.

577 Range, Beobachtungen (1922), S. 34.

578 Ebd., S. 38 f. Zu den Arbeiten Ranges vgl. Range, Wassererschließungsarbeiten (1921), S. 94–105.

579 Vgl. Häusler, Arbeiten (2021), S. 35; Range, Beiträge (1919), S. 169 f., 176.

580 Bericht von Wilhelm Wolff „über die Bodenbeschaffenheit des Kanals zwischen Calais und Dover“, 30.9.1914, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 557, unp.

581 Heck, Nachruf Wolff (1952), S. XLI, XLVI.

Auffassung „durchweg gesunden Baugrund“ dar, da er genügend Tragkraft besaß.⁵⁸² Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der Bericht Wolffs von 1914 im Juni 1940 wieder aus der Schublade geholt und einem neuen Vorgang beigelegt wurde, also genau zu dem Zeitpunkt, als die Vorbereitungen der deutschen Wehrmacht für das Unternehmen „Seelöwe“ – die deutschen Planungen für eine Landung in England – ihren Höhepunkt erreichten.⁵⁸³

Auch Erich Harbort richtete seinen Blick auf die britische Insel. Trotz seiner eingangs erwähnten kriegswichtigen Arbeiten an der PGLA (Ölschiefergewinnung) hatte man den Berliner Bezirksgeologen 1916 zur Politischen Abteilung des stellvertretenden Generalstabes versetzt, wo er bis Kriegsende mit brisanten Aufgaben beschäftigt war.⁵⁸⁴ Wie aus seinem Nachruf hervor geht, führten ihn in dieser Funktion „besondere Aufträge (...) auf Flugzeugen über weite Strecken der Kampfgebiete“, wobei sich seine Untersuchungen auch „auf weit jenseits der Front liegende Ziele richteten“.⁵⁸⁵

Diese sibyllinischen Ausführungen lassen die Vermutung zu, dass Harbort an vertraulichen, ja geheimen Unternehmungen beteiligt war. Und tatsächlich richtete er zumindest einen Teil seiner Berichte und Denkschriften an keinen Geringeren als Hauptmann Hans Marguerre.⁵⁸⁶ Dieser war seit etwa Januar 1916 Mitarbeiter in der von Hauptmann Rudolf Nadolny geleiteten „Sektion Politik Berlin des Generalstabes“. Letztere war ursprünglich eine von vier Sektionen der so genannten Abteilung III b, welche als Nachrichtenabteilung des Generalstabs fungierte und „alle Unternehmungen im Ausland“ betreute. Im Verlauf des Jahres 1915 war die Sektion Politik aus der Abteilung III b

582 Bericht von Wilhelm Wolff „über die Bodenbeschaffenheit des Kanals zwischen Calais und Dover“, 30.9.1914, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 557, unpubl.

583 So findet sich auf dem Bericht Wolffs, der den alleinigen Inhalt der Akte bildet, der handschriftliche Vermerk „Aus dem Aktenheft XVIII B 1 ausgeheftet. Fiedler 7.6.40“. Ebd. Bei „Fiedler“ handelte es sich vermutlich um den Kartographen und Archivverwalter der PGLA, Robert Fiedler. Zu den deutschen Planungen des Unternehmens „Seelöwe“ vgl. Maier/Umbreit, *Strategie* (1979), S. 368–374.

584 Die OHL gliederte sich während des Krieges in die „jetzt mobilen Generalstabsabteilungen: die Zentralabteilung, die Operationsabteilung, die Nachrichtenabteilung (seit Mai 1917: Abteilung Fremde Heere), die Politische Abteilung (seit Februar 1916: Militärpolitische Abteilung) sowie die Sektion III b (seit Juni 1915: Abteilung III b)“. Aufgabe der Politischen/Militärpolitischen Abteilung war die Beobachtung der Militärpolitik der Verbündeten, Neutralen und Feindstaaten. Darüber hinaus bearbeitete sie Völkerrechtsfragen und bezieht die Militärattachés. Epkenhans (Hg.), *Geheimdienst* (2019), S. 21–23. Als der Große Generalstab bei der Mobilmachung 1914 in den Generalstab des Feldheeres überging, wurde der Stellvertretende Generalstab als dessen Berliner Dienststelle geschaffen, der für das Nachrichtenwesen und die Überwachung der Spionagetätigkeit verantwortlich war. Vgl. Geißler, *Waffen* (1999), S. 57 (Anm. 3).

585 Mestwerdt, *Nachruf Harbort* (1930), S. LXXII.

586 Vgl. Streng geheimer Bericht des Bezirksgeologen Erich Harbort an den Stellvertretenden Chef des Generalstabes z.Hd. Hauptmann Marguerre über die wirtschaftliche und strategische Bedeutung der russischen Erdölindustrie, über die Aussichten und Möglichkeiten ihrer Zerstörung, 18.4.1916, BGR-Archiv Hannover, Nr. 65825, unpubl. Zu Marguerre, im Zweiten Weltkrieg offenbar auch Mitglied der berichtigten Arbeitsgemeinschaft „Blitzableiter“ (Biologische Kriegsführung), vgl. Geißler, *Waffen* (1999) S. 367 f.

des Stellvertretenden Generalstabs herausgelöst und in eine in Berlin stationierte Stelle des Generalstabs des Heeres umgewandelt worden.⁵⁸⁷ Die Aufgaben dieser neuen „Sektion Politik“ erstreckten sich vordergründig auf die Prüfung politischer Nachrichten und ihre Weiterleitung an das Hauptquartier sowie die Aufrechterhaltung der Verbindung zum Auswärtigen Amt und sonstigen militärischen Stellen. Nur wenige indes wussten, dass Nadolny und Marguerre auch für die Organisation und Durchführung spezieller Unternehmungen im Ausland verantwortlich waren, wozu auch Sabotageakte und Anschläge gegen kritische Infrastrukturen und kriegswichtige Einrichtungen in jenen Ländern gehörten, die sich mit Deutschland im Krieg befanden.⁵⁸⁸

Im September 1915 hatten die Deutschen bei Cambrai und im belgischen Arlon französische Piloten gefangen genommen, die durch ihr Verhalten (Verbrennung ihrer Flugzeuge, Mitführen von Brieftauben) in der Abteilung III b den Verdacht aufkommen ließen, „dass die Franzosen, selbst unter Preisgabe der Flugzeuge, Personen behufs Spionage oder Bahnzerstörungen“ hinter der deutschen Front abzusetzen versuchten.⁵⁸⁹ Ob dies beim deutschen militärischen Geheimdienst zu der Erkenntnis führte, nunmehr auch selbst solche Aktionen durchzuführen, ist unklar. Zumindest ließen es ihm die „Forderungen des ‚totalen Krieges‘“ geboten erscheinen, „die Kampfmittel im Angriff und in der Verteidigung“ zu verstärken. Dazu gehörte nach Ansicht der Abteilung III b nicht nur eine „erhöhte Heranziehung der industriellen Erzeugung unter Ausnutzung aller Möglichkeiten, welche durch die technischen, chemischen, physikalischen und anderen Wissenschaften in der Heimat geboten wurden“⁵⁹⁰, sondern auch der gezielte Einsatz im Ausland. Allerdings fehlte es auf deutscher Seite an „sesshafte[n] Agent[en] in den feindlichen Industriezentren“, ebenso an einer zentralen Instanz, die in der Lage war, dem Nachrichtendienst „Ziele zu setzen“ und der Spionagetätigkeit „Richtung und Wege“ zu weisen. Folglich kam es im Januar 1916 innerhalb der Abteilung III b zu einer „Konzentration der westlichen Agententätigkeit“.⁵⁹¹ Da die OHL „an den Zuständen in den feindlichen Ländern interessiert“ war, sollten aber auch die darüber in Deutschland vorhandenen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Informationen abgeschöpft werden.⁵⁹²

Ob Harbort vor diesem Hintergrund als Vertrauensmann in den stellvertretenden Generalstab gerufen wurde ist unklar. Aber möglicherweise war er den Geheimdienstoffizieren in der Abteilung III b dadurch aufgefallen, dass

587 Geißler, *Waffen* (1999), S. 57. Chef des Nachrichtendienstes der OHL (Abteilung III b) während des Ersten Weltkrieges war Oberst Walter Nicolai. Vgl. Epkenhans u.a. (Hg.), *Geheimdienst*, passim; Pöhlmann, *Intelligence* (2005), S. 37–39.

588 Vgl. Geißler, *Waffen* (1999), S. 58. Vgl. auch Bericht von Generalmajor z.V. Friedrich Gempp: *Geheimer Nachrichtendienst und Spionageabwehr des Heeres* (Bd. 5), BArch-MA Freiburg, RW 5, Nr. 44, Bl. 28 und (Bd. 7), ebd., Nr. 47, Bl. 32, 205.

589 Ebd., Bl. 23.

590 Ebd., Bl. 35.

591 Ebd., Bl. 36.

592 Ebd., Bl. 41.

er den Chefs des Feldflugzeugwesens und des Admiralstabes im Januar 1916 proaktiv, also ohne vorher ergangene Aufforderung eine „Anregung zur Zerstörung der schottischen [Öl-]Schieferindustrie“ hatte zukommen lassen.⁵⁹³ Wie Harbort darin ausführte, hatte sich ihm beim Literaturstudium der Gedanke aufgedrängt, „dass diese für das Wirtschaftsleben Groß-Britanniens und für die Versorgung der englischen Kriegsflotte gleich wichtige Industrie durch ein erfolgreiches Bombardement vom Luftschiff aus verhältnismäßig leicht“ zerstört werden könne.⁵⁹⁴ Nach seiner Ansicht war es wegen der strategischen und wirtschaftlichen Bedeutung dieses Industriezweigs wichtig, ihn in Trümmer zu legen, wobei er es sich nicht nehmen ließ, „die Möglichkeiten und Aussichten eines solchen Unternehmens“ zu skizzieren.⁵⁹⁵ Zunächst gab Harbort einen Überblick über die in britischer Hand befindlichen Erdölvorkommen. Zwar besitze das Empire im Ausland (z.B. Persien) einige wenig produktive Erdölquellen, die jedoch durch den türkischen Vormarsch bedroht seien. Folglich wäre Großbritannien hinsichtlich der Zufuhr von Mineralölprodukten vollständig vom Ausland abhängig, wenn es nicht die schottische Ölschieferindustrie besäße. „Wenn aber“, so Harbort, „diese Industrie vernichtet werden könnte und im Übrigen die Zufuhr amerikanischer Erdölprodukte durch den Unterseebootskrieg unterbunden oder doch wesentlich vermindert und gefährdet würde, so würde ein großer Teil der englischen Kriegs- und Handelsflotte, soweit deren Schiffe auf Heizöle für Kesselfeuerung, auf Treiböle für Dieselmotoren und Explosionsmotoren angewiesen“ seien, lahmgelegt werden.

Wie Harbort zu berichten wusste, produzierte die um Edinburgh konzentrierte schottische Ölschieferindustrie jährlich etwa 300.000 Tonnen Rohöl, also mehr als das Doppelte der gesamten Erdölproduktion Deutschlands. Durch die heimischen Vorkommen war man auf der Insel in der Lage, zwanzig Prozent des eigenen Öl-Friedensbedarfs zu decken. Dem standen um 1909 etwa

-
- 593 Geheimes und versiegeltes Einschreiben Beyschlags an den Chef des Feldflugzeugwesens (Großes Hauptquartier), den Chef des Admiralstabes der Kaiserlichen Marine (Berlin) und an Oberstleutnant Freiherrn von Gemmingen (Hannover), 28.1.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 176, unpag. Der handschriftliche Entwurf des Berichtes Harborts betr. „Zerstörung der schottischen Schieferölfabriken durch Luftschiffangriffe“ vom 10.1.1916 findet sich ebd., unpag. Eine Schreibmaschinenfassung desselben findet sich in BGR-Archiv Hannover, Nr. 49185, unpag.
- 594 Ebd. Zur Erinnerung: Harbort war neben Beyschlag und Böhm mit der Mineralölgewinnung aus schwelfähigen, bituminösen Schiefen befasst, in deren Ergebnis die Anlage von Schandelah entstand. Vgl. dazu Kapitel 2.1. In diesem Zusammenhang befasste sich Harbort offenbar auch mit der britischen Ölschieferindustrie. So hatten Beyschlag, Böhm und Harbort beispielsweise auch in ihrer ‚Bitumen-Denkschrift‘ auf die Entwicklung der schottischen Ölschieferindustrie verwiesen. Beyschlag, Franz, Böhm, Arthur, u. Harbort, Erich: Über die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Versorgung des Deutschen Reiches mit Mineralölen aus inländischen bituminösen Gesteinen. Denkschrift der Königl. Preuß. Geologischen Landesanstalt, Dezember 1915, S. 15–17, BGR-Archiv Hannover, Nr. 1946 B 193, unpag. Vgl. auch Beyschlag, Entwicklung (1919), S. 192, 195–197.
- 595 Dazu und im Folgenden Abschrift des Berichtes von Erich Harbort betr. Zerstörung der schottischen Schieferöl-Fabriken durch Luftschiffangriffe, 10.1.1916, BGR-Archiv Hannover, Nr. 49185, unpag.

1,4 Millionen Tonnen Mineralölprodukte gegenüber, die Großbritannien zu etwa 75 Prozent aus den USA und zu etwa 25 Prozent aus Russland, Rumänien, Galizien und anderen Ländern importierte. Durch den Krieg kamen Lieferungen aus Galizien und Rumänien jedoch nicht mehr in Frage. Harbort gab nicht nur Auskunft über die Struktur der Ölindustrie, ihre Produktions- und Mitarbeiterzahlen, die Standorte der Gruben, Raffinerien und Retorten, sondern benannte auch die für Luftangriffe geeigneten sensiblen, technisch wichtigen Bereiche: „Eine zwischen die Retortenbatterien fallende Bombe würde unter Umständen die ganze Ofenanlage zur Explosion bringen, da sich die Explosion von Retorte zu Retorte, von Batterie zu Batterie von selbst fortpflanzen dürfte. Die umherfliegenden brennenden Schiefermassen und die explodierenden Ofengase würden notwendigerweise Brände in den übrigen Teilen der Ölfabriken und in den Tankanlagen verursachen“. Ein Wiederaufbau der komplizierten Anlagen, so Harbort, würde sich über Monate hinziehen, was den strategischen und wirtschaftlichen Wert ihrer Zerstörung unterstreiche.

Zur Veranschaulichung der Verhältnisse fügte Harbort auf Veranlassung Beyschlags eine von der PGLA eigens entworfene Karte bei, um den Luftschiffern die Auffindung der Schieferölfabriken zu erleichtern. Dabei beließ es der Geologe jedoch nicht, denn er riet zudem zur Zerstörung kritischer Infrastrukturen: „Als vorzügliches Ansteuerungsmittel kommt wohl in erster Linie die berühmte Firth of Forth Bridge in Frage, ein Meisterwerk der Ingenieurtechnik. Eine Zerstörung dieser Brücke würde von erheblicher Bedeutung sein, da über sie hinweg die wichtigsten Eisenbahnlinien nach dem nördlichen Schottland verlaufen.“ Darüber hinaus verwies Harbort auf Bahn- und Hafenanlagen und gab an, dass die „auf einen Haufen zusammengedrängt“ liegenden Ölfabriken- und schiefergruben leicht durch ihre charakteristischen rauchenden Haldenberge und Schlotte auszumachen seien. Harbort erklärte sich schließlich nicht nur bereit, die „Fahrt als sachverständiger Beobachter“ mitzumachen, sondern steigerte sich in einen regelrechten Zerstörungsrausch hinein, der unvermeidlich auch auf die Zivilbevölkerung abzielte. So hielt er abschließend fest:

„Die strategisch wichtigen Punkte in der Stadt Edinburgh selbst wurden ebenfalls in der Karte hervorgehoben. Abgesehen von Gas- und Elektrizitätswerk kommt in erster Linie das alte historische Castle in Frage, dessen Bauten zum Teil in das 15. Jahrhundert zurückdatierten; es liegt auf einer Basaltkuppe und dient heute als Kaserne für zwei schottische Regimenter und als Militärmagazin. Auch ist es mit einigen Geschützen armiert und enthält das Zeughaus. Am Nordfuß des Castle verläuft in einem tief eingeschnittenen Tal ein Bündel von Schienensträngen, in dem sich sämtliche Hauptbahnen Schottlands vereinigen. Die Zerstörung des Waverley Bahnhofs würde unabsehbare Verkehrsstockungen hervorrufen. Unmittelbar am Hauptbahnhof liegen die Staatsbanken, das Parlament, die Banken von Schottland und die Royal Bank, die Hauptpost, das Staatsarchiv sowie die alte Gasanstalt. Die Brücke östlich vom Bahnhof wird

allerdings von der Nationalgalerie und dem Royal Institution (Sculpture Gallery) gekrönt. Nicht unbedeutende Docks und strategisch wichtige Hafenanlagen finden sich im nördlichen Vorort Leith. Die Frage, ob mit dieser Expedition eine Beschießung der größten chemischen Fabrik Englands (Rollox Chemical Works), die wahrscheinlich heute vorwiegend für Munitionserzeugung arbeitet, der Stahlwerke, Schiffswerften und Docks in Glasgow zweckmäßig verbunden werden könnte, mag hier nur angedeutet sein.⁵⁹⁶

Während der Chef des Feldflugwesens auffallend schmallippig auf Harborts Überlegungen reagierte, zeigte sich Oberstleutnant Max von Gemmingen-Guttenberg, der sich durch die Bombardierung Calais vom Luftschiff aus einen Namen gemacht hatte, von ihrer Machbarkeit überzeugt.⁵⁹⁷ Auch die Marine schien angetan zu sein, denn der Admiralstab bat Harbort, in einer Karte „diejenigen in seinem Bericht erwähnten Anlagen“ zu vermerken, „die als lohnendste, größte und daher wichtigste Angriffsziele besonders in Betracht“ kamen.⁵⁹⁸ Tatsächlich kam es in den folgenden Monaten zu „Luftangriffen auf England“, wobei neben Heeres-Zeppelin auch verschiedene Marineluftschiffe zum Einsatz gelangten, „um Schottland anzugreifen“, wobei es auch Edinburgh traf.⁵⁹⁹

Bereits drei Monate später richtete Harbort seine Gutachten nun direkt an den für Sabotageaktionen hinter der Front verantwortlichen Geheimdienstmann Marguerre. Anders als noch im Januar 1916 handelte es sich nun aber um eine Auftragsarbeit, denn Harbort verwies in seinem Bericht darauf, dass er für dessen Erstellung und die Materialbeschaffung nur acht Tage Zeit gehabt habe. Allein der hinter dem Gutachten stehende Zeitdruck deutet an, dass es sich um wichtige Probleme handelte. Und tatsächlich widmete sich Harbort in seiner streng geheimen Untersuchung der Frage, welche wirtschaftliche und

596 Ebd.

597 Der Chef des Feldflugwesens sprach der PGLA für die Übersendung des Berichts lediglich seinen „verbindlichsten Dank“ aus. Chef des Feldflugwesens (Großes Hauptquartier) an PGLA, 6.2.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 176, unpag. Auf die positive Reaktion von Gemmingens hatte Harbort in seinem Bericht verwiesen. Zu Gemmingens Anteil an der Bombardierung von Calais und der dabei erfolgten Erprobung eines am Luftschiff befestigten speziellen Spähkorbes zur Bombardierung vgl. Lehmann, Luftpatrouille (2018), S. 45, 65–74.

598 ‚Ganz geheimes‘ Schreiben des Chefs des Admiralstabs der Marine (Berlin) an PGLA, 19.2.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 176, unpag. Wie aus der Antwort der PGLA hervorgeht, hatte Harbort in der Karte „die größten Ölschieferwerke Schottlands der Reihe [und ihrer Bedeutung] nach mit Rot, Blau, Grün und Gelb gekennzeichnet“. Harbort und Beyschlag an Chef des Admiralstabs der Marine Admiral Hennig von Holtzendorf (Berlin), 28.2.1916, ebd., unpag.

599 Lehmann, Luftpatrouille (2018), S. 120 f.; Harkins, Zeppelin Raid (2019); Zeppelin Air Raid on Edinburgh 1916 (National Records of Scotland), in: <https://www.nrscotland.gov.uk/research/learning/first-world-war/zeppelin-air-raid-on-edinburgh-1916>, eingesehen am 7.7.2023).

strategische Bedeutung der russischen Erdölindustrie zukomme und welche „Aussichten und Möglichkeiten ihrer Zerstörung“ bestünden.⁶⁰⁰

Auch in diesem Fall legte der Geologe zunächst eine umfassende Übersicht über die wirtschaftliche Bedeutung und den Zustand der russischen Erdölindustrie vor, die mit etwa 20 Prozent der gesamten Weltproduktion nach den USA (64 Prozent) an zweiter Stelle stand. Die Hotspots der russischen Ölproduktion bildeten die Reviere von Baku und Grosny, auf die zu diesem Zeitpunkt 95 Prozent der Förderung entfielen, während die übrigen Bezirke (Tscheleken, Emba, Maikop und Ferghana) nur etwa fünf Prozent der russischen Gesamtproduktion lieferten. Mit zehn Prozent verließ nur ein geringer Teil der russischen Erdölproduktion das Land, denn 90 Prozent wurden für den Eigenbedarf produziert. Während auf Benzine und Leichtöle etwa 10 bis 15 Prozent entfielen, wurden 25 bis 35 Prozent für Leuchtöle und 55 bis 65 Prozent für Heizmaterial (Masut) verwendet. Letzteres spielte vor allem als Feuerung in der russischen Staatsbahn, der Ostseeflotte und für die Flussschifffahrt eine zentrale Rolle, insbesondere nachdem Deutschland den Russen das polnische Kohlengebiet entrissen hatte und letzteren nur noch die Kohle des Donezker Reviers geblieben war. Daraus schloss Harbort, dass eine Behinderung der Masut-Zufuhr fatale Folgen für die russische Kriegsführung habe. Um dies zu erreichen, kamen nach seiner Ansicht entweder Luftschiffangriffe oder Zerstörungen „durch Brandstiftung“ in Frage. Der erste Weg erschien ihm technisch wirkungsvoller, „da eine ausgiebige Bewerfung mit Spreng- und Brandbomben den ganzen Bakuer Distrikt bald in ein großes Flammenmeer verwandeln würde, den keine Macht der Erde zu löschen imstande“ sei. Ein derartiges Unternehmen scheide aber wegen der dabei notwendiger Weise zu überwindenden Entfernungen aus. Für die Zerstörung der Erdölbetriebe komme folglich nur die zweite Möglichkeit in Betracht, wobei Harbort hoffte, auf die „unter dem russischen Despotismus geknechteten, unzufriedenen Elemente der einheimischen Stämme“ zurückgreifen zu können. Neben der gezielten „Aufwiegelung der kaukasischen Stämme“ gab Harbort schließlich auch „Wege und Ziele der Zerstörung“ vor, um die nachhaltige Schädigung der russischen Erdölindustrie sicherzustellen.⁶⁰¹

Diese Taktik sah Harbort auch für Rumänien vor, über das er im August 1916 ein ähnliches Gutachten erstellte.⁶⁰² Bukarest hatte sich zwar 1883

600 Vgl. Streng geheimer Bericht des Bezirksgeologen Erich Harbort an den Stellvertretenden Chef des Generalstabes z.Hd. Hauptmann Marguerre über die wirtschaftliche und strategische Bedeutung der russischen Erdölindustrie, über die Aussichten und Möglichkeiten ihrer Zerstörung, 18.4.1916, BGR-Archiv Hannover, Nr. 65825, unpag.

601 Dazu zählten die „Vernichtung einer möglichst großen Anzahl in Förderung stehender Bohrlöcher“, die Vernichtung der Erdölvorräte, Förder- und Transportanlagen sowie „möglichst zahlreicher Raffinerien und Destillationsanlagen“. Ebd.

602 Streng geheimer Bericht von Erich Harbort an den stellvertretenden Generalstab (Sektion für Politik Berlin) über die wirtschaftliche und strategische Bedeutung der rumänischen Erdölindustrie und die Möglichkeiten ihrer Zerstörung im Falle eines Krieges der Zentralmächte mit Rumänien, 14.8.1916, BGR-Archiv Hannover, Nr. 49349, unpag. Zur Bedeutung

mit Deutschland und Österreich-Ungarn verbündet, war aber 1914 zunächst neutral geblieben. Gleichwohl zeichnete sich aus geostrategischen und wirtschaftlichen Gründen zunehmend ein Umschwenken Rumäniens auf die Seite der Alliierten ab. Im August 1916 schließlich hatte die rumänische Regierung dem Druck der Entente nachgegeben, sich vertraglich an sie gebunden und Österreich-Ungarn den Krieg erklärt, was von deutscher Seite mit einer Kriegserklärung quittiert wurde.⁶⁰³

In Berlin hatte man schon seit längerem mit dem Umschwenken Rumäniens gerechnet, weswegen Harbort von der „Sektion Politik“ des Generalstabes vermutlich beauftragt wurde, für dieses Szenario wirksame Sabotagemöglichkeiten auszuloten. Auch in diesem Fall liefen seine Überlegungen darauf hinaus, „den Rumänen im Kriegsfall durch (...) überlegene Technik so viel als möglich zu schaden“. Auch in diesem Fall schlug er Bombardements vom Luftschiff aus vor und erbot sich, selbige als „sachverständiger Beobachter“ zu begleiten. Wie er am Ende seines Berichts erwähnte, beabsichtigte er, sich ebenfalls mit der Braunkohlenversorgung (Heizungsmaterial), mit der möglichen „Zerstörung der Wasserversorgung der Festung Bukarest, sowie der staatlichen Steinsalz- und Erzgruben“ zu befassen.⁶⁰⁴ Ob die brutalen Planspiele Harborts tatsächlich realisiert wurden ist unklar, zumal die Akten der „Sektion Politik“ von Marguerre und seinen Mitstreitern sofort nach dem Ausbruch der Revolution 1918 verbrannt wurden.⁶⁰⁵ Dass solche Operationen durchgeführt wurden, sich Harborts Überlegungen also an durchaus realen Vorgängen messen lassen mussten, steht aber außer Zweifel. So finden sich verschiedene Belege dafür, dass deutsche Luftschiffe britische Städte (z.B. Edinburgh) angriffen und der deutsche Nachrichtendienst Anschläge gegen Eisenbahnen, militärische Anlagen und Munitionsfabriken, ja sogar die „Verseuchung von Militärpferden“ in Rumänien plante und vorbereitete.⁶⁰⁶ Als Rumänien den Mittelmächten den Krieg erklärte, wurden die Petroleumraffinerien von Giurgiu „von der k.u.k. Donauflottille in Brand geschossen“.⁶⁰⁷

Rumäniens als möglicher Rohstofflieferant für die Mittelmächte und ihre Verbündeten vgl. Berg, Bergbau (1917), S. 103–113.

603 Vgl. Geißler, Waffen (1999), S. 63 (Anm. 5). Allerdings gelang es den Mittelmächten bis Ende des Jahre 1916 die rumänische Armee zu schlagen und fast ganz Rumänien zu erobern. Vgl. Epkenhans, Geheimdienst (2019), S. 275 (Anm. 38).

604 Streng geheimer Bericht von Erich Harbort an den stellvertretenden Generalstab (Sektion für Politik Berlin) über die wirtschaftliche und strategische Bedeutung der rumänischen Erdölindustrie und die Möglichkeiten ihrer Zerstörung im Falle eines Krieges der Zentralmächte mit Rumänien, 14.8.1916, BGR-Archiv Hannover, Nr. 49349, unpubl. Vgl. etwa Harbort, Bodenschätze (1918), S. 1156–1160. Vgl. auch Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 106 f.

605 Vgl. Geißler, Waffen (1999), S. 58–60.

606 Für Rumänien vgl. ebd., S. 61–65. Für Luftschiffangriffe auf England vgl. Lehmann, Luftpatrouille (2018), S. 58–71; Lieser, Bombardements (2013), S. 42–68. Für Edinburgh vgl. Harkins, Zeppelin Raid (2019); Zeppelin Air Raid on Edinburgh 1916 (National Records of Scotland), in: <https://www.nrscotland.gov.uk/research/learning/first-world-war/zeppelin-air-raid-on-edinburgh-1916>, eingesehen am 7.7.2023).

607 Lehmann, Luftpatrouille (2018), S. 213 f.

Darüber hinaus fielen deutsche Luftschiffe u. a. über Ploiești her, wo es besonders den Bahnhof traf.⁶⁰⁸ In seinem Bericht an den militärischen Geheimdienst hatte Harbort kurz zuvor gefordert, die Tankanlagen von Giurgiu „vom rechten Ufer der Donau [aus] durch Geschützfeuer“ zu zerstören und zudem deutlich gemacht, dass sich am Hauptbahnhof in Ploiești „die Zentrale der rumänischen Petroleumindustrie“ befand.⁶⁰⁹

Was bleibt festzuhalten? Trotz frühzeitiger Mahnungen, die auf die hohe strategische und topographische Bedeutung geologischer Beratung für das Militär verwiesen, wurde ihre Bedeutung von der militärischen Führung Deutschlands und Österreich-Ungarns lange Zeit vernachlässigt. Erst die zermürbenden Stellungskämpfe des Grabenkrieges öffneten den verantwortlichen Militärs die Augen dafür, wie sehr Manövrier- und Lebensmöglichkeit der Truppen von der Kenntnis der Bodenbeschaffenheit abhingen. So kam es 1916 zur Einrichtung so genannter „Geologenstäbe“ innerhalb des Kriegsvermessungswesens. Der Krieg bedingte also nicht nur das Entstehen einer neuen militärischen Formation, sondern mit der Kriegsgeologie gleichzeitig auch eine neue Subdisziplin der Ingenieurgeologie. Darüber hinaus spielten die Geologischen Landesanstalten neben den Hochschulen und Bergämtern als beratende und sammelnde Stellen eine wichtige Rolle. Ihre spezifischen Kenntnisse führten die Geologen bis an die vorderste Front, wodurch Schützengräben und Etappe zu Gegenständen wissenschaftlicher Forschung wurden. Durch ihr unmittelbares Agieren in Frontnähe waren die Geologen direkt in das Kriegsgeschehen eingebunden, was ihre Tätigkeit von der anderer kriegs- und rüstungsrelevanter Wissenschaftler unterschied. So übernahmen geologische Experten schließlich an nahezu allen Fronten wichtige Aufgaben, etwa beim Minierkrieg in Flandern oder bei der Wasserversorgung des osmanischen Heeres auf dem Sinai. Dass im Krieg letztlich ‚alles Front‘ war⁶¹⁰, zeigten die Operationsplanungen des militärischen Geheimdienstes, der sich mit Sabotageakten gegen kritische zivile Infrastrukturen der ‚Feindmächte‘ befasste und sich dabei auch auf geologischen Sachverstand stützte.

608 Vgl. ebd.; „Unsere Luftschiffe haben Bukarest und Erdölanlagen von Ploesti mit gutem Erfolg bombardiert.“ Deutscher Bericht vom 5.9.1916, in: Flugsport (1916), S. 523.

609 Streng geheimer Bericht von Erich Harbort an den stellvertretenden Generalstab (Sektion für Politik Berlin) über die wirtschaftliche und strategische Bedeutung der rumänischen Erdölindustrie und die Möglichkeiten ihrer Zerstörung im Falle eines Krieges der Zentralmächte mit Rumänien, 14.8.1916, BGR-Archiv Hannover, Nr. 49349, unpag. Ob sich hinter der folgenden Formulierung Zynismus verbarg ist unklar, jedenfalls hielt der Geologe Mestwerdt in seinem Nachruf auf Harbort fest, dass dieser seine Aufgaben für den stellvertretenden Generalstab „mit sichtbaren Erfolgen“ gelöst habe. Mestwerdt, Nachruf Harbort (1930), S. LXXII. Zur rumänischen Erdölindustrie im Ersten Weltkrieg, insbesondere nach der Besetzung des Landes durch deutsche Truppen, vgl. Bahr, Erdölindustrie (1942), S. 96–99; Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 107–110; Fischer, Griff (1984), S. 454–464.

610 In Anlehnung an Reichherzer, Front (2012).

2.5 Ressourcenmobilisierung und Regulierung des Mangels – Rohstoffversorgung und Kriegsgesellschaften

Wie Paul Krusch 1921 über die „Kriegsaufgaben“ der PGLA festhielt, sei man zwischen 1914 und 1918 durch die „Teilnahme an den Sitzungen der Kriegsbehörden und Kriegsgesellschaften“ erheblich beansprucht worden.⁶¹¹ Auch die KRA habe man bei der Beschaffung von Erzen zur Munitions- und Waffenherstellung vielfach beraten.⁶¹² Den Hintergrund hierfür bildete die durch die alliierte Blockade hervorgerufene deplorable Rohstoffversorgung. So kam es nach Kriegsbeginn durch den Wegfall der Ausfuhr, systematisches Sparen, den Ersatz von Engpassrohstoffen und die Verwendung von Altmaterialien bei vielen Rohstoffen zu deutlichen Verbrauchsminderungen (siehe Tab. 4).⁶¹³

Da diese Maßnahmen aber bei weitem nicht ausreichten, kam den Geologischen Landesanstalten die wichtige Aufgabe zu, die Leistungsfähigkeit der Lagerstätten (metallische Rohstoffe, nicht metallische Mineralien, nutzbare Gesteine) festzustellen und alle Möglichkeiten zur Steigerung der Produktion auszuloten.⁶¹⁴ Ihre Erkundungen erstreckten sich auf das Inland, neutrale und verbündete Länder sowie auf die besetzten Gebiete.⁶¹⁵ So wurden zahlreiche Denkschriften über die Mineralvorräte und Gewinnungsstätten in okkupierten und Überseegebieten ausgearbeitet.⁶¹⁶

611 Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CXXVI.

612 Beyschlag (PGLA) an Konrad Oebbecke (Mineralogisches Laboratorium und Geologische Sammlung, TH München), 12.7.1915 u. 26.1.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 608, unpag.

613 Vortrag von Paul Krusch „Der Anteil der deutschen Erzlagerstätten an dem Kampf Deutschlands um seine Existenz“ gehalten im Senckenbergianum, 13.10.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 357, unpag. Als Beispiel für Metallspare-Erlasse vgl. 1.-5. Metall-Sparerlass. Regelung des Metallverbrauchs, 10.12.1914, 28.3.1915, 23.6.1915, 4.8.1915 und 12.2.1916, alle in GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 176, unpag.

614 Vgl. Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CXXV, CXXVIII. Stellvertretend dafür steht etwa ein Bericht der PGLA, in dem alle ihr bekannten Kupferlagerstätten Deutschlands, die für die Versorgung mit Erzen im Krieg in Frage kamen, aufgeführt werden. Bei dieser Gelegenheit wurde auch „über die Kupfer- und Kupfererzmarktlage Norwegens“ berichtet, da es als einziges neutrales Land in der Lage war, Deutschland mit größeren Mengen dieses Rohstoffes zu beliefern. Krusch (PGLA) an MHG, 5.6.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 354, unpag. Neben der PGLA beteiligten sich auch andere GLA's an Arbeiten für Staat und Militär. So nahm auch der an der GLA in Freiburg beschäftigte Landesgeologe Hans Thüraich an von der KRA veranlassten Befahrungen teil. Vgl. Bericht PGLA über das Ergebnis der Besichtigung der Nickelerzgrube „Horbach“, 21.10.1915, ebd., unpag.; Bericht PGLA über die Befahrung der Aufschlüsse von Wittenschwand, 15.1.1917, ebd., unpag.

615 Nachdem türkische Truppen in den Süd-Kaukasus vorgerückt waren und größere Gebiete besetzt hatten, legte die PGLA der Regierung umgehend einen Bericht über die dortigen Kupfererzlagerstätten vor, da selbige geeignet schienen, der in Deutschland „herrschenden Kupferknappheit wenigstens zum Teil abzuhelpen“. Bericht Beyschlags (PGLA) an MHG über die kaukasischen Kupfererzlagerstätten und ihre wirtschaftliche Bedeutung, 9.1.1915, ebd., unpag.

616 Beyschlag (PGLA) an Konrad Oebbecke (Mineralogisches Laboratorium und Geologische Sammlung, TH München), 12.7.1915 u. 26.1.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 608, unpag.

Tab. 4: Kräfteverhältnis für verschiedene Mineralrohstoffe zwischen den Mittelmächten und der Entente (mit Neutralen) sowie Maßnahmen der Mittelmächte zur Änderung dieses Verhältnisses während des Ersten Weltkrieges, 1914–1918.⁶¹⁷

*Mittelmächte : Entente u. Neutrale

Rohstoff	Verhältnis Förderung*	Inländische Lagerstätten	Maßnahmen der Mittelmächte nach Kriegsbeginn
Kohle	1 : 3,5	Ruhr- u. Saargebiet, Schlesien, Lausitz	Besetzung der Kohlenbezirke von Belgien, Nordfrankreich und Polen (1917 Verhältnis = 330 Millionen t : 1,2 Milliarden t)
Eisenerze	1 : 3,5	Lothringische Minette, Siegerland, Lahn-Dill- und Peine-Salzgit- ter-Gebiet	1. Steigerung Abbau in Deutsch-Lothringen, 2. Eroberung und Hinzunahme der französischen Minette-Vorkommen (Brie, Crusnes, Longwy). 3. Steigerung im Siegerländer- und Lahn-Dill-Distrikt (nicht möglich), 4. Dagegen Steigerung im Peine-Salzgitter-Gebiet „aufs Äußerste“
Manganerz und Eisen- Mangan- erz	1 : 5	Siegerland, Gießen, Binger- brücker Kalkzug bei Waldalgesheim	Jede Tonne Thomaseisen benötigt 1 % Mangan, das auch bei der Desoxydation gebraucht wurde – Manganerze: 1. Sparmaßnahmen, Verringerung des Manganzusatzes solange dieselben Wirkungen erzielbar waren, 2. Ersatz durch „bis dahin wenig beachtete Verbindungen“, 3. Steigerung der Produktion im Siegerland, bei den Gießener Braunsteinwerken, den Gruben bei Waldalgesheim und bei Verbündeten, 4. Verarbeitung manganreicher Schlacken (tw. Häuser abgerissen, um an Schlacken zu gelangen); Eisen-Manganerze: 1. Fördersteigerung und erhöhter Gebrauch Mn-haltiger Eisenerze, 2. Verarbeitung von Alteisen und eisenreicher, Mn-haltiger Schlacken, 3. Abbau kleinerer Lagerstätten in Deutschland und bei Verbündeten (Ergebnis: Kein Mangel, „Durchhalten nicht schwer“)
Chromerz	1 : 8	Keine Vorkommen	Abbau armer Erze bei Orşova (Rumänien) und Üsküb (Skopje, Serbien), Lieferungen aus Türkei wegen Transportschwierigkeiten gescheitert
Nickel	1 : 27	Frankenstein in Schlesien	1. Sparmaßnahmen (Senkung des Nickelverbrauchs), 2. Austausch durch andere Metalle, 3. Steigerung der Förderung („weitgehende Aufschlussarbeiten“), 4. Förderung von Vorkommen von nickel- und kupferhaltigem Magnetkies bei Sohland an der Spree, 5. Gewinnung von Nickel und Kobalt aus Grubenabwässern (daraus Herstellung eines „Kunsterzes“), 6. Beschlagnahme von Altmetail
Wolfram	1 : 60	Sächsisches Erzgebirge	1. Aufbereitung alter Halden (im kombinierten nasen und magnetischen Verfahren), 2. Abbau alter Erze im erzgebirgischen Zinnndistrikt

617 Nach Krusch, Kampfmittel (1920), S. 393–401; Berg, [Besprechung von] Krusch Kampfmittel (1920), S. 177–178; Vortrag von Paul Krusch „Der Anteil der deutschen Erzlagerstätten

Molybdän	1 : 7	Hammersbach bei Garmisch-Partenkirchen	1. Einfuhr Skandinavien, 2. Abbau Wulfenit (Molybdän-Bleierz) in Bergwerk Höllental in Hammersbach, Mansfelder Kupferschiefersauen (zusammen bis 150 t)
Vanadium	1 : 200	Keine Vorkommen	Vanadidgehalt lothringischer Thomasschlacke (0,7 %) deckt mit 10 t Gesamtbedarf an Vanadium-Schnelldrehstahl
Kupfer	1 : 28	Mansfeld, Rammelsberg, Siegerland	1. „systematische Sparversuche“, Feststellung, bei welchen geringsten Gehalten die gewünschten Eigenschaften noch erreicht wurden, 2. Steigerung der Produktion bestehender Gruben (aber Arbeitskräftemangel und zum Teil Aufbereitungs- und Verhüttungsschwierigkeiten), 3. Aufschluss kleinerer Gruben, 4. Surrogate (Kupfersersatz durch Zink), 5. Altmetall, 6. Beschlagnahme, 7. Versuche, „akzesorische Gemeingeteile im Kupferschiefer nutzbar machen“, 8. Lieferungen aus Bor (Serbien), Plakalnitza (Bulgarien) und Mitterberg (Österreich)
Aluminium	1 : 6	Vogelsberg	1. Ersatzbeschaffung aus Österreich-Ungarn (dessen Gruben vor dem Krieg nicht genügend ausgenutzt wurden, k.u.k.-Monarchie lieferte monatlich bis 30.000 t Bauxiterze), 2. Versuche, aus Tonerde Aluminium herzustellen
Zinn	1 : 500	Keine Vorkommen	1. Aufschluss alter Gruben (Unterschreiten der Grenze der Bauwürdigkeit), 2. Nutzung alter Halden, 3. Verarbeitung von Schlacken und Altmetall, 4. Verbrauchseinschränkung, 5. Beschlagnahmungen (z.B. Kirchenglocken), 6. Ersatzstoffe
Zink	1 : 3,5	Oberschlesien, Oberharz, Schwarzwald, Rheinischer Blei-Zinkbezirk	Überproduktion (Eigenversorgung)
Blei	1 : 12	Rheinischer Blei-Zinkbezirk	1. Intensivierung des Abbaus bei bestehenden Gruben (Raubbau, trotzdem nur geringe Fördersteigerung), 2. Aufschluss kleinerer Gruben, 3. Aufbereitung alter Halden, 4. Verbrauchseinschränkung, 5. Ersatz des Bleis durch andere Metalle (Ergebnis: man sei „gut ausgekommen“ und habe Zink als ein wichtiges Ersatzmetall verwendet)
Schwefelkies	1 : 6	Meggen (Westfalen)	1. Im bis dahin „nicht als erstklassig“ angesehenen Kieslager bei Meggen wurde Produktion vervielfacht, 2. Reichlich vorhandene Lager von Gips bzw. Anhydrit (Material mit erheblichen Schwefelanteil) – wurden als Ausgangsmaterial für die Schwefelherstellung genutzt – Folge: Aussicht, sich durch Meggen und die Aufbereitung der Anhydrit-Vorkommen nach dem Krieg vom Ausland unabhängig zu machen

an dem Kampf Deutschlands um seine Existenz“ gehalten im Senckenbergianum, 13.10.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 357, unp.; Paul Krusch: Über die Beschaffung der Stahlveredlungsmittel, 9.4.1915, GStA, I. HA Rep 194, Nr. 477, unp.

Allerdings konzentrierten sich die Geologen nicht nur auf in Ausbeutung befindliche Vorkommen. Die dramatische Versorgungslage zwang auch zum Wiederaufschluss vormaliger Lagerstätten, um den Rückgang der Importe zu kompensieren.⁶¹⁸ Die PGLA überwachte einige dieser Gewinnungsbetriebe und führte mit der Industrie Versuche „zur Deckung des für Kriegsprodukte notwendigen“ Rohstoffbedarfs durch.⁶¹⁹

Tab. 5: Mitgliedschaften in und Mitarbeit an Kriegskommissionen von PGLA-Geologen während des Ersten Weltkrieges.

Mitarbeiter PGLA	Kriegskommission, -Ausschuss, -Gesellschaft	Bemerkung
Johannes Ahlburg	- Manganerz GmbH - Kriegs-Phosphat-Gesellschaft - Zentralstelle zur Förderung der Düngerherstellung (Kriegsamt)	- Geschäftsstelle Wetzlar - Geschäftsstelle Limburg - Teilnahme Sitzungen
Arthur Böhm	- Wissenschaftlicher Ausschuss des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Fette und Öle	- Chemiker (Forschungen)
Franz Beyschlag	- Kommission zur Beschaffung von Ersatzstoffen für die knapp werdenden Metalle (Kriegsministerium) - Bergbaukommission der Sektion M der KRA - Manganerz GmbH - Technischer Ausschuss der Kriegs-Phosphat-Gesell. - Kriegs-Chemikalien-Gesellschaft ⁶²⁰ - Sparmetall-Kommission des Wumba oder der Kriegsmetall-AG ⁶²¹ - Sitzungen über allg. Düngerangelegenheiten im LWM	- Teilnahme Sitzungen - Teilnahme Sitzungen - Aufsichtsrat - Leitung - Teilnahme Sitzungen - Teilnahme Sitzungen - Teilnahme Sitzungen
Paul Krusch	- Manganerz GmbH - Technischer Ausschuss der Kriegs-Phosphat-Gesell. - Bergbaukommission der Sektion M der KRA - Sitzungen über allg. Düngerangelegenheiten im LWM	- Aufsichtsrat - Leitung - Teilnahme Sitzungen - Teilnahme Sitzungen
Georg Berg	- Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt ⁶²²	- Zusammenstellung Mineraliensammlung

618 Konrad Keilhack (PGLA) an das Kgl. Oberbergamt Bonn, 9.2.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 354, unpag.

619 Krusch (PGLA) an das stellvertretende Generalkommando des III. Armeekorps, 28.8.1916, BAArch Berlin, R 71, Nr. 6, Bl. 13.

620 Vgl. Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CLII.

621 Vgl. Beyschlag an Krusch, 16.8.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 354, unpag.; Beyschlag an Chef des Kriegsamtes, Generalleutnant Wilhelm Groener, 16.4.1917, ebd., unpag.; Bericht Beyschlags über die Besprechung in der PGLA zwischen Beyschlag und Oberleutnant Schreiber am 28.5.1918, 29.5.1918, GStA, I HA Rep. 194, Nr. 426, unpag.

622 Vgl. Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CLIII.

Da sie sich als Staatsbehörde ihrer ‚kriegswichtigen‘ Bedeutung bewusst war, haderte sie mit dem „Bestreben der militärischen Stellen, die Zivilbehörden auszuschalten und neue militärische Organe mit gleicher Tätigkeit zu schaffen“. ⁶²³ Dies, so Krusch 1921, habe „zu der allbekannten, namentlich von der Rohstoffabteilung ausgehenden Überorganisation“ geführt. Die Zusammenarbeit mit der Kriegsrohstoffabteilung (KRA) sei häufig „unsystematisch und unbefriedigend“ gewesen. Sie habe zu Kriegsbeginn die Notwendigkeit der Förderung des heimischen Bergbaus rundweg abgelehnt, da sie, ausgehend von einer kurzen Kriegsdauer, meinte, mit dem Metallhandel auszukommen. Leider sei sie zu spät zu der Erkenntnis gelangt, dass nur der Bergbau imstande war, Deutschlands Rohstoffkalamität zu lösen. Die Versorgung habe erst nach und nach auch auf die Bergwerksproduktion übergreifen und bedeutende Eingriffe in die Privatverhältnisse notwendig gemacht, „um die für die Kriegsversorgung unerlässlichen Förderungen zu erzielen“. ⁶²⁴

Befriedigender hingegen, so Krusch weiter, sei die Zusammenarbeit mit den Kriegsgesellschaften gewesen, so etwa mit der Kriegsmetall AG (KMA), der Manganerz GmbH (MEG) oder der Kriegs-Phosphat-Gesellschaft (KPG) (siehe Tab. 5). Mit allen drei Gesellschaften war die PGLA, wie im Folgenden gezeigt wird, als verlängerter Arm des Staates personell eng verbunden. ⁶²⁵ Die Kriegsmetall AG und die Manganerz GmbH sollen im Hinblick auf Regulierungskompetenzen von Staatsgeologen betrachtet werden. ⁶²⁶ Die Kriegs-Phosphat-Gesellschaft, die in der historischen Forschung bisher kaum Beachtung gefunden hat, wird dagegen genauer untersucht.

623 Dazu und im Folgenden Krusch, *Kriegsaufgaben* (1921), S. CLI.

624 Ebd.; Vortrag von Paul Krusch „Der Anteil der deutschen Erzlagerstätten an dem Kampf Deutschlands um seine Existenz“ gehalten im Senckenbergianum, 13.10.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 357, unpag. Tatsächlich hatte sich die KRA zunächst mittels zeitraubender statistischer Erhebungen einen Überblick über die im Reich vorhandenen Rohstoffe verschafft und sie der staatlichen Kontrolle unterworfen. Nur auf dieser Grundlage war es möglich, die zentrale Rohstoffverteilung an die Industrie vorzunehmen. Erst mit der zunehmenden Verschlechterung der Rohstoffversorgung rückte darüber hinaus die eigentliche Beschaffung und Produktionsförderung von Roh- und Ersatzstoffen in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit. Vgl. Rohlack, *Kriegsgesellschaften* (2001), S. 29. Auch der Reichsarchivar Karl Demeter hielt in seinem Rückblick auf die KMA 1931 fest, dass die KRA zunächst „nicht auf einem weit-ausschauenden Gesamtwirtschaftsplan, auch nicht für das zuerst im Vordergrund stehende Teilgebiet der Metalle“ verfügt habe. Zwar habe man sich mit der Erfassung, Verteilung und Verarbeitung der Rohstoffe befasst, die „Urproduktion“ dagegen zunächst nicht einbezogen. Demeter, Karl: Die Kriegsmetall A.G. (Inventar des Reichsarchivs, Serie II, Heft 4), als Manuskript gedruckt, Potsdam, Dezember 1931, S. 4, in: Deutsch-Russisches Projekt zur Digitalisierung Deutscher Dokumente in Archiven der Russischen Föderation, hier: Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation, Podolsk (CAMO), Bestand 500, Findbuch 12478 – Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres, Akte 19 (1) (<https://wwii.german-docs.inrussia.org/de/nodes/8676-akte-19-unterlagen-der-kriegsgeschichtlichen-abteilung-des-reichsarchivs-manuskript-f-r-das-inventar-des-reichsarchivs-serie-ii-heft-4-die-kriegsmetall-ag-bearbeitet-von-archivrat-dr-karl-demeter-dezember-1931#page/2/mode/inspect/zoom/6>, eingesehen am 15.6.2023).

625 Vgl. Krusch, *Kriegsaufgaben* (1921), S. CLI.

626 Zur KMA vgl. ausführlich Rohlack, *Kriegsgesellschaften* (2001), S. 61–97; Roth, *Staat*

2.5.1 Die Kriegsmetall A.G.

In den Kriegsgesellschaften vereinigten sich „die wichtigsten Rohstoffverbraucher einer bestimmten Branche“.⁶²⁷ In ihnen sollten sich unternehmerisches Engagement und industrielle Selbstverantwortung entfalten, allerdings unter direkter staatlicher Aufsicht.⁶²⁸ Die am 2. September 1914 gegründete KMA, in der sich 22 Unternehmen organisierten, war die erste Kriegsgesellschaft überhaupt und entwickelte sich zu einer der größten ihrer Art.⁶²⁹ Sie war für die Erfassung und Beschaffung von Metallen (außer Eisen und Stahl, Mangan und Ferrosilizium) und ihre Verteilung an die Rüstungsindustrie verantwortlich.⁶³⁰

Der schmerzhafteste Metallmangel zwang dazu, alle Möglichkeiten des Erzbezugs auszuschöpfen. Zunächst setzte man auf die Bewirtschaftung (Ankauf, Beschlagnahme, Enteignung, Metallsammlungen) sowie auf Lieferungen aus dem verbündeten, neutralen und besetzten Ausland. Die KMA kümmerte sich um den Einkauf des Metalls sowie die Aufbereitung und Verarbeitung der Erze.⁶³¹ Erst später richtete sich ihr Fokus auch auf die Forcierung der Urproduktion. Dem Gedanken, möglichst viele neue Erzlagerstätten aufzuschließen und stillgelegte Bergwerke wieder in Betrieb zu nehmen, stand jedoch ein erheblicher Arbeitskräftemangel entgegen. Dementsprechend beschränkte man sich darauf, die Leistungsfähigkeit der ausgebauten Gruben mit guten Lagerstätten durch Zuweisung von Arbeitskräften zu steigern. Die Inangriffnahme neuer Lagerstätten beschränkte sich auf besonders wichtige und in Deutschland seltene Wolfram-, Nickel-, Antimon-, Molybdän-, Kupfer- und Bleierze. Alle bei der KMA eingehenden Angebote derartiger Gruben wurden dort geprüft und gegebenenfalls bergmännischen Sachverständigen und Geologen zur Begutachtung vorgelegt. In der Regel übernahm die KMA den Betrieb der Gruben nicht selbst, sondern unterstützte sie durch Preis- und Abnahmegarantien oder die Bereitstellung finanzieller Mittel. Lagen günstige Prognosen vor, machten sich KMA und KRA auch für die Errichtung neuer Werke stark.⁶³²

(1997), S. 103–110, 122–146. Zur MEG vgl. Zilt, Mangannot (2021), S. 141–154, S. hier 147; Boldorf/Haus, Kriegswirtschaft, Bd. 2: Stellwaag, Eisenwirtschaft (2016), S. 63–69.

627 Boldorf, Organisation (2016), S. 148.

628 Vgl. Wixforth, Gründung (2010), S. 90.

629 Zu Struktur, Aufgaben, Mitgliedern, Aufsichtsrat und Vorstand der KMA Vgl. Roth, Staat (1997), S. 122–143; Rohlack, Kriegsgesellschaften (2001), S. 52, 61; Boldorf, Organisation (2016), S. 148; Wieprecht, Metallbewirtschaftung (1940), S. 617–622. Der tägliche Eingang von zwei- bis dreitausend Briefen im Sekretariat der KMA, verweist auf ihren gewaltigen Arbeitsumfang. Demeter, Kriegsmetall A.G., S. 24, in: CAMO, Bestand 500, Findbuch 12478, Akte 19 (1) (<https://wwii.german-docs-in-russia.org/de/nodes/8676-akte-19-unterlagen-der-kriegsgeschichtlichen-abteilung-des-reichsarchivs-manuskript-f-r-das-inventar-des-reichsarchivs-serie-ii-heft-4-die-kriegsmetall-ag-bearbeitet-von-archivrat-dr-karl-demeter-dezember-1931#page/2/mode/inspect/zoom/6>, eingesehen am 15.6.2023).

630 Vgl. van de Kerkhof, Kriegswirtschaft (2006), S. 225 f.; Verzeichnis der Kriegsorganisationen, 1.2.1918, BArch Berlin, R 43-I, Nr. 614, Bl. 2–27, hier Bl. 17R.

631 Vgl. van de Kerkhof, Kriegswirtschaft (2006), S. 226 f.; Rohlack, Kriegsgesellschaften (2001), S. 80–84.

Wie sich jedoch bald zeigte, fehlte es der KMA an einer „fachmännischen Stelle“ zur Bearbeitung der eingehenden Unterstützungsgesuche, weswegen die KRA im Frühjahr 1916 auf eine Änderung des Verfahrens drängte.⁶³² Nach wie vor sollten Anfragen, „welche an irgend eine Stelle“ der KRA oder ihre Gesellschaften gerichtet waren, der KMA überwiesen werden. Letztere richtete zu ihrer Bearbeitung nun aber eine Bergbauabteilung ein, die den Wert der Gruben ermittelte und die Verhandlungen mit den Eigentümern führte.⁶³⁴ Bei der Begutachtung sollten außer „den Sachverständigen der KRA und der [Preußischen] Geologischen Landesanstalt auch die zuständigen Bergrevierbeamten durch Vermittlung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe und der betreffenden Oberbergämter gehört werden.“⁶³⁵

In der KRA wiederum wurde eine Bergbaukommission eingerichtet, der Vertreter aus der KRA, der KMA, dem Preussischem Wirtschaftsministerium und der PGLA angehörten. Für letztere übernahmen Beyschlag und als Stellvertreter Krusch diese Aufgabe (siehe Tab. 6).⁶³⁶ Die Bergbaukommission prüfte das von der Bergbauabteilung der KMA vorbereitete Material und entschied, ob und in welcher Höhe eine Unterstützung, ob Reichsmittel oder Lieferverträge in Frage kamen.⁶³⁷ Wie die KRA betonte, bestand „ein wesentlicher Zweck“ ihrer Bergbaukommission darin, die KMA „in ihrer Verantwortlichkeit zu entlasten und ihrem Vorgehen amtlichen Stellen und der Öffentlichkeit gegenüber größeres Gewicht zu verleihen.“⁶³⁸

In der Kommission gaben sich Beyschlag und Krusch überaus aktiv.⁶³⁹ Krusch begrüßte „die neue Bergbau-Organisation“, da nun erstmals „eine gleichmäßige Behandlung der Bergbau-Angelegenheiten durch Sachverständige gewährleistet schien. Zudem forderte er, dass sich die Begutachtung der

632 Vgl. ebd., S. 85; Demeter, Kriegsmetall A.G., S. 24, in: CAMO, Bestand 500, Findbuch 12478, Akte 19 (1) (<https://www.german-docs.institut.org/de/nodes/8676-akte-19-unterlagen-der-kriegsgeschichtlichen-abteilung-des-reichsarchivs-manuskript-f-r-das-inventar-des-reichsarchivs-serie-ii-heft-4-die-kriegsmetall-ag-bearbeitet-von-archivrat-dr-ka-rl-demeter-dezember-1931#page/2/mode/inspect/zoom/6>, eingesehen am 15.6.2023).

633 Niederschrift über die Sitzung der Bergbau-Kommission [der KRA], 29.5.1916, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1610, Bl. 45–53, hier Bl. 45 f.

634 In dem Schreiben der KRA wurde die Abteilung der KMA noch als „Zentralabteilung“ bezeichnet, für sie bürgerte sich aber bald die Bezeichnung „Bergbauabteilung“ ein. Kriegsministerium (KRA) an PGLA, 20.4.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 354, unp. Die Aufgaben der Bergbauabteilung hatte bis dahin die Unterabteilung U (für Umarbeitung) der KMA wahrgenommen. Vgl. dazu Rohlack, Kriegsgesellschaften (2001), S. 83.

635 Niederschrift über die Sitzung der Bergbau-Kommission [der KRA], 29.5.1916, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1610, Bl. 45–53, hier Bl. 47.

636 Zu den Mitgliedern der Bergbaukommission vgl. Niederschrift über die Sitzung der Bergbaukommission, 25.8.1916, ebd., Bl. 1–12, hier Bl. 1.

637 Niederschrift über die Sitzung der Bergbaukommission [der KRA], 10.7.1916, ebd., Bl. 35–43, hier Bl. 43 (Abänderung der Ziffer 6 der Grundsätze).

638 Kriegsministerium (KRA) an PGLA, 20.4.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 354, unp.

639 Kruschs „Verdienste (...) um die Versorgung des bedrängten Vaterlandes mit Rohstoffen“, wurden „durch die Verleihung des verhältnismäßig selten verliehenen Eisernen Kreuzes am weiß-schwarzem Band belohnt“. Berg, Nachruf Krusch (1941), S. 492. Krusch bildete

Kommission nicht nur auf geologisch-technische, sondern auch auf wirtschaftliche Gesichtspunkte erstrecken sollte.⁶⁴⁰

Tab. 6: Mitglieder der Bergbaukommission der Kriegsrohstoffabteilung (1916).⁶⁴¹

Mitglied	Institution
Obering. Richard Tröger	Leiter Sektion Metalle der KRA (sonst AEG)
Hauptmann d. Res. Bergrat Heckel	Untersektion für bergbauliche Angelegenheiten M8 in der Sektion Metalle der KRA
Prof. Dr. Max Krahmann	Untersektion für bergbauliche Angelegenheiten M9 in der Sektion Metalle der KRA
Geh. Oberbergrat Richard Althans	Pr. Ministerium für Handel und Gewerbe
Prof. Dr. Franz Beyschlag (Vertreter Prof. Dr. Paul Krusch)	Preußische Geologische Landesanstalt, Berlin
Rittmeister d. Res. Peters	Stellv. Leiter der Metallmeldestelle bei der KRA
Kriegshilfsreferent Francke (Vertreter von Peters)	Leiter des Referats MStH (Hüttenkontrolle) der Metallmeldestelle der KRA
Dr. Ernst Busemann	Leiter der Kriegsmetall AG (sonst Metallgesellschaft Frankfurt am Main)
Direktor Gustav Bredt	Kriegsmetall AG (Prokurist)
Bergassessor Fritz Duwensee (Protokollführer)	Kriegsmetall AG

Beyschlag regte an, der Kommission im Bedarfsfall auch die Möglichkeit zu geben, „die Beschlagnahme von Bergwerken oder deren Übernahme in militärische Leitung“ vorzuschlagen. Sollten Firmen den vorgegebenen Auflagen nicht entsprechen, sollten ihnen die Arbeiten kurzerhand entzogen werden.⁶⁴² Zudem legten Krusch und Beyschlag Wert darauf, dass die Arbeiten der Industrie von sachverständigen Wissenschaftlern oder Fachleuten begleitet wurden. Als sich beispielweise im August 1916 zeigte, dass die von der KMA im Jahr zuvor mit 50.000 Mark finanzierte Aufwältigung des Nickelerzvorkommens Horbach-Wittenschwand bei St. Blasien im Schwarzwald negativ verlaufen war, monierte Beyschlag, dass man die Mittel hätte sparen können, wenn man die PGLA vorher um Rat gefragt hätte. Aus diesem Grund bat er, „in Zukunft in ähnlichen Fällen die Geologische Landesanstalt oder andere maßgebende Stellen vorher um gutachtliche Äußerung in lagerstättenkundlicher Beziehung zu ersuchen“.⁶⁴³

aber keine Ausnahme, denn derartige Anerkennungen für ihre ‚patriotischen Leistungen‘ erhielten zahlreiche seiner Kollegen. In ihrer „Gier nach symbolischer Distinktion in Form von Auszeichnungen“ unterschieden sich die Staatsdiener aber nicht von vielen anderen Bevölkerungsgruppen. Föllmer, Verteidigung (2002), S. 117.

640 Niederschrift über die Sitzung der Bergbau-Kommission [der KRA], 29.5.1916, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1610, Bl. 45–53, hier Bl. 48.

641 Vgl. Sitzungsprotokolle der Bergbaukommission der KRA in BArch Berlin, R 8737, Nr. 1609 u. 1610; Roth, Staat (1997), S. 142.

642 Niederschrift über die Sitzung der Bergbau-Kommission [der KRA], 25.8.1916, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1610, Bl. 1–12, hier Bl. 1 f., 12.

Tab. 7: Von der Kriegs-Metall A.G. zwischen Mai 1916 und Juli 1918 unterstützte und in Betrieb befindliche Gruben und ihre Erträge.⁶⁴⁴

Name der Grube	Menge der geforderten Erze in t	Rohstoffinhalt der geforderten Erze in t
KUPFERERZE		KUPFERINHALT
Nahe	125,63	2,11
Eiserne Union & Alter Flussberg	1.759,25	111,65
Imsbach	42,50	18,19
Danielszug	3.632,70	602,31
Antweiler	1.062,92	41,40
Alte Mahlscheid	6,00	0,20
Boxbach	244,77	54,53
Richelsdorf	405,05	24,28
Kupferberg	402,75	35,24
Arghana-Maden (Türkei)	869	717,39
Insgesamt	8.551,15	1.607,31
NICKELERZE		NICKELINHALT
Versöhnung u. Ludwigshoffnung bei Bottenhorn	2,63	0,10
Altena/Westfalen	191,00	18,25
Sohland an der Spree	10.857	249,71
Mittersill	37,00	0,37
Mechernich	37,75	1,13
Querbach, Karlshafen, Schwarzenfels, Nordrach	9,55	1,97
Insgesamt	11.134,93	217,54
BLEIERZE		BLEIINHALT
Mechernich-Günnersdorf	4.151,10	578,22
Balia-Maden (Türkei)	55.866,50	6.239,50
Marie bei Siegen, Alte Goldkaule bei Wissen	2.687,66	126,00
Grube Luna	120,00	4,80
Freudenzeche	175,00	7,50
Insgesamt	63.000,26	6.955,82
CHROMERZE		CHROMINHALT
Daghardi	3.596,00	1.869,92

- 643 Ebd., Bl. 4. Nachdem die KMA die Aufschlussarbeiten an der Grube Friedrich August bei Horbach-Wittenschwand zunächst „als aussichtslos“ betrachtet und daher eingestellt hatte, wurden sie um den Jahreswechsel 1916/17 auf Veranlassung der KRA wieder aufgenommen. Übersicht der von der KMA, Abteilung Bergbau, unterstützen bzw. betriebenen Bergwerke (nach dem Stande von 1.1.1918), BArch Berlin, R 8737, Nr. 1243, Bl. 85–97, hier Bl. 86; Einladung der KRA an Beyschlag (PGLA) zur Besichtigung des Nickelbergwerks in Wittenschwand bei St. Blasien, 6.1.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 354, unpag.; Protokoll der Befahrung der Aufschlüsse von Wittenschwand auf Einladung der KRA, 15.1.1917, ebd., unpag.
- 644 Vgl. Zusammenfassender Bericht über die bisherigen Arbeiten der KMA, Abteilung Bergbau, seit deren Bestehen (Mai 1916) bis zum 1.7.1918, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1243, Bl. 106–129, hier Bl. 106–109.

ARSENERZE		ARSENINHALT
Gottes Geschick zu Graul	17,82	3,99
Eisernes Kreuz bei Ruhla	7,41	1,70
Insgesamt	25,23	5,62
KOBALTERZE		KOBALTINHALT
Gottes Geschick zu Graul	4,00	0,20
SUMME ERZE GESAMT		METALLINHALT
	87.273,87	11.227,25

Von Mai 1916 bis Juli 1918 befasste sich die Bergbauabteilung der KMA mit insgesamt 360 Bergwerksprojekten, von denen sich 294 (= 81,66 %) als ungeeignet erwiesen. Bei den restlichen 66 Objekten waren die Verhandlungen wegen einer möglichen Inbetriebnahme bei 31 (= 8,62 %) noch nicht abgeschlossen. Dagegen befanden sich 35 Bergwerke (= 9,72 %) mit Unterstützung der KMA in Betrieb. Von diesen hatten bis Juli 1918 25 (= 7,00 %) mehr oder weniger umfangreiche Produktionen geliefert (siehe Tab. 7).⁶⁴⁵

Die PGLA griff nicht nur als Regulierungsinstanz in die Arbeiten der KMA ein⁶⁴⁶, sondern tat sich auch durch die Beratung, Begutachtung und Überwachung von Aufschlussarbeiten hervor.⁶⁴⁷ So wurde ein großer Teil der Bergwerksobjekte direkt von Mitarbeitern der PGLA untersucht, die damit immer auch als Gutachter des Preußischen Kriegsministeriums (KRA) agierten.⁶⁴⁸ Da die KRA mit einer Flut von Anträgen über vermeintlich lohnenswerte Rohstoffvorkommen konfrontiert wurde, war es Aufgabe der Geologischen Landesanstalten, die überforderte Bürokratie mit gesicherten Kenntnissen darüber zu versorgen, ob es sich tatsächlich um „ein für die Kriegswirtschaft in Frage kommendes Vorkommen“ handelte.⁶⁴⁹

645 Vgl. ebd.

646 Zur aktiven und koordinierenden Rolle von Beyschlag und Krusch in der Bergbaukommission, etwa einer von Krusch vorgenommenen Zusammenstellung jener Bleierzvorkommen, „durch deren Betriebssteigerung bzw. Betriebsaufnahme evtl. eine Anspannung der Bleierzproduktion möglich sei“, siehe Niederschrift über die Sitzung der Bergbau-Kommission [der KRA], 25.8.1916, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1610, Bl. 1–12, hier Bl. 6.

647 So geht aus den Berichten der Bergbauabteilung der KMA hervor, dass Projekte auf Grund von Gutachten der PGLA abgelehnt wurden. Vgl. Zusammenfassender Bericht über die bisherigen Arbeiten der KMA, Abteilung Bergbau, seit deren Bestehen (Mai 1916) bis zum 1.1.1918, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1243, Bl. 42–84, hier Bl. 55. Im Übrigen trat die PGLA nur in Erscheinung, wenn sie von der KRA oder der KMA „im Interesse des Staates dazu aufgefordert“ wurde. Vgl. Beyschlag (PGLA) an die Herren Merbeck & Rohm (Köln), 1.5.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 354, unp.

648 Vgl. Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CLI. Vgl. etwa Beyschlag (PGLA) an KMA mit anliegendem Gutachten des Bezirksgeologen Georg Berg über das Chromerz-vorkommen am Zobten in Schlesien, 20.11.1915, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1599, Bl. 53–55. Dem Geologen Walter Haardt wurden im August 1916 von der KMA beispielsweise 377 Mark für die in ihrem Auftrag „ausgeführte Probenahme und Begutachtung auf der Grube Versöhnung bei Bottenhorn“ bewilligt. KMA an Dr. Haardt (PGLA), 10.8.1916, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1622, Bl. 97. In einem anderen Fall sollte die PGLA zur Bauwürdigkeit alter Wolfram-erzvorkommen im Harz Stellung nehmen. Vgl. KMA an PGLA, 4.1.1917, ebd., Bl. 268.

Da die KMA später zum Teil auch die Leitung und den Betrieb ganzer Bergwerke übernahm, kam es vor, dass die PGLA als ihre Vertreterin fungierte.⁶⁵⁰ Beispielhaft dafür waren etwa die unter Aufsicht der PGLA durch die Rheinisch-Westfälische Schachtbau A.G. in Essen durchgeführten Versuche zum Aufschluss von Kupfererz-Vorkommen an der Nahe (Oberstein). Für den Bau einer Aufbereitungs- und Laugerei-Versuchsanlage hatte die KMA einen Zuschuss von 550.000 Mark vorgesehen, wenn sich, wie vom Eigentümer behauptet, ein lohnender Kriegsbetrieb einrichten ließ.⁶⁵¹ Die Untersuchungen ergaben, dass die Gesamtheit der Vorkommen an der Nahe zwar eine aus lagerstättengeologischer Sicht einheitliche Kupfer-Erzprovinz bildeten, die Erzkonzentration für einen wirtschaftlichen Bergbau aber ungenügend war.⁶⁵² Da die PGLA dem Vorkommen keine kriegswirtschaftliche Bedeutung beimaß, wurden die Arbeiten im Juni 1917 eingestellt.⁶⁵³

Auch die 1916 von der KMA forcierten Untersuchungen über die Nickelvorkommen von Sohland (Spree) an der sächsisch-böhmischen Grenze standen unter der Leitung der PGLA.⁶⁵⁴ Für den Aufschluss und die Aufbereitungsversuche stellte die KMA 250.000 Mark zur Verfügung.⁶⁵⁵ Die Grube hatte vor dem Krieg noch als „unbauwürdig“ gegolten, lieferte nun jedoch „eine kleine Produktion brauchbarer Erze“.⁶⁵⁶ Nickel wurde „entweder aus ausschließlich als magmatische Ausscheidung auftretender Magnetkies oder aus den durch

-
- 649 KMA an PGLA, 31.5.1917, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1623, Bl. 36. In der Sparmetall-Kommissions-Sitzung der Sektion Metalle der KRA am 16.8.1916 wurde bspw. darauf verwiesen, „dass Zinn besonders knapp“ sei, woraufhin Beyschlag erwiderte, dass im Erzgebirge an mehreren Stellen noch arme Zinnerzvorkommen vorhanden seien, deren Ausbeutung, wenn auch ohne Gewinn, möglich sei. Die KRA ersuchte die PGLA daraufhin, über die Zinnerzvorkommen zu berichten, damit man diese sofort erschließen könne. Das Gutachten der PGLA lag drei Tage später vor. Vermerk Beyschlags, 16.8.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 354, unpag.; KRA an PGLA, 5.9.1916, ebd., unpag.; Gutachten Beyschlags an die KRA über die nicht in Betrieb befindlichen Zinnerzlagertstätten des Sächsisch-Böhmischen Erzgebirges, welche für eine sofortige Inangriffnahme in Frage kommen, 8.9.1916, ebd., unpag.
- 650 Zur „Leitung ganzer Bergwerke“ durch die KMA siehe Rohlack, Kriegsgesellschaften (2001), S. 86.
- 651 Übersicht der von der KMA, Abteilung Bergbau, unterstützen bzw. betriebenen Bergwerke (nach dem Stande von 1.1.1918), BArch Berlin, R 8737, Nr. 1243, Bl. 85–97, hier Bl. 85.
- 652 Vgl. Schlussbericht Beyschlags (PGLA) über die auf den Kupfererzlagertstätten an der Nahe ausgeführten Aufschlussarbeiten, 6.7.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 426, unpag.; Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CXXXIV.
- 653 Übersicht der von der KMA, Abteilung Bergbau, unterstützen bzw. betriebenen Bergwerke (nach dem Stande von 1.1.1918), BArch Berlin, R 8737, Nr. 1243, Bl. 85–97, hier Bl. 85; KMA an PGLA, 11.6.1917, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1623, Bl. 48 f.
- 654 Zum Erzbergbau bei Sohland, dem sich die KMA schon 1915 zugewandt hatte und der im Krieg wiederholt unter unklaren Kompetenzzuweisungen litt, vgl. Zum Nickelerzbergbau bei Sohland an der Spree, Rosenhain/Rožany und Schluckenau/Šluknov, in: http://www.unbekannter-bergbau.de/inhalte/spot_12_2017_Nickel-Sohland.html (eingesehen am 20.6.2023).
- 655 Vgl. KMA an PGLA, 15.3.1916, 11.4.1916 u. 15.4.1916, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1622, Bl. 23 f., 36, u. 38. Ein Hinweis auf die der PGLA zugewiesene „Oberleitung der Grube“ findet sich in KMA an PGLA, 15.4.1916, ebd., Bl. 39 f.
- 656 Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CXXXV.

Verwitterung entstandenen Garnierit (Pimelit)-Lagerstätten gewonnen“.⁶⁵⁷ Vor dem Krieg verfügte Deutschland nur über eine kleine Produktion, führte dagegen erhebliche Mengen neukaledonischer Garnierite (grünes Nickelerz) ein, deren Verschmelzung billiger war, als der Abbau der ärmeren heimischen Erze. Die größten Konzentrationen nickelhaltigen Magnetkieses fanden sich in Kanada. Dort sah man vor dem Krieg zwei Prozent Nickel als untere Bauwürdigkeitsgrenze an. Selbst in Norwegen erachtete man eine einprozentige untere Grenze noch als nutzbringend.

Verweist dies schon auf die Seltenheit des Metalls, erhöhte sich seine Bedeutung noch einmal durch den Krieg. Wie Krusch 1917 betonte, bestand die „vor dem Kriege übliche Gleichbewertung des Nickels mit dem Kupfer“ nicht mehr, da ersteres inzwischen „wesentlich wertvoller als Kupfer“ sei. Nun zeigte sich bei den von der PGLA vorgenommenen Versuchen jedoch, dass das bei Sohland gewonnene magnetkieshaltige Rohmaterial nicht optimal aufbereitet werden konnte. Dabei hatte Krusch zunächst den Anschein gehabt, dass das gewählte Verfahren „glänzende Produkte“ lieferte. Die chemische Analyse ergab jedoch, „dass der Aufbereitungsprozess ganz abnorm verlaufen“ war. Zwar fand sich Nickel im nickelhaltigen Magnetkies in der Form von Pentlandit, dieses nickelreiche Material ließ sich aber nur zum Teil vom Magnetkies trennen. Infolgedessen erhielt man neben Pentlandit, ein stark nickelhaltiges Magnetkieskonzentrat und obendrein nickelhaltige Abfallhalden. Auf Veranlassung Kruschs wurde die Versuchsanordnung daher verändert, um auch die Trennung des nickelhaltigen Magnetkieses vom Gestein zu erzielen. Der dem Kies eigene Magnetismus ließ aber auch jetzt keine befriedigenden Ergebnisse zu, weswegen die Produktion in Sohland in quantitativer Hinsicht (bis Juli 1918 10.857 t gefördert Erz mit einem Nickelgehalt von 249,71 t) sicherlich befriedigte, der eigentliche Aufschluss des Materials aber noch Optimierungspotential besaß.⁶⁵⁸

Infolge der „Ausdehnung der wirtschaftlichen Einflussphäre der Mittelmächte“ erstreckten sich die Evaluationen der Bergbauabteilung der KMA auch auf das verbündete Bulgarien und das eroberte Serbien. So wurde ihr von der KRA der Betrieb der Balkanbergwerke, von denen das Kupferbergwerk in Bor (Serbien) und die Kupfer-Blei-Hütte von Plakalnitza (Bulgarien) die größten waren, übertragen.⁶⁵⁹ Der PGLA als Beratungsinstanz kam auch hier die Aufgabe zu, die KMA über lohnende Erzvorkommen zu unterrichten (siehe Tab. 8).⁶⁶⁰

657 Krusch, Sinken (1917), S. 405.

658 Vgl. ebd. Wie Richard Tröger 1920 feststellte, seien die „Bemühungen zum Aufschluss von Nickelvorkommen in Deutschland erfolgreich“ gewesen. So hätten es die Gruben Sohland an der Spree und Frankenstein in Schlesien bis zu einer Förderung von etwa 100 t Nickel im Monat gebracht und wären damit gegen Ende des Krieges im Stande gewesen, „die Hälfte des gesamten Nickelbedarfs zu decken“. Tröger, Technik (1920), S. 520.

659 Demeter, Kriegsmetall A.G., S. 48, 50 f., in: CAMO, Bestand 500, Findbuch 12478, Akte 19 (1) (<https://www.german-docs.inrussia.org/de/nodes/8676-akte-19-unterlagen-der-kriegsgeschichtlichen-abteilung-des-reichsarchivs-manuskript-f-r-das-inventar-des-reichsarchivs-serie-ii-heft-4-die-kriegsmetall-ag-bearbeitet-von-archivrat-dr-karl-demeter-dezember-1931#page/2/mode/inspect/zoom/6>, eingesehen am 15.6.2023). Vgl. auch Rohlack, Kriegsgesellschaften (2001), S. 86.

Tab. 8: Forschungen von Mitarbeitern der PGLA über Rohstoffvorkommen in verbündeten und neutralen Ländern während des Ersten Weltkrieges (Auswahl).⁶⁶¹

Geologen	Lagerstätten (Rohstoffe)
ÖSTERREICH-UNGARN (VERBÜNDET)	
Franz Beyschlag	Chromerze von Kraubat (Steiermark)
Paul Krusch	Antimongänge von Pernek (Ungarn), Wulfenitgänge von Nassenreith (Tirol), Wismutgänge von Rezbanya (Ungarn), Bauxitlager der Wochein, Wolframgänge von Schlaggenwald, Wolframgänge von Zinnwald
Alexander Fuchs	Kupfergänge von Schwaz (Tirol)
BULGARIEN (VERBÜNDET)	
Franz Beyschlag	Braunkohlenvorkommen von Pernek, Kupferlagerstätte von Plakalnitza
TÜRKEI (VERBÜNDET)	
Gotthard Fliegel	Leiter Übersichtsexpedition in Kleinasien (Nordgruppe)
Hans Wencker	- Mitglied Nordgruppe (u.a. Steinkohle von Heraklea)
Georg Berg, Willi Koert,	Leiter der Übersichtsexpedition in Kleinasien (Südgruppe)
Heinrich Baumann	- Mitglied der Südgruppe
Wilhelm Paehr	- Mitglied der Südgruppe (u.a. Chromerze Kleinasiens)
Fritz Behrend	Kupfer von Arghana Maden
Wilhelm Wolff	Braunkohlen von Soma und Ajasma, Padermit von Sultantchair
Werner Paeckelmann	Umgebung von Skutari und Balia Maden
Erich Seidl	Erdöl von Mesopotamien
NORWEGEN (NEUTRAL)	
Paul Krusch	Übersicht über die Nickel-, Kupfer- und Molybdänlagerstätten Norwegens, Kupfervorkommen von Vastveit, Apatitlagerstätten von Bamle
Georg Berg	Nickelvorkommen von Romsaas, Sjejöten und Smalna
SCHWEIZ (NEUTRAL)	
Paul Krusch	Stein- und Braunkohlevorkommen, Kupferlagerstätten von Obersachsen und der Mürtschenalp

Besondere Bedeutung erlangte die mit den Mittelmächten verbündete Türkei, denn die Zusammenarbeit des deutschen und osmanischen Militärs mündete in ausgedehnte lagerstättenkundliche Expeditionen, die ab 1916 gleich mehrere Staatsgeologen nach Kleinasien und Syrien führten.⁶⁶²

660 KMA an PGLA, 12.8.1916 u. 31.8.1916, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1622, Bl. 102, 118. Im September 1916 etwa ersuchte die KRA die PGLA um eine Stellungnahme zu vier Gutachten eines Sachverständigen über bulgarische Erzvorkommen. Vgl. KRA an PGLA, 21.9.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 354, unp.; PGLA an KRA, 30.9.1916, ebd., unp.

661 Vgl. Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CLIV–CLVII.

662 Vgl. Fliegel, Nachruf Beyschlag (1936), S. 13; Deutsche Botschaft Tarabya an den Beauftragten für den Vierjahresplan Ministerpräsident Generalfeldmarschall Hermann Göring mit anliegendem Exposé [vermutlich von Gotthard Fliegel PGLA]: Berichte der Deutschen geologischen Expeditionen über Mineralvorkommen in der Türkei 1916–1918, 10.7.1939, BGR-Archiv Hannover, Nr. 64150, unp.

Auslöser war die Absicht des türkischen Kriegsministeriums, „eine nationale türkische Waffenindustrie ins Leben zu rufen“. Dieses Ansinnen beruhte auf der Auffassung, dass die für eine solche Industrie erforderlichen Rohstoffe in der Türkei in hinreichendem Maß vorhanden waren.⁶⁶³ Da die Erforschung der türkischen Lagerstätten aber „sehr im Argen“ lag, ersuchte Kriegsminister Enver Pascha Berlin um Hilfe bei der bergbaulichen Erschließung der Türkei, welche auf der Basis breitangelegter Expeditionen erfolgen sollte. Im Ergebnis, so der Plan Konstantinopels, sollte die Türkei innerhalb von zehn Jahren fast alles „vom Bergwerk an etwa bis zum Walzwerk selbständig fabrizieren können“.⁶⁶⁴ Deutschlands Militärs nahmen den Gedanken auf, hatten aber mehr Interesse an der Versorgung mit türkischen Bodenschätzen als am Entstehen einer eigenständigen türkischen Industrie.⁶⁶⁵ Da für sie „Rohstoffe ebenso wichtig“ waren, „wie Munition für die Türkei“ machten sie ihre Unterstützung von der Zusicherung weitgehender türkischer Rohstofflieferungen abhängig.⁶⁶⁶ Den Auftakt der Verhandlungen bildete eine geheime Besprechung Anfang März 1916 in der PGLA, an der Vertreter des Reichsmarineamtes, des Preußischen Kriegsministeriums, der KRA, des türkischen Kriegsministeriums, der türkischen Botschaft sowie Beyschlag, Krusch, Fliegel und Berg teilnahmen. Die PGLA war auf Veranlassung des Reichsmarineamtes hinzugezogen worden und hatte bereits ein Expeditionsprogramm erstellt.⁶⁶⁷ Im Ergebnis der Besprechung kam man überein, dass es sich zunächst um allgemeine Erkundungen handeln sollte, um sich einen Überblick über die tatsächlich vorhandenen

663 Ebd. Zur Bedeutung der Türkei als Rohstofflieferant vgl. Fischer, Griff (1984), 513–516; Vermerk des Bevollmächtigten Generalstabsoffiziers des Chef des Feldeisenbahnwesens (Konstantinopel) betr. Ausfuhr aus der Türkei, 27.4.1917, BAArch Berlin, R 8729, Nr. 271, Bl. 136 f. Mit Blick auf die Ergebnisse der Kriegsexpeditionen kritisch und gespickt mit Invektiven gegen die Türken, Beyschlag, Mineral-„Reichtum“ (1918), S. 81 f. Vgl. auch Nowack, Frage (1928), S. 108–110.

664 Der Hinweis auf den Rückstand der Türkei bei der Erforschung seiner Lagerstätten geht auf Krusch zurück. Dort auch der Hinweis auf „das Schreiben von Enver“, was auf eine Aktion des osmanischen Kriegsministers Enver Pascha schließen lässt. Staatssekretär des Reichsmarineamtes Fregattenkapitän Karl Kühlenthal an PGLA mit anliegendem geheimen Protokoll der Besprechung in der PGLA über Bergwerksexpeditionen nach der Türkei am 9.3.1916, 1.4.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 176, unpag.

665 Wie die KRA deutlich machte, ging es für sie darum, „möglichst schnell Lagerstätten zu erschließen, mit denen sofort etwas anzufangen“ war, „nicht um in weiter Ferne liegende Friedens-, sondern sofortige Kriegsausnutzung“. Ebd. An anderer Stelle erwog man, „den ganzen Handel der Ententemächte“ an sich zu bringen und die Produktion der Türkei unter deutscher Anleitung auf allen Gebieten zu erhöhen. Ebenso sollte „eine große deutsche osmanische Bergwerksgesellschaft gebildet werden“. Abschrift eines Telegramms von General Otto von Lossow (Militärbevollmächtigter in Pera) an den Generalstab Berlin Sektion Politik und das Pr. Kriegsministerium (Türkische Abteilung), 10.5.1916, ebd., unpag.

666 Dazu und im Folgenden Staatssekretär des Reichsmarineamtes Fregattenkapitän Karl Kühlenthal an PGLA mit anliegendem geheimen Protokoll der Besprechung in der PGLA über Bergwerksexpeditionen nach der Türkei am 9.3.1916, 1.4.1916, ebd., unpag.

667 Krusch zu Folge hatte die PGLA „eine recht umfassende Prüfung der Mineralvorkommen Kleinasiens (...) organisiert“, da die damalige türkische Regierung „reges Interesse für den Bergbau“ gezeigt habe. Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CLV.

Lagerstättenvorkommen zu verschaffen. Erst in zweiter Linie sollte es dann um die Nutzbarmachung der Fundstätten für die Kriegsführung gehen.⁶⁶⁸

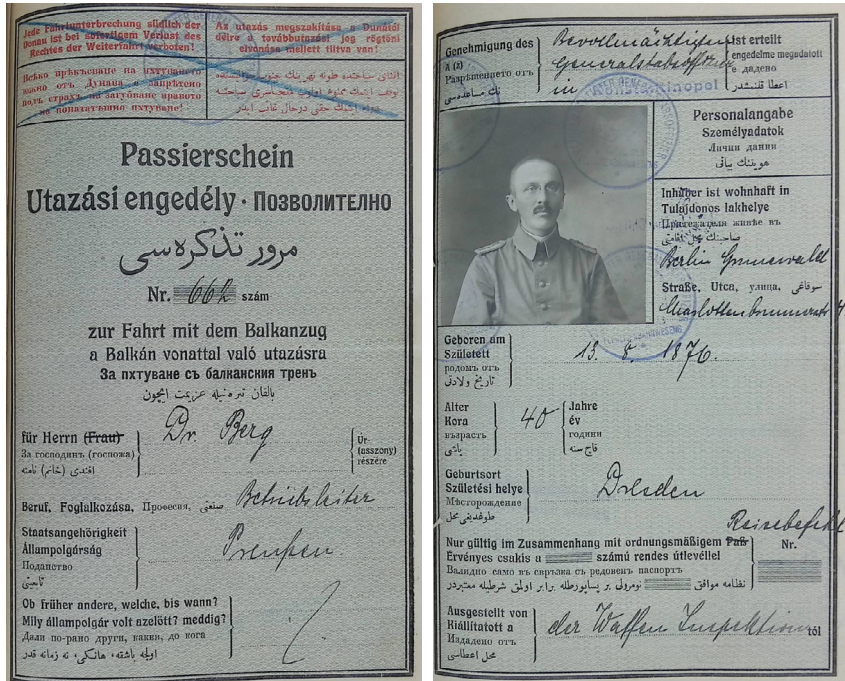


Abb. 12: Passierschein für den PGLA-Geologen Georg Berg anlässlich der von Türkischem Kriegsministerium, Preußischem Kriegsministerium, Reichmarineamt, Kriegsrohstoffabteilung und PGLA organisierten Expedition in die Türkei (1916).⁶⁶⁹

668 Diese Zweiteilung war auf Verlangen Beyschlags zustande gekommen, der sich dem Ansinnen der KRA widersetzt hatte, die Expedition habe die türkischen Lagerstätten sofort für die Kriegswirtschaft nutzbar zu machen. Staatssekretär des Reichsmarineamtes Fregattenkapitän Karl Kühnlenthal an PGLA mit anliegendem geheimen Protokoll der Besprechung in der PGLA über Bergwerksexpeditionen nach der Türkei am 9.3.1916, 1.4.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 176, unpag. Im April 1918 dachten Reichs-, Staats- und Militärbehörden in ähnlicher Weise darüber nach, wie sich Deutschland auf die „von Georgiern, Tataren und Armeniern“ gebildete Kaukasische Republik Einfluss verschaffen konnte. An diesen streng vertraulichen Verhandlungen war auch die PGLA durch Krusch beteiligt. Vgl. Streng vertrauliche Notiz von Staatsminister Dr. Karl Helfferich, 22.4.1918, ebd., unpag.

Das von Osmanischem Waffenamt, Preußischem Kriegsministerium und Reichsmarineamt finanzierte und von der PGLA organisierte geologisch-bergmännische Vorhaben startete im Mai 1916. Die Nordexpedition stand unter der Leitung des Berliner Bezirksgeologen Gotthard Fliegel und konzentrierte sich ausgehend von Angora zunächst auf das innere, östliche und nördliche Anatolien.⁶⁷⁰ Die von den Geologen Georg Berg, Willi Koert und von Bergassessor Heinrich Baumann geführte Südexpedition arbeitete im Bereich der Bagdad-Bahn.⁶⁷¹ Beide Gruppen besuchten während ihrer mehrmonatigen Reisen verschiedene Lagerstätten und legten alles in Reiseberichten für die deutschen und türkischen Militärbehörden nieder. Bis weit ins Jahr 1918 hinein unternahm die Gruppe Fliegels noch weitere Reisen nach Anatolien.⁶⁷² Im Ergebnis forderten die Geologen, eine Lagerstätte in Kleinasien fortan nur noch dann als bauwürdig zu bezeichnen, wenn sie durch einen europäischen Fachmann beurteilt wurde. Eine „ganze Anzahl von Kohlenvorkommen“ sei „während des Krieges für die Aufrechterhaltung des Betriebes der Eisenbahnen, für die Kriegswerkstätten und das Marinearsenal von Wert“. ⁶⁷³ Gewisse Bedeutung kam verschiedenen Erzlagerstätten (Blei, Zink, Kupfer, Antimon, Mangan und Chromeisenstein) zu, wobei die Vorkommen von Balıca Maden (Bleierz), Bulgar Maden (Blei-Silbererze) und Kutahya (Chromerz) das besondere Interesse der KMA weckten.⁶⁷⁴ Das für die KMA „greifbarste Ergebnis“

670 Deutsche Botschaft Tarabya an den Beauftragten für den Vierjahresplan Ministerpräsident Generalfeldmarschall Hermann Göring mit anliegendem Exposé [vermutlich von Gotthard Fliegel PGLA]: Berichte der Deutschen geologischen Expeditionen über Mineralvorkommen in der Türkei 1916–1918, 10.7.1939, BGR-Archiv Hannover, Nr. 64150, unp. Hier auch eine Übersicht über die zehn Teilnehmer der Expedition. Zu Fliegel siehe Anhang Biographien.

671 Berg fiel wegen einer Erkrankung relativ früh aus und wurde später durch Koert ersetzt. Als dann auch Baumann erkrankt ausfiel, lag die Leitung bei Koert. Aus dem Nachruf für Berg geht hervor, dass er im Zuge der Expedition „Leiter der technischen Betriebe“ geworden sei, die die Expedition ‚aufgezogen‘ habe. von Gaertner, Nachruf Berg (1955), S. XLVII. Vgl. auch Krause, Nachruf Koert (1928), S. XXXIII.

672 Vgl. Bericht der Geologen Fliegel und Otto Seitz (Geologische Expedition Anatolien, Reisebericht Nr. 2) betr. Manganerze von Eregli (Heraklea), 25.7.1918, BGR-Archiv Hannover, Nr. 64200, unp.

673 Die Expeditionen könnten daher die Ende 1916 erfolgte Bildung der Kriegskohlenzentrale im Großen Osmanischen Hauptquartier begünstigt haben. Sicher ist jedenfalls, dass Expertisen der Expeditionsteilnehmer, etwa jene des Bergrats W. Reimerdes, Aufschluss über die Kohlevorkommen Anatoliens gaben. Darüber hinaus profitierte die der Kriegskohlenzentrale unterstellte Bergwerksdirektion in Smyrna von den in der Region durchgeführten Untersuchungen des PGLA-Geologen Wilhelm Wolff und der Chemiker Wache und Böhm. Vgl. Stoevesandt, Kriegskohlenzentrale (1919), S. 694 f.

674 Deutsche Botschaft Tarabya an den Beauftragten für den Vierjahresplan Ministerpräsident Generalfeldmarschall Hermann Göring mit anliegendem Exposé [vermutlich von Gotthard Fliegel PGLA]: Berichte der Deutschen geologischen Expeditionen über Mineralvorkommen in der Türkei 1916–1918, 10.7.1939, BGR-Archiv Hannover, Nr. 64150, unp. Die KMA unterhielt in Konstantinopel eine Geschäftsstelle zur Bearbeitung bergwirtschaftlicher Angelegenheiten, die später auf Wunsch der KRA zu der Vereinigten Abrechnungsstelle Orient (Verabor) erweitert wurde. Demeter, Kriegsmetall A.G., S. 24, in: CAMO, Bestand 500, Findbuch 12478, Akte 19 (1) (<https://wwii.german-docs.inrussia>).

stellte aber „die Inbetriebnahme des weit im Osten der Türkei gelegenen großen Kupferbergwerks Argahna Maden“ dar, die sich aber wegen Transportproblemen und „dem mit der türkischen Regierung geschlossenen Verträge“ aus Sicht der Deutschen letztlich „als großer Fehlschlag erwies“. ⁶⁷⁵

Vordergründig ging es bei den Expeditionen darum, den Türken zu einer nationalen Bergwerksindustrie zur Befriedigung ihrer notwendigsten Kriegsbedürfnisse zu verhelfen. Die deutschen Militärs und die KRA verfolgten jedoch wesentlich weiterreichende Absichten. ⁶⁷⁶ So plante man Ende März 1917 bei der Erwerbung von Steinkohlenbergwerken im Heraklea-Becken „mit einem Aufwand von etwa 10 bis 20 Millionen Mark kleinere, bereits auch von den Türken u.a. betriebene Kohlengruben, eventuell auch den französischen Besitz der Soci   Anonyme des Mines d’Heraklea zunächst für das Deutsche Reich schleunigst zu erwerben, um auf solche Weise deutschen Einfluss in der türkischen Bergwerksindustrie auch über den Krieg hinaus zu sichern und gleichzeitig den Türken bei der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes behilflich zu sein.“ In dem Maß, wie man dadurch den deutschen Einfluss stärkte, hoffte man, „denjenigen der Entente-Mitglieder zu verringern.“ Da die für diese Maßnahmen zur Verfügung stehenden Unterlagen (Kohlenvorräte und -beschaffenheit, Gewinnungs- und Transportmöglichkeiten) etwaigen Interessenten aber nur wenig Aufschluss boten, kam der PGLA die Aufgabe zu, die dafür notwendigen Informationen zu beschaffen. ⁶⁷⁷ Dass man dabei gegenüber dem Bündnispartner nicht mit offenen Karten spielte, offenbart ein Schreiben der KMA, die versprach, die Sachen vertraulich zu behandeln und „insbesondere türkischen Behörden gegenüber nicht davon zu sprechen“. ⁶⁷⁸

Wie im März 1916 festgelegt worden war, sollte der Nord-Süd-Expedition „in aller Kürze eine zweite Expedition“ folgen, um die Gewinnung von Rohstoffen einzuleiten, welche für Kriegszwecke nach Deutschland exportiert werden konnten. Darüber hinaus sollten Bergwerksobjekte ausfindig gemacht

org/de/nodes/8676-akte-19-unterlagen-der-kriegsgeschichtlichen-abteilung-des-reichsarchivs-manuskript-f-r-das-inventar-des-reichsarchivs-serie-ii-heft-4-die-kriegsmetall-ag-bearbeitet-von-archivat-dr-karl-demeter-dezember-1931#page/2/mode/inspect/zoom/6, eingesehen am 15.6.2023). Zum Interesse der KMA an den Expeditionsergebnissen vgl. etwa Verabor (Konstantinopel) an KMA betr. Berichte der geologischen Expedition des osmanischen Waffenamtes, 4.9.1917, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1483, Bl. 1f. In der Akte finden sich die Berichte der Nord- und Südgruppe, die zeigen, dass die Ziele der Expedition auf verschiedene Rohstoffe sowie hydrogeologische Problemstellungen ausgerichtet waren und demnach über den Aufgabenkreis der KMA hinausgingen.

675 Demeter, Kriegsmetall A.G., S. 24, in: CAMO, Bestand 500, Findbuch 12478, Akte 19 (1) (<https://www.german-docs.inrussia.org/de/nodes/8676-akte-19-unterlagen-der-kriegsgeschichtlichen-abteilung-des-reichsarchivs-manuskript-f-r-das-inventar-des-reichsarchivs-serie-ii-heft-4-die-kriegsmetall-ag-bearbeitet-von-archivat-dr-karl-demeter-dezember-1931#page/2/mode/inspect/zoom/6>, eingesehen am 15.6.2023).

676 Beyschlag (PGLA) an Pr. Kriegsministerium (Armee-Abteilung, Berlin), 25.5.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 176, unpag.; Fischer, Griff (1984), S. 514.

677 Bericht Beyschlags zur Frage der Erwerbung von Steinkohlenbergwerken im Heraklea-Becken, 2.4.1917, BGR-Archiv Hannover, Nr. 64161, unpag.

678 KMA (Abteilung Bergbau) an PGLA, 13.6.1916, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1483, Bl. 15.

werden, die für Konzessionen für deutsche Unternehmer in Frage kamen. Mindestens ein weiterer Geologe der PGLA nahm auf Verfügung des Preussischen Kriegsministeriums an einer Expedition nach Syrien und Kleinasien teil. Dabei handelte es sich um Wilhelm Wolff, der im August 1916 dem osmanischen Großen Hauptquartier zugeteilt wurde, für das er „Untersuchungen in Syrien und Palästina nebst Ostjordanland (Aufsuchung von Kohle, Asphalt, Ölgestein für den Betrieb von Eisenbahnen und Werkstätten), Kleinasien (Untersuchung von Kohle- und Pandermitvorkommen) und Thrazien (Untersuchung von Braunkohlevorkommen für die Kriegsbetriebe in Konstantinopel)“ durchführte.⁶⁷⁹ Im Mai 1917 wurde Fritz Behrend mehrere Monate lang „als geologischer Sachverständiger des Kriegsministeriums auf der Kupfergrube von Arghana Maden in Kurdistan“ eingesetzt.⁶⁸⁰ Der Bergassessor und Hilfsarbeiter an der PGLA, der spätere Präsident des Staatlichen Materialprüfungsamtes in Berlin-Dahlem Erich Seidl, war 1916 zum Stab des Deutschen Militärbevollmächtigten an der Deutschen Botschaft in Konstantinopel kommandiert worden. Hier befasste er sich mit den Erdöl- und Pechgebieten am Euphrat und Tigris und stellte 1917 ein so genanntes ‚Brennstoffkommando Arabien‘ auf, das die Erdölquellen bei Mosul erbohrte und die dortigen Flieger- und Autokolonnen mit Benzin belieferte.⁶⁸¹ Seidl war 1918 offenbar auch an deutsch-türkischen Wirtschaftsverhandlungen beteiligt, durch die sich Berlin Zugriff auf türkische Bahn-, Bank-, Bergwerks- und andere Industriekonzessionen sichern wollte. Im Juli 1918 legte er eine „Liste der zu fordernden türkischen Bergbau- und Hüttenobjekte“ vor, deren Auswahl auch auf Grund jener Gutachten „der geologischen Sachverständigen“ erfolgt war, die zwischen 1916 und 1918 „im Auftrage des türkischen Waffenamtes die anatolischen Mineralvorkommen untersucht“ hatten.⁶⁸²

679 Wilhelm Wolff an PGLA, 29.3.1935, GStA, I. HA Rep. 138, Nr. 535, unpag. Vgl. auch Stoevesandt, *Kriegskohlenzentrale* (1919), S. 695.

680 Vgl. Fritz Behrend an Direktion PGLA, 23.5.1916, BArch Berlin, R 71, Nr. 6, Bl. 22; PGLA an stellvertr. Generalkommando des III. Armeekorps (Berlin), 15.9.1917, ebd., Bl. 27; Gesuch Behrends an MHG um Anrechnung eines Teiles seiner Vorbereitungszeit auf sein Besoldungsdienstalter, 7.12.1922, ebd., Bl. 63. Auch der von 1915 bis 1919 als Führer einer Kraftfahrkolonne der deutschen Militärmission in der Türkei eingesetzte PGLA-Geologe Werner Paackelmann führte „während des Krieges als Offizier“ geologische Studien in der Umgebung von Konstantinopel durch. Paackelmans Kolonne war auch für den Transport türkischer Erze verantwortlich, die „zur Verhüttung in Deutschland an die Küste“ gebracht wurden. Vgl. PGLA an AA (Berlin), ohne Datum (um 1926), BArch Berlin, R 71, Nr. 42, Bl. 105; Von Paackelmann aufgefüllter Personalfragebogen, ohne Datum (um 1937), ebd., unpag. (ganz vorn in der Akte); Udluft, *Nachruf Paackelmann* (1953), S. IX.

681 So zumindest der Nachruf Seidl (1939), S. II–V (Ich danke Malte Stöcken für den Hinweis). Vgl. zudem Vermerk der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung des Pr. MHG, ohne Datum (um 1933/34), GStA, I. HA Rep. 121, Nr. 367, unpag. Zu Entstehung und Einsatz des „Brennstoffkommandos Arabien“ vgl. Seidl, *Erböhrung* (1942), S. 59–62; Eichholtz, *Ölpolitik* (2010), S. 63.

682 Erich Seidl (Konstantinopel) an Beyschlag mit Anlage VI zum Programm für die bevorstehenden Verhandlungen mit Djavid Bey. Zum Bericht der Kaiserlichen Botschaft vom 22.5.1918: Liste der zu fordernden türkischen Bergbau- und Hüttenobjekte und der

2.5.2 Die Manganerz GmbH

Die von der deutschen und türkischen Militärführung in Kooperation mit der KRA und der PGLA durchgeführten Expeditionen in Kleinasien weckten auch das Interesse der Manganerz GmbH (MEG). Ihr Engagement richtete sich auf die Manganerzvorkommen von Ereğli am Schwarzen Meer, deren Ausbeutung sich während des Krieges als für die deutsche „Trockenelement-Industrie“, also für den Bau von Akkumulatoren und Batterien, „brauchbar und wichtig“ erwies.⁶⁸³ Die am 14. September 1916 gegründete MEG war für die Versorgung mit Manganerzen verantwortlich, denn die Manganfrage stellte „eine der größten Sorgen der deutschen Stahlindustrie“ dar.⁶⁸⁴ Sie richtete ihren Fokus auf die Steigerung der In- und Auslandserzeugung⁶⁸⁵, auf die Erkundung, den Ankauf und die Beschlagnahme ausländischer Manganerzvorkommen.⁶⁸⁶ Die großen Schwierigkeiten bei der Manganversorgung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, die durch die dramatisch hohen Produktionsauflagen des Ende August 1916 verkündeten ‚Hindenburg-Programms‘ noch einmal verschärft wurden, gaben den Ausschlag für die Gründung der MEG.⁶⁸⁷

Die Schließung der „Manganlücke“ hatte man zunächst der Wirtschaft (VDEh) überlassen, zumal sich mit der Ferromangangemeinschaft bereits vor dem Krieg ein Interessenkartell gebildet hatte, das in Kooperation mit der KRA und der Schutzverwaltung der französischen Bergwerke und Hütten in Metz schon Ende 1914 „ein Regelungssystem zur Bewirtschaftung“ von Mangan und Ferromangan auf die Beine gestellt hatte.⁶⁸⁸ Da man sich dabei aber auch hier in erster Linie auf vorratspolitische Maßnahmen konzentrierte und die „Aufnahme produktiver Arbeiten“ hinauszögerte, nahmen die

notwendigen Sicherungen deutscher Bergbauinteressen nebst Begründung, 22.6.1918, BGR-Archiv Hannover, Nr. 64161, Bl. 5–53.

683 Bayschlag, Mineral-„Reichtum“ (1918), S. 82. Vgl. Bericht der Geologen Gotthard Fliegel und Otto Seitz (Geologische Expedition Anatolien, Reisebericht Nr. 2) betr. Manganerze von Ereğli (Heraklea), 25.7.1918, BGR-Archiv Hannover, Nr. 64200, unpag. Aus dem Bericht geht hervor, dass die „Manganerzgesellschaft des Preussischen Kriegsministeriums“ die Vorkommen von Ereğli „während des Krieges in Abbau genommen“ hatte.

684 Zur Gewinnung, Ein- und Ausfuhr, Verwendung und Bewirtschaftung von hochhaltigem Mangan (Ausland) und Mangan-Eisenerzen (Inland), zur Beschlagnahme von Vorräten in Belgien und Frankreich sowie zur Ferromangangemeinschaft bis 1916 vgl. Bericht betr. Mangan, ohne Datum, BArch Berlin, R 8749, Nr. 10, unpag. (Anlage zum Schreiben vom 25.10.1916).

685 Vgl. Verzeichnis der Kriegsorganisationen, 1.2.1918, BArch Berlin, R 43–I, Nr. 614, Bl. 2–27, hier Bl. 17R.; Protokoll Ahlburgs über die Sitzung der MEG in Berlin am 21.12.1916, 25.12.1916, ebd., unpag., GStA, I. HA. Rep. 194, Nr. 354, unpag.; Rohlack, Kriegsgesellschaften (2001), S. 53.

686 Vgl. van de Kerkhof, Kriegswirtschaft (2006), S. 225.

687 Vgl. Zilt, Mangannot (2021), S. 147.

688 Ebd. S. 142. Zu den Maßnahmen des VDEh auf dem Mangangebiet und den daraus resultierenden Versuchen und Entwicklungsarbeiten der Industrie, selbst auch 30-prozentiges Ferromangan zu verwenden, vgl. ebd., S. 142–146; Bericht betr. Mangan, ohne Datum, BArch Berlin, R 8749, Nr. 10, unpag. (Anlage zum Schreiben vom 25.10.1916); Boldorf/Haus, Kriegswirtschaft, Bd. 2: Stellwaag, Eisenwirtschaft (2016), S. 28–30.

Manganvorräte „in einem erschreckenden Tempo“ ab. „Die Manganversorgung und damit die Stahlproduktion überhaupt schien vor Mitte 1916 einer Katastrophe entgegenzueilen, da ohne Mangan die Herstellung von Stahl schlechterdings unmöglich wurde.“⁶⁸⁹ Der Staat ging daher von seiner Zurückhaltung ab, indem er die Unternehmen nun zu einer Umstellung des Verbrauchs auf Mindestqualitäten veranlasste, was eine vermehrte Verwendung geringwertiger Manganträger erlaubte. Darüber hinaus wurden die Thomas-Hochofenwerke angewiesen, ihren Manganbedarf aus Hochhofenschlacken und geringmanganhaltigen Erzen zu decken.⁶⁹⁰ Um letzteres sicherzustellen, wurden deren Besitzer durch Subventionen zu einer Produktionssteigerung ihrer Gruben angeregt. Eine weitere Mobilisierungsstufe erreichte dieser Prozess durch das ‚Hindenburg-Programm‘ und die Bildung der Sektion Eisen in der KRA. Nun sollte alles, was an Manganrohstoffen im In- und Ausland greifbar war, nutzbar gemacht werden.⁶⁹¹ Um die „Überwachung des Bergbaues“ sicherzustellen, gründete die KRA die dem Kommissariat der Eisenzentrale unterstehende Manganerz GmbH, deren Gesellschafter genau jene Unternehmen waren, die sich bereits in der 1905 gebildeten Ferromangangemeinschaft zusammengetan hatten.⁶⁹²

Dem Aufsichtsrat der MEG gehörten auch Beyschlag und als sein Stellvertreter Krusch an (siehe Tab. 9).⁶⁹³ Sie wurden eingebunden, um „die Erfahrungen dieser für bergwirtschaftliche Fragen in erster Linie zuständigen Behörde auch für die Manganwirtschaft“ gewinnbringend einzusetzen.⁶⁹⁴ Auch bei den Arbeiten der MEG ging es vor allem darum, „die noch ungehobenen Bodenschätze in Deutschland und im verbündeten Ausland für die Kriegswirtschaft nutzbar zu machen“. Sie konzentrierte sich dabei auf die Mangan-Eisenerz-Förderung der Gewerkschaft Geier bei Bingen, die von Krupp ausgebeuteten Vorkommen bei Gießen, auf die Vorkommen im Siegerland und bei Ilsede sowie die Untersuchung, Aufschließung und den Betrieb weiterer Lagerstätten in Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei.⁶⁹⁵

689 Ebd., S. 43.

690 Ebd., S. 44. Zur Schaffung der KRA-Sektion Eisen vgl. van de Kerkhof, Kriegswirtschaft (2006), S. 217–223.

691 Vgl. Boldorf/Haus, Kriegswirtschaft, Bd. 2: Stellwaag, Eisenwirtschaft (2016), S. 63. Mit welchen Betrieben und Vorkommen im In- und Ausland sich die MEG befasste, geht hervor aus Tagesordnung und Entwurf des Protokolls der 9. AR-Sitzung der MEG, 26.9.1918, BAArch Berlin, R 8749, Nr. 2, unpag.

692 Wilhelm Hiby (Manganversorgungsstelle, Zweigstelle der Kaiserlichen Schutzverwaltung beim Gouvernement Metz) an Prof. Dr. Wiedenfeld (Berlin), 25.10.1916, BAArch Berlin, R 8749, Nr. 10, unpag.; Zilt, Mangannot (2021), S. 147. Zur Organisation der MEG vgl. Boldorf/Haus, Kriegswirtschaft, Bd. 2: Stellwaag, Eisenwirtschaft (2016), S. 63–65. Zum Kommissariat der Eisenzentrale vgl. van de Kerkhof, Kriegswirtschaft (2006), S. 223–225.

693 Vgl. Krusch, Kriegsaufgaben (1921), S. CLII; Boldorf/Haus, Kriegswirtschaft, Bd. 2: Stellwaag, Eisenwirtschaft (2016), S. 65.

694 Vgl. ebd. Zur Bedeutung der Aufsichtsräte in den Kriegsgesellschaften, der im Fall der MEG als Entscheidungsinstanz fungierte und die Geschäftsführung übernahm, vgl. Roth, Staat (1997), S. 133.

695 Boldorf/Haus, Kriegswirtschaft, Bd. 2: Stellwaag, Eisenwirtschaft (2016), S. 29, 68. Mit welchen Gruben und Bergwerken sich die MEG befasste, geht aus den Sitzungsprotokollen

Tab. 9: Mitglieder des Aufsichtsrats der Manganerz GmbH (1917/18).⁶⁹⁶

Mitglied	Institution
MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATS	
Hauptmann d. Res. Franz Burgers (Leiter)	Leiter der Sektion Eisen der KRA (sonst: Gelsenkirchener Bergwerks AG, Schalke)
Rittmeister d. Res. Hermann Fischer	Kommissar der Eisenzentrale und der Rohstahl- ausgleichsstelle der KRA
Kommerzienrat Paul Reusch (Stellvertretender Vorsitzender)	Gutehoffnungshütte, Oberhausen
Rittmeister Wilhelm Hiby	Leiter der Manganversorgungsstelle Düsseldorf, Beauf- tragter des Kriegsministeriums für die Manganversorgung
Generaldirektor Ernst Schleifenbaum	Dillinger Hüttenwerke
Direktor Konrad Verlohr	Aktiengesellschaft für Hüttenbetrieb, Duisburg-Meiderich
Direktor Anton Schruff	Gelsenkirchener Bergwerks Aktiengesellschaft
Kommerzienrat Hermann Röchling	Röchlingsche Eisen- und Stahlwerke, Völklingen
Direktor Richard Foerster	Friedr. Krupp A.G., Essen
Kommerzienrat Julius Hochgesand	Donnersmarckhütte, Zabrze u. Hindenburg, Schlesien
Regierungsrat Walther Fahrenheit	A.G. für Bergbau und Hüttenbetrieb Phoenix, Hoerde
Direktor Bergassessor Hermann Wenzel	Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- u. Hütten A.G.
Franz Beyschlag	Preußische Geologische Landesanstalt, Berlin
VERTRETER VON MITGLIEDERN DES AUFSICHTSRATS	
Paul Krusch	Preußische Geologische Landesanstalt, Berlin
Settegast	Gutehoffnungshütte
Otto Holz	Gutehoffnungshütte
Dietrich Kuhlmann	Gutehoffnungshütte
Friedrich Benthaus	Friedr. Krupp A.G.
Adolf Buff	Friedr. Krupp A.G.
Prokurist Fritz Kipper	Röchlingsche Eisen- und Stahlwerke
Bergassessor Werner Röchling	Röchlingsche Eisen- und Stahlwerke
Wilhelm Carl Ihne	Deutsch-Luxemburgische Bergwerks u. Hütten A.G.
Han	A.G. für Bergbau und Hüttenbetrieb Phoenix, Hoerde

des AR der MEG in BArch Berlin, R 8749, Nr. 1 und 2 hervor. Vgl. zudem Vermerk: Die Kgl. Geologische Landesanstalt in Berlin schreibt unterm 30. September 1915 über die Manganerzlagertstätten in Österreich-Ungarn wie folgt, BArch Berlin, R 8773, Nr. 20, unpag. Zum Anteil der PGLA am Ausbau der Manganerzlagertstätten des Ilseder Horizontes und der Bültener-Adenstedter Mulde bei Peine vgl. van de Kerkhof, Kriegswirtschaft (2006), S. 292–298.

⁶⁹⁶ Vgl. Boldorf/Haus, Kriegswirtschaft, Bd. 2: Stellwaag, Eisenwirtschaft (2016), S. 64 f.; Sitzungsprotokolle des AR der MEG in BArch Berlin, R 8749, Nr. 1 und 2; Wilhelm Hiby (Manganversorgungsstelle, Zweigstelle der Kaiserlichen Schutzverwaltung beim Gouvernement Metz) an Prof. Dr. Wiedenfeld (Berlin), 25.10.1916, BArch Berlin, R 8749, Nr. 10, unpag. Dass Hauptmann Burgers dem AR der MEG vorsah, geht hervor aus Beyschlag (PGLA) an den Vorsitzenden des AR der MEG, Hauptmann Burgers, 1.10.1918, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 485, unpag. Zur Rolle Paul Reuschs als stellvertretender Vorsitzender vgl. Paul Reusch an Oberstleutnant Koeth (KRA), 26.10.1917, BArch Berlin, R 8749, Nr. 1, unpag.

Die PGLA hatte schon vor der Gründung der MEG mit der Ferromangangemeinschaft kooperiert, so etwa 1915 bei der Untersuchung der in den Ardennen (Belgien) gelegenen Manganeisenerzvorkommen.⁶⁹⁷ Zeitgleich war sie vom Preußischen Wirtschaftsministerium mit einem Gutachten über die Versorgung mit Mangan und Ferromangan betraut worden. Dadurch erhielten Industrie, Staat und Militär einen Überblick über die heimischen Vorkommen, ihre Lage, ihre Metallgehalte und Gewinnungsverfahren.⁶⁹⁸ In diesem Zusammenhang befassten sich die Geologen auch mit der Steigerung der Produktion, was zu einem schweren Zerwürfnis mit dem Direktor der Gießener Braunsteinwerke (Lindener Mark) vormals Fernie, Paul Wenner, führte. Denn Krusch stellte fest, dass die Produktion der Gießener Braunsteinwerke seit dem Kriegsbeginn deutlich gesunken war. Der Produktionsrückgang war zum Teil auf den kriegsbedingten Mangel an Arbeitern zurückzuführen. Während sich andere Eisenerzgruben in solchen Fällen mit Kriegsgefangenen behelfen, erklärte die Grubenleitung der Lindener Mark (Direktor Wenner), diesem Beispiel nicht folgen zu können, weil der Betrieb und die Beurteilung des Erzes „notwendige Spezialkenntnisse“ voraussetzten.

In der PGLA teilte man diese Ansicht nicht und überprüfte die Tagebaue daraufhin, ob eine Produktionssteigerung unter Zuhilfenahme von Gefangenen möglich war.⁶⁹⁹ Krusch machte deutlich, dass für viele Arbeiten in den Gießener Tagebauen „ungelernte Arbeiter“ genühten, um eine Steigerung der Förderung zu erreichen, da „ungeübte Arbeiter und Gefangene hier leicht anzulernen“ seien. Dadurch lasse sich „eine ganz erhebliche Vergrößerung der Produktion“ erreichen. Gleiches gelte auch für den Stollenbau.⁷⁰⁰

697 Vgl. Kap. 2.2.1.

698 Vgl. Umlegebogen der PGLA zu dem Erlass des Herrn Pr. MHG vom 29.2.1915 betr. Erstattung eines Gutachtens über die Versorgung Deutschlands mit Mangan und Manganerzen, 30.3.1915 und Gutachten der PGLA [über die Versorgung Deutschlands mit Mangan und Manganerzen], 15.5.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 354, unp. Der Impuls zu diesem Gutachten war von der PGLA ausgegangen, die „bei der ersten Nachricht“ einer möglichen Eisen- und Manganerz-Knappheit beim VDEh eine Lagerstätteninventur angeregt hatte. Beyschlag (PGLA) an Chef des Kriegsamtes Groener, 16.4.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 354, unp.

699 Gutachten der PGLA [über die Versorgung Deutschlands mit Mangan und Manganerzen], 15.5.1915, ebd., unp. Als Beispiel für eine „glänzende Organisation“ galt der PGLA die Gewerkschaft Braunsteinbergwerke Dr. Geier, die ihre Ferromanganvorkommen Elisen- und Amalienhöhe mit Hilfe von 100 russischen Kriegsgefangenen ausbeutete und trotz Rückgangs der Gesamtbelegschaft eine Produktionssteigerung erzielte. Aber auch hier hielten die Geologen eine noch weitergehende Steigerung möglich, wenn man „130 Mann von der alten Belegschaft“ reklamierte „und weitere 100 Kriegsgefangene“ einstellte. Vgl. ebd.

700 Ebd. Vgl. auch Bericht betr. Mangan, ohne Datum, BArch Berlin, R 8749, Nr. 10, unp. (Anlage zum Schreiben vom 25.10.1916). Hier wird immer wieder von „Gefangenen“ gesprochen, aus dem Zusammenhang des Schriftwechsels zwischen PGLA, Ministerium, VDEh und Industrie ergibt sich jedoch, dass es dabei um Kriegsgefangene ging. Der Einsatz von Kriegsgefangenen im Bergbau- und Hüttenwesen war vom Pr. Kriegsministerium im Frühjahr 1915 zugelassen worden. Dazu und zur rechtlichen Dimension des Einsatzes von zivilen Zwangsarbeitern, Strafgefangenen und Kriegsgefangenen im Ersten Weltkrieg vgl. Thiel, Interventionen (2016), S. 393; Thiel/Westerhoff, Zwangsarbeit (2020), S. 425–448.

Der Kritik Kruschs sahen sich aber nicht nur die Gießener Braunsteinwerke ausgesetzt, denn nach seiner Ansicht gestatteten auch die „Siegerländer Gänge eine wesentliche Erhöhung der Produktion“. Zwar bestehe auch hier ein akuter Arbeitermangel, gleichwohl sträube man sich gegen „die Verwendung der Gefangenen“. Dabei gebe es „unter den Kriegsgefangenen (...) zweifellos auch Erzbergleute, welche die von den Siegerländer Grubenleitungen für unbedingt notwendig hingestellten Fachkenntnisse“ besäßen.⁷⁰¹

Der Rundumschlag Kruschs sorgte beim Direktor der Gewerkschaft Gießener Braunsteinwerke für Verärgerung.⁷⁰² Auf Seiten der PGLA forderte man nicht nur einen Wechsel in der Leitung des Unternehmens, sondern erwog sogar Zwangsmaßnahmen: „Da die Lindener Mark die bedeutendste Eisen-Manganerzlagstätte Deutschlands darstellt, auf deren Mehrförderung während des Krieges unter allen Umständen gerechnet werden muss, empfiehlt es sich, den Widerstand der jetzigen Betriebsleitung gegen eine Erhöhung der Förderung unter Anwendung von Kriegsgefangenen mit allen Mitteln möglichst bald zu brechen. Vielleicht lässt sich die von der Darmstädter Regierung ins Auge gefasste Zwangsverwaltung durchführen.“⁷⁰³ Auch Beyschlag ging das Verhalten Wenners gegen den Strich: „Während sonst in dieser schweren Zeit Wissenschaft und Technik überall Hand in Hand wetteifern, um die Bedürfnisse des Heeres zur Verteidigung des Vaterlandes zu befriedigen, hält es der Direktor des größten deutschen Manganerzbergwerks – angesichts der dringenden Notlage der heimischen Stahlindustrie – für angezeigt, die Vorschläge zur erhöhten Produktion seines Werkes, die gleichzeitig auch im Interesse der Grube selbst liegen (...), mit den unglaublichsten Mitteln zu bekämpfen.“ Es sei nicht Krusch, sondern Wenner, „der seine vaterländischen Pflichten in gröblichster Weise verletzt“ habe.⁷⁰⁴

Dass die PGLA in dieser Auseinandersetzung so selbstsicher vorging, war auch darauf zurückzuführen, dass ihr der VDEh längst versichert hatte, ihre Ansichten zu teilen.⁷⁰⁵ Tatsächlich sah sich die Firma bald mit der Gefahr der von der PGLA angemahnten Zwangsverwaltung konfrontiert.

701 Paul Krusch: Über die Beschaffung der Stahlveredlungsmittel, 9.4.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 477, unpubl. Auch im Fall des Mechernicher Bergwerksvereins (Förderung von Blei) sprach sich Krusch für die Rückholung von an der Front stehenden Bergleuten und die Heranziehung von „etwa 100 Kriegsgefangenen“ aus. Beyschlag (PGLA) an Pr. Kriegsministerium, 19.10.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 354, unpubl.

702 Wenner sprach von „falschen Behauptungen“. Direktor Paul Wenner (Gewerkschaft Gießener Braunsteinbergwerke vormals Fernie) an Beyschlag (PGLA), 21.6.1915, 25.6.1915 u. 14.7.1915, ebd., unpubl.; Beyschlag (PGLA) an Wenner (Gewerkschaft Gießener Braunsteinwerke), 23.6.1915, ebd., unpubl.; Beyschlag (PGLA) an Emil Schrödter (VDEh), 23.6.1915, ebd., unpubl.; Schrödter (VDEh) an Beyschlag (PGLA), 29.6.1915, ebd., unpubl.

703 Gutachten der PGLA [über die Versorgung Deutschlands mit Mangan und Manganerzen], 15.5.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 354, unpubl.

704 Beyschlag (PGLA) an den Pr. MHG betr. die Beschwerde der Großherzoglich-Hessischen Oberen Bergbehörde in der Angelegenheit des über das Ferniewerk der Gewerkschaft Gießener Braunsteinbergwerk erstatteten Gutachtens, 24.8.1915, ebd., unpubl.

705 Vgl. Schrödter (VDEh) an Beyschlag (PGLA), 29.6.1915, ebd., unpubl.

Daher verpflichtete sich der Grubenvorstand kurze Zeit später, „den Ansprüchen der Heeresverwaltung gerecht zu werden“.⁷⁰⁶ Wie Beyschlag daraufhin lakonisch bemerkte, hätte „der Erfolg“ der bei den Ferniewerken „inzwischen eingeführten Gefangenearbeit (...) die Anschauungen Kruschs durchaus als richtig bestätigt“, denn „die zwangsweise verlangte Mehrförderung“ werde nunmehr geleistet.⁷⁰⁷ Dieses Beispiel zeigt, dass sich der VDEh, das Kriegsministerium und die preußische Wirtschaftsverwaltung die Vorschläge der PGLA hinsichtlich des Einsatzes von Kriegsgefangenen und etwaiger Zwangsmaßnahmen zu eigen machten. Dies galt auch für einen von ihr zudem erstellten „Plan über die Deckung des Manganerzbedarfs durch Verteilung und Förderung auf die einzelnen Werke“. Die Durchführung dieses Plans wurde schließlich der Manganversorgungsstelle in Metz übertragen.⁷⁰⁸

Den durch die PGLA solcherart unter Beweis gestellten Sachverstand wollte sich auch die MEG zunutze machen. Wie ihre Vertreter zu Verstehen gaben, sollten die Geologen an den sich über den „gesamten Bereich des Deutschen Reiches und der besetzten Gebiete“ erstreckenden Aufgaben mitarbeiten und überall da wirksam werden, wo eine Steigerung der Erzförderung zu erwarten war. Zu diesem Zweck veranlasste die MEG sogar die Rückholung des Geologen Johannes Ahlbürg von der Front, der Vorarbeiten im Lahn- und Dillgebiet in die Wege leiten und zu diesem Zweck eine Geschäftsstelle in Wetzlar einrichten sollte. Darüber hinaus sollte die PGLA Vorschläge über die in Betracht kommenden Lagerstätten, die Abgrenzung der Reviere und die Zuteilung sachkundiger Geologen ausarbeiten.⁷⁰⁹ Krusch knüpfte ein Engagement der PGLA jedoch an Bedingungen. Wie er betonte, habe seine Anstalt seit Kriegsbeginn mehrfach deutsche, belgische und andere Manganerzvorkommen begutachtet, sei aber von der Manganversorgungsstelle „hinterher aber stets ausgeschaltet“ worden. Deshalb machte er die Mitarbeit seiner Behörde davon abhängig, „dass sie in Zukunft nicht nur zur Beratung und gewissermaßen zu Handlangerdiensten, sondern zur tatsächlichen dauernden

706 Beyschlag (PGLA) an den Vorsitzenden des AR der Gewerkschaft Gießener Braunsteinwerke vormals Fernie, Justizrat Grünwald, 6.7.1915, ebd., unpag. Wie die Schutzverwaltung der Berg- und Hüttenwerke im französischen Okkupationsgebiet die Großherzoglich Hessische Bergverwaltung Anfang Juli 1915 wissen ließ, wurde die Grube der Gießener Braunsteinbergwerke, vorm. Fernie von der Schutzverwaltung nunmehr fortlaufend überwacht, um die angemahnte Fördersteigerung sicherzustellen. Vgl. Kaiserlicher Bezirkspräsident von Lothringen (Schutzverwaltung der französischen Bergwerke, Metz) an Großherzoglich Hessische Bergverwaltung (Darmstadt), 1.7.1915, ebd., unpag. Die Hessische Bergverwaltung kritisierte, dass die Schutzverwaltung und das Pr. Kriegsministerium infolge des PGLA-Gutachtens „außergewöhnliche, tief in den Betrieb“ der Firma eingreifende Maßnahmen ergriffen habe. Großherzoglich Hessische Bergverwaltung an Großherzogliches Ministerium des Innern, 21.7.1915, ebd., unpag.

707 Beyschlag (PGLA) an den Vorsitzenden des AR der Gewerkschaft Gießener Braunsteinwerke vormals Fernie, Justizrat Grünwald, 22.7.1915, ebd., unpag.

708 Beyschlag (PGLA) an Chef des Kriegsamtes Groener, 16.4.1917, ebd., unpag.

709 Protokoll Ahlbürgs über die Sitzung der MEG in Berlin am 21.12.1916, 25.12.1916, ebd., unpag.

Mitarbeit“ bei den Beschlüssen der MEG herangezogen werde.⁷¹⁰ „Aus dem Anwendungsbezug und dem direkten ökonomischen Nutzen“ geologischer Facharbeit leitete Krusch demnach seinen eigenen Expertenstatus ab.⁷¹¹ Er zielte darauf, wissenschaftliches Wissen für die Lösung anstehender kriegswirtschaftlicher Probleme nutzbar zu machen. Folglich diene sein „Expertenwissen der Steuerung und Kontrolle gesellschaftlicher Prozesse“ und war demnach auch Regulierungswissen.⁷¹² Um sich eben dieses nutzbar zu machen, wurden er und Beyschlag in den Aufsichtsrat der MEG berufen.⁷¹³ Mit Blick auf die mit der Tätigkeit in der MEG verbundenen Regulierungsfunktionen ist auch von Bedeutung, dass Ahlburg vorschlug, eine Bundesrats-Verordnung zu erwirken, um der Manganerz GmbH freie Handhabe zu sichern und allen durch die zersplitterten Besitzverhältnisse und den Widerstand der Eigentümer zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Erschließung der Manganvorkommen während des Krieges zu entgehen. In der Folge wurde „ein auf die Mangan- und Eisenerzbergbauverhältnisse zugeschnittener Entwurf einer Bundesratsverordnung“ ausgearbeitet, ebenso ein Entwurf für die vom Reichskanzler zu erlassenden Ausführungsbestimmungen.⁷¹⁴ Beide wurden Anfang März 1917 wirksam.⁷¹⁵

Wie schon im Rahmen der Kriegsmetall AG waren zahlreiche Geologen der PGLA auch für die Manganerz GmbH als Gutachter tätig.⁷¹⁶ Allerdings gestalteten sich die Arbeiten innerhalb der MEG keineswegs reibungslos. Zudem bereitete die Zusammenarbeit mit der KRA Probleme, hinter denen Vorbehalte des KRA-Chefs Koeth gegen die PGLA vermutet wurden. Als dieser sich im Frühjahr 1917 weigerte, die PGLA zu einer Besprechung über die Eisenmanganerzgewinnung hinzuzuziehen, machte sich Beyschlag gegenüber dem Leiter

710 Ebd.

711 Fischer, *Geologie* (2017), S. 93.

712 Carrier, *Expertise* (2014), S. 158 f.

713 Vgl. Kommissariat der Eisenzentrale an Hauptmann Burgers (KRA, Sektion E), 26.2.1917, BAArch Berlin, R 8749, Nr. 1, unpag.; Beyschlag (PGLA) an MEG, 29.12.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 354, unpag.; MEG an PGLA, 3.3.1917, ebd., unpag.

714 Protokoll Ahlburgs über die Sitzung der MEG in Berlin am 21.12.1916, 25.12.1916, ebd., unpag. Wie aus späteren Protokollen der MEG hervorgeht, wurde die „Bundesrats-Verordnung (...) bereits angewandt“. 4. AR-Sitzung der MEG, 21.9.1917, BAArch Berlin, R 8749, Nr. 2, unpag.

715 Vgl. Niederschrift der 6. AR-Sitzung der MEG, 8.2.1918, ebd., unpag.; Bekanntmachung über Manganerze und Eisenerze mit niedrigem Phosphorgehalt vom 1.3.1917, in: Reichsgesetzblatt (RGBl.) 1917, S. 197–199; Bekanntmachung, betreffend Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über Manganerze und Eisenerze mit niedrigem Phosphorgehalt vom 1. März 1917 vom 2.3.1917, in: RGBl. 1917, S. 199–200. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass den Eigentümern im Fall von Beschlagnahmen Entschädigungen gewährt werden und im Streitfall Schiedsgerichte entscheiden sollten (§ 3 Bekanntmachung). Dem Gremium sollte ein Mitglied der jeweils „zuständigen geologischen Landesanstalt“ angehören (§ 6 Ausführungsbestimmungen).

716 Vgl. etwa MEG an PGLA, 30.12.1916 u. 26.3.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 354, unpag.; Bericht über eine von dem Bezirksgeologen Dr. Berg und dem wissenschaftlichen Hilfsarbeiter Dr. Behrend vom 18.1. bis 26.1.1917 ausgeführte Reise durch den Thüringer Wald zur Untersuchung einiger Mangan- und Eisenerzvorkommen, 30.1.1917, ebd., unpag.

des der KRA vorgesetzten Kriegsamts Wilhelm Groener Luft. Wie Beyschlag betonte, legitimiere allein schon der Beitrag der PGLA „bei der Lösung der Aufgabe der Versorgung Deutschlands mit Eisen- und Manganerzen“ ihre Einbeziehung in die auf die Versorgung der deutschen Hüttenindustrie zielenden Arbeiten. Zwar sei sie im Aufsichtsrat der MEG vertreten, tatsächlich jedoch hätten Sitzungen bisher nicht stattgefunden. Auch hätten Vertreter der der MEG vorgestellten Eisenzentrale Kooperationsangebote der PGLA bisher abgelehnt. Der Versuch, einen Meinungsaustausch herbeizuführen, werde von Koeth torpediert. Allem Anschein nach habe „sich also offensichtlich erkennbar eine allmähliche Abkehr der Kriegsrohstoffabteilung von der beratenden Mitarbeit“ der PGLA vollzogen. Dies sei jedoch nur auf persönliche Gründe des KRA-Chefs zurückzuführen, insbesondere „gegen jede, auch in der Form angemessene Kritik, die von fachmännischer Seite“ geübt werde.⁷¹⁷ Ein solches Vorgehen müsse aber auf jeden Fall vermieden werden. Wie Beyschlag Groener wissen ließ, seien „zahlreiche patriotische Männer“, der Überzeugung, dass die Organisation der KRA und anderer militärischer Kriegoorganisationen „nicht richtig“ sei, da „sie sich nicht auf die entsprechende Friedensorganisation stützen“ würden, „deren erweiterte, für die Kriegszeit mobilisierte und militärisch geleitete Formationen sie (...) eigentlich sein sollten“. Es sei demnach ein Fehler, die PGLA bei der Beschaffung mineralischer Rohstoffe auszuschließen. Der daraus resultierende Schaden für die Kriegswirtschaft sei unabsehbar, denn „selbst der tüchtigste Einzelfachmann, der als Reserveoffizier oder Referent“ in die KRA kommandiert werde, verfüge nicht über das Maß von Kenntnissen, „wie der aus zahlreichen Spezialisten bestehende Beamtenkörper“ der PGLA. Folglich dürfe man den „sachverständigen Rat und die Mitarbeit einer solchen Stelle nicht bei Seite schieben, ohne das Vaterland zu schädigen“.⁷¹⁸

Über eine Reaktion des Kriegsamtes sind wir nicht im Bild, aber immerhin ist den Protokollen des Aufsichtsrats der Manganerz GmbH zu entnehmen, dass man Krusch und Beyschlag nun zu seinen Sitzungen hinzuzog und die Durchführung eines Teils der Projekte von ihrem Votum abhängig machte.⁷¹⁹

717 Bei seiner Kritik bezog sich Beyschlag auf die „Behandlung der türkischen Aufgaben“ durch Koeth. Um was es dabei ging, ist unklar, stand aber möglicherweise im Zusammenhang mit den von der PGLA organisierten Expeditionen nach Kleinasien. Beyschlag (PGLA) an Chef des Kriegsamtes Groener, 16.4.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 354, unpag.

718 Ebd. Auch Paul Reusch zeigte sich als stellvertretender Vorsitzender des MEG-Aufsichtsrats angesichts der „Mangan-Not“ über die zum Teil dilatorische Behandlung der Manganerzversorgung durch die Behörden verstimmt. Er schlug sogar vor, „einen technischen Leiter in entsprechender militärischer Stellung“ in die MEG zu holen, um die Versorgung der Rüstungsindustrie sicherzustellen. Wie er meinte, sollte der notwendige Ersatz aus Ungarn, Bulgarien und der Türkei beschafft werden, um die Versorgung mit Mangan sicherzustellen. Im Übrigen verständigte man sich in der MEG im September 1917 darauf, aktiver zu werden, häufiger zusammenzutreten, enger zu kooperieren und mehr Wirkung nach außen zu entfalten. 4. AR-Sitzung der MEG, 21.9.1917, BArch Berlin, R 8749, Nr. 2, unpag.; Paul Reusch an Oberstleutnant Koeth (KRA), 26.10.1917, BArch Berlin, R 8749, Nr. 1, unpag.

719 Vgl. MEG an die AR-Mitglieder der MEG (hier Beyschlag), 17.4.1917, ebd., unpag.; 4. AR-Sitzung der MEG, 21.9.1917, BArch Berlin, R 8749, Nr. 2, unpag.; Niederschrift der 7. AR-Sitzung

Mit welchen Problemen sich die MEG befasste (u.a. Kauf, Pacht und Stilllegung von Betrieben, Arbeitseinsatzfragen, Befahrungen von Gruben und Lagerstätten im In- und Ausland)⁷²⁰, ist ihren Sitzungsprotokollen zu entnehmen. Neben Beyschlag und Krusch als Vertreter der PGLA in der MEG taten sich vor allem Ahlburg und Heinrich Quiring hervor.⁷²¹ Während man unter Ahlburgs Leitung im Lahn-Dill-Bezirk an einer Steigerung der Förderung von Braun- und Roteisenstein arbeitete und dabei auch nicht vor Zwangsmaßnahmen zurückschreckte, war Quiring als Vertreter der MEG in Ungarn im Einsatz, wo er sich mit den Erzvorkommen von Jacobeny und Macskamező befasste.⁷²²

Wie der Leiter der Manganversorgungsstelle Düsseldorf und Beauftragte des Preußischen Kriegsministeriums für die Manganversorgung Wilhelm Hiby im Februar 1918 feststellte, war es der MEG „im Allgemeinen gelungen“, während der vergangenen zwei Monate den Manganbedarf zu decken. Trotz aller bestehenden Probleme hätten die von ihr in Angriff genommenen Arbeiten zum „gewünschten Resultat“ geführt.⁷²³ Zwei Monate später hielt man im Hinblick auf die Manganversorgung der Thomas-Hochöfen sogar fest, dass „bekanntlich keine großen Schwierigkeiten“ bestünden und auch bei der Versorgung mit Ferromangan und Spiegeleisen keine Klagen aufgetreten seien.⁷²⁴ Dafür waren nicht zuletzt die von der MEG ergriffenen Bewirtschaftungs-, Förder- und Beschaffungsmaßnahmen verantwortlich, die, neben den von der Industrie in die Wege geleiteten Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und neuen Erzeugungsverfahren, ihren Teil zur Schließung der „Manganlücke“ beitrugen.⁷²⁵

-
- 720 der MEG, 25.4.1918, ebd., unpag.; Vorbereitung zur 8. AR-Sitzung der MEG, 5.7.1918, ebd., unpag. Vgl. Zwischenbericht über die Tätigkeit der MEG im Oktober 1917, ohne Datum, ebd., unpag., Mitteilungen zur AR-Sitzung der MEG für Herrn Weygand, ohne Datum, ebd., unpag.
- 721 Quiring war der MEG von der KRA als einer vor mehreren „sachverständigen Offizieren“ zur Verfügung gestellt worden. Protokoll der 5. AR-Sitzung der MEG, 1.12.1917, ebd., unpag.; Notizen für die 6. AR-Sitzung der MEG, 8.2.1918, ebd., unpag. Zu Quiring siehe Anhang Biographien.
- 722 Zur Förderung im Lahn-Dill-Bezirk vgl. 4. AR-Sitzung der MEG, 21.9.1917, BArch Berlin, R 8749, Nr. 2, unpag.; Notizen für die 6. AR-Sitzung der MEG, 8.2.1918, ebd., unpag. Wie Ahlburg befürchtet hatte, wurden die Arbeiten im Lahn-Dill-Gebiet zum Teil durch „Feldersplitterung“ erschwert. Die Folge war, dass die MEG mittels der von Ahlburg mit ausgearbeiteten Bundesratsverordnung vom 1.3.1917 daran ging, „die in Frage kommenden Felder zu beschlagnahmen und in ihnen einen eigenen Betrieb“ der MEG zu eröffnen. Ahlburg kam dabei die Aufgabe zu, die dafür vorgesehenen Felder festzustellen. Niederschrift der 6. AR-Sitzung der MEG, 8.2.1918, ebd., unpag. Vgl. Quiring, Manganisenerz-vorkommen (1919), S. 133–140. Da Quiring 1918 erkrankte, sollte der Geologe Georg Berg seine Aufgaben in Ungarn übernehmen. Entwurf einer Niederschrift der 9. AR-Sitzung der MEG, 26.9.1918, BArch Berlin, R 8749, Nr. 2, unpag.; Beyschlag (PGLA) an den Vorsitzenden AR der MEG, Hauptmann Burgers, 1.10.1918, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 485, unpag.
- 723 Niederschrift der 6. AR-Sitzung der MEG, 8.2.1918, BArch Berlin, R 8749, Nr. 2, unpag.
- 724 Vorbereitungen zur 7. AR-Sitzung der MEG, 25.4.1918, ebd., unpag.
- 725 Zilt, Mangannot (2021), S. 148–154, hier S. 153.

2.5.3 Die Kriegs-Phosphat-Gesellschaft

Wie bei fast allen kriegswichtigen Rohstoffen bestand in Deutschland auch ein erheblicher Mangel an Rohphosphaten. Sie bildeten einen unverzichtbaren Ausgangsstoff für die Düngemittelindustrie. Wie eine Berechnung der Welt-erzeugung an Kunstdünger und eine Weltwirtschaftsbilanz der wichtigsten Pflanzennährstoffe im Jahr 1912 ergab, mussten sieben Prozent Stickstoff, 25 Prozent Kali und 65 Prozent an Phosphorsäure dem Boden durch künstlichen Dünger hinzugefügt werden, um ihn ertragreich zu halten. Dies allein schon unterstreicht die Bedeutung der Phosphorsäurezufuhr für die Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung.⁷²⁶ Wie sich aber bald nach Kriegsausbruch zeigte, stellten insbesondere Reinnährstoffe wie Phosphorsäure und Stickstoff Mangelstoffe dar, während Kali in ausreichender Menge zur Verfügung stand. Der Grund war auch hier die britische Blockade, welche die Zufuhr von Guano aus Chile (Stickstoff) und phosphorsäurehaltigen Materialien aus den USA, Nordafrika, Südamerika und der Südsee unterband. Zwar wurde durch das Haber-Bosch-Verfahren ein innovativer Weg zur Herstellung synthetischer Nitrate beschritten, die jedoch der Sprengstoffherstellung zu Gute kamen.⁷²⁷ Im Folgenden geht es in erster Linie um die Versorgung mit Phosphaten, für die eine eigene Kommission eingerichtet wurde. Ihr Beispiel steht für die Misere der deutschen Landwirtschaft und der mit ihr verbundenen Düngemittel-industrie während des Ersten Weltkrieges.

Wie Justus von Liebig um 1840 erkannt hatte, entzogen die Pflanzen dem Boden große Mengen an Nährstoffen, die ihm durch die bis dahin übliche Stalldüngung allein nicht in ausreichendem Maße zugeführt werden konnten. Ebenso wies von Liebig darauf hin, dass die Zugabe gebräuchlicher Düngemittel wie Guano und Knochenmehl wesentlich günstigere Wirkung entfaltete, wenn man sie vorher mit Schwefelsäure behandelte, also ‚aufschloss‘, denn dadurch wurde die darin enthaltene Phosphorsäure in eine leicht lösliche Form überführt.⁷²⁸ Die Anregungen von Liebig bildeten den Grundstein für das

726 Niederschrift der Sitzung im Pr. LWM betr. allgemeine Düngerangelegenheiten, 11.5.1917, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpag. Zu Düngephosphaten vgl. auch Reichelt, Erfassung (2007), S. 38 f. Als man sich im Zuge der Vorbereitungen zum 1913 in Kanada stattfindenden Internationalen Geologenkongress darüber verständigte, welcher mineralische Rohstoff diesmal einer weltweiten Bestandsaufnahme unterzogen werden sollte, standen neben Erdöl auch die Phosphate auf dem Plan, denn wie der Leiter des Geological Survey of Ireland, Grenville Cole, treffend bemerkte, bestehe „mehr Bedarf an Brot als an Automobilen“. Fischer, Geologie (2017), S. 93.

727 Vgl. Müller, Landwirtschaft (2020), S. 347; Plumpe, Industrie (2020), S. 200; Ziegler, Zeitalter (2005), S. 225; Kahlert, Chemiker (2001), S. 196–198.

728 Vgl. Möller/Seidler, Düngemittel (1916), S. 224. Infolge seiner Kristallform kann Phosphat nicht von der Pflanze aufgenommen werden. Die „Umwandlung in eine pflanzenverfügbare Form erfolgt in einem Aufschlussprozess“, wobei in erster Linie Schwefelsäure Verwendung findet. Im Ergebnis entsteht Superphosphat. Reichelt, Erfassung (2007), S. 38. Zur Zusammensetzung und Herstellung von Superphosphat vgl. Verein deutscher Düngere-fabrikanten (Hg.), Fabrikation (1926); Superphosphat-Fibel (1958), S. 11–15. Zur kritischen Sicht auf v. Liebig vgl. Uekötter, Wahrheit (2010), S. 147–150.

Entstehen der Superphosphatindustrie, die ausgehend von Großbritannien bald auch in Deutschland Fuß fasste. Während hier anfangs fast ausschließlich Knochen, Horn und Haarabfälle verarbeitet wurden, ging man bald zur kostengünstigeren Verarbeitung von importierten Phosphoriten und Mineralphosphaten über.⁷²⁹ Lag die Produktion von Superphosphat 1867 noch bei etwa 1.000 t, so wurden 1910 weltweit etwa 10 Millionen t produziert, davon allein in Deutschland 1,35 Millionen t.⁷³⁰

Wie ein geheimes Gutachten der PGLA für das Preußische Landwirtschaftsministerium (LWM) bereits Ende 1905 offenlegte, spielten die Phosphatlagerstätten Deutschlands für die Versorgung mit Düngemitteln „keine Rolle“, was deutlich machte, wie sehr das Reich auf die Einfuhr aus dem Ausland angewiesen war.⁷³¹ Diese Abhängigkeit machte sich mit dem Ausbleiben der Phosphatimporte nach Kriegsbeginn auf dramatische Weise bemerkbar, zumal nun auch das Heer als Interessent in Erscheinung trat, das die Rohphosphate für die Munitionserzeugung benötigte.⁷³² Der daraus entstehende Interessenkonflikt zwischen Landwirtschaft und Militär und das Gerangel um die vorhandenen Phosphate zog sich über die gesamte Kriegszeit hin und bestimmte auch das Handeln der PGLA.

729 Zwar kam es in den 1880er Jahren auch in Deutschland (z.B. Lahn) zum Abbau von Phosphoriten, infolge der starken ausländischen Konkurrenz ging die Produktion aber wieder zurück und ruhte bei Beginn des Ersten Weltkriegs vollständig. Vgl. Germann/Pagel/Parekh, *Eigenschaften* (1981), S. 306 f.

730 Möller/Seidler, *Düngemittel* (1916), S. 224 f. Zur Einfuhr des Rohmaterials und zum Verbrauch an Phosphatdüngemitteln vgl. Bericht von Krusch über die Rohmaterialien der Superphosphatproduktion Deutschlands, ohne Datum (um 1917), GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 182, unp.

731 Nicht umsonst richteten sich zu dieser Zeit die Interessen des so genannten ‚Marokko-Syndikats‘ auf die Phosphatlagerstätten Nordafrikas. Geheimes Schreiben der PGLA an Regierungsrat Dr. Fleischer (Pr. LWM) und an MHG, 12.12.1905, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 179, Bl. 49; Bericht der PGLA betr. die Phosphorsäure-Quellen unserer Landwirtschaft, ohne Datum (Dez. 1905), ebd., Bl. 52–85. Auf Veranlassung des Pr. LWM reiste der Landesgeologe Oskar Tietze 1906 nach Belgien, Frankreich, Tunis und Algier, um mögliche Phosphatvorkommen zu erkunden. Victor von Podbielski (Pr. LWM) an Pr. MHG, 13.2.1916 u. 14.3.1916, ebd., Bl. 88, 93; Pr. LWM an PGLA, 23.2.1906, ebd., Bl. 94; Kaunhowen, Nachruf Tietze (1922), S. XXVII. Im Jahr 1913 betrug der Verbrauch der deutschen Landwirtschaft an Phosphorsäure 630.000 t (275.000 t in Form von Superphosphat, 335.000 t in Form von Thomas- und 20.000 t in Form von Knochenmehl). Die zur Herstellung des Superphosphats notwendigen Rohphosphate (= 900.000 t) wurden sämtlich vom Ausland bezogen. Gut die Hälfte (= 49 %) des Thomasmehls stammte aus Luxemburg, Lothringen und sonstigen linksrheinischen Gebieten. Vgl. Denkschrift des Pr. Ministerpräsidenten und LWM Otto Braun zur Frage der Volksernährung, 1.11.1920, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unp.

732 So benötigte man den Rohstoff bspw. zur Herstellung von Phosphorbomben, Brandmunitionen (weißer bzw. gelber Phosphor) oder zur Herstellung von Zündhölzern und Rauchentwicklern bei Geschossen (roter Phosphor). MacLeod, *Chemists* (1993), S. 467; Hackenholz, *Werke* (2004), S. 43, 110. Allgemein vgl. Klapötke, *Chemie* (2009), S. 58–62 (Ich danke Simon Große-Wilde für den Hinweis). Ein weiterer Grund für das Tauziehen zwischen Heer und Düngemittelindustrie könnte der Mangel an Schwefelsäure und Salpeter gewesen sein, die man für die Herstellung von Sprengstoffen ebenso benötigte, wie für das Aufschließen der Rohphosphate.

Bereits am 12. August 1914 fand im Preußischen Landwirtschaftsministerium eine „Besprechung über die Kunstdüngerbeschaffung für die Landwirtschaft“ statt, in der für die phosphorsäurehaltigen Düngemittel ein „Mangel von fast 2/3 des normalen Bedarfs“ konstatiert wurde.⁷³³ An dieser ersten „Kriegssitzung“ über Düngerfragen im LWM nahmen nur fünf Personen teil, in den folgenden Monaten stieg die Teilnehmerzahl jedoch rasant und erreichte schließlich über 100, was die Bedeutung des für die Nahrungsmittelversorgung zentralen Düngerproblems unterstreicht.⁷³⁴ Welche Dimensionen die in diesen Sitzungen behandelten Problemstellungen annahmen, wurde bereits auf der ersten Sitzung deutlich, die auch ein Defizit bei Stickstoffdünger aufzeigte. So wurde hier ein Prozess angestoßen, der zur Errichtung von vier staatlich finanzierten Reichsstickstoffwerken – Piesteritz (Preußen), Waldshut (Baden), Trostberg (Bayern), Chłorzów (Oberschlesien) – führte, die aber die aber infolge des Fehlens von Arbeitskräften, Kohlen und Transportraum lange Zeit nur wenig Wirkung entfalteten.⁷³⁵

Im September 1914 war die PGLA mit einer Zusammenstellung über die deutsche Superphosphatproduktion und die inländischen Vorräte betraut worden. Allerdings blockten die von ihr befragten Firmen ab und verwiesen darauf, dass sich der Verein Deutscher Dünger-Fabrikanten (VDDF) im Auftrag des LWM mit ähnlichen Erhebungen befasse.⁷³⁶ Im VDDF hatten sich zahlreiche Produzenten zusammengeschlossen, um ihre Mitglieder nach außen zu vertreten und gemeinsame Interessen auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und technischem Gebiet zu fördern.⁷³⁷ Der Vorsitzende des Vereins, Generaldirektor Edmund Pietrkowski (Chemische Fabrik AG vorm. Moritz Milch & Co., Posen), machte gegenüber der PGLA deutlich, dass der Verein die gesamte Superphosphatindustrie umfasse und die Aufgabe habe, „nach Rohmaterialien zu suchen und ihren Abbau und ihre Verteilung an die gesamte Industrie unter Kontrolle des Königl. Preuss. Landwirtschafts-Ministeriums in die Wege zu leiten“.⁷³⁸ Der Geschäftsführer des VDDF, Martin Ullmann,

733 Besprechung über die Frage der Kunstdüngerbeschaffung für die Landwirtschaft, 12.8.1914, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unpag.

734 Diese Sitzungen befassten sich mit allen Fragen des Düngergeschäfts (Verkauf, Einsatz, Transport, Produktion) und erstreckten sich auf alle Düngerarten (z.B. Kali, Superphosphat, Thomasmehl-Phosphat, Knochenmehl-Phosphat, Düngekalk, Stickstoff). Die Teilnehmer entstammten verschiedenen staatlichen Behörden (u.a. Pr. LWM, Reichsschatzamt, KRA, Kriegsam, Kriegsernährungsamt, Wumba), wissenschaftlichen Einrichtungen und der Industrie. Vgl. etwa Niederschrift über die 38. Sitzung, betr. allgemeine Düngerangelegenheiten im Pr. LWM, 3.5.1918, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpag.

735 Weitere Werke auf dem Stickstoffsektor waren Knapsack (Metallurgische Gesellschaft) und die BASF-Werke in Merseburg und Ludwigshafen. Vgl. dazu und zu den Problemen bei der Produktion von Stickstoffdüngern Protokolle der Sitzungen im Pr. LWM 1915–1918 in ebd.

736 Vgl. „Union“, Fabrik Chemischer Produkte Stettin an PGLA, 5.9.1914, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unpag.; Chemische Werke vorm. H. & E. Albert, Biebrich am Rhein an PGLA, 8.9.1914, ebd., unpag.; Krusch (PGLA) an Pr. LWM und Pr. MHG, 11.9.1914, ebd., unpag.

737 Vgl. 100 Jahre Verein Deutscher Dünger-Fabrikanten [1980], S. 9.

738 Generaldirektor Dr. Edmund Pietrkowski (Posen) an Friedrich Kaunhowen (Oberbefehlshaber Ost, Abt. M), 23.6.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unpag.

gab Beyschlag sogar zu verstehen, die PGLA, wenn überhaupt, erst nach Friedensschluss zur Mitarbeit heranzuziehen.⁷³⁹ Beyschlag erhob gegenüber dem VDDF und dem LWM die Forderung, die PGLA zu den ‚Kriegssitzungen‘ im Ministerium hinzuzuziehen, denn es sei wichtig, noch vor dem Friedensschluss gemeinsame Ermittlungen über die Rohmaterial-Beschaffung der deutschen Superphosphatindustrie in die Wege zu leiten.⁷⁴⁰ Vor allem plädierten die Geologen für eine „Wiedereröffnung der deutschen Phosphoritgewinnung“, was aber von der Düngemittelindustrie abgelehnt wurde, weil diese sich zunächst auf die Requirierung landwirtschaftlicher Produkte und Phosphate in Belgien, Frankreich und Polen konzentrierte.⁷⁴¹

Die ‚Kriegssitzungen‘ im LWM offenbarten jedoch, dass trotz der großen Nachfrage nur die Hälfte des Superphosphatbedarfs gedeckt war, weil die Heeresverwaltung den gesamten Salpeter beanspruchte, große Mengen an Schwefelsäure für andere Kriegszwecke Verwendung fanden und Wagnis zum Transport der beschlagnahmten Rohphosphate fehlten.⁷⁴² Da sich die Lage ganz offensichtlich zuspitzte, bat der Geheime Oberregierungsrat Eberhard Ramm die PGLA im August 1915, die Versammlung „über die in Deutschland vorhandenen Lager von Mineralien, die für die Düngerfabrikation von Interesse“ seien, ins Bild zu setzen.⁷⁴³ Krusch gab daraufhin nicht nur Auskunft über die von der PGLA im Auftrag der Heeresverwaltung durchgeführten Erkundungen der Phosphoritlagerstätten in Belgien, Frankreich, Russland, Norwegen und im Ostjordanland, sondern lenkte den Blick auf die deutschen Lagerstätten.⁷⁴⁴ So verwies er auf mögliche Vorkommen im Harzvorland, bei Salzgitter und vor allem in der Lahngegend.⁷⁴⁵ Zwar sei dort noch

739 Martin Ullmann (VDDF) an Beyschlag (PGLA), 7.9.1914, ebd., unpag.

740 Beyschlag (PGLA) an Ullmann (VDDF), 10.9.1914, ebd., unpag.; Krusch (PGLA) an Pr. MHG, 9.9.1914, ebd., unpag.

741 Der Hinweis darauf, dass die PGLA früh auf die „Wiedereröffnung“ der brachliegenden deutschen Phosphoritgewinnung drängte, findet sich in Königlicher Bergrevierbeamter (Diez) an die Kriegsamtstelle Abt. VIII 5 (Frankfurt am Main), 21.11.1917, ebd., unpag. Die Frage der Ausbeutung und Beschlagnahme der französischen und belgischen Phosphatvorkommen zieht sich durch alle die Düngerangelegenheiten betreffenden ‚Kriegssitzungen‘ des Pr. LWM. Vgl. dazu Sitzungsprotokolle 1915–1918, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpag.

742 Vgl. Niederschriften der Sitzungen zur Besprechung von Düngerangelegenheiten im Pr. LWM, 8.1.1915, 12.2.1915, 12.3.1915, 16.4.1915, 14.5.1915 u. 16.7.1915, ebd., unpag.

743 Ramm (Pr. LWM) an PGLA, 6.8.1915, GStA, I HA Rep. 194, Nr. 640, unpag.

744 Bei seinen sich über mehrere Sitzungen erstreckenden Ausführungen über die ausländischen Vorkommen ging es Krusch darum deutlich zu machen, welche Lagerstätten für Deutschland „in Frage“ kamen. Zu diesem Zweck bot er auch die Mithilfe der Geologen Leppla und Micheal an, die den Zivilverwaltungen in Brüssel und Warschau zugeteilt waren. In diesem Zusammenhang plädierte er für einen rücksichtslosen Raubbau in den okkupierten Gebieten, in denen es allein auf Schnelligkeit und hohe Erträge („Reichheit der Konzentrate“) ankam. Vgl. Niederschriften der Sitzungen im Pr. LWM betr. allgemeine Düngerangelegenheiten, 20.8.1915, 24.9.1915, 29.10.1915 u. 10.12.1915, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpag.

745 Die Phosphate an der Lahn kamen allerdings nicht in Flözen und zusammenhängenden Lagern, sondern nur in Nestern verschiedener Größe und Tiefe vor. Zudem lagen sie weit auseinander und über das ganze Lahn-Dill-Gebiet verteilt. Vgl. Bezugsvereinigung der

keine Produktion im Gang, doch sei es kein Problem, diese wiederzubeleben, wofür er die Mitarbeit der PGLA anbot.⁷⁴⁶

Gleichzeitig machte Beyschlag bei früheren Phosphorit-Bergbautreibenden an der Lahn Stimmung für die Wiederaufnahme ihrer Betriebe. Allerdings führten diese ‚gemeinnützigen‘ Bemühungen nicht zum Wiederaufleben des Bergbaus, sondern lediglich zum Abschluss von Abbauverträgen mit Besitzern von Phosphoritgeländen. Neben dem VDDF wurde obendrein auch die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron im Lahnggebiet tätig, was den Handel mit Schürfgerechtsamen auf Phosphat dort „noch wilder“ gestaltete.⁷⁴⁷ Wie Pietrkowski im Dezember 1915 mitteilte, sei von privater Seite an der Ausbeutung der Phosphatlager in der Lahn zwar gearbeitet worden, die von dort zugesandten Proben hätten sich jedoch nur schwer verarbeiten lassen und kämen für die Superphosphatindustrie nicht in Betracht. Ein anderer VDDF-Vertreter monierte sogar, dass sich allein schon wegen der „hohen Gesteinskosten“ eine Verwendung der Lahnpophosphate verbiete.⁷⁴⁸ Folglich lief der von der PGLA erhoffte Vorstoß erneut ins Leere.⁷⁴⁹

Im Frühjahr 1916 nahm die Versorgungslage mit Superphosphat besorgniserregende Ausmaße an. Wie der VDDF mitteilte, waren lediglich 30 bis 35 Prozent des Friedensbedarfs im Frühjahr gedeckt. Für den Herbst sahen die Aussichten mit 15 bis 20 Prozent noch düsterer aus. Grund dafür waren die neu in Betrieb genommenen belgischen und französischen Gruben, deren

deutschen Landwirte, GmbH, Allgemeine Abteilung (Berlin) an Deutsche Phosphatgewinnungs-GmbH (Berlin), 12.1.1920, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unpag.; Germann/Pagel/Parekh, *Eigenschaften* (1981), S. 308 f.; Kegel, *Phosphoritlagerstätten* (1923), S. 203–229. Mit den Phosphatlagerstätten des Harzes befasste sich der Geologe Henry Schroeder. Vgl. Schmierer, *Nachruf Schroeder* (1928), S. LXIII.

746 Niederschrift der Sitzung im Pr. LWM betr. allgemeine Düngerangelegenheiten, 20.8.1915, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpag. Vermutlich infolge der Auftritte Kruschs in den ‚Kriegssitzungen‘ des Pr. LWM ersuchte die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron die PGLA, ihr einen Geologen für eine Reise nach Belgien zur „Phosphatbeschaffung“ zur Verfügung zu stellen. Chemische Fabrik Griesheim-Elektron (Frankfurt am Main) an PGLA, 16.9.1915, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 480, unpag.

747 Denkschrift der Deutschen Phosphatgewinnungs-Gesellschaft mbH an Beyschlag (PGLA), 24.7.1919, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unpag.; Bergrat Huhn (Diez an der Lahn) an Fa. Alois Anton Hilf (Limburg), 15.5.1916, ebd., unpag.; Beyschlag (PGLA) an Bergrat Huhn, 13.5.1916, ebd., unpag. Der Hinweis darauf, dass die Hälfte des an der Lahn aufgearbeiteten Phosphatgesteins „nach Griesheim“ gegeben werden müsse, um dort für die Gewinnung von Phosphor für die Munitionsfabrikation verwendet zu werden, findet sich in Niederschrift der Sitzung im Pr. LWM betr. allgemeine Düngerangelegenheiten, 20.10.1916, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpag.

748 Vgl. Niederschrift der Sitzung im Pr. LMW betr. allgemeine Düngerangelegenheiten, 10.12.1915, ebd., unpag. Die Lahnpophosphorite waren aufgrund ihres hohen Eisenoxid- und Tonerde-Gehalts nicht für die Superphosphatproduktion geeignet. Vgl. Reichelt, *Erfassung* (2007), S. 196.

749 So hatten beispielsweise die Firmen Griesheim-Elektron und Alois Anton Hilf (Limburg) 1915 an sie ergangene Anregungen der PGLA zur Gewinnung von Lahnpophosphoriten „nicht weiter verfolgt“. Bergrat Huhn (Diez an der Lahn) an Herrn Alois Anton Hilf, 15.5.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unpag.

niedrigprozentige Phosphate tatsächlich nur ein Achtel des deutschen Bedarfs zu liefern vermochten.⁷⁵⁰ Die Folge war ein deutlicher Rückgang der Produktion. Standen für die Ernte 1914, d.h. im Herbst 1913 und Frühjahr 1914 zusammen noch 16 Millionen Doppelzentner Superphosphat zur Verfügung, so waren es für die Ernte 1915 lediglich 13,5 Millionen und für die Ernte 1916 sogar nur noch 8,4 Millionen Doppelzentner.⁷⁵¹ Nicht nur, dass die Superphosphatindustrie bereits von der Hand in den Mund lebte – durch die im Juli 1916 von britisch-französischen Truppen eingeleitete Offensive an der Somme kam der Phosphatversand aus Frankreich schließlich komplett zum Erliegen. Zwar gingen aus Belgien noch Lieferungen ein, doch machten sich auch hier Einschränkungen durch ein vom dortigen Gouverneur verhängtes Ausfuhrverbot negativ bemerkbar. Daher waren die Superphosphatwerke nur noch in der Lage, etwa 8 bis 12 Prozent des Friedensbedarfs zu liefern.⁷⁵²

Angesichts des Mangels sank auch bei den Rohphosphaten die untere Bauwürdigkeitsgrenze. Die ursprünglich von den Südseeinseln bezogenen Phosphate hatten einen so hohen Gehalt an Trikalziumphosphat, dass man bis 1914 nur Vorkommen mit einem Mindestgehalt von 84 Prozent als interessant erachtete. Noch zu Beginn des Krieges wurden die belgischen und französischen Phosphate mit 40 bis 50 Prozent und die Lahnphosphate mit noch etwas höheren Gehalten von der chemischen Industrie als ungeeignet abgelehnt. Infolge der Blockade sah sich die Industrie aber zunehmend gezwungen, andere Maßstäbe anzulegen. So galt um 1916/17 als untere Grenze für die Phosphatdarstellung Material mit einem Gehalt von 40 Prozent und für landwirtschaftliche Zwecke sogar von nur noch 20 Prozent.⁷⁵³

Vor diesem Hintergrund ergriffen das Kriegsernährungsamt und das LWM Ende 1916 „besondere Maßnahmen“, um den Phosphatabbau in Deutschland wieder zu beleben. Vor allem die zerstreuten Lager an der Lahn sollten „in

750 Hinzu kamen mangelnde Bahnverbindungen und Waggons, ebenso fehlten Säcke zum Transport des Materials, ganz abgesehen von Arbeitskräften und Fachpersonal. Zudem war die Bearbeitung des Rohphosphats in Deutschland davon abhängig, ob die zu seiner Aufschließung notwendigen Zuteilungen von Ammoniak und Schwefelsäure freigegeben wurden und die dafür „nötigen Arbeitskräfte (zum Teil als Gefangene) den Fabriken“ überlassen blieben. Zwar bemühte sich die „Kriegssäurekommission“, der Landwirtschaft die nötigen Mengen an Schwefelsäure zur Verfügung zu stellen, angesichts der großen Anforderungen der Munitionsherstellung reichten diese Zuteilungen aber nicht aus, um den Bedarf des primären Sektors zu decken. Vgl. Niederschrift der Sitzung der Düngerinteressenten im Pr. LWM, 11.2.1916, und Niederschrift der Sitzung im Pr. LWM betr. allgemeine Düngangelegenheiten, 10.3.1916, ebd., unpag. Zur Schwefelsäurekommission vgl. Roth, Staat (1997), S. 132.

751 Vgl. Niederschrift der Sitzung der Düngerinteressenten im Pr. LWM, 11.2.1916, und Niederschrift der Sitzung im Pr. LWM betr. allgemeine Düngangelegenheiten, 10.3.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unpag.

752 Vgl. Niederschriften der Sitzungen im Pr. LWM betr. allgemeine Düngangelegenheiten, 14.7.1916 u. 25.8.1916, ebd., unpag.

753 Vgl. Krusch, Sinken (1917), S. 406.

eine Hand“ gebracht werden, um einen einheitlichen Betrieb sicherzustellen.⁷⁵⁴ Zu diesem Zweck sollten die an dieser Frage Interessierten ihre Berechtigung und Erfahrungen in eine GmbH einbringen, der der Staat angehören und deren Tätigkeit sich nicht nur auf Deutschland, „sondern auch auf das zugängliche Ausland erstrecken“ sollte. Mit der Führung der Aufschlussarbeiten sollte die Firma Griesheim-Elektron betraut werden, der der Staat zusicherte, ihre Produktion zu einem „angemessenen Preis“ abzunehmen. Die PGLA sollte die für einen Abbau infrage kommenden Phosphatlagerstätten benennen.⁷⁵⁵ Um „den etwaigen Widerstand von Grundbesitzern zu überwinden“, schienen „besondere gesetzliche Vollmachten“ von Nöten, weswegen das LWM den Entwurf einer Bundesratsverordnung über die Ausbeutung der in Deutschland vorkommenden Lager phosphorsäurehaltiger Gesteine vorlegte.⁷⁵⁶ Die PGLA war nicht nur am Entwurf der Bundesratsverordnung beteiligt, sondern brachte auch „vom Standpunkt des Geologen“ aus erforderliche Ergänzungsvorschläge ein. Da Konsens darüber bestand, sie bei den Aufschließungsarbeiten heranzuziehen, forderte sie zudem die Freistellung ihres Geologen Johannes Ahlburg vom Wehrdienst.⁷⁵⁷

Die unter Aufsicht des Staates stehende Kriegs-Phosphat-Gesellschaft (KPG) wurde am 19. Dezember 1916 gebildet.⁷⁵⁸ Ihr Zweck bestand in der „Förderung aller Maßnahmen zur Versorgung des Wirtschaftslebens mit Phosphorsäure“, wobei die Sicherstellung des „Heeres- und Marinebedarfs“ an erster Stelle stand. Das Stammkapital stellten das Reichsschatzamt, das Preußische Finanzministerium, die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron (Frankfurt am Main), der VDDF, die Chemische Fabrik Rhenania A.-G. (Aachen) und die Metallbank und Metallurgische Gesellschaft A.-G. (Frankfurt am Main). Der Aufsichtsrat bestand aus mindestens zwölf Mitgliedern, von denen fünf durch die

754 Präsident des Kriegsernährungsamtes an den Pr. Finanzminister, 18.10.1916, GStA, I. HA Rep. 151 HB, Nr. 1100, unpag.

755 Vgl. Vermerk Kruschs (PGLA), 21.11.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unpag.

756 Präsident des Kriegsernährungsamtes an Pr. Finanzminister, 18.10.1916, GStA, I. HA Rep. 151 HB, Nr. 1100, unpag. Auf dem Schreiben findet sich der handschriftliche Vermerk: „60.000 t jährliche Förderung, von denen Heer 50.000 t braucht.“ Diese Zahlen offenbaren den Grund für das zwischen Landwirtschaft und Militär bestehende Gerangel um die Phosphate. So machte die KRA geltend, dass der Phosphatbergbau unter den Einfluss des Kriegsministeriums gehöre, da die Hauptphosphatmenge für die Phosphorfabrikation benötigt werde und nur ein kleiner Teil für Herstellung von Düngemitteln abgegeben werden könne. Vgl. Vermerk Kruschs (PGLA), 21.11.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unpag.

757 MHG an PGLA, 24.10.1916, ebd., unpag.; PGLA an Regierungs-Assessor Flügge (Kriegsernährungsamt, Berlin), 1.11.1916, ebd., unpag.; PGLA an Flügge (Kriegsernährungsamt), 7.11.1916, ebd., unpag.; Von PGLA redigierter Entwurf einer Bekanntmachung über Aufsuchung und Gewinnung phosphorhaltiger Mineralien und Gesteine, Nov. 1916, ebd., unpag.; Entwurf eines Antwortschreibens an das Pr. LWM, ohne Datum (April 1918), ebd., unpag. Zu Ahlburg siehe Anhang Biographien.

758 Die KPG war als „Geschäftsstelle für Phosphat bei der Kriegs-Chemikaliengesellschaft“ konzipiert. Vgl. Protokoll der Sitzung des Technischen Ausschusses der KPG, 20.11.1916, ebd., unpag. Der Gesellschaftsvertrag der KPG vom 20.12.1916 findet sich in GStA, I. HA Rep. 151 HB, Nr. 1100, unpag. Ein Organisationsplan ebd.

Gesellschafterversammlung gewählt wurden. Die restlichen sieben wurden durch die beteiligten Ressorts ernannt. Als Kommissar der KRA fungierte Hermann Reisenegger, Professor für Technische Chemie an der TH Berlin, dem die Aufgabe zukam, die Geschäftsführung und den Betrieb der KPG zu überwachen.⁷⁵⁹

Tab. 10: Mitglieder des Technischen Ausschusses (Aufsichtsrats) der Kriegs-Phosphat-Gesellschaft 1916.

Name	Institution
DURCH DIE VERSAMMLUNG DER GESELLSCHAFTER GEWÄHLT	
Franz Beyschlag (Vertreter Krusch)	Preußische Geologische Landesanstalt, Berlin
Direktor Gustav Adolf Pistor	Chemische Fabrik Griesheim-Elektron, Frankfurt am Main
Direktor Gustav Kühn	VDDF (eigentlich Superphosphatfabriken GmbH, Hannover)
Ing. Max Schiechel	Metallbank und Metallurgische Gesellschaft A.-G. (FaM)
Direktor Friedrich Ludwig Schmidt	Chemische Fabrik Rhenania A.-G. (Aachen)
DURCH DIE BETEILIGTEN RESSORTS ERNANNT	
Hermann Reisenegger (Vorsitzender)	KRA (Referent für Chemie)
?	Reichsschatzamt
?	Reichsamt des Innern
?	Kriegsernährungsamt
?	Preußisches Ministerium für Handel und Gewerbe
Geheimrat Eberhard Ramm	Preußisches Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
Geheimer Finanzrat Carl Semper	Preußisches Finanzministerium

„Die eigentlichen Arbeiten“ hatte jedoch der „Technische Ausschuss“ der KPG auszuführen, dem Beyschlag vorstand und dem Pistor, Kühn, Schiechel und Schmidt angehörten (siehe Tab. 10).⁷⁶⁰ Die Geschäftsführung oblag Ahlborg (PGLA), Emil Marquardt (Kriegs-Chemikalien A.G) und dem Bergingenieur Hans Oehmichen.⁷⁶¹ Durch Beyschlag und Ahlborg war die PGLA innerhalb

759 Vgl. dazu und im Folgenden (Tab. 10) Satzung der KPG, ohne Datum (Dez. 1916), ebd., unpag.; Aktennotiz Beyschlags (PGLA), 16.12.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unpag. Krusch wurde Ende 1916 zum Vertreter Beyschlags im Technischen Ausschuss der KPG ernannt. Beyschlag an KPG, 30.12.1916, ebd., unpag.; PGLA an den Kommissar der KRA für die KPG, Prof. Dr. Reisenegger (Berlin), 28.2.1917, ebd., unpag. Zu Reisenegger vgl. Laubmann, Nachruf Reisenegger (1931), S. 214 (Ich danke Helmut Maier für den Hinweis).

760 Aktennotiz Beyschlags (PGLA), 16.12.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unpag.

761 Ahlborg wurde für die Geschäftsführung der KPG uk-gestellt und später auch für die MEG tätig. Vgl. Protokoll der Sitzung der MEG in Berlin, 21.12.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 354, unpag. Emil Marquardt fungierte als Vertreter des Geschäftsführers der Kriegs-Chemikalien A.G. Andries Born (eigentlich Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer, Leverkusen). Born war auch an den Sitzungen beteiligt, die zur Gründung der KPG führten. Vgl. Verzeichnis der Kriegsorganisationen, 1.2.1918, BArch Berlin, R 43-I, Nr. 614, Bl. 2-27, hier Bl. 17; Gesellschaftsvertrag der KPG, 20.12.1916, GStA, I. HA Rep. 151 HB, Nr. 1100, unpag.; Protokoll der Sitzung des Technischen Ausschusses der KPG, 20.11.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unpag.; Aktennotiz Beyschlags (PGLA), 16.12.1916, ebd., unpag.

der KPG an prominenter Stelle vertreten. Beide hatten schon an der Bundesratsverordnung mitgewirkt und waren auch an ihren Ausführungsbestimmungen maßgeblich beteiligt. Infolge dieser Verordnungen war außer der KPG und den von ihr beauftragten Unternehmerfirmen niemand befugt, irgendwo phosphorhaltige Materialien für sich zu gewinnen. Dagegen war die Gesellschaft berechtigt, überall auf derartige Mineralien zu schürfen, sie abzubauen, und dies „ohne Rücksicht auf alle bisher bestehenden Eigentumsrechte“.⁷⁶² Zudem veranlasste Beyschlag die Bergrevierbeamten der entsprechenden Reviere (Diez, Weilburg, Wetzlar, Halberstadt, Magdeburg) bei sämtlichen Bergwerksbesitzern dahin zu wirken, der KPG unverzüglich jeden Fund phosphorhaltiger Mineralien und Gesteine anzuzeigen.⁷⁶³

Als Bergbautreibende und Kooperationspartner kamen nur der VDDF und die Firma Griesheim-Elektron in Frage, für alle anderen Besitzer von Phosphatgerechtsamen sollte „eine Aufhebung sämtlicher auf Phosphat bezüglichen Privatverträge“ erwirkt und der KPG „das alleinige Abbaurecht an der Lahn“ für die Kriegszeit eingeräumt werden. Sie nahm die erforderlichen Grundstücke in Besitz und übertrug die Gewinnung an Griesheim oder den VDDF. Darüber hinaus schloss sie die Abbauverträge ab, wies den Firmen die Abbaugebiete zu, schrieb vor, wo die Arbeiten auszuführen waren und in welcher Form die Erschließung und der Abbau zu erfolgen hatten. Die Beratung der Firmen erfolgte durch den Geologen (Ahlburg), den Bergingenieur (Oehmichen) und den kaufmännischen Direktor (Marquardt). Gemeinsam mit Oehmichen sollte Ahlburg die Arbeiten an der Lahn überwachen, wozu er ein Betriebsbüro in Limburg einrichtete.⁷⁶⁴ Für den Abbau wurden auch Kriegsgefangene herangezogen. So plante Ahlburg den Bau einer „Gefangenenbaracke für ca. 100 Mann in der Nähe von Limburg“ für den Fall, dass der KPG „die Baracken des Limburger Gef. Lagers (...) nicht zur Verfügung“ standen.⁷⁶⁵ Krusch übertrieb demnach nicht als er 1921 feststellte, die Wiedereinrichtung des Lahn-Bergbaus durch die KPG sei auf Vorschlag der PGLA erfolgt, die

762 Beyschlag (PGLA) an Prof. Dr. Löscher (Gera), 8.3.1917, ebd., unpag. Zu den Vollmachten der KPG, etwa gegen Entschädigung „auf fremden Grundstücken phosphorhaltige Mineralien und Gesteine aufzusuchen und zu gewinnen“ oder die Überlassung bestehender Anlagen zu verlangen, vgl. Bekanntmachung über phosphorhaltige Mineralien und Gesteine vom 30.11.1916, in: RGBl. 1916, Nr. 272, S. 1321 f.; Bekanntmachung zur Durchführung der Verordnung über phosphorhaltige Mineralien und Gesteine vom 8.1.1917, in: RGBl. 1917, Nr. 5, S. 25; Voelkel, Grundzüge (1924), S. 274 f.

763 Vgl. Beyschlag an Prof. Reisenhecker [lies: Reisenegger] (KRA) und Kriegs-Chemikaliengesellschaft, 18.12.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unpag. Eine weitere Ausführungsverordnung verpflichtete die Grubenbesitzer unter Androhung von Gefängnis- oder Geldstrafen, ihre Bestände regelmäßig anzuzeigen und an die KPG zu liefern. Vgl. Bekanntmachung zur Ausführung der Verordnung über phosphorhaltige Mineralien und Gesteine vom 5.3.1917, in: RGBl. 1917, Nr. 44, S. 215 f.; Protokoll der Sitzung des Technischen Ausschusses der KPG, 20.11.1916, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unpag.

764 Vgl. ebd.; Besprechung des Technischen Ausschusses, 19.12.1916, ebd., unpag. Wie Ahlburg vermerkte, musste der Phosphatbergbau an der Lahn „überhaupt erst ins Leben gerufen werden“. Ahlburg (Wetzlar) an KPG, 29.12.1916, ebd., unpag. Beispiele für Vertrags-Entwürfe zwischen KPG und Unternehmern finden sich ebd., unpag.

auch an dessen „Einrichtung und Überwachung (...) ganz erheblich beteiligt“ gewesen war.⁷⁶⁶

Obwohl die KPG auf die Initiative des Kriegsernährungsamtes und des LWM zurückging, hatte sie die Aufgabe, „alle greifbaren phosphorhaltigen Mineralien und Gesteine in erster Linie der Munitionserzeugung“ zuzuführen. Nur das, was darüber hinaus verfügbar blieb, fiel an die Landwirtschaft.⁷⁶⁷ Da die Anforderungen der Heeresverwaltung für Munitionszwecke aber immer weiter wuchsen, mussten die Düngerfabrikanten aus ihren ohnehin schon „kleinen Beständen“ immer wieder Phosphate an das Militär abgeben.⁷⁶⁸ Der dadurch verschärfte Mangel an Düngemitteln führte zwangsläufig zu Ernteaussfällen, welche wiederum einen Rückgang der Brotrationen bedingten, die verständlicherweise für Unruhe und Hungerkrawallen an der ‚Heimatfront‘ sorgten.⁷⁶⁹ Trotzdem wurden die Anträge der nach Dünger „schreienden deutschen Landwirtschaft“ von den Generalkommandos und Kriegsamtsstellen immer wieder als „unerwünschte Papiervergeudung“ abgetan.⁷⁷⁰

Folglich wurden von den Düngemittelproduzenten nun auch solche Phosphate berücksichtigt, die für sie früher nicht in Betracht gekommen waren. Bis dahin hatte man nur solche phosphorsäurehaltigen Ausgangsstoffe beachtet, deren Verarbeitung auf Superphosphat, also auf wasserlösliche Phosphorsäure möglich war. Inzwischen war aber ein Verfahren der Chemischen Fabrik Rhenania A.-G. in Aachen zur Reife gelangt, nach dem alle Rohmaterialien mit hinreichendem Gehalt an Phosphorsäure verarbeitet werden konnten.⁷⁷¹ Daher sollte nun alles brauchbare Material verarbeitet werden. Man veranstaltete

765 Betriebsbericht Ahlburgs über die Arbeiten der KPG in der Zeit vom 22.-31.12.1916, 7.1.1917, ebd., unpag. In der Grube Edelsberg waren Ende 1916 von 90 Mitarbeitern 16 Gefangene. Weitere 84 Gefangene und 50 deutsche Bergleute waren angefordert. Protokoll der KPG betr. Besprechung in Limburg, 22.12.1916, ebd., unpag.

766 Krusch, *Kriegsaufgaben* (1921), S. CXLIII.

767 Beyschlag (PGLA) an Prof. Dr. Löscher (Gera), 8.3.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unpag.

768 Niederschrift der Sitzung im Pr. LWM betr. allgemeine Düngerangelegenheiten, 2.2.1917, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpag.

769 Vgl. Niederschrift der Sitzung im Pr. LWM betr. allgemeine Düngerangelegenheiten, 23.3.1917, ebd., unpag. Allgemein Eckart, *Medizin* (2014), 273–300, hier 275. So war die Bildung des Kriegsernährungsamtes ein Ergebnis der im Winter 1915/16 erstmals aufgetretenen Hungerkrawalle. Vgl. Müller, *Landwirtschaft* (2020), S. 361. Auch in der PGLA dachte man noch lange an die „furchtbaren Hungerjahre der letzten Kriegszeit“. Fuchs, *Nachruf Denckmann* (1926), S. LXXIII.

770 Vgl. Niederschriften der Sitzungen im Pr. LWM betr. allgemeine Düngerangelegenheiten, 23.3.1917 u. 14.9.1917, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpag.

771 Dass von der Rhenania A.-G. entwickelte neue Verfahren versprach, auch die minderwertigen Gesteine für die Düngewirtschaft nutzbar zu machen. Die Firma bereitete in verschiedenen Werken (Obourg bei Mons in Belgien, Diedorf bei Diedenhofen und Brunsbüttelkoop bei Hamburg) minderwertige Phosphorite im Glüh- und Schmelzverfahren auf. Vgl. Niederschriften der Sitzungen im Pr. LWM betr. allgemeine Düngerangelegenheiten, 14.9.1917, 3.5.1918 u. 20.9.1918 BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpag.; Messerschmidt, *Rhenaniaphosphat* (1922), S. 542.

sogar Preisausschreiben, um abbauwürdige Phosphatlager zu finden.⁷⁷² Auch die PGLA war angehalten, die „Durchmusterung der einheimischen Phosphatgesteine“ noch einmal zu forcieren.⁷⁷³ Während auf Seiten der Düngerproduzenten nur wenig Hoffnung bestand, zeigte sich Beyschlag überzeugt, dass sich Deutschland mit seinen heimischen Phosphatlagerstätten „über die Jahre der Schwierigkeiten hinweghelfen“ werde. Er behauptete sogar, man könne noch „unendlich“ viele Phosphatlagerstätten finden und aufschließen, was durch die Kriegswirtschaft erleichtert werde, die die Kosten für die Installation der dafür notwendigen Anlagen übernehme. Die Folge war, dass die PGLA vom LWM erneut um Berichte über mögliche Vorkommen im In- und Ausland ersucht wurde.⁷⁷⁴ Gleichzeitig unterstütze Beyschlag als Leiter des Technischen Ausschusses der KPG alle Bestrebungen, die auf eine Steigerung des Abbaus hinausliefen. Als sich beispielsweise die Ilseder Hütte im Juli 1917 bereit erklärte, „Phosphorite lesen zu lassen“, wenn man ihr die dafür „nötigen Gefangenen“ zur Verfügung stelle, sprach sich Beyschlag umgehend dafür aus, woraufhin der Firma „400 Gefangene vom Kriegsamt zugesagt“ wurden.⁷⁷⁵

Alle diese Maßnahmen erwiesen sich jedoch als Tropfen auf den heißen Stein. Im Oktober 1917 war der Bedarf der deutschen Landwirtschaft an Phosphorsäure nur zu 40 Prozent gedeckt, was die Planer im Landwirtschaftsressort vor große Probleme stellte, denn insbesondere Getreide, Hülsenfrüchte und Klee waren von der Zufuhr hinreichender Mengen Phosphatdüngers abhängig. Da aber auch Stickstoffdünger fehlte, rechnete man für 1918

772 Vgl. Niederschrift der Sitzung im Pr. LWM betr. Preisausschreiben für die Auffindung phosphathaltiger Gesteine, 23.3.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unpag.

773 Niederschrift der Sitzung im Pr. LWM betr. allgemeine Düngerangelegenheiten, 11.5.1917, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpag. Im März 1917 erhielt der Berliner Geologe Leo Siegert den Auftrag, „im westlichen Belgien und im besetzten Frankreich die Phosphatlagerstätten zu untersuchen und die Möglichkeit ihrer weiteren Aufschließung festzustellen“. Er zog sich im Zuge seiner Untersuchungen eine Erkältung zu, an deren Folgen er kurze Zeit später verstarb. Wunstorff, Nachruf Siegert (1921), S. CI. Vgl. ferner Bernauer, Phosphorite (1921), S. 110–199.

774 Niederschrift der Sitzung im Pr. LWM betr. allgemeine Düngerangelegenheiten, 11.5.1917, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpag. Wie aus dem Protokoll auch hervorgeht, waren vom PGLA-Geologen Alfred Jentzsch durchgeführte Untersuchungen in Ostpreußen „negativ“ verlaufen. Ebd. Dagegen führten von ihm 1917 durchgeführte Erkundungen in Westpreußen zu dem Ergebnis, dass u.a. Phosphate „zwischen Danzig und Dirschau vorhanden und möglicherweise in nennenswerter Menge durch Tagebau gewinnbar“ waren. Folglich riet Jentzsch zur „Anlage von Schürfnetzen“. Vgl. Jentzsch, Phosphatvorkommen (1920), S. 127, 132. Krusch berichtete im September 1917 über die ‚erreichbaren ausländischen Phosphatlagerstätten‘, die vor dem Krieg wegen zu geringen Gehalts der geförderten Phosphate keine Beachtung gefunden hatten (Norwegen, Rumänien, Ungarn, Ober Ost, Polen, Palästina). Vgl. Niederschrift der Sitzung im Pr. LWM betr. allgemeine Düngerangelegenheiten, 14.9.1917, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpag.; LWM an PGLA, 28.8.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 479, unpag.; Referat Kruschs in der Sitzung des LWM, 14.9.1917, ebd., unpag.

775 Davon sollten allerdings ‚nur‘ 30 zur Phosphoritsammlung herangezogen werden. Ilseder Hütte (Abteilung Bergbau, Gr.-Ilsede) an Beyschlag (PGLA), 20.7.1917, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 479, unpag.; Handschriftliche Notiz Beyschlags für KPG auf dem Schreiben der Ilseder Hütte, 26.7.17, ebd.; Ilseder Hütte (Abteilung Bergbau, Gr.-Ilsede) an KPG, 23.8.1917, ebd., unpag.

mit einem Ernteausfall an Brotgetreide, Hafer und Gerste (siehe Tab.n 11 u. 12). Den Ausfällen in der Nahrungsmittelbilanz versuchte man fieberhaft entgegenzusteuern. So sahen die Verantwortlichen im LWM keinen anderen Weg, als der Landwirtschaft möglichst große Mengen an Kali zuzuführen, da man sich dadurch wenigstens eine wesentliche Steigerung der Kartoffelernte erhoffte.⁷⁷⁶

Tab. 11: Ernten und Anbauflächen 1913 und 1919.⁷⁷⁷

Ernten	Anbauflächen je 1.000 ha			Ernteertrag in t je ha			Gesamternte Mill. t		
	1913	1919	Rückgang 1919 %	1913	1919	Rückgang 1919 %	1913	1919	Rückgang 1919 %
Brotgetreide	7.291	5.941	18,5	1,83	1,44	21,3	13,3	8,6	35,3
Futtergetreide	5.400	4.726	12,5	1,98	1,50	24,2	10,7	7,1	33,6
Kartoffeln	2.849	2.181	23,4	14,2	9,8	31,0	40,2	21,4	46,7
Zuckerrüben	468	301	35,7	30,6	19,3	36,9	14,3	5,8	59,4

Tab. 12: Zufuhr von Nährstoffen (Stickstoff und Phosphorsäure) für die Ernten 1913 und 1919.⁷⁷⁸

Dünger	Es standen zur Verfügung in 1.000 t für die Ernte von				Der Rückgang betrug 1919			
	1913	1913	1919	1919	Stick- stoff absolut 1.000 t	Stick- stoff % absolut 1.000 t	Phosphor- säure absolut 1.000 t	Phosphor- säure % absolut 1.000 t
im Stalldünger	450	510	190	200	260	57,7	310	60,8
in künstlichen Düngemitteln	185	550	115	230	70	37,8	320	58,1
zusammen	635	1.060	305	430	330	51,9	630	59,4

Trotzdem ließ das LWM nichts unversucht, den Bestand an Phosphaten zu vermehren. Es setzte es zum einen alles daran, die verfügbaren französischen und belgischen Phosphatzentren „auf das Äußerste auszubeuten“. Zum anderen konzentrierte man sich auf die Steigerung der Erzeugung von Rhénania-Phosphat, denn nur mit diesem Verfahren schien es möglich, die in den westlichen Gruben anfallenden minderwertigen Phosphate und die dortigen

776 Niederschrift der Sitzungen im Pr. LWM betr. allgemeine Düngerangelegenheiten, 14.12.1917 u. 8.2.1918, ebd., unpag. Zur Bilanz der Ernten 1915–1917 vgl. auch Niederschrift über die 38. Sitzung, betr. allgemeine Düngerangelegenheiten im Pr. LWM, 3.5.1918, ebd., unpag. Zur kriegsbedingten und letztlich schädlichen „Angstdüngung“ mit Kali siehe Uekötter, Wahrheit (2010), S. 186–188.

777 Die Zahlen von 1913 und 1919 sind auf den Umfang des Deutschen Reiches von 1919 bezogen. Denkschrift des Pr. Ministerpräsidenten und LWM Otto Braun zur Frage der Volksernährung, 1.11.1920, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unp.

778 Ebd.

Abfallhalden, die so genannten Déchets, zu brauchbaren Düngemitteln zu verarbeiten. Gleiches galt für die an der Lahn gewonnenen Phosphatgesteine.⁷⁷⁹

Im April 1918 bahnten sich grundlegende Veränderungen in der Phosphatbewirtschaftung an. Wie das Reichswirtschaftsamt mitteilte, hatte sich die deutsche Superphosphatindustrie auf Veranlassung des Reichskommissars für die Übergangswirtschaft zu einem Verband zusammengeschlossen, dem etwa 95 Prozent aller Phosphatverbraucher angehörten. Es sei in Aussicht genommen, die Geschäftsstelle dieses Verbandes, die dem Reichswirtschaftsamt unterstehende Phosphatgesellschaft m.b.H., zur Einfuhr- und Verteilungsstelle für sämtliche Phosphate zu erheben. Allerdings stand dem die bestehende Phosphat-Verordnung entgegen, durch die der KPG die Versorgung mit Phosphat übertragen war. Im neuen Verband vertrat man jedoch die Auffassung, dass die Arbeiten der KPG „ebenso gut von der neuen Phosphatgesellschaft erledigt werden“ konnten.⁷⁸⁰ Vor allem im VDDF witterte man die Chance, die unbeliebte KPG loszuwerden. So beantragte dessen Chef Pietrkowski nicht nur ihre Auflösung, sondern gab auch zu verstehen, dass sich die neue Phosphatgesellschaft m.b.H. nicht mehr am Bergbau an der Lahn beteiligen wolle.⁷⁸¹ Auch im LWM begrüßte man eine Reorganisation der KPG, da diese „nach ihrem ganzen Aufbau ihren Zweck“ nicht erfüllt habe. Wie Ramm betonte, habe die KPG an der Lahn bis Ende März 1918 rund 24.000 t Phosphorite gefördert, wovon 3.400 t an die phosphorerzeugende Industrie, dagegen lediglich 200 t an die Düngerindustrie gegangen seien. Dies allein zeige, dass die KPG zur Versorgung der Landwirtschaft „ungeeignet“ sei.⁷⁸² Die Düngerindustrie warte

779 Hinzu kam, dass immer noch ein erheblicher Mangel an Schwefelsäure bestand, weswegen man nicht einmal in der Lage war, die im Inland anfallenden Rohphosphate aufzuschließen. Niederschriften der Sitzungen im Pr. LWM betr. allgemeine Düngerangelegenheiten, 26.10.1917 u. 14.12.1917, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpubl.

780 Aufzeichnung über eine Besprechung betr. Phosphatbewirtschaftung in der Übergangszeit, 25.4.1918, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unpubl.; August Müller (Reichskanzler, Reichswirtschaftsamt) an Pr. Finanzminister, 20.4.1918, GStA, I. HA Rep. 151 HB, Nr. 1100, unpubl. Zum Reichskommissar für die Übergangswirtschaft und dem im Oktober 1917 gebildeten Reichswirtschaftsamt, das die nicht von der KRA erfassten Warengruppen, also jene des zivilen Bedarfs, bewirtschaftete, vgl. Boldorf, Ordnungspolitik (2020), S. 55; Fisch, Zentralstellen (2016), S. 71–77, 84–92. Ende April 1918 kam es auch zur Errichtung einer dem Kriegsamt unterstehenden „Zentralstelle zur Förderung der Düngerherstellung“ (kurz: Düngerzentrale), die alles Nötige zur Förderung der Düngerherstellung veranlassen (Bereitstellung von Arbeitern, Rohstoffen, Maschinen, Waggons) und die Umsetzung dieser Maßnahmen überwachen sollte. Vgl. Rundschreiben des Kriegsammtes betr. Errichtung einer Zentralstelle zur Förderung der Düngerherstellung, 29.4.1918, GStA, I. HA Rep. 151 HB, Nr. 1100, unpubl.; Niederschrift der Sitzung der Zentralstelle zur Förderung der Düngerherstellung im Kriegsamt, 19.9.1918, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60129, unpubl.; Niederschrift über die 38. Sitzung, betr. allgemeine Düngerangelegenheiten im Pr. LWM, 3.5.1918, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpubl.

781 Bericht von Krusch über eine Sitzung der KPG, 1.5.1918, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unpubl. Tatsächlich war der Gedanke, die KPG aufzulösen vom VDDF an das Reichswirtschaftsamt herangetragen worden. Vgl. Bericht Kruschs über die Sitzung der KPG, 1.5.1918, ebd., unpubl.

782 Niederschrift über die 38. Sitzung, betr. allgemeine Düngerangelegenheiten im Pr. LWM, 3.5.1918, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpubl.

lieber, bis wieder hochprozentige Phosphate aus dem Ausland kämen, anstatt ihre Betriebe umzustellen. Da die Landwirtschaft aber Phosphate brauche, müsse die Beschaffung unter Ausnutzung der Vorkommen an der Lahn, in Lothringen, bei Riga und Südrussland erfolgen. Zur Erfassung und Verteilung der geförderten Phosphate bedürfe es einer leistungsfähigen neuen Gesellschaft und umfangreicher Mittel, um die hohen Herstellungskosten der aus diesen Quellen stammenden Dünger-Phosphate zu tragen.⁷⁸³

Die gegen die KPG gerichteten Invektiven der Vertreter des primären Sektors waren verständlich, ließen allerdings außer Acht, dass die Hauptaufgabe der KPG in der Versorgung des Militärs bestand. Folglich stießen derartige Ansichten in der KPG und in der PGLA auf Unverständnis.⁷⁸⁴ Auch rief man sich hier an der Tatsache, dass das LWM die PGLA nicht zu den Verhandlungen hinzugezogen hatte und obendrein an der KPG vorbei eigene Erkundungen im Lahnggebiet vornehmen ließ. Wie die KPG das Ministerium wissen ließ, lohne es nicht, weitere Betriebe heranzuziehen und neue Untersuchungsarbeiten einzuleiten. Man verfüge über einen großen Vorrat an Phosphaten (16–18.000 Tonnen) in den Betrieben an der Lahn, der zunächst für das Militär reserviert war, für den sich aber nach seiner Freigabe immer noch kein Absatz gefunden habe. So weigere sich der VDDF, die großen Mengen zu übernehmen, solange keine Erhöhung der Düngemittelpreise eingetreten sei, die die hohen Produktionskosten deckten.⁷⁸⁵ Vor allem diese Absatzschwierigkeiten seien dafür verantwortlich, dass man die Existenz der KPG nun in Frage stelle und ihre Tätigkeit als „völligen Fehlschlag“ bezeichne. Der mangelnde Absatz zwingt dazu, eine große Anzahl von Betrieben zu schließen, da man mit der Firma Griesheim (Bitterfeld) nur noch einen Abnehmer für

783 Ebd., Ramm (Pr. LWM) an Beyschlag (PGLA), 27.4.1918, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unp.

784 So hielt man die vom Pr. LWM als sichere Bezugsquellen bezeichneten Vorkommen bei Riga, in Lothringen und in Südrussland „keineswegs für sicher“, zumal völlig unklar war, wieviel dort noch gewonnen werden konnte. Wie Beyschlag betonte, sei „mit Sicherheit nur auf Belgien und Frankreich und auf Lahn und Dill zu rechnen“. Da er eine „ganz außerordentliche Steigerung der Produktion an der Lahn“ für notwendig hielt, wies er Ahlburg an, „einen genauen Erzeugungsplan für das Lahn- und Dillgebiet“ aufzustellen. Beyschlag (PGLA) an Ahlburg (Limburg), 30.5.1918, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 480, unp. Ein von Beyschlag auf der Sitzung des Pr. LWM im Juni 1918 erstatteter Bericht über die Phosphatlager in Estland fiel negativ aus. Zudem verwies er darauf, dass die Vorkommen in Südrussland nicht erreichbar seien. Niederschrift über die 39. Sitzung, betr. allgemeine Düngerangelegenheiten im Pr. LWM, 28.6.1918, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unp.

785 KPG an Pr. LWM, 15.5.1918, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unp. Tatsächlich zog es die phosphorerzeugende Industrie immer noch vor, zunächst die Rohphosphate aus Belgien und Nordfrankreich zu verarbeiten und sich an die Verarbeitung von Knochenmehl zu halten, weil dieses in der Verarbeitung bequemer und gewinnbringender war. Niederschrift über die 38. Sitzung, betr. allgemeine Düngerangelegenheiten im Pr. LWM, 3.5.1918, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unp. Dass so große Vorräte ungenutzt auf Halde lagen, hing damit zusammen, dass Griesheim zunächst nicht in der Lage war, seine neueste Anlage zur Aufarbeitung von Phosphaten fertigzustellen. Vgl. Stellungnahme der Deutschen Phosphatgewinnungs-Gesellschaft mbH an Beyschlag (PGLA), 24.7.1919, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unp.

Lahnphosphate habe. Einen Ausweg aus der Misere bilde ein Preisausgleich für die Superphosphatproduzenten, damit sie in der Lage seien, auch die teuren Lahnphosphate zu verarbeiten und nötigenfalls ein „Zwang zur Verarbeitung dieses Rohmaterials“. Gelingen dies, sei die KPG ohne weiteres in der Lage, auch die Interessen der Landwirtschaft zu vertreten.⁷⁸⁶ Da sich die PGLA also „mit Händen und Füßen“ gegen die Einstellung des Lahn-Bergbaus und den Versuch, die KPG „sang- und klanglos verschwinden zu lassen“, sträubte, sah das Reichswirtschaftsamt von einer Auflösung der KPG ab.⁷⁸⁷

An den bestehenden Differenzen änderte sich aber auch in den letzten Monaten des Krieges nichts, ebenso wie an der prekären Versorgungslage mit Rohphosphaten. Krusch hatte demnach nicht Unrecht, als er 1921 feststellte, dass die bestehenden Hemmungen weniger auf die militärischen Verwaltungsbehörden „als auf ungenügende Zusammenarbeit der verschiedenen Interessengruppen zurückzuführen“ waren.⁷⁸⁸ Immerhin war es der KPG gelungen, sich bei der Wiederbelebung des Lahnbergbaus gegen die Düngemittelindustrie durchzusetzen. Unter ihrer Leitung wurden an „wenigen aber konzentrierten Stellen in größerem Umfange und mit modernen Mitteln Bergbaubetriebe“ eingerichtet. Konnte die KPG im Januar 1917 noch auf eine monatliche Förderung von lediglich 559 t verweisen, so waren es im Juli 1917 1.667 t, im Januar 1918 2.063 t und im Juli 1918 1.943 t.⁷⁸⁹ Bis November 1918 stieg die Förderung auf bis zu 2.500 t monatlich.⁷⁹⁰ Als dann mit dem Ende des Krieges die Lieferungen aus den besetzten Westgebieten versiegt, war man vollständig auf die Versorgung mit heimischem Phosphorit angewiesen. Gleichwohl änderte sich auch jetzt nichts an den Vorbehalten der Düngemittelindustrie gegenüber den „teuren, nassen und schlechten“ Lahnphosphaten, die letztlich auch nicht geeignet waren, den Ausfall der Überseephosphate zu kompensieren.⁷⁹¹ Unter den veränderten Verhältnissen ging man schließlich auch an der PGLA davon aus, dass der Phosphoritbergbau an der Lahn nicht mehr konkurrenzfähig sei und eingehen werde, sobald die ausländischen hochwertigen Phosphate wieder zur Verfügung stünden.⁷⁹²

786 KPG an Pr. LWM, 15.5.1918, ebd., unpag.; Ahlburg (MEG, Wetzlar) an Beyschlag, 9.6.1918, ebd., unpag.

787 Bericht von Krusch über eine Sitzung der KPG, 1.5.1918, ebd., unpag.

788 Krusch, *Kriegsaufgaben* (1921), S. CLII.

789 Stellungnahme der Deutschen Phosphatgewinnungs-Gesellschaft mbH an Beyschlag (PGLA), 24.7.1919, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unpag.

790 Niederschrift der Sitzung der Zentralstelle zur Förderung der Düngerherstellung im Kriegsamt, 19.9.1918, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60129, unpag. Zwischen 1917 und 1921 wurden insgesamt etwa 100.000 t Phosphorit an der Lahn gefördert. Vgl. zudem Dolch, *Bedeutung* (1935), S. 49.

791 Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte GmbH (Allgemeine Abteilung, Berlin), 12.1.1920, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640. Vgl. auch Denkschrift des Pr. Ministerpräsidenten und LWM Otto Braun zur Frage der Volksernährung, 1.11.1920, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpag.

792 Beyschlag (PGLA) an Ahlburg (Wetzlar), 22.2.1919, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 480, unpag.

Gleichwohl wollte man auf die im Krieg gemachten Erfahrungen nicht verzichten und plante bereits für die Zukunft. Wie Beyschlag wissen ließ, sei die PGLA infolge der „eigentümlichen Rechtslage dieses Bergbaus“ später nicht mehr in der Lage, in die betreffenden Verhältnisse Einsicht zu nehmen. Daher sei es notwendig, die während des Krieges gemachten Erfahrungen über diese Lagerstätten „niederzulegen und festzuhalten“. Beyschlag dachte dabei an eine „möglichst scharfe Erfassung der vorhandenen Vorräte“, Erfahrungen und Misserfolge für das Archiv der PGLA und die Bergverwaltung. Ähnliche Ermittlungen sollte Ahlburg auch für die noch vorhandenen Vorräte an Mangan- und Manganeisenerzen anstellen. Bei alledem kam es darauf an, die Verbreitung und Vorräte dieser Lagerstätten festzustellen und zu erörtern, wo einer zu weitgehenden Zersplitterung von Feldbesitz notfalls durch Zwang entgegengesteuert werden konnte, um wirtschaftliche Betriebseinheiten zu schaffen. Dahinter stand das Ziel, „die heimische Produktion zu heben, um, wo irgend möglich, den Ankauf ausländischer Materialien zu vermeiden“.⁷⁹³ Zwar wurde die Förderung von Rohphosphaten an Lahn und Dill 1927 tatsächlich eingestellt, gut zehn Jahr später dachte man aber bereits erneut darüber nach, auf welche Weise „die Phosphorsäureversorgung Deutschlands in Krisenzeiten durch einheimische Rohstoffe“ sichergestellt werden könne.⁷⁹⁴

Was bleibt festzuhalten? Die Beispiele der drei Kriegsgesellschaften (KMA, MEG, KPG) zeigen zunächst, dass Geologen der PGLA in zentrale Steuerungsgremien der Kriegswirtschaft eingebunden wurden, da sich Staat, Militär und Industrie ihre Expertise sichern wollten. Daraus leiteten sich enge Kooperationsverhältnisse zu allen drei gesellschaftlichen Teilsystemen ab, die ihren gemeinsamen Nenner meist in der Frage nach den Möglichkeiten zur Mobilisierung greifbarer Rohstoffressourcen hatten. Dies zeigt, wie sehr Staat, Militär und Industrie auf das in der PGLA vorgehaltene Wissen angewiesen waren. Aus diesem exklusiven Wissensvorsprung und ihrer Praxisrelevanz leitete die PGLA ihren Expertenstatus ab, der in die selbstbewusste Forderung mündete, sie nicht nur zur Bearbeitung geologisch-technischer, sondern ebenso auch zur Lösung wirtschaftlicher Probleme, ja sogar zur Beschlussfassung der Kriegsgesellschaften heranzuziehen. Als Wissensspeicher und Staatsbehörde scheute sich die PGLA nicht, ranghöhere Behörden zu kritisieren, wenn diese meinten,

793 Ebd. Nach dem Tod Ahlburs 1919 übernahm Kegel diese Aufgabe. Vgl. Kegel, Phosphoritlagerstätten (1923), S. 197–240.

794 Germann/Pagel/Parekh, Eigenschaften (1981), S. 307. Durch das so genannte „Phosphoritgesetz“ sicherte sich der Preußische Staat 1934 das alleinige Recht zur Aufsuchung und Gewinnung phosphorhaltiger Mineralien und Gesteine. Vgl. Phosphoritgesetz (1934), S. 269–270. Vgl. zudem Dolch, Bedeutung (1935), S. 49–54; Hummel, Bestandsaufnahme (1938), S. 384–404. Bestand der Hauptzweck während des Krieges darin, den Bedarf des Heeres an Phosphor zu decken, so ging es nach dem Krieg nur noch darum, die geringen in Deutschland vorhandenen und geförderten Phosphate der Landwirtschaft zuzuführen. Vgl. Die Geschichte einer Kriegsgesellschaft, in: Berliner Tageblatt. Abend-Ausgabe, Nr. 301 vom 4.7.1919, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 640, unp. 1920 trat die Gesellschaft in Liquidation. Vgl. dazu Schriftwechsel in ebd.

auf den Sachverstand der PGLA verzichten zu können. Selbst die Industrie sah sich dem Druck der PGLA ausgesetzt, wenn sie sich beispielsweise weigerte, Kriegsgefangene zur Produktionssteigerung einzusetzen (z.B. Ferniewerke) oder von der PGLA als lohnend erachtete Vorkommen zu verarbeiten (VDDF).

Wie weit die Steuerungs- und Regulierungskompetenz der PGLA ging zeigt sich auch darin, dass sie für die Gestaltung und Überwachung des Arbeitsprogramms der KPG verantwortlich zeichnete oder im Fall der KMA den Betrieb ganzer Bergwerke und Gruben übernahm und somit gleichsam als Vertreterin bzw. verlängerter Arm der KRA und ihrer Kriegsmetall A.G. fungierte. Ebenso wurde deutlich, dass Geologen an der Ausarbeitung von Bundesratsverordnungen und Ausführungsbestimmungen prominent beteiligt waren, mit denen MEG und KPG weitgehende Möglichkeiten der Einflussnahme gesichert wurden. Damit zeigt sich einmal mehr, dass sich der Wirkungsradius der PGLA auf die Formulierung von Verordnungen und Gesetzen erstreckte. Zwar hatte sich an ihrer Stellung zwischen Staat und Wissenschaft nichts geändert, in der spezifischen Situation des Krieges agierte die PGLA aber als politische Beratungsinstanz auf Augenhöhe mit den Behörden. Die Geologen machten ihre Mitarbeit sogar davon abhängig, dass die Arbeiten der Industrie von sachverständigen Experten begleitet wurden. Die Folge war, dass Staatsgeologen zum einen an führender Stelle in die Kriegsgesellschaften eingebunden und damit selbst weisungsberechtigt wurden. Zum anderen richteten Staat, Wirtschaft und Militär ihr Handeln an ihren Empfehlungen aus, eben weil sie – obwohl Repräsentanten des Wissenschaftssystems – als Ressortforscher interorganisational agierten und das für den Staat notwendige „Gespür für politische Umsetzung“ mitbrachten⁷⁹⁵ oder mit anderen Worten, den „auf Allgemeines gerichteten Wissensbestand der Wissenschaft mit den spezifischen Anforderungen praktischer Problemstellungen“ verbanden.⁷⁹⁶

795 Philipps, Orientierungen (2018), S. 34 f., 97.

796 Carrier, Expertise (2014), S. 157.

3 Autarkiedenken, Spezialisierung und Wissenstransfer – Geologische Ressortforschung in der Weimarer Republik 1918–1933

Obwohl Deutschlands geologische Dienste grundlegende Beiträge zu den Kriegsanstrengungen des Deutschen Reiches geleistet hatten, stellte sich bei Ihnen nach 1918 die Frage einer möglichen Konversion nicht.⁷⁹⁷ Folglich konnte man dort weitermachen, wie bisher. Aber natürlich gingen die durch die Revolution 1918/19 ausgelösten politischen Umwälzungen und die sich anschließenden krisenhaften Entwicklungen der ‚überforderten‘ Weimarer Republik nicht spurlos an ihnen vorüber. Damit stellt sich gleich im ersten Kapitel die Frage, in welchem Verhältnis die Beamten und Angestellten der geologischen Ressortforschung zum neuen Staatswesen standen. Der Blick hinter die Mauern, gleichsam ins Gehäuse der Wissenschaft, hilft auch, sich Aufschluss über die innere Entwicklung der Geologischen Landesanstalten, ihr Personal, ihre Etats und Strukturen zu verschaffen, auch wenn die PGLA als größter aller Dienste hierbei meist als Referenz dient.⁷⁹⁸ Darüber hinaus soll die Frage beantwortet werden, wie sich der neue Staat die Expertise der Staatsgeologen zu eigen machte. In diesem Zusammenhang stellt sich im zweiten Kapitel die Frage, welche Lehren Wissenschaft, Staat und Industrie aus dem Krieg zogen und wie diese das Handeln der Staatsgeologen bestimmten. Wie zudem deutlich wird, zeichnete sich innerhalb der Geologie nach dem Krieg eine weitere, sozusagen zweite Welle der disziplinären Ausdifferenzierung ab, wobei der Erdölgeologie und der Geophysik besondere Bedeutung zukam. Welche Rolle die geologischen Dienste auf diesen neuen Feldern spielten, steht im Mittelpunkt des folgenden Kapitels. Die damit eng verbundene Frage nach dem Wissenstransfer zwischen den gesellschaftlichen Teilsystemen markiert neben dem dritten auch einen Gegenstand des abschließenden vierten Kapitels, das sich den nationalen und internationalen Gemeinschaftsarbeiten auf dem

797 So sah sich beispielsweise das dem Kriegsamt bzw. Pr. Kriegsministerium unterstellte Militärversuchsammt (MVA) infolge der Bestimmungen des Versailler Vertrages gezwungen, sich aufzulösen. Zu den Bemühungen der Staats- und Militärbehörden, die Kernaufgaben des MVA in eine neue ‚Zivilbehörde‘ – die Chemisch-Technische Reichsanstalt (CTR) – zu überführen, vgl. Ruske, Materialprüfung (1971), S. 293; Große-Wilde, Reichsanstalt (2023), S. 186–192. Zur unmittelbaren Nachkriegesentwicklung an der Geologischen Reichsanstalt in Wien, in der es im Zuge der „revolutionären Entwicklung“ 1919 zur Bildung eines Geologischen Beirates („Geologenrates“) kam, vgl. Suttner, Reichsanstalt (2016), S. 8–15.

798 Hinzu kommt, dass es aufgrund fehlender Quellen nur punktuelle Hinweise auf die Personal- und Etatentwicklung der übrigen Geologischen Landesanstalten gibt. Gleichwohl sind diese wenigen Überlieferungen geeignet, ein Bild von den ‚Machtverhältnissen‘ zwischen der PGLA und ihren Schwesteranstalten zu geben.

Gebiet der geologischen und bodenkundlichen Forschung (Agrikulturchemie, Bodenmechanik) widmet und damit auch erstmals das hier bisher weitgehend vernachlässigte Feld der Ingenieurgeologie betritt.

3.1 „Intra muros“ – Struktur, Personal und Etatentwicklung⁷⁹⁹

Am 24. April 1923 fanden sich die Mitarbeiter der PGLA zu einer kurzen schlichten Gedenkfeier für ihre im Ersten Weltkrieg gefallenen Kollegen zusammen. „Zu Beginn der Feier wurde von einem aus Beamten der Anstalt gebildeten Männerchor (...) die alte Volksweise von D. G. Morhof: Kein schön’er Tod wohl auf der Welt“ vorgetragen. Danach ergriff Ernst Benno Kühn das Wort, der betonte, dass das Opfer der Gefallenen zwar schmerzhaft aber nicht vergeblich gewesen sei, denn der Tod für das Vaterland bedeute „die höchste Vollendung des Erdendaseins“ und wiege „ein langes und reiches Leben“ allemal auf.⁸⁰⁰ Während das „Heldentum“ der Gefallenen ihnen wenigstens „Hoheit und Würde“ verleihe, müssten die in ihrer Existenz bedrohten Hinterbliebenen die Demütigung der Niederlage verkraften. Auch trügen letztere schwer daran, „nicht in ehrlichem Kampf unterlegen“, den „Einflüsterungen und Betörungen falscher Propheten“ sowie dem „Kleinmut und dem Verrat in den eigenen Reihen“ zum Opfer gefallen zu seien.⁸⁰¹

Mit seinen Aphorismen über die „Schande des Vaterlandes“, über die „Schmach“ den „Feind im Lande“ zu haben und über die in Deutschland nun vorherrschende „Parteisucht“, sprach Kühn genau das an, was weite Teile der bürgerlichen Eliten als eine umfassende gesellschaftliche, kulturelle und nationale Krise wahrnahmen und sie in ihrer Ablehnung gegenüber den neuen Verhältnissen einte.⁸⁰²

799 In Anlehnung an Schochow, Staatsbibliothek (1989), S. 43.

800 Enthüllung einer Gedenktafel (1923), S. LII.

801 Ebd., S. LIII.

802 Ebd., S. LIII f. Vgl. Föllmer, Verteidigung (2002), S. 197–214, hier S. 200. Ihr Übriges taten die Folgen der Inflation, von der auch viele Mitarbeiter der PGLA betroffen waren. Wie Krusch betonte, erreichte die „Lebensmittelindezziffer“ Anfang März 1923 Werte bis zu 4.000, während der Gehaltsmultiplikationsfaktor nur 800 betrug. Da viele ihr Vermögen verloren, war der von der PGLA eingerichtete Fond für Notstandsbeihilfen 1924 nahezu ausgeschöpft. Die Feier des 50jährigen Bestehens der Geologischen Landesanstalt (1923), S. LXIX; Krusch (PGLA) an Pr. MHG, 23.5.1924, GStA, I. HA Rep. 121, Nr. 3408, unp.; Pfeiffer, Nachruf Böhm (1929), S. LXXIX. In den ‚bösen Zeiten‘ vom Sommer und Herbst 1923, als an fast jedem Tag Gehalt gezahlt wurde, kamen die Ehefrauen der PGLA-Mitarbeiter mittags in die Anstalt, um das Geld abzuholen und schnell für notwendige Waren auszugeben, bevor es seinen Wert wieder verlor. Vgl. Dienemann, Zeiten (1968), S. 169 f.



Abb. 13: Gedenktafel für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges in der Vorhalle der PGLA, enthüllt am 24. April 1923.⁸⁰³

Die Weichenstellungen in der Frühphase der Weimarer Republik, in der „hergebrachte materielle und ideelle Werte innerhalb kurzer Zeit an Geltung verloren und durch neue Orientierungen ersetzt wurden“⁸⁰⁴, stießen auch in der PGLA auf weitgehende Ablehnung. Zwar hielten sich ihre wissenschaftlichen Beamten als Gelehrte „im guten Sinne des Wortes, den politischen Händeln und dem Parteigetriebe des Alltags fern“⁸⁰⁵, behielten jedoch ihre im konservativen Milieu geprägte, durch Nationalismus, Elitebewusstsein und „Autoritätsfixiertheit“ beeinflusste „wilhelminische Grundierung“.⁸⁰⁶ Diese äußerte sich in antirepublikanischen und antidemokratischen Einstellungen sowie ausgeprägten „Affinitäten zu rechtsautoritären Herrschaftsformen“.⁸⁰⁷ So wurden sie nicht müde, die in ihren Augen „überstürzte Neugestaltung der politischen wie der wirtschaftlichen und sozialen Lebensformen“ anzuprangern⁸⁰⁸, die „Schäden der neuen Zeit“ und das Eindringen vermeintlich „zweifelhafter, vielfach fragwürdiger Elemente in die Beamtenschaft“ zu

803 Enthüllung einer Gedenktafel (1923), S. LIII. Auch Beyschlag sprach von der „Zermürbung der Front durch den inneren Feind“, womit er vermutlich auf die ‚Dolchstoßlegende‘ anspielte, die zum Schlagwort der politischen Rechten wurde. Beyschlag, Nachruf Müller (1921), S. X. Zur ‚Dolchstoßlegende‘, der zu Folge, die Heimat durch Kriegsmüdigkeit, Streiks und schließlich durch die von den ‚Linken‘ angezettelte Revolution der kämpfenden Truppe ‚in den Rücken‘ gefallen sei, vgl. Hirschfeld, Attraktion (2014), S. 69 f.; Pyta, Hindenburg (2009), S. 406–409; Groß, Ende (2018), S. 127–141.

804 Föllmer, Verteidigung (2002), S. 197.

805 Fuchs, Nachruf Denckmann (1926), S. LXXIII.

806 Hachtmann, Wilhelminismus (2023), S. 169, 172, 174, 176.

807 Ebd., S. 178. Zum Verhältnis von Verwaltung und Bürokratie, von höheren Beamten und akademischen Eliten zur Republik von Weimar vgl. auch Wehler, Gesellschaftsgeschichte (2003), S. 294–299, 361–371, 466–472; Hardtwig, Akademie (2000), S. 34–43.

808 Beyschlag, Weltkrieg (1921), S. VII f.

geißeln⁸⁰⁹, und diesen in ihren Augen schädlichen Entwicklungen das ‚Ideal‘ eines bewussten preußischen Staatsgefühls und Beamtentums „alten Stils“ entgegenzuhalten.⁸¹⁰

Das „Denken in politischen Frontgräben“⁸¹¹, die Vorbehalte gegen die Revolution und ihre Träger äußerten sich auch darin, dass sich gleich mehrere Mitarbeiter der PGLA und ihrer Schwesteranstalten 1919 verschiedenen Freikorps und paramilitärischen Verbänden anschlossen (z.B. Schutz-Regiment Groß-Berlin, Garde-Kavallerie-Schützendivision, Freikorps „Löschbrand“, „Lüttwitz“, „Epp“, „Oranien“), um gegen linke ‚Aufständische‘ oder ein Jahr später auf Seiten der „gegenrevolutionären, protofaschistischen Putschisten“ um Wolfgang Kapp und Walther von Lüttwitz zu kämpfen.⁸¹² Die Direktion der

809 Fuchs, Nachruf Denckmann (1926), S. LXXIII.

810 Kühn, Nachruf Finckh (1930), S. LXXXIV. Wie Kühn in seinem Nachruf auf Curt Gagel festhielt, hatte auch dieser, „in altpreussischer Tradition wurzelnd, (...) eine Aussöhnung mit dem neuen Zustande nicht über sich gebracht“. Kühn, Nachruf Gagel (1928), S. IX. Fuchs betonte in seinem Nekrolog für August Denckmann, dieser habe, „im friederizianischen Geiste der Pflichterfüllung und des Dienens für den Staat erzogen“, eine „Reinigung“ der Weimarer Beamtenschaft für „dringend geboten“ gehalten. Fuchs, Nachruf Denckmann (1926), S. LXXIII. Monarchistisch-autoritäre Grundeinstellungen und prinzipielle Vorbehalte gegen die Republik zeigten sich auch im Nachruf von Paul Gustaf Krause auf „den königstreuen, preußischen Beamten“ Friedrich Kaunhowen, den der „durch die Verrätere der Sozialdemokratie herbeigeführte Umsturz (...) besonders tief getroffen“ habe. Krause, Nachruf Kaunhowen (1940), S. 352. Der freiwillige Mitarbeiter der PGLA Hermann Rauff ließ es sich in seinem Nachruf auf seinen Kollegen Robert Scheibe nicht nehmen, auf „all‘ das giftige Unkraut“ hinzuweisen, das man während des Krieges und nach dem Zusammenbruch nach und nach habe „emporwachsen und überwuchern sehen“, das überaus schädlichen Einfluss „auf die Volksseele“ habe. Rauff, Nachruf Scheibe, (1927) S. LXX.

811 Hachtmann, Wilhelminismus (2023), S. 187.

812 Ebd., S. 166. Vgl. von Paul Assmann ausgefüllter Personalbogen, 15.2.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 3, unpag. [1919 bis 1920 Schutz-Regiment Groß-Berlin]; Von Fritz Behrendt ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BArch Berlin, R 71, Nr. 6, unpag. [Dezember 1918 Charlottenburger Bürgerwehr, Januar 1919 Schutz-Regiment Groß-Berlin der Garde-Kavallerie-Schützendivision]; Von Rudolf Cramer ausgefüllter Personalbogen, 22.2.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 11, unpag. [1919–1920 Freikorps Löschbrand des Schutz-Regiments Groß-Berlin]; Von Georg Otto ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BArch Berlin, R 71, Nr. 41, unpag. [1919–1920 Freikorps Lüttwitz]; Von Karl Wagemann ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BArch Berlin R 71, Nr. 54, unpag. [Gruppenführer der Einwohnerwehr Berlin-Pankow]; Karteikarte betr. Leo von zur Mühlen (geb. 29.7.1888), ohne Datum, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13272, Bl. 155 f. [Schutz-Regiment Groß-Berlin]; Von Fritz Wieggers ausgefüllter Personalbogen, 24.2.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 58, unpag. [1919–1920 Offizierskompanie Olivia des Schutz-Regiments Groß-Berlin]; Vorschlag zur Ernennung des Landesgeologen und Professors Wilhelm Kegel zum Direktor, 19.9.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1644, Bl. 40 f. [1919 Freikorps Kompanie Oranien]. Dies galt auch für erst während der Weimarer Republik neu eingestellte Mitarbeiter, die die Gruppe republikkritischer Kräfte unter den Staatsgeologen verstärkten. Vgl. etwa Vorschlag zur Ernennung des außerplanmäßigen Geologen Georg Fischer zum Bezirksgeologen, 18.3.1938, GStA, I. HA Rep. 90A, Nr. 1023, Bl. 197–199 [1919 Freikorps Epp, 1920 Zeitfreiwilligen-Kompanie der Universität München]; Schreiben des Bundesarchivs (Abt. Zentralnachweisstelle), Kornelimünster, 12.9.1960 betr. Dienstlaufbahnbescheinigung für Hans Olsen, geb. 5.8.1898 in Berlin, BArch-MA Freiburg, PERS 6, Nr. 157678, unpag. [1919

PGLA stellte sich dem nicht in den Weg. Als sich Rudolf Cramer beispielsweise dem in Friedenau aufgestellten Freikorps Löschebrand „zur Bekämpfung der Unruhen in Berlin zur Verfügung“ stellte, monierte Beyschlag nur, dass Cramer es vorher unterlassen hatte, des Direktors Zustimmung einzuholen. Als Cramer betonte, dass ihm „die augenblickliche Not des Vaterlandes (...) keine Ruhe gelassen habe“ und er nicht habe untätig bleiben können, „wo das Vaterland der Hilfe bedurfte und (...) zu den Waffen rief“, zeigte sich Beyschlag über den Enthusiasmus seines jungen Kollegen erfreut und wünschte diesem „alles Gute“.⁸¹³

Ohne Zweifel gehörte Beyschlag zur großen Gruppe jener bildungsbürgerlichen Eliten, die in einer „Grundsatzopposition gegen das ‚Weimarer System‘“ und einer „dogmatischen Fixierung auf den autoritären Staat“ verharrten.⁸¹⁴ Er selbst stand der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) nahe, die sich seit ihrer Gründung Ende 1918 zu einem „Sammelbecken ehemaliger Monarchisten und Rechtskonservativer“ entwickelte.⁸¹⁵ Gleich mehrere Staatsgeologen traten der Partei direkt bei oder zählten zu ihren Wählern, so etwa Rudolf Cramer, Paul Gustaf Krause, Otto Heinrich Schindewolf, Wilhelm Erich Schmidt, Max Trénel, Hans Udluft (alle Berlin), Emil Koch (Hamburg) und Wilfried von Seidlitz (Jena).⁸¹⁶ Im konservativen Milieu waren auch Paul Assmann, Georg Berg,

Freikorps Lüttwitz]; Lebenslauf Oskar Hausbrands, 1.6.1934, BArch Berlin, VBS 1050 (R 1509) ZA VI 4101 A. 18–20, unpag. [1919 Garde-Kavallerie-Schützendivision]; Vorschlag zur Ernennung des Bezirksgeologen Wilhelm Ahrens zum Regierungsgeologen, 12.3.1942, BArch Berlin, R 601, Nr. 2088, Bl. 264 f. [1919 Zeitfreiwilligen-Korps Groß-Hamburg]; Karteikarte betr. Kurd von Bülow (geb. 20.7.1899), ohne Datum, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13260, Bl. 439 f. [„Zeitfreiwilliger im Kapp-Putsch“].

813 Rudolf Cramer an PGLA, 12.1.1919, BArch Berlin, R 71, Nr. 11, Bl. 76; Beyschlag (PGLA) an Cramer, 16.1.1919, ebd., Bl. 77; Cramer an Beyschlag, 24.1.1919, ebd., Bl. 79; Beyschlag (PGLA) an Cramer, 31.1.1919, ebd., Bl. 81.

814 Wehler, Gesellschaftsgeschichte (2003), S. 470 f. Wie Fliegel in seinem Nachruf auf Beyschlag ausführte, verwies dieser gern „auf das Bild des Führers, das sein behagliches [privates] Arbeitszimmer schmückte“. Fliegel, Nachruf Beyschlag (1936), S. 30. Wilfried von Seidlitz erinnerte sich, dass Beyschlag nach dem Krieg „zu den Deutschnationalen“ gehalten, aber zum Ausdruck gebracht habe, „dass wenn es eine Partei gäbe die noch weiter rechts stünde, man dieser angehören müsse. Mit Feuer und Flamme“ sei er nach der Machtübergabe für Hitler eingetreten. von Seidlitz, Wilfried: Franz Beyschlag. Gedächtnisrede des Präsidenten Prof. Dr. W. von Seidlitz. Gehalten in der Preussischen Geologischen Landesanstalt am 17. November 1935, BGR-Archiv Hannover, Nr. 1953 K 1002, S. 3–11, hier S. 10.

815 Kamps, Entwicklung (1987), S. 150; Hachtmann, Wilhelminismus (2023), S. 189. Dass die DNVP „im Lehrkörper der meisten Universitäten die stärkste Partei“ darstellte, zeigt Grüttner, Talar (2024), S. 31.

816 Zu Rudolf Cramer vgl. von Rudolf Cramer ausgefüllter Personalbogen, 22.2.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 11, unpag.; zu Krause vgl. Karteikarte betr. Paul Gustaf Krause (geb. 7.10.1867), ohne Datum, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13269, Bl. 145 f.; zu Schindewolf vgl. Vorschlag zur Ernennung des Bezirksgeologen Prof. Dr. Schindewolf zum Regierungsgeologen, 27.3.1942, BArch Berlin, R 601, Nr. 2088, Bl. 306 f.; zu Schmidt vgl. Vorschlag zur Ernennung des Landesgeologen und Professors Dr. Schmidt zum Regierungsgeologen, 10.8.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 2086, Bl. 468 f.; zu Trénel vgl. Vorschlag zur Ernennung des Bezirksgeologen Professor Dr. Trénel zum Regierungsgeologen, 12.12.1941, BArch Berlin R 601, Nr. 2087, Bl. 108 f., zu Koch vgl. Karteikarte betr. Emil Koch (geb. 10.2.1886), BArch Berlin, R 71, Nr. 30, Bl. 8, zu von Seidlitz vgl. Karteikarte betr. Wilfried von Seidlitz (geb. 31.8.1880),

Wilhelm Haack und Fritz Wiegers als Mitglieder der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) und die Münchener Geologen Matthaeus Schuster und Gustav Abele als Anhänger der Bayerischen Volkspartei (BVP) zu verorten.⁸¹⁷

Ins rechtskonservative und bisweilen radikale Spektrum gehörten mindestens jene Geologen, die Mitglieder des „Alldeutschen Verbandes“ (Paul Gustaf Krause)⁸¹⁸, der „Thule-Gesellschaft“ (Richard Loebe)⁸¹⁹, des „Jungdeutschen Ordens“ (Wilhelm Ahrens, Bernhard Körnke, Freiburg)⁸²⁰, des „Wehrwolfs“ (Hans-Rudolf von Gaertner)⁸²¹, des Wehrverbandes „Reichsflagge“ (Eduard Hartmann, München)⁸²², des „völkischen Studentenbundes“ (Friedrich Wernicke, Leipzig)⁸²³ oder des „Stahlhelms“ (z.B. die Berliner Fritz Behrend, Otto Burre,

-
- ohne Datum, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13277, Bl. 472 f.; zu Udluft vgl. von Udluft ausgefüllter Fragebogen des Military Government of Germany, 27.5.1946, HHStAW, 527, X 359, unp.
- 817 Vgl. von Paul Assmann ausgefüllter Personalbogen, 15.2.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 3, unp.; Vorschlag zur Ernennung des Landesgeologen und Professors Dr. Wilhelm Haack zum Regierungsgeologen, 10.8.1940, BArch Berlin R 601, Nr. 2086, Bl. 466 f.; Vorschlag zur Ernennung des Landesgeologen und Professor Dr. Berg zum Regierungsgeologen, 10.8.1940, ebd., Bl. 470 f.; SA-Führer-Fragebogen für Fritz Wiegers, ohne Datum (um 1936), BArch Berlin, R 9361-III, Nr. 569868 (Fritz Wiegers, geb. 9.2.1875), unp.; Karteikarte betr. Matthaeus Schuster (geb. 12.4.1881), ohne Datum, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13276, Bl. 774 f.; Fragebogen betr. Gustav Abele (geb. 26.4.1899), ohne Datum (nach 1945), BayHStA München, Geologisches Landesamt, Nr. 399, Bl. 26. Zur Einordnung der DVP ins rechtskonservative Spektrum vgl. Hachtmann, *Wilhelminismus* (2023), S. 189. Zur BVP, „einer bäuerlich geprägten, mit reichlich partikularistischem Selbstbewusstsein und Wittelsbacher Nostalgie ausgestatteten, gottesfürchtigen, weiß-blauen [und zum Teil antisemitischen] Landespartei“, siehe Escher, *Katholizismus* (2012), S. 495 f.
- 818 Vgl. Karteikarte betr. Paul Gustaf Krause (geb. 7.10.1867), ohne Datum, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13269, Bl. 145 f. Zum Alldeutschen Verband vgl. Hofmeister, *Monarchy* (2012); ders., *Anwalt* (2024).
- 819 Vgl. Karteikarte betr. Richard Loebe (geb. 10.3.1877), ohne Datum, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13270, Bl. 671 f. Zur völkisch-antisemitischen und republikfeindlichen Thule-Gesellschaft vgl. Pomplun, *Thule-Gesellschaft* (2012), S. 596–599.
- 820 Vgl. Vorschlag zur Ernennung des Bezirksgeologen Wilhelm Ahrens zum Regierungsgeologen, 12.3.1942, BArch Berlin, R 601, Nr. 2088, Bl. 264 f.; Körnke war von 1928–1929 Mitarbeiter Badischen Geologischen Landesanstalt und gehörte Jungdeutschen Orden von 1925–1929 an. Vgl. Vorschlag zur Ernennung des apl. Bezirksgeologen Dr. Körnke zum Bezirksgeologen, 9.6.1942, BArch Berlin, R 601, Nr. 2088, Bl. 415 f. Zum antisemitischen und antibolschewistischen, „aber nicht unbedingt durchweg verfassungsfeindlichen“ Jungdeutschen Orden vgl. Wildt, *Generation* (2008), S. 57–60; Botsch/Kopke, *Orden* (2012), S. 343 f.
- 821 Vgl. Vorschlag zur Ernennung des außerplanmäßigen Geologen Dr. Rudolf von Gaertner zum Bezirksgeologen, 29.4.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 2086, Bl. 401 f. Zum paramilitärischen Wehrverband „Wehrwolf“, in dem sich republikfeindliche und nationalistische Kräfte versammelten, vgl. Finker, *Wehrwolf* (1968), S. 835–840.
- 822 Hartmann wurde 1930 bei der Geologischen Landesuntersuchung am Bayerischen Oberbergamt München angestellt. Dazu und zu seiner Mitgliedschaft im Verband „Reichsflagge“ (1920–1924) vgl. Personalbogen für Eduard Hartmann (geb. 13.4.1887), 12.9.1941, BayHStA München, Geologisches Landesamt, Nr. 407, unp. Zum antirepublikanischen und monarchistischen Wehrverband „Reichsflagge“ vgl. Hübner, *Reichsflagge* (2006).
- 823 Wernicke war seit 1931 als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim sächsischen Geologischen Landesamt angestellt, 1919/20 im Deutschen nationalen Jugendbund und seit 1922 im völkischen Studentenbund organisiert. Bei letzterem handelte es sich um die

Rudolf Cramer, Georg Otto, Georg Hermann Reich, Walter Schriel und Fritz Wiegers oder der Münchener Josef Knauer) waren.⁸²⁴

Der bereits mehrfach erwähnte Fritz Wiegers gehörte auch zu den Mitarbeitern der Geologischen Landesanstalten, die bereits vor der Machtübergabe an die Nationalsozialisten in die NSDAP eintraten. Zur Gruppe der nach 1933 als so genannte ‚Alte Kämpfer‘ hofierten GLA-Mitarbeiter gehörten etwa die Berliner Rudolf Cramer (NSDAP 1930), Robert Fiedler (NSDAP 1932), Adolf Mestwerdt (NSDAP 1932), Leo von zur Mühlen, (NSDAP 1930), Paul Pfeffer (NSDAP 1932), Willi Scharf (NSDAP 1930), Eckart Schröder (NSDAP 1930), Karl Wagemann (NSDAP 1930) und Fritz Wiegers (NSDAP 1930), die Leipziger Heinz Ebert (NSDAP 1932), Rudolf Pfeiffer (NSDAP 1932) und Friedrich Wernicke (NSDAP 1931) sowie der Leiter der Mecklenburgischen Geologischen Landesanstalt in Rostock Friedrich Schuh (NSDAP 1932). Wiegers war es auch, der im Sommer 1932 an der PGLA eine „Nationalsozialistische Beamtenarbeitsgemeinschaft“ (NSBA) gründete, der neben ‚Alten Kämpfern‘ wie ihm, Cramer oder Scharf auch spätere NSDAP-Mitglieder wie Wilhelm Dienemann, Carl Dreiholz, Julius Hessemann oder Richard Köhler angehörten.⁸²⁵ Dass diese Gründung mit Erlaubnis der Direktion erfolgte und zu einer Zeit geschah, „als jedwede Betätigung preußischer Beamter für die NSDAP noch streng verboten war“⁸²⁶, ist ein weiterer Beleg für im Haus der PGLA verbreitete rechte poli-

Deutsch-Akademische Gildenschaft. Vgl. Vorschlag zur Ernennung des Regierungsberg-rats Dr. Wernicke zum Oberregierungsberg-rat, 11.1.1939, BArch Berlin, R 601, Nr. 2090, Bl. 191 f.; Wernicke an die Geschäftsstelle der NSDAP-Ortsgruppe Leipzig, 4. Advent [!] 1931, ebd., unp. Zur 1920 gebildeten Deutsch-Akademischen Gildenschaft vgl. Kellershohn, Dienst (2004), S. 255–292.

824 Zu Burre vgl. Vorschlag zur Ernennung des Bezirksgeologen Dr. Burre zum Regierungsgeo-logen, 24.11.1941, BArch Berlin, R 601, Nr. 2087, Bl. 84 f., zu Behrend vgl. Karteikarte zu Fritz Behrend (geb. 24.6.1885), ohne Datum, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13258, Bl. 869 f.; zu Rudolf Cramer vgl. von Rudolf Cramer ausgefüllter Personalbogen, 22.2.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 11, unp.; zu Otto vgl. von Georg Otto ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BArch Berlin, R 71, Nr. 41, unp.; zu Reich vgl. Karteikarte betr. Georg Hermann Reich (geb. 19.12.1891), ohne Datum, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13274, Bl. 185 f.; zu Schriel vgl. Kartei-karte betr. Walter Schriel (geb. 29.6.1892), ohne Datum, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13276, Bl. 372 f.; zu Wiegers vgl. von Fritz Wiegers ausgefüllter Personalbogen, 24.2.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 58, unp.; zu Knauer vgl. Personalnachweisung für Josef Knauer, 13.4.1940, BayHStA München, Geologisches Landesamt, Nr. 413, unp. Zum Stahlhelm vgl. Berghahn, Stahlhelm (1966); Crim, Question (2016), S. 198–205; Werberg, Stahlhelm (2023).

825 Bis auf von zur Mühlen, Pfeffer, Pfeiffer, Wernicke, Schuh und Dreiholz finden sich die Quellennachweise für die NSDAP-Mitgliedschaften der Genannten im Anhang Biogra-phien. Zu von zur Mühlen vgl. BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/29300338, NSDAP-Gau-kartei, Kasten 2930, Karte 338 f.; zu Pfeffer vgl. BArch Berlin, R 9361-VIII Kartei/15321080, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 1532, Karte 1080; zu Pfeiffer siehe Beurteilung Pfeiffers durch Kurt Pietzsch (GLA Freiberg), 19.7.1938, GLA Freiberg, A 02321/1, Bl. 79; zu Wer-nicke siehe BArch R 9361-IX Kartei/48131448, NSDAP-Gaukartei, Kasten 4813, Karte 1448; zu Schuh siehe Glasow, Schuh, Friedrich (2012); zu Dreiholz siehe BArch Berlin, R 9361-VIII Kartei/6881586, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 688, Karte 1586.

826 Kühn/Rohrbeck, Landesanstalt (1987), S. 32. Siehe auch Peters, Machtdurchsetzung (2015), S. 239 f.

tische Anschauungen. Die NSBA bzw. NS-Fachschaft der PGLA umfasste im Sommer 1933 bereits „mehr als die Hälfte der Beamten“.⁸²⁷

Auch wenn sich für die Zeit der Weimarer Republik nicht alle Mitgliedschaften in Parteien und Verbänden ermitteln ließen und die Quellenüberlieferungen über die Zugehörigkeiten lückenhaft sind, lässt sich festhalten, dass sich unter den Geologen, die politisch offen Stellung bezogen, weit mehr Anhänger rechtskonservativer, nationalistischer, antidemokratischer und antirepublikanischer Anschauungen fanden, als Vertreter demokratischer Parteien.⁸²⁸ Der großen Gruppe, die ihre Abneigung gegen die Republik unverhohlen zum Ausdruck brachte, standen insgesamt nur wenige Geologen gegenüber, die Mitglieder staatstragender Parteien waren, so etwa die Berliner Wilhelm Wolff und Walter Biese, die der Sozialdemokratischen Partei (SPD) angehörten und der Münchener Fritz Heim, als Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP).⁸²⁹ Auch der an der PGLA tätige Theodor Schmierer machte aus seiner liberal-demokratischen Einstellung keinen Hehl, was ihm 1933 zum Verhängnis werden sollte.⁸³⁰

Obwohl also 1919 zunächst nur wenige Geologen mit derselben „freudigen Pflichttreue unter der neuen wie unter der alten Staatsform“ ans Werk gingen⁸³¹, sahen sie sich als Staatsdiener gezwungen, auch den neuen Regierungen zuzuarbeiten, die ihrerseits alles versuchten, um Substanz und Bestand ihrer Ressortforschungseinrichtungen zu erhalten. Die Zusammenarbeit der Berliner Geologen mit der ihnen vorgesetzten Behörde – dem Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe und seiner Abteilung für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen – gestaltete sich dann auch weitgehend unproblematisch, denn die neuen Regierungen standen vor denselben Problemen wie die alten, was für die Geologen letztlich hieß: business as usual.⁸³² Trotz ihrer zumindest in Teilen bestehenden Distanz zum neuen Regierungssystem lässt sich aus den Quellen der Eindruck gewinnen, dass sich im Verhältnis zwischen den Geologen der PGLA und dem Staat insgesamt nur sehr wenig änderte. Das lag zunächst einmal darin begründet, dass auch hier „die Ansprechpartner im Ministerium im wesentlichen dieselben blieben“, die „Kontinuität der Verwaltung“ die „Diskontinuität des politischen Systems“ also dominierte.⁸³³ Auch,

827 Stellungnahme von Fritz Wiegers, 9.6.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 31–43, hier Bl. 31.

828 Der Befund, dass einer starken Gruppe von deutschnationalen und republikfeindlichen Hochschullehrern eine deutlich schwächere Minderheit von republikbejahenden Liberalen und Sozialdemokraten gegenüberstand, galt grosso modo auch für die deutschen Universitäten. Vgl. Grüttner, Talar (2024), S. 32.

829 Vgl. Knolle, Erinnerung (2010), S. 109–112; Personalbogen für Fritz Heim (geb. 20.7.1887), ohne Datum (um 1939), BayHStA München, Geologisches Landesamt, Nr. 408, Bl. 62.

830 Vgl. von Bülow, Zum Tode von Schmierer (1953), S. 450 (Ich danke Helmut Maier für den Hinweis).

831 Diese Pflichttreue gegenüber der alten und der neuen Staatsform attestierte Theodor Schmierer seinem Kollegen Henry Schroeder. Schmierer, Nachruf Schroeder (1928), S. LXVII.

832 In Anlehnung an Hardtwig, Akademie (2000), S. 25.

dass die Anstalt infolge des Thronverzichts der Hohenzollernmonarchie ihr nominell königliches Patronat verlor, nahm man als formalrechtlichen Vorgang lediglich nüchtern zur Kenntnis.⁸³⁴

Zudem zeigte sich, dass die Regierungen des Weimarer Staates die PGLA auf jede Weise förderten und somit auch in dieser Hinsicht eine „Kontinuität zu den Verhältnissen vor 1914/18“ wahrten.⁸³⁵ So ließ es sich der von 1921 bis 1925 als preußischer Staatsminister für Handel und Gewerbe amtierende Sozialdemokrat Wilhelm Siering nicht nehmen, an der im März 1923 stattfindenden Feier zum 50jährigen Bestehen der PGLA teilzunehmen und ihren langjährigen Präsidenten Beyschlag persönlich in den Ruhestand zu verabschieden. Siering würdigte die ‚ruhmreiche Geschichte‘ der Anstalt sowie ihre sachkundige „Arbeit im Dienste der Wissenschaft und der deutschen Volkswirtschaft“ und versprach, der PGLA zukünftig „so wie bisher (...) jede nur mögliche Unterstützung angedeihen“ zu lassen. Denn wie er versicherte, sei man sich im Ministerium „der großen Bedeutung dieser Anstalt voll bewusst“.⁸³⁶ Wie sehr das Ministerium bereit war, den Wünschen der Anstalt Rechnung zu tragen, zeigte sich bereits darin, dass auf Wunsch Beyschlags dessen langjähriger Stellvertreter Krusch zum neuen Präsidenten ernannt wurde, obwohl dieser ebenfalls für eine Kontinuität zu den Vorkriegsverhältnissen stand.

Wenn der skeptische Beyschlag mit Blick auf seine Amtszeit im Anschluss betonte, „wie viel Verständnis und Anerkennung, Förderung und Hilfe“ die PGLA seit ihrer Gründung vom Ministerium erhalten und in welch besonderem Maße sie gerade jetzt Veranlassung habe, auf die Unterstützung der Regierung zu hoffen⁸³⁷, war das dennoch „als vorbeugende Warnung und als Appell an die neuen Herren gedacht“, ihren Worten auch Taten folgen zu lassen.⁸³⁸ Angesichts der durch die Inflation bedingten Schwierigkeiten, die die PGLA erstmals überhaupt mit größeren finanziellen Problemen konfrontierten, erinnerte der scheidende Präsident daran, dass die Anstalt im Kreise der dem Ministerium unterstehenden Institute „eine besonders eigenartige Stellung“ einnehme. So sei sie nicht nur völlig außer Stande, „dem Staatssäckel

833 Ebd., S. 28 f. Zu einem ähnlichen Befund für das RWM (Konservierung des Beamtentums) gelangt Homburg, Reichswirtschaftsamt (2016), S. 221.

834 Die Jahrbücher der „Königlich Preußischen Geologischen Landesanstalt“ erschienen ab 1918 als solche der „Preußischen Geologischen Landesanstalt“. Vgl. auch Pfeiffer, Dokumente (1974), S. 154.

835 Hardtwig, Akademie (2000), S. 9.

836 Feier (1923), S. LVIf.

837 Ebd., S. LVIII.

838 Hardtwig, Akademie (2000), S. 26. Schon 1919 hatten die Direktoren aller GLA's ihrer Erwartung Ausdruck verliehen, „dass die Staatsregierungen in richtiger Erkenntnis und Würdigung der Bedeutung der Arbeiten der Geologischen Landesanstalten als für die allgemeine Landeskultur unentbehrliche und die Grundlage für zahlreiche Gewerbebetriebe bildende, die durch die Teuerung gebotene unumgänglich notwendige Verstärkung der etatsmäßigen Mittel bereitstellen werden“. Protokoll über die Versammlung der Direktoren der Deutschen GLA's (11. Tagung), 27.9.1919, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag.

Geld zuzuführen“ oder sich auch nur aus eigenen Einnahmen zu erhalten. Folglich sei sie auf die dauernde Bewilligung „erheblicher staatlicher Aufwendungen angewiesen“. Um ihre Wirkung für die deutsche Volkswirtschaft zu entfalten sei es aber darüber hinaus ebenso wichtig, der PGLA ihre „völlige Unabhängigkeit“ von rein staatlichen Interessen zu erhalten. Dazu gehöre die auf der Grundlage wissenschaftlicher Überzeugung basierende „Freiheit sachverständiger Entscheidung“, selbst da, wo sie „einmal scheinbar mit rein fiskalischen Interessen“ kollidiere.⁸³⁹

Schon 1919 hatte Beyschlag an alle Direktoren der Geologischen Landesanstalten appelliert, gegen etwaige Versuche unberufener Einmischung in ihr Arbeitsgebiet zusammenzustehen und sich ebenso gegen behördlich-bürokratische Versuche zu wehren, die darauf hinausliefen, den Einfluss und die Mitwirkung der Landesanstalten in Fragen ihres natürlichen Wirkungskreises auszuschalten oder zu übergehen.⁸⁴⁰ Der Staat, so Beyschlag, müsse gerade in dieser Hinsicht „besonderen Takt und Verständnis“ aufbringen, denn die PGLA könne nur gedeihen und die ihr zukommenden Aufgaben erfüllen, wenn man ihr „völlige wissenschaftliche Überzeugungsfreiheit“ gewähre. „Hat es uns sonach nicht an freiheitlicher Luft für unsere Entwicklung gefehlt, so sind uns auch im Laufe der Zeit immer größere und verantwortungsvollere staatliche Aufgaben gestellt, und sonach diejenige Mitwirkung und derjenige Einfluss auf die öffentlichen Unternehmungen eingeräumt worden, welche der Sachkunde der Anstalt entsprechen.“⁸⁴¹

Zeugten bereits diese Aussagen vom Selbstbewusstsein der PGLA, gab Beyschlag seinem Nachfolger Krusch und dem Ministerium zwei Wünsche mit auf den Weg, die in ihrer Konsequenz auf die Schaffung einer Geologischen Reichsanstalt hinausliefen. So bat Beyschlag darum, der PGLA „eine etwas größere Initiative in Fragen der staatlichen Lagerstättenpolitik“ einzuräumen, was vermutlich mit den negativen Erfahrungen des Krieges zusammenhing, wo die Behörde etwa im Hinblick auf die Phosphatversorgung der heimischen Landwirtschaft auf heftigen Widerstand der Düngemittelindustrie gestoßen war.⁸⁴² Weitreichender indes war Beyschlags zweiter Wunsch. Da es eine „Geologische Reichsanstalt“ bisher nicht gebe, die PGLA aber „von jeher die

839 Feier (1923), LVIII f.

840 Protokoll über die Versammlung der Direktoren der Deutschen GLA's (11. Tagung), 27.9.1919, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag.

841 Feier (1923), S. LVIII f. Damit bezog sich Beyschlag vermutlich auch auf die leitenden Tätigkeiten der PGLA und ihrer Mitarbeiter im Krieg (Kriegsgesellschaften, Besatzungsverwaltungen) und ihre Funktion als der Reichskolonialverwaltung zuarbeitende ‚kolonial-geologische Reichsanstalt‘. Zum letzten Aspekt siehe Flachowsky, Geognostik (2026).

842 Feier (1923), S. LIX. Im Jahr 1919 dachte man offenbar kurz auch über „eine Angliederung des offensichtlich wirtschaftlich nicht lebensfähigen ‚Deutsch-Österreichs‘ an Deutschland“ nach. Beyschlag und Krusch arbeiteten daher an der „Organisation einer Reichszentralstelle für Lagerstätteninventur und bergwirtschaftliche Weltmonatsstatistik“ in der PGLA. Da es nicht zur Angliederung kam, wurde der Plan verworfen. Er deutete aber erneut an, dass man in der PGLA immer stärker im Reichsinteresse agierte bzw. in derartigen Kategorien dachte. Berg, Nachruf Krusch (1941), S. 493.

Aufgaben einer solchen miterfüllt“ habe, möge das Ministerium die zahlreichen Stellen des Reiches, die sich mit Bergbau, Landeskultur oder Bauwesen befassten, veranlassen, sich des „sachverständigen Rats“ der PGLA zu bedienen, statt sich „auf alle möglichen neuen, oft unerfahrenen Ratgeber zu stützen“. ⁸⁴³ Zum einen bezog er sich damit auf die Vielzahl neuer Stellen, die seit dem Ende des Krieges entstanden waren und sich durch Expertisen, etwa auf dem Gebiet der Ingenieurgeologie und Bodenkunde hervortaten, worauf noch einzugehen ist. Zum anderen knüpfte Beyschlag aber auch an im Krieg und schon früher gemachte Erfahrungen an. So etwa an den in seinen Augen störenden Einfluss der von Hochschulgeographen ins Leben gerufenen „Landeskundlichen Kommissionen“. ⁸⁴⁴ Die diesen Kommissionen innewohnende „gewöhnliche geologische Durchschnittsvorbildung“ genügte nach Beyschlags Ansicht nicht, um praktisch-geologische Fachaufgaben zu lösen. Zum anderen hatte er in diesem Zusammenhang auch schon auf „das Verfehlt kleine unvollständige Geologische Landesanstalten“ (z.B. für kleinere Gebiete wie Mecklenburg, Oldenburg) verwiesen und damit indirekt für die Ausdehnung der Kompetenzen der PGLA auf die Gebiete einzelner Bundesstaaten plädiert. ⁸⁴⁵

Als neuer Präsident der PGLA zeigte sich Krusch einerseits als „Bewahrer“ im „Beyschlagschen Sinn“. ⁸⁴⁶ So sah auch er die „Notwendigkeit eines ‚straffen Betriebes‘ und einer einheitlichen Leitung“, legte aber mehr noch als sein Vorgänger Wert auf strenge „Einhaltung der Geschäftsordnung im Verkehr mit der Registratur und dem sonstigen Verwaltungsapparat“. ⁸⁴⁷

843 Feier (1923), S. LIX.

844 1920 führte Beyschlag aus: „Was hat nicht alles im Kriege sein Herz und seinen Verstand für die Geologie entdeckt! Vom General, der in der Etappe oder im besetzten Gebiet Bergbaubetriebe und Landesuntersuchungen einrichtete, um die Landeskultur zu heben oder der Heimat Rohstoffe in homöopathischen Dosen zuzuführen (...). Unter den staatlichen Geologen sind es natürlich vorzugsweise die Mitglieder der Geologischen Landesanstalten, die vielfach ihre Lebensaufgabe hier [in der praktischen Geologie] suchen und finden, während die akademischen Geologen der Hochschulen in der Lehrtätigkeit und im rein wissenschaftlichen Forschen ihre hauptsächlichste Lebensaufgabe sehen. Jetzt, wo nach Friedensschluss jeder wieder zu seiner eigentlichen Arbeit zurückkehrt erscheint es geboten, den während des Krieges ins Kraut geschossenen und üppig wuchernden Dilettantismus energisch zu beseitigen und durch ernste Arbeit zu erweisen, dass die praktische Geologie nicht nur auf gediegener Wissenschaft fusst, sondern dazu auch ein hohes Maß von Erfahrung und ein reifes Urteil in wirtschaftlichen Fragen erfordert.“ Beyschlag, Aufgaben (1920), S. 4.

845 Vgl. Kap. 2.2.2. Als die Bayerische Landesuntersuchung in München infolge der inflationsbedingten Personalnot 1923 eine Arbeitsgemeinschaft mit bayerischen Hochschulen gründete, um die Kartierung des bayerischen Staates sicherzustellen, gaben die Direktoren der GLA's zu bedenken, „dass eine zu große Einflussnahme der Universitätskreise auf die Geologische Landesuntersuchung für die letztere bedenklich“ sei. Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (15. Tagung), 28.9.1923, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag.

846 Udluft, Überblick (1968), S. 30.

847 Beyschlag, Nachruf Müller (1921), S. XII f.; Berg, Nachruf Krusch (1941), S. 493.



Abb. 14: Paul Krusch (1869–1939), 1923–1933 Präsident der PGLA.⁸⁴⁸

Zudem erwies er sich als „wohlwollender Vorgesetzter“. Anders, als der ‚heißblütige‘ Beyschlag, der die PGLA zwar groß, „aber in weiten Kreisen (...)“ gefürchtet gemacht“ hatte, war Krusch liebenswürdig-konzilient und diplomatisch, wodurch es ihm gelang, „bestehende Gegensätze auszugleichen und ein reibungsloses Zusammenarbeiten mit Universitäten und Hochschulen und auch mit den maßgebenden Stellen im Ministerium“ sicherzustellen.⁸⁴⁹

Von ihrer Gründung bis ins Jahr 1913 wies der jährliche staatliche Zuschuss für die PGLA eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung auf.⁸⁵⁰ In der Regel blieben am Jahresende sogar noch kleinere Ausgabenreste, die ins jeweils nächste Haushaltsjahr übernommen wurden. Während des Ersten Weltkrieges gingen die Zuwendungen erstmals zurück und sanken 1917 auf nur noch nur zwei Drittel des Vorkriegsniveaus. Gleichwohl schien der Rückgang der Mittel für die PGLA keine schwerwiegenden Probleme aufzuwerfen, denn gleichzeitig mit der Abnahme der Zuschüsse stiegen ihre Ausgabenreste (1915 29.848 M, 1916 96.369 M, 1917 235.640 M, 1918 320.838 M und 1919 351.768 M), was darauf zurückzuführen war, dass die im Haushaltsplan vorgesehene Drucklegung von Karten, Abhandlungen und Jahrbüchern infolge des Krieges nahezu eingestellt wurde. Im Vergleich dazu fällt auf, dass nach der Inflation und der Währungskonsolidierung ab 1924 keine Reste mehr mit ins nächste Jahr übernommen wurden, es nun also auf jeden Pfennig ankam.⁸⁵¹

848 Aus: Berg, Nachruf Krusch (1941).

849 Ebd.

850 Vgl. Flachowsky, Geognostik (2026), S. 47.

Tatsächlich jedoch schien kein Anlass zu allzu großer Sorge zu bestehen. Denn neben den ‚dauernden Ausgaben‘ der PGLA waren im Haushalt der preußischen Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung nun jedes Jahr zusätzlich ‚einmalige Ausgaben‘ vorgesehen, die für die „Durchforschung Preußens nach Bodenschätzen und zu wissenschaftlichen Zwecken mittels Bohrungen oder geophysikalischer Methoden“ bestimmt waren und der PGLA zu Gute kamen (1924 75.000 RM, 1925–1930 je 150.000 RM, 1931 120.000 RM, 1932 60.000 RM).⁸⁵² Die Mittel sollten für die Durchführung geologischer Aufschlussbohrungen, aber auch für den Ausbau der PGLA verwendet werden.⁸⁵³ Darüber hinaus wurden zwischen 1927 und 1931 aus den Haushaltstiteln „einmalige“ und „außerplanmäßige Ausgaben“ der preußischen Bergverwaltung insgesamt 806.000 RM für den „Um- und Ausbau des Laboratoriumsgebäudes“ der PGLA zur Verfügung gestellt.⁸⁵⁴ Schließlich profitierten die Laboratorien der PGLA auch davon, dass ihnen Unternehmen und Interessenverbände (z.B. Verein deutscher Gießereifachleute) Geräte und Apparaturen stifteten oder leihweise überließen.⁸⁵⁵ Wie gut die Einrichtung in Berlin gestellt war, zeigt auch ein Vergleich mit den Etats der übrigen Geologischen Landesanstalten Deutschlands. Verfügte die PGLA allein aufgrund ihres Etats auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise um 1931/32 etwa über 1,75 Millionen RM, so blieben Sachsen mit 88.000 RM, Baden mit 79.000 RM, Hessen mit 75.000 RM, Württemberg mit 66.850 RM, Mecklenburg mit 10.700 RM und Thüringen mit 5.000 RM weit dahinter zurück.⁸⁵⁶

851 Lediglich 1931 blieb ein Rest von 8.940 RM der für die Unterhaltung des Dienstgebäudes bestimmt war.

852 Wie aus der Begründungen dazu hervorgeht, waren diese Mittel zur Fortführung der vom preußischen Staat betriebenen Bohrungen auf Steinkohle bestimmt. Übersicht von den Staats-Einnahmen und -Ausgaben mit dem Nachweise von den Etatsüberschreitungen und den der nachträglichen Genehmigung bedürftigen außeretatmäßigen Ausgaben für das Etatsjahr 1924, Berlin 1925, Anlage Nr. 7, S. 12; ... für das Rechnungsjahr 1927, Berlin 1928, Anlage Nr. 7, S. 23; ... für das Rechnungsjahr 1928, Berlin 1929, Anlage Nr. 7, S. 18; ... für das Rechnungsjahr 1929, Anlage Nr. 15a, S. 18; ... für das Rechnungsjahr 1930, Anlage 15a, S. 26 f.; ... für das Rechnungsjahr 1931, Anlage Nr. 15a, S. 26 f.; ... für das Rechnungsjahr 1932, Anlage Nr. 15a, S. 28 f.

853 Vgl. Pr. MHG an PGLA, 13.4.1926, GStA, I. HA Rep. 151 IV, Nr. 2782, Bl. 185.

854 Übersicht von den Staats-Einnahmen und -Ausgaben mit dem Nachweise von den nachträglich zu genehmigenden Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßigen Ausgaben für das Rechnungsjahr (RJ) 1927, Berlin 1928, Anlage Nr. 7, S. 24; ... für das RJ 1928, Berlin 1929, Anlage Nr. 7, S. 22; ... für das RJ 1929, Anlage Nr. 15a, S. 18; ... für das RJ 1930, Anlage 15a, S. 26 f.; ... für das RJ 1931, Anlage Nr. 15a, S. 26 f. Vorgesehen waren ursprünglich 640.000 RM, die Gesamtsumme für die baulichen Erweiterungen belief sich aber schließlich auf 806.000 RM. Vgl. zudem Vermerk der Pr. Hochbauabteilung, 6.9.1927, GStA, I. HA Rep. 151 IV, Nr. 783, Bl. 5; Pr. Finanzministerium (Finanzabteilung) an Pr. Hochbauabteilung, 10.11.1927, ebd., Bl. 8; Pr. Finanzminister an Pr. Bau- und Finanzdirektion, 16.11.1927, ebd., Bl. 9 f.; Niederschrift über die Besprechung mit Herrn ORR und Baurat Meffert in der Hochbauabteilung des Finanzministeriums, 15.3.1928, ebd., Bl. 14 f., Vermerk des Pr. Finanzministeriums (Finanzabteilung), 2.6.1928 u. 5.11.1929, ebd., Bl. 19 u. 40 f.

855 Vgl. Bericht PGLA für 1922 (1923), S. XXIII.

856 Krusch, Landesanstalten (1934), S. 1092–1094.

Tab. 13: Etatmäßige Einnahmen und Ausgaben der PGLA 1910–1932 (bis 1920 in Mark, ab 1924 in RM).⁸⁵⁷

Jahr	Ist-Einnahmen in M/RM	Ist-Ausgaben in M/RM	Zuschuss in M/RM	Einmalige Ausgaben ⁸⁵⁸
1910	145.529,48	908.093,46	762.563,98	-
1911	151.560,64	962.068,75	810.508,11	-
1912	168.874,30	1.092.067,31	923.193,01	-
1913	183.105,51	1.126.593,37	943.487,86	-
1914	133.597,58	1.005.617,23	872.019,65	-
1915	114.831,02	932.179,50	817.348,48	-
1916	103.784,28	874.662,17	770.877,89	-
1917	61.706,95	721.815,65	660.108,70	-
1918	74.201,14	890.111,78	815.910,64	-
1919	167.943,36	1.407.555,17	1.239.661,81	-
1920	212.091,81	3.776.020,88	3.563.929,07	-
1924	110.504,08	1.193.402,84	1.082.898,76	104.540,34
1925	150.086,96	1.467.616,14	1.317.529,18	158.177,89
1926	243.955,35	1.605.513,32	1.361.557,97	83.696,92
1927	230.037,25	1.969.772,80	1.739.735,55	266.302,27
1928	235.668,63	2.053.764,31	1.818.095,68	587.653,74
1929	244.962,15	1.971.038,56	1.726.076,41	318.835,74
1930	255.640,63	1.965.859,05	1.710.218,42	207.269,02
1931	142.215,91	1.747.643,83	1.605.427,92	130.206,79
1932	98.379,75	1.438.822,94	1.340.443,19	60.000

857 Bei den Ausgaben werden nur die tatsächlich ausgegeben Mittel aufgeführt, die ins nächste Rechnungsjahr übernommenen Reste sowie einmalige und außerplanmäßige Zahlungen jedoch nicht. Da die Überlieferungen aus den Inflationsjahren 1921–1923 unvollständig sind, wurden sie hier nicht berücksichtigt. Für die Jahre 1919 und 1920 ist festzuhalten, dass sich der Einfluss der Inflation schon bemerkbar machte. Siehe Übersicht von den Staats-Einnahmen und -Ausgaben mit dem Nachweise von den Etatsüberschreitungen und den der nachträglichen Genehmigung bedürftenden außeretatmäßigen Ausgaben für das Etatsjahr 1910, Berlin 1911, S. 18 f., 142 f., 156–159; ... für das Etatsjahr 1911, Berlin 1912, S. 116 f., 130–133; ... für das Etatsjahr 1912, Berlin 1913, S. 114 f., 124 f.; ... für das Etatsjahr 1913, Berlin 1914, S. 116 f., 126 f.; ... für das Etatsjahr 1914, Berlin 1915, S. 122 f., 132 f.; ... für das Etatsjahr 1915, Berlin 1916, S. 122 f., 132 f.; ... für das Rechnungsjahr (RJ) 1916, Berlin 1917, S. 128 f., 138 f.; ... für das RJ 1917, Berlin 1919, S. 128 f., S. 138 f.; ... für das RJ 1918, Berlin 1920, S. 101, 107; ... für das RJ 1919, Berlin 1923, Anlage Nr. 8, S. 3, 9; ... für das RJ 1920, Berlin 1924, Anlage Nr. 8, S. 3, 10; ... für das RJ 1924, Berlin 1925, Anlage Nr. 7, S. 2, 6, 12; ... für das RJ 1925, Berlin 1927, Anlage Nr. 7, S. 2, 5 f., 8; ... für das RJ 1926, Berlin 1927, Anlage Nr. 7, S. 2 f., 6 f., 8; ... für das RJ 1927, Berlin 1928, Anlage Nr. 7, S. 3 f., 12–14, 17, 19; ... für das RJ 1928, Berlin 1929, Denkschrift Anlage D, S. XXVIf. und Anlage Nr. 7, S. 3, 13 f., 18, 22; ... für das RJ 1929, Berlin 1930, Denkschrift Anlage D, S. XXVIII f. und Anlage Nr. 7, S. 3, 13 f., 18, 22; ... für das RJ 1930 Staatshaushaltsrechnung (Übersicht über die Staats-Einnahmen und -Ausgaben), Berlin 1931, Gesamtrechnung, S. 6 f., 20 f. sowie Anlage Nr. 15a, S. 4 f., 18–21, 26; ... für das RJ 1931, Berlin 1932, Anlage D, S. XXVIf., Gesamtrechnung, S. 6 f., 20 f. sowie Anlage Nr. 15a, S. 4 f., 18–21, 26; ... für das RJ 1932, Berlin 1933, Gesamtrechnung, S. 6, 20, sowie Anlage Nr. 15a, S. 4, 20–22, 29.

Im Grunde schien man in finanzieller Hinsicht also gut gerüstet. Gleichwohl sorgten die „zerstörerischen sozialen und sozialpsychischen Auswirkungen“ der Hyperinflation und der Weltwirtschaftskrise dafür⁸⁵⁹, dass die PGLA erstmals überhaupt in ihrer Geschichte pekuniäre Nöte verspürte. So wurde einerseits die nach dem Krieg wieder aufblühende Kartierung im Gelände durch die fortschreitende Geldentwertung obstruiert, andererseits reichten die zur Verfügung stehenden Mittel aus demselben Grund nicht aus, um den Kartendruck im bisherigen Maß aufrechtzuerhalten.⁸⁶⁰ Besonders schwer wogen die Folgen der Weltwirtschaftskrise, denn Krusch berichtete auf der Direktorensitzung am 5. Februar 1932, dass er angesichts der „außerordentlichen Fondskürzungen“ darüber nachgedacht habe, „ob bei einer immerhin nicht unmöglichen zwangsweisen Vereinigung aller deutschen [Geologischen] Landesanstalten wesentliche Ersparnisse erzielt werden“ könnten.⁸⁶¹ Wie er seinen hellhörig werdenden, skeptischen Direktorenkollegen versicherte, verfolgte er nicht die Absicht, den maßgebenden Stellen eine in diese Richtung zielende Anregung zu geben. Gleichwohl lagen derartige Überlegungen „zur Erzielung von Ersparnissen in der Luft“, weswegen es nach Ansicht Kruschs ratsam erschien, sich darüber klar zu werden, ob durch eine Zusammenlegung wirklich Geld zu sparen sei. Bei seinen Überlegungen kam der Direktor der PGLA zu dem Ergebnis, dass eine Fusion „keine irgendwie in Betracht kommende Ersparnis“ bringe, und es notwendig sei, die Landesanstalten der einzelnen Länder zu erhalten. Eine Zentralisierung, so Krusch, empfehle sich um so weniger, als die vielen amtlichen Gutachten unverhältnismäßig höhere Reisekosten von einer Zentralstelle aus erfordern würden, als es bisher der Fall sei. Folglich sei die bestehende Organisationsform die für die Landesregierungen billigste.⁸⁶²

Trotzdem änderte dieser Befund nichts an der bestehenden finanziellen Kalamität, mit der auch alle anderen wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen im Reich zu kämpfen hatten.⁸⁶³ Die Hessische Geologische Landesanstalt in

858 Einmalige Ausgaben zur Durchforschung Preußens nach Bodenschätzen mittels Bohrungen 1924–1932 und für Baumaßnahmen der PGLA 1927–1931. Die Quellennachweise dafür finden sich in Anm. 852.

859 Büttner, Weimar (2010), S. 506.

860 Vgl. Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Österreichs (20. Tagung), 5.10.1928, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 6, Bl. 141–158, hier Bl. 152R. Bei der Kartenaufnahme wurden die Provinzen in stärkerem Maße berücksichtigt, die die Aufgaben der PGLA durch die „Zahlung eines zur Staatskasse fließenden Zuschusses“ unterstützten. Arbeitsplan PGLA für 1928 (1928), S. XLIV.

861 Besprechung der zur Internationalen Geologischen Kartenkonferenz in Berlin anwesenden Direktoren der GLA's Deutschlands, 5.2.1932, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 6, Bl. 250–255, hier Bl. 250.

862 Ebd.

863 Beispielhaft sei hier auf die durch die Weltwirtschaftskrise bedingten Etatkürzungen beim Reichsgesundheitsamt, beim Robert Koch-Institut (RKI), bei der Preußischen Akademie der Wissenschaften (PAW), bei der Preußischen Staatsbibliothek (PSB), bei der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) und bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) verwiesen. Zum Reichsgesundheitsamt vgl. Hüntelmann, Hygiene (2008), S. 476. Zum RKI vgl. Hinz-Wessels, Robert Koch-Institut (2008), S. 20. Zur PAW vgl. Fischer/Hohlfeld/

Darmstadt war infolge der Sparmaßnahmen sogar gezwungen, den Druck von Karten und Veröffentlichungen vollkommen einzustellen.⁸⁶⁴ Soweit kam es bei der PGLA zwar nicht, aber auch hier zwang die finanzielle Misere zu empfindlichen Kürzungen bei den Geschäftsausgaben und Publikationen sowie bei dem für die Kartierung so wichtigen Reisekostenfonds.⁸⁶⁵

Den naturgemäß größten Titel im Haushalt der PGLA markierten die ‚Besoldungen‘, deren Höhe immer auch als Indikator für die Personalentwicklung dient. Mit allein 39 Geologen, ohne den Vorstand, hatte sie schon 1914 an der Spitze aller geologischen Dienste Deutschlands gestanden. Die im Vergleich dazu überschaubaren Mitarbeiterzahlen ihrer Schwesterinstitute – München, Freiburg und Stuttgart je vier, Darmstadt drei sowie Leipzig zwei Geologen – unterstrichen schon damals die herausragende Stellung der PGLA. Die Dominanz Preußens wurde auch durch einen Blick auf die etwa 30 Hilfsgeologen deutlich, von denen 1914 allein 22, also die große Mehrzahl ebenfalls in Berlin beschäftigt war.⁸⁶⁶ Zehn Jahre später hatte sich an diesen Verhältnissen nichts geändert. Während in der PGLA nun „fast 200 Beamte und Angestellte“, darunter etwa 60 Geologen beschäftigt waren, konnte die Badische Landesanstalt in Freiburg nur auf zwei Geologenstellen verweisen, wozu allerdings noch nicht näher spezifizierte Mitarbeiter im Angestelltenverhältnis kamen. Die Bayerische Geologische Landesuntersuchung in München verfügte über acht Geologen und vier sonstige Mitarbeiter, das Sächsische Geologische Landesamt in Leipzig über vier Geologen und sechs Mitarbeiter, die Hessische Geologische Landesuntersuchung in Darmstadt über vier Geologen und fünf Mitarbeiter und die in Stuttgart angesiedelte Geologische Landesaufnahme Württembergs über sieben Geologen, zu denen noch je nach Bedarf herangezogene Kräfte kamen. Die Österreichische Geologische Bundesanstalt in Wien schließlich beschäftigte 1924 21 Mitarbeiter, darunter 7 Geologen.⁸⁶⁷

Nötzoldt, Akademie (2000), S. 533. Zur PSB vgl. Schochow, Staatsbibliothek (1989), S. 72. Zur KWG vgl. Hachtmann, Ertrag (2007), S. 570 f. Zur DFG vgl. Fischer/Hohlfeld/Nötzoldt, Akademie (2000), S. 533; Flachowsky, Reichsforschungsrat (2008), S. 103.

864 Besprechung der zur Internationalen Geologischen Kartenkonferenz in Berlin anwesenden Direktoren der GLA's Deutschlands, 5.2.1932, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 6, Bl. 250–255, hier Bl. 252R.

865 Auch die Bayerische Geologische Landesuntersuchung in München sah sich zur „Verbiligung“ ihrer Druckverfahren veranlasst. Vgl. ebd., Bl. 251f.

866 Vgl. Kirchheimer, Geschichte (1974), S. 60.

867 Die Mitarbeiterzahlen gehen zurück auf Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Deutsch-Österreichs (16. Tagung), 15.10.1924, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag. Während die Landesanstalten von Preußen und Bayern den jeweiligen Wirtschaftsministerien unterstanden, ressortierte das Sächsische Landesamt beim Sächsischen Finanzministerium und die Österreichische Bundesanstalt beim Kultusministerium. Vgl. ebd. Im Vergleich zu den deutschen geologischen Diensten, wiesen der Geological Survey Großbritanniens zum Beginn der 1930er Jahre 48 Wissenschaftliche Mitarbeiter, der Geological Survey der Vereinigten Staaten von Amerika 181 Wissenschaftler, 471 Ingenieure und 475 Wissenschaftliche Assistenten und der weltweit größte Dienst, das Wissenschaftliche Zentralinstitut

Dass die Mitarbeiterzahlen nach 1918 vergleichsweise langsam stiegen, hing damit zusammen, dass die ‚durch Tod im Kriege‘ gerissenen Lücken infolge fehlender Mittel nicht in allen Fällen wieder geschlossen wurden. Schwerwiegender noch erwies sich die von der Reichsregierung im Zuge der Inflation im Oktober 1923 erlassene „Personalabbau-Verordnung“, durch die bis zu ihrem Auslaufen im April 1926 „mindestens eine halbe Million Beamte, Angestellte und Arbeiter“ im Reich ihre Stellungen verloren.⁸⁶⁸ Von diesem Zwangsabbau waren aber nicht nur die Geologischen Landesanstalten Deutschlands betroffen, auch in Österreich ergriff der Staat ähnlich radikale Sparmaßnahmen, so dass sich der Beamtenstand der Wiener Bundesanstalt 1924 gegenüber 1914 letztlich auf 40 Prozent verringerte. Infolge dieser Entwicklung warnten die „Direktoren der Geologischen Landesanstalten des Deutschen Reiches und Deutsch-Österreichs“ ihre vorgesetzten Dienststellen vor den „schweren Schäden“ eines zu raschen Personalabbaus. Vor allem die kleineren Häuser seien bei der Einziehung auch nur einzelner Stellen kaum mehr in der Lage, ihre laufenden Arbeiten auszuführen, obwohl der Wert ihrer „wirtschaftlich hochbedeutsamen Aufgaben“ für jedermann klar auf der Hand liege.⁸⁶⁹

Nach dem Auslaufen der Abbauverordnung wies der Haushaltstitel „Besoldungen“ der PGLA ein deutliches Wachstum auf und erreichte 1928 gegenüber 1924 ein Plus von 338.324 RM, was mit dem im gleichen Zeitraum festzustellenden Anstieg ihrer Mitarbeiterzahlen korrespondierte. Ab 1929 verlagerte sich der Trend infolge der Weltwirtschaftskrise und der dadurch erneut erforderlichen Abbaumaßnahmen jedoch wieder in die entgegengesetzte Richtung, und so erreichte der Haushaltstitel 1932 im Vergleich zu 1928 196.003 RM weniger. Im selben Zeitraum ging auch die Zahl der Mitarbeiter an der PGLA zurück, wobei sich die Abgänge vor allem auf Angestellte und Beamte aus der Verwaltung und weniger auf die wissenschaftlichen Beamten erstreckten.

für Geologie in Leningrad (UdSSR) 3.000 ständige Geologen und Freiwillige Mitarbeiter sowie 4.630 Hilfstechner auf. Vgl. Krusch, *Landesanstalten* (1934), S. 1094–1100.

868 Zu der Verordnung, die große Verbitterung auslöste und „eine der Ursachen für die wachsende Affinität zur NS-Bewegung“ darstellte, siehe Hachtmann, *Wilhelminismus* (2023), S. 192–205. Zur Personalabbau-Verordnung vgl. auch Dommach, *Reichsparkommissar* (2012), S. 25 f.

869 Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Deutsch-Österreichs (16. Tagung), 15.10.1924, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag.; Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (15. Tagung), 28.9.1923, ebd., unpag.

Tab. 14: Mitarbeiterzahlen der PGLA nach den Haushaltsplänen 1913, 1926–1932.⁸⁷⁰

Jahr	Beamte	Hilfsbeamte	Angestellte	Arbeiter	Gesamt
1913	94	55	4	29	182
1926	108	40	13	25	186
1927	111	40	14	70	235
1928	120	29	17	72	238
1929	123	28	18	73	242
1930	124	26	21	74	245
1931	123	29	22	74	248
1932	120	30	22	57	229

Die Stellen für Landes-, Bezirks- und Hilfsgeologen, für Chemiker und Kustoden sowie für die zur Beschäftigung an die PGLA überwiesene Bergräte und Bergassessoren verteilten sich wie folgt:

Tab. 15: Wissenschaftliche Beamte an der PGLA 1880–1932.⁸⁷¹

Jahr	Vorstand	Landes- geologen	Bezirks- geologen	Hilfs- geologen	Chemiker	Kustoden, Bibliothekar	Bergräte, Assessoren
1880	2	8	-	4	4	1	-
1895	1	8	6	15	6	1	-
1900	1	11	6	21	9	1	-
1905	2	14	12	29	7	3	2
1910	1	16	16	25	9	5	6
1914	1	23	16	22	12	4	8
1918	1	23	15	18	10	6	4
1919	1	23	16	18	10	6	4
1920	1	23	15	17	13	4	10
1921	1	22	16	18	14	5	9
1922	1	21	16	18	15	5	10

870 Für 1913 u. 1926 vgl. Haushaltsplan (HP) des Preußischen Staates für das Rechnungsjahr (RJ) 1927 nebst Anlagen Nr. 1 bis Nr. 10, Bd. I, Berlin 1927, Anlage Nr. 7 (Berg- usw. Verwaltung), S. 5; ... HP für RJ 1928, Bd. I, Berlin 1928, Anlage Nr. 7, S. 4; ... HP für RJ 1929, Bd. II, Berlin 1929, Anlage Nr. 15a, S. 4; ... HP für RJ 1930, Bd. II, Berlin 1929, Anlage Nr. 15a, S. 5; ... HP für RJ 1931, Bd. I, Berlin 1930, Anlage Nr. 15a, S. 4; ... HP für RJ 1932, Bd. II, Berlin 1932, Anlage Nr. 15a, S. 4. Das abrupte Anwachsen der Zahl der Arbeiter gegenüber 1926 ist darauf zurückzuführen, dass ab 1927 45 Arbeiter mit berücksichtigt sind, die während der Geländeaufnahmen bei den Geologen, bei der Bedienung des PGLA-eigenen Tiefbohrapparates und bei den geophysikalischen Untersuchungen als Bohrarbeiter und Instrumententräger zeitweise beschäftigt waren. Haushalt der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für das Rechnungsjahr 1928 (Anlagen Nr. 7), in: Haushaltsplan des Preußischen Staates für das Rechnungsjahr 1928, Bd. I, Berlin 1928, S. 4. Ab 1932 werden dann nur noch etwa 30 solcher Arbeitskräfte gezählt.

1923	1	21	16	23	17	5	11
1924	1	20	16	22	17	5	13
1925	1	20	17	21	17	4	14
1926	1	19	16	22	17	4	14
1927	1	21	16	22	17	4	15
1928	1	23	21	20	18	-	12
1929	1	21	22	19	18	-	12
1930	1	23	22	18	18	-	11
1931	1	22	22	19	18	-	11
1932	1	21	22	19	18	-	12

In Preußen änderten sich nach dem Krieg auch die Vorschriften über die Aufnahme in den staatlichen geologischen Dienst, denn auf Antrag Beyschlags erließ der Preußische Minister für Handel und Gewerbe 1921 eine neue Ausbildungsordnung.⁸⁷² So galten nun eine Promotion, zwei Staatsprüfungen und eine zwischen diesen gelegene mindestens zweijährige Vorbereitungszeit als Voraussetzung, um bei der PGLA angestellt zu werden.⁸⁷³ Zwar sollte dadurch eine „rangliche und gehaltliche Gleichstellung mit den analogen Kategorien der höheren wissenschaftlichen, technischen und Verwaltungsbeamten des Preußischen Staates“ sichergestellt werden, die neue Ordnung förderte jedoch auch den Anspruch der PGLA-Beamten, einer exklusiven Gelehrtengemeinschaft anzugehören.⁸⁷⁴ Sie hatte jedoch auch zur Folge „dass keine Klasse von höheren Staatsbeamten Preußens größere Anforderungen an ihre Anwärter“ stellte, als die PGLA.⁸⁷⁵

871 Die Angaben in dieser Tab. beziehen sich auf die Personalaufstellungen in den Jahrbüchern der PGLA von 1880–1938 in denen die Mitarbeiter bis zum Hilfsarbeiter namentlich aufgeführt sind. Ab 1928 wurden die Kustoden nicht mehr extra, sondern unter Landes- bzw. Bezirksgeologen aufgeführt.

872 Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Anwärter auf Geologenstellen bei der PGLA wurde am 18.5.1921 erlassen. Vgl. Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (13. Tagung), 22.9.1921, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag.; Udluft, Überblick (1968), S. 29. Die Bestimmungen der neuen Ausbildungsordnung hatte Beyschlag ausgearbeitet. Vgl. Fliegel, Nachruf Beyschlag (1936), S. 17.

873 Bis dahin hatten Bewerber um Geologenstellen bei der PGLA entweder eine bestandene Bergreferendar- oder Oberlehrerprüfung vorweisen müssen. Vgl. Pr. MHG an Pr. KM, 11.12.1920, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag. Im Anschluss an dieses Schreiben findet sich auch ein Entwurf der Ausbildungsordnung. Für die Chemiker wurde eine ähnliche Vorschrift eingeführt. Vgl. Vorschriften über die Ausbildung und Prüfung der Anwärter für Chemikerstellen bei der PGLA, 15.2.1928, BArch Berlin, R 71, Nr. 72, unpag.

874 Die Bezeichnung der PGLA als „beamtete Gelehrtengemeinschaft“ findet sich bei Kirchheimer, Geschichte (1974), S. 57. Auch Dienemann verwies rückblickend darauf, dass man als Beamter der PGLA einer stark hierarchisierten, wissenschaftlichen „Gemeinschaft“ angehört habe. Dienemann, Zeiten (1968), S. 166 f.

875 Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (13. Tagung), 22.9.1921, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag.

Die erste Prüfung, durch die die Anwärter die Bezeichnung „staatlich geprüfter Geologe“ erhielten, wurde der Oberlehrer- und der Diplom-Bergingenieurprüfung gleichgestellt. Nach dieser ersten Prüfung und bestandener zweijähriger Probezeit folgte dann die zweite Prüfung, durch die der betreffende Geologe dann die „Anstellungsfähigkeit“ bei der PGLA erlangte.⁸⁷⁶ Nicht ganz so streng handhabten Hessen, Württemberg und Österreich die Aufnahme ihrer Geologen (Promotion, ein Staatsexamen, wissenschaftliche Betätigung), denn hier verzichtete man auf das zweite Staatsexamen, dessen Anforderungen in der Regel wesentlich höher waren, als bei der Promotion, der Oberlehrer- und der Ingenieurprüfung.⁸⁷⁷ Dagegen bestanden in Baden keine Aufnahmebedingungen, da der dortige geringe Andrang solche nicht nötig machte. Allerdings hob der stellvertretende Direktor der Badischen Geologischen Landesanstalt Carl Schnarrenberger 1924 hervor, dass die „gesellschaftliche und staatliche Stellung der Geologen“, die in immer stärkere Berührung mit Staatstechnikern und Bergbeamten kämen, auch für Württemberg eine Regelung der Bedingungen durch Examina ähnlich denen an der PGLA erforderlich mache.⁸⁷⁸

Der Anstieg der Personalzahlen nach dem Auslaufen der Personalabbau-Verordnung hing nicht zuletzt damit zusammen, dass in der Geologie der 1920er Jahre neue Wege der Forschung (z.B. Erdölgeologie, Geophysik, Bodenkunde) beschritten wurden, was sich innerhalb der PGLA auch in der Einrichtung neuer Abteilungen und Forschungsschwerpunkte äußerte.⁸⁷⁹ Bis 1921 wies die Organisation der PGLA mit den fünf Abteilungen I. Gebirgskartierung, II. Flachlandskartierung, III. Sammlungen, IV. Veröffentlichungen und V. Laboratorien im Grunde jene Struktur auf, die sie schon vor dem Krieg besessen hatte.⁸⁸⁰ Allerdings war die 1912 geschaffene Geologische Zentralstelle für die deutschen Schutzgebiete 1919 eingegangen. Da mit einer Erweiterung der bis dahin im Rahmen der Abteilung Sammlungen geführten Kolonialsammlung nun nicht mehr gerechnet wurde, entfernte man sie aus den Sälen des Erdgeschosses und brachte sie auf dem Dachboden der PGLA unter.⁸⁸¹ Während die Kolonialgeo-

876 Wie Beyschlag in diesem Zusammenhang stolz verkündete, werde durch die neuen Ausbildungsrichtlinien bei der PGLA fortan „kein nicht voll qualifizierter Geologe mehr [tätig] sein“. Ebd. Ein Beispiel für eine zweite Staatsprüfung bei der PGLA nach der neuen Ausbildungsordnung findet sich in Vermerk des Prüfungsausschusses der PGLA zur Prüfung des Geologen Fritz Behrend, 21.12.1921, BArch Berlin, R 71, Nr. 6, Bl. 55–57.

877 Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (13. Tagung), 22.9.1921, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag.; Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Deutsch-Österreichs (16. Tagung), 15.10.1924, ebd., unpag.

878 Vgl. Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (13. Tagung), 22.9.1921, ebd., unpag.

879 Auf die neuen Forschungsfelder Erdölgeologie, Geophysik und Bodenkunde innerhalb der PGLA wird in den Kapiteln 3.3 und 3.4 eingegangen.

880 Vgl. Personal-Bestand PGLA am 31. Dezember 1910 (1910), S. 675–678; Personal-Bestand PGLA am 31. Dezember 1921 (1932), S. LIX–LXVI; Udluft, Überblick (1968), S. 29.

881 Bericht PGLA für 1921 (1923), S. XLI. Allerdings spielte man 1928 mit dem Gedanken, die Sammlung „wieder aufzustellen und dem Publikum zugänglich zu machen“. In diesem Zusammenhang signalisierte Krusch auch die Absicht, mit der neu gebildeten „Gesellschaft

logie auf diese Weise vorübergehend eingemottet wurde, begann die Anstalt Anfang der 1920er Jahre mit dem Aufbau neuer organisatorischer Strukturen und Arbeitseinrichtungen, wozu etwa die Institute für Erz-, Salz- und Gesteins-Mikroskopie und für die physikalische Erforschung der Erdrinde gehörten.⁸⁸²

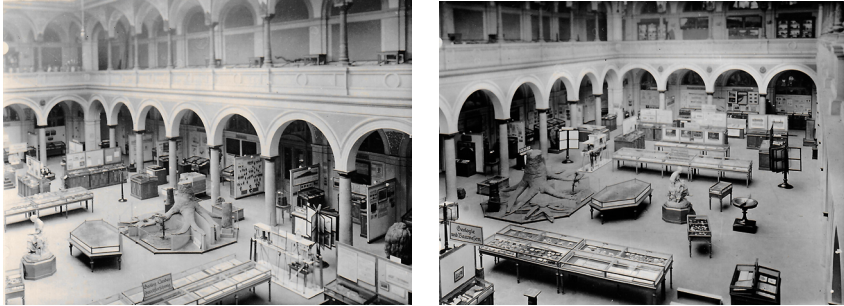


Abb. 15 u. 16: Geologische Sammlungen und Museum im Lichthof der PGLA.⁸⁸³

für koloniale Erneuerung“ zusammenarbeiten zu wollen, die Afrika als „natürliches europäisches Rohstoffreservoir“ betrachtete und deshalb die Erschließung Afrikas als „eine europäische Notwendigkeit“ erachtete. Vgl. Krusch (PGLA) an Kommerzienrat Selberg (Berlin) und Staatssekretär Kempner (Berlin), 17.1.1928, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 128, unpag.; Vermerk von Fritz Behrend (PGLA), 18.2.1928, ebd., unpag.; Arbeitsprogramm der Gesellschaft für koloniale Erneuerung, ohne Datum (1928), ebd., unpag. Im Februar 1928 bezeichnete sich Behrend, der die Lagerstättensammlung der PGLA leitete, auch als Leiter der geologischen Zentralstelle für die deutschen Schutzgebiete. Vgl. Fritz Behrendt (PGLA) an Pr. MHG, 24.2.1928, BArch Berlin, R 71, Nr. 6, Bl. 129R-130.

882 Beide Abteilungen wurden erstmals im Tätigkeitsbericht von 1922 erwähnt. Vgl. Bericht PGLA für 1922 (1923), S. XIX-XXI. Die für die Gesteinskunde wichtige Einführung neuer petrographischer Untersuchungsmethoden bildete den Hintergrund für die Einrichtung der Abteilung für Erz-, Salz- und Gesteins-Mikroskopie in der PGLA. Zunächst kam bei der Gesteinskunde neben der Betrachtung mit dem bloßen Auge nur die chemische Analyse in Betracht, die aber sukzessive durch neue mikroskopisch-optische Untersuchungsverfahren ersetzt wurde. Das Mikroskopieren erfolgte mit Hilfe von Dünnschliffen in durchfallendem Licht. Allerdings fand dieses Verfahren dort seine Grenze, wo man es mit lichtundurchlässigen Gemengeteilen (z.B. Erzen) zu tun hatte. Allerdings war in Nordamerika eine neue Methode entwickelt worden, die sich auf in der Metallographie schon länger gängige Verfahren stützte, die es oft mit undurchlässigen Stoffen zu tun hatte. Die Präparate bestanden dabei nicht aus Dünnschliffen, sondern in nur an einer Seite angeschliffenen Brocken von beliebiger Dicke. Sie wurden nicht in durchfallenden, sondern im auffallenden Licht unter dem Mikroskop betrachtet. Ein Vorteil dieser Methode bestand darin, dass die Herstellung eines Anschliffes nicht einmal zehn Prozent der Kosten verursachte, die man für die Herstellung eines Dünnschliffs benötigte. Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (15. Tagung), 28.9.1923, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag. Zur aufwendigen Herstellung von Dünnschliffen für die Gesteinsmikroskopie vgl. Wagenbreth, Gesteinskunde (1969), S. 71 f.

883 BGR-Archiv Hannover, Aushang mit der Überschrift „Invalidenstrasse 44. Sitz staatlicher geologischer Behörden in Deutschland von 1878-1996“.

Tab. 16: Organisationsstruktur der PGLA während der Weimarer Republik 1919–1933.⁸⁸⁴

PRÄSIDENT Paul Krusch Stellvertreter: Henry Schroeder (bis 1924), Richard Michael (bis 1928), Gothard Fliegel (bis 1933)		
HAUPTABTEILUNGEN		
I. Kartierung im Gebirgsland - 1907–1923 Paul Krusch - 1923–1936 Gotthard Fliegel	II. Kartierung im Flachland - 1914–1923 Konrad Keilhack - 1923–1933 Wilhelm Wolff	III. Sammlungen - 1900–1924 Henry Schroeder - 1924–1927 Curt Gagel - 1927–1934 Waldemar Weissermel
UNTERABTEILUNGEN		
		a) Geologisches Landesmuseum m. vier Slg.en (Dienst, Gothan) b) Lagerstättensammlung (Berg, Behrend) c) Museum für angewandte Geologie (Schneider) d) Geologisch-technische Gesteins- sammlung (Behr, Burre, Dienemann) e) Ausstellungen (Schneider) f) Bibliothek (Regling)
Abteilungsleiter für		
1. Abteilung für Ostpreußen (Krause) 2. Abteilung für die Wasserversorgung des mittel- deutschen Braunkohlenreviers (von Linstow) 3. Abteilung für Erzvorratsberechnung, Erzmonographie und Montanstatistik 4. Abteilung für Erdbaumechanik (Pfeiffer, Köhler) 5. Abteilung für bergwirtschaftliche Aufgaben (Kohl)		
VERWALTUNG		
Verwaltungsbüro	Kasse	Kanzlei

884 Nach den Tätigkeitsberichten und Personalaufstellungen im Jb. PGLA für 1919–1932; Krusch, Landesanstalten (1934), S. 1093; Die Geologische Landesanstalt. Preußen fördert Technik und Landwirtschaft (1928), S. 7. Innerhalb der Abteilungen und Referate bestanden z.T. noch weitere Unterstrukturen. So wurde etwa im Institut für Paläobotanik und Petrographie der brennbaren Steine unter Leitung Walter Gothans 1927 ein Kohlenpetrographisches Laboratorium eingerichtet. Vgl. Stach, Erich: 25 Jahre Kohlenpetrographisches Laboratorium (1952), S. 278 f. (Ich danke Helmut Maier für den Hinweis); Prüfungsunterlagen des Kartographen Hans Boltz „Aufbau und Organisation der PGLA“, 27.3.1933, BArch Berlin, R 71, Nr. 9, Bl. 58–60.

 PRÄSIDENT

 HAUPTABTEILUNGEN

- | | |
|-------------------------------|----------------------------|
| IV. Veröffentlichungen | V. Chemische Abteilung |
| - 1919–1929 Richard Michael | - 1919–1930 Robert Ganssen |
| - 1929–1933 Theodor Schmierer | - 1930–1939 Richard Loebe |
-

 UNTERABTEILUNGEN

- | | |
|--|---|
| a) Hausdruckerei (Biese) | a) Physikalisch-chemische, technologische Aufgaben, Erdbaumechanik (Ganssen, Loebe) |
| b) Vertriebsstelle | b) Abteilung für Gesteins- und Mineralanalyse (Heuseler) |
| c) Kartographenbüro I (für wiss. Veröffentlichungen) | c) Abteilung für Bodenkunde (Ganssen, Utescher) |
| d) Kartographenbüro II (für Gebirgsaufnahmen) | |
| e) Kartographenbüro III (für Fachlandsaufnahmen) | |
| f) Kartographenbüro IV (für internationale Karten) | |
-

 Referenten für

1. Angewandte Geologie (Schneider ?)
 2. Institut für Gesteins-, Erz- und Salzuntersuchungen (Kühn, Finckh, Berg)
 3. Institut für Paläobotanik und Petrographie der brennbaren Steine (Gothan)
 4. Institut für physikalische Erforschung der Erdrinde (Kühn, Barsch)
 5. Montan- und Bohrarchiv (Schulte, Mestwerdt)
 6. Laboratorium für geologisch-botanische Torfuntersuchungen (Stoller, v. Bülow)
 7. Erdölreferat (Stoller, Bentz)
-

 VERWALTUNG

- | | |
|-------------|-----------------------|
| Bohrmeister | Topograph, Präparator |
|-------------|-----------------------|
-

Vom schrittweisen Ausbau der Anstalt profitierten alle Abteilungen. Die vier Zeichner- bzw. Kartographenbüros (I. wissenschaftliche Veröffentlichungen, II. Gebirgsaufnahmen, III. Flachlandsaufnahmen und ab 1929 IV. internationale Kartenwerke) entwickelten sich von „ursprünglichen Kartenkorrekturstellen“ zu regelrechten „Ateliers“, die „jede Form und Methode kartographischer und graphisch-künstlerischer Reproduktion“ beherrschten.⁸⁸⁵ Die schon seit langem als Informationsspeicher für Staat, Wirtschaft und Wissenschaft dienenden Archive (z.B. Bohr- und Montanarchiv), die Bibliothek und die Kartensammlung wurden nach ihrer nunmehr zweckmäßigen Unterbringung ausgebaut und unterstrichen ihren „Dauerwert“ als „Sammelstellen wichtigen Quellen- und Nachrichtenmaterials aus dem Gebiet der Landesgeologie und des Bergbaus“.⁸⁸⁶ Vor allem die 1921 neustrukturierte Abteilung Sammlungen profitierte vom Ausbau der PGLA und der Beseitigung der bis dahin hinderlichen Raumnot, denn neu aufgestellt und gegliedert entwickelten sich ihre Bestände nun zu wirklichen Belehrungs- und Forschungsmitteln. Neben der Lagerstättensammlung und dem Geologischen Landesmuseum, das sich in eine Paläozoologische, eine Stratigraphische, eine Petrographische und eine Paläobotanische Sammlung untergliederte, bestand auch das Museum für angewandte Geologie weiter, das sein Vorbild, das britische Museum of practical Geology in London inzwischen „weit“ übertraf.⁸⁸⁷ Neu hingegen war die Geologisch-technische Gesteinssammlung, die „durch Belegstücke und Karten eine Übersicht der für die Technik wichtigsten Steine, Tone und Sande im Deutschen Reiche ermöglichen“ sollte.⁸⁸⁸

Am massivsten profitierte die Abteilung Laboratorien, was sich bereits daran zeigt, dass sich die Zahl der 1918 dort tätigen zehn Chemiker bis 1932 nahezu verdoppelte.⁸⁸⁹ Während die Hauptaufgabe der Abteilung vor dem Krieg in der Lieferung analytischer Unterlagen für die geologische Kartierung

885 Dazu und im Folgenden Feier (1923), S. LXVIII.

886 Ebd. Vgl. dazu Kutscher, Bibliothek (1968), S. 119–122; Burre, Montan- und Bohrarchiv (1968), S. 123–127. Allein das Bohrarchiv umfasste um 1930 Proben und Ergebnisse von „an die 100.000 Bohrungen“. Fliegel, Gotthard: Die Forschungsaufgaben der Geologischen Landesanstalten, S. 15 (Sonderdruck aus dem Werk: Forschungsinstitute, ihre Geschichte, Organisation und Ziele, hrsg. von Ludolph Brauer, Mendelssohn Bartholdy u. Adolf Meyer, Hamburg [1930], BGR-Archiv Hannover, Nr. 90018, unp. Dort auch der Hinweis auf ein „Archiv für Wasser und dasjenige für Heilquellen“.

887 Bericht PGLA für 1921 (1923), S. XLf. Zum Vergleich zwischen dem Museum für angewandte Geologie und seinem Pendant in London vgl. Fliegel, Gotthard: Die Forschungsaufgaben der Geologischen Landesanstalten, S. 14 (Sonderdruck aus dem Werk: Forschungsinstitute, ihre Geschichte, Organisation und Ziele, hrsg. von Ludolph Brauer, Mendelssohn Bartholdy u. Adolf Meyer, Hamburg [1930], BGR-Archiv Hannover, Nr. 90018, unp.

888 Bericht PGLA für 1922 (1924), S. XIX. Vgl. ferner Schmierer, Nachruf Schroeder (1928), S. LXIII f.

889 Feier (1923), S. LXVIII. Dies galt auch für andere Landesanstalten. Wie der Direktor der Württembergischen GLA 1926 berichtete, wurde das Chemische Laboratorium seiner Anstalt „durch besonderes Entgegenkommen des Finanzministeriums in neugewonnenen Räumen neu und vorzüglich eingerichtet und ausgestattet“. Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Deutsch-Österreichs

sowie in der Durchführung mechanischer Boden- und Silikatanalysen bestand, war sie 1931 wesentlich breiter aufgestellt. Wie ihr Leiter Richard Loebe festhielt, war sie inzwischen „eine Prüfungs- und Versuchsstätte für alle mit boden-, gesteins- und erz- bzw. lagerstättenkundlichen und bergbaulichen Fragen in Zusammenhang stehenden chemischen und insbesondere praktisch-chemischen Untersuchungs-, Verwertungs-, Veredelungs- und Forschungsmethoden vorzugsweise im Dienste der praktischen Geologie, des Bergbaus, der Land- und Forstwirtschaft, der Balneologie, sowie der Erze und Gesteine verarbeitenden Industrien geworden“.⁸⁹⁰ Hatte sich die Abteilung ursprünglich vor allem auf chemische Boden- und Gesteinsanalysen konzentriert, so beschäftigte sie sich jetzt mit der Untersuchung aller festen, flüssigen und gasförmigen Bodenschätze unter Verwendung modernster chemischer, physikalisch-chemischer und chemisch-technischer Methoden. Während die Zahl der untersuchten Proben im Jahresdurchschnitt von 1910 bis 1913 gegenüber 1920 bis 1923 bereits von 696 auf 1.586 angestiegen war, war allein die Zahl der chemischen Gesamt-, Teil- und Einzelanalysen in der gleichen Zeitspanne von 826 auf 1.796 im Jahr angewachsen. Darüber hinaus wurden vor dem Krieg nur vereinzelt wissenschaftliche und technische Aufgaben bearbeitet, während ihre Zahl zwischen 1918 und 1930 erheblich zunahm. Außerdem wurde die Abteilung nun auch verstärkt „zur Mitarbeit, Beratung und Begutachtung von Behörden, wissenschaftlichen und technischen Ausschüssen herangezogen“.⁸⁹¹

Neu war auch, dass die PGLA zu einer öffentlichkeitswirksamen Imagepflege in eigener Sache überging. Die „gezielte öffentliche Inszenierung“ und eine aktive Meinungspflege markierten einen wesentlichen Bestandteil kommunikativer Praktiken⁸⁹² und Vermittlungsstrategien von Behörden mit dem Ziel, die Allgemeinheit oder aber „relevante Teilöffentlichkeiten“ zu ihrem Gunsten zu beeinflussen.⁸⁹³ Dabei ging es vor allem darum, nach außen hin ein positives Bild zu vermitteln, etwaige gegen sich bestehende Vorurteile abzubauen oder sich neue Ressourcen materieller oder ideeller Art zu erschließen. Diese Inszenierungsformen wiesen ein multiplexes Spektrum auf, das von gezielten Beeinflussungsversuchen durch und auf die Presse, über sachlich-nüchterne Rechenschaftsberichte, bis hin zu Besichtigungen, Mitglieder- und Jubiläumsveranstaltungen reichte, für die man prominente Vertreter aus der Politik und der Wirtschaft zu gewinnen suchte.⁸⁹⁴

(18. Tagung), 30.9.1926, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 6, Bl. 34–47, hier Bl. 41R.

890 Feier (1923), S. LXVIII; Tätigkeitsbericht PGLA für 1931 (1932), S. 564 f.

891 Ebd. Wie rasant der Arbeitsumfang der Laboratorien ab 1924 wuchs, zeigte der Tätigkeitsbericht für 1924. Allein in diesem Jahr wurden dort 3.350 Proben untersucht, darunter „2.704 Bodenproben, 19 Tone, 29 Minerale und Gesteine, 28 Baulehme, 61 Erze, davon 6 edelmetallverdächtige, 93 Kohlen, 10 Torfe, 10 bituminöse und ölhaltige Gesteine, 202 Salze, Solen und Salzlösungen, 185 Wasserproben, 2 Formsande, 2 Permutite, 4 Gase und 1 Metallegierung“. Tätigkeitsbericht PGLA für 1924 (1925), S. XXV.

892 Höfler, *Institutionengeschichte* (2007), S. 173.

893 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement* (2007), S. 49 f.

894 Ebd., S. 49–51.

In diese Richtung zielte etwa ein 1928 von der PGLA aufgenommener ‚Radio-Zyklus‘ mit dem Titel „Die Bodenschätze Deutschlands“, in dem Geologen versuchten, der Öffentlichkeit durch eine Reihe von Rundfunkvorträgen eine „gründlichere Kenntnis“ der deutschen Rohstoffvorkommen und einen Eindruck ihrer Arbeit zu vermitteln.⁸⁹⁵ Die Folge war, dass beispielsweise auch Zeitungen, wie das Zentralorgan der SPD der ‚Vorwärts‘, ihre Leserschaft über das Erscheinen neuer Karten der PGLA, ihren Ausbau, ihre neuen Abteilungen und ihren Aufgabenkreis informierten.⁸⁹⁶ Dabei wurde nicht nur über erfolgreiche „Tiefbohrungen auf Steinkohle und Erdöl“, also die Suche nach neuen Lagerstätten berichtet, sondern ebenso auch der Wert der PGLA-Arbeiten für die Landwirtschaft (z.B. Ödlandkultivierung, Moorentwässerung, Melioration) unterstrichen. Wie der Vorwärts anerkannte, dienten „die Arbeiten der Geologischen Landesanstalt sowohl der Technik als auch der Landwirtschaft“. „Besonders erfreulich“ sei aber die Feststellung, dass sich die „Aufwärtsentwicklung dieser Anstalt (...) im republikanischen Preußen“ habe vollziehen können. „Dieselbe preußische Regierung, die von den Agrariern immer und immer wider den Vorwurf hören“ müsse, zu wenig für die Landwirtschaft zu tun, zeige sich auch hier als „eine hervorragende Förderin der Landwirtschaft“.⁸⁹⁷

Die Entwicklung der Wirtschaft – so der Umkehrschluss – war demnach von einer konsequenten Förderung der Forschung abhängig, zumal es insbesondere nach dem Krieg darauf ankam, dem Staat „durch geistige Kräfte“ das zu ersetzen, „was er an physischen verloren“ hatte.⁸⁹⁸ Hinter solchen Worten stand die weitverbreitete Überzeugung, dass die Wissenschaft die einzige Ressource war, in der Deutschland noch als Weltmacht gelten konnte. Da die traditionellen deutschen Machtfaktoren Heer und Wirtschaft nicht mehr zur Verfügung standen, geriet die Wissenschaft zum Machtersatz.⁸⁹⁹ Wie das Beispiel der PGLA zeigt, hatte sich die preußische Regierung diese Auffassung zu eigen gemacht und ihren Worten auch Taten folgen lassen, indem sie trotz aller Krisen für ein kontinuierliches Wachstum der PGLA sorgte. Denn auch ihr war klar, dass die Anstalt ein „nützliches Glied in der Reihe der staatlich-behördlichen Organisationen, für Regierung, Land und Industrie eine Stätte unparteiischer, auf Wissenschaft gegründeter Sachkunde“ darstellte und inzwischen „weit über die Grenzen des Staates und Deutschlands hinaus als maßgebend und führend geachtet“ war.⁹⁰⁰ Folglich prognostizierte einer ihrer Mitarbeiter 1930 selbstbewusst, es werde irgendwann dahin kommen,

895 Funkwinkel, in: Vorwärts 45 (1928), Nr. 33 vom 20.1.1928, S. 6.

896 Vgl. Eine geologische Uebersichtskarte der Umgegend von Berlin, in: ebd., S. 7; Ein geologisches Kartenwerk von Deutschland, in: Vorwärts 39 (1922), Nr. 124 vom 14.3.1922, S. 2; Der Baugrund von Berlin, in: Vorwärts 48 (1931), Nr. 238 vom 24.5.1931, S. 8; Die Geologische Landesanstalt. Preußen fördert Technik und Landwirtschaft, in: Der Abend. Spätausgabe des „Vorwärts“ 45 (1928), Nr. 235 vom 19.5.1928, S. 7 [Technik].

897 Ebd.

898 Feier (1923), S. LXV.

899 Vgl. Johnson, Weltkriege (2017), S. 306; Flachowsky, Krisenmanagement (2010), S. 99.

900 Feier (1923), S. LXVIII.

dass man die Gutachten der Staatsgeologen so wie die „einer richterlichen Behörde“ bewerten und öffentliche Projekte, bei denen Fragen geologischer Art zu beurteilen seien, nur noch auf Grund ihres Votums ausführen werde. Mehr noch: Die PGLA werde „in ihren Aufgaben und in ihrer räumlichen Betätigung in den kommenden Jahrzehnten (...) über ihr enges Arbeitsgebiet in Norddeutschland“ hinauswachsen, denn es gebe „Stellen im Reich, die mit Bauwesen, Bergbau und Landeskultur zu tun“ hätten und auf den sachverständigen Rat der Geologen angewiesen seien. Da es aber keine „Geologische Reichsanstalt“ gebe, dürfte es Sache der PGLA sein, „hier helfend einzuspringen“ und zwar „nicht nur gelegentlich, sondern auf Grund von Vereinbarungen mit den maßgebenden Dienststellen“.⁹⁰¹

Was bleibt festzuhalten? Obwohl ein Teil der Staatsgeologen in einer grundsätzlichen Opposition gegen das neue demokratische Staatswesen und im „alten Geist der Vorkriegszeit“⁹⁰² verharrte, profitierten auch sie davon, dass eben dieser Staat für eine Kontinuität in der Verwaltung sorgte und ihnen jedwede Unterstützung zu Teil werden ließ. Dies ist bedeutsam, denn die PGLA, die bis dahin nie über nennenswerte Geldsorgen geklagt hatte, sah sich angesichts der durch Inflation und Weltwirtschaftskrise ausgelösten sozialen Verwerfungen erstmals überhaupt mit finanziellen Nöten konfrontiert. Dass diese Kalamitäten vergleichsweise milde Folgen hatten war darauf zurückzuführen, dass der preußische Staat neben den dauernden festen, stetig steigenden Ausgaben für die PGLA zudem immer wieder auf Sonderfonds zurückgriff, die dem Ausbau und den Forschungsarbeiten der Anstalt ebenfalls uneingeschränkt zu Gute kamen und so ihre ruhige Fortentwicklung sicherten. Während die Etats der anderen, viel kleineren Geologischen Landesanstalten ihnen enge Fesseln anlegten, erlebte die bereits vergleichsweise große PGLA seit 1919 einen deutlichen Anstieg ihrer Mitarbeiterzahlen und einen massiven Ausbau ihrer Abteilungen, was vor dem Hintergrund der „Kriegsfolge- und Krisenlasten“⁹⁰³, mit denen der Weimarer Staat zu kämpfen hatte, bemerkenswert erscheint. Zudem fällt auf, dass der Gedanke der Zentralisierung und der Schaffung einer Geologischen Reichsanstalt zwar noch unterschwellig, aber doch immer häufiger kursierte.

901 Fliegel, Gotthard: Die Forschungsaufgaben der Geologischen Landesanstalten, S. 19 f. (Sonderdruck aus dem Werk: Forschungsinstitute, ihre Geschichte, Organisation und Ziele, hrsg. von Ludolph Brauer, Mendelssohn Bartholdy u. Adolf Meyer, Hamburg [1930], BGR-Archiv Hannover, Nr. 90018, unp. An gleicher Stelle (S. 1) hatte Fliegel betont, dass die „geologische Erforschung des heimischen Bodens“ „bisher nicht Reichssache“ sei.

902 Thompson, Hitler (2023), S. 10.

903 Berghoff/Köhler/Wixforth, Navigation (2016), S. 445.

3.2 Lehren aus dem Krieg – Primat der Selbstversorgung

Der Krieg, der, so der Historiker Georg Fischer, „von vielen Geologen als der katastrophale Höhepunkt im weltweiten Wettlauf um Bodenschätze gedeutet wurde“, trug maßgeblich dazu bei, dass sich „das Selbstbild vieler Wissenschaftler“ veränderte.⁹⁰⁴ Hatte sich seit der Jahrhundertwende eine Auffassung verbreitet, welche „den Wissenschaftlern eine zentrale Rolle in einem staatlich getragenen Ressourcenmanagement zuschrieb, so kam in der Zwischenkriegszeit ein Topos zum Tragen, der die Geologie zur Wissenschaft stilisierte, die über Krieg und Frieden entscheiden konnte“.⁹⁰⁵ Dafür stand etwa die von Beyschlag und Krusch im Dezember 1917 vorgelegte Bestandsaufnahme, die sich mit der zukünftigen Versorgung der deutschen Industrie mit Eisen- und Manganerzen befasste und „zahlreiche geopolitische Ratschläge“ für „zukünftige Kriege“ enthielt.⁹⁰⁶ Darüber hinaus stellte der Erste Weltkrieg als hochgradig technisierte, die gesamte Volkswirtschaft umfassende militärische Auseinandersetzung „einen Bruch in der Geschichte der Kriegsführung“ dar.⁹⁰⁷ So verloren Pferd und Säbel zugunsten von Panzer, Flugzeug und Maschinengewehr vollkommen an Bedeutung. Auch wenn die Steinkohle nach wie vor der „wichtigste Energielieferant“ blieb⁹⁰⁸, diagnostizierten viele Zeitgenossen nach dem Krieg „einen Wechsel von der ‚paleotechnischen‘ zur ‚neotechnischen‘ Epoche“, den Übergang „vom Kohle-Stahl-Komplex zum Zeitalter der mobilen Rohstoffe (Öl, Elektrizität, Wasserkraft)“.⁹⁰⁹ Der Geologe Maximilian Meisner hielt 1922 fest, dass dem Erdöl die Zukunft gehöre. Zwar seien beide Energiequellen Kohle und Erdöl noch immer am wichtigsten für „die Kraftwirtschaft der Welt“, aber die Bewertung beider hinsichtlich ihrer technischen Verwendbarkeit habe „seit einiger Zeit eine allmähliche Wandlung erfahren.“ Das Erdöl, so Meisner, beginne, „die Kohle zu verdrängen, der es nach manchen Richtungen hin überlegen“ sei.⁹¹⁰

Dieser Wandel schlug sich als regelrechter Paradigmenwechsel auch in den Forschungen und Arbeitsschwerpunkten der Geologischen Landesanstalten nieder, worauf weiter unten einzugehen ist (Kap. 3.3). Denn zunächst verlangte die 1919 bestehende Situation von ihnen eine Einstellung „auf gewisse Arbeiten“ mit dem Ziel der „Rohstoffversorgung aus dem eigenen Lande“.⁹¹¹ Der Krieg, so Beyschlag habe sich als „ein strenger Lehrmeister“ erwiesen,

904 Fischer, *Geologie* (2017), S. 94.

905 Ebd.

906 Ebd. Siehe zudem Kap. 2.3.

907 Diese Feststellung geht zurück auf den US-Amerikaner Lewis Mumford. Manova, *Kohle* (2021), S. 30.

908 Brüggemeier, *Grubengold* (2018), S. 233.

909 Manova, *Kohle* (2021), S. 30.

910 „Öl ist hochgespannte Arbeitskraft. Kohlefeuerung bedeutet dagegen Verschwendung oder Raubbau.“ Meisner, *Kohle* (1922), S. 104.

911 Protokoll über die Versammlung der Direktoren der Deutschen GLA's (11. Tagung), 27.9.1919, *GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpubl.*

dessen Folgen dazu zwangen, sich zunächst auf die „Förderung der heimischen Mineral-Rohstoffwirtschaft“ zu konzentrieren.⁹¹² Ausschlaggebend dafür waren in seinem Verständnis die durch das „Versailler Diktat“ erzwungenen Gebietsverluste Deutschlands – durch die das Reich 13 % seiner Fläche und 10 % seiner Bevölkerung, sowie mindestens 48 % seiner Eisenerz-, 63 % seiner Zinkerz- und 16 % seiner Steinkohlevorkommen, zudem 24 % seiner Bleimineralien, 40 % seiner Hochöfen, 19 % seiner Eisen- und Stahlproduktion und schließlich 15 % seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche verlor⁹¹³ – was durch die die deutsche Wirtschaft zusätzlich belastenden Reparationsleistungen, die auch Rohstofflieferungen (z.B. Kohle) vorsahen, noch verschärft wurde.⁹¹⁴

War Deutschland vor dem Krieg mit einem Marktanteil von 24 % der weltweit zweitgrößte Eisenerzeuger gewesen, so besaß es 1919 nur noch zwei Prozent der Welterzvorräte, aus denen es nur noch 18 % seiner Roheisenproduktion bestreiten konnte. Vor dem Krieg hatte die Selbstversorgungsquote noch bei über 50 % gelegen.⁹¹⁵ Wie vielerorts in Deutschland ereiferte man sich auch in der PGLA über die als ‚Desannexionen‘ (z.B. Lothringen, Saarbezirk, Oberschlesien) bezeichneten Gebietsverluste.⁹¹⁶ Krusch beispielsweise unterstellte der Entente, ihre Friedensbedingungen seien ‚fadenscheinig‘, von ‚Haß“ und ‚wirtschaftlicher Mißgunst‘ erfüllt und dienten einzig und allein dem Zweck, einen Wiederaufstieg Deutschlands unmöglich zu machen.⁹¹⁷ Ein Hauptmittel zur Erreichung dieses Zieles, so Krusch, bilde „die wirtschaftliche Schwächung“ Deutschlands durch Entziehung eines erheblichen Teils der ihm zur Verfügung stehenden mineralischen Rohstoffe, insbesondere von Kohle und Eisenerz, den Fundamenten der deutschen Industrie.⁹¹⁸ Daraus leitete sich nach Auffassung der Geologen ihre Aufgabe ab, für die durch den „unglücklichen Ausgang des Krieges“ verloren gegangenen Rohstoffvorräte,

912 Ebd.; Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (14. Tagung), 30.9.1922, ebd., unpag. Der Direktor der Badischen GLA hielt mit Blick auf Nachkriegsarbeiten seiner Geologen fest, dass sich der Krieg als ‚gewaltiger Anreger‘ erwiesen habe. Deecke, Erschließung (1918), S. 19.

913 Vgl. Büttner, Weimar (2010), S. 125 (siehe auch ebd., Anmerkung 54, S. 551f.).

914 Allgemein vgl. Ziegler, Frieden (2022), S. 9–16; ders., Kohlennot (2022), S. 39–59; Roelevink, Deutschland (2016), S. 23, 30–32 (hier auf S. 23 auch der Hinweis, dass Deutschland 26 % seiner Steinkohlevorkommen nach dem Krieg verlor); Ziegler, Kriegswirtschaft (2013), S. 48–62. Auf die „unerfüllbaren Lasten des Friedensdiktats von Versailles“ verwies auch der Preußische Wirtschaftsminister Siering anlässlich der Verabschiedung Beyschlags in den Ruhestand. Feier (1923), S. LVII. Die Formulierung „Versailler Diktat“ verwendete Beyschlag. Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (14. Tagung), 30.9.1922, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag.

915 Seidelmann, Eisen (2016), S. 19.

916 Krusch, Wirkung (1919), S. 473.

917 Ebd. Vgl. ferner Jüngst, Gefährdung (1919), S. 486–491. Vgl. allgemein Hansen, Reichswehr (1978), S. 37.

918 In diesem Zusammenhang stellte Krusch dann „die Bedeutung der in den abzutretenden Gebieten liegenden nutzbaren Lagerstätten im Vergleich mit den Gesamtvorräten Deutschlands“ dar. Krusch, Wirkung (1919), S. 473, 483 f.

„inländischen Ersatz zu schaffen“.⁹¹⁹ Überdies hatte der Krieg offengelegt, in welch hohem Maß Deutschland beim Bezug kriegs- und rüstungsrelevanter Rohstoffe (z.B. Zinn, Nickel, Chrom, Wolfram, Molybdän, Vanadin, Erdöl, Phosphate) vom Ausland abhängig war.⁹²⁰ Die im Krieg bestehenden Versorgungsengpässe bei vielen Schlüsselrohstoffen hielten auch nach dem Abschluss des Waffenstillstandes an. Aber was Deutschland während des Krieges die Blockade versperrt hatte, verhinderten nun „Geldnot und schlechte Valuta“.⁹²¹ Da man die teuren Rohstoffe nicht kaufen konnte, sah man sich auch aus diesem Grund gezwungen, aus den deutschen Lagerstätten herauszuholen, „was nur irgend möglich“ war, zumindest so lange, bis man wieder in der Lage war, sich aus dem Ausland zu versorgen.⁹²²

In dieser Frage knüpfte die PGLA deshalb 1919 auf Weisung des ihr vorgesetzten Ministeriums unmittelbar an ihre Arbeiten im Kriege an. Auslöser dafür waren die knapp ein Jahr zuvor von den Berliner Geologen durchgeführten Untersuchungen über die zukünftige Versorgung der deutschen Industrie mit Eisen- und Manganerzen, welche die Verantwortlichen im Preußischen Wirtschaftsressort gehörig aufgeschreckt hatten. Die von Beyschlag und Krusch aufgezeigte Gefahr, dass der deutsche Eisenerzbergbau drohe, in einem halben Jahrhundert zum Erliegen zu kommen⁹²³, hatte den Ministeriellen tiefe Sorgenfalten auf die Stirn getrieben, die auch nach dem Kriegsende nicht verschwanden. In „Sorge um die übermäßige Inanspruchnahme“ der deutschen Erzvorräte hatte Minister Reinhold von Sydow die PGLA noch im Mai 1918 beauftragt, sich künftig in verstärktem Maße „einer planmäßigen Erforschung der inländischen Lagerstätten, nicht nur der Blei- und Zinkerze, sondern auch anderer volkswirtschaftlich wichtiger Mineralien zu widmen“.⁹²⁴ Je schwieriger sich die Zufuhr aus dem Ausland gestaltete, umso notwendiger erschien es, „die im Inlande vorhanden Vorkommen, sowohl die schon bekannten als auch die noch neu aufzufindenden, in wirksamster Weise zu erschließen und nutzbar zu machen“. Hieraus erwuchs der PGLA daher auch unter dem neuen Minister Otto Fischbeck (DDP) zunächst die Aufgabe einer wirtschaftlichen Durchmusterung aller in Preußen verliehenen Bergwerksfelder.⁹²⁵

Über diese Arbeiten informierte Beyschlag die Direktoren der Geologischen Landesanstalten, als sie sich auf ihrer ersten Nachkriegssitzung über

919 Beyschlag, Aufgaben (1920), S. 3.

920 So zumindest Beyschlag in einem Vortrag 1919 im Berliner Bezirksverein Deutscher Ingenieure. Vgl. Hundt, Deutschland (1919), S. 102 f. Vor dem Kriegsbeginn waren sich nur wenige Experten über die große Importabhängigkeit Deutschlands im Klaren und in welchem Ausmaß die „Eigenproduktion“ des Reiches „lediglich eine ‚Veredelung eingeführter Rohstoffe‘ darstellte“. Vaupel, Ersatzstoffe (2021), S. 32.

921 Beyschlag, Aufgaben (1920), S. 2.

922 Ebd.

923 Vgl. auch Krusch, Lebensdauer (1918), S. 11–15 u. 19–23.

924 Fliegel, Nachruf Beyschlag (1936), S. 14.

925 Ebd. Auch die Reichsregierung förderte zur Entlastung der chronisch defizitären Zahlungsbilanz zu Anfang der 1920er Jahre die Suche nach Rohstoffen im Inland. Vgl. Seidelmann, Eisen (2016), S. 20.

ihre Aufgaben bei der Rohstoffversorgung Deutschlands verständigten. Wie der Direktor der PGLA hervorhob, bestanden die Ziele dieser Arbeiten zum einen in der „Beschaffung von Ersatz“ für die durch den Kriegsausgang verloren gegangenen Rohstoffquellen, insbesondere an Eisenerzen, Kalisalzen, Erdöl und Steinkohle. Zum anderen konzentrierte man sich infolge fehlender Devisen auf eine „möglichste Beschränkung der Einfuhr mineralischer Rohstoffe aus dem Auslande“ und eine deswegen „gesteigerte Beschaffung heimischer Ersatzstoffe aller Art“.⁹²⁶

Zur Erreichung dieser Ziele erschien es zunächst notwendig, sich durch eine genaue Inventur der Bodenschätze einen Überblick über die im Land vorhandenen und verbliebenen Rohstoffe zu verschaffen. Ferner war ein vollständiger Überblick über die Rohstoff-Bedürfnisse von Industrie und Gewerbe und ihre bisherigen Bezugsquellen erforderlich. Hieran sollten sich Bemühungen anschließen, alle in Betrieb befindlichen Rohstoffquellen möglichst optimal auszunutzen. Darüber hinaus kam den Geologischen Landesanstalten die Aufgabe zu, die Verhältnisse der stillliegenden Lagerstätten aufzuklären und auf diese Weise „die Grundlage für gesetzliche Schritte zur Wiederbelebung des Bergbaus zu schaffen“, selbst, wenn man dabei nicht um Zwangsmaßnahmen umhinkam.⁹²⁷ Wie Beyschlag seinen Kollegen berichtete, habe man damit in Preußen bereits begonnen, indem man alle bergrechtlich verliehenen Felder zusammengestellt, nach geologisch-wirtschaftlichen Grundsätzen klassifiziert und die Gründe für ihr Stillliegen ermittelt habe. Um zu einem reichsweit einheitlichen Verfahren zu gelangen, forderte er die übrigen Staaten auf, sich Preußens Vorbild anzuschließen. Die Erhebungen über die bergrechtlich verliehenen Bodenschätze wurden schließlich auch von Ermittlungen über die im Verfügungsrecht der Grundeigentümer verbliebenen Bodenschätze flankiert, denn wie Beyschlag betonte, sollten alle Versuche unterstützt und gefördert werden, die darauf hinausliefen „inländischen Ersatz“ für aus dem Ausland zu beziehende Stoffe zu finden.⁹²⁸

926 Hierzu und im Folgenden Protokoll über die Versammlung der Direktoren der Deutschen GLA's (11. Tagung), 27.9.1919, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag.

927 Ebd. An anderer Stelle führte Beyschlag mit Blick auf die in seinen Augen notwendige Förderung des Abbaus der Lahnphosphate aus, dass angesichts der ablehnenden Haltung der Düngemittelindustrie nicht anderes übrig bleibe, „als dass der Staat entweder den Gewinnungsbetrieb selbst in die Hand“ nehme, oder Unternehmerbeihilfen und Prämien zahle und die landwirtschaftlichen Organisationen zwingt, ihm die geförderten Phosphate „zu fixierten Preisen abzunehmen“. Beyschlag, Aufgaben (1920), S. 2.

928 Protokoll über die Versammlung der Direktoren der Deutschen GLA's (11. Tagung), 27.9.1919, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag. Wie aus dem Arbeitsplan der PGLA für 1919 hervorgeht, ging es zunächst um die „Berechnung der einheimischen Blei-Zinkerzvorrate und die Durchmusterung des gesamten Erzlagerstätten-Feldermaterials Preußens, einerseits zur Aussonderung der auf völlig restlose Vorkommen verliehenen Felder, andererseits zur Feststellung noch nicht in Angriff genommener verliehener oder noch unverliehener Erzlagerstätten.“ Selbst die Kartierungen sollten eine „Schätzung der Vorräte an gewinnbaren Bleizinkerzen (...) in den betriebenen Bergwerken“ und „die Möglichkeiten weiterer Aufschließung solcher Erze, sei es durch Wiederaufnahme alter

Mit seinen Forderungen traf Beyschlag bei seinen Kollegen auf volles Verständnis, denn an den anderen Landesanstalten befasste man sich mit ganz ähnlichen Problemen. So berichtete Direktor Otto Maria Reis, dass man in Bayern ähnlich wie in Preußen vorgehe und an einer Inventur des bayerischen Erz- und Mineralbesitzes arbeite. Zwar war Württemberg im Vergleich zu Preußen und Bayern „mit technisch wichtigen Rohstoffen“ ungünstig ausgestattet, zeigte sich dafür aber umso mehr bestrebt, „die vorhandenen Materialien aufs äußerste auszunutzen“. Dazu zählten neben Steinsalz vor allem Gips, Anhydrit und hochprozentige Kalke, die zur Herstellung von Baustoffen und für die Düngung in der Landwirtschaft in Frage kamen. Im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Interesses standen hier aber vor allem die Ölschiefer, womit man also auch in Württemberg nahtlos an die Kriegsarbeiten anknüpfte. Auch Sachsens Geologen befassten sich mit der Inventur ‚ihrer‘ Bodenschätze, die sich vor allem auf den Hauptrohstoff Braunkohle konzentrierte.⁹²⁹

Wie der Leiter der Geologischen Landesanstalt in Freiburg Wilhelm Deecke betonte, stand auch hinter der „geologischen Durchforschung“ Badens das Ziel, Deutschland „vom Auslande unabhängiger zu machen“.⁹³⁰ In einer Ende 1918 vorgelegten programmatischen Schrift hatte Deecke in diese Richtung weisende Wege und Möglichkeiten aufgezeigt, wobei er mit Blick auf teilweise hemmende „Bestrebungen des Naturschutzes“ sogar meinte, dass angesichts der „dringenden Bedürfnisse des Lebens (...) das eine oder andere Landschaftsbild geopfert werden“ müsse.⁹³¹ So sollte etwa durch ein „Netz von Tiefbohrungen“ die Suche nach technisch verwertbaren Salzen, Eisenerzen und Erdöl forciert werden, wobei man auf tatkräftige Mithilfe der Industrie hoffte. Gerade mit Blick auf die Brennstofffrage müsse man in Deutschland alles tun, so Deecke, um sich „von der Versorgung mit ausländischen Ölen oder ähnlichen Treibstoffen und Schmierölen möglichst unabhängig zu machen oder zumindest etwa vorhandene Massen derart für ihre Förderung vorzubereiten“, dass man „im Notfalle“ sofort darauf zugreifen könne. Wie in Preußen und Württemberg richtete sich der Fokus daher auch in Baden auf die Erschließung bituminöser Schiefer, die durch ein Gesetz zu Staatseigentum erklärt und von Geologen der Landesanstalt untersucht wurden.⁹³²

Betriebe, sei es durch neue Schürfungen“ bewirken. Arbeitsplan PGLA für 1919 (1921), S. CXIX, CXXI, CXXIII, CXXVIf., CXXXV.

929 Protokoll über die Versammlung der Direktoren der Deutschen GLA's (11. Tagung), 27.9.1919, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag.

930 Deecke, Erschließung (1918), S. 15, 19.

931 Ebd., S. 25. Deecke war es auch, der infolge des Verlustes Lothringens Ende 1918 forderte, die bis dahin wenig attraktiven Eisenerze der Baar (Baden) neu auf ihre Abbauwürdigkeit zu untersuchen, das „Vorbaurecht des Fürsten“ abzuschaffen und dem Staat einen Gewinn vorzubehalten. Seidelmann, Eisen (2016), S. 20.

932 Deecke, Erschließung (1918), S. 18. Wie der Erfahrungsaustausch zwischen den Direktoren ergab, arbeiteten fast alle GLA's an der Erschließung und möglichen Verwendung von Ölschiefern. Vgl. dazu Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (12. Tagung), 2.10.1920, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag. Vgl. auch Beyschlag, Entwicklung (1919), S. 185–256.

Wie die Ausführungen der Direktoren deutlich machten, hatten sie also in fast allen deutschen Staaten unmittelbar nach dem Krieg „eine gründliche Inventarisierung“ veranlasst⁹³³, in der „zunächst sämtlicher Lagerstättenbesitz nach Form und Art, nach den zu gewinnenden Rohstoffen“, sowie „nach den bisherigen Betriebsergebnissen und Aussichten bei erneuter Inbetriebnahme klassifiziert“ wurde.⁹³⁴ Diese praktisch-geologischen Erhebungen sollten dazu dienen, die wirklich aussichtsreichen Verleihungen von den wertlosen oder rein spekulativen Zwecken dienenden zu trennen und dem Staat die Grundlage zu geben, „aussichtsreiche Felder durch Zwangskonsolidation zu solchen Einheiten zusammenzufassen“, die einen sachverständigen, modernen Betrieb ermöglichten. Darüber hinaus rückten auch solche Rohstoffvorkommen in den Fokus der Geologen, die früher unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen als unbauwürdig gegolten hatten, nun aber möglicherweise doch einer wirtschaftlichen Verwendung zugeführt werden sollten.⁹³⁵

Hierzu zählte Beyschlag beispielsweise die seit langem bekannten Eisenerzvorkommen im mitteldeutschen Hügelland, im Harzvorland, im Braunschweigischen und in Süd-Hannover, wobei er den von der Ilseder Hütte ausgebeuteten phosphorreichen Eisenerzen bei Bülten, Adenstedt und bei Salzgitter trotz ihrer schwierigen Lagerungsverhältnisse besondere Bedeutung beimaß.⁹³⁶ Solange die Einfuhr überseeischer Manganerze schwierig und ungenügend war, sollten sich die deutschen Eisenhütten und Stahlwerke nach Ansicht der PGLA mit rheinischen und nassauischen Manganeisenerzen behelfen. Hierbei kamen nach Auffassung Beyschlags nur zwei Gebiete in Betracht, die Lahnmulde und die manganreichen Verwitterungslagerstätten am Rande des Taunus zwischen Gießen und Rüdeshcim.⁹³⁷ Ähnliches galt für die Lahnpophosphate.⁹³⁸ Dagegen waren die Aussichten, in Deutschland neue Steinkohlenvorkommen zu finden, nach Ansicht Beyschlags gering. Dennoch entschloss sich die preußische Bergverwaltung auf Anregung der PGLA 1919, die Frage eines möglichen Zusammenhangs zwischen dem westfälischen und dem oberschlesischen

933 Deecke, Erschließung (1918), S. 15.

934 Beyschlag, Aufgaben (1920), S. 2.

935 Der Direktor der Wiener Geologischen Staatsanstalt führte 1920 aus, dass sich „immer wieder die Verwendbarkeit gewisser, früher für wertlos gehaltener Rohmaterialien für industrielle Zwecke“ zeige. So würden etwa demnächst „mächtige Quarzsandlager auf Grund solcher günstig gelegenen nahen Brennstoffquellen einer neuen Glasindustrie zugute kommen“. Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (12. Tagung), 2.10.1920, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unp. Vgl. auch Arbeitsplan PGLA für 1920 (1921), S. CLXXXVIII.

936 Beyschlag, Aufgaben (1920), S. 2 f. Vgl. auch Haus, Lothringen (1991), S. 91 f. Zur Bedeutung der Salzgitter-Erze, die nach dem Krieg neben den badischen Doggererzen als möglicher Ersatz für den Verlust der Minette-Erze dienen sollten, vgl. Riedel, Eisen (1973), S. 28. Der PGLA-Geologe Fritz Dahlgrün befasste sich 1926 mit der Verbreitung des bauwürdigen Salzgitter-Erzes und seinen Vorräten, die er auf 490 Millionen t schätzte. Vgl. Dahlgrün, Verhältnisse (1926), S. 405–416.

937 Vgl. Beyschlag, Aufgaben (1920), S. 3.

938 Vgl. ebd., S. 1 f.; Bernauer, Phosphorite (1921), S. 112.

Steinkohlenbecken durch systematische Tiefbohrungen zu klären, deren erste bei Oranienburg in der Nähe von Berlin angesetzt wurde. Ebenso nahm man sich vor, die Möglichkeiten zur Auffindung von Tiefbau-Braunkohlen in der Provinz Brandenburg auszuloten.⁹³⁹ In diese Richtung zielten auch Untersuchungen der Geologischen Landesanstalten, um die nach dem Krieg bestehende allgemeine Brennstoffknappheit zu lindern. Dazu wurden alle abseits der Hauptkohलगewinnungsstellen etwa noch vorhandenen Lagerstätten geprüft und Unternehmungen zur Gewinnung und Verwertung bituminöser Schiefer oder sonstiger minderwertiger Brennstoffe (z.B. Torf) gefördert.⁹⁴⁰

Auch im Krieg begonnene Ersatzstoffforschungen wurden fortgesetzt. So berichtete der Leiter der chemischen Laboratorien der PGLA 1920 über Arbeiten zur „kohlesparenden Mörtel- und Bausteinbereitung aus den verschiedensten Materialien und Abfallstoffen“.⁹⁴¹ Dabei wurden beispielsweise verschiedene Lehme auf ihre Verwendungsmöglichkeit für Bauzwecke untersucht. Andere Versuche zielten darauf ab, an Stelle von gebranntem Gips feinst gemahlenen Anhydrit zu verwenden, da man sich durch diesen Ersatz nicht nur für Gips, sondern auch für Kalk und Zement große Brennstoffersparnis erhoffte. Ebenso wurden Versuche mit traßähnlichen Stoffen, wie etwa Basalttuffen fortgesetzt, da sich diese natürlichen Silikate aufgrund ihres hohen Gehalts an Kieselsäure im Gemisch mit Kalk als elastische und dichte Mörtel erwiesen. Mischungen dieses Trasses mit künstlichen Zementen fanden beispielsweise bei Bauten im Meerwasser Verwendung. Wie weitreichend die Verwendung von Kalktuffen war zeigte sich auch darin, dass man in Erwägung zog, ihre oberste lockere Schicht als Kalkdünger, den gröberen Mittelteil (Schrotten) zur Herstellung von Kunstkalksteinen und die festen unteren Schichten direkt als Bausteine zu verwenden. In die gleiche Richtung zielten Versuche, verschiedenste Schlacken (z.B. Hochofen-, Kupfer-, Gaswerk- oder Generatorschlacken) sowie Aschen verschwelter Ölschiefer zur Linderung der Baustoffknappheit, etwa zur Herstellung von Kunststeinen heranzuziehen. Die ebenfalls fortgeführten Versuche zum Ersatz von Bauxit durch Tonerde zur Aluminiumfabrikation führten eher zufällig zur „Gewinnung eines neuen technischen Produktes, des Kieselsäurehydrates, auch Si-Stoff genannt“. Dieser fiel bei der Herstellung eisenfreier Tonerde (Al_2O_3) aus heimischen Tonen an und verbesserte nach

939 Neben der Rohstoffversorgung, gehörten nach wie vor auch „die dauernde Landesmelioration, das Siedlungswesen, das Verkehrswesen mit seinen Tunnel- und Brückenbauten, Kanälen und Talsperren, und endlich die Gesunderhaltung von Stadt und Land durch planmäßige Be- und Entwässerung des Bodens“ zu den täglichen Aufgaben der praktischen Geologen. Beyschlag, Aufgaben (1920), S. 4 f. Vgl. zudem Arbeitsplan PGLA für 1926 (1926), S. XXXIX; Arbeitsplan PGLA für 1927 (1928), S. CXXXV.

940 Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (12. Tagung), 2.10.1920, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag.; Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLS's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (13. Tagung), 22.9.1921, ebd., unpag.

941 Hierzu und im Folgenden Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (12. Tagung), 2.10.1920, ebd., unpag. Vgl. auch Beyschlag, Ziegelsteine (1923), S. 41–43.

den Untersuchungen des Staatlichen Materialprüfungsamtes in Berlin als 10–20%iger Zuschlag zu sogenannten „hydraulischen Kalken“ die Zug- und Druckfestigkeit der letzteren um das sechs- bis siebenfache. Außerdem, so die Feststellung der PGLA-Chemiker, war der dabei entstehende Zement infolge seiner Armut an Tonerde gegen Meer- und sulfithaltige Wässer erheblich widerstandsfähiger als die besten deutschen tonerdereichen Zemente.⁹⁴²

Während die Staatsgeologen immer wieder betonten, dass es sich lohne, die heimischen Ressourcen im Interesse der deutschen Industrie stärker heranzuziehen, hielt sich letztere in dieser Frage zurück. So kritisierte Beyschlag 1922, dass Deutschland Mineralstoffe verschiedenster Art aus dem Ausland beziehe, obwohl man wenigstens zum Teil in der Lage wäre, derartige Materialien „in genügender Qualität im Inlande herzustellen“. Die dafür Verantwortlichen saßen nach seiner Ansicht vor allem in der Industrie, die aus dem Krieg offenbar nicht die ‚richtigen‘ Lehren gezogen hatten. Hinzu kam, dass die Staatsgeologen offensichtlich auch dem Verlust ihrer im Krieg gewonnenen Richtlinienkompetenz nachtrauerten:

„Zunächst glaubt die Industrie, sie wisse genauer und genügend Bescheid. Auch werden die alten Rohstoffquellen bevorzugt, teils aus Trägheit und Gewohnheit, teils weil man auf sie eingestellt ist. Ferner werden gelegentlich mit der Geologie entstandene Beziehungen leicht und rasch vergessen. Da gilt es, immer wieder an die Organisationen der Industrie heranzutreten, wo in der Regel einsichtigere und zugänglichere Männer sitzen als in den Einzelbetrieben, und beständig zu mahnen, den alten deutschen Fehler der Auslandsmeierei zu bekämpfen. Aber dazu ist eine rege und ständige Fühlungnahme zwischen den Geologischen Landesanstalten als den rohstoffkundigen Stellen und der verbrauchenden Industrie absolut notwendig, die wir zu organisieren und wachzuhalten suchen müssen.“⁹⁴³

Auch Krusch sparte mit Blick auf die Lage des Erzmarktes und des Stands der deutschen Rohstoffversorgung nicht mit Kritik an der Industrie. Zwar räumte er ein, dass die Aussichten, neue metallische Rohstoffe in größerer Menge in Deutschland zu finden, „nicht sehr gut“ seien, sehe man vielleicht von den Eisenerzen bei Salzgitter, dem Kupferschiefer und dem Ton für die Aluminiumherstellung ab.⁹⁴⁴ Gleichwohl warf er der Schwerindustrie vor, nicht

942 Ähnliche Arbeiten (z.B. Lehmabbau, Kalktuff) wurden auch in Baden und zum Teil auch in Hessen und Bayern durchgeführt. Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (12. Tagung), 2.10.1920, GStA, I. HA Rep. 76, V^e Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag. Vgl. auch Bericht PGLA für 1921 (1923), S. XLII.

943 Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (14. Tagung), 30.9.1922, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag.

944 In diesem Zusammenhang führte Krusch die Versorgungslage für wichtige Erze auf. Die als Ersatz für den Verlust der Minette gedachten Eisenerzvorkommen bei Salzgitter konnten zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht herangezogen werden, weil man noch keine Möglichkeit gefunden hatte, diese rückstandsreichen Erze aufzubereiten. Vgl. ebd. Erst als

flexibel genug zu sein, wenn es um die Umstellung erprobter Verfahren gehe. Dies habe sich schon im Krieg gezeigt und sei auch jetzt wieder der Fall. Die Industrie sei „sehr konservativ“ und arbeite „am liebsten nach feststehendem Schema mit Rohstoffen von gleichmäßiger Zusammensetzung“, verwende also „lieber reiche ausländische als arme einheimische Erze, bei denen der Gewinn ungleichmäßig oder gar zweifelhaft“ sei. Aber auch wenn die Möglichkeiten, die Gewinnung metallischer Rohstoffe im Inland zu heben, gering und die Kosten für den Bau solcher Anlagen explodiert seien, dürfe sich niemand der „Pflicht“ entziehen, „alles zu tun, um auch kleine Betriebe zu ermöglichen“. Immerhin, so Krusch, seien Erze „Sachwerte und so gut wie Devisen“.⁹⁴⁵

Dies mündete schließlich in eine offizielle Entschließung der Direktoren der Geologischen Landesanstalten, in der sie ihr „Bedauern“ darüber zum Ausdruck brachten, „dass so viele Kriegsbetriebe in Ersatzstoffen stillgelegt“ seien, „und die Industrie die inländischen Ersatzrohstoffe, die sie im Kriege mit Erfolg“ verwandt habe, „jetzt wieder durch ausländische Rohstoffe“ ersetze.⁹⁴⁶ Mit derartigen Auffassungen standen die geologischen Ressortforscher nicht allein. Auch ihre Kollegen an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen befassten sich im Rahmen politisch, also primär nationalistisch definierter Zielsetzungen mit Problemen der Autarkieforschung, die auch hier von dem „unter den ‚Mandarinern‘ weit verbreiteten rhetorischen Vokabular des bis 1933 dominanten revisionistischen Grundkonsenses“ begleitet wurden.⁹⁴⁷

Während sich die Schwerindustrie in vielen Fällen von den ungeliebten Ersatzstoffen löste und sich den Bezug ihrer Rohstoffe durch den Abschluss langfristiger Lieferverträge mit dem Ausland sicherte (z.B. schwedisches, kanadisches und spanisches Eisenerz oder russisches und indisches Manganerz)⁹⁴⁸, zeigte sich der Staat bemüht, den Abbau heimischer Rohstoffvorkommen zu fördern

es den Clausthaler Metallurgen Max Paschke und Eugen Peetz sowie der Firma Röchling in Völklingen um 1927 gelang, diese Erze im „sauren Schmelzverfahren“ verwertbar zu machen, gewannen die Vorkommen in Salzgitter immer mehr an Bedeutung. Vgl. Riedel, Eisen (1973), S. 132–134. Wie Krusch 1922 einräumte, könne man, bis die Aufbereitung der Salzgitter-Erze gelöst sei, nicht mit den mitteldeutschen Erzlagerrstätten rechnen, weswegen auf schwedische und französische Erze (Minette) zurückzugreifen sei. Auch bei der Beschaffung von Chrom, Kobalt, Nickel, Wolfram, Zinn, Molybdän, Kupfer und Aluminium war Deutschland auf das Ausland angewiesen. Allerdings hielt Krusch für Mangan, Wolfram und Zinn die Aussichten auf heimische Vorkommen „nicht für ungünstig“ und plädierte für die Fortführung von im Kriege errichteten Betrieben (z.B. Nickel-Kobalt aus Grubenwässern von Mechnich, Aluminiumherstellung aus Ton). Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (14. Tagung), 30.9.1922, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag.

945 Wie Deecke aus Baden berichtete, sei man dort energisch an die Erschließung der Kalisalz- und der Eisenerze im Klettgau und an der Baar herangetreten, die man zum Teil für den Staat gemutet habe. Ebd. Zum Engagement des badischen Staates im Hinblick auf die Erzvorkommen an der Baar vgl. Seidelmann, Eisen (2016), S. 20–23.

946 Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (14. Tagung), 30.9.1922, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag.

947 Maier, Forschung (2007), S. 197; Flachowsky, Heeresverwaltung (2009), S. 126.

bzw. seinen Niedergang durch Subventionen abzufedern.⁹⁴⁹ Der solchermaßen zu Tage tretende wirtschaftspolitische Interventionismus zeigte sich beispielsweise bei den vom preußischen Staat in die Wege geleiteten Hilfsmaßnahmen für nach dem Krieg verbliebene deutsche Eisenerzvorkommen im Sieg-Lahn-Dill-Revier und in Oberhessen, auf deren drohenden Niedergang die PGLA schon 1922 hingewiesen hatte.⁹⁵⁰

-
- 948 Für die negativen Konnotationen, die nach dem Krieg mit dem Begriff Ersatzstoff einhergingen, vgl. Vaupel, Ersatzstoffe (2021), S. 50–53, 65. Dort aber auch der Befund, dass die Erfahrungen des Krieges in einigen Branchen, wie etwa der chemischen Industrie, Vorstellungen verfestigten, sich „weitgehend auf die Nutzung inländischer Rohstoffe“ zu stützen und sich von Auslandsimporten möglichst unabhängig zu machen. Ebd., S. 53. Zudem verweisen neuere Arbeiten zurecht auf die stimulierende Funktion der Ersatzstoffforschung, die das Entstehen neuer Forschungsinstitute oder die Abkehr von traditionellen Pfaden bewirkten. So gaben die Deutschen infolge der kriegsbedingten Mangellagen ihre Vorliebe für Kupfer auf und öffneten sich der Verwendung von Legierungsmetallen oder ließen sich davon überzeugen, dass bei der Produktion von Rüstungsgütern auch geringere, als bis dahin übliche Mangangehalte opportun waren. Vgl. ebd., S. 60 f., 69; Maier, Newcomer (2021), S. 100–114; Zilt, Mangannot (2021), S. 140–154. Für den nach dem Krieg bevorzugten Zugriff der Schwerindustrie auf ausländische Ressourcen vgl. ebd., S. 154 f.; Seidelmann, Eisen (2016), S. 20; Roelevink, Deutschland (2016), S. 31 f.; Hesse, Fortsetzung (2022), S. 384. Als Einzelbeispiel sei hier auf die Gutehoffnungshütte verwiesen, die nach dem Krieg heimische Erzfelder in Mittel- und Süddeutschland erwarb, sich dann aber doch der Erzlieferung aus Schweden und Spanien zuwandte, da die Qualität der deutschen Erze ihren Bedarf langfristig nicht befriedigen konnte. Vgl. Marx, Enteignung (2022), S. 147.
- 949 Zwar hatten sich verschiedene Unternehmen der Schwerindustrie nach 1919 auch mit der Untersuchung und Neuerschließung von Eisenerzlagerstätten im Reichsgebiet befasst, dies hing aber vermutlich damit zusammen, dass die Reichsregierung bei der Entschädigung für den durch den Versailler Vertrag enteigneten Besitz der Unternehmen in Lothringen „zur Auflage gemacht hatte, dass zehn Prozent des Entschädigungsbeitrages zur Erschließung neuer Eisenerzvorkommen im Inland verwendet werden mussten“. Ziegler, Kriegswirtschaft (2013), S. 79. Andererseits zeigen neuere Forschungen auch, dass verschiedene Unternehmen im Zuge vertikaler Expansionsbemühungen und innerbetrieblicher Organisationsreformen die „Strategie der Vorwärtsintegration in die Weiterverarbeitung“ verfolgten, wozu etwa der Erwerb von Erzfeldern und Kohlezechen, Handelsunternehmen oder der Aufbau eigener Werften und Reedereien gehörte, die dann ihrerseits als Rohstoffquellen bzw. „interne Absatzmärkte“ genutzt wurden. Hesse, Fortsetzung (2022), S. 383–385. Die für die Festlegung der Entschädigungssummen notwendigen Ermittlungen „für das Reichsentschädigungsamt, den deutsch-französischen Schiedsgerichtshof und das Reichswirtschaftsgericht“ wurden im Übrigen auch von Geologen der PGLA durchgeführt. Sie erstreckten sich aber nicht nur auf Verluste Deutscher, sondern auch auf kriegsbedingte Schäden im Ausland. Bericht PGLA für 1921 (S. XIII), für 1923 (S. CVI), für 1924 (S. XVI); Udluft, Überblick (1968), S. 27. Als Beispiel vgl. Gutachten der PGLA über den Wert des lothringischen Minettefeldes Katharina der Firma Gustav Schulz, 31.10.1922, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 458, Bl. 27–29; Kriegsentschädigungskommission (Berlin) an PGLA, 6.8.1919, BArch Berlin, R 71, Nr. 4, Bl. 75. Zur Frage der Kriegsentschädigung vgl. Kriegsentschädigung im Ersten Weltkrieg (Virtuelle Ausstellung, Bundesarchiv).
- 950 Vgl. dazu Ziegler, Kriegswirtschaft (2013), S. 80–84. Kruschs Hinweis findet sich in Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (14. Tagung), 30.9.1922, GStA, I. HA Rep. 76, V° Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag. Als „Kreise des Bergbaues“ u.a. auf die geologische Neuaufnahme vergriffener Kartenblätter in den Eisensteingebieten an Dill und Lahn drängten, forcierte die PGLA

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass neben dem Reichswirtschafts- und dem Preußischen Handelsministerium auch der Chef der Heeresleitung, Hans von Seeckt, reges „Interesse (...) an der Erhaltung der Erzförderung im Siegerland“ zeigte, „da sich dort das einzig manganhaltige Erzvorkommen in Deutschland“ befand. Wie von Seeckt warnte, sei Deutschland bei der Aufgabe dieses Bergbaues „ganz auf Auslandseinfuhren für das zur Stahlerzeugung notwendige Manganerz angewiesen, (...) was unter allen denkbaren Umständen stets ein unerwünschter Zustand“ sei.⁹⁵¹

Demnach hatte also auch das Militär aus der Niederlage von 1918 die notwendigen „Schlüsse für einen ‚Krieg der Zukunft‘“ gezogen, die in das in den „späten Zwanzigerjahren entwickelte Konzept einer ‚Wehrwirtschaft‘“ einflossen.⁹⁵² Bereits 1924 war es im Rahmen des Heereswaffenamtes (HWA) zur Bildung eines Nachschubstabes gekommen, der die „wirtschaftlichen Mobilmachungsvorbereitungen der Reichswehr koordinierte“.⁹⁵³ Dazu gehörte die Ermittlung des Bedarfs an Bewaffnung, Munition, Gerät und Ausrüstung für die drei Waffengattungen, was wiederum die Grundlage für die Feststellung der dafür nötigen Rohstoffe und Fertigungskapazitäten bildete. Zu diesem Zweck wurde innerhalb des Nachschubstabes bzw. der aus ihm 1929 hervorgehenden Wirtschaftsgruppe ein Rohstoffreferat gebildet, das sich unter anderem auch mit dem „Ersatz kriegswichtiger Rohstoffe“ befasste.⁹⁵⁴ Aus einer gleichnamigen Übersicht des Rohstoffreferats vom Sommer 1929 geht beispielsweise hervor, dass sich die Erhebungen mit der Verwendung der Rohstoffe und ihrem möglichen Ersatz durch Austauschstoffe befassten. Gleichzeitig verschaffte sich das HWA aber auch einen Überblick über die zu diesem Zweck eingeleiteten Versuche, die Vorräte und die Bezugsmöglichkeiten der Rohstoffe im In- und Ausland sowie über den Rohstoffbedarf für die Aufstellung eines 16- bzw. 24-Divisionen-Heeres. Dabei wurde deutlich, dass das Militär sein Augenmerk auf die Nutzung heimischer Bodenschätze legte und selbst noch zu diesem Zeitpunkt Gewinnungsversuche für lohnenswert hielt, die im Krieg von der PGLA geleitet worden waren.⁹⁵⁵

ihre dortigen Arbeiten. Arbeitsplan PGLA für 1931 (1930), S. XLIII. Zur „Ausdehnung des Staatseinflusses“ nach dem Krieg, der „eine neue Epoche massiver staatlicher Interventionen“ im Bereich der Wirtschaftspolitik einleitete, Stier, Bergbaukonzern (2005), S. 38. Zur unternehmerischen Tätigkeit des Weimarer Staates vgl. Ambrosius, Staat (1984), S. 54–105.

951 Reichswehrministerium (Chef der Heeresleitung, Wa Stab) an RmDI, 24.4.1926, BArch-MA Freiburg, RH 8–I, Nr. 920, unp. (Dieses Schreiben trägt zwar keine Unterschrift, Hans von Seeckt hatte jedoch den Entwurf dazu unterschrieben).

952 Fröhlich, Kampf (2018), S. 3–5. Zu den Mobilmachungsvorbereitungen der Reichswehr in der Weimarer Republik vgl. Hansen, Reichswehr (1978).

953 Fröhlich, Kampf (2018), S. 122.

954 Vgl. ebd., S. 126; Aufstellung der Wirtschaftsgruppe r [des HWA] betr. Ersatz kriegswichtiger Rohstoffe, August 1929, BArch-MA Freiburg, RH 8–I, Nr. 992, Bl. 50–54.

955 Gemeint sind die Versuche zur Nickel- und Kupferkiesgewinnung in Sohland. Darüber hinaus finden sich in der Übersicht bei einzelnen Rohstoffen handschriftliche Notizen, die auf mögliche Vorkommen in Deutschland verweisen, so etwa bei Zink („Harz, Mansfeld – Giesche“), Blei („Harz, Mansfeld“), Zinn („Sächsisches Erzgebirge“), Nickel („Sächsisches

Ob sich die spezifischen Rohstoffinteressen des Militärs nach dem Krieg auch mit dem Aufgabenfeld der PGLA und ihrer Schwesterinstitute überschneiden ist unklar. Der von jeher auf heimische Ressourcennutzung fixierte Blick der praktischen Geologen lässt diese Vermutung aber ohne weiteres zu.⁹⁵⁶ So gehörte der PGLA-Chemiker Max Trénel beispielsweise seit 1925 einem von der Reichswehr geschaffenen institutsübergreifenden wissenschaftlichen Beratergremium zur Kampfstoffforschung an, in dem er sich vor allem mit Nitro- und Halogenverbindungen befasste.⁹⁵⁷ Der bei der Bayerischen Landesuntersuchung in München tätige Regierungsgeologe Fritz Heim führte 1928 geheime „militärgeologische Aufnahmen längs der Bayerisch-Böhmischen Grenze“ durch, die sich in Erläuterungen, einem Bericht und ebenso geheimen Stellungskarten niederschlugen.⁹⁵⁸ Schon zwei Jahre zuvor hatte ein höherer Stabsoffizier der Pioniere, gegenüber dem Berliner Geologen Otto von Linstow reges Interesse an einer „geologischen Kennzeichnung des Gebietes beiderseits der Weser“ gezeigt. Dabei ging es dem Offizier nicht nur um charakteristische Geländeschnitte, er erkundigte sich auch gezielt danach, wie sich dort längere Zeit in Stellung liegende Truppen mit Trinkwasser versorgen könnten.⁹⁵⁹ Die maßgeblich von der PGLA getragenen Forschungen auf dem Gebiet der Erdölgeologie (siehe Kap. 3.3.1) stießen in der Truppe ebenfalls auf reges Interesse. So waren auf der von der DGG im Mai 1932 veranstalteten ersten „Erdöltagung“ in Hannover auch verschiedene Vertreter des Reichswehrministeriums anwesend.⁹⁶⁰

Erzgebirge, Frankenstein i[n] S[chlesien] fehlt“), Mangan („Bingen und Gießen“), Antimon („Harz, Mansfeld“). Auch die Erdölförderung in Hannover war Bestandteil dieser Planungsspiele. Ebd. Wie aus einem Aufsatz der PGLA von 1928 hervorgeht, stand der Tagebau von Sohland zur dieser Zeit außer Betrieb. Vgl. Die Geologie Deutschlands mit besonderer Berücksichtigung seiner nutzbaren Lagerstätten, aus: Festschrift zum Deutschen Bergmannstag, Berlin 1928, BGR-Archiv Hannover, Nr. 59776, 3–21, hier S. 8.

956 Dass weiterhin Verbindungen bestanden, zeigt beispielsweise ein geheimes Schreiben vom Dezember 1919, in dem das Waffenamt des Reichswehrministeriums die PGLA um die Teilnahme an einer Sitzung bat, in der es darum ging, „in der Provinz Ostpreußen mit Rücksicht auf die abgeschlossene Lage die Vorbereitung von Anlagen zur Anfertigung von Munition ins Auge zu fassen, so dass die Provinz nötigenfalls in der Munitionsfertigung bis zu einem gewissen Grade selbstständig sein“ könne. Wie Beyschlag am 20.1.1920 vermerkte, hatte er an der Besprechung in Berlin teilgenommen. Welche Rolle der PGLA dabei zukam ist aber ebenso unklar, wie der Inhalt der Besprechung. Möglicherweise handelte es sich um ingenieurgeologische Probleme, etwa Baugrundfragen. Reichswehrministerium (Waffenamt) an Beyschlag, 16.12.1919, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 176, unpag.

957 Vgl. Hansen, Reichswehr (1978), S. 117; Schmaltz, Kampfstoff-Forschung (2005), S. 50–53; Maier, Chemiker (2015), S. 262–266.

958 Übersicht über die Arbeiten des Bezirksgeologen Dr. F. Heim (seit 1924/25), 24.2.1945, BayH-StA, Geologisches Landesamt, Nr. 408, Bl. 99 (Seitenzählung der Übersicht S. 1–15, hier S. 10).

959 Vgl. Oberstleutnant Karl Chambeau (Stabsoffizier der Pioniere, Stab 3. Division, Berlin) an „sehr verehrter Herr Professor“, 30.9.1926, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 98, unpag. Chambeau bezog sich dabei auf eine „gestrige Besprechung“. Der PGLA-Geologe Otto von Linstow vermerkte auf diesem Schreiben am 1.10.1926 „Vorgelegt und erledigt!“.

960 Vgl. Erdöltagung in Hannover (1932), S. 361; Kockel, Geologie (2003), S. 244.

Schon im Winter 1918/19 hatte sich die PGLA als amtliche Beratungsinstanz der Reichs- und Staatsbehörden dem Militär als kompetente Stelle zur Bewahrung und Vorhaltung kriegsrelevanten Wissens empfohlen, indem sie sich anschickte, das beim Militär und in den Kriegsgesellschaften akkumulierte geologische Material in ihrem Haus zusammenzufassen. Mit Blick auf die Schaffung eines diesbezüglichen Informationspools bat Beyschlag die „Kriegsmangangesellschaft“ im Fall ihrer Auflösung, „diejenigen Teile der Akten, welche Nachrichten über im Kriege gemachte Aufschlüsse von Manganerzlagernstätten, Gutachten, Pläne und dergleichen“ enthielten, ebenso an das Archiv der PGLA abzugeben, wie es bereits andere Kriegsgesellschaften getan hätten.⁹⁶¹ Das Material, so Beyschlag, „dürfte einen ziemlich vollständigen Überblick über die geologische Stellung und die wirtschaftliche Bedeutung der Manganerzlagernstätten Deutschlands, der Länder unserer Bundesgenossen und der früher von uns besetzten Gebiete geben“. Sei dieser Aspekt allein schon bedeutsam genug, komme hinzu, dass eine der ersten Friedensaufgaben der PGLA darin bestehe, die Deutschland zur Verfügung stehenden Manganerzvorrate festzustellen. Ohnehin sei die Anstalt die „einzige für die Vorratsberechnungen nutzbarer Lagerstätten in Betracht kommende amtliche Friedensstelle“, die das Material „im Interesse der heimischen Eisenwirtschaft“ auswerten, dauernd aufbewahren und für später zugänglich halten könne.⁹⁶²

Als es Ende 1919 zur Auflösung der Kriegsgeologischen Abteilung beim ehemaligen Generalstab kam, zeigte sich Beyschlag ebenso bestrebt, deren gesamten Bestand an Berichten, Gutachten, Karten, Literatur und Apparaten zu übernehmen. Wie er in diesem Zusammenhang hervorhob, kam unter sämtlichen deutschen Geologischen Landesanstalten allein die PGLA für die

961 Beyschlag (PGLA) an KMA, 31.1.1919, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 485, unpag. Beyschlag hatte sich schon 1917 vergeblich um die Überlassung der Materialien der KMA bemüht. Vgl. KMA an Direktor PGLA, 31.10.1917, BArch Berlin, R 8737, Nr. 1623, Bl. 125. Zu ähnlichen Ersuchen um Materialien für die Lagerstättenammlung der PGLA und das dort Anfang der 1920er Jahre aufgebaute Museum für praktische Geologie vgl. Beyschlag an KMA, 25.4.1918 u. 26.2.1920, ebd., Bl. 207 u. 298. Ende 1918 hatte sich die KMA bereiterklärt, der PGLA ihr Aktenmaterial zur Verfügung zu stellen, bzw. ihr gestattet, selbiges (Akten der Abteilung Bergbau der KMA) durchzusehen und Auszüge für ihr Archiv anzufertigen. KMA an Beyschlag (PGLA), 4.12.1918 u. 31.12.1918, ebd., Bl. 279 u. 281 f.

962 Beyschlag (PGLA) an KMA, 31.1.1919, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 485, unpag.; Handschriftlicher Brief Beyschlags an das Pr. Kriegsministerium auf einem Schreiben der Manganerzgesellschaft mbH an den Direktor der PGLA, 6.2.1919, ebd., unpag. Als das Material der Manganerz GmbH dann aber der Wissenschaftlichen Kommission des Kriegsministeriums zur Vorbereitung einer Veröffentlichung übergeben wurde, konnte Krusch immerhin erwirken, dass Geologen der PGLA die Akten durchsehen und das für sie Interessante herausziehen konnten. Kriegsamts des Kriegsministeriums, KRA Sektion E (Eisen) an PGLA, 8.3.1919, ebd., unpag.; Handschriftliche Bemerkung von Krusch, 10.4.1919, ebd. Als das Material der Manganerz GmbH zwei Jahre später ans Reichsarchiv in Potsdam abgegeben werden sollte, erklärte sich die Gesellschaft bereit, „ihre Akten, soweit es sich um geologisches und bergmännisches Gutachten-Material“ handelte, einem Beauftragten der PGLA, „zwecks Auswahl geeigneten Materials zur Verfügung zu stellen“. Kommissariat der Eisenzentrale an PGLA, 30.5.1921, ebd., unpag.; Reichsschatzminister an PGLA, 30.5.1921, ebd., unpag.

Übernahme in Frage, denn nur sie sei „vermöge ihrer Einrichtungen und der Zahl ihrer wissenschaftlichen und technischen Beamten imstande, das ganze Material zu pflegen und zu verarbeiten“. Um seinen Anspruch zu unterstreichen, betonte Beyschlag, dass die PGLA „bisher stets alle diejenigen geologischen Aufgaben erledigt“ habe, „welche bei den Reichsstellen und für das Reich entstanden“ seien. So habe bei ihr die amtliche Geologische Zentralstelle für die Deutschen Schutzgebiete bestanden, wie man ihr auch die Arbeiten an den Internationalen Geologischen Karten von Europa und der Welt übertragen habe. Darüber hinaus erledige sie „die montan-geologischen und montan-wirtschaftlichen Aufgaben Deutschlands“. Daher fühle sie sich auch verpflichtet, sich der „Pflege und Förderung der Kriegsgeologie“ zuzuwenden. Immerhin bilde die PGLA mit ihrem Stab von etwa 65 Geologen „den Stamm einer zukünftigen Kriegsgeologenformation“. Es sei ohne weiteres möglich, hier „die Listen aller für die Einberufung als Kriegsgeologen geeigneten Deutschen“ zu führen. Zudem wolle man in Zukunft „in gewissen Zeitabständen geologische Kurse für die Fragen der Wasserversorgung, der Entwässerung, der Befestigung, der Gelände- und Bodennutzung für militärische Zwecke“ abhalten. Auch könne man regelmäßig eine Anzahl von Pionier- und anderen Offizieren zu Unterweisungen an die PGLA kommandieren, „um das Interesse an der Geologie in der Truppe wach zu halten“. Die straffe behördliche Organisation der Anstalt, „die natürlich den reinen Lehrinstituten“ fehle, gebe die Gewähr für das Gelingen derartiger Kurse, wozu die oben genannten Bücher, Karten und Apparate ihren Teil beitragen könnten.⁹⁶³

Auch wenn die durch den Krieg bedingte zeittypische autarkistische, bisweilen martialische Rhetorik in den Berichten der PGLA allmählich verschwand und man dort einräumte, dass Deutschland bei der Rohstoffversorgung auf das Ausland angewiesen sei, konzentrierten sich die preußischen Staatsgeologen auch weiterhin konsequent auf die Auffindung nutzbarer Lagerstätten im Inland, wobei sich ihr Fokus immer häufiger auch auf ganz Deutschland erstreckte.⁹⁶⁴ Hatte man beispielsweise Anfang der zwanziger

963 Geheimes Schreiben Beyschlags an das Reichswehrministerium, 26.11.1919, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 176, unpag. In die gleiche Richtung zielte ein Vorstoß der Bayerischen Staatssammlung in München, das von den deutschen Wehrgeologen im Krieg zusammengetragene Gesteinsmaterial zentral zu sammeln, wogegen preußische Stellen Widerspruch erhoben und erwiderten, man könne an München maximal das von bayerischen Geologen gesammelte Material abgeben, ansonsten sei die PGLA die für diese Sammlungsmaterialien gebotene Stelle. Vgl. Josef Felix Pompeckj (Geologisch-Paläontologisches Institut, Universität Berlin) an PK, 29.7.1919, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag.; PK an Pr. MHG, 25.8.1919, ebd., unpag. Zur Vervollständigung der eigenen Sammlungen werteten Geologen der PGLA die in Staatsarchiven, im Hamburger Weltwirtschaftlichen Archiv und im Institut für Weltwirtschaft und See-Verkehr an der Universität Kiel befindlichen Bergbauakten aus. Vgl. Arbeitsplan PGLA für 1930 (1930), S. LXXII; Arbeitsplan PGLA für 1932 (1932), S. 590.

964 Vgl. Die Geologie Deutschlands mit besonderer Berücksichtigung seiner nutzbaren Lagerstätten, aus: Festschrift zum Deutschen Bergmannstag, Berlin 1928, BGR-Archiv Hannover, Nr. 59776, 3–21, hier S. 7; Hesse, Fortsetzung (2022), S. 376. Zum Fokus der PGLA auf die

Jahre noch eine „Braunkohlenvorratsberechnung“ Preußens durchgeführt und kurz darauf eine Inventur der preußischen Bleizinkerzvorkommen begonnen, so befasste man sich 1925 mit der Feststellung der „Schwefelkiesvorräte Deutschlands“ oder unterzog die im Reich vorhandenen Eisenerzvorkommen 1931 einer eingehenden Revision.⁹⁶⁵ Ausgehend von ihren Arbeiten im Erdölgebiet um Hannover verfolgten die Geologen der PGLA auch alle übrigen in Deutschland niedergebrachten Erdölbohrungen.⁹⁶⁶ Auch den Interessen der Landwirtschaft trug man Rechnung, denn die steigenden Preise der Kunstdünger und die hohen Frachtkosten zwangen den primären Sektor, „die Schätze des eigenen Bodens“ immer stärker nutzbar zu machen. Ebenso gewann die Kultivierung der norddeutschen Torfmoore und der ausgedehnten Ödländereien „aus national-wirtschaftlichen Gründen (...) größte Bedeutung“.⁹⁶⁷ Immerhin hatte Preußen durch die Gebietsverluste nach dem Ersten Weltkrieg 15–18 % seiner Agrargebiete verloren, die es nun durch die Erschließung neuer Nutzflächen zu kompensieren galt.⁹⁶⁸

Wie zentral die Frage der Rohstoffversorgung aus heimischen Ressourcen für die PGLA als amtlich beratender Stelle der Reichs- und Staatsbehörden war⁹⁶⁹, zeigte sich schließlich auch darin, dass selbst ihre in ihrer Satzung fixierte Hauptaufgabe, die Kartierung, nun immer häufiger mit derartigen Fragestellungen verknüpft wurde.⁹⁷⁰ Die geologische Spezialkarte war nicht nur „eine besondere Form der wissenschaftlichen Grundlagenforschung“, da

„Mobilisierung der Bodenschätze für Industrie und Landwirtschaft“ siehe Arbeitsplan PGLA für 1924 (1924), S. CXXXV. Dass dabei vor allem Kohle und Eisenerze im Vordergrund standen, zeigt der Arbeitsplan PGLA für 1929 (1929), S. XLIX.

965 Arbeitsplan PGLA für 1922 (1923), S. XLVIII; Arbeitsplan PGLA für 1924 (1924), S. CXXIV; Arbeitsplan PGLA für 1931 (1930), S. XXXIX, LIII f.; Tätigkeitsbericht PGLA für 1931 (1932), S. 533, 536, 540, 549; Tätigkeitsbericht PGLA für 1932 (1933), S. 992. 1924 bereitete man die Schaffung einer „Übersichtskarte der Kaliegebiete Deutschlands“ vor und plante ein Jahr später eine Neubearbeitung der Karte der nutzbaren Lagerstätten Deutschlands. Arbeitsplan PGLA für 1924 (1924), S. CXXIX; Arbeitsplan PGLA für 1925 (1925), S. XXXVIII. Der Hinweis auf die Feststellung der Schwefelkiesvorräte findet sich in Tätigkeitsbericht PGLA für 1924 (1925), S. XVI. Vgl. auch Fulda, Entstehung (1921), S. 161–165.

966 Vgl. Arbeitsplan PGLA für 1930 (1929), S. LXXIII.

967 Arbeitsplan PGLA für 1923 (1923), S. XXIX. Auch hier mündeten die Arbeiten der PGLA schließlich in eine „Torfkarte des Deutschen Reiches“. Tätigkeitsbericht PGLA für 1926 (1926), S. CXII.

968 Rüb, Grenzen (2003), S. 88. Zur „Beschneidung der deutschen Landwirtschaft“ auf Reichsebene siehe Oberkrome, Ordnung (2009), S. 52. Zu den Schwerpunkten der Explorationsarbeiten der PGLA-Geologen in den preußischen Provinzen zwischen 1919 und 1932 siehe Tab. 4 im Anhang.

969 Vgl. Arbeitsplan PGLA für 1930 (1929), S. LVI.

970 So hob man 1932 hervor, „die Kartierung überwiegend in den Dienst praktisch-geologischer Aufnahmen und auf die Erforschung unserer nutzbaren Lagerstätten“ abgestellt zu haben. Arbeitsplan PGLA für 1932 (1932), S. 574. Dass die Kartierung auch anderen Interessenten diene, zeigte das Beispiel Bruno Dammers, der „im Auftrage der Wehrmacht seit 1925 einen Streifen von der Ostsee bis südlich Lagow übersichtskartiert“ hatte. So zumindest ein vermutlich vom Wehrgeologenstab Wannsee stammender Vermerk, 9.4.1943, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 3778, unp.

ihre Pflege vor allem Aufgabe der Geologischen Landesanstalten war, fanden diesbezügliche Fragen hier besondere Aufmerksamkeit.⁹⁷¹ Da abzusehen war, dass sich die seit den 1870er Jahren laufende Spezialaufnahme Preußens im Maßstab 1:25.000 bis zu ihrer Fertigstellung noch über Jahrzehnte hinzog – tatsächlich sollte 1928 erst die Hälfte des Staates bearbeitet sein⁹⁷² – ging man ab 1919 dazu über, der klassischen geologischen Meßtischblattaufnahme vorauszueilen, indem man für einige wirtschaftlich wichtige Provinzen Übersichtskarten im Maßstab 1:100.000, 1:200.000 bzw. 1:500.000 anfertigte.⁹⁷³

Da große Landesteile sonst noch jahrzehntelang auf ihre Kartierung hätten warten müssen, bot eine Karte in kleineren Maßstab wenigstens die Möglichkeit, „die Hauptbedürfnisse des Landes“ zu befriedigen und „eine Grundlage für die zahlreichen praktischen Aufgaben“ zu schaffen.⁹⁷⁴ Gleichwohl hatten krisenbedingte Personalengpässe, finanzielle Probleme und der Vorrang der praktischen Geologie zur Folge, dass die Spezialkartierung im Vergleich dazu zunehmend in den Hintergrund trat, obwohl Beyschlag 1919 betont hatte, dass die Kartierungsarbeiten keineswegs vernachlässigt werden dürften, denn sie würden „die unentbehrliche Unterlage für alle im wirtschaftlichen Landesinteresse zu unternehmenden Arbeiten“ bilden.⁹⁷⁵ Auch bei einer neun Jahre später vorgenommenen Bestandsaufnahme betonten die Direktoren der Geologischen Landesanstalten, dass „die Grundlage und das erste“ ihrer Tätigkeit „immer die geologische Kartenaufnahme“ sei. Ihr gegenüber würden die sonstigen Aufgaben, geologisch-technischen Beratungen, bergwirtschaftlichen Arbeiten, Lagerstättenuntersuchungen, ja selbst die

- 971 Deubel, Entwicklung (1954), S. 183. Gotthard Fliegel bezeichnete die geologische Karte als „besondere Form der wissenschaftlichen Darstellung“. Fliegel, Gotthard: Die Forschungsaufgaben der Geologischen Landesanstalten, S. 16 (Sonderdruck aus dem Werk: Forschungsinstitute, ihre Geschichte, Organisation und Ziele, hrsg. von Ludolph Brauer, Mendelssohn Bartholdy u. Adolf Meyer, Hamburg [1930]), BGR-Archiv Hannover, Nr. 90018, unpag.
- 972 Bis 1928 waren insgesamt 1.339 Blätter mit 158.600 km² bearbeitet worden. Da Preußen zu diesem Zeitpunkt 317.392 km² umfasste, bedeutete dies, dass noch 158.791 km² zu kartieren waren, man also erstmals mehr als die Hälfte des gesamten preußischen Gebietes geologisch bearbeitet hatte. Vgl. Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Österreichs (20. Tagung), 5.10.1928, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 6, Bl. 141–158, hier Bl. 154R.
- 973 Eigentlich sah der Plan vor, dass die Übersichtskarten (1:200.000) eine Zusammenfassung der geologischen Spezialkarten (1:25.000) darstellten. Vgl. Fliegel, Gotthard: Die Forschungsaufgaben der Geologischen Landesanstalten, S. 12 (Sonderdruck aus dem Werk: Forschungsinstitute, ihre Geschichte, Organisation und Ziele, hrsg. von Ludolph Brauer, Mendelssohn Bartholdy u. Adolf Meyer, Hamburg [1930]), BGR-Archiv Hannover, Nr. 90018, unpag.
- 974 Arbeitsplan PGLA für 1919 (1921), S. CXXf.; Arbeitsplan PGLA für 1923 (1923), S. XXIX f.; Arbeitsplan PGLA für 1931 (1930), S. XXXVIII; Zimmermann, Nachruf Hess von Wichdorff (1933), S. 1052 f.
- 975 Protokoll über die Versammlung der Direktoren der Deutschen GLA's (11. Tagung), 27.9.1919, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag. Auf die infolge Personalnot 1923 gebildete Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Landesuntersuchung mit verschiedenen bayerischen Hochschulen, zur Aufrechterhaltung der Kartierung Bayerns, wurde schon an anderer Stelle verwiesen. Vgl. Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (15. Tagung), 28.9.1923, ebd., unpag.

Herstellung von Übersichtskarten nichts anderes, als „nebenherlaufende Einzelarbeiten“ darstellen. Folglich müsse man in jedem Falle daran festhalten, dass die Kartenaufnahme und der Kartendruck nicht zurückgingen.⁹⁷⁶

Vor dem Krieg hatte die Durchschnittsleistung für die Erstellung von Kartenblättern im Gelände bei 41 Blatt im Jahr gelegen. Man hatte sich damals sogar vorgenommen, eine Dauerleistung von bis zu 45 Blatt im Jahr anzustreben. Der Krieg und die Inflation machten diese Planungen aber zunichte. Und obwohl sich die Verhältnisse nach der Währungsumstellung ab 1924 wieder normalisierten, hatten die Berliner Geologen 1928 – kurz vor der Weltwirtschaftskrise – ihre Vorkriegsleistungen noch immer nicht erreicht (-15 %). Dies lag zunächst daran, dass die Zahl der kartierenden PGLA-Beamten von 54 im Jahr 1914 auf 49 im Jahr 1926, also um etwa zehn Prozent gesunken war, da inzwischen „mehr Herren als früher im Innendienst beschäftigt“ waren. Die Erhöhung des Reisekostenfonds 1928 erlaubte es erstmals wieder, die Geologen so lange im Gelände arbeiten zu lassen, wie vor dem Krieg. Waren es im Durchschnitt bis dahin nur etwa drei Monate gewesen, so standen den Feldgeologen 1928 nun vier bis fünf Monate zur Verfügung.

Die Hoffnung, dieses Niveau zu halten, zerschlug sich aber schon wieder in den folgenden Jahren, denn infolge der Weltwirtschaftskrise ging der Reisekostenfonds wieder auf 96.151 RM (1932) zurück⁹⁷⁷, obwohl man inzwischen mehrere neue Staatsverträge über die Kartierung nichtpreußischer Staaten abgeschlossen hatte (z.B. Neuauflage Thüringen, Aufnahme Mecklenburg-Strelitz), ohne, dass die sonstigen Verpflichtungen der PGLA geringer wurden, und ohne dass eine den neuen Verpflichtungen entsprechende Personalerhöhung stattfand.⁹⁷⁸ Erschwerend kam hinzu, dass eine geologische Kartenaufnahme nach etwa 50 Jahren als veraltet galt, weswegen in vielen Fällen an die Bearbeitung einer zweiten Auflage herangegangen werden musste, obwohl noch nicht einmal die Hälfte des eigentlichen Staatsgebiets aufgenommen war.⁹⁷⁹ Im August 1932 bemängelte Krusch, dass die Kürzungen der Reisemittel zu drastischen Einschränkungen der Aufnahmezeiten im Gelände geführt und bei den meisten Geologischen Landesanstalten „die Grenze des Möglichen“ erreicht“ hätten.⁹⁸⁰ So würde man in der PGLA statt der üblichen vier bis fünf Monate inzwischen nur noch mit einer durchschnittlichen Feldtätigkeit von

976 Hierzu und im Folgenden Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Österreichs (20. Tagung), 5.10.1928, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 6, Bl. 141-158, hier Bl. 152R-153.

977 Vgl. Staatshaushaltsrechnung (Übersicht von den Staats-Einnahmen und -Ausgaben) für das Rechnungsjahr 1932 Staat Preußen, Berlin 1933, Anlage Nr. 15a Bergverwaltung, S. 22. Auch in Wien wurden „seit 1931 infolge der Ersparungspolitik“ die zur Verfügung stehenden Arbeitstage für die geologischen Landesaufnahmen von 90 auf etwa 45 Tage gesenkt. Otto Ampferer (Geologische Bundesanstalt Wien) an Direktor des Sächsischen GLA, 4.11.1936, GLA Freiberg, A 02337/1, Bl. 4.

978 Vgl. Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Österreichs (20. Tagung), 5.10.1928, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 6, Bl. 141-158, hier Bl. 152R-154.

979 Vgl. Arbeitsplan PGLA für 1930 (1929), S. LIV.

rund 100 Tagen rechnen. Da sich die Kürzung der Fonds in gleicher Weise auch bei der Veröffentlichung der Kartenblätter auswirkte, kamen im Jahr 1931 nur noch 18 geologische Blätter, heraus, wohingegen man im Jahr zuvor noch ihrer 35 gedruckt hatte.⁹⁸¹

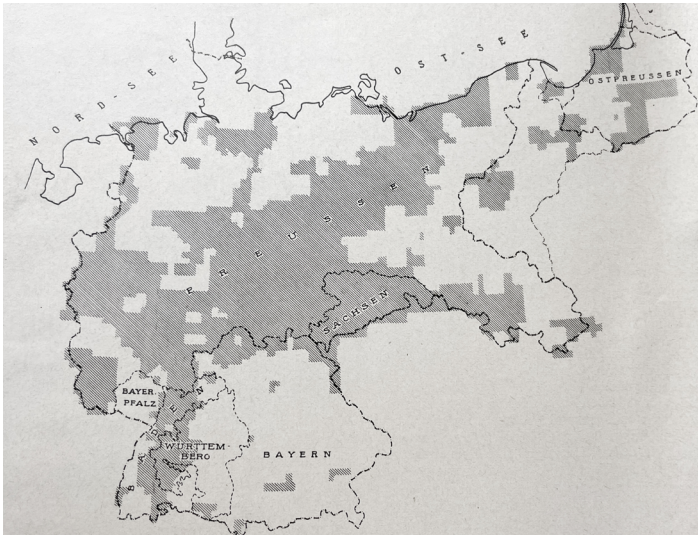


Abb. 17: Übersichtskarte über den Stand der geologischen Kartierung des Deutschen Reiches im Maßstab 1:25.000 (Stand 1937, schraffiert: bereits kartierte Landesteile).⁹⁸²

Vor ganz ähnlichen Problemen standen auch die übrigen Landesanstalten, wobei hier noch in Rechnung zu stellen war, dass sich Personalengpässe bei kleineren Anstalten noch gravierender auswirkten. So beklagte der Direktor der badischen Landesanstalt altersbedingte Ausfälle erfahrener Geologen und betonte, dass deren Nachfolger sich erst einarbeiten müssten. Dies sei besonders verdrießlich, denn im Unterschied zum Flachland, benötige ein „Aufnehmer“ für ein Blatt im Hügelland sechs bis sieben Monate und für ein Gebirgsblatt sogar das Doppelte. Nun sei aber auch in Baden „eine ganz außerordentliche Steigerung der praktischen Tätigkeit“ zu verzeichnen, welche die Beamten vollauf in Anspruch nehme. So sei er selbst „in den letzten zehn Jahren Jahr für Jahr 180–220 Tage lang“ auswärtig tätig gewesen, denn nur so habe sich „der ununterbrochene Fluss der Landesaufnahme“ aufrecht erhalten

980 Niederschrift über Versammlung der Direktoren der GLA's (23. Tagung), 7.8.1932, GSTa, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 6, Bl. 261–269, hier Bl. 261.

981 Vgl. Arbeitsplan PGLA für 1932 (1932), S. 573.

982 Kukuk, Paul u. Wolansky, Dora: Die geologische Forschung im Dienste vaterländischer Aufgaben, in: Der Bergbau. Bergtechnische Fachzeitschrift, Nr. 11 vom 27.5.1937, BArch Berlin, NS 5–VI, Nr. 17023, unpag.

lassen.⁹⁸³ Auch in Wien und Leipzig blieben die Kartierungsleistungen im Vergleich zur Vorkriegsentwicklung zurück.⁹⁸⁴ Der Direktor des Sächsischen Geologischen Landesamtes Kossmat machte 1932 deutlich, die Tätigkeit seines Hauses habe „ihren Schwerpunkt in amtlichen Beratungen vor allem auf dem Gebiete des Wassers, aber auch der Bodenkunde und des Bergbaues (...), so dass die Fertigstellung einer größeren Zahl von Kartenblättern nicht in Frage komme“.⁹⁸⁵ Demnach gingen die Kartierungsleistungen der staatlichen Geologen nicht erst nach 1933 zurück, sondern schon wesentlich früher, eben weil „lagerstättenkundliche, bergwirtschaftliche und sonstige zweckbedingte Aufgaben“ schon vorher zum eigentlichen Schwerpunkt geologischer Facharbeit geworden waren und die „Durchforschung des heimischen Bodens“ seit dem Ende des Ersten Weltkrieges in allen deutschen Staaten Priorität genoss.⁹⁸⁶

Was bleibt festzuhalten? Der Krieg in seinen Auswirkungen und die verschiedenen Wirtschaftskrisen der 1920er Jahre gaben nicht nur „der nationalen Konzeption einer Bevorzugung des Binnenmarktes vor dem Außenhandel“ neue Nahrung.⁹⁸⁷ Die noch allgegenwärtige deplorable Blockadeerfahrung wirkte ebenfalls lange nach und sorgte bei wichtigen staatlichen Akteuren, öffentlichen Meinungsmachern und zum Teil auch in der Industrie für eine Fokussierung darauf, „die wirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands vom Ausland“ durch den Rückgriff auf heimische Rohstoffquellen „nach Möglichkeit zu verringern“.⁹⁸⁸ So förderte die Reichsregierung zur Entlastung der chronisch defizitären Zahlungsbilanz zu Anfang der 1920er Jahre die Suche nach Rohstoffen im Inland, indem sie den durch den Versailler Vertrag geschädigten Firmen zur Auflage machte, zehn Prozent der ihnen vom Staat gewährten Entschädigungssummen zur Erschließung heimischer Rohstoffvorkommen zu verwenden.⁹⁸⁹ Darüber hinaus subventionierte der Staat wirtschaftlich gefährdete Bergbauunternehmen wie etwa den Siegerländer Erzbergbau, den

983 Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Österreichs (20. Tagung), 5.10.1928, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 6, Bl. 141-158, hier Bl. 155R.

984 Vgl. ebd.; Besprechung der zur Internationalen Geologischen Kartenkonferenz in Berlin anwesenden Direktoren GLA's Deutschlands, 5.2.1932, ebd., Bl. 250-255, hier Bl. 253R.

985 Ebd.

986 So vertrat Fritz Deubel die Ansicht, dass seit 1933 „in Bezug auf den Ausbau der Kartierung kein Fortschritt, sondern eher ein Rückschritt zu verzeichnen“ gewesen sei, weil nun Fragen der praktischen Geologie im Fokus gestanden hätten. Dies habe die geologische Spezialaufnahme in den Hintergrund treten lassen. Deubel, *Entwicklung* (1954), S. 183. Für Sachsen siehe Börngen/Bach, *Landesamt* (1997), S. 224. Auf das Bedürfnis aller deutschen Länder „nach Durchforschung des heimischen Bodens“ verwies Fliegel, Gotthard: *Die Forschungsaufgaben der Geologischen Landesanstalten*, S. 10 (Sonderdruck aus dem Werk: *Forschungsinstitute, ihre Geschichte, Organisation und Ziele*, hrsg. von Ludolph Brauer, Mendelssohn Bartholdy u. Adolf Meyer, Hamburg [1930]), BGR-Archiv Hannover, Nr. 90018, unpag.

987 Corni/Gies, *Brot* (1997), S. 37.

988 Marsch, *Syntheseindustrie* (2002), S. 33, 48.

989 Vgl. Ziegler, *Kriegswirtschaft* (2013), S. 79; Seidelmann, *Eisen* (2016), S. 20.

Niederschlesischen Bergbau, Deutschlands bedeutendsten Kupferproduzenten, die Mansfelder Bergbau A.G. oder das von der Firma Georg Giesche's Erben entwickelte Zinkelektrolyseverfahren.⁹⁹⁰ Selbst das im RWM zwischenzeitlich favorisierte Konzept der Gemeinwirtschaft Wichard von Moellendorfs huldigte dem Autarkiegedanken.⁹⁹¹ Aber nicht nur der Staat gab klare Signale im Hinblick auf eine mögliche Selbstversorgung. Auch die Reichswehr legte bei der von ihr in den 1920er Jahren begonnenen Ausarbeitung eines ‚Wehrwirtschaftskonzepts‘ Wert auf eine mögliche „Umstellung auf einheimische Rohstoffe“.⁹⁹² Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass sich auch forschende Behörden, wie die ohnehin auf das Inland fokussierten Geologischen Landesanstalten, gezielt der Suche und dem Abbau heimischer Vorkommen zuwandten, mit denen sich die inzwischen wieder global agierenden deutschen Unternehmen (z.B. Düngemittel- und Schwerindustrie) nicht befassen wollten (z.B. Lahnphosphate, Dogger-, Salzgitter- und Lahnerze).⁹⁹³

Das bedeutet jedoch nicht, dass der Staat als Lückenbüßer für die Industrie agierte. Vielmehr bewegte er sich – und mit ihm die geologische Ressortforschung – in einem anderen Koordinatensystem, als die Industrie. Angesichts der besorgniserregenden Befunde der Staatsgeologen von 1917, nach denen die Erzressourcen Deutschlands in gut 50 Jahren erschöpft seien, versuchte der Staat, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Erfahrungen des zurückliegenden Krieges, proaktiv die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, um auf einen neuen Krieg vorbereitet zu sein. In dieser Logik ging es um die Schaffung eines robusten, blockadefesten Infrastruktursystems unter primär wirtschaftspolitischen aber eben nicht unbedingt wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Derartige Gedanken- und Planspiele stellten für die marktwirtschaftlich und global orientierte Industrie deswegen keine Handlungsoption dar, was Beyschlag in seiner einseitig-überheblichen Kritik an der „Auslandsmeierei“ der Industrie verkannte oder aber einfach ignorierte. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Krisensituation nach dem Krieg war auch nur die Finanzmacht des Staates zu solchen Schritten in der Lage. Diese ‚Investitionen in die Zukunft‘ stellten einen Krisenreflex dar und hatten mit den klassischen Aufgaben der Daseinsvorsorge und Wohlfahrt nur bedingt zu tun. Dieser Logik folgte auch die von der PGLA gezielt angelegte Sammlung wehrgeologischer Unterlagen und eines Archivs zur Vorhaltung des Materials der Kriegsgesellschaften.

Dies führte in gewisser Weise zu einer Ein- bzw. Fortschreibung des durch den Krieg bedingten Autarkieparadigmas ins Programm der staatlichen

990 Hansen, Reichswehr (1978), S. 143 f.

991 Vgl. Fisch, Strukturwandel (2016), S. 145; Homburg, Reichswirtschaftsamt (2016), S. 222.

992 Hansen, Reichswehr (1978), S. 56, 65.

993 Vgl. etwa Seidelmann, Eisen (2016), S. 20–26. So lange „die Einfuhr von günstigen zu verhüttenden ausländischen Erzen unbeschränkt möglich war, ist der württ[embergische] Eisenerzbergbau zum Stillstand gekommen“. So der Württembergische Innenminister an RWM, 25.3.1935, BAArch Berlin, R 3101, Nr. 30193, Bl. 431 f.

Geologischen Dienste⁹⁹⁴, in einer Zeit, in der sich parallel Konturen eines gesamtgesellschaftlichen „Wehrsyndroms“ herausbildeten, die „am Ende der 1920er Jahre zu einer nahezu ubiquitären Präsenz des Krieges in der Gesellschaft“ führten.⁹⁹⁵ Die mit zum Teil viel martialischer Rhetorik untermauerte Autarkiedebatte ließ in der Mitte der 1920er Jahre zwar vorübergehend nach, aber spätestens in der Zeit der Weltwirtschaftskrise und der Zunahme protektionistischer Tendenzen auf dem Weltmarkt geriet der Blick auf die heimischen Ressourcen wieder stärker in den Fokus, bevor er „ab 1934 mit der staatlichen Rohstoffbewirtschaftung in das Zentrum nationalsozialistischer Rüstungspolitik“ rückte.⁹⁹⁶

3.3 Geologische Avantgarde? – Erdölgeologie und Geophysik als neue wissenschaftliche Teildisziplinen

3.3.1 Erdölgeologie

Zwar war Mitte des 19. Jahrhunderts im norddeutschen Wietze eine der weltweit ersten gewerblichen Ölbohrungen niedergebracht worden, im Vergleich zu Nordamerika und Russland, wo man zeitgleich scheinbar unerschöpfliche Vorkommen entdeckt hatte, vollzog sich die Entwicklung der Erdölerschließung und -förderung in Deutschland aber nur sehr langsam.⁹⁹⁷ Dies galt auch für die wissenschaftliche Erforschung der Entstehungsbedingungen des ‚schwarzen Goldes‘ und seiner Verteilung im Boden.⁹⁹⁸ Immerhin hatten weitere Bohrungen in der Umgebung von Wietze und benachbarten Ortschaften wie Hänigsen und Ölheim schon vor der Jahrhundertwende zu der Erkenntnis

994 Auch der erste Arbeitsplan der CTR von 1921 beinhaltete Surrogatforschungen, so etwa über „Ersatzmetalle und -Metalllegierungen“ oder über „Ersatzstoffe für Glycerin, Kampfer, Öle [...] Fette [...] und Betriebsstoffe“. Ruske, Materialprüfung (1971), S. 294 f.

995 Reichherzer, Wehrwissenschaften (2009), S. 186.

996 Vgl. Trischler, Rückstandssyndrom (2010), S. 120. Zum Problem des Protektionismus vgl. auch Knortz, Wirtschaftsgeschichte (2021), S. 32 f. Für die teilweise Hinwendung der Industrie zur Nutzung heimischer Rohstoffe, hier Ende der 1920er Jahre am Beispiel von Paul Reusch und der Gutehoffnungshütte auf der badischen Baar, vgl. Seidelmann, Eisen (2016), S. 24–26.

997 Zur Entwicklung der Erdölerschließung und -förderung in Deutschland im ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkrieges vgl. maßgeblich Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 15–112; Stokes, Siegeszug (2013), S. 518–520. Ferner Rühl, 125 Jahre Erdöl- und Erdgasgewinnung (1984), S. 15–29. Zur ersten Bohrung in Wietze im Jahr 1858 vgl. Blumenberg, Chronik (1958), S. 594–596.

998 Zur Entwicklung der Erdölgeologie in den ‚Erdölnationen‘ USA und Russland und ihrer Anwendung in der amerikanischen, niederländischen und britischen Erdölindustrie vgl. Kockel, Ölpolitik 2005, S. 22 f. Dass aber auch von deutscher Seite schon vor der Jahrhundertwende „wichtige Beiträge zur Entwicklung der Technologie der Erdölgewinnung“ ausgingen zeigt Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 43. Gleichwohl konstatiert auch er, dass die deutsche Erdölindustrie Anfang der 1930er Jahre „in ihrer betrieblichen Ausrüstung und in der Anwendung moderner Förder- und Aufschlussmethoden rückständig“ war. Ebd., S. 151 f.

geführt, dass im Großraum von Hannover mit einer gewissen Konzentration von Erdölvorkommen zu rechnen war.⁹⁹⁹ Ein weiterer bedeutender „Standort früher deutscher Erdölförderung“ lag bei Pechelbronn im Elsass, das im deutsch-französischen Krieg 1870/71 annektiert worden war. Da sich dort auch überaus ergiebige Erdölvorkommen fanden, erwies sich ihr Verlust durch den Versailler Vertrag für das ohnehin importabhängige Deutschland als besonders schmerzhaft.¹⁰⁰⁰ Dies galt umso mehr, als der Erste Weltkrieg allen Nationen „die Bedeutung der flüssigen Treibstoffe eindringlich vor Augen geführt“ hatte.¹⁰⁰¹ Dem Erdöl und seinen Derivaten kam für die moderne Kriegsführung fortan eine Schlüsselfunktion zu, denn die Entscheidung über Sieg und Niederlage schien nun in der Hand desjenigen zu liegen, der über die meisten von ihnen verfügte.¹⁰⁰² Zeitgenössische Allgemeinplätze etwa über das kommende „Jahrhundert des Erdöls“, die „Benzinkultur“ der Vereinigten Staaten oder die „Welle von Erdöl“, auf der die Alliierten 1918 zum Sieg geritten seien, deuteten an, dass das Öl inzwischen zum „Mobilitätsrohstoff“ der Zukunft avanciert war.¹⁰⁰³

Auch in Deutschland war man sich dieses Umstands bewusst. Hatte der Krieg die Bedeutung des Zugriffs auf das Erdöl deutlich aufgezeigt, so schien es vor dem Hintergrund „eines gesteigerten wirtschaftlichen und militärischen Sicherheitsbedürfnisses“, eines stetig wachsenden Bedarfs (Massenmotorisierung) und nach wie vor bestehender hoher Importabhängigkeit geboten, Planungen zur Sicherung derartiger Ressourcen in die Wege zu leiten.¹⁰⁰⁴

Daher drängte das Reichswirtschaftsministerium (RWM) im September 1920 darauf, sich „ein genaues Bild über die Erdöl- und Schieferölvorkommen im gesamten Reichsgebiet“ sowie ihre technischen und wirtschaftlichen Ausnutzungsmöglichkeiten zu verschaffen.¹⁰⁰⁵ Der daraufhin von der PGLA vorgelegte Bericht gab einen Überblick über den damaligen Stand der

999 Vgl. Stokes, *Siegeszug* (2013), S. 519; Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 38–42; Rühl, 125 Jahre Erdöl- und Erdgasgewinnung (1984), S. 17–19.

1000 Stokes, *Siegeszug* (2013), S. 519. Neben dem Verlust Pechelbronn verloren die deutschen Unternehmen sämtliche ihrer auf Erdöl bezogenen Auslandsbeteiligungen. Wie Rainer Karlsch betont, brauchte die deutsche Erdölindustrie zehn Jahre, um sich von den Folgen des Krieges zu erholen. Vgl. Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 114–120, 132. Zum „Verlust der deutschen Erdölressourcen in Europa und in Mesopotamien“ infolge des Versailler Vertrages siehe auch Eichholtz, *Ölpolitik* (2010), S. 96–187.

1001 Krejci-Graf, *Erdöl* (1936), S. V.

1002 Vgl. Wolff, *Einleitung* (1925), S. 1.

1003 Krejci-Graf, *Erdöl* (1936), S. V. Zur Bezeichnung des Erdöls als „Mobilitätsrohstoff“ und zum „Jahrhundert des Erdöls“ Manova, Kohle (2021), S. 48, 56. Zur vielfältigen Verwendung des Mineralöls, das schon vor dem Ersten Weltkrieg als Ausgangsstoff für Leuchtöl (rückläufig), Schmieröl, Benzin, Diesel, Heizöl sowie für Spezialöle und Ölgemische Verwendung fand, sowie zur deutschen Ölknappheit, deswegen eingeleiteten Maßnahmen zur Zwangsbewirtschaftung und zum Einsatz von Ersatzstoffen im Krieg, vgl. Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 93–105.

1004 Stokes, *Siegeszug* (2013), S. 521.

1005 RWM an sämtliche Landesregierungen, für Preußen an Pr. MHG, 30.9.1920, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 306, unp.

deutschen Erdölgewinnung, zeigte aber auch, dass insbesondere Beyschlag bei der Beurteilung der daraus abzuleitenden Maßnahmen noch immer seinem schon 1915 offenbarten ‚geologischen Irrtum‘ unterlag. Ähnlich wie im Fall der Erzversorgung unterstrich der Direktor der PGLA, dass vor allem der Krieg die Bedeutung „der Versorgung Deutschlands mit flüssigen Brennstoffen aus heimischen Rohmaterialien“ unter Beweis gestellt habe.¹⁰⁰⁶ Die nun bestehende „Brennstoffnot“ habe diese Frage noch erweitert, da der Kreis der von flüssigen Treibstoffen abhängigen Branchen immer größer werde. Dem zum Trotz sei die nach dem Krieg allgemein erwartete amerikanische Ölschwemme infolge weltweit zu beobachtender protektionistischer Tendenzen ausgeblieben. Die Sorge vor der Erschöpfung der eigenen Vorkommen habe sogar dazu geführt, dass „ein Vakuum in der Ölversorgung der großen Staaten“ eingetreten sei und der „Kampf um den Besitz der Erdölgebiete der Welt“ begonnen habe.¹⁰⁰⁷ Dabei würden aber weniger kaufmännische Gesichtspunkte im Vordergrund stehen, sondern „vielmehr die Erkenntnis, dass jedes Land zur Selbsterhaltung und zur Entwicklung der eigenen Industrie unbedingt über eigene [H.i.O.] Erzeugungsmöglichkeiten flüssiger Brenn- und Kraftstoffe verfügen“ müsse. So habe man sogar in Amerika „in weitschauender Weise“ große Anstrengungen unternommen, „um neben seiner Erdölproduktion auch seine großen Ölschieferlager zur Ölgewinnung heranzuziehen“. Daneben würde „selbstverständlich in allen größeren Staaten“ intensiv daran gearbeitet, flüssige Brenn- und Treibstoffe als Nebenprodukte aus Stein- und Braunkohlen zu gewinnen.¹⁰⁰⁸

Auch in Deutschland, so Beyschlag weiter, habe man die im Krieg begonnenen Arbeiten auf dem Gebiet der Nebenproduktengewinnung fortgeführt. Dagegen seien aber die damals mit gleicher Intensität begonnenen Bestrebungen zur Beschaffung von Ölen aus bituminösen Gesteinen „nicht in der erwünschten Weise“ voran-, sondern vielfach zum Erliegen gekommen. Vor dem Hintergrund des Verlustes des Elsass – des ‚deutschen Haupterdölgebietes‘ – bedeute dies aber einen fatalen Rückschritt, denn die Bohrungen im Gebiet von Hannover würden zeigen, dass man dort bald auf eine völlige Erschöpfung zuschreite (siehe Tab. 17).

Die Aussichten, neue bauwürdige Erdöllager in Deutschland zu finden, seien aber außerordentlich gering, weswegen Beyschlag an den Staat appellierte, die „Forschungen und Untersuchungen zur Erschließung der deutschen Ölschiefer“ wieder aufzunehmen und energisch voranzutreiben.¹⁰⁰⁹

1006 Dazu und im Folgenden Bericht Beyschlags (PGLA) über den Stand der deutschen Erdöl- und Schieferölgewinnung, 29.7.1922, ebd., unp.

1007 Die noch Anfang der zwanziger Jahre bestehenden Befürchtungen, dass die weltweiten Erdölvorkommen bald erschöpft seien, wurden durch in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre getätigte neue Erdölfunde (z.B. Texas und Oklahoma, Mexiko und Venezuela) beseitigt. Vgl. Stokes, Siegeszug (2013), S. 524, 526; Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 126.

1008 Bericht Beyschlags (PGLA) über den Stand der deutschen Erdöl- und Schieferölgewinnung, 29.7.1922, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 306, unp.

1009 Ebd. Zu diesem Zweck zeigte Beyschlag verschiedene Wege auf, um Öle aus heimischen Quellen (Kohle, bituminöse Gesteine) zu produzieren, wobei nach seiner Ansicht Kosten

Tab. 17: Erdölproduktion im Elsass und in der Provinz Hannover 1900–1920 in Tonnen.¹⁰¹⁰

Jahr	Elsass	Hannover
1900	22.596	27.731
1902	20.205	29.520
1904	22.015	67.604
1906	22.023	59.196
1908	28.730	113.002
1910	33.492	110.996
1912	47.176	82.438
1914	49.055	61.130
1916	41.291	51.243
1918	51.194	38.027
1920	54.000	37.353

Beyschlags Annahmen über das Revier in Hannover und weitere mögliche Vorkommen in Deutschland wurden bald darauf durch die Untersuchungen seiner Kollegen aber auch durch einen Zufall widerlegt, worauf noch einzugehen ist. Bei der Beurteilung seines Irrtums ist aber auch in Rechnung zu stellen, dass es bei keinem anderen Bodenschatz so schwerfällt, Angaben über vorhandene Vorräte zu machen, wie beim Erdöl. Bei Kohlen, Erzen und Salzen konnte man damals schon „mit mehr oder weniger großer Genauigkeit Vorratsziffern errechnen, die sich auf bergbauliche Aufschlüsse“ stützten. Beim Erdöl als flüssiger

keine Rolle spielen durften. „Alleinige Wichtigkeit“ maß er aber letztlich nur dem von ihm schon lange favorisierten Posidonien-schiefer zu, der angeblich in der Lage war, „Deutschland auf ein Jahrhundert und länger mit den notwendigen Mineralölprodukten zu versorgen“. Besondere Bedeutung kam für ihn dabei der im Krieg auf Anregung der PGLA und unter Beteiligung des Staates errichteten Anlage in Schandelah zu, die zu diesem Zeitpunkt aus 45.000 t Schiefer 1.500 t Schieferöl im Jahr erzeugte, aber kurz vor ihrer Schließung stand, da die an den Versuchen beteiligten Rütgerswerke die unwirtschaftliche und technisch unausgereifte Produktion einstellen wollten. Da sich niemand für die Fortführung der Versuche zur Schieferölgewinnung finde, so Beyschlag, müsse der Staat „einer bestehenden Anstalt, z.B. der Geologischen Landesanstalt, die Mittel zur Verfügung“ stellen, bis deren Erfolge Interessenten zum Bau von Großanlagen veranlasse. „Die Nutzbarmachung der deutschen Ölschiefer ist ein Unternehmen, das in seiner Wirkung der Erschließung eines bisher unberührten großen Erdölgebietes völlig gleichsteht. Nur das Risiko ist geringer! (...) Sieht man, wie die hohe Politik der zurzeit stärksten Völker nicht selten gerade um den Besitz der Quellen flüssiger Brennstoffe schwer kämpft und ringt, so kann es traurig stimmen, dass in Deutschland das Verständnis für die in der Nutzbarmachung der Ölschiefer liegenden Kraft- und Machtquellen immer noch nicht erwachen will.“ Ebd.

1010 Ebd.

Substanz war dies anders und jede Bohrung mit einem Risiko verbunden, „da selbst geringste Änderungen in der Lagerung oder Ausbildung der das Erdöl tragenden Schicht den Erfolg der Bohrung wesentlich beeinflussen“ konnten.¹⁰¹¹ Noch 1936 stellte einer der führenden Erdölgeologen seiner Zeit fest, dass es „kein Hilfsmittel“ gebe, „mit dem Erdöl direkt festgestellt werden“ könne.¹⁰¹²

Hinzu kam, dass die erdölgeologischen und die sie begleitenden geophysikalischen Untersuchungsmethoden in Deutschland Anfang der 1920er Jahre noch in den Kinderschuhen steckten.¹⁰¹³ Dies hatte möglicherweise zur Folge, dass der kurz vor der Pensionierung stehende Beyschlag, diesen neuen Entwicklungen vielleicht nicht so unvoreingenommen gegenüberstand, wie seine jüngeren Kollegen, die die Ölschieferversuche wiederum skeptisch betrachteten.¹⁰¹⁴ Als Otto Barsch 1922 beispielsweise monierte, dass es bisher noch nicht zur Gründung eines Geophysikalischen Instituts in der PGLA gekommen sei, begrüßte Beyschlag die neuen „wissenschaftlichen Methoden der angewandten Geophysik zur Aufklärung des Untergrundes“ zwar „als ein vielleicht ausichtsreiches Hilfsmittel“ geologischer Forschung, warnte jedoch auch „vor einer Überschätzung“ bzw. Überbewertung ihres Anwendungsbereiches.¹⁰¹⁵ Selbst zwischen Beyschlag und seiner rechten Hand Krusch schienen in dieser Frage unterschiedliche Auffassungen zu bestehen. So wurde unmittelbar nach dem Ausscheiden Beyschlags 1923 mit dem Aufbau einer Geophysikalischen Abteilung in der PGLA begonnen und auch der von ihm so energisch beschrittene Pfad zum Ölschiefer allmählich verlassen.¹⁰¹⁶

Unter Krusch begann nun auch eine systematische Erschließung und Ausbeutung der heimischen Mineralölvorkommen, die von wissenschaftlicher Begleitforschung flankiert und in enger Kooperation mit der Erdölindustrie durchgeführt wurden. Als Fachmann an der PGLA – dort von seinen Kollegen sogar als „Vater der deutschen Erdölgeologie“ bezeichnet¹⁰¹⁷ – galt zunächst Jakob Stoller, der sich schon vor dem Ersten Weltkrieg mit erdölgeologischen Fragen befasst hatte.¹⁰¹⁸ Seit 1910 war er als Sachbearbeiter der PGLA im

1011 Bentz, A[lfred]: Das Erdöl in Deutschland und die Frage seiner Aufsuchung, in: Petroleum XXIX (1933), Nr. 50 vom 20.12.1933 (Sonderdruck), S. 3–7, hier S. 3, BGR-Archiv Hannover, Nr. 1953 K 940.

1012 Krejci-Graf, Erdöl (1936), S. 148.

1013 Auf einen von den Geologen damals unerkannten Grund für den Förderabfall im Revier von Wietze verweist zum Beispiel Rühl, 125 Jahre Erdöl- und Erdgasgewinnung (1984), S. 19. Zur Skepsis von Bentz vgl. Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 100.

1015 Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (14. Tagung), 30.9.1922, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt. 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unp.

1016 Im Laboratorium der PGLA befasste man sich allerdings noch länger mit der Frage der Verwertung von Ölschiefen. Vgl. Tätigkeitsbericht PGLA für 1926 (1926), S. CXXV.

1017 Bentz, Professor Stoller (1930), S. 1206.

1018 Zu den frühen Arbeiten der PGLA auf dem Gebiet der Erdölgeologie, bei denen sich vor allem Heinrich Monke hervortat, der die PGLA aber 1910 verließ, vgl. Schott/Udluft, Arbeiten (1968), S. 97. Zu Monke vgl. Ebel, Ammoniten (2006), S. 141–153 (Ich danke Herrn August-Wilhelm König aus Vlotho, Kreispfleger in Herford, für den Hinweis.)

Revier von Hannover tätig und hatte kurz vor dem Krieg mit einer Arbeit über das Erdölgebiet von Nienhagen-Hänigsen im südlichen Teil der Lüneburger Heide „die erste moderne Monographie einer deutschen Erdöllagerstätte“ vorgelegt.¹⁰¹⁹ Bis dahin waren in dem Gebiet etwa 260 Bohrungen niedergebracht worden, „von denen allerdings nur wenige in Form von Spülproben zu geologischer Untersuchung gelangten“.¹⁰²⁰

Dafür, dass es ihm trotz dieser „kümmerlichen Proben“ gelang, eine „vollkommen zutreffende Deutung der Stratigraphie und Lagerungsverhältnisse“ des Feldes Hänigsen zu geben, zollten ihm schon Zeitgenossen Respekt. So gehörte er auch zu den ersten, die die Wichtigkeit einer sorgfältigen „Deutung von Bohrprofilen“ erkannten.¹⁰²¹ Ebenso zeigte er sich früh davon überzeugt, dass das eigentliche Hauptöllager, aus dem sich die nur wenige hundert Meter tiefen Bohrungen bei Hänigsen speisten, weiter westlich und vor allem im tieferen Untergrund zu finden sei.¹⁰²² Mit seiner Annahme schien Stoller richtig zu liegen, denn als die Gewerkschaft Elwerath 1920 auf sein Anraten beim Forstort Brand westlich des bis dahin produzierenden Gebietes erstmals eine Tiefbohrung „auf den Ölhorizont in der Unteren Kreide (Valendis)“ ansetzte, stieß sie tatsächlich auf Öl.¹⁰²³

Die Bohrung „Elwerath Brand Nr. 32“ erwies sich als „ein Markstein in der Entwicklung des deutschen Erdölbergbaues“, da mit ihr die Ansicht widerlegt wurde, dass in Deutschland unterhalb von 300 Metern Tiefe kein Öl zu finden sei.¹⁰²⁴ Die Bohrung förderte „monatelang täglich mehrere 10.000 t frei ausfließendes Öl“ was in der Folgezeit weitere Bohrungen anderer Unternehmen zur Folge hatte, die Teufen von über 800 Metern erreichten und ebenfalls „gut produzierten“.¹⁰²⁵ So informierte die PGLA den Preussischen

1019 Vgl. Stoller, Erdölgebiet (1913). Zu Stoller siehe Anhang Biographien.

1020 Bentz, Professor Stoller (1930), S. 1204. Um die von den Bohrungen durchstoßenen Schichten untersuchen, also ein Bohrprofil erstellen zu können, bot sich die Möglichkeit, dass beim Bohren zertrümmerte Gestein durch Zugabe von Wasser an die Oberfläche zu spülen (Spülprobe). Da bei diesem Verfahren ein Wiedererkennen der geologischen Schichten aber nahezu unmöglich war, nutzte man zunehmend eine andere Möglichkeit, bei der man einen ringförmigen Hohlraum ins Gestein bohrte, in der Mitte des Bohrlochs einen Gesteinszylinder (Bohrkern) stehen ließ, der dann gebrochen und herausgezogen wurde. Der Vorteil dieses Verfahrens bestand darin, dass der Kern die unveränderte Schichtung des Untergrundes anzeigte und somit die Aufstellung von Schichtenverzeichnissen ermöglichte. Vgl. Krejci-Graf, Erdöl (1936), S. 152 f. Ein Beispiel für ein Schichtenverzeichnis findet sich in Bentz, Erdölbohrung (1930), S. 507–513.

1021 Dazu und im Folgenden Bentz, Professor Stoller (1930), S. 1204.

1022 Zur dahinter stehenden komplexen „Transgressionstheorie“ Stollers, die dem bis dahin geltenden „Modell der ‚sekundären‘ Lagerung“ das des „mesozoischen ‚Primärlagers‘“ entgegensetzte und den Bohrunternehmen letztlich nur den limitierenden Weg wies, sich bei der Suche nach Öl „weiterhin auf die bekannten mesozoischen Schichten“ zu beschränken, vgl. Kockel, Geologie (2003), S. 47–58, hier S. 48, 57 und S. 202 f. Beispielhaft Stoller, Bemerkungen (1929), S. 845–858.

1023 von Bülow, Nachruf Stoller (1930), S. XCV.

1024 Ebd.; Bentz, Professor Stoller (1930), S. 1205.

1025 Ebd.; von Bülow, Nachruf Stoller (1930), S. XCV.

Minister für Handel und Gewerbe im März 1924 über „Aufsehen erregende“ Funde der Deutschen Erdöl AG bei Hänigsen-Obershagen. Wie es hieß, lag die wirtschaftliche Bedeutung dieses Fundes „in dem Nachweis reicher Erdöllager in einer Teufe“, die bis dahin von den Tiefbohrungen nicht erreicht wurde und in der „Feststellung, dass die Breite der an den Rand des Salzhorstes gebundenen Ölzone erheblich größer“ war, als bis dahin angenommen. Nach Ansicht der PGLA-Geologen eröffneten sich daraus „günstige Aussichten“ für die weitere Entwicklung der deutschen Erdölförderung, und zwar nicht allein im Ölfeld von Hänigsen, sondern auch in den übrigen Feldern, zumal die Ergiebigkeit der neuen Sonde, zur Belebung der Bohrtätigkeit beitragen werde.¹⁰²⁶ Wie richtig die Staatsgeologen damit lagen, zeigte sich in den nächsten Jahren. Wurden im Feld Hänigsen-Nienhagen 1913 noch 260 Bohrungen gezählt, so waren es 1927 dort bereits 640. Die meisten von ihnen wurden nun auch „geologisch genau untersucht“, wobei neben Spülproben auch „einige Kerne zur Untersuchung“ gelangten, die im Bohrchiv der PGLA archiviert wurden. Durch die wissenschaftliche Auswertung der Proben war es möglich, sich ein genaueres Bild der Lagerstätte zu machen.¹⁰²⁷

Auch wenn es andernorts – so etwa im Becken von Münster – Erdölfunde gab, die ohne wirtschaftliche Bedeutung blieben, sorgte das immer systematischere, planvollere Vorgehen der Berliner Geologen trotzdem dafür, dass auch solch unspektakuläre Einzelfälle das Wissen über die Entstehungszusammenhänge des Erdöls vertieften. Denn wie dieses Beispiel zeigt, ließ sich durch die Untersuchungen im Dreiländereck von Westfalen, Hannover und Holland ein „Gebietsstreifen mit verschiedenen stark polymerisierten Kohlenwasserstoffen“ ausmachen – so etwa feste Kohlenwasserstoffe in den Asphaltgängen von Bentheim, flüssige Kohlenwasserstoffe bei Senden, Hiltrup und Münster sowie gasförmige Kohlenwasserstoffe bei Ascheberg, Drensteinfurt und Eickendorf – die offenbar alle auf den gleichen Ursprung zurückzuführen waren, aber unterschiedliche Wanderungsbewegungen aufwiesen.¹⁰²⁸ Da die Erdölbitumina von Münster „wahrscheinlich genetisch“ den zeitgleich entdeckten Erdölvorkommen bei Corle, im niederländisch-preußischen Grenzgebiet entsprachen, wurden die Erschließungsarbeiten im Nachbarland von den Geologen der PGLA ebenfalls aufmerksam verfolgt.¹⁰²⁹

1026 Bericht von Wilhelm Wunstorff (PGLA) über die neue, reiche Erdölsonde im Ölgebiet von Hänigsen, 22.3.1924, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 306, unpag.; Krusch (PGLA) an Pr. MHG, 24.3.1924, ebd., unpag. Auch Wunstorffs Kollege Ernst Fulda betonte, dass die „Erbohrung des Erdölspritzers in Hänigsen-Obershagen“ beweise, „dass man mit einer größeren Ausdehnung der hannoverschen Erdöllagerstätten rechnen“ müsse, „als bisher wahrscheinlich schien“. Bericht von Ernst Fulda (PGLA) betr. erdöhlöffliche (!) fiskalische Forsten in der Provinz Hannover, 22.3.1924, ebd., unpag.

1027 Bentz, Professor Stoller (1930), S. 1205.

1028 Bericht von Richard Bärtling (PGLA) über die Funde von Erdölbitumen im westlichen Becken von Münster, 22.3.1924, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 306, unpag.

1029 Bericht von Wilhelm Wunstorff (PGLA) über Erdölfunde in der holländischen Bohrung Corle, 22.3.1924, ebd., unpag.



Abb. 18: Neues Aufschlussgebiet im Feld Hänigsen-Nienhagen um 1930.¹⁰³⁰

Dass zu den alten Produktionsstätten Wietze, Hänigsen-Nienhagen und Ölheim-Eddesse 1919 Oberg südlich von Peine als neues Feld hinzukam, war auch auf Stollers „Anraten“ zurückzuführen.¹⁰³¹ Zwar waren die dortigen Teerkuhlen schon seit langem bekannt, die dort vorgenommenen Bohrversuche hatten aber immer nur geringe Produktionen ergeben und sich als nicht lohnend erwiesen. Erst nachdem Stoller seine in Hänigsen gemachten Erfahrungen auch auf dieses Feld übertrug und die Industrie auch in Oberg zu Tiefbohrungen übergang, gelang es, „einen ölführenden Horizont im Unteren Dogger“ zu erschließen, der von 1919 ab „zahlreiche Bohrungen mit guten Ausbeuten“ ermöglichte.¹⁰³² Folglich war es zu einem großen Teil Stollers Verdienst, wenn die Erdölförderung im Raum Hannover „auf eine viel sicherere und wirtschaftlichere“ Grundlage gestellt wurde. Stammte die Produktion vor dem Krieg hauptsächlich „aus sehr unregelmäßig gestalteten, stark gestörten sekundären Lagern“, die auf Dauer keine wirtschaftliche Ausbeute ermöglichten, so gelang es dem Staatsgeologen, die in diesem Gebiet tätigen Bohrgesellschaften von der Notwendigkeit zu überzeugen, dort Tiefbohrungen von über 500 Metern anzusetzen. Wie sich zeigte, wurde das größere Risiko solcher Bohrungen „durch die regelmäßiger und ungestörte Form der Lagerstätte“ ausgeglichen, die eine planmäßigere Ausbeute in größerem Maßstab zuließ. Mit Stoller, so sein Mitarbeiter Alfred Bentz, wurde demnach „die romantische Periode der Pionierbohrung auf gut Glück“ durch auf Grund exakter wissenschaftlicher Beobachtungen angesetzte Tiefbohrungen überwunden.¹⁰³³

1030 Aus: Aufnahmen über Bohrtätigkeit, BGR-Archiv Hannover, Nr. 76298, unpubl.

1031 Kockel, Geologie (2003), S. 42.

1032 Bentz, Professor Stoller (1930), S. 1205.

1033 Ebd.



Abb. 19: Rohr- und Gerätelager im Feld Oberg um 1930.¹⁰³⁴

Den Bohrungen im Revier von Hannover lag ein von Stoller ausgearbeitetes „Bohrprogramm“ zugrunde, dass in enger Zusammenarbeit mit den vor Ort tätigen Bohrgesellschaften entstand.¹⁰³⁵ Zu ihnen gehörten etwa die Deutsche Erdöl AG (DEA), die Deutsche Petroleum-Aktiengesellschaft (DPAG), die Gewerkschaft Elwerath, die Anton Raky Tiefbohrungen AG und die Erdölbergbau-Aktiengesellschaft (EBAG).¹⁰³⁶ Über die Jahre hatte sich zwischen Stoller und den Bohrfirmen ein Vertrauensverhältnis entwickelt, die den Berliner Geologen als ‚ihren‘ Berater betrachteten.¹⁰³⁷ Die „besondere Nähe zwischen den geologischen Diensten und den Gesellschaften“ war auf den geringen Grad der Professionalisierung der um Hannover konzentrierten Erdölindustrie

1034 Aus: Aufnahmen über Bohrtätigkeit, BGR-Archiv Hannover, Nr. 76298, unpubl.

1035 Ein Hinweis auf das „Stoller'sche Bohrprogramm“ für die Gewerkschaften Sidonie, Proserpina und die Mebigwerke findet sich in Wilhelm Salomon-Calvi an Stoller, 5.4.1922, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86764, unpubl. Siehe zudem Mitteleuropäische Bergbau- und Industrie-Gesellschaft [Mebig] (Freiburg) an die Betriebsdirektion der Mebig (Celle), an Stoller, Geheimrat Wilhelm Salomon-Calvi und Studienrat Wilckens betr. „Bohrprogramm II“, 26.9.1922, ebd., unpubl.; Protokolle der Besprechungen über das künftige Bohrprogramm in Hannover, 15.4.1923 und in Celle, 18.8.1923, ebd., unpubl.; Stoller an Geheimrat Wilhelm Salomon-Calvi, 21.10.1923, ebd., unpubl. Zur Mebig, die vor allem auf dem Feld Oberg bei Hannover aktiv war sowie zu den in Nienhagen tätigen Gewerkschaften Sidonie und Proserpina, an denen die Erdölbergbau AG (EBAG) Mehrheitsanteile hielt, vgl. Kockel, Ölpolitik (2005), S. 41 f.

1036 Vgl. Schirner, Karl: Der Weg der deutschen Erdölgewinnung (British Oil Fields Investigation, 912 Military Government, Celle), 1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 58323, S. 3.

1037 So etwa im Fall der EBAG. Vgl. Kockel, Ölpolitik (2005), S. 41 (Anm. 132). Der Geschäftsführer der Erdölwerke Proserpina GmbH in Celle und der Mebig ließ Stoller für seine „wertvollen Dienste als beratener Geologe“ 1922 eine Gratifikation in Höhe von 50.000 Mark zukommen. Dr. Karl Busemann (Freiburg) an Stoller, 27.11.1922, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86764, unpubl.

zurückzuführen.¹⁰³⁸ Die für die Exploration von Erdöl notwendige Theoriebildung, etwa die Klärung seiner Entstehung, seiner Wanderungs- und Ablagerungsbedingungen sowie seiner Feststellung und Aufsuchung, war nämlich in erster Linie Sache von Staatsgeologen und Hochschulwissenschaftlern, die in der Regel auch als Berater der Bohrgesellschaften agierten.¹⁰³⁹ Da die Gesellschaften in vielen Fällen noch nicht einmal über eigene Erdölgeologen verfügten, gingen von ihnen auch nur wenige Impulse „für die Methodentwicklung“ und „die fachgerechte Ausbildung des akademischen und technischen Nachwuchses“ aus.¹⁰⁴⁰

Welch herausragende Rolle der Expertise Stollers bei alldem zukam, machte der ebenfalls als Berater von Erdölgesellschaften tätige Heidelberger Hochschulgeologe Wilhelm Salomon-Calvi deutlich, der 1923 feststellte, dass Stoller „von uns Geologen am aller unentbehrlichsten“ sei.¹⁰⁴¹ So wurde der PGLA-Geologe von den Firmen beispielsweise ersucht, Schichtenprofile „nach dem neuesten Stand (...) der Forschungen zu entwerfen“, da ihre eigenen Profile überholt bzw. unbrauchbar waren. Wie die Industrievertreter betonten, war Stoller – und somit die PGLA – „die einzige Stelle“, die in der Lage war, „den ganzen dazu notwendigen Stoff zu übersehen und richtig zu verwenden“.¹⁰⁴² Darüber hinaus wurden Ansatzpunkte für neue Bohrungen von Stollers Votum abhängig gemacht.¹⁰⁴³ Ebenso wurde er gebeten, die Erdölfirmen über die neuesten Entwicklungen auf dem Gebiet der Geophysik zu informieren, um diesen überhaupt „einen Begriff“ davon zu vermitteln, „um was es sich dabei“

1038 Dazu und im Folgenden Kockel, *Ölpolitik* (2005), S. 54.

1039 So galt beispielsweise der in Göttingen lehrende Emil Wiechert als einer der Wegbereiter der Geophysik und Seismologie. Vgl. etwa Schröder, Emil Wiechert (2000). An seinem Lehrstuhl promovierte Ludger Mintrop, dessen Verfahren zur „Ermittlung des Aufbaus von Gebirgsschichten aus seismischen Beobachtungen“ maßgebliche Impulse für die internationale Erdölgeologie freisetzte. Nachdem Mintrop sein Verfahren 1920 auf der Hauptversammlung der DGG vorgestellt hatte, lud Georg Gürich, Direktor des Mineralogisch-Geologischen Instituts in Hamburg, diesen umgehend zu seismischen Untersuchungen in der Umgebung der Erdgasquelle von Neuengamme ein, was den seismischen Methoden den Weg in die Niedersächsische Erdöl- und Erdgasprovinz eröffnete. Keppner, Ludger Mintrop (2012), S. 38 f., 53 f.

1040 Kockel, *Ölpolitik* (2005), S. 53 f. Dass es in Deutschland „vor allem staatliche Organisationen“ waren, „die die Initiative für eine Steigerung der Rohölförderung im Reichsgebiet übernahmen“, zeigt auch Stokes, *Siegeszug* (2013), S. 522. Die in der Forschung bestehende Auffassung, dass die Industrie damals nichts für die Methodenentwicklung unternommen habe, erscheint fraglich. Vgl. Kockel, *Ölpolitik* (2005), S. 53. So nutzte auch die (DEA) das von Mintrop 1920 vorgestellte Verfahren umgehend im Ölfeld Wietze, was nicht nur „zur Entdeckung und Begrenzung des bis dahin noch unbekannten Salzhorsts von Meißendorf führte“, sondern auch zur Verbreitung der neuen Methode beitrug. Keppner, Ludger Mintrop (2012), S. 40.

1041 Vermerk von Wilhelm Salomon-Calvi, 2.11.1923, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86764, unpag. Hinweise auf Salomon-Calvi als Berater der Erdölindustrie finden sich bei Kockel, *Ölpolitik* (2005), S. 34, 41 (Anm. 132), 54.

1042 Gewerkschaft Proserpina (Celle) an Stoller, 13.12.1923, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86764, unpag.

1043 Vgl. Vermerk von Wilhelm Salomon-Calvi, 2.11.1923, ebd., unpag.

handelte.¹⁰⁴⁴ Wieviel Nachholbedarf auf Seiten der Erdölindustrie bestand, geht auch daraus hervor, dass man dort offen gestand, inzwischen „mehr Zutrauen“ zur Wissenschaft, als zu „den etwas mystischen Künsten der Herrn Wünschelrutler“ zu haben.¹⁰⁴⁵ Die Expertise des preußischen Staatsgeologen erstreckte sich aber nicht mehr nur auf den Erdölbezirk um Hannover. In zunehmendem Maße wurde Stoller „auch in andere deutsche Länder gerufen und auch dort zu Rate“ gezogen.¹⁰⁴⁶ Trotzdem ist in den Quellen über seine Arbeiten aber nur wenig Greifbares überliefert, da „er nur das Wenigste von dem, was er wußte, der Öffentlichkeit unterbreiten durfte“.¹⁰⁴⁷

In eingeweihten Kreisen war man sich über den Wert der in der PGLA versammelten Expertise aber sehr wohl bewusst. Dies hatte zur Folge, dass sich Stimmen erhoben, die forderten, den gesamten Bohrbetrieb „unter staatlicher Aufsicht der geologischen Landesanstalt als Zentralorgan“ zu unterstellen, um die wissenschaftliche Untersuchung aller durchbohrten Gebirgsschichten sicherzustellen und den immer noch zu beobachtenden Verlust wertvoller

-
- 1044 Hier ging es um die Firma Seismos von Ludger Mintrop, die Drehwaage von Loránd Eötvös und die Arbeiten der Lotgesellschaft mbH in Neumühlen bei Kiel. Zur 1921 gegründeten Firma Seismos vgl. Keppner, Ludger Mintrop (2012), S. 40–54 et passim. Zur Dreh- bzw. Torsionswaage nach Eötvös vgl. Schweydar, Bedeutung (1918), S. 157–162. Die Kieler Lotgesellschaft mbH arbeitete mit „Unterwasserschall-Akustik“. Sie war aus einem im Krieg gebildeten Unternehmen zur Feststellung gegnerischer Unterwasseranlagen hervorgegangen und hatte sich ihr Verfahren nach dem Krieg patentieren lassen. Jakob Stoller (PGLA) an Karl Busemann, 16.1.1923, BGR-Archiv Hannover, Nr. 95682, unp. Zur Kieler Lotgesellschaft vgl. Heise/Herbst, Lehrbuch (1923), S. 118 f.
- 1045 Karl Busemann (Mebig, Erdölbohr- und Gewinnungsbetrieb Oberg, Kreis Celle) an Stoller, 12.12.1923, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86764, unp. Als Wissenschaftler betrachtete Stoller die Wünschelrutengänger vermutlich auch skeptisch. So vertrat er die Ansicht, dass es töricht sei, deren „Feststellungen“ ungeprüft als Wirklichkeit hinzunehmen. Sie „aber ungeprüft als Täuschung und Phantasiewerk abzulehnen“, sei ebenfalls falsch. Vielmehr sei es die „Pflicht für den bezüglich solcher Feststellungen um Rat angehenden Geologen, die Angaben des Wünschelrutengängers vom wissenschaftlich-geologischen Standpunkte aus kritisch zu prüfen und an Hand allen für ihn erreichbaren einwandfreien geologischen Tatsachenmaterials sowohl in stratigraphischer als auch in tektonischer Beziehung zu untersuchen, ob eine Möglichkeit oder gar eine Wahrscheinlichkeit des Vorkommens von nutzbaren Erdöllagerstätten in der betreffenden Gegend angenommen werden kann“. Bericht Stollers über die Möglichkeit des Vorkommens von Erdöllagerstätten im Untergrunde der Gegend von Oleśnica pow. Chodz, 24.1.1927, NAW, Record Group (RG) 242, Entry T 401, Microfilm Roll No. 6, Folder RBF 167, unp. (Ich danke Helmut Maier für den Hinweis). Mit dem von ihnen als „Landplage“ bezeichneten „Wünschelruten-Unwesen“ befassten sich auch die Direktorenkonferenzen, die zu dem Befund kamen, dass die Wünschelrute „für die Lösung geologischer Fragen völlig unbrauchbar“ sei. Protokolle über die Versammlungen der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs, 2.10.1920 (12. Tagung) u. 22.9.1921 (13. Tagung), GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unp.; Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Österreichs, 5.10.1928 (20. Tagung), GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 6, Bl. 141–158, hier Bl. 150–152R.
- 1046 Schott/Udluft (1968), Arbeiten, S. 98. Zur beratenden Tätigkeit Stollers in Baden vgl. bspw. Wilhelm Salomon-Calvi an Stoller, 5.4.1922, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86764, unp.
- 1047 von Bülow, Nachruf Stoller (1930), S. XCV.

Bohrproben ein für alle Mal zu unterbinden.¹⁰⁴⁸ In der PGLA nahm man diesen Vorschlag sehr ernst. Der von Krusch um eine Stellungnahme gebetene Johannes Behr hielt den Zustand der wissenschaftlichen und praktischen „Unfruchtbarkeit vieler großer Bohrungen“ für so gravierend, dass er riet, mit konkreten Vorschlägen an den Preußischen Wirtschaftsminister heranzutreten und gleich eine sich über das gesamte Deutsche Reich erstreckende Regelung anzustreben. Allerdings kam man in der PGLA zu dem Ergebnis, dass gesetzliche Maßnahmen zur Erlangung von Bohrprofilen nicht ratsam seien, weil die Gefahr bestehe, dadurch das zu zahlreichen Firmen bestehende Vertrauensverhältnis zu verlieren. So wie schon „jetzt sehr viele Bohrungen schwarz, d.h. ohne Anzeige“ erfolgen würden, würde eine gesetzliche Aufsicht die ohnehin bei den Gesellschaften bestehende Tendenz zur Geheimhaltung nur noch verstärken.¹⁰⁴⁹

Auch in anderen Fällen hielt die PGLA die Bergbehörden von übereilten rechtlichen Schritten ab. Im Frühjahr 1925 verwiesen die Staatsgeologen etwa darauf, dass Ölbohrungen bei Hänigsen in einer gewissen Zone zu Wassereintrüben neigten, die sich bei zu geringer Entfernung zwischen den einzelnen Bohrungen auch auf Bohrungen anderer erstrecken. Da dadurch das Ziel, „das Gebiet möglichst durch Tiefbohrungen zu entölen“ verhindert wurde, zog man im Ministerium in Erwägung, in die seit 1904 bestehende Bergpolizei-Verordnung zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl „Vorschriften über die zwischen zwei Bohrlöchern und hinsichtlich der Grenze der Gerechtsame einzuhaltende Mindestentfernung“ aufzunehmen.¹⁰⁵⁰ Die zu diesem Zweck anberaumte Besprechung, an der auch Stoller teilnahm, führte jedoch zu dem Ergebnis, dass die bestehenden Bestimmungen der Verordnung ausreichten und der Bergbehörde bereits die notwendige Handhabe boten. Würden Zweifel hinsichtlich der Bemessung der Entfernungen vorliegen, so Stoller, stehe den Revierbeamten ja schließlich auch „der Rat des zuständigen Beamten der Geol. Landesanstalt zur Verfügung“.¹⁰⁵¹

Trotz der wissenschaftlichen Pionierarbeit der PGLA auf dem Gebiet der Erdölgeologie war Deutschland im internationalen Maßstab noch immer im Rückstand, weswegen immer häufiger Forderungen laut wurden, die Arbeiten auf diesem Gebiet zu intensivieren und in einem eigenen dafür zu schaffenden „Erdölforschungsinstitut“ zusammenzufassen.¹⁰⁵² Im Jahr 1925 hatte beispielsweise der hannoversche Kaufmann August C. Warnecke in der Presse und durch Rundschreiben an Landwirte, Guts- und Gemeindevorsteher in Nordhannover sein Verfahren, ölhöfliche Felder zu entdecken, angepriesen

1048 Laske, [Emil]: Oelbohrungen unter gesetzlicher Ueberwachung, in: Hannoverscher Kurier Nr. 177 (Beilage) vom 13.4.1924, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 306, unpag.

1049 Handschriftliche (Johannes Behr) und maschinenschriftliche Bemerkungen (Gotthard Fliegel), 10.11.1924 u. 18.11.1924, ebd., unpag.

1050 Pr. MHG an PGLA, 22.4.1925, ebd., unpag.

1051 Niederschrift über die Besprechung von Erdölfragen, 11.5.1925, ebd., unpag.

1052 Burggraf, A[ugust]: Erdölforschung. Der Zweck des geplanten Instituts, in: Hannoverscher Kurier Nr. 397 vom 26.8.1926 morgens (Beilage), ebd., unpag.

und gleichzeitig die Forderung erhoben, ein zentrales Forschungsinstitut für diese Zwecke zu schaffen. Tatsächlich kam es zur Gründung eines solchen Instituts, allerdings stellte sich Warneckes Methode bald „als eine Abart der Wünschelrutenforschung“ heraus.¹⁰⁵³ Kurze Zeit später bemühte sich der an der Bergakademie Clausthal lehrende Wilhelm Schulz, ein „Zentralinstitut für technische Erdölforschung“ ins Leben zu rufen. Zwar waren Mittel dafür noch nicht vorhanden, das Oberbergamt in Clausthal stand dem Vorhaben aber sehr wohlwollend gegenüber.¹⁰⁵⁴

Auf einer u.a. vom Niedersächsischen Geologischen Verein im Juni 1927 in Hildesheim veranstalteten Erdöltagung schlug der im Bergrevier Hannover beschäftigte Bergrat Karl Redepennig die Gründung einer „Forschungszentralstelle“ mit Sitz in Hannover vor, wobei er die dafür eigentlich in Frage kommende PGLA mit der Begründung ausschloss, diese sei „ihrer jetzigen Struktur nach“ nicht in der Lage (...), die Wünsche der Erdölindustrie zu befriedigen.“¹⁰⁵⁵ Der an der Tagung teilnehmende Landesgeologe Oskar Grupe hielt dem entgegen, dass die PGLA „die gegebene Stelle für eine derartige Zentrale sei“, eine Auffassung, der im Übrigen auch der Chef der Preußischen Berg- und Salinenverwaltung Bornhardt beipflichtete.¹⁰⁵⁶ Wie Stoller berichtete, habe der um Aufklärung ersuchte Redepennig auch ihm gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass die PGLA als „reine Amtsbehörde nicht geeignet sei, die Aufgabe, alle Hilfsmittel erschöpfend zu Rate zu ziehen, die uns zur Beurteilung der Erdölhoffigkeit des Untergrundes in die Hand gegeben“ seien, zu lösen. Deswegen sei ein neues, selbständiges Institut von Nöten, „das die geologische, wissenschaftliche, technische, chemische Seite des Problems zu bearbeiten“ habe. Das solchermäßen geplante Institut sollte auch Geologen beschäftigen, und in „engster Fühlungnahme“ mit den Staatsbehörden, einschließlich der PGLA, sowie der Erdölindustrie arbeiten. Obwohl das von Redepennig verfolgte Projekt im Grunde also dem von den Geologen der PGLA bereits praktizierten Vorgehen entsprach, erschien diesem die Übernahme dieser Aufgaben durch Beamte der PGLA unzweckmässig, da diese „nicht ausschließlich“ der

1053 Vermerk Stollers über die Erdöltagung in Hildesheim, 12.7.1927, ebd., unpag.

1054 Ebd. Um 1928 scheint es Schulz, der an der Bergakademie seit 1920 Vorlesungen über Tiefbohrkunde und Erdölbergbau hielt, tatsächlich gelungen zu sein, ein „Erdölforschungsinstitut“ einzurichten, das sich „mit dem Studium technischer, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Fragen auf dem Gebiet der Erdölgewinnung und Erdölverarbeitung“ befasste. Schulz, Bergrat a.D. Wilhelm Schulz.

1055 Oskar Grupe an den Präsidenten der PGLA, 15.6.1927, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 306, unpag.; Bericht von Alfred Bentz über die Teilnahme an der Erdöltagung in Hildesheim am 12. Juni 1927, ebd., unpag. Dort auch ein Programm der Tagung aus dem hervorgeht, dass der PGLA-Geologe Bentz dort über „neue geologische Aufschlüsse im Revier Nienhagen“ berichtete. Tagungsordnung der Erdöltagung in Hildesheim, 12.6.1927, ebd., unpag. Vgl. auch Erdöltagung, in: Hannoverscher Kurier Nr. 270 vom 13.6.1927 (Beilage), ebd., unpag.

1056 Allerdings hatte es der ebenfalls anwesende Berghauptmann Bornhardt unterlassen, sich in der Diskussion öffentlich zu äußern. Oskar Grupe an den Präsidenten der PGLA, 15.6.1927, ebd., unpag.

Erdölindustrie dienen. Im Übrigen sollten die Kosten für das zu gründende ‚Zentralforschungsinstitut‘ von den Erdölfirmen aufgebracht werden.¹⁰⁵⁷

Stoller riet der Direktion der PGLA, sich zunächst an die maßgebenden Erdölfirmen zu wenden, um ihre Ansicht zum Plan Redepennigs in Erfahrung zu bringen.¹⁰⁵⁸ Zu diesem Zweck legte er Krusch den Entwurf eines an die Unternehmen gerichteten Schreibens vor, in dem er den Wert der PGLA als vom Staat berufener Behörde zur geologischen Erforschung des Landes und gleichzeitiger Beratungsinstanz für die Ölindustrie unterstrich und letztere bat, zu den in Clausthal und Hildesheim geäußerten Plänen Stellung zu nehmen.¹⁰⁵⁹

Die Antworten der Unternehmen ließen keinen Zweifel daran, dass sie die Bestrebungen zur Schaffung eines neuen Erdölforschungsinstituts rundweg ablehnten, da sie sich bei der PGLA „am besten aufgehoben“ fühlten. Die Internationale Tiefbohr-AG Hermann Rautenkrantz etwa betonte, sich „stets auf den Rat“ der Geologischen Landesanstalt verlassen zu haben und damit gut gefahren zu sein. Man stehe auf dem Standpunkt, dass die PGLA „als solche berufen“ sei, der Erdölindustrie „beratend und helfend“ zu Seite zu stehen, denn sie habe den dafür notwendigen „Stab von Geologen, als auch vor allen Dingen das meiste Material zur Hand“. Folglich bestehe „gar keine Notwendigkeit für die Gründung eines Forschungsinstituts, da die seriösen Erdölfirmen dieses Betreiben weder gutheißen noch fördern“ würden.¹⁰⁶⁰ Die Gewerkschaft Deutscher Michel begrüßte die „behördlich gebotene Möglichkeit einer Zusammenarbeit“ mit der PGLA und versuchte letztere sogar dazu zu bewegen, einen Teil ihres Erdölreferats nach Hannover zu verlegen oder zumindest einen ständigen Vertreter dorthin zu entsenden, um die Industrie in die Lage zu versetzen, auch in eiligen Fällen sofort einen Geologen bei wichtigen Entscheidungen (z.B. bei der Auswahl von Bohrpunkten) konsultieren zu können.¹⁰⁶¹ Andere

1057 Vermerk Stollers über die Erdöltagung in Hildesheim, 12.7.1927, ebd., unpag.

1058 Dabei führte er folgende dreizehn Firmen auf: DEA (Berlin), Elwerath (Hannover), EBAG (Celle), Gewerkschaft Proserpina (Celle), Gewerkschaft Sidonie (Celle), Erdölwerke Wathlingen GmbH (Celle), Gewerkschaft Deutscher Michel (Hannover), Preußische Bergwerks- und Hütten AG (Preussag, Berlin), Anton Raky Tiefbohrungen AG (Salzgitter), Bremer Erdöl AG (Bremen), Deutsche Petroleum AG (DPAG, Berlin), Internationale Tiefbohr AG (ITAG, Celle), Nordöl AG (Hannover). Ebd. Zu den meisten der hier genannten Unternehmen vgl. Kockel, Ölpolitik, S. 33–50; Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 142–150; Stockes, Siegeszug (2013), S. 522 f. Zur Preussag vgl. Stier, Bergbaukonzern (2005), S. 141–144. Dass die Wintershall AG in der Aufstellung Stollers fehlte war darauf zurückzuführen, dass der Konzern erst im Frühjahr 1931 ins Erdölgeschäft einstieg. Vgl. Grieger/Karlsch/Köhler, Expansion (2020), 37–52.

1059 Entwurf Stollers für ein Schreiben Kruschs (PGLA) an die 13 Erdölfirmen, 16.7.1927, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 306, unpag.

1060 ITAG (Celle) an PGLA, 21.7.1927, ebd., unpag. Vgl. auch Preussag an PGLA, 26.7.1927, ebd., unpag.; DPAG an PGLA, 1.8.1927, ebd., unpag.

1061 Gewerkschaft Deutscher Michel an PGLA, 9.8.1927, ebd., unpag. In ähnlicher Weise schlug die Bremer Erdöl AG der PGLA vor, eine Dependence in Bremen zu errichten, weil von hier aus das Revier von Hannover aber auch neue in Oldenburg und Schleswig-Holstein geplante Bohrpunkte schneller zu erreichen seien. Bremer Erdöl AG an den Präsidenten der PGLA, 10.9.1928, ebd., unpag.

Unternehmen nutzten die Möglichkeit, ihrem Fachgeologen Stoller für seine Beratung und Unterstützung zu danken und der PGLA zu attestieren, ein „für die Erdölindustrie unentbehrliches Institut“ zu sein.¹⁰⁶² Daran änderte sich auch nichts, nachdem das von Wilhelm Schulz geplante Erdölforschungsinstitut an der Bergakademie Clausthal 1928 tatsächlich eingerichtet worden war. So hielt Stoller im Mai dieses Jahres fest, alle „erdölbergbautreibenden Firmen“ hätten auch jetzt „ohne Ausnahme“ erklärt, dass ihnen die geologische Beratung der PGLA „vollauf genüge“ und „keine Wünsche nach Änderung dieser Einrichtung“ bestünden. Allerdings würden sie es begrüßen, wenn der Sachbearbeiter der PGLA „möglichst oft und regelmäßig in den Erdölbezirken anwesend“ sei, damit er regelmäßig zu Rate gezogen werden könne.¹⁰⁶³

In seinem Briefentwurf an die Unternehmen hatte Stoller eigens betont, dass man ihm zu seiner Unterstützung inzwischen auch „einen jüngeren Geologen als Hilfskraft und Mitarbeiter zugewiesen“ habe.¹⁰⁶⁴ Tatsächlich war Stoller „wegen Arbeitsüberlastung und damit verknüpftem ständigen Wohnungswechsel“ schon lange nicht mehr in der Lage, alle in der PGLA anfallenden erdölgeologischen Arbeiten allein zu betreuen.¹⁰⁶⁵ Bei dem ihm von Krusch deswegen 1926 zugewiesenen Mitarbeiter handelte es sich um den aufstrebenden Geologen Alfred Bentz, der sich innerhalb kurzer Zeit zu einem der führenden Erdölgeologen Deutschlands entwickeln sollte. Bentz, Jahrgang 1897, war nach bestandenen Abitur im Juli 1916 an die Front gerufen worden, wo er „als württembergischer Gebirgsschütze unter Erwin Rommel am I. Weltkrieg“ teilgenommen hatte.¹⁰⁶⁶ Nachdem er im November 1918 von der Front heimgekehrt war, hatte sich Bentz in München und Tübingen dem Studium der Naturwissenschaften und Mineralogie zugewandt und 1922 mit einer Arbeit „über Dogger und Tektonik der Bopfinger Gegend“ promoviert. In den folgenden gut elf Monaten war er als Assistent am Geologisch-Paläontologischen Institut der Universität Tübingen tätig gewesen, bevor er am 1. April 1923 als Geologe auf Probe an der PGLA eingestellt und dort drei Jahre später zum außerplanmäßigen Geologen ernannt worden war.¹⁰⁶⁷

1062 Erdölwerke Wathlingen GmbH (Celle) an PGLA, 11.8.1927, ebd., unpag.; EBAG an PGLA, 21.9.1927, ebd., unpag.

1063 Handschriftlicher Vermerk von Stoller, 2.5.1928, ebd., unpag.

1064 Entwurf Stollers für ein Schreiben Kruschs (PGLA) an die 13 Erdölfirmer, 16.7.1927, ebd., unpag.

1065 Stoller an Wilhelm Salomon-Calvi, 22.7.1923, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86764, unpag.

1066 Den Hinweis auf Rommel hielt Bentz' Nachfolger als Präsident der BGR noch 1964 für erwähnenswert. Martini, Hans Joachim: Ansprache zur Trauerfeier für Herrn Präsidenten a.D. Prof. Dr. Dr. hc. Alfred Bentz am 10.7.1964 (S. 1-13, hier S. 3), BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 42881, unpag. Ein Hinweis auf Bentz' Kriegsteilnahme als Gefreiter im Königlich Württembergischen Gebirgs-Bataillon findet sich auf Karteikarte des RMWEV betr. Alfred Bentz (geb. 26.7.1897), BArch Berlin, R 4901, Nr. 13258, Bl. 474 (im Original) u. Bl. 947 (digital). Wie Georg Richard Schultze in seinem Nachruf auf Bentz festhielt, hat letzterer „als fröhlicher Kamerad dem Traditionsverein der ‚Gebirgler‘ bis zum Lebensende angehört“. Schultze, Nachruf Bentz (1965), S. 242. Zu Bentz siehe Anhang Biographien.

1067 Vermerk des Bundeswirtschaftsministeriums betr. Errichtung einer Bundesanstalt für

Wie alle Neulinge, so wurde auch Bentz an der PGLA zunächst mit Kartierungsaufgaben betraut, die ihn nach Ost- und Westpreußen, in den Lahn-Dill-Kreis, ins rheinische Schiefergebirge und ins westfälisch-holländische Grenzgebiet (Emsland) führten.¹⁰⁶⁸ Als er dann 1926 dem Erdölreferat Stollers zugeteilt wurde, war er dort zunächst mit der Bearbeitung von Bohrkernen betraut.¹⁰⁶⁹ Wie Bentz rückblickend festhielt, wurde er von Stoller, der bereits „sehr krank“ war, zunächst „in den Umgang mit Problemen der Ölgeologie“ eingeführt.¹⁰⁷⁰ Aber schon nach kurzer Zeit wurden die Erdölaufschlüsse in der preußischen Provinz von beiden gemeinsam verfolgt und bearbeitet.¹⁰⁷¹ Angesichts der dabei gemachten Erfahrungen verließ Bentz jedoch allmählich die von Stoller verfolgten, zu sehr auf die vier deutschen Ölfelder (Wietze, Ölheim, Nienhagen und Oberg) setzenden, „konservativen Bahnen“, indem er seiner Überzeugung Ausdruck verlieh, dass sich die Aufschlusstätigkeit bis dahin „auf viel zu kleine Räume“ beschränkte.¹⁰⁷²

Um die tatsächliche „Aufschlusswürdigkeit des norddeutschen sedimentären Beckens“ auszuloten, bemühte sich Bentz um die Herausarbeitung großer regionaler Zusammenhänge, die durch Einzelbeobachtungen, Vergleiche, Profilbeschreibungen und Kartendarstellungen ergänzt wurden. Seine Inventur, über die er bereits 1927 erste Ergebnisse vorlegte, erstreckte sich auf die Frage der Entstehung des deutschen Erdöls, die Untersuchung neuer Aufschlüsse im Revier von Nienhagen-Hänigsen, tektonische Untersuchungen im Revier von Hannover sowie auf die „stratigraphische Zuordnung erdöhlöffiger Schichten“, die durch „sorgfältige paläontologische Bestimmungen an Bohrkernen ergänzt“ wurden.¹⁰⁷³ Durch diese Arbeiten und die von ihm gleichzeitig fortgeführte geologische Spezialkartierung im Emsland – wo er auch mit holländischen Geologen kooperierte – verschaffte er sich in kurzer Zeit nicht nur einen umfassenden Überblick über den Stand der deutschen Erdölgeologie, sondern auch neuartige Vorstellungen über tektonische und paläographische Zusammenhänge der erdöhlöffigen Formationen in Norddeutschland.¹⁰⁷⁴

Bodenforschung in Hannover, 21.11.1958, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 42878, Bl. 2–5, hier Bl. 2; Niedersächsischer Minister für die Entnazifizierung Hannover: Fragebogen für die politische Überprüfung von Alfred Bentz, 15.11.1950, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 42880, Bl. 3–4; Vorschlag des RWM zur Ernennung des Landesgeologen und Professors Dr. Bentz zum Direktor, ohne Datum (um 1940), BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unp.

1068 Vgl. Tätigkeitsberichte PGLA 1923 (S. CV), 1924 (S. V, XV) u. 1926 (S. XCVII). Vgl. auch Bentz, Beiträge (1926), S. 206–209; ders., Mesozoikum (1926), S. 381–500.

1069 Bericht über „die bedeutenden Leistungen von Alfred Bentz auf dem Gebiet der Bodenforschung, speziell seine Leistungen auf dem Gebiet der Erdölgeologie, wurzeln im Bereich des Landes Niedersachsen, ohne Datum, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 42881, unp.

1070 Alfred Bentz: Supplement to my questionnaire, 11.2.1946, NAL, FO 1039, Nr. 496, unp. (Ich danke Vivian Yurdakul für eine Kopie).

1071 Vgl. Arbeitsplan PGLA 1927 (1926), S. CXLII.

1072 Hierzu und im Folgenden Schultze, Nachruf Bentz (1965), S. 242 f.

1073 Ebd., S. 243.

1074 Vgl. Bericht „Die bedeutenden Leistungen von Alfred Bentz auf dem Gebiet der Bodenforschung, speziell seine Leistungen auf dem Gebiet der Erdölgeologie, wurzeln im

Gerade seine Arbeiten im Emsland förderten die Exploration auch außerhalb der damals im Vordergrund stehenden Salzstocklagerstätten.¹⁰⁷⁵ Denn die Kartierungen machten ihn auf die dortigen „großen Strukturen“ und ihre Erdölhoffigkeit aufmerksam, zeigten Bentz aber auch, wie schwer es angesichts der „reichlich monotonen jungen Deckgebirge“ dort war, den „Nachweis potentiell-ölführender Horizonte“ zu erbringen. Zu diesem Zweck stützte er sich mehr noch als Stoller auf die „großen methodischen Entdeckungen“ der ebenfalls noch jungen Geophysik, die im Haus der PGLA inzwischen durch ein eigenes Institut vertreten war.¹⁰⁷⁶

Bentz gehörte auch zur Gruppe jener Geologen (z.B. August Moos, Karl Krejci-Graf, Otto Barsch, Fritz Deubel, Wilfried von Seidlitz), die die bis dahin „gültige Theorie für die mesozoische Lagerung des Erdöls in Nordwestdeutschland“ kritisch hinterfragten.¹⁰⁷⁷ Neue Impulse erhielten diese unter den Geologen geführten kontroversen Diskussionen durch ein Grubenunglück im thüringischen Kalibergwerk Volkenroda im Juni 1930, bei dem unvermittelt große Mengen Erdöl austraten.¹⁰⁷⁸ Dieser Zufallsfund löste nicht nur hektische Aktivitäten seitens des thüringischen Staates und privater Erdölunternehmen aus – so bildete Volkenroda beispielsweise den Auslöser für den Einstieg der Burbach-Kaliwerke AG und der Wintershall AG ins Erdölgeschäft – auch unter Geologen sorgte der unvermutete Ölfluss in Thüringen für Aufregung.¹⁰⁷⁹ So gab es einige unter ihnen, die vor dem Hintergrund des Fundes eine überregional vergleichende Lagerstättentheorie forderten, da sie „den paläozoischen Ursprung des Öls von Thüringen auch für Nordwestdeutschland annahmen“. Diese neue, nicht von allen Geologen gleichermaßen geteilte Auffassung erweiterte die Aussichten auf weitere Ölfunde im Reich beträchtlich, was Sachverständige aus Wirtschaft, Staat und Militär hellhörig werden ließ.¹⁰⁸⁰ Das

Bereich des Landes Niedersachsen“, ohne Datum, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 42881, unsp.; Schott/Udluft, Arbeiten (1968), S. 98 f.

1075 Vgl. Seibold/Seibold, Alfred Bentz (2002), S. 1082.

1076 Schultze, Nachruf Bentz (1965), S. 243 f.

1077 Kockel, Ölpolitik (2005), S. 60 f.; ders., Geologie (2003), S. 258.

1078 Vgl. ebd.; Grieger/Karlsch/Köhler, Expansion (2020), S. 40; Kockel, Geologie (2003), S. 168–171.

1079 Vgl. Grieger/Karlsch/Köhler, Expansion (2020), S. 40–52. Das Thüringische Wirtschaftsministerium erließ nach dem Bekanntwerden des Ölfundes ein Notgesetz, welches das Eigentum an Erdöl und Bitumen unter Staatsvorbehalt stellte. Die Thüringische GLA wurde mit der Erstellung eines grundsätzlichen Gutachtens über die Erdölhoffigkeit Thüringens beauftragt. Vgl. Kockel, Geologie (2003), S. 169.

1080 Kockel, Ölpolitik (2005), S. 61. Daraus leitete sich die Frage ab, „ob es sich dabei um ein stratigraphisches Problem handelte, oder ob das Öl – und wenn ja, wie weit und warum – von einer noch unbekannten [Primär-]Quelle zu dem Ort [Sekundärquelle] wanderte“ an dem es gefunden wurde (Migrationstheorie). Kölbl-Ebert, Geologists (2018), S. 392. Demnach bildeten sich Erdöl- oder Erdgaslagerstätten, „indem Öl und Gas durch Migration in Spalten und Poren gegenüber Wasser“ aufstiegen und unter undurchlässigen Deckgebirgen in so genannten „Speichergesteinen“ festgehalten wurden. Wagenbreth, Geschichte (2015), S. 212. Zur damals sehr umstrittenen, weil nur auf theoretischen Annahmen beruhenden, Migrations- bzw. Einwanderungstheorie, die „in letzter Konsequenz (...) ungeahnte

Besondere des Erdölfundes von Volkenroda lag nämlich darin, dass er den Nachweis nutzbarer Mineralölvorkommen im „verhältnismäßig tiefen Horizont des Zechsteindolomits“ erbrachte, „während nach der bis dahin meist vertretenden wissenschaftlichen Auffassung der Ursprung des deutschen Erdöls in wesentlich jüngeren Horizonten vermutet und mit dem Auftreten von Erdöl in älteren Schichten demnach nicht gerechnet worden war“.¹⁰⁸¹ Wie Bentz Ende 1930 betonte, kam dem Vorkommen „insofern prinzipielle Bedeutung“ zu, „als zum erstenmal in Deutschland unter dem Zechsteinsalz größere wirtschaftlich ausnutzbare Ölmengen entdeckt wurden“. Folglich seien „damit große bisher als steril angesehene Gebiete Mitteldeutschlands als ölhöfzig zu betrachten“. Allerdings, so Bentz weiter, werde die Aufschließung dieses tiefen Ölhorizonts „praktisch große Schwierigkeiten“ bereiten, „da die Gesetzmäßigkeiten des neuen Lagerstättentyps noch ganz unbekannt“ seien.¹⁰⁸²

Als der 33jährige Bentz nach der Pensionierung Stollers 1929 die Leitung des noch kleinen Erdölreferats übernahm, verstand er es, die von seinem Vorgänger mit der Erdölindustrie aufgebauten einvernehmlichen Beziehungen fortzuführen und sie ebenfalls von der Wichtigkeit wissenschaftlicher geologischer Methoden und geophysikalischer Verfahren für die Erforschung des tieferen Untergrundes zu überzeugen. Zudem regte er, ausgehend vom Revier in Hannover, eine intensive systematische Durchforschung der deutschen Erdölprovinzen im Rahmen eines Bohrprogramms an.¹⁰⁸³ Da sich nach Ansicht der PGLA „eine häufigere Kontrolle“ empfahl, stellte Krusch seinen Erdölgeologen anheim, die hannoverschen Ölgebiete im Winter alle vier und im Sommer alle sechs Wochen zu besuchen.¹⁰⁸⁴ In dieser Zeit begann die PGLA auch mit

Erdölschätze vermuten“ ließ, was sie für Vertreter von Politik, Militär und Wirtschaft attraktiv machte und entgegengesetzte Meinungen in gewisser Weise an die Wand drückte, vgl. Kockel, *Geologie* (2003), S. 183–204, 238–251, hier S. 242. „Hier ergab sich der wissenschaftsgeschichtlich interessante Befund, dass über ‚richtig‘ und ‚falsch‘ einer naturwissenschaftlichen Theorie nicht ihre Plausibilität entschied, auch nicht die nationale oder internationale Mehrheit der scientific community, sondern einzig und allein der ökonomische Sog, den eine nationale Industrie in einem bestimmten Zeitraum verspürte.“ Ebd., S. 258.

1081 Redepenning, *Lage* (1932), S. B227.

1082 4. Vierteljahresbericht von Alfred Bentz über die Entwicklung des Erdölbergbaus 1930, 28.12.1930, BGR-Archiv Hannover, Nr. 73861, unpag. Vgl. auch Vermerk der PGLA über einen Vortrag von Bentz am 15.12.1931: Wo und wie in Deutschland das Erdöl aufgefunden wird, 1931, BGR-Archiv Hannover, Nr. 87996, unpag. An anderer Stelle stellte Bentz fest, dass „nach den Funden in Thüringen nunmehr auch der tiefere Zechstein in Hannover als erdöhlöfzig zu bezeichnen“ sei. Bentz (1932), S. 383.

1083 Bericht „Die bedeutenden Leistungen von Alfred Bentz auf dem Gebiet der Bodenforschung, speziell seine Leistungen auf dem Gebiet der Erdölgeologie, wurzeln im Bereich des Landes Niedersachsen“, ohne Datum, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 42881, unpag.; Vorschlag auf Verleihung des großen Verdienstkreuzes an den Präsidenten des Amtes für Bodenforschung in Hannover Professor Dr. A. Bentz, ohne Datum (1962), BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 42881, unpag.; Martini, Hans Joachim: Ansprache zur Trauerfeier für Herrn Präsidenten a.D. Prof. Dr. Dr. hc. Alfred Bentz am 10.7.1964 (S. 1–13, hier S. 7), BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 42881, unpag.

1084 Vgl. Krusch (PGLA) an Pr. MHG betr. Entwicklung des Erdölreviers Oberg, 31.1.1929, BGR-Archiv Hannover, Nr. 108153, unpag.

einer geologischen und wirtschaftlichen Berichterstattung an das Preußische Ministerium für Handel und Gewerbe.¹⁰⁸⁵ Da die damit im Zusammenhang stehenden Arbeiten gleich „mehrere wissenschaftliche Arbeitskräfte in außergewöhnlich starkem Ausmaß in Anspruch“ nahmen¹⁰⁸⁶, wurde das Personal des Erdölreferats sukzessive aufgestockt, so etwa um Mikropaläontologen, die für die Bearbeitung der Bohrproben verantwortlich waren und somit zur Klärung der Stratigraphie der von den Bohrungen durchstoßenen Gesteinschichten beitrugen.¹⁰⁸⁷ Ausgehend von der PGLA und den Laboratorien der Erdölfirmer sollte sich die Mikropaläontologie in ihrer angewandten Form in Deutschland „allen theoretischen Erwägungen entgegen“ durchsetzen.¹⁰⁸⁸ Schon seit 1927 verfügte das Erdölreferat über einen eigenen Stab von Arbeitern, die für die Bedienung des hauseigenen Tiefbohrapparates verantwortlich waren und bei den geophysikalischen Untersuchungen als Instrumententräger im Gelände zum Einsatz kamen.¹⁰⁸⁹

Die von Bentz erstellten vierteljährlichen Berichte über die Entwicklung des deutschen Erdölbergbaues deuten an, dass es in den vier ‚alten‘ Revieren Nienhagen, Wietze, Oberg und Edisse-Ölheim bis Anfang der 1930er Jahre zu tausenden von Bohrungen gekommen war. Allein im Revier von Wietze waren bis 1929 1.911 Bohrungen niedergebracht worden, wovon 1.500 fündig waren und 600 noch immer produzierten.¹⁰⁹⁰

Selbst im vergleichsweise jungen Revier Oberg verzeichnete man Anfang 1929 schon etwa 100 Bohrungen, was angesichts der damit jeweils verbundenen exorbitanten Kosten beachtlich war und die Bedeutung unterstreicht, die man der Versorgung aus heimischen Quellen damals beimaß.¹⁰⁹¹

1085 Vgl. Kockel, *Geologie* (2003), S. 200. Die von Bentz zusammengestellten vertraulichen Vierteljahresberichte, informierten Bergbehörde und Ministerium über die laufenden Bohrungen in den Revieren und neue Aufschlussbohrungen der einzelnen Gesellschaften. Die Vierteljahresberichte 1930–1933 finden sich in BGR-Archiv Hannover, Nr. 73861, unpubl.

1086 Arbeitsplan PGLA für 1931 (1930), S. XLIV.

1087 Vgl. Kockel, *Ölpolitik* (2005), S. 58. Für die „paläontologische Durcharbeitung“ der Bohrproben in der PGLA war zunächst Bernhard Beschoren verantwortlich. Vgl. Arbeitsplan PGLA für 1929 (1929), S. LXIII; Arbeitsplan PGLA für 1932 (1932), S. 581. Zu Beschoren siehe Anhang Biographien. Zur Mikropaläontologie als „Teildisziplin und Hilfswissenschaft der Paläontologie bzw. der Erdölgeologie“ vgl. Rooff, *Erdölförderung* (2016), S. 230–234; ders., Altreich (2018), S. 227 f.

1088 Hiltermann, *Mikropaläontologie* (1948), S. 203.

1089 Vgl. Haushalt der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für das Rechnungsjahr 1928 (Anlagen Nr. 7), in: Haushaltsplan des Preussischen Staates für das Rechnungsjahr 1928, Bd. I, Berlin 1928, S. 4.

1090 Allerdings war die durchschnittliche Tagesproduktion dieser 600 Bohrungen mit 120 Litern sehr gering. Vermerk der PGLA „Einige Zahlen aus dem Erdölrevier Wietze-Steinförde“, 7.5.1930, BGR-Archiv Hannover, Nr. 88394, unpubl.

1091 Vgl. Krusch (PGLA) an Pr. MHG betr. Entwicklung des Erdölreviers Oberg, 31.1.1929, BGR-Archiv Hannover, Nr. 108153, unpubl. Schon 1910 hatte Beyschlag hervorgehoben, dass die Herstellung eines Bohrschachtes „einen Kostenaufwand von etwa 200–250.000 Mark und eine Dauer von 2–3 Jahren“ erforderte. Denkschrift Beyschlags (PGLA) betr. Motorentreiböl für die deutsche Marine, 13.9.1910, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 283, unpubl. Der Hinweis, dass Erdölbohrungen mittlerer Tiefe (600 m) um 1932 etwa 150.000 RM



Abb. 20: Erdölfeld Hänigsen-Nienhagen, um 1932.¹⁰⁹²

In dieser Zeit wurde in Deutschland auch die allmähliche Umstellung vom klassischen Seilschlagbohrverfahren zum Rotaryverfahren vollzogen, ebenso ging man auch vom Antrieb der Bohranlagen mit Dampfmaschinen ab und setzte auf den Einsatz von Diesellaggregaten.¹⁰⁹³ Darüber hinaus profitierte die Erdölbranche

und Bohrungen bis zu 1.000 m Tiefe 200.000 bis 300.000 RM kosteten, findet sich bei Redepennig, Lage (1932), S. B230; Stier, Bergbaukonzern (2005), S. 143. Zum wirtschaftspolitischen Interesse des Reiches und des preußischen Staates, das in die deutsche Erdölwirtschaft vordringende Auslandskapital aufzuhalten und „eine eigene, heimische“ Mineralölwirtschaft aufzubauen“, was wiederum den Einstieg des Staatskonzerns Preussag ins Erdölgeschäft begünstigte, siehe ebd., S. 142; Kockel, Geologie (2003), S. 173–178. Schon im Sommer 1927 hatte sich der preußische Wirtschaftsminister an die PGLA gewandt und gefragt, ob die Gefahr bestehe, dass sich „fremdes Kapital in den deutschen Erdölbergbau“ eindringe und in wie weit „die Preussag mit erdölhöffigen Gelände versorgt“ sei. Stoller bemerkte hierzu, dass sich hin und wieder amerikanische Geologen in Deutschland betätigen würden, eine „Überfremdung“ des deutschen Erdölbergbaus aber nicht zu befürchten sei, dafür seien die deutschen Vorkommen zu unbedeutend. Vermerk Stollers über eine Besprechung zwischen ihm, Krusch und Oberbergat Otto Klewitz über den Pr. MHG interessierende Fragen, 11.7.1927, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 306, unp. Der preußische Staat sicherte die Preussag nicht nur durch „Ausfallbürgschaften und Bohrdarlehen“ ab, sondern sorgte auch für die Einführung eines Staatsvorbehalts auf Erdöl. Grieger/Karlsch/Köhler, Expansion (2020), S. 42; Kockel, Ölpolitik (2005), S. 57; ders., Geologie (2003), S. 137–139; Platte, Geologen (1933), S. 20.

1092 Aus: Fotoalbum Alfred Bentz: Erdöltagung der DGG 1932 in Hannover, deutsche Erdölaufschlussstätigkeit in den dreißiger Jahren, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130798, unp.

1093 Vgl. Das Bergwesen Preußens im Jahre 1933 (1934), S. 247. Zum Seilschlagbohr- und zum Rotarybohrverfahren vgl. Buja, Bohrtechnik (2003), S. 659–661; Alliquander, Bedeutung (1983), S. 139–154.

von der Einführung spezieller Bohrlochmessungen mittels Bohrsonden, durch die „Eigenschaften und Schichtgrenzen von Gesteinen“ ermittelt werden konnten. In dieser Frage taten sich besonders die aus dem Elsass stammenden Brüder Conrad und Marcel Schlumberger hervor, „die 1927 die erste kontinuierliche, elektrische Bohrlochsondierung mit Messungen der elektrischen Leitfähigkeit durchführten“. Dieses Verfahren gab den Bohrfirmen Anhaltspunkte für das Vorhandensein von Ölvorkommen, denn fiel „an einer bestimmten Stelle im Bohrloch der Widerstand stark ab, so ließ dies auf die Nähe von Salzwasser schließen, in dessen Nachbarschaft sich häufig Erdöl befindet“.¹⁰⁹⁴

Tab. 18: Erdölförderung in Preußen (Reviere Wietze, Nienhagen-Hänigsen, Edisse-Oberg) in t 1927–1932.¹⁰⁹⁵

Erdölbezirk	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Wietze-Steinförde	46.866	46.106	48.226	61.077	57.662	52.367
Nienhagen-Hänigsen	45.150	39.183	44.413	83.679	72.364	109.915
Edisse-Oberg	4.867	6.714	11.159	24.743	47.091	51.600
Zusammen	96.883	92.003	103.798	169.499	177.117	213.882

Als Bentz 1923 in die PGLA eingetreten war, wurden in der Provinz Hannover 50.770 t Öl gefördert, 1930 waren es 170.000 t und 1932 bereits 214.000 t.¹⁰⁹⁶ Die Aufschlussbohrungen erstreckten sich Anfang der 1930er Jahre nun neben den ‚alten‘ Ölfeldern um Hannover auch auf Oldenburg, Schleswig-Holstein, die Altmark, Pommern, Braunschweig, Brandenburg, Sachsen und Thüringen.¹⁰⁹⁷ Eine genaue Beurteilung der verfügbaren Erdölressourcen Deutschlands war aber nach wie vor unmöglich, so dass man weiterhin auf Vermutungen angewiesen war. Zwar ließen die Ergebnisse der vorhandenen ‚alten‘ Aufschlüsse gewisse Rückschlüsse auf die Leistungsfähigkeit der Vorkommen zu, sie reichten aber keineswegs aus, um die möglichen noch zu erwartenden Erdölausebeuten in den einzelnen Revieren mengenmäßig zu bestimmen.¹⁰⁹⁸

Immerhin hatte sich – nicht zuletzt auf Grund der Initiative der Staatsgeologen – inzwischen auch in Deutschland die Erkenntnis durchgesetzt, dass „nur auf rein wissenschaftlichem Wege die Grundlagen gewonnen werden“ konnten, die zum Verständnis der Entstehung der Erdöllagerstätten notwendig waren.¹⁰⁹⁹ Gleichzeitig sorgten Geologen wie Stoller und Bentz dafür, dass die „rein

1094 Braun, Konstruktion (1997), S. 28 f.

1095 Für 1927–1931 siehe Redepennig, Lage (1932), S. B234. Für 1932 vgl. Das Bergwesen Preußens im Jahre 1933 (1934), S. 246.

1096 Bericht „Die bedeutenden Leistungen von Alfred Bentz auf dem Gebiet der Bodenforschung, speziell seine Leistungen auf dem Gebiet der Erdölgeologie, wurzeln im Bereich des Landes Niedersachsen“, ohne Datum, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 42881, unp.

1097 Vgl. Vierteljahresberichte von Alfred Bentz über die Entwicklung des Erdölbergbaues, 1930–1933, BGR-Archiv Hannover, Nr. 73861, unp.

1098 Vgl. Redepennig, Lage (1932), S. B234.

1099 Dies zeigte auch eine von Bentz 1932 organisierte Erdöltagung der DDG, die den anwesenden

wissenschaftliche Durchdringung des Problems nicht hinter den Tagesfragen der Praxis“ zurücktrat. Wie Bentz festhielt, beschränkte sich die Aufgabe der PGLA auf dem Gebiet der Erdölgeologie „daher nicht auf eine bloße Hilfsstellung zur Erreichung des praktischen Zieles“, sondern sie machte sich zur Aufgabe, „eine Vermittlerrolle zu spielen und die Ergebnisse und Methoden der Erdölgeologie wissenschaftlich zu durchdringen und weiterzugeben, um damit andere Zweige der Geologie und der Naturwissenschaften zu befruchten“.¹¹⁰⁰

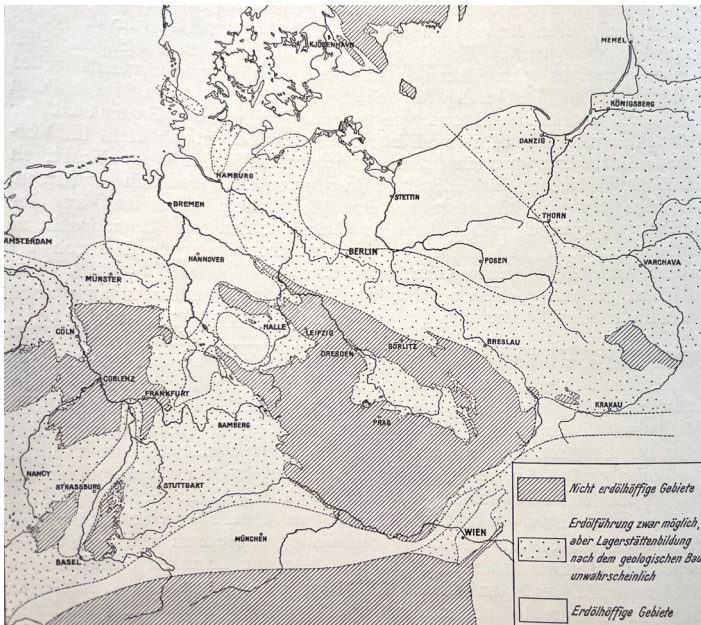


Abb. 21: Die Erdölhoffigkeit Deutschlands nach Alfred Bentz (1932).¹¹⁰¹

Vertretern aus Wissenschaft, Staat, Wirtschaft und Militär das Potential der Geophysik und der Migrationstheorie für die Prospektion vor Augen führen sollte. Der Bericht von Bentz über die Erdölhoffigkeit Deutschlands verbreitete gebremsten Optimismus. Vgl. Bentz, Voraussetzungen (1932), S. 384–387. Titus Kockel hält in diesem Zusammenhang fest, dass es den Erdölgeologen um Bentz mit dieser Theorie und den daraus abzuleitenden Aussichten einer „praktischen wirtschaftspolitischen Anwendung“ gelungen war, „das Deutsche Reich in einen zwar kleinen, aber dennoch hoffnungsvollen Erdölproduzenten zu verwandeln“. Kockel, Ölpolitik (2005), S. 300. Vgl. auch Kölbl-Ebert, Geologists (2018), S. 393. Zur Erdöltagung von 1932, die angeblich „keine wissenschaftliche Fachtagung, sondern eine Optimismus verstrahlende Leistungsschau der deutschen Erdölindustrie und der mit ihr eng kooperierenden geologischen Dienste“ gewesen sei, vgl. ausführlich Kockel, Geologie (2003), S. 232–251, hier S. 244. Dort auch auf S. 245 der Hinweis auf das „militärisch-ministerielle Publikum“.

1100 Alfred Bentz: Ergebnisse der erdölgeologischen Erforschung Nordwestdeutschlands 1932–1947, ein Überblick, 7.9.1947, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86676, unp.

1101 Aus: Bentz, Voraussetzungen (1932), S. 384.

Da in Deutschland an verschiedenen Orten immer wieder Spuren von Öl im Boden zu finden seien, erschien Bentz eine planmäßige und systematische Erforschung des deutschen Bodens „dringend notwendig“, wobei neben neuen geologischen Erkenntnissen vor allem auch die modernen Hilfsmittel der Geophysik herangezogen werden sollten. Die bisher erzielten Erfolge der Bohrtätigkeit seien immerhin „so beträchtlich“, dass man sich „allen Ernstes“ die Frage stellen müsse, ob sich die deutsche Erdölförderung nicht „ganz wesentlich steigern“ lasse.¹¹⁰²

3.3.2 Geophysik

Die Anwendung geophysikalischer Verfahren zur Erforschung der Verhältnisse in der Erdkruste hatte in der Geologie vor dem Ersten Weltkrieg noch keine wesentliche Rolle gespielt.¹¹⁰³ Erst durch die während des Stellungs- und Minierkrieges zum Einsatz gelangten Verfahren zur Aufnahme akustischer Daten, etwa bei der Verwendung unterirdischer Abhörvorrichtungen (Grabungsechos) oder bei der Messung von Erschütterungswellen (Artillerieortung, Schallmessung), wiesen den Geologen den Weg zur „seismischen Exploration“, denn es zeigte sich, dass diese neuen Methoden auch ein ausgezeichnetes Mittel darstellten, um den „verhüllten Untergrund zu erkennen“.¹¹⁰⁴

In der Regel machten sich die geophysikalischen Untersuchungen „die Fernwirkungen der physikalischen Eigenschaften der Gesteine“ (z.B. Dichte, Elastizität, Magnetismus, elektrische Leitfähigkeit, Radioaktivität) zu nutze.¹¹⁰⁵ Geräte, die diese unmittelbaren Fernwirkungen aufzeichneten, waren beispielsweise Pendel und Drehwaagen, aber auch spezifische Variometer und Galvanometer zur Messung radioaktiver Strahlungen. Zu den für geologische Belange wichtigsten Geräten zählten zunächst Pendelapparate und Drehwaagen, die zur Messung der Schwerkraft von Gesteinen verwendet wurden. Da die Pendel infolge ihrer geringen Feinfühligkeit aber nur grobe Daten zuließen, erwies sich die viel empfindlichere Dreh- bzw. Torsionswaage des ungarischen Physikers Loránd Eötvös für die Geologie als wertvolles Hilfsmittel zur Feststellung von Lagerstätten, die schwerer oder leichter als ihr Nebengestein waren, denn die damit durchgeführten Untersuchungen gaben Aufschluss

1102 Bentz, A[lfred]: Das Erdöl in Deutschland und die Frage seiner Aufsuchung, in: Petroleum XXIX (1933), Nr. 50 vom 20.12.1933 (Sonderdruck), S. 3–7, hier S. 3, BGR-Archiv Hannover, Nr. 1953 K 940. Vgl. auch Bentz, Voraussetzungen (1932), S. 387.

1103 Vgl. Reich, Arbeiten (1968), S. 81.

1104 MacLeod, Kriegsgeologen (1995), S. 441; Kockel, Geologie (2003), S. 37, 262; Beyenburg, Herkunft (1932), S. 548. Zum Schallmessverfahren zur Ortung gegnerischer Geschütze vgl. Kann, Karten (2020), S. 126 f. Allgemeiner Dohr/Dürschner/Edelmann, Exploration (1989), S. 153–172.

1105 Dazu und im Folgenden Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (14. Tagung), 30.9.1922, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpubl.; Jakob Stoller (PGLA) an Karl Busemann, 16.1.1923, BGR-Archiv Hannover, Nr. 95682, unpubl. Allgemein Hameister, Übersichtstabelle (1935), S. 26–29.

über Massenstörungen unter der Erdoberfläche, die anschließend in Karten dargestellt werden konnten.¹¹⁰⁶

Der sich daraus ergebende praktische Nutzen wurde auch in der PGLA erkannt, deren Geologen Ernst Benno Kühn und Otto Barsch schon 1919 „Schweremessungen mit der Eötvös'schen Drehwaage in den hannoverschen Salzgebieten“ durchführten.¹¹⁰⁷ Im Gegensatz zu den gravimetrischen Schweremessungen steckte die magnetische Untersuchungsmethode am Anfang der 1920er Jahre noch „in den Kinderschuhen“. Dies hing vor allem damit zusammen, dass die Frage nach den Beziehungen zwischen dem Erdmagnetismus und der Zusammensetzung der Erdkruste noch weitgehend ungeklärt war. Immerhin war man aber schon in der Lage nachzuweisen, dass die Störung des magnetischen Erdfeldes durch basische Eruptivgesteine – vor allem durch Eisenerzlager – bedingt war, weswegen zu deren Aufsuchung magnetische Messungen durchgeführt wurden. Auf dem Gebiet der Magnetometrie tat sich vor allem das Magnetische Observatorium des Preußischen Meteorologischen Instituts in Potsdam hervor, dessen Leiter Adolf Schmidt ein Lokalvariometer entwickelt hatte, an dem auch die PGLA-Geologen Gagel, Barsch und Reich eingearbeitet wurden.¹¹⁰⁸ Daneben galt der an der Universität Rostock tätige Geologe Friedrich Schuh, von 1925 bis 1929 Leiter der Mecklenburgischen Geologischen Landesanstalt, als einer der deutschen Pioniere auf diesem Gebiet.¹¹⁰⁹ In die Gruppe der Verfahren, die sich die Fernwirkung von Gesteinen

1106 „Aus den Messungen gewinnt man die Gradienten der Schwerkraft und damit die Richtung und Größe der stärksten Schwerkraftänderungen. In die Karte als Pfeile eingezeichnet, deren Länge auf die Größe der Schwerkraft, und deren Richtung auf den Ort der Schwerestörung hinweist, erhält man das Bild der Störungsmasse“. Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (14. Tagung), 30.9.1922, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag. Mit Hilfe der Torsions- oder Drehwaage wurde die Anziehungskraft der Erdoberfläche gemessen. Dabei machten sich die Geologen den Umstand zu nutze, „dass sich die unterschiedlichen Gesteinsschichten in ihrer Gravitationskraft unterscheiden“. Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 175. Zur Funktionsweise der Drehwaage vgl. Schweydar, Bedeutung (1918), S. 157–162; Meisser, Geophysik (1943), S. 83–103.

1107 Arbeitsplan PGLA für 1919 (1920), S. CXXIV und für 1920 (1921), S. CXCI. Aus dem Tätigkeitsbericht der PGLA für 1919 geht hervor, dass Kühn und Barsch „Untersuchungen mit der Drehwaage in Holstein“ beiwohnten, die von Wilhelm Schweydar vom Preußischen Geodätischen Institut in Potsdam durchgeführt wurden. Bericht PGLA 1919 (1920), S. CLXIX. Vgl. auch Reich, Arbeiten (1968), S. 81f. Closs ließ es sich in seinem Nachruf auf Barsch nicht nehmen darauf hinzuweisen, dass letzterer schon mit der Drehwaage arbeitete, als sich der bekannte amerikanische Geophysiker Donald C. Barton 1922 in Budapest noch mit ihrer Handhabung vertraut machte. Vgl. Closs, Nachruf Barsch (1952), S. XXXI; Kepner, Ludger Mintrop (2012), S. 83. Wie Stoller 1923 feststellte, hätte seine Behörde in den letzten zwei Jahren mit der Drehwaage gearbeitet, um ihre Brauchbarkeit zu überprüfen. Darüber hinaus würden inzwischen auch einzelne Bergbaufirmen mit der Waage arbeiten. Jakob Stoller (PGLA) an Karl Busemann, 16.1.1923, BGR-Archiv Hannover, Nr. 95682, unpag.

1108 Vgl. Reich, Arbeiten S. 82f.; Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (14. Tagung), 30.9.1922, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag.

1109 Vgl. ebd.; Jakob Stoller (PGLA) an Karl Busemann, 16.1.1923, BGR-Archiv Hannover,

zunutze machten, gehörten schließlich auch radioaktive Messungen mittels Elektrometern, die bis dahin nur von der 1920 in Göttingen gegründeten Erda AG, Gesellschaft zur physikalischen Erderforschung, unter der Leitung der Wissenschaftler Richard Ambronn und Carl Mainka durchgeführt wurden.¹¹¹⁰

Wichtiger als die auf magnetischen oder radioaktiven Fernwirkungen basierenden Verfahren waren jene Eigenschaften der Gesteine, die „zugeleitete Energieströme (elektrische Ströme und Wellen, Schall- und Erschütterungswellen) meßbar“ beeinflussten.¹¹¹¹ Hierbei machte sich „also nur die spezielle Einwirkung des einzelnen Gesteins auf die Fortpflanzung der betreffenden Energieströme bemerkbar“. In diese Gruppe gehörten Eigenschaften wie die elektrische Leitfähigkeit und die Elastizität. Es galt schon damals als „altbekannte Tatsache“, dass die elektrische Leitfähigkeit der Gesteine von ihrer Zusammensetzung und „Durchfeuchtung“ bestimmt war und demzufolge „auch die Verteilung des elektrischen Stroms im Erdinnern vom Bau des Untergrundes“ abhing. Dieses Verfahren wurde beispielsweise von Firmen wie der Erda AG oder der in Wien ansässigen Gesellschaft für Bodenforschung praktiziert. Dabei wurde durch zwei Elektroden Wechselstrom durch die Erde geleitet. Die dadurch entstehenden Erdströme zeigten im gleichmäßigen Feld keine Verzerrungen an. Lag dagegen eine schwach leitende Masse (z.B. Salz) vor, so krümmten sich die Stromlinien und umflossen diesen „Nichtleiter“. Dagegen drängten sie sich bei gut leitenden Einlagerungen darin zusammen. Allerdings war die Beobachtung dieser Stromlinien sehr umständlich und der Erfolg der elektrischen Methode nur unter günstigsten Voraussetzungen gewährleistet. So ergaben Versuche mit Erzen, dass nur wenige von ihnen (z.B. Eisenerz, Bleiglanz, Schwefel- und Kupferkies) auf diese Methode ansprachen. Die meisten Erze standen in Bezug auf elektrische Leitfähigkeit dagegen dem Nichterzen näher als den Metallen.

Für Kaliwerke konnten statt elektrischer Ströme elektrische Wellen bedeutsamer werden, denn für letztere waren alle Nichtleiter des Stroms Leiter und alle Leiter Nichtleiter. Die Erda AG beispielsweise nutze diese Eigenschaften der Wellen, um in Kaliwerken festzustellen, ob das Gebirge zwischen zwei Orten trocken oder durch eine wasserführende Schicht getrennt war. Im ersten Fall gingen die Wellen durch das Gebirge hindurch, im zweiten Fall wurden sie zurückgeworfen. Eine genaue Auswertung der reflektierten Wellen machte es

Nr. 95682, unpubl. Schuh hatte 1920 mit einer Arbeit über „Magnetische Messungen im südwestlichen Mecklenburg als Methode geologischer Forschung“ an der Universität Rostock habilitiert. Zu Biographie von Schuh, NSDAP-Mitglied seit 1932, siehe Glasow, Schuh, Friedrich (2012).

1110 Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (14. Tagung), 30.9.1922, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpubl.; Kepper, Ludger Mintrop (2012), S. 93. Vgl. auch Schuh, Isanomalienkarte (1932), S. 449.

1111 Hierzu und im Folgenden Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (14. Tagung), 30.9.1922, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpubl.

sogar möglich, die ungefähre Entfernung der wasserführenden Schicht vom Sender zu ermitteln. Allerdings bedurfte die Methode nach Ansicht der PGLA noch eingehender Untersuchungen, die sich etwa mit den die Wellen nicht mehr durchlassenden Feuchtigkeitsgehalten der einzelnen Gesteine zu befassen hatten. Denn sollte sich dabei etwa erweisen, dass bereits leicht feuchter Anhydrit oder Salzton die Wellen reflektierte, hätte sich die Anwendbarkeit dieses Verfahrens selbst in Kalizechen auf ein Minimum reduziert.¹¹¹²

Die neben den gravimetrischen Schweremessungen mittels Drehwaage damals vielversprechendste Methode der noch jungen Geophysik stellte die Verwendung von Erschütterungswellen (‚elastische Wellen‘) dar.¹¹¹³ Die so genannte refraktionsseismische Methode ging maßgeblich auf Ludger Mintrop zurück, der bei Emil Wiechert – dem „Altmeister der Erdbebenforschung“ – in Göttingen promoviert und sein „Verfahren zur Ermittlung des Aufbaus von Gebirgsschichten“ 1917 zum Patent angemeldet hatte.¹¹¹⁴ Im Jahr 1921 gründete die an dem Verfahren interessierten Unternehmen Deutsch-Lux, Phoenix, Hoesch, Rheinstahl und die Gelsenkirchener Bergwerks AG unter Beteiligung Mintrops die Seismos GmbH in Hannover, die in den folgenden Jahren zahlreiche Messkampagnen im In- und Ausland durchführte. Vor allem ihr spektakulärer Erdölfund 1924 am Orchard Salzdom im texanischen Fort Bent County sollte der angewandten Seismik als Hilfsmittel zur Aufspürung von Lagerstätten und nicht zuletzt der Firma Seismos maßgeblich zum Durchbruch verhelfen.¹¹¹⁵

1112 Ebd.

1113 1923 stelle sich der PGLA-Geologe Georg Hermann Reich die Frage, was sich der Geologe aus einem Seismogramm nutzbar machen könne. Vgl. Reich, Versuch (1923), S. 698. In den Sitzungen der wissenschaftlichen Beamten der PGLA hielt Reich 1921 einen Vortrag „über die Bedeutung der Seismometrie für die Lagerstättenkunde und wissenschaftliche Geologie“, während sein Berliner Kollege Kühn, über „physikalische Methoden zur Auffindung und Abgrenzung unterirdischer Lagerstätten“ referierte. Im gleichen Jahr setzte auch der Leiter der Erda AG, Richard Ambronn, die Geologen der PGLA über die „Anwendung physikalischer Methoden auf dem Gebiet der Geologie“ ins Bild. Tätigkeitsbericht PGLA 1921 (1932), S. XL.

1114 Vgl. Closs, Reichsaufnahme (1974), S. 117.

1115 Vgl. maßgeblich Keppner, Ludger Mintrop (2012), S. 35, 38 et passim; Trappe, Geophysik (1981), S. 434 f.; Derix, Die Thyssens (2016), S. 183 f.; Clauser, Grundlagen (2018), S. 7 f.; Rüter, Geschichte (1997), S. 100. Zwar führte Mintrop auch reflexionsseismische Versuche durch, die aber zunächst ohne Erfolg blieben. Hier waren vor allem amerikanische Geophysiker wegweisend, die das Verfahren seit Anfang der 1920er maßgeblich voranbrachten. Dabei wurden durch künstliche Erschütterungen ausgelöste seismische Wellen durch im Untergrund befindliche Grenzflächen wie bei einem Echolot reflektiert und gebrochen. Die zur Erdoberfläche zurückkehrenden Refleximpulse (Wellen), wurden von Seismographen aufgezeichnet und gaben so Aufschluss darüber, in welcher Tiefe die die Reflexion auslösenden Schichtgrenzen lagen. Während die Refraktionsseismik Mintrops in Deutschland zunächst die einzige praktisch verwendete seismische Methode blieb, wurde die Reflexionsseismik ab Mitte der 1920er Jahre vor allem in den USA zum vorherrschenden Verfahren. In Deutschland gewann das Verfahren erst an Bedeutung, als sich Friedrich Trappe und Waldemar Zettel Anfang der 1930er Jahre in Mintrops Firma Seismos der Entwicklung reflexionsseismischer Geräte zuwandten. Vgl. Köhler, Anfänge

Der von Mintrop konstruierte Feld-Seismograph nutzte zum Beispiel durch Sprengungen künstlich erzeugte Erschütterungswellen, wobei er sich den Umstand zu nutze machte, dass die Ausbreitung der Wellen in der Erdrinde und entlang der Oberfläche durch die jeweiligen elastischen Eigenschaften der Gesteine bedingt war. Die Fortpflanzungsgeschwindigkeiten schwankten je nach dem Material zwischen wenigen hundert Metern (lockere Böden) bis zu vielen tausend Metern (hartes Gestein). War der Untergrund homogen, pflanzten sich die Wellen überall mit gleicher Geschwindigkeit fort. Stießen die Wellen aber auf festere Formationen, liefen sie in den lockeren Gesteinsschichten viel langsamer weiter (direkte Wellen), als die Wellen, die auf festere Gebirgsschichten stießen (indirekte Wellen). Da letztere demnach schneller beim Empfänger ankam, als die direkten Wellen, konnte der Geologe aus der Änderung der Geschwindigkeit – der auch durch Knicke in den Laufzeitkurven angezeigt wurde – Rückschlüsse auf den Wechsel und die Lagerungsverhältnisse (z.B. Teufe) der Gesteine ziehen.¹¹¹⁶

Wie Stoller 1923 bemerkte, war das „Seismosverfahren“ das bis dahin am besten erprobte. Es arbeitete schnell und war auch nicht so teuer, wie die Untersuchungen mit der Drehwaage, die zwar sehr langsam, aber zuverlässig arbeitete. Auch habe die Seismos „gute Erfolge beim Festlegen von Erzlagern“ sowie Teilerfolge beim Abgrenzen von Salzlagern vorzuweisen.¹¹¹⁷ Gerade Salz wies „eine extrem hohe Schallgeschwindigkeit“ auf, was das Refraktionsverfahren vor allem für die Erdölgeologie interessant machte, zumal bekannt war, dass beispielsweise die um Hannover konzentrierten Öl- und Gasvorkommen an Salzstöcke gebunden waren.¹¹¹⁸ Wie Fachvertreter die „ans Wunderbare“ grenzenden Möglichkeiten der Seismik einschätzten, geht aus folgenden Worten hervor: „Die Seismik hat für uns Menschen den Erdkörper gewissermaßen ‚durchsichtig‘ gemacht, hat also in bezug auf die Erde dasselbe geleistet wie die Röntgentechnik in bezug auf den menschlichen Körper.“¹¹¹⁹

(1974), S. 99. Wie Hermann Reich festhielt, beteiligte sich die PGLA nicht an der Entwicklung von Reflexions-Geräten, sondern stützte sich bei dem Verfahren u.a. auf die Seismos GmbH. Vgl. Reich, Arbeiten (1968), S. 85.

1116 Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (14. Tagung), 30.9.1922, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag. Gemessen wurde die Laufzeit zwischen der Sprengung (Schussmoment) und der Ankunft der Wellen an den in einer Reihe aufgebauten Seismographen, die in Form eines Weg-Zeit-Diagramms visualisiert wurden. Der Unterschied zwischen der direkten (langsamen) und der indirekten (schnellen) Welle (heute „Mintrop-Welle“ genannt) wurde durch zwei unterschiedliche Laufzeitkurven angezeigt. Vgl. Keppner, Ludger Mintrop (2012), S. 36 f.

1117 Jakob Stoller (PGLA) an Karl Busemann, 16.1.1923, BGR-Archiv Hannover, Nr. 95682, unpag.

1118 Keppner, Ludger Mintrop (2012), S. 39. (hier S. 39 f. auch anschauliche Darstellung des Verfahrens).

1119 Gemeinschaftsarbeiten (1926), S. 266.

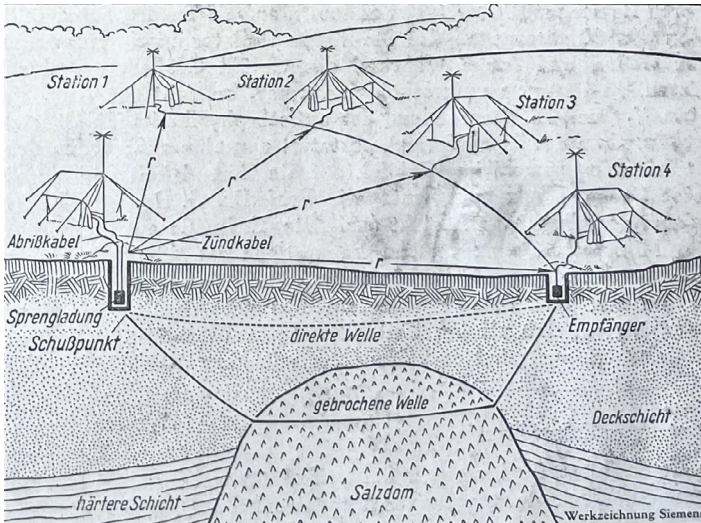


Abb. 22: Refraktionsmethode. „Wo ein ‚Salzdom‘ unter der Erde ist findet man oft auch Erdöl. Um die Salzdomen aufzusuchen, wendet man ein ‚Abhörverfahren‘ an, für das besonders meßempfindliche Geräte entwickelt wurden. Es beruht darauf, dass der Salzdom die von einer kleinen Sprengladung ausgehenden Schallwellen schneller hindurchlässt als die benachbarten Schichten. Zeichnet man die Laufzeiten der Schallwellen zu den einzelnen Abhörstationen in einer Karte ein, so hebt sich der Salzdom deutlich durch kürzere Schalllaufzeiten hervor.“¹¹²⁰

Wie sich also zeigte, ermöglichten es die neuen geophysikalischen Verfahren, Strukturen – wie Antiklinalen oder Salzstöcke – zu ermitteln, die unterhalb der Erde verborgen lagen und auf die keine überirdischen Anzeichen hinwiesen.¹¹²¹ Die von den Geologen vorgenommene Beurteilung aller damals gebräuchlichen „physikalischen Schürfmethoden“ ergab jedoch bei jeder einzelnen, dass ihre Anwendungsmöglichkeiten an bestimmte Bedingungen geologischer Natur gebunden waren.¹¹²² Auch zeigte sich, „dass nicht die Anwendung einer einzigen Methode, sondern die Kombination aller Methoden die sichersten Ergebnisse lieferte.“¹¹²³ So brachte der PGLA-Geologe Otto Barsch 1922 sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass die verschiedenen Verfahren und das dahinter stehende Know-how nicht in einem Institut vereint, sondern bei

1120 Aus: Zeitschriftenartikel „Die Technische ‚Wünschelrute‘. Seismische und elektrische Aufschlussverfahren als Hilfsmittel der Bodenforschung“ (Zeitschrift unbekannt), BARCH Berlin, NS 5–VI, Nr. 17023, unpubl.

1121 Kockel, *Geologie* (2003), S. 37.

1122 Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (14. Tagung), 30.9.1922, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt. 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpubl.

1123 Kockel, *Geologie* (2003), S. 37f.

verschiedenen Erwerbs-Gesellschaften, wie der Seismos GmbH, der Erda AG, der Gesellschaft für Exploration in Berlin, der Gesellschaft für praktische Geophysik in Heidelberg bzw. Freiburg oder der Gesellschaft für Bodenforschung in Wien, in Anwendung und demnach zersplittert waren, wobei noch erschwerend hinzukam, dass überzogene Geheimhaltungsbestimmungen eine Kooperation untereinander erschwerten.¹¹²⁴

Dies hatte zur Folge, dass es die Direktoren der Geologischen Landesanstalten, die die Einführung und Anwendung der Geophysik begrüßten, als unerwünscht betrachteten, die Entwicklung dieser Disziplin „der Initiative eines Privat- oder Erwerbsinstituts zu überlassen“. Vielmehr erachteten sie es als Aufgabe der Staatsgeologen, sich dieses Themas anzunehmen.¹¹²⁵ Es war daher nur konsequent als sich Krusch 1923 entschloss, innerhalb der PGLA eine „Abteilung für die physikalische Erforschung der Erdrinde“ aufzubauen. Zum Leiter der Abteilung wurde Ernst Benno Kühn ernannt, als sein Referent fungierte zunächst Otto Barsch.¹¹²⁶ Beide stürzten sich umgehend in die Arbeit und führten bereits 1923 „eine ganze Anzahl von Untersuchungen“ durch, die allerdings „durch den Mangel an eigenen Instrumenten und verfügbaren Mitteln“ noch merklich gehemmt wurden.¹¹²⁷ Immerhin zeigten die Arbeiten, dass die geophysikalischen Untersuchungsmethoden, die den Zweck hatten, die teuren Tiefbohrungen zur Aufsuchung nutzbarer Lagerstätten auf ein Minimum einzuschränken, „der Natur der Dinge nach in Norddeutschland ganz wesentlich auf die Aufklärung des tektonischen Baues des Untergrundes, auf die Festlegung der Horste des paläozoischen Gebirges, angewandt werden“ mussten. Darüber hinaus wurde auch klar, dass sich zu diesem Zweck „Pendelbeobachtungen, Drehwaage und Variometer auf das Glücklichste ergänzten und in ihrer Kombination gestatteten, mit einem Minimum an Geldaufwand brauchbare Ergebnisse und weitgehende Aufklärungen zu erreichen“.¹¹²⁸

Allerdings zeigte sich auch, dass die Zusammenarbeit der Staatsgeologen mit den Geophysikern anderer Institute „nicht überall befriedigend gelöst“ war, weswegen auf der Direktorensitzung von 1925 die Anregung ausgesprochen wurde, an den Geologischen Landesanstalten selbst Geophysiker anzustellen. Allerdings hielt Krusch „diesen Plan und die weitere Ausdehnung geophysikalischer Arbeiten bei den Geologischen Landesanstalten, besonders wegen der hohen Kosten der erforderlichen Apparate“ nur schwer durchführbar. Inzwischen besitze die PGLA zwar die derzeit wichtigsten Apparate und

1124 Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (14. Tagung), 30.9.1922, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag.

1125 Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (15. Tagung), 28.9.1923, ebd., unpag.

1126 Krusch (PGLA) an Pr. MHG, 10.2.1932, BAArch Berlin, R 71, Nr. 4, Bl. 105 f. Kühn war schon 1919 innerhalb der PGLA mit der Organisation der geophysikalischen Arbeiten betraut worden. Vgl. Udluft, Überblick (1968), S. 30; Dammer, Nachruf Kühn (1950), S. XXII.

1127 Bericht PGLA 1923 (1924), S. CXII.

1128 Ebd., S. CXIII.

beschäftigte „gegenwärtig fünf Herren“ auf geophysikalischem Gebiet. Angesichts der „großen volkswirtschaftlichen Bedeutung derartiger Untersuchungen“ wäre aber vielleicht später die Beschaffung weiterer Geräte durch das Reich anzustreben, um sie den einzelnen Landesanstalten zur Verfügung zu stellen. Der auf dem Feld der Geophysik aktive Direktor der Sächsischen Geologischen Landesanstalt Franz Kossmat vertrat ebenfalls die Ansicht, dass die Arbeiten auf diesem Gebiet nicht ausschließlich von den Geologischen Landesanstalten ausgeführt werden sollten und sprach sich „für eine enge Zusammenwirkung mit den in Frage kommenden geophysikalischen Instituten“ aus.¹¹²⁹

Zweifellos stand die PGLA auf dem neuen Arbeitsgebiet der Geophysik „damals mitten in der Pioniertätigkeit dieser Zeit“.¹¹³⁰ Aber anders als auf dem wissenschaftlichen Feld der Erdölgeologie kam ihr dabei keine Führungsrolle zu. Sie war vielmehr Teil eines vielfältigen Spektrums, zu dem verschiedene Vertreter aus Hochschulen, Ressortforschungseinrichtungen und Privatindustrie gehörten. Und gerade am Anfang zeigte sich, wie sehr später so herausragende PGLA-Fachvertreter wie Otto Barsch und Georg Hermann Reich zunächst vom Input anderer profitierten.¹¹³¹ So wurde schon darauf verwiesen, dass Geologen der PGLA in der Durchführung von Pendelmessungen am Geodätischen Institut in Potsdam, das vor dem Krieg als internationales Büro für Schwere-messung im Mittelpunkt dieser Forschungen gestanden hatte, geschult wurden.¹¹³² Gleiches galt für die „Handhabung des Schmidt’schen Lokalvariometers

1129 Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Deutsch-Österreichs (17. Tagung), 30.9.1925, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag. Vgl. auch Reich, *Arbeiten* (1968), S. 81. Zu Kossmats geophysikalischen Arbeiten vgl. Jacobs, Franz Kossmat (2014), S. 26 f.; Berroth, *Gesichtspunkte* (1935), S. 6; Closs/Wolff, *Entwicklung* (1939), S. 275.

1130 Closs, *Nachruf Barsch* (1952), S. XXXI.

1131 Folglich ist die Behauptung, „dass zahlreiche moderne Untersuchungsmethoden“, etwa auf dem Gebiet der Geophysik, damals „noch nicht“ in den „oft kleineren“ finanz- und personalschwachen Hochschulinstituten durchgeführt werden konnten, sondern hier „der größere Rahmen der PGLA diesen an Umfang steigenden Aufgaben besser gewachsen gewesen“ sei, zumindest für die Anfänge der Geophysik in Deutschland zu relativieren. Udluft, *Überblick* (1968), S. 32.

1132 Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Deutsch-Österreichs (17. Tagung), 30.9.1925, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag. Wie Krusch 1923 berichtete, wurden die zwischen der PGLA und dem Geodätischen Institut vereinbarten Pendelmessungen zur Erforschung des norddeutschen Flachlandes, die „beträchtliche Unkosten“ mit sich brachten, von einer „industriellen Firma“, die auf der Grundlage dieser Untersuchungen „an geeigneten Orten Tiefbohrungen“ durchführen wollte, finanziert. Da die PGLA noch an einer anderen Stelle weitere Messungen ausführen wollte, sah sie sich zu erneuten Verhandlungen mit der Firma veranlasst. Allerdings stellte sich dem der preußische Staat entgegen, der offenbar in Aussicht nahm, „die Messungen mit eigenen Mitteln auszuführen“. Da die dafür erforderliche Apparatur, zu der u.a. ein „besonders eingerichtetes Automobil“ gehörte, sehr teuer war, dachten das Geodätische Institut und die PGLA über eine Mischfinanzierung über ihre jeweils vorgesetzten Ministerien (Pr. Kultus- und Wirtschaftsministerium) nach. Wie Krusch meinte, war Preußen angesichts der Inflation aber „kaum in der Lage, alle Mittel allein aufzubringen“, weswegen er an die Direktoren der GLA's appellierte, sich

zur Messung der magnetischen Vertikalintensität“, die den Geologen vom Magnetischen Observatorium des Preußischen Meteorologischen Instituts vermittelt wurde.¹¹³³ Die für die PGLA lehrreichen Kooperationsbeziehungen erstreckten sich aber auch auf die Physikalisch-Technische Reichsanstalt, mit welcher sie 1923 einen Einführungskursus „zum Studium elektrischer Untersuchungsmethoden auf erzgeologische Probleme“ arrangierte.¹¹³⁴

Ebenso schöpfte man vom praktischen Wissen der Industrie. So hielt Ernst Fulda 1924 fest, dass man bei der Suche nach Erdöl in der Provinz Hannover von den Drehwaage-Messungen der Berliner Gesellschaft für Exploration profitiert habe.¹¹³⁵ Auch die Elektrische Boden-Forschungsgesellschaft in Kassel-Wilhelmshöhe (Elbof), gab der PGLA die Möglichkeit, ihr Verfahren zur Ermittlung der elektrischen Leitfähigkeit von Gesteinen und nutzbaren Mineralien (z.B. Kohle, Erdöl, Erz) kennenzulernen und zu erproben.¹¹³⁶ Der als Experte auf dem Gebiet des Magnetismus geltende mecklenburgische Staatsgeologe Friedrich Schuh, stützte sich bei seinen zwischen 1928 und 1930 durchgeführten magnetischen Vermessungen westlich des Schweriner Sees auf die Hilfe der Bodenuntersuchungs GmbH Berlin (Bodug).¹¹³⁷ Als sich die PGLA 1926 der Refraktionsseismik zuwandte, war sie ebenfalls auf externe Hilfe angewiesen, da „über die technischen und theoretischen Unterlagen“ dieses Verfahrens „nur wenig bekannt“ war.¹¹³⁸ Tatsächlich wachten Mintrop und seine Firma Seismos mit Argusaugen über die Geheimhaltung ihrer Untersuchungsmethoden.¹¹³⁹ Um erste Anhaltspunkte über das Verfahren zu erhalten, führte Reich mit Wilhelm Schweydar vom Geodätischen Institut Potsdam 1926 „seismische Experimentalversuche bei Rüdersdorf, Sperenberg und Kummersdorf“ durch.¹¹⁴⁰

an der Aufbringung der Mittel zu beteiligen, was von allen Seiten begrüßt wurde. Natürlich sollte den Landesanstalten die Apparatur dann auch für ihre Zwecke zur Verfügung stehen. Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (15. Tagung), 28.9.1923, ebd., unpag.

1133 Vgl. Reich, Erdmagnetismus (1926), S. 249–291.

1134 Closs, Nachruf Barsch (1952), S. XXXI; Reich, Arbeiten (1968), S. 82 f.; Bericht PGLA 1923 (1924), S. CXII. 1924 verständigten sich die Direktoren der GLA's auf eine Unterstützung der Arbeiten der Reichszentrale für Erdbebenforschung in Jena. Vgl. Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Deutsch-Österreichs (16. Tagung), 15.10.1924, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag.

1135 Bericht von Ernst Fulda (PGLA) betr. erdölhoffliche (!) fiskalische Forsten in der Provinz Hannover, 22.3.1924, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 306, unpag.

1136 Vgl. Reich, Leitfähigkeit (1926), S. 627.

1137 Vgl. Schuh, Isanomalienkarte (1932), S. 449.

1138 Reich, Arbeiten (1968), S. 84.

1139 In den USA unterhielten Mintrops Seismik-Trupps sogar mit Waffen ausgestattete Wachen, um „Werkspionage“ zu unterbinden. Keppner, Ludger Mintrop (2012), S. 86.

1140 „Mit einer seismischen Apparatur nach Prof. Schweydar wurden in Gemeinschaft mit diesem von Geol. Reich auf dem Schießplatz, bei Sperenberg und bei Rüdersdorf Versuche angestellt, über die im Jahrbuch der Geologischen Landesanstalt und in Gerlands Beiträgen zur Geophysik berichtet wird.“ Tätigkeitsbericht PGLA 1926 (1926), S. CVII, CXXIV. Vgl. auch Reich, Arbeiten (1968), S. 84; Barsch, Verlauf (1928), S. 327–338.

Aber auch in diesem Fall knüpfte die PGLA an bereits von anderer Seite aus initiierte Versuchsreihen an. Die auf dem Schießplatz der Heeresversuchsstelle Kummersdorf seit 1923 in Zusammenarbeit mit der deutschen Militärverwaltung und mit Erlaubnis der Interalliierten-Militär-Kontrollkommission, durchgeführten Sprengversuche gingen auf eine Anregung des Direktors des Geophysikalischen Instituts der Universität Göttingen Wiechert zurück. Bei den Untersuchungen ging es vor allem darum, „die Schallerscheinungen in ihrem Verlauf in der Atmosphäre und die Wellenausbreitung in der festen Erdrinde anlässlich von Explosionen zu studieren“.¹¹⁴¹ Da in den deutschen Heeresdepots noch große Sprengstoffmengen vorhanden waren, die infolge der Friedensbestimmungen vernichtet werden mussten, machten sich die Geophysiker diesen Umstand zu nutze, in dem sie die Sprengungen mit ihren wissenschaftlichen Untersuchungen verbanden. An der Erforschung der Schallwellen beteiligten sich neben Wiecherts Institut und dem Geodätischen Institut in Potsdam u.a. das Preußische Aeronautische Observatorium bei Lindenbergl, das Preußische Meteorologische Institut in Potsdam und die Chemisch-Technische Reichsanstalt. Die Kosten der Versuche übernahm die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, aus der 1929 die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hervorging.¹¹⁴² Es ist zwar keineswegs auszuschließen, dass mit den Sprengversuchen auch militärische Interessen (z.B. Messungen von Erderschütterungen, Schall- und Druckwellen durch Artilleriebeschuss, Ortung von Geschützen) einhergingen, wichtiger für unseren Zusammenhang ist jedoch, dass die Impulse für diese geophysikalischen Arbeiten aus dem akademisch-wissenschaftlichen Feld erwuchsen und die PGLA erst 1926, also vergleichsweise spät auf den bereits fahrenden Zug aufsprang. So war auch keiner ihrer Geologen Mitglied der von der Notgemeinschaft für die Sprengversuche eingesetzten wissenschaftlichen „Sprengkommission“.¹¹⁴³

Dies galt im Übrigen auch für die von Notgemeinschaft 1925 in die Wege geleitete interdisziplinäre Schwerpunktförderung, die Gemeinschaftsarbeiten im „Bereich der nationalen Wirtschaft, der Volksgesundheit und des Volkswohles“ vorsah.¹¹⁴⁴ Unter den von der Notgemeinschaft als volkswirtschaftlich

1141 Hergesell/Duckert, Sprengungen (1927), S. B1. (Ich danke Simon Große-Wilde für den Hinweis).

1142 Vgl. Ritter, Sprengungen (1925), S. 1f. (Ich danke Simon Große-Wilde für den Hinweis). Vgl. auch Siebert, Geschichte (1997), S. 110; Flachowsky, Reichsforschungsrat (2008), S. 89 f.

1143 Zur Zusammensetzung der Kommission vgl. Hergesell/Duckert, Sprengungen (1927), S. B1. Der Begriff „Sprengkommission“ findet sich in Wiechert, Untersuchungen (1928), S. 11. Es war demnach irreführend, wenn Reich 1968 behauptete, die 1926 von der PGLA mit Prof. Schweydar und ihm auf dem Schießplatz bei Kummersdorf begonnenen Versuche, hätten „zur Zusammenarbeit des Refraktionsverfahrens“ geführt. Reich, Arbeiten (1968), S. 84. Auch die Darstellung von Closs tendiert zu einer Überbewertung der Rolle der PGLA bei der frühen Entwicklung der Geophysik in Deutschland. Hier auch der Befund, „die Hochschule“ habe „wegen mangelnder Mittel abseits“ gestanden. Closs, Reichsaufnahme (1974), S. 116.

1144 Gemeinschaftsarbeiten (1926), S. 233, 242. Zum Hintergrund der Gemeinschaftsarbeiten vgl. Wagner, Notgemeinschaften (2021), S. 101–114; Flachowsky/Nötzoldt, Notgemeinschaft (2004), S. 157–177; Flachowsky, Reichsforschungsrat (2008), S. 75–85.

wichtig deklarierten Themenfeldern befand sich auch die Geophysik, deren Forschungsprogramm von einer Kommission „aus hervorragenden Gelehrten“ konzipiert wurde und u.a. darauf abzielte, „Methoden und Apparaturen zu finden und zu entwickeln, die eine Ermittlung der Lagerstätten von Kohle, Erzen und Ölen exakter als bisher“ gestatteten.¹¹⁴⁵ Obwohl sich diese Aufgaben mit den Forschungsinteressen der PGLA deckten, scheinen ihre Wissenschaftler nicht in die konzeptionellen Überlegungen der Notgemeinschafts-Kommission eingebunden gewesen zu sein.¹¹⁴⁶

Dies ist bemerkenswert, denn immerhin galt die PGLA als Flaggschiff unter Deutschlands geologischen Diensten. Die im Programm der Notgemeinschaft formulierten Aufgaben erstreckten sich auf das Gebiet der „angewandten Geophysik“ (Schwerkraft, Seismik, Magnetismus, Elektrische Methoden), also genau jene Aufgaben, mit den denen sich Kühn, Barsch und Reich an der PGLA ebenfalls befassten. Dass keiner der Staatsgeologen zur Ausarbeitung des Programms herangezogen wurde hing möglicherweise damit zusammen, dass das hinter den Gemeinschaftsarbeiten stehende „Konzept eines linear verlaufenden Innovationsprozesses“ in erster Linie auf akademisch-wissenschaftliche Grundlagenforschung und theoretische Modellbildung fixiert war¹¹⁴⁷ in dem sich kein Platz für die auf „Handlungswissen und Praxisrelevanz“ orientierte Ressortforschung fand.¹¹⁴⁸ So hatten die Staatsgeologen wiederholt verlautbaren lassen, dass ihre Arbeiten zur Aufsuchung nutzbarer Lagerstätten „nicht wissenschaftlichen, sondern ausschließlich praktischen Fragen“ dienten.¹¹⁴⁹ Auch der der Notgemeinschaft eigene Charakter eines „Reservats der Ordinarien“ und die dahinter stehende Befürchtung vor einem zunehmenden Auszug der Forschung aus den Hochschulen „in die Labore der Industrie sowie der staatlichen Ressortforschung“ könnten einen Grund für die fehlende Einbeziehung der Staatsgeologen gebildet haben.¹¹⁵⁰ Hinzu kam, dass auch auf Seiten der Ressort-

1145 Gemeinschaftsarbeiten (1926), S. 235, 237.

1146 Die Mitglieder der Kommission sind unbekannt, denn die Notgemeinschaft hielt es nicht für angebracht, „die Namen der von den Kommissionen herangezogenen Mitarbeiter zu nennen, solange diese noch im Beginn oder in der Entwicklung der Arbeit“ standen. Ebd., S. 236. Dass die GLA's nicht in die Entscheidungsfindung der Notgemeinschaft – also die Festlegung der Programmatik – eingebunden wurden geht auch daraus hervor, dass sich über die Gemeinschaftsarbeiten der Notgemeinschaft kein Wort in den Protokollen der Direktorensitzungen findet.

1147 Wagner, Notgemeinschaften (2021), S. 110.

1148 Philipps, Orientierungen (2018), S. 34; Barlösius, Forschen (2009), 357–359.

1149 Arbeitsplan PGLA für 1924 (1924), S. CXXII f. Bereits 1919 hatte Beyschlag betont, die vorgesetzten Ministerien würden mit Recht darauf verweisen, dass die praktischen Arbeiten vorzugsweise zu fördern, „gewisse nur im wissenschaftlichen Interesse liegende Arbeiten“ dagegen vorübergehend zurückzustellen seien, gleichwohl dürfe die wissenschaftliche Grundlage auch der praktischen Arbeiten nicht verloren gehen. Protokoll über die Versammlung der Direktoren der Deutschen GLA's (11. Tagung), 27.9.1919, GStA, I. HA Rep. 76, V^e Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag.

1150 Wagner, Notgemeinschaften (2021), S. 12. Patrick Wagner bezeichnet die Notgemeinschaft/DFG treffend als „Reservat autoritärer Ordinarien“, die sich mit der DFG einen „sozialen Raum“ schufen, „in dem sie möglichst viel Distanz gegenüber dem von ihnen zumeist

forschungseinrichtungen eine gewisse „Differenz gegenüber den Universitäten“ bestand, wie sich im Fall der PGLA etwa bei den von den Geographen in Szene gesetzten Landeskundlichen Kommissionen gezeigt hatte.¹¹⁵¹

Gegen all diese Gründe spricht jedoch die Tatsache, dass staatliche Forschungseinrichtungen wie die CTR, das Preußische Geodätische Institut, das Preußische Aeronautische Observatorium und das Preußische Meteorologische Institut in die Gemeinschaftsarbeiten eingebunden waren. Vielleicht spielte daher auch einfach nur der Umstand eine Rolle, dass die PGLA auf dem Gebiet der Geophysik selbst noch am Anfang stand, also noch nicht so weit war, um die diesbezügliche Programmatik der deutschen Forschung mitzuformulieren.¹¹⁵² Immerhin handelte es sich dabei um „physikalische Methoden“, welche den praktischen Geologen bis dahin ziemlich ferngestanden hatten. So wurde in der Kommissions-Denkschrift der Notgemeinschaft darauf verwiesen, dass man zunächst die Arbeiten „von Geodäten und Geophysikern gefördert“ habe und der Anteil der Geologie daran erst allmählich vermehrt worden sei. Trotzdem sei es noch immer so, dass der Geologe im Hinblick auf die Anwendung der Geräte und Methoden „eine hierauf gerichtete Ausbildung“ benötige. Folglich erschien es der Notgemeinschaft „vorläufig zweckmäßig, die Arbeit einzelner besonders hierfür geeigneter Forscher zu unterstützen“, wobei man unmißverständlich klar machte, dass es sich dabei nur um die Förderung ‚rein wissenschaftlicher Arbeit‘ handeln sollte.¹¹⁵³

Dies bedeutete freilich nicht – soviel sei an dieser Stelle eingeschoben – dass Wissenschaftler Geologischer Landesanstalten nicht von der Notgemeinschaft gefördert wurden. So profitierten sie in der Regel von Druckkostenzuschüssen oder der Bewilligung von Reisemitteln. Dabei war ihre Förderung in vielen Fällen auf ihre Doppelrolle als Hochschullehrer und Ressortforscher zurückzuführen. Allein jedoch die Tatsache, dass Staatsgeologen, die normalerweise „auf Resonanz bei außerwissenschaftlichen Adressaten“, wie etwa der

ungeliebten demokratischen Staat bewahren wollten“. Wagner, Forschungsförderung (2010), S. 184. Hinzu kam, dass es sich bei der „Bewohnerschaft“ dieses sozialen Raums „im Kern um Professoren der deutschen Hochschulen“ handelte, während „Industrieforscher oder Forscher aus Instituten der staatlichen Ressortforschung (...) hier nur Nebenrollen“ spielten. Obendrein verstanden sich „die in der DFG beheimateten Forscher als Elite mit Vertretungsanspruch für die Wissenschaft schlechthin und zugleich als Gruppe mit spezifischen affektiven wie normativen Bindungen untereinander“. So verstanden sie sich als „Grundlagenforscher“ und „nicht als Protagonist[en] angewandter Forschung“. Wagner, Reservat (2010), S. 24, 26.

1151 Barlösius, Forschen (2009), S. 359.

1152 1925 sah der Arbeitsplan der PGLA für das kommende Jahr vor: „Ganz besonders wenden wir uns, nachdem wir nunmehr die erforderliche Apparatur für die verschiedenen Arbeitsmethoden in Besitz haben und voraussichtlich mit der Schaffung eines eigenen Versuchs-Laboratoriums rechnen dürfen, Untersuchungen über nutzbare Lagerstätten auf erdphysikalischer Grundlage zu.“ Arbeitsplan PGLA 1926 (1926), S. XXXIX.

1153 Gemeinschaftsarbeiten (1926), S. 270. Das in der von der Notgemeinschaft herausgegebene Reihe „Deutsche Forschung“ erschienene Heft 4 befasste sich unter der Überschrift „Geophysik und Aerologie“ auch mit den geophysikalischen Gemeinschaftsarbeiten, wobei die oben erwähnten Schallforschungen einen Schwerpunkt bildeten und man Bezüge zur PGLA vergeblich sucht. Vgl. Deutsche Forschung, Heft 4: Geophysik und Aerologie (1928).

Politik hofften, von der Notgemeinschaft gefördert wurden, ist als Beleg dafür zu werten, dass sie von der scientific community als Teil des wissenschaftlichen Feldes wahrgenommen wurden und ihr gleichzeitiges Streben nach akademischer Reputation und Anerkennung dort auch honoriert wurde.¹¹⁵⁴

Tab. 19: Zwischen 1920 und 1932 bei der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft/DFG gestellte Forschungsanträge staatlicher Geologen.¹¹⁵⁵

Wissenschaftler	Thema	Beantragte Summe
PREUSSISCHE GEOLOGISCHE LANDESANSTALT, BERLIN		
Wilhelm Ahrens	- Reise nach La Palma zu Forschungen über die geologischen und petrographischen Verhältnisse La Palmas, vor allem die Entstehung der Caldera (1930).	2.000 RM
Richard Bärtling	- Messungen zur Feststellung junger Bodenbewegungen im Niederrheingebiet (1930).	5.250 RM
Georg Berg	- Reise nach Norditalien und Spanien zu Forschungen über das Auftreten juveniler Gasexhalationen in Lagerstätten der Erze und Nichterze, und deren Zusammenhang mit tektonischen und vulkanischen Erscheinungen (1927).	2.020 RM
Walter Biese	- Geologische Forschungen über die Entstehung der Höhlen in den Ostalpen und im istrischen Karst (1929).	960 RM
Kurd von Bülow	- Reise nach Südslawien zur pollenanalytischen Erforschung der Moore Südslawiens (1927).	1.600 RM
Carl Wilhelm Correns	- Teilnahme an der Deutschen Atlantikexpedition an Bord des Forschungsschiffes „Meteor“ (1926).	800 RM
Curt Gagel	- Reise zu petrographischen Untersuchungen auf den Inseln Fuerteventura (Ferro) und La Gomera als Fortsetzung der vor dem Kriege begonnenen Studien, - zudem Druckkosten (1924–1926).	5.400 RM
Walther Gothan	- Reise in das sächsische Vogtland zum Studium der „Kulmflora“ (1923), - Bereitstellung von Geräten (Mikroskop, Schleifmaschine) für Untersuchungen über die Mikroskopie der Kohle, insbesondere über die Verwendung der Anschliff-Methode (1924), - Reise nach Jugoslawien zu Forschungen über die Kohlenarten einiger jugoslaw. Kohlenvorkommen (1927), - Reise nach Bulgarien zu Karbon-Forschungen (1928), - Untersuchungen über die petrographischen Veränderungen der Kohlenbestandteile im Verlaufe des Inkohlungsvorganges (1931).	4.400 RM
Wilhelm Kegel	- Reise nach Nordspanien zu stratigraphischen Forschungen (1927).	1.500 RM

1154 Wagner, Reservat (2010), S. 26.

1155 Die Daten in dieser Tab. basieren auf einer vom Autor erstellten ‚Datenbank‘ zur Forschungsförderung der DFG von 1920 bis 1945, die die Grundlage für die im Jahr 2020 von der DFG freigeschaltete Datenbank „Gepris Historisch 1920–1945“ (<https://gepris-historisch.dfg.de/>) bildet, der die hier aufgeführten Anträge zu entnehmen sind.

Leo von zur Mühlen	- Mittel für lagerstättenkundliche Arbeiten im Alai-Gebiet (1928).	1.200 RM
Werner PaECKELMANN	- Druck des Werks von PaECKELMANN „Beiträge zur Kenntnis des Devons am Bosphorus“ (1924), - Reise nach Kleinasien, zwecks Abschluss der Arbeit „Beiträge zur Kenntnis des Devons am Bosphorus, insbesondere in Bithynien“ (1926), - Druck des Werkes „Die Fauna des Deutschen Unterkarbons II“ (1930).	3.950 RM
PGLA	- Druck des Werkes von Hans Stille „Übersichtskarte der saxonischen Gebirgsbildungen“ (1922).	7.800 Mark
Paul Range	- Untersuchungen über fossile Pflanzenreste aus den deutschen Kolonien (1925), - Mittel für 40 Dünnschliffe für fossile Hölzer aus Deutsch-Südwestafrika (1925), - Druck der als Sonderheft der „Beiträge zur geologischen Erforschung der Deutschen Schutzgebiete“ (hrsg. von PGLA) erscheinenden Arbeit „Die Karroformation Deutsch-Südwest-Afrikas“ (1927), - Mittel für eine Reise nach Palästina zu geologischen Aufnahmearbeiten (1927).	3.450 RM
Leonhard Riedel	- Stipendium zur Bearbeitung der Oberkreide-Fauna vom Mungofluss in Kamerun (1931).	875 RM
Karl Schlossmacher	- Druck des Werks von Schlossmacher „Mikroskopische Untersuchungen über die Paragenesen von gediegenem Silber und Wismut in St. Joachimsthal“ - Herstellung von Tafeln (1924), - Reise zur Fertigstellung einer petrographischen Untersuchung der Grünschiefer des Soonwaldes (1926).	700 RM
Walter Schriel	- Reise nach Spanien zu Forschungen über die paläozoischen Grundgebirge der katalanischen Küstenkordillere (1926).	2.500 RM
Erich Stach	- Untersuchungen von Stückkohlen und petrographische Analyse von Kohlenstäuben (1928–1932).	7.000 RM
Paul Woldstedt	- Reise in das nördliche Alpenvorland zur Erforschung der alpinen Vereisungen (1927), - Reise nach Nordamerika zur Fortsetzung von Untersuchungen zur Parallelisierung der Glazialablagerungen in den verschiedenen Glazialgebieten (1927).	4.000 RM
Wilhelm Wolff	- Abschluss einer Bodenkartierung Deutschlands (zus. mit Dr. Hermann Stremme, Danzig) (1930).	7.000 RM
BAYERISCHES OBERBERGAMT, MÜNCHEN		
Bayer. Oberbergamt	- Druck der vom Bayerischen Oberbergamt herausgegebenen Geognostischen Jahreshefte (1926).	?
BADISCHE GEOLOGISCHE LANDESANSTALT UND UNIVERSITÄT FREIBURG		
Wilhelm Deecke	- Reisemittel für cand. geol. Wirth (Freiburg) für geologische Aufnahmen im Berchtesgadener Land (1927).	400 RM
HESSISCHE GEOLOGISCHE LANDESANSTALT, DARMSTADT		
Gustav Klemm	- Druck des Werkes von Klemm „Geologische Karte des Odenwalds“ (1921).	12.000 Mark

SÄCHSISCHE GEOLOGISCHE LANDESANSTALT UND UNIVERSITÄT LEIPZIG		
Franz Kossmat	- Mittel für Kossmat, Privatdozent Dr. C. W. Kockel, Dr. Richard Pfalz, Dr. Purkert für Reisen zu stratigraphisch-tektonischen Forschungen im Balkengebirge Bulgariens sowie geologische Forschungen in bestimmten Teilen des Kaukasus und über ihre Beziehungen zu den europäischen Kettengebirgen (1926–1932).	18.000 RM
MECKLENBURGISCHE GEOLOGISCHE LANDESANSTALT UND UNIVERSITÄT ROSTOCK		
Friedrich Schuh	- Bereitstellung einer Feldwaage für Vertikalintensität zur Durchführung von Untersuchungen über die Frage der Abhängigkeit der lokalen Änderung des Erdmagnetismus von den geologischen Verhältnissen des Untergrundes – Untersuchungen in Mecklenburg (1925), - Untersuchungen über die Alttertiärablagerung Mecklenburgs (1932).	200 RM
THÜRINGISCHE GEOLOGISCHE LANDEUNTERSUCHUNG UND UNIVERSITÄT JENA		
Wilfried von Seidlitz	- Reise nach den Balearen zu Untersuchungen über den Bau der Gebirge im Mittelmeergebiet (1925).	800 RM
WÜRTTEMBERGISCHE GEOLOGISCHE LANDESANSTALT, FREIBURG		
Emil Wepfer	- Druck des Werkes von Wepfer „Labyrinthodonten des badischen Buntsandsteins“ (1921), - Druck des Werkes „Stegocoephenen des Buntsandsteins (Fossile Wirbeltiere)“ (1926).	?

Doch zurück zur Geophysik. Auch in der 1922 auf Initiative Emil Wiecherts gegründeten Deutschen Seismologischen Gesellschaft, ab 1924 Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft, die sich die „Mehrung und Verbreitung des geophysikalischen Wissens in Forschung, Lehre und Anwendung“ zur Aufgabe machte, dominierten im Übrigen Hochschulschriftsteller.¹¹⁵⁶ Gleiches galt für ihr Organ die „Zeitschrift für Geophysik“, zu deren Herausgebern allerdings auch Franz Kossmat gehörte, der in Doppelfunktion als Direktor des Geologisch-Paläontologischen Instituts der Universität Leipzig und als Direktor der Sächsischen Geologischen Landesanstalt fungierte.¹¹⁵⁷ Kossmat war nicht nur Vorstandsmitglied der Gesellschaft, er gehörte auch zu ihren Gründungsmitgliedern. Dagegen zählten die Firma Seismos, die Badische und die Preußische Geologische Landesanstalt als Körperschaften sowie einzelne Staatsgeologen, wie Georg Hermann Reich, Otto Barsch, Ernst Benno Kühn, Friedrich Schuh (GLA Mecklenburg) oder Wilfried von Seidlitz (GLA Thüringen), zu persönlichen Mitgliedern der Gesellschaft.¹¹⁵⁸

Diese Beispiele zeigen, dass die Impulse zur Entwicklung geophysikalischer Forschung aus der Industrie (z.B. Seismos), der Hochschul- und der staatlichen Forschung gleichermaßen kamen und die Staatsgeologen auf diesem Gebiet zunächst lediglich Teil des wissenschaftlichen Diskurses waren, anders, als etwa

1156 Koenig, Gesellschaft (1974), S. 6.

1157 Vgl. Mitteilungen, in: Zeitschrift für Geophysik 1 (1924/25), S. 217. Zu Kossmat vgl. Börnrenge/Jacobs, Geowissenschaften (2009), S. 1291.

1158 Vgl. Mitgliederverzeichnis (1927), ohne Seitenzählung; Mitgliederverzeichnis (1932), ohne Seitenzählung.

in der Erdölgeologie, wo ihnen schon früh so etwas wie eine Vorreiterrolle zukam.¹¹⁵⁹ Folglich profitierte die PGLA auf dem Gebiet der Geophysik zunächst maßgeblich von der institutionsübergreifenden Zusammenarbeit und der Expertise Dritter, bevor sie sich zu Beginn der 1930er Jahre tatsächlich zu einem Schwergewicht auf dem Gebiet der geophysikalischen Exploration entwickelte.¹¹⁶⁰

Ausschlaggebend dafür war sicher auch, dass sie es verstand, dass Interesse des Staates für „die modernen geophysikalischen Untersuchungsmethoden“ zu wecken. So setzten Krusch und sein Abteilungsleiter Kühn den preußischen Wirtschaftsminister im März 1926 darüber ins Bild, dass die „Erschließung noch unbekannter nutzbarer Lagerstätten“ eine „weit genauere Kenntnis“ des Untergrundes verlange, als man sie bisher besitze. Da eine solche im Allgemeinen nur durch „recht teure Bohrungen zu erreichen“ sei, müssten „im Interesse ihrer Beschränkung auf eine Mindestzahl von vornherein möglichst geeignete Ansatzpunkte gewählt werden“. Ein Mittel dazu biete die Geophysik, die ein unterschiedliches physikalisches Verhalten des Untergrundes erkennen lasse und dem Geologen dadurch „wertvolle Fingerzeige gebe“. Der Erfolg der Anwendung dieser geophysikalischen Methoden hänge aber neben praktischen Erfahrungen im Gelände auch von „systematischen Versuchen unter besonders hergestellten Bedingungen“ ab, denn auf diese Weise könne man Daten über die für die Messung relevanten Eigenschaften der verschiedenen Gesteine (Dichte, Elastizität, elektrische Leitfähigkeit, Magnetismus, Radioaktivität) gewinnen. Zu diesem Zweck sei „die Einrichtung eines geophysikalischen Laboratoriums“ an der PGLA notwendig. Derartige Einrichtungen würden inzwischen bei allen mit geophysikalischen Fragen befassten Unternehmen bestehen, „die jedoch aus begreiflichen Gründen die Ergebnisse ihrer Versuche“ für sich behalten würden.¹¹⁶¹ Geschickter Weise verbanden Krusch und Kühn ihren Antrag gleich mit einem sich auf Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und Schleswig-Holstein erstreckenden geophysikalischen Forschungsprogramm, wobei sie betonten, dieses würde die Vorarbeiten für anstehende Bohrungen – die ja bekanntlich teuer waren – abdecken.¹¹⁶²

1159 Ein Überblick über die im Reich bestehenden geophysikalischen Institute findet sich in Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Deutsch-Österreichs (18. Tagung), 30.9.1926, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 6, Bl. 34–47, hier Bl. 34 f.

1160 So lobte Reich 1924 das „Seismosverfahren des Dr. Mintrop“ und forderte, die „von Wiechert erfolgte Ausnutzung großer Sprengungen zu wissenschaftlichen Zwecken“ weiter auszubauen. Reich, Seismik (1924/25), S. 121.

1161 Krusch u. Kühn (PGLA) vermutlich an Pr. MHG, 19.3.1926, GStA, I. HA Rep. 151 IV, Nr. 2782, Bl. 186 f. Gleichzeitig sprach Kühn den Wunsch aus, dass auf dem Gebiet der Geophysik „mehr als bisher die Erfahrungen des einzelnen der Allgemeinheit zugänglich gemacht würden“. So würde die Errichtung „unabhängiger Forschungsinstitute“ die Aussicht bieten, die Ergebnisse der Geophysik „zum Besten von Wissenschaft und Technik“ zu verwenden. Kühn, Bedeutung (1926), S. 350.

1162 Krusch u. Kühn (PGLA) vermutlich an Pr. MHG, 19.3.1926, GStA, I. HA Rep. 151 IV, Nr. 2782, Bl. 186 f. An anderer Stelle erwähnte Kühn, dass „der Sinn der angewandten Geophysik ein rein ökonomischer“ sei, da sie dazu beitrage die kostspielige Erkundung

Angesichts der ‚außerordentlichen Bedeutung‘ der von der PGLA skizzierten Arbeiten reagierte der preußische Staat sofort und stellte die beantragten 60.000 RM umgehend zu Verfügung.¹¹⁶³ Folglich konnte Krusch schon im September 1926 berichten, „dass ein die verschiedensten Teilgebiete der geophysikalischen Arbeiten umfassendes und entsprechend vielseitiges, mit den erforderlichen Instrumenten ausgerüstetes Institut bisher nur an der Geologischen Landesanstalt in Berlin vorhanden“ sei.¹¹⁶⁴ Da die „Abteilung für die physikalische Erforschung der Erdrinde“ durch den Bau des Laboratoriums und die gleichzeitige Bewilligung einer dringend erforderlichen Abteilungsdirektorstelle nun „in vollem Umfange in Betrieb“ genommen wurde, war die PGLA in der Lage, sich neben den von ihr bis dahin hauptsächlich durchgeführten gravimetrischen Messungen nun auch der Seismik und den übrigen Verfahren zuzuwenden.¹¹⁶⁵ So sah ihr Plan bereits für 1927 vor, fortan „in größerem Umfange als bisher mit den sämtlichen zur Verfügung stehenden Methoden der Erduntersuchung – magnetisch, elektrisch, gravimetrisch und seismisch – [zu] arbeiten“.¹¹⁶⁶ Dies schlug sich auch in der Struktur der Abteilung nieder, deren Leitung Barsch nach der Pensionierung Kühns 1932 übernahm.¹¹⁶⁷

Tab. 20: Struktur des Instituts für die physikalische Erforschung der Erdrinde der PGLA um 1932.¹¹⁶⁸

Abteilungsleiter: Ernst Benno Kühn (1923–1932), Otto Barsch (1932–1945)	
UNTERABTEILUNGEN MITARBEITER	
Schweremessungen	Richard Bärtling
Magnetische Messungen	Georg Hermann Reich, Wilhelm Kegel, Oskar Kaemmerer, Wilhelm Ahrens
Elektrische Verfahren	Arthur Ebert
Radioaktive Messungen	Arthur Ebert
Seismische Verfahren	Georg Hermann Reich, Arthur Ebert

des Untergrundes mittels Bohrungen abzukürzen und zu verbilligen. Kühn, Frage (1927), S. 162.

1163 Vgl. Pr. MHG an Pr. Bau- und Finanzdirektion, 17.4.1926, GStA, I. HA Rep. 151 IV, Nr. 2782, Bl. 185. Die Mittel stammen aus dem Bohrfond der Preußischen Bergverwaltung. Vgl. Kühn, Frage (1927), S. 161.

1164 Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Deutsch-Österreichs (18. Tagung), 30.9.1926, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 6, Bl. 34–47, hier Bl. 35.

1165 Hinweise darauf, dass sich die PGLA 1926 den seismischen Verfahren zuwandte, finden sich in Krusch (PGLA) an Pr. MHG, 10.2.1932, BArch Berlin, R 71, Nr. 4, Bl. 105 f. Siehe auch Reich, Arbeiten (1968), S. 84.

1166 Arbeitsplan PGLA 1927 (1926), CXXXV f. Die Absicht, alle Methoden zu kombinieren, hatte PGLA-Geologe Reich schon vorher betont. Reich, Bedeutung (1924/25), S. 120 f.

1167 Krusch (PGLA) an Pr. MHG, 10.2.1932, BArch Berlin, R 71, Nr. 4, Bl. 105 f.

1168 Vgl. Tätigkeitsberichte PGLA für 1928 (1929), S.XXXIV f. und für 1932 (1933), S. 1002 f.

Zum neben Otto Barsch wichtigsten Mitarbeiter der Geophysikalischen Abteilung wurde Emil Wiecherts ehemaliger Assistent Georg Hermann Reich – der spätere Entdecker der so genannten „Prignitz-Anomalie“ –, der sich in den folgenden Jahren nicht nur zu „einem ausgezeichneten Kenner der Magnetik“, sondern auch zu einem konsequenten Verfechter refraktionsseismischer Methoden in der Geologie entwickelte.¹¹⁶⁹ Die Arbeiten der Abteilung wurden zum Teil in Eigenregie durchgeführt¹¹⁷⁰ knüpften aber auch an bereits laufende Untersuchungen anderer Einrichtungen an. So beteiligte sich die PGLA an vom Preußischen Meteorologischen Institut in Potsdam durchgeführten langjährigen Messungen, die das „Problem der Beziehungen zwischen den erdmagnetischen Anomalien und dem geologischen Bau von Ostpreußen“ behandelten.¹¹⁷¹ Wie systematisch und zeitaufwendig diese Untersuchungen mitunter waren, zeigte sich beispielsweise bei den sich über fünf Jahre hinziehenden „Messungen der magnetischen Vertikalintensität“ Georg Hermann Reichs, der in dieser Zeit nahezu 2.000 Feldwaage-Messungen auf 1.360 Stationen durchführte. Dadurch wurde es möglich, sich „eine gute Vorstellung über die Verbreitung, Ausdehnung und Stärke der norddeutschen Anomalien zu bilden“.¹¹⁷²

Auf Grund einer Vereinbarung mit der Geologischen Landesuntersuchung Dänemarks wurde die „Übersichtsvermessung der Vertikalintensität von Schleswig-Holstein“ 1929 auch auf das Gebiet Jütlands ausgedehnt.¹¹⁷³ Im Lahn-Dill-Gebiet wurden unter Mitwirkung des berg- und hüttenmännischen Vereins in Wetzlar an bekannten Eisenerzlagern systematische Untersuchungen durchgeführt, um die Anwendungsmöglichkeiten der magnetischen Methoden besser einschätzen zu können.¹¹⁷⁴ Kooperationsbeziehungen unterhielt die PGLA auch zur Firma Seismos.¹¹⁷⁵ Damit richtete sich der Blick der staatlichen Geophysiker im zunehmenden Maße auch auf die Seismik und deren Anwendungsmöglichkeiten für die Erdölgeologie. Gerade ihr Bestreben, zu „einer besseren Kenntnis der Untergrundtektonik und ihrer Beziehungen zu den Erdöllagerstätten“ beizutragen, sollte sich zu einer für die PGLA in

-
- 1169 Zu Reich vgl. Anhang Biographien. Zu seinen Untersuchungen auf dem Gebiet des Magnetismus vgl. etwa Reich, *Magnetische Messungen in Oberschlesien* (1924), S. 319–342; ders., *Magnetische Messungen im Aachener und Erkelenzer Steinkohlengebiet* (1926), S. 85–115; ders., *Über magnetische Messungen im Hannoverschen Erdölgebiet* (1933), S. 28.
- 1170 Vgl. ders., *Magnetische Messungen im Aachener und Erkelenzer Steinkohlengebiet* (1926), S. 84–115; Kohl, *Beiträge zur erdmagnetischen Erforschung Norddeutschlands I* (1928), S. 724–747; ders., *Beiträge zur erdmagnetischen Erforschung Norddeutschlands II* (1928), S. 124–137. Allgemein zu den von der PGLA in dieser Zeit ausgeführten Arbeiten auf dem Gebiet der Geophysik vgl. Reich, *Arbeiten* (1968), S. 83–85.
- 1171 Vgl. Bericht von Friedrich Wilhelm Errulat (Geophysikalische Warte der Albertus-Universität Königsberg) über die im Auftrage des RWM in den Jahren 1920–1930 im nördlichen Ostpreußen durchgeführten erdmagnetischen Messungen, sowie über daran anschließende Messungen bis zum Jahre 1932, 1933, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60177, unpubl.
- 1172 Reich, *Frage* (1928), S. 84.
- 1173 Die Arbeiten wurden offenbar auch von der dänischen Regierung finanziert. Vgl. ders., *Arbeiten* (1968), S. 84.
- 1174 Vgl. Tätigkeitsberichte PGLA 1929 (1929), S. XXXVI und 1930 (1930), S. XXVII f.
- 1175 Vgl. Tätigkeitsbericht PGLA 1931 (1932), S. 561; Reich, *Arbeiten* (1968), S. 84.

wissenschaftlicher Hinsicht segensreichen Symbiose zwischen Geophysik und Erdölgeologie verdichten.¹¹⁷⁶

Dass die geophysikalischen Arbeiten ab Mitte der 1920er Jahre Fahrt aufnahmen und sich die PGLA auf diesem Feld allmählich als Instanz etablierte hing vermutlich auch damit zusammen, dass sich auch in der community der Hochschulgeologen Stimmen erhoben, die den Staat aufforderten, mehr für die Aufklärung der im Boden lagernden Bodenschätze zu unternehmen. So betonte Axel Born, Direktor des Instituts für Geologie und Paläontologie an der TH Berlin, Ende 1926, dass sich der Staat neben seiner „Verpflichtung“ zur „Förderung der wirtschaftlichen Erfassungsmöglichkeit nutzbarer Gesteine und Lagerstätten durch geologische Kartierung“ auch der systematischen „Abtastung des Untergrundes vermittels physikalischer Untersuchungsmethoden“ zuzuwenden habe. Dabei solle der Staat genau dort wirksam werden, „wo die oberflächengeologische Kartierung keinen genügenden Aufschluss über den Aufbau einer bergbaulich noch erreichbaren Tiefe“ bringe. Borns Adresse richtete sich in erster Linie an den preußischen Staat, da mehr als die Hälfte seines Gebietes dem bis dahin weithin unbekannten norddeutschen Flachland angehörte. Zu diesem Zweck legte er einen Entwurf für eine geophysikalische Landesaufnahme vor, wobei für ihn als ‚untersuchende Behörden‘ „ein geodätisches Institut, ein magnetisches Observatorium und eine geologische Landesanstalt in Betracht“ kamen. Letzterer sollte die geologisch lagerstättenkundliche Auswertung zufallen, bevor dann im nächsten Schritt „die Periode der Tiefbohrungen“ einsetzen sollte.¹¹⁷⁷

In dieselbe Kerbe schlug wiederholt auch die PGLA, die betonte, dass die Förderung der noch in Entwicklung befindlichen Geophysik gerade Aufgabe einer staatlichen Behörde wie der PGLA sei.¹¹⁷⁸ So plädierte Kühn dafür, bei der Aufsuchung von Bodenschätzen auf „ein enges Ineinandergreifen physikalischer Messung und geologischer Aufschließung“ hinzuwirken, sich bei der Bekanntgabe der Ergebnisse aber zurückzuhalten, um eine „rücksichtslose Ausbeutung“ durch die Nachbarstaaten zu verhindern und diesen keine Hinweise für eigene bergbauliche Unternehmungen zu geben, die eine Belastung für die deutsche Wirtschaft herbeiführen könnten.¹¹⁷⁹ In der Sache stimmte Kühn dem Vorschlag Borns zwar zu, sah aber eine andere Verteilung der Aufgaben vor. So sollte die Aufstellung des sich auf die geologische Landesdurchforschung und die Bergwirtschaft erstreckenden geophysikalischen Arbeitsplans in der Hand der PGLA als geologischer Staatsbehörde liegen.¹¹⁸⁰ Wie das Beispiel der Erdölindustrie zeige, könne man die „Herausarbeitung der stratigraphisch und tektonisch günstigsten Zonen“ auch nicht der Industrie überlassen. Dies sei allein schon deswegen Aufgabe des Staates weil dieser ein „unbedingtes Interesse“

1176 Barsch, Otto: Die geophysikalische Erforschung des Untergrundes als eine Grundlage der Erdölgeologie, ohne Datum (um 1932/33), BGR-Archiv Hannover, Nr. 95684, unp.

1177 Born, Landes-Untergrundaufnahme (1926), S. 187–190.

1178 Vgl. Arbeitsplan PGLA 1930 (1929), S. LIV.

1179 Kühn, Organisation (1927), S. 163.

1180 Vgl. ebd.

daran habe, zu erfahren, „ob und in welchem Umfang er mit Erdölschätzen im eigenen Lande rechnen“ könne. Davon sei nicht nur die Entwicklung der Brennstoffwirtschaft abhängig, sondern der Staat müsse auch darum besorgt sein, „die Erdölindustrie vor zwecklosen Investitionen in nicht hoffigen Gebieten zu schützen“. Auch die Aufsuchung der infrage kommenden tektonischen Linien sei vom Staat, eventuell unter Zuhilfenahme privater geophysikalischer Forschungsgesellschaften zu bewerkstelligen. Denn die Ölgesellschaften seien ohne Zustimmung der Grundeigentümer gar nicht in der Lage, die Untersuchungen durchzuführen. Abgesehen davon müssten sich die Forschungen auch systematisch über das gesamte erdöhlöffige Gebiet erstrecken, was angesichts der damit verbundenen Kosten auch nur vom Staat zu schultern sei.¹¹⁸¹ Dabei sei es jedoch wichtig „nach einheitlichen Gesichtspunkten“ vorzugehen, weswegen Barsch den Verantwortlichen im Wirtschaftsressort mit auf den Weg gab: „Heute, wo es mehr denn je darauf ankommt, die Unkosten herabzudrücken und die Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen zu heben, ist es nötig einen Plan aufzustellen, der darauf ausgeht, sämtliche Erdöllagerstätten eines Landes zu erfassen und der, auf die Dauer gesehen, die heute denkbar billigste Erschließung dieser Bodenschätze erstrebt“.¹¹⁸² Angesichts des Zufallsfonds von Volkenroda und der durch die neuen Theorien der Geologen ausgelösten ‚Erdöleuophorie‘ ist es wenig verwunderlich, dass solche Argumente verfangen, und sich bis zum Beginn der 1930er Jahre die Aktivität auf dem Gebiet der Geophysik allmählich „von den Hochschulen (...) sehr weitgehend zur Industrie und zu den maßgebenden wissenschaftlichen Behörden“ verlagerte.¹¹⁸³

Was bleibt festzuhalten? Im Hinblick auf die Erschließung und Förderung von Erdöl war Deutschland ein Nachzügler, ebenso wie bei der wissenschaftlichen Erforschung seiner Entstehungs- und Lagerungsbedingungen. Die im Krieg offen zu Tage tretende hohe Importabhängigkeit, ein durch die Massenmotorisierung und nicht zuletzt durch nationale Sicherheitsbedürfnisse induzierter wachsender Bedarf an Mineralölerzeugnissen förderten nun aber eine systematische Erschließung und Ausbeutung der heimischen Erdölvorkommen. Als Vertrauensmänner und Berater der noch jungen, unerfahrenen deutschen Erdölindustrie fungierten dabei in vielen Fällen Staatsgeologen wie Jakob Stoller und Alfred Bentz, deren wissenschaftliche Expertise (Stratigraphie, Deutung der Lagerungsverhältnisse), Anwendung neuer Verfahren (Geophysik, Mikropaläontologie, Tiefbohrungen) und systematische Vorgehensweise

1181 Barsch, Otto: Die geophysikalische Erforschung des Untergrundes als eine Grundlage der Erdölgeologie, ohne Datum (um 1932/33), BGR-Archiv Hannover, Nr. 95684, unpag. Tatsächlich wurden „die grundlegenden Methoden und Instrumente der Geophysik“ vor allem für den Bergbau entwickelt, aber das Erdöl „vereinnahmte die neue Wissenschaft“ und verhalf ihr letztlich zum Durchbruch. Trappe, Geophysik (1981), S. 433.

1182 Barsch, Otto: Die geophysikalische Erforschung des Untergrundes als eine Grundlage der Erdölgeologie, ohne Datum (um 1932/33), BGR-Archiv Hannover, Nr. 95684, unpag. Vgl. auch Barsch, Erdöl (1932), S. 437–449.

1183 Closs, Reichsaufnahme (1974), S. 117.

(Bohrprogramme) die Erdölförderung im Reich auf eine sicherere und wirtschaftlichere Grundlage stellten. Wie sich zeigte, gingen die maßgeblichen Impulse im Hinblick auf Theorie- und Methodenentwicklung der Erdölgeologie in Deutschland nicht von der Industrie, sondern von Seiten der Wissenschaft aus, wobei die Erdölsachverständigen der staatlichen geologischen Dienste in der ersten Reihe standen. Dieser Wissenstransfer begründete ein Vertrauensverhältnis zwischen Staatsgeologen und Erdölindustrie und bildete schließlich auch die Grundlage für deren enge Kooperationsverhältnisse, an denen auch das Militär Interesse zeigte.

Auch die Anwendung physikalischer Untersuchungsverfahren innerhalb der Geologie stellte völliges Neuland dar. Ausschlaggebend für ihre Einführung waren erfolgreiche Einsätze seismischer und akustischer Messverfahren während des Ersten Weltkrieges, die sich ebenso auch als ein Hilfsmittel erwiesen, um den durch die Erdkruste verborgenen Untergrund ‚sichtbar‘ zu machen. Anders als beim Erdöl kam den Staatsgeologen auf dem neuen Feld der Geophysik vorerst aber keine Führungsrolle zu. Vielmehr erwies sich hier die Privatindustrie als ein wichtiger Wegbereiter geophysikalischer Messmethoden (z.B. Seismos). Weitere wichtige Impulse kamen aus der Hochschullwissenschaft (Universität Göttingen) und der staatlichen Forschung (Geodätisches Institut, Preußisches Meteorologisches Institut), die gleichsam als Ausbildungsinstanzen für die staatlichen Geologen fungierten. Gleichwohl ist festzuhalten, dass letztere den praktischen Nutzen der neuen Methoden für ihr Tätigkeitsfeld früh erkannten und energisch versuchten, sich auf diesem Feld zu positionieren. So wurde in der PGLA ab 1923 eine Geophysikalische Abteilung aufgebaut, die sich auf die Unterstützung des preußischen Staates stützen konnte, eben weil dieser von ‚seinen‘ Geologen auf das wirtschaftliche und kostensparende Potential der neuen Untersuchungsmethoden aufmerksam gemacht worden war.¹¹⁸⁴ Im Zuge dieser Expansionsbestrebungen offenbarte die PGLA auch kleinliches Ressortdenken, indem sie Anregungen geophysikalischer Landesaufnahmen im Zuge institutsübergreifender Gemeinschaftsarbeiten ablehnte und sich für eine Bündelung derartiger Aufgaben unter ihrer Leitung ‚als geologischer Staatsbehörde‘ stark machte. Darüber hinaus macht das Beispiel der Geophysik deutlich, dass sich der Prozess der Physikalisierung nichtphysikalischer Wissenschaften (z.B. Metallphysik, physikalische Chemie) auf breiterer Front durchsetzte, indem er auch die Geologie erfasste.

1184 Wie Alfred Bentz 1959 feststellte, sei die PGLA die erste Geologische Landesanstalt der Welt gewesen, die eine eigene geophysikalische Abteilung aufgebaut habe. Vgl. Alfred Bentz: Rede zur Einweihung der Bundesanstalt für Bodenforschung, gehalten in Hannover am 27. April 1959, in: Geologisches Jahrbuch Bd. 76, Hannover 1959, S. XXXI–XLIV, hier S. XXXVI, BGR-Archiv Hannover, Nr. 1953 K 961, unpag.

3.4 „Extra muros“ – Nationale und internationale Kooperationsverhältnisse¹¹⁸⁵

3.4.1 Früher Einbruch in die Phalanx der Boykotteure – Internationale Beziehungen

Im September 1921 befassten sich die Direktoren der Geologischen Landesanstalten Deutschlands mit der Frage ihrer Teilnahme am 13. Internationalen Geologen-Kongress (IGK), der wenige Monate später in Brüssel stattfinden sollte.¹¹⁸⁶ Der 1878 in Paris erstmals zusammengetretene IGK galt als internationale Organisation für Geologie, Paläontologie und Mineralogie und war bis 1913 regelmäßig im Abstand von drei bis vier Jahren, wechselnd in verschiedenen Ländern durchgeführt worden.¹¹⁸⁷ Über ein ständiges Sekretariat oder Organisationskommittee verfügte der IGK nicht. Vielmehr wurde auf den stattfindenden Kongressen auf Grund der vorliegenden Einladungen – die in der Regel von den nationalen geologischen Gesellschaften in Verbindung mit den betreffenden Staaten ausgingen – durch Abstimmung beschlossen, wo der nächste Kongress stattfand. Die Organisation lag immer in der Hand des jeweiligen Gastgeberlandes. Innerhalb des IGK existierten ständige Arbeitskommissionen, in die sämtliche beteiligten Staaten auf dem Kongress gewählte Vertreter entsandten. Zu diesen Kommissionen zählten u.a.

1. die Kommission für Internationale Geologische Karten,
2. die Kommission für Paläontologie,
3. die Kommission für Stratographie und stratographische Nomenklatur,
4. die Kommission für geotektonische Probleme,
5. die Kommission für geophysikalische Fragen,
6. die Kommission für Gletscherkunde und Diluvialgeologie und
7. die Kommission für menschliche Vorgeschichte.

Innerhalb jeder Kommission wurde einer der Vertreter als Präsident bestimmt, der die Möglichkeit hatte, die Kommission zu Arbeitssitzungen zwischen den Kongressen zusammenzurufen und Berichte einzufordern. Auf den

1185 „Extra muros“ in Anlehnung an Schochow, Staatsbibliothek (1989), S. 18.

1186 Vgl. Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (13. Tagung), 22.9.1921, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unp. Die Geophysik war nur zum Teil im IGK vertreten, da für die Geophysiker mit der Internationalen Seismologischen Assoziation ein eigener Dachverband bestand. Vgl. Ernst Kohlschütter (Leiter der Deutschen Vereinigung für Geodäsie und Geophysik) an Wilhelm Dames (RMWEV), 8.8.1936, BArch Berlin, R 4901, Nr. 3082, Bl. 9–17.

1187 Dazu und im Folgenden vgl. Vermerk des RMWEV, 15.11.1940, BArch Berlin, R 4901, Nr. 3079, Bl. 16; Bericht von Karl Beurlen (Vorsitzender der DGG und Leiter der Fachgliederung Bodenforschung im Reichsforschungsrat, RFR) an ORR Herbert Scuria (RMWEV), 25.11.1940, ebd., Bl. 9–15. Gegründet wurde der IGK 1876 auf der 25. Tagung der American Association for the Advancement of Science in Buffalo. Vgl. dazu Vai, Giovanni Capellini (2002), S. 248–254. Allgemein vgl. Kölbel, Geologenkongresse (1960), S. 346–390.

Kongressen selbst berichteten die Ländervertreter über die geleisteten Arbeiten.¹¹⁸⁸ So etwa 1913 in Toronto, wo auch eine Kommission benannt wurde, die eine Satzung für den IGK ausarbeiten sollte, in der konkrete Zulassungsbedingungen zu den Kongressen enthalten sein sollten.¹¹⁸⁹

Als besonders aktiv erwies sich die 1881 gebildete Kommission für Internationale Geologische Karten. Ihre Gründung ging auf eine Anregung der PGLA-Direktoren Hauchecorne und Beyrich zurück, denen auch von Anfang an ihre Leitung übertragen worden war. Seit 1892 hatte die Geschäftsführung der Europäischen Karte in den Händen Beyschlags gelegen, dem nach dem Tod Beyrichs und Hauchecornes schließlich auch die Leitung der IGK-Kommission übertragen wurde.¹¹⁹⁰



Abb. 23: Teilnehmer der 12. Tagung des Internationalen Geologischen Kongresses 1913 in Toronto.¹¹⁹¹

- 1188 Vgl. Vermerk des RMWEV, 15.11.1940, BArch Berlin, R 4901, Nr. 3079, Bl. 16; Bericht von Karl Beurlen (Vorsitzender der DGG und Leiter der Fachgliederung Bodenforschung im RFR) an ORR Herbert Scuria (RMWEV), 25.11.1940, ebd., Bl. 9–15.
- 1189 Vgl. Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (13. Tagung), 22.9.1921, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unp.
- 1190 Vgl. Fliegel, Nachruf Beyschlag (1936), S. 24. Beyschlag war darüber hinaus zum Leiter der auf dem IGK in Stockholm 1910 geschaffenen Kommission für die weltweiten Eisenerzressourcen ernannt worden, die sich mit der Inventur (Berechnung) der Eisenerzvorräte der Welt befasste. Vgl. Krusch/Fliegel/Wolff, Geologenkongreß (1926), S. B 143. Zu den vom IGK ausgehenden Rohstoffinventuren und zum Stockholmer Eisenerzbericht vgl. Fischer, *Geologie* (2017), S. 76–97.
- 1191 [Unknown]. (1913). [Portrait of the attendees of the 12th Session of the International Geological Congress] [P]. doi:<http://dx.doi.org/10.14288/1.0214799>, The University of British

Mit ihrer Ernennung zu Leitern der Kommission hatten die PGLA-Direktoren die Redaktion und den Druck der vom IGK vorgesehenen Karten übernommen, wobei es zunächst um eine große internationale geologische Karte von Europa ging, die von der PGLA hergestellt und 1913 herausgegeben wurde. Nach dem Krieg hatte die PGLA die Arbeiten an den internationalen Kartenwerken aus eigener Initiative weitergeführt und sich mit der Herausgabe verschiedener geologischer Karten der Erde befasst. Allerdings erkannte man in Berlin bald, dass „nirgends in der Welt“ Interesse am Druck der von Deutschland bearbeiteten internationalen Kartenwerke bestand.¹¹⁹² Der Grund hierfür zeigte sich bei der Sitzung der Satzungskommission der IGK, die im Juni 1921 in London zusammentrat. Während die Teilnahme des deutschen Kommissionsmitglieds, des Bonner Geologen Gustav Steinmann, durch die französischen Besatzungsbehörden verhindert wurde, erhielt Österreichs Vertreter Emil Tietze, Direktor der Geologischen Bundesanstalt in Wien, seine Einladung so spät, dass ihm eine Teilnahme unmöglich war.¹¹⁹³ Hinzu kam, dass die Satzung auf Antrag der belgischen und französischen Geologen so gestaltet werden sollte, dass ein Abschluss der Mittelmächte ermöglicht wurde. Zwar wurde dem Antrag von britischer und amerikanischer Seite widersprochen, eine Entscheidung sollte aber auf dem für 1922 in Brüssel geplanten Kongress fallen. Da Deutschland und Österreich keine Einladungen für die Verhandlungen in Belgien erhielten, protestierten die Direktoren der Geologischen Landesanstalten gemeinsam mit den deutschen Hochschulgeologen und der DGG gegen ihren faktischen, ihre „nationale Würde“ verletzenden Ausschluss und sprachen der Brüsseler Zusammenkunft den Charakter eines internationalen Kongresses ab.¹¹⁹⁴

Der Erste Weltkrieg hatte also auch in der Gemeinschaft der Geologen unüberwindbare Gräben hinterlassen und zum Abbruch lange fruchtbarer internationaler wissenschaftlicher Beziehungen geführt. Wie in anderen Disziplinen und Organisationen war auch hier die internationale Nachkriegsstruktur der Wissenschaft „von Anfang an als Fortsetzung und Erweiterung der interalliierten wissenschaftlichen Zusammenarbeit des Krieges konzipiert,

Columbia, Library, Open Collections.

- 1192 Bericht von Karl Beurlen (Vorsitzender der DGG und Leiter der Fachgliederung Bodenforschung im RFR) an ORR Herbert Scuria (RMWEV), 25.11.1940, BArch Berlin, R 4901, Nr. 3079, Bl. 9–15.
- 1193 Vgl. Vermerk von Paul Dienst (PGLA) betr. IGK in Brüssel mit Auszug aus dem Bericht des Herrn Steinmann in der geschäftlichen Sitzung der DGG auf ihrer Hauptversammlung zu Darmstadt am 12.8.1921, 21.8.1921, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 605, Bl. 92.
- 1194 Vgl. le Vigouroux, *Congress* (2022), S. 457–467; Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (13. Tagung), 22.9.1921, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag. Auf derselben Sitzung verständigten sich die Direktoren darüber, beim Büchertausch nur mit jenen ausländischen Stellen in Verbindung zu treten, die „nicht dem gegen Deutschland gerichteten Boykott-*ringe*“ angehörten. Ebd. Im Jahr 1925 hatte sich der Schriftentausch der GLA's, „mit Ausnahme von Frankreich und Belgien“, aber bereits wieder weitgehend normalisiert. Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Deutsch-Österreichs (17. Tagung), 30.9.1925, ebd., unpag.

wonach die deutschen Wissenschaftler und deren nationale Organisationen ausgeschlossen wurden“.¹¹⁹⁵ Dafür standen vor allem der 1918 gebildete Conseil International de Recherches (CIR) und die im Jahr darauf gegründete Union Académique Internationale (UAI). Letztere verstand sich als Verband nationaler Akademien der Wissenschaften und sollte die internationale Zusammenarbeit durch gemeinsame Forschungen auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften vorantreiben. Der CIR dagegen machte sich zur Aufgabe, die internationalen Bestrebungen auf dem Gebiet der Naturwissenschaften zusammenzufassen und als Dachverband internationale Unionen für einzelne Fachrichtungen (z.B. Geologie, Geographie, Mathematik, Chemie) zu bilden. Der Schwerpunkt der wissenschaftlichen Arbeiten lag bei den Fachunionen, die grenzüberschreitende Kongresse organisierten und sich um international abstimmungsbedürftige Probleme der Nomenklatur oder Fragen der Standardisierung kümmerten. Dagegen bestimmte der den Fachunionen übergeordnete Forschungsrat ihre innere Organisation und Arbeitsweise. Tatsächlich konnte kein Land Mitglied einer Union sein, ohne auch dem CIR anzugehören.¹¹⁹⁶ Sowohl die UAI, als auch der CIR verfolgten eine strikte Boykottstrategie, indem sie Vertreter der Mittelmächte von jeglicher Mitarbeit ausschlossen. Der CIR ging sogar soweit, den Ausschluss Deutschlands und seiner Verbündeten für mindestens zwölf Jahre in seinen Statuten festzuschreiben.¹¹⁹⁷

Die Reaktion darauf war ein Gegenboykott und eine von deutscher Seite ostentativ zur Schau gestellte „Politik des ‚leeren Sessels‘“.¹¹⁹⁸ So äußerten auch die deutschen Geologen Vorbehalte gegen den CIR, der sich der deutschen Wissenschaft verschloss.¹¹⁹⁹ Auch die deutschen Geophysiker hegten Groll gegen die Maßnahmen der Alliierten. So hatten die Ententemächte die 1862 von deutscher Seite gegründete Internationale Erdmessung und die 1901 ebenfalls auf deutsche Initiative hin geschaffene Internationale Seismologische Assoziation 1919 aufgelöst und durch eine Internationale Union für Geodäsie und Geophysik (IUGG) ersetzt.¹²⁰⁰ Die IUGG mit Sitz in Paris umfasste alle Bereiche der Geophysik, die sich zunächst in Untersektionen für Geodäsie, Seismik, Meteorologie, Vulkanologie, Erdmagnetismus und Lufterlektrizität, physikalische Ozeanographie und wissenschaftliche Hydrologie untergliederten, aus denen später sieben große internationale selbständige Gesellschaften

1195 Johnson, Weltkriege (2017), S. 306.

1196 Vgl. ebd.; Szöllösi-Janze, Fritz Haber (1998), S. 581; Grau, Akademie (2000), S. 279–315; Metzler, Deutschland (2010), S. 69–80; Flachowsky, Großraumwissenschaft (2021), S. 185–187.

1197 Vgl. ebd., S. 188.

1198 Szöllösi-Janze, Fritz Haber (1998), S. 582. Zu den im deutschen Akademiekartell bestehenden Vorbehalten gegen den IRC, das sich trotz der 1925 erfolgten Streichung des Ausschlussparagraphen seitens des Rates allen Versuchen einer Einbindung widersetzte, vgl. ebd., S. 586–590; Thiel, Internationalität (2020), S. 93–96.

1199 Vgl. Beyschlag (PGLA) an RmDI, 20.10.1922, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 605, Bl. 93.

1200 Zur Internationalen Seismologischen Association vgl. August Heinrich Sieberg (Direktor der Reichsanstalt für Erdbebenforschung, Jena) an den Auslandsdienst des RMWEV (mit anliegenden Bemerkungen zur Ressort-Besprechung), 13.11.1942, BAArch Berlin, R 4901, Nr. 3082, Bl. 410–415.

hervorgingen. Satzungsgemäß waren die Mittelmächte auch hier ausgeschlossen. Zwar sorgte ein Veto neutraler Staaten dafür, dass die Ausschluss-Bestimmungen der IUGG fallengelassen wurden, da letztere aber dem Internationalen Forschungsrat unterstand, lehnten die deutschen Geophysiker eine an sie ergangene Beitritts-Aufforderung zunächst ab.¹²⁰¹

Anders, als bei der UAI und beim CIR mit seinen Fachunionen bröckelte die Front der Boykotteure und Gegenboykotteure im Bereich der Geologie aber bereits Mitte der 1920er Jahre. Dies hing zum einen damit zusammen, dass „nicht in allen Disziplinen Einigkeit über den Sinn der Blockade herrschte“.¹²⁰² Zum anderem zeichneten sich immer deutlichere „Emanzipationsbestrebungen der Fachunionen“ ab, „die sich dem Monopolanspruch“ des CIR widersetzen und auf größere Autonomie in der Regelung ihrer Angelegenheiten bestanden.¹²⁰³ Schließlich hatte Spanien als Gastgeber des für 1926 geplanten Internationalen Geologen-Kongresses unmissverständlich deutlich gemacht, seine Einladung nur gegen die Zusicherung auszusprechen, dass auch die Geologen der ehemaligen Mittelmächte eingeladen würden. Tatsächlich hob der IGK seine Sperrung für deutsche und österreichische Geologen daraufhin auf. „Im Gegensatz zu allen anderen Wissenschaften“ war es deutschen Geologen somit 1926 möglich, an der internationalen Tagung teilzunehmen.¹²⁰⁴ Wie sehr man diesen Schritt auf deutscher Seite begrüßte zeigte sich darin, dass unter den in Madrid weilenden über 1.100 Teilnehmern aus 52 Staaten, mehr als 80 Deutsche vertreten waren.¹²⁰⁵ Ihnen kamen die Organisatoren besonders entgegen, da die Einladungen und Programme auch in deutscher Sprache gedruckt wurden und bei den Verhandlungen neben spanisch, französisch und englisch auch deutsch zugelassen war.¹²⁰⁶

Ohne hier näher ins Detail zu gehen, kann festgehalten werden, dass der in Madrid tagende 14. IGK aus Sicht der deutschen Geologen überaus positive Ergebnisse zeitigte. Seine besondere Bedeutung bestand vor allem darin, dass die auf beiden Seiten bestehende Front der Boykotteure erstmals eine deutliche Schlappe hinnehmen musste und den an grenzüberschreitender Zusammenarbeit interessierten Wissenschaftlern ein Forum geboten wurde, über ihre

1201 Ernst Kohlschütter (Leiter der Deutschen Vereinigung für Geodäsie und Geophysik) an Wilhelm Dames (RMWEV), 8.8.1936, ebd., Bl. 9–17. Vgl. zudem Protokoll des RMWEV über die Sitzung am 12. November 1940 betr. die internationalen Verbände, 11.12.1940, BArch Berlin, R 4901, Nr. 3191, Bl. 9–48, hier Bl. 23. Vgl. auch Mitgliederversammlung der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft (1926), S. 301f.

1202 Szöllösi-Janze, Fritz Haber (1998), S. 581f.

1203 Ebd., S. 590.

1204 Krusch/Fliegel/Wolff, Geologenkongreß (1926), S. B 139.

1205 Vgl. ebd., S. B 141. Von der PGLA nahmen Krusch, Fliegel und Wolff teil. Vgl. Tätigkeitsbericht PGLA für 1926 (1926), S. CXIII.

1206 Vgl. Krusch/Fliegel/Wolff, Geologenkongreß (1926), S. B141; Angenheister, Bericht (1926), S. 252. Zur Ächtung der deutschen Sprache in internationalen Wissenschaftsorganisationen und im Völkerbund, die erst 1926 aufgehoben wurde, als Deutschland Mitglied des Völkerbundes wurde, vgl. Hausmann, Internationalität (2020), S. 136. Vgl. auch Reinbothe, Wissenschaftssprache (2006).

eigenen Arbeiten zu berichten und sich gleichzeitig über den Stand der internationalen geologischen Forschung zu informieren.¹²⁰⁷ Die Geologie gehörte demnach zu den ersten Disziplinen überhaupt, bei denen nach dem Ersten Weltkrieg eine Wiederaufnahme der internationalen Wissenschaftsbeziehungen erfolgte.¹²⁰⁸ Bedeutsam war auch, dass die deutschen Tagungsteilnehmer 1926 nicht nur als Gäste betrachtet, sondern gleich in die Gremienarbeit eingebunden wurden. So wurde der Vorsitzende der DGG, der an der Berliner Universität lehrende Paläontologe Josef Felix Pompeckj, zum Mitglied der in Madrid neugebildeten Kommission für Paläontologie ernannt.¹²⁰⁹ PGLA-Direktor Krusch berichtete in der Kommission für Internationale Geologische Karten „als einer der beiden Directeurs-gérants“ über den Stand der Arbeiten und wurde schließlich zum Leiter der Kartenkommission ernannt, womit die von der PGLA seit 1918 gewissermaßen im Alleingang durchgeführten Arbeiten an den internationalen Kartenwerken wieder offiziellen Charakter erhielten.¹²¹⁰ Außerordentlich großes Interesse fanden die Verhandlungen der Sek-

- 1207 Dass sich beide Seiten trotzdem mit Argwohn begegneten geht z.B. hervor aus Krusch/Fliegel/Wolff, Geologenkongreß (1926), S. B 139. Darüber hinaus war man auf deutscher Seite noch nicht überall bereit, nationale Befindlichkeiten abzulegen, wie eine 1926 vorgelegte Resolution der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft zeigte, die die Wiederaufnahme der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit an bestimmte Bedingungen knüpfte. Bericht über die Tagung der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft (1926), S. 47. Die Geophysiker traten der IUGG auch in den folgenden Jahren nicht bei. Zwar folgten sie einer an sie ergangenen Einladung zur Sitzung der IUGG 1930 in Stockholm, nahmen aber nur als Gäste Teil, da Deutschland nicht Mitglied des der Union übergeordneten Internationalen Forschungsrates war. Eine 1930 eingeleitete Revision der Satzungen der IUGG und des IRC, nach denen ein Anschluss Deutschlands an den letzteren nun keine Vorbedingung mehr für seinen Beitritt zu seinen einzelnen Fachunionen darstellte, machte den Weg für einen deutschen Beitritt zur IUGG eigentlich frei, dieser wurde aber erst 1937 vollzogen. Vgl. Bericht über die neunte Tagung der Deutschen Geophysikalischen (1930), S. 504 f.; Ernst Kohlschütter (Leiter der Deutschen Vereinigung für Geodäsie und Geophysik) an Wilhelm Dames (RMWEV), 8.8.1936, BArch Berlin, R 4901, Nr. 3082, Bl. 9–17; Börngen/Homilius/Jacobs, Gesellschaft (1997), S. 17.
- 1208 Zum schwierigen Prozess der internationalen Wiederannäherung der Chemiker, etwa im Rahmen der Union internationale de chimie pure et appliquée/International Union of Pure and Applied Chemistry (IUPAC), an deren Verhandlungen deutsche Wissenschaftler zwar erstmals 1928 teilnahmen, der Union selbst aber erst Anfang 1930 beitraten. Vgl. Szöllösi-Janze, Fritz Haber (1998), S. 590–598; Maier, Chemiker (2015), 24–26. Ähnlich frühe Tendenzen zur Wiederanknüpfung internationaler Beziehungen wie die Geologen zeigte dagegen die Zunft der deutschen Historiker, die sich der 1926 gegründeten internationalen Historikervereinigung, dem Comité International des Sciences Historiques (CISH) anschloss, vgl. Berg, Krise (2018), S. 187–199. Hinweise auf deutsch-englische und deutsch-italienische Ernährungskonferenzen im Jahr 1920 finden sich Oberkrome, Ordnung (2009), S. 58. Die PGLA unterhielt im Übrigen schon mindestens seit 1921 bilaterale Wissenschaftsbeziehungen zum Ausland. So erfolgten etwa die von ihren Mitarbeitern an der niederländischen Grenze durchgeführten Aufnahmen „in enger Fühlung mit denen der holländischen Schwesteranstalt“. Arbeitsplan PGLA für 1922 (1923), S. XLVIII. Im Tätigkeitsbericht für 1927 finden sich Hinweise auf an der PGLA vorübergehend tätige ausländische Gäste. Vgl. Tätigkeitsbericht PGLA 1927 (1928), S. XXIII.
- 1209 Vgl. Krusch/Fliegel/Wolff, Geologenkongreß (1926), S. B 144.

tion Geophysik. Die hier geführten Aussprachen mündeten in die Gründung eines „Ständigen Büros für angewandte Geophysik“ beim IGK, in dem die interessierten Staaten, darunter auch Deutschland, vertreten waren.¹²¹¹

Im Hinblick auf die vergleichsweise frühe Wiedereinbindung der deutschen Geologen in die internationale scientific community erscheint erwähnenswert, dass sich die Kooperation nicht nur auf den IGK beschränkte. Schon 1922 war die PGLA auch in die Arbeiten der Internationalen Agrogeologischen Konferenz (IAK) eingebunden worden, die zu ihrer dritten Sitzung in Prag zusammentrat.¹²¹² In diesem Gremium hatten sich verschiedene Länder zur gemeinsamen Bearbeitung von Bodenkarten vereint. Die beiden ersten Konferenzen in Budapest 1909 und Stockholm 1910 hatten sich noch nicht mit dem gesamten Gebiet der Bodenkunde, sondern im Wesentlichen mit bodenphysikalischen und chemischen Problemen sowie einzelnen Fragen der Klassifikation der Bodenarten und ihrer Kartierung beschäftigt. Erst auf der dritten Konferenz in Prag 1922 trat die Absicht, die Böden nicht nur zu untersuchen, sondern auch einheitlich zu kartieren, deutlicher in Erscheinung. Die auf den ersten beiden Kongressen gebildeten Arbeitsgemeinschaften wurden nun umgestaltet und erhielten folgende Bezeichnungen:

1. Kommission für mechanische und physikalische Bodenuntersuchungen,
2. Kommission für chemische Bodenuntersuchungen,
3. Kommission für bakteriologische Bodenuntersuchungen,
4. Kommission für das Studium der Bodenfruchtbarkeit,
5. Kommission für Nomenklatur, Klassifikation und Kartographie des Bodens,
6. Kommission für Anwendung der Bodenkunde auf die Kulturtechnik.

Diese Arbeitsgemeinschaften wurden schließlich auf der IV. IAK in Rom 1924 durch die Gründung einer Internationalen Bodenkundlichen Gesellschaft (IBG) organisatorisch zusammengefasst. Der Sitz der Gesellschaft war das Istituto internazionale di Agricoltura in Rom, ihr Vorsitzender der Bodenchemiker und Bakteriologe an der New Jersey Agricultural College Experiment Station in New Brunswick (USA), Jacob Goodale Lipman. Als Organ der IBG dienten die von dem ehemaligen PGLA-Geologen Friedrich Schucht bis 1940 redigierten und in Rom erscheinenden Mitteilungen der Internationalen

1210 Ebd., S. B 145; Fliegel, Nachruf Beyschlag (1936), S. 26.

1211 Angensteiner, Bericht (1926), S. 252. Die 1926 gegründete Kommission für angewandte Geophysik und die bereits 1906 gegründete Kommission für die geothermische Tiefenstufe wurde 1929 zur Kommission für Geophysik und Geothermik zusammengefasst. Vgl. Köbel, Geologenkongresse (1960), S. 351.

1212 Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Deutsch-Österreichs (18. Tagung), 30.9.1926, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 6, Bl. 34–47, hier Bl. 38R–43. Als Vertreter der PGLA hatten, neben anderen deutschen Bodenkundlern, Ganssen und Schucht teilgenommen. Schucht trat allerdings 1922 aus der PGLA aus. Vgl. Blume, Gesellschaft (2001), S. 14

Bodenkundlichen Gesellschaft.¹²¹³ Besonderes Interesse der deutschen Geologen fanden die Arbeiten der IBG-Kommission 5 für Nomenklatur, Klassifikation und Kartographie des Bodens, die sich mit der Vereinheitlichung bei der Darstellung bodenkundlicher Übersichtskarten befasste. Vor dem Hintergrund der geplanten Herausgabe internationaler Bodenkarten von Europa und Amerika wurde ein Unterausschuss eingerichtet, der 1925 in Berlin tagte und dessen Leitung der Danziger Bodenkundler Hermann Stremme übernahm. Die Arbeiten am deutschen Teil der Europakarte waren ein Gemeinschaftsprojekt der Geologischen Landesanstalten Hessens, Badens, Bayerns, Württembergs und Preußens, der Forstlichen Hochschule Tharandt (Sachsen), der Landwirtschaftlichen Versuchsstation der Landwirtschaftskammer Braunschweig, des Instituts für Agrikulturchemie und Bakteriologie der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin und Stremmes Institut für Mineralogie und Geologie an der TH Danzig.¹²¹⁴ Für die Durchführung der Untersuchungen stellte die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zwischen 1927 und 1932 25.600 RM zur Verfügung.¹²¹⁵ Darüber hinaus nahmen Geologen der PGLA 1926 an Sondersitzungen verschiedener IBG-Kommissionen in Groningen, Düsseldorf und im britischen Rothamsted teil.¹²¹⁶

Auf dem I. Kongress der neugegründeten Internationalen Bodenkundlichen Gesellschaft 1927 in Washington – auf dem US-Präsident Calvin Coolidge über die Regierungsmaßnahmen zur praktischen und wissenschaftlichen Förderung der Landwirtschaft in den USA referierte – waren Geologen der PGLA gleich in zwei Kommissionen vertreten. So berichteten Georg Görz, Wilhelm Benade, Max Trénel und Robert Ganssen in der Kommission für chemische Bodenuntersuchungen über ihre Forschungen, während sich Ganssen und Wilhelm Wolff intensiv an den Diskussionen in den Verhandlungen der Kommission für Nomenklatur, Klassifikation und Kartierung der Böden beteiligten, die Grundfragen der Bodenbildung und -einteilung berührten und auf eine Forcierung der in Bearbeitung befindlichen Bodenkarten von Europa und Amerika abzielten.¹²¹⁷ Die Teilnahme an den Internationalen Bodenkund-

1213 Vgl. ebd., S. 16. In Rom wurden der PGLA-Geologe Ganssen in die Kommission Bodenchemie und sein Berliner Kollege Wolff in die Kommissionen Bodenklassifikation und -kartierung sowie in die neue Kommission Bodenkarte Europas gewählt. Vgl. ebd., S. 15 f.

1214 Vgl. ebd. Leiter der Landwirtschaftlichen Versuchsstation der Landwirtschaftskammer Braunschweig war Alfred Gehring, Fachmann auf dem Gebiet der „Bakteriologie, Bodenkunde, Düngemittellehre und Chemie der Ackerböden“. Gehring, Alfred, in: Böhm, Handbuch (1997), S. 79.

1215 Bewilligungsschreiben der Notgemeinschaft an Hermann Stremme (TH Danzig), 14.2.1927 (18.000 RM), 13.9.1930 (3.500 RM), 5.2.1931 (3.500 RM), 14.6.1932 (600 RM), BArch Berlin, R 73, Nr. 15034, unp.; Sechster Bericht der Notgemeinschaft (1927), S. 106. Die Arbeiten fanden 1937 durch die Veröffentlichung der Bodenkarten Europas ihren Abschluss. Vgl. Uekötter, Wahrheit (2010), S. 228.

1216 Vgl. Tätigkeitsbericht PGLA für 1926 (1926), S. CXIII.

1217 Vgl. Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Österreichs (19. Tagung), 30.9.1927, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 6, Bl. 82–100, hier Bl. 82R–87R; Tätigkeitsbericht PGLA 1927 (1928), S. XX.

lichen Kongressen in Rom 1924, Washington 1927 und Leningrad 1930 machte die deutschen Geologen mit der „allgemeinen Entwicklung der neueren Bodenkartierung“ vertraut und schuf so auch den Rahmen für gleichgerichtete Arbeiten in Deutschland selbst.¹²¹⁸



Abb. 24: Teilnehmer des XV. Internationalen Geologen-Kongresses in Pretoria (Südafrika) auf dem Hapag-Dampfer Toledo 1929. Obere Reihe: v. Papp (Budapest), zweite Reihe: v. Braunmühl (Berlin), Quensel (Stockholm), Range (Berlin), Ahlfeld (Marburg), Cloos (Bonn), Hummel (Gießen), dritte Reihe: Seidl (Berlin), Goetel (Warschau), Schriel (Berlin), Lotz (Berlin), Pratje (Königsberg), Scheumann, Leipzig, vierte Reihe: Born (Berlin), Gutnick (Berlin), Reich (Berlin), Reisch (Leoben), Wolff (Dillenburg), Schneiderhöhn (Freiburg), Friedländer (Zürich), Arbenz (Bern), Stappenbeck (Berlin), Kukuk (Bochum), Ramdohr (Aachen), Schumacher (Freiberg), Loth (Warschau), Kaiser (München), Suess (Wien), de la Sauce (Halle), Arlt (Berlin), untere Reihe: Keilhack (Berlin), Krusch (Berlin), Miss Noel (London), Frau v. Papp (Budapest), Hammer (Wien), Purkyně (Prag), Friedländer (Neapel), Gavelin (Stockholm).¹²¹⁹

Auch dieses Beispiel zeigt, dass die Geologen schon längst wieder international vernetzt waren, bevor andere Professionen in Deutschland überhaupt in Erwägung zogen, sich an internationalen Vereinigungen und Fachunionen

1218 Wolff/von Bülow/Görz, Gesichtspunkte (1934), S. 264. Auch am II. Internationalen Kongress für Bodenkunde im Juli 1930 in Leningrad nahmen deutsche Geologen teil. Vgl. Görz, Boden (1932), S. 32–58. Als Vertreter des Sächsischen GLA in Leipzig nahm der Sektionsgeologe Friedrich Härtel am Internationalen Bodenkundlichen Kongress 1930 in Leningrad teil. Vgl. Franz Kossmat (Sächsisches GLA, Leipzig) an Finanzministerium (II. Abt., Dresden), 13.6.1930, BAArch Berlin, R 71, Nr. 22, Bl. 73.

1219 Aus: Schneiderhöhn, Geologenkongreß (1929), S. 1216.

zu beteiligen. Dass Staatsgeologen somit bei der Überwindung der durch den Krieg geschaffenen Gräben praktisch in der ersten Reihe standen, hing aber möglicherweise auch damit zusammen, dass sie als Ressortforscher weisungsgebunden waren und bei ihren Auslandsengagements den Aufträgen von Staats- und Regierungsstellen folgten, die schon seit Längerem zu einer Wiederaufnahme der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit drängten.¹²²⁰ So fällt auf, dass die Staatsgeologen Kossmat (Sachsen), Wunstorf, Schindewolf, Bärtling, Paeckelmann und Gothan (alle Berlin) ebenfalls im Jahr 1927 an einem im holländischen Heerlen stattfindenden Kongress zur Regelung und Vereinheitlichung von Fragen der Karbonstratigraphie teilnahmen, der von letzterem in Kooperation mit niederländischen Kollegen vorbereitet worden war. Im selben Jahr wurde Wunstorf auch nach Bukarest entsandt, wo er einem Kongress der Association Carpathique beiwohnte, der sich mit „Edölfragen geologischer und wirtschaftlicher Art“ befasste.¹²²¹ Ebenso reisten Geologen der PGLA und der Österreichischen Geologischen Bundesanstalt aus Anlass der Feierlichkeiten zum 40jährigen Bestehen der Dänischen Geologischen Landesanstalt 1928 nach Kopenhagen, wo gleichzeitig eine internationale Geologenversammlung stattfand.¹²²²

Die Folge aus all dem war, dass vor allem der PGLA allein schon aus der Zusammenarbeit im IGK und der Internationalen Bodenkundlichen Gesellschaft „beträchtliche Arbeit“ erwuchs, die sie im Interesse der „Förderung des deutschen Ansehens in der Welt“ auf sich nahm.¹²²³ Um gegenüber dem Ausland „als geschlossenes Ganzes“ in Erscheinung zu treten, unterbreitete die PGLA 1928 den Vorschlag, dass die Vertreter, die zu Veranstaltungen ins Ausland reisten, nicht lediglich als Repräsentanten ihrer eigenen Anstalt, sondern gleichzeitig als Vertreter aller deutschen Geologischen Landesanstalten auftreten sollten. Die Direktoren verständigten sich schließlich darauf, dass die PGLA und das Sächsische Geologische Landesamt ihren Schwesterinstituten „von Fall zu Fall (...) Vorschläge über die Art und Ausführung der gemeinsamen Repräsentation machen“ sollten.¹²²⁴ Um den Ansprüchen gerecht zu werden, wurde 1929 in der PGLA ein viertes Kartographenbüro eingerichtet, dass nur für die Herstellung internationaler Karten zuständig war.¹²²⁵ Zu diesem Zeitpunkt war es bereits üblich, dass deutsche Geologen zu internationalen Tagungen reisten – so etwa jenen des IGK 1929 in Südafrika und 1933 in Washington

1220 Im Gegensatz zu den Mahnungen von Reichs- und Staatsbehörden, widersetzten sich bspw. die deutschen Akademien der Wissenschaften lange einem Beitritt in die UAI. Vgl. Thiel, *Internationalität* (2020), S. 95; Grau, *Wissenschaftsakademien* (1995), S. 36–38.

1221 Tätigkeitsbericht PGLA für 1927 (1928), S. XXf.; Daber, *Bemerkungen* (1960), S. 154.

1222 Als wichtigster Erfolg dieser Tagung wurde „die Gründung einer Vereinigung zur Erforschung des europäischen Quartärs“ angesehen, in der Wilhelm Wolff Deutschland und der „Chefgeologe“ Gustav Göttinger Österreich vertraten. Wolff, *Geologen-Tagung* (1928), S. B 332.

1223 Arbeitsplan PGLA für 1929 (1929), S. XLVIII, LXVI.

1224 Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Österreichs (20. Tagung), 5.10.1928, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 6, Bl. 141–158, hier Bl. 156.

1225 Vgl. Tätigkeitsbericht PGLA 1929 (1929), S. XLIII.

– oder selbst als Ausrichter internationaler Kommissionssitzungen in Erscheinung traten.¹²²⁶ Bis zum Anfang der 1930er Jahre hatten sich die zwischenstaatlichen Beziehungen der Geologen also wieder weitgehend normalisiert. So stellte Krusch 1929 zufrieden fest, dass in der internationalen Gemeinschaft der Geologen keine „Spur einer Kriegspsychose mehr vorhanden“ und „bei den Vertretern aller Nationen (...) das Bestreben zu beobachten“ sei, mit Deutschland „im Interesse der Sache zusammen zu arbeiten“.¹²²⁷

3.4.2 Dienstleister im nationalen Querverbund der Landwirtschaft – Gemeinschaftsarbeiten auf dem Feld der Agrikulturchemie

Dass Vertreter Geologischer Landesanstalten zu gern gesehenen Gästen im Ausland gehörten, war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass ihre Mitarbeiter geballte und international anerkannte geologische Expertise repräsentierten. So gab es in der PGLA inzwischen kaum ein Feld geologischer Forschung, für das sich kein ausgewiesener Fachmann fand.¹²²⁸ Zudem fungierte die PGLA in vielerlei Hinsicht als Dienstleister für die Forschung.¹²²⁹

1226 Vgl. Da Krusch 1929 davon ausging „in fünf Jahren sein Amt aufgeben“ zu müssen und einige Mitglieder der von ihm geleiteten Kartenkommission der IGK verstorben waren, wurde die Kommission ergänzt. So wurden PGLA-Abteilungsleiter Fliegel zum Vize-Direktor und der Bezirksgeologe Schriel zum Generalsekretär der Kommission gewählt. Zudem wurden Wilhelm Wolff in die Gletscherkommission und Otto Barsch und Georg Hermann Reich in die Kommission für Geophysik des IGK aufgenommen. Krusch/Schriel/Reich, Geologenkongress (1929), S. B 304, B 306 f. Im Zusammenhang mit den Arbeiten an der Internationalen geologischen Karte von Europa, tagten die Mitglieder der Internationalen Kartenkommission des IGK im Februar 1929 und März 1930 in Berlin. Die Besprechungen waren offenbar so fruchtbar, dass man in der PGLA die Hoffnung aussprach, dieses Verhandlungsformat möge „sich zu einer ständigen Einrichtung entwickeln“. Tätigkeitsbericht PGLA 1929 (1929), S. XXIII; Arbeitsplan PGLA 1930 (1929), S. LV; Krusch/Schriel/Reich, Geologenkongress (1929), S. B 305. Ein Hinweis darauf, dass Schindewolf (PGLA) 1933 zum XVI. IGK nach Washington reiste, findet sich in Schindewolf, Bericht (1934), S. 2.

1227 Krusch/Schriel/Reich, Geologenkongress (1929), S. B 253. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass Krusch auf dem Kongress in Pretoria im Auftrag des RWM den Vorschlag zur Schaffung eines Internationalen Instituts für Bergwirtschaft unterbreitete, das sich mit der „Normalisierung der sprachlichen bergwirtschaftlichen Begriffe und Veröffentlichung in einem Lexikon“, mit der Standardisierung von Statistiken, der Veröffentlichung von Berichten und der Bearbeitung von Lagerstättenkarten befassen sollte. Allerdings stieß der Vorschlag bei „vielen Delegierten“ auf Bedenken, da sie dadurch die Selbstständigkeit ihrer nationalen statistischen Behörden gefährdet sahen. Zudem wurde die Ansicht vertreten, dass es sich bei dem geplanten Institut „nicht um eine rein geologische Sache, sondern mehr um eine Verwaltungsangelegenheit“ handelte, weswegen eine Abstimmung darüber vertagt wurde. Ebd., S. B 308 f.

1228 Aufschluss über die Bandbreite der Tätigkeiten der PGLA-Geologen geben die jährlichen Tätigkeitsberichte und Arbeitspläne im Jahrbuch der PGLA 1919–1932.

1229 Dies bezieht sich zunächst auf die zahlreichen Veröffentlichungen der PGLA, die bis 1939 „16 Kartenreihen und Kartenwerke und 22 Einzelkarten“ mit tausenden Einzelkarten, 17 Schriftenreihen und eine nicht genau erfassbare Zahl von Einzelschriften umfassten. Kutscher, Vertriebsstelle (1968), S. 161. Einen Überblick über die Veröffentlichungen der PGLA bietet ders., Veröffentlichungen (1968), S. 137–160. Ein anderes Beispiel für die

Es nimmt daher nicht wunder, dass ihre Geologen auch in der nationalen, institutsübergreifenden Gremienarbeit prominent vertreten waren.¹²³⁰

Ein großer Teil dieser Gemeinschaftsarbeiten und Kooperationen erstreckte sich auf die Erforschung der spezifischen Eigenschaften des Bodens, die zwischen 1919 und 1932 im Programm der Staatsgeologen immer stärker in den Vordergrund trat. Dazu gehörten zum einen die für den primären Sektor wichtigen Fragen der Bodenkunde, die sich mit der Verwitterung und den Austauschverhältnissen des Erdreichs sowie der Klärung des Zusammenhangs zwischen Boden und Düngung befassten.¹²³¹ Zum anderen spielten die für Hoch- und Tiefbau wichtigen Aspekte der Bodenmechanik eine zentrale Rolle, also das hier bisher wenig untersuchte Feld der Ingenieurgeologie. Auch wenn die Erforschung des Bodens von Beginn an im Programm der Staatsgeologen verankert war, blieb deren Interesse an derartigen Fragen zunächst auffällig gering und nicht selten versuchten sie, sich dieser „unbequem erscheinenden Aufgabe“ zu entledigen. Gleichwohl war Ihnen natürlich bewusst, dass die Bodenkunde „die Geologie der obersten Bodenschichten“ bildete und somit auch zu ihrem Aufgabenkanon gehörte.¹²³² Während die zunehmende Fokussierung der Geologen auf für die Landwirtschaft wichtige Untersuchungen (Melioration, Bodenverbesserung, Düngungsfragen) maßgeblich aus den Hungererfahrungen des Ersten Weltkrieges resultierte, hing der Vorstoß auf dem Gebiet der Bodenmechanik nicht zuletzt mit dem Profilierungsdrang der PGLA zusammen, die einen Mitgestaltungsanspruch auf diesem in der Weimarer Republik besonders boomenden Forschungsfeld reklamierte. Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden einige dieser bodenkundlichen Arbeiten kurz skizziert, auch, um deutlich zu machen, dass sich die praktische und wissenschaftliche Arbeit der Geologen eben nicht nur auf die Suche nach Bodenschätzen beschränkte.

Verbindungen zwischen Geologie und Landwirtschaft hatten praktisch seit der Gründung der PGLA bestanden, die sich im Zuge der von ihr aufgenommenen Flachlandskartierung schon in den 1870er Jahren durch die Schaffung epochemachender geologisch-agronomischer Spezialkarten zum Dienstleister für die Land- und Forstwirtschaft entwickelt hatte.¹²³³ Angesichts der

wissenschaftlichen Dienstleistungen bot der vom PGLA-Geologen Paul Hermann Dienst bearbeitete Katalog der Bibliothek der DGG, die im Haus der PGLA untergebracht war. Vgl. Anzeige (Titelblatt) im von der DGG herausgegebenen Band: Die Erdöltagung der Deutschen Geologischen Gesellschaft in Hannover 5.-7. Mai 1932. Vorträge und Verhandlungen, Stuttgart 1932; Stöcken, Dokumentation (2020), S. 120.

1230 Zu Mitgliedschaften von PGLA-Geologen in nationalen Gremien interinstitutioneller Gemeinschaftsarbeit 1919–1932 siehe Tab. 5 im Anhang.

1231 Fliegel, Nachruf Beyschlag (1936), S. 20. Zu den vielfältigen Arbeiten der PGLA auf dem Gebiet der Bodenkunde vgl. Pfeffer/Görz, Arbeiten (1968), S. 72–76.

1232 Udluft, Überblick (1968), S. 15. Der „als Begründer der deutschen Bodenkunde als eigenständiger Fachdisziplin“ geltende Emil Ramann, „definierte die Bodenkunde als einen ‚Zweig der Geologie‘, der ‚die Lehre von der Entstehung, den Eigenschaften und den Umbildungen des Bodens‘ umfasst“. Uekötter, Wahrheit (2010), S. 225.

1233 Vgl. von Bülow, Kartierung (1968), S. 45, 47 f.; Deubel, Entwicklung (1954), S. 180 f.; Flachowsky, Geognostik (2026), S. 67 f.

noch allgegenwärtigen Erfahrungen der nationalen „Krise der Landwirtschaft im Ersten Weltkrieg“¹²³⁴ war es schon von Staats wegen Aufgabe der PGLA, nicht nur den Interessen der Industrie, sondern mehr als bisher auch jenen des Agrarsektors Rechnung zu tragen.¹²³⁵ Wie die Anstalt 1923 in ihrem Arbeitsplan ausführte, zwangen die außerordentlich gestiegenen Düngerpreise die Landwirte, „die Schätze des eigenen Bodens in stärkerem Maße als bisher nutzbar zu machen und Bodenmeliorationsmittel in möglichster Nähe zu gewinnen“. Zudem habe „die Kultivierung der norddeutschen Torfmoore und der ausgedehnten Ödländereien aus national-wirtschaftlichen Gründen (...) größte Bedeutung erlangt“. Folglich kamen die Staatsgeologen den Wünschen der Landwirtschaft bei ihren Arbeiten im Flachland nun soweit wie möglich entgegen.¹²³⁶ So forcierte man einerseits die Kartierung auf geologisch-agronomischen Gebiet¹²³⁷ und befasste sich in den Laboratorien der PGLA andererseits mit vielfältigen Fragen der Bodenchemie.¹²³⁸ Die gezielte Einbindung der PGLA-Chemiker in die für die Landwirtschaft grundlegenden Fragestellungen stand nicht zuletzt im Zusammenhang mit den spezifischen Interessen des preußischen Landwirtschaftsressorts, das an seiner während des Krieges aufgenommenen Praxis, alle einschlägigen Vertreter aus Staat, Wissenschaft und Wirtschaft in regelmäßigen Sitzungen über allgemeine Düngerangelegenheiten zusammenzuführen, auch nach 1918 festhielt.¹²³⁹ Und wie schon im Krieg, lösten die Sitzungen dieses ‚Düngerausschusses‘ Impulse aus, die auch die Arbeiten der PGLA beeinflussten.

Durch die desolate Versorgungslage während des Krieges hatte die deutsche Landwirtschaft „bodenökologisch (...) auf Kosten der Substanz“ gelebt.¹²⁴⁰ Die Folgen des dadurch bedingten Raubbaus zeigten sich nun vielerorts in „gesunkenen Erträgen des Ackers und der Viehbestände“, wie einer Flugschrift der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) 1921 zu

1234 Uekötter, Wahrheit (2010), S. 183, 187.

1235 Dies stützt die Feststellung Lundgreens, dass der Staat „in keinem Sektor der Volkswirtschaft (...) so umfassend an der Forschung beteiligt“ ist, „wie in der Landwirtschaft“. Lundgreen u.a., Forschung (1986), S. 88.

1236 Arbeitsplan PGLA für 1923 (1923), S. XXIX.

1237 Zur Bedeutung der agronomischen Karten für die Landwirtschaft und der Notwendigkeit ihrer stärkeren Förderung vgl. auch Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Deutsch-Österreichs (18. Tagung), 30.9.1926, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 6, Bl. 34–47, hier Bl. 38R–43. Vgl. zudem Wolff, Bodenkarten (1929), S. 1047–1079; Görz, Ergebnisse (1932), S. 68–78.

1238 Dahinter stand die Untersuchung, der chemischen Voraussetzungen der Bodenbildung, der chemischen Prozesse im Boden und der Reaktionen des Bodens gegenüber Eingriffen von außen. Ziechmann/Müller-Wegener, Bodenchemie (1990).

1239 So betonte der die Sitzungen ab Oktober 1928 leitende neue Staatssekretär im Pr. LWM Hans Krüger (SPD): „Die Düngersitzungen im Preußischen Landwirtschafts-Ministerium, an denen die Herren seit vielen Jahren teilgenommen haben, sind eine Einrichtung, die sich aus der Kriegszeit in die Nachkriegszeit herübergerettet hat.“ Niederschrift über die 75. Sitzung über allgemeine Düngerangelegenheiten im Pr. LWM, 26.10.1928, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unp.

1240 Uekötter, Wahrheit (2010), S. 189.

entnehmen war.¹²⁴¹ Der „Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugung“ ließ bei den Verantwortlichen im Preußischen Landwirtschaftsministerium sogar die Sorge aufkommen, dass sich der „vorhandene Mangel in der Volksernährung“ bis zu einer „Hungersnot“ steigerte.¹²⁴² Dem entgegenzusteuern war aber zunächst kaum möglich, da es beispielsweise um die Düngerbelieferung der Landwirtschaft nun noch schlechter bestellt war, als im Krieg. Die weiterhin bestehenden Versorgungsprobleme bereiteten den Agrarplanern und Ernährungssachverständigen also auch jetzt noch erhebliches Kopfzerbrechen.¹²⁴³ Folglich kam der Düngerwirtschaft – nach Auffassung des Landwirtschaftsressorts der wichtigste Wirtschaftszweig überhaupt – „denkbar größte“ Bedeutung zu.¹²⁴⁴ So zeigte sich in diesem Bereich nicht nur eine Interessenkongruenz von Staat und Privatwirtschaft, es fällt auch auf, „dass staatliche Stellen nach 1918 den Kunstdüngergebrauch mit einer Monomanie propagierten, die zuvor allenfalls bei den Produzenten des Handelsdüngers zu registrieren gewesen war“.¹²⁴⁵

Krusch nahm an den Sitzungen des LWM daher zunächst weiterhin teil, weil man in der PGLA nach wie vor auf den Ausbau des heimischen Phosphatbergbaus setzte, der unter Leitung des Reichswirtschaftsministeriums nun sogar Aufwind erfuhr.¹²⁴⁶ Gleichwohl zeichnete sich schon bald ab, dass die Superphosphatindustrie eher auf die Zufuhr ausländischer Rohphosphate setzte. Sie hielt nicht nur an ihren schon im Krieg gezeigten Vorbehalten gegenüber den ‚qualitativ minderwertigen‘ heimischen Phosphaten fest, sondern drängte vehement auf eine „Valutasicherung“ zum Kauf überseeischer Produkte. Es wurden sogar Forderungen laut, „die einheimischen Phosphate von der Superphosphatproduktion vollständig“ fernzuhalten, um das Verderben ausländischer Phosphate durch die Beimischung ersterer zu verhindern.¹²⁴⁷ Wie an anderer Stelle bereits ausgeführt, war der Abbau an der Lahn nach der Aufhebung der Verordnung über die Phosphatgewinnung 1922 sukzessive eingestellt worden

1241 Ebd.; Oberkrome, *Ordnung* (2009), S. 51 f. Zur „Krise der Landwirtschaft“ während der Weimarer Republik allgemein vgl. Knortz, *Wirtschaftsgeschichte* (2021), S. 130–132, 228–230.

1242 Denkschrift des Pr. Ministerpräsidenten und LWM Otto Braun zur Frage der Volksernährung, 1.11.1920, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpubl.

1243 Vgl. Corni/Frizzera, *Weltkrieg* (2020), S. 29.

1244 So Unterstaatssekretär Eberhard Ramm (Pr. LWM) im Frühjahr 1919. Niederschriften der 42. u. 43. Sitzung über allgemeine Düngerangelegenheiten im Pr. LWM, 3.2.1919 u. 14.3.1919, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpubl.

1245 Uekötter, *Wahrheit* (2010), S. 199.

1246 Darauf lassen die handschriftlichen Anstreichungen in den Protokollen schließen. Vgl. Niederschriften der 42. u. 43. Sitzung über allgemeine Düngerangelegenheiten im Pr. LWM, 3.2.1919 u. 14.3.1919, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpubl.; Handschriftliche Vermerke Kruschs auf der Vorder- und Rückseite des Schreibens von Unterstaatssekretär Eberhard Ramm (Pr. LWM) [an PGLA], 17.1.1919, GStA, I HA Rep. 194, Nr. 182, unpubl. Dass sich das RWM der Förderung der inländischen Phosphate widmete, geht bspw. hervor aus Niederschriften der 43. u. 47. Sitzung über allgemeine Düngerangelegenheiten im Pr. LWM, 14.3.1919 u. 19.3.1920, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpubl.

1247 Vgl. Niederschrift der 51. Sitzung über allgemeine Düngerangelegenheiten im Pr. LWM, 26.11.1920, ebd., unpubl.

und versiegte bis 1927 vollends, eben weil die Düngemittelindustrie auf den Bezug von Rophosphaten aus den USA (Florida) und der Südsee setzte.¹²⁴⁸

Das schwindende Interesse an der Gewinnung heimischer Phosphate hatte zur Folge, dass sich die PGLA ab 1922 nur noch sporadisch an den ‚Düngersitzungen‘ des LWM beteiligte und sich als Beratungs- und Forschungsinstanz zwischenzeitlich ganz aus diesem Kreis zurückzog.¹²⁴⁹ Dies änderte sich jedoch wieder, als sich die Sitzungen ab Mitte der zwanziger Jahre immer stärker den Grundlagen einer rationalen Düngieranwendung und der Frage des Nährstoffbedürfnisses der Böden zuwandten.¹²⁵⁰ Dies war zum Teil darauf zurückzuführen, dass sich mit der Intensivierung des Kunstdünger- und insbesondere des Stickstoffgebrauchs vielerorts eine aus Sicht der Landwirte durchweg unangenehme „Versauerung der Böden“ einstellte¹²⁵¹ mit deren Folgen man sich auch an der PGLA auseinandersetzte.¹²⁵² So konzidierte etwa der dort tätige Dipomlandwirt Georg Görz, dass „der Rückgang der Ernteerträge“ eine mögliche „Folge der steigenden Kunstdüngeranwendung“ sei.¹²⁵³

Im Laboratorium der PGLA befasste sich die Abteilung für Bodenkunde mit chemischen, physikalischen und mineralogischen Bodenuntersuchungen. Dazu gehörten beispielsweise Arbeiten über die Verwendung von Meliorationsmitteln für sandige und schwere Böden, über den Einfluss von wasser- und salzsäurelöslichen Nährstoffen und der Azidität auf das Wachstum verschiedener Holz- und Pflanzenarten, über die quantitative Bestimmung des

1248 Siehe Kap. 2.5.3. Vgl. auch Niederschriften der 61., 62. u. 66. Sitzung betreffend allgemeine Düngerangelegenheiten im Pr. LWM, 3.11.1922, 26.1.1923 u. 8.2.1924, ebd., unpag. Zwar machte die Belieferung der Landwirtschaft mit Phosphorsäure in den folgenden Jahren starke Fortschritte, allerdings übernahm nun das als Abfallprodukt der Schwerindustrie anfallende Thomasmehl mit etwa 80 Prozent der Gesamtmenge den Löwenanteil der Versorgung, da die ausländischen Phosphate einfach zu teuer waren. Deutschland sah sich sogar gezwungen, große Mengen Thomasmehl aus dem Saargebiet, Luxemburg, Frankreich und Belgien einzuführen. Dagegen hatte das Superphosphat Mitte der 1920er Jahre seinen vor dem Krieg innegehabten Platz immer noch nicht wieder zurückerobert. Vgl. Niederschriften der 68. u. 73. Sitzung über allgemeine Düngerangelegenheiten im Pr. LWM, 27.2.1925 u. 14.10.1927, ebd., unpag. Tatsächlich scheint der Phosphatabbau im Deutschland, insbesondere an der Lahn bis mindestens Ende 1944 nicht mehr aufgenommen worden zu sein. Vgl. Vermerk von Bergassessor a.D. Ernst Sauerbrey (Reichsamt für Wirtschaftsausbau, RWA, Abt. II ME 6 Ster) über einige bekanntere Phosphorit-Vorkommen Deutschlands unter den angrenzenden Ländern, 20.9.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30548, Bl. 102–104; Vermerk von Sauerbrey (RWA) über eine Besprechung im RfB betr. Phosphorit-Vorkommen in Deutschland, 29.11.1944, ebd., Bl. 98 f.

1249 Allerdings nahm man die Entwicklungen auf dem Gebiet der Düngemittelversorgung (insbesondere den Phosphaten) in der PGLA weiterhin aufmerksam zur Kenntnis, wie die zahlreichen Anstreichungen in den Sitzungsprotokollen des Pr. LWM belegen.

1250 Allgemein dazu Honcamp, Probleme (1928), S. 49–56.

1251 Uekötter, Wahrheit (2010), S. 205 f. Auf den Anstieg der Verwendung von Kunstdünger in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre verweisen auch Corni/Frizzera, Weltkrieg (2020), S. 52.

1252 Pfeffer/Görz, Arbeiten (1968), S. 71.

1253 Handschriftliche Vermerke von Georg Görz und Max Trénel auf der letzten Seite der Niederschrift der 75. Sitzung über allgemeine Düngerangelegenheiten im Pr. LWM, 26.10.1928, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpag.

Salzgehalts der Böden, über die Bodenlöslichkeit von Phosphorsäure und Kali, vergleichende Untersuchungen über gepflügte Ackerböden und bodenverbessernde Wirkungen durch maschinelle Bemergelung sowie Untersuchungen über die im Boden schlummernden Regenerationskräfte.¹²⁵⁴ Ebenso widmete man sich der Verunreinigung der Böden durch den Aufschluss mit Chemikalien, durch Rauchgase und Flugstaub von Kohlenfeuerungsanlagen oder untersuchte im Zuge von Düngungsversuchen die Bedeutung der Radioaktivität als Faktor in der Pflanzenphysiologie. Laborleiter Ganssen zeigte auf dem IV. Internationalen Kongress für Bodenkunde 1924 in Rom „neue Wege der Bodenmelioration“ auf, berichtete dort auch über das Austauschvermögen und die Zusammensetzung deutscher Marschböden und äußerte sich in den Internationalen Mitteilungen für Bodenkunde über das Problem „Molekularverhältnis, Bodenreaktion und Düngebedürftigkeit“.¹²⁵⁵

Die bodenchemischen Arbeiten richteten sich neben der Klärung der Verwitterungsprozesse, den ‚Absorptions- und Austauschvorgängen im mineralischen Boden‘ vor allem auf die Frage der Entstehung des Bodens und seiner stofflichen Zusammensetzung, zu deren Beantwortung Bodenanalysen und elektrometrische Verfahren Anwendung fanden. Wichtige Schwerpunkte bildeten die Probleme der Bodenazidität und der Verwertung der Pflanzennährstoffe.¹²⁵⁶ Als ein Fachmann auf diesem Gebiet galt neben Laboratoriums-vorstand Ganssen¹²⁵⁷ der seit 1924 an der PGLA tätige Chemiker Max Trénel, der sich 1927 an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin mit einer Arbeit über „die wissenschaftlichen Grundlagen der Bodensäurefrage und ihrer Nutzanwendung in der praktischen Landwirtschaft“ habilitiert hatte.¹²⁵⁸ Wie er darin feststellte, äußerte sich ein für den Boden ungünstiger pH-Wert durch verschiedene Symptome, war oft aber schon am äußeren, kümmerlichen Erscheinungsbild der Pflanzen zu erkennen. Andere Experten verwiesen darauf, dass die durch die intensive Düngung verursachte Versauerung zu einem Rückgang der im Boden lebenden Bakterien sowie „zur Auflösung und Auswaschung

1254 Vgl. Tätigkeitsberichte PGLA für 1920 (1922), S. XV f., ... für 1924 (1925), S. XXV–XXVIII, ... für 1925 (1926), S. XXIX f.; ... für 1926 (1926), S. CXXV f.; Pr. Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten (MLDF) an PGLA, 28.2.1931, 20.3.1931 u. 23.7.1931, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 182, unpag.; Vermerk von Georg Görz (PGLA), 9.3.1931, ebd., unpag.; Preußische Elektrizitäts AG (Berlin) an Pr. MLDF, 21.2.1931, ebd., unpag.; Bericht von Wilhelm Wolff (PGLA) über die Besichtigung der Mergelmaschine der Firma Polensky & Dr. Rathjens, 9.4.1931, ebd., unpag.; Gotthard Fliedel (PGLA) zur Frage der Eignung der Böden in den Feldmarken Markee, Markau und Etzin für die maschinelle Bemergelung, 26.9.1931, ebd., unpag.

1255 Tätigkeitsbericht PGLA für 1920 (1920), S. XV f., ... für 1924 (1925), S. XXV–XXVIII; ... für 1925 (1926), S. XXIX f.; ... für 1926 (1926), S. CXXV f.; Krusch (PGLA) mit einem Auszug aus einem Brief des Herrn Prof. Dr. Jahn (Brünn) an Ganssen, 18.3.1924, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 182, unpag.; Bericht von Georg Görz (PGLA) über Ergebnisse der Versuche betr. Reizwirkung von radioaktiven Erzen im gemahlten Zustand als Beimischung zum Boden auf das Wachstum von Roggen, 3.1.1925, ebd., unpag.

1256 Pfeffer/Görz, Arbeiten (1968), S. 72 f.

1257 Vgl. Kappen, Bodenazidität (1929), S. 4–6, 13–17.

1258 Trénel, Max, in: Böhm, Handbuch (1997), S. 356 f. Zu Trénel vgl. Anhang Biographien.

von Pflanzennährstoffen“ führte und die Wirkung des Kunstdüngers so stark abnahm, „dass dadurch ‚die Rentabilität der Düngung in Frage gestellt‘ wurde“.¹²⁵⁹ Die „Probleme der Bodenazidität im Zusammenhang mit der Erforschung der Bodenfruchtbarkeit und der Bodengenese standen fortan im Mittelpunkt“ von Trénels Arbeiten, der seit Oktober 1927 auch als Vertreter der PGLA an den ‚Düngersitzungen‘ des Preußischen LWM teilnahm.¹²⁶⁰ Im Ergebnis der dortigen Sitzungen kam er zu der richtigen Schlussfolgerung, dass der Kalkmangel im Boden ein wesentlicher Auslöser der Übersäuerung der Äcker war.¹²⁶¹

Wie den Tätigkeitsberichten der PGLA zu entnehmen ist, führte Trénel seine Untersuchungen „in Gemeinschaft mit landwirtschaftlichen und biologischen Untersuchungsstellen“ durch, die im Kontext des Verbandes deutscher landwirtschaftlicher Versuchsstationen und der Deutschen Bodenkundlichen Gesellschaft zu verorten waren.¹²⁶² So widmete er sich beispielsweise zusammen mit Fritz Alten, dem Leiter der Landwirtschaftlichen Versuchsstation Berlin-Lichterfelde des Deutschen Kali-Syndikats, der Frage, worauf die „toxische Wirkung des Aluminiums im sauren Mineralboden“ zurückzuführen war. Den Ausgangspunkt dafür bildeten Trénels eigene Untersuchungen die ergeben hatten, dass die Tonerde, die infolge der „Entbasung der mineralischen Bodenkolloide“ freigesetzt wurde, die Quelle für lösliches Aluminium darstellte, das bei der Verwendung künstlicher Dünger in die Bodenlösung überging.¹²⁶³ In diesem Zusammenhng sei noch einmal erwähnt, dass Trénel seit 1925 ebenso auch als Mitarbeiter und wissenschaftlicher Berater der Reichswehr in Kampfstofffragen fungierte.¹²⁶⁴

Seine Berliner Kollegen Görz und Benade arbeiteten dagegen u.a. im Wirtschaftsgebiet der Oberförsterei Grimnitz (Uckermark) an so genannten „Baummessungen“ und neuartigen Bodenuntersuchungsmethoden. Dabei handelte es sich um „elektro-physiologische Untersuchungen“ zur Feststellung des Gesamtsalzgehaltes im Boden und in den Bäumen, um Rückschlüsse auf die „Wüchsigkeit“ letzterer zu erhalten.¹²⁶⁵ Die Grundlage hierfür bildete ein von Görz entwickeltes Messverfahren, das zunächst zur Bestimmung von Feuchtigkeitsgehalten landwirtschaftlich genutzter Böden verwendet wurde. Wie

1259 Vgl. Uekötter, Wahrheit (2010), S. 206.

1260 Trénel, Max, in: Böhm, Handbuch (1997), S. 356; Niederschrift der 73. Sitzung über allgemeine Düngerangelegenheiten im Pr. LWM, 14.10.1927, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unp.; Berichte Trénels über die „Dünger-Sitzung“ im Pr. LWM, 26.10.1927 u. 9.11.1929, GStA, I. HA Rep, 194, Nr. 182, unp.

1261 Handschriftliche Vermerke von Georg Görz und Max Trénel auf der letzten Seite der Niederschrift der 75. Sitzung über allgemeine Düngerangelegenheiten im Pr. LWM, 26.10.1928, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unp. Zur Richtigkeit dieser Auffassung und dem Befund, dass „mancher Kunstdünger einen entkalkenden Einfluss auf den Boden ausübte“ siehe, Uekötter, Wahrheit (2010), S. 205, 209 f.; Oberkrome, Ordnung (2009), S. 55.

1262 Tätigkeitsbericht PGLA 1928 (1929), S. XXXVII.

1263 Trénel, Wirkung (1933), S. 14 (Sitzungsberichte).

1264 Vgl. Schmaltz, Kampfstoff-Forschung (2005), S. 51; Maier, Chemiker (2015), S. 264.

1265 Görz, Untersuchungen (1927), S. 36–58.

sich zeigte, erwies sich „die Brauchbarkeit des Görzschen Apparates“ auch für fortwirtschaftliche Zwecke.¹²⁶⁶ So ergaben die Untersuchungen einen „Zusammenhang des Gehaltes an leichtlöslichen Salzen im Boden mit der Wachsfreudigkeit der Bäume und mit der Konzentration der Elektrolyte im Baum-saft“.¹²⁶⁷ Aus diesem Grund lag es nahe, diese Ergebnisse durch eine Methode zur Untersuchung des Bodens zu untermauern, durch die man ebenfalls in der Lage war, die leichtlöslichen Bodennährstoffe zu ermitteln. Zu diesem Zweck stützte sich Benade auf die so genannte ‚Methode Neubauer‘, die ein zu dieser Zeit heiß diskutiertes Hilfsmittel zur schnellen Ermittlung der im Boden enthaltenen Nährstoffkonzentrationen von Phosphor und Kali darstellte.¹²⁶⁸

Die Beispiele deuten an, dass Trénel und seine Kollegen zu jener agrikulturchemischen Community gehörten, die einerseits „eine starke Stellung an Universitäten und Versuchsstationen“ genoss und enge Beziehungen zum Staat und zur Kunstdüngerindustrie unterhielt, andererseits jedoch durch die „Versauerungskrise“ der 1920er in Erklärungsnot geraten war, weil sie die komplizierten Vorgänge im Boden „nur bruchstückhaft durchschaute“ und dem Praktiker daher nicht in jeder Hinsicht befriedigende Antworten im Hinblick auf die Düngerbedürftigkeit des Bodens zu liefern vermochte.¹²⁶⁹

Tatsächlich gab die Pflanzenernährungs- und Düngungslehre noch viele Rätsel auf und war bei weitem noch nicht „vollständig wissenschaftlich durchgearbeitet“.¹²⁷⁰ Folglich befassten sich unterschiedliche Instanzen mit diesen Problemen, die auch auf die Expertise der PGLA setzten.¹²⁷¹ Zu ihnen gehörte

1266 Hausendorff, Vorwort (1927), S. VI.

1267 Benade, Bodenuntersuchungen (1927), S. 59.

1268 Ebd. Bei der von Hugo Neubauer, Direktor der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Dresden, entwickelten Methode wurde „genormtes Saatgut zweieinhalb Wochen lang einer Bodenprobe ausgesetzt“. Im Anschluss „wurde die Keimpflanze aus dem Schälchen genommen, isoliert und verascht und anschließend der Kali- und Phosphorgehalt der Asche durch chemische Analyse bestimmt“. Das Verfahren stellte demnach „eine geraffte Simulation all jener Vorgänge“ dar, die sich im Boden „im Verlauf einer ganzen Vegetationsperiode vollzogen“. Uekötter, Wahrheit (2010), S. 248.

1269 Dazu und zum Abwehrkampf der Agrikulturchemielobby gegen alternative Ansätze, ausführlich ebd., S. 198–259, hier S. 208 f., 218, 243, 248. Auch die DFG-Gemeinschaftsarbeiten auf dem Gebiet der Ernährungsphysiologie der Pflanzen befassten sich u.a. mit der Frage, „den Düngerbedarf eines Bodens vorherzusagen“. Gemeinschaftsarbeiten (1926), S. 346. Die in der Wissenschaft bestehenden Unsicherheiten über die Düngung sorgten in der landwirtschaftlichen Praxis für zum Teil erhebliche Verärgerung, da man dort immer noch „vollständig im Dunkeln“ darüber tappte, welchen Kunstdünger man anwenden sollte. Beispielhaft dafür die Niederschrift über die 74. Sitzung über allgemeine Düngerangelegenheiten im Pr. LWM, 10.2.1928, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpag.; Bericht Trénels über die so genannte Düngersitzung im Pr. LWM am 10.2.1928, 13.2.1928, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 182, unpag.

1270 Uekötter, Wahrheit (2010), S. 150 f.

1271 Der PGLA-Geologe Wilhelm Wolff etwa nahm 1923 an einer Besprechung über Kalkfragen in der Düngerabteilung der DLG teil, wo er erklärte, dass sich die PGLA an den geplanten Versuchen des Düngerausschusses der DLG beteiligen wolle. Ob diese Versuche wirklich stattfanden, ist allerdings unklar. Bericht von Wolff über eine Besprechung von landwirtschaftlichen Kalkfragen in der Düngerabteilung der DLG, 28.4.1923, GStA, I. HA

beispielsweise die Kommission für Bodenuntersuchung und Düngungsversuche des Verbandes deutscher landwirtschaftlicher Versuchsstationen im Deutschen Reich, der mit Ganssen und Böhm (seit 1920), Trénel (1924), Utescher und Loebe (1930) gleiche mehrere Mitarbeiter der PGLA angehörten.¹²⁷² Wie ihr Leiter, der Berliner Agrikulturchemiker Otto Lemmermann, 1924 betonte, befasste sich die Kommission u.a. mit dem Wesen, der Bedeutung und den Bestimmungsmethoden der Bodenazidität, der Feststellung des Düngebedürfnisses der Böden, aber auch mit Sonderfragen, wie der Wirkung phosphorhaltiger Düngemittel.¹²⁷³

Die Arbeiten der Kommission standen in engem Zusammenhang mit der 1926 gebildeten Deutschen Bodenkundlichen Gesellschaft (DBG), die als deutsche Sektion der Internationalen Bodenkundlichen Gesellschaft fungierte und der neben den Geologischen Landesanstalten Badens, Bayerns, Hessens, Preußens, Sachsens und Thüringens auch dort beschäftigte Geologen und Chemiker als persönliche Mitglieder angehörten.¹²⁷⁴ Als Vorsitzender der DBG und der Kommission regte Lemmermann an, „durch gemeinsame Arbeit“ zu versuchen, „einheitliche Methoden für die Untersuchung der Böden in Deutschland zu schaffen“, wobei er sich auch um die Einbindung der PGLA bemühte.¹²⁷⁵ Lemmermanns Vorschlag mündete in die Bildung einer gleichnamigen Arbeitsgemeinschaft, die sich mit der Ausarbeitung einheitlicher Methoden zur Entnahme von Bodenproben befasste, und der die Geologen Utescher, Trénel und Loebe angehörten.¹²⁷⁶ Ihren Niederschlag fanden diese Arbeiten schließlich in einem von Lemmermann 1932 im Auftrag des Verbandes Deutscher Landwirtschaftlicher Versuchsstationen und der DBG herausgegebenen Handbuch, in dem Richtlinien für die Entnahme von Bodenproben, für die physikalische, chemische und mikrobiologische Untersuchung von Mineral-, Humus- Moor- und anmoorigen Böden sowie für die Bestimmung des

Rep. 194, Nr. 182, unpag. Wolffs Berliner Kollege Curt Gagel arbeitete dagegen im Reichsausschuss für Bodenkalkung beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (REL) und dessen Arbeitsausschuss mit. Entwurf eines Schreibens von Krusch (PGLA) an REL, ohne Datum (Januar 1925), ebd., unpag.; REL an PGLA, 16.2.1925, ebd., unpag.

1272 Für Ganssen und Böhm vgl. etwa Bericht PGLA 1920 (1922), S. XV.

1273 Otto Lemmermann (Institut für Agrikulturchemie und Bakteriologie der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin) an PGLA, 5.7.1924, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 182, unpag.; Bericht von Ganssen (PGLA) über die Sitzung des Ausschusses für Bodenuntersuchung und Düngungsversuche des Verbandes der landwirtschaftlichen Versuchsstationen im Deutschen Reich in Würzburg am 18./19.9.1924, 24.9.1924, ebd., unpag.

1274 So etwa Kurd von Bülow, Robert Ganssen, Georg Görz, Hans Haller, Johann Heinrich Hellmers, Richard Loebe, H. Pfeiffer, Max Trénel, Kurt Utescher, Wilhelm Wolff (alle PGLA), Walter Hoppe (Thüringen), Franz Münichsdorfer (Bayern), Carl Schnarrenberger (Baden). Vgl. Blume, Gesellschaft (2001), S. 19–25.

1275 Otto Lemmermann (Institut für Agrikulturchemie und Bakteriologie an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin) an Präsident PGLA, 12.12.1930, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 182, unpag.; Rundschreiben Lemmermanns, 28.10.1930, ebd., unpag.

1276 Vgl. ebd.; Rundschreiben von Otto Lemmermann (Arbeitsgemeinschaft zur Schaffung einheitlicher Methoden für die Untersuchung des Bodens) betr. Einladung zur 2. Sitzung der AG (6.5.1931) und „für die nächste Sitzung“, (14.11.1931), ebd., unpag.

Düngungsbedürfnisses des Bodens enthalten waren.¹²⁷⁷ Trotz dieser zweifellos zu konstatierenden Fortschritte hielten die Agrikulturchemiker Anfang der 1930er Jahre noch kein Patentrezept zur Feststellung der Düngebedürftigkeit des Bodens in ihren Händen. Franz Honcamp, einer der führenden Vertreter der Zunft, konstatierte sogar, dass man über die biologische, physiologische und chemische Bedeutung der drei Kernnährstoffe Kali, Phosphor und Kalk für die Pflanzenernährung „noch recht wenig unterrichtet“ sei, die „komplizierten Verhältnisse der Bodenazidität“ noch nicht vollends entschlüsselt und auch hinsichtlich der „Düngerbedürftigkeit eines Bodens“ noch immer viele Fragen habe. „Der Streit der Meinungen“, in den sich – soviel dürfte deutlich geworden sein – auch Wissenschaftler der PGLA einbrachten, sei also „noch in vollem Gange“. Daher war es hier erst „noch weiteren Forschungen vorbehalten (...), völlige Klarheit zu schaffen“.¹²⁷⁸

3.4.3 Profilierungsdrang und Mitarbeit unter Vorbehalt – Nationale Kooperation auf dem Gebiet der Bodenmechanik

Die beratende Tätigkeit auf dem Gebiet des Bauwesens markierte ebenfalls einen wichtigen Teil geologischer Facharbeit. So wurden die bei den vielen ingenieurtechnischen Infrastrukturprojekten entstehenden Aufschlüsse – etwa Brücken-, Talsperren, Tunnel-, Eisenbahn- und Kanalbauten – schon seit langem von den Geologischen Landesanstalten verfolgt.¹²⁷⁹ Allerdings setzte sich dieser Forschungszweig in der geologischen Ressortforschung nur langsam durch und die Gruppe der damit befaßten wissenschaftlichen Beamten blieb zunächst überschaubar. Dies hing damit zusammen, dass die Methoden zur Bestimmung bodenphysikalischer Eigenschaften – etwa der Körnung, des spezifischen Gewichts oder der Wasserkapazität – und daraus abzuleitende verlässliche Aussagen über Baugrund, Standfestigkeit und Tragfähigkeit von Gebäuden eine überaus große praktische Erfahrung und technische Begabung verlangten, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts infolge Fehlens „geeigener Hochschullehrer kaum auf den Hochschulen“ vermittelt werden konnten.¹²⁸⁰

Tatsächlich gehörten Fragen der Bodenphysik, der Erdbaumechanik und der Erforschung des Bodens als Baugrund zum Fächerkanon der Bauingenieurwissenschaften, was jedoch lange fehlte, war die Verbindung zur

1277 Vgl. Lemmermann, Methoden (1932, 1934); Von Lemmermann erstelltes Inhaltsverzeichnis, ohne Datum (um 1931), GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 182, unpag.

1278 Honcamp, Probleme (1928), S. 50–53. Vgl. auch ders., Düngung (1931), S. 31, 34 f., 37–39.

1279 Die PGLA wirkte z.B. in Preußen seit 1905 als Gutachter in Baufragen für die Bahn, wurde darüber hinaus über alle Bauaufschlüsse (Bahn-, Wasserstraßen- und Talsperrenbauten) informiert. Zudem war ihre Mitwirkung in der Ausführungsanweisung zum Preussischen Wassergesetz vom 7.4.1913 fixiert. Vgl. Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Österreichs (19. Tagung), 30.9.1927, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 6, Bl. 82–100, hier Bl. 94R–96R. Für Baden vgl. Heinrich Brenzinger (Freiburg) an den Deutschen Beton-Verein e.V., Oberkassel (Siegkreis), 2.5.1927, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 611, unpag.

1280 Dienemann, Arbeiten (1968), S. 115.

Geologie, die in Deutschland erst nach dem Ersten Weltkrieg klarere Konturen annahm.¹²⁸¹ So sprachen sich beispielsweise die Direktoren der Geologischen Landesanstalten 1922 dafür aus, die geologische Vorbildung der Techniker und Ingenieure zu vertiefen, wobei es nicht an selbstkritischen Stimmen fehlte, die annahmten, dass gleichzeitig auch jene Zweige der Geologie, an die sich viele technische Arbeiten anschlossen, einen weiteren Ausbau erfahren müssten.¹²⁸² Obwohl die Direktoren eine entsprechende Resolution an die zuständigen Ministerien und Technischen Hochschulen richteten, gab es unter den Staatsgeologen selbst zunächst nur wenige, die sich für die „als nicht ganz ‚zunftgemäß‘“ geltenden geotechnischen Fragestellungen erwärmten.¹²⁸³

Folglich wurden die an Bauvorhaben gebundenen Begehungen und Gutachten lange von den im jeweiligen ‚Baugebiet‘ zufällig mit Kartierungsaufgaben befassten Geologen nebenbei mit erledigt. Problematisch war dabei, dass viele von ihnen diese als lästig empfundenen Aufgaben nur ungern übernahmen und bei der Erstellung ihrer Expertisen obendrein nicht nach einheitlichen Methoden oder Richtlinien verfahren. Dass es bei dieser Einstellung vielen Geologen zunächst schwerfiel, den von ihren Direktoren geforderten „Kontakt mit technischen Behörden oder Ingenieuren zu finden“ liegt auf der Hand.¹²⁸⁴ Allerdings befassten sich die diesen Fragen scheinbar offener gegenüberstehenden Chemiker im Laboratorium der PGLA schon früh mit „erdbaumechanischen Untersuchungen“. Als Spezialist unter ihnen galt beispielsweise H. Pfeiffer, der sich als erster in diese Materie einarbeitete und sich mit der „Prüfung der Standfestigkeit von Lehmen“ und „der Verwertbarkeit von tonigen Böden als Abdichtungsmaterial bei Kanal-, Damm-, Talsperren- u.a. Bauten“ befasste.¹²⁸⁵

Dies bedeutet allerdings nicht, dass zwischen Geologischen Landesanstalten und technischen Behörden keine Beziehungen bestanden hätten. Nur waren sie meist bilateraler Natur und erstreckten sich zunächst weniger auf über mehrere Institute umfassende Gemeinschaftsarbeiten. So finden sich zahlreiche Beispiele dafür, dass Staatsgeologen im Interesse von Kommunen

1281 Der Berliner Wasserbauingenieur Erwin Marquardt zum Beispiel verwies darauf, dass die Ingenieurgeologie Mitte der 1920er Jahr ihre ‚ersten Schritte‘ gemacht hätte. Vgl. Marquardt, Geleit (1944), S. III. Vgl. auch Loos, Anwendung (1937), S. 1 f.

1282 Protokoll über die Versammlung der Direktoren der GLA's Deutschlands und Deutsch-Österreichs (14. Tagung), 30.9.1922, GStA, I. HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 5, unpag. Dass man damit offenbar Erfolg hatte und die Ausbildung der Tiefbau- und Vermessungsingenieure an den TH's auch Geologie, Bodenkunde, Geomorphologie und Kartenlesen umfasste, zeigen spätere Direktorensitzungen. Vgl. Niederschriften über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Deutsch-Österreichs 28.9.1923 (15. Tagung) u. 30.9.1925 (17. Tagung), ebd., unpag. Für eine engere Verbindung von Erdbaumechanik und geologischer Forschung bei der Hochschulausbildung plädierte auch Singer, Baugrund (1932), S. 2–4.

1283 Dienemann, Arbeiten (1968), S. 116; Wagenbreth, Geschichte (2015), S. 215.

1284 Dienemann, Arbeiten (1968), S. 116.

1285 Pfeffer/Görz, Arbeiten (1968), S. 68, 75. Zu den im Bodenkundlichen Laboratorium der PGLA durchgeführten physikalisch- und mechanisch-analytischen Arbeiten zur Ermittlung der Ursachen von Bodenbewegungen vgl. Pfeffer/Dienemann, Untersuchungen (1928), S. 316–319.

und Gemeinden Gefahren für etwaige Bergstürze und Unterspülungen auslösten, die Standfestigkeit von Einschnittsböschungen bei Straßenbauvorhaben untersuchten, Bauarbeiten an Hafenanlagen verfolgten, Fundamentierungen an Brückenpfeilern begutachteten oder die Möglichkeiten der Wasserversorgung landwirtschaftlicher Domänen prüften.¹²⁸⁶

Ein die PGLA über Jahre hinweg begleitendes Projekt bildete beispielsweise der weitere Ausbau des 1906 begonnenen Mittellandkanals, der die Bauingenieure wiederholt vor schwierige Herausforderungen stellte. So finden sich in den Tätigkeitsberichten der PGLA immer wieder Hinweise, die auf die „Verfolgung“ der Aufschlussarbeiten, „Beratungen beim Bau“ oder auf den Eingang dort erstellter Bohr- und Schichtenverzeichnisse verweisen.¹²⁸⁷ Die „ausgedehnten beratenden und gutachtlichen“ Tätigkeiten der Geologen „in Sachen des Mittellandkanals“ erstreckten sich jedoch auch auf konkrete bautechnische und ingenieurgeologische Belange.¹²⁸⁸ Wie aus einem Bericht von 1926 hervorgeht, wurden Teile des Kanaldammkörpers aus „reinen, möglichst kohäsionslosen Kies- und Sandmassen hergestellt“ und stark eingeschlämmt, um ein späteres Nachsacken zu beschränken.¹²⁸⁹ Die gesamte Dichtung des Kanalbettes bildete eine 60 Zentimeter dicke Tonschale, die beiderseits bis zu einem Meter über den normalen Kanalwasserspiegel reichte. Zwar wurde diese Tonschale zum Schutz gegen Beschädigungen mit einer Schutzschicht aus Sand und Kies überzogen, für die Kanaldichtung war aber lediglich der Ton verantwortlich. Daher war es von großer Wichtigkeit, dass die Tonschale imstande war, „den unvermeidlichen späteren Setzungen des Dammkörpers zu folgen, ohne durchgehende Risse zu erhalten“, die die Gefahr der Bildung von Wasseradern bargen und schlimmstenfalls zu einer Zerstörung des Dammes führten.

Zur Gewinnung brauchbaren Dichtungsmaterials nutzte man in der Nähe der Kanallinie vorhandene Tonvorkommen, die von den Chemikern der PGLA eingehend auf ihre Verwendbarkeit untersucht wurden. Die Ergebnisse der ersten Versuche an verschiedenen Tonmergeln waren aber so unbefriedigend, „dass die Geologen und Chemiker von der Verwendung des

-
- 1286 Vgl. etwa Zimmermann (PGLA) an die Landesvermögensverwaltung Gotha betr. Felssturz an der Hallenburg bei Steinbach Hallenberg, 8.10.1920, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 98, unpag.; Beyschlag (PGLA) an die Zentralverwaltung der Gewerkschaft Wintershall (Heringen), 13.5.1922, ebd., unpag.; Regierungspräsident Kassel an PGLA, 7.1.1923, ebd., unpag.; Landrat Dillenburg an PGLA, 22.4.1929, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 102, unpag.; Vermerk der PGLA betr. „Auszug aus I.-Nr. 1926/29“, betr. Umbau der schmalspurigen Vorgebirgsbahn Köln-Brühl-Bonn in Regelspur, Bauarbeiten an der Hafenanlage in Köln-Niehl, 24.4.1929, ebd., unpag.; Kreisbauamt Bitburg an PGLA, 11.12.1929, ebd., unpag.; Kostenrechnung der PGLA für Gutachten vom 15.3.1930 betr. die Standfestigkeit der Einschnittsböschungen beim Neubau der Gaytalstraße, 8.4.1930, ebd., unpag.; Bürgermeister der Stadt Cochem an PGLA, 14.2.1930, ebd., unpag.; Der Landeshauptmann der Rheinprovinz (Düsseldorf) an PGLA, 28.11.1930, ebd., unpag.; Kreisverwaltung Trier-Land (Kreisbauamt Trier) an PGLA, 15.1.1931, ebd., unpag.
- 1287 Vgl. etwa Arbeitsplan PGLA für 1925 (1925), S. XLV–XLVII; Tätigkeitsberichte PGLA für 1928 (1929), S. XI, XIV, XLIV; ... für 1929 (1929), S. XIV; ... für 1930 (1930), S. X, XII, XXXVI.
- 1288 Arbeitsplan PGLA für 1931 (1930), S. XLIV.
- 1289 Vgl. dazu und im Folgenden Schinkel, Versuche (1926), S. 41–46.

verwendeten Septarientons für die Kanaldichtung abrietten und empfahlen, Geschiebemergel zu verwenden“, der aufgrund seines geringen Kalk- bzw. Salzgehalts besser geeignet schien. Die Untersuchungen in der PGLA wandten sich folglich dem Geschiebemergel zu, dehnten sich aber noch auf ebenfalls Frage kommenden Elbschlick, Kreide- und Juraton sowie andere Septarientone aus. Dabei wurden zum einen in Versuchsanordnungen reale Verhältnisse simuliert, um die Rissigkeit des Dichtmaterials auszuloten. Zum anderen wurden alle potentiellen Dichtungsstoffe mechanischen und chemischen Analysen unterzogen. Im Ergebnis der analytischen und praktischen Laborversuche an der PGLA wurden Elbschlick und Geschiebemergel für die Kanaldichtung ausgeschlossen. Ebenso wurde festgestellt, dass gelber Septarienton infolge seines hohen Gipsgehalts eine Anfälligkeit für Rissbildungen aufwies und somit auch keine Gewähr gegen Wasserundurchlässigkeit bot. Günstiger indes verliefen die Versuche mit blauem Septarienton, Kreide- und Juraton, wobei sich ersterer am besten bewährte.

Da die Versuche in der PGLA den der Wirklichkeit entsprechenden Größenverhältnissen aber nicht einmal ansatzweise nahekamen, mussten die Versuche noch im Maßstab der Kanalabmessungen erfolgen, denn letztlich konnte nur ein praktischer Versuch die Zuverlässigkeit des gewählten Dichtungsmaterials aufzeigen. Zu diesem Zweck wurde 1924 in Elbau in der Nähe der Tongewinnungsstelle eine Tonversuchsgrube errichtet. Die Versuche zogen sich über mehrere Jahre hin, ließen aber auf den ersten Blick immerhin „keine nennenswerte Undichtigkeit der Tondichtung“ erkennen.¹²⁹⁰ Zu welcher abschließenden Stellungnahme man in der Frage des Dichtungsmaterials gelangte, konnte nicht festgestellt werden, sicher jedoch ist, dass diese und ähnlich gelagerte Fragen die Staatsgeologen noch in den folgenden Jahren beschäftigten. So war PGLA-Abteilungsleiter Pfeiffer noch 1931 mit planmäßigen „Untersuchungen über die Rutschgefährlichkeit der Tone verschiedener geologischer Formationen, besonders in Aufschlüssen am Mittellandkanal“ befasst.¹²⁹¹

Ein weiteres Betätigungsfeld der praktischen Geologen markierten die zahlreichen Erdaufschlüsse durch Bauten der Eisenbahnen (z.B. Bahnhöfe, Tunnels, Unterführungen, Brücken, Böschungen, Gleis- oder Entwässerungsanlagen). Die Eisenbahndirektionen Preußens informierten die PGLA alljährlich über die in ihren Bereichen projektierten Baumaßnahmen, woraufhin letztere einzelne ihrer wissenschaftlichen Beamten mit der Verfolgung und Beratung der Aufschlüsse betraute.¹²⁹² Insbesondere die über Jahre gewachsenen

1290 Ebd.

1291 Arbeitsplan PGLA für 1931 (1930), S. XLV.

1292 Vgl. etwa Deutsche Reichsbahn (RB)-Gesellschaft (RB-Direktion Elberfeld) an PGLA, 3.1.1929, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 273, unpubl.; Vorlagen betr. Anfrage bei sämtlichen Eisenbahndirektionen über die projektierten Eisenbahnbauten, 10.1.1929 u. 10.1.1930, ebd., unpubl.; Vermerk der PGLA betr. „Auszug aus I.-Nr. 2092/29 betr. RB-Direktion Essen, 29.4.1929, ebd., unpubl.; Vermerk der PGLA betr. „Auszug aus I.-Nr. 1794/29 betr. RB-Direktion Elberfeld, 22.4.1929, ebd., unpubl.; Vermerk der PGLA betr. „Auszug aus I.-Nr. 1149/29 betr. RB-Direktion Altona, 22.4.1929, ebd., unpubl.; Vermerk der PGLA betr. „Auszug aus I.-Nr. 1969/29 betr. RB-Direktion

Verbindungen der PGLA zur Reichsbahn waren mit ausschlaggebend dafür, dass die Mitarbeit der Staatsgeologen bei „verwandten praktisch-wissenschaftlichen Dienststellen, Verbänden und Vereinen“ ab Mitte der 1920er Jahre zu- und vor allem neue Formen annahm.¹²⁹³ Den Hintergrund hierfür bildeten immer wieder vorkommende große Böschungsrutschungen und Massenablösungen, die schwere Schäden an örtlichen Streckenabschnitten der Bahn (z.B. Rosengarten bei Frankfurt an der Oder) nach sich zogen.¹²⁹⁴ Die Sorge vor weiteren Rutschungen und das dadurch induzierte Interesse an einem Erfahrungspool zur Klassifizierung der Bodenarten und zur Pflege der wissenschaftlichen Erdbaumechanik auf bodenphysikalischer Grundlage riefen bei der Deutschen Reichsbahn „den Wunsch nach einer autoritativen Untersuchungsstelle“ hervor, die damit vor allem beim Reichsverkehrsministerium (RVM) auf breite Zustimmung stieß.¹²⁹⁵

Die PGLA-Geologen Richard Michael und Wilhelm Dienemann wollten die sich dadurch bietende Gelegenheit beim Schopfe packen. Schon 1926 hatten sie die Ansicht vertreten, dass neben der Reichsbahn vor allem auch das „Reich für seine Kanalbauten ein großes Interesse“ an bodenphysikalischen und erdbautechnischen Forschungen habe. Aus diesem Grund sei es „zu begrüßen, wenn im Zusammenhange mit der geologischen Durchforschung Deutschlands“ und aufgrund der neuesten Arbeiten auf dem Gebiet der Bodenphysik, „die bei Rutschungen gemachten Erfahrungen und die modernen Untersuchungsmethoden einheitlich bearbeitet würden“.¹²⁹⁶ Michael und Dienemann gingen davon aus, dass solche Untersuchungen „in enger Verbindung mit den geologischen Arbeiten erfolgen müssten“, zumal die PGLA ja schon durch einen Vertrag mit der Reichsbahn verbunden war.¹²⁹⁷

Stettin, 29.4.1929, ebd., unpag.; Deutsche RB-Gesellschaft Glogau, an PGLA, 4.10.1929 ebd., unpag.

1293 Dienemann, *Arbeiten* (1968), S. 116.

1294 Vgl. Michael/Dienemann, *Rutschungen* (1926), S. 559–589. Wie Dienemann an anderer Stelle festhielt, stellte diese Arbeit „das erste größere ingenieur-geologische Gutachten“ der PGLA dar, „bei dem moderne bodenmechanische und -physikalische Arbeitsweisen“ eingesetzt wurden. Dienemann, *Arbeiten* (1968), S. 117.

1295 Bericht von Wilhelm Wolff über die Mitgliederversammlung der Deutschen Forschungsgesellschaft für Bodenmechanik (Degebo), 17.12.1928, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 611, unpag. Auch im RVM sah man die Notwendigkeit zur Errichtung einer zentralen Stelle für bautechnische Bodenkunde. Vgl. Exposé von Karl Backofen über die Begründung einer „Zentralstelle für bautechnische Bodenkunde“ als Anlage eines Schreibens des Deutschen Beton-Vereins e.V., Oberkassel (Siegkreis) an seine Vorstandsmitglieder, 14.4.1927, ebd., unpag.; RVM an den Pr. MLDF, 1.3.1928, BArch Berlin, R 5, Nr. 21289, unpag.

1296 Das Vorbild hierfür bildete die zunächst die 1913 in Schweden geschaffene Statens Järnvägars Geotekniska Kommission, die sich mit der geologischen Untersuchung der von Erdrutschungen bedrohten Eisenbahnen, der Feststellung des Festigkeitsgrades der gefährdeten Geländeabschnitte und der Ausarbeitung von Untersuchungsmethoden und Sicherungsvorschlägen befasste. Der dreiköpfigen Kommission gehörten ein Geologe und ein Ingenieur als Eisenbahnsachverständiger an. Zu den neuesten Arbeiten auf dem Gebiet der Bodenphysik zählten nach Auffassung der PGLA-Geologen von Terzaghi, *Erdbaumechanik* (1925) sowie Pollack, *Beweglichkeit* (1925). Vgl. Michael/Dienemann, *Rutschungen* (1926), S. 589.

Diese Überlegungen wurden jedoch durch den bei der Reichsbahndirektion Frankfurt an der Oder, später Stettin beschäftigten Regierungsbaurat Karl Backofen konterkariert, der Ende 1926 mit dem Plan der Gründung eines Instituts für physikalische Bodenforschung aufwartete. Diese als Zentralstelle für bautechnische Bodenkunde gedachte Einrichtung sollte „als ein privates Unternehmen in einem ganz losen Anschluss an eine Behörde gegründet werden“ und „praktisch gutachtend und wissenschaftlich ergründend die Erscheinungen und Ursachen der Bodenbewegungen bearbeiten“. Neben ihm als Leiter, sah Backofen einen Techniker, einen Chemiker oder Physiker und einen Geologen vor. Als Geldgeber zog er die Reichsbahn, das Reich und Unternehmer in Betracht.

Michael und Dienemann standen Backofens Vorschlag ablehnend gegenüber. Zum einen hielten sie ihn nicht für geeignet, eine solche Zentralstelle zu leiten. Zum anderen hatte sich Backofen öffentlich „gegen eine Mitarbeit der Geologischen Landesanstalten“ ausgesprochen und diesen Versagen vorgeworfen, was ihn in den Augen der Staatsgeologen vollends diskreditierte.¹²⁹⁸ Da Michael und Dienemann eine Zusammenarbeit mit Backofen ausschlossen, rieten sie der PGLA-Direktion, „durch geeignete Maßnahmen die Initiative zu bewahren“ und Backofen mit der Anregung an die Reichsbahn zuvorzukommen, die Frage der Rutschungen geologisch und bodenphysikalisch eingehend durch die PGLA bearbeiten zu lassen.¹²⁹⁹ Erstaunlicherweise stießen die beiden mit ihrem Vorschlag aber ausgerechnet bei Krusch auf Granit, der ihre Anregung mit der Bemerkung, so etwas käme für die PGLA nicht in Frage, unwirsch vom Tisch fegte. Wie Dienemann richtig bemerkte, verpasste die PGLA damit eine Gelegenheit, sich auf dem noch formenden Feld der bautechnischen Bodenkunde frühzeitig zu positionieren.¹³⁰⁰

Die Meinungen über Backofens Vorschlag waren aber geteilt. Während auf der einen Seite auch in der Privatindustrie Zweifel bestanden und Kritiker für einen Anschluss an eine Hochschule und die Einbeziehung der Geologischen Landesanstalten plädierten, fand der eifrige Stettiner Baurat auf der

1297 Eingabe von Michael und Dienemann (PGLA) betr. Einheitliche Untersuchung von Rutschungen an der PGLA, 31.1.1927, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 611, unpag. Vgl. auch Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Österreichs (19. Tagung), 30.9.1927, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23 Litt. A, Nr. 104, Bd. 6, Bl. 82–100, hier Bl. 94R–96R. Bei diesem „Vertrag“ handelt es sich vermutlich um die Verfolgung und Betreuung der Reichsbahnaufschlüsse, die seit 1905 in der Hand der PGLA-Geologen lag. Vgl. etwa Vorlagen betr. Anfrage bei sämtlichen Eisenbahndirektionen über die projektierten Eisenbahnbauten, 10.1.1930, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 273, unpag.

1298 Eingabe von Michael und Dienemann (PGLA) betr. Einheitliche Untersuchung von Rutschungen an PGLA, 31.1.1927, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 611, unpag.; Backofen, Zentralstelle (1926), S. 496 f. Vgl. auch Exposé Backofens über die Begründung einer „Zentralstelle für bautechnische Bodenkunde“ als Anlage eines Schreibens des Deutschen Beton-Vereins e.V., Oberkassel (Siegkreis) an seine Vorstandsmitglieder, 14.4.1927, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 611, unpag.

1299 Eingabe von Michael und Dienemann (PGLA) betr. Einheitliche Untersuchung von Rutschungen an PGLA, 31.1.1927, ebd., unpag.

1300 Dienemann, Arbeiten (1968), S. 117.

anderen Seite auch Unterstützer – so etwa beim Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes und bei ‚einigen Professoren‘ der TH Berlin.¹³⁰¹ Die Folge war, dass ab Frühjahr 1928 zwei Gremien mit ähnlichen Aufgabenstellungen Kontur annahmen.¹³⁰² Zum einen der von der Deutschen Gesellschaft für Bauingenieurwesen (DGBW) gegründete Deutsche Ausschuss für Baugrundforschung, hinter dem vor allem der für die Reichsbauverwaltung im Reichsfinanzministerium zuständige Ministerialrat Hermann Busch stand und zum anderen die vom Reichsverkehrsministerium (Reichswasserbauverwaltung), von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und vom Preußischen Kultusministerium gemeinsam ins Leben gerufene Deutsche Forschungsgesellschaft für Bodenmechanik (Degebo), die an der TH Berlin eine eigene Forschungsstelle unterhalten sollte.¹³⁰³ Wie es hieß, sollten sich die staatliche Degebo und der „private Ausschuss“, dem neben verschiedenen Staatsministerien, Ressortforschungseinrichtungen und industriellen Interessenvertretungen auch die Geologischen Landesanstalten Preußens, Sachsens und Württembergs als Mitglieder angehörten, gegenseitig ergänzen.¹³⁰⁴ Aber auf die von der DGBW ausgehenden Bitte, das Reichsverkehrsministerium und die Deutsche Reichsbahn mögen sich an den Arbeiten des Deutschen Ausschusses für Baugrundforschung beteiligen, verwiesen die Verkehrsressorts auf ihre eigene Gründung

1301 Vgl. Heinrich Brenzinger (Freiburg) an Schnarrenberger (GLA, Freiburg), 2.5.1927, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 611, unpag.; Brenzinger an den Deutschen Beton-Verein e.V., Oberkassel (Siegkreis), 2.5.1927, ebd., unpag.; Deutscher Beton-Verein e.V. an seine Vorstandsmitglieder, 14.4.1927, ebd., unpag.

1302 Vgl. Tiedemann, Bedeutung (1932), S. 141.

1303 Der Ausschuss für Baugrundforschung der DGBW nannte sich zunächst Studienausschuss für bautechnische Bodenkunde. Er sollte „einheitliche Verfahren zur Bodenuntersuchung entwickeln“, Grundlagen zur „Kennzeichnung der Eigenschaften der Bodenarten gewinnen und für diese einheitliche und eindeutige Bezeichnungen“ finden, um damit eine Basis „zur richtigen Beurteilung des Bodens für Bauzwecke zu schaffen“. Ausschnitt aus der Deutschen Allgemeinen Zeitung über die Gründung des Studienausschusses für bautechnische Bodenkunde der DGBW, 22.1.1928, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 611, unpag. Die Degebo sollte „praktische und wissenschaftliche Forschungen auf Grund der im gesamten Reichsgebiete beim Bau und bei der Unterhaltung von Bauwerken aller Art gesammelten Erfahrungen anstellen und die Ergebnisse ihrer Forschungen für die Bauarbeiten der Verwaltungen auswerten und verbreiten“. Zu diesem Zweck sollte eine Forschungsstelle für Bodenmechanik an der TH Berlin errichtet und an die dort geplanten Neubauten der Institute für Physik und Bauingenieurwesen angegliedert werden. Sie sollte sich hauptsächlich um die Schadenverhütung bei Erdarbeiten (z.B. Böschungsrutschungen, Dammbrüche, Erdbeben bei Gründungsarbeiten) und um „Untersuchungen des statischen Aufbaues der verschiedenen Bodenarten“, je nach ihrer Lagerung, geologischen und mineralogischen Beschaffenheit, bemühen. RVM an Pr. MLDF, 1.3.1928, BAArch Berlin, R 5, Nr. 21289, unpag.; Satzungen, Geschäftsanweisung und Vereinbarung über die Aufbringung der Kosten für die Degebo, alle 1.3.1928, ebd., unpag.; Forschungsstelle für Bodenmechanik, in: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 19.2.1928, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 611, unpag.

1304 Ebd.; DGBW an die Mitglieder des Deutschen Ausschusses für Baugrundforschung (mit anliegender Liste der Stellen, die in dem Ausschuss (...) beteiligt sind), 11.6.1928, ebd., unpag.; Auszug aus dem Reichshaushaltsplan des RVM (Einmalige Ausgaben Kap. E. 16 Tit. 89) betr. Beitrag zur Errichtung einer „Deutschen Forschungsstelle für Bodenmechanik“, ohne Datum (1928), ebd., unpag.

(Degebo), womit von Beginn an die Gefahr ‚unfruchtbarer Doppelarbeit und einer Zersplitterung der Mittel‘ im Raum stand.¹³⁰⁵

Auch die PGLA rieb sich an der Degebo und ihrer geplanten Forschungsstelle an der TH Berlin, für die 130.000 RM bereitgestellt wurden. Denn wie man in Erfahrung gebracht hatte, sollte ein Drittel der Bewilligungssumme angeblich vom Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, also von der der PGLA vorgesetzten Behörde, aufgebracht werden. Als Krusch dies vernahm, bestand er gegenüber dem Ministerium darauf, den fraglichen Betrag vielmehr der PGLA zukommen zu lassen, an der sich bereits eine Forschungsstelle für Bodenmechanik befand.¹³⁰⁶ Gegen eine Zuweisung der Mittel an eine rein preußische Anstalt sprachen aber politische Gründe. Denn wie das RVM in einem anderen, ähnlich gelagerten Fall betonte, brauchte die Forschungsstelle zur Erfüllung ihrer Aufgaben die Unterstützung sämtlicher Behörden des Reiches. Eine solche Unterstützung schien dem RVM jedoch nur sicher, wenn die Forschungsstelle „nicht als Ländereinrichtung aufgezogen“ wurde.¹³⁰⁷

Aber auch gegenüber der Deutschen Gesellschaft für Bauingenieurwesen hegte man in der Invalidenstraße Vorbehalte. Zwar signalisierte die PGLA, dass sie die „von verschiedenen Seiten gleichzeitig“ aufgenommenen Bestrebungen auf dem Gebiet der Bodenmechanik begrüße, aber nur, wenn man sie von staatlicher Seite aus anfasse. Da man an der PGLA bereits ein entsprechendes Institut geschaffen habe, wie es im Ausschuss der DGBW vorgesehen sei, habe man sich wiederholt mit dem Ausschuss in Verbindung gesetzt, vor dort jedoch „nur ausweichende Antworten“ erhalten. Dies hing möglicherweise damit zusammen, dass hinter der von der DGBW „eingeleiteten Propaganda“ der von der PGLA intern als „Konfusionsrat“ bezeichnete Regierungsrat Backofen stand, der in der PGLA immer noch „lebhafteste Opposition“ auslöste.¹³⁰⁸

Trotz ihrer allgemein bestehenden Vorbehalte gegen die Degebo und den DGBW-Ausschuss für Baugrundforschung verschloss sich die PGLA nicht, als beide Gremien sie um Mitarbeit ersuchten.¹³⁰⁹ So entsandte man Dienemann

1305 Vgl. DGBW an die Mitglieder des Deutschen Ausschusses für Baugrundforschung (mit anliegender Liste der Stellen, die in dem Ausschuss (...) beteiligt sind), 11.6.1928, ebd., unpag. Allerdings zog man im RVM von Beginn an in Erwägung, unter die in der Satzung der Degebo vorgesehenen 21 Mitglieder auch einen Vertreter der DGBW aufzunehmen. RVM an den Pr. Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 1.3.1928, BAArch Berlin, R 5, Nr. 21289, unpag.

1306 Krusch (PGLA) an Ministerialrat Arlt (Pr. MHG), 5.3.1928, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 611, unpag. Vermerk 85 Nbg. 2 des RVM, 29.3.1928, BAArch Berlin, R 5, Nr. 21289, unpag.

1307 Krusch an RMdI, 19.3.1928, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 611, unpag. Die Bezeichnung Backofens als „Konfusionsrat“ findet sich in Bericht von Wilhelm Wolff über die konstituierende Mitgliederversammlung der Degebo am 14.12.1928, 17.12.1928, ebd., unpag. Backofen stempelte die Geologie 1928 als „Hilfswissenschaft“ für den Techniker ab und warf der PGLA vor, mit ihren „spärlichen und unvollständigen“ Laboratoriumsversuchen „keine Klarheit in die Ursachen“ für die 1925 erfolgte Rutschung von Rosengarten gebracht zu haben. Pfeiffer/Dienemann, Untersuchungen von Erdbeben, in: Zentralblatt der Bauverwaltung (1928), S. 325.

1309 Niederschrift der DGBW über die Sitzung des Arbeitsausschusses des Deutschen Ausschusses für Baugrundforschung, 13.4.1928, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 611, unpag.; DGBW

und Michael als Mitarbeiter in den Ausschuss der DGBW und machte letzteren zudem für eine Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle der Degebo an der TH Berlin namhaft, wobei man zu verstehen gab, beide Gremien müssten zu einer Gemeinschaftsarbeit oder einer wie auch immer gearteten „Interessengemeinschaft“ gelangen.¹³¹⁰ Die Arbeiten des Deutschen Ausschusses für Baugrundforschung zielten auf die Lösung von für das Bauwesen besonders dringlichen Fragen ab, wozu er Merkblätter zu spezifischen Themen herausgab, nach denen in der Praxis besonders große Nachfrage bestand. Damit wollte er dazu beitragen, „einheitliche Verfahren zur Bodenuntersuchung“ zu entwickeln. Zudem sollten ‚zahlenmässige Angaben‘ zur Kennzeichnung derjenigen Bodeneigenschaften gewonnen werden, die das Verhalten des Bodens als Baugrund und Baustoff beeinflussten. Durch die Klassifizierung der Bodenarten, das Studium der Tragfähigkeit des Baugrundes, des Baudrucks, der Rutschungen, des Bodenlöstens und der Einwirkung von Schwingungen auf den Baugrund sollten schließlich „die Grundlagen für die richtige Beurteilung und Behandlung des Bodens für Bauzwecke“ geschaffen werden.¹³¹¹

Die Staatsgeologen nahmen nicht nur eingehend Stellung zu den Merkblatt-Entwürfen des DGBW-Ausschusses, sondern forderten, bei jeder Bodenuntersuchung von Anfang an erfahrene Geologen, am besten solche der GLA's, hinzuzuziehen und das weitere Vorgehen von ihrer Expertise abhängig zu machen. Dasselbe galt auch für das Arbeitsprogramm des Baugrundausschusses, in dem „die Mitarbeit des Geologen als notwendig“ erachtet wurde.¹³¹² Vermutlich war es nicht zuletzt auf die Forderungen der Geologischen Landesanstalten zurückzuführen, dass der Deutsche Ausschuss für Baugrundforschung der DGBW zur Bearbeitung von Sonderfragen 1929 vier weitere Unterausschüsse ins Leben rief und deren Leitung teilweise in die Hände von Staatsgeologen legte:

1. Unterausschuss für Tragfähigkeit des Baugrundes,
2. Unterausschuss für Entnahme von Bodenproben und Untersuchungsgeräte,

an PGLA, 20.4.1928, ebd., unp.

1310 Ebenso wurde die Württembergische GLA durch die DGBW zur Mitarbeit aufgefordert, die die PGLA aus Kostengründen bat, ihre Vertretung zu übernehmen. Die GLA's von Baden und Hessen hatten zwar keine Einladung der DGBW erhalten, machten sich aber den Standpunkt Württembergs zu eigen. Württembergisches Statistisches Landesamt (Stuttgart) an PGLA, 5.2.1928 u. 21.5.1928, ebd., unp.; Michael (PGLA) an Württembergisches Statistisches Landesamt (Stuttgart), 10.5.1928, ebd., unp.; Krusch (PGLA) an DGBW, 30.4.1928, ebd., unp.; Michael (PGLA) an Pr. MHG, 9.5.1928, ebd., unp.

1311 Vgl. Arbeitsprogramm des Deutschen Ausschusses für Baugrundforschung der DGBW als Anlage des Schreibens der DGBW an PGLA, 20.4.1928, ebd., unp. Im Anschluss daran findet sich auch ein Beispiel für ein Merkblatt des Ausschusses, hier für die Entnahme und Behandlung von Bodenproben.

1312 PGLA an DGBW (Deutscher Ausschuss für Baugrundforschung), 8.5.1928, ebd., unp.; Manfred Brauhäuser (Vorstand der Geologischen Abteilung des Württembergischen Statistischen Landesamtes mit einer Stellungnahme (...) zum „Vorläufigen Merkblatt für die Entnahme und Behandlung von Bodenproben“, ohne Datum (1928), ebd., unp.

3. Unterausschuss für einheitliche Benennung der Bodenarten,
4. Unterausschuss für Schwingungen.

Auch diese Unterausschüsse arbeiten an der Erstellung von Merkblättern, die weiten Kreisen des Bauwesens zur Stellungnahme zugesendet werden sollten. Dienemann fungierte als Obmann der Unterausschüsse 2 und 3 und der Leiter der Chemischen Laboratorien der PGLA Ganssen als Mitglied des Unterausschusses 3.¹³¹³ Allerdings befassten sich die Ausschüsse der DGBW nicht mit Versuchen und Einzelforschungen, sondern verstanden sich in erster Linie als Sammel- und Informationsstellen für alle möglichen Baugrundfragen, die die Bearbeitung von Einzelfragen den an sie angeschlossenen Instituten überließen. Da sich die eigentlichen Hauptinteressenten, die Reichsbahn und das Reichsverkehrsministerium, nicht an den Arbeiten der DGBW beteiligten und über die Degebo an der Errichtung ihrer staatlichen Forschungsstelle für Bodenmechanik an der TH Berlin arbeiteten, hielt man es in der DGBW um so mehr für geboten, „eine Art Zusammenarbeiten der beiden Stellen oder ihr Verschmelzen zu erreichen“, um Doppelarbeit zu vermeiden.¹³¹⁴

Auch im RVM vertrat man inzwischen ähnliche Ansichten. Als die PGLA und ihre Schwesterinstitute gegenüber dem für die Abteilung Wasserstraßen im Reichsverkehrsministeriums zuständigen Ministerialrat Leopold Ellerbeck Mitgestaltungsanspruch auf dem Gebiet der Bodenmechanik anmeldeten, erklärte dieser, „dass eine Zusammenarbeit besprochen werden müsse“.¹³¹⁵ Tatsächlich wurde der Querverbund kurz darauf hergestellt. So nahm das RVM den spritus rector der DGBW, Ministerialrat Busch, in den Kreis der aus Staat, Wissenschaft und Industrie stammenden Mitglieder der Degebo auf, während sich die Reichsbahn und das Preußische Kultusministerium für eine Mitarbeit der Geologischen Landesanstalten aussprachen, die letztlich durch den Landesgeologen Michael vertreten waren, der nach dessen Tod im Februar 1929 durch seinen Berliner Kollegen Fliegel ersetzt wurde.¹³¹⁶

1313 Vgl. Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Bauingenieurwesen (1929), S. 698; Michael (PGLA) an den Deutschen Ausschuss für Baugrundforschung der DGBW, 30.6.1928, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 611, unpag.; DGBW an PGLA, 6.9.1928, ebd., unpag.

1314 Dienemann meinte im Juni 1928 sogar, dass das Interesse am Baugrundausschuss der DGBW merklich nachgelassen habe und dieser kurz vor seiner Auflösung stehe. Bericht Diemanns über die Sitzung des Deutschen Ausschusses für Baugrundforschung der DGBW am 25.6.1928 in Berlin, 29.6.1928, ebd., unpag. Vgl. auch DGBW an PGLA, 30.10.1928, ebd., unpag.

1315 Vermerk von Fliegel (PGLA), 25.8.1928, ebd., unpag. Kurz zuvor hatte die PGLA eine Resolution der Direktoren der GLA's an sämtliche RB-Direktionen, das RVM sowie zahlreiche Landesbehörden und Ressortforschungseinrichtungen gesandt, nach der sich die „Schaffung besonderer privater Forschungsinstitute“ auf dem Gebiet der bautechnischen Bodenkunde nur dann empfahl, „wenn engste Zusammenarbeit mit den Geologischen Landesanstalten gewährleistet“ war. PGLA an die Hauptverwaltung der Reichsbahn-Gesellschaft, 16.8.1928, BArch Berlin, R 5, Nr. 21289, unpag.; Verfügung der PGLA betr. Zentralstelle für bautechnische Bodenkunde, 16.8.1928, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 611, unpag.

1316 Vgl. RVM an Deutsche RB-Gesellschaft (Hauptverwaltung), 26.7.1928, 13.12.1928 u. 11.1.1929, BArch Berlin, R 5, Nr. 21289, unpag.; Pr. Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung

Tab. 21: Mitglieder der Deutschen Forschungsgesellschaft für Bodenmechanik (Degebo) 1928.¹³¹⁷

Mitglied	Institution
VOM REICHsverkehrsministerium berufen	
Geh. Baurat Ministerialrat i.R. Julius Volk (Berlin)	Vorstand Degebo, ehem. Reichsverkehrsministerium
Ministerialrat Dr.-Ing. Leopold Ellerbeck (Berlin)	Reichsverkehrsministerium (Abt. Wasserstraßen)
Ministerialrat Max Köllerer (München)	Bayerisches Staatsministerium des Innern (Wasserbau)
Reg.-Baurat Dr.-Ing. Max Schinkel (Magdeburg)	
Regierungsbaumeister Dr.-Ing. Kirsten (Dresden)	Sächsische Wasserbaudirektion
Regierungsbaumeister Gustav Früh (Berlin)	Geschäftsführer Degebo
VOM PREUSSISCHEN Kultusministerium berufen	
Geh. Reg.-Baurat Prof. Dr. August Hertwig (Berlin)	Institut für Statik und Stahlbau, TH Berlin
Prof. Dr. Axel Born (Berlin)	Institut für Geologie und Paläontologie, TH Berlin
Prof. Dr. Otto Franzius (Hannover)	Versuchsanstalt f. Grund- u. Wasserbau, TH Hannover
Prof. Dr. Theodore von Kármán (Aachen)	Inst. f. Mechanik u. flugtechn. Aerodynamik, TH Aachen
Geh. Bergrat Prof. Dr. Richard Michael (Berlin)	Preußische Geologische Landesanstalt, Berlin
Prof. Dr. Rudolf Seifert (Berlin)	Versuchsanstalt für Wasser- und Schiffbau (Berlin)
VON DER DEUTSCHEN REICHsbahn-Gesellschaft (Hauptverwaltung) berufen	
Reichsbahnoberrat Johannes Zeller (Stuttgart)	Reichsbahndirektion Stuttgart
Reichsbahnoberrat Lieser (Frankfurt am Main)	Reichsbahndirektion Frankfurt am Main
Reichsbahnoberrat August Liefers (Königsberg)	Reichsbahndirektion Königsberg
Reichsbahnrat Dr. Ing. Andreas Faatz (Ansbach)	Reichsbahndirektion Ansbach
Reichsbahnrat Clausnitzer (Zwickau)	Reichsbahndirektion Zwickau
Reichsbahnrat Karl Backoffen (Stettin)	Reichsbahndirektion Stettin
VOM REICHsverband der Deutschen Industrie bezeichnet	
Direktor Dr.-Ing. Weidert (Berlin)	
Dr.-Ing e.h. Adolf Mast (Berlin)	Fa. Adolf Mast, Tiefbau- und Betonbau
VON DER DEUTSCHEN Gesellschaft für Bauingenieurwesen bezeichnet	
Ministerialrat Hermann Busch	Reichsfinanzministerium (Reichsbauverwaltung)

an RVM, 22.8.1928, ebd., unpag.; Deutsche Reichsbahn an RVM, 5.10.1928, ebd., unpag.; Krusch (PGLA) an Fliegel (PGLA), 9.2.1929, ebd., unpag.

1317 Verzeichnis der [21] Mitglieder der Degebo, ohne Datum (1928), ebd., unpag.; Mast, Pike (1948), S. 74. Ende 1929 wurde die Zahl der Mitglieder auf 27 erhöht, bevor man 1930 dazu überging, Korrespondierende Mitglieder aufzunehmen. Vgl. 2. Ordentliche Mitgliederversammlung der Degebo, 29.1.1929, BArch Berlin, R 5, Nr. 21289, unpag.; 4. Ordentliche Mitgliederversammlung der Degebo, 17.12.1930, ebd., unpag.

Wie auf der konstituierenden Mitgliederversammlung der Degebo im Dezember 1928 deutlich wurde, sollte das unter der Leitung der Professoren Axel Born (Geologe) und August Hertwig (Statiker) stehende Forschungsinstitut der Degebo an der TH Berlin die auf dem Gebiet der Bodenmechanik bereits laufenden Forschungen keineswegs überflüssig machen. So wurde betont, dass die Reichswasserstraßen- und die Reichsbahnverwaltungen auch in Zukunft eng mit den Geologischen Landesansalten zusammenarbeiten würden. Die Degebo verstand sich vielmehr als „Verbindungsorgan der mitarbeitenden Institute“ und sollte mit diesen, aber auch im eigenen Forschungsinstitut, „nur prinzipielle Probleme“ bearbeiten. Zudem stellte man in Aussicht, dem Ausschuss für Baugrundforschung der DGBW „gewisse gesicherte wissenschaftliche Versuchsergebnisse zur Heranbringung an die Praxis“ zukommen zu lassen.¹³¹⁸

Das auf Seiten der Degebo Kopfschütteln auslösende Misstrauen und bisweilen aufscheinende kleinliche Ressortdenken der PGLA wurde durch solche, die Gemeinschaftsarbeit bekräftigende Aussagen aber nur zum Teil besänftigt.¹³¹⁹ Im April 1929 beispielsweise unterrichtete das RVM verschiedene Landeswasserbauressorts über die Gründung der Degebo und ihrer Forschungsstelle und stellte anheim, beide in wichtigen und schwierigen Fällen auf dem Gebiet der Bodenmechanik zu Rate zu ziehen. Sollten jedoch Versuchsarbeiten ausgeführt werden, für die andere Institute besser geeignet waren, sollte die Degebo für die Überweisung der Arbeiten an diese Stellen Sorge tragen. Unter den dafür in Betracht kommenden ‚besonderen‘ Instituten war auch die PGLA, deren Laboratorium für chemische Untersuchungen der Böden, für die „Bestimmung der Kornzusammensetzung, des Raumgewichts, der Wasserdurchlässigkeit, des Zerfalls im Wasser und des Einflusses von fließendem Wasser auf den Boden“ als besonders geeignet empfohlen wurde.¹³²⁰ Da sich die Forschungsstelle der Degebo neben der Druck- und Schubfestigkeit selbst aber auch mit allgemeineren Untersuchungen, wie der Bestimmung der Kornzusammensetzung oder des Raumgewichts befassen wollte, glaubte man in der PGLA, dass die Degebo ihr „nach Möglichkeit alles wegnehmen“ wolle.¹³²¹ Tatsächlich dauerte es noch eine Weile, bis man auf Seiten der PGLA erkannte, dass sich die Forschungen der über die Degebo verbundenen Forschungseinrichtungen

1318 Bericht von Wilhelm Wolff über die Mitgliederversammlung der Degebo, 17.12.1928, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 611, unpag. Dort auch der Hinweis, dass man die Forderungen der GLA's seitens der Degebo „als etwas misstrauisch charakterisierte“.

1319 Beispielhaft dafür der Bericht von Krusch über die neusten organisatorischen Entwicklungen auf dem Gebiet der bautechnischen Bodenkunde auf der Direktorentagung im Oktober 1928, in dem erneut die Hoffnung ausgesprochen wurde, „dass die Interessen“ der PGLA bei der Forschungsstelle der Degebo gewahrt würden. Niederschrift über die Versammlung der Direktoren der GLA's des Deutschen Reiches und Österreichs (20. Tagung), 5.10.1928, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 6, Bl. 141-158, hier Bl. 141R-142R.

1320 RVM an verschiedene Ober- Regierungs- und Polizeipräsidenten, Wasserbaudirektionen, Strombauverwaltungen u. Wasserstraßendirektionen, 27.4.1929, BArch Berlin, R 5, Nr. 21289, unpag.

1321 Krusch (PGLA) an Pr. MHG, 6.5.1929, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 611, unpag.

gegenseitig ergänzten und man dort wirklich „auf loyale Zusammenarbeit Wert“ legte.¹³²²

Der erste Arbeitsplan der Degebo sah zunächst die Schaffung eines Archivs und die Sammlung der Pläne und Einrichtungen aller deutschen bodenmechanischen Institute vor.¹³²³ Des weiteren sollten Vorarbeiten für einheitliche Bezeichnungen der Bodenarten eingeleitet, ein Verfahren zur Bestimmung der Schubfestigkeit bindiger Böden, Untersuchungen von Tonen bei verschiedenem Sand- und Wassergehalt auf Druck-, Zug- und Schubfestigkeit sowie die Kompressionsfähigkeit von Sand bei Wasserentziehung ausgelotet werden.¹³²⁴ Ebenso dachte man Ende 1929 darüber nach, die Arbeiten der Degebo auf Untersuchungen über das Verhalten von Baugrundböden bei dynamischer Beanspruchung, also Bodenerschütterungen durch Verkehr und Maschinenbetrieb auszudehnen.¹³²⁵ Ebenso kam es innerhalb der Degebo zur Gründung von Arbeitsausschüssen, so etwa für die Untersuchung der für das Bauwesen wichtigen Eigenschaften der Tone, dem auch der Landesgeologe Fliegel angehörte.¹³²⁶

Gerade im Hinblick auf die Schaffung einheitlicher Bezeichnungen der Bodenarten wurde von Beginn an auf eine Kooperation mit der PGLA und dem Ausschuss für Baugrundforschung der DGBW gesetzt.¹³²⁷ Die noch im Aufbau befindliche und nach außen hin erst wenig in Erscheinung tretende Degebo setzte vermutlich auch deswegen auf eine Zusammenarbeit mit der DGBW,

1322 Bericht Fliegels (PGLA) aus der ordentlichen Mitgliederversammlung der Degebo am 29.11.1929, 2.12.1929, ebd., unpag.

1323 So rief die Degebo dazu auf, ihr alle laufenden Bauvorhaben mitzuteilen, bei denen Zweifel hinsichtlich der Gründung oder der Böschungsbestände bestanden. Zudem sollten alle bereits beendeten Bauten nachgewiesen werden, an denen Rutschungen oder Beschädigungen festgestellt worden waren. Auf diese Weise hoffte man, derartige Bauunfälle minimieren zu können, Untersuchungsmaterial in die Hände zu bekommen und schließlich so auch ein Archiv aufbauen zu können. Degebo an den Generaldirektor der Deutschen RB-Gesellschaft mit anliegenden Fragebögen zwecks Erlangung für die Bildung eines Archivs für Bauunfälle und Rutschungen bei der Degebo, 8.2.1929, BArch Berlin, R 5, Nr. 21289, unpag. In der Folge sandten bspw. die RB-Direktionen der Degebo derartige Berichte zu. Vgl. Sammelbogen 85 Nbg 12 betr. Degebo, 17.6.1929, ebd., unpag.

1324 Vgl. Degebo an RB-Hauptverwaltung (Berlin) mit Einladung zur ersten ordentlichen Mitgliederversammlung mit anliegendem Bericht über die bisherige Tätigkeit des Arbeitsausschusses der Degebo, 23.11.1928, ebd., unpag.

1325 Pr. MHG an PGLA betr. Schwingungsforschung (mit anliegendem Schreiben des Pr. Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 30.11.1929), 20.12.1929, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 611, unpag.; Wilhelm Hort (Heinrich-Hertz-Institut für Schwingungsforschung, TH Berlin) an PGLA, 18.1.1930, ebd., unpag.

1326 Vgl. 2. Ordentliche Mitgliederversammlung der Degebo, 29.11.1929, BArch Berlin, R 5, Nr. 21289, unpag.

1327 Protokoll der 1. Mitgliederversammlung der Degebo, 14.12.1928, ebd., unpag. Der Querverbund zwischen Degebo und Deutschem Ausschuss für Baugrundforschung der DGBW war auch dadurch gewährleistet, dass mit Früh, Mast, Kirsten und Backofen mindestens vier Mitglieder der Degebo an den Sitzungen des Baugrundausschusses der DGBW teilnahmen. Vgl. Niederschrift der Sitzung des Deutschen Ausschusses für Baugrundforschung der DGBW, 2.10.1929, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 611, unpag.

weil deren Ausschüsse inzwischen praktisch arbeiteten.¹³²⁸ So beteiligte sie sich zusammen mit der DGBW an der Sammlung der aus der Praxis eingehenden Berichte über Baugrundbelastungen.¹³²⁹ Gleichzeitig nahm die Degebo regen Anteil an der Ausarbeitung und Durchsicht der vom Baugrundausschuss der DGBW herausgegebenen Merkblätter. Auch an den Sitzungen des von Dienemann geleiteten DGBW-Unterausschusses zur Ausarbeitung konkreter Vorschläge für die einheitliche Benennung von Bodenarten und für die Aufstellung von Schichtenverzeichnissen für die Praxis nahmen Vertreter der Degebo teil. Der in diesen Sitzungen durchgesprochene Entwurf eines Merkblatts wurde im November 1929 in der Zeitschrift „Der Bauingenieur“ veröffentlicht und zur Diskussion gestellt.¹³³⁰ Wie Dienemann betonte, sollten die unter seiner weitgehenden Mitarbeit aufgestellten Vorschläge erreichen, dass von den Bohrmeistern und Bohrfirmen in Form und Inhalt einheitliche Schichtenverzeichnisse geliefert wurden, was nicht zuletzt auch im Interesse der PGLA und ihres Bohrarchivs lag. Nach dem Bericht Dienemanns war der Verband der Brunnenbauer und Bohrunternehmer bereits dabei, die von seinem Unterausschuss ausgearbeiteten Vorschläge in der Praxis auszuprobieren.¹³³¹

Wie die PGLA in einem ihrer Arbeitspläne lakonisch festhielt, sei es „für die Untersuchung der Probleme der Bodenmechanik, d.h. des statischen Verhaltens schüttiger Bindungen als Baugrund“ zur Bildung von zwei Forschungsstellen gekommen. Gleichwohl würde man die im Laboratorium „seit Jahren besonders gepflegten diesbezüglichen Untersuchungen, die sich vor allem auf das Verhalten des Bodens in Einschnittböschungen, sowie auf die Brauchbarkeit von Böden zu Dammschüttungen und für Kanaldichtungen beziehen, wie

1328 So wurden zunächst so gut wie keine Aufträge an die Degebo herangetragen, so dass sich deren Forschungsstelle an der TH zunächst mit selbst gestellten wissenschaftlichen Fragestellungen befassete. Vgl. Bericht Fliegels (PGLA) aus der ordentlichen Mitgliederversammlung der Degebo am 29.11.1929, 2.12.1929, ebd., unpag. Aus dem Jahresbericht der Degebo für 1929 geht hervor, dass sie von der privaten Praxis nicht in Anspruch genommen wurde. Dagegen wurde sie in einigen Fällen von Reichs- und Bahnbehörden zur Mitarbeit herangezogen. Bericht über die Tätigkeit des Arbeitsausschusses der Degebo im 2. Geschäftsjahr (1.4.1929 bis 31.3.1930), ohne Datum (1930), BArch Berlin, R 5, Nr. 21289, unpag.

1329 Jahresarbeitsplan für den Arbeitsausschuss der Degebo für das Rechnungsjahr 1930, ebd., unpag.

1330 Bericht über die Tätigkeit des Arbeitsausschusses der Degebo im 2. Geschäftsjahr (1.4.1929 bis 31.3.1930), ohne Datum (1930), ebd., unpag.; Bericht über die Tätigkeit des Arbeitsausschusses der Degebo im 4. Geschäftsjahr (1.4.1930 bis 31.3.1931), ohne Datum (1931), ebd., unpag. Der von Dienemann ebenfalls geleitete DGBW-Unterausschuss für Entnahme von Bodenproben und Untersuchungsgeräte präsentierte im Oktober 1929 zudem ein neues Merkblatt für die Verwendung von Bohrgeräten bei Bodenuntersuchungen. Vgl. DGBW an Dienemann (PGLA) betr. Baugrundausschuss mit anliegendem vorläufigem Merkblatt für die Verwendung von Bohrgeräten bei Bodenuntersuchungen, 24.10.1929, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 611, unpag.

1331 Vermerk Dienemanns betr. Mitarbeit im Ausschuss für Baugrundforschung der DGBW, 22.11.1929, ebd., unpag.; Deutscher Ausschuss für Baugrundforschung der DGBW: Vorschläge für die einheitliche Benennung der Bodenarten und für die Aufstellung der Schichtenverzeichnisse, 1929, ebd., unpag.

bisher“ fortführen. Bei den genannten Forschungsstellen sei man durch seine Sachbearbeiter jedenfalls so vertreten, dass eine Mitwirkung in den die Staatsgeologen „angehenden Fragen gesichert“ erscheine.¹³³² Die auf diese Weise in die Wege geleitete „ständige Zusammenarbeit“ zwischen der Degebo und dem Ausschuss für Baugrundforschung der Deutschen Gesellschaft für Bauingenieurwesen, aus der 1931 die Deutsche Gesellschaft für Bauwesen hervorging, hatte die Anfangs gehegte Befürchtung eifersüchtiger Abschottung und daraus resultierender unnötiger Doppelarbeit also ad absurdum geführt. Ebenso hatten sich auch die in der PGLA anfangs gegen beide Instanzen bestehenden Zweifel zerstreut, denn sowohl in der Degebo, als auch in den Ausschüssen der DGBW war die PGLA inzwischen prominent vertreten. Zwar hatte sie es 1927 noch versäumt, dem jungen Feld der Bodenmechanik durch die Schaffung einer entsprechenden Zentralstelle an der PGLA ihren Stempel aufzudrücken, es jedoch durch die Mitarbeit in den beiden führenden nationalen Gremien letztlich doch verstanden, sich auf dem zukunftssträchtigen Gebiet der Bodenmechanik und physikalischen Baugrundforschung in Stellung zu bringen.

Was bleibt festzuhalten? So wie viele andere Natur- und Geisteswissenschaftler waren auch die Geologen bis 1914 Teil der internationalen scientific community und in grenzüberschreitende Gemeinschaftsprojekte eingebunden. Der Erste Weltkrieg führte zum Abbruch dieser Beziehungen und zu einem allgemeinen internationalen Boykott der deutschen und österreichischen Wissenschaft. Obwohl auf Seiten der Mittelmächte eine starke und politisch einflussreiche Phalanx von Gegenboykotteuren bestand, die eine Annäherung an die ehemaligen Kriegsgegner lange erfolgreich hintertrieb, nahmen Geologen schon seit Mitte der 1920er Jahre wieder als gleichberechtigte Partner an internationalen wissenschaftlichen Kongressen teil. Damit gehörte die Geologie zweifellos zu den ersten Disziplinen überhaupt, die sich zu einer Wiederaufnahme internationaler Gemeinschaftsarbeit bereitfanden, und zwar lange bevor andere Professionen und wissenschaftliche Einrichtungen über solche Schritte nachdachten. Als Beratungs- und Forschungsinstanzen des Staates waren die Geologischen Landesanstalten darüber hinaus auch in der nationalen Gremienarbeit prominent vertreten. So hatten sie nicht nur Anteil am Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer auf den sich im Reich gerade etablierenden Gebieten der landwirtschaftlichen und der bautechnischen Bodenkunde, sondern verstanden es auch, sich auf diesen neuen Feldern als Berater und Vermittler fachbezogenen Wissens, als Dienstleister für Staat und Wirtschaft in Stellung zu bringen. In der Gesamtschau markierten die Jahre von 1916 bis 1932 im Hinblick auf die Genese und Institutionalisierung der Geologie darüber hinaus eine weitere Mobilisierungsphase, in der sich neue angewandte geologische Subdisziplinen etablierten oder in denen sich zumindest ein Mitspracheanspruch der Geologie bemerkbar machte (Wehrgeologie, Ölgeologie, Geophysik, Agrikulturchemie, Bodenmechanik). Dies war zum

1332 Arbeitsplan PGLA für 1929 (1929), S. XLIX.

einen dem Profilierungsstreben der Geologen und ihrem Kampf um Einfluss und Ressourcen geschuldet. Zum anderen jedoch auch den von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft an die Geologen gerichteten Fragestellungen auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge, so etwa im Hinblick auf Belange der Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung, des Infrastrukturausbaus, des kommunalen Wohnungsbaus oder der nationalen Sicherheit. In all diesen Bereichen erwies sich die geologische Ressortforschung als fester Bestandteil des nationalen Wissenschaftssystems und verstand es, sich im Rahmen interinstitutioneller Gemeinschaftsarbeit mit Politik, Industrie, akademisch-disziplinärer Forschung und Militär wirksam zu verschalten.

4 ‚Verreichlichung‘, Staatsvorbehalt und Ressourcenmobilisierung für den ‚autarken Wehrstaat‘ – Geologische Ressortforschung 1933–1939

Angesichts des von den Nationalsozialisten propagierten und zum wirtschaftspolitischen Paradigma erhobenen Autarkiegedankens kam der geologischen Ressortforschung nach 1933 eine besondere Rolle zu. Wie das folgende Kapitel verdeutlicht, zählte die Geologie in der Zeit von der Machtübergabe an die Nationalsozialisten bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs zu den wissenschaftlichen Disziplinen, die einen bemerkenswerten Aufschwung verzeichneten. Zunächst werden die wirtschaftspolitischen Entwicklungen nach 1933 nachgezeichnet, wobei sich der Fokus auf die für die Rohstoffpolitik und die staatlichen geologischen Dienste zuständigen Behörden (RWM) und die in diesem Feld nun auch nach Einfluss strebenden neuen Instanzen (Vierjahresplanbehörde, ‚Büro Keppler‘) richtet. Die daraus resultierenden Machtkämpfe sind ebenso Gegenstand der Betrachtung, wie die damit zusammenhängenden Zentralisierungsbemühungen, die 1939 schließlich in die Errichtung der seit langem angestrebten Geologischen Reichszentrale mündeten – der Reichsstelle für Bodenforschung. Beim Blick auf die Verwaltungsentwicklung der geologischen Dienste ergeben sich interessante Befunde, die auf mögliche Spezifika der Ressortforschung verweisen. So stand zwar auch hier die Personalpolitik, im Gegensatz zur Zeit vor 1933, unter völlig veränderten Prämissen, die daraus resultierenden Folgen im Hinblick auf die Entlassung politisch oder ‚rassisch‘ missliebiger Mitarbeiter waren jedoch nicht so schwerwiegend, wie etwa im Vergleich zu anderen wissenschaftlichen Einrichtungen (z.B. Hochschulen). Darüber hinaus schien eine weitere Besonderheit geologischer Ressortforschung darin zu bestehen, dass sie über umfangreiche Geldmittel verfügte, die es ihr problemlos ermöglichten, das für den Staat notwendige Handlungswissen bereitzustellen. Der letzte Aspekt verweist auf die konkrete Tätigkeit der Staatsgeologen unter den Bedingungen der NS-Diktatur. So wird deutlich, dass sie an den ‚Leuchtturmprojekten‘ nationalsozialistischer Aufbauarbeit (Reichsautobahnen, Westwall) und an der Gestaltung von Infrastrukturen des NS-Terrorapparates (KZ-Standortplanung) prominent beteiligt waren, darüber hinaus aber auch als wirtschaftspolitische Regulierungsinstanzen in Erscheinung traten (Reichsbohrprogramm) und Anteil an der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges hatten.

4.1 Vom Lagerstättengesetz zur Reichsstelle für Bodenforschung – Die ‚Verreichlichung‘ der Geologischen Landesanstalten

Schon vier Tage nach Regierungsantritt machte Hitler in einer Ansprache vor Generälen der Reichswehr deutlich, dass sein wirtschaftliches Hauptziel in der „Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes“ liege.¹³³³ Dieser Prämisse folgend wurden der Aufrüstung absoluter Vorrang eingeräumt und verschiedene Maßnahmen zur Lenkung der Wirtschaft ergriffen.¹³³⁴ Im dafür verantwortlichen Reichswirtschaftsministerium (RWM) galt dabei der Grundsatz, dass der Staat zu führen, die Wirtschaft dagegen auszuführen habe.¹³³⁵

Als neuer Minister fungierte seit dem 4. Februar 1933 Alfred Hugenberg, Vorsitzender der DNVP, der aber schon gut fünf Monate später durch Kurt Schmitt (NSDAP 1933) ersetzt wurde.¹³³⁶ Wie Hugenberg, so leitete auch Schmitt das Reichswirtschafts- und das Preußische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit in Personalunion.¹³³⁷ Von einer wirklichen Verbindung beider Häuser war aber noch nicht viel zu spüren.¹³³⁸ Da dem 1919 gebildeten Reichswirtschaftsministerium eine eigene behördliche Basis fehlte, war es von jeher auf die Kooperation mit den Wirtschaftsministerien der Länder angewiesen. „Der traditionsreiche, ausgezeichnete und durch lange, auch praktische Erfahrungen geformte Apparat des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe sowie sein starker provinzieller Unterbau waren der jungen Organisation“ des RWM „sogar weit überlegen“.¹³³⁹ Einen ersten Schritt zur Fusion der beiden Ministerien ermöglichte der so genannte ‚Preußenschlag‘ vom 20. Juli 1932, durch den das preußische Kabinett unter Ministerpräsident Otto Braun durch einen Staatsstreich abgelöst und Reichskanzler Franz von Papen

1333 Boldorf, Wirtschaftsordnung (2023), S. 19.

1334 Auf die verschiedenen Maßnahmen der NS-Regierung auf den Gebieten der Arbeitsbeschaffung, der Rohstoff- und Devisenbewirtschaftung, der Exportförderung, der Banken- und Kapitalmarktpolitik, der „korporatistischen Neuordnung“ der gewerblichen Wirtschaft und auf den Aufbau „staatlicher Überwachungs- und Kontrollstellen“ kann hier nicht eingegangen werden, vgl. daher ebd., S. 19–27, hier S. 25; Tooze, Ökonomie (2008), S. 59–166; Kopper, Ministerium (2016), S. 76–110; Banken, Achillesferse (2016), S. 111–232.

1335 Vgl. Gabel, Reichsbergbehörden (1943), S. 100.

1336 Tatsächlich hatte Hugenberg im Februar 1933 „die Leitung von gleich vier Ministerien, des Reichswirtschafts- und des Reichsernährungsministeriums sowie der entsprechenden preußischen Ressorts“ übernommen. Boelcke, Wirtschaft (1983), S. 51. Zum „Intermezzo“ Schmitts als Wirtschaftsminister vgl. Feldman, Allianz (2001), S. 100–138.

1337 Das vormals Preußische Ministerium für Handel und Gewerbe, war nach dem so genannten Preußenschlag 1932 in Preußisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (Pr. MWA) umbenannt worden. Vgl. Boelcke, Wirtschaft (1983), S. 43.

1338 Während mit Gottfried Feder und Hans Ernst Posse nun zwei neue Staatssekretäre ins RWM einzogen, blieb der am 22.2.1933 bestellte Bruno Claussen weiterhin als Staatssekretär für das Preußische Wirtschaftsressort im Amt. Vgl. Fisch, Willkür (2016), S. 22 f.; Führerlexikon (1934), S. 86; Handbuch über den Preußischen Staat (1934), S. 100.

1339 Boelcke, Wirtschaft (1983), S. 42 f.

durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten zum Reichskommissar für das Land Preußen ernannt worden war. Die preußischen Ministerien wurden daraufhin von verschiedenen Kommissaren übernommen, die sich mit der Vereinigung der Verwaltungen von Reich und Preußen befassten.¹³⁴⁰

Die Machtübergabe an die Nationalsozialisten und die dadurch ausgelösten personellen Veränderungen in den Reichs- und Länderverwaltungen brachten diesen Prozess jedoch ins Stocken, da die neuen Machthaber eigene Vorstellungen bei der Neuordnung der Ressorts verfolgten. So legte Preußens Ministerpräsident Hermann Göring bei der Stellenbesetzung im Preußischen Wirtschaftsministerium beispielsweise Wert auf eine „stärkere Beteiligung der nationalsozialistischen Bewegung“.¹³⁴¹ Dies hatte u.a. zur Folge, dass der im Ministerium seit 1929 amtierende Leiter der Abteilung für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen, Oberberghauptmann (OBH) Ernst Flemming, im Juni 1933 in den „einstweiligen Ruhestand versetzt“ wurde, an dessen Stelle Erich Winnacker (NSDAP und SA 1932) trat.¹³⁴² Der neue Leiter der Bergabteilung befasste sich nicht nur mit der Neuregelung der Personalfragen in der preußischen Berghoheitsverwaltung und der PGLA, sondern ebenso auch mit der Schaffung einer ‚organischen Verbindung‘ zwischen Reichs- und preußischem Wirtschaftsministerium.¹³⁴³

Wie er Minister Schmitt im November 1933 mitteilte, dränge die Zusammenfassung der Aufgaben beider Häuser besonders auf dem Gebiet des Bergbaus. Denn ihre immer noch bestehende Teilung führe in der Praxis zu Doppelarbeit, was angesichts der schwebenden Bergbaufragen überaus kontraproduktiv sei. Dabei gehe es neben den Organisationsfragen in den Sektoren Kohle, Kali und Salz vor allem um das Problem der inländischen Rohstoffvorräte sowie sämtliche Belange der Rohstoffversorgung. Im RWM, so Winnacker, sei dieses Gebiet auf verschiedene Sachbearbeiter verteilt. Eine unter einheitlichen Gesichtspunkten stehende Bearbeitung sei daher unmöglich. Dagegen seien in der Bergabteilung des preußischen Wirtschaftsressorts nach dieser Richtung alle Voraussetzungen gegeben. Etwaige die Fusion hemmende Organisationsprobleme seien nicht zu befürchten, zumal 80 Prozent des deutschen Bergbaus von Preußen aus verwaltet würden. Dem Oberberghauptmann ging es jedoch nicht nur um eine Einfügung seiner Bergabteilung in das RWM, auch die

1340 Vgl. ebd., S. 43 f.; Heimann, „Preußenputsch“ (2018), S. 105–128.

1341 Vermerk über eine Chefbesprechung im Pr. Staatsministerium, 5.5.1933, BArch Berlin R 4901, Nr. 186, Bl. 5 (Ich danke Simon Große-Wilde für den Hinweis).

1342 Hugenberg (Pr. MWA) an den Pr. Ministerpräsidenten und die übrigen Staatsminister, 12.6.1933, ebd., Bl. 7. Zu Winnacker siehe Anhang Biographien.

1343 Vgl. bspw. Winnacker an Bergrat Polster (Buer, Westfalen), 30.6.1933, GStA, I. HA Rep. 121, Nr. 367, unpag.; Winnacker (Pr. MWA) an Oberbergrat Vowinkel (Dortmund), Oberbergamtsdirektor Weber (Dortmund), Oberbergamtsdirektor Kohlmann (Bonn), Berghauptmann Dr. Weise (Clausthal-Zellerfeld) u. Berghauptmann Hatzfeld (Dortmund), 15.7.1933, ebd., unpag. Zu Schmitts so genanntem „organischen Gliederungsmodell“ der gewerblichen Wirtschaft, das sich von dem zeitgleich diskutierten „ständisch-korporativen“ Prinzip der Selbstverwaltung der Industrie unterschied, vgl. Volkmann, NS-Wirtschaft (1979), S. 219 f.

PGLA – die größte der preußischen Bergbauverwaltung unterstellte Behörde¹³⁴⁴ – sollte auf das Reich übergehen. Ihre Einschaltung „in Form einer Reichsanstalt“ sei zur Lösung der anstehenden Aufgaben unbedingt erforderlich. Eine Auflösung der bestehenden Geologischen Landesanstalten in den übrigen Ländern solle damit aber nicht einhergehen. Um ihr einheitliches Arbeiten sicherzustellen, müsse man sie jedoch in „eine verwaltungsmäßige Abhängigkeit von der Geologischen Reichsanstalt“ bringen.¹³⁴⁵ Für ein vollständiges Übergehen der preußischen Bergabteilung auf das Reich, vor allem im Hinblick auf bergrechtliche Fragen, bedurfte es nach Winnacker aber noch der grundsätzlichen Lösung des Reich-Länder-Verhältnisses. Erst im Anschluss daran war an eine wirkliche ‚Verreichlichung‘ der Bergverwaltung und die Schaffung eines Reichsberggesetzes zu denken. Aber anstatt eines schnellen ‚großen Wurfs‘, etwa im Zuge der geplanten Reichsreform, verfolgten die Verantwortlichen im RWM beides eher dilatorisch und vorzugsweise durch Einzelmaßnahmen.¹³⁴⁶

Trotz der von Winnacker geforderten „Verreichlichung“ der Bergverwaltung und der Geologischen Landesanstalten tat sich in diesen Fragen zunächst nichts.¹³⁴⁷ Immerhin kam es Mitte 1934 zur räumlichen Zusammenlegung von RWM und Preußischem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit.¹³⁴⁸ Der erste gemeinsame Geschäftsverteilungsplan vom 1. Juli 1934 fasste die Aufgaben der beiden Ministerien neben der Zentralabteilung und dem Reichskommissariat für Siedlung in folgende sieben Abteilungen zusammen:

1344 Bericht von Wilfried von Seidlitz über seine Tätigkeit als Präsident der PGLA, 30.4.1936, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 29–33, hier Bl. 32

1345 Vermerk Winnackers für Minister Schmitt, 10.11.1933, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30193, Bl. 154.

1346 Vgl. dazu Kühne, Bergrecht (2016), S. 509–513; Banken, Reichsberggesetz (2006), S. 84–115. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass auch Staatsgeologen an der Gestaltung der Bergrechtsgesetzgebung und somit an staatlichem Regulierungshandeln in Form politisch-rechtlicher Steuerungsversuche beteiligt waren. Vgl. Bergrat Ernst Fulda an OBH Winnacker, 16.12.1933, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30193, Bl. 155–157; Friedrich Wernicke an Ministerialdirektor Dr. Klapper (RWM), 31.1.1935, ebd., Bl. 418 f.; Sächsischer Wirtschaftsminister (Dresden) an RWM, 6.6.1935, ebd., Bl. 468–551; RWM und Pr. MWA an den Minister des Innern in Oldenburg, 8.3.1935, ebd., Bl. 423. Zum Regulierungshandeln Bora/Henkel/Reinhardt, Einleitung (2014), S. 9.

1347 Vgl. OBH Winnacker an RWM, 9.5.1934, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30111, Bl. 13 f.

1348 Da es zur Schaffung des ‚nationalen Einheitsstaates‘ grundlegender Veränderungen innerhalb der Verwaltung bedurfte, wurden im RMdI schon im Laufe des Jahres 1933 gesetzgeberische Maßnahmen diskutiert, die im Zuge einer allgemeinen Reichsreform verwirklicht werden sollten. Durch das „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ vom 30.1.1934 gingen die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich über, wie auch die einzelnen Landesregierungen der Reichsregierung direkt unterstellt wurden. In der Folgezeit kam es zur Bildung zahlreicher Reichsministerien und Oberster Reichsbehörden, die der staatlichen Verwaltung und den einzelnen Landesregierungen nach und nach wichtige Kompetenzen entzogen. Zur geplanten Reichsreform, ihren Folgen und ihrem Abbruch 1935 vgl. Broszat, Staat (1995), S. 151–161; Neliba, Wilhelm Frick (1992), S. 99–150.

1. Abteilung I: Geld-, Bank-, Börsenwesen, Versicherungen,
2. Abteilung II: Außenhandel, Rohstoffbewirtschaftung, Handel- und Zollpolitik,
3. Abteilung III: Berg-, Hütten- und Salinenwesen,
4. Abteilung IV: Elektrizitätswirtschaft und Wirtschaftsorganisation,
5. Abteilung V: Handwerk, Handel und Gewerbe,
6. Abteilung VI: Verkehrswesen, Devisenbewirtschaftung,
7. Abteilung VII: Gewerbeaufsicht und wirtschaftlich-technische Fragen.¹³⁴⁹



Abb. 25: Erich Winnacker (1889–1944), 1933–1934 Oberberghauptmann im RWM.¹³⁵⁰

Mit diesem Schritt verleibte sich das RWM nicht nur den großen und traditionsreichen Mittel- und Unterbau der preußischen Bergverwaltung ein, sondern konnte von nun an die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Bergbaus auch mit der Bearbeitung der Durchführung verbinden.¹³⁵¹ Für den Montansektor innerhalb der Wirtschaftsbürokratie bedeutete die Fusion „die Auflösung des republikanischen Föderalismus“ und die Durchsetzung eines „totalitären Zentralismus“ als wesentliches Element nationalsozialistischer Herrschaft.¹³⁵² Zudem verschaffte sich das RWM auch direkten Zugriff auf das in der PGLA vorgehaltene Wissen und damit gleichzeitig das ihm bis dahin noch fehlende wissenschaftliche Fundament in Form einer eigenen Forschungsbehörde. Die PGLA, nun also Einrichtung des Reichswirtschaftsressorts, stieg damit faktisch von einer Landes- zu

1349 Die Abteilung VII war dem RWM und dem Reichsarbeitsminister gemeinsam unterstellt. Vgl. Kurt Schmitt (RWM) an RFM, 11.6.1934 u. 22.6.1934, BArch Berlin, R 2, Nr. 21286, unp.; Geschäftsverteilungsplan des RWM und Pr. MWA (Stand 1.7.1934), 19.6.1934, ebd., unp. Vgl. auch Boelcke, *Wirtschaft* (1983), S. 87; Fisch, *Willkür* (2016), S. 45.

1350 Aus: Ubbelohde, *Rückblick* (1934), S. 135.

1351 Vgl. Boelcke, *Wirtschaft* (1983), S. 84.

1352 Farrenkopf, Schlattmann, Heinrich, (2007), S. 28 f.

einer Reichsbehörde auf, auch wenn sich ihr Wirkungsbereich weiterhin in erster Linie auf preußisches Territorium konzentrierte.

Unter Schmitt kam es auch zu einer Forcierung der Autarkiepolitik.¹³⁵³ Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die Aufrüstung sorgten zwar „für wachsende Investitionen und eine anziehende Binnenkonjunktur“, die Exportnachfrage blieb aber derart schwach, dass die Wirtschaft kaum in der Lage war, genügend Devisen zu generieren, um die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu bezahlen.¹³⁵⁴ Die verschärfte Rohstoff- und Devisenkrise zwang daher nicht nur zur sparsamen Verwendung ausländischer, sondern auch zur weitgehenden Nutzung heimischer Rohstoffe. Aus diesem Grund ernannte Schmitt den Ingenieur Johann Puppe im Juni 1934 zum „Rohstoffkommissar“ im RWM, dem die Aufgabe zufiel, „die wirtschaftliche Verwendung industrieller Rohstoffe im Inlande zu überwachen, die Wirtschaftlichkeit neuer Rohstoffe zu prüfen“ und „die Gewinnung und Verwendung heimischer Rohstoffe mit allem Nachdruck“ zu betreiben. Dabei stützte sich Puppe auf einen kleinen Mitarbeiterstab, dem neben einem Chemiker und einem Textilfachmann auch ein Geologe angehörte.¹³⁵⁵

Viel hatte Schmitt von den unter ihm eingeleiteten Maßnahmen allerdings nicht, denn Ende Juli 1934 schied er als Reichswirtschaftsminister aus, nachdem „sein Versuch, Hitler mit wirtschaftlichen Argumenten zu einer langsameren Aufrüstung umzustimmen“ gescheitert war.¹³⁵⁶ An seine Stelle trat der selbstbewusste und ehrgeizige Präsident der Reichsbank Hjalmar Schacht. Gerade weil sich der neue Minister bei Personalentscheidungen am „Leistungs- und Senioritätsprinzip“ orientierte, kam es unter ihm nur zu verhältnismäßig wenigen personellen Veränderungen im RWM.¹³⁵⁷ Zu denjenigen, die ihren Hut nehmen mussten, gehörte etwa der unbeliebte und durchsetzungsschwache Chef der Bergabteilung Winnacker, der auf Betreiben Schachts durch den ungleich energischeren Breslauer Berghauptmann Heinrich Schlattmann ersetzt wurde.¹³⁵⁸

Um Devisen zu sparen und den von der NS-Regierung verfolgten Aufrüstungskurs zu fördern, ergriff Schachts Ministerium verschiedene Maßnahmen, die jedoch Probleme aufwarfen, da mit der Wiederbeschäftigung die

1353 Vgl. Banken, Achillesferse (2016), S. 188. Zu den Forderungen und Wünschen der Wehrmacht auf wirtschaftlichem Gebiet vgl. Vermerk der Wirtschaftsabteilung des HWA (Wa Wi) über das Ergebnis der Besprechung beim RWM am 6.11.1933, 7.11.1933, BArch Berlin, Bestandsergänzungsfilm Nr. 597, unpag. (Document No. NI-7828).

1354 Seidelmann, Eisen (2016), S. 30.

1355 Bei dem Geologen, einem preußischen Bergassessor Dr. Ing. Günther, handelte es sich um keinen Staatsgeologen. Vgl. RWM an RFM, 4.6.1934, 7.7.1934 u. 30.7.1934, BArch Berlin, R 2, Nr. 21308, unpag. Vgl. auch Riedel, Eisen (1973), S. 17 f. Zu Puppe siehe Anhang Biographien.

1356 Kopper, Hjalmar Schacht (2010), S. 251.

1357 Ebd., S. 256; Seidelmann, Eisen (2016), S. 418. Der Minister Schmitt von Hitler als Staatssekretär an die Seite gestellte NS-Wirtschaftsideologe Gottfried Feder, wurde von Schacht sofort entlassen. Vgl. Kopper, Hjalmar Schacht, S. 232, 255.

1358 Vgl. der Preußische Ministerpräsident (Berlin) an den RWM und Pr. MWA, 8.11.1934, GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 9938, unpag.; Boelcke, Wirtschaft (1987), S. 86. Zu Schlattmann siehe Anhang Biographien.

Nachfrage im Konsumtions- und Nahrungsmittelbereich anstieg, gleichzeitig aber auch der Rohstoffbedarf der rüstungsrelevanten Industriesektoren massiv zunahm.¹³⁵⁹ Den sich daraus ergebenden Versorgungsengpässen sollte der von Schacht verkündete ‚Neue Plan‘ entgegenwirken, der über eine staatliche Reglementierung der Außenwirtschaft auf eine Exportförderung abzielte.¹³⁶⁰ Aufgrund der nach wie vor bestehenden protektionistischen Tendenzen auf dem Weltmarkt gelang es aber immer noch nicht, genügend Devisen für die immensen Rohstoffeinkäufe zu erwirtschaften. Daraus ergab sich nicht nur ein gewaltiges Devisendefizit, der durch die Aufrüstung angeheizten Industrie fehlte es auch nach wie vor an wichtigen Grundstoffen. Folglich konzentrierte sich Schacht parallel zu seinen außenwirtschaftlichen Maßnahmen auch auf eine nachdrückliche Förderung der gesamten inländischen Rohstofferzeugung und der binnenwirtschaftlichen Autarkie.¹³⁶¹ Um seinen Einfluss in dieser Frage zu sichern, erließ er am 13. Dezember 1934 das „Gesetz über die Übernahme von Garantien zum Ausbau der Rohstoffwirtschaft“ (Garantiegesetz), mit dem nicht nur die Zuständigkeit vom Reichsfinanz- auf das Reichswirtschaftsministerium überging, sondern auch die Vergabe von Subventionen zur Erschließung heimischer Bodenschätze und zur Entwicklung von Ersatzstoffen geregelt wurde.¹³⁶²

Die Bestrebungen zur Sicherung der Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft erforderten allerdings eine genaue Kenntnis der im Reichsgebiet vorhandenen nutzbaren Lagerstätten.¹³⁶³ „Um es nicht mehr dem Zufall zu überlassen, wann und wo man eine Lagerstätte fand“, arbeitete Schlattmanns Bergabteilung in Kooperation mit der PGLA an einer reichseinheitlichen Regelung, durch die das RWM mit der „Durchforschung des Reichsgebietes nach nutzbaren Lagerstätten“ betraut wurde.¹³⁶⁴ Das zu diesem Zweck am

1359 Vgl. etwa den Antrag Schachts (RWM, mit der Führung der Geschäfte beauftragt) an RFM auf Bereitstellung einer außerplanmäßigen Haushaltsausgabe in Höhe von einer Million RM für „Aufwendungen im Interesse der Erweiterung der heimischen Rohstoffgrundlage“, 17.8.1934, BArch Berlin, R 2, Nr. 21307, unp.

1360 Vgl. Volkman, NS-Wirtschaft (1979), S. 254–264.

1361 Vgl. ebd., S. 264–277.

1362 Banken, Achillesferse (2016), S. 193.

1363 Vgl. Hjalmar Schacht (RWM und Pr. MWA) an Staatssekretär in der Reichskanzlei, 7.11.1934, BArch Berlin, R 43-II, Nr. 483, Bl. 6.

1364 Boelcke, Wirtschaft (1987), S. 159. Ein Hinweis darauf, dass beispielsweise Otto Barsch, „an Teilen des Lagerstättengesetzes“ mitarbeitete findet sich in Closs, Nachruf Barsch (1952), S. XXXIII. Zur Beteiligung von Bentz siehe Schott/Udluft, Arbeiten (1968), S. 100; Grebing, Wilhelm Haack (2020), S. 88. Wie der Präsident der PGLA 1936 festhielt, war sie „an der Vorbereitung des Lagerstättengesetzes 1934 (...) maßgeblich beteiligt“. Bericht über die Verwaltung und die Tätigkeit der PGLA in den Jahren 1934 und 1935 (1. Januar 1934 bis 31. Dezember 1936), 2.2.1936, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 34–47, hier Bl. 44. Der für die Nachkriegsentwicklung der deutschen geologischen Ressortforschung wichtige britische Major Albert Everard Gunther hielt in seiner Analyse der deutschen Ölpolitik bis 1945 fest, dass die Erdöl-Abteilung der PGLA eine zentrale Rolle bei der „Gestaltung der Ölgesetze“ hatte und „als ausschlaggebende Autorität auf diesem Gebiet anzusehen“ war. Gunther, Albert Everard: Gunther: Der deutsche Krieg um Erdöl in Europa 1934–1945. Geschichtliche Enthüllungen [Kap. I–XVI] (Petroleum Times, London, 1947, deutsche

4. Dezember 1934 erlassene „Lagerstättengesetz“ ermächtigte das RWM, die PGLA und die übrigen geologischen Länderdienste mit der Untersuchung sowie mit der Sammlung und Bearbeitung ihrer Ergebnisse zu betrauen.¹³⁶⁵ Um eine einheitliche Bearbeitung der „großen Aufgabe“ sicherzustellen, wurde der Reichswirtschaftsminister durch das Gesetz zudem autorisiert, die Geologischen Anstalten der übrigen Länder mit der PGLA „zu einer Geologischen Reichsanstalt zu vereinigen“. Solange dieser Zusammenschluss noch nicht erfolgt war, hatten die Geologischen Anstalten ihre Untersuchungsergebnisse an die PGLA zu übermitteln (§ 1).¹³⁶⁶ Zur reibungslosen Durchführung der geplanten geologischen und geophysikalischen Arbeiten erhielten die mit der Durchforschung des Reichsgebiets beauftragten Geologen die Erlaubnis, fremde Grundstücke zu betreten, ihre Untersuchungen dort vorzunehmen und sich darüber hinaus „Zutritt zu allen Bohrungen und sonstigen Aufschlüssen übertage“ zu verschaffen (§§ 2 u. 5).

Um einen vollständigen Überblick über den Stand der Forschungen innerhalb des Reichsgebiets zu erhalten, legten die Bestimmungen des Gesetzes zudem fest, dass jeder, der für eigene oder fremde Rechnung geophysikalische Untersuchungen zur Erforschung des Untergrundes oder mechanische Bohrungen (z.B. Öl, Wasser, Erze) ausführte, verpflichtet war, diese Arbeiten bei der zuständigen Anstalt anzuzeigen und diese ebenso auch über die Ergebnisse zu informieren. Dies galt auch für bereits durchgeführte Untersuchungen (§§ 3 u. 4). Bohrproben, Gesteins- und sonstige Beobachtungsmaterialien waren den Geologen auf Verlangen vorzulegen und bei Bedarf zur Verfügung zu stellen (§ 5). All jene, die aufgrund einer staatlichen Ermächtigung oder eines Vertrages mit einem Grundeigentümer zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl berechtigt waren, wurden darüber hinaus verpflichtet, durch Vermittlung der Landesbergbehörden unverzüglich Karten einzureichen, die den räumlichen Umfang des Gebietes, die Lage und Teufe der darin vorhandenen Ölbohrungen und die bereits geophysikalisch untersuchten Flächen anzeigten. Durch diese Meldepflicht sollte „im Zuge einer planmäßigen Erdölwirtschaft eine genaue Kenntnis aller im Reichsgebiet bestehenden oder zur Entstehung gelangenden Berechtigungen zur Aufsuchung oder Gewinnung von Erdöl“ sichergestellt werden (§ 6).¹³⁶⁷

Übersetzung), hier Kap. II: Deutsche Geologische Organisation in Europa 1939–1945, S. 7, BGR-Archiv Hannover, Nr. 73874.

1365 Dazu und im Folgenden „Gesetz über die Durchforschung des Reichsgebietes nach nutzbaren Lagerstätten (Lagerstättengesetz)“ vom 4.12.1934, in: RGBl. 1934, Teil I, S. 1223, BGR-Archiv Hannover, Nr. 9615, unpubl. Siehe zudem Begründung des RWM zum Lagerstättengesetz von Hjalmar Schacht (RWM und Pr. MWA) an Staatssekretär in der Reichskanzlei, 7.11.1934, BAArch Berlin, R 43–II, Nr. 483, Bl. 6–10. Vgl. auch Arlt, *Geologie* (1935), April, S. 95 f.; Kamps, *Bildung* (1987), S. 151; Kühn/Rohrbeck, *Landesanstalt* (1987), S. 27 f. Im § 1, Abs. 2 des Gesetzes war auch festgelegt, dass in die zu gründende Geologische Reichsanstalt auch die Reichsanstalt für Erdbettenforschung in Jena mit eingehen sollte. Davon sah das RWM 1936 jedoch ab. Vgl. RMWEV an RFM, 30.3.1936, BAArch Berlin, R 2, Nr. 21599, unpubl.

1366 Auf die Mitteilungspflicht ihrer Schwesteranstalten wies die PGLA wiederholt hin. Vgl. Julius Versé (PGLA) an Thüringische GLA, 31.12.1936, BGR-Archiv Hannover, Nr. 47967, Bl. 87a.

Nach der faktischen Aufwertung zu einer Ressortforschungseinrichtung des Reiches sorgten die Bestimmungen des „Lagerstättengesetzes“ für einen weiteren Bedeutungszuwachs der PGLA. Denn durch das Gesetz wurden die formalen Voraussetzungen für die Errichtung einer Geologischen Reichsanstalt durch Zusammenfassung aller Geologischen Landesanstalten mit der PGLA als Nukleus geschaffen und ihr obendrein das Recht verliehen „sich durch Vermittlung der Bergbehörden alle geologisch bedeutsamen Informationen zu beschaffen“.¹³⁶⁸ Neben der Anzeige- und Auskunftspflicht an die PGLA, der damit verbunden Offenlegung privater Aufschlüsse und der Ergebnisse geologischer und geophysikalischer Untersuchungen, der Meldung über Erdölberechtigungen und Tiefbohrungen gaben ihr das Lagerstättengesetz und seine Ausführungsbestimmungen die seit langem geforderte „rechtliche Handhabe“ zur Sammlung von Bohrproben und -profilen, die im Interesse der geologischen Kartierung unbedingt notwendig waren.¹³⁶⁹ Durch die im Gesetz fixierte zentrale Sammlung der geologischen und geophysikalischen Unterlagen in der inzwischen zu seinem Geschäftsbereich gehörenden PGLA sicherte sich das RWM den Zugriff auf die bei den übrigen Geologischen Landesanstalten vorgehaltenen Materialien, die ihm bis dahin entzogen waren.¹³⁷⁰

Gegen die „einseitige Heranziehung der Preußischen Geologischen Landesanstalt bzw. der mit dieser zu einem Reichsinstitut vereinigten geologischen Länderanstalten“ erhob sich daher auch Widerstand. So erblickte der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (RMWEV), Bernhard Rust, in den Bestimmungen des Gesetzes „eine schwerwiegende Benachteiligung“ der übrigen, auf den Gebieten der Geologie, Mineralogie, Geophysik, Lagerstättenkunde, technischen Chemie und Hüttenkunde tätigen deutschen Hochschulforschung.¹³⁷¹ Aus diesem Grund schlug er dem RWM vor, „eine Arbeitsgemeinschaft ins Leben zu rufen, an der

1367 „Gesetz über die Durchforschung des Reichsgebietes nach nutzbaren Lagerstätten (Lagerstättengesetz)“ vom 4.12.1934, in: RGBl. 1934, Teil I, S. 1223, BGR-Archiv Hannover, Nr. 9615, unp. Siehe zudem Begründung des RWM zum Lagerstättengesetz Hjalmar Schacht (RWM und Pr. MWA) an Staatssekretär in der Reichskanzlei, 7.11.1934, BArch Berlin, R 43-II, Nr. 483, Bl. 6–10; Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Durchforschung des Reichsgebietes nach nutzbaren Lagerstätten (Lagerstättengesetz) vom 14.12.1934, in: RGBl. 1934, Teil I, S. 1261. Mit Berichtigung von 4.1.1935, in: RGBl. 1935, Teil I, S. 7, BGR-Archiv Hannover, Nr. 9615, unp.

1368 Schirner, Karl: Der Weg der deutschen Erdölgewinnung. Mit einem Vorwort von Major A.E. Gunther. British Oil Fields Investigation 912 Military Government, Celle, Juni 1945, S. 13 f., BGR-Archiv Hannover, Nr. 58323, unp.; Tätigkeitsbericht PGLA 1934 (1935), S. 3.

1369 Vermerk der Reichskanzlei betr. Tagesordnung einer Kabinettsitzung betr. Gesetz über die Durchforschung des Reichsgebietes nach nutzbaren Lagerstätten, ohne Datum (November 1934), BArch Berlin, R 43-II, Nr. 483, Bl. 23; Niederschrift der Sitzung des Arbeitsausschusses „Wasser“ der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, 25.10.1937, BArch Berlin, R 113, Nr. 18, Bl. 73–76, hier Bl. 74.

1370 In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die bis 1932 regelmäßig durchgeführten Direktorenitzungen der GLA's ab 1933 nicht mehr durchgeführt und im Westen Deutschlands erst nach 1945 wieder aufgenommen wurden.

1371 Zur Hochschulgeologie im NS vgl. Kölbl-Ebert, *Geology* (2017), S. 64–75.

sämtliche an der Versorgung mit mineralischen Rohstoffen interessierten Behörden und Fachforscher“ beteiligt werden sollten.¹³⁷² Schacht dachte jedoch nicht daran, sich von seinem Kabinettskollegen Kompetenzen streitig machen zu lassen. So gab er Rust zu verstehen, dass er sich bei der Durchforschung des Reichsgebiets nach nutzbaren Lagerstätten durchaus der Hochschulforschung „bedienen“ werde, gegen die Errichtung einer ständigen Kommission „auch wegen der erforderlichen Geheimhaltung“ aber Bedenken hege.¹³⁷³

Aber nicht nur das Reichswissenschaftsministerium, auch nichtpreussische Staatsgeologen sorgten die Berliner Zentralisierungsabsichten. Der württembergische Finanzminister Alfred Dehlinger ließ den Reichsfinanzminister bereits im November 1934, noch vor der Verabschiedung des ‚Lagerstättengesetzes‘ wissen, „dass unter dem Deckmantel der Reichsreform auf dem Gebiet der geologischen Landesaufnahme von gewisser Seite höchst persönliche Ziele“ verfolgt würden, die „nicht zum Nutzen von Reich und Ländern“ seien. Hinter diesen „Machenschaften“ stünden „Berliner Beamte“ der PGLA, die durchweg persönliche Belange verfolgen würden. „Nach der einen Lesart“ solle der Reichsinnenminister veranlasst werden, sich eine Vollmacht zur Vereinigung der Geologischen Landesanstalten zu einer Reichsbehörde zu holen, nach der anderen ein Beschluss der Reichsregierung herbeigeführt werden, nach dem eine Geologische Reichsanstalt geschaffen würde. Dadurch solle erreicht werden, die bisherigen Landesstellen aufzulösen, damit über sie und ihre bisherigen Beamten von Berlin verfügt werden könne. Wie Dehlinger die Berliner Behörden wissen ließ, war er gegen die geplante „Verreichlichung“ von der keine Verbesserung, weder in finanzieller noch hinsichtlich der Forschungsergebnisse und ihrer Nutzbarmachung für die Öffentlichkeit zu erwarten sei.¹³⁷⁴ Obwohl die geplanten Maßnahmen „in Württemberg ernstliche Beunruhigung“ hervorriefen¹³⁷⁵, ließ sich Schacht nicht zu einer Antwort an Dehlinger herab und unternahm nichts, um die gegen die ‚Geologische Reichsanstalt‘ vorhandenen Bedenken zu zerstreuen, so dass auch dieser süddeutsche Vorstoß ergebnislos im Sand verlief.

1372 Bernhard Rust (RMWEV) an Staatssekretär der Reichskanzlei, 29.11.1934, BArch Berlin, R 43-II, Nr. 483, Bl. 22. Schon zwei Wochen vorher hatte das RMWEV „eine sinnvolle und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Geologischen Landesanstalt mit den Hochschulinstituten“ angemahnt. Franz Bachér (RMWEV) an die Kuratoren der Universitäten, TH's und der Landwirtschaftlichen Hochschule Bonn-Poppelsdorf, den Verwaltungsdirektor der Universität Berlin und die Rektoren der TH's, 15.11.1934, GStA, I. HA Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 23. Litt. A, Nr. 104, Bd. 6, Bl. 274.

1373 Ganzer Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des RWM betr. Entwurf eines Gesetzes über die Durchforschung des Reichsgebiets nach nutzbaren Lagerstätten, 4.12.1934, BArch Berlin, R 43-II, Nr. 483, Bl. 24; Schacht an RMWEV und sämtliche Reichsminister, 3.12.1934, BArch Berlin, R 2, Nr. 21599, unpag.

1374 Alfred Dehlinger (Finanzminister, Stuttgart) an RFM, 22.11.1934, BArch Berlin, R 2, Nr. 21599, unpag.

1375 Ebd.

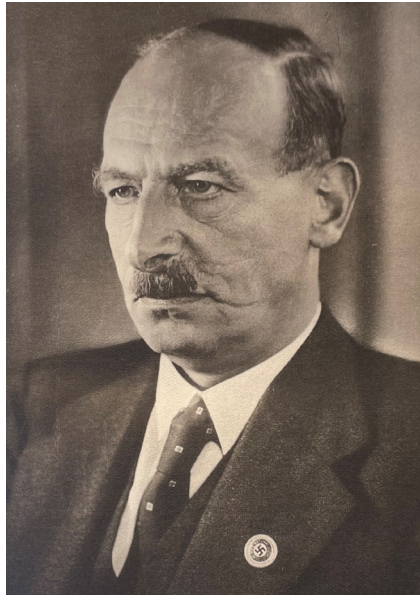


Abb. 26: Wilhelm Keppler (1882–1960).¹³⁷⁶

Andere Konkurrenten indes ließen sich nicht so leicht abschütteln. Zu ihnen gehörte etwa der „Wirtschaftsbeauftragte des Führers“, Wilhelm Keppler, dessen permanente Einflussversuche auf dem Gebiet der innerdeutschen Rohstoffherzeugung Schacht im zunehmendem Maße zum Ärgernis wurden.¹³⁷⁷ Dabei kam für den Reichswirtschaftsminister erschwerend hinzu, dass Hitler Keppler Mitte November 1934 die „Sonderaufgabe“ übertrug, „alle diejenigen wirtschaftlichen Maßnahmen durchzuführen, welche in Anbetracht der Devisenlage erforderlich“ waren, „um ausländische Rohstoffe durch solche aus inländischer Erzeugung zu ersetzen“.¹³⁷⁸ Keppler galt als vehementer Befürworter einer finanzdefizitären Autarkiepolitik, womit er im deutlichen Gegensatz zur Politik Schachts stand, der die Schaffung von Kapazitäten zur Herstellung von Ersatzstoffen nur dann befürwortete, wenn sie wirtschaftlich

1376 Aus: Jahrbuch des RfB für 1942 (1944).

1377 Zu Keppler siehe Anhang Biographien. Zu seiner Beteiligung an der „Arisierung“ jüdischer Betriebe vgl. Zeugenaussage von Prof. Dr. Robert M. W. Kempner (Philadelphia) über die Tätigkeit des Beauftragten des Führers und Reichskanzlers für Wirtschaftsfragen Wilhelm Keppler bzw. des Büros Keppler-Veesenmeyer ab 1935, 1952, BArch Berlin, R 26-I, Nr. 43, unp.

1378 Hans Heinrich Lammers (Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei) an sämtliche Reichsminister, Ministerpräsidenten der Länder, den Präsidenten des Reichsbank-Direktoriums und den Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, 13.11.1934, BArch Berlin, R 43-II, Nr. 374, Bl. 4.

zu vertreten, die Surrogate also nicht teurer als ausländische Rohstoffe waren.¹³⁷⁹ Im Verbund „mit den wirtschaftspolitischen Instanzen der NSDAP, die ebenfalls von Keppler kontrolliert wurden, bildete sich hier der Kern für eine konkurrierende wirtschaftspolitische Instanz zur staatlichen Wirtschaftsverwaltung“ heraus, „die die Stabsarbeit für eine Revision der Schachtschen Wirtschaftspolitik betrieb“.¹³⁸⁰

Die Reibereien zeigten sich vor allem auf dem Gebiet der Ölpolitik, auf dem sich der Reichswirtschaftsminister neben Keppler gleich mehreren um Einfluss buhlenden Konkurrenten gegenüber sah (siehe auch Kap. 4.3.2). Schon unter Schachts Vorgänger Schmitt waren Auseinandersetzungen über die Gestaltung staatlich subventionierter Bohrprogramme (Mittelstand vs. Großkonzerne) und die Förderung der synthetischen Benzinproduktion (Bergiusverfahren/I.G. Farben vs. Fischer-Tropsch-Verfahren/Montanindustrie) entbrannt, in denen sich das Reichskriegsministerium, der Wehrwirtschaftsstab des Heereswaffenamtes (HWA) und Görings neu errichtetes Reichsluftfahrtministerium (RLM) – beraten durch den IG-Farben-Manager Carl Krauch¹³⁸¹ – für die Hydrierverfahren stark machten.¹³⁸²

Um sich die alleinige Zuständigkeit in der Ölpolitik zu sichern, ergriff Schacht nach seinem Amtsantritt verschiedene Maßnahmen. So gründete er im Sommer 1934 die Wirtschaftliche Forschungsgesellschaft mbH (Wifo), eine Tarnfirma, die sich mit der Anlage von Tanklagern für Heer und Luftwaffe befasste.¹³⁸³ Darüber hinaus errichtete das RWM im September 1934 eine Überwachungsstelle für Mineralöl und zwang die zehn größten Braunkohlenunternehmen durch Verordnung im selben Monat, Mittel in Höhe von 100 Millionen RM zur Gründung der Braunkohle-Benzin AG (Brabag), einer vom Staat dominierten Pflichtgemeinschaft zur Herstellung synthetischen Benzins aus Braunkohle, bereitzustellen.¹³⁸⁴ Allerdings gelang es ihm im Widerstreit mit Keppler und der Wehrmacht nicht, Schlattmann als Treibstoffkommissar zur installieren.¹³⁸⁵ Zwar war Schacht kein prinzipieller Gegner der Kohleverflüssigung, jedoch dagegen, den Aufbau entsprechender Produktionskapazitäten nur militärischen und wehrwirtschaftlichen Prämissen unterzuordnen. Folglich wollte er den kostenintensiven Aufbau des neuen Industriezweiges

1379 Wie Schacht in einer streng vertraulichen Rede im Reichswehrministerium deutlich machte, konnte sich Deutschland „nicht völlig vom Ausland unabhängig machen“, weshalb die „grundsätzliche Linie“ der von ihm verfolgten Außenhandelspolitik darin bestand, „diejenigen Rohstoffe heran zu schaffen, die wir für unsere Wehrmacht brauchen“. Vortrag des Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht über „Wirtschaft und Wehrmacht“ im Reichswehrministerium, 13.12.1934, RGVA Moskau, Fond 1458k-43-30, Bl. 1-10, hier Bl. 4 f., 6R.

1380 Petzina, Autarkiepolitik (1968), S. 25.

1381 Zur Person Krauchs vgl. Grüttner, Lexikon (2004), S. 98; Hayes Carl Bosch and Carl Krauch (1987), S. 358–363.

1382 Vgl. dazu Banken, Achillesferse (2016), S. 188–197; Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 182–197; Kockel, Ölpolitik (2005), 68–219; Plumpe, Farbenindustrie (1990), S. 255–296, 705–715.

1383 Vgl. Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 180–182.

1384 Vgl. Banken, Achillesferse (2016), S. 192.

1385 Vgl. Kockel, Ölpolitik (2005), S. 154–158, 181–192, 201–205, 211–213.

„auf ein wirtschaftlich tragbares Maß beschränken“, zumal der Friedensbedarf Deutschlands durch Importe vergleichsweise billig zu decken war.¹³⁸⁶ Das vom „Mob.-Fall“ und weit größeren Bedarfsmengen ausgehende Militär vermochte dieser ‚friedenswirtschaftlichen‘ Konzeption Schachts aber nichts abzugewinnen, was die Auseinandersetzungen verschärfte und schließlich auch Hitler und Göring veranlasste, sich in den Konflikt einzuschalten.¹³⁸⁷

Tab. 22: Deutschlands Verbrauch und Inlandserzeugung bei ausgewählten Rohstoffen 1935.¹³⁸⁸

Rohstoff	Verbrauch in t	Inlandserzeugung in t	Anteil Eigenerzeugung am Verbrauch in %
Mineralöl	3.831.000	1.020.000	27
Eisenerze	11.800.000	3.500.000	30
Mangan	355.000	180.000	50
Kupfer	287.000	28.000	10
Bauxit	331.000	4.600	1
Blei	165.300	57.000	35
Zink	182.000	124.000	68
Zinn	17.000	300	2

Parallel dazu musste sich das RWM dauernder Einflussversuche Keplers in die Herstellung synthetischen Kautschuks, synthetischer Fette und die Produktion von Ersatzstoffen in der Textilindustrie erwehren.¹³⁸⁹ Ein regelrechter Machtkampf zwischen dem RWM und dem Stab Keplers entbrannte um die Frage der Ausweitung des innerdeutschen Eisenerzbergbaus. Zwar drängte auch Schlattmanns Bergabteilung die deutschen Stahlunternehmen ab 1934, ihre inländische Erzförderung auszubauen, den durch die angespannte Haushaltslage bedingten moderaten Forderungen des RWM kamen die Eisen- und Stahlunternehmen aber nur sehr zögernd nach. Dies rief das Büro Keplers

1386 Petzina, Autarkiepolitik (1968), S. 36. Wie die Reichsbank Ende 1935 deutlich machte, kostete ein Liter synthetisches Inlandsbenzin beim deutschen Erzeuger 21,6 Pfennige, während der Preis für natürliches Benzin in den USA nur 2,7 Pfennige ab Werk betrug. Der Preis für beide Produkte lag bei 34,4 Pfennigen. „Der Ausgleich zwischen dem billigen Auslands- und dem hohen Inlandspreis“ wurde durch den Zoll und die Benzinststeuer geschaffen, die insgesamt 16 Pfennige pro Liter betrugen. Dieses und weitere Beispiele führten die Reichsbank zu dem Befund, dass eine Autarkie Deutschlands unmöglich sei und „kein Volk sich auf die Dauer ohne schwere Schädigungen vom Weltmarkt abschließen“ könne. Volkswirtschaftliche und Statistische Abteilung der Reichsbank: Die Möglichkeiten und Grenzen der Selbstversorgung, 1.11.1935, BArch Berlin, R 3101, Nr. 32317, Bl. 1-37, hier Bl. 14, 32.

1387 Vgl. Petzina, Autarkiepolitik (1968), S. 36.

1388 Volkswirtschaftliche und Statistische Abteilung der Reichsbank: Die Möglichkeiten und Grenzen der Selbstversorgung, 1.11.1935, BArch Berlin, R 3101, Nr. 32317, Bl. 1-37, hier Bl. 35 f.

1389 Vgl. Banken, Achillesferse (2016), S. 197-204; Riedel, Eisen (1973), S. 22 f.; Petzina, Autarkiepolitik (1968), S. 24 f.; Plumpe, I.G. Farbenindustrie (1990), S. 706.

auf den Plan, dessen Mitarbeiter Paul Pleiger auf einen massiven Ausbau der deutschen Eisenerzförderung bei Salzgitter und im süddeutschen Doggererzgebiet drängte und der vor den Kosten zurückschreckenden Montanindustrie unverhohlen androhte, sie durch die Schaffung einer Pflichtgemeinschaft – ähnlich der Brabag – zur Umsetzung seines Plans zu zwingen.¹³⁹⁰ Bei der Ausarbeitung seiner gigantischen Ausbaupläne stützte sich Pleiger maßgeblich auf die PGLA, die das Büro Kepplers bereitwillig mit Gutachten versorgte und dem ihr vorgesetzten RWM damit in den Rücken fiel.¹³⁹¹ Für ihr illoyales Verhalten und die Missachtung des Dienstweges wurde die PGLA von Schacht und Schlattmann dann auch folgerichtig abgemahnt.¹³⁹² Wie sich zeigte, führte dies zu Dissonanzen im bis dahin weitgehend harmonischen Verhältnis zwischen Ministerium und Anstalt, die sich in den folgenden Jahren noch weiter vertieften. Zwar gelang es der Bergabteilung des RWM und der rheinisch-westfälischen Hüttenindustrie 1935, den Vorstoß Kepplers und Pleigers mit dem so genannten „Schlattmann-Plan“ abzuwehren. Langfristig jedoch entschieden letztere den Machtkampf aber für sich, da es ihnen mit Rückendeckung Görings 1937 gelang, durch die Gründung der ‚Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten Hermann Göring‘ die Verhüttung der Erzvorkommen bei Salzgitter in Angriff zu nehmen. Aus der anschließenden „Kraftprobe mit Göring“ gingen die Ruhrindustrie und der Reichswirtschaftsminister als Verlierer hervor, was schließlich den Ausschlag für Schachts Rückzug als Minister gab.¹³⁹³

In der Situation des Jahres 1935 war davon aber noch nichts zu spüren, zumal das RWM seine Kompetenzen sukzessive ausweitete. So wie die Berghoheit in Preußen durch die Fusion der Reichs- und preußischen Wirtschaftsministerien 1934 auf das Reich übergegangen war, so verloren nun auch die übrigen Länder durch das „Gesetz zur Überleitung des Bergwesens auf das Reich“ vom 28. Februar 1935 ihre Kompetenzen für den Bergbau an das RWM, denn durch die Bestimmungen des neuen Gesetzes wurden Berghoheit und Bergwirtschaft zur Reichsangelegenheit.¹³⁹⁴ Mit der „Verreichlichung

1390 Vgl. Banken, *Achillesferse* (2016), S. 208 f.; Riedel, Eisen (1973), S. 25–61; Haus, Lothringen (1991), S. 138–152; Seidelmann, Eisen (2016), 26–37.

1391 Vgl. Kühn/Rohrbeck, *Landesanstalt* (1987), S. 28.

1392 Zu Pleigers Plänen und dem Anteil der PGLA an deren Gestaltung vgl. maßgeblich Riedel, Eisen (1973), S. 25–61. Zur Maßregelung der PGLA durch Schlattmann und Schacht vgl. ebd., S. 31; Vermerk des Präsidenten der PGLA über eine geschäftliche Sitzung mit Abschrift einer allgemeinen Verfügung des RWM Schacht, 16.11.1934, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 51 f.; Vermerk Schlattmanns, 7.3.1935, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 52 f.

1393 Zum Konflikt zwischen dem RWM und der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie auf der einen, sowie Keppler, Pleiger und Göring auf der anderen Seite, vgl. Riedel, Eisen (1973), S. 25–253; Mollin, *Montankonzerne* (1988), S. 70–77; Donges, *Vereinigte Stahlwerke* (2014), S. 225–249.

1394 Vgl. Gesetz zur Überleitung des Bergwesens auf das Reich vom 28.2.1935, in: RGBl. 1935, Teil I, S. 315; Schacht (RWM) an Staatssekretär in der Reichskanzlei (mit anliegender Begründung des RWM zum Entwurf für das „Gesetz zur Überleitung des Bergwesens auf das Reich“), 20.2.1935, BArch Berlin, R 43–II, Nr. 483, Bl. 25–30; Seidelmann, Eisen (2016),

der Bergbehörden“ meinte Deutschlands oberster Bergbeamter Schlattmann, nun auch den „Zusammenschluss der geologischen Anstalten der übrigen Länder zur einer Geologischen Reichsanstalt“ in die Wege leiten zu können.¹³⁹⁵ Zu diesem Zweck hatte er die PGLA bereits beauftragt mit den Vorarbeiten dafür zu beginnen.¹³⁹⁶ Selbige wurden jedoch bald darauf jäh unterbrochen, als Reichsinnenminister Wilhelm Frick Mitte 1935 darum bat, die Pläne der „personellen Verreichlichung der Bergbehörde“ und „einer Neueinteilung der Bergverwaltungsbezirke, mit der die Zusammenfassung der geologischen Anstalten der Länder eng“ zusammenhing, „zunächst zurückzustellen.“¹³⁹⁷

Parallel dazu nahm aber auch Kepplers Stab Konturen an. So richtete er nicht nur ein Büro „im Hause Schinkelplatz 1“ ein, ihm sollten für seine Zwecke auch „eine Reihe von Beamten bzw. Offizieren“ aus dem RWM, dem Reichswehrministerium usw. zur Verfügung stehen. Darüber hinaus forderte er einen Betrag von fünf Millionen RM zur Durchführung seiner Arbeiten, was dem Reichsfinanzministerium bereits einen Vorgeschmack auf die ihm später noch durch Kepplers Aktivismus entstehenden Kosten gab.¹³⁹⁸

S. 32; Auszüge dem Jahrbuch der Deutschen Mineralwirtschaft von K.-H. v. Thümen, Ausgabe 1939/40 betr. Rechtsvorschriften für die Erdölgewinnung, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86424, unpag.; Thielmann, Entwicklung (1942), S. 237.

1395 Heinrich Schlattmann: Grundsätzliches über die Notwendigkeit der Verreichlichung der Bergbehörden, 21.1.1935, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30111, Bl. 41–44.

1396 Im Zuge dieser „Vorarbeiten für die Geologische Reichsanstalt“ verschaffte sich der Abteilungsleiter der PGLA Fritz Wiegers einen Überblick über die Etats, Mitarbeiterzahlen, Gehalts- und Dienstalterverhältnisse der übrigen Geologischen Landesanstalten. Fritz Wiegers (PGLA) an Kurt Pietzsch (GLA Sachsen, Leipzig), 8.1.1935, GLA Freiberg, Nr. A 02283/1, Bl. 1. Das Material sollte in eine Denkschrift einfließen, „die als Unterlage für die Errichtung der Deutschen Geologischen Reichsanstalt“ gedacht war und dem RWM von der PGLA vorgelegt werden sollte. Wiegers (PGLA) an Sächsisches GLA, Leipzig, 11.6.1935, ebd., Bl. 5. In der DFG-Beihilfeakte von Wilfried von Seidlitz findet sich ein Entwurf für eine geologische „Reichszentrale“, deren „Führer“ der „Präsident der Geologischen Reichsanstalt in Berlin“ sein sollte. Entwurf über eine Reichszentrale für die Erforschung des deutschen Bodens und seiner wirtschaftlich nutzbaren Lagerstätten, ohne Datum (um 1934), BArch Berlin, R 73, Nr. 14702, unpag.

1397 Schacht (RWM) an Staatssekretär Paul Körner, 31.12.1936, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 132; Schlattmann an Staatssekretär Hans Ernst Posse (RWM), 2.6.1936, ebd., Bl. 58–63, hier Bl. 62 f. Den Hintergrund dafür bildete vermutlich die auf Forderung Hitlers 1935 eingestellte „öffentliche Erörterung über die Reichsreform, vor allem über [territoriale] Neugliederungsfragen“. Broszat, Staat (1995), S. 157.

1398 Der Keppler zur Verfügung stehende Fonds sollte grundsätzlich 5 Millionen RM betragen, für den Rest des Haushaltsjahres 1934 wurden ihm vom RWM aber nur eine Million RM bewilligt. Weitere drei Millionen RM sollten dann in den Haushalt für 1935 eingestellt werden. Während Keppler über kleinere Beträge unmittelbar verfügen konnte, sollten die Verwaltung des Fonds, vor allem die Ausarbeitung von Verträgen und die Kontrolle der Beträge auf Anweisung Kepplers von der Deutschen Revisions- und Treuhand-Gesellschaft im Namen des Reiches vorgenommen werden. Siehe dazu Keppler (Reichskanzlei, Beauftragter für Wirtschaftsfragen) an RWM Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk, 28.11.1934, BArch Berlin, R 2, Nr. 16103, Bl. 25 f.; Vermerk des RWM über die Besprechung am 7. Dezember in der Reichskanzlei bei Herrn Keppler, 11.12.1934, ebd., Bl. 27–29; Schacht (RWM) an RWM, 12.1.1935, ebd., Bl. 33 f.; RWM an Keppler, 19.1.1935, ebd., Bl. 35–38.

Innerhalb kurzer Zeit wuchs auch sein Mitarbeiterstab.¹³⁹⁹ Dabei gehörten der Präsident der Industrie- und Handelskammer in Cottbus Hans Kehrl (NSDAP 1933, SS 1936)¹⁴⁰⁰, verantwortlich für Textilien, der bereits erwähnte Paul Pleiger (NSDAP 1932), verantwortlich für Metalle und Erze, der Bergassessor Oskar Gabel (NSDAP, SS 1933), verantwortlich für Kohle und deren Nebenprodukte, und der Gruppen- und Organisationsleiter Karl Kromer (NSDAP 1933, SS 1934) zu seinen frühesten Mitstreitern.¹⁴⁰¹

Die Unzuträglichkeiten auf dem Mineralölsektor, die Kompetenzkonflikte und Grabenkämpfe auf dem Feld der NS-Wirtschaftspolitik waren nicht geeignet, die Probleme auf dem Gebiet der Rohstoff- und Devisenbewirtschaftung zu lösen. Da Göring sich schon im August 1935 als Schlichter im ebenfalls eskalierenden Devisenstreit zwischen Schacht und Reichslandwirtschaftsminister Richard Walter Darré hervorgetan hatte¹⁴⁰², übertrug Hitler diesem im April 1936 die Vollmacht zur „Regelung der Rohstoff- und Devisenlage“.¹⁴⁰³ Zwar hatte der als „Devisenschiedsrichter“ vorgesehene Göring die Aufgabe, „ausgleichend zu wirken und etwa auftretende Meinungsverschiedenheiten zwischen Keppler und Schacht bzw. anderen Instanzen im Interesse der gesamten Volkswirtschaft aufeinander abzustimmen“.¹⁴⁰⁴ Als Chef der Luftwaffe

1399 Vgl. Bedarfsanmeldung Kepplers (Beauftragter des Führers und Reichskanzlers für Wirtschaftsfragen, Sonderaufgabe: Deutsche Rohstoffe) an Haushaltsmitteln für das Rechnungsjahr 1935, 5.3.1935, BArch Berlin, R 43-II, Nr. 374, Bl. 45–48.

1400 Zu Kehrl vgl. Müller, Manager (1999), S. 28, 31, 67.

1401 Zu Gabel und Kromer vgl. Anhang Biographien. Zu Kepplers Mitarbeiterstamm vgl. Keppler an Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei betr. Haushaltsmittelbedarf für das Rechnungsjahr 1934, 21.1.1935, BArch Berlin, R 43-II, Nr. 374, Bl. 21–26. Da es Keppler immer wieder verstand, sich prominent in Szene zu setzen, ging das RFM im Frühjahr 1935 davon aus, dass die Aufgaben des Rohstoffkommissars Puppe nun auf Hitlers Beauftragten für Wirtschaftsfragen übergegangen seien, weswegen die Mittel für Puppe auf Eis gelegt werden sollten. Aber trotzdem dieser keine nennenswerten Erfolge aufzuweisen hatte, hielt Schacht an seiner Person fest, auch wenn das RFM wiederholt deutlich machte, dass „das Nebeneinanderarbeiten von zwei Rohstoffkommissaren“ nicht nur zu praktischen Unzuträglichkeiten führe, sondern auch den gesetzlichen Bestimmungen widerspreche, nach denen für denselben Zweck nicht Mittel an verschiedenen Stellen des Reichshaushaltsplans verausgabt werden dürften. Vgl. Vermerk des RFM betr. Rohstoffkommissar, 25.1.1935, BArch Berlin, R 2, Nr. 16103, Bl. 41; Antrag des RWM an RFM auf Erteilung der Zustimmung einer außerplanmäßigen Haushaltsausgabe im Rechnungsjahr 1934 für den Rohstoffkommissar im RWM, 22.2.1935, BArch Berlin, R 2, Nr. 21308, unpag.; RWM an RFM, 7.11.1935, ebd., unpag.; RFM an Schacht (RFM), 3.4.1936, BArch Berlin, R 2, Nr. 21314, unpag.; Staatssekretär Posse (RWM) an RFM, 8.4.1936, ebd., unpag.; Schacht (RWM) an RFM, 27.5.1936, ebd., unpag.; Vermerk des RFM, 1.7.1936, ebd., unpag.; Aussage Karl Kromers (Keppler-Dokument 9) in Dokumentenbuch VI B für Wilhelm Keppler. Militär-Tribunal Nr. IV – Fall 11 – überreicht durch Rechtsanwalt Dr. Werner Schubert, z.Zt. Nürnberg, 5.3.1948, Staatsarchiv Nürnberg, KV-Prozesse, Fall 11, K-11, Prozessakte Wilhelm Keppler (S. 7–14, hier S. 7), unpag.

1402 Vgl. Kube, Göring (1987), S. 139; Petzina, Autarkiepolitik (1968), S. 31–33; Corni/Gies, Brot (1997), S. 261–280.

1403 Vermerk des Wehrwirtschaftsstabes (WStb) über das Ergebnis der Besprechung bei Generaloberst Göring, 4.5.1936, BArch-MA Freiburg, RW 19, Nr. 991, Bl. 271–274. Zu den Hintergründen der Beauftragung vgl. Kube, Göring (1987), S. 139–143.

1404 Auszug aus der RLD [?], Folge 76, Ausgabetag 29.4.1936, BArch Berlin, R 187, Nr. 284,

war er im Gegensatz zum Reichswirtschaftsminister aber auch an einer uneingeschränkten Aufrüstung interessiert, womit der Konflikt mit Schacht unausweichlich war.¹⁴⁰⁵ Göring ordnete die Bildung eines Rohstoff- und Devisenstabes (RDS) an, der mit dem von Schacht bis dahin verfolgten „Paradigma der wirtschaftlichen Verträglichkeit der Aufrüstung“ offen brach.¹⁴⁰⁶ Während im Devisenstab Maßnahmen zur Einsparung von Devisen im Außenhandel und zur Exportförderung diskutiert wurden, erarbeitete der Rohstoffstab Pläne zur Ausweitung der innerdeutschen Rohstoffherzeugung.¹⁴⁰⁷ Bei all dem wurde bald deutlich, dass Göring seine Ernennung zum Rohstoff- und Devisenkommissar dazu nutzte, die wirtschaftspolitische Zuständigkeit des RWM auszuhöhlen und sich selbst zum „Generalbevollmächtigten für die wirtschaftliche und militärische Aufrüstung“ zu erheben.¹⁴⁰⁸

Aber auch der Parteimann Keppler profitierte von den Machtverschiebungen. So hatte die „Göring gegebene Vollmacht in Wirtschaftsfragen“ zur Folge, dass er mit der Intensivierung seiner „vom Führer übertragenen Rohstoff-Aufgabe“ beauftragt wurde. Keppler nutzte dies, um sein Büro und seinen Mitarbeiterstab weiter auszubauen. Darüber hinaus beantragte Göring, dass „die Dispositionen über sämtliche mit der Rohstofflage im Zusammenhang stehenden Investitionen“ fortan über Keppler zu treffen seien.¹⁴⁰⁹ Hinter vorgehaltener Hand munkelte man sogar schon, dass Keppler im RDS für „alle Rohstoff-Fragen“ verantwortlich und „somit gewissermaßen der wirtschaftliche Staatssekretär“ Görings sei.¹⁴¹⁰

Die Sitzungen, Analysen und Erhebungen des Rohstoff- und Devisenstabes konnten allerdings nicht verhindern, dass sich die Krise der Außen- und Rüstungswirtschaft im Sommer 1936 weiter zuspitzte.¹⁴¹¹ In dieser Situation erstellte Hitler im August 1936 eine wirtschaftspolitische Denkschrift, in der er gewaltige Investitionen forderte, um Deutschland autark zu machen und auf

unp. Die Bezeichnung „Devisenschiedsrichter“ findet sich bei Kopper, Hjalmar Schacht (2010), S. 308.

1405 In der Sitzung des Ministerrats am 12.5.1936 reagierte Göring auf die Bedenken Schachts vor einer die Inflation anheizenden hemmungslosen Aufrüstung mit den Worten: „Wenn wir morgen Krieg haben, müssen wir durch Ersatzstoffe uns helfen. Dann wird Geld keine Rolle spielen. Wenn das so ist, müssen wir bereit sein, im Frieden die Voraussetzungen dafür zu schaffen.“ Schlie, Reichsministerium (2020), S. 167.

1406 Kockel, Ölpolitik (2005), S. 215.

1407 Zur Tätigkeit des RDS – in dem auch eine Abteilung für Forschung und Entwicklung unter dem IG-Farben-Manager Carl Krauch eingerichtet wurde – vgl. Kube, Göring (1987), S. 143–148; Petzina, Autarkiepolitik (1968), S. 40–45; Maier, Forschung (2007), S. 421–428; Flachowsky, Reichsamt (2015), S. 194–196.

1408 Kopper, Hjalmar Schacht (2010), S. 308.

1409 Keppler an Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei, 29.6.1936, BArch Berlin, R 43-II, Nr. 374, Bl. 71; Notiz für Herrn Flick betr. künftige Stellung von Keppler, 29.6.1936, BArch Berlin, R 8122, Nr. 1105 (Film 80902, FFA 3/190), unp.

1410 Streng vertrauliche Notiz für Herrn Flick betr. Organisation des RDS, 7.7.1936, ebd., unp.

1411 Vgl. Petzina, Autarkiepolitik (1968), S. 45.

einen Krieg vorzubereiten.¹⁴¹² Die Denkschrift bildete die Grundlage für den am 9. September 1936 verkündeten Vierjahresplan, der von Göring als eine „Generalanweisung“ für eine umfassende Rüstungsbeschleunigung betrachtet wurde.¹⁴¹³ Durch ein wenige Wochen später erlassenes Gesetz wurde Göring Mitte Oktober 1936 mit der „Durchführung des Vierjahresplanes“ beauftragt.¹⁴¹⁴

Noch bevor Göring sich mit dem Aufbau konkreter Verwaltungsstrukturen befasste, gerierte sich Keppler schon als dessen Bevollmächtigter und wähnte die Tage Schachts gezählt. Er ging sogar davon aus, „dass das Vierjahresplanprogramm“ bei ihm liegen und nur einzelne Gebiete zu seiner Entlastung herausgenommen würden.¹⁴¹⁵ Zwar gab er zu, „dass man nicht in allen Dingen dem Reichswirtschaftsministerium ins Zeug pfuschen“ dürfe, ließ selbst aber kaum eine Gelegenheit dazu aus.¹⁴¹⁶ Als er beispielsweise erfuhr, dass das RWM der Zwitterstocks A.G. in Altenberg für den Aufschluss und die Errichtung einer Aufbereitungsanlage in Zinnwald-Altenberg einen Betrag von 3,7 Millionen RM zur Verfügung gestellt hatte, mokierte er sich darüber, dass die Finanzierung auf dem Rohstoffgebiet „nur“ durch sein Büro zu erfolgen habe. Den Reichsfinanzminister ersuchte er sogar um Auskunft darüber, wie das RWM dazu komme, derartige Finanzierungen vorzunehmen.¹⁴¹⁷

Wie das RFM richtig feststellte, war die Beschwerde Keplers nicht begründet, da die Bearbeitung von Bergbaufragen Sache des Reichswirtschaftsministeriums war, dem zu diesem Zweck auch Haushaltsmittel zur Verfügung standen. Allerdings kritisierte das RFM, dass nicht nur auf dem Gebiet der Finanzierung, sondern auch auf dem Gebiet der fachlichen Bearbeitung der einzelnen Rohstoffindustrien die Zuständigkeiten nicht genau voneinander abgegrenzt seien. Nicht nur auf dem Gebiet der Eisenerze, auch auf dem der Nichteisenmetalle sei neben dem federführenden RWM auch das Büro Keppler tätig. Die Mineralölwirtschaft, für die das RWM ebenfalls zuständig sei, werde auch im Rohstoff- und Devisenstab Görings fachlich bearbeitet, der sogar die Federführung zu beanspruchen scheine. Auf dem Gebiet der Gewinnung von Futterhefe und Holzspiritus, für die das Reichsernährungsministerium zuständig sein müsste, engagiere sich das Reichsforstamt, dem wiederum Keppler in die Quere komme. Es sei demnach erforderlich, Ruhe in den „Streit der Meinungen“ zu bringen und die Bearbeitung der einzelnen Rohstoffgebiete

1412 Treue, Denkschrift (1955), S. 210. Siehe auch Denkschrift „des Führers, auf dem Obersalzberg am 2.9.36 d. H[errn] M[inister]P[räsident] übergeben“, RGVA Moskau, Fond 700k-1-7, Bl. 1-26.

1413 Niederschrift über die Sitzung des Ministerrates, 4.9.1936, BArch Berlin, Bestandsergänzungsfilm 601 (Document No. EC 416), Bl. 27-30; Proklamation (1936), S. 20.

1414 Vgl. Verordnung Hitlers zur Durchführung des Vierjahresplans, 18.10.1936, BArch Berlin, R 43-II, Nr. 353, Bl. 9; Erlass des Ministerpräsidenten Göring über die Durchführung des Vierjahresplans, 22.10.1936, BArch Berlin, R 26-I, Nr. 2, Bl. 1-4.

1415 Tageszettel Keplers vom Dienstag, den 22.9.1936, BArch Berlin, R 26-I, Nr. 30, Bl. 10-12.

1416 Ebd.

1417 Keppler (Der Beauftragte des Führers und Reichskanzlers für Wirtschaftsfragen. Sonderaufgabe im Auftrage des Ministerpräsidenten Generaloberst Göring: Deutsche Roh- und Werkstoffe) an Graf Schwerin-Krosigk (RFM), 15.9.1936, BArch Berlin, R 2, Nr. 15411, Bl. 297.

nunmehr genau voneinander abzugrenzen. Bei der Aufstellung des Vierjahresplans komme es folglich darauf an, seine Durchführung und Überwachung einer Stelle zu übertragen.¹⁴¹⁸

Tab. 23: Planspiele des RFM zur Abgrenzung der Zuständigkeiten bei der Durchführung des Vierjahresplans, Oktober 1936.¹⁴¹⁹

Aufgaben- gebiet	Bisher zuständig	Zuständigkeit beansprucht von	Vorschlag für künftige Zuständigkeit	Veranschlagter Mittelbedarf
Textilien	Keppler	Keppler	Keppler im Benehmen mit RWM	30 Mio. RM
Zellstoffe	Keppler	Keppler, RDS	Keppler im Benehmen mit RWM	20 Mio. RM
Mineralöle	Keppler, RWM	RWM, Keppler	RWM im Benehmen mit RDS	1.150 Mio. RM
Metalle	RWM	RWM, Keppler	RWM (Bergabteilung)	450 Mio. RM
Gummi	Keppler	Keppler	Keppler im Benehmen mit RWM	600 Mio. RM
Holzspiritus, Hefe	Reichsernähr. min, Reichs- forstamt, Keppler	RDS, Keppler	Keppler im Benehmen mit Reichsforstamt und Reichsernährungs- minister	300 Mio. RM
Harze	RWM, Keppler, Reichsforstamt	RWM, Keppler	Keppler im Benehmen mit RWM	?
Sprengstoffe	?	RDS	RDS	?

Angesichts der Ambitionen Kepplers kann man ermessen, wie groß seine Frustration gewesen sein muss, als alles anders kam. So hielt er in seinen Tagebuchnotizen vom 5. Oktober 1936 zerknirscht fest, dass es eben bei einer Sitzung mit Göring zu einer „unglücklichen Verteilung der Aufgaben für den Vierjahresplan“ gekommen sei.¹⁴²⁰ Eine Woche später kam es noch schlimmer, denn nun wurde Keppler von Hitler scheinbar vollends ausgebootet. So teilte ihm der Chef der Reichskanzlei Lammers mit, dass der ‚Führer‘ Göring als Beauftragten für den Vierjahresplan „derartig umfassende Vollmachten für wirtschaftliche Angelegenheiten gegeben“ habe, dass für den „selbständigen Fortbestand“ der Keppler erteilten Aufträge „kein Raum mehr“ sei. Folglich

1418 Vermerk des RFM, 25.9.1936, ebd., Bl. 298 f.; RFM an Keppler, 25.9.1936, ebd., Bl. 299–302; Vermerk des RFM, 7.10.1936, BAArch Berlin, R 2, Nr. 19550, unpag.

1419 Vgl. Vermerk des Referats 1/1 des RFM betr. Abgrenzung der Zuständigkeiten bei Durchführung des Vierjahresplans, Oktober 1936, BAArch Berlin, R 2, Nr. 17870, unpag.

1420 Vgl. Tageszettel Kepplers vom Montag, den 5.10.1936, BAArch Berlin, R 26–I, Nr. 30, Bl. 2–4. Demnach sollte Keppler für „allgemeine Finanzen und Vertragswesen“ verantwortlich sein. Angeblich sollten „sämtliche Investitionen und Bauvorhaben des Vierjahresplanes über ihn geleitet“, die Ausführung und Kontrolle der Bauvorhaben jedoch von einer anderen Stelle des Vierjahresplans verantwortet werden. Notiz [vermutlich für Flick] betr. Göring-Stab, 5.10.1936, BAArch Berlin, R 8122, Nr. 1105 (FilmNr. 80902, FFA 3 190), unpag.

wurde der verdutzte Keppler nicht nur von seinem Amt als Beauftragter für Wirtschaftsfragen und seiner „Sonderaufgabe Rohstoffe“ entbunden, sondern schied auch aus dem Geschäftsbereich der Reichskanzlei aus.¹⁴²¹ Wie sein langjähriger Mitarbeiter Hans Kehlrl 1946 in Nürnberg festhielt, traf Keppler die Nachricht „völlig überraschend“ und unter „sehr unerfreulichen Umständen“. Es sei damals auch „nicht mit ihm gesprochen (...), auch nicht der übliche Weg durch süße Pillen die Sache zu versüßen, begangen worden“. Keppler sei danach „völlig gebrochen“ gewesen, was sich „auch gesundheitlich und auf seine späteren Aufträge sehr stark“ ausgewirkt habe.¹⁴²²

Zwar wurde Keppler zugesichert, dass ihm innerhalb des Vierjahresplans „eine Tätigkeit auf einem wichtigen Sondergebiet“ zugewiesen werde, als er dann aber mit dem Arbeitsgebiet „industrielle Fette“ abgespeist wurde, war auch für alle Außenstehenden klar, wie tief er in der Wirtschaftshierarchie des ‚Dritten Reiches‘ gesunken war.¹⁴²³ Allerdings gehörte er nun als Görings „Generalsachverständiger für den Ausbau der deutschen Roh- und Werkstoffe“ dem als Gremium für Grundsatzentscheidungen der Vierjahresplanpolitik geschaffenen ‚kleinen Ministerrat‘ an.¹⁴²⁴ Dies erwies sich für ihn als überaus bedeutsam, denn wie dem Protokoll der zweiten Sitzung dieses Beratungsgremiums vom 4. November 1936 zu entnehmen ist, war Keppler inzwischen die neue Aufgabe „der geologischen Untersuchung des deutschen Bodens“ übertragen worden.¹⁴²⁵ In seinem ersten Erlass über ‚die Durchführung des Vierjahresplans vom 23. Oktober 1936 hatte Göring nämlich festgelegt, dass er Keppler neben dessen Aufgabe der „Fabrikation industrieller Fette“ zu seinem „persönlichen Berater für die Fragen des Aufbaues der deutschen Roh- und Werkstoffe“ gemacht habe. In diesem Zusammenhang erhielt Keppler „die Sonderaufgabe, die geophysikalische Erforschung des deutschen Bodens neu zu organisieren und aufs tatkräftigste zu fördern“.¹⁴²⁶

1421 Hans Heinrich Lammers (Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei) an Keppler, 18.10.1936, BArch Berlin, R 43-II, Nr. 353, Bl. 5 f.; Abschrift zweier Erlasse Hitlers betr. Aufhebung der Aufträge Kephlers, 18.10.1936, ebd., Bl. 7 f.

1422 Aussage von Hans Kehlrl, 28.8.1946, NAW, RG 238, War Crimes Record Collection, Records of the U.S. Nuernberg War Crimes Trials Interrogations, 1946–49, M 1019, Roll 34. Auch Riedel stellte fest, dass Keppler „erstaunlich tief abgestiegen“ war. Riedel, Eisen (1973), S. 97.

1423 Hans Heinrich Lammers (Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei) an Keppler, 18.10.1936, BArch Berlin, R 43-II, Nr. 353, Bl. 5 f.; Erlass des Ministerpräsidenten Göring über die Durchführung des Vierjahresplans, 22.10.1936, RGVA Moskau, Fond 700k-1-45a, Bl. 4–8. Zur Gliederung der Vierjahresplanorganisation (Stand 18.12.1936), in der Keppler die Geschäftsgruppe „Industrielle Fette“ leitete, vgl. Petzina, Autarkiepolitik (1968), S. 59 f.

1424 Vgl. ebd., S. 58.

1425 Dem Protokoll ist nur zu entnehmen, dass Göring der Keppler „übertragenen geologischen Untersuchung des deutschen Bodens (...) besonders große Bedeutung“ beimaß. Zweite Sitzung des Generalrats, 4.11.1936, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Various German Records, 1956–1998, T-84, Roll 146, Serial 163, unpag.

1426 Erster Erlass Görings über die Durchführung des Vierjahresplans (Document No. NG – 2857), 23.10.1936, BGR-Archiv Hannover, Nr. 136571, Bl. 121–126 (Ordner: ZPL-ZGI Kommission für Betriebsgeschichte. Reichsamt für Bodenforschung, W. Keppler,

Mit anderen Worten, Keppler war nun auch für die „Erforschung des deutschen Bodens“ verantwortlich.¹⁴²⁷

Wie es zu dieser neuen für Keppler wegweisenden Beauftragung kam, ist unklar, hing aber möglicherweise damit zusammen, dass er Hitler schon im Frühjahr 1936 über die Schwierigkeiten mit Schacht im Zusammenhang mit der Ausbeutung deutscher Eisenerze berichtet hatte. Dies lässt die Vermutung zu, dass er nicht zuletzt deswegen mit der für ihn neuen Aufgabe betraut wurde.¹⁴²⁸ Von Resignation war bei Keppler jedenfalls nur wenig zu spüren. Dem Vierjahresplanchef versprach er Anfang Dezember 1936 eilfertig, „die Bindungen nach anderer Seite zu lösen, um nur noch im Auftrag des Herrn Generaloberst Göring tätig zu sein“. Dieser machte daraufhin deutlich, dass sich die Bodenforschungen Kepplers „bis in die äußersten Grenzgebiete des Reiches“ zu erstrecken hätten. Zu diesem Zweck plante Keppler bereits, eine besondere „Firma für Arbeiten auf dem Gebiet der Geophysik“ zu gründen und die Entwicklung der Methoden und Arbeiten auf dem Erzgebiet voranzutreiben, wofür er Göring auch gleich „um baldige Zurverfügungstellung von Mitteln“ bat und mit der Firma Seismos erste Absprachen zur Durchführung gemeinsamer Unternehmungen traf.¹⁴²⁹ Da es noch an einer Abgrenzung seiner neuen Arbeitsgebiete fehlte bat er, Göring möge mit dem RWM, den angeschlossenen Dienststellen und insbesondere mit den Geologischen Landesanstalten und Bergämtern entsprechende Absprachen treffen. Darüber hinaus verhandelte Keppler mit den Mineralogischen Instituten der Universitäten Berlin, Halle und Leipzig, die er für „analytische Arbeiten“ und für Einsätze „bei einzelnen Lagerstätten“ zu gewinnen suchte, stattete der Lagerstättenforschungsstelle in Leipzig einen Besuch ab, besichtigte verschiedene Rohstoffvorkommen im

Wilhelm-Straßen-Prozess, Fall XI), unpubl. Vgl. auch Vierjahresplan in Gang gesetzt, in: Berliner Börsenzeitung vom 24.10.1936, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Various German Records, 1956–1998, T-84, Roll 218, unpubl.; 1. Erlass Görings über Durchführung des Vierjahresplanes, in: Nacht-Ausgabe des Deutschen Nachrichtenbüros 3 (1936), Nr. 1406 vom 23.10.1936, BArch Berlin, R 43–II, Nr. 353, Bl. 11 f.

1427 Protokoll meiner [Kepplers] Besprechung mit Herrn Ministerpräsidenten Generaloberst Göring, 7.12.1936, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 138–141.

1428 Vgl. Interrogation of Wilhelm Keppler, State Secretary in the Foreign Office, at MIS Service Center, 14.9.1945, NAW, RG 165, Entry 27, Schuster Files (Kaiser-Krosigk), Box No. 4, File Keppler, Wilhelm, Exhibit # 9, „Hitler's Economic Advisers“, unpubl.

1429 Protokoll meiner [Kepplers] Besprechung mit Herrn Ministerpräsidenten Generaloberst Göring, 7.12.1936, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 138–141. Nur wenige Tage zuvor hatte sich Keppler mit dem Vorstand der Seismos GmbH über deren Arbeiten verständigt und die Erweiterung der geophysikalischen Arbeiten für die Erdölforschung in Aussicht gestellt. Besonderen Wert legte Keppler aber auf geophysikalische Untersuchungen für die Erforschung von Erzen. Vgl. Tätigkeitsbericht Kepplers (Generalsachverständiger für deutsche Roh- und Werkstoffe beim Beauftragten für den Vierjahresplan) für die Zeit vom 23.–28. November 1936 an die Leiter der Geschäftsgruppen des Vierjahresplans Ministerpräsident Köhler, Oberpräsident Gauleiter Wagner, Staatssekretär Backe, Präsident Syrup, Oberstleutnant Löb u. Staatsrat Neumann, 30.11.1936, BArch Berlin, R 26–IV, Nr. 1, Bl. 1–6, hier Bl. 4 f. (Eintrag 26.11.1936).

Siegerland, im Harz und in Thüringen und vereinbarte mit dem Beauftragten des Gauleiters Josef Bürckel (Gau Saarpfalz) die Inbetriebnahme von Grubenbetrieben für die Kupfererzgewinnung. Keppler nahm sogar Einfluss auf die Personalentwicklung an der PGLA, deren Präsident über ein Parteiausschlussverfahren gestolpert war und nun durch Quertreibereien Schlattmanns ausbootet werden sollte (siehe Kap. 4.2.1).¹⁴³⁰

Der Hinweis auf Schlattmann deutet an, dass sich das RWM mit den neuen Entwicklungen nicht ohne weiteres abfinden und sich gegen Einflussversuche von außen und drohende Kompetenzverluste weiterhin zur Wehr setzte.¹⁴³¹ Es war vermutlich kein Zufall, dass das Ministerium genau zu dem Zeitpunkt den Entwurf eines ‚Gesetzes zur Erschließung von Bodenschätzen‘ vorlegte, als Keppler sich anschickte, zum ‚Bodenforscher‘ des Vierjahresplans aufzusteigen. Durch das Gesetz wurde jeder Bergbauberechtigte verpflichtet, Aufsuchungs- und Gewinnungsarbeiten durchzuführen, sofern es von den Bergbehörden angeordnet wurde. Ebenso durften Betriebsstillegungen nur noch mit Genehmigung der Bergbehörden erfolgen. Folgte der Bergbauberechtigte den Auflagen des Betriebszwangs nicht, lief er Gefahr, seine Rechte zu verlieren.¹⁴³²

Die zeitgleich stattfindenden Verhandlungen zum Haushalt der Bergabteilung des RWM für 1937 nutzte Schlattmann, um auch in der Frage der Geologischen Reichsanstalt weiterzukommen. So betonte er, dass die der PGLA durch das „Lagerstättengesetz“ vom 4. Dezember 1934 zugewiesenen Aufgaben im Zusammenhang mit dem Vierjahresplan „besondere Bedeutung“ gewannen. Zu diesem Zweck bedürfe die Anstalt einer Erhöhung ihres Personalbestands. Dem hielt aber das RFM entgegen, dass es dazu zunächst einer

1430 Mit den „Bindungen nach anderer Seite“ war vermutlich die NSDAP gemeint. Protokoll meiner [Kepplers] Besprechung mit Herrn Ministerpräsidenten Generaloberst Göring, 7.12.1936, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 138–141; Tätigkeitsbericht Kepplers (Generalsachverständiger für deutsche Roh- und Werkstoffe beim Beauftragten für den Vierjahresplan) für die Zeit vom 7.-12. Dezember 1936 an die Leiter der Geschäftsgruppen des Vierjahresplans Ministerpräsident Köhler, Oberpräsident Gauleiter Wagner, Staatssekretär Backe, Präsident Syrup, Oberstleutnant Löb u. Staatsrat Neumann, 16.12.1936, BArch Berlin, R 26–IV, Nr. 2, unp.

1431 Zu den bedeutsamen Kompetenzverlusten des RWM an das innerhalb der Vierjahresplanorganisation gegründete Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe, etwa auf den Gebieten der Produktion deutscher industrieller Rohstoffe (d.h. Gewinnung bergbaulicher metallischer Rohstoffe), der Planung und Durchführung der Fabrikation deutscher Werkstoffe und der Mineralölwirtschaft vgl. Erlass des Ministerpräsidenten Generaloberst Göring. Beauftragter für den Vierjahresplan betr. Zuständigkeitsregelung für den Ausbau der deutschen Roh- und Werkstoffbasis, 26.11.1936, BArch Berlin, R 3101, Nr. 32236, Bl. 1–6.

1432 Schacht (RWM) an Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei, 14.11.1936, BArch Berlin, R 43–II, Nr. 483, Bl. 37–47; Schirner, Karl: Der Weg der deutschen Erdölgewinnung. Mit einem Vorwort von Major A.E. Gunther. British Oil Fields Investigation 912 Military Government, Celle, Juni 1945, S. 14, BGR-Archiv Hannover, Nr. 58323; Auszüge aus dem Jahrbuch der Deutschen Mineralwirtschaft von K.-H. v. Thümen, Ausgabe 1939/40 betr. Rechtsvorschriften für die Erdölgewinnung, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86424, unp. Das Gesetz zur Erschließung von Bodenschätzen vom 1.12.1936 findet sich in RGBl. 1936, Teil I, S. 999. Siehe auch BArch Berlin, R 2301, Nr. 8159, Bl. 128.

Entscheidung darüber bedürfe, „ob der etwaige Ausbau durch Umgestaltung der Pr. Geolog. Landesanstalt in eine Reichsanstalt (wie in dem oben erwähnten Lagerstätten-Gesetz vorgesehen) oder durch weiteren Ausbau der Preußischen Geolog. Landesanstalt erfolgen“ sollte. Während das Finanzressort für den zweiten Weg plädierte, trat Schlattmann „entschieden“ dafür ein, den Ausbau der PGLA nicht mit ihrer Umwandlung in eine Reichsanstalt zu verbinden. Dabei hob er auch hervor, „dass für den Fall der Schaffung einer Reichsanstalt die Gefahr“ bestehe, „dass die Zuständigkeit für die Betreuung der Anstalt vom Kultusminister in Anspruch genommen werde“, was den Bedürfnissen der Bergverwaltung in keiner Weise entspreche.¹⁴³³

Tatsächlich hatte das RWM nur wenige Tage zuvor gegenüber dem Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung moniert, dass einige Hochschullehrer „an eine Reihe von Stellen eine Denkschrift ‚zur Verbesserung der Einsatzmöglichkeiten der Geologie als Wissenschaft im Dienst am Volk‘ versandt“ hätten, die in der Forderung gipfele, „die im Aufbau begriffene Geologische Reichsanstalt“, für die das RWM allein zuständig sei, dem RMWEV zu unterstellen.¹⁴³⁴ Hinter der anonymen Denkschrift standen der so genannte „Geologische Forschungsdienst“ und der „Führer der deutschen Mineralogen“, Friedrich Karl Drescher-Kaden (NSDAP 1932), aus dessen Feder die Eingabe mutmaßlich stammte.¹⁴³⁵ Darin erhob auch er die Forderung, die Geologie in den Dienst des Vierjahresplans zu stellen, wobei er konstatierte, dass die „bisherige Organisation dieser Wissenschaft (...) nicht geeignet“ sei, die Erfüllung dieser Aufgaben zu gewährleisten.¹⁴³⁶ Anders, als die Chemie und die Physik, so Drescher-Kaden, bedürfe die Geologie infolge der „Besonderheiten der Forschungsbedingungen in stärkerem Maße der staatlich geleiteten Organisation“, um die in ihr schlummernden Möglichkeiten für Wirtschaft und Technik nutzbar zu machen. Zwar habe Deutschland mit der PGLA und den entsprechenden kleineren Länderanstalten lange über vorbildliche Institute verfügt. „In den letzten Jahren“ hätten sich dort jedoch zunehmend „organisatorische Mängel bemerkbar gemacht, welche den nutzbringenden praktischen Einsatz der Geologie“ gefährdeten. So würden das den Geologischen Landesanstalten zur Verfügung stehende wissenschaftliche Personal und die Geldmittel für sachliche Aufwendungen angeblich nicht ausreichen. Infolgedessen hätten staatliche, halb-staatliche oder auch private

1433 Vermerk des Pr. Finanzministers betr. Haushalt der Bergabteilung des RWM, 12.12.1936, GStA, Rep. 151 I C, Nr. 7042, unpag.

1434 RWM an RMWEV betr. Denkschrift d. „Geologischen Forschungsdienstes“, 17.11.1936 u. 23.6.1937, ebd., unpag.

1435 Vgl. Flachowsky, Reichsforschungsrat (2008), S. 210. Zu Drescher-Kaden vgl. Schauz, Identitäten (2022), S. 30, 170–177, 318–324; Nagel, Wissenschaft (2012), S. 247 f. Drescher-Kaden bezeichnete sich selbst als „Führer der deutschen Mineralogen“ und „Reichsreferent für Lagerstätten des Amts für Technik der NSDAP“. Friedrich Karl Drescher-Kaden (Institut für Lagerstättenforschung und Rohstoffkunde, TH Berlin) an Wilfried von Seidlitz, 20.1.1936, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 231.

1436 Hier und im Folgenden Denkschrift des Geologischen Forschungsdienstes, ohne Datum (etwa Nov. 1936), GStA, Rep. 151 I C, Nr. 7042, unpag.

Stellen, die eigentlich auf wissenschaftliche geologische Beratung angewiesen seien – so etwa „Reichsautobahnen und sonstige Straßenbauämter, Reichsbahn, Militärbehörden, Wasserbauämter, Planungsbehörden, Finanzämter usf.“ – „entweder unabhängig von den Landesanstalten Geologen beschäftigt oder (...) auf geologische Mitarbeit überhaupt verzichtet“. Neben dieser völlig aus der Luft gegriffenen Behauptung unterstellte Drescher-Kaden der geologischen Ressortforschung zudem eine Zersplitterung der Arbeiten, ein Missmanagement beim Personaleinsatz und bei der Sammlung und Verwaltung von Forschungsmaterial. Darüber hinaus komme durch die überhandnehmende Gutachtertätigkeit der Staatsgeologen und immer neue ‚Augenblicksaufgaben‘ ihre ursprüngliche Kernaufgabe, die Kartierung zu kurz. Die von ihm diagnostizierten „Missstände“ mündeten in eine Reihe von Vorschlägen, deren wichtigster in der Beschleunigung der Zusammenfassung der einzelnen Landesanstalten in einer Reichsanstalt bestand, die aber nicht dem RWM, sondern dem für Forschungsfragen allein zuständigen Reichswissenschaftsministerium unterstellt werden sollte.¹⁴³⁷

In der Denkschrift erblickten Schacht und Schlattmann eine unbedingt zu ahnende „Disziplinlosigkeit“ und einen ernstzunehmenden Eingriff in ihren Kompetenzbereich.¹⁴³⁸ Denn der Vorstoß des „Geologischen“ bzw. „Mineralogischen Forschungsdienstes“ stand im Zusammenhang mit den Bemühungen des Reichswissenschaftsministeriums, die auf eine Kontrolle und Zentralisierung des Wissenschaftsbetriebes hinausliefen.¹⁴³⁹ Während sich das RWM aber wie schon zwei Jahre zuvor gegen den Vorstoß des RMWEV

1437 Ebd.

1438 RWM an RMWEV betr. Denkschrift des „Geologischen Forschungsdienstes“, 23.6.1937, ebd., unpag.

1439 Im Mittelpunkt des Programms des RMWEV stand ursprünglich die Schaffung einer Reichsakademie der Forschung, in der sämtliche Hochschul-, Kaiser-Wilhelm- und Länders-Institute (so genannte HKL-Organisation) unter einem Dach und unter Leitung des RMWEV zusammengefasst werden sollten. Diese umfassenden Planungen wurden infolge des Widerstands verschiedener Ressorts und Forschungseinrichtungen 1935 fallen gelassen. Stattdessen konzentrierten sich die Bemühungen des RMWEV zur Errichtung einer Reichsakademie nun vor allem auf den Bereich der Forschungsförderung, wobei die DFG den Ausgangspunkt der Überlegungen bildete. Die Reichsakademie sollte aus Fachsparten bestehen, die in Verbindung mit den staatlichen Stellen und der Industrie und Technik stehen sollten. Die vorbereitenden Arbeiten in jeder Fachsparte sollten einzelne Forschungsdienste erledigen, die im allgemeinen aus den wissenschaftlichen Fachgesellschaften (z.B. Deutsche Mineralogische Gesellschaft), hervorgehen sollten. Diese Forschungsdienste sollten als beratende Organe bei der Entscheidung über Forschungsanträge dienen, dabei in gewisser Weise an der DFG vorbei als Gutachterinstanzen agieren, aber von ihr finanziert werden. Zu diesen Neugründungen zählten etwa der landwirtschaftliche, der geologische und vermutlich auch der tierärztliche Forschungsdienst. Im Ergebnis dieser Entwicklung entstand schließlich der im Frühjahr 1937 gegründete Reichsforschungsrat (RFR) mit seinen naturwissenschaftlichen Fachsparten (z.B. für Bodenforschung, Physik, Landbauwissenschaften und allgemeine Biologie), mit dem das RMWEV zumindest einen Teil seines ursprünglichen Reichsakademie-Konzepts verwirklichte. Vgl. dazu Flachowsky, Reichsforschungsrat (2008), S. 174–198, 208–210, 217–229; Der deutschen Mineralogen wertvolle Arbeit. Beginn der Reichstagung der Deutschen Mineralogischen Gesellschaft

relativ problemlos zur Wehr setzen konnte¹⁴⁴⁰, legte Keppler als der im Vierjahresplan für die Erforschung des deutschen Bodens Verantwortliche einen virulenten Aktivismus an den Tag, der nicht nur in den Kompetenzbereich des RWM, sondern auch in den des RMWEV hineinreichte, zumal Göring auf die „Beschleunigung der Ausbeutung deutscher Erzlager“ drängte.¹⁴⁴¹ So versuchte Keppler die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft für die „analytische Bearbeitung von Bodenschätzen“ zu gewinnen, deren Präsident ihn jedoch an die Geologischen Landesanstalten, die Hochschulen und Bergakademien verwies.¹⁴⁴² Tatsächlich gelang es Keppler in der Folge, gleich mehrere Hochschulinstitute zur Mitarbeit heranzuziehen. Den Hintergrund dafür bildete eine Vereinbarung zwischen Keppler und dem RMWEV, nach der „alle durch die Mitarbeit am Vierjahresplan entstehenden Forderungen personeller und sachlicher Art“ beim Reichswissenschaftsministerium eingereicht werden sollten, das die Arbeiten dann über die DFG bzw. den RFR zu fördern versprach.¹⁴⁴³ Wie der Mineraloge Kurt Spangenberg festhielt, sollten nach einem Erlass des RMWEV Unterstützungen für Geländearbeiten sogar nur dann gewährt werden, „wenn der Antrag hierzu ausdrücklich vom Leiter der Abteilung ‚Erforschung des deutschen Bodens‘ erteilt worden“ war.¹⁴⁴⁴ Im Ergebnis dessen förderten DFG und RFR gleich mehrere Untersuchungen, die auf Kepplers Büro zurückgingen.¹⁴⁴⁵

Dass sich Keppler zur Durchführung der ihn interessierenden Arbeiten auf die DFG stützte, entbehrte nicht einer gewissen Ironie, denn für die „Erforschung des deutschen Bodens“ standen ihm selbst 1937 12 Millionen RM

in München. Ein umfangreiches wissenschaftliches Arbeitsprogramm, in: Münchener Neueste Nachrichten, Nr. 282 vom 13.10.1936, BArch Berlin, NS 5–VI, Nr. 17023, unpag.

1440 Obwohl das RMWEV zweimal vom RWM zu einer Stellungnahme über die Aktivitäten des Geologischen Forschungsdienstes aufgefordert wurde, erhielt es von dort keine Antwort, so dass die Sache bald im Sand verlief. Vgl. Vermerk des Pr. Finanzministers betr. Denkschrift des Geologischen Forschungsdienstes“, 17.7.1937, GStA, Rep. 151 I C, Nr. 7042, unpag.

1441 6. Sitzung des Generalrats unter dem Vorsitz des Herrn Ministerpräsidenten [Göring], 16.12.1936, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Various German Records, 1956–1998, T-84, Roll 146, Serial 163, unpag.

1442 Keppler an Max Planck (KWG), 9.1.1937, MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, Nr. 228, Bl. 3; Planck an Keppler, 15.1.1937, ebd., Bl. 4.

1443 Vgl. Friedrich Buschendorf (Institut für Mineralogie, Petrographie und Lagerstättenkunde, Bergakademie Clausthal) an RMWEV, 12.4.1937, BArch Koblenz, R 73, Nr. 10564, unpag.

1444 Kurt Spangenberg (Mineralogisch-Petrographisches Institut und Museum der Universität und TH Breslau) an den Mineralogischen Forschungsdienst (Friedrich Karl Drescher-Kaden, Universität Göttingen), 18.3.1937, BArch Berlin, R 73, Nr. 14823 unpag.

1445 Vgl. ebd.; Hans Schneiderhöhn (Mineralogisches Institut der Universität Freiburg) an DFG, 17.5.1935, BArch Berlin, R 73, Nr. 10564, unpag.; Karl F. Chudoba (Mineralogisch-Petrographisches Institut und Museum, Universität Bonn) an DFG, 26.4.1937, BArch Berlin, R 73, Nr. 10911, unpag.; DFG an Friedrich Karl Drescher-Kaden (Mineralogisch-Petrographisches Institut, Universität Göttingen), 3.5.1937, BArch Berlin, R 73, Nr. 10594, unpag.; Tätigkeitsbericht Drescher-Kadens über die von der DFG unterstützten Betriebe des Mineralogisch-Petrographischen Instituts der Universität Göttingen, 12.11.1937, BArch Berlin, R 73, Nr. 10777, unpag.; Emil Ernst (Mineralogisch-Petrographisches Institut, Universität Münster) an DFG, 30.11.1937, BArch Berlin, R 73, Nr. 10932, unpag.

zur Verfügung, während die DFG mit einem Budget von 5,3 Millionen RM auskommen musste.¹⁴⁴⁶ Darüber hinaus wurden in den Haushalt des Vierjahresplans für 1937 7,5 Millionen RM für „zusätzliche Bohrungen“ und weitere 5 Millionen RM für die „bergmännische Erschließung“ eingestellt.¹⁴⁴⁷ Diese Zahlen deuten an, welche Bedeutung der geologischen Forschung, Exploration und Erschließung im Rahmen des Vierjahresplans zukam. So nimmt es nicht Wunder, dass das Büro Keppler in zunehmendem Maße selbst als Förderinstanz in Erscheinung trat, indem es verschiedene Unternehmen bei der Suche nach Rohstoffen und dem Aufschluss von Bodenschätzen finanziell unterstützte.¹⁴⁴⁸ Wie die Tab. 6 im Anhang zeigt, floss ein Großteil der Mittel dabei in Projekte zum Aufschluss der Salzgitter- und Doggererze, deren Abbau einen Gegenstand der Auseinandersetzungen zwischen Keppler und dem RWM markierten und die 1937 mit der Gründung der ‚Reichswerke AG Hermann Göring‘ ihren Höhepunkt erreichten.¹⁴⁴⁹

Im März 1937 wurde die von Keppler geplante „Gesellschaft für praktische Lagerstättenforschung“ (Prakla) in Berlin gegründet, die sich vor allem mit der geophysikalischen Erforschung von Erzlagerstätten befassen sollte.¹⁴⁵⁰ Zu ihrem Geschäftsführer wurde der Wiechert-Schüler und Geophysiker Bernhard Brockamp ernannt, dem es bald darauf gelang, Fachkräfte der Firma Seismos abzuwerben und die neue Gesellschaft innerhalb kurzer Zeit auf dem Feld der Geophysik prominent in Stellung zu bringen.¹⁴⁵¹ Gerade das Beispiel Brockamps verweist darauf, dass es Keppler verstand, sich

1446 Auch wenn von diesen 12 Millionen RM 1,5 Millionen RM für wissenschaftliche Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der industriellen Öle und Fette bestimmt waren, verfügte Keppler im Vergleich zur DFG über weit größeren finanziellen Bewegungsspielraum. Zudem macht die Mittelverteilung im so genannten „Fonds Keppler“ (1,5 Millionen RM für industrielle Öle und Fette zu 10,5 Millionen RM für Bodenforschung) deutlich, wo der eigentliche Schwerpunkt der Arbeiten Keplers im Vierjahresplan lag. Entwurf eines Schreibens des RFM an Keppler, Oktober 1938, BArch Berlin, R 2, Nr. 21542, unpag. Zum Etat der DFG vgl. Flachowsky, *Reichsforschungsrat* (2008), S. 375.

1447 Vgl. Aufstellung der Abt. V U Ref. 10 des RFM zu Tit. 31 des Haushaltsentwurfs 1939 der Reichsstelle für Bodenforschung für „Herrn Dirig 5 U“ (RFM), 30.8.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpag.

1448 Die Auffassung Titus Kockels, dass Keplers geologische und rohstoffpolitische Tätigkeit „im Reich wenig zur Geltung“ kam, wird dadurch relativiert. Kockel, *Ölpolitik* (2005), S. 253.

1449 Zu den diese Aufschlüsse flankierenden geophysikalischen Arbeiten vgl. Brockamp, *Anwendung* (1940), S. 1–6; ders., *Nachweis* (1941), S. 1–3.

1450 Gesellschaft für praktische Lagerstättenforschung mbH gegründet, in: *Deutsche Allgemeine Zeitung* vom 25.3.1937, BArch Berlin, R 26–I, Nr. 129, Bl. 57. Vgl. auch 14. Sitzung des Generalrats [Vierjahresplan], 8.4.1937, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Various German Records, 1956–1998, T-84, Roll 146, Serial 163, unpag. Weitere Hinweise auf die Arbeiten Keplers finden sich in 20. u. 23. Sitzung des Generalrats [Vierjahresplan], 24.6.1937 u. 28.10.1937, ebd., unpag.; Vermerk des RFM, 25.5.1937, BArch Berlin, R 2, Nr. 16103, Bl. 95.

1451 Vgl. Keppner, Waldemar Zettel (1998), S. 1469; Keppner, Mintrop (2012), S. 133 f.; Ausführungen Brockamps zu den Aufgaben der Prakla, ohne Datum (März/April 1937), BArch Berlin, R 26–I, Nr. 129, Bl. 60–63; Gess, *Prakla* (1962), S. 1–3; Köhler, *Seismik* (1962), S. 3–13. Zu Brockamp siehe Anhang Biographien.

geologischen Sachverstand in Haus zu holen.¹⁴⁵² Zum Kreis der im oder für das Büro Keppler tätigen Geologen gehörten beispielsweise Arnold Cissarz (NSDAP 1937, SA 1933) von der Universität Freiburg, Ludger Funder (NSDAP 1935, SA) von der Bergakademie Clausthal, Heinrich Kölbel (NSDAP 1937, SA 1934) von der Universität Berlin, Rolf Teichmüller (NSDAP 1937, SA) von der Universität Göttingen, Guido Lorent (SA 1933) von der Staatlichen Lagerstättenforschungsstelle in Leipzig, Hans Jüngst von der TH Darmstadt (1933 von Stahlhelm in SA überführt)¹⁴⁵³, Karl Hoffmann (NSDAP) von den Landessammlungen für Naturkunde in Karlsruhe, der SD-Mann und frisch promovierte Geologe Hannfrit Putzer (NSDAP 1931, SS 1933), der Erdölgeologe Erwin Veit (SA) und schließlich Wilfried von Seidlitz (NSDAP 1933), der nach seinem unfreiwilligen Ausscheiden als Präsident der PGLA auch ins Büro Kepplers eintrat.¹⁴⁵⁴ Bis 1939 wuchs der Stab Kepplers, wobei die in der historischen Forschung vertretene Auffassung, nach der die „Keppler-Geologen“, ihren Kollegen an der PGLA fachlich nicht das Wasser reichen konnten, kritisch zu bewerten ist.¹⁴⁵⁵

1452 Wilhelm Petrascheck (Professor für Geologie, Paläontologie und Lagerstättenlehre, Montanistische Hochschule Leoben) berichtete dem Büro Keppler im Juli 1937 über österreichische Lagerstätten, gehörte dem Stab Kepplers aber vermutlich nicht an. Vgl. Danner, Görings Geologen (2015), S. 20.

1453 Vgl. Fischer, Hans Jüngst (2012), S. 47 f., 55 f.

1454 Vgl. Tätigkeitsbericht Kepplers (Generalsachverständiger für deutsche Roh- und Werkstoffe beim Beauftragten für den Vierjahresplan) für die Zeit vom 23.–28. November 1936 an die Leiter der Geschäftsgruppen des Vierjahresplans Ministerpräsident Köhler, Oberpräsident Gauleiter Wagner, Staatssekretär Backe, Präsident Syrup, Oberstleutnant Löh u. Staatsrat Neumann, 30.11.1936, BArch Berlin, R 26–IV, Nr. 1, Bl. 1–6, hier Bl. 5. (Eintrag 26.11.1936). Zu Cissarz, Funder, Kölbel, Teichmüller, Lorent, Hoffmann, Putzer, Veit und von Seidlitz siehe Anhang Biographien. Zu Letzterem siehe auch Kap. 4.2.1. Der Leiter der Geophysikalischen Abteilung der PGLA, Otto Barsch, wurde von Keppler 1937 beauftragt „eine von mehreren Beamten“ der PGLA „durchzuführende Lagerstättenuntersuchung in Spanisch-Marokko zu leiten“. Vermerk der PGLA, 30.7.1937, BArch Berlin, R 71, Nr. 4, Bl. 127.

1455 Vgl. Kockel, Ölpolitik (2005), S. 253. Dort auch die Feststellung, dass sich die Qualität der Dienststelle Kepplers erst verbesserte, nachdem dieser den renommierten Erdölgeologen Karl Krejci-Graf „für seinen Stab“ gewonnen habe. Aus den Personalunterlagen Krejci-Grafs geht nicht hervor, dass dieser jemals für Kepplers Dienststelle „Erforschung des deutschen Bodens“ tätig gewesen ist. Vgl. etwa Hochschullehrerkartei des RMWEV, Karteikarte betr. Krejci-Graf, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13269, Bl. 5494; Lebensläufe Krejci-Grafs, 1.2.1946, 8.2.1946, 11.2.1946, UB Freiburg (Geologen-Archiv der Geologischen Vereinigung, GAGV), Archiv-Nr. 20859–20867, hier Nr. 20864, unpag. (Ich danke Karsten Linne für eine Kopie); Kabinettsvorlage des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung (Wiesbaden) betr. Ernennung Krejci-Grafs zum o. Professor an der Universität Frankfurt am Main, 3.6.1953, HHStAW, 527, II 8778, unpag. Nach der von Titus Kockel für seine Feststellung herangezogenen Quelle, bezeichnete Keppler Krejci-Graf im Oktober 1938 als seinen „Mitarbeiter auf dem Erdölgebiet“. Zu diesem Zeitpunkt firmierte Keppler aber bereits als Präsident der in Gründung befindlichen Reichsstelle für Bodenforschung. Zum Mitarbeiterkreis Kepplers vgl. RWM an RFM mit allgemeinen Erläuterungen des RWM zu dem Haushaltsvoranschlag Kap. VI 9 für 1939 – Reichsstelle für Bodenforschung – und Richtlinien für die Durchführung der Neuregelungen, 15.8.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 11219, Bl. 177–211, hier Bl. 183–185.

Mit der zunehmend wachsenden geologischen Expertise im Rücken drängte Keppler nun auch immer stärker in den Arbeitsbereich der PGLA hinein. Obwohl das RWM in Kooperation mit der DFG schon seit 1934 eine großangelegte Geophysikalische Reichsaufnahme unter der Geschäftsführung der PGLA förderte (siehe Kap. 4.3.2), reklamierte das erst wenige Monate auf diesem Feld aktive Büro Keppler die „Oberaufsicht über die geophysikalische Bodenforschung“ nun für sich.¹⁴⁵⁶ Ebenso veranlasste es die Erdölgeologen der PGLA, bei ihren Bohrungen auch auf das Vorkommen von Eisenerzen zu achten.¹⁴⁵⁷ Proben der von der Industrie im Auftrag Kepplers niedergebrachten Eisenerzbohrungen sollten zudem durch die Laboratorien der PGLA bearbeitet werden.¹⁴⁵⁸ Darüber hinaus nahmen Vertreter des Büros Keppler an den streng geheimen Austauschsitzen von PGLA und Erdölindustrie teil.¹⁴⁵⁹ Diese Einflussnahmen von außen veranlassten Schacht, sich durch einen Besuch der PGLA ostentativ vor „seine“ Geologen zu stellen und deutlich zu machen, dass die ihm unterstellte Anstalt „mit ihrer bisherigen geologischen Forschung und deren Anwendung auf die Praxis“ bereits zum „Gelingen des Vierjahresplans“ beitrage, es also keiner weiteren Beeinflussung durch Dritte bedürfe.¹⁴⁶⁰

Keppler indes wurde nicht müde, sich als Förderer geophysikalischer Forschungsarbeit zu präsentieren, wobei er die Forderung erhob, „die Arbeiten der Geologen, Mineralogen und Geophysiker“ seien auf ein einheitliches Ziel auszurichten.¹⁴⁶¹ Göring stärkte ihm den Rücken, indem er im Mai 1937 festlegte, dass „die Gründung und Finanzierung von Bodenforschungsgesellschaften für Zwecke des Vierjahresplanes (...) grundsätzlich nur im Einvernehmen mit dem Leiter des Arbeitsgebietes „Erforschung des deutschen Bodens“, Pg. Keppler,“ zu erfolgen habe.¹⁴⁶²

Im Schatten dieser Entwicklung erodierte der Einfluss Schachts zusehends. Dafür war aber nicht nur die Konkurrenz Kepplers verantwortlich. Vielmehr zeichnete sich ab, dass Göring eine „persönliche Machtübernahme in der Wirtschaftsführung“ anstrebte und die Vierjahresplanorganisation dem RWM sukzessive wichtige Kompetenzen streitig machte.¹⁴⁶³

1456 Karl Kromer [Büro Keppler] an Regierungsrat Rechenberg (Pr. Staatsministerium), 9.4.1937, BArch Berlin, R 26-I, Nr. 129, Bl. 2.

1457 Vgl. Tätigkeitsbericht PGLA 1938 (1939), S. 31.

1458 Vgl. Aktennotiz von Alfred Bentz über eine Besprechung mit Herrn Keppler, 28.6.1937, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86439, unpag.; Schott/Udluft, Arbeiten (1968), S. 102.

1459 Vgl. Alfred Bentz an RWM betr. Erschließung von Erdölvorkommen, Zulassung zu der Austauschsitze, 30.7.1937, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86439, unpag.

1460 Besuch der Geologischen Landesanstalt durch Präsident Schacht (1937), S. 32 f.; Abschrift einer Notiz des Deutschen Handelsdienstes vom 5.1.1937, BArch Berlin, NS 5-IV, Nr. 17023, unpag.

1461 Keppler, Erforschung (1937), S. 131 f.; Keppler, Rohstoffe (1937), S. 454 f.

1462 Ministerpräsident Generaloberst Göring (Beauftragter für den Vierjahresplan) an die Gauleiter der NSDAP, die Reichsstatthalter und Oberpräsidenten, an die außerpreussischen Landesregierungen, 3.5.1937, BArch Berlin, R 26-I, Nr. 2, Bl. 30-32.

1463 Kube, Göring (1987), S. 156.



Abb. 27: Besuch des Reichswirtschaftsministers Hjalmar Schacht (Bildmitte) und des Oberberghauptmanns Heinrich Schlattmann (ganz links) in der PGLA, 5. Januar 1937.¹⁴⁶⁴

Im Ergebnis dieser Entwicklung zog Schacht die Konsequenzen und reichte im November 1937 sein Rücktrittsgesuch als Reichswirtschaftsminister ein.¹⁴⁶⁵ Sein Nachfolger wurde Walther Funk, der sein Amt jedoch erst im Februar 1938 antrat. Die Zwischenzeit nutzte Göring zu einem Revirement der Wirtschaftsführung.¹⁴⁶⁶ Dadurch kam es zu einer formalen Wiederaufwertung des Ministeriums, denn Hitlers Auftrag an Göring bestand darin, die vielfältigen durch den Vierjahresplan entstanden Dienststellen mit den Funktionen des RWM zu verschmelzen. Die Vierjahresplanbehörde wurde deutlich verkleinert, blieb aber weiterhin übergeordnete Befehlsstelle im Rahmen der Wirtschaftspolitik.¹⁴⁶⁷ Die Schlüsselpositionen des RWM wurden nun mit Vertretern der Entourage Görings aus dem Preußischen Staatsministerium, der Vierjahresplanbehörde und dem Luftwaffenführungsstab besetzt. Infolgedessen kam es neben der Umorganisation der Hauptabteilungen des RWM, auch zu einem nahezu vollständigen personellen Austausch auf den Führungsebenen des Ministeriums. So verlor beispielsweise der Chef der Bergabteilung Schlattmann seinen Posten, der durch Keplers Referenten Oskar Gabel

1464 Das Bild findet sich in GStA, Rep. 151 I C, Nr. 7042, unp. Erster von rechts der von 1936 bis 1939 als Präsident der PGLA amtierende Julius Versé, zweiter von rechts der Staatssekretär im RWM, Hans Posse, fünfter von links der badische Ministerpräsident und Leiter der Geschäftsgruppe Rohstoffverteilung im Vierjahresplan, Walter Köhler.

1465 Zu den Gründen der Demission Schachts vgl. Kube, Göring (1987), S. 185–194; Kopper, Hjalmar Schacht (2010), S. 306–318; Tooze, Ökonomie (2008), S. 273–288.

1466 Vgl. ebd., S. 288; Petzina, Autarkiepolitik (1968), S. 64–67.

1467 Vgl. Boelcke, Wirtschaft (1987), S. 184; Streb, Reichswirtschaftsministerium (2016), S. 540 f.

ersetzt wurde.¹⁴⁶⁸ Infolge der Umstrukturierung verteilen sich die Geschäfte des Ministeriums nun auf folgende Abteilungen:

1. Hauptabteilung Z: Personalfragen
2. Hauptabteilung I: Gesamtplanung, Forschung, Produktionsstatistik, Mineralölwirtschaft, Technische Angelegenheiten, Chemie, Textilien,
3. Hauptabteilung II: Bergbau, Eisenwirtschaft, Energiewirtschaft,
4. Hauptabteilung III: Wirtschaftsorganisation, Soziale Wirtschaftsfragen,
5. Hauptabteilung IV: Börsen, Geld-, Bank-, Versicherungswesen, Finanzierung des Wirtschaftsaufbaus (Kreditwesen),
6. Hauptabteilung V: Außenhandel, Devisenbewirtschaftung, Export,
7. Sonderabteilung I: Wehrwirtschaftliche Abteilung,
8. Sonderabteilung II: Rohstoffbewirtschaftung, Marktpolitik.¹⁴⁶⁹

Im Zuge der Neugliederung des RWM wurde als Zusammenfassung der bisherigen Geologischen Landesanstalten und des Arbeitsgebietes ‚Erforschung des deutschen Bodens‘ auch die Schaffung einer ‚Reichsstelle für Bodenforschung‘ (RfB) vorgesehen, auf die sämtliche geologischen Arbeiten im Reichsgebiet übergehen sollten. Als deren Leiter in Aussicht genommen, verhandelte Keppler im Februar 1938 mit dem Reichsfinanzministerium über den finanziellen Bedarf der neuen Behörde, wobei er deutlich machte, dass Mittel für Bodenforschungen im Reichshaushalt zukünftig nur noch „einzig und allein“ der RfB zuzukommen hätten.¹⁴⁷⁰ Am 5. Februar 1938 legte Göring in einem „Erlass über die Umbildung des Reichswirtschaftsministeriums und die Weiterführung des Vierjahresplans“ fest, dass das Aufgabengebiet „Erforschung deutschen Bodens“ zum 1. April 1938 in den Geschäftsbereich des RWM übergehe und künftig „von der neugegründeten ‚Reichsstelle für Bodenforschung‘ übernommen“ werde.¹⁴⁷¹

Vor diesem Hintergrund erklärte sich nun auch das bisher als Hemmschuh in Erscheinung getretene Reichsministerium des Innern mit der „Verreichlichung der Geologischen Landesanstalten“ einverstanden.¹⁴⁷² Einer Anregung Kepplers folgend legte die Bergabteilung des RWM daraufhin einen

1468 Vgl. Kube, Göring (1987), S. 98.

1469 RWM an die obersten Reichsbehörden (mit anliegendem Geschäftsverteilungsplan des RWM), 24.3.1938, BArch Berlin, R 2, Nr. 21286, unpag. Siehe auch Ministerpräsident Generaloberst Göring (Vierjahresplan) betr. Neuordnung des RWM, 31.1.1938, RGVA Moskau, Fond 700k-1-6, Bl. 287–293; Pfeiffer, Dokumente (1974), S. 207.

1470 Keppler an RFM, 8.2.1938, BArch Berlin, R 2, Nr. 21359, unpag.; RFM an Ministerpräsident Göring (Vierjahresplan), 18.1.1938, ebd.; Testimony of Wilhelm Keppler, taken at Nurnberg, by Lt. Col. Thomas S. Hinkel, IGD, OUSCC, 6.11.1945, NAW, RG 238, National Archives Collection of World War II War Crimes Records 1933–1949, Reports, Interrogations, and Other Records Received from Various Allied Military Agencies, 1945–1948, Interrogation Records Prepared for War Crimes Proceedings at Nuernberg, 1945–1947, M 1270, Roll 25, File Keppler, Wilhelm (Interrogation's Summary I), unpag.

1471 Erlasse des Ministerpräsidenten, Generalfeldmarschall Göring (Beauftragter für den Vierjahresplan) über die Umbildung des RWM und die Weiterführung des Vierjahresplans, 5.2.1938, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30110, Bl. 49–58.

entsprechenden Verordnungsentwurf vor, der jedoch verworfen wurde, da Keplers Auffassungen „in vielen Punkten in eine andere Richtung gingen und dieser sich bei den höheren Stellen“ im RWM damit durchsetzte.¹⁴⁷³ Kepler selbst konnte in den folgenden Monaten in dieser Frage aber nichts weiter unternehmen, da er nach dem so genannten ‚Anschluss‘ Österreichs im Frühjahr 1938 als ‚Sonderbeauftragter‘ nach Wien geschickt wurde, um die Vorbereitungen für die „Einverleibung“ der ‚Ostmark‘ in die Wege zu leiten, die als Sprungbrett für die wirtschaftliche Durchdringung des als „Ergänzungsraum“ und Rohstofflieferant ins Auge gefassten Südosteuropas galt.¹⁴⁷⁴ Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass durch die am 20. Mai 1938 erlassene „Bergrechtsverordnung für das Land Österreich“ dort auch die deutschen Gesetze (u.a. Lagerstättengesetz vom 4.12.1934, Gesetz zur Erschließung von Bodenschätzen vom 1.12.1936 usw.) wirksam wurden.¹⁴⁷⁵ Vom RWM Anfang April 1938 vorgelegte Vorschläge für die Durchführung der bergbaulichen Aufgaben in Österreich sahen u.a. vor, die Selbständigkeit der Geologischen Bundesanstalt in Wien aufzuheben und sie dem Reich (RfB) zu unterstellen. Die Erforschung neuer, noch nicht aufgeschlossener Vorkommen lag nun auch in der Hand der RfB, während der Aufschluss und der Abbau der Lagerstätten Sache der Abteilung Bergbau des RWM waren. Darüber hinaus sollten alle volkswirtschaftlich wichtigen Mineralien nicht mehr der Bergbaufreiheit unterliegen, sondern das Recht zur ihrer Aufsuchung und Gewinnung nur noch dem Staat vorbehalten sein.¹⁴⁷⁶ Kepler selbst legte in einer Besprechung mit

1472 Handschriftlicher Vermerk des RfM (Knorre), 18.1.1938, BArch Berlin, R 2, Nr. 21359, unpag.

1473 Vermerk des Pr. Finanzministeriums, Januar 1939, GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 9948, Bl. 4–7.

1474 Seit September 1936 war Kepler bereits im Ausschuss für die Durchführung des zwischen Deutschland und Österreich abgeschlossenen Wirtschaftsabkommens von Juli 1936 tätig. Im Juli des folgenden Jahres war er von Hitler „mit der zentralen Behandlung der die Partei angehenden mit Österreich zusammenhängenden Fragen“ betraut worden, bevor ihn Deutschlands Außenminister Joachim von Ribbentrop zu seinem Beauftragten in der Österreichfrage ernannt hatte. Im März 1938 wurde Kepler zum „Reichsbeauftragten für Österreich mit Sitz in Wien“ und zum Staatssekretär z.b.V. im Auswärtigen Amt ernannt. Darüber hinaus beauftragte ihn Göring mit der Erforschung der österreichischen Bodenschätze, der „Arisierung“ der ‚ostmärkischen‘ Wirtschaftsbetriebe und einer Neugestaltung des Lohn- und Preisniveaus. Danner, Görings Geologen (2015), S. 7, 22. Zum ‚Anschluss‘ Österreichs und den Plänen für eine wirtschaftliche Integration Österreichs und Südosteuropas in die deutsche Einflussosphäre siehe 6. Sitzung des Generalrats [Vierjahresplan], 5.4.1938, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Various German Records, 1956–1998, T-84, Roll 146, Serial 163, unpag.; Kube, Göting (1987), S. 215–264; Freytag, Drang (2012), S. 233–237. Zum Anteil Keplers an der ‚Arisierung‘ weiterer ausländischer Firmen (z.B. des tschechischen Petschek-Besitzes) oder am Zugriff auf die Ressourcen fremder Unternehmen (z.B. der staatlichen Bergbaugesellschaft im slowakischen Gbely) vgl. für Petschek Priemel, Flick (2008), S. 390–430; Gotto, Adaption (2008), S. 322–371; Grieger/Karlsch/Köhler, Expansion (2020), S. 130–138 und für Gbely Hallon, Slowakei (2021), S. 206–212.

1475 Vgl. RWM an Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (Wien), 30.7.1938, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30154, Bl. 87; Danner, Görings Geologen (2015), S. 25 f.

1476 So zumindest die Vorschläge des RWM (Oskar Gabel) für die Durchführung der bergbaulichen Aufgaben in Österreich, 1.4.1938, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30154, Bl. 234–236.

dem österreichischen Wirtschaftsminister Hans Fischböck im März 1938 „die allgemeinen Richtlinien für die von der [Wiener] Anstalt zu übernehmenden Leistungen“ fest, „wobei ein umfassender Ausbau der Anstalt zur zentralen Stelle der Ostmärkischen Bodenforschung“ in Aussicht genommen wurde. Kurz darauf erschien der „Beauftragte der Reichsstelle für Bodenforschung“ Brockamp in Wien, um das konkrete Arbeitsprogramm festzulegen. Gleichzeitig wurden Wissenschaftler zur Lagerstättenforschung in der ‚Ostmark‘ abgestellt. Zu ihnen gehörten die PGLA-Geologen Erich Haberfelner und Willi Scharf, auf die später noch eingegangen wird, und der zur Dienststelle Kepplers gehörende Erwin Veit.¹⁴⁷⁷

Als Keppler im Juni 1938 aus Wien zurückkehrte hoffte er, die Gründung der RfB nun „in kürzester Zeit“ vornehmen zu können, allerdings verzögerten sich die Verhandlungen, so etwa durch eine „Balkanreise des Herrn Reichsministers Funk“, erneut.¹⁴⁷⁸ In dieser Zeit vollzogen sich in der Wirtschaftspolitik Deutschlands wichtige Veränderungen, die in erster Linie dem „Ausbau der Reichsverteidigung“ dienten.¹⁴⁷⁹ Vor dem Hintergrund einer Neuprojektierung der Rüstungsplanungen im Ergebnis der ‚Sudetenkrise‘ verfasste Carl Krauch, Chef der Forschungsabteilung der neu gegründeten Reichsstelle für Wirtschaftsausbau (RWA), im Auftrag Görings im Sommer 1938 den ‚Wehrwirtschaftlichen Neuen Erzeugungsplan‘ (WNE), der auf eine Steigerung des Produktionsvolumens der kriegsrelevanten Roh- und Grundstoffindustrien abzielte und den Vierjahresplan ablöste.¹⁴⁸⁰ Parallel dazu wurden umfassende Maßnahmen zur „Sicherung der Mob-Versorgung durch zusätzliche Einfuhr und Bevorratung“ von Rohstoffen getroffen, um die bei ‚lebenswichtigen auslandsabhängigen Rohstoffen‘ (u.a. Stahlveredelungs- und Legierungsmetalle,

1477 Beck, Jahresbericht der Zweigstelle Wien 1938 (1939), S. 2 f. Vgl. allgemein Danner, Görings Geologen (2015), S. 7–9; Thaler u.a., Bergwetter (2018), S. 24. Siehe zudem von Haberfelner ausgefüllter Personalbogen, 16.2.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 21, unpag.; Staatssekretär Keppler (Der Reichsbeauftragte für Österreich) an den Präsidenten der PGLA, 28.3.1938, ebd., Bl. 59; Unterlagen für die Berechnung des Besoldungsdienstalters für Haberfelner, 27.4.1941, ebd., unpag.; Brockamp (Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan. Der Generalsachverständige für deutsche Roh- und Werkstoffe, Staatssekretär W. Keppler, Präsident der RfB) an die PGLA, 3.8.1938, BArch Berlin, R 71, Nr. 7, Bl. 172; Scharf an PGLA, 16.8.1938, ebd., Bl. 173.

1478 Keppler an Staatsrat Neumann (Preußisches Staatsministerium), 22.6.1938, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 229; Keppler an den Pr. Ministerpräsidenten, 30.11.1938, ebd., Bl. 245.

1479 Ministerpräsident Göring (Vierjahresplan) an die Reichsminister, den Pr. Finanzminister, den Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen und die Reichsstelle für Raumordnung, 18.6.1938, RGVA Moskau, Fond 1525k-1-201, Bl. 13–19.

1480 Zur „Sudetenkrise“, den Rüstungsprogrammen der Westmächte und den damit zusammenhängenden Reaktionen in Deutschland vgl. Tooze, Ökonomie (2008), S. 292–300. In einer Besprechung im Juli 1938 hatte Göring festgelegt, dass der Vierjahresplan zu überarbeiten und auf wehrwirtschaftliche Bedürfnisse zu fokussieren sei, woraufhin Krauch kurze Zeit später den WNE präsentierte. Protokoll der Besprechung in Carinhall unter Vorsitz Görings, 12.7.1938, RGVA Moskau, Fond 1525k-1-201, Bl. 86–90; Protokoll der Besprechung unter Vorsitz von Staatssekretär Körner, 14.7.1938, ebd., Bl. 92–94. Ein Exemplar des WNE vom 12.7.1938 findet sich in BArch, R 3112, Nr. 84, Bl. 4–7.

NE-Metalle, Schwefelkies, Rohphosphat u. Glimmer) bestehende „Mob-Lücke“ zu schließen.¹⁴⁸¹ Da das „Wehrmachtskontingent an Eisen“ auf Kosten anderer Bedarfsstellen drastisch erhöht wurde, forderte Göring eine „Ausschöpfung der deutschen und österreichischen Erzlager bis zum äußersten“, wobei es ihm gleichgültig war, ob dabei „Raubbau getrieben“ wurde.¹⁴⁸²

Zur Beschleunigung der Rüstung kündigte der inzwischen zum Generalfeldmarschall Beförderte außerdem „die Einsetzung von einigen wenigen Generalbevollmächtigten“ an, „die auf ganz bestimmten Gebieten durch ständige Kontrolle und unbürokratische Erledigung aller Schwierigkeiten eine Verkürzung der Anlaufsrten erreichen“ sollten.¹⁴⁸³ Zu den Auserwählten zählte etwa Carl Krauch, der von Göring am 22. August 1938 zum Generalbevollmächtigten „für die Erzeugung von Mineralöl, Kautschuk und Leichtmetallen, von Schieß- und Sprengstoffen und deren Vorprodukten und Hilfsstoffen sowie für die Erzeugung von chemischen Kampfmitteln“ (GBChem) ernannt wurde.¹⁴⁸⁴ Gut drei Wochen zuvor war der führende Erdölgeologe der PGLA, Alfred Bentz, zu Görings ‚Beauftragten für die Erdölgewinnung‘ ernannt worden.¹⁴⁸⁵ Auf die Rolle von Bentz wird an anderer Stelle eingegangen (siehe Kap. 4.3.2 u. 5.3.2), daher sei hier nur hervorgehoben, dass sich der GBChem Krauch vor allem auf den Bau von Werken zur Produktion synthetischer Treibstoffe konzentrierte, während sich Bentz dem Aufschluss und der Förderung natürlicher Erdölressourcen zuwandte. Mit ihrem Fokus auf die Mineralölerzeugung (Krauch) und die Mineralölförderung (Bentz) wiesen beide Tätigkeitsbereiche eine hohe

-
- 1481 Ausarbeitung der RWA: Sicherung der Mob-Versorgung durch Bevorratung (verstärkte Einfuhr), 8./9.4.1938, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675-1958 Series: Military Agency Records, Captured German Records Collection, T-71 (Reich Ministry of Economics), Roll 110, unpag.
- 1482 Ministerpräsident Göring (Vierjahresplan) an RWM, 22.6.1938, RGVA Moskau, Fond 1525k-1-201, Bl. 20-25; Protokoll der Besprechung in Carinhall unter Vorsitz Görings, 12.7.1938, ebd., Bl. 86-90. Der Leiter der Hauptabteilung II im RWM und gleichzeitige Generalbevollmächtigte Görings für die Eisen- und Stahlwirtschaft, Oberst Hermann von Hanneken, hielt kurz darauf fest, dass schon seit Langem keine Rücksichten mehr auf die Substanz und Lebensdauer der deutschen Eisenerzgruben genommen werde, stattdessen „schon seit geraumer Zeit“ ein Raubbau stattfinde. In den älteren Eisenerz-Bergbaubezirken werde „dabei die Grenze des Zulässigen schon vielfach weit überschritten“. Hanneken (Leiter der Hauptabt. II, RWM) an die Sonderabteilung S (RWM), 27.7.1938, RGVA Moskau, Fond 700k-2-9, Bl. 2-8.
- 1483 Protokoll der Besprechung in Carinhall unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring, 16.7.1938, RGVA Moskau, Fond 700k-2-7, Bl. 9-14; Göring an die Reichsminister und den Pr. Finanzminister, 16.7.1938, BArch Berlin, R 2, Nr. 19550, unpag.
- 1484 Generalfeldmarschall Göring (Vierjahresplan) an Carl Krauch (RWA) 22.8.1938, BArch-MA Freiburg, RW 19, Nr. 530, Bl. 21.
- 1485 Generalfeldmarschall Göring (Vierjahresplan) an Alfred Bentz (Leiter des Instituts für Erdölgeologie, PGLA), 28.7.1938, RGVA Moskau, Fond 700k-1-6, Bl. 284. Während Bentz im Ernennungsschreiben Görings noch als ‚Bevollmächtigter‘ bezeichnet wurde, wies ihn Staatssekretär Körner einen Monat später an, als „Beauftragter des Min.Präs. Generalfeldmarschall Göring für die Förderung der Erdölgewinnung“ zu firmieren. Körner an Bentz, 27.8.1938, BArch Berlin, R 26-I, Nr. 2, Bl. 59.

Kriegs- und Rüstungsrelevanz auf.¹⁴⁸⁶ Darüber hinaus waren beide aus dieser Beauftragung hervorgehenden Dienststellen Ausdruck der ‚neuen Staatlichkeit‘ des Nationalsozialismus. Zwar handelte es sich nicht um ‚führerimmediate Sonderinstanzen‘, aber um jene Art von Verwaltungsstäben, die auf einen von Hitler Bevollmächtigten (Göring) zurückgingen. Als neue Sonderbehörden traten der GBChem und die Dienststelle Bentz‘ neben die klassische staatliche Wirtschaftsverwaltung (RWM), der so wichtige Funktionen auf dem Gebiet des Industriesaufbaus, der Produktionslenkung und der damit zusammenhängenden Forschungsarbeiten entzogen wurden.¹⁴⁸⁷

Nur wenige Tage nach dem Münchener Abkommen und der militärischen Besetzung des Sudetenlandes machte Göring vor Militärs und Vertretern der Wirtschaftsbehörden deutlich, dass er von Hitler den Auftrag erhalten habe, „die Rüstung abnorm zu steigern“.¹⁴⁸⁸ Im Zusammenhang mit der von Göring gleichzeitig geforderten völligen Ausnutzung des Sudetenlandes wurde Keppler angehalten, „die Bodenforschung zu beschleunigen“ und sich dabei vor allem auf Erze und Erdöl zu konzentrieren.¹⁴⁸⁹ Um sich die dafür notwendige institutionelle Unterstützung zu sichern, forcierte er die ins Stocken geratene Gründung der RfB, zumal auch Göring auf den Zusammenschluss der Geologischen Landesanstalten drängte.¹⁴⁹⁰ Dabei erwies es sich von Vorteil, dass die RfB inzwischen im Haushalt des RWM für 1938 etatisiert, formal also schon gebildet war.¹⁴⁹¹ Da sich ihr Aufgabengebiet aber noch auf den Rahmen beschränkte, der durch den Erlass Görings vom 5. Februar 1938 bestimmt war, ging es noch darum, ihre Organisation, ihre Agenda und die Maßnahmen des Übergangs der Landesanstalten auf das Reich festzulegen. Zu diesem Zweck

1486 Vgl. Rede von Staatssekretär Erich Neumann über den Vierjahresplan 1936–1940, 1940, RGVA Moskau, Fond 700k-1–60, Bl. 4–36, hier Bl. 16.

1487 Zur ‚neuen Staatlichkeit‘ des NS vgl. Hachtmann/Süß, Editorial (2006), S. 9–27; Hachtmann, Elastisch, 2011, S. 29–73; ders., „Neue Staatlichkeit“ (2007), S. 56–79.

1488 Besprechung bei Generalfeldmarschall Göring am 14.10.1938 im RLM, in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg (im Folgenden IMT), Bd. XXVII, Nürnberg 1948, S. 160–164 (Dok 1301-PS).

1489 Vgl. ebd.; 31. Sitzung des Generalrats unter dem Vorsitz des Herrn Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring, 14.10.1938, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Various German Records, 1956–1998, T-84, Roll 146, Serial 163, unpag. Vgl. auch Hallon, Slowakei (2021), S. 43 f., 47 f.

1490 Staatssekretär Rudolf Brinkmann (RWM) an Stellvertreter des Führers, an RFM, RMDI, RMWEV, Reichsminister der Justiz u. den Pr. Finanzminister betr. RfB, 12.1.1939, GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 9948, Bl. 1.

1491 Dem o.g. Erlass Görings vom 5.2.1938 zu Folge, sollte das Aufgabengebiet „Erforschung des deutschen Bodens“ zum 1.4.1938 von der neugegründeten RfB übernommen werden. Infolgedessen firmierte Keppler nach dem 1.4.1938 als „Präsident der RfB“. Siehe etwa Brockamp (Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan. Der Generalsachverständige für deutsche Roh- und Werkstoffe, Staatssekretär W. Keppler, Präsident der RfB) an die PGLA, 3.8.1938, BArch Berlin, R 71, Nr. 7, Bl. 172. In ihrem Tätigkeitsbericht für 1938 hielt die PGLA fest, dass sie ihre Aufgaben auf dem Gebiet der angewandten Geologie „im Einvernehmen“ mit der RfB durchgeführt habe. Zu diesem Zeitpunkt betrachtete sich die PGLA also noch nicht als Teil der bereits bestehenden RfB. Tätigkeitsbericht PGLA 1938 (1939), S. 31.

legte das RWM am 12. Januar 1939 den Entwurf einer Verordnung über die Errichtung einer Reichsstelle für Bodenforschung vor und lud zu einer abschließenden Ressortbesprechung darüber ein.¹⁴⁹²

Im Vorfeld waren jedoch wieder unterschiedliche Interessen aufeinandergeprallt, denn als Reaktion auf einen von Keppler Ende 1938 vorgelegten Entwurf fasste die Bergabteilung des RWM ihre Stellungnahme in zwei Mindestforderungen zusammen. Ihnen zufolge sollte das RWM berechtigt sein, „den Aufgabenkreis“ der RfB zu bestimmen, in dem „neben der selbstverständlichen Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Praxis die Wissenschaft nicht zu kurz“ kommen sollte. Sehr zum Missfallen der Bergabteilung lehnte der neue Staatssekretär des RWM, Rudolf Brinkmann, den Entwurf jedoch ab und veranlasste die Zentralabteilung des Ministeriums mit der Abfassung eines neuen Verordnungsentwurfs, der in Absprache mit Keppler entstand. Die Folge war, dass der der abschließenden Ressortbesprechung vorliegende Entwurf „ohne die Mitwirkung der Bergabteilung aufgestellt“ wurde. Der Grund dafür lag darin, dass Keppler die Verreichlichung der PGLA in der im ‚Lagerstättengesetz‘ vorgesehenen Weise nicht befürwortete, da so das RWM das Sagen gehabt hätte und „ihm nicht die gewünschten Möglichkeiten zur Einwirkung, vor allem auf den Personalbestand“ zur Verfügung gestanden hätten. Auch die im ‚Lagerstättengesetz‘ formulierte Vorgehensweise, nach der die geologischen Landesanstalten mit der PGLA zu einer Reichsanstalt vereinigt werden sollten und die PGLA „gewisse Befugnisse der künftigen Reichsanstalt“ ausüben sollte, wurden im neuen Entwurf verworfen. Vielmehr war nun vorgesehen, alle Geologischen Landesanstalten, also auch die PGLA, zu Zweigstellen der Dienststelle Keplers zu machen, die ihrerseits zur Reichsstelle für Bodenforschung umgewandelt werden sollte.¹⁴⁹³

In der Ressortbesprechung am 20. Januar 1939 im RWM, an der auch Keppler und sein zukünftiger Stellvertreter Brockamp teilnahmen, wurde die Verordnung „ohne Generaldebatte paragraphenweise durchgesprochen“, wobei es noch zu einigen kleineren Veränderungen kam.¹⁴⁹⁴ Zwar regte Keppler an,

1492 „Die Reichsstelle für Bodenforschung ist inzwischen gebildet und durch das Reichshaushaltsgesetz anerkannt“. Ebd. Vgl. zudem handschriftlicher Vermerk des RfM, 30.9.1938, BAArch Berlin, R 2, Nr. 21359, unp.

1493 Wie Keppler betonte, erschien es ihm „unzweckmäßig“, seine Vierjahresplan-Dienststelle, die ja auch in der RfB aufgehen sollte, in die PGLA einzugliedern, räumte aber immerhin ein, dass die PGLA „den Kern der künftigen“ RfB bilden werde. Vermerk des Pr. Finanzministeriums, Januar 1939, GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 9948, Bl. 4–7; Vermerk des RWM über die Sitzung am 20.1.1939, ebd., Bl. 9 f.

1494 So forderte das RMWEV, dass anstatt des im Entwurf vorgesehenen Übergangs des Geologischen Staatsinstituts in Hamburg und der Mecklenburgischen Geologischen Landesanstalt in Rostock, nur deren Bohrchive auf die RfB übergehen sollten, während beide Institute als wissenschaftliche Anstalten mit anderem Namen unter der Aufsicht des RMWEV fortbestanden. Vgl. ebd. Tatsächlich existierte seit dem 1.4.1938 keine selbständige Geologische Landesanstalt in Rostock mehr. Ihre Geschäfte wurden Ende März 1938 aus dem Zuständigkeitsbereich der Abt. Inneres des Mecklenburgischen Staatsministeriums in die Abt. Unterricht überführt und zwischen dem Geologisch-Paläontologischen

die Landesanstalten schon zum 1. Februar 1939 zu einer Reichsstelle für Bodenforschung zu vereinigen, dagegen machten die Vertreter des RfM jedoch haushaltsrechtliche Bedenken geltend. Allerdings wurde dem Verordnungsentwurf ein Passus hinzugefügt, nachdem es Keppler als Leiter der RfB gestattet war, im Rahmen der der Anstalt zur Verfügung stehenden Mittel bereits mit Inkrafttreten des Entwurfs die ihm notwendig erscheinenden Maßnahmen zu treffen. Der Paragraph 3 des Entwurfs hielt u.a. fest, dass die RfB die Aufgabe habe, das Reichsgebiet nach geologischen, geophysikalischen, bergmännischen und anderen Methoden mit dem Ziel zu erforschen, die Ergebnisse für die Wirtschaft nutzbar zu machen. Während darüber Konsens bestand, regte sich Widerstand gegen den nachfolgenden Satz, wonach die RfB „in diesem Aufgabengebiet für das Reich und die Länder ausschließlich zuständig“ sei. Nicht nur die Vertreter des Vierjahresplans, sondern auch des Reichswissenschaftsministeriums plädierten dafür, den Satz aus dem Entwurf zu streichen. So betonten die Abgesandten des Vierjahresplans, dass die Initiative der Industrie auf dem Gebiet der Bodenforschung nicht eingeschränkt werden dürfe. Keppler indes bestand auf dem Passus, um „sicherzustellen, dass nicht andere Behörden sich ohne zureichende Grundlage auf den gleichen Gebieten“ betätigten. Dies rief wiederum die Vertreter des RMWEV auf den Plan, die ihre Vorbehalte erst zurückstellten, nachdem Keppler ihnen versichert hatte, „dass die wissenschaftliche Betätigung der Hochschulen auf dem Gebiet der Bodenforschung unberührt bleibe“.¹⁴⁹⁵ Ein brisantes Versprechen, wie sich noch zeigen sollte.

Nachdem die beteiligten Ressorts ihre Zustimmung zu dem neugefassten Verordnungsentwurf erteilt hatten, ging alles sehr schnell. Durch eine Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 10. März 1939 wurden Keplers Dienststelle „Erforschung des deutschen Bodens“ und die „Geologischen Landesanstalten Großdeutschlands“ zur Reichsstelle für Bodenforschung mit Sitz in Berlin vereint.¹⁴⁹⁶ Damit fand der 1934 eingeleitete Prozess der ‚Vereinchlichung‘ bzw. Zentralisierung der staatlichen geologischen Dienste Deutschlands und Österreichs seinen Abschluss. Dies markierte nicht nur das Ende der bis dahin selbständigen PGLA und ihrer Schwesterinstitute, sondern auch den vorläufigen Schlusspunkt der föderalen, länderbezogenen Struktur geologischer Ressortforschung in Deutschland.

Was bleibt festzuhalten? Der 1933 eingeleitete Prozess der Vereinchlichung (Bergverwaltung, Staatsvorbehalt, Geologische Landesanstalten) begünstigte das RWM und die PGLA gleichermaßen. Das RWM verleibte sich durch die

Institut und dem Mineralogisch-Geologischen Institut der Universität Rostock aufgeteilt. Vgl. Mecklenburgisches Staatsministerium (Abt. Finanzen, Schwerin) an RfM, 20.5.1939, BAArch Berlin, R 2, Nr. 11219, Bl. 33; von Bülow, Landesanstalt (1938), S. 5 f.

1495 Vermerk des RWM über die Sitzung am 20.1.1939, GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 9948, Bl. 9 f.; Vermerk des RfM über das Ergebnis der heutigen Besprechung im RWM, 20.1.1939, BAArch Berlin, R 2, Nr. 21359, unpag.

1496 Vgl. Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan über die Errichtung einer Reichsstelle für Bodenforschung vom 10. März 1939, in: RGBl. 1939, Teil I, S. 490 f.

Fusion mit dem Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe nicht nur die erfahrene preußische Bergverwaltung ein, sondern sicherte sich durch gezielte legislative Maßnahmen (z.B. Lagerstättengesetz) den Zugriff auf strategisch wichtige bzw. rüstungsrelevante Rohstoffe. Zudem verschaffte es sich mit der gesetzlich abgesicherten Adoption der PGLA den längst fälligen eigenen wissenschaftlichen Unterbau in Form einer für die Rohstoffpolitik relevanten Forschungs- und Beratungsinstanz. Die PGLA dagegen stieg zu der von ihr seit langem angestrebten Reichsforschungsbehörde auf, der das Recht zukam, sich alle geologisch bedeutsamen Informationen aus ihren Schwesteranstalten zu beschaffen, was dem RWM einen exklusiven Zugriff auf das in Deutschlands geologischen Diensten vorgehaltene Wissen sicherte. Dabei ist es wichtig festzuhalten, dass die PGLA an den für sie vorteilhaften regulativen Maßnahmen durch direkte Zuarbeiten unmittelbar beteiligt war.¹⁴⁹⁷

Obwohl das RWM also zahlreiche Kompetenzen an sich zog, sah es sich zunehmenden Einflussversuchen konkurrierender Instanzen (z.B. Hermann Göring, Wilhelm Keppler) gegenüber, die der staatlichen Wirtschaftsverwaltung Kompetenzen streitig machten, auf eine Revision der von Schacht verfolgten Wirtschaftspolitik drängten und sich damit schließlich auch durchsetzten. Insbesondere Hitlers ‚Wirtschaftsberater‘ Keppler steht beispielhaft für ‚führerimmediate Sonderinstanzen‘ und das ‚Bevollmächtigtenwesen‘ der ‚Neuen Staatlichkeit‘ des NS. Sein Einfluss war ein Grund für die unruhige, von Konflikten geprägte deutsche Wirtschaftspolitik, aber auch ein Garant für die Aufrechterhaltung des von der NS-Führungsspitze angestrebten Autarkiekurses. Dabei wurde bisher weitgehend ausgeblendet, dass Keppler im Zuge der Verkündung des Vierjahresplanes keineswegs aufs Abstellgleis geriet, sondern mit der ihm von Göring anvertrauten Aufgabe ‚Erforschung des deutschen Bodens‘ praktisch im Zentrum der deutschen Wirtschafts- und Autarkiepolitik verankert wurde. Keppler nutzte diese Möglichkeit, um dem RWM weitere Zuständigkeiten zu entziehen. So usurpierte er die auf die Bildung einer Geologischen Reichsanstalt hinauslaufenden Zentralisierungspläne des Ministeriums, indem er sein Büro mit den Geologischen Landesanstalten zur Reichsstelle für Bodenforschung verschmolz. Damit und durch die Ernennung des für den rüstungsrelevanten Bereich der Erdölgeologie verantwortlichen Staatsgeologen Alfred Bentz zum Beauftragten Görings wurde der bis dahin alleinige Einfluss des RWM auf die geologische Ressortforschung zugunsten der Vierjahresplanbehörde ausgeschaltet. Dies und die Keppler für seine Arbeiten zur Verfügung stehenden umfangreichen Mittel belegen auch, welche Bedeutung der geologischen Forschung und Exploration im Rahmen des Vierjahresplans zukam. Allein die von Keppler für verschiedene Aufschlussarbeiten bereitgestellten Mittel sind geeignet, die in der historischen Forschung bestehende Auffassung zu widerlegen, nach der die „geologische und rohstoffpolitische Tätigkeit des Arbeitsgebietes ‚Erforschung des deutschen Bodens‘“ in Deutschland „wenig

1497 Vgl. Thoms, Nutzen (2010), S. 129.

zur Geltung“ gekommen sei.¹⁴⁹⁸ Keppler, so der wichtige Befund, kam über sein neues Amt innerhalb der NS-Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik also auch nach 1936 weit mehr Bedeutung zu, als bisher angenommen.¹⁴⁹⁹

4.2 Politische Machinationen und erfolgreiche Ressourcenmobilisierung – Verwaltungsentwicklung in der Dynamik der ‚Neuen Staatlichkeit‘

4.2.1 Zerrissene Betriebsgemeinschaften und Zwang zur Konformität – „Personalpolitik unter veränderten Prämissen“¹⁵⁰⁰

Im März 1934 nahm der Berliner Landesgeologe Paul Assmann an einer Sitzung der von seinem Kollegen Fritz Wiegers (NSDAP 1930, SA 1933) geführten Nationalsozialistischen Beamten-Arbeitsgemeinschaft (NSBA) der PGLA teil¹⁵⁰¹, in der sich der von letzterem als externer Schulungsredner verpflichtete ‚Alt-Nazi‘ Friedrich Ackermann dermaßen „kämpferisch“ gab, dass zumindest einem Teil der Anwesenden Hören und Sehen verging.¹⁵⁰² Wie der erregte Assmann gegenüber Wiegers monierte, habe sich Ackermann zu herabsetzenden Äußerungen gegen die höheren Beamten hinreißen lassen, was keinesfalls un widersprochen bleiben dürfe. Derartige Vorträge würden „gerade das Gegenteil von dem erzielen“, was sie sollten, denn sie würden „das Bild vom Wesen

1498 Kockel, Erdölpolitik (2005), S. 253.

1499 Dieser Befund bezieht sich ausdrücklich nicht auf die Rolle Kepplers beim so genannten ‚Anschluss‘ Österreichs 1938, der in der Forschung ausführlich diskutiert und bewertet wurde, sondern auf seine bisher weitgehend ausgeblendeten Aktivitäten auf dem Gebiet der ‚Erforschung des deutschen Bodens‘.

1500 In Anlehnung an Hachtmann, Wilhelminismus (2023), S. 575.

1501 Zu Assmann und Wiegers siehe Anhang Biographien. Die etwa im Januar 1932 gebildete NSBA der PGLA nannte sich nach 1933 Fachschaftsgruppe. Ihr waren 1932 zahlreiche Beamte der PGLA (z.B. Willi Scharf, Fritz Wiegers, Rudolf Cramer, Julius Hesemann, Richard Köhler, Alfred Bentz, Hans Udluft, Wilhelm Dienemann, Carl Dreiholz, Hans Boltz, Maximilian Meisner, Eckart Schröder) beigetreten. Vgl. Scharf an Präsidenten der PGLA, 16.1935, BArch Berlin, R 71, Nr. 47, Bl. 103; Vorschlag des Pr. Ministerpräsidenten zur Ernennung des apl. Geologen Dr. Hesemann zum Bezirksgeologen, 13.12.1937, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 184 f.; Vorschlag des Pr. Ministerpräsidenten zur Ernennung des apl. Chemikers D. Köhler zum Chemiker, 18.6.1938, ebd., Bl. 204 f.; Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Geologen [Udluft] zum Bezirksgeologen, ohne Datum, BArch Berlin R 3101, Nr. 30162, Bl. 205 f.; Erklärung Dienemanns über Zugehörigkeit zu Beamtenvereinigungen, 22.9.1935, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 7106, Bl. 167; Erklärung von Dreiholz über Zugehörigkeit zu Beamtenvereinigungen, 17.9.1935, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 7108, Bl. 13; PGLA an RWM, 28.4.1937, BArch Berlin, R 71, Nr. 9, Bl. 95; Politische Beurteilung des Bergrats Meisner, 22.5.1937, BArch Berlin, R 71, Nr. 36, Bl. 121; Eidesstattliche Erklärung Eckart Schröders, 13.6.1937, BArch Berlin, R 9361-II, Nr. 896825, unp.

1502 Dass er Vorträge „kämpferischen Inhalts“ hielt, gab Ackermann selbst zu Protokoll. NSDAP Gaugerecht Groß-Berlin betr. Vernehmung des Zeugen Friedrich Ackermann in der Sache gegen Pg. Wilfried von Seidlitz, 18.12.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 165.

des echten Nationalsozialismus“ verfälschen. Folglich sei es „schon in Interesse der Bewegung“ ratsam, so der nicht der NSDAP nahestehende Assmann mit sarkastischem Unterton, „dass in Zukunft solche Vorträge nur von Herren gehalten werden, die auch imstande“ seien, „den zunächst noch ferner Stehenden Geist und Wesen der Bewegung näher zu bringen“. Er, Assmann, jedenfalls werde erst dann wieder zu solch einer Versammlung erscheinen, wenn er sicher sein könne, dort „keinen Anwürfen ausgesetzt“ zu sein.¹⁵⁰³

Wiegiers geriet über die „beleidigenden und herabsetzenden Äußerungen“ seines Kollegen so in Rage, dass er Assmann unverblümt zu verstehen gab, was er von dessen politischen Einstellungen hielt. Er warf Assmann vor, sich als „Retter des Nationalsozialismus aufzuspielen“, wo er sich doch „mit der größten Zähigkeit dagegen gewehrt“ habe, sich „von uns im nationalsozialistischen Sinne beeinflussen“ zu lassen. Schlimmer noch. Assmann sei nie von seiner „volksparteilichen politischen Gesinnung abgegangen“, so dass ihm die NS-Weltanschauung vollkommen fremd sei. Unverhohlen drohte Wiegiers, dass er sich noch gut an eine Äußerung seines Kollegen anlässlich der Reichspräsidentenwahl von 1932 erinnere, die diesem nun durchaus zum Verhängnis werden konnte. Denn Assmann hatte damals gemeint, Hitler nicht wählen zu können, weil dieser „nicht französisch spräche und also nicht als Kanzler nach Genf gehen könne“. Wie Wiegiers deutlich machte, stehe es Assmann frei, den weiteren Schulungsabenden fernzubleiben, gleichwohl müsse er sich aber auch im Klaren darüber sein, dass er für die Folgen seines Tuns einzustehen habe.¹⁵⁰⁴

Dass Wiegiers so dünnhäutig reagierte hing vermutlich damit zusammen, dass er mit der Entwicklung im Haus seit der Machtübergabe an die Nationalsozialisten überaus unzufrieden war. Immerhin war er derjenige gewesen, der „in der Kampfzeit Mann für Mann“ für die NSBA geworben, angebliche „Missstände in der Direktion aufgedeckt“ und „die Marxististen aus der Behörde entfernt“ hatte.¹⁵⁰⁵ Als Mitglied des nationalsozialistischen Kampfbundes für deutsche Kultur (KfdK) hatte Wiegiers im Februar 1933 den Auftrag erhalten, „für die ‚Säuberung‘ der wissenschaftlichen Institute zu sorgen“.¹⁵⁰⁶ Diese Aufgabe nahm er überaus ernst. So hielt er sich zu Gute, seine vorgesetzte Behörde auf die vermeintliche „rote Misswirtschaft“ an der

1503 Paul Assmann an Abteilungsleiter Wiegiers (Fachschaftsgruppenleiter), 14.3.1934, ebd., Bl. 49. Ackermann hatte von der PGLA als „Sorgenkind seiner Fachschaft“ gesprochen. Bericht von Robert Fiedler über eine Unterredung mit dem Herrn Präsidenten v. Seidlitz und seinem persönlichen Referenten Bergrat Willy Gropp, 4.12.1934, ebd., Bl. 46–48.

1504 Wiegiers an Paul Assmann, 23.3.1934, ebd., Bl. 50. Die unvorsichtigen Äußerungen von Assmann wurden in den Akten der PGLA-Fachschaftsgruppe aufmerksam protokolliert. Vgl. Aussage des PGLA-Geologen Walter Schriel betr. Paul Assmann, 3.12.1934, ebd., unpag.

1505 Bericht von Robert Fiedler über eine Unterredung mit dem Herrn Präsidenten v. Seidlitz und seinem persönlichen Referenten Bergrat Willy Gropp, 4.12.1934, ebd., Bl. 46–48.

1506 Innerhalb des KfdK bestand eine Abteilung „Wissenschaft“, deren Leitung in den Händen Erich Seidls lag, der zwei Jahre später zum Präsidenten des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem ernannt wurde. Die Abteilung „Wissenschaft“ unterteilte sich in die Gruppen „Hochschulen“ (Leiter: Ernst Storm, NSDAP), „Wissenschaftliche Institute“ (Leiter: Wiegiers) und „Wissenschaft und Nationalsozialismus“ (Leiter: Erich Kochanowski, NSDAP).

PGLA hingewiesen, dort tätige ‚linke Kräfte‘ zu Fall gebracht und auf diese Weise die unter Beyschlag und Krusch „verloren gegangene Sauberkeit“ wieder hergestellt zu haben.¹⁵⁰⁷ Das von Wiegers losgetretene Kesseltreiben hatte sich zunächst gegen den seit 1896 an der PGLA tätigen Leiter der Abteilung für Kartierung im Flachland, Wilhelm Wolff, gerichtet.¹⁵⁰⁸ Wolff, nach eigener Aussage „sozialistischer Demokrat“, ¹⁵⁰⁹ war 1919 in die SPD, später auch in das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eingetreten und hatte sich öffentlich im Wahlkampf für die Sozialdemokratie engagiert. Da Wolff über seine Sympathie für die aus Wiegers' Sicht verwerfliche „Partei der Deserteure, der Vaterlandsverräter und der Dolchstössler“ kein Geheimnis machte, war er „der Erste (...), der zu verschwinden“ hatte.¹⁵¹⁰ So setzte Wiegers das Wirtschaftsministerium im Juli 1933 über den „linksgerichteten“ Beamten ins Bild, was dazu führte, dass Wolff einen Monat später aufgrund der Bestimmungen des Paragraphen 4 des ‚Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‘ aus dem Staatsdienst entlassen wurde.¹⁵¹¹

Die von den Nationalsozialisten eingeleitete ‚Säuberung‘ des öffentlichen Dienstes richtete sich in erster Linie gegen so genannte ‚staatsfeindliche‘ Personen. Als solche galten vor allem Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden. Um eine Handhabe gegen sie zu erhalten, gleichzeitig jedoch den Anschein der Legalität zu wahren, erließ die NS-Regierung am 7. April 1933 das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“. Es ermöglichte in seinen beiden wichtigsten Paragraphen die Entlassung von Bediensteten „nichtarischer Abstammung“ (§ 3) und solcher, „die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür“ boten, „jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat“ einzutreten (§ 4).¹⁵¹² Der Paragraph 2 des Gesetzes legte u.a. fest, dass bestimmte Personen, in erster Linie Kommunisten, ohne Ruhegeld und Nachversicherung zu entlassen waren. Darüber hinaus musste

-
- 1507 Vgl. Fritz Wiegers (PGLA) an Hans Hinkel, 16.4.1936, BArch Berlin, R 9361-V, Nr. 40085, unp. Stellungnahme des Abtl. Dir. und Prof. Dr. Wiegers zu dem Gesuch des Prof. Wolff, 9.6.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 30–43. Für die angebliche „rote Misswirtschaft an der GLA“ standen lediglich vier Beschäftigte von etwa 190 PGLA-Mitarbeitern, was die völlig überzogene Behauptung Wiegers' unterstreicht. Wie im Folgenden deutlich wird, richtete sich der Kampf der Gruppe um Wiegers dann auch hauptsächlich gegen die im Betrieb vermeintlich ‚wütende‘ Reaktion, also den Einfluss von Deutschnationalen und konservativen Kräften. Vgl. etwa NSBO- und DAF-Betriebszellenobmann und Betriebswalter (Betriebszelle PGLA) Arthur Pfeiler an die NSDAP-Ortsgruppe Scharnhorst (Berlin), 11.6.1935, ebd., Bl. 69–73. Der Hinweis auf die „rd. 190“ Mitarbeiter der PGLA findet sich in W. v. Seidlitz an Pr. Minister für Wirtschaft und Arbeit, 20.2.1934, GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 7041, Bl. 27.
- 1508 Zu Wolff siehe Anhang Biographien.
- 1509 Heck, Nachruf Wolff (1952), S. XLV.
- 1510 Stellungnahme des Abtl. Dir. und Prof. Dr. Wiegers zu dem Gesuch des Prof. Wolff, 9.6.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 30–43.
- 1511 Ebd. Wolff wusste genau, welchem ‚parteyfanatischen Denunzianten‘ er seine Entlassung zu verdanken hatte. Heck, Nachruf Wolff (1952), S. XLV f.
- 1512 Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933, in: RGBl 1933, Teil 1, Nr. 34, S. 175–177.

sich jeder Beamte die Versetzung in ein anderes Amt, auch in ein solches von geringerem Rang gefallen lassen, wenn es das „dienstliche Bedürfnis“ erforderte (§ 5). Schließlich erlaubte das Gesetz die Pensionierung aus Gründen der „Verwaltungsvereinfachung“ (§ 6).¹⁵¹³ Die Grundlage für die Entlassungen bildete eine Fragebogenaktion, in der alle Behördenmitarbeiter Angaben zu ihrer früheren Partei- und Religionszugehörigkeit machen und einen so genannten „Ariernachweis“ erbringen mussten.¹⁵¹⁴

Die Bestimmungen des ‚Berufsbeamtengesetzes‘ wurden auch Theodor Schmierer zum Verhängnis, denn ebenso wie gegen den ‚politisch unzuverlässigen‘ Wolff hegte Wiegers auch Groll gegen ihn. Schmierer wirkte schon seit 1902 an der PGLA und war 1929 zum Abteilungsdirektor für das Veröffentlichungswesen ernannt worden.¹⁵¹⁵ Er war zwar nie einer Partei beigetreten, im Haus aber für seine demokratische Einstellung bekannt. War dies für Wiegers bereits Anlass genug, so hatte Schmierer obendrein ein Spottgedicht über Hitler verfasst und es einem befreundeten Kollegen in dessen Dienstzimmer vorgelesen.¹⁵¹⁶ Diese Unvorsichtigkeit erwies sich als fatal, denn der im Nachbarzimmer lauschende Geologe Adolf Geller (NSDAP) hatte nichts Eiligeres zu tun, als dies dem Chef der selbsternannten hausinternen „Reinigungskommission“ Wiegers zu berichten.¹⁵¹⁷ Dieser hatte nun die gewünschte Handhabe, um Schmierer zu Fall zu bringen, der Anfang September 1933 aufgrund des Paragraphen 4 des ‚Berufsbeamtengesetzes‘ mit halber Pension aus dem Dienst entlassen wurde.¹⁵¹⁸ Woran sich Wiegers besonders rieb war die Tatsache, dass sich Schmierer auch energisch für seinen Assistenten Walter Biese verwandte und damit ein seltenes Zeichen widerständischen Verhaltens gegen das NS-Unrecht setzte, was man beim Gros der PGLA-Mitarbeiter damals vergeblich suchte.¹⁵¹⁹ Der „aus Arbeiterkreisen“ hervorgegangene und von Wiegers wiederholt als „Kommunist“ bezeichnete Biese stand auch auf der Abschlusssliste der NS-Fachschaft der PGLA.¹⁵²⁰ Tatsächlich hatte der junge Geologe aber der SPD angehört, weswegen er am gleichen Tag wie sein Chef Schmierer entlassen wurde.¹⁵²¹ Während sich Schmierer daraufhin zurückzog und sich

1513 Dirks, Einleitung (2010), S. 15; Körting, Vorwort (2010), S. 7 f.; Herbst, Verfolgung (2006), S. 110 (Anm. 20).

1514 Eggstein/Schirmer (Hg.), Verwaltung (1987), S. 20, 41ff. Zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vgl. auch Mommsen, Beamtentum (1966), S. 39–61.

1515 Zu Schmierer siehe Anhang Biographien.

1516 Vgl. Kölbl-Ebert, Geology (2017), S. 81; Guntau, Aspekten (2002), S. 130 f.

1517 Bescheinigung [Aussage] von Wilhelm Ahrens (Leiter des Geologischen Landesamtes für Nordrhein-Westfalen) betr. Walter Schriel, 20.12.1949, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unpubl. Zu Geller siehe Anhang Biographien.

1518 Lebenslauf Schmierers, 4.12.1946, BArch Berlin, DO 1, Nr. 101071, unpubl.; von Bülow, Theodor Schmierer (1953), S. 450; Dienemann, Nachruf Schmierer (1955), S. XVI.

1519 Lebenslauf Schmierers, 4.12.1946, BArch Berlin, DO 1, Nr. 101071, unpubl.; von Bülow, Theodor Schmierer (1953), S. 450.

1520 Zu Biese siehe Anhang Biographien.

1521 Vgl. von Biese aufgefüllter Fragebogen für Mitglieder des Reichsverbands Deutscher Schriftsteller e.V., 25.1.1934, BArch Berlin, R 9361-V, Nr. 14208, unpubl.

in privaten wissenschaftlichen Studien vergrub, beteiligte sich Biese offenbar „an der Herausgabe damals illegaler politischer Schriften“, was ihn schließlich auf die Fahndungslisten der Geheimen Staatspolizei brachte.¹⁵²² Sich der daraus für ihn erwachsenen Gefahr bewusst, entschied sich Biese Ende 1934 zur Emigration und wanderte über die Schweiz und Frankreich nach Chile aus.¹⁵²³

Zu den von Wiegers bekämpften „vier linksgerichteten Beamten“ der PGLA gehörte neben Wolff, Schmierer und Biese auch der Vorsteher des Kartographenbüros für Gebirgsaufnahmen Eugen Breitkopf. Breitkopf war 1904 als Hilfszeichner in die PGLA eingetreten und hatte es dort bis 1930 zum Vorsteher der vier Zeichnerbüros gebracht. Bei den ‚alten Kämpfern‘ der PGLA war auch er als „Marxist“ verschrien, allerdings schien er 1933 letztlich nicht aufgrund der Bestimmungen des Berufsbeamtengesetzes (BBG) entlassen worden zu sein.¹⁵²⁴ Dagegen wurde der seit 1928 an der PGLA beschäftigte, in den Quellen kaum greifbare, Obermaschinist Stanislaus Dorsch im März 1934 vermutlich aufgrund des Paragraphen 3 des BBG entlassen, was darauf schließen lässt, dass es sich beim ihm um einen Juden handelte.¹⁵²⁵

Wie Wiegers 1936 selbstzufrieden festhielt, war es ihm gelungen, „die Reichsbannerdirektoren“ aus der PGLA „heraus zu kriegen“. Darüber sei letztlich auch Präsident Krusch gestolpert, womit Wiegers offenbar den Eindruck erwecken wollte, dass die im Oktober 1933 erfolgte vorzeitige Pensionierung Kruschs nicht zuletzt auf dessen ‚laxe‘ Personalpolitik zurückzuführen war.¹⁵²⁶

1522 Vgl. Knolle, Erinnerung (2010) S. 109–112; Geheime Staatspolizei (Staatspolizeileitstelle Berlin) an den Präsidenten der Reichsschrifttumskammer (Berlin), 21.11.1939, BArch Berlin, R 9361–V, Nr. 14208, unpag.

1523 Zur Tätigkeit Bieses in der Schweiz und vor allem im Chile vgl. Danner, Geologe (2020).

1524 Ein Grund für diese Annahme ist die differenzierte Darstellung der PGLA in ihrem Jahrbuch von 1934, welche die Art des Ausscheidens aus dem Dienst aufschlüsselt. So hieß es bei Wolff, Schmierer, Biese und dem Obermaschinisten Dorsch – also den vom Berufsbeamtengesetz Betroffenen –, sie seien „durch Austritt“ ausgeschieden, während es sich bei Krusch, Paul Gustav Krause, Breitkopf und dem Amtsgehilfen Ebeling um „Versetzung in den Ruhestand“ gehandelt habe. Siehe Personal-Veränderungen der PGLA (1934), S. 720. Offenbar wurden der seit 1894 an der PGLA tätige Krusch (geb. 1869), der seit 1898 an der PGLA tätige Krause (geb. 1867), der seit 1900 an der PGLA tätige Amtsgehilfe Hermann Ebeling und der 1904 dort eingetretene Eugen Breitkopf 1933 aus Altersgründen pensioniert. Gleichwohl änderte dies nichts an der Tatsache, dass Wiegers letzteren als „Marxisten“ beschimpfte und behauptete, dieser stehe mit Wolff, Schmierer und Biese „in engster Fühlung“. Stellungnahme des Abtl. Dir. und Prof. Dr. Wiegers zu dem Gesuch des Prof. Wolff, 9.6.1935, BArch Berlin, R 9361–I, Nr. 36622, Bl. 30–43.

1525 Vgl. Beglaubigter Auszug aus dem Extrakt über Einnahmen und Ausgaben der Kasse der PGLA für das Rechnungsjahr 1934 (Bemerkungen zu Kap. 261, Tit. 16 B), GStA, I. HA Rep. 138, Nr. 535, unpag.; Personal-Veränderungen der PGLA (1934), S. 720; Grundkarte für den Ruhegehalts-/Wartgeld-empfangener Stanislaus Dorsch, LAB, A Pr. Br. Rep. 042, Nr. 8117, unpag.

1526 Fritz Wiegers (PGLA) an Hans Hinkel, 16.4.1936, BArch Berlin, R 9361–V, Nr. 40085, unpag. An anderer Stelle behauptete Wiegers, dass Krusch der Einzige in der PGLA gewesen sei, der nicht gewusst habe, dass sich unter den Mitarbeitern der PGLA „Marxisten“ befunden hätten. Stellungnahme des Abtl. Dir. und Prof. Dr. Wiegers zu dem Gesuch des Prof. Wolff, 9.6.1935, BArch Berlin, R 9361–I, Nr. 36622, Bl. 30–43. Die Behauptung von Wiegers, dass Krusch „vorzeitig pensioniert“ worden sei, findet sich in Wiegers, Fiedler

In der Tat schien auch Krusch auf Betreiben der Fachschaftsgruppe und ihres Leiters Wiegers „wegen seiner liberalistischen Gesinnung seiner Stellung entsetzt worden“ zu sein.¹⁵²⁷ Neben Krusch wurde auch sein Stellvertreter Fliegel zum Opfer der neuen Verhältnisse, da auch er sich gezwungen sah, im Oktober 1934 vorzeitig in den Ruhestand zu gehen. Ob die Pensionierung aber wirklich „aus politischen Gründen“ erfolgte ist jedoch fraglich, da das RWM die Entlassung „des besonders tüchtigen Abteilungsdirektors“ als „übereilt“ kritisierte.¹⁵²⁸ Es hat demnach den Anschein, dass Fliegels Ausscheiden eher auf persönliche Veranlassung des neuen Präsidenten erfolgte und dem RWM erst im Nachhinein Zweifel an der Richtigkeit der getroffenen organisatorischen Umbaumaßnahme kamen. So hielt Wilhelm Ahrens in seinem Nachruf auf Fliegel fest, dass dessen verfrühte Pensionierung mit „Machenschaften“ zusammenhing, „die mit Politik nichts mehr zu tun hatten“.¹⁵²⁹

Anders, als von Wiegers erhofft, war es bei der Neubesetzung des Präsidentenpostens aber nicht zu einer ‚Hausberufung‘ gekommen. Vielmehr hatte das Ministerium mit dem Anfang Januar 1934 aus Jena berufenen, bisherigen Leiter der Thüringischen Geologischen Landesuntersuchung, Wilfried von Seidlitz (DNVP bis 1932, NSDAP 1933) einen ‚Betriebsfremden‘ an die Spitze gesetzt.¹⁵³⁰ Als Wiegers dann ‚nur‘ zum Abteilungsleiter ernannt wurde, warf er von Seidlitz auch prompt vor, selbst das unnötig verzögert zu haben.¹⁵³¹

und Pfeiler an das Kreisgericht V der NSDAP (mit anliegendem Bericht Wiegers‘ über v. Seidlitz), 5.8.1935, ebd., Bl. 2–17, hier Bl. 3.

1527 So zumindest der Wortlaut des NSDAP-Gaugerichts Berlin. Beschluss des NSDAP-Gaugerichts im Fall des Parteigenossen Winfried [lies Wilfried] von Seidlitz, 9.1.1936, ebd., Bl. 182–194, hier Bl. 183. Im Nachruf auf Krusch ist nur zu lesen, dass er „kurz vor Vollendung seines 65. Lebensjahres in den Ruhestand“ trat. Berg, Nachruf Krusch (1941), S. 495.

1528 Der Hinweis auf die politisch motivierte Entlassung Fliegels findet sich bei Kamps, Bildung (1987), S. 151. Die Ansicht, über „die übereilte Entlassung“ Fliegels findet sich in Bemerkung des RWM-Referenten Hans Arlt zu dem Rechenschaftsbericht des Präsidenten von Seidlitz, ohne Datum (1936), GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 56 f. Wie Seidlitz im Übrigen behauptete, hatte Arlt 1933 „selbst auf die Stelle des Präsidenten“ der PGLA „reflektiert“ und „nichts unversucht gelassen“, um seine, v. Seidlitz‘, Arbeiten zu erschweren. Bericht von v. Seidlitz über eine Unterredung mit Herrn Staatssekretär Posse und Herrn OBH Schlattmann am 30.6.1936, 2.7.1936, ebd., Bl. 72–76. Zu Hans Arlt vgl. Seidelmann, Eisen (2016), S. 418 f.

1529 Ahrens, Nachruf Fliegel (1955), S. X.

1530 Die Bezeichnung „Betriebsfremder“ für von Seidlitz geht zurück auf einen Stimmungsbericht des Betriebszellen-Obmanns der Betriebszelle (NSBO und DAF) der PGLA Arthur Pfeiler, 1.10.1934, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, unp. Wilfried von Seidlitz hatte sich dem Ministerium offenbar durch eine „Denkschrift über die Neuorganisation“ der PGLA als neuer Präsident empfohlen. Wiegers, Fiedler und Pfeiler an das Kreisgericht V der NSDAP (mit anliegendem Bericht Wiegers‘ über v. Seidlitz), 5.8.1935, ebd., Bl. 2–17, hier Bl. 3. Zu von Seidlitz siehe Anhang Biographien.

1531 Wiegers war zum 1.1.1934 zum Abteilungsdirektor ernannt worden, als der er für die technische Leitung der geologischen Außenstellen verantwortlich war. Vgl. Verfügung des Pr. MWA, 31.1.1934, ebd., Bl. 21. Wie Wiegers zugab, hatte er auf die Leitung der Abteilung für praktische Geologie gehofft, wurde aber mit der eigens geschaffenen, faktisch aber unbedeutenden Abt. für die Außenstellen abgespeist. Vgl. Wiegers, Fiedler und Pfeiler an das

In der PGLA wurde hinter vorgehaltener Hand geraunt, dass Wiegers nach der Pensionierung Kruschs selbst auf den Präsidentenposten spekuliert hatte und nun alles versuchte, um den Neuen „in der Partei unmöglich“ zu machen.¹⁵³² Das fiel Wiegers leicht, denn von Seidlitz bemühte sich, die PGLA im „alten Geiste weiterzuführen“. Darüber hinaus unterließ es der wenig durchsetzungsstarke neue Präsident, dem „von persönlichem Ehrgeiz diktierten, politisch getarnten Streben einiger weniger Mitglieder des Kollegiums“ kategorisch entgegenzutreten. Vielmehr versuchte er stattdessen zunächst, bestehende Differenzen durch Vermittlung aus der Welt zu schaffen.¹⁵³³



Abb. 28: Wilfried von Seidlitz (1880–1945), 1934–1936 Präsident der PGLA.¹⁵³⁴

Da von Seidlitz bis 1932 Mitglied der DNVP gewesen und ‚erst‘ im Mai 1933 der NSDAP beigetreten war, unterstellten ihm Wiegers und seine Umgebung, lediglich „Konjunkturnazi“ zu sein und die PGLA zu einem Hort der „Reaktion“ zu machen. So hätte von Seidlitz „Deutschnationale und Logenbrüder“ um sich geschart, die ihm aber inzwischen das Heft des Handelns aus der Hand genommen hätten.¹⁵³⁵ Besonders übel nahm Wiegers dem neuen Präsidenten, dass dieser ihm die Aufsicht über das Personalreferat verwehrt und auch seine

Kreisgericht V der NSDAP (mit anliegendem Bericht Wiegers' über v. Seidlitz), 5.8.1935, ebd., Bl. 2–17, hier Bl. 5.

1532 Vermerk über eine Verhandlung in der PGLA zwischen Min.Dir. Oberberghauptmann Winnacker, Präsident Wilfried von Seidlitz, Bergrat Dr. Friedrich Otto Eduard Kast und Fritz Wiegers, 6.4.1934, ebd., Bl. 141–143.

1533 Ahrens, Nachruf von Seidlitz (1955), S. XXXVIII.

1534 Aus: Ubbelohde, Rückblick (1934), S. 136.

Personalvorschläge unberücksichtigt gelassen hatte. Folglich ließ Wiegers das Wirtschaftsministerium wissen, „dass die alten Parteigenossen bei der Verteilung der neuen Referate innerhalb der Geologischen Landesanstalt nicht genügend berücksichtigt worden seien“.¹⁵³⁶

Dagegen sei ein besorgniserregender Einfluss von ‚Stahlhelmen‘, Deutschnationalen und ‚Reaktionären‘ in der Beamtenschaft zu konstatieren.¹⁵³⁷ Dass sich der Chef der Bergbehörde Winnacker der Sache persönlich annahm zeigt, welche Bedeutung dieser einer ruhigen Entwicklung an der PGLA beimaß, was er allen Beteiligten auch unmissverständlich zu verstehen gab. Die von ihm ins Ministerium getragene Auseinandersetzung endete für Wiegers mit einer Blamage, denn Winnacker widerlegte nicht nur alle gegen von Seidlitz gerichteten Anwürfe, sondern forderte Wiegers zudem auf, die von ihm in Umlauf gebrachten Gerüchte über den Präsidenten vor der gesamten Belegschaft der PGLA zu revidieren.¹⁵³⁸

Als Chef der von ihm seit 1932 aufgebauten NS-Fachschaft der PGLA hatte Wiegers eine kleine Gruppe überaus aktiver NS-Kämpen um sich geschart, die keine Möglichkeit ausließen, um gegen ihnen unliebsame Kollegen Stimmung zu machen. Dass die von ihnen lauthals reklamierte „Betriebsgemeinschaft“ nur „auf dem Papier“ bestand und zahlreichen Belastungsproben unterworfen wurde, war ganz wesentlich auf diese Gruppe zurückzuführen.¹⁵³⁹

Zu ihr gehörte etwa der für die der SA nahestehende Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) als Zellenobmann und für die Deutsche Arbeitsfront (DAF) als „Betriebswalter“ tätige Amtsgehilfe Arthur Pfeiler (NSDAP 1937), dem seine Parteitätigkeit gehörig zu Kopf stieg.¹⁵⁴⁰ So verlangte er von allen Mitarbeitern, inner- und außerhalb des Dienstgebäudes, den „Deutschen Gruß“ ordnungsgemäß auszuführen und drohte bei

1535 Betriebszellenobmann und Betriebswalter der Betriebszelle PGLA Pfeiler an die NSDAP-Ortsgruppe Scharnhorst (Berlin), 11.5.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 62–68. Die Bezeichnung v. Seidlitz als „Konjunktturnazi“ findet sich in Wiegers an Gaugericht der NSDAP (Berlin), ebd., Bl. 88–90.

1536 Vermerk über eine Verhandlung in der PGLA zwischen Min.Dir. OBH Winnacker, Präsident Wilfried von Seidlitz, Bergrat Dr. Friedrich Otto Eduard Kast und Fritz Wiegers, 6.4.1934, ebd., Bl. 141–143.

1537 Dieser immer wiederkehrende Verweis findet sich etwa in Amtliches Stenogramm von Marga Zimmermann über die Ausführung des Präsidenten v. Seidlitz auf der „Geschäftlichen Sitzung“, 16.11.1934, ebd., Bl. 51f.

1538 Vermerk über eine Verhandlung in der PGLA zwischen Min.Dir. OBH Winnacker, Präsident Wilfried von Seidlitz, Bergrat Dr. Friedrich Otto Eduard Kast und Fritz Wiegers, 6.4.1934, ebd., Bl. 141–143; Erklärung von Fritz Wiegers, 13.4.1934, ebd., Bl. 144.

1539 Stimmungsbericht des Betriebszellen-Obmanns der Betriebszelle (NSBO und DAF) der PGLA Arthur Pfeiler, 1.10.1934, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, unp.

1540 Pfeiler, geb. 1903, war seit 1929 als Amtsgehilfe und Präparator in der PGLA beschäftigt. Er war Betriebszellenobmann der NSBO und der DAF. Vgl. Beschluss des NSDAP-Gaugerichts Berlin betr. Winfried von Seidlitz, 9.1.1936, ebd., Bl. 182–194, hier Bl. 189f. Der NSDAP trat Pfeiler erst 1937 bei. Vgl. BArch Berlin, R 9361-VIII Kartei, Nr. 15391383, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 1539, Karte 1383; Von Pfeiler ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 2.7.1939, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 2643, unp.

Zu widerhandlung mit Anzeige und Dienstentlassung.¹⁵⁴¹ Um seinen Aufgaben für die NSBO und die DAF gerecht zu werden, forderte Pfeiler allen Ernstes, während der Dienstzeit Sprechstunden abzuhalten und ihm dafür ein Zimmer zu überlassen. Als Abteilungsdirektor Behr¹⁵⁴² ihm dies aus naheliegenden Gründen verwehrte, denunzierte ihn Pfeiler kurzerhand, indem er auf die der „Sabotage“ gleichkommende „eigentümliche“ Einstellung seines Vorgesetzten verwies. Bei diesem sei von nationalsozialistischer Gesinnung „nicht das Geringste zu spüren“. Obendrein habe Behr 25 Jahre lang einer Loge angehört, dort sogar ein Meisteramt bekleidet.¹⁵⁴³ Auch Pfeiler behauptete, „Deutschnationale und sonstige Muslmänner[!]“ würden in der Leitung der PGLA sitzen. Aber dass dieser subalterne Amtsgehilfe den Direktor und einen Teil der Abteilungsleiter offen und ungestraft als „Gesindel“, „Hohlköpfe“ und „höhergestellte Trottel“ bezeichnen konnte, verweist auf den inzwischen veränderten Umgang miteinander und auf das angespannte Klima im Haus der PGLA.¹⁵⁴⁴ In einem Fall gingen die Auseinandersetzungen zwischen zwei Mitarbeitern sogar soweit, dass von einem der beiden zur „Lösung“ ihrer Differenzen ein Duell („Pistolenforderung bis zur Kampfunfähigkeit“) vorgeschlagen wurde.¹⁵⁴⁵

Diese problematischen Entwicklungen lösten bei von Seidlitz Unbehagen aus, der im November 1934 feststellte, „dass seit einiger Zeit im Hause eine gewisse Unruhe“ herrsche, „die durch sämtliche Kreise“ gehe, „vom Arbeiter bis zum höchsten Beamten“. Dieses Klima der Angst werde nicht zuletzt durch „Fälle von direkter Denunziation“ geschürt, die er sich verbitte. Um „im Geist der neuen Zeit innerhalb der Gesamtheit der Anstalt“ endlich zueinander zu

1541 Aufruf des Betriebszellen-Obmanns und Betriebswalters der Betriebszelle PGLA Pfeiler an alle Gefolgschaftsmitglieder, 12.4.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 61. Da ihm angesichts der „Zustände“ in der PGLA „langsam aber sicher die Galle“ überlief, zeigte er nicht nur andere Kollegen bei der NSBO bzw. DAF an, sondern wettete über den Kastengeist der höheren Beamten, die sich nichts von ihm und der DAF sagen ließen. Über Präsident von Seidlitz wusste er zu berichten, dass dieser zu den verordneten Gemeinschaftsempfängen von Partei- und „Führerreden“ „immer zu spät“ komme. Schreiben des Betriebszellenobmanns und Betriebswalters der Betriebszelle PGLA Pfeiler an die Ortsverwaltung Karlsplatz der NSBO und DAF (Berlin), 15.4.1935, ebd., Bl. 58–60.

1542 Zu Behr siehe Anhang Biographien.

1543 Behr hatte sich skeptisch geäußert, als Pfeiler ihm vorgeschlagen hatte, in der Eingangshalle der PGLA eine „Gedenktafel der Gefallenen der Bewegung“ aufzuhängen. Straßenzellen-Obmann Arthur Pfeiler an PGLA, 6.8.1934, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, unpag.; Bericht des Betriebszellenobmanns Pfeiler über die Zustände in der Geologischen Landesanstalt, 13.8.1934, ebd., Bl. 56 f. Präsident von Seidlitz genehmigte Pfeiler nach Rücksprache mit dem Ministerium ein Zimmer, allerdings durfte dieser seine Sprechzeiten im Interesse von NSBO und DAF nur nach Dienstschluss ausüben. Präsident v. Seidlitz an Hilfsamtsgehilfen Pfeiler, 24.9.1935, ebd., unpag.

1544 Stimmungsbericht des Betriebszellen-Obmanns der Betriebszelle (NSBO und DAF) der PGLA Arthur Pfeiler, 1.10.1934, ebd., unpag.; Betriebszellenobmann und Betriebswalter der Betriebszelle PGLA Pfeiler an die NSDAP-Ortsgruppe Scharnhorst (Berlin), 11.5.1935, ebd., Bl. 62–68.

1545 Dazu kam es letztlich nicht. Fritz Wiegers an Gaugericht der NSDAP (Berlin), 18.1.1936, ebd., Bl. 204–206.

finden, ordnete er einen Gemeinschaftsabend an, verbunden mit der Hoffnung, die sich hochschaukelnden Wogen auf diese Weise etwas zu glätten.¹⁵⁴⁶



Abb. 29: Mitglieder der NS-Betriebszelle bzw. NS-Fachschaft der PGLA, um 1934. Vordere Reihe dunkle Uniform Fritz Wiegers (Chef der NS-Fachschaft), ganz links der Bezirksgeologe Walter Schriel, rechts neben Wiegers der Kartograph Karl Wagemann.¹⁵⁴⁷

Die von v. Seidlitz erhoffte Wendung stellte sich jedoch nicht ein. Vielmehr nahmen die Spannungen in den folgenden Monaten noch zu. So sah sich beispielsweise Paul Assmann einer Denunziation ausgesetzt, die der zur Gruppe Wiegers‘ gehörende Bezirksgeologe Walter Schriel (NSDAP, SA 1933)¹⁵⁴⁸ in Haus getragen hatte.¹⁵⁴⁹ Ebenso wurde der Erdölgeologe Alfred Bentz von dem Kartographen Karl Wagemann (NSDAP, SA 1930) wegen „Nichterwiderung“ des Hitler-Grußes

1546 Amtliches Stenogramm von Marga Zimmermann über die Ausführung des Präsidenten v. Seidlitz auf der „Geschäftlichen Sitzung“, 16.11.1934, ebd., Bl. 51 f.

1547 Die Abbildung findet sich in BArch Berlin, R 9361-III, Nr. 569868, unp.

1548 Zu Schriel siehe Anhang Biographien.

1549 Schriel hatte Wiegers mitgeteilt, Assmann habe gegenüber Dritten erwähnt, dass man als Beamter „keine Lust“ habe, „diesem Staat“ zu dienen, „da man, sobald man seine eigene Meinung sage, jederzeit mit einem Bein im Zuchthaus stehe“. Aussage des PGLA-Geologen Walter Schriel betr. Paul Assmann, 3.12.1934, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, unp. Nach 1945 bemühte sich der stark belastete Schriel händeringend um Papierscheine in eigener Sache, wobei er unumwunden zugab, sich gegenüber Assmann „in keiner Weise anständig benommen“ zu haben. Wilhelm Ahrens (Geologisches Landesamt für Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf) an Direktor Alfred Bentz (Celle), 23.12.1949, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unp. Auf Schriels „sehr üble Rolle als Aktivist“ an der PGLA zwischen 1933 und 1936 verwies auch Alfred Bentz an Präsident z.D. Julius Versé, 5.8.1946, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. 20489–20490, unp. (Ich danke Karsten Linne für eine Kopie).

angezeigt.¹⁵⁵⁰ Bentz hatte der NSBA der PGLA zunächst auch angehört, war dort aber schon Ende 1932 wieder ausgetreten, weil sich die NS-Fachschaftsgruppe auf die Seite der Streikenden im Berliner BVG-Streik gestellt hatte.¹⁵⁵¹ Auf die ständigen „Stänkereien“ und Obstruktionen der „Fanatiker“ um Wiegers hatte von Seidlitz inzwischen allerdings passende Antworten.¹⁵⁵² Schriel beispielsweise verwehrte er aufgrund seiner Anzeige Assmanns eine anstehende Beförderung zum Landesgeologen und erteilte ihm zudem einen Verweis.¹⁵⁵³ Dem politischen Leiter der PGLA Robert Fiedler (NSDAP 1932)¹⁵⁵⁴ gab er zu verstehen, dass der raue Ton der Revolutionsphase nicht mehr angebracht sei, da man sich nun in der „Zeit der Evolution“ befinde, in der vor allem wieder gearbeitet werden müsse. Dem zum Trotz würde aber „überall in der Behörde (...) nur politisiert“, womit sich von Seidlitz offenbar auch auf die ‚inhaltslosen und beleidigenden‘ Schulungsabende und Monatsversammlungen der NS-Fachschaft bezog. Dabei, so der Präsident, sei in der PGLA „alles in bester Ordnung“. Fast 99,5 Prozent der Beamtenschaft seien im Reichsbund der Deutschen Beamten (RDB), „sehr viele in der SA und SS, ein weiterer Teil in der NSV“. Mit diesen „Erfolgen“ könne die Fachschaftsgruppe doch „durchaus zufrieden sein“, denn Gesinnung lasse sich schließlich „nicht mit Knüppeln einbläuen.“¹⁵⁵⁵

Durch seinen Kurs geriet von Seidlitz in immer stärkeren Gegensatz zur ‚Gruppe Wiegers‘. Als besonderer Scharfmacher innerhalb letzterer erwies sich der Geologe Willi Scharf (NSDAP 1930, SA 1932) der nicht nur jeden ‚Fehltritt‘ des Präsidenten lauthals kommentierte, sondern auch in einer gegen diesen gerichteten Materialsammlung peinlich genau festhielt.¹⁵⁵⁶ Der Leiter der NS-Betriebszelle der PGLA Pfeiler schlug ebenfalls unvermindert schrille Töne an

-
- 1550 Bericht von Pg. Karl Wagemann an den Fachschaftsgruppenleiter Pg. Prof. Dr. Wiegers, 19.6.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, unpag. Zu Wagemann siehe Anhang Biographien.
- 1551 Vgl. Wiegers, Fiedler und Pfeiler an das Kreisgericht V der NSDAP (mit anliegendem Bericht Wiegers‘ über v. Seidlitz), 5.8.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 2–17, hier Bl. 6. Zum Berliner BVG-Streik vom November 1932, in dem NSDAP und KPD gemeinsame Sache machten, um die Republik „zu schwächen und wenn möglich auszuhebeln“, siehe Stöver, *Geschichte* (2010), S. 59; Köhler, Berlin (1987), S. 920–923; Dirks/Pache/Beck, *BVG* (2015), S. 22–32.
- 1552 Der Begriff „Fanatiker“ geht auf von Seidlitz zurück. Bericht von Robert Fiedler über eine Unterredung mit dem Herrn Präsidenten v. Seidlitz und seinem persönlichen Referenten Bergrat Willy Gropp, 4.12.1934, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 46–48.
- 1553 Vermerk von Willi Scharf über die Art der Mitteilung des Präsidenten über den Erfolg der Aussagen von Schriel über Assmann, Dez. 1934, ebd., unpag.; Vermerk von Schriel über die Mitteilung des Präsidenten v. Seidlitz an Dr. Schriel betr. Ergebnis der Angelegenheit Assmann/Schriel, 22.12.1934, ebd., unpag.; Vermerk von v. Seidlitz zum Fall Assmann-Schriel, 18.12.1935, ebd., Bl. 152. Zu den „von Seiten der Parteigenossen und Angehörigen der SA“ kommenden „Stänkereien“ siehe Bericht von Pg. Karl Wagemann an den Fachschaftsgruppenleiter Pg. Prof. Dr. Wiegers, 19.6.1935, ebd., unpag.
- 1554 Zu Fiedler siehe Anhang Biographien.
- 1555 Bericht von Robert Fiedler über eine Unterredung mit dem Herrn Präsidenten v. Seidlitz und seinem persönlichen Referenten Bergrat Willy Gropp, 4.12.1934, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 46–48.
- 1556 Bericht von Scharf zur Frage der Teilnahme der Fahne der Fachschaftsgruppe an der Veranstaltung der PGLA, 15.3.1935, ebd., Bl. 44 f. Zu Scharf siehe Anhang Biographien.

und forderte seine NSDAP-Ortsgruppe im Mai 1935 auf, sich nicht nur „des Pg. von Seidlitz (...) anzunehmen“, sondern das deutschnationale „Gewürm“ an der PGLA zu beseitigen, notfalls durch einen „Schlag von oben“.¹⁵⁵⁷

Der Zeitpunkt zum Losschlagen schien Wiegers und seinen Getreuen gekommen, als von Seidlitz sich dafür aussprach, einen am Straßenzaun der PGLA befestigten ‚Stürmerkasten‘ zu entfernen.¹⁵⁵⁸ Da sich der Präsident damit der „Sabotage des Nationalsozialismus“ schuldig gemacht habe forderte Wiegers, diesen ‚unverbesserlichen Reaktionär‘, diesen „Schädling an der Partei“ sofort aus der NSDAP auszuschließen.¹⁵⁵⁹ Seine ruppige, mit Invektiven gegen seinen Chef gespickte Eingabe an das NSDAP-Kreisgericht Berlin nutzte Wiegers zu einem Rundumschlag gegen eine ganze Reihe von PGLA-Beamten, denen bei dieser Gelegenheit auch gleich auf die Finger gehauen werden sollte. So bezeichnete er den Adjutanten des Präsidenten, Willy Gropp (NSDAP 1937), als ‚gefährlichen Gegner‘ des NS-Regimes, verwies auf Bentz' Austritt aus der NSBA sowie dessen unterlassene Erwiderung des „Hitlergrußes“ und warf Kurd von Bülow (NSDAP 1937) vor, vor 1933 ein Porträt des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert auf seinem Schreibtisch aufgestellt zu haben. Zudem belastete er Paul Woldstedt mit der Behauptung, dieser habe sich über die „Unlogik“ in Hitlers Buch „Mein Kampf“ geäußert. Den Justiziar der PGLA und des RWM, Friedrich Kast, hielt er „für einen ausgemachten Nazigegner“, Assmann für einen ‚Reaktionär‘ und dem 1933 der NSDAP beigetretenen Abteilungsdirektor der Chemischen Laboratorien, Richard Loebe (1933 NSDAP, FM SS), bescheinigte er mangelnden politischen Aktivismus. Dass er seinen Kollegen Behr, Bärtling und Kegel (SA)¹⁵⁶⁰ vorwarf, Freimaurer gewesen zu sein, entbehrte nicht nur einer gewissen Ironie, sondern war auch unverschämt, denn was Wiegers in diesem Zusammenhang nicht erwähnte, war, dass er selbst elf Jahre lang einer Loge angehört hatte.¹⁵⁶¹

Der Bezirksgeologe Scharf setzte noch eins drauf, indem er Abteilungsdirektor Behr bei der Gestapo anzeigte, weil dieser sich des Versuchs schuldig

1557 Betriebszellenobmann und Betriebswalter der Betriebszelle PGLA Pfeiler an die NSDAP-Ortsgruppe Scharnhorst (Berlin), 11.5.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 62–68.

1558 Vgl. von Seidlitz an den Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Scharnhorst der NSDAP (Berlin), 28.6.1935, ebd., Bl. 135; W. von Seidlitz an das Polizeiamt Mitte (Berlin), 28.6.1935, ebd., Bl. 136.

1559 Vermerk von Fritz Wiegers, ohne Datum (Juni 1935), ebd., Bl. 19 f.; Wiegers, Fiedler und Pfeiler an das Kreisgericht V der NSDAP (mit anliegendem Bericht Wiegers' über v. Seidlitz), 5.8.1935, ebd., Bl. 2–17; Fritz Wiegers mit einem Nachtrag an das Gaugericht der NSDAP (Berlin), 9.11.1935, ebd., Bl. 75–80.

1560 Zu Gropp, von Bülow, Woldstedt, Kast und Kegel siehe Anhang Biographien.

1561 Alles in Wiegers, Fiedler und Pfeiler an das Kreisgericht V der NSDAP (mit anliegendem Bericht Wiegers' über v. Seidlitz), 5.8.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 2–17; Verzeichnis der Beamten [der PGLA], die Logen angehört haben, ohne Datum (1935), ebd. Bl. 151. Die Mitgliedschaft in Freimaurerlogen konnte nach 1933 zu Diskriminierungen führen, denn die Freimaurer wurden von den Nationalsozialisten „zu den ‚überstaatlichen Mächten‘ gezählt, als ‚Instrument des Judentums‘ diffamiert oder als Propagandisten ‚der westlichen Humanitäts- und Verbrüderungsideologie‘ attackiert“. Grüttner, Talar (2024), S. 91. Im SD-Hauptamt der SS existierte 1935 eine eigene Abteilung, die sich in ihren sechs Referaten „gänzlich der Freimaurerei“ widmete. Hachmeister, Gegnerforscher (1998), S. 157.

gemacht habe, „einen Beamten, dem schwerste dienstliche Vergehen nachgewiesen“ seien, „durch Vertuschungsmanöver zu entlasten.“¹⁵⁶² Bei dem Vergehen handelte es sich um die unrechtmäßige Entnahme von Gas und Strom durch den im Haus der PGLA wohnenden Hausmeister Fritz Becker (geb. 1883), was vom zur ‚Gruppe Wiegers‘ gehörenden Tischler der PGLA, Fritz Becker (geb. 1906, NSDAP) angezeigt worden war. Da der Strom- und Gasverbrauch Beckers „äußerst gering“ war, wollte der mit der Sache betraute Behr die Sache möglichst geräuschlos aus der Welt schaffen, während Fiedler, Pfeiler und Scharf daraus ein gegen die Freimaurer Behr, Bärtling und Kegel gerichtetes Politikum machten.¹⁵⁶³ Wiegers seinerseits erhöhte den Druck auf die Gauleitung Berlin, denn wie er behauptete, griff von Seidlitz nun „zu Terrormaßnahmen gegen uns Nationalsozialisten“.¹⁵⁶⁴ So hatte der Präsident dem vorlauten Pfeiler wegen ungebührlichen Verhaltens kurzerhand gekündigt.¹⁵⁶⁵ Zudem wusste Wiegers zu berichten, dass von Seidlitz einem Juden die Benutzung der Bibliothek der PGLA erlaube, was deutlich mache, dass der Präsident „im Sinne und Interesse der Juden und Freimaurer“ handle.¹⁵⁶⁶

Ende November 1935 veranlasste der stellvertretende Gauleiter von Berlin, Artur Görlitzer, das Berliner NSDAP-Gaugericht, ein Parteiausschlussverfahren gegen von Seidlitz zu eröffnen.¹⁵⁶⁷ Die auf der Basis der Aussagen der ‚Gruppe Wiegers‘ gegen ihn erhobenen Vorwürfe wogen schwer, denn der Präsident der PGLA wurde beschuldigt, den Bestrebungen der NSDAP zuwider gehandelt zu haben, indem er „Parteigenossen bei der Eingabe zu Beförderungen und der Zuteilung der Ämter übergangen“, dagegen Freimaurer und Nichtparteigenossen bevorzugt habe. Zudem habe er durch abfällige

1562 Bezirksgeologe Willi Scharf an die Geheime Staatspolizei (Berlin), 25.10.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, unpag.

1563 Vgl. Protokolle über den Fall des Amtsmeisters Becker, 18.10.1935, 24.10.1935, 25.10.1935, ebd., unpag. Vier Tage später legte Scharf nach und setzte die Gestapo über „den Einfluss der Freimaurer“ an der PGLA und die in seinen Augen politisch ‚fragwürdigen‘ Beamten Barsch und Dienemann ins Bild. Zwei Schreiben von Scharf an Staatspolizeistelle Dezernat VIII (Berlin), 29.10.1935, ebd., unpag.; Von Barsch, Dienemann u. Scharf unterschriebene Erklärung, 6.4.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 4, unpag.

1564 Fritz Wiegers an das Gaugericht der NSDAP (Berlin), 2.12.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 88–90.

1565 Die Entlassung erfolgte jedoch nicht wegen Pfeilers ständigen Schimpfens über seinen Vorgesetzten, sondern weil dieser im alkoholisierten Zustand „Radauszenen am Abend des Bußtages vor der Landesanstalt“ veranstaltet hatte. Urteil der Z-Kammer des Obersten Parteigerichts der NSDAP in Sachen des Pg. Wilfried von Seidlitz, 26.3.1936, GStA, I, HA, Rep. 90A, Nr. 1023, Bl. 88–100, hier Bl. 97. Vgl. zudem Auszug aus dem Protokoll [über das außerdienstliche Verhalten Pfeilers], 11.10.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 147–150; Wiegers an Gaugericht der NSDAP (Berlin), 28.11.1935, ebd., Bl. 83–85.

1566 Aus den Quellen geht nur der Familienname des Betroffenen (Silberstein) hervor. Wiegers an das Gaugericht der NSDAP (Berlin), 11.12.1935, ebd., Bl. 124–126. Dabei handelte es sich vermutlich um den Mineralogen Georg Silberstein. Vgl. Guntau, *Aspekten* (2002), S. 131; Hoppe/Hoppe, *Geowissenschaftler* (2018), S. 80.

1567 Artur Görlitzer (NSDAP Gauleitung, Groß-Berlin) an das Gaugericht Berlin, 25.11.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 82.

Bemerkungen dem Ansehen der Partei geschadet und sich schließlich selbst „parteischädigend verhalten“, indem er Maßnahmen der NSDAP verhindert habe (z.B. Stürmerkasten, Fälle Pfeiler und Becker).¹⁵⁶⁸

Von Seidlitz indes gab sich kämpferisch. Der Arbeitsfriede der PGLA, so ihr Präsident gegenüber dem Gericht, sei durch ständige Einmischung der Fachschaftsgruppe in Personal- und Verwaltungsfragen gestört worden, was den Bestimmungen des RMdI widerspreche, denn als Betriebsführer sei allein er berechtigt, in derartigen Fragen zu entscheiden. Bei Beförderungen gälten das Leistungsprinzip und wissenschaftliche Befähigung. Niemals habe er „wissentlich und willentlich Parteigenossen übergangen“. Von den 1934 in der PGLA tätigen 18 ‚Pg.s‘ seien acht „bevorzugt unter Übergehung Dienstälterer befördert oder mit besonderen Aufgaben betraut worden“, darunter allein fünf seiner Ankläger. Zu ihnen zähle übrigens auch „der früher begeisterte Freimaurer Wiegers“. Sich selbst rückte von Seidlitz geschickt ins rechte Licht, indem er betonte, dass es bei allen gegen ihn gerichteten Vorwürfen immer nur um Personen-, nie jedoch um Parteifragen gegangen sei. Zwar habe er die Aufgabe übernommen, die „früher liberalistisch geleitete“ PGLA „im nationalsozialistischen Geiste zu führen“, darüber hinaus habe er aber noch andere Aufgaben zu erfüllen, die von dem Gedanken bestimmt seien, dem NS-Staat zu dienen. So habe er die PGLA so ausgebaut, dass sie „allen Anforderungen der technischen und wirtschaftlichen Beauftragung des Führers“ entspreche. Sie habe „wertvolle Mitarbeit für fast alle Autobahnstraßen und Rohstoff-Fragen geleistet“, sei all den Anforderungen des Reichsnährstandes, der Reichsbodenschätzung, der Siedlung und Planung gerecht geworden. „Die großen und erfolgreichen Erdölbohrungen und -untersuchungen in Norddeutschland, zu der die Mittel z. T. aus persönlicher Initiative des Führers“ stammen würden, seien durch sein, von Seidlitz, Verdienst in die Wege geleitet worden. Zudem verwies er darauf, seit anderthalb Jahren in „engster“ Verbindung mit dem vom ‚Führer‘ beauftragten Wirtschaftssachverständigen Keppler zu stehen, ein Fehler wie sich bald zeigen sollte. Zudem versuchte er dem Gericht glaubhaft zu machen, dass seine Ankläger an all diesen Leistungen „nicht oder kaum Anteil genommen“ hätten. Die verantwortungsvolle Aufgabe eines Behördenleiters könne eben nicht allein vom Standpunkt eines einzelnen Parteigenossen aus betrachtet werden, da er als Präsident der PGLA seine „nationalsozialistische Einstellung“ auf vielen Felder unter Beweis zu stellen habe.¹⁵⁶⁹

Die von v. Seidlitz vorgebrachten Argumente verfielen beim NSDAP Gau-Gericht Groß-Berlin allerdings nicht, denn in seinem Urteil kam es am 9. Januar 1936 zu dem Schluss, dass es den Angeschuldigten „für ungeeignet und unwürdig“ halte, „in der NSDAP zu bleiben“, woraufhin es seinen Ausschluss

1568 Eröffnungsbeschluss des NSDAP Gaugerichts Groß-Berlin an von Seidlitz, 10.12.1935, ebd., Bl. 109.

1569 Wilfried von Seidlitz (Präsident PGLA) an Gaugericht Groß-Berlin der NSDAP, 13.12.1935, ebd., Bl. 128–131; Notiz des NSDAP Gaugerichts Groß-Berlin betr. Hauptverhandlung in der Sache gegen Pg. v. Seidlitz, 18.12.1935, ebd., Bl. 133 f.; von Seidlitz (PGLA) an das Gaugericht Groß-Berlin, 20.12.1935, ebd., Bl. 173–180.

aus der Partei beantragte.¹⁵⁷⁰ Bevor es jedoch dazu kam, ging von Seidlitz in Revision, womit sich nun das Oberste Parteigericht in München mit seinem Fall zu befassen hatte. Sich auf das anstehende Verfahren nun besser vorbereitend verstand es von Seidlitz zum einen, zahlreiche Fürsprecher zu mobilisieren, zu denen auch namhafte NS-Funktionäre wie der „Beauftragte für Wirtschaftsfragen“ Keppler, der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen Fritz Todt, der Beauftragte für Siedlungsfragen im „Stab des Stellvertreters des Führers“, Johann Wilhelm Ludowici oder der ehemalige Oberberghauptmann im RWM Winnacker gehörten.¹⁵⁷¹ Keppler erbot sich sogar, als Zeuge vor Gericht zu erscheinen. Zum anderen präsentierte sich von Seidlitz selbst als langjähriger Anhänger der NS-Bewegung und unterließ es dabei auch nicht zu betonen, „stets antisemitisch eingestellt gewesen“ zu sein.¹⁵⁷²

Die von ihm vorgelegten Leumundszeugnisse zeigten diesmal Wirkung, denn das Münchener Parteigericht ließ im Ergebnis seiner Verhandlung am 28. Februar 1936 alle gegen den PGLA-Präsidenten im Raum stehenden Vorwürfe fallen und hob den Beschluss des Berliner Gaugerichts auf.¹⁵⁷³

Nach diesem Erfolg wollte von Seidlitz wieder zur Tagesordnung übergehen. Zu seiner Überraschung wurde er aber von Schlattmann ins RWM bestellt, wo dieser dem völlig verdutzten Präsidenten nahelegte, von der Leitung der PGLA zurückzutreten und sich mit einer Hochschulprofessur zu begnügen.¹⁵⁷⁴ Schlattmann begründete dies mit dem gegen von Seidlitz gerichteten Verfahren, während der von letzterem um Unterstützung ersuchte Keppler dahinter ganz andere Beweggründe vermutete.¹⁵⁷⁵ Denn ganz offenbar war

1570 Beschluss der II. Kammer des NSDAP Gau-Gerichts Groß-Berlin im Fall des Parteigenossen Winfried [lies Wilfried] von Seidlitz, 9.1.1936, ebd., Bl. 184–194.

1571 Vgl. W. von Seidlitz (Präsident PGLA) an das Gaugericht Groß-Berlin der NSDAP (Kammer 2), 24.1.1936, ebd., Bild 226; Wilhelm Keppler (Beauftragter für Wirtschaftsfragen) an W. v. Seidlitz (PGLA), 17.1.1936, ebd., Bl. 227; [Bescheinigung] von Dr. Ing. Fritz Todt (Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen), 17.1.1936, ebd., Bl. 228; Dr. Ludowici (Der Stellvertreter des Führers, Stab Der Bevollmächtigte für das Siedlungswesen, München), 21.1.1936, ebd., Bl. 229; Erich Winnacker (OBH i.e.R.) an W. v. Seidlitz, 22.1.1935, ebd., Bl. 230. Ein Freund des Leiters des Obersten Parteigerichts der NSDAP, Walter Buch, machte diesen in einem Schreiben kurz vor Prozessbeginn sogar darauf aufmerksam, dass v. Seidlitz seine Schwester kenne und mit ihr früher „viel getanz“ habe. Auch soll die verstorbene erste Frau des PGLA-Präsidenten „eine nahe Freundin“ von Buchs Schwester gewesen sein. Otto Buße (Berlin) an Walter Buch, 6.2.1936, ebd., Bl. 274.

1572 W. von Seidlitz (PGLA) an Gaugericht Groß-Berlin der NSDAP (Kammer 2), 17.1.1936, ebd., Bl. 211–224.

1573 Vgl. Beschluss des Obersten Parteigerichts (München), 28.2.1936, ebd., unpag.

1574 Schlattmann hatte v. Seidlitz bereits einen Tag vor der Urteilsverkündung des NSDAP Gau-Gerichts Groß-Berlin (8.1.1936) beurlaubt und machte diesen Schritt auch nach dessen Freisprechung durch das Oberste Parteigericht nicht wieder rückgängig. Vgl. Bericht von W. v. Seidlitz, 30.6.1936, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 77–87.

1575 So stellte Keppler fest, dass er mit v. Seidlitz „in außerordentlich angenehmer Weise“ zusammengearbeitet habe, während er bei Schlattmann „bei weitem nicht die gleiche Loyalität“ gefunden habe. Keppler befürchtete daher ganz richtig, dass „der Wunsch auf Entfernung des Parteigenossen von Seidlitz in gewissem Umfange mit seiner guten Zusammenarbeit mit“ ihm zusammenhing. Wilhelm Keppler (Reichskanzlei. Der Beauftragte

Schlattmann über das illoyale Verhalten des PGLA-Präsidenten im Fall der Salzgitter- und Doggererze und der damit verbundenen Auseinandersetzungen zwischen dem RWM und Kepplers Mitarbeiter Pleiger so erzürnt, dass er versuchte, von Seidlitz loszuwerden.¹⁵⁷⁶ Allerdings hatte das RWM auch Recht, wenn es als weitere Begründung ins Feld führte, dass es im Falle einer Wiedereinsetzung v. Seidlitz‘ nur eine Frage der Zeit war, bis die Konflikte an der PGLA erneut aufflammten.¹⁵⁷⁷ Aus diesem Grund hatte das Ministerium nicht nur den Präsidenten, sondern auch seine Konkurrenten Wiegers und Scharf vom Dienst suspendiert, um „dem ewigen Zank“ an der PGLA ein Ende zu machen und wieder Ordnung in den „Saustall“ zu bringen.¹⁵⁷⁸

Von Seidlitz hatte inzwischen erkannt, dass ihm Schlattmann eine Rückkehr an die PGLA verbaut hatte und sogar „beamtenrechtliche Maßnahmen ins Auge“ fasste, um ihn loszuwerden.¹⁵⁷⁹ Um seine Reputation bemüht, versuchte er sich nun ohne weiteren Gesichtsverlust aus der Affäre zu ziehen, unterließ es dabei aber nicht, mit überheblichen Invektiven gegen Schlattmann und das RWM zu sticheln.¹⁵⁸⁰ Das Ministerium quittierte dieses Verhalten mit einer Degradierung v. Seidlitz‘ auf der Grundlage des Paragraphen 5 des ‚Berufsbeamtengesetzes‘ und wies diesen an, sich beim neuen Leiter der PGLA zum Dienstantritt zu melden.¹⁵⁸¹ Da das für v. Seidlitz nicht in Frage kam und Versuche des RWM, ihn auf eine Hochschulprofessur abzuschieben,

für Wirtschaftsfragen, Berlin) an die Reichsleitung der NSDAP (Braunes Haus, München), 22.4.1936, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 269 f.; Von Seidlitz an Staatssekretär Körner (Pr. Staatsministerium), 4.7.1936, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 65.

1576 In einem Bericht an RWM-Staatssekretär Posse machte Schlattmann deutlich, dass Seidlitz nicht wegen des Verfahrens beurlaubt worden sei, sondern weil dieser den Leitungsaufgaben der PGLA „verwaltungsmäßig und charakterlich nicht gewachsen“ sei. Schlattmann an Posse, 2.6.1936, ebd., Bl. 58–63.

1577 Äußerung von Oberbergamtsdirektor Julius Versé zu einigen Punkten der Eingabe des Herrn v. Seidlitz vom 8.5.1936 an den Herrn Staatssekretär, 23.5.1936, ebd., Bl. 54 f.

1578 Schlattmann an Posse, 2.6.1936, ebd., Bl. 58–63. Die Bezeichnung der PGLA als „Saustall“ soll auf Schlattmann zurückgehen. Siehe Bericht von W. v. Seidlitz, 30.6.1936, ebd., Bl. 77–87. Das RWM leitete gegen Wiegers und Scharf Dienststrafverfahren ein und beurlaubte beide Anfang 1936. Wiegers und Scharf erhielten einen Verweis und wurden bis Januar 1939 vom Dienst an der PGLA suspendiert. Die fast drei Jahre währende Sperre überbrückte Wiegers durch vom RMWEV gewährte Lehraufträge an den Universitäten Berlin und Bonn. Vgl. RWM an Fritz Wiegers, 27.4.1936, LAB, A Pr. Br. Rep. 042, Nr. 6295, unp.; Wiegers an Gaugericht der NSDAP (Berlin), 20.12.1935 und 18.1.1936, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 181 u. 204–206; Posse (RWM) an Wiegers (PGLA), 27.4.1936, BArch Berlin, R 71, Nr. 47, Bl. 347; RWM an Wiegers, 2.9.1936, ebd., Bl. 375–383; RWM an Wiegers, 30.1.1939, ebd., Bl. 396; RMWEV an Wiegers, 31.3.1937, ebd., Bl. 393; Wiegers (Institut für Vor- und Frühgeschichte, Universität Bonn) an PGLA, 2.2.1939, ebd., Bl. 398. Zum Dienststrafverfahren gegen Scharf vgl. Posse (RWM) an Scharf, 14.3.1936 u. 7.5.1936, BArch Berlin, R 71, Nr. 47, Bl. 132 u. 140; RWM an Scharf, 21.2.1939, ebd., Bl. 174.

1579 Vermerk des Pr. Staatsministeriums, Juli 1936, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 64.

1580 Bericht von v. Seidlitz über eine Unterredung mit Herrn Staatssekretär Posse und Herrn OBH Schlattmann am 30.6.1936, 2.7.1936, ebd., Bl. 72–76; Bericht von W. v. Seidlitz, 30.6.1936, ebd., Bl. 77–87.

1581 Vgl. RWM an W. von Seidlitz, 18.12.1936, ebd., Bl. 127 f.

am Widerstand des RMWEV scheiterten, erklärte sich Keppler schließlich bereit, den ehemaligen Präsidenten der PGLA in seine Organisation einzubauen, womit die Querelen im ‚Fall von Seidlitz‘ ihr Ende fanden.¹⁵⁸²

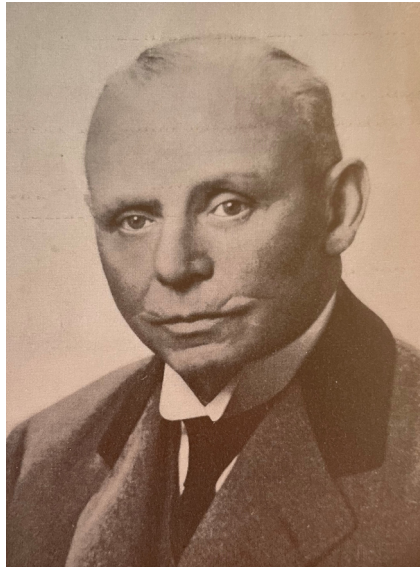


Abb. 30: Julius Versé (1881–1966), 1936 bis 1939 kommissarischer Präsident der PGLA.¹⁵⁸³

Zu seinem Nachfolger an der PGLA war schon am 13. Januar 1936 Julius Versé (NSDAP 1933) bestellt worden, dem es nach eigenem Bekunden innerhalb kürzester Zeit gelang, zwischen der Behördenleitung, der Fachschaft und der „Arbeitsfront“ einvernehmliche Beziehungen herzustellen.¹⁵⁸⁴

1582 Vermerk des Pr. Staatsministeriums über eine Besprechung des Referenten Friedrich Gramsch mit Franz Bachér und Rudolf Mentzel von RMWEV, 20.8.1936, ebd., Bl. 104; Werner Zschintzsch (Staatssekretär RMWEV) an Staatssekretär Körner (Pr. Staatsministerium), 22.10.1936, ebd., Bl. 105; Entwurf für ein Schreiben des Staatssekretärs des Beauftragten für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generaloberst Göring an Keppler, 24.11.1936, ebd., Bl. 111. Auch v. Seidlitz selbst biedernte sich bei Göring an, um seine vom RWM angestrebte Zurückstufung aufgrund des § 5 des ‚Berufsbeamtenengesetzes‘ (BBG) zu verhindern. W. v. Seidlitz an Generaloberst Göring, 20.11.1936, ebd., B. 113. Nachdem von Seidlitz im Juni 1937 um Versetzung in den Ruhestand bat, hob Schacht dessen Zurücksetzung aufgrund des § 5 BBG auf. Von Seidlitz war im Büro Keppler für die geophysikalische Erforschung des deutschen Bodens zuständig. Vgl. W. v. Seidlitz an Staatssekretär Körner (Pr. Staatsministerium), 22.12.1936, ebd., Bl. 124 f.; Staatssekretär Körner an Schacht (RWM), 23.12.1936, ebd., Bl. 129; Keppler an Staatssekretär Körner, 3.12.1936, 22.3.1937 u. 22.6.1937, ebd., Bl. 130, 148 u. 164 f.; Körner an Keppler, 4.6.1937, ebd., Bl. 162; W. v. Seidlitz an Staatssekretär Körner, Juni 1937, ebd., Bl. 167; Vermerk der Dienststelle des Beauftragten für den Vierjahresplan, Reichsmarschall Göring, 4.12.1941, ebd., Bl. 279.

1583 Aus: Udluft, Überlick (1968), S. 30 f.

Die sich von 1934 bis 1936 hinziehenden Auseinandersetzungen an der PGLA stellten in ihrer Heftigkeit zweifellos eine Ausnahme unter Deutschlands geologischen Diensten dar¹⁵⁸⁵, aber auch unter Versé ließ der politische Druck keineswegs nach, da der neue Präsident von seinen Mitarbeitern die „Parteizugehörigkeit oder zumindest Anschluss an eine Parteiformation“ verlangte.¹⁵⁸⁶ Dass Versé in dieser Hinsicht „leider durchaus ernst zu nehmen war“, geht zum Beispiel daraus hervor, dass der an der PGLA tätige außerplanmäßige Geologe Bernhard Beschoren im Oktober 1938 fristlos entlassen wurde, weil er sich geweigert hatte, an einem „N.S.-Schulungslager für Beamte“ teilzunehmen.¹⁵⁸⁷

Aber nicht nur in Berlin, sondern auch an allen anderen Landesanstalten sahen sich Beamte, Angestellte und Arbeiter dem Zwang politischer Überprüfungen ausgesetzt. Da noch keiner der Beamten des Sächsischen Geologischen Landesamtes im Juli 1933 der NSDAP angehörte, war es erforderlich, die bereits vom internen ‚Vertrauensmann‘ der NSDAP – dem Kanzlei-Angestellten Rudolf Pfeiffer (NSDAP 1932, SA)¹⁵⁸⁸ – einer Vorprüfung unterzogenen Fragebögen zum ‚Berufsbeamtengesetz‘ durch einen nicht zum Amt gehörenden Beamten prüfen zu lassen, der aber nichts zu beanstanden hatte.¹⁵⁸⁹ Während in Leipzig 1933 also niemand seine Stelle verlor, kam es an anderen Landesanstalten auch zu politisch motivierten Entlassungen.¹⁵⁹⁰ Der seit 1926 amtierende Leiter

-
- 1584 Vermerk des Oberbergamtsdirektors Versé, 23.5.1936, ebd., Bl. 54 f. Zu Versé siehe Anhang Biographien.
- 1585 In der offiziellen Darstellung der Bundesanstalt für Bodenforschung zur Geschichte der PGLA attestierte Herausgeber Hans Udluft den Nazi-Unruhestiftern um Wiegiers noch 1968 „durchweg Idealismus“ und „besten Willen“. Udluft, Überblick (1968), S. 33.
- 1586 Friedrich Mürriger an die Spruchkammer des Dillkreises (Aktenzeichen Dil 4833/47), 1.12.1947, HHStA Wiesbaden, 520/07, Nr. 8367, unpag.
- 1587 Ebd.; RWM an PGLA, 7.1.1939, GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 7041, Bl. 76. Obwohl der oben genannte PGLA-Hausmeister Fritz Becker durch das Pr. Oberverwaltungsgericht von allen Vorwürfen (Stromentnahme usw.) freigesprochen wurde, veranlasste Versé seine Degradierung nach § 5 des ‚Berufsbeamtengesetzes‘. Vermerk Versés, 25.11.1936, BAArch Berlin, R 71, Nr. 5, Bl. 131R-132; RWM an Becker (PGLA), 10.12.1936, ebd., Bl. 133.
- 1588 Pfeiffer wirkte seit 1931 in der Sächsischen GLA und schied vermutlich 1939 aus, um hauptamtlich zur SA überzutreten. Vgl. Schreiben von Kurt Pietzsch (RfB, Zweigstelle Freiberg) an Kromer (RfB Berlin), 14.7.1939, BayHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 420, Bl. 6. Zu Pfeiffer vgl. auch Pietzsch (Sächsische GLA, Leipzig) an Reichsstatthalter in Sachsen (Landesregierung, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Dresden), 8.12.1936, GLA Freiberg, A 02321/1, Bl. 38; Vermerk Pietzschs über Pfeiffer, 19.7.1938, ebd., Bl. 79; Kurt Pietzsch an RWM (mit anliegender Aufstellung über das Personal des Sächsischen GLA), 18.6.1936, GLA Freiberg A 02321/2, Bl. 89–91, hier Bl. 91.
- 1589 Vgl. Franz Kossmat (Sächsisches GLA, Leipzig) an Sächs. Finanzministerium (Dresden), 31.7.1933, ebd., Bl. 28 f. Bei dem externen Prüfer handelte es sich um den Leipziger o. Honorarprofessor für Analytische Chemie, Wilhelm Böttger, der vor der Reichstagswahl vom März 1933 einen Aufruf zur Stimmabgabe für Hitler unterzeichnet hatte. Vgl. Prüfnachweis Böttgers betr. Fragebögen zur Durchführung des BBG, 29.7.1933, ebd., Bl. 29; von Hehl, Wissenschaft (2010), S. 191. Zu Böttger vgl. Brennecke, Fünfzig Jahre (1950), S. 279 (ich danke Helmut Maier für den Hinweis).
- 1590 Zu von „Verfolgung, Emigration und Exil“ betroffenen Geowissenschaftlern vgl. Guntau, Aspekten (2002), S. 126–131; Hoppe/Hoppe, Geowissenschaftler (2018), S. 76–80.

der Badischen Geologischen Landesanstalt und „Nestor der südwestdeutschen Geologen“, Carl Schnarrenberger (NSDAP 1933), wurde am 31. Januar 1938 vorzeitig in den Ruhestand versetzt, weil er bis 1933 einer Freimaurerloge angehört hatte.¹⁵⁹¹ Gustav Götzinger, Direktor der Geologischen Bundesanstalt in Wien, wurde 1938 ebenfalls gezwungen, sein Amt niederzulegen, da er als „Dollfuss-Schuschnigg-Anhänger (...) politisch nicht tragbar“ war.¹⁵⁹² Zwar wurde er kurze Zeit später wieder eingestellt, musste sich jedoch mit einer niedrigeren Besoldungsgruppe und der Stellung eines Chefgeologen zufrieden geben.¹⁵⁹³

Er, wie auch alle anderen im Amt Gebliebenen – egal an welcher Landesanstalt – waren einem permanenten politischen Druck ausgesetzt, der zur Anpassung an die neuen Verhältnisse nötigte. Die Forderung nach individueller Zuordnung und Positionierung zum Nationalsozialismus zwang die Deutschen, sich durch den Gebrauch symbolischer Praktiken öffentlich zur NS-Regierung zu ‚bekennen‘ und sich in die von dieser postulierte, „sozial harmonisierte und ‚rassisch‘ homogenisierte ‚Volksgemeinschaft‘“ einzugliedern.¹⁵⁹⁴ Dies hatte massive Auswirkungen auf das Privatleben, aber auch auf den Arbeitsalltag in den Behörden. So mussten alle ‚Gefolgschaftsmitglieder‘ die Einführung des ‚Hitlergrußes‘ hinnehmen, waren gezwungen, dem ‚Führer‘ die Treue zu schwören sowie ihm und seiner Entourage auf so genannten „Gemeinschaftsempfängen“ am Lautsprecher zu folgen.¹⁵⁹⁵ Die Nazis etablierten auch eine neue ‚Festkultur‘. Vor allem der 1. Mai – der „Tag der nationalen Arbeit“ – stellte einen Höhepunkt ihrer „emotionalen Vergemeinschaftungsversuche“ dar.¹⁵⁹⁶ Die zu diesem Anlass überall im Reich abgehaltenen Maifeiern und Aufmärsche entwickelten sich „zu einem normativen, selbstverständlich praktizierten Element sozialen Verhaltens“, dem sich auch die hier untersuchten Belegschaften zu unterwerfen hatten.¹⁵⁹⁷ Den Maifeiern schlossen sich in der Regel so

1591 Zu Schnarrenberger siehe Anhang Biographien.

1592 So zumindest der von der PGLA an die Universität Göttingen gewechselte Walter Schriel (Geologisches Institut, Universität Göttingen) an RMWEV (mit anliegenden Vorschlägen zur Organisation des XVIII. Internationalen Geologen Kongresses in London 1940), 30.11.1938, BArch Berlin, R 4901, Nr. 3079, Bl. 59–64, hier Bl. 61R, 62. Thaler u.a., Bergwetter (2018), S. 24, 28. Zu Götzinger siehe Anhang Biographien.

1593 Vgl. Danner, Görings Geologen (2015), S. 28 f.; Thaler u.a., Bergwetter (2018), S. 24.

1594 Steinbacher, Differenz (2012), S. 97; Steuwer, Drittes Reich (2017), S. 82, 144, 146; Dahm, Volksgemeinschaft (2016), S. 219.

1595 Vgl. etwa von allen Mitarbeitern der RfB-Zweigstelle Freiberg gegengezeichneter Umlauf betr. gemeinsamen Hörens einer „Übertragung der Führerrede im Vortragsraum“, 9.11.1940, GLA Freiberg, A 02338/3, Bl. 66. In der PGLA wurde zur Sicherstellung des reibungslosen Ablaufs der „angeordneten Gemeinschaftsempfänge“ 1936 eine Hochantenne installiert. Versé (PGLA) an die Pr. Bau- und Finanzdirektion (Berlin), LAB, A Pr. Br. Rep. 042, Nr. 1764, unp.

1596 Marszolek, Proletarier (2014), S. 226.

1597 Babendreier, Erdbeben (2014), S. S. 87. Vgl. etwa Ablaufplan der Maifeier 1935 der GLA Leipzig, 29.4.1935, GLA Freiberg, A 02340/1, Bl. 9; Kurt Pietzsch (GLA Leipzig) an den Reichsstatthalter in Sachsen (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Dresden) betr. Zuschüsse zu Gemeinschaftsfeiern bei öffentlichen Verwaltungen und Betrieben, 21.4.1937, ebd., Bl. 23.

genannte Kameradschaftsabende an, die der praktischen Umsetzung des von den Nationalsozialisten proklamierten „Betriebs- und Volksgemeinschaftsgedankens“ dienen sollten.¹⁵⁹⁸

Verstöße gegen den alltäglichen und überall im Reich bestehenden Zwang zur Konformität bedrohten vielfach sicher geglaubte Laufbahnen, denn Beförderungen wurden nun an politische Bedingungen geknüpft. Um aufzusteigen, waren nun meist Stellungnahmen externer Parteidienststellen von Nöten, die im Fall der Beamten die Grundlage für die endgültige Zustimmung durch den Stab des Stellvertreters des ‚Führers‘ bildeten.¹⁵⁹⁹ Dem in Freiburg tätigen Chemiker Adolf Schinzinger, der seit 1927 das Laboratorium der Badischen Geologischen Landesanstalt leitete, wurde beispielsweise die Übernahme ins Beamtenverhältnis verwehrt, weil er nicht bereit war, „sich der Forderung nach politischer Fügsamkeit“ zu beugen.¹⁶⁰⁰ Der frühere Zentrumsanhänger hielt auch nach 1933 „kompromisslos an der röm. kath. Kirche fest“ und weigerte sich, trotz eindringlicher Mahnungen der politischen Vertrauensleute seiner Behörde, der NSDAP beizutreten, was zur Folge hatte, dass ihm eine Aufnahme ins Beamtenverhältnis bis 1945 verwehrt blieb.¹⁶⁰¹ Bedenken hegte die NSDAP-Gauleitung Baden auch gegen seinen Freiburger Kollegen Walter Hasemann, der nur für seinen Beruf und seine Wissenschaft lebte und „wenig politisches Interesse“ an den Tag legte. Die Folge war, dass die Gauleitung für Hasemann eingereichte Beförderungsvorschläge 1938 und 1939 ablehnte.¹⁶⁰² Dies gab vermutlich den Ausschlag dafür, dass Hasemann sich um

1598 Morsch, Arbeit (1993), S. 228. An der PGLA löste der 1. Mai 1935 bspw. Komplikationen aus, die sicher nicht zur Harmonisierung des Betriebsklimas beitrugen. Vgl. Betriebszellenobmann und Betriebswalter der Betriebszelle PGLA Pfeiler an die NSDAP-Ortsgruppe Scharnhorst (Berlin), 11.5.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 62–68. Dagegen verstand es der Direktor des Sächsischen GLA, ‚seine‘ Leute durch gemeinsame Ausflüge, Kegelabende und Betriebsfeste ‚bei der Stange‘ zu halten. Von einem ursprünglich als Maifeier durchgeführten Kegelwettkampf, entwickelte sich ab 1938 sogar ein monatlicher Kegelabend. Vgl. dazu den Schriftwechsel in GLA Freiberg, A 02340/1. Ganz ohne Indoktrination lief es aber auch in Sachsen nicht. So erhielten die drei Gewinner des anlässlich der „Maifeier“ 1938 durchgeführten Kegelwettkampfs folgende Buchpreise: Otto Dietrich: Mit Hitler in die Macht, München 1934, Joseph Goebbels: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934, Heinrich Bauer: Florian Geyer, Goslar 1935. Vgl. Richard Vogts-Buchhandlung, Freiberg an GLA Freiberg, 14.5.1938, ebd., Bl. 35.

1599 Vgl. etwa Präsident der PGLA an Fachschaftsgruppenwalter Pg. Berger (Berlin) betr. Beförderung des Bezirksgeologen Paul Assmann, 1.12.1938, BArch Berlin, R 71, Nr. 3, Bl. 188; RWM an Pr. Finanzminister, 4.3.1937, GStA, I. HA Rep. I C, Nr. 7041, Bl. 58.

1600 Reif, Geschichte (1992), S. 52.

1601 Von Schinzinger ausgefüllter Fragebogen der Militärregierung in Deutschland, 27.11.1945, Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Freiburg (LABW-StAF), D 180/2, Nr. 553, 1 Fasz., unpag.; Gaupersonalamtsleiter (Gauleitung – Amt für Beamte der NSDAP, Gau Baden) an den Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister (Karlsruhe), 7.1.1938, ebd., unpag.; NSDAP Gau Baden (Kreisleitung Freiburg, Amt für Beamte) an die NSDAP Gau Baden (Amt für Beamte, Karlsruhe), 1.10.1937, ebd., unpag. Zu Schinzinger siehe Anhang Biographien.

1602 Abschrift eines Schreibens des NSDAP-Gauamtsleiters an das Finanz- und Wirtschaftsministerium (Karlsruhe), 6.7.1938 u. 21.2.1939, LABW-StAF, D 180/2, Nr. 549, 1 Fasz., unpag. Hasemann wurde im Januar 1939 als NSDAP-Anwärter geführt. Siehe von Hasemann

eine Aufnahme in die NSDAP bemühte, die 1941 erfolgte. Durch diesen Schritt waren nach Ansicht der Gauleitung alle Voraussetzungen dafür erfüllt, dass er die nach dem Ausscheiden Schnarrenbergers vakante Stelle des Leiters der RfB-Zweigstelle Freiburg kommissarisch übernehmen konnte.¹⁶⁰³

Das berufliche Fortkommen hing aber noch von anderen Bedingungen ab. Neben der für die ‚Gefolgschaftsmitglieder‘ verpflichtenden Vereidigung auf den ‚Führer‘, sahen sich nun auch alle Mitarbeiter gezwungen, für sich und ihren Ehepartner einen so genannten ‚Ariernachweis‘ zu erbringen.¹⁶⁰⁴ Mit Blick auf die neuen Umstände hielt es der Kassenchef der PGLA, der Bergamtmann Wilhelm Dahle, für unnötig, sich der NSDAP anzuschließen. Denn nach der nun für jedermann obligatorischen Vereidigung auf Hitler mache es keinen Unterschied, ob ein Beamter Mitglied der NSDAP sei oder nicht, da durch den Eid nun „alle nationalsozialistische Beamte“ seien. Schlattmann quittierte diese Haltung damit, dass er Dahle bei der nächsten Beförderung überging.¹⁶⁰⁵

Nach den Bestimmungen des Deutschen Beamtengesetzes konnte nur Beamter werden, „wer deutschen oder artverwandten Blutes“ war und wenn er verheiratet war, „einen Ehegatten deutschen oder artverwandten Blutes“ hatte. Aufgrund dieser Bestimmungen verzögerte sich 1937 die Beförderung des außerplanmäßigen Geologen Georg Fischer zum Bezirksgeologen, weil es ihm noch nicht gelungen war, die „deutschblütige Abstammung“ seiner Ehefrau nachzuweisen, da nichts über ihren „Großvater mütterlicherseits“ in Erfahrung zu bringen war.¹⁶⁰⁶

Auch der Berliner Geologe Ernst Fulda (SA 1934–1938) wurde zunächst nicht befördert. Allerdings lag dies daran, dass er sich weigerte, die NS-Presse

-
- ausgefüllter Meldebogen auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom März 1947, 21.12.1948, ebd., unpag. Zu Hasemann siehe Anhang Biographien.
- 1603 Hasemann fungierte bis 1945 als kommissarischer Leiter der RfB-Zweigstelle Freiburg. Vgl. ebd.; Ludwig Erb (Badischer Landesgeologe) an Archivdirektor Dr. Hefele (Freiburg), 11.1.1946, ebd., unpag. In seiner Darstellung zur Geschichte des Geologischen Landesamts Baden-Württemberg erwähnt Winfried Reiff die 1933 erfolgte „Zurruhesetzung“ des Landesgeologen Wilhelm Spitz. Reiff, *Geschichte* (1992), S. 34. Aus der Spruchkammerakte für Spitz geht jedoch hervor, dass er bis zu seinem Tod 1944 im Dienst der Landesanstalt bzw. RfB-Zweigstelle Freiburg stand. Von der Witwe Hedwig Spitz ausgefüllter Meldebogen auf Grund des Gesetzes zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus vom März 1947, 23.7.1948, LABW-StAF, D 180/2, Nr. 206893, unpag. Ich danke Annika Ludwig (Staatsarchiv Freiburg) für die Hinweise.
- 1604 Vgl. etwa Vereidigungsnachweis für Otto Barsch (PGLA), 27.8.1934, BArch Berlin, R 71, Nr. 4, Bl. 3; Bescheinigung für Barsch über die Vorlage des Ahnenpasses für sich und seine Ehefrau, 31.1.1939, ebd., Bl. 6; Ergänzende Erklärung Barschs, dass weder er noch seine Frau „von jüdischen Eltern oder Großeltern“ abstammten, 26.1.1937, ebd., Bl. 7; RWM an Pr. Ministerpräsidenten betr. Ernennung des Beamten Max Meisner, 2.7.1937, GStA, I HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 168.
- 1605 Dahle an Präsident PGLA, 18.9.1934, GStA, I. HA Rep. 121, Nr. 1330, unpag.; Schlattmann (RWM) an PGLA, 11.12.1934, ebd., unpag.
- 1606 RWM (Abt. III) an den Präsidenten der PGLA, Juni 1937, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30162, Bl. 20. Die Ernennung zum Bezirksgeologen im Jahr 1938 lässt darauf schließen, dass Fischer die notwendigen Unterlagen zu diesem Zeitpunkt vollständig vorgelegt hatte. Zu Fischer siehe Anhang Biographien.

zu lesen, die seiner Meinung nach „nicht das wissenschaftliche und geistige Niveau“ besaß, das er als Akademiker benötigte. Außerdem hatte er sich 1933 gegen den Übergang der von dem jüdischen Verlagshaus Arthur Scholem gedruckten Zeitschrift der DGG auf einen ‚arischen‘ Verleger gestellt, was ihm vier Jahre später die Beförderung kostete.¹⁶⁰⁷ Der in seinem Fortkommen Gehinderte stellte sich 1938 daraufhin als Blockleiter in den Dienst der NSV und meinte nach zweijähriger aktiver Tätigkeit in seiner Ortsgruppe, damit „die Anwartschaft zum Eintritt als Mitglied der NSDAP erworben“ zu haben.¹⁶⁰⁸ Dazu kam es zwar nicht, aber immerhin wurde Fulda bald darauf zum Abteilungsleiter der RfB ernannt.¹⁶⁰⁹

Dass die NSDAP-Gauleitung der Reichshauptstadt an ihrem Kurs praktisch ‚bis zum Schluss‘ festhielt, zeigte das Beispiel des in Berlin beschäftigten Oberinspektors Eugen Geyer, dem 1943 eine Beförderung zum Kartographen-Amtmann verwehrt wurde, weil er nicht der NSDAP angehörte. Das Personalamt der Gauleitung Berlin vertrat die Ansicht, Geyer müsse sich zunächst „bei der Partei in irgendeiner Form betätigen“, wozu es ihm eine „gewisse Bewährungsfrist“ auferlegte.¹⁶¹⁰ Geyer war 1932 der NSBA der PGLA beigetreten, hatte sich aber nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten nicht zum Eintritt in die NSDAP, die SA oder die SS entschlossen. Zwar konnte er einige „Alibi-Mitgliedschaften“¹⁶¹¹ (NSV, RDB, RLB, Reichskolonialbund) nachweisen, diese waren aber selbst der Gauleitung Berlin ganz offensichtlich zu wenig. Der bis dahin politisch weitgehend inaktive Geyer sah sich daher noch 1943 gezwungen, sich als Blockhelfer in der für ihn zuständigen Ortsgruppe zu betätigen, sich seine dienstliche Beförderung also durch politischen Aktivismus zu verdienen. Wie aus dem „politischen Führungszeugnis“ der NSDAP-Gauleitung Berlin vom Juni 1944 hervorging, bestanden gegen eine Beförderung Geyers nun keine Bedenken mehr.¹⁶¹²

Politische Untätigkeit fiel aber auch Parteigenossen auf die Füße. Gegen den an der PGLA tätigen Chemiker Richard Köhler (NSDAP 1935) wurde 1935 ein Parteigerichtsverfahren angestrengt, weil er die allgemein unbeliebten Sammlungen für das Winterhilfswerk (WHW) ablehnte, „sich nur in geringem Umfang an den Veranstaltungen der NSDAP beteiligte (...) und Arbeiten jeglicher Art für die Ortsgruppe verweigerte“. Dies brachte ihm eine Verwarnung des zuständigen NSDAP-Kreisgerichts und eine dreijährige

1607 Schlattmann (RWM) an den Präsidenten der PGLA, 20.2.1937, BArch Berlin, R 71, Nr. 16, Bl. 146. Zur Rechtfertigung Fuldas vgl. Fuldas an die PGLA, 24.2.1937, ebd., Bl. 149 f.

1608 Ernst Fulda an RfB Berlin, 13.9.1939 u. 24.5.1940, ebd., Bl. 173 u. 184.

1609 Zu Fulda siehe Anhang Biographien.

1610 Brockamp (RfB Berlin) an Gauleitung Berlin der NSDAP (Gau-Personalamt), 19.5.1944, BArch Berlin, R 71, Nr. 17, unpag. Zu Geyer siehe Anhang Biographien.

1611 Diese Zuschreibung geht zurück auf Fisch, Willkür (2016), S. 55.

1612 Brockamp (RfB Berlin) an Gauleitung Berlin der NSDAP (Gau-Personalamt), 19.5.1944, BArch Berlin, R 71, Nr. 17, unpag.; Politisches Führungszeugnis der NSDAP-Gauleitung Berlin an RfB Berlin betr. den Volksgenossen Eugen Geyer, 10.6.1944, ebd., unpag.

Beförderungssperre ein.¹⁶¹³ Wie bereits erwähnt, erwiesen sich nun auch ehemalige Logenmitgliedschaften als Bürde. Da er falsche Angaben über seine Logenvergangenheit gemacht hatte, wurde gegen den PGLA-Direktor Johannes Behr 1938 ein Dienststrafverfahren eingeleitet, was möglicherweise den Ausschlag dafür gab, dass er um seine vorzeitige Versetzung in den Ruhestand bat.¹⁶¹⁴ Während dem Registraturvorsteher der RfB Berlin, Constantin Mahl noch 1940 die Übertragung einer Stelle als Oberinspektor verwehrt wurde, weil er einst Logenmitglied gewesen war¹⁶¹⁵, wurde sein Berliner Kollege Wilhelm Kegel, der auch einer Loge angehört hatte, zwar befördert, durfte jedoch nicht mit der Bearbeitung von Personalangelegenheiten sowie heereswichtigen Aufträgen und Vermessungen betraut werden.¹⁶¹⁶

Obwohl die Direktoren der Landesanstalten immer wieder über wachsende Aufgabenfülle und dieser entgegenstehenden Personal- und Zeitmangel klagten¹⁶¹⁷, finden sich in den Aktenüberlieferungen zahlreiche Hinweise dafür, dass ihnen Mitarbeiter durch Schulungen, SA-Sportlager, politische Veranstaltungen (z.B. Volksabstimmungen, SA-Aufmärsche, Paraden, Reichsparteitage), ja sogar durch Ernteeinsätze entzogen wurden.¹⁶¹⁸ Auch der im April 1933 gegründete Reichsluftschutzbund (RLB) veranstaltete zahllose Lehrgänge, die für verschiedene Mitarbeiter der Landesanstalten verpflichtenden Charakter

1613 Vgl. NSDAP (Stab des Stellvertreters des Führers) an RWM, 1.1.1938, BArch Berlin, R 71, Nr. 31, Bl. 116R. Zu Köhler siehe Anhang Biographien.

1614 Jedenfalls wurde Kegel wegen seiner ‚Verfehlung‘ die für Ruhestandsbeamte übliche Danksagung für geleistete Dienste verwehrt. Entwurf eines Schreibens des Pr. Staatsministeriums an Philipp Bouhler (Kanzlei des Führers der NSDAP), 22.4.1938, GStA, I. HA, Rep. 90A, Nr. 1023, Bl. 209; Vermerk vom 23.3.1939 auf einem Schreiben des RWM an den Pr. Ministerpräsidenten, 21.3.1939, ebd., Bl. 274.

1615 Vgl. Gesuch des B.I. Mahl um Übertragung einer Oberinspektorstelle an RWM, 1.4.1940, BArch Berlin, R 71, Nr. 31, Bl. 162.

1616 Vgl. RWM an Pr. Ministerpräsidenten, 24.9.1938, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 237.

1617 Zum „Mangel an Geologen“ vgl. Tätigkeitsbericht PGLA 1938 (1939), S. 15.

1618 Vgl. Einladung des Führers des Verbandes der staatlichen Finanzbeamten Sachsens zu einer Versammlung sämtlicher Beamten des Finanzministeriums und der diesem unterstellten Dienstbehörden, 9.1.1933, GLA Freiberg, A 02321/2, Bl. 3; Auszüge aus der Zeitschrift Reichstreubund ehemaliger Berufssoldaten vom 5.9.1934, Nr. 17, S. 354 betr. Beurlaubung von Beamten, Angestellten und Arbeitern für Zwecke der NSDAP und der ihr angegliederten Verbände, ebd., Bl. 39 f. Der an der PGLA tätige Bergverwaltungsinspektor Friedrich Heinzmann (NSDAP 1933) wurde 1934 wegen „Vorbereitungen zur Volksabstimmung“ vom Dienst beurlaubt. NSDAP-Ortsgruppe Schmargendorf an PGLA, 15.8.1934, BArch Berlin, R 71, Nr. 26, Bl. 118. Wiegers erhielt 1935 eine Freistellung, um einen vom SA-Chef Viktor Lutze geplanten Aufmarsch der Berliner SA (45.000 Mann) vorzubereiten. Wiegers an v. Seidlitz, 31.10.1935, BArch Berlin, R 71, Nr. 58, Bl. 364. Der SA-Anwärter Habermeyer wurde zum Absperredienst zu der anlässlich des ‚Führergeburtstags‘ am 20.4.1937 stattfindenden Wehrmachtsparade angefordert. NSDAP (SA-Brigade 30) an PGLA, März 1937, BArch Berlin, R 71, Nr. 21, Bl. 48. Der Registraturvorsteher der PGLA Constantin Mahl musste 1938 als Sänger im Bruno Kittel Chor, an der Eröffnungsfeier des Reichsparteitag in Nürnberg mitwirken. Urlaubsantrag Mahls an den Präsidenten der PGLA, 16.8.1938, BArch Berlin, R 71, Nr. 35, Bl. 154. Zum Ernteeinsatz der sächsischen Geologen vgl. Kurt Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiberg) an Kreisleiter (Freiberg), 8.8.1939, GLA Freiberg, A 02321/3, Bl. 112.

annahmen, da sie als Luftschutzwarte ihrer Häuser abgestellt wurden und für die Einweisung der Belegschaft, für die Durchführung von Luftschutzübungen und die Einhaltung der Brandschutz- und Verdunklungsverordnungen in ihren Behörden verantwortlich waren.¹⁶¹⁹

Als überaus lästig erwiesen sich die für Beamte verpflichtenden Schulungslager der NSDAP, weil die Geologen dadurch wichtigen Dienstgeschäften entzogen wurden. Als der Leiter der Zweigstelle Freiberg der RfB die Zentrale in Berlin im Juli 1939 über die Einstellung des Geologen Adolf Watznauer (NSDAP 1938)¹⁶²⁰ informierte betonte er, dieser sei bereits Beamter, so dass „wohl eine vorherige Ausrichtung im Schulungslager Tölz (...) nicht unbedingt erforderlich“ sei, zumal Watznauers „Arbeitskraft“ in Freiberg „ganz dringend benötigt“ werde.¹⁶²¹ Wie viele seiner Kollegen wurde auch Edmund Beyenburg, seit 1930 an der PGLA und seit 1936 Mitglied des Vorstands der DGG, verpflichtet, an einem NS-Schulungskurs in Bad Tölz teilzunehmen. Beyenburg hatte seine religiösen Überzeugungen nie aufgegeben und war deswegen mit dem Schulungsleiter aneinandergeraten, der ihm daraufhin attestierte den Kurs „wegen jesuitischer Haarspalterei“ und „Nichtmitgliedschaft in der SA oder SS“ nicht bestanden zu haben. Die Folge war, das Beyenburg nicht planmäßig angestellt wurde, was einen solchen Schock bei ihm auslöste, dass er seinen Dienst nicht mehr versehen konnte und Anfang 1940 in den Ruhestand versetzt wurde.¹⁶²² Der seit 1928 an der PGLA tätige Herbert-Lothar Heck (SA 1933) gab nach 1945 an, seine Ernennung zum Beamten sei „immer wieder abgelehnt“ worden, da er sich geweigert habe, der NSDAP beizutreten und seine damalige Frau „Nichtarierin“ gewesen sei. Deswegen habe ihm Versé „als Strafe“ einen Lehrgang im „Reichsbeamtenschulungslager Bad Tölz“ auferlegt, unter dem Heck „in jeder Hinsicht“ gelitten habe.¹⁶²³ Die Pflicht zur Teilnahme an Schulungslagern der NSDAP bestand aber nicht nur für die Berliner Geologen.¹⁶²⁴ Der Leiter der Thüringischen Geologischen Landes-

1619 Vgl. RLB an PGLA betr. Urlaubsantrag zum Luftschutzlehrgang für Paul Assmann, 6.4.1936, BArch Berlin, R 71, Nr. 3, Bl. 159; Von Edmund Picard ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BArch Berlin, R 71, Nr. 43, unpag., Freistellungsanträge des Chemikers Karl Stockfisch zur Teilnahme an Luftschutzlehrgängen, 30.11.1933, 5.12.1934, 6.2.1936, 5.1.1937, BArch Berlin, R 71, Nr. 51, Bl. 123, 126, 133, 138; RLB an PGLA, 25.3.1938, ebd., Bl. 146; Versé (PGLA) an Pr. Bau- und Finanzdirektion, 13.10.1937, LAB, A Pr. Rep. 042, Nr. 1764, unpag.

1620 Zu Watznauer siehe Anhang Biographien.

1621 Kurt Pietzsch (RfB, Zweigstelle Freiberg) an RfB (Berlin), 1.7.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 56, Bl. 8.

1622 Udluft, Nachruf Beyenburg (1959), S. XVII. Zu Beyenburg siehe Anhang Biographien.

1623 Daber, Lebenslauf (2004), S. 35. Zu Heck siehe Anhang Biographien.

1624 Vgl. etwa Teilnehmerbescheinigung der NSDAP (Stellvertreter des Führers, Reichslager Bad Tölz) für August Abel, 30.4.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 1, unpag.; RWM an PGLA betr. Teilnahmebescheinigung für Richard Köhler am Reichslager für Beamte in Tutzing, Februar 1938, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30162, Bl. 269; Aktenvermerk über die Einberufung des Geologen Kurt Beyer zum Lehrgang des Reichslagers für Beamte in Bad Tölz, 4.4.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 7, Bl. 64; Antrag von Fritz Behrend auf Dienstbefreiung zur Teilnahme an einem Lehrgang in der „Wilhelm-Frick-Schule“, Rehnitz Neumark, 21.11.1938, BArch Berlin, R 71, Nr. 6, Bl. 199.

untersuchung in Jena, Fritz Deubel (NSDAP 1937), sah sich 1936 gezwungen, sich einem „Lehrgang für Ministerialbeamte an der Thüringischen Staatsschule für Führertum und Politik in Bad Berka“ zu unterziehen.¹⁶²⁵ Der am Sächsischen GLA beschäftigte Heinz Ebert (NSDAP, SA 1932)¹⁶²⁶ nahm auf Veranlassung seiner vorgesetzten Behörde 1935 an „einem Lehrgang in der NSDAP-Gauführerschule Sachsen“ in Augustusburg teil.¹⁶²⁷

Ob der ‚alte Kämpfer‘ Ebert ein Problem damit hatte, ist allerdings zu bezweifeln, denn er stand in gewisser Weise für jene Staatsgeologen, die sich, wie die Mitglieder der ‚Gruppe Wiegers‘ an der PGLA, als überzeugte Anhänger der Hitler-Regierung und als ‚Nationalsozialisten der Tat‘ gerierten.¹⁶²⁸ Aber auch die von Wiegers bekämpften ‚Reaktionäre‘ an der PGLA passten sich den neuen Verhältnissen schnell an. Der von v. Seidlitz mit der Ansprache anlässlich des ‚Volkstrauertages‘ 1935 beauftragte Maximilian Meisner (NSDAP 1937) ließ es sich bei seiner Ehrung der Gefallenen des Ersten Weltkrieges nicht nehmen, auf „den hellen Tag der deutschen Wiedergeburt von 1933“ zu verweisen und sich als Vertreter der ‚Hindenburgfront‘ vor den neuen Machthabern semantisch zu verbeugen.¹⁶²⁹ Solche Verlautbarungen, die lange nachwirkende Präsenz der ‚Gruppe Wiegers‘, aber auch der Eintritt zahlreicher neuer, ebenfalls der NSDAP angehörender Nachwuchskräfte hatten zur Folge, dass sich in der historischen Forschung eine Auffassung durchsetzte, nach der die „Mehrzahl der Mitarbeiter“ der PGLA Angehörige von NS-Organisationen gewesen seien.¹⁶³⁰ Diese Behauptung ist jedoch falsch, wie eine statistische Erhebung auf der Grundlage der dieser Untersuchung vorliegenden Quellenüberlieferungen zeigt.

Im Zuge der Aktenauswertung für diese Studie wurden etwa 800 Personen ermittelt, die im Zeitraum von 1933 bis 1945 in Deutschlands Geologischen Diensten beschäftigt waren. Die für jede dieser Personen vorgenommene Recherche ergab das vorliegende Ergebnis, wobei festzuhalten ist, dass die

1625 Deubel an den Thüringischen Wirtschaftsminister (Weimar), 4.6.1936, BArch Berlin, R 71, Nr. 7, Bl. 80.

1626 Zu Ebert siehe Anhang Biographien.

1627 Kurt Pietzsch (Sächsisches Geologisches Landesamt, Leipzig) an den Sächsischen Finanzminister (Dresden), 19.3.1935, BArch Berlin, R 71, Nr. 13, Bl. 23.

1628 Vgl. Pfeffer, Nachruf Geller (1935), S. 32.

1629 Gefallenengedenkfeier (1935), S. 34–38, hier S. 35. Wie die ‚Gruppe Wiegers‘ monierte, war Meisner von v. Seidlitz für die Gedenkveranstaltung ausgewählt worden, der die Weisung erhalten hatte, in seiner Rede „den Stahlhelm nicht zu kurz kommen zu lassen“. Bericht von Scharf zur Frage der Teilnahme der Fahne der Fachschaftsgruppe an der Veranstaltung der PGLA, 15.3.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 44 f.

1630 Kühn/Rohrbeck, Landesanstalt (1987), S. 32. Im Oktober 1945 äußerte ein Vertreter des Berliner Magistrats nach einem Besuch in der RfB Berlin, dass dort „wohl alle Geologen, die ausnahmslos wohl alle Pgs. gewesen“ seien, „entlassen werden müssten“. Bericht der Abteilung Museen und Sammlungen (Berlin) über das RfB Berlin, 12.10.1945, LAB, C Rep. 900-01, Nr. 155, unpag. Stefan Fisch kam bei seiner Auswertung von 30 Personalfragebögen von Geologen des Reichsamtes für Bodenforschung, also auf einer relativ schmalen Datenbasis, zu dem Ergebnis, dass 87 % von ihnen als „NS-nah“ zu bezeichnen seien. Fisch, Willkür (2016), S. 59.

hier dargestellten Mitgliedszahlen nur Mindestangaben darstellen, da nicht für alle Personen Informationen gefunden und ‚unklare Mitgliedschaften‘ nicht berücksichtigt wurden. Über den Aussagewert solcher Erhebungen lassen sich sicher Zweifel anmelden. Aber anhand der hier aggregierten Zahlen lässt sich beispielsweise für die Gruppe der in Deutschlands Geologischen Landesanstalten beschäftigten Beamten konstatieren, dass sich mehr als die Hälfte von ihnen der NSDAP anschloss. Dies korrespondiert mit Befunden der neueren Forschung, wonach Beamte überdurchschnittlich häufig in die Partei eintraten. So wurden bis zum Ende des ‚Dritten Reiches‘ rund 60 Prozent aller deutschen Beamten Mitglied in der NSDAP, obwohl es für sie trotz zum Teil erheblichen Drucks nicht zwingend vorgeschrieben war.¹⁶³¹ Die in den staatlichen geologischen Diensten tätigen Beamten unterschieden sich demnach nicht vom gesamtdeutschen Trend. Interessant ist der Vergleich zwischen den einzelnen Häusern. Während in München knapp 40 %, in Berlin, Wien, Kiel und Stuttgart etwa 50 % der Beamten in die NSDAP eintraten, waren es in Freiberg und Jena 100 %. Mit Blick auf die Gesamtheitschaften (Beamte, Angestellte, Arbeiter) ist festzuhalten, dass der formale ‚Belastungsgrad‘ bei etwa 30 Prozent lag, während sich über 60 Prozent überhaupt keiner NS-Organisation zuwandten. Für Berlin wird die bisherige Sichtweise, nach der sich die Mitarbeiter dort mehrheitlich für einen Eintritt in NS-Organisationen entschieden, deutlich relativiert.

Durch das Aggregieren statistischer Daten erhalten wir erste Anhaltspunkte über die ‚formale Belastung‘ der Geologen, aber das bloße ‚Auszählen von Nazis‘ hilft der Forschung letztlich nur bedingt weiter, weil es nichts darüber aussagt, wie sich die dahinterstehenden Menschen im Einzelnen verhalten haben.¹⁶³² „Aus der Parteimitgliedschaft lässt sich nicht ohne weiteres auf Motivation und Überzeugung“ der Mitarbeiter schließen. Das mag im Fall der so genannten ‚Alten Kämpfer‘ eindeutiger sein. Aber bei denjenigen, die erst ab 1933 der NSDAP beitraten, wissen wir nicht, „ob sie es aus Überzeugung, Karrierestreben, Opportunismus oder aus politischem Druck heraus taten.“¹⁶³³

1631 Falter, *Hitlers Parteigenossen* (2020), S. 242, 252; Kuller, *Verwaltung*, S. 236.

1632 Vgl. Eden/Marx/Schulz, *Verwaltungen* (2018), S. 492.

1633 Ebd., S. 500.

Tab. 24: Mitgliedschaften bzw. Nichtmitgliedschaften von Mitarbeitern der Staatlichen Geologischen Dienste in NS-Organisationen, 1933–1945.¹⁶³⁴

Gesamtzahl MA (einschließlich der Dienststelle Bentz)	817	NSDAP (zudem Antrag abgelehnt)	davon AK	SS (auch FM)	SS ausgeschieden
Berlin Beamte	163	79 = 48,47 %	7	18	3
Berlin Angestellte	376	85 (1) = 22,60 %	18	7	-
Berlin Arbeiter	67	5 = 7,4 %	-	-	-
BERLIN GESAMT	606	169 (1) = 27,89 %	25	25	3
München Beamte	12	5 = 41,66 %	-	1	1
München Angestellte	33	4 = 12,12 %	-	-	-
München Arbeiter	1	-	-	-	-
MÜNCHEN GESAMT	46	9 = 19,57 %	-	1	1
Freiberg Beamte	5	5 = 100 %	1	2	-
Freiberg Angestellte	19	5 = 26,32 %	-	1	1
Freiberg Arbeiter	3	1 = 33,33 %	1	-	-
FREIBERG GESAMT	27	11 = 40,74 %	2	3	1
Freiburg Beamte	6	5 = 83,33 %	2	-	-
Freiburg Angestellte	3	-	-	-	-
Freiburg Arbeiter	1	1 = 100 %	-	-	-
FREIBURG GESAMT	10	6 = 60 %	2	-	-
Jena Beamte	4	4 = 100 %	-	-	-
Jena Angestellte	5	1 = 20 %	-	-	-
Jena Arbeiter	1	-	-	-	-
JENA GESAMT	10	5 = 50 %	-	-	-
Stuttgart Beamte	6	3 = 50 %	-	-	-
Stuttgart Angestellte	5	1 = 20 %	1	1	-
Stuttgart Arbeiter	1	-	-	-	-
STUTTGART GESAMT	12	4 = 33,33 %	1	1	-
Wien Beamte	19	9 (2) = 47,37 %	-	-	-
Wien Angestellte	33	7 = 21,21 %	-	-	-
Wien Arbeiter	6	-	-	-	-
WIEN GESAMT	58	16 (2) = 27,59 %	-	-	-

1634 Es war nicht immer möglich, festzustellen ob es sich bei den Mitarbeitern um Beamte, Angestellte oder Arbeiter handelte. Auch erscheinen die Mitarbeiterzahlen für einzelne Landesanstalten recht hoch. So waren nach einer Aufstellung der RfB-Zweigstelle München dort 1943 34 Personen (11 Beamte, 22 Angestellte, 2 Arbeiter) beschäftigt. Die Diskrepanz zu der in der Tab. aufgeführten Zahl von 46 Mitarbeitern erklärt sich aus der für alle Behörden typischen Personalfuktuation zwischen 1933 und 1945. Vgl. Personalstand des RfB, Zweigstelle München für das Rechnungsjahr 1943, BayHStA München, Bayerisches Oberbergamt 230, unp.

SA (auch neben anderen NS-Org.)	SA ausgeschieden	Sonstige NS-Org. (neben NSDAP, SS, SA)	Nur sonstige NS- Org. (ohne NSDAP, SS, SA)	Keine Mitgliedschaften
46	16	70	40	32
16	7	28	13	273
-	-	2	-	61
62	23	100	53	371 = 61,22 %
2	2	2	4	3
2	2	2	2	27
-	-	-	-	1
4	4	4	6	31 = 67,39 %
1	1	3	-	-
2	-	3	-	13
-	-	-	-	2
3	1	6	-	15 = 55,56 %
-	-	2	-	1
-	-	-	-	3
-	-	-	-	-
-	-	2	-	4 = 40 %
-	-	2	-	-
-	-	-	-	4
-	-	-	-	1
-	-	2	-	5 = 50 %
2	1	2	1	2
-	-	-	-	3
-	-	-	-	1
2	1	2	1	6 = 50 %
1	-	2	-	8
2	1	3	-	25
-	-	-	1	5
3	1	5	1	38 = 65,52 %

Gesamtzahl MA (einschließlich der Dienststelle Bentz)	817	NSDAP (zudem Antrag abgelehnt)	davon AK	SS (auch FM)	SS ausgeschieden
Kiel Beamte	2	1 = 50 %	-	1	-
Kiel Angestellte	7	4 = 57,14 %	-	1	-
Kiel Arbeiter		-	-	-	-
KIEL GESAMT	9	5 = 55,56 %	-	2	-
Darmstadt Beamte	5	3 = 60 %	1	-	-
Darmstadt Angestellte	1	-	-	-	-
Darmstadt Arbeiter	1	-	-	-	-
DARMSTADT GESAMT	7	3 = 42,85 %	1	-	-
Hamburg Beamte	1	-	-	-	-
Hamburg Angestellte	4	1 = 25 %	-	-	-
Hamburg Arbeiter	1	-	-	-	-
HAMBURG GESAMT	6	1 = 16,67 %	-	-	-
Angestellte	26	6 = 23,08 %	-	-	-
DIENSTSTELLE BENTZ GESAMT	26	6 = 23,08 %			
Σ NS-Mitgliedschaften	238	= 29,13 %	31	32	5
Σ Beamte	223	davon 116 = 52,01 %	11	22	4
Σ Angestellte	512	davon 115 = 22,46 %	19	10	1
Σ Arbeiter	82	davon 7 = 8,54 %	1	-	-

SA (auch neben anderen NS-Org.)	SA ausgeschieden	Sonstige NS-Org. (neben NSDAP, SS, SA)	Nur sonstige NS- Org. (ohne NSDAP, SS, SA)	Keine Mitgliedschaften
1		2	-	-
-	-	1	-	3
-	-	-	-	-
1	-	3	-	3 = 33,33 %
2	1	2	-	2
1	-	1	-	-
-	-	-	-	1
3	1	3	-	3 = 42,85 %
-	-	-	1	-
-	-	-	-	3
-	-	-	-	1
-	-	-	1	4 = 66,67 %
1	1	-	1	20
1	1		1	20 = 76,92 %
79	32	127	63	495 = 60,59 %
55	21	87	46	223 davon 48 = 21,52 %
24	11	38	16	512 davon 375 = 73,05 %
-	-	2	1	82 davon 73 = 89,02 %

Demnach muss die Untersuchung auch die jeweils zeitspezifischen Kontexte berücksichtigen, in die die Behörden und die an ihnen tätigen Personen eingebunden waren. Um der „Mehrdimensionalität von NS-Belastung“¹⁶³⁵ näher zu kommen, muss der Blick auf das Verwaltungshandeln der Behörden und auf individuelle Karriereverläufe gerichtet werden, um Aussagen über die ‚Belastung‘ der Staatsgeologen, etwa durch berufliche oder militärische Tätigkeiten im Interesse des NS-Regimes oder durch die Mitwirkung an Kriegs- oder Gewaltverbrechen, zu erhalten.¹⁶³⁶ Da das für alle hier aufgeführten 800 Mitarbeiter schlechterdings unmöglich ist, wird in den folgenden Kapiteln am Beispiel einzelner Vertreter versucht, Aussagen über ihre Involvierung zu treffen. Wie schwer das mitunter im Einzelfall ist, wird bereits deutlich, wenn wir uns die oben genannten Beispiele anschauen, in denen Mitarbeiter sich durch den Druck von außen zum Eintritt in die NSDAP entschlossen (Walter Hasemann), sich besonders aktivistisch gaben, um befördert zu werden (Eugen Geyer, Ernst Fulda) oder sich als exaltierte ‚Nazis‘ aufführten, ohne das Parteibuch zu besitzen (Arthur Pfeiler). Dass es aber auch Menschen gab, die an ihren Prinzipien festhielten, zeigten die Beispiele Adolf Schinzingers, Bernhard Beschorens oder Eduard Beyenburgs die sich konsequent weigerten, der Partei beizutreten oder sich ihr anzudienen, auch wenn ihnen dadurch eine Erhebung in den Beamtenstand versagt blieb oder sogar die Entlassung drohte.

Was bleibt festzuhalten? Die im Vergleich zu vor 1933 unter völlig veränderten Prämissen stehende Personalpolitik der Nationalsozialisten hinterließ vielfach zerrissene Betriebsgemeinschaften. Verantwortlich dafür war zunächst die durch politische Denunziationen bedrohte Eintracht in den Belegschaften selbst.¹⁶³⁷ Die daraus resultierenden hausinternen Grabenkämpfe an der PGLA zerstörten bestehende Vertrauensverhältnisse und schufen ein Klima des Unbehagens. Zudem stellten die auf der Grundlage des ‚Berufsbeamtengesetzes‘ erzwungenen politisch und rassistisch motivierten ‚Säuberungen‘ bis dahin unbekannte staatliche Eingriffe dar, die in den einzelnen Geologischen Landesanstalten aber unterschiedliche Auswirkungen hatten.¹⁶³⁸ Während in Sachsen 1933 beispielsweise kein Mitarbeiter seine Anstellung verlor,¹⁶³⁹

1635 Beer/Güttler/Ruhkopf, *Behördenforschung* (2020), S. 643.

1636 Vgl. Weise, *Nazizählerei* (2021), S. 399; „Nazis zählen reicht nicht“. Interview mit Martin Sabrow, in: *Die Zeit* vom 11.2.2016, S. 17. Wie Christian Mentel und Niels Weise zurecht betonen, dient eine „quantitative Erfassung von Parteimitgliedern und anderen NS-Belasteten (...) vielmehr als Datengrundlage für weitergehende Analysen“. Mentel/Weise, *NS-Vergangenheit* (2017), S. 16.

1637 Vgl. allgemein Reuband, *Denunziation* (2001), S. 219–234.

1638 Dabei ist allerdings auch in Rechnung zu stellen, dass es nicht möglich war, die Folgen der NS-Personalpolitik für alle Häuser eingehend zu untersuchen.

1639 Obwohl es in Wien zur Absetzung und Degradierung des Direktors Götzinger kam, wurde „von den vor März 1938 beschäftigten Geologen (...) aber niemand aus politischen Gründen entlassen oder in den Ruhestand versetzt“. Thaler u.a., *Bergwetter* (2018), S. 26. In den Verhandlungen der Zweigstelle Wien der RfB von 1939 findet sich der Hinweis, dass dem Vertragsangestellten Franz Pasching am 10.11.1938 gekündigt wurde, nachdem er

fielen in der PGLA – dem mit Abstand größten geologischen Dienst Deutschlands – vier Mitarbeiter (Wolff, Schmierer, Biese, Dorsch) den Bestimmungen des ‚Berufsbeamtengesetzes‘ zum Opfer. Gemessen an der Gesamtmitarbeiterzahl (1934 etwa 190 = 2,1 %) und im Vergleich zur Entlassungsquote der Kommunalverwaltung der Reichshauptstadt Berlin (5 % Beamte, 10 % Arbeiter, 24,4 % Angestellte) und zu den Vertreibungen an den deutschen Universitäten (20,5 %), an den Technischen Hochschulen (10,7 %) und außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (14,5 %) war diese Zahl aber gering.¹⁶⁴⁰ Selbst wenn man die in Berlin aus politischen Gründen später Entlassenen hinzuzieht (Beschoren, Beyenburg) ändert sich nicht viel an diesem Befund. Möglicherweise waren in staatlichen Forschungseinrichtungen demnach weit weniger politisch links stehende Personen und Juden beschäftigt, als an universitären und außeruniversitären Institutionen, wie neuere Studien auch für andere staatliche Forschungsanstalten nahelegen.¹⁶⁴¹

Wiegerts‘ Behauptung, nach der sich in der PGLA ‚Marxisten‘ getummelt hätten, ging vollkommen an der Realität vorbei. Vielmehr zeigte sein Kampf gegen die ‚Reaktion‘ innerhalb der PGLA, dass es in der dortigen Belegschaft eine zumindest aus Sicht der nationalsozialistischen Eiferer ernstzunehmende Gruppe gab, die im deutschnationalen Milieu zu verorten war. Noch größer jedoch war die Gruppe derjenigen, denen die Nationalsozialisten keine politischen Bedenken entgegenbrachten. Wie viele der bildungsbürgerlichen Eliten dürften sich auch die Mitglieder diese Gruppe in erster Linie als ‚unpolitische‘ Staatsbürger verstanden haben. Zwar wurde für gewöhnlich ein „häufig preußisch gefärbter Nationalismus“ als selbstverständlich vorausgesetzt, dieser jedoch nicht als ‚politisch‘ aufgefasst. Den Grund hierfür bildete ein spezifisches Politikverständnis, das Politik lediglich mit den „Niederungen der Parteipolitik“, nicht jedoch mit den großen ‚nationalen Fragen‘ in Verbindung

bereits im April 1938 vom Dienst beurlaubt worden war. Auch hier handelte es sich nicht um eine Entlassung aus politischen, sondern aus gesundheitlichen Gründen. Vgl. Vorgänge (1939), S. 1; Kündigungsschreiben der Geologischen Bundesanstalt Wien an Pasching, 5.8.1938, Personalakt Franz Pasching, A 11781-BM, GeoSphere Austria – Bundesanstalt für Geologie, Geophysik, Klimatologie und Meteorologie, Bibliothek, Verlag, Archiv, Wien, unp.; Geologische Bundesanstalt Wien an Ministerium für Inneres und kulturelle Angelegenheiten (Abt. IV, Wien), 22.7.1938, ebd., unp. Ich danke Thomas Hofmann (Leiter des Archivs GeoSphere Austria) für die Hinweise.

- 1640 Vgl. Kreutzmüller, Herrschaft (2013), S. 62. In Sachsen verloren etwa 4,6 % der Beamten ihre Stellung, Wagner, Machtergreifung (2004), S. 235. Gemessen am Personalstand von 1937/38 wurden in Sachsen infolge des Berufsbeamtengesetzes 5,3 Prozent des Personals der wissenschaftlichen Einrichtungen entlassen. Vgl. Parak, Hochschule (2002), S. 122. Für die Universitäten und TH’s vgl. Grüttner, Talar (2024), S. 89, 539; ders., Wissenschaftspolitik (2017), S. 33 f. Für die KWG vgl. Hachtmann, Wissenschaftsmanagement (2017), S. 398.
- 1641 Vgl. Für die PTR vgl. Yurdakul, Eichen (2026), S. 308, für das MPA vgl. Stöcken, Forschen (2026), für die Staatlichen Forschungsanstalten Insel Riems vgl. Hinz-Wessels, Dach (2010), S. 70; Pohl, Landesanstalt (2005), S. 190 f. Andreas und Dorothee Hoppe haben sich in ihrer verdienstvollen Studie mit jüdischen Geowissenschaftlern befasst. Keiner der von Ihnen aufgeführten Personen war Mitarbeiter eines staatlichen geologischen Dienstes. Hoppe/Hoppe, Geowissenschaftler (2018), S. 73–95.

brachte. Trotz ihrer besonderen Regierungsnähe dürfte daher auch unter den Belegschaften der staatlichen geologischen Dienste das „Selbstbild des unpolitischen, indes selbstverständlich nationalen und einem ‚starken Staat‘ zuneigenden Bürgers“ besonders ausgeprägt gewesen sein.¹⁶⁴² Trotzdem exponierte sich das Gros des Personals weder vor, noch nach 1933 politisch. So macht eine statistische Auswertung deutlich, dass sich nur etwa 30 Prozent der Mitarbeiter aller Anstalten für einen Eintritt in die NSDAP entschieden, während über 60 Prozent keiner NS-Organisation beitraten. Während sich die Beamten mit über 50 Prozent weit häufiger der Partei anschlossen, als die Angestellten (= 22,4 %) und die Arbeiter (= 8,5 %), zeichnete sich bei den nicht Organisierten ‚Gefolgschaftsmitgliedern‘ eine entgegengesetzte Entwicklung ab (Beamte = 21,5 %, Angestellte 73 %, Arbeiter = 89 %). Die politische Enthaltensamkeit äußerte sich schließlich auch darin, dass sich in den Belegschaften der Geologischen Landesanstalten kaum jemand mit den entlassenen Kollegen solidarisierte und Widerspruch gegen das ihnen widerfahrene Unrecht erhob.¹⁶⁴³

4.2.2 Geld spielt keine Rolle

– Ein Spezifikum der geologischen Ressortforschung?

Wie Präsident von Seidlitz in einem Rechenschaftsbericht über seine Zeit an der PGLA Anfang 1936 einleitend festhielt, sei es unter ihm zu einer Modernisierung des Verwaltungsganges gekommen, „um trotz gleichbleibender Arbeitskräfte, Räume und Mittel“ die der Anstalt übertragenen neuen Aufgaben reibungslos bewältigen zu können. Schon auf der zweiten Seite seines Berichtes widersprach sich von Seidlitz aber selbst, wenn er betonte, die PGLA habe 50 neue Hilfskräfte eingestellt und die von ihr verwalteten neuen „Sonderfonds“ hätten ihr 1934 „mehr als 500.000 RM“ und ein Jahr später sogar „beinahe den doppelten Betrag“ eingebracht.¹⁶⁴⁴ Es hat also vielmehr den Anschein, dass die PGLA den politischen Wechsel in finanzieller Hinsicht nicht nur unbeschadet

1642 Hachtmann, Wissenschaftsmanagement (2007), S. 54 f.

1643 Damit unterschieden sich die Staatsgeologen nicht vom Personal der deutschen Universitäten. Vgl. Grüttner, Talar (2024), S. 95.

1644 Bericht von Wilfried von Seidlitz über die Verwaltung und die Tätigkeit der PGLA in den Jahren 1934 und 1935 (1. Januar 1934 bis 31. Dezember 1935), 2.2.1936, GStA, I, HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 34–47, hier Bl. 34 f. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf von Seidlitz, dass er in seinem Bericht darauf verwies, dass die Räume der PGLA „den gesteigerten Arbeitsansprüchen nicht mehr genügten“, er selbst jedoch in der Präsidentenwohnung der PGLA in der Invalidenstraße wohnte, die eine Fläche von 356 m² aufwies. Das Pr. Finanzministerium kritisierte diesen Umstand und stellte fest, dass die Wohnung zwölf für Diensträume brauchbare Zimmer umfasste, in denen bis zu 18 Personen untergebracht werden konnten. Erst nach dem Ausscheiden von v. Seidlitz wurden die Zimmer der Wohnung in Büroräume umgewandelt, wodurch sich die Gesamtzahl der PGLA-Büros um zwölf vermehrte. Pr. Finanzminister an Pr. MWA u. den Präsidenten der Pr. Bau- und Finanzdirektion, 11.10.1934, GStA, I, HA Rep. 151, Nr. 7042, unpag.; W. v. Seidlitz (PGLA) an RWM, 11.1.1935, ebd., unpag.; Vermerk von Versé (PGLA), 13.4.1937, ebd., unpag.; Nachweisung der Bergverwaltung des RWM über die bleibenden Ausgabenerhöhungen im Haushalt 1939, GStA, I, HA Rep. 151 I C, Nr. 9935, 14.10.1937, Bl. 68–71 hier Bl. 71.

überstand, sondern ihren finanziellen und personellen Handlungsspielraum nicht unbedeutend erweiterte.

Tatsächlich hatte von Seidlitz die innere Verwaltung der PGLA umstrukturiert, die nun anstatt der ursprünglich fünf Abteilungen folgende sieben Abteilungen bzw. Aufgabenfelder umfasste:

1. Verwaltungsabteilung (Leiter: vermutlich Wilfried von Seidlitz),
2. Aufnahme und Druck geologischer Karten (Leiter: Wilhelm Wunstorf),
3. Wissenschaftliche Sammlungen und Institute (Leiter: Paul Dienst),
4. Angewandte Geologie für Wirtschaft und Technik (Leiter: Johannes Behr),
5. Rohstoff-Fragen (Leiter: vermutlich Johannes Behr),
6. Chemische Abteilung (Leiter: Richard Loebe),
7. Technische Vorbereitung geologischer Aufnahmen im Reich und Vorarbeiten für die künftige Geologische Reichsanstalt (Leiter: Fritz Wiegers).¹⁶⁴⁵

Diesen Abteilungen waren die schon seit langem bestehenden Einzelreferate, Unterabteilungen und Institute unterstellt, zu denen aber auch neue hinzu kamen, so etwa 1933 die Untersuchungsstelle für Mikropaläontologie (Leiter: 1933 Robert Potonié, 1935 Carl Adam Wicher), 1934 die Unterabteilung „Untersuchung von Lagerstätten“, das Institut für Erdölgeologie (Leiter: Alfred Bentz) mit einer Zweigstelle in Hannover (Leiter, alternierend: Wilhelm Haack und Friedrich Kühne), das Institut für Kohlengeologie (Leiter: Walter Gothan)¹⁶⁴⁶ mit einer Kohlenforschungsstelle in Saarbrücken (Leiter: Richard Bärtling)¹⁶⁴⁷ und das Institut für Bodenkunde (Leiter: Max Trénel).¹⁶⁴⁸

Der institutionelle Ausbau der PGLA wurde weiterhin durch reichlich fließende Zuwendungen des RWM begünstigt, das damit den seit Gründung der Anstalt bestehenden Kurs des preußischen Wirtschaftsressorts konsequent fortsetzte und damit ebenfalls die zwischen ihm und der PGLA bestehende symbiotische Beziehung in Rechnung stellte.¹⁶⁴⁹ Zwar verblieben die etatmäßigen fortdauernden Ausgaben nach ihrem Rückgang infolge der Welt-

1645 Bericht von Wilfried von Seidlitz über die Verwaltung und die Tätigkeit der PGLA in den Jahren 1934 und 1935 (1. Januar 1934 bis 31. Dezember 1935), 2.2.1936, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 34–47, hier Bl. 35 f.; Personalstand PGLA am 1.4.1935 (1935), S. 23 f.; Personalbestand PGLA am 31.3.1936 (1936), S. 80–84; Personalstand PGLA am 1.4.1937 (1937), S. 47–51; Schindewolf/Staesche, Arbeiten (1968), S. 55.

1646 Vgl. Bericht von Wilfried von Seidlitz über die Verwaltung und die Tätigkeit der PGLA in den Jahren 1934 und 1935 (1. Januar 1934 bis 31. Dezember 1935), 2.2.1936, GStA, I. HA Rep. 90 A/1023, Bl. 34–47, hier Bl. 43. Zu Gothan siehe Anhang Biographien.

1647 Vgl. Vermerk von Wilfried von Seidlitz (PGLA), 5.4.1935, BArch Berlin, R 6931-I, Nr. 36622, Bl. 23 f.

1648 Vgl. Tätigkeitsbericht PGLA 1934 (1935), S. 13; Hesemann, Arbeiten (1968), S. 93; Schott/Udluft, Arbeiten (1968), S. 100; Udluft, Überblick (1968), S. 33; Pfeffer/Görz, Arbeiten (1968), S. 79 f.; Roolf, Erdölförderung (2016), S. 234; Potonié, Arbeiten (1968), S. 64.

1649 Trotz der Zusammenlegung von RWM und Pr. Wirtschaftsministerium ging der Etat der Bergverwaltung nicht im Etat des RWM auf, sondern blieb Teil des Preußischen Etats, in dem der Haushalt der Bergverwaltung einen selbständigen Einzelplan darstellte. Vermerk des Pr. Finanzministers betr. Haushalt der Bergabteilung des RWM, 12.12.1936, GStA, Rep. 151 I C, Nr. 7042, unp.

wirtschaftskrise zwischen 1933 und 1938 mit jährlich etwa 1,3 Millionen RM auf einem konstanten aber niedrigeren Niveau, als zwischen 1925 und 1932, dieser Rückgang wurde jedoch durch alljährlich vom RWM und von privater Seite zusätzlich gewährte ‚außerplanmäßige‘ und ‚einmalige‘ Ausgaben abgefangen.

Tab. 25: Einnahmen und Ausgaben PGLA nach den Jahresrechnungen 1933 bis 1938 in RM.¹⁶⁵⁰

Jahr	Einnahmen Ist	Ausgaben Ist	Zuschuss	Außerplan- mäßige Ausgaben ¹⁶⁵¹	Einmalige Aus- gaben (Durchfor- schung Preußens)	Gesamt
1933	109.929,52	1.339.030,21	1.229.100,69	-	-	1.339.030
1934	88.000,00	1.316.000,00	1.228.000,00	500.000	45.851,00	1.861.851
1935	109.964,20	1.260.366,94	1.150.402,74	881.246,33	94.145,17	2.235.758
1936	108.296,64	1.292.186,94	1.183.890,30	1.001.932,36	69.972,04	2.364.091
1937	104.464,69	1.311.529,84	1.207.065,15	2.090.071,14	105.897,88	3.507.499
1938	89.891,96	1.365.040,90	1.275.148,94	2.371.900,10	169.700,00	3.906.641

Wie aus der Tab. 25 hervorgeht, wurden der PGLA wie auch schon bis 1932 jährlich ‚einmalige Ausgaben‘ für die „Durchforschung Preußens nach Bodenschätzen und zu wissenschaftlichen Zwecken mittels Bohrungen oder geophysikalischer Methoden“ zur Verfügung gestellt, die von 1934 bis 1938 allein etwa 485.560 RM ausmachten.¹⁶⁵² Hinzu kamen so genannte ‚außerplanmäßige‘

1650 Die für die PGLA relevanten Kapitel im Haushalt Preußens waren bis 1938 für Einnahmen Kap. 36, Tit. 14–19, für fortdauernde Ausgaben Kap. 259, Tit. 1–50 und für einmalige Ausgaben Kap. E 19 Tit. 1 u. 2. Vgl. Staatshaushaltsrechnung für das Rechnungsjahr (RJ) 1933 Staat Preußen, Jahresrechnung der Bergverwaltung RJ 1933 (Anlage Nr. 19), Berlin 1935, S. 4f., 18–20, 26; ... für das RJ 1935 (Einzelplan XIX), Berlin 1937, S. 552–554, 560–562, 564–567, 744; ... für das RJ 1936 (Einzelplan XIX), Berlin 1938, S. 536–539, 544–551; ... für das RJ 1937 (Einzelplan XIX), Berlin 1939, S. 486–489, 494 f., 498 f., 686; ... für das RJ 1938 (Einzelplan XIX), Berlin 1940, S. 490–493, 498–501; Außerplanmäßige Einnahmen und Ausgaben (durchlaufende Verwaltung der PGLA) in den Jahren 1935–1937, ohne Datum, GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 7042, unp. Die Zahlen für 1934 stellen Schätzungen auf der Basis des Berichts von Wilfried von Seidlitz über die Verwaltung und die Tätigkeit der PGLA in den Jahren 1934 und 1935 (1. Januar 1934 bis 31. Dezember 1935), 2.2.1936, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 34–47, hier Bl. 35 und eines Vermerks des Pr. Finanzministers vom Januar 1939, GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 9948, Bl. 4–7, hier Bl. 5R dar. Im Haushaltsplan für 1934 waren für die Durchforschung Preußens nach Bodenschätzen“ usw. 70.000 RM vorgesehen. Aus der Jahresrechnung 1935 geht hervor, dass 24.149 RM aus dem Vorjahr übernommen wurden. Vgl. Staatshaushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1935 Staat Preußen, Rechnung über den Haushalt der Bergverwaltung für das Rechnungsjahr 1935 (Einzelplan XIX), Berlin 1937 S. 564 f.; RWM an Pr. Finanzminister (mit anliegendem Plan über die Verwendung der in das Rechnungsjahr 1935 übertragenen Ausgabereste der Bergverwaltung), 22.6.1935, GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 9935, Bl. 6–10, hier Bl. 8R.

1651 Außerplanmäßige Ausgaben für Erdölbohrungen mit Reichsdarlehen, Geophysikalische Reichsuntersuchungen und Bodenkartierungen zu Siedlungszwecken. Quellennachweise in vorheriger Anm. 1650.

1652 Übersicht vermutlich des Pr. Finanzministeriums über „Einmalige Ausgaben im Haushalt

Zuwendungen des RWM und von privater Seite (z.B. Erdölfirmen, Siedlungs-, Planungs- und Provinzialverbänden) für „Erdölbohrungen mit Reichsdarlehen“, „geophysikalische Reichsuntersuchungen“ sowie „Bodenkartierungen zu Siedlungszwecken“, die der PGLA im selben Zeitraum weitere 6.845.000 RM einbrachten.¹⁶⁵³ Mit anderen Worten verfügte die PGLA durch ihre regulären und außerplanmäßigen Einnahmen 1934 über ca. 1,86 Millionen RM, 1935 über ca. 2,23 Millionen RM, 1936 über ca. 2,36 Millionen RM, 1937 über ca. 3,5 Millionen und 1938 über ca. 3,90 Millionen RM.¹⁶⁵⁴ In den vier Jahren hatte sich ihr finanzieller Verfügungsrahmen also mehr als verdoppelt, seit 1933 sogar verdreifacht.

Im Vergleich zu Berlin blieben die Haushaltszahlen der übrigen Geologischen Landesämter auch jetzt noch deutlich zurück, obwohl auch sie tendenziell steigende Einnahme- und Ausgabeposten aufwiesen (siehe Tab. 26).

Tab. 26: Einnahmen und Ausgaben der Geologischen Landesanstalten und des Bohrarchivs Hamburg nach den Haushaltplänen für 1937 und 1938 in RM.¹⁶⁵⁵

GLA	Einnahmen 1937	Ausgaben 1937	Einnahmen 1938	Ausgaben 1938
Preußen	111.300	1.612.400	81.900	1.517.800
Bayern	3.000	100.710	5.050	127.310
Sachsen	2.000	80.710	2.200	104.130
Württemberg	?	?	8.000	99.600
Baden	3.200	85.500	3.206	98.924
Thüringen	-	36.150	14.529	39.623
Hessen	500	39.840	1.932	41.107
Mecklenburg	500	18.150	-	-
Österreich	?	?	8.000	117.133
Bohrarchiv Hamburg -	-	-	-	20.405

der Bergverwaltung 1934–1938, ohne Datum (um 1939), GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 9935, Bl. 240; Pr. Finanzminister an RFM, 24.5.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 11219, Bl. 5.

1653 Wie aus einem Vermerk von 1934 hervorgeht sollten die der PGLA 1935 erwachsenden Sonderaufgaben „eine Mehrverwaltung von rd. 800.000 RM zur Folge haben“. Versé (PGLA) an Ministerialrat Westphal (Berlin) (mit vier Anlagen), 18.8.1936, GStA, Rep. 151 I C, Nr. 7041, Bl. 24–30, hier Bl. 29 f. (Anlagen 3 und 4 mit Schreiben vom 17.5.1934). Zu den Zuwendungen die die PGLA von Verbänden erhielt, vgl. etwa RWM an PGLA, 8.4.1935, 23.10.1935, 27.12.1935, GStA, Rep. 151 I C, Nr. 7042, unp.

1654 Vermerk des Pr. Finanzministers vom Januar 1939, GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 9948, Bl. 4–7, hier Bl. 5R.

1655 Für 1937 vgl. handschriftliche Aufstellung des RWM über die Aufwendungen der Länder für geologische Landesämter usw. in den Haushaltsplänen 1938, BArch Berlin, R 2, Nr. 11219, Bl. 222. Die Zahlen für Thüringen, Hessen und das Bohrarchiv Hamburg (1938) beziehen sich auf die Jahresrechnung 1938, die Angaben der übrigen Länder auf die jeweiligen Haushaltspläne für 1938. Vgl. Pr. Finanzminister (Berlin) an RFM, 24.5.1939, ebd., Bl. 5; Bayerisches Staatsministerium der Finanzen (München) an RFM, 24.4.1939, ebd., Bl. 7–9; Sächsischer Finanzminister (Dresden) an RFM, 24.9.1939, ebd., Bl. 12–14; Württembergischer Finanzminister (Stuttgart) an RFM, 25.4.1939, ebd., Bl. 17–19; Badischer Finanz- und Wirtschaftsminister (Karlsruhe) an RFM, 17.4.1939, ebd., Bl. 22–24; Thüringischer Finanzminister (Weimar)

Allerdings konnte kaum eine der nichtpreußischen Anstalten von zusätzlichen Einmalzahlungen oder außerplanmäßigen Zuwendungen ihrer vorgesetzten Behörden oder von Seiten Dritter profitieren.¹⁶⁵⁶

Während die Geologische Abteilung des Württembergischen Statistischen Landesamtes 1935 noch Ausgaben in Höhe von 27.086 RM verzeichnete, sah ihr Anschlag im Haushaltsplan drei Jahre später bereits mehr als das Dreifache vor.¹⁶⁵⁷ Den Haushaltsplanungen Bayerns wurden für 1936 Ausgaben in Höhe von 98.282 RM, für Baden, Thüringen und Sachsen in Höhe von 79.227 RM, 27.515 RM und 85.850 RM zugrunde gelegt.¹⁶⁵⁸ Für das Sächsische Geologische Landesamt, um ein Beispiel zu nennen, stellte sich die reale Entwicklung seiner Einnahmen und Ausgaben zwischen 1934 und 1938 wie folgt dar:

Tab. 27: Einnahmen und Ausgaben des Sächsischen Geologischen Landesamtes nach den Jahresrechnungen 1934–1938 in RM.¹⁶⁵⁹

	Jahr	Ist-Einnahmen	Ist-Ausgaben	Zuschuss in RM
	1934	1.867,95	72.551,35	70.683,40
	1935	3.349,47	76.372,11	73.022,64
	1936	16.249,43	79.812,60	63.563,17
	1937	15.133,02	71.865,38	56.732,36
	1938	2.210,61	83.575,37	81.364,76

an RFM, 29.4.1939, ebd., Bl. 26 f.; Der Reichsstatthalter in Hessen. Landesregierung (Abt. IV Finanzverwaltung, Darmstadt) an RFM, 6.5.1939, ebd., Bl. 29–31; Mecklenburgisches Staatsministerium (Abt. Finanzen, Schwerin) an RFM, 20.5.1939, ebd., Nr. 11219, Bl. 33; Der Reichsstatthalter in Hamburg an RFM, 25.4.1939, ebd., Bl. 40. Wie bereits erwähnt, ging die Mecklenburgische GLA 1938 im Geologisch-Paläontologischen und im Mineralogisch-Geologischen Institut der Universität Rostock auf. Für Wien vgl. Haushaltsplan 1938 Geologische Landesanstalt (nunmehr RfB, Zweigstelle Wien), 16.8.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unp.

1656 Neben Preußen erhielten Württemberg (1934 u. 1938 = 9.560 RM), Mecklenburg (1934 u. 1937 zusammen 5.400 RM) und das Bohrarchiv in Hamburg (1938 = 3.463 RM) als einmalige Ausgaben zusätzlich bewilligt. Vgl. Der Finanzminister von Württemberg (Stuttgart) an RFM (mit anliegenden Prüfungsbemerkungen), 25.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 11219, Bl. 1721, hier Bl. 21; Mecklenburgisches Staatsministerium (Abt. Finanzen, Schwerin) an RFM, 20.5.1939, ebd., Bl. 33; Der Reichsstatthalter in Hamburg an RFM, 25.4.1939, ebd., Bl. 40. Der Thüringischen Geologischen Landesanstalt in Jena (TGL) gingen 1937 6.800 RM der Carl-Zeiss-Stiftung zur Errichtung eines Rohstofflaboratoriums zu, das Arbeiten im Interesse des Vierjahresplans durchführen sollte. Mineralogische Anstalt der Universität Jena und TGL an Thüringischen Volksbildungsminister (Weimar), 4.12.1937 u. 22.1.1937, BGR-Archiv Hannover, Nr. 47967, Bl. 57 f. u. 121 f.; TGL an Staatsrat Otto Eberhardt (Vertreter Thüringens in Berlin), 11.12.1936, ebd., Bl. 64–66; Thüringischer Minister für Volksbildung (Weimar) an Prof. Dr. Heide (Vorstand Mineralische Anstalt, Universität Jena) 28.1.1937, ebd., Bl. 144 f.

1657 Die Jahresrechnung der Württembergischen GLA für 1935 (Einnahmen: 10.495 RM, Ausgaben 27.086 RM) findet sich in Tätigkeitsbericht der Geologischen Abteilung des Württembergischen Statistischen Landesamtes über das Haushaltsjahr 1936/37, März 1937, GLA Freiberg, A 2337/1, Bl. 21–29, hier Bl. 29. Der Voranschlag Württembergs für den Haushalt seiner GLA für 1938 geht aus der Tab. 26 (Anm. 1655) hervor.

1658 Vgl. Schlattmann (OBH, RWM Berlin) an Ministerialrat Westphal (Pr. Finanzministerium), 27.10.1936, GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 9935, Bl. 45–50.

Die mit der Machtübergabe an die Nationalsozialisten einsetzende „wirtschaftliche Wehrhaftmachung“ Deutschlands hatte für die Geologischen Landesanstalten einen „starken Ausbau der praktisch-geologischen Arbeitsgebiete zur Folge“.¹⁶⁶⁰ Dabei profitierten sie vom politisch induzierten Druck, den Rohstoffbedarf auf heimischer Grundlage zu sichern. Die Tätigkeiten auf dem Gebiet der Erdölerschließung, die sie flankierenden geophysikalischen Großprojekte, die Untersuchungen auf dem Gebiet der Erz- und Kohlelagerstätten und der sonstigen nutzbaren Gesteine, die Gutachten in Fragen der Wasserversorgung, der Reichsautobahnen, der bodenkundlichen Kartierung, für Planungs- und Siedlungsfragen sowie Beratungen in militärischen Belangen banden aber enorme Kräfte, die anderorts, vor allem für die Kartierung, fehlten. Wie Versé 1938 monierte, waren ständig sieben wissenschaftliche Beamte mit Erdölfragen, drei mit der Untersuchung von Eisenerzen, vier mit der Geophysik und weitere vier Beamte mit kriegsgeologischen Arbeiten befasst. Aber auch die übrigen Geologen würden einen erheblichen Teil des Jahres mit ‚praktisch-geologischen‘ Arbeiten verbringen. Dies zeige sich vor allem in der Zunahme schriftlicher Gutachten, deren Zahl sich 1937 im Vergleich zum Vorjahr mit nunmehr 460 Gutachten verdoppelt habe.¹⁶⁶¹

Hinzu kam, dass der größte Teil der außerplanmäßigen Geologen und Chemiker „überaltert“ war, weswegen man nach jüngeren Kräften Ausschau hielt.¹⁶⁶² Die Sorge um den Geologennachwuchs hatte schon von Seidlitz veranlasst, Assistentenstellen mit zweijähriger Anstellung einzurichten, um sich aus diesem Pool die besten Kräfte für die PGLA heranzuziehen. Während die Probegeologen früher kaum eine Vergütung erhalten hatten, wurden die Assistenten nun wie Hochschulassistenten bezahlt.¹⁶⁶³ Auf diesem Weg traten mit Hertha Sieverts[-Doreck], Gerhard Richter[-Bernburg] (NSDAP 1937, SA), Wolfgang Schott (NSDAP 1933, SA 1933–1935), Friedrich-Erdmann Klingner (NSDAP 1931, SS 1933), Wolfgang Hartung (NSDAP 1933) und Gerhard Mempel (NSDAP 1933) im Geschäftsjahr 1934 erstmals sechs Nachwuchseologen als Assistenten in die PGLA ein.¹⁶⁶⁴

1659 Vgl. Jahresabschluss des GLA Sachsen für das Geschäftsjahr (GJ) 1933, GLA Freiberg, A 02297/1, Bl. 34–38; ... für das GJ 1934, ebd., Bl. 267–272; ... für das GJ 1935, GLA Freiberg, A 02297/2, Bl. 265–277; ... für das GJ 1936, GLA Freiberg A 02297/3, Bl. 309–323; ... für das GJ 1937, GLA Freiberg, A 02297/5, Bl. 254–263; Gesamtübersicht über die Einnahmen und Ausgaben im Rechnungsjahr 1938, GLA Freiberg, A 02297/7, Bl. 73 f.

1660 Versé (PGLA) an RWM, 1.12.1936, GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 7042, unp.

1661 Versé bat daher um eine Vermehrung des wissenschaftlichen Beamtenstabes. Versé (PGLA) an Pr. Finanzminister, 12.1.1938 GStA Personalfragen, Rep. 151 I C, Nr. 7041, Bl. 77–79.

1662 RWM an Pr. Finanzminister, 11.10.1935, ebd., Bl. 6; Bericht über die Verwaltung und die Tätigkeit der PGLA in den Jahren 1934 und 1935 (1. Januar 1934 bis 31. Dezember 1935), 2.2.1936, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 34–47, hier Bl. 40.

1663 Bericht von Wilfried von Seidlitz über seine Tätigkeit als Präsident der PGLA, 30.4.1936, ebd., Bl. 29–33, hier Bl. 39 f.

1664 Die Einrichtung von Assistentenstellen war nicht neu, aber zuletzt wies der Personalplan von 1927 solche auf. Vgl. Personal-Bestand bei der Preuss. geologischen Landesanstalt am 31.3.1928 (1928), S. LXVI. Zu den 1934 aufgenommenen sechs Assistenten vgl. Personal-Bestand bei

Dagegen gestaltete sich die Suche nach jungen Kartographen und Verwaltungsbeamten ungleich schwieriger.¹⁶⁶⁵

Neu war auch, dass neben den Dauerangestellten nun auch befristet beschäftigte Angestellte herangezogen wurden, die aus Drittmitteln – etwa von Ölgesellschaften, Kommunen, Provinzial- und Siedlungsverbänden – finanziert wurden.¹⁶⁶⁶ 1937 waren dies 54 Angestellte, die zur Überwachung der mit Reichsdarlehen durchgeführten Erdölbohrungen, zur Ausführung bodenkundlicher Kartierungsarbeiten, für Bodenuntersuchungen im Rahmen des Bodenschätzungsgesetzes, zur Erforschung der deutschen Moore sowie zur Durchführung geophysikalischer Reichsaufnahmen herangezogen wurden. Diesen Arbeitsverhältnissen lagen besondere Dienstverträge zu Grunde, nach denen die Angestellten bei Beendigung der Arbeiten ohne besondere Kündigung aus dem Dienstverhältnis ausschieden. Zwar erhielten diese Angestellten feste Vergütungen, deren Zahlung aber vom Vorhandensein der für ihr jeweiliges Aufgabengebiet verfügbaren Mittel abhängig war.¹⁶⁶⁷ In vielen Fällen entwickelten sich aus diesen zunächst befristeten Arbeitsverhältnissen dann aber dauerhafte Anstellungen, die nicht selten bis 1945 und darüber hinaus reichten.¹⁶⁶⁸

Die Personalengpässe waren aber auch trotz der Neuzugänge nur schwer zu überbrücken. So machte die PGLA in den Haushaltsverhandlungen für 1937

der Preuss. geologischen Landesanstalt am 1.4.1935 (1935), S. 24. Zu Sieverts[-Doreck], Richter[-Bernburg], Schott, Klingner, Hartung und Mempel siehe Anhang Biographien.

1665 Bericht von Wilfried von Seidlitz über seine Tätigkeit als Präsident der PGLA, 30.4.1936, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 29–33, hier Bl. 39 f. Dass sich für die PGLA nur wenige Kartographen fanden war vermutlich darauf zurückzuführen, dass sie dort schlechter bezahlt wurden, als ihre Kollegen in anderen Behörden. Vgl. Versé (PGLA) an RWM (Abt. Bergbau) (mit anliegendem Vermerk betr. Aufbesserung der Besoldung der Kartographen an der PGLA), 22.12.1938, GStA, Rep. 151 IC, Nr. 7041, Bl. 82–87.

1666 Dieser Weg wurde auch vom Sächsischen GLA beschritten. So wurden etwa wissenschaftliche Kräfte zeitwillig aus Mitteln des „freiwilligen wissenschaftlichen Arbeitsdienstes“, des „Standesnotopfers der sächsischen Beamten“ oder über Stipendien der „IG-Farben Chemikerhilfe“ finanziert. Kurt Pietzsch (Sächsisches GLA Leipzig) an Sächsisches Finanzministerium (II Abt., Dresden), 5.11.1934, GLA Freiberg, A 02297/2, Bl. 11–21.

1667 Vgl. Schlattmann (RWM) an Pr. Finanzminister (mit anliegender Liste der vorübergehend beschäftigten Angestellten, deren Bezüge auf Sonderfonds verrechnet werden), 29.1.1937, GStA, Rep. 151 I C, Nr. 7041, Bl. 32–40. Beispiele für Dienstverträge finden sich ebd., Bl. 41–54.

1668 So etwa im Fall der Geologen Georg Bein (NSDAP 1932–1932!), Kurt Beyer (NSDAP 1937, SA 1933), Hans Closs (NSDAP 1940, SA 1934–1936), Armin Graupner (NSDAP, SA 1933), Franz Hallenbach, Heinz Henrici, Walter von zur Mühlen (SA 1933–1935), Friedrich Mürriger, Karl Schober (NSDAP 1937), Hans-Joachim Schoene (NSDAP 1933), Kurt Sellien (NSDAP 1933), Günter Siemens, Wilhelm Wolff (NSDAP 1933), Rudolf von Zwerger (NSDAP 1940), der Zeichner:innen Harry Grossmann, Robert Hadrich, Hildegard Hamberger, Hiltraut Körner, Cäcilie B. Krahberg, Albert Rosenberg (NSDAP 1937), Brigitta Schwartz (NSDAP 1932), Erich Schmidt (NSDAP 1931, SA), Kurt Seidel und Friedrich Stekla, des Assistenten Kurt Bendorf (NSDAP 1937), des Laboranten Willy Karolczak (NSDAP 1940) und der Sekretärinnen Hertha Müller und Elly Schröder. Vgl. Schlattmann (RWM) an Pr. Finanzminister (mit anliegender Liste der vorübergehend beschäftigten Angestellten, deren Bezüge auf Sonderfonds verrechnet werden), 29.1.1937, GStA, Rep. 151 I C, Nr. 7041, Bl. 32–40. Die Hinweise auf die NSDAP- und sonstigen Mitgliedschaften finden sich in den Unterlagen des ehem. BDC im Bundesarchiv Berlin.

deutlich, dass ihr durch die ‚praktisch-geologischen‘ Aufgaben ständig zehn Geologen für die Kartierungsaufgaben und drei Chemiker für Laboratoriumszwecke entzogen seien. Zwar hätten ihr die neuen Aufgaben auch „eine starke Vermehrung der aus besonderen Mitteln bezahlten wissenschaftlichen und sonstigen Hilfskräfte“ gebracht, deren Zahl sich seit 1933 auf rund 75 belaufe. Aber die Durchführung des Vierjahresplans habe der PGLA „zusätzlich eine Fülle neuer Aufgaben“ gebracht, zu deren Bewältigung die Einstellung weiterer Kräfte (Geologen, Kartographen, Chemiker, Verwaltungsangestellte) notwendig sei.¹⁶⁶⁹ Gleiches gelte für die bei der PGLA beschäftigten Lohnempfänger (Bohrarbeiter), von denen man zwar über 30 verfüge. Die Forcierung der Flachlandsaufnahmen in der norddeutschen Tiefebene und die Erfüllung spezifischer Anfragen des Militärs mache aber auch hier die Anstellung weiterer Kräfte erforderlich.¹⁶⁷⁰ Das RWM verschloss sich diesen Anforderungen nicht. Parallel zur Entwicklung des Etats stiegen daher auch die Mitarbeiterzahlen der PGLA allmählich wieder an. Mit 257 Beschäftigten wurde im Haushaltsplan für 1939 erstmals der bisherige Höchststand von 248 Mitarbeitern aus dem Jahr 1931 übertroffen. Dies kann insgesamt als Beleg für die erfolgreiche Ressourcenmobilisierung der PGLA gelten.¹⁶⁷¹

Tab. 28: Mitarbeiterzahlen der PGLA nach den Haushaltsplänen 1933–1938.¹⁶⁷²

Jahr	Beamte	Hilfsbeamte	Angestellte	Arbeiter	Gesamt
1933	120	30	22	57	229
1934	115	30	22	57	224
1935	112	27	27	59	225
1936	108	34	29	59	230
1937	118	32	29	60	239
1938	118	32	39	59	248
1939	122	28	48	59	257

1669 Versé (PGLA) an RWM, 1.12.1936, GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 7042, unpag.

1670 Versé (PGLA) an RWM, 11.12.1936, ebd., unpag.

1671 Auf „eine nicht unerhebliche Stellenvermehrung“ bei der PGLA im Haushalt für 1937 verwies bspw. ein Vermerk des Pr. Finanzministeriums, 19.2.1937, ebd., unpag. Siehe auch Schacht (RWM) an Pr. Finanzminister, 28.12.1936, ebd., unpag.; Vermerk des Pr. Finanzministeriums, 18.1.1937, ebd., unpag.; Pr. Finanzminister an RWM, 18.1.1937, ebd., unpag. Allerdings stellte Versé an anderer Stelle fest, dass die Verzögerung bei der Besetzung freier Stellen an der PGLA zum Teil daran lag, dass „eine Anzahl von Ernennungsvorschlägen längere Zeit zurückgehalten“ worden sei, zum Teil aber auch daran, dass bestimmungsgemäß alle Beamten des höheren Dienstes vor ihrer Anstellung an einem Lehrgang des Reichslagers für Beamte zu beteiligen waren. Versé (PGLA) an Pr. Finanzminister, 12.1.1938 GStA Personalfragen, Rep. 151 IC, Nr. 7041, Bl. 77–79.

1672 Vgl. Haushaltsplan (HP) des Preußischen Staates für das Rechnungsjahr (RJ) 1933, Bd. II, Berlin 1933, Anlage Nr. 19 (Bergverwaltung), S. 3; ... HP für RJ 1934, Bd. II, Berlin 1934, Einzelplan XIX, S. 4; ... HP für RJ 1935, Bd. II, Berlin 1935, Einzelplan XIX, S. 4; ... HP für RJ 1936, Bd. I, Berlin 1936, S. 114; ... HP für RJ 1937, Bd. I, Berlin 1937, S. 142–147; ... HP für

Tab. 29: Wissenschaftliche Beamte an der PGLA 1934–1938.¹⁶⁷³

Jahr	Vorstand	Landes-geologen	Bezirks-geologen	Hilfs-geologen	Chemiker	Bergräte, Assistenten
1934	1	19	24	11	13	18
1935	1	18	24	15	15	13
1936	1	18	24	16	12	12
1937	1	19	26	13	14	16
1938	1	18	26	12	12	15

Zwar waren auch bei den übrigen Landesanstalten nach 1933 Stellenveränderungen zu verzeichnen, aber wie schon bei der Haushaltsentwicklung, bewegten sich diese Zahlen auf vergleichsweise niedrigem Niveau.¹⁶⁷⁴ Die Geologische Landesuntersuchung am Bayerischen Oberbergamt in München wies nach der Fusion mit der Bodenkundlichen Untersuchungsstelle des Bayerischen Oberbergamtes Ende März 1939 zwölf Beamte und sieben Angestellte, also insgesamt 19 Mitarbeiter, auf.¹⁶⁷⁵ Am Sächsischen Geologischen Landesamt wurden 1938 16 Mitarbeiter beschäftigt, während der Geologische Dienst Hessens über sechs Mitarbeiter verfügte.¹⁶⁷⁶ Als größter Anstalt nach Berlin standen der Geologischen Bundesanstalt in Wien 1938 regulär acht Geologen zur Verfügung zu denen noch 20 auswärtige Mitarbeiter kamen.¹⁶⁷⁷

Vor dem Hintergrund der wachsenden Personalzahlen der PGLA und ihres damit steigenden Etats gab das Preußische Finanzministerium im Februar

RJ 1938, Bd. I, Berlin 1938, S. 132–137. Im Frühjahr 1936 verwies v. Seidlitz mehrfach darauf, dass an der PGLA etwa 250 Personen beschäftigt seien, darunter „über 100“ wissenschaftliche Beamte. Bericht von Wilfried von Seidlitz über seine Tätigkeit als Präsident der PGLA, 30.4.1936, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 29–33, hier Bl. 32; Bericht über die Verwaltung und die Tätigkeit der PGLA in den Jahren 1934 und 1935 (1. Januar 1934 bis 31. Dezember 1935), 2.2.1936, ebd., Bl. 34–47, hier Bl. 46. Am 31.3.1939 waren 267 Personen an der PGLA tätig. Vgl. Tätigkeitsbericht für das Jahr 1938 (1939), S. 15.

1673 Die Angaben in dieser Tab. beziehen sich auf die Personalaufstellungen in den Jahrbüchern der PGLA von 1934–1938 in denen die Mitarbeiter bis zum Hilfsarbeiter namentlich aufgeführt sind. Im Jahrbuch für 1933 erscheint keine Personalaufstellung.

1674 Zu den Personalveränderungen an den GLA's in Baden und Württemberg nach 1933 vgl. Reiff, Geschichte (1992), S. 34, 44, 51–55.

1675 Vgl. Albert Hock (München) an RfB Berlin (mit anliegender Aufstellung der gesamten Beamten und Angestellten der Zweigstelle München der RfB, Stichtag 31.3.-1.4.1939), 24.4.1939, BAyHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 279, unpag.

1676 Für Sachsen vgl. Bericht über das Sächsische Geologische Landesamt, 5.2.1938, GLA Freiberg, A 02290/1, Bl. 27–30, hier Bl. 28. Für Hessen vgl. Haushalt des Geschäftsbereichs der Abteilung VI (Landwirtschaft) für das RJ 1938 [Hessen], Einzelplan 7, BArch Berlin, R 2, Nr. 11219, Bl. 70–82, hier Bl. 72R–74.

1677 Vgl. Beck, Jahresbericht Zweigstelle Wien der RfB für 1938 (1939), S. 3. Aus einer Aufstellung des RFM geht hervor, dass im Haushaltsplan für 1938 in Berlin 56, in Wien 5, in München 8, in Freiberg 3, in Stuttgart 6, in Freiburg 3, in Darmstadt 1 und in Jena 2 Geologenstellen vorgesehen waren. Siehe Aufstellung betr. RfB: Stellenzahlen unterteilt für die einzelnen Zweigstellen der RfB in „Angefordert“ und „Bisher vorhanden“, 25.8.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpag.

1937 zu bedenken, ob es nicht ratsam sei, die dem ‚Beauftragten für die Durchforschung des deutschen Bodens‘ Keppler im Rahmen des Reichshaushalts für 1937 zur Verfügung gestellten Mittel zu kürzen oder wenigstens den Einsatz der preußischen und der Reichsmittel „so gut als möglich zu koordinieren“.¹⁶⁷⁸ Die Frage war keineswegs unangebracht, denn Keppler hatte es im Rahmen seiner neuen Aufgabe im Vierjahresplan verstanden, erstaunlich große Geldbeträge zu akquirieren, die nicht nur in die Erforschung des heimischen Bodens flossen, sondern den späteren hohen Etat der von ihm errichteten RfB gewissermaßen ‚präjudizierten‘. Warum die Bedeutung dieser Mittel gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, wird deutlich, wenn man sich die allein zwischen 1937 und 1938 für bergmännische Erschließungsarbeiten und Bodenforschungen aufgewendeten Summen vergegenwärtigt. Die im Verbund von der Vierjahresplanbehörde (Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe) und vom RWM für die Erkundung des deutschen Bodens bewilligten Mittel beliefen sich 1937 auf zusammen 30.780.000 RM und ein Jahr später auf 19.530.000 RM also zusammen 50.310.000 RM. Für 1939 wurden weitere 18.430.000 RM beantragt, was für die Jahre 1937 bis 1939 die bemerkenswerte Summe von 68.740.000 RM ergeben hätte. Ein deutlicher Beleg dafür, welche Bedeutung die NS-Führung der Bodenforschung und Rohstofferschließung im Rahmen ihres Autarkieprogramms beimaß.

Für die Verteilung der Mittel waren 1937 drei Instanzen verantwortlich. Zum einen Keppler, dem im Oktober 1936 die „Sonderaufgabe“ gestellt worden war, die geophysikalische Erforschung des deutschen Bodens neu zu organisieren und zu fördern. Konkret hatte Keppler die Aufgabe, die geophysikalischen Untersuchungen in noch nicht als erdöhlhörig bekannten Gebieten durchzuführen.

Tab. 30: Zwischen 1934 und 1939 zur Verfügung gestellte bzw. beantragte Mittel für Bodenforschungsarbeiten des RMW und des Vierjahresplans (Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe, Dienststelle Keppler).¹⁶⁷⁹

Bereitstellung von Mitteln für	im Haushalt RWM (RM)	im Haushalt Vier- jahresplan (RM)
a) FÜR ERDÖLERSCHLISSUNG		
1934: Reichsbohrprogramm	5.000.000 ¹⁶⁸⁰	-
1935: Reichsbohrprogramm	4.000.000 ¹⁶⁸¹	-

1678 Vermerk des Pr. Finanzministeriums, 19.2.1937, GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 7042, unp.
1679 Aufstellung der Abt. V U Ref. 10 des RFM zu Tit. 31 des Haushaltsentwurfs 1939 der Reichsstelle für Bodenforschung für „Herrn Dirig 5 U“ (RFM), 30.8.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unp. Siehe auch Entwurf für einen Haushaltsplan der RfB für 1939 (hier Erläuterungen zu den angemeldeten Allgemeinen Haushaltsausgaben in Höhe von 30 Millionen RM, Kap. 9, Tit. 31), ohne Datum, BArch Berlin, R 2, Nr. 21361, unp.
1680 Für 1934 wurden 5 Millionen RM nicht über den Etat des RWM, sondern „aus Mitteln der freiw. Arbeitspende“ („Reinhardt-Spende“) bereitgestellt. Vgl. Vermerk des RFM betr. Bohrbeihilfen zur Erdölerschließung, 16.12.1935, BArch Berlin R 2, Nr. 15075, Bl. 25 f.
1681 Davon 3.600.000 RM für das Reichsbohrprogramm und 400.000 RM für geophysikalische Untersuchungen. Vgl. Antrag des RWM an RFM auf Erteilung der Zustimmung zu

1936: Reichsbohrprogramm	5.000.000	-
1937: Reichsbohrprogramm und geophysikalische Untersuchungen	7.780.000 ¹⁶⁸²	-
1937: zusätzliche Erdölbohrungen	-	7.500.000
1937: bergmännische Erschließung von Ölfeldern	-	5.000.000
1938: Reichsbohrprogramm und geophysikalische Untersuchungen	6.930.000 ¹⁶⁸³	-
1939 (angemeldet): Reichsbohrprogramm und geophysikalische Untersuchungen für RfB	7.930.000 ¹⁶⁸⁴	-
1939: für Reichsbohrprogramm aus nicht verbrauchten 7,5 Mio des Vierjahresplans von 1937 für RfB	2.070.000	-
b) FÜR BODENFORSCHUNG		
1937: Fonds Keppler	-	12.000.000 ¹⁶⁸⁵
1938: Fonds Keppler	12.600.000	-
1939 (angemeldet): Bodenforschung RfB	12.000.000 ¹⁶⁸⁶	-

Daneben war das Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe dafür verantwortlich, „innerhalb der ihm übertragenen Aufgabe der Bearbeitung der Mineralölwirtschaft für die Steigerung der Produktion des Erdölbergbaus zu sorgen“.¹⁶⁸⁷

Das RWM schließlich widmete sich seit 1934 der Durchführung des von ihm gesteuerten Reichsbohrprogramms (siehe Kap. 4.3.2). Ihm standen im Rechnungsjahr 1937 dafür 7.780.000 RM zur Verfügung. Zwar hegte das Ministerium Zweifel hinsichtlich des Erfolges der vom Rohstoffamt geplanten zusätzlichen Maßnahmen, erklärte sich aber mit ihnen unter der Voraussetzung einverstanden, dass dessen Bohrprogramm in Absprache mit dem RWM

-
- einer überplanmäßigen Haushaltsausgabe im RJ 1935, 23.12.1935, ebd., Bl. 33 f.
- 1682 Davon 5.500.000 RM für das Reichsbohrprogramm und 2.280.000 RM für geophysikalische Untersuchungen.
- 1683 Davon 6.030.000 RM für das Reichsbohrprogramm, 1.930.000 RM für geophysikalische Untersuchungen, 2.040.000 zur Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen aus Vorjahren (= 10.000.000 RM), abzüglich Ausgabenrest 1937 in Höhe von 3.070.000 = 6.930.000 RM. Vgl. dazu auch RWM an RFM, 10.8.1938, BArch Berlin, R 2, Nr. 21542, unp.
- 1684 Davon 5.000.000 RM für das Reichsbohrprogramm und 2.930.000 RM für geophysikalische Untersuchungen. Mit den 2.070.000 RM (Restmittel aus den 7,5 Millionen für Vierjahresplan 1937) hätten dem RWM 1939 für das Reichsbohrprogramm = 10.000.000 RM zur Verfügung gestanden. Außerdem stand dem RWM für die Erdölerschließung noch ein Ausgabereist von 3,9 Millionen RM aus den übertragbaren Mitteln von 1938 zur Verfügung. Vgl. auch RWM an Reichshauptkasse (Berlin), 6.7.1939, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86439, unp.
- 1685 Von diesen Mitteln waren 1,5 Millionen RM für wissenschaftliche Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der industriellen Fette und Öle bestimmt. Vgl. Entwurf eines Schreibens des RFM an Keppler, Okt. 1938, BArch Berlin, R 2, Nr. 21542, unp. Keppler hatte 1937 zunächst 20 Millionen verlangt, sich dann aber nach Verhandlungen mit dem RFM mit 12 Millionen RM begnügt, „unter der Bedingung“, dass ihm „die Überschreitung dieses Etats im voraus genehmigt“ werde. Keppler an RWM, 22.12.1938, ebd., unp.
- 1686 Es waren 20.000.000 RM für 1939 beantragt worden, das RFM bewilligte jedoch nur 12.000.000 RM. Vgl. Vermerk des RFM, 25.10.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unp.
- 1687 Vermerk des RFM, 26.8.1937, BArch Berlin, R 2, Nr. 19522, unp.

aufgestellt wurde. Auch sollte es zu keiner Überschneidung mit dem Arbeitsgebiet Keplers kommen, da die vom Rohstoffamt vorgesehenen zusätzlichen Bohrungen in Gebieten erfolgen sollten, deren geophysikalische Erforschung bereits abgeschlossen war und die nicht von dem vom RWM durchgeführten Bohrprogramm erfasst wurden. Infolgedessen wurden im Haushalt des Beauftragten für den Vierjahresplan 1937 für das Rohstoffamt 7.500.000 RM für Erdölbohrungen zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurden für das Amt weitere fünf Millionen RM für die „bergmännische Erschließung von Ölfeldern“ vorgesehen. Kepler dagegen erhielt aus dem Haushalt des Vierjahresplans 12.000.000 RM, von denen 10,5 Millionen RM für die Erforschung des deutschen Bodens bestimmt waren.¹⁶⁸⁸

Kepler war aber überhaupt nicht damit einverstanden, dass dem Rohstoffamt Mittel für Aufschlussbohrungen zur Verfügung standen. Da die Erforschung des deutschen Bodens, einschließlich der Erdölvorkommen, nach seiner Ansicht „generell“ in sein Aufgabengebiet fiel, sollte das Rohstoffamt seiner Meinung nach nur für die Förderung von Erzen und dergleichen verantwortlich sein. Daher forderte er, die dem Rohstoffamt für die Bohrungen und Aufschlüsse zur Verfügung gestellten Mittel seiner Dienststelle zuzuweisen.¹⁶⁸⁹ Damit hatte er tatsächlich Erfolg, denn Vierjahresplan-Staatssekretär Paul Körner bestätigte, dass die Versuchsbohrungen in Keplers Arbeitsgebiet fielen und er für die „gesamte Erforschung des deutschen Boden“ zuständig sei.¹⁶⁹⁰ Folglich gingen die dem Rohstoffamt für Erdölbohrungen zur Verfügung gestellten 7,5 Millionen RM auf Kepler über, dem damit nun für 1937 etwa 18 Millionen RM für die von seiner Dienststelle koordinierten Bodenforschungen zur Verfügung standen.¹⁶⁹¹

Dieser Betrag diente ihm fortan als Grundlage für folgende Bedarfsanmeldungen, wobei immer wieder deutlich wurde, dass sich Kepler nicht an Haushaltsvorgaben gebunden fühlte. Für das Rechnungsjahr 1938 beispielsweise waren ihm vom RWM zwölf Millionen RM bewilligt worden, zu denen ihm das RFM noch zusätzlich weitere 600.000 RM für die Arbeiten in der ‚Ostmark‘ und im Sudetenland bewilligte. Trotz dieser umfangreichen Summe wurden die ihm bewilligten Mittel um etwa drei Millionen RM überschritten.¹⁶⁹²

1688 Vgl. ebd.

1689 Kepler an RFM, 17.8.1937, ebd., unpag.; Kepler an Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe, 17.8.1937, ebd., unpag.

1690 Kepler an RFM, 2.9.1937, ebd., unpag.; Staatssekretär Körner (Ministerpräsident Generaloberst Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan) an RFM, 22.10.1937, ebd., unpag.

1691 Dem Rohstoffamt verlieh nur die Verantwortung über die Erdölbohrungen von Vingerhoets in Westfalen. Vgl. Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe an RFM, 29.10.1937, ebd., unpag.; RFM an Ministerpräsident Generaloberst Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan, 5.11.1937, ebd., unpag.

1692 Vgl. Kepler (Ministerpräsident Reichsmarschall Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan, Arbeitsgebiet Kepler, Erforschung des deutschen Bodens, RfB) an RWM, 17.2.1939, ebd., unpag.; Haushaltsentwurf [für die RfB], allgemeine Erläuterungen, hier Erläuterung zu Kap. 9b, Tit. 31, Allgemeine Haushaltsausgaben für Bodenforschungsausgaben (S. 2), ohne Datum, BAArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpag.

Wie Keppler betonte, sei ihm in den Haushaltsverhandlungen angeblich das Recht zur Überschreitung seines Etats eingeräumt worden, denn Göring habe ihn beauftragt, „die Bodenforschungstätigkeit in intensivster Weise zu betreiben, auch wenn hierdurch vielleicht Mehrkosten von 100 Millionen RM“ entstünden. Die Überschreitung der Ausgaben für 1938 hänge damit zusammen, dass sich sein Untersuchungsprogramm über die „neuen deutschen Gebiete“ der ‚Ostmark‘ und des Sudetengaus hinaus auf Weisung Görings inzwischen auch auf Jugoslawien, die Slowakei und die „Karpatho-Ukraine“ ausdehnt habe.¹⁶⁹³ Außerdem habe er die Aufgabe, das Erzgebiet von Salzgitter „in umfangreichster Weise abzubohren“, wobei es ihm gelungen sei, „pro 1.000 m Bohrung etwa 20 Millionen t Eisenerz“ nachzuweisen.¹⁶⁹⁴ Die Untersuchungsarbeiten Kepplers griffen also nicht nur allmählich über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus, mit Göring im Rücken verstand er es, umfangreiche Mittel für die Bodenforschung zu generieren, was letztlich auch der RfB zu Gute kommen sollte. Allein für den Forschungsetat der nun von ihm forciert aufgebauten Reichsstelle für Bodenforschung sah er nämlich 30 Millionen RM vor.¹⁶⁹⁵

Was bleibt festzuhalten? In der Wissenschaftsgeschichte hält sich hartnäckig die Auffassung, dass es während der Zeit des Nationalsozialismus zu einem „Niedergang (...) der geologischen Forschung“¹⁶⁹⁶ gekommen sei. Die Niedergangsthese gründet sich vor allem auf die inzwischen in weiten Teilen revidierte Ansicht, nach der die NS-Diktatur wissenschaftsfeindlich gewesen sei. Wie neuere wissenschaftshistorische Arbeiten aber zeigen, wurden wissenschaftliche Experten, „vor allem ab 1936, als der Vierjahresplan die Phase forciert Aufrüstung einleitete (...) regelrecht hofiert“.¹⁶⁹⁷ Ein Indikator dafür waren finanzielle Zuwendungen, welche den wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in dieser Zeit zufließen, wobei gerade „die dynamische Ausweitung der Ressortforschung“ ein zentrales „Merkmal des NS-Wissenschaftssystems“ bildete.¹⁶⁹⁸ Hatte Deutschlands führender geologischer Dienst schon bis 1933 nie über nennenswerte Geldsorgen zu klagen, so erweiterte sich sein finanzieller Handlungsspielraum dank der nachdrücklichen Förderung durch das RWM zwischen 1934 und 1938 deutlich. So gelang es der PGLA ihre Ausgaben in der kurzen Zeit von vier Jahren auf etwa 3,9 Millionen RM zu verdoppeln. Damit verfügte sie beispielsweise über mehr Mittel, als die Technischen Hochschulen Aachen und Hannover 1939 zusammen.¹⁶⁹⁹ Damit bildete die Entwicklung an der PGLA auch einen allgemeinen Trend innerhalb des NS-Wissenschaftssystems ab, denn während die Universitäten eher „ein Bild der Stagnation“ boten, wiesen viele kriegs- und rüstungsrelevante außeruniversitäre

1693 Vgl. etwa Hallon, Slowakei (2021), S. 47f., 206–208.

1694 Keppler an RWM, 5.12.1938, R 2, Nr. 19522, unp.

1695 Vgl. Vermerk des RFM, 25.10.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unp.

1696 Geyer/Nitsch/Simon (Hg.), *Geologie* (2011), S. 9.

1697 Hachtmann, *Forschen* (2008), S. 208.

1698 Maier, *Wissenschaft* (2023), S. 44.

1699 Vgl. ders., *Ressourcen* (2017), S. 201.

Forschungseinrichtungen wie etwa die KWG, die um das Reichsluftfahrtministerium gruppierten Institute der Luftfahrtforschung und klassische Ressortforschungseinrichtungen wie die CTR zum Teil beträchtliche Etatsteigerungen auf.¹⁷⁰⁰ Zweifellos profitierte die PGLA als Ressortforschungseinrichtung von ihrer Nähe zum Staat, auch wenn bei alldem aber auch in Rechnung zu stellen ist, dass die tendenziell zwar eine ebenfalls positive Entwicklung aufweisenden Etats der übrigen Geologischen Landesanstalten vergleichsweise marginal blieben. Angesichts der frühzeitig publik gewordenen Zentralisierungspläne des RWM und der immer stärker auf das Reich ausgreifenden Arbeiten der PGLA könnte bei den Einzelstaaten aber auch der Gedanke eine Rolle gespielt haben, sich beim weitergehenden Ausbau ihrer Landesanstalten zurückzuhalten.

Für die geologische Forschung bedeutsam war auch, dass sich der NS-Staat im Zuge seiner forcierten Autarkiepolitik einer großzügigen und flächendeckenden Förderung geologischer Untersuchungen zuwandte und über neue Behörden (Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe) und Beauftragte (Wilhelm Keppler) Millionensummen in die ‚Erforschung des deutschen Bodens‘ investierte. Dabei gelang es dem in der historischen Forschung meist als einflusslos geltenden Keppler nicht nur, dem Rohstoffamt wichtige Aufgaben zu entziehen, sondern sich dank der Rückendeckung Görings und umfangreicher Geldmittel als maßgebliche Instanz staatlicher geologischer Forschung zu etablieren. Keppler stand nicht nur für die ‚Neue Staatlichkeit‘ des NS, ‚sein‘ Geld und sein rücksichtsloses Hinweggehen über bestehende Landes- und Haushaltsgrenzen eröffneten der staatlichen geologischen Forschung neue Ermöglichungsräume und waren möglicherweise auch geeignet, unter den Staatsgeologen entgrenzte ‚Machbarkeitseuphorien‘ auszulösen.¹⁷⁰¹

4.2.3 Berlin greift durch – Die Reichsstelle für Bodenforschung

Im Zuge des Übergangs der Aufgabengebiete des Vierjahresplans (u.a. „Erforschung des deutschen Bodens“) in den Geschäftsbereich des RWM war auf Anordnung Görings mit Wirkung vom 1. Februar 1938 die Reichsstelle für Bodenforschung eingerichtet worden. Die von Keppler schon zu diesem Zeitpunkt „beabsichtigte Übertragung der Leitung der gesamten Bodenforschung auf die neue Behörde“ wurde jedoch erst mit der Verordnung über die Errichtung der RfB vom 10. März 1939 wirksam.¹⁷⁰² Die Verordnung des Beauftragen für den Vierjahresplan markierte das vorläufige Ende der bis dahin selbständigen Geologischen Landesanstalten Deutschlands und Österreichs, denn im § 1 wurde

1700 Vgl. Grüttner, Talar (2024), S. 378 f.; Hachtmann, Forschen, S. 210 f.; ders., Wissenschaftslandschaft (2010), S. 197 f.

1701 In Anlehnung an Aly/Heim, Vordenker (1995), S. 394.

1702 Entwurf eines Schreibens der RfB an RWM, April 1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unp. Laut einer Ernennungsurkunde vom 19.3.1938 bekleidete Keppler schon von diesem Zeitpunkt ab das Amt des Präsidenten der RfB. Vgl. Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers an RWM, 15.3.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 2086, Bl. 283.

festgelegt, dass die Vierjahresplandienststelle „Erforschung des deutschen Bodens“ und die Geologischen Länderdienste Preußens, Badens, Bayerns, Hessens, Sachsens, Thüringens, Württembergs, Österreichs sowie die Bohrchive des Geologischen Staatsinstituts in Hamburg und der Mecklenburgischen Geologischen Landesanstalt in Rostock zu einer Reichsstelle für Bodenforschung mit Sitz in Berlin vereinigt würden.¹⁷⁰³ Die zum Teil sehr alten und traditionsreichen Forschungseinrichtungen galten fortan nur noch als Zweigstellen der RfB.

Der ruppige Zugriff Berlins zeigte sich beispielsweise bei der ältesten geologischen Ressortforschungseinrichtung im deutschsprachigen Raum, der Geologischen Bundesanstalt in Wien, die bereits im Frühjahr 1938 zur ersten Dependence der RfB degradiert wurde. Die Anstalt war bereits am 16. März 1938, drei Tage nach dem ‚Anschluss‘ Österreichs durch Keppler umorganisiert und der RfB unterstellt worden.¹⁷⁰⁴ Bis zur offiziellen Schaffung der RfB erhielt die altehrwürdige Einrichtung die Bezeichnung ‚Geologische Landesanstalt Wien‘, bevor sie ab 1. April 1939 als ‚Zweigstelle Wien der Reichsstelle für Bodenforschung‘ firmierte. Wie bereits erwähnt, wurde Gustav Göttinger, der Direktor der Bundesanstalt, 1938 zum Rücktritt gezwungen und durch seinen Wiener Kollegen Heinrich Beck (NSDAP 1932–1934) kommissarisch ersetzt, bevor im März 1941 der aus Berlin kommende Franz Wilhelm Lotze (NSDAP 1937, SA 1934) das Direktorenamt übernahm.¹⁷⁰⁵ Im März 1938 erschien Brockamp in Wien, um der Anstalt ihr künftiges Arbeitsprogramm zu diktieren. Der von ihm mitgebrachte Geologe Erich Haberfelner (NSDAP und SA 1933)¹⁷⁰⁶ wurde in Wien als „Vertreter der Berliner Zentrale“ installiert und war dort fortan für das Keppler besonders interessierende Feld der Lagerstättenforschung verantwortlich. Der übereifrige Haberfelner war vermutlich Autor zweier Denkschriften, in denen er nicht nur eine Neustrukturierung der Wiener Anstalt, sondern auch eine Neuausrichtung der Arbeiten aller Geologischen Landesanstalten unter dem Dach der RfB forderte, wobei er im juvenilen Überschwang auch nicht davor zurückschreckte, den vermeintlich praxisfernen Anstalten Versagen vorzuwerfen.¹⁷⁰⁷ Infolge der von verschiedenen Seiten vorgelegten Reorganisationsentwürfe wurde die Wiener Bundesanstalt dann tatsächlich neu strukturiert und einige Abteilungsleiterstellen mit Berlin genehmen Personen

1703 Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan über die Errichtung einer Reichsstelle für Bodenforschung vom 10. März 1939, in: RGBI. 1939, Teil I, S. 490 f. Die GLA's von Preußen, Baden, Bayern, Hessen, Sachsen und Thüringen hatten bis dahin den jeweiligen Landeswirtschaftsressorts unterstanden, die GLA Mecklenburg dem Innen- und die GLA Württemberg dem Finanzministerium. Vgl. Johannes Behr (PGLA) an Regierungs- und Baurat Dr. Syffert beim Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, 6.8.1938, BArch Berlin, R 4601, Nr. 643, unpubl. Zum Verlust der Selbständigkeit der PGLA siehe Willy Gropp: Zur siebenzigsten Wiederkehr des Gründungstages der PGLA (S. 14), 1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 59781, unpubl.

1704 Vgl. Danner, *Forschungen* (2014), S. 43.

1705 Vgl. ebd., S. 44; ders., *Görings Geologen* (2015), S. 24–30. Zu Beck und Lotze siehe Anhang Biographien.

1706 Zu Haberfelner siehe Anhang Biographien.

1707 Vgl. Dammer, *Görings Geologen* (2015), S. 45–47.

besetzt – so etwa Hermann Vettters (NSDAP 1938)¹⁷⁰⁸ für die Belange der Erdöl- und Artur Winkler-Hermaden (NSDAP 1933) für solche der Kohlengeologie.¹⁷⁰⁹

Doch zurück zur RfB. Laut § 2 der Verordnung über ihre Errichtung unterstand sie dem RWM, das auch ihren Aufbau regeln sollte. Diese an sich klare Bestimmung barg jedoch Konfliktpotential, denn der sich weiterhin als Görings Sonderbeauftragter verstehende Keppler hatte keineswegs die Absicht, sich dem RWM und seinem ehemaligen Mitarbeiter, dem Oberberghauptmann Oskar Gabel, unterzuordnen oder sich von diesem die Organisation ‚seiner‘ RfB vorschreiben zu lassen. Immerhin galt selbst Minister Funk als „Erfüllungsgehilfe“ des Vierjahresplanchefs Göring.¹⁷¹⁰ Was Keppler dabei in die Karten spielte war, dass die Verordnung zur Errichtung der RfB nicht vom RWM, sondern vom Beauftragten für den Vierjahresplan ausging, der dadurch seine federführende Dienststelle „Erforschung des deutschen Bodens“ mit den Geologischen Landesanstalten verschmolz und dem RWM somit die durch das Lagerstättengesetz ursprünglich avisierte Führung über die Bodenforschung entwendete.¹⁷¹¹

Dabei wies Keplers RfB Ähnlichkeiten mit der 1938 zeitgleich von Göring geschaffenen Reichstelle für Wirtschaftsausbau (RWA) unter Carl Krauch auf. Wie die RfB unterstand auch die RWA formal der Aufsicht des Reichswirtschaftsministeriums. Nach seiner Mitte 1938 erfolgten Ernennung zum Generalbevollmächtigten Görings (GBChem), durch die er in gewisser Weise zum „Chemieminister“ des ‚Dritten Reiches‘“ avancierte, entwickelte Krauch aber zunehmend ein Eigenleben, in dessen Folge die von ihm geleitete Sonderbehörde des RWA faktisch neben der klassischen Wirtschaftsverwaltung agierte und obendrein alle Eigenschaften aufwies, die für die ‚Neue Staatlichkeit‘ des Nationalsozialismus charakteristisch waren.¹⁷¹² Auch Keplers Ernennung zum Manager der Bodenforschung markierte zunächst einen punktuellen „Eingriff in das komplexe Staats- und Verwaltungsgefüge, ohne dass dieses neu geordnet werden musste“. ¹⁷¹³ Aber spätestens nach der Verschmelzung von Vierjahresplanorganisation und RWM nutzte er genau wie Krauch seine durch Göring erfolgte Beauftragung zum Machtausbau, indem er zur Durchführung

1708 Zu Vettters siehe Anhang Biographien.

1709 Danner, Görings Geologen, S. 30–35, 42–50. Wie Haberfelner 1945 erklärte, leitete er die Wiener Anstalt von 1938 bis 1941 mit Beck zusammen. Von Haberfelner ausgefüllter Fragebogen der Militärregierung Österreich (mit anliegendem Lebenslauf und einer von Haberfelner extra abgegebenen „Erklärung“), 23.9.1945, NAW, RG 260, Records of U.S. Occupation Headquarters, World War II, 1923–1972, Series: Contracts of Rehabilitation of Property, 1945–1951, File Unit Vereinigte Aluminium-Werke AG (B) Mattigwerk, Braunau, unpubl. Zu Winkler-Hermaden siehe Anhang Biographien.

1710 Herbst, Deutschland (1996), S. 168.

1711 Vgl. Banken, Reichsberggesetz (2006), S. 102 (Anm. 84).

1712 Vgl. Flachowsky, Reichsam (2015), S. 201f. Zur „Neuen Staatlichkeit“ maßgeblich Hachtmann, Effizienz (2011), 54–59. Die Bezeichnung Krauchs als „Chemieminister“ des ‚Dritten Reiches‘“ findet sich bei Müller, Albert Speer (1999), S. 586. Sie geht zurück auf Eichholtz, der das von Krauch geleitete RWA als „Chemieministerium“ bezeichnete. Eichholtz, Geschichte Bd. I (2003), S. 111.

1713 Hachtmann, Effizienz (2011), S. 54.

seiner Aufgaben den behördlichen Unterbau in Form der Geologischen Landesämter übernahm, diesen mit ihm ergebenden Protagonisten seines Stabes verknüpfte und sich somit einen eigenen, auf die Kompetenz von Experten gestützten „personalisierten Herrschaftsverband“ schuf.¹⁷¹⁴ Auch Keppler strebte danach, sich vom RWM zu emanzipieren und gerierte sich in Analogie zu Krauch als ‚Geologieminister‘ des ‚Dritten Reiches‘.

Wie der § 3 der Gründungsverordnung festhielt, hatte die RfB die Aufgabe, „das Reichsgebiet nach geologischen, geophysikalischen, bergmännischen und anderen Methoden mit dem Ziel zu erforschen, dass die Ergebnisse für die Wirtschaft nutzbar“ wurden. Gleichwohl sollte sie sich auch mit der „Weiter- und Neuentwicklung von Verfahren der Bodenforschung und von Verfahren zur Verwertung von Bodenschätzen“ befassen.¹⁷¹⁵ Der Paragraph 3 enthielt brisante Bestimmungen, die ebenfalls Nährboden für Dissonanzen boten. So wurde fixiert, dass die RfB auf dem Gebiet der Bodenforschung „für das Reich und die Länder ausschließlich zuständig“ sei. Dieser Passus war schon in den Ressortbesprechungen über den RfB-Verordnungsentwurf auf Kritik gestoßen, die sich erst gelegt hatte, nachdem Keppler zusicherte, nicht in die Tätigkeit der Hochschulen einzugreifen. Wie sich zeigen sollte, wollte er von dieser Zusage bald nichts mehr wissen, zumal in der Gründungsverordnung der RfB auch festgelegt war, dass sie mit Zustimmung des zuständigen Reichsministers auf dem Gebiet der Bodenforschung tätige wissenschaftliche Anstalten zur Mitarbeit heranziehen und die Aufgaben so verteilen konnte, „dass Doppelarbeit vermieden und die vorhandenen Kräfte und Mittel in zweckentsprechender Weise eingesetzt“ wurden.¹⁷¹⁶

Im Paragraph 3 wurde außerdem festgelegt, dass „die bergbauliche Erschließung zum Zweck der Förderung von Bodenschätzen (...) nicht zu den Aufgaben der Reichsstelle für Bodenforschung“ gehöre. Das hieß, sie sollte Vorkommen durch ihren Aufschluss bestenfalls wirtschaftlich nutzbar machen, die Ausbeutung und den Betrieb der Anlagen dann aber anderen Unternehmen überlassen. Wie weiter unten deutlich wird, sollte sich Keppler auch in dieser Frage über die bestehenden Vorschriften hinwegsetzen. Die weiteren Bestimmungen regelten den Übergang der Einnahmen und Ausgaben auf das Reich, das ab 1. April 1939 auch in alle vermögensrechtlichen Pflichten und Rechte (z.B. Grundstücksbesitz) eintrat, die mit den einzelnen Landesanstalten verbunden waren. Zum selben Datum wurden die Beamten der jetzigen Zweigstellen zu unmittelbaren Reichsbeamten und auch die Angestellten und Arbeiter traten nun „in den Dienst des Reiches“.¹⁷¹⁷

1714 Ebd., S. 37.

1715 Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan über die Errichtung einer Reichsstelle für Bodenforschung vom 10. März 1939, in: RGBl. 1939, Teil I, S. 490 f.

1716 Im Januar 1939 hatte Keppler durchblicken lassen, dass mit der Gründung der RfB „eine restlose Zusammenfassung aller Bodenforschungsarbeiten vorgesehen“ sei. Keppler (Vierjahresplan. Erforschung des deutschen Bodens) an RFM, 14.1.1939, BAArch Berlin, R 2, Nr. 21542, unp.

1717 Vgl. Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan über die Errichtung einer Reichsstelle für Bodenforschung vom 10. März 1939, in: RGBl. 1939, Teil I, S. 490 f.; RWM an

Bereits im April 1939 legte Keppler die Eckpunkte seines Programms vor. Dabei machte er deutlich, dass er es „als Kernpunkt“ der mit der Gründungsverordnung gestellten Aufgabe betrachte, „die gesamte deutsche Bodenforschungsarbeit als ein geschlossenes Ganzes aufzubauen und nach einem einheitlichen Willen so auszurichten, dass künftig jede Tätigkeit auf diesem Gebiet in ein Gesamtprogramm eingegliedert“ und gefördert werde.¹⁷¹⁸ Für die geologische Aufnahme und Kartierung stehe in Gestalt der PGLA bereits eine Behörde zur Verfügung. Da es zweckmäßig sei, die „erforderliche Reform“ der Bodenforschung mit einem „notwendigen Mindestmaß an organisatorischer Umgestaltung“ durchzuführen, meinte Keppler, „einstweilen mit einer Verschmelzung der bisherigen Reichsstelle für Bodenforschung“ – also seiner Dienststelle – „mit der ehemaligen“ PGLA zu einer „Reichsmittelbehörde“ auszukommen.¹⁷¹⁹ Die übrigen Landesanstalten sollten „bis auf weiteres als Zweigstellen der Reichsstelle fortgeführt“ werden. Zudem sei sicherzustellen, „dass sich künftig alle Personen, Einrichtungen usw., die sich mit der Bodenforschung befassen, einer Eingliederung ihrer Tätigkeit in das Gesamtwerk der deutschen Bodenforschung nach den Weisungen des Herrn Ministers unterwerfen“ müssten. Die vordringliche Aufgabe der deutschen Bodenforschung, „alle mineralischen Rohstoffe, die aus dem deutschen Boden gewonnen werden“ könnten, „ausfindig zu machen und intensiv an der Weiterentwicklung und Vervollständigung der zu ihrer Auffindung möglichen Methoden zu arbeiten“ erfordere „dringend“, alle vorhandenen Kräfte und Geldmittel zusammenzufassen, Doppelarbeit zu beseitigen und eine vollkommene Ausnutzung der vorhandenen Apparate und Materialien sicherzustellen.¹⁷²⁰

Bezirksgeologen Fritz Behrend (RfB), 1.6.1940, BArch Berlin, R 71, Nr. 6, Bl. 207.

1718 Hier und im Folgenden Entwurf eines Schreibens der RfB an RWM, April 1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpag. In einem Beitrag in der Zeitschrift *Der Vierjahresplan* wurde zeitgleich auf die Gründungsverordnung der RfB verwiesen, durch die „die gesamte deutsche Bodenforschung zusammengefasst worden“ sei. Zusammenfassung der Bodenforschung (1939), S. 529.

1719 Ebd. Wie das RFM im November 1939 festhielt, war die RfB „nach ihrer Stellung im Gesamtbehördenaufbau eine höhere Reichsbehörde, und zwar eine höhere Reichsbehörde, deren räumlicher Geschäftsbereich sich auf das gesamte Reichsgebiet“ erstreckte „(so genannte Reichsmittelbehörde)“. Vermerk des Referats IV/1 des RFM für RFM-Referenten von Knorre, Nov. 1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpag. Die RfB war aber keine oberste Reichsbehörde, da sie dem RWM unterstellt war. Vermerk des RFM, 17.2.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unpag.

1720 Entwurf eines Schreibens der RfB an RWM, April 1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpag.

Tab. 31: Personalstellen nach dem ersten Entwurf für den Haushaltsplan der RfB 1939.¹⁷²¹

Planstelle	Berlin	Wien	München	Freiberg	Stuttgart	Freiburg	Darmstadt	Jena	Hamburg	Σ
Präsident	1	-	-	-	-	-	-	-	-	1
Vizepräsident	1	-	-	-	-	-	-	-	-	1
Direktoren	-	1	-	-	-	-	-	-	-	7
Oberregierungsräte	3		-	-	-	-	-	-	-	3
Reichsgeologen	36	4	1	1	1	1	1	1	-	46
Regierungsräte	3	1	-	-	-	-	-	-	-	4
Bezirksgeologen	37	8	8	6	5	4	1	2	1	72
Bibliothekar	-	1	-	-	-	-	-	-	-	1
Verwaltungsamt Männer	6	-	-	-	-	-	-	-	-	6
Regierungsüberinspektoren	18	-	-	-	-	-	-	-	-	18
Regierungsinspektoren	16	4	2	1	1	1	1	2		28
Kanzleivorsteher	1	-	-	-	-	-	-	-	-	1
Regierungssekretäre	1	1	-	-	-	-	1	-	-	3
Zeichner	-	-	-	-	-	1	-	-	-	1
Präparatoren	1	-	1	-	-	-	-	-	-	2
Regierungsassistenten	1	-	-	-	-	1	-	-	-	2
technische Angestellte	-	2	1	-	-	-	-	-	-	3
Kanzleiassistenten	1	-	-	-	-	-	1	-	-	2
Laboranten	1	1	-	-	-	-	-	-	-	2
Betriebsassistenten	-	2	-	-	-	-	-	-	-	2
Botenmeister	2	-	-	-	-	-	-	-	-	2
Hausinspektor	1	-	-	-	-	-	-	-	-	1
Amtsgehilfen	6	-	-	-	-	-	1	-	-	7
GESAMT (BEAMTE)	142	25	13	8	7	8	6	5	1	215
Beamtete Hilfskräfte	30	5	-	-	-	1	-	-	-	36
Angestellte	100	15	23	17	4	3	1	3	4	170
Arbeiter	76	3	3	6	1	2	1	1	2	95
GESAMT (BEAMTE, ANGESTELLTE, ARBEITER)	348	48	39	31	12	14	8	9	7	516
Zuzüglich 64 Angestellte und 7 Arbeiter für Bodenforschungsarbeiten und Bodenkartierung zu Siedlungszwecken										587

1721 Vgl. Voranschlag des RWM für die Reichsstelle für Bodenforschung für das Jahr 1939, 8.8.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 11219, Bl. 102–174. In der Akte BArch Berlin, R 2, Nr. 30128, Bl. 229–299 findet sich ein unvollständiger Entwurf „Verbuchungsstellen im Einzelplan VI a) Kap. 9 der Einnahmen und fortdauernden Ausgaben (Reichsstelle für Bodenforschung), b) Kap. E 16 Tit. 26 bis 29 der einmaligen Ausgaben (betr. Reichsstelle für Bodenforschung) für das Rechnungsjahr 1939 mit etwas anderen Belegschaftszahlen.

Zu diesem Zweck sei der personelle Aufbau der RfB und ihrer Zweigstellen straff zu zentralisieren, die Arbeitsfreudigkeit und der Forschungsdrang der Gesamtbelegschaft aber durch ausreichende Beförderungsmöglichkeiten zu sichern. Auch die Stellenplanung ging Keppler großzügig an. So sah einer der ersten Entwürfe für den Stellenplan der Reichsstelle 516 Mitarbeiter vor, davon 251 Beamte, 170 Angestellte und 95 Arbeiter, zu denen noch 71 sonstige Kräfte kommen sollten, so dass die Gesamtbelegschaft 587 Mitarbeiter umfasst hätte (Tab. 31). In den Haushaltsverhandlungen gelang es dem RFM jedoch, die Bedarfsanmeldungen Kepplers zu reduzieren, so dass ihm im ersten Jahr vermutlich 481 festangestellte (207 Beamte, 177 Angestellte, 97 Arbeiter) und 45 sonstige Kräfte, also letztlich 526 Mitarbeiter zur Verfügung standen (Tab. 32).

Tab. 32: Vergleich der 1938 an den Geologischen Landesanstalten beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter, der im Haushaltsplan der RfB 1939 angemeldeten Personalbedarfszahlen und der am 1.2.1940 tatsächlich vorhandenen Mitarbeiter.¹⁷²²

GLA's	Beamte 1938 Ist	Beamte 1939 Plan	Beamte 1939 Ist	Angest. 1938 Ist	Angest 1939 Plan	Angest. 1939 Ist	Arbeiter 1938 Ist	Arbeiter 1939 Plan	Arbeiter 1939 Ist
Berlin	150	150	146	46	100	126	59	76	80
Wien	18	26	22	7	15	16	3	3	4
München	12	12	12	-	23	16	2	3	2
Freiberg	4	7	7	7	10	6	2	5	4
Stuttgart	6	5	5	2	4	4	-	1	1
Freiburg	6	7	6	3	3	3	1	2	2
Darmstadt	5	5	5	1	1	1	-	1	1
Jena	3	3	3	4	3	3	-	1	1
Hamburg	-	1	1	8	4	2	6	2	1
GESAMT	204	216	207	78	163	177	73	94	97

1722 In den Feldern ‚Berlin Beamte 1938‘ 118 Beamte + 23 beamtete Hilfskräfte, in Berlin ‚Beamte 1939 gefordert‘ 129 Beamte + 20 beamtete Hilfskräfte, in Wien ‚Beamte gefordert 1939‘ 22 Beamte + 5 beamtete Hilfskräfte und in Freiburg ‚Beamte gefordert 1939‘ 6 Beamte + 1 beamtete Hilfskraft. Im Feld ‚Berlin Beamte 1939 Ist‘ 126 Beamte + 20 beamtete Hilfskräfte. Vgl. Für die Forderungen 1939 und die am 1.2.1940 vorhandenen Kräfte (Angestellte und Arbeiter) vgl. Haushalt des RWM für das RJ 1939, S. 110–133, BArch Berlin, R 2, Nr. 21291, unpag.; Haushaltsplan RfB 1940 (Einzelplan VI.- Kap. 6 der Einnahmen und der fortdauernden Ausgaben – Reichsstelle für Bodenforschung – für das RJ 1940, BArch Berlin, R 2, Nr. 21295, unpag.; Aufstellungen des RWM für das RFM über das an den einzelnen Geologischen Landesanstalten ‚bisher vorhandene‘ und für das RJ 1939 ‚angeforderte‘ Personal, ohne Datum (Sommer 1939), BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpag. Die Zahlen für ‚Beamte 1939 Ist‘ sind nicht gesichert. Sie beziehen sich auf einen Vermerk des RFM mit anliegender Übersicht über möglicherweise befürwortete Planstellen der RfB, 25.10.1939, ebd., unpag.; Vermerk des RFM über die Haushaltsverhandlungen über Kap. VI, 9 (Reichsstelle für Bodenforschung) am 16.9.1939 im RWM, 21.9.1939, ebd., unpag. Im Frühjahr 1939 hatte Keppler gemeint, dass für die RfB, ohne die bei den örtlichen Mess- und Bohrtrüps usw. vorübergehend angenommenen Hilfskräfte, rund 250 Beamte und Hilfsbeamte, 135 Angestellte und 90 Arbeiter erforderlich seien. Entwurf eines Schreibens der RfB an RWM, April 1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpag.

Verwiesen schon die Verhandlungen zum ersten Haushaltsplan der RfB auf einen ihr innewohnenden Expansionsdrang, erhöhten sich ihre Personalbedarfsanmeldungen in den folgenden Jahren deutlich. Während sich die Zahl der Beamten allerdings nur moderat erhöhte und die der Arbeiter sogar sank, wiesen die Stellen für Angestellte zwischen 1939 und 1944 enorme Zuwächse auf, weil nun zahlreiche wissenschaftliche Fachkräfte angestellt wurden, denen die in ihrer Zahl begrenzten Planstellen für Beamte verschlossen blieben.

Als Vizepräsident der RfB sah das RWM eigentlich den bis dahin amtierenden Präsidenten der PGLA, Versé, vor, doch Keppler ging darüber hinweg und setzte den aus seinem Stab mitgebrachten Bernhard Brockamp auf diesen Posten.¹⁷²³ Der Geophysiker und bisherige Leiter der Prakla hatte bis dahin keiner NS-Organisation angehört, wurde aber gut einen Monat nach Gründung der RfB in die SS aufgenommen, in der er gleich zum Hauptsturmführer befördert und gleichzeitig „zum SS-Führer beim Stab des SS-Hauptamtes“ ernannt wurde.¹⁷²⁴ Dem lag jedoch kein Aufnahmegesuch Brockamps zugrunde, vielmehr war es Keppler, der seinem künftigen Stellvertreter nahelegte, der SS beizutreten.

Tab. 33: Zahl der Beamten, beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter an der RfB nach den Haushaltsplänen 1939–1944.¹⁷²⁵

RJ	Beamte	Beamtete HK	Angestellte	Arbeiter	Gesamt
1939	190	26	163	94	473
1940	190	26	179	95	483
1941	201	26	239	83	549
1942	201	22	300	89	612
1943	202	20	429	77	688
1944	200	19	432	74	725

1723 Vgl. Vermerk des RFM über die Haushaltsverhandlungen über Kap. VI, 9 (RfB) am 16.9.1939 im RWM, 21.9.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpag. Keppler hegte schon seit Langem Vorbehalte gegen Versé. Im Zuge der Affäre um Wilfried von Seidlitz hatte er gegenüber Göring geäußert, dass Versé sicher ein „brauchbarer Verwaltungsbeamter“, jedoch „keineswegs geeignet“ sei, die PGLA „zu neuem Leben zu bringen“. Für diese Aufgabe bedürfe es einer „frischeren Persönlichkeit“. Außerdem sei Versé als Bergmann kein Fachmann für das eigentliche Arbeitsgebiet der PGLA. Keppler an Göring, 9.12.1936, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 120 f.

1724 Aufnahmeerklärung der SS betr. Dr. Brockamp, Bernhard, 20.4.1939, BArch Berlin, R 9361-III, Nr. 519036, unpag.

1725 Für das RJ 1939 vgl. Haushalt des RWM für das RJ 1939 (Einzelplan VI), S. 110–131, BArch Berlin, R 2, Nr. 21291, unpag.; für das RJ 1940 vgl. Einzelplan VI – Kap. 6 der Einnahmen und der fortdauernden Ausgaben – RfB- für das RJ 1940, BArch Berlin R 2, Nr. 21295, unpag.; für das RJ 1941 vgl. Einzelplan VI – Kap. 6 der Einnahmen und der fortdauernden Ausgaben – RfB- für das RJ 1941, BArch Berlin R 2, Nr. 21298, unpag.; für das RJ 1942 vgl. Haushalt des RWM für das RJ 1942, S. 92–97, BArch Berlin, R 2, Nr. 21303, unpag.; für das RJ 1943 Haushalt des RWM für das RJ 1943 (Einzelplan VI), BArch Berlin, R 3101, Nr. 30131, Bl. 25–112,

So hielt Alfred Bentz 1949 fest, dass die Ernennung Brockamps „zum Ehrenführer der SS“ ohne sein Zutun auf Wunsch Kepplers erfolgt sei, der seinen Stellvertreter als ‚Nichtparteiengenossen‘ gegen potentielle Angriffe verschiedener Parteinstanzen „in Schutz“ nehmen und „ihm dadurch mehr Rückhalt“ geben wollte.¹⁷²⁶ Ebenso legte Keppler Wert darauf, Brockamp als Vizepräsidenten aus der Gruppe der Abteilungsdirektoren herauszuheben, weil er, Keppler, „durch anderweitige Dienstgeschäfte so stark in Anspruch genommen“ sei, dass Brockamp als Vizepräsident angeblich „ein weit größerer Aufgabenkreis und eine umfangreichere Verantwortlichkeit“ erwachsen, als dies bei anderen gleichartigen Behörden der Fall zu sein pflegte.¹⁷²⁷ Sieht man einmal von der fragwürdigen Begründung Kepplers ab, ist festzuhalten, dass Brockamp sich in der Folgezeit wirklich zum eigentlichen Dirigenten, ja zur grauen Eminenz der RfB entwickelte und der in der Regel sporadisch ‚regierende‘ Keppler nur in Einzelfällen in Erscheinung trat.¹⁷²⁸

In der Gründungsphase der RfB jedoch drückte Keppler ihr ganz klar seinen Stempel auf. Nicht nur, weil er die Organisation der PGLA für „kaum verständlich“ hielt, sondern unter deren Direktoren auch einige Herren ausgemacht hatte, die – wie er meinte – „wohl (...) recht gute Spezialisten auf engeren Gebieten der Wissenschaft“, aber „keineswegs geeignet“ waren, Abteilungen zu führen.¹⁷²⁹ Zu ihnen zählte er die über sechzigjährigen Landesgeologen Gotthard, Loebe und Wiegers, deren weitere Verwendung als Abteilungsleiter für ihn „ausgeschlossen“ war. Ebenso rieb er sich an der ‚eigenartigen Personalgestaltung‘ im Laboratorium der PGLA. Hier seien bisher zehn Akademiker, darunter sieben Professoren und ein einziger Laborant tätig gewesen. Wie er

hier Bl. 66 f.; für das RJ 1944 vgl. Einzelplan VI – Kap. 6 der Einnahmen und der fortdauernden Ausgaben – RfB- für das RJ 1944, BArch Berlin R 2, Nr. 21306, unpag. Während die Haushaltspläne immer nur Planzahlen für die Beamten enthalten, finden sich für die beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter immer auch Hinweise, die Aufschluss über die Ist-Zahlen im vorherigen RJ geben (z.B. im HP für 1940 bei der Darstellung der Angestellten und Arbeiter: „am 1. Februar 1940 vorhanden waren“, oder im HP für 1942 „am 1. Oktober 1941 vorhanden waren“). Auf der Grundlage dieser Zahlen ergeben sich als Ist-Zahlen für die beamteten Hilfskräfte (1939 17, 1940 7, 1941 7, 1942 19, 1943 15), für die Angestellten (1939 177, 1940 216, 1941 214, 1942 382, 1943 405) und die Arbeiter (1939 97, 1940 80, 1941 80, 1942 74, 1943 67). Wie Keppler nach dem Krieg erklärte, habe das RfB 500–600 Mitarbeiter umfasst. Vgl. Ausführungen Kepplers zu einer von ihm beabsichtigten Gründung einer geophysikalischen Gesellschaft, November 1953, BArch Koblenz, N 1614, Nr. 1, Bl. 12–15, hier Bl. 15.

- 1726 Erklärung von Alfred Bentz, 12.11.1949, BGR-Archiv Hannover, Nr. 136067, unpag. Gleiches galt für den Erdölgeologen Karl Krejci-Graf, der 1939 ebenfalls auf Veranlassung Kepplers in die SS aufgenommen und zum SS-Hauptsturmführer im SS-Hauptamt ernannt wurde. Vgl. Kölbl-Ebert, *German petroleum geologists* (2018), S. 399; Keppler an Personalamt der Reichsführung SS, 5.4.1939, BArch Berlin, R 9361–III, Nr. 519036, unpag.; Aufnahmeerklärung der SS betr. Krejci, Karl, 20.4.1939, BArch Berlin, R 9361–III, Nr. 537794, unpag.
- 1727 Entwurf eines Schreibens der RfB an RWM, April 1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpag.
- 1728 Das gab Keppler selbst zu. Vgl. Ausführungen Kepplers zu einer von ihm beabsichtigten Gründung einer geophysikalischen Gesellschaft, November 1953, BArch Koblenz, N 1614, Nr. 1, Bl. 12–15, hier Bl. 15.

- 1729 Keppler (Präsident RfB) an Reichsminister Schwerin von Krosigk (RFM), 9.11.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpag.

dem RFM versicherte, könne er „bequem etwa 6 Akademiker vermissen“, aber leider handle es sich bei ihnen durchweg um Beamte. Ähnlich gestalte sich die Situation in den anderen Abteilungen. Überall würde es an für Lagerstättenfragen geeigneten Geologen fehlen, „während sonst eigentlich ein Überfluss an Beamten“ bestehe. Es sei daher seine Absicht, in dieser Frage mit der Zeit Abhilfe zu schaffen, damit die RfB „mit geringerem Personal mehr praktische Arbeit“ leiste. Dass Keppler dann aber für 1939 und auch in den folgenden Jahren immer wieder neue Stellen forderte zeigt, dass ihn die Realität eines Besseren belehrte. Wichtiger indes war, dass seine Kritik an den in seinen Augen ‚nutzlosen Akademikern‘ auf ein grundsätzlich anderes Verständnis Kepplers über die Aufgaben geologischer Ressortforschung schließen lässt. So wie schon im Verordnungsentwurf zur Gründung der RfB die Aufgabe verschwunden war, die durch die geologischen Untersuchungen gewonnenen Ergebnisse auch der Wissenschaft nutzbar zu machen, so erachtete er es als genuine Aufgabe der RfB, „neue Bodenschätze zu finden“.¹⁷³⁰

Dieser praktischen Ausrichtung folgte dann auch die von ihm vorgesehene Gliederung der RfB, für die er fünf Abteilungen vorsah, denen sich Haupt- und Sonderreferate, die RfB-Zweigstellen und neue Arbeitsstellen und Forschungsinstitute anschlossen. Beim Blick auf die Organisationsstruktur wird deutlich, dass Keppler mit Bernhard Brockamp (Vizepräsident), Karl Kromer (Verwaltungschef)¹⁷³¹, Arnold Cissarz und Ludger Funder (Abteilung III Lagerstätten) die Schlüsselstellen der RfB mit ihm loyal ergebenden Männern besetzte, die er aus seinem Vierjahresplanstab mitgebracht hatte.¹⁷³² Wie Kromer 1948 aussagte, habe Keppler „Wert auf einen qualifizierten Mitarbeiterstab“ gelegt und deshalb bei der Auswahl der Abteilungsleiter „ausschließlich auf die sachliche Eignung“ und nicht auf „Parteizugehörigkeit oder gute Verbindungen zur NSDAP“ geschaut. Dass er seinen Stellvertreter Brockamp eigens eine SS-Mitgliedschaft oktroyierte, ließ Kromer dabei unerwähnt. Vielmehr hob er hervor, dass von den fünf Abteilungsdirektoren der RfB drei nicht der NSDAP angehört hätten, weswegen es zwischen Keppler und der Parteileitung in München angeblich zu schwerwiegenden Auseinandersetzungen gekommen sei, da letztere ihm verübelte, dass einer der vorgeschlagenen Direktoren ein früheres Logenmitglied (Kegel) gewesen sei.¹⁷³³ Auch wenn die als

1730 Ebd.

1731 Kromer war auch Leiter der Pressestelle der RfB. Vgl. Brockamp (RfB Berlin) an sämtliche Herren der RfB (Büro Keppler) und an sämtliche RfB-Zweigstellen, 27.6.1939, GLA Freiburg, A 02338/3, Bl. 1.

1732 Ebenso wurden die oben bereits genannten, im Stab Keppler tätig gewesen Geologen, Karl Hoffmann, Heinrich Kölbel, Guido Lorent, Hannfrit Putzer, Rolf Teichmüller und Erwin Veit in die RfB übernommen.

1733 Die Aussage Kromers diene dazu „das Idealbild eines guten Vorgesetzten und Leiters einer praktischen wissenschaftlichen Anstalt“ zu zeichnen und Keppler vor dem Nürnberger Militär-Tribunal zu entlasten. Eidesstattliche Erklärung von Karl Kromer aus dem Dokumentenbuch VI B für Wilhelm Keppler im Militär-Tribunal Nr. IV – Fall 11 – (Keppler-Dokument 9), 5.3.1948, StAN, KV-Prozesse, Fall 11, K-11, Prozessakte Wilhelm Keppler (S. 7-11). Siehe auch BArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unp.

Entlastung Kepplers gedachten Aussagen Kromers mit Vorsicht zu bewerten sind, steht fest, dass sich Keppler bei der Gestaltung und Führung der RfB nicht von anderer Seite Vorschriften machen ließ und die Reichsstelle ganz nach seinen Vorstellungen gestaltete. So bildete sich ausgehend von seinen Vorgaben in den folgenden Monaten folgende Geschäftsverteilung heraus, die – bis auf die im Zweiten Weltkrieg hinzukommenden Außenstellen in den von den Deutschen besetzten Gebieten – bis 1945 weitgehend unverändert blieb:

GESCHÄFTSVERTEILUNG DER REICHSTELLE FÜR BODENFORSCHUNG¹⁷³⁴

Präsident: Staatssekretär Wilhelm Keppler (NSDAP 1927, SS 1933)

Vizepräsident: Bernhard Brockamp (SS 1939)

ABTEILUNG I:

VERWALTUNG UND PERSONALIEN	Leiter: Karl Kromer (NSDAP 1933, SS 1934) Vertreter: Willy Gropp (NSDAP 1937)
I P: Personalangelegenheiten	Expedient: Carl Dreibholz (NSDAP 1940, SS FM 1934)
I H: Haushaltsangelegenheiten	Expedient: Max Spielhagen
I K: Kasse	Expedient: Friedrich Heinzmann (NSDAP 1933)
I G: Geschäftsstelle	Expedient: N. N.
I Rev.: Vorprüfungsstelle	Expedient: Otto Schrader

ABTEILUNG II: GEOLOGIE

	Leiter: Wilhelm Kegel (SA) Vertreter: Werner Paeckelmann (SA Res. II 1934–1935)
II G: Gebirgslandaufnahme	Referent: Werner Paeckelmann
II F: Flachlandsaufnahme	Referent: Bruno Dammer
II B: Bodenkundliche Kartierung	Referent: Paul Woldstedt
II W: Wasserbau	Referent: Fritz Dahlgrün
II E: Erd- und Straßenbau	Referent: Wilhelm Dienemann (NSDAP 1937, SA 1933)
II M: Wehrgeologie	Referent: Ernst Meister und Otto Burre
II P: Publikationen	Referent: Rudolf Cramer (NSDAP 1930/1933, SA 1933–1934)

ABTEILUNG III: LAGERSTÄTTEN

	Leiter: Arnold Cissarz (NSDAP 1937, SA) Vertreter: Ludger Funder (NSDAP 1935, SA)
III E: Erze und Nichterze	Referent: Arnold Cissarz
III K: Kohlen	Referent: Walter Gothan
III S: Salze	Referent: Ernst Fulda (SA Res. II 1934–1938)
III L: Lagerstättenkartei	Referent: Rolf Teichmüller (NSDAP 1937, SA)
III St: Statistik	Referent: Maximilian Meisner (NSDAP 1937)

1734 Zum Geschäftsverteilungsplan der RfB vgl. Organisationsplan der RfB, BGR-Archiv Hannover, Nr. 59779, unp.; Anweisung für die Geschäftsführung der RfB, ohne Datum (1941), BArch Berlin, R 2301, Nr. 6043, Bl. 24. Vgl. zudem Gunther, Oil Fields Investigation (BIOS FINAL Report No. 1016, Item No. 30), London [1946], hier: Volume 1: Government Control: Fig. 7 (zwischen S. 62 und 63). Ich danke Helmut Maier für eine Kopie.

ABTEILUNG IV: ERDÖL

Arbeitsstelle Hannover
Arbeitsstelle Wien
Arbeitsstelle Hamburg

Leiter: Alfred Bentz
Vertreter: Wilhelm Haack
Leiter: Leonhard Riedel (NSDAP 1937, SA)
Leiter: Hermann Vettters (NSDAP 1938)
Leiter: Wolfgang Schott
(NSDAP 1933, SA 1933–1935)¹⁷³⁵

ABTEILUNG V: GEOPHYSIK

V G: Gravimetrie
V M: Magnetik und Seismik
V E: Elektrische u. sonst. Verfahren
V L: Geophysikalisches Laboratorium
HAUPT- UND SONDERREFERATE
S T: Unters.- u. Bohrbetriebe aller Art
S K: Kolonialgeologie
S Ch: Chemisches Laboratorium
S Bch: Bodenchemie
S M: Mikropaläontologie
S St: Steine und Erden
Ss, Sb, Sv: Samml., Bibliothek, Vertrieb

Leiter: Otto Barsch
Stellvertreter: Georg Hermann Reich
Referent: Otto Barsch
Referent: Georg Hermann Reich
Referent: Arthur Ebert (SS FM)
Referent: Otto Barsch
Leiter: Bernhard Brockamp
Referent: Ludger Funder
Referent: Bernhard Brockamp
Referent: Ernst Heuseler
Referent: Max Trénel
Referent: Carl Adam Wicher (NSDAP 1933)
Referent: Bernhard Brockamp
Referent: Walter Gothan,
Vertreter: Georg Berg¹⁷³⁶
Referent: Adolf Mestwerdt (NSDAP 1932)
Referent: Fritz Wiegers (NSDAP 1930, SA 1933)
Referent: Wilhelm Kegel
Referent: Arnold Cissarz
Referent: Bernhard Brockamp

ZWEIGSTELLEN, FORSCHUNGSINSTITUTE (FI) UND ARBEITSSTELLEN

Zweigstelle Wien

Leiter: 1938–1941 Heinrich Beck
(NSDAP 1932–1934)
1941–1945 Franz Lotze (NSDAP 1937, SA 1934)

- 1735 Eine Arbeitsstelle Hamburg der Abteilung Erdöl der RfB taucht in verschiedenen Geschäftsverteilungsplänen der RfB auf. Allerdings scheint es sich dabei eher um eine Absichtserklärung gehandelt zu haben, denn in den Quellen findet sich kein Beleg für eine derartige Arbeitsstelle. So findet sich auf einem Organigramm folgender, vom vermeintlichen Leiter dieser Stelle (Schott), 1987 hinzugefügter handschriftlicher Vermerk: „Irrtum Schott. Es hat eine Zweigstelle (Leiter Prof. Dr. E. Koch) in Hbg. bestanden. Sie gehörte aber nicht zur Abt. Erdöl. Alle Erdölangelegenheiten wurden in diesem Raum (Hbg./Schleswig-Holstein) von Hannover aus bearbeitet“. Geschäftsverteilungsplan der RfB vgl. Organisationsplan der RfB, BGR-Archiv Hannover, Nr. 59779, unp.
- 1736 Zur Gliederung des Referats, dass das Geologische Landesmuseum und das Paläontologische Museum (Leiter: Otto Heinrich Schindewolf), das Museum für angewandte Geologie, die Lagerstättensammlung, die Petrographische Sammlung (Leiter jeweils Berg), die Paläobotanische Sammlung, die Bibliothek (Leiter beider Gothan) und schließlich den Vertrieb (Leiter: Erich Friederici) umfasste, vgl. Brockamp (RfB Berlin) an RfB-Zweigstelle Freiberg, 7.5.1941, GLA Freiberg, A 02287/1, Bl. 48.

Zweigstelle München	Leiter: Matthäus Schuster (NSDAP 1937, SS FM)
Zweigstelle Freiberg	Leiter: Kurt Pietzsch (NSDAP 1938, SS FM 1933)
Zweigstelle Stuttgart	Leiter: Manfred Frank (NSDAP 1937)
Zweigstelle Freiburg	Leiter: Walther Hasemann (NSDAP Anw. 1942)
Zweigstelle Jena	Leiter: Fritz Deubel (NSDAP 1937)
Zweigstelle Darmstadt	Leiter: Otto Diehl
Zweigstelle Hamburg	Leiter: Emil Koch
FI für Meeresgeologie Kiel-Kitzeberg	Leiter: Erich Wasmund (NSDAP 1937, SS 1933)
Arbeitsstelle Posen	Leiter: Willi Scharf (NSDAP 1930, SA 1932)
Arbeitsstelle Kiel	Leiter: Herbert-Lothar Heck (SA 1933)
Arbeitsstelle Saarbrücken	Leiter: N.N.

Neu im Verbund der RfB war das Forschungsinstitut für Meeresgeologie in Kiel-Kitzeberg, an dessen Einbindung Keppler besonders viel lag.¹⁷³⁷ Das Institut unterstand dem keineswegs unumstrittenen Erich Wasmund (NSDAP 1937, SS 1933)¹⁷³⁸, der 1937 an der Universität Kiel als Denunziant in Erscheinung getreten und 1939 nach offenbar heftigen Auseinandersetzungen vom Ehrengericht der Kieler Hochschullehrerschaft aus der Universität ausgeschlossen worden war.¹⁷³⁹ Wasmund hatte bis dahin die Abteilung für Meeresgeologie am Institut für Meereskunde der Universität geleitet und führte seine Arbeiten nun in einer von ihm privat betriebenen Meeresgeologischen Forschungsstelle in Kiel-Kitzeberg fort.¹⁷⁴⁰ An ihr zeigte zunächst auch das SS-Forschungsamt ‚Ahnenerbe‘ Interesse und stellte 1939 sogar in Aussicht, sich um den Kauf des Grundstücks zu bemühen, auf dem Wasmunds Institut stand. Allerdings traf das Ehrengericht der Universität Kiel die für Wasmund verheerende Entscheidung, dass er „als Forscher und Lehrer an einer deutschen Hochschule nicht mehr tätig sein“ durfte, woraufhin das auf Reputation bei den Hochschulen bedachte ‚Ahnenerbe‘ auf Weisung Himmlers auf eine Übernahme des Limnologen verzichtete.¹⁷⁴¹

1737 Vgl. Keppler (RfB) an RWM, 2.10.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpag.

1738 Zu Wasmund siehe Anhang Biographien.

1739 Zu der von Wasmund 1937 gegen seinen Kieler Kollegen Adolf Remane erhobenen Behauptung (Sabotage des Vierjahresplans) siehe Hofffeld/Zachos, Vertreter (2009), S. 334. Siehe auch Dekan der Universität Kiel an RMWEV, 27.7.1939, SHLA Kiel, Abt. 47, Nr. 7104, Bl. 299. Schon 1934 hatte Wasmunds Verhalten „aus dem generell Reibungen“ entstanden, Anlass zur Kritik gegeben. Rektor der Universität Kiel an Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Kiel, 9.10.1934, ebd., Bl. 108; Prorektor der Universität Kiel an RMWEV, 21.8.1934, ebd., Bl. 106

1740 Vgl. Wasmund (RfB Meeresgeologisches Forschungsinstitut, z.Zt. Leutnant zur See und Kommandant einer Vorpostenflottille) an den Rektor der Universität Kiel, 22.3.1940, BArch Berlin, R 71, Nr. 55, unpag.

1741 Vermerk von Wolfram Sievers (Geschäftsführer des SS-Ahnenerbes) betr. Meeresgeologische Forschungsstelle des SS-Scharführers Professor Dr. E. Wasmund, Kiel Kitzeberg, 11.7.1939, BArch Berlin, NS 21, Nr. 2496, unpag. Siehe auch Vermutlich RMWEV an Keppler, 7.3.1940, BArch Berlin, R 9361-VI, Nr. 3338, unpag.



Abb. 31: Zentrale, Zweig- und Arbeitsstellen der RfB in ‚Großdeutschland‘ (um 1939).¹⁷⁴²

Stattdessen nahm sich Keppler Wasmunds an, für den dieser allerdings kein Unbekannter war. Denn er hatte bereits 1937 für Kepplers Dienststelle „Erforschung des deutschen Bodens“ Untersuchungen darüber angestellt, „wie weit an der Ost- und Nordseeküste und im Meeresgrund die Gewinnung von Mineralschätzen möglich“ war.¹⁷⁴³ Da die Arbeiten Wasmunds Keppler offenbar überzeugt hatten, veranlasste er den Kauf des Institutsgrundstücks, dem das RFM trotz anfänglicher Bedenken letztlich zustimmte.¹⁷⁴⁴ Das Institut, in dem außer Wasmund zunächst nur zwei Assistenten und eine Schreibkraft arbeiteten, befasste sich mit insbesondere die Küste betreffenden geologischen Fragen, die nach Ansicht Kepplers für das Inland in den Aufgabenbereich der RfB gehörten. Darüber hinaus war Wasmund für die Kriegsmarine, die für Hafen- und Strombauten einschlägigen Stellen des Reichsverkehrsministeriums

1742 Die Grundlage bildete die Karte auf https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:State_of_Austria_within_Germany_1938.png. State of Austria (Land Österreich, „Ostmark“) within the German Reich. Borders shown are valid from March 13, 1938 the day Austria joins until September 30, 1938 the day before Germany invades Czechoslovakia, Urheber: „Kramler“, 24.5.2018, eingesehen am 30.4.2021). Die Eintragungen der einzelnen RfB-Stellen wurden vom Autor vorgenommen und auch die Farbe der Karte in schwarz/weiß verändert.

1743 Zu diesem Zweck war Wasmund 1937 drei Monate von der Universität Kiel beurlaubt worden. Keppler (Vierjahresplan. Erforschung des deutschen Bodens) an den Rektor der Universität Kiel, 5.2.1937, SHLA Kiel, Abt. 47, Nr. 7104, Bl. 236.

1744 Vgl. RFM an RWM betr. Haushalt des RWM für 1939 für RfB, 30.11.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpag. Obwohl das RFM infolge des Beginns des Zweiten Weltkrieges gegen eine Ausdehnung des Aufgabenkreises der RfB war und dem Kauf des Grundstücks (87.000 RM) zunächst nicht zustimmte, wurden die Mittel schließlich doch in den Haushalt des RWM eingestellt. Vgl. RFM an RWM, 25.9.1939, ebd., unpag.; RWM an RFM, 19.2.1940 u. 26.3.1940, BArch Berlin, R 2, Nr. 21364, unpag.; RFM an Oberfinanzpräsidenten Nordmark, Kiel, 29.2.1940, ebd., unpag.

und das RLM gutachtlich tätig. Seine Beratungen erstreckten sich etwa auf die Anlage von Hafenbauten und Uferbefestigungen, so etwa Kriegshäfen auf der Insel Rügen oder im Memelgebiet, sowie auf die Anlage von Flugplätzen an der Küste, die das besondere Interesse der Luftwaffe weckten.¹⁷⁴⁵

Weniger Glück hatte Keppler dagegen mit einem von ihm geplanten Forschungsinstitut, das im havelländischen Brieselang, zwanzig Kilometer westlich von Berlin, auf dem Gelände der von ihm gegründeten Prakla entstehen sollte. Geplant waren zunächst zwei Abteilungen. Die erste sollte sich mit Fragen der Geo- und Erdölchemie, die zweite dagegen mit Problemen der Geophysik befassen.¹⁷⁴⁶ Daneben sollten neue Bohrmethoden und Aufbereitungsverfahren für Erze und Kohlen entwickelt und das Problem der Wüschelrute erforscht werden.¹⁷⁴⁷ Die Gesamtkosten schätzte Keppler auf „zunächst“ 900.000 RM, von denen schon im Rechnungsjahr 1939 750.000 zur Verfügung gestellt werden sollten.¹⁷⁴⁸ Infolge des Beginns des Zweiten Weltkrieges sah sich Keppler allerdings gezwungen, diesen Plan fallen zu lassen, da ihm die Mittel vom RFM verwehrt wurden.¹⁷⁴⁹ Allerdings hatte er, ohne die Entscheidung des Finanzressorts abzuwarten, bereits eigenmächtig Gerätebestellungen in Höhe von 45.000 RM veranlasst, die nicht mehr rückgängig gemacht werden konnten und das RFM zwangen, einzuspringen.¹⁷⁵⁰

1745 Keppler (RfB) an RWM, 31.7.1939 u. 29.8.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpag.

1746 RWM an RFM (mit anliegendem Haushalts-Voranschlag des RWM für das RJ 1939, hier Ausgaben Kap. E. 16 Tit. 26), 8.8.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 11219, Bl. 102–174, hier Bl. 173. Während die geplanten geophysikalischen Arbeiten auf die „Auffindung von Erzen“ abzielten, sollte sich das Institut auch dem in Deutschland angeblich „fast völlig brach“ liegendem Problem der chemischen und physikalischen Verhältnisse der Erdöllagerstätten annehmen. Zur Leitung dieser Arbeiten sah Keppler Karl Krejci-Graf vor, der zu den international renommiertesten Erdölgeologen zählte. Um Görings Rückendeckung für sein Projekt zu erhalten behauptete Keppler, dass der Erdölsachverständige der PGLA, Alfred Bentz, seine Ansichten „völlig“ teile, wohingegen Bentz gegenüber dem RWM deutlich machte, in der Besprechung mit Keppler „etwas ganz anderes gesagt zu haben“. Keppler an Göring, 25.10.1938, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 7, RBF 181, unpag.; Gabel (RWM) an Bentz (PGLA), 12.1.1939, ebd., unpag. Vgl. auch Kockel, Ölpolitik (2005), S. 308 f., dessen Auffassung eines Gegensatzes zwischen Keppler und Bentz hier nicht geteilt wird.

1747 Eidesstattliche Erklärung von Karl Kromer aus dem Dokumentenbuch VI B für Wilhelm Keppler im Militär-Tribunal Nr. IV – Fall 11 – (Keppler-Dokument 9), 5.3.1948, StAN, KV-Prozesse, Fall 11, K-11, Prozessakte Wilhelm Keppler (S. 7–11, hier S. 3).

1748 RWM an RFM (mit anliegendem Haushalts-Voranschlag des RWM für das RJ 1939, hier Ausgaben Kap. E. 16 Tit. 26), 8.8.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 11219, Bl. 102–174, hier Bl. 173.

1749 Vgl. Vermerk des RFM über die Haushaltsverhandlungen über Kap. VI, 9 (Reichsstelle für Bodenforschung) am 16.9.1939 im RWM, 21.9.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpag.

1750 Das RFM vermerkte dazu „Eigenmächtigkeit v. St[aatsssekretär] Keppler“. RWM an RFM, 29.1.1930, BArch Berlin, R 2, Nr. 21362, unpag. Anfang 1943 versuchte Keppler erneut, Mittel für das Brieselanger Institut zu erhalten, nun aus dem Aktienkapital der aufgelösten „Gesellschaft zur Erschließung von Nichteisenmetallen mbH“ (= 566.000 RM). Damit erklärte sich das RFM einverstanden, es scheint aber infolge des Krieges nicht mehr zum Aufbau dieses Instituts gekommen zu sein. Keppler (RfB) an RFM, 16.1.1943 u. 1.10.1943, BArch Berlin, R 2, Nr. 21363, unpag.

Nicht umsonst hatte das RFM in einem internen Vermerk gewarnt, sich über die Keppler für das Haushaltsjahr 1939 bereitzustellenden Mittel frühzeitig schlüssig zu werden, da dieser sonst Bindungen eingehe, „die automatisch zur Bereitstellung weiterer Reichsmittel zwingen“ würden.¹⁷⁵¹

Als noch ärgerlicher für die Reichsfinanzverwaltung erwies sich Keplers so genannte ‚Forschungsstelle Oberrhein‘ in Karlsruhe, die der RfB Hypothesen aufbürdete, für die sie gar nichts konnte. Diese Stelle war 1937 als „Forschungsmittelpunkt“ der vom Büro Keppler am Oberrhein durchgeführten Goldforschungsarbeiten errichtet worden. Im Fokus stand dabei der Gedanke, mittels Schwimmbaggern Kiesvorkommen im Rhein umzuwälzen und durch in den Baggern vorhandene Waschgeräte im Kies eingelagerte Goldpartikel zu gewinnen. Leiter der Forschungsstelle war der Ingenieur K. E. Linsenmair, über den anfangs auch die Abrechnung der vom Büro Keppler erhaltenen Beträge erfolgte. Im Oktober 1937 hatte die von Keppler gegründete Prakla GmbH die treuhänderische Verwaltung der kaufmännischen und finanziellen Geschäfte der Forschungsstelle übernommen. Die Einschaltung der GmbH war notwendig geworden, da mit den Vorarbeiten zur Goldgewinnung, vor allem durch die Bestellung eines Schwimmbaggers im Wert von 644.000 RM, die Geschäfte der Forschungsstelle nun größeren Umfang annahmen und geplant war, die Arbeiten später mit zehn solcher Bagger durchzuführen. Im Juni 1938 trat der Betriebsingenieur Stahl an die Stelle Linsenmairs, der mit anderen Arbeiten in der ‚Ostmark‘, im Fichtelgebirge und im Böhmerwald beschäftigt wurde. Da sich die Lieferung des Baggers verzögerte, begannen die Versuche erst im März 1939. Sie wurden jedoch mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges Ende August 1939 eingestellt und erst im Juni 1940 wieder aufgenommen. Bis 1939 hatten sie der RfB Kosten in Höhe von etwa 947.000 RM verursacht, denen ein Goldgewinn von 100 Gramm im Monat gegenüberstand, zu dem immerhin noch jährlich 240.000 t Kies im Wert von 336.000 RM kamen.¹⁷⁵²

Mit diesen bestenfalls mittelmäßigen Ergebnissen hatte die Reichsfinanzverwaltung kein Problem. Was die Prüfbeamten des Reichsrechnungshofes (RRH) aber dagegen verärgerte, war die überaus schlampige Rechnungslegung der Forschungsstelle, die seit 1938 als Teil der RfB geführt wurde. Die Abrechnungen Linsenmairs ergaben „eine mindestens grobfahrlässige Außerachtlassung der einschlägigen Bestimmungen, verbunden mit groben Verstößen gegen die Wirtschaftlichkeit“. Erschwerend kam hinzu, dass als Feststellungsbeamte die RfB-Mitarbeiter Kromer und Spielhagen beteiligt waren, denen der RRH in diesem Zusammenhang sogar den Vorwurf der „Täuschung“ machte.¹⁷⁵³ Die Beanstandungen ergaben zudem, dass der Erwerb des Baggers ohne Zustimmung

1751 Vermerk des RFM, 10.1.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21542, unp.

1752 Niederschrift des RRH über das Ergebnis der auf Anordnung des Präsidenten des RRH vorgenommenen örtlichen Prüfung der Forschungsstelle Oberrhein in Karlsruhe, Betrieb der RfB, 9.5.1941, BArch Berlin, R 2, Nr. 21363, unp.; RRH an RfB, 13.8.1940, ebd., unp.; RRH betr. Rechnungsprüfung 1937–1939 der RfB, hier Abrechnungen des Angestellten, Ingenieur Linsenmair, 10.11.1941, BArch Berlin, R 2301, Nr. 6045, Bl. 1–13.

1753 Ebd., Bl. 13. Siehe auch Fisch, Willkür (2016), S. 72 f.

des RFM erfolgt war und die Mittel dafür dem Forschungsfond der RfB entnommen wurden, was ebenfalls einen Verstoß darstellte. Im Rechnungsjahr 1937 hätte die RfB in diesem Zusammenhang zudem 55.000 RM zu viel, im Jahr 1938 dagegen 320.000 RM zu wenig in ihren Haushaltsrechnungen nachgewiesen und letztere mit anderen Positionen im Haushalt verrechnet.¹⁷⁵⁴ Dies alles aber war kein Einzelfall. Denn auch an anderer Stelle wies der RRH der RfB „Mängel“ nach. So etwa bei der Vergabe von Bohraufträgen, die „freihändig“, ohne Ausschreibung und Einholung von Angeboten erfolgt waren. Auch die Handhabung der von der RfB geschlossenen Verträge gestaltete sich „zum Nachteil des Reiches“, was der RRH auf die in der Verwaltung der Reichsstelle vorhandene unzureichende haushaltstechnische Sachkunde zurückführte.¹⁷⁵⁵ Ebenso seien die Rechnungen der RfB „außerordentlich mangelhaft und unübersichtlich“. Es sei sogar vorgekommen, dass Rechnungen für Bohrungen doppelt oder überhaupt nicht durchgeführte Bohrungen bezahlt wurden.¹⁷⁵⁶ Zu allem Überflus ändere die RfB bereits abgeschlossene Verträge selbständig oder hebe sie auf, ohne dabei auf die finanzielle Tragweite ihres Handelns zu achten.¹⁷⁵⁷ Es habe den Anschein, so der RRH, als ob die RfB meine, über die ihr zu Verfügung stehenden Mittel „ohne weiteres und nach reinem Gutdünken“ verfügen zu können, weshalb er sie „zu einer sachlichen Zusammenarbeit“ anhielt.¹⁷⁵⁸

Aber anstatt sich einsichtig zu zeigen und einzulenken hielten Keppler und Brockamp dagegen und ließen den RRH wissen, dass sie sich „die Freiheit des Handelns im Bezug auf die Verwendung der Mittel“ vorbehielten.¹⁷⁵⁹ In der Verwaltung der RfB scherte man sich folglich kaum um die Kritik, ja ließ die Mahnungen des RRH in vielen Fällen einfach unbeantwortet. Auch schien sich zunächst nichts an der fragwürdigen Rechnungslegung der RfB zu ändern. Obwohl schon der Vorbericht für die Prüfung der RfB-Jahresrechnung für 1939 120 Beanstandungen des RRH enthalten hatte, ergab die Vorprüfung der Jahresrechnung für 1940 „wiederum eine große Anzahl Belege (...), die in sachlicher, förmlicher und rechnerischer Hinsicht unrichtig oder sehr lückenhaft waren“.¹⁷⁶⁰ Wie das mit dem Charakter als Staatsbehörde vereinbar war, muss dahin gestellt bleiben, die Prüfbeamten des RRH wurden jedenfalls angehalten, bei der Vorbereitung neuer Prüfungen darauf zu achten, „dass künftig eine so verhältnismäßig kleine Reichsbehörde“ wie die RfB „nicht noch einmal einen Prüfungsaufwand von mehr als 2 Jahre[n]“ verursache.¹⁷⁶¹

1754 Vermerk des RFM, 15.7.1941, BArch Berlin, R 2, Nr. 21363, unp.

1755 RRH an RfB, Nov. 1940, BArch Berlin, R 2301, Nr. 6044, Bl. 1–4; Vermerk des RHH betr. Reichsamt für Bodenforschung, ohne Datum, BArch Berlin, R 2301, Nr. 6043, Bl. 17–22.

1756 Vgl. Prüfungen des RRH für 1937 und 1938 bei der RfB, ohne Datum, ebd., Bl. 4 f.

1757 Vgl. Vermerk des RRH betr. RfB, ohne Datum, ebd., Bl. 17–22.

1758 Vermerk des RRH betr. Prüfung der RfB, hier Brief des Herrn Staatssekretär Kepplers an den Präsidenten des RHH, ohne Datum, ebd., Bl. 3.

1759 Brockamp (RfB) an RRH, 21.11.1941, end., unp.

1760 Vermerk des RRH betr. Prüfung der RfB, 24.4.1941, ebd., Bl. 6–8; Vermerk des RRH: Nachstehende Beanstandungen waren vor Abgabe der Jahresrechnung 1940 noch zu erheben, ohne Datum (1942), BArch Berlin, R 2301, Nr. 6046, Bl. 114, hier Bl. 1.

1761 Vermerk des RRH betr. RfB, ohne Datum, BArch Berlin, R 2301, Nr. 6043, Bl. 17–22.

Der Unmut der Finanzverwaltung rührte möglicherweise auch daher, dass Keppler für die RfB jedes Jahr umfangreiche Mittel forderte, sich aber nicht an Haushaltsvorgaben hielt und die Reichsfinanzverwaltung durch seine Eigenmächtigkeiten in Atem hielt. Wie bereits erwähnt, hatte Keppler für die Forschungsaufgaben der RfB zunächst 30 Millionen RM in Aussicht genommen und diesen Ansatz 1939 auch den Haushaltsverhandlungen mit dem RFM zugrunde gelegt. Ursprünglich war er allerdings von weit höheren Zahlen ausgegangen. So hatte er die Absicht, die bis dahin von verschiedenen Stellen bewirtschafteten Mittel für die Zwecke der Bodenforschung und der Erweiterung der heimischen Rohstoffbasis auf den Haushalt der RfB zu übernehmen. Allein dieser Betrag hätte ca. 19,1 Millionen RM ausgemacht:

- | | |
|--|---------------|
| 1. Erdöl-Reichsbohrprogramm
(bis dahin bei RWM, Bergabteilung): | 5.000.000 RM |
| 2. Erdölbohrfonds
(vorher beim Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe): | 7.500.000 RM |
| 3. Geophysikalische Reichsaufnahme
(vorher PGLA, RFM): | 2.600.000 RM |
| 4. Fonds zur Durchforschung Preußens nach Bodenschätzen
(vorher PGLA, RWM): | 70.000 RM |
| 5. Restmittel Aufwendungen im Interesse der heimischen
Rohstoffgrundlage (RWM): | 60.408 RM |
| 6. Fonds für inländische Heliumbohrungen
(RWM, bisher RLM): | 1.000.000 RM |
| 7. Fonds für ausländische Heliumbohrungen (PGLA): | 17.000 RM |
| 8. Siegerländer Hilfsfonds (RWM, Preußen, Hessen): | 850.000 RM |
| 9. Studiengesellschaft deutscher Kupferbergbau
(RWM, Bergabteilung): | 2.000.000 RM. |

Darüber hinaus sollte die ihm für 1938 für die Erforschung des deutschen Bodens bewilligte Summe von 12 Millionen RM auf 20 Millionen RM erhöht werden. Als Begründung dafür führte Keppler an, dass mit dem RFM „bereits früher das Recht zur Überschreitung der 12 Mill. bis zu einem Betrag von 20 Mill. RM“ vereinbart gewesen sei. Zudem hätte „sich die Bewilligung von nur 12 Mill. RM“ schon im Rechnungsjahr 1938 „als unzureichend erwiesen“. Abgesehen davon mache „die Vergrößerung des Reichsgebiets um etwa 35 % und die zusätzliche Auslandsarbeit“ eine Erhöhung auf 20 Millionen RM unbedingt erforderlich. Zu diesen Mitteln kämen nach überschlägigen Berechnungen für die Personalausgaben noch rund zwei Millionen, für die sächlichen Verwaltungsausgaben etwa eine Million und für die allgemeinen Haushaltsausgaben etwa 250.000 RM. Alles in allem sollten der RfB nach den Planungen Kepplers für 1939 demnach mindestens 42,3 Millionen RM zur Verfügung stehen.¹⁷⁶²

Das RfM hatte keine Einwände gegen die Zusammenlegung gleichlaufender Arbeiten an einer Stelle, etwa der vom RWM und von Keppler geförderten geophysikalischen Untersuchungen im Etat der RfB, sah sich jedoch angesichts der allgemeinen Finanz- und Kassenlage des Reiches gezwungen, „bei sämtlichen Ressorts für 1939 ein umfangreiches Sparprogramm durchzuführen“.¹⁷⁶³ Die Situation änderte sich nochmals, als im September 1939 der Zweite Weltkrieg begann, dessen Folgen auch Auswirkungen auf die Ausgabenpolitik des Reiches hatten. So stellte Keppler einen Teil der in seinen Planungen „auf längere Sicht vorgesehenen Arbeiten“ für die Dauer des Krieges zurück und gab sich mit einem Forschungsfond von ‚nur noch‘ 22 Millionen RM (10 Millionen RM für Erdölerschließung, 12 Millionen RM für sonstige Bodenforschungsarbeiten) „zufrieden“, der dann tatsächlich im Haushaltsplan der RfB für 1939 seinen Niederschlag fand.¹⁷⁶⁴ Damit verfügte die RfB als ein einzelnes Forschungsinstitut über einen für damalige Verhältnisse überaus bemerkenswerten Forschungstat, der sogar noch über den Ansätzen lag, die der hervorragend ausgestatten Luftfahrtforschung zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung standen.¹⁷⁶⁵

Wie sich zeigen sollte, war die RfB dann auch gar nicht in Lage, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel auszugeben. Als Keppler für das Rechnungsjahr 1940 erneut 22 Millionen für den Forschungsfonds der RfB beantragte, setzte das Reichsfinanzministerium diesen Betrag auf 12,6 Millionen RM herab, da der RfB mit etwa 9,7 Millionen RM noch umfangreiche Restmittel aus dem Vorjahr zur Verfügung standen.¹⁷⁶⁶

-
- 1762 Entwurf eines Schreibens der RfB an RWM, April 1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpubl. Ein späterer Ansatz für 1939 sah dann ‚nur‘ noch Ausgaben in Höhe von rd. 34.400.000 RM vor. Vgl. Deckblatt. Allgemeine Erläuterungen zu dem Haushaltsvoranschlag Kap. VI, 9 für 1939 – RfB- und Richtlinien für die Durchführung, 25.10.1939, ebd., unpubl. Siehe auch Vermerk des RfM, 5.4.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21542, unpubl. Schon vorher hatte Keppler das RfM darum ersucht, die im Etat festgelegte Abgrenzung der ihm zur Verfügung gestellten Mittel zur Erforschung von Erzen, Erdöl, für die Geophysik usw. wegzufallen zu lassen, so dass er je nach vorliegendem Bedürfnis verfügen könne. Immerhin sei es bei der Aufgabe, der Erforschung des Unbekannten, nicht möglich, im Voraus anzugeben, auf welchem Gebiet die einzelnen notwendigen Ausgaben lägen. Keppler an RfM, 10.10.1938, ebd., unpubl.
- 1763 So drängte das RfM beispielsweise auf eine Halbierung der von Keppler für geophysikalische Forschungen vorgesehenen Mittel. Dabei fehlte auch nicht der Hinweis, dass die „Arbeiten, die im Auftrag und im Interesse der Reichswerke ‚Hermann Göring‘“ erfolgten, auch aus deren Mitteln zu bezahlen seien. RfM an RWM, 30.1.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpubl.
- 1764 Keppler (RfB) an RfM, 9.11.1939 u. 29.11.1939, ebd., unpubl.; Haushalt des RWM für das RJ 1939 (Einzelplan VI), S. 136, BArch Berlin, R 2, Nr. 21291, unpubl.
- 1765 Dabei ist sicher in Rechnung zu stellen, dass ja auch ein Teil der Mittel für die Zweigstellen Verwendung fand, der Löwenanteil war aber für Berlin reserviert. Mit den der Luftfahrtforschung insgesamt zur Verfügung stehenden Mitteln konnte die RfB freilich nie mithalten, aber 1939 waren die ihr zur Verfügung stehenden Forschungsmittel höher, als die vom RLM in diesem Jahr verausgabten Mittel für Forschungsaufträge und dezentrale Forschungszwecke. Zu den Forschungsmitteln der Luftfahrtforschung vgl. Maier, Ressourcen (2017), S. 199, 202; ders., Wissenschaft (2023), S. 64; Schmaltz, Luftfahrtforschung (2016), S. 338.
- 1766 Vgl. RWM an RfM, 10.7.1940, BArch Berlin, R 2, Nr. 21363, unpubl.

Tab. 34: Einnahmen und Ausgaben der Reichsstelle bzw. des Reichsamtes für Bodenforschung 1938–1942 nach Haushaltsrechnungen und 1943–1944 nach Haushaltsplänen.¹⁷⁶⁷

Jahr	Ist-Einnahmen in RM	Ist-Ausgaben in RM	Zuschuss in RM
1938	34.812,97	15.492.405,67	15.457.592,60
1939	1.076.085,89	18.853.089,16 ¹⁷⁶⁸	17.777.012,27
1940	1.745.354,81	16.218.665,79 ¹⁷⁶⁹	14.473.310,98
1941	1.009.246,62	19.271.783,67	18.262.537,05
1942	2.769.620,56	18.766.457,27	15.996.836,71
1943	904.800,00	20.267.350,00	19.362.550,00
1944	1.123.800,00	20.541.950,00	19.418.150,00

Folglich gewann das RfM den Eindruck, dass die Dotierung der RfB „recht hoch“ war, zumal Erschließungsarbeiten, die von den Fachreferaten des RWM mit 20 % bezuschusst wurden, von Keppler in einzelnen Fällen 50 %ige Zuschüsse erhielten. Außerdem standen der RfB für die Herausgabe von Bodenkarten im Zuge der Reichsbodenschätzung 1940 weitere 500.000 RM neu zur Verfügung, die obendrein nur einen ersten Teilbetrag darstellten (siehe Kap. 4.3.1).¹⁷⁷⁰ Folglich wurden in den Forschungsfond der RfB für 1940 ‚nur‘ 12,3 Millionen RM eingestellt, so dass sie zusammen mit den ihr aus dem Vorjahr verbliebenen Restmitteln in Höhe von 9,7 Millionen RM erneut über 22 Millionen RM verfügte.

Aber auch nun hatte die RfB so viel Geld, dass sie nicht in der Lage war, es auszugeben, weswegen sich das Prozedere 1941 wiederholte (13,5 Millionen

- ¹⁷⁶⁷ Vgl. Rechnung über den Haushalt des RWM für das RJ 1938 (Einzelplan VI), RGVA Moskau, Fond 1458k-36–47, unpag. [in der Rechnung S. 207–278]; Rechnung über den Haushalt des RWM für das RJ 1939 (Einzelplan VI), RGVA Moskau, Fond 1458k-36–62, Bl. 161–207 [in der Rechnung S. 283–376]; Rechnung über den Haushalt des RWM für das RJ 1940 (Einzelplan VI), RGVA Moskau, Fond 1458k-36–69, Bl. 166–216 [in der Rechnung S. 299–400]; Zusammengefasste Reichshaushaltsrechnung für das RJ 1941 (hieraus aufgenommen Einzelplan VI), RGVA Moskau, Fond 1458k-36–95, Bl. 2–3, 24R-25, 54 und Reichshaushaltsrechnung 1941 (hieraus aufgenommen Einzelplan VI), S. 285–365, RGVA Moskau, Fond 1458k-36–339, Bl. 158–198; Rechnung über den Haushalt des RWA für 1942, RGVA Moskau, Fond 1458k-36–270, Bl. 1–50; Haushalt [Voranschlag] des RWM für das Rechnungsjahr 1943, 26.1.1944, RGVA Moskau, Fond 1458k-36–109, unpag. [hier S. 1–176]; Haushalt [Voranschlag] des RWM für das Rechnungsjahr: Schreiben des RWM (I Verw. 2, Dr. Fischer-Dorp) an den RfM, 12.5.1944, BArch Berlin, R 2, Nr. 21306, unpag. Für 1943 und 1944 siehe auch Bentz, Alfred: Die Bundesaufgaben der staatlichen Bodenforschung und ihre Bedeutung, ohne Datum, BGR-Archiv Hannover, Nr. 24852, unpag. (S. 15).
- ¹⁷⁶⁸ Darin enthalten 3.828.289,30 RM „für Bodenforschungsarbeiten im Sinne der Verordnung über Errichtung der Reichsstelle für Bodenforschung vom 10.3.1938 a) zur Förderung der Erdölerschließung“ und 12.410.364,54 RM für „b) für sonstige Bodenforschungsarbeiten“.
- ¹⁷⁶⁹ Darin enthalten 4.269.989,09 RM „für Bodenforschungsarbeiten im Sinne der Verordnung über Errichtung der Reichsstelle für Bodenforschung vom 10.3.1938 a) zur Förderung der Erdölerschließung“ und 9.247.085,86 RM für „b) für sonstige Bodenforschungsarbeiten“.
- ¹⁷⁷⁰ Vermerk des Referenten von Knorre (RfM, Abt. I) für den RfM, 2.8.1940, BArch Berlin, R 2, Nr. 21292 unpag.

Bewilligung + 8,5 Millionen Restmittel).¹⁷⁷¹ 1941 schienen dann erstmals keine Restmittel übrig zu bleiben, denn für das Jahr 1942 sah der Haushaltsplan der RfB für ihren Forschungsfonds die volle Summe von 22 Millionen RM vor.¹⁷⁷² Geld, so wird deutlich, stellte also auch für die RfB nie ein Problem dar.

Was bleibt festzuhalten? Die im Februar 1938 geschaffene Reichsstelle für Bodenforschung war ein Kind Kepplers, denn anders als vom RWM vorgesehen, wurde die PGLA nicht vom Ministerium zur geologischen Reichszentrale erhoben, sondern ebenso wie ihre Schwesterinstitute von Keppler mit dessen Dienststelle ‚Erforschung des deutschen Bodens‘ vereinigt. Zwar fungierte die ehemalige PGLA als Zentrale der neuen Behörde, ihre Leitungspositionen (Präsident, Vizepräsident, Verwaltungschef, Teil der Abteilungsleiter) waren aber mit Vertrauten Kepplers besetzt, die alle aus seiner ehemaligen Vierjahresplandienststelle stammten. Laut ihrer Gründungsverordnung unterstand die RfB der Aufsicht des RWM, Keppler ordnete sich dem Ministerium aber nicht unter und bestimmte den Aufbau und das Handeln ‚seiner‘ RfB selbst (‚Neue Staatlichkeit‘). Auffallend ist, dass auch die nun von Keppler gelenkte geologische Ressortforschung bei der Mobilisierung von Ressourcen (Personal und Geld) überaus erfolgreich war, was ihre Relevanz im Gesamtkontext des NS-Wirtschafts- und Wissenschaftssystems unterstreicht. Vor allem die Haushaltszahlen der RfB brauchten den Vergleich mit anderen Forschungskomplexen nicht zu scheuen und widersprechen ebenfalls dem in der Historiographie behaupteten „Niedergang“ der geologischen Forschung während der NS-Zeit. Wie sicher sich Keppler seiner Sache war, geht auch daraus hervor, dass er sich immer wieder über die ihm gesetzten Haushaltsgrenzen und Verfahrensregeln hinwegsetzte. Dieses Verhalten spricht im Übrigen deutlich gegen die Auffassung, Keppler sei infolge seiner vermeintlichen Ausbootung nach 1936 in Agonie verfallen, denn der umtriebige Wirtschaftspolitiker konnte sich auch weiterhin der Rückdeckung Görings, Himmlers (‚Freundeskreis Himmler‘) und des bekanntermaßen an ‚alten Getreuen‘ festhaltenden Hitlers sicher sein.¹⁷⁷³

1771 Plan des RWM über die Verwendung der in das RJ 1941 übertragenen Ausgabereste, 3.6.1941, BArch Berlin, R 2, Nr. 21362, unp.; Einzelplan VI Kapitel 6 der Einnahmen und der fortdauernden Ausgaben – RfB – für das RJ 1941, BArch Berlin, R 2, Nr. 21298, unp.

1772 Vgl. Einzelplan VI Kapitel 6 der Einnahmen und der fortdauernden Ausgaben – RfB – für das RJ 1942, BArch Berlin, R 2, Nr. 21301, unp. Für 1943 sah der Haushaltsplan wieder einen Zuschuss von 16 Millionen RM vor, was darauf schließen lässt, dass dem RfB 6 Millionen RM Restmittel aus dem Vorjahr verblieben waren. Vgl. Haushalt des RWM für das RJ 1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30131, Bl. 69. Da die Haushalte 1944 in der Regel ‚eingefroren‘ wurden, d.h. auf den Planungen des Vorjahres beruhten, standen dem Forschungsfond des RfB RJ 1944 erneut 16 Millionen RM zur Verfügung, zu denen aber vermutlich noch eine Nachbewilligung von 8 Millionen RM kam. Vgl. Einzelplan VI Kapitel 6 der Einnahmen und der fortdauernden Ausgaben – RfB – für das RJ 1944, BArch Berlin, R 2, Nr. 21306, unp.; RWM an RFM, 25.1.1945, BArch Berlin, R 2, Nr. 21362, unp.

1773 Der „Freundeskreis Himmler“ war aus dem 1932 von Keppler gebildeten „Studienkreis für Wirtschaftsfragen“, inoffiziell „Keppler-Kreis“ genannt, hervorgegangen, einem Gremium aus Industriellen und Bankiers, das Hitler beraten und ihm Unterstützung aus den Reihen

4.3 Bodenforschung allerorten – Geologische Expertise im Interesse der Staatsräson

4.3.1 Straßen, Westwall, KZ-Standortplanung – Sonderaufgaben geologischer Ressortforschung

Im Jahr 1934 referierte der gern für öffentlichkeitswirksame Verlautbarungen der PGLA herangezogene Bergrat Maximilian Meisner¹⁷⁷⁴ in einer der regelmäßigen Sitzungen der wissenschaftlichen Beamten über die „Zukunftswege der deutschen Rohstoffversorgung“. Dabei rief er seinen Zuhörern noch einmal die deplorable Blockadeerfahrung des Ersten Weltkrieges in Erinnerung, um deutlich zu machen, dass Deutschland seine Rohstoffversorgung „möglichst aus eigener Kraft und aus dem heimischen Boden“ zu decken habe. Dies sei zum einen durch eine planmäßige Steigerung der heimischen Erzeugung möglich. Zum anderen könne man die „fehlenden natürlichen Rohstoffe auf künstlichem Wege erzeugen“ oder durch solche ersetzen, die Deutschland „im eigenen Boden zu Gebote“ stünden. Da die Funktionalität aller drei Wege außer Frage stehe, sei dieser Pfad weiter zu beschreiten, wobei Meisner mit Blick auf seine Adressaten in der Politik versicherte, dass „alle“ Mitglieder der PGLA bereit seien, an diesen Aufgaben mitzuarbeiten.¹⁷⁷⁵ Aber auch für das Militär hielt Meisner eine Botschaft bereit. Vor dem Hintergrund der inzwischen für jedermann offenliegenden ‚fieberhaften Aufrüstung‘ schwor er seine Kollegen 1936 auf ‚zeitgemäße‘ wehrpolitische Überlegungen ein. Jede Wehrpolitik, so Meisner, bestehe aus der Wehrtechnik, die das „Rüstzeug für die Wehrhaftmachung eines Volkes herzustellen“ habe, und der Wehrwirtschaft, „welcher die Beschaffung der kriegswichtigen Rohstoffe“ zufalle. Über letztere ergäben sich „enge Beziehungen zwischen Wehrpolitik und Bergwirtschaft“, da die wichtigsten Kriegsrohstoffe stets Bergwerkserzeugnisse seien und Kriege meist mit bergwirtschaftlichen Fragen „in unverkennbarem Zusammenhang“ stünden. In der PGLA, so die Botschaft an das Militär, habe man den Konnex von „Bergwirtschaft und Wehrpolitik“ verstanden und sei sich auch über die „Grundlagen und Rohstoffbedürfnisse der gesamten Wehrpolitik“ im Klaren.¹⁷⁷⁶

Im Arbeitsprogramm der PGLA änderte sich durch den Machtwechsel vom 30. Januar 1933 also nichts. Wie schon in den Jahren zuvor betonte sie auch nun in ihren Tätigkeitsberichten, ihre Hauptaufgabe bestehe zwar darin, „den heimischen Boden geologisch zu durchforschen, die Ergebnisse dieser Tätigkeit kartenmäßig darzustellen und sie sowohl wissenschaftlich wie praktisch auszuwerten“. Aber wie gewohnt wurde ebenso hervorgehoben, dass „die praktischen

der Wirtschaft sichern sollte, später jedoch in erster Linie als eine weitere Geldquelle für den ‚Reichsführer SS‘ Heinrich Himmler diene, vgl. Priemel, Unternehmensgeschichte (2008), S. 726; Gotto, Information (2008), S. 262 f.; Lehnstaedt, Dokumentation (2008), S. 879 (Anm. 258); Longerich, Himmler (2008), S. 268 f.

1774 Zu Meisner siehe Anhang Biographien.

1775 Meisner, Zukunftswege (1934), S. 47.

1776 Ders., Bergwirtschaft (1936), S. 63 f.

Aufgaben wiederum stärker hervorgetreten“ seien und „das Aufsuchen und die Bewertung nutzbarer Lagerstätten zwecks Sicherung der deutschen Versorgung mit mineralischen Rohstoffen an erster Stelle“ stehe.¹⁷⁷⁷

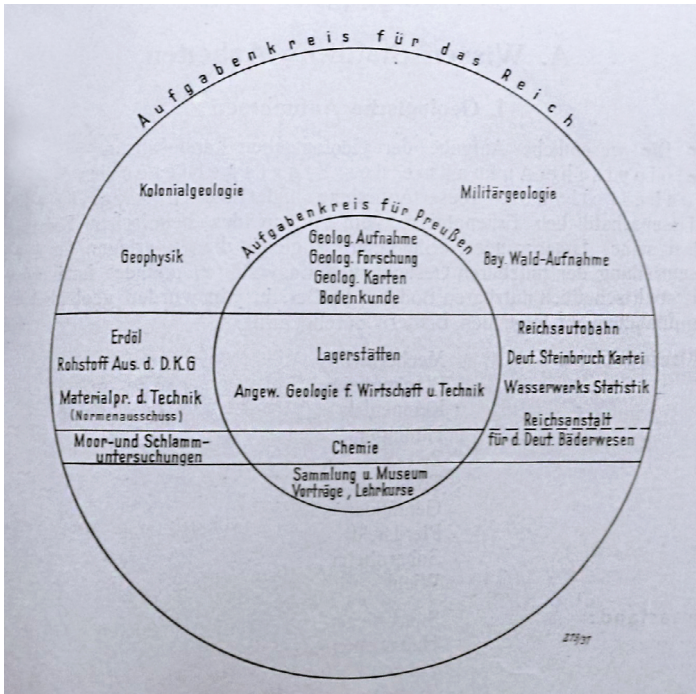


Abb. 32: Aufgabenkreise der PGLA für Preußen und das Reich 1936.¹⁷⁷⁸

So war es nicht verwunderlich, dass sich die Aufnahmearbeiten der Berliner Geologen 1933 vor allem auf das südliche Ruhrkohlenrevier, den Westerwald mit seiner Steinbruchindustrie, das für den Eisenerzbergbau bedeutsame Lahn-Dill-Gebiet, die Erdöl- und Kaliegebiete in Thüringen und Nord-Hannover sowie auf das Lausitzer Braunkohlenrevier erstreckten.¹⁷⁷⁹ Dass unter der Prämisse der Rohstoffsuche die satzungsgemäß eigentlich im Vordergrund stehende, dringend notwendige landesweite geologische Kartierung weitere Rückschläge einstecken musste, liegt auf der Hand.¹⁷⁸⁰ PGLA-Präsident

1777 Tätigkeitsbericht PGLA 1934 (1935), S. 3.

1778 Aus Tätigkeitsbericht PGLA 1936 (1937), S. 19. Beim „Rohstoff Aus. d. DKG“ handelte es sich um den Rohstoff-Ausschuss der Deutschen Keramischen Gesellschaft, bei „Materialpr. d. Technik“ um den Normenausschuss des Deutschen Verbandes für die Materialprüfungen der Technik.

1779 Vgl. Bergwesen Preußens im Jahre 1933 (1934), S. 264.

1780 Wilfried von Seidlitz (PGLA) an RWM, 23.7.1935, GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 7042, unp.

von Seidlitz hielt in einem seiner ‚Erfolgsberichte‘ sogar fest, er habe die am Institut bis dahin im Vordergrund stehende rein wissenschaftliche Tätigkeit zu Gunsten praktischer Aufgaben bewusst in den Hintergrund gedrängt.¹⁷⁸¹ Auf diese Weise sei es ihm gelungen, „aus der alten liberalistischen Anstalt ein durchaus modernes Institut für alle praktischen Fragen der Wirtschaft zu machen“.¹⁷⁸² Sieht man von dieser unsinnigen Behauptung ab, fällt tatsächlich auf, dass ab 1933 mit der Kolonial- und der Militärgeologie auch wieder Aufgaben offiziellen Eingang in das Programm der PGLA fanden, die 1918 zurückgestellt oder seitdem verdeckt durchgeführt worden waren. Als „praktische Beratungsstelle“ der Wirtschaftsverwaltung bediente die PGLA damit auf staatlicher Seite ganz offensichtlich bestehende Interessen.¹⁷⁸³

Diese Feststellung galt unisono für alle übrigen Geologischen Dienste. So fehlte etwa auch im Arbeitsprogramm des Sächsischen Geologischen Landesamtes für 1933 der obligatorische Hinweis auf die Herausgabe geologischer Karten nicht.¹⁷⁸⁴ Aber genau wie Berlin machte auch Leipzig deutlich, dass die Erkundung nutzbarer Bodenschätze „zu den wichtigsten praktischen Aufgaben“ des Amtes gehöre, wobei dessen Leiter, Franz Kossmat, unterstrich, dass der Arbeitsplan „den jeweiligen Bedürfnissen des Staates“ angepasst werde.¹⁷⁸⁵

Das hieß konkret, „bei der Lösung einer Reihe von Aufgaben entscheidend mitzuwirken, die durch die national-sozialistische Revolution in den Vordergrund gerückt“ worden seien. So etwa die „stärkere Heranziehung heimischer Bodenschätze“ zur Versorgung der deutschen Industrie und die „sachgemäßere und planmäßigere Ausnutzung des heimischen Bodens durch die Landwirtschaft

So hielt der PGLA-Bericht für 1934 fest, dass die „für weite, noch wenig bearbeitete Gebiete geplanten Übersichtsaufnahmen zunächst nur in bescheidenem Maße“ durchgeführt worden seien, wohingegen sich die Aufnahmearbeiten auf die Schaffung neuer bzw. auf die Neubearbeitung vergriffener Kartenblätter aus den rohstoffreichen Revieren konzentriert hätten. Bergwesen Preußens im Jahre 1934 (1935), S. 186. „Um möglichst schnell die noch vorhandenen mehr oder weniger großen Lücken auszufüllen, d. h. um ein geologisches Gesamtbild des Staatsgebietes nach dem heutigen Stande der Wissenschaft zu schaffen, wurde unter besonderer Berücksichtigung des westdeutschen Gebietes die Geologische Übersichtskarte 1: 200.000 weiter gefördert.“ Tätigkeitsbericht PGLA 1934 (1935), S. 5.

1781 Bericht über die Verwaltung und die Tätigkeit der PGLA in den Jahren 1934 und 1935 (1. Januar 1934 bis 31. Dezember 1935), 2.2.1936, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 34–47, hier Bl. 34.

1782 Bericht von W. v. Seidlitz, 30.6.1936, ebd., Bl. 77–87, hier S. 81.

1783 Ebd., Bl. 84.

1784 In Sachsen sah der Plan für die Geologen 1935 je 100 Arbeitstage für Aufnahmearbeiten im Gelände vor, allerdings entfiel mindestens die Hälfte der Zeit „auf die Erledigung besonderer Aufgaben“. Kurt Pietzsch (Direktor der Sächsischen GLA, Leipzig) an Hofrat Otto Ampferer (Direktor der Geologischen Bundesanstalt, Wien) 11.11.1936, GLA Freiberg, A 02337/1, Bl. 5–7. Zum Rückgang der geologischen Landesaufnahme an der Geologischen Bundesanstalt in Wien vgl. Danner, Forschungen (2014), S. 45 f.

1785 Dazu gehörte etwa die „Wiedererweckung des sächsischen Erzbergbaues“ und eine „Ausdehnung der erzgebirgischen Steinkohlenreviere“. Franz Kossmat (Leiter des Sächsischen GLA, Leipzig) an Sächsisches Finanzministerium (II. Abt., Dresden), 23.3.1933, GLA Freiberg, A 02290/1, Bl. 1 f.

und für Siedlungszwecke“.¹⁷⁸⁶ Vor allem die 1933 am GLA Sachsen eingerichtete Staatliche Lagerstättenforschungsstelle¹⁷⁸⁷ führte eine laufende Bestandsaufnahme und Untersuchung sächsischer Lagerstätten durch, wobei sie sich etwa dem Wiederaufbau und der Erweiterung des Erzbergbaues im Erzgebirge und im Vogtland aber auch dem Ausbau der Werksteinindustrie in der Lausitz widmete. Dabei ging es nicht nur um Erwägungen zur Wiederaufnahme stillliegender Lagerstätten (Zinn-Wolfram- oder Blei-Zink-Silber-Gruben), sondern auch um eine Bestandsaufnahme der Lagerstätten technisch nutzbarer Gesteine. Darüber hinaus zeichnete sie für die montangeologische Überwachung der Aufschluss- und Vorrichtungsarbeiten im Erzgebirge verantwortlich, führte Bemusterungen über die Erzführung und Erzvorräte von Lagerstätten durch und veranlasste „Schürfarbeiten teilweise bedeutenden Umfangs“ an kleineren Erzvorkommen. In Kooperation mit den Geophysikalischen Instituten der Universität Leipzig und der Bergakademie Freiberg wurden von ihr auch geophysikalische Messungen „auf Erz- und Gesteinsvorkommen angestellt“.¹⁷⁸⁸

Der Direktor der Badischen Geologischen Landesanstalt, Carl Schnarrenberger, war maßgeblich an der ab 1934 forcierten „Prospektion und Einrichtung des Bergbaus auf die Doggereisenerze am Schwarzwaldwestrand und in der Baar“ beteiligt.¹⁷⁸⁹ Auch der Thüringischen Geologischen Landesuntersuchung in Jena fielen „durch die erheblich stärkere Heranziehung inländischer Rohstoffe (...) zahlreiche Arbeiten aus dem Gebiet der Lagerstättenforschung zu“, die sich zu ihren klassischen Aufgaben auf dem Gebiet der Kartierung,

1786 Kurt Pietzsch (Sächsisches GLA Leipzig) an Sächsisches Finanzministerium (II. Abt., Dresden), betr. Haushaltsplan für 1934, 31.8.1933, GLA Freiberg, A 02297/1, Bl. 2–7, hier S. 2.

1787 Am 23.9.1933 wurde auf Anordnung des Sächsischen Finanzministeriums eine Abteilung für Lagerstättengeologie als selbständige Abteilung des Sächsischen Geologischen Landesamts in Leipzig errichtet, die Ende 1934 die Bezeichnung Staatliche Lagerstättenforschungsstelle (SLFS) erhielt. Ihre Aufgabe, alle mineralischen Rohstoffe des Landes Sachsen zu erfassen und deren Ausbeutungsmöglichkeiten zu untersuchen, ging auf das Lagerstättengesetz vom 4.12.1934 zurück. Die SLFS war nach Abbauegegenständen gegliedert, „und zwar metallische Mineralien (Erze), Steine und Erden, brennbare Mineralien (Stein- und Braunkohle, Torf) sowie Bitumina (Ölschiefer, Erdöl)“. Im Jahr 1936 wurde sie der Staatlichen Bergwirtschaftsstelle des Oberbergamts beigeordnet und die Leitung beider Einrichtungen in Personalunion wahrgenommen, wobei beide Dienststellen dem Sächsischen Finanzministerium als Obere Bergbehörde unterstanden. Mitte 1937 erfolgte mit der Verlegung der SLFS von Leipzig nach Freiberg auch die örtliche und räumliche Vereinigung, der im Mai 1939 schließlich die Verschmelzung beider Dienststellen unter der Bezeichnung Bergwirtschaftsstelle des Oberbergamts Freiberg folgte. Nach dem II. WK wurden die Aufgaben dieser Stelle bis zur Auflösung des Oberbergamts im Juli 1946 durch die Abteilung III - Technik und Wirtschaft des Oberbergamts in beschränktem Umfang fortgeführt. Vgl. https://archiv.sachsen.de/archiv/bestand.jsp?oid=02.03.05.08&bestandid=40030&_ptabs=%7B%22%23tab-geschichte%22%3A1%7D#geschichte (eingesehen am 26.2.2024); Bergwirtschaftsstelle des Oberbergamts Freiberg an Otto Teuscher (RfB), 25.4.1942, BA Freiberg, 40028/1–412/3, unp.

1788 Bergwesen des Deutschen Reiches in Jahre 1936 (1937), S. 402 f.

1789 Kirchheimer, Nachruf Schnarrenberger (1965), S. XXIII. Zu den nach 1933 wieder aufgenommenen Bemühungen zur Aufbereitung und Nutzbarmachung der süddeutschen Eisenerze siehe Seidelmann, Eisen (2016), S. 26–86.

der Wasserversorgung (Talsperren) oder der Planungsberatung und Gesteinsprüfung für Straßenbauten gesellten.¹⁷⁹⁰ Ebenso stellte sich die Geologische Landesuntersuchung Bayerns „den Forderungen der Zeit“.¹⁷⁹¹ Eine auf Anregung Keplers im Jahr 1935 in Kooperation mit der PGLA und verschiedenen Hochschulinstituten eingeleitete ‚Gemeinschaftsarbeit Bayrischer Wald‘ sah eine Aufnahme großer Teile der ‚Bayerischen Ostmark‘ vor, wobei auch hier die „wichtigen Rohstoffgebiete“ besondere Berücksichtigung fanden.¹⁷⁹²

Dies potenzierte sich noch einmal durch den Vierjahresplan, bei dem der deutsche „Bergbau in vorderster Linie“ stand.¹⁷⁹³ So machte das RWM deutlich, dass „im Interesse der Rohstoffversorgung (...) insbesondere die Ausbeute von Erz, Erdöl und Braunkohle mit allen Mitteln“ zu steigern sei. Die Expertise der Geologen war bei all dem besonders gefragt, denn es ging dem Ministerium nicht nur darum, die Entwicklung bereits bestehender Betriebe zu fördern, sondern auch um die Erschließung neuer Tagebaue und Erdölproduktionsgebiete sowie um die Evaluation aller Möglichkeiten zur Wiederinbetriebnahme stillgelegter Zechen.¹⁷⁹⁴

Welche Auswirkungen das auf die Arbeiten der staatlichen geologischen Dienste hatte, zeigen etwa die Berichte der Württembergischen Geologischen Landesanstalt. Wie ihrem Bericht für 1937 zu entnehmen ist, waren die durch Beratungen auf dem Gebiet der technischen Geologie (Baugrunduntersuchungen, Wasserversorgung, Stauanlagen, Kanalbauten) bereits „immer größeren Zeitaufwand“ einnehmenden Anforderungen an sie durch den Vierjahresplan nochmals gestiegen. Dazu zählten etwa die erneute Untersuchung der Erzgänge des württembergischen Schwarzwaldes, die Überwachung erdöhlöffiger Versuchsbohrungen oder die „stratigraphisch-fazielle Bearbeitung“ der Eisenerzflöze bei Wasseralfingen, Aalen und Geislingen an der Steige, die die Grundlage für neu anzusetzende Bohrungen bilden sollten.¹⁷⁹⁵ Ebenso rückten früher im Abbau gewesene Lagerstätten (z.B. Kupfer und Wismut) erneut in den Fokus der Stuttgarter Geologen, die ebenso verschiedene regionale Tonvorkommen auf die Möglichkeit prüften, ob diese zur Darstellung von Aluminium taugten. Dunkle

1790 Bergwesen des Deutschen Reiches im Jahre 1936 (1937), S. 403. Siehe auch Niederschrift Hans Joachim Martinis (Thüringische Geologische Landesuntersuchung) über die Besprechung betr. nutzbare Lagerstätten im Lande Thüringen am 26.11.1936, 28.11.1936, BGR-Archiv Hannover, Nr. 47967, Bl. 47–54.

1791 Bergwesen des Deutschen Reiches im Jahre 1936 (1937), S. 403.

1792 Vidal, Landesuntersuchung (1974), S. 105. Die Arbeiten standen unter der Leitung der PGLA (Oberleitung von Seidlitz, Geschäftsführung Kegel), die Aufnahmearbeiten vor Ort lagen in der Hand des Leiters der Geologischen Landesuntersuchung am Oberbergamt in München, Matthäus Schuster. Vgl. Übersicht der PGLA über die Geologischen Aufnahmen im Bayrischen Wald (Gemeinschaftsarbeit Bayerischer Wald – GBW), 21.3.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 25 f. Der Hinweis darauf, dass diese Arbeiten auf eine Anregung Keplers zurückgingen, findet sich in RWM an RFM, 15.7.1935, BArch Berlin, R 2, Nr. 21308, unpag.

1793 Im Tätigkeitsbericht für 1936 verwies die PGLA auf ihre „lebhafteste Berichterstattung für den Beauftragten des Vierjahresplans“. Tätigkeitsbericht PGLA 1936 (1937), S. 19 f., 29.

1794 RWM an Pr. Finanzminister, 29.6.1937, GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 9937, unpag.

1795 Bergwesen des Deutschen Reiches im Jahre 1937 (1938), S. 271.

Schatten warfen schließlich die von ihnen in Zusammenarbeit mit dem Institut für Physikalische Chemie und Elektrochemie der TH Stuttgart vorgenommenen Untersuchungen über die „Ölschiefer des Albvorlandes“ (Vorrat, Lagerungsverhältnisse, Abbaumöglichkeiten) voraus, auf die im Zusammenhang mit dem so genannten ‚Geilenberg-Programm‘ von 1944 später noch zurückzukommen ist (Kap. 5.4).¹⁷⁹⁶ Auch dem Geologischen Staatsinstitut in Hamburg und der Geologischen Bundesanstalt in Wien wurden im Rahmen des Vierjahresplans „weitere z. T. recht umfangreiche Arbeiten vom Büro Keppler zugewiesen“.¹⁷⁹⁷

4.3.1.1 Reichsautobahnen

Neben den für die Staatsgeologen alltäglichen praktischen Lagerstättenforschungen (Begehungen, Begutachtungen, Inventuren¹⁷⁹⁸, Kartierungen), der Verfolgung von Bergbau-, Schacht- und Bohraufschlüssen, der Prüfung von Wasserversorgungen, Talsperren- Deich-, Damm- und Kanalbauten sowie der Begleitung von Tunnel- und Eisenbahnaufschlüssen spielten Belange des Straßenbaus nun eine immer prominentere Rolle.¹⁷⁹⁹ So erforderten auch die von der NS-Propaganda als ‚Straßen des Führers‘ instrumentalisierten, prestigeträchtigen Autobahnbauten solides geologisches „Beratungswissen“¹⁸⁰⁰, weswegen sich dieser Teil der Ingenieurgeologie allmählich zu einer „selbständigen Sonderaufgabe im Tätigkeitsbereich der praktischen Geologen“ entwickelte.¹⁸⁰¹ Welche Bedeutung diese Arbeiten hatten, kann man allein schon daran ermesen, dass die heute zu diesem Thema allein im Archiv der BGR überlieferten Akten etwa 10.000 Blatt umfassen. Wie die historische

1796 Tätigkeitsbericht von Manfred Bräuhäuser (Vorstand der Geologischen Abteilung des Württembergischen Statistischen Landesamtes) für 1936, März 1937, GLA Freiberg, A 02337/1, Bl. 11–19.

1797 Siehe dazu Bergwesen des Deutschen Reiches im Jahre 1937 (1938), S. 272. Zu Österreich siehe Danner, *Forschungen* (2014), S. 50–55.

1798 Im Zuge einer Inventur der Braunkohlenvorräte des Deutschen Reiches stellten die Berliner Geologen bspw. fest, dass die „sicheren und wahrscheinlichen Vorräte“ mit nahezu 57 Milliarden Tonnen wesentlich höher waren, als bis dahin angenommen. Die Lebensdauer des deutschen Braunkohlenbergbaus schien demnach über „mehrere hundert Jahre“ gesichert. Tätigkeitsbericht PGLA 1934 (1935), S. 13.

1799 Die Tätigkeitsberichte der PGLA waren in „wissenschaftliche Arbeiten“ und „praktische Arbeiten“ unterteilt. Zu den wissenschaftlichen Tätigkeiten gehörten demnach die Anfertigung geologischer Karten, die Sammlungen und Museen und die Arbeiten im Chemischen Laboratorium. Insbesondere die Arbeiten der Chemiker waren angesichts der praktischen Aufgaben der PGLA besonders breit angelegt. In der Hauptsache erstreckten sie sich auf die „Untersuchung und Begutachtung der verschiedenartigsten natürlichen Rohstoffe“. Dazu gehörten die „Durchmusterung der deutschen Erzlagerstätten“, zahllose amtliche Analysen von Erzen, Gesteinen, Wässern und Erdölen sowie Untersuchungen wichtiger Vorkommen von Bodenschätzen (z.B. Ton, Bauxit, Kaolin, Erze) auf ihre technischen Anwendungsmöglichkeiten. Neben bodenkundlichen Fragen, so etwa der Verwendbarkeit von Schlickböden als Kulturböden für Siedlungszwecke, befasste sich das Laboratorium auch mit bodenmechanischen Untersuchungen, so etwa mit der „praktisch-geologischen Beratung für öffentliche Bauwerke“. Ebd., S. 9.

1800 Gärditz, *Hoflieferanten* (2023), S. 66.

1801 So zumindest Dienemann, *Aufgaben* (1935), S. 177.

Forschung hinlänglich nachgewiesen hat, war das milliardenteure „Unternehmen Reichsautobahn“ keine Erfindung der Nazis, sondern folgte längst vorliegenden und technisch ausgereiften Straßenbauplänen aus der Weimarer Zeit, die ab 1933 „spektakulär in Szene gesetzt“ und in gewisser Weise so etwas wie ein „Symbol für den Aufstieg des neuen Reiches“ wurden.¹⁸⁰²

Das von den Nationalsozialisten aufgegriffene Autobahnprojekt stützte sich auf eine von dem Tiefbauingenieur Fritz Todt (NSDAP 1923) Ende 1932 vorgelegte Denkschrift, in der ein groß angelegtes Bauprogramm propagiert und mit dem Gedanken der Arbeitsbeschaffung, der Wehrhaftmachung und der künstlerisch-ästhetischen Landschaftsgestaltung verknüpft wurde.¹⁸⁰³ Im Juni 1933 wurde Todt – ein frühes Beispiel für die ‚neue Staatlichkeit‘ des NS – von Hitler zum Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen (GISt) ernannt, womit die bis dahin bei den Ländern liegende Straßenbaukompetenz auf das Reich überging und die „seit langem geforderte zentrale Straßenbaubehörde“ Wirklichkeit wurde.¹⁸⁰⁴ Für die Planung der Linienführung der Reichsautobahnen war die im Mai 1933 geschaffene private ‚Gesellschaft zur Vorbereitung der Reichsautobahnen‘ (Gezuvor) verantwortlich, an der Länder, Provinzen, Kreise, Städte sowie verschiedene Unternehmen beteiligt waren. Die Genehmigung einer Trasse erfolgte durch den GISt, die Vergabe der Bauaufträge durch die der Reichsbahn unterstehende ‚Gesellschaft Reichsautobahnen‘. Letztere betreute 15 über das Reich verteilte ‚Oberste Bauleitungen für den Bau einer Kraftfahrbahn‘ (OBK), die die an Privatunternehmen vergebenen Bauausführungen überwachten.¹⁸⁰⁵ Mit dem Bau der überwiegend aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung finanzierten Fahrbahnen wurde im Frühjahr 1934 begonnen, wobei der endgültige Gesamtnetzplan eine ehrgeizige Streckenlänge von rund 7.000 km vorsah. Bis zur Einstellung des gesamten Baubetriebes Ende 1941 wurden dem Verkehr etwa 3.800 km übergeben.¹⁸⁰⁶

Durch den Ingenieur Todt erhielt der Straßenbau neue technische Impulse.¹⁸⁰⁷ Da er Wert darauf legte, „die Bodengeologie mehr als bisher im Straßenbau“ zu berücksichtigen¹⁸⁰⁸, hielt er die ‚Gesellschaft Reichsautobahnen‘ an, die Deutsche Forschungsgesellschaft für Bodenmechanik (Degebo) zur Beratung der OBK

1802 Reichel, Schein (1994), S. 276, 278; Seidler, Fritz Todt (1988), S. 127.

1803 Vgl. Schütz/Gruber, Mythos (2012), S. 11, 19; Reichel, Schein (1994), S. 278; Gogl, Foundations (2020), S. 62–66; Ludwig, Technik (1979), S. 303–344. Todt selbst hatte 1931 an der TH München über „Fehlerquellen beim Bau von Landstraßen aus Teer und Asphalt“ promoviert. Lemberg, Stiftung (2024), S. 198.

1804 Reichel, Schein (1994), S. 278.

1805 Seidler, Fritz Todt (1988), S. 101 f.; Wilhelm Dienemann (PGLA): Die Mitarbeit der Geologischen Landesanstalt beim Bau der Reichsautobahnen, ohne Datum (um 1935), BGR-Archiv Hannover, Nr. 2024269, Bl. 1.

1806 Vgl. Reichel, Schein (1994), S. 278; Schütz/Gruber, Mythos (2012), S. 11–13.

1807 Vgl. Seidler, Fritz Todt (1988), S. 114.

1808 Todt (GISt) an die Gesellschaft Reichsautobahnen (zur Weiterleitung an die OBK) und die Gezuvor (zur Weiterleitung an die Sektionsführer), 12.12.1933, BAArch Berlin, R 4601, Nr. 3092, Bl. 1–6, hier Bl. 6.

heranzuziehen.¹⁸⁰⁹ Darüber hinaus trat Todt mit den Geologischen Diensten Preußens, Hessens, Württembergs und Bayerns in Verbindung, um deren Expertise zu gewinnen.¹⁸¹⁰ Allerdings sollte sich die „Beratung der OBK durch die Landesgeologen“ zunächst auf allgemeine Fragen der Trassierung beschränken, während die eigentlichen bodenmechanischen Untersuchungen über wissenschaftliche Einrichtungen wie die Versuchsanstalt der Degebo und ab 1934 zusätzlich über die bei den OBK geschaffenen Bodenprüfstellen erfolgten.¹⁸¹¹

Anfangs hatte das Gesamtprojekt aber mit Fehlschlägen zu kämpfen, weil es die Baufirmen bisweilen unterließen, sich vorher ein Bild über die Tragfähigkeit des Straßenuntergrundes zu machen.¹⁸¹² Auch wurde wiederholt versäumt, die Geologen schon bei der Planung im Gelände rechtzeitig heranzuziehen.¹⁸¹³ Die Hauptverwaltung und Direktion der Reichsautobahnen stellte im Oktober 1934 zudem „unliebsame Vorkommnisse bei der Gründung von Brückenbauwerken“ fest, woraufhin sie die OBK anhielt, bei den Baugrunduntersuchungen größte Sorgfalt walten zu lassen. Vor allem dürfe die Beurteilung des aus den Bohrlöchern geförderten Bohrgutes „auf keinen Fall Personen überlassen werden, die nicht genügende geologische Kenntnisse und Erfahrungen“ besäßen.¹⁸¹⁴ Der Referent für Straßen- und Erdbau bei der PGLA Wilhelm Dienemann¹⁸¹⁵ kritisierte, dass die Vorarbeiten „wegen der schnellen Inangriffnahme des Baues zur Minderung der Arbeitslosigkeit (...) nicht mit der Gründlichkeit wie sonst bei ähnlichen großen Bauvorhaben“ durchgeführt worden seien. Ebenso monierte er, dass die Straßendecken „möglichst bald aufgebracht werden“ sollten, so dass den Dämmen zu „wenig Zeit zur Setzung“ blieb.¹⁸¹⁶ Sein Kollege Georg Fischer wurde noch deutlicher, denn mit Blick auf die offenbar

1809 Zu weiteren, für wissenschaftliche Bodenforschungen herangezogenen Instituten siehe Reichsautobahnen Direktion an die einzelnen OBK, 26.4.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 47531, Bl. 28 f.

1810 So findet sich bspw. im Tätigkeitsbericht der PGLA für 1933 der Hinweis, dass sie an den „Vorarbeiten zu dem großen Straßenbauprogramm der Reichsregierung“ beteiligt gewesen sei. Bergwesen Preußens im Jahre 1933 (1934), S. 264.

1811 Todt (GISt) an die Gesellschaft Reichsautobahnen, 7.12.1933, BGR-Archiv Hannover, Nr. 47531, Bl. 2. Wie Dienemann aber einräumte, stellte die Degebo „an die Tragfähigkeit des Untergrundes und des Schüttmaterials“ strenge Anforderungen, wie man sie in der PGLA bis dahin nicht kannte. Vermerk Dienemanns betr. geologische Beratung beim Bau der Reichsautobahnen, 17.1.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2024269, Bl. 24–26.

1812 Vgl. Seidler, Fritz Todt (1988), S. 114.

1813 Dazu, zu den Gründen und den Aufgaben der Geologen beim Straßenbau, vgl. Dienemann, Aufgaben (1935), S. 177–184. An anderer Stelle monierte Dienemann, dass die PGLA „bisher nicht generell mit der Beratung der Preußischen Strecken beauftragt“ worden sei und die Heranziehung der Geologen nur unregelmäßig erfolge. Wilhelm Dienemann (PGLA): Die Mitarbeit der Geologischen Landesanstalt beim Bau der Reichsautobahnen, ohne Datum (um 1935), BGR-Archiv Hannover, Nr. 2024269, Bl. 2.

1814 Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. Hauptverwaltung und Reichsautobahnen Direktion (Berlin) an alle Reichsbahndirektionen und OBK, 26.10.1934, BArch Berlin, R 4602, Nr. 569, Bl. 4.

1815 Zu Dienemann siehe Anhang Biographien.

1816 Wilhelm Dienemann (PGLA): Die Mitarbeit der Geologischen Landesanstalt beim Bau der Reichsautobahnen, ohne Datum (um 1935), BGR-Archiv Hannover, Nr. 2024269, Bl. 1–19.

übereilte und wegen ungünstiger Untergrundverhältnisse schlechte Wahl bei der Streckenführung der Autobahn Breslau-Liegnitz führte er aus, dass „die ohne geologische Mitarbeit aufgestellten Trassen und Massenausgleichsberechnungen (...) zwecklose Zeit- und Arbeitsverschwendung“ seien. Um derartige Mängel zu vermeiden, müssten die Geologischen Landesanstalten „zu einem erheblich früheren Zeitpunkt zur Beratung“ herangezogen werden und zwar „nicht erst, wenn die Linienführung in der Zentrale berechnet und von Herrn Generaldirektor Todt genehmigt“ sei, „sondern von Anbeginn, schon bei der Wahl der Linienführung“.¹⁸¹⁷ Die negativen Erfahrungen bei der Beratung der örtlichen OBK veranlassten die PGLA, ihre Aufgaben „bei der Beratung grundsätzlich zu umreißen und Vorschläge zu unterbreiten, wie diese Aufgaben im Interesse der Autobahnen am besten“ zu lösen waren.¹⁸¹⁸

Dieses offensive Vorgehen hinterließ offenbar Eindruck. Denn da Geologen wie Dienemann und Fischer „viel eingehendere Voruntersuchungen geologischer und bodenphysikalischer Art“ forderten und die vielfältigen Vorteile einer engen Zusammenarbeit von Geologen, Bodenphysikern, Landvermessern und Straßenbauingenieuren plausibel darlegten, wurde nicht nur die Forschung intensiviert.¹⁸¹⁹ Todt legte im April 1935 auch fest, dass „bei jedem großen Straßenneubau“ die Geologischen Landesanstalten „als die zuständigen staatlichen Stellen gutachtlich zu hören“ und ihr Anwendungswissen (Karten, Bohrprofile, Schichtenverzeichnisse, Ortskenntnisse) nutzbar zu machen seien.¹⁸²⁰ Das galt in gleicher Weise für die Beurteilung des Baugrundes (Tragfähigkeit, zulässige Belastung einer Bodenart oder eines Gesteins), was beim Straßenbau (z.B. Brücken) ebenso eine Rolle spielte, wie für alle übrigen Hoch- und Tiefbaumaßnahmen. Gerade die beim Bau der Reichsautobahnen bis dahin gemachten Erfahrungen hätten gezeigt, „dass eine geologische Beratung möglichst frühzeitig, also schon bei der Projektbearbeitung und beim Abstecken der Trasse im Gelände stattfinden“ müsse.¹⁸²¹ Durch „Verabredung“ mit Generalinspektor Todt „wurden Richtlinien für die geologische Beratung

1817 G. Fischer (PGLA) an „sehr geehrter Herr Bahnrat“, 8.2.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026345, Bl. 1101-1103.

1818 Schreiben der PGLA ohne Datum und Absender (Entwurf), ebd., Bl. 1105 f. Siehe auch Entwurf Dienemanns über die Mitarbeit der PGLA beim Bau der Reichsautobahnen, ohne Datum (um 1935), BGR-Archiv Hannover, Nr. 2024269, Bl. 20-23; Von Dienemann erstelltes vorläufiges Merkblatt über die geologische Beratung beim Bau der Reichsautobahnen, ohne Datum, ebd., Bl. 29-32. Vgl. auch Dienemann, Beratung (1935), S. 137-167.

1819 Vgl. Seidler, Fritz Todt (1988), S. 114.

1820 Ebd.; Dienemann, Aufgaben (1935), S. 177. Auf welche Fragen sich die geologische Beratung im allgemeinen zu erstrecken hatte (Angabe der Bodenarten und ihrer petrographischen Zusammensetzung, Klärung der Schichtenlagerung, Aufklärung über Verwerfungs-, Senkungs- und Erdfallgefahren, Hinweise auf Bodenschätze, deren Abbau die Sicherheit der Straßen gefährden oder deren Abbau durch die Lage der Straßen beeinträchtigt werden konnte, Nachweis von Vorkommen von Straßenbaurohstoffen, Entwässerung und Wasserbeschaffung), geht hervor aus Todt (GISt) an die Gesellschaft Reichsautobahnen (Direktion, Berlin), 20.6.1935, BArch Berlin, R 4601, Nr. 3092, Bl. 117 f.

1821 Dienemann, Aufgaben (1935), S. 177 f. Vgl. auch Dienemann/Köhler, Beispiele (1938), S. 5-13 u. 27-34.

ausgearbeitet und eine Abgrenzung gegen die bodenmechanischen Arbeiten herbeigeführt“. ¹⁸²² Folglich gingen die für den Bau der einzelnen Strecken der Autobahnen zuständigen OBK dazu über, die Geologischen Landesanstalten heranzuziehen und auch eigene Geologen zur ständigen Beratung anzustellen. Die Expertise der staatlichen Geologen war besonders „bei der Überwindung der Niederungen im Mündungsgebiet der großen Ströme mit ihrem schlechten Baugrund“, bei der Einschätzung von Dammschüttungen auf nachgiebigen und rutschenden Böden oder bei der Beschaffung von Straßenbaurohstoffen gefragt. ¹⁸²³ Gleichzeitig erklärte sich die PGLA bereit, mehrtägige Kurse für Bauingenieure abzuhalten, in denen diesen die Bedeutung der geologischen Vorbedingungen für Planung und Bau mit besonderer Berücksichtigung des Straßenbaues vermittelt wurde. ¹⁸²⁴

Aber nicht nur die PGLA, auch andere Landesanstalten wollten sich auf dem zukunftsweisenden Feld in Stellung bringen. So bot sich die Thüringische Geologische Landesuntersuchung (TGL) in Jena Anfang 1934 zur Mitarbeit bei der Projektierung der das Land betreffenden Autobahnabschnitte an.



Abb. 33: Ausweis der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft für den bei der Obersten Bauleitung Altona der Gesellschaft Reichsautobahnen tätigen Berliner Geologen Herbert-Lothar Heck (1934). ¹⁸²⁵

- 1822 Bericht über die Verwaltung und die Tätigkeit der PGLA in den Jahren 1934 und 1935 (1. Januar 1934 bis 31. Dezember 1935), 2.2.1936, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 34–47, hier Bl. 42.
- 1823 Tätigkeitsbericht PGLA 1934 (1935), S. 11.
- 1824 Todt (GIStr) an Gesellschaft Reichsautobahnen (Direktion, Berlin), 20.6.1935, BAArch Berlin, R 4601, Nr. 3092, Bl. 117f.
- 1825 Ausweis der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft für den bei der Obersten Bauleitung Altona der Gesellschaft Reichsautobahnen tätigen Berliner Geologen Herbert-Lothar Heck, 1934, BAArch Berlin, VBS 1009 (NS 23)/ZW 264 A.13, unpubl.

Da aber auch die PGLA inzwischen eine „Zusicherung laufender Mitwirkung“ erhalten hatte, reklamierte Berlin die Zuständigkeit für sich, worüber sich ein Kompetenzgerangel zwischen der PGLA und dem Geologischen Dienst Thüringens entwickelte, bevor sich beide Häuser auf eine Arbeitsteilung verständigten.¹⁸²⁶ Nach diesen Anfangsschwierigkeiten stellte sich eine weitgehend reibungslose Zusammenarbeit ein, da angesichts des sich auf das gesamte Reichsgebiet erstreckenden Mammutprojekts deutlich wurde, dass ein Institut allein gar nicht in der Lage war, die mit jedem Streckenabschnitt verbundenen überaus kleinteiligen, mit zahlreichen Bohrungen, der Herstellung von Schichtenverzeichnissen, Querprofilen und Höhenplänen verbundenen Arbeiten durchzuführen.¹⁸²⁷ Angesichts der Größe des preußischen Staatsgebiets war die Zahl der für den Reichsautobahnbau tätigen Berliner Geologen (z.B. Richard Bärtling, Edmund Beyenburg, Otto Burre, Fritz Dahlgrün, Wilhelm Dienemann, Hans-Rudolf von Gaertner, Herbert-Lothar Heck, Julius Hesemann, Friedrich Kühne, Franz Michels, Willi Scharf) recht umfangreich.¹⁸²⁸ Aber auch in Bayern (z.B. Fritz Heim, Robert Schnetzer, Josef Knauer), Thüringen (z.B. Walter Hoppe)¹⁸²⁹,

1826 Vermerk des Thüringischen Innenministeriums (Abt. für Straßenbau u. Arbeitsbeschaffung, Weimar), 28.2.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 47731, Bl. 1; PGLA an TGL (Jena), 26.3.1934, ebd., Bl. 4; Fritz Deubel (TGL) an PGLA, 6.4.1934, ebd., Bl. 5, Deubel (TGL) an Thüringisches Wirtschaftsministerium (Weimar), 6.4.1934 u. 11.4.1934, ebd., Bl. 6 u. 11; Thüringisches Ministerium des Innern (Weimar) an Oberste Bauleitung der Reichsautobahnen (Halle), 7.4.1934, ebd., Bl. 9; Vermerk Deubels (TGL), 14.4.1934, ebd., Bl. 12; Wilfried v. Seidlitz (PGLA) an TGL (Jena), 18.4.1934, ebd., Bl. 13.

1827 Auf die kleinteiligen, sich auf kurze Streckenabschnitte erstreckenden Untersuchungen verweisen zum Beispiel die Berichte des PGLA-Geologen Otto Burre, die die auf den einzelnen Streckenkilometern vorkommenden Erdschichten, Bodenarten und ihre bautechnischen Eigenschaften beurteilten. Diese Untersuchungen basierten auf Bohrungen und Schürfen, die Tiefen von bis zu etwa 40 Metern erreichten (Bohrungen) und schon auf kurzen Distanzen von gut 10 Kilometern mehr als 20 Bohrungen und noch weit mehr Schürfe erreichen konnten. Vgl. Gutachten der PGLA über die geologischen Verhältnisse der Strecke km 36–52 der Linie Schkeuditz-Dessau der Reichsautobahn, 10.5.1937, BGR-Archiv Hannover, Nr. 1001822, unpag.; Bericht über die Begehung der Strecke zwischen Elbe und Mulde mit dem BAK-Vorstand-Dessau, Herrn Reg. Baumeister Dr. Ing. Baumeister [!], 29.9.1936, ebd., unpag.; Gutachten der PGLA über die geologischen Verhältnisse im Untergrunde der Elbbrücke bei Dessau km 52–53 der Linie Schkeuditz-Dessau der Reichsautobahnen, 29.7.1937, ebd., unpag.; Gutachten der PGLA über die Baugrundverhältnisse in den Tälern bei Großlehna und Nempitz und an verschiedenen Straßenkreuzungen der Strecke 14,6 bis 21,3 der Linie Halle-Schleiz der Reichsautobahnen, 29.10.1934, ebd., unpag.; Gutachten über die Strecke 2 bis 12 km der Reichsautobahn Halle-Leipzig, 17.3.1934, ebd., unpag.

1828 Dienemann, Aufgaben (1935), S. 177; Gutachten der PGLA (Sachbearbeiter Landesgeologe Bärtling) über die zweckmäßige Sicherung der Tonböschungen im Einschnitte der Reichsautobahn am Kaiserberg bei Duisburg, 1.12.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026356, Bl. 523 f.; Vorläufiges Gutachten der RfB (Sachbearbeiter Regierungsgeologe Dahlgrün) über die Untergrundverhältnisse im Zuge der geplanten Autobahn zwischen Aachen und Luxemburg, 10.10.1941, ebd., Bl. 531–537. Zu Bärtling, Beyenburg, Burre Dahlgrün, Dienemann, von Gaertner, Heck, Hesemann, Kühne, Michels, Scharf siehe Anhang Biographien.

1829 Hoppe fungierte vermutlich als Berater der Feldprüfstelle Hermsdorf und der OBK Halle. Vgl. Bericht über die Inbetriebnahme der Feldprüfstelle Hermsdorf und deren Tätigkeit vom 7.9.–25.9.1934, 10.10.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 47531, Bl. 53; Reichsautobahnen

Sachsen (z.B. Heinz Ebert¹⁸³⁰, Friedrich Härtel¹⁸³¹ in Württemberg (z.B. Manfred Frank)¹⁸³² oder in Österreich (z.B. Alois Kieslinger, Gustav Götzinger, Otto Ampferer) wurden Staatsgeologen als Berater oder zu fortlaufenden Untersuchungen neu aufgeschlossener Bodenprofile an im Bau befindlichen Reichsautobahnstrecken herangezogen.¹⁸³³

Die Gutachten und Expertisen der Geologen erstreckten sich jedoch nicht nur auf die Bewertung von Erdschichten, Bodenarten und deren bautechnischen Eigenschaften. Auch bei der Streckenplanung kam ihr Wissen zum Tragen. So ergaben Untersuchungen der PGLA im Zuge der Planungen zur Führung der Autobahnlinie Halle-Berlin im Februar 1937, dass sich im Gebiet nördlich von Halle „das Formsandgebiet von Beidersee“ befand, dem sich im Süden ein Kaolinvorkommen anschloss. Während letztere „die Grundlage einer bedeutenden keramischen Industrie“ bildeten, waren die Formsandgruben „für die Gießereien und damit für die Landesverteidigung“ wichtig, weswegen es „unbedingt notwendig“ erschien, die Linie der Autobahn so zu führen, dass beide Vorkommen nicht beeinträchtigt wurden. Dass die Sachverständigen bei all dem auch perspektivisch planten, zeigte der Befund des Geologen Burre, der feststellte, dass Tone und Kaoline zwar noch nicht für die Aluminiumherstellung verwendet werden konnten, aber eben auch noch nicht abzusehen war, ob sie nicht eines Tages doch hierfür von Bedeutung seien. Auch aus diesem Grund hielt Burre ihre Schonung für geboten. Auch erscheine eine nach Norden gerichtete Verschiebung der als Reichsstraße 80 geplanten Querverbindung von der Linie Halle-Berlin nach Eisleben angebracht, denn in der bisherigen Projektierung würde sie durch das Braunkohlengebiet bei Unterröblingen verlaufen, „dessen Überquerung sowohl aus wirtschaftlichen wie aus bautechnischen Gründen (Bruchfelder) zu vermeiden“ sei. Folgt man der heutigen Route der Bundesstraße 80, führt sie nördlich an Unterröblingen vorbei, so wie es Burre 1937 vorgeschlagen hatte.¹⁸³⁴

-
- (Oberste Bauleitung Halle) an Dr. Hoppe (TGL, Jena), 23.11.1934, ebd., Bl. 73 f.; Niederschrift über die Besprechung betr. Reisebericht Prof. Casagrandes, 20.10.1934, ebd., Bl. 47.
- 1830 Vgl. Heinz Ebert (Sektionsgeologe, Leipzig) an den Direktor des Sächsischen GLA, Leipzig, 1.3.1937, BArch Berlin, R 71, Nr. 13, Bl. 67–69.
- 1831 Härtels Arbeitsplan für 1938 sah die „fortlaufende Untersuchung neu aufgeschlossener Bodenprofile an den im Bau befindlichen Reichsautobahnstrecken in Ostsachsen“ vor. Arbeitsplan Härtels, 22.2.1938, GLA Freiberg, A 2322/1, Bl. 97.
- 1832 Vgl. Württembergisches Statistisches Landesamt (Stuttgart) an Sächsisches GLA (Leipzig) (mit anliegendem Arbeitsplan der Geologischen Abteilung des Württ. Statistischen Landesamtes für das Jahr 1938), 28.2.1938, GLA Freiberg, A 2337/1, Bl. 26–29.
- 1833 Zu Österreich vgl. Danner, *Forschungen* (2014), S. 48 f., 55 f. Zu Heim, Schnetzer, Knauer, Hoppe, Ebert, Härtel, Frank, Kieslinger, Götzinger, Ampferer siehe Anhang Biographien.
- 1834 Bericht von Otto Burre über Besprechungen bei der OBK Halle am 3. und 4.2.1937, 16.3.1937, BGR-Archiv Hannover, Nr. 1001828, unpubl. Die „Berücksichtigung der etwa überfahrenen Bodenschätze“ war keine Ausnahme. Bericht über die Befahrung der geplanten Linie Dessau-Nordhausen der Reichsautobahnen, 23.6.1937, ebd., unpubl. Noch 1941 ordnete der G1Str an, die Strecke Koblenz-Gießen zu verlegen, um die dort gefundenen „bauwürdigen Tonvorkommen“ zu schützen. Bericht von Wilhelm Ahrens (RfB, Berlin) über Schürfungen

4.3.1.2 *Reichsbodenschätzung*

Für das Reich in anderer Hinsicht bedeutsam wurde die Tätigkeit einiger Staatsgeologen im Zusammenhang mit der so genannten Reichsbodenschätzung. Dabei handelte es sich um die Einführung eines einheitlichen Bonitierungs- und Klassifikationssystems für landwirtschaftlich nutzbare Böden durch das „Gesetz über die Schätzung des Kulturbodens“ (Bodenschätzungsgesetz) vom 16. Oktober 1934.¹⁸³⁵ Bei der Erhebung ging es um die naturwissenschaftliche „Klassifizierung nach bodenkundlich-standortkundlichen Merkmalen“ und um eine ökonomische „Bewertung nach der natürlichen Ertragsfähigkeit“ der Böden.¹⁸³⁶ Neben der steuerlichen Wertermittlung des Bodens sollte das Gesetz die Grundlage für eine planvolle „Gestaltung der Bodennutzung“ und eine „Verbesserung der Beleihungsunterlagen landwirtschaftlich nutzbarer Flächen“ bilden.¹⁸³⁷

Gerade im Hinblick auf die von der Regierung angestrebte „planvolle Bodennutzung“ konnte das Gesetz durchaus „als Parallele des Lagerstättengesetzes“ angesehen werden. Die eigentliche Schätzung bestand in der genauen Kennzeichnung des Bodens nach seiner Beschaffenheit, die in Form von Karten erfolgte. Die Bestandsaufnahme der Ertragsfähigkeit erstreckte sich jedoch nur auf die Ertragsunterschiede, die auf natürliche Bedingungen (Bodenbeschaffenheit, Geländegestaltung, klimatische Verhältnisse) zurückzuführen waren, während die wirtschaftlichen Bedingungen (Betriebszugehörigkeit, Verkehrs- und Absatzverhältnisse) keine Berücksichtigung fanden. Die Bodenschätzung selbst lag in der Hand so genannter Schätzungsausschüsse, die vom Präsidenten des Landesfinanzamtes in Kooperation mit dem zuständigen Landesbauernführer für jeden Finanzamtsbezirk berufen wurden. Insgesamt sollten 1936 etwa 650 solcher Ausschüsse wirksam werden. Sie sollten alle landwirtschaftlich genutzten Flächen „durch Aufgrabungen und Bohrungen“ im Abstand von etwa 50 Metern erkunden und sie mit Hilfe der ihnen vorliegenden „Schätzungsrahmen“ für Acker- bzw. Grünland in ihrem Wert beurteilen.

Die Ergebnisse wurden zunächst in Form so genannter Schätzungsreinkarten, die besonderen Merkmale der Flächen in Schätzungsbüchern festgehalten. Eigens hinzugezogene Landmesser waren für die Fixierung der Grenzen verantwortlich. Den Abschluss des Schätzungsverfahrens bildete die Herstellung der Bodenkarte.¹⁸³⁸ Die Umsetzung der auf fünf Jahre angelegten „Reichsbonitierung“ lag in der Hand der Reichsfinanzverwaltung, denn beim Bodenschätzungsgesetz handelte es sich genau genommen um ein Steuergesetz, das die Grundlage für die Einheitsbewertung landwirtschaftlicher Betriebe und für die Erhebung der Grund-, Vermögens- und Erbschaftssteuer bildete.

der OBK Frankfurt am Main an der Reichsautobahnstrecke Koblenz-Gießen im Abschnitt Höhr/Mogendorf/Dorchheim, 11.2.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026353, Bl. 20.

1835 Vgl. Altermann, Bodenschätzung (2001), S. 341; Gesetz über die Schätzung des Kulturbodens“ (Bodenschätzungsgesetz) vom 16.10.1934, in: RGBl. 1934, Teil I, S. 1050.

1836 Altermann, Bodenschätzung (2001), S. 341.

1837 Dazu und im Folgenden Görz, Bodenschätzungsgesetz (1935), S. 107.

1838 Ebd., S. 107 f. Zur Schätzung von Grün- und Ackerland vgl. Altermann, Bodenschätzung (2001), S. 343 f.

Es ging auf die beiden studierten Agrarwissenschaftler und nun im RFM tätigen Beamten Walther Rothkegel und Heinrich Herzog zurück, die damit zwar auch auf eine Inventur der Böden abzielten, aber in erster Linie ihre finanzielle Bewertung im Blick hatten.¹⁸³⁹

Die Reichseinheitsbewertung des RFM kollidierte jedoch in gewisser Weise mit ähnlich gelagerten Arbeiten der PGLA, die unabhängig von der Finanzverwaltung bodenkundliche Übersichts- und Sonderbodenkartierungen für landwirtschaftliche Zwecke, Siedlungs- und Landesplanungen sowie Straßenbauten durchführte. Da solche Arbeiten auch außerhalb Preußens auf der Tagesordnung standen, war Ende 1934 sogar ein „Ausschuss für bodenkundliche Reichsaufnahme“ unter Leitung der PGLA zusammengetreten, um die Einheitlichkeit aller dieser Arbeiten sicherzustellen.¹⁸⁴⁰ Zwar hatten letztere mit den Aufgaben des RFM wenig Berührungspunkte, aber in Besprechungen zwischen der PGLA und dem Finanzressort kamen beiden Seiten überein, Doppelarbeit zu vermeiden und Synergieeffekte zu nutzen. So sollten die Ergebnisse der Bodenschätzung (Bohrresultate, Analysen) von der PGLA mitverwertet werden, die der Reichsfinanzverwaltung ihrerseits zusicherte, ihr die von den Geologen erstellten Materialien (Übersichts- und Spezialkarten) zugänglich zu machen.

Für die bodenkundlichen Aufgaben der Reichsbodenschätzung in Norddeutschland war die PGLA verantwortlich, während die Arbeiten in Mittel- und Süddeutschland durch die Geologische Landesuntersuchung des Bayerischen Oberbergamts gesteuert wurden.¹⁸⁴¹ Die Bodenanalyse der Bohrproben aus dem norddeutschen Raum übernahm der Berliner Geologe Max Trénel.¹⁸⁴² Welche Dimension allein diese Analysearbeiten annahmen, geht aus dem PGLA-Tätigkeitsbericht für 1935 hervor, nach dem im Rahmen der

1839 Vgl. ebd. S. 341 f.; Banken, *Steuerstaat* (2018), S. 284; Uekötter, *Wahrheit* (2010), S. 229. Zu den für die Erhebung relevanten Merkmalen (z.B. Bodenart, Entstehungsart, Zustandsstufe der Bodentypen, Wasserverhältnisse, Hangneigungen, Klimaverhältnisse) siehe Niederschrift über die Sitzung im Preußenhaus betr. Methode zur Herstellung der Bodenkarte, 2.4.1936, BayHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 279, unpag.

1840 Zur Zusammensetzung und zu den Aufgaben des Ausschusses, der am 1.1.1935 seine Tätigkeit aufnahm und im Einvernehmen mit dem Reichsarbeits- und dem Reichsernährungsministerium gebildet wurde, vgl. Richtlinien für die bodenkundliche Reichsaufnahme, ohne Datum, BArch Berlin, R 2, Nr. 20958 (Teil 2), Bl. 567–569. Der Terminus „Reichsbodentierung“ findet sich in Schreiben des Präsidenten des Landesfinanzamtes (Hannover) an RFM, 25.9.1934, BArch Berlin, R 2, Nr. 20958 (Teil 1), Bl. 195.

1841 Hans Niklas (Vorstand des Agrikulturchemischen Instituts und der Hauptversuchsanstalt für Landwirtschaft der TH München in Weihenstephan) an den Präsidenten des Oberbergamtes (München), 17.4.1935, BayHStA, Geologische Landesuntersuchung, Nr. 269, unpag.; Bayerisches Oberbergamt (München) an Staatsministerium für Wirtschaft, Abt. für Handel, Industrie und Gewerbe (München), 15.2.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpag. Zur Tätigkeit der PGLA auf dem Gebiet der Bodenkunde vgl. Trénel, *Kartierung* (1937), S. 19–27.

1842 Wie Ministerialrat Rothkegel vom RFM deutlich machte, entstanden im Zuge der Bodenschätzung Karten in Katastermaßstäben, die auch die GLA's für ihre Zwecke verwerten konnten. W. von Seidlitz (Präsident PGLA) an Ministerialrat Rothkegel (RFM), 7.1.1935, BArch Berlin, R 2, Nr. 20958 (Teil 2), Bl. 562–566.

Reichseinheitsbewertung der Ackerböden allein in diesem Jahr 13.180 Untersuchungen an 1.968 Bodenproben aus so genannten Musterstücken durchgeführt wurden.¹⁸⁴³ Eine geplante Mitwirkung der PGLA bei der Ausbildung der Bodenschätzer kam aber offenbar nicht zustande, denn wie ihr Referent für Bodenkunde, Paul von Hoyningen-Huene (NSDAP 1932, SS), im September 1934 festhielt, waren die Mitarbeiter seines Referats „bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit beansprucht“, weswegen die Ausbildung nur durch das RFM und die Landesfinanzämter erfolgte.¹⁸⁴⁴

Da sich die Aufnahmearbeiten der Reichsfinanzverwaltung an den 1933 von der PGLA formulierten Grundsätzen der „modernen Bodenphysiographie“¹⁸⁴⁵ orientierten, kam es darüber hinaus zu einer personellen Querverbindung zwischen der Preußischen Geologischen Landesanstalt und der Reichsbodenschätzung, indem der seit 1923 an der PGLA tätige Diplom-Landwirt Georg Görz¹⁸⁴⁶ zum Mitglied des vom RFM berufenen Reichsschätzungsbeirats berufen wurde.¹⁸⁴⁷ In Analogie zu Görz war der sächsische Staatsgeologe Friedrich Härtel Mitglied der Landesschätzungsbeiräte für die Oberfinanzbezirke Leipzig und Dresden, wobei er, ebenso wie Görz, auch Arbeiten im Gelände

1843 Vgl. Tätigkeitsbericht PGLA 1935 (1936), S. 70.

1844 Dipl. Frhr. von Hoyningen-Huene (Referent für Bodenkunde PGLA) an Ministerialrat Rothkegel (RFM), 7.9.1934, BArch Berlin, R 2, Nr. 20958 (Teil 1), Bl. 194. Der 1898 geborene, promovierte Diplom-Landwirt Hoyningen-Huene wirkte seit Mai 1933 an der PGLA, schied aber 1935 wieder aus, nachdem Schlattmann (RWM) ihm eine Stelle als apl. Chemiker verwehrt hatte. Vermutlich hing dies damit zusammen, dass Hoyningen-Huene zur ‚Gruppe Wiegers‘ gehörte, die in der PGLA für so viel Unruhe gesorgt hatte. Vgl. RWM (Schlattmann) an Pr. Finanzministerium, 23.12.1935, GStA, I. HA, Rep. 151, IC, Nr. 7041, Bl. 15. Hoyningen-Huene war der NSDAP 1932 beigetreten und auch Mitglied der SS. Vgl. BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/17060285, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1706, Karte 285; Bezirksgeologe Willi Scharf (PGLA) an Staatspolizeistelle Dezernat VIII (Berlin), 29.10.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, unp.; Vernehmung des Zeugen Frhr. von Hoyningen Huene durch das NSDAP Gaugericht Groß-Berlin in der Voruntersuchungssache gegen Pg. Winfried (lies Wilfried) von Seidlitz, 4.12.1935, ebd., Bl. 91.

1845 Zur neuen Art der Bodenbetrachtung, die sich auf Profile und Typen stützte, die Standorteigenschaften einzelner Böden erörterte, sie klassifizierte, also eine Art „Eignungsprüfung der Böden“ darstellte und die alte, für den Landwirt nicht immer leicht verständliche geologisch-agronomische Kartierung ablöste, vgl. Wolff/von Bülow/Görz, Gesichtspunkte (1933), S. 261–270; Pfeffer/Görz, Arbeiten (1968), S. 79.

1846 Der Diplom-Landwirt Görz war seit 1923 apl. Chemiker der Chemischen Abteilung an der PGLA und schied 1936 als „Chemiker und Prof. Dr.“ auf eigenen Wunsch aus dem Staatsdienst aus. Vgl. Verzeichnis der ehemaligen wissenschaftlichen Beamten und Angestellten der Preußischen Geologischen Landesanstalt, in Udluft (Hg.), Landesanstalt (1968), S. 130; Personalbestand der PGLA am 1.4.1937 (1937), S. 47. In BArch Berlin, R 2, Nr. 31889, unp. findet sich eine Karteikarte des Bewertungsbeirats für landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und Weinanbaubetriebe, aus der hervorgeht, dass ein Dr. Georg Görz diesem Bewertungsbeirat im Auftrag des RMDI angehörte. Nach 1945 war Görz auf einem Weingut in Bosenheim tätig.

1847 Vermerk des RFM über die Besprechung am 21.12.1934 in der PGLA über das Zusammenwirken der PGLA und der Reichsfinanzverwaltung bei bodenkundlichen Aufnahmen, 21.12.1934, BArch Berlin, R 2, Nr. 20958 (Teil 2), Bl. 571–573. Zu den Grundsätzen der PGLA vgl. Wolff/von Bülow/Görz, Gesichtspunkte (1933), S. 261–292.

durchführte.¹⁸⁴⁸ Als sich die Arbeiten dann 1939 auch auf die Schätzung von Waldböden ausdehnten, wurde Härtel auch in dieser Frage als Vertreter der RfB herangezogen.¹⁸⁴⁹

Um sicherzustellen, dass die Nutzbarmachung der Ergebnisse der Bodenschätzung überall im Reich nach gleichen Grundsätzen erfolgte, wurde das Bayerische Oberbergamt im Januar 1938 mit der Durchführung der Reichsbodenschätzung im gesamten Reichsgebiet und im November 1938 schließlich auch mit der Herstellung der Bodenkarten betraut. Die Steuerung der Arbeiten lang in den Händen des Regierungsgeologen Albert Hock (NSDAP 1933) und der seiner Leitung unterstehenden Bodenkundlichen Untersuchungsstelle am Bayerischen Oberbergamt in München.¹⁸⁵⁰ Hock, der seit 1934 ebenfalls zum Mitgliederkreis des Reichsschätzungsbeirats gehörte und „maßgebenden Einfluss auf die nichtsteuerlichen Folgearbeiten der Bodenschätzung“ hatte, war nun also allein für die Herstellung der Bodenkarten verantwortlich.¹⁸⁵¹ Ob sich die PGLA dadurch ausgebootet fühlte und ihre Münchener Schwester deswegen angriff ist unklar, jedenfalls wies Hock das RFM im Frühjahr 1939 auf gegen die Bodenkundliche Untersuchungsstelle gerichtete Ausfälle Berlins hin, die er mit dem gegen die PGLA gerichteten Vorwurf unzulänglicher Kartierungsmethoden quittierte. Aufgrund „dieses neueren Vorfalles“ mit der PGLA riet Hock dem RFM, „ein für allemal ein deutliches und wirksames Wort von oben herab“ zu sprechen und das gesamte Kartenwerk auf eine solide Grundlage zu stellen. Zu diesem Zweck präsentierte er dem Ministerium ein auf zehn Jahre angelegtes Finanzierungsmodell, wobei er meinte, jährlich mit etwa 76.000 RM auszukommen. Wichtig war Hock bei all dem, die Etaaufstellung so schnell wie möglich in die Wege zu leiten und somit vollendete Tatsachen zu schaffen, bevor die Reichsstelle für Bodenforschung die Sache in die Hand nahm.¹⁸⁵²

- 1848 Bericht über das Sächsische Geologische Landesamt, 5.2.1938, GLA Freiberg, A 02290/1, Bl. 27–30, hier Bl. 29; Kurt Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiberg) an RfB Berlin, 11.2.1941, BArch Berlin, R 71, Nr. 22, Bl. 20; Kurzer Tätigkeitsbericht des Sektionsgeologen Dr. F. Härtel über das Kalenderjahr 1936, 14.1.1936, GLA Freiberg, A 02322/1, Bl. 34–37; Kurzer Tätigkeitsbericht des Sektionsgeologen Dr. F. Härtel über das Kalenderjahr 1937, 2.2.1938, ebd., Bl. 94–96.
- 1849 Vgl. Kromer (RfB Berlin) an die RfB-Zweigstelle Freiberg, 11.7.1939, ebd., Bl. 8; Kurt Pietzsch (Direktor Sächsisches GLA, Freiberg) an Sächsischen Minister für Wirtschaft und Arbeit, 20.5.1938, ebd., Bl. 154; Kurzer Bericht Härtels über die Besichtigungsreise zur Vorbereitung der forstlichen Standortskartierung (Reichsbodenschätzung) in Süddeutschland am 29. Mai bis 3. Juni 1938, 13.6.1938, GLA Freiberg, A 02322/1, Bl. 103–105.
- 1850 Vgl. Arlt (RWM) an Bayerisches Oberbergamt (München), 28.11.1938, BayHStA München, Geologisches Landesamt, Nr. 280, unpubl.; Bayerisches Oberbergamt (München) an Staatsministerium für Wirtschaft, Abt. für Handel, Industrie und Gewerbe (München), 15.2.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpubl. Zu Hock, ab 1944 kommissarischer Leiter der RfB-Zweigstelle München, siehe Anhang Biographien.
- 1851 Vidal, Landesuntersuchung (1974), S. 105. Siehe auch RFM an RWM, 18.11.1938, BayHStA München, Geologisches Landesamt, Nr. 280, unpubl.
- 1852 Albert Hock (Bodenkundliche Untersuchungsstelle des Bayerischen Oberbergamtes, München) an Ministerialrat Rothkegel (RFM), 22.2.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpubl. Bis Ende 1938 waren rund 45 % (über 13 Millionen Hektar) des ‚Altreiches‘ geschätzt. Das Oberbergamt Bayern rechnete damit, die Arbeiten bis 1942 abzuschließen. Bayerisches

Auch wenn Hocks Vorschlag im RFM auf positive Resonanz stieß, war man sich dort im Klaren, dass er durch die Errichtung der RfB bereits überholt war. Und tatsächlich ging Keppler in der Frage der Herstellung der Bodenkarten über die Vorschläge Münchens hinweg. So zog er nicht nur die Herausgabe der Karten an sich, für den nun auf etwa 20 Jahre avisierten Druck der Karten veranschlagte er 50 Millionen RM, von denen im Rechnungsjahr 1940 bereits 500.000 RM zum „Ingangbringen der Arbeit“ bereitgestellt werden sollten.¹⁸⁵³ Wie so oft hatte Keppler mit seiner rücksichtslosen Vorgehensweise auch diesmal Erfolg, denn das RFM bewilligte der RfB die für 1940 beantragten Mittel.¹⁸⁵⁴

Die Ergebnisse der Bodenschätzung lagen Anfang 1940 in Form von etwa 300.000 Katasterkarten, so genannten Schätzungsurkarten, in den Maßstäben 1:1.000 bis 1:5.000 vor. „Für sehr viele wirtschaftliche, insbesondere Planungszwecke“, war es aber notwendig, diese Ergebnisse in Karten kleineren Maßstabs zusammenzufassen. Die RfB wollte die dafür erforderlichen Arbeiten durchführen und zunächst ein Kartenwerk im Maßstab 1:25.000 herstellen, das aus rund 6.000 Einzelblättern bestehen sollte. In der geplanten Bodenkarte sollten schließlich auch die Ergebnisse der geologischen Aufnahmen der früheren GLA's zur Darstellung kommen, soweit sie für Planungszwecke Relevanz besaßen (z.B. Vorkommen von Kalk und Mergel in einer Tiefe von bis zu 5 m). Darüber hinaus sollten für alle Blätter noch „einzelne besonders tiefe Bohrungen – bis zu etwa 10 m“ ausgeführt werden, was die hohen Kosten dieses Mammutprojekts erklärt.¹⁸⁵⁵ Der inzwischen ausgebrochene Zweite Weltkrieg machte die Pläne jedoch bald zunichte. Denn da die für das Kartenwerk benötigten Arbeitskräfte nicht mehr zur Verfügung standen, stellte die RfB ihre Arbeiten zur „Nutzbarmachung der Reichsbodenschätzung“ 1941 weitgehend ein.¹⁸⁵⁶

Oberbergamt (München) an Staatsministerium für Wirtschaft, Abt. für Handel, Industrie und Gewerbe (München), 15.2.1939, ebd., unpag.

- 1853 Vermerk des RFM betr. Besprechung über die Herstellung einer gedruckten Bodenkarte im Maßstab 1:25.000 unter Zugrundelegung der Ergebnisse der Bodenschätzung und der Ergebnisse geologischer Aufnahmen, 15.1.1940, BArch Berlin, R 2, Nr. 21542, unpag.; Keppler (RfB) an Ministerialrat Knorre (RFM), 20.3.1940, ebd., unpag.; Handschriftlicher Vermerk eines RFM-Mitarbeiters für Ministerialrat Knorre (RFM), 1.3.1940, ebd., unpag.
- 1854 Im Haushalt für 1940 wurden bei Kap. VI E 21, Titel 16 der einmaligen Ausgaben für bodenkundliche Arbeiten als 1. Teilbetrag 500.000 für die Herausgabe der Bodenkarten für das Deutsche Reich eingestellt. Vgl. Haushaltsplan RfB 1940 (Einzelplan VI.- Kap. 6 der Einnahmen und der fortdauernden Ausgaben – Reichsstelle für Bodenforschung – für das RJ 1940, BArch Berlin, R 2, Nr. 21295, unpag.
- 1855 Vermerk von Ministerialrat Rothkegel (RFM) für Ministerialrat von Knorre (RFM), 4.3.1940, ebd., unpag. Ein Informationsblatt über die „Aufgaben der RfB“ vermerkte 1940: „Auf Grund einer Vereinbarung mit dem Reichsfinanzministerium (Bodenschätzung), Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Reichsforstmeister und Reichsnährstand wurde die Herausgabe einer Bodenkarte des Deutschen Reiches im Maßstab 1:25.000 nebst Erläuterungen aufgenommen. Diese Karte soll die natürlichen Grundlagen des Bodens für Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Siedlungswesen usw. darstellen.“ Das Blatt findet sich in BArch Berlin R 2301, Nr. 6043, unpag.
- 1856 Es wurden ab 1941 nur noch „für bestimmte Sonderzwecke und auf dringenden Wunsch zentraler Behörden (vorwiegend des Reichsnährstandes bzw. der Landesbauernschaft)

4.3.1.3 Erzaufschlüsse

So leicht Keppler das Geld auch durch die Hände glitt, es kam der geologischen Forschung zweifellos zu Gute, auch wenn sein Hauptinteresse ganz klar auf die Erschließung potentieller Rohstoffvorkommen gerichtet war.¹⁸⁵⁷ Wie oben für das Jahr 1937 gezeigt (Kap. 4.1), pumpte Keppler auch in den folgenden Jahren Millionenbeträge in die Erforschung des deutschen Bodens, wobei die Geologischen Landesanstalten und ab 1939 die RfB als wissenschaftliche Beratungsinstanzen fungierten oder zur Betreuung einzelner Aufschlüsse herangezogen wurden.¹⁸⁵⁸

Neben den zunächst vom RWM gesteuerten Erdölbohrungen im Rahmen des Reichsbohrprogramms (siehe Kap. 4.3.2) veranlasste Kepplers Büro zahlreiche weitere Bohrungen auf Erze und Kohle, die sich zum Teil über Jahre hinweg erstreckten und in einigen Fällen auch noch in den vierziger Jahren von der RfB betreut wurden. Von den ihr im Rechnungsjahr 1938 zur Verfügung stehenden 15 Millionen RM entfielen allein zehn Millionen RM auf etwa 170 von Keppler geförderte Untersuchungsbohrungen, die im Auftrag der RfB durch eine Reihe von Bohrunternehmen ausgeführt wurden, wobei sich die Gesamtkosten einer Bohrung zwischen 50.000 und 200.000 RM bewegten.¹⁸⁵⁹ Obwohl die Bohrungen vom Büro Keppler und seit 1938 von der Reichsstelle für Bodenforschung ausgingen, zog er zu ihrer Bearbeitung frühzeitig auch Geologen der staatlichen geologischen Dienste heran. Im Fall der von der Deutschen Tiefbohr A.G. Aschersleben (Deutag) im Auftrag der RfB im Februar 1938 in Pommern begonnenen Eisenerzbohrung „Brendemühl 1“ stützte sich das Büro Kepplers beispielsweise auf den Berliner Bezirksgeologen Otto Seitz¹⁸⁶⁰, der das für die Bohrung wichtige Schichtenverzeichnis anfertigte. Seitz hatte ein entsprechendes Verzeichnis auch schon für die im November 1937 ebenfalls in Pommern aufgenommene Eisenerzbohrung „Köslin 2“ der Firma E. Bieske A.G. aus Königsberg erstellt.¹⁸⁶¹

Bodenkarten hergestellt (...), so z.B. für den freiwilligen Landnutzungstausch, in den Grenzgebieten auch für Zwecke der Landesverteidigung“. Antwortentwurf Brockamps (RfB) auf ein Schreiben des RMDI an RfB betr. Beschränkung der Nutzbarmachung der Ergebnisse der Reichsbodenschätzung, 29.9.1944, BayHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 279, unpag.

1857 Wie ein vermutlich auf Keppler zurückgehender Beitrag in der Zeitschrift ‚Der Vierjahresplan‘ im April 1939 festhielt, war es die Aufgabe der RfB, „die Rohstoffbasis Großdeutschlands unter allen Umständen zu erweitern“, weswegen eine „Bestandsaufnahme aller der Schätze, die noch im deutschen Boden“ schlummerten, „vordringlich“ war. Zusammenfassung der Bodenforschung (1939), S. 529.

1858 Für das Gebiet der Nichteisenmetalle vgl. Scherner, Nichteisenmetalle (2023), S. 229 f.

1859 Vgl. Rechnungshof des Deutschen Reiches (Potsdam) an RfB, November 1940, BAArch Berlin, R 2301, Nr. 6044, Bl. 1–4. Die ihm zur Verfügung stehenden 12 Millionen RM hatte Keppler um 3 Millionen RM überzogen.

1860 Zu Seitz siehe Anhang Biographien.

1861 Vgl. Schichtenverzeichnis der Bohrung Brendemühl 1 der Deutag, G.A. 13/45 Blatt Köslin, Provinz Pommern (begonnen im Februar 1938, beendet im April 1938, Bearbeiter: „Seitz“), ohne Datum, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 7, RBF 177, unpag.; Schichtenverzeichnis der Bohrung Köslin 2 der Fa.

Keppler nahm aber auch Anregungen von anderer Seite auf, wenn sie seinem „Verfügbarkeitsdenken“ entsprachen.¹⁸⁶² Im November 1938, gut acht Wochen nach der Besetzung des Sudetenlandes durch die Deutschen, schlug der sächsische Wirtschaftsminister der RfB vor, umfassende Bodenforschungsarbeiten im südlichen Erzgebirge aufzunehmen, die ihm „allein schon aus politischen Gründen“ geboten schienen. Der Minister stimmte mit Keppler überein, „dass es wirtschaftlich unbedingt richtig“ sei, „mindestens größere Teile des sudetendeutschen Erzgebirgsbergbaues mit den entsprechenden Unternehmungen auf sächsischer Seite zusammenzufassen“. Deshalb präsentierte er der RfB verschiedene „Planungen für die unverzügliche Aufnahme von Bodenforschungsarbeiten im sudetendeutschen Erzgebirge“.¹⁸⁶³

Tab. 35: Zuschüsse des Reiches (Büro Keppler, RfB) und des Landes Sachsen an die Gewerkschaft Zinnwalder Bergbau für Untersuchungsarbeiten auf Zinn-Wolframlagerstätten in Böhmischem- und Sächsisch-Zinnwald, 1937–1942.¹⁸⁶⁴

Vertragsdatum	Plansumme Reich in RM	Plansumme Sachsen in RM	Gesamtsumme in RM
28.10.1937/5.11.1937	84.000	21.000	105.000
15.6.1938/19.6.1938	122.400	30.600	153.000
20.7.1939/21.7.1939	70.000	30.000	100.000
27.4.1940/6.5.1940	258.000	172.000	430.000
14.12.1940/7.2.1941	144.000	96.000	240.000
14.12.1940/7.2.1941	900.000	600.000	1.500.000
16.12.1942/28.12.1942	900.000	600.000	1.500.000
Gesamt	2.478.000	1.549.600	4.028.000

Bieske, Gr. A. 13, 54, Bl. Köslin, Provinz Pommern (begonnen im November 1937, beendet, Bearbeiter „Seitz“), ohne Datum, ebd., unp. Hinweise auf die Bohrungen „Brendemühl 1“ und „Köslin 2“ finden sich auch in einer Auflistung der Untersuchungsbohrungen der RfB, ohne Datum, BArch Berlin, R 2301/6044, Bl. 9 f.

1862 Der Hinweis auf die „Wiederaufnahme des unrentablen Erzbergbaus“ in Sachsen, der „ausschließlich dem Verfügbarkeitsdenken des NS-Regimes geschuldet“ war, findet sich in Karlsch/Schäfer, Wirtschaftsgeschichte (2006), S. 209.

1863 Sächsischer Minister für Wirtschaft und Arbeit (Dresden) an Keppler (RfB), Nov. 1938, BA Freiberg, 40105-1, Nr. 246, Bl. 127-132.

1864 Die ursprünglich vereinbarten Finanzierungsanteile zwischen dem Reich und Sachsen verschoben sich von zunächst von zunächst 80 zu 20 Prozent, auf 70 zu 30 und schließlich auf 60 zu 40 Prozent. Die Rückzahlung der gewährten Zuschussbeträge sollte aus einem Anteil des der Gewerkschaft erwachsenden Reingewinns in Höhe von 30 % in einem Zeitraum von zehn Jahren erfolgen. Vgl. Zusammenstellung der Zuschussverträge mit Rückzahlungsklausel bei den Erzbergbetrieben des Landes Sachsen, 1942, BA Freiberg, 40028, Nr. 1-1163, Bl. 43 f.; Vertrag zwischen der Deutschen Revisions- und Treuhand AG (Berlin) [in Vertretung der RfB] und der Gewerkschaft Zinnwalder Bergbau (Altenberg), 14.4.1942/17.4.1942, ebd., Bl. 56 f. Vgl. Vertrag zwischen der Deutschen Revisions- und Treuhand AG, Berlin) [in Vertretung der RfB] mit der Gewerkschaft Zinnwalder Bergbau (Altenberg), 16./28.12.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 9899, unp. Vgl. auch Arlt, Geologie (1935), April, S. 99.

Für die Betreuung der Arbeiten in den Sudeten war die Sächsische Geologische Landesanstalt bzw. die aus ihr hervorgehende Zweigstelle Freiberg der RfB verantwortlich. Dazu zählten etwa Untersuchungen „auf Zinn-Wolframlagerstätten in Böhmischem- und Sächsisch-Zinnwald“. Das Büro Kepplers hatte bereits im Oktober/November 1937 einen Vertrag mit der Gewerkschaft Zinnwalder Bergbau geschlossen, um „im Grubenfeld Vereinigt Zwitterfeld Fundgrube in Zinnwald“ zusätzliche Erzreserven zu mobilisieren. Die Ausrichtung dieser Arbeiten an den natürlichen Lagerungsverhältnissen war aber „infolge der im Zinnwalder Gebiet besonders unglücklichen Grenzziehung“ zunächst ausgeschlossen. Nachdem aber die das Grubengebiet durchschneidende Grenze nunmehr „gefallen“ sei, so der sächsische Wirtschaftsminister, könnten die laufenden Bodenforschungsarbeiten auf die gesamte Lagerstätte, also auch auf das sudetendeutsche Gebiet „organisch erweitert“ werden. Wie schon beim ersten Vertrag von 1937 (Teilabschnitt I), sollten die Gesamtkosten für den nun beantragten Teilabschnitt II zu 80 Prozent auf das Reich und zu 20 Prozent auf das Land Sachsen festgesetzt werden.¹⁸⁶⁵ Die RfB entsprach den sächsischen Wünschen, zumal diese eine Fortsetzung der einst vom Büro Keppler in die Wege geleiteten Arbeiten darstellten. Die Untersuchungen der Gewerkschaft Zinnwalder Bergbau zogen sich über mehrere Jahre hin, so dass sich die an sie gerichteten Zuschüsse der RfB und des Landes Sachsen bis 1942 (Teilabschnitt V) auf über 4 Millionen RM beliefen.

Als Ziel hatte Keppler der Gewerkschaft aufgegeben, „die Grube förderfertig aus Bodenforschungsmitteln“ zu errichten.¹⁸⁶⁶ Allerdings machte die RfB auch deutlich, dass mit ihren Beihilfegeldern „nur Neuaufschlüsse und keine Arbeiten, welche mehr den Charakter von Vorrichtungen in schon genügend untersuchten Feldteilen“ hatten und darum zu Lasten der Gewinnung gingen, ausgeführt werden sollten.¹⁸⁶⁷ Wie der die Arbeiten wissenschaftlich begleitende Leiter der RfB-Zweigstelle Freiberg im August 1942 festhielt, waren die neue Aufbereitung und der regelmäßige Abbaubetrieb der Gewerkschaft Zinnwalder Bergbau im Monat zuvor angelaufen, wobei neben Zinn- und Wolfram-erz auch mit der Förderung von Lithiumglimmer begonnen werden sollte.¹⁸⁶⁸

Auch die von der RfB und Sachsen gemeinsam geförderten Bodenforschungsarbeiten der Zwitterstocks A.-G. Altenberg über Zinnvorkommen im Erzgebirge wurden bereits vom Büro Kepplers gefördert und erstreckten sich bis mindestens 1941, wofür das Reich und Sachsen insgesamt 405.000 RM vorsahen.¹⁸⁶⁹ Millionenbeträge verschlangen auch die von der RfB und dem Land

1865 Sächsischer Minister für Wirtschaft und Arbeit (Dresden) an Keppler (RfB), Nov. 1938, BA Freiberg, 40105-1, Nr. 246, Bl. 127–132.

1866 Gewerkschaft Zinnwalder Bergbau (Altenberg) an Bergwirtschaftsstelle des Oberbergamtes (Freiberg), 29.6.1942, BA Freiberg, 40028, Nr. 1–1163, Bl. 106.

1867 Funder (RfB) an die Gewerkschaft Zinnwalder Bergbau (Altenberg), 27.6.1942, ebd., Bl. 115.

1868 Vgl. Kurt Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiberg) an RfB (Berlin) betr. Sachstandsberichte für Monat Juli 1942, 17.8.1942, GLA Freiberg, A 02325/1, Bl. 198.

1869 Vgl. Zusammenstellung der Zuschussverträge mit Rückzahlungsklausel bei den Erzbergbetrieben des Landes Sachsen, 1942, BA Freiberg, 40028, Nr. 1–1163, Bl. 43 f. Erwies sich die Lagerstätte als nicht abbauwürdig, erlosch der Anspruch des Reiches auf Rückzahlung

Sachsen von 1938 bis 1944 unterstützten Schürfarbeiten der Gewerkschaft Halsbrücker Bergbau, die sich der Suche nach hochsilberhaltigen Bleierzen verschrieben hatte. Auch hier handelte es sich um einen so genannten Untersuchungsbetrieb, d. h. die Abbauwürdigkeit des Grubenfeldes wurde zunächst geprüft.¹⁸⁷⁰ Allein die erste Bewilligung vom Februar 1938 sah einen Zuschuss von 1,25 Millionen RM vor, von denen allein eine Million RM auf die RfB entfielen.¹⁸⁷¹ Für die von Keppler ebenfalls seit 1937 geförderten Bodenforschungs- und Aufschlussarbeiten der Sachsenerz GmbH, die sich ebenso wie in Zinnwald auf den Aufschluss von Zinn- und Wolframerzen erstreckten, verausgabten das Reich und Sachsen bis 1942 sogar über 19 Millionen RM.¹⁸⁷² Diese ungeheuren Summen verweisen auf die deplorable Versorgungslage der deutschen Rüstungsindustrie, die nach jedem sich bietenden Vorkommen Ausschau hielt. So waren 1937 bereits wieder 15 Erzgruben in Betrieb, die im Jahr etwa 59.000 t Nichteisenerze zu Tage förderten. Aber trotz des großen Aufwandes erfolgte der Abbau in den meisten der sächsischen Reviere letztlich nur in „kleinem Maßstab“.¹⁸⁷³

Den Vorgaben Görings folgend, „alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um weitere Erze aus allen Gegenden der Welt“ zu beschaffen, ohne die Devisenbilanz Deutschlands zu belasten, hatte Keppler sein Interesse seit 1937 auch auf die Erzvorkommen Österreichs gerichtet.¹⁸⁷⁴ Dabei kam ihm zu Gute, dass auf Weisung Görings an der Montanistischen Hochschule Leoben etwa zeitgleich eine „Lagerstättenforschungsstelle“ eingerichtet worden war, die „Vorarbeiten für eine systematische Erforschung der österreichischen Lagerstätten im Hinblick auf die Bedürfnisse des deutschen Vierjahresplanes“ in die Wege geleitet hatte.¹⁸⁷⁵ Chef der Forschungsstelle war der Chemiker Armin Dadieu (NSDAP 1932, 1936 SS), Stellvertreter und Geschäftsführer der Chemiker Robert Müller (NSDAP 1932).¹⁸⁷⁶ Abgesehen davon gingen dem Büro

der Beihilfe. Lohnte sich ihr Abbau, war die Beihilfe ohne Berechnung von Zinsen innerhalb von zehn Jahren zurückzuzahlen. Vertrag zwischen der Deutschen Revisions- und Treuhand AG (Berlin) [in Vertretung der RfB] und der Zwitterstocks AG (Altenberg), 26.7.1941/14.8.1941, BGR-Archiv Hannover, Nr. 9896 u. 9899, unpag.

1870 Karlsch/Schäfer, Wirtschaftsgeschichte (2006), S. 209.

1871 Vgl. Zusammenstellung der Zuschussverträge mit Rückzahlungsklausel bei den Erzbergbetrieben des Landes Sachsen, 1942, BA Freiberg, 40028, Nr. 1-1163, Bl. 43 f.; Vertrag zwischen der Deutschen Revisions- und Treuhand AG (Berlin) [in Vertretung der RfB] und der Gewerkschaft Halsbrücker Bergbau (Halsbrücke, Sachsen), 25./29.9.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 9896 unpag.

1872 Vgl. Zusammenstellung der Zuschussverträge mit Rückzahlungsklausel bei den Erzbergbetrieben des Landes Sachsen, 1942, BA Freiberg, 40028, Nr. 1-1163, Bl. 43 f.; Vertrag zwischen der Deutschen Revisions- und Treuhand AG (Berlin) [in Vertretung der RfB] und der Sachsenerz Bergwerksgesellschaft mbH (Freiberg), 21./28.7.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 9896 unpag.

1873 Karlsch/Schäfer, Wirtschaftsgeschichte (2006), S. 209; Wagenbreth/Wächtler, Bergbau (2013), S. 130, 162, 179, 185, 187, 206, 211, 235, 290.

1874 Danner, Görings Geologen (2015), S. 8.

1875 Ebd., S. 9; Danner, Forschungen (2014), S. 62–69.

1876 Dazu, zum Aufbau und den meist NSDAP-nahen Mitarbeitern der Lagerstättenforschungsstelle, siehe Danner, Görings Geologen, S. 9–19. Zu Dadieu vgl. Grüttner, Lexikon (2004),

Kepplers auch von anderer Seite zahlreiche Informationen über Rohstoffvorkommen in Österreich zu, die ebenfalls Eingang in das Arbeitsprogramm der Lagerstättenforschungsstelle fanden.¹⁸⁷⁷

Ähnlich wie in Sachsen flossen daher auch in Österreich zum Teil beträchtliche Mittel in die Erforschung des Bodens. So waren infolge der Untersuchungen der Lagerstättenforschungsstelle Leoben allein für 1938 etwa 19 „Gewältigungen und Neuaufschlüsse“ österreichischer Erzvorkommen (u.a. Kupfer, Nickel, Schwefel, Gold, Silber, Blei, Chrom, Mangan) mit einem Kostenrahmen von 844.000 RM geplant, zu denen im folgenden Jahr nochmal 236.000 RM kamen.¹⁸⁷⁸ Angesichts der Zuwendungen Kepplers ging Dadiou davon aus, dass sich die Zweigstelle Österreich der RfB aus einer Abteilung ‚Geologische Landesanstalt in Wien‘ (Landesaufnahme und Kartierung) und einer Abteilung ‚Lagerstättenforschung Leoben‘, also aus zwei Standorten zusammensetzte. Wie sich aber bald zeigte, empfand Keppler die allzu selbständige Stelle Dadiou zunehmend „als Fremdkörper“, weswegen Berlin ihre Finanzierung im November 1939 kurzerhand ein- und sie der Zweigstelle Wien der RfB unterstellte.¹⁸⁷⁹ Damit gingen die von Leoben betreuten Schurfbau auf den Leiter der Lagerstättenabteilung der RfB-Zweigstelle Wien, Erich Haberfelner, über. Wie in Sachsen erstreckte sich der Betrieb einiger dieser Schürfe auch hier über längere Zeit. So war Haberfelner zwischen 1938 und 1941 nicht nur als Betriebsleiter der Bergbaue Lunz und Gaming, sondern auch mit der Leitung von etwa 15 Schurfbetrieben betraut, die sich über die gesamte ‚Ostmark‘ verteilten.¹⁸⁸⁰

S. 36. Zu Müller vgl. Gamsjäger, Müller, Robert (1997), S. 474 f.

1877 Vgl. Mertz, Haidinger-Medaille (2020), 372 f., 388.

1878 Zur Tätigkeit der Lagerstättenforschungsstelle Leoben vgl. Danner, Görings Geologen (2015), S. 57, 60, 75–81 und die dortigen Anhänge 2 (Bergmännische Schurfarbeiten) und 3 (Tätigkeit der Lagerstättenforschungsstelle Leoben).

1879 Ebd., S. 72–75.

1880 Von Haberfelner ausgefüllter Fragebogen der Militärregierung Österreich (mit anliegendem Lebenslauf), 23.9.1945, NAW, RG 260, Records of U.S. Occupation Headquarters, World War II, 1923–1972, Series: Contracts of Rehabilitation of Property, 1945–1951, File Unit Vereinigte Aluminium-Werke AG (B) Mattigwerk, Braunau, unpag.; Vermerk des Reichsrechnungshofes (RRH) über den Stand der Abrechnungen des Kontos Dr. Haberfelner, 6.4.1942, BArch Berlin R 2301, Nr. 6046, Bl. 27–29; Übersicht des RRH über den Stand der Abrechnung Konto Dr. Haberfelner, 2.4.1942, ebd., Bl. 30–33; Vermerk des RRH über die von Haberfelner seinerzeit bearbeiteten Betriebe, 20.2.1943, ebd., Bl. 34; Vermerk des RRH „Nachstehende Bemerkungen waren vor der Abgabe der Jahresrechnung 1940 noch zu erheben“, ohne Datum (1942), ebd., Bl. 1–14, hier Bl. 11. Vgl. z.B. Vertrag zwischen der Deutschen Revisions- und Treuhand AG (Berlin) [in Vertretung der RfB] und dem Reichstatthalter in Tirol und Vorarlberg (Gauselbstverwaltung) betr. Untersuchungsarbeiten auf Fahlerz durch die Gewerkschaft Schwazer Bergwerksverein in Schwaz (Tirol), 23./30.10.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 9896 unpag.; Vertrag zwischen der RfB und der Kärntner Bergwerksgesellschaft mbH, Klagenfurt betr. Aufschlussarbeiten und Förderung von Antimonerzen, 19.6.1942/1.6.1942, ebd., unpag.; Verträge der RfB mit Dr. Willi Schöppe (Besitzer des Schwefelkiesbergbaus Knappenstube, Gemeinde Irschen im Drautalm Gau Kärnten) betr. Untersuchungsarbeiten beim Schwefelkiesbergbau der Knappenstube in Kärnten, 31.1.1940/10.2.1940 u. 22./24.10.1940, ebd., unpag.

Ein Empfänger großzügiger Beihilfen des Büros Keppler und der RfB war auch die Thüringer Rohstoff Aktiengesellschaft (Thürag) in Weimar, die sich über Jahre hinweg mit Untersuchungsarbeiten auf Kupfererz, Kupferschiefer und Antimon in Thüringen befasste. Ende 1937 war es zwischen der Thürag und dem Büro Kepplers zu einer Vereinbarung gekommen, durch die das Unternehmen mit der Suche nach Manganerz in den Grubenfeldern der Gewerkschaft „Viktoria Adelheid“ in Geraberg veranlasst wurde.¹⁸⁸¹ Auch in diesem Fall erstreckten sich die Arbeiten über mehrere Jahre und finanziell gestaffelte Teilabschnitte hinweg, für die bis Ende 1939 gut 519.000 RM bewilligt wurden. Der die Arbeiten betreuende Leiter der RfB-Zweigstelle Jena, Fritz Deubel¹⁸⁸², stellte in einem montangeologischen Gutachten fest, dass durch die Aufschlussarbeiten „an sicheren Vorräten rd. 7.000 t, an wahrscheinlichen Vorräten rd. 9.500 t Manganerz nachgewiesen“ worden seien. „Im Hinblick auf die verhältnismäßig geringe Menge und die zu erwartenden hohen Abbaukosten“ konnte die Lagerstätte „jedoch nicht als bauwürdig angesehen werden“, so dass nach den Bestimmungen des mit der Thüringer Rohstoff AG abgeschlossenen Vertrages von 1937 der Anspruch des Reiches auf Rückzahlung der Beihilfe erlosch.¹⁸⁸³ Folgerichtig waren die Arbeiten im April 1940 beendet worden.¹⁸⁸⁴ Wie verzweifelt die Versorgungslage Deutschlands auf dem Mangangebiet aber gewesen sein muss deutet die Entscheidung der RfB zwei Jahre später an, als sie die Thürag veranlasste, ihre 1940 eingestellten Untersuchungen wieder aufzunehmen.¹⁸⁸⁵ Dieses Beispiel zeigt einmal mehr, dass der Staat vor dem Hintergrund der kriegsbedingten Versorgungsengpässe jede sich bietende Gelegenheit ergriff, auch unrentable Kleinstvorkommen auszubeuten, selbst wenn Konsens darüber bestand, dass durch derartige Projekte im Grunde mehr Geld verbrannt, als Nutzen aus ihnen gezogen wurde.¹⁸⁸⁶

1881 Vgl. Vertrag zwischen der Deutschen Revisions- und Treuhand AG (Berlin) [in Vertretung der RfB] und der Thüringer Rohstoff AG (Weimar) betr. Untersuchungsarbeiten auf Manganerz in den Grubenfeldern der Gewerkschaft „Viktoria Adelheid“ in Geraberg, 6./14.12.1937, BGR-Archiv Hannover, Nr. 9899, unpag. Weitere Zusatzverträge vom 2./31.12.1938, 18./19.4.1939 und vom 22.11.1939 finden sich ebd., unpag.

1882 Zu Deubel siehe Anhang Biographien.

1883 Vermerk von Ludger Funder (RfB) an Referat I H der RfB, 30.5.1942, BArch Berlin, R 2301, Nr. 6049, Bl. 39.

1884 Vgl. Deutsche Revisions- u. Treuhand AG an Keppler (RfB) betr. Thürag/Endabrechnung Geraberg, ebd., Bl. 43.

1885 Verträge zwischen der Deutschen Revisions- und Treuhand AG (Berlin) [in Vertretung der RfB] und der Thüringer Rohstoff AG (Weimar) betr. Untersuchungsarbeiten auf Manganerz in den Grubenfeldern in Geraberg, 6./10.11.1942, 3./5.11.1943 u. 12./15.5.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 9899, unpag. Andreas Zilt weist darauf, dass die für die Stahlwirtschaft wichtigen Mangenvorräte Deutschlands bis Ende 1940 reichten, bevor es im Sommer 1942 zu einer „dramatischen Zuspitzung der ‚Manganfrage‘“ kam. Vor diesem Hintergrund wurde die Suche nach neuen Vorkommen im von Deutschland kontrollierten europäischen Raum, aber auch im Reich selbst forciert. Zilt, *Mangan* (2021), S. 154–161, hier S. 157.

1886 Der Historiker Peter Danner bezeichnet die Ergebnisse der montangeologischen Untersuchungen in Österreich als „äußerst dürftig“. Danner, *Forschungen* (2014), S. 55. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass vor dem Hintergrund der hochproblematischen Versorgungslage



Abb. 34: Der Leiter der Thüringischen Geologischen Landesuntersuchung bzw. der späteren RfB-Zweigstelle Jena, Fritz Deubel, 1934.¹⁸⁸⁷

4.3.1.4 Sonderforschungen für SS, Militär und Kolonialpolitisches Amt

Der eben erwähnte Geologe Deubel war als Sachbearbeiter im Fachamt Rohstoffe des Gauhauptamtes für den Vierjahresplan im Gau Thüringen (1937) nicht nur für die Aufgaben der geologischen Landesuntersuchung verantwortlich.¹⁸⁸⁸ Er war auch mit Sonderaufgaben betraut, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den Verbrechen des NS-Regimes standen. Nachdem in der ersten Phase der NS-Diktatur verschiedene Institutionen (z.B. SA, SS, Polizei) überall im Reich weitgehend unkoordiniert kleinere und größere Lager errichtet hatten, um politische Gegner der Nationalsozialisten einzusperren, leitete die SS mit der von ihr geschaffenen Inspektion der Konzentrationslager unter Theodor Eicke 1934 eine Reorganisation der Konzentrationslager (KZ) ein, um den Terror unter ihrer Kontrolle „zu systematisieren und zu zentralisieren“.¹⁸⁸⁹ Viele

jedes Kleinstvorkommen willkommen war und somit Rüstungsrelevanz bzw. wirtschaftliche Bedeutung besaß.

1887 Die Abbildung befindet sich in BArch Berlin, R 71, Nr. 12, unp.

1888 Vgl. NSDAP Gauleitung Thüringen (Weimar) an Fritz Deubel (Geologische Landesuntersuchung, Jena) (mit anliegendem Rundschreiben des Gauleiters Fritz Sauckel über die Durchführung des Vierjahresplanes im Gau Thüringen), 19.1.1937, BGR-Archiv Hannover, Nr. 47967, Bl. 105–117.

1889 Orth, System (1999), S. 23–33, hier S. 28; Herbert/Orth/Dieckmann, Konzentrationslager (2002), S. 25 f.

der frühen Lager wurden geschlossen, so etwa im thüringischen Dorf Nohra westlich von Weimar oder in Bad Sulza nordwestlich von Erfurt, und durch neue Lager ersetzt, zu denen auch das als Hauptlager konzipierte KZ Buchenwald gehörte.¹⁸⁹⁰ Das am so genannten „Musterlager Dachau“ orientierte neue thüringische Lager sollte nicht nur den „neuen Typ von Konzentrationslagern repräsentieren“, sondern auch den „organisationsspezifischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen der SS“ Rechnung tragen.¹⁸⁹¹

Mit der Suche nach einem geeigneten Standort beauftragte das thüringische Staatsministerium den Leiter der Polizeiabteilung im thüringischen Innenministerium, den SD-Mann Hellmuth Gommlich (NSDAP 1931, SS 1934), der sich schon bei der ‚Arisierung‘ der Waffen- und Fahrzeugfirma ‚Simson & Co.‘ in Suhl hervorgetan hatte.¹⁸⁹² Da Eicke eine Lagergrundfläche von mindestens 60 Hektar für eine Kapazität von 3–6.000 Häftlingen forderte, gestaltete sich die Standortwahl für das geplante Lager aber schwierig.¹⁸⁹³ In die nähere Auswahl fiel zunächst das Gelände des Staatsgutes Magdala, südlich der in Planung befindlichen Reichsautobahn. Nach einem ersten Besichtigungstermin thüringischer Behördenvertreter im November 1936 legte der Geologe Deubel dem Innenministerium im Februar 1937 ein Messtischblatt vor, auf dem neben der genauen Position des Lagers auch die dortigen Lehm-Vorkommen verzeichnet waren. Vermutlich handelte es sich dabei um eine Auftragsarbeit für die SS, denn „Lehmabbau und Ziegelproduktion zum Bau der SS-Kasernen bildeten die Grundbedingungen“ für die Standortwahl. Und Magdala schien auf Grund der dort gelegenen Ziegeleien prädestiniert.¹⁸⁹⁴ Allerdings stellte sich das Reichsernährungsministerium quer, dass sich bei einer im SS-Hauptamt im April 1937 in Berlin abgehaltenen Besprechung gegen die „Umnutzung des guten Ackerbodens bei Magdala“ aussprach.¹⁸⁹⁵ Die unerwartete Weigerung des Reichsnährstandes erhöhte den Druck auf Gommlich, der von Himmler angehalten wurde, binnen einer Woche neue Vorschläge zu präsentieren. Da auch die an das geplante Gelände gestellten Anforderungen präzisiert wurden („75 Hektar, abholzbarer Wald, Vorhandensein von Wasser, zusammenhängendes Gelände, Lehmabbau“), wurde Deubel aufgefordert, umgehend mitzuteilen, wo sich im Umkreis von 25 bis 30 Kilometer um Weimar herum geeignetes Terrain befand.¹⁸⁹⁶

1890 Zum System der Konzentrationslager und zu ihrem unter neuen Prämissen stehenden Ausbau ab 1936, vgl. ebd., S. 26–32; Orth, System (1999), S. 26–66; Wachsmann, Geschichte (2015), S. 59–80.

1891 Stein, Konzentrationslager (2000), S. 25 f.

1892 Vgl. ebd., S. 26; Schreiber, Elite (2008), S. 379. Zu Gommlich vgl. Klee, Personenlexikon (2003), S. 192; Wer leitet? (1942), S. 292; Gruner, Verfolgung (2008), S. 372; Schulz, Simson (2013), S. 124 f.

1893 Vgl. Stein, Konzentrationslager (2000), S. 26.

1894 Döbert, KZ-Pläne (2022), S. 3 (Ich danke Peter Friese, Magdala für einen Scan des Artikels).

1895 Ebd. Siehe auch Stein, Konzentrationslager (2000), S. 26.

1896 Döbert, KZ-Pläne (2022), S. 3; Wohlfeld/Burckhardt, Konzentrationslager (2000), S. 230; Schley, Nachbar (1999), S. 26.

Am 26. April 1937 legte Deubel in einer Besprechung im thüringischen Innenministerium drei Standortvorschläge und ergänzendes Kartenmaterial vor. Einer seiner Vorschläge erstreckte sich auf die „Fahnerschen Höhen“ bei Erfurt, in deren Nähe sich ein Lehmvorkommen befand, was aber aufgrund der zu weiten Entfernung zu Weimar verworfen wurde. Ein zweiter Vorschlag Deubels, der einen Kalksteintagebau westlich von Jena in Erwägung zog, fand keine Billigung des Reichsnährstands, da der Einsatz von KZ-Häftlingen in der Landwirtschaft „nicht möglich“ war. Der dritte von Deubel in Betracht gezogene Standort, betraf das „Staatsgelände am Nordhang des Ettersberges“, das von „seinen geologischen und klimatischen Voraussetzungen als ‚Siedlungsgelände für die Unterbringung von Menschen denkbar ungünstig“ war.¹⁸⁹⁷ Wie Deubel betonte, gebe es in der Umgebung nicht nur abbaufähige Lehmvorkommen, „außerdem könnten die ‚Arbeitskräfte auch in der Landwirtschaft zum Rübenbau auf 5.000 Hektar eingesetzt‘ werden“.¹⁸⁹⁸ Dies stieß nicht nur bei Gommlich auf Zustimmung, auch die Landesbauernschaft Thüringens signalisierte, dass sie mit der Standortwahl Deubels einverstanden war.¹⁸⁹⁹ Bereits Anfang Mai 1937 stimmte auch Eicke der Ortswahl zu und zwei Monate später begann der Aufbau des Lagers durch aus anderen Konzentrationslagern eilig herangezogene Häftlinge.¹⁹⁰⁰ Deubel, dem also der zweifelhafte Ruf zukam, den Staatsforst am Ettersberg als erster ins Gespräch gebracht zu haben, beließ es aber nicht bei der Mithilfe zur Standortwahl des Konzentrationslagers Buchenwald. Die von ihm geleitete Landesanstalt beteiligte sich auch an den Erschließungsarbeiten beim Bau des Lagers und gab Expertisen zur Sicherstellung seiner Wasserversorgung ab.¹⁹⁰¹ Darüber hinaus erkundete er wenig später auch „die Gesteinsvorkommen auf dem Ettersberg für die Errichtung des Lagersteinbruchs“.¹⁹⁰² Deubel war allerdings kein Einzelfall.¹⁹⁰³ Auch sein Wiener Kollege Josef Schadler (NSDAP 1937)¹⁹⁰⁴ wirkte unmittelbar nach dem ‚Anschluss‘ Österreichs „bei der Errichtung

1897 Döbert, KZ-Pläne (2022), S. 3; Hirte/Stein, Beziehungen (2003), S. 363.

1898 Döbert, KZ-Pläne (2022), S. 3; Hirte/Stein, Beziehungen (2003), S. 363.

1899 Stein, Konzentrationslager (2000), S. 26; S. 18 f.; Jaskot, Concentration Camps (2004), S. 18 f.

1900 Stein, Konzentrationslager (2000), S. 27, 31; Stein, Funktionswandel (2002), S. 168. Zum ursprünglich geplanten Ton- und Lehmabbau zur Ziegelherstellung im KZ Buchenwald kam es letztlich nicht. Dafür wurde ab Mai 1938 in Berlstedt eine Ziegelei (Klinkerwerk) errichtet und als Filiale des von der SS gegründeten Wirtschaftsunternehmens „Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH“ geführt, in der Häftlinge des Lagers arbeiten mussten. Vgl. Schley, Nachbar Buchenwald (1999), S. 154 (Anm. 161).

1901 John/Stutz, Universität (2009), S. 508; Hirte/Stein, Beziehungen (2003), S. 363 f.

1902 Wagner, Geologen (2002), S. 5 (Ich danke Prof. Dr. Jens-Christian Wagner für das Vortragsmanuskript).

1903 Welche Formen geologische Expertisen in der NS-Zeit auch annehmen konnten, zeigt das Beispiel des an der Bergakademie Freiberg tätigen Hochschul-Geologen Friedrich Schumacher, der vor dem Hintergrund der von der NS-Regierung geplanten antisemitischen Deportationspläne 1940 ein Gutachten zum „Madagaskar-Projekt“ beisteuerte, das darauf abzielte, die damals unter deutscher Herrschaft lebenden Jüdinnen und Juden nach Madagaskar zu deportieren. Siehe dazu Aly/Heim, Vordenker (1995), S. 257–265; Brechtken, Madagaskar (1997), S. 242f; Bryant, Friedrich Burgdörfer (2010), S. 186; Pohl, Bergakademie (2014), S. 263–265.

1904 Zu Schadler siehe Anhang Biographien.

des Konzentrationslagers Mauthausen“ mit, wie im Zusammenhang mit der Steinbruchkartei gezeigt wird (Kapitel 4.3.3).

Neben der SS zog auch das Militär Nutzen aus der bereitwilligen Zuarbeit der Geologen. So fällt auf, dass die Berichte der Geologischen Landesanstalten ab 1933 immer häufiger auf ihre Beraterfunktion „für militärische Zwecke“ verwiesen.¹⁹⁰⁵ Dazu zählten zunächst neue Aufgaben auf dem Gebiet der Wehrgeologie, auf dem sich gleich mehrere Staatsgeologen zu Wort meldeten.¹⁹⁰⁶ Im Einvernehmen mit dem Reichskriegsministerium leitete die PGLA schon 1934/35 die Herstellung militärgeologischer Karten in die Wege, legte ein „Archiv kriegsgeologischer Karten“ an und führte Ausbildungskurse für Militärgeologen und Pionier-Offiziere ein.¹⁹⁰⁷ Die PGLA wurde „durch die Aufträge militärischer Stellen derartig in Anspruch genommen, dass sie ihren (...) Aufgaben nur dann noch nachkommen konnte, wenn ihr eine wesentliche Ausweitung ihres Personalstandes gewährt worden wäre“.¹⁹⁰⁸

Immer größeren Umfang nahm etwa die Beteiligung staatlicher Geologen bei der Errichtung militärisch relevanter Bauten und Befestigungsanlagen an.¹⁹⁰⁹ Das Oberkommando des Heeres und das Heereswaffenamt befassten sich beispielsweise seit Mitte der 1930er Jahre mit der „Verwendung von Bergwerken als Munitionsanstalten“.¹⁹¹⁰ Dabei ging es um die Nutzung unterirdischer Hohlräume zur Lagerung von Heeressprengstoffen und Munition. Die Ausarbeitung der dafür notwendigen Richtlinien erfolgte durch die Chemisch-Technische Reichsanstalt, die zu diesem Zweck in Kooperation mit dem Militär auch Sprengversuche in Bergwerken durchführte, um sichere Methoden für die Anlage, Anordnung und Belegung der unterirdischen Lagerflächen zu ermitteln.¹⁹¹¹ Da es in einigen der als ‚Munitionsanstalten‘ vorgesehenen

1905 Vgl. Tätigkeitsbericht PGLA 1936 (1937), S. 32. Allein im Arbeitsplan der PGLA für 1938 tauchten die Begriffe Landes- bzw. Küstenverteidigung zehnmal auf. Vgl. Arbeitsplan PGLA für 1938 (1938), S. 35–56.

1906 So etwa der ‚Begründer der Militärgeologie‘, der Stuttgarter Landesgeologe Walter Kranz. Vgl. etwa Kranz, Wehrgeologie (1936), S. 65–67; ders., Was ist „Wehrgeologie“ (1938), S. 35. 1938 erschien ein Handbuch zur Wehrgeologie, an dem neben Kranz auch die PGLA-Geologen Dienemann und Burre sowie der 1936 dort ausgeschiedene Kurd von Bülow beteiligt waren. Vgl. von Bülow/Kranz/Sonne, Wehrgeologie (1938). Vgl. zudem die Studie des künftigen Staatsgeologen Wasmund, Wehrgeologie (1937).

1907 So wurde eine „Übersichtskartierung für das militärisch wichtige schlesisch-polnische Grenzgebiet“ in Aussicht genommen. Bericht über die Verwaltung und die Tätigkeit der PGLA in den Jahren 1934 und 1935 (1. Januar 1934 bis 31. Dezember 1935), 2.2.1936, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 34–47, hier Bl. 42, 44; Tätigkeitsbericht PGLA 1937 (1938), S. 24; Arbeitsplan PGLA 1938 (1938), S. 49.

1908 Hans Joachim Martini an Ministerialrat Wilhelm Mollat (Bonn), 22.5.1954, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77697, unpag.

1909 Tätigkeitsbericht PGLA 1938 (1939), S. 15.

1910 Oberbefehlshaber des Heeres an RWM (Bergabteilung), 3.5.1937, RGVA Moskau, 1458k-3–2175, Bl. 132.

1911 Vgl. Preußisches Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld an RWM, 1.12.1936, ebd., Bl. 7 f.; Bericht der CTR (Abt. Physik) über die Versuche im Kaliwerk Riedel bei Hänigsen zur Festlegung von Richtlinien für die Sprengstoff- und Pulverlagerung in Kalibergwerken, 20.10.1936,

Kalibergwerken zu unvorhergesehenen Laugenzuflüssen kam, wurde die PGLA von der Heeresverwaltung um „Prüfung der Sachlage“ ersucht, die die aufgetretenen Bedenken jedoch zerstreute.¹⁹¹²

Daneben zählten Baugrundgutachten für Militäranlagen zum ‚täglichen Brot‘ der Staatsgeologen.¹⁹¹³ Der an der Geologischen Landesuntersuchung Thüringens beschäftigte Hans Joachim Martini (NSDAP 1937, SS 1943) befasste sich zum Beispiel mit den Untergrundverhältnissen an den Baustellen des Flugplatzes Nohra bei Weimar, wo es auch um die Anlage von Schießständen und eines Exerzierplatzes ging.¹⁹¹⁴ Die Berliner Dienemann und Köhler führten 1937 Baugrundforschungen für das Heeresneubauamt Lüneburg durch, das eine militärische „Verpflegungsanlage“ plante, während ihr Kollege Georg Fischer ein Vorhaben des Heeresbauamts St. Pölten bei St. Veit a. d. Gölsen begutachtete.¹⁹¹⁵ Der Stuttgarter Manfred Frank (NSDAP 1937)¹⁹¹⁶ fungierte als „Berater der Inspektion der Westbefestigungen“, während die Bearbeitungen in den Einzelabschnitten des so genannten ‚Westwalls‘ für die Pionierstäbe in Baden von der Badischen, in der Pfalz von der Bayerischen, im Saar- und im Moselland von der PGLA und in Hessen von der Hessischen Geologischen Landesanstalt durchgeführt wurden.¹⁹¹⁷

Spätestens nach der Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes durch deutsche Truppen im März 1936 stellte die Sicherung der Westgrenze einen Schwerpunkt im Militärprogramm der Wehrmacht dar, die sich in dieser Frage auch der „Mitwirkung der Geologischen Landesanstalten“ versicherte.¹⁹¹⁸ Im

ebd., Bl. 9–25. Für derartige Versuche exemplarisch waren die Arbeiten in der Versuchs- und Musteranstalt Bergwerk Riedel. Vgl. Bierod, Versuchs- und Musteranstalt (2003). Ich danke Helmut Maier für den Hinweis.

1912 Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld an RWM, 1.7.1937 u. 29.9.1937, RGVA Moskau, 1458k-3-2175, Bl. 177 f. u. 307; RWM an PGLA, 16.7.1937, ebd., Bl. 179; PGLA an RWM (mit anliegendem Gutachten von Ernst Fulda über einen Laugenzufluss auf dem Kaliwerk Wittekind), 24.8.1937, ebd., Bl. 279 f.

1913 Vgl. Gesuch des apl. Chemikers Dr. Richard Köhler um planmäßige Anstellung [bei der PGLA] an RWM, 8.6.1936, BArch Berlin, R 71, Nr. 31, Bl. 100–102.

1914 Vgl. Geologische Untersuchung der Untergrundverhältnisse an den Baustellen für den Flugplatz Nohra bei Weimar von Martini für die Bauleitung des Flugplatzes Nohra bei Weimar, 16.7.1936, BGR-Archiv Hannover, Nr. 47214, Bl. 2–6.

1915 Gutachten der PGLA (Bezirksgeologe Prof. Dr. Dienemann und Chemiker Dr. Köhler) über den Untergrund für Heeresneubauten bei Lüneburg, 9.3.1937, GStA, PK, I. HA Rep. 194, Nr. 239, unpag.; Geologischer Vorbericht von Dr. Georg Fischer (PGLA) zur Begutachtung des Bauvorhabens 4755/4 IIa zwischen Traisen und Wiesenbach bei St. Veit a. d. Gölsen (Heeresbauamt St. Pölten), 14.11.1938, GStA, PK, I. HA Rep. 194, Nr. 256, unpag.

1916 Zu Frank siehe Anhang Biographien.

1917 Württembergisches Statistisches Landesamt (Stuttgart) an Sächsisches Geologisches Landesamt (Leipzig) (mit anliegendem Arbeitsplan der Geologischen Abteilung des Württ. Statistischen Landesamtes für das Jahr 1938), 28.2.1938, GLA Freiberg, A 2337/1, Bl. 26–29, hier Bl. 28R.

1918 Aus einer Übersicht der Inspektion der Westbefestigungen des Heeres geht hervor, dass man sich vermutlich im Zuge einer „Führerbesprechung In West“ 1936 über die „Mitwirkung“ der GLA's verständigte. In West an Festungsinspektionen V, VI, VII, VIII u.a. betr. baugrundgeologische und hydrologische Beratung im Festungsbau 18.3.1938, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 4200, Bl. 20–32, hier Bl. 21.

Zuge der deutsch-tschechischen Spannungen, die in der so genannten Sudeten-Krise im Mai 1938 kulminierten, ordnete Hitler „den beschleunigten Aufbau einer Festungszone gegenüber dem mit der Tschechoslowakei verbündeten Frankreich an“, die ihm im Fall des von ihm geplanten Überfalls auf die ČSR den Rücken decken sollte.¹⁹¹⁹ Dem so genannten „Limes-Programm“ lagen aber schon bis mindestens 1934 zurückreichende Planungen zugrunde, die von der „Inspektion der Westbefestigungen“ (In West) des Heeres gesteuert und von für einzelne Abschnitte verantwortlichen Festungspionierstäben umgesetzt wurden.¹⁹²⁰ Auf dieser Grundlage sollten „die Grenzgebiete zwischen Mosel und Rhein bis 1942 durch Sperrstellungen geschlossen werden“.¹⁹²¹ Durch Hitlers Befehl zum forcierten Ausbau der Westbefestigungen vom Oktober 1938 wurde nun jedoch der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Fritz Todt, mit der Organisation der Baumaßnahmen beauftragt, der das von ihm entwickelte System zum Bau der Reichsautobahnen (15 OBK) kurzerhand auf den Westwall (22 Oberbauleitungen) übertrug und auch die Bauplanung des Militärs auf eine völlig neue Grundlage stellte.¹⁹²²

Die erste Anlage, die im Westen in Angriff genommen wurde, war die „Neckar-Enz-Stellung“ zwischen Ebersbach südlich des Odenwaldes und Enzweihingen im Schwarzwald.¹⁹²³ Nachdem die In West im Oktober 1934 den Befehl „zur Erkundung der Neckar-Enz-Stellung“ gegeben hatte¹⁹²⁴, wurde bald deutlich, dass die „zum Teil schwierigen örtlichen geologischen Verhältnisse (...) geologische Beratung durch beamtete Geologen erforderlich“ machten.¹⁹²⁵ Aus diesem Grund legten die Militärs Wert auf vorausschauende geologische Baugrunduntersuchungen, um Schäden und damit Zeit- und Geldverluste zu verhindern. So wurde mit Blick auf bereits vorgekommene Schadensfälle festgelegt, dass rechtzeitig vor der Bearbeitung neuer Projekte (z.B. Befestigungswerke, Hohlgebäudebauten, Unterstände, Wasser-, Tief- und Erdbaumaßnahmen) „das Gutachten eines beamteten Geologen einer Geologischen Landesanstalt einzuholen“ und bei unsicheren geologischen Verhältnissen „ein Abgehen der Baugegend mit dem Geologen“ sicherzustellen sei. Die „Zuziehung nicht

1919 Vgl. Seidler, Fritz Todt (1988), S. 163.

1920 Im Grunde handelte es sich mit dem ‚Pionier-Programm‘ vom April 1938, dem ‚Limes-Programm‘ vom Oktober 1938 und dem ‚Aachen-Saar-Programm‘ von Anfang 1939 um drei Bauprogramme zu Errichtung des Westwalls. Vgl. Hülsberger, Inspektionsfahrten (2021), S. 254.

1921 Tempel, Beschreibung (1992), S. 11–14, hier S. 14.

1922 Dazu und zu den ressourcenintensiven Westwallbauten (Holz, Zement, Stahl, Arbeitskräfte), die nicht nur negative Auswirkungen auf die Arbeiten an den Reichsautobahnen, den Parteibauten und auf den öffentlichen Wohnungsbau hatten, sondern bei Kriegsbeginn oftmals den Zustand der Unfertigkeit aufwiesen, vgl. ebd., S. 14–18, 27 f.; Seidler, Fritz Todt (1988), S. 164–166; Dräger/Reuter, Westwall (2018), S. 4–8. Zum Westwall als „Geburtsort“ der Organisation Todt siehe Gogl, Foundations (2020), S. 76–84.

1923 Rutschmann, Westbefestigung (1995), S. 15. Zum Verteidigungskonzept der Neckar-Enz-Stellung vgl. Kiener, Neckar-Enz-Stellung (2002), S. 9–15.

1924 Bauer, Bunker (2021), S. 5.

1925 In West an Festungsinspektion VII und VIII, 16.2.1938, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 377, unp.

beamteter Geologen“ („Wünschelrutengänger, Lehrer, Techniker, ‚Forscher‘ mit sog. Messgeräten“) war ausdrücklich verboten.¹⁹²⁶ Schon Ende 1934 hatte der württembergische Geologe Manfred Frank erste geheime Untersuchungen „über die Untergrundverhältnisse für den taktisch-technischen Vorentwurf der Neckar-Enz-Zone“ durchgeführt und sich zudem mit der „Möglichkeit der Überstauung der Neckaraue“ befasst.¹⁹²⁷

Aufgrund seiner Expertise entwickelte er sich in den folgenden Jahren zum „Fachberater der Inspektion der Westfront“, als der er zahlreiche Besichtigungen in den Bereichen verschiedener Festungspionierstäbe durchführte und diese in Baugrund-, Standfestigkeits-, Armierungs- und Wasserversorgungsfragen planter und im Bau befindlicher Befestigungswerke beriet.¹⁹²⁸ Neben dem für die gesamte Inspektion der Westfront verantwortlichen Frank waren die Berliner Otto Burre, Franz Michels¹⁹²⁹ und Eckart Schröder, die Freiburger Richard Brill (NSDAP 1932) und Karl Schnarrenberger, die Münchener Hans Nathan und Heinrich-Paul Arndt sowie der Darmstädter Walter Schottler (NSDAP 1929) für die Beratung einzelner mit Westwallbauten befasster Festungspionierstäbe verantwortlich.¹⁹³⁰

Der am Anfang dieses Kapitels erwähnte Autarkieverfechter und Chefpropagandist der PGLA, Max Meisner, ließ es sich nicht nehmen, in einer

1926 In West an Festungsinspektionen V, VI, VII, VIII u.a. betr. baugrundgeologische und hydrologische Beratung im Festungsbau 18.3.1938, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 4200, Bl. 20–32, hier Bl. 21 f., 28. Gutachtergebühren seitens der GLA's wurden nicht erhoben, was auch schon für die amtlichen Gutachten für Straßenbauzwecke galt. Vgl. ebd., Bl. 28; Schlattmann (RWM) an PGLA, 21.5.1935, GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 7042, unpag.

1927 Allgemeine Bemerkungen des Privatdozenten für Geologie (TH Stuttgart) Manfred Frank über die Untergrundverhältnisse für den taktisch-technischen Vorentwurf der Neckar-Enz-Zone zwischen Lauffen a.N. und Gundelsheim, 4.1.1935, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 377, Bl. 9b–9f; Allgemeine Bemerkungen des Privatdozenten für Geologie (TH Stuttgart) Manfred Frank über die Untergrundverhältnisse für den taktisch-technischen Vorentwurf der Neckar-Enz-Zone, zwischen Kirchheim a.N. und Oberriexingen, 9.11.1934, ebd., Bl. 9g–9h; Geologisches Gutachten Franks über die Möglichkeit der Überstauung der Neckaraue zwischen Binau und Lauffen, 28.12.1934, ebd., Bl. 9h–9p.

1928 Württembergisches Statistisches Landesamt (Stuttgart) an den Festungs-Pionierstab 10 (Heilbronn), 5.3.1938, ebd., Bl. 9; Bericht der Gruppe III der In West (Wiesbaden) über die 3. Bereisung (Geologischer Teil), 7.2.1938, ebd., Bl. 4; Bericht der Gruppe III der In West (Wiesbaden) über die 5. Bereisung (Geologischer Teil), 1.3.1938, ebd., Bl. 8; Bericht über die Begehungen der Neckar-Enz-Stellung mit Professor Frank, Stuttgart, ohne Datum (1938), ebd., Bl. 11.

1929 Vgl. Gutachten von Michels (PGLA) für den Festungspionierstab 14 (Aschaffenburg) über die Möglichkeit, im Raum nördlich und südlich der Kinzig auf den Blättern Hüttengesäß, Langenselbold und Büdingen Wasser für Einzelbrunnen zu erschließen, 28.5.1938, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 4013, Bl. 92–97.

1930 Die Arbeitseinsätze der Geologen (u.a. Schürfe, Bohrungen, Befahrungen) regelten die Festungsinspektoren für ihre Abschnitte. Vgl. In West an die Festungs-Inspektion IV betr. Arbeitstagung der Geologen, 24.5.1938, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 377, Bl. 14; In West an die Festungsinspektionen V, VI, VII, VIII betr. Geologische Beratung, ebd., Bl. 13; Bericht der Gruppe III der In West (Wiesbaden) über die 5. Bereisung (Geologischer Teil), 1.3.1938, ebd., Bl. 8; Bericht der Gruppe III der In West (Wiesbaden) über die 1. Bereisung (Geologischer Teil), 8.1.1938, ebd., Bl. 2. Zu Frank, Burre, Michels, Schröder, Brill, Schnarrenberger, Nathan, Arndt und Schottler siehe Anhang Biographien.

ihrer wissenschaftlichen Vortragsreihen auch weitreichende Kolonialforderungen zu erheben. Damit verwies er auf ein weiteres, hier abschließend betrachtetes Feld geologischer Ressortforschung, das nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten wieder kurzzeitig Blüten trieb. Für die Erringung der deutschen „Wirtschaftsfreiheit“ schien Meisner eine „Rückgabe der deutschen Kolonien“ geboten, zumal der koloniale Bergbau nach seiner Meinung in der Lage war, „den deutschen Bedarf an Kupfer zu 10–12 % (Südwestafrika), an Kadmium und Vanadium (Südwestafrika) sowie an Chromerz (Togo) und Phosphat (Südsee) völlig, an Zinn und Wolfram (Kamerun, Südwest- und Ostafrika) wesentlich und an Glimmer (Ostafrika und Kamerun) zu 25–30 %“ zu decken. Leite sich schon aus diesen Zahlen die Bedeutung der ‚Schutzgebiete‘ für Deutschland ab, so würde ihre Rückgabe aber auch für die Kolonien selbst „sehr vorteilhaft“ sein „und schließlich auch der ganzen Weltwirtschaft“ zu Gute kommen, zumal diese die Aufgabe habe, „die reichen Naturschätze Afrikas der gesamten Kulturmenschheit nutzbar zu machen“. Hieraus, so Meisner, ergebe sich die „wirtschaftliche Berechtigung“ der deutschen Kolonialforderung, „die sich daneben auch mit politischen, völkerrechtlichen und sittlichen Gründen standfest unterbauen“ lasse.¹⁹³¹

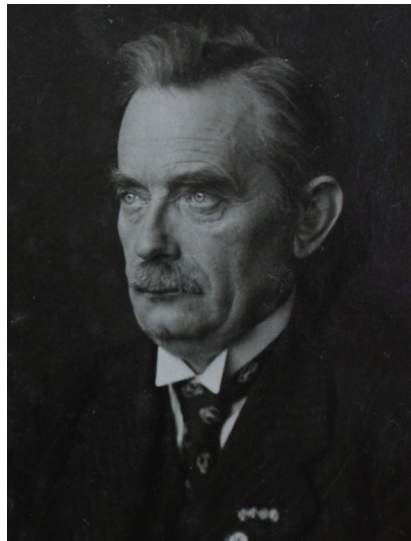


Abb. 35: Der Landesgeologe an der PGLA, Maximilian Meisner (1939).¹⁹³²

1931 Meisner, Kolonialforderung (1937), S. 867.

1932 Die Abb. findet sich in dem von Meisner ausgefülltem Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BArch Berlin, R 71, Nr. 36, unp.

Mit seinen kolonialrevisionistischen Forderungen lief Meisner bei seinen Kollegen vermutlich offene Türen ein, denn derartige Postulate waren in der Zwischenkriegszeit „in einer breiten deutschen Öffentlichkeit virulent“ geblieben. Auch im Arbeitsprogramm der PGLA war die „koloniale Frage“ nie ganz verschwunden und nahm nach 1933 wieder deutlichere Konturen an.¹⁹³³ Während ihr Tätigkeitsbericht für das Jahr der ‚Machtergreifung‘ bereits einen Hinweis auf die „neuaufgestellte Kolonialsammlung“ enthielt, berichteten die folgenden Jahrbücher über „Neueingänge von Gesteinen und nutzbaren Mineralien aus unseren Kolonien“ und betonten, dass die Kolonialschau der PGLA „eine lückenlose Übersicht über alle in den deutschen Kolonien vorkommenden“ Rohstoffe biete, also ganz so, als ob Deutschland noch im Besitz ‚seiner Schutzgebiete‘ war.¹⁹³⁴

Darüber hinaus sorgte die PGLA für eine Wiederbelebung des kolonialen Diskurses im öffentlichen Bewusstsein, indem sie Kolonialausstellungen durchführte (siehe Abb. 36 und 37) oder Lagerstättenuntersuchungen für die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft bzw. für die 1936 gegründete Gruppe Deutscher Kolonialwirtschaftlicher Unternehmungen (DEKO) in die Wege leitete.¹⁹³⁵ Der Bezirksgeologe Fritz Behrend (NSDAP 1940) stellte 1937 auf Veranlassung des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP (KPA) eine geologische und lagerstättenkundliche Karte von Afrika im Maßstab 1:2.000.000 her.¹⁹³⁶ Neben dem KPA drängte aber auch das RWM auf eine Restitution des deutschen Kolonialbesitzes, die von kolonialgeologischer Expertise flankiert werden sollte. Wie OBH Schlattmann 1937 hervorhob, erforderte „das zur allgemeinen Erörterung stehende Problem der Wiedererwerbung deutscher Kolonien auch auf dem Gebiet der geologischen Forschung“ vorbereitende Arbeiten, etwa bei der Heranbildung von Nachwuchskräften, die zum „Zeitpunkt der Rückkehr der Kolonien einsatzbereit“ sein müssten. Zu diesem Zweck bat Schlattmann den Preußischen Finanzminister, der PGLA im Rechnungsjahr 1937 30.000 RM zur „geologischen Erforschung der ehemaligen deutschen Kolonien“ zur Verfügung zu stellen, die für die Einstellung eines neuen Sachbearbeiters, die Durchführung geologischer und lagerstättenkundlicher Expeditionen und für die Veröffentlichung geologischer Karten und Abhandlungen aus den Kolonien bestimmt waren.¹⁹³⁷

1933 Stoecker, Afrikawissenschaften (2008), S. 216 f.

1934 Tätigkeitsbericht Abteilung Sammlungen PGLA 1933 (1934), S. 714; Tätigkeitsbericht PGLA 1937 (1938), S. 18.

1935 Vgl. Tätigkeitsbericht PGLA 1934 (1935), S. 10; Tätigkeitsbericht PGLA 1936 (1937), S. 25; Tätigkeitsbericht PGLA 1938 (1939), S. 37. Zu der vom Deutsche Bank-Manager Kurt Weigelt geleiteten Deko-Gruppe, einer Interessenvertretung privatwirtschaftlicher Kolonialunternehmen, vgl. Linne, Afrika (2006), S. 145–162.

1936 Arbeitsplan PGLA 1938 (1938), S. 48. Die Arbeiten Behrends für das KPA zogen sich bis mindestens 1941 hin. Vgl. Vermerk der RfB Berlin, 16.1.1941, BAArch Berlin, R 71, Nr. 6, Bl. 210. Zu Behrend siehe Anhang Biographien.

1937 Schlattmann (RWM) an Pr. Finanzminister (Berlin), 4.3.1937, GStA, I.HA Rep. 151 I C, Nr. 7042, unpag.; Pr. Finanzminister an RWM, 19.4.1937, ebd., unpag.

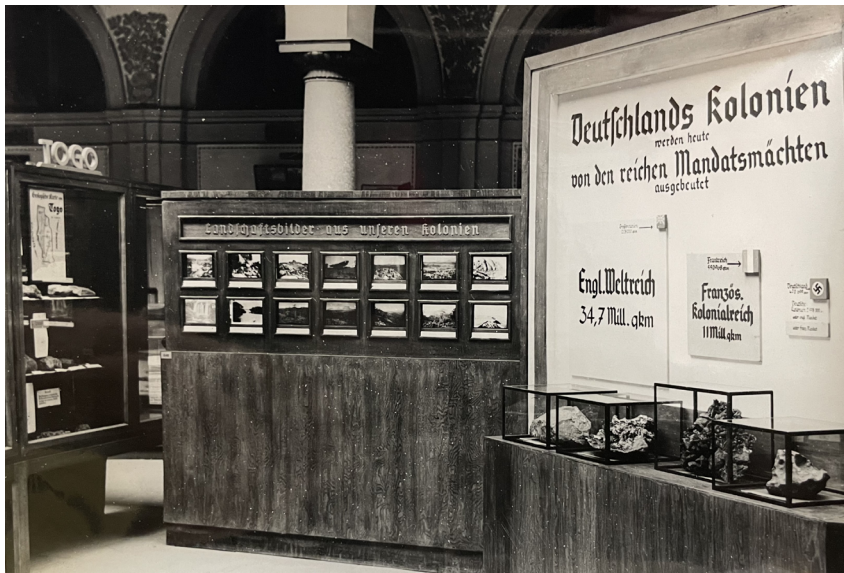


Abb. 36 u. 37: Kolonialausstellung der PGLA in ihrer Schausammlung für angewandte Geologie, 1938.¹⁹³⁸

1938 Aus: Unverzeichneter Bildbestand im Bildarchiv der BGR-Außenstelle Berlin-Spandau, Karton mit der Altsignatur „Gruppe Bild IV, Lfd.Nr. 189–211“.

Fragen der Kolonialgeologie wurden in der PGLA von Meisner bearbeitet, dem dabei die neu eingestellten wissenschaftlichen Angestellten Gerhard Brennich (NSDAP 1936) und Erich Lange zur Hand gingen.¹⁹³⁹ Die im Vergleich zu den anderen praktischen Aufgaben der Staatsgeologen aber eher zögerlich in Angriff genommenen kolonialgeologischen Aufgaben sollten erst nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges und der damit plötzlich greifbar scheinenden Möglichkeit der Schaffung eines „zukünftigen deutschen Kolonialreiches“ intensiviert werden.¹⁹⁴⁰

4.3.2 Geologische Großforschung

– Reichsbohrprogramm und Geophysikalische Reichsaufnahme

In einem anlässlich der III. Weltkraftkonferenz 1936 erschienenen Sammelband über die „Energiewirtschaft der Welt“ gab der Geologe Helmut Fahrion einen Einblick in den Stand der Erdölwirtschaft, die er in die fünf „Faktoren“ Forschung, Gewinnung, Transport, Raffination sowie Handel und Verbrauch unterteilte.¹⁹⁴¹ Im Hinblick auf die Forschung hielt Fahrion fest, dass die Suche nach Erdöl „ein keineswegs zu unterschätzender Zweig der Erdölwirtschaft“ sei. Die Untersuchung der Möglichkeiten, wo Öl auftreten könne, sei „Sache des Geologen“. Dieser halte sich „zunächst an oberflächlich auftretende Erdölanzeichen“ und versuche, sich durch Vergleiche mit benachbarten Gebieten ein Bild über das im Untergrund mögliche Ölspeichergestein und seine Lagerung zu machen. Dabei werde er von den Ergebnissen der geophysikalischen Untersuchungsmethoden unterstützt, die mittels gravimetrischer, elektrischer, magnetischer und seismischer Messungen physikalische Unterschiede der unterirdischen Gesteinsschichten feststellen würden, aus denen dann wiederum Rückschlüsse auf die Struktur des Untergrundes gezogen werden könnten.

Endgültige Sicherheit über das Vorhandensein von Erdöl könne jedoch letztlich nur eine Tiefbohrung bringen. Angesichts der dabei anfallenden Kosten – für eine 1.000-Meter-Bohrung wurden zwischen 150.000 und 200.000 RM veranschlagt – stelle jede einzelne Bohrung aber ein großes finanzielles Risiko dar. Sei eine Bohrung fündig geworden; gehe es darum, „sie auch wirtschaftlich auszubeuten“ und „jede Art von Raubbau zu unterbinden“. Dieser für den Faktor Gewinnung zentrale Aspekt, sei am einfachsten zu lösen, wenn der Gasdruck des Öllagers so groß sei, dass das Öl frei zu Tage fließe. Allerdings

1939 Vgl. Arbeitsplan PGLA 1939 (1939), S. 63. Zu Brennich und Lange siehe Anhang Biographien. Zu Lange vgl. auch Hofmeister, *Geology* (2024).

1940 Cissarz (RfB Berlin) an Dienststelle 39650 B, 16.8.1940, BAArch Berlin, R 71, Nr. 48, Bl. 20.

1941 Hier und im Folgenden Entwurf des Aufsatzes „Erdöl“ von Helmut Fahrion für den Sammelband „Die Energiewirtschaft der Welt. Ergebnisse der 3. Weltkraftkonferenz in deutscher Betrachtung“, S. 1–26, ohne Datum (um 1937), NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RfB 159, unpag. Der Aufsatz selbst findet sich in Fahrion, *Energiewirtschaft* (1937), S. 67–84.

komme es häufiger vor, dass der Rohstoff aus dem Bohrloch geschöpft oder gepumpt werden müsse, weswegen bei diesem Verfahren meist ein großer Teil des Öls ungenutzt in der Lagerstätte zurückbleibe. Dagegen sei die Ausbeute beim bergmännischen Abbau von Ölsanden, wie er etwa im hannoverschen Ölfeld von Wietze erfolge, besser. Mit Blick auf Deutschland stellte Fahrion fest, dass sich das Reich inzwischen zum sechstgrößten Erdölverbraucher der Welt entwickelt habe, obwohl es 1933 selbst nur in der Lage war, etwa sieben Prozent seines Bedarfs selbst zu decken.¹⁹⁴² Die Gesamtversorgung Deutschlands erfolge daher aus verschiedenen Quellen: erstens aus der Einfuhr von fertigen Mineralölen, zweitens aus der Destillation und Raffination ausländischer Rohöle und Halbfabrikate, drittens aus der Verarbeitung heimischen Erdöls und schließlich viertens aus der Verarbeitung von Stein- und Braunkohle. „Vorerst“ so Fahrion abschließend, spiele die Einfuhr „noch eine große Rolle“, doch sei „in absehbarer Zeit mit einer starken Verschiebung der Verhältnisse zu rechnen“.¹⁹⁴³



Abb. 38: Förderung von Ölsand bei Wietze (Besichtigung anlässlich der Erdöltagung der Deutschen Geologischen Gesellschaft 1932 in Hannover).¹⁹⁴⁴

- 1942 Entwurf des Aufsatzes „Erdöl“ von Helmut Fahrion für den Sammelband „Die Energiewirtschaft der Welt. -Ergebnisse der 3. Weltkraftkonferenz in deutscher Betrachtung“, S. 1–6, 25, ohne Datum (um 1937), NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 159, unp. Der Hinweis, dass Deutschland 1933 nur etwa sieben Prozent seines Eigenbedarfs deckte, findet sich in Schulz, *Erdölschätze* (1933), S. 15. Zu den bei einer Bohrung anfallenden Sach- und Personalkosten vgl. Angaben der A.G. für Bergbau- und Hüttenbedarf, ohne Datum (um 1944), BArch Berlin, R 3101, Nr. 30540, Bl. 28 f.
- 1943 Entwurf des Aufsatzes „Erdöl“ von Helmut Fahrion für den Sammelband „Die Energiewirtschaft der Welt. -Ergebnisse der 3. Weltkraftkonferenz in deutscher Betrachtung“, S. 1–6, 25, ohne Datum (um 1937), NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 159, unp.
- 1944 Aus Fotoalbum Nachlass Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover Nr. 130798.

Mit seiner Bestandsaufnahme auf dem Feld der Erdölwirtschaft verwies Fahrion nicht nur auf die symbiotische Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft, sondern unterstrich auch die besondere Rolle und Verantwortung der Geologen, die ihnen bei der Suche und wirtschaftlichen Ausbeutung der heimischen Ölvorkommen zukam. Angesichts der mit der Erschließung verbundenen hohen Kosten wird auch verständlich, warum sich der deutsche Staat vor dem Hintergrund seiner wehrwirtschaftlichen Prämissen der Förderung der Erdölgewinnung zuwandte. Ob Fahrion mit seiner abschließenden optimistischen Prognose auf die Möglichkeiten der Kohlehydrierung oder aber auf die Ausbeutung heimischer Ölvorkommen abhob, ließ er allerdings offen, denn die Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Militär gleichermaßen umtreibende Entscheidung, ob der Weg zur Erreichung der angestrebten Autarkie über die natürlichen Erdölressourcen oder aber über die chemische Synthese (Kohleverflüssigung) führen sollte, war 1936 noch nicht entschieden.

Tab. 36: Ölpolitische Strategien und ihre industriellen und staatlichen Verfechter, Anfang 1933.¹⁹⁴⁵

Bevorzugte Strategie/Verfahren	Industrielle Interessengruppen	Staatliche Interessenten
Synthesebenzin nach Bergius-Pier-Verfahren (Braunkohle)	Chemische Industrie (z.B. I.G. Farben)	RWM, RFM, Reichskriegsministerium
Synthesebenzin nach dem Fischer-Tropsch-Verfahren, Benzolgewinnung (Steinkohle)	Schwerindustrie (z.B. Vereinigte Stahlwerke, Harpener Bergbau, Benzolverband)	RWM, RFM
Verschmelzung von Braunkohle	Braunkohlenindustrie, Deutsche Erdöl AG (Werk Rositz)	Sachsen
Erdölimport und Ausbau heimischer Raffinationskapazitäten	Amerikanische und britische Erdölfirmer, Bmag-Meguín A.G.	RWM
Erdölimport aus dem Irak	Schwerindustrie (z.B. GHH, Otto Wolff, Schichau-Werke, Mannesmann)	RWM, AA
Alkohol	Preußische Junker (Landwirtschaft)	Preußisches Wirtschaftsministerium
Heimisches Erdöl	Erdölindustrie (z.B. DPAG, DEA, Gewerkschaft Elwerath, Preussag, Wintershall AG, Burbach-Kaliwerke AG)	Preußisches Wirtschaftsministerium

In ihre heiße Phase trat die Debatte mit der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung (DGM) im Mai 1933. Die DGM verstand sich als Vereinigung wissenschaftlicher, technischer und kaufmännischer Fachleute

1945 Maßgeblich nach Kockel, Ölpolitik (2005), S. 67, 70 f. Vgl. zudem Kasper, Erdölgewinnung (1974), S. 32–39; Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 158; Lausitzer und Mitteldeutsche Verwaltungsgesellschaft mbH (Hg.), Braunkohlenveredelung, Teil II (2019), S. 4; Grieger, DEA-Standort (2023); Türk, Treibstoff (2021), S. 17–19, Luxbacher, Kohle (2007). Zu den Interessen der einzelnen Akteursgruppen vgl. Kockel, Ölpolitik (2005), S. 19–66.

der Mineralölwirtschaft, und umfasste „sämtliche Zweige von Geologie, Gewinnung, Verarbeitung bis zur Verwendung“. ¹⁹⁴⁶ Unter maßgeblicher Führung ihres Gründers Leo Ubbelohde verfolgte sie zunächst den Weg der internationalen Kooperation auf dem Gebiet der Erdölwissenschaften und setzte darauf, die deutsche Mineralölwirtschaft durch eine Steigerung des Rohölimports und den Ausbau heimischer Raffinationskapazitäten voranzubringen. Auch bei der Entwicklung der inländischen Erdölförderung vertraten Ubbelohde und sein Umfeld – zu dem auch der zwischenzeitliche Staatssekretär im RWM Gottfried Feder gehörte – die Hoffnung, dass sich ausländisches Kapital an der Erschließung beteiligte. ¹⁹⁴⁷ Gegen diese wirtschaftlich vernünftigen Pläne opponierten zum einen die deutsche Kohleindustrie und die I.G. Farben, die für den Weg der devisensparenden aber teuren chemischen Synthese plädierten und dabei Unterstützung beim Militär und den Autarkieverfechtern in der NS-Regierung fanden. Dies zeigte sich beispielsweise im „Benzinvertrag“ vom 14. Dezember 1933, in dem sich die Regierung und die I.G. Farbenindustrie über den Ausbau der Hydrieranlagen in Leuna verständigten. ¹⁹⁴⁸ Widerstand schlug Ubbelohde und Feder aber auch von Seiten der deutschen Erdölindustrie entgegen, deren Forderungen nach einer Intensivierung der heimischen Erdölförderung „volle Rückendeckung“ des Preußischen Wirtschaftsministeriums und der Erdölgeologen der PGLA genossen. ¹⁹⁴⁹

Diese divergierenden Interessen stießen in der DGM aufeinander, die im September 1933 zu ihrer ersten Herbsttagung geladen hatte, um Klarheit über den „neuen deutschen Mineralöl-Wirtschaftsplan für die autarkisierende Versorgung Deutschlands mit Mineralölen und bituminösen Stoffen“ zu erlangen. ¹⁹⁵⁰ In so genannten Übersichtsvorträgen erhielten alle Richtungen die Möglichkeit, für ihre Sache zu werben, so auch jene Gruppe, die für die Forcierung der heimischen Aufschlussarbeiten plädierte. Als deren Wortführer fungierte der PGLA-Erdölgeologe Alfred Bentz, der mit seinen Ausführungen über die „planmäßige Erforschung erdöhlöffiger Gebiete“ an seine auf der Hannoveraner Erdöltagung von 1932 erhobenen Forderungen nach einem nationalen Bohrprogramm anknüpfte (siehe Kap. 3.3.1). ¹⁹⁵¹

Auch er hob hervor, dass der Treibstoffbedarf Deutschlands im Inland aus drei verschiedenen Quellen gedeckt werde, wobei er den kohlebasierten Verfahren (z.B. Hydrierung, Benzolgewinnung) und der in landwirtschaftlichen

1946 Ubbelohde, Vorwort (1933); ders., Entstehung (1933), S. 7–9; ders., Gründung (1933), S. 10–13. Eine der maßgeblichen Personen bei der Gründung der DGM war der Physikochemiker Leo Ubbelohde, der mit der Gesellschaft zunächst intendierte, eine Plattform für die internationale Zusammenarbeit, vor allem mit der von ihm geleiteten Internationalen Petroleum Kommission, zu schaffen. Vgl. Kockel, Ölpolitik (2005), S. 72–75.

1947 Zum „Ubbelohde-Feder-Plan“ siehe Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 165.

1948 Vgl. ebd., S. 165–168; Plumpe, I.G. Farbenindustrie (1990), S. 275 f.; Bütow/Bindernagel, KZ (2004), S. 24 f.

1949 Vgl. Kockel, Ölpolitik (2005), S. 79–81.

1950 Ubbelohde, Aufbau (1933), S. 19.

1951 Bentz, Erdöl (1933), S. 29–31. Siehe auch Kockel, Ölpolitik (2005), S. 90.

Brennereien erfolgenden Spritherstellung nur untergeordnete Bedeutung beimaß. Denn „den Grundstock“ der deutschen Versorgung, so Bentz, bildete „die deutsche Rohölförderung“.¹⁹⁵² Deswegen sei zur Feststellung der natürlichen Grundlagen ihrer Steigerung „eine planmäßige Erforschung des deutschen Bodens mit allen modernen Hilfsmitteln der Geophysik und der Geologie dringend notwendig“, denn ihre bisherigen Ergebnisse hätten klar gezeigt, dass „noch recht bemerkenswerte Möglichkeiten bestünden, „die heimische Erdölförderung zu steigern“. Dafür sei es nicht nur notwendig, alle erdöhlhöfigen Gebiete Deutschlands eingehend zu erforschen, es sei ebenso wichtig, „jede Bohrprobe von jeder Bohrung nach einheitlichen Gesichtspunkten“ zu untersuchen und auszuwerten. Für die Durchführung des Bohrprogramms sei also „planmäßiges Arbeiten unter Zurücksetzung gewisser egoistischer Bestrebungen“ von Nöten, womit Bentz zu verstehen gab, dass die Leitung der Arbeiten nicht bei der Industrie, sondern in den Händen der Wissenschaft – genauer in den Händen der PGLA – zu liegen hatte.¹⁹⁵³

In der Sitzung der Fachgruppe „Geologie und Geophysik“ der DGM präsentierte die PGLA-Geologen ihre Pläne und skizzierten die ihrem Programm zugrundeliegende Methodik. Otto Barsch, Leiter der Geophysikalischen Abteilung der PGLA, sprach sich für „großzügige Regionaluntersuchungen in den ausgedehnten Flachlandsgebieten Deutschlands“ aus, um „erst einmal ein Bild von den Großformen im Untergrund“ und damit Anhaltspunkte darüber zu erhalten, ob und in welchen Gebieten Deutschlands überhaupt Hoffnung bestand, größere Erdölvorräte zu finden.¹⁹⁵⁴ Zur „Erforschung der Großtektonik“ erschienen ihm großräumige gravimetrische Pendel- und magnetische Messungen notwendig. Durch sie sollte das Flachland mit einem „grobmaschigen Stationsnetz“ überzogen werden, um die „großen geologischen Einheiten“, etwa „die Lage, großer, tief hinabreichender sedimenterfüllter Becken einerseits und andererseits die Gebiete mit hochaufragenden kristallinen Massen“ herauszufinden. Dadurch sollten auffällige tektonische Strukturen, wie etwa Salzstöcke oder Antiklinalen, festgestellt und gleichzeitig jene Gebiete ausgeschlossen werden, die nicht als Erdöllagerstätten in Frage kamen. Die als günstig erachteten Zonen sollten dann anschließend durch Spezialuntersuchungen, etwa mit Hilfe gravimetrischer Drehwaagen sowie seismischer oder elektrischer Verfahren, genauer untersucht werden.¹⁹⁵⁵

1952 Bentz, Alfred: Wie hilft die Geologische Landesanstalt mit bei der Auffindung von Erdöl, ohne Datum (1934), BGR-Archiv Hannover, Nr. 86813, unpubl.

1953 Bentz, Erdöl (1933), S. 29–31. Siehe auch Kockel, Ölpolitik (2005), S. 90.

1954 Wie Barsch an anderer Stelle deutlich machte, konnten sich Geologen in gebirgigen Gegenden, „wo die älteren Schichtenglieder“ zutage traten, durch „unmittelbare Beobachtung ein Bild über die Schichtenfolge und den tektonischen Aufbau des Gebietes machen“ und daraus die notwendigen Folgerungen auf das Vorhandensein von Lagerstätten ziehen. In den zwei Drittel des Reichsgebietes ausmachenden Tiefebene war dies aber nicht möglich, weil dort „junge und jüngste Schichtenglieder die Struktur des Untergrundes verhüllen“. Barsch, Reichsaufnahme (1936), S. 1035.

1955 Kockel, Ölpolitik (2005), S. 90 f.; Barsch, Erforschung (1933), S. 79–81.

Die als „Dienstleistung des Staates für die Erdölindustrie“¹⁹⁵⁶ gedachte „planmäßige geophysikalische Erforschung Deutschlands“¹⁹⁵⁷ sollte die Grundlage weiterer erdölgeologischer Aufschlussarbeiten bilden, über die Bentz in der Fachgruppensitzung im Anschluss an Barsch berichtete. Seinen Worten zufolge sollten nach der geophysikalischen Fixierung der Bohrpunkte im Zuge „eines systematischen Bohrprogramms“ Tiefbohrungen angesetzt und die von den Geophysikern erkundeten Strukturen abgebohrt werden.¹⁹⁵⁸ Dabei richtete sich der Fokus zunächst auf die vier bekannten deutschen Erdölprovinzen: 1. die subalpine Hochebene zwischen den Alpen und der Donau, 2. den Rheintalgraben zwischen Basel und Frankfurt am Main, 3. die mitteldeutschen Antiklinalen zwischen dem Thüringer Wald und dem Harz und schließlich 4. das Gebiet der norddeutschen Tiefebene.¹⁹⁵⁹ Das von Barsch und Bentz vorgelegte Doppelprogramm war nicht nur geschickt aufeinander abgestimmt, Bentz machte auch deutlich, dass die die Bohrungen flankierenden Begleitforschungen am besten von der PGLA auszuführen seien. Auch täte man gut daran, die Bohrungen durch mikropaläontologische und sedimentpetrographische Untersuchungen, wie sie an der PGLA „seit langen Jahren“ üblich seien, zu ergänzen, womit Bentz einmal mehr suggerierte, dass die Kompetenzen zur einheitlichen Steuerung des gesamten Vorhabens (Geophysikalische Aufnahme und Bohrprogramm) nur in der PGLA zu finden waren.¹⁹⁶⁰

Die in der DGM aufeinander prallenden gegensätzlichen Interessen verhinderten die Verabschiedung eines einheitlichen Mineralölplans.¹⁹⁶¹ Aber immerhin wurde deutlich, dass sich von den anfänglich diskutierten divergierenden Ölprojekten mit der Synthese und der heimischen Erdölförderung „zwei begrenzte Erzeugerkonzepte“ durchsetzten.¹⁹⁶² Während es den I.G. Farben mit

1956 Kockel, Ölpolitik (2005), S. 91.

1957 Barsch, Erforschung (1933), S. 79.

1958 Bentz, Erdölgeologie (1933), S. 82–84; Kockel, Ölpolitik (2005), S. 91. Vgl. auch Bentz, Erdöl, in: Petroleum (1933), S. 3–7.

1959 Bentz, Alfred: Wie hilft die Geologische Landesanstalt mit bei der Auffindung von Erdöl, ohne Datum (1934), BGR-Archiv Hannover, Nr. 86813, unpag.; Bericht Nr. 5 und 12 von Alfred Bentz (PGLA), der Fachgruppe Mineralöle und Mineralölprodukte, von Bergrat Dr. Friedrich Otto Eduard Kast (RWM) und Direktor Hans Brochhaus (Gewerkschaft Elwerath, Hannover) über Organisation der Gewinnung, Raffination und Verteilung von Erdöl und Erdölserzeugnissen, sowie Erhaltung von Erdöl und Naturgas, ohne Datum (um 1936), NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 159, unpag.

1960 Bentz, Erdölgeologie (1933), S. 82–84; Kockel, Ölpolitik (2005), S. 91.

1961 Vgl. Kasper, Erdölgewinnung (1974), S. 40. Allerdings hat es den Anschein, dass es bei den Verhandlungen der DGM weniger um einen wirtschaftspolitischen Plan, als um die Frage ging, welcher inhaltlichen Ausrichtung die Gesellschaft in Zukunft folgen sollte. Wie das RWM festhielt, sollte sie wissenschaftliche Untersuchungen über die Zusammensetzung, die Verarbeitung (destillieren, cracken, hydrieren, raffinieren) und die Verwendung der Erdöle (z.B. für Heiz- und Kraftzwecke, Motoren, Wegebaumaterial) veranlassen und sich der wissenschaftlichen Lösung der Herstellung von Mineralölen aus Braun- und Steinkohlen zuwenden. Vermerk des RWM, 12.9.1933, BArch Berlin, R 3101, Nr. 20317, Bl. 15.

1962 Kockel, Ölpolitik (2005), S. 107.

dem ‚Benzinvertrag‘ gelungen war, das NS-Regime für sein Synthesebenzin zu interessieren, war im Vorfeld der DGM-Herbsttagung in einer vermutlich konzentrierten Aktion von OBH Winnacker, Erdölindustrie und PGLA ein Bohrprogramm konzipiert und an das RWM herangetragen worden, das eine Unterstützung durch die Reichsregierung in Höhe von 20 Millionen RM vorsah.¹⁹⁶³ Auch das Vorhaben stieß im RWM auf Zustimmung, denn am 10. Januar 1934 lud es zu einer geheimen Besprechung, an der neben Gastgeber Curt Pasel¹⁹⁶⁴, der Ministerialrat im Preußischen Wirtschaftsministerium Otto Klewitz, Bentz, Vertreter der Deutschen Gesellschaft für Öffentliche Arbeiten (Öffa) und verschiedener Erdölunternehmen (z.B. DEA, Wintershall A.G., Gewerkschaft Elwerath, Preussag, EBAG, Thyssen-Schachtbau A.G.) teilnahmen.¹⁹⁶⁵ Pasel teilte den Anwesenden mit, dass die Regierung „zur Unterstützung der planmäßigen Aufschließung neuer deutscher Erdölgebiete einen einmaligen Betrag von 5 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt habe“.¹⁹⁶⁶ Diese fünf Millionen RM waren aber nur für eine erste Bohretappe bestimmt, denn das gesamte Programm, für dessen Umsetzung das RWM 20 Millionen RM in Aussicht stellte, sollte sich auf vier Jahre, also mehrere Etappen, erstrecken.¹⁹⁶⁷ Als „Mindestprogramm“ hielt das RWM die „Niederbringung von 250–300 Tiefbohrungen von durchschnittlich 1.000 m Teufe“ für notwendig, die eigentlich einen Kostenumfang von 40 bis 50 Millionen RM erfordert hätten. Demnach stellten die offiziell bewilligten 20 Millionen RM lediglich eine Anschubfinanzierung dar. Mit „Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit des deutschen Tiefbohrwesens“ verteilte das RWM die Durchführung des Programms auf vier Jahre. Da die privaten Bohrfirmen finanziell nicht in der Lage waren, die riskanten Pionierbohrungen in Höhe von gut zwölf Millionen RM im Jahr allein aufzubringen, entschloss sich das Ministerium zudem, die Bohrungen durch staatliche Beihilfen um die Hälfte zu verbilligen, was den Unternehmen wiederum als Anreiz dazu dienen sollte, sich „bis zur Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit (...) an dem Wagnis zu beteiligen“.¹⁹⁶⁸

1963 Vgl. Ubbelohde, Entstehung (1933), S. 9; OBH Winnacker an Staatssekretär Feder (RWM) (mit anliegenden Richtlinien zur planmäßigen Aufschließung der Erdöllagerstätten), 7.9.1933, BArch Berlin, R 3101, Nr. 20317, Bl. 16. In gewisser Weise trug auch die DGM dem Führungsanspruch der PGLA Rechnung, denn sie legte fest, dass die laufenden Geschäfte ihrer Fachgruppe „Geologie-Geophysik“ von einem Ausschuss wahrgenommen werden sollten, dem Bentz vorsah und in dem Barsch für alle Belange der Geophysik verantwortlich zeichnete. Vgl. Entschliebung (1933), S. 92.

1964 Zu Pasel siehe Anhang Biographien.

1965 Hierzu und im Folgenden Bericht von Alfred Bentz über die geplanten Reichsdarlehen für Erdölaufschlüsse, 12.1.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86424, unp. Bei der 1930 geschaffenen Öffa handelte es sich um eine „Verwaltungsstelle zur Darlehensvergabe im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“. Kockel, Ölpolitik (2005), S. 102.

1966 Bericht von Alfred Bentz über die geplanten Reichsdarlehen für Erdölaufschlüsse, 12.1.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86424, unp.

1967 OBH Winnacker an Staatssekretär Feder (RWM) (mit anliegenden Richtlinien zur planmäßigen Aufschließung der Erdöllagerstätten), 7.9.1933, BArch Berlin, R 3101, Nr. 20317, Bl. 16.

1968 Die für die erste Etappe 1934/35 bestimmten 5 Mio. RM stammten aus dem so genannten „Reinhardt-Programm“, dem ersten Arbeitsbeschaffungsprogramm des NS-Regimes.

Wie Pasel die Sitzungsteilnehmer wissen ließ, sollten für den Anfang zunächst vier Millionen RM in den erdöhlöffigen Gebieten um Hannover und in Thüringen verwendet werden. Dabei kamen für die Gewährung der Darlehen aber nur unerschlossene Gebiete in Frage. Er ließ auch durchblicken, dass das mit den Bohrungen verbundene Risiko auf mehrere Schultern verteilt werden sollte. Folglich trug das Reich „nur einen Teil der reinen Bohrkosten“. Zudem mussten die Mittel, die in Höhe von bis zu 50 % der Bohrkosten als Darlehen an interessierte Firmen verausgabt werden sollten, „im Falle der Fündigwerdung verzinst und getilgt werden“. ¹⁹⁶⁹ Führten die Bohrungen innerhalb eines Aufschlussgebietes nicht zum Erfolg, verzichtete das Reich auf Verzinsung und Rückzahlung. Allerdings bestand es auf Rückerstattung aller für den Aufschluss eines zusammenhängenden geologischen Aufschlussgebietes gewährten Darlehen (auch der nichtfündigen), wenn nur eine der dort niedergebrachten Bohrungen erfolgreich (d.h. fündig) war. Die Gesellschaften hatten auch solidarisch für die Bohrungen zu haften, die in demselben Aufschlussgebiet etwa von anderen Gesellschaften niedergebracht wurden. Durch die Solidarhaftung sollten die Firmen zur Gründung von Aufschlussgemeinschaften angehalten werden, um die Zersplitterung des Konzessionsbesitzes auszugleichen und eine „rationelle, systematische und kollegiale Exploration“ in den einzelnen Aufschlussgebieten sicherzustellen. ¹⁹⁷⁰

In der sich an die Ausführungen Pasels anschließenden Aussprache wurden die Richtlinien festgelegt, unter denen die Vergabe der Darlehen erfolgen sollte. Wie Bentz im Ergebnis dessen feststellte, hatte die PGLA „in mehrfacher Beziehung nicht nur bei der Verteilung der Darlehen, sondern auch im Laufe des Bohrprogramms sehr wichtige und außerordentlich verantwortungsvolle Aufgaben zu leisten“. So sollte sie jene Gebiete festlegen, in

Vermerk des RFM betr. Kap. E. 6 Tit. 12, 11.3.1935, BArch Berlin, R 2, Nr. 15075, Bl. 6–12. Zum Reinhardt-Programm vgl. Humann, Arbeitsschlacht (2011), S. 81–87. Dass das Reichsbohrprogramm auch dem Ziel der Arbeitsbeschaffung diene, zeigt Schirner, Karl: Der Weg der deutschen Erdölgewinnung. Mit einem Vorwort von Major A.E. Gunther. British Oil Fields Investigation 912 Military Government, Celle, Juni 1945, S. 36, BGR-Archiv Hannover, Nr. 58323.

1969 Bericht von Alfred Bentz über die geplanten Reichsdarlehen für Erdölaufschlüsse, 12.1.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86424, unp. Zu einem 1939 erwirkten „Rückzahlungsdispens für die fündigen Bohrungen der ersten Bohretappe“ und die gänzliche Übernahme der Kosten durch den Staat, siehe Kockel, Zickzackkurs (2010), S. 213 (Anm. 101). ‚Fündig‘ bedeutete im Übrigen konkret, dass eine Förderung aus einer Bohrung „wirtschaftlich lohnend war“. Brendel, DEA (2023).

1970 OBH Winnacker an Staatssekretär Feder (RWM) (mit anliegenden Richtlinien zur planmäßigen Aufschließung der Erdöllagerstätten), 7.9.1933, BArch Berlin, R 3101, Nr. 20317, Bl. 17; Bericht von Alfred Bentz über die geplanten Reichsdarlehen für Erdölaufschlüsse, 12.1.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86424, unp.; Kockel, Ölpolitik (2005), S. 102 f. Für die amtliche geologische Kontrolle der Bohrarbeiten erhielt die PGLA von den Unternehmen einen Pauschalbetrag in Höhe von 1 % der ihnen bewilligten Höchstbeihilfe. Vgl. Bentz an PGLA, 30.6.1934, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 7, RBF 182, unp.

denen sich die größten Aussichten auf erfolgreiche Bohrungen boten. Darüber hinaus waren die Erdölgesellschaften verpflichtet, der PGLA „ihr gesamtes geophysikalisches und geologisches Material“ einzureichen, sowie die Bohrpunkte und die vermutete Tiefe der Aufschlussbohrungen anzugeben. Auf diese Weise erhielten die PGLA und somit auch der Staat Einblick in das sorgsam gehütete, geheime Datenmaterial der einzelnen Unternehmen. Die Freigabe der Darlehen sollte erst nach Prüfung der Unterlagen durch die PGLA erfolgen. Da die Mittel nur „für die aussichtsreichsten Projekte“ Verwendung finden sollten, war ihre Durchführung also vom Urteil der PGLA abhängig. Ebenso sollte sie bei der Festlegung der die geologischen Einheiten bildenden Aufschlussgebiete mitwirken, was wiederum Einfluss auf die den Firmen auferlegte Solidarhaftung hatte. Schließlich sollte die PGLA bei der Festsetzung der Bohrmeterpreise eingreifen und die Bohrungen überwachen, „wobei ihr enorme Eingriffsrechte in die Bohrautonomie der Gesellschaften eingeräumt wurden“, so etwa auch das Urteil darüber, wann eine Bohrung einzustellen war. Auch wenn sich das RWM die Entscheidung bei der Verteilung der Darlehen vorbehalt, liefen die Fäden in der PGLA zusammen, die somit zum Steuerungszentrum des Bohrprogramms avancierte, selbst aber „engste Zusammenarbeit“ mit den ausführenden Firmen gelobte.¹⁹⁷¹

Gut eine Woche nach der Besprechung informierte das RWM die Erdölfirmen über die „Grundzüge des Verfahrens“ und über die „Bedingungen für die Gewährung“ der Reichsdarlehen.¹⁹⁷² Demnach waren Förderanträge innerhalb einer bis zum 31. Januar 1934 geltenden Ausschlussfrist einzureichen. Allerdings wurden nur Unternehmungen berücksichtigt, „die überwiegend mit deutschem Kapital arbeiteten“ und deren Majorität „in deutschen Händen“ lag. Mit der Einreichung ihrer Anträge verpflichteten sich die Firmen, „erschöpfende Auskunft über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens“ sowie über Art und Umfang ihrer Aufschlussvorhaben zu geben. Hielten PGLA und RWM das Vorhaben für förderungswürdig, leitete letzteres den Antrag an die Öffa weiter, die den Vertrag mit dem Unternehmen abschloss. Die Darlehenshöhe war so bemessen, dass sie „die Hälfte der geschätzten reinen Bohrkosten“ nicht überstieg. Im Vertrag verpflichtete sich der Darlehnsnehmer, die Bohrung mindestens bis zu der vereinbarten Teufe niederzubringen. Letzterer hatte dem RWM vor Abschluss des Vertrages 125 % des Darlehens als Kautions nachzuweisen und auf Verlangen auf einem Sperrkonto zu Gunsten der Öffa zu deponieren. Damit wurden finanzschwache kleinere Firmen von vornherein ausgeschaltet.¹⁹⁷³

1971 Bericht von Alfred Bentz über die geplanten Reichsdarlehen für Erdölaufschlüsse, 12.1.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86424, unpag.; Kockel, Ölpolitik (2005), S. 103.

1972 Hierzu und im Folgenden RWM an die Preussag (Berlin), die Gewerkschaft Florentine (Hannover), die DPAG (Berlin), die Gewerkschaft Elwerath (Hannover), die Wintershall A.-G. (Kassel), die Erdölbergbau A.-G. (Celle), die Burbach-Kaliwerke A.-G. (Magdeburg), Gewerkschaft August Thyssen-Hütte (Mülheim-Ruhr) u. den Verband der deutschen Erdölindustrie (Wietze bei Hannover), 16.1.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86424, unpag.

1973 Kasper, Erdölgewinnung (1974), S. 296. Da die Unternehmer mindestens die Hälfte der Mittel selbst aufbringen mussten und es sich nicht um Erzeugungs- sondern um Forschungs- bzw.

Die Auszahlung der Mittel erfolgte dann in monatlichen Teilbeträgen, die sich nach den vom Darlehensnehmer abgeteuften Bohrmetern bemaßen.¹⁹⁷⁴ Wie bereits erwähnt, sollte die Rückzahlung der bewilligten Mittel nur dann erfolgen, wenn die Bohrungen fündig waren. In diesem Fall war das Darlehen ab 1. Januar 1936 mit fünf Prozent zu verzinsen, und sollte mit 35 % des Bruttoerlöses aus der Produktion des Darlehensnehmers zurückgezahlt werden, die er aus all jenen Bohrlöchern gewann, die mit Reichsmitteln bezuschusst waren. Die Rückzahlungen sollten solange erfolgen, bis das dem Antragsteller für all diese Bohrungen gewährte Gesamtdarlehen abbezahlt war. Die ebenfalls schon erwähnte Solidarhaftungsklausel sah vor, dass der fündige Darlehensnehmer, nach der Tilgung seiner Darlehen auch jene Beihilfen zurückzuzahlen hatte (mit 35 % aus der laufenden Produktion), die andere Gesellschaften im gleichen geologischen Aufschlussgebiet erhalten hatten. Das galt auch, wenn ein Darlehensnehmer mit einer nicht geförderten Bohrung in einem Gebiet fündig wurde, in dem bereits bezuschusste eigene oder fremde Bohrungen erfolgt waren. Allerdings sollte die Tilgung nur in Höhe von 20 Prozent aus der laufenden Produktion dieser Anschlussbohrung erfolgen.¹⁹⁷⁵

Mit dem durch informellen Erlass des RWM erfolgten Auftrag zur Durchführung des „großen Erdölprogramms der Reichsregierung“¹⁹⁷⁶ fielen der PGLA Steuerungsaufgaben zu, wie sie sie seit der Zeit des Ersten Weltkrieges nicht mehr erlebt hatte.¹⁹⁷⁷ Sich dessen bewusst, wertete Wilfried von Seidlitz

Pionierbohrungen in noch nicht erschlossenen Gebieten handelte, stellten die Bohrungen für die Unternehmen ein außerordentlich großes finanzielles Risiko dar. Vgl. Protokoll der Generalversammlung des Tiefbohrtechnischen Vereins am 15. September 1934 in Goslar (S. 2), NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 159, unpub. Bentz machte kein Hehl aus den für die Firmen bestehenden Risiken. So machte er eine Firma 1935 darauf aufmerksam, dass, wenn dieser z.B. eine Bohrung von 1.400 m genehmigt werde, sie die volle Verantwortung für diese Bohrung zu übernehmen habe. Wenn diese Bohrung beispielsweise bei 1.200 m verunglücke, habe die Firma aus privaten Mitteln eine Ersatzbohrung niederzubringen. Bericht über Besprechungen zwischen Bentz und Dr. Löwe und dem Generalbevollmächtigten der Gewerkschaft Ernst-August, Herrn Bankier Müller andererseits, 11.11.1935, ebd., RBF 163, unpub.

- 1974 Die den Darlehen zugrunde liegenden „Metersätze“ der Darlehen variierten je nach geologischen Gegebenheiten und waren in Gruppen nach Bohrtiefen bis zu 4.000 m gestaffelt, wobei die Meterpreise mit zunehmender Tiefe stiegen. Die Metersätze wurden im Zuge des deutschen Zugriffs auf die Ressourcen der besetzten Gebiete im Zweiten Weltkrieg an die dortigen geologischen Bedingungen angepasst, weswegen sie bis 1945 immer wieder variierten. Vgl. etwa Metersätze für Bohrbeihilfen der III. Bohretappe (RJ 1936), ohne Datum, ebd., unpub.; Metersätze der Reichsdarlehen für Erdölbohrungen, 24.1.1942, ebd., unpub.
- 1975 RWM an die Preussag (Berlin), die Gewerkschaft Florentine (Hannover), die DPAG (Berlin), die Gewerkschaft Elwerath (Hannover), die Wintershall A.-G. (Kassel), die Erdölbergbau A.-G. (Celle), die Burbach-Kaliwerke A.-G. (Magdeburg), Gewerkschaft August Thyssen-Hütte (Mülheim-Ruhr) u. den Verband der deutschen Erdölindustrie (Wietze bei Hannover), 16.1.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86424, unpub.; Kockel, Ölpolitik (2005), S. 104 f.
- 1976 Niederschrift der Sitzung zur Begründung eines Instituts für Erdölgeologie an der PGLA, 22.2.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86424, unpub.
- 1977 Hier bestätigt sich der Befund, dass die „Zuweisung von Forschungsaufgaben per Gesetz

das bis dahin bestehende kleine Referat für Erdölgeologie an der PGLA zu einem eigenen Institut auf, dessen Leitung Bentz übernahm. „Eine gewisse Dezentralisation des Instituts“ sollte für eine punktgenaue Betreuung der Arbeiten in den erdölhöffigen Gebieten Deutschlands sorgen, weswegen an der Geologischen Landesuntersuchung in Jena unter Fritz Deubel eine das thüringische Gebiet umfassende Arbeitsstelle vorgesehen war. Ihr sollten die Berliner Geologen Eckart Schröder (NSDAP 1933) und Curt Dietz (NSDAP 1937, SA 1934), die an der Strukturkarte der Thüringer Erdölgebiete arbeiteten, unter die Arme greifen.¹⁹⁷⁸

Eine zweite Arbeitsstelle war für Hannover in Aussicht genommen, deren Leitung Wilhelm Haack und Friedrich Kühne alternierend übernahmen, denen als Mitarbeiter der bereits erwähnte Wolfgang Schott und Leonhard Riedel (NSDAP 1937, SA) zur Seite gestellt wurden.¹⁹⁷⁹ Darüber hinaus wurden zur Betreuung der Bohrungen in den anderen ‚Gauen‘ Deutschlands Geologen der dortigen Landesanstalten hinzugezogen, so etwa die Freiburger Walter Hasemann und Richard Brill, die in „amtlicher Eigenschaft“ die Bohrungen in Baden, Hessen und der Pfalz beaufsichtigten oder die Münchener Hans Nathan und Josef Knauer, die für die Bearbeitung der privaten und Reichsbohrungen in Bayern verantwortlich zeichneten.¹⁹⁸⁰

Bentz zufolge hatten die geologischen Sachverständigen „die behördliche geologische Überwachung“ der Bohrungen inne und trugen „die volle Verantwortung, soweit geologische Fragen in Betracht“ kamen. Die Bohrfirmen waren verpflichtet, über alle die Bohrungen betreffenden Fragen

oder Erlass“ ein Instrument darstellt, „mit dem die Ministerien sicherstellten, dass ihr Wissensbedarf dauerhaft und jederzeit durch die Einrichtungen bedient wird“. Barlösius, Forschen (2009), S. 351.

1978 Niederschrift der Sitzung zur Begründung eines Instituts für Erdölgeologie an der PGLA, 22.2.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86424, unpag. Von der Bildung der Arbeitsstelle Jena wurde letztlich abgesehen, aber Deubel für Thüringen mit der Bearbeitung erdölgeologischer Fragen beauftragt. Abschrift eines Zeitungsartikels aus der National-Zeitung vom 29.5.1934 mit dem Titel „Errichtung eines Instituts für Erdölgeologie“, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 22. Dass Bentz und die PGLA wirklich nicht allein entschieden, geht aus einem Schreiben der Wintershall A.G. hervor, die vor dem Hintergrund von Anträgen verschiedener Erdölunternehmen auf Reichsdarlehen vermerkte, dass „die Auswahl der Bohrpunkte für das mitteldeutsche Gebiet Herr Dr. Deubel vorgenommen“ habe. Wintershall A.G. (Kassel) an Bentz, 7.2.1934, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675-1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960-1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 7, RBF 177, unpag. Zu Schröder und Dietz siehe Anhang Biographien.

1979 Der Plan einer PGLA-Außenstelle im Erdölgebiet von Hannover war nicht neu und ging auf Bentz zurück. Vgl. Bemerkungen des RWM zu dem Rechenschaftsbericht des Präsidenten von Seidlitz, ohne Datum (1936), GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 56f.; Haack, Arbeiten (1936), S. 113. Riedel übernahm später selbst die Leitung der Arbeitsstelle Hannover. Zu Haack, Kühne und Riedel siehe Anhang Biographien.

1980 Alfred Bentz an Landesgeologen Hasemann, 21.3.1936, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675-1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960-1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 7, RBF 177, unpag.; Tätigkeitsbericht PGLA 1938 (1939), S. 31.

Auskunft zu geben, so etwa in Form regelmäßig zu erstattender Berichte. Die geologischen Ergebnisse sollten unter den beteiligten Firmen ausgetauscht werden. Daraus entwickelte sich die Institution der von Bentz oder anderen Staatsgeologen geleiteten monatlichen ‚Austauschsitzungen‘, deren erste am 7. Juni 1934 stattfand und der bis November 1944 74 weitere folgten.¹⁹⁸¹ An ihnen nahmen neben den verantwortlichen Geologen, Sachverständige aller von den Bohrungen betroffenen Oberbergämter und Bergreviere sowie Vertreter aller beteiligten Unternehmen teil. Die Austauschsitzungen stießen vor allem in der Erdölbranche auf regen Zuspruch, weil durch sie die zwischen den Firmen bestehende „sonst übliche Geheimniskrämerei ein Ende“ fand und in diesem Sektor erstmals ein funktionierender Problem- und Wissenstransfer zwischen Staat, Wissenschaft und Industrie etabliert wurde.¹⁹⁸² Wie man in der PGLA nicht zu Unrecht vermerkte, entwickelte sich, die Arbeitsstelle Hannover deswegen schnell „zum Mittelpunkt für alle Erdölinteressenten in Norddeutschland“.¹⁹⁸³

Die Erforschung der deutschen Ölvorkommen stellte die Geologie auch vor neue Aufgaben.¹⁹⁸⁴ Bei Ölbohrungen war es wichtig, stets die geologischen Schichtenreihen, in der sich eine Bohrung befand, genau zu bestimmen. Die Geologen machten sich dabei im Boden vorkommende Fossilien, also die Überreste ehemaliger Lebewesen, zunutze. Dabei war es lange Zeit üblich, sich an größeren Versteinerungen (Makrofossilien), wie etwa Muscheln, Schnecken oder Ammoniten zu orientieren.¹⁹⁸⁵ Diese Methode erwies sich beim Bohren

-
- 1981 Vgl. Niederschrift der Sitzung zur Begründung eines Instituts für Erdölgeologie an der PGLA, 22.2.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86424, unpubl. Die Protokolle der Austauschsitzungen der Arbeitsstelle Hannover finden sich in BGR-Archiv Hannover, Nr. 126419 (1), 126419 (2) und 126419 (3). Zu den Austauschsitzungen vgl. auch Fahrion, *Geschichten* (2009), S. 78 f.
- 1982 Bentz, Alfred: Über den heutigen Stand der Erdölerschließung in Deutschland. Vortrag gehalten auf der Generalversammlung des Tiefbohrtechnischen Vereins am 15. September 1934 in Goslar, S. 8, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 159, unpubl. Vgl. auch Kockel, *Ölpolitik* (2005), S. 105.
- 1983 Bericht über die Verwaltung und die Tätigkeit der PGLA in den Jahren 1934 und 1935 (1. Januar 1934 bis 31. Dezember 1935), 2.2.1936, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 34–47, hier Bl. 40. Noch 1962 wurde „das gute Einvernehmen zwischen den amtlichen wissenschaftlichen Bearbeitern und den entsprechenden Bearbeitern der Erdölindustrie“ in den von Bentz eingerichteten Austauschsitzungen hervorgehoben. „Auf ihnen wurden unter Führung von Prof. Bentz alle wichtigen Aufschlussdaten der Erdöl-Industrie ausgetauscht. Es wurde damit ein früheres Stadium beendet, in dem die Erdöl-Industrie gegeneinander und nicht, wie jetzt, miteinander arbeitete“. Vorschlag auf Verleihung des großen Verdienstkreuzes an den Präsidenten des Amtes für Bodenforschung in Hannover Professor Dr. A. Bentz, ohne Datum (1962), BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 42881, unpubl.
- 1984 So etwa die ‚Schwermineral-Analyse‘, die Erforschung der im Sand und Ton in wenigen Prozentgehalten vorkommenden seltenen Mineralien, die man infolge ihres hohen spezifischen Gewichts isolieren konnte. Vgl. Berg, *Aufgaben* (1942), S. 26. Zu Neuerungen und Veränderungen in der wissenschaftlichen Praxis der deutschen Erdölgeologie vgl. Kockel, *Ölpolitik* (2005), S. 138 f.
- 1985 Vgl. etwa Riedel, *Bemerkungen* (1934), S. 319–321.

aber als nachteilig, da sich in den geringen Durchmesser der Bohrkerne meist nur Bruchstücke derartiger Fossilien fanden, die in vielen Fällen durch das Bohren selbst strukturell verändert, also zerstört worden waren, was ihre Analyse nahezu unmöglich machte. Daher gingen die Geologen zur Mikropaläontologie, also zur Betrachtung und statistischen Erfassung kleiner Lebewesen, wie zum Beispiel Foraminiferen oder Radiolarien über, die in den Bohrproben in großer Zahl enthalten waren. Mit Hilfe besonderer Präparierungsmethoden (Zerbrechen, Schlämmen und Trocknen der Gesteinsproben) wurden die Schalen dieser nunmehr zu ‚Leitfossilien‘ avancierenden Kleinstlebewesen aus den Bohrkernen gewonnen, als „Schichtenzeiger“ genutzt und ausgewertet.¹⁹⁸⁶ Aufgrund ihres spezifischen Wissens kam den Mikropaläontologen „zuweilen die Rolle der ‚letzten Entscheidung‘ zu“, da die Geologen erst mit ihrer Hilfe das ihnen vorliegende stratigraphische und tektonische Bild abrunden konnten, das ohne sicher erkennbare Makrofossilien oder nur auf der Grundlage petrographischer Methoden nicht so eindeutig zu erhalten war.¹⁹⁸⁷

Angesichts der Bedeutung der ‚chronologischen Geologie‘ hatte sich die in den USA stark geförderte Mikropaläontologie seit 1931 auch in Deutschland von den Laboratorien der Erdölfirmer und der PGLA ausgehend allmählich durchgesetzt.¹⁹⁸⁸ Im Geologischen Dienst Preußens sollte die wissenschaftliche Untersuchung der Bohrproben, „soweit die Mikrofauna in Frage“ kam, durch die 1933 eingerichtete Untersuchungsstelle für Mikropaläontologie (‚Mikrostelle‘) erfolgen, die dem Erdölinstitut angegliedert wurde und deren Leitung zunächst Robert Potonié übernahm, bevor Carl Adam Wicher (NSDAP 1933) 1935 an seine Stelle trat.¹⁹⁸⁹ Zur Förderung ihrer Arbeiten gingen auch die Mikropaläontologen ab 1937 dazu über, ihre Erfahrungen in regelmäßigen Austauschsitzen mit den Erdölfirmer zu teilen.¹⁹⁹⁰ Dabei zeigte sich schnell, dass die wenigen auf diesem neuen Gebiet tätigen Experten mit Arbeiten bald überlastet waren, da sie über die „Deutung der erbohrten Profile“ hinaus auch für Erzbohrungen und für die Klärung stratigraphischer Fragen bei der Kartierung, bei Baugrund-, Wasser- und anderen Schurfbohrungen herangezogen wurden.¹⁹⁹¹ Da sich der Aufgabenkreis der ‚Mikrostelle‘ innerhalb

1986 Auf der Suche nach Erdöl in Deutschland. Fossile Kleinlebewesen als Schichtenanzeiger, in: Danziger Vorposten Nr. 22 vom 22.1.1941, BArch Berlin, NS 5-VI, Nr. 17023, unpag.; Potonié, Robert: Die Bedeutung der Leitfossilien für die erdgeschichtliche Forschung, in: Beilage zum fachlichen Schulungsblatt der DAF „Stein und Erde“, Ausgabe B, Nr. 5 vom 19.5.1936, ebd., unpag.; Wedekind, Ölbohrungen (1937), S. 12–14; Berg, Aufgaben (1942), S. 25–29.

1987 Hensoldt, Voraussetzungen (1938), S. 133.

1988 Maßgeblich dazu Roolf, Erdölförderung (2016), S. 230–267. Siehe auch Hansert, Senckenberg-Forschungsmuseum (2018), S. 132–134.

1989 Vgl. Niederschrift der Sitzung zur Begründung eines Instituts für Erdölgeologie an der PGLA, 22.2.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86424, unpag.; Tätigkeitsbericht PGLA 1934 (1935), S. 12. Der Hinweis auf die Bezeichnung „Mikrostelle“ findet sich in Tätigkeitsbericht PGLA 1938 (1939), S. 30. Zu Potonié und Wicher siehe Anhang Biographien.

1990 Vgl. Tätigkeitsbericht PGLA 1937 (1938), S. 29; Potonié, Wert (1936), S. 890; Fahrion, Geschichten (2009), S. 79–81.

1991 Hiltermann, Mikropaläontologie (1949), S. 203; Bentz, Erdölgeologie (1948), S. 70. Die

kurzer Zeit „regional und sachlich“ wesentlich erweiterte, wurde sie 1938 in die drei Referate „Paläozoikum und Mesozoikum“ (Leiter: Wicher), „Tertär Süddeutschlands und der Ostmark“ (Leiter: Karl Staesche, NSDAP 1937) und „Tertiär Norddeutschlands“ (Leiter: Heinrich Hiltermann, NSDAP 1937, SA 1933–1937) aufgeteilt.¹⁹⁹²

Die Entscheidung zur Durchführung und Finanzierung des Reichsbohrprogramms gab auch „Anlass für einschneidende Veränderungen der Rechtsgrundlagen bei der Erdölgewinnung“.¹⁹⁹³ Sie liefen darauf hinaus, das Erdöl „aus dem Eigentum des Grundeigentümers unter die Berghoheit und schließlich in die Verfügungsgewalt des Staates“ zu bringen.¹⁹⁹⁴ Einen „Wendepunkt für die deutsche Erdölindustrie“ markierte die so genannte „Erdölverordnung“ vom 13. Dezember 1934, durch die der Staatsvorbehalt für Erdöl im gesamten preußischen Staatsgebiet eingeführt und der Grundeigentümerbergbau abgeschafft wurden.¹⁹⁹⁵ An ihrer Ausarbeitung war Bentz ebenso beteiligt, wie an der Gestaltung des Preußischen Erdölgesetzes vom 12. Mai 1934 und des Lagerstättengesetzes vom 4. Dezember 1934.¹⁹⁹⁶ Die Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl stand nun nur noch dem Staat zu, der die Ausübung des ihm vorbehaltenen Rechts auf andere Personen übertragen konnte. Dagegen erlosch das Recht des Grundeigentümers zur Aufsuchung und Gewinnung von

-
- 1992 Bezeichnung „geologische Chronologie“ findet sich bei Wedekind, Ölbohrungen (1937), S. 12. Vgl. Tätigkeitsbericht PGLA 1938 (1939), S. 30; Schott/Udluft, Arbeiten (1968), S. 102. Zu Staesche und Hiltermann siehe Anhang Biographien.
- 1993 Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 171. Die im Auftrag des Exilvorstandes der SPD herausgegebenen „Sopade“-Berichte befassten sich im Zuge einer im April 1934 erschienen Denkschrift über die „Aufrüstung Deutschlands“ mit der deutschen Autarkiepolitik. Darin wurde nicht nur auf das 20 Millionen RM umfassende Bohrprogramm der NS-Regierung verwiesen, sondern auch auf das Erdölinstitut der PGLA und „ein besonderes Erdölgesetz (...), das die Erdölgewinnung rechtlich erleichtern“ und „die staatliche Kontrolle dieses zukunftsreichen Wirtschaftszweiges“ sichern sollte. Die Aufrüstung Deutschlands. Eine Denkschrift über Umfang, Tempo und Art, April 1934, in: Deutschland Bericht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sopade, im Auftrag des Exilvorstandes der Sozialdemokratischen Partei, Paris 1 (1934), S. B 28 f. (in <https://collections.fes.de/historische-presse/periodical/zoom/329311>, eingesehen am 18.4.2024).
- 1994 Schirner, Karl: Der Weg der deutschen Erdölgewinnung. Mit einem Vorwort von Major A.E. Gunther. British Oil Fields Investigation 912 Military Government, Celle, Juni 1945, S. 14, BGR-Archiv Hannover, Nr. 58323, unp.
- 1995 Verordnung des RWM und Pr. MWA über die Berechtigung zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl und anderen Bodenschätzen (Erdölverordnung) vom 13.12.1934 (1934), S. 356–357. Siehe auch Verordnung des RWM und Pr. MWA zur Änderung der Erdölverordnung vom 11.9.1936 (1936), S. 308; Schirner, Karl: Der Weg der deutschen Erdölgewinnung. Mit einem Vorwort von Major A.E. Gunther. British Oil Fields Investigation 912 Military Government, Celle, Juni 1945, S. 4, BGR-Archiv Hannover, Nr. 58323, unp. Die Grundlage für die Erdölverordnung bildete das Phosphoritgesetz vom 16.10.1934, das den Staatsvorbehalt für phosphorhaltige Mineralien und Gesteine einführt und in seinem § 8 die Bestimmung enthielt, dass die Vorschriften dieses Gesetzes auch auf andere, dem Verfügungsrecht des Grundeigentümers unterliegende Mineralien und Gesteine, Anwendung finden könnten. Phosphoritgesetz vom 16.10.1934 (1934), S. 269–270.
- 1996 Vgl. Schott/Udluft, Arbeiten (1968), S. 100; Schott, Alfred Bentz (1965), S. XXXV; Schultze, Alfred Bentz (1965), S. 245.

Erdöl, Erdgas und Bitumen. Lediglich Verträge, die vor Inkrafttreten der Erdölverordnung abgeschlossen worden waren, blieben von den Bestimmungen unberührt.¹⁹⁹⁷ „Der bis dahin vorherrschende Grundeigentümerbergbau hatte zu einer Zersplitterung der Flächen geführt, so dass es für die Erdölunternehmen schwer war, zu geschlossenen Gerechtsamenkomplexen zu gelangen.“¹⁹⁹⁸

Durch die neuen Bestimmungen war es dem Staat nun aber möglich, „einheitliche, meist auf fünf Jahre befristete Konzessionsverträge zu vergeben“, in denen mindestens eine Bohrung niedergebracht werden musste. War diese erfolgreich, bestand die Möglichkeit, das Gelände auf eine Größe von zwei 300 Hektar umfassende Maximalfelder zu strecken, auf denen der Abbau „dann für 30 Jahre gegen einen Förderzins von 5 Prozent gewährt“ wurde. Auf diese Weise sollte ein „einheitlicher Aufschluss der Lagerstätten möglich“ gemacht werden.¹⁹⁹⁹ Für die PGLA bedeutsam war, dass durch die preußische Erdölverordnung ihre Mitarbeit bei der Vergabe von Konzessionen zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl notwendig wurde.²⁰⁰⁰

Das bereits an anderer Stelle erwähnte Lagerstättengesetz vom 4. Dezember 1934 ermöglichte darüber hinaus eine „umfassende geophysikalische Reichsaufnahme“, denn es schuf die Grundlage dafür, das gesamte Reichsgebiet (auch Privatgelände) geologisch und geophysikalisch zu durchforschen und die Ergebnisse in der PGLA als designierter Geologischer Reichsanstalt zentral zu sammeln und auszuwerten.²⁰⁰¹ Die von der PGLA angestrebte planmäßige geophysikalische Vermessung des Reichsgebiets sollte das Bohrprogramm flankieren und war wesentlicher Bestandteil der von Bentz und Barsch

1997 Auszüge dem Jahrbuch der Deutschen Mineralwirtschaft von K.-H. v. Thümen, Ausgabe 1939/40 betr. Rechtsvorschriften für die Erdölgewinnung, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86424, unpag.

1998 Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 171.

1999 Ebd.; Grieger/Karlsch/Köhler, Expansion (2020), S. 54 f.; Kasper, Erdölgewinnung (1974), S. 317. Zu analogen Entwicklungen in den anderen deutschen Ländern vgl. Thielmann, Entwicklung (1942), S. 238 f. Zu weiteren berggesetzlichen Regelungen, etwa dem preußischen Gesetz vom 18.12.1933, das für alle Bohrungen tiefer als 100 m eine bergpolizeiliche Aufsicht einführt, der am 12.5.1934 in Preußen erlassenen „Erdölverordnung“, durch die die Berggesetzgebung auf Erdöl ausgedehnt wurde, oder dem am 1.12.1936 erlassenen Gesetz zur Erschließung von Bodenschätzen, dass jeden Bergbauberechtigten zur Aufsuchung und Gewinnung von Vorkommen verpflichtete (Betriebszwang), vgl. Kasper, Erdölgewinnung (1974), S. 318; Hamann, Gesetzgebung (1934), S. 4–12. Siehe zudem Gesetz über die Beaufsichtigung von unterirdischen Mineralgewinnungsbetrieben und Tiefbohrungen vom 18.12.1933 (1933), Berlin 1933, S. A67; Ausführungsanweisung des Ministers zum Gesetz über die Beaufsichtigung von unterirdischen Mineralgewinnungsbetrieben und Tiefbohrungen vom 18.12.1933 (1933), S. A68; Gesetz zur Erschließung von Erdöl und anderen Bodenschätzen (Erdölgesetz) vom 12.5.1934 (1934), S. 97–99; Gesetz zur Erschließung von Bodenschätzen vom 1.12.1936 (1936), S. 422–423; Erlass des RWM vom 16.2.1937 betr. Ausführung des Gesetzes zur Erschließung von Bodenschätzen (1936), S. 545–548.

2000 Vgl. Tätigkeitsbericht PGLA 1935 (1936), S. 70.

2001 Kasper, Erdölgewinnung (1974), S. 317 f.; Thielmann, Entwicklung (1942), S. 241; Schirner, Karl: Der Weg der deutschen Erdölgewinnung. Mit einem Vorwort von Major A.E. Gunther. British Oil Fields Investigation 912 Military Government, Celle, Juni 1945, S. 16, BGR-Archiv Hannover, Nr. 58323, unpag.

seit 1932 gemeinsam ausgearbeiteten Forschungsagenda. Während die PGLA als Deutschlands erdölgeologischer Primus Initiator und Lenker des Bohrprogramms war, ging die konzeptionelle Planung der geophysikalischen Reichsaufnahme aber auf eine Gruppe wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen zurück, in der die PGLA nur einer von mehreren Akteuren war, was ihrer zunächst noch intermediären Stellung im Bereich der Geophysik entsprach.

Im Januar 1934 hatte sich der Direktor des Geophysikalischen Instituts der Universität Göttingen, Gustav Angenheister, bei der DFG um die Förderung seiner Forschungen bemüht und in seinem Antrag darauf verwiesen, dass „zur vollen bergbaulichen Ausnutzung der Bodenschätze“ des Reiches „eine vollständige geophysikalische Vermessung Deutschlands eine notwendige Voraussetzung“ bilde.²⁰⁰² Um diesen Gedanken zu vertiefen, hatte Angenheister eine Denkschrift formuliert, die am 12. Mai 1934 Gegenstand eingehender Besprechungen zwischen Ernst Kohlschütter und Heinz Schmehl vom Geodätischen Institut in Potsdam, Alfred Nippoldt vom Magnetischen Observatorium in Potsdam, Heinrich August Sieberg und Otto Meisser von der Reichsanstalt für Erdbebenforschung in Jena, Barsch, Bentz, Reich und von Seidlitz von der PGLA sowie Angenheister war.²⁰⁰³ Zwar bestand unter allen Beteiligten Konsens darüber, „dass auf diesem Gebiete etwas geschehen“ müsse, allerdings legten Bentz und von Seidlitz Wert darauf, Fragestellung und Stoßrichtung der Reichsaufnahme auf das Bohrprogramm auszurichten. Durch planmäßiges Vorgehen sollten die bestehenden Lücken in den geophysikalischen Untersuchungen der an ihren Konzessionsbesitz gebundenen Privatfirmen ausgefüllt, die Arbeiten selbst auf verschiedene Forschungsinstitute und Privatfirmen verteilt werden.

Zur Durchführung der Untersuchungen riefen die Anwesenden eine „Kommission zur geophysikalischen Reichsaufnahme“ (v. Seidlitz, Kohlschütter, Nippoldt, Sieberg, Angenheister) ins Leben, deren Vorsitz der PGLA-Präsident von Seidlitz übernahm. Um die für die Aufnahmen zunächst erforderlichen 335.000 RM zu erhalten, sollten Angenheister, Barsch und Kohlschütter eine Denkschrift ausarbeiten, die sich an das RWM, die DFG und die Deutsche Gesellschaft für Mineralölforschung als potenzielle Geldgeber richtete. Darüber hinaus sollte „durch mündliche Fühlungnahme mit den interessierten Stellen“ für eine „günstige Aufnahme der Denkschrift und des in derselben enthaltenen Antrages“ gesorgt werden.²⁰⁰⁴

2002 Gustav Angenheister (Geophysikalisches Institut, Universität Göttingen) an Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft [DFG], 2.1.1934, BArch Berlin, R 73, Nr. 10061, unpubl.

2003 Vgl. hier und im Folgenden Protokoll über die Sitzung der Geophysikalischen Institute in der Geologischen Landesanstalt, 12.5.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 68050, unpubl.

2004 Ebd. Siehe auch Kockel, Ölpolitik (2005), S. 110. Kockel verweist darauf, dass Südbayern zunächst von den Maßnahmen des Reichsbohrprogramms nicht betroffen war, weil dort, Bentz zufolge, „amerikanisches Kapital die Erdölinteressen in Händen“ hatte. Ebd., S. 110. Allerdings sorgte von Seidlitz als DFG-Gutachter dafür, dass auch die Erforschung Oberbayerns nicht zu kurz kam, indem er sich für die von dem Bonner Geologen Max Richter geplante Aufnahme des bayerischen Flyschgebietes zwischen Isar, Tegernsee und Schliersee aussprach, das „ja bekanntlich durch die Erdölvorkommen von Tegernsee von besonderer Bedeutung“ war. Max Richter (Geologisch-Paläontologisches Institut, Universität Bonn) an

Hinter den Kulissen bemühte sich von Seidlitz nicht nur um die Unterstützung des Staates (z.B. RFM, Reichswehrministerium), sondern ebenso auch um die der Industrie (z.B. Seismos, Wintershall A.G.). Darüber hinaus beauftragte er Barsch bei der Ausarbeitung des Arbeitsprogramms darauf zu achten, dass die PGLA bei allem „die Führung“ behielt, womit er sich nicht nur auf die wissenschaftliche Ausrichtung, sondern auch auf die Geschäftsführung der Reichsaufnahme bezog.²⁰⁰⁵

Die „Denkschrift über die Notwendigkeit einer geophysikalischen Untersuchung Deutschlands“ lag zwei Wochen später vor.²⁰⁰⁶ Gleich in ihrer Einleitung wurde deutlich, dass der Forderung der PGLA, die Reichsaufnahme in erster Linie auf eine systematische Erfassung der Erdöllagerstätten auszurichten, Rechnung getragen wurde. So argumentierten die Wissenschaftler, dass der Treibstoffbedarf für die zunehmende Motorisierung Deutschlands zu zwei Dritteln aus dem Ausland bezogen werden müsse. „Aus valutarischen und wehrtechnischen Gründen“ sei diese Abhängigkeit vom Ausland aber auf Dauer untragbar, weswegen die synthetische Treibstoffproduktion und die Förderung aus natürlichen Erdölquellen unbedingt zu steigern seien. Insbesondere letztere sei jedoch nur auf der Grundlage eingehender geologischer Kenntnis des tieferen Untergrunds möglich, woraus sich die Notwendigkeit ergebe, sich vor dem Ansetzen der bekanntermaßen zeitaufwendigen und kostspieligen Bohrungen, ein eingehendes Bild über den Aufbau der Erdschichten zu verschaffen. Die Möglichkeit hierzu bilde die Geophysik, mit deren Hilfe man die Untergrundverhältnisse systematisch abtasten und dann die geologischen Folgerungen ziehen könne. Bei der Darstellung der geplanten geologisch-geophysikalischen Gemeinschaftsarbeiten orientierte sich die Denkschrift an den von Bentz vorgegeben Erdölprovinzen und der von Barsch geforderten gravimetrischen, magnetischen und seismischen Erforschung der dort jeweils vorkommenden Groß- und Kleintektonik (großzügige Reichs-, Spezial- und Kleinvermessung der aussichtsreichen Objekte), was deutlich macht, dass der PGLA schon zu diesem Zeitpunkt die Federführung bei der inhaltlichen Ausrichtung der geophysikalischen Reichsaufnahme zufiel.²⁰⁰⁷ Wie dem Antrag auf Bereitstellung der dafür benötigten Forschungsmittel zu entnehmen ist, sollten sich die Arbeiten und die dafür vorgesehenen 335.000 RM wie folgt verteilen:

-
- Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft [DFG], 12.5.1935 u. 22.5.1935, BArch Berlin, R 73, Nr. 13949, unpubl.; Gutachten von W. von Seidlitz zum Antrag Richters, 15.6.1935, ebd., unpubl. Vgl. Richter, *Erdöl* (1936), S. 91–96. Zur Kritik der PGLA an den Arbeiten der Amerikaner in Bayern vgl. Kockel, *Ölpolitik* (2005), S. 110–112; Reich, *Aufnahme* (1934), S. 103–106.
- 2005 Wilfried von Seidlitz (PGLA) an „sehr geehrter Herr Kollege [Barsch]“, 12.6.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 68050, unpubl.
- 2006 Hierzu und im Folgenden Denkschrift über die Notwendigkeit einer geophysikalischen Untersuchung Deutschlands. Überreicht von der Kommission zur geophysikalischen Reichsaufnahme, 27.5.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 66179, unpubl.
- 2007 Ebd. Vgl. auch Kockel, *Ölpolitik* (2005), S. 113 f.

1. GROSSVERMESSUNG

- a. Magnetische Übersichtsvermessung durch die geophysikalischen Institute und die PGLA 25.000 RM,
- b. Pendelmessung durch das Preußische Geodätische Institut, die Reichsanstalt für Erdbebenforschung in Jena, das Geophysikalische Institut der Universität Göttingen und die Bergakademie Clausthal 70.000 RM,
- c. Seismische regionale Untersuchungen durch das Geophysikalische Institut der Universität Göttingen und die Reichsanstalt für Erdbebenforschung in Jena 40.000 RM,

2. SPEZIALVERMESSUNG

- a. Für Untersuchungen mit der Drehwaage durch die PGLA und Heranziehung von Privatfirmen 120.000 RM,
- b. Seismische Untersuchungen zur Klärung der Tektonik in aussichtsreichen Gebieten durch Heranziehung von Privatfirmen 80.000 RM.²⁰⁰⁸

Die Denkschrift ging neben der DFG auch dem RWM zu, das signalisierte, im laufenden Rechnungsjahr zwar keine Mittel bereitstellen zu können, aber aus den im nächsten Jahr für die zweite Bohretappe 1935 vorgesehen fünf Millionen RM einen Teil für die geophysikalischen Untersuchungen abzuweichen. Um den sofortigen Beginn der Arbeiten sicherzustellen, wandte sich von Seidlitz daraufhin an Hitlers Wirtschaftsbeauftragten Keppler (Reichskanzlei), der sich nur allzu leicht für den Plan begeistern ließ und sich deswegen an das RFM und Hitler persönlich wandte. Keppler erhielt nicht nur von beiden Seiten grünes Licht, das RWM und die DFG wurden veranlasst, die Anschubfinanzierung der geophysikalischen Reichsaufnahme nicht erst 1935, sondern umgehend in die Wege zu leiten.²⁰⁰⁹ Dass RWM machte daraufhin deutlich, dass bei der Bereitstellung der Mittel aber „nach den von ihm gegebenen Richtlinien“ zu verfahren sei, was der PGLA in die Karten spielte, denn diese Richtlinien sahen vor, dass die Staatsgeologen Bentz und Barsch in die Kommission zur geophysikalischen Reichsaufnahme aufzunehmen waren, die

2008 Antrag auf Bereitstellung von Mitteln für eine geophysikalische Untersuchung Deutschlands, 27.5.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 66179, unp. und BGR-Archiv Hannover, Nr. 68050, unp.

2009 Keppler bat auch seinen Parteifreund Johannes Stark, den Präsidenten der DFG, sich an der Finanzierung der geophysikalischen Reichsaufnahme zu beteiligen, wobei er es nicht unterließ zu erwähnen, dass auch der ‚Führer‘ der Frage der ‚Treibstoffversorgung auf Grundlage eigener Ölschätze (...) mit größtem Interesse‘ gegenüberstehe. Wilhelm Keppler (Der Beauftragte für Wirtschaftsfragen, Berlin) an Johannes Stark (PTR, Berlin), 19.7.1934, BArch Berlin, R 1519, Nr. 65, Bl. 365. Stark, der selbst die Absicht hatte, „den deutschen Boden“ im Rahmen einer größeren DFG-Gemeinschaftsarbeit „systematisch und großzügig auf Ölvorkommen untersuchen zu lassen, sicherte seinerseits Unterstützung zu, musste aber aufgrund seiner zur Neige gehenden finanziellen Mittel, einige Abstriche machen. Stark an Keppler, 21.7.1934, ebd., Bl. 366. (Ich danke Malte Stöcken und Vivian Yurdakul für die Hinweise).

auch die Geschäftsführung und die wissenschaftliche Aufsicht des Gesamtvorhabens übernahmen. Damit standen das Reichsbohrprogramm und die geophysikalische Reichsaufnahme unter der Kontrolle der PGLA.²⁰¹⁰

Nachdem das RWM 235.000 RM und die DFG weitere 100.000 RM bereitgestellt hatten, konnten die geophysikalischen Arbeiten noch im September 1934 beginnen.²⁰¹¹ Sie wurden von der als „Zentralstelle“ agierenden PGLA „geplant, beaufsichtigt und zu einem Teil von eigenen Untersuchungstrupps durchgeführt“. ²⁰¹² Dem Programm folgend ging es zunächst vor allem um die „Schaffung von Unterlagen für die Erdölerschließung“ und deswegen erstreckten sich die Untersuchungen auch auf jene Gebiete, die im Fokus des Bohrprogramms lagen, zunächst hauptsächlich auf das Auffinden von Salzhorsten und anderen für die Erdölgeologie wichtigen Strukturen.²⁰¹³ An ihnen beteiligten sich neben den der Kommission angehörenden Forschungseinrichtungen, noch weitere wissenschaftliche Institute (z.B. Bayerische Kommission für die internationale Erdmessung, Geophysikalisches Institut Universität Leipzig, die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik in Wien ab 1938) sowie Privatfirmen, wie die Seismos GmbH aus Hannover, die Fa. Piepmeyer & Co. aus Kassel oder die Berliner Firma A. Weinreich, wobei auf die Seismos der Löwenanteil der bewilligten Mittel entfiel.²⁰¹⁴

Bis zum Frühjahr 1936 waren durch die sich vor allem auf die norddeutsche Tiefebene erstreckenden Arbeiten der nach verschiedenen Verfahren (gravimetrisch, magnetisch, seismisch) arbeitenden Messtrupps bereits 35 neue erdöhlöffige

2010 Sitzung der „Kommission zur Geophysikalischen Reichsaufnahme“, 1.8.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2003335, unpag.; Richtlinien für die geophysikalische Erforschung Deutschlands, 24.7.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 68050, unpag.

2011 Vgl. RWM an RFM, 24.10.1934, BArch Berlin, R 2, Nr. 21307, unpag.

2012 Barsch, Aufbau (1937), S. 642. Dort (S. 642f.) auch Darstellung der Anwendung der verschiedenen Messmethoden (Pendel-, Gravimeter-, Drehwaage- und seismische Messungen).

2013 Darüber hinaus waren die geophysikalischen Untersuchungen auch für andere Lagerstätten relevant, so z.B. Kohle und Erze. Bericht über die geophysikalischen Arbeiten seit Beginn der geophysikalischen Reichsaufnahme vom 1. Oktober 1934 bis zum 1. Oktober 1935, BGR-Archiv Hannover, Nr. 68050, unpag.

2014 Vgl. Reich, Arbeiten (1938), S. 23. Auf die hunderte von Seiten umfassenden Berichte der geophysikalischen Reichsaufnahme kann an dieser Stelle nur verwiesen werden. Vgl. etwa Bericht über die Geophysikalische Reichsaufnahme in der Zeit vom 15. September bis 15. November 1934, ohne Datum, BGR-Archiv Nr. 68050, unpag. In der Akte finden sich noch zahlreiche weitere, sich bis ins Jahr 1944 erstreckende Berichte und Sitzungsprotokolle. Dazu zählen auch die 250 sich über den Zeitraum von 1934 bis 1945 erstreckenden Berichte von Georg Hermann Reich über die seismischen Arbeiten. Diese Berichte finden sich in BGR-Archiv Hannover, Nr. 67912 (1934–1941) und Nr. 67913 (1941–1945). Der Hinweis darauf, dass die Seismos „die umfangreichsten Aufträge“ erhielt, findet sich in Rechnungshof des Deutschen Reiches an RFM, 28.10.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21542, unpag. Die Seismos förderte neben dem in Deutschland bekannten refraktionsseismischen Verfahren auch die Reflexionsseismik, mit der sich weit tiefere Horizonte verfolgen ließen, als durch refraktierte Wellen. Vgl. Trappe, Neuere Anwendungen (1936), S. 384–387; ders., Anwendungen (1936), S. 901–904; Bericht von Reich über eine Sitzung im Erdölinstitut der PGLA betr. Grundsätzliches zur Einsetzung der seismischen Methode in das Programm der geophysikalischen Reichsaufnahme, 6.11.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 68050, unpag.

Strukturen entdeckt worden, zu denen in den beiden folgenden Jahren noch weitere 107 neuentdeckte Strukturen hinzukamen, deren erdölgeologische Bedeutung nicht ausgeschlossen war.²⁰¹⁵ Im Jahr darauf hatten die gravimetrischen Regionaluntersuchungen, die Aufschluss über die unterirdischen Großstrukturen vermitteln sollten, die Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein vollständig, Mecklenburg, Braunschweig und die Provinz Pommern zum größten Teil, und weite Gebiete der Provinzen Sachsen und Brandenburg, des Oberrheintals bis Frankfurt am Main und einen Teil bayerischen Hochebene erfasst.

Die sich daran anschließende Aufgabe, in den „als günstig erkannten höffigen Zonen nach Spezialstrukturen für eine bestimmte Lagerstätte zu suchen“, führte zu ersten bemerkenswerten Ergebnissen, wie „die sehr guten Erdölfunde von Neuengamme, Meckelfeld und Heide, die Erdölfunde von Gifhorn, Sottorf, Wienhausen und die gesamten neuen Funde im Rheintal“ zeigten.²⁰¹⁶ So, wie die bekannten Erdölvorkommen von Wietze, Nienhagen, Eddesse und Oberg an den Rändern großer Massive lagen, ergaben auch die neuen Funde, so etwa in Gifhorn (Erdöl) und Neuengamme (Erdgas), dass auch diese Vorkommen in den Randzonen von Hochgebieten lagen, was die Geologen zu dem vorläufigen Schluss führte, dass insbesondere „die Randzonen der Massive für die Erdölführung besonders günstig“ waren. In diesen Zonen lagen „ja auch die großen tief hinabreichenden Verwerfungsspalten, an denen sich das Vorland (...) seit jeher auf- und abbewegt“ hatte. Wie Barsch im Ergebnis der geophysikalischen Messungen und der sich ihnen anschließenden fundigen Bohrungen betonte, würden diese Verwerfungsspalten „sowohl das Aufsteigen der plastischen Salzmassen als auch die Migration des Erdöls aus der Tiefe in poröse Mantelgesteine der Salzpfiler“ begünstigen. Aus diesen Gründen seien „die Randzonen der alten Massive als besonders erdölhöffig in erster Linie speziell auf Erdölstrukturen und Erdölführung hin“ zu untersuchen.²⁰¹⁷ Die Unterlagen gingen schließlich dem Reichsbohrprogramm zu und bildeten Grundlage für die Entdeckung neuer Strukturen, von denen den Erdölfirmen allein in Nordwestdeutschland im Herbst 1938 68 als Konzessionen angeboten werden konnten.²⁰¹⁸ Wie sich im weiteren Verlauf zeigte, befanden sich unter ihnen tatsächlich bis dahin unbekannte Erdölvorkommen, so etwa in Heide, Reitbrook, Meckelfeld, Ehra, Gifhorn, Sottorf, im Emsland und schließlich auch in Baden.²⁰¹⁹

2015 Vgl. Barsch, Übersicht (1935), S. 111; Closs/Wolff, Entwicklung (1939), S. 280 f.

2016 Aufgaben und Aufbau der geophysikalischen Abteilung [der PGLA] ohne Datum (um 1937), BGR-Archiv Hannover, Nr. 130600, unp.

2017 Barsch, Reichsaufnahme (1936), S. 1038. Wie die Geologen zudem vermerkten, nahm infolge der Ergebnisse der geophysikalischen Aufnahmen beispielsweise in Schleswig-Holstein „das bisherige geologische Bild des Untergrundes völlig neue Formen“ an. Bentz, Alfred u. Closs, Hans: Erdöl und geophysikalische Reichsaufnahme in Großdeutschland, Sonderdruck aus „Oel und Kohle vereinigt mit Petroleum“ 1939, Heft 41, S. 731, BGR-Archiv Hannover, Nr. 1953 K 952, hier S. 5.

2018 Vgl. Tätigkeitsbericht PGLA 1938 (1939), S. 30.

2019 Vgl. Kasper, Erdölgewinnung (1974), S. 312. Zum „Ablauf des Reichsbohrprogramms“ siehe auch Kockel, Ölpolitik (2005), S. 164–171.



Abb. 39: Refraktionsseismisches Verfahren. Zündung der Sprengladung (im Vordergrund), an den Fluchtstäben stehen die Geophone, der Pkw enthält u.a. den Oszillographen für die Zeitmessung, der mit den Geophonen verbunden ist.²⁰²⁰



Abb. 40: Registrierwagen der Prakla zur Aufnahme seismischer Wellen (Gifhorn um 1936).



Abb. 41: Inneneinrichtung des Registrierwagens.²⁰²¹

„Nutznießer dieses großen wissenschaftlichen Vorhabens“ waren die Erdölunternehmen, die die im Zuge der Reichsaufnahme zusammengetragenen Informationen kostenlos zur Auswertung erhielten.²⁰²² Die Messergebnisse

2020 Aus: Zeitschriftenartikel „Die Technische ‚Wünschelrute‘. Seismische und elektrische Aufschlussverfahren als Hilfsmittel der Bodenforschung“ (Zeitschrift unbekannt), BArch Berlin, NS 5-VI, Nr. 17023, unpaginiert.

2021 Die Abbildungen 40 und 41 finden sich BGR-Archiv Hannover, Nr. 59953, unpaginiert.

2022 Kasper, Erdölgewinnung (1974), S. 312.

der Kommission wurden aber nur jenen Firmen zugänglich gemacht, die sich am Austausch dieser Ergebnisse beteiligten.²⁰²³ Wie Bentz 1936 vermerkte, nahmen inzwischen „alle bedeutenderen Firmen der deutschen Erdölindustrie an diesem Austausch teil“.²⁰²⁴ Wie wichtig er für die Firmen war, zeigte sich in der Anregung der Deutschen Vacuum Oel A.G. vom März 1937, auch auf dem Gebiet der Geophysik zu regelmäßigen Austauschsitzen überzugehen.²⁰²⁵ „Beim jetzigen Zustande“, so die Firma, lasse „sich ein Wettlauf der Erdölfirimen um die jeweiligen neuesten Ergebnisse“ der geophysikalischen Untersuchungen nicht vermeiden. Folglich sei es sinnvoll, in „etwa monatlichen Abständen Austauschsitzen geophysikalischer Art“ einzuberufen, „in denen jeweils gleichzeitig allen interessierten Firmen“ Mitteilung über die Ergebnisse der Reichaufnahme und das von den beteiligten Firmen eingereichte Material gegeben werde.²⁰²⁶ Tatsächlich folgten die Geophysiker dem Beispiel der Erdölgeologen und der Mikropaläontologen und gingen ab Juli 1937 auch dazu über, vierteljährliche Austauschsitzen an der PGLA abzuhalten.²⁰²⁷ Während die Mittel zur Finanzierung der geophysikalischen Reichaufnahme zunächst aus dem Reichsbohrprogramm entnommen wurden, ging das RWM 1936 zu einer selbständigen Finanzierung der Aufnahmearbeiten über, indem es sie aus dem Bohrprogramm herausnahm. Damit verbunden war ein deutlicher Anstieg der Bewilligungen für die Geophysiker, da sie in Folge des Vierjahresplans angehalten waren, den Nachweis ‚bohrreifer Gebiete‘ zu beschleunigen und die Gesamtaufnahme bis Ende des Rechnungsjahr 1938 abzuschließen (siehe Tab. 37).

-
- 2023 Vgl. PGLA an Deutsche Erdölgesellschaft Born (Kiel), 24.9.1935, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 163, unpag.; Protokoll über eine Besprechung zur Freigabe geophysikalischer Untersuchungen durch die Privatindustrie, 14.2.1935, BGR-Archiv Hannover, Nr. 68050, unpag.
- 2024 Vgl. Bericht Nr. 5 und 12 von Alfred Bentz (PGLA), der Fachgruppe Mineralöle und Mineralölprodukte, von Bergrat Dr. Friedrich Otto Eduard Kast (RWM) und Direktor Hans Brochhaus (Gewerkschaft Elwerath, Hannover) über Organisation der Gewinnung, Raffination und Verteilung von Erdöl und Erdölzerzeugnissen, sowie Erhaltung von Erdöl und Naturgas, ohne Datum (um 1936), NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 159, unpag.
- 2025 Die geophysikalischen Austauschsitzen gewannen vermutlich auch deswegen an Gewicht, weil die Sitzungen der Kommission zur geophysikalischen Reichaufnahme allmählich einschliefen. Vgl. Closs, Reichaufnahme (1974), S. 119.
- 2026 Walter Kauenhowen (Deutsche Vacuum Oel A.G., Rohöl-Abteilung, Gruppe Geologie) an die Kommission zur geophysikalischen Reichaufnahme bei der PGLA, 11.3.1937, BGR-Archiv Hannover, Nr. 68050, unpag.
- 2027 Die erste Geophysikalische Austauschsitzen fand Ende Juli 1937 statt. Vgl. Protokolle der geophysikalischen Austauschsitzen, 30.7.1937 u. 5.11.1937, ebd., unpag.; Barsch, Aufbau (1937), S. 642; Closs/Wolff, Entwicklung (1939), S. 277.

Tab. 37: Bewilligungen aus dem Etat des RWM für die Geophysikalische Reichsaufnahme 1934 bis 1939 in RM.²⁰²⁸

Rechnungsjahr	Geophysikalische Reichsaufnahme in RM
1934	325.000
1935	870.620
1936	870.000
1937	2.280.000
1938	2.260.000
1939	2.600.000

Zu diesem Zweck wurde die Geophysikalische Abteilung der PGLA – die einzige ihrer Art unter Deutschlands geologischen Diensten – massiv ausgebaut. Umfasste sie 1936 neben drei beamteten Geologen, zwölf wissenschaftliche Angestellte und ebenso viele Zeichner und Hilfskräfte und verfügte damit allein über mehr Personal, als die Geologischen Landesämter von Bayern, Sachsen, Baden, Württemberg, Hessen und Thüringen, so zählte sie zwei Jahre später bereits 20 Wissenschaftliche Angestellte sowie 21 Zeichner und Hilfskräfte.²⁰²⁹

2028 Für 1934, 235.000 RM für Geophysikalische Reichsaufnahme aus Mitteln des RWM und 100.000 aus Mitteln der DFG. Vgl. RWM an RFM, 24.10.1934, BArch Berlin, R 2, Nr. 21307, unpag.; für 1935 735.820 RM aus Mitteln des RWM und 134.800 RM aus Mitteln der DFG. Vgl. DGM an RWM, 6.3.1935, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86424, unpag.; Staatshaushaltsrechnung für das RJ 1935 Staat Preußen, Rechnung über den Haushalt der Bergverwaltung für das RJ 1935 (Einzelplan XIX), Berlin 1937, S. 564; Verwendungs- und Zeitplan betr. Geophysikalische Reichsaufnahme für das Etatsjahr 1935, ohne Datum, BArch Berlin, R 73, Nr. 14702, unpag.; Vermerk des DFG-Referenten August Wilhelm Fehling für den DFG-Rechnungsprüfer Heinrich John, 26.6.1937, ebd., unpag.; für 1936 860.000 RM vom RWM und 10.000 RM von der DFG vgl. ebd.; Staatshaushaltsrechnung für das RJ 1936 Staat Preußen, Rechnung über den Haushalt der Bergverwaltung für das RJ 1936 (Einzelplan XIX), Berlin 1938, S. 548; für 1937 und 1938 vgl. RWM an RFM, 2.12.1938, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpag.; für 1939 RFM an RWM, 30.1.1939, ebd., unpag. Angesichts der seit 1937 für Keplers Dienststelle aufgebrauchten Mittel für zusätzliche Erdölbohrungen, die bergmännische Erschließung von Ölfeldern und für Bodenforschungsarbeiten (siehe Tab. 30) zog das RFM zwischenzeitlich in Erwägung, die dem RWM für die geophysikalische Reichsaufnahme zur Verfügung gestellten Mittel zu kürzen und die Aufnahmearbeiten über Keplers Budget zu finanzieren. Bis zur Bildung der RfB schien das Gros der Mittel für die geophysikalische Reichsaufnahme aber aus dem Etat des RWM zu stammen. Vgl. etwa Vermerk des RFM, 9.7.1937, BArch Berlin, R 2, Nr. 21310, unpag.

2029 Vgl. Versé (PGLA) an RWM, 1.12.1936, GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 7042, unpag. Der Hinweis, dass es an keiner der RfB-Zweigstellen eine Geophysikalische Abteilung gegeben hat, findet sich in Die Geologie in Deutschland in den letzten 8–10 Jahren, insbesondere die Tätigkeit der Deutschen Geologischen Landesanstalt (bisher: Reichsamt für Bodenforschung), ohne Datum (um 1945), BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026377, Bl. 33; Personalbestand PGLA am 31.3.1939 (1939), S. 70. Hinweise auf Personaleinstellungen im Zusammenhang mit der geophysikalischen Reichsaufnahme finden sich z.B. in: Verfügung von W. von Seidlitz (PGLA), 9.4.1935, BArch Berlin, R 71, Nr. 7, Bl. 26; Dienstvertrag zwischen der PGLA und Dr. Kurt Beyer, 29.11.1934, ebd., Bl. 38 f.; Dienstvertrag zwischen der PGLA

Die Steuerung der „Großaufgabe“ der geophysikalischen Reichsaufnahme lag bei Abteilungsleiter Barsch. Das ihm zudem unterstehende Geophysikalische Institut der PGLA hatte Aufgaben „speziellerer Natur“, denn in ihm wurden „Spezialuntersuchungen mit sämtlichen geophysikalischen Methoden auf Einzellagerstätten“ ausgeführt, so etwa die Aufsuchung und Verfolgung von Erzgängen, die Umgrenzung von Salzhorsten, die Verfolgung soleführender Klüfte in Salzbergwerken oder die Aufsuchung von Mineralquellen, Spalten und Verwerfungen. Zur Auswertung der solchermaßen gewonnenen Ergebnisse bestand darüber hinaus ein Geophysikalisches Laboratorium, in dem „sämtliche geophysikalischen Konstanten der Gesteine bestimmt und die für den Bergbau notwendigen Gesteinsuntersuchungen durchgeführt“ wurden.²⁰³⁰ Da die Aufnahmen der überall im Reich und ab 1938 auch in Österreich und Südmähren agierenden „fliegenden Messtrupps“ aber nicht nur für das Erdöl wichtig waren, sondern dem Staat auch einen Überblick über die eigene Rohstoffgrundlage (z.B. Erze, Kohlen, Salz) lieferten, markierten die geophysikalischen Untersuchungen „ein Arbeitsprogramm auf lange Sicht“ und wurden von der PGLA mit Hilfe der ‚Goebbels-Presse‘ als „wichtige Waffe im Kampf um Deutschlands Rohstofffreiheit“ öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzt.²⁰³¹ Deswegen zogen sie sich auch über das Jahr 1938 hinaus bis in den Zweiten Weltkrieg hin, bevor Keppler die Tätigkeit der Kommission zur geophysikalischen Reichsaufnahme im April 1940 für beendet erklärte und deren Aufgaben auf die RfB übertrug.²⁰³²

-
- und Dr. E. Habermelner, 7.1.1937, BArch Berlin, R 71, Nr. 21, Bl. 37; Dienstvertrag zwischen der PGLA und Dr. Hans Closs, 14.2.1935, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 59738, Bl. 16–16a.
- 2030 Arbeitsplan PGLA 1938 (1938), S. 51. Aus einer Darstellung der PGLA geht hervor, dass sich die Abteilung für Geophysik um 1937 in die Unterabteilungen I. (Pendel-, Gravimeter, Drehwaagemessungen), II. (Refraktions-, Reflexionsseismik, Magnetik), III. (Elektrische Methoden, Radioaktive Methoden, Temperaturmessungen in Bohrlöchern, Prüfung und Verfolgung neuer Methoden – z.B. Gas- oder Temperaturmethode), IV. (Geophysikalisches Laboratorium) und V. (Wünschelrutenangelegenheiten) unterteilte. Vgl. Aufgaben und Aufbau der geophysikalischen Abteilung [der PGLA] ohne Datum (um 1937), BGR-Archiv Hannover, Nr. 130600, unpag.; Closs/Wolff, Entwicklung (1939), S. 282; Schoene, Laboratorium (1939), S. 759–761.
- 2031 Arbeitsplan PGLA 1938 (1938), S. 51; Barsch, Reichsaufnahme (1936), S. 1036–1039; ders., Aufbau (1937), S. 641, 644; Closs/Wolff, Entwicklung (1939), S. 276. Siehe zudem von Zwerger, Verfahren (1938), S. 3 f.
- 2032 Streng geheimer Vermerk über eine Besprechung beim Rohstoff- und Devisenstab, 9.9.1936, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86439, unpag. Der Hinweis auf den für das RJ 1938 terminierten Abschluss der geophysikalischen Reichsaufnahme findet sich in Schlattmann (RWM) an RFM, 3.10.1936, BArch Berlin, R 2, Nr. 21309, unpag. Zur Aufsuchung von Erzlagerstätten im Zuge der geophysikalischen Reichsaufnahme vgl. RWM an RFM (mit anliegender Übersicht über geophysikalische Arbeiten der PGLA zur Aufsuchung von Erzlagerstätten im Etatsjahr 1937), 9.7.1937, BArch Berlin, R 2, Nr. 21310, unpag. Vgl. zudem, vor dem Hintergrund „kriegerischer Verwicklungen“ argumentierend, Georg Hermann Reich (PGLA): Vorschläge zur Aufsuchung notwendiger Rohstoffe in Norddeutschland, 1935, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130600, unpag. Zum Ende der Kommissionstätigkeit nach der Schaffung der RfB siehe Brockamp (RfB Berlin) an Bentz, 15.4.1940, BGR-Archiv Hannover, Nr. 66179, unpag.

Tab. 38: Allgemeiner Zeit- und Verwendungsplan für die Geophysikalische Reichsaufnahme, Rechnungsjahr 1939.²⁰³³

Untersuchungsmethode	Institute und Firmen	Kosten RJ 1939 in RM
Pendel	Geodätisches Institut (Potsdam)	10.000
Gravimeter	Geodätisches Institut (Potsdam), PGLA, Fa. Seismos (Hannover)	607.000
Magnetik	PGLA	12.000
Seismik	PGLA, Fa. Seismos (Hannover)	935.000
Drehwaage	PGLA, Fa. Seismos (Hannover), Fa. Weinreich (Berlin), Fa. Piepmeyer (Kassel), Fa. Dr. Erich Bein (Kassel)	660.150
Elektrik	PGLA	8.000
Sonstige Kosten		
Prüfung neuer geophysikalischer Apparaturen, Gasmessung		39.050
Geophysikalisches Labor		6.000
Reisen		12.000
Gehälter aller Angestellten		180.000
Sachausgaben (Fahrzeuge, Instrumente, Zentralbüro)		100.800
1 Bohrgerät für Flachbohrungen zur Feststellung des Charakters aufgefundener Anomalien		30.000
Gesamtsumme Geophysikalische Reichsaufnahme 1939		2.600.000

Die „in großem Stil“ erfolgenden „Großraumuntersuchungen“ der Geophysiker erwiesen sich für die Wirtschaftsplaner des NS-Regimes als überaus bedeutsam, denn „die richtige Anlage einer deutschen Erdölpolitik“ schien ihnen „erst dann gewährleistet“, wenn sich „die Möglichkeiten der eigenen Erdölerzeugung einigermaßen“ überblicken ließen.²⁰³⁴ In den Haushaltsverhandlungen zwischen dem RWM und RFM wurde zudem deutlich, dass „von der Beantwortung dieser Vorfrage“ die Ausrichtung der deutschen Handelspolitik (z.B. Erdölmonopol, Zollfragen), der Ausbau der heimischen Raffinerien, die Einlagerung von Rohöl und Treibstoffen und nicht zuletzt auch die Entscheidung über die Errichtung teurer ‚synthetischer Anlagen‘ abhingen.²⁰³⁵

2033 Allgemeiner Zeit- und Verwendungsplan betr. geophysikalische Reichsaufnahme für das Etatsjahr 1939 und gleichzeitig für 1940, ohne Datum, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unp.

2034 Zu den Großraumuntersuchungen großen Stils siehe Tätigkeitsbericht PGLA 1936 (1937), S. 29. Zu den wirtschaftspolitischen Aspekten siehe Vermerk des RFM betr. Kap. E. 6 Tit. 12, 11.3.1935, BArch Berlin, R 2, Nr. 15075, Bl. 6–12.

2035 Vgl. ebd. Wie das RFM 1936 vermerkte, waren „die Risiken und die Kapitalaufwendungen bei der Kohlehydrierung höher (...), als bei der Gewinnung von Mineralölbohrungen“. Vermerk des RFM, 23.1.1936, ebd., Bl. 39. „Die Vornahme von Erdölbohrungen ist

Die „Beantwortung der Vorfrage“ konnte aber letztlich nur durch Tiefbohrungen erfolgen und zwar solchen, die sich allein auf die Auffindung neuer Erdölfelder erstreckten. Die Erdölfirmer wurden daher vom Staat auf die von den Geophysikern als „am höffigsten“ identifizierten Gebiete aufmerksam und ihnen Vorschläge zum Abbohren aussichtsreicher Strukturen gemacht, woraufhin die Unternehmen Anträge auf Reichsbohrungen einreichten.²⁰³⁶ Während damit anfangs noch der Nachweis eigener Gerechtsame verbunden war, wurden die Konzessionen später aus dem Programm der Reichsaufnahme vergeben.²⁰³⁷

Die von Bentz (PGLA) und Pasel (RWM) vorgenommene Verteilung der über das Bohrprogramm finanzierten ‚Reichsbohrungen‘ (RB), die Festlegung der Bohrpunkte und -tiefen erfolgten „systematisch in der Art“, dass jedes dieser Gebiete im ersten Jahr mit etwa einem Viertel der Bohrungen belegt wurde, die voraussichtlich zum vollständigen Aufschluss innerhalb der zunächst vorgesehen Programmlaufzeit von vier Jahren notwendig waren.²⁰³⁸ Die vom Staat zur Verfügung gestellten Beihilfen beschränkten sich grundsätzlich nur auf unbekanntes Terrain und hatten „ausschließlich den Zweck, neue Erdölfelder aufzuschließen und im Falle der Fündigkeit den Weiteraufschluss der Privatinitiative zu überlassen“. Sie dienten also nicht der direkten Steigerung der deutschen Erdölförderung, sondern sollten diese erst ermöglichen. Aus diesem Grund sah man auch davon ab, die bereits bekannten produktiven Erdölfelder Preußens durch Beihilfen zu fördern, weil dies die Unternehmen wegen der hiermit verbundenen Gewinnaussichten dort von allein taten.²⁰³⁹ „Nach den Grundsätzen der Reichsbohrdarlehensverträge schied ein Gebiet, an dem eine neue Ölfündigkeit produktiver Art erreicht war, aus der Reichszuschussfähigkeit aus, d.h. die nunmehrige Fortsetzung der Bohrtätigkeit war ausschließlich Sache der betreffenden Erdölgesellschaft“.²⁰⁴⁰

aus nationalwirtschaftlichen Gründen sehr dringlich, da die Einstellung der deutschen Mineralölwirtschaft wesentlich davon abhängt, ob und inwieweit eine Möglichkeit der eigenen Erdölherzeugung gegeben ist. Besonders gilt dies für die Frage der Erstellung von Hydrieranlagen zur Gewinnung von synthetischem Benzin, bei dem das Reich auf Grund von Garantien mit erheblichen Zuschüssen in Anspruch genommen wird. Es liegt daher im Interesse des Reiches, dass mit möglichster Beschleunigung Bohrversuche zur Auffindung neuer, bisher nicht bekannter Erdölfelder vorgenommen werden, um einen Überblick über den Umfang und die Ausbeutungsmöglichkeit des inländischen Erdölvorkommens zu erhalten.“ Vermerk des RFM betr. Bohrbeihilfen zur Erdölerschließung, 16.12.1935, ebd., Bl. 25 f.

2036 Als Beispiele für solche Anträge vgl. Wintershall A.G. (Kassel) an RWM, 22.2.1935, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 7, RBF 177, unpag.; Thüringer Erdöl A.G. an RWM, 23.2.1935, ebd., unpag.

2037 Vgl. Kasper, *Erdölgewinnung* (1974), S. 295.

2038 Vermerk des RFM betr. Kap. E. 6 Tit. 12, 11.3.1935, BArch Berlin, R 2, Nr. 15075, Bl. 6–12.

2039 Ebd.

2040 Schirner, Karl: *Der Weg der deutschen Erdölgewinnung*. Mit einem Vorwort von Major A.E. Gunther. British Oil Fields Investigation 912 Military Government, Celle, Juni 1945, S. 36 f., BGR-Archiv Hannover, Nr. 58323.

Es war also keineswegs so, dass sich die gesamte Bohrtätigkeit in Deutschland sowie ab 1938 in Österreich und den besetzten Gebieten ausschließlich im Rahmen des staatlichen Reichsbohrprogramms vollzog. Zum einen stand es der Industrie frei, sich daran zu beteiligen oder auf eigenes Risiko zu bohren; zum anderen zog sich der Staat nach dem Fündigwerden aus der Förderung zurück und überließ der Industrie die weitere Initiative. Folglich bildete das Reichsbohrprogramm mit seinen von 1934 bis 1945 in elf Bohretappen veranlassten ca. 800 ‚RB’s‘ nur einen Teil der gesamten Bohraktivitäten im ‚Dritten Reich‘ ab, die bei weit mehr als tausend Bohrungen lagen.²⁰⁴¹ So wurden außerhalb des Reichsbohrprogramms liegende Erdölbohrungen etwa auch vom Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe und vom Büro Keppler über die Vierjahresplanorganisation finanziert, die, wie oben bereits gezeigt, allein im Rechnungsjahr 1937 zwölf

- 2041 Vgl. Liste der Reichsbohrungen Nr. 1-969, BGR-Archiv, Hannover, 86424, unpag.; Liste der Reichsbohrungen Nr. 1-1178, ebd., unpag.; Zusammenstellung der mit Darlehen versehenen Reichs-Aufschluss-Bohrungen in den 11 Bohretappen 1934-1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 33087, unpag. So geht aus dem PGLA-Tätigkeitsbericht für 1938 hervor, dass in diesem Jahr etwa 223.000 m angebohrt wurden, von denen 60.000 m Reichsbohrungen mit Reichsdarlehen gewesen seien. Tätigkeitsbericht PGLA 1938 (1939), S. 30. Über die Zahl der im Zuge des Reichsbohrprogramms bis 1945 tatsächlich niedergebrachten Bohrungen bestehen unterschiedliche Auffassungen, zumal auch in den seit 1938 von den Deutschen besetzten Gebieten Reichsbohrungen angesetzt wurden. Während die hier zugrundeliegenden Quellen auf etwa 800 Reichsbohrungen verweisen, ging Kasper von insgesamt 955 Reichsbohrungen aus. Vgl. Kasper, *Erdölgewinnung* (1974), S. 298. Titus Kockel veranschlagt noch höhere Zahlen („zwischen 128 % und 160 %“, der von Kasper ermittelten Werte). Kockel, *Ölpolitik* (2005), S. 164 (Anm. 184). Albert E. Gunther verweist in seinen Analysen der deutschen Ölpolitik im NS einmal auf ca. 800 und an anderer Stelle auf „etwa 900 Aufschlussbohrungen mit Reichsdarlehen“, für die der Staat ca. 50 Millionen RM ausgegeben habe. Der Hinweis auf die ca. 800 Bohrungen findet sich in Gunther, *Oil Fields Investigation* (BIOS FINAL Report No. 1011, Item No. 30), London [1946], hier Volume 2 (B). Reich Drilling Subsidy, Tab. 6: RB-Wells Drilled and Reich Subsidies Granted. Der Hinweis auf ca. 900 Bohrungen findet sich in Gunther, Albert Everard: Gunther: Der deutsche Krieg um Erdöl in Europa 1934-1945. Geschichtliche Enthüllungen [Kap. I-XVI] (Petroleum Times, London, 1947, deutsche Übersetzung), hier Kap. I: Die norddeutsche Industrie: Kampf zwischen Parte und Fachleuten, S. 3, BGR-Archiv Hannover, Nr. 73874. Bentz und seine Mitarbeiter unterschieden auch verschiedene Arten von Bohrungen. Schürfbohrungen stellten flachere Bohrungen von etwa 100-200 Meter Tiefe dar, die zur Klärung tektonischer, stratigraphischer oder fazieller Fragen ausgeführt wurden. Da sie nicht dazu gedacht waren, bestimmte Horizonte auf Öl zu untersuchen, spielten sie für das Reichsbohrprogramm keine Rolle. Dagegen erwiesen sich Aufschlussbohrungen als für das Reichsbohrprogramm zentral, denn dabei handelte es sich um Bohrungen an noch nicht produzierenden Strukturen. Als Erweiterungsbohrungen galten Bohrungen, die entweder in einem Ölfeld zur Untersuchung noch nicht produzierender Horizonte angesetzt wurden (vertikale Erweiterung), oder um Bohrungen, die in Fortsetzung eines Ölfeldes einen schon bekannten Ölhorizont suchten (horizontale Erweiterung). Produktionsbohrungen schließlich wurden auf einen im Feld bereits produzierenden Horizont angesetzt und wurden daher durch das Reichsbohrprogramm nicht bezuschusst. Bemerkungen von Peter Cramer (RfB Berlin) zum Jahresbericht 1942 Produktion und Bohrmeterleistungen der Erdölgesellschaften Rumäniens der geologischen Abteilung Ploiești der Kontinentalen Ölgesellschaft, 3.3.1942, RAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675-1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960-1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 4, RBF 126, unpag.

Millionen RM für Bohrbeihilfen und weitere 5 Millionen RM für die bergbauliche Erschließung von Ölfeldern vorsah. Allerdings erfolgte die Festlegung der Bohrpunkte auch in diesem Fall „jeweils im Einvernehmen“ mit der PGLA.²⁰⁴²

Nachdem die 1934 eingeleitete erste Bohretappe „durchaus ermutigende“ Ergebnisse zeitigte – so ergaben sich in Baden bei Bruchsal und bei Hildesheim zwei „gut produktive Bohrungen“, und auch andernorts wurden „beachtliche Ölmengen“ aufgefunden –, sprach sich das RWM für eine Fortsetzung des Reichsbohrprogramms aus und stellte weitere fünf Millionen RM zur Durchführung der zweiten Etappe in Aussicht. Obwohl seitens der Industrie inzwischen Anträge für über 100 Bohrungen vorlagen, bewilligte das RFM aber letztlich nur vier Millionen Reichsmark.²⁰⁴³ Die Aufstellung des alljährlichen Bohrprogramms lag in den Händen von Bentz, der sich zu diesem Zweck auf die Ergebnisse der geophysikalischen Reichsaufnahme stützte und sich von den Erdölfirmer vor Ort über die neuesten Aufschlüsse Bericht erstatten ließ.²⁰⁴⁴ Da er inzwischen als ‚bekanntester Fachmann‘ auf seinem Gebiet galt, hinterließ es in Regierungskreisen großen Eindruck, als er in einem Gutachten erwähnte, in Deutschland seien „mit Sicherheit“ noch ca. 3,4 Millionen Tonnen Erdöl zu finden.²⁰⁴⁵ Die nüchternen Experten des Wehrwirtschaftsstabes reagierten aber weit weniger überschwänglich, denn unter Fachkreisen bestand Konsens darüber, dass eine Selbstversorgung auf der Grundlage heimischer Ölvorkommen nicht zu erreichen war.²⁰⁴⁶

2042 Vgl. Finanzierungsübersicht des Amtes für deutsche Roh- und Werkstoffe für die Zeit vom 23.10.1936 bis 1.11.1937 einschließlich, hier Nachweisung III der Abt. V, Gruppe I, lfd. Nr. 7 (Erdölbohrungen, Gewerkschaft Augsburg), BArch Berlin R 2, Nr. 19542, unpag.; Erläuterungen von Karl-Günther v. Coelln zu dem für das Haushaltsjahr 1937/38 angesetzten Betrag von 12 Mio. RM für Bohrbeihilfen und Erläuterungen zu dem für 1937/38 angesetzten Betrag von 5 Mio. RM für die bergbauliche Erschließung von Ölfeldern, 28.5.1937, BArch Berlin, R 3101, Nr. 34201, Bl. 22–23; Vermerk von Rudolf Wager (PGLA) über Ölsuren in der Bohrung Sundern 4, 27.2.1939, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 167, unpag.

2043 Vermerk des RFM betr. Kap. E. 6 Tit. 12, 11.3.1935, BArch Berlin, R 2, Nr. 15075, Bl. 6–12; RWM an RFM, 23.12.1935, BArch Berlin, R 2, Nr. 21308, unpag. Die DGM bat vergeblich, den Betrag auf acht Millionen RM zu erhöhen. Vgl. DGM an RWM, 6.3.1935, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86424, unpag. Infolge der Verringerung des staatlichen Zuschusses sanken auch die Beihilfesätze zwischenzeitlich von zunächst 50 % auf 40 bis zum Teil 35 %, was das Risiko für die Firmen erheblich erhöhte. Wilfried von Seidlitz an Keppler, 15.4.1935, BGR-Archiv Hannover, Nr. 88000, unpag.

2044 Das vom Staat ausgehende Bohrprogramm beruhte aber nicht ausschließlich auf staatlicher Planung. Die Initiative lag vielmehr bei den antragstellenden Bohrfirmen, die nach von ihnen angelegten Bohrprogrammen arbeiteten und die von Bentz aufeinander abgestimmt wurden. Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 174 f.

2045 So zumindest Ministerialrat Botho Mulert (RWM) im November 1935. Schlattmann hielt Bentz' Prognose allerdings „für pessimistisch“ und meinte, Deutschland habe „weit höhere“ Reserven. Aktenvermerk des Wehrwirtschaftsstabes über eine Besprechung beim Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft betr. Lage der Betriebsstoffversorgung und Wege zu ihrer Verbesserung, 18.11.1935, BArch-MA Freiburg, RW 19, Nr. 2641, Bl. 271–280, hier Bl. 271.

2046 Vgl. Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 172.

Tab. 39: Übersicht über die in den elf Bohretappen des Reichsbohrprogramms 1934–1945 abgebohrten Bohrmeter, die dafür aufgewendeten Kosten sowie über die fündigen und nicht fündigen Bohrungen.²⁰⁴⁷

Etappen Rechnungsjahr	Endteufe Bohrmeter	Kosten in RM	Fündige Bohrungen	Nicht fündige Bohrungen
I. 1934	68.201	4.808.376	8	68
II. 1935	50.458	3.105.630	6	51
III. 1936	68.276	4.797.415	18	63
IV. 1937	66.611	3.808.221	11	59
V. 1938	70.583	4.935.477	5	70
VI. 1939	42.884	2.884.499	1	48
VII. 1940	46.685	2.912.246	1	42
VIII. 1941	81.011	4.802.574	9	61
IX. 1942	69.361	4.944.125	5	64
X. 1943	121.045	11.433.803	5	113
XI. 1944	48.821	3.418.486	-	56
Gesamt	733.936	51.850.852	69	695

Sie verwiesen darauf, dass die von der Regierung seit 1934 ergriffenen Maßnahmen zur Steigerung der heimischen Erzeugung (Erdölförderung und Synthese) wegen des Zeitrahmens für den Fabrikausbau und des stetig steigenden Bedarfs

2047 Als fündig wurden hier neben eindeutig ‚fündigen‘ auch solche Bohrungen aufgenommen, die „schwache Gase“, einen „Gasausbruch“ oder „Ölspuren“ aufwiesen oder als „gasfündig“ bzw. „ölfündig“ bezeichnet wurden. Bei den nicht fündigen Bohrungen wurden solche aufgenommen, die als eindeutig „nicht fündig“ bezeichnet wurden und solche, die keine Ergebnisse aufwiesen. Vgl. Liste der Reichsbohrungen Nr. 1–969, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86424, unp.; Liste der Reichsbohrungen Nr. 1–1178, ebd., unp.; Zusammenstellung der mit Darlehen versehenen Reichs-Aufschluss-Bohrungen in den 11 Bohretappen 1934–1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 33087, unp. Aus einer Übersicht der RfB von 1945 über die von 1934 bis 1945 gewährten Bohrdarlehen geht hervor, dass in diesem Zeitraum etwa 51,9 Millionen RM gezahlt wurden. Während sich diese Zahl mit der in der obigen Tab. aufgeführten Gesamtsumme fast deckt, wiesen die für die einzelnen Etappen ausgewiesenen Darlehenssummen zum Teil unterschiedliche Werte auf: I. Etappe = 4,8 Mio. RM, II. = 3,1 Mio., III. = 4,7 Mio, IV. = 4,4 Mio RM, V. = 3,8 Mio., VI. = 3,5 Mio., VII. = 4,1 Mio., VIII. = 7,0 Mio., IX. = 7,4 Mio., X. = 7,7 Mio. und XI. = geschätzt 1,1 Mio. RM. Dies hängt möglicherweise damit zusammen, dass in den der Tab. zugrundeliegenden Übersichten der einzelnen Bohretappen auch Bohrungen aufgeführt sind, die z.B. in der Etappe 1935 verzeichnet waren, aber erst im Folgejahr (also 1936) ausgeführt wurden. Auch Kasper, Erdölgewinnung (1974), S. 297 (Anm. 3) und S. 300 (Anm. 3) verwies bereits auf die in den Quellen vorkommenden widersprüchlichen Angaben über die Aufwendungen des Reichsbohrprogramms. Schon 1938 hatte Krauch das von den verschiedenen auf dem Gebiet Mineralöl tätigen Dienststellen zur Verfügung gestellte Zahlenmaterial kritisiert, das zum Teil Unterschiede aufwies, die „z.T. viele Tausende von Tonnen“ betrug. Vergleich des GBChem der seinerzeit in den Denkschriften vom 16.7. und 17.8. für die Durchführung des wehrwirtschaftlichen neuen Erzeugungsplanes geforderten Vollmachten mit dem heute tatsächlich Erreichten und Auswertung der inzwischen gesammelten Erfahrungen, 18.12.1938, BArch Berlin, R 3112, Nr. 1, unp.

erst 1938 eine „fühlbare Entlastung“ erwarten ließen, diese aber trotz aller Bemühungen nicht in der Lage wäre, den Mobilmachungsbedarf der Wehrmacht vollumfänglich zu befriedigen.²⁰⁴⁸ Da Staat und Militär die heimische Produktion aber trotzdem soweit wie möglich steigern wollten, wurde Bentz in die geheimen Rüstungsplanungen eingebunden, so etwa 1937, als er als Leiter einer von der Wirtschaftsgruppe Kraftstoffindustrie eingesetzten Expertengruppe an der Ausarbeitung eines Mob-Plans der Erdölindustrie beteiligt war.²⁰⁴⁹

Tab. 40: Wichtigste Verwendungszwecke für Erdöl.²⁰⁵⁰

Verwendung	Anwendungsgebiete
Heizstoff	In Form von Masut, Heizöl und schwerflüssigem Rohöl im Schiffsverkehr für Schiffe mit Ölfeuerung.
Treibstoff	In Form von Schweröl für Dieselmotoren, Petroleum für Petroleummotoren (bes. in der Landwirtschaft gebraucht). In Form von Leichtöl (Benzin, Benzol) für Flugzeugmotoren, Automobile und Panzerwagen.
Leuchtstoff	In Form von Petroleum zur Speisung von Petroleumlampen.
Schmierstoff	In Form von Maschinen- und Waffenöl.

Als verlängerter Arm und wissenschaftlicher Berater des Staates drängte aber auch Bentz selbst auf eine Steigerung der nationalen Bohrleistungen.²⁰⁵¹ Als ihm das Arbeitsprogramm für neue Aufschlussbohrungen der zur Shell-Gruppe gehörenden Gewerkschaft Brigitta aus Hannover zur Begutachtung vorgelegt wurde, kritisierte er es als „ganz ungenügend“ und mahnte eine Intensivierung der Bohrtätigkeit der Gewerkschaft an. Das RWM machte sich die Auffassungen seines wichtigsten Erdölsachverständigen zu eigen und setzte das Unternehmen wegen seiner in den letzten Jahren gezeigten Zurückhaltung bei der Erschließung seines Feldbesitzes unter enormen Druck. Nicht nur, dass das Ministerium der Firma einen vermutlich von der PGLA aufgestellten Arbeitsplan als durchzuführendes „Mindestprogramm“ aufzwang, es gab der Gewerkschaft auch zu verstehen, dass es im Fall einer Weigerung „die gesetzlichen

2048 Aufzeichnung vermutlich des Wehrwirtschaftsstabes über die Versorgungslage auf dem Betriebsstoffgebiet und ihre Auswirkungen für die Wehrmacht, 9.3.1936, BArch-MA Freiburg, RW 19, Nr. 2641, Bl. 166–172. Auf der Aufzeichnung findet sich der handschriftliche Vermerk: „Denschrift für den Führer u. Reichskanzler. Orig. u. Durchschlag am 9.3. Gen. Keitel übergeben“.

2049 Vgl. Gunther, Oil Fields Investigation (BIOS FINAL Report No. 1016, Item No. 30), London [1946], hier: Volume 1: Government Control, S. 16 f.; Kockel, Ölpolitik (2005), S. 285–287. Schon seit 1935/36 war Bentz im Auftrag von Regierungsstellen und der Kriegsmarine an geheimen erdölogischen Begutachtungen im Irak und in Lateinamerika (Mexiko, Ecuador), beteiligt, die ihn auch zu mehreren Inspektionsreisen nach Übersee führten. Vgl. ebd., S. 198 f., 230–251, 254–284.

2050 Vgl. Steckbrief Erdöl, ohne Datum, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30814, Bl. 80 f.

2051 Im RWM vertrat OBH Schlattmann die Ansicht „die private Unternehmungslust (...) bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit“ auszunutzen. Schlattmann (RWM) an RFM, 3.10.1936, BArch Berlin, R 2, Nr. 21309, unp.

Maßregeln zur Sicherung einer ordnungsgemäßen Erschließung der Bodenschätze“ anwenden werde, was nichts anderes hieß, als der Gewerkschaft ihre Konzessionen zu entreißen und sie an andere Interessenten zu vergeben.²⁰⁵²



Abb. 42: Der Manager der Deutschen Erdöl AG, Wietze, Otto Lichtenberg und die Geologen, Karl Krejci-Graf, Alfred Bentz, Hermann Vettters und Erwin Veit (v.l.n.r.) bei der Begutachtung von Bohrkernen 1938 in Österreich.²⁰⁵³

2052 Geologische Stellungnahme von Bentz zu dem Arbeitsprogramm der Gewerkschaft Brigitta (Shell), 9.9.1937, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 7, RBF 177, unp.; RWM an Gewerkschaft Brigitta (Hannover), 26.11.1937, ebd., unp. Auch wenn Staat, Wissenschaft und Wirtschaft in den erdölgeologischen Austauschsitzen auf Augenhöhe verhandelten, zeigt das Beispiel der Gewerkschaft Brigitta, dass von einer „Gegenseitigkeit des Verhältnisses“ nur zum Teil gesprochen werden kann, denn der Staat hatte durch seine seit 1933 angehäuften finanzielle und vor allem legislative Macht die Möglichkeit, seine Interessen auch gegen den Willen der Industrie durchzusetzen. Die „Gegenseitigkeit des Verhältnisses“ betont Kockel, Ölpolitik (2005), S. 137.

2053 Aus: Fotoalbum aus dem Nachlass von Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130806. Unter dem Foto findet sich der handschriftliche Hinweis „Lichtenberg, Krejci, Bentz, Vettters, Veit“. Während die vier letztgenannten Geologen zweifelsfrei festzustellen sind, könnte es sich bei ‚Lichtenberg‘ um Otto Lichtenberg von der DEA (Wietze) gehandelt

Auch in anderer Hinsicht erhöhte Bentz den Druck. Hatten die geplanten Meterleistungen in den ersten beiden Etappen beispielsweise noch bei je 65.000 Metern gelegen, so sollten sie in den Jahren 1936 und 1937 nun auf 100.000 Meter gesteigert werden, was folgerichtig auch eine Erhöhung der für das Bohrprogramm vorgesehenen Mittel zu Folge haben sollte, für die Bentz acht Millionen RM pro Jahr vorsah.²⁰⁵⁴ Auch wenn er mit seinen finanziellen Forderungen keinen Erfolg hatte – in den Jahren 1936 und 1937 wurden vom RFM ebenfalls ‚nur‘ je fünf Millionen RM bereitgestellt²⁰⁵⁵ –, wuchs Bentz durch seine Planungskompetenz immer mehr in die Rolle des Lenkers des Bohrprogramms hinein und wurde folglich auch nach außen hin als Dirigent der deutschen Erdölförderung wahrgenommen.²⁰⁵⁶ Neben der Genehmigung der einzelnen Bohrvorhaben bestand sein Arbeitsalltag fortan hauptsächlich darin, geologische Stellungnahmen zu Konzessionsanträgen und Reichsdarlehen abzugeben, Bohrpunkte festzulegen, bei der Grenzziehung von Gerechtsamen und der Art der Bohrverpflichtung mitzuwirken, regelmäßige Berichte an das RWM zu erstellen, Bohrungen zu befahren, Besprechungen und Austausch-sitzungen mit den Erdölfirmen abzuhalten und die für die jeweils kommenden Jahre notwendigen Bohrplanungen aufzustellen.²⁰⁵⁷

haben. Ein Hinweis auf Otto Lichtenberg findet sich in Liste ECON 18 (OIL) [S. 15], ohne Datum (etwa Dezember 1945), NAL, FO 1039, Nr. 496, unpag.

- 2054 Vgl. Vorschläge von Bentz für das Bohrprogramm 1936 und 1937, 16.11.1935, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86439, unpag.; Alfred Bentz an Landesgeologen Hasemann, 21.3.1936, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 7, RBF 177, unpag. Bentz war auch angehalten, dem RWM monatlich Bericht zu erstatten. Vgl. Bentz an Hasemann, 18.6.1935 u. 9.7.1935, ebd., unpag. Nach einem Vermerk des RFM stützte sich das RWM in der Frage der Erdölförderung auf Bentz. Vgl. Vermerk des RFM, 23.1.1936, BAArch Berlin, R 2, Nr. 15075, Bl. 39.
- 2055 Vgl. Schlattmann (RWM) an RFM, 3.10.1935, BAArch Berlin, R 2, Nr. 21309, unpag.; Hans Eduard von Heemskerck (Rohstoff- und Devisenstab) an RFM, 8.10.1936, ebd., unpag. Allerdings soll an dieser Stelle noch einmal in Erinnerung gerufen werden, dass die fünf Millionen RM des Staates ja nur eine Hälfte der Bohrkosten ausmachten, da sich auch die Industrie jedes Jahr mit etwa 5–6 Millionen RM beteiligte. Somit bewegte sich das Gesamtprogramm im Rahmen der ursprünglich veranschlagten 40–50 RM. Vgl. Hjalmar Schacht (Präsident des Reichsbank-Direktoriums und Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft) an Oberst Thomas (mit anliegender geheimer Übersicht über den derzeitigen Stand der Ölversorgung und die weiteren Maßnahmen auf dem Gebiete der Mineralölwirtschaft), 12.11.1935, BAArch-MA Freiburg, RW 19, Nr. 2641, Bl. 281–291.
- 2056 Neben seiner Stellung als Leiter des Instituts für Erdölgeologie an der PGLA war Bentz auch Leiter des Instituts für Erdölforschung an der TH Hannover, womit er Hochschul- und Ressortforschung in Personalunion vereinte. Bentz an The Institution of Petroleum Technologists Aldine House (London), 21.3.1936, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 7, RBF 177, unpag. Darüber hinaus waren Bentz als Vertreter der Fachrichtung Geologie und Reich als Vertreter der Geophysik Mitglieder des Vorstandsrats der DGM. DGM an die Mitglieder der DGM, 5.10.1936, PTB-Archiv Braunschweig, Nr. 1508, Teil 1, unpag. (Ich danke Vivian Yurdakul für den Hinweis.)
- 2057 Vgl. Haack, Arbeiten (1936), S. 113. Zur Genehmigung der einzelnen Bohrvorhaben durch die PGLA siehe Bericht Nr. 5 und 12 von Alfred Bentz (PGLA), der Fachgruppe Mineralöle

Zur Durchführung seiner Aufgaben stützte er sich auf die Bestimmungen des Lagerstättengesetzes, nach dem die Bohrunternehmer der PGLA die Bohrproben und ihr gesamtes Beobachtungsmaterial vorzulegen und auf Anfordern zur Verfügung zu stellen hatten. Säumige Firmen sahen sich sogar mit der Anordnung der PGLA konfrontiert, ihr „grundsätzlich alle Proben ihrer Bohrungen auf den Bohrstellen“ vorzulegen und jederzeit zur Einsicht zu überlassen. Tatsächlich erfolgte die Freigabe des Firmeneigentums erst nach der Besichtigung durch einen staatlichen Erdölgeologen.²⁰⁵⁸ Bentz' langer Arm reichte ab 1938 auch bis nach Österreich und in die Sudeten.²⁰⁵⁹ So wurde unmittelbar nach der „Rückkehr der Ostmark“ an der Wiener Bundesanstalt eine Zweigstelle des Instituts für Erdölgeologie eingerichtet, die das Material alter Erdölbohrungen inventarisierte und nach der Ausdehnung des Lagerstättengesetzes auf Österreich auch die „Kontrolle aller maschinell angetriebenen Bohrungen in der Ostmark“ übernahm.²⁰⁶⁰ In gleicher Weise bemühten sich Bentz und seine Kollegen, ihr geophysikalisch-erdölgeologisches Doppelprogramm auch auf den „benachbarten Ostraum“ auszudehnen, von dem 1938 bereits „ein großes Gebiet in Deutschlands unmittelbare Interessenssphäre“ gerückt war. Dadurch, so Bentz mit der ihm eigenen ‚strengen Sachlichkeit‘, erhielten die Geologen die Möglichkeit, „im Altreich aufgefundene Strukturen ohne Unterbrechung weiter“ zu verfolgen „und so vielleicht rascher als im Falle isolierter Arbeiten zu einem geschlossenen geophysikalischen und geologischen Bild der Großstrukturen des Untergrundes für weite Flächen“ zu gelangen.²⁰⁶¹

und Mineralölprodukte, von Bergrat Dr. Friedrich Otto Eduard Kast (RWM) und Direktor Hans Brochhaus (Gewerkschaft Elwerath, Hannover) über Organisation der Gewinnung, Raffination und Verteilung von Erdöl und Erdölserzeugnissen, sowie Erhaltung von Erdöl und Naturgas, ohne Datum (um 1936), NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 159, unpub.; Bentz: Tätigkeitsbericht 1936/37 des Instituts für Erdölgeologie, 10.4.1937, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86439, unpub.

- 2058 Vermutlich Bentz an die Deutsche Vacuum Öl A.G. (Hamburg) betr. Lagerstättengesetz, 18.11.1935, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 7, RBF 179, unpub. Wie bereits erwähnt, wurden auch die übrigen GLA's angehalten, der PGLA ihre Ergebnisse aller lagerstättenkundlichen Untersuchungen zuzusenden. Versé (PGLA) an Thüringische GLA (Jena), 31.12.1936, BGR-Archiv Hannover, Nr. 47967, Bl. 87a.
- 2059 Zur Beteiligung von Bentz an der Überleitung der deutschen Berggesetzgebung auf Österreich, so etwa seiner Begründung für das österreichische Bitumengesetz, vgl. Kockel, Ölpolitik (2005), S. 326–328.
- 2060 In der Zweigstelle Wien des Instituts für Erdölgeologie arbeiteten zunächst die Geologen Hermann Vettors und Erwin Veit. Vgl. Tätigkeitsbericht PGLA 1938 (1939), S. 31. „Durch die Vergrößerung des deutschen Einflusses im Südosten“ führten die deutschen Erdölgeologen der staatlichen geologischen Dienste schon 1938 „erdölgeologische Untersuchungen in Mähren, der Slowakei, in Ungarn, in Jugoslawien und in Rumänien“ durch. Ebd., S. 30. Die Produktion Österreichs stammte zu diesem Zeitpunkt allein aus dem Ölfeld von Zistersdorf in Niederösterreich. Vgl. Friedl, Erdöl (1937), S. 214.
- 2061 Bentz, Alfred u. Closs, Hans: Erdöl und geophysikalische Reichaufnahme in Großdeutschland, Sonderdruck aus „Oel und Kohle vereinigt mit Petroleum“ 1939, Heft 41, S. 731, BGR-Archiv Hannover, Nr. 1953 K 952, hier S. 2. Der Hinweis auf Bentz', 'strenge



Abb. 43: Rede von Alfred Bentz anlässlich der Einweihung der sich später als fündig erweisenden Reichsbohrung 506 St. Ulrich 1 in Österreich, 1938.²⁰⁶²

Sachlichkeit' findet sich in Hans Urban (Herausgeber der Bohrtechniker-Zeitung, Wien) an Bentz, 6.2.1940, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675-1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960-1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 7, RBF 177, unp.

- 2062 Aus: Fotoalbum aus dem Nachlass von Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130806. Der Hinweis auf die fündige RB 506 findet sich in Liste der Reichsbohrungen Nr. 1-969, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86424, unp.

So wie der Einfluss des RWM und seiner Bergbehörde seit 1936 zugunsten der Vierjahresplanorganisation und Kepplers allmählich zurückging, wurde auch Bentz durch seine im Juli 1938 erfolgte Ernennung zu Görings Beauftragten für die Förderung der Erdölgewinnung „praktisch unabhängig vom Reichswirtschaftsministerium in die Vierjahresplan-Hierarchie eingegliedert“.²⁰⁶³ Als Beauftragter Görings war es Bentz‘ Aufgabe, „das Aufsuchen neuer Erdölquellen und die Vorbereitung ihrer Erschließung mit jedem möglichen Nachdruck zu fördern, hierzu die laufenden Arbeiten fortdauernd zu kontrollieren, ihnen entgegentretende Hindernisse schnellstens auszuräumen und für ihre ordnungsgemäße Weiterführung alle notwendigen Voraussetzungen zu sichern.“²⁰⁶⁴ Mit der Ernennung von Bentz (Mineralölförderung) und der kurz danach erfolgten Berufung des IG-Farben-Managers Carl Krauch zum Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung (Hydrierverfahren, Treibstoffherzeugung) hatte sich Göring vor dem Hintergrund der im Juli 1938 erfolgten Neuausrichtung der wirtschaftlichen Mobilmachung (Wehrwirtschaftlicher Neuer Erzeugungsplan) die für die Treibstoffversorgung von Wehrmacht und Wirtschaft zentralen, seit 1933 einzig verbliebenen ölpolitischen Braintrusts und ihre Exponenten unterstellt und somit die seit langem schwelenden Ressortstreitigkeiten über die Zuständigkeit in der deutschen Ölpolitik für sich entschieden.²⁰⁶⁵ Bentz avancierte durch diese

- 2063 Bentz‘ Stellung als Beamter der PGLA und somit dem RWM unterstellter Wissenschaftler blieb unverändert. Schirner, Karl: Der Weg der deutschen Erdölgewinnung. Mit einem Vorwort von Major A.E. Gunther. British Oil Fields Investigation 912 Military Government, Celle, Juni 1945, S. 13 f., BGR-Archiv Hannover, Nr. 58323, unpag. Zwar verzichtete Göring auf „eine besondere Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan zur Förderung der Erdölgewinnung“ und wies Bentz an, eng mit dem RWM zusammenzuarbeiten, die Steuerung der Arbeiten auf dem Gebiet der Erdölförderung ging aber immer mehr in die Hände von Bentz über, bevor dieser Schritt dann im Zweiten Weltkrieg letztlich auch offiziell vollzogen wurde. Körner (Vierjahresplan) an Bentz (Berlin), 27.8.1938, RGVA Moskau, Fond 700k-1-6, Bl. 285.
- 2064 Ernennungsschreibens Görings (Vierjahresplan) an Bentz (Leiter des Instituts für Erdölgeologie an der Geologischen Landesanstalt, Berlin), 28.7.1938, ebd., Bl. 284; Vermerk der Abt. II Min.Öl (RWM) an den Hauptabteilungsleiter II (RWM), 5.3.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30517, Bl. 4–6. Vgl. auch Seibold/Seibold, Alfred Bentz (2002), S. 1082 f. Gleichzeitig hatte Göring mit Blick auf das Mineralöl gefordert, „die Erhöhung des Endzieles auf das doppelte der bisherigen Höhe“ zu steigern. Major Friedrich Geist (Hauptabteilung I, RWM) an Ministerialdirigent Elmar Michel (Abteilung S, RWM), 27.7.1938, RGVA Moskau, Fond 700k-2-9, Bl. 10–16. Siehe auch RWM an RFM, 2.12.1938, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpag.
- 2065 Protokoll der Besprechung in Carinhall unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring, 16.7.1938, RGVA Moskau, Fond 700k-2-7, Bl. 9–14. Wie Göring betonte, waren „seine“ Bevollmächtigten „auf ihren zuständigen Arbeitsgebieten an irgendwelche Weisungen anderer Dienststellen nicht gebunden“. Göring (Vierjahresplan) an die Reichsminister und den Preußischen Finanzminister, 16.7.1938, BArch Berlin, R 2, Nr. 19550, unpag. Bentz war Göring erstmals im April 1938 anlässlich einer Österreichrundreise des Luftwaffen- und Vierjahresplanchefs begegnet, wo er diesen „in einer kurzen Abhandlung (...) die geologischen Grundlagen der bis dahin bekannten Ölvorkommen in Österreich“ dargestellt und sich für eine Ausdehnung des Reichsbohrprogramms auf die

Entwicklung zum Schnittstellenmanager, der in seiner Person die Kompetenz des Wissenschaftlers und die Autorität von Vierjahresplanbehörde und RWM repräsentierte und gleichzeitig „eine Pufferposition zwischen der Kontrolle der Regierung und der Industrie vor Ort einnahm“.²⁰⁶⁶ Über seine Stellung als wissenschaftlicher Leiter des Reichsbohrprogramms hinaus fiel ihm als Beauftragter Görings nun auch die Aufstellung von ‚Mob-Produktionsplänen‘ zu, womit er zur „Regulativinstanz“ für die gesamte deutsche Erdölförderung (staatlich und privat) aufstieg.²⁰⁶⁷

Tab. 41: Jährliche Bohrmeterleistungen in Nordwestdeutschland 1933–1939.²⁰⁶⁸

Jahr	Gesamt Bohrmeter	Produktions-Bohrungen	Erkundungsbohrungen (Reichsbohrprogramm)	Erkundungsbohrungen (Privat)
1933	73.855	48.111	-	25.744
1934	131.258	71.757	31.669	27.832
1935	152.636	95.316	37.743	19.577
1936	150.688	83.530	46.750	20.408
1937	160.286	76.018	49.527	32.741
1938	154.571	79.119	45.575	29.877
1939	191.834	122.373	53.401	16.060

Die besondere Stellung des Multifunktionsträgers Bentz kam letztlich auch dem von der PGLA geleiteten Bohrprogramm zu Gute, das im Fahrwasser des Vierjahresplans noch einmal Auftrieb erhielt. Bis Anfang der 1930er Jahre war die deutsche Erdölindustrie auf einen kleinen Teil der Provinz Hannover beschränkt gewesen und bestenfalls in der Lage, etwa 20 Erkundungsbohrungen im Jahr durchzuführen. Die seit 1933 ergriffenen legislativen Maßnahmen und das staatliche Bohrprogramm leiteten hier jedoch eine Wende ein, denn sie zielten auf eine massive Steigerung der Erkundungsbohrungen im gesamten Reich ab. Betrug ihr Anteil vor der Einführung der Reichsförderung etwa 36 % aller Bohrungen, so stieg er bis 1937 auf 55 %. Bis 1938 sollte sich die Zahl der in Deutschland niedergebrachten Erkundungsbohrungen im Vergleich zu 1933 verdoppeln. Ihr 1938 zwischenzeitlich zu konstatierender Rückgang war darauf zurückzuführen, dass viele Bohrgeräte für die Reichswerke Hermann Göring für Erzbohrungen in der Umgebung von Braunschweig abgestellt werden mussten. Ab Mitte 1939 richtete sich der Fokus dann immer mehr auf die

„Ostmark“ ausgesprochen hatte. Göring hatte Bentz daraufhin beauftragt, „die Einzelheiten auszuführen“ und im Juli 1938 dann angewiesen, die Bohraktivitäten nach dem Vorbild des Reichsbohrprogramms zu intensivieren. Alfred Bentz: Supplement to my questionnaire, 11.2.1946, NAL, FO 1039, Nr. 496, unpubl.

2066 Vgl. Gunther, Oil Fields Investigation (BIOS FINAL Report No. 1016, Item No. 30), London [1946], hier: Volume 1: Government Control, S. 2.

2067 Kockel, Ölpolitik (2005), S. 332.

2068 Gunther, Oil Fields Investigation (BIOS FINAL Report No. 1011, Item No. 30) [1946], hier: Volume 2, Tab. „Meters Drilled Annually 1933–1950“ zwischen S. 6 u. 7.

Ausbeutung für die unmittelbare Produktion, so dass der größte Teil der finanziell riskanten Erkundungsbohrungen nun im Rahmen des Reichsbohrprogramms durchgeführt und nur noch ein kleiner Teil von den privaten Unternehmen übernommen wurde. Dieser Trend setzte sich im Zweiten Weltkrieg fort, so dass die meisten Explorations- bzw. Wildcat-Bohrungen schließlich als Reichsbohrungen durchgeführt wurden.²⁰⁶⁹

Tab. 42: Zahl der in Westdeutschland 1933–1939 fertiggestellten Bohrlöcher.²⁰⁷⁰

Jahr	Produktionsbohr.		Priv. Erkundungsbohr.		Reichsbohrungen		Gesamt
	produktiv	trocken	produktiv	trocken	produktiv	trocken	
1933	49	13	-	42	-	-	104
1934	63	27	-	56	-	20	166
1935	115	59	1	36	3	43	257
1936	94	40	1	33	4	47	219
1937	75	43	3	65	8	38	232
1938	79	33	5	35	1	43	196
1939	110	45	-	13	2	59	229

Zwischen 1934 und 1939 bewirkten die geophysikalische Reichsaufnahme und das Reichsbohrprogramm die Entdeckung der Felder Mölme und Forst (1935), Gifhorn, Weiher und Weingarten (1936), Eicklingen, Reitbrook, Sottorf, Heide-Meldorf und Broistedt (1937), Meckelfeld und Bentheim (Gas) (1938) sowie Ehra (1939), denen die Felder Steimbke-Rodewald (1937) und Fuhrberg (1939) gegenüberstanden, deren Auffindung privater Initiative (Gewerkschaft Brigitta, Wintershall) zu verdanken war.²⁰⁷¹ Wie Bentz 1939 stolz vermerkte, hatte sich die Zahl der durch geologische Expertise ermittelten ‚großdeutschen‘ Erdölfelder von acht im Jahr 1932 auf inzwischen 25 erhöht (siehe Abbildung 44).²⁰⁷²

Hinsichtlich der Ausbeute erwiesen sich die im Oberbergamtsbezirk Clausthal-Zellerfeld gelegenen ‚alten‘ Felder nach wie vor als die wichtigsten Produktionsgebiete im Reich, wobei vor allem das Feld Hänigsen-Nienhagen hervorstach (siehe Tab. 43). Unter den neuen Feldern verdienten vor allem Reitbrook, Heide, Steimbke und Eicklingen Erwähnung, ebenso der Befund, dass sich der Fokus der deutschen Geologen und der mit ihnen kooperierenden Bohrindustrie seit 1938 immer stärker auf die Erdölressourcen Österreichs richtete.

2069 Ebd., S. 1 f.

2070 Ebd., Tab. „Numbers of Completed Wells“ zwischen S. 6 u. 7.

2071 Ebd., S. 1–3, 7.

2072 Bentz, Alfred u. Closs, Hans: Erdöl und geophysikalische Reichsaufnahme in Großdeutschland, Sonderdruck aus „Oel und Kohle vereinigt mit Petroleum“ 1939, Heft 41, S. 731, BGR-Archiv Hannover, Nr. 1953 K 952, hier S. 7.

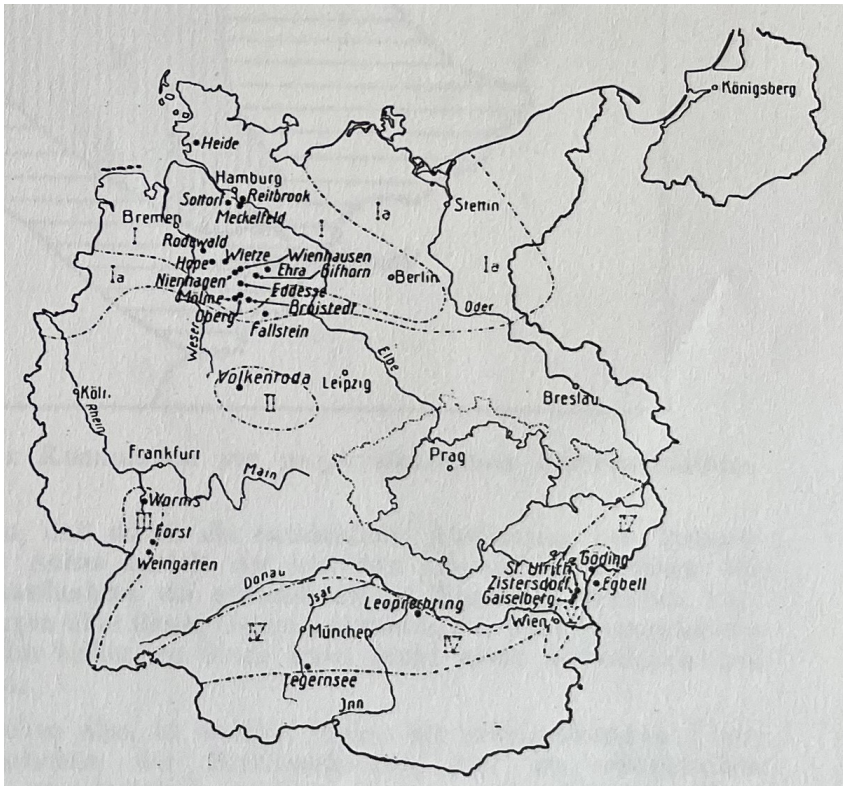


Abb. 44: Übersicht über die deutschen Erdölfelder (Stand August 1939)²⁰⁷³

Wie aus einem geheimen Bericht des RWM über „das Ergebnis der Erzeugungssteigerung im Rahmen des Vierjahresplans auf dem industriellen Sektor im Jahre 1938“ hervorgeht, war das zum Sachgebiet Mineralöl gehörende Erdöl der einzige Rohstoff, bei dem die Planungsziele „überall erreicht bzw. überschritten“ wurden, was durchaus als Erfolg des Bohrprogramms zu werten ist. So gingen die Planungen von einer Erzeugungskapazität von 453.000 t am 1. Januar 1938, 550.000 t am 1. Januar 1939 und 850.000 t am 1. Januar 1940 aus, die – wie die Tab. 43 zeigt – zumindest bis 1938 alle erreicht wurden.²⁰⁷⁴

²⁰⁷³ Aus ebd.

²⁰⁷⁴ Generalmajor Hermann von Hanneken (Leiter der Hauptabteilung II, RWM) an RWA, 21.1.1939, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Various German Records, 1956–1998, T-84, Roll 217, Serial 234, unp.

Tab. 43: Jährliche Produktion der wichtigsten Erdölfelder in Deutschland und Österreich 1933–1939 in t.²⁰⁷⁵

Vorkommen	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Wietze-Steinförde	53.804	51.874	50.265	46.835	44.769	43.448	41.444
Hänigsen-Nienhagen	144.979	240.733	328.984	333.266	344.204	358.190	315.838
Oberg	15.733	12.653	27.879	23.125	21.410	16.903	14.733
Oelheim-Edesse	18.173	7.592	7.638	8.332	9.656	8.783	7.103
Mölme	-	-	6.814	14.292	10.767	9.510	10.503
Gifhorn	-	-	694	5.343	4.130	2.919	3.034
Heide	-	-	1.564	7.663	4.543	25.470	77.066
Steimbke	-	-	-	51	747	3.841	21.503
Adolfsglück	-	-	-	10	144	61	38
Reitbrook	-	-	-	-	1.147	65.556	189.811
Sottorf	-	-	-	-	640	422	1.167
Eicklingen	-	-	-	-	1.327	2.380	35.205
Broistedt	-	-	-	-	1.379	947	960
Meckelfeld	-	-	-	-	-	1.810	5.262
Fuhrberg	-	-	-	-	-	-	2.242
Σ Oberbergamtsbezirk Clausthal-Zellerfeld	232.689	312.852	423.838	438.917	444.863	540.240	725.909
Fallstein (Oberberg- amtsbezirk Halle)	-	-	1.308	62	503	-	-
‚Ostmark‘ (Österreich)	-	-	-	-	-	57.079	144.354
Baden	-	-	1.332	4.910	6.235	11.360	14.589
Braunschweig	-	-	-	-	1.380	947	960
Hessen	-	-	-	-	42	466	213
Thüringen	-	-	722	694	337	35	-
Bayern	-	-	-	8	36	22	12
GESAMT	232.689	312.852	427.200	444.591	453.396	610.149	886.037

Im vorläufigen „Endziel“ des ‚Mineralölplans‘ sollten bis Ende 1939 „friedensmäßig“ 850.000 Jahrestonnen Erdöl im ‚Altreich‘ und 400.000 Jahrestonnen in der ‚Ostmark‘ gefördert werden. Dieses „deutsche Erdöl“ war „im Mob-Fall“ dazu berufen, durch Inbetriebnahme von noch nicht für die Förderung herangezogenen Bohrungen und durch planmäßig verstärkte Bohrtätigkeit auf mit Sicherheit fündigen Feldern als wesentliche Rohstoffreserve zu dienen. Im

2075 Nach Gunther, Oil Fields Investigation (BIOS FINAL Report No. 1015, Item No. 30) [1946], S. 1–26; Bergwesen Preußens im Jahre 1933 (1934), S. 246; Bergwesen Preußens 1934 (1935), S. 165 f.; Bergwesen Preußens 1935 (1936), S. 284 f.; Bergwesen des Deutschen Reiches 1936 (1937), S. 380 f.; Bergwesen des Deutschen Reiches 1937 (1938), S. 245 f.; Bergwesen des Deutschen Reiches im Jahre 1938 (Nach amtlichen Quellen zusammengestellt im RWM), BArch Berlin, R 3101, Nr. 30103, Bl. 38; Bergwesen des Deutschen Reiches im Jahre 1939 (Nach amtlichen Quellen zusammengestellt im RWM), BArch Berlin, R 3101, Nr. 30104, Bl. 43.

„Mob-Fall“ sah der ‚Wehrwirtschaftliche Neue Erzeugungsplan‘ aber nochmals drastische Steigerungen vor, denn die Produktion sollte nun auf mindestens 1,435 Millionen Tonnen und im ‚Notfall‘ sogar auf zwei Millionen Jahrestonnen erhöht werden.²⁰⁷⁶ Obwohl die ‚großdeutschen‘ Erdölquellen 1939 inzwischen fast viermal so viel Öl zu Tage förderten, als 1932, war das Reich aber tatsächlich nur in der Lage, etwa zwei Fünftel seines Verbrauchs aus eigenen Bohrungen zu decken.²⁰⁷⁷

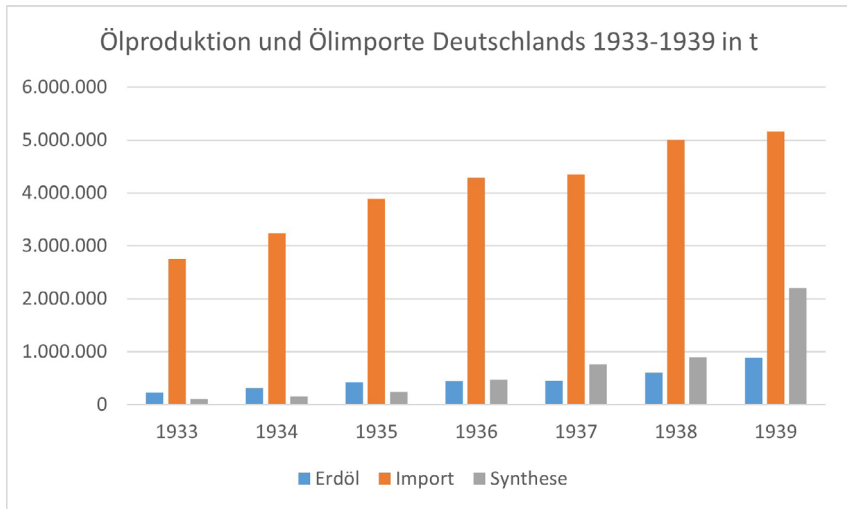


Abb. 45: Ölproduktion und Ölimporte Deutschlands 1933–1939 in Tonnen.²⁰⁷⁸

Und auch unter Hinzunahme der seit 1933 ausgebauten Kapazitäten der chemischen Synthese war Deutschland 1939 noch weit von einer Selbstversorgung entfernt. Zwar übte sich der GBChem Krauch in großspurigen Ausbauplänen,

2076 Arbeitsbericht des Generalbevollmächtigten des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring für Sonderfragen der chemischen Erzeugung Dr. C. Krauch vor dem Generalrat, 20./21.4.1939, BArch Berlin, Bestandsergänzungsfilm 413 (Document No. EC 282), Bl. 114–201, hier Bl. 139 f.

2077 Eichholtz, Geschichte, Bd. I: 1939–1941 (2003), S. 23; Brabag-Mitteilungen. Zeitungs-Nachrichten und Zeitschriften-Auszüge, herausgegeben von der Abt. Forschung, Entwicklung und chemische Untersuchungen der Braunkohle-Benzin A.G., Nr. 45 vom 5.5.1939, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 3, RBF 98, unp. Wie Rainer Karlsch zeigt, hatte sich der Mineralölverbrauch in Deutschland zwischen 1933 und 1939 fast verdoppelt, wobei der Anteil des heimischen Erdöls an der Versorgung in dieser Zeit von 10 auf 17 % stieg. Auf die Syntheseprodukte entfielen 1939 dagegen bereits 33 %. Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 190.

2078 Für die Erdölförderung nach den Quellen in Anm. 2075, für den Import und die synthetische Erzeugung nach Kockel, Ölpolitik (2005), S. 290; Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 205.

die für 1944 von einer „Mob-Bedarfsdeckung“ von rund 11 Millionen Tonnen Treibstoff ausgingen. Im letzten Friedensjahr vor dem Zweiten Weltkrieg stammten vom deutschen Gesamtaufkommen an Mineralölprodukten in Höhe von 8,2 Millionen Tonnen jedenfalls nur 2,2 Millionen aus der synthetischen Produktion, knapp 0,9 Millionen aus der heimischen Erdölförderung und ganze 5,1 Millionen aus Importen.²⁰⁷⁹ Trotz der zweifellos zu konstatierenden Erfolge des Reichsbohrprogramms und des Ausbaus der synthetischen Erzeugung spielte die Einfuhr also nach wie eine zentrale Rolle, so dass die von Fahrion eingangs prognostizierte ‚starke Verschiebung der Verhältnisse‘ in Richtung Selbstversorgung keineswegs eingetreten war. Andererseits markierten das Reichsbohrprogramm und die geophysikalische Reichsaufnahme eine wichtige Zäsur für die geologische Ressortforschung, denn die zuvor schon auf dem Gebiet der Erdölgeologie führende PGLA war nun auch auf dem Feld der Geophysik in die erste Reihe getreten. Neben diesem wissenschaftlichen Reputationsgewinn erweiterten sich auch ihre wirtschaftspolitischen Einflussmöglichkeiten, denn zumindest auf dem Gebiet der Erdölpolitik verwandelte sich die PGLA wie schon im Ersten Weltkrieg in eine „Schaltzentrale des Wirtschaftsdirigismus“.²⁰⁸⁰

4.3.3 Steine für die Bauten des ‚Führers‘ – Die Steinbruchkartei

In einer 1937 erschienenen Abhandlung über „wichtige natürliche Hochbausteine Niedersachsens“ befasste sich der an der TH Hannover lehrende Geologe Georg Frebold mit der der NS-Weltanschauung angeblich eigenen „neuen Baugesinnung“ und sinnierte über die Frage, wie letztere „auch nach Jahrhunderten noch vor dem Urteil der Nachfahren“ bestehen könne. Neben der Gestaltung, so Frebold mit Blick auf die geplanten protzigen „Monumentalbauten des Dritten Reiches“, spiele vor allem die Wahl „geeigneten Baumaterials eine wichtige Rolle“, denn die „Überlieferung unserer neuen Bauten an die Nachwelt“ verlange ein Baumaterial, das geeignet sei, „der nicht zu verhindernden Alterung größtmöglichen Widerstand“ entgegenzusetzen. Lassen sich aus diesen Äußerungen Frebolds bereits mögliche Versatzstücke der später von Hitlers ‚Chefarchitekten‘ Albert Speer kolportierten ‚Ruinenwerttheorie‘

2079 Eichholtz, Geschichte, Bd. II: 1941–1943, Teil 1 (2003), S. 353 f. Dass die Entscheidung zu Gunsten Synthese oder Erdölförderung Anfang 1939 noch immer nicht gefallen war und sich beide Seiten den Vorrang streitig machten, zeigte ein Bericht Kepplers, in dem er erwähnte, dass es im Ergebnis der von ihm gesteuerten Bodenforschungsarbeiten gelungen sei, im Laufe des letzten Jahresabschnitts 1938 „Erdölschätze im Werte von weit über 1 Milliarde RM“ neu nachzuweisen“. Deswegen nahm Keppler an, dass dadurch „eine weitgehende Einschränkung der erforderlichen Investitionen auf dem synthetischen Ölgebiet möglich“ sei. Keppler (Vierjahresplan. Erforschung des deutschen Bodens) an RFM, 14.1.1939, BAArch Berlin, R 2, Nr. 21542, unp. Im Gegensatz dazu machte Krauch immer wieder auf die „Chancenlosigkeit der Erdölgewinnung“ aufmerksam, was er mit der Forderung verband, die jährlichen Beihilfen für das Reichsbohrprogramm in Höhe von 5 Millionen RM zu streichen. Kockel, Ölpolitik (2005), S. 285.

2080 Ebd., S. 300.

herauslesen, so erwies sich Frebold auch als Befürworter der NS-Autarkiepolitik.²⁰⁸¹ Denn er forderte, für alle „zu errichtenden Bauten nur einheimisches Material“ zu verwenden. Der heimische Boden sei „reich an natürlichem Baumaterial“ und Deutschland folglich nicht auf die „Einfuhr ausländischer Gesteine“ angewiesen, um seinen „Gestaltungswillen in Stein zu bannen“.²⁰⁸²

Tatsächlich hatte die politischen Absichten dienende „Staats- und Stimmungsarchitektur“ des Nationalsozialismus – zu denen neben den Reichsautobahnen auch die Parteibauten in Nürnberg, das Haus der Deutschen Kunst in München, die neue Reichskanzlei in Berlin oder die so genannten ‚Führer-Städte‘ gehörten²⁰⁸³ – dem Baugewerbe gewaltigen Auftrieb verliehen. Dieser rief nicht nur einen enormen Materialbedarf hervor, sondern erforderte ebenso auch eine genaue Kenntnis über die im Reich vorhandenen Gesteinsvorkommen, über den Grad ihrer Eignung und ihre Abbaumöglichkeiten.²⁰⁸⁴

Da es aber genau daran fehlte, hatten sich anlässlich der Naturstein-Tagung der Deutschen Geologischen Gesellschaft in Darmstadt Anfang Juni 1935 Vertreter der PGLA, der Thüringischen Geologischen Landesanstalt, des Staatlichen Materialprüfungsamtes in Berlin-Dahlem (MPA), des Deutschen Forschungsinstituts für Steine und Erden in Köthen/Anhalt (DFSE), der Fachgruppe Natursteine der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen (GIStr) über eine Inventarisierung der deutschen Steinbrüche verständigt. Das Gemeinschaftsprojekt zielte auf ein „Kataster der deutschen Steinbrüche“ ab, das in Form annotierter Lagerstättenkarten Aufschluss über die im Reich vorhandenen Steinbrüche geben sollte, über ihre Lage, Besitzer, Mitarbeiterzahlen, technischen Anlagen und ihre Leistungsfähigkeit, über das in ihnen abgebaute Gestein und seine Verwendungsmöglichkeiten. Die Arbeiten sollten unter den Geologischen Landesanstalten, dem MPA und dem Köthener DFSE aufgeteilt, der PGLA bei all dem aber die wissenschaftliche Federführung überlassen werden.²⁰⁸⁵ Die Umsetzung des Vorhabens wurde vom Votum des GIStr, Fritz Todt, abhängig

2081 Zur umstrittenen „Ruinenwerttheorie“, einer erklärenden Nachkriegserfindung Speers, nach der die „Staats- und Parteiarchitektur aufgrund spezieller Baumaterialien sowie der Berücksichtigung besonderer statischer Überlegungen auch im Verfallszustand noch ihre Wirkung behalten sollte“, siehe Dietzfelbinger/Liedtke, Nürnberg (2004), S. 147 (Anm. 22); Brechtken, Albert Speer (2017), S. 542–544, 810 (Anm. 43).

2082 Frebold, Hochbaugesteine (1937), S. 167 f.

2083 Vgl. Reichel, Schein (1994), S. 287–312, hier S. 290 f.

2084 Vgl. Frebold, Hochbaugesteine (1937), S. 170.

2085 Zwischen der PGLA und dem MPA bestand schon seit längerem eine Kooperation auf dem Gebiet der technischen Gesteinskunde. So war dem 1930 verstorbenen Geologen Ludwig Finckh gemäß einem Abkommen mit dem MPA „die nach dem Vorgange von A. [lies: Julius] Hirschwald in die Gesteinsprüfung eingeführte mikroskopische Untersuchung der eingereichten Probestücke“ übertragen. Diese Untersuchungen waren an der PGLA zunächst von August Leppla, später von Ernst Benno Kühn ausgeführt worden, bevor sie fast ganz in die Hände von Finckh übergingen. Dieser wurde sogar zum Obmann des Ausschusses „Natürliche Gesteine als Baustoffe“ des Deutschen Verbandes für die Materialprüfungen der Technik bestimmt. Kühn, Nachruf Finckh (1930), S. LXXXIII.

gemacht, der mit dem Plan „grundsätzlich einverstanden“ war, jedoch Wert darauf legte, die von ihm geführte Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen zu beteiligen. Zudem sollten die Arbeiten „nach einheitlichen Gesichtspunkten überall in der gleichen Weise vorgenommen“ werden und im Ergebnis auch „Angaben über die praktische Bewährung des Gesteins“ erbringen.²⁰⁸⁶ Besonders wichtig war Todt, dass ihm die aus der Gemeinschaftsarbeit hervorgehenden „gesamten Ergebnisse der Versuchsprüfungen nebst allen Unterlagen jederzeit zur Verfügung“ standen.²⁰⁸⁷

Dem Vorhaben schlug aber Widerstand der Wirtschaftsgruppe (WiGru) Steine und Erden entgegen, die aus ihrer „scharfen Ablehnung“ der geplanten Steinbruchkartei keinen Hehl machte, denn nach ihrer Auffassung waren bereits „genügend aufgeschlossene Steinbrüche in Deutschland vorhanden“, weswegen die ganze Sache bestenfalls „nur wissenschaftliches Interesse beanspruchen“ konnte. Die Gesteinsprüfstelle der Deutschen Reichsbahn in Kassel ließ durchblicken, dass sie bereits zwischen 600 und 700 Steinbrüche inventarisiert und „genaue Unterlagen“ über sie angeschafft habe, womit auch sie deutlich machte, dass kein Bedürfnis für die von PGLA, MPA und DFSE geplante Arbeit bestand.²⁰⁸⁸ Da sich die Reichsbahn aber in erster Linie für Gleisbettschotter interessierte, sich die Verhältnisse im Straßenbau dagegen wesentlich anders gestalteten und auch die hierfür in Frage kommenden Steinbruchbetriebe weitaus zahlreicher waren, erhielt das Gemeinschaftsprojekt Rückendeckung des GISTr.

Der Wortführer der Arbeitsgemeinschaft, der PGLA-Präsident Wilfried von Seidlitz, präsentierte Todt daher im November 1935 Richtlinien für die Schaffung der avisierten ‚Deutschen Steinbruchkartei‘ (SBK). Ihnen zufolge lag die Leitung des Vorhabens bei der PGLA, die allein zur Auskunftserteilung berechtigt sein sollte. Die Geschäftsführung übernahm das MPA, dem auch die

2086 Protokoll von Johannes Behr (PGLA) über eine Besprechung betr. Inventarisierung der deutschen Steinbrüche, 4.6.1935, BArch Berlin, R 4601, Nr. 642, unpag.; OBR Otto Huber (GISTr) an Johannes Behr (PGLA), 10.8.1935, ebd., unpag.; Schütten (GISTr) an Prof. Dr. Wilhelm Eitel (Berlin-Dahlem), 17.9.1935, ebd., unpag.; Bericht über die Sitzung der Deutschen Steinbruchkartei in Saalfeld, 4.11.1938, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 4, Bl. 44 (Ich danke Malte Stöcken für den Hinweis auf diese Akte).

2087 Dr. Schattenmann (GISTr) an MPA (Abt. Baugewerbe 2, Berlin-Dahlem), 29.10.1936, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 1, Bl. 5.

2088 Wilhelm Eitel (Arbeitsgruppe Betonstraßen der Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen e.V.) an OBR Otto Huber (GISTr) (mit anliegendem Auszug aus dem Schreiben der WiGru Steine und Erden (Berlin) vom 1.10.1935 an die Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen e.V., Arbeitsgruppe Betonstraßen), 4.10.1935, BArch Berlin, R 4601, Nr. 642, unpag. Die WiGru schien jedoch nicht für alle ihre Gliederungen zu sprechen, denn der Bezirk Südwestdeutschland der Fachgruppe Natursteine für Wege-, Bahn- und Wasserbau der WiGru Steine und Erden ließ das MPA in Berlin-Dahlem wissen, dass es an den durch die SBK veranlassten Versuchen zur Überprüfung der Steinbrucherzeugnisse auf ihre Eignung für den Straßenbau „sehr interessiert“ sei. Bezirk Südwestdeutschland der Fachgruppe Natursteine für Wege-, Bahn- und Wasserbau der WiGru Steine und Erden an Stöcke (MPA, Berlin-Dahlem), 21.11.1936, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 1, Bl. 15.

Kassenführung zufiel. Für das erste Jahr veranschlagte von Seidlitz Kosten in Höhe von 30.000 RM für die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen, für die Anstellung eines Geologen und eines Zeichners sowie für Reisekosten, die jedoch durch die Bezahlung der im Auftrag der Steinindustrie ausgeführten Untersuchungen wieder hereingeholt werden sollten. Um die widerspenstige Wirtschaftsgruppe gefügig zu machen, riet der PGLA-Präsident dem GISt, die in Frage kommenden Fachgruppen der Wirtschaftsgruppe Steine und Erden darüber zu unterrichten, dass die ihm unterstellten Baubehörden und die Gesellschaft Reichsautobahnen angewiesen würden, „künftig nur noch aus solchen Betrieben Material zu beziehen, deren Brüche geologisch, gesteinskundlich, materialtechnisch und betriebstechnisch untersucht“ worden seien. Zu diesem Zweck sollte bis zum 1. April 1938 „jeder Betrieb bei der Bewerbung um Aufträge aus öffentlichen Mitteln den Nachweis erbringen, dass er in die Deutsche Steinbruchkartei eingetragen“ sei. Die Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse sollte in der SBK erfolgen, die so zu einer zentralen Auskunftsstelle vor allem für Behörden heranwachsen sollte. Daher sahen sich die Baubehörden auch angewiesen, Abschriften der in ihren Händen befindlichen oder später eingehenden Prüfungszeugnisse und Gutachten über Naturgesteine fortan an die PGLA zu schicken.²⁰⁸⁹ Ähnlich wie im Fall des Lagerstättengesetzes und des Reichsbohrprogramms stützte sich die PGLA als Wissenschaftsbehörde also auch bei der SBK auf das Mittel des Zwangs, um ihre Interessen durchzusetzen, wobei sie sich auch hier der Rückendeckung des Staates (GISt) sicher sein konnte.²⁰⁹⁰

Um die SBK auf die Bedürfnisse der Praxis auszurichten, wurden im Zuge einer vom GISt im Juli 1936 einberufenen Sitzung konkrete Abgrenzungen der jeweiligen Arbeitsgebiete vorgenommen.²⁰⁹¹ Demnach sollte die Kartei – die in der PGLA vorgehalten wurde – zunächst eine geologische Beschreibung der Steinbrüche liefern, was Aufgabe der Geologischen Landesanstalten war. Die Geologen beurteilen das Steinbruchmaterial, die Steinvorräte und die dadurch bedingte Lebensdauer der Betriebe durch Inaugenscheinnahme vor Ort. Je nach Lage der Steinbrüche sollten die regional zuständigen geologischen Dienste herangezogen werden. Daran schloss sich eine Festlegung der technischen Eigenschaften der in den Brüchen gefundenen Gesteine an. Diese technische Prüfung sollte in erster Linie durch das MPA in Berlin-Dahlem

2089 Wilfried von Seidlitz (PGLA) an Fritz Todt (GISt), 22.1.1935, BAArch Berlin, R 4601, Nr. 642, unp.; Protokoll einer Besprechung über die Deutsche Steinbruchkartei, 18.11.1935, ebd., unp.

2090 Etwa zeitgleich und in Analogie zur SBK begann die PGLA in Kooperation mit der Preußischen Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene und mit Unterstützung des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachleuten auch mit den Arbeiten an einer Reichswasserwerkstatistik, die den Zweck verfolgte, „karteimäßig jedes deutsche Wasserwerk nach seinen geologischen und wasserwirtschaftlichen Verhältnissen zu erfassen“. Bergwesen des Deutschen Reiches im Jahre 1937 (1938), S. 268; Behr, Generalplanung (1938), 863 f.; Tätigkeitsbericht 1937 (1938), S. 23; Dahlgrün, Wasser (1944), S. 201 f.

2091 Vermerk der Dienststelle des GISt für OBR Huber (GISt), 25.4.1936, BAArch Berlin, R 4601, Nr. 642, unp.

erfolgen, das aber genau wie die PGLA auch andere Schwesterinstitute (z.B. Materialprüfungsämter der TH's Aachen, Braunschweig, Breslau, Darmstadt, Dresden, Karlsruhe, München, Stuttgart und die Landes-Gewerbeanstalt Nürnberg) zur Mitarbeit heranzog.²⁰⁹² Diese Arbeiten wurden von betriebs-technischen Untersuchungen flankiert, für die das der DAF angegliederte Deutsche Forschungsinstitut für Steine und Erde in Köthen verantwortlich zeichnete.²⁰⁹³ Eine von den Geologen zu erstellende Karte sollte zudem Informationen über die Lage der Brüche und ihre Leistungsfähigkeit liefern. Auf Einheitsblättern im Maßstab 1:100.000 wurde jeder Steinbruch durch ein Symbol dargestellt, das das Gestein, die Hauptverwendung und die Größe des Betriebes (unterschieden nach Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb) angab. Jeder Steinbruch wurde durch die Nummer des Einheitsblattes, in dessen Bereich er lag, und mit einer laufenden Nummer, auf jedem Einheitsblatt mit 1 beginnend, eindeutig bezeichnet. Für jeden Steinbruch wurde dann ein Aktenstück angelegt, in dem die gesamten Angaben über den Steinbruch, wie Steinbruchbeschreibung, petrographische Beschreibung, Zeugnis des Materialprüfungsamtes usw. enthalten waren. Aus diesen zum Teil umfangreichen Berichten wurden zudem Auszüge auf drei Stammkarten hergestellt, von denen Stammkarte A Angaben über die Lage des Bruches, die Besitzverhältnisse und über die Eignung des Gesteins für bestimmte Verwendungszwecke enthielt. Auf der Stammkarte B fanden sich Auszüge aus der Bruchbeschreibung, aus der petrographischen Beschreibung und die Mittelwerte der technologischen Prüfung. Die Stammkarte C enthielt schließlich die Ergebnisse der betriebstechnischen Untersuchung, so etwa Informationen über die Fördermenge, die Zahl der Belegschaft und der Betriebseinrichtungen.²⁰⁹⁴

Grundsätzlich war jeder Antrag zur Aufnahme eines Steinbruchbetriebes in die Kartei an das Staatliche Materialprüfungsamt in Berlin-Dahlem zu richten.²⁰⁹⁵ Von dort aus wurde Verbindung zur PGLA wegen der Probenentnahme aufgenommen. Da die Beurteilung der Steinbrüche regional erfolgte, beauftragte die PGLA diejenige Landesanstalt mit der Probenahme, in deren

2092 Kurt Stöcke (MPA Berlin-Dahlem) an Dr. Ing. Kohler (GISt), 16.12.1937, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 1, Bl. 175 f. Als Beispiel ein Schreiben der PGLA mit dem Hinweis, dass die Probenentnahme in den Steinbrüchen der Odenwälder Hartsteinindustrie A.-G., Darmstadt, Basaltbruch am Roßberg und Hornfels-Dioritbruch bei Niederramstadt durch die Hessische GLA erfolgt sei, während man die Proben an die TH Darmstadt geschickt habe. Behr (PGLA) an MPA (Berlin-Dahlem), 12.3.1937, ebd., Bl. 78.

2093 Das Deutsche Forschungs-Institut für Steine und Erden war der Abteilung Forschung beim Fachamt Steine und Erden der DAF in Berlin direkt unterstellt. Vgl. DFSE (Köthen) an Stöcke (MPA Berlin-Dahlem), 2.2.1939, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 4, Bl. 133a.

2094 PGLA an Kurt Stöcke (SBK, MPA Berlin-Dahlem), 24.8.1937, ebd., Bl. 121-123. Beispiele für Stammkarten A, B, C, Prüfungszeugnisse des MPA und die betriebstechnische Untersuchung durch das DFSE in Köthen finden sich in BArch Berlin, R 4601, Nr. 641, unpag.

2095 Beispiele für Anträge zur Aufnahme in die SBK finden sich in Stöcke (MPA, Berlin-Dahlem) an Behr (PGLA) 16.2.1937, 25.3.1937 u. 6.4.1937, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 1, Bl. 58, 79, 84-86.

Bereich das Gesteinsvorkommen lag. Ebenso wurde vom MPA aus die entsprechende Materialprüfungsstelle mit der Durchführung der technischen Prüfung beauftragt. Die Prüfungsergebnisse wurden dann der SBK zu Aufnahme übersandt und gingen auch den Antragstellern für ihre Unterlagen zu.²⁰⁹⁶ Im Vordergrund standen zunächst die spezifischen Interessen des GISTr, insbesondere die Überprüfung der Steinbrucherzeugnisse auf ihre Eignung für den Straßenbau.²⁰⁹⁷ Allerdings sollte die SBK auch „alle Groß- und Mittelbetriebe für Straßenbaustoffe und für Werksteine“ im Straßen-, Hoch-, Brücken- und Wasserbau erfassen.²⁰⁹⁸ Ihr Zweck bestand darin, „einheitliche und einwandfreie Unterlagen für die Bewertung der Lagerstätten der natürlichen Gesteine“ zu liefern, wobei diese Bewertung „für alle Behörden des Reiches bindend sein“ sollte.²⁰⁹⁹ Zudem sollten sämtlichen deutschen Straßenbaubehörden „Prüfungszeugnisse und Erfahrungstatsachen über die Bewährung der Naturgesteine“ an die Hand geben werden.²¹⁰⁰

Um festzustellen, ob das Ziel auf dem vorgeschlagenen Weg erreicht werden konnte, sollte zunächst versuchsweise mit der Prüfung einiger weniger Brüche begonnen werden, für deren Auswahl die Geologen Johannes Behr und Otto Burre (PGLA) sowie die promovierten Ingenieure Kurt Stöcke (MPA, NSDAP 1937) und Alfred Laubenheimer (DFSE, NSDAP 1937) verantwortlich waren.²¹⁰¹ Dieser Versuch sollte sich auf ein halbes Jahr erstrecken, wofür der Leiter der Fachgruppe Natursteine für den Wege-, Bahn- und Wasserbau der WiGru Steine und Erden, Andreas Klefenz, 1.000 RM und der GISTr 2.000 RM in Aussicht stellten. Da für den Versuch aber insgesamt 5.000 RM benötigt wurden, sollten die restlichen Mittel durch von den Steinbruchfirmen zu erstattende Kosten für die technische Prüfung der Gesteine (ca. 200–450 RM je Bruch) aufgebracht werden.²¹⁰²

2096 Kurt Stöcke (MPA Berlin-Dahlem) an Dr. Ing. Kohler (GISTr), 16.12.1937, ebd., Bl. 175 f.

2097 Wie der GISTr deutlich machte, erforderten „allgemeinwirtschaftliche Belange des Straßenbaues (...) eine zuverlässige Übersicht über die Materialeigenschaften und die Leistungsfähigkeit der deutschen Steinbrüche. Durch entsprechende Untersuchungen nach geologischen, stoff- und gewinnungstechnischen Gesichtspunkten“ sollten „notwendige Unterlagen für die einwandfreie Gesteinslieferung an Bauvorhaben geschaffen werden“. GISTr an Reichshauptkasse, 29.10.1936, BArch Berlin, R 4601, Nr. 642, unpag.

2098 Rundschreiben Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen e.V., Arbeitsgruppe „Steinstraßen“ an die Mitglieder der Arbeitsgruppe Steinstraßen, 17.11.1937, ebd., unpag.

2099 Niederschrift der Besprechung über die SBK in der PGLA 11.5.1937, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 1, Bl. 100–103.

2100 Niederschrift über die Sitzung beim GISTr über den Richtlinien-Entwurf für die Prüfung von Naturgesteinen für Straßenbauzwecke, 30.5.1938, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 3, Bl. 21–26.

2101 Vgl. DAF (Reichsbetriebsgemeinschaft Stein und Erde, Berlin) an GISTr, 24.7.1936, BArch Berlin, R 4601, Nr. 642, unpag. Zur NSDAP-Mitgliedschaft von Stöcke siehe Stöcken, *Forschen* (2026), zu der von Laubenheimer siehe Heeke, *Reisen* (2003), S. 597 f.

2102 Niederschrift über die Sitzung SBK am 22.7.1936 beim GISTr, 24.7.1936, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 1, Bl. 9–11; Niederschrift der Besprechung über die SBK in der PGLA, 11.11.1936, ebd., Bl. 13 f.

Zu den Arbeiten an der Steinbruchkartei, die Anfang Dezember 1936 begannen, wurde der Geologe Erich Lemke (NSDAP 1932)²¹⁰³ herangezogen, der seit 1935 an der PGLA beschäftigt war. Er wurde aber durch das Staatliche Materialprüfungsamt in Berlin-Dahlem bezahlt, an das er 1936 auch zwischenzeitlich wechselte, wo er in der Abteilung Baugewerbe unter Kurt Stöcke arbeitete, der zu den Initiatoren der Steinbruchkartei gehörte. Gerade das Berliner MPA stand von Beginn an im Fokus erregter Debatten, denn die steinbearbeitende Industrie hatte erhebliche Sorgen davor, dass es im Zuge der Schaffung der SBK zur Einführung neuer, unerprobter und dann generalisierter Materialprüfungsmethoden kam, „ohne Rücksicht auf die Bewährung in der Praxis“ zu nehmen.²¹⁰⁴ Stöcke versuchte, die in der Industrie bestehenden Zweifel zu zerstreuen, indem er versicherte, dass in der bestehenden Materialprüfungsmethode lediglich eine Änderung eintrete, nach der die Probenahme für die Prüfung nun durchweg auf geologischer Grundlage erfolgen sollte. In den Prüfungen selbst, in denen nur DIN-Verfahren zur Ermittlung der technischen Konstanten eines Gesteins zur Anwendung kämen (z.B. Untersuchungen auf Teerhaftigkeit, auf Kanten- und Flächenverschleiß, Druckfestigkeit, Dichtigkeitsverhältnisse, Wasseraufnahme, Wasserabgabe, Wetter- und Frostbeständigkeit, Biegezugfestigkeit), würden keine Änderungen eintreten und die vom Deutschen Verband für Materialprüfung der Technik (DVM) aufgestellten Verfahren für verbindlich erklärt.²¹⁰⁵

Schuld an der auf Seiten der Industrie bestehenden Verwirrung seien die Materialprüfungsämter der Hochschulen, die eigene Methoden ausarbeiten und sich um die bestehenden Normverfahren „nicht kümmern“ würden. Bei der SBK gehe es aber um „eine allgemein geregelte Gesteinsprüfung“, um dem „Natursteingewinner und Verbraucher“ Hilfe zur zweckmäßigen Verwendung von Naturgestein zu geben.²¹⁰⁶ Aus diesem Grund bemühte sich Stöcke in den folgenden Monaten um die Ausarbeitung verbindlicher Richtlinien zur Sicherstellung einheitlicher Prüfverfahren, an die sich alle am Gemeinschaftsprojekt

2103 Zu Lemke siehe Anhang Biographien.

2104 Bezirk Südwestdeutschland der Fachgruppe Natursteine für den Wege-, Bahn- und Wasserbau der WiGru Steine und Erden (Mannheim) an Stöcke (MPA, Abteilung Baugewerbe, Berlin-Dahlem), 3.12.1936, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 1, Bl. 39. Den Hintergrund bildeten vermutlich im Deutschen Verband für Materialprüfung der Technik aufgekommene Besprechungen über „die Neuordnung der Gesteinsprüfverfahren“ und die „Herausgabe von Richtlinien für die Prüfung von Naturgesteinen für den Hochbau, Brückenbau und Eisenbahnbau“. Reichsbahndirektion Kassel an Stöcke (MPA, Berlin-Dahlem), 7.12.1936, ebd., Bl. 42.

2105 Stöcke verfügte über die Möglichkeiten zur Durchsetzung dieses Ziels, denn er war Obmann des Unterausschusses für Richtlinien für die Prüfung und Bewertung von Naturgesteinen des DVM. Stöcke (MPA, Berlin Dahlem) an Otto Huber (GIStr), 3.3.1938, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 2, Bl. 25.

2106 Stöcke (MPA, Berlin-Dahlem) an Fachgruppe Natursteine Bezirk Westdeutschland (Mannheim), 8.12.1936, ebd., Bl. 40 f.; Niederschrift über die Sitzung beim GIStr über den Richtlinien-Entwurf für die Prüfung von Naturgesteinen für Straßenbauzwecke, 30.5.1938, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 3, Bl. 21–26.

der SBK beteiligten Materialprüfungsämter zu halten hatten. Ämter, die den Vorgaben nicht entsprachen oder nicht über die für die Prüfungen notwendigen technischen Einrichtungen verfügten, wurden daher konsequent ausgeschlossen.²¹⁰⁷

Abgesehen davon, dass sich die kontroversen Verhandlungen über die Einführung einheitlicher Prüfverfahren über Monate hinstreckten, gingen auch die Arbeiten an der Kartei (Verarbeitung der Neueingänge) „nur langsam von statten“.²¹⁰⁸ So waren bis zum Ende des Probeversuchs Mitte Mai 1937 lediglich 170 Steinbrüche aus alten Unterlagen und erst 20 neu untersuchte Brüche in der SBK verzeichnet. Die Geologen hatten zwar schon 24 Probeentnahmen durchgeführt, Berichte darüber lagen aber noch nicht vor. Gleiches galt für die betriebstechnischen Untersuchungen der DFSE. Insgesamt waren bis dahin nur zwei Steinbrüche vollständig bearbeitet worden. Allerdings hatten fast alle der für den Probeversuch zunächst in Aussicht genommenen 18 Firmen Anträge auf

2107 Wie aus einem Vermerk Stöckes hervorgeht, bestanden auf Seiten des GISt und der Steinindustrie keine Bedenken gegen eine Zentralisierung der Prüfung von Naturstein am MPA. Trotzdem wurde Wert darauf gelegt, möglichst viele Prüfeinrichtungen mitarbeiten zu lassen, um die Einrichtung der SBK zu beschleunigen, denn erfahrungsgemäß beanspruchten die Materialprüfungen die meiste Zeit bei der Bearbeitung eines Steinbruchs. Vom GISt finanzierte Vergleichsprüfungen sollten bestätigen, welche Prüfstellen wirklich in der Lage waren, Natursteinprüfungen normgemäß durchzuführen. Den in Frage kommenden Prüfämtern wurden dazu aus ein und demselben Granitblock eines Steinbruchs einzelne Stücke (je zwei Gesteine und zwei Schotterarten) zugesandt, um festzustellen, ob die dort erzielten Prüfergebnisse mit denen des MPA übereinstimmen. Vgl. Sitzungsvermerk Stöckes (MPA, Berlin-Dahlem), 15.11.1937, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 1, Bl. 149; Otto Huber (GISt) an die TH-Professoren Pistor (München), Buntru (Aachen), Gaber (Karlsruhe), Gehler (Dresden), Graf (Stuttgart), Wagner (Darmstadt), Raven (Braunschweig) und die Bayerische Landesgewerbeanstalt Nürnberg, 21.3.1938, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 2, Bl. 88 f.; Huber (GSSt) an Prof. Dr. Otto Graf (TH Stuttgart), 21.2.1938, ebd., Bl. 90; Huber (GISt) an PGLA, 22.3.1938, ebd., Bl. 91; Vermerk des GISt über eine Besprechung mit Stöcke (MPA), 29.11.1937, BArch Berlin, R 4601, Nr. 642, unpag.; Vermerk des GISt über den Richtlinienentwurf „Prüfung von Naturstein auf Eignung für Straßenbauzwecke“, 30.5.1938, BArch Berlin, R 4601, Nr. 643, unpag.; Normblatt „Prüfung von Natursteinen“ (DIN DVM 2100), Februar 1939, ebd., unpag. Zu den Verfahren zur Bestimmung der Gesteinseigenschaften für die SBK vgl. BArch Berlin, R 4601, Nr. 642, unpag.; Stöcke (MPA-Berlin-Dahlem) an OBR Huber (GISt, Berlin), 16.11.1937, ebd., unpag.; Stöcke, Gesichtspunkte (1933), S. 38–41; ders., Wetterbeständigkeit (1937); ders., Geologe, S. 21–40. Auch der eingangs erwähnte Georg Frebold hatte vor, seine an der TH Hannover eingerichtete Forschungsstelle für technische Geologie in die Materialprüfungsarbeiten der SBK einzubinden, was ihm jedoch von Stöcke und vom Chef des MPA, Erich Seidl, zunächst verweigert wurde. Seidl (MPA, Berlin-Dahlem) an RMWEV, 20.5.1938, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 2, Bl. 114 f. 1939 wurde Frebold dann offenbar doch eingebunden. Vgl. MPA (Berlin-Dahlem) an Frebold (TH Hannover), 20.5.1939, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 4, Bl. 175e. Da sich der an der TH Karlsruhe lehrende Ernst Gaber weigerte, Gesteinsprüfungen „nach den veralteten Verfahren“ des DVM durchzuführen, wurde er von Stöcke aus dem Verbundprojekt ausgeschlossen. Stöcke (MPA-Berlin-Dahlem) an Gaber (TH Karlsruhe), 28.10.1938, ebd., Bl. 34.

2108 Bericht von Otto Burre (PGLA) über eine Besprechung mit Herrn Dr. Stöcke, 15.4.1937, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 1, Bl. 89 f.

Untersuchung gestellt, was immerhin auf das seitens der Industrie bestehende Interesse am Gemeinschaftswerk der Steinbruchinventarisierung verweist.

Aus diesem Grund versuchten PGLA, MPA und DFSE die Kartei nicht nur zu einer „Dauereinrichtung“ zu machen, sondern auf eine breitere Grundlage zu stellen, indem sie sich nicht nur um die Fortführung der Finanzierung ihrer Arbeiten durch den GISt bemühten, sondern auch um die Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft Reichsparteitagbauten Nürnberg GmbH buhlten.²¹⁰⁹ Dies war überaus geschickt, denn gerade die Lieferwerke letzterer mussten an den Arbeiten der SBK großes Interesse haben, da in Nürnberg allein für die geplante Kongresshalle gigantische 80.000 Kubikmeter Steine, davon 40.000 Kubikmeter Marmor erforderlich waren.²¹¹⁰ Für Berlin rechnete die Dienststelle des Anfang 1937 ernannten Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt (GBI), Albert Speer, „mit einem Monatsbedarf von 80 Millionen Hintermauersteinen, 60 Millionen Kalksandsteinen, 20.000 Tonnen Stahl und 35.000 Tonnen Zement“, was die Kapazitäten der deutschen Baustoffindustrie bei weitem überstieg.²¹¹¹ Der Gesamtbedarf an Natursteinen „für die neuen großen Staats- und Parteibauten“ war inzwischen so groß, dass in absehbarer Zeit sogar die Gefahr bestand, dass die Nachfrage der Naturwerksteinindustrie (z.B. Granite, säureresistenter Sandstein) nicht mehr gedeckt werden konnte. „Um eine planmäßige Ausnutzung der Gesteinslagerstätten zu erreichen“, schien „eine möglichst schnelle Erfassung der Werksteinbetriebe durch die Deutsche Steinbruchkartei“ also dringend erforderlich.²¹¹²

Auf Seiten des GISt war man trotz der zunächst mageren Erfolge vom Nutzen der SBK überzeugt, weswegen sie im November 1937 auf Anordnung Todts für alle Wegebaumaterial liefernden Steinbrüche für obligatorisch erklärt wurde. Von den dabei insgesamt in Frage kommenden 10.000 Steinbrüchen sollten aber zunächst nur die großen und mittleren Betriebe erfasst werden. So wurde festgelegt, bis 1940 zunächst alle größeren Werke über 15.000 RM Umsatz (das waren etwa 1.000 Steinbrüche) für die SBK zu prüfen. Die Inventarisierung

2109 Vgl. Niederschrift der Besprechung über die SBK in der PGLA, 11.5.1937, ebd., Bl. 100–103; Versé (PGLA) an Stöcke (MPA, Berlin-Dahlem), 24.8.1937, ebd., Bl. 121–123. Sich über das dürftige Gesamtbild der SBK bewusst, appellierte Burre (PGLA) an Stöcke (MPA) alles zu tun, „um die Steinbruchkartei am Leben zu erhalten“. Burre an Stöcke, 3.10.1937, ebd., Bl. 138.

2110 Vgl. Niederschrift über die Sitzung betr. SBK beim GISt, 15.11.1937, BArch Berlin, R 4601, Nr. 642, unp. Kurt Stöcke vom MPA nahm nicht nur an einer Besichtigung von Baumaterial für die Kongresshalle, sondern auch mindestens an einer „Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Parteibauten Nürnberg“ teil. Vgl. Reisekostenabrechnung Stöckes, ohne Datum [1938], BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 2, Bl. 35.

2111 Kaienburg, *Wirtschaft* (2003), S. 456.

2112 Niederschrift einer Besprechung über die SBK in der PGLA, 24.1.1938, Berlin-Dahlem, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 2, Bl. 83–85. Die Dienststelle des GBI machte Anfang 1938 deutlich, „dass eine Reihe von Granitsteinbrüchen, die rötliches Material liefern“ könnten, „für die nächsten Jahre ganz zu den Lieferungen des Parteitaggeländes reserviert“ würden. Vermerk von Eduard Schönleben (GISt), 21.2.1938, BArch Berlin, R 4601, Nr. 643, unp.

sollte sich aber nicht nur auf Belange des Straßenbaus, sondern ebenso auch auf den Hoch-, Brücken- und Wasserbau erstrecken, um einen möglichst zuverlässigen Überblick über die Verteilung, Art und technische Verwendbarkeit der deutschen Steinvorkommen und die Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe zu gewinnen.²¹¹³ Daher legte Todt auch Wert darauf, den GBI Speer zu veranlassen, gemeinsam mit ihm „auch für seine Bauten für die Fachgruppe Naturwerkstein den Beitritt zur Steinbruch-Kartei obligatorisch zu machen“. Gleichwohl ließ Todt, der im Dezember 1938 auch zum „Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft“ ernannt wurde²¹¹⁴, keinen Zweifel daran, dass „die Führung der Deutschen Steinbruchkartei“ gegenüber den anderen Obersten Reichsbehörden und den Spitzenstellen der Wirtschaft bei seiner Behörde lag.²¹¹⁵ Die Zustimmung Speers bedeutete allerdings, dass sich der Arbeitsanfall für das Gesamtprojekt schlagartig verdoppelte.²¹¹⁶

Da nicht erwartet wurde, dass sich alle Betriebe der kostenpflichtigen Prüfung ihrer Brüche freiwillig unterzogen, sollte „ein Zwang zur Aufnahme in die Steinbruchkartei dadurch ausgeübt werden, dass die Behörden von einem bestimmten Zeitpunkt ab nur noch von solchen Brüchen“ Material bezogen, die in der SBK erfasst waren.²¹¹⁷ Das Gros der Mittel für die Inventarisierung sollte wie bisher von den einzelnen Betrieben aufgebracht werden – das waren pro Prüfung 300 RM (200 RM für die Material- und je 50 RM für die geologische und betriebstechnische Prüfung). Für die nunmehr offizielle Ingangsetzung der SBK wurden aber darüber hinaus weitere 10.000 RM vorgesehen, die je zur Hälfte vom GISTr und der Steinindustrie (Fachgruppe

2113 Vgl. GISTr an die wegeunterhaltungspflichtigen Länder und preußischen Provinzen, 14.3.1938, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 2, Bl. 93.

2114 Vgl. Fröhlich, Kampf (2018), S. 317.

2115 Niederschrift über die Sitzung betr. SBK im Dienstgebäude des GISTr, 9.2.1938, BArch Berlin, R 4601, Nr. 643, unpag.

2116 Aktenvermerk der Dienststelle des GISTr, 9.11.1937, BArch Berlin, R 4601, Nr. 642, unpag.; Sitzungsvermerk Stöckes (MPA, Berlin-Dahlem), 15.11.1937, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 1, Bl. 149. Es bestand sogar der Plan, die Inventarisierung auf die gesamte Industrie der Steine und Erden auszudehnen. Vgl. Niederschrift einer Besprechung über die SBK in der PGLA, 24.1.1938, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 2, Bl. 83–85.

2117 Der PGLA-Vertreter Otto Burre betonte, dass eine freiwillige Beteiligung, wie sie dem Versuchsbetrieb der SBK zu Grunde lag, „zu keinem praktischen Ergebnis“ führe, da so nur vereinzelte Anträge eingingen und die Untersuchungen keinen Überblick über die Leistungsfähigkeit der Steinindustrie ergäben. Ebd. Vgl. auch Geschäftsführung der Fachgruppe Naturwerksteinindustrie der Wirtschaftsgruppe Steine und Erden an ihre Mitglieder, Mai 1938, BArch Berlin, R 4601, Nr. 643, unpag. Die Anträge liefen aber auch in den folgenden Monaten nur sehr zögerlich ein, woraufhin die Dienststelle des GISTr ihre Warnung wiederholte. Vgl. Niederschrift über eine Besprechung über die SBK in der PGLA, 11.6.1938, ebd., unpag. Aber auch dieser Vorstoß blieb weitgehend wirkungslos, weil sich viele Steinbruchbesitzer mit ihren Anträgen zur Aufnahme in die SBK weiterhin zurückhielten und wegen der großen Nachfrage an Naturstein wenig Möglichkeiten bestanden, sie „in entsprechend wirksamer Weise zur Antragstellung anzuhalten“. Vermerk des GISTr über eine Besprechung vom 20.6.39 betr. SBK bei der Fachgruppe Steine und Erden der DAF, 23.6.1939, ebd., unpag.

Naturwerksteinindustrie und Fachgruppe für Wege-, Bahn- und Wasserbau der Wigru Steine und Erden) aufgebracht wurden. Sämtliche Mittel sollten einem Sonderfonds bei der PGLA zufließen, um eine restlose Verwendung für die Zwecke der SBK sicherzustellen.²¹¹⁸ Die Kartei sollte im Laufe von etwa drei bis fünf Jahren sämtliche Steinbrüche für den Bahn-, Wege- und Wasserbau sowie für die Werksteinbetriebe (z.B. für architektonische oder künstlerische Zwecke) nach geologischen, material- und betriebstechnischen Gesichtspunkten aufnehmen und durch von den Baubehörden zusätzlich geforderte ergänzende Unterlagen allmählich zu einem Wissensspeicher ausgebaut werden, um sachkundige Auskunft darüber geben, wie sich die einzelnen Gesteine als Baustoffe bewährten.²¹¹⁹ Wie Todt betonte, sollte die Kartei aber „keine rein wissenschaftliche Sammlung der deutschen Natursteinvorkommen werden, die an zentraler Stelle eingerichtet und nur einigen wenigen Stellen“ zugänglich war. Vielmehr sollte sie „ganz dem Verkehr“ zwischen Verbraucher und Erzeuger (Güteeigenschaften) dienen und durch die Erfassung der mengenmäßigen Leistungsfähigkeit der einzelnen Lieferfirmen auch sichere Unterlagen für die dringend notwendige Bedarfsregelung liefern.²¹²⁰

Nachdem der GIStR die Vorarbeiten im März 1938 für abgeschlossen erklärt und die Errichtung der Deutschen Steinbruchkartei offiziell verfügt hatte, sandte die PGLA Fragebögen an alle Mitglieder der Fachgruppe Natursteine für den Wege-, Bahn- und Wasserbau der Wirtschaftsgruppe Steine und Erden, in denen um Mitteilung aller für die Anlage der SBK notwendigen Informationen gebeten wurde.²¹²¹ Um möglichst bald wenigstens für einzelne dringend benötigte Gebiete vorläufige Ergebnisse zu erhalten, wurde auch festgelegt, noch weit stärker als bis dahin Teile der SBK aus alten Unterlagen provisorisch aufzustellen.²¹²² Um wirklich alle Steinbrüche zu erfassen und den in der Industrie bestehenden Aversionen gegen die kostenintensiven Prüfungen zu begegnen, kamen die Verantwortlichen der SBK kleineren Firmen entgegen, indem sie in großen Gesteinsgebieten mit mehreren

2118 Vgl. Niederschrift über die Sitzung betr. SBK beim GIStR, 15.11.1937, BArch Berlin, R 4601, Nr. 642, unpag.

2119 Vgl. Vermerk von Stöcke [MPA, Berlin-Dahlem] betr. SBK, ohne Datum (etwa Nov. 1938), BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 4, Bl. 46; GIStR an die wegeunterhaltungspflichtigen Länder und preußischen Provinzen, 14.3.1938, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 2, Bl. 93. An anderer Stelle wurde darauf verwiesen, dass an der RfB „für die Steine und Erden (...) im Hinblick auf die großen Bauvorhaben eine besondere Untersuchungs- und Katalogisierungsstelle (Steinbruchkartei)“ errichtet worden sei. Die Aufgaben des Reichsamts für Bodenforschung, ohne Datum (um 1941), BGR-Archiv Hannover, Nr. 59779, unpag.

2120 Aktenvermerk des GIStR, 11.5.1938, BArch Berlin, R 4601, Nr. 643, unpag.

2121 Rundschreiben des GIStR betr. SBK, 11.3.1938, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 3, unpag.; Johannes Behr (PGLA) an GIStR (mit anliegendem Fragebogen und Entwurf für eine kurze Zeitungsnotiz betr. SBK), 24.2.1938, BArch Berlin, R 4601, Nr. 642, unpag.; Entwurf eines Rundschreibens der WiGru Steine und Erden an ihre Fachgruppen, ohne Datum (1938), BAM-Archiv Berlin, Ordner Lagerstättengebiet Lausitz, unpag.

2122 Vgl. Niederschrift über eine Sitzung über die SBK in der PGLA, 11.5.1938, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 2, Bl. 95–98.

Gewinnungspunkten eine ausführliche Übersichtsprüfung veranlassten, für die örtlichen Einzelbetriebe aber nur die besonderen geologischen Verhältnisse und die betriebstechnischen Eigenheiten klärten. Von den technischen Gesteinseigenschaften wurde unter Umständen dann sogar nur eine besonders wichtige (z.B. Druckfestigkeit) ermittelt, was die Kosten minimierte und auch für die kleineren Betriebe tragbar machte.²¹²³

Da die Arbeiten an der SBK vor diesen Hintergründen nun deutlich Fahrt aufnahmen war es fatal, dass der dafür ursprünglich herangezogene Erich Lemke im März 1938 ausschied und als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an das Sächsische Geologische Landesamt in Freiberg wechselte.²¹²⁴ An seine Stelle traten die Mineralogin Isa Koch (NSDAP-Anwärterin 1938), die aber bereits im November 1938 wieder ausschied, und der Geologe Rudolf Fabian (NSDAP 1933) die den Geologen Behr und Udluft an der PGLA und Kurt Stöcke am MPA zuarbeiteten.²¹²⁵ Da die SBK mit der für Sachsen zuständigen Geologischen Landesanstalt in Freiberg nur auf dem Umweg über die zuständigen Ministerien kommunizieren konnte, wurde statt ihrer die ebenfalls in Freiberg angesiedelte Lagerstättenforschungsstelle Sachsen mit der Probeentnahme in den sächsischen Steinbrüchen betraut.²¹²⁶ Auch in Hessen suchte man nach einer Vereinfachung des Geschäftsganges. Nachdem der zuständige Geologe Wilhelm Wagner als Leiter des Lehrstuhls für Geologie und technische Gesteinskunde an der TH Darmstadt schon für die materialtechnischen Untersuchungen zuständig war, ging Berlin dazu über, ihn an Stelle der Hessischen GLA auch für die Probeentnahme in den Steinbrüchen heranzuziehen.²¹²⁷ Einen ähnlichen Weg ging man auch in München, denn Bayerns geologischer Dienst war so mit Arbeit überlastet, dass er den für ihn vorgesehenen Arbeiten für die SBK nicht nachkommen konnte. Folglich sprangen Beamte der PGLA und Adolf Stois vom Mineralogisch-Geologischen Institut der TH München für ihn ein.²¹²⁸

Im Zuge des ‚Anschlusses‘ Österreichs wurde auf Anweisung Kepplers an der Geologischen Landesanstalt in Wien eine SBK-Dependance unter der

2123 Vgl. Stöcke (MPA, Berlin-Dahlem) an Fachgruppe Natursteine, Zweiggeschäftsstelle Südwestdeutschland (Mannheim), 15.6.1938, ebd., Bl. 168.

2124 Vgl. von Lemke ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1938), BArch Berlin, R 71, Nr. 34, unpag.

2125 Zu Koch und Fabian siehe Anhang Biographien.

2126 Vgl. Niederschrift über eine Sitzung über die SBK in der PGLA, 11.5.1938, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 2, Bl. 95–98; Vorstand der Staatlichen Lagerstättenforschungsstelle (Freiberg) an das MPA (Berlin-Dahlem), 19.5.1938, ebd., Bl. 120.

2127 Vgl. Niederschrift über eine Besprechung über die SBK in der PGLA, 3.8.1938, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 3, Bl. 102–104.

2128 Vgl. Niederschrift über die Besprechung in der PGLA betr. SBK, 21.9.1938, ebd., Bl. 156–158; Stöcke (MPA-Berlin-Dahlem) an PGLA, 10.10.1938, ebd., Bl. 159; Lutz Pistor (Bau-technisches Laboratorium, Amtliche Materialprüfungsstelle, TH München) an Stöcke (MPA, Abteilung Baugewerbe, Berlin-Dahlem), 15.10.1938, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 4, Bl. 6.

Leitung Alois Kieslingers (NSDAP Anwärter 1938)²¹²⁹ eingerichtet.²¹³⁰ In zwei Sitzungen mit den Vertretern der SBK, die in Berlin und Saalfeld stattfanden, wurden die Richtlinien zum einheitlichen Aufbau der Wiener Zweigstelle unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der österreichischen Steinindustrie festgelegt. In Analogie zu seinen deutschen Kollegen besuchte Kieslinger die wichtigsten österreichischen Steinbruchreviere, fertigte Bruchbeschreibungen und Aufnahmebögen an und entnahm die für die Materialprüfungen notwendigen Gesteinsmuster. Auf diese Weise konnte die „Wiener Kartei“ im Dezember 1938 bereits 514, ein Jahr später sogar 1.750 Steinbrüche nachweisen und ihren Nutzen für die „Beratung der Steinverbraucher“ unter Beweis stellen, zu denen neben verschiedenen Abteilungen der Reichsautobahn, beispielsweise auch das Brückenamt Linz gehörten.²¹³¹

Wie Kieslinger dem G1Str berichtete, führten ihn seine Erkundungen auch in einzelne für die Bauvorhaben der Reichsautobahnen besonders wichtige Gebiete, so etwa „das Schärdinger, das Mauthausener und das Pulkauer Granitrevier“. Dabei, so Kieslinger, habe er „mit allen großen Steinfirmen persönlich Fühlung genommen“, von den „Granitwerken A. Poschacher, Mauthausen“ sei ihm für seine Erkundungen sogar ein Kraftwagen zur Verfügung gestellt worden.²¹³² Der Steinbruchbesitzer Anton Poschacher hatte Ende Mai 1938 einen Vertrag über den Verkauf von Grundstücken und Gebäuden an die Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH (DESt) sowie über die Übernahme der Pachtrechte für den Steinbruch Gusen unterzeichnet.²¹³³ Die einen Monat zuvor gegründete DESt war das „erste Großunternehmen der SS“ und entwickelte sich bis 1945 zu einem zentralen Baustein ihres verzweigten Wirtschaftsimperiums.²¹³⁴ Ihre Entstehung verdankte sie dem Bestreben des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, Hitler und dessen Architekten Speer mittels Ausbeutung von KZ-Häftlingen die für die geplanten Großbauten im Reich notwendigen Baustoffe (Granite, Ziegel und Werksteine) zu liefern.²¹³⁵ Im Mai 1938 hatte die DESt bereits ein Steinbruchgelände bei Flossenbürg

2129 Zu Kieslinger siehe Anhang Biographien.

2130 Vgl. Niederschrift über eine Besprechung über die SBK in der PGLA, 11.5.1938, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 2, Bl. 95–98. Vgl. Danner, Görings Geologen (2015), S. 35–37.

2131 Beck, Jahresbericht Zweigstelle Wien der RFB 1938 (1939), S. 23–25. Zur Tätigkeit der SBK-Zweigstelle Wien vgl. Danner, Görings Geologen (2015), S. 37–42, 60 f.

2132 Heinrich Beck (Leiter der Geologischen Landesanstalt, Wien) an G1Str mit anliegendem vorläufigen Bericht Kieslingers über die Tätigkeit der Deutschen Steinbruchkartei, Zweigstelle Österreich vom 1.10.1938, 8.10.1938, BAArch Berlin, R 4601, Nr. 643, unpag.

2133 Vgl. Dürr/Lechner, Konzentrationslager (2021), S. 215.

2134 Zu den Hintergründen der DESt und ihrer Entwicklung vgl. Kaienburg, Wirtschaft (2003), S. 455–461, 466–472, 603–770, hier S. 455; ders., Erd- und Steinwerke (2023), S. 9 f.; Schulte, Zwangsarbeit (2001), S. 103–125; Georg, Unternehmungen (1963), S. 42–58.

2135 Ziegelbetriebe der SS entstanden beispielsweise in den Konzentrationslagern Buchenwald, Sachsenhausen, Neuengamme und Stutthof. Vgl. Kaienburg, Erd- und Steinwerke (2023), S. 8. Zu den möglichen Intentionen Himmlers, sich mit der Herstellung von Ziegeln und Werksteinen zu befassen, vgl. Kaienburg, Wirtschaft (2003), S. 460 f.

in der Oberpfalz vom Land Bayern gepachtet, wo kurz darauf ein neues Konzentrationslager entstand.²¹³⁶ Nur wenig später erfolgte die Übernahme von Steinbrüchen in Mauthausen und Gusen in der Nähe von Linz.²¹³⁷ Kieslingers Wiener Kollege Josef Schadler (NSDAP 1937)²¹³⁸ spielte „bei der Errichtung des Konzentrationslagers Mauthausen“ eine wichtige Rolle. Der Geologe, seit 1925 Korrespondent, ab 1935 auswärtiger Mitarbeiter der Geologischen Bundesanstalt in Wien und von November 1944 bis Kriegsende auch stellvertretender Leiter der RfB-Zweigstelle Wien, wies im April 1938 nicht nur auf die wirtschaftlichen Verwertungsmöglichkeiten der für die SS in Frage kommenden Steinbrüche bei Mauthausen (Wiener Graben, Bettelberg, Gusen) hin, sondern bat die Stadtverwaltung Wien erfolgreich darum, die in ihrem Besitz befindlichen Brüche der SS zu überlassen, die beabsichtigte, die Abbrucharbeiten durch Häftlinge „im Konzentrationslagerbetrieb“ aufzuziehen.²¹³⁹ Die Granitbetriebe Mauthausen (1938) und Gusen (1940) entwickelten sich schließlich zu den größten sowie ertragsreichsten Steinbruchkomplexen der DESt „und galten mit der Stufe III als furchtbarste Lager des KZ-Systems“.²¹⁴⁰

Nur wenige Wochen nach dem Eintreffen der ersten Häftlinge im KZ Mauthausen kam Kieslinger für eine mehrtätige Inspektionsreise in das „Mauthausener Revier“, um seine Erhebungen und Probeentnahmen für die Steinbruchkartei durchzuführen.²¹⁴¹ Da er alle Steinbrüche persönlich in Augenschein nahm und in der Regel auch Fotografien anfertigte, war Kieslinger über die Hintergründe und Arbeitsbedingungen in den SS-Steinbrüchen zweifelsohne im Bild. So bezifferte er die Belegschaft in dem von ihm angefertigten „Fragebogen für die deutsche Steinbruchkartei“ mit zwanzig Zivilarbeitern und 70 Häftlingen, die im September 1938 täglich 80 Tonnen Grundbausteine produzierten (siehe Abb. 46).²¹⁴²

2136 Vgl. ebd. S. 457, 609–622; Wachsmann, *Geschichte* (2015), S. 194 f.

2137 Vgl. Dürr/Lechner, *Konzentrationslager* (2021), S. 215; Kaienburg, *Wirtschaft* (2003), S. 457.

2138 Zu Schadler siehe Anhang Biographien.

2139 Mertz, *Haidinger-Medaille* (2020), S. 390, 392; Kranebitter, *Steinbruch* (2008), S. 59. Schadler war 1943 auch in die Frage der Verlagerung der Fa. Messerschmidt in den SS-Steinbruch Gusen involviert. Perz, *KZ-Zwangsarbeit* (2023), S. 28 f.

2140 Kaienburg, *Erd- und Steinwerke* (2023), S. 7, 12; ders., *Wirtschaft* (2003), 622–641, hier S. 626; Perz, *Arbeitseinsatz* (2002), S. 534. Zu den Lagerstufen I–III vgl. Freund/Perz, *Mauthausen* (2017), S. 318 f.

2141 Mertz, *Haidinger-Medaille* (2020), S. 381.

2142 Fragebogen der Deutschen Steinbruchkartei (RfB-Zweigstelle Wien) für den zum Konzentrationslager Mauthausen gehörenden Steinbruch Wiener Graben, September 1938, Kartei Nr. 4653/14, GeoSphere Austria/Department Rohstoffgeologie, Mauthausen Wienergraben 033/149; Mertz, *Haidinger-Medaille* (2020), S. 381. Der Hinweis, dass Kieslinger alle neuen Steinbrüche fotografierte findet sich in Heinrich Beck (Leiter der Geologischen Landesanstalt, Wien) an GIStr mit anliegendem vorläufigen Bericht Kieslingers über die Tätigkeit der Deutschen Steinbruchkartei, Zweigstelle Österreich vom 1.10.1938, 8.10.1938, BArch Berlin, R 4601, Nr. 643, unp. Aus einem Sitzungsprotokoll der SBK geht allerdings auch hervor, dass auch Roman Grengg, Professor für angewandte Mineralogie und Petrographie an der TH Wien, neben der gesteintechnischen Prüfung mit der Probeentnahme in österreichischen Steinbrüchen befasst war. Bericht über die Sitzung betr.

Deutsche Steinbruchkartei
Zweigstelle Österreich
Geologische Landesanstalt
Wien 3, Rafumofgasse 23
Seitendruck: B-51-B-81 und B-51-B-82

Stetigkeiten für unsere Vermerke!

Kartei Nr. 4653/14

1: 300.000

Eingangserkennung:

April 58

Fragebogen für die deutsche Steinbruchkartei

für jeden Bruch ein eigener Fragebogen!
Im Bedarfsfalle weitere Fragebogen anfordern!
Ausfüllung auf jeden Fall, auch wenn Bruch derzeit außer Betrieb!

Steinbruch (Nets- und handelsübliche Bezeichnung)

Wienergraben

angelegt im Jahre 1918

Lage geographisch: (an welchem Berg, in welchem Tal, wie weit vom nächsten Ort usw.)

politisch: Reichsfließ i.d. Riedmark
Ortsgemeinde "
katastralgemeinde "
Darzellen
allfällige Flurname Wienergraben

Kreis: Marbach
Gau: Oberdonau

Verkehrslage

unmittelbar an Straße, Bahn
6 km zur Bahnstation Mauthausen
1,5 km zur Bezirksstraße Haudererstraße
km zur Reichsstraße

Eigentümer

Gemeinde Wien

Pächter, Betriebsinhaber Deutsche Erd- u. Steinwerke, Berlin

Wach 1951 hergestellt

Gestein (handelsübliche Bezeichnung, allfällige Sortenunterscheidung)

Mauthausener Granit, keine grossen Blöcke

Bruchbeschreibung (Form, Größe, Abraumverhältnisse und sonstige merkwürdige Angaben)
derzeit aus 3 Brüchen bestehend, 3 zusammenhängende Brüche. Der nördlichste (Achterbruch) Kessel 80-100 m Ø, Wandhöhe 30 m. Am Nordende in d. Sohle ein 7-8 m tiefer Kessel eingesenkt, wird jetzt wieder ausgepumpt. Gute Seite N40E/90 - N55E/90 - N70E/90, auf dieser Seite auch die Glaslager. Schlechte Seite NW80W/90 auch schräge N10W/85SW, stellenweise stark zerklüftet, sodass nur f. Unterbau u. Schotter geeignet. "Rutschsen" spitzwinklig zum Gang, Lage: N70E/10NE. Der mittlere Bruch, "Gemacher B." zirka 30 hoch, ca. 50x30 gross. Tiefbau 18 m tief erschaffen. Der dritte (süd.) heisst, "Siebener Bruch", westv. Bruch Halde, zu der hinauf Schrägaufzug mit Elektr. Motor

(2. Auflage)

Abb. 46: Fragebogen der Deutschen Steinbruchkartei (RfB-Zweigstelle Wien) für den zum Konzentrationslager Mauthausen gehörenden Steinbruch Wiener Graben, September 1938.²¹⁴³

SBK in Saalfeld, 4.11.1938, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 4, Bl. 44. Zu den zwischen Kieslinger und Grengg bestehenden Differenzen vgl. Danner, Görings Geologen (2015), S. 36–42.

- 2143 Fragebogen der Deutschen Steinbruchkartei (RfB-Zweigstelle Wien) für den zum Konzentrationslager Mauthausen gehörenden Steinbruch Wiener Graben, September 1938, Kartei Nr. 4653/14, GeoSphere Austria/Department Rohstoffgeologie, Mauthausen Wienergraben 033/149. Ich danke Thomas Hofmann und Maria Heinrich (GeoSphere Austria/Department Rohstoffgeologie, Wien) für die Kopie.

Maschinelle Einrichtung (In Bruch und Aufbereitung)

Kraftquelle elektrisch

1 Kompressoren

Bohrvorrichtungen (2) Bohrhämmer, (29) Keillochhämmer

Spalthämmer 2, noch nicht in Betrieb

Schotterbrecher (Zahl, Maulweite) in Anschaffung

Sortiertrommeln 2 Demag Lokomotiven im Bruch, 1 Puch Lokomotive auf der Halde

Kalkofen

Erzeugnisse Grundbausteine

Bruchstein gross

Werkstein

Pflasterstein (groß und klein) in Anfang

Schotter

Splitt

Sand

Brennholz ufo.

Erzeugte Mengen und deren handelsübliche Bezeichnung:

Verwendungsbeispiele (Bauten aus unserem Stein, größere Straßenbelieferungen ufo.)

Seinerzeit Würfel, Quadern für Hochquellenleitung, 0,26 Kubikmeter

Höhe der Belegschaft

derzeit (d. i. im Monate September 1938) 20 Zivil, 70 Häftlinge

früher, d. i. im Jahre 1931 200 Mann

Größe der Erzeugung

tatsächliche derzeit 80 Tyschitz Tonnen pro Tag

mögliche derzeit 1000 Grundbausteine

seinerzeit 200.000 Pflastersteine, 3000 Kubikmeter Rand- u. Bordsteine,

Erzeugung im Jahre 10.000 Kubikmeter Bruchsteine jährlich

Sonstige zweckdienliche Angaben

Datum

Stempelzeichnung

Abb. 46 II: Fragebogen der Deutschen Steinbruchkartei (RfB-Zweigstelle Wien) für den zum Konzentrationslager Mauthausen gehörenden Steinbruch Wiener Graben (Rückseite), September 1938.



Abb. 47: Aufnahme des Geologen Alois Kieslinger (RfB-Zweigstelle Wien) aus dem Steinbruch Mauthausen „Wiener Graben“ der Deutschen Erd- und Steinwerke GmbH, 1938.²¹⁴⁴

Der SBK waren schon vor der Gründung der DEST Informationen über spätere KZ-Steinbrüche (z.B. Flossenbürg, Groß-Rosen) zugegangen, die auch nach der Übernahme durch die DEST laufend aktualisiert wurden.²¹⁴⁵ So hob die für die SBK zwischenzeitlich tätige Isa Koch 1938 über den zwei Jahre später von der DEST übernommenen Granitsteinbruch der Firma Alfons Hay im schlesischen Groß-Rosen hervor, dass der Bruch in erster Linie Werk- und Bordsteine sowie Pflaster und Packlage liefere, die unter anderem an Heeresbauämter,

2144 Aufnahme Kieslinger „Mauthausen Wienergraben 4653/14. Einschnitt zw. Achter Br[uch] u. Gemacher Br[uch]“, GeoSphere Austria/Department Rohstoffgeologie, Mauthausen Wienergraben 033/149.

2145 Vgl. Fachgruppe Naturwerksteinindustrie der WiGru Steine und Erden an Johannes Behr (PGLA) mit anliegenden Listen: Fachuntergruppe I (Muschelkalk, Sandstein, Tuff usw.) und Nachtrag zur Übersicht über die in der Fachuntergruppe I der Fachgruppe Naturwerksteinindustrie erfassten Gesteinsarten, 19.1.1938, BArch Berlin, R 4601, Nr. 643, unpag. In der Akte findet sich im Anschluss daran eine weitere lose Liste, ohne Hinweis auf Autor und Herkunft, die nach Gebieten (z.B. Nord- u. Mitteldeutschland, Hessen, Baden usw.) gegliedert ist und zahlreiche Steinbrüche (unterteilt nach Name, Adresse, Lage, Gesteinsart) aufweist. Hierin finden sich Hinweise auf den Granitsteinbruch Groß-Rosen (Granitwerk Alfons Hay, Gebiet Schlesien) und acht verschiedene Granitsteinbrüche bei Flossenbürg. Auflistung verschiedener Steinbrüche, 7.1.1938, ebd., unpag.; MPA (II. Hauptabteilung, Berlin-Dahlem) an DFSE (Köthen), 27.3.1940, BAM-Archiv, Ordner Briefwechsel betr. betriebstechnische Untersuchung mit Forschungsinstitut für Steine und Erden, unpag. Während die DEST den Betrieb Groß-Rosen von Alfons Hay erst 1940 übernahm, war das im Sommer 1938 eröffnete KZ Flossenbürg das erste Werk der DEST, das den Betrieb aufnahm. Vgl. Kaienburg, Wirtschaft (2003), S. 609 f., 695 f.; E-Mail von Dr. Dorota Sula (Gedenkstätte Museum Gross-Rosen) an den Autor, 16.11.2023.

die Reichsautobahnen und die Reichsbahn geliefert wurden. Die Werksteine fanden unter anderem für den Bau des ‚Adolf-Hitler-Kanals in Oberschlesien‘ und für die Kongresshalle in Nürnberg Verwendung.²¹⁴⁶ Im Mai 1939 führte die Gesteinsprüfstelle Kassel der Deutschen Reichsbahn auf Veranlassung des G1Str Untersuchungen von Granitsteinbrüchen im Fichtelgebirge bei Wunsiedel und in der Oberpfalz bei Flossenbürg durch, deren Ergebnisse ebenfalls Eingang in die SBK fanden. Über den Granitsteinbruch der DEST am Wurmstein bei Flossenbürg vermerkte der Bericht lakonisch, dass er „als Verwahrungslager der SS“ zwar „über eine in die Hunderte gehende Belegschaft“ verfüge, „die aber größtenteils nicht sachkundig in der Bearbeitung von Naturgesteinen“ sei.²¹⁴⁷ Aber auch die Staatsgeologen nahmen weiterhin Revisionen vor, die sie direkt in die Steinbrüche der SS führten. So geht aus einem weiteren Fragebogen der Steinbruchkartei der RfB-Zweigstelle Wien von 1941/42 hervor, dass im Steinbruch Wiener Graben bei Mauthausen, neben 25 Zivilisten inzwischen 1.300 Häftlinge eingesetzt waren (siehe Abb. 49).²¹⁴⁸



Abb. 48: Der Steinbruch Wiener Graben (KZ Mauthausen) 1941/42.²¹⁴⁹

-
- 2146 Bericht von Dr. [Isa] Koch über den Steinbruch der Firma Alfons Hay, Groß Rosen, Kreis Schweidnitz, 8.6.1938, Sammlung zur Steinbruchkartei BGR-Außenstelle Berlin-Spandau. Ich danke Dr. Angela Ehling für den Hinweis. Der Hinweis auf die Übernahme des Steinbruchs Groß-Rosen durch die DEST findet sich in Kaienburg, Wirtschaft (2003), S. 695 f.
- 2147 Reichsbahnrat Dr. Ing. H. Breyer (Leiter der Gesteinsprüfstelle der Deutschen Reichsbahn an G1Str (Brückenamt Hamburg, Hamburg-Altona), 30.5.1939, BArch Berlin, R 4601, Nr. 643, unpag.).
- 2148 Mertz, Haidinger-Medaille (2020), S. 381.
- 2149 Österreich.- Konzentrationslager Mauthausen, Steinbruch Wiener Graben, 1941-1942, (https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Bundesarchiv_Bild_192-317_KZ-Mauthausen,_Steinbruch_Wiener_Gaben.jpg, eingesehen am 22.5.2024). Das Bild stammt aus dem

4653/14

Gen.: Stat. Zentr. Ausfch. 11. II. 41

Deutsche Erd- und Steinwerke

Firma: G.m.b.H. Ort: Berlin W 50, Geisbergstr. 21

Steinbruch: Wiener - Graben Eröffnungsjahr:

Lage: Oberdonau Perg
Proving (Gau) Kreis
Marbach Mauthausen
Ort: Gut:

Größe: 600.000 qm Höhe 20-70 m 1.000.000 cbm
Fläche Größe und Breite des Abbaues Berart

W	Stb	Wb	RAB	W	Stb	Wb	RAB
Förderung: <u>15.000 cbm</u>				Förderung: <u>50.000 cbm</u>			
Normalabzieförderung				Schichtabzieförderung			
Entfernung bis zur Verladung							
der Kleinbahn				der Reichsbahn <u>4-5 km</u>			
der Wasserstraße <u>3 km</u>				zur Reichsautobahn <u>12 km</u>			

Gestein: G.r.a.n.i.t. Nr.

Farbe: <u>grau-blau</u>	Korn: <u>fein/mittel</u>
Blockgröße: <u>1-3 cbm</u>	Schichtmaß: <u>10-15 cbm</u>
Banlung: <u>wechselnd</u>	Schichtmaß: <u>4-6 m</u>

Maschinelle Einrichtung:

Steinbruch: 1 Kabelkran, 2 Derrick-Kräne, 3 Zugwinden,
2 Kompressorenanlagen

Verarbeitungsbetrieb: Werksteinhütten
Schotterwerk, Zementsteinfabrik, Spalthammer 10 Stück

Transportmittel: Schmalspur-Gleisanlage und Lastwagen

Strömanlage: Elektrisch

Belegschaft:

Gesamt: <u>25 Zivilisten</u>	Steinbrecher: <u>.....</u>	Steinmehrer: <u>5</u>
<u>300 Häftlinge</u>	Dressierer: <u>14</u>	Hilfsarbeiter: <u>.....</u>
	Lehrlinge: <u>6</u>	

Größere Bauten aus dem Gestein: verschiedene Reichsautobahnbrücken (Oberste Bau-
leitung der Reichsautobahnen Linz)

FF. C/0251

Abb. 49: Fragebogen der Deutschen Steinbruchkartei (RfB-Zweigstelle Wien) für den zum Konzentrationslager Mauthausen gehörenden Steinbruch Wiener Graben der Deutschen Erd- und Steinwerke GmbH, 1941.²¹⁵⁰

Bundesarchiv (Koblenz, Berlin), Inventarnummer (Signatur): Bild 192-317/ CC-BY-SA 3.0 / Fotograf: o. Ang.

2150 Fragebogen der Deutschen Steinbruchkartei (RfB-Zweigstelle Wien) für den zum Konzentrationslager Mauthausen gehörenden Steinbruch Wiener Graben der DEST GmbH, September 1938, Kartei Nr. 4653/14, GeoSphere Austria/Department Rohstoffgeologie, Mauthausen Wienergraben 033/149.

Daneben existierten verschiedene Steinbrüche, in denen Straf- und Kriegsgefangene sowie ausländische Zivilarbeiter²¹⁵¹ zum Einsatz gelangten, was heute erst durch die damals vor Ort durchgeführten Aufnahmen der Geologen ersichtlich wird. So ergaben etwa von der RfB-Zweigstelle Freiberg durchgeführte Erhebungen Hinweise auf vermutliche Zwangsarbeitereinsätze in folgenden Steinbrüchen:

1. Steinbruch Fichtenberg (Gemeinde: Oberottendorf): Eigentümer des Steinbruchgeländes: Oskar Welt (Oberottendorf), Betreibende Firma: Diabaswerke – Dr. G. Großer & Co. (Steinigtwolmsdorf), Belegschaft: 11 Mann und 9 Kriegsgefangene (Juni 1941),
2. Steinbruch Lehder (Gemeinde: Niedercunnersdorf): Eigentümer des Steinbruchgeländes: Artur Keller (Berlin), Betreibende Firma: F. Lehder – Diabaswerk (Niedercunnersdorf), Belegschaft: 40 Gfm. [Gefolgschaftsmitglieder] und 10 Polen (Juli 1940),
3. Steinbruch Hutzelberg (Gemeinde: Neusalza-Spremberg): Eigentümer des Steinbruchgeländes: von Criegern, Rittergut (Neusalza-Spremberg), Betreibende Firma: Diabaswerke – Dr. G. Großer & Co. (Steinigtwolmsdorf), Belegschaft: 13 Mann und 8 Kriegsgefangene (Juni 1941),
4. „Steinbruch Jugendgefängnis Hoheneck“ (Gemeinde: Stollberg): Eigentümer des Steinbruchgeländes: Sächsische Staatsforstverwaltung (Oberottendorf), Betreibende Firma: Jugendgefängnis Hoheneck (bei Stollberg), Belegschaft: 12 Sträflinge (Juli 1940),
5. Steinbruch Pauker (Gemeinde: Lindau bei Haslau): Eigentümer des Steinbruchgeländes: bisher Martin Goldschald (Haslau), künftig: Gebrüder Pauker (Selb in Bayern), Betreibende Firma: seit 1939: Gebrüder Pauker (Selb in Bayern), Belegschaft: 7 Gefangene (August 1941).²¹⁵²

Ende 1938 hatte die Deutsche Steinbruchkartei etwa 4.000 deutsche und österreichische Betriebe erfasst, von denen etwa 1.000 geologisch, material- und betriebstechnisch evaluiert waren.²¹⁵³ Gleichwohl waren die Verantwortlichen in der Berliner Zentrale mit der Arbeitsweise der Kartei noch immer nicht zufrieden. So waren nicht nur „Bedenken über den Weiterbestand und über die evtl. damit verbundene Mitarbeit“ des Köthener DFSE aufgekommen, der für die SBK in der RfB zuständige Abteilungsdirektor Johannes Behr monierte,

2151 Zur Unterscheidung zwischen freiwillig oder auf Grund von Zwangsmaßnahmen zur Arbeitsaufnahme nach Deutschland gelangten ausländischen Arbeitskräften siehe Spoerer, Differenzierung (2005), S. 485–515, 569–575.

2152 Vgl. GLA Freiberg, Kartei Steinbruchkartei, hier Kartei 418/102 (Steinbruch Fichtenberg), Kartei 419/62 (Steinbruch Lehder), Kartei 419/96 (Steinbruch Hutzelberg), Kartei 468/10 (Steinbruch Jugendgefängnis Hoheneck), Kartei 514/01 (Steinbruch Pauker). Ich danke Dipl.-Geol.-Ing. Gerald Vogt (Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, Freiberg) für die Hinweise.

2153 Vgl. Vermerk von Stöckle (MPA, Berlin-Dahlem), ohne Datum (etwa Nov. 1938), BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 4, Bl. 46.

dass die Kartei nicht schnell genug vorankomme.²¹⁵⁴ Da die bisherige Arbeitsweise der SBK, nach der einzelne Werke zur Prüfung und Aufnahme an die SBK herantraten, nicht schnell genug zu dem erwünschten vollkommenen Karteimaterial führte, schlug Behr kurzerhand vor, zu „zentral organisierte[n] Prüfungen nach großen Bauvorhaben und regionalen Abgrenzungen“ überzugehen. So bestand Übereinstimmung darüber, dass es besser sei, die SBK „möglichst rasch mit den wichtigsten Untersuchungen aufzubauen und dabei auf weniger wichtige Untersuchungen zu verzichten, als langsam vorzugehen und sämtliche Untersuchungen lückenlos durchzuführen.“²¹⁵⁵

Da der langjährige Bearbeiter der SBK am MPA, Kurt Stöcke, inzwischen in die technisch-wissenschaftliche Abteilung der Wirtschaftsgruppe Steine und Erden gewechselt war, bestand berechtigte Hoffnung, die Fachgruppen der WiGru noch stärker für die Belange der Kartei zu mobilisieren.²¹⁵⁶ Während die durch die RfB durchzuführenden geologischen Arbeiten und die von den Materialprüfungsämtern verantworteten technologischen Untersuchungen ungeschmäler fortgeführt werden sollten, bestand Anlass, die betriebstechnischen Arbeiten des DFSE abzukürzen, da sie zu viel Zeit beanspruchten.²¹⁵⁷ Die Verteilung der Arbeiten sollte nun nicht mehr auf der Grundlage zufälliger Anträge der Einzelbetriebe, sondern „gebietsmäßig oder im Interesse größerer Aufträge“ der Bauindustrie erfolgen. Die Ergebnisse der SBK gingen an die Steinbruchbesitzer, die RfB und die WiGru Steine und

2154 Niederschrift über eine Besprechung über die SBK in der PGLA, 3.8.1938, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 3, Bl. 102–104; Niederschrift zu der monatlichen Sitzung der SBK, 8.6.1939, Ordner „Deutsche Steinbruchkartei, Schriftwechsel“, ebd., unpag.

2155 Vermerk des GiStr über eine Besprechung vom 20.6.1939 betr. SBK bei der Fachgruppe Steine und Erden der DAF, 23.6.1939, BArch Berlin, R 4601, Nr. 643, unpag.

2156 Ebd. Der für die Belange der SBK zuständige Nachfolger Stöckes am MPA, Berlin Dahlem war der Diplomingenieur Anton Olbrich (NSDAP 1940). Zu ihm vgl. Alfred Hummel (II. Hauptabteilung, MPA, Berlin-Dahlem) an Erich Siebel (Präsident MPA), 23.12.1943, BAM-Archiv Berlin, Ordner Personal der II. Hauptabteilung, unpag. (Ich danke Malte Stöcken für den Hinweis). Siehe auch Stöcken, Forschen (2026). Im Gegensatz zum Weg über die WiGru meinte die DAF, über von ihr gegründete Arbeitsgemeinschaften Mobilisierungseffekte im Sinne der SBK zu erreichen. Diese Arbeitsgemeinschaften waren „Zusammenschlüsse mehrerer Steinbruchbetriebe mit gleich gerichteten Interessen, die neben ideellen Aufgaben, wie Arbeiterfürsorge und sozialen Fragen aller Art auch wirtschaftlichen Zwecken dienen“ sollten. Diese überall im Reich im Aufbau begriffenen AG's sollten von der DAF veranlasst werden, Anträge auf Aufnahme in die SBK zu stellen. Vermerk des GiStr über eine Besprechung vom 20.6.1939 betr. SBK bei der Fachgruppe Steine und Erden der DAF, 23.6.1939, BArch Berlin, R 4601, Nr. 643, unpag.

2157 Zu den Mängeln der von der DFSE veranlassten betriebstechnischen Überprüfungen und sich daraus ableitenden Veränderungen, siehe Johannes Behr (RfB Berlin) an GiStr, 27.6.1939, Ordner „Deutsche Steinbruchkartei, Schriftwechsel“, unpag. Durch das DFSE kam auch Unruhe in die SBK-Arbeiten, denn Köthen ging zum Teil eigeninitiativ vor, nahm Aufträge von privater Seite an und führte selbst Gesteinsprüfungen durch, was eigentlich Aufgabe der Materialprüfungsämter war. Zu den die Arbeiten an der SBK hemmenden „Machenschaften von Köthen“ siehe Erich Lemke (RfB-Zweigstelle Freiberg) an Olbrich (MPA, Berlin-Dahlem), 19.3.1940, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 6, Bl. 19; Olbrich an GiStr, 4.12.1939, ebd., Bl. 1f.; Olbrich an RfB (Berlin), 5.12.1939, ebd., Bl. 3 f.

Erden und deren Fachgruppen. Auch im Hinblick auf die Finanzierung der Arbeiten wurde ein neues Modell erwogen. So sollten die Fachgruppen der WiGru „als Anlauffonds für technisch-wissenschaftliche Arbeiten“ einen Betrag zur Verfügung stellen, damit die Inventarisierung fortan unabhängig von dem bis dahin zufälligen Auftragseingang durchgeführt werden konnte. Gleichwohl sollten die Steinbruchbesitzer die einzelnen Untersuchungen weiterhin bezahlen.²¹⁵⁸ Da es den Betrieben aber noch immer an dem „nötigen Verständnis für die Aufgabe und Zwecke der Steinbruchkartei“ mangelte, sollten sie über die WiGru erneut auf die „Dringlichkeit einer allgemeinen und zuverlässigen Erfassung der deutschen Natursteinvorkommen“ hingewiesen werden.²¹⁵⁹

Nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges gerieten die Arbeiten an der SBK ins Stocken. So wurden weder vom GIStR noch von der Industrie weitere Zuschüsse gewährt und darüber hinaus zentrale Bearbeiter der Kartei zum Wehrdienst eingezogen. Allerdings genehmigte Todt im März 1940 die seit längerem vorbereiteten neuen Richtlinien für die SBK und stellte einen Kostenvorschuss in Aussicht.²¹⁶⁰ Demnach sollten die künftigen Erhebungen erst nach erfolgten Planungsarbeiten in Angriff genommen werden. Der Kostenvorschuss war so gestaltet, dass hieraus die gesamten Gebühren sichergestellt waren. Die Untersuchungen wurden nun jeweils nach geschlossenen Lagerstättengebieten geführt, wobei als erstes Gebiet die Lausitz in Aussicht genommen war, der sich dann die Pfalz anschließen sollte.²¹⁶¹

Die Arbeiten liefen also auch im Krieg weiter. Hierbei tat sich vor allem die für die Untersuchungen in der Lausitz verantwortliche Zweigstelle Freiberg der RfB hervor, deren Leiter Pietzsch bereits Pläne zur Aufnahme der Sudeten schmiedete, obwohl „die Reichsautobahn“ infolge des Krieges „keine vordringlichen Wünsche hinsichtlich der Untersuchung der Brüche in der Lausitz und im Sudetengau“ vorbrachte.²¹⁶² Die Probenentnahmen und Bruchbesichti-

2158 Niederschrift zu der monatlichen Sitzung der SBK, 8.6.1939, Ordner „Deutsche Steinbruchkartei, Schriftwechsel“, unpag.

2159 Es wurde sogar erwogen, den zur Finanzierung der Arbeiten notwendigen Grundstock an Mitteln durch Einziehung von Beträgen „entweder von allen oder den jeweils örtlich in Frage kommenden Brüchen“ zu schaffen, der dann bei der Abrechnung der angeschlossenen Aufnahmeuntersuchungen wieder abzusetzen war. Entwurf eines Schreibens des GIStR an die WiGru Steine und Erden, Fachgruppe Natursteine, August 1939, BArch Berlin, R 4601, Nr. 643, unpag.

2160 Vgl. Olbrich (MPA, Berlin-Dahlem) an DFSE (Köthen), 13.11.1939, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 4, Bl. 216–222, hier Bl. 221. Da der mit der Verwaltungsarbeit in der Zentrale der SBK betraute RfB-Geologe Otto Burre zum Wehrdienst eingezogen wurde, strebte das DFSE mit Rückendeckung der DAF danach, die Arbeiten zu sich herüberzuziehen. Burre wurde jedoch im Dezember 1940 vom Militär beurlaubt, so dass er die Federführung in den Händen behielt. Vgl. Vermerk betr. SBK, 12.1.1940, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 6, Bl. 13; Olbrich (MPA, Berlin-Dahlem, II. Hauptabteilung) an Burre (RfB Berlin, SBK), 4.12.1940, ebd., Bl. 73 f.

2161 Vgl. Olbrich (MPA, Berlin-Dahlem) an DFSE (Köthen), 30.3.1940, ebd., Bl. 21 f.

2162 Vgl. Erich Lemke (RfB-Zweigstelle Freiberg) an Olbrich (MPA, Berlin-Dahlem), 13.3.1940, ebd., Bl. 17; Olbrich an Lemke, 20.3.1940, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 4, Bl. 264 f. Zu den Arbeiten in der Lausitz und in den Sudeten vgl. GLA

gungen in Freiberg führte Erich Lemke durch, der mit den Arbeiten der SBK bestens vertraut war.²¹⁶³ Zur Einsparung von Kosten wurde die Besichtigung sämtlicher Brüche einer Region nun „in einem Zuge vorgenommen“ und dabei auch solche Vorkommen oder Aufschlüsse besichtigt, die sich noch nicht zur Übernahme der Untersuchungskosten bereit erklärt hatten. Den neuen Richtlinien zufolge wurden nun nicht mehr von allen Brüchen vollkommene technische Prüfungen durchgeführt, da sich die Gesteine ein und desselben Massivs erfahrungsgemäß weitgehend ähneln. Demzufolge wurden nur noch bei einigen typischen Gesteinen vollständige Untersuchungen durchgeführt, für die anderen dagegen nur eine hervorragende Eigenschaft (z.B. Druckfestigkeit) ermittelt. An der seit Jahren praktizierten Durchführung petrographischer Dünnschliffuntersuchungen hielten die Geologen jedoch fest. Wenn sich eine Firma partout weigerte zu zahlen, wurde zwar geologisch untersucht, aber von einer Entnahme von Proben für die Materialprüfung abgesehen.²¹⁶⁴

Die Arbeiten an der SBK stockten aber noch aus anderen Gründen, denn „einige der großen Auftraggeber des Hochbaues für die Steinindustrie“ waren dazu übergegangen, sich die für ihre Bauvorhaben notwendigen Unterlagen selbst oder über private Büros zu beschaffen. Die solchermaßen angegangenen Betriebe sahen sich demnach nicht nur mit den Fragebögen der SBK, sondern auch mit den individuellen Anfragen der verschiedenen Baubehörden konfrontiert, was der eigentlich geplanten beschleunigten Fortentwicklung der SBK abträglich war. Aus diesem Grund betonte der GISt einmal mehr „die

Freiberg, Ordner „L stek Steinbruchkartei“. Arbeit in der Lausitz, Anfragen, Gutachten, Planungen“, Teil 1 und 2. Die Pfälzer Steinbrüche wurden über die hessischen Geologen (Darmstadt) bearbeitet. Vgl. ebd. Im April 1940 lagen zwei Listen für die Lausitz vor, von denen eine 29 Steinbrüche enthielt, die bereits einen Antrag auf Aufnahme in die SBK gestellt hatte. Die zweite Liste enthielt dagegen 149 Brüche, die dies noch nicht getan hatten, was auf die nach wie vor bestehenden Vorbehalte seitens der Unternehmen gegen die SBK (Gebührenzwang vor Aufnahme in Kartei) verweist. GISt an Direktor Dr. Noell (Fachgruppe Natursteine, WiGru Steine und Erden), 10.4.1940, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 6, Bl. 24 f. Für Sachsen lagen im August 1940 nur 22 von 150 Steinbruchbetrieben vor. Vgl. GISt an Fachgruppe Natursteine der WiGru Steine und Erden (Darmstadt), 7.8.1940, ebd., Bl. 37. Obwohl seitens der Reichsautobahnen keine Wünsche vorlagen, stellte der GISt der SBK die für die Begehung der Steinbrüche notwendigen Bescheinigungen aus. GISt an Olbrich (MPA, Berlin-Dahlem), 20.4.1940, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 4, Bl. 286.

2163 Wie Lemke nach dem Zweiten Weltkrieg festhielt, wurde in den Jahren 1940–1941 auch in der RfB-Zweigstelle Freiberg ein „Steinbrucharchiv“ errichtet und eine Arbeitsstelle für Natursteine unterhalten, allerdings seien die Arbeiten infolge des Krieges 1941 (Einberufung Lemkes) eingestellt worden. Erich Lemke: Kurze Darstellung der wirtschaftlichen Notwendigkeit eines „Archivs für Lagerstätten der festen Gesteine“ und einer Arbeitsstelle für Nutzsteine“ für das Land Sachsen bei der Zweigstelle Freiberg der Deutschen Geologischen Landesanstalt, 20.5.1947, GLA Freiberg, A 03384, unpubl.; Kurzbericht Lemkes über den derzeitigen Stand der Erfassung von Steinbrüchen im Steinbrucharchiv der Zweigstelle Freiberg der Deutschen Geologischen Landesanstalt, 8.5.1947, ebd., unpubl.

2164 Vgl. WiGru Steine und Erden an die WiGru-Fachgruppe Natursteine (Zweigstelle Sachsen, Dresden), 6.7.1940, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 6, Bl. 31 f.; Lemke (RfB-Zweigstelle Freiberg) an Olbrich (MPA, Berlin-Dahlem), ebd., Bl. 77–81.

Notwendigkeit einer planmäßigen Zusammenfassung dieser Fragen und Ermittlungen“, und hielt die Baubehörden an, sich ausschließlich auf die als Zentralstelle konzipierte SBK zu stützen.²¹⁶⁵ Wie richtig er damit lag, zeigte eine Analyse, die der Leiter der Wiener Außenstelle der SBK Kieslinger Ende 1940 auf der Basis der in der Steinbruchkartei zusammengetragenen Daten vorstellte. Ihr zufolge betrug der Steinbedarf an großen Werksteinen (Granit, Porphy, Marmor usw.) in Deutschland zu diesem Zeitpunkt jährlich 2,5 Millionen Kubikmeter, wobei sich dieser Bedarf wohlgeordnet nicht auf alle Baumaßnahmen in Deutschland, sondern insbesondere auf „die großen Reichs- und Parteibauten“ erstreckte. Demgegenüber waren die deutschen Steinbrüche aber nur in der Lage 7–800.000 Kubikmeter an Werksteinen im Jahr zu produzieren. Da Deutschland also nicht in der Lage war, die für seine Bauprojekte notwendigen Gesteine selbst zu liefern, hatte Kieslinger bereits damit begonnen, in Schweden, Finnland, Norwegen und Jugoslawien große Granit- und Marmorbrüche zu besichtigen und „Verhandlungen auf große Bestellungen“ aufgenommen.²¹⁶⁶

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass sich im Reich allmählich die Auffassung durchsetzte, Werk- und Natursteine nicht mehr für Straßenbauzwecke, als Gleisbettungsstoffe oder als Betonzuschläge zu verwenden.²¹⁶⁷ Obwohl die SBK bereits allein durch solche Informationen ihren Wert für die Planung und Durchführung der Bauarbeiten unter Beweis stellte, musste der für sie zuständige GISt vor dem Hintergrund eines ‚Führererlasses‘, nach dem alle Planungsarbeiten bis auf weiteres zurückzustellen waren, im März 1942 einräumen, dass die Kartei nicht unmittelbar kriegswichtig sei, weswegen die Arbeiten an ihr eingestellt werden sollten. Allerdings wurde Keppler als Präsident des Reichsamtes für Bodenforschung vom GISt gebeten, die Ergebnisse der „weiteren Arbeiten, die ohnehin auch für die Fortführung der Steinbruchkartei von Bedeutung“ waren, „nach wie vor hierfür zu sammeln“.²¹⁶⁸ Folglich sollten die Arbeiten mit gewissen Einschränkungen fortgesetzt werden und sich auf Anträge zur Untersuchung von Steinbrüchen konzentrieren, die Material für kriegsnotwendige Bauvorhaben lieferten. Dagegen wurden Steinbrüche die für große Bauvorhaben nach dem Krieg bestimmt waren, zurückgestellt.²¹⁶⁹

2165 GISt an GBI („Prof. Bruckmann“, lies: Walter Brugmann, Berlin), den Zweckverband Reichsparteitag Nürnberg (Oberbaurat Walraff) und den Generalbaurat für die Hauptstadt der Bewegung (München), 10.8.1940, ebd., Bl. 38 f.

2166 Vermerk der RfB-Zweigstelle Freiberg betr. Steinbedarf Großdeutschlands, 17.12.1940, BA Freiberg, 40028,1–0157, Bl. 117.

2167 Vgl. Die technisch-wissenschaftlichen Leistungen des StMPA Berlin-Dahlem in den Jahren 1935–1938 (1941), S. 472 (Ich danke Malte Stöcken für den Hinweis).

2168 GISt an den Präsidenten des RfB, 16.3.1942, BAM-Archiv Berlin, B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 6, unpag. (hinter Bl. 129).

2169 Olbrich (MPA, Berlin-Dahlem) an Präsident RfB (Berlin), 28.4.1942, ebd., unpag.; Brockamp (RfB Berlin) an MPA (Berlin-Dahlem), 12.5.1942, ebd., unpag.

Was bleibt festzuhalten? Die Geologie gehörte zweifellos zu den boomenden Forschungsfeldern während der NS-Zeit, wobei die geologischen Dienste von ihrer Staatsnähe besonders profitierten. Sie wurden überall dort aktiv, wo geologische Expertise im Interesse der Staatsräson benötigt wurde. Dies galt vor allem für die nationalsozialistischen ‚Vorzeigeprojekte‘, so etwa die Autobahn- und die Westwallbauten. Selbst die von der PGLA/RfB in Gemeinschaft mit dem Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen errichtete Steinbruchkartei unterstrich ihre Bedeutung als Wissensspeicher und Grundlage für die Bedarfsplanung der Staats- und Parteibauten des NS-Regimes. Die Arbeiten an der Reichsbodenschätzung verweisen darüber hinaus auf in der NS-Zeit ausgelöste Modernisierungseffekte, denn bis 1933 verfügte Deutschland über keine reichseinheitliche Aufnahme und somit gesicherten Erkenntnisse seiner Böden und Waldvorkommen.

Die Vorhaltung und Bereitstellung „wissenschaftlichen Anwendungswissens“ und die Erstellung systematischer Rohstoffdokumentationen stellten klassische Aufgaben der geologischen Forschungsbehörden dar und setzten schon vor dem Ersten Weltkrieg eingespielte Kooperationsverhältnisse zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Staat und Militär fort. Neu war, dass sich die RfB in Anlehnung an die Arbeiten des ‚Büros Keppler‘ nun auch der Durchführung und Finanzierung von Aufschlussarbeiten zuwandte und sich folglich als eine Art Drittmittelinstanz auf dem Gebiet der Bodenforschung etablierte, wobei die Mittel aber nicht in die wissenschaftliche Forschung, sondern in die Explorationsarbeiten der Industrie flossen. Darüber hinaus wurden nach 1933 auch neue Querverbünde etabliert. So wurde geologische Expertise beispielsweise ausschlaggebend für die Standortwahl bei der Errichtung von Konzentrationslagern (Buchenwald, Mauthausen), was die geologische Ressortforschung auch mit den Verbrechen des NS-Regimes in Verbindung brachte (SS, DEST).

Bemerkenswert ist, dass die Staatsgeologen in vielen Fällen proaktiv vorgingen oder ihre Mitsprache selbstbewusst, bisweilen anmaßend einforderten. So wurden die geologischen Dienste vom Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen erst gezielt zum Autobahnbau herangezogen, nachdem Mängel bei der Bauausführung zu der Forderung der Geologen geführt hatten, sie schon bei der Planung und der Wahl der Streckenführung einzubeziehen. Die Entwürfe für das Reichsbohrprogramm und die geophysikalische Reichsaufnahme stammten aus der Feder staatlicher Geologen, die damit an von ihnen schon vor 1933 erhobene Forderungen anknüpften und damit bei der auf Autarkie setzenden NS-Regierung offene Türen einliefen. An der Ausarbeitung der den staatlichen Zugriff auf wichtige Rohstoffe (z.B. Öl) sichernden legislativen Maßnahmen waren Staatsgeologen ebenfalls prominent beteiligt. Bentz und Barsch beließen es aber nicht dabei, sondern reklamierten zudem die Führung bei der geologischen Überwachung ihres ‚Doppelprogramms‘ und sorgten für eine Forcierung der Bohrleistungen, worauf sich das RWM und die Industrie wegen des anerkannten Expertenstatus‘ der staatlichen Erdölgeologen ohne weiteres einließen. Als faktischer Leiter des Bohrprogramms

griff Bentz aktiv in wirtschaftspolitische Belange ein, blieb aber zunächst ‚nur‘ für die staatlich geförderten Erkundungsbohrungen verantwortlich. Als er 1938 von Göring zum Beauftragten für die Förderung der Erdölgewinnung ernannt wurde, stieg er aber zum Verantwortlichen für die gesamte deutsche Erdölförderung auf, als der er auch für die Aufstellung so genannter ‚Mob-Produktionspläne‘ zuständig war. Bentz hatte demnach nicht nur Anteil an der kriegsrelevanten Wissensproduktion, sondern spielte auch eine wichtige Rolle bei der Ausrichtung des Erdölsektors auf die Kriegswirtschaft. Mit seiner Ernennung zu Görings Beauftragten rückte er aber auch ins Zentrum der Verteilungskämpfe um die knappen staatlichen Ressourcen, in denen er sich u.a. der Konkurrenz der gleichermaßen nach Einfluss strebenden Synthesebefürworter um Carl Krauch (GBChem, RWA, I.G. Farben) gegenüber sah.

Angesichts der im Vergleich zu Amerika und Russland unbedeutenden deutschen Erdölvorkommen ist der ein oder andere heute geneigt, über den durch die Erdölgeologen der PGLA und ihr Reichsbohrprogramm 1934 ausgelösten deutschen ‚Ölrausch‘ den Kopf zu schütteln, insbesondere darüber, dass sich der Staat und die Industrie auf dieses riskante und teure Unterfangen einließen. Sicher waren die Ergebnisse des Bohrprogramms 1939 weit davon entfernt, eine Selbstversorgung sicherzustellen, unter Fachleuten stand eine „Ölautarkie“ aber nie zur Diskussion.²¹⁷⁰ Deswegen generell von einem Scheitern des Bohrprogramms zu sprechen²¹⁷¹, geht fehl, denn auf der Grundlage einer erstmals überhaupt durchgeführten wissenschaftsbasierten, ‚gründlichen und systematischen Untersuchung Deutschlands‘ gelang es, die heimische Erdölförderung zwischen 1934 und 1939 nahezu zu verdreifachen.

Im Ergebnis der geophysikalischen Reichsaufnahme wurden bis 1945 etwa 200 bis dahin nicht bekannte Salzstöcke in Deutschland nachgewiesen, die eine wichtige Voraussetzung für die Suche nach Erdöl darstellten.²¹⁷² Die geologische Gestaltung des nordwestdeutschen Untergrundes war in etwa zwei Dritteln dieses Bereiches völlig unbekannt und das, was darüber vermutet wurde, hatte sich durch die wissenschaftlichen Untersuchungen „durchweg als unzutreffend erwiesen“. ²¹⁷³ Darüber hinaus wurden „die geologischen Vorstellungen über die mitteleuropäische Senke in ihrer Gesamtheit wesentlich weiterentwickelt“, und ebenso war eine „deutliche Erweiterung der stratigraphischen und paläographischen“ Erkenntnisse zu konstatieren.²¹⁷⁴ Im Hinblick

2170 Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 172.

2171 Titus Kockel bezeichnet das gesamte Reichsbohrprogramm als „gigantischen Flop“, woran auch die von den Deutschen verwendeten geophysikalischen Verfahren Anteil gehabt hätten. Kockel, Ölpolitik (2005), S. 176. Im Gegensatz dazu attestiert Rainer Karlsch dem Reichsbohrprogramm, dass es „in jeder Hinsicht ein Erfolg“ gewesen sei. Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 175. Siehe auch Grieger/Karlsch, Treibstoff (2024), S. 126 (Anm. 21). Auf die ‚bemerkenswerten Ergebnisse der geologischen Arbeit‘ im Zusammenhang mit dem Reichsbohrprogramm und der geophysikalischen Reichsaufnahme verweist auch Guntau, Aspekte (2002), S. 143.

2172 Ebd.; Closs, Reichsaufnahme (1974), S. 120.

2173 Reich, Lagerstättenforschung (1948), S. 201–203.

2174 Guntau, Aspekte (2002), S. 143 f.; Karlsch, 1859–1945, (2003), S. 175.

auf die Disziplinengese sicher nicht zu unterschätzende Befunde. Bis 1945 gelang es infolge der geophysikalischen Arbeiten allein in Westdeutschland über 20 neue Erdölfelder aufzufinden, was darauf verweist, dass die bis dahin ergriffenen Arbeiten zum Teil auch nur vorbereitenden Charakter hatten und erst viel später wirksam wurden.²¹⁷⁵ Dass Deutschland bis Anfang der 1960er Jahre zum größten Erdölproduzenten Westeuropas aufstieg, war auch auf im Nationalsozialismus erprobte Methoden bei der Erschließung, Bohrung und Förderung zurückzuführen.²¹⁷⁶

Auch ist sicher nicht von der Hand zu weisen, dass der Schritt von der rein empirischen Aufsuchung und Gewinnung zum wissenschaftlich untermauerten Bohr- und Förderprogramm für das 1933 noch als erdölgeologisches Entwicklungsland geltende Deutsche Reich Mobilisierungseffekte mit sich brachte. Denn mit dem ‚Doppelprogramm‘ setzte sich nun die von den Staatsgeologen seit 1930 proklamierte Erkenntnis endgültig durch, nach der die wissenschaftsbasierte Erdölgewinnung, vor allem die Verbindung von Geologie und Geophysik, weit größere Aussichten auf Erfolg hatte. Reichsbohrprogramm und geophysikalische Reichsaufnahme führten nicht nur beide Wissenschaftsfelder in Deutschland endgültig zusammen, durch sie stiegen die staatlichen Geologen in beiden Feldern schließlich auch zu wissenschaftlichen Referenzpunkten erster Güte auf.

Ob es darüber hinaus ohne die vom Staat geschaffenen Anreize (Reichsdarlehen) zu der seit 1934 zu beobachtenden regen Aufschlusstätigkeit gekommen wäre, ist fraglich. Aus Sicht des Staates jedenfalls erwiesen sich die Bohrungen als praktikable Grundlage der Wissensgenerierung. Denn während die staatlichen Zuschüsse für den Fiskus, aber auch für die die andere Hälfte der Kosten tragende Industrie, eine erhebliche Risikominimierung bedeuteten, erhielt der Staat durch die von ihm über Bentz gesteuerten, planmäßigen Erkundungsbohrungen, durch die Bestimmungen des Lagerstättengesetzes und den über die Austauschsitzen organisierten Wissenstransfer mit der Industrie erstmals genauen Aufschluss über die im Reich überhaupt vorhandenen Erdölressourcen. Damit erfüllte die PGLA/RfB eine ihrer zentralen Aufgaben als Ressortforschungsbehörde.²¹⁷⁷ Wie die Tab. 39 zudem zeigt, waren 69 der 695, also knapp zehn Prozent, der im Zuge des Reichsbohrprogramms niedergebrachten Bohrungen fündig. Die „Faustregel der internationalen Erdölindustrie“ für ein günstiges Verhältnis zwischen fündigen und nichtfündigen Bohrungen lag damals bei „1:10“, weswegen das deutsche Programm auch vor diesem Hintergrund sicher nicht als Fehlschlag zu bezeichnen ist.²¹⁷⁸

2175 Reich, Lagerstättenforschung (1948), S. 219.

2176 Vgl. Stokes, Siegeszug (2013), S. 530. Wie Bentz langjähriger Kollege Schott 1965 bemerkte, bildete das Reichsbohrprogramm „die wesentlichste Grundlage für die Entwicklung der deutschen Erdölwirtschaft auf den heutigen Stand“. Schott, Alfred Bentz (1965), S. XXXV.

2177 Bentz, Alfred: Ergebnisse der erdölgeologischen Erforschung Nordwestdeutschlands 1932–1947, ein Überblick, 1947, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86676, unpag.

2178 Kockel, Ölpolitik (2005), S. 91 (Anm. 122), 175. Dass „rund ein Zehntel“ der im Deutschen Reich niedergebrachten ‚Reichsbohrungen‘ fündig waren, zeigen Grieger/Karlsch, Treibstoff (2024), S. 124.

5 Besatzung, Raub und Zwangsarbeit – Das Reichsamt für Bodenforschung im Zweiten Weltkrieg 1939–1945

Als Deutschland Ende August 1939 mobil machte und mit seinem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg auslöste, hatte das NS-Regime seine Bestimmung gefunden. Welche Folgen der Kriegsbeginn für die so genannte ‚Heimatfront‘ hatte und wie er sich konkret auf die RfB – die am 12. Dezember 1941 als eine dem RWM nachgeordnete höhere Reichsbehörde die Bezeichnung Reichsamt für Bodenforschung erhielt²¹⁷⁹ – auswirkte, steht am Anfang des folgenden Kapitels. Der Schwerpunkt der Untersuchung richtet sich jedoch auf die Beantwortung der Frage, in wie weit die geologische Ressortforschung in die Ausplünderung der besetzten Gebiete, die Ausbeutung von Menschen durch Sklaven- und Zwangsarbeit involviert war und welchen Einfluss Ministerialverwaltung und Politik auf das RfB während des Krieges hatten. Beispielhaft für die deutschen Okkupationsregime werden die Besatzungsverwaltungen im ‚Generalgouvernement‘ Polen, im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ und im ‚Reichskommissariat Norwegen‘ untersucht, in denen Staatsgeologen in ganz unterschiedlicher Weise zum Einsatz gelangten.

Anhand der ‚kriegswichtigen‘ Rohstoffe Glimmer und Erdöl, wird darüber hinaus der Anteil des RfB an der Umstellung auf die Kriegswirtschaft und an der Ausbeutung der besetzten Gebiete demonstriert, womit auch Zwangsarbeit und Raubbau an natürlichen Ressourcen einhergingen. Der unscheinbare Rohstoff Glimmer erwies sich als rüstungsrelevant, umfasste aber im Hinblick auf seine Anwender (Elektroindustrie) einen überschaubaren Interessentenkreis. Daher eignet er sich, das komplexe Zusammenspiel der gesellschaftlichen Teilsysteme Staat, Militär, Industrie und Wissenschaft (Bedarf, Erschließung, Anwendung) nachzuzeichnen und die Rolle der Staatsgeologen in diesem Gesamtprozess zu verorten. Zudem ist es anhand des Beispiels Glimmer möglich, für das NS-System typische Zwangslagen und Entgrenzungen aufzuzeigen. Auch die Versorgung mit Mineralöl markierte einen Schwerpunkt der deutschen Kriegs- und Rüstungswirtschaft, weswegen die in den Kapiteln 3 und 4 begonnene Erzählung wieder aufgenommen wird. Ähnlich wie Glimmer erwies sich auch das Erdöl als ein ‚kritischer Rohstoff‘, weil es für Deutschlands Kriegsmaschinerie unentbehrlich war, ihr aber nicht in benötigtem Ausmaß zur Verfügung stand. Angesichts der prekären Versorgungslage spekulierte die NS-Führung von Beginn an auf die Erdölressourcen der

2179 Vgl. RWM an die Obersten Reichsbehörden, 12.12.1941, GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 9948, Bl. 28; Pfeiffer, Reichsamt (1987), S. 3.

besetzten Gebiete, deren jeweiliges Fördersoll von Alfred Bentz als Beauftragten Görings festgelegt wurde. Die damit verbundene Regulierungskompetenz des RfB-Geologen ist ebenso Gegenstand der Untersuchung, wie der erdölgeologische Expansionskurs des RfB, das der Wehrmacht gleichsam auf dem Fuß folgte, um die Erdölfelder der besetzten und verbündeten Gebiete für Deutschlands Kriegsführung nutzbar zu machen. Als Deutschland seiner ‚totalen Niederlage‘ entgegentaumelte und es sich sprichwörtlich im Boden verschanzte, war ebenfalls geologische Expertise von Nöten. Dabei wird nicht nur deutlich, dass das Anwendungswissen der staatlichen Ingenieurgeologen für die sichere Untertageverlagerung rüstungsrelevanter Produktionsanlagen gefragt war, sondern auch im Zusammenhang mit dem Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen stand.²¹⁸⁰

5.1 Physische Belastungen und existentielle Bedrohungen – Lebens- und Arbeitsbedingungen an der ‚Heimatfront‘

Im November 1939 wurde die Reichsstelle für Bodenforschung zu einem „Wehrwirtschaftsbetrieb“ bzw. „W-Betrieb“ ernannt, was sie eigentlich in die Lage versetzen sollte, ihr Schlüsselpersonal „unabkömmlich“ (uk) stellen, es also vom Kriegsdienst befreien zu lassen.²¹⁸¹ Das war durchaus verständlich, denn wie Keppler Anfang Oktober 1939 deutlich machte, rechnete er mit einer Vergrößerung seines Arbeitsgebietes, vor allem „durch die Gebietserweiterung im Osten“.²¹⁸² Dem zum Trotz kam es an der RfB und ihren Zweigstellen aber wiederholt zu Einziehungen, was in der Berliner Direktion, die sich in den letzten Friedensmonaten noch vergeblich um eine „erhebliche Anzahl“ neuer Planstellen bemüht hatte, Nervosität auslöste.²¹⁸³

2180 Auf die Wehrgeologie während des Zweiten Weltkrieges wird nicht noch einmal eingegangen, da dieses Thema bereits im Kapitel 2 behandelt wurde. Aufschluss über die als Wehrgeologen im Zweiten Weltkrieg eingesetzten Staatsgeologen gibt jedoch Tab. 10 im Anhang. Vgl. zudem Häusler, Wehrgeologie Teil I. u. II. (1995); ders., Beispiele (1986), S. 125–136; ders., Development (2000), S. 141–158; ders., Wehrgeologie in Norwegen (2015), S. 56–84; ders., Atlantic Wall (2019), S. 83–108; Willig, Wilfried von Seidlitz (2008), S. 64–92; Rose/Häusler/Willig, Comparisation (2000), S. 107–140; Rose (Ed.), German Military Geology (2020); Roelf, Altreich (2018), S. 239–241. Vgl. zudem Bericht Konrad Richter über die Entwicklung der deutschen Wehrgeologie von 1938 bis 1945, 13.5.1954, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77697, unpubl.

2181 Vgl. Danner, Görings Geologen (2020), S. 31. Zu den „W-Betrieben“ oder „Bedarfsstellen“ gehörten nach dem Reichsverteidigungsgesetz von 1938 all jene Betriebe und Einrichtungen, die für die „Aufrechterhaltung kriegs- und lebenswichtiger Funktionen“ unverzichtbar waren. Ihnen stand zu, für alle unentbehrlichen Angehörigen ihres „Friedenspersonalbestandes“ Anträge auf ‚Uk-Stellung‘ einzureichen. Maier, Chemiker (2015), S. 404.

2182 Keppler (RfB Berlin) an RWM, 2.10.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unpubl.

2183 Vgl. RWM an RFM, 5.9.1939, 6.9.1939 u. 28.12.1939, alles BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unpubl. Selbst das RWM klagte über kriegsbedingten Personalmangel (Einziehungen zum Militär, Einsätze in der Verwaltung der besetzten Gebiete), durch den die Überwachung des Bergbaues gefährdet war. RWM an RFM, 27.1.1942, GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 9939, unpubl.

Auch die Zweigstelle Freiberg hatte in den Haushaltsverhandlungen für 1939 einen höheren Personalbedarf angemeldet, nachdem sich ihre Aufgaben auf die Sudeten ausgedehnt hatten, ihre Forderungen waren aber nur teilweise erfüllt worden.²¹⁸⁴ Da es sich im Vergleich zu Berlin um ein kleines Institut handelte, schlugen die kriegsbedingten Personalverluste hier besonders deutlich zu Buche. Wie Zweigstellenleiter Pietzsch im Februar 1942 berichtete, waren dort 13 männliche Beamte und Angestellte beschäftigt, von denen sich zu diesem Zeitpunkt fünf (= 38,4 %) beim Militär befanden. Von den in Freiberg tätigen sechs Wissenschaftlern waren zwei eingezogen, von den vier Zeichnern einer beim Militär und eine Zeichnerin krankheitsbedingt ausgeschieden. Während die Wissenschaftler und die Zeichner nicht zu ersetzen waren, zog Pietzsch für die zum Kriegsdienst eingezogenen Angestellten des technischen und Kanzleidienstes weibliches Personal und auch „ältere, nicht mehr kriegsdienstpflichtige Personen“ heran, sah sich aber trotzdem gezwungen, verschiedene Arbeiten (z.B. Kartierung, Steinbruchkartei, Grundwasserbeobachtungsdienst, Mineral- und Heilquellen) zurückzustellen.²¹⁸⁵

- 2184 Vgl. RWM an RFM mit Voranschlag über Kap. VI 9 der Einnahmen und fortdauernden Ausgaben der RfB, hier Übersicht über den Bedarf an nichtbeamteten Hilfskräften (hier Freiberg), 8.8.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 11219, Bl. 102–174, hier Bl. 132; Vermerk über die Haushaltsverhandlungen über Kap. VI 9 (Reichsstelle für Bodenforschung) am 16.9. im RWM, 21.9.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21290, unp. Allerdings profitierte Freiberg vom Ausscheiden verschiedener Kräfte (Otto Teuscher, Alfred Pollak) aus der Lagerstättenforschungsstelle in Freiberg, die in die RfB-Zweigstelle Freiberg übertraten. Vgl. Kurt Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiberg) an Brockamp (Berlin) 13.5.1939, BayHStA München, Nr. 420, Bl. 5–5c.
- 2185 Kurt Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiberg) an RfB Berlin, 12.2.1942, GLA Freiberg, A 02287/1, Bl. 89–91. Um den durch die Einziehung hervorgerufenen Personalproblemen zu begegnen, war die bei Erreichung der Altersgrenze bei Beamten normalerweise übliche zwangsweise Versetzung in den Ruhestand bei Kriegsbeginn auf unbestimmte Zeit aufgehoben worden. Vgl. Landesgeologe Georg Berg (RfB Berlin) an Präsident Keppler (RfB Berlin), 18.1.1940, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 7105, unp. – Der Leiter der unter Raumnot leidenden sächsischen RfB-Zweigstelle Pietzsch hatte sich übrigens nie mit der 1937 erfolgten Verlegung von Leipzig nach Freiberg anfreunden können, weswegen er 1941 versuchte, die Zweigstelle nach Dresden zu verlegen, wo die für Sachsen zuständigen Behörden, die Landesregierung, die Gauleitung und sonstigen oberen Dienststellen saßen und sich für die Geologen ‚bessere Arbeitsmöglichkeiten‘ (Bibliotheken, wiss. Institute, kurze Amtswege) boten. Die RfB konnte sogar ein Angebot für den Erwerb eines in Dresden gelegenen Hauses vorweisen, woraufhin das RWM zusicherte, die hierfür erforderlichen Kosten aufzubringen. Wie Pietzsch berichtete, lehnte die Eigentümerin die Eintragung eines Vorkaufsrechtes in das Grundbuch zugunsten der RfB ab, sie sei „Jüdin“ und wolle „jetzt jede Gelegenheit ausnützen, um sich von dem Grundstück zu trennen“. Da das Grundstück „preiswert und günstig gelegen“ sei und sicher bald auch andere Interessenten auftreten würden, riet Pietzsch, „den Ankauf zu beschleunigen“. Da in Dresden kein Raum zu beschaffen war und sich das RFM zuvor kurz gegen den Grundstückskauf gesperrt hatte, fügte Pietzsch hinzu, dass es sich „im vorliegenden Fall (...) um jüdischen Besitz“ handle, weswegen es „vielleicht möglich“ sei, „auch diese Tatsache beim Herrn Reichsfinanzminister mit anzuführen“. Nachdem sich RWM und RFM über den Kauf verständigt hatten, legte plötzlich die sächsische Bergverwaltung (Reichsstatthalter Mutschmann) Einspruch gegen die Verlegung ein. Folglich konnte der Ankauf nicht durchgeführt werden. Da aber die RfB

Der Leiter der RfB-Zweigstelle Wien, Heinrich Beck, zeigte sich angesichts der ihn erreichenden Personalanforderungen der Wehrmacht verärgert. Sein Mitarbeiter Leo Waldmann sei seit Kriegsbeginn als Heeresoberzahlmeister eingerückt, „während rund herum größte Bedrängnis und Zerfahrenheit in allen mit Geologie zusammenhängenden Fragen“ herrsche, was im Übrigen auch der „Kriegs- und Zivilwirtschaft“ zusetze. „Vertreter der Baufirmen und Industrien“ würden die Zweigstelle wegen Auskünften, örtlichen Begehungen und Besichtigungen für Meliorationen, Straßen-, Brücken- und Eisenbahnbauten (u.a. in Polen) „bestürmen“, was infolge Personalmangels aber nicht einzulösen sei. Daher bat Beck die Heeresbehörden, Waldmann „im Interesse der schwierigen Arbeitsverhältnisse gerade in Polen“ freizustellen, sonst nämlich müsse man „noch auf die polnischen Geologen zurückgreifen“.²¹⁸⁶

Allerdings griff nicht nur das Militär auf die RfB-Mitarbeiter zurück, sondern auch andere Stellen. Zu diesen gehörte beispielsweise der Sicherheits- und Hilfsdienst (SHD), der mit August Abel (NSDAP 1937), Wilhelm Benade (NSDAP 1937), Hans Haller (NSDAP 1937), Johann Heinrich Hellmers, Richard Köhler (NSDAP 1933) und Karl Stockfisch im ersten Kriegswinter gleich mehrere Chemiker der Berliner Zentrale vorübergehend anforderte.²¹⁸⁷ Mit der „Dritten Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung“ – der so genannten „Notdienstverordnung“ vom 15. Oktober 1938 – hatte der Beauftragte für den Vierjahresplan Göring eine Handhabe geschaffen, um Bewohner des Reichsgebiets zur „Bekämpfung öffentlicher Notstände“ zu „Notdienstleistungen“ heranzuziehen.²¹⁸⁸ Durch diese Verordnung konnten „Notdienstpflichtige“

Berlin schon die Räumung von zwei Stockwerken des Gebäudes veranlasst hatte, standen die Räume ungenutzt leer, woraufhin die Eigentümerin wegen des ihr entstandenen Mietausfalls Ersatz forderte, der ihr gewährt werden sollte. Die Einmischung der sächsischen Bergverwaltung hatte schließlich zur Folge, dass der Erwerb des Grundstücks vermutlich im Sand verlief. Siehe Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiberg) an RfB Berlin, 21.2.1941, BArch Berlin, R 2, Nr. 21364, unpag.; Brockamp (RfB Berlin) an RWM, 13.3.1941, ebd., unpag.; RWM an RFM, 20.3.1941, ebd., unpag.; RFM an RWM, 30.4.1941, ebd., unpag.; Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiberg) an Präsidenten RfB Berlin, 13.6.1941, ebd., unpag.; Vermerk des RWM, Juli 1942, ebd., unpag.; Vermerke des RFM, 26.6.1942 u. 16.7.1942, ebd., unpag.

2186 Heinrich Beck (Leiter RfB-Zweigstelle Wien) an Kriegsverwaltungsrat (KVR) E. Kraus (Berlin), 14.3.1940, BArch-MA Freiburg, RH 12–20, Nr. 74, Bl. 10. Waldmann, der zu diesem Zeitpunkt in Polen eingesetzt war, wurde nicht freigestellt, sondern gelangte kurz darauf als Wehrgeologe zum Einsatz. Siehe dazu Tab. 10 im Anhang. Zu Waldmann siehe Anhang Biographien.

2187 Zu Abel, Benade, Haller, Hellmers, Köhler und Stockfisch siehe Anhang Biographien. Für die Einziehung zum SHD vgl. für Abel Polizeipräsident in Berlin (Wirtschaftsstelle Nord) an RfB Berlin, 24.9.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 1, unpag. Abel wurde zwar im September 1940 aus dem SHD entlassen, dann jedoch als technischer Kriegsverwaltungsrat zur Wehrmacht eingezogen. Für Haller vgl. Haller an RfB Berlin, 1.9.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 23, Bl. 129. Auch Haller wurde Ende 1939 vom SHD beurlaubt, wurde jedoch wiederholt zu Schulungen, Übungen und Dienstbesprechungen des SHD herangezogen. Haller an RfB Berlin, 4.6.1942, ebd., unpag. Für Stockfisch vgl. Polizeipräsident in Berlin (Wirtschaftsstelle Nord) an PGLA, 16.9.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 51, Bl. 153.

ihren normalen Arbeitsverhältnissen entzogen und für bestimmte Einsätze beurlaubt werden, wovon die NS-Behörden in der Krisensituation des Krieges ausgiebig Gebrauch machten.²¹⁸⁹

Die Bildung des Sicherheits- und Hilfsdienstes war Teil der vom Reichsluftfahrtministerium ergriffenen Maßnahmen im Bereich des zivilen Luftschutzes, denn er war für die Schadensbekämpfung nach Luftangriffen verantwortlich.²¹⁹⁰ Die Berliner Chemiker der RfB waren vor allem als Berater für die so genannte ‚Gasabwehr‘ vorgesehen, was für einen sachgerechten Umgang mit Experten und gegen die oft vertretene Ansicht spricht, dass viele Fachkräfte sinnlos an der Front ‚verheizt‘ wurden.²¹⁹¹ Mehr noch. Da es nicht zu den zunächst befürchteten chemischen Angriffen kam, wurden die Wissenschaftler vom SHD wieder sukzessive für ihre Behörde freigegeben und fortan nur noch bei Bedarf herangezogen.²¹⁹² Allerdings gab es auch Fälle, in denen Untersuchungsarbeiten durch den Abzug von Mitarbeitern negativ beeinflusst wurden. So hatte die RfB im Januar 1941 „Schürfbohrungen am Südrand der Gröditzer Mulde“ bei Naumburg veranlasst, um genauere Informationen über das dort anstehende Deckgebirge zu erhalten und den unteren Zechstein auf seinen Erzgehalt zu untersuchen.²¹⁹³ Die Arbeiten mussten aber bereits im Oktober 1941 wieder eingestellt werden, da der zuständige „Sachbearbeiter Herr Dipl.-Ing. Koch plötzlich zu Arbeiten in Russland berufen“ wurde und die bei der Bohrung beschäftigten Arbeiter bis auf den Schichtführer zum Militärdienst eingezogen worden waren.²¹⁹⁴

2188 Dritte Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung (Notdienstverordnung) vom 15.10.1938, in: RGBl., Teil 1 (1938), S. 1441. Zur Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung vom 22.6.1938 vgl. Linne, Arbeitsvermittlung (2014), S. 59 f.; Marx, Arbeitsverwaltung (2019), S. 282 f. Die „Notdienstverordnung“ wurde am 15.9.1939 durch eine „erste Durchführungsverordnung“ präzisiert. Vgl. Erste Durchführungsverordnung des RMdI zur Notdienstverordnung vom 15.9.1939, in: RGBl., Teil 1 (1939), S. 1775.

2189 Vgl. Linne, Arbeitsvermittlung (2014), S. 59 f. Vgl. auch Flachowsky, Zeughaus (2018), S. 1039 f.

2190 Vgl. Treber, Mythos (2014), S. 30 f.; Brinkhaus, Luftschutz (2010), S. 139. Für die verschiedenen Sparten des Luftschutzes (z.B. Sicherheits-, Feuerlösch-, Instandsetzungs-, Sanitäts- und Veterinärdienst, Entgiftungs- bzw. Gasabwehrdienst) waren verschiedene Gruppen (z.B. Polizei, Feuerwehr, Technische Nothilfe, Gesundheitseinrichtungen und tierärztliche Anstalten, Straßen- und sonstige Reinigungsbetriebe) verantwortlich. Vgl. Hampe, Luftschutz (1963), S. 62, 68, 326.

2191 Vgl. Maier, Privilegierung (2016), S. 274; ders., Chemiker (2015), S. 442–450.

2192 Vgl. Lebenslauf Richard Köhlers, 24.10.1952, BArch Berlin, DO 1, Nr. 97875, Bl. 3 f.; Richard Loebe (Chemische Abteilung RfB Berlin) an RfB Berlin, 3.4.1940, BArch Berlin, R 71, Nr. 31, Bl. 149; Polizeipräsident in Berlin (Kommando der Schutzpolizei) an Präsidenten der RfB, 15.5.1940, ebd., Bl. 150.

2193 Funder (RfB Berlin) an Bergrevier Görlitz, 2.1.1941, Bergarchiv Freiberg, BA-Görlitz, Nr. 628, unpag.

2194 Funder (RfB Berlin) an Bergrevier Görlitz, 15.10.1941, ebd., unpag. Bei dem erwähnten „Dipl.-Ing. Koch“ handelte es sich vermutlich um einen der beiden an der RfB Berlin tätigen wissenschaftlichen Angestellten und Diplom-Bergingenieure Erwin Koch oder Helmut Koch.

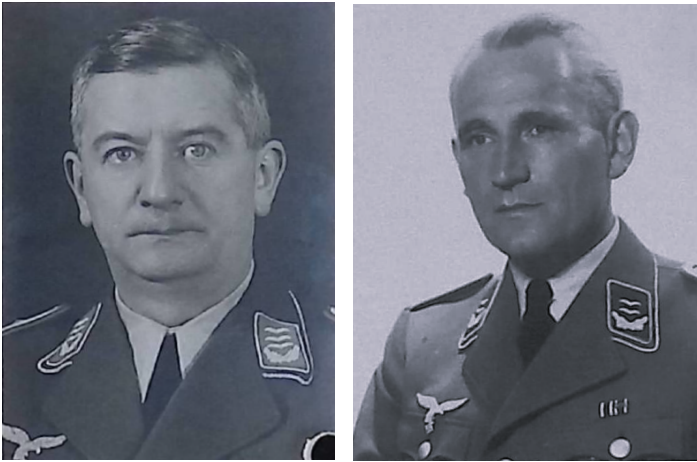


Abb. 50 u. 51: Die Bezirksgeologen Max Trénel (links, Hauptmann 1942) und Robert Potonié (Oberleutnant 1939) in Luftwaffen-Uniform.²¹⁹⁵

Dass anders als noch im Ersten Weltkrieg nun viele Geologen gezielt in die Wehrgeologenstäbe der Wehrmacht eingebunden wurden, spricht ebenso für eine sachgerechte Verwendung von Experten, wie auch die Beispiele jener Geologen, die zwar vom Militär angefordert wurden, aber nicht für den Einsatz in Frontnähe, bestimmt waren. Der Bezirksgeologe und Leiter des Sonderreferats Bodenchemie an der RfB Berlin, Max Trénel, etwa wurde im September 1939 von der Kriegswissenschaftlichen Abteilung der Luftwaffe reklamiert, wo er sich mit Forschungen befasste, die mit dem „Aufmarsch der deutschen Luftwaffe“ im „Feldzug gegen Polen“ zusammenhingen.²¹⁹⁶ Der Berliner Bezirksgeologe Erich Stach (NSDAP 1937, SS 1933) wurde 1939 als Nachrichtenoffizier und Leiter der Luftnachrichtenstelle Schönwalde bei Berlin eingesetzt und nach „Einsätzen im Operationsgebiet Westfront“ Anfang 1941 zum Leiter der Luftnachrichtenstelle der Fliegerhorstkommandantur Bayreuth ernannt.²¹⁹⁷ Sein zunächst beim Flakregimentsstab Luczny in Amsterdam

2195 Personalnachweis für den Hauptmann d. Ldw. Dr. Trenel, Max, ohne Datum (1942), BArch-MA Freiburg, PERS 6, Nr. 166713, unp.; Beurteilung des Oberleutnants d. L. Dr. Robert Potonié, 1.3.1939, BArch-MA Freiburg, PERS 6, Nr. 180685, unp.

2196 Der 1942 zum Major beförderte Trénel konnte 1939 schon auf langjährige Beziehungen zum Militär zurückblicken. So hatte er nicht nur als Offizier, Batterie- und Abteilungsleiter am Ersten Weltkrieg teilgenommen, sondern seit 1935 „Beförderungsübungen“ und Manöver bei der Fliegertruppe absolviert und es dabei bis 1939 zum Hauptmann gebracht. Vgl. Personalnachweis für den Hauptmann d. Ldw. Dr. Trenel, Max, ohne Datum (1942), BArch-MA Freiburg, PERS 6, Nr. 166713, unp.; Kriegs-Beurteilung zum 1. April 1944 für den Major d. Res. Dr. Trénel, 17.3.1944, ebd., unp.

2197 Vgl. Vorschlag des Truppenteils Fliegerhorstkommandantur Schönwalde zur Beförderung eines Offiziers zum nächsthöheren Dienstgrad betr. Dr. Erich Stach, 26.10.1939, BArch-MA Freiburg, PERS 6, Nr. 220649, unp.; Vorschlag zur Beförderung eines Offiziers zum

stationierter Kollege, der Paläobotaniker Robert Potonié, wurde 1941 als Lehrer an die Reichsanstalt der Luftwaffe für Luftschutz versetzt.²¹⁹⁸ Gleiches galt für den Regierungsgeologen Rudolf Cramer (NSDAP 1930), der 1942 ebenfalls als „Lehroffizier“ an der Reichsanstalt der Luftwaffe für Luftschutz zum Einsatz gelangte und dafür sogar in das ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ übersiedelte.²¹⁹⁹

Wie alle anderen Verwaltungen bemühte sich auch die RfB um die Sicherstellung ihres Personals. Während sie es in einigen Fällen offenbar vermochte, Kriegsfreiwilligen ihre „Abkömmlichkeit“ zu verweigern²²⁰⁰, gab es auch Fälle, in denen Geologen nach ihrer zunächst erfolgten Einberufung zum Militär für ‚kriegswichtige Arbeiten‘ der RfB „Uk-gestellt“ wurden.²²⁰¹ Darüber hinaus gelang es ihr trotz des Krieges, in den Haushaltsverhandlungen Personalvermehrungen durchzusetzen, die infolge der Ausdehnung ihres Arbeitsgebiets „auf die neu eingegliederten Ost- und Westgebiete (...) dringend erforderlich“ geworden waren. So befürwortete das RfM der RfB beispielsweise 1941 nicht nur zehn neue Geologenstellen, sondern darüber hinaus 48 nichtbeamtete Hilfskräfte.²²⁰² Dennoch bestand jederzeit die Gefahr, Personal

nächsthöheren Dienstgrad betr. Erich Stach, 4.2.1943, ebd., unpag.; Beurteilungsnotiz der Fliegerhorstkommandantur Bayreuth über den Hauptmann d.R. Dr. Erich Stach, 4.11.1942, ebd., unpag. Zu Stach siehe Anhang Biographien.

- 2198 Vgl. Inspektion des Luftschutzes an L.P. 3/IIA, 26.3.1941, BArch-MA Freiburg, PERS 6, Nr. 180685, Bl. 1; Fernschreiben von L.P. 4,I an L. In.12, 1.4.1941, ebd., Bl. 2. Aus einem Beförderungsvorschlag von 1942 geht hervor, dass Potonié während seines Fronteinsatzes zwischen 1939 und 1941 „am Abschuss von 4 Feindflugzeugen“ beteiligt war. Vorschlag zur Beförderung eines Offiziers zum Major d. L. betr. Robert Potonié, 20.4.1942, ebd., unpag.
- 2199 Kriegsbeurteilung zum 1. August 1943 über den Hauptmann d.R. z.V. Dr. Rudolf Cramer, 12.7.1943, BArch-MA Freiburg, PERS 6, Nr. 181489, unpag.; Hauptmann Dr. Cramer (Eisenbrod, ‚Protektorat‘) an Carl Dreibholz (RfB Berlin), 11.2.1944, BArch Berlin, R 71, Nr. 11, unpag. Zu Cramer siehe Anhang Biographien.
- 2200 So etwa im Fall des Berginspektors Richard Michaely (NSDAP 1937, SA 1933), der sich Anfang Oktober 1939 bei seinem zuständigen Wehrbezirkskommando „für die Einstellung als Freiwilliger in die Wehrmacht gemeldet“ und die RfB um Bescheinigung seiner „Abkömmlichkeit“ gebeten hatte. Aufgrund der „demnächst an die Verwaltung“ herantretenden Aufgaben hatte Keppler dies Michaely aber verweigert. Berginspektor Michaely (RfB Berlin) an RfB Berlin, 3.10.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 38, Bl. 255. Als sich Michaely 1941 für eine Stelle in der Verwaltung des neu geplanten Oberbergamts Saarbrücken bewarb, lehnte das RfM sein Gesuch in Ermangelung einer Ersatzkraft ab. Michaely an RfM, 14.5.1941, ebd., unpag.; RfM an Präsidenten der RfB Berlin, 18.6.1941, ebd., unpag. Kurze Zeit später wurde Michaely dann aber doch eingezogen. Vgl. Michaely an RfB Berlin, 12.7.1942, ebd., unpag. Zu Michaely siehe Anhang Biographien.
- 2201 Beispielhaft die Freistellung des Kali- und Salzspezialisten Ernst Fulda, der 1940 eingezogen worden war, auf Antrag der RfB zunächst „Arbeitsurlaub“ erhielt, bevor er „wegen Unabkömmlichkeit“ ganz aus dem Heeresdienst entlassen wurde. Entwürfe für Schreiben der RfB Berlin an die Wehrkreisverwaltung IX (Kassel) und das Wehrbezirkskommando Berlin IX, 4.12.1940, BArch Berlin, R 71, Nr. 16, Bl. 195; Fulda (Berlin) an RfB Berlin, 3.2.1941, 14.3.1941 u. 30.9.1943, ebd., Bl. 201, 204 u. unpag.
- 2202 Nachweisung des RfM der nach § 2 der Verordnung zur Vereinfachung der Haushaltsführung in Reich und Ländern vom 12. Februar 1941 zu genehmigenden Ausnahmen [hier Einzelplan VI, Kap. 6 Reichsstelle für Bodenforschung], 9.12.1941, BArch Berlin,

an das Militär zu verlieren, denn da sich infolge der steigenden Verluste die Personallage der Wehrmacht zunehmend verschärfte, wurde mittels verschiedener Aktionen der Wehrrersatzbehörden immer wieder versucht, neue Rekruten zu mobilisieren.²²⁰³ Ab November 1942 war es dann vor allem der von Hitler für diesen Zweck zu seinem Sonderbevollmächtigten ernannte General Walter von Unruh, der sich mit mehreren systematischen „Auskämmaktionen“ in Behörden und in der Privatwirtschaft um die Freimachung neuer Soldaten bemühte.²²⁰⁴

Davon waren auch das RWM und sein nachgeordneter Bereich betroffen.²²⁰⁵ So geht aus einer Übersicht der Dienststelle von Unruhs über die den Wehrrersatzinspektionen gemeldeten Personen hervor, dass das RfB 1943 offenbar sieben Mitarbeiter an die Wehrmacht abzugeben hatte.²²⁰⁶ „Im Zuge der Einziehungsaktion Totaler Kriegseinsatz“ erhielten fünf Geologen der RfB-Zweigstelle München (Albert Hock, Hans Nathan, Albert Grader, Robert Schnetzer, Otto Teuscher) im August 1944 einen Einberufungsbefehl, was den Betrieb der Zweigstelle praktisch lahmzulegen drohte.²²⁰⁷ Der Verwaltungschef des RfB gab dem für die Anordnung zur Einberufung verantwortlichen Reichsverteidigungskommissar für den Verteidigungsbezirk Gau München-Oberbayern daraufhin zu verstehen, seine Dienststelle sei „mit kriegswichtigen und kriegsentscheidenden Aufgaben betraut“, die „insbesondere auf dem Erdölsektor, auf dem Gebiet der Industrieverlagerungen, [der] Besorgung von Stahlveredlungsmitteln [und der] Schaffung wehrgeologischer Karten“ lägen. Da das RfB zum RWM gehöre, werde die Freigabe von Angehörigen der Reichswirtschaftsverwaltung zentral vom Ministerium aus geregelt.²²⁰⁸

Nur zwei Tage später teilte der Leiter der RfB-Zweigstelle Freiberg Pietzsch mit, dass der Bezirksgeologe Adolf Watznauer zum Heeresdienst einberufen worden sei, obwohl er eine „Uk-Stellung“ vorweisen könne. Diese sei

R 2, Nr. 21297, unpag. Im Jahr zuvor waren zwölf Beamte bzw. Hilfsgeologen der RfB „in freie Planstellen“ für Bezirksgeologen aufgerückt. RWM an RFM, 26.3.1940, BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unpag.; RFM an RWM, 9.4.1940, ebd., unpag.

2203 Vgl. Herbst, *Deutschland im Krieg* (1996), S. 75 f.; Kroener, *Ressourcen* (1988), S. 693–989; ders. *Menschenbewirtschaftung* (1999), S. 820–878. Siehe auch Generalbevollmächtigter für die Reichsverwaltung an die Reichsminister des Innern, der Justiz, für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, für kirchliche Angelegenheiten und an die Reichsstelle für Raumordnung betr. Überprüfung der Uk-Stellungen, 5.2.1941, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960 - 1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 5, RBF 97, unpag.

2204 Vgl. Absolon, *Wehrmacht* (1995), S. 321–332; Kroener, *General* (1995), S. 269–285.

2205 Aufstellung vermutlich des Sonderbeauftragten des Führers General der Infanterie von Unruh betr. RWM, ohne Datum (um 1943), BArch-MA Freiburg, RW 42, Nr. 9, Bl. 80 f.

2206 Zum Schreiben des Sonderbeauftragten des Führers, General der Infanterie von Unruh, Staatssekretär d.D. Mussehl vom 13. März 1943, Zusammenstellung der den Wehrrersatzbehörden gemeldeten Gefolgschaftsmitglieder der Jahrgänge 1906 und jünger (kv, gvF ausgebildet und nicht ausgebildet) die nicht mehr freigestellt und daher der Wehrmacht zur Verfügung gestellt werden können, ebd., Bl. 84–89, hier Bl. 84.

2207 Zu Hock, Nathan, Grader, Schnetzer und Teuscher siehe Anhang Biographien.

2208 Kromer (RfB Berlin) an Reichsverteidigungskommissar für den Reichsverteidigungsbezirk Gau München-Oberbayern (München), 31.8.1944, BayHStA, GLA Nr. 279, unpag.

jedoch vom Reichsverteidigungskommissar Sachsens kurzerhand aufgehoben worden, weil es sich „um eine im Zuge des totalen Kriegseinsatzes“ durchgeführte Maßnahme handle. Auch Pietzsch drang auf eine Freistellung Watznauers, da er „der einzige Geologe“ war, „der mit den Verhältnissen im Sudetengau vertraut“ war „und vor allem für den Weiteraufschluss der kriegswichtigen Erze (Wolfram, Molybdän, Wismut, Zinn) und Mineralien (Glimmer), sowie für U-Verlagerungen der kriegswichtigen Industrie in Frage“ kam.²²⁰⁹ Die Eingaben der besorgten Institutsleiter halfen aber nur bedingt, denn Schnetzer, Teuscher und Watznauer wurden 1944 tatsächlich eingezogen.

Die den Dienstbetrieb der RfB bis Ende des Krieges chronisch hemmenden ‚Auskämmaktionen‘ bedienten jedoch nicht nur den Bedarf des Militärs, sondern waren ebenso ein Mittel zur Freimachung von Arbeitskräften durch personelle Umschichtungen in der Kriegswirtschaft.²²¹⁰ Dass das RfB auch von solchen Fällen betroffen war, belegt das Beispiel der im Erdölinstitut der RfB beschäftigten Übersetzerin Mara Koppel, die 1944 zur Deutschen Erdöl AG in Neusiedel (Niederdonau) dienstverpflichtet wurde.²²¹¹

Anders, als in der nur wenige Monate zurückliegenden Gründungsphase der RfB hielt sich Keppler nach dem Beginn des Krieges aus dem Tagesgeschäft der Reichsstelle zunehmend heraus. Zwar machte er seinen Einfluss in für die RfB kritischen Fragen immer wieder geltend – worauf noch einzugehen ist – befasste sich aber oft mit anderen Problemen, die nur wenig mit seiner Aufgabe als Präsident der Reichsstelle für Bodenforschung zu tun hatten. Dazu gehörten etwa die von ihm schon seit Mitte der 1930er Jahre geförderten Versuche zur Gewinnung von Speisefett aus Kohle, die helfen sollten, die in Deutschland bestehende „Fettlücke“ zu schließen. Die Zulassung des ernährungsphysiologisch bedenklichen, keineswegs unumstrittenen Ersatznahrungsmittels durch das Reichsgesundheitsamt war nach Ernährungsversuchen, die u.a. im Konzentrationslager Sachsenhausen durchgeführt worden waren, Ende 1939 erfolgt, woraufhin sich Keppler beim Reichsführer SS um die Bereitstellung von KZ-Häftlingen für den Bau einer Produktionsanlage bemühte. Hier sollte ‚synthetisches Fett‘ hergestellt werden, das später „als Nahrungsmittel für sowjetische Kriegsgefangene und Insassen von Konzentrationslagern“ diene.²²¹²

2209 Kurt Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiberg) an RfB Berlin, 2.9.1944, BAArch Berlin, R 71, Nr. 56, unpag.

2210 Vgl. Janssen, Ministerium (1968), S. 119. Siehe etwa Runderlass des Reichsmarschalls des Großdeutschen Reiches. Vorsitzender des Ministerrates für die Reichsverteidigung und Beauftragter für den Vierjahresplan betr. Beschaffung des Kräftebedarfs für Wehrmacht und Rüstungswirtschaft, 20.6.1941, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 5, RBF 97, unpag.

2211 Vgl. Kromer (RfB Berlin) an RfB-Arbeitsstelle Dessow, 3.11.1944, ebd., unpag.; RfB-Arbeitsstelle Dessow an Mara Koppel (Deutsche Erdöl A.G., Neusiedel a.d. Zaya, Niederdonau), 17.11.1944, ebd., unpag.

2212 Vgl. ausführlich Pelzer-Reith/Reith Fett (2002), S. 173–205, hier S. 173, 193; Deichmann, Chemiker (2001), S. 349. Keppler finanzierte einen Teil der „Studien über die Verwendung synthetischer Fette für die menschliche Ernährung“ sogar über den Etat der RfB, so etwa

In einem anderen Fall bat Keppler Himmler, ihn bei der Errichtung einer Versuchsanlage zur Gewinnung von Buntmetallen zu unterstützen. Wie er seinen ‚lieben Himmler‘ wissen ließ, hegte er seit „langen Jahren den Wunsch, für die Gewinnung von Buntmetallerzen den altertümlichen Hochofenprozess und die Flotation auszuschalten und durch ein chemisches Verfahren zu ersetzen“. Seine Anregungen seien bei der Duisburger Kupferhütte auf „fruchtbaren Boden gefallen“, der er „einen größeren Betrag“ zur Errichtung einer Versuchsanlage zur Verfügung gestellt habe. Die Ergebnisse dieser Anlage hätten alle Erwartungen übertroffen, so dass demnächst mit einem Auftrag des Ministeriums Speer zu Errichtung einer Großanlage zu rechnen sei. Aus diesem Grund bat er den Reichsführer SS erneut, ihm für den Abbau der Erze und die Errichtung der Fabrikationsanlage 1.500 KZ-Häftlinge zur Verfügung zu stellen.²²¹³ Himmler war nicht abgeneigt, meinte jedoch sich „zu der Abstellung der Arbeitskräfte nur entschließen“ zu können, wenn ihm die Verantwortung für die Arbeiten übertragen werde.²²¹⁴ Da das Ministerium Speer die Errichtung der Anlage aber infolge der Überlastung der Bauindustrie sowie des Apparate- und Maschinenbaues verschob, erwog Keppler, den Bau der Anlage durch die dem RfB angeschlossene Prakla zu übernehmen, wobei er Himmler die Übernahme der Bauarbeiten in Aussicht stellte.²²¹⁵ Auch wenn aus diesem Plan Kepplers vermutlich nichts wurde, offenbart auch dieses Beispiel, dass er sich als Leiter der RfB während des Krieges mit Problemen befasste, die nicht zu seinem Aufgabenbereich als Chef der staatlichen Bodenforschung gehörten und bei all dem völlig selbstverständlich beabsichtigte, auf das Arbeitskräfte-reservoir der KZ-Häftlinge zurückzugreifen.²²¹⁶

16.400 RM im Rechnungsjahr 1938. Nachdem er im folgenden Jahr dann weitere knapp 290.000 RM forderte, stellte das RFM zurecht fest, dass diese Arbeiten „mit der Bodenforschung in keinem Zusammenhang“ stünden. Dass Keppler einmal im Vierjahresplan für die Bearbeitung des Gebietes „synthetische Öle und Fette“ verantwortlich gewesen sei, rechtfertige es nicht, die auf diesem Feld anfallenden Kosten auf den Haushalt der RfB zu übernehmen. Da es sich um reine Forschungs- und Untersuchungsarbeiten handelte, sollten die Kosten fortan aus den im Haushalt des RWM dafür vorgesehenen Forschungsfonds (Kap. VI, Tit. 40 der fortdauernden Ausgaben) geleistet werden. RWM an RFM, 3.10.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21363, unnp.; RFM an RWM, 13.10.1939, ebd., unnp. Obwohl es sich um der Bodenforschung „wesensfremde“ Arbeiten handelte, griff Keppler zu ihrer Finanzierung aber auch in den folgenden Jahren vorschussweise auf die Mittel der RfB zurück, die dann rückwirkend auf den Haushalt des RWM übernommen wurden. RWM an RFM, 11.11.1942, ebd., unnp.

2213 Keppler (Staatssekretär z.B.V. im AA) an RFSS Himmler, 29.6.1944, BArch Berlin, NS 19, Nr. 3948, Bl. 21.

2214 RFSS Himmler an Keppler, 16.7.1944, ebd., Bl. 20.

2215 Keppler an RFSS Himmler, 17.7.1944 u. 19.7.1944, ebd., Bl. 15 f., 19. Siehe auch Uhl u.a. (Hg.), Organisation (2020), S. 804.

2216 Dabei blieb es jedoch nicht, denn im November 1939 wurde Keppler von Himmler in dessen „Eigenschaft als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums [zudem] mit der Abwicklung aller vermögensrechtlichen Fragen der Baltendeutschen“ beauftragt. Longerich, Himmler (2008), S. 407. Darüber hinaus engagierte sich Keppler im Auftrag der SS „auf dem Gebiet der Tuberkulose- und Krebsbekämpfung“. Uhl u.a. (Hg.), Organisation (2020), S. 926.

Die Folge von Kepplers Rückzug aus dem Tagesgeschäft der RfB war, dass Vizepräsident Brockamp und Verwaltungschef Kromer die faktische Leitung der Behörde übernahmen.²²¹⁷ Die bestimmte, bisweilen ruppige Amtsführung der beiden war nicht immer geeignet, Harmonie ins Haus zu bringen. Wenn aber es darauf ankam, fungierten beide auch als Blitzableiter, um die RfB gegen politisch motivierte Eingriffe von außen abzuschirmen.²²¹⁸ Gleichwohl schien trotz der seit 1934 vorgenommenen Wechsel an der Spitze der Berliner Zentrale (von Seidlitz, Versé, Keppler-Brockamp) keine Ruhe im Haus einzukehren. So hielt der im Erdölinstitut der RfB tätige Alfred Stahmer (NSDAP 1931–1932, SA 1933–1935) fest, dass „beim Reichsamt (...) ja n u r [Herv. i.O.] persönliche Politik getrieben“ werde und „die Sache“ hinten stehe. Jeder wolle „den anderen am liebsten fressen, wenn er ihm auch ins Gesicht“ lächle.²²¹⁹ Die durch den Krieg potenzierte Angst vor Denunziationen, vor Verfolgung wegen Spionage, Hochverrat und ‚Wehrkraftzersetzung‘ tat ihr Übriges.²²²⁰

- 2217 Wie Keppler 1953 festhielt, habe Brockamp die Leitung der RfB übernommen, da er, Keppler, sich „mit manchen anderen Aufgaben“ befasst hatte. Anlage Kepplers betr. Brockamp im Zuge eines Vorschlags zur Gründung einer Firma zur Ausführung geophysikalischer Untersuchungen, November 1953, BArch Koblenz, N 1614, Nr. 1, Bl. 10–16, hier Bl. 16.
- 2218 Der kurz nach Kriegsbeginn zum SS-Obersturmbannführer beförderte Kromer versuchte Unbotmäßige durchaus auch mit der Ankündigung einer Meldung bei der Gestapo einzuschüchtern, während Brockamp ‚nachlässigen Beamten‘ mit Maßnahmen drohte, die sich auf einen „Erlass des Reichsführers-SS“ bezogen. Vgl. Olbrich (Jägerndorf, Ostsudeten) an Bentz (Berlin), 3.11.1944, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 7, RBF 177, unpag.; Kromer (RfB Berlin) an Olbrich, 26.12.1944, ebd., unpag.; Olbrich an den Präsidenten des RfB, 2.12.1944, ebd., unpag.; Brockamp an Wagemann, 31.7.1944, BArch Berlin, R 71, Nr. 54, unpag. Zum Erlass Himmlers gegen ‚faule Beamte‘ siehe Runderlass des RFSS und RMdI Himmler betr. Unzureichende Leistungen von Beamten, 20.3.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 8464, Bl. 8R. Dass es Brockamp trotz der „nicht seltenen Denunzierungen“ in der RfB geschaffte habe, „dass es in keinem Falle zur Maßregelung der Angezeigten kam“, findet sich in einer Erklärung von Bentz, 12.11.1949, BGR-Archiv, BGR 136067, unpag. In diesem Zusammenhang ist auch hervorzuheben, dass sich Brockamp und Kromer auf Veranlassung des Leiters der RfB-Außenstelle Krakau, Roland Brinkmann, erfolgreich für die Freilassung des im KZ Auschwitz inhaftierten polnischen Geologen József Zwierzycki einsetzten. Vgl. ebd.; Bericht Brinkmanns: Meine Tätigkeit im Generalgouvernement Polen in den Jahren 1940/44, 3.12.1946, UA Rostock, 1.12.0: Personalakte Roland Brinkmann, Bl. 75–80.
- 2219 Stahmer (RfB-Ausweichstelle Dessow) an Hans-Peter Mojen [RfB Berlin, Erdölinstitut], 10.11.1944, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 153, unpag. Zur NSDAP- und SA-Mitgliedschaft des seit 1940 an der RfB tätigen Stahmers vgl. Stahmer an Kromer, 30.10.1944, ebd., unpag.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/42351433, NSDAP-Gaukartei, Kasten 4235, Karte 1433.
- 2220 Der von 1926 bis 1936 an der PGLA tätige Bergrat Oskar Kämmerer, wurde 1944 verhaftet, weil er sich bei Gesprächen mit ihm unterstellten Mitarbeitern abfällig „über die Führung des Reiches in militärischer und politischer Beziehung“ und öffentlich Zweifel an den „deutschen Siegesaussichten“ geäußert hatte. Er wurde deshalb „wegen des Versuchs der Wehrkraftzersetzung“ vom Volksgerichtshof (VGH) zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt und verlor seine Beamtenrechte. Anklageschrift des Oberreichsanwalts beim VGH gegen den 1. Bergrat Dr. Oskar Kämmerer [lies: Kaemmerer], 15.5.1944, BArch

Denn inzwischen war allgemein bekannt, dass sich die seit 1933 entfesselten Strafmaßnahmen des NS-Regimes nicht nur gegen politische Gegner richteten, sondern jeden treffen konnten, da sie sich auch auf durch das so genannte „Heimtückegesetz“ unter Strafe gestellte abweichende Meinungsbekundungen erstreckten. Bis 1939 waren Zehntausende solcher missliebigen Äußerungen strafrechtlich verfolgt und geahndet worden, was unter den Bedingungen des Krieges noch einmal verschärft wurde und der Einzelne nicht wissen konnte, wie sich seine Kollegen in einem solchen Fall verhalten würden.²²²¹

Die Angst, etwas falsch zu machen, wurde durch Anordnungen übergeordneter Behörden noch erhöht. Vor dem Hintergrund von „Maßnahmen zum Schutz wirtschaftlich wichtiger Betriebe“ verbot das RWM im Frühjahr 1940 beispielsweise den Tausch und Verleih, die Einsichtnahme und das Kopieren aller Karten und bildlichen Darstellungen, „aus denen Standort, Erzeugungsmenge, Kapazitäten, Beschäftigtenziffern oder Absatzmengen“ der Industrie ersichtlichen waren, „um den feindlichen Nachrichtendiensten die Ermittlung wirtschaftlich wichtiger Einrichtungen, die das Ziel gegnerischer Angriffe darstellen konnten, zu erschweren. Nicht einmal Bücher, die diese Fragen behandelten, durften verkauft, verliehen, vorgelegt bzw. kopiert werden, was vor allem die Bibliothekare der Behördenbibliotheken vor die schwierige Herausforderung stellte, wem was vorgelegt werden durfte.“²²²² Welche Unsicherheit solche Maßnahmen erzeugten, zeigte sich beispielsweise beim Leiter des Erdölinstituts der PGLA/RfB Alfred Bentz, der seit Juli 1936 am Beginn jeder Austauschitzung mit den Vertretern der Erdölindustrie an einen Erlass des RWM „über den Tatbestand des ‚fahrlässigen Landesverrats‘ erinnerte, der jedem drohte, der Statistiken, Fotos, Abbildungen und sonstige Informationen „die Deutschland wirtschaftlich oder wehrpolitisch schädigen“ konnten, leichtfertig preis gab.“²²²³

Berlin, R 3017, Nr. 4256, unpag.; Oberbergamt Neunkirchen-Saar (Grube König) an RWM, 25.1.1945, ebd., unpag.; Kaemmerer (Berlin) an RWM (Abt. Bergbau), 27.1.1945, ebd., unpag.; Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Lothringen-Saarpfalz an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD in Berlin, 21.3.1944, BArch Berlin, R 3001, Nr. 139907, Bl. 2–4. Zum Fall Kaemmerer siehe auch BArch Berlin, R 3017, Nr. 44297 und Urteil des VGH in der Strafsache gegen den Bergrat Oskar Kämmerer [lies: Kaemmerer], 7.12.1944, BArch Berlin, R 3018, Nr. 6089, unpag. Zu Kaemmerer siehe Anhang Biographien.

2221 Steuwer, Drittes Reich (2017), S. 85. Durch das „Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei“ vom 20.12.1934 wurden kritische Äußerungen gegen das NS-Regime „kriminalisiert und mit drastischen Strafen bedroht“. Das Spektrum reichte vom „Flüsterwitz“ bis hin zum Abhören ‚feindlicher‘ Sender. Dams/Stolle, Gestapo (2008), S. 89–94; Dörner, Heimtücke, (1998), et passim.

2222 RWM an RfB Berlin, 23.1.1940, BayHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 279, unpag. Die Einsichtnahme in den Bibliotheksräumen war nur noch unter Vorlage amtlicher Ausweise oder bestimmter Bescheinigungen, etwa von Industrie- und Handelskammern, Abwehrbeauftragten Rüstungsinspektionen oder Rüstungskommandos, möglich. RWM an RfB Berlin, 9.2.1940, GLA Freiberg, A 02338/3, Bl. 34. Siehe auch Verordnung des RMdI über die Veröffentlichung kartographischer Darstellungen (KartVeröff VO) und Erste Verordnung dazu vom 6.2.1940, in: RGBl. 1940, Teil I, S. 294–296.

2223 Protokoll der 26. Austauschitzung der Zweigstelle Hannover des Instituts für Erdölgeologie

Dass solche Warnungen und die Gefahr von Bestrafungen jederzeit ernst zu nehmen waren, zeigte sich im Fall der in der RfB-Zweigstelle Wien tätigen Regierungsekretärin Margarete Girardi, die im April 1940 „wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz“ angezeigt wurde. Wer die Anzeige erhob und was der Leiterin der Kanzlei- und Verlagsabteilung der Wiener RfB-Zweigstelle konkret vorgeworfen wurde, konnte nicht festgestellt werden. Die von der NSDAP-Gauleitung als „ausgesprochene Schuschnigganhängerin“ bezeichnete Girardi war den Wiener NS-Behörden aber schon seit langem verdächtig, weil sie nach ihrem „politischen Verhalten nicht die Gewähr dafür“ bot, „jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat“ einzutreten. Als Mitglied der ‚Vaterländischen Front‘, so die NSDAP-Gauleitung Wien, habe sie bis 1938 „die NS-Bewegung auf das Heftigste“ bekämpft und würde auch nun „nur äußerlich dafür“ eintreten.²²²⁴ Die Anzeige gelangte bis vor den Oberstaatsanwalt beim Landgericht Wien I, der das Verfahren zwar einstellte, Girardi aber „unter Bedachtnahme des Straffalles“ verwarnete.²²²⁵ Vermutlich gaben

der PGLA, 30.7.1936, BGR-Archiv Hannover, Nr. 126419, Teil 1, unpag. Der immer wiederkehrende Hinweis auf den Zwang zur Geheimhaltung bei den Austauschsitzen gab wiederholt Anlass zu satirischen Äußerungen im Rahmen von Betriebsfeiern der Berliner RfB. So hielt ein auf einer solchen Feier 1937 vorgetragener imaginärer „Rechenschaftsbericht über das Doppeljahr 1936/37“ und eine vermeintliche Sitzung der „Hannoverschen Erdölgeognosten“ fest: „Vorweg muss ich Sie also pflichtgemäß bitten, das niemand unbefugten Dritten durch Wort, Schrift oder Zeichensprache, Mitteilung von den Dingen mache! Sie dürfen nichts davon auf Schallplatten bringen, sie dürfen nichts davon im Rundfunk singen, sie dürfen nichts davon im Film produzieren, Mitstenographieren, Fotografieren, Hektographieren, Kalligraphieren, Illustrieren, Inspirieren, Telegraphieren oder sonstwie kopieren! Alles dieses und noch manches andere dürfen Sie nicht. Sonst bekommen sie hohe Geldstrafen vor Gericht, eventuell auch im Falle des Falles, oder wenn Sie gerade im Dalles [!], Gefängnis bis zur Höchstgrenze von diversen Jahren. Genaueres werden Sie gegebenenfalls vom Richter erfahren“. Rechenschaftsbericht über das Doppeljahr 1936/37, gegeben auf der Hauptversammlung der Hannoverschen Erdölgeognosten im Dezember 1937 von Dr. I. Heidorn (Hannover) mit Sangeseinlagen eines kunstsinnigen Geognostenchors unter bewährter Leitung des Liedervaters Dr. F. Kühne (Hannover), BGR-Archiv Hannover, Nr. 93173, Bl. 17–33, hier Bl. 18. Weitere Beispiele finden sich ebd., Bl. 39 („Erdölgeologisches Liederpotpourri“, ohne Datum) und Bl. 48 („Austauschsitzen“, 1939).

2224 NSDAP-Gauleitung Wien (Gaupersonalamt) an den Landesleiter der Reichsschriftumskammer (RSK) beim Landeskulturwalter Gau Wien, 9.10.1942, BArch Berlin, R 9361-V, Nr. 19548, unpag.; Politische Beurteilung der NSDAP-Gauleitung Wien über Margarete Girardi (Wien), 17.2.1939, ebd., unpag. Zu Girardi siehe Anhang Biographien. Kurt Schuschnigg wurde nach der Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß 1934 zu seinem Nachfolger ernannt. Er regierte autoritär und errichtete eine „Kanzlerdiktatur“ (Ausschaltung von Parlament und Verfassungsgerichtshof, Verfolgung politischer Gegner) und bemühte sich, die Unabhängigkeit Österreichs vor allem gegenüber Deutschland zu bewahren. Letztlich musste er sich dem Druck Berlins beugen und trat einen Tag vor dem ‚Anschluss‘ Österreichs an das Deutsche Reich zurück. Er wurde bis Kriegsende 1945 inhaftiert. Vgl. Kurt Schuschnigg, in: Gedenkstätte Deutscher Widerstand (https://www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personenverzeichnis/biografie/view-bio/kurt-schuschnigg/?no_cache=1, eingesehen am 19.8.2024); Bauer, Jahre (2017), S. 13.

2225 NSDAP-Gauleitung Wien (Gaupersonalamt) an den Landesleiter der RSK beim Landeskulturwalter Gau Wien, 9.10.1942, BArch Berlin, R 9361-V, Nr. 19548, unpag. Ein Antrag der

die gegen sie erhobenen Vorwürfe den Ausschlag dafür, dass Girardi 1942 „aus politischen Gründen in den Ruhestand versetzt“ wurde.²²²⁶ Ihr ehemaliger Kollege Haberfelner gab 1945 an, dass seine 1941 erfolgte Versetzung aus Wien angeblich darauf zurückzuführen gewesen sei, dass er „eine Reihe“ von Mitarbeitern „begünstigt“ habe, obwohl diese keine „Anhänger der NSDAP“ gewesen seien.²²²⁷ Zu ihnen hätten Girardi, Hubert Kormann, Anton Ruttner²²²⁸ und Alois Kieslinger gehört. Während Beck, Girardi und Korman entlassen worden seien, habe man Kieslinger nach Norwegen, Haberfelner nach Berlin und Ruttner an die Front versetzt.²²²⁹

schriftstellerisch tätigen Girardi zur Aufnahme in die RSK wurde wiederholt abgelehnt. Selbst noch 1944 hegte die Gestapo „schwerste Bedenken“ gegen ihre Aufnahme in die RSK. Vgl. von Girardi ausgefüllter Fragebogen zur Bearbeitung des Aufnahmeantrages für die Reichskulturkammer mit anliegendem Curriculum vitae von Margarete Girardi, 27.9.1938, BArch Berlin, R 9361-V, Nr. 19548, unpag.; Der Landesleiter der RSK beim Landeskulturwalter Gau Wien an die RSK (Berlin), 16.2.1944 u. 27.3.1944, ebd., unpag.; Geheime Staatspolizei (Staatspolizeileitstelle Wien) an den Landesleiter der RSK beim Landeskulturwalter Gau Wien, 8.3.1944, ebd., unpag.

- 2226 Cernajsek, Bundesanstalt (2014), S. 8 f. In den öffentlichen Berichten der RfB Wien wurde vermerkt, dass Girardi „auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzt“ worden sei. Berichte RfB Zweigstelle Wien (1942), S. 48. Im Jahr 1948 warfen Mitarbeiter der Wiener Behörde dem ehemaligen „NS-Vertrauensmann“ der RfB-Zweigstelle Wien, Hans Peter Cornelius (NSDAP 1933) vor, Girardi „aus politischer Gehässigkeit“ zur Einreichung ihrer Pensionierung veranlasst zu haben. Mertz, Haidinger-Medaille (2020), S. 384. Zu Cornelius siehe Anhang Biographien.
- 2227 Dass Haberfelner im Zuge der von ihm 1938 verantworteten „Säuberung der Beamenschaft“ in Wien keineswegs gut auf Girardi zu sprechen war, zeigt Danner, Görings Geologen (2015), S. 35.
- 2228 Zu Ruttner, späterer Direktor der Geologischen Bundesanstalt Wien, siehe Anhang Biographien.
- 2229 Erklärung Haberfeners als Ergänzung zum CIC Personalfragebogen, Form MG/PSA/4, 23.9.1945, NAW, RG 260, Records of U.S. Occupation Headquarters, World War II, 1923–1972, Series: Contracts of Rehabilitation of Property, 1945–1951, File Unit: Vereinigte Aluminium-Werke AG (B): „Mattigwerk“ Braunau, unpag. Diese kurz nach Kriegsende verfasste Erklärung Haberfeners ist überaus vorsichtig zu bewerten, denn sie ist ganz klar als Entlastung in eigener Sache zu werten. Wie oben gezeigt, erwies sich Haberfelner 1938 als übereifriger Neuerer, der die Wiener Bundesanstalt nach dem ‚Anschluss‘ Österreichs im Sinne der NS-Machthaber umstrukturieren wollte. Dass es Haberfelner nicht mit der Wahrheit hielt, zeigte seine in der Erklärung von 1945 erhobene Behauptung, er habe 1937 in die SA eintreten müssen, um in der PGLA weiterhin arbeiten zu können. Ein Jahr später dann sei ihm „mit Hinweis auf eine planmäßige Stelle auch der Eintritt in die Partei nahegelegt“ worden. Tatsächlich hatte Haberfelner 1937 die „eidesstattliche Erklärung“ abgegeben, schon seit 1933 Mitglied von NSDAP und SA gewesen zu sein. Siehe Eidesstattliche Erklärung Haberfeners, 5.10.1937, BArch Berlin, R 9361-II, Nr. 341874, unpag.; von Haberfelner ausgefüllter Fragebogen zur Überprüfung der Parteimitgliedschaft, 15.10.1937, ebd., unpag. Dies wurde von Seiten der NSDAP zwar bestätigt, aber „gemäß den Ausführungsbestimmungen über die Erfassung der Mitglieder zur NSDAP im Lande Österreich“ hatte er 1938 die Mitgliedsnummer 6.229.757 der NSDAP (Eintritt zum 1.5.1938) erhalten. So geht aus einem Beförderungsvorschlag des RWM hervor, dass Haberfelner am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten sei, seine hohe Mitgliedsnummer aber auf die „Neuregelung für die Ostmark“ zurückzuführen sei. Vorschlag des RWM zur Ernennung des wissenschaftlichen Angestellten Dr. Haberfelner zum Bezirksgeologen, 3.10.1940, BArch

Der Geologe und „Gelegenheitsarbeiter“ Johann August Malin gehörte zwar nicht zum regulären Mitarbeiterstab der RfB-Zweigstelle Wien, hatte sich aber durch seine privat durchgeführten naturwissenschaftlichen Studien so „erhebliche Kenntnisse in der Geologie des Landes Vorarlberg“ erworben, dass er im August 1939 zum freiwilligen Mitarbeiter der RfB-Zweigstelle Wien ernannt wurde und einen Amtsausweis erhielt, der ihn zur selbständigen Durchführung geologischer Beobachtungen im Land Vorarlberg berechnete. Malin wurde aber auch für die Arbeiten der Steinbruchkartei herangezogen, „um die etwa 300 Steinbrüche Vorarlbergs zu beurteilen“.²²³⁰ Das ehemalige aktive Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Österreichs hatte sich 1937 der Vaterländischen Front angeschlossen und ein Jahr später vergeblich um eine Aufnahme in die NSDAP ersucht. Wie die NS-Justizbehörden behaupteten, war Malin vom Nationalsozialismus enttäuscht, weil ihm die NSDAP nicht die Gelegenheit gegeben hatte, „seine geologischen Kenntnisse gewinnbringend zu verwerten und zu entfalten“. Die sich daraus „ergebende Verbitterung“ habe ihn „zum erklärten Feinde der nationalsozialistischen Regierungsform“ gemacht. Ob dem wirklich so war, sei dahingestellt, jedenfalls entfaltete Malin in seinem Bekanntenkreis eine aus Sicht der Nationalsozialisten „gefährliche Werbung für den Kommunismus“, äußerte sich verächtlich über das NS-Regime, hörte ausländische Sender („Feindsender“) und versuchte, deutsche Soldaten zum Überlaufen, also zur Fahnenflucht, zu veranlassen. Dies hatte zur Folge, dass Malin „wegen Zersetzung der Wehrkraft in Verbindung mit Vorbereitung zum Hochverrat, landesverräterischer Begünstigung des Feindes und Zuwiderhandlung gegen die Rundfunkverordnung“ vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und am 9. November 1942 hingerichtet wurde.²²³¹

Berlin, R 2, Nr. 21365, unp. Vgl. zudem Vermutlich [Reichsleitung der NSDAP, Kartei-Abteilung München] an SA-Obersturmführer Prof. Dr. Franz [lies: Fritz] Wiegers (Berlin), Mai 1938, BAArch Berlin, R 9361-II, Nr. 41874, unp.; zudem vermutlich [Reichsleitung der NSDAP, Kartei-Abteilung München] an Dr. Erich Haberfelner (Berlin), 21.12.1938, ebd., unp. Aus all dem geht hervor, dass Haberfelner, der sogar schon 1927 zwischenzeitlich der NSDAP angehört hatte, ein Anhänger der NS-Bewegung war, und sich 1945 durch eine von ihm behauptete angebliche Förderung erklärter NS-Gegner – wie Margarete Girardi – ganz offensichtlich reinwaschen wollte. Bedeutsam in diesem Zusammenhang ist jedoch lediglich, dass auch Haberfelner Girardis Entlassung bestätigt und zumindest indirekt andeutet, dass dies auf ihre politische Einstellung (keine Anhängerin der NSDAP) zurückzuführen war. Der Hinweis auf Haberfelners NSDAP-Mitgliedschaft von 1927 findet sich in von Haberfelner ausgefülltem Personal-Fragebogen der NSDAP zum Antragschein auf Ausstellung einer vorläufigen Mitgliedskarte und zur Feststellung der Mitgliedschaft im Landes Österreich, 13.9.1938, ebd., unp.

2230 Fessler, Weg (1986), S. 18 f.

2231 Urteil des Volksgerichtshofs in der Strafsache gegen den Geologen und Gelegenheitsarbeiter August Malin, 25.9.1942, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, hier DÖW 19.793/110 (Johann August Malin), in: <https://www.doew.at/erinnern/fotos-und-dokumente/1938-1945/ns-terror-volksgerichtshof/nicht-organisierter-widerstand>, eingesehen am 3.6.2024; Oberstaatsanwalt München I an den Reichsminister der Justiz (Berlin), 12.11.1942, ebd. Zu Malin siehe j.a. malin im Widerstand (1983), darin (S. 7 f.) auch kritische Äußerungen über Malin von dem Journalisten Franz Ortner.

Die sich mehrenden, vom SD, dem innenpolitischen Geheimdienst der SS, aufmerksam registrierten Unmutsäußerungen in der Bevölkerung hingen nicht zuletzt damit zusammen, dass die von der NS-Führung proklamierte ‚Leistungsgemeinschaft‘ an den Realitäten des Krieges zerbrach und sich mit zunehmender Kriegsdauer zu einer ‚Leidensgemeinschaft‘ entwickelte.²²³² Beispielsweise hatten die vom Regime nach Kriegsbeginn ergriffenen arbeitsrechtlichen Verfügungen zur Folge, dass die Arbeitszeiten ständig stiegen, während die Urlaubs- und Freizeit rigoros gekürzt wurde. So hob ein Erlass des RMdI vom 12. Januar 1940 „jede Arbeitszeitbeschränkung für die Beamten“ kurzerhand auf.²²³³ Erholungsurlaub wurde nur noch gewährt, „soweit die Kriegsverhältnisse dies“ zuließen. Wenn es die „Kriegsnotwendigkeiten“ verlangten, waren die Behördenvorstände verpflichtet, „den Urlaub allgemein oder in Einzelfällen, ganz oder teilweise zu versagen“.²²³⁴ In einem Erlass vom 25. Januar 1942 legte Hitler fest, dass die Verwaltung „alle nur irgendwie entbehrlichen Arbeitskräfte für den Einsatz in der Wehrmacht und in der Rüstungsindustrie“ freizugeben, aber trotz der dadurch eintretenden Verminderung ihrer Kräfte alle kriegswichtigen Aufgaben „restlos“ zu erfüllen habe. Nicht nur sollte deswegen ihre Arbeitszeit „auf das Höchstmaß“ gebracht werden, Urlaub und Freizeit kamen nur noch „soweit in Frage, als sie zur Erhaltung der Arbeitskraft des Einzelnen unbedingt nötig“ waren.²²³⁵ Nachdem es bereits Anfang 1942 zur Einführung der 53-Stundenwoche gekommen war, wurde die Mindestarbeitszeit für Beamte, Angestellte und Arbeiter bis 1944 sogar auf 57 bzw. 60 Stunden angehoben.²²³⁶

- 2232 Vgl. beispielhaft Flachowsky, Zeughaus (2018), S. 1052–1065. Aufschluss über die Stimmung in der Bevölkerung geben die „geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS“. Siehe Boberach (Hg.), *Meldungen* (1984).
- 2233 Der Beauftragte für den Vierjahresplan an den Reichskommissar für die Preisbildung, das Devisenfahndungsamt, die Herren Generalbevollmächtigten, Beauftragten und Sonderbeauftragten, die Haupttreuhandstelle Ost mit Abschrift eines Erlasses des RMdI an die Obersten Reichsbehörden, den Pr. Ministerpräsidenten und den Pr. Finanzminister vom 31.3.1941, 7.4.1941, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 5, RBF 97, unpubl.
- 2234 RMdI an die Reichsstatthalter in den Reichsgauen (Landesregierungen), die Vorstände der unmittelbar nachgeordneten Reichs- und Pr. Dienststellen, die Oberpräsidenten in Preußen und Verwaltungen der Provinzial- und Bezirksverbände sowie die Regierungspräsidenten, 6.5.1942, ebd., RBF 98a, unpubl.
- 2235 Erlass des Führers über die weitere Vereinfachung der Verwaltung, 25.1.1942, BArch Berlin, R 43–II, Nr. 353, Bl. 120Rf.
- 2236 Vgl. Körner (Staatssekretär des Beauftragten für den Vierjahresplan und des Pr. Staatsministeriums) an die Beamten und Angestellten des Beauftragten für den Vierjahresplan und des Pr. Staatsministeriums, 3.2.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 76386, unpubl.; RWM an sämtliche Gefolgschaftsmitglieder des RWM betr. Neuregelung der Dienststunden, 1.9.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 8464, Bl. 25; RMdI an die Reichsstatthalter, die Landesregierungen, die unmittelbar nachgeordneten Reichs- und Pr. Dienststellen, die Oberpräsidenten in Preußen und Verwaltungen der Provinzial- und Bezirksverbände, die Regierungspräsidenten, den Präsidenten der Preußischen Bau- und Finanzdirektion, die Landräte und Oberbürgermeister betr. volle Ausnutzung aller Arbeitskräfte, 23.8.1944, ebd., Bl. 25R.

Hinzu kam, dass die Mitarbeiter vieler Behörden – so auch des RfB und seiner Zweigstellen – unter zum Teil beschwerlichen Bedingungen leben und arbeiten mussten, die auf akute Versorgungsengpässe bei elementaren Dingen des täglichen Bedarfs zurückzuführen waren. Da es seit Beginn des Krieges in den Wintermonaten beispielsweise regelmäßig zu Problemen mit der Kohlenversorgung kam, wurde die Arbeitszeit phasenweise an bestimmte Heizperioden gekoppelt.²²³⁷ Im Herbst 1941 ordnete das RMdI an, dass die Temperatur in den Diensträumen der Behörden 18 Grad nicht mehr überschreiten durfte.²²³⁸ Im Winter desselben Jahres wurde zwischen Weihnachten und Neujahr sogar ein generelles Heizverbot verhängt, wobei lakonisch bemerkt wurde, dass „die dadurch entstehende Arbeitsbehinderung der Dienststellen in Kauf“ zu nehmen sei.²²³⁹

Nicht nur der Lebensmitteleinkauf wurde reglementiert²²⁴⁰, der „chronische Nahrungsmangel im Reich“²²⁴¹ sorgte dafür, dass beispielsweise die Mitarbeiter der RfB-Zweigstelle Freiberg bei Betriebsfeiern angehalten waren, ihr Essen selbst mitzubringen, um Marken zu sparen.²²⁴² Als es im April

Auf einigen Bohrungen der RfB wurde schon 1941 im 10- bzw. 12-Stundenbetrieb gearbeitet. Vgl. Funder (RfB Berlin) an Bergrevier Görlitz, 22.2.1941, Bergarchiv Freiberg, BA-Görlitz, Nr. 628, unpag.; Bergrevier Görlitz an RfB Berlin, 26.2.1941, ebd., unpag.; Deutag (Aschersleben) an den Preussischen Revierbeamten des Bergreviers Görlitz, 16.7.1941 u. 25.7.1941, ebd., unpag. Laut einer Aktennotiz des Wehrgeologenstabes Wannsee von Ende 1944 verteilte sich die Dienstzeit für Soldaten, Beamte und männliche ‚Gefolgschaftsmitglieder‘ gemäß einer Verfügung des RMdI Himmlers wie folgte: wochentags von 8–18 Uhr und sonntags von 9–13 Uhr, bei einem freien Nachmittag. Frauen hatten sonntags frei, montags bis freitags von 8–18 Uhr und sonntags von 8–14, bei eigenem Haushalt von 8–12 Uhr Dienst. Aktennotiz des Wehrgeologenstabes Wannsee, ohne Datum (Nov. 1944), BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 2928, unpag.

2237 Vgl. RMdI an die Reichsstatthalter, die Landesregierungen, die unmittelbar nachgeordneten Reichs- und Pr. Dienststellen, die Oberpräsidenten in Preußen und Verwaltungen der Provinzial- und Bezirksverbände, die Regierungspräsidenten und den Oberbürgermeister der Reichshauptstadt Berlin betr. Arbeitszeit für den öffentlichen Dienst, 30.10.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 8462, Bl. 29.

2238 Der Beauftragte für den Vierjahresplan an sämtliche nachgeordneten Reichs- und Pr. Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Abschrift eines Erlasses des RMdI an alle Obersten Reichsbehörden betr. Beheizung der Diensträume vom 6.10.1941, 13.10.1941, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 5, RBF 97, unpag.

2239 Schnellbrief des Beauftragten für den Vierjahresplan verschiedene Behörden mit Abschrift eines Erlasses des RMdI und RFM betr. Einschränkung der Heizung und des Dienstes von Weihnachten bis Neujahr vom 11.12.1941, 17.12.1941, ebd., unpag.

2240 Vgl. Der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt Berlin (Haupternährungsamt) an die Reichs-, Staats- und Stadtbehörden, sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Eigenbetriebe usw. betr. Erleichterung des Lebensmitteleinkaufs durch Berufstätige, 23.7.1941, ebd., unpag.

2241 Stargardt, Krieg (2017), S. 340.

2242 Zum ‚traditionellen Mai-Ausflug‘ 1940 wurde den Freiburger Mitarbeitern vom Betriebsobmann Rudolf Zwinscher (NSDAP 1937, FM SS) mitgeteilt: „In Kleinschirma [Gasthof] gibt es für jeden zwei Stück Kuchen und Kaffee, die Einheitlichkeit des Abendbrotes kann in diesem Jahre leider nicht gewahrt werden, da 1) nicht jeder Fleischmarken entbehren kann

1942 zu einer drastischen Senkung der Brot-, Fleisch- und Fettportionen im Reich kam, stellte dies den bis dahin „tiefgreifendsten Einschnitt in die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes“ dar.²²⁴³ Die Rationierung der Lebensmittel löste in der Bevölkerung eine „beispiellose Schockwirkung“ aus, da sie an die schrecklichen Erfahrungen des noch allgegenwärtigen ‚Steckrübenwinters‘ von 1916/17 erinnerte.²²⁴⁴ Die langweilige und minderwertige Kriegskost führte in vielen Fällen zu ernährungsphysiologischen Problemen und hatte körperliche und psychische Auswirkungen, denn selbst bei der Vergabe der Lebensmittelkarten herrschte eine strikte, nach beruflicher Tätigkeit orientierte „Verteilungshierarchie“ (Normal-, Schwer- oder Schwerstarbeiter).²²⁴⁵ Dem die meiste Zeit des Jahres im Außendienst tätigen Freiburger Bezirksgeologen Rudolf Grahmann (NSDAP 1937, FM SS), dessen wöchentliche Arbeitszeit 1943 zwischen „60 bis 70 Stunden“ betrug, standen beispielsweise nur „Lebensmittelmarken für Normalverbraucher“ zur Verfügung, was dazu führte, dass er mehr als zwanzig Kilogramm an Gewicht verlor, wodurch ein Gallensteinleiden zum Ausbruch kam und Grahmann „körperlich nicht mehr in der Lage war“, die anstrengenden Geländearbeiten durchzuführen. Sein Vorgesetzter Pietzsch ersuchte das Wirtschaftsamt der Stadt Freiberg deshalb, Grahmann „Lebensmittel-Zulagekarten für Langarbeiter zu gewähren“.²²⁴⁶ Sein Freiburger Kollege Friedrich Härtel „litt außer an Schlaflosigkeit auch an chronischen Magen- und Darmstörungen“, die zwar auf seine Verletzung im Ersten Weltkrieg zurückzuführen waren, durch die Bedingungen des neuen Krieges aber verschärft wurden und einen Erholungsurlaub unabdingbar machten.²²⁴⁷

und 2) nicht für alle ein einheitliches markenfreies Gericht beschafft werden kann. Es muss deshalb jedem freigestellt werden, sich nach eigener Wahl zu ‚beabendbrot‘. Es gibt markenfrei: Eierspeisen, gebackenen Fisch, Karpfen, evtl. auch Braten. Auf Marke gibt es belegtes Brot (50 gr.), Aufschnitt (100 gr.) und verschiedene warme Gerichte, Es ist ratsam, Brot selbst mitzubringen, da Brotmarken auf jeden Fall verlangt werden.“ Umlauf von Betriebsobmann Zwinscher für die Mitarbeiter der RfB-Zweigstelle Freiberg, 3.5.1940, GLA Freiberg, A 02340/1, Bl. 74. Zur NSDAP-Mitgliedschaft Zwinschers vgl. BAArch Berlin, R 9361-IX Kartei/50771265, NSDAP-Gaukartei, Kasten 5077, Karte 1265; Pietzsch (Sächsisches GLA, Leipzig) an RWM mit anliegendem Verzeichnis des Personals des GLA, 18.6.1936, GLA Freiberg A 02321/2, Bl. 89–91. Selbst das Backen eines Kuchens wurde zur Herausforderung. Als der Leiter der RfB-Zweigstelle Freiberg, Kurt Pietzsch 1944 60 wurde, wollte ihm seine Belegschaft einen Kuchen backen, „da Blumen oder anderes nicht oder nur mit viel Schwierigkeiten zu beschaffen“ waren. Da aber auch die Zutaten für den Kuchen nicht ohne weiteres erhältlich waren, wurden alle Mitarbeiter gebeten, das Unterfangen durch „milde Spenden“ (Mehl, Zucker, Butter usw.) zu unterstützen. Umlauf an alle Mitarbeiter der RfB-Zweigstelle Freiberg, 18.9.1944, GLA Freiberg, A 02340/1, Bl. 16.

2243 Corni/Gies, Brot (1997), S 562.

2244 Stargardt, Krieg (2017), S. 340. Vgl. auch Flachowsky, Zeughaus (2018), S. 1059.

2245 Vgl. Stargardt, Krieg (2017), S. 341–343; Süß, Volkskörper (2003), S. 402. Zur Ende August 1939 eingeführten, ständig neu angepassten Bezugsscheinpflicht, damit zusammenhängenden Lebensmittelrationierung und Kategorisierung von Verbrauchern, siehe Corni/Gies, Brot (1997), S. 556–575.

2246 Kurt Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiberg) an den Oberbürgermeister der Stadt Freiberg (Wirtschaftsamt), 25.6.1943, GLA Freiberg, A 02300/1, Bl. 54. Zu Grahmann siehe Anhang Biographien.

Die vom NS-Regime veranlassten Maßnahmen hatten folglich fatale Auswirkungen auf die physische Leistungsfähigkeit der Belegschaften, die nicht selten an Unterernährung und Erschöpfungszuständen litten. Diese physischen Belastungen wurden durch die psychischen Folgen des Bombenkrieges noch verschärft, der nicht nur zusätzliche Dienstverpflichtungen im Luft- und Wachschatz mit sich brachte, sondern eine permanente existentielle Bedrohung darstellte. Keppler hatte die ‚Gefolgschaftsmitglieder‘ sämtlicher RfB-Dienststellen bereits am 9. September 1939 zur Ableistung von Luftschutzdiensten verpflichtet, was auch Nachtwachen beinhaltete. Eine Entschädigung, Vergünstigung oder Dienstbefreiung hatten die Betroffenen nicht zu erwarten, denn wie Keppler meinte, würden „die von der Heimat geforderten Mehrleistungen“ nur einen „geringen Teil“ dessen bedeuten, was die Fronttruppen auf sich nähmen.²²⁴⁸ Die Forderungen nach der Einhaltung der Luftschutzbestimmungen (Verdunkelungen, Brandschutzübungen und -lehrgänge) und einer „Beteiligung am Luftschutzdienst im Selbstschutz“ wurden im Verlauf des Krieges, insbesondere nach den sich häufenden anglo-amerikanischen Bombenangriffen auf deutsche Städte, immer drakonischer.²²⁴⁹ So war beispielsweise ein Teil des 1943 aus Berlin in die RfB-Ausweichstelle Dessow (Kreis Ruppiner) verlagerten Mitarbeiterstabes verpflichtet, seinen Luftschutzdienst in der knapp 100 Kilometer entfernten Hauptstadt durchzuführen. Als die Betroffenen auf das Irrwitzige dieser Forderung, den durch den Fahrweg verbundenen Arbeitsausfall und die Fahrtkosten verwiesen, drohte ihnen der Luftschutzverantwortliche der RfB Berlin kurzerhand mit einer „polizeilichen Meldung“ – in der RfB Berlin eine offenbar bewährte Methode, um „Unbotmäßige“ zur Raison zu bringen.²²⁵⁰

Was bleibt festzuhalten? Der Beginn des Krieges markierte einen Einschnitt, denn mit ihm ging zunächst ein Abzug von Mitarbeitern einher. Während ein Teil der RfB-Belegschaft (Arbeiter, Angestellte) zum Militärdienst eingezogen

2247 Kurt Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiberg) an Brockamp (RfB Berlin), 19.9.1944, GLA Freiberg, A 02300/1, Bl. 44.

2248 Kromer (RfB Berlin) an die RfB-Zweigstelle Freiberg mit anliegender Hausverfügung Kepplers, 9.9.1939, GLA Freiberg, A 02338/3, Bl. 9 f.

2249 Erlass des Reichsmarschalls des Großdeutschen Reiches und Oberbefehlshabers der Luftwaffe Göring betr. Beteiligung am Luftschutzdienst im Selbstschutz, 10.2.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 76386, unpag. Vgl. exemplarisch Umlauf der RfB-Zweigstelle Freiberg betr. Verdunkelung, 1.11.1940, GLA Freiberg, A 02283/1, Bl. 2; Umlauf der RfB-Zweigstelle Freiberg betr. Brandwachen, 19.6.1941, ebd., Bl. 6; Bekanntmachung der RfB-Zweigstelle Freiberg betr. Einführung eines besonderen Wachdienstes (Brandwache), 11.6.1941, ebd., Bl. 9 f.; 1. Anordnung betr. Schutz gegen Fliegerangriffe, 18.7.1942, ebd., Bl. 19., Niederschrift von Karl Gögel (RfB-Zweigstelle Freiberg) über den vom 17.-19.6.1943 stattgefundenen 11. Lehrgang der Gruppenluftschutzschule in Hosterwitz, ebd., Bl. 23–31.

2250 Alfred Stahmer (RfB-Ausweichstelle Dessow) an Brockamp (RfB Berlin), 5.10.1943, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 153, unpag.

wurde, ist für viele wissenschaftliche Kräfte von einem weitgehend sachgerechten Einsatz auszugehen. So gelangten sie als Wehrgeologen, SHD-Chemiker und in wissenschaftlichen Planungsstäben der Wehrmacht zum Einsatz oder wurden für die Arbeiten des RfB freigestellt („Uk-Stellung“). Dies widerlegt die lange vorherrschende Auffassung, eines überwiegend unsachgemäßen Einsatzes von Fachkräften während des Zweiten Weltkrieges. Darüber hinaus wurde deutlich, dass sich RfB-Präsident Keppler während des Krieges mit Fragen befasste, die nicht zu seinem Aufgabenbereich als Chef der staatlichen Bodenforschung gehörten (Nahrungsmittelchemie, Buntmetallgewinnung) und Grenzüberschreitungen darstellten, denn sie standen im Zusammenhang mit einer bewussten Inkaufnahme und aktiven Beteiligung an NS-Verbrechen. Die zahlreichen Nebentätigkeiten des Präsidenten hatten zur Folge, dass sich sein Stellvertreter Brockamp als eigentlicher Leiter des RfB entpuppte. Eine andere Seite der NS-Diktatur markierten die problematischen Lebens- und Arbeitsbedingungen an der so genannten ‚Heimatfront‘ (Hunger, Kälte, 60-Stundenwoche, Urlaubsverbote) sowie die sich mit zunehmender Kriegsdauer mehrenden existenziellen Sorgen (Denunziation, Verfolgung, Bombenkrieg), mit denen auch die Mitarbeiter des RfB im Zweiten Weltkrieg zu kämpfen hatten. Bei all dem darf freilich nie außer Acht gelassen werden, dass die Deutschen bei weitem nicht solchen Entbehrungen ausgesetzt waren, wie die Bewohner der von ihnen heimgesuchten Gebiete, insbesondere im Osten Europas. Hierfür stand etwa der berüchtigte ‚Hungerplan‘ der darauf abzielte, die besetzten Ostgebiete zur Lebensmittelversorgung der Wehrmacht und des Reichsgebietes heranzuziehen, wobei der Hungertod von Millionen von Menschen billigend in Kauf genommen wurde.²²⁵¹

5.2 Das Reichsamt für Bodenforschung als Teil der NS-Besatzungsverwaltung

Nachdem Deutschland am 1. September 1939 Polen überfallen und damit den Zweiten Weltkrieg ausgelöst hatte, vollzogen sich in der deutschen Wirtschaftspolitik erneut wichtige Veränderungen. Der 1933 eingerichtete Reichsverteidigungsrat, dem alle Kabinettsmitglieder angehörten, „die unmittelbar für die Kriegsvorbereitung verantwortlich waren“, war bereits am 30. August 1939 in einen „Ministerrat für die Reichsverteidigung“ unter dem Vorsitz Görings umgewandelt worden. Der Ministerrat hatte das Recht, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen und übernahm die Federführung bei der Bearbeitung zentraler Belange der Landesverteidigung vom Oberkommando der Wehrmacht (OKW).²²⁵² Als Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft (GBW) gehörte auch der Reichswirtschaftsminister dem sechsköpfigen

2251 Vgl. dazu Gerlach, Morde (2000); ders., Krieg (1998).

2252 Eichholtz, Geschichte Bd. I (2003), S. 108; Boelcke, Wirtschaft (1983), S. 233; Fröhlich, Kampf (2018), S. 314.

Gremium an. Mit dem am 21. Mai 1935 verabschiedeten Reichsverteidigungsgesetz war der seinerzeitige Ressortchef Schacht zum Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft ernannt worden, dem die Aufgabe zukam, „die [zivil-]wirtschaftlichen Vorbereitungen für den Kriegsfall“ zu treffen.²²⁵³

Im Zuge des wirtschaftspolitischen Revirements von 1938 war der Reichsverteidigungsrat neu gebildet worden, dem auch der neue Reichswirtschaftsminister Funk angehörte, der zudem die Aufgaben des nun als GBW bezeichneten Nebenamtes übernahm.²²⁵⁴ Den Kriegsbeginn nutzte Göring nun aber dazu, das Verhältnis von GBW und Vierjahresplan neu zu ordnen. Durch einen Erlass vom 7. Dezember 1939 wurde das Nebeneinanderarbeiten beider Stellen beseitigt, indem „der Auftrag des GBW auf die Angelegenheiten des Reichswirtschaftsministeriums und der Reichsbank beschränkt“ wurde und alle sonstigen Aufgaben auf den Vierjahresplan übergingen.²²⁵⁵ Die Geschäfte des GBW wurden infolgedessen auf die Referate der Vierjahresplanorganisation verteilt, wobei dem „Referat Urproduktion“ der Bereich „Bergbau, Bodenforschung“ und dem Referat „Finanzen und Handelspolitik“ der Sektor „Mineralöl“ zugeschlagen wurden.²²⁵⁶

Mit diesem Schritt übernahm Göring nun offiziell die „Gesamtlenkung der Wirtschaft“, eine wirkliche Instanz zu Steuerung aller wirtschaftlichen Vorgänge erwuchs daraus jedoch nicht.²²⁵⁷ Diese Ressortbeschneidung des GBW stellte letztlich ‚nur‘ einen formalen Akt dar, um den Macht- und Einflussbereich Görings auszudehnen – wobei immerhin bemerkenswert erscheint, dass die explizit erwähnte Bodenforschung ganz offenbar zu den Bereichen gehörte, denen der Vierjahresplanchef besondere Bedeutung beimaß. Wenn Keppler vor dem Hintergrund dieser Organisationsreform vielleicht hoffte, die RfB nun ganz aus der Zuständigkeit des RWM zu lösen, sah er sich getäuscht, denn auch in den folgenden Jahren, ja bis zum Ende des Krieges unterstand sie weiterhin offiziell der Aufsicht des RWM und wurde von diesem finanziert.²²⁵⁸

Diese sich daraus ergebenden überlappenden Zuständigkeiten wurden in der historischen Forschung oft als für das NS-Wirtschaftssystem charakteristisches „Wirrwar“ abgetan und betont, dass sich führende Nazis wie Göring um Verwaltungsbelange nicht scherten.²²⁵⁹ Andererseits kann das Festhalten

2253 Herbst, Krieg (1982), S. 112 f.; Petzina, Autarkiepolitik (1968), S. 68 f.; Tooze, Ökonomie (2008), S. 389.

2254 Vgl. Eichholtz, Geschichte Bd. I (2003), S. 108.

2255 Petzina, Autarkiepolitik, (1968), S. 134 f.

2256 Erlass der Dienststelle für den Vierjahresplan (V.P. 1/11), 20.12.1939, RGVA Moskau, Fond 700k-11-45a, Bl. 11.

2257 Boelcke, Wirtschaft (1983), S. 234; Petzina, Autarkiepolitik (1968), S. 136; Müller, Mobilisierung (1988), S. 414 f.; Eichholtz, Geschichte Bd. I (2003), S. 109; Herbst, Krieg (1982), S. 114.

2258 Göring hielt trotz seiner Machtakkumulation weiterhin an der Strategie „einer möglichst streng begrenzten Machtdelegation an (General-)Bevollmächtigte und (Sonder-)Beauftragte“ fest, die je nach persönlichem Gebiet und Einfluss Apparate aufbauten, die in ihrer Größenordnung einem Fachministerium gleichkamen (z.B. GBChem Krauch und das RWA). Eichholtz, Geschichte Bd. I (2003), S. 109.

2259 Petzina, Autarkiepolitik (1968), S. 136; Boelcke, Wirtschaft (1983), S. 234.

an überkommenen Strukturen aber auch als ein Indiz für den Pragmatismus der NS-Eliten gewertet werden, denen natürlich klar war, dass ein Umbau des Staatsapparates unter den Bedingungen des Krieges keineswegs opportun war. So gesehen bildeten die Maßnahmen vom Dezember 1939 für die vom RWM finanzierte und von Keppler (Vierjahresplan) geleitete Bodenforschung letztlich ‚nur‘ eine Formalisierung dessen, was seit der Bildung der RfB ohnehin schon längst der Fall war.²²⁶⁰ In ihrer Wirkung viel einschneidender als der Umbau vom Dezember 1939 war daher die im März 1940 vorgenommene zweite Änderung in der Organisationsstruktur der deutschen Wirtschaftsverwaltung, die Gründung des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition, das sich unter Fritz Todt und ganz besonders unter seinem Nachfolger Albert Speer ab 1942 zum Zentrum der deutschen Kriegs- und Rüstungswirtschaft entwickelte, dessen Einfluss sich schließlich auch auf die besetzten Gebiete erstreckte.²²⁶¹

Nicht nur in der mit Kriegsbeginn aufgewerteten Vierjahresplanbehörde, auch im Auswärtigen Amt, im RWM und in der Reichsbank begann man nach den schnellen Siegen in Polen, in Nord- und Westeuropa über die „drängende Frage zu diskutieren, wie die europäische Wirtschaft künftig“ zu organisieren war.²²⁶² Dabei waren nicht nur Interessen des Staates, sondern auch Begehrlichkeiten der deutschen Industrie zu berücksichtigen, der es naturgemäß um „Märkte und Rohstoffquellen“ sowie um die Möglichkeit ging, über die Ressourcen des europäischen Raums frei zu verfügen.²²⁶³ Als der Vizepräsident der RfB, Bernhard Brockamp, im November 1940 beispielsweise mit Vertretern der sächsischen Berg- und Hüttenindustrie zusammentraf, machten diese ihn „mit den Ansprüchen bekannt“, die sie „hinsichtlich der weiteren Entwicklung und Versorgung mit Erzen aus Ländern und Gebieten unter deutschem Einfluss“ erhoben.

Wie der für Sachsens Bergbau zuständige Oberbergat Friedrich Wernicke festhielt, bekämen die sächsischen Hütten infolge der Wiederaufnahme des sächsischen Erzbergbaues nur eine gewisse Rohstoffmenge aus dem Erzgebirge geliefert, sie müssten daher „zur ihrer wirtschaftlichen Sicherung wenigstens soweit an den Erzlagerstätten der Nachbarländer beteiligt werden, dass sie etwa 40–60 % ihrer Erzversorgung aus eigenen Gruben erhalten und nur den

2260 Wie Eichholtz mit Blick auf die 1939 geschaffene RWA festhielt, war auch sie dem RWM nachgeordnet. Diese Bestimmung hatte aber keine „praktischen Auswirkungen“, sondern diene lediglich als „Rauchvorhang“ gegenüber anderen nach Machtausdehnung strebenden Komplexen der Rüstungswirtschaft (z.B. OKW, OKH). Eichholtz, *Geschichte* Bd. I (2003), S. 110.

2261 Vgl. Petzina, *Autarkiepolitik* (1968), S. 136. Zur Bedeutung des Munitions- bzw. späteren Rüstungsministeriums vgl. u.a. Tooze, *Ökonomie*, S. 406–410, 634–676, 680–742.

2262 Ebd., S. 448. Im RWM war nach dem Kriegsbeginn eine neue „Sonderabteilung V.O. (Vorbereitung und Ordnung)“ entstanden, die sich mit der wirtschaftlichen „Neuordnung“ befasste und Gustav Schlotterer unterstand. Eichholtz, *Geschichte* Bd. I (2003), S. 170, 178–182; Buggeln, *Großraumwirtschaft* (2023), S. 653 f.

2263 Vgl. etwa die „Länderberichte der Reichsgruppe Industrie“, die Denkschriften von Wirtschaftsgruppen und die Wunschprogramme großer Unternehmen und Banken in Eichholtz, *Geschichte* Bd. I (2003), S. 164–178, hier S. 168.

Rest auf dem Markt zu kaufen“ bräuchten. Brockamp zeigte Verständnis für die Pläne, plädierte „bei der Verteilung der ausländischen Erzvorkommen (...) aus Ersparnisgründen“ aber für „eine regionale Aufgliederung“. Danach sollten den sächsischen Hütten „vor allem die Rohstoffe aus dem Süden zustehen“, die Erze aus Übersee wegen ihrer teuren Frachtkosten an die norddeutschen Hütten gehen. „Sehr wichtig“, so Brockamp, sei ferner, „darauf hinzuwirken, dass zwar der Bergbau der Nachbarländer sehr stark entwickelt“ werde, „um die benötigten großen Mengen an Rohstoffen liefern zu können, die eigene Hüttenerzeugung dieser Länder aber im Höchstfalle nur soweit“ zuzulassen, als dies „zur Deckung des Eigenbedarfs in dem betreffenden Land nötig“ sei. „Die darüber hinaus geförderten Erze sollten zur Verhüttung nach Deutschland gehen, dem die gesamte Verfeinerungsarbeit“ vorbehalten bleiben müsse.²²⁶⁴ Bei diesen anmaßenden Forderungen beließen es die Teilnehmer des Meetings aber nicht, denn als es abschließend um die strategischen Festlegungen zur Sicherung des konkreten Erzbedarfs der sächsischen Berg- und Hüttenindustrie ging, wurde etwa im Hinblick auf Nickel- und Kobalterze gefordert, marokkanische, finnische und norwegische Lagerstätten zu übernehmen bzw. auszubeuten und den sächsischen Hütten Wismut- und Bleierzvorkommen in Jugoslawien und in Böhmen „vorzubehalten“, zumal der gesamte böhmische Raum ohnehin „zum natürlichen Versorgungsgebiet der sächsischen Hütten“ gehöre.²²⁶⁵

Diese überheblichen, von Siegesgewissheit geprägten wirtschaftspolitischen Planspiele waren Teil und Ausdruck der von den Deutschen angestrebten „Neuordnung des europäischen Großwirtschaftsraumes“, die die Wirtschaftseliten nach den militärischen Erfolgen von 1939 und 1940 umtrieb.²²⁶⁶ Die Reichsstelle für Bodenforschung spielte dabei eine prominente Rolle und zwar nicht nur als Kooperations- und Ansprechpartnerin der Industrie.²²⁶⁷ Denn angesichts der problematischen „Rohstoffbilanz“ Deutschlands war

2264 Niederschrift von Dr. Eisentraut über die Besprechung mit Dr. Brockamp am 25.-27.11.1940, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60204, unp. Dass die Weiterverarbeitung, also die ‚Verfeinerung bzw. Veredelung‘ im Reich erfolgen sollte, hing vermutlich damit zusammen, dass die Einfuhr veredelter Rohstoffe die Zahlungsbilanz Deutschlands belastet hätte, denn die Kosten ‚verfeinerter‘ Rohstoffe lagen deutlich höher als die unbearbeiteter. Vgl. dazu Bohn, Reichskommissariat (2000), S. 128.

2265 Niederschrift von Dr. Eisentraut über die Besprechung mit Dr. Brockamp am 25.-27.11.1940, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60204, unp.

2266 Eichholtz, Geschichte Bd. I (2003), S. 162; ders., Pläne (2020), S. 143–159; Tooze, Ökonomie (2008), S. 448–456.

2267 Im September 1940 luden die Fachgruppen Metallerzbergbau (WiGru Bergbau) und Metallerzeugende Industrie (WiGru Metallindustrie) zu einer Tagung über die „Metallgrundlage der deutschen Großraumwirtschaft“ ein, an der neben Vertretern des RWM auch Geologen der RfB teilnahmen. Im Ergebnis der Besprechungen kam es zur Bildung so genannter „Metallkreise“ (z.B. Aluminium, Magnesium, Kupfer, Blei und Zink, Stahlveredler) „unter der Führung anerkannter Firmen bzw. Fachkräfte“, durch die immerhin „gewisse Abgrenzungen gleichgerichteter Interessen unter den konkurrierenden Firmen erreicht werden“ konnten. Eichholtz, Geschichte Bd. I (2003), S. 348 f.; Fachgruppen Metallerzbergbau (WiGru Bergbau) und Metallerzeugende Industrie (WiGru Metallindustrie) an Carl Krauch (RWA, Berlin), 16.9.1940 u. 18.9.1940, RGVA Moskau, Fond 1459k-1-64, Bl. 291–293.

abzusehen, dass den Geologen auch im Hinblick auf die Sicherung der Rohstoffversorgung, wie schon im Ersten Weltkrieg, eine wichtige Funktion zukam (siehe Tab. 44).²²⁶⁸ So hatte die RfB „die Aufgabe, die Bergbauverhältnisse in allen europäischen Ländern zu untersuchen“, was die Wirtschaftssachverständigen in die Lage versetzen sollte, „einen allgemeinen Produktionsplan für Europa zu entwickeln“. ²²⁶⁹ Angesichts der „knappen Lager“ bestand nicht nur Konsens darüber, „alle deutschen Erze auf das intensivste auszunutzen“, sondern auch in den besetzten Gebieten für eine „veränderte Erzförderung“ zu sorgen, wie es der Leiter der für den Bergbau zuständigen Hauptabteilung II im RWM, Generalmajor Hermann von Hanneken, ausdrückte.²²⁷⁰ Die Forderung nach der Suche und exzessiven Ausbeutung von Bodenschätzen erstreckte sich also nicht nur auf Deutschland, von Beginn an setzte das NS-Regime auch auf eine „planmäßige Ausnutzung der Wirtschaft“ der besetzten Gebiete.²²⁷¹ Da Göring im Zuge der Aufrüstung schon 1938 einen „Raubbau“ an den heimischen Rohstoffressourcen gefordert hatte, lag es auf der Hand, dass sich diese Forderung nach dem Beginn des Krieges genauso auch auf alle von den Deutschen besetzten Gebiete ausdehnte.²²⁷²

-
- 2268 Aus einer im Juni 1940 vermutlich von der RWA erstellten „Rohstoffbilanz Europas“ über den Bedarf und die Deckung wehrwirtschaftlich unentbehrlicher Rohstoffe geht hervor, dass sich Europa und Deutschland als dessen „Hauptbedarfsträger“ nach den bis dahin erfolgten militärischen Eroberungen mit Steinkohle, Eisenerzen, Bauxit, Schwefelkies, Schwefel, Quecksilber und Arsen selbst versorgen konnte. Dagegen bestanden bei anderen Schlüsselrohstoffen, wie etwa bei Blei, Zink und Kupfer, bei Stahlveredlern (Mangan, Chrom, Molybdän, Nickel, Wolfram, Vanadium), Rophosphaten, Glimmer oder Mineralöl erhebliche Versorgungslücken, die sich nur durch Importe oder, wie es hieß, „Einflassnahme“ auf bestimmte Gebiete (z.B. Nord-, Zentral- und Südafrika, die Türkei oder den Nahen Osten) schließen ließen. Rohstoffbilanz Europas ohne russischen Wirtschaftsraum und England, 26.6.1940, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Various German Records, 1956–1998, T-84, Roll 216, Serial 234, unp. Zu derartigen ‚selbstbetrügerischen‘ Planspielen vgl. auch Eichholtz, Geschichte Bd. III/1 (2003), 95–115, hier S. 96. Ein Überblick über die Bergbauförderung Deutschlands bis 1937, mit ihren prozentualen Anteilen an der Weltförderung und am Inlandsverbrauch, findet sich bei Friedensburg, Bergwirtschaft (1942), S. 180.
- 2269 Vermerk von Härle (RWA) über die Voraussetzungen für die Aufstellung eines Planes über die künftigen Aufgaben der einzelnen Länder auf dem Rohstoffgebiet, 27.10.1941, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Various German Records, 1956–1998, T-84, Roll 216, Serial 234, unp.
- 2270 Hanneken (Leiter der Hauptabteilung II, RWM) an die Leiter der Abteilungen II Bg [Bergbau] und II EM [Eisen- und Metallwirtschaft], 9.10.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30590, Bl. 120. Die Bergabteilung des RWM erachtete es als eine ihrer Aufgaben, „möglichst viel Erz aus dem europäischen Raum zur Bedarfsdeckung der Kriegswirtschaft nach Deutschland hereinzubekommen“. OBH Gabel (RWM) an Hauptabteilung I (RWM), 14.6.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30125, Bl. 84.
- 2271 Ausführungsbestimmungen des RWM und OKW zu der Anordnung des Reichsmarschalls des Großdeutschen Reiches über die planmäßige Ausnutzung der Wirtschaft der besetzten westlichen Gebiete für die deutsche Kriegswirtschaft vom 28.8.1940, 30.4.1941, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 5, RfB 97, unp.

Tab. 44: „Jahresproduktionskapazität des ‚europäischen‘ und des ‚angelsächsischen‘ Wirtschaftsraumes, Stand Mitte 1941“ (* = ohne europäisches Russland, ** = einschließlich europäisches Russland).²²⁷³

Rohstoff	Mengen- einheit	a. Europäischer Wirtschaftsraum	b. Angelsächsischer Wirtschaftsraum	Verhältnis zwischen a und b
Kohle	Mill. t	500	824	1:1,6
Erdöl	Mill. t	10* 43**	233	1:23 1:5,4
Roheisen	Mill. t	33	58	1:1,8
Rohstahl	Mill. t	41	92	1:2,2
Kupfer (Raffinadeproduktion)	1.000 t	500	2.100	1:4,2
Blei (Hüttenproduktion)	1.000 t	590	1.800	1:3,0
Zink (Hüttenproduktion)	1.000 t	1.000	1.100	1:1,1
Zinn (Hüttenproduktion)	1.000 t	45	200	1:4,4
Aluminium (Hüttenproduktion)	1.000 t	400	490	1:1,2
Magnesium (Hüttenproduktion)	1.000 t	29	19	1:0,7
Bauxit	1.000 t	2.400	2.660	1:1,1

Um die dafür notwendigen Informationen zusammenzutragen, die für die deutsche Kriegs- und Rüstungswirtschaft relevanten Rohstoffressourcen festzustellen und ihren Zugriff darauf zu sichern, wurden Geologen in nahezu allen Besatzungsverwaltungen aktiv. Wie Brockamp den Zweigstellen der RfB mitteilte, sollte eine „Reihe jüngerer Fachkräfte der Behörde“ für den „Ausbau im Osten“ (Lagerstätten, Wasserversorgung, Bodenkunde) herangezogen werden, weswegen alle für den Einsatz infrage kommenden Kräfte angewiesen wurden, sich „mit der Geologie der Ostgebiete und deren Lagerstätten“ vertraut zu machen und sich auch die dafür unbedingt erforderlichen einfachsten Sprachkenntnisse anzueignen.²²⁷⁴ Die Folge war, dass zahlreiche Geologen in den Verwaltungen der besetzten Gebiete zum Einsatz gelangten.²²⁷⁵ Während die meisten von ihnen in unmittelbar praktische Arbeiten eingebunden (z.B. OT-Einsatzgruppen, Mineralölkommandos) oder für die Leitung von beschlagnahmten wissenschaftlichen Forschungsinstituten vorgesehen waren, rückten einige Staatsgeologen auch in zentrale Lenkungsstellen der Zivilverwaltungen ein (siehe Tab. 45 und Tab. 9 im Anhang).

2272 Protokoll der Besprechung in Carinhall unter Vorsitz Görings, 12.7.1938, RGVA Moskau, Fond 1525k-1-201, Bl. 86-90.

2273 Nach Eichholtz, Geschichte Bd. III/1 (2003), S. 97. Eine ähnliche Aufstellung mit weiteren Rohstoffen findet sich in Übersicht des RWA über „Die Rohstoffversorgung Europas im Vergleich zu den Versorgungsmöglichkeiten der angelsächsischen Welt“, November 1941, BArch Berlin, R 3112, Nr. 57, unpag.

2274 Brockamp (RfB Berlin) an RfB-Zweigstelle Freiberg, 12.1.1942, GLA Freiberg, A 02338/3, Bl. 76.

2275 Vgl. dazu Tab. 9 „Staatsgeologen als Teil der Besatzungsverwaltung 1939-1945“ im Anhang.

Tab. 45: In verschiedenen Besatzungsverwaltungen bzw. -gebieten tätige Geologen der RfB 1939–1945.²²⁷⁶

Einsatzgebiet	Name
„GENERALGOUVERNEMENT“ POLEN	
Amt für Bodenforschung Krakau u. Warschau,	1939–1940 Werner Paeckelmann
der Hauptabteilung Wirtschaft der Regierung	1940–1944 Roland Brinkmann (Warschau)
des Generalgouvernements unterstellt	1944 Walther E. W. Petrascheck
(= Außenstelle Krakau/Warschau des RfB)	Vertr.: Gerhard Brennich, Herbert Lögters (Krakau)
Erdölgeologische RfB-Arbeitsstelle Jaslo	1939 Alfred Mayer-Gürr, 1942 Wolfgang Richter
Erdölgeologische RfB-Arbeitsstelle Boryslaw	1942 Gerhard Mempel
Erdölgeologische RfB-Arbeitsstelle Lemberg	1941 Heinrich Hiltermann
Mikro-Stellen Jaslo, Lemberg, Boryslaw	1939 Heinrich Hiltermann (Lemb. 1941, Borys. 1942)
„REICHSGAU WARTHELAND“ (EHM. POLEN)	
Arbeitsstelle Posen des RfB	1939 Willi Scharf, später Julius Hesemann
„PROTEKTORAT BÖHMEN UND MÄHREN“	
Leiter des Referats Bodenforschung in der Grup-	1939–1940 Karl Körner
pe Wirtschaft des Reichsprotektors von Böhmen	1940–1945 Hans Joachim Martini
und Mähren, Prag (= Außenstelle Prag des RfB)	
REICHSKOMMISSAR FÜR DAS OSTLAND	
Leiter des Referats Bodenforschung, in der	1942 Bernhard Körnke
Abt. III All. Wi beim Reichskommissar für das	
Ostland in Riga (= Außenstelle Riga des RfB)	
GENERALKOMMISSAR FÜR WEISSRUTHENIEN	
Leiter des Referats Bodenforschung, HA III Wi.,	1943 Robert Schnetzer
Minsk (= Außenstelle Minsk des RfB),	1943 Huybrecht Knipscheer
REICHSKOMMISSARIAT UKRAINE	
Referent für Bodenforschung beim General-	1942–1943 Otto Teuscher
kommissar für die Ukraine (Hauptabteilung III	
a) in Kiew, zudem Leiter Geologisches Amt, Kiew	
(= Außenstelle Kiew des RfB)	
GENERALKOMMISSAR MELITOPOL	
Leitung des Geologischen Instituts der Krim	1943 Walther E.W. Petrascheck
in Simferopol, zudem WiKdo 105 (Krim),	
Gruppe W/Referat Bergbau z.b.V.	
FRANKREICH	
Leiter RfB-Arbeitsstelle Metz	1941–1944 Otto Burre
NORWEGEN	
Abteilung „Bergbau- und Bodenforschung“	1940–1945 Josef Horvath
in der Wirtschaftsabteilung (Gruppe V) beim	
Reichskommissar für die besetzten Norwegi-	
schen Gebiete, Oslo (= Außenstelle Oslo des RfB)	

²²⁷⁶ Vgl. Bericht über den Stand der Arbeiten der Bodenforschung in den Ostgebieten am 15.7.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 63056, unp.; Stellungnahme zu den gegen Professor Dr. Roland Brinkmann (Universität Rostock) erhobenen Vorwürfe[n] (mit Anlagen),

Durch einen Erlass des Ministers für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, wurde das RfB im September 1942 sogar mit der Betreuung der geologischen Institute und mit der Erschließung der Bodenschätze im gesamten Osten beauftragt.²²⁷⁷ In den meisten Fällen wurden die in die besetzten Gebiete entsandten Geologen der Wirtschaftsabteilung der jeweiligen Zivilverwaltung unterstellt. Exemplarisch wird im Folgenden auf die Tätigkeit der deutschen Geologen im so genannten ‚Generalgouvernement‘ Polen, im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ und im ‚Reichskommissariat Norwegen‘ eingegangen.

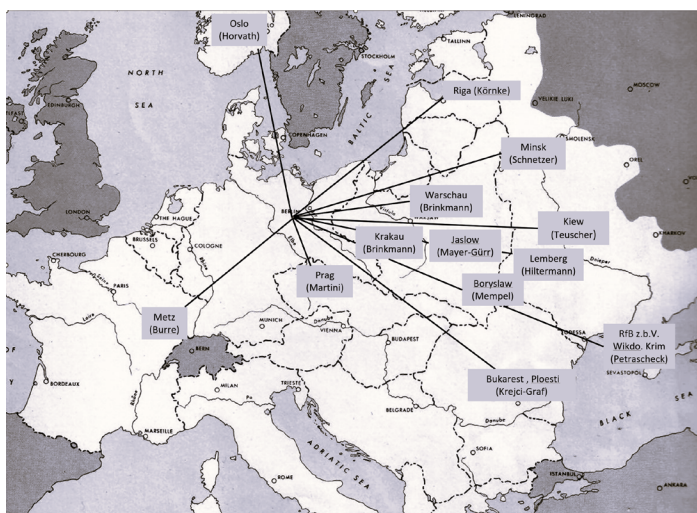


Abb. 52: Außenstellen und Beauftragte des Reichsamtes für Bodenforschung im besetzten Europa 1939–1945.²²⁷⁸

zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling (Berlin), S. 36, 1950, BArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unp., Gunther, Oil Fields Investigation (BIOS FINAL Report No. 1016, Item No. 30), London [1946], hier: Volume 1: Government Control: Fig. 7 (zwischen S. 62 und 63); Roelf, Erdölförderung (2016), S. 246–255. Bis auf Körner siehe zu allen anderen Geologen in der Tab. Anhang Biographien. Zu Körner findet sich nur der Hinweis, dass er von der RfB zum ‚Reichsprotektor‘ in Böhmen und Mähren abgeordnet wurde. Vgl. Liste der [ins ‚Protektorat‘] Abgeordneten ohne eig. Haushalt [der Gruppe Wirtschaft und Arbeit], 1939, BArch Berlin, R 30, Nr. 14, Bl. 127, 199.

- 2277 Aktenvermerk von SS-Untersturmführer Dr. Karl Schneck, 15.10.1942, BArch Berlin, NS 19, Nr. 3638, unp.; Entwurf eines Berichts von Ernst Teuscher mit dem Titel „Ukraine Bodenforschung“ (im Jahre 1942–31.3.1943), BGR-Archiv Hannover, Nr. 63056, unp. Zu daraus resultierenden Kompetenzkonflikten mit der auf dem Gebiet der Geologie im Reichskommissariat Ostland ebenfalls aktiven SS, siehe Schlegelmilch, Denkmalpflege (2016), S. 143 f.
- 2278 Aus: Atlas of the World Battle Fronts - War against Germany: 1943–07–01. Map of the front against Germany: This map is taken from the source “Atlas of the World Battle Fronts in Semimonthly Phases to August 15th 1945: Supplement to The Biennial report of The Chief of Staff of the United States Army, July 1, 1943 to June 30 1945 To the Secretary of War”. 1945, Army Map Service (US Army) - File: 1943–07–01GerWW2BattlefrontAtlas.jpg

5.2.1 Das ‚Generalgouvernement‘ Polen

Der am 12. September 1939 von Hitler mit der Leitung der Zivilverwaltung in den besetzten polnischen Gebieten betraute Jurist Hans Frank besaß für seinen Auftrag „keine Sachkompetenz“, verstand nichts von wirtschaftlichen Zusammenhängen und beherrschte auch die polnische Sprache nicht. Trotzdem wurde er einen Monat später zum „Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete“ ernannt.²²⁷⁹ Kurz zuvor schon war das ehemalige polnische Staatsgebiet von den deutschen Besatzern aufgespalten worden. Die im Westen gelegenen Reichsgaue Wartheland (mit den Städten Posen und Łódź/Litzmannstadt) und Westpreußen (mit der Stadt Danzig) wurden in das Reich eingegliedert, so dass dort nun deutsche Rechts- und Verwaltungsstrukturen herrschten, was „relativ ähnlich“ auch für Ostoberschlesien (mit der Stadt Kattowitz) galt. „Zentralpolen firmierte“ nun unter der Bezeichnung ‚Generalgouvernement‘ (GG) und umfasste die vier Distrikte Warschau, Radom, Lublin und Krakau. Nach weiteren Gebietsgewinnen im Zuge des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion wurde das ‚Generalgouvernement‘ 1941 durch einen fünften Distrikt (Galizien) erweitert. Die östlichen Teile Vorkriegspolens gelangten mit den Bezirken Białystock und Zichenau (Ciechanów) bereits 1939 an Ostpreußen und „jenseits der Flüsse Narew und Bug an die 1941 geschaffenen Reichskommissariate Ukraine und Ostland“.²²⁸⁰

In Berlin ließ man keinen Zweifel daran, Polen „wie eine Kolonie“ zu behandeln.²²⁸¹ So hatte Göring im Hinblick auf die wirtschaftliche Verwaltung der besetzten Gebiete Mitte Oktober 1939 „eingehende Richtlinien“ herausgegeben, nach denen dem GG „alle für die deutsche Kriegswirtschaft brauchbaren Rohstoffe, Altstoffe [und] Maschinen“ entzogen werden sollten. Ebenso sollten „Betriebe, die nicht für die notdürftige Aufrechterhaltung des nackten Lebens der Bewohnerschaft unbedingt notwendig“ waren, nach Deutschland überführt werden.²²⁸² Kurz zuvor hatte Hitler unmissverständlich klar gemacht, dass das GG auch dazu dienen sollte, das neue und alte Reichsgebiet „von Juden, Polacken und Gesindel“ zu „säubern“.²²⁸³ Frank war von Hitler zunächst

(https://commons.wikimedia.org/wiki/Atlas_of_World_War_II#/media/File:1943-07-01Ger-WW2BattlefrontAtlas.jpg, eingesehen am 12.2.2025). Die Einträge in der Karte stammen vom Autor.

2279 Schenk, Hans Frank (2006), S. 144, 147.

2280 Lehnstaedt, Polen (2022), S. 120 f.

2281 Schenk, Hans Frank (2006), S. 144.

2282 Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring. Beauftragter für den Vierjahresplan, Vorsitzender des Ministerrats für die Reichsverteidigung an die Reichsminister, Geschäftsgruppen und Generalbevollmächtigten des Vierjahresplans, 19.10.1939, BGR-Archiv Hannover, Nr. 76383, unp. Göring konnte als Vorsitzender des Ministerrats und Beauftragter des Vierjahresplans, neben anderen Reichsministern in den Amtsbereich Franks hineinregieren, sicherte sich jedoch durch einen Erlass vom 19.10.1939 das Recht „die wirtschaftliche Ausbeutung der besetzten Gebiete zu koordinieren“. Schenk, Hans Frank (2006), S. 149.

2283 Sandkühler, Endlösung (1996), S. 29.

beauftragt worden, „das Land mehr oder weniger sich selbst zu überlassen“ und sich auf dessen Ausschachtung zu konzentrieren. So waren unmittelbar im Anschluss an den deutschen Feldzug Geologen der RfB 1939 in die besetzten polnischen Gebiete ausgeschwärmt, „um die wichtigsten Bodenschätze des Landes zu beurteilen“.²²⁸⁴

Ende 1939 wurde jedoch ein Kurswechsel „zu einer längerfristigen Ausbeutung des GG für die deutsche Kriegswirtschaft“ eingeleitet, wozu Frank an seinem Dienstsitz in Krakau eine Verwaltungszentrale einrichtete, deren Schlüsselpositionen er mit engen Vertrauten besetzte.²²⁸⁵ Zu ihnen gehörte beispielsweise Josef Bühler als Staatssekretär in der Regierung des ‚Generalgouvernements‘, der ebenso wie Frank für seine an der polnischen Bevölkerung begangenen Verbrechen nach dem Krieg hingerichtet wurde.²²⁸⁶ Unter den zwölf Hauptabteilungen der Regierung in Krakau spielte die der Leitung Walter Emmerichs unterstehende Hauptabteilung Wirtschaft für die ins GG entsandten Geologen eine zentrale Rolle, denn ihm unterstand die Verwaltung des gesamten Bergwesens im GG.²²⁸⁷ Wie Thomas Sandkühler betont, stellte die deutsche Besatzungsverwaltung im ‚Generalgouvernement‘ „den reinsten Typ nationalsozialistischer Okkupationsverwaltung dar, wie er sonst in keinem

2284 Bericht von Alfred Rodeck: Das Amt für Bodenforschung im GG, Zweigstelle Warschau, 10.1.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026324, Bl. 7–18. Als Beispiel die Berichte des Berliner Bezirksgeologen Franz Michels. Die Eisenerzlagertätten Polens, 6.9.1939, BGR-Archiv Hannover, Nr. 62082, unpag.; Michels (Krakau) an Brockamp, 5.11.1939, ebd., unpag.; Bemerkungen Michels' zu den lagerstättenkundlichen Eintragungen auf den Blättern 1:300.000 Kielce, Radom, Lodz u. Gleiwitz (Krakau), 16.12.1939, ebd., unpag.

2285 Sandkühler, Endlösung (1996), S. 32; Schenk, Hans Frank (2006), S. 154. Allgemein Lehnstaedt, Okkupation (2001), S. 52–65.

2286 Vgl. Schenk, Hans Frank (2006), S. 156. Zu Bühler, u.a. Teilnehmer an der berüchtigten Wannsee-Konferenz vom 20.1.1942, siehe Loose, Josef Bühler (2017), S. 145–161.

2287 Vgl. Organisation des Generalgouvernements in Schenk, Hans Frank (2006), S. 411–418, hier S. 413. Im Dezember 1939 waren das ehemalige polnische Oberbergamt und die polnischen Bergämter Jaslo und Krakau aufgelöst und ihre Dienstgeschäfte zum Teil auf die Bergbau-Abteilung (Leiter: Bergrat Clemens Spannagel) der Hauptabteilung Wirtschaft des GG und die Bergämter Jaslo (Leiter: Bergrat Dr. Viktor Grundmüller) und Krakau (Leiter: Bergassessor Dr. Hubertus Rolshoven) übertragen worden. Vgl. Verfügung des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete betr. Bergverwaltung im GG vom 8.12.1939 (1939), S. 365. Kurz darauf wurde der Staatsvorbehalt für die im polnischen Berggesetz von 1930 aufgeführten Mineralien, Erdöl und Erdgas zugunsten des Generalgouverneurs eingeführt und je ein Sonderbevollmächtigter für Erdölgewinnungsrechte [Erich Will] und für die Erdölwirtschaft im GG bestellt. Vgl. Verordnung des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete über Bergwerksgerechtsame und Bergwerkanteile im GG vom 14.12.1939 und Verordnung des Generalgouverneurs (...) über die Wahrnehmung von Interessen der Inhaber von Erdölgewinnungsrechten im GG vom 14.12.1939 (1940), S. 111; Bekanntmachung des Leiters der Abteilung Wirtschaft im Amt des Generalgouverneurs über die Bestellung eines Sonderbevollmächtigten vom 19.4.1940 (1940), S. 113; Verordnung des Generalgouverneurs (...) über die Einsetzung eines Sonderbevollmächtigten für die Erdölwirtschaft vom 27.6.1940 (1940), S. 144. Im September 1940 wurde die Verwaltung des gesamten Bergwesens im GG dem Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft im Amt des Generalgouverneurs zugewiesen. Siehe Verordnung des Generalgouverneurs (...) über die Bergverwaltung im GG vom 13.9.1940 (1940), S. 221.

anderen von Deutschland besetzten Gebiet anzutreffen ist. Sie war gekennzeichnet durch die radikale Unterdrückung und Ausbeutung der ‚Fremdvölkischen‘, ein rassistisch abgestuftes Sonderrecht, tiefgreifende Veränderungen der demographischen und sozialen Struktur des Landes durch Terror, Deportationen und Völkermord, dies alles im Rahmen einer von Kompetenzkonflikten und Korruption geprägten Zivilverwaltung und mit den Machtmitteln eines zunehmend verselbständigten SS- und Polizeiapparates“.²²⁸⁸

Polens staatlicher geologischer Dienst, das im Jahr 1919 in Warschau gegründete Państwowy Instytut Geologiczny (PIG), hatte Mitte September 1939 die Evakuierung seines Personals veranlasst.²²⁸⁹ Zurück geblieben war nur ein kleiner Teil der Belegschaft, der die Aufgabe hatte, im Bombenhagel der Deutschen die verwaisten Sammlungen und wissenschaftlichen Apparate vor Zerstörungen und Plünderungen zu bewahren. Im Oktober 1939 erschienen der Berliner Landesgeologe Werner Paeckelmann und ein nicht näher bekannter Dr. Barnitzke²²⁹⁰, die im Auftrag der RfB „alle erhalten gebliebenen Gegenstände des Instituts, vor allem die Bibliothek und die Sammlungen nach Berlin“ überführen sollten. Diese Ansicht wurde jedoch revidiert, als sich herausstellte, dass das Institut trotz einiger Beschädigungen seinen Dienst fortführen konnte. Infolgedessen konzentrierten sich die Arbeiten nun auf seine Wiederinbetriebnahme, so dass sich der von Berlin ausgehende Raubzug letztlich ‚nur‘ auf eine Reihe von Büchern und Instrumenten (Mikroskope, Waagen, chemisches Labormaterial) erstreckte, auf die in der Berliner Zentrale besonderer Wert gelegt wurde. Dazu gehörte etwa Material der Geophysikalischen Abteilung, „aus der die gesamte Ausstattung, ein großer Teil des in Bearbeitung befindlichen Beobachtungsmaterials, sowie ein Teil der fertigen Karten und graphischen Darstellungen abtransportiert wurden“.²²⁹¹ Etwa zeitgleich wurde der Landesgeologe Wilhelm Kegel nach Krakau entsandt, um die Bibliotheken der dortigen Bergakademie und Universität zu inspizieren, da auch deren Gebäude von der örtlichen Zivilverwaltung beschlagnahmt worden waren. Er hatte den Auftrag, „die geologische Literatur sicherzustellen und nach Deutschland zu bringen“. Tatsächlich wurden die greifbaren Sonderbüchereien ganzer Institute von der Zivilverwaltung der RfB übergeben und nach Berlin gesandt.²²⁹²

2288 Sandkühler, Endlösung (1996), S. 30 f.

2289 Die folgenden Angaben beziehen sich auf die Stellungnahme zu den gegen Professor Dr. Roland Brinkmann (Universität Rostock) erhobenen Vorwürfe[n] (mit Anlagen), zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling (Berlin), S. 31–35, 1950, BACh Koblenz, B 305, Nr. 2016, unp. Siehe auch BACh Berlin DO 1, Nr. 17100, unp.

2290 Möglicherweise handelte es sich dabei um den u.a. auf dem Gebiet der Geophysik tätigen Bergingenieur Dr. Johannes E. Barnitzke. Zu Paeckelmann siehe Anhang Biographien.

2291 Stellungnahme zu den gegen Professor Dr. Roland Brinkmann (Universität Rostock) erhobenen Vorwürfe[n] (mit Anlagen), zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling (Berlin), S. 31–35, 1950, BACh Koblenz, B 305, Nr. 2016, unp. Siehe auch BACh Berlin DO 1, Nr. 17100, unp.

2292 1. Nachtrag zur Stellungnahme der Verteidigung in Sachen Professor Dr. Brinkmann, zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling, S. 16–18, 30.6.1950, BACh Koblenz,

Paeckelmann und Barnitzke reisten bald darauf wieder ab, ersterer kehrte jedoch im November 1939 mit neuen Instruktionen für die laufende Arbeit zurück. Von nun an kam er jeden Monat für ein paar Tage nach Warschau, „um die Institutsangelegenheiten mit den örtlichen Besatzungsbehörden zu regeln, Anordnungen und Gelder für den nächsten Zeitraum zu hinterlassen“. ²²⁹³ Inzwischen war auch ein Teil der evakuierten Mitarbeiter an das Institut zurückgekehrt, denen Paeckelmann im März 1940 eröffnete, dass das Institut in Kürze einen ständigen Leiter erhalten und der RfB als Dienst- bzw. Außenstelle angegliedert werde. ²²⁹⁴ Die Wahl fiel dabei auf Roland Brinkmann (NSDAP 1933–1935, 1939), der von Keppler zu diesem Zweck eigens in die RfB berufen worden war.

Brinkmann war jedoch keineswegs unumstritten, denn der 1933 der NSDAP Beigetretene war infolge regimekritischer Bemerkungen und infolge einer Denunziation 1935 aus der Partei ausgeschlossen, 1937 seines Postens als Direktor des Geologischen Staatsinstituts in Hamburg enthoben und in den Ruhestand versetzt worden. ²²⁹⁵ Der pragmatische Keppler wollte auf die

-
- B 305, Nr. 2016, unpag. Zu Kegel siehe Anhang Biographien. Ein Teil der aus Warschau nach Berlin gesandten Materialien wurde in der RfB vermutlich in einem so genannten „Polenarchiv“ zusammengefasst. Die Erdöl betreffenden Unterlagen gingen an Alfred Bentz. Vgl. Polenarchiv. I. Verzeichnis der Berichte aus der Geologischen Landesanstalt in Warschau und II. Verzeichnis der Karten aus der Geologischen L.A. Warschau, ohne Datum, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61989, unpag. Im Jahr 1943 verwies der Leiter der Sektion Geologie des Instituts für Deutsche Ostarbeit (IDO), Othmar Kühn darauf, dass die RfB-Außenstelle Krakau „große Bestände“ aus dem ehemaligen Geologischen Institut der Universität Krakau entnommen habe. Othmar Kühn (IDO, Sektion Geologie, Krakau): Bericht über den Zustand des geologischen Instituts der ehem. Universität Krakau, 21.7.1943, BArch Berlin, R 52–IV, Nr. 149, Bl. 27; Tätigkeitsbericht Kühns (IDO) betr. Geologische Sektion über die Zeit vom 13.7. bis 27.8.1943, ebd., Bl. 70–73. Zu Kühn (NSDAP 1940) vgl. Luger, Othmar Kühn (2020).
- 2293 Paeckelmann bemühte sich beispielsweise darum, den in deutscher Kriegsgefangenschaft befindlichen Geologen Rajmund Galon für die Mitarbeit zu gewinnen. Galon lehnte jedoch „jegliche Beteiligung an der Erschließung deutscherseits aus national-politischen Gründen“ ab. Prof. Dr. E. Kraus (KVR im OKH, Berlin) an den Kommandeur des Oflag II A (Prenzlau), 14.3.1940, BArch-MA Freiburg, RH 12–20, Nr. 74, Bl. 4; Kommandeur Oflag II A (Gruppe Abwehr, Prenzlau) an KVR Kraus (OKH), 20.3.1940, ebd., Bl. 5.
- 2294 Stellungnahme zu den gegen Professor Dr. Roland Brinkmann (Universität Rostock) erhobenen Vorwürfe[n] (mit Anlagen), zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling (Berlin), S. 31–35, 1950, BArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unpag. Vgl. auch Das Personal der Polnischen Geologischen Landesanstalt, 24.10.1939, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61986, unpag.
- 2295 Der gesamte Vorgang, der davon zeugt, dass, ähnlich wie an der PGLA, auch an der Universität Hamburg eine vergiftete Denunziationsatmosphäre herrschte, findet sich in BArch Berlin, R 9361–I, Nr. 7713, unpag. Vgl. zudem Politische Stellungnahme Brinkmanns, ohne Datum (um 1946), UA Rostock, 1.12.0: Personalakte Roland Brinkmann, Bl. 57 f. Zur Wiederaufnahme Brinkmanns in die NSDAP siehe Urteil des Obersten Parteigerichts der NSDAP, 18.1.1939, BArch Berlin, R 9361–II, Nr. 116965, unpag.; Kölbl-Ebert, Geology (2017) S. 81. Zu Brinkmann siehe Anhang Biographien. Zu Brinkmann und seiner Rolle in Polen haben Stanisław Wołkowicz und Krystyna Wołkowicz aus Warschau, anlässlich einer von der Projektgruppe im März 2022 durchgeführten Tagung zum Thema „Science and the State Governmental Research in War and Peace during the Twentieth Century“, einen sehr instruktiven Vortrag gehalten („Polish episode’ in the life of Roland Brinkmann: from the director of Amt für Bodenforschung to the prisoner - the story at a distance of 400 meters“).

wissenschaftlichen Qualitäten Brinkmanns jedoch nicht verzichten, sorgte 1939 für dessen Wiederaufnahme in die NSDAP und berief ihn im November desselben Jahres an die RfB Berlin, als deren Vertreter er im April 1940 die Leitung des Geologischen Dienstes im GG übernahm, ohne jedoch wieder zum Beamten ernannt zu werden.²²⁹⁶



Abb. 53: Roland Brinkmann – „ein Foto aus der Zeit in Polen“²²⁹⁷

Im Mai 1940 wurde Brinkmann durch Generalgouverneur Frank als Leiter des nun als Amt für Bodenforschung im GG (AfB) bezeichneten ehemaligen PIG eingeführt. Das Amt umfasste im Wesentlichen den Besitz und das Personal des ehemaligen staatlichen geologischen Dienstes Polens (PIG) und war zunächst der Regierungskanzlei und damit Staatssekretär Bühler direkt unterstellt, bevor es später der Hauptabteilung Wirtschaft (Präsident Emmerich)

Leider ist der zu diesem Thema angekündigte Aufsatz, an dem auch Martina Kölbl-Ebert beteiligt ist, noch nicht erschienen.

2296 Bericht Brinkmanns: Meine Tätigkeit im Generalgouvernement Polen in den Jahren 1940/44, 3.12.1946, UA Rostock, 1.12.0: Personalakte Roland Brinkmann, Bl. 75–80. Brinkmann war von Keppler zunächst als Leiter der RfB-Zweigstelle Hamburg vorgesehen, wogegen das RWM und das RFM jedoch Bedenken erhoben hatten. Vgl. RWM an RFM, 14.3.1940, BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unpag.; RFM an RWM, 9.4.1940, ebd., unpag. Zu Kepplers Interesse an Brinkmann vgl. Stellungnahme zu den gegen Professor Dr. Roland Brinkmann (Universität Rostock) erhobenen Vorwürfe[n] (mit Anlagen), zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling (Berlin), S. 24, 27, 1950, BArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unpag. Siehe auch BArch Berlin DO 1, Nr. 17100, unpag.

2297 Głazek/Znosko, Roland Brinkmann (2004), S. 57.

angegliedert wurde. Da das GG „dem Reich staatsrechtlich nebengeordnet war“, waren Bühler und Emmerich Brinkmanns alleinige Dienstvorgesetzte, die ihm im Hinblick auf die Verwaltung und wissenschaftliche Tätigkeit im Amt weitgehende Freiheiten ließen. Zwar bestand mit der RfB „fachlicher Kontakt, doch hatte es kein Recht“, Brinkmann Weisungen zu erteilen. Eine Ausnahme bildete jedoch die Erdölgeologie, in deren Angelegenheiten Bentz als Beauftragter Görings „auch im GG unbeschränkte Vollmachten hatte“, so dass Brinkmann seine fachlichen Aufträge auszuführen hatte.²²⁹⁸

Als Brinkmann in Polen eintraf, war die Regierung des GG gerade mit der Schaffung des Instituts für Deutsche Ostarbeit (IDO) befasst, das von Gouverneur Frank am 20. April 1940 in Krakau eröffnet wurde. Das IDO sollte als „spezialisierte Verwaltungsakademie“ und „zentraler Forschungsapparat“ für die administrative Verwaltung des GG dienen.²²⁹⁹ Die in seinen Fachsektionen durchgeführten Untersuchungen erstreckten sich auf „völkische [und] rassische Voraussetzungen der deutschen Ostarbeit, ihre geschichtliche Entwicklung und die kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme“ des besetzten polnischen Gebiets und dienten in erster Linie der Umsetzung der deutschen Neuordnungs- und Siedlungspolitik im GG.²³⁰⁰ Im IDO sollte auch eine Arbeitsstelle für Bodenforschung eingerichtet werden. Diese Gelegenheit wollte die Institutsleitung nutzen, sich das AfB/PIG, die Bodenkundliche Abteilung des Landwirtschaftlichen Instituts in Pulawy und die Arbeitsstelle für Erdölgeologie in Jaslo einzuverleiben.²³⁰¹ Als Leiter der IDO-Sektion Bodenforschung war Brinkmann vorgesehen, der zu diesem Zweck bereits ein Forschungsprogramm ausgearbeitet hatte.²³⁰² Da jedoch die Hauptabteilung Wirtschaft (Emmerich) und die Dienststelle des Vierjahresplans Interesse am PIG anmeldeten, legte der Generalgouverneur Mitte Mai 1940 fest, dass das AfB/PIG der Dienststelle für den Vierjahresplan und somit schließlich der Abteilung Emmerichs unterstellt wurde. Damit schied Brinkmann aus den Planspielen des IDO aus.²³⁰³

2298 Bericht Brinkmanns: Meine Tätigkeit im Generalgouvernement Polen in den Jahren 1940/44, 3.12.1946, UA Rostock, 1.12.0: Personalakte Roland Brinkmann, Bl. 75–80.

2299 Gutberger, Volk (1996), S. 425.

2300 Institut für deutsche Ostarbeit. Eröffnung im April in Krakau, in: Münchener Neueste Nachrichten, 27.3.1940, BArch Berlin, R 4901, Nr. 690, unpag. Zum IDO vgl. Gutberger, Volk (1996), S. 425–432; Fahlbusch, Wissenschaft (1999), S. 572–575; Burleigh, Germany (1988), S. 192 f., 253–290; Rössler, Wissenschaft (1990), S. 84–102; Aly/Heim, Vordenker (1995), S. 194–198; Mühle, Volk (2005), S. 339–346.

2301 Vgl. Erlass des Präsidenten des IDO über die Errichtung einer Arbeitsstelle für Bodenforschung, 26.4.1940, BArch Berlin, R 52–IV, Nr. 62, Bl. 288; Aktenvermerk von Reichsminister Seyß-Inquart (Krakau), 22.4.1940, ebd., Bl. 301 f.

2302 Vgl. Brinkmann: Aufgaben und Aufbau der Bodenforschung im GG, 23.4.1940, ebd., Bl. 303–305; Brinkmann: Stellung und Aufgaben der Bodenforschung im IDO, 5.5.1940, ebd., Bl. 295–300.

2303 Vgl. Vermerk über eine Besprechung mit Reichsminister Dr. Seyß-Inquart, Finanzpräsident Spindler, ORR von Streit, Direktor Dr. Coblitz, Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh, Prof. Dr. Sappok, Prof. Dr. Brinkmann, Verlagsdirektor Strotzyg, 16.5.1940, ebd., Bl. 289–294. Aus einer Gliederung des IDO von 1943 geht hervor, dass es zu diesem Zeitpunkt dort keine

Da nach Ansicht Hitlers Polens Hauptstadt Warschau in ihrer Bedeutung miniert werden sollte, wurden die wichtigsten Regierungs- und Behördendienststellen nach Krakau verlegt, so auch das Amt für Bodenforschung. Wie sich jedoch zeigte, war es unmöglich, das gesamte Institut zu verlegen. Folglich ließ es Brinkmann in Warschau und richtete in Krakau lediglich eine kleine ‚Zentrale‘ ein, die er der Leitung seines Vertreters Herbert Lögters (NSDAP 1937–1943, SS 1933–1938) überließ, der später durch Gerhard Brennich (NSDAP 1936) ersetzt wurde.²³⁰⁴ Brinkmann selbst hielt sich die meiste Zeit im nun als „Zweigstelle“ bezeichneten AfB in Warschau auf. Als weitere Arbeitsstellen kamen das Erdölinstitut in Jasło (1942 zudem Boryslaw) und nach der Besetzung Lembergs das Geologische Institut der Universität hinzu. Das AfB mit seinen über 90 meist polnischen Angestellten, davon 45 Geologen, untergliederte sich in drei Abteilungen (Verwaltungsabteilung, Geologische Abteilung, Museumsabteilung), die alle von polnischen Wissenschaftlern geleitet wurden.²³⁰⁵

Das Wirken Brinkmanns im GG wurde von polnischen und deutschen Geologen und Historikern bereits eingehend gewürdigt, die übereinstimmend zu dem Ergebnis kommen, dass er sich einerseits zwar als cholerischer, ‚herumschreiender‘ und bisweilen drohender Vorgesetzter gab, sich aber andererseits auch für seine Mitarbeiter einsetzte, nicht davor zurückschreckte, sein Gewicht in der RfB Berlin und gegenüber den Besatzungsbehörden in die Waagschale zu werfen, um Wissenschaftler aus Kriegsgefangenschaft, Gefängnis- und Konzentrationslagerhaft zu holen und im AfB zu beschäftigen (so etwa Bodhan Świdorski, Józef Zwierzycki, Kazimierz Guzik, Anton Gawł, Józef Gołąb und Stanisław Sokołowski).²³⁰⁶ Sein Verhalten zwischen 1940 und

Sektion Bodenforschung gab. vgl. Brief der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht der Regierung des GG an Rust (RMWEV), 28.1.1943, BArch Berlin, R 4901, Nr. 690, unpag.

2304 Zu Lögters und Brennich siehe Anhang Biographien.

2305 Die Arbeitsstelle für Erdölgeologie in Jasło war mit dem AfB Krakau nur verwaltungsmäßig verbunden, in fachlicher Hinsicht unterstand sie dem Erdölinstitut der RfB Berlin. Stellungnahme zu den gegen Professor Dr. Roland Brinkmann (Universität Rostock) erhobenen Vorwürfe[n] (mit Anlagen), zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling (Berlin), S. 46–48, 51, 54, 51, 1950, BArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unpag. Zur Arbeitsstelle Jasło, die bei ihrem Aufbau auch vom Raub in anderen wissenschaftlichen Instituten und im Bergamt Jasło profitierte, siehe Roolf, *Erdölförderung*, (2016) S. 247. Eine technische Abteilung mit acht Tiefbohrgeräten, einem Fuhrpark sowie die Erdbebenwarte und die Erdmagnetische Warte in Warschau waren dem AfB ebenfalls angegliedert. Bericht von Brinkmann über seine praktisch-geologischen Arbeiten, ohne Datum (um 1946), UA Rostock: 1.12.0: Personalakte Roland Brinkmann, Bl. 62. Ein Stellenplan des AfB, hier untergliedert in die Referate 1. Erdöl, 2. Eisenerze, Kohle und übrige Bodenschätze, 3. Geophysik und Topographie, 4. Archive für Bodenschätze und Bohrungen, 5. Laboratorium, 6. Sammlungen und Bücherei, findet sich BArch Berlin, R 2, Nr. 21297, unpag.

2306 Für den Einsatz der Fachleute Guzik (Ingenieurgeologie) sowie Zwierzycki und Świdorski (Erdölgeologie) sprachen durchaus auch pragmatische Forschungsinteressen. Vgl. Głazek/Znosko, Roland Brinkmann (2004), S. 55–78, hier S. 70 f. Guzik wurde nach der Intervention Brinkmanns aus dem KZ Auschwitz in ein Gefängnis nach Krakau verlegt, wo er Arbeiten für das AfB durchführte. Der ehemalige Verwaltungschef des PIG Zwierzycki war 1941 verhaftet worden. Er wurde im Juli 1942 aus dem KZ Auschwitz entlassen, kam aber nach Berlin, wo er als Dolmetscher am RfB arbeiten musste. Kurze Zeit später wurde

1944 hatte zur Folge, dass Brinkmann 1951 – nachdem er vom sowjetischen Geheimdienst 1949 verhaftet und nach Polen ausgeliefert worden war – von einem polnischen Gericht vom Vorwurf angeblich begangener Vergehen (u.a. Raub, Schikane gegen Untergebene, Mitschuld am Tod des Geologen Ludwik Horowitz) freigesprochen wurde, was damals eher die Ausnahme war.²³⁰⁷

-
- er nach Warschau versetzt und nutzte die Gelegenheit zur Flucht nach Krakau, wo er sich versteckte. 1946 behauptete auch Bentz, er habe „mit allen Mitteln versucht“, Zwierzycki frei zu bekommen. Nachdem dieser entlassen worden sei, habe Bentz ihn „jahrelang“ in seiner Abteilung in Berlin beschäftigt, ohne einen Bericht von ihm zu verlangen. Alfred Bentz (Celle): Supplement to my questionnaire, S. 10, 11.2.1946, NAL, FO 1039, Nr. 496, unp. Während Guzik und Zwierzycki die NS-Besatzung überlebten, starb der am AfB tätige Świderski 1943 an den Folgen eines Schlaganfalls. Für den 1943 hingerichteten Geologen Ludwik Horwitz waren die von Brinkmann ergriffenen Vorsichtsmaßnahmen (z.B. der Öffentlichkeit entzogene Wohnung im Keller des AfB) vergebens, denn Horwitz brachte sich offenbar selbst in Gefahr, was ihm letztlich das Leben kostete. Siehe Głazek/Znosko, Roland Brinkmann (2004), S. 71–73. Eine etwas andere Darstellung in diesem Fall gab Brinkmann selbst, nach dem Horwitz einer Denunziation des im AfB beschäftigten polnischen Hausmeisters zum Opfer fiel. Bericht Brinkmanns: Meine Tätigkeit im Generalgouvernement Polen in den Jahren 1940/44, 3.12.1946, UA Rostock, 1.12.0: Personalakte Roland Brinkmann, Bl. 75–80; Kölbl-Ebert, German petroleum geologists (2018), S. 400; dies., Geology (2017) S. 77–79. Gawł und Gołąb waren als Angehörige der Krakauer Universität 1939 von der Gestapo verhaftet und in das KZ Sachsenhausen und später in das KZ Dachau verschleppt worden. Wie Brinkmann nach dem Krieg angab, bemühte er sich auch um ihre Freilassung und brachte sie im AfB unter. Auch sie überlebten. Bericht Brinkmanns: Meine Tätigkeit im Generalgouvernement Polen in den Jahren 1940/44, 3.12.1946, UA Rostock, 1.12.0: Personalakte Roland Brinkmann, Bl. 75–80. Sokołowski befand sich in deutscher Kriegsgefangenschaft, wurde nach wiederholten Ersuchen Brinkmanns entlassen und im AfB eingestellt. Stellungnahme zu den gegen Professor Dr. Roland Brinkmann (Universität Rostock) erhobenen Vorwürfe[n] (mit Anlagen), zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling (Berlin), S. 76, 1950, BArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unp.
- 2307 Stephan Lehnstaedt führt bspw. in einem „Verzeichnis der an Polen ausgelieferten Warschauer Besatzer“ insgesamt 101 Personen auf, die von den Besatzungsmächten aus Deutschland zwischen 1946 und 1950 nach Polen ausgeliefert wurden. Von diesen 101 Personen wurden lediglich sechs freigesprochen, unter ihnen auch Brinkmann. Sein in dem Verzeichnis auch aufgeführter Kollege am AfB in Warschau, Alfred Rodeck, wurde dagegen zu einer Haftstrafe von anderthalb Jahren verurteilt. Lehnstaedt, Okkupation (2010), S. 341–343. Allerdings gab es immer wieder Stimmen, die das Brinkmann-Urteil anfochten. So erschien noch 1999 in der ‚Hauszeitschrift‘ des PIG ein Artikel, der, folgt man Brinkmanns Fürsprechern Jerzey Głazek und Jerzey Znosko, „widerlichen Klatsch und Verleumdungen“ über den ehemaligen Leiter des AfB verbreitete. Głazek/Znosko, Roland Brinkmann (2004), S. 65. Dort auf S. 68 auch ein Hinweis auf den offenbar „überzeugten Nazi und Feind Polens“ Rodeck, „Schatzmeister der NSDAP-Abteilung in der Warschauer Außenstelle des AfB“. Ein Beispiel für die gegen Brinkmann damals erhobenen Anschuldigungen findet sich in United Nations War Crimes Commission, Polish Charges against German War Criminals, Case No. 1254: Brinkmann Roland – trustee of the German Geological Institute (Registered Number 695/P/G/1254), 20.11.1947, BArch Ludwigsburg, B 162, Nr. 73254, Bl. 2–5; Zeugenaussage von Karol Bohdanowicz, 1.6.1946, USHMM Washington, RG 15.155M, Reel 25, File 287, Bl. 10. In der Akte finden sich auch weitere Vorwürfe gegen Geologen der RfB, Gerhard Mempel (Bl. 28, 31) und Gerhard Brennich (Bl. 59, 62–64). Zu den Vorwürfen siehe auch Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling an Justizministerium Württemberg-Baden (Stuttgart), 13.7.1949, BArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unp.

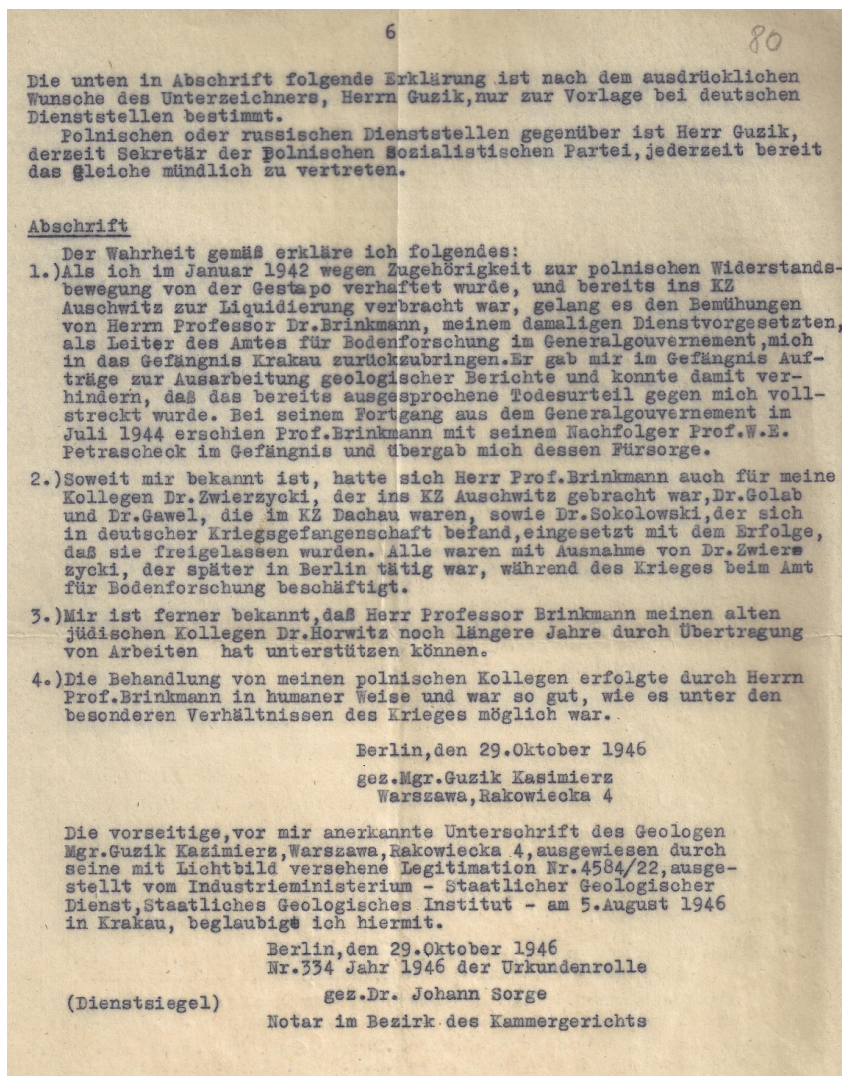


Abb. 54: Zeugenaussage von Kazimierz Guzik von 1946.²³⁰⁸

2308 Bericht Brinkmanns: Meine Tätigkeit im Generalgouvernement Polen in den Jahren 1940/44, 3.12.1946, UA Rostock, 1.12.0: Personalakte Roland Brinkmann, Bl. 75-80, hier Bl. 80.

So hielt das Wojewodschaftsgericht für die Hauptstadt Warschau in seinem Urteil am 11. April 1951 fest, dass sich die „Persönlichkeit des Angeklagten als eines deutschen Besatzungsbeamten im sog. ‚Generalgouvernement‘ positiv“ abzeichne. Brinkmann sei „zweifelloos ein scharfer, strenger Vorgesetzter“ gewesen, der viel verlangt, sich jedoch auch um seine Angestellten gekümmert, für ihre täglichen Bedürfnisse gesorgt „und mehr als einmal unter Gefährdung seiner eigenen Person erfolgreich in Fällen gefährlicher Verhaftungen durch die Gestapo“ interveniert habe. Brinkmann habe bei all dem „keine Nationalitätsunterschiede“ gemacht, sei „kein deutscher Chauvinist“ gewesen und habe auch niemanden geschädigt.²³⁰⁹

Während die jüngst erschienenen Darstellungen zur Geschichte des AfB Aufschluss über die dort herrschenden schwierigen Arbeitsbedingungen geben, werden die unter Brinkmann durchgeführten geologischen Untersuchungen eher stiefmütterlich behandelt. Wie bereits erwähnt, hatte Brinkmann anlässlich seines Amtsantritts ein Forschungsprogramm aufgestellt, in dem er nicht nur die im GG in erster Linie vorkommenden Rohstoffe (Eisenerze, Erdöl, Kohle, Phosphate) benannt, sondern auch gefordert hatte, sie „für die heimische und deutsche Versorgung“ mit möglichst modernen Untersuchungsmethoden zu erschließen. Darüber hinaus verwies er auf klassische Aufgaben praktischer geologischer Forschung (Aufschluss technischer Rohstoffe, Wasserversorgung, Bodenkartierung, Ingenieurgeologie), die „der Volksgesundheit, dem Landbau und der Reichsverteidigung“ dienen sollten. Neben diesen vordringlichen Aufgaben war die Bodenforschung nach Brinkmanns Worten auch berufen, „wissenschaftliche Arbeit zu leisten, um auch geistig den Osten zurückzuerobern“.²³¹⁰

In der zur Entlastung im Brinkmann-Prozess 1950 aufgestellten Dokumentation wurde behauptet, dass das AfB „ein kleines und sowohl wirtschaftlich als auch kriegswirtschaftlich uninteressantes Gebiet“ bearbeitet hätte, woraus die Verteidigung eine geringe Bedeutung des Amtes für das NS-Besatzungsregime ableitete.²³¹¹ Tatsächlich hatte das GG durch die deutsche Annexion Ostoberschlesiens wichtige Steinkohlen- und Erzvorkommen an das deutsche Reichsgebiet verloren.²³¹² Das Schwergewicht der Arbeit, so die

2309 Roland Brinkmann (Geologisch-Paläontologisches Institut und Museum, Universität Bonn) an Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling mit anliegender Übersetzung des Urteils, 9.12.1951, ebd., unp.

2310 Brinkmann: Aufgaben und Aufbau der Bodenforschung im GG, 23.4.1940, BArch Berlin, R 52-IV, Nr. 62, Bl. 303–305. So schien ihm etwa die „Veröffentlichung wertvoller Manuskripte polnischer Verfasser“ geboten, „um die bislang in der Mehrzahl westlich orientierten Gelehrtenkreise des Landes enger an die deutsche Kultur zu binden“. Brinkmann: Stellung und Aufgaben der Bodenforschung im IDO, 5.5.1940, ebd., Bl. 295–300.

2311 Stellungnahme zu den gegen Professor Dr. Roland Brinkmann (Universität Rostock) erhobenen Vorwürfe[n] (mit Anlagen), zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling (Berlin), S. 51 f., 1950, BArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unp.

2312 So gehörte Polen bis zum Überfall Deutschlands zu den größten Steinkohlenexporteuren der Welt, während sein Anteil am oberschlesischen Kohlenbecken nach der Grenzziehung durch die deutschen Besatzer „nicht mehr bedeutend“ war. Friedrich-Erdmann Klingner

Verteidigung weiter, habe „auf einer genauen geologischen Erforschung des gesamten Gebietes auf rein wissenschaftlicher Grundlage ohne Beziehung auf irgendwelche wirtschaftliche Bedeutung oder gar Ausnutzung“ gelegen.²³¹³ Abgesehen davon, dass diese Sicht im Gegensatz zu den Aufgaben staatlicher geologischer Dienste stand und dem AfB konkrete Aufträge der deutschen Industrie vorlagen,²³¹⁴ hatte Brinkmann in seinem Forschungsprogramm die Suche nach Rohstoffen an die erste Stelle gestellt und war vor dem Hintergrund der kriegswirtschaftlichen Zwangslagen und seiner ‚problematischen‘ Vita als Institutsleiter schon im eigenen Interesse gezwungen, entsprechende Ergebnisse vorzuweisen.²³¹⁵

Welche Gefahren in dieser Hinsicht drohen konnten, zeigte sich etwa 1944, als Brinkmann und Brockamp von Himmler heftige Vorwürfe gemacht wurden, weil beide einem in den Südost-Karpaten befindlichen Manganervorkommen nicht die ihm angeblich zukommende Beachtung geschenkt hatten. Himmler war darüber so erbost, dass er beiden Geologen mit Erschießung drohte.²³¹⁶ Die auch gegen die Berliner RfB-Zentrale gerichteten Vorwürfe Himmlers lösten bei Keppler Sorgen aus, denn dass der Reichsführer-SS „keine gute Meinung“ von seiner Behörde hatte, machte dem RfB-Präsidenten zu

(RfB Berlin): Die mineralischen Rohstoffe Polens. Auszug aus den ‚Wirtschaftsbericht Polen‘ der I.G. Farbenindustrie, 25.9.1939, BGR-Archiv Hannover, 61982, unpag.; Bericht von Harald Pontoppidan (RfB Berlin): Das Generalgouvernement, August 1944, ebd., unpag.; Bericht von Kurt Gundlach (RfB Berlin): Lagerstätten des Generalgouvernements Polen, 14.5.1940, ebd., unpag. Zur Bedeutung des oberschlesischen Industriereviere aus deutscher Sicht vgl. Loose, Reichswirtschaftsministerium (2016), S. 459; Sikora, Waffenschmiede (2014), S. 79–96, 133–284.

2313 Stellungnahme zu den gegen Professor Dr. Roland Brinkmann (Universität Rostock) erhobenen Vorwürfe[n] (mit Anlagen), zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling (Berlin), S. 62 f., 1950, BArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unpag.

2314 Im Juni 1940 hatten bspw. Vertreter der ‚Hermann-Göring-Werke‘ eine ganze Reihe von Rohstoffvorkommen benannt, die das AfB untersuchen sollte. Aktennotiz über eine Besprechung zwischen Brinkmann und den Dipl.-Ing. Prause u. Patzold, 18.6.1940, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61989, unpag.; Aktennotiz vermutlich von Brinkmann über die Bergbauinteressen der Reichswerke im GG, 8.4.1940, ebd., unpag.

2315 Vor diesem Hintergrund erscheint auch die generalisierende Darstellung von Jerzey Głazek und Jerzey Znosko, nach der die polnischen Geologen die Deutschen „die ganze Zeit während der deutschen Besatzung“ ausgetrickst, also „Arbeit vorgetauscht“ hätten, indem sie etwa bei der Beschreibung von Bohrkernen nicht auf aktuelles, sondern auf altes Material aus der Vorkriegszeit zurückgegriffen hätten, fragwürdig. Es mag durchaus sein, dass solche Fälle vorkamen, aber ob das pauschal für alle Arbeiten galt, ist zweifelhaft, denn in der Regel gingen die Berichte der polnischen Wissenschaftler an die RfB in Berlin, deren Fachleute sicher in der Lage waren, den Wert der Untersuchungsergebnisse richtig einzuschätzen. Głazek/Znosko, Roland Brinkmann (2004), S. 70.

2316 Stellungnahme zu den gegen Professor Dr. Roland Brinkmann (Universität Rostock) erhobenen Vorwürfe[n] (mit Anlagen), zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling (Berlin), S. 59–62, 1950, BArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unpag. Gegenüber Gouverneur Frank schlug Himmler vor, „die Polen im Reichsamt für Bodenforschung“ festzunehmen, notfalls verschärft zu vernehmen, „und für das Verschweigen dieser und anderer Vorkommen“ zu bestrafen. Dort auch die Äußerung Himmlers, „dass ein Mann wie Herr Brockamp an die Wand gestellt gehört“. Schlegelmilch, Denkmalpflege (2016), S. 152.

schaffen.²³¹⁷ Das „Manganvorkommen im Südzipfel des Gouvernements“ war allerdings schon von polnischen Geologen untersucht und als nicht bauwürdig beurteilt worden, worüber auch das im RfB im Bilde war.²³¹⁸ Himmler, der sich bei der Entscheidungsfindung von seinen ‚SS-Geologen‘ beraten ließ und den ‚Führer‘ nach dem Verlust der Manganvorkommen von Nikopol (Ukraine) „mit Erfolgen (...) überraschen“ wollte, bestand jedoch auf einer Nachprüfung durch deutsche Fachleute, weswegen er eine Expedition („Unternehmen Wieland“) veranlasste, um die Lagerstätte „nochmals“ in Augenschein zu nehmen.²³¹⁹ An der „Manganerz-Expedition“ nahm Gerhard Brennich als Vertreter des RfB und des AfB Krakau teil, der dem die Unternehmung koordinierenden „SS- und Polizeiführer“ von Lemberg noch vor ihrem Beginn nahelegte, sich in der ganzen Sache „keine allzugroßen Hoffnungen“ zu machen, was sich im Ergebnis der Expedition letztlich auch bestätigte.²³²⁰

- 2317 Keppler an Himmler, 19.7.1944, BAArch Berlin, NS 19, Nr. 3948, Bl. 15 f. Keppler versuchte Himmler daher auch mit der Nachricht zu beschwichtigen, dass sein Amt „ein recht bedeutendes Vorkommen in der Slowakei gefunden“ habe. Keppler an Himmler, 29.6.1944, ebd., Bl. 21.
- 2318 Aus RfB-Berichten geht hervor, dass die Manganlager des GG „unbedeutend“ waren und umfangreiche Aufschlussarbeiten „nicht gerechtfertigt“ erschienen. Bericht des AfB (Regierung des GG) über Aufsuchung von Bodenschätzen im GG, 14.9.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61982, unpag. In anderen Berichten über die Rohstoffe des GG wurde Mangan nicht einmal erwähnt. Vgl. z.B. Kurt Gundlach (RfB Berlin): Lagerstätten des Generalgouvernements Polen, 14.5.1940, ebd. unpag.
- 2319 Keppler an Himmler, 29.6.1944, BAArch Berlin, NS 19, Nr. 3948, Bl. 21. Den Auslöser für das Unternehmen gab der Prähistoriker und SS-Wehrgeologe Wilhelm Jordan, der den RFSS, auf das vermeintlich ‚bedeutende‘ Manganerzvorkommen aufmerksam machte. SS-Obersturmbannführer Wilhelm Jordan (Lemberg) an SS-Obersturmbannführer Dr. Brandt (Persönlicher Stab RFSS, Berlin), 16.4.1944, BAArch Berlin, NS 19, Nr. 3639, Bl. 213. Die Absicht Himmlers, Hitler mit dem Fund des Manganvorkommens zu überraschen, findet sich in Fernschreiben von SS-Standartenführer Brandt an SS-Obergruppenführer Koppe (Krakau), 22.4.1944, ebd., Bl. 205. Zu Jordan und dem Unternehmen Wieland, vgl. Sandkühler, „Endlösung“ (1996), S. 402, 404; Herring, Wilhelm Jordan (2009), S. 196–208; Huismann, Wilhelm Jordan (2009), S. 209–226; Schlegelmilch, Denkmalpflege (2016), S. 121–171; Kölbl-Ebert, *Geology* (2017), S. 88–90. Vgl. auch Gerhard Brennich (AfB Krakau): Bericht über den Verlauf und die Ergebnisse der Expedition zum Preluczny vom 27.5. bis 14.6.1944, 26.6.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 62088, unpag.
- 2320 Wie Brennich in seinem Bericht festhielt, ergaben die vorgenommenen Aufschlüsse, „dass eine größere zusammenhängende Lagerstätte von Manganerz nicht vorhanden“ sei. Ebd. Dazu und zu den Teilnehmern vgl. ebd. Da Himmler den Berichten der Staatsgeologen keinen Glauben schenkte, ließ er ein weiteres Kommando aufstellen, das sich unter dem Einsatz von Häftlingen des Konzentrationslagers Krakau-Plaszow an den Abbau des Vorkommens machte. Geologen der RfB waren hier aber offenbar nicht mehr beteiligt. Vgl. Schlegelmilch, *Denkmalpflege* (2016), S. 155–157; Huismann, Wilhelm Jordan (2009), S. 221–224, Uhl, *Organisation* (2020), S. 698, 706 (Anm. 68). Die folglich zu Unrecht gegen das RfB erhobenen Vorwürfe Himmlers veranlassten Keppler, das RFM ausführlich über die vom RfB durchgeführten Lagerstättenarbeiten zu informieren. Dem fügte er hinzu: „Da sich verschiedene Stellen jetzt um die Rohstoffversorgung kümmern und es verhindert werden muss, dass Objekte, die längstens durchforscht sind, nochmals in Angriff genommen werden, und große Fehlinvestitionen an Arbeitskräften, Material und Geld auf jeden Fall zu vermeiden, enthält die Aufstellung außer den mit positivem

Wie Brinkmann nach dem Krieg festhielt, hatte er in Polen „Gelegenheit, Bodenforschung in mannigfaltiger Richtung und in größerem Rahmen zu betreiben“. Das Hauptgewicht habe „auf der Aufsuchung und Erforschung wirtschaftlich wichtiger Bodenschätze“ gelegen, wozu neben geologischen Feldarbeiten, Tief- und Flachbohrungen, Schürfe und geophysikalische Untersuchungsverfahren zum Einsatz gekommen seien. Ebenso hätte sich das AfB den Gebieten „Grundwasser, Baustoffe und Baugrund“ zugewandt, womit genau die Felder benannt waren, die Brinkmann in seinem Programm von 1940 als Schwerpunkte definiert hatte.²³²¹

Die von polnischen und deutschen Geologen durchgeführten Geländearbeiten konzentrierten sich zunächst auf die „Registrierung der mehr oder weniger bekannten ergiebigen“ Kohlen-, Eisenerz-, Phosphatlagerstätten, wobei Brinkmann zu dem Ergebnis gelangte, dass „der Reichtum an Bodenschätzen im Generalgouvernement nach Mannigfaltigkeit und Menge begrenzt“ war.²³²² Wie das AfB 1943 aber berichtete, wurden die Kenntnisse über die Steinkohlen des Krakauer Reviers „wesentlich erweitert“ und „alle erreichbaren Daten über Grubenaufschlüsse gesammelt, geordnet und in Flözkarten“ dargestellt. Neben Schürfen wurden „Gutachten zur bergbaulichen Nutzung“ vorbereitet und ein Bohrprogramm aufgestellt. Die Untersuchungen kamen zu dem Ergebnis, dass im Krakauer Revier mit „etwas über einer Milliarde Tonnen Steinkohlen“ zu rechnen war. Vor dem Hintergrund des in weiten Teilen des GG herrschenden Brennstoffmangels war dieses Ergebnis ebenso wichtig, wie die ebenfalls durchgeführte systematische Untersuchung und Verzeichnung aller polnischen Torfvorkommen. In Zusammenarbeit mit der Karpathen Öl A.G. wurden ölhöufige Gebiete kartiert und Aufschlussbohrungen laufend untersucht.²³²³ Das

Erfolg untersuchten Vorkommen auch solche, bei denen keine bauwürdigen Erzmengen nachzuweisen waren.“ Die erste Liste betraf sicher nicht ganz zufällig das Mangangebiet. Keppler an RFM, 16.1.1945, BArch Berlin, R 2, Nr. 15075a, Bl. 2–9.

2321 Bericht von Brinkmann über seine praktisch-geologischen Arbeiten, ohne Datum (um 1946), UA Rostock: 1.12.0: Personalakte Roland Brinkmann, Bl. 62.

2322 Brinkmann, Bodenforschung (1944), S. 681. Vgl. auch die das GG betreffenden Einträge in der Übersicht über von der RfB durchgeführte Lagerstättenuntersuchungen, ohne Datum (um 1944), BGR-Archiv Hannover, Nr. 9501, unpag. Der RfB-Mitarbeiter Harald Pontoppidan (NSDAP 1938) hielt 1944 fest, dass das GG „in der Hauptsache ein Agrarland“ und „kein Bergbauland“ sei. Abgesehen von Erdölvorkommen besitze es „in seiner jetzigen Grenzziehung über keine besonderen Bodenschätze“. Sein Anteil am oberschlesischen Kohlenbecken sei nicht mehr bedeutend, die Eisenerz- und die Blei-Zink-Lagerstätten „nur bescheiden“ und auch die übrigen Minerallagerstätten würden „nicht ins Gewicht“ fallen. Bericht von H. Pontoppidan (Berlin): Das Generalgouvernement, August 1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61982, unpag. Der Hinweis auf die NSDAP-Mitgliedschaft Pontoppidans findet sich in BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/32930572, NSDAP-Gaukartei, Kasten 3293, Karte 572.

2323 Wie Brinkmann 1943 betonte, war das AfB für die Vorbereitung des Aufschlussprogramms, die Geologen der Karpathen Öl A.G. dagegen für die Überwachung der Produktion verantwortlich. Tätigkeitsbericht Brinkmanns (Regierung des GG, Hauptabteilung Wirtschaft, AfB) für die Monate Oktober 1942 bis März 1943, 10.5.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61986, unpag. Zur 1942 geschaffenen Karpathen Öl A.G., in der die galizischen

alles war zweifellos „nutzbringende Arbeit“ im Interesse der NS-Rüstungswirtschaft, was gleichermaßen für die von den Arbeitsstellen Jaslo und Boryslaw des AfB/RfB gesicherte „geologische Überwachung der Reichsbohrungen“ und die geophysikalischen Begleitforschungen von RfB und AfB sowie von Seismos und Prakla „im ganzen Karpatenvorland“ galt. Das von Herbert Lögters und Gerhard Mempel überwachte Bohr- und Förderprogramm in den Erdölrevieren Galiziens erreichte 1943 eine Bohrmeterleistung von 160.000 Metern. Wie Brinkmann berichtete, wurde die seit 1928 ständig gefallene Erdölproduktion im selben Jahr erstmals wieder gesteigert „und zwar erheblich“.²³²⁴ Während die Untersuchungen im „Braunjuraerzzug von Tychow“ zu dem Ergebnis führten, dass bessere Vorkommen als die bis dahin bekannten nicht vorhanden waren, bildeten die Arbeiten an der Schwefelkieslagerstätte Staszic „die Grundlage für den erfolgreichen Ausbau der Grube“, die 1943 immerhin sieben Prozent der deutschen Schwefelkiesförderung lieferte.²³²⁵

Daneben richtete sich der Fokus auf Baustoffe, nutzbare Steine und Erden, die neben „den Erz, Salz-, Erdöl- und Kohlenlagerstätten erhöhte Bedeutung“ erlangten.²³²⁶ Zu ihrer Erfassung hatte das AfB eine „Übersichtskartierung“ des GG veranlasst, die „die Kenntnisse über den Aufbau des Bodens vertiefen und damit auch die Suche nach Lagerstätten aufs Neue befruchten“ sollte.²³²⁷ Die von Brinkmann veranlassten Kartierungs- und Vermessungsarbeiten hatten zur Folge, dass es zu einer planmäßigen geologischen Aufnahme des polnischen Gebietes kam, die sich in verschiedenen Karten (Bodenkarten,

Ölbetriebe zusammengefasst waren, siehe Karlsch, Großunternehmen (2004), S. 96–138. Der Hinweis auf die „nutzbringende Arbeit“ des AfB findet sich in Bericht des AfB (Regierung des Generalgouvernements) über Aufsuchung von Bodenschätzen im GG, 14.9.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61982, unpag.

2324 Tätigkeitsbericht Brinkmanns (Regierung des GG, Hauptabteilung Wirtschaft, AfB) für das 2. Halbjahr 1943, 27.1.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61986, unpag. Dort auch der Hinweis, dass vier Aufschlussbohrungen (Erdgas) „durch Banden verbrannt“ wurden. Ein Indiz für die intensive Bohrtätigkeit in Galizien ist der Befund Brinkmanns, dass in den Zweigstellen Boryslaw und Jaslo allein im ersten Quartal 1943 2.790 Bohrproben geschlämmt wurden. Tätigkeitsbericht Brinkmanns (Regierung des GG, Hauptabteilung Wirtschaft, AfB) für die Monate Oktober 1942 bis März 1943, 10.5.1943, ebd., unpag.

2325 Bericht des AfB (Regierung des GG) über Aufsuchung von Bodenschätzen im GG, 14.9.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61982, unpag. Auch ein Bericht Brinkmanns an das RMBuM zeichnete im Hinblick auf die Eisenerzvorkommen im GG ein ungünstiges Bild. Brinkmann an RMBuM (Amtsgruppe Fertigung, Berlin), 4.6.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 62073, unpag. Anstatt Schwefelkies wird heute die Bezeichnung Pyrit verwendet.

2326 Bulletin 25 Service geologique de Pologne. Warszawa 1946. Institut Geologique de Pologne. II. Kronika Instytutu od września 1939 do stycznia 1945 r., S. 20–67. Übersetzung. Chronik des Instituts vom September 1939 bis Jan. 1945, BArch Berlin, DO 1, Nr. 17101, unpag. (Anlage 20); Brinkmann, Bodenforschung (1944), S. 681. Vgl. auch Herbert Lögters (AfB Krakau): Übersicht über die Lagerstätten und nutzbaren Gesteine des Distrikts Galizien, 31.8.1941, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61981, unpag.; Regierung des GG, Hauptabteilung Wirtschaft, AfB mit Bericht von Prof. K. Smulikowski: Die nutzbaren Gesteinsvorkommen des Distrikts Krakau, Juli 1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 62099, unpag.

2327 Brinkmann, Bodenforschung (1944), S. 681. Siehe auch ders., Eisenerzlagerstätten (1941), S. 68–71.

Karten der Brenntorfvorräte) sowie zwei geologischen Kartenblättern im Maßstab 1:300.000 niederschlugen, die „als erste geologische Aufnahme in einem auf weite Strecken noch nicht kartierten Lande bleibende Bedeutung“ erlangten. Darüber hinaus entstanden „eine gravimetrische Karte des ganzen Karpatenvorlandes und eine magnetische Karte des Polnischen Mittelgebirges, die für die Erdöl- bzw. Erzsuche wichtige Hinweise brachten“.²³²⁸

Ebenso wichtig waren Probleme der Wasserversorgung, mit denen sich die Geologen des AfB auch befassten. So geht aus einem Tätigkeitsbericht Brinkmanns hervor, dass sein Amt „eine Reihe von Auskünften über Wasserversorgung“ erteilt habe, so etwa für eine geplante Erweiterung des Lemberger Elektrizitätswerkes, für das Gebiet um Warschau, Bialystock und Siedlce, „sowie für ein Lager bei Lublin“.²³²⁹ Um welches Lager es sich dabei handelte, geht aus dem Bericht nicht hervor. Im Raum Lublin gab es zahlreiche Zwangsarbeitslager, Ghettos und drei Todeslager (Belzec, Sobibor, Treblinka), die alle so genannte „Judenlager“ waren.²³³⁰ Möglicherweise handelte es sich bei dem von Brinkmann erwähnten Lager um das Konzentrationslager Majdanek-Lublin, das zunächst als Kriegsgefangenenlager der Waffen-SS genutzt, aber ab Februar 1943 zum Konzentrations- und Vernichtungslager ausgebaut wurde.²³³¹

Bereits 1942 herrschten in dem Lager katastrophale Verhältnisse, denn dort gab es „keine Elektrizität, Kanalisation oder richtige Wasserversorgung“. Den Häftlingen war es verboten, den einzigen im Lager vorhandenen Brunnen zu benutzen, „der direkt neben den überlaufenden Latrinen stand“.²³³² Ohne ausreichende Vorsichtsmaßnahmen bestand die Gefahr, dass die unsäglich hygienischen Verhältnisse des Lagers negative Folgen für die Grundwasserverhältnisse der unweit gelegenen Stadt Lublin hervorriefen.²³³³ So hatte ein Vertreter des Hygieneinstituts der Waffen-SS nach einer Inspektion des Lagers Mitte 1942 festgestellt, dass „die Wasserversorgung des KGL Lublin“ unzureichend sei und „nicht den Anforderungen“ entspreche, „die aus gesundheitlichen Rücksichten“ zu stellen seien. „Bei den gegenwärtigen Verhältnissen“ bestehe „eine Seuchengefahr für das Lager und seine Umgebung“.²³³⁴ Im August 1943

-
- 2328 Bericht von Brinkmann über seine praktisch-geologischen Arbeiten, ohne Datum (um 1946), UA Rostock: 1.12.0: Personalakte Roland Brinkmann, Bl. 62. Die „großen Erfolge der polnischen Kartographie“ in den 1950er Jahren verdanken einige ihrer Ursprünge folglich auch der Initiative Brinkmanns. Glazek/Znosko, Roland Brinkmann (2004), S. 68 f.
- 2329 Tätigkeitsbericht Brinkmanns (Regierung des GG, Hauptabteilung Wirtschaft, AfB) für die Monate Oktober 1942 bis März 1943, 10.5.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61986, unp.
- 2330 Kranz, KL Lublin (2002), S. 371–373. Siehe auch Wachsmann, Geschichte (2015), S. 343, 373, 375; Weinmann, Lagersystem (1990), S. 331, 592, 681, 687.
- 2331 Vgl. Kranz, KL Lublin (2002), S. 363–389; Angrick, Aktion 1005 (2018), S. 275 f.; Wachsmann, Geschichte, S. 372–376, Schwarz, Lager (1990), S. 172 f.
- 2332 Wachsmann, Geschichte, S. 373. Für die Notdurft dienten Eimer, Holzkisten, Erdlöcher und Gräben. Kranz, Lublin-Majdanek – Stammlager (2008), S. 57.
- 2333 Dazu und zur problematischen Be- und Entwässerung des Lagers, dem es an Rohren fehlte, die nicht lieferbar waren. Angrick, Aktion 1005 (2018), S. 277.
- 2334 Kranz, Lublin-Majdanek – Stammlager (2008), S. 57. Dort auch der Hinweis, dass im Spätsommer und Herbst 1943 „eine entscheidende Verbesserung der Wohnbedingungen“

stellte der für die Konzentrationslager zuständige Chef des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes, SS-Obergruppenführer Oswald Pohl, in einem Bericht an Himmler fest, dass Majdanek „die von allen KZs höchste Sterblichkeitsrate“ aufweise, die unter anderem auf den „provisorischen Zustand des Lagers hinsichtlich der Baulichkeiten und ihrer technischen Ausstattung (mangelnde sanitäre Verhältnisse) und Problemen mit der Wasserversorgung“ zurückzuführen seien.²³³⁵ Aus diesen Gründen ist es keinesfalls abwegig, dass sich Brinkmanns Gutachten auf das Lager Majdanek-Lublin erstreckte.



Abb. 55: Das ‚Amt für Bodenforschung, Zweigstelle Warschau‘ (Państwowy Instytut Geologiczny) im Mai 1944.²³³⁶

Gerade dieses Beispiel macht deutlich, auf welch schmalen Grat die Geologen unter den Bedingungen der NS-Besatzungsherrschaft wanderten und wie schwer es im Einzelfall ist, eine Bewertung ihrer Arbeiten vorzunehmen. So könnte die Untersuchung Brinkmanns – die zweifellos „für ein Lager bei Lublin“ stattfand – als Beitrag des Geologen zur Optimierung der Infrastrukturen des NS-Terror- und Vernichtungsapparates gewertet werden,²³³⁷ könnte aber nach allem, was wir heute von Brinkmann wissen, ebenso auch mit der Intention Brinkmanns verbunden gewesen sein, die unmenschlichen

im Lager einsetzte, als die Häftlingsbaracken an die Kanalisation angeschlossen, sowie Waschgelegenheiten und Toiletten eingebaut wurden. Siehe auch Kaienburg, Wirtschaft (2003), S. 535.

2335 Kranz, KL Lublin (2002), S. 380.

2336 Aus: Bildsammlung von Alfred Rodeck (Lieskau) über das Amt für Bodenforschung im Generalgouvernement, Zweigstelle Warschau, um 1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026324, Bl. 27.

2337 Vgl. etwa Pohl, Landesanstalt (2005), S. 190, 208.

Lebensbedingungen der KZ-Insassen zu verbessern.²³³⁸ Darüber hinaus handelte es sich vermutlich um einen Auftrag der Besatzungsverwaltung oder vielleicht sogar der SS, was die Handlungsspielräume Brinkmanns in dieser Sache weiter einschränkte.

Im April 1944 wurde Brinkmann aus Polen nach Deutschland zurückgerufen. An seine Stelle trat Walther Emil Petrascheck (NSDAP 1933), Geologie-Professor an der Universität Breslau, der 1940 an das RfB „zur Durchführung geologischer Untersuchungen im südöstlichen Raum beurlaubt und für diesen Zweck UK-gestellt worden“ war.²³³⁹ Anders als Brinkmann hielt sich Petrascheck aber nicht in Warschau oder Krakau auf. Genau genommen erschien er nur zweimal im AfB: das erste Mal, als er von seinem Vorgänger eingeführt wurde und dann am 22. Juli 1944, um die Flucht der Deutschen und die Verlagerung des AfB-Inventars nach Deutschland in die Wege zu leiten.²³⁴⁰ Die Räumung des AfB fiel mit dem Warschauer Aufstand zusammen, dessen brutale Niederschlagung auch für das Institut verheerende Folgen hatte, denn neben Plünderungen kam es zu erheblichen Zerstörungen an den Institutsgebäuden, den Sammlungen und der Bibliothek.

2338 Wie der Berliner RfB-Geologe Otto Heinrich Schindewolf in einem anderen Zusammenhang berichtete, hatte Brinkmann ihn und den Kollegen Rudolf Richter im September 1942 „an einen Ort des Grauens, nämlich ins Warschauer Getto“ geführt, damit beide „diese Gräuel“ sahen „und zu Hause die Wahrheit“ berichteten. Hoppe, Forscherleben (2019), S. 213.

2339 Petrascheck war 1940 im Auftrag der RfB in Bulgarien und Rumänien in „besonders akuten Fragen der Erzlagerstätten“ aktiv und der Gesandtschaft in Bukarest als Wirtschaftsberater für Rumänien und Bulgarien zugeteilt worden. Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Breslau an RMWEV, 18.4.1940, BArch Berlin, R 4901, Nr. 23110, Bl. 33; Petrascheck (Geologisches Institut Universität und TH Breslau) an RMWEV, 9.4.1940, ebd., Bl. 39. Siehe auch Brockamp (RfB) an Wehrbezirkskommando Breslau II, 28.2.1944, BArch Berlin, R 4901, Nr. 15135, Bl. 9. Im Jahr 1943 wurde Petrascheck für die Zwecke des RfB freigegeben. RWM an RMWEV, 28.1.1943, BArch Berlin, R 4901, Nr. 3110, Bl. 49R. Zu Petrascheck siehe Anhang Biographien. Vor seiner Beauftragung an das AfB hatte sich Petrascheck mit zahlreichen Untersuchungen über die Bodenschätze auf dem Balkan (Bulgarien, Rumänien) befasst. Siehe dazu z.B. die Berichte in BGR-Archiv Hannover, Nr. 59433, 59508, 59510, 59511, 59526, 59571, 59557, 59581, 59582, 59602, 62316, 62368.

2340 Stellungnahme zu den gegen Professor Dr. Roland Brinkmann (Universität Rostock) erhobenen Vorwürfe[n] (mit Anlagen), zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling (Berlin), S. 87, 1950, BArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unpag. Gleichwohl scheint auch Petrascheck noch Forschungsarbeiten in die Wege geleitet zu haben. So verwies er in einem Bericht auf die Untersuchung der Manganvorkommen von Sanok und Jaslo, die „in ungewöhnlich schneller Zeit“ (Mai-Juni 1944) durchgeführt werden musste und für die ihm die SS über 70 Mann zur Verfügung gestellt hatte. Ob es sich dabei um SS-Personal oder Zwangsarbeiter handelte, geht aus dem Bericht nicht hervor. Da es sich aber um die Anlage von Schurfgräben handelte, ist ein Zwangsarbeitereinsatz nicht auszuschließen, sogar wahrscheinlich. Bericht Petraschecks (AfB im GG) über die Manganerzvorkommen von Sanok und Jaslo, 1.8.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 62089, unpag.



Abb. 56–59: Das Amt für Bodenforschung in Warschau, November 1944 (oben links: Büro-Gebäude vom Garten aus gesehen, oben rechts: das Wohngebäude, unten links: Hauptgebäude, Bohrarchiv, unten rechts: der Museumssaal).²³⁴¹

Auf Weisung Petraschecks wurden „die wertvollsten Dokumente und Archivalien“ (u.a. Bücher, Karten, Bohrarchiv, Instrumente) aus Krakau und Warschau ins Reichsgebiet gebracht.²³⁴² Die bereits unter Brinkmann angefertigten Fotokopien der Schichtenverzeichnisse des Bohrarchivs gelangten in die Zweigstelle Freiberg der RfB, während ein Teil der Karten in vier Kisten nach Heringen an der Werra kam, wo das RfB einen Kalistollen der Wintershall AG zur Unterbringung seiner Dokumente erhalten hatte. Als Ausweichstellen für die polnischen Institute waren zunächst Tschenstochau oder Posen vorgesehen. Zwar wurde das Material aus Krakau und Warschau zunächst in die RfB-Arbeitsstelle Posen gebracht, kam kurze Zeit später jedoch in die Ausweichstelle nach Bennisch bei Troppau, da die Prakla dort Unterkunftsmöglichkeiten für das Krakauer Amt vorbereitet hatte.

2341 Bildsammlung von Alfred Rodeck (Lieskau) über das Amt für Bodenforschung im Generalgouvernement, Zweigstelle Warschau, um 1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026324, Bl. 28–30.

2342 Stellungnahme zu den gegen Professor Dr. Roland Brinkmann (Universität Rostock) erhobenen Vorwürfe[n] (mit Anlagen), zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling (Berlin), S. 87 f., 134, 136 f., 1950, BArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unp.



Abb. 60: Zwischenzeitliche Ausweichstelle des Amtes für Bodenforschung Krakau/Warschau im Websaal der Firma Karl Tiller in Bennisch 1944.²³⁴³

Die Odyssee des Raubgutes war damit aber noch nicht beendet, denn Ende September 1944 wurde das in Bennisch ‚gesicherte‘ Material zunächst nach Schloss Reuthen bei Spremberg (Niederlauritz) gebracht, bevor es schließlich Ende Oktober 1944 im Schloss Lieskau bei Spremberg unterkam, darunter u.a. 77 Kisten mit Büchern, je fünf Kisten mit Karten und Materialien des Bohrarchivs, sowie Geräte aus dem Laboratorium des AfB.²³⁴⁴

Während die nach Lieskau und Heringen verlagerten Materialien den Krieg überstanden, ist „ein großer Teil“, der 1939/40 aus Polen nach Berlin gebrachten Bücher und Dokumente durch Bombenangriffe und Brände verloren gegangen. Ein weiterer Teil wurde nach dem Krieg von den sowjetischen Militärbehörden beschlagnahmt und abtransportiert. Das in Heringen eingelagerte Material, wurde dagegen von den US-Besatzungstruppen requiriert und auf verschiedene Standorte (z.B. Oberscheldt im Dillkreis, Hessisches GLA Wiesbaden und RfB Celle) verteilt.

2343 Aus: Bildsammlung von Alfred Rodeck (Lieskau) über das Amt für Bodenforschung im Generalgouvernement, Zweigstelle Warschau, um 1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026324, Bl. 31.

2344 In Lieskau kamen zudem noch zwei aus Berlin geschickte Waggons mit Materialien unter, sowie Unterlagen, die im Zuge einer im November vom RfB veranlassten Bergungsaktion aus dem Amt in Warschau geholt worden waren. Bei der Bergung hatte sich die dabei Hilfestellung leistende Wehrgeologenstelle 13 „verschiedene Bohrgeräte“ für den eigenen Bedarf gesichert. Gleiches wurde aus Krakau gemeldet, wo die dortige Wehrgeologenstelle das „verbliebene geolog. Kartenmaterial“ der AfB übernahm. Bericht von Alfred Rodeck: Das Amt für Bodenforschung im GG, Zweigstelle Warschau, 10.1.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026324, Bl. 7–18; Aktennotizen Rodecks, 10.1.1945 u. 26.1.1945, ebd., Bl. 19 u. 21. Eine Übersicht über das aus Polen verlagerte Material findet sich Vermerk vermutlich von Wilhelm Kegel „Verlagertes Material der Polnischen Geologischen Landesanstalt, 15.4.1946, ebd., Bl. 33.



Abb. 61: Die letzte Ausweichstelle des Amtes für Bodenforschung Krakau/Warschau im Schloss Lieskau, Niederlausitz, 1944.²³⁴⁵

Die von der Roten Armee im Schloss Lieskau aufgefundenen Materialien wurden nach Berlin ins Gebäude des RfB gebracht, wodurch es immerhin möglich wurde, einen Teil der geraubten Bücher, Karten und Dokumente an das Państwowy Instytut Geologiczny und die übrigen betroffenen Forschungseinrichtungen zurückzugeben und somit zumindest etwas von dem von den Deutschen in Polen begangenen Unrecht wieder gut zu machen.²³⁴⁶

2345 Aus: Bildsammlung von Alfred Rodeck (Lieskau) über das Amt für Bodenforschung im Generalgouvernement, Zweigstelle Warschau, um 1945, ebd., Bl. 31.

2346 Vgl. Wilhelm Kegel „Verlagertes Material der Polnischen Geologischen Landesanstalt, 15.4.1946, ebd., Bl. 33. Siehe auch 1. Nachtrag zur Stellungnahme der Verteidigung in Sachen Professor Dr. Brinkmann, zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling, S. 17 f., 30.6.1950, BArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unp. Aus einem Aktenvermerk der Staatlichen Geologischen Kommission der DDR geht hervor, dass zwischen 1947 und 1948 „alles vorhandene Aktenmaterial geologischen Inhalts und der Buchbestand der Krakauer Bergakademie (ca. 10 Lastwagen) an die Polnische Militär-Administration übergeben“ wurden, die von den Deutschen während der Besatzungszeit aus Polen geraubt worden waren. Aktenvermerk von Sandrowski (Staatliche Geologische Kommission), 7.5.1958, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026324, Bl. 1; Protokoll zwischen der Deutschen Geologischen Landesanstalt Ost-Berlin und dem Vertreter der Polnischen Landesanstalt, 20.12.1947, ebd., Bl. 4–6. Zu den von den Amerikanern konfiszierten und in Westdeutschland verteilten Beständen siehe Declaration of Property removed from an Area occupied by German Forces. Office of Military Government Greater Hesse, June 1946, NAW,

5.2.2 Das ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘

Nachdem es im Zuge des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 zur Abtretung des zur Tschechoslowakei gehörenden Sudetenlands an Deutschland gekommen war, übte Berlin massiven Druck auf slowakische Spitzenpolitiker aus, bis der Landtag in Bratislava am 14. März 1939 die Unabhängigkeit der Slowakei erklärte und somit den letzten Akt der von Deutschland geplanten „Zerschlagung der ČSR“ einleitete.²³⁴⁷ Bereits einen Tag später marschierten deutsche Truppen nach Prag und Brno (Brünn). Ein Erlass Hitlers vom 16. März 1939 legte die Grundzüge für die Verwaltung des nun als ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ bezeichneten Besatzungsgebietes fest.

Innen zufolge behielt das formal autonome ‚Protektorat‘ seinen bisherigen ‚Staatspräsidenten‘ Emil Hácha und eine eigene Regierung, beide wurden jedoch von deutschen Behörden, insbesondere vom Amt des ‚Reichsprotektors‘, beaufsichtigt, der auch für die Umsetzung der NS-Wirtschaftspolitik verantwortlich war.²³⁴⁸ Anders als das ‚Generalgouvernement‘ wurde das ‚Protektorat‘ von den deutschen Besatzern aber nicht als eine in erster Linie Rohstoffe und Arbeitskräfte liefernde ‚Ausbeutzungszone‘, „sondern als integraler Bestandteil eines noch zu schaffenden ‚großdeutschen Reiches‘ und, was die wirtschaftlichen Vorstellungen betrifft, als Teil der hochindustrialisierten deutschen Kernzone in einem deutsch dominierten europäischen Großraum“ angesehen, weswegen hier „eine gewisse Rücksicht“ auf die Bevölkerung und die gewachsenen Strukturen genommen wurde.²³⁴⁹ Allerdings beruhte die wirtschaftliche Bedeutung Böhmens und Mährens weniger auf seinen Rohstoffen, als auf seiner rüstungsrelevanten Industrieproduktion.²³⁵⁰

Zum ‚Reichsprotektor‘ ernannte Hitler den Diplomaten Konstantin von Neurath, dem als Staatssekretär der sudetendeutsche Politiker und Höhere SS- und Polizeiführer Karl Hermann Frank zur Seite gestellt wurde.²³⁵¹ Da die

RG 260, Records of U.S. Occupation Headquarters, World War II, 1923–1972, Series: Selected Records, 1945–1949, File Unit: Claims-USSR, unpub.; Franz Michels (Leiter Gross-Hessisches Landesamt für Bodenforschung, Wiesbaden): Bemerkungen zum Fragebogen über Abgabe von Eigentum, das aus von deutschen Streitkräften besetzten Gebieten verschleppt wurde, 26.6.1946, ebd., unpub.; Major Erwin Wolf (Chief, Polish Mission of Restitution to Poland) to Office of Military Government for Germany (US) rear Economic Division, Restitution Control Branch (Attn. Major Rose E. Stobely), 19.10.1946, NAW, RG 260, Records of U.S. Occupation Headquarters, World War II, 1923–1972, Series: Cultural Object Restitution and Custody Records, 1946–1951 File Unit: Poland OAD 15, unpub.

2347 Brandes, Gebiete (2022), S. 101; Lemberg, Tschechen (1995), S. 47; Hallon, Slowakei (2021), S. 20–22, hier auf S. 22 auch der Hinweis auf den Plan der Deutschen zur „Zerschlagung der ČSR“. Allgemein zur politischen Entwicklung in der ČSR zwischen dem Münchener Abkommen und der deutschen Besetzung im März 1939 vgl. Brandes, Zerstörung (1995), S. 50–55.

2348 Brandes, Gebiete (2022), S. 101f.; Dufek u.a., Handel (2018), S. 101.

2349 Balcar, Industrie (2023), S. 692; Gerwarth, Reinhard Heydrich (2011), S. 269. Zur möglichen Rolle Prags als Wissenschaftsmetropole im Rahmen einer von Deutschland dominierten europäischen Großraumwissenschaft vgl. Hachtmann, Führung (2016), S. 47–51.

2350 Brandes, Gebiete (2022), S. 107.

Besatzer „auf gewachsene administrative Strukturen und eine kooperationsbereite Beamtenschaft zurückgreifen konnten“, war es ihnen möglich, beim Aufbau der Besatzungsverwaltung und der Durchsetzung ihrer Interessen mit einem relativ kleinen Stab an deutschen Beamten auszukommen.²³⁵² Dieser als Entscheidungsinstanz fungierende Stab, dessen Mitglieder meist zum Amt des ‚Reichsprotektors‘ abgeordnet waren, bildete den deutschen Teil der ‚Protektoratsverwaltung‘.²³⁵³

Zu ihm gehörte etwa die im Amt des ‚Reichsprotektors‘ eingerichtete Wirtschaftsabteilung, die dem Ministerialrat Dr. Walter Bertsch (NSDAP 1933, SS 1938) unterstand.²³⁵⁴ Für die Belange der Geologie wichtig wurde die innerhalb der Wirtschaftsabteilung angesiedelte Gruppe „Gewerbliche Wirtschaft“, die dem Oberregierungsrat Erich von Wedelstädt (NSDAP 1937) und seinen Stellvertretern, dem Regierungsrat Dr. Roman Baudisch (NSDAP 1933) und dem Oberbergrat Dr. Friedrich Carl von Hülsen (NSDAP 1933), unterstand, die auch vom RWM ins ‚Protektorat‘ abgestellt worden waren.²³⁵⁵ Zu den sechs Referaten Gruppe „Gewerbliche Wirtschaft“, gehörte auch ein Referat „Bodenforschung“, das auf Veranlassung der RfB als Vertretung der Reichsstelle beim ‚Reichsprotektor‘ gebildet wurde und für das zunächst der von der RfB nach Prag entsandte Referendar Karl Körner verantwortlich zeichnete.²³⁵⁶

2351 Vgl. Küpper, Karl Hermann Frank (2004), S. 31–52. Zum Amt des ‚Reichsprotektors‘ siehe auch Tauchen, Arbeitsverwaltung (2019), S. 12 f.

2352 Balcar, Industrie, S. 696. Siehe auch Balcar/Kučera, Wirtschaftslenkung (2012), S. 153 f.

2353 Vgl. dies., Rüstkammer (2013), S. 41 f.

2354 Vgl. von Neurath (Reichsprotektor von Böhmen und Mähren) an die Büros des Reichsprotektors, des Staatssekretärs, des Unterstaatssekretärs, des Abteilungsleiter I und sämtliche Gruppenleiter und Referenten betr. Abteilung II „Wirtschaft“, 1.8.1939, RGVA Moskau, Fond 1458k-10–11, Bl. 96 f. Zu Bertsch siehe Anhang Biographien.

2355 Von Wedelstädt hatte bereits im März 1939 zum Stab des von RWM Funk nach Prag entsandten Generalreferenten Hans Kehrl gehört, der als Bevollmächtigter des RWM zunächst „für alle die Wirtschaft des Protektorats (...) und ihre wirtschaftliche Eingliederung betreffenden Fragen“ verantwortlich war. RWM Funk an alle Hauptabteilungen, Abteilungen, Referate und nachgeordneten Dienststellen, 20.3.1939, RGVA Moskau, Fond 1458k-10–8, Bl. 10. Nachdem die Behörde des ‚Reichsprotektors‘ aufgebaut worden war, übernahm v. Wedelstädt im August 1939 auf Vorschlag des scheidenden Kehrl die Leitung der Gruppe „Gewerbliche Wirtschaft“, bevor er bis 1940 zum Leiter der gesamten Wirtschaftsabteilung aufstieg. Vgl. RWM Funk an alle Hauptabteilungen, Abteilungen, Referate und nachgeordneten Dienststellen, 28.8.1939, RGVA Moskau, Fond 1458k-10–11, Bl. 77. Baudisch und von Hülsen teilten sich auch die Verantwortung für das der Wirtschaftsabteilung unterstellte Referat 2 „Allgemeine Marktbewirtschaftung und Rohstofffragen“, zu dem auch der gesamte Bergbau gehörte. Baudisch wurde 1940 in das ‚Reichskommissariat Norwegen‘ abgestellt. Vgl. Geschäftsverteilungsplan der Gruppe Wirtschaft [im Amt des Reichsprotektors von Böhmen und Mähren], 30.7.1940, BArch Berlin, R 2, Nr. 21325, unpag. Zu von Wedelstädt, Baudisch und von Hülsen siehe Anhang Biographien.

2356 Vgl. Geschäftsverteilungsplan der Gruppe Wirtschaft [im Amt des Reichsprotektors von Böhmen und Mähren], 30.7.1940, BArch Berlin, R 2, Nr. 21325, unpag.; Vgl. Liste der [ins ‚Protektorat‘] Abgeordneten ohne eig. Haushalt [der Gruppe Wirtschaft und Arbeit], 1939, BArch, Berlin, R 30, Nr. 14, Bl. 127, 199. Der Hinweis auf die von der RfB veranlassete Gründung des Referats Bodenforschung in der Wirtschaftsabteilung des Amts des ‚Reichsprotektors‘ findet sich in Bericht [vermutlich von Hans Joachim Martini] über

Im November 1940 wurde Körner jedoch durch 32jährigen Geologen Hans Joachim Martini (NSDAP 1937, SA 1934–1935, SS 1943) ersetzt, der auch die Leitung des Referats Bodenforschung im Amt des ‚Reichsprotectors‘ übernahm.²³⁵⁷ Neben der deutschen Besatzungsverwaltung existierte gleichzeitig noch die schon erwähnte scheinautonome ‚Protektoratsverwaltung‘, zu der Ministerien der Ersten bzw. Zweiten Tschechoslowakischen Republik, wie das Ministerium für Industrie, Handel und Gewerbe oder das Ministerium für öffentliche Arbeiten (MföA), gehörten. Die mit tschechischen Beamten besetzten Ministerien waren für die Umsetzung der von den deutschen Behörden vorgegeben Aufgaben verantwortlich, so etwa auch für die Verwaltung der einzelnen Wirtschaftszweige oder die Organisation der sie begleitenden wissenschaftlichen Forschung.

Durch einen Erlass der Regierung des ‚Protektorats Böhmen und Mähren‘ vom 14. Dezember 1939 wurde das MföA mit der Durchführung umfassender Bodenforschungen zur Feststellung nutzbarer Mineralvorkommen beauftragt.²³⁵⁸ Ende April 1940 betraute Dominik Čipera, der Minister für öffentliche Arbeiten, die Geologische Anstalt für Böhmen und Mähren in Prag, das dort ebenfalls ansässige Geophysikalische Institut, die Bergbehörden des ‚Protektorats‘ und das vom MföA verwaltete Unternehmen ‚Protektorats-Berg- und Hüttenwerke‘ mit der Umsetzung dieser Aufgabe. Während sich der Geologische Dienst mit „systematischen und ergänzenden geologischen Untersuchungen“ und ihrer Auswertung befassen sollte, hatte die Geophysikalische Anstalt in Analogie dazu die Aufgabe, geophysikalische Messungen durchzuführen und zu bewerten. Den Bergbehörden oblag der Verkehr mit den Inhabern von Bergbaulizenzen, die Berichtssammlung und Auswertung, während das Staatsunternehmen ‚Protektorats-Berg- und Hüttenwerke‘ für die Durchführung von Bohrungen und sonstigen Aufschlüssen verantwortlich war.²³⁵⁹ Zur Ausarbeitung des Untersuchungsprogramms und seiner Koordination wurde im MföA eine Kommission für Bodenforschung eingerichtet, deren Leitung der Chef der Ministerialabteilung IV (Berg- und Hüttenwesen), Ministerialrat Ing. Emanuel Mráz, übernahm.²³⁶⁰ In diesem Zusammenhang wurde die Abteilung IV auch

die Untersuchung nutzbarer Lagerstätten im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ durch das Sonderreferat Bodenforschung in der Behörde des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren, ohne Datum, um 1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 62625, unpag.

2357 Martini wurde am 22.11.1940 „zum Reichsprotectorat Böhmen und Mähren zur Wahrung der Belange“ der RfB versetzt. RWM an RFM, 25.2.1941, BAArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unpag. Zu Martini siehe Anhang Biographien.

2358 Regierungsverordnung der Regierung des ‚Protektorats Böhmen und Mähren‘, betreffend die Bodendurchforschung nach Mineralien vom 14.12.1939 (1940), S. 272 f.

2359 Kundmachung des MföA in Prag, womit die mit der Durchführung der Bodendurchforschung nach Mineralien betrauten Organe bestimmt werden und der Umfang ihrer Betrauung abgegrenzt wird, vom 29. April 1940 (1940), S. 273. Ergänzend dazu Erlass des MföA in Prag, betreffend Durchführung der Regierungsverordnung über die Bodendurchforschung nach Mineralien vom 7.5.1940 (1940), S. 273.

2360 Vgl. Runderlass Nr. 85 des Präsidiums des MföA (G.Z. 1040/80 Präs.-1940) betr. Abänderung der Organisation der IV. Sektion des MföA, 31.7.1940, Nationalarchiv Prag (NAP),

mit der Steuerung der Forschungsarbeiten beauftragt. Weitere Mitglieder der Kommission waren die Ministerialbeamten und Ingenieure Václav Falta und Jindřich Věříš, Alois Matějka, der Leiter, und Ladislav Čepěk, der Chefkommissar der Geologischen Anstalt für Böhmen und Mähren, Rudolf Běhounek von der Geophysikalischen Anstalt in Prag sowie die Ingenieure Karel Klima und Martin Fraj als Vertreter des ‚Protektoratsunternehmens Bergbau und Hüttenwerke‘.²³⁶¹ Der Kommission gehörte demnach kein Deutscher an.

In der Folge wurden die regionalen Wirtschaftsorgane im Namen des MföA angehalten, die Arbeiten der Kommission für Bodenforschung nach Kräften zu unterstützen.²³⁶² Die auf dieser Grundlage eingehenden Informationen über bis dahin ungenutzte Rohstoffvorkommen sollten von ihr ausgewertet werden und schließlich die Grundlage für ein Explorationsprogramm bilden. Dem lag der Plan zugrunde, die in Frage kommenden Gebiete zunächst geologisch und geophysikalisch zu untersuchen, und bei positiven Ergebnissen mit dem Abbau zu beginnen. Die Aufgabe der Kommission bestand bei alledem auch darin, den Umfang der Bodenuntersuchungen und die Höhe der dafür erforderlichen finanziellen Mittel festzulegen, die vom MföA bereitgestellt wurden.²³⁶³ Wie aus den Sitzungsprotokollen der Kommission hervorgeht, wurde das von ihr im Februar 1941 vorgelegte und sich vor allem auf Kohle-, Gold- und Erzvorkommen erstreckende Erkundungsprogramm vom MföA genehmigt.²³⁶⁴ Von der Beauftragung des Ministeriums mit der geologischen Erforschung des ‚Protektorats‘ bis zur Aufstellung des Kommissionsprogramms waren inzwischen über dreizehn Monate vergangen.

MVP, dodatky I, Sig. 234b II 155, unp.

2361 Vgl. Niederschrift der 3. Sitzung der Kommission für Bodenforschung des MföA, 27.10.1941, ebd., unp. Im Zuge dieser Entwicklung wurde in der Geologischen Anstalt für Böhmen und Mähren eine „Abteilung für die Bodenforschung nach Mineralien“ errichtet, die die Hauptaufgabe hatte, „die Evidenz von Bohrungen und Abteufungen zu führen und eingelaufene Meldungen zu bewerten“. Darüber hinaus kam es zur Einrichtung einer Steinbruchkartei, was vermutlich auf den Einfluss der RfB zurückzuführen war. Das Bergwesen im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ im Jahr 1940 (S. 21), BArch Berlin, R 3101, Nr. 30860, Bl. 87–97R, hier Bl. 97.

2362 Dies geschah nicht ohne Druck. So wurden die Bezirksbergämter angewiesen, die Besitzer von Bergbaulizenzen aufzufordern, ihnen ein Arbeitsprogramm zum Abbau der Rohstoffe vorzulegen. Falls die Eigentümer nicht beabsichtigten, im Rahmen ihrer Lizenzen tätig zu werden, wurde ihnen mitgeteilt, dass das MföA beabsichtige, in diesen Gebieten Explorationen durchzuführen, was aber nicht ohne eine Vereinbarung mit den Eigentümern erfolgen sollte. MföA an das Bergbaurevier für das Land Böhmen (Prag), 19.3.1941, NAP, MVP, dodatky I, Sig. 234b II 155, unp.

2363 Dr. J. Plíhal (Abteilung des Kommissars für Kommunalverwaltung, Regionalarbeit und Kommunikation) an die regionalen Wirtschaftsräte in Plzeň, Kladno, Pardubice, Ml. Bolešlav, Hladič Král., Něm Brod, Prag, Brno, Olomouc, Moravská Ostrava, Zlín, Hodonín, 21.11.1940, ebd., unp.

2364 Vgl. MföA betr. Festlegung des Programms zur mineralischen Erforschung des Bodens an die Geologische Anstalt für Böhmen und Mähren, das Geophysikalische Institut Prag und das Sekretariat des MföA, 19.3.1941, ebd., unp.

Das blieb den Besitzern nicht verborgen. Die Untersuchungen im Gelände waren vor allem Aufgabe der Geologischen Anstalt von Böhmen und Mähren. Obwohl die Anstalt in ihrem Arbeitsprogramm die geologische Aufnahme (Kartierung) zu Gunsten praktisch-geologischer Arbeiten (Lagerstättenforschung, Hydro- und Bauingenieurgeologie) in den Hintergrund gedrängt hatte, zeigte sich die deutsche Besatzungsverwaltung mit ihren Leistungen nicht zufrieden.²³⁶⁵ In einem überheblichen Vermerk über die Prager Anstalt hielt ein Vertreter der deutschen Besatzungsverwaltung – vermutlich der Referent für Bodenforschung im Amt des ‚Reichsprotectors‘ Hans Joachim Martini²³⁶⁶ – Anfang März 1941 fest, dass dort 16 Geologen, drei Chemiker und 30 Angestellte beschäftigt seien, zu denen noch drei freiwillige Mitarbeiter kämen.²³⁶⁷ „An deutschen Verhältnissen gemessen“, reiche dieser Stab zur Bewältigung der anfallenden Aufgaben ohne weiteres aus. Die „Hauptaufgabe der Anstalt“ müsse es sein, „den durch Krieg und Vierjahresplan gestellten Anforderungen gerecht zu werden, d. h. eine eingehende geologisch-lagerstättenkundliche Durchforschung der nutzbaren Bodenschätze des Landes zu unternehmen“. Dieser Aufgabe sei die Anstalt aber „bisher in keiner Weise gerecht geworden“. Zwar habe sie, da wo es verlangt worden sei, einzelne Lagerstätten untersucht, mit der dringend notwendigen „planmäßigen Durchforschung aller Lagerstätten des Landes“ sei bis dahin aber nicht begonnen worden, obwohl das innerhalb der zwei Jahre, in denen das ‚Protektorat‘ nun bestehe, „unschwer hätte durchgeführt werden können“. Dieses „Außerachtlassen einer selbstverständlichen Notwendigkeit“ habe dazu geführt, dass der Aufschluss neuer und nicht mehr betriebener kriegswirtschaftlich wichtiger Vorkommen „in unerwünscht fühlbarer Weise, zum Teil vielleicht sogar für die Kriegsdauer verhindert worden“ sei.²³⁶⁸

2365 Zu den Arbeiten der Geologischen Anstalt von Böhmen und Mähren im Jahr 1940 siehe den Eintrag „Geognostische Landesuntersuchung“ in: Das Bergwesen im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ im Jahr 1940 (S. 19–21), BArch Berlin, R 3101, Nr. 30860, Bl. 87–97R, hier Bl. 96f.

2366 Der im Folgenden behandelte Vermerk vom 1.3.1941 trägt zwar keine Unterschrift, stammt aber vermutlich von Martini, der genau an diesem Tag mit dem Leiter der Geologischen Anstalt (Prag) Matějka „die Frage einer systematischen Erforschung von Mineralvorkommen“ in Böhmen und Mähren und die Zusammenarbeit mit dem Referat Bodenforschung im Amt des ‚Protektors‘ besprach. Der Vermerk stellt daher vermutlich so etwas wie einen Ergebnisbericht dar. Der Hinweis auf die Besprechung zwischen Matějka und Martini am 1.3.1941 findet sich in Schreiben des Präsidiums des MföA (Č 1027/15 pres.-1941) u.a. an den Persönlichen Sekretär des Ministers (MföA), die Abteilung IV. des MföA und die Geologische Anstalt betr. Untersuchung des Arbeitsfortschritts der Geologischen Anstalt für Böhmen und Mähren und einiger damit zusammenhängender Fragen, 12.3.1941, NAP, MHP 87, unpag.

2367 Eine Mitarbeiterliste findet sich im Anschluss eines Vermerks von Alois Štěpka (Geologische Anstalt für Böhmen und Mähren, Prag) über eine Besprechung in der RfB (Berlin) am 4.3.1941 über den Arbeitsplan für 1941, 5.3.1941, ebd., unpag.

2368 Vermerk betr. Geologische Anstalt für Böhmen und Mähren, 1.3.1941, ebd., unpag.



Abb. 62: Hans Joachim Martini. 1940–1945 Leiter des Referats Bodenforschung im Amt des ‚Reichsprotectors von Böhmen und Mähren‘ (hier im Mai 1945).²³⁶⁹

Aus all dem leitete der Berichterstatter ab, dass es „unbedingt erforderlich“ sei, die bisher ausgebliebene „Durchforschung des Protektorats“ in „möglichst schneller und planmäßiger Weise“ nachzuholen. Dazu sei „eine enge Zusammenarbeit“ zwischen der Anstalt und dem Referat Bodenforschung bei der Gruppe Wirtschaft des ‚Reichsprotectors‘ notwendig, „damit die einzelnen Lagerstätten in der Reihenfolge ihres kriegswirtschaftlichen Wertes und in zweckmäßiger Weise untersucht“ würden und für die Arbeiten zudem auch die Untersuchungsmöglichkeiten zur Verfügung stünden, die der Geologischen Anstalt bisher fehlen würden, in der RfB jedoch vorhanden seien (Geophysik, Mikropaläontologie, Paläobotanik, Bodenkunde, spektroskopische, bergmännische und technische Untersuchungsmethoden). Darüber hinaus sei die Anstalt darauf hinzuweisen, ihre geologischen Begutachtungen „immer mit größter Sorgfalt und in einer Form“ durchzuführen, „die die überparteiliche Stellung des Gutachters“ unterstreiche. Zudem sei es notwendig, ihr bessere Räumlichkeiten zuzuweisen, um ihre Arbeitsmöglichkeiten zu verbessern. Die „unglücklichen räumlichen Verhältnisse“ hätten nämlich inzwischen dazu geführt, dass die Geologen „viel zu Hause arbeiten“ würden und somit „nicht in dem erwünschten Maße unter Aufsicht“ stünden. Folglich sei zu befürchten,

2369 Antrag Martinis zur Ausstellung eines Führerscheins an den Polizeipräsidenten (Abt. III, Prag), 2.5.1945, NAP, M 1198/1 (Polizeidirektion Prag II – Allgemeine Registratur 1941–1950), kart 7118, unpubl.

„dass sich die Geologen mehr mit ihren wissenschaftlichen Interessen als mit den im Interesse der Gesamtheit vordringlichen Aufgaben befassen“.²³⁷⁰

Nur drei Tage nach dem Bericht wurde der kommissarische Leiter der Geologischen Anstalt für Böhmen und Mähren, Alois Matějka, zur Besprechung des Arbeitsplans für 1941 in die RfB nach Berlin zitiert.²³⁷¹ Demnach lag die Leitung der Bodenforschungsarbeiten im ‚Protektorat‘ nicht beim Amt des ‚Reichsprotektors‘ oder gar im MföA, sondern wurde von der RfB in Berlin reklamiert. Im Mittelpunkt der Besprechung standen zunächst Fragen der Kartierung, so etwa die Arbeiten an einer Übersichtskarte im Maßstab von 1:200.000 und das Ziel, die von den RfB-Zweigstellen Freiberg (Karten von Aussig und Reichenberg) und Wien (Grenzgebiet zu Böhmen) erstellten Karten im Maßstab 1:75.000 mit denen der Prager Anstalt (Karte Böhmens) in Übereinklang zu bringen. Darüber hinaus lag Berlin viel an der Erstellung von Lagerstättenkarten, die Aufschluss über die Vorkommen wichtiger Steine (Steinbrüche) und Tone geben sollten. Im Vergleich zu den praktisch-geologischen Aufgaben waren die Übersichtskartierungen jedoch zweitrangig und sollten nur dann durchgeführt werden, wenn dafür freie Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Als wichtiger erachtete die RfB die Exploration und Kartierung der Ölgebiete Mährens, wo bereits von ihr veranlasste geophysikalische Aufnahmen durchgeführt wurden.²³⁷² Ebenso zeigte sich Berlin an Kartierungen in der Umgebung von Mährisch Ostrau (Ostrava) interessiert, die vor allem im Hinblick auf geplante Infrastrukturmaßnahmen (Wasserversorgung und Kanalbauten) bedeutsam waren. Schließlich forderte die RfB eine systematische Lagerstättenforschung, wobei sie vor allem Wert auf Erz- und Kohlevorkommen, auf die Untersuchung von Steinbrüchen, Ton- und Lehmlagern sowie Sand- und Kiesgruben legte.²³⁷³

Der durch Berlin und die Wirtschaftsabteilung des ‚Reichsprotektors‘ erzeugte Druck hinterließ Spuren, denn das MföA wies die Geologische Anstalt in Prag nun an, die planmäßige Suche nach Bodenschätzen zu forcieren und sich dabei von den durch Krieg und Vierjahresplan vorgegebenen Erfordernissen leiten zu lassen. Vor allem sahen sich Matějka und seine Mitarbeiter

2370 Vermerk betr. Geologische Anstalt für Böhmen und Mähren, 1.3.1941, NAP, MHP 87, unpag.

2371 An der Besprechung nahmen Brockamp, Kegel, Cissarz, Martini und Matějka teil, am Ende stieß auch Keppler dazu. Vermerk von Alois Matějka (Geologische Anstalt für Böhmen und Mähren, Prag) über eine Besprechung in der RfB (Berlin) am 4.3.1941 über den Arbeitsplan für 1941, 5.3.1941, ebd., unpag.

2372 Die geophysikalischen Untersuchungen wurden vielerorts von deutschen Teams, so etwa auch der Prakla durchgeführt. Vgl. Vereinbarung zwischen der RfB und der Gesellschaft für praktische Lagerstättenforschung GmbH (Berlin) über Schweremessungen im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘, 13.11.1941/17.11.1941, BArch Berlin, R 71, Nr. 72, unpag. Vgl. zudem Berichte von Georg Hermann Reich (RfB Berlin) über den Stand der seismischen Refraktionsmessungen der Prakla in Südmähren (Stand vom 27.5.1941 und 27.6.1941), 7.6.1941, beide in BGR-Archiv Hannover, Nr. 67912, unpag.

2373 Vgl. Vermerk von Alois Matějka (Geologische Anstalt für Böhmen und Mähren, Prag) über eine Besprechung in der RfB (Berlin) am 4.3.1941 über den Arbeitsplan für 1941, 5.3.1941, NAP, MHP 87, unpag.

angehalten, eng mit Martinis Referat zusammenzuarbeiten.²³⁷⁴ Mitte März 1941 verständigten sich Martini und Matějka über das neue von der RfB vorgegebene Arbeitsprogramm, das über die Abteilung IV des MföA, im Einvernehmen mit dem Amt des ‚Reichsprotectors‘ koordiniert werden sollte und das bereits bestehende Programm der Kommission für Bodenforschung des MföA ergänzte (siehe Tab. 46).²³⁷⁵ Damit wurde der bis dahin bestehende Regulierungsanspruch des MföA gegenüber der Geologischen Anstalt für Böhmen und Mähren untergraben, denn das Ministerium war nur berechtigt, in die Arbeiten seiner Kommission einzugreifen, während ihm dies im Fall des von den Deutschen gesetzten Programms nicht möglich war.²³⁷⁶ Aber selbst im Hinblick auf seine Kommission geriet das MföA bald in die Defensive, denn Martini nahm nicht nur neue Untersuchungen in das RfB-Arbeitsprogramm auf, sondern auch Einfluss auf die MföA-Kommissionprojekte, indem er die Reihenfolge ihrer Bearbeitung festlegte. Um beide „Teile der Bodenforschung“ (MföA-Kommissions- und RfB-Programm) zusammenzuführen, schlug Martini schließlich vor, einmal im Monat im MföA zu tagen und ihn hinzuzuziehen, womit er seinen Lenkungsanspruch unmissverständlich deutlich machte.²³⁷⁷

2374 Der Leiter der Wirtschaftsabteilung im Amt des ‚Reichsprotectors‘, von Wedelstädt, hatte den Forderungen der RfB ebenfalls Nachdruck verliehen. Das MföA forderte daraufhin, der Geologischen Anstalt geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen und eine für die Mitarbeiter „zufriedenstellende Gehaltsanpassung“ in die Wege zu leiten. Da die Geologische Anstalt auf zwei Standorte in Prag verteilt war und alle Arbeiten in einem Gebäude konzentriert werden sollten, wurde sogar ein Neubau ins Auge gefasst und ein Bauprogramm aufgestellt. Schreiben des Präsidiums des MföA (Č 1027/15 pres.-1941) u.a. an den Persönlichen Sekretär des Ministers (MföA), die Abteilung IV des MföA und die Geologische Anstalt betr. Untersuchung des Arbeitsfortschritts der Geologischen Anstalt für Böhmen und Mähren und einiger damit zusammenhängender Fragen, 12.3.1941, NAP, MHP 87, unpag.

2375 Im Mittelpunkt des Programms stand die Untersuchung der mährischen Erdölgebiete sowie verschiedener Gold-, Silber-Blei-Zink-, Antimon-, Kupfer- und Kohlevorkommen. Bei der Bearbeitung der Lagerstätten sollten neben der Geologie auch alle bisherigen Arbeiten (z.B. Stollen, Schächte) und Aufschlüsse auf Karten erfasst, sämtliche Literatur, alte Karten und anderes Archivmaterial herangezogen und ausgewertet werden. Auf diese Weise sollte für jede Lagerstätte ein umfassender Bericht entstehen, der Angaben über die geologische Lage, die Abbaugeschichte und deren Ergebnisse, über den aktuellen Zustand und eine Gesamtbewertung enthielt. Zudem sollten Vorschläge für etwaige Neuaufschlüsse unterbreitet und Schätzungen der Reserven vorgenommen werden. Auf diese Weise sollten schließlich alle Lagerstätten nach und nach registriert und bewertet werden. Vgl. Protokoll Matějkas über die Besprechung im Referat Bodenforschung (Martini) im Amt des Reichsprotectors über das 1941 durchzuführende Forschungsprogramm und die Zusammenarbeit mit dem Referat Bodenforschung am 17.3.1941, 18.3.1941, NAP, MVP, dodatky I, Sig. 234b II 155, unpag.

2376 Auf diese unterschiedlichen Kompetenzbereiche und die Tatsache, dass das MföA (Abt. IV) nur für die Regulierung und Verwaltung seiner Bodenforschungskommission zuständig war, verweist ein Schreiben des MföA (25/8-IV1) an Präsidium des MföA betr. Überprüfung des Arbeitsfortschritts der Geologischen Anstalt für Böhmen und Mähren und einige damit zusammenhängende Fragen, 22.3.1941, NAP, MHP 87, unpag.

2377 Vgl. Vermerk des MföA (25/74-IV/1 ai 41), 5.11.1941, NAP, MVP, dodatky I, Sig. 234b II 155, unpag.; Niederschrift über die am 13.10.1941 zwischen Martini und dem Leiter der

Tab. 46: Geologische Untersuchungen und Ausgaben der Kommission für Bodenforschung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten der ‚Protektoratsregierung‘ – für 1941 und 1942 tatsächliche Ausgaben, für 1943 geplante Ausgaben (Mittel für Betriebskosten und Investitionen in Kronen).²³⁷⁸

Programm zur Erkundung	Ausgaben 1941 in Kronen	Ausgaben 1942 in Kronen	Plan 1943 in Kronen	Bemerkung
des produktiven Karbons in Mähren bei Hustopeče nad Bečvou	39.531	-	-	Geophysikalische Untersuchung 1941 abgeschlossen.
des goldhaltigen Gebiets bei Nový Knín	528	18.657	360.000	Im Frühjahr 1942 begonnen.
des Erzbezirks bei Silberberg	229.649	746.288	1.415.000	Im Juli 1941 begonnen.

- Abt. IV des MföA, Mráz, und seinen Mitarbeitern Falta und Věříš, Alois Matějka von der Geologischen Anstalt für Böhmen und Mähren, und dem Leiter des Unternehmens „Protektorat Bergbau und Hüttenwerke“ Ing. Bohuslav Hegner und seinem Mitarbeiter Fraj, abgehaltene Besprechung, ebd., unpag.; Niederschrift der 3. Sitzung der Kommission für Bodenforschung des MföA, 27.10.1941, ebd., unpag. Dies galt offenbar noch nicht für die Sitzungen der MföA-Kommission, denn an der vierten Sitzung der Kommission am 19.11.1941 im MföA (Abt. IV) nahm wieder kein deutscher Vertreter teil. Vgl. Protokoll des MföA über die 4. Sitzung der Kommission für Bodenforschung des MföA (Č 25/85-IV/1 ai 41), 19.11.1941, NAP, MVP, dodatky I, Sig. 234b II 155, unpag.
- 2378 Nach MWA (Sektion IV 1) an die ‚Protektorats Berg- und Hüttenwerke‘ (Zentralkommission) mit anliegendem Protokoll über die 6. Sitzung der Kommission für die Überwachung der mit der Bodenforschung nach Mineralien verbundenen Angelegenheiten und Übersicht über die Ausgaben der Bodenforschung im Jahre 1942, 30.4.1943, NAP, USp, 1065, unpag.; Aufstellung des MWA (Prag) betr. Betriebskosten der Bodendurchforschung nach Mineralien im Jahre 1942 (W IV/1-25/144/1943): Ausweis über die zu Lasten des ‚Protektorats-Voranschlags‘ für das Jahr 1942 Kap. 12, Tit. 5, § 1, Posten 15 ‚Durchführung der Bodendurchforschung nach Mineralien verrechneten Ausgaben/Betriebskosten‘, 14.1.1943, NAP, MHP dodatky II Inv-Nr. c115, Zkl-c-WIV-25-155, unpag. Die in die Spalte „Bemerkungen“ aufgenommenen Informationen gehen zurück auf Haushaltsentwurf des MföA für das Jahr 1942 einschließlich der erwarteten Ergebnisse für 1941 als Teil des Protokolls des MföA über die 4. Sitzung der Kommission für Bodenforschung des MföA (Č 25/85-IV/1 ai 41), 19.11.1941, NAP, MVP, dodatky I, Sig. 234b II 155, unpag.; Entwurf eines Protokolls über die 5. Sitzung der Kommission für Bodenforschung mit anliegenden Aufstellungen „Ergebnis der Bodenforschung im Jahre 1941“ und „Programm der Bodenforschung für das Jahr 1942“, 11.5.1942, ebd., unpag.; MföA betr. Protokoll der 4. Sitzung der Kommission für Bodenforschung vom 19.11.1941 an Geologische Anstalt für Böhmen und Mähren (Prag), Geophysikalisches Institut (Prag) und das Sekretariat für Unternehmen und Fonds des MföA, mit anliegendem Haushaltsentwurf für 1942, 22.11.1941, ebd., unpag.; Vermerk des MföA betr. Besprechung mit Martini am 13.1.1942 (Č 25/100-IV/1.1942), 14.1.1942, ebd., unpag.; MWA (W IV) an die ‚Protektorats Berg- und Hüttenwerke‘ (Zentralkommission, Prag) mit Protokoll über die 7. Sitzung der Kommission für die Überwachung der mit der Bodenforschung nach Mineralien verbundenen Angelegenheiten und Programm der Bodenforschung nach Mineralien für das Jahr 1943, 30.6.1943, NAP, USp. 1065, unpag.

goldführender Ausschwemmungen des Otawaflusses bei Strakonice ²³⁷⁹	192.122	-	-	Erkundung im Juli 1941 abgeschlossen.
des goldführenden Erzgebiets bei Schönberg a.d. Moldau	173.195	754.548	1.600.000	Im Jahr 1941 begonnen.
des Erzgebiets bei Ratibořice und Staré Vožice	-	2.291	10.000	Im Frühjahr 1942 begonnen.
des Kohlenterrains bei Chýnov	10.469	25	-	Ende 1941 geophysikalische Untersuchung und Bohrung.
des Permokarbons bei České Budějovice	739.935	244.164	460.000	Im Dezember 1941 mit Tiefbohrungen begonnen.
des Kohlengebiets Slánsko ²³⁸⁰	1.400.648	669.787	300.000	1941 Beginn geophysikalischer Arbeiten und Bohrungen.
des Kohlengebiets Rakovník	78.226	84.777	394.000	1941 und 1942 Bohrungen.
des Lignitbeckens bei Bzenec	81.945	-	-	1941 und 1942 Bohrungen.
des Erzreviers Kutná Hora (Blei-Zinkerz)	-	265.465	1.000.000	Arbeiten im Dezember 1941 begonnen.
des Erzgebiets bei Stříbrná Skalice	-	-	6.000	Montanistisches Gutachten.
des südmährischen Naphthagebietes	-	59.579	100.000	1942 Beginn geophysikalischer Arbeiten.
des Chromitvorkommens bei Drahonín	-	17.481	-	Geophysikalische Arbeiten 1942 beendet.
des Erzgebiets bei Hory Matky Boží	-	-	5.000	Montanistisches Gutachten.
des Goldvorkommens bei Zlátenka	-	-	-	Vorläufige Schurfarbeiten.
der Kupfervorkommen in Nordböhmen	-	-	50.000	Anfangsarbeiten.
der Blei- und Silbererzvorkommen bei Skorotín ²³⁸¹	-	-	30.000	Schurfarbeiten.

2379 Im September 1944 regte Martini an, den Abbau und die Aufbereitung von Fluss-Sanden bei Strakonitz/Modleschowitz im ‚Protektorat‘ auf „Monazitsand (Cer, seltene Erden und Zirkon)* durch die Prakla vornehmen zu lassen, was vom RWM befürwortet wurde. Vermerk des RWM (OBH) betr. fernmündliche Besprechung mit Dr. Funder vom RfB, 21.9.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30785, Bl. 207f.

2380 Vgl. dazu ‚Protektorats Berg- und Hüttenwerke‘ (Zentraldirektion, Prag) an MWA (Sektion IV, Prag) mit anliegendem Schlussbericht über die im Teilgebiet von Serbetsch durchgeführten Forschungen, 3.1.1945, NAP, USp. 1064, unpag.

2381 Vgl. dazu ‚Protektorats Berg- und Hüttenwerke‘ (Zentraldirektion, Prag) an MWA (Sektion W IV, Prag) betr. Erzfund bei Skorotin, 5.6.1943, NAP, MVP 2144, unpag.; ‚Protektorats Berg- und Hüttenwerke‘ (Zentraldirektion, Prag) an MWA (Sektion W IV, Prag) betr. Skorotin – Tätigkeitsbericht für Juli 1943, 1.9.1943, ebd., unpag.; ‚Protektorats Berg- und Hüttenwerke‘ (Zentraldirektion, Prag) an MWA (Sektion W IV, Prag) betr. Skorotin-Schurfarbeiten auf Blei- und Silbererze, 20.10.1943, ebd., unpag.; ‚Protektorats Berg- und Hüttenwerke‘ (Zentraldirektion, Prag) an MWA (Sektion W IV, Prag) betr. Schlussbericht über die Schurfarbeit in Skorotin, 9.3.1945, NAP, MHP, dodatky II, 64, unpag.

der Asbestvorkommen bei Mirovice	-	-	50.000	Schurfarbeiten.
zum Aufsuchen verschiedener Tone	-	-	100.000	
der Blei- und Silbererze in Hůrka	-	-	305.000	Schurfarbeiten.
SONSTIGE AUSGABEN				
Berghauptmannschaft für das Land Böhmen und Mähren, Prag	-	10.512	-	Ankauf von topographischen Karten des ‚Protektorats‘.
Geologische Anstalt für Böhmen und Mähren, ab 1943 AfB Prag	-	115.428	480.000	Ankauf von Kanzleierichtungen, einer seismischen Feldapparatur, Pkw.
Montanistische Hochschule, Institut für Markscheidewesen u. Geodäsie, Pibrans	101.600	-	290.000	Ankauf einer magnetischen Feldwaage und eines Gravimeters.
Schulung Personal Geophysik. Institut, Prag	300.300	6.026	-	Ankauf einer Feldapparatur für seismische Messungen.
Institut für Teere und Öle, TH Prag (Prof. G. Spengler)	-	-	100.000	Auftrag über Raffination u. Verarbeitung mähr. Erdöls.
Zentraldir. Unternehmen, Protektorats Berg- und Hüttenwerke, Prag	396	-	255.000	Ankauf von Karten und eines Bohrgeräts.
SUMME	3.348.545	3.040.029	7.310.000	

Ende November 1941 fand die erste dieser ‚zusammenführenden Tagungen‘ statt. In ihr wurden nicht nur die wenige Tage zuvor in der vierten Sitzung der MföA-Kommission neu aufgenommen Forschungsfragen (v.a. Kohle- und Erzlagerstätten) behandelt und von Martini gutgeheißen, sondern ebenso die von der RfB veranlassten Forschungen (u.a. Gold-, Blei-, Glimmer- und Zinkvorkommen) im ‚Protektorat‘ vorgestellt. Als die tschechischen Vertreter im Hinblick auf die Durchführung der Untersuchungen auf den bestehenden Personalangel und die Absicht verwiesen, neue Arbeitskräfte einzustellen, wurde festgelegt, Martini eine Liste aller betreffenden Personen vorzulegen, „um festzustellen, ob Einwände gegen ihre Beschäftigung“ bestanden.²³⁸² Darüber hinaus sahen sich auch die in die Untersuchungen involvierten Unternehmen, Bergämter und das MföA gezwungen, der Wirtschaftsabteilung des ‚Reichsprotektors‘ alle relevanten Unterlagen über ihre Tätigkeiten, so etwa über geologische und geophysikalische Untersuchungen, die Ansatzpunkte und Schichtenverzeichnisse von Bohrungen und Schächten sowie Angaben über Rohstoffvorkommen und Produktionsmengen, zugänglich zu machen.²³⁸³

2382 Protokoll des MföA (Abt. IV) über eine Sitzung mit Martini (Č 25/87-IV/1 ai 41) am 25.11.1941, 27.11.1941, ebd., unpag.

2383 Vgl. Martini (Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, II/1 Bodenforschung) an MföA (Prag) betr. Unterlagen der Firma Bata über die Bohr- und Aufschlusstätigkeit der genannten Firma in Mähren, 18.3.1941, NAP, MVP, dodatky I, Sig. 234b II 155, unpag.; von

Der wachsende Einfluss der Deutschen erstreckte sich auch auf die Geologische Anstalt für Böhmen und Mähren, an der es 1941 zur Einrichtung einer neuen Abteilung für Bodenkunde kam. Den Hintergrund hierfür bildete eine von den deutschen Behörden veranlasste bodenkundliche Übersichtsaufnahme im ‚Protektorat‘, die im Zusammenhang mit von den Besatzern entwickelten Raumordnungsplänen stand, die die Grundlage für die Steuerung der Niederlassung von Industriebetrieben, die Besiedlung und die Bestimmung der für militärische Zwecke erforderlichen Flächen, unter Berücksichtigung des Schutzes landwirtschaftlicher Nutzflächen, darstellten.²³⁸⁴

Der Zweck der Bodenkartierung bestand darin, die Bodenbeschaffenheit auf Karten so darzustellen, dass daraus die wichtigsten Eigenschaften der Böden erkennbar wurden. Diese Karten waren nicht nur für die Landes- und Raumplanung wichtig, sondern bildeten ebenso eine Grundlage für Maßnahmen im primären Sektor (z.B. Melioration und Feldbewirtschaftung), für Fragen der Waldbewirtschaftung und dienten Kulturtechnikern und Wasserbauingenieuren als Bewertungsunterlage bei der Einschätzung der für die Landgewinnung wichtigen Wasserbedingungen.²³⁸⁵ Darüber hinaus stellten die Karten auch ein Hilfsmittel zur Klassifizierung der Böden im Sinne der Reichsbodenschätzung dar, was zeigt, dass die in Deutschland ergriffenen Maßnahmen auch in dieser Hinsicht auf das besetzte tschechische Gebiet ausgeweitet wurden.²³⁸⁶ Mit der Durchführung der Geländearbeiten (u.a. Bohrungen und Aufgrabungen bis zu zwei Meter Tiefe, als Voraussetzung für die Feststellung des Bodenzustands) beauftragte das Amt des ‚Reichsprotektors‘ das MföA, das auch ihre Finanzierung übernehmen musste. Die Ergebnisse der Untersuchung über die Bodenarten und -typen sowie über die Wasserverhältnisse sollten in Karten im Maßstab 1:75.000 übertragen und anschließend gedruckt werden. Die auf drei Jahre veranschlagte Untersuchung des gesamten ‚Protektorats‘ sollten zwölf Gruppen unter Leitung von Geologen durchführen, deren Mitglieder durch den RfB-Geologen Ernst Schönhals (NSDAP 1929) geschult wurden.²³⁸⁷ Nach Probekartierungen und der Bereitstellung

Hülsen (Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, II/1) an MföA (Sektion Bergbau, Prag), 7.2.1941, ebd., unpag.

2384 Vgl. Vermerk der Abteilung IV des MföA über eine Sitzung über Zweck und Umfang der Forschungen über Bodentypen im ‚Protektorat‘ im Hinblick auf die Raumordnung, 19.6.1941, ebd., unpag.

2385 Vgl. Bericht von Ernst Schönhals (RfB Berlin): Die Bodenkartierung im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘, 30.6.1941, ebd.; Schönhals, Aufgaben (1944), S. 334–349.

2386 Vgl. ebd. S. 342. In diesem Zusammenhang verweist Christoph Roolf auf den wichtigen Umstand, dass Geologen und Bodenkundler des RfB auf Veranlassung Himmlers in seiner Funktion als ‚Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums‘ (RKF) bis mindestens 1942 Bodenschätzungskarten für die eingegliederten Gebiete Ost- und Südosteuropas erstellten. „Diese Karten schienen während der vorbereitenden und begleitenden Planungsarbeiten des RKF bei der Um- und Ansiedlung von Volksdeutschen in den eingegliederten Ostgebieten und der Vertreibung der dortigen polnischen und jüdischen Bevölkerungsteile ins Generalgouvernement mit herangezogen worden zu sein“. Roolf, Altreich (2018), S. 239.

2387 Vermerk der Abteilung IV des MföA über eine Sitzung über Zweck und Umfang der

der Mittel durch die ‚Protektoratsregierung‘ wurde im September 1941 mit der Kartierung begonnen. Ihre praktische Durchführung erfolgte durch die Geologische Anstalt für Böhmen und Mähren, der zu diesem Zweck die oben genannte neue Abteilung für Bodenkunde angegliedert wurde.²³⁸⁸

Das im Herbst 1941 zu beobachtende energischere Vorgehen Martinis gegenüber dem MföA und seinen tschechischen Fachkollegen hing möglicherweise damit zusammen, dass sich genau in dieser Zeit einschneidende Veränderungen in der Besatzungsverwaltung Böhmens und Mährens vollzogen, die auch Folgen für die institutionelle Verfasstheit der staatlichen geologischen Forschung der ehemaligen ČSR hatten. Den Ausgangspunkt dieser Entwicklung markierte die Beurlaubung des für seine moderate Vorgehensweise gegenüber den tschechischen Organen und der Bevölkerung bekannten ‚Reichsprotektors‘ von Neurath durch Hitler, der den Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Himmlers rechte Hand, SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, zum stellvertretenden ‚Reichsprotektor‘ ernannte. Den Hintergrund für den personellen Wechsel bildete der nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges, insbesondere nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941, nicht nur im ‚Protektorat‘, sondern in allen besetzten Gebieten verstärkt aufkommende Widerstand gegen die deutschen Besatzer, mit dem Streiks, Sabotageaktionen und Attentate einhergingen und den die Deutschen mit drakonischen Gegenmaßnahmen beantworteten. Der Rückgang der Produktivität der tschechischen Rüstungsindustrie und die auch im ‚Protektorat‘ zunehmenden Aktivitäten des Widerstands veranlassten Hitler, Heydrich nach Prag zu schicken, der dort am 27. September 1941 eintraf und sofort den Ausnahmezustand über Böhmen und Mähren verhängte.²³⁸⁹

Heydrichs „Befriedungsprogramm“ löste eine Verhaftungswelle aus, der beispielsweise der Ministerpräsident der ‚Protektoratsregierung‘, Alois Eliáš, und der Bürgermeister der Stadt Prag, Otakar Klapka, zum Opfer fielen, die wegen ‚Hochverrats‘ angeklagt wurden. Darüber hinaus leitete Heydrich eine ‚Verwaltungsreform‘ in die Wege, durch die die ‚Protektoratsregierung‘ umgebaut und ihres ‚autonomen‘ Einflusses beraubt wurde. Die neue Regierung wurde Mitte Januar 1942 eingesetzt, gleichzeitig die Zahl der tschechischen

Forschungen über Bodentypen im ‚Protektorat‘ im Hinblick auf die Raumordnung, 19.6.1941, NAP, MVP, dodatky I, Sig. 234b II 155, unpag.; Vermerk des MföA betr. Errichtung einer Abteilung für Bodenkunde an der Geologischen Anstalt Böhmen und Mährens, 19.6.1941, ebd., unpag.; Vermerk des MföA [betr. Richtlinien zur Durchführung der bodenkundlichen Arbeiten], 12.6.1941, ebd., unpag. Zu Schönhals siehe Anhang Biographien.

2388 Bis zum Herbst 1942 war nicht ganz ein Viertel des ‚Protektorats‘ kartografiert. Daher rechnete der für das Vorhaben verantwortliche Schönhals trotz einer Personalerhöhung damit, dass es sich noch bis mindestens 1945 hinziehen würde. Schönhals, Aufgaben (1944), S. 341, 349. Siehe auch den Eintrag „Geognostische Landesuntersuchung“, in: Das Bergwesen im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ im Jahr 1941 (S. 17–21), BArch Berlin, R 3101, Nr. 30860, Bl. 120 f.

2389 Dazu und zu weiteren Gründen (Entscheidung Berlins zur Deportation von Juden aus dem Reichsgebiet, allmähliche Durchsetzung der „Germanisierung“ Böhmen und Mährens) siehe Gerwarth, Reinhard Heydrich (2011), S. 272–277.

Ministerien reduziert und die verbliebenen Ressorts dem Büro des ‚Reichsprotectors‘ unmittelbar unterstellt.²³⁹⁰

Als besonders einschneidend erwies sich dabei die Neuschaffung des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit (MWA), das der Leitung des RWM-Beamten und SS-Oberführers Walter Bertsch unterstellt wurde.²³⁹¹ Das neue Ressort war für sämtliche Wirtschaftsfragen verantwortlich und sollte „eine weitreichende Exploitation der Wirtschaft in den böhmischen Ländern“ unter deutscher Leitung ermöglichen.²³⁹² Als Leiter der Wirtschaftsabteilung des MWA fungierte weiterhin Erich von Wedelstädt, der in Prag als einer der „wichtigsten Gefolgsleute“ Heydrichs galt.²³⁹³ Gleichzeitig wurden Mitarbeiter aus der Behörde des ‚Reichsprotectors‘ in die ‚tschechischen‘ Ministerien, Landes- und Bezirksbehörden eingeschleust, wo sie die Leitungspositionen in den wichtigsten Abteilungen übernahmen.²³⁹⁴

Dies galt in gewisser Weise auch für Martini, der als Referent im Amt des ‚Reichsprotectors‘ bereits die geologischen Untersuchungen der MföA-Kommission für Bodenforschung steuerte. Im Zuge der ‚Verwaltungsreform‘ Heydrichs ging aber schließlich auch die Zuständigkeit des aufgelösten MföA für den Bereich Berg- und Hüttenwesen auf das MWA über. Ende April 1942 wurde innerhalb des neuen Ministeriums eine Abteilung „Bodenforschung“ eingerichtet, deren Leitung Martini übernahm.²³⁹⁵ Damit verbunden war auch die Überleitung der ehemaligen MföA-Kommission, die für „die Ausarbeitung des Programms der Bodendurchforschung nach Mineralien und für die Überwachung aller damit zusammenhängenden Angelegenheiten“ verantwortlich war. Als Chef der Abteilung Bodenforschung im MWA fiel Martini nun auch ihre Leitung zu, der Matějka und dessen Kollegen folglich als ‚seine Sachbearbeiter‘ betrachtete.²³⁹⁶

2390 Vgl. ebd., S. 218–289.

2391 Brandes, Gebiete (2022), S. 103–105; Balcar, Industrie (2023), S. 695.; Balcar/Kučera, Rüstammer (2013), S. 45, 48. Zu Bertsch siehe Anhang Biographien.

2392 Tauchen, Arbeitsverwaltung (2019), S. 10.

2393 Das Ministerium war „eindeutig von den Vorstellungen Heydrichs geprägt“, seine „25 führenden Beamten (...) waren alle Mitte 30 und hatten an den renommiertesten deutschen Universitäten studiert“. Lee, Sessel (2021), S. 226.

2394 Vgl. Brandes, Gebiete (2022), S. 104 f.

2395 Die genaue Bezeichnung lautete „Abteilung W-B Bodenforschung“. Als Leiter der Sektion W-IV „Bergbau“ fungierte weiterhin ORR Dr. Ing. von Hülsen, während der bisherige Leiter der Abteilung Bergbau und Hüttenwesen im MföA, Ministerialrat Dr. Ing. Mráz, die Teilsektion W IV A „Berg- und Hüttenwesen/Hoheitsverwaltung“ übernahm. Demnach wurden auch tschechische Beamte des aufgelösten MföA ins MWA übernommen. Vgl. Geschäftsverteilungsplan des MWA, 30.5.1942, BAArch Berlin, R 30, Nr. 64, unpubl.

2396 MWA an Abt. W B/Bodenforschung, betr. Kommission für die Überwachung der mit der Bodenforschung nach Mineralien verbundenen Angelegenheiten, 8.7.1942, NAP, MVP, dodatky I, Sig. 234b II 155, unpubl.; Protokoll über die 5. Sitzung der Kommission für die Bodendurchforschung nach Mineralien, am 11.5.1942 im Gebäude des ehem. MföA, ebd., unpubl. Eine leicht veränderte Version dieses Erlasses betr. die Kommission findet sich in Präsidium des MWA an die Leiter der Sektion IV, der Abteilung W-B, des Amtes für Bodenforschung, der Ministerialrechnungsstelle und der Zentralkommission der ‚Protektorats Berg- und Hüttenwerke‘, 3.4.1943, NAP, USp 1065, unpubl. Siehe auch Martini (Deutscher

Die Omnipräsenz Heydrichs, der Anfang Juni 1942 infolge eines Attentats ums Leben kam, und die SS-Zugehörigkeit seines vorgesetzten Ministers Bertsch gaben vermutlich den Ausschlag dafür, dass sich Martini genau zu der Zeit seiner Eingliederung ins MWA dazu entschloss, der SS beizutreten.²³⁹⁷

Als Bediensteter des ‚Reichsprotektors‘ (ab August 1943 des Deutschen Staatsministers für Böhmen und Mähren)²³⁹⁸ überwachte Martini nicht nur „die Arbeiten, die ganze Tätigkeit und überhaupt das ganze Arbeitsprogramm“ der Geologischen Anstalt für Böhmen und Mähren, sondern hatte auch Anteil an ihrer nun folgenden Umstrukturierung.²³⁹⁹ Schon seit Juni 1939 hatten

-
- Staatsminister für Böhmen und Mähren, Abt. V/1 Bodenforschung) an Alfred Bentz (RfB Berlin, Abt. Erdöl) betr. Schwerölvorkommen der DEA und ROPA im Gebiet zwischen Mönitz und Sokolnitz südlich Brünn, 12.11.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 48405, unpag. Über Martinis Eintritt in die SS, der erst nach dem Attentat auf Heydrich erfolgte, gibt es in den Quellen unterschiedliche Angaben. In einem Lebenslauf vom September 1942 schreibt er, er sei „im Mai 1942 zwecks Übertritt in [die] SS“ aus dem NSKK ausgetreten. In dem dazugehörigen Fragebogen verwies er zwar auf seine zurückliegenden SA- und NSKK-Mitgliedschaften, ließ das Feld, das Auskunft über seinen Eintritt in die SS geben sollte, aber frei. Vgl. von Martini ausgefüllter Fragebogen des Rasse- und Siedlungshauptamtes mit anliegendem Lebenslauf, 2.9.1942, BArch Berlin, R 9361-III, Nr. 128036, unpag. Ein Kennblatt der SS betr. Martini weist als Eintrittsdatum in die SS den 1.4.1943 aus. Vgl. Kennblatt der SS betr. Martini, BArch Berlin, R 9361-III, Nr. 542251, unpag. Vgl. auch Verzeichnis der deutschen öffentlichen Bediensteten in Prag, die SS-Führer sind, NAP, AMV 110-7, Nr. 55, Bl. 69-72, hier Bl. 70. Im Zuge seiner Entnazifizierung verschwieg Martini seine Mitgliedschaft in der SS. Denn in einem Entnazifizierungsbescheid von 1949 wird zwar auf seine kurze SA- und von 1937 bis 1945 währende NSDAP-Mitgliedschaft verwiesen, seine SS-Zugehörigkeit jedoch nicht erwähnt. Vgl. Entnazifizierungshauptausschuss, Hildesheim-Nord betr. Entnazifizierungs-Entscheidung im schriftlichen Verfahren betr. Hans Joachim Martini, 25.6.1949, UB Freiburg (GAGV), Unverzeichneter Teilnachlass Martini, unpag. Das Verschweigen setzte er danach konsequent fort. Vgl. etwa von Martini ausgefüllter Fragebogen für die politische Überprüfung des Niedersächsischen Ministers für die Entnazifizierung, Hannover, 20.10.1950, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 85066, Bl. 3-5 (hier sogar die Antwort „nein“ bei der Frage nach der SS-Mitgliedschaft); Fragebogen „Persönliche Angaben“ (Formular E, Gesetz Nr. 25), ohne Datum (um 1953), BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 85067, unpag.
- 2398 Nach dem Tod von Heydrich wurde Staatssekretär Frank am 20.8.1943 zum Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren ernannt, der die Verwaltungsfunktionen des Amtes des ‚Reichsprotektors‘ übernahm. Vgl. Brandes, Gebiete (2022), S. 106. Das vorher beim ‚Reichsprotektor‘ bestehende Referat Bodenforschung wurde auch in das neue Staatsministerium überführt, sodass Martini nun sowohl dort (Abteilung V/1 Bodenforschung) als auch im MWA (Abt. W-B Bodenforschung) als verantwortlicher Sachbearbeiter fungierte. Das galt auch für Martinis Chef Bertsch, der als Minister des MWA und als Abteilungsleiter für Wirtschaft und Arbeit im Amt des ‚Reichsprotektors‘ und ab 1943 im Deutschen Staatsministerium tätig war. Vgl. Balcar/Kučera, Rüstkammer (2013), S. 48.
- 2399 Handschriftlicher Vermerk vom 24.10.1942 auf einem Schreiben des MWA an das Ministerium für Verkehr und Technik (Prag) betr. Geologische Anstalt für Böhmen und Mähren – Evidenz ihrer Tätigkeit, 18.3.1942, NAP, MHP 87, unpag. Martini hatte am 11.5.1942 erstmals auch an einer Sitzung der Kommission für Bodenforschung des ehem. MföA teilgenommen. Bei dieser Gelegenheit wurden die anwesenden tschechischen Vertreter nicht nur über die Einrichtung der Abteilung Bodenforschung im MWA und über „die beabsichtigte Reorganisation der Bodendurchforschung“ informiert, sondern erfuhren auch davon, dass die Bildung eines neuen „Amtes für Bodenforschung“ bevorstehe. Protokoll

verschiedene Rechnungskontroll- und Verwaltungsbehörden des ‚Protektorats‘ gegenüber dem MföA auf die Notwendigkeit einer Konzentration der praktischen geologischen Bodenforschung hingewiesen und für eine Angliederung des Geophysikalischen Instituts in Prag an die Geologische Anstalt für Böhmen und Mähren plädiert.²⁴⁰⁰ Tatsächlich war durch eine Verfügung des ‚Reichsprotektors‘ von Anfang Februar 1942 die Abteilung ‚Angewandte Geophysik‘ des Geophysikalischen Instituts in Prag mit der Geologischen Anstalt vereinigt worden.²⁴⁰¹ Nachdem auch die Bediensteten der Anstalt Mitte 1942 auf das MWA übergeleitet worden waren,²⁴⁰² befasste sich das Ministerium mit der Errichtung eines neuen Amtes für Bodenforschung.²⁴⁰³

Durch eine am 5. Januar 1943 erlassene Regierungsverordnung, an deren Entstehung Martini beteiligt war, ging aus der Geologischen Anstalt für Böhmen und Mähren und der Abteilung ‚Angewandte Geophysik‘ des Geophysikalischen Instituts in Prag ein neues „Amt für Bodenforschung in Böhmen und Mähren“ mit Sitz in Prag (AfB Prag) hervor, dessen Zuständigkeit sich auf das gesamte Gebiet des ‚Protektorats‘ erstreckte und das als Außenstelle des RfB betrachtet wurde. Die dem neuen Amt zugewiesenen Aufgaben orientierten sich ganz klar an jenen des Reichsamtes für Bodenforschung, was auf den bestimmenden Anteil Martinis und seiner Berliner Kollegen an der Gestaltung der Verordnung schließen lässt. So sollte das ‚AfB Prag‘ das Gebiet des ‚Protektorats‘ nach geologischen, geophysikalischen und geologisch-bodenkundlichen Methoden mit dem Ziel erforschen, „die Ergebnisse für die Wirtschaft nutzbar“ zu machen. Dazu gehörten systematische Untersuchungen der nutzbaren Erz-, Mineral-, Kohle-, Erdöl- und sonstigen Lagerstätten sowie der nutzbaren Steine und Erden, die Mitarbeit bei der Planung und Ausführung von Wasserversorgungsanlagen, größeren Bauvorhaben und die Durchführung grundsätzlicher Untersuchungen über Baugrund, Grundwasser und Mineralwässer. Einen weiteren Aufgabenschwerpunkt markierten die Herstellung von Planungsunterlagen auf geologisch-bodenkundlicher Basis,

über die 5. Sitzung der Kommission für die Bodendurchforschung nach Mineralien, am 11.5.1942 im Gebäude des ehem. MföA, NAP, MVP, dodatky I, Sig. 234b II 155, unpag.

2400 Vgl. Oberste Rechnungskontrollbehörde (Prag) an MWA (Prag) 1.5.1942, ebd., unpag.

2401 Vgl. Motivenbericht betr. Errichtung eines Amtes für Bodenforschung in Böhmen und Mähren, 5.1.1943, NAP, MHP 87, unpag. Im Verlauf des Jahres 1942 hatte die Geologische Anstalt für Böhmen und Mähren „Inventargegenstände des Instituts für Geophysik in Prag“ übernommen. Amt für Bodenforschung in Böhmen und Mähren an Präsidium MWA betr. Aufteilung des Inventars des Instituts für Geophysik, 24.3.1943, ebd., unpag.

2402 Vgl. Ministerium für Verkehr und Technik (Prag) an Präsidium MWA (Prag), 17.7.1942, ebd., unpag. Dahinter folgt auch ein Personalverzeichnis der Mitarbeiter der Geologischen Anstalt für Böhmen und Mähren. Zu den 47 regulären Mitarbeitern kamen noch 17 Hochschullehrkräfte (Professoren und Assistenten), die aus dem Ministerium für Schulwesen zur Dienstleistung an die Anstalt abgestellt worden waren.

2403 Vgl. Präsidium MWA an Ministerialrat von Wedelstädt (Generalreferent für Wirtschaft, MWA), 20.11.1942, NAP, MHP, Inv.-Nr. 596, Sig. 3404-1, unpag.; Entwurf zu einer Verordnung des MWA zur Durchführung der Regierungsverordnung über die Forschung nach nutzbaren Lagerstätten (W IV-1-25/147/1942), 6.11.1942, NAP, MVP, dodatky I, Sig. 234b II 155, unpag.

die Ausführung chemischer und ähnlicher Untersuchungen von Bodenschätzen, Gesteinen, Erden, Mineral-, Trink- und Gebrauchswässern und die Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für die Durchführung praktischer Aufgaben, so etwa die Herstellung bodenkundlicher Karten, die Ausweitung der geophysikalischen Reichaufnahme auf das ‚Protektorat‘, die Veröffentlichung und der Vertrieb wissenschaftlicher Forschungsergebnisse und der Aufbau wissenschaftlicher Sammlungen.²⁴⁰⁴

Ein der Regierungsverordnung beigefügter „Motivenbericht“, sollte den auf Druck Berlins zustande gekommenen Umbau legitimieren, war aber mehr ein Beleg für den Zynismus und die selbstherrliche Arroganz der deutschen Besatzer. Ausgehend von dem zum Vorbild stilisierten „großen“ deutschen RfB wurde in dem Bericht behauptet, dass im Vergleich dazu „in der ehemaligen Tschechoslowakei nur eine kleine, gänzlich unbedeutende ‚Geologische Anstalt‘“ bestanden hätte, der vom MföA zwar „große Aufgaben“ gestellt worden seien, die aber in personeller, instrumenteller und räumlicher Hinsicht so „unglaublich schlecht“ aufgestellt gewesen sei, dass sie die ihr gestellten Aufgaben „nie gelöst“, ja „zum größten Teil“ nicht einmal in Angriff genommen habe. Eine Behörde oder ein Institut für angewandte Geophysik habe weder in der Tschechoslowakei noch im ‚Protektorat‘ bestanden, die angewandte Geophysik sei nur am Geophysikalischen Institut in Prag durch eine Abteilung „schwach vertreten“ gewesen. Ebenso sei für die Bodenkunde nichts getan worden, obwohl es gut eingerichtete Institute gebe, die ausgezeichnet arbeiten würden. Durch die Zusammenlegung der Abteilung für angewandte Geophysik des Geophysikalischen Instituts mit der Geologischen Anstalt habe die Geophysik nun aber auch im ‚Protektorat‘ „den ihr zukommenden Platz erhalten“ und werde auch von der „Hilfe“ der deutschen RfB-Geophysiker profitieren. Durch die Zusammenlegung der beiden Prager Institute sei „mit Rücksicht“ auf die 1939 vorgenommene Regelung im Reich und in Anlehnung an die Bezeichnung der entsprechenden Behörden in Deutschland, im ‚Generalgouvernement‘, in Norwegen usw. ein ‚Amt für Bodenforschung in Böhmen und Mähren‘ geschaffen worden, das der unmittelbaren Aufsicht des sachlich zuständigen MWA unterstehe.²⁴⁰⁵

2404 Genau wie das RfB sollte sich das ‚AfB Prag‘ um „die Weiter- und Neuentwicklung von Verfahren der Bodenforschung und von Verfahren zur Verwertung von Bodenschätzen“ bemühen. Ministerium des Innern (Prag) an MWA (Prag) mit anliegender Regierungsverordnung vom 5.1.1943 über die Errichtung eines Amtes für Bodenforschung in Böhmen und Mähren, NAP, MHP 87, unpubl.

2405 Der Regierungsverordnung vom 5.1.1943 über die Errichtung eines Amtes für Bodenforschung in Böhmen und Mähren beigefügter Motivenbericht, ebd., unpubl. Im Gegensatz zu dem anmaßenden deutschen Urteil über die ‚schwach‘ entwickelte tschechische Geophysik hatte die Kommission für Bodenforschung des MföA 1941 festgehalten, dass das Geophysikalische Institut in Prag zur Durchführung seismischer Feldarbeiten „über professionell ausgebildetes seismisches, wissenschaftliches und technisches Personal“ verfüge, nicht jedoch über Fachkräfte für Bohrungen, pyrotechnische und moderne Arbeiten. Um die instrumentelle Ausstattung des Instituts zu verbessern, hatte sich die Kommission um die Lieferung moderner geophysikalischer Geräte der deutschen Firma Askania bemüht, die aber infolge von Lieferschwierigkeiten lange nicht eingingen. Protokoll des MföA

Da der für das ‚AfB Prag‘ vorgesehene Leiter „die absolute Gewähr dafür geben“ sollte, „dass alle Zweige der Bodenforschung im Protektorat“ auf die Kriegswirtschaft ausgerichtet wurden, machte Brockamp den Vorschlag, Martini zum Leiter der neuen Behörde zu bestellen. Von Wedelstädt hielt es aber „für richtiger, die bisherige Regelung beizubehalten“, die Martini „zwar die tatsächliche Leitung des Amtes für Bodenforschung sicherte“, ihn aber vor den lästigen Verwaltungsarbeiten dieses Amtes bewahrte, damit er sich ganz auf die für den Krieg vordringliche praktische „Leitung des Einsatzes der Fachkräfte“ konzentrieren konnte.²⁴⁰⁶

Wie Martini berichtete, war der bisherige Leiter der Geologischen Anstalt für Böhmen und Mähren, Vojtěch Smetana, aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage, den Aufbau des Amtes für Bodenforschung durchzuführen. Da Smetana seit Januar 1941 fast nicht mehr in der Geologischen Anstalt tätig gewesen sei, habe sein Vertreter Alois Matějka die Geschäfte geführt. Gegen dessen sofortige Einsetzung spreche jedoch, „dass er vorläufig noch zu wenig selbstsicher“ sei „und daher das Amt nach außen hin zunächst nicht in der Weise vertreten könne“, wie dies notwendig erscheine. Aus diesem Grund beantragte Martini, für die ersten drei Jahre den renommierten Professor für Geologie und Paläontologie der von den Deutschen geschlossenen Universität Prag, Radim Kettner, mit der Leitung des Amtes zu betrauen.²⁴⁰⁷ Dem wurde zugestimmt, woraufhin Kettner erste Schritte zur Übernahme seines neuen Amtes einleitete. Allerdings wurde Martini nun zugetragen, dass Kettner „in einem engen verwandtschaftlichen Verhältnis zu dem langjährigen Kanzler der ehem. Tschechoslowakischen Republik“ und aktiven Widerständler Přemysl Šámal stehe, der von den Deutschen 1940 verhaftet worden und ein Jahr später verstorben war. Eine daraufhin von der Gestapo über beide Kandidaten angeforderte Stellungnahme des MWA ergab, dass Kettner ‚nicht tragbar‘ war, während gegen Matějka keine Bedenken bestanden, so dass letzterer schließlich die Leitung des AfB Prag übernahm.²⁴⁰⁸

über die 4. Sitzung der Kommission für Bodenforschung des MföA (Č 25/85–IV/1 ai 41), 19.11.1941, NAP, MVP, dodatky I, Sig. 234b II 155, unpag.

- 2406 v. Wedelstädt (Abt. Wirtschaft, MWA) mit Bericht für den Hauptabteilungsleiter V [des MWA] über die Frage der Ernennung eines Leiters für das Amt für Bodenforschung in Böhmen und Mähren, 26. Mai 1943, NAP, AMV 110–4, Nr. 500, Bl. 9–11.
- 2407 Vermerk des Präsidiums des MWA betr. Professor Dr. Radim Kettner. – Betrauung mit der Leitung des AfB Prag, 6.4.1943, NAP, MHP 87, unpag. An anderer Stelle hatte Martini behauptet, dass der Geograph Smetana „in sachlicher Hinsicht“ nicht für die Übernahme des AfB Prag geeignet sei, wozu noch seine Erkrankung komme. Aus diesem Grund bat er, Smetana „einer amtsärztlichen Untersuchung zuzuführen und ihn vorbehaltlich des Ausgangs dieser Untersuchung pensionieren zu lassen“. Matějka attestierte Martini dagegen „vorbildlichen Eifer“ und großes Können, nur sei er, „wie alle tschechischen wissenschaftlichen Beamten vorläufig noch zu wenig selbstsicher“. Allerdings ging Martini davon aus, Matějka innerhalb von drei Jahren „in jeder Hinsicht so weit eingearbeitet zu haben“, dass er die Leitung des Amtes übernehmen konnte. Martini (Abteilung W-B, MWA) an das Präsidium des MWA betr. Leitung des AfB Prag, 10.2.1942, ebd., unpag.
- 2408 Von Wedelstädt (Abt. Wirtschaft, MWA) mit Bericht für den Hauptabteilungsleiter V [des MWA] über die Frage der Ernennung eines Leiters für das Amt für Bodenforschung in Böhmen und Mähren, 26.5.1943, NAP, AMV 110–4, Nr. 500, Bl. 9–11.

Parallel zur Neustrukturierung der staatlichen geologischen Forschung im ‚Protektorat‘ arbeitete das MWA auch an ergänzenden Regierungsverordnungen, durch die die Bodenforschung und das Bergwesen im ‚Protektorat‘ auf das MWA übergeleitet wurden.²⁴⁰⁹ Als der deutsche Ministerrat für die Reichsverteidigung Anfang Februar 1943 eine Verordnung über die Aufsuchung und Gewinnung mineralischer Bodenschätze für das Reichsgebiet in Kraft setzte, zeigten sich Martini und von Hülsen bestrebt, eine entsprechende Verordnung auch für das ‚Protektorat‘ zu erwirken.²⁴¹⁰ Im Hinblick auf die dort vorhandenen reichen Vorkommen an feuerfestem Ton hielten beide „sogar noch eine Erweiterung der Verordnung für notwendig und zwar in der Richtung, dass alle bereits angeschlossenen oder zukünftig zum Abschluss kommenden Verträge, die die Aufsuchung und Gewinnung von feuerfestem Ton“ betrafen, melde- und genehmigungspflichtig wurden. Zu diesem Zweck war in der Sektion Bergbau des MWA bereits ein entsprechender Entwurf ausgearbeitet worden, der vom RWM aber abgelehnt wurde.²⁴¹¹

Die geologischen und geophysikalischen Untersuchungen und die sie begleitenden lagerstättenkundlichen und archivalischen Vorarbeiten im ‚Protektorat‘ wurden von den Geologen des AfB Prag unter der Aufsicht von Martinis Referat Bodenforschung im MWA ausgeführt, während die Bergbehörden für alle bergwirtschaftlichen und -technischen Fragen verantwortlich zeichneten. Die eigentliche Schurf- und Untersuchungstätigkeit erfolgte durch das RfB, die ‚Protektorats-Berg- und Hüttenwerke‘ und durch Privatunternehmen, ebenfalls unter

2409 Vgl. etwa Entwurf einer Verordnung des MWA zur Durchführung einer Regierungsverordnung über die Forschung nach nutzbaren Lagerstätten, durch die das AfB Prag, die Bergbehörden des ‚Protektorats‘ und die Unternehmung „Protektorats-Berg- und Hüttenwerke“ mit der Durchführung der Forschung aller nutzbaren Lagerstätten betraut wurden (W IV-1-25/147/1942), 6.11.1942, NAP, MVP, dodatky I, Sig. 234b II 155, unp.; Weiterer Entwurf des MWA für eine Regierungsverordnung über die Forschung nach nutzbaren Lagerstätten durch die das MWA mit der Forschung nach nutzbaren Lagerstätten betraut wurde (W IV-1-25/146/1942), 6.11.1942, ebd., unp.

2410 Die Verordnung des Ministerrats für das Reich erstreckte sich auf zum Grundeigentum gehörenden Tone, soweit sie sich zur Herstellung von feuerfesten Erzeugnissen oder Ferrosilizium eigneten, auf Bleicherde und Betonit, Kaolin, Feldspat und Pegmatitsand, Glimmer, Quarzit und Quarz, Magnesit, Bauxit, Fluss- und Schwerspat, Talkum, Speckstein und Kieselgur. Alle Betriebe zur Aufsuchung und Gewinnung dieser Rohstoffe einschließlich der Aufbereitungsanstalten galten künftig als Bergwerksbetriebe im Sinne der berggesetzlichen Vorschriften und unterlagen fortan der Aufsicht der Bergbehörden. Zwar blieb das Verfügungsrecht der Grundeigentümer weitgehend erhalten, die Vorkommen traten also nicht unter den Staatsvorbehalt, die Bergbaubehörden wurden jedoch ermächtigt, die Aufsuchung und Gewinnung der genannten Bodenschätze von Bedingungen abhängig zu machen, oder sie unter Auflagen zuzulassen. Sollten sich die Grundeigentümer trotz vorangegangener Aufforderung nicht freiwillig zu einer Betriebsgemeinschaft zusammenschließen, konnte dies von den Bergbehörden verfügt werden. Siehe Zeitungsausschnitt: Mineralische Bodenschätze im übrigen Reich unter Bergrecht, in: Der neue Tag, Nr. 22 vom 21.1.1943, aufgenommen vom Pressedienst des MWA, 28.1.1943, NAP, MHP dodatky II, 62, unp. Siehe auch Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung über die Aufsuchung und Gewinnung mineralischer Bodenschätze vom 31.12.1942, in: RGBl. 1943, Teil I, Nr. 5, S. 17–19.

Aufsicht Martinis.²⁴¹² Finanziert wurden die geologischen Arbeiten über das RfB und einen Fond der ‚Protektoratsregierung‘, der von der staatlichen Kommission für Bodenforschung verwaltet wurde, deren Leitung Martini, wie erwähnt, im Zuge der ‚Verwaltungsreform‘ Heydrichs ebenfalls übernommen hatte.²⁴¹³ Die Schurfarbeiten wurden jeweils beendet, sobald die betreffende Lagerstätte in Abbau kam oder für unbauwürdig erklärt wurde.²⁴¹⁴

-
- 2411 Von Hülsen (Abt. W IV, MWA, Prag) an Ministerialdirigent Klapper (RWM, Berlin), 25.2.1943, NAP, MVP 2147, unpag.; Entwurf des MWA für eine Regierungsverordnung über die Aufsuchung und Gewinnung mineralischer Bodenschätze [im ‚Protektorat‘] mit anliegendem Motivenbericht, ebd., unpag.; Klapper (RWM) an von Hülsen (MWA, Pra), 5.3.1943, ebd., unpag.
- 2412 Über die Schurfarbeiten auf Erz der RfB in Deutsch Brod (Německý Brod) siehe ‚Protektorats-Berg- und Hüttenwerke‘ (Schurfarbeitenverwaltung, Kassejowitz) an die ‚Protektorats Berg- und Hüttenwerke‘ (Zentralkonstruktion, Prag), 12.7.1943, NAP, USP. 1065, unpag. Eine Sammlung von Quartalsberichten der Berghauptmannschaften (BHM) für Böhmen (IV. Quartal 1941, I.-IV. Quartal 1942) und Mähren (jeweils I.-IV. Quartal 1941 und 1942, I.-III. Quartal 1943) über die Bodenforschung nach Mineralien finden sich in NAP, MVP, dodatky I, 155, unpag. Diese Aufstellungen geben Aufschluss über die Antragsteller (Unternehmen, Vereine, Behörden, wissenschaftliche Einrichtungen) und ihre beabsichtigten oder in Durchführung befindlichen Arbeiten, unterteilt nach Ort, Art, Zweck, Arbeitsstadium und Bewertung der Untersuchung. Als Beispiel sei hier auf einige Projekte verwiesen: 1. Vaccum Oil Company A.G., Prag, Ort: Mährisch-Zischkow, Bez. Göding, Tiefbohrung zur Erforschung des Erdölvorkommens (Bericht über III. Quartal 1943 der BHM für das Land Mähren, Brünn, 6.11.1943), 2. MWA Prag, Ort: Drahonín, Bez. Tschowitz, Geomagnetische Messungen (Bericht über das II. Quartal 1942 der BHM für das Land Mähren, Brünn, 17.7.1943); 3. Befehlshaber der Ordnungspolizei Dienststelle Theresienstadt, Ort: Theresienstadt, Bez. Raudnitz, zwei Brunnenbohrungen zur Wasserbeschaffung (Bericht für das III. Quartal 1942 der BHM für das Land Böhmen, Prag, 27.5.1943), 4. Fa. Siemens u. Halske A.G., Ort: Betrieb Neupaka, Brunnenbohrung zur Wasserversorgung (Bericht für das II. Quartal 1942 der BHM für das Land Böhmen, Prag, 1.3.1943), 5. Institut für Geophysik, Prag, Ort: Umgebung von Hustopeč an der Betschwa, Bez. Mährisch-Weiskirchen, geophysikalische Durchforschung des produktiven Karbons und Verfolgung des südlichen Fortschreitens des Ostrauer Karbonbeckens (Bericht für das II. Quartal 1941 der BHM für das Land Mähren, Brünn, 4.8.1942), 6. Generaldirektion für den Bau der Autobahnen, Prag, Ort: Sastrželec, Bez. Kremsier, Bohrung zur Feststellung des Grundes für den Bau eines Damms (Bericht über das III. Quartal 1942 der BHM für das Land Mähren, 12.2.1943), 7. Junkers Flugzeug und Motorenwerke, Prag, Ort: Wissotschan, Bez. Prag, Bohrungen für Baugrunduntersuchungen (Bericht für das I. Quartal 1942 der BHM für das Land Böhmen, Prag, 21.7.1942).
- 2413 In der nun erstmals unter Leitung Martinis durchgeführten 6. Sitzung der Kommission am 20.4.1943 wurde auch der Voranschlag für das Haushaltsjahr 1943 besprochen, der für die „Durchführung der Bodenforschung nach Mineralien“ 5 Millionen Kronen und für ergänzende Investitionsausgaben 2,5 Millionen Kronen vorsah. Protokoll über die 6. Beratung der Kommission für die Überwachung der mit der Bodenforschung nach Mineralien verbundenen Angelegenheiten, 20.4.1943, NAP, MVP, dodatky I, Sig. 234b II 155, unpag. Siehe auch ‚Protektorats Berg- und Hüttenwerke‘ (Zentralkonstruktion, Prag) an MWA (Sektion W IV) mit anliegendem Programm der Forschungsarbeiten für das Jahr 1943 sowie Übersicht Kostenvoranschlag für das Jahr 1943, 6.4.1943, NAP, MHP, dodatka II, 62, unpag. Für 1944 wurden dann 6 Millionen Kronen für Forschung und 2,5 Millionen Kronen für Investitionen vorgesehen. Vgl. MWA (Abt. W IV/1) an Präsidium des MWA betr. Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes, 8.11.1944, NAP, USP 1064, unpag.
- 2414 Hierzu und im Folgenden siehe Bericht vermutlich von Martini über die Untersuchung

Zu den vom RfB im ‚Protektorat‘ durchgeführten bergmännischen Untersuchungen gehörten Schurfarbeiten auf Gold, so etwa bei Libčice nad Vltavou (Libsitz) in Mittelböhmen. Wie Martini 1943 berichtete, war der Abbau der Lagerstätte inzwischen „in das Eigentum der Norddeutschen Affinerie in Hamburg“ übergegangen, ruhte jedoch, „da Gold nicht als kriegswichtiges Mineral galt“. Ebenso beiläufig wie auf die durch Krieg und Besatzung veränderten Besitzverhältnisse im Fall der Lagerstätte bei Libsitz verwies Martini im Zusammenhang mit der Untersuchung goldführender Antimonitvorkommen bei Krásna Hora u Sedlčan (Schönberg an der Moldau) darauf, dass „in jüdischem Besitz“ befindliche Dokumente „eine Fülle wertvollster Unterlagen“ über den früher florierenden Betrieb geliefert hätten, was einen erneuten Aufschluss bei Schönberg rechtfertige. Darüber hinaus hätten von der RfB in Kooperation mit einer Privatfirma veranlasste Schurfarbeiten bei Kunštát (Kunstadt) in Mähren „beachtliche Vorräte qualitativ ausgezeichneten Graphits“ nachgewiesen, weswegen man dort inzwischen zum Abbau übergegangen sei. Zudem hatte die RfB Untersuchungen auf Glimmer bei Domažlice (Taus) in Westböhmen²⁴¹⁵, Kobalterz bei Skuteč (Skutsch) in Westböhmen, Steinkohlen im Becken von Hroznice (Rossnitz) in Mähren, Lignitvorräte im Becken von České Budějovice (Budweis) in Südböhmen und eine Untersuchung der Steinkohlenlager im ‚Protektoratsanteil‘ des niederschlesischen Steinkohlenbeckens veranlasst.²⁴¹⁶ Während sich die Untersuchungen der ‚Protektorats-Berg- und Hüttenwerke‘ unter anderem auf den Aufschluss silberführender Blei-Zinkerze (z. B. bei Bohutin, Stříbrná Hutě = Silberberg²⁴¹⁷,

nutzbarer Lagerstätten im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ durch das Sonderreferat Bodenforschung in der Behörde des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren, ohne Datum (um 1943), BGR-Archiv Hannover, Nr. 62591, unpubl. Das galt etwa für den am 20.4.1943 aufgenommenen „Untersuchungsbetrieb auf Kobalterz in Swratauch“, bei dem das RfB als „Bergwerksbesitzer“ in Erscheinung trat. Der kleine, zwölf Kräfte umfassende Betrieb wurde allerdings „wegen schlechten Analysen“ sieben Monate später wieder eingestellt und die Belegschaft auf „Untersuchungsbetriebe nach Taus überführt“. Berghauptmannschaft für das Land Böhmen (Prag) an MWA (Sektion W IV, Prag) betr. Betriebseröffnung und Betriebseinstellung des Untersuchungsbetriebes Swratauch, 26.5.1943 u. 29.11.1943, NAP, MVP 2183, unpubl. Ein Hinweis auf einen weiteren, 1941 ebenfalls eingestellten Forschungsbetrieb in einem Bergwerk, bei dem das RfB als Pächter in Erscheinung trat, findet sich in Bergbaudirektion für die Tschechische Republik (Prag) an MföA betr. Einstellung des Betriebs im Bergwerk Nová Jindřiška, 30.8.1941, ebd., unpubl.

2415 Vgl. etwa Bericht von Dr. Jan Stejskal über Glimmerlagerstätten des ‚Protektorats Böhmen und Mähren‘, 27.7.1941, BGR-Archiv Hannover, Nr. 62901, unpubl.; Bericht des AfB Prag über die Schurfarbeiten auf Tafelglimmer in der Umgebung von Taus, 6.12.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 62900, unpubl.; Bericht des AfB Prag über die Schurfröschen an den Pegmatitgängen bei Taus und über die Schurfarbeiten auf der Baba-Anhöhe, 2.11.1943, ebd., unpubl.; Bericht des AfB Prag über die Durchforschung der Granitpegmatite bei Meierhofe Baldov NNW von Taus, 16.2.1943, ebd., unpubl.

2416 Vgl. Bericht vermutlich von Martini über die Untersuchung nutzbarer Lagerstätten im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ durch das Sonderreferat Bodenforschung in der Behörde des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren, ohne Datum (um 1943), BGR-Archiv Hannover, Nr. 62591, unpubl.

2417 Im Juni 1943 behauptete ein ‚Blockleiter aus Silberberg‘, dass die dortigen Arbeiten nicht

Kutná Hora = Kuttenberg²⁴¹⁸) und Schurfarbeiten auf Kohle, Ölschiefer und Gold konzentrierten, gelang es Martini in „enger Zusammenarbeit“ mit der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft im Bereich der so genannten Prager Mulde „mehrere neue bauwürdige Eisenerzvorkommen nachzuweisen“, so etwa bei Mníšek, wo bis 1943 knapp 2,5 Millionen Tonnen aufgeschlossen und bis zu vier Millionen Tonnen weiterer Vorräte vermutet wurden.²⁴¹⁹

Daneben hatte Martini die Kommission für Bodenforschung des ehemaligen MföA 1942 veranlasst, vorbereitende Kartierungen und geophysikalische Untersuchungen zum Wiederaufschluss alter Silber-, Blei-, Eisen- und Kupfererzgebiete (z.B. bei Hory Matky Boží = Bergstadt, Sušice = Schüttenhofen, Blatná, Stříbrná Skalice = Silberskalitz, Český Brod = Böhmisches Brod, Čáslav = Tschaslau, Ledec nad Sázavou = Ledetsch) in die Wege zu leiten. Die mit dem

‚kriegs- bzw. lebenswichtig‘ seien und „nur einen erwünschten Unterschlupf für eine Anzahl junger, lediger Burschen“ bieten würden, die „negativ zum Deutschtum eingestellt“ seien und sich dort nur deswegen verdingt hätten, „um einer Verschickung in das Reich vorzubeugen“. Folglich sei das Bergwerk stillzulegen, und alle Kräfte einem wichtigeren Unternehmen (z.B. Kohlenbergwerk) zuzuführen. Leiter der Sektion A I (MWA, Prag) an Leiter der Sektion W IV (MWA, Prag), 2.6.1943, NAP, USp, dodatky II, 4, unpag. Dem hielt der Leiter der Wirtschaftssektion im MWA, von Wedelstädt, entgegen, dass es sich bei den 1941 wieder aufgenommenen und von Martinis Referat betreuten Arbeiten bei Silberberg (Silber-, Gold-, Blei- und Zinkerze), „um keinen Scheinbetrieb, sondern um ein ernstes Vorhaben“ handelte, um kriegswichtige Erze bergmännisch festzustellen und zu gewinnen. Der Betrieb sei sogar von der Wirtschaftsgruppe Bergbau im November 1942 „für lebenswichtig erklärt“ worden. Äußerung des Leiters der Sektion W IV (MWA), Juni 1943, ebd., unpag. Die Arbeiten in Silberberg wurden auch 1943 fortgesetzt, wie den Protokollen der Kommission für Bodenforschung des MWA zu entnehmen ist. Allerdings erwiesen sie sich als sehr aufwendig, da die Stollen und Schächte teilweise ersoffen waren und zur weiteren Abteufung ausgemauert werden mussten. Für die auf drei Jahre veranschlagten Arbeiten waren allein 4,3 Millionen Kronen vorgesehen. Vgl. Jahresbericht der ‚Protektorats-Schurfarbeiten-Verwaltung‘ in Silberberg über die durchgeführten Schurfarbeiten im Jahr 1942 an die Zentralkommission der ‚Protektorats Berg- und Hüttenwerke‘ (Prag), 25.2.1943, NAP, USp, 1065, unpag.; Bericht der ‚Protektorats-Schurfarbeiten-Verwaltung‘ in Silberberg, 4.7.1942, NAP, MVP, dodatky I, Nr. 157, unpag.

2418 Vgl. dazu Bericht der ‚Protektorats-Schurfarbeiten-Verwaltung‘ Kuttenberg an MWA, ‚Protektorat Berg- und Hüttenwerke‘, Prag, mit anliegendem Bericht über Schurfarbeiten 1941 und Programm für 1942, 24.2.1942, NAP, USp 1064, unpag.; Jahresbericht für 1942 der ‚Protektorats-Schurfarbeiten-Verwaltung‘ Kuttenberg an ‚Protektorats Berg- und Hüttenwerke‘, Prag, 20.2.1943, NAP, USp 1065, unpag.

2419 Bericht vermutlich von Martini über die Untersuchung nutzbarer Lagerstätten im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ durch das Sonderreferat Bodenforschung in der Behörde des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren, ohne Datum (um 1943), BGR-Archiv Hannover, Nr. 62591, unpag. Siehe auch Aktennotiz vermutlich von Harald Pontoppidan (RfB Berlin): Die wichtigsten Erzlagerstätten von Böhmen und Mähren im ‚Protektoratsgebiet‘, 13.7.1943, ebd., unpag.; Zusammenstellung von Martini über Rohstoffvorkommen im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘, 18.11.1941, ebd., unpag. Vgl. auch die das ‚Protektorat‘ betreffenden Einträge in der Übersicht über von der RfB durchgeführte Lagerstättenuntersuchungen, ohne Datum (um 1944), BGR-Archiv Hannover, Nr. 9501, unpag., die u.a. für Kohlen „bauwürdige Vorräte“ aufführen, die „erschlossen“ und „in Produktion“ seien. Siehe zudem Entwurf für einen Bericht über die im Jahre 1943 durchzuführenden geologischen und geophysikalischen Untersuchungen, ohne Datum (1943), NAP, MVP, dodatky I, Sig. 234b II 155, unpag.

Abbau von Manganerzvorkommen bei Chvaletice (Chwaletitz) an der Elbe östlich von Prag befasste Prager Eisen-Industrie-Gesellschaft (PEIG) wurde auf Wunsch Kepplers 1944 von Martini ersucht, Proben des von ihr abgebauten Materials an das Kaiser-Wilhelm-Institut für Eisenforschung (KWIE) in Düsseldorf zu senden, das „Untersuchungen über den bestmöglichen Einsatz dieses Erzes“ durchführen sollte.²⁴²⁰ Den Hintergrund hierfür bildete die problematische Versorgungslage Deutschlands mit Mangan, die dazu zwang, alle sich bietenden Möglichkeiten zur Förderungssteigerung auszunutzen.²⁴²¹ Wie die Versuche im KWIE ergaben, ließ „sich durch sulfatisierende Röstung“ und „anschließende Begasung mit dem aus dem Erz gewonnenen SO₂-Gas“ eine Manganausbeute in der Lauge von rund 85 Prozent erzielen, so dass man nach der „Zersetzung des aus der Lauge erhaltenen Mangansulfates ein technisch reines Manganoxydul“ erhielt.²⁴²² Der Impuls der RfB hatte zur Folge, dass das von der PEIG bei Chvaletice betriebene Manganerzbergwerk auf Weisung des RWM und der ‚Protektoratsbehörden‘ ausgebaut werden sollte, um die bis dahin bestehende Förderkapazität von 40.000 Tonnen im Jahr stufenweise bis auf eine Jahresförderung von 240.000 Tonnen zu erhöhen.²⁴²³

Besonderes Gewicht legte Martini auf die Durchführung geophysikalischer Untersuchungen im „mährischen Naphthagebiet“, vor allem bei Měnin (Mönnitz) im Bezirk Brno, die von ihm „als die derzeit wichtigsten Untersuchungen ihrer Art“ im ‚Protektorat‘ betrachtet wurden.²⁴²⁴ Er leitete sogar

2420 Bericht von Walter Luyken (KWIE, Düsseldorf) über Versuche zur Anreicherung des manganhaltigen Erzes von Chwaletitz, 2.6.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 62826, unpag. Vgl. auch Flachowsky, Arbeit (2007), S. 182.

2421 Allgemein Zilt, Mangannot (2021), S. 157–161.

2422 Bericht von Walter Luyken (KWIE, Düsseldorf) über Versuche zur Anreicherung des manganhaltigen Erzes von Chwaletitz, 2.6.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 62826, unpag.

2423 Vgl. Aktenvermerk über die am 19.11.1944 in Chwaletitz stattgefundene Besprechung des Bauvorhabens in Chwaletitz, 20.9.1944, ebd., unpag. An der unter der Leitung von Hülsens (MWA) stehenden Besprechung nahmen u.a. Vertreter des RWM, der OT, der Reichsvereinigung Eisen, der RfB, des AfB Prag und der PEIG teil. Dabei wurde auch die Frage des Arbeitseinsatzes besprochen, wobei die Vertreter der OT in Erwägung zogen Kriegsgefangene, „Ostarbeiter“ oder Slowaken einzusetzen. Da der Einsatz von Kriegsgefangenen im ‚Protektorat‘ untersagt war, entschied man sich schließlich, eine „Baufirma mit geschlossenem Personal“ heranzuziehen. Ebd., unpag. Ob es dazu kam, geht aus der Akte nicht hervor. Der Hinweis, dass Kriegsgefangene im ‚Protektorat‘ nicht beschäftigt werden durften, findet sich in Vermerk von Dr. K. E. Dittmann und Bergassessor Kipper (Dortmund) über das Eisen-Manganerzvorkommen bei Chwaletitz im Eisengebirge östlich Kuttenberg in Böhmen, 10.5.1943, ebd., unpag.

2424 5. Sitzung der Kommission für die Bodendurchforschung nach Mineralien, am 11.5.1942 im Gebäude des ehem. MföA, NAP, MVP, dodatky I, Sig. 234b II 155, unpag. Siehe dazu auch die Berichtssammlung zu den Schurf- und Bodenforschungsarbeiten bei Neu Knín, Silberberg a/M., Alt Woschitz, südliches Kuttenbergrevier, Silberskalitz, Bergstadt, Wrantschitz, 19.4.1943, ebd., unpag.; Bericht über die im Jahre 1942 bei den ‚Protektorats Bergverwaltungen‘ in Schlan, Rakowitz und Budweis zu Lasten der Bodenforschung durchgeführten Bohrarbeiten, ohne Datum, ebd., unpag. Vgl. auch Bericht von Martini (V/1 Bodenforschung, Prag) an Staatssekretär Frank betr. Eisenerzvorkommen bei Neusattel an der Naser, 15.6.1943, NAP, AMV 109–4, Nr. 1381, Bl. 11 f.

einen institutionenübergreifenden Erfahrungsaustausch in die Wege, indem er Vertreter aus Wissenschaft, Staat und Industrie zu Besprechungen über die geologischen Verhältnisse im mährischen Jung- und Alttertiär zusammenführte.²⁴²⁵ Dem am Institut für Teere und Öle der Deutschen TH Prag beschäftigten Dozenten Günther Spengler bewilligte die Kommission für Bodenforschung Mittel für Untersuchungen über die Verflüssigung von Kohle und Lignit sowie über die Raffination von mährischem Erdöl.²⁴²⁶ Die durch die Erfolgsmeldungen v. Wedelstädts und Martinis über Erdölfunde bei Měnin, Hodonín (Göding) und Sokolnice (Sokolnitz) sowie über Erdgasvorkommen bei Nový Kostel (Kostel) geweckten Erwartungen erhielten jedoch 1942 einen Dämpfer, als die Aufschlussarbeiten in Mähren durch den von Berlin verordneten Abzug von Bohrgeräten nach Rumänien und in den Kaukasus ins Stocken gerieten.²⁴²⁷ Nachdem der für den Bohrgeräteinsatz zuständige Alfred Bentz aber die Rückführung der Bohranlagen für das Jahr 1943 zugesichert hatte, entwarfen Martini und v. Wedelstädt „ein umfangreiches Aufschluss- und Produktionsprogramm“, da im Grenzgebiet von Böhmen und Österreich inzwischen weitere erfolgversprechende Vorkommen entdeckt worden waren.²⁴²⁸

Wie Brockamp Mitte 1944 festhielt, waren durch Martinis Tätigkeit im ‚Protektorat‘ „auf dem gesamten Gebiet der Bodenforschung erhebliche Leistungen zu verzeichnen, die der Wehrwirtschaft auf ihrem vielseitigen

-
- 2425 Vermerk über den Verlauf der am 13.2.1943 in Prag stattgefundenen Zusammenkunft der im mährischen Erdölgebiet arbeitenden Geologen und Geophysiker, 14.2.1943, NAP, MVP, dodatky I, Sig. 234b II 155, unpubl.
- 2426 Protokoll über die 6. Beratung der Kommission für die Überwachung der mit der Bodenforschung nach Mineralien verbundenen Angelegenheiten, 20.4.1943, ebd., unpubl.; Bericht über die Versuche zwecks Ausnützung der Naphtha aus der Lagerstätte in Satschans in Protokoll über die 8. Beratung der Kommission für die Überwachung der mit der Forschung nach nutzbaren Lagerstätten verbundenen Angelegenheiten, 3.11.1943, ebd., unpubl.
- 2427 Die Bohrungen auf Erdöl in Mähren führten bspw. bei Kostel zu Gas- und bei Mönitz zu Erdölfunden. Wie Martini berichtete, wurden die Erdölvorräte in Mönitz bei Brno auf etwa 60.000 t geschätzt. Vgl. v. Wedelstädt (Gruppe Wirtschaft, Amt des Reichsprotektors) an Staatssekretär Frank, 10.12.1941, NAP, AMV 110–4, Nr. 438, Bl. 45; Martini (Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, II/1 Bodenforschung) an Staatssekretär [Frank], 4.12.1941, ebd., unpubl.; Martini (Deutscher Staatsminister für Böhmen und Mähren, Abt. V/1 Bodenforschung) an Alfred Bentz (RfB Berlin, Abt. Erdöl) betr. Schwerölvorkommen der DEA und ROPA im Gebiet zwischen Mönitz und Sokolnitz südlich Brünn, 12.11.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 48405, unpubl. Die Berichte gingen zum Teil auch Heydrich zu. Vgl. etwa Vermerk von Wedelstädts (Gruppe Wirtschaft, Amt des Reichsprotektors, Prag) für Staatssekretär Frank, 10.12.1941, NAP, AMV 110–4, Nr. 438, Bl. 45; SS-Obersturmbannführer ? [unleserlich] an SS-Sturmbannführer Ploetz zur Vorlage bei SS-Obergruppenführer Heydrich, 19.12.1941, ebd., Bl. 44; Martini (Gruppe Wirtschaft, II/1, Prag) an Staatssekretär Frank, 8.5.1942, ebd., Bl. 42. Wie v. Wedelstädt 1942 meinte, könne in Mähren so viel Gas gefördert werden, „dass bei Vorhandensein der nötigen Gasflaschen alle Kraftfahrzeuge im Lande Mähren auf diesen Kraftstoff umgestellt werden könnten“. Vermerk v. Wedelstädts (Gruppe Wirtschaft, Prag) an Staatssekretär Frank, 25.8.1942, ebd., Bl. 39 f.
- 2428 Vermerk v. Wedelstädts (Gruppe Wirtschaft, Prag) an Staatssekretär Frank, 25.2.1943, ebd., Bl. 35 f.

Gebiete sehr zu Gute gekommen“ seien.²⁴²⁹ Als Chef des Referates Bodenforschung leitete Martini „alle Arbeiten zur Erschließung nutzbarer Lagerstätten im Protektorat“, sei aber infolge einer Vereinbarung zwischen dem Deutschen Staatsministerium in Böhmen und Mähren und dem RfB inzwischen auch für die gleichen Arbeiten für die Erz- und Minerallagerstätten der Slowakei verantwortlich.²⁴³⁰ Martini befasste sich jedoch nicht nur mit Rohstofffragen, er war auch in andere unmittelbar kriegs- und rüstungsrelevante Projekte involviert. So war er nach Darstellung Brockkamps „bei allen Aufgaben im Rahmen des Programms zur bombensicheren Verlagerung kriegswichtiger Industrien“, allen grundsätzlichen Arbeiten im Rahmen des Mineralöl- und des Manganprogramms, sowie an der „Aufrechterhaltung und Wiederingangsetzung von Mineralölverarbeitungsbetrieben maßgeblich beteiligt“. Zudem leitete Martini „den Arbeitsausschuss für unterirdische Verlagerung des Luftwaffenausschusses“ und gehörte „außerdem den Arbeitsstäben des Moldaueausschusses, des Beraunausschusses und der Sachverständigenkommission für den Bau und Betrieb des Oder-Donau-Kanals an“.²⁴³¹

Ob Martini Anteil daran hatte, dass sich das Amt für Bodenforschung in Prag 1944 mit der Frage der Trinkwasserversorgung von Theresienstadt befasste, konnte dagegen nicht festgestellt werden.²⁴³² Die Untersuchungen gingen auf die jüdische Selbstverwaltung der Stadt zurück, die sich „besorgt über eine mögliche Verschlechterung des Trinkwassers“ in Theresienstadt zeigte. Ihr ging es dabei um die Frage, „welche Auswirkung eine geplante Wasserentnahme“ aus der Eger habe und ob die unweit von ihrem Ufer gelegenen Trinkwasserbrunnen, davon negativ beeinflusst würden. Während das Hygienische Institut der Deutschen Universität Prag eine merkliche Verschlechterung der Wasserqualität des Flusses wegen der geringen Entfernung bis zur Mündung der Eger in die Elbe verneinte, vermutete das AfB Prag „mittelfristig Probleme durch besonders häufig auftretende tektonische Bruchspalten, die einen Zufluss des verunreinigten Wassers in die Trinkwasserbrunnen“ erlaubten. Die ganze Angelegenheit wurde „vertraulich behandelt“, da „Theresienstadt Festung und (...) Judenlager“ war. Dem Gutachten des AfB Prag wurde aber offenbar wenig Beachtung geschenkt, denn die in der Frage letztlich entscheidende Reichsanstalt für Wasser- und Luftgüte“ kam schließlich zu dem Befund, dass „für die Beschaffenheit des in den oberhalb der Abwassereinleitungsstelle gelegenen Tiefbrunnen von Theresienstadt geförderten Trinkwassers (...) keine Gefährdung durch die Wasserentnahme zu erwarten“ sei.²⁴³³

2429 Brockkamp (RfB Berlin) an den leitenden Regierungsdirektor Dr. Fremerey (Deutsches Staatsministerium für Böhmen und Mähren, Prag), 26.6.1944, NAP, URP 114–323/6, Bl. 29.

2430 Zu dem u.a. durch Druck Keplers erfolgten Zugriff auf slowakische Rohstoffressourcen (z.B. Erdöl) und Unternehmen vgl. Hallon, Slowakei (2021), S. 206–212.

2431 So Brockkamp in seiner Begründung für die von ihm geforderte Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes (KVK) 1. Klasse an Martini, 26.6.1944, NAP, URP 114–323/6, Bl. 31. Martini hatte demnach bereits am 1.9.1943 das KVK 2. Klasse erhalten.

2432 Vgl. dazu und im Folgenden Pohl, Landesanstalt (2005), S. 205–207.

2433 Ebd.

Martinis „überdurchschnittliche Umsicht und Tatkraft zu Gunsten“ von Wehrwirtschaft und Kriegführung²⁴³⁴ zeigten sich in der Endphase der deutschen Besatzung vor allem bei seinen von Staatssekretär Frank „veranlassten Untersuchungen zur Verlagerung der Prager Rüstungsindustrie in unterirdische Hohlräume“. Sie gaben den Ausschlag dafür, dass Minister Bertsch schon Anfang 1944 anregte, Martini in einen besonderen Stab zu berufen, der mit der Untertage-Verlagerung „kriegswichtiger Industrien“ im ‚Protektorat‘ betraut werden sollte.²⁴³⁵ Tatsächlich war Martini in verschiedene Verlagerungsprojekte eingebunden, etwa solche der Luftwaffe.²⁴³⁶ In einem anderen Fall erstellte er einen Vorbericht über die geplante Errichtung eines „Operationsbunkers“ für das SS-Lazarett Prag-Podol, der in den Felsen des Wischehrad-Massivs getrieben werden sollte.²⁴³⁷ Während Martini in seinem Gutachten mit Blick auf den Ausbau lediglich betonte, dass dieser „nur mit einem verhältnismäßig großen Personal- und Materialeinsatz“ möglich sei²⁴³⁸, regte Staatsminister Frank gegenüber Himmler an „insgesamt dreißig KZ-Häftlinge für das Bohren der Stellen und achtundvierzig Häftlinge für den Ausbau der Räume als Hilfsarbeiter“ einzusetzen, wobei er Wert auf „deutschstämmige Häftlinge“ legte.²⁴³⁹ Himmler bestimmte daraufhin, dass der für die Untertageverlagerungen in der SS verantwortliche Hans Kammler „die Durchführung des Baues in die Hand nehmen“ und „auch alle näheren Einzelheiten wegen der Beschaffung von Material und Arbeitskräften regeln“ sollte.²⁴⁴⁰ Was das bedeutete, war nach den Erfahrungen in Mittelbau-Dora abzusehen, die Umsetzung dieses Plans kam jedoch glücklicherweise nicht mehr zustande.

-
- 2434 Brockamp mit Begründung für die von ihm geforderte Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes (KVK) 1. Klasse an Martini, 26.6.1944, NAP, URP 114–323/6, Bl. 31.
- 2435 Bertsch (Abteilungsleiter V, Deutsches Staatsministerium für Böhmen und Mähren (DSBM) [und Minister MWA] an SS-Obergruppenführer Staatsminister Frank (Prag), 7.2.1944, Archiv bezpečnostních složek, Prag, Oddělní archivních fondů, Fond SÚMV, 305–701–2, Bl. 206 Fondu Ústředna Státní bezpečnosti.
- 2436 Vgl. Dr. Fremerey (DSBM, Generalreferent V 1, Prag) an Abteilungsleiter V (DSBM, Prag) betr. Ausweichvorschlag für den Bau einer B-Halle, 19.5.1944, NAP, AMV 110–8, Nr. 41, Bl. 57. Bereits im Januar 1944 hatte sich der Berliner Geologe Robert Schnetzer im Auftrag Martinis um einen Überblick über die Stollen im Grubenbezirk Pibrans bemüht, die vermutlich für Zwecke der Untertageverlagerung vorgesehen waren. Vgl. ‚Protektorats-Berg- und Hüttenwerke‘ (Bergdirektion in Pibrans) an die ‚Protektorats-Berg- und Hüttenwerke‘ (Zentraldirektion, Prag), 26.1.1944, und Vermerk auf der Rückseite vom 2.2.1944, NAP, USp, 1072, unpag.
- 2437 SS-Lazarett Prag (Prag-Podol) an SS-Standartenführer Giess (DSBM, Prag), 10.10.1944, NAP, AMV 110–8, Nr. 42, Bl. 45.
- 2438 Vorbericht von Martini über die Herstellung eines unterirdischen SS-Lazaretts beim SS-Lazarett Podol, ohne Datum (1944), ebd., Bl. 61–64.
- 2439 SS-Obergruppenführer Frank [Deutscher Staatsminister für Böhmen und Mähren, Prag] an RFSS (Feldkommandostelle), 14.4.1944, ebd., Bl. 51f. Schon als Staatssekretär im Amt des ‚Reichsprotektors‘ hatte Frank „aus politischen Gründen keinerlei ‚Fremdarbeiter‘ im Protektorat“ geduldet. Brandes, Gebiete (2022), S. 107.
- 2440 SS-Standartenführer Rudolf Brandt (Persönlicher Stab RFSS) an SS-Obergruppenführer Frank (Prag), 3.5.1944, NAP, AMV 110–8, Nr. 42, Bl. 50.

Dies hing vor allem damit zusammen, dass Prag und das ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ immer stärker in den Radius der Front gerieten. Aus diesem Grund hatte Martini schon Anfang 1944 dafür gesorgt, dass zur „Sicherstellung von wertvollen geologischen Originalkarten, geologischen, geophysikalischen und bodenkundlichen Originalaufnahmen und sonstigem wertvollem Originalmaterial bei Luftangriffen zwei Räume im Verwaltungsgebäude der Böhmisches Montanwerke“ Milešov (Milleschau a.d. Moldau) gemietet wurden.²⁴⁴¹ Das Material wurde Mitte Mai 1944 nach Milešov gebracht, sollte aber bereits im September „in eine andere zugewiesene Ausweichstelle“ übersiedeln.²⁴⁴² Um welche Ausweichstelle es sich handelte ist unklar. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass es sich dabei um einen Ort in Deutschland, genauer die RfB-Zweigstelle Freiberg, handelte, denn aus einem Vermerk der amerikanischen Botschaft in Prag vom Juni 1945 geht hervor, „bestimmte Gegenstände aus dem Archiv und der Bibliothek des tschechoslowakischen Geologischen Instituts in Prag“ seien „von den Deutschen nach Berlin verschleppt“ und später in die Zweigstelle Freiberg des Reichsamtes für Bodenforschung gebracht worden.²⁴⁴³ Unter dem Raubgut befanden sich demnach „viele Objekte“ darunter „Duplikate von geologischen Karten, Gutachten und Abhandlungen, sowie Fachbücher, insbesondere viele russische wissenschaftliche Werke“, wie das tschechoslowakische Außenministerium den Amerikanern nach dem Krieg mitteilte.²⁴⁴⁴

Martini selbst war bis zum Ende der deutschen Besatzungsherrschaft in Prag geblieben und wurde offenbar im Zuge des ‚Prager Aufstands‘ Anfang Mai 1945 in seiner Wohnung verhaftet.²⁴⁴⁵ Wie seine Frau rückblickend

- 2441 Präsidium des MWA an AfB Prag in Böhmen und Mähren betr. Sicherstellung von Material bei Luftangriffen, 19.1.1944, NAP, MHP, Inv.-Nr. 596, Sig. 3404–34, unpag. Wie Martini in diesem Zusammenhang betonte, handelte es sich dabei um unersetzliches Material des AfB Prag, also der ehemaligen Geologischen Anstalt für Böhmen und Mähren, das „als Grundlage jeder zukünftigen Arbeit des Amtes von unschätzbarem Wert“ sei. Martini (MWA, Abt. W-B) an Präsidium MWA, 8.12.1943, ebd., unpag. Vgl. auch Alois Matějka (AfB Prag) an Präsidium MWA, 13.3.1945, NAP, MHP 87, unpag.; Mietvertrag der Böhmisches Montanwerke A.G. Milleschau, Juli 1944, ebd., unpag.
- 2442 Vgl. AfB Prag an Präsidium MWA betr. Sicherstellung von Material bei Luftangriffen, 8.5.1944 u. 13.9.1944, ebd., unpag.; Präsidium MWA an Rechnungsstelle 1 des MWA, 19.9.1944, ebd., unpag.
- 2443 A. W. Klieforth (US-Botschaft Prag) an den Kommandierenden General der Dritten US-Armee (APO 403), z.Hd. des stellvertretenden Stabschefs G-5, 25.6.1945, NAW, RG 260, Records of U.S. Occupation Headquarters, World War II, 1923–1972, Series: Selected Records, 1945–1949, File Unit: Claims-Argentina, Austria, Belgium, and Czechoslovakia, unpag. Das tschechoslowakische Außenministerium hatte sich in dieser Frage um Unterstützung bei der Rückführung des Raubgutes bei den amerikanischen Militärbehörden bemüht.
- 2444 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der tschechoslowakischen Republik an die US-Botschaft (Prag), 17.6.1945, ebd. Ob sich die Vermutung bestätigte, geht aus den Akten nicht hervor.
- 2445 Vgl. Regionalbüro für Staatssicherheit (Prag) an die Zentrale Staatssicherheit (Prag), 7.12.1948, Archiv bezpečnostních složek, Prag, Oddělení archivních fondů, Fond ŠÚMV, 305–515–6, Bl. 2–4. Während der tschechoslowakische Geheimdienst darauf verwies, dass Martini am 10.5.1945 verhaftet worden sei, gab Martini selbst an, am 5.5.1945 verhaftet worden zu sein. Vgl. Lebenslauf Martinis, 3.12.1956, UB Freiburg (GAGV), Unverzeichneter Teilnachlass Martini, unpag. Seine Frau gab dagegen an, man habe ihren Mann im April 1945 inhaftiert.

feststellte, hatte er „sein Leben nur der Tatsache zu verdanken, dass er außer einem Jagdgewehr keine Waffe im Hause hatte“, denn er hatte seine Dienstpistole vorher „in die Moldau geworfen“. Sein Chef, von Wedelstädt, dagegen wurde „in seinem Büro mit der eigenen Pistole erschossen“.²⁴⁴⁶ Zusammen mit anderen Deutschen wurde Martini ins Gefängnis nach Ruzyně gebracht, wo er sich mehreren Verhören unterziehen musste. Da er sich nach den Worten seiner Frau nichts hatte „zu Schulden kommen lassen (keine Judenwohnung etc.)“, wurde Martini „vom Tschechischen Volksgerichtshof“ von der gegen jeden Deutschen erhobenen Anklage wegen „Kriegsverbrechen und nazistischer Umtriebe freigesprochen“, was auch darauf zurückzuführen war, dass angeblich „alle tschechischen Mitarbeiter und Kollegen (...) nur gut für ihn ausgesagt“ hätten.²⁴⁴⁷ Aus der Haft entlassen wurde er jedoch nicht, denn zusammen mit vielen Inhaftierten musste Martini „im geschlossenen Konvoi zu Fuß von Prag nach Teplitz-Schönau laufen, nach Aussage seiner Frau „der bekannte Todesmarsch von Prag nach Teplitz-Schönau“.²⁴⁴⁸ Nach einem „kurzen Aufenthalt im Untersuchungslager der politischen Polizei“ wurde Martini dann jedoch von den Sowjets entlassen und kehrte im Juni 1945 nach Deutschland zurück.²⁴⁴⁹

5.2.3 Das ‚Reichskommissariat Norwegen‘

Das seit 1905 eigenstaatliche Norwegen spielte als Rohstofflieferant Deutschlands bereits vor dem Zweiten Weltkrieg eine wichtige Rolle. So war das Reich Hauptabnehmer norwegischer Eisenerze und importierte darüber hinaus erhebliche Mengen an Schwefelkies (Pyrit), Kupfer und Zink. Neben diesen Ressourcen weckten die nicht unerheblichen norwegischen Vorkommen an Nickel, Molybdän, Chrom, Blei und Silber – aber auch an Holz und Fisch – das Interesse der deutschen Rüstungsexperten, Industriellen und Sachverständigen des Reichsnährstands.²⁴⁵⁰ So nimmt es nicht Wunder, dass auch Norwegen Teil des von Deutschland angestrebten europäischen „Großraumes“ werden sollte, „in dem sich die nationalen Ökonomien der besetzten Gebiete am deutschen Zentrum ausrichten und ihm zuarbeiten sollten“.²⁴⁵¹

Vgl. Erinnerungsbericht von Ruth Martini (Bockenem), 30.7.1987, ebd., unpag. Da der die Kapitulation der Deutschen mit einleitende Prager Aufstand am 5. Mai 1945 ausbrach, ist eine Verhaftung an diesem Tag, als der tatsächliche Verhaftungstermin anzusehen.

2446 Ebd., unpag. Siehe auch Carlé, Stammbaum (1988), S. 423.

2447 Erinnerungsbericht von Ruth Martini (Bockenem), 30.7.1987, UB Freiburg (GAGV), Unverzeichneter Teilnachlass Martini, unpag.; Lebenslauf Martinis, 3.12.1956, ebd., unpag.

2448 Ebd. Dass Martini nach Teplice kam, bestätigte auch der tschechoslowakische Geheimdienst. Regionalbüro für Staatssicherheit (Prag) an die Zentrale Staatssicherheit (Prag), 7.12.1948, Archiv bezpečnostních složek, Prag, Oddělení archivních fondů, Fond ŠÚMV, 305–515–6, Bl. 2–4.

2449 Lebenslauf Martinis, 3.12.1956, UB Freiburg (GAGV), Unverzeichneter Teilnachlass Martini, unpag.

2450 Vgl. Bohn, Reichskommissariat (2000), S. 129–133. Zu den „geographischen Grundlagen“ aus deutscher Sicht siehe Horvath, Josef: Der norwegische Bergbau, seine Lagerstätten und Wirtschaft, Diss., Montanistische Hochschule Leoben [1942], UAMU Leoben (Kap. II, A 1).

2451 Gogl, Dienststellen (2021), S. 48. Siehe auch Frøland, Besatzungswirtschaft (2023), S. 793; Eichholtz, Geschichte Bd. I (2003), S. 165 f., 185; Bohn, Reichskommissariat (2000),

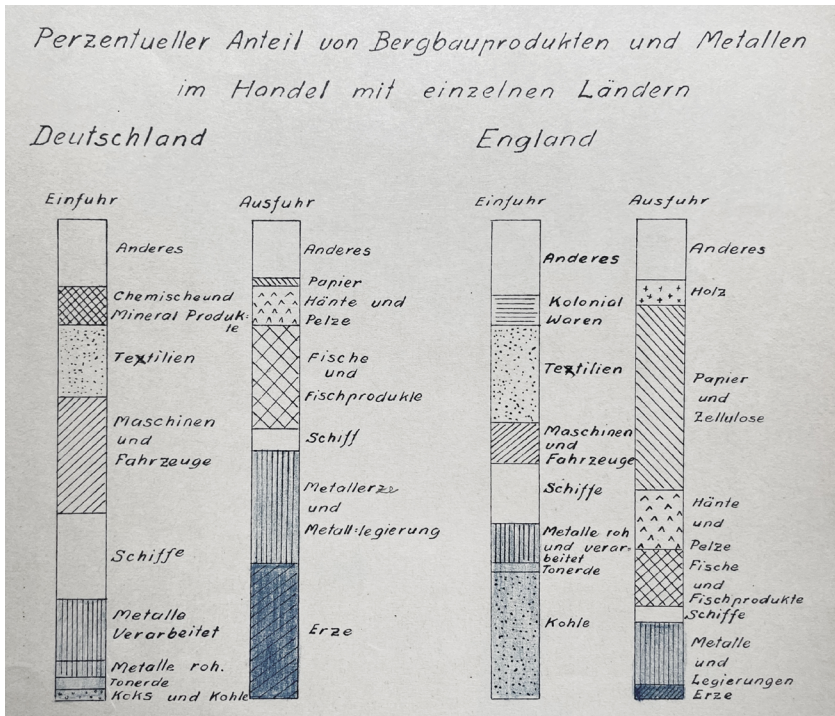


Abb. 63: Anteil von Bergbauprodukten und Metallen im Handel Norwegens mit Deutschland und Großbritannien 1938.²⁴⁵²

Deutlich wurde dies in einem Befehl Görings, der nach der Besetzung Norwegens im Zuge der Operation ‚Weserübung‘ 1940 festlegte, dass es „zur Festigung der wirtschaftlichen Vormachtstellung Deutschlands in Europa sowie im Interesse der Sicherung der Rohstoffversorgung des großdeutschen Wirtschaftsgebietes und (...) schließlich zur Vermehrung des wirtschaftlichen Einflusses Deutschlands in der Welt (...) zweckmäßig“ sei, wichtige Wirtschaftsbetriebe Norwegens „in möglichst weitem Umfang in deutschen Besitz“ zu überführen.²⁴⁵³

S. 121–128. Beispielhaft ein Bericht vermutlich aus dem RWM: Norwegen. Darstellung der wirtschaftlichen Struktur Norwegens und der Folgerungen, die sich für Großdeutschland und Norwegen aus einer Wirtschaftsunion ergeben, ohne Datum (um 1939), RGVA Moskau, Fond 1458k-7–6, Bl. 40–45.

²⁴⁵² Horvath, Josef: Der norwegische Bergbau, seine Lagerstätten und Wirtschaft, Diss., Montanistische Hochschule Leoben [1942], UAMU Leoben (Kap. B. 1).

²⁴⁵³ Der Erlass bezog sich neben Norwegen auch auf Belgien und die Niederlande. Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches. Beauftragter für den Vierjahresplan an RWM, Reichsbankdirektorium, Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete, Militärbefehlshaber in Belgien, 1.9.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30592, Bl. 64 f.

Dieser projektierten „kolonialen Funktion“ des europäischen Nordens standen jedoch realökonomische Zwänge entgegen, die den Besatzern bei der Aneignung der fremden Ressourcen Fesseln anlegten. So waren sie infolge der früheren Abhängigkeit Norwegens von Großbritannien gezwungen, für die nun ausfallenden britischen Lieferungen aufzukommen, um die „gewünschte Leistungsfähigkeit“ der norwegischen Volkswirtschaft aufrechtzuerhalten.²⁴⁵⁴ Darüber hinaus zwangen die Aktivitäten und die Verpflegung der mindestens 300.000 Mann starken Besatzungstruppen in Norwegen Berlin zu erheblichen Aufwendungen, wodurch sich die Menge an Waren und Rohstoffen, welche nach Deutschland hätten geliefert werden können, verringerte. Und schließlich machte der Ausbau der schwach ausgeprägten Infrastruktur zur wirtschaftlichen Erschließung (Rohstoffe) und militärischen Sicherung (Küstenverteidigung, Versorgung Nordfront) des sich auf eine Länge von gut 1.700 Kilometer erstreckenden Landes die Zufuhr erheblicher Mengen an Rohstoffen, Waren und Arbeitskräften erforderlich.²⁴⁵⁵

Die Dominanz wirtschaftlicher Sachfragen spiegelte sich auch in der Besatzungsverwaltung wider. Nach dem Überfall Deutschlands auf Norwegen am 9. April 1940 berief Hitler den Gauleiter von Essen, Josef Terboven, am 24. April 1940 zum ‚Reichskommissar‘, dem damit die „oberste Regierungsgewalt im zivilen Bereich“ Norwegens zufiel, was auch die Befugnis „zur Rechtsetzung auf dem Verordnungswege“ umfasste.²⁴⁵⁶ Der Behördenstab in Terbovens ‚Reichskommissariat Norwegen‘ (RN) „kontrollierte mit dem Auftrag einer ‚begrenzten Aufsichtsverwaltung‘ den bestehenden norwegischen Staatsapparat und regierte indirekt“.²⁴⁵⁷ Ihm unterstanden zunächst drei Hauptabteilungen (Verwaltung, Volksaufklärung und Propaganda sowie Volkswirtschaft), zu denen 1942 noch eine vierte Hauptabteilung Technik kam, die eng an die in Norwegen aktive ‚Organisation Todt‘ (OT) gekoppelt war.²⁴⁵⁸ Die Prädomi-

2454 Frøland, *Besatzungswirtschaft* (2023), S. 793, 798 f.

2455 Vgl. ebd., S. 789, 802; Gogl, *Dienststellen* (2021), S. 41.

2456 Bohn, *Haltungskampf* (2022), S. 141. Zu dem gescheiterten deutschen Überraschungsangriff auf Norwegen, durch den es dem König und seiner Regierung gelang, sich ins Landesinnere abzusetzen und Mobilmachungsmaßnahmen einzuleiten und zu den ebenfalls erfolglosen Versuchen der Deutschen, „eine kollaborationsbereite norwegische Regierung zu Stande“ zu bringen, siehe ebd., S. 142; ders., *Reichskommissariat*, S. 3–13. Der deutsche Feldzug in Norwegen endete mit der Kapitulation der norwegischen Armee am 10.6.1940 und der „Exilierung von Regierung und Königshaus nach England“. ders., *Haltungskampf* (2022), S. 140.

2457 Frøland, *Besatzungswirtschaft* (2023), S. 794.

2458 Vgl. Bohn, *Reichskommissariat* (2000), S. 58 f. Dort auch kurz zu den Hauptabteilungen Verwaltung, Propaganda und Technik (S. 61–65) und ausführlich zur Hauptabteilung Volkswirtschaft (S. 159–353). Zur OT in Norwegen und der Hauptabteilung Technik in der Behörde des RN vgl. Gogl, *Foundations* (2020). Siehe auch Organisationsplan des RN, ohne Datum (um 1943), NAW, RG 319, Entry A1 134 A, Container 4, Records of the Army Staff, 1903–2009, Office of the Assistant Chief of Staff for Intelligence, G-2, Records of the Investigative Records Repository. Series Intelligence and Investigative Dossiers Impersonal File, 1939–1980, File Unit: XE019389 Documents Pool Library Lists Norway, unp.; Consolidated Interrogation Report on the German Civil Power in Norway (Report

nanz wirtschaftlicher Interessen war bereits durch die Person des Reichskommissars Terboven gegeben, der über enge persönliche Kontakte zur rheinisch-westfälischen Industrie, insbesondere zum Vorstandsvorsitzenden der Vereinigten Stahlwerke AG, Albert Vögler, verfügte.²⁴⁵⁹ Innerhalb der „Okkupationsbehörde“ des RN spielte die der Leitung von Karolus Otte (NSDAP 1930, SS 1931) unterstehende Hauptabteilung Volkswirtschaft (HAVoWi) als Lenkungsinstanz der gesamten norwegischen Wirtschaft die zentrale Rolle.²⁴⁶⁰ Ihre Bedeutung erschließt sich bereits daraus, dass ihr mit insgesamt elf mehr als doppelt so viele Unterabteilungen angegliedert waren wie den Hauptabteilungen Verwaltung und Propaganda zusammen.²⁴⁶¹ Sämtliche Unterabteilungen der HAVoWi unterhielten Verbindungen zu den entsprechenden norwegischen Behörden, Ministerien oder Direktionen, standen aber auch in engem Kontakt zum RWM und zur Vierjahresplanbehörde. Den meisten von ihnen kam die Aufgabe zu, die norwegische Produktion zu steigern und die durch die Blockade der Wirtschaft hervorgerufenen Engpässe zu beseitigen. Darüber hinaus waren sie für die „Kontingentierung wichtiger Rohstoffe, Halbwaren und Investitionsgüter“ verantwortlich (z.B. Unterabteilungen Binnenwirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft, Fisch-, Forst- und Holzwirtschaft).²⁴⁶² Den Unterabteilungen ‚Technik und Verkehr‘ sowie ‚Arbeit und Sozialwesen‘ oblag dagegen die Steuerung der von deutscher Seite in Norwegen initiierten Bautätigkeit und des damit verbundenen Arbeitskräfteeinsatzes.²⁴⁶³

Für den Handel mit Deutschland zeichnete die Unterabteilung ‚Ausfuhrwirtschaft und Bergbau‘ zuständig, der zunächst der aus dem RWM abgeordnete Oberregierungsrat Bernhard Ahlbrecht (NSDAP 1933, SA) vorstand, bevor ihn im Frühjahr 1943 sein Berliner Ministerialkollege, der Oberregierungsrat Gerhard Berghold (NSDAP 1933), ablöste.²⁴⁶⁴ Die Unterabteilung ‚Ausfuhrwirtschaft und Bergbau‘ gliederte sich in verschiedene Gruppen, von denen hier vor allem die Gruppe ‚Bodenforschung‘ interessiert, deren Leitung der Ende Mai 1940 von der RfB nach Oslo entsandte österreichische Geophysiker

No PWIS DET (N)/9), ohne Datum, NAW, RG 319, Entry A1 134 A, Container 4, Records of the Army Staff, 1903–2009, Office of the Assistant Chief of Staff for Intelligence, G-2, Records of the Investigative Records Repository. Series Intelligence and Investigative Dossiers Impersonal File, 1939–1980, File Unit: XE019400 German Civil Power in Norway, unp. Die OT bot im Übrigen auch für Staatsgeologen ein breites Einsatzfeld, die, wie der Münchener Eduard Hartmann, auch in Norwegen zum Einsatz gelangten. Zu Hartmann siehe Anhang Biographien.

2459 Vgl. Bohn, Reichskommissariat (2000), S. 126.

2460 Ebd., S. 58 f., 163, 167; Frøland, Besatzungswirtschaft (2023), S. 794. Zur Person Ottes siehe Bohn, Reichskommissariat (2000), S. 163; ders., Instrumentarien (1997), S. 80 (Anm. 37).

2461 Vgl. ders., Reichskommissariat (2000), S. 59, 167. Dort auf S. 60 auch der Hinweis, dass das „Schwergewicht der Tätigkeit“ der Behörde des RN „auf dem Gebiet der Wirtschaft“ lag.

2462 Frøland, Besatzungswirtschaft (2023), S. 794 f.

2463 Vgl. ebd., S. 795.

2464 Vgl. Bohn, Reichskommissariat (2000), S. 167. Zu Ahlbrecht und Berghold siehe Anhang Biographien.

Josef Horvath übernahm.²⁴⁶⁵ Eigentlich hatte die Berliner Zentrale der RfB beabsichtigt, den an der Berliner Universität tätigen ehemaligen PGLA-Mitarbeiter Erich Haarmann (NSDAP 1933) mit dieser Aufgabe zu betrauen. Bereits im Frühjahr 1940 war dieser der deutschen Gesandtschaft in Oslo vorübergehend als Bergbausachverständiger zugeteilt worden, um die Möglichkeiten eines weiteren Erzbezugs aus Norwegen auszuloten.²⁴⁶⁶ Da Haarmann aber erkrankte, sollte Horvath „unvermutet“ und vorübergehend einspringen, woraus schließlich eine dauerhafte, sich bis 1945 hinziehende Abordnung wurde.²⁴⁶⁷

Horvath erwies sich für die RfB als Glücksfall, denn als einer der wenigen Geologen und Geophysiker der RfB verfügte er über jahrelange Auslandserfahrung, so auch in Norwegen, weswegen ihn Brockamp von der Prakla reklamierte und mit dem Aufbau der RfB-Außenstelle in Oslo betraute.²⁴⁶⁸ Ausschlaggebend für seine Entsendung nach Norwegen dürfte auch die Tatsache gewesen sein, dass Horvath seit Kriegsbeginn an seiner Promotionsschrift arbeitete, die sich mit dem norwegischen Bergbau, seinen Lagerstätten und seiner Wirtschaft befasste.²⁴⁶⁹ Bei seiner Ankunft in Oslo wurde Horvath dem RN eingegliedert, „da alle von deutschen Dienststellen entsandten Mitarbeiter prinzipiell nicht selbständig arbeiten (...), sondern nur im Verband des

2465 Neben der Gruppe Bodenforschung bestanden noch folgenden Gruppen: Bergbau, Hüttenwesen, Holzveredlungsindustrie, Feindvermögenverwaltung und eine Passprüfungsstelle. Vgl. NAW, RG 319, Entry A1 134 A, Container 4, Records of the Army Staff, 1903–2009, Office of the Assistant Chief of Staff for Intelligence, G-2, Records of the Investigative Records Repository. Series Intelligence and Investigative Dossiers Impersonal File, 1939–1980, File Unit: XE019400 - German Civil Power in Norway, unp.

2466 Wie bei Walther Petrascheck, der im Auftrag der RfB in Bulgarien und Rumänien aktiv war, stützte sich die RfB auch im Fall Haarmanns auf externe Experten, um den Bezug von Rohstoffen aus dem Ausland sicherzustellen. Aus dem Bericht Haarmanns geht hervor, dass sein Aufenthalt in Norwegen darauf ausgerichtet war, im Rahmen eines „Sofort-Programms“ verschiedene Rohstoffvorkommen „in Betrieb“ zu bringen, was offenbar in Abstimmung mit dem Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt im OKW erfolgte. Protokoll von Prof. Dr. E. Haarmann (Berlin-Schöneberg) über eine Besprechung über Erweiterung unserer Erzbezüge aus Norwegen im Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt im OKW Berlin am 29.3.1940, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61525, unp. Schon im Februar 1940 hatte Haarmann der RfB Berlin berichtet, dass die Aussichten, Deutschland „in Norwegen zusätzliche Erzmengen zu verschaffen, besser“ seien als erwartet, wobei er sich auch über den „Rentabilitätswahn der Kaufleute und die selbstgefällige Umständlichkeit der Techniker“ beim Aufschluss der Vorkommen ausließ. Haarmann (Oslo) an Präsidenten der RfB (Berlin), 23.2.1940, ebd., unp. Zur NSDAP-Mitgliedschaft Haarmanns, 1909–1911 an der PGLA, vgl. BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/12670875, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1267, Karte 875.

2467 Bericht von Horvath „Aufgabe der Untersuchungsarbeiten“, 1946, Norges Geologiske Undersøkelse (NGU) Oslo, BA 1172, S. 1.

2468 Lebenslauf Horvaths (Olinda Victoria, Australien), 4.1.1970, UAMU Leoben, Biographien 1970 Lebenslauf Josef Horvath, unp.; Promotionsakt des Dipl. Ing. Josef Horvath, B 11i-1942, UAMU Prom.-Akt 1942 Horvath, unp. Zu Horvath siehe Anhang Biographien.

2469 Die Arbeit legte Horvath 1942 in der Montanistischen Hochschule Leoben vor. Horvath, Josef: Der norwegische Bergbau, seine Lagerstätten und Wirtschaft, Diss., Montanistische Hochschule Leoben [1942], UAMU Leoben. Siehe zudem Amundsen, Krigsmetallet (2015), S. 50.

Reichskommissariats“ tätig werden durften.²⁴⁷⁰ Allerdings zeigte sich bald, dass Horvath „nur allgemein gehaltene wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Anweisungen gegeben“ wurden, er fachlich vollkommen auf sich selbst gestellt war und „hier keine Weisungen erwarten konnte“.²⁴⁷¹

Wie Horvath bei seinen ersten Erhebungen feststellte, waren die norwegischen Gruben zu Beginn der deutschen Invasion zum größten Teil stillgelegt worden, wiesen jedoch insgesamt nur wenige Zerstörungen (z.B. Kirkenes, Dunderland, Mofjellet) auf. Daher erachtete er es als seine wichtigste Aufgabe, die Gruben wieder in Gang zu bringen, was im Übrigen auch für den Schiffsbetrieb zum Abtransport der Rohstoffe nach Deutschland galt.²⁴⁷² Zu diesem Zweck wurde vorgeschlagen, die Fortführung des Grubenbetriebs durch Vorschüsse der deutschen Erzabnehmer zu ermöglichen. Ob es dazu kam, ist unklar. Jedenfalls gelang es bis zum Sommer 1940, fast alle Gruben wieder in Gang zu bringen, wobei aber „nur die Inangriffnahme solcher Bergbauvorhaben zugelassen“ wurde, „die für den unmittelbaren Kriegsbedarf besonders wichtig (...) oder von größerer Bedeutung für die europäische Wirtschaft im allgemeinen“ waren. Darüber hinaus wurde von deutscher Seite alles getan, um englische Einflüsse im norwegischen Wirtschaftsleben zurückzudrängen und „den deutschen Einfluss zu sichern“.²⁴⁷³

2470 Bericht von Horvath „Aufgabe der Untersuchungsarbeiten“, 1946, NGU Oslo, BA 1172, S. 1. Wie Robert Bohn in seiner wegweisenden Studie zum RN zeigt, hatte Terboven den auf Einfluss in Norwegen zielenden Planspielen verschiedener Reichsbehörden einen Riegel vorgeschoben und ihnen bestenfalls die Möglichkeit einer „mittelbaren Einflussnahme“ in seinem Machtbereich eingeräumt. Da Terboven keine „selbständigen hochrangigen Vertreter ziviler deutscher Behörden in Norwegen duldet“, mussten sich letztere mit der Abordnung von Fachbeamten in die Dienststelle des RN begnügen. Auch Horvath passte ins Bild des für das RN typischen ‚aufstrebenden jüngeren Mitarbeiters‘. Bohn, Reichskommissariat (2000), S. 148.

2471 Ebd. Auch diese Aussage deckt sich mit dem Befund von Robert Bohn, der auf das von Terboven verfolgte „freie Spiel der Kräfte“ verwies, nach dem den Verwaltungs- und Wirtschaftsexperten des RN freie Hand beim Aufbau der Behörde blieb. Ebd., S. 58.

2472 Auf die damit verbundenen Schwierigkeiten verweist Frøland, der zeigt, dass der Bergbau und der Metallsektor sich als letzte von den Auswirkungen der Besatzung erholten, was auch negative Folgen auf den Export hatte. Vgl. Frøland, Besatzungswirtschaft (2023), S. 807.

2473 Horvath, Josef: Der norwegische Bergbau, seine Lagerstätten und Wirtschaft, Diss., Montanistische Hochschule Leoben [1942], UAMU Leoben (Kap. II C 2, Kriegseinflüsse). Dies fügte sich in die Großraumplanungen des RWM ein, das bereits Mitte 1940 verschiedene Maßnahmen erwogen hatte, um wirtschaftlichen Einfluss auf die Länder des von „Deutschland beherrschten Wirtschaftsraums“ auszuüben. Dazu gehörten folgende Maßnahmen: „Ausweitung der Produktion in den neuen Ländern, Verdrängung fremden Kapitals, Eindringen in nationale Industrien der anderen Länder, Einflussnahme durch Einsetzen deutscher oder deutschfreundlicher Direktoren, Aufbau neuer Industrien, Anschluss bestehender Industrien an vorhandene deutsche Kartelle, Aufbau neuer Kartelle“. Bericht von Dr. Hans Jahns (RWM, Abt. Bergbau) über die Besprechung vom 30.7.1940 über die Vorbereitungen für die Friedensverhandlungen und für den wirtschaftlichen Aufbau des deutschen Machtbereichs, 31.7.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 2.

Wie Horvath betonte, bestand dabei die Möglichkeit, „entweder mit direkten Anweisungen an die in Betracht kommenden Stellen zu arbeiten oder durch engere Fühlungnahme eine freiwillige Mitarbeit zu gewinnen“.²⁴⁷⁴ Seine Feststellungen ergaben, dass die norwegischen Erzgruben bis auf die großen Abbaubetriebe meist nur Kleinstbetriebe mit geringen Reserven und folglich ebenso geringer Lebensdauer waren. Oft waren sie finanziell nicht in der Lage, die Untersuchung ihrer Vorkommen in dem erforderlichen Maß durchzuführen. Und auch von Seiten des norwegischen Staates war nach den Worten Horvaths kaum Unterstützung gekommen, weswegen systematische Arbeiten zur Vergrößerung der Erzvorräte bis dahin „nur in geringem Ausmaß“ stattgefunden hätten.²⁴⁷⁵

Aus diesem Grund hielt es Horvath für ratsam, zunächst eine systematische Erfassung der norwegischen Lagerstätten in die Wege zu leiten.²⁴⁷⁶ Mit seiner ‚vorausschauenden‘, vor allem für die deutsche Rohstoffversorgung bedeutsamen Forschungsagenda stieß er in Berlin aber nur „teilweise“ auf Verständnis. Zwar stellte ihm die RfB die dafür notwendigen Geldmittel zur Verfügung, gab Horvath aber zu verstehen, „größere und längere Zeit dauernde Untersuchungen möglichst zugunsten von rasch Erfolg versprechenden“ zurückzustellen.²⁴⁷⁷ Dabei ließ sich die Berliner RfB-Zentrale vermutlich von den Vorgaben des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts im OKW leiten, dessen Chef, General Georg Thomas, Horvaths Vorgänger Haarmann bereits im Frühjahr 1940 auf „die Notwendigkeit schnellen Vorgehens“ hingewiesen hatte.²⁴⁷⁸ Allerdings konnte sich Horvath auch auf die Vorarbeiten seiner Berliner Kollegen stützen, die schon 1938 Karten und Übersichten über die wichtigsten Vorkommen und Gruben Norwegens angefertigt hatten (siehe Tab. 47) und die gezielte wirtschaftliche Ausbeutung des Landes somit vorbereiten halfen.

2474 Wie Horvath in seiner Promotionsschrift behauptete, war „eine gewisse Lenkung in der Inangriffnahme neuer Bergbauvorhaben“ notwendig. Horvath, Josef: Der norwegische Bergbau, seine Lagerstätten und Wirtschaft, Diss., Montanistische Hochschule Leoben [1942], UAMU Leoben (Kap. II C 2, Kriegseinflüsse). Die ihm von militärischer Seite vorgeschlagene Hinzuziehung von Wehrgeologen lehnte Horvath ab, da er angeblich „eine Vermengung von rein militärischen Aufgaben (...) mit zivilen, wirtschaftlich aufzufassenden Arbeiten nicht für angebracht“ hielt. Bericht von Horvath „Aufgabe der Untersuchungsarbeiten“, 1946, NGU Oslo, BA 1172, S. 2.

2475 Ebd., S. 2 f.

2476 Horvath, Josef: Der norwegische Bergbau, seine Lagerstätten und Wirtschaft, Diss., Montanistische Hochschule Leoben [1942], UAMU Leoben (Kap. II C 3, Aussichten des norwegischen Bergbaues im Großeuropäischen Wirtschaftsraum).

2477 Bericht von Horvath „Aufgabe der Untersuchungsarbeiten“, 1946, NGU Oslo, BA 1172, S. 3.

2478 Protokoll von Prof. Dr. E. Haarmann (Berlin-Schöneberg) über eine Besprechung über Erweiterung unserer Erzbezüge aus Norwegen im Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt im OKW Berlin, 29.3.1940, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61525, unpag.

Tab. 47: Übersicht der Reichsstelle für Bodenforschung über die wichtigsten Gruben Norwegens (1938).²⁴⁷⁹

Name	Erz	Produktion 1938 in 1.000 t	Vorrat in Millionen t	% Erzgehalt
Amdal	Kupfer	1,9	0,012	0,8
Arendal	Eisen	-	ca. 2	42
Björkaasen	Schwefelkies	134	}	44
	Kupfer	1,2 Konz.	2,4	1,5
	Zink	1,5 Konz.	}	-
Bleka	Kupfer	-	?	0,5
	Gold	-	?	7,5 g/t
	Wismut	-	?	0,2
Dunderlandsdalen	Eisen	155	100	31-35
Engzeli	Chrom	0,508	?	30
Fehn	Eisen	5,5	0,5	48
Flaat, Evje	Nickel	}	}	1-1,5
	Kupfer	} 28,6	} 1,5+	0,5
Foldal	Schwefelkies	37,4	}	45
	Kupfer	2,2 Konz.	} 0,56	1,7
	Zink	1,9 Konz.	}	-
Fosdalen	Eisen	196	}	36
	Schwefelkies	-	} 22,5	-3
Gjersvik	Schwefelkies	-	}	42,5
	Kupfer	-	} 1,4	2,2
Hosanger	Nickel	}	?	1-1,5
	Kupfer	} 5,6	?	0,5
Husvik	Zink	-	0, 1?	24
	Blei	-	-	10
Ingeborg	Schwefelkies	?	}	?
	Kupfer	?	0,65	3-5,5
	Zink	?	}	?
Joma	Schwefelkies	-	}	40
	Kupfer	-	} 16,4	2
Killingdal	Schwefelkies	}	}	40
	Kupfer	} 47	} 0,24	1,7
Kjöli	Schwefelkies	}	}	40
	Kupfer	} 7,2	} 16	1,7
Knaben	Molybdän	0,735	bed.	0,2 MoS ₂
Kongsberg	Silber	7,32 t	?	220 g/t
Kragerö	Eisen	-	1	43
Laksadalen	Molybdän	0,04	?	0,2 MoS ₂
Lökken	Schwefelkies	}	}	43
	Kupfer	} 511	} 22,5	2,3

2479 Übersicht der RFB über die wichtigsten Gruben Norwegens, 1938, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61529, unp.

Middavarre, Burfjord	Eisen	3,1	unbekannt	47
Mofjellet	Schwefelkies	3,2 Konz.	}	45
	Zink	2,8 Konz.	}	6
	Blei	0,2 Konz.	0,25	?
	Kupfer	0,4 Konz.	}	?
Ofoton, Bogen	Eisen	53,9	6,75	31–35
Repparifjord	Kupfer	-	1	1,6
Rödsand	Titaneisen	47,3	erheblich	50 Fe 7–9y TiO ₂
Rörös	Schwefelkies	0,65 Konz.	}	40
	Kupfer	5,3 Konz.	} 0,062	3
Salangen	Eisen	-	30	31–35
Schaanings, Örsdal	Wolfram	0,017	?	65 WO ₃
Skorovas	Schwefelkies	-	}	43
	Kupfer	-	} 2,4	1,7
Söftestad	Eisen	25	0,5	55
Soggendal (Titania A/S)	Titaneisen	62	bed.	39 Fe 39 TiO ₂
Stordö	Schwefelkies	127	3	44
Sulitjelma	Schwefelkies	92,5	}	40
	Kupfer	22,1 Konz.	} 6,7	2
	Zink	6,1 Konz.	}	-
Sydvaranger	Eisen	941	100	35
Vigsnes	Schwefelkies	63,2	}	44
	Kupfer	2,2 Konz.	} 0,06	2,5–5
	Zink	2,7 Konz.	}	-

Die von der RfB erstellten kriegsrelevanten Materialsammlungen wurden durch Unterlagen und Grubenberichte deutscher Gesellschaften ergänzt, die begierig auf Optionen in dem „als Rohstoffquelle“ betrachteten Land hofften.²⁴⁸⁰ Der RfB-Außenstelle Oslo diente das solchermaßen gewonnene Material dazu festzustellen, welche Vorkommen bereits untersucht worden waren und welche Ergebnisse dafür vorlagen. Zunächst arbeitete Horvath daher an der Erstellung einer Lagerstättenkartei, die einen Überblick über alle in Norwegen vorhandenen Lagerstätten geben sollte und laufend aktualisiert wurde. Ihr waren Angaben über Geologie, Produktion, Vorräte, Betriebsgeschichte und Besitzverhältnisse der Gruben zu entnehmen. Darüber hinaus wurden die Fundpunkte der einzelnen Rohstoffe in einer Karte eingetragen, die allerdings nur die wichtigeren Vorkommen anzeigte. Da große Teile Norwegens weder geologisch noch topographisch kartiert waren, leitete Horvath in Kooperation

2480 Bohn, Reichskommissariat (2000), S. 126. Beispielhaft ein Bericht Horvaths, in dem er mit Blick auf das große Kupfervorkommen Vaddas in Finnmarken betonte, dass sich die „Erzgesellschaft (...) die Option auf das Vorkommen für evtl. weitere Untersuchungen gesichert“ habe. Tätigkeitsbericht Horvaths für die Zeit vom 3.-15.11.1941, 15.11.1941, BArch Berlin, R 83-NORWEGEN, Nr. 16, unp.

mit dem Luftgaukommando Norwegen eine „Flugkartierung“ in die Wege. Aus den daraufhin von Aufklärungsflugzeugen der Luftwaffe angefertigten Fotografien wichtiger Rohstoffgebiete entwickelte die Luftbildgaustelle Aufnahmeblätter. Diese bildeten die Grundlage für jene Karten, die sowohl für geologische und geophysikalische Geländeaufnahmen als auch für die Planung der Erschließungsarbeiten unentbehrlich waren. Wie sich zeigte, erlaubten die meist ‚sehr scharfen‘ Luftaufnahmen eine „bedeutend größere Genauigkeit in der geologischen Kartierung“ und beschleunigten die geologische Feldarbeit „meist um ein Vielfaches“.²⁴⁸¹



Abb. 64: Von der deutschen Luftwaffe (Luftgaukommando Norwegen) im Zuge einer von Josef Horvath (RfB-Außenstelle Oslo) angeregten „Flugkartierung“ 1941 angefertigte „Luftaufnahme eines molybdänerzführenden Granitgebietes mit Verquarzung“. In der Mitte des Bildes ein See.²⁴⁸²

- 2481 Bericht von Horvath „Aufgabe der Untersuchungsarbeiten“, 1946, NGU Oslo, BA 1172, S. 18 f. Die Arbeiten Horvaths in Norwegen kamen übrigens auch der Luftwaffe zu Gute, erstreckten sich demnach also nicht nur auf Rohstofffragen. So erwähnte Horvath, dass auch „Grunduntersuchungen für die Luftwaffe und für die Nordag“ durchgeführt worden seien, was möglicherweise auf das Gebiet der Bauingenieurgeologie verweist. Ebd., S. 34. Bei der Nordag handelte es sich um die Nordische Aluminium AG.
- 2482 Horvath, Josef: Der norwegische Bergbau, seine Lagerstätten und Wirtschaft, Diss.,

Weitere Informationen erhoffte sich Horvath von der Geologischen Landesanstalt Norwegens in Oslo, mit deren Direktor Carl Bugge er über die Einrichtung eines Bergarchivs verhandelte, in dem alle Unterlagen und Risse von nicht im Betrieb befindlichen norwegischen Lagerstätten gesammelt werden sollten, um die Untersuchungsarbeiten entsprechend auszurichten.²⁴⁸³ Anders als im ‚Generalgouvernement‘ Polen oder im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ kam es in Norwegen nicht zu einer Umorganisation des staatlichen Geologischen Dienstes. Wie Horvath nach dem Krieg angab war klar, dass solchen Absichten von norwegischer Seite „naturgemäß ein gewisser Widerstand“ entgegengesetzt wurde. Ob die deutschen Besatzer darauf Rücksicht nahmen, ist jedoch zu bezweifeln, ebenso wie Horvaths Behauptung, dass eine strukturelle Änderung der Anstalt „während des Krieges“ nicht opportun gewesen sei. Gerade das Beispiel des ‚Protektorats‘ und des dort 1942 in Angriff genommenen Aufbaus eines neuen Amtes für Bodenforschung in Prag strafte Horvath Lügen. Vielmehr war es so, dass die dem Geologischen Dienst Norwegens „zur Verfügung stehenden Geldmittel und Arbeitsräume sehr beschränkt waren“ und alle Versuche Horvaths, hier Abhilfe zu schaffen, am Desinteresse der Verwaltung des ‚Reichskommissariats‘ und vermutlich auch der RfB-Zentrale in Berlin scheiterten. Folglich kam es „nicht zu der ursprünglich gedachten Zusammenarbeit“ mit der Geologischen Landesanstalt Norwegens, zumal schnell deutlich wurde, dass Horvath über den direkten Verkehr mit den norwegischen Grubenleuten viel „rascher“ zu den von den deutschen Besatzern „gewünschten Resultaten“ gelangte.²⁴⁸⁴

Da es kaum noch Lagerstätten gab, „die noch im Bergfreien lagen“, konzentrierte sich Horvath mit amtlicher Rückdeckung der RfB auch darauf, Einfluss auf die Arbeiten der einzelnen norwegischen Bergbaugesellschaften zu nehmen, um deren Tätigkeit auf die Interessen der deutschen Besatzungsmacht auszurichten.²⁴⁸⁵ Durch diese „Beaufsichtigung“ sollte verhindert werden, dass sich die Unternehmen „auf ganz uninteressante Objekte“ konzentrierten und „einem in Kriegszeiten sehr leicht auftretenden ungesunden Spekulationsfieber“

Montanistische Hochschule Leoben [1942], UAMU Leoben (Kap. II C 4, Erschließung neuer Lagerstätten).

2483 Vgl. Bericht von Horvath „Aufgabe der Untersuchungsarbeiten“, 1946, NGU Oslo, BA 1172, S. 4 f.; Tätigkeitsbericht von Alfred Pollak [Gruppe Bodenforschung, RN Norwegen] für die Zeit vom 1.-13.12.1941, BArch Berlin, R 83-NORWEGEN, Nr. 16, unpubl.

2484 Bericht von Horvath „Aufgabe der Untersuchungsarbeiten“, 1946, NGU Oslo, BA 1172, S. 5. Dies schien für die Unterabteilung ‚Ausfuhrwirtschaft und Bergbau‘ generell zu gelten, denn wie Robert Bohn zeigt, verhandelten die Vertreter dieser Abteilung „zum Leidwesen der Norweger“ immer häufiger mit den für sie wichtigen Ausfuhrunternehmen selbst, unter Umgehung des norwegischen Handelsdepartements. Bohn, Reichskommissariat (2000), S. 170 f. Auf die infolge knapper staatlicher Mittel geringe „Wirkungsmöglichkeit“ des Geologischen Dienstes Norwegens, die „in keinem Verhältnis zur Bedeutung des Bergbaues für das Land“ stand, verweist Horvath, Josef: Der norwegische Bergbau, seine Lagerstätten und Wirtschaft, Diss., Montanistische Hochschule Leoben [1942], UAMU Leoben (Kap. II A 5 Bergrecht, S. 5).

2485 Zur Aufgabe der Unterabteilungen der HAVoWi im RN, die in ihren Tätigkeitsbereich fallenden norwegischen Stellen und Behörden „zu überwachen und zu lenken“, siehe Bohn, Reichskommissariat (2000), S. 170.

erlagen.²⁴⁸⁶ In einzelnen Fällen bemühte er sich auch um eine „Rationalisierung der Betriebe“.²⁴⁸⁷ Um deutschen Firmen Zugriff auf die norwegischen Rohstoffvorkommen zu sichern, ersuchte Horvath RWM und RfB um Staatsbeihilfen, um die zu Teil kostenintensiven Explorationsarbeiten anzustoßen.



Abb. 65: Reisepass des Berliner Bezirksgeologen Gerhard Richter[-Bernburg] mit Sichtvermerk über seine genehmigte Einreise nach Norwegen, 1943.²⁴⁸⁸

Zahllose Reisen führten ihn quer durch das riesige Besatzungsgebiet, wo er die Untersuchungsarbeiten einzelner Unternehmen besichtigte, Arbeitsergebnisse und Bohrkern auswertete, in Schürfen angetroffene Erze bemusterte und weitere Vortriebsarbeiten und Ansatzpunkte für neue Bohrungen festlegte.²⁴⁸⁹

- 2486 Bericht von Horvath „Aufgabe der Untersuchungsarbeiten“, 1946, NGU Oslo, BA 1172, S. 4.
- 2487 Tätigkeitsbericht von Alfred Pollak [Gruppe Bodenforschung, RN Norwegen] für die Zeit vom 1.-13.12.1941, BArch Berlin, R 83-NORWEGEN, Nr. 16, unpag.
- 2488 Reisepass Gerhard Richter-Bernburgs in UB Freiburg, GAGV, GA 65 (Nachlass Richter-Bernburg), unpag.
- 2489 Vgl. Tätigkeitsbericht von Alfred Pollak [Gruppe Bodenforschung, RN Norwegen] für die Zeit vom 1.-13.12.1941, BArch Berlin, R 83-NORWEGEN, Nr. 16, unpag.; Tätigkeitsbericht Horvaths für die Zeit vom 3.-15.11.1941, 15.11.1941, ebd., unpag. Dass die deutschen Besatzungsbehörden zur Erreichung ihrer Ziele auch auf Zwangsmaßnahmen zurückgriffen, zeigte das Beispiel der für die Molybdänversorgung Deutschlands wichtigen Grube in Knaben, der zur Erreichung der ihr auferlegten Produktionsziele noch Arbeiter fehlten. Da die Rückholung der Arbeitskräfte aber aus Sicht der Dienststelle des ‚Reichskommissars‘ „nur langsam“ erfolgte, wies die Abteilung „Ausfuhrwirtschaft und Bergbau“ die zuständige RN-Außenstelle Kristiansand an, „einige Arbeiter, die der Dienstverpflichtung“ nicht nachkamen, „dem Strafverfahren zu übergeben“. Wochenbericht von Bernhard Ahlbrecht (Wirtschaftsabteilung RN, Oslo) für die Zeit vom 22.9.1941-4.10.1941, 6.10.1941, BArch Berlin, R 18-NORWEGEN, Nr. 17, unpag. 1944 sollte die ‚Knabengrube‘ auf etwa 50 Prozent des deutschen Verbrauchs gesteigert werden, was ihren Wert für die deutsche Kriegs- und Rüstungswirtschaft unterstreicht. Vgl. RWM (OBH) an Hans Kehrl (Leiter des Rohstoffamtes RMRuK), 11.3.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30937, Bl. 28.

Daneben führte er selbst Erkundungen über die Gewinnungsmöglichkeiten einzelner Rohstoffe aus und leitete Maßnahmen zu ihrer Bewirtschaftung in die Wege, deren Durchführung Aufgabe der Gruppe ‚Bergbau‘ der Unterabteilung ‚Ausfuhrwirtschaft und Bergbau‘ innerhalb der Hauptabteilung Volkswirtschaft des ‚Reichskommissariats‘ war.²⁴⁹⁰

Die weitgefassten Steuerungsaufgaben Horvaths und die für einen Einzelnen unmöglich zu bewältigende Größe des Landes hatten zur Folge, dass ihm die RfB Berlin zur Entlastung zwischenzeitlich einige Geologen zur Verfügung stellte.²⁴⁹¹ Zu ihnen gehörten der Bergingenieur Alfred Pollak, der in Oslo auch als Vertreter Horvaths agierte, und die Bezirksgeologen Gerhard Richter[-Bernburg] und Hans-Rudolf von Gaertner.²⁴⁹² Darüber hinaus beauftragte die RfB externe Fachkräfte, wie den an der Berliner Universität lehrenden Mineralogen Paul Ramdohr, mit Sonderaufträgen.²⁴⁹³ Ramdohr hatte die Aufgabe, Untersuchungen über die Möglichkeiten eines Abbaus des in norwegischen Pegmatiten auftretenden Berylliums und anderer seltener Erden durchzuführen. Seine Forschungen ergaben, dass die Gewinnung dieser Mineralien nur im Zusammenhang mit einer Feldspatgewinnung möglich war, was die RfB-Spitze in Berlin veranlasste, über die „Gesamtfrage des Abbaus“ von Feldspat, Glimmer und seltenen Erden in Norwegen nachzudenken und mit der dafür einschlägigen

2490 Tätigkeitsbericht von Alfred Pollak [Gruppe Bodenforschung, RN Norwegen] für die Zeit vom 1.-13.12.1941, BAArch Berlin, R 83-NORWEGEN, Nr. 16, unpag.

2491 Die Rohstoffvorkommen lagen oft in sehr abgelegenen Gebieten und wurden durch Transportschwierigkeiten erschwert. Vgl. Tätigkeitsbericht Horvaths (RN, Wirtschaftsabteilung, Gruppe V, Oslo) für die Zeit vom 19.10. bis 1.11.1941, 4.11.1941, BAArch Berlin, R 83-NORWEGEN, Nr. 22, unpag.

2492 Zu Pollack, Richter[-Bernburg] und von Gaertner siehe Anhang Biographien. Richter[-Bernburg] befasste sich u.a. mit der im Gebiet des Serpentinmassivs Feragsfjeld liegenden Chromatitlagerstätte Feragen östlich von Röros in Mittelnorwegen. Vgl. Geologischer Bericht Richter[-Bernburgs] über die Chromatitlagerstätte Feragen/Röros, 7.11.1943, Bergarchiv Freiberg 40105-1, Nr. 991, unpag. In einem anderen Fall widmete er sich der geologischen Aufnahme der Molybdänvorkommen von Toreby. Vgl. Horvath (RN, Unterabteilung Ausfuhrwirtschaft und Bergbau, Oslo) an Brockamp (RfB Berlin), 12.4.1944, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675-1958 Series: Various German Records, 1956-1998, T-84, Roll 90, Serial 107, frame 1381485 f. Der „techn. Kriegsverwaltungsrat“ von Gaertner erstellte 1940 in Kristiansand einen Bericht über die Titanerz-Felder Kydland-Koldal bei Egersund, 24.9.1940, NGU Oslo, BA 814, unpag.

2493 Ein anderes Beispiel für von der RfB herangezogene externe Fachleute war der Direktor der Erzgesellschaft, Dr. Stahl, der, „im Einvernehmen“ mit der RfB „die bergmännische Landesforschung in Finnmarken“ durchführen sollte, „um einige wertvolle kupferhaltige Schwefelkies-Vorkommen in Nordnorwegen“ zu untersuchen. Wehrwirtschaftsstab Norwegen (Oslo) an das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt OKW (Berlin), 20.3.1941, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675-1958 Series: Records of the Headquarters of the German Armed Forces High Command, 1956-1970, File Unit: Number 1326, unpag. Darüber hinaus wurden auch Wissenschaftler der norwegischen Geologischen Landesanstalt herangezogen, so etwa Steinar Foslie, der 1944 eine geologische Detailkartierung des Erzbezirks von Hardanger durchführte. Bericht Horvaths über die Schwefelkiesgrube Gravdal (Hardanger), 28.2.1945, BAArch Berlin, R 3101, Nr. 30730, Bl. 86-111, hier Bl. 93.

Industrie Begehungen zu veranlassen.²⁴⁹⁴ Diese Kompetenzanmaßung wurde im vorgesetzten RWM jedoch keineswegs goutiert, denn der für diesen Bereich zuständige Referent Hermann Meffert (NSDAP 1937) machte deutlich, dass sich die RfB auf dem Gebiet der Steine und Erden nicht mit Bergbaufragen zu befassen habe und das RWM die Maßnahmen für den Abbau und den Einsatz der gewonnenen Rohstoffe selbst veranlasse.²⁴⁹⁵ Um dem Nachdruck zu verleihen, wurde der als Vertreter des RWM beim ‚Reichskommissar‘ in Oslo tätige Regierungsrat Johann Maucher (SA 1933–1936) von Meffert angewiesen, in diesem Sinne zu verfahren und die Kreise der RfB somit einzuhegen.²⁴⁹⁶

Zu den Aufgaben Horvaths und seiner Mitarbeiter gehörte es auch festzustellen, welche deutschen Unternehmen Interesse an norwegischen Rohstoffvorkommen hatten, wobei es auch um den Aufschluss neuer Lagerstätten ging. Erfolgte die Erschließung durch deutsche Vertreter, sollten diese Arbeiten auf Vorschlag Terbovens von deutscher staatlicher Seite, namentlich der RfB, weitgehend unterstützt werden und eine „eingehende Inventarisierung“ der norwegischen Bodenschätze erfolgen. Da deutsche Unternehmen aber meist nur geringe Neigung zeigten, das mit bergbaulichen Erschließungsarbeiten und größeren Schürfkampagnen verbundene finanzielle Risiko einzugehen, leitete die RfB in vielen Fällen selbständig Untersuchungsarbeiten ein. Dem lag der Gedanke zu Grunde, dass bei positivem Ausgang der Untersuchungen „diejenige deutsche Gruppe, die später die untersuchte Lagerstätte zum Betrieb“ übernahm, der RfB die angefallenen Kosten erstattete, während andernfalls das Reich einspringen sollte.²⁴⁹⁷

Bei alldem richtete sich das Interesse weniger auf die Beteiligung an einzelnen Gruben, als auf die Sicherung ihrer Produktion für die deutschen Hütten. Hinzu kam, dass der Betrieb von Bergwerken durch die norwegische Konzessionsgesetzgebung erschwert wurde, die das Recht ausländischer Unternehmen auf Ausbeutung norwegischer Bodenschätze einschränkte. Da ‚Reichskommissar‘ Terboven entschlossen war, gute Beziehungen zur örtlichen Industrie zu unterhalten, blieben die norwegischen Genehmigungsgesetze weitgehend in Kraft, da ihre Nichtbeachtung die Autorität des Besatzungsregimes in der Bevölkerung zu untergraben drohte. Eine Möglichkeit zur Umgehung der Vorschriften und zur Wahrung der deutschen Interessen bestand

2494 Arnold Cissarz (RfB Berlin) an Fa. Franz Mandt (Stettin), 5.5.1941, BAArch Berlin, R 3101, Nr. 30936, Bl. 28.

2495 Handschriftlicher Vermerk Mefferts, ebd.; OBH Oskar Gabel (RWM, II Bg.) an Cissarz (RfB Berlin), 14.5.1941, ebd., Bl. 29

2496 Meffert (RWM, II Bg.) an Dipl.- Ing. Maucher beim RN (Oslo), 4.5.1941, ebd., Bl. 29R. Maucher war zur Gruppe ‚Bergbau‘ in der Unterabteilung ‚Ausfuhrwirtschaft und Bergbau‘ innerhalb der Hauptabteilung Volkswirtschaft abgestellt. Zu Meffert und Maucher siehe Anhang Biographien.

2497 Wie Horvath in diesem Zusammenhang ausführte, war „die Untersuchung und Erschließung neuer Lagerstätten und damit eine Sicherung des Bezuges von mineralischen Rohstoffen für Deutschland“ eine seiner „Hauptaufgaben“ in Norwegen. Horvath, Josef: Der norwegische Bergbau, seine Lagerstätten und Wirtschaft, Diss., Montanistische Hochschule Leoben [1942], UAMU Leoben (Kap. II C 4 Erschließung neuer Lagerstätten).

aber darin, unter deutscher Kontrolle stehende norwegische Tochtergesellschaften zu gründen, die die Produktion in den Minen betreiben konnten.²⁴⁹⁸ Um Preistreiberien vorzubeugen, wurde für jedes Rohstoffgebiet jeweils nur eine Gesellschaft als Ansprechpartner benannt, um es „norwegischen Grubenspekulanten“ unmöglich zu machen, die deutschen Unternehmen gegeneinander auszuspielen.²⁴⁹⁹

Zu den von der deutschen Industrie definierten Schlüsselrohstoffen gehörten beispielsweise Molybdän-, Nickel- und Kobalterze (Stahlveredelung), Schwefelkies bzw. Pyrit (Pulverprogramm), Glimmer (Funk- und Messprogramm) und Graphit (z.B. für Elektroden in der Stahlproduktion in Siemens-Martinöfen, Akkumulatoren bzw. Trockenelemente, Schmelztiegel, Raketenprogramm, Uranverein).²⁵⁰⁰ Interesse an bestimmten Metallen meldeten beispielsweise folgende Unternehmen an:

1. Molybdän und Nickel: Friedr. Krupp AG, I.G. Farbenindustrie A.G., Gesellschaft für Elektrometallurgie,
2. Kupfererz, kupferhaltiger Schwefelkies (Pyrit): Mansfeld A.G., Duisburger Kupferhütte, Norddeutsche Affinerie, I.G. Farbenindustrie A.G.,
3. Zinkerz: Schlesische AG für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb,
4. Kobalt und Wismut: Sachsenerz Bergwerks AG,
5. Eisenerze: Vereinigte Stahlwerke AG, Hermann-Göring-Werke.²⁵⁰¹

Die „besondere Kriegswichtigkeit“ von Molybdän und Nickel hatte zur Folge, dass für diese Arbeiten ein ‚Molybdän-‘ und ein ‚Nickelkonsortium‘ gebildet wurden, an denen große deutsche Verbraucher, wie etwa Krupp, die I.G. Farben, die Gesellschaft für Elektrometallurgie mbH oder die Mansfeld AG beteiligt waren und die alle von norwegischer Seite angebotenen Optionsrechte zur Auswertung übernahmen. Der Fokus des Molybdänkonsortiums richtete sich

2498 Vgl. Amundsen, *Krigsmetallet* (2015), S. 44 f.

2499 So zumindest Horvath, Josef: *Der norwegische Bergbau, seine Lagerstätten und Wirtschaft*, Diss., Montanistische Hochschule Leoben [1942], UAMU Leoben (Kap. II C 2 Kriegseinflüsse).

2500 Vgl. ebd., (Kap. III A Die Bergbaue, hier Graphit); RWM (OBH) an Hans Kehrl (Leiter des Rohstoffamtes RMRuK), 11.3.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30937, Bl. 28. Dort auch der Hinweis auf Schwefelkies (Pyrit) für das deutsche Pulverprogramm. Zu Glimmer vgl. Kap. 5.3.1. In Raketen vom Typ „Wasserfall“ gelangten „Strahlruder aus hitzebeständigen Graphit“ zum Einsatz. Blank, *Energie* (2007), S. 112 f. Vgl. auch Karlsch, *Bombe* (2005), S. 71. Zur Entwicklung zielen ‚Graphit-Akkumulatoren‘ vgl. Walter Rüdorff (1969), S. 333 (Ich danke Helmut Maier für den Hinweis). Ein weiteres Anwendungsgebiet für Graphit boten die Arbeiten des deutschen Uranvereins, denn zwischenzeitlich wurde Graphit bzw. Kohlenstoff als Moderator in Reaktorexperimenten in Erwägung gezogen, doch schienen die in diese Richtung zielenden Versuche in Deutschland etwa 1941 eingestellt worden zu sein. Vgl. Walker, *Uranmaschine* (1990), 38–57; Karlsch, *Bombe* (2005), S. 69–71.

2501 Bericht von Horvath „Aufgabe der Untersuchungsarbeiten“, 1946, NGU Oslo, BA 1172, S. 6. Siehe auch Bohn, *Reichskommissariat* (2000), S. 298; Frøland, *Besatzungswirtschaft* (2023), S. 806 f. Übersichten über die zwischen 1940 und 1944 aus Norwegen nach Deutschland verbrachten natürlichen Ressourcen, unterteilt nach einzelnen Rohstoffen, finden sich in BArch Berlin, R 3101, Nr. 30936 und 30937.

vor allem auf die Untersuchung von Mo-Vorkommen im Drammendistrikt, in Telemarken und in der Umgebung der ‚Knabengrube‘. Zur Durchführung dieser Arbeiten bediente es sich der schon seit längerem bestehenden norwegischen Gesellschaft Det Norske Bergselskapet, die auch in anderen Fällen den Ausbau norwegischer Gruben für deutschen Unternehmen (z.B. Krupp, Gesellschaft für Elektrometallurgie) übernahm.²⁵⁰² Wie dem im ‚Reichskommissariat‘ für Molybdän zuständigen Referenten bei einer Besprechung mit dem RWM, dem RfB und der Reichsstelle für Eisen im Januar 1942 in Berlin mit auf dem Weg gegeben wurde, sollte, „abgesehen von [einer] Fördersteigerung der in Betrieb befindlichen und noch aufzuschließenden Gruben, [auch] die große Anzahl von kleinsten Erzvorkommen herangezogen werden“, da der deutsche Bedarf nur so annähernd zu decken war. Zu diesem Zweck sollte die Norske Bergselskapet die diese Kleinstvorkommen besitzenden Bauern durch Verhandlungen dazu bringen, „durch Familienbetrieb die jeweils kleinen Mengen zu gewinnen.“²⁵⁰³

Für andere Erze kam es offenbar zu keiner vergleichbaren „straffen Zusammenfassung der deutschen Interessenten“, allerdings wurde in Analogie zum Molybdän und zum Nickel ein „Glimmerkonsortium“ gebildet, das sich mit der Beschaffung dieses hochrüstungsrelevanten Mangelrohstoffs befasste (siehe Kap. 5.3.1).²⁵⁰⁴ Daneben gab es auch einzelne Untersuchungsgesellschaften, die mit finanzieller Unterstützung durch das RfB einzelne, interessant erscheinende Lagerstätten in Angriff nahmen. Dazu gehörten vor allem die eng mit der RfB verbundene Prakla, die zahlreiche, vor allem geophysikalische Untersuchungen in Norwegen veranlasste, und die Erzstudiengesellschaft m.b.H. in Berlin, an der verschiedene deutsche Bergbau- und Hüttengesellschaften beteiligt waren.²⁵⁰⁵

- 2502 Bericht [vermutlich von Horvath] Örsdalen, ohne Datum, NGU Oslo, BA 1085, unpag.; [Ergänzter] Bericht [vermutlich von Horvath] Örsdalen, 1946, NGU Oslo, BV 3704, unpag.
- 2503 Wochenbericht von Bernhard Ahlbrecht (RN, Unterabteilung Ausfuhrwirtschaft und Bergbau) für die Zeit vom 26.1.-7.2.1942, 7.2.1942, BArch Berlin, R 83-NORWEGEN, Nr. 28, unpag.
- 2504 Bericht von Horvath „Aufgabe der Untersuchungsarbeiten“, 1946, NGU Oslo, BA 1172, S. 6 f. Zur „Molybdän-Gemeinschaft Norwegen“ siehe auch Bohn, Reichskommissariat (2000), S. 298 f. Ein weiterer Hinweis findet sich in Bericht Ahlbrechts (Wirtschaftsabteilung, Gruppe I a, Oslo) für die Zeit vom 18.10.-1.11.1941, BArch Berlin, R 83-NORWEGEN, Nr. 17, unpag. Auf die Bildung eines ‚Firmenkonsortiums‘ zur deutschen Nickelversorgung verweist Plumpe, I.G. Farbenindustrie (1990), S. 429. Im November 1940 zeigte sich Brockamp einverstanden damit, dass sich die sächsischen Berg- und Hüttenwerke, die bis dahin „als einzige deutsche Betriebe Wismuterze im Bergbau“ gewannen und verhütteten, „sich um die Gründung eines Wismutverbandes“ bemühten, „der ganz Europa umfassen“ sollte. Dies bezog sich auch auf Wismutvorkommen in Norwegen, die von der RfB zu diesem Zeitpunkt untersucht wurden. Niederschrift von Dr. Eisentraut über die Besprechung mit Dr. Brockamp am 25.-27.11.1940, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60204, unpag. Zur Bildung eines ‚Südostraum-Konsortiums‘ bestehend aus den Firmen Preussag, Elwerath, Wintershall und DEA zur Ausweitung des deutschen Einflusses auf die Erdölwirtschaft in den Balkanstaaten, vgl. Laufer, Staatskonzern (2005), S. 295. Weitere Konsortien bildeten die so genannten Beskiden-Gesellschaften bzw. die Karpathen Öl AG zur Ausbeutung der polnischen Erdölvorkommen. Karlsch, Großunternehmen (2004).
- 2505 Dazu und zur ‚engen Zusammenarbeit‘ zwischen RfB, Prakla und der Gruppe Bodenforschung im RN siehe Bericht Horvaths „Aufgabe der Untersuchungsarbeiten“, 1946, NGU Oslo, BA 1172, S. 7-9, 23-28.

Die Salzdetfurth AG und die I.G. Farben zielten auf die Erschließung der im staatlichen Besitz befindlichen Schwefelkiesvorkommen im Grongdistrikt, weswegen sie 1940 Verhandlungen mit der staatlichen A/S Grong Gruber veranlassten, bei denen auf deutscher Seite die Prakla in Erscheinung trat. Die Besprechungen führten im Oktober 1941 zur Gründung der Studieselkapet Grong A/S in Oslo, an der sich die Prakla, die I.G. Farben und der Salzdetfurth-Konzern zu 50 Prozent beteiligten, die auch den deutschen Vorsitz im Aufsichtsrat stellten.²⁵⁰⁶ Die Prakla tat sich aber nicht nur als Treuhänderin des RfB hervor, sondern führte im Auftrag der Studieselkapet Grong A/S auch Untersuchungen in deren Konzessionsgebiet durch.²⁵⁰⁷

Als verantwortlicher Vertreter der RfB in Oslo war Horvath der erste Ansprechpartner der Studiengesellschaft, der dabei nicht nur als Verbindungsmann, sondern auch als Verfechter deutscher Rüstungsinteressen auftrat.²⁵⁰⁸ So war er der Ansicht, dass „bei maßgebenden deutschem Einfluss (...) ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung der deutschen Versorgung mit Schwefelkies gegeben“ sei, da die Grongvorkommen in der Lage waren, allein ein Viertel des gesamten deutschen Importbedarfs zu decken.²⁵⁰⁹ Der im Dezember 1942 aufgestellte Ausbauplan für die Schwefelkiesgruben Gjersvik und Joma sah eine Inbetriebnahme der Grube Gjersvik im Frühjahr 1945 vor. Um einen „größtmöglichen Nutzeffekt“ für die deutsche Kriegswirtschaft zu erzielen, sollte der Ausbau der Grube Joma nach Horvaths Auffassung, sofort beginnen, weil nur dadurch „große Schwefelkiesförderungen aus dem Bezirk zu erwarten waren“. Folglich wies er die Studiengesellschaft „wiederholt“ an, ihre Ausbauplanung

- 2506 Vgl. Bohn, Reichskommissariat (2000), S. 298 (Anm. 597); Wochenbericht von Bernhard Ahlbrecht (RN, Unterabteilung Ausfuhrwirtschaft und Bergbau) für die Zeit vom 26.1.-7.2.1942, 7.2.1942, BArch Berlin, R 83-NORWEGEN, Nr. 28, unp. Zwischen der RfB und der Prakla bestand seit 1939 eine Kooperation, „nach der die Gesellschaft verschiedene Aufgaben des Reichsamtes“ übernahm und dabei als „Treuhänder des Reichsamtes“ fungierte. Siehe Treuhandvertrag zwischen Prakla und RfB, 9.4.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 9899, unp. Der Hinweis auf den deutschen Aufsichtsratsvorsitz findet sich in Vermerk Horvaths zum Ausbauplan der Schwefelkiesgrube Gjersvik, 15.2.1944, NGU Oslo, BA 1043, S. 1. Horvath hielt sich zu Gute, dass durch sein Veto der Versuch der Mansfeld A.G., sich die Aktienmajorität in der geplanten Grong-Gesellschaft zu sichern, gescheitert sei. Vgl. Bericht von Horvath „Aufgabe der Untersuchungsarbeiten“, 1946, NGU Oslo, BA 1172, S. 8.
- 2507 Vgl. etwa Bericht über geoelektrische Untersuchungen im Grong-Distrikt Norwegen ausgeführt für Studieselkapet Grong Oslo von der Gesellschaft für praktische Lagerstättenforschung GmbH Berlin, 15.12.1942, NGU Oslo, BA 1565, unp.; Bericht über geoelektrische Untersuchungen im Grong-Distrikt Norwegen ausgeführt für Studieselkapet Grong Oslo von der Gesellschaft für praktische Lagerstättenforschung GmbH Berlin, 15.1.1944, NGU Oslo, BA 1044, unp.
- 2508 Vgl. etwa Bericht der Studieselkapet Grong A/S (Oslo) über den Material- und Belegschaftsbedarf für den Ausbau der Schwefelkiesgrube Gjersvik mit einer Tagesförderung von 200 to (40 % S, 2,3 % Cu je Tonne Roherz), 21.4.1942, NGU Oslo, BA 1042, unp.; Tätigkeitsbericht Horvaths (RN, Wirtschaftsabteilung, Oslo) für die Zeit vom 21.9. bis 4.10.1941, 4.10.1941, BArch Berlin, R 83-NORWEGEN, Nr. 16, unp.
- 2509 Horvath, Josef: Der norwegische Bergbau, seine Lagerstätten und Wirtschaft, Diss., Montanistische Hochschule Leoben [1942], UAMU Leoben (Kap. III A Die Bergbaue, hier Schwefelkies, Der Grongedistrikt).

so zu gestalten, dass die Fertigstellung „in möglichst kurzer Zeit“ erfolgte. Für den Ausbau der Gruben wurden auch ‚dienstverpflichtete Arbeiter‘ eingesetzt, deren vorgesehenes Pensum Horvath für zu gering hielt, weswegen er an die Verantwortlichen appellierte, „durch entsprechende Beaufsichtigung“ und Prämienanreize höhere Arbeitsleistungen zu erreichen.²⁵¹⁰

Da die norwegischen Konzessionsgesetze den Betrieb von Bergwerken durch „Nichtnorweger“ und die Gründung fremder Gesellschaften erschwerten, wurde im Februar 1941 die A/S Malmundersökelser mit Sitz in Oslo gegründet. Über sie sollten die Untersuchung verschiedener Erz- und Mineralvorkommen erfolgen und vor allem „die dafür notwendigen rechtlichen Sicherungen für Bergwerks- und Grundrechte“ erworben werden.²⁵¹¹ Dabei handelte es sich um eine „rein norwegisch“ aufgezogene, aber von der RfB finanzierte Gesellschaft.²⁵¹² An ihrer Spitze stand der Norweger Holger Fangel (Fa. Fangel & Co.), weil Berlin davon ausging, dass eine ‚norwegische‘ Betriebsleitung „höhere Arbeitseffekte“ erzielen und mit einheimischen Grundbesitzern leichter „Übereinkommen“ treffen konnte.²⁵¹³ Die Aufgabe der Gesellschaft bestand in der Untersuchung von Erz- und Mineralvorkommen, die sie unter Aufsicht Horvaths im Auftrag der Prakla bzw. RfB durchführte.²⁵¹⁴ Sie konnte sich entweder selbst oder aber als Treuhänderin an Schürfrechten und Bergwerkseigentum beteiligen, solches erwerben oder veräußern, dies alles jedoch nur im Einverständnis mit der Prakla. Die Ausbeutung der Mineralvorkommen gehörte aber nicht zu den Aufgaben der Gesellschaft, allerdings wurde A/S Malmundersökelser bei der Produktion norwegischen Glimmers aktiv, worauf im nächsten Kapitel eingegangen wird.²⁵¹⁵ Über die Gesellschaft

2510 Vermerk Horvaths zum Ausbauplan der Schwefelkiesgrube Gjersvik, 15.2.1944, NGU Oslo, BA 1043, S. 1.

2511 Bericht von Horvath „Aufgabe der Untersuchungsarbeiten“, 1946, NGU Oslo, BA 1172, S. 10.

2512 Die Steuerungsfunktion der RfB gegenüber Untersuchungsgesellschaften wie der A/S Malmundersökelser zeigte sich auch darin, dass sie zu monatlichen Betriebsabrechnungen an das RfB zur Kontrolle verpflichtet waren. Vgl. ebd., S. 40 f. Da die Versorgung mit Maschinen und Materialien im Verlauf des Krieges immer problematischer wurde, stellten die RfB und die Prakla solche „entweder vom Maschinenlager oder aus stillgelegten Betrieben in Deutschland zur Verfügung“. Ebd., S. 16.

2513 Aktenvermerk Horvaths (RN, Gruppe Bergbau und Bodenforschung, Oslo) über die Glimmergewinnung 1941, 26.2.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30820, Bl. 22–25.

2514 Vgl. etwa Bericht Horvaths über das Råna-Nickelfeld, 1946, NGU Oslo, BV 3678, S. 6; Bericht [vermutlich Horvaths] über das Schwefelkiesvorkommen Gravdal am Hardangerfjord in Süd-Norwegen, ohne Datum, NGU Oslo, BA 1052, unp.; Bericht Horvaths über die Schwefelkiesgrube Gravdal (Hardanger), 28.2.1945, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30730, Bl. 86–111, dahinter auf Bl. 112–114 Vertrag zwischen Fangel & Co. A/S Oslo und A/S Malmundersökelser, Oslo über die Gravdal Grube in Hardanger, 15.1./13.8.1941 mit Verlängerung vom 15.9.1942 und Übertragung des Vertrags auf die Mineral A/S am 5.4.1943. Horvath kam auch die Aufgabe zu, die Interessen der Prakla gegenüber der A/S Malmundersökelser zu vertreten und deren Vorstand Anweisungen für den Erwerb von Vorkommen und die Durchführung von Untersuchungsarbeiten zu geben. Bericht von Horvath „Aufgabe der Untersuchungsarbeiten“, 1946, NGU Oslo, BA 1172, S. 9.

2515 Vgl. ebd.

wurden die meisten Untersuchungen in Norwegen durchgeführt und abgewickelt, wobei von 1941 bis 1945 etwa 2,2 Millionen norwegische Kronen aufgewandt wurden, die auch zur Erkundung neuer, bis dahin ungenutzter Lagerstätten dienten (siehe Tab. 48). Allerdings ist davon auszugehen, dass die tatsächliche Summe noch höher war, wenn man die Mittel mit einbezieht, die in den Bau von Untersuchungsanlagen (z.B. in Ulefoss) und insbesondere in die kostspielige von der RfB mitfinanzierte Glimmerproduktion in Norwegen flossen (siehe Tab. 49).²⁵¹⁶

Tab. 48: Ausgaben für Untersuchungsarbeiten der vom Reichsamt für Bodenforschung finanzierten Gesellschaft A/S Malmundersökelsker (Oslo) in norwegischen Kronen 1941–1945.²⁵¹⁷

Untersuchungsbetrieb	1941	1942	1943	1944	Gesamt
Andöya (Steinkohle?)	-	10.363	-	-	10.363
Bleikvassli (Zink, Pyrit, Blei)	20.932	97.874	54.408	8.591	181.805
Faeøy (Nickel-Magnetkies)	668	416	-	-	1.084
Feragen (Chrom)	-	-	-	127.362	127.362
Gravdal (Schwefelkies)	135.052	216.846	28.258	-	380.156
Grimeli (Kupfer)	-	1.321	-	-	-
Gröslí (Magnetkies-Zinkblende)	-	-	2.350	-	2.350
Kjenner (?)	19.821	-	-	-	19.821
Liverud (Arsenkies)	-	21.805	12.671	-	34.476
Modum (Kobalt, Nickel)	105.357	1.215	8.486	-	115.057
Nore (Kupfer)	-	34.112	156.055	107.108	297.275
Råna (Nickel)	-	48.735	208.371	522.209	779.315
Ringerricke (Nickel)	1.681	-	-	-	1.681
Rutil (Pegmatit, Rutil)	-	-	-	6.471	6.471
Ulefoss (Bohrung) (Niob)	-	-	-	23.324	23.324
Ulefoss (Großbrennversuch) (Niob)	-	-	-	178.369	178.369
Undal (Schwefelkies)	-	5.835	-	-	5.835
Varaldsøy (Schwefelkies)	-	13.380	-	-	13.870
Sonstige Kosten	20.110	31.064	10.420	12.196	73.790
Gesamt	303.621	482.967	481.018	985.648	2.253.253

Eine Zusammenfassung der für die Untersuchung, Erschließung und Ausbeutung norwegischer Vorkommen während der Besatzung von deutscher Seite aufgebrauchten Geldmittel ergibt Horvath zufolge folgendes Bild:

²⁵¹⁶ Amundsen, Krigsmetallet (2015), S. 51f.

²⁵¹⁷ Vgl. Bericht von Horvath „Aufgabe der Untersuchungsarbeiten“, 1946, NGU Oslo, BA 1172, S. 12 f. Im Frühjahr 1941 entsprachen 100 norwegische Kronen = 51 RM. Vgl. RTE an RWM (II Bg.) mit Aktennotiz über eine Reise nach Norwegen vom 22.3. bis 28.3.1941, 2.4.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 7–11.

Tab. 49: Für die Untersuchung und Erschließung norwegischer Vorkommen während der Besatzung 1941–1945 von deutscher Seite aufgebrauchte Geldmittel (in norwegischen Kronen).²⁵¹⁸

Gesellschaft	Deutscher Interessent	Verwendungszweck	Geldbetrag in norw. Kr.
A/S Malmunder-søkøler	Prakla, RfB	Unters. verschied. Erzvorkommen	1.800.000
Preben L. Gjertsen A/S	Prakla, RfB	Erschließ. Niobvorkommen Ulefoss	998.000
Preben L. Gjertsen A/S	RfB, Glimmer-Import u. Handelsgesellschaft, Wigru Elektroindustrie	Erschließ. von Glimmervorkommen	1.500.000
Mofjellet Grube	Mansfeld AG, Schlesische AG für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb	Inbetriebnahme von Mofjellet	?
Studieselskapet Grong A/S	Prakla, RfB, Mansfeld AG, I.G. Farben, v. norw. Seite: Handelsdepartement Grong A/S	Erschließung des Schwefelkiesvorkommens des Grongdistrikts	?
Dunderland Iron Ore Company	Vereinigte Stahlwerke	Unters. und Erschließung der Dunderland-Eisenerzvorkommen	?
Egeberg & Mohn	Eisenerzgesellschaft mbH Berlin, Sachsenerz-Gesellschaft, Freiberg	Erschließung des Feragen-Chromitfeldes	?
Gravdal Grube	A/S Mineral	Inbetriebnahme Gravdal-Schwefelkiesgrube	?
Kragerø Rutil Grube	Fa. Possehl Lübeck	Inbetriebnahme von Rutilvorkommen bei Kragerø	260.0000 (Anleihe)
Fangel & Co, Oslo	Mansfeld AG	Untersuchung von Kupfervorkommen Ingeborg bei Baldeyve und Konnerud	?
Fangel & Co, Oslo	Erzgesellschaft mbH Berlin	Unters. Nickelvorkommen Råna u. Kupfervorkommen Finnmarken	?
Lassdalen Grube	A/S Norddeutsche Aluminium Gesellschaft AG (Nordag)	Erschließung des Flussspatvorkommens Lassdalen	?

Wie aus der Tab. 48 hervorgeht, standen auch hinter der Ausbeutung der Kalksteinfelsen im Fensfeld bei Ulefoss in der Telemark basale Wirtschaftsinteressen, weswegen an diesem Beispiel abschließend kurz auf das Zusammenspiel von RfB und Industrie im Besatzungsgebiet Norwegen verwiesen werden soll. Unter den Vorkommen von Ulefoss befand sich neben Apatit auch das auf den ersten Blick unscheinbare Schwermetall Niob, das sich allerdings als überaus

2518 Vgl. Bericht von Horvath „Aufgabe der Untersuchungsarbeiten“, 1946, NGU Oslo, BA 1172, S.14 f.

rüstungsrelevant erwies. Der in der Lagerstätte auch vorkommende Apatit spielte aufgrund seines hohen Phosphorgehalts für die norwegische Landwirtschaft eine wichtige Rolle, da Norwegen durch die deutsche Besatzung keine Phosphatlieferungen mehr aus dem Ausland erhielt. Der daraus resultierende Mangel an Phosphatdünger sollte durch die Ausbeutung der Apatitvorkommen zumindest teilweise ausgeglichen werden.²⁵¹⁹

Anders als am Apatit zeigten die deutschen Besatzer (I.G. Farben) an dem im Fensfeld ebenfalls vorkommenden Niob reges Interesse, das bemerkenswerte Eigenschaften aufweist. Das Metall hat die Härte von Schmiedeeisen, kann gezogen, gehämmert, mit gewöhnlichen Werkzeugen bearbeitet werden und erweist sich außerordentlich widerstandsfähig gegen viele Chemikalien. Da Niob „in austenitischen Stählen (...) die interkristalline Korrosion“ verhütet, lag hier eine seiner Hauptverwendungen in Deutschland. So fand es als Legierungselement in Spezialstählen, so etwa in Schnelldreh- und hoch hitzebeständigen Stählen, Verwendung und gelangte aufgrund seiner etwa im Vergleich zu Titan besseren metallurgischen Verarbeitungsmöglichkeiten auch in Form von Drähten, Blechen oder Rohren in den Handel.²⁵²⁰ Darüber hinaus gab es während des Zweiten Weltkrieges offenbar erste Versuche, Niob-Aluminiumlegierungen herzustellen, was möglicherweise auf die deutschen ‚Leichtmetallpläne‘ in Norwegen verweist.²⁵²¹ Zudem finden sich Hinweise dafür, dass die Firma BMW bei der Entwicklung von Gasturbinen auf Tantal-Niob-Verbindungen setzte, die im Stahl der Turbinenschaufeln des „BMW 003-Düsentriebwerks“ Verwendung fand, das u.a. in Prototypen des von der Firma Messerschmitt entwickelten Strahlflugzeuges Me 262 sowie in dem als ‚Volksjäger‘ bezeichneten Jagdflugzeug He 162 der Firma Heinkel eingesetzt wurde.²⁵²²

Für die Aufbereitung des Roherzes kamen verschiedene Verfahren infrage, wobei es darauf ankam, möglichst alle in ihm enthaltenen wertvollen Bestandteile (Niob, Phosphat und Kalk) zu gewinnen. Eine Möglichkeit bot das ‚Brennen des Kalksteins‘. Dabei wurde das Erz zunächst gebrannt, trocken gelöscht und anschließend gesiebt. Das so extrahierte Material wurde dann entweder aufbereitet oder nass behandelt, etwa durch das Ausschlämmen des Kalkhydrats und Nachwaschen mit Säuren. Der damit gewonnene Kalk konnte als Mörtel- oder Düngekalk Verwendung finden. Die Brennversuche sollten beim Magnesitwerk in Tarnum, in den Laboratorien der I.G. Farben in Bitterfeld sowie in Aufbereitungsanlagen in Kongsberg und Oslo stattfinden. Daneben kamen aber auch eine nassmechanische Aufbereitung (Ing. Ferdinand P. Egeberg, Oslo), Flotationsversuche (TH Trondheim) sowie Versuche mit Magnetscheidern (TH Graz) in Betracht.²⁵²³ Die Weiterverarbeitung

2519 Vgl. Amundsen, *Krigsmetallet* (2015), S. 28–39.

2520 Bericht Horvaths betr. Ulefoss, 1946, NGU Oslo, BA 1154, S. 26–28.

2521 Vgl. maßgeblich Petrick, *Leichtmetallausbau* (1992). Zur Entwicklung von „Niobceraluminiumlegierungen“ in England während des Zweiten Weltkrieges vgl. Horvath, Bericht Horvaths betr. Ulefoss, 1946, NGU Oslo, BA 1154, S. 28.

2522 Amundsen, *Krigsmetallet* (2015), S. 64; Price, *Gas Turbine Development* (ohne Jahr), S. 14.

2523 Bericht Horvaths: Arbeitsprogramm [Ulefoss], 11.5.1944, NGU Oslo, BA 3658, unp.

auf Niob erfolgte nacheinander durch Schmelzen des gepulverten Erzes mit „kaustischer Soda“, Lösen in Flusssäure und anschließender „fraktionierter Kristallisation“, der sich am Ende eine Elektrolyse anschloss, die schließlich reines Niob als metallisches Pulver hervorbrachte.²⁵²⁴

Nachdem von Horvath geleitete Untersuchungen 1943 lohnende Niobvorkommen bei Ulefoss bestätigten, fiel Anfang Mai 1944 die Entscheidung zum Bau einer Anlage zur jährlichen Produktion von bis zu 50.000 t Roherz (= 100 t Niobmetall).²⁵²⁵ Um die Abbaupläne im Fensfeld genau festlegen zu können, wurden Untersuchungsarbeiten für das gesamte erzhöfliche Gebiet geplant, um das tatsächliche Ausmaß der Lagerstätte Ulefoss festzustellen. Zu diesem Zweck sollten eine topografische und geologische Kartierung, Schürfarbeiten und Bohrungen stattfinden. Die geologische Kartierung wurde durch den Berliner RfB-Geologen Richter[-Bernburg] durchgeführt.²⁵²⁶ Während die Abbauplanung und maschinelle Einrichtung durch das norwegische Verteidigungsministerium erfolgten, wurden die Untersuchungsarbeiten vom RfB, die Aufbereitungsversuche von der I.G. Farben finanziert. Auch in diesem Fall sprang eine norwegische Scheinfirma ein.²⁵²⁷ Die Wahl fiel dabei auf die Preben L. Gjertsen A/S, die bereits eng mit Horvath und der RfB auf dem Glimmergebiet kooperierte (siehe Kap. 5.3.1) und der die Prakla für die Untersuchung und Erschließung der Niobkalksteinvorkommen in Söve bei Ulefoss 1944 einen Kredit über eine Million norwegische Kronen zur Verfügung stellte.²⁵²⁸ Gemäß der Vereinbarung sollte Gjertsen alle Anstrengungen unternehmen, um die Anlage vor dem 1. Juni 1945 in Betrieb zu nehmen. Während er den Rohstoff Apatit auf dem norwegischen Markt verkaufen konnte, sah sich Gjertsen verpflichtet, die gesamte Produktion von Niobkonzentrat an von der Prakla ausgewählte Käufer zu liefern, wobei vor allem die I.G. Farben in Betracht kamen.²⁵²⁹ Da die von Horvath maßgeblich koordinierten geologischen Arbeiten erst Mitte 1943 begannen, spielte der Faktor Zeit für das gesamte Vorhaben eine zentrale Rolle. Während die geologischen Untersuchungen immerhin zur Ausführung

2524 Bericht Horvaths betr. Ulefoss, 1946, NGU Oslo, BA 1154, S. 26.

2525 Amundsen, Krigsmetallet (2015), S. 52. Vgl. etwa Bericht von Horvath über das Niobvorkommen bei Ulefoss, 1944, NGU Oslo, BA 1090, unpag.; Aktenvermerk Horvaths betr. Nioberze in Telemarken, 1.6.1943, NGU Oslo, BA 3658, unpag.; Vermerk Horvaths betr. Niobvorkommen Ulefoss, 14.7.1944, ebd., unpag.

2526 Bericht Horvaths betr. Ulefoss, 1946, NGU Oslo, BA 1154, S. 3.

2527 Bericht Horvaths: Arbeitsprogramm [Ulefoss], 11.5.1944, ebd., unpag.; Aktenvermerk Horvaths betr. Erschließung und Verwertung der Niob-Vorkommen bei Ulefoss, 11.5.1944, ebd., unpag.

2528 Amundsen, Krigsmetallet (2015), S. 54, 57; Vertrag zwischen der Prakla und der Gjertsen A/S, 23.11.1944, NGU Oslo, BA 3654, unpag. Horvath und Gjertsen standen schon seit 1940 in Kontakt. So hatte Horvath mit Blick auf die Rutilvorkommen bei Håkkeviken an der Südküste Norwegens vorgeschlagen, mit dem Abbau des Rohstoffs zu beginnen, da das Vorkommen nach seiner Ansicht ausreichte, um „den gesamten mitteleuropäischen Bedarf an Titansäure zu decken und den Ausfall zu ersetzen, der durch das Ausbleiben von Rutilkonzentrat aus Brasilien verursacht“ worden sei. Während auf deutscher Seite das Nordische Erzkontor in Lübeck als Interessent in Erscheinung trat, war Gjertsen einer der norwegischen Teilhaber. Aktenvermerk Horvaths (RN, Wirtschaftsabteilung Gruppe Bergbau und Bodenforschung, Oslo), 2.10.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30936, Bl. 11.

gelangten, wurde der Aufbau der bei Ulefoss projektierten Anlage erst im November 1944 in Angriff genommen. Zu allem Übel war die technische Erprobung des Verfahrens zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen, so dass an eine Aufnahme der Produktion nicht zu denken war. Tatsächlich sollte es der deutsch-norwegischen Interessengruppe bis zum Zeitpunkt der deutschen Kapitulation in Norwegen am 8. Mai 1945 nicht mehr gelingen, die Produktion von Niob in Ulefoss zum Laufen zu bringen.²⁵²⁰ Dies bedeutete jedoch nicht, dass das Vorkommen mit dem Abzug der Deutschen wieder in Vergessenheit geriet. Denn vor dem Hintergrund der Systemkonfrontation des Kalten Krieges, die mit dem Koreakrieg Anfang der 1950er Jahre ihren ersten Höhepunkt erreichte, rückte Ulefoss nun in den Fokus der Truman-Regierung, die das dortige Vorkommen in ihr global angelegtes Kaufprogramm einband, um sich einen strategischen Vorrat dieses rüstungsrelevanten Metalls zu sichern.²⁵³¹

Was bleibt festzuhalten? Die geplante Schaffung eines europäischen ‚Großwirtschaftsraums‘ unter deutscher Hegemonie und die damit verbundene Ausnutzung der besetzten Gebiete hatten zur Folge, dass auch Staatsgeologen – wie schon im Ersten Weltkrieg – in den zivilen Besatzungsverwaltungen in Erscheinung traten und damit Teil des Herrschafts- und Vernichtungsapparates wurden. In allen Fällen waren sie in Anlehnung an die deutschen Verhältnisse der Wirtschaftsabteilung der jeweiligen Zivilverwaltung unterstellt. In fast allen Fällen fungierten die von ihnen besetzten Stellen als so genannte Außenstellen des RfB. Allerdings wiesen die einzelnen Besatzungsgebiete Unterschiede auf. Hans Joachim Martini war im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ als Leiter des Referats Bodenforschung in der Regierung des ‚Reichsprotektors‘ angesiedelt und übernahm damit eine Doppelfunktion als Vertreter der Exekutive (Ministerialebene) und zwar nicht offizieller, aber faktischer Leiter des Prager Amtes für Bodenforschung. Dagegen fungierte der im ‚Generalgouvernement‘ tätige Roland Brinkmann ‚lediglich‘ als Leiter des der Regierung des GG unterstellten AfB Krakau/Warschau, so dass sich seine Befugnisse auf seine Amtsführung als Institutsdirektor beschränkten. Die Kompetenzen des in Norwegen eingesetzten Josef Horvath lagen zwischen jenen Martinis und Brinkmanns, denn als verantwortlicher Referent für Bergbau und Bodenforschung in der Wirtschaftsabteilung des ‚Reichskommissariats Norwegen‘ nahm er direkten Einfluss auf die örtlichen Abbaubetriebe, wohingegen eine Einflussnahme auf die offenbar unterschätzte Geologische Landesanstalt Norwegens und ihr Forschungsprogramm unterblieb.

2529 Amundsen, *Krigsmetallet* (2015), S. 57; Bericht Horvaths betr. Ulefoss, 1946, NGU Oslo, BA 1154, S. 29; Bericht Ulefoss (Geologie) vermutlich von Horvath, ohne Datum (nach 1945), NGU Oslo, BA 3657, unp.

2530 Vgl. Amundsen, *Krigsmetallet* (2015), S. 60–62.

2531 Vgl. ebd., S. 104.

Dass sich Brinkmann um den Schutz und die Rettung verschiedener polnischer Wissenschaftler verdient machte zeigt, welche Handlungsspielräume auch ihm als Institutsleiter im ‚Generalgouvernement‘ zur Verfügung standen. Dass er sie trotz damit verbundener persönlicher Risiken nutzte, zeugte von Courage. Gleichwohl kam auch er als Vertreter des Besatzungsregimes nicht umhin, spezifische Beiträge für die Aufrechterhaltung des NS-Vernichtungs- und Terrorapparats zu leisten (Wasserversorgung für Lager bei Lublin), was zeigt, wie schmal der Grat zwischen Widerstand und Beteiligung war und wie schwer es heute ist, eine eindeutige Bewertung vorzunehmen.²⁵³² Der RfB-Geologe Martini war der SS 1943, also vergleichsweise ‚spät‘ beigetreten, was allein schon wegen der zu dieser Zeit längst bekannten Gewaltverbrechen der SS eine Grenzüberschreitung darstellte. Er ließ sich in Prag aber keine inhumane Handlung oder eine Beteiligung an Verbrechen zu Schulden kommen. Gleichwohl nahm Martini Einfluss auf das Programm der ihrer Autonomie beraubten tschechischen Bodenforschung und oktroyierte ihr das Programm des RfB auf.²⁵³³ Darüber hinaus war er an der Umformung des staatlichen geologischen Dienstes der ehemaligen Tschechoslowakei beteiligt (AfB Prag), dem er mit Blick auf die durch den Krieg gestellten Anforderungen vorwarf, ‚versagt‘ zu haben. Mit seinem auf eine Ressourcenmobilisierung gerichteten Blick begünstigte er nicht nur eine Indienstnahme des ‚Protektorats‘ für die NS-Kriegswirtschaft, sondern legte auch die bestimmenden Pole seiner Handlungsdimensionen offen.²⁵³⁴

Bei der Erfüllung ihrer Kernaufgabe, den durch den Krieg gestellten Anforderungen gerecht zu werden und eine eingehende geologisch-lagerstättenkundliche Durchforschung der nutzbaren Bodenschätze der besetzten Gebiete sicherzustellen, standen sich Brinkmann, Martini und Horvath in nichts nach. Denn trotz der hinter der jeweiligen Besatzungspolitik stehenden quasi-kolonialen (‚Generalgouvernement‘), integrierenden (‚Protektorat‘) bzw. kooperierenden (‚Reichskommissariat‘) Strategien ging es in allen Fällen um die Sicherstellung der für die deutsche Kriegswirtschaft notwendigen Rohstoffvorkommen, weshalb sich die Frage stellt, wie ‚erfolgreich‘ die in diese Richtung zielenden Bemühungen letztlich waren. Eine abschließende Beantwortung dieser Frage ist hier nicht möglich, zumal quantifizier- und somit

2532 Dieses Beispiel kann auch als Beleg dafür dienen, dass „funktionierende Organisationen die Entscheidungsfreiheiten ihres Personals durch Strukturen“ einhegten. Eden/Marx/Schulz, *Verwaltungen* (2018), S. 503.

2533 Dies entspricht dem von Jaromír Balcer für das ‚Protektorat‘ verwendeten Begriff der „gelenkten Marktwirtschaft“, nach dem die von den Deutschen verwendeten Lenkungsinstrumente „kein geschlossenes System, sondern nur ein loses Bündel von Einzelmaßnahmen in getrennten Lenkungsbereichen“ bildeten, die die unternehmerische Initiative nicht ersetzen, sondern lediglich versuchten, diese in die von ihnen gewünschte Richtung zu lenken. Balcar, *Industrie* (2023), S. 708.

2534 Die Argumentation stützt sich auf Überlegungen von Moritz Eppe, der verschiedene ‚Dimensionen der Handlungsspielräume‘ (Handlungsdimensionen) von Wissenschaftlern im NS-Staat aufzeigt. Eppe, *Handlungsspielräume* (2024), S. 77–92.

vergleichbare Daten fehlen.²⁵³⁵ Allerdings waren die Voraussetzungen je nach Besatzungsgebiet unterschiedlich. Während das GG durch die deutsche Annexion Ostoberschlesiens als weitgehend rohstoffarm galt (mit Ausnahme der galizischen Ölfelder), beruhte die wirtschaftliche Bedeutung des ‚Protektorats‘ weniger auf seinen Rohstoffen, als auf seiner kriegs- und rüstungsrelevanten Industrie.²⁵³⁶ Im Unterschied dazu spielte die Produktion der norwegischen Bergwerke für die deutsche Wirtschaft eine zentrale Rolle. Aber gerade im Hinblick auf Norwegen und das deutsche Ziel, die Produktion wichtiger Erze und Mineralien massiv zu steigern, ist die wirtschaftshistorische Forschung zu dem Befund gekommen, dass „sich der Bergbau- und Metallsektor als letzter von den Auswirkungen der Besetzung“ erholte und die Produktivität der meisten norwegischen Bergwerke während des Krieges abnahm.²⁵³⁷ Dem versuchte die deutsche Seite durch gezielte Einflussnahmen, etwa durch Geld des RfB, die Schaffung von Rohstoffkonsortien und unter deutscher Kontrolle stehender Tochtergesellschaften zur Aushebelung der norwegischer Berggesetze entgegenzusteuern. Da sich der mit dem Zugriff auf die norwegischen Rohstoffvorkommen erhoffte ‚größtmögliche Nutzeffekt‘ für die deutsche Kriegswirtschaft aber nur bedingt einstellte, erhöhte auch Horvath den Druck auf wichtige Gruben, um deren Produktion zu steigern, was letztlich auf eine „offene Ausbeutung“ des besetzten Landes abzielte und – wie am Beispiel Glimmer gleich deutlich wird – einem unverhohlenen Raubbau an den natürlichen Ressourcen des von den Deutschen besetzten Landes Vorschub leistete.²⁵³⁸ Dies galt neben Prag und Warschau/Krakau auch für die übrigen Besatzungsverwaltungen in Riga, Kiew und Minsk, in denen ebenfalls RfB-Geologen aktiv waren, die alles daran setzten, neue bauwürdige Rohstoffvorkommen nachzuweisen. Dabei fungierten alle RfB-Vertreter als verantwortliche Geologen, da es in sämtlichen Besatzungsverwaltungen niemanden gab, der fachlich über ihnen stand. Dies bedeutete letztlich, dass das RfB die geologische Forschung in den besetzten Gebieten steuerte und den Ressourcenraub überhaupt erst ermöglichte.

2535 Über „den Wert von Beutegut, Requirierungen und Naturalleistungen des Protektorats“ liegen kaum zuverlässige Angaben vor. Balcar/Kučera, Rüstammer (2013), 114 f.

2536 Das ‚Protektorat‘ lag nach dem Ruhrgebiet und Oberschlesien „an dritter Stelle unter den kriegswichtigen Industriegebieten ‚Großdeutschlands‘. Ebd. S. 112 f.

2537 Bohn, Reichskommissariat (2000), S. 427 f., 464 f.; Frøland, Besatzungswirtschaft (2023), S. 807.

2538 Bohn, Reichskommissariat (2000), 466.

5.3 Der Wettlauf um Rohstoffe – Ressourcenraub und Zwangsarbeit

Rohstoffe und Rohstoffengpässe sind mögliche Trigger für Kriege. Dies galt für den Ersten Weltkrieg ebenso wie für den Zweiten. Da das RfB für „die Erschließung aller Bodenschätze im Bereich der deutschen Waffen für die Kriegsführung“ verantwortlich war, spielte es im seit mindestens 1914 anhaltenden Kampf um die Lithosphäre und im internationalen Wettlauf um kriegs- und rüstungsrelevante Rohstoffe eine zentrale Rolle.²⁵³⁹ Die in der Auffindung von Rohstoffen liegende Kernaufgabe geologischer Ressortforschung zeigte sich bereits bei der Betrachtung einzelner Besatzungsverwaltungen, in denen sich die jeweiligen Vertreter der RfB nicht nur als Beteiligte, sondern oft auch als Impulsgeber im Prozess der räuberischen Aneignung fremder Rohstoffressourcen hervortaten. Richtete sich der Blick bisher aber vor allem auf administrative Verwaltungsstrukturen und das damit verbundene Handeln staatlicher Geologen, so soll im Folgenden an Hand von zwei Fallbeispielen gezeigt werden, wie der Rohstoffraub konkret organisiert wurde und welchen Anteil Staatsgeologen daran hatten. Dabei wird es zwar nicht um eine engere „Geschichte von Stoffen“ gehen, aber an den beiden gewählten Beispielen wird deutlich, „dass natürliche Rohstoffe nicht im Sinne eines apriorischen Ressourcendenkens ‚einfach da‘ sind“. Auch sie „sind historisierbar, indem wir sie nicht als stumme Materie und als statistische Fördergröße betrachten, sondern indem wir die Ideen, Netzwerke, Projekte und Planungen untersuchen, durch die sie zu Ressourcen in politischen, geschäftlichen und wissenschaftlichen Arenen“ werden.²⁵⁴⁰ Für die „wissenschaftshistorische Perspektive, die nach jenen Konstellationen fragt, in denen eine natürliche Ressource als solche konstruiert und zur gesellschaftlichen Ressource wird“²⁵⁴¹, bietet der in seiner Relevanz für die Rüstung gar nicht hoch genug zu veranschlagende Rohstoff Glimmer eine ideale Grundlage, denn an seinem Beispiel lassen sich akute kriegswirtschaftliche Problemlagen und das daraus resultierende Zusammenspiel der gesellschaftlichen Teilsysteme Wissenschaft, Wirtschaft, Staat und Militär aufzeigen. Darüber hinaus wird in Anknüpfung an die obige Darstellung zum Reichsbohrprogramm die Geschichte der deutschen Erdölversorgung weitererzählt, wobei deutlich wird, dass der ‚Schmierstoff der deutschen Kriegs- und Rüstungswirtschaft‘ auch nach 1939 einen prekären Engpass darstellte. Wie beim Glimmer so machte auch beim Erdöl die Überwindung dieses Engpasses die für die Auffindung der dringend benötigten Rohstoffe zuständigen Geologen mitverantwortlich für den Einsatz von Zwangsarbeitern und den Raubbau an natürlichen Ressourcen.

2539 Präsident der Preußischen Bau- und Finanzdirektion (Berlin) an den Baubevollmächtigten des Reichsministeriums Speer im Bereich der Rüstungsinspektion III (Berlin), 13.12.1943, LAB, A Pr. Br. Rep. 042, Nr. 1766, unp.

2540 Fischer, Geologie (2017). S. 14.

2541 Ebd., S. 19.

5.3.1 Glimmer – Ein ‚kriegsentscheidender‘ Rohstoff

Glimmer (engl. Mica) sind Schicht- bzw. Aluminiumsilikate, die sich aufgrund ihrer Kristallstruktur leicht in feinste, überaus zähe Blättchen spalten und elastisch biegen lassen, eine Eigenschaft, die von keinem anderen Mineral und damals auch von kaum einem Kunstprodukt erreicht wurde. Seine Durchschlagsfestigkeit und Isolationsfähigkeit machte Glimmer zum wichtigsten natürlichen Isoliermaterial in der Elektrotechnik, das Wissenschaft und Technik bis dahin durch nichts Vergleichbares zu ersetzen vermochten.²⁵⁴² Neben seinen hervorragenden dielektrischen Eigenschaften weist Glimmer auch eine hohe Hitzebeständigkeit, geringe Wärmeleitfähigkeit und fast fehlende Durchlässigkeit für strahlende Wärme auf, was ihm in der Technik vielfache Einsatzmöglichkeiten als Wärmeschutzmittel sichert. Darüber hinaus zeichnet sich dieser unscheinbare ‚Superrohstoff‘ durch eine erstaunliche Widerstandsfähigkeit gegen Öl- und chemische Einflüsse (Säuren) aus, weswegen ihm auch in vielen Prozessen der chemischen Verfahrenstechnik Bedeutung zukam.²⁵⁴³

In der Elektrotechnik fand Glimmer in Form von Glimmerplatten als Isolator hohen Widerstands beim Bau von Dynamomaschinen, Elektromotoren, zum Isolieren von Starkstromleitungen, Spulen und Ankerwicklungen sowie in Heizapparaten und Bügeleisen Verwendung. In der Radiotechnik gelangte er in Kondensatoren, Telefonen und Lautsprechern zum Einsatz, in Dampfkesseln und -rohren dagegen als Isolationsmittel zum Wärmeschutz. Glimmerplatten dienten als Lampenzylinder und Fensterscheiben in Sichtlöchern von Hoch- und Schmelzöfen, zur Herstellung von Schutzbrillen und Fenstern in Rauchhelmen und bergmännischen Rettungsgeräten, zur Herstellung fotografischer Platten und physikalischer Instrumente. Noch bedeutsamer war ihr Einsatz in Zündkerzen für Motoren aller Art. Selbst sogenannter Abfallglimmer (gebrochen oder verwittert) und seine Mahlprodukte wiesen multivalente Einsatzmöglichkeiten auf. So wurde gemahlener Glimmer für Glanztapeten und Brokatfarben, als Farbzusatz, in der Gummiindustrie, als Zusatz für Öl und Achsenschniere (Eisenbahn), für feuerfeste Decken und so genannte Losttücher zur Giftgasbekämpfung verwendet.²⁵⁴⁴

2542 Glimmer war schwer zu ersetzen. Die Erzeugung der zum Austausch geeigneten Glasseide zum Beispiel konnte „nicht beliebig gesteigert werden, weil das zur Herstellung von Glasseide erforderliche Platin nur in begrenzten Mengen verfügbar“ war. Vermerk des RFM betr. Finanzierung von Maßnahmen zur Glimmerbeschaffung, 16.9.1941, BArch Berlin, R 2, Nr. 21479, unpag.

2543 Vgl. Schröder Glimmer (1924), S. 83–108; Fischer, Isolierstoffe (1937), S. 281–283; Oburger, Isolierstoffe (1957), S. 189, 282; Rothe, Schätze (2010), S. 155; Niese u.a. (Hg.), Enzyklopädie (1985), S. 228.

2544 [Steckbrief] Glimmer, 30.7.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30814, Bl. 62f.; RWM (Bergabteilung II) an RWA und die Reichsstelle für technische Erzeugnisse (RTE), betr. Glimmervorkommen in Russland, 19.6.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 147–194, hier Bl. 147f. Ein weiteres Einsatzgebiet waren Glimmerscheiben in Eisenöfen, die beispielsweise nach den Niederlanden exportiert wurden und dem Reich im Jahr etwa drei Millionen RM an Devisen einbrachten. Die Öfen fanden im Nachbarland Absatz, „weil es dem holländischen

Der letzte Aspekt verweist auf die ‚kriegswichtige‘ Dimension des Glimmer-einsatzes, der für den Betrieb von Funkgeräten (Röhren) für die Luftwaffe, die motorisierten Verbände des Heeres (Panzer, Fahrzeuge jeglicher Art) und die Marine gleichermaßen bedeutsam war.²⁵⁴⁵ Wie ein geheimer Vermerk des RWM Ende 1940 festhielt, war die Einfuhr von Glimmer „für die Kriegswirtschaftslage von ausschlaggebender Bedeutung, weil der Glimmer aus dem Ausland bezogen werden“ musste „und kein U-Boot (insbesondere wegen seiner elektrischen Anlagen) und kein Flugzeug (wegen seiner Zündkerzen und radioelektrischen Anlagen) ohne ihn gegen England eingesetzt werden“ konnte.²⁵⁴⁶ Glimmer war notwendig für die Anlasser und Generatoren der Luft- und Panzerwaffe, für jegliche Art von Zündkerzen, „unentbehrlich für die Kondensatoren und Röhren der Nachrichtengeräte, für die Wicklungen der U-Boot-Motoren, für die Ventile der Gasmasken“ sowie für die gesamte Elektroindustrie beim Bau von elektrischen Motoren und Apparaten. Glimmer, so wird deutlich, erwies sich als „unerlässlich für die Durchführung der (...) Luft- und Marineprogramme, sowie für die Aufrechterhaltung der gesamten kriegswichtigen Elektroindustrie“.²⁵⁴⁷ Mit anderen Worten: Es fuhr kein Panzer und kein Kriegsschiff, es flog kein Flugzeug und es funktionierte kaum ein Funkgerät, wenn Glimmer nicht zur Verfügung stand.²⁵⁴⁸

Glimmer kommt in der Natur zwar häufig und in verschiedenen Arten vor, jedoch sind die Fundstätten für technisch verwertbaren Glimmer eher selten. Denn die Anforderungen, die die Elektroindustrie und die Nachrichtentechnik an den Nutzglimmer stellten, waren außerordentlich hoch und an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Deswegen war nur ein „ganz verschwindend kleiner Teil“ der weltweiten natürlichen Glimmerressourcen technisch verwertbar.²⁵⁴⁹ Tatsächlich kamen von den verschiedenen damals bekannten Glimmerarten für technische Verwendungen nur zwei in Betracht:

Geschmack“ entsprach, „dass das Feuer sichtbar“ war, „um den Eindruck der früher durchgängig üblichen Kaminfeuer vorzutäuschen“. Vereinigung Deutscher Eisenöfenfabrikanten e.V. (Kassel) an RWM (Bergabteilung), 9.5.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 9 f.

2545 Vgl. Vermerk des RFM (Referat V/12) für Referent von Knorre (RFM), 17.4.1941, BArch Berlin, R 2, Nr. 21479, unp.

2546 Vermerk des RWM über die Sitzung betr. Einfuhrmöglichkeiten von Glimmer, 13.12.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 253. Darüber hinaus wurde Glimmer in Panzertüren von Kriegsschiffen verwendet. Vgl. [Steckbrief] Glimmer, 30.7.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30814, Bl. 62 f.; Bericht über das Mica-Vorkommen der Sociedade Industrial Mineira de Angola, Lda., 19.11.1937, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30784, Bl. 3–55, hier Bl. 46.

2547 Vermerk der RTE (Berlin) betr. Schwierigkeiten bei der Einfuhr von Glimmer aus Russland, 13.12.1940, ebd., Bl. 221; Bericht der WiGru Elektroindustrie als Reichsstelle für elektrotechnische Erzeugnisse (Abt. Glimmer) über die Lage auf dem Glimmergebiet an RWM (OBH Gabel), 28.10.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30782, Bl. 87–114.

2548 Wie Ralf Banken zeigt, war „praktisch jedes wichtige Waffensystem der Wehrmacht und jede kriegswichtige Fertigung (...) auf Erzeugnisse der Elektroindustrie angewiesen“. Banken, Elektroindustrie (2023), S. 341.

2549 Da die Verbraucher hohe Anforderungen an die Reinheit des Glimmers stellten, war es nicht möglich, technisch verwertbaren Glimmer durch Aufbereitung glimmerführender Gesteine, wie z.B. Granit oder Gneis, zu gewinnen. Vgl. Bergwirtschaftsstelle des Oberbergamts

der Muskowit- oder Kali-Glimmer und der Phlogopit, auch Amber- oder Magnesium-Glimmer genannt. Da der Muskovit die besten elektrischen und mechanischen Eigenschaften aufwies, hatte er für die Glimmerindustrie eine besondere Bedeutung.²⁵⁵⁰

Aber sowohl er als auch der Phlogopit mussten gewisse Voraussetzungen erfüllen, um eingesetzt zu werden. Zu den ersten dieser Voraussetzungen zählte die genügende Größe der Kristalle. Folglich hing der Wert eines Glimmer-Lagers zunächst von der Größe und der Menge der Blätter ab, wobei die größten Blätter den höchsten Wert aufwiesen, der sich nochmal erhöhte, wenn sie sich in feine Platten spalten ließen.²⁵⁵¹ Wichtig war aber auch die Ebenfächigkeit und Rissfreiheit der Glimmerplättchen. Schließlich sollte das Mineral möglichst frei von Einschlüssen sein, denn derartige Verunreinigungen in Form schwarzer, brauner oder roter Eisenerze oder Tonerden beeinträchtigten die Isolierfähigkeit des Glimmers und minderten seinen Wert.²⁵⁵² Weiter war zu berücksichtigen, dass der Glimmer in Form von Block- und Spaltglimmer geliefert wurde. Die sehr hochwertigen Qualitäten mussten in geschnittener Form bezogen werden, weil eine Aufspaltung des Glimmers in Deutschland nicht möglich war, insbesondere wenn es sich um die Herstellung von hochwertigen Glimmerplatten handelte, die nur eine Stärke bis hinunter zu einem hundertstel Millimeter haben durften.²⁵⁵³ Die im Boden gefundenen Glimmerblöcke zerbrachen in der Regel in Stücke von mehreren Zentimetern Größe, die noch auf den Gruben von Verunreinigungen befreit und danach zu Spaltbetrieben transportiert wurden. Dort wurde der Glimmer in dünne Platten geschnitten, seine Kanten gerichtet und die einzelnen Stücke nach Qualität und Größe sortiert. Ihre Größe begann mit der kleinsten ‚Nummer 6‘,

Freiberg an Walter Müller (Inf.Pi. Ers. Komp. Mot. 4, Fischerndorf – Leisnig), 5.4.1941, Bergarchiv Freiberg, 40030–1, Nr. 1118, Bl. 5.

- 2550 Vgl. Schröder Glimmer (1924), S. 83–108; Fischer, Isolierstoffe Heidelberg (1937), S. 281–283; Oburger, Isolierstoffe (1957), S. 189, 282; Rothe, Schätze (2010), S. 155; Niese u.a. (Hg.), Enzyklopädie (1985), S. 228; Cissarz, Arnold: Vorkommen und Ausbeute des Glimmers, in: Einsatz von Glimmer in der Nachrichtentechnik und die Verwendung von Austauschstoffen. Bericht über eine Vortragsreihe veranstaltet vom Generalbevollmächtigten für technische Nachrichtenmittel und vom Sparstoffkommissar beim Wehrkreisbeauftragten III am 25. und 26. September 1942 in Berlin, BArch Berlin, R 3, Nr. 4099, S. 9–14, hier S. 9 f.
- 2551 Bericht über das Mica-Vorkommen der Sociedade Industrial Mineira de Angola, Lda., 19.11.1937, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30784, Bl. 3–55, hier Bl. 42–55. Zu den einzelnen Größen bei hochwertigem Glimmer vgl. RTE (Berlin) an Regierungsrat Dr. Rudolf Middendorff (RWM, Ref. II Bg.), 29.11.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 223–226; Pfeiffer (RTE) an Umbach (RWM, OBH) mit anliegender Größentabelle für Blockglimmer, 12.10.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30785, Bl. 234 f.
- 2552 Cissarz, Arnold: Vorkommen und Ausbeute des Glimmers, in: Einsatz von Glimmer in der Nachrichtentechnik und die Verwendung von Austauschstoffen. Bericht über eine Vortragsreihe veranstaltet vom Generalbevollmächtigten für technische Nachrichtenmittel und vom Sparstoffkommissar beim Wehrkreisbeauftragten III am 25. und 26. September 1942 in Berlin, BArch Berlin, R 3, Nr. 4099, S. 9–14, hier S. 10.
- 2553 Vermerk des RWM über die Sitzung betr. Einfuhrmöglichkeiten von Glimmer, 13.12.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 253.

wurde.²⁵⁵⁷ Die Produktion aller Länder (außer der USA und Russlands) wurde zu 85 Prozent durch Großbritannien und Frankreich kontrolliert.²⁵⁵⁸

Größere Grubenbetriebe waren verhältnismäßig selten und auch die geförderten Mengen waren etwa im Vergleich zu Eisenerzen gering. So betrug die Weltförderung an Tafel- und Abfallglimmer im Jahr 1938 rund 40.000 t. Europa war in der Glimmerproduktion fast vollständig auf Einfuhren angewiesen. Die Produktion im gesamten europäischen Raum betrug 1938 nur etwa 400 t, was also nur einem Prozent der Weltförderung entsprach. Als wichtigste Produzenten Europas taten sich dabei Norwegen, Schweden und Italien hervor. Allein Deutschland, „in Europa führend in der Elektrizitäts-Industrie“, wies einen Jahresbedarf von 1.600 t auf und war somit nahezu vollkommen auf Glimmereinfuhren angewiesen.²⁵⁵⁹ Seinen Bedarf an Rohglimmer deckte das Reich bis dahin ausschließlich durch Einfuhren aus Afrika (5 % Tanganyika-Territorium), Britisch-Indien (85 %) und Südamerika (10 % Argentinien und Brasilien). Mit dem Beginn des Krieges fielen die Lieferungen aus Afrika und Indien jedoch weg, während aus Südamerika nur noch gelegentliche Schiffsladungen eingingen, die, gemessen an der Gesamteinfuhr, aber „ohne Bedeutung waren“.²⁵⁶⁰

Dies hing damit zusammen, dass den Alliierten die Rüstungsrelevanz des Mangelrohstoffs Glimmer ebenso bewusst war und sie alles daran setzten, Deutschlands Zugriff auf Glimmer zu verhindern, um diesen Rohstoff wegen seines „unschätzbaren Werts für die Flugzeugindustrie“ allein der Kriegswirtschaft der Alliierten vorzubehalten.²⁵⁶¹ In den USA wurde Glimmer während

2557 Bericht über das Mica-Vorkommen der Sociedade Industrial Mineira de Angola, Lda., 19.11.1937, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30784, Bl. 3–55, hier Bl. 54.

2558 Übersetzung einer Notiz des französischen ‚Blockade Ministeriums‘ (Abt. für Wirtschafts-Krieg, 2. Büro) über die Produktion, den Handel und die industrielle Verwendung des Glimmers, 15.5.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 104–113.

2559 Cissarz, Arnold: Vorkommen und Ausbeute des Glimmers, in: Einsatz von Glimmer in der Nachrichtentechnik und die Verwendung von Austauschstoffen. Bericht über eine Vortragsreihe veranstaltet vom Generalbevollmächtigten für technische Nachrichtenmittel und vom Sparstoffkommissar beim Wehrkreisbeauftragten III am 25. und 26. September 1942 in Berlin, BArch Berlin, R 3, Nr. 4099, S. 9–14, hier S. 12 f.; Bericht über das Mica-Vorkommen der Sociedade Industrial Mineira de Angola, Lda., 19.11.1937, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30784, Bl. 3–55, hier Bl. 54. Zur Bedarfsplanung der Vierjahresplanorganisation auf dem Gebiet Glimmer vgl. Gesamtplanung des Beauftragten für den Vierjahresplan (Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe), 1.2.1938, BArch Berlin, R 3112, Nr. 19, unp. (S. 141). Dass Deutschland in der Zwischenkriegszeit „in zahlreichen Bereichen der Elektrotechnik (...) führend geblieben“ war, auch wenn der Trend im Zuge der Weltwirtschaftskrise rückläufig war, zeigt Banken, Elektroindustrie (2023), S. 323, 331.

2560 RTE an die Geschäftsstelle des Deutschen Regierungsausschusses für Rumänien beim RWM (Berlin), 23.2.1940, BArch Berlin R 3101, Nr. 30779, Bl. 150 f.

2561 In Frankreich befasste man sich konkret mit den Rückwirkungen, die eine Blockade des Rohstoffs Glimmer auf die deutsche Kriegswirtschaft hatte. So verwies ein Bericht auf „das kolossale Anwachsen der deutschen Glimmerkäufe in den beiden Jahren“ vor dem Zweiten Weltkrieg, was „ein Licht auf die Art des deutschen Bedarfs“ werfe. Übersetzung einer Notiz des französischen ‚Blockade Ministeriums‘ (Abt. für Wirtschafts-Krieg, 2. Büro) über die Produktion, den Handel und die industrielle Verwendung des Glimmers, 15.5.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 104–113.

des Zweiten Weltkrieges „als einer von dreiundzwanzig strategischen Rohstoffen“ behandelt, die „für die nationale Sicherheit“ unentbehrlich waren, da es dafür keinen Ersatz gab.²⁵⁶²

Tab. 50: Ausfuhr von Muskovit-Glimmer aus Indien, Brasilien und Argentinien 1937 und 1938 in Kilogramm.²⁵⁶³

Importeure	Indien in Blöcken		Indien in Platten		Brasilien in Blöcken		Argentinien in Blöcken	
	1937	1938	1937	1938	1937	1938	1937	1938
Groß Brit.	621.930	457.183	2.638.092	1.692.899	52.662	65.817	53.885	-
Australien	2.366	6.032	55.158	45.722	-	-	-	-
And. brit. L.	680	317	81.738	126.599	-	-	-	-
Schweden	1.769	-	45	3.402	-	861	-	-
Deutschland	30.980	57.425	865.105	1.357.760	46.811	142.927	17.554	55.956
Niederlande	49.351	23.224	21.591	102.876	-	544	-	-
Belgien	28.894	317	1.028.764	26.580	-	-	-	589
Frankreich	35.199	18.416	98.658	100.608	29.370	8.935	35.834	35.834
Italien	46.811	31.570	172.270	280.551	12.247	12.791	-	17.826
Japan	141.387	309.672	-	-	5.125	86.142	-	-
USA	290.394	182.163	7.600.703	1.593.406	122.063	65.582	54.885	16.919
And. Länder	680	1.677	4.490	19.958	-	-	-	-
Gesamt	1.250.441	1.088.996	12.566.614	5.350.361	286.278	383.599	161.344	127.124

Zwar erreichten Deutschland auch nach dem Kriegsbeginn zahlreiche Lieferangebote aus dem Ausland, doch diese an die Importeure und Verbraucher gerichteten Offerten überschritten den Friedenspreis um das Doppelte bis Fünffache, obwohl es sich in allen Fällen um Vorkommen handelte, an deren Ausbeutung unter normalen Umständen niemals gedacht worden wäre. Dabei wurde die Tendenz deutlich, durch gleichzeitige Fühlungnahme mit allen potentiellen Käufern diese zur Zahlung höherer Preise zu bewegen und somit gegeneinander auszuspielen. Dieser Preistreiberei wurde von deutscher Seite dadurch begegnet, dass für jedes Land, insbesondere für jeden ausländischen Exporteur, nur ein deutscher Importeur zugelassen wurde.²⁵⁶⁴ Nach den Worten des RfB-Abteilungsleiters Arnold Cissarz ergab sich für das Reich daher

2562 W. M. Rudolph an Frau Carolene E. Wachenheimer betr. Brief zum indischen Glimmerkartell, 15.7.1946, NAW, RG 59, Entry A1 1494 D, Box 54, General Records of the Department of State, 1763–2002 Series: Subject Files, 1949–1952 File Unit: Mica Prior to 1950, unp.

2563 „And. brit. L.“ steht für „Andere britische Länder“. Dieser Eintrag bezieht sich aber nur auf die Lieferung von Blockglimmer aus Indien. Bei Spaltglimmer aus Indien kam nur Kanada als Importeur in Betracht. Übersetzung einer Notiz des französischen ‚Blockade Ministeriums‘ (Abt. für Wirtschafts-Krieg, 2. Büro) über die Produktion, den Handel und die industrielle Verwendung des Glimmers, 15.5.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 104–113.

2564 RTE an die Geschäftsstelle des Deutschen Regierungsausschusses für Rumänien beim RWM (Berlin), 23.2.1940, BArch Berlin R 3101, Nr. 30779, Bl. 150 f.

„die dringende Notwendigkeit, im eigenen Machtbereich Glimmervorkommen zu untersuchen und in Ausbeutung zu nehmen“, auch wenn diese qualitativ den besten indischen Sorten nicht entsprachen.²⁵⁶⁵

Für die Behandlung aller mit Glimmer im Zusammenhang stehenden Belange war die Bergabteilung des RWM verantwortlich. Zuständig für Fragen der Gewinnung und Aufbereitung von Glimmer sowie aller damit zusammenhängenden wirtschaftlichen und handelspolitischen Angelegenheiten war hier der Referatsleiter Herbert Meffert, der Ende 1942 von Heinz Umbach abgelöst wurde.²⁵⁶⁶ Da etwa 98 Prozent des gesamten deutschen Glimmerbedarfs in der Elektroindustrie anfielen, wurde die Bewirtschaftung des Rohglimmers mit Kriegsausbruch auf die dem RWM unterstehende Reichsstelle für technische Erzeugnisse (RTE) übertragen, der bereits die Einfuhrkontrolle des Rohstoffes unterlag.²⁵⁶⁷ Durch ein

- 2565 Cissarz, Arnold: Vorkommen und Ausbeute des Glimmers, in: Einsatz von Glimmer in der Nachrichtentechnik und die Verwendung von Austauschstoffen. Bericht über eine Vortragsreihe veranstaltet vom Generalbevollmächtigten für technische Nachrichtenmittel und vom Sparstoffkommissar beim Wehrkreisbeauftragten III am 25. und 26. September 1942 in Berlin, BArch Berlin, R 3, Nr. 4099, S. 9–14, hier S. 12 f. Wie das RFM 1942 feststellte, mussten infolge der ausbleibenden Einfuhren aus Übersee „die weit schlechteren, erreichbaren europäischen Glimmervorkommen ausgebeutet werden“. Neben den Kosten für Gruben- und Rohglimmer schlugen auch „die infolge der höheren europäischen Löhne viel höheren Kosten für das Spalten“ zu Buche. Hinzu kam der hohe Ausfall, der bei der Geringwertigkeit der Qualität ganze 80 % betrug, sodass letztlich nur 20 % des gewonnenen Rohglimmers verwendbar waren. Folglich bestand unter deutschen Fachleuten Konsens darüber, dass es sich bei den im Folgenden beschriebenen Handlungen um „rein kriegswirtschaftliche“ Maßnahmen handelte und der Abbau der europäischen Glimmervorkommen nach dem Krieg „auf keinen Fall fortgesetzt“, sondern wieder „auf die besseren und preiswerteren Auslandsfabrikate zurückgegriffen werden“ sollte. Vermerk des RFM betr. Finanzierung der erweiterten Glimmergewinnung im europäischen Einflussgebiet, 27.3.1942, BArch Berlin, R 2, Nr. 21479, unpag.
- 2566 Zu Meffert siehe Anhang Biographien. Vgl. zudem Geschäftsverteilungsplan des RWM, 1.7.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21286, unpag. (S. 17). Der Hinweis darauf, dass Umbach 1942 als Nachfolger Mefferts agierte, findet sich in Vermerk der Bergwirtschaftsstelle Freiberg, 25.11.1942, Bergarchiv Freiberg, 40028, 1–0361, Bl. 40. Der Mangelrohstoff Glimmer und seine Bezugsquellen standen auch auf der Agenda der bereits erwähnten, 1940 im RWM geschaffenen, Abteilung unter der Leitung von Ministerialdirigent Gustav Schlotterer, die sich mit den Vorbereitungen für sicher geglaubte Friedensverhandlungen und den wirtschaftlichen Aufbau einer „Großraumwirtschaft unter deutscher Führung“ in Europa befasste. Hermann von Hanneken (RWM, Leiter der Hauptabteilung II) an verschiedene Unterabteilungsleiter der Hauptabteilung II des RWM, 25.7.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30592, Bl. 4; Meffert (RWM, Ref. II Bg./7) an den Leiter der Abteilung II Bergbau im RWM, 8.8.1940, ebd., Bl. 8; Bericht von Dr. Hans Jahns (RWM, Abt. Bergbau) über die Besprechung vom 30.7.1940 über die Vorbereitungen für die Friedensverhandlungen und für den wirtschaftlichen Aufbau des deutschen Machtbereichs, 31.7.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 2.
- 2567 Vgl. Bericht der RTE: Die Glimmerbewirtschaftung der WIE [Wirtschaftsgruppe Elektroindustrie] als Reichsstelle, Januar 1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30821, Bl. 526–528. Auf der Grundlage der Verordnung über den Warenverkehr vom 4.9.1934 wurden für alle wichtigen Fachgebiete der gewerblichen Wirtschaft ca. 30 Überwachungsstellen zur Überwachung des Warenverkehrs auf dem Binnenmarkt und zur Kontrolle, Lenkung und Verteilung der Rohstoffgütereinfuhr als nachgeordnete Dienststellen des RWM errichtet.

Bündel von Verordnungen sicherte sich die RTE in der Folge nicht nur das Recht zur Beschlagnahme von Glimmer, sondern auch die Handhabe zur „Steuerung des Verbrauchs“ und zur „Sicherstellung der Vorräte für unbedingt erforderliche Verwendungszwecke“. Auf diese Weise erlangte die RTE während des Krieges maßgeblichen Einfluss auf die Herstellung von Glimmererzeugnissen sowie auf den Einsatz von Glimmer und Glimmererzeugnissen auf Verbraucherseite.²⁵⁶⁸

Dabei ließ sie sich von drei Prämissen leiten: Erstens sollte die Bereitstellung von Glimmer nur für die „kriegswichtige Produktion“ erfolgen, der Zivilbedarf lediglich in Ausnahmefällen und „nach schärfster Prüfung“ befriedigt werden. Zweitens sollten „überlieferte, technisch nicht unbedingt erforderliche Qualitätsansprüche und Verarbeitungsgewohnheiten“ auf ein Maß zurückgestuft werden, „welches zur Erfüllung des Zweckes gerade noch“ ausreichte. So sollten etwa an Stelle von klarem bzw. hellem Glimmer „fleckige Qualitäten“, statt hoher Glimmergrößen kleinere Partien Verwendung finden. Drittens schließlich sollte „in allen Fällen, in denen Austauschstoffe technisch dasselbe Ergebnis“ erzielten oder „in Fällen in denen eine gewisse Qualitätsverminderung zugemutet werden“ konnte, statt Glimmer ein Austauschstoff (z.B. Keramik, Kunststoff-Folien, Papier, Glasseide) verwendet werden.²⁵⁶⁹

Jede Überwachungsstelle wurde mit ihrer Errichtung juristische Person und unterstand einem vom RWM berufenen und verpflichteten Reichsbeauftragten. Sie waren berechtigt, Anordnungen mit Verordnungscharakter zu erlassen, die im Reichsanzeiger veröffentlicht wurden. Im August 1939 wurden die Überwachungsstellen in Reichsstellen umbenannt. Vgl. https://portal.ehri-project.eu/units/de-002429-r_8_ix, eingesehen am 2.7.2024. Siehe auch Boldorf Wirtschaftsordnung (2023), S. 25 f.; Barthel, Tätigkeit (1939). Leiter der RTE war zunächst der Reichsbeauftragte Oberreichsbahnrat Hanns Schwarzkopf, ab 1941 der Reichsbahnrat Dr. Crusius. Vgl. Geschäftsverteilungsplan der Überwachungsstelle für technische Erzeugnisse, 28.4.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21558, unp.; Wer leitet? (1942), S. 149. Als Leiter der Glimmerabteilung in der RTE fungierte der Diplom-Kaufmann Heinz Pfeiffer. Vgl. RTE (Berlin) an RWM (II Bg), 12.8.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 482. Einige wenige Informationen zu seiner Person finden sich in Auskunft über Glimmer-Import- und Handelsgesellschaft mbH, Berlin durch den Verband der Vereine Creditreform, e.V., 15.11.1937, BArch Berlin, R 8136, Nr. 2976, unp.

2568 Vgl. Pfeiffer, Heinz: Bereitstellung und Verteilung des Glimmers, in: Einsatz von Glimmer in der Nachrichtentechnik und die Verwendung von Austauschstoffen. Bericht über eine Vortragsreihe veranstaltet vom Generalbevollmächtigten für technische Nachrichtenmittel und vom Sparstoffkommissar beim Wehrkreisbeauftragten III am 25. und 26. September 1942 in Berlin, BArch Berlin R 3, Nr. 4099, S. 15–20. Zu den Anordnungen der RTE vgl. bspw. Anordnung 2 der RTE (Bewirtschaftung von Industriediamanten und Glimmer) vom 14.9.1939, Sonderabdruck aus dem Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger Nr. 215 vom 15.9.1939, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 124; Schwarzkopf (RTE, Berlin) an RWM (Abt. Bg. II, Berlin), 7.2.1940, ebd., Bl. 119–121; RWM (Abt. II Bg) an RTE, 22.2.1940, ebd., Bl. 125. So untersagte die RTE beispielsweise im Februar 1940 die Verwendung von Glimmer bei der Herstellung von Kondensatoren. Vgl. Bekanntmachung – Nr. 1 der RTE zur Anordnung Nr. 5 vom 28.2.1940 (Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 47 vom 24.2.1940), Sonderabdruck aus dem Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger Nr. 50 vom 28.2.1940, ebd., Bl. 233. Weitere Bekanntmachungen und Merkblätter der RTE von 1940–1942 betr. Glimmer finden sich in BArch Berlin, R 3101, Nr. 30784, Bl. 85–99.

2569 Schwarzkopf (RTE, Berlin) an Meffert (RWM, Ref. Bg. II) betr. Glimmerbewirtschaftung

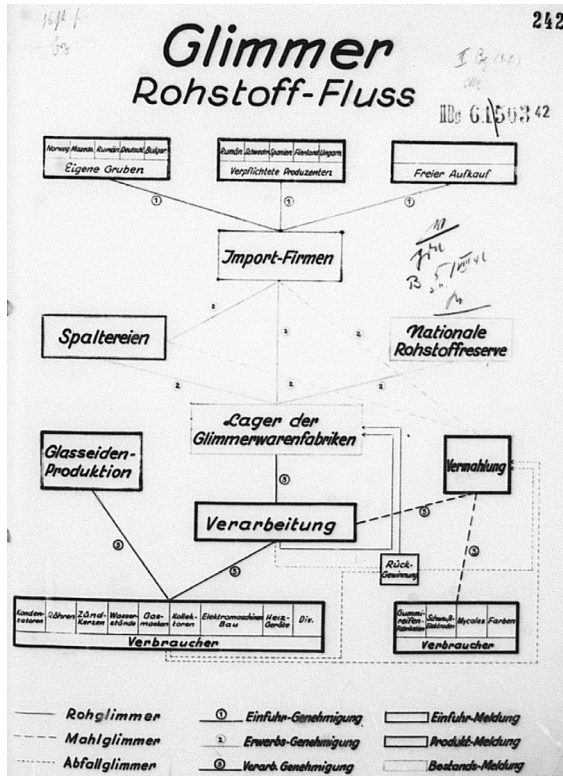


Abb. 67: Glimmer Rohstoff-Fluss, 1942.²⁵⁷⁰

Die auf diese Weise eingeleiteten Umstellungen hatten zur Folge, dass es trotz der nach Kriegsbeginn gesteigerten Geräteproduktion bis Ende 1941 gelang, den Bedarf an Glimmer bei der Fertigung von Kondensatoren um 20 Prozent und bei der von Röhren sogar um 38 Prozent zu senken. In einigen Fällen kam es sogar zu vollständigen „Entglimmerungen“, so etwa beim „Flugzeug-Funkgerät FuG 10“, das zur Standardausrüstung der Sturzkampfbomber vom Typ Ju 88 gehörte.²⁵⁷¹ Darüber hinaus befassten sich die Luftwaffe mit der Entwicklung von Flugzeugzündkerzen aus Keramik und das Heereswaffenamt mit

mit anliegender Übersicht über Maßnahmen zur Einsparung von Glimmer, 3.1.1941, ebd., Bl. 275–277. Zu weiteren Sparversuchen auf dem Glimmergebiet siehe Übersicht, ohne Datum, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30781, Bl. 90–94.

²⁵⁷⁰ Glimmer Rohstoff-Fluss, 1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30820, Bl. 242.

²⁵⁷¹ Fellgiebel, Erich: Einführung durch den Generalbevollmächtigten für technische Nachrichtenmittel, in: Einsatz von Glimmer in der Nachrichtentechnik und die Verwendung von Austauschstoffen. Bericht über eine Vortragsreihe veranstaltet vom Generalbevollmächtigten für technische Nachrichtenmittel und vom Sparstoffkommissar beim

der Herstellung künstlichen Glimmers.²⁵⁷² Allerdings wiesen diese Maßnahmen auch Schattenseiten auf, denn wie die RTE dem RWM im Oktober 1942 mitteilte, war es inzwischen dazu gekommen, dass „wesentliche Einsparungsmaßnahmen über die bereits festgelegten oder z.Zt. noch in Vorbereitung befindlichen hinaus kaum noch möglich“ waren, „weil mit diesen Maßnahmen bereits die untere technisch noch vertretbare Grenze für die Produktion der Endfabrikate (z.B. Elektromaschinen) erreicht“ war.²⁵⁷³

Auf die mit Beginn des Zweiten Weltkrieges ergriffenen Blockademaßnahmen der Alliierten hatten das RWM und die RTE zunächst keine passenden Antworten, weswegen die von ihnen ergriffenen punktuellen Gegenmaßnahmen bisweilen abenteuerliche Ausmaße annahmen. So wurde etwa darüber nachgedacht, Glimmer aus den für Deutschland bis dahin wichtigen Bezugsgebieten über das neutrale Ausland, so etwa über Mittelsmänner in der Schweiz, zu beschaffen.²⁵⁷⁴ Ein anderer Vorschlag sah vor, den begehrten Rohstoff mit Hilfe japanischer oder chinesischer Tarnfirmen durch ‚Blockadebrecherschiffe‘ aus Indien und Südamerika nach Deutschland bringen zu lassen.²⁵⁷⁵ Während „Wirtschaftstrupps“ in den besetzten Gebieten nach etwaigen Beständen suchten, die offenbar kurzerhand beschlagnahmt wurden²⁵⁷⁶, sah der zwischen dem Reich und der Sowjetunion im Februar 1940 abgeschlossene Handelsvertrag

Wehrkreisbeauftragten III am 25. und 26. September 1942 in Berlin, BArch Berlin, R 3, Nr. 4099, S. 5–7, hier S. 6. Zum FuG 10 vgl. Trenkle, Bordsfunkgeräte (1986), S. 47–52.

2572 Vgl. etwa die Übersetzung einer Notiz des französischen ‚Blockade Ministeriums‘ (Abt. für Wirtschafts-Krieg, 2. Büro) über die Produktion, den Handel und die industrielle Verwendung des Glimmers, 15.5.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 104–113, hier Bl. 105 f.; RTE (Berlin) an Regierungsrat Rudolf Middendorff (RWM, Ref. II Bg) betr. Glimmerbewirtschaftung/Blockglimmer, 29.11.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 228–232. Siehe auch RR Köhler (HWA): Grundsätzliche Betrachtungen über Ausweichstoffe, in: Einsatz von Glimmer in der Nachrichtentechnik und die Verwendung von Austauschstoffen. Bericht über eine Vortragsreihe veranstaltet vom Generalbevollmächtigten für technische Nachrichtenmittel und vom Sparstoffkommissar beim Wehrkreisbeauftragten III am 25. und 26. September 1942 in Berlin, BArch Berlin, R 3, Nr. 4099, S. 29–34.

2573 RTE an Hans Kehrl (RWM), 31.10.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30782, Bl. 134–136. „Da Glimmer Engpass“ war, ging die deutsche Wirtschaft im Zuge des auf Rohstoffrückgewinnung ausgerichteten „Fellgiebel-Programms“ dazu über, Glimmer aus alten, zu zerlegenden Apparateilen (z.B. Kondensatoren, Funkgeräten, Kollektoren usw.) zur Wiederverwendung zu gewinnen. OKW (WFSt/Ag. WNV/GBN) an verschiedene Dienststellen des OKW, OKH, RdL u. ObdH, des GBN und nachrichtlich an RWM, Reichsstelle für Eisen und Metalle, RMBuM betr. Mangel-Metall-Aktion (Fellgiebel-Programm), 22.8.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30821, Bl. 109 f.

2574 Vgl. Direktor Greese [Vereinigte Wildstein-Neudorfer Tonwerke A.G., Eger, Sudeten] an Hans Röhrs (Hanseatischer Glimmerimport, Hamburg), 8.12.1939, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 104; Schwarzkopf (RTE) an Meffert (RWM, Ref. II Bg.), 8.3.1940, ebd., Bl. 155; Direktor Greese (Vereinigte Wildstein-Neudorfer Tonwerke A.G., Eger, Sudeten) an Meffert (RWM, Abteilung Bergbau), 22.2.1940 u. 20.2.1940 ebd., Bl. 156 f.; Gabel (RWM, Abt. II Bg.) an RFSS und Chef der Deutschen Polizei im RMdI (z.Hd. Ministerialrat Krause), 7.5.1940, ebd., Bl. 162 f.

2575 Vgl. Schwarzkopf (RTE, Berlin) an Regierungsrat Rudolf Middendorff (RWM, Abt. Bg. Ref. Steine und Erden), 18.10.1940, ebd., Bl. 207 f.

„erhebliche Lieferungen von Russland-Glimmer“ nach Deutschland vor.²⁵⁷⁷ Die Relevanz der Mangelware Glimmer wird auch daran ersichtlich, dass im Zuge der Verhandlungen zum deutsch-französischen Waffenstillstandsvertrag 1941 festgelegt wurde, eine ursprünglich für Frankreich bestimmte Lieferung von Glimmer aus Madagaskar nach Deutschland zu lenken.²⁵⁷⁸

Da die Bemühungen, Glimmer aus Überseegebieten nach Deutschland zu holen, nur geringen Erfolg hatten, sah sich Deutschland gezwungen, sich auf die Erschließung europäischer Vorkommen und den Ankauf von Glimmer in neutralen Ländern zu beschränken, trotz der inzwischen um ein Mehrfaches gestiegenen Preise.²⁵⁷⁹ Wie verzweifelt die Situation war, zeigte sich auch daran, dass die RTE dazu überging, die bestehenden Lücken in den Glimmerlagern der einschlägigen deutschen Industrie aus der Nationalen Rohstoffreserve zu decken.²⁵⁸⁰ Unter den glimmerverarbeitenden Firmen hatten nur sehr wenige die Möglichkeit, neue Einfuhrquellen zu erschließen. Um diese Firmen für ihre finanziellen Aufwendungen zu entschädigen, führte die RTE mit Rückendeckung des RWM Ende 1939 ein Ausgleichsverfahren ein. Demnach sollte auf die Preise des Glimmers aus der Nationalen Rohstoffreserve und aus dem Hamburger Freihafen²⁵⁸¹ ein 50-prozentiger Aufschlag erhoben

2576 So etwa in Belgien und Frankreich. Siehe Vermerke für das RWM-Referat II Bg., 3.7.1940 u. 17.7.1940, ebd., Bl. 64 u. 72.

2577 Aktenvermerk Middendorffs (RWM, Ref. II Bg/7) betr. Besprechung im RWM über die Lage der Glimmerversorgung, 22.10.1940, ebd., Bl. 200 f.

2578 Ein Teil der Lieferung (20 t Blockglimmer und 30 t Splittingglimmer) sollte nach Deutschland gehen, der Rest in Frankreich „für deutsche Industrie-Aufträge“ verarbeitet werden. Hans Malmberg (Hamburg) an RTE, 23.10.1941, BArch Berlin, R 901, Nr. 112343, unpag.; Deutsche Waffenstillstands-Delegation für Wirtschaft (Wiesbaden, Paris) an das AA (Berlin), 18.9.1941, BArch Berlin, R 901, Nr. 107303, unpag.

2579 Vgl. Schwarzkopf (RTE, Berlin) an Regierungsrat Rudolf Middendorff (RWM, Abt. Bg. Ref. Steine und Erden), 18.10.1940 u. 29.11.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 207 f. u. 223–226; RTE (Berlin) an Middendorff (RWM, Ref. II Bg.), 2.4.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30380, Bl. 5; RTE (Berlin) an Meffert (RWM, Ref. Bg. II), 9.4.1941, ebd., Bl. 43; AA (Berlin) an RWM mit Abschrift eines Telegramms aus Rio de Janeiro, 26.5.1941, ebd., Bl. 321; RTE (Berlin) an Meffert (RWM), 7.7.1941, ebd., Bl. 399.

2580 Die Nationale Rohstoffreserve war vom RWM 1938, also erst recht spät, angelegt worden, was ihm 1940 erhebliche Kritik seitens der händeringend nach Glimmer suchenden Industrie (hier Fa. Siemens) einbrachte. Aktenvermerk Middendorffs (RWM, Ref. II Bg/7) betr. Besprechung im RWM über die Lage der Glimmerversorgung, 22.10.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 200 f. Zu den seit Mai 1938 laufenden Bemühungen zum Aufbau einer Nationalen Rohstoffreserve vgl. Höschle, Textilindustrie (2004), S. 104 f.; Banken, Edelmetallmangel (2009), S. 111, 144 f. Zur Vorratslage Deutschlands bei Spalt- und Blockglimmer Ende 1940 vgl. zwei Berichte der RTE an RWM (Ref. II Bg.) 29.11.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 233–226 u. 228–232.

2581 Die im Hamburger Freihafen lagernden Rohstoffe gehörten ‚feindlichen‘ ausländischen Eigentümern, weswegen „eine direkte Zahlung“ an sie „nicht möglich“ war. Außerdem hatte die RTE diese im Freihafen befindlichen Waren beschlagnahmt und „für den Verbrauch in Deutschland sichergestellt“. Schwarzkopf (RTE) an RWM (Abt. E), 17.11.1939, ebd., Bl. 138 f. Der Zugriff auf die Glimmerbestände im Hamburger Freihafen wurde von der RTE zunächst verweigert. Da sich die Versorgungslage der „kriegswichtigen Verbraucher“ aber permanent zuspitzte, veranlasste das RWM im Mai 1940 die Freigabe der Waren, unter

werden, der für die Verbilligung neuer Einfuhren sowie zur Erschließung neuer Glimmervorkommen verwendet werden sollte. Denn die eingenommenen Mittel sollten in eine Ausgleichskasse fließen und den Glimmerimporteuren zu Gute kommen.²⁵⁸² Die Versuche, neue Bezugsquellen in Europa zu suchen und Glimmer in Europa aufzukaufen, scheiterten jedoch, da es keine nennenswerten europäischen Produktionsstandorte gab. Um die schwindenden deutschen Vorräte zu ergänzen, stellten sich RWM und RTE daher die Aufgabe, europaweit neue Vorkommen zu erschließen und Produktionen anzustoßen. Der Versuch, privates Kapital über in- und ausländische Firmen für die Ingangsetzung eines europäischen Glimmerbergbaus zu interessieren, hatte wegen des damit verbundenen finanziellen Risikos aber kaum Erfolg. Außerdem bestanden wegen „der Wichtigkeit des Glimmers für die deutsche Rüstungswirtschaft“ erhebliche Bedenken, „dessen Produktion unkontrolliert in die Hände ausländischer Interessenten zu legen“.²⁵⁸³

In einer von RWM, RTE und RfB Anfang Januar 1940 einberufenen Sitzung nahmen die Pläne zur „Schaffung einer eigenen Glimmerbasis im europäischen Wirtschaftsraum“ erstmals konkrete Formen an, denn bei der Besprechung ging es um die „Eröffnung von Glimmer-Bergbau-Betrieben“ in Jugoslawien, im Sudetenland und in der ‚Ostmark‘, die durch die Lübecker Firma L. Possehl & Co. mbH erfolgen sollte.²⁵⁸⁴ Deren Chef, der ehemalige finnische Konsul in Lübeck, Hans Kroeger, regte die Schaffung eines Konsortiums zur

Erhebung des an die Wifo abzuführenden 50 %igen Aufschlages. Gabel (RWM II Bg.) an Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan, Reichskommissar für die Preisbildung, 17.5.1940, ebd., Bl. 17; Reichskommissar für die Preisbildung (Vierjahresplan) an Wirtschaftliche Forschungs-Ges. mbH [Wifo], 24.5.1940, ebd., Bl. 36R.

2582 Schwarzkopf (RTE) an RWM (Abt. S), 12.12.1939, ebd., Bl. 106; Middendorff (RWM, Abt. II Bg.) an RTE, 12.12.1939, ebd., Bl. 107; Gabel (RWM, Abt. II Bg.) an RfM, 25.1.1941, ebd., Bl. 244 f.; RTE an Meffert (RWM, Ref. II. Bg.), 9.4.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30380, Bl. 43. Der bei allen Verkäufen erhobene 50 %ige Aufschlag auf den Beschaffungspreis der Freihafenware war an die Wifo abzuführen. Diese Aufschläge sollten den Einzählern bei späteren Einkäufen oder Beschaffungen durch Verrechnung wieder gutgeschrieben werden. Middendorff (RWM Abt. II Bg.) an RTE, 8.2.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 126. Da sich die Preise für Glimmer nahezu verzehnfachten, drängte die RTE im Frühjahr 1941 darauf, den Aufschlag für Rohglimmer aus der Nationalen Rohstoffreserve von bis dahin 50 % auf 100 % des Einkaufspreises zu erhöhen, womit sich das RWM und der Reichskommissar für die Preisbildung einverstanden erklärten. RTE an RWM (Ref. Bg. II), 9.4.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 43; RWM an Reichskommissar für die Preisbildung, 23.4.1941, ebd., Bl. 49; Reichskommissar für die Preisbildung (Vierjahresplan) an RTE, 12.5.1941, ebd., Bl. 70R.

2583 Vgl. Bericht der RTE: Die Glimmerbewirtschaftung der WIE [Wirtschaftsgruppe Elektroindustrie] als Reichsstelle, Januar 1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30821, Bl. 526–528.

2584 Vermerk der Abteilung Bergbau des RWM über eine Besprechung bei Herrn Prof. Cissarz (RfB) betr. Eröffnung von Glimmer-Bergbau-Betrieben in Jugoslawien, in Kiesenreuth (Sudetenland) und in der Ostmark, 10.10.1940 BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 113 f.; Pfeiffer, Heinz: Bereitstellung und Verteilung des Glimmers, in: Einsatz von Glimmer in der Nachrichtentechnik und die Verwendung von Austauschstoffen. Bericht über eine Vortragsreihe veranstaltet vom Generalbevollmächtigten für technische Nachrichtenmittel

Finanzierung eines Teils der geplanten Aufschlussarbeiten an, während der andere Teil durch eine ‚interessierende Reichsstelle‘ aufgebracht werden sollte.²⁵⁸⁵ Tatsächlich kam es Mitte 1940 auf Veranlassung des RWM zur Bildung eines Konsortiums, auch „Ausbeutungsgemeinschaft“ oder „Interessengemeinschaft Jugoslawien“ genannt, das sich auf die Ausbeutung jugoslawischer Vorkommen konzentrierte und an dem sich wichtige ‚Glimmerverarbeiter‘ (AEG-Berlin, Siemens-Schuckert-Berlin, Skoda-Werke, Fa. Jaroslaw-Berlin, Fa. Wilhelm Carstens-Hamburg, Meirowsky & Co. A.G.-Porz, Fa. Possehl) und die RTE finanziell (insgesamt 285.000 RM) beteiligten. Die Geschäftsführung dieses Konsortiums lag bei der Firma Possehl, Erz- und Chemikalienhandel GmbH, Hamburg.²⁵⁸⁶

Da neben der Erzeugung in Jugoslawien bald auch an Lieferungsabkommen mit Rumänien und Norwegen gedacht wurde, erhöhte sich der Bedarf an Geldmitteln, was Mitte 1941 auf Veranlassung der RTE zur Gründung eines weiteren ‚Konsortiums für Rumänien‘ führte, dem nun bedeutende ‚Glimmerverbraucher‘ (AEG-Berlin, Siemens-Schuckert-Berlin, Brown, Boveri & Cie A.G.-Mannheim, Telefunken-Röhrenwerk-Berlin, Lorenz A.-G.-Berlin, Philips Valvo-Radoröhren-GmbH-Berlin, Auergesellschaft A.G.-Berlin, Garbe, Lahmeyer & Co. A.G.-Aachen, Drägerwerk Heinrich und Bernhard Dräger-Lübeck) angehörten.²⁵⁸⁷

und vom Sparstoffkommissar beim Wehrkreisbeauftragten III am 25. und 26. September 1942 in Berlin, BArch Berlin R 3, Nr. 4099, S. 18.

2585 Vgl. Hans G. Kroeger (L. Possehl & Co. mbH u. Nordisches Erzkontor GmbH, Lübeck) an Cissarz (RfB), 13.1.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 112. Zu Kroeger siehe Wer leitet? (1942), S. 534.

2586 Reichskommissar für die Preisbildung (Vierjahresplan) an RfM, 3.10.1940, BArch Berlin, R 2, Nr. 21479, unp.; Fa. Possehl, Erz- und Chemikalienhandel GmbH (Hamburg) an RTE, 8.10.1940, ebd., unp.; Meffert (RWM II Bg.) an die NSDAP-Gauleitung Steiermark (Graz), 9.7.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 31 f.; Bericht der RTE: Die Glimmerbewirtschaftung der WIE [Wirtschaftsgruppe Elektroindustrie] als Reichsstelle, Januar 1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30821, Bl. 526–528.

2587 Die Fa. Robert Bosch war für das Konsortium ebenfalls vorgesehen, sie erklärte sich jedoch nur bereit, sich finanziell zu beteiligen, ohne jedoch damit sachliche oder personelle Verpflichtungen einzugehen, d.h. sich an dem Konsortium zu beteiligen. Bericht des RWM (II Bg.) über eine Sitzung in der Bergabteilung des RWM am 29.7.1941 betr. Finanzierung von Maßnahmen zur Glimmerbewirtschaftung, 2.8.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 417–419; RWM (II Bg.) an die Robert Bosch GmbH (Stuttgart), 2.8.1941, ebd., Bl. 419R. Die Lieferungen aus Jugoslawien, Rumänien und Norwegen betrug nach Vorhersage der RTE etwa ein Drittel des laufenden deutschen Verbrauchs. Allerdings lag der Preis des rumänischen Glimmers wegen seiner hohen Gestehungskosten zehnmal höher, als im Frieden. Die Beschaffung von Glimmer (z.B. durch Unterstützung der rumänischen Glimmerlieferanten durch deutsche Maschinenlieferungen) sollte durch das Konsortium finanziert werden und zwar in der Weise, dass jedes neue Vorhaben einem aus den Vertretern der Großverbraucher bestehenden Ausschuss unterbreitet wurde. Dieser Ausschuss hatte aber nur eine beratende Funktion, die Entscheidung lag bei der RTE, die im Einvernehmen mit dem RWM handelte. Die Aufwendungen wurden von der RTE auf die beteiligten Firmen umgelegt und als verlorene Zuschüsse betrachtet. Die Glimmerlieferungen selbst wurden von den Verbrauchern mit dem von der RTE festgelegten Handelspreis bezahlt. Vermerk

Um schneller auf plötzliche Anforderungen in Jugoslawien, Rumänien und Norwegen reagieren zu können, wurde dem neuen ‚Glimmerkonsortium‘ ein größerer finanzieller Spielraum eingeräumt, in dem sich das ihm zur Verfügung stehende Kapital auf eine Million RM belief, wovon 300.000 RM auf das Reich und 700.000 RM auf die beteiligten Firmen entfielen.²⁵⁸⁸ Aufgabe des Konsortiums war die Beteiligung am rumänischen Glimmerabbau, die Ausweitung der bereits eingeleiteten jugoslawischen Gewinnung, der systematische Ausbau der norwegischen Glimmerproduktion und die Einrichtung von Werkstätten zur Spaltglimmererzeugung, denn der in Skandinavien und auf dem Balkan gewonnene Grubenglimmer musste noch zu Spaltglimmer aufbereitet werden. Dafür wurde die Einrichtung von Werkstätten – so genannten Glimmerspaltereien – in Gegenden vorgesehen, die, wie das ‚Protektorat‘ oder das ‚Generalgouvernement‘ „noch über freie Arbeitskräfte“ verfügten. Darüber hinaus sollten in „einer Gemeinschaftsarbeit der beteiligten Industrien maschinelle Methoden für die Spaltglimmererzeugung“ entwickelt werden. Die Gesamtführung des Konsortiums lag bei der RTE, die Geschäftsführung bei der Otavi, Minen- und Eisenbahngesellschaft, Berlin.²⁵⁸⁹

Die über die Konsortien vorgesehene Finanzierung von Werkstätten zur Herstellung von Spaltglimmer, die das in Europa zusammengetragene Material verarbeiten sollten, war auch mit dem Einsatz von Zwangsarbeitern verbunden. Die Herstellung von Spaltglimmer wurde bis zum Kriegsbeginn in Deutschland nicht betrieben, da das Material bereits fertig aus Indien eingeführt wurde. Infolge der Erschöpfung der deutschen Vorräte und des Ausbleibens der indischen Einfuhr musste der im deutschen Einflussbereich erreichbare Grubenglimmer nun durch das Reich selbst zu Spaltglimmer verarbeitet werden. Das Spalten verlangte hohe Geschicklichkeit und war nur nach langer Anlernung einwandfrei zu bewerkstelligen. Für die mit feinen Hämmern bzw. mit Messern erfolgende „Arbeit des Spaltens auf 100stel Millimeter“ kamen „nur Leute mit ausgeprägtem Fingerspitzengefühl in Betracht“, wobei vorzugsweise auf Frauen zurückgegriffen wurde.²⁵⁹⁰

des RFM betr. Finanzierung von Maßnahmen zur Glimmerbeschaffung, 16.9.1941, BArch Berlin, R 2, Nr. 21479, unpag.

2588 Das neue Gremium wurde daher auch treffend als „Finanzierungsgesellschaft“ bzw. Konsortium zur „Finanzierung von Glimmergewinnungsbetrieben im Groß-Europäischen Wirtschaftsraum“ bezeichnet. Crusius (RTE) an RWM (Ref. II Bg.), 7.7.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 358; RWM (II Bg.) an Siemens-Schuckertwerke A.G. (Berlin), AEG (Berlin), Valvo-Radoröhren GmbH (Berlin), Telefunken GmbH (Berlin), C. Lorenz A.G. (Berlin), Brown, Boveri & Cie A.G. (Mannheim), Auer-Gesellschaft A.G. (Berlin), Garbe, Lahmeyer & Co. A.G. (Aachen), Drägerwerk, Heinr. & Bernh. Dräger (Lübeck), 18.7.1941, ebd., Bl. 359.

2589 Das Konsortium sollte sich nicht direkt bergmännisch oder fabrikatorisch betätigen, sondern sich lediglich finanziell an den Betrieben der Glimmererzeugung und -aufbereitung beteiligen und zwar in der Form, dass die notwendigen Mittel der jeweils mit der Durchführung der Aufgabe betrauten Firma zur Verfügung standen. RTE an RWM (Ref. II Bg.), 15.5.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 75–80; RWM (II Bg.) an RTE, 23.5.1941, ebd., Bl. 81; RWM an RFM betr. Glimmerabbau in Rumänien, 9.4.1941, BArch Berlin, R 2, Nr. 21479, unpag.

2590 RTE an Dr. Heinrich Stoffregen (RWM, II H), 27.8.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl.

Die Arbeit war nicht nur ‚kriegswichtig‘, die neu eingerichteten Glimmer-spaltereien sollten nach Ansicht des RWM auch in die Reihe der „W-Betriebe“ aufgenommen werden.²⁵⁹¹ Wie der RTE-Referent für Glimmer, Heinz Pfeiffer, behauptete, war die Aufbereitung des Blockglimmers „relativ einfach und ohne übermäßig hohen Arbeitseinsatz möglich“. Allerdings bedingte die notwendige „Feinspaltung auf etwa 0,02 mm einen überaus hohen Aufwand an Arbeitskräften“. Die durchschnittliche Leistung einer erfahrenen „Spalterin“, lag Pfeiffer zufolge „zwischen 150 bis 250 g je Tag“. Wie er betonte, seien die von der RTE aufgebauten Spaltereien auf Grund von Erfahrungen eingerichtet worden, die sie in einer von ihr betreuten „Musterspalterei“ gesammelt habe. „Selbstverständlich“ habe sie sich bemüht, „diese Arbeit nach Möglichkeit in die Produktionsländer zu verlegen“. So würden in Mazedonien und Spanien „bereits 2.000 bis 3.000 Spalterinnen“ arbeiten. Allerdings sei man „gezwungen“ gewesen, auch in Deutschland und in den besetzten Gebieten Spaltereien einzurichten. „Nach Möglichkeit“ seien diese Arbeiten in Gebiete gelegt worden, „die arbeitseinsatzmäßig noch relativ günstig“ lägen, so etwa in das ‚Protektorat‘, das ‚Generalgouvernement‘, in die Niederlande und nach Frankreich, sowie in verschiedene Ghettos und Strafanstalten. Auf diese Weise waren bis September 1942 bereits 5.000 bis 6.000 Arbeitskräfte zum Einsatz gelangt, allerdings ging Pfeiffer davon aus, dass diese Zahl „noch wesentlich gesteigert“ werde.²⁵⁹²

Diese an Zynismus nicht zu überbietenden Äußerungen Pfeiffers blendeten aus, dass es sich bei dieser vermeintlich ‚einfachen‘ Arbeit um eine überaus gesundheitsschädliche Tätigkeit handelte. So hatte ein Gutachten des PGLA-Geologen Ludwig Finckh schon 1928 gezeigt, dass die in Grauwackenproben enthaltenen, „wie winzige scharfe Messerchen“ wirkenden feinen

502; RTE an RWM (Abt. II Bg.), 16.10.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30782, Bl. 42; RWM (II Bg.) an den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (Berlin), 19.11.1942, ebd., Bl. 67. Mitte 1943 beabsichtigte das Rüstungskommando Klagenfurt, in Krankenhäusern liegende „fußverletzte Wehrmachtsangehörige täglich 1 bis 2 Stunden Glimmer schneiden zu lassen“. Im RWM hielt man „diese Absicht mit Rücksicht auf die Notwendigkeit einer besonderen Eignung der mit der Arbeit des Glimmerschneidens betrauten Personen, die bei Männern grundsätzlich nicht vorausgesetzt werden kann, nicht für vertretbar“. RWM (II Bg.) an OKW (Wi-Stab Inland), BArch Berlin, R 3101, Nr. 30821, Bl. 75.

2591 RTE an RWM (Bg. II), 16.10.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 42; RWM (II Bg.) an den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (Berlin), 19.11.1942, ebd., Bl. 67; RWM (II Bg.) an die Landeswirtschaftsämter im Reich, 26.11.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30291, Bl. 31. Der Antrag des RWM, die Spaltereien pauschal zu ‚W-Betrieben‘ zu erkennen, wurde im OKW vermutlich abgelehnt. Vgl. J. W. Rieger, Mechanische Weberei und Schlichterei, Wilhelmsthal (Isar) im Sudetengau an RWM, 22.3.43, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30783, Bl. 148 f.

2592 Pfeiffer, Heinz: Bereitstellung und Verteilung des Glimmers, in: Einsatz von Glimmer in der Nachrichtentechnik und die Verwendung von Austauschstoffen. Bericht über eine Vortragsreihe veranstaltet vom Generalbevollmächtigten für technische Nachrichtenmittel und vom Sparstoffkommissar beim Wehrkreisbeauftragten III am 25. und 26. September 1942 in Berlin, BArch Berlin R 3, Nr. 4099, S. 19. Zu diesen 5–6.000 Arbeitskräften kamen 1942 noch ca. 4.000 Arbeitskräfte in Spaltereien in Jugoslawien, Spanien und Finnland. Vgl. Bericht der RTE (Abt. Glimmer) über die Lage auf dem Glimmermarkt, 28.10.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30782, Bl. 85–114, hier Bl. 96.

Glimmerplättchen „einen ungünstigen Einfluss auf die Respirationsorgane“ ausübten, was ihn zu der Annahme veranlasste, dass sie „mehr als die anderen Staubelemente die Atmungsorgane behindern und das Lungengewebe zerstören können“. ²⁵⁹³ Zehn Jahre später hatten der Bezirksgeologe Hans Udluft und der Chemiker Johann Heinrich Hellmers (beide PGLA) nachgewiesen, dass der im Steinbruchbetrieben abgebaute Glimmer zu den Stoffen gehörte, bei denen die Gefahr einer Silikose, also einer Staublungenerkrankung, bestand. ²⁵⁹⁴

Im Sommer 1941 erteilte die RTE der Firma Omnipol A.G. in Prag den Auftrag zur Aufbereitung von Glimmer aus Jugoslawien, Rumänien und Norwegen mit der Auflage, mittelfristig 1.000 Arbeitskräfte zu beschäftigen. Die Aufarbeitung selbst sollte in den Betrieben der Firma Czerny in Tabor erfolgen. ²⁵⁹⁵ Für die Wahl Tabors war entscheidend, dass dort „ausreichende weibliche Arbeitskräfte für das Spalten von Glimmer herangezogen werden“ konnten, wobei die beim ‚Reichsprotektor‘ in Böhmen und Mähren angesiedelte Wirtschaftsabteilung, in der auch der RfB-Geologe Hans Joachim Martini arbeitete, vom RWM angewiesen wurde, alle notwendigen „Sicherungsmaßnahmen für den Betrieb“ vorzunehmen. ²⁵⁹⁶ Während sich in Tabor der Hauptbetrieb befand,

2593 „Da die winzigen Glimmerplättchen wegen ihrer Sprödigkeit und Schärfe nicht nur als Reizmittel sondern auch wie winzige Messerchen gegenüber dem feinen Flimmerepithel, das die Lungenbläschen (Alveolen) der Lunge auskleidet, wirken, lässt es sich leicht vorstellen, dass die feinen Flimmerhäärchen durch die scharf schneidenden Glimmerplättchen angeschnitten werden und dass auch Schnittwunden durch die Alveolenwände hindurch entstehen können, die dann als Impfwunden wirken. Denn diese Wunden dienen dann dem ja stets vorhandenen lebenden Infektionsmaterial (Bazillen und Kokken) als Eingangspforten. Dass den Glimmerplättchen eine derartige Wirkung zukommen kann, geht aus einer zufälligen Beobachtung des Sachbearbeiters hervor, dessen Hand beim Schlagen eines Handstückes eines verwitterten Glimmerschiefers von zahlreichen feinen Glimmerschüppchen übersät wurde. Da die Handoberfläche infolge Schweißwirkung feucht war, so ließen sich nicht alle Glimmerplättchen entfernen. Nach wenigen Minuten stellte sich auf der Hand ein unangenehmer Juckreiz ein. Wenn sich eine solche Wirkung auf der abgeharteten Hautfläche der Hand bemerkbar machen kann, so ist ohne weiteres klar, dass sich eine solche Wirkung in den feinen Geweben der Atmungsorgane in viel höherem Maße geltend machen wird.“ Gutachten von Ludwig Finckh (PGLA) über Schädigungseinflüsse von Gesteinsstaub auf die Atmungsorgane, 9.7.1928, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 90, unp.

2594 Vgl. Udluft/Hellmers, Steinbruchbetrieben (1938), S. 55–59.

2595 Crusius (RTE) an Meffert (RWM, Ref. II Bg.), 7.7.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 350; Entwurf eines Schreibens der RTE an Fa. Omnipol A.G. (Prag), ohne Datum (Juli 1941), ebd., Bl. 352 f.; RWM (II Bg.) an RTE, 17.7.1941, ebd., Bl. 354. Bei dem zweiten von der RTE betreuten Spaltbetrieb handelte es sich um die Firma „Possehl GmbH Vertretung Plan bei Marienbad, Abt. Blockerei“. Siehe RTE an Major Glöckner (GBN, Berlin), 5.11.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30783, Bl. 14 f.

2596 RTE an RWM (II Bg.), 26.8.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 506; RWM an Oberbergtrat Dr. Friedrich Carl von Hülsen (Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, Prag), 2.9.1941, ebd., Bl. 507; Erich von Wedelstädt (Reichsprotektor in Böhmen und Mähren) an RWM, 21.10.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30781, Bl. 141. Auf Veranlassung Martinis betraute die Geologische Anstalt für Böhmen und Mähren den tschechoslowakischen Dozenten J. Styskel mit einer Untersuchung der Glimmerlagerstätten im ‚Protektorat‘. Vgl. Cissarz (RfB) an Meffert (RWM, Abt. II Bg.) mit anliegendem Bericht von Styskel, 6.8.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 465–470.

wurden in den folgenden Monaten weitere Filialen in Moldautain (Týn nad Vltavou, Bezirk Budweis), Woitz (Wójcice, Bezirk Seltshan), Doberschisch (Dobříš, Bezirk Pibrans) und Budweis (České Budějovice) eingerichtet, mit dem Ziel, den Bestand an Arbeitskräften auf 2.000 zu erhöhen.²⁵⁹⁷ Bis Oktober 1944 wurden der Glimmerspalterei GmbH Tabor mindestens „1.400 jüdische Arbeitskräfte“ zugewiesen.²⁵⁹⁸ Die Firma Omnipol A.G. unterhielt aber noch einen weiteren Betrieb in Theresienstadt (Terezín), bei dem als „Auftragnehmer“ der „Befehlshaber der Sicherheitspolizei, Theresienstadt“ in Erscheinung trat. Die Glimmerspalterei entwickelte sich zum größten Ghettobetrieb in Theresienstadt, der 1944 1.300 Beschäftigte umfasste und zu dem im Frühjahr 1945 noch eine Blockerei zum Zerkleinern der Rohprodukte hinzukam, die mit aus Prag deportierten „Juden aus ‚Mischehen‘“ besetzt wurde.²⁵⁹⁹

Die Firma Omnipol A.G. war aber keine Ausnahme. So stützte sich auch die beiden Glimmerkonsortien angehörende AEG (Telefunken) auf einen Spaltbetrieb, der der „Ghetto-Verwaltung, Litzmannstadt“ (Łódź) unterstellt war, während in den Spaltereien der sudetendeutschen Firma J. W. Rieger in Wilhelmsthal (Isar) und ihren Subunternehmen „Ostarbeiterinnen“ zum Einsatz gelangten.²⁶⁰⁰ Die Siemens-Schuckert-Werke stützten sich u.a. auf „3 Frau-

2597 Im Mai 1942 arbeiteten in den Betrieben der Firma Cerny (Tabor) 760 Personen. Crusius (RTE) an RWM (II Bg.), 12.5.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30820, Bl. 153 f.; OBH Gabel (RWM, II Bg.) an die Landeswirtschaftsämter im Reich mit Aufstellung der mit der Spaltglimmerherstellung beschäftigten Betriebe, 26.11.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30783, Bl. 59 f. Bei der Firma Cerny handelte es sich vermutlich um die Jaroslav Cerny Zündkerzenfabrik, Tabor, die als Abnehmer größerer Glimmermengen in Erscheinung trat und möglicherweise deshalb auch einen Spaltbetrieb aufbaute. Vgl. Jaroslav Cerny Zündkerzenfabrik Tabor an RTE (Berlin), 5.2.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 133. Der Spaltbetrieb in Tabor lief mindestens bis 1944, denn im Juni d. Js. erteilte ihm das RWM einen neuen Kriegsauftrag zur Produktion von jährlich 90 t Blockglimmer und 420 t Spaltgut. RWM an RR Dr. Griesinger (Staatsminister für Böhmen und Mähren, Prag), 22.7.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30784, Bl. 194.

2598 Überwachungsstelle beim MWA (Prag) an RWM, 1.10.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30785, Bl. 226. Wie die RTE noch zwei Monate vorher festgestellt hatte, standen den einzelnen Betrieben der Firma Tabor bis dahin 1.200 Arbeitskräfte zur Verfügung (300 Juden in der Blockerei Litzmannstadt, 700 Juden im Ghetto Theresienstadt und 200 Heimarbeiter in Prag). RTE an RWM (OBH), 1.8.1944, ebd., Bl. 83–86.

2599 Auftraggeber war die RTE. Das Material kaufte die Lagerkommandantur zunächst bei der Rohstoffhandels-gesellschaft, Berlin (Roges), dann bei der Glimmerspalterei GmbH, Tabor, und schließlich bei der Fa. Possehl, Erz- und Chemikalienhandel GmbH, Hamburg, Benz, Theresienstadt (2013), S. 71–73; Banken, Elektroindustrie (2023), S. 343. Vgl. auch Pfeiffer (RTE) an den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und SS Theresienstadt betr. Glimmer, 4.9.1944, Terezín Memorial, A 7853, unpag. Durch ‚Bewegungs- und Zeitstudien‘ und die Einführung von Akkordarbeit wurde die Leistung der Spalterei in Theresienstadt kontinuierlich erhöht. Vgl. Vermerk Nr. Gv. 5981, 6.4.1945, ebd., unpag.

2600 Zu den zahlreichen deutschen Auftragnehmern der AEG gehörte auch das „Arbeits- und Bewahrungshaus, Berlin-Rummelsburg“. OBH Gabel (RWM, II Bg.) an die Landeswirtschaftsämter im Reich mit Aufstellung der mit der Spaltglimmerherstellung beschäftigten Betriebe, 26.11.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30783, Bl. 59 f. Ein Hinweis auf einen Kriegsauftrag der Firma Telefunken für die „Blockerei Litzmannstadt“ findet sich in Pfeiffer (RTE) an RWM (II Bg.), 8.6.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30784, Bl. 184. Die Firma J. W. Rieger, hatte sich mit mehreren Firmen (Fa. Laux & Co., Parschnitz bei Trautenua,

engefängnisse im Warthegau“ sowie auf das Frauengefängnis in der Berliner Barnimstraße.²⁶⁰¹

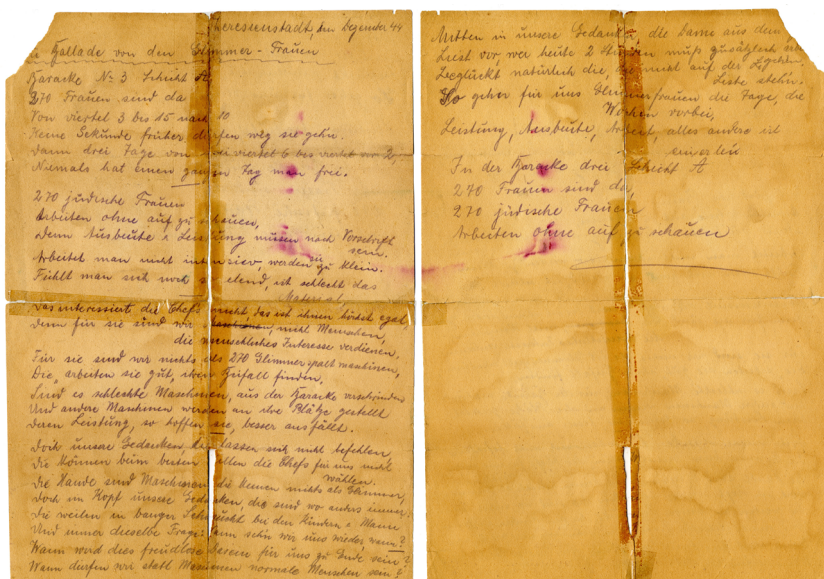


Abb. 68: Die Ballade von den Glimmer-Frauen, Theresienstadt, im Dezember 1944.²⁶⁰²

Einen Eindruck von den Bedingungen unter denen die Frauen in der Glimmer-spalterei in Theresienstadt arbeiten mussten, gibt die „Ballade von den Glimmerfrauen“, die eine von ihnen, Emma Jonas, im Dezember 1944 niederschrieb (siehe Abb. 68). Emma und ihr Mann Martin waren 1943 in Berlin von der Gestapo verhaftet, deportiert und in eine Reihe von Internierungslagern gebracht worden. Während Martin im Oktober 1944 verstarb, wurde Emma einen Monat später nach Theresienstadt gebracht und zur Zwangsarbeit in der Glimmerspalterei eingesetzt. „Sie arbeitete in der Nachtschicht in der Glimmerfabrik und

Fa. A. Prellogg, Ponikla, Iser, Fa. Franz Haney, N.-Rochlitz) zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, die zusammen 112 „Ostarbeiterinnen“ beschäftigten. Bei diesen Firmen handelte es sich um „abgeschaltete Textilbetriebe“, die sich nun auf das Spalten von Glimmer spezialisiert hatten. J. W. Rieger Mechanische Weberei und Schlichterei (Wilhelmsthal, bei Rochlitz im Riesengebirge) an RWM betr. Einsatz von Ostarbeiterinnen bei Glimmerspalten, 9.3.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30783, Bl. 139-141.

2601 OBH Gabel (RWM, II Bg.) an die Landeswirtschaftsämter im Reich mit Aufstellung der mit der Spaltglimmerherstellung beschäftigten Betriebe, 26.11.1942, ebd., Bl. 59 f.

2602 Die Ballade von den Glimmer-Frauen, Theresienstadt, Dez. 1944, USHMM Washington, Martin and Emma Jonas papers, Accession-Number 2004.230.1, unp. Die Sammlung wurde dem USHMM 2004 gespendet von Helga Caden, der Tochter von Emma Jonas.

spaltete das Mineral Glimmer in dünne Scheiben, die als elektrische Isolierung für Flugzeuge verwendet wurden. Die Frauen schnitten sich mit den scharfen Werkzeugen oft in die Finger und durften nicht aufhören zu arbeiten, bis sie ihr Tagespensum erfüllt hatten. Diejenigen, die lange arbeiten mussten, verpassten dann ihre abendliche Essensration. Emma schrieb viele Gedichte über ihre Arbeit, ihre Gedanken und Gefühle während ihrer Zeit in Theresienstadt. Sie war oft deprimiert und dachte an Selbstmord, aber die anderen Häftlinge blieben bei ihr, um ihr durch diese Zeiten zu helfen.“ So erlebte sie schließlich auch die Befreiung des Lagers durch sowjetische Truppen am 9. Mai 1945.²⁶⁰³

Die für den Aufbau der Spaltereien, den Abbau und Import des Glimmers über die beiden Konsortien bereitgestellten Reichsmittel (1941 = 300.000 RM) reichten bald nicht mehr aus, weswegen sich das RWM um die Bereitstellung weiterer Zuschüsse bemühte (1942 = drei Millionen RM, 1944/45 = 950.000 RM).²⁶⁰⁴ Damit waren aber die Kosten für die Beschaffung längst nicht abgedeckt, denn trotz der verhältnismäßig geringen Mengen eingeführten Glimmers entstanden dem Reich dafür doch verhältnismäßig hohe Ausgaben. So wurden zur Vorratsbildung im Rahmen der Nationalen Rohstoffreserve 1943 für 300 t Spaltglimmer (Kilopreis durchschnittlich 45 RM) 13,5 Millionen RM und für 120 t Blockglimmer (Kilopreis durchschnittlich 50 RM) 6 Millionen veranschlagt, also zusammen 19,5 Millionen RM, für noch nicht einmal 500 Tonnen dieses Rohstoffs.²⁶⁰⁵

Da „die Glimmerbeschaffung (...) für die Kriegsentscheidung eine der wichtigsten Aufgaben“ darstellte, hatten sich die Bemühungen zum Bezug von Glimmer über Jugoslawien (Serbien, Mazedonien), Rumänien und Norwegen hinaus inzwischen auch auf Ungarn, Schweden, Finnland, Spanien, Portugal, Italien und Russland ausgedehnt.²⁶⁰⁶ Während in Norwegen, Ungarn, Spanien,

2603 Vgl. Theresienstadt ghetto-labor camp scrip, 100 kronen note, issued to a German Jewish inmate (Biography), USHMM Washington, Martin and Emma Jonas papers, Accession-Number 2004.230.2, unpubl., in: <https://collections.ushmm.org/search/catalog/irn522116>, eingesehen am 21.8.2024).

2604 Für 1942 siehe Gabel (RWM, II Bg.) an RFM, 8.2.1942, BArch Berlin, R 2, Nr. 21479, unpubl.; RWM an RTE, 30.4.1942, ebd., unpubl.; für 1943 siehe Gabel (RWM, OBH) an RFM, 28.2.1944, ebd., unpubl.; Für 1944/45 siehe RFM an RWM, 30.1.1945, ebd., unpubl.

2605 RTE an RWM (II Bg.), 10.11.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30821, Bl. 300. Ende 1943 betrug die Reichweite der deutschen Glimmervorräte bei Blockglimmer für Röhren und Kondensatoren etwa 6 Monate und bei allen anderen Glimmersorten über ein Jahr. Allerdings rechnete das RWM mit einem rasanten Anstieg des Bedarfs, so etwa durch das „in der Entwicklung begriffene Funkmessprogramm des Generalbevollmächtigten für technische Nachrichtenmittel“ und die Steigerung der gesamten elektronischen Fertigung, was bedeutete, dass die Vorräte schneller aufgebraucht wurden. RWM (Abt. Bergbau) an Leiter der Hauptabteilung II im RWM, 14.7.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30595, Bl. 57 f.

2606 RWM (II Bg.) an den Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete (Oslo), 2.9.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30781, Bl. 194. Gleichzeitig war die deutsche Versorgungslage auf dem Glimmergebiet so angespannt, dass „durch Einsatz von Austauschstoffen und durch Verwendungsverbote eine 40 %ige Kürzung des Verbrauchs in der Elektroindustrie durchgeführt werden“ musste. Vermerk des RWM (II Bg. 7), 13.2.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30820, Bl. 16. Siehe auch Vermerk des RWM (II Bg. 7), 30.4.1942, ebd., Bl. 86.

Portugal und Bulgarien ein freier Ankauf des Rohglimmers erfolgte, bestanden mit Schweden, Spanien, Finnland und Rumänien Kompensationsvereinbarungen und „Alleinlieferungsverträge mit ausländischen Produzenten“. Zudem wurde in Mazedonien, Norwegen, Rumänien, Serbien, Bulgarien, im Sudetengau, in Kärnten, Portugal und Russland „eigener Bergbau“ von Gemeinschaftsunternehmen oder beauftragten deutschen Firmen betrieben.²⁶⁰⁷ Im Folgenden geht es aber nur um die Unternehmungen in Norwegen und im Sudetengau, an denen das Reichsamt für Bodenforschung maßgeblich beteiligt war.

Tab. 51: Gruben-Kriegsaufgaben für den Eigenabbau von Rohglimmer in Europa in Jahrestonnen 1944.²⁶⁰⁸

Land	Firma	Gruben- prod. in jato	davon jato Block- glimmer	davon jato Spalt- glimmer
Norwegen	Fa. Preben L. Gjertsen A/S Oslo über Reichskommissariat Norwegen	1.200	47	144
Mazedonien	Glimmerkonsortium Jugoslawien über Fa. Possehl, Erz- und Chemikalienhandel GmbH, Hamburg	800	40	200
Serbien	Glimmerkonsortium Jugoslawien über Fa. Possehl, Erz- und Chemikalienhandel GmbH, Hamburg	500	25	120
Bulgarien	Fa. Dr. Alfred Ohnesorge GmbH, Köln	400	12	100
Rumänien	Fa. Erzhütte AG, Wien	120	-	60
Kärnten	Fa. Philips Valvo-Radoröhren-GmbH-Berlin	250	2,5	75
Hetschigau (Sudeten)	Gewerkschaft Humboldt, Berlin	18	0,2	6
Kiesenreuth (Sudeten)	Fa. Glimmer-Import- & Handels- GmbH, Plan	60	0,6	15
Gesamt		3.348	127,3	720

Tab. 52: Kriegsaufgaben (Soll und Ist) Glimmer-Ankauf in Europa in Jahrestonnen 1944.²⁶⁰⁹

Land	Firma	Soll jato	Ist jato Blockglimmer	Ist jato Spaltglimmer
Norwegen	Fa. Possehl, Erz- und Chemikalienhandel GmbH, Hamburg	400	24	36
Schweden	AEГ Stockholm/Fa. Glimmer-Import- & Handels- GmbH	400	8	120

2607 Bericht der RTE (Abt. Glimmer) über die Lage auf dem Glimmermarkt, 28.10.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30782, Bl. 85-114, hier Bl. 94

2608 Übersicht des RWM über die Gruben-Kriegsaufgaben betr. Grubenrohglimmer abgesiebt, 1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30821, Bl. 474-479.

Rumänien	Fa. Glimmer-Import- & Handels-GmbH, Berlin oder Otavi, Minen- und Eisenbahngesellschaft, Berlin	50	1,5	16
Bulgarien	Fa. Dr. Alfred Ohnesorge GmbH, Köln	600	18	150
Portugal	Fa. Possehl, Erz- und Chemikalien-handel GmbH, Hamburg	140	7	21
Gesamt		1.590	58,3	343

Das RfB war bei der kriegswichtigen Versorgung Deutschlands mit Glimmer in vielerlei Hinsicht beteiligt, so etwa bei der Befahrung und Beurteilung bestehender (z. B. in Rumänien, Deutschland)²⁶¹⁰ sowie beim Abbau neuer Vorkommen (Norwegen, Sudeten, Ostmark), bei der Beratung staatlicher Behörden oder bei der Förderung der Arbeiten zur Herstellung künstlichen Glimmers.²⁶¹¹ Der Abteilungsleiter der RfB, Arnold Cissarz, gehörte zum Teilnehmerkreis einer vom GBN organisierten Tagung, bei der es um den Einsatz von Glimmer in der Nachrichtentechnik und die Verwendung von Austauschstoffen ging.²⁶¹² Zu Glimmersubstituten (z.B. Pertinax, Miscarta) wurde weltweit geforscht, allerdings schien es keinen gleichwertigen Ersatz zu geben. In Deutschland förderten die Fa. Siemens und die Stadt Leipzig Versuchsarbeiten zur Herstellung künstlichen Glimmers. Für letztere war seit 1939 Werner Lüdke vom Mineralogischen Institut der Universität Leipzig verantwortlich, dessen Arbeiten zunächst vom Oberbürgermeister der Stadt Leipzig finanziert wurden. An den Arbeiten Lüdkes zeigten auch das HWA und das RWA Interesse, weswegen letzteres die Förderung der Arbeiten 1940 übernahm.²⁶¹³

2609 Ebd.

2610 Vgl. etwa Walther E. Petrascheck (Deutsche Gesandtschaft, Wirtschaftsabteilung Bukarest) an RfB Berlin, 30.11.1940, BGR-Archiv Hannover, Nr. 62368, unpag.; Bericht von Petrascheck über das Glimmervorkommen von Voislova (rumänisches Banat), 24.9.1941, ebd., unpag.; Übersicht vermutlich von Bruno Engels (RfB Berlin) über die Lagerstätten und Förderung von Glimmer mit besonderer Berücksichtigung der von Groß-Deutschland zugänglichen Gebiete, 12.8.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 64307, unpag.; Kurzbericht von Watznauer (RfB-Zweigstelle Freiberg) über die Glimmervorkommen im westlichen Teile des europäischen Russland, 1.10.1941, BGR-Archiv Hannover, Nr. 63198, unpag.; Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiberg) an RfB Berlin mit Bericht über die Ergebnisse der Untersuchungsarbeiten auf dem Heerwasserhalden am Ausgang des Tiefen Bünaastollens in Zinnwald und vertraulichem Bericht über den Stand der Li-Glimmergewinnung der Gewerkschaft Zinnwalder Bergbau in Zinnwald, 29.2.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 62904, unpag.; Gutachten von Franz Lotze (RfB-Zweigstelle Wien) über ein Glimmervorkommen bei Trahütten, Steiermark, 28.9.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61971, unpag.

2611 Vgl. OKW (WiRüAmt/Ro) an RWM (II Bg.), 29.5.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 310–312; RWM an OKW und RfB, 13.6.1941, ebd., Bl. 313; Der Sonderbeauftragte für technische Nachrichtenmittel (Vierjahresplan) (GBN) an RWM (Abt. Bergbau, OKW (WFS/Stab), OKW (WiRüAmt), Chef H Rüst u. BdE/Wa A/Wa F, OKM (M Wa Wi), RdL u. ObdL (LC 4), RTE, RfB (Berlin, Freiberg), 13.6.1941, ebd., Bl. 330–332.

2612 Vgl. Bericht über eine Vortragsreihe veranstaltet vom Generalbevollmächtigten für technische Nachrichtenmittel und vom Sparstoffkommissar beim Wehrkreisbeauftragten III am 25. und 26. September 1942 in Berlin, BArch Berlin, R 3, Nr. 4099.

2613 Wie Heiko Stoff zeigt, waren die deutschen Arbeiten auf diesem Gebiet ausschlaggebend

Die in Kooperation mit der Industrie (u.a. Staatlich Sächsische Hütten- und Blaufarbenwerke, Werk Halsbrücke) durchgeführten Arbeiten Lüdkes schienen zunächst erfolgreich zu sein, weswegen man an die „Aufnahme der großtechnischen Produktion“ dachte. Als dem RWA die Proben Lüdkes im Juli 1944 vorlagen, zeigte sich dessen zuständiger Bearbeiter jedoch „erschüttert“, weswegen sich das RWA aus der Finanzierung Lüdkes zurückzog, der fortan über das Oberbergamt Freiberg finanziert wurde. Das RfB war in die Arbeiten Lüdkes seit 1942 involviert, da in seiner Zweigstelle Freiberg, die für die Arbeiten Lüdkes notwendigen Dünnschliffe hergestellt wurden.²⁶¹⁴

In der Rangfolge der „Wichtigkeit und Lieferfähigkeit“ stand Norwegen für Deutschlands Glimmerversorgung während des Krieges an erster Stelle. Dies hing zum einen damit zusammen, dass dort der für das Reich greifbare beste Blockglimmer zu finden war. Zum anderen sorgte der im ‚Reichskommissariat Norwegen‘ für die geologische Forschung verantwortliche RfB-Geologe Josef Horvath für eine massive Steigerung der Glimmerförderung.²⁶¹⁵ Der Abbau des Rohstoffes erfolgte in Norwegen im Wesentlichen als Nebenproduktion bei der Gewinnung von Feldspat und bereits vor dem Krieg war norwegischer Glimmer in geringem Ausmaß auch nach Deutschland exportiert worden. Er konnte es mit den Überseeprodukten aber nicht aufnehmen, weswegen er im Reich meist „zu untergeordneten Zwecken, nämlich zur Vermahlung“, verwendet wurde.²⁶¹⁶

dafür, dass die Amerikaner nach dem Zweiten Weltkrieg verschiedene Glimmerprojekte auflegten (Synthetic Mica Programm). Stoff, Arbeitsstätte (2007), S. 548 f.

2614 Vgl. Bericht über das Mica-Vorkommen der Sociedade Industrial Mineira de Angola, Lda., 19.11.1937, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30784, Bl. 3–55, hier Bl. 53; Hans Walz (Geschäftsführer der Robert Bosch GmbH, Stuttgart) an Keppler (RfB), 5.6.1941, BGR-Archiv Hannover, Nr. 64307, unpag.; Übersetzung einer Notiz des französischen ‚Blockade Ministeriums‘ (Abt. für Wirtschafts-Krieg, 2. Büro) über die Produktion, den Handel und die industrielle Verwendung des Glimmers, 15.5.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 104–113, hier Bl. 108; Vermerk über eine Besprechung bei der Hauptabteilung II Bg. des RWM betr. Herstellung von künstlichem Glimmer, 27.2.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 153; Vermerk des RWM (Abt. II Bg., Referat 7) für RWM (Referat II Gr. 5), 15.10.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30782, Bl. 44; Staatlich Sächsische Hütten- und Blaufarbenwerke, Werk Halsbrücke an Berghauptmann Friedrich Wernicke (Oberbergamt Freiberg), 24.6.1943, Bergarchiv Freiberg, 40030–1, Nr. 1183, Bl. 1; Wernicke (Bergwirtschaftsstelle des Oberbergamtes Freiberg) an Hüttdirektor Just (Freiberg), 24.6.1943, ebd., Bl. 3; RWA an Oberhüttdirektor Dipl.-Ing. Richter (Freiberg), 19.7.1944, Bergarchiv Freiberg, OHA, Nr. 1760, unpag.; Oberdirektion der Staatlichen Sächsischen Hüttenwerke (Halsbrücke) an den Reichstatthalter in Sachsen (Landesregierung, Abt. V3, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Dresden), 24.11.1943, ebd., unpag.; Antrag der Staatlichen Sächsischen Hütten- und Blaufarbenwerke, Freiberg) an das Bergrevier Freiberg betr. Großversuch zur Erzeugung von synthetischem, großblättrigem Glimmer, 5.4.1945, Bergarchiv Freiberg, OHA, Nr. 1782, unpag. Zur 1942 und 1944 gewährten Unterstützung Lüdkes durch die RfB-Zweigstelle Freiberg vgl. GLA Freiberg, A 02329/1, Bl. 2–13.

2615 RTE an das Institut für Wirtschaftsforschung (Dr. Grottian, Berlin), 28.8.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30821, Bl. 279. Der Hinweis darauf, dass Norwegen „bisher noch den besten Blockglimmer aufzuweisen“ habe, findet sich in Bericht der RTE (Abt. Glimmer) über die Lage auf dem Glimmermarkt, 28.10.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30782, Bl. 85–114, hier Bl. 99.

2616 Über den Stand der Glimmerförderung Norwegens zu Beginn der deutschen Besatzung

Die kriegsbedingten Versorgungsengpässe änderten jedoch alles, denn plötzlich eigneten sich die norwegischen Vorkommen „zur Herstellung eines noch gut brauchbaren Blockglimmers“, auf den die RTE keineswegs verzichten wollte. Folglich ging es ihr nun darum, Norwegens Grubenglimmer „restlos“ zu erfassen. Zur Erreichung dieses Ziels zog Berlin zwei Optionen in Betracht. Zum einen bestand die Möglichkeit, verschiedene Firmen mit dem Aufkauf von Glimmer zu betrauen, um damit die Produktion anzuregen, zum anderen wurde an die Inangsetzung eigener Versuchsbetriebe gedacht. Da sich der Aufkauf während des Ersten Weltkrieges als zu langsam erwiesen hatte und mit zu hohen Kosten verbunden gewesen war, entschied sich Berlin für den zweiten Weg, also den Betrieb eigener Glimmergruben.²⁶¹⁷ Dabei sollten bereits in Förderung stehende Vorkommen verstärkt ausgebeutet, aber auch neue Vorkommen erschlossen werden. „Jeder in Norwegen anfallende Glimmer“, einschließlich aller Lagerbestände, sollte einer Zentralstelle zugehen, für die die RTE auf deutscher Seite die Firma Possehl GmbH, Erz- und Chemikalienhandel, Hamburg auswählte, die für die Organisation, Verarbeitung und Abrechnung mit den Lieferanten verantwortlich zeichnete.²⁶¹⁸

Um nicht gegen die bestehenden norwegischen Lizenzbestimmungen zu verstoßen, erfolgte die kaufmännische Bearbeitung durch die von Deutschland kontrollierte norwegische Fa. Preben L. Gjertsen A/S, Oslo.²⁶¹⁹ Mit Blick auf die Größe des Landes wurde mit mehreren Kontaktpersonen gearbeitet, denen bestimmte Gebiete zugewiesen wurden.²⁶²⁰ Die Abstimmung der einzelnen

vgl. Der Ausschuss für Industrie und Umsatz (Oslo) an den Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete, 14.2.1941, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61711, unp.

2617 Aktenvermerk vermutlich von Horvath (RN, Gruppe Bergbau und Bodenforschung, Oslo) über die Glimmergewinnung 1941, 26.2.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61711, unp.

2618 Als Vertreter für Possehl fungierte in Oslo zunächst die Fa. Fangel & Co. Durch den Gesamteinkauf von Glimmer in Norwegen durch die Firma Possehl sollte verhindert werden, dass sich die deutschen Importeure gegenseitig überboten und den norwegischen Markt so ruinierten. Von dem Ankauf durch Possehl/Fangel waren alle norwegischen Glimmergewinnungsstätten ausgenommen, die mit Mitteln des ‚Glimmerkonsortiums‘ betrieben wurden sowie die Gruben der Fa. Harald Thiis, Rakkestad und der A/S Mineral No, mit denen Sondervereinbarungen bestanden. Vgl. Aktenvermerk von Horvath (RN, Wirtschaftsabteilung, Gruppe V, Oslo), 25.11.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30781, Bl. 252; RTE an Fa. Possehl GmbH (Hamburg), 8.12.1941, ebd., Bl. 282.

2619 Während die RTE zunächst die Fa. Fangel & Co., Oslo in Aussicht genommen hatte, schlug Horvath die Fa. Preben L. Gjertsen A/S vor, die die kaufmännische Bearbeitung der norwegischen Glimmerproduktion schließlich auch übernahm. Die deutsche Kontrolle der Fa. Gjertsen erfolgte über eine „Repräsentantschaft“, einen Aufsichtsrat, dem neben Pfeiffer (RTE) auch Horvath (RN) und ein Repräsentant der das ‚Glimmerkonsortium‘ vertretenden Fa. Siemens angehörten. Schwarzkopf (RTE) an Regierungsrat Ahlbrecht (RN), 29.11.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 215 f.; RTE an RWM (II Bg.), 19.3.1941, ebd., Bl. 300; RTE an RWM (II Bg.) mit Aktennotiz über eine Reise nach Norwegen vom 22.3. bis 28.3.1941, 2.4.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 7–11; Crusius (RTE) an RWM (II Bg.), 21.5.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30820, Bl. 156 f. Zu Preben Lilløe Gjertsen und seiner Firma vgl. Amundsen, Krigsmetallet (2015), S. 54–56.

2620 Vgl. Vermerk der Gruppe Bergbau und Bodenforschung [des RN] (Oslo) betr. Besprechung in der Glimmerfrage, 25.6.1941, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61711, unp.

Arbeitsgebiete erfolgte durch Josef Horvath von der RfB. Gleichzeitig sollte das ‚Reichskommissariat Norwegen‘ dafür sorgen, dass Ausfuhrlicenzen für norwegischen Glimmer nach anderen Ländern nicht vergeben wurden. Für die Verteilung des von Gjertsen in Norwegen gewonnen Glimmers in Deutschland war die RTE verantwortlich. Allerdings gingen alle Lieferungen aus Norwegen zunächst an die Firma Ominopol A.G. in Prag, die die Glimmerpartien in den Betrieben der Fa. Czerny in Tabor (u.a. auch Ghetto Theresienstadt) aufbereiten ließ.²⁶²¹

Anfang Juli 1941 – also gut drei Monate nach den ersten Vereinbarungen – meldete die RTE dem RWM, dass „Norwegen in relativ kurzer Zeit zur verstärkten Glimmerversorgung Deutschlands herangezogen werden“ könne. Die dortigen Vorkommen seien zwar klein, aber sehr zahlreich und könnten ohne größere bergmännische Arbeiten gewonnen werden. Die „entsprechende Organisation zur Erfassung und Ausbeutung“ dieser Lagerstätten sei in die Wege geleitet worden, denn die „Bearbeitung der Glimmerangelegenheiten“ erfolge durch die im Reichskommissariat verankerte RfB.²⁶²² Zur Finanzierung dieser Arbeiten stellte das ‚Glimmerkonsortium‘ zunächst 50.000 RM zur Verfügung, die der Zweigstelle Oslo der Fa. Siemens-Schuckert zugingen, die für die kaufmännische Kontrolle der Fa. Gjertsen verantwortlich war. Die monatlichen Vorauszahlungen aus diesen Mitteln durften aber nur aufgrund von Anforderungen erfolgen, die von den Vertretern des Reichskommissariats, Dipl.-Ing. Johann Maucher (RWM) sowie Horvath oder Pollak (beide RfB), gegengezeichnet waren.²⁶²³

2621 Da die RTE keine Möglichkeit hatte, Gjertsens Untersuchungen zu finanzieren, sollten die nötigen Mittel für die Glimmerförderung in Norwegen von der RfB „vorgestreckt“ werden, was die RfB aber aus „etatrechtlichen Gründen“ ablehnte. Folglich wurden auf Veranlassung des RWM die ersten 25.000 RM aus dem Preisausgleichsfonds für Rohglimmer zur Verfügung gestellt. Da die RTE aber auf einer Vorfinanzierung der Untersuchungen Gjertsens durch die RfB bestand, wurde letztere durch das RWM angewiesen, 15.000 RM bereitzustellen, die aus dem Erlös der erwarteten Glimmermengen zurückerstattet werden sollten. Schwarzkopf (RTE) an Regierungsrat Ahlbrecht (RN), 29.11.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 215 f.; RTE an RWM (II Bg.), 19.3.1941, ebd., Bl. 300; RTE an RWM (II Bg.) mit Aktennotiz über eine Reise nach Norwegen vom 22.3. bis 28.3.1941, 2.4.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 7–11; RTE an RfB, 2.4.1941, ebd., Bl. 11; RWM an RfB, 29.4.1941, ebd., Bl. 13; Cissarz (RfB) an RTE, 8.4.1941, ebd., Bl. 20; RTE an RWM, 12.4.1941, ebd., Bl. 40, RTE an RfB, 12.4.1941, ebd., Bl. 41; RWM an RfB, 21.4.1941, ebd., Bl. 42. Zur Glihag vgl. Aktennotiz der RTE über die Reise mit Herrn Dr. Meffert (RWM) nach Norwegen in der Zeit vom 8.-11.10.1941, 14.10.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30781, Bl. 211–214; Ergänzung zur Aktennotiz der RTE über die Norwegenreise vom 8.-11.10.1941, 15.10.1941, ebd., Bl. 215–217; RTE an Glihag (Berlin), 28.10.1941, ebd., Bl. 144–147. Vgl. zudem Aktenvermerk über die Vorsprache bei Herrn USTF Scholz und Herrn SS HSCHF Ulbricht in Anwesenheit von Herrn Seeger von der Firma Possehl Ges. mbH, Prag auf der Dienststelle und in den Glimmerwerkstätten. Für die Jüdische Selbstverwaltung anwesend: Lieder-Kolben, Ascher, 28.3.1945, Terezín Memorial, A 7853, unpag.

2622 Crusius (RTE) an RWM (II Bg.), 7.7.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 355.

2623 Bereits zu diesem Zeitpunkt sollte die bewilligte Summe um weitere 50.000 RM, also auf insgesamt 100.000 RM erhöht werden. Vgl. Crusius (RTE) an RWM (II Bg.), 23.8.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30781, Bl. 193. Die Fa. Siemens-Schuckert sollte als Vertreterin des ‚Glimmerkonsortiums‘ die Fa. Gjertsen betreuen und deren „kaufmännische

Wie es hieß, erwiesen sich die aus Norwegen nach Deutschland gelangenden Glimmerzufuhren unter allen bis dahin auf diesem Gebiet ergriffenen „Kriegsmaßnahmen“ als die einzigen Lieferungen, die „qualitativ und quantitativ“ befriedigten. Aus diesem Grund wurde in Berlin beschlossen, die Bemühungen zur Steigerung der Glimmerversorgung Deutschlands für 1942 vor allem auf Norwegen zu konzentrieren. Bis Oktober 1941 waren in Verbindung mit Horvaths Abteilung Bodenforschung im ‚Reichskommissariat‘ bereits 40 Glimmerbrüche mit etwa 250 Beschäftigten durch Schürfarbeiten erschlossen und 40 t Glimmer nach Deutschland verschifft worden.²⁶²⁴ Der RfB-Geologe ging aber davon aus, dass sich die Förderung durch Bewilligung weiterer finanzieller Mittel nochmals um ein Drittel steigern ließ.

Zu diesem Zweck sollten weitere Kräfte zur Überwachung Gjertsens und der Gruben eingestellt werden. Allerdings sollte auch vermieden werden, dass der Kollaborateur Gjertsen eine Monopolstellung auf dem Glimmergebiet erhielt, weswegen die Abbaurechte für neue Gruben nun auch auf die von der RfB finanzierte A/S Malmundersökelse, Oslo unter dem Norweger Holger Fangel (Fa. Fangel & Co.) (siehe Kap. 5.2.3) ausgedehnt wurden.²⁶²⁵ Bis Ende November 1941 hatten die verschiedenen, meist in

Geschäftsgebarung“ überwachen, denn über Siemens' norwegische Tochtergesellschaft Siemens Norsk A/S, Oslo erfolgte die Auszahlung der aus Deutschland überwiesenen Mittel an Gjertsen. Vgl. RTE an Siemens-Schuckerwerke A.G. (Zentral-Einkauf, Berlin) betr. Vertrag zwischen Fa. Siemens Norsk A/S, Oslo und Preben Gjertsen, Oslo, 22.5.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30820, Bl. 158–168. Siemens kam dieser Aufgabe aber nicht sonderlich interessiert nach, weswegen der Vertreter des RWM im RN, Johann Maucher, wiederholt forderte, einen deutschen Buchhalter für die Kontrolle der Fa. Gjertsen nach Oslo zu schicken. 1944 zog sich Siemens aus seiner Verantwortung zurück, weswegen nun Horvath als in den Vorstand delegiertes Mitglied des Aufsichtsrats der Fa. Gjertsen „die Überwachung des laufenden Geschäftsverkehrs“ im Auftrag des RN und der RTE übernahm. Pfeiffer (RTE) an RWM (II Bg.), 3.8.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30785, Bl. 213; Horvath (RN, Oslo) an Umbach (RWM, Abteilung Bergbau), 18.9.1944, ebd., Bl. 214; Umbach (RWM, OBH) an Pfeiffer (RTE), 23.9.1944, ebd., Bl. 215; Maucher (Oslo) an Meffert (RWM), 11.9.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30781, Bl. 196; Maucher (RN) an RWM (OBH), 8.9.1941, ebd., Bl. 197f. Zu den Abmachungen zwischen Maucher, Horvath und Gjertsen, etwa über die monatliche Finanzierung der Arbeiten und die Bereitstellung von Werkzeugen, Verbrauchsmaterialien und Geld, vgl. Vermerk von Maucher (RN, Wirtschaftsabteilung Ref. Bergbau) über die Besprechung mit Herrn Dr. Horvath und Herrn Preben L Gjertsen, 8.9.1941, ebd., Bl. 199f. Dass Maucher als Vertreter des RWM auch die Kreise des allzu aktiven RfB-Mannes Horvath zugunsten des Ministeriums eingrenzen sollte, wurde schon in Kap. 5.2.3 angedeutet. Das galt auch für das Glimmergebiet. Vgl. Maucher an OBH, 13.8.1942 u. 22.8.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30782, Bl. 11f.

- 2624 Bericht über die Glimmerverhandlungen beim Reichskommissariat Oslo in der Zeit vom 9. bis 10.10.1941, 14.10.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30781, Bl. 225–227; Tätigkeitsbericht Horvaths (RN, Wirtschaftsabteilung, Oslo), 4.10.1941, BArch Berlin, R 83–NORWEGEN, Nr. 16, unpag. An anderer Stelle hielt Horvath fest: „Obwohl sich die Bemühungen Glimmer zu beschaffen, über ganz Europa erstreckten, ist es einzig und allein in Norwegen gelungen, einen wesentlichen Beitrag zu der Versorgung Deutschlands zu liefern“. Aktenvermerk vermutlich von Horvath (RN, Gruppe Bergbau und Bodenforschung, Oslo) über die Glimmergewinnung 1941, 26.2.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61711, unpag.
- 2625 Aktennotiz der RTE über die Reise mit Herrn Dr. Meffert (RWM) nach Norwegen in der

Südnorwegen in den Umgebungen von Arendal, Kragerö, Gjerstadt, Sigdal, Skiptvet, Halden und Kongsberg gelegenen Glimmerbetriebe „das gedachte Produktionsausmaß voll erreicht“ (siehe Abb. 69).²⁶²⁶ Um eine bessere Übersicht und Organisation zu erhalten, waren die einzelnen Glimmergruben inzwischen in Bezirke zusammengefasst und für jeden einzelnen Bezirk nun auch Spaltereien eingerichtet worden, in denen „Mädchen“ für das Sortieren und Spalten des Materials eingesetzt wurden.

Ende 1941 betreute Horvath bereits 46 Betriebe mit einer Gesamtbelegschaft von über 400 Personen, von denen etwa 300 Männer in den Gruben und 100 Arbeitskräfte in den einzelnen Spaltereien arbeiteten. Während die erst spät herangezogene A/S Malmundersökelser mit ihren gut fünf Brüchen auf eine Ausbeute von 22 t verweisen konnte, hatten die Gruben Gjertens 1941 immerhin 177,5 t geliefert. Insgesamt waren 1941 mehr als 265 t Glimmer von Norwegen nach Deutschland verschifft und damit in der kurzen Zeit von noch nicht einmal zehn Monaten ein weit ‚besseres‘ Ergebnis erzielt worden, als während des gesamten Ersten Weltkrieges (= 180 t). Wie Horvath betonte, sollte die Produktion im Jahr 1942 deutlich ausgeweitet werden und mindestens 800 bis 1.000 Tonnen Glimmer erreichen. Damit hätte Norwegen die Hälfte des europäischen Glimmerbedarfs gedeckt.²⁶²⁷

Um die neuen Vorgaben zu erreichen, stellten das RWM und das Glimmerkonsortium weitere Mittel zur Verfügung, die sich Mitte 1942 auf inzwischen 300.000 RM beliefen und um weitere 500.000 RM erhöht werden sollten.²⁶²⁸ Auch wenn der solcherart geförderte Glimmerbergbau Norwegens Mitte 1942 monatlich inzwischen 70 t lieferte, zeigten sich das RWM und die RTE vor dem

Zeit vom 8.-11.10.1941, 14.10.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30781, Bl. 211–214; Tätigkeitsbericht Horvaths (RN, Wirtschaftsabteilung, Gruppe V, Oslo) für die Zeit vom 6.-18.10.1941, 19.10.1941, BArch Berlin, R 83–NORWEGEN, Nr. 22, unpag. Fangel musste Horvath ständig über die Verwendung der Mittel berichten und für jede Grube gesondert monatlich eine Abrechnung vorlegen, die Horvath an die RfB nach Berlin weiterreichte. Über die untersuchten Vorkommen durfte Fangel „nur in Übereinstimmung“ mit der RfB verfügen, doch war nach Horvaths Darstellung „nicht vorgesehen, norwegische Bergbaugesellschaften von der Erwerbung der mit deutschen Mitteln untersuchten Vorkommen auszuschließen, wenn sie sich einverstanden erklärten, die von ihnen erzeugte Grubenproduktion nach Deutschland zu liefern“. Bericht von Horvath „Aufgabe der Untersuchungsarbeiten“, 1946, NGU Oslo, BA 1172, S. 10. Neben Gjertsen und Malmundersökelser gab es noch eine Reihe weiterer norwegischer Glimmerproduzenten, die aber im Vergleich zu den beiden erstgenannten Firmen und deren Lieferzahlen nicht ins Gewicht fielen.

2626 Tätigkeitsbericht Horvaths für die Zeit vom 18.11. bis 1.12.1941, 1.12.1941, BArch Berlin, R 83–NORWEGEN, Nr. 22, unpag. Siehe auch Karte Glimmervorkommen (hier v.a. Legende: betr. Glimmerproduktion 1941 und 1942), BGR-Archiv Hannover, Nr. 61711, unpag.

2627 Aktenvermerk vermutlich von Horvath (RN, Gruppe Bergbau und Bodenforschung, Oslo) über die Glimmergewinnung 1941, 26.2.1942, ebd., unpag. Hatte der norwegische Glimmerexport nach Deutschland 1938 noch bei einer und 1939 bei zwei t gelegen, so belief er sich 1941 auf 265 t und bis Ende Juli 1942 auf 645 t. Horvath (RN, Oslo) an Cissarz (RfB Berlin), 11.9.1942, ebd., unpag.

2628 Middendorff (RWM II Bg.) an RTE, 17.3.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30820, Bl. 34; Crusius (RTE) an RWM (II Bg.), 21.5.1942, ebd., Bl. 156 f.

Hintergrund der ständig steigenden Forderungen im Zuge des ‚Röhren-‘ und des ‚Funkmessprogramms‘ nicht zufrieden, denn an die eigentlich angestrebte Produktion von 100 bis 125 Tonnen im Monat kamen diese Lieferungen nicht heran.²⁶²⁹



Abb. 69: Glimmervorkommen in Südnorwegen (rot: die wichtigsten Gruben der Fa. Preben L. Gjertsen A/S, Oslo, blau: die wichtigsten Gruben anderer Besitzer).²⁶³⁰

Die Gründe hierfür bildeten zum einen Versorgungsengpässe mit Treibstoff für die in den Gruben betriebenen Anlagen und möglicherweise auch Fälle von ‚passiver Resistenz‘ der norwegischen Belegschaften.²⁶³¹ Ausschlaggebend dafür könnte „die Ernährungslage der Grubenarbeiter“ gewesen sein, die zum

2629 Vgl. ebd.

2630 Ausschnitt aus Karte Glimmervorkommen (hier v.a. Legende: betr. Glimmerproduktion 1941 und 1942), Karte Glimmervorkommen Norwegen, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61711, unp. Die Bezirke, die die größte Produktion lieferten, waren Halden, Skiptvedt und Kragerø, die den besten Glimmer lieferten, die Bezirke Skiptvedt, Kongsberg und Gjerstad. Vgl. Horvath an Cissarz (RfB Berlin), 29.8.1942, ebd., unp.

2631 Bericht von Horvath „Aufgabe der Untersuchungsarbeiten“, 1946, NGU Oslo, BA 1172, S. 43 f.

Teil „so schlecht“ war, „dass mit einem Ausfall von Arbeitskräften und einem weiterem Absinken der Förderung gerechnet werden“ musste.²⁶³² Horvath ging im Januar 1943 sogar davon aus, dass die Förderung in Norwegen wegen der dort bestehenden Versorgungsprobleme „nicht mehr zu halten“ war. So konstatierte er einen „ungewöhnlich hohen Prozentsatz von Kranken“ innerhalb der inzwischen „900-köpfigen Belegschaft“. Dabei handelte es sich „durchweg um Magenkrankheiten, die auf eine monatelange unzureichende Zuteilung von Fett, Fleisch, frischem Fisch und Kartoffeln zurückzuführen“ waren. Insbesondere „der Ausfall durch Skorbuterscheinungen bei den ca. 400 Arbeiterinnen in den Aufbereitungsbetrieben“ war „außerordentlich hoch“. Dem sollte durch die Einrichtung von „Lagerkantinen“ begegnet werden, um den Arbeitern und Arbeiterinnen „wenigstens eine kräftigere Mahlzeit am Tage zu verabreichen“. Da mit Sonderzuteilungen aus norwegischen Beständen nicht zu rechnen war, wurde auch versucht, durch den Einsatz eigener Fischkutter wenigstens eine Versorgung mit frischem Fisch sicherzustellen. Zudem war es zur Wiederherstellung der früheren Arbeitsleitungen unabweislich, zusätzliche Lebensmittel aus dem Reich zu beschaffen.²⁶³³

Ob derartige Maßnahmen ergriffen wurden oder die Besatzungsverwaltung den Druck auf die Belegschaften erhöht hatte, ist unklar, jedenfalls meldete der für Glimmer im RWM zuständige Referent Hermann Meffert Anfang Juli 1943, dass die Glimmerbetriebe Norwegens „zufriedenstellend“ arbeiteten und ihre durchschnittliche Monatsproduktion in den ersten Monaten des Jahres rund 165 t gegenüber 138 t im Jahr 1942 betrug, was einer Steigerung von etwa 20 Prozent entsprach.²⁶³⁴ Der Anstieg der Produktionszahlen hing vermutlich auch damit zusammen, dass die Gruben und Spaltereien im Lauf der Zeit „durch wachsende Betriebserfahrung und Rationalisierung verbessert“ wurden und ihre Mitarbeiterzahlen ständig stiegen.²⁶³⁵ Allein die Aktivitäten der vom Glimmerkonsortium finanzierten Fa. Gjertsen erstreckten sich bis 1945 auf etwa 100 Glimmergruben. Neben seinem Hauptsitz in Oslo unterhielt das Unternehmen 14 Zweigstellen in Südnorwegen und beschäftigte bis zu 1.400 Arbeiter und 100 Angestellte. Gemessen an der Zahl der Beschäftigten konnte es Gjertsens Firma also inzwischen mit den größten norwegischen Bergbauunternehmen aufnehmen.²⁶³⁶

2632 OKW (Az. 66 b 9917/Norw. M 2/I/IV, Berlin) an OBH Gabel (RWM), 11.12.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30783, Bl. 75.

2633 RTE an RWM (II Bg.), 21.1.1943, ebd., Bl. 98–100.

2634 Chef des Wehrwirtschaftsstabes Norwegen (Oslo) an den Wehrwirtschaftsstab im OKW (Berlin), 5.7.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30152, Bl. 19.

2635 Ebd. Wie Horvath im Frühjahr 1943 berichtete, waren einige der größeren Betriebe elektrifiziert und neue Distrikte in Angriff genommen worden, was zu einer Steigerung der Förderung geführt habe. Während der Export von Glimmer nach Deutschland 1940 „noch ganz unbedeutend“ gewesen sei, sei er 1941 auf über 300 t und 1942 sogar auf fast 1.000 t angestiegen. Davon stammten über 800 t aus den Betrieben, die v.a. über das Glimmerkonsortium finanziert wurden, während der Rest aus „eigenen norwegischen Betrieben“ stammte, die von den Deutschen überwacht wurden. Horvath an OBH Gabel (RWM), 25.3.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61711, unp.

Der wachsende Druck auf die Gruben hing mit den ständig steigenden Rüstungsforderungen Berlins zusammen, die auf die besetzten Gebiete zurückwirkten und letztlich dazu führten, dass dort ‚ausgesprochener Raubbau‘ an den natürlichen Ressourcen betrieben wurde. Im Jahr 1942 waren es vor allem die von der Wirtschaftsführung verordnete Umstellung von Kupfer auf Aluminium und die Ausweitung des Röhrenprogramms, die den Druck auf die Ausbeutung der besetzten Gebiete verschärften, die Verwendung von Aluminium im Elektromaschinenbau hatte nämlich auch Auswirkungen auf den Glimmerverbrauch. Denn beim Wechsel von Kupfer- auf Aluminiumleiter trat infolge des schlechteren Wirkungsgrades des Aluminiums bei gleichbleibender Leistung der Maschine eine höhere Erwärmung auf, was „in vielen Fällen die Ausführung in einer anderen Isolationsklasse und damit den Übergang von organischen Stoffen auf Glimmer“ bedingte. Es gab aber auch Fälle, in denen der Leiterdurchschnitt zur Erhaltung der bisherigen Maschinenleistung erhöht werden musste, was den zur Isolation zur Verfügung stehenden Raum beschränkte. Folglich musste auf dünnere Glimmerprodukte übergegangen werden, was die Herstellung hochwertiger Spaltglimmer erforderlich machte. Durch die Verwendung von Aluminium konnte die bisherige Maschinenleistung nicht mehr erzielt werden. Dies zwang zum Übergang auf stärkere, größere Maschinentypen, was einen zusätzlichen Glimmerverbrauch in allen Teilen der Maschine erforderlich machte. Ebenso schwerwiegende Auswirkungen hatten die sich ständig erhöhenden Röhrenanforderungen im Rahmen des Funkmessprogramms, die 1942 gegenüber 1940 einen um 50 Prozent angewachsenen Verbrauch von Glimmer erforderten und der sich 1943 nochmals steigerte.²⁶³⁷

Wie Horvath einräumte, waren die norwegischen Glimmervorkommen klein und mussten daher „intensiv betrieben werden“, um das Produktionsniveau zu halten. Dies hatte zur Folge, dass die Lager „vielfach schon nach wenigen Monaten erschöpft“ waren und daher mit umso größerer „Intensität

2636 Amundsen, Krigsmetallet (2015), S. 55. Neben den vom Glimmerkonsortium bereitgestellten Mitteln, leistete das RfB „zu den in sein Zuständigkeitsgebiet fallenden Untersuchungsarbeiten auf Glimmer“ einen finanziellen Zuschuss, von monatlich etwa 40.000 bis 80.000 norwegischen Kronen. Die Untersuchungen sollten aber nicht durch eine eigene Organisation des RfB, sondern im Rahmen der vom Konsortium finanzierten Arbeiten erfolgen. Das Konsortium führte demnach die Untersuchung, Gewinnung und Verarbeitung des Glimmers durch und erhielt die Kosten für die „reinen Untersuchungsarbeiten“ seitens des RfB erstattet. Funder (RfB Berlin) an Siemens-Schuckertwerke A.G. (Berlin), 11.5.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 9896, unp.; Bericht von Horvath „Aufgabe der Untersuchungsarbeiten“, 1946, NGU Oslo, BA 1172, S. 15, 43.

2637 Bericht der WiGru Elektroindustrie als Reichsstelle für elektrotechnische Erzeugnisse (Abt. Glimmer) über die Lage auf dem Glimmergebiet an RWM (OBH Gabel), 28.10.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30782, Bl. 87-114, hier Bl. 98 f.; RWM (V Dev. 1) an RWM (II Bg. 6), 23.7.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30821, Bl. 135 f. Im Jahr 1944 kamen dann noch unvorhergesehene „Anforderungen der Jäger- und Herta-Programme“ hinzu, die die Engpässe auf dem Glimmergebiet weiter verschärften. OBH (RWM) an den Hauptring Steine und Erden (Berlin), 31.8.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30785, Bl. 186. Beim Herta-Programm handelte es sich um ein „Geheimprojekt zur Erforschung und zum Nachbau erbeuteter englischer und amerikanischer Funkmess- und Ortungstechnik“. Arnold u.a., Sirenen (2003), S. 64.

nach neuen Vorkommen gesucht“ wurde.²⁶³⁸ Der Druck potenzierte sich im Spätsommer 1944 durch den „Ausfall der Glimmerproduktion“ auf dem Balkan und das Wegbrechen der Lieferungen aus Spanien und Portugal erneut, denn nach Ansicht der Wirtschaftssachverständigen in Berlin machte dies eine nochmalige Ausweitung der norwegischen Produktion unabdingbar.²⁶³⁹ Wie die RTE feststellte, konnten nach dem Ausfall der übrigen Zufuhren wesentliche Mengen nur noch aus Skandinavien bezogen werden. Allerdings waren die norwegischen Glimmervorkommen „bereits so stark ausgenutzt“, dass eine Steigerung hier „kaum noch möglich“ schien. Nach Ansicht Horvaths konnte die Förderung nur noch bis in den Sommer 1945 aufrecht erhalten werden und drohte dann, stark zu sinken, „da mit neuen Vorkommen in Norwegen im wesentlichen Umfang nicht mehr zu rechnen“ war.²⁶⁴⁰ Aus diesem Grund richtete sich der Fokus nun verstärkt auf „die während des Krieges in Gang gebrachte innerdeutsche Produktion“, die oft nur sehr kleine und wellige Materialien lieferte, sich aber trotzdem für den Einsatz in der Nachrichtentechnik (Funkgeräte) und für die Herstellung von Radioröhren eignete. Auch wenn die deutschen Vorkommen aufgrund „fehlender lagerstättenmäßiger Voraussetzungen“ zwar nur einen geringen Beitrag zur Bedarfsdeckung der Rüstungsindustrie zu leisten vermochten, sah das RWM nun auch „eine starke Erhöhung der Kriegsaufgabe“ der deutschen Glimmergruben vor.²⁶⁴¹

Wie der stellvertretende Leiter der Abteilung Lagerstätten der RfB, Ludger Funder, schon 1940 betonte, hatten sich infolge des ‚siegreichen Feldzugs‘ der Wehrmacht „große Änderungen in der Rohstofflage ergeben“, da „Deutschland

-
- 2638 Horvath an OBH Gabel (RWM), 25.3.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61711, unpag. Aus einem Vermerk des Oberbergamts Freiberg vom August 1943 geht hervor, dass das RfB (Dr. Horvath) in Norwegen „an 300 Stellen vor allem in Südnorwegen, kleine jedoch keineswegs nachhaltige Glimmerbetriebe“ betrieb, die „meist nur einen Sommer lang die Glimmergewinnung“ aushielten. Vermerk des Oberbergamts Freiberg betr. Glimmer, 26.8.1943, Bergarchiv Freiberg, 40027, Nr. 1666, unpag. Zu den einzelnen vom RfB betreuten Gruben siehe Bericht von Franz Kirnbauer (vermutlich Oberbergamt Freiberg) über den derzeitigen Stand der Glimmerschürfungen in Europa nach Mitteilungen der RTE, 13.9.1941, Bergarchiv Freiberg, 40030-1, Nr. 1118, unpag. Als Beispiel für die Suche nach neuen Vorkommen siehe Auftrag Horvaths (RN, Abt. Ausfuhrwirtschaft und Bergbau, Norwegen) an die Glihag (Dr. Nottmeyer, Plan bei Marienbad) betr. Untersuchung der Bauwürdigkeit des Glimmervorkommens auf der Insel Seiland, 14.2.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30821, Bl. 516; Bemerkungen von Gerhard Richter[-Bernburg] (Oslo) zu einigen Pegmatitvorkommen in Telemarken, 28.8.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61704, unpag.
- 2639 Geheimes Fernschreiben von Umbach (RWM, OBH) an Horvath (RN, Abteilung Ausfuhrwirtschaft und Bergbau), 8.9.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30785, Bl. 168. Schon Ende 1943 war das Fördersoll für Norwegen auf 1.200 t abgesiebt Grubenrohglimmers festgelegt worden. RWM an ORR Ahlbrecht (RN, Abteilung Ausfuhrwirtschaft und Bergbau, Oslo), 29.12.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30821, Bl. 404.
- 2640 Daher sollte in diesem Fall nun auf schwedische Lieferreserven zurückgegriffen werden, wozu Clearingabkommen (Kompensationsgeschäfte) geplant wurden, denen die Schweden aber skeptisch gegenüberstanden. Siehe dazu zwei Schreiben von Pfeiffer (RTE) an RWM (Länderreferat Schweden, Ministerialrat Ludwig, Berlin), 6.9.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30785, Bl. 174-177.

über weit größere Mineralmengen verfügen“ konnte, als vorher.²⁶⁴² Gleichwohl hielt er es für angebracht, „den deutschen Bedarf soweit wie möglich innerhalb der Reichsgrenzen sicherzustellen“. Nur so nämlich sei „ein Höchstmaß an nationaler Wirtschaftsfreiheit in Krieg und Frieden erreichbar, wohingegen der Besitz außerhalb des Mutterlandes immer mit einem Unsicherheitsgrad belastet“ sei. Wie Funder meinte, habe das in Deutschland „geltende ‚Primat der Politik‘ vor der Wirtschaft“ günstige Voraussetzungen für den Aufschluss heimischer Lagerstätten gebracht, da die Politik die Abbauwürdigkeit anders gewichte, als die ‚klassische Lagerstättenlehre‘, die zunächst darauf schaue, ob ein Rohstoff „im großen und mit wirtschaftlichen Vorteil“ gewonnen werden könne. Die Unternehmer, so Funder, würden eher verzichten, als das Risiko eines unwirtschaftlichen Betriebes auf sich zunehmen, was besonders für reine Untersuchungsarbeiten gelte, „die zunächst immer Zuschussbetriebe“ seien. Da die Erforschung etwaiger Vorkommen oft sehr teuer und riskant sei, habe die RfB jede Schürftätigkeit öffentlicher und privater Stellen durch Beratung und notfalls auch durch finanzielle Beihilfen (aus Gewinnen zu erstattende Darlehen) gefördert. In den Fällen jedoch, in denen die „die privaten Hemmnisse zu groß“ geworden seien, führe die RfB „die notwendigen Arbeiten in eigener Regie“ durch. So etwa bei untersuchungswürdigen Vorkommen, „die keinen unternehmensfähigen Besitzer“ hätten. Um „das höchstmögliche Maß der Selbstversorgung“ zu erreichen, richtete sich der RfB-Fokus auf viele kleine Lagerstätten, wobei die Schürfarbeiten vor allen auf solche Vorkommen zielten, die, wie die Glimmergruben in den Sudeten, „noch zur Kriegsversorgung beitragen konnten“.²⁶⁴³

Obwohl in der Gründungsverordnung der RfB vom 10. März 1939 festgelegt war, dass „die bergbauliche Erschließung zum Zweck der Förderung von Bodenschätzen“ nicht zu den Aufgaben der RfB gehörte – sie die Vorkommen durch ihren Aufschluss also lediglich wirtschaftlich nutzbar machen, die Ausbeutung und den Betrieb der Anlagen dann aber anderen Unternehmen überlassen sollte –, legte sie nach Kriegsbeginn Mutungsanträge vor und suchte um die Verleihung von Bergwerkseigentum nach. Sie war deswegen vom RWM angehalten worden, in den Fällen verleihungsfähiger Funde, die ein der Bergbaufreiheit

2641 Der Sonderbeauftragte für technische Nachrichtenmittel (Vierjahresplan, Berlin) an RfB (Berlin), 20.9.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 192; RWM (Referat OBH-TW 7b) an RWM (Referat III Ld (Schweden), 11.9.1944, ebd., Bl. 178; OBH (RWM) an den Haupttring Steine und Erden (Berlin), 31.8.1944, ebd., Bl. 186; RTE (Berlin) an Regierungsrat Rudolf Middendorff (RWM, Ref. II Bg) betr. Glimmerbewirtschaftung/Blockglimmer, 29.11.1940, ebd., Bl. 228–232; Pfeiffer (RTE) an Umbach (RWM, OBH), 20.12.1944, Bergarchiv Freiberg, 40028, 1–0361, Bl. 99–101. Eine Übersicht über die deutschen Glimmergruben findet sich in Vorkommen technisch verwertbaren Glimmers im Großdeutschen Raume, Anlage 9 zum Schreiben der Gewerkschaft Humboldt, Betrieb Hetschigau (Michelsberg) an das Oberbergamt Freiberg, 15.6.1944, ebd., Bl. 80–88, hier Bl. 88.

2642 Hierzu und im Folgenden Funder, *Förderung* (1940), S. 285 f.

2643 Ebd., S. 286–288. „Durch das Reichsamt für Bodenforschung werden bergmännische Untersuchungsarbeiten in eigener Regie im gesamten Reichsgebiet durchgeführt“. Funder (RfB Berlin) an die Reichsausführungsbehörde für Unfallversicherung (Berlin), 21.4.1943, BArch Berlin, R 152, Nr. 322, Bl. 6.

unterliegendes Mineral betrafen, Anträge auf Verleihung von Bergwerkseigentum durch die Prakla vornehmen zu lassen, die auch als Antragstellerin für das Abbaurecht auftreten sollte.²⁶⁴⁴ In der Folge übernahm die Prakla tatsächlich verschiedene Freischürfe.²⁶⁴⁵ Es finden sich aber Belege dafür, dass das RfB auch eigene Betriebe unterhielt, in denen zum Teil Kriegsgefangene und ‚Ostarbeiter‘ zum Einsatz gelangten.²⁶⁴⁶ Zu den Betrieben des RfB gehörten etwa²⁶⁴⁷:

1. Maubacher Bleiberg in Gey bei Düren (Rohstoff: Blei-, Zink- u. Kupfererz),
2. Bleiberger Bergwerks-Union Rubland Post Feistritz an der Drau (Betrieb Blei- und Zinkerzbergbau Rubland, RfB-Wien, ging ab 1. März 1942 auf die Bleiberger Bergwerks-Union in Klagenfurt über – Rohstoff: Blei-Zinkerz)²⁶⁴⁸,
3. Betrieb Kiesenreuth bei Plan im Sudetengau, Kreis Tachau (ging ab 1. Dezember 1942 auf die Glihag bzw. Sudetendeutsche Glimmerbergbau Dr. Nottmeyer u. Co. K.G., Berlin, über – Rohstoff: Glimmer)²⁶⁴⁹,
4. Betrieb Hetschigau bei Plan im Sudetenland, Kreis Tachau (ging ab 1. Januar 1943 von der Prakla auf die Gewerkschaft Humboldt, Berlin über – Rohstoff: Glimmer)²⁶⁵⁰,
5. Untersuchungsbetrieb Rogau im Sudetengau (Rohstoff: ?),
6. Betriebe Nesnitz und Schrikowitz bei Tepl, Kreis Tachau im Sudeten-gau (Rohstoff: Glimmer)²⁶⁵¹,

2644 Pasel (RWM, II Bg.) an den Präsidenten des RfB betr. Verleihung von Bergwerkseigentum, 21.9.1939, Bergarchiv Freiberg, 40027, Nr. 1807, Bl. 4.

2645 Vgl. Oberbergamt Freiberg (Bergwirtschaftsstelle), 24.11.1939, ebd., Bl. 22 f.

2646 Für den in der folgenden Übersicht der RfB-Betriebe aufgeführten Untersuchungsbetrieb „Mühlhalden“ wurde 1944 festgehalten: „Das Reichsamts für Bodenforschung Berlin hat ab 1. November 1943 den Untersuchungsbetrieb ‚Mühlhalden‘ bei Brandenburg/Todtnau, Baden, eröffnet. Z. Zeit werden 1 technischer Angestellter (Obersteiger), 3 Bergleute und 5 Russen (Kriegsgefangene) beschäftigt. Die Zahl wird sich im Laufe des Monats auf 15 Beschäftigte erhöhen.“ H. Petry (Untersuchungsbetrieb des RfB, Brandenburg bei Todtnau) an Reichsausführungsbehörde für Unfallversicherung (Berlin), 2.1.1944, BArch Berlin, R 152, Nr. 322, Bl. 27.

2647 Übersicht „Betriebe des Reichsamts“ für Bodenforschung, ohne Datum (um 1943), ebd., unpag.

2648 Vgl. Knappschafts-Berufsgenossenschaft (Hauptverwaltung, Reichsunfallversicherung, Berlin) an Reichsausführungsbehörde für Unfallversicherung (Berlin), 21.8.1943, ebd., Bl. 17; RfB-Zweigstelle Wien an Reichsausführungsbehörde für Unfallversicherung (Berlin), 7.9.1943, ebd., Bl. 18.

2649 Vgl. Glimmer-Import- & Handels-GmbH (Berlin) (Glihag) an Oberbergamt Freiberg, 16.12.1942, Bergarchiv Freiberg, 40027, Nr. 1670, unpag. Der Chef der Glihag, Otto Nottmeyer, gründete daraufhin die „Sudetendeutsche Glimmerbergbau Dr. Nottmeyer & Co. K.G., Berlin, die die Glimmergrube Kiesenreuth im Juni 1943 übernahm. Vgl. Bergamt Karlsbad an Sudetendeutsche Glimmerbergbau Dr. Nottmeyer & Co (Kiesereuth), 14.9.1943, ebd., unpag.; Sudetendeutscher Glimmerbergbau Dr. Nottmeyer & Co. K.G. (Berlin) an RWM (Bg. II), 30.6.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30821, Bl. 77.

2650 Vgl. RWM (II Bg.) an Oberbergamt Freiberg, 21.12.1942, Bergarchiv Freiberg, 40027, Nr. 1669, unpag.

2651 Genau genommen handelte es sich hier um mehrere kleine Betriebe und zwar Nesnitz, Klosterwald, Schrikowitz, Weißer Stein und Ölbrunn. Vgl. Bergamt Karlsbad an Oberbergamt

7. Untersuchungsbetrieb Grube Elisabeth I. in Rösenbeck, Westfalen (Rohstoff: Eisen-Manganerz),
8. Grube Clemenslust bei Kalenborn im Rheinland (Rohstoff: Kupferglanz),
9. Schurfbau Silberberg Brixlegg, Kreis Kufstein (Innsbruck) (Rohstoff: Silberglanz)
10. Steinkohlen-Schurfbau Gaming, Lunz am See, Niederdonau (Zunächst RfB, Zweigstelle Wien, ging am 1. Juli 1943 mit sämtlichen Mitarbeitern auf die Südostdeutsche Gewerkschafts-Union in Wien über – Rohstoff: Steinkohle)²⁶⁵²,
11. Bohrplatz Oelde in Westfalen (Rohstoff: möglicherweise Erdöl oder Erdgas?),
12. Untersuchungsbetrieb „Mühlhalden“ bei Brandenburg (Todtnau) in Baden (Rohstoff: Blei-Zinkerze),
13. Antimonerzbergbau Rabant, RfB Wien (ging ab 1. Juli 1942 auf die Kärtner Bergwerksgesellschaft mbH in Klagenfurt über – Rohstoff: Antimonerz).²⁶⁵³

Nachdem die RfB-Zweigstelle Freiberg schon im Juli 1939 darauf hingewiesen hatte, dass den Glimmervorkommen in der Umgebung von Kiesenreuth (Kříženec) bei Plan (Planá) in den Sudeten ‚größere Beachtung‘ zukomme²⁶⁵⁴, hatte sich die Firma L. Possehl & Co. mbH, Lübeck, gegenüber der RfB bereit-erklärt, die Glimmervorkommen zu erschließen. Da dort aber noch „erhebliche Schürfarbeiten“ durchzuführen waren, übernahm die RfB die Hälfte der zunächst vorgesehenen 25.000 RM, verbunden mit der Auflage, dass die Firma den Betrieb später allein und ohne weitere Zuschüsse weiterführte.²⁶⁵⁵ Possehl übernahm daraufhin Mitte 1940 einen Grubenbetrieb auf dem Tradlinaberg in der Gemeinde Hetschigau (Hostítkov) bei Plan im Regierungsbezirk Karlsbad, um Glimmer für kriegswirtschaftliche Zwecke zu gewinnen. Zu diesem Zweck erhielt die Firma nicht nur weitere Mittel des Oberbergamtes Freiberg, sondern griff auch auf zehn Kriegsgefangene zurück, deren Zahl bald aufgestockt werden sollte.²⁶⁵⁶

Freiberg, 30.9.1944, Bergarchiv Freiberg, 40027, Nr. 1642, unp. (Anlage mit Fragen und Antworten zu den einzelnen Gruben).

- 2652 Vgl. Knappschafts-Berufsgenossenschaft (Hauptverwaltung, Reichsunfallversicherung, Berlin) an Reichsausführungsbehörde für Unfallversicherung (Berlin), 17.8.1943, BArch Berlin, R 152, Nr. 332, Bl. 15.
- 2653 Vgl. Knappschafts-Berufsgenossenschaft (Hauptverwaltung, Reichsunfallversicherung, Berlin) an Reichsausführungsbehörde für Unfallversicherung (Berlin), 20.8.1943, ebd., Bl. 16; RfB-Zweigstelle Wien an Reichsausführungsbehörde für Unfallversicherung (Berlin), 7.9.1943, ebd., Bl. 18.
- 2654 Vgl. Bericht von Adolf Watznauer (RfB-Zweigstelle Freiberg) über Kaliglimmer bei Kiesenreuth, 13.7.1939, BGR-Archiv Hannover, Nr. 62906, unp.
- 2655 Vermerk des RWM (II Bg.) betr. Glimmer-Vorkommen Kiesenreuth, 29.1.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 117; Fa. Possehl Erz- und Chemikalienhandel GmbH (Hamburg) an Erste Österreichische Glimmerwarenfabrik C. Anderwald (Wien), 22.7.1940, ebd., Bl. 91.
- 2656 Da die alleinige Gewinnung von Glimmer in Hetschigau „völlig unrentabel“ war, wurde

Da der Glimmer in der Umgebung über zahlreiche Nester verteilt lag, betrieb die Prakla (RfB) im benachbarten Kiesenreuth darüber hinaus noch eine weitere Grube, aus der Ende 1940 aber noch keine „nennenswerten Mengen“ zu erwarten waren.²⁶⁵⁷ Obwohl den Arbeiten der Glimmergrube Hetschigau „kriegsentscheidende Bedeutung“ attestiert wurde, stockten die Instandsetzungs- und Aufschlussarbeiten der Fa. Possehl, wobei das völlig überraschte RWM Mitte 1942 eher beiläufig erfuhr, dass „der Betrieb der Glimmergrube nicht mehr von der Firma Possehl, sondern nunmehr von der Reichsstelle für Bodenforschung selbst, zwecks Aufschließung des Glimmervorkommens in größerem Maße, betrieben“ wurde. Dem RfB standen hierfür inzwischen „40 Mann“ zur Verfügung „und zwar 20 Russen, einige Franzosen“ und zehn Arbeiter der Fa. Possehl, was darauf schließen lässt, dass sich auch das RfB ohne Bedenken auf den Einsatz von Zwangsarbeitern stützte. Erst nach Beendigung dieser Vorarbeiten sollte die Betriebsführung wieder auf die Fa. Possehl übergehen, die auch Eigentümerin der Grube geblieben war.²⁶⁵⁸

Auf die sudetendeutschen Gruben war inzwischen auch der Generalbevollmächtigte für technische Nachrichtenmittel (GBN) im Vierjahresplan,

Possehl gestattet, nebenher den anfallenden Feldspat bis zu 150 t monatlich zu gewinnen. Possehl Erz- und Chemikalienhandel, Hamburg an RWM (Abt. Bergbau), 10.6.1940, 19.7.1940 u. 8.8.1940, ebd., Bl. 44, 73 u. 81; RWM (II Bg.) an Fachgruppe Gesteinsaufbereitung (Berlin), 26.6.1940, ebd., Bl. 59 f.; Possehl Erz- und Chemikalien GmbH, Hamburg (vormals Nordisches Erzkontor GmbH), an RWM (II Bg.), 4.9.1940, Bergarchiv Freiberg, 40028, 1-0157, Bl. 91 f. Zu den Kriegsgefangenen vgl. Stellungnahme der Bergwirtschaftsstelle des Oberbergamtes Freiberg/Sachsen zu dem Antrag der Firma Possehl, Hamburg, auf Gewährung einer Aufschlussförderung für die Glimmergrube Hetschigau bei Plan, Sudetengau, 7.11.1940, Bergarchiv Freiberg, 40028, 1-0158, unp. Nach einer Besichtigung der Glimmervorkommen von Hetschigau und Kiesenreuth meinte der Sonderbeauftragte für technische Nachrichtenmittel im Vierjahresplan, dass die Qualität der dortigen Vorkommen nicht im Einklang mit den ihm von der RTE gegebenen Berichten stehe. So habe die Besichtigung ergeben, dass dort nennenswerte Mengen an für die Radio-Röhren-Industrie verwertbaren, qualitativ guten Blockglimmers lagerten, dessen Qualität angeblich an indischen Glimmer heranreichte. Der Gesamtglimmergehalt dieser Gruben belief sich auf 5.000 t. Die an der Besichtigung teilnehmenden Freiburger RfB-Geologen Pietzsch und Watznauer schätzten die mögliche Ausbeute so ein, dass sie zu dem jährlichen Bedarf von 100 t für Röhren „einen ins Gewicht fallenden Beitrag“ lieferte, weswegen sich der Sonderbeauftragte für technische Nachrichtenmittel für eine Erhöhung der Arbeitskräfte (Kriegsgefangene) aussprach. Der Sonderbeauftragte für technische Nachrichtenmittel (Vierjahresplan) an RWM, OKW (WiRüAmt), RdL u. ObdL (Wa A, Wa F), RTE, RfB Berlin und RfB-Zweigstelle Freiberg mit anliegendem Bericht über die Besichtigung des Glimmervorkommens Hetschigau-Kiesenreuth am 9. u. 10.5.1941 durch Hptm. Dipl. Ing. Hellfarth, 21.5.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 93-97.

2657 RTE (Berlin) an Regierungsrat Rudolf Middendorff (RWM, Ref. II Bg) betr. Glimmerbewirtschaftung/Blockglimmer, 29.11.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30779, Bl. 228-232, hier Bl. 231.

2658 Der Regierungspräsident (Karlsbad) an RfB, 27.5.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30820, Bl. 224; Handschriftliche Notizen von Meffert (RWM, Bg. II) über einen Anruf von Funder (RfB), 26.6.1942, ebd., Bl. 225. Vgl. auch Bericht von Watznauer (RfB-Zweigstelle Freiberg) über den Stand der Bodenforschungsarbeiten am Tradlinaberg bei Hetschigau, 15.12.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 62905, unp.

Erich Fellgiebel, aufmerksam geworden, der vor einer weiteren Einschränkung der Glimmerbelieferung der Nachrichtenmittelindustrie warnte, deren Produkten (Funkgeräte) für den operativen und taktischen Einsatz in allen Waffengattungen zentrale Bedeutung zukam. Da die eingeführten Ausweich- und Ersatzstoffe Glimmer nicht zufriedenstellend ersetzen konnten, kam es Fellgiebel darauf an, alle greifbaren Glimmervorkommen heranzuziehen, woraufhin das RfB signalisierte, „umgehend weitere Schürfungen“ im Gebiet Kiesenreuth-Hetschigau durchzuführen und sich mit den zuständigen Landratsämtern wegen der Erwerbung der Ausbeutungsrechte zu verständigen.²⁶⁵⁹ Es dauerte nicht lange bis das RfB meldete, dass seine Freiburger Geologen bei Schurfarbeiten im Kreis Tepl in den Gemarkungen Nesnitz (Nezdice) und Schrikowitz (Křepkovice) neue Glimmervorkommen entdeckt hätten, zu denen kurze Zeit später noch weitere Funde in den Gemarkungen Klosterwald, Weißer Stein und Ölbrunn hinzukamen.²⁶⁶⁰

In der Frage des Arbeitseinsatzes bestand zwischen allen beteiligten Ressorts Konsens. So sprach sich neben dem RWM auch die Dienststelle Fellgiebels dafür aus, zum Glimmerabbau „im großen Umfange auch Kriegsgefangene“ heranzuziehen.²⁶⁶¹ Folglich kam es nicht nur in der Grube Hetschigau, die am 1. Januar 1943 von der Gewerkschaft Humboldt Berlin, übernommen wurde²⁶⁶², sondern auch in Schrikowitz zum Einsatz von Zwangsarbeitern,

2659 Das RWM versprach, sich um die Beschaffung von Personal, Maschinen und bergbaulichen Einrichtungen zu kümmern und „die Einschaltung der Firmen zum Abbau der Vorkommen“ in Übereinstimmung mit dem RfB in die Hand zu nehmen. Die Verteilung der Glimmerausbeute übernahm auch hier die RTE. Die für die Vorkommen Kiesenreuth-Hetschigau getroffenen Vereinbarungen galten sinngemäß auch für alle anderen deutschen Vorkommen. Der Sonderbeauftragte für technische Nachrichtenmittel (Vierjahresplan) an RWM (Abt. Bergbau), OKW (WFSt/Stb WNV), OKW (WiRüAmt), Chef H Rüst u. BdE (Wa A/ Wa F), OKM (A Wa Wi), RdL u. ObdL (Wa A, Wa F), RTE, RfB Berlin und RfB-Zweigstelle Freiberg mit anliegendem Bericht über die Sitzung am 30.5.1941 beim Sonderbeauftragten für technische Nachrichtenmittel betr. Lage auf dem Glimmergebiet, 13.6.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30780, Bl. 330–332. Zur Besichtigung neuer möglicher Glimmervorkommen in den Sudeten, u.a. durch Geologen der RfB vgl. RTE an RWM (II Bg.), 27.8.1941, ebd., Bl. 508. Zur Sicherung weiterer Arbeitskräfte für die Grube Hetschigau, die aber Probleme aufwarf, vgl. Gabel (RWM, II Bg.) an Reichsarbeitsminister (Berlin), 22.9.1941, ebd., Bl. 511; Keppler (RfB) an RWM (Abt. Steine und Erden), 3.6.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30820, Bl. 193. Der Sonderbeauftragte für technische Nachrichtenmittel wurde 1941 zum Generalbevollmächtigten für technische Nachrichtenmittel ernannt.

2660 Vgl. Regierungspräsident (Karlsbad) an RWM betr. Glimmervorkommen im Sudetengau, 6.2.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30860, Bl. 74.

2661 GBN (Vierjahresplan) an RWM (Abt. Steine und Erden), 8.7.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30820, Bl. 228; RWM (II Bg.) an GBN, 17.7.1942, ebd., Bl. 230.

2662 Vgl. RWM (II Bg.) an Oberbergamt Freiberg, 21.12.1942, Bergarchiv Freiberg, 40027, Nr. 1669, unp. Wie die Gewerkschaft Humboldt feststellte, hatte sie die Grube von der RfB „in einem Zustand übernommen, der bedeutende weitere Vorrichtungen erforderlich“ machte. Neben dem Befund, dass die Grube zu hohe „Gestehungskosten“ aufweise, fehlte auch der Hinweis nicht, dass man dort „nur mit ungelernten Ostarbeitern“ arbeitete. Gewerkschaft Humboldt (Berlin) an RTE, 10.3.1943 u. 14.4.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30821, Bl. 66 f.

denn wie der für die Arbeiten dort verantwortliche Geologe Funder im Juni 1942 festhielt, seien ihm „20 Zivilrussen“ zur Verfügung gestellt worden.²⁶⁶³ Darüber hinaus wurden auch in der vom RfB betriebenen Grube Kiesenreuth Zwangsarbeiter eingesetzt. So verwies der Direktor der den Betrieb Anfang 1943 übernehmenden Glimmer-Import- & Handels-GmbH, Berlin (Glihag) darauf, dass ihm die RfB „ihre Leute“ überlasse und „die Gefangenen (...) auf alle Fälle auf dem Betrieb bleiben“ könnten.²⁶⁶⁴ Demnach waren in allen drei Glimmergruben des RfB (Hetschigau, Kiesenreuth und Schrikowitz) Zwangsarbeiter zum Einsatz gelangt, bevor diese an andere Firmen übergingen.²⁶⁶⁵ Ein ähnlicher Befund ergibt sich beim Blick auf die von RfB (Zweigstelle Wien) und RWM in Kooperation mit den Philips-Valvo-Werken in der ‚Ostmark‘ aufgeschlossenen Glimmergruben im Gebiet der Sau- und der Koralpe bei Modriach und Edelschrott an der Grenze zwischen Kärnten und der Steiermark. Auch hier kam es zum Einsatz von ausländischen Zivilarbeitern („Zivilfranzosen“, „Ostarbeiterinnen“) und Gefangenen (italienische Militärinternierte).²⁶⁶⁶

- 2663 Funder (RfB) an RWM, 26.6.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30820, Bl. 212. Bei den „Zivilrussen“ handelte es sich um so genannte ‚Ostarbeiter‘ (Arbeitskräfte aus der Sowjetunion), die in der Hierarchie der im Reich eingesetzten ausländischen Zivilarbeiter ganz unten standen. Sie waren formaljuristisch ähnlichen Richtlinien unterworfen, wie Juden und ‚Zigeuner‘, letztere „unterlagen jedoch in den annektierten polnischen Gebieten, insbesondere im Warthegau, schon einer Politik der gezielten Vernichtung“. Zur sozialen Differenzierung zwischen den ausländischen Zivilarbeitern, Kriegsgefangenen und Häftlingen in Deutschland siehe Spoerer, Differenzierung (2005), S. 495–502, hier S. 496.
- 2664 Die RfB hatte für die Arbeiten in Kiesenreuth bis dahin ca. 42.000 RM ausgegeben. Wie oben bereits angedeutet, übernahm die Glihag die Grube zum 1.12.1942. Vermerk von Dr. Otto Nottmeyer (Berlin) über eine Besprechung beim RfB [mit Brockamp, Cissarz u. Funder] betr. Übernahme der Glimmergrube Kiesenreuth, 22.10.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30782, Bl. 145 f.; Glihag (Berlin) an Oberbergamt Freiberg, 16.12.1942, Bergarchiv Freiberg, 40027, Nr. 1670, unpag.
- 2665 Die Gruben Hetschigau (Prakla) und Kiesenreuth (Glihag) wurden Ende 1942 zu „W-Betrieben“ ernannt. Die Kriegsaufgabe der Grube Kiesenreuth wurde in diesem Zusammenhang „auf 5 t geklaubten Rohglimmer im Monat“, die der Grube Hetschigau „auf 1,5 t“ festgelegt. RWM (II Bg.) an Oberbergamt Freiberg, 4.12.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30783, Bl. 74. Bis zum 1.12.1942 waren in der Grube 7,4 t Rohglimmer, gefördert worden, von denen 1,2 t (= 16 %) Mahlglimmer, 2,7 t (= 36 %) Spaltgut und 3,6 t (= 48 %) Spaltabfall waren. Folglich ergab sich eine Gesamtausbeute von ca. 36 % Spalt- und 64 % Mahlgut. Vgl. Abschlussbericht von Watznauer (RfB-Zweigstelle Freiberg) zur Übernahme des Schurffbaues Kiesenreuth durch Herrn Dr. Nottmeyer am 1. Dez. 1942, 14.12.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 62906, unpag.
- 2666 Die zum ‚Glimmerkonsortium‘ gehörende Philips-Valvo war die deutsche Filiale der holländischen Firma Philips in Eindhoven, die Glühlampen, Radios, Radioröhren und ähnliche elektrotechnische Produkte herstellte. Valvo Radioröhren GmbH (Abt. Glimmerbergbau) an RTE, 23.3.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30820, Bl. 49 f.; Funder (RfB) an RWM, 22.5.1943, 5.8.1943 u. 19.8.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30821, Bl. 13, 153 u. 166; RWM an GBA, 11.8.1943, ebd., Bl. 154; OBH Gabel (RWM) an Ministerialrat Lüsebrink (RWM), 18.12.1943, ebd., Bl. 410R; Philips Valvo Werke GmbH (Berlin) an RWM, 10.9.1943, ebd., Bl. 191; Interner Vermerk des RWM für Ministerialrat Lüsebrink (RWM), 20.11.1943, ebd., Bl. 306R; Karl Lechner (RfB-Zweigstelle Wien) an Oberbergamt Wien, 18.2.1944, ebd., Bl. 575R; RWM an RfB (Berlin), 16.3.1944, ebd., Bl. 576R; Funder (RfB) an RWM, 27.4.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30783, Bl. 194; Sonderring Mineralische Rohstoffe

Tab. 53: Bergwerks und Salinenerzeugnisse des Großdeutschen Reiches im Jahr 1943, hier: Glimmer (im Oberbergamtsbezirk Wien handelte es um den Abbau von Eisenglimmer).²⁶⁶⁷

Oberberg- amtsbezirk	Gruben in Vorrichtung	Gruben in Produktion	Gewinnung Menge in t	Wert auf 1 t/RM	Angest. u. Arbeiter	+,Ost- arbeiter' gef.	+Kriegs- gef.
Freiberg	3	2	84	2.333	34	40	10
Wien	-	3	1.746	31	249	62	-
Gesamt	3	5	1.830	-	283	102	10

Am Zwangsarbeitereinsatz in den sudetendeutschen Glimmergruben änderte sich auch in der Folgezeit nichts.²⁶⁶⁸ So forderte Funder für die RfB-Arbeiten in Nesnitz und Schrikowitz im März 1943 weitere Arbeitskräfte, wobei er lakonisch festhielt, dass ihm auch „mit Ostarbeitern gedient“ sei, die er dann auf die wenigen deutschen Fachleute verteilen wollte.²⁶⁶⁹ Die Zuteilung neuer Kräfte erwies sich jedoch schwierig, weil zahllose Bedarfsstellen der deutschen Kriegs-, Rüstungs- und Landwirtschaft auf das Reservoir der Zwangsarbeiter zurückgriffen. Als die für die Betreuung der Untersuchungen in den Sudeten zuständige RfB-Zweigstelle Freiberg monierte, dass die für die Aufschlussarbeiten „erforderlichen Ostarbeiter noch nicht zugewiesen“ seien, teilte die Dienststelle des den Zwangsarbeitereinsatz maßgeblich steuernden Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (GBA) mit, dass „Ostarbeiter“ zwar nicht zur Verfügung stünden, den Gruben Nesnitz und Schrikowitz dafür jeweils „20 Zivilfranzosen zugewiesen worden“ seien.²⁶⁷⁰ Wie eine kurz darauf stattfindende

im Hauptring Steine und Erden des RMRuK (Goslar/Harz) an RWM (Berlin) mit Bericht über den Glimmerbergbau auf der Sualpe, 12.6.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30784, Bl. 196–206; Präsident des Gauarbeitsamtes und Reichstreuhand der Arbeit Kärnten (Klagenfurt) an Oberbergamt Wien, 22.6.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30785, Bl. 35; Oberbergamt für die Ostmark (Wien) an RWM (OBH), 1.9.1944, ebd., Bl. 167; Sonderring Mineralische Rohstoffe im Hauptring Steine und Erden im RMRuK (Köthen) an Dr. Ing. Laubenheimer (Goslar) betr. Glimmerbergbau St. Andrä, 19.10.1944, ebd., Bl. 245–248; Vorläufiger Bericht von Hans Peter Cornelius (RfB-Zweigstelle Wien) über die Glimmervorkommen im Bereich der Packstraße (Steiermark-Kärnten) (Blätter Köflach-Voitsberg 5154 SW und Deutschlandsberg 5252 NW), 12.4.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61921, unpag.

2667 Statistische Mitteilungen über Gewinnung und Belegschaft im Bergbau des Großdeutschen Reiches für das Jahr 1943. Zusammengestellt in der Oberberghauptmannschaft des RWM, BArch-MA Freiburg, RW 19, Nr. 2714, Bl. 84–109, hier Bl. 88.

2668 Aus einer Aufstellung des für die hier untersuchten Gruben zuständigen Oberbergamts Freiberg vom Februar 1945 geht hervor, dass zu dieser Zeit 206 „Ostarbeiter“ in den sudetendeutschen Glimmerbetrieben eingesetzt waren. Vgl. Oberbergamt Freiberg an RWM betr. Erhebung für Oberbergamtsbezirk Freiberg für Januar 1945, 24.2.1945, Bergarchiv Freiberg, 40027, Nr. 5–270, unpag.

2669 Funder (RfB Berlin) an RWM (II Bg. Referat Steine und Erden), 31.3.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30783, Bl. 163; Funder (RfB) an das für Nesnitz und Schrikowitz zuständige Arbeitsamt Nesnitz, 30.3.1943, ebd., Bl. 165. Das RWM setzte sich daraufhin beim GBA für den Erhalt der 40 „Ostarbeiter“ ein. RWM (Bg. II) an GBA (Berlin), 5.4.1943, ebd. Bl. 163R; GBA (Vierjahresplan) an Präsidenten des Landesarbeitsamtes Sudetenland (Reichenberg), 27.4.1943, ebd., Bl. 200.

2670 Oberbergamt Freiberg an RWM, 26.5.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30821, Bl. 19; GBA

Befahrung durch das Oberbergamt Freiberg im August 1943 aber ergab, arbeiteten in den drei RfB-Schurfbetrieben Nesnitz, Schrikowitz und Klosterwald ‚nur‘ fünf deutsche, zehn Kriegsgefangene und elf „Zivilfranzosen“.²⁶⁷¹ Insgesamt hinterließen die drei Betriebe einen „günstigen Eindruck“, obwohl eine Glimmergewinnung noch nicht stattfand. Das wurde aber auch nicht erwartet, denn es handelte sich in diesem Fall ja noch um reine Schurfbetriebe, die im Erfolgsfall – wie die Gruben Hetschigau und Kiesenreuth – in andere Hände (Firmen) übergehen sollten.²⁶⁷²

Die Gruben Hetschigau und Kiesenreuth hatten nach der Übernahme durch ihre neuen Besitzer erhebliche Probleme, ihre Kriegsaufgaben zu erfüllen, was vor allem auf Versorgungs- und Personalengpässe zurückzuführen war. Die Belegschaft der Grube Hetschigau (Gewerkschaft Humboldt) bestand „in der Hauptsache aus Ostarbeitern“, weswegen es für den Betrieb schwerwiegende Folgen hatte, als im Mai 1944 „im Zuge einer allgemeinen Aktion der Gestapo alle bei der Gewerkschaft Humboldt beschäftigten ‚Ostarbeiter‘ verhaftet und abtransportiert“ wurden. Da trotz der Intervention verschiedener Stellen nur fünf der ‚Ostarbeiter‘ zurückkehrten und weitere Versuche, neue Kräfte zu erhalten, scheiterten, war die Grube nicht im Stande, ihre Vorgaben zu erfüllen, was das RWM nicht davon abhielt, die der Grube gestellte Kriegsaufgabe zur Lieferung von Glimmer von 18 auf 30 t im Jahr zu erhöhen. Im November 1944 verfügte die Grube über 35 ‚Ostarbeiter‘ von den 70 % keine Arbeitsschuhe besaßen. Wie die Betriebsführung der Grube im Januar 1945 berichtete, wirkte sich die „wehrpolitische Lage (...) im Verhalten der Ostarbeiterbelegschaft sehr ungünstig aus“, was sich in ‚passiver Resistenz‘ und „tätlichen Bedrohungen der deutschen“ Mitarbeiter gezeigt und zum Eingreifen örtlicher Polizeikräfte geführt habe. Drei „äußerst arbeitsscheue Elemente“ seien sogar geflohen und hätten sich der Wlassowarmee angeschlossen.²⁶⁷³

(Vierjahresplan) an RWM, 7.7.1943, ebd., Bl. 80. Tatsächlich handelte es sich um französische Kriegsgefangene. Vgl. Funder (RfB Berlin) an Bergamt Karlsbad betr. Betriebsplan zwecks Aufschluss und Abbau der Glimmervorkommen im Kreis Tepl/Sudetenl., 20.10.1944, Bergarchiv Freiberg, 40027, Nr. 1642, unpag.

2671 Bericht des Oberbergamts Freiberg über die Befahrungsreise [der Glimmerschürfbetriebe Nesnitz und Schrikowitz] des Berghauptmannes vom 18.-20.8.1943, 16.9.1943, Bergarchiv Freiberg, 40027, Nr. 1642, unpag. Im Dezember 1943 verwies das Bergamt Karlsbad auf fünf deutsche und 26 „franz. Kgf. u. Zivilarbeiter“ in den drei Schurfbauen. Bergamt Karlsbad an Oberbergamt Freiberg, 21.12.1943, ebd., unpag.

2672 Vgl. ebd.; Bergamt Karlsbad an Oberbergamt Freiberg, 11.3.1944, ebd., unpag.

2673 RTE an RWM (OBH), 12.6.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30784, Bl. 191; Erhebung für den Metallergbergbau (Gewerkschaft Humboldt, Grube Hetschigau) für Juni 1944, 10.7.1944, ebd., Bl. 227; RWM an Oberbergamt Freiberg, 18.9.1944, Bergarchiv Freiberg, 40027, Nr. 1670, unpag.; Bergamt Karlsbad an Oberbergamt Freiberg mit Monatsberichten der Grube Hetschigau, November 1944, Januar 1945, Februar 1945, Bergarchiv Freiberg, 40027, Nr. 5–274, unpag. Obwohl die Grube Kiesenreuth (Fa. Sudetendeutsche Glimmerbergbau Dr. Nottmeyer u. Co. K.G., Berlin) „Hunderte von Arbeitern“ benötigte, verfügte sie zunächst ‚nur‘ über 22 ‚Ostarbeiter‘, von denen die Gestapo auch hier im Mai 1944 (wegen vermuteter kommunistischer Umtriebe und Sabotageaktionen) zunächst alle verhaftete, und lediglich fünf zurückkehren ließ. Wie Firmenchef Nottmeyer berichtete, habe er als

Aber auch die drei RfB-Gruben Nesnitz, Schrikowitz und Klosterwald gerieten ins Kreuzfeuer der Kritik, denn bei einer unangemeldeten Befahrung der NSDAP-Gaukommission zur Durchführung des Kriegseinsatzes im Reichsgau Sudetenland, die der Freimachung von Kräften für neue Kampfd divisionen diene, wurde Ende August 1944 festgestellt, dass die Gruben des RfB „einen unglaublich friedlichen Eindruck“ machten und den Kontrolleuren das Gefühl vermittelten, „dass mit wenig Arbeit ziemlich sorgenlos der Frieden abgewartet“ wurde. Die Untersuchungsarbeiten seien zwar vorangeschritten, aber anstatt mit dem Abbau des Glimmers zu beginnen, habe man an anderen Stellen Schürf- und Vorrichtungsarbeiten aufgenommen. Der Berichterstatter forderte, das RfB für dieses ‚unbegreifliche‘ Verhalten „zur Verantwortung zu ziehen“, denn im Grunde hätten die in den RfB-Gruben beschäftigten ‚Gefolgschaftsmitglieder‘ „praktisch gesehen (...) keine positive Arbeit geleistet.“²⁶⁷⁴

Da der eigentlich interne Bericht durch eine Unachtsamkeit des Freiburger Berghauptmanns Friedrich Wernicke nach Berlin durchgestochen wurde, verwahrte sich Funder gegen die ‚ungeheuerlichen Anschuldigungen‘ gegen seine Behörde und fügte mit drohendem Impetus hinzu, dass er die Sache dem Chef des RfB, „Herrn SS-Obergruppenführer Staatsrat Keppler“ vortragen werde, der sie „nicht auf sich beruhen lassen“ werde.²⁶⁷⁵ Allein diese Drohung Funders reichte, um die gegen die RfB erhobenen Vorwürfe, im Sande verlaufen zu lassen, denn wie der für die Eskalation verantwortliche Gauwirtschaftsberater Wolfgang Richter zu verstehen gab, wollte er daraus keine „Staatsaffäre“ machen und bat Wernicke um die „Beilegung der Angelegenheit“.²⁶⁷⁶ Tatsächlich wurden die RfB-Gruben Schrikowitz (40 t), Nesnitz (40 t), Klosterwald (40 t), Weißer Stein (20 t) und Ölbrunn (20 t) kurz darauf zu „W-Betrieben“ ernannt und das von ihnen als „Kriegsaufgabe“ zu erbringende jährliche Fördersoll offiziell festgelegt.²⁶⁷⁷

Mit der Ernennung zu „W-Betrieben“ verloren die fünf Schurfe ihren Charakter als reine Aufschluss- und Untersuchungsbetriebe und waren nun als Förder- bzw. Bergwerksbetriebe anzusehen, womit sie – wie im Fall von

-
- Ersatz lediglich „Leute, die sehr elend und abgerissen aus einem Zwangslager“ gekommen seien, erhalten. Auch für die Grube Kiesenreuth wurden die Fördervorgaben im September 1944 trotzdem auf 120 Jahrestonnen verdoppelt. Nottmeyer (Plan/Marienbad) an Gauarbeitsamt Sudetenland (Reichenberg), 10.12.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30821, Bl. 416; Nottmeyer (Plan/Marienbad) an RTE, 25.7.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30785, Bl. 104; RWM an Oberbergamt Freiberg, 18.9.1944, Bergarchiv Freiberg, 40027, Nr. 1670, unpag.
- 2674 Oberbereichsleiter Amreich (Kreisleiter der Kreisleitung Marienbad) an Leiter der Gaukommission für die Durchführung des totalen Kriegseinsatzes (Pg. Ing. Wolfgang Richter, Reichenberg), 4.9.1944, Bergarchiv Freiberg, 40027, Nr. 1642, unpag.
- 2675 Gauwirtschaftsberater SA-Oberführer Dipl. Ing. Wolfgang Richter an Berghauptmann Dr. Friedrich Wernicke (Oberbergamt Freiberg), 5.10.1944, ebd., unpag.
- 2676 Ebd. Auch Wernicke seinerseits bemühte sich, die gegen das RfB und seine Gruben gerichteten Vorwürfe zu entkräften. Vgl. Berghauptmann (Freiberg) an den Leiter der Gaukommission zur Durchführung des totalen Krieges, 22.9.1944, ebd., unpag.; Bergamt Karlsbad an Oberbergamt Freiberg, 30.9.1944, ebd., unpag.; Berghauptmann Wernicke (Freiberg) an Gauwirtschaftsberater Wolfgang Richter, 12.10.1944, ebd., unpag.
- 2677 Aktenvermerk des Oberbergamts Freiberg, Okt. 1944, ebd., unpag.

Hetschigau und Kiesenreuth – an eine Firma zur Eröffnung eines Abbaus übergehen sollten.²⁶⁷⁸ Funder indes dachte gar nicht daran, sondern ließ das wieder einmal überraschte RWM wissen, dass das RfB beabsichtigte, selber abzubauen.²⁶⁷⁹ Im RWM war man jedoch strikt dagegen, denn wie OBH Gabel feststellte, könne das RfB „doch kein Unternehmer sein!“²⁶⁸⁰ Daher wies Gabel das RfB an, sich mit der Firma Sudetendeutscher Glimmerbergbau, die ja schon die Grube Kiesenreuth übernommen hatte, wegen der Übergabe der RfB-Gruben in Verbindung zu setzen.²⁶⁸¹

Brockamp hielt dem entgegen, dass bei der Eigenart des Auftretens von Glimmer Untersuchungs- und Abbaubetrieb immer sehr eng miteinander verbunden seien. Zwar habe das RfB in der Umgebung von Nesnitz und Schrikowitz „gewisse Vorräte abbaureif nachgewiesen, jedoch müssten dort noch zahlreiche weitere Untersuchungsarbeiten durchgeführt werden“, selbst wenn in diesen Vorkommen schon mit der Förderung begonnen worden sei. Im Übrigen halte es das RfB, „nach den Erfahrungen“, die sie mit dem Betrieb Kiesenreuth gemacht habe, nicht für zweckmäßig, die Grube an Nottmeyers Firma abzugeben, da dieser weder über eine genügende Anzahl von Maschinen, noch über Arbeitskräfte verfüge. Obwohl das ebenso für das RfB galt, bestand Brockamp darauf, die für den Abbau notwendige Kriegsaufgabe an das RfB zu erteilen.²⁶⁸² Dieses anmaßende Verhalten gipfelte in einem von Funder kurz darauf vorgelegten Betriebsplan für den „Aufschluss und Abbau der Glimmervorkommen im Kreis Tepl“, in dem er 100–150 Arbeitskräfte forderte und behauptete, im Gesamtbetrieb bis zu 180 Jahrestonnen Glimmer liefern zu können.²⁶⁸³ Dabei spielte dem

2678 Vgl. Oberbergamt Freiberg an RfB (z. Hd. Betriebsleiter Kurt Eyer mann, Nesnitz), 10.11.1944, ebd., unpag.

2679 Die klar gegen die Gründungsverordnung der RfB verstoßende Absicht der RfB-Spitze erstreckte sich aber nicht nur auf die ihr verbliebenen sudetendeutschen Glimmergruben, denn auch die von ihr ebenfalls abbaureif gemachten Gruben Baba und Nakole im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ und die Grube Modriach in der ‚Ostmark‘ beabsichtigte die RfB, selbst zu betreiben. Vermerk des RWM (OBH) betr. fernmündliche Besprechung mit Dr. Funder vom RfB, 21.9.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30785, Bl. 207 f. Als Funder vom RWM darauf aufmerksam gemacht wurde, das Ministerium sei „über den jeweiligen Stand und die Aussichten“ der vom RfB durchgeführten Arbeiten laufend Bericht zu erstatten, erklärte dieser bezeichnender Weise, dass dies bis dahin vom RfB „vernachlässigt worden sei“. Ebd. Über das Verhalten der RfB in Modriach zeigte sich die für den Abbau der Vorkommen von der RTE vorgesehene Fa. Watt Glühlampen- und Elektrizitäts A.G., Wien, überaus verstimmt. Vgl. Fa. Watt (Wien) an RWM (OBH), 12.10.1944, ebd., Bl. 240.

2680 Handschriftlicher Vermerk von OBH Gabel, 22.9.1944, ebd., Bl. 207 f.

2681 Vgl. OBH Gabel (RWM) an RfB (Berlin), 23.9.1944, ebd., Bl. 212; RWM an Leiter des Sonderringes Mineralische Rohstoffe (Goslar), 11.10.1944, ebd., Bl. 230.

2682 Brockamp (RfB) an RWM, 19.10.1944, ebd., Bl. 244. Auch Keppler stand auf dem Standpunkt, „dass die Betriebe vom Reichsamt weitergeführt werden“ sollten. Fa. Sudetendeutscher Glimmerbergbau Dr. Nottmeyer & Co. K.G. (Plan bei Marienbad) an RWM, 4.11.1944, ebd., Bl. 279. Der so ausgebootete Nottmeyer verwies daraufhin gegenüber dem RWM auf den § 3 der Gründungsverfügung der RfB, der ihr die „bergbauliche Erschließung zum Zwecke der Förderung von Bodenschätzen“ ausdrücklich untersagte. Vermerk von Umbach (OBH, RWM) an OBH Gabel (RWM), 7.11.1944, ebd., Bl. 280.

2683 Funder (RfB Berlin) an Bergamt Karlsbad betr. Betriebsplan zwecks Aufschluss und Abbau

RfB in die Karten, dass den sudetendeutschen Gruben durch die Zerstörung der österreichischen Glimmerproduktion (Philips-Valvo-Werke) durch Partisanen inzwischen „erhöhte Bedeutung“ zukam.²⁶⁸⁴ So meldete die RTE für die Gruben Kiesenreuth und Hetschigau Ende 1944 einen Bedarf von 500.000 RM für das kommende Haushaltsjahr an, zu denen auf Weisung des RWM noch weitere 400.000 RM für die vom RfB betriebenen Gruben kamen, da letztere „in diesem Fall (...) genau wie jedes andere Bergbauunternehmen anzusehen“ war.²⁶⁸⁵ Das RfB schien sich also gegen das RWM durchgesetzt zu haben.

Viel hatten Keppler, Brockamp und Funder aber nicht davon, denn im April 1945 hatte das RfB alle Schurfbetriebe bis auf Klosterwald bereits eingestellt.²⁶⁸⁶ Der gesamte deutsche Glimmerbergbau war nämlich von Beginn an als kriegsbedingte Übergangslösung konzipiert und sollte nach Kriegsende wieder eingestellt werden, um Glimmer erneut im Ausland zu beziehen. Jede deutsche Glimmergrube, so hatte es die Gewerkschaft Humboldt (Hetschigau) nur wenige Monate zuvor auf den Punkt gebracht, war also im Grunde genommen „ein tot geborenes Kind“.²⁶⁸⁷ Die gewinnorientierte privatwirtschaftliche Perspektive spielte für den Staat aber eine untergeordnete Rolle, denn wie Funder 1940 erklärt hatte, beurteilte die Politik die Abbauwürdigkeit von Rohstoffen nach anderen Kriterien, so etwa danach, ob ihr Abbau zur Kriegsanstrengung beitragen konnte. Aus dieser Sicht entlastete die von Staat und Industrie (Glimmerkonsortien) gemeinsam getragene, auf Raubbau und Zwangsarbeit gestützte, schonungslose Ausbeutung der besetzten Gebiete die deutsche Versorgungslage auf dem Glimmergebiet. Eine Bilanz des RWM für 1944 stellte sogar fest, dass der Bedarf für Blockglimmer bei 130 t und für Spaltglimmer bei 320 t im Jahr liege, dem zur Deckung etwa 186 t Block- und 465 t Spaltglimmer gegenüberstünden. Folglich sei man in der Lage, die über den vorliegenden Bedarf hinausgehende Förderung zur Anlage einer Reserve zu verwenden, die etwa dem Bedarf eines Jahres entspreche.²⁶⁸⁸

5.3.2 Erdöl – Raubbau, Expansion und Zwangsarbeit

Den verantwortlichen Militärs und Wirtschaftssachverständigen war bereits vor dem Überfall auf Polen klar, dass die Treibstoffversorgung das

der Glimmervorkommen im Kreis Tepl/Sudetenl., 20.10.1944, Bergarchiv Freiberg, 40027, Nr. 1642, unpag.

2684 Vermerk des Oberbergamts Freiberg betr. Glimmerbergbau in Kärnten, 8.11.1944, Bergarchiv Freiberg, 40030-1, Nr. 1118, Bl. 89.

2685 RTE an RWM, 18.12.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30341, Bl. 11.

2686 Die Förderung konzentrierte sich daher nur noch auf die Grube Klosterwald. Handschriftlicher Vermerk des Oberbergamts Freiberg, 20.4.1945, Bergarchiv Freiberg, 40027, Nr. 1642, unpag.

2687 Gewerkschaft Humboldt (Betrieb Hetschigau) an Oberbergamt Freiberg, 15.6.1944, Bergarchiv Freiberg, 40028, 1-0361, Bl. 80; Alfred Pferschy (Gewerkschaft Humboldt, Betrieb Hetschigau) an Dr. Kirnbauer (Freiberg), 15.6.1944, ebd., Bl. 90.

2688 Vgl. Vermerk RWM (OBH, TW 7 b) betr. Versorgungsbilanz für 1944 Glimmer, ohne Datum (etwa Januar 1945), BArch Berlin, R 3101, Nr. 30548, Bl. 47.

„Kardinalproblem der Aufrüstung“ darstellte.²⁶⁸⁹ Denn wie sich zeigte, waren die „haarsträubend leichtfertigen“ Vorgaben des GBChem Krauch, bis Ende 1938 „eine möglichst weitgehende Deckung auf einheimischer Rohstoffbasis zu erreichen“ (Hydrierung) nicht erreicht worden. Der Grundfehler der Krauch-schen Planungen bestand darin, dass der ‚Mob-Bedarf‘ mit fortschreitender Aufrüstung um ein Vielfaches höher lag, als noch 1936 angenommen. „Lagen die Schätzungen der Wehrmacht von 1936 beim Gesamtbedarf für den Mob-Fall (1938) noch um fünf bis sechs Millionen Tonnen, so stieg die Forderung bis November 1938 in gewaltigen Sprüngen auf 13,2 Millionen Tonnen für 1940, bis auf 22 bis 23 Millionen Tonnen für 1943/44. Diese neuen Zahlen warfen die bisherigen Planungen völlig über den Haufen.“²⁶⁹⁰

Darüber hinaus hatte sich gezeigt, dass der kosten- und materialintensive Ausbau der Synthesewerke nicht beliebig forciert und gesteigert werden konnte. Zudem war die deutsche Erdölförderung seit 1933 zwar nahezu verdreifacht worden, hatte damit aber nicht einmal neun Prozent des deutschen Verbrauchs erreicht.²⁶⁹¹ Wie eine Lagebeurteilung des RWM im Oktober 1939 ergab, reichten die Treibstoffvorräte für die Wehrmacht keine fünf Monate. Sollte danach immer noch nur die heimische Erzeugung zur Verfügung stehen, hätten bei Flugtreib- und Dieselkraftstoffen lediglich 30 Prozent und bei Benzin nur 63 Prozent des ‚Mob-Bedarfs‘ gedeckt werden können.²⁶⁹²

Vor allem der Ausfall der transatlantischen Einfuhren hinterließ eine gewaltige Lücke, die das NS-Regime durch rigorose Beschränkungen des öffentlichen und privaten Verbrauchs, den Ausbau von Hydrierwerken und eine massive Ausbeutung der heimischen Erdölvorkommen auszufüllen versuchte. Die kritischen Folgen für die Kriegswirtschaft waren abzusehen, wenn es nicht gelang, den Krieg innerhalb kurzer Zeit siegreich zu beenden oder zumindest Zugriff auf die Erdölressourcen des Auslands zu erhalten. In Anlehnung an die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges spielte in den Planungen der Zugriff auf die rumänischen Erdölressourcen eine zentrale Rolle. Über das galizische Öltrevier hinaus richtete sich der Blick aber vor allem auf die Beherrschung der ‚gewaltigen Erdölgebiete Kaukasiens‘.²⁶⁹³ Folglich waren die „Eroberung fremder Territorien und anschließende Ausbeutung ihrer Bodenschätze (...) fester Bestandteil“ der „militärischen Konzeption“ Deutschlands,²⁶⁹⁴ und wie sich zeigte, arbeitete und dachte der RfB-Erdölgeologe Alfred Bentz in diese Richtung.

2689 Eichholtz, Erdölimperialisismus (2020), S. 230.

2690 Ebd., S. 232

2691 Vgl. ebd.

2692 Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 203.

2693 Eichholtz, Ölpolitik (2010), S. 370.

2694 Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 203. Vgl. auch Laufer, Staatskonzern (2005), S. 293. Dass der von deutscher Seite befürchtete Treibstoffengpass bis 1940/41 ausblieb, hing mit den massiven Fördersteigerungen in der ‚Ostmark‘ und mit den mit Rumänien und der Sowjetunion 1939 und 1940 getroffenen Wirtschaftsvereinbarungen zusammen, die auch umfangreiche Öllieferungen ins Reich vorsahen. Vgl. Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 205–208, S. 211–213; Kasper, Ausplünderung (1978), S. 43.

5.3.2.1 Deutschland

Durch die Ernennung von Bentz zu seinem Beauftragten für die Förderung der Erdölgewinnung (BFE) hatte Vierjahresplanchef Göring 1938 maßgeblichen Einfluss auf die Belange der vormals unter hauptsächlich Einfluss des RWM stehenden Erdölpolitik gewonnen, denn als Vertreter des Generalfeldmarschalls war Bentz für das Aufsuchen neuer Erdölquellen, die Vorbereitung ihrer Erschließung, die Kontrolle der laufenden Arbeiten und deren Weiterführung verantwortlich. In dieser Funktion ragte er nicht nur aus dem Kreis seiner RfB-Kollegen hervor. Bentz besetzte nun eine Doppelrolle, da er als RfB-Abteilungsleiter dem RWM einerseits unter-, als BFE diesem in Fragen der Erdölförderung andererseits neben- oder gar übergeordnet war.²⁶⁹⁵ Wie im Folgenden deutlich werden wird, gingen Bentz' Kompetenzen aber noch darüber hinaus, was in dem Organisationsschema zur „Kriegsstruktur der deutschen Erdöl-Industrie“ aber nicht adäquat genug zum Ausdruck kommt (siehe Abb. 70). So fehlt hier eine direkte Verbindungslinie (Weisungsbefugnis) zwischen dem „Beauftragten für Erdöl Bentz“ und den „Private Operating Companies“. Diese aus der unmittelbaren Nachkriegszeit stammende Darstellung stand nämlich bereits im Kontext mit einer spezifischen ‚Aufarbeitung‘ der wissenschaftlichen Eliten, die darauf ausgerichtet war, den Anteil ihrer Verantwortung im NS-System zu verschleiern.

Angesichts der Emanzipation von Bentz nutzte das RWM den Beginn des Krieges, um den seit 1938 verlorenen Boden wieder gut zu machen und Bentz in gewisser Weise einzuhegen.²⁶⁹⁶ So wurde dieser bereits am 24. August 1939 vom Oberberghauptmann zwar zum Beauftragten des RWM „für die Erdölgewinnung im Mobfall“ ernannt.²⁶⁹⁷ Gleichzeitig erklärte das Ministerium aber auch den Direktor in der Deutschen Petroleum-A.G. (Mineralölwerke Wietze), Karl Grosse (NSDAP 1933), zu seinem „Beauftragten für die Erdölgewinnung im Mobfall“, der „für die Gesamtdurchführung der Arbeiten zur Erreichung der im Mobplan festgelegten Erdölförderung“ verantwortlich war. Darüber hinaus wurde Oskar Deicher, Direktor in der Gewerkschaft Elwerath (Hannover), ebenfalls zum „Beauftragten für die Erdölgewinnung im Mobfall“ erhoben.

2695 Vermerk der Abt. II Min.Öl (RWM) an den Hauptabteilungsleiter II (RWM), 5.3.1943, BAArch Berlin, R 3101, Nr. 30517, Bl. 4–6.

2696 Auf den mit Kriegsbeginn zunehmenden Druck der innerhalb der Bergabteilung angesiedelten Erdölabteilung des RWM auf Bentz verweist auch Schirner, Karl: Der Weg der deutschen Erdölgewinnung. Mit einem Vorwort von Major A.E. Gunther. British Oil Fields Investigation 912 Military Government, Celle, Juni 1945, S. 25, BGR-Archiv Hannover, Nr. 58323, unp. Zu Schirner, 1940–1945 Vorstandsvorsitzender der DEA, vgl. Grieger/Karlsch, Treibstoff (2024), S. 72–74.

2697 Bereits am 17.8.1939 hatte der Wehrmachtsführungsstab im OKW Bentz' Vollmachten als BFE auf den militärischen Bereich ausgedehnt. Vgl. Kockel, Geologie und Krieg (1997), S. 38.

Tab. 54: Feldesbeauftragte des RWM (Stand: September 1939).²⁷⁰¹

Erdölfeld	Feldesbeauftragter	Unternehmen
Nienhagen	Dr. Ing. Oskar Deicher	Gewerkschaft Elwerath, Hannover
Mölme	Dr. Ing. Oskar Deicher	Gewerkschaft Elwerath, Hannover
Gifhorn	Direktor Bergass. Günther Schlicht	Deutsche Petroleum A.G., Mineralölwerke Wietze
Ehra	Direktor Bergass. Günther Schlicht	Deutsche Petroleum A.G., Mineralölwerke Wietze
Wietze	Direktor Bergass. Günther Schlicht	Deutsche Petroleum A.G., Mineralölwerke Wietze
Heide	Direktor Bergass. Günther Schlicht	Deutsche Petroleum A.G., Mineralölwerke Wietze
Eicklingen	Dr. Ing. Hermann Wolff	Wintershall -A.G., Kassel
Meckelfeld	Dr. Ing. Hermann Wolff	Wintershall -A.G., Kassel
Eddesse	Direktor Bergass. Helmut Strutz	Preußische Bergwerks- und Hütten-A.G., Hannover
Reitbrook	Direktor Bergass. Helmut Strutz	Preußische Bergwerks- und Hütten-A.G., Hannover
Oberg	Oberingenieur Karl Scheibe	Deutsche Vacuum Oel A.G., Betriebsleitung der Erdöl- Bohr- und Förderbetriebe, Celle
Rodewald	Dr. Heinrich Schlüter	Gewerkschaft Brigitta, Hannover
„Ostmark“	Bergwerksdirektor: Karl Grosse Unterbeauftragte: Dr. Carl Schmidt, Dipl. Ing. Fritz Teuter	Deutsche Petroleum-A.G., Mineralölwerke Wietze Deutsche Vaccum, Oel-A.G., Hamburg Deutsche Erdöl-A.G., Erdölwerke Ostmark Wien

Bei den Feldesbeauftragten handelte es sich um leitende Techniker der Erdölgesellschaften, die in den betreffenden Feldern jeweils über den größten Betrieb verfügten.²⁷⁰² Sie waren „für die reibungslose Durchführung des Mobplanes der Erdölgewinnung“ in den von ihnen betreuten Erdölfeldern verantwortlich und sollten jeden Monat Vorausschätzungen durchführen sowie Engpässe und Schwierigkeiten benennen, wenn die Förderungen mehr als zehn Prozent hinter dem Plan zurückzubleiben.²⁷⁰³ Wichtiger noch war, dass sie Bentz mit den notwendigen Informationen für die Soll-Produktion versorgten, auf deren Grundlage dieser dann seine ‚Mob-Planungen‘ anstellte.²⁷⁰⁴ Als einer der

2701 Vgl. ebd.; RWM (Abt. II. MinÖl) an Große, Bentz, Deicher und die Feldesbeauftragten, 26.8.1939, ebd., Bl. 53–55. Zu Schlicht (NSDAP 1937) siehe Lüttger, Bergmann (2022); Grieger/Karlsch, Treibstoff (2024), S. 78 f., zu Wolff siehe Hermann Wolff zum Gedenken (1943), S. 82.

2702 Vgl. Schirner, Karl: Der Weg der deutschen Erdölgewinnung. Mit einem Vorwort von Major A.E. Gunther. British Oil Fields Investigation 912 Military Government, Celle, Juni 1945, S. 34, BGR-Archiv Hannover, Nr. 58323, unp.

2703 Ebd.; RWM (Abt. II MinÖl) an die Feldesbeauftragten des RWM, 26.4.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30514, Bl. 61–63.

2704 Vgl. Kockel, Ölpolitik (2005), S. 332. Darüber hinaus stützte sich Bentz auf die Erdölgeologen

drei Gesamtbeauftragten des RWM war Oskar Deicher den Feldesbeauftragten übergeordnet. Sie hatten ihm monatlich über die Erdölförderung, die Bestände und den Versand des Rohöls zu berichten.²⁷⁰⁵ Neben Grosse und Deicher wurde vom RWM im Juli 1940 schließlich noch Hermann Sauerbrey vom Bergamt Celle im Kreis um Bentz installiert. Er hatte den „Sonderauftrag, die Planung und Durchführung der bohr- und fördertechnischen Arbeiten aller deutschen Erdölfelder als Sachverständiger zu überprüfen und der Bergabteilung“ des RWM „geeignete Vorschläge zur Abstellung vorhandener Mängel und Einführung von Verbesserungen zu machen“.²⁷⁰⁶ Schließlich wurde kurz vor Kriegsbeginn die dem RWM unterstehende Arbeitsgemeinschaft Erdölgewinnung und -verarbeitung ins Leben gerufen. Sie sollte Vorschläge für die optimale Verwendung des Rohöls in den technisch hierfür geeigneten Verarbeitungsstätten ausarbeiten.²⁷⁰⁷

Als Görings Beauftragter war der RfB-Geologe Alfred Bentz für die Aufstellung des ‚Mob-Plans Erdölgewinnung‘ verantwortlich, der die Produktion der deutschen Erdölfelder auf die Erfordernisse des Krieges ausrichtete. Der Förderplan wurde von Bentz auf der Grundlage eingehender Erhebungen in den Betrieben zu deren Förderkapazitäten sowie zu den Durchführungsmöglichkeiten und Erfolgsaussichten des Bohrprogramms erstellt. Er wurde den Erdölgesellschaften für ihre jeweiligen Betriebe mitgeteilt und in der Regel halbjährlich an die aktuellen Bedingungen angepasst.²⁷⁰⁸ Wie aus der Tab. 55 hervorgeht, sollte sich die Leistung der ‚großdeutschen‘ Erdölfelder nach den Planungen von Bentz innerhalb eines Jahres nahezu verdreifachen.

der RfB, die Ansatzpunkte für Produktionsbohrungen festlegten und Schätzungen über die Leistungsfähigkeit der Erdölfelder abgaben. Vgl. etwa Bericht von Peter Cramer (RfB, Erdölabteilung, Arbeitsstelle Hannover) über Ansatzpunkte neuer Produktionsbohrungen und Produktionsschätzung für 1941 im Ölfeld Steimbke-Rodewald, 18.11.1940, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 164, unp.

2705 RWM (OBH) an Feldesbeauftragten für das Erdölgebiet Niederdonau, 2.12.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30155, Bl. 191–193. Deicher wurde daher auch als Hauptfeldesbeauftragter bezeichnet. Deicher (Beauftragter des RWM für die technische Durchführung der Erdölgewinnung im Mobfall, Celle) an RWM (OBH), 6.7.1944, ebd., Bl. 131.

2706 RWM (Abt. I Pers.) an RfM, 20.4.1942, BArch Berlin, R 2, Nr. 21596, unp.; Protokoll der 62. Austauschitzung der Zweigstelle Hannover des Instituts für Erdölgeologie, 29.8.1940, BGR-Archiv Hannover, Nr. 126419, Bd. 2, unp.; Vermerk des RWM (OBH), 16.12.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30155, Bl. 35 f. Der Auftrag Sauerbreys wurde wiederholt verlängert. Vgl. RWM (OBH) an Sauerbrey, 9.2.1944, ebd., Bl. 60; RWM (OBH 6) an Kanzlei des RWM, 21.3.1944, ebd., Bl. 69. Im Rahmen der später noch behandelten Technischen Brigade Mineralöl wurde 1942 sogar ein „Sonderkommando ‚Sauerbrey‘ z.b.V.“ gebildet, womit das RWM auch dort prominent vertreten war. Siehe Datei BArch MinÖl, BA-MA, RW 46, Nr. 702, Bl. 4–8.

2707 Schirner, Karl: Der Weg der deutschen Erdölgewinnung. Mit einem Vorwort von Major A.E. Gunther. British Oil Fields Investigation 912 Military Government, Celle, Juni 1945, S. 33, BGR-Archiv Hannover, Nr. 58323, unp.; Gunther, Oil Fields Investigation (BIOS FINAL Report No. 1016, Item No. 30), London [1946], hier: Volume 1: Government Control, S. 19.

2708 Vgl. Schirner, Karl: Der Weg der deutschen Erdölgewinnung. Mit einem Vorwort von Major A.E. Gunther. British Oil Fields Investigation 912 Military Government, Celle, Juni 1945,

Tab. 55: Plan von Alfred Bentz (Beauftragter des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring für die Förderung der Erdölgewinnung): „Produktion am Ende des 1. Mob-Jahres (Sept 1940)“.²⁷⁰⁹

Erdölfeld	Grundproduktion im Jahr (Stand August 1939) in t	Eingesetzte Bohrgeräte	Steigerung in t	Mob-Förderung in t
Nienhagen	325.000	26	+ 119.000	444.000
Eicklingen	28.000	5	+ 2.000	30.000
Gifhorn-Ehra	2.000	8	+ 8.000	10.000
Wietze	42.000	4	+ 2.000	44.000
Heide	40.000	8	+ 55.000	95.000
Oberg	13.000	9	+ 3.000	16.000
Mölme	10.000	11	-	10.000
Eddesse-Ölheim	6.000	3	-	6.000
Rodewald	20.000	10	+ 30.000	50.000
Meckelfeld	4.000	12	+ 6.000	10.000
Reitbrook	135.000	45	+ 590.000	725.000
Ostmark	125.000	19	+ 435.000	560.000
Gesamt	750.000	160	+ 1.250.000	2.000.000

Bentz galt seit Anfang der 1930er Jahre als einer der wichtigsten Berater der deutschen Erdölindustrie und genoss als Ideengeber des wissenschaftsbasierenden Reichsbohrprogramms großes Vertrauen innerhalb der Branche. Demnach war die Überraschung groß, als er in seiner Funktion als BFE unmittelbar nach Kriegsbeginn eine „Sofortmaßnahme“ veranlasste, nach der sämtliche Untersuchungsbohrungen kurzerhand einzustellen und die so freiwerdenden Bohrgeräte sofort in den deutschen Fördergebieten einzusetzen waren.²⁷¹⁰

S. 34, BGR-Archiv Hannover, Nr. 58323, unpag. Die Grundlage für Bentz' Planungen bildeten eine Bohrgeräte- und eine Bohrenskartei. Die Jahrespläne wurden von Bentz gemeinsam mit den Erdölfirmen aufgestellt. Vgl. Vermerk des RWM (OBH 6), 12.6.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30529, Bl. 122. Darüber hinaus wurden die Erdölfirmen angewiesen, die RfB über ihre privaten Bohrungen (z.B. Teufe, Schichtenverzeichnis, Verrohrung, Anfangsproduktion) zu informieren. Bentz (RfB Berlin) an Wintershall A.G. (Kassel), 13.1.1940, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675-1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960-1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 7, RfB 177, unpag.; Wintershall A.G. (Kassel) an RfB (Institut für Erdölgeologie, Berlin), 9.2.1940, ebd., unpag.

2709 Alfred Bentz (BEF, Berlin) an Pasel (RWM), 18.9.1939, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31099, Bl. 6-8. Zu den Planungen für die einzelnen Felder siehe Vermerk des RWM (Abt. II MinÖl), 21.2.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30514, Bl. 48 f.

2710 Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld an RWM, 7.9.1939, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31099, Bl. 4. Es war demnach nicht richtig, dass das RWM die Einstellung der Aufschluss-Bohrungen und die Konzentration der Bohrtätigkeit in den produktiven Feldern „befahl“, sondern Bentz in seiner Eigenschaft als Beauftragter Görings. Die Auffassung, dass das RWM den Befehl gab, vertrat der Bentz gewogene britische Major Albert Everard Gunther, der zusammen mit dem Erdölgeologen nach 1945 den Wiederaufbau der Bodenforschung



Abb. 71: RfB-Präsident Wilhelm Keppler und der Leiter der RfB-Erdölabteilung Alfred Bentz (Bildmitte) 1940.²⁷¹¹

Die damit deutlich werdende „Zwangssteuerung des Bohrgeräteinsatzes“ blieb nicht nur über die gesamte Kriegszeit erhalten²⁷¹², Bentz entwickelte sich aufgrund seiner ihm verliehenen Befugnisse zur „Regulativinstanz“ und zum „Befehlsgeber gegenüber der Industrie“.²⁷¹³ Denn es musste nun „jedes Bohrvorhaben“,

in Westdeutschland organisierte. In seiner Studie zur Entwicklung der deutschen Ölpolitik 1933–1945 konstruierte Gunther auch einen vermeintlichen Gegensatz zwischen der „Partei-Hierarchie“ („Kriegs-Richtung“) auf der einen und den Fachleuten der Erdöl-Industrie, zu denen auch die „zivilen Behörden in Berlin“ (RfB) gehörten, auf der anderen Seite. Gunther, Albert Everard: Gunther: Der deutsche Krieg um Erdöl in Europa 1934–1945. Geschichtliche Enthüllungen [Kap. I–XVI] (Petroleum Times, London, 1947, deutsche Übersetzung), hier Kap. I: Die norddeutsche Industrie: Kampf zwischen Partei und Fachleuten, S. 6, 11 f., BGR-Archiv Hannover, Nr. 73874.

2711 Aus: Fotoalbum Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130806, unpubl.

2712 Schirner, Karl: Der Weg der deutschen Erdölgewinnung. Mit einem Vorwort von Major A.E. Gunther. British Oil Fields Investigation 912 Military Government, Celle, Juni 1945, S. 31, BGR-Archiv Hannover, Nr. 58323, unpubl.

2713 Kockel, Ölpolitik (2005), S. 331 f. Auch der Leiter der Geophysikalischen Abteilung des RfB, Otto Barsch, bestand gegenüber der Industrie auf einem Steuerungsanspruch im Hinblick auf den Einsatz geophysikalischer Messtrupps. Dabei waren die Erdölfirmer angehalten, sich nach den vom RfB vorgegeben Arbeitsplänen zu richten. Darüber hinaus behielt sich das RfB vor, auch über die firmeneigenen und die von den Firmen gemieteten Trupps (z.B. von der Prakla oder der Seimso) „nach Maßgabe der Dringlichkeit und Kriegswichtigkeit zu verfügen“. Otto Barsch (RfB Berlin, Abteilung Geophysik) an die Gewerkschaft Elwerath (Celle), 2.2.1944, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 163, unpubl.; Georg Hermann Reich (RfB Berlin, Abteilung Geophysik) an die Gewerkschaft Elwerath (Erdölwerke Hänigsen), 25.2.1944, ebd., unpubl.

ob es nun eine Reichsbohrung oder eine private Unternehmung war, die Zustimmung von Bentz als Beauftragten Görings finden.²⁷¹⁴ In geheimen Schreiben wurden sämtliche einschlägigen Unternehmen von Bentz entsprechend instruiert, wobei sich seine Anweisungen auch auf Erzbohrungen von Montanfirmen erstreckten, die ihre Geräte ebenfalls „sofort für Erdölbohrungen zur Verfügung“ zu stellen hatten.²⁷¹⁵ „Um die Versorgung von Wehrmacht und Wirtschaft mit Treibstoffen sicherzustellen“, sahen sich viele Unternehmen aber nicht nur veranlasst, ihre für das Reichsbohrprogramms erfolgreichen Aufschlussbohrungen einzustellen. Ihnen wurden die Bohrpunkte für die neu anzusetzenden Förderbohrungen – um die es nun vorzugsweise ging – von Bentz direkt vorgegeben, die dieser „lediglich nach geologischen Gesichtspunkten an aussichtsreich erscheinenden Stellen“ ansetzen ließ. Dabei wurde den Firmen aufgetragen, die Produktion „nach einem für die einzelnen Fördergebiete festgestellten Plane zu steigern“ und zwar „nach Bedarf ohne Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit bis zur Höchstleistung“. ²⁷¹⁶ Der Fokus richtete sich dabei zunächst auf produktive Felder wie Nienhagen, Heide und vor allem Reitbrook bei Hamburg, wo im März 1940 allein 38 Bohranlagen liefen.²⁷¹⁷

Die von Bentz vorgegebenen Forderungen stießen auf erhebliche Skepsis. Nicht nur dem RWM erscheinen die im ‚Mob-Programm‘ eingesetzten Mengen „teilweise außerordentlich hoch“. ²⁷¹⁸ Das Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld ließ das Ministerium wissen, dass Bentz die neuen Erdölproduktionsziffern,

2714 Schirner, Karl: Der Weg der deutschen Erdölgewinnung. Mit einem Vorwort von Major A.E. Gunther. British Oil Fields Investigation 912 Military Government, Celle, Juni 1945, S. 31, BGR-Archiv Hannover, Nr. 58323, unpubl.

2715 Bentz an Bergbau A.-G (Salzgitter), 4.9.1939, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 163, unpubl.; Bentz an Itag (Celle), 4.9.1939, ebd., unpubl.; Bentz an Wintershall A.-G, Kassel, 4.9.1939, ebd., unpubl.

2716 Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld an RWM, 7.9.1939, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31099, Bl. 4.

2717 Der Beauftragte des RWM für das Erdölfeld Reitbrook an Bentz (BFE), 1.3.1940, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 163, unpubl. So wurde die Preussag von Bentz angewiesen, „alle Maßnahmen zu treffen, um die Produktion des Feldes Reitbrook so schnell als möglich zu steigern“ und „aus den vorhandenen Bohrungen, ohne Rücksicht auf Wirtschaftlichkeit, sofort die höchstmögliche Ölmenge zu entnehmen“. Bentz an Preussag (Abt. Bohrverwaltung, Hannover), 3.9.1939, ebd., unpubl. Vermerk von Jahn (Hamburg) betr. Verstärkte Erdölgewinnung in Reitbrook, 14.10.1939, ebd., Roll 4, RBF 121, unpubl. In diesem Zusammenhang leitete Bentz auch eine „Aktion zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Reitbrook“ in die Wege, allerdings wurden von den 582 angeforderten Arbeitern nur 342 gestellt. Preussag (Zweigniederlassung Erdöl- und Bohrverwaltung, Betriebsabteilung Schönebeck) vermutlich an Preussag (Zweigniederlassung Erdöl- und Bohrverwaltung, Hannover), 23.4.1942, ebd., unpubl. Die Forderungen von Bentz führten zu einer „jähren Unterbrechung“ der badischen Erdölproduktion, da sie ihre Geräte nach Hannover und Reitbrook verlegen musste. Vgl. Oberbergamt Karlsruhe an Württembergischen Wirtschaftsminister (Bezirkswirtschaftsamt, Stuttgart), 15.9.1939, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30154, Bl. 27.

2718 RWM (Abt. II Bg.) an Oberbergamt Ziebarth (Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld), 29.9.1939, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31099, Bl. 19.

„aufgrund seiner eigenen erdölgeologischen Kenntnisse und Erfahrungen festgesetzt und den Erdölfirmen aufgegeben“ habe. Eine Verantwortung dafür, dass diese Vorgaben wirklich erreicht würden, könne seitens der Industrie wie auch seitens der Bergbehörde aber nicht übernommen werden. Bei der Eigenart der Erdöllagerstätten und Gewinnung könnten die von Bentz festgesetzten Zahlen vielmehr zunächst nur „als Möglichkeitsziffern“ betrachtet werden, „da weder die Vorratsmengen der Lagerstätten noch die in den einzelnen Bohrungen auftretenden Gasdruckverhältnisse, die für die Lebensdauer und Ergiebigkeit der Quellen von ausschlaggebender Bedeutung“ seien, von vornherein übersehen werden könnten.²⁷¹⁹ Das für die norddeutschen Felder zuständige Oberbergamt haderte mit der Entscheidung von Bentz, in einigen Reitbrooker Bohrungen größere Düsen zur Erhöhung der Fördermengen einzusetzen. So hatten Bergrevierbeamte inzwischen sogar „das Schließen bzw. Drosseln von Erdölbohrungen angeordnet“, um die Lagerstätte zu schützen. Ein großes Problem beim Bohren stellte nämlich das „Haushalten mit dem Gasdruck“ dar, denn es war zu befürchten, „dass durch zu dichten Ansatz von Förderbohrungen und eine unrationelle Gestaltung des Öl-Gasverhältnisses“ bei der Gewinnung der Gasdruck der Lagerstätte so herabgemindert wurde, dass ihre optimale Ausbeutung unmöglich war. Aus diesem Grund machte das Oberbergamt unmissverständlich deutlich, was es von der von Bentz verfügten Forcierung der Erdölproduktion hielt:

„Da uns z.Zt. in Deutschland erst wenige ertragreiche Erdölfelder zur Verfügung stehen, ist eine möglichst vollständige Gewinnung aller Vorräte geboten. Den Luxus, Raubbau zu treiben, auf die Hoffnung hin, später noch ergiebigere andere Öllager zu entdecken, kann sich Deutschland in der gegenwärtigen Lage, in der es darauf ankommt, jeden Tropfen Öl auszunutzen, nicht leisten. Mit Augenblickserfolgen ist nicht gedient. Es kommt darauf an, Dauerleistungen zu erzielen. (...) Die Bergbehörden haben sich daher im wohlverstandenen wehr- und volkswirtschaftlichen Interesse für den Schutz der Erdöllagerstätten gemäß § 196 A.B.G. einzusetzen, um eine vorzeitige Erschöpfung und Verwässerung der Lagerstätten durch unsachgemäße Gewinnung zu verhüten.“²⁷²⁰

Dabei fehlte es auch nicht an dem Hinweis, den Neu-Aufschluss erdölhöffiger Gebiete keinesfalls zu vernachlässigen. Auch die Preussag zeigte sich erstaunt über die auf faktischen Raubbau abzielende Anweisung von Bentz.²⁷²¹ So wiesen

2719 Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld an OBH Gabel (RWM), 7.9.1939, ebd., Bl. 14.

2720 „A.B.G.“ steht für Allgemeines Berggesetz. Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld an RWM, 18.10.1939, ebd., Bl. 38–40. Das RWM erklärte sich mit den vom Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld ergriffenen Maßnahmen zur Schonung der Erdöllagerstätten einverstanden. RWM an Oberbergamt Ziebarth (Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld), 4.11.1939, ebd., Bl. 41.

2721 Vgl. Laufer, Staatskonzern (2005), S. 293 f. Interessant erscheint in diesem Zusammenhang die Feststellung einer nach 1945 erschienenen Würdigung in der behauptet wurde, Bentz habe „es auch verstanden, die nach 1933 einsetzenden Autarkie-Bestrebungen auf dem Erdöl-Sektor in vernünftige, auf eine langzielige Entwicklung gehende Bahn zu lenken.“ Zwar sei es zu einer um das Zehnfache gesteigerten Erdölförderung im Bereich Niedersachsens

deren Techniker darauf hin, „dass durch das Einsetzen wesentlich größerer Düsen“ zur Maximierung der Ausbeute, das Gas-Öl-Verhältnis des Bohrlochs „erheblich verschlechtert“ werde, und durch die dadurch bedingte „verstärkte Entgasung“ die Möglichkeit einer länger dauernden Förderfähigkeit des Feldes infrage gestellt werden könne.²⁷²² Die Gewerkschaft Elwerath machte Bentz darauf aufmerksam, dass sie die von ihm für ihre Firma angesetzten Monatsssollzahlen für zu hoch halte, sich aber bemühe, über die von ihr errechnete maximal mögliche Leistung hinaus, „so viel wie irgend möglich zu fördern“, ohne das Feld zu schädigen.²⁷²³ Heinrich Schlüter, der Beauftragte für das Feld Steimbke-Rodewald, machte im Dezember 1940 deutlich, dass er den von Bentz in seinem Bohrprogramm vorgesehenen Dauereinsatz von sechs bis acht Bohrgeräten „für falsch“ halte. Seine Bedenken waren „sowohl geologischer als auch technischer Natur“ und er befürchtete „ernste Schäden für das Feld“; trotzdem gelang es ihm nicht, Bentz von seiner Auffassung voll zu überzeugen.²⁷²⁴ Denn dieser hielt solchen Mahnungen entgegen, dass die von ihm errechnete Produktion zu erreichen sei. „Als Grundsatz“ solle dabei „selbstverständlich gelten, dass, sofern eine größere Produktion möglich“ sei, „stets die größtmögliche Produktion gefördert werden“ müsse, „die mit Rücksicht auf den Zustand des Feldes irgendwie erreicht werden“ könne.²⁷²⁵

gekommen, aber dass die dortigen Felder „bis Kriegsende weder erschöpft noch durch Überförderung ruiniert waren“, sei „weitgehend“ das Verdienst von Bentz gewesen. „Die bedeutenden Leistungen von Alfred Bentz auf dem Gebiet der Bodenforschung, speziell seine Leistungen auf dem Gebiet der Erdölgeologie, wurzeln im Bereich des Landes Niedersachsen“, ohne Datum, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 42881, unpag. Auch Eugen und Ilse Seibold gehen davon aus, dass Bentz während des Krieges auf die „Vermeidung von Raubbau“, also auf die „Förderung ausschließlich nach technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zur Erhaltung der natürlichen Lagerstättenenergie“, setzte. Seibold/Seibold, Alfred Bentz (2002), S. 1084.

2722 Preussag (Zweigniederlassung Erdöl- und Bohrverwaltung, Hannover) an Bentz (Berlin), 4.9.1939, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 163, unpag. Die Firmen, die nun auch eigene Geologen beschäftigten, verfügten inzwischen über genügend eigene Expertise, um solche Fehlplanungen erkennen und einschätzen zu können. Eine Übersicht über die Zahlen der bei den wichtigsten Erdölfirmen beschäftigten Geologen findet sich in Verteilung der Erdölkonzessionen in der Ostmark, sowie wissenschaftliche und technische Bedeutung der dort tätigen Erdölgesellschaften und Bohrfirmen, 1.9.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30540, Bl. 35.

2723 Hierbei ging es um das Feld Nienhagen der Elwerath, die meinte, dort maximal 12.000 t Öl im Monat fördern zu können, während Bentz 14.000 t forderte. Gewerkschaft Elwerath an Bentz, 25.5.1940, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 163, unpag.

2724 Dr. H. Schlüter (Hannover) an Bentz, 9.12.1940, ebd., Roll 7, RBF 179, unpag. Direkt dahinter in der Akte findet sich ein Beispiel für die vermutlich von Schlüter aufgestellte Schätzung der Produktion des Erdölfeldes Steimbke-Rodewald für 1941, 9.12.1940, ebd., unpag. Aus dem zeitgleich erstellten „Bohrprogramm Rodewald (Steimbke)“ für 1941 geht hervor, dass zu diesem Zeitpunkt auf dem Feld „Hilfsarbeiter (Polen)“ arbeiteten, die in einer eigenen Baracke untergebracht waren. Bohrprogramm Rodewald (Steimbke) für 1941, 7.12.1941, ebd., unpag.

2725 Bentz an H. Schlüter (Gewerkschaft Brigitta, Hannover), 22.9.1939, ebd., unpag. Sinnbildlich

Die notwendigen Freistellungen der Bohrbelegschaften vom Wehrdienst waren zum einen durch die vom OKW verfügte „Sonderaktion ‚Motoröl‘“ sichergestellt, zum anderen wurden alle maßgeblichen Erdölunternehmen, wie übrigens auch die Seismos GmbH und die Prakla, zu „W-Betrieben“ ernannt.²⁷²⁶ Trotzdem stellten sich durch die Einziehungen zum Militär schnell Personalengpässe ein, die die Umsetzung der ‚Mobpläne‘ in Frage stellten.²⁷²⁷ Folglich kam es bald zum Einsatz von Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitskräften in der deutschen Erdölindustrie. Als Bentz Anfang Januar 1940 von der Gewerkschaft Elwerath erfuhr, dass es ihr trotz längerem Bemühens nicht gelungen sei, die für die Bearbeitung des Feldes Mölme erforderlichen Arbeitskräfte (15–20 polnische Arbeiter) zu erhalten, bestand Bentz gegenüber dem Arbeitsamt Hildesheim im Interesse der „Sicherstellung des Treibstoffbedarfs für Wehrmacht und Wirtschaft“ auf einer sofortigen „Bereitstellung der Leute“.²⁷²⁸ Wie das Arbeitsamt daraufhin mitteilte, war es ihm gelungen, „weitere Arbeitskräfte aus Ostoberschlesien hereinzubekommen“, von denen der Elwerath 19 Arbeiter für die Betriebsstelle Mölme zur Verfügung gestellt wurden. Dabei handelte es sich möglicherweise um polnische Kriegsgefangene, denn wie der Beauftragte für das Feld Mölme und gleichzeitige Vertreter der Fa. Elwerath, Oskar Deicher, einen Monat später betonte, habe ihm der zuständige Abwehrbeauftragte beim Generalkommando Hannover mitgeteilt, „dass gegen die Beschäftigung von polnischen Kriegsgefangenen“ innerhalb der Elwerath „keine Bedenken“ bestünden, weswegen Deicher seinem ebenfalls nach Arbeitskräften suchenden Kollegen für das Feld Reitbrook empfahl, denselben Weg zu gehen.²⁷²⁹

für die Forcierung der Förderung war auch der Hinweis von Bentz, dass statt der bisher zwei Bohranlagen im Feld Rodewald-Steimbke dort nun zehn Geräte zum Einsatz gelangen sollten. Vgl. Bentz (BFE) an die Reichsleitung des Reichsarbeitsdienstes (Berlin), 25.9.1939, ebd., unpag. Im Oktober 1939 waren die Bohrbelegschaften dort in „12stündiger Schicht als Schwerarbeiter“ im Einsatz. Bentz an den Landrat des Kreises Nienburg, 4.10.1939, ebd., unpag.

2726 RWM (Abt. II Bg.) Vermerk über eine Besprechung über die W-Betriebe im Erdölbergbau mit anliegenden Listen der betreffenden Firmen und geophysikalischen Institute, 7.2.1940, BAArch Berlin, R 3101, Nr. 31099, Bl. 53–66.

2727 Bentz an Braunschweigische Bohrgesellschaft mbH, 2.10.1939, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 7, RBF 179, unpag.; Vermerk des RWM, 20.9.1939, BAArch Berlin, R 3101, Nr. 30514, Bl. 18. Wie die Bergbau AG Salzgitter mitteilte, waren etwa 25 Prozent ihrer Facharbeiter zum Heeresdienst eingezogen, weswegen sie teilweise gezwungen war, ihre Bohrarbeiten einzustellen. Bergbau AG Salzgitter an Bentz, 20.3.1940, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 4, RBF 121, unpag.

2728 Bentz an Arbeitsamt Hildesheim, 11.1.1940, ebd., unpag.

2729 Arbeitsamt Hildesheim an Bentz (BFE), 23.1.1940, ebd., unpag.; Oskar Deicher (Hänigsen) an Bergwerksdirektor Bergassessor Strutz (Hamburg-Bergedorf), 27.2.1940, ebd., unpag. Wie Bentz an anderer Stelle deutlich machte, war für die Sicherstellung des Personalbedarfs der Mineralölindustrie die Reichsstelle für Mineralöl verantwortlich. Bentz an die Deutsche Tiefbohr A.G. (Aschersleben), 12.2.1940, ebd., unpag.

Dem Fachmann Bentz waren die gegen seinen ‚Mob-Plan‘ vorgebrachten Einwände natürlich verständlich, denn auch er vertrat den Standpunkt, dass Bohrungen, die ein bestimmtes Öl-Gas-Verhältnis überschritten, eigentlich gestoppt werden mussten, ebenso wie Bohrungen, die einen bedenklichen Wassergehalt aufwiesen. Darüber hinaus betonte er, dass mit dem von ihm vorgesehenen verstärkten Einsatz an Bohrgeräten die Kapazität des Erdölbergbaues bis zum September 1940 auf zwei Millionen Tonnen gebracht werden konnte, was aber nicht bedeutete, dass diese Menge bereits im Zeitraum vom September 1939 bis September 1940 gefördert werden sollte.²⁷³⁰ Auch war Bentz zufolge noch völlig unklar, wie lange die angestrebte Förderung von zwei Millionen Tonnen überhaupt zu halten war.²⁷³¹ Darüber hinaus waren längst nicht alle Aufschluss-Bohrungen eingestellt worden, von denen immerhin noch 23 (18 Reichs- und 5 Privatbohrungen) in Betrieb waren.²⁷³² In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, dass alle das Reichsbohrprogramm betreffenden Fragen, wie die Ausarbeitung der Verträge, die Gewährung der Darlehen und deren gesamte finanzielle Abwicklung, die bis dahin im RWM erfolgten, ab 1. April 1940 von der Reichsstelle für Bodenforschung übernommen wurden.²⁷³³

Der Druck, den Bentz durch sein ‚Mob-Programm‘ erzeugte, ging vermutlich auf Göring zurück, der infolge der besorgniserregenden „Treibstofflücke“²⁷³⁴ auf eine massive Steigerung der Erdölförderung drängte. Angesichts der prekären Lage musste sich Bentz von seinem Konkurrenten, dem GBChem Krauch, auch unangenehme Fragen über das Missverhältnis seiner Planungen

2730 Genau diese Forderung hatte aber offenbar ein von der Arbeitsgemeinschaft „Erdölgewinnung und Erdölverarbeitung“ des RWM ebenfalls vorgelegter ‚Mob-Plan‘ erhoben. Vgl. OBH Gabel (RWM) an RWM (Abt. II MinÖl), 27.9.1939, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31099, Bl. 12.

2731 Vermerk des RWM über eine Rücksprache mit Bentz über das Mob-Programm für die Erdölgewinnung, 31.10.1939, ebd., Bl. 43–45.

2732 Dem standen 25 eingestellte Reichsbohrungen und 11 eingestellte Privatbohrungen gegenüber. Aufstellungen von Bentz über noch weitergeführte Aufschluss-Bohrungen sowie über eingestellte Reichs- und Privatbohrungen, 15.9.1939, ebd., Bl. 22a–24. Allerdings signalisierte die RfB bereits im November 1939, „nunmehr die Aufschlusstätigkeit wieder in möglichst großem Umfange“ durchzuführen. RfB (Berlin) an Gewerkschaft Elwerath (Hannover), 22.11.1939, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86439, unp. Doch stellte Bentz 1943 fest, dass sich das Verhältnis zwischen Aufschluss- und Förderbohrungen „sehr ungünstig entwickelt“ hatte, da zur Auffindung einer ausreichenden Zahl neuer Felder etwa ebenso viele Aufschluss- wie Produktionsbohrungen notwendig waren. So kamen 1942 auf 310.000 m Förderbohrungen nur noch 96.000 m Aufschlussbohrungen. Bentz (BFE) an OBH Oskar Gabel (RWM, Abt. II Bergbau), 27.3.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30513, Bl. 7f.

2733 Vgl. Richtlinien für die Bearbeitung der Reichsdarlehen für Erdölbohrungen zusammengestellt von den Regierungsgeologen Haack und Kühne, 7.6.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86424, unp.; Schirner, Karl: Der Weg der deutschen Erdölgewinnung. Mit einem Vorwort von Major A.E. Gunther. British Oil Fields Investigation 912 Military Government, Celle, Juni 1945, S. 37, BGR-Archiv Hannover, Nr. 58323, unp.; RfB (Berlin) an die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten (Berlin), 27.12.1940, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86439, unp. Alle Anträge auf Reichsbohrungen waren weiterhin an das Institut für Erdölgeologie der RfB zu senden. RfB Berlin an die Fachgruppe Erdölgewinnung (Wietze, Kreis Celle), 4.10.1939, ebd., unp.

2734 Eichholtz, Ölpolitik (2010), S. 369.

von 1938 und 1939 gefallen lassen, denn die von Bentz in seinem ‚Mobplan‘ vom September 1939 vorgelegten Zahlen waren niedriger, als in seinem Förderplan vom November 1938.²⁷³⁵ Hinzu kam, dass nach anfänglichen Erfolgen, die die Prognosen von Bentz zu bestätigen schienen, witterungsbedingte Rückschläge (Winter) dazu zwangen, den Plan zu überarbeiten und die Sollvorgaben zu reduzieren (siehe Abb. 72).²⁷³⁶

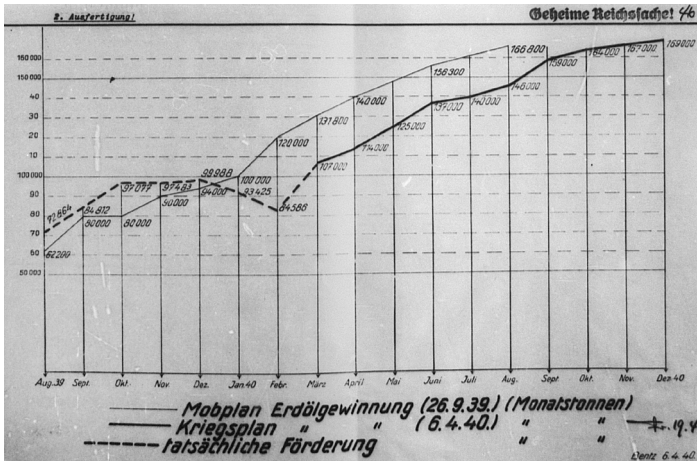


Abb. 72: Von Alfred Bentz aufgestellter „Kriegsplan Erdölgewinnung“, auch „Bentz-Plan“ genannt, vom 6. April 1940.²⁷³⁷

- 2735 Wie Krauch feststellte, bezogen sich die von Bentz 1938 aufgestellten Planungen für 1939 auf das ‚Altreich‘ ohne Österreich und sollten etwa 2 Millionen t erreichen. Demgegenüber sah der von ihm im September 1939 vorgelegte neue ‚Mobplan‘ auch 2 Millionen t, allerdings inklusive 560.000 t aus Österreich, vor. Krauch zufolge bestand zwischen beiden Plänen demnach eine Differenz von 560.000 t. Krauch (GBChem) an Bentz (BFE), 6.10.1939, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30514, Bl. 35 f. Wie Bentz diese Frage beantwortete, geht aus den Quellen nicht hervor.
- 2736 Zu den anfänglichen Erfolgsmeldungen siehe Bentz (BFE) an RWM (Abt. Bergbau), 20.12.1939, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31099, Bl. 34. Hinzu kam fehlender „Tankraum“, denn infolge nicht vorhandener Kesselwagen konnten die geförderten Ölmengen nicht abtransportiert werden, was die Felder teilweise zur Drosselung ihrer Produktion zwang. Feldesbeauftragter H. Schlüter (Hannover) an Bentz mit Bericht über die Auswirkungen der derzeitigen Schwierigkeiten bei der Durchführung des Bohrprogramms im Erdölfeld Rodewald-Steimbke, 16.2.1940, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675-1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960-1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 7, RBF 179, unpag.
- 2737 Alfred Bentz (BFE) an Göring (Vierjahresplan), E. R. Fischer (RWM, Abt. Mineralöl), OBH Gabel (RWM), Bergassessor Raab (Reichsstelle für Mineralöl), Krauch (GBChem), OKW (WiRüAmt), Keppler (RfB), Direktor Brochhaus, Direktor Grosse, Dr. Deicher (alle Arbeitsgemeinschaft für Erdölgewinnung und -verarbeitung), 11.4.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30514, Bl. 44-46. Zur Bezeichnung „Bentz-Plan“ siehe RWM (Abt. II MinÖl) an Direktor Dipl. Ing. Hubrig (Deutsche Erdöl A.G., Erdölwerke Wietze), 22.5.1940, ebd., Bl. 52.

Der von Bentz ausgearbeitete neue ‚Kriegs-Plan‘ stand im Zusammenhang mit von Göring ergriffenen „Maßnahmen für die Verbesserung der Mineralölversorgung“, die nach den „ungünstigen Einwirkungen des strengen Winters [1939/40] auf Erzeugung und Einfuhr“ und dem besorgniserregenden Rückgang der Treibstoffreserven erforderlich geworden waren.²⁷³⁸ Für das Bohrprogramm hatte Göring beispielsweise angeordnet, alle verfügbaren Arbeitskräfte „möglichst in Tag- und Nachtschicht anzusetzen“, wobei Bentz „das Erforderliche“ veranlassen sollte.²⁷³⁹ Bentz wurde zudem aufgefordert, Göring „geeignete Vorschläge“ zu Sicherung der Kraftstofffrage zu unterbreiten.²⁷⁴⁰ Er machte daraufhin deutlich, dass der Erdölindustrie sofort 1.000 Arbeitskräfte zu Verfügung gestellt werden müssten, zu denen im Herbst 1940 noch weitere „1.000 Mann“ kommen sollten. Der Versuch einer „Dienstverpflichtung hamburgischer Arbeitskräfte“ habe auf dem wichtigsten deutschen Feld Reitbrook „zu ganz erheblichen Schwierigkeiten“ geführt, weshalb von dieser Möglichkeit abzusehen sei. Gegen die „Heranziehung nationalpolnischer Arbeitskräfte“ in Reitbrook, so Bentz weiter, habe die Abwehrstelle des zuständigen Rüstungskommandos „aus Sicherheitsgründen Einspruch“ erhoben, dem sich auch Bentz anschloss, da die „Gefahr von Sabotage-Akten“ in Reitbrook „besonders groß“ war. Bentz warb stattdessen für den Einsatz von Baukompanien, ähnlich wie dies bereits während des Ersten Weltkrieges in Rumänien geschehen war. Um den „Kriegsplan Erdölgewinnung“ fristgemäß durchsetzen zu können, forderte er darüber hinaus, die Erdölindustrie und ihre Zulieferer (Bohrgeräte) bei der Versorgung mit Eisen, Stahl, Nichteisenmetallen und Baumaterialien in höchste Dringlichkeitsstufen einzureihen, wobei er sich „tatkräftige Unterstützung“ durch das OKW erhoffte und sogar für die Einrichtung einer „Verbindungsstelle“ zwischen Militär und Erdölindustrie plädierte.²⁷⁴¹ Zudem schlug Bentz vor, kleine, nur über ein Bohrgerät verfügende Erdölgesellschaften zu zwingen, ihre Geräte an größere Unternehmen zu verkaufen oder zu verpachten, was auch vom RWM befürwortet wurde.²⁷⁴²

2738 Zu den einzelnen Maßnahmen (u.a. Schaffung einer Mineralöl-Reserve, Intensivierung der Fahrbenzin-Erzeugung, Sicherung von Arbeitskräften, Luftschutz der Mineralölwerke, Stellung von Eisenbahnkesselwagen, Drosselung des Zivilverbrauchs von flüssigen Treibstoffen, Einsatzplanung von Betriebsstoffen) vgl. Auszug aus dem Erlass des Vorsitzenden des Ministerrates für die Reichsverteidigung Göring, betr. Maßnahmen für die Verbesserung der Mineralölversorgung, 2.4.1940, BGR-Archiv Hannover, Nr. 76383, unpag.; Toprani, Oil (2019), S. 205. Zu den Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Mineralölversorgung vgl. Protokoll der Sitzung betr. Mineralölversorgung unter Vorsitz des Herrn Generalfeldmarschall, 27.3.1940, BArch Koblenz, RW 19, Nr. 270, Bl. 91–100.

2739 Ebd.

2740 Staatssekretär Körner (Vierjahresplan) an Bentz, 3.4.1940, BGR-Archiv Hannover, Nr. 76383, unpag.

2741 Bentz an Generalleutnant Thomas (OKW, WiRüAmt), 13.4.1940, ebd., unpag. Siehe auch Fachgruppe Erdölgewinnung der WiGru Kraftstoffindustrie (Wietze, Kreis Celle) an Bentz, 7.4.1940, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 5, RBF 96, unpag.

2742 Bentz an RWM (Abt. II, Bergbau), 3.5.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31099, Bl. 84; RWM

Die hohen Vorgaben des Bentz’schen ‚Mob- bzw. Kriegs-Plans‘ (siehe Tab. 55) blieben nicht ohne Folgen, denn wie eine Bilanz des RWA zur deutschen „Rohstoffsicherung durch den Vierjahresplan“ Mitte 1940 ergab, war die deutsche Treibstoffversorgung aus heimischen Rohstoffen (Erdölförderung und Syntheseverfahren) von 1,5 Millionen Jahrestonnen im Jahr 1936 auf nunmehr 3,5 Millionen t im Jahr gestiegen. War die deutsche Erzeugung 1936 nur in der Lage, den Bedarf von Wehrmacht und Wirtschaft zu etwa 37 Prozent zu decken, so hatte sie trotz des durch den Krieg deutlich gestiegenen Bedarfs vier Jahre später einen Deckungsgrad von immerhin 60 Prozent erreicht, gemessen am Bedarf von 1936 sogar von 85 Prozent. Im RWA ging man angesichts dieser Ergebnisse, der bestehenden Vorräte und der Importe aus Rumänien und Russland davon aus, dass sich die Mineralöllage „aus einer ziemlich hoffnungslosen Situation der Jahre vor 1936 in eine zwar immer noch angespannte, aber durchaus genügende Versorgungslage umgewandelt“ hatte (siehe Tab. 56).²⁷⁴³

Tab. 56: Stand der deutschen Treibstoff-Bedarfsdeckung durch Erzeugung aus deutschen Rohstoffen (Mitte 1940).²⁷⁴⁴

Jahr	Deutscher Treibstoffverbrauch in Mio. jato	Deutsche Treibstoffherzeugung aus deutschen Rohstoffen in Mio. jato	Deckung in %
1936	4,15	1,35	37,3
1937	4,50	1,95	43,6
1938	5,77	2,28	39,4
1939	5,83	2,79	48,0
1940	5,89	3,49	59,6
1941	5,8 geschätzt	4,00	69,0

Da die deutsche Versorgungslage aber nach wie vor prekär war, befasste sich Bentz vor dem Hintergrund „der kommenden Neuordnung Europas“ mit der Frage, wie „die Erdölversorgung des kontinentalen Europas“ gesichert und „von dem bisher vorherrschenden Einfluss der englisch-amerikanischen Großkonzerne unabhängig“ gemacht werden könne.²⁷⁴⁵ Obwohl er Begrifflichkeiten

an Bentz, 11.5.1940, ebd., Bl. 85. Das brachte Bentz den Vorwurf ein, kleinere Firmen zu Gunsten der Großindustrie zu vernachlässigen bzw. auszubooken. Vgl. etwa Ing. Wilhelm Bley an NSDAP (Partei-Kanzlei, München), 24.6.1942, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 5, RBF 142, unp. und den Schriftwechsel mit der Bley gehörenden Skandinavischen Petroleum GmbH von 1939/40 in ebd., Roll 7, RBF 174, unp.

2743 RWA: Die deutsche Rohstoffsicherung durch den Vierjahresplan, 20.6.1940, BArch Berlin, R 3112, Nr. 38, Bl. 131–152.

2744 Ebd.

2745 Hierzu und im Folgenden Entwurf von Alfred Bentz: Sicherstellung des europäischen Erdölbedarfs, 24.7.1940, BGR-Archiv Hannover, Nr. 49459, unp.; Eichholtz, Ölpolitik (2010), S. 387–389, 467–469; Toprani, Answer (2014), S. 953. Dort auch der Hinweis, dass Bentz im August 1940 im Rahmen einer interministeriellen Konferenz zur Beschaffung

wie ‚Großraumwirtschaft‘ vermied, standen seine Überlegungen zweifellos in diesem Kontext. So stellte Bentz die Frage, „ob der Bedarf an Erdölprodukten auf europäischem Boden gedeckt werden“ könne oder ob dazu „außereuropäische Gebiete herangezogen werden“ müssten und wo diese zu finden seien. Beim Blick auf Deutschlands Erdölressourcen gab er sich wenig optimistisch, denn durch die Maßnahmen seines „Kriegsplanes“ werde die Erdölgewinnung 1940 zwar „erheblich gesteigert“ (bis zu 1,5 Mio. t), „doch dürfte damit bei dem verhältnismäßig raschen Nachlassen der Felder ein Maximum der Ausbeute erreicht sein“. Unter Friedensbedingungen sei aufgrund der bis dahin erforschten geologischen Gegebenheiten nicht damit zu rechnen, dass Deutschland jährlich mehr als maximal eine Million Tonnen Rohöl liefern könne. Hierin waren allerdings die in Westgalizien (130.000 t), in der Slowakei (15.000 t) und im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ (5.000 t) geförderten Mengen bereits inbegriffen. Im Folgenden schaute Bentz auf die Förderung, die bestehenden und vor allem ‚rasch gewinnbaren‘ Vorräte sowie auf die Verbräuche einzelner Staaten, die in und um Europa herum, also im möglichen Einflussbereich der deutschen Waffen lagen. Dabei kam er zu dem Ergebnis, dass eine „Selbstversorgung des europäischen Raumes aus europäischen Erdölfeldern gänzlich unmöglich“ und daher „die Sicherstellung der Erdölreserven des Vorderen Orients unumgänglich notwendig“ sei. Denn dieses Gebiet sei das einzige „in der Nähe Europas, in dem Fördersteigerungen großen Ausmaßes möglich“ waren.²⁷⁴⁶ Bentz, so wird deutlich, gehörte zu den Vordenkern der kriegszerstörten Expansion des NS-Regimes und eines „künftigen deutschen Erdölimperiums“.²⁷⁴⁷

Dieses Beispiel macht zudem deutlich, dass Bentz und seine RfB-Kollegen auch weiterhin als Berater für die Führungsstäbe in Staat, Wirtschaft und

ausländischer Rohstoffe „implizierte, dass Deutschland Royal Dutch/Shell (Shell) übernehmen sollte, da es bereits Holland besetzt hatte“. Ebd., S. 954. Bentz legte Gewerkschaften, die Erdölverträge von Ausländern vertraten und nicht am Mineralölplan beteiligt waren, Steine in den Weg. Die Gewerkschaften Wilhelm Friedrich und Augsburg beispielsweise unterhielten in Hannover ein Büro, verfügten aber nicht über Bohrgeräte und führten auch keine Bohrungen aus. Wie Bentz betonte, bestand „an der Verwaltung dieser ausländischen Interessen deutscherseits kein Interesse“, weswegen er dem Landesarbeitsamt Niedersachsen anheimstellte, die im Büro der Gewerkschaften beschäftigten Kräfte „für kriegswichtigen Einsatz zur Verfügung“ zu stellen. Bentz an Landesarbeitsamt Niedersachsen (Hannover), 11.6.1942, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 4, RBF 122, unp.; Präsident des Landesarbeitsamts Niedersachsen an Bentz, 1.7.1942, ebd., unp.

2746 Alfred Bentz: Sicherstellung des europäischen Erdölbedarfs, 24.7.1940, BGR-Archiv Hannover, Nr. 49459, unp. Dort auch die für alle aufgeführten Länder (Estland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Ungarn, Jugoslawien, Albanien, Rumänien, Russland, Arabien, Bahrein-Inseln, Irak, Iran, Ägypten) betreffenden Zahlen. Zum vergeblichen, offenbar nur halbherzigen Versuch der Deutschen, die irakischen Erdölfelder zu besetzen, siehe Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 214.

2747 Eichholtz, Ölpolitik (2010), S. 387. Zum deutschen Interesse an den Erdölvorkommen des Nahen Ostens vgl. auch Take, Forschen (2019), S. 362–365.

Militär agierten. Aber während die Erdölgeologen, Geophysiker und Mikropaläontologen des RfB in Deutschland und den von ihm besetzten Gebieten ihren alltäglichen wissenschaftlichen Arbeiten und Untersuchungen nachgingen, war Bentz – mehr noch als die in den Besatzungsverwaltungen als Chefgeologen tätigen RfB-Vertreter (z.B. Brinkmann, Martini, Horvath) – nun in erster Linie mit verwaltungstechnischen und planerischen Aufgaben betraut, die die Grundlage für die räuberische Aneignung fremder Rohstoffressourcen bildeten. Die Tätigkeit des Staatsgeologen Bentz hatte im Krieg demnach kaum noch mit Forschung zu tun, sondern war in erster Linie auf die Rohstoffmobilisierung und die damit verbundene Vorbereitung und Optimierung des Raubs in den besetzten Gebieten gerichtet, wobei er infolge seiner ihm von Göring zugewiesenen Befugnisse nun in der Lage war, der Erdölindustrie Weisungen zu erteilen. Bentz' Rolle entsprach daher eher der eines Ministerialbeamten.

Dabei erwies er sich nicht nur als Befehlsempfänger Görings, sondern forderte sogar eine Erweiterung seiner Kompetenzen. So verwies er im Juni 1941 darauf, dass der Einsatz von Bohrgeräten in Deutschland bisher im Rahmen des „Kriegsplans Erdölgewinnung“ erfolgt sei und sich „völlig reibungslos eingespielt“ habe. Seit Beginn des Krieges hätten sich jedoch die Aufgaben der deutschen Erdölindustrie im Ausland gemehrt, was auch für die Hersteller von Bohrgeräten gelte, die inzwischen „die Versorgung von ganz Europa“ übernommen hätten. Daraus hätten sich jedoch „mehrfach Unzuträglichkeiten“ ergeben, „weil die Kontingentierung des Exports der Geräte allein noch nicht deren planvollen Einsatz im Interesse einer möglichst großen Produktionsmehrung“ gewährleiste. So seien aussichtsreiche Bohrungen in Deutschland verzögert worden, weil die Hersteller von Bohrgerät infolge günstiger Exporterlöse ins Ausland geliefert hätten, obwohl es in einigen Fällen dort gar keine Anwendungsmöglichkeiten für die Geräte gebe. Aus diesem Grund forderte Bentz, „die Kontingentierung durch eine Exportbewilligung“ des BFE, also ihn selbst, zu ergänzen. Denn „nur so“ könne die „Aufschließung und Fördersteigerung der außerdeutschen Erdölgebiete“ ebenso planmäßig erfolgen, wie dies im Rahmen des von ihm aufgestellten „deutschen Kriegsplanes“ geschehe. „Leitender Grundsatz für die Lenkung des Exports“ so Bentz, müsse „der zu erwartende Nutzeffekt des Geräteeinsatzes“ für die deutsche Gesamtversorgung sein. So könne z.B. für Rumänien, das vollkommen von der Zufuhr deutscher Bohrgeräte abhängig sei, nun „endlich“ ein den deutschen „Wünschen gerecht werdendes Bohrprogramm durchgeführt werden“.²⁷⁴⁸

2748 Bentz an Staatssekretär Neumann (Vierjahresplan), 26.6.1941, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 5, RBF 97, unpag. Eine Antwort auf die Eingabe von Bentz fehlt zwar, aber aus einem Vermerk der Mineralölabteilung des RWM von 1943 geht hervor, dass der Auslieferungsplan für die neu produzierten Bohrgeräte „im Einvernehmen mit Prof. Bentz und der Bohrgeräteindustrie“ aufgestellt wurde. Um die Auslieferung sicherzustellen habe Göring die Vollmacht von Bentz ausgedehnt und die Bohrgerätefabrikation in die Planung des Munitionsministeriums einbezogen.

Bentz' Einfluss wuchs weiter, da Mineralöl inzwischen das „wichtigste Rüstungsgut“ darstellte.²⁷⁴⁹ So dehnte Göring seine Befugnisse im Juli 1942 auf den gesamten von Deutschland besetzten Raum, „insbesondere auch in den besetzten Ostgebieten“, aus. Dabei war dem Reichsmarschall nicht nur an einer Steigerung der Förderung auf allen Ölfeldern und einem planmäßigen, einheitlichen Einsatz der vorhandenen Bohrgeräte gelegen, sondern auch an einer massiven Produktionsausweitung neuer Bohr- und Förderanlagen. Bentz war demnach für die Aufstellung eines einheitlichen Materialeinsatzplans in Kooperation mit dem RWM, dem Munitionsministerium und dem OKW verantwortlich. Darüber hinaus oblag ihm der Einsatz aller Bohr- und Förderanlagen im gesamten deutschen Einflussbereich, den er nicht nur zu planen, sondern auch zu steuern hatte. Auf der Grundlage seines Förderplans sollte er zudem ein Programm für die Neuherstellung von Bohr- und Förderanlagen aufstellen, das er dem Rüstungslieferungsamt des Munitionsministeriums zur Festlegung des Produktionsplanes der Bohrgerätefabrikation zu übermitteln hatte. Neben der Kontrolle der termingerechten und vollständigen Lieferung der neuen Anlagen war Bentz schließlich auch für ihre Verteilung an die deutschen Erdölfirmen verantwortlich.²⁷⁵⁰ Ende 1942 wurde aus dem Zuständigkeitsbereich des RWM an Bentz auch die „Arbeitskräftebeschaffung für die Erdölindustrie abgegeben“.²⁷⁵¹

Auch diese Entscheidung ging auf Bentz zurück, der zu diesem Zweck sogar eine „Führer-Verordnung“ erbat, deren Entwurf er von seinem Stab hatte ausarbeiten lassen. Wie seine Dienststelle in diesem Zusammenhang feststellte, waren alle bis dahin zum Schutz des Erdölförderprogramms erlassenen

RWM (Abt. Mineralöl) an Hauptabteilungsleiter II (RWM), 5.3.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30517, Bl. 4–6.

2749 So zumindest ein Vermerk des RWA betr. Durchführung des Mineralölprogramms, 19.12.1941, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Various German Records, 1956–1998, T-84, Roll 216, Serial 234, unpag.

2750 RWM (Abt. Mineralöl) an Hauptabteilungsleiter II (RWM), 5.3.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30517, Bl. 4–6; Göring (Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches. Beauftragter für den Vierjahresplan) an Bentz, 20.7.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30590, unpag. Am 1.10.1942 nahm der Spezialsonderausschuss für Tiefbohrgeräte und Ölfeldbedarf (SSA) im Munitionsministerium seine Tätigkeit auf, der das Produktions- und Lieferungsprogramm für die Fördereinrichtungen festlegte. Zudem kam es zur Bildung der Erdölanlagen Gesellschaft mbH (EAG), die in Zusammenarbeit mit Bentz und dem SSA die Beschaffung, Lagerung und Verteilung von Erdöltiefbohr- und Fördergeräten durchführen sollte, was bis dahin Aufgabe der Kontinentalen Öl AG gewesen war, auf die weiter unten eingegangen wird. RWM (Abt. Mineralöl) an Hauptabteilungsleiter II (RWM), 5.3.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30517, Bl. 4–6; Prof. Dr. Karl Maria Hettlage (RMBuM) an Direktor Dr. Blessing (Kontinentale Öl AG, Berlin), 29.9.1942, BArch Berlin, R 121, Nr. 308, unpag.; DEA, Gewerkschaft Elwerath, Preussag u. Wintershall A.G. an Hettlage (Vorsitzender des Aufsichtsrats der EAG), 10.11.1942, ebd., unpag.; Aufgaben des Spezial-Sonderausschusses für Tiefbohrgeräte und Ölfeldbedarf, 1.4.1943, BArch Berlin, R 121, Nr. 615, unpag. Vgl. auch Kockel, *Geologie und Krieg* (1994), S. 60–64, 73 f.

2751 RWM (Abt. Mineralöl) an Hauptabteilungsleiter II (RWM), 5.3.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30517, Bl. 4–6.

Geheimbefehle und sonstigen Anordnungen weitgehend wirkungslos geblieben. Angesichts der Bedeutung des Mineralölprogramms²⁷⁵² für die gesamte Kriegswirtschaft sei die inzwischen auf 14.000 Kräfte angewachsene Gesamtbelegschaft der Erdölarbeiter im Vergleich zu anderen Fertigungsprogrammen vergleichsweise gering. Nach der Darstellung von Bentz setzten sich diese 14.000 Arbeitskräfte wie folgt zusammen:

1. 1.650 technische und kaufmännische Angestellte,
2. 6.850 reichsdeutsche Arbeiter,
3. 500 weibliche Angestellte und Arbeiterinnen,
4. 4.500 ausländische Arbeiter,
5. 500 Kriegsgefangene.

Für die Ausweitung des Programms meldete Bentz aber darüber hinaus folgenden Bedarf an Arbeitskräften an:

6. 1.450 gelernte deutsche Arbeitskräfte,
7. 900 ungelernte deutsche Arbeitskräfte,
8. 150 gelernte ausländische Arbeitskräfte,
9. 1.500 ungelernte ausländische Arbeitskräfte.²⁷⁵³

Da Bentz über die Arbeitseinsatzverhältnisse der einzelnen Firmen im Bilde war, war ihm auch klar, dass es sich bei den ‚ausländischen Arbeitern‘, um „Zivilrussen“ (‚Ostarbeiter‘), Kriegsgefangene sowie ausländische Zivilarbeiter

2752 Am 7.1.1942 hatte Göring „zur Sicherstellung des Mineralölbedarfs für Wehrmacht und Wirtschaft“ festgelegt, dass „alle Maßnahmen zur Erhöhung der Mineralölproduktion in Großdeutschland, den besetzten Gebieten und den befreundeten Staaten (...) Vorrang vor allen anderen Vorhaben“ hätten. Das solchermaßen verkündete „Mineralölprogramm“ umfasste neben dem Sektor der chemischen Erzeugung (GBChem, RWA) auch alle Maßnahmen zur Förderung der Erdölgewinnung (Bentz), jene des RWM zur Erhaltung der laufenden Betriebsbereitschaft der Mineralölindustrie, Maßnahmen zum Ausbau und zur Erhaltung von Öltransportmitteln sowie „zur Freimachung von flüssigen Heiz- und Kraftstoffen“. Die Reichweite des Mineralölprogramms sollte sich auch auf die Sicherung der dafür notwendigen Arbeitskräfte erstrecken. Geheimer Erlass Görings (Vorsitzender des Ministerrats für die Reichsverteidigung und Beauftragter für den Vierjahresplan), 7.1.1942, RGVA Moskau, Fond 1459k-1-83, Bl. 329–330; RAM an die Präsidenten der Landesarbeitsämter betr. Mineralölprogramm, 13.1.1942, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 4, RBF 122, unsp.; Erlass des OKW betr. Kräftebedarf für das Mineralölprogramm, 21.4.1942, ebd., unsp. Am 10.1.1942 hatte Hitler grundsätzliche Richtlinien über die Rüstung 1942 fixiert, in denen u.a. festgelegt worden war, dass „alle zur Durchführung des Mineralöl-Programms notwendigen Maßnahmen (...) mit besonderer Dringlichkeit zu fördern“ waren. Moll, Führer-Erlasse (2011), S. 219–221.

2753 Neben den Arbeitskräften für die Erdölförderung, bezifferte Bentz auch die Zahl der vorhandenen (4.000) und noch benötigten (2.000) Fachkräfte für die Bohr- und Fördergeräteherstellung. Dipl. Ing. Herbert Kahno (Sachbearbeiter beim BFE Bentz) an Ministerialrat Dr. Fritz Görrnert (Stabsamt Reichsmarschall Göring) mit Erläuterungen des BFE Bentz zum Entwurf für den Führerbefehl und Entwurf des Führerbefehls, 5.11.1942, IFZ München, MA 144/3, Bl. 5434–5436.

aus anderen Ländern (z.B. Polen, Ukraine, Frankreich) handelte, wobei nicht auszuschließen ist, dass es sich dabei um Zwangsarbeiter handelte.²⁷⁵⁴

Um die Verfügbarkeit dieser Kräfte für den Einsatz in den „neu aufgeschlossenen und eroberten Erdölgebieten“ sicherzustellen, sollte eine von Bentz ausgearbeitete „Führer-Verordnung“ dienen. Mit ihr sollte das von ihm verantwortete Erdölbohr- und Förderprogramm innerhalb des Mineralölprogramms als Vorhaben von „besonderer Bedeutung“ eingestuft werden. Zur Durchführung des Bohrprogramms sollten „alle erforderlichen Maßnahmen und Aufträge den Vorrang vor allen anderen Vorhaben auch im Mineralprogramm“ erhalten und durch das Stichwort „Ölfeld“ gekennzeichnet werden. Für alle mit diesem Stichwort gekennzeichneten Aufträge und Maßnahmen sollte die höchste Dringlichkeitsstufe gelten, was auch bedeutete, dass die von Bentz angeforderten „Schlüssel- und Fachkräfte“ aus allen Wehrmachtsteilen herauszuziehen und „uk zu stellen“ waren. „Die Zuweisung von ausländischen Arbeitskräften und Kriegsgefangenen“ sollte auf Anforderung von Bentz „bevorzugt“ erfolgen, wie auch seinen Wünschen im Hinblick auf die Bereitstellung deutscher Fachkräfte „unverzüglich zu entsprechen“ war. Ebenso sollten Materialtransporte in diesem Sinne Erledigung finden und sämtliche militärischen und zivilen Dienststellen beauftragt werden, „alle sonstigen Anforderungen“ des BFE (Stichwort Ölfeld) „bevorzugt zu befriedigen“.²⁷⁵⁵

Für einen „Führererlass“ reichte es zwar nicht, aber Göring unterzeichnete Ende November 1942 einen „Erlass betr. Uk-Stellung von Schlüssel- und Fachkräften, die unter das Stichwort ‚Ölfeld‘ fielen.“²⁷⁵⁶ Im August 1944

- 2754 Vgl. Haniel & Lueg GmbH (Düsseldorf-Grafenberg) an Bentz mit anliegendem Schreiben der Fa. an OKW (WiRüAmt) vom 17.3.1942, 25.4.1942, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675-1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960-1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 4, RBF 122, unpag.; OKW (WiRüAmt) an Bentz mit zwei anliegenden Schreiben der Rüstungsinspektion des Wehrkreises IV (Sonderreferat Mineralöl) an das WiRüAmt vom 24.4.1942 betr. Arbeitseinsatzregelung bei den Firmen Alfred Wirth & Co. (Erkelenz) und Gutehoffnungshütte (Düsseldorf), 29.4.1942, ebd., unpag.; WiRüAmt an OKW Abt. Kriegsgef. Org. III b und zur Kenntnisnahme an Bentz, 18.9.1942, ebd., unpag.
- 2755 Dipl. Ing. Herbert Kahno (Sachbearbeiter beim BFE Bentz) an Ministerialrat Dr. Fritz Görnert (Stabsamt Reichsmarschall Göring) mit Erläuterungen des BFE zum Entwurf für den Führerbefehl und Entwurf des Führerbefehls, 5.11.1942, IfZ München, MA 144/3, Bl. 5434-5436.
- 2756 Fritz Görnert (Stabsamt Reichsmarschall Göring) an Staatsrat Erich Gritzbach (Stabsamt), 26.11.1942, ebd., Bl. 5865. Ob alle Forderungen von Bentz darin übernommen wurden ist unklar, da der Erlass selbst fehlt, aber Göring hatte über diese Angelegenheit mit Hitler gesprochen und dessen „absolute Zustimmung (...) erhalten, dass die vordringlichste Aufgabe die Lösung des Erdölbohr- und -förderprogramms bedeute und (...) alle damit zusammenhängenden Fragen als vordringlichst zu behandeln“ seien. Görnert an Gritzbach, 9.11.1942, ebd., Bl. 5433 f. Aus dem Schriftwechsel von Bentz mit der Erdölindustrie geht hervor, dass die „Aufteilung der Kräftekontingente“ für die einzelnen Felder von ihm vorgenommen wurde. Rüstungslieferungsamt (Amtsgruppe Arbeitseinsatz, RMBuM) mit Vermerk für Bentz, 13.11.1942, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675-1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960-1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 163, unpag.; Vermerk von Jahn (Hamburg) betr. verstärkte

machte die Vierjahresplanbehörde deutlich, dass ihr Beauftragter Bentz angewiesen sei, „die knappen für die Erschließung neuer Erdölvorkommen zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte und Materialien dort anzusetzen, wo sie nach seiner fachmännischen Überzeugung den größten Erfolg erwarten“ ließen.²⁷⁵⁷ Noch im Januar 1945 hieß es, dass ohne die Genehmigung von Bentz „niemand in der Erdölindustrie versetzt werden“ konnte.²⁷⁵⁸

Die Ausweitung seiner Kompetenzen seit 1939 spiegelte sich auch darin wider, dass sich Bentz neben seinem Mitarbeiterstab im Institut für Erdölgeologie an der RfB und seiner Außenstelle in Hannover auch einen eigenen Stab für seine Funktion als BFE aufbaute. Dabei erwies er sich zum einen als Pragmatiker, da er seine aus nur wenigen Mitarbeitern bestehende BFE-Dienststelle mit der Erdölabteilung der RfB verknüpfte (Wilhelm Haack), zum anderen aber auch als Renommist, indem er sie unnötig aufblähte, so dass sich beim Blick auf das Organisationsschema der Dienststelle der Eindruck einer großen Behörde aufdrängte.²⁷⁵⁹

GESCHÄFTSVERTEILUNG DER DIENSTSTELLE DES BEAUFTRAGTEN FÜR DIE FÖRDERUNG DER ERDÖLGEWINNUNG IM VIERJAHRESPLAN

Leiter: Alfred Bentz (Sitz: Invalidenstraße 44, Berlin,
Dienstgebäude der RfB)

Stellvertreter Abteilung I (Industrie und Wirtschaft sowie Organisation und Verwaltung): Arthur Groote

Stellvertreter Abteilung II (Geophysik und Geologie): Wilhelm Haack

-
- 2757 Erdölgewinnung in Reitbrook, 14.10.1939, ebd., Roll 4, RBF 122, unpag.; Rüstungslieferungsamt (Amtsgruppe Arbeitseinsatz, RMBuM) an Dipl. Ing. Schulze (RWM), 17.11.1942, ebd., unpag.; Friedrich Kadgien (Vierjahresplan) an NSDAP (Partei-Kanzlei, München) und OBH (RWM), 12.8.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30848, Bl. 51.
- 2758 Heinrich Hiltermann an Hedwig Altaner, 18.1.1945, UB Freiburg (GAGV), GA 68/8, Bl. 8.
- 2759 Für das RJ 1942 meldete Bentz einen Bedarf von 27 Mitarbeitern (21 Angestellte, 6 Arbeiter) an, aber letztlich umfasste sein Stab nur etwa die Hälfte, darunter drei weibliche Schreibkräfte. So kamen Anfang 1943 beispielsweise noch Erich Malzahn (NSDAP 1937), Max Haunz (NSDAP 1933) und Karl-Ernst Erk in die Dienststelle des BFE. Vgl. Liste der männlichen und weiblichen Gefolgschaftsmitglieder des BFE, ohne Datum (um 1942/43), BArch-MA Freiburg, RW 42, Nr. 43, Bl. 47; Haushalt des BFE für das RJ 1942 [im Rahmen des Gesamthaushalts des Beauftragten der den Vierjahresplan], 5.11.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 76376, unpag.; Groote (BFE) an Bentz, 14.1.1943 mit anliegenden Notizen über einzelne Mitarbeiter der Dienststelle Bentz, ebd., unpag. Zu Malzahn vgl. BFE an Oberstleutnant von Versen (OKW, WiRüAmt), 22.1.1943, ebd., unpag. Zu Haunz vgl. Wehrbezirks-Kommando Mannheim I an BFE, 6.3.1943, ebd., unpag. Zu Erk vgl. BFE an OKW (WiRüAmt) 12.1.1943, ebd., unpag. Zu den NSDAP-Mitgliedschaften von Malzahn und Haunz vgl. BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/27490062, NSDAP-Gaukartei, Kasten 2749, Karte 62 (für Malzahn), BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/13871291, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1387, Karte 1291 (für Haunz).

Abteilung I:

A. Industrie und Wirtschaft

1.) Fertigungs-Industrie

- a) Material-Einsatzplan Arthur Groote (NSDAP 1933)
- b) Zusammenarbeit mit dem SSA Groote, Waldemar Heitz (NSDAP 1931)
- c) Zusammenarbeit mit der Fachgruppe
Aufbereitungs und Baumaschinen Groote, Waldemar Heitz

2.) Erdölindustrie

- a) Durchführung des Bohr-
und Förderplans Wilhelm Groote
- b) Not- und Sonderprogramme Wilhelm Groote
- c) Arbeitseinsatz Paul Wickern (NSDAP 1933)
- d) Zusammenarbeit mit der Fach-
gruppe Erdölgewinnung Wilhelm Groote
- e) Zusammenarbeit mit der
Erdölanlagen GmbH Wilhelm Groote

3.) Hauptkontingent „Ölfeld“

Waldemar Heitz

B. Organisation und Verwaltung

1.) Programme und Auflagen

Wilhelm Groote

2.) Verbindungsdienst mit

- a) Vierjahresplan Wilhelm Groote
- b) OKW Paul Wickern
- c) Munitionsministerium Waldemar Heitz
- d) RWM Henning Koch von Hernhaussen

3.) Rechtswesen

- a) Vertragswerke innerhalb des
Erdöl- und Förderplans Paul Wickern
- b) Schlichtungswesen Paul Wickern
- c) Allgemeine Rechtsfragen Paul Wickern
- d) Personalangelegenheiten der
Dienststelle (Personalbedarf) Paul Wickern

4.) Revision und Statistik

- a) Überwachung angeordneter Maß-
nahmen im Rahmen des Bohr- und
Förderplans Henning Koch von Hernhaussen
- b) Allgemeine Büroverwaltung und
Rechnungswesen Henning Koch von Hernhaussen
- c) Fertigungs-Statistik Henning Koch von Hernhaussen
- d) Erdölproduktionsstatistik Riesch
- e) Geräte- und Nachschubstatistik

5.) Nachrichtenwesen (Zss. Öl und Kohle)

Henning Koch von
Hernhaussen.²⁷⁶⁰

2760 Organisationsplan des BFE, um 1942/43, BGR-Archiv Hannover, Nr. 76376, unpubl. Haack vertrat die gesamte Abteilung II allein, weswegen in dem Organisationsplan die Abteilung

Darüber hinaus dehnte sich Bentz' Einfluss auch auf den Bereich der Forschungsförderung aus, da ihm Göring am 30. April 1943 die Leitung des im Reichsforschungsrat gebildeten ‚Arbeitsringes für Mineralölforschung‘ anvertraute, womit Bentz auch zum Beauftragten für Mineralölforschung im RFR avancierte.²⁷⁶¹ Der Arbeitsring sollte sich den mit dem Mineralöl zusammenhängenden Fragen der Geophysik, Geologie, Bohrtechnik, Raffination, Herstellung und Umwandlung, Prüfung und Anwendung, dem Apparate- und Maschinenbau, dem Transport, der Lagerung und Verteilung sowie den Bereichen Wirtschaft und Recht zuwenden, und ihnen „eine besondere wissenschaftliche Betreuung angedeihen lassen“.²⁷⁶²

Zu diesem Zweck wurden Bentz als Beauftragtem für Mineralölforschung 1943 und 1944 vom RFR jeweils 500.000 RM zur Verfügung gestellt.²⁷⁶³ Seine ihm daraus erwachsenden Kompetenzen nutzte er dazu, um Wissenschaftler mit Hilfe von Dringlichkeitseinstufungen ‚uk-stellen‘ zu lassen und mit kriegswichtigen Forschungsaufträgen auf dem Gebiet der Mineralölforschung zu versehen.²⁷⁶⁴ Dabei fällt auf, dass sich seine Förderungen nicht mehr nur auf Fragen der Erdölgeologie, sondern auch auf die chemische Verfahrenstechnik und die organische Chemie ausdehnten und er damit in gewisser Weise mit dem GBChem Krauch (synthetischer Treibstoff) ‚gleichzog‘,

Il nicht mehr eigens eingeführt wurde. Groote war gleichzeitig Stellvertretender Leiter des Spezial-Sonderausschusses für Tiefbohrgeräte und Ölfeldbedarf beim RMBuM und Geschäftsführer der Erdölanlagen GmbH. Er schied am 31.8.1943 aus der Dienststelle Bentz aus und wechselte in einen Industriebetrieb innerhalb des Mineralölprogramms. Sein Nachfolger wurde Henning Koch von Hernhausen. Vgl. Bentz (Beauftragter für die Förderung der Erdölgewinnung an den RWM (Abt. Bergbau), 31.8.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30155, Bl. 15. Heitz war zudem Technischer Gruppenleiter im SSA beim RMBuM. Zur NSDAP-Mitgliedschaft von Groote vgl. BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/12070154, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1207, Karte 154. Zur NSDAP-Mitgliedschaft von Heitz vgl. BArch Berlin, R 9361-VIII Kartei/9831096, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 983, Karte 1096. Wickern war zugleich Justitiar der Erdölanlagen GmbH. Zur NSDAP-Mitgliedschaft von Wickern vgl. BArch R 9361-IX Kartei/48361042, NSDAP-Gaukartei, Kasten 4836, Karte 1042. Koch von Hernhausen war der Hauptschriftleiter der Zeitschrift „Öl und Kohle“. Vgl. Bentz (BFE) an OKW (WiRüAmt, Berlin), 28.11.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 76376, unp.

2761 Göring (Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Präsident des RFR) an Funk (RWM, Mitglied des Präsidialrates des RFR), 30.4.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30155, Bl. 4. Der 1937 gebildete RFR war 1942 reorganisiert und der Präsidenschaft Görings unterstellt worden. Vgl. Flachowsky, Reichsforschungsrat (2008), S. 283–300.

2762 Göring (Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Präsident des RFR) an Bentz, 30.4.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30155, Bl. 5.

2763 Vgl. Hinweise auf Bewilligungen von je 500.000 RM an Bentz zur Durchführung von Forschungsaufträgen auf dem Gebiet Mineralöle, 21.8.1943 u. 22.11.1944, BArch Berlin, R 73, Nr. 10242, unp.

2764 Der Göttinger Mineraloge Carl Wilhelm Correns war sogar schon 1940 auf Veranlassung des BFE Bentz uk-gestellt worden. Vgl. Prof. Dr. Correns (Sedimentpetrographisches Institut, Universität Göttingen) an DFG (Berlin), 16.1.1941, BArch Berlin, R 73, Nr. 10621, unp. Über den RFR (Planungsamt) erfolgte bspw. auch die Uk-Stellung des RfB-Geophysikers Günter Siemens. Vgl. Vermerk der Hauptabteilung Kader (Abteilung Industrie) betr. Kollegen Dr.-Ing. Sievers, 20.9.1954, BArch Berlin, DO 1, Nr. 101629, Bl. 19.

der neben seiner Weisungsbefugnis gegenüber der Industrie auch über einen beachtlichen Forschungskomplex (RWA) verfügte (1944: 38 Vierjahresplan-institute).²⁷⁶⁵ Wie es der Berliner Hochschulgeologe Richard Stappenbeck mit sarkastischem Unterton auf den Punkt brachte, hatte Bentz nun „in Erdölsachen Generalvollmacht“.²⁷⁶⁶

Zu den von Bentz als RFR-Beauftragten unterstützten Einrichtungen gehörten Institute der Hochschul- und der Ressortforschung, aber auch Industrieunternehmen (siehe Tab. 57). Dies war darauf zurückzuführen, dass der RFR zu den wenigen forschungsfördernden Institutionen gehörte, die die Berechtigung zur Vergabe der begehrten Dringlichkeitsstufen (S, SS, DE) besaßen, durch die allein es ihren Besitzern möglich wurde, ihr Personal vom Kriegsdienst freistellen zu lassen oder kontingentierte Materialien (Geräte, Rohstoffe) zu erhalten.²⁷⁶⁷ Wie aus der Tab. 57 hervorgeht, profitierten auch das RfB und seine Abteilung Erdöl von der Tätigkeit des RFR-Beauftragten Bentz. Besonderen Vorteil zog jedoch das an der TH Hannover angesiedelte Reichsinstitut für Erdölforschung des RFR, für das sich etwa 40 Bewilligungen ausmachen lassen, die sich auf das Reichsinstitut selbst (15 Bewilligungen), dessen Leiter Kurt Schneider (15 Bewilligungen) und den an der TH Hannover tätigen Bentz-Stellvertreter im RFR, Georg Richard Schultze (10 Bewilligungen), verteilten.²⁷⁶⁸

2765 Vgl. Maier, *Forschung* (2007), S. 999–1003; Flachowsky, *Reichsamt* (2015), S. 210–213.

2766 Richard Stappenbeck (Institut für Lagerstättenforschung und Rohstoffkunde, TH Berlin) an den Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches und Präsidenten des RFR, 14.8.1944, BArch Berlin, R 26–III, Nr. 273, unpag. Stappenbeck, der im Hinblick auf die Erdölentstehung einer anderen Theorie (Kohlenlagerstätten) anhing, als Bentz (Faulschlammssedimente, Ölschiefer), fühlte sich von letzterem ausgebootet, was er auch öffentlich machte. Vgl. ebd.; Beurlen (Leiter der Fachsparte Bodenforschung, RFR) an den Leiter des Geschäftsführenden Beirats des RFR, 25.9.1944, ebd., unpag.; Rudolf Mentzel (Geschäftsführender Beirat des RFR) an Fritz Görnert (Stabsamt Göring) mit beigefügtem Vermerk von Gustav Leopold (RFR) vom 28.10.1944 betr. Aussprache mit Bentz, 10.11.1944, ebd., unpag.

2767 Dazu und zu den Dringlichkeitsstufen vgl. Flachowsky, *Reichsforschungsrat* (2008), S. 400–405. Bezeichnender Weise plädierte der Leiter der RfB-Zweigstelle Freiberg dafür, die RfB „in irgendeiner Form in den Reichsforschungsrat“ aufzunehmen, um die Möglichkeit zum Erhalt von Dringlichkeitsstufen zu erhalten. Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiberg) an den Präsidenten des RfB, 10.8.1943, GLA Freiberg, A 02281/1, Bl. 141.

2768 Georg Richard Schultze an Ferdinand Engeroff (RFR), 22.11.1944, BArch Berlin, R 26–III, Nr. 540, unpag. Vgl. Georg-Richard Schultze (Stellvertreter des Bevollmächtigten für Mineralölforschung im RFR) an den Leiter des Geschäftsführenden Beirats des RFR, 17.8.1944, BArch Berlin, R 26–III, Nr. 721, unpag.

Tab. 57: Bewilligungen des Beauftragten für Mineralölforschung des RFR, Alfred Bentz (Auswahl).²⁷⁶⁹

Wissen- schaftler	Institut	Thema	Bewilligung	DS ²⁷⁷⁰
Askania Werke A.G., Berlin		1. Bestimmung der Tiefe des Öl- spiegels im Ringraum eines Bohr- loches durch Volumenmessung, 2. Konstruktive Verbesserung seis- mischer Verstärker zur Unterdrü- ckung der tiefen Frequenzen und zur Erhöhung der Stabilität	1944	SS
Helmut Bartenstein	Senckenbergische Na- turforsch. Gesellschaft, Kreide Frankfurt am Main	Mikropaläontologie der Oberen	1944	SS
Karl Beurlen	Institut und Staatliche Sammlung für Palä- ontologie und histori- sche Geologie, Uni- versität München	Mikropaläontologische Untersuchungen im Molassetrog	1944	SS
Willy Bielenberg	Chemische Abteilung des Staatlichen Braun- kohlenforschungsin- stituts Freiberg (Sachsen)	Herstellung von hochwertigen Dieselkraftstoffen und Schmier- ölen aus Schwelteeren, ins- besondere der Braunkohle, durch stufenweise Behandlung mit selektiven Lösungsmitteln	1944	SS
Oskar Johannes Boeck	Institut für chemische Technologie, TH München	Herstellung und Verarbeitung halogener aliphatischer Koh- lenwasserstoffe zur Erzeugung von hochklopfesten Flugkraftstoffen und synthetischen Schmierölen	1943	DE
Kurt Brass	Institut für organisch- chemische Technolo- gie, Deutsche TH Prag	Gewinnung von Schmierölen und Phenolen aus Schieferteröl	1944	SS
Hellmut Bredereck	Institut für organische Chemie, Universität Jena	Erhöhung der Kältefestigkeit von Schmiermitteln	1944	SS
Carl Wilhelm Correns	Sedimentpetrographi- sches Institut, Universität Göttingen	Schwerminerale von Ölgesteinen als stratigraphisches Hilfsmittel und zur Erkennung der Schüttungsrichtung der Sande	1944	SS

²⁷⁶⁹ Die Daten in dieser Tab. basieren auf einer vom Autor erstellten ‚Datenbank‘ zur Forschungsförderung der DFG von 1920 bis 1945, die die Grundlage für die im Jahr 2020 von der DFG freigeschaltete Datenbank „Gepris Historisch 1920–1945“ (<https://gepris-historisch.dfg.de/>) bildet, der die hier aufgeführten Anträge zu entnehmen sind.

²⁷⁷⁰ DS steht für Dringlichkeitsstufe.

Hermann Deecke	Deutsche Erdöl A.G., Heide	Durchführung und Auswertung von Bohrlochmessungen als Grundlage für die Erhaltung der Erdöllagerstätten-Energie	1944	SS
Deutsche Vaccum Öl A.G.	Rohöl-Abteilung, Celle	Entwässerung und Entsalzung des Rohöls in den Erdölfeldern	1943	SS
Erwin Ferber	Institut für chemische Technologie, TH Breslau	Untersuchungen über Polymer- benzin und Untersuchung gasför- miger Kohlenwasserstoffe	1944	SS
Fried. Krupp A.G., Essen		Untersuchungen über die Chlorie- rung von aliphatischen Kohlenwas- serstoffen und die Herstellung von Alkylbenzolen, Schmierölen und anderen Derivaten	1944	SS
Gesell. für Kohle- technik mbH, Dortmund		Benzol-Karbonsäuren aus Stein- kohle	1944	SS
Gesell. für Teerverwer- tung mbH, Duisburg- Meiderich		Untersuchung höhersiedender Steinkohleteer-Fractionen auf neue Bestandteile und deren kriegswichtigen Einsatz	1944	SS
Fritz Henning	Abteilung III (für Wärme und Druck), PTR Berlin	Forschungsauftrag mit dem Kennwort Öl-Gas-Gemische I	1944	DE
Heinrich Hock	Institut für Kohle- chemie, Bergakademie Clausthal-Zellerfeld	Beseitigung der bei der Förde- rung von paraffinhaltigen Ölen durch Ausscheiden von Weich- und Hartparaffinen auftretenden Schwierigkeiten	1944	SS
I.G. Farben- industrie A.G., Frankfurt am Main		1. Emulsionsspalter für den Erdöl- förderbetrieb, 2. Säurespülung der Sonden. Herstellung und Un- tersuchung der zusätzlich notwen- digen Korrosionsschutzöle und Netzmittel	1944	SS
Karpathen-Öl A.G., Jaslo		Erdölgeologische Untersuchungen in Westgalizien	1944	SS
Friedrich Kneule	Institut für chemische Technologie, TH München	1. Ausbau des elektroakustischen Klopfmessverfahrens, 2. Entwick- lung eines Kleinvergaser für feste Kraftstoffe nach dem Prinzip der Schwebevergasung Kleinvergaser	1944	DE
Kohle-Öl- Union von Busse, Berlin	Konzernunternehmen der Hermann-Göring- Werke	1. Tertiär und Flysch im Vorland der weißen Karpaten und ihre Bedingungen zur Bildung von La- gerstätten leichter Kohlenwasser- stoffe, 2. Erdöllagerstätten in der Ostmark	1944	SS

Alfred Mayer-Gürr	RfB Berlin	Entwicklung eines Bodendruck-Temperatur-Messgerätes für Erdölbohrungen	1944	DE
RfB Berlin	Abteilung Erdöl (Zweigstellen Hannover, Bentheim, Wien)	1. Erdölgeologische Durchforschung der Westhannoverschen Erdölfelder, 2. Konstitution und Viskositätsverhalten verdünnter Lösungen von natürlichen und synthetischen Schmierölen im Hinblick auf ihr Verhalten beim Schmiervorgang, 3. Geophysikalische Erforschung der erdölhöffigen Strukturen in Westhannover, Westfalen und den Niederlanden, 4. Geophysikalische Erforschung der erdölhöffigen Strukturen des Wiener Beckens und seiner Randgebiete (einschließlich ‚Protektorat‘ und Slowakei), 5. Geophysikalische Erforschung des Molassetrogs im Alpenvorland	1944	SS
Reichsinstitut für Erdölfor-schung des RFR	TH Hannover	1. Entwicklung von Spezialzemen-ten für die Erdölbohrindustrie, 2. Entwicklung von Strömungsge-trieben für Erdölbohranlagen, 3. Untersuchungen über die physi-kalischen Konstanten in Erdölla-gerstätten im Hinblick auf ratio-nelle Förderung, 4. Austauschstoff für Gummimanschetten für Rohr-gestänge und für Pumpen im Erd-ölbetrieb	1944	SS
Kurt Schneider	Reichsinstitut für Erdölforschung im RFR, TH Hannover	Entwicklung eines elektrischen Heizungselementes für Ölsonden zur Vermeidung von Paraffinab-scheidungen	1944	SS
Georg Richard Schultze	Lehrauftrag für Koh-lenoxyd- und Hoch-druckhydrierung, TH Hannover	1. Produktionssteigerung der Erdölgewinnung, 2. Thermische Reaktionen in der Kohlenwasser-stoff-Chemie, 3. Gewinnung isopa-raffinischer Kohlenwasserstoffe	1943	SS

Die Beziehungen des RfB zum RFR und das diesen maßgeblich kontrollierende Reichswissenschaftsministerium waren nicht immer reibungslos, worauf wei-ter unten noch einzugehen ist. Vor allem der im RFR für die Bodenforschung zuständige Fachspartenleiter Karl Beurlen musste sich wiederholt gegen Ein-flussversuche des RfB-Präsidenten Keppler wehren, der damit haderte, dass im 1942 reorganisierten RFR erneut eine „Fachsparte Bodenforschung (Geo-logie, Mineralogie, Geophysik)“ eingerichtet worden war, obwohl mit dem RfB „ein staatliches Organ“ bestand, das mit dieser Aufgabe betraut war.²⁷⁷¹

Beurlen – selbst ein Platzhirsch im wissenschaftlichen Feld und zudem Exponent der ideologisch kontaminierten „Deutschen Geologie“²⁷⁷² – versuchte die Bedenken Kepplers zu zerstreuen, indem er versprach, weder „in den inneren Geschäftsbetrieb“ des RfB eingreifen „oder die spezifischen Aufgaben, welche das Reichsamt als solches auszuüben habe, stören zu wollen“. Um Doppelarbeit zu vermeiden und das beim RfB bestehende „Misstrauen“ zu beseitigen, wurden alle laufenden Forschungsprojekte zwischen Cissarz, Bentz (RfB) und Beurlen (RFR) gemeinsam durchgesprochen und eine „gegenseitige Verständigung“ hinsichtlich sämtlicher neuen Pläne verabredet.²⁷⁷³ Darüber hinaus wurde das RfB in die von Beurlen zur Steuerung seiner Arbeiten aufgebauten Arbeitsgemeinschaften seiner Fachsparte Bodenforschung eingebunden.²⁷⁷⁴

- 2771 Keppler (Präsident RfB) an Staatssekretär Körner (Preußisches Staatsministerium), 4.5.1943, BArch Berlin, R 26–III, Nr. 164, unpag.; Göring an Beurlen, 19.2.1943, ebd., unpag. Wie sehr Keppler auf seine Rolle als Zentralinstanz geologischer Forschung achtete, hatte sich schon 1940 gezeigt, als sich der Reichsstatthalter des Gaues Danzig-Westpreußen angeschlossen hatte, eine „Geologische Landesanstalt des Reichsgaues Danzig-Westpreußen“ zu schaffen. Dies war von Keppler mit Verweis auf die RfB sofort unterbunden worden. Keppler (Präsident RfB) an den Reichstatthalter Gauleiter Albert Maria Forster (Danzig), 23.4.1940, BArch Berlin, R 2, Nr. 21359, unpag. Im Jahr 1944 brachte Cissarz gegenüber dem Haupttring Steine und Erden im Rüstungsministerium zum Ausdruck, dass „die ganzen geologischen Arbeiten“ im RfB verankert seien und die Unterlagen dort jederzeit eingesehen werden könnten. Es sei „daher nicht notwendig, dass sich mit der Frage der Rohstoff-Forschung irgendeine andere Stelle“ beschäftige. Cissarz (RfB) an Dr. Alfred Laubheimer (Haupttring Steine und Erden beim RMRuK, Arbeitsstab IV Technische Forschung und Entwicklung, Köthen), Januar 1944, GLA Freiberg, Ordner „L stek Steinbruchkartei“. Arbeit in der Lausitz, Anfragen, Gutachten, Planungen“, Teil 1 und 2, Bl. 101.
- 2772 Vgl. Kölbl-Ebert, *Geology* (2017), S. 68–71, 85–88; Guntau, *Aspekten* (2002), S. 135–141. Dass RfB-Vertreter der „Deutschen Geologie“ anhängen, wurde nicht festgestellt.
- 2773 Auf diesem Weg kam es auch zur gemeinsamen Lenkung von Forschungsaufgaben. So hatte der Berliner Hochschulpaläontologe Werner Quenstedt im Auftrag von Bentz und Beurlen „die Bearbeitung von Lamellibranchiaten [Muscheln] aus Erdölbohrungen“ übernommen. Quenstedt führte im Auftrag der RfB-Zweigstelle Wien (Erdölabteilung) darüber hinaus eine Untersuchung des Erdölmuttergesteins vom Bächetal durch, was zeigt, dass das RfB auch Hochschullehrer zur Bearbeitung wissenschaftlicher Fragen heranzog. Werner Quenstedt (Geologisch-Paläontologisches Institut, Universität Berlin) an Bentz, 8.3.1944, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 4, RBF 120, unpag.
- 2774 So etwa Wilhelm Dienemann als Leiter einer „Arbeitsgemeinschaft bodenmechanisch-bodenkundlicher Art (technische Geologie für Tiefbau usw.)“. Karl Beurlen an Rudolf Mentzel (Geschäftsführender Beirat des RFR), 14.7.1943, 21.12.1943, 31.1.1944 u. 28.6.1944, BArch Berlin, R 26–III, Nr. 164, unpag.; Beurlen (Fachsparte Bodenforschung RFR) an RFR (Berlin) betr. Halbjahresbericht der Fachsparte Bodenforschung, 20.12.1944, BArch Berlin, R 26–III, Nr. 282, unpag. Zu weiteren Querverbänden zwischen RfB und RFR, hier auf dem Gebiet der Silikose (Reichsinstitut des RFR zur Erforschung und Verhütung der Staublungenerkrankungen) und der Kolonialgeologie vgl. Brockamp (RfB) an Göring, 4.12.1943, BArch Berlin, R 26–III, Nr. 190, unpag.; Görrnert (Stabsamt Göring) an Rudolf Mentzel (Geschäftsführender Beirat RFR), 3.1.1944, ebd., unpag.; Karl Wilhelm Jötten an Mentzel, 21.9.1944, ebd., unpag.; Rundschreiben des Leiters der Kolonialwissenschaftlichen

Wie Bentz seinen Fachgenossen vollmundig verkündete, bedurfte „die kriegsentscheidende Bedeutung des Mineralöls (...) keiner besonderen Erwähnung“. Wohl aber meinte er darauf hinweisen zu müssen, „dass die gewaltigen Aufgaben, die der deutschen Kriegswirtschaft zur Sicherung der Produktionsgrundlagen innerhalb des großdeutschen Machtbereichs gestellt“ seien, „durch den uneingeschränkten Einsatz der deutschen Forschung wesentlich erleichtert werden“ konnten.²⁷⁷⁵ Allerdings hielt Bentz die „Zahl der Forschungsinstitute“, die sich mit Ölgeologie und -chemie befassten, für „erstaunlich gering“. Aus diesem Grund appellierte er nicht nur an die einschlägigen Institute der Hochschul-, Ressort- und Industrieforschung, ihren Beitrag zur Durchführung des Mineralölprogramms zu leisten, sondern legte sein ganzes Gewicht in die Waagschale, um den von ihm seit Jahren geförderten Aufbau eines Erdölinsituts an der TH Hannover endlich zum Abschluss zu bringen.²⁷⁷⁶

In der historischen Innovationsforschung wird der Aufbau von Forschungseinrichtungen als zentrale Innovationsstrategie des Staates bzw. als Hauptelement eines nationalen Innovationssystems angesehen, denn Verwaltung, Hochschulen und Unternehmen können auf das dort generierte Wissen zurückgreifen. Die Schaffung branchenspezifischer Forschungsinstitute diene dazu, das Aufkommen von Verbesserungen zu verstetigen und war international spätestens seit Ende des 19. Jahrhunderts gängige Praxis.²⁷⁷⁷ So hatte sich Bentz bereits seit 1934 um den Aufbau eines „Instituts für Erdölforschung“ an der TH Hannover bemüht, wobei für seine Standortwahl ausschlaggebend war, dass sich in der Region Hannover Deutschlands wichtigste Erdölgebiete befanden und sich dort auch die deutsche Erdölindustrie konzentrierte.²⁷⁷⁸ Bei all dem ging es Bentz darum, die noch weitgehend rückständige deutsche Erdölindustrie auf dem Gebiet von Forschung und Lehre zu ergänzen und ein wissenschaftliches Institut zu schaffen, dass sich „mit der Aufsuchung, Gewinnung und Verarbeitung von Erdöl“ befasste.²⁷⁷⁹

Hinter der Entscheidung für ein Institut in Hannover standen aber ebenso basale wirtschaftliche Interessen, denn auch dem Oberbürgermeister (OBM) von Hannover war an einer Unterstützung der deutschen Erdölindustrie

Abteilung im RFR Günther Wolff, 24.1.1941, MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, Nr. 203, unpag.; Protokoll der 1. Arbeitstagung der Fachgruppe „Koloniale Geologie und Bodenforschung des RFR“, 28.3.1941, BArch Berlin, NS 21, Nr. 352, unpag.

2775 Bentz (Bevollmächtigter für Mineralölforschung, RFR) an den Rektor der Universität Leipzig, 31.7.1944, UA Leipzig, Bestand: Rektor Rep. III/V/129, Bd. 30, Bl. 31 (Ich danke Clemens Nowak für den Hinweis).

2776 Vgl. ebd.

2777 Vgl. Marsch, Wissenschaft (2000), S. 28, 35.

2778 Zum Institut für Erdölforschung an der TH Hannover vgl. auch Jung, Begeisterung (2013), S. 282–286.

2779 Vgl. Bentz an Ministerialrat Görner [vermutlich Ernst Goerner] (Berlin), 26.8.1942, StA Hannover, HR 19, Nr. 195, unpag.; Ausarbeitung von Bentz zu Aufgaben und Struktur des Instituts für Erdölforschung Hannover, 15.9.1942, ebd., unpag. Bentz war bereits Honorarprofessor an der TH Hannover. Vgl. Bentz an Regierungsdirektor Hoffmeister (Hannover), 28.8.1942, ebd., unpag.

gelegen, weswegen auch er sich für ein Ausbildungszentrum für Erdölingenieure in der Gauhauptstadt stark machte. Als das Reichswissenschaftsministerium 1942 erwog, an der TH Braunschweig ein Erdölinstitut einzurichten, gelang es Bentz im Schulterschluss mit dem OBM von Hannover und dem Rektor der dortigen TH, die Pläne abzuwehren und die Zentralisierung von Erdölwirtschaft und -wissenschaft in Hannover Wirklichkeit werden zu lassen.²⁷⁸⁰ Während die TH Hannover zunächst damit liebäugelte, beim RWA Krauchs die Errichtung eines Vierjahresplaninstituts für Erdölforschung zu erreichen, war dies in den Augen von Bentz „in höchstem Maße unerwünscht“.²⁷⁸¹ Denn ganz offensichtlich wollte er seinem Konkurrenten jeden Einfluss auf das von ihm, Bentz, maßgeblich geplante Institut und dessen Forschungen verwehren. Als es der Gruppe um Bentz gelang, auch Göring und den Gauleiter von Südhannover-Braunschweig, Hartmann Lauterbacher, für ihren Plan zu gewinnen, war die Entscheidung zu ihrem Gunsten gefallen.²⁷⁸² Mit dem Aufbau der nun als Reichsinstitut für Erdölforschung im RFR konzipierten Forschungsstätte, für den zunächst 750.000 RM vorgesehen waren, wurde der Dozent Maximilian Marder beauftragt, der aber 1943 unerwartet starb und durch Kurt Schneider ersetzt wurde.²⁷⁸³ Das Institut wurde im Juni 1943 feierlich eröffnet, wobei es auch zur Bildung eines Kuratoriums kam, dem Bentz und der innerhalb des RfB für Rumänien zuständige Erdölgeologe Karl Krejci-Graf angehörten.²⁷⁸⁴

Wie Bentz in seinem Programm für das Reichsinstitut für Erdölforschung festlegte, sollte es „einerseits die Gesamtheit der mit dem Aufsuchen,

2780 Ebd.; OBM der Hauptstadt Hannover an den Rektor der TH Hannover, 25.7.1942 u. 30.7.1942, ebd., unpag.; Rektor der TH Hannover an RMWEV, 16.2.1942, ebd., unpag.; Rektor der TH Hannover an den Oberpräsidenten der Provinz Hannover, 6.7.1942, ebd., unpag.; Vermerk der Dienststelle des Oberpräsidenten der Provinz Hannover, 21.8.1942, ebd., unpag.

2781 Rektor der TH Hannover an den Oberpräsidenten der Provinz Hannover, 6.7.1942, ebd., unpag.; Gewerkschaft Elwerath (Erdölwerke Hannover) an Regierungsdirektor Hoffmeister (Hannover), 4.9.1942, ebd., unpag. Bentz tat sich nicht nur als Verhandlungsführer hervor, sondern legte auch die für das geplante Institut zentralen Aufgaben und Forschungsschwerpunkte fest. Vgl. Bentz (BFE) an Ministerialrat Görner [Goerner] (Berlin), 29.8.1942, ebd., unpag.; Hartmann Lauterbacher (Gauleiter des Gaues Südhannover-Braunschweig, Hannover) an Pg. Hoffmeister mit anliegender Ausarbeitung von Bentz betr. Institut für Erdölforschung Hannover vom 15.9.1942, 16.11.1942, ebd., unpag.

2782 Vermerk vermutlich von Regierungsdirektor Hoffmeister (Dienststelle des Oberpräsidenten der Provinz Hannover), 3.9.1942, ebd., unpag.; Bentz (BFE) an Ministerialrat Fritz Görnert, 13.10.1942, IfZ München, MA 144/3, Bl. 5945 f.

2783 Vgl. Maximilian Marder an Rudolf Mentzel (Präsident DFG), 29.1.1943, BAArch Berlin, R 26-III, Nr. 165, unpag.; Rektor der TH Hannover an OBH Hannover, 20.7.1943, StA Hannover, HR 19, Nr. 195, unpag. Anlässlich des 50. Geburtstages von Göring wurde auch eine Stiftung in Höhe von 100.000 RM vorgesehen, ein so genanntes „Hermann-Göring-Stipendium“, die u.a. auch dem Reichsinstitut für Erdölforschung zugutekommen sollte, aber offenbar wurden aus dieser Stiftung nie Mittel bewilligt. Vgl. Satzung für die Stiftung „Hermann-Göring-Stipendium“ in Hannover, ohne Datum, ebd., unpag.; Auszug aus der Niederschrift über die 1. Sitzung des Hauptausschusses des Rates [der Stadt Hannover], 3.5.1946, ebd., unpag.

2784 Dezernat des OBM Hannover an den Gauleiter und Oberpräsidenten Lauterbacher (Hannover) mit Teilnehmerliste der Eröffnungsfeier des Reichsinstituts für Erdölforschung, 12.6.1943, ebd., unpag.

Gewinnen, Verarbeiten, Untersuchen und Prüfen von Erdöl und Naturgas zusammenhängenden Probleme“ bearbeiten. Zum anderen sollte es sich der „Ausbildung des akademischen Nachwuchses der Erdölbohr-, -gewinnungs- und -verarbeitungsindustrie an Tiefbohr- und Raffinerieingenieuren sowie an Chemikern“ zuwenden. Zu diesem Zweck verfügte das RMWEV die Einrichtung von drei neuen Studiengängen (1. Erdölbohr- und -förderertechnik, 2. Erdölraffinerietechnik, 3. Erdölchemie) an der TH Hannover. Die Umsetzung des Programms sollte in fünf Einzelinstituten erfolgen (1. Erdölgeologie, 2. Erdölbohr- und -förderertechnik, 3. Erdölchemie, 4. Erdölphysik, 5. Erdölraffinerietechnik).²⁷⁸⁵ Der Haushaltsplan sah 123 Mitarbeiter vor, bis April 1944 waren dort bereits 70 Angestellte und Lohnempfänger tätig.²⁷⁸⁶ Immerhin gelang es Bentz noch, das Institut in die unmittelbar ‚kriegswichtige‘ Forschungsarbeit einzubinden. Als sich bei den 1943 forcierten Bohrungen in der ‚Ostmark‘ – auf die noch einzugehen ist – erhebliche Probleme mit der „Bohrlochzementation“ ergaben und es wiederholt zu Wassereinbrüchen kam, wurde der Arbeitsring Mineralölforschung des RFR von Bentz beauftragt, sich mit der Sache zu befassen.²⁷⁸⁷ Im Ergebnis erhielt das Reichsinstitut für Erdölforschung von Bentz einen Forschungsauftrag der Dringlichkeitsstufe „SS“, der auf die „Entwicklung von Spezialzementen für die Erdölbohrindustrie“ abzielte.²⁷⁸⁸

-
- 2785 Ausarbeitung von Bentz betr. Errichtung des „Reichsinstituts für Erdölforschung“ der TH Hannover mit anliegenden Ausführungen über die wichtigsten Arbeitsgebiete der Forschungs- und Entwicklungsabteilungen des Reichsinstituts und einem Vorlesungs- und Übungsverzeichnis für die Lehrgänge „Erdöltechnik“ und „Erdölchemie“, ohne Datum, ebd., unpag.
- 2786 Rektor der TH Hannover an Rudolf Mentzel (RFR), 27.4.1944, BArch Berlin, R 26–III, Nr. 165, unpag. Als Lehrkräfte waren auch Geologen der RfB wie zum Beispiel Leonhard Riedel vorgesehen. Vgl. Dezernat des OBM Hannover an den Gauleiter und Oberpräsidenten Lauterbacher (Hannover) mit Teilnehmerliste der Eröffnungsfeier des Reichsinstituts für Erdölforschung, 12.6.1943, StA Hannover, HR 19, Nr. 195, unpag. Das Institut wurde im Übrigen vom SD überwacht. Vgl. Regierungsdirektor L. Hoffmeister (Staatskommissar für die Gauhauptstadt Hannover) an SS-Hauptsturmführer Heinrich August Hartung (SD-Hauptaußenstelle Braunschweig), 21.6.1943 u. 29.6.1943, ebd., unpag.; Hartung an Hoffmeister, 28.6.1943, ebd., unpag.
- 2787 Dienststelle Ostmarköl (Wien) mit Bericht über die Tätigkeit und Entwicklung der Arbeiten im Monat Juni bzw. ersten Halbjahr 1943, 8.7.1943, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 3, RBF 111, unpag. Vgl. auch Niederschrift der Dienststelle Ostmarköl an Bentz über eine Sitzung im Industriehaus Wien, 18.10.1943, ebd., unpag.
- 2788 Prof. Kurt Schneider (Reichsinstitut für Erdölforschung, TH Hannover), Kurzbericht über den Forschungsauftrag Entwicklung von Spezialzementen für die Erdölbohrindustrie, 27.7.1944, BArch Berlin, R 26–III, Nr. 666, unpag. Im Fokus standen dabei die Überprüfung der „Verpumpbarkeit des Zementbreis“, seine schnellere Abbinde- bzw. Trocknungszeit, um die Wartezeit bis zur Wiederaufnahme der Bohrarbeit und damit die Gesamtbohrzeit einer Bohrung zu verkürzen. „Rote Berichte“ des RFR, 1944, NAW, RG 319, Entry 82a, Box 19, Records of the Army Staff, Assistant Chief of Staff (G-2), Intelligence. Administrative Division, Document Library Branch; Reports and Messages, 1918–1951 (ALSOS-Mission), unpag.

Auch wenn Bentz viel Energie in die Schaffung des Reichsinstituts investierte und damit vielleicht auch seinen Zeitmangel zur Durchführung eigener Forschungen zu kompensieren versuchte, blieben sein Haupttätigkeitsfeld im Zweiten Weltkrieg die Planung und Steuerung der deutschen Erdölförderung, die sich in seinen jährlichen Förderplänen niederschlug (Tab. 58).

Die durch das Bohrprogramm seit 1934 gesteigerte Aufschlusstätigkeit und vor allem der massive Einsatz von Produktionsbohrungen ab September 1939 hatten zur Folge, dass die alten produktiven Felder in ihrer Leistung immer mehr nachließen. Während Nienhagen 1935 noch 77 Prozent der deutschen Förderung lieferte, war es 1940 auf 20 Prozent abgesunken. Immerhin wurden die Verluste durch die im Zuge des Reichsbohrprogramms neu entdeckten Felder weitgehend ausgeglichen. Hatten sie 1935 noch drei Prozent der deutschen Gesamtförderung ausgemacht, so war ihr Anteil bis 1940 auf etwa 65 Prozent gestiegen. Die von Bentz verfügte „verschärfte“ Ausbeutung für 1940 machte sich aber nicht nur in den alten, sondern auch in einem Teil der neuen Felder bemerkbar (z.B. Reitbrook).²⁷⁸⁹ Da half es nur wenig, dass Bentz die trüben Zukunftsaussichten immer wieder mit positiven Befunden kaschierte, indem er etwa im Dezember 1941 im Vorausgriff auf die geplante Förderung 1942 feststellte, dass dann (Ende 1942) seit Kriegsbeginn „in 28 Monaten rund 3,5 Millionen Tonnen Erdöl gefördert“ worden seien. Dies, so Bentz, entspreche der Gesamtförderung Deutschlands im Zeitraum von 1872–1932 (= 61 Jahre). Zudem seien von 1933 bis zum Kriegsbeginn, also in etwas mehr als sechs Jahren, etwa 3 Millionen Tonnen gefördert worden. Daraus, so Bentz mit Blick auf seine eigene Person, gehe „klar hervor, mit welchem Erfolg die deutsche Erdölförderung im Krieg gesteigert“ worden sei.²⁷⁹⁰ Trotzdem änderte dies nur wenig an der prekären Versorgungslage, was nicht nur eine „weitere Steigerung der Förderung in der Ostmark“, sondern einen Zugriff auf die Erdölressourcen der übrigen von den Deutschen besetzten Gebiete erforderlich machte, auf den die NS-Führung von Beginn an spekuliert hatte.²⁷⁹¹

2789 Bentz (BFE) an Oskar Gabel (RWM, Abt. II Bergbau), 8.1.1941, BAArch Berlin, R 3101, Nr. 30513, Bl. 3–5. Vgl. auch Laufer, Staatskonzern (2005), S. 293. Eine Übersicht über die zwischen 1935 und 1942 neu hinzugekommenen Ölfelder (darunter auch jene der ‚Ostmark‘ und des Elsass) findet sich in Tätigkeitsbericht der Fachgruppe Erdölgewinnung der WiGru Kraftstoffindustrie für das Rechnungsjahr 1942, 22.1.1944, BAArch Berlin, R 3101, Nr. 30529, Bl. 77–86, hier Bl. 79 f.

2790 Bentz (BFE) an Oskar Gabel (RWM, Abt. II Bergbau), 8.11.1941, BAArch Berlin, R 3101, Nr. 31099, Bl. 134 f.

2791 Bentz (BFE) an Oskar Gabel (RWM, Abt. II Bergbau), 8.1.1941, BAArch Berlin, R 3101, Nr. 30513, Bl. 3–5. Wie den Mitteilungen der Brabag zu entnehmen war, wurde beispielsweise im gesamten ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ nach Öl gesucht. Brabag-Mitteilungen Nr. 70 (Wirtschaftlicher Teil), 15.3.1941, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 3, RBF 98, unpag. Der Deutschen Erdöl AG. (DEA), die 1940 die Deutsche Petroleum AG (DPAG) übernommen hatte, wurde „die treuhänderische Verwaltung der ihr bis zum Ende des Weltkrieges gehörenden Erdölbetriebe im Elsass übertragen“. Brabag-Mitteilungen Nr. 72 (Wirtschaftlicher Teil), 15.4.1941, ebd., Roll 3, RBF 99. Dass man auf deutscher Seite nichts unversucht lies, zeigte das deutsche

Tab. 58: Planungen von Alfred Bentz (Beauftragter des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring für die Förderung der Erdölgewinnung): Erdölförderung 1939–1945.²⁷⁹²

Erdölfeld	Jahres- Produktion (Stand August 1939) in t	Förderung ,Mob-Plan' 1940 in t	Förderung ,Kriegs- Plan' 1940 in t	Förderung ,Förder- Plan' 1941 in t	Förderung ,Förder- Plan' 1942 in t	Förderung ,Förder- Plan' 1943 in t	Förderung ,Förder- Plan' 1944 in t
Nienhagen	325.000	444.000	298.137	248.680	262.400	?	221.270
Eicklingen	28.000	30.000	40.632	30.900	20.400	?	13.800
Gifhorn-Ehra	2.000	10.000	9.770	6.405	3.600	?	2.750
Wietze	42.000	44.000	38.850	36.070	36.000	?	34.760
Heide	40.000	95.000	199.468	288.000	150.000	?	90.000
Oberg	13.000	16.000	16.654	13.900	10.600	?	11.000
Mölme	10.000	10.000	8.544	7.200	7.200	?	12.600
Eddesse- Ölheim	6.000	6.000	5.015	5.170	3.000	?	2.500
Rodewald	20.000	50.000	33.182	60.600	41.600	?	40.000
Meckelfeld	4.000	10.000	5.744	4.050	4.800	?	3.000
Reitbrook	135.000	725.000	525.054	228.000	75.000	?	28.650
Fuhrberg	-	-	9.023	36.200	44.000	?	46.200
Baden	-	-	9.297	9.800	9.300	?	8.480
Sottorf	-	-	-	600	450	?	-
Broistedt	-	-	-	600	2.400	?	2.500
Hambühren	-	-	-	-	5.400	?	-
Thören	-	-	-	-	18.000	?	19.200
Hademstorf	-	-	-	-	1.850	?	6.000
Lingen	-	-	-	-	-	?	39.000
Wesendorf	-	-	-	-	-	?	36.600

Engagement in der Erdölwirtschaft des verbündeten Kroatiens, das eigentlich als erdölarm galt. Vgl. Brabag-Mitteilungen, Nr. 93 (Wirtschaftlicher Teil), 1.3.1942, ebd., Roll 3, RBF 100, unp. Die Prakla führte schon im November 1939 seismische Untersuchungen auf den Ölfeldern von Gbely (dt. Egbell) in der Slowakei durch. Vgl. etwa Gesellschaft für praktische Lagerstättenforschung GmbH (Berlin) an Bentz (RfB) mit 1. Vorbericht über refraktions- und reflexionsseismische Untersuchungen im Gebiet der westlichen Slowakei, ausgeführt für die Deutsche Petroleum AG Berlin, Mineralölwerke Wietze, 9.4.1940, ebd., Roll 1, RBF 17, unp. Weitere Berichte der Prakla zu ihren Arbeiten in der Slowakei finden sich ebd. RBF 18–21, unp. Zu den DPAG-/DEA-Standorten im Krieg (z.B. Pechelbronn, Gbely) vgl. Grieger/Karlsch, Treibstoff (2024), S. 304–308, 312–323. Vor dem Hintergrund der zwischen 1940 und 1942 kurz auflebenden Kolonialambitionen Deutschlands befassten sich verschiedene Geologen mit der Erdölhöffigkeit des afrikanischen Kontinents. Vgl. etwa Mayer-Gürr, Erdölhöffigkeit (1942), S. 73–94; Turyn, Afrika (1940), S. 339–341.

2792 Alfred Bentz (BFE, Berlin) an Pasel (RWM) betr. ‚Mob-Plan‘, 18.9.1939, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31099, Bl. 6–8; Bentz: Kriegsplan Erdölgewinnung, 6.4.1940, ebd., Bl. 94; Bentz (BFE) an RWM (Abt. Bergbau), 6.12.1940, ebd., Bl. 113–117; Bentz (BFE) an RWM (Abt. Bergbau), 8.11.1941, ebd., Bl. 134–143; Bentz (BFE) an OBH Oskar Gabel (RMW, Abt. Bergbau), 29.11.1943, ebd., Bl. 177–181. Die Zahlen für den Förderplan 1943 beziehen sich auf GBChem (I Minöl) an Staatssekretär Körner (Preußisches Staatsministerium, Berlin), 13.12.1943, BArch Berlin, R 3112, Nr. 129, unp.

Hohenassel	-	-	-	-	-	?	8.700
Emlichheim	-	-	-	-	-	?	3.000
Etzel	-	-	-	-	-	?	1.800
Georgsdorf	-	-	-	-	-	?	1.800
Σ Altreich	625.000	1.440.000	1.199.370	976.175	696.000	647.000	633.610
„Ostmark“	125.000	560.000	413.157	626.700	675.400	1.505.000	1.094.000
GESAMT	750.000	2.000.000	1.609.266	1.602.875	1.371.400	2.152.000	1.727.530
„Protektorat“	-	-	-	4.000	3.600	4.000	7.800
Galizien	-	-	-	120.000	430.000	406.000	406.000
Elsass	-	-	-	50.000	60.000	60.000	60.000
Slowakei	-	-	-	24.000	24.000 ?	24.000	24.000
Ukraine	-	-	-	-	25.000	2.000	-
Russland	-	-	-	-	-	250.000	-
Rumänien	-	-	-	-	-	5.300.000	5.000.000
Kroatien	-	-	-	-	-	6.000	18.000
Ungarn	-	-	-	-	-	800.000	800.000
Niederlande	-	-	-	-	-	-	1.000
GESAMT	750.000	2.000.000	1.609.266	1.800.875	1.890.000	9.004.000	8.044.330

5.3.2.2 Polen

Das erste mit Waffengewalt niedergerungene Opfer Deutschlands war Polen, dessen in Westgalizien gelegenen Erdölvorkommen besonderes Interesse weckten.²⁷⁹³ Wie bereits erwähnt, ging es den deutschen Besatzern zunächst darum, Polen „als Kriegsgebiet und Beuteland rücksichtslos auszupowern, es in seiner wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, politischen Struktur sozusagen zu einem Trümmerhaufen zu machen“, wie es Generalgouverneur Hans Frank schonungslos offen formulierte.²⁷⁹⁴ Auch wenn sich hier bald ein Wandel einstellte und das ‚Generalgouvernement‘ nunmehr als „Kolonialgebiet“ betrachtet wurde, dessen „Produktion in den Dienst des Reiches“ gestellt werden sollte, bestand von Beginn an Konsens darüber, dass die Erdölvorkommen des Landes „zugunsten der deutschen Kriegswirtschaft radikal ausgenutzt werden sollten“.²⁷⁹⁵

Im OKW war zu diesem Zweck eine ‚Erdölkommission Galizien‘ gebildet worden, die dem Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Elwerath, Erich Will, unterstand und den Kampfverbänden der Wehrmacht bis zu den im äußersten Südosten Polens, im Vorland der Ostbeskiden, gelegenen Erdölfeldern

2793 Wie bereits im Kap. 5.2.1 erwähnt, war Galizien zunächst in eine deutsche und sowjetische Einflussphäre geteilt, bevor es im Zuge des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion 1941 ganz in deutsche Hände fiel. „Auf das GG entfielen 1939 etwa ein Drittel der polnischen Erdölgewinnung, auf das nunmehr sowjetisch besetzte Ostgalizien zwei Drittel“. Karlsch, Großunternehmen (2004), S. 102.

2794 So Hitler gegenüber Generalgouverneur Hans Frank. Kasper, Ausplünderung (1978), S. 42; ders., Erdöl (1976), S. 57–62; Aly/Heim, Vordenker (1995), S. 224.

2795 Kasper, Ausplünderung (1978), S. 43. Zum Entwicklungsstand der polnischen Erdölindustrie bis 1939 vgl. ebd., S. 43–45; Karlsch, Großunternehmen (2004), S. 97–100.

folgte. Die Kommission hatte die Aufgabe, die von den Deutschen eroberten Erdölfelder Ostgaliziens wieder in Gang zu setzen.²⁷⁹⁶ Auf die Zusammensetzung der im Dunstkreis der Erdölkommission wirkenden Technischen Kommandos nahm auch Bentz Einfluss, denn es passte ihm überhaupt nicht, dass sich zahlreiche Ölfachleute für einen Einsatz in Galizien bewarben und ihre Arbeitsstellen im Reich verlassen wollten.²⁷⁹⁷ So gab er der Erdöl-Produktionsgesellschaft mbH in Wien, die gerade zehn Mann ihrer Belegschaft für den „Einsatz in Galizien“ namhaft gemacht hatte, zu verstehen, das „in allererster Linie die Durchführung des Mob-Plans Erdölgewinnung für die Ostmark“ sicherzustellen sei, bevor man über den Einsatz in Galizien nachdenke.²⁷⁹⁸

Einer der drei Geologen der Kommission war der Erdölspezialist Karl Krejci-Graf, der Bentz und Keppler über den Fortgang der Arbeiten in Polen auf dem Laufenden hielt.²⁷⁹⁹ Aus seinen Berichten geht hervor, dass er „im erdölgeologischen Karpateninstitut“ (Karpacki Instytut Geologiczno-Naftowy) in Boryslaw „die ganze Einrichtung“ beschlagnahmte, sowie polnische und ukrainische Kräfte zur Wiederinbetriebnahme der zum Teil vernagelten Bohrungen heranzog.²⁸⁰⁰ Auch der Berliner RfB-Geologe Alfred Mayer-Gürr griff begeistert zu, denn seinen Berichten ist zu entnehmen, dass er zusammen mit dem dritten Geologen der Kommission, Walter Kauenhowen, „die Bestände des Bergrevieramtes Jaslo, des Erdölgeologischen Instituts in Krosno, sowie des Direktionsgebäudes der ‚Polmin‘-Gesellschaft in Jaslo nach statistischen, geologischen und technischen Unterlagen durchgesehen und dieselben sichergestellt“ habe.²⁸⁰¹ In der ersten Erdöl-Austauschsitzung nach Kriegsbeginn informierte Bentz die Industrie- und Behördenvertreter über die Tätigkeit

2796 Kasper, *Ausplünderung* (1978), S. 45; Kockel, *Geologie und Krieg* (1997), S. 38 f.; Eichholtz, *Ölpolitik* (2010), S. 373–375; Rooff, *Erdölförderung* (2016), S. 246 f. Rainer Karlsch verweist darauf, dass eine „zivile Erdölkommission“ vom Leiter der RfB Keppler gebildet worden sei, die dann dem Wirtschaftsstab der Südmaree zugeordnet wurde. Damit meint er vermutlich die ‚militärische Erdölkommission‘, auf die er an anderer Stelle ebenfalls verweist. Karlsch, *Großunternehmen* (2004), S. 100, 102. Zu Will siehe *Wer leitet?* (1942), S. 1094.

2797 Zu möglichen Beweggründen, nach Polen zu gehen, vgl. Sandkühler, *Endlösung*, S. 291.

2798 Bentz an Erdölproduktions-Gesellschaft mbH (Wien), 25.9.1939, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 7, RBF 178, unpag.; Erdölproduktions-Gesellschaft mbH (Wien) an Bentz, 19.9.1939, ebd., Roll 6, RBF 157, unpag. An Bentz gerichtete Gesuche für Einsätze in Galizien finden sich in Ing. F. Rainer (Hannover) an Bentz, 17.9.1939, ebd., unpag.; August Rautenkranz (Celle) an Bentz, 19.8.1939 [!], ebd., unpag.

2799 Neben Krejci-Graf gehörten der Chefgeologe der Deutschen Vacuum Öl AG und gleichzeitige Leiter der Mineralölabteilung beim Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt des OKW, Dr. Walter Kauenhowen, und der RfB-Erdölgeologe Alfred Mayer-Gürr zur ‚Erdölkommission Galizien‘. Vgl. Rooff, *Erdölförderung* (2016), S. 247.

2800 Krejci-Graf an Staatssekretär [Keppler], 18.9.1939, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 7, RBF 178, unpag.; Krejci-Graf an Bentz, 20.9.1939, 24.9.1939, 27.9.1939, ebd., unpag. Zu Krejci-Graf siehe Anhang Biographien. Die Beschlagnahme erfolgte vermutlich, weil das Gebiet um Boryslaw kurz darauf von sowjetischen Truppen okkupiert wurde. Vgl. Kockel, *Geologie und Krieg* (1997), S. 38.

der in Galizien „eingesetzten deutschen Untersuchungskommission“ und teilte darüber hinaus mit, dass „dort bereits eine Zweigstelle der Erdölinstituts“ der RfB gegründet worden sei.²⁸⁰²

Die Zweig- oder vielmehr Arbeitsstelle für Erdölgeologie wurde Anfang November 1939 in Jaslo von Mayer-Gürr errichtet, der bereits seit Mitte September mit wissenschaftlichen Aufnahmen in den erbeuteten Erdölfeldern beschäftigt war.²⁸⁰³ Die neue Außenstelle unterstand der Verwaltung des Amtes für Bodenforschung Krakau in der Hauptabteilung Wirtschaft der Regierung des ‚Generalgouvernements‘, in fachlicher Hinsicht jedoch der Aufsicht der RfB-Erdölabteilung in Berlin. Wie Bentz nach dem Krieg behauptete, wurde die Arbeitsstelle „als völlig neues Institut errichtet“ und „von Berlin aus mit den notwendigen Apparaturen, Büchern usw. ausgestattet“.²⁸⁰⁴ Dies wird jedoch durch Berichte Mayer-Gürrs widerlegt, in denen er Bentz 1939 darüber informierte, dass die Arbeitsstelle in den Räumen der inzwischen zerschlagenen ‚Polmin-Gesellschaft‘ in Jaslo untergekommen und „mit beschlagnahmten Möbeln“ ausgestattet war, die die Deutschen „teils von der ‚Polmin‘, teils vom ehem. polnischen Erdölinstitut in Krosno“ entwendet hatten. Auch die der Arbeitsstelle zur Verfügung stehenden wissenschaftlichen Materialien und Bibliotheksbestände stammten nicht aus Berlin, sondern aus konfisziertem polnischem Besitz. Zur Auswertung des Raubguts zog Mayer-Gürr auch polnisches Personal für Übersetzungs-, Schreib- und Zeichenarbeiten heran.²⁸⁰⁵ Die Arbeitsstelle Jaslo hatte die Aufgabe, die geologische Begleitforschung zu den „Erdölbohrungen im Bereich des erdöhlöffigen Gebietes durchzuführen“. Mit der Ausführung von Bohrungen oder der Produktion von Erdöl und -gas hatte die Stelle aber nichts zu tun, denn dies alles war Sache der so genannten ‚Beskiden-Gesellschaften‘.²⁸⁰⁶

2801 Bericht von Walter Kaunhoven und Alfred Mayer-Gürr (Jaslo) über die geologische Tätigkeit vom 15.9.-21.9.1939 im Gebiet des Bergreviers Jaslo, 21.9.1939, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 7, RFB 178, unnp.; Bericht Br. 3 von Roessing für die Zeit vom 18.9.-22.9.1939, 22.9.1939, ebd., unnp.

2802 Protokoll der 61. Austauschsitzung der Zweigstelle Hannover des Instituts für Erdölgeologie [der RfB], 30.11.1939, BGR-Archiv Hannover, Nr. 126419/2, unnp.

2803 Vgl. etwa Bericht von Mayer-Gürr über die Geologie der Erdölfelder des Bergreviers Jaslo, 20.10.1939, BGR-Archiv Hannover, Nr. 49174, unnp.; Mayer-Gürr, Erdölfelder Westgaliziens (1940), S. 251–254.

2804 Eidesstattliche Aussage von Bentz vom 12.11.1949 in Stellungnahme zu den gegen Professor Dr. Roland Brinkmann (Universität Rostock) erhobenen Vorwürfe[n] (mit Anlagen), zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling (Berlin), S. 54, 1950, BArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unnp.

2805 Mayer-Gürr: Tätigkeitsbericht des Instituts für Erdölgeologie, Zweigstelle Jaslo, November 1939, 1.12.1939, BGR-Archiv Hannover, Nr. 49333, unnp.; Rooff, Erdölförderung (2016), S. 247.

2806 Eidesstattliche Aussage von Bentz vom 12.11.1949 in Stellungnahme zu den gegen Professor Dr. Roland Brinkmann (Universität Rostock) erhobenen Vorwürfe[n] (mit Anlagen), zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling (Berlin), S. 54, 1950, BArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unnp.



Abb. 73: Der mutmaßliche Sitz der Erdölgeologischen Arbeitsstelle des RfB in Jasło 1939.²⁸⁰⁷

Nachdem die Militärbehörden ihre zivilen Verwaltungsaufgaben an die Regierung des ‚Generalgouvernements‘ übergeben und die ‚Erdölkommission Galizien‘ ihre Tätigkeit beendet hatten, wurde die polnische Ölwirtschaft in zwei Gesellschaften zusammengefasst, die auch die gesamte Betriebsführung übernahmen und maßgeblich zur Umwälzung der bisherigen Unternehmens- und Eigentumsstruktur beitrugen.²⁸⁰⁸ In der als Fördergesellschaft konzipierten „Beskiden Erdölgewinnungs-GmbH“ (‚Beskiden-Gewi‘) schlossen sich die vier großen deutschen Erdölfirmen DEA, Gewerkschaft Elwerath, Wintershall und Preussag und die zum ‚Hermann-Göring-Konzern‘ gehörende Großdeutsche Schachtbau- und Tiefbohr AG zusammen. Sie „übernahm in Westgalizien zunächst auf treuhänderischer, später auf der Grundlage von Beschlagnahmeverordnungen der deutschen Besatzungsbehörden den Bohr- und Förderbetrieb“.²⁸⁰⁹ Darüber hinaus wurde die „Beskiden Erdölverarbeitungs-GmbH“ (‚Beskiden-Vera‘) gegründet, an der die Gewerkschaft Neue Erdölraffinerie (Nerag), die DEA, Wintershall und die zum I.G. Farben-Konzern gehörende Deutsche Gasolin AG beteiligt waren.²⁸¹⁰

2807 Aus: Fotoalbum Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130806, unpubl.

2808 Vgl. dazu Kasper, *Ausplünderung* (1978), S. 46–48; Eichholtz, *Ölpolitik* (2010), S. 375. Die beiden Gesellschaften waren im Grunde ein „Konsortium deutscher Mineralölunternehmen“. Karlsch, *Großunternehmen* (2004), S. 103.

2809 Rooff, *Erdölförderung* (2016), S. 247.

2810 Vgl. Eichholtz, *Ölpolitik* (2010), S. 375. Zu den beiden ‚Beskiden-Gesellschaften‘ vgl. Kasper, *Ausplünderung* (1978), S. 48–53; Sandkühler, *Endlösung* (1996), S. 292; Karlsch, *Großunternehmen* (2004), S. 100–108; Grieger/Karlsch/Köhler, *Expansion* (2020), S. 149 f.; Grieger/Karlsch, *Treibstoff* (2024), S. 324–329.



Abb. 74: Alfred Bentz (links) und Alfred Mayer-Gürr (rechts) 1940 in Jaslo.²⁸¹¹

Zwischen dem Chefgeologen der hier allein interessierenden „Beskiden Erdöl-gewinnungs-GmbH“, Leopold Sommermeier, und dem in Jaslo tätigen Mayer-Gürr etablierte sich bald „eine funktionale Arbeitsteilung“, wobei das von Bentz aufgestellte Bohrprogramm maßgeblich war, das sich inzwischen auch auf das GG erstreckte. Während sich die Erdölgeologen der ‚Beskiden-Gesellschaft‘ dem „Alltagsgeschäft der geologischen Begutachtung der laufenden Produktions-bohrungen“ widmeten, befasste sich die RfB-Arbeitsstelle Jaslo mit Aufgaben „größeren Rahmens und Forschungsarbeiten, wozu auch die geologisch-wissenschaftliche Bearbeitung der Aufschlussbohrungen“ gehörte.²⁸¹² Zu diesem Zweck wurde der Arbeitsstelle Jaslo im November 1939 eine Untersuchungsstelle für Mikropaläontologie („Mikrostelle“) angegliedert, deren Leitung Heinrich Hiltermann übernahm. Da in Jaslo aber insgesamt nur wenige deutsche Geo-logen eingesetzt waren, griff die Arbeitsstelle auf polnische Geologen des AfB in Krakau/Warschau und der ‚Beskiden-Gewi‘ zurück.²⁸¹³

- 2811 Aus: Fotoalbum Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130806, unpubl. Die Namen der beiden Uniformierten konnten nicht festgestellt werden. Beide müssen aber in engerer Beziehung zu den RfB-Geologen gestanden haben (v.a. der Herr links), da sie in den Fotoalben wiederholt auftauchen, und zwar nicht nur in den Bildserien zu Polen, sondern auch jenen, die andere Erdölgebiete der besetzten osteuropäischen Gebiete betreffen.
- 2812 Rooff, Erdölförderung (2016), S. 247; Tätigkeitsberichte der Arbeitsstelle für Erdölgeologie Jaslo für Dezember 1939 und Januar 1940, 3.1.1940 u. 2.2.1940, BGR-Archiv Hannover, Nr. 49309, unpubl. Siehe auch Kasper, Ausplünderung (1978), S. 49. Zu Sommermeier vgl. Stowasser, Nachruf auf Leopold Sommermeier (1963), S. 657–661.
- 2813 Jahresbericht der Arbeitsstelle Jaslo und Lemberg des RfB, 1.4.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 49309, unpubl.

Zu ihnen gehörte etwa der im AfB Warschau tätige Edward Walery Janczewski, der die Erdölabteilung des RfB in Berlin Mitte 1941 über Erdölspuren zwischen Exin (Koynia) und Hohensalza unterrichtete.²⁸¹⁴ Zu dieser Frage meldete sich auch der im KZ Auschwitz inhaftierte ehemalige Verwaltungsleiter des Polnischen Geologischen Dienstes, Józef Zwierzycki, dessen Bericht ebenfalls an die RfB in Berlin gelangte.²⁸¹⁵ Möglicherweise rettete diese kurze Mitteilung Zwierzyckis Leben, denn er wurde im Juli 1942 aus dem KZ Auschwitz entlassen. Bentz gab nach dem Krieg gegenüber britischen Vernehmungsoffizieren an, dass er seinen Einfluss geltend gemacht habe, um den polnischen Geologen zu „befreien“.²⁸¹⁶

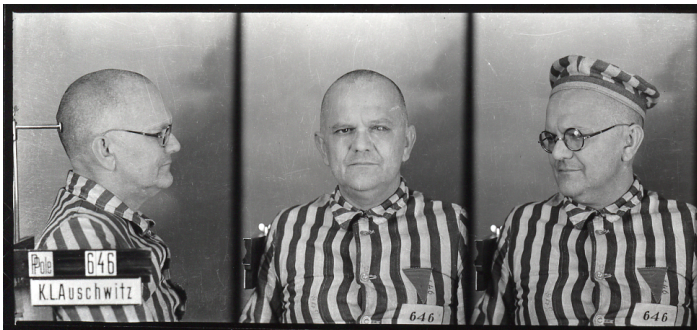


Abb. 75: Der bei der „Beskiden Erdölgewinnungs-GmbH“ beschäftigte polnische Bergwerksingenieur Maksymilian Fingerchut als Häftling im KZ Auschwitz.²⁸¹⁷

- 2814 Brinkmann (AfB Krakau) an RfB Berlin (Abteilung Erdöl) mit einer Mitteilung von Janczewski über Erdölvorkommen zwischen Exin und Hohensalza vom 15.7.1941, 19.7.1941, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 167, unpag. Zu Janczewski (1887–1959) siehe Eintrag Edward Walery Janczewski, in: https://historia.agh.edu.pl/wiki/Edward_Walery_Janczewski, eingesehen am 27.8.2024.
- 2815 Brinkmann (AfB Warschau) an RfB Berlin (Abteilung Erdöl) mit „Bekundung des Herrn Dr. Zwierzycki“ aus dem KZ Auschwitz zum Erdölvorkommen bei Hohensalza vom 19.7.1941, 18.12.1941, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 167, unpag. Der Bericht lässt darauf schließen, dass Zwierzycki gezielt angesprochen worden war. Zu Zwierzycki vgl. van Gorsel/ Chrzastek/Górecka-Nowak, Józef Zwierzycki (2020), S. 61–73; Chrzastek/Górecka-Nowak/Kryza, Józef Zwierzycki (2014), S. 167–180.
- 2816 Alfred Bentz (Celle): Supplement to my questionnaire, S. 10, 11.2.1946, NAL, FO 1039, Nr. 496, unpag. Siehe auch Kölbl-Ebert, German petroleum geologists (2018), S. 400.
- 2817 Aus: Archiwum Państwowego Muzeum Auschwitz-Birkenau w Oświęcimiu, Fotografie obozowe więźniów, fotografia Maksymilian Fingerchuta (nr obozowy 646). Der Autor ist sich des Problems bewusst, dass die demütigende Abbildung Fingerchuts die Perspektive der Täter zeigt und ein Beispiel für die zahllosen ‚Bilder wider Willen‘ darstellt, „die in Diktaturen, in Kriegs- und anderen Zwangs- und Gewaltsituationen von stigmatisierten, erniedrigten Menschen und Menschengruppen angefertigt wurden“. Aus diesem Grund wird dem hier auch eine Abbildung Fingerchuts in Zivil (Abb. 76) entgegengesetzt. Prehn,

Darüber hinaus setzte er sich auch für den bei der ‚Beskiden-Gewi‘ beschäftigten polnischen Bergwerksingenieur Maksymilian Fingerchut ein, der im Mai 1940 zusammen mit über 700 anderen polnischen Intellektuellen in das Konzentrationslager Auschwitz verschleppt worden war (siehe Abb. 75). Dank seiner „energischen Bemühungen“, so Bentz 1946, sei auch Fingerchut 1942 entlassen worden, habe daraufhin eine Anstellung bei der Karpathen Öl AG gefunden und den Krieg überlebt.²⁸¹⁸



Abb. 76: Maksymilian Fingerchut (1891–1955).²⁸¹⁹

Ebenso hielt sich Bentz zugute, dass der jüdische Erdölgeologe August Moos auf seine „Intervention“ hin bei der Preussag angestellt und von der Firma so lange wie möglich unterstützt wurde. Als seine Anstellung in Deutschland gefährdet gewesen sei, sei Moos ebenfalls durch Bentz‘ „persönliche Fürsprache“

Kamera (2022), S. 51. Die auf Cornelia Brink zurückgehende Bezeichnung der „Bilder wider Willen“ findet sich ebd. und in Wildt, Einführung (2022), S. 11. Wie Lukas Meissel betont, dienen von den damaligen Lagerverwaltungen unter Zwang hergestellten erkenntnisdienstlichen Aufnahmen von Häftlingen, wie die hier verwendete, an KZ-Gedenkstätten heute „zur Individualisierung von NS-Opfern“ und als ‚empathische Darstellungen von Einzelschicksalen‘. Meissel, Negativstreifen (2024), S. 161. Zur moralischen Frage der Reproduktion von Bildern der Shoah vgl. Bruttman/Hördler/Kreutzmüller, Inszenierung (2020), S. 14; Kreutzmüller, Grauen (2022), S. 117.

2818 Kölbl-Ebert, German petroleum geologists (2018), S. 399 f. Vgl. Maksymilian Fingerchut (Warschau, Grubeninspektor der polnischen Erdölindustrie) an Bentz, 6.7.1946, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. 20533–20535, unp.; Bentz an Fingerchut, 30.12.1946, ebd., unp.; Fingerchut an Bentz, 18.12.1942, ebd., Archiv-Nr. 20188–10190, unp. (Ich danke Karsten Linne für die Hinweise).

2819 Aus: aus: Maksymilian Fingerchut (1939), Nieznany - Muzeum Historyczne w Sanoku (Sammlung des Historischen Museums in Sanok).

zur Gewerkschaft Elwerath versetzt worden, die ihn nach Agram in Jugoslawien schickte, wo er bis 1944 ungestört habe arbeiten können. Allerdings konnte Bentz nicht verhindern, dass Moos und seine Familie 1944 von der SS verhaftet wurden.²⁸²⁰ Die Familie wurde in das KZ Bergen-Belsen verschleppt, wo Marie Moos, die Mutter von August, verstarb. August Moos wurde im Dezember 1944 nach Buchenwald verlegt und dort noch im selben Monat ermordet (siehe Abb. 77). Seine Frau Beata und die beiden Kinder überlebten, allerdings starb ihr Sohn Walter im November 1945 mit 15 Jahren an den Folgen des Lageraufenthalts. Beata erhielt durch die Vermittlung von Bentz im Oktober 1945 eine Stelle in der Bücherei des Amtes für Bodenforschung in Hannover, dem späteren Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung, aus dem sie 1967 in den Ruhestand ging, bevor sie 1984 starb.²⁸²¹

KL: Weimar - Buchenwald Jude H-7 NAM-Nr.: 47.618 ▽

Häftlings-Personal-Karte

Fam.-Name: Moos		Oberstellt		Personen-Beschreibung:	
Vorname: August Israel		am: _____ an KL.		Größe: 165 cm	
Geb. am: 10.11.1893 in: Ulm a/D.		am: _____ an KL.		Gestalt: m. stark	
Stand: verh. Kinder: 2		am: _____ an KL.		Gesicht: oval	
Wohnort: Agram (Kroatien)		am: _____ an KL.		Augen: braun	
Strasse: Kresimirov Trg 9 a		am: _____ an KL.		Nase: ger.	
Religion: r.k. Staatsang.: DR		am: _____ an KL.		Mund: gew.	
Wohnort d. Angehörigen: Ehefrau: Beata M., zZ. Aufenthaltslager Bergen-Belsen		am: _____ an KL.		Ohren: klein	
Eingewiesen am: 8.12.1944		am: _____ an KL.		Zähne: 5 MZ.	
durch: Stapo Lüneburg, Ad. Cella		am: 31.12.1944 an KL.		Haare: grau	
in KL.: Buchenwald		Entlassung:		Sprache: deutsch	
Grund: Polit.-Jude		am: H-7 30.12.44 durch KL.		Bes. Kennzeichen: keine	
Verurteilt: keine		mit Verfügung v.:		Charakt.-Eigenschaften:	
Strafen im Lager:		Sicherheit b. Einsatz:			
Grund: Vater: Martin, verst. 1896 in Ulm	Art:	Bemerkung:		I.T.S. 6010 Nr. 589 S	
Mutter: Marie geb. Thalmann, verst. 1944 in Gengen-Baden		Todesursache:		Körperliche Verfassung:	
		Sepsis bei Brusttuberkulose		11. Hand.	

KL-B-N 44 Rev.000 4612

Abb. 77: Häftlings-Personal-Karte des Konzentrationslagers Buchenwald betr. den Erdölgeologen August Moos mit Bemerkung zur „Todesursache“.²⁸²²

- 2820 Kölbl-Ebert, German petroleum geologists (2018), S. 392 f., 395–403; Alfred Bentz (Celle): Supplement to my questionnaire, S. 10, 11.2.1946, NAL, FO 1039, Nr. 496, unpub.
- 2821 Vgl. Hoppe/Hoppe, Geowissenschaftler (2018), S. 76, 80–83; Hoppe/Hoppe/Röhling, Mikropaläontologin (2023), S. 353–358; Bentz, Nachruf Moos (1948), S. 55 f. (Ich danke Helmut Maier für den Hinweis).
- 2822 Aus: ITS Digital Archive, Arolsen Archives, 1 Incarceration Documents / 1.1 Camps and Ghettos / 1.1.5 Buchenwald Concentration Camp /, Reference Code: 01010503 001.345.468, Personal file of MOOS, AUGUST, born on 10-Nov-1893, DocID: 6654823

Schließlich gab Bentz 1946 an, sich auch erfolgreich für die Abwendung der Todesstrafe für den technischen Geschäftsführer der Fa. Alfred Wirth & Co. KG in Erkelenz, Werner Müller, eingesetzt zu haben. Müller war 1943 wegen einer regimekritischen Äußerung denunziert, von der Gestapo verhaftet und durch den Volksgerichtshof zum Tode verurteilt worden. „Trotz persönlicher Risiken“, so Bentz, habe er sich „nachdrücklich“ um die Milderung der Strafe bemüht, indem er behauptete, „die Durchführung des Bohr- und Produktionsprogramms sei ernsthaft gefährdet“, wenn Müller hingerichtet werde. „Nach schwierigen und gefährlichen Versuchen“ sei es Bentz gelungen, eine ‚Begnadigung‘ zu erhalten. Müller habe „während seines Aufenthalts im Besserungshaus“ sogar die Erlaubnis erhalten, wissenschaftlich zu arbeiten.²⁸²³

Als nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion im Juli 1941 schließlich auch die ostgalizischen Erdölfelder dem ‚Generalgouvernement‘ angegliedert wurden, richtete die RfB eine weitere Arbeitsstelle in Lemberg (Lwiw) unter der Leitung Hiltermanns ein, dem dort auch eine ‚Mikrostelle‘ unterstand. Wie schon in Jaslo und während der kurzzeitigen deutschen Besetzung Boryslaws 1939 kam es nun auch zu Beschlagnahmungen in wissenschaftlichen Instituten, von denen auch die neue RfB-Arbeitsstelle profitierte, die sich einen Teil dieser Materialien (z.B. Fachliteratur, Untersuchungsberichte) sicherte.²⁸²⁴ Die in der Lemberger Arbeitsstelle tätigen Mitarbeiter waren u.a. mit der „Ordnung und Übersetzung“ der aus verschiedenen Instituten requirierten russischen Erdölliteratur befasst, um RfB und Industrie die Beurteilung der ostgalizischen Ölfelder zu ermöglichen und eine schnelle Aufnahme der Aufschlussarbeiten sicherzustellen.²⁸²⁵ Zu den in Lemberg tätigen Wissenschaftlern gehörte auch die Bibliothekarin Dr. Sophie Hager, die von Hiltermann „wegen ihrer nichtarischen Abstammung“ aus ihrem alten Dienstverhältnis entlassen worden war und nun „auf Honorarbasis“ arbeitete. Da Hager Jüdin war, benötigte sie „eine Genehmigung für die Tätigkeit außerhalb des Lemberger Ghettos“, was Hiltermann befürwortete, weil sich die von ihr geleistete Arbeit als „sehr wichtig“ erwies. Dem stellte sich jedoch Keppler entgegen, der entschied, „dass die Reichsstelle für Bodenforschung sich in keiner Weise für die Jüdin Frau Hager verwenden“ dürfe.²⁸²⁶ Auf Weisung von Bentz wurde die Arbeits-

(AUGUST ISRAEL MOOS), <https://collections.arolsen-archives.org/en/document/6654823>, eingesehen am 26.2.2025).

2823 Alfred Bentz (Celle): Supplement to my questionnaire, S. 10, 11.2.1946, NAL, FO 1039, Nr. 496, unp. Müller überlebte und trat nach 1945 wieder in seine alte Firma ein. Vgl. Maschinen- und Bohrgerätefabrik Alfred Wirth, in: <https://www.virtuelles-museum.com/institution/die-maschinen-und-bohrgeraetefabrik-alfred-wirth/>, eingesehen am 26.7.2024).

2824 Die aus Raubgut bestehende Bibliothek in Lemberg wurde auch weiterhin durch „fehlende Bände aus Vereinsbüchereien u.a. Stellen ergänzt“ und Dubletten an die RfB-Bibliothek in Berlin gesandt. Dazu und zur Tätigkeit der ‚Mikrostellen‘ vgl. Roelf, Erdölförderung (2016), S. 248–253.

2825 Jahresbericht der Arbeitsstelle Jaslo und Lemberg des RfB, 1.4.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 49309, unp.

2826 Alfred Stahmer (RfB Berlin) an Brockamp, 18.11.1941, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil

stelle Lemberg bereits 1941 wieder aufgelöst. Während die Bibliothek und die Mikrostelle nach Jaslo verlegt wurden, sollten die Karten und Bohrprofile auf Jaslo und eine neue RfB-Arbeitsstelle in Boryslaw aufgeteilt werden.²⁸²⁷

Die RfB-Arbeitsstelle Boryslaw unter der Leitung des Erdölgeologen Gerhard Mempel wurde 1942 eröffnet und übernahm daraufhin bald „die geologische Beaufsichtigung sämtlicher Bohraktivitäten“ im GG.²⁸²⁸ Ebenso wie bei Mayer-Gürr und dessen Nachfolger Wolfgang Richter (ab 1942) in Jaslo entwickelte sich auch zwischen Mempel und der „Beskiden Erdölgewinnungs-GmbH“ bzw. ihrer Rechtsnachfolgerin, der im August 1942 gegründeten Karpathen Öl AG, ein enges Kooperationsverhältnis. Die Karpathen Öl AG mit Sitz in Lemberg war eine Tochtergesellschaft der auf Veranlassung der Vierjahresplanbehörde und des RWM im März 1941 gebildeten Kontinentale Öl AG („Konti“), die „alle großen Ölfelder in Europa“ übernehmen sollte.²⁸²⁹

Die „Konti“ machte sich zur Aufgabe, die angestrebte europäische „Großraumwirtschaft unter deutscher Führung auf dem Erdölgebiet“ Wirklichkeit werden zu lassen. Sie konzentrierte sich nur auf das Ausland, brachte also keine Bohrungen in Deutschland nieder und betätigte sich auch nicht auf dem Gebiet der synthetischen Treibstoffgewinnung.²⁸³⁰ An ihr waren das Reich zu 60 Prozent und die deutsche Erdölindustrie zu 40 Prozent beteiligt. Während

Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 153, unpag.; Kromer (RFB Berlin) an Stahmer, 21.11.1941, ebd., unpag. Die Anordnung Kepplers wurde vom Leiter des AfB Krakau/Warschau Brinkmann offenbar umgangen, der nicht nur von der Gestapo einen Hager vor Verhaftungen schützenden Ausweis erwirkte, sondern sie als Bibliothekarin bis 1944 weiterbeschäftigte und sogar ihren Mann in den Räumen des Bibliotheksgebäudes versteckt hielt. Stellungnahme zu den gegen Professor Dr. Roland Brinkmann (Universität Rostock) erhobenen Vorwürfe[n] (mit Anlagen), zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling (Berlin), S. 81 f., 1950, BAArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unpag. Dagegen hebt Thomas Sandkühler hervor, dass sich der Chef der Karpathen Öl AG, Karl Grosse, um den Schutz Hagers verdient gemacht habe. Sandkühler, *Endlösung* (1996), S. 368, 536 (Anm. 199). Auch Bentz reklamierte für sich, die bei der Karpathen Öl AG beschäftigte Hager „gerettet“ zu haben. Alfred Bentz (Celle): Supplement to my questionnaire, S. 10, 11.2.1946, NAL, FO 1039, Nr. 496, unpag. Zwischen Bentz und Hiltermann schienen im Hinblick auf die Beschäftigung polnischer Arbeitskräfte unterschiedliche Ansichten zu bestehen. So hielt letzterer über eine Besprechung mit Bentz etwas kryptisch fest: „Meinen Einwand, die Polen wieder mehr in den Betrieb zu stellen wie es in der Rüstungsindustrie geschieht, und nicht, wie bei den Beskiden nach Ausnutzung an die Wand zu schieben, lehnt er [Bentz] ab. Die Polen müssten jeden Augenblick gegenwärtig sein, dass Kontrolle“ komme. Vermerk von Hiltermann über eine Besprechung mit Herrn Dir. Bentz in Berlin am 23.6.1941, UB Freiburg (GAGV), GA 68/31, Bl. 1.

2827 Vgl. Hiltermann (Arbeitsstelle für Erdölgeologie der RfB Jaslo) an Bentz mit anliegendem Tätigkeitsbericht der Arbeitsstelle für Erdölgeologie der RfB in Lemberg für August 1941, 18.9.1941, BGR-Archiv Hannover, Nr. 49309, unpag.; Hiltermann: Tätigkeitsbericht der Arbeitsstellen Jaslo und Lemberg für September/Okttober 1941, 30.10.1941, ebd., unpag.

2828 Kockel, *Geologie und Krieg* (1994), S. 50.

2829 Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 210; Toprani, *Answer* (2014), S. 956–961.

2830 Brabag-Mitteilungen (Wirtschaftlicher Teil, Nr. 72), 15.4.1941, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 3, RBF 99, unpag.

der Staat einen „dominierenden Einfluss“ ausübte, überließ er „den beteiligten Mineralölfirmen und Banken die Betriebsführerschaft bzw. Finanzierung“. Einer der energischsten Fürsprecher der ‚Konti‘ war der Leiter der Abteilung Mineralöl im RWM, Ernst Rudolf Fischer, der auch den Vorsitz in ihrem Verwaltungsrat (später Vorstand) übernahm. Zum 28köpfigen Aufsichtsrat unter Reichswirtschaftsminister Walther Funk, gehörten neben General Georg Thomas (WiRüAmt), Industriemanagern und Bankern auch Keppler und Bentz.²⁸³¹ Die ‚Konti‘ sollte „das Monopol für alle deutschen Erdölinteressen außerhalb Deutschlands“ übernehmen und konzentrierte sich nach ihrer Gründung zunächst „auf die Bündelung der deutschen Erdölinteressen in Rumänien“.²⁸³² Ihr Ausgriff auf die polnischen Erdölvorkommen rief jedoch schwere Konflikte mit der Regierung des ‚Generalgouvernements‘ hervor, woraufhin sich letztere mit dem RWM und der Vierjahresplanbehörde auf den Kompromiss einigte, eine Tochtergesellschaft der ‚Konti‘ – die Karpathen Öl AG – als für das GG zuständige Gesellschaft ins Leben zu rufen, die ab August 1942 als Rechtsnachfolgerin der beiden aufgelösten ‚Beskiden-Gesellschaften‘ für die Ausbeutung der galizischen Erdölvorkommen verantwortlich war.²⁸³³

Als Leiter der Arbeitsstelle Boryslaw übernahm Mempel auf Weisung von Bentz auch die „aufschlussgeologischen Arbeiten für Ostgalizien“, die in enger Abstimmung mit der ‚Beskiden-Gewi‘ bzw. Karpathen Öl AG erfolgten. Im Zuge der Errichtung der Arbeitsstelle Boryslaw veranlasste Bentz, dass auch die Jasloer Mikrostelle nach dort verlegt wurde, da die wichtigsten Probleme, die einer mikropaläontologischen Klärung bedurften, im Miozänvorland entstanden, das von Boryslaw aus angebohrt wurde. Folglich wurde Hiltermann auf Weisung Bentz‘ 1942 von Jaslo nach Boryslaw versetzt. Bentz nahm sogar Einfluss auf die Verteilung der Büroräume in der neuen Arbeitsstelle, indem er Mempel nahelegte, „infolge der Wichtigkeit

2831 Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 209; Eichholtz, Ölpolitik (2010), S. 387–390; ders. Geschichte Bd. I (2003), S. 235–238, Kockel, Geologie und Krieg (1994), S. 47; Grieger/Karlsch, Treibstoff (2024), S. 361–366. Zur Gründung der ‚Konti‘, ihren „Allgemeinen Bestimmungen, ihren Richtlinien und ihrer Geschäftsordnung vgl. auch Göring (Vierjahresplan) an Karl Schirner (DEA), Hans Brochhaus (Gewerkschaft Elwerath), August Rostberg (Wintershall AG), Heinrich Wisselmann (Preussag), Fritz Kranefuß (Brabag), Heinrich Bütefisch (IG Farbenindustrie AG), 20.3.1941, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86537, unpag. Zur Tätigkeit und Reichweite der ‚Konti‘ vgl. z.B. Niederschrift über die 4. Sitzung des Aufsichtsrates der Kontinentale Öl Aktiengesellschaft, 21.9.1943, BArch Berlin, R 176, Nr. 89, unpag. Aufgrund einer Anordnung, nach der Mitglieder des Reichstages ihre Aufsichtsratsmandate niederzulegen hatten, zog sich Keppler 1943 aus dem Aufsichtsrat der ‚Konti‘ zurück. Vorstand der Kontinentale Öl AG (Berlin) an Bentz (RfB), 26.6.1943, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 2, RBF 36, unpag. Zur Geschichte der Kontinentale Öl AG entsteht gegenwärtig eine wissenschaftliche Studie von Karsten Linne (Hamburg).

2832 Kasper, Ausplünderung (1978), S. 49; Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 210.

2833 Kasper, Ausplünderung (1978), S. 50. Zur Karpathen Öl AG vgl. Karlsch, Großunternehmen (2004); Sandkühler, Endlösung (1996), S. 292–298; Grieger/Karlsch, Treibstoff (2024), S. 329–360.

der Aufschlussbohrertätigkeit in demselben Hause wie Herr Dr. Sommermeier“ zu sitzen. Dies, so Bentz, sei „schon deshalb notwendig, weil sich die übrigen Hilfskräfte (Zeichner, Schreibkräfte) bei Dr. Sommermeier“ befänden und Mempel „anscheinend allein und ohne jede Hilfe im Nebenhaus sitzen würde“. Dies gehe aber nicht an, weswegen es „richtiger“ sei, „dies einem der polnischen Geologen“ zuzumuten.²⁸³⁴



Abb. 78: V.l.n.r. Heinrich Hiltermann, unbekannt, Alfred Bentz, unbekannt, Leopold Sommermeier, Alfred Mayer Gürr (vermutlich in Polen 1940).²⁸³⁵

Insgesamt hatte das polnische Erdöl für die deutsche Kriegs- und Rüstungswirtschaft zunächst aber noch „keinen besonderen Stellenwert“, denn die dort geförderten Rohöle wurden vor allem im GG und in der Ukraine verbraucht. Zudem hatten die RfB-Geologen festgestellt, dass zumindest die westgalizischen Lagerstätten „einer allmählichen Erschöpfung“ entgegengingen. Auf der anderen Seite erbrachte die von den Deutschen forcierte Aufslusstätigkeit „noch keine neue Struktur oder unbekannte tiefere Horizonte“, die die Möglichkeit eröffnet hätten, den insgesamt zu beobachtenden Produktionsabfall auszugleichen.²⁸³⁶

2834 Bentz (BFE) an Beskiden Erdölgewinnungsgesellschaft mbH, Jasło (Distrikt Krakau), 18.8.1942, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 7, RBF 178, unpubl.

2835 Aus: Fotoalbum Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130806, unpubl.

2836 Heinrich Hiltermann: Zu den Arbeiten für die Erdölerschließung Westgaliziens in den letzten 6 Jahren und den geologischen Entwicklungsmöglichkeiten, 12.6.1941, BGR-Archiv Hannover, Nr. 49296, unpubl.

5.3.2.3 Rumänien

Nachdem es dem NS-Regime gelungen war, mit der Sowjetunion (1939) und auch mit Rumänien (1939 u. 1940) Abkommen über den Bezug von Mineralölprodukten zu schließen, entspannte sich die deutsche Versorgungslage zwischenzeitlich.²⁸³⁷ Wichtiger als die polnischen Zufuhren waren für Deutschland zunächst Erdölimporte aus Rumänien, die noch größere Bedeutung erhielten, als der rumänische König Carol II. im September 1940 abdankte und der deutschfreundliche Marschall Antonescu die Regierungsgeschäfte übernahm.²⁸³⁸ Nachdem die bis dahin in Bukarest und Ploiești dominierenden Erdölfachleute aus Großbritannien und den USA das Land verlassen hatten, nutzten die Deutschen die Gelegenheit, die rumänische Erdölindustrie ihren Interessen weitgehend zu unterwerfen.²⁸³⁹ So sicherten sich deutsche Erdölfirmen „durch den Aufkauf kleinerer, zum Teil vormals belgischer und französischer Erdölgesellschaften und eine erzwungene Neuerschließungsgemeinschaft mit der Royal-Dutch-Shell-Tochter Astra Romana“ gut die Hälfte der rumänischen Ölförderung.²⁸⁴⁰ Darüber hinaus drängte Göring gegenüber Antonescu auf eine Änderung des rumänischen Berggesetzes (Einführung des Staatsvorbehalts), eine Erhöhung der rumänischen Förderung sowie steigende Lieferungen an Deutschland.²⁸⁴¹ Die Änderung der Berggesetzgebung sollte das Niederbringen von Erdölbohrungen auch durch ausländisches Kapital ermöglichen, woraufhin Deutschland Reichsbohrdarlehen bereitstellte und durch Bentz das Bohrprogramm bestimmte.²⁸⁴² Aber anders als im annektierten Polen bewegte sich die NS-Rohstoffsicherungspolitik in Rumänien eher in diplomatischen Bahnen, was die deutsche Regierung und ihre Geologen zwang, auf die ‚Befindlichkeiten‘ der mit Deutschland

2837 Karlsch, *Großunternehmen* (2004), S. 107.

2838 Zur Bedeutung des rumänischen Erdöls für die deutsche Wirtschaft und Kriegsführung vgl. Eichholtz, *Ölpolitik* (2010), S. 280–350, 380–386; Karlsch, *1859–1945* (2003), S. 205–207; Kockel, *Geologie und Krieg* (1994), S. 34–38; Kasper, *Erdöl* (1976), S. 62–68.

2839 Vgl. Karlsch, *1859–1945* (2003), S. 206.

2840 Rooff, *Erdölförderung* (2016), S. 257. Siehe auch Kasper, *Erdöl* (1976), S. 66. Im Jahr 1940 gingen bereits 50 Prozent des rumänischen Gesamtölexportes nach Deutschland. Vgl. Brabag-Mitteilungen Nr. 85 (Wirtschaftlicher Teil), 1.11.1941, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 3, RBF 100, unp.

2841 Vgl. Karlsch, *1859–1945* (2003), S. 206. „Die Leistungen, die von der rumänischen Erdölindustrie im Interesse der gemeinschaftlichen Kriegsführung aufgrund der Planung des Beauftragten für die Förderung der Erdölgewinnung [Bentz] verlangt werden mussten, führten zur Aufstellung von Arbeitsprogrammen, die einen außerordentlich hohen Materialeinsatz erforderten“. Dort auch der Hinweis, dass Bentz als BFE den rumänischen Gesellschaften Arbeitsprogramme auferlegte. Dr. von der Warth: Memorandum über die Ergebnisse der Tätigkeit der Kontinentöl in Rumänien, 17.9.1943, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 2, RBF 36, unp.

2842 Vgl. Kasper, *Erdöl* (1976), S. 67.

verbündeten, aber widerwilligen Rumänen Rücksicht zu nehmen, um ihnen auf diese Weise Zugeständnisse abzurufen.²⁸⁴³



Abb. 79: Erdölfeld Moreni (Rumänien 1939).²⁸⁴⁴

Direkt vor Ort machte sich der Einfluss der Kontinentale Öl AG geltend, die im April 1941 eine Tochtergesellschaft, die Kontinentale Öl-GmbH mit Sitz in Bukarest und eine Außenstelle in Ploiești, einrichtete. Ihre für die Erkundungsarbeit im Gelände verantwortliche Geologische Abteilung wurde von Karl Krejci-Graf geleitet, der als exzellenter Kenner der rumänischen Erdölverhältnisse galt und deswegen vom RfB nach Bukarest entsandt worden war.²⁸⁴⁵ Die Zentrale der Geologischen Abteilung befand sich zwar in der rumänischen Hauptstadt, ihr eigentlicher Arbeitsschwerpunkt lag aber im Erdölgebiet von Ploiești. Von dort aus wurden alle auftauchenden geologischen Probleme verfolgt und „für Zwecke des Konzessions-Erwerbs“ und das Ansetzen von Bohrungen ausgewertet. Zudem sollte die Geologische Abteilung den Erwerb von Bohrgebieten zentral steuern, um unnötige Konkurrenz zwischen den Tochter- oder den „befreundeten Gesellschaften“ der ‚Konti‘ auszuschließen und eine „Fehlleitung von Kapital in ungünstige Bohrgebiete zu verhindern“.²⁸⁴⁶

2843 Vgl. Kockel, *Geologie und Krieg* (1994), S. 37 f.; Müller, Albert Speer (1999), S. 530–534.

2844 Aus: Fotoalbum Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130806, unp.

2845 Vgl. Roolf, *Erdölförderung* (2016), S. 257.

2846 Vermerk möglicherweise von Bentz (Ploiești) über die Geologische Abteilung der Kontinentöl, 14.11.1942, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 2, RBF 35, unp.

Da die ‚Konti‘ die Aufgabe hatte, die rumänische Erdölförderung „nach Kräften zu steigern“, erwies es sich Bentz zufolge als hinderlich, „dass genauere geologische und geophysikalische Unterlagen zur Planung eines großzügigen Aufschlussprogramms nur in ganz lückenhaftem Umfange vorhanden waren“. ²⁸⁴⁷ Er monierte, dass sich die rumänischen Erdölfirmer „auf Bohrungen in nächster Nähe der fündigen Felder“ beschränkten, und neue, etwas abseits liegende Objekte „nur ganz vereinzelt und mit unzulänglichen Mitteln in Angriff genommen“ hätten. Aus diesem Grund seien „großzügige geologische und geophysikalische Untersuchungen“ notwendig gewesen, „um für die gesamte rumänische Erdölindustrie die Basis für die durch Kriegsnotwendigkeiten diktierte intensivere Bohrtätigkeit zu schaffen“. Da es nach Ansicht von Bentz „aussichtslos war, diese Arbeiten über staatliche rumänische Stellen abwickeln zu lassen“, musste als Träger der geologischen Arbeiten die ‚Konti‘ einspringen, „die unter straffer deutscher Führung diesen Anforderungen gerecht wurde und nach bewährten deutschen Methoden arbeitete“. ²⁸⁴⁸

Bentz reiste nicht nur selbst nach Rumänien, um Krejci-Graf zu instruieren und das Arbeitsprogramm festzulegen, sondern fixierte auch die den Bohrungen vorausgehenden Messpunkte für die geophysikalischen Aufnahmearbeiten, die u.a. von Messtrupps der Prakla durchgeführt wurden. ²⁸⁴⁹ Er überzeugte Keppler und Brockamp auch, bei der Kontinental Öl GmbH eine Geophysikalische Abteilung einzurichten, deren Leitung Hubert Seblatnigg übernahm, der wiederum von der beratenden Expertise der RfB-Geophysiker Otto Barsch und Georg Hermann Reich profitierte. ²⁸⁵⁰ Wie Bentz feststellte, fehlten auf dem Gebiet der geophysikalischen Untersuchungen zusammenfassende Bearbeitungen in Rumänien „völlig“, da sich die rumänischen Erdölfirmer lediglich auf die Aufnahme kleinerer Profile in ihrem jeweils eigenen Konzessionsbesitz beschränkten. Dagegen waren regionale Zusammenhänge „dürftig“ und entlegene Gebiete (z.B. Oltenia, Banat) überhaupt nicht bearbeitet worden. Um die Bohrtätigkeit zu steigern, war aber die Gewinnung neuer

2847 Bentz betr. Abrechnung mit der Kontinentalen Öl AG Rumänien, 14.12.1944, ebd., Roll 2, RBF 36, unpag.

2848 Ebd.

2849 Vgl. Bentz an Krejci-Graf (Bukarest), 7.10.1941 u. 9.10.1941, ebd., Roll 2, RBF 33, unpag.; Bentz an Ernst Rudolf Fischer (RWM, Abt. II, MinÖl) betr. Geophysik der Kontinentalen Öl AG in Rumänien, 11.10.1941, ebd., unpag.; Gesellschaft für praktische Lagerstättenforschung GmbH (Berlin) an Bentz (BFE), 22.5.1942, ebd., unpag.

2850 Aktennotiz von Krejci-Graf (Bukarest) betr. Geophysik, 3.12.1941, ebd., unpag. Die beiden RfB-Geophysiker waren zu diesem Zweck nicht nur zu einer Inspektion nach Rumänien gereist, sondern hatten auch zum Arbeitsprogramm Seblatniggs Stellung genommen. Vgl. Hubert Seblatnigg (Ploiești) mit Bericht über die Arbeit der Geophysikalischen Abteilung für Monat November 1941, 6.12.1941, ebd., unpag.; Bemerkungen von Georg Hermann Reich zum Einsatz der Geophysik in Rumänien (Anlage hierzu Memorandum von Herrn Dipl. Ing. Seblatnigg), 6.12.1941, ebd., unpag.; Stellungnahme von Reich über Geophysikalisches und Geologisches Kartenmaterial, dass der geophysikalischen Abteilung der ‚Kontinentalen‘ zur Verfügung steht, 5.12.1941, ebd., unpag.; Stellungnahme von Reich über seismische Geräte und Zubehör, die in Rumänien zur Verfügung stehen, 6.12.1941, ebd., unpag.; Zwischenbericht Nr. 1 von Seblatnigg über die geophysikalischen Arbeiten in Rumänien, 16.12.1941, ebd., unpag.

Bohrgebiete unerlässlich, weswegen die ‚Konti‘ in der Oltenia und im Banat geophysikalische Aufnahmen durchführte, die im Reich Sache des RfB waren. Wie Bentz feststellte, fanden sich im Banat eine Reihe „interessanter Strukturen, auf denen auch gebohrt wurde, ohne dass jedoch der rumänische Staat eine Konzession erteilte. Die Untersuchung der Bohrungen musste daher trotz ständigen Drängens auf Klärung der juristischen Grundlagen unterbleiben“, weswegen Bentz den „rumänischen amtlichen Stellen“ vorwarf, in jeder Hinsicht „völlig versagt“ zu haben.²⁸⁵¹

Darüber hinaus entstand auch eine Mikropaläontologische Abteilung, deren Leitung Eberhard Buck übernahm und in der auch rumänische Geologen beschäftigt waren. Buck arbeitete nicht nur eng mit der ‚Mikrostelle‘ der RfB in Berlin zusammen, sondern auch mit dem exzellent aufgestellten Senckenberg-Forschungsmuseum in Frankfurt am Main, zu dem Krejci-Graf die notwendigen Verbindungen herstellte.²⁸⁵² Die Schaffung dieser Abteilung begründete einen Wissenstransfer, von dem letztlich auch die rumänische Seite profitierte. Denn Bentz zufolge wurde die mikropaläontologische Untersuchungsmethode durch die Deutschen „neu in Rumänien eingeführt“ und von den dortigen Erdölfirmen bis dahin nur „in unzureichendem Ausmaß“ angewendet.²⁸⁵³ In Anlehnung an die in Deutschland üblichen Austauschsitzen der Erdölgeologen und Mikropaläontologen führte Buck ein ähnliches Gremium auch in Rumänien ein, das im August 1941 erstmals in Ploiești zusammentrat und neben Vertretern der ‚Konti‘ auch Angehörige rumänischer Erdölgesellschaften umfasste.²⁸⁵⁴ An dieser Praxis hielt auch Bucks Nachfolger, der Österreicher Hans Bürgl fest, der die Leitung der Mikropaläontologischen Abteilung Ploiești im Dezember 1941 übernahm.

Als für das gesamte Bohrprogramm in Europa Verantwortlicher setzte Bentz auch in Rumänien auf eine Steigerung der Förderleistungen.²⁸⁵⁵ Als ihm

2851 Für die Durchführung der geologischen und geophysikalischen Untersuchungen in Rumänien hatte die ‚Konti‘ bis Ende 1944 etwa 560.000 RM aufgebracht, weswegen Bentz beantragte, dass ihr diese Kosten vom Reich erstattet wurden. Bentz betr. Abrechnung mit der Kontinentalen Öl AG Rumänien, 14.12.1944, ebd., Roll 2, RBF 36, unpag.

2852 Vgl. Eberhard Buck: Tätigkeitsbericht der Mikropaläontologischen Abteilung der Kontinentalen Öl Gesellschaft mbH, Ploiești über die Tätigkeit im Jahr 1943, 2.11.1944, ebd., Roll 2, RBF 31, unpag. Zur von Bentz über die RfB 1943 in die Wege geleiteten „Zentralisierung und genauer definierten Arbeitsteilung der einschlägigen Erdölforschung in Deutschland“, nach der die Mikropaläontologie der Leitung von Karl Beurlen (Universität München) und die Mikropaläontologie in die Hände des Senckenberg-Museums (Frankfurt am Main) gelegt wurde, siehe Hansert, Senckenberg-Forschungsmuseum (2018), S. 167–177, hier S. 176; Roelf, Erdölförderung (2016), S. 258–260.

2853 Bentz betr. Abrechnung mit der Kontinentalen Öl AG Rumänien, 14.12.1944, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 2, RBF 36, unpag.

2854 Eberhard Buck (Ploiești, Rumänien): Neues aus der angewandten Mikropaläontologie, 13.9.1941, ebd., Roll 2, RBF 31, unpag.; Buck: Tätigkeitsbericht der Geologen im Monat 1941, 1.11.1941, ebd., Roll 2, RBF 30, unpag.

2855 Zu seiner Weisungsbefugnis, die etwa die Steuerung des Einsatzes von Bohranlagen und ihrer Materialversorgung umfasste, vgl. Beschlussprotokoll über die Beiratsitzungen [der

Krejci-Graf berichtete, dass die Leistungen der rumänischen Erdölgesellschaft Concordia 1940 im Vergleich zu den Vorjahren zurückgeblieben seien, wies er diesen an, die Gesellschaft zur Erreichung ihrer alten Höchstleistungen anzuhalten, denn immerhin hätten die Deutschen „größtes Interesse daran“, dass Firmen, die von ihnen neu übernommen worden seien, „in der Produktion nicht abfallen, sondern diese mindestens halten“ oder aber steigerten. Gegenüber diesem Gesichtspunkt, so Bentz, hätten „alle anderen Erwägungen“ zurückzutreten.²⁸⁵⁶ Gleichwohl konnte auch er nicht verhindern, dass die in Rumänien vorhandenen Produktionsgebiete immer unergiebig wurden (siehe Tab. 59).²⁸⁵⁷

Tab. 59: Rumänische Erdölförderung und -ausfuhr nach Deutschland 1938–1944 (in Millionen Tonnen).²⁸⁵⁸

Jahr	Rohölförderung in Mill. t.	Ausfuhr nach Deutschland in Mill. t.
1938	6,6	0,8
1939	6,2	1,3
1940	5,8	1,2
1941	5,5	3,0
1942	5,7	2,2
1943	5,3	2,4
1944	3,5	1,0

Hinzu kam, dass sich die Rumänen nach Ansicht der Deutschen wenig kooperativ zeigten.²⁸⁵⁹ So gab Bukarest der deutschen Seite „nie direkte Informationen über die Ergebnisse der Bohrungen und über die Förderung in den einzelnen Feldern“ bekannt, was die ‚Konti‘ veranlasste, eine eigene statistische Abteilung aufzubauen, die über persönliche Beziehungen das für die Planung von Bentz notwendige Datenmaterial heranschaffte.²⁸⁶⁰ Einen absoluten Engpass stellten für Deutschland Bohranlagen dar, weswegen es nicht nur auf jede einzelne von ihnen ankam, sondern auch auf ihren sachgemäßen Einsatz.

‚Konti‘] in Bukarest in der Zeit vom 7.-14.9.1943, ebd., Roll 2, RBF 36, unp.

2856 Bentz an Krejci-Graf, 11.2.1941, ebd., Roll 2, RBF 46, unp.

2857 Vgl. Kontinentale Öl AG (Berlin) an die Mitglieder des Aufsichtsrats der ‚Konti‘, 3.2.1942, ebd., Roll 2, RBF 36, unp. Wie ein Bericht der ‚Konti-Tochter‘ Concordia ergab, konnte die Firma 1942 zwar auf eine gesteigerte Bohrleistung verweisen, aber ein „Absinken der Produktion“ trotzdem nicht verhindern. Geschäftsbericht des Verwaltungsrats der Concordia an die 25. Ordentliche Generalversammlung der Aktionäre vom 2.-5.7.1943 für das Geschäftsjahr 1942, ebd., Roll 2, RBF 47, unp. Nicht nur das Förderergebnis der Aufschlussbohrungen war unbefriedigend gering, auch die Produktionsbohrungen wiesen einen Leistungsabfall auf. Vgl. Jahresbericht 1943 Produktion und Bohrleistungen der Erdölgesellschaften Rumänien, 17.2.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 48552, unp.

2858 Nach Eichholtz, Ölpolitik (2010), S. 492.

2859 Vgl. ebd., S. 487–493.

2860 Bentz betr. Abrechnung mit der Kontinentalen Öl AG Rumänien, 14.12.1944, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 2, RBF 36, unp.

Um die Förderung Rumäniens im Sinne der Deutschen zu steigern, stellte das Reich den rumänischen Tochterfirmen der ‚Konti‘ mehrere Bohranlagen zur Verfügung. Wie sich jedoch zeigte, setzte die ‚Konti-Tochter‘ Concordia diese Lieferungen nicht immer zum Bohren ein, sondern schlachtete sie auch zur Ergänzung anderer Anlagen aus, was zur Folge hatte, dass größere Teile der Lieferungen ungenutzt liegen blieben. Als der für die Förderung Verantwortliche wies Bentz die ‚Konti‘ an, die Fa. Concordia zu veranlassen, die Anlage sofort in einem aussichtsreichen Feld einzusetzen, denn die deutschen Materiallieferungen seien schließlich nicht dazu gedacht, die Materiallager rumänischer Firmen aufzufüllen, sondern deren Bohrtätigkeit zu steigern.²⁸⁶¹



Abb. 80: Karl Krejci-Graf 1943 in Rumänien.²⁸⁶²

Nach der Niederlage von Stalingrad im Februar 1943, die auch von den auf deutscher Seite kämpfenden Rumänen einen hohen Blutzoll gefordert hatte, verschärfte sich der Ton zwischen beiden Seiten, was nicht zuletzt auf den zunehmenden „Mangel an Bündnisbegeisterung“ auf rumänischer Seite zurückzuführen war.²⁸⁶³ Krejci-Graf zeigte sich über das ‚unfreundliche Verhalten‘ der Rumänen gegenüber den deutschen Ölinteressen erbost. Er warf den Rumänen

2861 Bentz (BFE) an Kontinentale Öl AG (Dr. von der Warth, Berlin), 23.12.1942, ebd., Roll 2, RBF 46, unp.

2862 Aus: Fotoalbum Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130807, unp.

2863 Zudem waren die Rumänen gegen einen Ausverkauf ihrer Rohstoffressourcen, weswegen sie auch auf eine „Romanisierung“ ihrer Erdölwirtschaft abzielten. Eichholtz, Ölpolitik (2010), S. 489, 493.

allen Ernstes vor, ihr eigenes Öl „über die Maßen stark“ zu verbrauchen, nur „damit Deutschland nicht in den Genuss größerer Ölmengen“ gelange. Die deutschen Erdölvertreter in Rumänien, so Krejci-Graf, würden „stark unter dem Eindruck“ leiden, dass der ‚Führer‘ „über die unfreundliche Einstellung der Rumänen“ nicht im Bilde sei. „Er habe versucht, den SD und das Auswärtige Amt hierüber zu unterrichten“, was aber vergeblich gewesen sei. Dabei würde „ein Machtwort des Führers genügen“, um die Rumänen „gefügiger“ zu machen.²⁸⁶⁴ Deswegen zielten die Deutschen auf eine systematische Durchdringung der rumänischen Gesellschaften mit deutschen Fachleuten und eine sich ständig steigende Einflussnahme auf die Verwaltungsorgane dieser Unternehmen.²⁸⁶⁵

Vermutlich wurden deshalb mit Peter Cramer (1941), Alfred Mayer-Gürr und Wolfgang Schott (Ende 1943) weitere Erdölgeologen des RfB nach Rumänien entsandt. Dort übernahm Schott die Leitung der Geologischen Abteilung in Ploiești.²⁸⁶⁶ Schott bemühte sich dann auch folgerichtig um eine „intensivere Zusammenarbeit zwischen Geologie und Bohrtechnik“, um „eine intensive Ausnützung der vorhandenen Ölfelder“ sicherzustellen.²⁸⁶⁷ Zu diesem Zweck stellte er die Tätigkeit der Abteilung von der vorher vorwiegend ausgeführten geologischen Landesaufnahme auf eine laufende geologische Überwachung der wichtigsten Aufschluss- und Produktionsbohrungen der ‚Konti‘ um, weil er sich davon einen größtmöglichen Nutzen für die Ölförderung versprach.²⁸⁶⁸

Die sich mehrenden alliierten Bombenangriffe auf Ploiești, Bukarest und die Öltransportlinien führten nicht nur zu erheblichen Zerstörungen an der rumänischen Erdölinfrastruktur, die Angriffe zwangen auch dazu, die Geologische Abteilung Ende Mai 1944 nach Moreni zu evakuieren.²⁸⁶⁹ Viel Wirkung konnte die Abteilung von dort aus aber nicht mehr entfalten, da Truppen der

2864 Regierungsdirektor L. Hoffmeister (Staatskommissar für die Gauhauptstadt Hannover) an SS-Hauptsturmführer Hartung (SD-Hauptaußenstelle, Braunschweig), 21.6.1943, StA Hannover, HR 19, Nr. 195, unpag.

2865 Vgl. Dr. von der Warth: Memorandum über die Ergebnisse der Tätigkeit der Kontinental Öl in Rumänien, 17.9.1943, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 2, RBF 36, unpag.

2866 Beschlussprotokoll über die Beiratssitzungen [der ‚Konti‘] in Bukarest in der Zeit vom 7.-14.9.1943, ebd., unpag.; Wolfgang Schott: Tätigkeitsbericht des Geologischen Dienstes [der ‚Konti‘ in Rumänien] über die Zeit vom 1.12.1943–15.4.1944 für Herrn Prof. Bentz, 22.4.1944, ebd., Roll 2, RBF 31, unpag.; Streit, Nachruf auf Peter Cramer (2003), S. 198. Zu Cramer und Schott siehe Anhang Biographien.

2867 Zusammenfassender Abschlussbericht des Bezirksgeologen Dr. W. Schott vom RfB über seine Tätigkeit als Leiter des Geologischen Dienstes der Kontinentalen Öl GmbH in Rumänien, 31.7.1944, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 2, RBF 31, unpag.

2868 Wolfgang Schott: Tätigkeitsbericht des Geologischen Dienstes [der ‚Konti‘ in Rumänien] über die Zeit vom 1.12.1943–15.4.1944 für Herrn Prof. Bentz, 22.4.1944, ebd., unpag.

2869 Wolfgang Schott: Tätigkeitsbericht des Geologischen Dienstes [der ‚Konti‘ in Rumänien] über die Zeit vom 16.4.1944–31.7.1944 für Herrn Prof. Bentz, 31.7.1944, ebd., unpag. Vgl. auch Eichholtz, Ölpolitik (2010), S. 493.

Roten Armee drei Monate später auf rumänisches Territorium vordrangen und Bukarest besetzten, Antonescu abgesetzt und die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich abgebrochen wurden.²⁸⁷⁰ Durch den Verlust des rumänischen Öls verlor das Reich die für seine Kriegsführung bedeutendste ausländische Rohstoffquelle.²⁸⁷¹

5.3.2.4 *Russland und Ukraine*

Das auf deutscher Seite bestehende Dilemma fehlender Treibstoffe sollte jedoch nicht nur durch die „rumänische Basis“ beseitigt werden, denn auch die sowjetischen Lagerstätten auf der Krim und im Kaukasus, ja selbst die im britischen Besitz befindlichen Erdölvorkommen im Irak und am Persischen Golf markierten wichtige Ziele der Planer im Wehrwirtschaftsamt in Berlin.²⁸⁷² So hatte Göring Anfang 1941 festgelegt, „dass das Erdölgebiet von Baku unter allen Umständen gewonnen werden“ müsse. In diesem Zusammenhang forderte der Reichsmarschall, dass sich die seit 1940 konkret geplante „Ausnutzung des besetzten Russlands auf wehrwirtschaftlichem Gebiet anders“ zu gestalten habe, als dies bis dahin im Westen und in Polen der Fall gewesen sei. Er verlangte eine „Absetzung vom OKH und eine völlig selbständige Organisation unter seinem Befehl“²⁸⁷³, was im Frühjahr 1941 zur Herausbildung des „Wirtschaftsstabs Ost“ (WiStab Ost) führte, der als Führungsgremium für die Wirtschaftsverwaltung der zu besetzenden Sowjetunion konzipiert war.²⁸⁷⁴ Im Vordergrund standen dabei die Erfassung von Rohstoffen sowie Nahrungsmitteln und die Übernahme von Betrieben, was in Kooperation mit der deutschen Privatwirtschaft erfolgen sollte.²⁸⁷⁵

2870 Panthöfer, Rumänien (2105), in: <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/kriegsverlauf/rumaenien-als-verbuendeter-des-deutschen-reiches.html>, eingesehen am 29.7.2024; Schönherr, Rückzugskämpfe (2007), S. 731–848.

2871 Eichholtz, Erdölimperialisismus (2020), S. 277.

2872 Vermerk von A. Jonas über einen Vortrag beim Reichsmarschall, 26.2.1941, BArch Berlin, Bestandsergänzungsfilm Nr. 413, unpubl. (Document No. NI-7291 Office of Chief of Council für War Crimes); Koppensteiner/Häusler, Kaukasus-Öl (2021), S. 77 f.

2873 Vermerk von A. Jonas über einen Vortrag beim Reichsmarschall, 26.2.1941, BArch Berlin, Bestandsergänzungsfilm Nr. 413, unpubl. (Document No. NI-7291 Office of Chief of Council für War Crimes). Siehe auch Kasper, Erdöl (1976), S. 72.

2874 Vgl. Eichholtz, Geschichte Bd. I (2003), S. 234 f.; Müller (Hg.), Wirtschaftspolitik (1991); Fröhlich, Kampf (2018), S. 375–378; Lübbers, Wehrmacht (2010), S. 31 f., 74–77, 81–99. Neben den Ölquellen des Kaukasus bildeten die „Kornkammern der Ukraine“ sowie die Rohstoffvorkommen der Ostukraine, des Donbass und der Krim die wesentlichen Eroberungsziele. Buggeln, Großraumwirtschaft (2023), S. 658. Auch Bentz gehörte zur Chefgruppe W des Wirtschaftsstabes Ost. Vgl. Stellenbesetzung des Wirtschaftsstabes Ost (Chefgruppe W) im 2. Vierteljahr 1943, 1.4.1943, NAW, RG 242, Records Of The Headquarters of The German Armed Forces High Command T-77, Roll 1091, unpubl. Für die Steuerung des technischen Einsatzes auf dem Erdölgebiet war innerhalb des WiStabes Ost die Gruppe Mineralöl verantwortlich. Vgl. Kockel, Erdöl und Krieg (1994), S. 48.

2875 Dazu und zu dem hinter dem Überfall auf die Sowjetunion (Fall Barbarossa) stehenden „Planungsgegensatz zwischen vorwiegend militärisch-funktionaler Methode“ (OKH – Vorstoß nach Moskau) und wehrwirtschaftlich-strategischem Kalkül (OKW, WiRüAmt – zunächst Eroberung von Rohstoffgebieten), vgl. ebd., S. 43 f.



Abb. 81: Die Erdölvorkommen Sowjet-Russlands (Karte der RfB, Abteilung Erdöl, März 1941).²⁸⁷⁶

Im März 1941 begann die Wehrmacht damit, eine eigene „Mineralöl-Truppe“ aufzubauen, die die im Osten eroberten Erdölförder- und Betriebsanlagen übernehmen, gegebenenfalls instand setzen und betreiben sollte.²⁸⁷⁷ Auch zivile Stellen wie die RfB befassten sich mit der Erdölwirtschaft der Sowjetunion, um den Wehr- und Wirtschaftsbehörden das für deren Planungen notwendige Informationsmaterial zur Verfügung zu stellen.²⁸⁷⁸

2876 Aus: RfB (Abteilung Erdöl): Bericht über die Erdöl-Industrie der Sowjet-Union. Zusammenstellung von A. M. Stahmer, Anhang: Geologische Bemerkungen von A. Mayer-Gürr, 26.4.1941, BGR-Archiv Hannover, Nr. 48745, unp.

2877 Koppensteiner/Häusler, Kaukasus-Öl (2021), S. 78.

2878 Vgl. etwa Mayer-Gürr, Erdölfelder (1941), S. 919–932 u. 943–948; RfB-Veröffentlichung Die wichtigsten Lagerstätten der Erde, Heft 4: Erdöl in Russland, Berlin 1941, BGR-Archiv Hannover, Nr. 48700, unp.; RfB (Abteilung Erdöl): Bericht über die Erdöl-Industrie Sowjet-Union. Zusammenstellung von A. M. Stahmer, Anhang: Geologische Bemerkungen von A. Mayer-Gürr, 26.4.1941, BGR-Archiv Hannover, Nr. 48745, unp.; Bericht von Mayer-Gürr

Tab. 60: Jahresproduktion ausgewählter Erdölfelder in Prozent der Jahresproduktion Sowjet-Russlands 1938 bis 1942 (Jahressummen in 1.000 t) sowie Gesamtvorräte nach Angaben der RfB, Abteilung Erdöl 1941.²⁸⁷⁹

Ölfelder	Produktion 1938 in %	Produktion 1939 in %	Produktion 1942 (Plansoll in %)	Gesamtvorräte in Millionen t
Baku und Georgien	73,5	74,7	57	2.742
Grosny	8,8	7,3	8,6	655
Maikop	7,2	6,7	7,8	237
Wolga-Ural	4,3	5,6	14,7	2.704
Emba	2,2	1,9	4,3	1.172
Übrige	4,0	3,8	7,6	1.130
Summe	27.000	33.000	48.000	8.640

(Spalte 1–3 in 1.000 t,
Spalte 4 in Milliarden t)

Bei ihrem schnellen Vormarsch besetzten die Deutschen zunächst die ostgalizischen und estnischen Erdölfelder, die durch eigens gebildete Mineralölkommandos „Süd“ (Ostgalizien) und „Nord“ (estnisches Ölschiefergebiet) eingenommen wurden.²⁸⁸⁰ Wie schon in Polen profitierte die RfB auch vom Vorrücken der Wehrmacht, die wissenschaftliche Institute besetzte und beschlagnahmtes Material an Interessenten im Reich verteilte. Als dem nicht zum RfB gehörenden Geologen Othmar Kühn beim Vormarsch 1941 in der Gegend von Romny (Ukraine) beispielsweise ein Bericht über die russischen Bohrungen zu Augen kam, sah er sich außerstande, ihn „in die Hand“ zu bekommen, „da alle Erdölsachen direkt an das Reichsamt für Bodenforschung geschickt werden mussten“.²⁸⁸¹ Gut einen Monat nach dem Überfall auf die Sowjetunion beauftragte Göring die Kontinentale Öl AG, „alle in deutsche Hand fallende[n] Mineralölvorkommen zu übernehmen“ und verlieh ihr das alleinige Ausbeutungsrecht für

und Stahmer: Das Erdöl Russlands, 1940, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026385, unpag. Dazu gehörten auch Übersetzungen aus russischen Zeitschriften. Vgl. Übersetzung des Artikels von A. G. Schlichter: Die Grundaufgaben der wissenschaftlichen Forschungsarbeit über Erdöl im Bezirk Romny und in den übrigen erdöhlhaltigen Bezirken der USSR (Ukraine), 1939, BGR-Archiv Hannover, Nr. 48738, unpag.; Brabag-Mitteilungen Nr. 54, 7.2.1940, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 3, RBF 98, unpag.; Brabag-Mitteilungen Nr. 56, 8.4.1940, ebd., unpag.; Brabag-Mitteilungen, Nr. 61 vom 9.9.1940, ebd., unpag.

2879 Angaben in einer Manuskriptkarte über die Erdölvorkommen Russlands 1:4 Mio. (RfB, Abteilung Erdöl, Berlin vom 27. 3. 1941) nach Koppensteiner/Häusler, Kaukasus-Öl (2021), S. 82. Die Spalte „Gesamtvorräte in Mill. t“ geht zurück auf RfB (Abteilung Erdöl): Bericht über die Erdöl-Industrie Sowjet-Union. Zusammenstellung von A. M. Stahmer, Anhang: Geologische Bemerkungen von A. Mayer-Gürr, 26.4.1941, BGR-Archiv Hannover, Nr. 48745, unpag.

2880 Die estnischen Vorkommen und Anlagen wurden der Baltischen Öl GmbH, einer weiteren ‚Konti-Tochter‘ überlassen, die aber noch 1941 der Aufsicht des GBChem Krauch unterstellt wurde. Vgl. Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 214, 226; Kasper, Erdöl (1976), S. 73; Kockel, Geologie und Krieg (1994), S. 50.

2881 Othmar Kühn (IDO) an Ortwin Ganss, 23.8.1943, BArch Berlin, R 52–IV, Nr. 149, Bl. 44.

die Dauer von 99 Jahren.²⁸⁸² Wie bereits in Polen und im Baltikum sollten auch nun Mineralölkommandos ausgesandt werden, um die sowjetischen Ölquellen in Besitz zu nehmen. Zu ihnen gehörten Einheiten, die für das ukrainische Fördergebiet bei Romny und für die Krim aufgestellt wurden und vor allem das Mineralölkommando „K“, das in der Kaukasusregion (Baku, Maikop, Grosny) zum Einsatz gelangen sollte.²⁸⁸³ Bei all diesen Trupps handelte es sich zwar um militärische Formationen, zu denen jedoch auch Fachleute aus der Mineralölwirtschaft gehörten, die für diese speziellen Einsätze gezielt aus ihren Betrieben herausgezogen und in Uniformen gesteckt wurden. Ihre Einsatzbefehle erhielten sie von der Mineralölgruppe des ‚Wirtschaftsstabes Ost‘, der alle Aktionen koordinierte und in dieser Frage eng mit dem RWM und dem OKW (WiRüAmt) zusammenarbeiten sollte.²⁸⁸⁴



Abb. 82: Deutsche Truppen im Erdölrevier von Romny (Ukraine), 1941.²⁸⁸⁵

2882 Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 214.

2883 Zum Einsatz des Mineralölkommandos Romny vgl. Bericht über das Erdölgebiet bei Romny, 28.11.1941, BGR-Archiv Hannover, Nr. 65765, unp.; Wochenberichte des Mineralölkommandos Romny 1941–1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 65797, unp. Zum Einsatz des Mineralölkommandos Krim vgl. Bericht über die Erkundung der Mineralölproduktionsgebiete, der Mineralölverarbeitung und Großumschlagsanlagen auf der Krim durch das Mineralöl-Kommando Krim (Führer Oblt. Dr. Staub), 26.11.1941, BGR-Archiv Hannover, Nr. 65918, unp. Vgl. ferner Ausführlicher Bericht über das Ergebnis der vom Erkundungstrupp des Techn. Batl. Ma. XI auf der Halbinsel Kertsch durchgeführten Bohrfeld-Erkundung, 16.11.1941, BGR-Archiv Hannover, Nr. 65768, unp. Wie der Referent für Bodenforschung beim Generalkommissar für die Ukraine (Hauptabteilung III a) in Kiew (= Außenstelle Kiew des RfB), Otto Teuscher, berichtete, befanden sich in Romny ein Erdöllabor und der Sitz der geophysikalischen Arbeitsgruppen der Ukraine. Vgl. Bericht von Otto Teuscher betr. Ukraine Bodenforschung im Jahre 1942, 5.8.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 63098, unp.

2884 Vgl. Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 214 f.; Kasper, Erdöl (1976), S. 73; Kockel, Geologie und Krieg (1994), S. 48. Dazu und zum Einsatz der Ölkommandos 1941 vgl. Koppensteiner/Häusler, Kaukasus-Öl (2021), S. 83–90.

2885 Aus: Fotoalbum Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130806, unp.

Nach dem vor Rostov gescheiterten „Blitzfeldzug“ von 1941 legte Hitler in seiner Weisung Nr. 41 vom 5. April 1942 als Hauptaufgabe der Sommeroffensive fest, durch Vorstöße im Südabschnitt der Front, „die Ölgebiete im kaukasischen Raum und den Übergang über den Kaukasus selbst zu gewinnen“, der als Tor zum Durchbruch in den arabischen Raum und dessen Erdölquellen dienen sollte.²⁸⁸⁶ Zu diesem Zweck wurde das Mineralölkommando „K“ zur Technischen Brigade Mineralöl (TBM) umstrukturiert und sowohl in personeller (6.500 Mann), als auch in apparativer Hinsicht (100 Tiefbohrgeräte und 225 Pumpförderanlagen) erheblich erweitert. Kommandeur der TBM war der Luftwaffen-general Erich Homburg, Leiter der vor Ort agierenden Fachabteilung Günther Schlicht von der DEA. Schlicht unterstand auch eine „Gruppe Geologie“, der Alfred Mayer-Gürr vom RfB angehörte, der von Keppler und Bentz offenbar schon als Leiter einer geplanten ‚RfB-Außenstelle Baku‘ vorgesehen war.²⁸⁸⁷ Als „Kriegsverwaltungsvizechef“ war der BFE Bentz für die Erdölförderung verantwortlich, während der Leiter der Mineralölabteilung im RWM, Ministerialdirektor Ernst Rudolf Fischer, für die Verarbeitung zuständig zeichnete.²⁸⁸⁸ Das für den „Osteinsatz“ erforderliche Fachpersonal und die Geräte wurden größtenteils von deutschen und französischen Firmen gestellt, wobei letztere von deutscher Seite massiv unter Druck gesetzt worden waren.²⁸⁸⁹

An der Vorbereitung des Kaukasus-Unternehmens war das RfB prominent beteiligt. Einige seiner Erdölgeologen nahmen beispielsweise eine Auswertung von Bildmaterial der Luftwaffe vor, das bei der „Befliegung des Kaukasus“ entstanden war. Da auf militärischer Seite offenbar Zweifel über die Notwendigkeit derartiger Fotoflüge bestanden, machte das RfB deutlich, dass es „zur Durchführung der geologischen Vorarbeiten zum sofortigen und zweckentsprechenden Einsatz der deutschen Bohrgeräte“ auf den nordkaukasischen Ölfeldern auf die richtige Bestimmung der Punkte ankomme, auf denen die Geräte angesetzt werden sollten. Da es aber an den dafür notwendigen Kartenunterlagen fehlte und auch nur ungenaue Anhaltspunkte für die Festlegung der ölführenden Strukturen vorlagen, setzte das RfB auf Luftbildaufnahmen. Denn die auf den Bildern erkennbare genaue Lage der einzelnen

2886 Eichholtz, Geschichte Bd. II/1, (2003), S. 484; Kasper, Erdöl (1976), S. 74; Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 216.

2887 Dazu und zum Aufbau der TBM vgl. Koppensteiner/Häusler, Kaukasus-Öl (2021), S. 90 f. Zu Mayer-Gürr siehe TBM-Befehl über die Bildung des Arbeitsstabes Maikop, 4.12.1942, BArch-MA Freiburg, RW 46, Nr. 703, Bl. 121. Zur Außenstelle Baku siehe Kockel, Geologie und Krieg (1994), S. 102 (Anm. 352). Zu Schlicht vgl. Lütgert, Bergmann (2022), S. 34–46.

2888 Kasper, Erdölgewinnung (1974), S. 105 (Anm. 4); Kockel, Geologie und Krieg, S. 58.

2889 Vgl. Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 216 f.; Kasper, Erdöl (1976), S. 74. Als Beispiel für den verordneten Einsatz von Fachkräften stand etwa die Wintershall AG, die im April 1942 mindestens 98 Belegschaftsmitglieder für den „Osteinsatz“ abstellen musste, wofür ihr auf dem Weg der Dienstverpflichtung allerdings die gleiche Zahl von Aushilfskräften zugehen sollte. Dazu und zu den damit verbundenen Problemen, vgl. Wintershall an Fachgruppe Erdölgewinnung WiGru Kraftstoffindustrie, 24.4.1942, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 4, RBF 122, unp.

Bohrungen ließ sich mit den dem RfB vorliegenden geologischen Unterlagen vergleichen und so gezielt auswerten. Diese Form der Informationsbeschaffung ermögliche einen wesentlich schnelleren Einsatz der TBM als der klassische Weg, nach dem das Kartenmaterial erst nach der Besetzung der Felder und der anschließenden Begehung durch die Geologen hergestellt wurde.²⁸⁹⁰

Der Vorschlag der RfB fiel auf fruchtbaren Boden, denn wie sich zeigte, waren den von der Luftwaffe hergestellten Aufnahmen nicht nur die Lage und der Umfang der Maikop-Ölfelder, sondern auch technische Einzelheiten klar ersichtlich zu entnehmen. Diese Informationen, die für die Vorbereitung des Einsatzes der TBM in den Ölgebieten „von wesentlicher Bedeutung“ waren, wurden von den Geologen auf der Grundlage der von der Sonderbild-Abteilung des RLM bereitgestellten Luftbildpläne kartografisch aufbereitet. Dieses Verfahren erwies sich offenbar als erfolgreich, denn es wurde anschließend auch bei der Aufbereitung der Unterlagen für das Erdölgebiet von Baku angewendet.²⁸⁹¹ Die Luftbildauswertung diene im Übrigen auch dazu, potentielle Zerstörungen sensibler Erdölinfrastrukturen (Bohrungen, Ölleitungen, Werke, Vorratstanks) durch die Sowjets zu benennen, die von den Geologen in den Karten besonders hervorgehoben wurden.²⁸⁹² Neben der TBM wurden die deutschen Erdölunternehmen mit Kartenmaterial versorgt, in das einzelne Bohrpunkte eingezeichnet waren.²⁸⁹³ Zudem sorgte die Erdölabteilung der RfB für die Übersetzung russischer Fachliteratur und war offenbar auch an der Vernehmung russischer Gefangener beteiligt.²⁸⁹⁴ Dabei stellt sich die Frage nach der Herkunft dieses ‚russischen Materials‘, das von den RfB-Geologen beim Vormarsch möglicherweise geraubt worden war. So hielt der in der Geophysikalischen Abteilung der RfB Berlin beschäftigte Rudolf von Zwerger über die Ergebnisse seiner Durchsicht geophysikalischer Unterlagen in Kiew fest, dass er einige Arbeiten aus dem Geologischen Institut Kiew „entliehen“ und auch

2890 RfB (Berlin) an Direktor Günther Schlicht (Mineralölkommando „K“), 13.5.1942, ebd., Roll 5, RBF 145, unpag.

2891 RfB (Berlin) an das RLM (Sonderluftbild-Abteilung, SOBIA), 28.5.1942, ebd., unpag.; RfB (Berlin, Abt. Erdöl) an den Kommandeur der TBM, 22.6.1942, ebd., unpag.; RfB an Oberstleutnant von Versen (OKW) mit Antragsentwurf an RLM (SOBIA) betr. Anfertigung von Luftbildplänen des Erdölgebietes Baku, 13.11.1942, ebd., unpag.

2892 Vermutlich RfB an TBM, 14.10.1942, ebd., unpag. Es ist unklar, ob die RfB den hier herangezogenen Bericht erstellte, da die vorliegende Quelle in großen Teilen unleserlich ist. Allerdings findet sich in der Akte direkt hinter dem Bericht eine Bescheinigung der TBM, nach der die Dienststelle des BFE Bentz für die TBM „kriegswichtige Fotokopier-Arbeiten“ ausführte. Bescheinigung der TBM (Nachkommando, Berlin), 9.9.1942, ebd., unpag.

2893 RfB (Berlin, Abt. Erdöl) an Direktor Günther Schlicht (DEA, Berlin), 6.8.1942, ebd., unpag.

2894 Vgl. RfB (Berlin, Abt. Erdöl) an Direktor Günther Schlicht (Mineralölkommando „K“), 15.10.1941, 16.12.1941, 27.2.1942 u. 21.4.1942, ebd., unpag. Im Juni 1942 sandte das RfB der TBM einen Bericht über die „Vernehmung zweier russischer Gefangener“. RfB (Berlin, Abt. Erdöl) an Direktor Günther Schlicht (TBM) (Hauptabteilung I Gewinnung), 19.6.1942, ebd., unpag. Im selben Monat ersuchte das RfB den Wirtschaftsstab Ost, einen offenbar gefangenengenommenen sowjetischen Erdölfachmann mit der Ausarbeitung über die Felder des Maikop-Gebietes zu beauftragen und diese Studien dann an das RfB zu senden. RfB an Wirtschaftsstab Ost (Gruppe Mineralöl), 23.6.1942, ebd., Roll 6, RBF 153, unpag.

Dubletten nach Berlin mitgenommen habe.²⁸⁹⁵

Zur Übersetzung, Auswertung und „Sichtung des russischen Beutematerials an Erdöl-Literatur“ hatte die ‚Ost Öl GmbH‘ dem RfB bereits im September 1941 Übersetzer zur Verfügung gestellt.²⁸⁹⁶ Das ständig wachsende Öl-Archiv des RfB und der „durch die Einbeziehung der südosteuropäischen Länder und Russlands in den unmittelbaren Geschäftsbereich“ gesteigerte Arbeitsumfang der RfB-Erdöl-Abteilung und der Dienststelle des BFE machten bereits sechs Monate später die Einstellung neuer Fachkräfte erforderlich.²⁸⁹⁷ Abteilung und BFE hatten russische Übersetzungen bis dahin außerhalb des Hauses ausführen lassen, wollten dies aber nun selbst in die Hand nehmen, weswegen das RfB Dolmetscherinnen und Muttersprachlerinnen, wie etwa die aus Tiflis stammende Luise Silhan oder die aus Reval ins Reich umgesiedelte Mara Koppel, anstellte.²⁸⁹⁸ Koppel verwaltete „die russische Erdöl-Handbücherei und das Zeitschriftenmaterial der [RfB-Erdöl-]Abteilung, die sich durch die Lemberger und Maikoper Erwerbungen auf einen Bestand von etwa 800 Büchern und 700 Zeitschriftenheften angesammelt“ hatte.²⁸⁹⁹

Wie aus einer Aufstellung der Erdölabteilung vom April 1943 hervorgeht, arbeiteten dort außerdem der bereits erwähnte polnische Wissenschaftler József Zwierzycki, der aus Belgrad nach Berlin gekommene weißrussische Kartograf Womjamin Orlow, die russische Zeichnerin Elisabeth Filatowa, sowie der russische Erdöl-Professor Konstantin Prokopow und seine Frau Natalie, ebenfalls Geologin.²⁹⁰⁰ Dabei handelte es sich nicht um Zwangsarbeiter,

2895 Bericht Rudolf von Zwerger über die Ergebnisse der Durchsicht geophysikalischer Unterlagen in Kiew, 7.1.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 65789, unpag.; Bericht von Rudolf von Zwerger über die Durchsicht des geophysikalischen und erdölgeologischen Materials im Geologischen Institut in Kiew in der Zeit vom 15.-30.5.1943, 4.6.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 65830, unpag. Schon 1940 hatte er polnische und sowjetische Unterlagen für das AfB Krakau ‚sicherstellen‘ lassen. Bericht von v. Zwerger über die geophysikalischen Untersuchungen in Galizien, 20.11.1941, BGR-Archiv Hannover, Nr. 8677, unpag.

2896 Personalabteilung der Ost Öl GmbH (Berlin) an Alfred Stahmer (RfB Berlin), 6.9.1941, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 153, unpag.; vermutlich Stahmer (RfB) an RfB (?), 29.1.1943, ebd., unpag.

2897 Stahmer (RfB-Berlin) an RfB (Berlin, Personalabteilung), 22.6.1942, ebd., unpag.

2898 Zu diesem Zweck inserierte das RfB in öffentlichen Zeitungen und bat die Reichsstelle für Arbeitsvermittlung um Unterstützung, notfalls über den Weg der Dienstverpflichtung. In einem anderen Fall interessierte sich das RfB sich für eine „Deutschrussin“, die sie über den Wirtschaftsstab Ost suchen ließ. Vgl. RfB (Berlin, Abt. Erdöl) an die Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin), 11.6.1942, ebd., unpag.; BFE an Arbeitsamt Berlin, 29.6.1942, ebd., unpag.; Stahmer (RfB Berlin) an Luise Silhan, 6.8.1942, ebd., unpag.; Chef des Wirtschaftsstabes Ost an den Wirtschaftsstab Ost (Chefgruppe W, Gruppe I Min.-Öl), 29.1.1943, ebd., unpag.

2899 Aktennotiz von Stahmer (RfB Berlin) betr. Statistische Arbeit der Abteilung Erdöl, 12.4.1943, ebd., unpag.

2900 Übersicht: Russische und polnische Angestellte der Abteilung Erdöl Berlin, 7.4.1943, ebd., unpag.; Personalstand der Abt. Erdöl der RfB Berlin (7.4.1943), ebd., unpag. Auch in der Abteilung Lagerstätten und der Geophysikalischen Abteilung der RfB waren Mitarbeiter aus Osteuropa beschäftigt. Vgl. Stahmer (RfB Berlin) an Kromer (RfB Berlin), 18.2.1943, ebd., unpag.; Vermerk Kromers betr. Unterredung zwischen Herrn Direktor Kromer, den

sondern um reguläre Angestellte des RfB, deren Gehalt aber auf Veranlassung des Ostministeriums „grundsätzlich eine Stufe niedriger“ lag, als das ihrer deutschen Kollegen.²⁹⁰¹ Zwar brauchten die bei der RfB beschäftigten Russen das ‚Ostarbeiterzeichen‘ nicht zu tragen, aber wie schon ihre Bezahlung zeigte, hatten auch sie mit rasseideologischer Diskriminierung zu kämpfen.

In der zweiten Jahreshälfte 1943 wurden Teile der Erdöl- und der Geophysikalischen Abteilung des RfB in die Ausweichstelle Dessow (Kreis Ruppin) verlegt, unter ihnen auch einige russische Mitarbeiterinnen. Im Juni 1944 wurden die in der Abteilung Geophysik beschäftigten Schwestern Alexandra und Maria Lesnikowa und die zufällig anwesende Elisabeth Filatowa wegen des Verdachts der Spionage verhaftet und ins Polizeipräsidium nach Berlin gebracht. Wie sich schnell herausstellte, erwies sich die Anzeige als haltlos. Trotzdem war es in der Haft wohl zu einer „Misshandlung“ gekommen. Da die drei Frauen aber bei ihrer Entlassung „einen Revers unterschreiben“ mussten, nach dem „sie mit niemanden über ihre Erlebnisse sprechen“ durften, war dem RfB eine „Weiterverfolgung der Angelegenheit“ nicht möglich, wovon die ganz offenbar eingeschüchterten Frauen auch „dringend“ abrieten. Kromer nahm den Vorfall aber zum Anlass, sich gegenüber Bentz, dem Vorgesetzten von Filatowa, Luft zu verschaffen, denn ganz offenbar haderte der SS-Führer und Verwaltungschef des RfB Kromer damit, dass in seiner Behörde ‚Russen‘ beschäftigt waren. So ließ er Bentz wissen, dass das außerdienstliche Verhalten und der Umgang der Schwestern Lesnikowa angeblich „zu Bedenken und Beanstandungen Anlass“ gebe, womit er auf einen „unsoliden Lebenswandel“ der beiden anspielte. Er habe sie deshalb bereits „ins Gebet genommen“. Da „Frau Filatowa“ des Öfteren bei

Geschwistern Lesnikowa und Herrn Dr. Karmasin als Dolmetscher, 4.7.1944, ebd., unpag. Elisabeth Filatowa hatte vorher vermutlich in der TBM (Arbeitsstab Maikop) gearbeitet, dem auch Mayer-Gürr angehörte. Vermutlich war sie beim Rückzug der TBM 1943 nach Deutschland in das RfB gekommen. Vgl. TBM-Befehl über die Bildung des Arbeitsstabes Maikop, 4.12.1942, BAArch-MA Freiburg, RW 46, Nr. 703, Bl. 121. Zu den Mitarbeitern der RfB gehörte auch das Ehepaar Smirnow. Während Prof. Leonid Smirnow in der Erdölabteilung arbeitete, war seine Frau Nina im Referat Mikropaläontologie beschäftigt. Im Juli 1943 legte Bentz fest, dass Smirnow vom RfB der ‚Konti‘ zur Arbeitsleistung in Romny überstellt werden sollte, deren Verfügungsgewalt er noch unterstand. Smirnow und seine Frau waren demnach auch über die TBM nach Deutschland gelangt. Da sich Smirnow nun jedoch weigerte, der Anweisung von Bentz Folge zu leisten, wurde er von Bentz kurzerhand entlassen. Stahmer (RfB) an RfB, 20.7.1943, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 153, unpag.; Vermerk der RfB betr. Prof. Leonid Smirnow, 19.7.1943, ebd., unpag., Stahmer (RfB) an Kromer (RfB), 1.9.1943, ebd., unpag. Eine Übersicht über die beim RfB und seinen Zweigstellen während des Zweiten Weltkrieges beschäftigten Ausländer findet sich im Anhang Tab. 11.

- 2901 Kromer (RfB Berlin) an Mayer-Gürr, 16.4.1943, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 153, unpag. Als der zwischenzeitlich in der Abteilung Erdöl tätige Prof. Ing. Grigorij Saischlow und das Ehepaar Prokopow mit Genehmigung der Abt. Erdöl der RfB für das WiRüAmt des OKW Lageberichte über die kaukasischen Erdölvorkommen anfertigten, erhielten alle drei jeweils 300 RM Honorar ausbezahlt. Stahmer (RfB) an Kromer (RfB), 1.11.1943, ebd., unpag.

den beiden übernachtete, sollte Bentz seine „Herren in Dessow anweisen“, es „im dienstlichen und außerdienstlichen Umgang mit Frau F. (...) nicht an der nötigen Zurückhaltung fehlen zu lassen.“ Darüber hinaus wurde Bentz von Kromer darauf hingewiesen, die vom SD und vom für Dessow zuständigen Abwehrbeauftragten vorgegebenen Richtlinien beim Einsatz von Ausländern zu beachten.²⁹⁰²

Doch zurück zur TBM. Ende Juni 1942 begann der zweite deutsche Vorstoß in Richtung Kaukasus und gut fünf Monate später wurde Maikop erobert.



Abb. 83–86: Oben links: Von den sowjetischen Truppen zerstört zurückgelassene Pumpsonde, oben rechts: erster erfolgreicher Wiederherstellungsversuch im Feld Chadyschenskaja, die zu Reinigungszwecken ins Freie eruptiert, unten links: Gefangenenlager Schirokaja Balka, unten rechts: Sowjetische Kriegsgefangene im Feld Neftegorsk (alles Erdölrevier Maikop, Kaukasus).²⁹⁰³

2902 Vermerk Kromers betr. Unterredung zwischen Herrn Direktor Kromer, den Geschwistern Lesnikowa und Herrn Dr. Karmasin als Dolmetscher, 4.7.1944, ebd., unpag.; Kromer an Bentz [betr. die Schwestern Lesnikowa], 4.7.1944, ebd., unpag.; Kromer an Bentz betr. Beschäftigung von Frau Filatowa, 4.7.1944, ebd., unpag. Die Schwestern und ihre Kollegin Filatowa überlebten den Krieg. Vgl. 2. Registrierungen von Ausländern und deutschen Verfolgten durch öffentliche Einrichtungen, Versicherungen und Firmen (1939–1947) / 2.1 Durchführung der Alliiertenbefehle zur Erfassung von Ausländern und deutschen Verfolgten sowie verwandte Dokumente / 2.1.5 Berlin, alle Sektoren / 2.1.5.1 Listen von Angehörigen der Vereinten Nationen, anderer Ausländer, deutscher Jüdinnen und Juden und Staatenloser, Berlin / Namenlisten über Ausländer, die sich in Berlin aufgehalten haben / Teil 1, Arolsen Archives, ITS Digital Archive, Signatur 10004870 1, Document ID: 78859887 (<https://collections.arolsen-archives.org/de/document/78859887>, eingesehen am 27.8.2024).

Wie sich aber schnell zeigte, hatten die Sowjets das von ihnen verlassene Öltrevier größtenteils zerstört. So waren zahlreiche Bohrlöcher ‚vernagelt‘ oder zementiert, Bohranlagen abgebaut oder sogar gesprengt worden. An eine von deutscher Seite geplante schnelle Inbetriebnahme der Ölförderung und die Aufnahme einer Großproduktion war unter diesen Bedingungen nicht zu denken.²⁹⁰⁴

Dies war beispielsweise den Berichten Alfred Mayer-Gürs zu entnehmen, der zum Personal der ‚Gruppe Geologie‘ der Fachabteilung I der TBM gehörte. Als einer von mehreren Geologen der Brigade war er mit der Untersuchung der kaukasischen Erdöl-Vorkommen beauftragt und sollte eine Bewertung ihrer Ausbeutungsmöglichkeiten vornehmen.²⁹⁰⁵ Er hielt engen Kontakt zum RfB, das er nicht nur mit Informationen versorgte, sondern von dem er auch Material und wissenschaftliche Literatur anforderte, die er für seine Feldarbeiten benötigte. Die Schuld für seine schlechten Arbeitsbedingungen gab der ‚Alte Kämpfer‘ und SS-Untersturmführer Mayer-Gürr den Bewohnern der von der Wehrmacht besetzten Länder, über die er in der Attitüde des ‚Herrenmenschen‘ herzog und dabei unverhohlen rassistische Stereotype zur Schau stellte. So berichtete er seinem RfB-Kollegen in der Erdölabteilung, Alfred Stahmer, nach Berlin:

„Über die Karten, die wir hier vorgefunden haben, kannst Du Dir keinen Begriff machen, schlampig, unvollständig, keine Überschrift, keine Zeichenerklärung, nichts als ein Geschmier. Wir haben Mühe, überhaupt zu erkennen, was gemeint ist. So langsam kommen wir drauf. Die Ukraine war überwältigend, ein einziger menschenleerer Acker. Erschütternd sind die Städte, Berdjansk oder Armawir; alles verloddert, zerfallen, primitiv und für uns einfach unvorstellbar. Stell Dir ein Haus, Straße oder Garten vor, an dem seit 25 Jahren nichts, aber auch gar nichts ausgebessert oder erneuert wurde, dann kannst Du Dir ungefähr ein Bild machen. Die Männer finster, scheu, stur, die Frauen stumpf, alles gekleidet wie zerlumpte Bettler, man kann sich nicht vorstellen, wie die Leute vegetieren können. (...) Wir freuen uns alle, wenn wir diesem Land und diesen Leuten den Rücken kehren können; trotz der intensiven Vorbereitung durch die deutsche Presse auf die hiesigen Verhältnisse, haben wir die Nase übervoll und haben nur den Wunsch, raus aus dieser Hexenküche von Schmutz, Unrat, Unkultur, Dreck und Gestank.“²⁹⁰⁶

2903 Die beiden Abbildungen oben stammen aus: Nachbericht Nr. 1 des Betriebseinsatzes Erdölgewinnung, 8.1.1943, BGR-Archiv Hannover Nr. 48750, unpag.; die beiden Abbildungen unten stammen aus Fachbericht des Betriebseinsatzes K Erdölgewinnung für den Monat Januar 1943 sowie über die abschließend getroffenen Maßnahmen im Kaukasuseinsatz, Feb./März 1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 65827, unpag.

2904 Vgl. Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 217. Zum Einsatz der TBM vgl. Bericht von Günther Schlicht über „die deutsche Expedition in den Kaukasus“, um 1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 58277, unpag.

2905 Vgl. Bericht von Mayer-Gürr (TBM, Fachabteilung I, Gruppe Geologie) über Erdöl-Vorkommen und -Aussichten auf der Taman-Halbinsel und den benachbarten Gebieten, 24.9.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 65869, unpag.

2906 Alfred Mayer-Gürr an A. M. Stahmer (Berlin), 4.9.1942, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil

Für die Fang- und Aufwältigungsarbeiten und die Wiederinbetriebnahme der kaukasischen Erdölfelder wurden von der TBM verschiedene Einsatzkommandos (z.B. Krasnodar, Tamman, Armawir) gebildet, denen Fachkräfte (u.a. Geologen) als Berater zugewiesen wurden. Bereits nachdem sie die ersten Felder des Maikopgebietes Mitte August 1942 betreten hatte, zweigte die TBM sofort eine neu gebildete 1.200 Mann umfassende Vorausabteilung ab, die der Panzerarmee Kleist auf dem Fuß ins „Grosnygebiet“ folgte.²⁹⁰⁷ Der Fokus der TBM war jedoch auf das Gebiet um Maikop gerichtet. So wurde Mayer-Gürr im Dezember 1942 dem ebenfalls neugebildeten Arbeitsstab Maikop zugewiesen, der seinen Sitz in Apscheronskaja hatte. Hier wertete er über verschiedene Felder (z.B. Apscheronskaja, Shirokaja Balka, Chadyschenskaja) aufgefundene Unterlagen aus und legte Ansatzpunkte für Bohrungen fest.²⁹⁰⁸

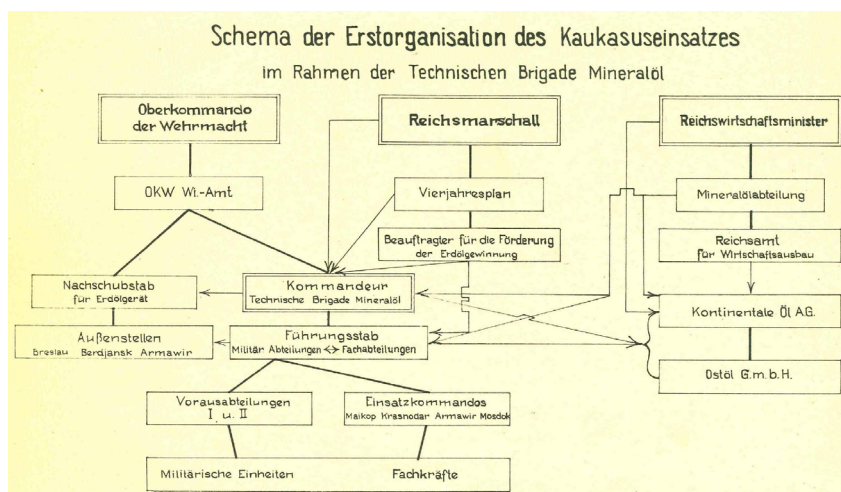


Abb. 87: Schema der Organisation des Kaukasuseinsatzes im Rahmen der Technischen Brigade Mineralöl von Mitte bis Ende 1942.²⁹⁰⁹

Die geologische Bearbeitung erweiterte die Kenntnis über den Aufbau der Felder erheblich und brachte den Nachweis, dass die bis dahin als vordringlich in Angriff genommenen Feldteile auch tatsächlich die günstigsten Produktionsaussichten ergaben.²⁹¹⁰ Insgesamt rechnete der Chef der Fachabteilung Schlicht

Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 5, RBF 145, unpubl.

2907 Bericht von Günther Schlicht über „die deutsche Expedition in den Kaukasus“, um 1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 58277, unpubl.

2908 TBM-Befehl über die Bildung des Arbeitsstabes Maikop, 4.12.1942, BArch-MA Freiburg, RW 46, Nr. 703, Bl. 121. Vgl. Bericht von Mayer-Gürr (TBM, Fachabteilung I, Geologie) über die Ölführung des Feldes Apscheronskaja, 9.12.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 6581, unpubl.; Mayer-Gürr an Bentz, 9.12.1942, ebd., unpubl.

2909 Aus Bericht von Günther Schlicht über „die deutsche Expedition in den Kaukasus“, um 1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 58277, unpubl.

damit, bis April 1943 weitgehend einsatzfähig zu sein.²⁹¹¹ Die für die Arbeiten der TBM notwendigen geologischen, bohrtechnischen und sonstigen allgemeinen wissenschaftlichen Unterlagen wurden vom RfB zur Verfügung gestellt. „Sie vermittelten ein einigermaßen befriedigendes Allgemeinbild und gaben auch größenordnungsmäßig Aufschluss über die Lagerstättenausbildung, Teufenlage und Produktion der einzelnen Felder jedes Hauptgebietes“.²⁹¹²



Abb. 88: Der Leiter der Fachabteilung der Technischen Brigade Mineralöl Günther Schlicht (1. v. l.) und Alfred Bentz (2. v. l.) bei einer Inspektion des Ölfeldes Schirokaja-Balka im Revier von Maikop (Kaukasus), Oktober 1942.²⁹¹³

Bentz war nicht nur Teil der Planungen und der Organisation des Kaukasuseinsatzes der TBM (siehe Abb. 87), sondern sandte auch Geologen aus, die die laufenden Bohr- und Förderarbeiten vor Ort kontrollieren und die „Sammlung und Bearbeitung des noch vorhandenen geologischen Materials aus der Russenzeit“ durchführen sollten.²⁹¹⁴ Er führte aber selbst auch Inspektionsreisen in

2910 Vgl. Nachbericht Nr. 1 des Betriebseinsatzes Erdölgewinnung, 8.1.1943, BGR-Archiv Hannover Nr. 48750, unpubl.

2911 Stenographischer Bericht über die Öl-Sitzung im Hauptquartier des Reichsmarschalls Göring, 10.7.1942, IfZ München, MA 144/3, Bl. 5605–5637, hier Bl. 5614.

2912 Bericht von Günther Schlicht über „die deutsche Expedition in den Kaukasus“, um 1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 58277, unpubl.

2913 Aus: BGR-Archiv Hannover, Nr. 95477, unpubl.

2914 Bericht von Wolfgang Schott u. Rudolf Wager über die Dienstreise in der Erdölgebiet von Romny (Juli–September 1943), 11.9.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 65802, unpubl. Bentz sah sich als Beauftragter Görings zu Beginn des zweiten deutschen Vorstoßes auf den Kaukasus mit der auch als Forderung zu verstehenden Frage des Reichsmarschalls konfrontiert, „wie auf dem allerschnellsten Wege (...) noch mehr Erdöl in den derzeitigen vorhandenen Gebieten, und wenn es raubbaumässig ist, herausgeholt werden“ könne. Stenographischer Bericht über die Öl-Sitzung im Hauptquartier des Reichsmarschalls Göring, 10.7.1942, IfZ

den Kaukasus durch und nahm an Befahrungen der dortigen Erdölbetriebe teil (siehe Abb. 88–90).

Trotz aller Bemühungen kam die TBM nie an die von der NS-Führung vorgesehenen Leistungen (ca. 3,5 Mill. t 1943) heran, weswegen sich ihre Leiter schwere Vorwürfe Görings („Saftladen“) gefallen lassen mussten.²⁹¹⁵ Zwar waren die Felder von Maikop weitgehend erobert worden, aber die von den Sowjets vorgenommenen Zerstörungen waren so umfassend, dass den Besatzern nicht viel von ihrer vermeintlichen Beute blieb.

Der darüber hinaus in Richtung Baku geplante Vorstoß führte Teile der TBM zwar bis nach Grosny, die dortigen Erdölfelder blieben für sie aber unerreichbar. Von Oktober bis Dezember 1942 hatte die TBM im Maikopgebiet 13 und im Tammangebiet 23 Fördersonden in Betrieb gesetzt, die etwa 750 bis 1.000 Kubikmeter Erdöl im Monat förderten. Tatsächlich gelang es ihr während ihres Einsatzes nur eine einzige Neubohrung niederzubringen, was zeigt, wie schwierig sich die Wiederherstellungsarbeiten gestalteten, die durch sowjetische Luftangriffe, Überfälle von Partisanen, Transportprobleme, Materiallieferengpässe und nicht zuletzt durch den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften zusätzlich erschwert wurden, auch wenn sich die TBM auf den Einsatz von 1.800 zivilen sowjetischen Arbeitskräften und 2.400 Kriegsgefangenen stützte.²⁹¹⁶ Im Januar 1943 bereitete eine sowjetische Gegenoffensive den kaukasischen Ölräumen der Deutschen wider Erwarten ein schnelles Ende. Bis zum Ende des Monats hatte die TBM die Ölfelder von Maikop bereits verlassen, wobei sie beim Rückzug hohe personelle und materielle Verluste hinnehmen musste.²⁹¹⁷

München, MA 144/3, Bl. 5605–5637, hier Bl. 5606. Wie aus dem Protokoll hervorgeht, litt der Kaukasus-Einsatz der TBM von Beginn an unter Fachkräfte- und Bohrgerätemangel. Vgl. zudem Stenographischer Bericht über die Öl-Sitzung im Hauptquartier des Reichsmarschalls Göring, 21.11.1942, ebd., Bl. 5661–5699. Während die ‚Kont‘ den Kaukasus-Einsatz vorzubereiten hatte, wollte sich Bentz nur um den „wissenschaftlich-technischen Sektor“ kümmern. Bentz an Georg Richard Schultze (Braunschweig), 15.11.1942, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 2, RBF 35, unp. Allerdings machte sich Bentz’ Einfluss auch in „Fragen des Arbeitseinsatzes in der Fertigungsindustrie“ (Bohrgeräte) bemerkbar, was einmal mehr auf seine rüstungswirtschaftlichen Kompetenzen verweist, „die weit über die Funktion eines nur beratenden Wissenschaftlers“ hinausgingen. Kockel, *Geologie und Krieg* (1994), S. 57.

2915 Stenographischer Bericht über die Öl-Sitzung im Hauptquartier des Reichsmarschalls Göring, 21.11.1942, IfZ München, MA 144/3, Bl. 5661–5699, hier Bl. 5690. Zu den im Kaukasus geplanten Fördermengen für 1943 vgl. Koppensteiner/Häusler, *Kaukasus-Öl* (2021), S. 93; Kockel, *Geologie und Krieg* (1994), S. 56 f.

2916 Vgl. ebd., S. 68. Im Vorfeld der Kaukasusaktion gab es auch Warnungen vor möglichen Rückschlägen (z.B. Demontage und Zerstörung der Erdölfelder durch den Gegner), doch wurden sie angesichts der Erfolge in Polen und in Westeuropa von einer Machbarkeits-euphorie überlagert, vor der kritische Stimmen wider besseren Wissens kapitulierten. Vgl. ebd., S. 51 f.; Fröhlich, *Kampf* (2018), S. 370–378.

2917 Bericht von Günther Schlicht über „die deutsche Expedition in den Kaukasus“, um 1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 58277, unp.; Stenographischer Bericht über die Öl-Sitzung



Abb. 89–90: links: Der Leiter der Fachabteilung der Technischen Brigade Mineralöl Günther Schlicht (links) und Alfred Bentz bei der Besichtigung zerstörter Erdölanlagen, im Revier von Maikop (Kaukasus), Oktober 1942, rechts: Bentz in der Uniform eines Kriegsverwaltungsvizechefs.²⁹¹⁸

5.3.2.5, *Generalgouvernement*, *Ostmark* und *Altreich*

Das Scheitern des Kaukasusprojektes, die Niederlage in Stalingrad und die Wende auf dem nordafrikanischen Kriegsschauplatz im Frühjahr 1943 beendeten den Traum von der großen Zangenbewegung der Wehrmacht, um die Erdölquellen im Kaukasus und im Nahen Osten zu erreichen.²⁹¹⁹ Die Ölversorgung gestaltete sich für das Reich zu diesem Zeitpunkt zwar noch nicht dramatisch, mit der „Möglichkeit weiterer schwerer Krisen“ – etwa dem Wegfall der lebenswichtigen rumänischen Zufuhr und der „Einschränkung der operativen

im Hauptquartier des Reichsmarschalls Göring, 21.11.1942, IfZ München, MA 144/3, Bl. 5661–5699; Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 217; Kasper, Erdöl (1976), S. 74.

2918 Aus: Nachlass, Fotoalbum Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130806, unp. Bentz firmierte als „Kriegsverwaltungsvizechef“, aber vermutlich wie bei den Wissenschaftlern in Uniform, die als Kriegsverwaltungsräte (KVR) im Einsatz waren, waren damit keine militärischen Dienstränge verbunden. Die KVR „waren auf Zeit ernannte Hilfsbeamte“, ohne bestimmten militärischen Rang. Sie besaßen nur einen „allgemeinen Offiziersrang“. Ihre Rangabzeichen (Schulterstücke), sahen jenen von Hauptmännern oder Majoren ähnlich, hatten aber „für den militärischen Rang keinerlei Bedeutung, sondern wurden je nach dem Lebensalter verliehen“. Lohmann, Fichtenhof (2018), S. 108.

2919 Vgl. Eichholtz, Ölpolitik (2010), S. 481.

Bewegungsfreiheit“ der Wehrmacht – wurde aber gerechnet.²⁹²⁰ An nahezu allen Fronten zurückgetrieben, gerieten daher die von den Deutschen zunächst weniger beachteten Ölvorkommen der Ukraine und Galiziens wieder ins Blickfeld.²⁹²¹ So erhielt die Prakla im April 1943 von Bentz den Auftrag, „4–5 geophysikalische Messtrupps in das erdölhöfliche Gebiet von Romny in der Ukraine“ zu entsenden.²⁹²²

Im besetzten Polen spielte den Besatzern in die Karten, dass ihnen die Felder der ostgalizischen Erdölprovinz um Boryslaw bei ihrem Vormarsch 1941 weitgehend intakt in die Hände gefallen und sie dadurch im Stande gewesen waren, die Förderung schnell wieder auf 80 Prozent der Vorkriegsproduktion zu steigern.²⁹²³ Die Planungen des BFE Bentz sahen hierbei zunächst vor, aus den Feldern „ein Produktionsmaximum bei kleinstmöglichem Bohraufwand“ herauszuholen, was also auch hier auf Raubbau und eine „Vergeudung bestehender Lagerstättenreserven“ hinauslief.²⁹²⁴

Während die Staatsgeologen mit der Vorbereitung der Aufschlussprogramme betraut waren, widmeten sich die Geologen der Karpathen Öl AG der Überwachung der Produktion. Infolge der Bedeutung der ostgalizischen Felder siedelte die RfB-Zweigstelle Jaslo 1943 zusammen mit der Geologischen Abteilung der Karpathen Öl AG nach Boryslaw über. Allerdings erwies es sich in Anbetracht der großen Ausdehnung des Erdölgebietes (340 km lang und 60 Km breit) und der zunehmenden Verkehrsschwierigkeiten bald als notwendig, den Dienstbetrieb in Jaslo in kleinem Umfang wieder aufzunehmen. Während die Zweigstelle Boryslaw die Erdöl- und Erdgasbelange Ostgaliziens betreute, war die Arbeitsstelle Jaslo für die westgalizischen Felder verantwortlich. In beiden Arbeitsstellen wurden die älteren Kartierungen und Aufschlussprogramme des AfB Krakau/Warschau „im Lichte der neuen Notwendigkeiten überprüft“ und Vorschläge für neue Tiefenaufschlüsse ausgearbeitet. Für die endgültige Festlegung der Bohrpunkte wurden Schürfungen und geophysikalische Untersuchungen angesetzt. Während die RfB-Geologen Mempel und Lögters in Boryslaw die Aufschlussbohrungen in Kooperation mit der

2920 Zur weitgehend stabilen Versorgungslage Deutschlands mit Erdöl bis ins Frühjahr 1944 vgl. ebd., S. 482–485. Zur Versorgungslage der Wehrmacht mit Treibstoffen vgl. Keitel (OKW) an Hans Kehrle (Chef des Planungsamtes, RMRuK), 23.11.1943, BArch-MA Freiburg, RW 19, Nr. 2714, Bl. 10 f.

2921 Vgl. Karlsch, *Großunternehmen* (2004), S. 113.

2922 Gesellschaft für praktische Lagerstättenforschung GmbH an BFE, 17.4.1943, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 4, RBF 120, unsp.

2923 Vgl. ebd., S. 50. Darüber hinaus bemühte sich Bentz darum, auch die 60 „von den Russen“ zerstörten Bohrungen wieder in Betrieb zu nehmen. Da Pumpen fehlten, bat Bentz die Fachgruppe Erdölgewinnung der WiGru Kraftstoffindustrie, „sofort“ bei ihren Mitgliedsfirmen geeignete Pumpen freizumachen. Bentz (BFE) an Fachgruppe Erdölgewinnung (Berlin), 10.8.1942, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 157, unsp.

2924 Kockel, *Geologie und Krieg* (1994), S. 50.

Karpathen Öl AG verfolgten, führten Hiltermann und sein Team polnischer Wissenschaftler mikropaläontologische Untersuchungen in Boryslaw und Richter in Jaslo durch. Allein in den ersten drei Monaten des Jahres 1943 wurden im Boryslaw 1.860 Proben und in Jaslo 930 Proben geschlämmt. Die Arbeiten der beiden RfB-Arbeitsstellen wurden von Kartierungen und stratigraphischen Untersuchungen flankiert, die polnische Geologen des AfB unter der Leitung Brinkmanns durchführten.²⁹²⁵

Im Zuge der Verlagerung aus dem Kaukasusgebiet wurden 32 Bohr-anlagen nach Ostgalizien gebracht, von denen aber letztlich nur elf ihr Ziel erreichten. Sie wurden für Produktions- und Felderweiterungsbohrungen angesetzt, womit die galizische Förderung 1943 noch um etwa 23.000 t auf über 400.000 Jahrestonnen gesteigert werden konnte und das von Bentz vorgegebene Planziel (406.000 t) fast erreichte (siehe Tab.n 58 und 61).²⁹²⁶

Tab. 61: Erdölförderung in Polen (Galizien) 1939–1944.²⁹²⁷

Jahr	Ostgalizien in t	Westgalizien in t	Gesamt in t
1939	349.955	124.705	474.660
1940	350.473	124.847	475.320
1941	294.490	130.650	425.140
1942	259.788	118.543	378.331
1943	253.440	147.722	401.162
1944	?	?	274.174

Wie die Hauptabteilung Wirtschaft der Regierung des GG dem RWM Anfang 1944 mitteilte, waren neue fündige Gebiete nicht erschlossen worden. Die Förderung stammte demnach ausschließlich aus alten Feldern, die mehr und mehr ihrer Erschöpfung entgegen gingen. Das Rohöl wurde vor Ort in sechs Raffinerien verarbeitet. Von den so gewonnenen Destillaten wurden etwa zwei Drittel nach Deutschland geliefert und gingen dort hauptsächlich an die Wehrmacht, während ein Drittel dem Eigenverbrauch des GG zu Gute kam.²⁹²⁸ Sowohl

2925 Tätigkeitsbericht Roland Brinkmanns (AfB, Regierung des GG, Hauptabteilung Wirtschaft) für die Monate Oktober 1942 bis März 1943, 10.5.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61986, unp. Zur Ausdehnung des galizischen Erdölgebiets vgl. Karl Grosse (Vorstand der Karpathen Öl AG, Lemberg) an OBH Gabel (RWM) mit Auszug aus dem Bericht des Vorstands der Karpathen Öl AG über die Geschäftstätigkeit seit dem 1.10.1942 (erstattet in der Aufsichtsratssitzung am 20.1.1944), 9.3.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30848, Bl. 40–48.

2926 Vgl. Kockel, *Geologie und Krieg* (1994), S. 76. Der Förderbetrieb wurde wiederholt durch ‚Bandenüberfälle‘ und politische Unruhen gestört. Vgl. etwa Telegramm der Karpathen Öl AG an Bentz, 21.7.1943, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 157, unp.; Rüstungsinspektion des RMRuK im GG (Krakau) an OKW (WiRüAmt, Abteilung Mineralöl, Berlin), 20.12.1943, ebd., unp.; Karlsch, *Großunternehmen* (2004), S. 123 f.

2927 Nach ebd., S. 107.

2928 Vgl. Regierung des GG (Hauptabteilung Wirtschaft, Unterabteilung Bergbau) an OBH

vom RfB als auch von der Karpathen Öl AG wurden bis Ende April 1944 noch mindestens 20 Darlehnsbohrungen veranlasst, allerdings blieben die Resultate überschaubar und waren weit von dem von Bentz auch für 1944 vorgegebenen Fördersoll von 406.000 Jahrestonnen entfernt.²⁹²⁹ Da eine erneute sowjetische Offensive den deutschen Aktivitäten in Galizien im Sommer 1944 ein Ende bereitete, verlagerten sich die Arbeiten nun immer weiter nach Westen. Wurde im April 1944 noch darüber nachgedacht, ‚alte Pläne‘ für Westgalizien wiederaufzugreifen, so sah sich Bentz fünf Monate später gezwungen, das Arbeitsprogramm der Karpathen Öl AG auf Ölvorkommen in Schlesien nahe der deutschen Grenze anzusetzen.²⁹³⁰

Ende 1943 waren bei der Karpathen Öl AG fast 33.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Etwa die Hälfte von ihnen waren Polen, mehr als 40 Prozent Ukrainer, etwa acht Prozent Juden und weniger als zwei Prozent Deutsche. Von den jüdischen Mitarbeitern abgesehen ist der Anteil an Zwangsarbeitern nur schwer abzuschätzen. Wie Rainer Karlsch zeigt, handelte es sich, abgesehen von den jüdischen Zwangsarbeitern, bei den polnischen und ukrainischen Beschäftigten „bei der Mehrheit“ nicht um Zwangsarbeiter. Anders verhielt es sich bei den über 2.000 jüdischen Zwangsarbeitern der Karpathen Öl AG, von denen mehr als zwei Drittel ungelernte Arbeiter und ein Drittel Spezialkräfte (Techniker, Kaufleute, Facharbeiter) waren. Nachdem es bereits zu Deportationen und Mordaktionen an der jüdischen Bevölkerung des GG gekommen war, forcierte die SS ab Sommer 1942 die als „Judenevakuierung in Galizien“ getarnte „Endlösung“, wobei sich diese Maßnahmen auch auf Fachkräfte der Erdölindustrie erstreckten. Nur der Nachweis ihrer ‚Kriegswichtigkeit‘ (Abzeichen mit dem Buchstaben „R“ für „Rüstungs-Jude“) bot

(RWM), 12.2.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30848, Bl. 39.

2929 Vgl. Kockel, *Geologie und Krieg* (1994), S. 76. Als Beispiel vgl. Entwurf eines Darlehensvertrags für die Reichsbohrung „Wola Blazowsky 2 – RB/GG 4 auf Erdöl“, zwischen der Regierung des GG (AfB Krakau) und der Karpathen Öl AG (Lemberg), ohne Datum (1944), NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 157, unpag. Zu den Vorgaben von Bentz vgl. Karl Grosse (Vorstand der Karpathen Öl AG, Lemberg) an OBH Gabel (RWM) mit Auszug aus dem Bericht des Vorstands der Karpathen Öl AG über die Geschäftstätigkeit seit dem 1.10.1942 (erstattet in der Aufsichtsratssitzung am 20.1.1944), 9.3.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30848, Bl. 40–48. Zu den Arbeiten der Geologischen Abteilung der Karpathen Öl AG in Galizien 1943 vgl. Jahresbericht der Geologischen Abteilung der Karpathen Öl AG für 1943, 24.4.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 49279, unpag.; Verschiedene Berichte der Geologischen Abteilung für 1944, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 3, RBF 95, unpag.

2930 Vgl. Geologischer Vierteljahresbericht vermutlich von Lögters (AfB, Zweigstelle Boryslaw, Abteilung Jaslo) über die Aufschlussgebiete in Westgalizien für die Zeit vom 1.1. bis 31.3.1944, 20.4.1944, ebd., unpag.; OBH Gabel (RWM) an Oberbergamt Breslau, 9.9.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30507, Bl. 208; Gutachten von Leopold Sommermeier (Krakau) über Aufschlussmöglichkeiten im GG westlich des Dunajec bis zur schlesischen Grenze und über die Schaffung neuer Arbeitsgebiete der Karpathen Öl AG in Schlesien und im ‚Protektorat‘, 26.8.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 49245, unpag.

den jüdischen Zwangsarbeitern nun noch Schutz vor Deportation und Ermordung.²⁹³¹ Als sich gegen den Abzug von Fachkräften Widerspruch der Karpathen Öl AG erhob, wies Himmler die SS an, Juden aus der Erdölindustrie nur noch zu deportieren, wenn dafür nichtjüdischer Ersatz gestellt werden konnte. Allerdings hielt sich die SS nicht immer an diese Weisung, denn es kam wiederholt zu Erschießungen. Als Leiter der Betriebsinspektion Boryslaw der Karpathen Öl AG rettete Bertholt Beitz zahlreiche Juden vor der Ermordung, was durch die Untersuchung von Thomas Sandkühler eindrucksvoll belegt wird.²⁹³² Das von der SS immer wieder verlangte „Auskämmen“ der jüdischen Zwangs- und Sklavenarbeiter zu verhindern stand allerdings nicht in seiner Macht. Letzteres galt auch für den BFE Bentz, dessen Dienststelle der Karpathen Öl AG zwar Rückdeckung, aber auch Anweisungen für Musterungen und eine Beschleunigung der ‚Auskämmaktionen‘ gab, um dem auf das Gebiet der Erdölverarbeitung ausgreifenden Himmler „keinen Vorwand für eine Teilübernahme der Karpathen Öl AG zu liefern“.²⁹³³

In ihrer Bedeutung blieben die galizischen Erdölvorkommen denen der ‚Ostmark‘ insgesamt nachgeordnet, was sich allein schon darin zeigte, dass das Gros der Arbeitskräfte und der Geräte des Kaukasusunternehmens im Frühjahr 1943 in das Wiener Becken verlegt wurde.²⁹³⁴ Am 2. Februar 1943 hatte Bentz dem Leiter den Betriebseinsatzes des Kaukasusunternehmens Schlicht die Weisung erteilt, „in Anbetracht der Knappheit an Erdölfachkräften im Reich die Gewinnungsfachkräfte aus dem Betriebseinsatz der Betriebsgruppe Taman herauszuziehen“. Als Schlicht daraufhin zehn Tage später in Berlin eintraf, erhielt er von Bentz „die Mitteilung über den verstärkten Einsatz in der Ostmark sowie die Notwendigkeit, den Schwerpunkt auf die Lösung der Probleme der deutschen Erdölgewinnung zu verlegen“. Nicht nur die meisten der aus dem Osten abgezogenen Fachkräfte der TBM sollten „den Erdölfeldern der Ostmark zu Gute kommen“, es wurden auch „die mitgeführten zivilen und kriegsgefangenen russischen Erdölfachkräfte“ dorthin „dirigiert“.²⁹³⁵

2931 Karlsch, *Großunternehmen* (2004), S. 111, 130–136, 138. Zudem Rüstungsinspektion des RMBuM im GG an die Regierung des GG (Hauptabteilung Wirtschaft), 19.8.1942, Arolsen Archives, 1.2.7.8./82187513.

2932 Sandkühler, *Endlösung* (1996); ders., *Zwangsarbeit* (1996), S. 239–262.

2933 Sandkühler, *Endlösung* (1996), S. 386, 396–399; Karlsch, *Großunternehmen* (2004), S. 111, 130–136; Grieger/Karlsch, *Treibstoff* (2024), S. 343–353.

2934 Karl Grosse (Vorstand der Karpathen Öl AG, Lemberg) an OBH Gabel (RWM) mit Auszug aus dem Bericht des Vorstands der Karpathen Öl AG über die Geschäftstätigkeit seit dem 1.10.1942 (erstattet in der Aufsichtsratssitzung am 20.1.1944), 9.3.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30848, Bl. 40–48.

2935 Fachbericht des Betriebsleiters K Erdölgewinnung [Günther Schlicht] für den Monat Januar 1943 sowie über die abschließend getroffenen Maßnahmen im Kaukasuseinsatz, Feb./März 1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 65827, unp. Dass die BFE-Dienststelle von Bentz für die Zuweisung von Arbeitskräften für die Erdölindustrie verantwortlich war, geht hervor aus Pukall (Amtsgruppe Arbeitseinsatz, Rüstungslieferungsamt, RMBuM) an Dipl. Ing. Schulze (RWM, Berlin), 17.11.1942, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration,

Bentz hatte schon seit Beginn des Krieges auf eine „wesentliche Steigerung der Erdölförderung in der Ostmark“ gedrängt.²⁹³⁶ Hatte sein ‚Kriegsplan‘ für die österreichischen Felder 1940 noch 413.157 Jahrestonnen vorgesehen, so lagen seine Forderungen für 1942 bei 675.200 t und für 1943 sogar bei über 1,5 Millionen t (siehe Tab. 58). Angesichts der Rückschläge im Kaukasus hatte Bentz Göring mehrfach darauf hingewiesen, dass die Ölfelder Österreichs eine überaus günstige Entwicklung aufwiesen. Da er meinte, die ‚Ostmark‘ sei 1943 im Stande, mit bis zu 1,5 Millionen Tonnen Öl etwa genauso viel Öl zu liefern, wie das Revier von Maikop, betonte er gegenüber Göring, dass man dort schneller an Öl gelange, als im Kaukasus, wenn es nur gelinge, die österreichischen Felder mit genügend Geräten auszustatten. Wie er in diesem Zusammenhang zugab, hatte er sogar einige für den Kaukasus vorgesehene Bohrgeräte bereits abgezweigt und nach Österreich geschickt.²⁹³⁷

Zum beschleunigten Ausbau des Erdölgebietes Niederdonau (Gebiet um Neusiedl-Zistersdorf, Mühlberg, Steinberg, Geiselberg und Maustrenk) errichtete Bentz auf Weisung des Rüstungsministeriums im Februar 1943 die Dienststelle ‚Ostmark-Öl‘ in Wien, die sich mit der Beschaffung von Arbeitskräften, der Errichtung von Unterkünften, der medizinischen und kulturellen Betreuung der Arbeiter und mit der infrastrukturellen Erschließung der Erdölgebiete (Straßen-, Wege- und Hochbau, öffentlicher Nahverkehr, Gas-, Wasser-, Stromversorgung) zu befassen hatte.²⁹³⁸ Mit der Forcierung der Ölförderung in der ‚Ostmark‘ wurden nicht nur den norddeutschen Feldern Arbeitskräfte entzogen, auch die Zahl der in den österreichischen Betriebsstellen beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte wuchs rasant.²⁹³⁹ Wie der Stellvertreter des BFE, Arthur

1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 4, RBF 122, unpag.; Vermerk von Pukall für Bentz, 13.11.1942, ebd., unpag.

2936 Bentz an Arbeitsamt Wien, 9.10.1939, ebd., Roll 4, RBF 121, unpag.

2937 Stenographischer Bericht über die Öl-Sitzung im Hauptquartier des Reichsmarschalls Göring, 21.11.1942, IfZ München, MA 144/3, Bl. 5661–5699, hier Bl. 5665 f., 5668.

2938 Vgl. Niederschrift über eine Sitzung [betr. Durchführung des Bentz-Programms 1943], 18.10.1943, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 3, RBF 111, unpag.; Erlass von Albert Speer (Generalbevollmächtigter für Rüstungsaufgaben im Vierjahresplan) über die verstärkte Erdölgewinnung im Gau Niederdonau, 3.2.1943, BArch Berlin, R 3, Nr. 1873, Bl. 92–94. Wie an anderer Stelle deutlich wurde oblag der Dienststelle ‚Ostmark-Öl‘ „die zusammenfassende Planung, Lenkung des Material- und Personaleinsatzes, Verbesserung der Verkehrs- und Transportverhältnisse, sowie des Nachrichtenwesens, Intensivierung und Rationalisierung der Betriebe, zusammenfassende und zentrale Bearbeitung aller Behörden und Dienststellen“. Bericht der Dienststelle Ostmark-Öl für Juni 1943, 30.6.1943, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 3, RBF 111, unpag. Leiter der Dienststelle Ostmark-Öl war Major W. Jäger. Vgl. Kockel, Ölpolitik (2005), S. 39 (Anm. 115). Zur Organisationsstruktur und den Arbeitsgebieten der Dienststelle Ostmark-Öl vgl. BArch Berlin, R 3101, Nr. 30155, Bl. 6 f.

2939 Monatsberichte für Januar und Februar 1943 von Oskar Deicher (Beauftragter des RWM für die technische Durchführung der Erdölgewinnung im Mobfall) an Bentz (RfB/BFE), 20.2.1943 u. 25.3.1943, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm

Groote, im Dezember 1942 feststellte, war in der ‚Ostmark‘ „schon eine weitgehende Überfremdung durch Kriegsgefangene und ausländische Zivilarbeiter eingetreten“, „die teilweise bis zu 80 Prozent der Belegschaften“ ausmachte.²⁹⁴⁰ Dieser Trend hielt an, wobei die Zuweisung der ausländischen Arbeitskräfte (auch Kriegsgefangene, Zwangs- und ‚Ostarbeiter‘) über den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, auch „durch Vermittlung der Dienststelle Bentz“ erfolgte.²⁹⁴¹ So ist dem ersten Bericht der ‚Ostmark-Öl‘ zu entnehmen, das ihr neben den Kräften der von Bentz veranlassten Aktion mit dem Kennwort „Ölfeld“ zusätzlich aus dem Bestand der TBM 258 deutsche Erdölfachleute, 495 kriegsgefangene und zivile russische Fachkräfte sowie 112 kriegsgefangene russische Hilfsarbeiter zugewiesen worden waren.²⁹⁴² Durch die Zuführung sowjetischer Kriegsgefangener erhöhte sich die Zahl der für die ‚Ostmark-Öl‘ tätigen ausländischen Arbeitskräfte in den folgenden Monaten weiter. Dabei ‚bewährten‘ sich die russischen Erdölfachkräfte „nach übereinstimmenden Urteilen aller Betriebe“ so sehr, dass die ‚Ostmark-Öl‘ beabsichtigte, „über den derzeitigen zahlenmäßigen Bedarf hinaus weitere Russen heranzuziehen und dafür ausländische Zivilarbeiter, die sich nicht bewährt“ hatten, „wie beispielsweise Franzosen“, für andere Arbeitseinsatzfelder abzugeben.

Tab. 62: Bei den Erdöl-, Bohr- und Werkstättenfirmen in der ‚Ostmark‘ eingesetzte deutsche und ausländische Fach- und Hilfskräfte sowie Kriegsgefangene (April, Juni 1943).²⁹⁴³

Monat	Deutsche	Ausländer	Kriegsgefangene	Ausländer gesamt	Gesamt
April 1943	3.410	1.460	1.630	3.090	6.500
Juni 1943	3.796	1.688	1.748	3.436	7.232

Wie aus der Tab. 62 hervorgeht, war Mitte 1943 etwa die Hälfte der in der ‚ostmärkischen‘ Erdölindustrie Beschäftigten nicht-deutscher Herkunft. Damit herrschten hier andere Verhältnisse, als in der Erdölindustrie des so

- Box, T 401, Roll 4, RBF 123, unpag.; Dr. H. [möglicherweise Dr. Max Haunz, Dienststelle BFE] an Amtsgruppe Arbeitseinsatz (RMBuM), 15.4.1943, ebd., Roll 4, RBF 122, unpag.
- 2940 Arthur Groote (Stellvertreter BFE) an Karl Maria Hettlage (RMBuM), 9.12.1942, ebd., unpag.
- 2941 Major Jäger (Dienststelle ‚Ostmark Öl‘, Wien) mit Bericht für Mai 1943, 31.5.1943, ebd., Roll 3, RBF 11, unpag.
- 2942 Die russischen Fachkräfte wurden entsprechend ihrer Behandlung bei der TBM auch nun „wie Ostarbeiter mit entsprechender Verpflegungszulage behandelt“ und in Lagern untergebracht. Bericht von Jäger (Dienststelle ‚Ostmark Öl‘) für März 1943, 29.3.1943, ebd., unpag. Auch in den folgenden Monaten erfolgte die „Zuführung von russischen Erdölfachkräften der TBM, russischen Kriegsgefangenen und Ostarbeitern“. Monatsberichte der Dienststelle ‚Ostmark-Öl‘ für Juli und August 1943, 31.7.1943 u. 31.8.1943, ebd., unpag. Allerdings herrschte insgesamt akuter Mangel an Fachkräften, während die Deckung an Hilfsarbeitern (u.a. auch russische Frauen zum Ausbau von Bahnhöfen, italienische Militärinternierte) keine Schwierigkeiten machte. Monatsbericht der Dienststelle ‚Ostmark-Öl‘ für September 1943, 30.9.1943, ebd., unpag.; Niederschrift der Dienststelle ‚Ostmark Öl‘ an Bentz über eine Sitzung im Industriehaus Wien, 18.10.1943, ebd., unpag.
- 2943 Monatsberichte der Dienststelle ‚Ostmark-Öl‘ für April und Juni 1943, 30.4.1943 u. 30.6.1943, ebd., unpag.

genannten ‚Altreiches‘, denn ein Vergleich mit der ‚großdeutschen‘ Entwicklung deutet an, dass in der ‚Ostmark‘ zwar nur ein Drittel der Gesamtbelegschaft im Bereich der Fachgruppe Erdölgewinnung der WiGru Kraftstoffindustrie beschäftigt, dort aber fast die Hälfte aller in der deutschen Erdölindustrie (Deutschland und Österreich) tätigen Ausländer eingesetzt war (siehe Tab. 63). Die in der deutschen Erdölindustrie beschäftigten Zwangsarbeiter stammten zunehmend aus Polen, der Ukraine und Russland und wurden „in jeder Hinsicht schlechter gestellt, als die zum Teil noch freiwillig in Deutschland tätigen Arbeitskräfte aus Westeuropa“.²⁹⁴⁴ Aber auch die Fachkräfte litten unter Überbeanspruchung und Ermüdungserscheinungen, „da fast durchweg in Zwei-Schichtensystemen und ohne Unterbrechung an Sonn- und Feiertagen gearbeitet“ wurde.²⁹⁴⁵ Es gab sogar Fälle, in denen eine wöchentliche Arbeitszeit „von 65–72 Stunden“ angesetzt wurde.²⁹⁴⁶ Dass die Arbeitsleistungen der Belegschaften unter solchen Bedingungen zurückgingen, verwundert nicht. Gleichwohl wurde von den Behörden hart durchgegriffen (Arrest, Kürzung der Verpflegungssätze) und Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin „unverzüglich geahndet“.²⁹⁴⁷

Tab. 63: Im Bereich der Fachgruppe Erdölgewinnung der Wirtschaftsgruppe Kraftstoffindustrie beschäftigte deutsche und ausländische (‚Ostarbeiter‘, Zivilarbeiter, Kriegsgefangene) Arbeitskräfte (Ende 1943 bis Ende 1944).²⁹⁴⁸

Monat	Deutsche	Ostarbeiter	Sonstige Ausländer	Kriegs- gefangene	Ausländer gesamt	Gesamt
12/1943	12.471	-	4.237	2.778	7.015	19.486
1/1944	12.486	1.044	3.108	2.871	7.025	19.509
2/1944	12.783	1.027	3.469	2.889	7.385	20.170
3/1944	12.409	1.440	3.194	3.183	7.817	20.226
4/1944	12.507	878	3.121	3.352	7.351	19.858
5/1944	12.723	866	3.208	3.336	7.420	20.143
6/1944	12.705	857	3.280	3.328	7.465	20.170
7/1944	12.739	853	3.287	3.412	7.552	20.291
8/1944	12.741	900	3.442	3.616	7.958	20.699
10/1944	12.290	1.069	5.157	2.391	8.613	20.903
11/1944	12.192	1.076	5.240	2.342	8.658	20.850

2944 Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 224.
2945 Monatsbericht der Dienststelle ‚Ostmark-Öl‘ für April und Juni 1943, 30.6.1943, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 3, RBF 111, unp.
2946 Monatsbericht der Dienststelle ‚Ostmark Öl‘ für Oktober 1944, 31.10.1944, ebd., unp.
2947 Dazu und zu weiteren Gründen ‚fehlender Arbeitsdisziplin‘ unter den Zwangsarbeitern siehe Monatsberichte der ‚Ostmark-Öl‘ für Dezember 1943, Januar u. Februar 1944, 1.12.1944, 31.1.1944 u. 29.2.1944, ebd., unp.
2948 Monatliche Berichte der Fachgruppe Erdölgewinnung der WiGru Kraftstoffindustrie Januar bis Dezember 1944, ebd., Roll 4, RBF 124, unp.; für 12/1943 siehe Tätigkeitsbericht der Fachgruppe Erdölgewinnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1943, 29.2.1944, ebd., Roll 4, RBF 125, unp. (12/1943, Sonstige Ausländer inklusive ‚Ostarbeiter‘; 7/1944

Der von Bentz seit 1939 auf den deutschen Ölfeldern verfolgte Weg des Raubbaus galt auch für die ‚ostmärkischen‘ Vorkommen. Die dort entdeckten Lagerstätten wurden „ohne ausreichende geophysikalische Vorbereitungen rasch in Produktion“ genommen, wobei Aspekte der Ölfeldpflege zur behutsamen und optimalen ‚Entölung‘ der Felder in den Hintergrund gerieten.²⁹⁴⁹ Da sich die Förderung im Gau Niederdonau 1942 günstig entwickelte und durch das langsamere Absinken der norddeutschen Förderung im ersten Halbjahr 1942 etwa 26.000 t mehr gefördert worden waren als von Bentz zunächst vorgesehen, legte er Mitte 1942 ein neues Fördersoll für das zweite Halbjahr fest, wodurch den ‚ostmärkischen‘ Feldern eine Mehrförderung von 87.000 t auferlegt wurde.²⁹⁵⁰ Die Folgen des von Bentz ‚befohlenen Raubbaus‘ zeigten sich ein Jahr später, als er einen Förderrückgang im aussichtsreichen Feld St. Ulrich-Hauskirchen konstatierte und feststellte, dass „die Zahl der noch zur Verfügung stehenden sicheren Bohrpunkte“ inzwischen „wesentlich geringer“ sei als noch im Herbst des Vorjahres erhofft. Bentz mahnte nun selbst zu „größter Vorsicht“ bei der Förderung, um das Feld nicht noch weiter zu schädigen und die Förderung möglichst lange zu erhalten. Er ging sogar soweit, die Sollvorgaben seines rabiatischen Förderplans für 1943 (1,5 Mill. t für die ‚Ostmark‘) herunterzuschrauben, stellte dabei aber in Rechnung, dass die Minderförderung im Wiener Becken durch ein neu entdecktes Feld im norddeutschen Wesendorf bei Gifhorn zum Teil aufgefangen werden könne.²⁹⁵¹ Bezeichnenderweise hielten die Sachverständigen des RWM die von Bentz verminderten Bohrvorgaben für die Ostmark noch immer für „zu hoch“.²⁹⁵²

Tab. 64: Erdölförderung in Deutschland und in der ‚Ostmark‘ sowie Mineralölaufkommen durch Import und chemische Synthese 1939–1945.²⁹⁵³

Jahr	Deutschland	‚Ostmark‘	Gesamt	Import	Synthese
1939	741.000	145.000	886.000	5.165.000	2.200.000
1940	1.056.000	412.000	1.468.000	2.075.000	3.348.000
1941	901.000	624.000	1.525.000	2.807.000	4.116.000
1942	742.000	868.000	1.610.000	2.359.000	4.920.000
1943	710.000	1.104.000	1.814.000	2.766.000	5.748.000
1944	719.000	1.214.000	1.933.000	960.000	3.830.000
1945	546.000	452.000	998.000	?	?

Deutsche inkl. 20 Strafgefangene). Die Zahl der in der ‚großdeutschen‘ Erdölindustrie Beschäftigten war von weniger als 6.000 im Jahr 1939 bis 1944 auf etwa 20.000 gestiegen. Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 224.

2949 Ebd., S. 211.

2950 BFE (Bentz) an OBH Gabel (RWM), 2.7.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31099, Bl. 171 f.

2951 Bentz (BFE) an Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches (Beauftragter für den Vierjahresplan), 6.8.1943, ebd., Bl. 173 f. Die Bezeichnung „befohlener Raubbau“ findet sich in Monatsbericht der Dienststelle ‚Ostmark-Öl‘ für April und Juni 1943, 30.6.1943, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 3, RBF 111, unp.

2952 Handschriftlicher Vermerk des RWM, 13.8.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31099, Bl. 175.

2953 Nach Eichholtz, Ölpolitik (2010), S. 373 u. 504; Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 205;

Dass Bentz Mitte 1943 umschwenkte und eine vorsichtigere Ausbeutung der deutschen Ölfelder anmahnte, hing vermutlich auch damit zusammen, dass sich die Kritik an seiner Praxis mehrte. So hatte OBH Gabel im Juni 1943 durchblicken lassen, dass er den Raubbau insbesondere an den ‚ostmärkischen‘ Erdöllagerstätten und auch das Zurückgehen der Aufschlussbohrungen nicht mehr dulde.²⁹⁵⁴ Das RWM befasste sich auch mit der Ausarbeitung von Richtlinien, die auf eine rationelle Erdölgewinnung abzielten.²⁹⁵⁵ Wie schon 1939 nahm auch das Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld kein Blatt vor den Mund und betonte, dass eine „zu weitgehende Bevormundung“ der Erdölunternehmen bei der Auswahl ihrer Untersuchungsgebiete und beim Ansatz von Einzelbohrungen ihr Verantwortungsgefühl und Interesse schwäche. „Durch die staatliche Lenkung der Erdölwirtschaft“ dürfe die Unternehmer-Initiative aber nicht ausgeschaltet werden. Der Staat habe nur darüber zu wachen, „dass die Aufslusstätigkeit nach einem wohl durchdachten Plan durchgeführt“ werde. Auch sei der kriegsbedingte „Raubbau“ nicht hinnehmbar, denn die lange Kriegsdauer zwinge zu einer pfleglichen Behandlung der Lagerstätten. So komme es auf eine bergwirtschaftlich richtige Ausbeutung, mit unbedingt notwendigen Untersuchungen über die Ausdehnung der Vorkommen, die Lage des Randwassers und der Gaskuppe, des Lagerstättendrucks und des optimalen Gas-Öl-Verhältnisses an. Stattdessen und trotz der Erfahrungen von Reitbrook und Zistersdorf (‚Ostmark‘) sei immer wieder derselbe Fehler zu beobachten, indem neue Fundbohrungen „jedesmal alsbald in Produktion genommen“ und in unmittelbarer Nähe der Fundbohrung weitere Förderbohrungen angesetzt werden, anstatt das Feld zunächst in großen Zügen systematisch aufzuschließen. Diese „überhastete Aufnahme der Förderung“ habe für die Felder meist schlimme Folgen, die nicht wieder gut zu machen seien. Zu ihrer Vermeidung sei es zweckmäßig anzuordnen, neue Felder erst dann in Produktion zu nehmen, wenn die o.g. bergwirtschaftlichen Untersuchungen stattgefunden hätten. Aus diesen Gründen sei festzustellen, inwieweit die Bergbehörde zum Schutz der Lagerstätten zum Eingreifen gegenüber den Anordnungen des BFE Bentz berechtigt sei.²⁹⁵⁶

Tatsächlich bestand in der Umgebung Görings schon im Juni 1943 die Absicht, Bentz

„wieder mehr verantwortlich für die geologische Bearbeitung der Erdöllagerstätten, insbesondere die Festsetzung und die geologische Betreuung der Bohrungen, einzusetzen, während die übrigen Arbeiten

Koppensteiner/Häusler, *Kaukasus-Öl* (2021), S. 80.

2954 OBH Gabel (RWM) an Hans Kehl (RWM, Leiter der Hauptabteilung II), 16.6.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30155, Bl. 7-9.

2955 Vermerk der Erdölabteilung des RWM für OBH Gabel (RWM) betr. Vermeidung der Entgasung von Erdöllagerstätten durch behördliche Maßnahmen, 21.9.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30529, Bl. 12; RWM (OBH) an die Oberbergämter Clausthal-Zellerfeld, Wien, Karlsruhe, 29.9.1943, ebd., Bl. 14 f.; Aktenvermerk der Mineralölabteilung des RWM betr. Maßnahmen zur Erhaltung der natürlichen potentiellen Energie von Erdöllagerstätten, 27.9.1943, ebd., Bl. 16-19.

2956 Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld an OBH Gabel (RWM), 7.12.1943, ebd., Bl. 64-66.

der praktischen Durchführung der Bohrarbeiten von ihm auf eine andere Stelle verlagert werden sollten“.²⁹⁵⁷

Bentz war über diese Absichten im Bilde, denn angeblich hatte er eingesehen, dass es unmöglich war, „die europäischen Erdöllagerstätten geologisch zu betreiben und zugleich sich mit Fragen der bohrtechnischen Bearbeitung zu belasten“. Insbesondere dem RWM war an einer Neuregelung des Verhältnisses zu Bentz gelegen, der unter der Protektion Görings ein Eigenleben entwickelt und sich vom RWM emanzipiert hatte. So versuchte Gabel auch den vom Rüstungsministerium vorgesehen Machtzuwachs von Bentz auf dem Gebiet der Bewirtschaftung und Beschaffung von Bohr- und Fördergerät für die Erdölgewinnung zu verhindern.²⁹⁵⁸

Die Einschränkung der Bentz'schen Vollmachten hielt die für die Erdölpolitik im Vierjahresplan, im RWM, im Rüstungsministerium und in der RfB Verantwortlichen in den folgenden Monaten in Atem und sorgte für erhitze Debatten, denn insbesondere Keppler und Bentz wehrten sich gegen ihren drohenden Machtverlust.²⁹⁵⁹ So stand RfB-Präsident Keppler auf dem Standpunkt, dass es Aufgabe des RfB sei, „nicht nur die Geologie der Erdöllagerstätten festzustellen, sondern auch darüber hinaus die Erdölgewinnung führungsmäßig zu betreuen“.²⁹⁶⁰ Die „Hetze gegen Herrn Prof. Bentz wegen der Erdölförderung im Wiener Becken“ werde ganz offensichtlich mit dem Zweck betrieben, ihm diese Arbeiten „abzunehmen“ und der Bergbauabteilung des RWM „zuzuführen“.²⁹⁶¹

Tatsächlich trat als hauptsächlicher Widersacher von Keppler und Bentz ihr eigentlicher Vorgesetzter, der OBH Oskar Gabel, in Erscheinung, der bereits im November 1943 den Entwurf für ein Schreiben des Vierjahresplanchefs Göring aufgesetzt hatte, durch das eine Neudefinition der Aufgaben des BFE vorgenommen werden sollte.²⁹⁶² Gabel widersprach Kepplers Auffassung sowohl aus „sachlichen Gründen (ungünstige Erfahrungen bei der bisherigen Bearbeitung durch den Erdölbeauftragten bzw. das Reichsamt) wie auch aus rechtlichen

2957 OBH Gabel (RWM) an Hans Kehrl (RWM, Leiter der Hauptabteilung II), 16.6.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30155, Bl. 7-9.

2958 Ebd. Möglicherweise war es auf die Kritiken zurückzuführen, dass Bentz Ende 1944 eine Ausarbeitung über die Folgeerscheinungen des Raubbaus vorlegte, von dem er sich nun klar distanzierte. BFE Bentz: Lässt sich die deutsche Erdölförderung steigern?, BArch Berlin, 27.11.1944, R 3101, Nr. 30528, Bl. 79-87.

2959 Dabei ging es um die Fragen, wer 1. für die Betreuung geologischer Untersuchungen von Erdölgebieten, 2. für die Ermittlung der für eine Erdölbohrung einzuhaltenden Gas-Öl-Verhältnisse verantwortlich, 3. für die Vergabe von Konzessionen, 4. für die Bewirtschaftung der dem Erdölbergbau zur Verfügung stehenden Kontingente und 5. für die Bearbeitung des Arbeitseinsatzes zuständig war. Vermerk von OBH Gabel über eine Besprechung mit Staatssekretär Keppler am 16.12.1943, 17.12.1943, ebd., Bl. 85; Keppler an Gabel, 5.1.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30155, Bl. 88-90.

2960 Vermerk von OBH Gabel über eine Besprechung mit Staatssekretär Keppler am 16.12.1943, 17.12.1943, ebd., Bl. 85.

2961 Keppler (RfB) an Staatssekretär Franz Hayler (RWM), 11.8.1944, ebd., Bl. 160-162.

2962 Vgl. OBH Gabel an Präsident Hans Kehrl, 30.11.1943, ebd., Bl. 78 f.

Gründen“ (Verstoß gegen die Verordnung vom 1939 zur Gründung des RfB, nach der die regelmäßige Gewinnung der Mineralien grundsätzlich nicht zum Aufgabengebiet des RfB gehörte).²⁹⁶³ Aber Bentz war der Meinung, dass seine Dienststelle „nicht rückgängig gemacht werden“ könne. Die Fragen des Erdölbergbaues hätten beim ihm als BFE zu liegen. Gleichwohl war er bereit, die ihn belastenden Arbeiten (Arbeitseinsatz, Materialbeschaffung, Kontingentbewirtschaftung) an das RWM abzugeben. Auch wenn sich die Vierjahresplanbehörde mit Blick auf das Ansehen des Göring-Beauftragten Bentz nicht zu einer vollkommenen Beschneidung der Bentz-Kompetenzen durchringen konnte, sorgte ein Erlass des Reichsmarschalls vom 26. April 1944 für eine Neuregelung im Sinne des RWM, das seine Stellung dadurch „wesentlich gestärkt“ sah.²⁹⁶⁴

Durch den Erlass wurde Bentz' seit Juli 1942 bestehender Auftrag auf technisch-wirtschaftlichem Feld eingeschränkt, in dem alle „außerhalb des Gebietes der Erdölgeologie“ liegenden Aufgaben nun der Aufsicht des Rüstungsministeriums und des RWM unterstellt wurden. Bentz war demnach nur noch für die Förderung des Aufschlusses neuer Öl- und Gasfelder im gesamten von Deutschland beherrschten Raum und die Aufstellung des Bohr- und Förderplanes verantwortlich. Selbst bei Letzterem sah er sich nun angehalten, dies im „Einvernehmen“ mit dem OBH zu tun, dem die Aufsicht über den Förderbetrieb zukam.²⁹⁶⁵ Die Wogen glätteten sich durch den Erlass Görings aber auch

- 2963 Vermerk von OBH Gabel über eine Besprechung mit Staatssekretär Keppler am 16.12.1943, 17.12.1943, ebd., Bl. 85; Vermerk des RWM über eine Besprechung betr. Einschränkung und Neufassung des Auftrages des Prof. Bentz als Erdölbeauftragter, 14.1.1944, ebd., Bl. 93–95. Im Verlauf der Diskussionen schuf das RWM Tatsachen, indem es Industrievertreter an einflussreicher Stelle innerhalb der Erdölwirtschaft installierte oder ihre bestehenden Aufträge verlängerte. So wurde der Auftrag des 1940 eingesetzten Hermann Sauerbrey verlängert. Vgl. RWM (OBH) an Sauerbrey, 9.2.1944, ebd., Bl. 60; RWM (OBH 6) an Kanzlei des RWM, 21.3.1944, ebd., Bl. 69. Im September 1943 war Günther Schlicht zum Leiter der Fachgruppe Erdölgewinnung in der WiGru Kraftstoffindustrie ernannt worden, der sich für die Selbstverantwortung der Industrie im Bereich der Erdölwirtschaft stark machte. Schlicht an OBH Gabel, 3.10.1943, ebd., Bl. 19; Schlicht an Gabel mit Abdruck seines Vortrages über die Aufgaben der Fachgruppe Erdölgewinnung unter besonderer Berücksichtigung der Leistungssteigerung in Erdölbohr- und -förderbetrieben, 29.10.1943, ebd., Bl. 38–51. Zur Besetzung der Ausschüsse der Fachgruppe Erdölgewinnung vgl. Schlicht an Gabel, 30.10.1943, ebd., Bl. 56–58. Zur Abstimmung der Zuständigkeiten bzw. Zusammenarbeit zwischen der Dienststelle Bentz und der Fachgruppe Erdölgewinnung siehe auch Schlicht an Bentz (BFE), 9.3.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 76376, unp.
- 2964 Erstaunlicherweise gab Bentz gegenüber Gabel im Vieraugengespräch zu, Verständnis für Gabels „Abneigung gegenüber den Bemühungen“ des RfB zu haben und stimmte sogar zu, „dass die Fragen der Erdölgewinnung eigentlich“ im RWM zu bearbeiten seien. Allerdings habe Bentz gebeten, „von dieser Äußerung keinen Gebrauch zu machen, da er sonst voraussichtlich Schwierigkeiten“ im RfB bekommen könne. Ob dies eine Erfindung Gabels war oder ein Beleg für den Opportunismus von Bentz, kann nicht festgestellt werden. Vermerk von OBH Gabel über eine Besprechung mit Ministerialdirektor Friedrich Gramsch [Vierjahresplan] am 18.3.1944, 23.3.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30155, Bl. 108–110; OBH Gabel an Staatssekretär Hayler (RWM), 30.5.1944, ebd., Bl. 118.
- 2965 Erlass Göring (Beauftragter für den Vierjahresplan) betr. Neuregelung der Aufgaben auf dem Gebiet der Erdölförderung an Bentz, den Leiter des Planungsamtes [im RMRuK]

in der Folgezeit nicht, denn nicht nur Keppler stichelte gegen die aus seiner Sicht ungerechte Behandlung von Bentz, auch letzterer reagierte hochgradig sensibel, wenn er der Meinung war, in den sein Sachgebiet betreffenden Fragen übergangen worden zu sein.²⁹⁶⁶ So hielt das RWM noch im November 1944 fest,

- Generalbevollmächtigter für Rüstungsaufgaben Präsident Kehrl, GBChem Krauch, OBH Gabel, den Bevollmächtigten für Erdölangelegenheiten im Südosten Gesandten Hermann Neubacher, WiStab Ost, OKW (Wehrmachtsführungsstab), 26.4.1944, ebd., Bl. 119.
- 2966 Wie sehr Keppler die eigentliche Beraterfunktion des RfB für das ihm vorgesetzte RWM inzwischen auf den Kopf gestellt hatte und welche Auffassung er von seiner Behörde hatte, zeigte folgende Aussage: „Dieses Amt [RfB] trägt die Verantwortung für die Erdölfelder, und ich müsste natürlich die Verantwortung ablehnen, wenn weiterhin in unverantwortlicher Weise und ungetrübt von Sachkenntnis von anderer Seite eingegriffen wird. Die Bergbauabteilung des Reichswirtschaftsministeriums und die Oberbergämter verfügen über keine Geologen, und es hat doch keinen Sinn, ihnen geologische Fragen zu übertragen.“ Nun habe OBH Gabel weitreichende Befugnisse auf dem Erdölgebiet erhalten und Bentz diese Aufgabe streitig gemacht. Er, Keppler, sehe „gar nicht ein, warum nun auf einmal (...) zwei Ämter mit der gleichen Aufgabe beschäftigt werden sollen. Deshalb sei der frühere Zustand (also vor der Beschränkung der Bentz-Befugnisse) wieder herzustellen. Vermerk des RWM über eine Besprechung mit Prof. Bentz am 4.8.1944, 5.8.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30529, Bl. 128 f.; Keppler (RfB) an Staatssekretär Franz Hayler (RWM), 11.8.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30155, Bl. 160–162. Dass Keppler so dünnhäutig reagierte, hing möglicherweise mit einem weiteren Scharmützel zusammen, das er genau zu diesem Zeitpunkt mit dem RFR ausfocht. Der Grund hierfür waren Vorbehalte der geowissenschaftlichen Hochschulforschung, die in finanzieller Hinsicht hinter dem RfB zurückblieb und zudem Sorge hatte, von ihm an die Wand gedrückt zu werden. In einer für den Sicherheitsdienst der SS angefertigten Denkschrift hatte der inzwischen an der Reichsuniversität Straßburg tätige Mineraloge, Friedrich-Karl Drescher-Kaden, der schon 1936 gegen die PGLA gestichelt hatte, zur „Lage der deutschen Mineralogie und Rohstoffforschung“ Stellung genommen. Dabei behauptete er, dass die mineralogische Forschung in Deutschland praktisch am Boden sei, was u.a. daran liege, dass das RfB die Kartierung eingestellt habe, anstatt die Hochschulen mit ihren 86 Instituten in diese Aufgaben einzubinden. Gleiches zeige sich auf dem Gebiet der Rohstoffforschung, was darauf zurückzuführen sei, dass Keppler die Hochschulforschung ausschalten wolle. So habe dieser vorgeschlagen, anstelle vieler kleiner Institute drei der RfB zuarbeitende Groß-Institute zu schaffen, wofür das RfM bereits 50 Millionen RM in Aussicht gestellt habe. Dieser Plan sei aber am Widerstand der Hochschulinstitute gescheitert. Dass Drescher-Kaden den SD nun zwei Jahre später darüber informierte, focht Keppler sicher nicht an, dagegen musste ihm die von dem Straßburger Mineralogen geforderte Änderung des Lagerstättengesetzes zur Kompetenzerweiterung der Hochschulforschung aufstoßen, wie auch die Tatsache, dass der SD dem Erdölbevollmächtigten des RFR, Alfred Bentz, vorwarf, die Forschung zu vernachlässigen. Wilhelm Spengler (Chef der Sicherheitspolizei und des SD, III C) an Werner Osenberg (Leiter des Planungsamtes im RFR) mit Schreiben des RFSS (Der SD-Führer Straßburg) an das RSHA (III C 1) betr. Lage der deutschen Mineralogie und Rohstoffforschung vom 29.7.1944, 9.8.1944, BArch Berlin, R 26–III, Nr. 112, Bl. 127–144; Rooff, Altreich (2018), S. 230. Zu den Vorwürfen gegen Bentz vgl. Flachowsky, Reichsforschungsrat, Anhang, S. 57 (Tab. 21). Im RfB war offenbar Brockamp derjenige, der die Aktion zur Einsparung von Geologie- und Mineralogie-Lehrstühlen an den Hochschulen initiiert hatte. Vermutlich wurde vom RMWEV deswegen seine Ernennung zum Professor hintertrieben. Vgl. Vermerk vermutlich von Heinrich A. Nipper (RMWEV), 20.6.1944, BArch Berlin, R 4901, Nr. 24323, Bl. 9403. Als Keppler dann im Jahr 1944 offenbar vorschlug, die Fachsparte Bodenforschung im RFR aufzulösen und Fragen der Geologie nur noch durch das RfB bearbeiten zu lassen, sprach sich auch OBH Gabel dagegen aus. Vgl. OBH Gabel an Staatssekretär [Hayler?],

dass zwischen RWM und Oberbergämtern auf der einen und Bentz auf der anderen Seite, „immer noch eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten“ fehle und der bestehende „Zustand durchaus unerfreulich“ sei.²⁹⁶⁷

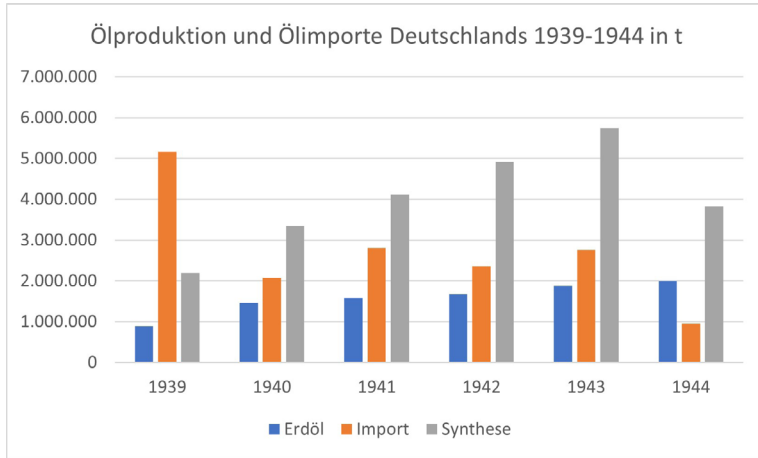


Abb. 91: Ölproduktion und Ölimporte Deutschlands 1939–1944 in Tonnen.²⁹⁶⁸

Trotz dieser Querelen gelang es dem NS-Regime, die Erdölgewinnung im Reich während des Krieges erheblich auszuweiten. So stieg die Förderung von ca. 900.000 t im Jahr 1939 auf nicht ganz 2 Millionen t 1944 (siehe Abbildung 91), womit die deutsche Erdölförderung nach den Worten von Bentz „eine neue Rekordhöhe“ erreichte.²⁹⁶⁹ Er blickte daher optimistisch in die Zukunft. Wie er dem OKW versicherte, befand sich Deutschland im Hinblick auf den Zustand seiner Erdölfelder in einer durchaus günstigen Lage, denn „glückliche neue Funde“ ließen „für den Zeitraum der nächsten 12 bis 18 Monate ein nur leichtes

29.8.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30111, Bl. 187. Abgesehen davon gab es verschiedene Hochschulforscher, die im Auftrag des RfB forschten oder in Beziehung zu ihm standen. Vgl. die DFG-Förderakten folgender Wissenschaftler in BArch Berlin, R 73, Nr. 10564 (Friedrich Buschendorf), R 73, Nr. 10621 u. 10622 (Carl Wilhelm Correns), R 73, Nr. 11346 (Hans Grothe), R 73, Nr. 14324 (Karl Schlossmacher), R 73, Nr. 11833 (Hans Hüttenhain), R 73, Nr. 12123 (Helmut Kirchberg), R 73, Nr. 14617 (Friedrich Schumacher).

2967 Vermerk des RWM (OBH 6) für den OBH, 10.11.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30517, Bl. 18. Vgl. auch Bentz' Kritik an der „unsachlichen“ Berichterstattung der Fachgruppe Erdölgewinnung der WiGru Kraftstoffindustrie. Bentz (RfB) an Fachgruppe Erdölgewinnung, 17.3.1944, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960 - 1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 4, RBF 125, unp.

2968 Nach Eichholtz, Geschichte Bd. II/2 (2003), S. 354; Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 205; Koppensteiner/Häusler, Kaukasus-Öl (2021), S. 80.

2969 Bentz (BFE) an OKW (WiAmt M/3), 29.1.1945, BArch-MA Freiburg, RW 19, Nr. 2417, Bl. 77. Vgl. auch Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 224.

Absinken der Produktion erwarten“. Die „natürlichen Voraussetzungen für eine befriedigende Weiterentwicklung der Förderung“, so Bentz, seien also „durchaus gegeben“. Ob der Chef der Erdölabteilung des RfB und Beauftragte für die Förderung der Erdölgewinnung damit schon auf die Nachkriegszeit anspielte, ließ er freilich offen.²⁹⁷⁰

Was bleibt festzuhalten? Die natürlichen Ressourcen Glimmer und Erdöl stehen für viele andere kriegs- und rüstungsrelevante Rohstoffe, bei denen das Deutsche Reich mit massiven Versorgungsengpässen zu kämpfen hatte. Wie schon im Ersten Weltkrieg hinterließ der blockadebedingte Ausfall der Einfuhren aus Übersee eine gewaltige Lücke, die die NS-Wirtschaftsverwaltung durch rigorose Beschränkungen des öffentlichen und privaten Verbrauchs, einen forcierten Ausbau der Ersatzstoffproduktion (Hydrierwerke, künstlicher Glimmer) und durch eine intensive Ausbeutung der im eigenen Machtbereich gelegenen Vorkommen zu schließen versuchte. Die zu diesem Zweck ergriffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen waren unterschiedlicher Art. Zur „Schaffung einer eigenen Glimmerbasis im europäischen Wirtschaftsraum“ dienten zwei von Staat und Wirtschaft getragene Konsortien, die den Aufschluss, den Ausbau und die Einrichtung von Glimmerspaltereien (u.a. Zwangs- und Sklavenarbeit in KZ- und Ghettobetrieben) in Europa finanzierten. Das RfB war hier in verschiedener Weise beteiligt, so etwa bei der Beurteilung bestehender sowie beim Abbau neuer Vorkommen, bei der Beratung staatlicher Behörden oder bei der Förderung der Arbeiten zur Herstellung künstlichen Glimmers. Dagegen fungierte Alfred Bentz auf dem Gebiet der Erdölförderung als alleinige Regulierungsinstanz, nachdem er von Göring 1938 zum Beauftragten für die Förderung der Erdölgewinnung ernannt worden war. Damit nahm der Staatsgeologe innerhalb des RfB eine Sonderstellung ein, da er als Beauftragter Görings nicht nur Weisungsbefugnis gegenüber der Erdölindustrie besaß, sondern sich auch von dem ihm eigentlich vorgesetzten RWM emanzipierte, das seinen Planvorgaben folgen musste.

Zum wichtigsten Glimmerlieferanten Deutschlands während Zweiten Weltkrieges entwickelte sich Norwegen. Da die Bearbeitung der damit zusammenhängenden Fragen, insbesondere des Abbaus, durch den im ‚Reichskommissariat‘ verankerten RfB-Geologen Josef Horvath erfolgte, spielte das RfB bei der Ausbeutung der besetzten norwegischen Gebiete eine zentrale Rolle. So war Horvath nicht nur in das komplexe Geflecht aus Tarnfirmen und verdeckten Finanzierungen (Glimmerkonsortium, RfB, Prakla) zur Umgehung der norwegischen Berggesetzgebung involviert, er setzte auch auf eine massive Steigerung der Glimmerförderung (Raubbau), was die Lieferungen nach Deutschland vorübergehend nach oben schnellen ließ. Dass die von RWM und von der Reichsstelle für technische Erzeugnisse vorgegebenen Produktionszahlen aber letztlich nicht erreicht wurden, war darauf zurückzuführen, dass die norwegischen Glimmervorkommen insgesamt klein und oft schon nach

2970 Bentz (BFE) an OKW (WiAmt M/3), 29.1.1945, BArch-MA Freiburg, RW 19, Nr. 2417, Bl. 77.

wenigen Monaten erschöpft waren. Dies und der durch den Rückzug der Wehrmacht erfolgte Wegfall der südosteuropäischen Zufuhren zwangen schließlich zum Rückgriff auf die geringen ‚deutschen‘ Vorkommen in den Sudeten und in der ‚Ostmark‘, die genau genommen auch in besetztem Gebiet lagen. Auch in diesem Fall spielte das RfB eine prominente Rolle, denn es war am Aufschluss der Vorkommen maßgeblich beteiligt, wobei es zum Einsatz von Zwangsarbeitern kam. Obwohl es dem RfB laut seiner Gründungsverordnung untersagt war, eigene Bergbaubetriebe zu unterhalten, setzte es sich über diese Bestimmung gegen den Widerstand des RWM hinweg, nahm selbst verschiedene Gruben in Betrieb und zog auch in diesen Fällen ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene heran.

Der Kriegsbeginn 1939 brachte für die deutsche Ölwirtschaft zwei wesentliche Einschnitte. Zum einen erfolgte der Übergang zu staatlich vorgeschriebenen Förderplänen zur Erdölgewinnung, die vom BFE Bentz ausgearbeitet wurden.²⁹⁷¹ Wie seine ‚Mob-Planungen‘ zeigten, richtete Bentz die Produktion der deutschen Erdölfelder konsequent auf die Erfordernisse des Krieges aus, was auf die zweite einschneidende Veränderung vom September 1939 verweist. Denn zum anderen veranlasste Bentz die Einstellung zahlreicher Untersuchungs- bzw. Aufschlussbohrungen und forderte dagegen eine massive Steigerung von Förderbohrungen, ohne Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit der davon betroffenen Felder zu nehmen. Die nach dem Krieg aufgestellte, vermutlich von Bentz selbst kolportierte Behauptung, dass das RWM die Einstellung der Aufschluss-Bohrungen und die Konzentration der Bohrtätigkeit in den produktiven Feldern befohlen habe, ist demnach ebenso falsch, wie die Feststellung, Bentz habe Raubbaumethoden vermieden und bei der „Förderung ausschließlich nach technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zur Erhaltung der natürlichen Lagerstättenenergie“ gesetzt.²⁹⁷² Die „Zwangssteuerung des Bohrgeräteinsatzes“ und der fatale Raubbau an den Erdölressourcen zogen sich bis zum Ende des Krieges hin. Allein sein Vertrauensvorschuss in der Industrie und seine Stellung als ‚Göring-Beauftragter‘ sorgten 1939 dafür, dass die schon unüberhörbaren Kritiken an seinem Kurs zunächst folgenlos blieben, auch wenn Bentz sicher wahrnahm, dass vor allem das RWM bemüht war, auf dem Gebiet der Ölpolitik verlorenes Terrain wiederzuerlangen und Bentz‘ Kreise einzuengen.

Darüber hinaus ist festzuhalten, dass Bentz während des Krieges kaum noch als Wissenschaftler, sondern vielmehr als Wirtschaftsplaner in Erscheinung trat und sich obendrein um eine Ausweitung seiner Kompetenzen bemühte. So forderte er in Form einer von seiner Dienststelle ausgearbeiteten ‚Führerverordnung‘, eine bevorzugte Zuweisung ausländischer Arbeitskräfte und Kriegsgefangener. Als Göring Bentz‘ Kompetenzen 1942 auch auf die besetzten Gebiete ausweitete, hatte der Erdölgeologe seinen Zenit erreicht,

2971 Bentz (BFE) an OBH Oskar Gabel (RWM, Ant. II Bergbau), 27.3.1943, BAArch Berlin, R 3101, Nr. 30513, Bl. 7 f.

2972 Seibold/Seibold, Alfred Bentz (2002), S. 1084.

denn er war neben der Planung der Erdölförderung auch für den Einsatz aller Bohr- und Förderanlagen im gesamten deutschen Einflussbereich, für die Aufstellung eines Materialeinsatzplans für die Neuherstellung von Bohr- und Förderanlagen, für die Kontrolle der Lieferung der neuen Anlagen und ihre Verteilung an die deutschen Erdölfirmer sowie schließlich auch für die Arbeitskräftebeschaffung und -lenkung für die Erdölindustrie mitverantwortlich. Zudem rückte er zum Beauftragten für Mineralölforschung im RFR auf, als der er sich um die Errichtung eines Reichsinstituts für Erdölforschung in Hannover verdient machte. Ob hinter dieser Machtakкумуляtion auch sein Versuch stand, mit seinem auf dem Gebiet des Mineralölsektors überaus einflussreichen Konkurrenten Krauch (GBChem) ‚gleichzuziehen‘, der neben seiner Weisungsbefugnis gegenüber der Industrie auch über einen größeren Forschungskomplex (RWA-Vierjahresplaninstitute) verfügte, muss dahingestellt bleiben. Festzuhalten ist aber, dass Bentz zu all dem auch als Berater der NS-Regierung in Erscheinung trat und dieser potentielle Expansionsziele (Erdölfelder des Nahen Ostens) benannte.

Bentz war nicht nur für die Planung der Erdölförderung in den besetzten Gebieten verantwortlich, er sorgte auch dafür, dass die Erdölsachverständigen des RfB der Wehrmacht auf dem Fuß folgten und sich im Okkupationsgebiet um die Aufrechterhaltung und den Neuaufschluss von Erdölbohrungen kümmerten. Die Staatsgeologen trugen aber nicht nur auf diese Weise zur Ausbeutung der besetzten Gebiete bei, sondern beteiligten sich darüber hinaus selbst aktiv am Raub von wissenschaftlichen Materialien, Geräten und Bibliotheken, die sie aus den von den deutschen Besatzungsbehörden beschlagnahmten wissenschaftlichen Instituten Osteuropas entwendeten. Die Größe des zu bearbeitenden Raumes, der sich von Österreich und Polen über Rumänien und die Ukraine bis in den Kaukasus (Sowjetunion) erstreckte, verweist nicht nur auf den Größenwahn des NS-Regimes. Angesichts der begrenzten Möglichkeiten der deutschen Erdölindustrie (Fachkräfte- und Gerätemangel, Lieferengpässe bei Neugeräten, Transportprobleme) offenbarte sich zudem eine Überspannung der Kräfte, woran auch der mit viel Aufwand verbundene Einsatz im Kaukasus scheiterte.

Für Horvath und Bentz und ihre Jagd nach den Rohstoffen Glimmer und Erdöl ist insgesamt zu konstatieren, dass ihre Tätigkeit kaum noch etwas mit den klassischen Funktionen von Ressortforschungseinrichtungen (Forschung und Beratung) zu tun hatte. Ihr Fokus war in erster Linie auf die Rohstoffmobilisierung und die Aneignung fremder Ressourcen gerichtet, wobei sie sich infolge der ihnen zur Verfügung stehenden Weisungsmöglichkeiten gegenüber der Industrie zu Regulierungsinstanzen entwickelten. Als im Interesse des Staates handelnde Akteure beurteilten sie die Abbauwürdigkeit von Rohstoffen nach anderen Gesichtspunkten als die gewinnorientierte Privatwirtschaft. Ihr Fokus richtete sich auf die Beantwortung der Frage, in wie weit der Abbau zur Kriegsanstrengung beitragen konnte, was letztlich auch ihr auf Produktionsmaximum und Raubbau gerichtetes Vorgehen erklärt. Dass Bentz 1944 in

gewisser Weise degradiert wurde, hing weniger damit zusammen, als mit den Machtkämpfen im NS-Wirtschaftssystem, bei denen das RWM im Fahrwasser des Rüstungsministeriums und auf Kosten des an Einfluss verlierenden Göring verlorenen Boden gutzumachen hoffte.

5.4 Untertageverlagerung – Begutachtung, Sklavenarbeit, Rüstungsproduktion

Nachdem Großbritannien und die USA auf der Konferenz von Casablanca im Frühjahr 1943 beschlossen hatten, mittels einer kombinierten Luftoffensive gegen Deutschland und seine Verbündeten vorzugehen, verschärfte sich der Bombenkrieg über Deutschland zusehends. Zunächst traf es die ‚Waffenschmiede des Reiches‘, das rheinisch-westfälische Industrieviertel, das für die Herstellung von Rüstungsgütern zentrale Bedeutung hatte. Die von März bis Juli 1943 andauernden Bombardements auf das Ruhrgebiet, die im weiteren Verlauf des Jahres folgenden verheerenden Angriffe auf Hamburg und Berlin, wie auch Luftschläge gegen die Messerschmitt-Werke bei Regensburg, die Kugellagerwerke in Schweinfurt oder die Heeresversuchsanstalt Peenemünde, machten der NS-Führung die Unzulänglichkeit der deutschen Luftverteidigung bewusst und zeigten an, dass sich die Alliierten bei der Wahl ihrer Ziele nun immer stärker auf sensible Bereiche der deutschen Rüstungsproduktion konzentrierten.²⁹⁷³ Da die deutschen Rüstungsbetriebe den nun beinahe täglich angreifenden westalliierten Bomberverbänden weitgehend schutzlos ausgeliefert waren, setzten im Sommer 1943 fieberhafte Bemühungen zum Schutz kriegswichtiger Einrichtungen und Industriebetriebe ein.²⁹⁷⁴ Schon im April 1943 hatte Hitler gefordert, ‚Engpassfertigungen‘ (Kurbelwellen, Kegelräder, elektrische Einrichtungen) „voll unter Betonschutz“ zu stellen.²⁹⁷⁵ Daneben gab es Versuche, den Schutz von Betrieben durch eine Dezentralisierung in weniger ‚luftgefährdete‘ Gegenden zu erhöhen. Da sich die Luftangriffe aber praktisch auf das gesamte Reichsgebiet ausdehnten, nahm der Gedanke der Verlagerung wichtiger Produktionsstrecken sowie die Einlagerung wertvoller Kulturgüter (Bibliotheken, Kunstgegenstände) in unterirdischen Räumen, wie Höhlen, Gruben, Stollen, Tunneln, Festungswerken oder massiven Kellergewölben immer konkretere Formen an. Vor diesem Hintergrund stellte das RfB bereits im Juni 1943 Übersichten der deutschen Höhlen zusammen, die Aufschluss über Namen und Lage, Form und Größe sowie deren Wasserverhältnisse gaben.²⁹⁷⁶

2973 Vgl. Blank, *Kriegsalltag* (2004), S. 365–370; Boog, *Luftkrieg* (2001), S. 3–137; Overy, *Bombenkrieg* (2014), S. 433–488; Groehler, *Geschichte* (1981), S. 397; Demps, *Luftangriffe* (2012), S. 43 f.

2974 Vgl. Wagner, *Produktion* (2015), S. 73.

2975 Baranowski, *Rüstungsproduktion* (2016), S. 225.

2976 Vom RfB vorgelegte tabellarische Übersicht der deutschen Höhlen (ohne Grubenbaue), Stand 1.7.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 59797, unpubl. Darüber hinaus wurde das AfB des GG aufgefordert, dem RfB Berlin Zusammenstellungen von Höhlen und Bergwerksräumen

Die ersten, die sich unter der Erde versteckten, waren jedoch oberste Reichsbehörden wie die Reichskanzlei und Teile des „Führer-Hauptquartiers“ in Berchtesgaden. Während die Vertreter der Reichskanzlei zunächst nur über den Bau eines Luftschutzbunkers für ihre bayerische Dependence nachgedacht hatten, ordnete Hitler für den Bereich des Obersalzberges an, „als Unterkünfte für Fliegerangriffe Stollen in den Berg zu treiben“.²⁹⁷⁷ Der Chef der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers, machte sich den Gedanken des ‚Führers‘ zu eigen und plante, für das Grundstück der Reichskanzlei in Berchtesgaden einen Stollen anlegen zu lassen, mit dem er auch die „beschleunigte Unterbringung von Teilen des Führer-Hauptquartiers in absolut gesicherten Räumen“ bezweckte, „um die Weiterarbeit auch im Falle stärkerer Angriffe auf jeden Fall sicherzustellen“.²⁹⁷⁸

Für den Bau der Anlage wurde das bekannte Bauunternehmen Polensky & Zöllner gewonnen, das sich bei der Planung auf die Expertise des Münchener RfB-Geologen Eduard Hartmann stützte, der gerade von einem Einsatz als „Einheitsführer“ der Organisation Todt aus Norwegen zurückgekehrt war.²⁹⁷⁹ Es war vor allem auf ihn zurückzuführen, dass sich die Planer für das „westliche Einstollen-Projekt“ entschieden, auch wenn letzteres mit einem erheblich höheren Baustoffbedarf verbunden war.²⁹⁸⁰ Für die Schaffung der unterirdischen Höhlgänge und Kammern wurden 250 italienische Kriegsgefangene eingesetzt, die in einem eigens errichteten Lager untergebracht wurden.²⁹⁸¹ Damit war auch Hartmann konfrontiert, der den seit September 1943 im Bau befindlichen „Reichskanzlei-Stollen“ wiederholt befuhr und die technische Durchführung des Projektes begleitete.²⁹⁸² Der Stollen wurde bis Mitte 1944 fertiggestellt. In

zu schicken. Vgl. Regierung des GG (Hauptabteilung Wirtschaft, Unterabteilung Bergbau) an OBH Gabel (RWM), 12.4.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31199, Bl. 10 f.; Bericht von Otto Burre (RfB-Arbeitsstelle Metz) über unterirdische Steinbrüche und Gipsgruben, Minette-Stollen und Schächte und die Steinkohlenschächte in der Westmark, 24.8.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 47179, unp.

2977 Vermerke der Reichskanzlei betr. Luftschutzmaßnahmen im Berchtesgaden, 9.7.1943 u. 25.7.1943, BArch Berlin, R 43, Nr. 4342, Bl. 3 f. u. 9.

2978 Reichsminister und Chef der Reichskanzlei (Berlin) an Martin Bormann (Leiter der Partei-Kanzlei), 29.7.1943, ebd., Bl. 10; Reichsminister Lammers an Albert Speer (Generalbevollmächtigter für die Bauwirtschaft, Berlin), 3.9.1943, ebd., Bl. 31; Reichsminister und Chef der Reichskanzlei (Berlin) an RR Vogt (Bevollmächtigter für den Nahverkehr im Bayerischen Staatsministerium des Innern, München), 17.5.1944, ebd., Bl. 107 f.

2979 Vgl. Fa. Polensky & Zöllner (München) an Lammers (Reichsminister und Chef der Reichskanzlei, Berlin), 1.10.1943, ebd., Bl. 33 f. Zu Hartmann siehe Anhang Biographien.

2980 Es standen drei Projekte zur Auswahl, von denen sich Lammers und die Fa. Polensky & Zöllner, für das von Hartmann favorisierte Projekt entschieden. Geologische Begutachtung von Eduard Hartmann (RfB-Zweigstelle München) von Luftschutzstollen-Ansatzpunkten im Gelände der Berchtesgadener Reichskanzlei bei Strub, 4.10.1943, BArch Berlin, R 43, Nr. 4342, Bl. 40–50; Lammers (Reichsminister und Chef der Reichskanzlei) an RfB-Zweigstelle München, 22.10.1943, ebd., Bl. 51; Fa. Polensky & Zöllner (München) an Staatliche Bauleitung für die Deutsche Alpenstraße (Baustelle Resten), 14.10.1943, ebd., Bl. 53–55.

2981 Vgl. ebd.; Fa. Polensky und Zöllner (München) an Landesernährungsamt München, 6.1.1944, ebd., Bl. 81.

2982 Geologischer Bericht von Hartmann (RfB-Zweigstelle München) zur Befahrung der Berchtesgadener Luftschutzstollen am 14. bis 17. November 1943, 23.11.1943, ebd., Bl. 62–64.

einer seiner Kavernen kam schließlich auch eine Außenstelle der Deutschen Reichspost unter, um „für die Nachrichtenverbindungen der Reichskanzlei und des Wehrmachtführungsstabes eine weitere zusätzliche Sicherung zu treffen“. ²⁹⁸³

Etwa in der Zeit, als das RfB seine „Übersicht der deutschen Höhlen“ erarbeitete, begannen verschiedene Behörden, sich mit der Frage der Untertageverlagerung zu befassen. An erster Stelle stand das Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion (RMRuK), das mit Erkundungsarbeiten zur so genannten ‚U-Verlagerung‘ begann und sich dabei auch auf geologische Expertise stützte. ²⁹⁸⁴ Auf Weisung Speers wurde im Amt Bau des Ministeriums ein „Erkundungsstab“ gebildet und die zuständigen Stellen (Oberbergämter, RfB) zur Vermeidung von Doppelarbeit angehalten, sich wegen der Erkundung unterirdischer Verlagerungsmöglichkeiten an das Amt Bau zu wenden. ²⁹⁸⁵ Im September 1943 sandte OBH Gabel dem Rüstungsministerium eine Zusammenstellung unterirdischer Grubenräume für die Unterbringung von Fertigungsbetrieben, wobei er Mitsprache bei der Befahrung und Inanspruchnahme von Gruben forderte, da die dort zum Teil weiterlaufende bergbauliche Produktion nicht beeinträchtigt und der fachmännische Schutz leerstehender Gruben gewährleistet werden sollten. ²⁹⁸⁶

Die von Produktionsausfällen besonders stark getroffene Luftwaffe hatte auf Veranlassung von Reichsluftfahrtminister Göring im Herbst 1943 einen „Sonderstab Höhlenbau“ („Sonderstab H“) eingerichtet, der mit Geologen, Bausachverständigen und Luftwaffeningenieuren besetzt war. Leiter des Stabes war der in der Amtsgruppe Bau des RLM tätige Ministerialrat Rudolf Bilfinger, der aber Ende 1943 verstarb und durch Oberbaurat Friedrich Treiber ersetzt wurde. ²⁹⁸⁷ Als Vizepräsident des RfB war Brockamp von Göring in

2983 Präsident der Reichspostdirektion an Oberstleutnant Rauch (Reichskanzlei Berchtesgaden), 14.6.1944, ebd., Bl. 122.

2984 So arbeiteten im RMRuK und den von ihm koordinierten Einsatzgruppen der ‚Organisation Todt‘ zahlreiche Geologen, unter ihnen auch die RfB-Geologen Fritz Weidenbach (RfB-Zweigstelle Stuttgart), Anton Ruttner und Otto Reithofer (beide RfB-Zweigstelle Wien). Vgl. Wilhelm Dienemann (RfB Berlin) an Kurt Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiberg) mit anliegender Liste der beim RMRuK und der OT eingesetzten Geologen, 8.11.1944, GLA Freiberg, A 02287/1, Bl. 181f. Zu Reithofer, Ruttner und Weidenbach siehe Anhang Biographien.

2985 Vgl. Gerhard Solle (Geologisch-Paläontologisches Institut, Universität Frankfurt am Main) an Franz Michels (Limburg), 15.3.1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 10602, unpag.

2986 Vgl. OBH Gabel (RWM) an Kapitän Reinhold von Henrici (RMRuK, Rüstungsamt), 17.9.1943, BAArch Berlin, R 3101, Nr. 31173, Bl. 3–26; Carl Stobbe-Dethleffsen (Amt Bau, RMRuK) an General Wilhelm Ritter von Leeb (HWA), 1.12.1943, BAArch Berlin, R 3, Nr. 4068, Bl. 221.

2987 Vgl. Baranowski, Rüstungsproduktion (2016), S. 225 f.; Wagner, Produktion (2015), S. 204 (Anm. 165); Gerhard Solle (Geologisch-Paläontologisches Institut, Universität Frankfurt am Main) an Franz Michels (Limburg), 15.3.1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 10602, unpag.; Vermerk des RWM (OBH), 12.1.1944, BAArch Berlin, R 3101, Nr. 31173, Bl. 31f. Zu Bilfinger vgl. Eintrag Rudolf Bilfinger, in: Propaganda – Luftfahrt – Erziehung – Ostgebiete. Beamte nationalsozialistischer Reichsministerien. Rekrutierung – Karrieren – Nachkriegswege (<https://ns-reichsministerien.de/2020/12/23/rudolf-bilfinger/>, eingesehen am 7.8.2024). Zu Treiber vgl. Eintrag Friedrich Treiber, in: ebd. (<https://ns-reichsministerien.de/2020/07/15/friedrich-treiber/>, eingesehen am 7.8.2024).

den ‚Sonderstab H‘ berufen und mit der Durchführung geologischer, hydrogeologischer und bergtechnischer Arbeiten betraut worden.²⁹⁸⁸ Im Dezember 1943 beauftragte schließlich auch der Reichsführer SS Himmler den Chef des SS-Wirtschafts- Verwaltungshauptamtes (WVHA), Oswald Pohl, „mit größter Beschleunigung“ in allen der SS gehörenden Steinbrüchen, unterirdische Arbeits- und Fabrikationsräume anzulegen.²⁹⁸⁹ Sechs Monate später drohte er denjenigen mit Konzentrationslager oder „Verhängung der Todesstrafe“, die sich der Untertageverlagerung nicht mit dem gebotenen Nachdruck zuwandten.²⁹⁹⁰ Die alliierten Luftangriffe und die Maßnahmen der NS-Regimes lösten einen regelrechten Ansturm auf jeden untertage liegenden, nutzbaren Quadratmeter aus. Im Frühjahr 1944 waren in Norddeutschland praktisch alle Salzbergwerke für die Rüstung „in Beschlag genommen“ und das Oberbergamt Sachsen konstatierte, dass Grubenräume von praktischem Wert kaum noch zu finden seien.²⁹⁹¹

Hinzu kam, dass infolge der divergierenden Interessenten die „Suche nach geeigneten Untertageobjekten“ vielfach „chaotische Züge“ annahm, was wiederholt zu Kompetenzkonflikten zwischen den Behörden führte, auch wenn sich das Rüstungsministerium „von Beginn an bemühte, die Verlagerungen zentral zu lenken“.²⁹⁹² Am 21. Februar 1944 richtete es den „Arbeitsstab für unterirdische Verlagerungen“ ein, der die Unterbringung „der wichtigsten Engpassfertigungen in bombensichere Räume“ koordinieren sollte. Leiter des neuen ‚Arbeitsstabes U‘ war der Stellvertreter des Amtschefs Bau im RMRuK, Ministerialdirektor Eduard Schönleben, dessen Stab Geologen, Bergsachverständige und Markscheider angehörten. Als Verbindungsmann zum RfB fungierte der zum Stab Schönlebens gehörende Geologe Reimar Voß.²⁹⁹³

- 2988 Regierung des GG (Hauptabteilung Wirtschaft, Unterabteilung Bergbau) an OBH Gabel (RWM), 12.4.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31199, Bl. 10f; Brockamp (RfB) an Reichsmarschall Göring, 14.12.1943, BArch Berlin, R 26-III, Nr. 190, unp. Tatsächlich befassten sich Geologen des RfB schon zu diesem Zeitpunkt mit verschiedenen Projekten für Luftschutzstollen. Vgl. etwa Geologisches Gutachten von Richard Brill (RfB-Zweigstelle Freiburg) für das Bürgermeisteramt Gaggenau, Murgtal betr. Luftschutzstollen, 21.10.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 57622, unp. Hier ging es vermutlich um Luftschutzstollen für die Zivilbevölkerung und für die Werksbelegschaft der Daimler-Benz A.G., Gaggenau.
- 2989 RFSS Heinrich Himmler an Oswald Pohl, 17.12.1943, BArch Berlin, NS 19, Nr. 317, Bl. 3. Siehe auch Wagner, Produktion (2015), S. 83.
- 2990 Der Höhere SS- und Polizeiführer Südwest im Zivilverwaltungsbereich Elsass in den Gaue Baden, Württemberg-Hohenzollern und im Wehrkreis V an die Reichstatthalter und Gauleiter Wilhelm Murr (Stuttgart) und Robert Wagner (Straßburg), 22.6.1944, BArch Berlin, NS 19, Nr. 317, Bl. 10 f.
- 2991 Generaldirektor der Staatsarchive und Direktor des Reichsarchivs Potsdam (Kommissar für den Archivschutz) an RMdI (Abt. I), 29.2.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31173, Bl. 255 f.; Oberbergamt Freiberg an OBH Gabel (RWM), 26.5.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31183, Bl. 30 f.
- 2992 Wagner, Produktion (2015), S. 74. So kam es zum Beispiel vor, dass sich gleich mehrere Stellen (hier: 1. Abt. Luftwaffe der Rüstungsinspektion Hamburg, 2. Hauptausschuss Bau RMRuK, 3. ‚Sonderstab H‘ des RLM, 4. Reichsverteidigungskommissar, 5. Bergbehörde) um dieselben unterirdischen Verlagerungsräume bemühten. Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld an OBH Gabel (RWM), 23.3.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31187, Bl. 85 f.
- 2993 Vgl. Chef des Amtes Bau (RMRuK) an Hauptausschuss Bau, Rüstungsamt, Rüstungs-

Die daraufhin entbrennenden Machtkämpfe mit dem RLM um die Führung bei der Untertageverlagerung entschied das RMRuK letztlich für sich. Anfang März 1944 kam es zur Bildung des ‚Jägerstabes‘, dem Speer und der Generalluftzeugmeister, Erhard Milch, zwar gleichberechtigt vorstanden, dessen Exekutive aber neben Karl-Otto Saur als Stabschef ausschließlich von Vertretern des Rüstungsministeriums besetzt war. Der ‚Jägerstab‘ hatte die Aufgabe, die Produktion von Jagdflugzeugen wieder anzukurbeln und ihre Verlagerung in unterirdische Produktionsstätten in die Wege zu leiten.²⁹⁹⁴ Dazu gehörten nicht nur die Erkundung, die Anlage und der Ausbau der Untertagehöhlräume, sondern auch die Festlegung der dafür erforderlichen Voraussetzungen (z. B. Arbeitskräfte, Maschinen, Wetterführung).²⁹⁹⁵ Zu diesem Zweck wurde ein Gremium geschaffen, dessen Kern der von Schönleben geleitete ‚Arbeitsstab U‘ bildete, der aber durch die Einbeziehung anderer Behörden erweitert wurde. Durch die Beteiligung der SS (Hans Kammler) sollte der Zugriff auf das Reservoir der KZ-Häftlinge „für Bau und Fertigung“ sichergestellt werden.²⁹⁹⁶

In das neue Gremium war auch Treibers ‚Sonderstab H‘ (RLM) eingebunden, der für die Erkundung und Prüfung geeigneter Verlagerungsprojekte verantwortlich war. Neben Vertretern des Rüstungslieferungsamtes (Zulieferindustrie) und des Amtes Bau des RMRuK (Bauarbeiten) wurde auch Gabel als Leiter der Bergbauabteilung des RWM in den Jägerstab berufen.²⁹⁹⁷ Die erste Aufgabe des solchermaßen „erweiterten ‚Arbeitsstabes U‘“ bestand darin, die eingegangenen Vorschläge für unterirdische Verlagerungen zu überprüfen, wozu auch das RfB herangezogen wurde. Das hatte zur Folge, dass auch Brokamp zum Mitglied des ‚Arbeitsstabes U‘ ernannt wurde, der sich durch den

lieferungsamt, Technisches Amt (alle RMRuK), Generalluftzeugmeister, Amtsgruppe Bau des WVHA des RFSS, Mineralöl-Baugesellschaft, Wifo, Zentrale Prüfstelle für Großbauvorhaben, Reichsausschuss für baulichen Luftschutz, OKH (Wa Prüf Fest), OKH (In Fest), 22.2.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31173, Bl. 146–149; Gerhard Solle (Geologisch-Paläontologisches Institut, Universität Frankfurt am Main) an Franz Michels (Limburg), 15.3.1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 10602, unp. Zu Schönleben vgl. Selbstverwaltungs- und Selbstverwaltungsorgane (1944), S. 105. Eine schöne Umschreibung der Aufgabe von Markscheidern in Bergbau bietet folgende Aussage: „Unter Markscheider versteht man die vereidigten Vermessungsbeamten, die im Bergbau etwa die Rolle spielen wie die Notare bei den Juristen“ Dr. habil. Walter Bernatzik (Dresden) an Dr. Erwin von Lill-Rastern (Augsburg), 2.2.1944, BArch Berlin, R 3, Nr. 4068, Bl. 201f.

2994 Vgl. Budraß, Flugzeugindustrie (1998), S. 869. Zur damit einhergehenden Übernahme der Luftrüstung durch Speer vgl. ebd., S. 869–872; Baranowski, Rüstungsproduktion (2016), S. 227–229. Am 1.8.1944 wurde der ‚Jägerstab‘ vom neu gebildeten ‚Rüstungsstab‘ abgelöst, der die gesamte Luftwaffenproduktion leiten sollte. Vgl. Janssen, Ministerium (1968), S. 265f.

2995 Vermerk des RWM, 7.5.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31187, Bl. 53 f. Zur Rolle der SS bei der Untertageverlagerung vgl. Hördler, Ordnung (2020), S. 279–298.

2996 Erlass Görings [betr. Jägerstab], 4.3.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31173, Bl. 55 f.

2997 Baranowski, Rüstungsproduktion (2016), S. 230 f. Dazu und zu weiteren Bestimmungen, etwa der Verantwortung für die Durchführung der Bauarbeiten (Baustab Walter Schlempp, Baubüros Herbert Rimpl und Dr. Vogel, Zusammenführung von Amt Bau mit OT) und die Bereitstellung von Bergleuten über die bei den Reichswerken in Berlin ansässige „Zentralstelle für bergbauliche Sonderaufgaben“, siehe RWM (OBH) an die Oberbergämter betr. unterirdische Verlagerungen, 11.5.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31173, Bl. 218–221.

Ingenieurgeologen Wilhelm Dienemann vertreten ließ, der auch an den streng geheimen Sitzungen des Gremiums teilnahm.²⁹⁹⁸

Gabel haderte mit der Einbindung des RfB, denn das RWM behielt sich die Verfügung über alle in Deutschland befindlichen unterirdischen Hohlräume selbst vor und reklamierte auch seine Zuständigkeit für deren Erkundung.²⁹⁹⁹ Trotzdem verkündete Brockamp vollmundig, er habe von Göring „den Auftrag erhalten, alle geologischen und besonders ingenieur-geologischen Fragen bei der Erkundung und Planung von Objekten für die Verlagerung industrieller Betriebe zentral zu bearbeiten“. Ihm komme darüber hinaus nicht nur die Aufgabe zu, „die Fragen der Wasserbeschaffung, Abwasserbeseitigung und Baustoffbeschaffung zu untersuchen“, mit dem ‚Jägerstab‘ und seinem ‚Arbeitsstab U‘ sei auch vereinbart, „dass alle für die Erkundung und Planung nötigen Fragen“ durch das RfB zu bearbeiten sein.³⁰⁰⁰ Eine offizielle Beauftragung des RfB durch den ‚Jägerstab‘ findet sich in der archivalischen Überlieferung allerdings nicht. Vielmehr schien sich Brockamp auf seine Rolle in Treibers ‚Sonderstab H‘ zu berufen, der inzwischen in den erweiterten ‚Arbeitsstab U‘ übernommen worden war.³⁰⁰¹

Brockamp und Dienemann waren nicht die einzigen Staatsgeologen, die sich mit Verlagerungsfragen befassten, denn im Gesamtverbund des RfB wurden für die Verlagerungsarbeiten in den verschiedenen Reichsgebieten verantwortliche Geologen benannt (siehe folgende Aufstellung und Abb. 92).

-
- 2998 RMRuK an Reichsstelle für Elektrizitätswirtschaft, Präsident Weiss (Reichsausschuss für baulichen Luftschutz, Berlin), Brockamp (RfB), OBH Gabel (RWM), Paul Pleiger (Reichswerke Herman-Göring) mit Schnellbericht Nr. 5. des Jägerstabs über die Sitzung am 7. März 1944, 30.3.1944, ebd., Bl. 155–158. Zur Teilnahme Dienemanns an den Sitzungen des ‚Arbeitsstabes U‘ vgl. Niederschrift über die Besprechungen am 13. und 14.4.1944 beim Amt Bau [des RMRuK] (4. Sitzung des Arbeitsstabes), 17.4.1944, ebd., Bl. 57–67.
- 2999 Wintershall A.G. an Landrat zu Eisenach, 3.6.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31186, Bl. 25; RWM (OBH) an Obering. Bierwirth (Henschel-Motoren-Werke, Kassel), 9.8.1944, ebd., Bl. 200; OBH Gabel (RWM) an Brockamp (RfB), 12.4.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31199, Bl. 4. Die Entscheidung darüber, ob für Bergwerkszwecke nicht benutzte Räume für andere Zwecke zur Verfügung gestellt werden konnten, lag beim RWM, während das Rüstungsamt des RMRuK die Entscheidung darüber hatte, für welchen Zweck (Einlagerung oder Fertigung) und durch wen (Firmen oder Dienststellen) die Räume verwendet werden sollten. OBH (RWM) an Referat II 1 R (RWM), 12.4.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31173, Bl. 260.
- 3000 Brockamp (RfB Berlin) an den Reichsstatthalter in Sachsen als Reichsverteidigungskommissar (Dresden), 30.3.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31183, Bl. 9. Bei all dem half es auch nicht, dass Keppler sich gegenüber Gabel ‚versöhnlich‘ gab und vorschlug, bei allen Verlagerungsobjekten, die gemeinsame Interessen berührten, gemeinsame Befahrungen durchzuführen. Keppler (RfB Berlin) an OBH Gabel (RWM), 20.4.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31192, 255.
- 3001 Für eine optimale Raumausnutzung untertage schlug Brockamp vor, „lange und schmale Steinbrüche mit Beton zu überdecken und die dadurch entstehenden Hohlräume – möglichst in mehreren Etagen – für die Unterbringung von Fertigungen zu benutzen“. Wie das RWM gegenüber Karl-Otto Saur (RMRuK) betonte, verdiente dieser Vorschlag „unbedingte Beachtung“. OBH (RWM) an Hauptdienstleiter Saur, 17.5.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31192, Bl. 90.

VERANTWORTLICHE GEOLOGEN UND ARBEITSGEBIETE
DER RfB-ZWEIG- UND -ARBEITSSTELLEN FÜR
VERLAGERUNGSARBEITEN³⁰⁰²

Leiter: Vizepräsident Bernhard Brockamp
(Sitz: Invalidenstraße 44, Berlin, Dienstgebäude der RfB)

Zentraler Sachbearbeiter: Wilhelm Dienemann (RfB Berlin)
Stellvertreter: Otto Sickenberg (RfB Berlin)

ZWEIGSTELLE MÜNCHEN

Arbeitsgebiet: Bayern rechts des Rheins, außer Oberfranken Matthäus Schuster (RfB München)

ZWEIGSTELLE STUTTGART

Arbeitsgebiet: Württemberg Manfred Frank (RfB Stuttgart)

ZWEIGSTELLE FREIBURG

Arbeitsgebiet: Baden und Elsass Walther Hasemann (RfB Freiberg)

ZWEIGSTELLE FREIBERG

Arbeitsgebiet: Sachsen und Sudetengau Kurt Pietzsch (RfB Freiberg)

ZWEIGSTELLE JENA

Arbeitsgebiet: Thüringen und Oberfranken Fritz Deubel (RfB Jena)

ZWEIGSTELLE DARMSTADT

Arbeitsgebiet: Hessen-Darmstadt Walter Schottler (RfB Darmstadt)

ZWEIGSTELLE WIEN

Arbeitsgebiet: Ober- und Niederdonau Josef Schadler (RfB Wien)

ARBEITSSTELLE HAMBURG

Arbeitsgebiet: Schleswig-Holstein, Nordwestdtl. Emil Koch (RfB Hamburg)

ARBEITSSTELLE BRILON

Arbeitsgebiet: Rheinisch-westfälischer Industrie-Bezirk Werner Paeckelmann (RfB Berlin)
Hans Bode (RfB Berlin)

ARBEITSSTELLE RÜBELAND

Arbeitsgebiet: Harz und Randgebiete Fritz Dahlgrün (RfB Berlin)

ARBEITSSTELLE SAARBRÜCKEN BZW. METZ

Arbeitsgebiet: Saargebiet und Rheinpfalz Otto Burre (RfB Berlin)

ARBEITSSTELLE KRAKAU

Arbeitsgebiet: ‚Generalgouvernement‘ Gerhard Brennich (RfB Berlin)

ARBEITSSTELLE POSEN

Arbeitsgebiet: ‚Wartheland‘ Julius Hesemann (RfB Berlin)

ARBEITSSTELLE KATTOWITZ

Arbeitsgebiet: Oberschlesien Paul Assmann (RfB Berlin)

ARBEITSSTELLE BRESLAU

Arbeitsgebiet: Niederschlesien Walther Emil Petrascheck (RfB Berlin)

3002 Übersicht des RfB betr. Arbeitsgebiete der Zweig- und Arbeitsstellen für Verlagerungsarbeiten, ohne Datum (1944), GLA Freiberg, 02287/1, Bl. 183–185. Zu den einzelnen Geologen siehe Anhang Biographien.

ARBEITSSTELLE GRAZ

Arbeitsgebiet: Steiermark und Kärnten

Friedrich Czermak (RfB Wien)

ARBEITSSTELLE INNSBRUCK

Arbeitsgebiet: Tirol und Vorarlberg, Salzburg

Oskar Graf von Schmidegg (RfB Wien)

ARBEITSGEBIET: „PROTEKTORAT“

und Slowakei

Hans Joachim Martini (RfB Berlin, Prag).



Abb. 92: Karte „Einsatz-Gebiete des Reichsamtes für Bodenforschung für Verlagerungsarbeiten“, 1944.³⁰⁰³

Neben den somit als Beauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete fungierenden Geologen wurden aber je nach Bedarf noch weitere Geologen der RfB-Zweigstellen für verschiedenste Verlagerungsprojekte des ‚Jägerstabes‘ bzw. der Luftwaffe herangezogen. Der Münchener Fritz Heim befasste sich nicht nur mit der für den Luftschutz wichtigen Frage der kommunalen Löschwasserversorgung, sondern führte auch verschiedene „Verlagerungsarbeiten“ durch, so etwa für die Messerschmitt-Werke in Regensburg.³⁰⁰⁴ Heims Freiburger Kollege

3003 Karte des RfB „Einsatz-Gebiete des Reichsamtes für Bodenforschung für Verlagerungsarbeiten“, 1944, GLA Freiberg, 02287/1, Bl. 186.

3004 Übersicht über die Arbeiten des Bezirksgeologen Dr. F. Heim (seit 1924/25), 24.2.1945 BayHStA München, Geologisches Landesamt, Nr. 408, Bl. 99 (Seitenzählung der Übersicht S. 1-15, hier S. 14f).

Ludwig Erb befasste sich im Auftrag des RLM mit der Möglichkeit der Anlage von Stollensystemen im Anhydrit des Aarberges bei Waldshut.³⁰⁰⁵ Im Juni 1944 zog der Industrierat des Reichsmarschalls für die Fertigung von Luftwaffengerät die Belegung verschiedener Schächte in Erwägung, woraufhin das RfB aufgrund der geologischen Verhältnisse und von ihm vorgenommener Bohrungen erklärte, dass der in den vorgesehenen Stollen zu durchörternde Geschiebemergel für das Treiben von Gängen geeignet war.³⁰⁰⁶ Als OBH Gabel den ‚Jägerstab‘ im Juli 1944 über noch vorhandene „freie U-Räume“ ins Bild setzte, aber noch Fragen hinsichtlich der technischen Eignung der genannten Objekte bestanden, wurde zur Klärung auch das RfB herangezogen, das kurze Zeit später bereits über ein Objekt berichtete und ein weiteres erkundete.³⁰⁰⁷

Dem im März 1944 geschaffenen erweiterten ‚Arbeitsstab U‘ waren sämtliche Vorschläge für U-Verlagerungen fortan zuzuleiten. Seine Mitglieder entschieden über ihre Rangfolge, die sich aus der ‚Kriegswichtigkeit‘ der jeweiligen Projekte und ihrer Gefährdung am bisherigen Standort ableitete. Die Projekte sollten in drei Wellen verlagert werden.³⁰⁰⁸ Zur Gruppe mit der höchsten Priorität gehörten beispielsweise die AGO Flugzeugwerke in Oschersleben, die Flugzeuge des Typs Focke-Wulf Fw 190 sowie Zellen für das Strahlflugzeug Me 262 produzierten und im Kalibergwerk Hadmersleben in der Magdeburger Börde unterkommen sollten.³⁰⁰⁹ Allerdings bestand in einer der für die Unterbringung vorgesehenen Sohlen die Gefahr eines jederzeit möglichen Laugeneinbruchs, weswegen das RLM die Expertise der Geologen

3005 RfB (Berlin) an Treiber (RLM) mit geologischem Gutachten Erbs über die Möglichkeit der Anlage von Stollensystemen für U-Verlagerungen bei Waldshut vom 17.5.1944, 21.5.1944, BArch Berlin, R 3, Nr. 3297, Bl. 84–88.

3006 Industrierat des Reichsmarschalls für die Fertigung von Luftwaffengerät (Hauptausschuss Flugzeugausrüstung, Berlin) an RWM, 14.6.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31178, Bl. 154; Niederschrift des RWM über die Besprechung bei der Mechanische Werkstätten GmbH, Neubrandenburg am 25.5. u. 20.6.1944, 22.6.1944, ebd., Bl. 160–162.

3007 Aktennotiz von Dr. Wegener (Jägerstab, Abt. Planung) betr. freie U-Räume, 12.7.1944, BArch Berlin, R 3, Nr. 3297, unp.; Entwurf eines Schreibens des RLM (GL/A) an den Jägerstab (Abt. Planung), Juli 1944, ebd., unp.

3008 Vgl. Baranowski, Rüstungsproduktion (2016), S. 230; Wagner, Produktion (2015), S. 94 f.; RMRuK (Rüstungslieferungsamt) an den Chef des Amtes Bau (RMRuK), 3.3.1944 u. 13.3.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31173, Bl. 266–277; Niederschrift über die Besprechung am 23. März 1944 beim Amt Bau (3. Sitzung des Arbeitsstabes), 23.3.1944, ebd., Bl. 232–239; RdL u. OBdL (GL/A) an RMRuK, 17.4.1944, ebd., Bl. 133–141. Alle Projekte wurden auch mit gruppenspezifischen Tarnnamen versehen, ausgenommen die der SS unterstehenden A- und B-Bauvorhaben. Während die A-Vorhaben Verlagerungsprojekte in bereits bestehende Anlagen (natürliche Höhlen, Tunnel oder Bergwerke), betrafen, bezogen sich die B-Vorhaben hauptsächlich auf die Schaffung neuer Stollenanlagen. Vgl. dazu Baranowski, Rüstungsproduktion (2016), S. 231; Wagner, Produktion (2015), S. 94, 96; ders., Zwangsarbeit (2020), S. 28. Allgemein Wichert, Decknamenverzeichnis (1999).

3009 Vgl. Baranowski, Rüstungsproduktion (2016), S. 230; RMRuK (Rüstungslieferungsamt) an den Chef des Amtes Bau (RMRuK), 3.3.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31173, Bl. 266; Buchenwald war überall. Projekt »Netzwerk der Außenlager«. Hadmersleben, in: <https://www.aussenlager-buchenwald.de/details.html?camp=38>, eingesehen am 8.8.2024). AGO stand für Apparatebau GmbH Oschersleben.

heranzog. In einer dazu im RfB anberaumten Besprechung stellte der Vertreter des RWM die Frage, welche Belegschaft je Schicht maximal zuzulassen und in welcher Zeit mit einem Ersaufen der dritten Sohle bei einem Laugeneinbruch zu rechnen sei. Die zuständige Bergbehörde war bereit, den Einsatz „von etwa 1.000 Mann je Schicht“ im „weniger gefährdeten Westflügel der 3. Sohle“ des Salzbergwerks zuzulassen. Bei einem Laugeneinbruch, so die Begründung, sei mit einem Volllaufen der vierten Sohle innerhalb einer Woche zu rechnen, bis es zu einer Gefährdung der dritten Sohle komme, „so dass Belegschaft und auch ein Teil der Maschinen und des Materials zu retten“ seien.³⁰¹⁰

Der für die Begutachtung der Grubensicherheit herangezogene Geologe Ernst Fulda sah dies anders, denn nach seiner Ansicht bestand die Gefahr „plötzlich[er] Einstürze des Gebirges“, die „zu einer Katastrophe für das Salzwerk“ führen könnten, da es in „kurzer Zeit ersaufen würde“. Alle Geräte und Vorräte in der Grube seien dann verloren. Die dort noch immer beschäftigte geringe Belegschaft des Salzbergwerks (höchstens 70 Mann in einer Schicht) würde aber voraussichtlich genügend Zeit zur Rettung haben. „Wenn aber in Zukunft eine wesentlich größere Belegschaft in der Grube arbeiten“ solle, sei „es zweifelhaft, ob alle im Falle einer Wasserkatastrophe gerettet werden“ könnten. Fulda betonte, dass „die erwartete und unabwendbare Katastrophe jederzeit eintreten“ könne, weswegen bereits ein Fortbetrieb des Werkes zur Steinsalzgewinnung bedenklich sei. Er könne es aber „unter keinen Umständen“ gutheißen, dass „in dieses stark bedrohte Werk neue Werte an Maschinen und sonstigem Material eingebracht“ und eine Belegschaft beschäftigt werde, „die wegen ihrer großen Anzahl im Falle einer Katastrophe nicht vollzählig gerettet werden“ könne.³⁰¹¹

Trotz der deutlichen Worte des Staatsgeologen zeigte sich die Fa. AGO unbeeindruckt, denn bei den von ihr für den Untertageeinsatz vorgesehenen Arbeitskräften handelte es sich nicht um ihre eigene Stammschicht, sondern um Häftlinge des KZ Buchenwald. Wie sie gegenüber dem für das Vorhaben verantwortlichen Chef der Amtsgruppe Bauwesen im WVHA, SS-Gruppenführer Hans Kammler, deutlich machte, hielt sie eine Beschäftigung von 1.000 Mann je Schicht für nicht ausreichend und forderte „mindestens 1.200, wahrscheinlich sogar 1.500 Mann in der Grube“ zu beschäftigen.³⁰¹²

3010 Entwurf eines Sitzungsvermerks betr. Gutachten Kalibergwerk Hadmersleben bezüglich Laugeneinbruchsgefahr, 11.2.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31178, Bl. 6.

3011 Bericht [von Ernst Fulda, unterschrieben von Cissarz, RfB] über die Grubensicherheit des Salzbergwerkes Hadmersleben I/II, 9.2.1944, ebd., Bl. 7-10. Vermutlich im Ergebnis seiner Untersuchungen zu Hadmersleben schickte Fulda kurze Zeit später eine „Zusammenstellung der Stein- und Kalisalzschächte nach ihrer Gefährdung durch Laugeneinbrüche und einen Vorschlag zum Abteufen von Schächten und Schaffung neuer Anlagen im Salz des süddeutschen Muschelkalks“ an das RWM. Brockamp (RfB) an OBH Gabel (RWM, Abt. Bergbau), 9.3.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31173, Bl. 69-98.

3012 Vermerk des RWM, 27.3.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31178, Bl. 12. Hinweise auf das der SS unterstehende Verlagerungsprojekt „A 4 Salzbergwerk Hadmersleben“ bei Oschersleben finden sich in Wagner, Produktion (2015), S. 94; Baranowski, Rüstungsproduktion (2016), S. 231. Zum Außenlager Hadmersleben des KZ Buchenwald siehe Schwarz, Lager (1990),

Kammler verfügte daraufhin die Einstellung der Steinsalzförderung, um den AGO-Flugzeugwerken den Einzug in die Schachanlage zu ermöglichen.³⁰¹³

Beim Ausbau – den vermutlich auch KZ-Häftlinge durchführen mussten – blieben letztlich alle Sicherheitsvorgaben Fuldas unberücksichtigt. So wurden selbst die in der klar definierten „Gefahrenzone – bis 300 m westlich von Schacht I“ liegenden Firsten, die eigentlich frei bleiben sollten, vorge richtet und mit Maschinen belegt, denn „eine Umdisponierung mit dem Ziel, diese Firsten freizuhalten“ schien nicht möglich zu sein, „ohne die vom RLM gesetzten Fertigstellungstermine zu gefährden“.³⁰¹⁴ Erschwerend kam hinzu, dass der ‚Jägerstab‘ auf den Ausbau der Schachanlage drängte und mit Blick auf die Bewetterung und die Gefahr von Laugeneinbrüchen wissen wollte, mit welcher Maximalbelegung in Hadmersleben gerechnet werden könne. Immerhin sei „jeder qm unterirdischer Fläche unbedingt“ auszunutzen.³⁰¹⁵ Tatsächlich rechneten ‚Jägerstab‘ und RWM inzwischen mit einer Belegschaft von 2.000 Mann pro Schicht, obwohl „eine unbedingte Garantie für die Sicherheit natürlich nicht gegeben werden“ konnte. Die Folge war, dass man Mitte 1944 daran ging, nun auch die verbliebenen letzten freien Abschnitte des Schachtes mit Fertigungen zu belegen, eingedenk der Tatsache, dass die dazu herangezogenen KZ-Häftlinge praktisch in permanenter Lebensgefahr schwebten, neben denjenigen, die den unsäglichen Haft- und Arbeitsbedingungen oder den willkürlichen Hinrichtungen zum Opfer fielen.³⁰¹⁶ Das Bauvorhaben wurde bis Ende August 1944 fertiggestellt und der Fa. AGO übergeben.³⁰¹⁷ In Hadmersleben arbeiteten schließlich über 1.400 Sklavenarbeiter

S. 152; Wussow, Hadmersleben (2006), S. 452ff. Auf nochmaliges Befragen kam Fulda „zu demselben Schluss, wie in seinem Gutachten“ und empfahl, sofern die Fertigung wirklich in die Grube verlegt werden sollte, sich an den westlichen Teil der dritten Sohle zu halten. Auch meinte er, dass ein Ersaufen der Gruben mehrere Tage dauern würde. Vermerk des RWM (OBH), 11.3.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31178, Bl. 11 f. Dass offenbar Bedenken wegen der Gruben bestanden, zeigte auch die Bitte des Leiters des ‚Sonderstabes H‘, Treiber, der das RWM um eine Stellungnahme über die Sicherheit der Grube bat, „da er selbst hierüber kein eigenes Urteil“ hätte. Das RWM stimmte einer Belegung mit maximal 1.000 Mann zu. Ebd.; RWM an Treiber (Sonderstab GLA Hö Bau), 11.3.1944, ebd., Bl. 12 f.; Bergamt Magdeburg an Oberbergamt Halle, 28.3.1944, ebd., Bl. 23.

3013 Vgl. Preußisches Oberbergamt Halle an RWM, 13.3.1944, ebd., Bl. 14. Neben der Fa. AGO kam zusätzlich noch die Fa. Anschütz & Co, Kiel, in der Grube unter. Vgl. RLM an Fa. Anschütz & Co, Kiel, 5.1.1944, ebd., Bl. 21.

3014 Salzwerke Westeregeln GmbH (Salzdetfurth-Konzern, Egeln, Kreis Magdeburg) vermutlich an RWM, 27.3.1944, ebd., Bl. 24.

3015 Aktennotiz des Jägerstabes (Planung/L) betr. Kali-Schacht Hadmersleben, 8.6.1944, ebd., Bl. 26 f.

3016 Vgl. Besprechungsniederschrift des Jägerstabes (Planung) betr. Kalischacht Hadmersleben, 19.6.1944, ebd., Bl. 32, Reichslastverteiler (Jägerstab, Energieversorgung) an OBH Gabel, 26.6.1944, ebd., Bl. 38; Salzwerke Westeregeln GmbH (Salzdetfurth Konzern) an Bergamt Magdeburg, 4.7.1944, ebd., Bl. 208.

3017 Vgl. Oswald Pohl (WVHA) an RFSS mit anliegender Zusammenstellung von SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS, Hans Kammler, über den Stand der Sonderbaumaßnahmen der Waffen-SS für Rüstungsstab und Arbeitsstab Geilenberg (A- und B-Maßnahmen), 23.9.1944, AIP Maryland, Folder 21, Box 26, Samuel A. Goudsmit Papers, unpag.

in 13-Stunden-Schichten, von denen viele die Torturen nicht überlebten. Im April 1945 trieb die SS die Verbliebenen schließlich auf einen Todesmarsch, bei dem zahlreiche Häftlinge erschossen wurden.³⁰¹⁸

Dass die Verantwortlichen des ‚Jägerstabes‘ bei der Verfolgung ihrer Ziele mit dem Leben der unter Tage geschundenen KZ-Häftlinge bedenkenlos umgingen zeigte sich auch im Fall des ‚Mittelwerks‘ bei Niedersachswerfen. Nach dem Luftangriff auf Peenemünde im August 1943 war die dortige Raketenproduktion in eine bereits bestehende Stollenanlage im Kohnstein bei Nordhausen im Harz verlegt worden. Damit war auch die Errichtung der „Mittelwerk GmbH“ als Rüstungsbetrieb und des ihm angeschlossenen Konzentrationslagers „Dora“ verbunden, in dem Häftlinge untergebracht waren, die unter unbeschreiblichen Bedingungen zum Ausbau der Stollenanlage und später zur Raketenproduktion herangezogen wurden.³⁰¹⁹

Im Dezember 1943 hatte Rüstungsminister Speer Kammler damit beauftragt, in der Nachbarschaft des ‚Mittelwerks‘ eine neue Untertageanlage für den Junkers-Konzern zu errichten, wofür auf die Bauleitung des ‚Mittelwerks‘ und die Häftlinge, die bei dessen Ausbau eingesetzt gewesen waren, zurückgegriffen werden sollte. Auch in diesem Fall sollten die KZ-Häftlinge neue Stollen in den Kohnstein treiben.³⁰²⁰ Diese Arbeiten waren nicht ungefährlich, denn immer wieder lösten sich zum Teil tonnenschwere Gesteinsbrocken von der Decke, womit die permanente Gefahr tödlicher Unfälle bestand.³⁰²¹ Die im Mittelwerk bis dahin kaum vorgekommenen, sich nun aber auffällig häufenden Nachbrüche hatten zur Folge, dass das RfB von Kammler mit der Feststellung der Ursachen beauftragt wurde.³⁰²² Dabei ging es Kammler aber nicht um den Schutz der Häftlinge, sondern um die Lösung des Problems, da durch die Steinschläge die Verwendung der Anlage als Verlagerungsort in Frage gestellt war. Deswegen wurde auch eine Besichtigung im Mittelwerk durchgeführt, an der Ernst Fulda vom RfB, Vertreter des RLM, der Junkers-Werke sowie der inzwischen als geologischer Sachverständiger der SS wirkende ehemalige PGLA-Mitarbeiter Walter Schriel teilnahmen, die damit zu unmittelbaren Zeugen des Massenmords wurden.³⁰²³

3018 Buchenwald war überall. Projekt »Netzwerk der Außenlager«. Hadmersleben, in: <https://www.aussenlager-buchenwald.de/details.html?camp=38>, eingesehen am 8.8.2024).

3019 Vgl. dazu ausführlich Wagner, Produktion (2015); ders., Geologen (2002).

3020 Vgl. ders., Zwangsarbeit (2020), S. 27 f.

3021 Schon bei der Anlage des als Ausgangspunkt für das Mittelwerk dienenden Stollens, der seit 1936 als unterirdisches Treibstoffdepot für die Wehrmacht angelegt worden war, waren 1938 mehrere Arbeiter durch von der Decke herabstürzende Gesteinsmassen getötet worden. Vgl. ebd., S. 12; ders., Produktion (2015), S. 136.

3022 Dr. Ing. Kammler (SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS, Jägerstab, Berlin) an Treiber (RLM, Sonderstab Hö-Bau, Berlin), 6.7.1944, BAArch Berlin, R 3, Nr. 3312, Bl. 7.

3023 Friedrich Treiber (RdL u. OBdL, GL/A) an Dr. Wegener (Jägerstab), Kammler (WVHA), Dienemann (RfB), Baudirektor Spott (Junkers Flugzeug- und Motorenwerke, Dessau), OBH Gabel (RWM) betr. Gesteinsabbrüche im Mittelwerk bei Niedersachswerfen, nordwestlich Nordhausen (mit Gutachten von Gerhard Solle über die Ursachen der Nachbrüche im Mittelwerk und Maßnahmen zur Abhilfe), 20.6.1944, BAArch Berlin, R 3101, Nr. 31186,

Die Untersuchungen der RfB und die Inaugenscheinnahme vor Ort ergaben, dass die zum Vortrieb der Stollen an verschiedenen Stellen des Tunnelsystems vorgenommenen Sprengungen „Bewegungen im Gebirge“ auslösten. Da der gesamte Ausbau unter enormen Zeitdruck erfolgte, wurden zum Ausschachten des Berges nicht nur Bohrhämmer eingesetzt, sondern auch Sprengungen angelegt, die jedes Mal „deutlich fühlbare Erschütterungen“ auslösten, die sich durch das Gestein und die Luft fortpflanzten. Wie die Feststellungen ergaben, fiel der Beginn der Gesteinsablösungen genau mit der Aufnahme „der großzügigen Schießarbeit“ im Berg zusammen. Zudem hatten es die Verantwortlichen versäumt, die Wände und Decken regelmäßig zu kontrollieren. Zu allem Übel erwies sich auch noch das von Kammlers Baustab gewählte „Profil der Querschnitte mit flacher Decke und beträchtlichen Bäumen“ als „die ungünstigste aller möglichen Querschnittsformen“. Während die geringen Ablösungen an den Wänden nicht zu verhindern und daher in Kauf zu nehmen waren, konnte man die größeren Nachbrüche nur durch eine Herabminderung der Sprengladungen einschränken, wozu Treiber und das RfB dringend rieten.³⁰²⁴ Die Vorschläge sachgemäßen Sprengens hielt Kammler „infolge der gestellten Fertigstellungstermine“ „leider“ für „nicht annehmbar“. Allerdings sollte fortan eine vermutlich aus Häftlingen bestehende „Beräumungskolonne“ eingesetzt werden, welche die regelmäßige „Überwachung der Decke“ vornehmen und „die Einsturzgefahr auf ein Minimum“ herabsetzen sollte.³⁰²⁵

Ist man angesichts der grauenhaften Vorgänge in und um das Konzentrationslager Mittelbau-Dora heute noch immer fassungslos, so gab es auch Fälle, in denen die Bemühungen des ‚Jägerstabs‘ und der mit ihm zusammenarbeitenden Geologen Kopfschütteln auslösen. Dies gilt etwa für eine versuchsweise vorgenommene Bombardierung einer Höhlenanlage im ungarischen Diód, südwestlich von Budapest, mit der eine vollkommen unnötige Gefährdung

Bl. 93–98. Zu Schriel siehe Wagner, Konzentrationslager (2014), S. 110. Zur Zeugenschaft der an der Besichtigung Teilnehmenden vgl. in Anlehnung an Bruttman/Hördler/Kreutzmüller, Inszenierung (2020), S. 156.

3024 Friedrich Treiber (RdL u. ObdL, GL/A) an Dr. Wegener (Jägerstab), Kammler (WVHA), Dienemann (RfB), Baudirektor Spott (Junkers Flugzeug- und Motorenwerke, Dessau), OBH Gabel (RWM) betr. Gesteinsabbrüche im Mittelwerk bei Niedersachswerfen, nordwestlich Nordhausen (mit Gutachten von Gerhard Solle über die Ursachen der Nachbrüche im Mittelwerk und Maßnahmen zur Abhilfe), 20.6.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31186, Bl. 93–98; Dr. Ing. Kammler (SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS, Jägerstab, Berlin) an Treiber (RLM, Sonderstab Hö-Bau, Berlin), 6.7.1944, BArch Berlin, R 3, Nr. 3312, Bl. 7.

3025 Ebd.; Kammler an Dr. Wegener (RLM, Jägerstab), 3.7.1944, ebd., Bl. 8. Für den „Harz und Randgebiete“ war innerhalb des RfB Fritz Dahlgrün verantwortlich, der ebenfalls in Projekte der Untertageverlagerung involviert war. So führte er etwa Voruntersuchungen für das Projekt ‚Porphyry‘ durch, bei dem es um die Verlagerung der Kurbelwellenproduktion der Fa. Krupp ging. Beim Ausbau der Anlage bei Blankenburg (Grube Braunesumpf) kamen etwa 500 KZ-Häftlinge zum Einsatz. Vgl. Übersicht des RfB betr. Arbeitsgebiete der Zweig- und Arbeitsstellen für Verlagerungsarbeiten, ohne Datum (1944), GLA Freiberg, 02287/1, Bl. 183–185; Wagner, Geologen (2002), S. 6 f.; ders., Produktion (2015), S. 218–221, 233, 445, 600; Wichert, Decknamenverzeichnis (1999), S. 106, 137.

von Menschenleben und Sachwerten einherging. Der Arm des ‚Jägerstabes‘ reichte bis ins verbündete Ungarn. Hier, in Budapest, saß der Oberregierungsbaudirektor Robert Meffert, der vom Amt Bau des Rüstungsministeriums in die Donaumetropole entsandt worden war und dort den „Erkundungstrupp für unterirdische Verlagerungen in Ungarn“, kurz „Erkundungstrupp U.V. Budapest“ leitete. Zwar kam eine Verlagerung deutscher Firmen nach Ungarn aus naheliegenden Gründen nicht in Frage, allerdings gab es dort verschiedene Unternehmen, die für deutsche Auftraggeber arbeiteten, wie etwa die Donau-Flug-AG, die Zellen und Motoren für die Firma Messerschmitt produzierte.³⁰²⁶ Bei seinen Erkundungen stützte sich der Trupp Mefferts auf die Unterstützung des Geologen Erich Haberfelner von der RfB-Zweigstelle Wien.³⁰²⁷

Aufgrund ihrer Nähe zur Hauptstadt spielten die um Budapest gelegenen Kalksandsteinbänke mit ihren zahlreichen unterirdischen Steinbrüchen für die Verlagerung eine wichtige Rolle. Während die meisten dieser Stollen und Höhlen einen guten Bauzustand aufwiesen und nach den notwendigen Installationsarbeiten rasch bezogen werden konnten, bestanden an einigen Stellen Zweifel hinsichtlich der Stärke und Festigkeit der Höhlendecken, die „oft an oder unter der Grenze des für die Sicherheit Notwendigen“ lagen. Um nicht leichtfertig unsichere U-Anlagen zu belegen, musste möglichst schnell Klarheit über ihr Verhalten bei Bombenabwurf gewonnen werden. Allerdings war „wegen der dichten Besiedlung des Gebietes (...) ein Bewurf mit scharfen Bomben kaum durchführbar“. Beim Steinbruch Diósd jedoch schien sich „diese Möglichkeit unter Ausnutzung der bei Sturzkampfbombern erreichbaren Treffsicherheit“ zu bieten. Wie Meffert betonte, wäre es „erwünscht gewesen, die Höhle mit Bomben von mindestens 2 to Gewicht zu belegen“. Allerdings hätte ein derartiger Versuch mit „Horizontal-Bombern durchgeführt werden müssen und eine Gefährdung der Ortschaft Diósd“ bedeutet. „Ein Objekt, weit genug entfernt von menschlichen Siedlungen“ sei für diesen Versuch nämlich nicht gefunden worden. Zum Glück für den Ort Diósd konnten Bomben mit diesem Gewicht nicht beschafft werden. Um aber überhaupt eine Grundlage für die Beurteilung der Standfestigkeit der Höhle zu finden, sollte „der Versuch mit 500 kg-Bomben durch Stuka-Abwurf durchgeführt“ werden. Allerdings bestand noch ‚Hoffnung‘ eine „1.000 kg-Bombe zu beschaffen“.³⁰²⁸

3026 Robert Meffert (Jägerstab, Budapest) an Eduard Schönleben (RMRuK, Amt Bau, Berlin), 7.4.1944, 15.4.1944, 17.4.1944, BArch Berlin, R 3, Nr. 4068, Bl. 161 f., 164 f., 168; Vermerk über eine Besprechung betr. Verlagerung Donau-Flug-AG, 11.4.1944, ebd., Bl. 166 f. Zu Meffert vgl. Hagspiel, *Lexikon* (2022), S. 531.

3027 Robert Meffert (Jägerstab, Budapest) an Eduard Schönleben (RMRuK, Amt Bau, Berlin), 7.4.1944, 15.4.1944, 17.4.1944, BArch Berlin, R 3, Nr. 4068, Bl. 161 f., 164 f., 168; Meffert (RMRuK, Jägerstab, Budapest) an Oberstleutnant Hámany (Königlich Ungarisches Honved-Ministerium, Abt. 17 R, Budapest), 22.4.1944, ebd., Bl. 151; Zivilarchitekt Franz Kaym (Wien) an Oberbaudirektor Meffert (Budapest), 27.4.1944, ebd., Bl. 118–124; Berichte Haberfelners betr. Materialbedarf für die Vergrößerung von Kellern und betr. Vergrößerung bestehender Kelleranlagen, 29.4.1944, ebd., Bl. 112–114.

3028 Vermerk Mefferts (RMRuK, Erkundungsstab für unterirdische Verlagerungen, Budapest) betr. Bombenwurf auf die Höhle Diósd zu Versuchszwecken, 26.4.1944, ebd., Bl. 133.

Auf Veranlassung Mefferts erklärte sich das ungarische „Honved-Ministerium“ bereit, den Versuch durchzuführen, für den die deutsche Luftwaffe die benötigten Flugzeuge bereitstellte.³⁰²⁹

Die für den Versuch notwendigen Sicherheitsvorkehrungen wurden mit dem Bürgermeister von Diósd besprochen, der sicherlich besorgt zur Kenntnis nahm, dass „mit Beschädigungen an Fenstern und Dächern der ersten Häuser sowie der Hochspannungsleitung und des Fahrweges“ zu rechnen war. Die Überlandleitung nach Törökbálint wurde sicherheitshalber abgeschaltet und ein „Leitungs-Instandsetzungstrupp“ in Alarmbereitschaft versetzt. Die Festlegung, alles im Umkreis von 500 Metern zu räumen und noch in zwei Kilometern Entfernung „volle Deckung (...) zum Schutz gegen Splitterwirkung“ zu nehmen, deutet an, dass es sich um eine keineswegs ungefährliche Aktion handelte.³⁰³⁰ Der „Angriff“ wurde mit drei Maschinen geflogen. Sie sollten eigens markierte Zielpunkte des Steinbruchs bombardieren, die eine verhältnismäßig geringe Überdeckung aufwiesen. Bereits die ersten beiden Bomben schlugen als Blindgänger etwa 30 Meter vom Ziel entfernt außerhalb der Höhlenanlage auf und zerstörten die angrenzende Straße. Die dritte Bombe verfehlte ihr Ziel auch um zehn Meter, schlug aber trotzdem ein Loch von fünf Metern Durchmesser in die Decke. Immerhin hatte der stärkere Teil der Decke gehalten und im Inneren der Höhle waren an den Pfeilern und Decken keinerlei Schäden festzustellen, auch wenn eine „schwach ummauerte Zwischenwand“ eingestürzt war.

Der Pilot des dritten Flugzeugs gab an, dass die Bombe die Decke durchschlagen und sich in die Höhlensohle mehrere Meter tief eingebohrt habe. Durch das so entstandene Loch sei „die Sprengwirkung im Ganzen nach oben gegangen“, was nach Mefferts Worten, Anlass „zu ernststen Befürchtungen für die Standfestigkeit der Höhlendecken“ gab. Diese Bedenken zerstreute jedoch der RfB-Geologe Haberfelner, der die Höhle einer „gründlichen Nachprüfung“ unterzog und feststellte, dass die Bombe die Decke nicht durchschlagen hatte, sondern innerhalb der Höhlendecke detoniert war, den stärkeren Teil der Decke also nicht zerstört hatte.³⁰³¹

Daraus zog Meffert den Schluss, „dass auch schwache Höhlendecken verhältnismäßig starken Belastungen gewachsen“ seien und die darunter liegenden Räume „einen verhältnismäßig guten Schutz“ böten. Dass hierbei ‚nur‘ eine, obendrein ‚leichte‘ 500-kg-Bombe als Referenz diene, spielte nun offensichtlich keine Rolle mehr. Mögliche Zweifel daran wischte Meffert beiseite, indem er behauptete, dass bei den, wie Diósd, südlich von Budapest im Freigelände

3029 Vermerk Mefferts (Reichsministerium Speer, Erkundungstrupp Budapest) betr. Versuchs-Bombardierung der Höhlenanlage Diósd, 28.4.1944, ebd., Bl. 126–129.

3030 Vermerk Mefferts betr. Bombenwurf auf die Höhle Diósd zu Versuchszwecken, 26.4.1944, ebd., Bl. 133; Vermerk Mefferts betr. Bombenwurf Diósd, 26.4.1944, ebd., Bl. 131.

3031 Neben den drei abgeworfenen Bomben wurde „von den Honveds“, so Meffert, noch eine „amerikanische 500 Lips-Bombe“ zur Verfügung gestellt, die ebenfalls auf der Höhlendecke gezündet wurde. Die Sprengung ergab im Innern der Höhle „keinerlei Schäden“. Vermerk Mefferts (Reichsministerium Speer, Erkundungstrupp Budapest) betr. Versuchs-Bombardierung der Höhlenanlage Diósd, 28.4.1944, ebd., Bl. 126–129.

gelegenen Höhlen „Angriffe mit wesentlich schwereren Bomben“ kaum zu erwarten seien, weil die Oberfläche des Geländes keine genauen Zielpunkte biete. So seien bei Flächenbombardements „allenfalls Zufallstreffer zu befürchten“. Mit der Ablösung starker Gesteinsplatten bei Volltreffern auf schwächere Decken sei aber immer zu rechnen. Generalisierende Aussagen für andere um Budapest gelegene Höhlensysteme wollte Meffert aus diesem Versuch allerdings nicht ableiten, weswegen er es für ratsam hielt, die „Wirkung einer schweren Spezialbombe von mind. 2 to Gewicht ev. mit Raketenantrieb“ an einem weiteren Versuchsobjekt zu wiederholen. Seine Empfehlungen liefen letztlich auf den wenig überraschenden Vorschlag hinaus, die empfindlichen Fertigungen unter stärkere Decken (8 m) zu verlagern, die Höhlenteile mit schwächerer Decke nur für weniger empfindliche Produktionsstrecken zu verwenden und diese Räume bei Fliegerangriffen von Menschen zu räumen. Für die südlich von Budapest gelegenen Höhlen könne das Deckenmaß wegen der geringeren Trefferwahrscheinlichkeit und der geringen Wahrscheinlichkeit eines Angriffs auf sechs Meter herabgesetzt werden. Meffert führte den von ihm veranlassten, keineswegs ungefährlichen Versuch in Diósd aber schließlich selbst ad absurdum in dem er einräumte, dass er „eine sichere Beurteilung über die Mindestmaße bombensicherer Eindeckung“ nicht zulasse. Gleichwohl, so Meffert abschließend, sei „eine gewisse Gefährdung durch lokale Volltreffer sowie durch Ablösung von blättrigen Deckenteilen (...) wegen der günstigen Bedingungen dieser Höhlen für schnelle Verlagerungen im großen Stile (...) in Kauf“ zu nehmen.³⁰³²

Dass solche Eignungsprüfungen im Übrigen keinen Einzelfall darstellten, zeigte sich am Beispiel des Projekts „Bergkristall“ bzw. „Esche II“. Dabei ging es um den Bau einer Stollenanlage in St. Georgen an der Gusen, in dem eine Fertigungsstrecke der Firma Messerschmitt zur Produktion von Me 262-Jagdflugzeugen unterkommen sollte. St. Georgen war knapp fünf Kilometer vom KZ Mauthausen entfernt und gehörte zu dessen Außenlagern. Der Ausbau des schon bestehenden Stollensystems bei Gusen erfolgte durch tausende KZ-Sklavenarbeiter. Er wurde nicht nur von geologischer Begleitforschung flankiert, um die Tragfähigkeit der projektieren Anlage zu optimieren, führte das RfB etwa vier Kilometer nördlich von St. Georgen eine „experimentelle Sprengung in Sandkellern des Dorfes Niedertal durch. Parallel zu diesen Tests wurde im April 1944 auch eine 2.000-Kilogramm schwere Luftmine gezündet, um die Ladungen zu simulieren, die bei Bombenangriffen mit hohem Impuls auf die Anlage ‚Bergkristall‘ einzuwirken drohten.“³⁰³³

Infolge seiner zahlreichen Aufträge und Verpflichtungen auf dem Gebiet der Untertageverlagerung hielt das RfB mit seinen Zweigstellen inzwischen vierteljährliche Besprechungen über diese Fragen ab.³⁰³⁴ Dies war darauf

3032 Ebd.

3033 Haunschmied/Mills/Witzany-Durda, St. Georgen (2004), S. 146 f.; Perz, Gusen I und II (2017), S. 375 f.; Bezirkshauptmannschaft Perg, Expertenbericht (2015), S. 5–7.

3034 Dies führte im RWM zu der Überlegung, ob man es dort nicht ähnlich handhaben sollte. Vgl. Berghauptmann Wernicke (Oberbergamt Freiberg) an OBH Gabel (RWM), 21.9.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31189, Bl. 119.

zurückzuführen, dass sich neben der vom ‚Jägerstab‘ bearbeiteten Lufrüstung nun auch die für die Sicherstellung der Mineralölversorgung verantwortlichen Instanzen um unterirdische Räume bemühten und zu diesem Zweck auf das Anwendungswissen des RfB stützten. Im Mai 1944 waren die Alliierten dazu übergegangen, die deutschen Hydrierwerke (z.B. Leuna, Böhlen, Zeitz, Lützenkendorf, Brüx, Magdeburg, Ruhland, Pölit) anzugreifen und weitgehend lahmzulegen. Dadurch wurden die „Erfolge des Jägerstabes“ zu großen Teilen aufgehoben, denn die gesteigerte Produktion von Jagdflugzeugen nutzte ohne Treibstoffe letztlich nichts.³⁰³⁵

Ende Mai 1944 ernannte Hitler auf Veranlassung von Speer und GBChem Krauch Edmund Geilenberg zum „Generalkommissar für die Sofortmaßnahmen beim Reichsminister für Rüstungs- und Kriegsproduktion“ zur „schnellstmöglichen Beseitigung von Fliegerschäden bei entscheidenden Produktionen“.³⁰³⁶ Mit „diktatorischen Vollmachten ausgestattet“ und sich am Vorbild des ‚Jägerstabes‘ orientierend, stellte Geilenberg innerhalb kurzer Zeit eine aus Fachleuten der Großchemie, des Rüstungsministeriums und der Wehrmacht bestehende Arbeitsgruppe – den ‚Stab Geilenberg‘ – zusammen, der sich zunächst dem Wiederaufbau der zerstörten Mineralölwerke zuwandte.³⁰³⁷ Da seine Maßnahmen aber durch die anhaltenden Luftangriffe immer wieder zunichte gemacht wurden, dehnten sich Geilenbergs Bemühungen neben der Dezentralisierung der Betriebe bald auch auf den Bau unterirdischer Anlagen, also auf den Bereich der Untertageverlagerung aus.³⁰³⁸ Auf der Basis eines vom GBChem Krauch erstellten Programms legte Geilenberg Anfang August 1944 einen „Mineralölsicherungsplan“ vor, der die Errichtung von 40 Kleindestillatoren (Projekt ‚Ofen‘), 15 Schieferöl-Schwellanlagen in Württemberg und Schandelah (Projekt ‚Wüste‘), vier bombensicheren Schmierölanlagen (Projekt ‚Dachs‘), zwei Crack-Anlagen (Projekte ‚Taub‘ und ‚Meise‘) sowie mehrerer Hydrieranlagen zur Herstellung von Hochleistungstreibstoffen für Flugzeuge (Projekte ‚Kuckuck‘ und ‚Schwalbe‘) vorsah. Zu den wichtigsten Projekten gehörten dabei ‚Dachs‘ und ‚Schwalbe‘, bei denen die Suche nach geeigneten Standorten jeweils in Kooperation mit dem RfB erfolgte.³⁰³⁹

Das Problem dabei war, dass es bei diesen Projekten nicht um die Installation einzelner Anlagen ging. Auch wenn es sich bei allen diesen Vorhaben um so genannte Kleinanlagen handelte, waren beispielsweise für das Projekt ‚Dachs‘ mindestens acht verschiedene unterirdische Anlagen vorgesehen.

3035 Glauning, Entgrenzung (2006), S. 103 f.

3036 Ebd., S. 104; Wagner, Produktion (2015), S. 103 f.

3037 Ebd., S. 104; Baranowski, Rüstungsproduktion (2016), S. 261.

3038 Vgl. Glauning, Entgrenzung (2006), S. 107.

3039 Vgl. Baranowski, Rüstungsproduktion (2016), S. 261; Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 238, 240; Eichholtz, Ölpolitik (2010), S. 540–546; Glauning, Entgrenzung (2006), S. 108, 458 f.; Grieger/Karlsch, Treibstoff (2024), S. 251 f.; Mineralölsicherungsplan (I. Abschnitt), 1.8.1944, BArch Berlin, R 3112, Nr. 130, Bl. 24–48; Besprechung betr. Mineralölsicherungsplan, 15.9.1944, BArch Berlin, R 3, Nr. 1873, Bl. 40–51; GBChem Krauch an Präsident Hans Kehrl (RMRuK), 29.6.1944, BArch Berlin, R 3112, Nr. 129, unpag.; Kennzeichnung der im Mineralöl-Sicherungsplan zur Anwendung kommenden Arbeitsweisen, ohne Datum (1944), ebd., unpag.

Allein die projektierten Anlagen ‚Dachs I‘ und ‚Dachs II‘ mussten so viel Raum bieten, um eine Monatsfertigung von 6.000 t bzw. 8.000 t Schmieröl sicherzustellen, was an die Fläche und vor allem Höhe der Höhlen besondere Anforderungen stellte.³⁰⁴⁰ Ähnliches galt für das Projekt ‚Schwalbe‘, das auf acht verschiedene Raffinationsanlagen ausgerichtet war, von denen aber letztlich nur fünf in Angriff genommen wurden.³⁰⁴¹

Wie die RfB-Geologen feststellten, waren die vom GBChem und von Geilenberg gesuchten Räume „mit Ausnahme der Salzbergwerke, wo die Vergrößerung der Schächte nicht unter 1 bis 2 Jahren möglich“ war, „in der vorhandenen Größenordnung von mindestens je 10.000 qm Nutzfläche und ausbaubar auf Höhen bis zu 10, stellenweise 20 m, an keiner Stelle des Reichsgebietes vorhanden“. Es kam daher nur in Frage, neue Räume zu schaffen. So waren von Dienemann im Anhydrit von Osterode und Berka/Kelbra im Harz, im Sandstein von Kahla, im Kalkstein von Altendiez (Lahn) und Hunsheim (Donau) sowie im Granit von Mauthausen mögliche Stellen für Untertageverlagerungen benannt worden.³⁰⁴² Ob alle Vorschläge Dienemanns Berücksichtigung fanden, ist unklar, aber dass er Mauthausen, Standort des KZ-Steinbruchs, überhaupt in Erwägung zog, war problematisch und ist ein weiterer Beleg dafür, dass auch die geologische Ressortforschung Überschneidungen mit dem Vernichtungsapparat des NS-Regimes aufwies (siehe Tab. 65). Wie einer geheimen Notiz des GBChem vom August 1944 zu entnehmen ist, plante die SS den Bau der Anlagen „Ofen XXXIV–XXXV“ in Mauthausen tatsächlich.³⁰⁴³ Und folgt man Dietrich Eichholtz, kam es „in Mauthausen (‚Ofen‘)“ zum Einsatz von KZ-Häftlingen.³⁰⁴⁴

Im Fall der von Krauch und Geilenberg geplanten ‚Dachs-IV-Anlage‘ hatten beide zunächst damit gerechnet, im Stollensystem des ‚Mittelwerks‘ unterzukommen. Nachdem sie in dieser Frage aber auf Widerspruch Kammlers gestoßen waren, entschieden sie sich für ein Objekt in Osterode, das auch vom RfB vorgeschlagen worden war.³⁰⁴⁵ Im Winter 1944/45 waren dort etwa 3.000 Arbeitskräfte beschäftigt, unter ihnen ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Juden sowie rund 700 KZ-Häftlinge. „Trotz der Menschenschinderei auf der Baustelle“ wurde die Anlage bis Kriegsende aber nicht mehr fertiggestellt.³⁰⁴⁶ Dagegen hatte die SS die von ihr bei Ebensee ausgeschachtete Stollenanlage für

3040 Entwurf für Notiz des GBChem, 25.7.1944, ebd., unpag.; Wichert, Decknamenverzeichnis (1999), S. 164–169.

3041 Besprechung betr. Mineralölsicherungsplan, 15.9.1944, BArch Berlin, R 3, Nr. 1873, Bl. 40–51, hier Bl. 51; Wichert, Decknamenverzeichnis (1999), S. 163 f.

3042 Entwurf für eine Notiz des GBChem, 25.7.1944, BArch Berlin, R 3112, Nr. 129, unpag.

3043 Notiz über eine Besprechung bei der Mineralölbaugesellschaft in Luckenwalde unter Vorsitz von Herrn Geilenberg am 3./4.8.1944, 4.8.1944, BArch Berlin, R 3112, Nr. 130, Bl. 25–30.

3044 Eichholtz Geschichte, Bd. III/1 (2005), S. 149. Allerdings verweist Wichert bei den ‚Ofen-Anlagen‘ nirgendwo auf einen Standort Mauthausen. Vgl. Wichert, Decknamenverzeichnis (1999), S. 170–173.

3045 Wagner, Produktion (2015), S. 104 f.; ders., Geologen (2002), S. 7.

3046 Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 242; Wagner, Produktion (2015), S. 217 f.

das Projekt ‚Dachs II‘ (oder auch ‚Zement‘) Ende 1944 übergeben.³⁰⁴⁷ Auch in diesem Fall waren KZ-Häftlinge zum Einsatz gelangt.³⁰⁴⁸ Auch in diesem Fall war das RfB beteiligt, das Stellung zur Frage der „Steinfallgefahr“ im Bauvorhaben genommen und Vorschläge für ihre Behebung unterbreitet hatte.³⁰⁴⁹

Das Projekt ‚Schwalbe‘ war „wegen seines großen Aufwandes“ zunächst abgelehnt, die Konstruktion, Projektierung und Planung der Anlage ‚Schwalbe I‘ von Geilenberg aber kurze Zeit später doch verfügt worden.³⁰⁵⁰ Die Baumaßnahmen für ‚Schwalbe I‘ entwickelten sich zu den teuersten aller Verlagerungsprojekte.³⁰⁵¹ An der Suche nach einem geeigneten Standort für die unterirdische Errichtung des Hydrierwerkes waren auch Otto Sickenberg und Max Klöss vom RfB Berlin beteiligt, deren geologische und bergmännische Stellungnahmen mit dazu beitrugen, dass die Wahl auf Oberrödinghausen bei Menden im Sauerland fiel.³⁰⁵² Dabei gingen nicht nur die Gutachten des ‚Geilenberg-Stabes‘, sondern auch die Planungen der Geologen von einem großzügigen Einsatz von Arbeitskräften aus, was die Vermutung zulässt, dass bei der Planung – ohne es direkt auszusprechen – immer auch der Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen einkalkuliert wurde. Denn etwa der von Klöss veranschlagte Bedarf von 1.500 Arbeitskräften war Ende 1944 nur noch über das Zwangsarbeiterregime des GBA oder das der SS zur Verfügung stehende Reservoir von KZ-Sklavenarbeitern zu decken.³⁰⁵³ Im Dezember 1944 waren in

-
- 3047 Vgl. Oswald Pohl (WVHA) an RFSS mit anliegender Zusammenstellung von SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS Hans Kammler über den Stand der Sonderbaumaßnahmen der Waffen-SS für Rüstungsstab und Arbeitsstab Geilenberg (A- und B-Maßnahmen), 23.9.1944, AIP Maryland, Folder 21, Box 26, Samuel A. Goudsmit Papers, unpubl.
- 3048 Vgl. Wagner, Produktion (2015), S. 81 f.; Wichert, Decknamenverzeichnis (1999), S. 168, 187; Freund, Ebensee (2017), S. 354.
- 3049 Schönleben an Kammler (Sonderstab SS), betr. Dachs II Steinfallgefahr, 7.10.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31203, Bl. 53.
- 3050 Protokoll zur Mineralöl-Besprechung am 11.7.1944, 13.7.1944, BArch Berlin, R 3112, Nr. 129, unpubl.; Geilenberg an Reichsminister Speer, 26.7.1944, ebd., unpubl.
- 3051 Vgl. Eichholtz Geschichte, Bd. III/1 (2005), S. 149; Baranowski, Rüstungsproduktion (2016), S. 268; Notiz über eine Besprechung bei der Mineralölbaugesellschaft in Luckenwalde unter Vorsitz von Herrn Geilenberg am 3./4.8.1944, 4.8.1944, BArch Berlin, R 3112, Nr. 130, Bl. 25–30.
- 3052 GBChem Krauch an Direktor Simmat (Mineralölbau-Gesellschaft, Berlin) mit Gutachten von Sickenberg (RfB Berlin) über die geologischen Verhältnisse bei Oberrödinghausen vom 20.7.1944, 28.7.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31203, Bl. 9–12; Bergmännische Beurteilung von Klöss (RfB Berlin), 22.7.1944, ebd., Bl. 13–17. Das Gutachten von Letzterem wurde allerdings als „unbrauchbar“ bezeichnet. Vermerk über die Besprechung bei der Mineralöl-Baugenossenschaft in Luckenwalde, 15.8.1944, ebd., Bl. 18 f. Neben Sickenberg nahm auch der Bezirksgeologe Hans Udluft an Sitzungen teil, die sich mit dem Ausbau und der Bewetterung von ‚Schwalbe I‘ befassten. Vgl. Besprechungsbericht über bergtechnische Fragen betr. Ku[ckuck] und Schw[albe] in Luckenwalde am 17.8.1944, 2.9.1944, ebd., Bl. 86 f.; Niederschrift über eine Sitzung betr. Bewetterung [der Anlagen Kuckuck und Schwalbe], 12.9.1944, ebd., Bl. 20 f.; Aktennotiz über eine Besprechung am 7.9.1944 beim OBH betr. Schw[albe], 8.9.1944, ebd., Bl. 39–41.
- 3053 Notiz über eine Besprechung bei der Mineralölbaugesellschaft in Luckenwalde unter Vorsitz von Herrn Geilenberg am 3./4.8.1944, 4.8.1944, BArch Berlin, R 3112, Nr. 130, Bl. 25–30.

Oberrödinghausen 7.500 Arbeitskräfte im Einsatz, davon allein im Bergbaubetrieb „640 Deutsche und 640 Ausländer“. ³⁰⁵⁴

Zu den wichtigsten Maßnahmen im Mineralölsicherungsplan gehörte das Projekt ‚Wüste‘, das die Errichtung von mindestens zehn Schieferanlagen in Württemberg und einer Anlage in Schandelah bei Braunschweig vorsah. ³⁰⁵⁵ Im Rückgriff auf Versuche im Ersten Weltkrieg – in denen die geologischen Dienste Preußens und Württembergs eine prominente Rolle gespielt hatten (siehe Kap. 2.1) – sollte aus dem am Fuß der Schwäbischen Alb lagernden Posidonienschiefer nun in großem Maßstab Treibstoff gewonnen werden. Bei diesem Verfahren wurde in „drei Meter hohen Wandermeilern“ durch „gemäßigte Temperaturbehandlung“, wobei das Schieferöl selbst durch seine teilweise Verbrennung die nötige Wärme lieferte, aus dem Ölschiefer das Öl „abgeschwelt“. Auf diese Weise sollte jede der projektierten Anlagen aus rund 500.000 t Schiefer jährlich etwa 15.000 t Schwelöl erzeugen. ³⁰⁵⁶

Mit den Möglichkeiten zur Umsetzung dieses ambitionierten, weil aufwendigen und sehr unwirtschaftlichen Vorhabens waren neben dem RWA auch das Rüstungsministerium, die Gauwirtschaftskammer Stuttgart (Amt Technik der NSDAP) und das Württembergische Staatsministerium des Innern befasst. Letzteres hatte die RfB-Zweigstelle Stuttgart Mitte 1943 damit beauftragt, aus dem Revier jene Gebiete herauszusuchen, „die bei einem Mengenvorkommen von jeweils 20 und mehr Millionen t und Ölgehalt von 6 und mehr % in erster Linie für die Verschmelzung in Frage“ kamen. Auf dieser Grundlage sollte die Auswahl möglicher Betriebsstandorte erfolgen. ³⁰⁵⁷ Wie Brockamp betonte, registrierte das RfB „alle Beobachtungen, die für eine Bewertung der einzelnen Ölschiefervorkommen wichtig“ waren, und förderte „alle Arbeiten, die zu seiner Verwertung“ führten. ³⁰⁵⁸ Im Herbst 1943 strebte schließlich auch die SS danach, im Ölschieferbergbau Fuß zu fassen, und spätestens im November 1943 war die Bergabteilung des RWM darüber informiert, dass Himmlers ‚Schutzstaffel‘ beabsichtigte, „in der Nähe der geplanten Betriebe ein Konzentrationslager“ einzurichten, das nicht nur der SS-eigenen Versuchsanlage Erzingen,

3054 Aktenvermerk des RWM betr. Geilenberg-Programm, 9.12.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31203, Bl. 112 f.

3055 GBChem Krauch an Präsident Hans Kehrl (RMRuK), 29.6.1944, BArch Berlin, R 3112, Nr. 129, unpag.

3056 Vorschläge des GBChem zur Weiterführung des Mineralöl-Programms auf Grund der Besprechungen am 11. und 12.7.1944 mit den beteiligten Dienststellen, 13.7.1944, ebd., unpag.; Kennzeichnung der im Mineralöl-Sicherungsplan zur Anwendung kommenden Arbeitsweisen, ohne Datum (1944), ebd., unpag.

3057 Reisebericht von Beckenbauer über die Besichtigung von Ölschiefervorkommen und Schwelanlagen in Württemberg am 9. und 10.7.1943, 13.7.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30531, Bl. 50–59, hier Bl. 58; Vermerk des OBH (RWM) betr. Besichtigung der württembergischen Ölschieferbetriebe am 9. und 10.11.1943, 15.11.1943, ebd., Bl. 97 f. Zu den divergierenden Interessenlagen, zur Ausweitung des Projekts und letztlich Übernahme der württembergischen Ölschieferwerke durch die SS vgl. Glauning, *Entgrenzung* (2006), S. 56–119. Siehe auch Beyer/Mewes, *Entwicklung* (1953), S. 204–207 (Ich danke Helmut Maier für den Hinweis).

3058 Brockamp, *Vorwort* (1944).

sondern auch den anderen Werken Häftlinge zur Verfügung stellen sollte.³⁰⁵⁹

Für die Standortwahl der Betriebe und letztlich der SS-Lager gaben möglicherweise auch die Vorratsschätzungen der RfB-Zweigstelle Stuttgart einen Ausschlag, die etwa für Schömberg ausreichende Mengen an verwertbarem Ölschiefer ergaben.³⁰⁶⁰ Das RfB führte an den im Vorland der Schwäbischen Alb gelegenen Ölschiefervorkommen geologische Untersuchungen und Beratungen durch, deren Ergebnis „Schwelversuche in großem Maßstab“ waren.³⁰⁶¹ Im Sommer 1944 begann der Ausbau der, u.a. auch in Schömberg, vorgesehenen Versuchsanlagen, für die jeweils ein eigenes Häftlingslager vorgesehen war. Bis Anfang 1945 entstanden letztlich sieben Lager (Schömberg, Schörzingen, Frommern, Erzingen, Bisingen, Dautmergen, Dormettingen), die allesamt Außenlager des KZ Natzweiler-Struthof im Elsass waren und etwa 12.500 Häftlinge umfassten.³⁰⁶² „Trotz brutalster Arbeitshetze, der bis zu 4.000 KZ-Häftlinge zum Opfer fielen“, kam das Projekt ‚Wüste‘ nicht in dem erhofften Tempo voran.³⁰⁶³ Bis Kriegsende hatten letztlich nur vier Werke die Produktionsphase erreicht, insgesamt waren aber nicht mehr als 1.500 t Öl gewonnen worden.³⁰⁶⁴

Im Herbst 1943, als in Württemberg die auf der Grundlage von Zwangs- und Sklavenarbeit gestützte Gewinnung von Ölschiefer erstmals konkretere Formen annahm, war im I.G. Farbenwerk Auschwitz die Produktion von Methanol angelaufen, obwohl sich die Bauarbeiten an dem Werksteil, an dem tausende KZ-Häftlinge eingesetzt waren, noch weit bis ins Jahr 1944 hingen.³⁰⁶⁵ Die von der I.G. Farben 1941 in Auschwitz begonnenen Werksbauten zielten

3059 Handschriftlicher Vermerk des OBH 6 (RWM), 20.11.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30531, Bl. 104R. Zum Engagement der SS bei der Gewinnung von Mineralöl aus Schiefer vgl. Kaienburg, *Wirtschaft* (2003), S. 482–484; Georg, *Unternehmungen* (1963), S. 103–106; Glauning, *Entgrenzung* (2006), S. 86–100.

3060 Hermann Borchert: Versuch der Auswahl der günstigsten Ansatzpunkte für Tagebaufelder, 23.6.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30532, Bl. 35 f. Wie das Munitionsministerium im September 1943 berichtete, sei „die Mächtigkeit der Lagerstätten (...) durch eindeutige Gutachten der zuständigen Reichsbehörden bestätigt“ worden. Zwar wurde die RfB in diesem Zusammenhang nicht explizit erwähnt, gleichwohl ist davon auszugehen, dass die Gutachten auf sie zurückgingen. Staatsrat Walther Schieber (Rüstungslieferungsamt RMBuM) an RFSS, 16.9.1943, BArch Berlin, NS 19, Nr. 1386, Bl. 8 f.

3061 Übersicht über von der RfB durchgeführte Lagerstättenuntersuchungen, ohne Datum (um 1944), BGR-Archiv Hannover, Nr. 9501, unp. Auch an anderer Stelle wurde auf die eingehenden Untersuchungen des RfB an den deutschen Ölschiefen berichtet. „In Württemberg wurden im Zusammenhang mit den dort durchgeführten Schwelversuchen über- und untertage geologische und chemische Untersuchungen ausgeführt. Entsprechende Untersuchungen wurden auch in Mittel- und Norddeutschland vorgenommen. Das hierbei gefundene Material wurde paläographisch ausgewertet. An sich ist der ausbringbare Ölgehalt des deutschen Posidonien-schiefers gering“. Die Geologie in Deutschland in den letzten 8–10 Jahren, insbesondere die Tätigkeit der Deutschen Geologischen Landesanstalt (bisher: RfB), 1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026377, Bl. 1–38, hier Bl. 27; Carlé, *Stammbaum* (1988), S. 367; Brockamp (Hg.), *Paläographie* (1944); Reiff, *Geschichte* (1992), S. 53.

3062 Vgl. N.N., *Öl* (2005), S. 28; Glauning, *Entgrenzung* (2006), S. 116–119.

3063 Karlisch, 1859–1945 (2003), S. 242.

3064 Vgl. N.N., *Öl* (2005), S. 28. Maßgeblich dazu Glauning, *Entgrenzung* (2006).

3065 Vgl. Wagner, *IG Auschwitz* (2000), S. 250.

auf die Errichtung eines riesigen Chemiekomplexes ab, der „neben Buna auch Hochleistungs-Treibstoffe (u.a. Flugbenzin und Heizöl für die Marine), verschiedene Kunststoffe, Kunstfasern, Stabilisatoren, Harze, Methanol, Stickstoff und Pharmazeutika herstellen sollte“. Ein weiterer Werksteil („Montan-Anlage“) sollte Vorprodukte zur Herstellung chemischer Waffen produzieren.³⁰⁶⁶

Für den Bau der Werke und die spätere Produktion stützte sich der Chemieriese vor allem auf die im Lager Monowitz untergebrachten Häftlinge. Die näher rückende Front und Luftangriffe auf das Werksgelände veranlassten auch die I.G. Farben über eine Verlagerung nachzudenken, wofür die RfB-Zweigstelle Wien Anfang November 1944 zwei Gutachten des Geologen Otto Sickenberg vorlegte, der „für die Verlagerung des Werkes Auschwitz“ Gebiete am Hallstätter See (Oberdonau) und im Ennstal (Steiermark) vorschlug. Den Berichten Sickenbergs waren Erkundungen der Zweigstelle mit „einem Herren der IG-Farben-Auschwitz“ vorausgegangen, wobei die Geologen für die Auswahl des Geländes zu beachten hatten, dass wesentliche Teile der Anlagen oberirdisch bleiben „und erst später die empfindlicheren Teile unter Tage gebracht werden“ sollten. Folglich musste der vorgesehene Ausweichplatz „gegen feindlichen Anflug möglichst geschützt“ sein.³⁰⁶⁷

Für die I.G. Auschwitz kamen aber nicht nur Verlagerungsorte in der ‚Ostmark‘ in Frage, ihre Erkundungen erstreckten sich auch auf das ‚Altreich‘. So nahmen etwa zeitgleich mit den Untersuchungen Sickenbergs Sachverständige der I.G. Auschwitz, des ‚Geilenberg-Stabes‘ und des Oberbergamts Freiberg an einer Befahrung von am Elbufer zwischen Meißen und Riesa gelegenen Steinbrüchen teil. Zu der Besichtigung hatte der Leiter der RfB-Zweigstelle Freiberg, Kurt Pietzsch, den Anlass gegeben. Denn wie er festgestellt hatte, waren die „Steinbrüche für eine U-Verlagerung im Rahmen des Geilenberg-Programms“ nur „bedingt tauglich“. Da Zweifel an der Feststellung des RfB-Geologen bestanden, veranlasste das RWM die Erstellung eines „Obergutachtens“ durch das Oberbergamt Freiberg und die Großdeutsche Schachtbau- und Tiefbohrergesellschaft,

- 3066 Auschwitz/Buna/Monowitz, I.G. Auschwitz. Was sollte die I.G. Auschwitz produzieren?, in: wollheim memorial (http://www.wollheim-memorial.de/de/was_sollte_die_ig_auschwitz_produzieren, eingesehen am 13.8.2024); Schmaltz, Auschwitz (2009), S. 215. Für die ebenfalls in Schlesien angesiedelten Hydrierwerke der I.G. Farben in Heydebreck und Blechhammer hatte Paul Assmann wiederholt geologische Gutachten erstellt. Vgl. Geologisches Gutachten von Paul Assmann (RfB Berlin) über die Wasserversorgung der 2 großen bei Heydebreck entstehenden Industrierwerke nebst Wohngebiet, 3.8.1940, BGR-Archiv Hannover, Nr. 57018, unp.; Gutachten von Paul Assmann (RfB Berlin) für den Regierungspräsidenten in Oppeln betr. Wasserbohrung der Reichsbahn auf Bahnhof Heydebreck, 19.10.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 57019, unp.; Geologisches Gutachten von Paul Assmann (RfB Berlin) über die Möglichkeit einer Erweiterung der Wasserversorgung des I.G. Farbenwerks in Heydebreck, 10.11.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 57020, unp.
- 3067 Wilhelm Dienemann (RfB Berlin) an Oberbaurat Friedrich Treiber (RMRuK, Chefingenieur der OT, Abteilung U-Verlagerung), Ministerialrat Eduard Schönleben (GBChem), RfB-Zweigstelle Wien mit anliegenden Gutachten von Otto Sickenberg (RfB Berlin) vom 4.11.1944: 1. Vorschlag für die Verlagerung des Werkes Auschwitz in das Gebiet des Hallstätter Sees (Oberdonau), 2. Bericht über die Verlagerungsmöglichkeiten im Gesäuse (Ennstal) für das Werk Auschwitz, 4.11.1944, BAArch Berlin, R 3, Nr. 3307, Bl. 246–251.

die „einhellig“ feststellten, dass keiner der Steinbrüche für eine Verlagerung geeignet war.³⁰⁶⁸

Am 9. November 1944 übersandte das RfB Berlin dem Rüstungsministerium ein vorläufiges Gutachten Roland Brinkmanns „über die Standortwahl des Bauvorhabens Orion“, das in einem Stollen im Maingebiet unterkommen sollte. Zu diesem Zweck waren entlang des Mains verschiedene Standorte untersucht worden. Aus dem Gutachten geht zwar nicht hervor, was sich hinter ‚Orion‘ verbarg, aber dass die Begehungen des RfB-Geologen „gemeinsam mit Vertretern der I.G. Farben“ Oppau stattfanden, verweist erneut auf den Chemiekonzern.³⁰⁶⁹ Dass es bei dem „Decknamen Orion“ um die I.G. Auschwitz ging, verrät dagegen eine Besprechungsnotiz des ‚Geilenberg-Stabes‘, nach der die „IG bei Wartha an der Glatzer Neiße ihr Werk Auschwitz, soweit es Methanol und zugehörige Produkte“ herstellte, in einem neu aufzufahrenden Stollensystem unterbringen sollte.³⁰⁷⁰ Die Verlagerungs-Bemühungen der I.G. Auschwitz erstreckten sich demnach auf verschiedene Standorte in Deutschland, die von Geologen des RfB flankiert wurden. So erhielt schließlich auch Hans Nathan von der RfB-Zweigstelle München „den Auftrag, die I.G. Farben, Werk Auschwitz[,] über Verlagerungsmöglichkeiten im Frankenjura zu beraten“. Welchen Wert man seitens der Konzernführung auf diese Frage legte geht auch daraus hervor, dass an der durch verschiedene Orte Bayerns führenden Erkundung auch Karl Braus, „einer der drei Direktoren der I.G. Auschwitz“ teilnahm.³⁰⁷¹ Trotz der aufwendigen Erkundungen in der ‚Ostmark‘, in Sachsen, Hessen und Bayern kam es aber nicht zu einer Verlagerung, denn die Werksleitung der I.G. Auschwitz hielt bis zuletzt an ihren Zielen für die Fertigstellung der Produktionsanlagen am Standort Auschwitz fest.³⁰⁷²

3068 Oberbergamt Freiberg an OBH (RWM), 8.11.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31183, Bl. 160.

3069 Wilhelm Dienemann (RfB Berlin) an Oberbaurat Friedrich Treiber (RMRuK, Chefingenieur der OT, Abteilung U-Verlagerung) mit vorläufigem Gutachten Roland Brinkmanns (RfB Berlin) über die Standortwahl des Bauvorhabens Orion im Maingebiet 9.11.1944, BArch Berlin, R 3, Nr. 3297, Bl. 210–215.

3070 Aktennotiz von Bergrat Lohff (RWM) betr. Besprechung bei Herrn Geilenberg über Bauvorhaben Schwalbe usw., 24.11.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31203, Bl. 111. Siehe auch Wichert, Decknamenverzeichnis (1999), S. 177.

3071 Wilhelm Dienemann (RfB Berlin) an Oberbaurat Friedrich Treiber (RMRuK, Chefingenieur der OT, Abteilung U-Verlagerung) mit Bericht von Hans Nathan (RfB-Zweigstelle München) über Verlagerungsmöglichkeiten im Frankenjura vom 11.11.1944, 17.11.1944, BArch Berlin, R 3, Nr. 3297, Bl. 276–279; Wagner, IG Auschwitz (2000), S. 268; Maier, Chemiker (2015), S. 353 (Anm. 417).

3072 Vgl. Wagner, IG Auschwitz (2000), S. 277.

Tab. 65: Verbindungen staatlicher Geologen zum Terror- und Vernichtungsapparat des NS-Regimes.

Geologe	Institut	Jahr	Lager/Ghetto	Gegenstand
Fritz Deubel	GLA Jena	1936	Buchenwald	Standortplanung, Wasserversorgung, Erkundung von Gesteinsvorkommen für Einrichtung des Lagersteinbruchs
Josef Schädler	GBA Wien	1938	Mauthausen	Beratung bei Steinbruch-Übergabe an Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH
Alois Kieslinger	GBA Wien, RfB Wien	1938, 1941	Mauthausen	Begehung Steinbruch (Steinbruchkartei)
Wilhelm Keppler	RfB Berlin	1939	Sachsenhausen	Ernährungsversuche
Glimmer-Gruben Norwegen (Horvath), RfB-Glimmergruben (Sudeten) (Funder)	RfB Berlin	1940ff.	Theresienstadt, Litzmannstadt	Aufbereitung Glimmer (Spalterei)
Heinrich Hiltermann, Roland Brinkmann, Alfred Bentz	RfB-Arbeitsstelle Lemberg	1941	Lemberg (Lwiw)	Beschäftigung polnischer Wissenschaftler (z.B. Dr. Sophie Hager)
Roland Brinkmann, Alfred Bentz	AfB Warschau, RfB Berlin	1941–1943	Auschwitz, Sachsenhausen, Dachau	Befreiung polnischer Wissenschaftler aus Kriegsgefangenschaft und Konzentrationslagerhaft
Roland Brinkmann	AfB Warschau	1943	Lager bei Lublin (Majdanek ?)	Gutachten Wasserversorgung
?	RfB Stuttgart	1943	Schöenberg (Außenlager des KZ Natzweiler-Struthof)	Standortplanung betr. Mineralöl-Sicherungsplan (Unternehmen „Wüste“)
Alfred Bentz	RfB Berlin (BFE)	1943	Drohobycz	Mutmaßliche Befürwortung von „Auskämm-Aktion“, Karpathen Öl AG
Ernst Fulda	RfB Berlin	1944	Mittelbau-Dora	Begehung und Gutachten betr. Steinschlaggefahr (Untertageverlagerung)
?	AfB Prag	1944	Theresienstadt	Gutachten Wasserversorgung
?	RfB	1944	St. Georgen an der Gusen (Außenlager des KZ Mauthausen)	Sprengversuch im Zusammenhang mit der Errichtung einer Stollenanlage zur Untertageverlagerung (Projekt „Bergkristall“ bzw. „Esche II“)
Wilhelm Dienemann	RfB Berlin	1944	Mauthausen	Vorschlag Untertageverlagerung (Stollen)
Otto Sickenberg, Kurt Pietzsch, Roland Brinkmann, Hans Nathan	RfB Wien, Freiberg, Berlin, München	1944	Auschwitz	Gutachten Verlagerung

Je weiter sich die alliierten Truppen den deutschen Reichsgrenzen näherten, desto fieberhafter wurden die Bemühungen, sich unter der Erde oder durch die Übersiedlung in weniger luftkriegsgefährdete Gebiete in Sicherheit zu bringen.³⁰⁷³ So finden sich zahllose Gutachten, Stellungnahmen und Berichte von Geologen des RfB, die Kommunen, Behörden, Betriebe, wissenschaftliche Institute und Kultureinrichtungen über die Möglichkeiten zur Anlage von Luftschutzstollen oder zur Einlagerung wertvoller Materialien (Kulturgüter, Verwaltungsakten, Archive, Bibliotheken, Kleiderkammern, Rohstoffe) berieten.³⁰⁷⁴

Aber auch das RfB war angesichts der Luftangriffe inzwischen selbst gezwungen, nach Ausweichstellen zu suchen, um Personal, Institute und Unterlagen zu schützen. Sein Hauptsitz in der Invalidenstraße wies nach wiederholten Bombenangriffen auf Berlin Ende 1943 starke Zerstörungen auf, für dessen notdürftige Instandsetzung auch Kriegsgefangene zum Einsatz gelangen sollten. Der zweite Standort in der Berliner Behrenstraße 39 A war sogar vollständig ausgebrannt.³⁰⁷⁵ Zuvor schon war die Zweigstelle Hamburg durch

-
- 3073 Dass der Zeitdruck auch Abstriche beim Ausbau der Luftschutzstollen erzwingt, verdeutlichte ein Auftrag an die RfB-Zweigstelle Stuttgart, die feststellen sollte, „in welchen Räumen in Nordost-Württemberg Hohlgänge miniert werden“ konnten, „bei denen keinerlei Auskleidung oder nur ein geringfügiger Schutzverhau notwendig“ war. Wilhelm Dienemann (RfB Berlin) an Oberbaurat Friedrich Treiber (RMRuK, Amt OT-Bau, Amtsgruppe Technik, Abteilung Unterirdische Bauten) mit Abschrift eines Schreibens der RfB-Zweigstelle Stuttgart (Manfred Frank) am Dipl. Ing. Triebig (Ludwigsburg) vom 22.2.1945, 23.2.1945, BArch Berlin, R 3, Nr. 3297, Bl. 814 f. Im ‚Wartheland‘ war der Bau von Bunkern sogar „nicht genehmigt“. Bericht Julius Hesemanns (RfB-Arbeitsstelle Posen) über einen LS-Stollen in Litzmannstadt-Erzhausen, 2.7.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 46664, unpubl.
- 3074 Im Oktober 1944 wies etwa die RfB-Zweigstelle Freiberg nach, 30 Gutachten über die Anlage von Luftschutzstollen für Gemeinden und Unternehmen angefertigt zu haben. Vgl. Kurt Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiberg) an RfB Berlin, 12.10.1944, GLA Freiberg, A 02287/1, Bl. 173 f. Vgl. zudem Geologisches Gutachten von Rudolf Grahmann (RfB-Zweigstelle Freiberg) über den geplanten Luftschutzstollen der Stadt Mährisch-Schönberg, 4.9.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 58199, unpubl.; Geologisches Gutachten von Rudolf Grahmann (RfB Freiberg) über eine geplante Stollenanlage für die Velamos-Fahrzeugwerke in Zöptau (Ostsudeten), 4.9.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 58200, unpubl.; Bericht von Fritz Dahlgrün (RfB Berlin) über die Untersuchung der Luftschutz-Stollenanlage am Georgenberg sowie Besichtigung einiger anderer im Bau befindlicher oder geplanter LS-Anlagen in Goslar, 12.6.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 66207, unpubl.; Bericht von Ernst Fulda (RfB Berlin) über die beiden Luftschutzstollen der Junkers-Flugzeug- und Motorenwerke A.G., Zweigwerk Bernburg, 25.2.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2015313, unpubl.; Gutachten von Ernst Fulda (RfB Berlin) über den geplanten Luftschutzstollen der Maschinenfabrik Sauerbrey AG in Staßfurt, 24.2.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2015317, unpubl.; Gutachten von Paul Assmann (RfB Berlin) über einen Luftschutzstollen für die Stadt Oppeln, 20.6.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 56533, unpubl.; Geologische Beurteilung von Eduard Hartmann (RfB-Zweigstelle München) über die im Inntal bei Brannenbourg, Degerndorf, Oberaudorf und Kiefersfelden vorgesehen Ansatzpunkte für Luftschutzstollen, erstattet an die Gauleitung München-Oberbayern, 18.10.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 57627, unpubl.; Gutachten von Hans Nathan (RfB München) für die Zentralbauleitung der Waffen-SS und Polizei München-Dachau über die Möglichkeit der Anlage von Luftschutzstollen an zwei Stellen nördlich von Dachau [„in der Nähe des SS-Lagers Dachau“], 14.8.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 57872, unpubl.

Fliegerangriffe „restlos vernichtet“ worden, weswegen ihre kläglichen Überreste nun in einem Hochbunker unterkamen.³⁰⁷⁶ Während die Zweigstellen München und Wien zum Teil erhebliche Zerstörungen (München: Bibliothek) hinnehmen mussten, wurden die Gebäude der Zweig- bzw. Arbeitsstellen in Freiburg, Darmstadt, Stuttgart und Kiel vollständig zerstört.³⁰⁷⁷ Darmstadt hatte in diesem Zusammenhang auch zwei Tote zu beklagen, während der Rest der Belegschaft „ausgebombt“ war.³⁰⁷⁸



Abb. 93: Zerstörungen am Gebäude des Reichsamtes für Bodenforschung in der Berliner Invalidenstraße 44, um 1946.³⁰⁷⁹

-
- 3075 Karl Beurlen mit Halbjahresbericht der Fachsparte Bodenforschung des RFR an Rudolf Mentzel (Leiter des Geschäftsführenden Beirats des RFR), 21.12.1943, BArch Berlin, R 26-III, Nr. 164, unpag.; Kromer (RfB Berlin) an Preußische Bau- und Finanzdirektion (Berlin), 13.9.1943, LAB Berlin, A Pr. Br. Rep. 042, Nr. 1765, unpag.; Brockamp (RfB Berlin) an den Präsidenten der Preußischen Bau- und Finanzdirektion, 7.12.1943, LAB, A Pr. Br. Rep. 42, Nr. 1766, unpag.
- 3076 Emil Koch (RfB-Arbeitsstelle Hamburg) an RfB-Zweigstelle Freiberg, 10.11.1943 u. 13.4.1944, GLA Freiberg, A 02282/1, Bl. 2, 5.
- 3077 Albert Hock (RfB München) an RfB Berlin, 13.3.1943, 6.10.1943, 14.10.1943, 27.4.1944, 3.8.1944, BayHStA Geologisches Landesamt, Nr. 279, unpag.; Manfred Frank (RfB-Zweigstelle Stuttgart) an RfB-Zweigstelle Freiberg, 2.10.1944, GLA Freiberg, A 02282/1, Bl. 30; Walter Schottler (RfB-Zweigstelle Darmstadt) an RfB-Zweigstelle Freiberg, 26.10.1944, ebd., Bl. 32. Für München und Stuttgart siehe auch Tätigkeitsberichte für das Jahr 1948 und Arbeitspläne für das Jahr 1949 (1951), S. LXVII, LXXVIII. Für die Meeresgeologische Forschungsstelle Kiel vgl. Strafanzeige der Gendarmerie Einzelposten Heikendorf, 1.12.1944, SHLA Kiel, Abt. 358, Nr. 6867, Bl. 1. Für Wien vgl. Mertz, Haidinger-Medaille (2020), S. 392.
- 3078 Walter Schottler (RfB-Zweigstelle Darmstadt) an RfB-Zweigstelle Freiberg, 26.10.1944, GLA Freiberg, A 02282/1, Bl. 32.
- 3079 Aus: BGR-Archiv Hannover, Aushang mit der Überschrift „Invalidenstrasse 44. Sitz staatlicher geologischer Behörden in Deutschland von 1878–1996“.

Die Angriffe auf Städte und kritische Infrastrukturen hatten zur Folge, dass sich auch das RfB und seine Zweigstellen um Ausweichquartiere und Verlagerungsmöglichkeiten bemühten.³⁰⁸⁰ Über die Ausweichstelle Dessow, in der Teile der Erdöl- und der Geophysikalischen Abteilungen aus Berlin unterkamen, wurde schon berichtet. In Wildberg (Ruppin), unweit von Dessow, wurde im Oktober 1944 ein weiteres RfB-Quartier bezogen.³⁰⁸¹ Zu diesem Zeitpunkt hatte die Zentrale in Berlin die Verlagerung ihrer wichtigsten Unterlagen (Bibliothek, Karten, Verwaltungsakten) in einen Kalistollen der Firma Wintershall in Heringen (Werra) bereits abgeschlossen.³⁰⁸² Die BFE-Dienststelle Bentz' war nach Lögow, bei Neustadt an der Dosse, nordwestlich von Berlin ausgewichen.³⁰⁸³ Die Arbeitsstelle Hannover des RfB-Instituts für Erdölgeologie, wurde 1944 infolge erheblichen Bombenschadens nach Celle in das Bürogebäude der Deutschen Vacuum Öl AG verlegt.³⁰⁸⁴ Bentz bemühte sich darüber hinaus um die Verlagerung des Reichsinstituts für Erdölforschung in Hannover (35 Personen), das im Kalibergwerk Bergmannsseggen bei Lehrte unterkommen sollte. Für den Ausbau der unterirdischen Anlage wurden auch „vier Polen“ verpflichtet.³⁰⁸⁵ Bei der Verlagerung der Meeresgeologischen Forschungsstelle Kiel nach Rendsburg kamen „russische Kriegsgefangene“ zum Einsatz.³⁰⁸⁶ Während sich die Zweigstelle Darmstadt um ein Ausweichquartier in Reichelsheim im Odenwald bemühte, wurde ein Teil der Erdöl-Abteilung der Zweigstelle Wien nach Eisengrub (Niederdonau) verlagert.³⁰⁸⁷

3080 Zur Verlagerung der Bergabteilung des RWM vgl. Übersichten über die Gefolgschaftsmitglieder der Hauptabteilung OBH, die 1. nach Grünherz verlagert werden oder dem Führungsstab in Berlin angehören, 2. Nicht verlagert werden und daher [in Berlin zurückbleiben], 3. Liste der für eine Verlagerung in den Raum Thüringen vorgesehenen Gefolgschaftsmitglieder, ohne Datum (um 1944), BArch Berlin, R 3101, Nr. 30129, Bl. 145–149.

3081 Vgl. Fernschreiben von Brockamp an Herrn Schütz (Wintershall AG), 14.10.1944, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 7, RBF 177, unp. Zu weiteren Bemühungen des RfB um Ausweichquartiere vgl. Kromer (RfB Berlin) an Alfred Stahmer (Dessow), 4.7.1944 u. 15.7.1944, ebd., Roll 6, RBF 153, unp.; Otto Barsch (Berlin) an Alfred Bentz, 20.8.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unp.

3082 Vgl. Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld an OBH Gabel (RWM), 2.6.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31186, Bl. 12–14.

3083 Vgl. BFE Bentz (Berlin) an Otto Schrader (Betriebsluftschutzleiter, RfB Berlin), 24.9.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 76376, unp. Vgl. auch Grebing, Landesämter (2021), S. 99.

3084 Vgl. Pfeiffer, Reichsamt (1987), S. 3.

3085 RWM (OBH) an Assessor Schulz-Hennig (RMRuK, Rüstungsamt), 8.11.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31191, Bl. 42; Vermutlich BFE Bentz an Ministerialrat Speh (RMRuK, Rüstungsamt), 8.11.1944, ebd., Bl. 43; Vermerk des RWM betr. Bauvorhaben Lama, 6.11.1944, ebd., Bl. 44; RMRuK (Rüstungsamt) an die Rüstungsinspektion X (Hamburg), 30.11.1944, ebd., Bl. 182.

3086 Strafanzeige der Gendarmerie Einzelposten Heikendorf, 1.12.1944, SHLA Kiel, Abt. 358, Nr. 6867, Bl. 1.

3087 Walter Schottler (RfB-Zweigstelle Darmstadt) an RfB-Zweigstelle Freiberg, 26.10.1944, GLA Freiberg, A 02282/1, Bl. 32; Erwin Veith (RfB-Zweigstelle Wien) an Präsidenten RfB Berlin, 29.2.1944, BArch Berlin, R 71, Nr. 24, unp.; Waldmann, Bericht (1946), S. 3; Götzinger, Tätigkeit (1946), S. 8 f.; Thews, Geschichte (1996), S. 16 f.

Die Zweigstelle Wien entschied sich dagegen für Wilhering bei Linz und das Stift Kremsmünster.³⁰⁸⁸ Die RfB-Dependance in Freiberg blieb zwar weitgehend unversehrt, hatte ihre Bibliothek und ihre Kartensammlung aber auf verschiedene Standorte verteilt, so etwa einen Keller des Finanzamts Rochlitz und auf die Schlösser Purschenstein (Erzgebirge), Wesenstein bei Pirna und Bürgstein in der Nähe von Haida bei Böhmisches Leipa (Česká Lípa).³⁰⁸⁹



Abb. 94: Zerstörungen an der Fassade des Reichsamtes für Bodenforschung, Invalidenstraße 44 in Berlin, um 1945.³⁰⁹⁰

Obwohl Joseph Goebbels in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar für Berlin die Verlagerung von Berliner Dienststellen im Februar 1945 generell untersagt hatte, wurden einzelne RfB-Mitarbeiter losgeschickt, um noch in der Hauptstadt verbliebene Unterlagen und Geräte in Sicherheit zu bringen. Der Geophysiker Hans Closs lud „die wichtigsten Bestände“ der Geophysikalischen Reichaufnahme kurz „vor der Schlacht um Berlin“ auf einen LKW und brachte sie nach Segeberg (Schleswig-Holstein), wo er sie in der Nähe

3088 Vgl. Mertz, Haidinger-Medaille (2020), S. 392.

3089 Vgl. Kurt Pietzsch (Freiberg) an RfB Berlin, 8.6.1945, GLA Freiberg, A 02287/1, Bl. 191 f.

3090 Aus: BGR-Archiv Hannover, Aushang mit der Überschrift „Invalidenstrasse 44. Sitz staatlicher geologischer Behörden in Deutschland von 1878–1996“.

eines einsamen Bauerngehöfts vergrub.³⁰⁹¹ Auch Franz Hallenbach machte sich auf den Weg nach Norddeutschland. Allerdings riss der Kontakt zu ihm ab, so dass nicht klar war, ob er das mitgeführte Material „nördlich von Wildberg vergraben“ hatte oder „damit auch über die Elbe gekommen“ war.³⁰⁹² Die Geophysiker Wilhelm Wolff und Heinz Henrici hatten dagegen Apparate des RfB nach Leutkirch und Pfullingen in Süddeutschland gebracht.³⁰⁹³

Trotz der Wirren, trotz Bombenkrieg und 57-Stundenwoche wurde der Arbeitsbetrieb aufrechterhalten. Selbst der für alle ‚Gefolgschaftsmitglieder‘ obligatorische Luftschutzdienst wurde nicht auf die Arbeitszeit angerechnet.³⁰⁹⁴ Dabei hatten die Kriegsverhältnisse inzwischen zu unbeschreiblichen Zuständen geführt, denn überall mangelte es an elementaren Dingen wie Nahrungsmitteln, Wasser, Strom und Gas, wozu im Winter noch Kohlenmangel trat. Durch die Lahmlegung des Nah- und Fernverkehrs waren viele Mitarbeiter gezwungen, „mehrere Stunden am Tage zu Fuß“ zurückzulegen, „um von und zur Arbeitsstelle zu gelangen“.³⁰⁹⁵ Zu den physischen Belastungen traten auch psychische.³⁰⁹⁶ Nicht nur in München klagten Mitarbeiter über ihre „körperliche und seelische Erschöpfung“.³⁰⁹⁷ „Schlaflose Nächte und die mit den Löscharbeiten verbundenen Anstrengungen“ taten ihr übriges.³⁰⁹⁸ Jene, die infolge der Bombenangriffe ihr Hab und Gut, ihre Wohnungen und ihr Vermögen verloren, traf es besonders hart. Der Berliner Geologe Hans Haller meldete sich freiwillig zum Luftschutzdienst, um nach offenbar erfolgten ‚Totalschaden‘ „zunächst ein Unterkommen zu haben“.³⁰⁹⁹ Wie Haller ging es unzähligen Mitarbeitern des RfB. Das galt nicht nur für Berlin. Wie oben bereits

3091 Vgl. Goebbels (Reichsverteidigungskommissar für den Reichsverteidigungsbezirk Berlin) an die Berliner Behörden und Dienststellen der Mittel- und Unterstufe, 16.2.1945, BArch Berlin, R 3101, Nr. 8488, Bl. 1; Closs, *Reichsaufnahme* (1974), S. 126. Dort auch der Hinweis, dass die Seismos sich „aus dem bombengefährdeten Gebiet von Hannover in den Harz zurückgezogen“ hatte und so „ihren wesentlichen Besitz an Geräten und Unterlagen“ retten konnte. Siehe auch Alfred Bentz (Westercelle, Kreis Celle) an Otto Barsch (Berlin), 13.8.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unpag.

3092 Otto Barsch (Berlin) an Alfred Bentz, 20.8.1945, ebd., unpag.

3093 Vgl. Alfred Bentz (Westercelle, Kreis Celle) an Otto Barsch (Berlin), 13.8.1945, ebd., unpag.

3094 RWM an alle Gefolgschaftsmitglieder, 28.10.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30129, Bl. 183.

3095 Albert Hock (RfB-Zweigstelle München) an Direktor Karl Kromer (RfB Berlin), 3.8.1944, BayHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 279, unpag. Auch Barsch berichtete, dass die Berliner Mitarbeiter „durchschnittlich 2 Stunden, vielfach bis zu 4 und sogar 6 Stunden Anmarsch“ hatten. Er selbst musste jeden Tag von seiner Wohnung in Charlottenburg „fast 2 Std. bis zum Amt gehen und nachmittags wieder zurück“. Otto Barsch (Berlin) an Alfred Bentz, 20.8.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unpag.

3096 Der Berliner Ernst Hüffner zog sich bei seinen „Arbeiten zur Schädenbeseitigung nach Fliegerangriffen“ ein Bruchleiden zu. Hüffner (Forst, Lausitz) an RfB Berlin (Abt. Bodenkunde), 6.4.1944, BArch Berlin, R 71, Nr. 28, unpag.

3097 Albert Hock (RfB-Zweigstelle München) an Direktor Karl Kromer (RfB Berlin), 3.8.1944, BayHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 279, unpag.

3098 Hans Haller (Dresden) an Präsident des RfB, 1.3.1944, BArch Berlin, R 71, Nr. 23, unpag.

3099 Ebd.

erwähnt, waren alle Mitarbeiter der Zweigstelle Darmstadt „ausgebombt“. ³¹⁰⁰ Nur wenige hatten dabei das Glück, bei Kollegen unterzukommen. ³¹⁰¹

Unsäglich war das Leid jener, die ihre Angehörigen verloren. Der 1939 in den Ruhestand getretene Wilhelm Wunstorf verlor nicht nur seine Frau bei einem Bombenangriff, er selbst wurde verschüttet. ³¹⁰² Während der Bezirksgeologe Kurt Genieser als Wehrgeologe in Gefangenschaft geriet, verstarb seine Frau auf der Flucht. ³¹⁰³ Auch die Frau des Leiters der Geophysikalischen Abteilung, Otto Barsch, verstarb, zudem hatten sowjetische Soldaten einen seiner Brüder erschossen. ³¹⁰⁴ Während der ehemalige Präsident der PGLA, der inzwischen als Chef der Heeresgeologie dienende Wilfried von Seidlitz, nach einem Tieffliegerangriff kurz vor Kriegsende in einem Straßengraben verblutete, mussten verschiedene Mitarbeiter des RfB den ‚Heldentod‘ ihrer Söhne verkraften (z.B. Kühn, Brill, Dienemann). ³¹⁰⁵ Besonders perfide war, dass das inzwischen selbst in Agonie gefallene NS-Regime seine männliche Bevölkerung zuletzt noch in den ‚Volkssturm‘ presste und somit sinnlos opferte. ³¹⁰⁶ Die Aufstellung von Volkssturmkontingenten stellte den verzweifelten Versuch dar, auch an der „Heimatfront die letzten Reserven und Ressourcen“ zu mobilisieren. ³¹⁰⁷ Denn immerhin sollte „jeder Mann von 16 bis 60 Jahren zum Volkssturm herangezogen werden“. ³¹⁰⁸ Dieser ‚auf Vernichtung zielende Aktivismus‘ trug dazu bei, den Krieg zu verlängern und die Zahl der Opfer dramatisch zu erhöhen. ³¹⁰⁹ So fanden sich schließlich auch verschiedene Geologen des RfB in einer der eilig aufgestellten ‚Volksturmeinheiten‘ wieder (z.B. Siemens, Hasemann,

3100 Walter Schottler (RfB-Zweigstelle Darmstadt) an RfB-Zweigstelle Freiberg, 26.10.1944, GLA Freiberg, A 02282/1, Bl. 32.

3101 Während Haller bei einem Kollegen unterkam, ließ Bentz den ‚totalbombengeschädigten‘ Wilhelm Haack bei sich wohnen. Vgl. Hans Haller (Dresden) an Präsident des RfB, 1.3.1944, BArch Berlin, R 71, Nr. 23, unpag.; Wilhelm Haack [an RfB Berlin], 1.9.1943, BArch Berlin, R 71, Nr. 20, unpag. Bentz meldete aber nur wenige Monate später selbst, dass sein Haus in Dahlem „vom letzten Angriff betroffen wurde“. Alfred Stahmer (Dessau) an Alfred Bentz, 3.4.1944, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 153, unpag.

3102 Vgl. Ahrens, Nachruf Wunstorf, (1955), XXVI.

3103 Vgl. Meyer, Nachruf Genieser (1971), S. XL.

3104 Vgl. Otto Barsch (Hannover) an RfB Berlin, 27.10.1944, BArch Berlin, R 71, Nr. 4, unpag.; Vermerk Kromers, 3.11.1944, ebd.; Closs, Nachruf Barsch (1952), S. XXXV; Otto Barsch (Berlin) an Alfred Bentz, 20.8.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unpag.

3105 Vgl. Ahrens, Nachruf von Seidlitz (1955), S. XXXVI; Dammer, Nachruf Kühn (1950), S. XXV; Sauer, Richard Brill (1965), S. 541 f.; Personal-Fragebogen zu Dienemann, 13.2.1947, BArch Berlin, DO 1, Nr. 95084, unpag.

3106 RWM an 23 verschiedene ihm unterstellte Behörden, u.a. auch RfB mit anliegender 4. Ausführungsbestimmung zum Führererlass über die Bildung des deutschen Volkssturms (Richtlinien über die Heranziehung zum 1. u. 2. Aufgebot des deutschen Volkssturms), 14.11.1945, BArch Berlin, R 3101, Nr. 8487, Bl. 12 f.; Befehl über Heranziehung zum 1. u. 2. Aufgebot des Deutschen Volkssturms, 1.2.1945, BArch Berlin, R 3101, Nr. 8488, Bl. 20 f.

3107 Blank, Kriegsalltag (2004), S. 443.

3108 Nolzen, NSDAP (2004), S. 185.

3109 Blank, Kriegsalltag (2004), S. 443.

Kölbel, Kühne, Cissarz, von Zwerger), von denen zumindest Rudolf von Zwerger – wie so viele andere – das Kriegsende nicht mehr erlebte.³¹¹⁰

Was bleibt festzuhalten? Infolge der seit 1943 forcierten Luftangriffe ging das NS-Regime dazu über, kriegswichtige Rüstungsunternehmen in unterirdische Räume zu verlagern. Die zu diesem Zweck eingerichteten Sonderinstanzen (z.B. ‚Jägerstab‘, ‚Stab-Geilenberg‘) stützten sich dabei auch auf die im RfB und seinen Zweigstellen versammelte ingenieurgeologische Expertise. Darüber hinaus war das RfB in den ‚Arbeitsstab U‘ des Jägerstabes direkt eingebunden, der für die Erkundung, die Anlage, den Ausbau der Untertageräume und die Festlegung der dafür erforderlichen Voraussetzungen (z. B. Arbeitskräfte, Maschinen, Wetterführung) verantwortlich war. Welche Rolle das Thema in der Endphase des Krieges spielte, zeigte sich auch darin, dass im Gesamtverbund des RfB für alle Zweigstellen und Gaue besondere Sacharbeiter für Unterlageverlagerungen benannt wurden.

In praktisch allen Fällen erfolgte der Ausbau der Stollen durch Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge, was auch den RfB-Geologen klar war, die zur Begutachtung der Stollen herangezogen wurden und diese auch in Augenschein nahmen. Von ihnen vorgebrachte Warnungen vor Gefahren (z.B. Laugeneinbrüche, Steinschläge) wurden von den verlagernden Firmen oder den mit dem Ausbau beauftragten Stellen mit dem Gegenargument des Termindrucks zum Teil verworfen und eine Gefährdung von Menschenleben leichtfertig hingenommen. Auch für den zum Schutz der Hydrieranlagen zuständigen ‚Stab-Geilenberg‘ wurde das RfB aktiv. Besonders hier zeigte sich die Entgrenzung geologischer Gutachtertätigkeit, wenn der für die Verlagerung zuständige RfB-Geologe Dienemann vorschlug, Stollen im Steinbruch des KZ Mauthausen anzulegen, wohlwissend, dass für diese Arbeit nur KZ-Häftlinge in Frage kamen. Abgesehen davon, dass die inzwischen überall im Reich durchgeführten Verlagerungsprojekte meist unter hohen Zeitdruck

3110 Vgl. Lebenslauf von Günter Siemens, 3.12.1946, BArch Berlin, DO 1, Nr. 101629, Bl. 15; Fa. Hermann von Rautenkranz. Internationale Tiefbohr-Kommanditgesellschaft „ITAG“ (Celle) an RWM (OBH), 27.1.1945, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30511, unpag.; von Heinrich Kölbel ausgefüllter Personalbogen, 10.9.1957, BArch Berlin, DO 1, Nr. 97886, Bl. 4 f.; Personalbogen betr. Arnold Cissarz, 8.8.1950, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 62641, Bl. 1–4; Udluft/Pfeiffer, Nachruf Hellmers (1954), S. X; Otto Barsch (Berlin) an Alfred Bentz, 20.8.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unpag. Kühne wurde 1945 zur „Stadtwacht“ herangezogen. Personalbogen betr. Friedrich Kühne, 30.10.1952, BArch Berlin, DO 1, Nr. 98245, unpag. Zur 1943 errichteten Stadtwacht, die die Polizei bei außergewöhnlichen Ereignissen (Kampfhandlungen, Bewachung ausländischer Arbeitskräfte, Katastropheneinsatz) unterstützen sollte, vgl. Polizeipräsident in Berlin (Kommando der Schutzpolizei) an RWM, 25.6.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 8462, unpag. Als sowjetische Truppen im Mai 1945 das Gebäude des RfB betraten, müssen sich auch dort dramatische Szenen abgespielt haben, denn der Bezirksgeologe Karl Stockfisch und der Hausmeister Fritz Becker wurden dort „von den Russen erschossen“. Otto Barsch (Berlin) an Alfred Bentz, 20.8.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unpag.; Pfeffer, Nachruf Stockfisch (1951), S. XI. Insgesamt verloren 30 Mitarbeiter des RfB im Zweiten Weltkrieg ihr Leben. Vgl. Kamps, Bildung (1987), S. 152.

und auf der Basis brutaler Zwangs- und Sklavenarbeit erfolgten, gingen nicht nur die Gutachten des ‚Geilenberg-Stabes‘, sondern auch die Planungen der Geologen für neue Projekte von einem großzügigen Einsatz von Arbeitskräften aus: Der Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen wurde bei der Planung fest einkalkuliert. Im Fall des Projekts ‚Wüste‘ und der großangelegten Gewinnung von Schieferöl in Württemberg boten die Explorationen der RfB-Zweigstelle Stuttgart möglicherweise für Grundlage für die Auswahl bestimmter Betriebsstandorte und ihnen angegliederter Konzentrationslager. Dass gleich mehrere RfB-Zweigstellen sich mit der Frage der Verlagerung des I.G.-Werkes Auschwitz befassten, zeigt erneut, wie die Expertise der Geologen auch dem Vernichtungs- und Terrorapparat des NS-Regimes zu Gute kam.

6 Fazit

Von 1914 bis 1945 war die staatliche Geologie nicht nur eine wissenschaftliche Leitdisziplin, sondern auch Teil der Staatsräson. Wie der ‚Erdölbeauftragte‘ des ‚Dritten Reiches‘, Alfred Bentz, Mitte der 1950er Jahre, nun als designerter Präsident der Bundesanstalt für Bodenforschung betonte, sollte die staatliche Geologie vor allem „wirtschaftlich ausnutzbare Werte, die die Erde der Volkswirtschaft“ biete, „erkennen und sie der Ausnutzung zuführen“. Die Ergebnisse dieser Arbeiten sollten „Regierungen, der Verwaltung und der Wirtschaft nutzbar gemacht“ werden, weswegen Bentz geologische Ressortforschungseinrichtungen auch als wissenschaftliche Institute „mit letzten Endes wirtschaftlicher Zielsetzung“ ansah.³¹¹¹ Der führende Staatsgeologe der noch jungen Bundesrepublik betonte allerdings, dass die Aufgaben der staatlichen Bodenforschung ausschließlich auf den Gebieten der wissenschaftlichen Forschung und Beratung lägen, ohne dass ihr dabei „irgendwelche Hoheitsaufgaben“ zukämen.³¹¹² In der kurzen Zeitspanne seit 1945 schienen sich also einige Veränderungen vollzogen zu haben, denn neben der wissenschaftlichen Forschung und Beratung hatte sich die Tätigkeit geologischer Ressortforschung bis 1945 – wie gerade das Beispiel Bentz zeigte – auch auf die Wahrnehmung von Regulierungsfunktionen, mithin hoheitlichen Aufgaben, erstreckt. Die Grundlage dafür bildeten die Stellung der staatlichen Geologie als Leitinstanz im disziplinären Gefüge und ihre Fähigkeit, wissenschaftliche Standards zu setzen.

I Forschung und disziplinäre Leitfunktion

Das Chargieren zwischen politischer Weisungsgebundenheit und Rückbindung in die Disziplin stellt ein generelles Spezifikum von Ressortforschungseinrichtungen dar. Forschung und wissenschaftliche Facharbeit bilden demnach zentrale Aufgaben der Ressortforschung.³¹¹³ Am Anfang der Tätigkeit geologischer Ressortforschung der Länder in Deutschland stand die auf der Kartierung basierende Informationsbeschaffung, die der Beratung der Regierung diene und dieser das für ihre Zwecke notwendige Raum- und Herrschaftswissen zur Verfügung stellte. Diese Sammel- und Kartierungstätigkeit wich im Zuge der Herausbildung einer prospektiven bzw. praktischen Geologie seit der Wende zum 20. Jahrhundert allmählich „einer rohstoffpolitischen und durchgängig anwendungsorientierten ‚Vorsorge‘-Forschung“.³¹¹⁴ So führten

3111 Bentz, Alfred: Die Bundesaufgaben der staatlichen Bodenforschung und ihre Bedeutung, ohne Datum, BGR-Archiv Hannover, Nr. 24852, S. 1.

3112 Hier in Abgrenzung zur Entwicklung in der DDR, wo den staatlichen Geologen nach Aussage von Bentz beispielsweise „die gesamte Planung der staatlichen Bergbaubetriebe“ oblag. Ebd., S. 7.

3113 Vgl. Philipps, Orientierungen (2018), S. 31.

3114 Lundgreen, Wissenschaft (1990), S. 686 f.

die geologischen Dienste nun auch wissenschaftliche Explorationsaufgaben durch, auf die der moderne Vorsorgestaat angewiesen war, wobei aufgrund der sich verschärfenden Spannungen zwischen den europäischen Mächten in ihrem Arbeitsprofil in zunehmendem Maße auch geo- und sicherheitspolitische Einflüsse deutlich wurden, die von nun an bis mindestens 1945 eine Konstante im Programm der Staatsgeologen bildeten.

Der Erste Weltkrieg und seine Folgen wirkten in dieser Hinsicht als Katalysator. Denn angesichts der auf deutscher Seite konstatierten ‚ungerechten‘ Behandlung des Reiches durch die Siegermächte regte sich nach 1918 ein nicht nur über die nahezu gesamte deutsche Gelehrtenwelt erstreckendes „aktualisiertes Nationalbewusstsein“.³¹¹⁵ Mit ihm verband sich darüber hinaus die „latente Disposition“, den „Wiederaufstieg der deutschen Nation gegebenenfalls auch in einem neuen Kriege zu erzwingen“.³¹¹⁶ Die Blockadeerfahrung tat ihr Übriges. Sie förderte bei einflussreichen staatlichen Akteuren, führenden Militärs, öffentlichen Meinungsmachern und auch in Teilen der Industrie strategische Überlegungen, die auf einen intensiven Rückgriff auf heimische Rohstoffressourcen zur Verringerung der wirtschaftlichen Auslandsabhängigkeit Deutschlands hinausliefen. Dies wiederum führte zu einer Ein- bzw. Fortschreibung des durch den Krieg bedingten Autarkieparadigmas ins Programm der staatlichen geologischen Dienste Deutschlands, die sich vor diesem Hintergrund nach 1918 verstärkt der Suche nach heimischen Vorkommen zuwandten und sich damit ab 1933 anschlussfähig an die vom NS-Regime verfolgte Autarkiekonzeption erwiesen (Kap. 3.2).

Der ‚Große Krieg‘ von 1914 bis 1918 stellte aber nicht nur eine erste Bewährungsprobe für die Geologen dar, der sie sich mit Vehemenz stellten, sondern setzte auch im Hinblick auf die fachliche Ausdifferenzierung ihrer Disziplin bedeutsame Impulse frei (Kap. 2). Gerade hier zeigte sich, dass die vor allem durch die PGLA repräsentierte geologische Ressortforschung Deutschlands in der wissenschaftlichen Methodenentwicklung und Theoriebildung Maßstäbe zu setzen vermochte. Nirgendwo zeigte sich dies deutlicher, als auf dem Gebiet der Erdölgeologie und der sich in ihrem Gefolge herausbildenden Mikropaläontologie, Feldern, auf denen sich die PGLA bis Mitte der 1930er Jahre zum wissenschaftlichen Referenzpunkt innerhalb Deutschlands entwickelt hatte. Staatsgeologen wie Alfred Bentz fungierten nicht nur als Berater von Staat und Industrie, sondern bestimmten auch den wissenschaftlichen Diskurs maßgeblich mit. Ihr wachsender Einfluss und die von ihnen propagierte systematische Vorgehensweise bei Exploration und Förderung stellte die bis dahin in den Kinderschuhen steckende deutsche Erdölförderung auf eine weit sicherere und wirtschaftlichere Grundlage.

Mit der Einführung der Geophysik betrat die Geologie Neuland. Auch hier war der Erste Weltkrieg ausschlaggebend, denn im Zuge der Graben- und Stellungskämpfe war es zur Einführung seismischer und akustischer

3115 Hardtwig, Akademie (2000), S. 43.

3116 Mommsen, Wissenschaft (2000), S. 13. Vgl. auch Grüttner, Talar (2024), S. 28.

Messverfahren gekommen, die auch geeignet waren, unter der Erde verborgene Strukturen ‚sichtbar‘ zu machen. Aber anders als bei der Erdölgeologie gingen die für die Geophysik maßgeblichen Entwicklungen und Methoden vor allem von der Hochschulwissenschaft und der Industrie aus. Allerdings verstand es die staatliche Geologie nicht nur innerhalb kurzer Zeit, auf den bereits fahrenden Zug aufzuspringen, sondern sich mit Rückdeckung des preußischen Staates bis Anfang der 1930er Jahre als wirkmächtige Instanz geophysikalischer Forschung, auf Kosten der Hochschulforschung, zu etablieren (Kap. 3.3).

Die Rückendeckung des preußischen Staates – vor allem des Wirtschaftsministeriums – stellt einen weiteren wichtigen Punkt dar, da sie sich als maßgebliche Determinante geologischer Ressortforschung erwies. Im Unterschied zu zahlreichen anderen Forschungseinrichtungen des universitären und außeruniversitären Feldes klagte die PGLA – und das gilt ausdrücklich nur für die PGLA und nicht für ihre geologischen Schwesterinstitute – nie über monetäre Probleme. Ihre Nähe zum Staat eröffnete ihr einen großen finanziellen Gestaltungsspielraum. Dieser bemerkenswerte Befund trifft ebenso für das Kaiserreich wie auch für die krisengeschüttelte Weimarer Republik zu und galt erst recht für die Zeit des vermeintlich wissenschaftsfeindlichen Nationalsozialismus. So lässt sich im hier untersuchten Zeitraum ein insgesamt kontinuierliches Wachstum ihres Etats und ihrer Mitarbeiterzahlen sowie ein massiver institutioneller Ausbau in Form neuer Abteilungen und Zweigstellen (im Krieg) beobachten, was ein schlagender Beleg dafür ist, wie schnell der Staat auf neue wissenschaftliche Entwicklungen reagierte und welche Bedeutung er dem geologischen Sachverstand, der sein Handeln legitimierte, beimaß.

Darüber hinaus ist dieser Befund geeignet, die sich in der Wissenschaftsgeschichte hartnäckig haltende Auffassung zu widerlegen, nach der es während der NS-Zeit zu einem ‚Niedergang der geologischen Forschung‘ gekommen sei. So wurde konstatiert, dass „die einseitige Hinwendung zu rein wirtschaftlichen Fragen (vor allem der Rohstoffsuche)“ nach 1933 und die „Degradierung der deutschen geologischen Landesämter zu Zweigstellen“ des 1939 gegründeten RfB „zu einem drastischen Qualitätsschwund der Arbeitsergebnisse“ geführt habe.³¹¹⁷ Abgesehen davon, dass dafür keine Belege angebracht werden, ist es wohl kaum möglich, aus der Tatsache, dass eine Landesanstalt zu einer RfB-Zweigstelle umgestaltet wurde, Hinweise auf die Qualität der dort durchgeführten Arbeiten abzuleiten. Darüber hinaus hatten sich die geologischen Dienste nicht erst 1933 der praktischen Geologie zugewandt, dieser Trend wurde mit der Machtübergabe an die Nationalsozialisten lediglich verstärkt. Auch der gern vorgebrachte Hinweis, dass seit 1933 ein „Rückschritt“ im ursprünglichen Kerngeschäft geologischer Ressortforschung – der Kartierung – zu konstatieren war, greift nicht, denn der Rückgang der geologischen Übersichtskartierung setzte schon wesentlich früher ein, eben weil „lagerstättenkundliche, bergwirtschaftliche und sonstige zweckbedingte Aufgaben“ seit dem Ende des Ersten Weltkrieges in allen deutschen Staaten

3117 Meinhold, Vorwort (2003), S. 6.

Priorität genossen und die „Durchforschung des heimischen Bodens“ einen Schwerpunkt geologischer Facharbeit markierte.³¹¹⁸ Im Zentrum dieser Verwissenschaftlichung der Lagerstättensuche standen das systematische Bohrprogramm und die geophysikalische Erkundung, beides von der geologischen Ressortforschung dominiert.

Tatsächlich ist die der geologischen Ressortforschung im NS eigene Dynamik frappierend, da sie selbst unter den im NS-Wissenschaftssystem hofierten autarkie- und rüstungsrelevanten Forschungsrichtungen prominent herausragte und vom auf ihr Anwendungswissen angewiesenen Staat enorm profitierte. Dafür gibt es mehrere Indikatoren. Zu ihnen gehörten erstens die bereits erwähnten finanziellen Mittel, die der Staat vor dem Hintergrund der von ihm angestrebten autarken Wehrwirtschaft in die Erforschung des deutschen Bodens pumpte. So brauchte sich der Etat der 1939 gegründeten RfB im Vergleich zu den „Big Playern“ der NS-Forschungslandschaft – etwa der Luftfahrtforschung oder der um das RWA gruppierten chemischen Verfahrenstechnik – nicht zu verstecken (Kap. 4.2.2 u. 4.2.3).³¹¹⁹

Dass dem so war, lag zweifellos auch an der Person Wilhelm Kepplers. Der Vertraute Hitlers stand für die so genannten ‚führerimmediaten Sonderinstanzen‘ und das ‚Bevollmächtigtenwesen‘ der ‚Neuen Staatlichkeit‘ des Nationalsozialismus.³¹²⁰ Entgegen der bisherigen historischen Forschung, der zufolge Keppler infolge der wirtschaftspolitischen Weichenstellungen des Jahres 1936 (Vierjahresplan) politisch marginalisiert wurde und nach seinen außenpolitischen Aktivitäten von 1938/39³¹²¹ rasch in die Bedeutungslosigkeit geriet, gelangt die vorliegende Untersuchung zu einem anderen Ergebnis: Mit der ihm von Göring übertragenen Aufgabe der „Erforschung des deutschen Bodens“ blieb der umtriebige Wirtschaftsfunktionär nicht nur ein zentraler Akteur der deutschen Wirtschafts- und Autarkiepolitik, sondern verstand es in der Folge auch, der staatlichen Wirtschaftsverwaltung erfolgreich Kompetenzen streitig zu machen. Dies galt insbesondere für die seit 1934 vom RWM verfolgten Zentralisierungsbestrebungen, die auf die Errichtung einer Geologischen Reichsanstalt zielten. Keppler eignete sich diese Pläne an, indem er – gestützt auf Görings Rückendeckung und mit der ihm eigenen Rücksichtslosigkeit gegenüber staatlichen Verwaltungsstrukturen und haushaltsrechtlichen Routinen – seine Vierjahresplan-Dienststelle 1939 mit den Geologischen Landesanstalten zur Reichsstelle für Bodenforschung verschmolz. Damit entzog er dem RWM den

3118 Deubel, Entwicklung (1954), S. 183; Fliegel, Gotthard: Die Forschungsaufgaben der Geologischen Landesanstalten, S. 10 (Sonderdruck aus dem Werk: Forschungsinstitute, ihre Geschichte, Organisation und Ziele, hrsg. von Ludolph Brauer, Mendelssohn Bartholdy u. Adolf Meyer, Hamburg [1930], BGR-Archiv Hannover, Nr. 90018, unp.

3119 Vgl. Maier, Ressourcen (2017), S. 199, 202; ders., Wissenschaft (2023), S. 64; Schmaltz, Luftfahrtforschung (2016), S. 331–346; Flachowsky, Reichsamt (2015), S. 203.

3120 Vgl. Maier, Stiefkind (2005), S. 111 f.; ders., Einleitung (2007), S. 10 f.; Hachtmann, Effizienz (2011), S. 39 f.

3121 Vgl. Conze/Frei/Hayes/Zimmermann, Amt (2010), S. 130, 133, 395, 399; Matic, Edmund Veesenmayer (2002), S. 33–59; Halon, Slowakei (2021), S. 43–49, 65, 85 f., 105 f., 118 f., 206–212.

bis dahin alleinigen Einfluss auf die geologische Ressortforschung und verlagerte ihn zugunsten der Vierjahresplanbehörde. Keppler, so der wichtige Befund, kam als Präsident der RfB innerhalb der NS-Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik nach 1936 weit mehr Bedeutung zu, als bisher angenommen und seine Person war ein wesentlicher Faktor für die Fähigkeit des RfB, umfangreiche Ressourcen zu mobilisieren (Kap. 4.1 u. 4.2.3).

Ein zweiter Indikator für die dynamische Entwicklung der geologischen Ressortforschung im NS-Staat hängt mit den vom RWM ab 1933 eingeleiteten Maßnahmen zusammen, die auf eine ‚Verreichlichung‘ der Bergverwaltung und der Geologischen Landesanstalten anzielten. Durch die Fusion mit dem Preussischen Wirtschaftsressort verleibte sich das RWM nicht nur die erfahrene preussische Bergverwaltung ein, sondern sicherte sich durch verschiedene legislative Maßnahmen (z.B. Lagerstättengesetz, Erdölverordnung, Staatsvorbehalt) auch den direkten Zugriff auf kriegs- und rüstungsrelevante Rohstoffe. Gleichzeitig verschaffte sich das RWM damit unmittelbaren Zugang zu dem in der PGLA gebündelten Wissen und schuf sich das ihm bislang fehlende wissenschaftliche Fundament in Form einer für die nationale Rohstoffpolitik bedeutsamen Forschungs- und Beratungsinstanz. Damit nahm die PGLA, die an den für sie vorteilhaften regulativen Maßnahmen durch direkte Zuarbeiten unmittelbar beteiligt war, praktisch schon 1934 den Charakter einer mit besonderen Vollmachten ausgestatteten Reichsbehörde an, noch bevor sie 1939 mit den übrigen Geologischen Landesanstalten des Reiches und dem ‚Büro Keppler‘ zur RfB vereinigt wurde. Mit dieser Fusion wurden schließlich auch lang gehegte Pläne der PGLA verwirklicht, die seit der Zeit des Kaiserreichs auf die Errichtung einer Geologischen Reichsanstalt abgezielt hatten (Kap. 4.1).

Ein dritter Indikator für die Dynamik der geologischen Ressortforschung zwischen 1933 und 1945 war ihre Relevanz für zentrale Bereiche nationalsozialistischer Politik, was sie zu einer regelrecht boomenden Wissenschaft werden ließ. Dies galt für öffentlichkeitswirksame ‚Leuchtturmprojekte‘ des Regimes, wie den Bau von Autobahnen oder des Westwalls, gleichermaßen, wie für die verdeckten strategischen Planungen der Wirtschafts- und Militär-Eliten, die auf eine blockadefeste Wirtschaft und den Zugriff auf die Rohstoffressourcen fremder Staaten hinausliefen. Einen für das NS-Regime besonders prekären Rohstoff stellte das Erdöl dar. Bereits während des Ersten Weltkrieges hatte sich die fatale Abhängigkeit Deutschlands von ausländischen Ölimporten schonungslos gezeigt. Daran hatte sich bis 1933 nichts geändert, was infolge von Massenmotorisierung und geplanter Aufrüstung ernste Probleme aufwarf. Daher spielten die auf PGLA-Geologen wie Alfred Bentz und Otto Barsch zurückgehenden Planungen für ein großangelegtes Reichsbohrprogramm und eine es flankierende Geophysikalische Reichsaufnahme eine wichtige Rolle, weil sie den Grad der Auslandsabhängigkeit Deutschlands vermindern halfen. Eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung des Bohrprogramms bildete der Staatsvorbehalt auf Öl. An der Ausarbeitung der zu diesem Zweck vom RWM in die Wege geleiteten legislativen Maßnahmen waren

Staatsgeologen prominent beteiligt. Bentz und Barsch reklamierten zudem die Führung bei der geologischen Überwachung ihres ‚Doppelprogramms‘, worauf sich das RWM und die Industrie einließen, weil beide auf das Beratungswissen der Geologen angewiesen waren. Mehr noch. Als Leiter des Bohrprogramms griff Bentz letztlich auch aktiv in wirtschaftspolitische Belange ein, blieb aber zunächst nur für die staatlich geförderten Erkundungsbohrungen verantwortlich. Das änderte sich, als er 1938 vom Vierjahresplanchef Göring zum Beauftragten für die Förderung der Erdölgewinnung ernannt wurde und damit zum Verantwortlichen für die gesamte deutsche Erdölförderung aufstieg. Der Multifunktionsträger Bentz rückte 1943 darüber hinaus zum Beauftragten für Mineralölforschung im Reichsforschungsrat auf, was zeigt, dass die Ressortforschung auch mit der staatlichen Wissenschaftsverwaltung und der von ihr betreuten Forschung verschaltet war und als integraler Bestandteil der Scientific Community wahrgenommen wurde. Dass es Bentz als RFR-Bevollmächtigten 1943 sogar gelang, ein Reichsinstitut für Erdölforschung zu errichten, spricht nicht nur für die Innovationsfreudigkeit des NS-Wissenschaftssystems, sondern unterstreicht einmal mehr die Bedeutung, die dem Erdöl und der für seine Exploration maßgeblichen Disziplin Geologie im NS-Staat zukam.

Vor diesem Hintergrund ist zu konstatieren, dass von der geologischen Ressortforschung auf den jungen Teilgebieten der Erdölgeologie, der Mikropaläontologie und der Geophysik ab Mitte der 1920er Jahre maßgebliche Impulse für die Disziplingenese ausgingen und neue wissenschaftliche Standards gesetzt wurden, die auch nach 1933 keinen Abbruch erlitten.³¹²² So erscheint es angesichts der Tatsache, dass es in dem kurzen Zeitraum von 1934 bis 1939 auf der Grundlage systematischer, wissenschaftlicher Untersuchungen gelang, die deutsche Erdölförderung nahezu zu verdreifachen, fragwürdig, das Bohrprogramm als „gigantischen Flop“ zu bezeichnen.³¹²³ Als Begründung für diese Sicht wird vorgebracht, dass „die meisten Lagerstätten auf dem Territorium des Deutschen Reiches (...) nicht im Nationalsozialismus entdeckt“ wurden, „sondern erst danach“.³¹²⁴ Dem ist zunächst entgegenzuhalten, dass die Einführung und Durchsetzung neuer wissenschaftlicher Methoden in der Regel nicht über Nacht, sondern über längere Zeiträume erfolgt. Hinzu kommt, dass sich gerade das Aufsuchen neuer Ölvorkommen als überaus zeitaufwendig erwies. So machten Bentz und sein Kollege Hans Closs 1939 deutlich, „dass zur erdölgeologischen Durchforschung einer mittelgroßen Struktur durch Bohrungen meist Jahre angestrengter Arbeit notwendig“ seien, wobei die beiden Geologen nicht nur auf die eigentliche Bohr-, sondern auch auf die ihr vorgelagerte, gestaffelte geophysikalische Aufnahmetätigkeit anspielten. Demzufolge, so Bentz und Closs, würden „die Erfolge der Reichsaufnahme weder heute noch morgen, sondern

3122 Für die sich im Zuge des Reichsbohrprogramms durchsetzende Vereinheitlichung der Bohrkernbeschreibung, also die Einführung korrekter geologischer Begriffe zur Beschreibung der Gesteinsproben sowie die Einführung einheitlicher Schichtenverzeichnisse zur Dokumentation der Bohrergebnisse vgl. Fahrion, *Geschichten* (2009), S. 82 f.

3123 Kockel, *Ölpolitik* (2005), S. 176 f.

3124 Ebd.

vielleicht erst in einigen Jahrzehnten in ihrem ganzen Umfange abgeschätzt werden können“. Denn „solche Arbeiten“ hätten „neben den großen, sofort in Erscheinung tretenden Erfolgen (...) meist eine noch viel größere Nachwirkung auf längere Sicht“. ³¹²⁵ Dass es trotz der durch den Zweiten Weltkrieg veränderten Arbeitsbedingungen und Schwerpunktsetzungen gelang, bis 1945 in Deutschland etwa 200 bis dahin unbekannte Salzstöcke nachzuweisen, die eine wichtige Voraussetzung für die Suche nach Erdöl darstellten, sowie allein in Westdeutschland 25 neue Erdölfelder und ein großes Gasfeld in Bentheim aufzufinden, war sicherlich mit ausschlaggebend für das ‚erdölgeologische Wirtschaftswunder‘ der Nachkriegszeit. Durch dieses stieg die Bundesrepublik bis Anfang der 1960er Jahre zum größten Erdölproduzenten Westeuropas auf. ³¹²⁶

Der von den staatlichen Geologen maßgeblich initiierte Übergang von der rein empirischen Aufsuchung und Gewinnung zum wissenschaftlich fundierten Bohr- und Förderprogramm löste im vor 1933 noch als erdölgeologisches Entwicklungsland geltenden Deutschland zweifellos langfristig wirkende Mobilisierungseffekte aus, was dem Befund eines allgemeinen Niedergangs geologischer Forschung entgegensteht. Mit dem ‚Doppelprogramm‘ von Bentz und Barsch setzte sich die Erkenntnis durch, nach der die wissenschaftsbasierte Erdölgewinnung, vor allem die Verbindung von Geologie und Geophysik, weit größere Aussichten auf Erfolg verhielt. Reichsbohrprogramm und geophysikalische Reichsaufnahme führten nicht nur beide Wissenschaftsfelder in Deutschland endgültig zusammen, durch sie stiegen staatliche Geologen wie Bentz, Barsch und Reich schließlich auch zu wissenschaftlichen Leitfiguren ihrer Profession auf (Kap. 4.3 u. 5.3.2). ³¹²⁷

Ein vierter Indikator für die dynamische Entwicklung geologischer Ressortforschung in der NS-Zeit verweist auf die zum Teil weitreichende Regulierungskompetenz, die verschiedenen Staatsgeologen zukam. Wie bereits erwähnt, fungierten Bentz und Barsch als Leiter des Reichsbohrprogramms und der Geophysikalischen Reichsaufnahme, was nach dem Beginn des Zweiten

3125 Bentz/Closs, Erdöl (1939), S. 735. Einer der führenden Geophysiker des ehemaligen RfB, Georg Hermann Reich, hielt 1946 fest: „Die Anlaufzeit für die Auswirkung der gewonnenen Ergebnisse war eben zu kurz, um schon größere wirtschaftliche Erfolge zeitigen zu können. Es ist eine Erfahrungstatsache, die wir in allen Erdölgebieten der Welt bestätigt finden, dass bis zur Auswirkung geophysikalischer Untersuchungen eine gewisse Mindestzeit notwendig ist, die einige Jahre beträgt“. Georg Hermann Reich: Die geophysikalischen Untersuchungen im Raum außerhalb des alten deutschen Reichsgebietes während des Krieges 1939–1945, Juli 1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 87887, unpag. (S. 29).

3126 Vgl. Bentz, Alfred: Ergebnisse der erdölgeologischen Erforschung Nordwestdeutschlands 1932–1947, ein Überblick, 7.9.1947, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86676, unpag.; Guntau, Aspekten (2002), S. 143 f.; Closs, Reichsaufnahme (1974), S. 120; Reich, Lagerstättenforschung (1948), S. 219; Kasper, Erdölgewinnung (1974), S. 302 f., 312; Rühl, Erdöl- und Erdgasgewinnung (1984), S. 27 f.; Stokes, 1945–1974 (2003), S. 247–324; ders., 298 f.; Siegeszug (2013), S. 530.

3127 So verwundert es nicht, dass der von Bentz ins Leben gerufene planmäßige Austausch der geologischen, geophysikalischen und bohrtechnischen Ergebnisse zwischen Staat, Wissenschaft und Industrie (Austauschsitzungen) nach 1945 nahtlos fortgesetzt wurde. Vgl. Rühl, Erdöl- und Erdgasgewinnung (1984), S. 21.

Weltkrieges auch für die besetzten Gebiete galt. Bentz agierte darüber hinaus als Beauftragter für die Förderung der Erdölgewinnung im Vierjahresplan und als Beauftragter für Erdölforschung im RfB. Darüber hinaus wurden Staatsgeologen während des Zweiten Weltkrieges als Chefgeologen in den besetzten Gebieten Europas und den dort implementierten Besatzungsverwaltungen aktiv. Da dieser Aspekt auch andere thematische Schwerpunkte der Untersuchung betrifft, auf die noch einzugehen ist (Kriegsrelevante Wissensproduktion sowie Okkupationsregime, Sklaven- und Zwangsarbeit), wird hier nur darauf verwiesen.

Fünftens schließlich verkörperte das RfB die geballte geologische Fachkompetenz für den Staat, weswegen dieser nicht wie andere Ressorts auf die Hochschulforschung angewiesen war. Darüber hinaus könnte man die einzelnen RfB-Zweigstellen auch als dezentralisierten Forschungsverbund betrachten, der über das bis 1932 einmal jährlich tagende lose Gremium der Landesanstalts-Direktoren hinausging. Durch den Zusammenschluss der einzelnen, bis 1939 autonomen Landesanstalten war das RfB in allen Regionen des Reiches und des besetzten Gebietes als Einzelinstitution präsent, darüber hinaus finanziell abgesichert und fachlich so breit aufgestellt, dass die geologische Hochschulforschung faktisch in die zweite Reihe rückte. Das könnte die dort bestehenden Vorbehalte gegen das RfB erklären, zumal dieses sich auch anschickte, auf die Hochschulforschung auszugreifen und diese zu marginalisieren, gar auszuschalten. Dieser anmaßende, übergriffige institutionelle Expansionismus des RfB war möglicherweise auch ein Grund dafür, dass man in Westdeutschland nach 1945 wieder zum Landesanstalts-Föderalismus zurückkehrte.

II Biographisch geprägte Handlungsmuster und institutionelle Zwänge

Schon für die Zeit des Kaiserreichs ist festzuhalten, dass bei dem in der Regel aus dem staatsnahen bildungsbürgerlichen Milieu stammenden akademischen Nachwuchs, der dann zwischen 1933 und 1945 die Geschicke geologischer Ressortforschung in Deutschland bestimmte, zweifellos auch vorhandene nationalistisch-borussische Grundhaltungen die Entscheidung für den Eintritt in den Staatsdienst begünstigten.³¹²⁸ Diese Gruppe junger promovierter Akademiker wies „gleiche oder stark verwandte habituelle Grundmuster“ und ein gleichgerichtetes Politikverständnis auf, die durch die Staatsbindung ihrer Behörde und den Einfluss der dort bereits tätigen und im reichsdeutschen Honoratiorenmilieu vernetzten älteren Staatsgeologen verstärkt wurden.³¹²⁹ Die damit gemeinte „wilhelminische Grundierung“ vieler Staatsgeologen wurde durch einen „für das späte Kaiserreich charakteristischen Radikalnationalismus“,

3128 Vgl. Mommsen, Kultur (1994), S. 9, 70, 73; Hachtmann, Wissenschaftsmanagement (2007), S. 82 f. Zur Kaiserverehrung im katholischen Milieu vgl. Dowe, Bildungsbürger (2006), S. 184–193.

3129 Hachtmann, Wissenschaftsmanagement (2007), S. 146–148, hier S. 148. Der erste Direktor der PGLA Wilhelm Hauchecorne galt als „begeisterter Verehrer“ Bismarcks und „schwärmerischer Bewunderer des greisen Heldenkaisers“ Wilhelm I. Beyschlag, Gedächtnissrede (1901), S. CX.

konservativ-obrigkeitsstaatliches und autoritäres Denken, „die Adaption militärischer Haltungen“ sowie massive Vorbehalte gegenüber Demokratie und Sozialismus bestimmt und blieb auch nach 1918 in weiten Teilen erhalten.³¹³⁰ Wie die Untersuchung zeigt, gehörten viele Staatsgeologen zur Gruppe der „Frontgeneration“ des Ersten Weltkrieges, die den Friedensvertrag von Versailles ablehnte, das „System von Weimar“ verachtete „und sich nach einer streng nationalen Regierung“ sehnte, ob nun in Form einer Monarchie oder eines autoritären Militärregimes.³¹³¹ Dieser Befund ist wenig überraschend, zeigt aber, dass sich innerhalb der geologischen Ressortforschung ähnliche Entwicklungen und Vorbehalte einstellten, wie in großen Teilen des Wissenschaftsbetriebes generell. So stand beispielsweise „die Mehrzahl der deutschen Hochschullehrer der Weimarer Republik kritisch oder ablehnend gegenüber“.³¹³²

Als rahmensetzende Erklärungsmuster für mentale Dispositionen, politische Prägungen und biographische Besonderheiten bestimmter Gruppen oder Milieus können derartige Befunde aber nur erste Indizien auf mögliche Affinitäten zur NS-Ideologie geben, reichen jedoch nicht aus, die Frage nach der individuellen Verantwortung bzw. Belastung der hier untersuchten Staatsgeologen zu beantworten. Folglich richtete sich die Betrachtung auch auf die Interdependenz biographisch geprägter Handlungsmuster und institutioneller Zwänge, die in den gleich folgenden Schwerpunkten ‚kriegsrelevante Wissensproduktion‘ und ‚Okkupationsregime, Sklaven und Zwangsarbeit‘ angesprochen werden.³¹³³

An dieser Stelle ist festzuhalten, dass es anders, als etwa an den Universitäten, an den Geologischen Landesanstalten nach 1933 zu weit weniger politisch und rassistisch motivierten Entlassungen kam. Das ist darauf zurückzuführen, dass in den staatlichen Forschungseinrichtungen deutlich weniger Juden und im linken politischen Spektrum stehende Personen beschäftigt waren, als an universitären und außeruniversitären Institutionen. Zumindest an der PGLA war es schon Mitte 1932, also vor der Machtübergabe an die Nationalsozialisten, zur Gründung einer Nationalsozialistischen Beamten-Arbeitsgemeinschaft (NSBA) gekommen, der zahlreiche PGLA-Mitarbeiter beitraten. Die von dem ‚Alten Kämpfer‘ Fritz Wiegers geführte NSBA-Spitze war maßgeblich für das nach dem 30. Januar 1933 entfachte politische Kesselreiben im Haus verantwortlich, durch das verschiedene politisch unliebsame

3130 Vgl. Hachtmann, Wilhelminismus (2023), S. 1315; Jansen, Professoren (1992), S. 25.

3131 Herbert, Professor (2010), S. 484 f.

3132 Grüttner, Talar (2024), S. 29. Auf „die mehrheitlich autoritär geprägte Beamtenschaft“ verweist etwa Kuller, Verwaltungen (2008), S. 228. Die frühe „Selbstnazifizierung“ des RWM erfolgte zwar nicht durch NSDAP-Mitglieder. Das „ideologische Feindbild“ der daran Beteiligten, wurzelte aber in antisemitischen und antirepublikanischen Ressentiments. Ritschl, Einleitung (2016), S. 2. Zur Kritik an der oft pauschalen, „über die alte und empirisch unzureichend belegte Forschungsmeinung“ nicht hinausgehende Behauptung, „es habe sich bei der Ministerialbürokratie zumeist um konservative, un- oder anti-demokratisch eingestellte Eliten gehandelt, die über ihre Autoritätsgläubigkeit, ihren Antisemitismus und ihre berufliche Handlungskonformität zum Steigbügelhalter Adolf Hitlers geworden seien“, siehe Eden/Marx/Schulz, Verwaltungen (2018), S. 491.

3133 Vgl. Marx, Verwaltung (2019), S. 294.

Mitarbeiter ihre Anstellung verloren. Dies sorgte in der PGLA für eine vergiftete Denunziationsatmosphäre, die erst nach einer vom RWM veranlassenen Personalrochade eingedämmt wurde, die bezeichnender Weise auch mit übergeordneten machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Schacht und Keppler im Zusammenhang stand. In gewisser Weise entsprachen die an der PGLA geführten Auseinandersetzungen den auch für andere Behörden in der Frühphase des NS-Regimes konstatierten „Kämpfen um die zukünftige Machtverteilung in der öffentlichen Verwaltung“, die die NS-Pragmatiker auf Kosten der NS-Aktivisten zu ihrem Gunsten entschieden.³¹³⁴ Aber auch danach ließ der durch die PGLA-Direktion evozierte Anpassungsdruck nicht nach, was zur Folge hatte, dass Mitarbeiter entlassen oder in ihrem Fortkommen (Beförderungen) gehindert wurden, wenn sie den vom NS-Regime gesetzten politischen Vorgaben nicht entsprachen. Dieser Befund gilt aber nicht nur für die PGLA. Wie die Untersuchung zeigt, waren politische Gründe auch an anderen Geologischen Landesanstalten ausschlaggebend für Entlassungen, Schikanen und Maßregelungen von Mitarbeitern. Bis auf einen Fall, in dem sich der aufgrund seiner demokratischen Einstellung selbst gefährdete und letztlich entlassene Theodor Schmierer für seinen ebenfalls entlassenen Assistenten Walter Biese (SPD) einsetzte, findet sich in den Quellenüberlieferungen nicht ein Beleg dafür, dass sich in einem der Landesämter Widerstand gegen die vom NS-Regime ergriffenen Maßnahmen regte.

Die vorlauten Wortmeldungen der NSBA und der nach 1933 erfolgte Eintritt zahlreicher neuer, NSDAP-Mitglieder in die PGLA hatten zur Folge, dass in der historischen Forschung die Ansicht bestand, nach der die „Mehrzahl“ der PGLA-Mitarbeiter NS-Organisationen angehört habe oder „NS-nah“ gewesen sei. Wie eine statistische Erhebung jedoch zeigt, muss diese Behauptung deutlich relativiert werden. So ergab die Analyse für alle Geologischen Landesanstalten, dass sich lediglich 30 Prozent aller Mitarbeiter (Beamte, Angestellte, Arbeiter) einer NS-Organisation anschlossen, während sich über 60 Prozent der Belegschaften komplett enthielten, also auch keine so genannten ‚Alibi-Mitgliedschaften‘ in nebenrangigen NS-Gliederungen annahmen. Dagegen zeigt sich bei der Gruppe der Beamten, dass sich mehr als die Hälfte von ihnen der NSDAP anschloss, sich die Staatsgeologen also nicht vom gesamtdeutschen Trend unterschieden (Kap. 4.2.1). Diese Datenbasis diente aber nur als Ausgangsgrundlage für die weitergehende Analyse, denn es wäre verengend, aus solchen Statistiken Verallgemeinerungen über etwaige ‚Belastungen‘ abzuleiten. Wie gerade die Beispiele der Nicht-Parteigenossen Bentz und Horvath zeigen, ist es vielmehr notwendig, am Einzelfall zu prüfen, wie sich die betreffende Person verhalten hat, um tatsächlich valide Aussagen über den Grad der Belastung bzw. Verantwortung des Einzelnen treffen zu können.³¹³⁵ Da dies für alle hier im Fokus stehenden Mitarbeiter der geologischen Ressortforschung schlechterdings unmöglich war, konzentrierte

3134 Eden/Marx/Schulz, *Verwaltungen* (2018), S 499 f.

3135 Vgl. ebd., S. 492 f., 500; Mentel/Weise, *NS-Vergangenheit* (2017), S. 16.

sich die Untersuchung zum einen auf die die Tätigkeit ihrer Mitarbeiter konfigurierenden Strukturen der Behörden (RWM, Landesämter, RFB) und zum anderen auf persönliche Handlungen, um Aussagen über die Verantwortung von Staatsgeologen, etwa durch berufliche oder kriegsrelevante Tätigkeiten im Interesse des NS-Herrschaftsapparats oder durch die etwaige Mitwirkung an bzw. Begünstigung von Verbrechen zu erhalten.³¹³⁶ Zu diesem Zweck schaute die vorliegende Untersuchung auch auf die durch die geologische Ressortforschung erfolgte ‚kriegsrelevante Wissensproduktion‘ und auf den Komplex ‚Okkupationsregime, Sklaven und Zwangsarbeit‘.

III Kriegsrelevante Wissensproduktion

Im Zusammenhang mit der kriegswirtschaftlichen Relevanz geologischer Ressortforschung stellte sich die Frage, in wie weit sie in die Vorbereitung des Krieges und die Umstellung auf die Kriegswirtschaft involviert war. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass sich die Mitarbeiter der Geologischen Landesanstalten sowohl im Ersten, als auch im Zweiten Weltkrieg vorbehaltlos in den Dienst der deutschen Kriegsführung stellten. Bereits im Ersten Weltkrieg sorgte ein nationalistisch aufgeladener Patriotismus für eine massive Selbstmobilisierung unter den in den Landesanstalten tätigen Wissenschaftlern, die vor dem Hintergrund bestehender wirtschaftspolitischer Zwangslagen versuchten, durch gezielte Explorationen im Reich und im besetzten Gebiet sowie durch kriegs- und rüstungsrelevante Surrogatforschungen zur Verlängerung der knappen nationalen Rohstoffdecke beizutragen. Die von verschiedenen Geologen zur Beratung der staatlichen Verwaltung proaktiv und im Auftrag angefertigten Kriegszielenkschriften zeigten sich offen annexionistisch, indem sie Gebietsansprüche auf Kosten der europäischen Nachbarstaaten forderten und der Reichsführung mögliche Handlungsoptionen darlegten. Es zeigte sich auch, dass von Staatsgeologen erhobene radikal-rassistische Postulate lange Schatten in die NS-Zeit vorauswarfen, die NS-Ideologie und ihre Planungsutopien bestimmende Denkmuster also schon im Kaiserreich kursierten (Kap. 2.1 u. 2.3).

Ein weiterer Beleg für die Kriegsrelevanz geologischen Wissens zeigte sich auf dem Gebiet der Wehrgeologie. So macht die Untersuchung deutlich, dass der Erste Weltkrieg nicht nur das Entstehen dieser neuen militärischen Formation, sondern mit der so genannten Kriegsgeologie auch die neue Subdisziplin der Ingenieurgeologie hervorbrachte. Ihre spezifischen Kenntnisse hatten zur Folge, dass die Geologischen Landesanstalten während des Krieges und auch danach als für das Militär relevante Wissensspeicher fungierten. Darüber hinaus kamen Geologen zum einen direkt an der Front zum Einsatz, womit sie den Schützengraben praktisch zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung machten, zum anderen aber auch hinter der gegnerischen Front, indem sie sich im Rahmen verdeckter Geheimdienstoperationen mit Angriffen gegen kritische zivile Infrastrukturen befassten (Kap. 2.4).

3136 Vgl. Weise, Nazizählerei (2021), S. 399.

Als überaus bedeutsam erwies sich darüber hinaus, dass staatliche Geologen während des Ersten Weltkrieges in zentrale Steuerungsgremien der Kriegswirtschaft, darunter die Kriegsgesellschaften, eingebunden wurden und damit Regulierungsfunktionen wahrnahmen. Daraus leiteten sich zum einen enge Kooperationsverhältnisse der Wissenschaftler mit den gesellschaftlichen Teilsystemen Staat, Wirtschaft und Militär ab, die mit unterschiedlichen Gewichtungen auch über 1918 hinaus Bestand hatten. Zum anderen legten die Vertreter der Staatsbehörde PGLA ein selbstbewusstes, ja bisweilen anmaßend-übergriffiges Verhalten an den Tag, indem sie sich nicht scheuten, Vertreter von Staat und Industrie zu kritisieren, wenn diese meinten, auf den Sachverstand der Geologen verzichten zu können, sich weigerten Kriegsgefangene zur Produktionssteigerung beim Abbau von Rohstoffen einzusetzen oder es ablehnten, von der PGLA als kriegswirtschaftlich lohnend erachtete Vorkommen zu verarbeiten. Dieses Verhalten ebte nach 1918 keineswegs ab, wie die Vorwürfe der PGLA-Direktion von 1922 zeigen, die der Industrie mit Blick auf den Bezug von Rohstoffen „Auslandsmeierei“ vorwarf, anstatt auf die Karte der Autarkie zu setzen. Die der staatlichen geologischen Forschung im Krieg erwachsene Steuerungs- und Regulierungskompetenz zeigte sich auch darin, dass sie für die Gestaltung und Überwachung des Arbeitsprogramms ganzer Kriegsgesellschaften verantwortlich zeichnete und im Auftrag der für die deutsche Kriegswirtschaft im Ersten Weltkrieg zentral verantwortlichen Kriegsrohstoffabteilung die Leitung und den Betrieb von Bergämtern, Bergwerken und Gruben übernahm und damit praktisch als Vertreterin der KRA fungierte (Kap. 2.5 u. 3.2).

Das von der PGLA initiierte Reichsbohrprogramm und das interinstitutionelle Gemeinschaftsprojekt der Geophysikalischen Reichsaufnahme stießen mit großer Sicherheit auch deswegen auf vorbehaltlose Unterstützung der NS-Regierung, weil beide Projekte mit den strategischen Planungen der Wehrwirtschaftsnomenklatur korrespondierten, die auf eine Verbreiterung der heimischen Treibstoffversorgung abzielten. Geologisches Beratungswissen spielte im Rahmen der Wehrgeologie auch im ‚Dritten Reich‘ eine wichtige Rolle. Es wird deutlich, dass die PGLA im Einvernehmen mit dem Reichskriegsministerium schon 1934 die Herstellung militärgeologischer Karten betrieb, ein kriegsgeologisches Kartenarchiv anlegte und sich der Ausbildung von Militärgeologen und Pionier-Offizieren zuwandte. Ebenso kriegsrelevant erwies sich die Beteiligung staatlicher Geologen bei der Errichtung von Militärbauten und Befestigungsanlagen (Westwall, Flugplätze, unterirdische Munitionsdepots). Im Zweiten Weltkrieg gelangten zahlreiche Staatsgeologen in einer der 40 Wehrgeologenstellen zum Einsatz, was die lange vorherrschende Auffassung eines überwiegend unsachgemäßen Einsatzes von Fachkräften während des Zweiten Weltkrieges widerlegt.³¹³⁷ Wie gezeigt, galt dies auch für die Chemiker des RfB (SHD-Dienst) und jene Geologen, die in wissenschaftlichen Planungsstäben der Wehrmacht zum Einsatz gelangten. Anders als im Ersten Weltkrieg spielten unmittelbare Forschungen an Surrogaten während

3137 Vgl. Häusler, Wehrgeologie (1995).

des Zweiten Weltkrieges in der RfB keine Rolle, vielmehr konzentrierten sich die Geologen nun auf ihr Kerngeschäft, die Exploration, wobei sich der Fokus, wie schon zwischen 1914 und 1918, auch auf die besetzten Gebiete richtete (siehe Schwerpunkt ‚Okkupationsregime‘).

Einen deutlichen Beleg für die kriegsrelevante Wissensproduktion geologischer Ressortforschung bildeten die im Zusammenhang mit der von deutscher Seite geplanten europäischen ‚Neuordnung‘ vorgebrachten Überlegungen von Alfred Bentz zur Sicherung der Erdölreserven des ‚Vorderen Orients‘, mit denen sich der Geologe nicht nur als Vordenker der kriegerischen Expansion des NS-Regimes entpuppte, sondern auch die im Ersten Weltkrieg von seiner Profession eingeübte Praxis der Erstellung von Kriegszielenk-schriften fortsetzte. In seiner Funktion als Beauftragter für die Förderung der Erdölgewinnung war Bentz darüber hinaus für die Aufstellung jährlicher „Mob-“ bzw. „Kriegspläne“ verantwortlich, die nicht nur auf eine exzessive Ausbeutung der besetzten Gebiete, sondern auch auf eine massive Steigerung der Mineralölförderung im Interesse der deutschen Kriegsbemühungen abzielten, ohne dabei Rücksicht auf Fragen der Wirtschaftlichkeit zu nehmen. Die nach 1945 aufgestellte, mutmaßlich auf Bentz selbst zurückgehende Behauptung, nach der er während der NS-Zeit erfolgreich „gegen unsachliche Ansprüche“ des NS-Staates zur rücksichtslosen Ausbeutung der deutschen Ölvorräte vorgegangen sei, muss für die Kriegszeit deutlich relativiert werden. Vielmehr ist festzuhalten, dass seine durch den Krieg bedingten überhasteten Planvorgaben eine systematische Aufschlussarbeit verhinderten und mit ausschlaggebend dafür waren, dass aussichtsreiche Felder durch unsinnigen Raubbau ‚zu Tode‘ geritten (‚verreitbrookt‘) wurden.³¹³⁸ Als Beauftragter Görings für die Erdölförderung verfügte Bentz über die Möglichkeit, die von ihm 1939 veranlassten und von der Industrie und der Bergverwaltung vehement kritisierten Raubbaumethoden einzudämmen, wobei er sich neben der Industrie auch der Rückendeckung des RWM hätte sicher sein können. Stattdessen erwies sich Bentz jedoch als Verfechter einer Tonnenideologie, indem er auf die von ihm gesteigerte Erdölförderung verwies und erst dann einlenkte, als er sich 1944 infolge einer vom RWM koordinierten Aktion gezwungen sah, einen Teil seiner Vollmachten wieder abzugeben. Dabei konnte nicht abschließend geklärt werden, ob Bentz diesem auf konsequenten Raubbau ausgerichteten Kurs lediglich aufgrund des von Göring ausgeübten Drucks folgte oder ob er diesen Weg aus eigener Überzeugung einschlug beziehungsweise vermeiden wollte, dem Vorwurf der Untätigkeit ausgesetzt zu werden.

Das Beispiel Bentz zeigt, dass staatliche Geologen nicht nur in der Krisensituation des Ersten Weltkrieges, sondern auch während der NS-Zeit Regulierungsfunktionen übernahmen. Dabei ging es jedoch weniger um Belange rechtlicher Regulierung oder die Generierung von Regulierungswissen, etwa

3138 Das Ölfeld Reitbrook wurde durch schonungslosen Raubbau ruiniert. Für einen derartig unsachgemäßen Raubbau bürgerte sich unter Fachleuten der Begriff ‚verreitbrooken‘ ein. Schultze, Alfred Bentz (1965), S. 246 f.

in Form von Normierungsarbeiten im Bereich des Eich- und Messwesens wie in der PTR oder der Sicherheitstechnik wie in der CTR, sondern mehr um die wirtschaftspolitische Steuerung. Zwar äußerten sich Geologen auch gutachtlich zu Fragen der Reichsberggesetzgebung bzw. wurden vom RWM dazu befragt, ihre Mitarbeit an legislativen Maßnahmen war jedoch eher darauf ausgerichtet, dem Staat erweiterte Hoheitsrechte und bestimmte politische Gestaltungsfunktionen zu sichern, von denen die Staatsgeologen in einigen Fällen ebenfalls profitierten, wie etwa im Fall des Lagerstättengesetzes.³¹³⁹

Abgesehen davon, dass staatliche Geologen wie Bentz, Barsch und Hock während der NS-Zeit große Unternehmungen wie das Reichsbohrprogramm, die Geophysikalische Reichsaufnahme sowie die Herstellung von Bodenkarten im Rahmen der Reichsbodenschätzung leiteten oder die Förderung im Bereich der Mineralölforschung im Rahmen des RFR steuerten, stellte die 1938 durch Vierjahresplanchef Göring erfolgte Ernennung von Alfred Bentz zum Beauftragten für die Förderung der Erdölgewinnung eine Besonderheit dar. Mit seiner Ernennung wurde der bis dahin alleinige Einfluss des RWM auf die geologische Ressortforschung und den hoch kriegsrelevanten Bereich der Erdölförderung zugunsten der Vierjahresplanbehörde ausgeschaltet. Dies verweist zunächst auf Kompetenzkonflikte und Machtkämpfe auf übergeordneter Ebene (Vierjahresplanbehörde vs. RWM) und erklärt, warum das Ministerium insbesondere nach Kriegsbeginn versuchte, die Kreise von Bentz einzuhegen.

Durch seine Ernennung fungierte Bentz auf dem Gebiet der Erdölförderung als alleinige Regulierungsinstanz, da er nicht nur Weisungsbefugnis gegenüber der Erdölindustrie besaß, sondern auch das ihm eigentlich vorgesetzte RWM seinen Planvorgaben folgen musste. Bentz' Kompetenzen wurden 1942 von Göring nicht nur auf die besetzten Gebiete ausgedehnt, er selbst bemühte sich aktiv um eine durch eine ‚Führerverordnung‘ abgesicherte Bevorzugung bei der Zuweisung ausländischer Arbeitskräfte und Kriegsgefangener. Da dies bereits auf den folgenden Schwerpunkt verweist, sei an dieser Stelle nur noch erwähnt, dass die nach 1945 von Bentz und seinen Kollegen in die Welt gesetzte Behauptung, die RfB habe „mit Kriegsvorbereitungen nie etwas zu tun“ gehabt, an Insolenz kaum zu überbieten ist, wenn man allein auf die von Bentz akkumulierten Verantwortlichkeiten während des Krieges schaut. So war er über seine Funktion als Planungsinstanz der kriegswichtigen Erdölförderung hinaus in Kooperation mit dem RWM, dem Rüstungsministerium und dem OKW für die Aufstellung eines einheitlichen Materialeinsatzplans und für den Einsatz von Bohranlagen auf den Ölfeldern verantwortlich. Darüber hinaus oblag ihm die Aufstellung des Programms für die Produktion neuer Bohr- und Förderanlagen, das dem Rüstungslieferungsamt des Rüstungsministeriums zur Festlegung des Produktionsplanes der Bohrgerätefabrikation diente. Neben der Kontrolle der termingerechten und vollständigen Lieferung der neuen Anlagen war Bentz schließlich auch für ihre Verteilung an die deutschen Erdölfirmen

3139 Vgl. allgemein Lundgreen u.a., *Forschung* (1986), S. 18; Barlösius, *Ressortforschungseinrichtungen* (2016), S. 581.

verantwortlich. Über diese kriegswirtschaftlich relevanten Steuerungsaufgaben hinaus wurde schließlich auch die Beschaffung von Arbeitskräften für die Erdölindustrie aus dem Zuständigkeitsbereich des RWM an Bentz abgegeben, die sich auch auf den Einsatz von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern erstreckte. Bentz hatte demnach nicht nur Anteil an der kriegsrelevanten Wissensproduktion, sondern war für die Ausrichtung des Erdölsektors auf die Kriegswirtschaft maßgeblich mitverantwortlich (Kap. 5.3.2).

IV Okkupationsregime, Sklaven- und Zwangsarbeit

Zwischen den Tätigkeitsfeldern der Geologen und dem NS-Verbrechenskomplex bestanden Schnittmengen. Auch wenn sich die Fragestellungen des Gesamtprojekts in erster Linie auf die Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges beziehen, ist ein wichtiges Ergebnis der Untersuchung, dass bereits im Ersten Weltkrieg all jene Verfahren und Maßnahmen der Besatzungsverwaltung, Plünderung, Ausbeutung und der Zwangsarbeit eingeübt wurden, die auch im Zweiten Weltkrieg das Handeln von Staatsgeologen mitbestimmten (Kap. 2.2 u. 2.5).

Die vom NS-Regime angestrebte Schaffung eines europäischen ‚Großwirtschaftsraums‘ unter deutscher Hegemonie und die Ausplünderung der besetzten Gebiete hatten zur Folge, dass Staatsgeologen – wie schon im Ersten Weltkrieg – in nahezu allen zivilen Besatzungsverwaltungen eingesetzt und damit Teil des deutschen Herrschafts- und Vernichtungsapparates wurden. Die in Warschau, Krakau, Prag, Riga, Minsk, Kiew und Oslo eingerichteten Außenstellen des RfB waren Ausdruck „nationalsozialistischer Wissenschaftsexpansion“³¹⁴⁰, denn in mehreren Fällen bemächtigte sich die RfB der in diesen Ländern bestehenden Forschungsinstitute, indem sie sie einfach zu Außenstellen erklärte. Dass dies so reibungslos geschah, hing damit zusammen, dass es die Aufgabe der RfB als Reichsbehörde war, die Ausbeutung der besetzten Gebiete mit sicherzustellen. So wurde deutlich, dass die von Geologen – Brinkmann im ‚Generalgouvernement‘ Polen, Martini im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘, Horvath im ‚Reichskommissariat‘ Norwegen – gesteuerte Forschung und Exploration darauf abzielte, die okkupierten Gebiete nach Bodenschätzen zu durchsuchen, die in erster Linie der deutschen Kriegswirtschaft zu Gute kommen sollten. Die auf diesen Gebieten tätigen Staatsgeologen waren somit Wegbereiter des Raubs.

In Norwegen war Horvath dabei weniger mit konkreten wissenschaftlichen Forschungen befasst, sondern nahm direkten Einfluss auf die örtlichen Abbaubetriebe, indem er mit Geld des RfB, in Kooperation mit deutschen Unternehmen und unter Umgehung der norwegischen Konzessionsgesetzgebung durch Tarnfirmen auf die Erschließung und Ausbeutung norwegischer Vorkommen hinwirkte. Dagegen nahm Martini im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ direkten Einfluss auf die Forschungsarbeit der aus tschechischen Beamten und Wissenschaftlern bestehenden scheinautonomen Kommission für Bodenforschung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, die dadurch

3140 Hachtmann, Führung (2016), S. 33–81; Flachowsky, Großraumwissenschaft (2021), 183–210.

auch noch den letzten Rest ihrer Eigenverantwortlichkeit verlor. Dabei bediente sich Martini zwar keineswegs rabiater Methoden, denn der durch seine Doppelfunktion als Vertreter der Exekutive (Amt des ‚Reichsprotectors‘) und Repräsentant der fachlich vorgeschalteten RfB erzeugte Druck reichte aus, um die Forschungsagenda der tschechischen Geologen zu bestimmen und auf das bellizistische Programm Berlins zu verpflichten. Über seinen deutlich formulierten Lenkungsanspruch hinaus war Martini auch an der von den deutschen Besatzern veranlassten Umstrukturierung des staatlichen geologischen Dienstes der ehemaligen Tschechoslowakei beteiligt, die im Zusammenhang mit der vom stellvertretenden Reichsprotector Reinhard Heydrich initiierten ‚Verwaltungsreform‘ stand. Durch sie wurde die Protektoratsregierung umgebaut, ihres ‚autonomen‘ Einflusses endgültig beraubt und durch das neue Ministerium für Wirtschaft und Arbeit eine umfassende Ausbeutung der tschechischen Wirtschaft unter deutscher Leitung realisiert. Auch wenn Martini klaren Vorgaben aus Berlin folgte, die sein Handeln bestimmten, trat nicht der von dem Geologen Walter Carlé noch 1988 behauptete Fall ein; vielmehr entwickelte sich die Situation genau so, wie es „die Parteifunktionäre“ erwarteten. Dass Martini dabei „diplomatisch“ (so Carlé) verfuhr deutet darauf hin, dass er die ihm sich bietenden Handlungsspielräume nutzte, was aber nicht losgelöst und gar „unbemerkt“ von der Okkupationsverwaltung erfolgte, denn Martini war schließlich Teil derselben.³¹⁴¹ Mit seinen Handlungen sorgte Martini nicht nur dafür, dass sich die tschechischen Wissenschaftler den Vorgaben der Besatzungsmacht beugen mussten, sondern die Strukturen seiner Behörde (RfB) reproduziert wurden und die NS-Herrschaft im ‚Protektorat‘ somit stabilisiert wurde.³¹⁴²

Die Tätigkeit der genannten Geologen bildete demnach die Grundlage für die räuberische Aneignung fremder Rohstoffressourcen, was im Übrigen auch für den Erdölbeauftragten Bentz galt, dessen Einfluss sich über nahezu ganz Europa bis in den Kaukasus erstreckte. Wie am Beispiel der Rohstoffe Erdöl (Bentz) und Glimmer (Horvath) gezeigt, führte dies in einigen Fällen zu einem schonungslosen Raubbau an den natürlichen Ressourcen der besetzten Gebiete. Darüber hinaus beteiligten sich Staatsgeologen aktiv am Raub wissenschaftlicher Materialien, Geräte und Bibliotheken, die sie aus den von den deutschen Besatzungsbehörden beschlagnahmten wissenschaftlichen Instituten Osteuropas entwendeten.

Dies zeigte sich insbesondere in Polen. Auch hier ist zunächst festzuhalten, dass der dort verantwortliche Brinkmann dem von der RfB vorgegebenen Programm folgte und sich auf die der Ausbeutung vorgelagerte Rohstoffsuche fokussierte. Bei all dem ist in Rechnung zu stellen, dass Brinkmann als Leiter des Amtes für Bodenforschung Krakau/Warschau über weit weniger Handlungsspielräume verfügte, als etwa die in den Besatzungsverwaltungen in Oslo und Prag installierten Referenten Horvath und Martini.

3141 Ob Martini in Prag in SS-Uniform auftrat oder die ihm unterstellten tschechischen Geologen wussten, dass er Mitglied der SS war, konnte nicht festgestellt werden.

3142 Vgl. Eden/Marx/Schulz, Verwaltungen (2018), S. 517.

Umso bemerkenswerter ist es, dass gerade Brinkmann ein Beispiel für ein mit hohem persönlichem Risiko verbundenes deviantes Verhalten bot, indem er mehrere polnische Wissenschaftler vor Kriegsgefangenschaft, Gefängnis- und KZ-Haft bewahrte und sogar versteckte. Dies galt im Übrigen auch für Bentz, was zeigt, dass man, die Handlungen Einzelner nicht einfach in die Kategorien ‚gut‘ und ‚böse‘ einordnen, also den ‚Grad‘ ihrer Verantwortung oder Belastung feststellen kann. Im Fall Brinkmanns wurde dies besonders deutlich, denn während er sich einerseits um die Rettung polnischer Wissenschaftler verdient machte, sah er sich in seiner Funktion als Vertreter der Besatzungsmacht auch gezwungen, dem deutschen Vernichtungs- und Terrorapparat zuzuarbeiten, indem er ein Gutachten zur Wasserversorgung ‚für ein Lager bei Lublin‘ erstellte, wobei es sich mutmaßlich um das Konzentrationslager Majdanek handelte.

Dieser letzte Aspekt verweist erneut darauf, dass die Handlungen Einzelner innerhalb einer Organisation – wie etwa des RfB – durch Vorgaben übergeordneter oder äußerer Instanzen, sowie durch eigene Programme und bestehende Aufgabenfelder bestimmt wurden. So gehörte es zur Aufgabe staatlicher Geologen, wissenschaftlich fundiert Stellung zu nehmen und ihre Expertise abzugeben, wenn es etwa um die Lösung ingenieurgeologischer oder hydrologischer Probleme ging. Das war Alltagsarbeit geologischer Ressortforschung und lässt nicht auf eine wie auch immer geartete ideologische Weltanschauung der Betreffenden schließen. Wenn ein Geologe den Auftrag erhielt, eine Expertise abzugeben, um die Steinschlaggefahr in einem von der SS betriebenen Untertagestollen zu minimieren, ging es zunächst einmal rein sachlich darum, Menschenleben zu schützen und die Sicherstellung des Betriebsablaufs im betreffenden Stollen zu gewährleisten. Dass es unter den natur- und technikwissenschaftlichen Experten zahlreiche Vertreter gab, die mit den NS-Ordnungsvorstellungen korrespondierten, machte es ihnen sicher leichter, unter solchen Rahmenbedingungen zu arbeiten. Wie das Beispiel Brinkmanns aber zeigt, können einfache Antworten, wie wir sie oft medial gewöhnt sind, nicht in jedem Fall gegeben werden. Allerdings bestand ein individueller Handlungsspielraum sich dem zu verweigern, indem man sich versetzen ließ oder die arbeitsrechtliche Konsequenz zog und kündigte. Die Beispiele ‚Untertagestollen‘ oder ‚Wasserversorgung‘ machen deutlich, auf welch schmalen Grat sich die Geologen unter den Bedingungen der NS-Diktatur bewegten und wie schwer es im Einzelfall sein kann, eine Bewertung ihrer Handlungen vorzunehmen. So leisteten die Gutachten und Expertisen ihren Beitrag zur Optimierung der Infrastruktur des NS-Terror- und Vernichtungsapparates, könnten aber auch mit der Intention verbunden gewesen sein, die unmenschlichen Lebensbedingungen der KZ-Insassen zu verbessern. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, dass Versetzungsgesuche von Geologen in den Quellen nicht überliefert sind. Ebenso ließen sie es nach dem Krieg, als keine Notwendigkeit der Zurückhaltung mehr bestand, an Äußerungen des

Bedauerns fehlen, die geeignet gewesen wären, sich von ihren Handlungen zu distanzieren.³¹⁴³

Eindeutiger dagegen liegen die Fälle, in denen eine klare Grenzüberschreitung vorlag. Nicht umsonst wurde Keppler für seine während der NS-Zeit begangenen Verbrechen, zu denen auch die Ernährungsversuche im KZ Sachsenhausen gehörten und die nichts mit seiner Funktion als Chef des RfB zu tun hatten, verurteilt. Auch das proaktive Vorgehen Schadlers im Fall der Übergabe des Steinbruchs Mauthausen an die SS wäre hier zu nennen. Mindestens problematisch war die Zuarbeit Deubners bei der Standortwahl des KZ Buchenwald, auch wenn hier wieder oben genannte amtliche Konditionen Deubners Option, sich dem zu verweigern, einschränkten. In der Summe überrascht dann aber doch, in welcher vielfältigen Weise Mitarbeiter der geologischen Ressortforschung durch ihre berufliche Tätigkeit oder Eigeninitiative in Kontakt mit dem Vernichtungsapparat des NS-Regimes gerieten, was auch zeigt, dass die Wissenschaft keine Mechanismen generiert, um Barrieren gegen totalitäre Systeme und ihre Zumutungen zu errichten. (siehe Tab. 65 in Kap. 5.4).

Im Hinblick auf den Einsatz von Zwangs- und Sklavenarbeitern oblag Alfred Bentz als Beauftragtem für die Förderung der Erdölgewinnung (BFE) spätestens seit 1942 auch die ‚Beschaffung‘ von Arbeitskräften für die Erdölindustrie. Dies war darauf zurückzuführen, dass er sich mittels einer von seiner BFE-Dienststelle proaktiv ausgearbeiteten ‚Führerverordnung‘ um eine bevorzugte Zuweisung von Arbeitskräften bemüht hatte. Unter den in der Erdölindustrie Beschäftigten befanden sich zu diesem Zeitpunkt bereits mehrere tausend Kriegsgefangene und ausländische Arbeitskräfte, wobei nicht auszuschließen, ja zu vermuten ist, dass es sich bei letzteren zum Teil auch um Zwangsarbeiter handelte. Dass Bentz durch direkte Weisungen Arbeitskräftebewegungen quer durch Europa initiierte, zeigte sich im Fall der Technischen Brigade Mineralöl, deren Fachkräfte er teilweise vom Kaukasus in die ‚Ostmark‘ dirigierte, unter ihnen auch zivile und kriegsgefangene russische Erdölarbeiter. Hinzu kam, dass Bentz, folgt man den Darstellungen von Thomas Sandkühler und Rainer Karlsch, in einem Fall auch eine so genannte ‚Auskämm-Aktion‘ ‚entbehrlicher‘ jüdischer Sklavenarbeiter der Karpathen Öl AG befürwortete, was bedeutete, dass ihr Schicksal von nun an in den Händen der SS lag (Kap. 5.3.2).

Vor dem Hintergrund der akuten Versorgungsprobleme beim Glimmer, ging das RfB während des Zweiten Weltkrieges auch dazu über, eigene Grubenbetriebe zu unterhalten, in denen ebenfalls Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zum Einsatz gelangten (Kap. 5.3.1). Einen fatalen letzten Schritt der Entgrenzung des NS-Systems stellte schließlich der Komplex der Untertageverlagerung zur Sicherung kriegswichtiger Rüstungsunternehmen dar. Auch in diesem Zusammenhang spielten zahlreiche Staatsgeologen eine wichtige Rolle,

3143 Eine Ausnahme bildete Alfred Bentz, der in einem 1948 veröffentlichten Nachruf auf den Erdölgeologen August Moos auf die Verbrechen während der NS-Zeit verweist. Vgl. Flachowsky/Reinhardt, Verwerfungen (2026).

da die Unternehmen, die mit der Anlage vieler Stollen betraute SS und die verantwortlichen Sonderinstanzen auf die ingenieurgeologische Expertise des RfB angewiesen waren. In nahezu allen Fällen erfolgte der Ausbau der Stollen durch Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge unter unsäglichen Bedingungen, von denen Zehntausende die damit verbundenen Torturen nicht überlebten. Das war auch den RfB-Geologen klar, die zur Begutachtung der Stollen herangezogen wurden und diese auch befuhren. Dass zumindest einige der Geologen diesen Umstand achselzuckend zur Kenntnis nahmen, zeigte das Beispiel des innerhalb des RfB für Verlagerungsfragen zentral verantwortlichen Dienemann, der vorschlug, Stollen im Steinbruch des KZ Mauthausen anzulegen, obgleich ihm bewusst sein musste, dass für diese Arbeit nur KZ-Häftlinge in Frage kamen. Obwohl klar war, dass sich die inzwischen überall im Reich durchgeführten Verlagerungsprojekte überwiegend auf brutale Zwangs- und Sklavenarbeit stützten, gingen die Gutachten vieler Geologen für neue Projekte von einem großzügigen Einsatz von Arbeitskräften aus, was darauf hindeutet, dass sie den Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen bei ihren Planspielen fest einkalkulierten und bewusst in Kauf nahmen.

Wenn also Vertreter der ehemaligen RfB, wie der erste Präsident der Bundesanstalt für Bodenforschung Alfred Bentz, nach 1945 behaupteten, ihre Tätigkeit und die der RfB habe mit dem Krieg und seiner Vorbereitung nichts zu tun gehabt, wenn Bentz' Nachfolger Martini, im Wissen um die Verbrechen der SS, nach 1945 seine eigene SS-Mitgliedschaft verschwieg, ist angesichts der hier zusammengetragenen Befunde leicht zu erkennen, wie die Exponenten der geologischen Ressortforschung ihre NS-Vergangenheit ausblendeten, ihre individuelle Belastung wegretuschierten und sich damit aus der Verantwortung stahlen. Dabei waren sie es gewesen, die im Kampf um die Lithosphäre nicht nur an erster Stelle, sondern genau genommen im Schützengraben gestanden hatten.

Anhang

Teil 1: Biographien

Teil 2: Tabellen

Teil 1 Biographien

ABEL, AUGUST (1903–?): 1922 Abitur, 1922–1928 Studium der Chemie, Promotion 1928, 1930–1935 Chemiker im Angestelltenverhältnis PGLA, 1935 apl. Chemiker PGLA, 1940 Bezirksgeologe RfB, 1940 Fachführer beim Sicherheits- und Hilfsdienst (SHD, Gasabwehrdienst), 1940 aus SHD entlassen und technischer Kriegsverwaltungsrat bei der Wehrmacht, 1940 RfB-Zweigstelle München – NSDAP 1937, SA 1933–1934 (Eingliederung von Motor-SA in NSKK), zudem NSV, RDB, NSBDT, vgl. von Abel ausgefüllter Personallbogen, 27.3.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 1, unp.; Vorschlag des RWM zur Ernennung des außerplanmäßigen Chemikers Dr. Abel zum Bezirksgeologen, 29.4.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 2086, Bl. 367 f.

AHLBRECHT, BERNHARD (1909–?): Abitur, Studium der Rechtswissenschaft an den Universitäten München und Göttingen, 1932 erste juristische Prüfung und Referendar, 1936 große Staatsprüfung und Assessor, 1936–1937 Sachbearbeiter beim Reichsnährstand, Stabsamt des Reichsbauernführers Berlin, 1937 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter (Angestellter) im RWM, 1938 Referent, 1940 Regierungsrat bei einem Bezirkswirtschaftsamt, 1940–1943 Leiter der Unterabteilung „Außenwirtschaft und Bergbau“ in der Hauptabteilung Volkswirtschaft des Reichskommissariats für die besetzten Norwegischen Gebiete, weiterer Werdegang nach 1943 unklar, 1975 als kaufmännischer Geschäftsführer der Deutschen Eisenbahn Consulting GmbH, Frankfurt am Main in den Ruhestand getreten – NSDAP 1933, zudem SA, NSV, NSRB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Assessors Bernhard Ahlbrecht zum Regierungsrat, 18.4.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 2086, Bl. 321 f.; Elektrische Bahnen. Zentralblatt für elektrischen Zugbetrieb 46 (1975), S. 101.

AHLBURG, JOHANNES (1883–1919): 1902 Abitur, dann Bergbaubeflissener, 1903 Studium Bergbau und Geologie an Universität und Bergakademie Berlin, 1906 Promotion Berlin und Bergreferendarexamen, 1906 Assistent Institut für Mineralogie der Bergakademie Berlin und Hilfsgeologe PGLA, 1908 außerplanmäßiger Geologe, 1914 Kriegsdienst, 1916 Geschäftsführer Manganerz GmbH und Kriegs-Phosphat-Gesellschaft, 1919 gestorben, vgl. Kegel, Nachruf Ahlburg (1922), S. I–XI.

AMPFERER, OTTO (1875–1947): 1895 Abitur, 1895–1899 Studium der Mathematik, Physik und Geologie Universität Innsbruck, 1899 Promotion Innsbruck, 1901 k.u.k. Geologische Reichsanstalt, im I. WK Lagerstättenforschungen im Auftrag des k.u.k. Kriegsministeriums und der AdW Wien in Albanien, Montenegro und im westlichen Serbien, 1935 Direktor Geologische Bundesanstalt Wien, 1938 Ruhestand, gest. 1947, vgl. Cornelius, Nachruf Ampferer (1951), S. 195–213.

ARNDT, HEINRICH-PAUL (1887–1969): 1908 Abitur, 1908–1913 Studium der Geologie in Freiburg, Bern, Berlin und München, 1913 Promotion München, 1914 Hilfsgeologe Bayerische Geologische Landesuntersuchung am Oberbergamt München, 1916 Teilnahme am I. WK, Kriegsgeologe, Unteroffizier, 1917 Assessor, 1920 Regierungsgeologe, 1924 Ausscheiden aus Staatsdienst und Mitarbeiter der Fa. Erda, Gesellschaft für angewandte Geophysik in Göttingen, 1925 Rückkehr zur Geologischen Landesuntersuchung München, 1927 Landesgeologe, 1939 Bezirksgeologe RfB-Zweigstelle München, kurzzeitige Abordnung an die RfB-Zweigstelle Freiburg, nach II. WK zunächst kommissarisch, ab 1947 Leiter der Geologischen Landesuntersuchung München, 1947 Regierungsdirektor, 1949 Leiter des nunmehr selbständigen Bayerischen Geologischen Landesamtes, 1954 Ruhestand, gest. 1969, vgl. Übersicht über die wiss. Mitarbeiter der Geologischen Landesuntersuchung München, ohne Datum (um 1946), BayHStA, Bayerisches Oberbergamt, Nr. 230, unp.; Vidal, Nachruf Arndt (1972), S. 5–10.

ASSMANN, PAUL (1881–1967): 1900 Abitur, 1900–1906 Studium Bauwesen an TH Dresden – Staatsvorprüfung – und Geologie in Berlin (Universität und Bergakademie), 1906 Promotion, 1906–1908 Assistent Bergakademie Berlin, 1908 Probegeologe PGLA, 1909 apl. Geologe PGLA, 1914–1918 Teilnahme I. WK, Leutnant, 1921 Bezirksgeologe, 1928 Professor, 1940 Regierungsgeologe, 1945–1950 Abteilungsleiter Deutsche Geologische Landesanstalt Ost-Berlin, 1950 pensioniert, gest. 1967 – Schutz-Regiment Groß-Berlin, so lange es bestand, 1920–1933 Mitglied DVP, nach 1933 Mitglied NSV, RDB, RLB, RKB, NS Altherrenbund, NS-Reichskriegerbund, Kyffhäuserbund, vgl. Vorschlag zur Ernennung des Bezirksgeologen und Prof. Dr. Assmann zum Regierungsgeologen, 20.9.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 31f.; Von Assmann ausgefüllter Personalbogen 15.2.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 3, unp.; Lebenslauf Assmanns, 7.12.1906, ebd., Bl. 3; Schubert/Lindert, Paul Assmann (2018), S. 55–62.

BÄRTLING, RICHARD (1878–1936): 1898 Abitur, 1899 Bergbaubeflisser, 1900–1903 Studium Universität und TH München, Bergakademie Clausthal, 1903 Promotion München, 1904 Hilfsgeologe PGLA, 1915 Bezirksgeologe, 1915–1918 Kriegsgeologe, 1924 Professor, 1927 Landesgeologe, 1935 Direktor der Geologischen Forschungsstelle Saarbrücken, gest. 1936, vgl. Dienst, Nachruf Bärtling (1937), S. 3–18; Wiefel/Wiefel, Lexikon (2010), S. 14.

BARSCH, OTTO (1879–1946): 1899 Abitur, Praktikum auf Eisenerz- und Kohlengruben, 1902–1906 Studium des Bergfachs Bergakademie Berlin, 1906 Diplom-Bergingenieur, Studium der Naturwissenschaften Universität

Berlin, 1907 Promotion und Hilfsgeologe PGLA, 1914–1918 Militärdienst und Kriegsgeologe, 1920 Bezirksgeologe, 1922 Dezernent für Geophysik in PGLA, 1927 Professor, 1931 Leiter der Geophysikalischen Abteilung PGLA, 1933 Landesgeologe, 1934 Geschäftsführer der Geophysikalischen Reichsaufnahme, 1940 Mitglied der Leopoldina, 1945 kommissarischer Präsident der Deutschen Geologischen Landesanstalt in sowjetischen Sektor Berlins, 1946 gestorben – RDB, NSV, RKB, NSKK (FM), vgl. von Barsch ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BArch Berlin, R 71, Nr. 4, unp.; Vorschlag des RWM zur Ernennung des Landesgeologen und Professors Dr. Barsch zum Direktor (ohne Datum, um 1940), BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unp.; Closs, Nachruf Barsch (1952), S. XXIX–XXXVII.

BAUDISCH, ROMAN (1905–1979): Abitur, Studium Handelshochschule Leipzig, Diplom-Examen, Studium der Rechtswissenschaft in Wien, Bonn, Berlin, Greifswald und Kiel, 1929 erste juristische Staatsprüfung, 1930 preußischer Gerichtsreferendar, 1933 Promotion (Dr. jur.), 1935 große Staatsprüfung und Assessor, Ausscheiden aus Staatsdienst, 1935 kaufmännischer Hilfsarbeiter, 1937 Referent RWM, 1938 Regierungsrat RWM, 1939 beim Amt des ‚Reichsprotektors in Böhmen und Mähren‘ in Prag, Wirtschaftsabteilung, 1940 Oberregierungsrat, 1940–1942 abgeordnet zum ‚Reichskommissariat‘ Norwegen, 1942 ins Reich zurückbeordert und dort Leiter der Hauptabteilung III (Gesamtplanung), bei dem der Zentralen Planung zuarbeitenden Planungsamts des RMRuK unter Hans Kehrl, 1945–1946 Internierungslager Cransberg, 1947–1951 Tätigkeit in der Privatwirtschaft, 1951–1970 Bundeswirtschaftsministerium, dort 1951–1964 Leiter des für Fragen der Betriebswirtschaft zuständigen Referats II 7 bzw. (ab 1952) II A 8, (ab 1954) II A 1 und (ab 1960) II 1, 1963–1970 Leiter der Unterabteilung II A (Handwerk, Mittel- und Kleinbetriebe, Genossenschaften), zugleich Leiter der Arbeitsgruppe Mittelstand, 1970 Ruhestand, gest. 1979 – NSDAP 1933 (Blockleiter), zudem NSRB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Regierungsrats Dr. Roman Baudisch zum Oberregierungsrat, 10.9.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 12 f.; Baudisch, Dr. Roman in: <https://kabinettsprotokolle.bundesarchiv.de>, Nr. register, Nr. person, Nr. d25a6e6e-8107-4064-940e-9eea696bc48c, eingesehen am 12.6.2024; Bohn, Reichskommissariat (2000), S. 167, 449 (Anm. 249).

BECK, HEINRICH (1880–1979): 1899 Abitur, 1899–1903 Studium Universität Wien, 1903 Promotion, 1903–1941 Geologische Reichs- bzw. Bundesanstalt Wien, zuletzt Chefgeologe (Bergrat), 1915–1918 Teilnahme am I. WK, Leutnant, 1938–1941 kommissarischer Leiter der Zweigstelle Wien des RfB, 1939 Regierungsgeologe RfB, 1941 Ruhestand, 1943–1945 Leiter der Abteilung Bodenkunde der landeskundlichen Forschungsstelle Niederösterreich, gest. 1979 – NSDAP 1932–1934 (wegen Beitragsrückständen ausgeschlossen, Anträge auf Neuaufnahme von 1938 und 1942 wurden abgelehnt), vgl. Antrag des RWM auf Versetzung des Regierungsgeologen Dr. Heinrich Beck in den Ruhestand, 11.3.1941, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 195; Von Beck ausgefüllte Personal-Fragebögen zum Antragschein auf Aufnahme in die NSDAP, 2.6.1938

u. 9.7.1942, BArch Berlin, R 9361-II, Nr. 29475, unp.; Schiedsamt (K Va) [vermutlich Mitgliedschaftsamt der NSDAP, München] an Gauschatzmeister des Gaues Wien der NSDAP, 27.2.1943, ebd., unp.; Beck-Mannagetta, Bergrat Dr. Heinrich Beck (1980), S. 3–6.

BEHR, JOHANNES (1875–1973): Studium Universität Jena, Promotion, 1899 Assistent Mineralogisches Institut Universität Jena, 1901 Assistent Bergakademie Berlin, 1903 außeretatmäßiger Geologe PGLA, 1912 Bezirksgeologe, 1924 Landesgeologe, 1933 Professor, 1934 Abteilungsdirektor der geologisch-technischen Gesteinssammlung der PGLA, 1939 pensioniert, gest. 1973, vgl. Lüdtkke, Kürschners Gelehrten-Kalender (1941), Sp. 88; Professor Dr. Johannes Behr 90 Jahre (1965), S. 229ff. Behr gehörte keiner politischen Partei an, war aber im März 1933 der NSBA der PGLA beigetreten. Vgl. Wiegers, Fiedler und Pfeiler an das Kreisgericht V der NSDAP (mit anliegendem Bericht Wiegers' über v. Seidlitz), 5.8.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 2–17, hier Bl. 5.

BEHREND, FRITZ (1885–1949): 1904 Abitur, 1904–1908 Studium der Geologie Universität und Bergakademie Berlin, 1908 Promotion, 1909–1913 Studienreisen Deutsch-Ostafrika und Belgisch-Kongo, 1913–1915 Assistent Lagerstätteninstitut Bergakademie Berlin, 1915–1918 Teilnahme am I. WK, 1917 Geologe auf Probe PGLA, 1918 apl. Geologe, 1924 Habilitation, 1925 Bezirksgeologe, 1928–1930 technischer Direktor einer Minengesellschaft in Südafrika, Rückkehr an PGLA und 1930 Privatdozent Universität Berlin, 1935 a. o. Professor Universität Berlin, 1941 Wehrgeologe, nach dem II. WK Geologische Landesanstalt Ost-Berlin, gest. 1949 – 1918 Charlottenburger Bürgerwehr, 1919 bis zur Auflösung Schutzregiment Groß-Berlin des Garde Kavallerie-Schützenkorps, 1933 Stahlhelm, NSDAP 1940, zudem SA, NSV, NSKK, RDB, RKB, vgl. von Behrend ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BArch Berlin, R 71, Nr. 6, unp.; Beyschlag an Staatssekretär des RKA, 8.6.1910, GStA, I. HA Rep. 194, Nr. 128, unp.; Nachruf Behrend (1960), S. VII–XIII.

BENADE, WILHELM (1893–1947): 1913 Abitur, 1914 Praktikum in Apotheke, 1914–1918 Teilnahme am I. WK, 1916 schwere Verwundung, nach zweijährigem Lazarettaufenthalt 1918 als Unteroffizier aus Heeresdienst entlassen, 1918 pharmazeutische Vorprüfung, 1918–1921 Studium der Chemie und Agrikulturchemie in Jena, 1923 Promotion in Jena, 1923 Assistent Institut für Acker- und Pflanzenbau Landwirtschaftliche Hochschule Berlin, 1926 Chemiker auf Probe PGLA, 1927–1934 außerplanmäßiger Chemiker, 1934–1939 planmäßiger Chemiker, Bezirksgeologe, galt als „Begründer der modernen baderkundlichen Peloidforschung“, daher 1941 Ausscheiden aus Staatsdienst und Leiter des neugegründeten Moorforschungsinstituts für das gesamte deutsche Bäderwesen in Franzensbad, 1946 Chemiker am Hessischen Landesamt für Bodenforschung in Wiesbaden, 1947 gestorben – NSDAP 1937, zudem RDB, vgl. Karteikarte der Fachschaft 12 „Allgemeine Länderverwaltungen“ betr. den Chemiker Dr. Wilhelm Benade, BArch Berlin, VBS 1013 (NS 34), ZB 7351, unp.; Antrag des RWM auf Entlassung des Bezirksgeologen Dr. Wilhelm Benade, 11.3.1941, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 196; Landesregierung.

Persönliche Angelegenheiten, in: Staats-Anzeiger für das Land Hessen Nr. 25 vom 21.6.1947, S. 1; Pfeffer, Nachruf Benade (1950), S. 285–294.

BENTZ, ALFRED (1897–1964): 1916 Abitur, 1916–1918 Teilnahme am I. WK (Gefreiter), 1918–1922 Studium der Naturwissenschaften und Mineralogie Universitäten München und Tübingen, 1922 Promotion Tübingen, 1922 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Tübingen, 1923 Geologe auf Probe PGLA, 1926 außerplanmäßiger Geologe, 1929 Hauptreferent für Erdölfragen in PGLA, 1933 Bezirksgeologe, 1934 Leiter des Erdölinstituts der PGLA, 1935 Honorarprofessor Fakultät für Maschinenwesen TH Hannover, 1936 Landesgeologe, 1938 Beauftragter für die Erdölgewinnung (Vierjahresplan), 1940 Direktor der Abteilung Erdöl der RfB, 1943 Bevollmächtigter für Mineralölforschung im RFR, 1945–1951 Direktor Amt für Bodenforschung Hannover (1951 Präsident), 1959 Präsident Bundesanstalt für Bodenforschung und des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung Hannover, 1964 gest. – NSV, RDB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Landesgeologen und Professors Dr. Bentz zum Direktor, 19.9.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 22 f.; Karteikarte Hochschullehrerkartei des RMWEV betr. Bentz, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13258, Bl. 474; Schott, Daten (1965), S. XVII–XX; ders. Alfred Bentz (1965), S. IXXX–XXXIX; Schultze, Nachruf Bentz (1965), S. 241–250; Seibold/Seibold, Alfred Bentz (2002), S. 1081–1093; Kölbl-Ebert, German petroleum geologists (2018), S. 391–407.

BERG, GEORG (1876–1946): 1896 Abitur, 1896–1900 Studium des Bergfachs und der Petrographie Bergakademie Freiberg, 1900 Dipl.-Bergingenieur und Assistent Geologisches Institut der Bergakademie in Freiberg, 1901–1903 Studium Geologie Universität Leipzig, 1903 Promotion Leipzig, 1903 Hilfsgeologe PGLA, 1914 Bezirksgeologe, 1915–1918 Kriegsgeologe, u.a. Besuch norwegischer Nickellagerstätten im Auftrag der deutschen Wirtschaft, 1916 Betriebsleiter zur Evaluation von Bergwerken und Lagerstätten in Kleinasien zum Waffenamt des Türkischen Kriegsministeriums kommandiert, 1916 Schriftleitung der Zeitschrift für praktische Geologie, 1924 Professor, 1927 Landesgeologe, 1940 Regierungsgeologe RfB, 1946 Mitglied Leopoldina, gest. 1946 – 1919–1926 Mitglied Deutsche Volkspartei, nach 1933 NSV, RDB, vgl. Vorschlag zur Ernennung des Landesgeologen und Professor Dr. Berg zum Regierungsgeologen, 20.5.1940, BArch, R 2, Nr. 21365, unp.; Gaertner, Nachruf Berg (1955), S. XLV–LXI.

BERGHOLD, GERHARD (1906–?): Abitur, Studium der Rechtswissenschaft in Würzburg und Jena, 1929 erste juristische Staatsprüfung und Gerichtsreferendar in Thüringen, 1933 große Staatsprüfung und Gerichtsassessor, 1933 Thüringisches Kreisamt in Weimar, 1934 kommissarische Beschäftigung RWM, 1936 Regierungsassessor, 1937 planmäßige Anstellung als Regierungsrat im RWM, 1939 Oberregierungsrat bei den dem RWM unterstellten Devisenstellen unter Belassung in der Beschäftigung beim RWM, April 1940 zur Dienstleistung bei der Behörde des ‚Reichskommissars für die besetzten norwegischen Gebiete‘ in Oslo, 1941 Oberregierungsrat, 1943 Ministerialrat,

nach 1945 Ministerialbeamter im Bundeswirtschaftsministerium – NSDAP 1933 (Blockleiter), zudem NSV, RDB, NSRB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Oberregierungsrats Berghold zum Ministerialrat, 5.11.1943, BAarch Berlin, R 2, Nr. 21324, unp.; Löffler, Marktwirtschaft (2002), S. 178.

BERTSCH, WALTER (1900–1952): 1918 Abitur, 1918 Teilnahme am I. WK, 1919–1922 Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen und München, 1922 erste höhere Justizprüfung in Württemberg, 1923 Referendar im württembergischen Justizdienst, 1924 Promotion, (Dr. jur.), 1925 zweite höhere Justizdienstprüfung in Württemberg und Gerichtsassessor, 1927 erste planmäßige Anstellung als württembergischer Regierungsrat, 1928–1932 Württembergisches Wirtschaftsministerium, 1933 württembergischer Landesrat, 1936 Beginn der kommissarischen Tätigkeit im RWM und Oberregierungsrat im württembergischen Landesdienst, 1936 Oberregierungsrat im RWM, 1938 Ministerialrat, ab 1.8.1939 Dienstleitung beim ‚Reichsprotektor in Böhmen und Mähren‘ in Prag, Abteilung Wirtschaft, 1940 Ministerialdirigent, 1942 Leiter des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit im Protektorat, 1948 in der Tschechoslowakei zu lebenslanger Haft verurteilt, 1952 gestorben – NSDAP 1933, SS zudem NSV, RDB, NSRB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Ministerialrats Dr. Bertsch zum Ministerialdirigenten, 27.5.1940, BAarch Berlin, R 601, Nr. 2086, Bl. 412 f.; von Bertsch ausgefüllter Fragebogen des *Gouvernement Militaire en Allemagne*, 12.12.1948, Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Sigmaringen, Wü 13 T 2, Nr. 2433, Nr. 059, unp. (<https://www2.landesarchiv-bw.de>, Nr. ofs21, Nr. bild_zoom, Nr. zoom.php eingesehen am 17.6.2024); Löw, Deutsches Reich und Protektorat Böhmen und Mähren, Dokument 269 (2012), S. 658 (Anm. 2).

BESCHOREN, BERNHARD (1898–1982): 1916 Abitur, 1916–1918 Kriegsteilnahme, danach Studium der Naturwissenschaften und Geologie in Berlin und Freiburg, 1926 Promotion, 1927 PGLA, 1938 als Bezirksgeologe entlassen, 1938 Übersiedlung nach Dänemark, 1939 Industriegeologe in Dänemark bei der American Petroleum Company, 1940–1944 Kriegsgeologe in Polen und in den Niederlanden, 1944 britische Kriegsgefangenschaft, 1946–1954 wissenschaftlicher Angestellter in der Geologischen Abteilung des Bayerischen Geologischen Landesamts, 1954 Ruhestand, gest. 1982, vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Bernhard_Beschoren (eingesehen am 18.2.2025); Fischer, Hans Jüngst (2012), S. 88.

BEYENBURG, EDMUND (1900–1959): 1918 Abitur, 1919 Studium Philosophie, Psychologie, Logik und Pädagogik auf einer katholisch-kirchlichen Akademie, Promotion, anschließend Studium Geologie, Mineralogie, Geographie in Bonn, danach Assistent Geologisches Institut Universität Bonn, 1928 Promotion, 1929 Geologe auf Probe PGLA, 1933–1939 apl. Geologe PGLA, 1940 pensioniert, 1959 gest., vgl. Udluft, Nachruf Beyenburg (1959), S. XV–XIX.

BEYSCHLAG FRANZ (1856–1935): Studium des Bergfachs Universitäten Halle, Berlin und Bergakademie Berlin, 1881 Bergreferendar im Saarbrücker Steinkohlenrevier, anschließend Studium der Geologie in Halle, 1883

Promotion in Halle, danach Hilfswissenschaftler PGLA, 1886 Bezirksgeologe, 1890 Landesgeologe, 1895 Professor Bergakademie Berlin, 1896 Abteilungsdirigent für Gebirgsaufnahmen 1901 zweiter wissenschaftlicher Direktor PGLA, 1907 Direktor PGLA, während des I. WK Rohstoffexploration in besetzten Gebieten und Mitarbeiter in verschiedenen Kriegsgesellschaften, ab 1920 Präsident PGLA, 1923 Ruhestand, 1935 gest. – stand der DNVP nahe, vgl. Fliegel, Nachruf Beyschlag (1936), S. 3–36; Gedächtnisrede des Präsidenten Prof. Dr. W. von Seidlitz gehalten in der PGLA am 17.11.1935, BGR-Archiv Hannover, Nr. 1953 K 1002; Kamps, Bildung (1987), S. 150.

BIESE, WALTER (1895–1960): Lehre als Schriftsetzer, dann Abendgymnasium und Abitur, Studium der Naturwissenschaften in Berlin, 1926 Promotion, 1929 Hilfsgeologe PGLA, 1933 aus politischen Gründen entlassen (SPD-Mitglied), Ende 1934 Emigration in die Schweiz, dort Arbeiten an einem Höhlenkataster im Auftrag des Geographischen Instituts der ETH Zürich, 1937 Ausreise nach Chile, dort als „Rohstoffgeologe“ in Santiago de Chile tätig, mit Kontakten zum Geologischen Institut der dortigen Universität und zum Naturhistorischen Museum, gest. 1960, vgl. Knolle, Erinnerung (2010), S. 109–112; ders., Walter Biese (2014), S. 56–62; ders., Walter Biese (2022), S. 259–274; Danner, Geologe (2020), S. 98–101; Schuster, Walter Biese (1955), S. 37 f.; Todesanzeige Walter Biese (1960), S. 49. Der Hinweis darauf, dass Biese „aus Arbeiterkreisen“ hervorgegangen sei, findet sich in Lebenslauf Schmierers, 4.12.1946, BArch Berlin, DO 1, Nr. 101071, unpag.; von Bülow, Theodor Schmierer (1953), S. 450. Zur fälschlichen Bezeichnung Bieses als „Kommunist“ siehe Stellungnahme des Abtl. Dir. und Prof. Dr. Wieggers zu dem Gesuch des Prof. Wolff, 9.6.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 30–43.

BODE, HANS (1903–1977): 1931 Wissenschaftlicher Angestellter Institut für Paläobotanik PGLA, 1933–1934 Betriebszellenobmann und Betriebswalter der Betriebszelle PGLA, 1942 Bezirksgeologe RfB-Berlin, nach dem II. WK Oberlandesgeologe und Abteilungsleiter beim Geologischen Landesamt Nordrhein-Westfalen in Krefeld, 1977 gest. – NSDAP 1933, vgl. BArch Berlin, R 9361-VIII Kartei, Nr. 2931021, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 293, Karte 1021; Betriebszellenobmann und Betriebswalter der Betriebszelle PGLA Pfeiler an die NSDAP-Ortsgruppe Scharnhorst (Berlin), 11.5.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 62–68; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1942), S. 140.; de la Sauce/Schorn/Schrödter, Jahrbuch (1954), S. 805; Dr. Ing. H. Bode 60 Jahre (1963), S. 433.

BÖHM, ARTHUR (1878–1928): 1893 Abitur, 1895–1899 Studium der Chemie an der Universität und Bergakademie Berlin, 1900 Promotion Bergakademie Berlin, 1900 Chemisches Laboratorium der PGLA, 1908 etatmäßiger Chemiker, 1914–1918 kriegsrelevante Forschungen PGLA, nach dem Krieg Mitglied der Balneologischen Kommission (Moorforschung zu therapeutischen Zwecken), 1924 Professor, 1928 Abteilungsleiter PGLA, 1928 gest. – vgl. Pfeiffer, Nachruf Böhm (1929), S. LXXVII–LXXX.

BRENNICH, GERHARD (1899–?): Teilnahme am I. WK., 1919–1924 Studium der Chemie, 1928 Promotion, 1929–1932 Südafrika, 1932–1936

Tanganjika, 1936 wiss. Angestellter PGLA, 1941 Mitglied der Fachgruppe „Koloniale Geologie und Bodenforschung“ der Kolonialwissenschaftlichen Abteilung des RFR, 1944 Leiter der RfB-Arbeitsstelle Krakau, nach dem II. WK Bayerisches Landesamt für Wasserversorgung, 1953 Türkisches Institut für Lagerstätten-Forschung (Maden Tetkik Ve Arama Genel Müdürlüğü, MTA) Ankara. In BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 4420977, NSDAP-Gaukartei, Kasten 442, Karte 977 findet sich der Hinweis, dass Brennich seit 1.5.1936, der NSDAP angehört habe. Während sich in BArch Berlin, R 9361-VIII Kartei, Nr. 3940924, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 394, Karte 924 die gleichen Informationen wie in der NSDAP-Gaukartei finden, geht aus einer weiteren Karteikarte (BArch Berlin, R 9361-VIII Kartei, Nr. 3940925, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 394, Karte 925) hervor, dass Brennich schon am 1.3.1929 der NSDAP beigetreten sei. Vgl. zudem von Brennich ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 4.7.1939, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 375, unp.; Protokoll der 1. Arbeitstagung der Fachgruppe „Koloniale Geologie und Bodenforschung“ des RFR, 28.3.1941, BArch Berlin, NS 21, Nr. 352, unp.; Stellungnahme zu den gegen Prof. Dr. Roland Brinkmann Universität Rostock erhobenen Vorwürfen, zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling (Berlin), S. 47, 1950, BArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unp.; Aktennotiz von Herrn Rodeck (RfB Berlin), 26.1.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026342, Bl. 21; Häusler, Wehrgeologie, Teil 2 (1995), S. 12; von Freyberg, Schrifttum (1974), S. 21.

BRILL, RICHARD (1898–1964): 1916 Abitur, 1916–1923 Studium Mathematik und Naturwissenschaften in Heidelberg, Tübingen und München, 1917–1919 unterbrochen durch Teilnahme am I. WK, 1922–1923 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Heidelberg, 1923 Promotion und Hilfsgeologe Badische Geologische Landesanstalt in Freiburg, 1938 Landesgeologe, 1939–1942 Wehrdienst, u.a. als Wehrgeologe, 1950 pensioniert, gest. 1964. – NSDAP 1932, zudem NSV, RDB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des wiss. Hilfsarbeiters Dr. Brill zum Landesgeologen, 31.1.1938, BArch Berlin, R 601, Nr. 2082, Bl. 308 f.; Sauer, Nachruf Brill (1965), S. 541–543.

BRINKMANN, ROLAND (1898–1995): 1917 Abitur, 1917–1921 Studium der Geologie, Paläontologie und der verwandten Naturwissenschaften in Rostock, Tübingen, Göttingen und Freiburg, unterbrochen 1918–1919 durch Wehrdienst u.a. im I. WK, 1921 Promotion Freiburg, 1921–1933 Assistent und Dozent Geologisches Institut Universität Göttingen, 1923 Habilitation, 1929 a. o. Professor, 1933–1937 planmäßiger o. Professor und Direktor des Geologischen Staatsinstituts in Hamburg (1940 Zweigstelle Hamburg der RfB), 1937 politisch motivierte Versetzung in den Ruhestand (§ 6 BBG), 1938–1940 Tätigkeit als praktischer Geologe u.a. im Ausland (Spanien, Portugal) im Auftrag von RWM und Vierjahresplan, 1940 auf Wunsch Kepplers zur RfB versetzt und mit der kommissarischen Leitung der Zweigstelle Krakau/Warschau des RfB (ehemaliger polnischer staatlicher geologischer Dienst, Państwowy Instytut Geologiczny) beauftragt, Juli 1944 ausgeschieden, beabsichtigte Tätigkeit als Professor an der Universität Istanbul schlägt fehl, daher bis Kriegsende

praktische Tätigkeiten (u.a. Untertageverlagerung) für RfB Berlin, 1946 Professor Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Rostock, 1949 verhaftet und wegen des Verdachts von Kriegsverbrechen nach Polen ausgeliefert, im gegen ihn angestregten Prozess aber 1951 von allen Anklagepunkten freigesprochen, 1952 Professor für Geologie und Paläotologie Universität Bonn, 1963 emeritiert, Übersiedlung in die Türkei, dort Gründung und Leitung des Geologischen Instituts Universität Izmir, 1973 Rückkehr nach Deutschland, gest. 1995 – NSDAP 1933, 1935 wegen regimekritischer Äußerungen ausgeschlossen, 1939 Wiederaufnahme, vgl. BArch Berlin, R 9361–VIII Kartei, Nr. 4020916, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 402, Karte 916; Personal-Fragebogen der Universität Rostock betr. Brinkmann, 30.6.1948, UA Rostock, 1.12.0: Personalakte Roland Brinkmann, Bl. 18; Lebensläufe Brinkmanns, ohne Datum, ebd., Bl. 20 f.; Herbert Scurla (RMWEV) an Rektor der Universität Halle, 23.10.1944, BArch Berlin, R 4901, Nr. 15135, Bl. 41; Margarete Brinkmann (Hamburg) an NSDAP. Oberstes Parteigericht, 27.11.1938, BArch Berlin, R 9361–I, Nr. 7713, Bl. 55; Stellungnahme zu den gegen Professor Dr. Roland Brinkmann (Universität Rostock) erhobenen Vorwürfe[n] (mit Anlagen), zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling (Berlin), 1950, BArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unp. Siehe auch BArch Berlin, DO 1, Nr. 17100, unp.; Grimmelmann u.a., Nachruf Brinkmann (1996), S. 186–190; Głazek/Znosko, Roland Brinkmann (2004), S. 55–78.

BROCKAMP, BERNHARD (1902–1968): 1922 Abitur, 1922–1926 Studium der Geologie, Physik, Chemie, Geophysik und Mathematik in Münster und Göttingen, 1926 Assistent Emil Wiecherts am Geophysikalischen Institut, Universität Göttingen (u.a. Leitung der luft- und erdbeismischen Forschungsarbeiten), 1930 Promotion Göttingen, 1930–1932 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Fa. Askania-Werke, Berlin Friedenau (Bau geophysikalischer Apparate), 1931 Teilnahme an der Grönland-Expedition Alfred und Kurt Wegeners, 1932–1935 Geophysiker am Geodätischen Institut in Kopenhagen, 1935–1936 Angestellter am Geodätischen Institut in Potsdam, 1937 Habilitation für Geophysik, Ende 1936 bis 1939 Referent für Geophysik im Büro Keppler, 1939 ständiger Stellvertreter des Präsidenten der Reichsstelle für Bodenforschung – 1939 auf Veranlassung Kepplers Aufnahme in SS und Ernennung zum Hauptsturmführer im SS-Hauptamt Berlin, nach Kriegsende viereinhalb Jahre in russischer Kriegsgefangenschaft, 1952 Dozent für Geophysik Universität Münster und später auch an der Universität Frankfurt am Main, 1957 a. o. Professor, 1959 Leiter des Instituts für Reine und Angewandte Geophysik Universität Münster, 1959 Leiter der Gruppe Geophysik der Internationalen Glaziologischen Grönland-Expedition, gest. 1968, vgl. Vorschlag zur Ernennung des Dr. phil. habil. Bernhard Brockamp zum Vizepräsidenten, ohne Datum (1940), BArch Berlin R 2, Nr. 21365, unp.; SS-Kennblatt betr. Bernhard Brockamp, BArch Berlin, R 9361–III, Nr. 51036, unp.; Lebenslauf Brockamps, ohne Datum (um 1939), ebd., unp.; Lebenslauf Brockamps, 20.5.1936, BArch Berlin, R 4901, Nr. 24323, unp.; Ausführungen Kepplers zu einer von ihm beabsichtigten Gründung einer geophysikalischen Gesellschaft,

November 1953, BArch Koblenz, N 1614, Nr. 1, Bl. 12–15, hier Bl. 15; Thyssen, Nachruf Brockamp, (1968), S. 188–190; Möller, Bernhard Brockamp (1971), S. 11–27; Weiken, Bernhard Brockamps Verdienste (1968), S. 190–193; Eintrag Bernhard Brockamp, in: <https://ns-reichsministerien.de>, Nr. 2020, Nr. 11, Nr. 13, Nr. bernhard-brockamp/ eingesehen am 26.4.2024.

VON BÜLOW, KURD (1899–1971): 1917 Abitur, Teilnahme am I. WK, 1917–1920 Studium der Geologie u. Volkswirtschaftslehre an Universitäten Breslau, Berlin und Greifswald, 1920 Promotion, 1921 Geologe auf Probe PGLA, 1930 Bezirksgeologe, 1935–1946 Professur an Universität Rostock und Ausscheiden aus PGLA, 1935 Direktor Mecklenburgische GLA, 1937 Direktor Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Rostock, 1939 Wehrgeologe, 1946 Rückkehr aus engl. Kriegsgefangenschaft, 1946 Rostocker Moorverwertung GmbH, 1947 Zweigstelle Mecklenburg der Deutschen Geologischen Landesanstalt (später Geologischer Dienst der DDR), 1950 Lehrauftrag Universität Rostock, ab 1952 Professur, 1964 emeritiert, 1971 gest. – 1937 NSDAP (Blockleiter), zudem RDB, NSDDB, NS-Altherrenbund, vgl. NSDAP Gauleitung Mecklenburg (Gaupersonalamt) an Reichsleitung (Hauptamt für Erzieher, Personalaufstellung, Bayreuth), 9.2.1942, BArch Berlin, R 9361-II, Nr. 130013, unp.; Hochschullehrerkartei des RMWEV (Karteikarte betr. Kurd von Bülow), BArch Berlin, R 4901, Nr. 13260, Bl. 1200; Personal-Fragebogen betr. Kurd von Bülow mit anliegendem Lebenslauf, 14.6.1947, BArch Berlin, DO 1, Nr. 94870, unp., Glasow, Bülow, Kurd von (2012).

BURRE, OTTO (1887–1975): 1906 Abitur, 1906–1911 Studium der Mathematik, Geologie und Naturwissenschaften an den Universitäten Heidelberg und Berlin, 1910–1912 Assistent Mineralogisch-Geologisches Institut TH Berlin, 1911 Promotion, 1914 Teilnahme am I. WK, Leutnant, 1915–1918 frz. Kriegsgefangenschaft, 1919 Geologe auf Probe PGLA, 1920 apl. Geologe PGLA, 1927 Bezirksgeologe, 1933 Professor, 1941 Regierungsgeologe RfB, 1941–1944 Leiter der Arbeitsstelle Metz des RfB, 1944 Zweigstelle Darmstadt des RfB, 1945–1946 Neugründung und Leitung des Hessischen Geologischen Landesamtes und Bergamtes in Fürth, 1946 Leiter der Außenstelle Darmstadt des Hessischen Landesamtes für Bodenforschung, 1948 Regierungsgeologe, 1954 vermutlich pensioniert, gest. 1975 – 1933 bis 1935 Stahlhelm, zudem NSV, RDB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Bezirksgeologen Dr. Burre zum Regierungsgeologen, 24.11.1941, BArch Berlin, R 601, Nr. 2087, Bl. 84 f.; Kabinettsvorlage des Direktors des Landespersonalamtes Hessen (Wiesbaden) betr. Otto Burre, 3.6.1952, HHStAW, 527, II 7599, unp.; Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr an den Direktor des Landespersonalamtes Hessen (Wiesbaden), 26.5.1953, ebd., unp.; Meldeblatt für die polizeiliche Registrierung und die Ausstellung einer deutschen Kennkarte für Otto Burre, 12.7.1946, HStA Darmstadt, H 3 Darmstadt, Nr. 16414, unp.

CISSARZ, ARNOLD (1900–1973): 1919 Abitur, 1918 Kriegsteilnehmer I. WK, 1919–1922 Studium Naturwissenschaften und Bergbaukunde Frankfurt am Main, Gießen u. Bergakademie Clausthal, 1922 Promotion Gießen, 1923

Assistent Mineralogisches Institut Universität Göttingen, 1924 Abteilungsleiter für Lagerstättenkunde bei der „Erda“ AG Göttingen, 1924–1928 Assistent und Privatdozent TH Aachen, 1926 Habilitation, 1928–1936 Assistent Mineralogisches Institut Universität Freiburg, 1932 a. o. außerordentlicher Professor, 1936–1939 Leiter der Abteilung Lagerstättenkunde in der Dienststelle Büro Keppler, 1939 Leiter der Abteilung Lagerstättenkunde RfB, 1945–1947 Geologische Landesanstalt in Ost-Berlin, 1947–1956 technischer Berater des jugoslawischen Bergbauministeriums und für Geologisches Landesamt für Serbien, daneben 1951 Honorarprofessor Universität Belgrad, 1956 Amt für Bodenforschung, Hannover gest. 1973 – 1932–1933 Stahlhelm, 1937 NSDAP, 1933 SA, zudem NSV, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Professors Dr. Cissarz zum Direktor bei der RfB, 22.4.1940, BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unp.; Hochschullehrerkartei des RMWEV, Karteikarte betr. Cissarz, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13260, Bl. 1370; Vermerk der Abt. M (Erze) der I.G. Farben (Frankfurt am Main) an Cissarz, 7.4.1938, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61315, unp.; BArch Berlin, R 9361–VIII Kartei, Nr. 5161223, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 516, Karte 1223, Von Cissarz ausgefüllter Personalbogen, 15.12.1958, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 62641, Bl. 1f.; Lebenslauf von Cissarz, 23.3.1959, ebd., Bl. 5–12; Walther, Nachruf Cissarz (1973), S. 527.

CORNELIUS, HANS PETER (1888–1950): 1905 Abitur, 1905–1911 Studium in München und Zürich, 1911 Promotion Zürich danach Assistent Mineralogisches Institut ETH Zürich, 1913 Selbständigkeit, 1914–1918 Teilnahme am I. WK, danach wieder freiberuflich tätig, 1928 Geologische Bundesanstalt Wien, um 1941 Bezirksgeologe RfB-Zweigstelle Wien, 1950 gest. – NSDAP 1933, vgl. BArch Berlin, R 9361–VIII Kartei, Nr. 5330391, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 553, Karte 391; Clar, Nachruf Cornelius (1951), S. 84–92.

CRAMER, PETER (1910–2003): Sohn von Rudolf Cramer (siehe nächster Eintrag), 1930 Abitur, Studium der Geologie Universitäten Berlin und Innsbruck, 1936 PGLA, 1937 Promotion und Assistent bei Alfred Bentz am Institut für Erdölforschung TH Hannover, 1938 Erdölgeologe Preussag, 1939 Wissenschaftlicher Angestellter Erdölabteilung RfB Berlin, 1941–1944 von RfB zur Geologischen Abteilung der Kontinentale Öl AG Rumänien abgestellt, 1942 apl. Bezirksgeologe RfB Berlin, 1944 bis April 1945 in der Slowakei, Dezember 1945 bis Januar 1947 Amt für Bodenforschung Hannover, 1947 kurze Anstellung bei der Geologischen Landesuntersuchung am Bayerischen Oberbergamt München, Ende 1948 endgültige Anstellung am Bayerischen Geologischen Landesamt, Abteilungsleiter Geowissenschaftliche Grundlagen, Publikationen, 1970 Regierungsdirektor, 1975 Ruhestand, 2003 gestorben – NSDAP 1937, zudem SA (1932), vgl. BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 22690838, NSDAP-Gaukartei, Kasten 2269, Kasten 838; BArch Berlin, R 9361–VIII Kartei, Nr. 5350821, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 535, Karte 821; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1942), S. 99, Peter Cramer (Göttingen) an Alfred Bentz, 6.6.1946, BGR Archiv Hannover, Nr. 134121, unp.; Streit, Nachruf Cramer (2006), S. 197–200.

CRAMER, RUDOLF (1882–1949): 1900 Abitur, 1900–1906 Studium der Geologie und Paläontologie in Straßburg, Halle, München und Berlin, 1906 Promotion Berlin und wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Mineralpetrographisches Institut Universität Berlin, 1907 Geologe auf Probe PGLA, 1908 außerplanmäßiger Geologe, 1914–1918 Teilnahme am I. WK (Leutnant), 1919 Freikorpsangehöriger in Schlesien, 1920 Bezirksgeologe, 1926 Professor, 1934 Landesgeologe, 1940 Regierungsgeologe, 1942 Luftschuttsachbearbeiter bei der Reichsanstalt der Luftwaffe für Luftschutz (Hauptmann), 1946–1948 nach Pensionierung geologische Arbeiten für Dienststelle Jena der Geologischen Landesanstalt Ost-Berlin, 1949 gest. – 1919–1926 DNVP, 1924–1930 Stahlhelm, NSDAP 1930, SA 1933–1934 infolge Krankheit ausgeschieden, zudem NSV, RDB, vgl. BArch Berlin, R 9361–VIII Kartei, Nr. 5350867, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 535, Karte 867; von Cramer ausgefüllter Personalfragebogen, 22.2.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 11, unp.; Vorschlag des RWM zur Ernennung des Landesgeologen und Professors Dr. Cramer zum Regierungsgeologen, 10.8.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 2086, Bl. 464 f.; von Cramer ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 6.7.1939, BArch Berlin, R 9361–I, Nr. 1792, unp.; NSDAP Gauleitung Berlin an NSDAP Reichsleitung – Kartei (München), 27.6.1933, BArch Berlin, R 9361–II, Nr. 571545, unp.; Schröder, Nachruf Cramer (1955), S. XXIII–XXVI.

CZERMAK, FRIEDRICH (1890–1960): Studium vermutlich des Bergbaus Montanistische Hochschule Leoben, dann Studium der Geologie Universität Breslau, Teilnahme am I. WK, 1917/18 dem k.u.k. Militärbergamt in Belgrad zugeteilt, lagerstättenkundliche Untersuchungen in Südserbien, nach dem I. WK Fortsetzung des Studiums an Universität Graz, dort 1922 Promotion, Tätigkeit in der Industrie (Aufträge der Arsenik-Berg- und Hüttenwerke in Reichenstein in Schlesien), 1926–1930 Geologische Bundesanstalt Wien, 1930–1933 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Innsbruck, 1933–1938 selbständiger geologischer Gutachter in Graz, 1938 geologische Vorarbeiten für Autobahnbau in Österreich, 1939 Wehrdienst, 1941 Geologischer Dienst am Landesmuseum in Linz, 1943 Wissenschaftlicher Angestellter RfB Wien, 1945 Kriegsgefangenschaft, 1948 Tätigkeit im Kohlenbergbau, anschließend wieder beratender Geologe in Kärnten und Steiermark, 1954 Übernahme der geologischen Einzelkartierung und Überwachung der Bodenaufschlüsse im Zuge des Autobahnbaues in Österreich, 1960 gestorben – NSDAP 1938, vgl. BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 5631255, NSDAP Gaukartei, Kasten 563, Karte 1255; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1943), S. 48; Schädler, Nachruf Czermak (1960), S. 285–288.

DAHLGRÜN, FRITZ (1894–1954): 1913 Abitur, 1913–1921 Studium der Geologie und Naturwissenschaften in Göttingen, unterbrochen durch Teilnahme am I. WK, Kriegsgefangenschaft, 1921 Promotion und wiss. Assistent Geologisches Institut Universität Göttingen, 1921 Geologe auf Probe PGLA, 1923 apl. Geologe, 1930 Bezirksgeologe, 1933 Honorarprofessor Universität in Berlin, 1940 Regierungsgeologe RfB, 1946–1954 Professor für Geologie

und Paläontologie und Direktor Geologisches Institut Bergakademie Clausthal, gest. 1954 – Mitglied NSV, RDB, NSLB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Bezirksgeologen und Professors Dr. Dahlgrün zum Regierungsgeologen, 20.9.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 32 f.; Hochschul-lehrerkartei des RMWEV (Karteikarte betr. Dahlgrün), BArch Berlin, R 4901, Nr. 13261, Bl. 1480; Carlé, Stammbaum (1988), S. 334–343; Eintrag Dahlgrün, Fritz (1894–1954), in: Kalliope-Verbund (<https://www.kalliope-verbund.info>, Nr. de, Nr. eac?eac.id=116012889, eingesehen am 28.3.2024).

DAMMER, BRUNO (1876–1957): 1896 Abitur, 1896 praktisches Jahr im Bergbau, 1897–1901 Studium Universität und Bergakademie Berlin, 1901 Bergreferendar, 1901 Hilfsgeologe PGLA, 1903 Promotion Gießen, 1909 Bezirksgeologe, 1914–1918 Frontkämpfer u. Kriegsgeologe, 1923 Landesgeologe, 1924 Professor, 1940 Regierungsgeologe RfB, nach 1945 Hessisches Landesamt für Bodenforschung, 1949 pensioniert, gest. 1957 – NSDStB, NS-Altherrenbund, NSV, RDB, vgl. Vorschlag zur Ernennung des Landesgeologen Dammer zum Regierungsgeologen, 21.5.1940, BArch, R 2, Nr. 21365 unp.; Von Dammer ausgefüllter Fragebogen Military Government of Germany, 30.1.1946, HHStAW, 527, II 15144, unp.; Lebenslauf Dammers, 14.1.1946, ebd., unp.

DEUBEL, FRITZ (1898–1966): 1917–1919 Teilnahme I. WK, 1919 Abitur, 1919–1922 Studium der Geologie, Chemie und Mineralogie in Halle und Jena, 1922 Promotion, dann kurz Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Jena, 1922–1924 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Greifswald, 1924–1931 Geologe Thüringische Geologische Landesuntersuchung Jena (TGL), 1931 Landesgeologe, 1934 Leiter TGL, 1937 Honorarprofessor für angewandte Geologie Universität Jena, 1939 Bezirksgeologe RfB-Zweigstelle Jena, 1942 Regierungsgeologe, nach dem II. WK 1945 Leiter der Geologischen Landesanstalt Thüringen, 1949 Lehrstuhl für Geologie Universität Jena, 1952 Humboldt-Universität in Ost-Berlin, 1954 erneut in Jena, gest. 1966 – NSDAP 1937, zudem NSV, RDB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Bezirksgeologen Prof. Dr. Deubel zum Regierungsgeologen, 13.5.1942, BArch Berlin, R 601, Nr. 2088, Bl. 379 f.; Lebenslauf Deubels, 15.6.1931, BArch Berlin R 71, Nr. 12, Bl. 38 f.; BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 6100922, NSDAP-Gaukartei, Kasten 610, Karte 922; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1942), S. 98, Guntau, Kurzbiographie Fritz Deubel (2010), S. 230 f.; Wiefel/Wiefel, Lexikon (2019), S. 32.

DIENEMANN, WILHELM (1891–1966): 1909 Abitur, 1909–1913 Studium der Geologie u. Naturwissenschaften in Heidelberg und Marburg, 1913 Promotion, 1913–1914 Assistent Geologisches Institut Universität Marburg, Teilnahme am I. WK., Leutnant d. R., engl. Kriegsgefangenschaft, 1920 Geologe auf Probe PGLA, 1921 apl. Geologe, 1927 Bezirksgeologe, 1933 Professor, 1939–1940 Heeresdienst, u.a. als Wehrgeologe, 1941 Regierungsgeologe RfB, 1946–1949 Deutsche Geologische Landesanstalt Ost-Berlin – dort 1946 zwischenzeitlich entlassen, 1950 Regierungsgeologe Amt für Bodenforschung Hannover, 1951 Oberlandesgeologe, 1956 Ruhestand, gest. 1966 – NSDAP 1937,

SA 1933, zudem NSV, RDB, RKB, NSDBT, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Bezirksgeologen Dr. Dienemann zum Regierungsgeologen, 8.10.1941, BArch Berlin, R 601, Nr. 1665, Bl. 382 f.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 6220319, NSDAP-Gaukartei, Kasten 622, Karte 319; von Dienemann ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 5.8.1939, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 534, unp., Von Dienemann ausgefüllter Personal-Fragebogen (mit anliegendem Lebenslauf), 13.2.1947, BArch Berlin, DO 1, Nr. 95084, unp.; Von Dienemann ausgefüllter Personalbogen, 9.2.1939, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 7106, unp.; Personalnachweisung des Regierungsgeologen Prof. Dr. Wilhelm Dienemann, 1.8.1950, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 7107, Bl. 1 f.; Burre/Graupner, Nachruf Dienemann (1967), S. XLV-LIV.

DIETZ, CURT (1895-?): 1915 Abitur, 1915-1918 Teilnahme am I. WK., Leutnant, 1918-1923 Studium der Geologie in Göttingen, 1923 Promotion, 1924 Geologe auf Probe PGLA, 1926 apl. Geologe, 1937 Bezirksgeologe, 1939 Wehrgeologe, Kriegsgefangenschaft, nach II. WK bis März Bezirksgeologe 1946 Geologische Landesanstalt Ost-Berlin, 1946 wissenschaftlicher Angestellter Amt für Bodenforschung in Hannover, 1956 Oberlandesgeologe, 1960 Ruhestand – NSDAP 1937, SA 1934, vgl. Vermerk des RWM betr. Festsetzung des Besoldungsdienstalters für den Bezirksgeologen Dr. Curt Dietz, ohne Datum (um 1937), BArch Berlin, R 3101, Nr. 30162, Bl. 59; BArch Berlin, R 9361-VIII Kartei, Nr. 6280084, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 628, Karte 84; BArch Berlin R 9361-IX Kartei, Nr. 6330896, NSDAP-Gaukartei, Kasten 633, Karte 896; Von Dietz ausgefülltes Personalblatt der Kameradschaftlichen Vereinigung Berlin der Offiziere des Beurlaubtenstandes e.V. (Berlin-Charlottenburg), 24.11.1938, BArch Berlin, R 9361-II, Nr. 168124, unp.; Personalnachweisung des Dr. Curt Dietz (mit anliegendem Lebenslauf), 16.10.1950, NLA Hannover, Nds. 505, Acc. 2002, Nr. 004, Nr. 4, Bl. 1-4.

EBERT, HEINZ (1907-1983): Abitur, Studium in Leipzig, 1932 Promotion u. Staatsprüfung für Geologen, 1932 wiss. Hilfsarbeiter Sächsisches GLA Leipzig (Angestellter), 1935 Sektionsgeologe, 1939-1940 Wehrdienst, 1940 Bezirksgeologe, nach dem II. WK eigenes Büro für angewandte Geologie, 1950 Übersiedlung nach Recife in Brasilien, hier als Professor tätig, an der Gründung der CAGE (Campaign for Training Geologists) beteiligt, Mitglied Verwaltungsrat „Superintendency for the Development of the Northeast“ (Sudene), 1962 Dozent für Geowissenschaften Rio Claro, gest. 1983 – 1932 NSDAP (Blockleiter), 1932-1933 SA, wegen „beruflicher Inanspruchnahme“ ausgetreten, NSV, RDB, vgl. von Ebert ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BArch Berlin, R 71, Nr. 13, unp.; Vorschlag des RWM zur Ernennung des Sektionsgeologen Dr. Ebert zum Bezirksgeologen, 30.11.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 111 f.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 7190751, NSDAP-Gaukartei, Kasten 719, Karte 751; Kurt Pietzsch an RWM (mit anliegender Aufstellung über das Personal des Sächsischen GLA), 18.6.1936, GLA Freiberg A 02321/2, Bl. 89-91, hier Bl. 90; Biographische Notiz betr. Heinz Ebert, 10.8.1940, GLA Freiberg, A 02321/3, Bl. 126 f.; Machado, Prof. Dr. Heinz Ebert (2015).

FABIAN, RUDOLF (1912–1943): Abitur 1929, Studium der Neuphilogie, Geographie, Mineralogie und Geologie in Jena, Innsbruck und Breslau, 1933 Assistent Mineralogisch-Petrographisches Institut Universität Breslau, 1935 Promotion, 1938 zunächst Geländeaufnahmen, dann für petrographische Untersuchungen an die Deutsche Steinbruchkartei abgestellt, u.a. auch am MPA Berlin-Dahlem tätig, 1939 Wissenschaftlicher Assistent RfB Berlin, 1939 Einberufung zur Wehrmacht, 1941 wiss. Angestellter und apl. Bezirksgeologe, 1942 Bezirksgeologe, 1943 als Oberleutnant und Kompanieführer der Infanterie bei einem Spähtruppunternehmen in Kroatien gefallen – NSDAP 1933, vgl. BArch Berlin, R 9361–VIII Kartei, Nr. 8660151, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 866, Karte 151; Verfügung des RFM, 14.10.1941, BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unp.; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1942), S. 220; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1943), S. 175; Udluft, Nachruf Fabian (1950), S. LV f.

FIEDLER, ROBERT (1888–?): 1909 Zeichner-Anwärter PGLA, 1937 Kartograph, 1938 Archivverwalter, 1939 aus PGLA ausgeschieden – 1932 NSDAP, zudem RDB, RLB, NSKOV, RKB, „Propagandawart der Beamtenfachschaft“ der PGLA, vgl. BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 8700886, NSDAP-Gaukartei, Kasten 870, Karte 886; Von Fiedler ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung, 30.6.1939, BArch Berlin, R 9361–I, Nr. 727, unp.; Urteil der Z-Kammer des Obersten Parteigerichts der NSDAP in Sachen des Pg. Wilfried von Seidlitz, 26.3.1936, GStA, I. HA, Rep. 90A, Nr. 1023, Bl. 88–100, hier Bl. 91.

FISCHER, GEORG (1899–1984): Abitur, 1917 Teilnahme am I. WK, Gefreiter, 1919–1924 Studium der Chemie und Geologie Universität München, 1924 Promotion, 1924–1927 Assistent Petrographische Sammlung Universität München, 1927 Habilitation und Geologe auf Probe an der PGLA, 1929 apl. Geologe PGLA, 1938 Bezirksgeologe, 1939 Regierungsgeologe RfB, 1944 vermutlich Beauftragter des RfB für die französischen Rohstoffvorkommen mit Sitz in Paris, nach dem II. WK Werksgeologe Grube Bayerland, 1946–1948 Regierungsgeologe Landesanstalt für Wasserversorgung München, 1948 o. Professor Institut für Gesteinskunde Universität München, 1968 emeritiert, gest. 1984 – 1919 Freikorps Epp, 1920 Zeitfreiwilliger der Kompanie der Universität München, zudem NSV, RDB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Geologen Dr. Georg Fischer zum Bezirksgeologen, 18.3.1938, GStA, I. HA, Rep. 90A, Nr. 1023, Bl. 197–199; Prof. Dr. Ing. Buschendorf (Institut für Mineralogie, Petrographie und Lagerstättenkunde der Preußischen Bergakademie Clausthal-Zellerfeld) an Georg Graue (RFR, Berlin), 10.8.1944, BArch Berlin, R 73, Nr. 10564, unp.; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1943), S. 175; Troll, Nachruf Fischer (1985), S. 443–446.

FLIEGEL, GOTTHARD (1873–1947): 1893 Abitur, 1893–1898 Studium der Geologie Universität Breslau, 1898 Promotion Breslau, danach Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Bonn, 1902 Hilfsgeologe PGLA, 1911 Bezirksgeologe, im I. WK Einsatz als Kriegsgeologe in Estland und in der Türkei, 1920 Landesgeologe, 1923 Leiter der Abteilung Aufnahmen im Gebirgsland, 1933 Ständiger Vertreter des Präsidenten, 1934 erzwungener

vorzeitiger Ruhestand, 1946 Mitarbeiter der Deutschen Geologischen Landesanstalt in Ost-Berlin, aber noch im selben Jahr entlassen, gest. 1947 – vgl. Stille, Nachruf Fliegel (1951), S. 134–140; Ahrens, Nachruf Fliegel (1955), S. IX–XXI; Kamps, Bildung (1987), S. 151.

FRANK, MANFRED (1905–1976): Abitur, Studium Universität Tübingen, Promotion, 1930 Habilitation, 1934 Geologische Abteilung des Statistischen Landesamts Stuttgart, 1936–1945 a.o. Professor TH Stuttgart, 1938 Leiter der Geologischen Abteilung und ab 1939 der RfB-Zweigstelle Stuttgart, um 1938 Berater der Inspektion der Westbefestigungen (u.a. Westwallbauten), nach dem II. WK zunächst entlassen, dann aber wieder Anstellung Geologisches Landesamt Stuttgart, dort 1960–1970 Leiter, gest. 1976 – NSDAP 1937, vgl. BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 9340358, NSDAP-Gaukartei, Kasten 934, Karte 358; Württembergisches Statistisches Landesamt (Stuttgart) an Sächsisches Geologisches Landesamt (Leipzig) (mit anliegendem Arbeitsplan der Geologischen Abteilung des Württ. Statistischen Landesamtes für das Jahr 1938), 28.2.1938, GLA Freiberg, A 2337/1, Bl. 26–29, hier Bl. 28R; Ströbel, Nachruf Frank (1976), S. 63–76.

FULDA, ERNST (1885–1960): 1904 Abitur danach Bergbaubeflissener Oberbergamt Halle, 1905–1909 Studium des Bergfaches Göttingen u. Bergakademie Berlin, 1909–1913 Bergreferendar Oberbergamt Halle, 1913 Bergassessor, 1913 Hilfsarbeiter b. d. Direktion der Mansfelder Gewerkschaft in Eisleben, 1914–1918 Teilnahme I. WK, Oberleutnant d. R., 1919 Entlassung aus englischer Kriegsgefangenschaft, 1919 PGLA (Bergassessor), 1922 Bergrat, 1924 Promotion TH Berlin, 1939 Bezirksgeologe RfB, 1940–1941 Wehrdienst, 1944 Stellvertretender Leiter der Zweigstelle Metz des RfB, nach dem II. WK Leiter Bergamt Staßfurt bzw. der daraus hervorgehenden Technischen Bezirks-Bergbau-Inspektion Staßfurt, 1954 Ruhestand, gest. 1960 – 1934–1938 SA Reserve II, zudem NSV, RDB, RKB, NS-Altherrenbund der Deutschen Studierenden, vgl. von Fulda ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum, um 1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 16, Teil 1, unp.; Vorschlag des RWM zur Ernennung des Bergrats Fulda zum Landesgeologen und Professor, ohne Datum (1937), ebd., Bl. 141f.; Spliker, Ernst Fulda (2014), S. 2–4. In der NSDAP-Gaukartei im Bundesarchiv Berlin findet sich ein Hinweis auf einen Bergassessor Ernst Fulda (geb. 1.1.1895 in Schmalkalden), der am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten ist. Dabei handelte es sich aber nicht um den an der PGLA tätigen Ernst Fulda (geb. 21.11.1885 in Sangerhausen). Der ‚PGLA-Fulda‘ trat der NSDAP offenbar nie bei. Vgl. BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 10081466, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1008, Karte 1466.

FUNDER, LUDGER (1899–1975): Absolvent Bergschule Bochum, Selbststudium, Frontkämpfer I. WK, Reifezeugnis der Staatlichen Prüfungskommission Halle, 1929–1933 Studium Bergwesen Bergakademie Clausthal, 1933 Dipl.-Berging., 1934 Assistent Bergakademie Clausthal, Ende 1936 Büro Keppler, Erforschung des deutschen Bodens, 1939 Promotion, 1939–1945 RfB, hier stellvertretender Leiter der Abteilung III „Lagerstätten“ und Leiter des Sonderreferats Untersuchungs- und Bohrbetriebe aller Art, 1949–1962 Berghauptmann

in Bonn, 1963–1964 Berghauptmann Dortmund, 1964 Ruhestand, gest. 1975 – NSDAP 1935, zudem SA, NSV, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des wiss. Angestellten Dr. Ing. Funder zum Oberregierungsrat, ohne Datum (1940), BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unp.; BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 10090432, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1009, Karte 432; Heide, *Bergleute* (2023), S. 149; Ackermann, *Kabinettsprotokolle* (1997), S. 224; de la Sauce/Schorn/Schrödter, *Handbuch* (1954), S. 816.

GABEL, OSKAR (1901–1988): Ausbildung für den höheren Staatsdienst im Bergfach in Preußen, 1920 Bergbeflissener, 1921–1926 Studium Bergakademie Clausthal, 1927 Bergreferendar, 1930 Bergassessor, 1932–1934 technischer Assistent auf der Zeche Viktoria der Harpener Bergbau-A.G., Lünen, von Dez. 1934–Mai 1935 u. Nov. 1935–Okt. 1936 Referent beim Beauftragten des Führers und Reichskanzlers für Wirtschaftsfragen Keppler, Sonderaufgabe Deutsche Rohstoffe, dazwischen Hilfsarbeiter beim Bergrevier Essen III, Nov. 1936–Febr. 1938 Referent für Eisen- und Metallerzbergbau beim Beauftragten für den Vierjahresplan, Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe, 1937 Bergrat, 1938–1945 Leiter der Bergabteilung RWM, 1938 Ministerialrat, 1939 Ministerialdirigent, 1941 OBH, nach dem II. WK Internierung, 1948 Einstufung als Mitläufer, in den 1960er Jahren Geschäftsführer der Deutschen Schachtbau- und Tiefbohrergesellschaft GmbH in Lingen, gest. 1988 – 1919 Freikorps, NSDAP und SS 1933, zuletzt Obersturmbannführer, vgl. Vorschlag zur Ernennung des Ministerialdirigenten Oskar Gabel zum Oberberghauptmann, ohne Datum (1941), GStA, I. HA Rep. 151 I C, Nr. 9938, unp.; Seidelmann, Eisen (2016), S. 420; de la Sauce/Schorn/Schrödter, *Jahrbuch* (1954), S. 524, 628; Raack/Schorn/Schrödter, *Jahrbuch* (1963), S. 406, 412.

VON GAERTNER, HANS-RUDOLF (1906–1982): 1925 Abitur, 1925–1929 Studium der Naturwissenschaften in Göttingen und Graz, 1929 Promotion und Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Göttingen, 1929–1930 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Freiburg, 1930 Geologe auf Probe PGLA, 1932 apl. Geologe PGLA, 1937 Habilitation, 1940 Bezirksgeologe RfB, 1939 Militärdienst, Wehrgeologe, 1945–1951 wiss. Angestellter Amt für Bodenforschung Hannover, 1951 Landesgeologe, 1952 Oberlandesgeologe, 1959 Oberregierungsgeologe, Direktor und Professor bei der Bundesanstalt für Bodenforschung Hannover, Dozent Universität Hamburg, 1971 Ruhestand, gest. 1982 – 1923–1933 „Scharnhorst“ Bund Deutscher Jungmannen, Untergaeführer, „Werwolf“ Bund Deutscher Männer, Gruppenführer, 1937 NSDAP, 1933–1934 SA, zudem NSV, RDB, RKB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Geologen Dr. v. Gaertner zum Bezirksgeologen, 29.4.1940, BArch, R 601, Nr. 2086, Bl. 401f.; BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 10191639, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1019, Karte 1639; Von v. Gaertner ausgefüllter Fragebogen des Niedersächsischen Ministers für die Entnazifizierung zur politischen Überprüfung v. Gaertners, 7.8.1950, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 87068, Bl. 3 f.; Von v. Gaertner ausgefüllter Melde- und Personalbogen, 7.9.1953, ebd., unp.; Bundesministerium für Wirtschaft

(Bonn) an Niedersächsischen Minister für Wirtschaft und Verkehr (Hannover), 29.2.1959, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 87067, Bl. 72; Carlé, Stammbaum (1988), S. 396–418.

GAGEL, KURT (1865–1927): 1884 Abitur, 1884–1889 Studium der Naturwissenschaften Universität Königsberg, 1889 Promotion, 1890 Hilfsarbeiter PGLA, 1891 Hilfsgeologe PGLA, 1900 Bezirksgeologe, 1901 Landesgeologe, 1916–1918 Kriegsgeologe, 1924 Leiter der Sammlungen der PGLA, 1927 gest. – vgl. Kühn, Nachruf Gagel (1928), S. I–XIX.

GANS (AB 1921 GANSSEN), ROBERT (1865–1940): 1883 Abitur, Studium der Chemie Universität Göttingen, 1888 Promotion, danach ein Jahr Assistent an pflanzenphysiologischer Versuchsstation Geisenheim am Rhein und am Chemischen Institut der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin, 1890 Industriechemiker, 1891 Eintritt in Laboratorium für die geologische Landesuntersuchung der PGLA, 1899 Vorsteher des Laboratoriums für Bodenkunde, 1909 Habilitation TH Berlin und Ernennung zum Professor, 1910 Landesgeologe, 1916 Leiter sämtlicher Laboratorien der PGLA, ab 1921 Chemische Abteilung der PGLA, 1930 Ruhestand, 1940 gest. – vgl. Utescher, Nachruf Ganssen (1941), S. 359–369.

GELLER, ADOLF (1900–1934): geb. 1900, Studium Philosophie, Mineralogie, Geologie, Petrographie, physikalische Chemie, TH Braunschweig, Universität Göttingen 1925 Promotion Göttingen, 1926–1927 Assistent Mineralogische Institute ETH und Universität Zürich, 1927 Assistent Universität Rostock, 1930 Habilitation, Geologe zur Vertretung an PGLA, 1931 Geologe auf Probe, 1933 apl. Geologe, gest. 1934 – Mitglied NSDAP vgl. Pfeffer, Nachruf Geller (1934), S. 27–33.

GENIESER, KURT (1909–1970): 1929 Abitur, 1929–1934 Studium Geologie und Mineralogie Universität Berlin, Tübingen und Graz, 1934 Promotion Berlin, 1935–1936 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim Vorarbeitsamt für die Regulierung der Wasserwirtschaft der oberen Spree, 1936 I. Staatsprüfung für Geologen, 1937–1938 Wissenschaftlicher Angestellter beim Deutschen Verein von Gas- und Wasserfachmännern in Berlin, 1938 wissenschaftlicher Assistent PGLA, 1939 II. Staatsprüfung für Geologen, 1940 Wissenschaftlicher Angestellter RfB, 1941 apl. Bezirksgeologe, 1941 bis 1945 Wehrgeologe, 1942 Bezirksgeologe, 1945–1950 Kriegsgefangenschaft, 1950 Deutsche Geologische Landesanstalt Ost-Berlin, 1959 nach Vorwurf vermeintlicher Sabotage Flucht in den Westen, 1959 Bundesanstalt für Bodenforschung in Hannover, 1961 Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung Hannover, 1966 Leitung der Außenstelle Bremen, 1970 gest. – 1922–1925 Bismarckbund, 1937 NSDAP, zudem SA, NSV, RDB, NS-Altherrenbund der Deutschen Studenten, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Bezirksgeologen Dr. Genieser zum Bezirksgeologen, 15.6.1942, BArch Berlin, R 601, Nr. 2090, Bl. 419 f.; BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 10640703, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1064, Karte 703; von Genieser ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 8.8.1939, BArch Berlin, R 9361–I, Nr. 884, unpag.; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1942), S. 99; Meyer, Nachruf Genieser (1971), S. IXL–XLII.

GEYER, EUGEN (1886-?): 1901–1905 Kgl. Kunstschule Berlin und Fachschule für Kartographen in Berlin, 1905 Zeichnergehilfe (Kartographenanwärter) PGLA, 1913 Zeichner PGLA, 1914–1918 Teilnahme am I. WK, Kriegsvermessungsdienst, 1933 Kartograph und Vorsteher des Zeichenbüros für Gebirgslandsaufnahmen, Leiter der Hausdruckerei, 1938–1939 Bürovorsteher, 1944 Kartographen-Amtmann – 1932–1933 NSBA, zudem NSV RDB, RLB, RKB, vgl. von Geyer ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum, ebd., unp.; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1944), S. 56.

GIRARDI, MARGARETE (1888–1964): Besuch der Elementarschule in Wien, Abitur am Institut Bianconi in Monza bei Mailand, Studium der Romanistik Universität Wien, Staatsprüfung für Mittelschulen, dann Lehrerin Lehrerinnenbildungsanstalt des Wiener Zivilmädchenpensionats und seit Dezember 1908 Direktionssekretärin Geologische Landesanstalt in Wien, zudem Besuch des Wiener Konservatoriums und Absolvierung desselben neben dem Beruf (Hauptfach Kirchenmusik und Oratorium), 1918 zwischenzeitlich Leiterin der Bibliothek der Geologischen Bundesanstalt, 1938 Kanzlei- und Verlagsleiterin RfB-Zweigstelle Wien, 1942 aus politischen Gründen entlassen, 1945–1948 in Verwaltung, Verlag und Bibliothek der Geologischen Bundesanstalt Wien, 1947 zudem Sekretärin der wieder entstandenen Österreichischen Exlibris-Gesellschaft, nach Übertritt in den Ruhestand als Schriftstellerin aktiv, 1964 gestorben, vgl. von Girardi ausgefüllter Fragebogen zur Bearbeitung des Aufnahmeantrages für die Reichskulturkammer mit anliegendem Curriculum vitae von Margarete Girardi, 27.9.1938, BArch Berlin, R 9361-V, Nr. 19548, unp.; Cernajsek, Bundesanstalt (2014), S. 8 f.

GÖTZINGER, GUSTAV (1880–1969): Abitur, Studium Geographie und Geologie Universität Wien, 1903 Assistent Geographisches Institut Universität Wien, 1905 Promotion und Volontär an der k.u.k. Geologischen Reichsanstalt Wien, 1912 Festanstellung, 1932 Bergrat, 1936 Professor, Mitgründer der International Union for Quaternary Research (INQUA), 1932 bis 1951 deren Präsident, 1938 Direktor Geologische Bundesanstalt Wien, nach ‚Anschluss‘ Österreichs zum Rücktritt gezwungen und zum Chefgeologen degradiert, um 1940 Regierungsgeologe RfB-Zweigstelle Wien, nach dem II. WK wieder Direktor in Wien, 1950 Ruhestand, gest. 1969, vgl. Prey, Nachruf Götzinger (1969), S. 171–174.

GOTHAN, WALTER (1879–1954): 1899 Abitur, 1899–1904 Studium Bergakademien Clausthal, Berlin und Universität Berlin, 1903 Hilfsarbeiter Paläobotanische Sammlung PGLA, 1905 Promotion in Jena, 1908 Privatdozent Bergakademie Berlin, 1910 planmäßiger Assistent PGLA, 1913–1929 Sammlungskustos PGLA, 1915–1918 Teilnahme I. WK, Unteroffizier und Kriegsgeologe, 1919 nichtbeamteter a. o. und 1926 o. Professor TH Berlin, 1927 Honorarprofessor Universität Berlin, 1929 Landesgeologe und Professor PGLA, 1938 Abteilungsdirektor PGLA und ab 1939 RfB, 1944 Leiter des Hauptreferats 4, Sammlungen, Bibliothek, Vertrieb des RfB, nach II. WK Aufbau und Leiter einer Arbeitsstelle für Paläobotanik und Kohlenkunde an der AdW der DDR, 1949 dort o. Mitglied, zudem Lehre am Geologischen Institut der

Humboldt-Universität Berlin, gest. 1954 – Mitglied NSV, RDB, NSLB, RKB, vgl. von Gothan aufgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BArch Berlin, R 71, Nr. 18, unp.; Vorschlag des RWM zur Ernennung des Landesgeologen und Professor Dr. Gothan zum Abteilungsleiter und Professor, Januar 1938, GStA, I. HA, Rep. 90A, Nr. 1023, Bl. 223–225; Hochschullehrerkartei des RMWEV (Karteikarte betr. Gothan), BArch Berlin, R 4901, Nr. 13264, Bl. 3064–3066; Pfeiffer, Dokumente (1984), S. 82; Potonié, Nachruf Gothan (1955), S. XXVII–LIII.

GRADER, ALBERT (1898–1954): 1916–1918 Teilnahme am I. WK (Verwundung), 1919 Freikorps, 1919 Nachkriegskurs (Abitur), 1919–1927 Studium der Chemie und Landwirtschaft Universität Würzburg und TH München, 1927 Staatsexamen, Diplom-Landwirt, Staatsprüfung für den höheren landwirtschaftlichen Dienst, 1925–1926 Zentralgenossenschaft Regensburg, 1926–1930 Landwirtschaftlicher Referendar und Assessor Landwirtschaftsstelle und landwirtschaftliche Buchstelle der Bezirksbauernkammer Abensberg, 1930–1934 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Bodenuntersuchungsstelle Weihenstephan, 1934–1938 Landwirtschaftlicher Amtssachverständiger Oberfinanzämter Nürnberg und München, 1938 Wirtschaftsberater Landesbauernschaft Bayern in München, 1938–1940 Landwirtschaftlicher Fachvermittler im Hauptarbeitsamt München, Juli 1940 wiss. Angestellter RfB-Zweigstelle München, 1943 Bezirksgeologe, 1943 Promotion TH München, 1945–1948 Teilnahme an Bodenschätzungskartierung in Bayern im Auftrag der US-Militärregierung, gest. 1954 – NSDAP 1937, SA FM 1931–1937, zudem NSV, RDB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des wissenschaftlichen Angestellten Grader zum Bezirksgeologen, 26.11.1942, BArch, R 2, Nr. 21365, unp.; Von Grader ausgefülltes Formular zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 1.7.1939, BArch Berlin, R 9361-II, Nr. 312110, unp.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 11611048, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1161, Karte 1048; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1943) S. 48; von Grader ausgefüllter Fragebogen mit anliegendem Lebenslauf, 20.6.1942, BayHStA, Geologisches Landesamt 406, unp.; Vogel, Nachruf Grader (1956), S. XV–XVII.

GRAHMANN, KARL RUDOLF (1888–1962): 1910 Abitur, 1910–1914 Studium Universitäten Leipzig, Halle und Freiburg, 1914 Assistent vermutlich Universität Leipzig, 1916 Promotion Leipzig, Teilnahme am I. WK., 1919 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Sächsisches GLA Leipzig, 1920 Sektionsgeologe, 1930 Landesgeologe, in den 1930er Jahren der Begründer des Landesgrundwasserdienstes in Sachsen, 1939 Habilitation, 1940er Bezirksgeologe RfB-Zweigstelle Freiberg, 1941–1943 Kooperation mit dem Ahnenerbe der SS, 1945–1947 Chefgeologe der Zweigstelle Freiberg der Deutschen Geologischen Landesanstalt Ost-Berlin, 1947 Mitarbeiter Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung, 1948 Dezernent für Grundwasser Forschungsanstalt für Gewässerkunde Bielefeld und Leiter des hydrogeologischen Arbeitskreises beim Bundesministerium für Atomenergie und Wasserwirtschaft, 1953 Ruhestand, 1954 Honorar-Professor Universität Mainz, gest. 1962 – NSDAP 1937, SS

FM, zudem NSV, NSKOV, vgl. BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 11700665, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1170, Karte 665; Kurt Pietzsch (Sächsisches GLA, Leipzig) an RWM mit anliegendem Verzeichnis des Personals des GLA, 18.6.1936, GLA Freiberg A 02321/2, Bild 89-91, Wiesel/Wiesel, Lexikon (2010), S. 52. Zur Kooperation mit dem Ahnenerbe der SS, u.a. der beabsichtigten Veröffentlichung eines Buches über die „altsteinzeitliche Fundstelle Markkleeberg“ siehe den Schriftwechsel in BArch Berlin, NS 21, Nr. 1444, Bl. 122-151.

GROPP, WILLY (1886-?): Abitur, Studium des Bergfachs, 1909 Bergreferendar, 1932 Promotion, 1909 Bergreferendar Oberbergamt Halle, 1914 Bergassessor, Teilnahme I. WK, Oberleutnant, schwerkriegsgeschädigt, 1915-1918 Hilfsarbeiter Pr. MHG, 1923 Bergtrat beim Bergrevier Nordhausen-Stolberg, 1926 PGLA, 1940 ORR und Vertreter des Leiters der Abt. I des RfB - 1937 NSDAP, zudem NSV, NSKK, RDB, RLB, vgl. BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 12070746, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1207, Karte 746; Vorschlag zur Ernennung des Bergtrats Dr. Gropp zum Oberregierungsrat, 4.11.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 67f.

GRUPE, OSKAR (1878-1940): 1896 Abitur, 1896-1901 Studium Bauingenieurwesen, Naturwissenschaften und Chemie TH Hannover, ab 1898 Geologie Universität Göttingen, 1901 Promotion Göttingen, Assistent Geologisches Institut Universität Göttingen, Expedition nach Sumatra im Auftrag der niederländischen Erdölgesellschaft Koninklijke Nederlandschen Petroleum Maatschappij, 1902 Hilfsgeologe PGLA, 1914 Bezirksgeologe, 1916-1918 Kriegsgeologe, zunächst Militärdienst in Litauen, dann Evaluation des französisch-luxemburgischen Minettebezirks von Longwy-Briey, dann Geologengruppe Brüssel, 1924 Professor und Beisitzer der Kaliberufungsstelle, 1927 Landesgeologe, 1940 gestorben - vgl. Berg, Nachruf Grupe (1941), S. 335-345.

HAACK, WILHELM (1882-1947): 1902 Abitur, 1902-1907 Studium Naturwissenschaften in Tübingen, München und Göttingen, 1907 Promotion und Wissenschaftlicher Assistent Geologisches Institut Universität Göttingen, 1908 Assistent Mineralogisch-Geologisches Institut Hamburg, 1909 Geologe auf Probe PGLA, 1910-1911 beratender Geologe einer Ölbohrfirma in Mexiko, 1912 apl. Geologe, 1914-1918 Teilnahme im I. WK, Leutnant, 1921 Bezirksgeologe, 1927 Bezirksgeologe und Professor, 1935 Landesgeologe und Professor, 1940 Regierungsgeologe RfB, nach II. WK Deutsche Geologische Landeanstalt Ost-Berlin, 1946 Entlassung, 1947 inhaftiert und in sowjetischer Haft verstorben - 1919-1929 Deutsche Volkspartei, 1917-1927 Bund der Bodenreformer, zudem NSV, RDB, RKB, vgl. von Haack ausgefüllter Personalbogen BArch Berlin, R 71, Nr. 20, unp.; Vorschlag des RWM zur Ernennung des Landesgeologen und Professors Haack zum Regierungsgeologen, 10.8.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 2086, Bl. 466 f.; Dienemann, Nachruf Haack (1952), S. LXI-LXIX; Grebing, Wilhelm Haack (2020), S. 87-97.

HABERFELNER, ERICH (1902-1962): 1919 Abitur, 1919-1929 praktische bergmännische Tätigkeit in verschiedenen Betrieben mit zahlreichen Unterbrechungen, 1919-1925, 1930-1931 Studium der Naturwissenschaften

Montanistische Hochschule Leoben und Universität Graz, 1931 Promotion Universität Graz, 1934–1936 DFG-Stipendiat Geologisches Institut Universität Graz, hier bereits Mitarbeit in der Gemeinschaftsarbeit Bayerischer Wald in PGLA, 1937 wiss. Assistent PGLA, 1938–1941 Leiter der Lagerstättenabteilung der Geologischen Landesanstalt Wien bzw. Zweigstelle Wien der RfB, 1939 wiss. Angestellter RfB, 1940 Bezirksgeologe, 1943–1945 Mitarbeit an Betriebsplanung und -leitung bei den Bergbauen der Berghütte, Berg- und Hüttenwerksgesellschaft, Teschen, bei den Bergbauen Schwabendorf, Göllnitz und Dobschau in der Slowakei, Berginspektion in Poprad, nach dem II. WK 1945 provisorischer Leiter des Aluminiumwerks Ranshofen bei Braunau in Oberösterreich, später Bundesanstalt für Bodenforschung in Hannover, gest. 1962 – NSDAP 1933, Neueintritt 1938, 1933 SA, NSV, DAF, RKB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des wiss. Angestellten Dr. Habermelner zum Bezirksgeologen, 3.10.1940, BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unp.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 12771617, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1277, Karte 1617; Von Habermelner ausgefüllter Personalbogen, 16.2.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 21, unp.; von Habermelner ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 1085, unp.; Von Habermelner ausgefüllter Fragebogen zur Überprüfung der Parteimitgliedschaft, 15.3.1937, BArch Berlin, R 9361-II, Nr. 341874, unp.; Eidesstattliche Erklärung Habermelners, 5.10.1937, ebd., unp.; Von Habermelner ausgefüllter Fragebogen der Militärregierung Österreich (mit anliegendem Lebenslauf), 23.9.1945, NAW, RG 260, Records of U.S. Occupation Headquarters, World War II, 1923 - 1972, Series: Contracts of Rehabilitation of Property, 1945–1951, File Unit Vereinigte Aluminium-Werke AG (B) Mattigwerk, Braunau, unp.

HÄRTEL, FRIEDRICH (1892–1947): Abitur 1911, 1911–1920 Studium Tübingen und Leipzig, 1914–1918 durch Teilnahme am I. WK unterbrochen, Vizefeldwebel, kriegsbeschädigt, 1920 Promotion in Leipzig, 1921 wiss. Hilfsarbeiter Sächsisches Geologisches Landesamt, 1927 Sektionsgeologe, 1938 Landesgeologe, 1947 gest. – NSDAP 1937, SS FM 1934, zudem NSV, RDB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Sektionsgeologen Dr. Härtel zum Landesgeologen, 5.7.1938, BArch Berlin, R 601, Nr. 2083, Bl. 9f.; von Härtel ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum, BArch Berlin, R 71, Nr. 22, unp.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 12951214, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1295, Karte 121.

HALLER, HANS (1887–1953): 1909 Abitur, 1909–1914 Studium TH München und TH Dresden, 1914 Promotion, 1914 Chemiker in der Nitritfabrik AG Cöpenick, 1914–1918 Teilnahme am I. WK, Unteroffizier, 1919 Chemiker auf Probe PGLA, 1921–1927 außerplanmäßiger Chemiker PGLA, 1927–1939 planmäßiger Chemiker PGLA, 1933 Professor, 1939 Bezirksgeologe (Chemiker) RfB Berlin, gest. 1953 – 1932 NSBA, zudem RDB, NSDStB, NSV, vgl. von Haller ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BArch Berlin, R 71, Nr. 23, unp.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 13240543, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1324, Karte 543.

HARBORT, ERICH (1879–1929): 1899 Abitur, 1899–1902 Studium der Geologie, Mineralogie und Chemie in Göttingen, 1902 Assistent an der Mineralogischen und Geologischen Abteilung der Bergakademie Clausthal, 1902 Promotion Göttingen, 1903 Assistent Bergakademie Berlin, dort 1906 Habilitation, 1906 außerplanmäßiger Geologe PGLA, 1914 Bezirksgeologe, im I. WK zunächst Militärkrankenschwäger und Tätigkeit in Bakteriologisch-hygienischer Untersuchungsanstalt des Sanitätsamtes, dann verschiedene Arbeiten im Interesse der deutschen Kriegswirtschaft, u.a. für politische Abteilung des stellvertretenden Generalstabes, 1917 Professor, 1919 Mitglied der Kaliberungsstelle, 1920 Austritt aus PGLA und Lehrtätigkeit und Leiter des Lagerstätteninstituts an Bergakademie Berlin, gest. 1929 – vgl. Mestwerdt, Nachruf Harbort (1930), S. LXV–LXXVI.

HARTMANN, EDUARD (1887–1951): 1906 Abitur, 1906–1912 Studium Universität München, 1912 Promotion München, 1912–1913 Assistenz-Geologe bei Prof. Dr. Carl Schmidt in Basel, 1913–1915 Ölgeologe bei der Niederländischen Koloniale Dordtsche Petroleum-Maatschappij in Holländisch-Indien (Java, Borneo), 1915–1921 Geologe im Dienst der holländischen Kolonialverwaltung (geologisch Mynbouwkundige Dienst) (Sumatra, Java, Neuguinea), 1921–1929 Geologe bei den Bayerischen Berg-, Hütten- und Salzwerken in München (Außendienst), 1930 Geologe bei der Geologischen Landesuntersuchung am Bayerischen Oberbergamt (probeweise), 1931 etatmäßige Anstellung als Regierungsgeologe Geologische Landesuntersuchung am Bayerischen Oberbergamt, 1939 Bezirksgeologe RfB-Zweigstelle München, 1942–1943 Einheitsführer bei der ‚Organisation Todt‘ in Norwegen, 1943 für Einsatz in Südnorwegen zur Untersuchung kriegswirtschaftlich wichtiger Lagerstätten vorgesehen, nach 1945 Geologische Landesuntersuchung am Oberbergamt München, 1947 Regierungsrat, gest. 1951 – Mitglied NSV, RDB, RKB, NSFK (FM), vgl. Geologische Landesuntersuchung München an Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft (München) betr. Beförderung der Bezirksgeologen Dr. Gustav Abele und Dr. Eduard Hartmann, BayHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 399, unpag.; Personalbogen betr. Eduard Hartmann, ohne Datum, BayHStA, Geologisches Landesamt Nr. 407, Bl. 1; Personalnachweis betr. Hartmann, ohne Datum, ebd., unpag.; Von Hartmann ausgefüllter Personalbogen, 12.9.1941, ebd., unpag.; Cramer, Nachruf Hartmann (1951), S. 171–175.

HARTUNG, WOLFGANG (1907–1995): Abitur, Studium der Naturwissenschaften, 1931 Prüfung Lehramt an höheren Schulen, 1932 Promotion und Assistent Geologisches Institut Universität Berlin, 1935 wiss. Assistent PGLA, 1937 apl. Geologe PGLA, 1938 Habilitation, 1940 Bezirksgeologe RfB, 1945–1972 Staatliches Museum für Naturkunde und Vorgeschichte Oldenburg, daneben 1954 Dozent Universität Hamburg und 1963 Honorarprofessor Universität Münster, 1972 pensioniert, 1995 gest. – 1933 NSDAP, zudem NSV, RDB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Bezirksgeologen Dr. Hartung zum Bezirksgeologen, 7.11.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 72 f.; BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 13711559, NSDAP-Gaukartei, Kasten

1371, Karte 1559; Von Hartung ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 18.7.1939, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 1153, unp.; Lange, Verzeichnis (1996), S. 313. Coldewey/Löhnert, Wolfgang Hartung (1995), S. 10 f.

HASEMANN, WALTER (1890–1961): 1910 Abitur, 1910–1920 Studium der Naturwissenschaften Bergakademie Berlin, München, durch Kriegsdienst I. WK unterbrochen, Leutnant, 1919 Promotion, 1920 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter GLA Freiburg, 1926 planmäßiger Landesgeologe, 1939 Bezirksgeologe RfB-Zweigstelle Freiburg, 1939–1940 Wehrgeologe, 1942 Regierungsgeologe, 1944 Volksturm, Kriegsgefangenschaft, daraus 1946 entlassen, 1946–1947 kommissarischer Leiter Badische GLA Freiburg, später Oberlandesgeologe Geologisches Landesamt in Baden-Württemberg, gest. 1961– 1941 NSDAP, zudem NSV, RDB, RLB, vgl. Vorschlag zur Ernennung des Bezirksgeologen Dr. Hasemann zum Regierungsgeologen, 20.1.1942, BArch Berlin, R 601, Nr. 2087, Bl. 160 f.; Von Hasemann ausgefüllter Fragebogen des Gouvernement Militaire en Allemagne, 12.2.1946, LABW-StAF, D 180, Nr. 2, Nr. 549, 1 Fasz.; de la Sauce/Schorn/Schrödter, Jahrbuch (1954), S. 832; Reiff, Geschichte (1992), S. 69.

HECK, HERBERT-LOTHAR (1904–1967): 1923 Abitur, 1923–1927 Studium der Naturwissenschaften Göttingen und Berlin, 1927 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Gießen, 1928 wiss. Angestellter PGLA, 1929 Promotion und Geologe auf Probe, 1931 apl. Geologe PGLA, 1940 Bezirksgeologe, 1941 Leiter der Zweigstelle Kiel der RfB, 1946 Landesgeologe in Schleswig-Holstein, Aufbau und bis 1952 Direktor der Landesanstalt für angewandte Geologie in Kiel, 1952 Leiter des Geologischen Dienstes der Staatlichen Geologischen Kommission in Mecklenburg mit Sitz in Rostock, später in Schwerin, 1959 Hauptgeologe im VEB Geologische Erkundung Nord in Schwerin, 1963 Professor mit Lehrauftrag Quartärforschung in Berlin, gest. 1967 – 1933 SA, zudem NSV, NSOG, RDB, NSKK, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Geologen Dr. Heck zum Bezirksgeologen, 3.5.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 2086, Bl. 399 f.; Pfeiffer, Dokumente (1984), S. 82; Grewolls, Personenlexikon (2011); Daber, Lebenslauf (2004), S. 33–38; Hohl, Nachruf Heck (1969), S. 123–129; Gehl, Abschied (1970), S. 425–428.

HEIM, FRITZ (1887–1980): 1903, Abitur, 1906–1911 Studium der Geologie und Naturwissenschaften Universitäten Heidelberg, München, Grenoble, 1910 Promotion Heidelberg, 1913–1914 u. 1918–1922 Hörer Universität München, 1911–1913 Teilnahme als Geologe an der 2. Deutschen Antarktischen Expedition, 1914–1918 Teilnahme am I. WK, Oberleutnant, 1919–1924 Assistent Petrographisches Seminar Universität München, 1924–1925 Geologe an Geologischer Landesuntersuchung des Bayerischen Oberbergamts München, 1925–1939 Regierungsgeologe ebd., ab 1939 Bezirksgeologe RfB-Zweigstelle München, 1945–1947 Bezirksgeologe Geologische Landesuntersuchung am Bayerischen Oberbergamt, 1947 Regierungsgeologe, 1952 pensioniert, gest. 1980 – 1919–1933 DDP, Mitglied NSV, RDB, RKB, vgl. von Heim ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum, Bay. HStA, Geologisches Landesamt, Nr. 408, Bl. 62; Personalnachweis betr. Fritz

Heim, 5.5.1947, ebd., Bl. 1; Arbeiten des Bezirksgeologen Dr. F. Heim seit 1924, ebd., Bl. 99., Gudden, Nachruf Heim (1982), S. 271–275.

HELLMERS, JOHANN HEINRICH (1895–1953): 1914 aus Obersekunda Kriegsfreiwilliger in Marine, 1915 Verwundung, 1917 Abitur, anschließend Studium der Chemie, Mineralogie und Petrographie in Frankfurt am Main und Halle, 1920 Promotion und vertiefendes Chemiestudium, 1922–1923 Chemiker Rheinische Stahl- und Metallwerke, 1923 Assistent für Geologie, Mineralogie und Bodenkunde Landwirtschaftliche Hochschule Berlin, 1925 Chemiker auf Probe PGLA, 1926 wissenschaftlicher Angestellter, 1927 außerplanmäßiger Chemiker, 1939 planmäßiger Chemiker, nach II. WK zunächst Geologische Landesanstalt Ost-Berlin, 1953 Amt für Bodenforschung Hannover, gest. 1953 – vgl. Festsetzung des Besoldungsdienstalters für den Chemiker Dr. Hellmers, 14.12.1936, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30162, Bl. 60; Udluft/Pfeffer, Nachruf Hellmers (1954), S. V–XIII.

HESEMANN, JULIUS (1901–1980): 1920 Abitur, 1920–1926 Studium der Naturwissenschaften, 1927 Promotion TH Hannover, 1927 Geologe auf Probe PGLA, 1929 apl. Geologe, 1938 Bezirksgeologe, 1944 Habilitation in Posen, 1959 Leiter des Geologischen Dienstes von Nordrhein-Westfalen in Krefeld, 1961 Professor Universität Köln, 1966 pensioniert. gest. 1980 – NSDAP 1937, zudem Mitglied NSV, RDB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Geologen Dr. Hesemann zum Bezirksgeologen bei der PGLA, 13.12.1937, GStA, I.HA, Rep. 90A, Nr. 1023, Bl. 184 f.; BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 14090682, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1409, Karte 682; Von Hesemann ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung, ohne Datum, BArch Berlin, R 9361–I, Nr. 1275; Eintrag Hesemann, Julius: Galerie der Professorinnen und Professoren, Universität zu Köln (<https://professorenkatalog.uni-koeln.de>, Nr. person, Nr. show, Nr. 1427, eingesehen am 28.3.2024).

HILTERMANN, HEINRICH (1911–1998): 1931 Abitur, 1931–1937 Studium der Naturwissenschaften, Geologie und Paläontologie in Münster, Innsbruck, Freiburg und Kiel, 1937 Promotion Kiel, 1937 Hydrogeologe bei den Atlas-Werken in Bremen, 1938 wiss. Mitarbeiter Erdölinstitut PGLA, dort Leiter des Referats „Tertiär Norddeutschlands“ der Untersuchungsstelle für Mikropaläontologie, 1940 Mitarbeiter der RfB-Arbeitsstelle Jaslo und ab Nov. 1942 in Boryslaw im besetzten Polen, 1944–1945 Zweigstelle Bentheim des RfB, nach dem II. WK 1945 Leiter Mikropaläontologische Abteilung Amt für Bodenforschung Hannover, 1946–1947 nebenamtlich Mikropaläontologe bei Fa. DEA in Wietze, 1952 Landesgeologe Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung Hannover, ab 1952 Lehrveranstaltungen Universität Göttingen, dort 1958 Habilitation und Privatdozent, Aug. 1959 Regierungsgeologe Bundesanstalt für Bodenforschung (BfB), Okt. 1959 Oberregierungsgeologe, 1964 apl. Professor für Mikropaläontologie Universität Göttingen, 1967 Wiss. Direktor BfB, 1972 Ruhestand, gest. 1998 – NSDAP 1937, SA 1933–1937, zudem DAF, NSDStB, vgl. BArch Berlin, R 9361–VIII Kartei, Nr. 11120254, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 1112, Karte 254; Von Hiltermann ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung

1939, 8.7.1939, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 1304, unp.; Lebenslauf und beruflicher Werdegang von Heinrich Hiltermann, 31.10.1963, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 45289, unp.; Personalnachweisung und Lebenslauf des Dr. phil. nat. Heinrich Hiltermann, 3.6.1948, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 96565, unp.; Präsident der BfB (Hannover) an Bundesminister für Wirtschaft (Bonn), 31.10.1967, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 96566, Bl. 105–108.

HOCK, ALBERT (1896–1964): 1915–1918 Teilnahme am I. WK, Vizefeldwebel, 1917 Abitur, 1917–1923 Studium der Chemie TH München, 1924 Promotion (Dr. Ing. Chemie), anschließend Studium der Landwirtschaft TH München und Landwirtschaftliche Hochschule Weihenstephan, 1929 Dr. der Landwirtschaft (agr.), Spezialist auf dem Gebiet der Bodenkunde, Bodenaufnahme und Bodenkartierung, 1922 Assistent Agrikultur-Chemisches Institut und Leiter der Bodenuntersuchungs- und Bodenkartierungsstelle Weihenstephan (TH München), 1935 planmäßiger Regierungsgeologe Geologische Landesuntersuchung Bayerisches Oberbergamt, Begründer der dortigen Bodenkundlichen Untersuchungsstelle, 1936 Regierungsgeologe I. Klasse, 1939 Bezirksgeologe RfB-Zweigstelle München, 1944 dort komm. Leiter, nach II. WK 1945 entlassen, 1948 Leiter der Abteilung Landwirtschaft und Ernährung im saarländischen Wirtschaftsministerium, um 1951 Dozent Universität des Saarlandes, um 1963 Ruhestand, gest. 1964 – 1919/20 Deutsch-Völkischer Schutz- und Trutzbund, NSDAP 1933, zudem NSV, RDB; NSDStB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Regierungsgeologen Albert Hock zum Regierungsgeologen I. Klasse, 26.2.1936, BArch Berlin, R 601, Nr. 2081, Bl. 82 f.; Vorschlag zur Ernennung des Bezirksgeologen Dr. Dr. Hock zum Regierungsgeologen, 5.11.1941, BArch Berlin, R 601, Nr. 2087, Bl. 38 f.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 15951337, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1595, Karte 1337; Von Hock ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 11.7.1939, BArch Berlin R 9361-II, Nr. 419553, unp.; Von Hock ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BayHStA München, Geologisches Landesamt, Nr. 409, unp.; Oberbergamt München an Geologische Landesuntersuchung (München), 1.9.1945, ebd., unp.; Kohl, Nachruf Hock (1970), S. 11–17.

HOFFMANN, KARL (1897–1988): Abitur, danach Volontär in der Industrie, Teilnahme am I. WK, dabei Hochschulkurs in Warschau (Geologie), 1918–1921 Studium der Elektrotechnik Höhere Technische Lehranstalt (Ingenieurschule) Mannheim, 1921–1933 Elektroingenieur, Betriebsassistent und Konstrukteur im Werk Ludwigshafen der I.G. Farben, nebenbei geologische Studien, u.a. an Universität Heidelberg, 1933 wiss. Mitarbeiter Landessammlungen für Naturkunde Karlsruhe, 1938 Anstellung bei der Dienststelle Erforschung des deutschen Bodens (Keppler) und Übernahme in RfB, 1942 Abteilung Erdöl der RfB in Hannover, nach dem II. WK Amt für Bodenforschung Celle, später Hannover, 1958 Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung, Leiter des Referats Paläontologie und Sammlungen, 1963 Ruhestand, gest. 1988 – NSDAP, vgl. Knauff, Karl Hoffmann (1987), S. 1–10; Erklärung von Alfred Bentz, 8.7.1947, BGR-Archiv Hannover, Nr. 136067, unp.

HOPPE, WALTER (1896–1976): 1916 Abitur, 1916 Teilnahme I. WK, verwundet, 1917 kriegsbeschädigt aus Heer entlassen, 1917–1921 Studium Geologie und Naturwissenschaften Universität Leipzig und Göttingen, 1921 Promotion, 1921–1924 Assistent Institut für Geologie und Technische Gesteinskunde TH Darmstadt, 1924 Habilitation, 1924–1926 Assistent Mineralogisches Institut Universität Leipzig, 1926 Landesgeologe Thüringische GLA, 1939 RfB-Zweigstelle Jena, im II. WK Wehrgeologe, ab 1946 Leiter der Außenstelle Jena der Deutschen Geologischen Landesanstalt Ost-Berlin, dort 1950 bis 1954 Chefgeologe, 1951 zudem Lehrauftrag für Angewandte Geologie Universität Jena, 1953 Professor, 1954 Lehrstuhl für Geologie an Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, dort 1957 Direktor Institut für Geologie und Technische Gesteinskunde, 1962 emeritiert, gest. 1976 – 1937 NSDAP, zudem NSV, RDB, vgl. von Hoppe ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BArch Berlin, R 71, Nr. 27, unp.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 16870027, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1687, Karte 27; Von Hoppe ausgefüllter Personal-Fragebogen (mit anliegendem Lebenslauf), 15.3.1947, BArch Berlin, DO 1, Nr. 97098, unp.; Wittmann, Nachruf Hoppe (1977), S. 91 f.; Eintrag Walter Hoppe, in: Mineralienatlas – Fossilienatlas (<https://www.mineralienatlas.de/lexikon/index.php/Hoppe%2C%20Walter>, eingesehen am 28.3.2024).

HORVATH, JOSEF (1900–1976): 1919 Abitur, 1919–1925 Studium des Bergwesens Universität Graz und Montanistische Hochschule Leoben, 1923 erste Staatsprüfung, 1925 Diplomexamen Montanistische Hochschule Leoben und dort Assistent von Prof. Dr. Bartholomäus Granigg, 1926–1927 Geophysiker bei A.B. Elektrisk Malmetning, Stockholm, 1928 Assistent Graniggs Montanistische Hochschule Leoben, 1929 Geophysiker bei Swedish American Prospecting Cy. in Texas, 1930–1939 Geophysiker und Montangeologe bei den zum selben Konzern gehörenden Gesellschaften A.B. Elektrisk Malmetning, Stockholm, Svenska Diamantbergborrnings und A.B. Mineral Invest in Stockholm, u.a. Planung, Organisation und Beaufsichtigung geophysikalischer Untersuchungen, so etwa 1930–1932 Holländisch-Indien, 1932–1937 Teilnehmer an einer internationalen geologischen und geophysikalischen Untersuchung im Norden Australiens (Aerial Geological & Geophysical Survey of Northern Australia), 1937–1939 Skandinavien, hauptsächlich Norwegen, 1939 Abteilungsleiter für Erzprospektion der Prakla, Berlin, 1940–1945 von der RfB zur Dienstleistung beim ‚Reichskommissariat für die besetzten norwegischen Gebiete‘ abgestellt, gleichzeitig Leiter der RfB-Außenstelle Oslo, 1942 Promotion Leoben, 1946–1951 Geologische Landesanstalt Ost-Berlin, Hauptabteilungsleiter für Untersuchungs- und Aufschlussarbeiten in Ostdeutschland, verließ die Stellung aus politischen Gründen, 1951–1956 Leitender Geophysiker in der Abteilung für metallhaltige Böden des Commonwealth Bureau of Mineral Resources in Australien, 1965, Ruhestand, 1965–1971 privater beratender Geophysiker in Melbourne, 1971–1976 Lehrbeauftragter (Teilzeit) an der Montanuniversität in Leoben, 1976 gestorben, vgl. Lebenslauf Horvaths (Olinda Victoria, Australien), 4.1.1970, UAMU Leoben, Biographien 1970 Lebenslauf

Josef Horvath, unp.; Promotionsakt des Dipl. Ing. Josef Horvath, B 11i-1942, UAMU Prom.-Akt 1942 Horvath, unp.; Alafaci, Horvath, Joseph (1900–1976).

VON HÜLSEN, FRIEDRICH CARL (1901–1975): Abitur, 1921–1925 Studium Bergakademie Clausthal, 1926 Diplom-Hauptprüfung, 1930 Staatsprüfung für den höheren technischen Staatsdienst im Bergfach, 1931 Promotion (Dr. Ing.), 1926 Bergreferendar, 1930 Bergassessor, 1930–1931 Rheinisches Braunkohlen-Syndikat in Köln, 1932 Mitteldeutsches Braunkohlen-Syndikat Leipzig, 1932–1933 Hilfsarbeiter Bergabteilung des Preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, 1933 Bergrat, 1933–1935 Bergrevier Oberhausen-Dinslaken, 1935–1936 Bergamt Saarbrücken, 1936 Oberbergamt Breslau, 1939 zur Dienstleistung beim ‚Reichsprotector in Böhmen und Mähren‘ in Prag, Abteilung Wirtschaft abgeordnet, 1939 Oberbergrat, 1940 Oberregierungsrat, nach dem II. WK Berghauptmann im Oberbergamt Rheinland-Pfalz, gest. 1975 – NSDAP 1933, zudem NSV, NSBDT, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Oberbergrats Dr. Ing. Friedrich Carl von Hülsen zum Oberregierungsrat, ohne Datum (um 1940), BArch Berlin, R 2, Nr. 21325, unp.; de la Sauce/Schorn/Schrödter, Jahrbuch (1954), S. 821; Krockner, Bergbau-Archiv (2001), S. 438.

KAEMMERER, OSKAR (1889–?): Abitur, Studium Bergakademien in Clausthal und Berlin sowie an der Universität und TH München, nach Abschluss des Studiums Prüfung als Bergreferendar, danach Ausbildung auf Gruben und Bergämtern, Ernennung zum Bergassessor, Tätigkeit in der Privatindustrie, 1914–1918 Teilnahme am I. WK, 1926 Bergassessor PGLA, 1933 Bergrat PGLA, 1936 Bergrat am Bergamt Saarbrücken-West, ab 1937 Tätigkeit bei verschiedenen Bergämtern (u.a. Saarbrücken, Metz), 1943 Leiter des Bergamtes in Diedenhofen und kommissarischer Leiter des Bergamtes in Metz, 1944 zwei Jahre Haft wegen Wehrkraftzersetzung – NSDAP-Anwärter 1937, abgelehnt, vermutlich wegen ehemaliger Logenmitgliedschaft, vgl. Urteil vermutlich des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshofs, Berlin, 7.12.1944, BArch Berlin, R 3018, Nr. 6089, unp.; Reich, Arbeiten (1968), S. 83.

KAST, FRIEDRICH (1898–?): 1917 Abitur, 1917–1921 Studium der Rechtswissenschaften, 1917–1919 Wehrdienst, 1921–1924 Referendariat in verschiedenen Gerichten und Anwaltskanzleien, 1927 Staatsbergverwaltung, Preussag und Bergwerks-AG Recklinghausen, 1933 Oberbergamt in Clausthal-Zellerfeld, 1935 Bergrat, 1936 Bergrat (Ministerial-Abteilung), 1938 ausgeschieden, 1942 juristischer Dezernent Oberbergamt Saarbrücken u. Direktor des dem Bergamt angegliederten Knappschafts-Oberversicherungsamtes, 1949–1963 zunächst stellvertretender, dann Oberbergamtsdirektor Hessisches Oberbergamt Wiesbaden – NSV, RDB, vgl. Oberlandesgerichtspräsident an Pr. Justizminister betr. Zulassung des Referendars Friedrich Kast, 22.7.1924, BArch Berlin, R 3001, Nr. 62667, Bl. 1f., Pr. Justizminister an Oberlandesgerichtspräsident (Naumburg) u. Pr. MHG, 31.3.1927, ebd., Bl. 16; Karteikarte in BArch Berlin, R 9361–II, Nr. 497754, unp.; de la Sauce/Schorn/Schrödter, Jahrbuch (1954), S. 828; Einecke, Bergbehörden (1995), S. 14.

KAUNHOWEN, FRIEDRICH (1860–1940): 1880 Abitur, 1880–1885 Studium der Naturwissenschaften, bes. Geologe in Breslau und Berlin, 1887 Promotion Berlin, 1893 Assistent und 1894 Hilfsgeologe PGLA, 1901 Bezirksgeologe, 1906 Landesgeologe, Sachberater bei Bau der Berliner U-Bahn, 1912 Professor, 1916 Kriegsgeologe, 1925 pensioniert, 1940 gest. – vgl. Krause, Nachruf Kaunhowen (1941), S. 347–357; Fragebogen betr. Dr. Kaunhowen, Friedrich, geboren den 24.8.1860 zu Straschin [Kreis Danziger Höhe], ohne Datum, GStA, I. HA Rep. 121, Nr. 3061, unp.; Nachweisung über die persönlichen und dienstlichen Verhältnisse des Bezirksgeologen an der geologischen Landesanstalt und Bergakademie zu Berlin Dr. Friedrich Kaunhowen, ohne Datum, ebd., unp.

KEGEL, WILHELM (1890–1971): Abitur, 1909–1913 Studium Mathematik und Naturwissenschaften in Marburg, 1913 Promotion u. Assistent Geologisches Landesmuseum PGLA, 1914 Geologe auf Probe und 1915 außerplanmäßiger Geologe PGLA, Teilnahme I. WK, 1919 Freikorps Oranien, 1924 Bezirksgeologe, 1930 Professor, 1938 Landesgeologe, 1939 Wehrdienst, 1940 Direktor Abteilung II Geologie RfB, 1945 Deutsche Geologische Landesanstalt Ost-Berlin, dort 1946 entlassen, 1947–1949 Leiter der Landesstelle Nordrhein-Westfalen des Amtes für Bodenforschung in Düsseldorf, ab 1949 in Brasilien, Tätigkeit für den dortigen Geologischen Dienst (Departamento Nacional de Produção Mineral), Lehrstuhl für Geologie Universität Rio de Janeiro, 1971 gest. – 1920–1932 Logenmitglied „Wilhelm zu den drei Helmen in Wetzlar“, 1933 Stahlhelm, SA, NSV, RDB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Bezirksgeologen und Professors Dr. Kegel zum Landesgeologen und Professor, 7.10.1938, GStA, I. HA, Rep. 90A, Nr. 1023, Bl. 238–240; Vorschlag zur Ernennung des Landesgeologen und Professors Dr. Kegel zum Direktor, 19.9.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 40 f.; Bescheinigungen des Amtes für Bodenforschung, Hannover betr. Wilhelm Kegel, 15.1.1952 u. 8.12.1952, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 48208, unp.; Prof. Wilhelm Dienemann an Reg.-Oberinspektor a.D. Krause (Hannover), 13.1.1952, ebd., unp.; Pfeiffer, Dokumente (1984), S. 82, Putzer, Nachruf Kegel (1971), S. XIII–XXII.

KEILHACK, KONRAD (1858–1944): 1877 Abitur, 1877–1881 Studium der Geologie in Jena, Freiberg, Göttingen und Berlin, 1881 Promotion und Hilfsgeologe PGLA, 1883 etatmäßiger Assistent, 1886 Bezirksgeologe, 1890 Landesgeologe, 1892 Mitglied Leopoldina, 1900 Professor, 1914–1923 Abteilungsleiter Flachland-Kartierung PGLA, Okt. 1916–Okt. 1918 Leiter der kriegsgeologischen Aufnahmen im besetzten Belgien, 1917–1919 Präsident der DGG, 1923 ständiger Stellvertreter des Präsidenten der PGLA, Oktober 1923 pensioniert, 1944 bei Luftangriff auf Berlin gestorben – vgl. Fragebogen betr. Dr. phil. Keilhack, Conrad, geboren den 16.8.1858 zu Oschersleben, ohne Datum, GStA, I. HA Rep. 121, Nr. 2956, unp.; Woldstedt, Nachruf Keilhack (1951), S. XIX–XXV.

KEPPLER, WILHELM (1882–1960): 1901–1910 Studium des Maschinenbaus TH's Karlsruhe und Danzig, 1921–1932 Leiter einer Chemischen Fabrik, 1927 NSDAP, 1931 persönlicher Wirtschaftsberater Hitlers, über den so genannten ‚Keppler-Kreis‘ von Wirtschaftsfachleuten erhielt die NSDAP

Kontakte zur Wirtschaft und zu konservativen Kreisen, 1933 Mitglied des Reichstages, 1933 Aufnahme in die SS, zuletzt Obergruppenführer (1942), Begründer des ‚Freundeskreises Reichsführer-SS‘, 1933 Beauftragter des ‚Führers‘ für Wirtschaftsfragen in der Reichskanzlei, Ende 1934 Wirtschaftsbeauftragter des Führers und Reichskanzlers, Sonderaufgabe Deutsche Roh- und Werkstoffe (ab 1936 Büro Keppler), 1936–1937 Leiter der Dienststelle „Planung und Fabrikation industrieller Fette“ in der Vierjahresplanorganisation, März–Juni 1938 Reichskommissar in Österreich (Gleichschaltung Wirtschaft), ab Herbst 1938 Staatssekretär z.b.V. im AA, 1938–1945 Präsident RfB, während des II. WK an der Verwaltung der von der SS beschlagnahmten Betriebe im besetzten Osten beteiligt und als Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Umsiedlungs-Treuhandgesellschaft Mitverantwortlicher für Massendeportationen, nach dem II. WK Internierung und 1949 Verurteilung zu zehn Jahren Haft im Nürnberger ‚Wilhelmstraßenprozess‘, 1951 begnadigt, Anstellung beim Motorenhersteller Felix Wankel in Lindau am Bodensee, 1960 gest., vgl. Rimmele, Keppler (2003), S. 261; Klee, Personenlexikon (2003), S. 304, Riedel, Keppler, Wilhelm (1977), S. 509 f., Guntau, Aspekten (2002), S. 142.

KIESLINGER, ALOIS (1900–1975): 1919 Abitur, 1919–1923 Studium der Geologie, Mineralogie, Paläontologie Universität Wien, 1921 bis 1930 a. o. Assistent Paläontologisch-Paläobiologisches Institut Universität Wien, daneben geologische Aufnahmetätigkeit für die Geologische Bundesanstalt Wien, 1923 Promotion, 1930 Habilitation, dann 1930 und 1933 bis 1937 wissenschaftliche Hilfskraft und ab 1938 Hochschulassistent Lehrkanzel für technische Geologie TH Wien, 1931 Korrespondent des Bundeskanzleramtes, Dezernat Zentralstelle für Denkmalschutz, 1937 a. o. Prof. TH Wien, 1938 wiss. Hilfsarbeiter Geologische Bundesanstalt in Wien, Leiter der Steinbruchkartei der RfB-Zweigstelle Wien, 1940 wissenschaftlicher Angestellter RfB-Zweigstelle Wien, 1941 Bezirksgeologe, 1942 zur Organisation Todt einberufen, Bauleiter bei der Einsatzgruppe ‚Wiking‘, hier u.a. für Bau von U-Bootbunkern in einem Granitvorkommen tätig, von Mai 1945 bis Ende 1946 englische Kriegsgefangenschaft, 1946 Geologe des Bundesdenkmalamtes Wien, 1949 a. o. Professor und Leiter Institut für Geologie TH Wien, 1954 o. Professor, 1970 Emeritierung, gest. 1975 – NSDAP-Anwärter 1938, war aber 1944 noch immer nicht Mitglied der NSDAP, denn er konnte „keine ausreichende Betätigung für die Bewegung in der Verbotszeit“ nachweisen und war von 1924–1927 mit einer „Nichtarierin“ verheiratet gewesen, zudem NSV, RDB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des wiss. Angestellten Prof. Dr. Alois Kieslinger zum Bezirksgeologen, 25.3.1942, BArch, R 2, Nr. 21365, unp.; Von Kieslinger ausgefüllter Fragebogen zur Bearbeitung des Aufnahmeantrages für die Reichsschrifttumskammer, 28.9.1938, BArch Berlin, R 9361–V, Nr. 24352, unp.; Von Kieslinger ausgefüllter Personal-Fragebogen zum Antragschein auf Ausstellung einer vorläufigen Mitgliedskarte [der NSDAP] und zur Feststellung der Mitgliedschaft im Lande Österreich, 25.5.1938, BArch Berlin, R 9361–II, Nr. 514151, unp.; Beschluss des Kreisgerichts I, Gau Wien (NSDAP) zum Erfassungsantrag Kieslingers,

4.10.1940, ebd., unp.; Schiedsamt der NSDAP (München) an Gauschatzmeister der NSDAP (Wien), 18.4.1944, ebd., unp.; Lebenslauf Kieslingers, ohne Datum (um 1941), BArch Berlin, R 4901, Nr. 23761, unp.; Mertz, Haidinger-Medaille (2020), S. 379–384.

KLINGNER, FRIEDRICH-ERDMANN (1901–1945): 1921–1927 Studium Naturwissenschaften Jena und Göttingen, 1927 Promotion Göttingen, 1928 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Göttingen, 1928–1934 Assistent Institut für Geologie und Lagerstättenlehre Montanistische Hochschule Leoben (Steiermark), 1934 Habilitation Leoben und wiss. Assistent PGLA, 1936 apl. Geologe PGLA, 1940 Bezirksgeologe RfB, 1941 Wehrgeologe der Waffen-SS, gefallen 1945 in Kroatien – 1931 NSDAP, 1933 SS, zudem NSV, RDB, NS-Altherrenbund der Deutschen Studenten, RKB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Geologen Dr. Klingner zum Bezirksgeologen, 1940, BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unp.; Von Klingner ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 28.6.1939, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 1657, unp.; Von Klingner ausgefüllter Fragebogen [des Rasse- und Siedlungshauptamts der SS] zur Erlangung der Heiratsgenehmigung (mit anliegendem Lebenslauf), 22.5.1935, BArch Berlin, R 9361-III, Nr. 98095, unp.; Lebenslauf Klingners, 1935, BArch Berlin, R 4901, Nr. 24051, Bl. 4; Schröder, Nachruf Klingner (1955), S. IX–XIII.

KNAUER, JOSEF (1880–1966): 1899 Abitur, 1899–1906 Studium der Rechts-, später der Naturwissenschaften Universität München, 1906 Promotion, 1906–1919 Wiss. Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität München, 1915–1918 Teilnahme am I. WK, 1919 Assessor Geognostische Untersuchung Oberbergamt München, 1920 Regierungsgeologe, 1923 Habilitation TH München, 1924 a. o. Professor TH München, 1926 Landesgeologe, 1930 Regierungsgeologe, 1932 Professor, 1939 Bezirksgeologe RfB-Zweigstelle München, 1943 Regierungsgeologe, nach II. WK 1945 entlassen, 1947 Ernennung zum Regierungsgeologen und gleichzeitige Pensionierung, gest. 1966 – 1937 NSDAP, aus Stahlhelm in SA überführt, dort bis 1935, zudem NSV, RKB, vgl. Personalnachweisung betr. Knauer, 13.4.1940, BayHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 413, unp.; Entwurf eines Schreibens des Oberbergamtes München an Bayerisches Geologisches Landesamt (München), 12.9.1947, ebd., unp.; Ganss, Nachruf Knauer (1970), S. 18–29.

KNIPSCHER, HUYBRECHT (1917–1987): Holländer, Mikropaläontologe, Schüler des Geologen Johannes Wanner (Universität Bonn), 1942 wissenschaftlicher Angestellter RfB Berlin, 1943 Arbeitsstelle Minsk des RfB, nach 1945 Geologische Landesuntersuchung am Bayerischen Oberbergamt München, später in Calgary (Kanada), vgl. Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1942), S. 100; Der Reichskommissar für das Ostland (Abt. II Pers. Schnetzer, Riga) an den Reichsminister für die besetzten Ostgebiete (Berlin), 15.6.1943, BayHStA, Geologische Landesanstalt, Nr. 418, Bl. 112; Gutachtlicher Bericht Knipscheers an die Wehrmachtskommandantur Litzmannstadt (Stab Löwe) über die Eignung zum Bau einer westlichen und östlichen Stellung im Abschnitt westlich

Kiernozia bis östlich Krepa der Löwenstellung, 2.12.1944, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 2910, unpubl.; Personalverzeichnis der Geologischen Landesuntersuchung am Oberbergamt München, 1.8.1945, BayHStA, Bayerisches Oberbergamt, Nr. 230, unpubl.; Rolf Teichmüller an Heinrich Hiltermann, 6.2.1956, UB Freiburg (GAGV), GA 69, 224 (Schriftwechsel K-L, hier Knipscheer), unpubl.

KOCH, EMIL (1886–1960): 1906 Abitur, 1906–1911 Studium der Geographie, Geologie und Philologie in Greifswald, München, Marburg und Hamburg, 1911 Staatsprüfung, 1911–1913 Ausbildung für den höheren Schuldienst in Hamburg (Lehrer), gleichzeitig freiwilliger Hilfsarbeiter am Mineralogisch-Geologischen Staatsinstitut Hamburg, Bearbeitung des dortigen Bohrarchivs, 1913–1914 wissenschaftlicher Hilfslehrer, 1914–1924 Oberlehrer, 1923 Promotion, 1924–1928 Kustos im Geologischen Staatsinstitut Hamburg, 1928 Professor, 1929 Habilitation für Geologie und Paläontologie, 1939 Leiter der Zweigstelle Hamburg der RfB, 1948 Leiter des neugeschaffenen Geologischen Landesamtes Hamburg, 1953 Ruhestand, 1960 gest. – DNVP von ? bis 1927, NSDAP-Mitgliedschaft wegen Logenzugehörigkeit angeblich nicht möglich, Mitglied NSLB, NSV, NSBDT, vgl. Personalbogen betr. Koch, ohne Datum (um 1935), BArch Berlin, R 71, Nr. 30, Bl. 1f.; Karteikarte betr. Koch, ohne Datum, ebd., B. 8; Fragebogen zum Zwecke der Vervollständigung der Personalakte, 25.2.1938, ebd., Bl. 14; Niedermayer, Nachruf Koch (1961), S. XI–XXIV.

KOCH, ISA (1913–1984): 1932 Abitur, 1932–1937 Studium der Mineralogie, Geologie und Chemie in Freiburg und Heidelberg, 1937 Promotion Heidelberg, von März bis November 1938 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Deutschen Steinbruchkartei der PGLA, ab Dezember 1938 Mineralogin am Laboratorium der Forstlichen Hochschule Hannoversch-Münden in Harburg. Spätere Ehefrau des SS-Obersturmführers Fritz Kubach, Amtschef Wissenschaft und Facherziehung in der Reichsstudentenfürsorge, NSDAP-Anwärterin 1938, gest. 1984, vgl. RuS-Fragebogen mit anliegendem Lebenslauf von Isa Koch, 5.3.1939, BArch Berlin, R 9361–III, Nr. 109485, unpubl.; Lebenslauf in der Dissertationsschrift von Koch: Die Kuselite des Saar-Nahe-Gebietes, Stuttgart 1938 (Ich danke Malte Stöcken für den Hinweis).

KÖLBEL, HEINRICH (1910–1984): 1930 Abitur, 1930–1937 Studium Geologie u. Mineralogie Berlin, Tübingen u. Kiel, 1937 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut, Universität Berlin, 1937–1939 Büro Keppler, 1938 Promotion, 1939 Wissenschaftlicher Angestellter RfB, 1942 apl. Bezirksgeologe, 1945 Geologische Landesanstalt Ost-Berlin, 1951 dort Abteilungsleiter, 1958 Professor, 1961 zweitweise Leiter der Deutschen Geologischen Landesanstalt, der Staatlichen Geologischen Kommission und des Zentralen Geologischen Instituts Ost-Berlin, daneben 1962–1968 Lehrauftrag Geotektonik Humboldt-Universität zu Berlin, 1975 Ruhestand, gest. 1984 – NSDAP 1937, SA, NSOG, NSV, DAF, vgl. von Köbel ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum, BArch Berlin, R 71, Nr. 32, unpubl.; BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 21780125, NSDAP-Gaukartei, Kasten 2178, Karte 125; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1942), S. 98; Wiefel/Wiefel, Lexikon (2010), S. 80.

KÖHLER, RICHARD (1902-?): Abitur, 1921–1926 Studium der Chemie, 1926 Promotion, 1926 Berufsschullehrer, 1927 Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen, 1927–1928 Wissenschaftlicher Angestellter PGLA, 1928 Chemiker auf Probe, 1929 apl. Chemiker an PGLA, nach 1930 Leiter des Erdbaugeologischen Labors der PGLA, 1938 Chemiker PGLA, nach dem II. WK offenbar ingenieurgeologische Tätigkeit in der DDR – 1932 NSBA-Obmann der PGLA, 1933 NSDAP, zudem NSV, RDB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Chemikers Dr. Köhler zum Chemiker bei der PGLA, 18.1.1938, GStA, I.HA, Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 204–206; Formular zu seiner Beförderung, BArch Berlin, ohne Datum, R 3101, Nr. 30162, Bl. 207f.; BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 21740794, NSDAP-Gaukartei, Kasten 2174, Karte 794; Dienemann, Arbeiten (1968), S. 118; Kaemmel, Erinnerungen (2013), S. 36.

KÖRNKE, BERNHARD (1904–1945): Abitur, Studium der Naturwissenschaften, 1928–1929 wissenschaftliche Hilfskraft Badische GLA Freiburg, 1929 wiss. Hilfskraft Mineralogisches Institut Universität in Königsberg, 1930 Promotion Königsberg, 1931–1937 wissenschaftlicher Assistent ebd., 1937 wissenschaftlicher Assistent PGLA, 1940 wissenschaftlicher Angestellter RfB Berlin, 1941 apl. Geologe RfB Berlin, 1942 Leiter des Referats Bodenforschung in der Abt. III All. Wi beim ‚Reichskommissar für das Ostland‘ in Riga (= Außenstelle Riga des RfB), 1942 Bezirksgeologe, 1944 Wehrdienst, „Forschungskommando Ost“ des Sonderkommandos Dora, 1945 an den Folgen einer Verwundung in einem Kriegslazarett gestorben – 1925–1929 Jungdeutscher Orden, 1933 NSDAP, SA zudem NSV, RDB, NSLB, NSFK, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Bezirksgeologen Dr. Körnke zum Bezirksgeologen, 9.6.1942, BArch Berlin, R 601, Nr. 2088, Bl. 415f.; Von Körnke ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatischen Erhebung 1939, 11.8.1939, BArch Berlin, R 9361–I, Nr. 1763, unp.; BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 21981388, NSDAP-Gaukartei, Kasten 2198, Karte 1388; Von Körnke ausgefüllter Personalfragebogen, 15.2.1943, BArch Berlin, VBS 1027 (R 6), ZD I 2739, Bl. 1f.; Lebenslauf Körnkes, 15.2.1943, ebd. Bl. 3; Kulicke (Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete [RMbdO], III Fm, Nr. Verw.) an RMbdO (III Wi. Org., Berlin) 22.10.1942, ebd., Bl. 32; Brockamp (RfB Berlin) an Dr. Robert Schnetzer (Minsk, Weißruthenien, OT-Park), 17.9.1942, BayHStA München, Geologische Landesanstalt, Nr. 418, Bl. 101; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1942), S. 98; Erklärung von Paul Woldstedt (Landesamt für Bodenforschung Hannover), 22.2.1947, HHStA Wiesbaden, 520, Nr. 16, Bl. 47; Schlesinger, Manfred (IPW TEAM 191 MIS USFET G-2 SEC CHANOR BASE APO 562 US ARMY): Sonderkommando Dora, Forschungsstaffel z.b.V., 15. Oktober 1945, NAW, Records of the Army Staff. Records of the Office of the Assistant Chief of Staff, G-2, Intelligence. Records of the Investigative Records Repository (IRR). Security Classified Intelligence and Investigative Dossiers, 1939–1976 (Personal Name File). Record Group 319, IRR (Impersonal File), Box 38 (Sonderkommando Dora).

KREJCI-GRAF, KARL (1898–1986): 1915–1918 Teilnahme am I. WK, Leutnant d.R., 1916 Abitur, 1919 Freikorps der Leobener akademischen Legion

in Kärnten, 1919–1923 Studium der Geologie Montanistische Hochschule Leoben, Schwedische Akademie in Åbo bei Turku in Finnland, Universitäten Wien und Berlin, 1923 Promotion in Wien, 1923–1930 Leiter der Feldabteilung bei der rumänischen Erdölgesellschaft Steaua Romana in Câmpina (Ploiești), 1930–1933 Professor für Paläontologie und Lagerstättenkunde Sun-Yat-sen-Universität in Guangdong Kanton in China, 1935 Exploration in Kwantung für die Südwest-Regierung (Southwestern Council) im chinesischen Kanton, 1936 Habilitation TH Berlin, 1937 Lagerstättenbegutachtung u. Bergbauberater der Zentralregierung in China, 1937 Chefgeologe der Preussag in Hannover, 1937 Direktor Institut für Brennstoffgeologie Bergakademie Freiberg, 1938 o. Professor, in dieser Funktion Zuarbeit auf dem Gebiet der Erdölgeologie für die RfB, 1939 Mitglied des Erdölkommandos Galizien, 1939–1944 beratender Erdölgeologe der Kontinentale Öl AG in Rumänien, 1939 auf Veranlassung Keplers in den Rang eines SS-Hauptsturmführers erhoben, 1940 zur Dienstleistung bei der RfB zur Leitung der geologischen Arbeiten in Rumänien abgeordnet, 1944–1946 russische Gefangenschaft in Bukarest, 1946 nach Wien entlassen, dort von den Amerikanern bis 1947 inhaftiert, 1947–1950 Obergeologe und Leiter des wissenschaftlichen Dienstes der Sowjetischen Mineralölverwaltung in Wien, 1951 im Auftrag einer schwedischen Firma in Portugal und dort bis 1953 Chefgeologe und technischer Vizedirektor der Companhia dos Petroleos de Portugal in Lissabon, 1953–1955 verschiedene Forschungsreisen, 1953 Direktor Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Frankfurt am Main, 1963 emeritiert, 1986 gestorben – Mitglied SS, NSV, NSDDB, vgl. Hochschullehrerkartei des RMWEV, Karteikarte betr. Krejci-Graf, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13269, Bl. 5494; Lebensläufe Krejci-Grafs, 1.2.1946, 8.2.1946, 11.2.1946, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. 20859–20867, hier Nr. 20864, unp.; Kabinettsvorlage des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung (Wiesbaden) betr. Ernennung Krejci-Grafs zum o. Professor an der Universität Frankfurt am Main, 3.6.1953, HHStAW, 527, II 8778, unp.; Carlé, Stammbaum (1988), S. 237 f.; Petrascheck, Nachruf Krejci-Graf (1988), S. 259 f.; Karl Krejci-Graf, in: Austria-Forum (https://austria-forum.org/af/Austria-Wiki/Karl_Krejci-Graf, eingesehen am 24.7.2024).

KROMER, KARL (1899–?): 1916 Abitur, 1916–1920 Teilnahme am I. WK, Leutnant, kriegsbeschädigt, Freikorps, 1920–1933 Kaufmann und Prokurist bei verschiedenen der Gutehoffnungshütte angegliederten Firmen (u.a. Haniel-Konzern), 1934 Verbindungsstab der NSDAP, Abteilung VI Wirtschaft, ab Juli 1934 Referent beim ‚Beauftragten des Führers für Wirtschaftsfragen‘ Kepler, 1935 Gruppenleiter in der Dienststelle Keplers, 1936 Gruppenleiter beim ‚Generalsachverständigen für Deutsche Roh- und Werkstoffe‘ Kepler, 1939–1945 Leiter der RfB-Verwaltungsabteilung, 1940 fünf Monate Haft wegen „Untreue, Erpressung, Betrug“, daher fortan keine Beförderung – 1920–1923 Deutsch-Völkischer Schutz- und Trutzbund, 1933 NSDAP, 1934 SS, zuletzt Obersturmbannführer, vgl. Kepler an Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei, 28.2.1935, BArch Berlin, R 43-II, Nr. 374, Bl. 40; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei,

Nr. 23460841, NSDAP-Gaukartei, Kasten 2346, Karte 841; RWM an RMdI (mit anliegendem Vorschlag zur Ernennung des Referenten im Angestelltenverhältnis Karl Kromer zum Direktor), 29.7.1940, BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unpag.; Vorschlag zur Ernennung des Referenten im Angestelltenverhältnis Karl Kromer zum Direktor, 9.5.1942, BArch Berlin, R 601, Nr. 2088, Bl. 383 f.; Vorschlag zur Ernennung des Referenten im Angestelltenverhältnis Karl Kromer zum Direktor, 3.10.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 42 f.; Lebenslauf Kromers, 23.1.1936, BArch Berlin, R 9361-III, Nr. 538071, unpag.; SS-Stammrollen-Auszug betr. Karl Kromer, ebd., unpag.; Aktennotiz des SS-Personalhauptamtes, 29.8.1940, ebd., unpag.; SS-Kennblatt betr. Karl Kromer, ebd., unpag.

KÜHN, ERNST BENNO (1865–1949): 1884 Abitur, 1884–1890 Studium der Philosophie, Naturwissenschaften, insbesondere Geologie und Mineralogie in Leipzig, Tübingen und Berlin, 1890 Assistent am Mineralogischen Institut der Universität Berlin und Promotion, 1893 Hilfsgeologe PGLA, 1901 Bezirksgeologe, 1902 Landesgeologe, 1906 Professor, 1919 Leiter der Geophysikalischen Arbeiten und ab 1926 Leiter der Geophysikalischen Abteilung der PGLA, 1931 pensioniert, gest. 1949 – vgl. Dammer, Nachruf Kühn (1950), S. XXI–XXVII.

KÜHNE, FRIEDRICH (1894–1970): 1914 Abitur, 1914–1918 Teilnahme I. WK, 1918 Studium Naturwissenschaften und Geologie TH Braunschweig und Universität Göttingen, 1922 Promotion und Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Göttingen, 1922–1924 Geologe auf Probe PGLA, 1925–1933 apl. Geologe, 1933 Bezirksgeologe, Abteilung Erdöl, 1934 alternierend mit Wilhelm Haack Leiter der Zweigstelle Hannover des Instituts für Erdölgeologie der PGLA, 1945 Landesgeologe Geologische Landesanstalt Ost-Berlin, 1948 Professor, 1949 Leiter der Abteilung III der Geologischen Landesanstalt, 1951 Leiter der Hauptabteilung Erschließung ebd., 1952 nach Zusammenlegung des Geologischen Dienstes mit der Staatlichen Geologischen Kommission Leiter der Abteilung Kartierung, 1953 Übertritt in Amt für Bodenforschung Hannover, 1955–1959 Landesgeologe bzw. Regierungsgeologe beim Amt für Bodenforschung bzw. dem Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung in Hannover, 1959 Ruhestand, gest. 1970 – NSV, NS-Altherrenbund des Studentenvereins in Göttingen, vgl. Personalbogen der Staatlichen Geologischen Kommission (Personalabteilung) betr. Friedrich Kühne (mit anliegendem Lebenslauf), 30.10.1952, BArch Berlin, DO 1, Nr. 98245, unpag.; Wager Nachruf Kühne (1971), S. XLIV–XLVII.

KRUSCH, PAUL (1869–1939): 1890 Abitur, Bergbaustudium Universitäten Leipzig, Berlin und Bergakademie Berlin, 1894 Assistent PGLA, 1895 Promotion in Leipzig, 1901 Bezirksgeologe, 1904 Landesgeologe PGLA, 1906 Professor Bergakademie Berlin, 1909 Abteilungsdirigent für Erzlagerstätten und Kartierung im Gebirgslande, während des I. WK Rohstoffexploration in besetzten Gebieten und Mitarbeiter in verschiedenen Kriegsgesellschaften, 1920 Abteilungsdirektor, 1923 Präsident PGLA, 1933 in den Ruhestand versetzt, 1939 gestorben – vgl. Beschluss des Gaugerichts Berlin betr. Winfried von

Seidlitz, 9.1.1936, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 182–194, hier Bl. 183; Berg, Nachruf Krusch, (1941), S. 487–505.

LANGE, ERICH (1889–1965): Abitur, 1909–1913 Studium des Bergbaus Bergakademie Clausthal-Zellerfeld und der Geologie TH Berlin, 1913 Promotion, 1913–1915 im Auftrag des Reichskolonialamtes Studienreisen nach Afrika, 1915–1916 I. WK Schutztruppe in Kamerun, 1916–1918 Internierung, 1920–1921 Tätigkeit für die Russische Technische Staatskommission für Bergbau und Leiter der 1920 in Berlin gegründeten Staatskommission für die Anwerbung ausländischer technischer Experten für den Aufbau des Sowjetstaates, 1921–1922 geologische Forschungen in der Sowjetunion, 1923–1924 Berater im Mitteleuropäischen Büro der Roten Gewerkschaftsinternationale (Profintern) in Berlin, 1925–1930 Experte für mineralische Rohstoffe in der Abteilung Industrierohstoffe der sowjetischen Handelsvertretung Berlin, 1931–1932 Vertreter der Deutschen Vertriebs-Gesellschaft für Russische Oel-Produkte (Derop) AG in Chemnitz und Königsberg, 1934 Versicherungsvertreter, 1937 wiss. Angestellter PGLA, 1939–1942 RfB, 1943 Mitarbeiter der Gruppe Deutscher Kolonialwirtschaftlicher Unternehmungen (DEKO) Berlin, 1944 wiss. Mitarbeiter Geologisches Institut Bergakademie Freiberg, 1946 o. Professor und Direktor des Instituts für Brennstoffgeologie Bergakademie Freiberg, Okt. 1946 Präsident Geologische Landesanstalt Ost-Berlin, 1950 infolge Auflösung der GLA Ost-Berlin und Bildung der Staatlichen Geologischen Kommission der DDR Niederlegung des Präsidentenamtes, nun Leiter des Geologischen Dienstes, zudem bis 1959 Mitglied der Staatlichen Geologischen Kommission, ab 1955 Chefredakteur der Zeitschrift für Angewandte Geologie, gest. 1965 – 1918 Spartakusbund, 1921–1922 KPD, 1936 DAF, 1945 KPD, dann SED, vgl. von Lange ausgefüllter Fragebogen des Reichsverbands Deutscher Schriftsteller (Berlin), 24.2.1934, BArch Berlin, R 9361-V, Nr. 7562, unp.; Personalfragebogen der Geologischen Landesanstalt der SBZ in Ost-Berlin, 3.8.1949, BArch Berlin, DO 1, Nr. 98465, unp.; Lebenslauf Langes, 1.11.1948, ebd., unp.; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1942), S. 220; Prof. Dr. Erich Lange – 70 Jahre alt, in: Zeitschrift für angewandte Geologie 5 (1959), Heft 1, S. 2; Preuß, Lange, Erich (1996), S. 459; Kaemmel, Erinnerungen, 2013, S. 29 f.; Hofmeister, Geology (2024).

LEMKE, ERICH (1910–?): Abitur 1929, 1929–1934 Studium Naturwissenschaften und Geologie in Göttingen und Berlin (Universität), 1934 Promotion, danach wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Geologisch-Paläontologischen Institut Universität Berlin, 1935–1936 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter PGLA, 1936–1938 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Staatliches Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem (Abteilung Baugewerbe, Bearbeitung der geologischen Seite der technischen Gesteinsuntersuchungen für die Deutsche Steinbruchkartei), 1938 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Sächsisches Geologisches Landesamt, ab 1939 RfB-Zweigstelle Freiberg, 1940 zweite geologische Staatsprüfung, 1941 Wehrdienst, 1942 apl. Bezirksgeologe Freiberg – 1932 NSDAP, 1931–1932 SS, seit 1935 politischer Leiter, zudem NSV und 1938–1941 DAF, vgl. von Lemke ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1934), BArch

Berlin, R 71, Nr. 34, unp.; Von Lemke ausgefüllter Fragebogen wegen Zulassung zum öffentlichen Dienst, 15.2.1938, ebd., Bl. 5; Vorschlag zur Ernennung des wissenschaftlichen Angestellten Erich Lemke zum apl. Bezirksgeologen, ohne Datum (um 1942), ebd., Bl. 59 f.; Karteikarte betr. Erich Lemke (geb. 9.2.1910), BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 25430665, NSDAP-Gaukartei, Kasten 2543, Karte 665; NSDAP (Gaukartei München) an die Gauleitung Groß-Berlin der NSDAP, 2.4.1935, BArch Berlin, R 9361-II, Nr. 629775, unp. (Ich danke Elisabeth Kölmel für den Hinweis).

LEPPLA, AUGUST (1859–1924): 1875–1878 Studium Ingenieurwissenschaften Industrieschule Kaiserslautern und TH Aachen, 1878–1880 Studium der Naturwissenschaft TH München, 1880 Staatsprüfung München, 1880–1882 Studium Mineralogie und Geologie in Straßburg, 1882 Promotion Freiburg, 1883 Assistent am Bayerischen Oberbergamt München, 1888 Hilfsgeologe PGLA, 1894 Bezirksgeologe, 1900 Landesgeologe, 1906 Professor, 1914–1916 Militärgeologe, Dez. 1916–Dez. 1918 neben Keilhack Leiter der geologischen Aufnahmearbeiten im besetzten Belgien, gest. 1924, vgl. Fragebogen betr. Dr. Leppla, August, geboren, den 12.8.1859 zu Matzenbach (Pfalz), GStA, I. HA Rep. 121, Nr. 3408, unp.; Nachweisung der persönlichen und dienstlichen Verhältnisse des bei der Königlichen geologischen Landesanstalt und Bergakademie in Berlin als Bezirksgeologe eingestellten Dr. August Leppla, ohne Datum, ebd., unp.; Michael, Nachruf Leppla (1925), S. LXI–LXXIII.

LOEBE, RICHARD (1877–?): 1898 Abitur, 1898–1901 Studium der Chemie in Jena und Berlin, 1901 Chemiker im Labor für Bodenuntersuchungen PGLA, 1902 Promotion, 1906 Assistent Bergakademie Berlin, 1909 Habilitation, 1910 planmäßiger Chemiker PGLA, 1917 Professor, 1928 Abteilungsleiter, 1930–1939 Abteilungsdirektor für die Chemische Abteilung, a. o. Professor TH Berlin, 1941 in den Ruhestand versetzt – Thule-Gesellschaft, Mitbegründer des Bundes völkischer Lehrer, 1933 NSDAP, FM SS, zudem NSDDB, RDB, RLB, RKB, NSV, vgl. Hochschullehrerkartei des RMWEV (Karteikarte betr. Richard Loebe), BArch Berlin, R 4901, Nr. 13270. Bl. 6044; Karteikarte betr. NSV-Mitgliedschaft Loebes, BArch Berlin, R 9361-II, Nr. 647208, ohne Datum (um Sept. 1944), unp.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 26181533, NSDAP-Gaukartei, Kasten 2618, Karte 1533; Von Loebe ausgefülltes Formular zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 1.7.1939, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 2093, unp.; Antrag des RWM auf Versetzung des Regierungsdirektors Prof. Dr. Loebe in den Ruhestand, 9.6.1941, BArch Berlin, R 601, Nr. 1665, Bl. 292; Eintrag Richard Loebe, *Catalogus Professorum* (2019).

LÖGTERS, HERBERT (1913–2001): 1932 Abitur, 1932–1936 Studium der Geologie in Göttingen, Graz, Hamburg, Promotion 1937 Hamburg, dann Assistent TH Darmstadt, 1940 RfB Berlin und zum Amt für Bodenforschung in Krakau abgestellt, 1942 Erdölabteilung RfB-Zweigstelle Wien, 1942–1944 Amt für Bodenforschung, Abt. Erdöl Zweigstelle Boryslaw, Abteilung Jaslo, 1944 Arbeitsstelle Bentheim im Emsland, 1952 Chefgeologe und später Direktor Deilheim Bergbau AG (später Preussag) Bad Bentheim, 1956 Geschäftsführer

und Vorstandmitglied, 1970 Geschäftsführer der Deminex (deutsches Erdöl- und Erdgasunternehmen), 1981 Honorarprofessor Köln und Münster, gest. 2001 – NSDAP 1937–1943, SS 1933–1938. Ausscheiden aus SS vermutlich wegen Heirat ohne Genehmigung, was gegen Richtlinien der SS verstieß. Bemühte sich 1938 um Wiederaufnahme, aus den Akten geht aber nicht hervor, ob Lögters damit Erfolg hatte. Vgl. BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 26230683, NSDAP-Gaukartei, Kasten 2623, Karte 683; Von Lögters ausgefüllter Fragebogen des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS (RuS), 12.8.1938, BArch Berlin, R 9361-III, Nr. 120752, unp.; SS-Oberabschnitt Rhein (Wiesbaden) an RuS (Berlin), 25.11.1938, ebd., unp.; Nachruf Lögters (2001), S. 225.

LORENT, GUIDO (1905–1944): 1924 Abitur, Studium der Geologie, Mineralogie, Chemie und Physik Bergakademie Freiberg, 1933 Promotion, 1933–1936 Assistent Mineralogisches Institut Universität Freiburg, 1936–1937 wiss. Hilfsarbeiter (Stipendiat) Staatliche Lagerstättenforschungsstelle Leipzig, 1937–1939 Wiss. Hilfsarbeiter Büro Keppler, 1939–1944 Wiss. Angestellter RfB, 1941 Bezirksgeologe, 1944 gefallen, vgl. Vorschlag zur Ernennung des wiss. Angestellten Dr. Guido Lorent zum Bezirksgeologen, ohne Datum (1942), BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unp.; Lebenslauf Lorents, 5.6.1936, Bergarchiv Freiberg, 40028, Nr. 1–409, Nr. 3, unp.

LOTZE, FRANZ WILHELM (1903–1971): 1922 Abitur, 1922–1926 Studium der Naturwissenschaften in Göttingen, 1926 Promotion, 1926–1927 u. 1928 Assistent Geologisches Institut Universität Göttingen und DFG-Stipendiat am Geophysikalischen Institut der Universität Göttingen, 1929 Habilitation, 1929–1932 Privatdozent und Oberassistent Geologisches Institut Universität Göttingen, 1932–1935 Privatdozent und wiss. Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Berlin, 1935 nichtbeamteter a.o. Professor an Universität Berlin, 1937–1940 zur Durchführung von Untersuchungen im Rahmen des Vierjahresplans nach Spanien beurlaubt, 1940 Regierungsdirektor RfB, 1941–1945 Direktor der RfB-Zweigstelle Wien, 1943–1945 Militärdienst, u.a. Wehrgeologe, 1946–1948 Wasserwirtschaftsamt Lippstadt, 1948–1968 Direktor Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Münster, 1968 Ruhestand, gest. 1971 – NSDAP 1937, SA 1934, zudem NSV, NSLB, RDB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Professors Dr. phil. habil Lotze zum Regierungsdirektor, 22.11.1940, BArch, Berlin R 2, Nr. 21365, unp.; Hochschullehrerkartei des RMWEV (Karteikarte betr. Lotze), BArch Berlin, R 4901, Nr. 13270, Bl. 6118; Grabert, Nachruf Lotze (1972), S. 1–5; Carlé, Stammbaum (1988), S. 345–349.

MARTINI, HANS JOACHIM (1908–1969): 1927 Abitur, 1927–1933 Studium der Geologie in Freiburg, Göttingen, Berlin, 1934 Promotion Göttingen, Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Berlin, 1935 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Thüringische Geologische Landesuntersuchung Jena, 1939 Wissenschaftlicher Angestellter RfB-Zweigstelle Jena, 1940 Wissenschaftlicher Angestellter RfB Berlin, 1940–1945 Leiter des Referats Bodenforschung in der Gruppe Wirtschaft des ‚Reichsprotektors von Böhmen und Mähren‘ (= Außenstelle Prag des RfB), 1941 Bezirksgeologe, 1942

Abteilungsleiter für Bodenforschung im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit Prag, 1944 Regierungsgeologe, Juli 1945 Wissenschaftlicher Angestellter Amt für Bodenforschung Hannover, 1951 Oberlandesgeologe, 1951 Lehrbeauftragter für regionale und angewandte Geologie Bergakademie Clausthal (1957 dort Honorarprofessor), 1952 Abteilungsdirektor, 1959 Vizepräsident Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung (NLfB) und der Bundesanstalt für Bodenforschung (BfB), 1962 Präsident BfB (heute BGR), 1966–1968 Mitglied des Wissenschaftsrates, 1969 bei einem Autounfall gest. – 1924–1929 Jungdeutscher Orden, 1937 NSDAP, 1934–1935 SA, 1943 SS, zudem NSKK, NSV, RDB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des wissenschaftlichen Angestellten Dr. Martini zum Bezirksgeologen, 25.2.1941, BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unp.; Von Martini ausgefüllter RuS-Fragebogen mit anliegendem Lebenslauf, 2.9.1942, BArch Berlin, R 9361-III, Nr. 128036, unp.; Vorschlag Brockamps (RfB) an den leitenden Regierungsdirektor Dr. Fremerey (Deutsches Staatsministerium für Böhmen und Mähren, Prag) zur Verleihung des KVK an Martini, 26.6.1944, Nationalarchiv Prag, URP 114–323, Nr. 6, unp.; Von Martin ausgefüllter Fragebogen für die politische Überprüfung (Niedersächsischer Minister für die Entnazifizierung Hannover), 20.10.1950, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 85066, Bl. 3 f.; Berufsbild über den Präsidenten der BfB und des NLfB, Nov. 1963, ebd., Bl. 7 f.; Vorschlag des Bundesministers für Wirtschaft zur Ernennung des Vizepräsidenten des NLfB Prof. Dr. Hans Joachim Martini zum Präsidenten der BfB, 30.6.1962, ebd., Bl. 28 f., Schultze, Nachruf Martini (1969), S. 489–496; Carlé, Stammbaum (1988), S. 418–443.

MAUCHER, JOHANN (1907–?): Abitur, 1926–1932 Studium des Bergfaches TH's Stuttgart, Aachen, Berlin, School of Mines in Rolla, Missouri (USA), 1932 Diplomhauptprüfung TH Berlin, 1932–1935 Ingenieurpraktikant und Wirtschaftsingenieur bei der Aktiengesellschaft Sächsische Werke, Dresden, 1935–1937 Prospektor und Bergingenieur bei der Türkischen Bodenforschungsstelle in Ankara, 1938 Referent beim Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe (Vierjahresplan), 1938 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in der Abteilung Bergbau des RWM, um 1941 Gruppe ‚Bergbau‘ in der Unterabteilung ‚Ausfuhrwirtschaft und Bergbau‘ innerhalb der Hauptabteilung Volkswirtschaft des ‚Reichskommissariats für die besetzten Norwegischen Gebiete‘, 1942 Regierungsrat – SA 1933–1935, zudem NSV, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des wissenschaftlichen Hilfsarbeiters Dipl.-Ing. Maucher zum Regierungsrat, 3.8.1942, BArch Berlin, R 2, Nr. 21324, unp.

MAYER-GÜRR, ALFRED (1912–2008): Abitur, 1930–1934 Studium der Geologie, Mineralogie und Chemie in Kiel und Tübingen, 1934 Promotion in Tübingen, 1934–1935 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Tübingen, 1935–1938 Feldgeologe bei der Brit. Oil Development Co. Ltd. Mosul (Irak), 1938 Wissenschaftlicher Angestellter PGLA, Erdölabteilung, 1939 Hilfsgeologe Geologische Abteilung des Statistischen Landesamts Stuttgart, 1939 Wissenschaftlicher Angestellter RfB Berlin, 1939 Mitglied Erdölkommission Galizien, 1939–1941 Leiter der Arbeitsstelle Jaslo der RfB, 1941 apl.

Bezirksgeologe RfB, 1942 Technische Brigade Mineralöl (Fachabteilung I Geologie), Arbeitsstab Maikop (1942), danach auch „Arbeitsstelle Russland“ des RfB, Einsätze auf dem Erdölgebiet in Rumänien und schließlich in Österreich, nach dem II. WK kurzzeitig bei der British Oilfield Investigation, 1945–1947 Reichsamt für Bodenforschung Celle/Hannover, 1947 Gewerkschaft Brigitta, 1957 Mitglied des Grubenvorstandes und nach dem Zusammenschluss der beiden Gewerkschaften Brigitta und Elwerath 1970 Geschäftsführer der Brigitta und Elwerath Betriebsführungsgesellschaft mbH (BEB, Erdgas & Erdöl GmbH Hannover), 1975 pensioniert, gest. 2008 – NSDAP und SA 1931, 1939 SS, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des wissenschaftlichen Angestellten Dr. Mayer-Gürr zum apl. Bezirksgeologen, 16.6.1941, BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unp.; BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 27081569, NSDAP-Gaukartei, Kasten 2708, Karte, 1569; Von Mayer-Gürr ausgefüllter RuS-Fragebogen mit anliegendem Lebenslauf, 25.9.1941, BArch Berlin, R 9361–III, Nr. 124634, unp.; Technische Brigade Mineralöl: Befehl über Bildung des Arbeitsstabes Maikop, 4.12.1942, BA-MA, RW 46, Nr. 703, unp.; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1942), S. 220; Carl-Engler-Medaille 1973. Prof. Dr. rer. nat. Alfred Mayer-Gürr; Rooff, Erdölförderung (2016), S. 247, 255; Pfeiffer, Reichsamt (1987), S. 11; Mayer-Gürr, Alltag (1987).

MEFFERT, HERMANN (1910–?): Abitur, 1930–1935 Studium Bergakademie Clausthal, 1935 Diplomhauptprüfung, 1937 Promotion, 1937–1938 Angestellter beim Beauftragten für den Vierjahresplan, Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe, 1938 Eintritt in das RWM, 1939 Referent in der Abteilung II Bergbau der Hauptabteilung II im RWM (Referent für Gewinnung und Aufbereitung, sowie wirtschaftliche und handelspolitische Angelegenheiten der Rohstoffe Glimmer, Beryll, Ton, Kaolin, Fluss-, Schwer- und Feldspat, Schiefer, Graphit, Phosphorit, Bauxit u.a., 1940 Abteilung Bergbau beim Wehrwirtschaftsstab Norwegen, 1943 für die Leitung des Quarzbergbaues bei Goroschki (Wolhynien) vorgesehen, 1953–1975 Regierungsrat a.D. und Geschäftsführer der Fachvereinigung Metallerzbergbau e.V. in der Wirtschaftsvereinigung Metalle in Düsseldorf – NSDAP 1937, zudem SA, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Referenten Dr. Dipl. Ing. Hermann Meffert zum Regierungsrat, 3.8.1942, BArch Berlin, R 2, Nr. 21324, unp.; Geschäftsverteilungsplan des RWM, 1.7.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 21286; BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 28051121, NSDAP-Gaukartei, Kasten 2805, Karte, 1121; OKW (WiRüAmt, Nr. Ro, Berlin) an RWM (Hauptabteilung II, Nr. Bergbau), 10.10.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30936, Bl. 2; RWM (OBH) an OKW (W Stab, Major Dr. Baetz), 8.7.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30152, Bl. 17; de la Sauce/Schorn/Schrödter, Jahrbuch (1954), S. 853.

MEISNER, MAXIMILIAN (1883–1959): 1895–1901 Kadettenausbildung, 1903 Abitur, 1904–1909 Studium Universitäten Kiel, München, Straßburg und Bergakademie Berlin, 1909–1912 Bergreferendar Oberbergamt Dortmund, 1909 Bergreferendar, 1913–1922 Bergassessor PGLA, 1913 Geologische Zentralstelle für die deutschen Schutzgebiete an der PGLA, Frontkämpfer 1914,

Oberleutnant d. R., Kopfschuss, schwerkriegsbeschädigt, 1918 Dienstleistung beim Kriegsamt, Abteilung Ein- und Ausfuhr, 1922 Bergrat, 1937 Landesgeologe und Professor, 1940 Regierungsgeologe RfB, gest. 1959 – NSDAP 1937, zudem NSV, NSKOV, RDB, DAF, NSBDT, RKB, vgl. von Meisner ausgefüllter Personalbogen BArch Berlin, ohne Datum (um 1939), R 71, Nr. 36, unp.; Vorschlag des RWM zur Ernennung des Landesgeologen und Professors Meisner zum Regierungsgeologen, 10.8.1940, BArch Berlin R 601, Nr. 2086, Bl. 474 f.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 28190179, NSDAP-Gaukartei, Kasten 2819, Karte 179; Von Meisner ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 8.7.1939, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 2251, unp.; Politischer Lebenslauf Meisners, 29.5.1937, BArch Berlin, R 9361-II, Nr. 700752, unp.

MEMPEL, GERHARD (1905–1964): 1923 Abitur, 1923–1928 Bergbaubeflissener und Studium des Bergfaches Bergakademie Clausthal, 1928 Dipl.-Bergingenieur, 1929 Assistent Geologisches Institut Bergakademie Clausthal, 1932 Promotion TH Berlin, 1935 wiss. Assistent PGLA, 1937 apl. Geologe PGLA, 1938 Habilitation, 1940 Bezirksgeologe RfB, 1939–1941 Leitung der geologischen Untersuchung und Prüfung der industriellen Verwertung der Erzlagertstätten in der Slowakei, 1942–1944 Leiter der Arbeitsstelle für Erdölgeologie in Boryslaw (Polen), nach II. WK Geologische Landesanstalt Ost-Berlin, Leiter der Abteilung Stein- und Braunkohle, nach Flucht kurze Tätigkeit in Hannover, dann zwei Jahre kartierender Geologe in Portugal und ein Jahr in Brasilien, 1954 Landesgeologe Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung, 1959 Leiter der Abt. V „Nutzbare Lagerstätten“, gest. 1964 – 1933 NSDAP, zudem NSKK, NSV, RDB, NSBDT, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Bezirksgeologen Dr. Mempel zum Bezirksgeologen, 7.11.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 74 f.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 28251374, NSDAP-Gaukartei, Kasten 2825, Karte 1374; Beurteilung Mempels durch Hans Joachim Martini, 5.3.1959, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77698, unp.; Malzahn, Gerhard Mempel (1967), S. XXXI–XXXVI.

MESTWERDT, ADOLF (1880–1956): 1899 Abitur, 1899–1903 Studium der Naturwissenschaften, Mathematik und Geologie in Göttingen u. Berlin, 1903–1905 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Göttingen, 1904 Promotion Göttingen, 1905 Hilfsgeologe PGLA, 1915–1918 Kriegsdienst und Kriegsgeologe, 1917 Bezirksgeologe, 1923 Professor, 1926 Leiter des Bohrarchivs der PGLA, 1929 Landesgeologe, 1944 Ruhestand, gest. 1956 – 1932 NSDAP, zudem NSV, RDB, vgl. BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 28460226, NSDAP-Gaukartei, Kasten 2846, Karte 226; Von Mestwerdt ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 3.7.1939, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 2274, unp.; Dietz, Nachruf Mestwerdt (1958), S. XIII–XIX.

MEYER, ERICH (1874–1915): Abitur, 1896–1898 Studium und Ausbildung zum Landmesser- und Kulturingenieur, 1898 Examen in Berlin, 1898–1903 Studium der Naturwissenschaften in Jena und Göttingen, 1903 Promotion und Assistent an Universität Göttingen, 1903 Hilfsgeologe PGLA, später

Bezirksgeologe, 1914 Kriegsdienst, gest. 1915 an den Folgen eines Kopfschusses an der Ostfront – vgl. Harbort, Nachruf Meyer (1921), S. LVI–LXIX.

MICHAEL, RICHARD (1869–1928): 1887 Abitur, 1887 Studium der Geographie und Naturwissenschaften an Universität Breslau und TH Wien, 1892 Promotion, 1894 Assistent Mineralogisches Museum Universität Breslau, 1895 Hilfsgeologe PGLA, 1901 Bezirksgeologe, 1905 Landesgeologe, 1907 Mitglied der Leopoldina, 1908 Professor, 1914 zunächst Militärdienst (Offizier), 1915 dann Leiter der Geologischen Abteilung in der Zivilverwaltung des ‚Generalgouvernements Warschau‘, 1921 Abteilungsdirektor für Publikationswesen PGLA, 1924 stellvertretender Präsident der PGLA, gest. 1928, vgl. Krusch, Nachruf Michael (1929), S. LXXXI–XCIV.

MICHAELY, RICHARD (1911–?): 1931–1934 Ausbildung als Bergverwaltungsanwärter für den höheren Bürodienst, u.a. praktische Beschäftigung im Steinkohlenbergwerk Gladbeck (Bergwerks AG Recklinghausen), beim Bergverein Siegburg, in der Oberbergamtskasse des Oberbergamts Bonn, 1934 Prüfung für den höheren Bürodienst (Bergverwaltungspraktikant), danach Anstellung in Oberbergamtskasse Bonn, 1935 Oberbergamt Breslau und Dortmund, 1936 Bergverwaltungs-Praktikant PGLA, 1937 Berginspektor, um 1940 Regierungsinspektor RfB; um 1941 zum Heeresdienst eingezogen – NSDAP 1937, SA 1933, zudem NSV, RDB, vgl. BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 28601260, NSDAP-Gaukartei, Kasten 2860, Karte 1260; Von Michaely ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 1.7.1939, BArch Berlin, R 9361–I, Nr. 2274, unp.

MICHELS, FRANZ (1891–1970): 1911 Abitur, Studium der Naturwissenschaften Universitäten Freiburg, München, Bonn und Frankfurt am Main, 1914–1918 Teilnahme am I. WK, Leutnant, 1919–1920 Assistent Paläontologische Abteilung Senckenberg-Museum Frankfurt am Main, 1920–1921 Assistent Mineralogisch-Petrographisches Institut Universität Frankfurt am Main, 1921 Promotion, 1921–1922 Assistent Geologisch-Paläontologische Abteilung Provinzial-Museum Hannover, 1922 Assistent Landesmuseum PGLA, 1923 Geologe auf Probe PGLA, 1924 apl. Geologe, 1930 Bezirksgeologe, 1936 Professor, 1940 Regierungsgeologe RfB, 1945 mit der Organisation eines Landesamtes für Bodenforschung in Wiesbaden beauftragt, ab Dezember 1945 Leiter des Hessischen Landesamtes für Bodenforschung, vermutlich 1959 pensioniert, gest. 1970 – NSV, RDB, RKB, NSKK, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Bezirksgeologen und Professors Dr. Michels zum Regierungsgeologen, 20.9.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 36 f.; Kabinettsvorlage des Direktors des Landespersonalamtes (Wiesbaden) betr. Franz Michels, 27.11.1951, sowie Lebenslauf von Michels vom 30.10.1946, alles HHStAW, 527, II 6252, unp.; Direktor des Landespersonalamtes Hessen an den Hessischen Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr, 3.12.1958, ebd., unp.; Kutscher, Nachruf Michels (1971), S. 10–16.

NATHAN, HANS (1900–1982): 1917–1918 Teilnahme am I. WK, 1920 Abitur, Studium der Naturwissenschaften (Geologie) Universität München, 1925 Promotion, 1926 Geologe auf Probe Geologische Landesuntersuchung am Bayerischen Oberbergamt, 1929 Regierungsgeologe, 1939 Bezirksgeologe

RfB-Zweigstelle München, im II. WK Wehrgeologe, nach II. WK wieder Bezirksgeologe Bayerisches Oberbergamt (ab 1949 Geologisches Landesamt München), 1947 Regierungsgeologe und Abteilungsleiter für geologische Landesaufnahme, 1955 Direktor (ab 1964 Präsident) Bayerisches Geologisches Landesamt, 1966 Ruhestand, gest. 1982 – Mitglied NSV, RDB, vgl. von Nathan ausgefüllter Fragebogen des Military Government of Germany, ohne Datum, BayHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 415, unp.; Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr an ORR Dr. Hans Nathan (Bayerisches Geologisches Landesamt, München), 31.12.1954, ebd., unp.; Vidal, Nachruf Nathan (1983), S. 207–213.

PAECKELMANN, WERNER (1890–1952): 1908 Abitur, 1909–1913 Studium der Naturwissenschaften in Marburg, München u. Grenoble, 1912 Promotion Marburg, 1913 Probegeologe PGLA, Teilnahme am I. WK, Leutnant, 1915 apl. Geologe, 1924 Bezirksgeologe, 1930 Bezirksgeologe und Professor, 1939–1940 Leitung des Polnischen Geologischen Dienstes, 1940 Regierungsgeologe RfB Berlin, 1943–1944 Arbeitsstelle Alme betr. Wasserversorgung der SS-, 'Ordensburg' Wewelsburg, 1945 zunächst Geologische Landesanstalt Ost-Berlin, 1946 Entlassung, Verhaftung und Internierung in Sachsenhausen, 1950 Zuchthaus Waldheim, dort Anklage und Verurteilung zu 15 Jahren Zuchthaus, gest. 1952 – SA Res. II 1934–1935, zudem NSV, RDB, NSBDT, NSKK, NSDStB, Reichskriegerbund, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Bezirksgeologen und Professors Dr. Paeckelmann zum Regierungsgeologen, 20.9.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 38 f.; Von Paeckelmann ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BArch Berlin, R 71, Nr. 42, unp.; Udluft, Nachruf auf Paeckelmann (1953), S. VII–XVIII.

PASEL, CURT (1876–1944): Abitur, 1895 Ausbildung zum preußischen Bergassessor, 1900 Bergreferendar, 1904 Bergassessor, Studium TH Braunschweig, Universität und Bergakademie Berlin, 1906–1909 Kolonialdienst in Deutsch-Südwestafrika, 1909–1912 Direktor Koloniale Bergbaugesellschaft in Deutsch-Südwestafrika, 1912 Referent Reichskolonialamt, Teilnahme am I. WK, Hauptmann, 1920 Ministerialrat Reichsministerium für Wiederaufbau, 1924 Direktor beim Reichskommissar für Reparationslieferungen, 1928 Reichsausgleichsamt, 1929 Statistisches Reichsamt und gleichzeitige kommissarische Beschäftigung im RWM, 1931 Ministerialrat RWM, 1934–1944 Bergabteilung RWM, 1940 Ministerialdirigent und ständiger Vertreter des OBH, 1944 gestorben – Mitglied NSV, RKB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Ministerialrats Curt Pasel zum Ministerialdirigenten, 13.9.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 16 f.; Seidelmann, Eisen (2016), S. 419.

PETRASCHECK, WILHELM (1876–1967): Abitur, 1896–1899 Studium TH Dresden, Universitäten Halle und Leipzig, 1899 Promotion, 1900 Assistent am Mineralogisch-Geologischen Institut der TH Dresden, 1901 Adjunkt Geologische Reichsanstalt Wien, 1916 Mitglied Leopoldina, 1918 Professor für Geologie, Paläontologie und Lagerstättenlehre Montanistische Hochschule Leoben, 1922 und 1935 Rektor daselbst, 1937 korrespondierendes Mitglied der

Akademie der Wissenschaften in Wien, 1947 Ruhestand, gest. 1967 – vgl. Clar, Nachruf Petrascheck (1967), S. 129–140.

PETRASCHECK, WALTHER EMIL (1906–1991): Abitur, 1924–1930 Studium der Naturwissenschaften und Geologie in Erlangen, München (Universität), Leoben, Graz und Göttingen, 1930 Promotion Göttingen, 1930 Assistent in Leoben, 1931 Assistent Geologisches Institut Universität u. TH Breslau, 1935 Habilitation Breslau, dort 1940 apl. Professor, 1940 an RfB „zur Durchführung geologischer Untersuchungen im südöstlichen Raum beurlaubt“, in dieser Funktion u.a. 1943 Tätigkeit beim ‚Wirtschaftskommando Krim‘, fachlicher Leiter des Geologischen Instituts in Simferopol (Krim), 1944 Leiter des Amtes für Bodenforschung in Krakau und Warschau, 1950 Professor für Geologie und Lagerstättenlehre Montanuniversität Leoben, 1953/54 Rektor, 1976 emeritiert, 1991 gest. – NSDAP 1933 (als Österreicher erhielt er letztlich das Eintrittsjahr 1938). Aus einem Lebenslauf Petraschecks von etwa 1939 geht hervor, dass er der NSDAP seit Ende 1933 angehörte. Zudem 1933–1934 SA. Die NSDAP war in Österreich ab Mitte 1933 verboten. Alle die, die vor dem Verbot eingetreten waren (so genannte ‚Alte Kämpfer‘), durften nach dem ‚Anschluss‘ Österreichs 1938 ihre ursprüngliche Mitgliedsnummer behalten. Dagegen wurde alle jenen, die nach dem Verbot der NSDAP beigetreten waren, „als Zeichen der Anerkennung für ihre Aktivität während der Verbotszeit das Eintrittsdatum 1. Mai 1938 zugewiesen“. Falter, Parteigenossen (2020), S. 477. Vgl. zudem undatierter Lebenslauf Petraschecks (geb. 11.3.1906 in Wien), BArch Berlin, R 4901, Nr. 23110, unp.; Kennblatt betr. Petrascheck, BArch Berlin, R 4901, Nr. 23110, unp.; BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 32150565, NSDAP-Gaukartei, Kasten 3215, Karte 565; Wirtschaftskommando 105 (Krim, Gruppe W, Nr. Ref. Bergbau) an die WiIn Süd (Chefgr. W, Nr. Gr. Bergbau, Dnjepropetrowsk), 29.5.1943, BArch-MA Freiburg, RW 31, Nr. 974, Bl. 111; Brockamp (RfB) an Wehrbezirkskommando Breslau II, 28.2.1944, BArch Berlin, R 4901, Nr. 15135, Bl. 9; Seifert, Petrascheck (2001), S. 262.

PIETZSCH, KURT (1884–1964): 1903 Abitur, 1903–1908 Studium der Mathematik und der Naturwissenschaften in Leipzig und Heidelberg, 1909 Promotion und Staatsexamen für das Lehramt an höheren Schulen, 1909 Geologe bei der Sächsischen GLA (ohne Staatsdienereigenschaft), 1914 Sektionsgeologe, 1919 Landesgeologe, 1932 o. Honorarprofessor Philosophische Fakultät Universität Leipzig; 1932 stellvertretender Direktor Sächsisches GLA Leipzig, 1934 Direktor, 1939 kommissarischer Leiter der RfB-Zweigstelle Freiberg, 1940 Leiter ebd. und Regierungsgeologe, 1947 kommissarischer Leiter der Zweigstelle Freiberg der Deutschen Geologischen Landesanstalt der SBZ, 1951 Chefgeologe der Zweigstelle Sachsen, ab 1952 Außenstelle Freiberg, ab 1956 Geologischer Dienst Freiberg der Staatlichen Geologischen Kommission, 1950–1959 Lehrbeauftragter für Geologie Bergakademie Freiberg, 1958 Ruhestand, danach als „Seniorgeologe“ der Staatlichen Geologischen Kommission Berlin in Freiberg tätig, 1964 gest. – NSDAP 1937, 1933 FM SS, zudem 1934–1939, NSOG, NSV, RDB, NSBDT, NS-Studentenkampfhilfe, vgl.

Vorschlag des RWM zur Ernennung des Direktors Professor Dr. Pietzsch zum Regierungsgeologen, 8.8.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 61f.; Von Pietzsch ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1940), BArch Berlin, R 71, Nr. 44, unp.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 32480898, NSDAP-Gaukartei, Kasten 3248, Karte 898; Vermerk der Geologischen Landesanstalt [Ost Berlin], 7.12.1948, BArch Berlin, DO 1, Nr. 99945 unp.; Personal-Fragebogen betr. Pietzsch mit anliegendem Lebenslauf, 21./23.3.1947, ebd., unp.; Kurt Pietzsch an RWM (mit anliegender Aufstellung über das Personal des Sächsischen GLA), 18.6.1936, GLA Freiberg A 02321/2, Bl. 89–91, hier Bl. 90; Wiefel/Wiefel, Lexikon (2010), S. 111.

POLLAK, ALFRED (1901–1991): 1920 Abitur, 1920–1926 Studium Montanistische Hochschule Leoben und Bergakademie Freiberg, Tätigkeit in verschiedenen Bergbaubetrieben (parallel zum Studium), 1926 Dipl.-Berging., 1929–1931 Universität Leipzig, 1932 Promotion, 1931–1932 Assistent Geologisches Institut Universität Leipzig, 1932–1933 Montangeologe in Russland, 1934 Geologe beim Nordkaukasus-Trust (Russland), 1935–1937 wiss. Hilfsarbeiter bei der DFG (abgeordnet zur Lagerstätten-Forschungsstelle Leipzig), 1937–1938 Montangeologe bei der Mitteldeutsche Stahlwerke A.-G. in Riesa, dann bis 1939 Mitarbeiter der Lagerstättenforschungsstelle Freiberg (kündigte dort), 1939 Wissenschaftlicher Angestellter RfB Berlin, 1941 Mitarbeiter der Gruppe ‚Bodenforschung‘ in der Unterabteilung ‚Ausfuhrwirtschaft und Bergbau‘ der Hauptabteilung Volkswirtschaft des ‚Reichskommissariats für die besetzten norwegischen Gebiete‘, später offenbar zum Heeresdienst eingezogen, nach dem II. WK Dozent TH Wien, 1962–1972 Professor für Mineralogie und technische Geologie Technische Universität Graz, dort auch von 1965 bis 1967 Dekan der Fakultät für Naturwissenschaften, gest. 1991 – Mitglied DAF, NSV, vgl. Reichsstelle für technische Erzeugnisse (Berlin) an RWM (Abt. II Bergbau), 23.8.1941, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30781, Bl. 193; RWM (Abt. II Bergbau) an RN (Oslo), 2.9.1941, ebd., Bl. 194; Tätigkeitsbericht von Alfred Pollak [Gruppe Bodenforschung, RN] für die Zeit vom 1.-13.12.1941, BArch Berlin, R 83, Nr. 16, unp. Der Hinweis auf die Einziehung zum Wehrdienst findet sich in Liste der Mitarbeiter der RfB, hier Liste B Wissenschaftliche Angestellte, ohne Datum (um 1942), BGR-Archiv Hannover, Nr. 59779, unp.; Pollak, Alfred, in: Geschichte der Technik in Graz (<https://history-tugraz.at/person.php?id=627>, eingesehen am 25.6.2024).

POTONIÉ, ROBERT (1889–1974): 1908 Abitur, 1909–1920 Studium der Geologie, Botanik und Chemie in Berlin 1914–1918 unterbrochen durch Teilnahme I. WK, 1920 Promotion und Volontärassistent PGLA, 1922 Habilitation TH Berlin, 1923 Anstellung als Assistent PGLA, 1929 nichtbeamteter a. o. Professor, 1933 apl. Geologe 1934 Bezirksgeologe und Leiter der Untersuchungsstelle für Mikropaläontologie des Instituts für Erdölgeologie PGLA, 1939 Wehrdienst, 1945 bis 1948 Kriegsgefangenschaft, 1949–1954, Abteilungsdirektor im Geologischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, 1950–1966 Honorarprofessor Universität Bonn, 1955 Ruhestand, 1974 gestorben – Mitglied NSLB, NSV, RDB,

vgl. Karteikarte des RMWEV betr. Robert Potonié, ohne Datum, BArch Berlin, R 4901, Nr. 23847, unp.; Reichsanstalt der Luftwaffe für Luftschutz (Lehrabteilung) mit Vorschlag zur Beförderung eines Offiziers (d.B.) zum Major d. L., 20.4.1942, BArch-MA Freiburg, PERS 6, Nr. 180685, unp.; Von Potonié ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 7110, unp.; Robert Potonié, in: *Catalogus Professorum. Professorinnen & Professoren der TU Berlin und ihrer Vorgänger* (<https://cp.tu-berlin.de/person/2163>, eingesehen am 11.3.2024); Robert Potonié (1889–1974), in: *Kalliope-Verbund* (<https://kalliope-verbund.info/gnd/118595997>, eingesehen am 11.3.2024).

PUPPE, JOHANN (1882–1941): praktische Tätigkeit als Walzwerkarbeiter und Schlosser, Studium Chemie und Hüttenkunde TH Berlin, 1906 Diplom-Ingenieur, 1909 Promotion, 1910–1913 Lehrstuhlinhaber TH Breslau, anschließend Leitung industrieller Unternehmen, u.a. 1919–1926 erster Direktor der Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft, 1934–1936 Rohstoffkommissar im RWM, 1941 gest., vgl. RWM an RFM, 7.7.1934, BArch Berlin, R 2, Nr. 21308, unp.; Netter, Nachruf Puppe (1942), S. 108; Maier, *Forschung* (2007), S. 366 f.

PUTZER, HANNFRIT (1913–2004): 1931 Abitur, Ausbildung zum Kartograph, 1933–1937 Studium der Geologie, Mineralogie, Chemie, Geophysik und Geschichte Universität Jena, 1937 Promotion Universität Jena, Juli 1937 Büro Keppler, 1937 PGLA, 1939–1942 RfB, 1942 Assistent am Mineralogisch-Petrographischen Institut Reichsuniversität Straßburg, 1943 dort Habilitation, 1944 Dozent für Lagerstättenforschung und Petrographie, 1944 Wehrmacht, u.a. als Wehrgeologe, 1946 selbständiger Geologe, 1950 Montangeologischer Berater der brasilianischen Regierung, 1955 Geologe in der Bundesanstalt für Bodenforschung Hannover (BfB), 1968 Honorar-Professor TU Hannover, 1970 Leiter der Unterabteilung „Allgemeine und Infrastrukturgeologie“ in BfB, 1978 Ruhestand, gest. 2004 – 1928 Freikorps „Brigade Ehrhardt“, NSDAP 1931, SA 1931–1933, SS 1933, Ehrenamtlicher Mitarbeiter des RSHA, Amt III D 4, vgl. BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 33440332, NSDAP-Gaukartei, Kasten 3344, Karte 332; Karteikarte betr. Hannfrit Putzer, BArch Berlin, R 9361–III, Nr. 548791, unp.; Chef der Sicherheitspolizei und des SD an den RFSS (SS-Personalhauptamt, Berlin), ohne Datum (November 1941), ebd., unp.; RSHA Amt III an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Berlin, 15.8.1941, ebd., unp.; Stellungnahme von Putzer (Wehrgeologenstelle 2, Pulawy) betr. Wasserversorgung der Betonbauten bei Stützpunkt 101 u. 109, 22.10.1940, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 2910, unp.; Zeugnis von Alfred Bentz für Putzer, 30.4.1948, BGR-Archiv Hannover, Nr. 136067, unp.; Kegel (Geologisches Landesamt für Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf) an Bentz (Celle), 16.4.1948, ebd., unp.; Möhler, *Reichsuniversität* (2020), S. 993.

QUIRING, HEINRICH (1885–1964): 1905 Abitur, 1905–1910 Bergbaustudium Universität München, Berlin und Bergakademie Berlin, 1910 Bergreferendar, 1912 und 1914 Promotionen Universität Bonn (Dr. phil.) und TH Breslau (Dr. Ing.), 1914 Hilfsgeologe PGLA, 1914–1918 Kriegsdienst und Einsatz

als Kriegsgeologe, 1918 Bergassessor, 1929 Professor, 1935 Leiter der Geologischen Forschungsstelle im Saarland, im II. WK Wehrgeologe, 1945 Chefgeologe in der Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie in SBZ, 1946 erzwungener Rücktritt, 1946–1955 apl. Professor für Geologie und Paläontologie FU Berlin, gest. 1964 in West-Berlin – vgl. Küppers, Quiring (2003), S. 50–51. In seinem Publikationsverzeichnis (verfügbar für 1911 bis 1955) finden sich ab 1930 Schriften zum Sozialdarwinismus, die (nach ihren Titeln zu urteilen) inhaltlich immer rassistischer wurden. Er hielt auch populäre Vorträge im Radio zu diesem Thema und veröffentlichte auch nach dem Krieg bis zu seinem Tod in einer nationalistischen, rechtsextremen Zeitschrift. Vgl. Kölbl-Ebert, Iron Curtain (2019), S. 106 (Anm. 32); de la Sauce/Schorn/Schrödter, Jahrbuch (1954), S. 919.

REICH, GEORG HERMANN (1891–1976): Abitur, 1910–1914 Studium der Naturwissenschaften Heidelberg, Erlangen und Freiburg, 1915 Promotion Freiburg, Frontkämpfer I. WK, Oberleutnant d. R., 1919–1920 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut der Universität Königsberg und Geophysikalisches Institut der Universität Göttingen (Leiter Emil Wiechert), 1920 Prüfung für Lehramt an höheren Schulen, 1921 Hilfsgeologe PGLA, 1922 Zweite Staatsprüfung für Geologen, 1925 Habilitation TH Berlin, 1928 Bezirksgeologe, 1931 a. o. Professor TH Berlin, 1934 Bezirksgeologe und Professor, 1945 a. o. Professor Universität Göttingen, 1948 o. Professor Universität München, dort Aufbau eines Geophysikalischen Observatoriums in Fürstfeldbruck, 1958 korrespondierendes Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, gest. 1976 – Stahlhelm 1925, nach 1933 NSV, RDB, RKB, vgl. Vorschlag zur Ernennung des Bezirksgeologen und Professors Dr. Reich zum Regierungsgeologen, 20.9.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 34 f.; Porstendorfer, Reich, Hermann (2003), S. 289; Reich, (Georg) Hermann, in: Vierhaus (Hg.), Enzyklopädie (2007), S. 254 f.; Soffel/Vidal, Geschichte (1997), S. 117–119.

REITHOFER, OTTO (1902–1965): 1922 Abitur, 1922–1927 Studium der Geologie Universität Innsbruck, 1927 Promotion Innsbruck, Assistent Institut für Geologie und Paläontologie Universität Innsbruck, 1928 Auswärtiger Mitarbeiter Geologische Bundesanstalt Wien, 1930 Geologische Bundesanstalt Wien, 1941–1945 Wehrgeologe u.a. Finnland, Kriegsgefangenschaft, 1948–1952 Berater der Vorarlberger Illwerke-Aktiengesellschaft, 1952 Geologische Bundesanstalt Wien, 1952 dort Chefgeologe, 1965 gestorben – NSDAP-Parteiangehöriger seit 1938, wurde 1940 wegen mangelnder Aktivität für die NS-Bewegung abgelehnt vgl. Begründung der Ablehnung einer Aufnahme in die NSDAP, 19.2.1940, BArch Berlin, R 9361-II, Nr. 1059969, unp.; Reichsleitung der NSDAP (Mitgliedschaftsamt, München) an den komm. Gauschatzmeister des Gau Wien der NSDAP, 22.8.1940, ebd., unp.; Heissel, Nachruf Reithofer (1965), S. 263 f.; Heissel, Nachruf Reithofer (1966), S. 3–7.

RICHTER, WOLFGANG (1912–1977): 1931 Abitur, 1931 Studium der Geologie, Mineralogie, Petrographie, Wirtschaftsgeologie und Geophysik Hamburg und Innsbruck, 1937 Promotion Hamburg, Assistent Geologisches Institut Universität Königsberg, anschließend Stipendium der DFG für geologische

Studien am Geologischen Institut Universität Heidelberg, Februar 1939 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Untersuchungsstelle für Mikropaläontologie des Instituts für Erdölgeologie RfB Berlin, 1941 bis 1942 Militärdienst, nach 1945 wissenschaftlicher Mitarbeiter Amt für Bodenforschung Hannover, 1959 apl. Regierungsgeologe, 1963 Leiter der Abteilung Hydrogeologie Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung, 1971 Geschäftsführender Direktor und Professor, 1977 bei einem Verkehrsunfall gest. – NSDAP 1937, vgl. DFG (Dr. Fischer) an Dr. Wolfgang Schneider (Erdölinstitut der PGLA, Berlin), 21.2.1939, BArch Berlin, R 9361–VI, Nr. 2461, unp.; BArch Berlin, R 9361–VIII Kartei, Nr. 16670963, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 1667, Karte 963; Reichsleitung der NSDAP (Reichsschatzmeister, München, gez. Deprée) an den Gauschatzmeister des Gaues Berlin der NSDAP (Herrn Otto de Mars), 27.1.1942, BArch Berlin, R 9361–II, Nr. 1068563, unp.; NSDAP Gauleitung Berlin (Gauschatzmeister, Mitgliedschaftswesen) an die Reichsleitung der NSDAP (Reichsschatzmeister, München), 20.12.1941, ebd., unp.; Beurteilung Richters durch Alfred Bentz, 23.12.1955, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77698, unp.; Pfeiffer, Nachruf Richter (1981), S. I–VI.

RICHTER[-BERNBURG], GERHARD (1907–1990): 1925 Abitur, 1925–1929 Studium der Geologie, Mineralogie und Chemie in Göttingen, München und Graz, 1930 Promotion Göttingen, 1930–1932 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Göttingen, 1932–1934 wiss. Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Berlin, 1934 wiss. Assistent PGLA, 1936 apl. Geologe, 1940 Bezirksgeologe RfB, 1941 Habilitation Universität Berlin, 1947 Dozent TH Hannover, später Eintritt in Amt für Bodenforschung, Hannover, 1958 mit Auflösung des Amtes Wechsel zur Bundesanstalt für Bodenforschung, der heutigen BGR, 1962 Vizepräsident, 1970 Präsident Bundesanstalt und des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung, 1972 pensioniert, gest. 1990 – 1924–1925 Mitglied des ‚Wehrwolf‘, NSDAP 1937, SA, zudem NSV, RDB, RKB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Geologen Dr. Richter zum Bezirksgeologen, 29.4.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 2086, Bl. 371f.; BArch Berlin, R 9631–IX Kartei, Nr. 34680423, NSDAP-Gaukartei, Kasten 3468, Karte 423; Hochschullehrerkartei des RMWEV (Karteikarte betr. Richter), BArch Berlin, R 4901, Nr. 13274, Bl. 7660; Beurteilung Richter-Bernburgs durch Hans Joachim Martini, 5.3.1959, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77698, unp.; de la Sauce/Schorn/Schrödter, Jahrbuch (1954), S. 798f.; Carlé, Nachruf für Richter-Bernburg (1991), S. 19–30.

RIEDEL, LEONHARD (1906–1944): 1924 Abitur, 1924–1930 Studium des Bergfaches und der Naturwissenschaften Bergakademie Clausthal, TH und Universität Berlin, 1930 Promotion, 1930–1933 Assistent Bergschule Essen, 1933 Geologe auf Probe PGLA, 1934 apl. Geologe PGLA, 1934 Mitarbeiter Zweigstelle Hannover des Instituts für Erdölgeologie, 1940 Bezirksgeologe, 1943 Leiter RfB-Arbeitsstelle Bentheim, 1944 Tod infolge eines Autounfalls, Blutvergiftung – NSDAP 1937, zudem SA, NSV, RDB, NSBDT, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des außerplanmäßigen Geologen Dr. Riedel zum Bezirksgeologen,

30.4.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 2086, Bl. 377; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 34831100, NSDAP-Gaukartei, Kasten 3483, Karte 1100; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1944), S. 56; Hoffmann, Nachruf Riedel (1957), S. XI-XVIII.

RUTTNER, ANTON WOLFGANG (1911–2006): Sohn des Leiters der Biologischen Station in Lunz am See, (Niederdonau), Prof. Dr. Franz Ruttner, 1930 Abitur, 1930–1938 Studium der Geologie, Petrographie, Geographie und Biologie Universitäten Wien und Innsbruck, 1936 topographische und geologische Kartierungsarbeiten im Nord-Iran beim Bau der Transiranischen Eisenbahn, 1938 Promotion Innsbruck, 1938–1939 Auswärtiger Mitarbeiter RfB-Zweigstelle Wien, 1940 Wissenschaftlicher Angestellter, 1941–1945 Wehrgeologe in Polen, der Ukraine und in Böhmen, 1944 apl. Bezirksgeologe RfB Wien, nach 1945 offenbar wieder Mitarbeiter der Geologischen Bundesanstalt Wien, 1956–1960 Rohstoffexplorationen im Iran, 1961 Teil eines Expertengremiums zum Aufbau eines Geologischen Dienstes im Iran, 1969–1973 Leiter der Geologischen Bundesanstalt Wien, 1973 Ruhestand, gest. 2006 – NSDAP 1940, zudem SA, NSV, DAF, RKB, vgl. Personalnachweis für Anton Wolfgang Ruttner, 27.5.1942, BArch-MA Freiburg, PERS 6, Nr. 292673, unp.; Von Ruttner ausgefüllte und unterschriebene Erklärung betr. Mitgliedschaft in NS-Organisationen, 27.5.1942, ebd., unp.; BArch Berlin, R 9361-VIII Kartei, Nr. 18031318, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 1803, Karte 1318; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1944), S. 160; Eintrag „Anton Wolfgang Ruttner“ (2006); Ruttner, Geologen-Wege (2009), S. 241–256.

SCHADLER, JOSEF (1889–1978): 1908 Abitur, Studium der Naturwissenschaften Universität Graz, 1911 Assistent Lehrstuhl für Mineralogie Universität Graz, 1913 Promotion, 1913–1916 Militärdienst, Teilnahme am I. WK, nach Verwundung 1917–1918 Werkchemiker in Karbid- und Kalkstickstofffabrik im kroatischen Sebeniko, dann Vertragsbeamter beim Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, hier mit der Erkundung von Phosphatablagerungen in Österreich beschäftigt, 1920 ständiges Mitglied der staatlichen Höhlenkommission, 1920–1924 Betriebsleiter staatliche Höhlenbauleitung in Gmunden, später Höhlenbauleitung Peggau, 1924 Anstellung Arsenik-Werke in Złoty Stok (Südpolen), 1925 Korrespondent der Geologischen Bundesanstalt und des Naturhistorischen Museums Wien, durch Tätigkeit für die Arsen-Industrie zehnmonatige Studienfahrt nach Südamerika, dann 1927 einem Werk in Italien zugeteilt, 1928–1930 Werksleitung in Siebenbürgen, 1931 Oberösterreichisches Landesmuseum, 1933 Promotion, 1935 auswärtiger Mitarbeiter der Geologischen Bundesanstalt Wien, ab 1938 Aufbau einer eigenen (späteren RfB-)Dienststelle Linz, 1942–1943 Wehrgeologe Organisation Todt in Norwegen, 1944 stellvertretender Leiter der RfB-Zweigstelle Wien, nach dem II. WK Aufbau einer Geologischen Landesanstalt von Österreich in Kremsmünster, aber von Wien aus eingestellt, dennoch als auswärtiger Mitarbeiter der Geologischen Staatsanstalt Wien geführt, 1946 Entlassung aus Landesmuseum Wien, Engagement in Naturschutzbewegung, Vorsitzender des Landesbeirats für Naturschutz, Mitbegründer und erster Obmann der

Landesgruppe Oberösterreich des Österreichischen Naturschutzbundes, 1969 Professor, gest. 1978 – NSDAP 1937, vgl. Prey, Prof. Dr. Josef Schädler (1979), S. 279–284; Häusler, Wehrgeologie (2015), S. 76 f.; Mertz, Haidinger-Medaille (2020), S. 389–393; Perz, KZ-Zwangsarbeit (2023), S. 28 (Anm. 36).

SCHARF, WILLI (1896–1971): 1914 Abitur, dann Teilnahme I. WK, 1920 als Oberleutnant aus Reichwehr entlassen, 1920–1924 Studium der Naturwissenschaften Halle und München, 1924 Promotion Halle, 1925 Probegeologe PGLA, 1928 apl. Geologe, 1935 Bezirksgeologe, 1938 Zweigstelle Wien der RfB, 1940 Arbeitsstelle Posen des RfB, 1941–1945 Wehrdienst, danach freischaffender Geologe, 1949 geologischer Berater der Steiermärkischen Landesregierung, 1955 freischaffender Geologe in Deutschland, 1965 Übersiedlung nach Österreich, gest. 1971 – 1930 NSDAP, 1932 SA, zudem NSKK, vgl. Lebenslauf von Willi Scharf, 19.7.1933, BArch Berlin, R 71, Nr. 47, Bl. 3; Scharf an den Präsidenten der PGLA, 16.1.1935 u. 15.6.1935, ebd., Bl. 103 f. u. 104–111; Von Scharf ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 30.6.1939, BArch Berlin, R 9361–I, Nr. 3039, unp.; Medwenitsch, Nachruf Scharf (1971), S. 247–249.

SCHINZINGER, ADOLF (1898–1946): Studium der Chemie, 1926 Promotion, 1927–1945 Badische Geologische Landesanstalt, 1928 Beurlaubung an ETH Zürich zur Fortbildung, 1946 gest. – Mitglied NSFK 1933–1938, RDB, NSV, NSBDT, vgl. von Schinzingen ausgefüllter Fragebogen der Militärregierung in Deutschland, 27.11.1945, Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Freiburg, D 180, Nr. 2, Nr. 553, 1 Fasz., unp; Erb, Adolf Schinzingen (1948), S. 5 f. (Ich danke Helmut Maier für eine Kopie).

SCHLATTMANN, HEINRICH (1884–1943): 1903 Abitur, anschließend Bergbeflissener, 1904–1907 Studium Universität und Bergakademie Berlin, 1907–1912 Bergreferendar, 1912 Bergassessor, 1912–1914 Leiter Grubenlampenabteilung der „Concordia Elektrizitäts AG“ in Dortmund, 1914–1918 Kriegsdienst und höherer Beamter in der Abteilung für Handel und Gewerbe beim ‚Generalgouverneur in Belgien‘, Januar 1918 Deutsche Bergverwaltung Charleroi, nach Rückzug aus Belgien bis 1920 Leitung von deren Abwicklungsarbeiten in Berlin, ab Februar 1920 Hilfsarbeiter Oberbergamt Dortmund, 1921 Bergrat, 1925 Oberbergrat, 1929 Oberbergamtsdirektor, 1931 Berghauptmann im Oberbergamtsbezirk Breslau, 1934 OBH und Ministerialdirektor im RWM, 1937 Versetzung in den Ruhestand, zuletzt Direktor und Vorstandsmitglied Charlottenburger Wasserwerke in Berlin, gest. 1943, vgl. Farrenkopf, Schlattmann, Heinrich (2007), S. 28 f.; Pr. MHG an Pr. Ministerpräsidenten und alle Pr. Staatsminister, 12.3.1931, GStA, I. HA Rep. 121, Nr. 367, unp.; Hjalmar Schacht (RWM) an Pr. Ministerpräsidenten, 20.10.1934, BArch Berlin, R 4901, Nr. 186, Bl. 34.

SCHMIDEGG, OSKAR (1898–1985): 1916 Abitur, anschließend Teilnahme am I. WK (italienische Front, Kärnten und Südtirol), 1919–1923 Studium der Chemie, Mathematik, Physik, Mineralogie und Geologie Universität Innsbruck, 1923 Promotion und Lehramtsprüfung, 1925–1926 Probejahr an Innsbrucker Realschule, 1925 Assistent Institut für Mineralogie und Petrographie Universität Innsbruck, 1936 Geologische Bundesanstalt Wien, 1939 RfB

Wien, während des II. WK überwiegend in der Lagerstättenprospektion tätig, Mai 1945 Arbeitsstelle Innsbruck, später Chefgeologe Geologische Bundesanstalt Wien, 1963 Ruhestand, 1985 verst. – NSDAP 1938, vgl. BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 38460582, NSDAP-Gaukartei, Kasten 3846, Karte 582; Hauser, Nachruf Schmidegg (1986), S. 277–282.

SCHMIERER, THEODOR (1879–1953): 1898–1902 Studium der Naturwissenschaften in Tübingen, 1901 Promotion, 1902 Hilfsgeologe PGLA, 1913 Bezirksgeologe, im I. WK Wehrgeologe, 1919 Bezirksgeologe und Professor, 1927 Landesgeologe, 1929 Abteilungsdirektor für die Veröffentlichungen, 1933 aus politischen Gründen entlassen, anschließend private wiss. Tätigkeit, im Sommer 1945 Geologische Landesanstalt Ost-Berlin (Sammlungsleiter), 1948 Schlaganfall, an den Folgen desselben 1953 gest., vgl. Lebenslauf Schmierers, 4.12.1946, BArch Berlin, DO 1, Nr. 101071, unp.; von Bülow, Nachruf Schmierer (1953), S. 449–454; Dienemann, Nachruf Schmierer (1955), S. XV–XXII; Röhling/Hoppe/Hoppe, Geologe (2023), S. 345–352.

SCHNARRENBARGER, CARL (1875–1964): 1895 Abitur, Studium Naturwissenschaften Freiburg, 1899 Examen für das höhere Lehrfach, dann Assistent Geologisches Institut Universität Freiburg, 1900 Promotion, 1902 Sektionsgeologe Badische GLA in Heidelberg, 1903 Landesgeologe, Teilnahme am I. WK, 1926 Direktor Badische GLA Freiburg, 1927 Oberbergrat, 1938 erzwungener Ruhestand wegen Logenmitgliedschaft, noch bis zur Bildung der RfB als Sachbearbeiter von GLA Freiburg herangezogen, 1950 Professor, gest. 1964 – NSDAP 1933, 1934 wegen Logenmitgliedschaft ausgeschlossen, Ausschluss 1939 auf Antrag Schnarrenbergers aufgehoben, vgl. BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 38660494, NSDAP-Gaukartei, Kasten 3866, Karte 494; NSDAP-Gauleitung Baden (Gauschatzmeister) an die Reichsleitung der NSDAP (Mitgliedschaftsamt, München), 10.12.1940, BArch Berlin, R 9361-II, Nr. 1120441, unp.; Urteil des Kreisgerichts I Freiburg der NSDAP, ohne Datum, ebd., unp.; Begründung zum Urteil, ohne Datum, ebd., unp.; Antrag des RWM auf Versetzung des Oberbergrats Dr. Carl Schnarrenberger in den Ruhestand, 24.9.1938, BArch Berlin, R 601, Nr. 2082, Bl. 256; Kirchheimer, Nachruf Schnarrenberger (1965), S. 545–548, dort auch die Bezeichnung Schnarrenbergers als „Nestor der südwestdeutschen Geologen“ (S. 545); Reiff, Geschichte (1992), S. 50 f.

SCHNETZER, ROBERT (1907–1945): 1926 Abitur, 1926–1931 Studium Universität München, 1931 Promotion, 1931–1934 Assistent Institut für Paläontologie und Geologie Universität München, 1934–1939 Wiss. Assistent Naturwissenschaftliches Museum Augsburg, 1939 Wiss. Angestellter RfB-Zweigstelle München, 1942 apl. Bezirksgeologe, 1942 bei der OT (Abteilung Wassererschließung) im Rahmen der Einsatzgruppe Russland-Mitte im Einsatz, 1943 bei Einrichtung der Arbeitsstelle Minsk des RfB tätig, danach auch in Kiew und in Prag im Einsatz, 1944 Bezirksgeologe, galt seit 1945 als im Osteinsatz verschollen – 1937 NSDAP, 1933–1938 SA, zudem NSV, vgl. von Schnetzer ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum, BayHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 418, unp.; Gretl Schnetzer an Dr. Arndt (Geologische Landesuntersuchung,

Oberbergamt München), 8.9.1946, ebd., Bl. 166; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 38970388, NSDAP-Gaukartei, Kasten 3897, Karte 388; Personalbogen betr. Schnetzer, 22.10.1942, BArch Berlin, R 9361-II, Nr. 1126680, unp.; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1942), S. 219; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1944), S. 160.

SCHÖNHALS, ERNST (1909–1993): Abitur, 1928–1934 Studium der Naturwissenschaften und Geologie Universität Gießen und TH Darmstadt, 1934 Promotion Gießen, 1936–1938 amtlicher Bodenschätzer für die Reichsfinanzverwaltung beim Oberfinanzpräsidenten Hessen, 1938 PGLA, 1942 Bezirksgeologe RfB Berlin, 1941–1944 im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ und im Baltikum (Litauen, Estland) mit Bodenkartierungs- und Bodenuntersuchungsarbeiten beschäftigt, Frühjahr 1945 ziviler Mitarbeiter der Forschungsstaffel z.b.V. (Forschungskommando Ost) zur Kartierung von Befestigungen nahe der Oder und im Spreewald, 1945–1947 selbständiger Landwirt, 1947–1959 Referats- und Abteilungsleiter für Bodenkunde am Hessischen Landesamt für Bodenforschung Wiesbaden, 1953 Habilitation, 1959 Oberregierungsgeologe, Direktor und Professor Unterabteilung Forschung Bundesamt für Bodenforschung Hannover, 1965 o. Professor und Leiter des Instituts für Bodenkunde und Bodenhaltung Universität Gießen, 1984 emeritiert, 1993 gest. – NSDAP 1929, SA 1929–1931, zudem NSV, DAF, RDB, RKB, vgl. BArch Berlin, R 9361-VIII, Kartei, Nr. 20690636, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 2069; Vorlage der Universität Gießen an die Landesregierung betr. Ernst Schönhals, 10.2.1964, HHStA Wiesbaden, 527, II 23168, unp.; Hessisches Staatsministerium betr. Höhergruppierung des früheren Bezirksgeologen Dr. Ernst Schönhals vom 23.12.1949, ebd., unp.; Von Schönhals ausgefüllter Meldebogen auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.1946, 26.4.1946, HHStA Wiesbaden, 520, Nr. 16, 3320, unp.; Abt. III All. Wi 12 [vermutlich Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, RMdbO] an das Geologische Amt in Wilna, 16.5.1943, BGR-Hannover, Nr. 63064, unp.; Schreiben der Abt. III All. Wi 12 Bodenforschung [vermutlich des RMdbO] an die Geologische Abteilung des Instituts für Industrielle Forschungen, Reval, 15.5.1943, ebd., unp.; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1942), S. 219; Schlesinger, Manfred (IPW TEAM 191 MIS US-FET G-2 SEC CHANOR BASE APO 562 US ARMY): Sonderkommando Dora, Forschungsstaffel z.b.V., 15. Oktober 1945, NAW, Records of the Army Staff. Records of the Office of the Assistant Chief of Staff, G-2, Intelligence. Records of the Investigative Records Repository (IRR). Security Classified Intelligence and Investigative Dossiers, 1939–1976 (Personal Name File). Record Group 319, IRR (Impersonal File), Box 38 (Sonderkommando Dora); Pfeffer/Görz, Arbeiten (1968), S. 80; Harrach, Nachruf Schönhals (1993), S. 103 f.

SCHOTT, WOLFGANG (1905–1989): 1925 Abitur, 1925–1930 Studium der Geologie in Göttingen, Freiburg, Hamburg und Graz, 1930 Promotion Göttingen, 1930–1934 Assistent Mineralogisch-Geologisches Institut Universität Rostock, 1934 wissenschaftlicher Assistent PGLA, 1936 apl. Geologe, 1936 Habilitation Rostock, 1940 Bezirksgeologe, 1940 Wehrdienst, 1943 in Romny (Ukraine), 1943–1944 Leitung des Geologischen Dienstes der Kontinentale Öl GmbH

in Ploiești, 1944 Leiter der Arbeitsstelle Erdölgeologie der RfB in Bentheim, nach dem II. WK Amt für Bodenforschung in Hannover, 1951 Oberlandesgeologe, 1952–1957 stellvertretender Leiter, 1957 Leiter der Abt. II Erdöl, 1959–1972 Direktor, 1965 bis 1972 Honorarprofessor an der Universität Göttingen, 1972 pensioniert, 1989 gest. – 1933 NSDAP, 1933–1935 SA zudem RDB, NSV, NS-Soldatenbund, NS-Studenten-Kampfhilfe, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Geologen Dr. Schott zum Bezirksgeologen, 30.4.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 2086, Bl. 387 f.; BArch Berlin, R 9361–VIII Kartei, Nr. 20930204, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 2093, Karte 204; Hochschullehrerkartei des RMWEV (Karteikarte betr. Schott), BArch Berlin, R 4901, Nr. 13276, Bl. 8569; Von Schott ausgefüllter Personalbogen, BArch Koblenz, ohne Datum, PERS 101, Nr. 40878, unpag.; Zusammenfassender Abschlussbericht des Bezirksgeologen Dr. W. Schott vom RfB über seine Tätigkeit als Leiter des Geologischen Dienstes der Kontinentale Öl GmbH in Rumänien, 31.7.1944, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 2, RBF 31, unpag.; Lebenslauf Schotts, 28.8.1957, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 40879, Bl. 3–7; Präsident der BfB an Bundesminister für Wirtschaft, 4.2.1969, ebd., Bl. 96–100; Todesanzeige der BGR für Schott, 1989, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 48226, unpag.; Pfeiffer, Dokumente (1984), S. 82.

SCHOTTLER, WALTER (1907–1991): 1926 Abitur, 1926–1932 Studium Geologie und Paläontologie TH Darmstadt und Universität München, 1932 Promotion und Hilfsarbeiter Geologische Abteilung Hessisches Landesmuseum, dort 1933 Assistent, 1934 Landesgeologe Geologische Landesanstalt Darmstadt, 1938 Bergrat und Bezirksgeologe, 1939 wohl als Wehrgeologe eingezogen, 1942 komm. Leiter der RfB-Zweigstelle Darmstadt, nach II. WK wegen ‚erheblicher politischer Belastung‘ entlassen, 1953 Leiter des Geologischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, 1970 Ruhestand, gest. 1991 – NSDAP 1929, SA 1931–1933, zudem NSV, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Dr. phil. Walter Schottler zum Bergrat als Landesgeologe, 28.3.1938, BArch Berlin, R 601, Nr. 2082, Bl. 355 f.; Brockamp (RfB Berlin) an RfB-Zweigstelle Freiberg, 21.3.1942, GLA Freiberg, A 02287/1, Bl. 93; BArch Berlin, R 9361–VIII Kartei, Nr. 20930977, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 2093, Karte 977; Hessische Landesregierung an den Minister für Wirtschaft und Verkehr (Wiesbaden), 8.7.1949, HHStAW, 527, II 16361, unpag.; Hessisches Staatsministerium. Minister für Wirtschaft und Verkehr (Wiesbaden) an den Direktor des Landespersonalamtes Hessen (Wiesbaden), 22.6.1949, ebd., unpag.; Dillmann, Nachruf Schottler (1993), S. 27–32.

SCHRIEL, WALTER (1892–1959): 1912 Abitur, 1912–1920 Studium der Geologie, Mineralogie, Chemie, Geographie, Zoologie und Botanik in Leipzig und Göttingen, unterbrochen durch Teilnahme am I. WK, Leutnant, 1921 Promotion Göttingen, 1921 Hilfsgeologe PGLA, 1929 Bezirksgeologe, 1935 Professor Universität Berlin, 1937 Direktor Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Göttingen, 1940 Mitglied Göttinger Akademie der Wissenschaften, im II. WK zunächst Frontdienst, zwischen 1942 und 1945 gutachterliche Tätigkeit

für Untertageverlagerungen, u.a. für das KZ Mittelbau-Dora bei Nordhausen und das KZ Langenstein-Zwieberge bei Halberstadt, 1944 geologischer Sachverständiger für die Dora-Mittelbau-Bauprojekte der SS-Sonderinspektion II und bei der Einsatzgruppe Kyffhäuser, 1945 Verhaftung durch britische Besatzungsbehörden und Entlassung aus Universitätsdienst, dann Privatgelehrter, 1955 Bodenkundliches Institut Universität Göttingen, 1956 emeritiert, gest. 1959 – von 1922–1928 Stahlhelm, 1933 NSDAP und SA, zudem RDB, NSDDB, NSV, NSKOV, NS-Altherrenbund, vgl. BArch Berlin, R 9361–VIII Kartei, Nr. 21130741, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 2113, Karte 741; Von Schriel ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 30.6.1939, BArch Berlin, R 9361–II, Nr. 896160, unp.; Aktenvermerk der SS-Sonderinspektion II (Planungsstab) betr. Wasserversorgung Anlage „Kuckuck“, 25.9.1944, BArch Berlin, NS 48, Nr. 27, unp.; Hochschullehrerkartei des RMWEV betr. Walter Schriel, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13276, Bl. 8615; Dienemann, Nachruf Schriel (1967), S. XXIII–XXX; Carlé, Stammbaum (1988), S. 331–334, 343 f.; Wiefel/Wiefel, Lexikon (2010), S. 130; Wagner, Produktion (2015), S. 204, 206, 217 f., 444, 499; ders. (Hg.), Konzentrationslager (2014), S. 110 f.; Knolle, Forschungen (2003).

SCHRÖDER, ECKART (1899–1969): 1917 Abitur, 1917–1918 Dienst in Kaiserlicher Marine, Leutnant zur See, 1919–1923 Studium der Geologie in Göttingen und Freiburg, 1923 Promotion Göttingen, 1923 Assistent Geologisches Institut Universität Freiburg, 1925 Geologe bei den Deutschen Solvay-Werken, 1925 Geologe auf Probe PGLA, 1927 apl. Geologe, 1936 Bezirksgeologe, 1939 Wehrdienst Marine, bei Kriegsende interniert, nach Entlassung zunächst freiberuflich tätig, 1949 wiss. Angestellter Landesstelle Rheinland des Amtes für Bodenforschung, 1951 Landesgeologe, 1955 Oberlandesgeologe, 1959 Abteilungsdirektor, gest. 1969 – NSDAP 1930, 1933 Wiedereintritt, vgl. BArch Berlin, R 9361–VIII Kartei, Nr. 21161075, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 2116, Karte 1075; Eidesstattliche Erklärung Eckart Schröders, 13.6.1937, BArch Berlin, R 9361–II, Nr. 896825, unp.; Gutachten Schröders (PGLA) über die geologisch-hydrologischen Verhältnisse bei Igel a.d. Mosel, 5.5.1938, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 4013, Bl. 7f-7g; Carlé, Stammbaum (1988), S. 129, 167; Grabert, Nachruf Schöder (1969), S. 165–169.

SCHUSTER, MATTHÄUS (1881–1953): 1901 Abitur, 1901–1904 Studium der Naturwissenschaften und der Chemie Universität und TH München, 1904 Staatsprüfung für das Lehramt Naturwissenschaften, 1904–1915 Assistent und Geologe an der Geologischen Landesuntersuchung des Bayerischen Oberbergamtes München, 1907 Promotion München, 1908 Königlicher Geologe, 1915–1918 Teilnahme am I. WK, 1919 Habilitation, 1921 Landesgeologe, 1924 Oberbergat, 1928 Professor, 1929 kommissarischer Leiter und ab 12.4.1940 Leiter der RfB-Zweigstelle München (Regierungsgeologe und Oberbergdirektor beim Bayerischen Oberbergamt in München), Oktober 1944 Rücktritt, März 1945 Ruhestand – 1929–1933 Bayerische Volkspartei, NSDAP 1937, FM SS, vgl. Handschriftliche Aufstellung über die berufliche Entwicklung von Schuster, ohne Datum (um 1941), BayHStA München, Geologisches Landesamt, Nr. 419,

unp.; Lebenslauf Schusters, 27.12.1942, ebd., unp.; BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 40560935, NSDAP-Gaukartei, Kasten 4056, Karte 935; Nathan, Nachruf Schuster (1956), S. VI–XIII.

VON SEIDLITZ, WILFRIED (1880–1945): 1900 Abitur, 1900–1906 Studium Geologie und Paläontologie in Freiburg und München, 1905 Promotion Freiburg, 1906–1913 Assistent für Geologie und Paläontologie Universität Straßburg, dort auch 1907 Habilitation, 1913–1934 Professor Universität Jena, Wehrgeologe im I. WK, 1923 Leiter der Thüringischen Geologischen Landesuntersuchung, 1934–1936 Präsident PGLA, 1934 Honorarprofessor TH Berlin, 1935 Mitglied Leopoldina, 1936–1939 Büro Keppler (Vierjahresplan), 1939 Wehrgeologe, 1941 leitender Heeresgeologe, 1943–1945 Leiter Wehrgeologenstab Wannsee, im April 1945 an den Folgen einer Verwundung gest. – bis 1932 DNVP, 1933 NSDAP, vgl. BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 41160464, NSDAP-Gaukartei, Kasten 4116, Karte 464; Karteikarte betr. Wilfried von Seidlitz, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13277, Bl. 8928; Ahrens, Nachruf von Seidlitz (1955), S. XXXV–XLIII; Willig, Wirken (2008), S. 64–92; Hoppe, Max Pfannenstiel (2020), S. 104; Fischer, Hans Jüngst (2012), S. 63, 107, 120.

SEITZ, OTTO (1888–1976): 1908 Abitur, 1908–1914 Studium des Hüttenfaches TH München, Bergakademie Berlin, Universität Heidelberg, 1914 Promotion, 1914–1918 Teilnahme am I. WK, Leutnant d. R., 1919 Assistent PGLA, 1928 apl. Bezirksgeologe, 1934 Bezirksgeologe und Professor, 1939 Bezirksgeologe RfB, 1944 Leiter des Hauptreferats 5 (Archiv) der RfB und der Arbeitsstelle für Erdölgeologie in Hannover, nach dem II. WK Amt für Bodenforschung, Landesstelle Niedersachsen in Hannover, gest. 1976 – Mitglied NSV, RDB, vgl. von Seitz ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 7111, unp.; de la Sauce/Schorn/Schrödter, Jahrbuch (1954), S. 797f.; Pfeiffer, Dokumente (1984), S. 82.

SICKENBERG, OTTO (1901–1974): Abitur, Studium, 1923–1935 Assistent Paläontologisches und Paläobiologisches Institut Universität in Wien, 1924 Promotion Universität Wien, 1932 Habilitation Universität Wien, 1935–1945 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Göttingen, 1941 tit. a. Professor, um 1943 RfB Berlin, 1961–1967 Geologie-Oberrat und leitender Paläontologe am Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung Hannover, 1962 Lehrbeauftragter für Paläontologie TH Hannover, gest. 1974, vgl. Zapfe, Index (1987), S. 106.

SIEVERTS[-DORECK], HERTHA (1899–1991): 1916–1921 Ausbildung zur Lehrerin in Berlin, 1921–1927 Studium Mathematik und Naturwissenschaften in Berlin und Innsbruck, 1927 Promotion, danach kurze Anstellungen Geologisch-Paläontologisches Institut TH Berlin und Geologisch-Mineralogisches Institut TH Karlsruhe, 1930 Assistentin Institut für Angewandte Geologie Universität Bonn, 1932–1936 wiss. Assistentin PGLA, ausgeschieden wegen Verheiratung, nun Hausfrau und Privatforscherin, u.a. Tätigkeit am Naturkundemuseum Stuttgart, gest. 1991, vgl. Mohr/Vogt, Geowissenschaftlerinnen (2003), S. 62, 65; Haude, Nachruf Doreck (1992), S. 2–4.

STACH, ERICH (1896–1987): Abitur, 1915–1918 Teilnahme am I. WK, Leutnant, 1919–1923 Studium Universität Berlin, 1923 Promotion Universität Berlin, 1923 Geologe auf Probe PGLA, 1929 Habilitation, 1933 planmäßiger Geologe, 1934 Bezirksgeologe, 1941 apl. Prof., 1939–1944 Kriegsdienst als Offizier der Luftwaffe, 1944 Übernahme von Kohlen- und Koksforshungen bei der Fried. Krupp AG, die er nach dem Krieg bis 1946 fortführte, 1946 Landessstelle Nordrhein-Westfalen des Amtes für Bodenforschung Hannover, zudem Lehrauftrag Universität Bonn, 1953 Sekretär der von ihm mitbegründeten Internationalen Kommission für Kohlenpetrographie, 1956 Nordrhein-Westfälisches Amt für Bodenforschung Krefeld (Oberlandesgeologe), gest. 1987 – NSDAP 1937, SS 1933, vgl. BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 42260294, NSDAP-Gaukartei, Kasten 4226, Karte 294; Kartekarte des RMWEV betr. Erich Stach, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13277, Bl. 9192 (digital Bl. 601f.); Von Stach ausgefüllter Fragebogen betr. Parteimitgliedschaften, 27.2.1937, BArch-MA Freiburg, PERS 6, Nr. 220649, unp.; Teichmüller, Nachruf Stach (1988), S. 115–129; Kalkmann, Hochschule (2002), S. 492; Professor Dr. Erich Stach 60 Jahre (1956), S. 136 f. (Ich danke Helmut Maier für den Hinweis).

STAESCHE, KARL (1902–1981): 1920 Abitur, 1920–1924 Studium der Naturwissenschaften und Geologie Universität Tübingen, 1924 Promotion, 1925–1927 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Tübingen, 1927 Geologe auf Probe PGLA, 1929 apl. Geologe PGLA, 1934 Mitarbeiter der Untersuchungsstelle für Mikropaläontologie des Instituts für Erdölgeologie, 1938 Leiter des Referats „Tertiär Süddeutschlands und der Ostmark“ der Untersuchungsstelle für Mikropaläontologie, 1938 Bezirksgeologe, 1944 Volksturmeinsatz und 1945 russische Gefangenschaft, nach Entlassung 1945–1950 Landesgeologe Deutsche Geologische Landesanstalt Ost-Berlin, Ende 1950 Praktischer Geologe Companhia dos Petróleos de Portugal in Lissabon, 1953 Geologisch-Paläontologische Abteilung des Staatlichen Museums für Naturkunde in Stuttgart und ab 1963 Ludwigsburg, 1967 Ruhestand, gest. 1981 – NSDAP 1937, zudem NSV, RDB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Geologen Dr. Staesche zum Bezirksgeologen, 30.9.1938, GStA, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 232 f.; BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 42320333, NSDAP-Gaukartei, Kasten 4232, Karte 333; Adam, Karl Staesche 70 Jahre (1973), S. 1 f.

STOCKFISCH, KARL (1886–1945): 1905 Abitur, 1905–1910 Studium der Chemie Universität Marburg und TH Berlin, 1910 Promotion, 1912–1913 Assistent Institut für Zuckerindustrie Berlin, 1913–1914 Chemiker in der Pommerschen Zuckerfabrik Anklam, 1914–1918 Teilnahme am I. WK (Leutnant), 1919 Chemiker auf Probe PGLA, 1920–1926 apl. Chemiker, 1926–1939 Chemiker, Professor, 1939 Bezirksgeologe RfB, gest. 1945 (von russischen Soldaten erschossen) – NSV, RDB, NSBDT, vgl. von Stockfisch ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BArch Berlin, R 71, Nr. 51, unp.; Pfeffer, Nachruf Stockfisch (1951), S. XI–XVII.

STOLLER, JAKOB (1873–1930): 1892 Abitur und Volksschullehrer, 1893–1897 Studium der Mathematik und Naturwissenschaften in Tübingen, 1898

Prüfung für den höheren Schuldienst und Tätigkeit als Realschullehrer in Reutlingen, 1898–1901 Studium der Geologie in Tübingen, 1901 Promotion Tübingen, Prüfung zum Oberlehrer und Anstellung als Vikar an Realschule in Stuttgart, 1902 Hilfsgeologe PGLA, 1911 Bezirksgeologe, 1915 Teilnahme am I. WK, 1916 auf Drängen der deutschen Erdölindustrie vom Wehrdienst freigestellt, 1917–1918 Kriegsgeologe, 1924 Landesgeologe und Professor, 1929 Ruhestand, 1930 verstorben, vgl. Wiefel/Wiefel, Lexikon, S. 142; von Bülow, Nachruf Stoller (1930), S. LXXXVII–XCVIII.

TEICHMÜLLER, ROLF (1904–1983): Abitur, Studium Heidelberg, München, Wien u. Göttingen, 1928–1937 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Göttingen und Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Berlin, 1929–1933 Forschungsstipendium der DFG, 1930 Promotion, 1935 Habilitation, 1937 Wissenschaftlicher Angestellter Büro Keppler, 1939–1945 RfB Berlin, 1940 Regierungsgeologe RfB, 1945 Bonn, 1946 Geologisches Landesamt Nordrhein-Westfalen in Krefeld, dort 1954 Landesgeologe, 1960 Oberlandesgeologe, 1965 Abteilungsleiter des GLA NRW in Bochum, 1969 Ruhestand, gest. 1983 – NSDAP 1937, SA, NSV, RKB, vgl. Vorschlag zur Ernennung des Wiss. Angestellten Dr. Teichmüller zum Regierungsgeologen, ohne Datum (1940), BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unp.; BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 44191501, NSDAP-Gaukartei, Kasten 4419, Karte 1501; Von Teichmüller ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 29.6.1939, BArch Berlin, R 9361–I, Nr. 3591, unp.; Carlé, Stammbaum (1988), S. 362–396; Wiefel/Wiefel, Lexikon (2010), S. 144.

TEUSCHER, OTTO (1907–1990): 1927 Abitur, 1927–1933 Studium der Naturwissenschaften, 1934 Staatsexamen, 1933 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Mineralogisches Institut Universität Leipzig, 1934–1939 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Staatliche Lagerstättenforschungsstelle des Sächsischen Geologischen Landesamts Leipzig (später Bergwirtschaftsstelle beim Oberbergamt in Freiberg), 1936 Promotion, Anfang 1939 Mitglied einer wissenschaftlichen Forschungsgruppe im von Italien besetzten Abessinien, 1939 Wissenschaftlicher Angestellter RfB Freiberg, 1941 wiss. Angestellter RfB Berlin, 1942 Bezirksgeologe und Referent für Bodenforschung beim ‚Generalkommissar für die Ukraine‘ in Kiew, 1943 Bezirksgeologe RfB-Zweigstelle München, im Juli 1943 als Sachbearbeiter für Bodenforschung in der Slowakei (Pressburg) vorgesehen, 1944 Einberufung zum Militär, 1945–1948 französische Kriegsgefangenschaft, 1948 Regierungsrat beim Bayerischen Geologischen Landesamt, 1952 Oberregierungsrat und Leitung der Abteilung III (Lagerstättenkunde, Mineralogie, Petrographie und Geophysik) und des Referats 6 (Regionale Geologie des Alten Gebirges), 1962 Regierungsdirektor und ständiger Vertreter des Amtsleiters, 1972 pensioniert, gest. 1990 – NSDAP 1937, SA 1933, zudem DAF, NSV, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des wissenschaftlichen Angestellten Dr. Teuscher zum außerplanmäßigen Bezirksgeologen, 4.11.1941, BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unp.; BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 44310320, NSDAP-Gaukartei, Kasten 4431, Karte 320; Karteikarte der

Gruppe Sachsen, SA-Nachrichtensturm 178 betr. Otto Teuscher, ohne Datum, BArch Berlin, R 9361-III, Nr. 569648, unp., Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1942), S. 47, 140; Vermerk der RfB-Zweigstelle Freiberg über Dr. Ernst Otto Teuscher, 10.8.1940, GLA Freiberg, A 02321/3, Bl. 126, 129; Lebenslauf Teuschers, 27.12.1938, Bergarchiv Freiberg, 40028, 1-0412, Nr. 3, unp.; Personalbogen für Beamte betr. Dr. Ernst Otto Teuscher und beiliegender Lebenslauf, 12.5.1966, BayHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 420, Bl. 1-3; Gudden, Nachruf Teuscher (1991), S. 239-245.

TRÉNEL, MAX (1889-1966): Teilnahme am I. WK, 1919 Abitur, 1919-1922 Studium der Naturwissenschaften, u.a. Chemie, 1921 Verbandsprüfung für Chemiker danach Assistent Physikalisches Institut TH Berlin, 1923 Promotion, 1924 Chemiker auf Probe PGLA, 1925 apl. Chemiker PGLA, 1927 Habilitation Landwirtschaftliche Hochschule Berlin, 1928 planmäßiger Chemiker PGLA, 1932 a. o. Professor Landwirtschaftliche Hochschule Berlin, 1935 Leiter Institut für Bodenkunde PGLA und Lehrauftrag für Chemie an Forstlicher Hochschule Eberswalde, 1939 Bezirksgeologe RfB, 1944 dort Leiter des Hauptreferats 2 (Bodenchemie), 1946-1959 Professor für landwirtschaftliche und forstliche Bodenkunde, seit 1951 Professor und Direktor des Instituts für Pflanzenernährung, Bodenchemie und Bodenbiologie Humboldt-Universität zu Berlin, gest. 1966 - 1921 bis zur Auflösung Deutsch Völkische Freiheitspartei, 1923 bis zur Auflösung DNVP, zudem NSV, RDB, RKB, vgl. Vorschlag zur Ernennung des Bezirksgeologen Professor Dr. Trénel zum Regierungsgeologen, 12.12.1941, BArch Berlin, R 601, Nr. 2087, Bl. 108 f.; Hochschullehrerkartei des RMWEV (Karteikarte betr. Trénel), BArch Berlin, R 4901, Nr. 13278, Bl. 903; Pfeiffer/Görz, Arbeiten (1968), S. 65-80; Pfeiffer, Dokumente (1984), S. 82.

UDLUFT, HANS (1900-1966): 1918 Abitur und anschließend Teilnahme am I. WK, 1918-1923 Studium Universität Frankfurt am Main, 1923 Promotion, 1923-1926 Assistent am Geologischen Institut der Universität Frankfurt am Main und beim Senckenberg-Museum Frankfurt am Main, 1923 Erstes Staatsexamen PGLA, 1926 Geologe auf Probe PGLA, 1929 Zweites Staatsexamen und apl. Geologe, 1937 Bezirksgeologe, 1939 Wehrgeologe (Militär, KVR, beratende Tätigkeit beim Stellungsbau und Arbeiten für die Wasserversorgung der Truppe, Uk-Stellung auf Veranlassung des RfB), April 1945 bis Sept. 1945 Leiter der Arbeitsstelle Heringen des ehem. RfB, nun Amt für Bodenforschung des kommissarischen Ober- und Regierungspräsidenten der Provinz Kurhessen, 1945-1946 Leiter des Amtes für Bodenforschung, Arbeitsstelle Marburg, 1946 Hessisches Landesamt für Bodenforschung (Leiter der Arbeitsstelle Oberscheld im Dillkreis), 1948 Bezirksgeologe, 1949 Regierungsgeologe, 1954 ständiger Vertreter des Leiters des Hessischen Landesamtes für Bodenforschung, 1955 Oberregierungsgeologe, 1956 Honorarprofessor Universität Marburg, 1959 Leiter Hessisches Landesamt für Bodenforschung Wiesbaden, 1961 Direktor, 1965 Ruhestand, 1966 gestorben - 1932 NSBA, Mitglied NSV, RDB, NS-Altherrenbund, NSKK (FM), gab selbst an, vor 1933 „deutschnational“ und im März 1933 die NSDAP gewählt zu haben, vgl. Arbeitsblatt des öffentlichen Klägers bei der

Spruchkammer des Dillkreises betr. Udluft, 12.9.1946, HHStAW, 520, Nr. 07, 1173, Bl. 8.; Von Udluft ausgefüllter Meldebogen auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.1946, 7.5.1946, ebd., Bl. 1; Von Udluft ausgefüllter Fragebogen des Military Gouvernement of Germany, 27.5.1946, HHStAW, 527, X 359, unp.; Barsch (Präsident der Deutschen Geologischen Landesanstalt, Ost-Berlin), 15.3.1946, ebd., unp.; Karteikarte betr. Udlufts Mitgliedschaft in der NSV, BArch Berlin, R 9361-II, Nr. 1150562, unp.; Festsetzung des Besoldungsdienstalters für den Bezirksgeologen Dr. Hans Udluft, ohne Datum, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30162, Bl. 58, Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Geologen zum Bezirksgeologen, ohne Datum, ebd., Bl. 205f.; Nöring, Nachruf Udluft (1967), S. LV f.

VEIT, ERWIN (1909–?): Abitur, 1927–1933 Studium der Naturwissenschaften, 1934 Prüfung für das höhere Lehramt, 1936 Promotion, 1934 wiss. Assistent am KWI für Züchtungsforschung, Müncheberg (Mark), 1934–1936 württembergischer Schuldienst, 1936–1938 Erdölgeologe bei der Deutschen Vacuum A.G. Hamburg, 1938 Angestellter Büro Keppler, 1938 Mitarbeiter der Zweigstelle Wien des Instituts für Erdölgeologie der RfB, 1942 apl. Bezirksgeologe, 1943 Bezirksgeologe, überlebte das Ende des II. WK – Mitglied SA, NSKK, NSV, RDB, NSLB, RKB, vgl. Vorschlag zur Ernennung des Studienassessors Dr. Veit zum apl. Bezirksgeologen, 15.8.1941, BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unp.; Schott, Erdölgeologie (1968), S. 102; Tätigkeitsbericht PGLA 1938 (1939), S. 31; Berichte des RfB, Zweigstelle Wien (1942), S. 47 u. (1943), S. 175.

VERSÉ, JULIUS (1881–1966): Ausbildung für den höheren Staatsdienst im Bergfach in Preußen, 1911 Bergassessor, Teilnahme I. WK, Hauptmann d.R., 1918 technischer Hilfsarbeiter Bergrevier Aachen, 1921 dort planmäßige Anstellung als Bergmeister (Bergrat), 1931 Ernennung zum Ersten Bergrat, 1933 Oberbergamtsdirektor in Bonn, 1936 komm. Präsident PGLA, 1939–1945 Oberbergamt Dortmund, gest. 1966 – 1926–1930 DVP, 1933 NSDAP, zudem NSV, NSKK, RDB, RKB, NSBDT, NS-Reichskriegerbund, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Oberbergamtsdirektors Versé zum Präsidenten und Professor der Geologischen Landesanstalt, 19.4.1937, GStA, I. HA, Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 153–155; BArch Berlin, R 9361-VIII Kartei, Nr. 23961429, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 2396, Karte 1429; von Versé ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 28.6.1939, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 3732, unp.; RWM an Versé, 14.3.1945, BArch Berlin, R 3101, Nr. 36282, unp.

VETTERS, HERMANN (1880–1941): 1899 Abitur, 1899 Studium der Naturwissenschaften (Geologie) Universität Wien, 1903 Promotion, Assistent Lehrstuhl für Geologie Universität Wien und Volontär k.u.k. Geologische Reichsanstalt Wien, 1908 Übertritt an die Geologische Reichsanstalt, 1909 Privatdozent für tektonische Geologie Montanistische Hochschule Leoben, 1911–1913 Leiter des Erdbebenreferats für Niederösterreich der AdW Wien, 1914–1918 Leiter der Instruktionsabteilung für Tiefbohrungen und Bohrbrunnen der militärischen Bauanstalt, Tätigkeit im k.u.k. Kriegsministerium, zuletzt Oberleutnant-Ingenieur des Landsturms, 1921 Chefgeologe Geologische

Bundesanstalt Wien, 1938 Leiter der Erdölabteilung der RfB-Zweigstelle Wien und stellvertretender Leiter der RfB-Zweigstelle Wien, gest. 1941 – NSDAP 1938, vgl. BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 45851099, NSDAP-Gaukartei, Kasten 4585, Karte 1099; Beck, Hermann Vettters (1941), S. 173–191; Eintrag Dr. Hermann Vettters, in: Evangelischer Friedhof Simmering (<https://www.evangel-friedhof.at/simmering/dr-hermann-vettters/>, eingesehen am 5.4.2024).

WAGEMANN, KARL (1888–?): 1909 Zeichner-Anwärter im Zeichnerbüro für Gebirgslandsaufnahme PGLA, 1912 Kartographengehilfe, 1914–1918 Teilnahme I. WK, Unteroffizier, 1918/19 Einwohnerwehr in Berlin-Pankow, 1928 Kartograph, 1937 Bürovorsteher PGLA, 1940 Kartographen-Oberinspektor RfB – 1932 Mitglied NSBA der PGLA, 1930 NSDAP und SA, zudem NSV, RDB, RLB, RKB, vgl. von Wagemann ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BArch Berlin, R 71, Nr. 54, Bl. 3–12; BArch Berlin, R 9361-VIII Kartei, Nr. 24580618, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 2458, Karte 618.

WALDMANN, LEO (1899–1973): 1918 Abitur, 1918–1922 Studium der Geologie, Gesteinskunde, Mineralogie und Paläontologie Universität Wien, 1922 Promotion, bis 1924 stellungslos, in dieser Zeit mit Akademieunterstützung Kartierungsarbeiten, 1924–1929 wissenschaftliche Hilfskraft Geologisches Institut Universität Wien, 1929 Habilitation und Eintritt in Geologische Bundesanstalt Wien, 1940–1944 Wehrgeologe in Polen und Norwegen, 1941 a. o. Professor Universität Wien, 1945 bis zur Wiedereinsetzung von Gustav Göttinger als Direktor der Geologischen Bundesanstalt am 1. Juni 1945 interimsmäßig für zwei Monate mit der Leitung der Bundesanstalt betraut, 1947–1948 Präsident der Geologischen Gesellschaft in Wien, 1958 Ehrentitel eines Hofrats, 1964 Ruhestand, gest. 1973 (als Fußgänger im Straßenverkehr tödlich überfahren), vgl. Pfaffl, Leo Waldmann (2003), S. 25; Danner, Görings Geologen (2020), S. 34 f., 49, 92 (Anm. 432); Schedl, Wiederaufbau (1999), S. 152, 154.

WASMUND, ERICH (1902–1945): 1919 Abitur, 1920–1925 Studium der Naturwissenschaften in Freiburg, Wien, Berlin, Heidelberg u. Kiel, 1925 Promotion Kiel, 1930 wiss. Mitarbeiter Hydrobiologische Anstalt der KWG Plön, 1931 Habilitation und Privatdozent für Geologie und Limnologie Universität Kiel, 1936 Nichtbeamteter a. o. Professor und komm. Abteilungsleiter für Meeresgeologie am Institut für Meereskunde Universität Kiel, 1939 ausgeschieden und Leiter des privaten Instituts für meeresgeologische Fragen in Kiel-Kitzeberg, 1940 wiss. Angestellter RfB, 1940 Wehrdienst Kriegsmarine, 1941 Bezirksgeologe RfB Kiel, 1945 gefallen – NSDAP 1938, SS 1933, zudem NSV, RKB, vgl. von Wasmund ausgefüllter Personalbogen, 14.3.1940, BArch Berlin, R 71, Nr. 55, unp.; Vorschlag des RWM zur Ernennung des wiss. Angestellten Dr. habil. Erich Wasmund zum Bezirksgeologen, ohne Datum (um 1941), BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unp.; BArch, R 9361-IX Kartei, Nr. 47001137, NSDAP-Gaukartei, Kasten 4700, Karte 1137; SS-Kartei (betr. Erich Wasmund), BArch Berlin, R 9361-III, Nr. 562207, unp.; Hochschullehrerkartei des RMWEV (Karte betr. Wasmund), BArch Berlin, R 4901, Nr. 13279, Bl. 10182; Entwurf eines Schreibens der Universität Kiel an den Innenminister des

Landes Schleswig-Holstein, 5.6.1963, Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv (SHLA) Kiel, Abt. 47, Nr. 7104, unp.; Entwurf eines Nachrufs auf Wasmund von Walter Carlé, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 11, Nr. 0817, Bl. 1–5.

WATZNAUER, ADOLF (1907–1990): 1925 Abitur, 1925–1930 Studium Deutsche TH und Deutsche Universität Prag, 1930 Promotion, 1932–1934 geologische Kartenaufnahmen im Auftrag des Sächsischen GLA, 1933–1935 Aushilfslehrer, 1933–1934 Assistent Deutsche TH Brünn, 1935–1938 provisorischer Professor am Staatsrealgymnasium Pressburg und Staatsoberrealgymnasium Brüx, 1938–1939 Geologe Staatliche Lagerstättenforschungsstelle Freiberg, 1938 GLA Sachsen in Freiberg, 1941 Bezirksgeologe RfB-Zweigstelle Freiberg, 1944 Wehrgeologe, russ. Kriegsgefangenschaft, ab 1947 Hauptgeologe der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut, 1953–1972 Professor Bergakademie Freiberg, ab 1957 Leiter des dortigen Geologischen Instituts, 1972 emeritiert, 1990 gest. – 1938 NSDAP, vgl. von Watznauer ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BArch Berlin, R 71, Nr. 56, unp.; BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 47031756, NSDAP-Gaukartei, Kasten 4703, Karte 1756; Verfügung des RFM, 4.4.1941, BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unp.; Biographische Notiz betr. Adolf Watznauer, 10.8.1940, GLA Freiberg, A 02321/3, Bl. 126, 128; Von Watznauer ausgefüllter Personalbogen, 10.9.1938, Bergarchiv Freiberg, 40028, 1–0413, Nr. 03, unp.; Guntau, Biographie Adolf Watznauer (2010), S. 1386 f.

VON WEDELSTÄDT, ERICH (1904–1945): Abitur, 1923–1924 Banktätigkeit, 1925–1928 Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen, München und Göttingen, 1929 erste juristische Staatsprüfung und Gerichtsreferendar in Preußen, 1932 große Staatsprüfung und Gerichtsassessor, 1932–1933 Amtsgericht Mülheim a. d. Ruhr, 1933 Stadtverwaltung Mülheim a. d. Ruhr, 1933 kommissarische Beschäftigung RWM, 1935 Regierungsrat, 1939 Oberregierungsrat, März 1939 abgeordnet zur Dienstleitung beim ‚Reichsprotektor Böhmen und Mähren‘ in Prag, Leiter der Gruppe Gewerbliche Wirtschaft, 1940 Ministerialrat, 1945 vermutlich erschossen – 1925–Auflösung Stahlhelm, 1937 NSDAP, zudem NSV, RDB, vgl. Vorschlag RWM zur Ernennung des Oberregierungsrats Erich von Wedelstädt zum Ministerialrat, Sept. 1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 20 f.; Geschäftsverteilungsplan der Gruppe Wirtschaft [im Amt des Reichsprotektors von Böhmen und Mähren], 30.7.1940, BArch Berlin, R 2, Nr. 21325, unp.; Bericht von Ruth Martini über Hans Joachim Martini, ohne Datum (um 1945), UB Freiburg (GAGV), unverzeichneter Teilnachlass Hans Joachim Martini.

WEIDENBACH, FRITZ (1901–2000): 1920 Abitur, 1921 Studium Maschinenbau TH Stuttgart, ab 1923 Geologie, Paläontologie, Mineralogie und Petrographie in Stuttgart und Universität Tübingen, 1926 Promotion Tübingen, 1926–1927 Assistent Institut für Mineralogie Universität Tübingen, 1927 Hilfsgeologe Geologische Abteilung des Württembergischen Statistischen Landesamtes Stuttgart, 1928 Wissenschaftlicher Mitarbeiter, 1933 beamteter Geologe, 1937 Landesgeologe, 1938–1939 Abschnittsgeologe beim Erkundungsstab

Schwarzwald in Stuttgart (Westwallbau), 1939 Bezirksgeologe, 1939–1940 Armee-Pionier-Führer beim AOK 7, Abteilung VII Geol., 1940 in Gruppe Befestigung, Luftgaukommando VII München als Wehrgeologe Einsatz beim Bau der Luftverteidigungszone West, 1941 Chefgeologe (Regierungsbaurat im Majorsrang) der Luftwaffe in Berlin mit geologischen Außenstellen in Holland, Frankreich, Finnland und UdSSR, 1943 Chefgeologe Luftgaukommando Süd und Einsatzgruppe Italien der OT, 1944 Chefgeologe in OT-Zentrale Berlin zum Einsatz beim Luftwaffen-Bauwesen, 1945 Kriegsgefangenschaft, 1946 Geologe an der Geologischen Abteilung des Württembergischen Statistischen Landesamtes Stuttgart mit dem Auftrag zum Wiederaufbau der Geologischen Abteilung in der amerikanischen Besatzungszone, ab 1952 Zweigstelle Stuttgart des Geologischen Landesamtes Baden-Württemberg, 1948 Landesgeologe und geschäftsführender Abteilungsleiter, 1951 Leiter der Geologischen Abteilung, 1952 Leiter der Zweigstelle Stuttgart, 1954 Oberlandesgeologe, 1964 Regierungsdirektor, 1966 Ruhestand, 2000 gestorben, vgl. LD 7 [RdL u. ObdL Berlin] an LD 5 I [RdL u. ObdL Berlin], 30.9.1941, BA-MA, PERS 6, Nr. 293327, unp.; Aktenvermerk, ohne Datum (um Nov. 1941), ebd., unp.; Luftgaukommando VII (München, Verwaltung) an RdL u. ObdL (LD 8 IB, Berlin), ebd., unp.; Luftgaukommando VII (München, Verwaltung) an Kommando der Luftverteidigungszone West, Chefgeologe (Wiesbaden), 20.11.1939, ebd., unp.; Inspektion der Luftverteidigungszone Berlin an LD 8 IB (RLM), 27.3.1940, ebd., unp.; Adam, Fritz Weidenbach (2001), S. 253–291; Reiff, Nachruf Weidenbach (2002), S. 45–57.

WICHER, CARL ADAM (1901–1957): Abitur, 1922–1927 Bergbaustudium TH Berlin, Tätigkeit im oberschlesischen Steinkohlenbergbau sowie geologische und geophysikalische Arbeiten in Australien und Rumänien, 1932 Promotion, 1935 wissenschaftlicher Angestellter Erdölabteilung, Untersuchungsstelle für Mikropaläontologie PGLA, 1944 Leiter des Hauptreferats 3 Mikropaläontologie RfB, 1947 Bergbauministerium Jugoslawien, Professor und ordentliches Mitglied der Serbischen AdW, Rückkehr nach Deutschland aus gesundheitlichen Gründen, 1950 Tätigkeit bei der Preussag, 1957 gest. – NSDAP 1933, vgl. BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 48321569, NSDAP-Gaukartei, Kasten 4832, Karte 1569; Pfeiffer, Dokumente (1984), S. 82; Hiltermann, Carl A. Wicher (1957), S. 328; Bartenstein, Carl A. Wicher (1957), S. 268.

WIEGERS, FRITZ (1875–1955): 1893 Abitur, 1893–1895 Studium Geologie Göttingen und Halle, 1899 Promotion, 1897–1901 Assistent Geologisch-Mineralogisches Institut TH Karlsruhe, 1901 Hilfsgeologe PGLA, 1908 Bezirksgeologe, 1915–1918 Teilnahme I. WK, Leutnant, 1922 Landesgeologe, 1934 Abteilungsdirektor und Professor, 1939 Regierungsdirektor RfB, 1945 stellvertr. Direktor des Seminars für Urgeschichte Universität Göttingen, 1946 pensioniert, gest. 1955 – von 1919–1920 DVP, 1925–1927 Stahlhelm, 1930 NSDAP, 1933 SA, vgl. BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 48470735, NSDAP-Gaukartei, Kasten 4847, Karte 735; Von Wiegiers ausgefüllter Personalbogen, 24.2.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 58, unp.; Karteikarte betr. Fritz Wiegiers,

BArch Berlin, R 4901, Nr. 13280, Bl. 10460; Lindner, Nachruf Wiegers (1956), S. 243 f.; Wiefel/Wiefel, Lexikon (2010), S. 159.

WINKLER-HERMADEN, ARTUR (1890–1963): 1909 Abitur, 1909–1914 Studium der Naturwissenschaft und Geologie in Wien und Graz, 1914 Promotion, 1915 Volontär Geologische Bundesanstalt Wien, Teilnahme am I. WK, Oberleutnant, 1920 Praktikant Geologische Bundesanstalt Wien, 1921 Habilitation Universität Wien, 1923 Assistent Geologische Bundesanstalt Wien, 1929 planmäßiger Geologe, 1931 Chefgeologe, 1934 Entlassung aus dem Bundesdienst wegen nationalsozialistischer Betätigung, 180 Tage Haft, 1935–1937 Staatliche Lagerstättenforschungsstelle des Sächs. GLA in Leipzig und Freiberg, 1938 Chefgeologe Geologische Landesanstalt Wien, 1940 Regierungsgeologe RfB-Zweigstelle Wien, 1941–1945 Professor Deutsche TH Prag, nach II. WK Entlassung, Haft und Berufsverbot, Tätigkeit als praktischer Geologe, 1954–1956 Gastprofessor FU Berlin und Erlangen, 1957 Leiter des Instituts für Mineralogie und Technische Geologie TH Graz, gest. 1963 – NSDAP 1933, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Chefgeologen (IV. Klasse) Dr. Winkler-Hermaden zum Regierungsgeologen, 17.6.1940, BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unp.; Eidesstattliche Erklärung Winkler-Hermadens an Pg. Mally (Hilfsbund der Deutsch-Österreicher, Berlin), 18.3.1936, BArch Berlin, R 9361-II, Nr. 1211383, unp.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei, Nr. 48980549, NSDAP-Gaukartei, Kasten 4898, Kasten 549; Berichte der RfB, Zweigstelle Wien (1941), S. 216; Pollack, Arthur Winkler-Hermaden (1964), S. 167–170; Häusler Oberleutnant (2013), S. 24–51.

WINNACKER, ERICH (1889–1944): 1908–1911 Studium in Marburg und Aachen, 1911 Referendar, 1915 Bergassessor, 1916–1925 Bergwerksdirektor auf verschiedenen Zechen in Schlesien und Böhmen, 1925 Direktor August-Thyssen-Hütte Hamborn, 1926 Vorstandsmitglied Vereinigte Stahlwerke, 1933–1934 OBH im Pr. Ministerium für Arbeit und Wirtschaft sowie im RWM, gest. 1944, vgl. Seidelmann, Eisen (2016), S. 418; Heide, Bergleute (2023), S. 378 (Anm. 1527); Führerlexikon (1934), S. 532.

WOLDSTEDT, PAUL (1888–1973): Abitur, Studium der Geologie in Freiburg u. Göttingen, 1912 Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen, 1912–1919 Assistent Universität Göttingen, 1913 Promotion, Teilnahme I. WK, Kriegsgeologe, 1919 Assistent Universität Halle, 1920 Geologe auf Probe PGLA, 1921 apl. Geologe, 1927 Bezirksgeologe, 1933 Bezirksgeologe und Professor, 1940 Regierungsgeologe RfB, nach dem II. WK Abteilungsleiter im Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung, Hannover, 1951 Ruhestand, 1952 Honorarprof. Universität Bonn, gest. 1973 – NSV, RDB, RKB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Bezirksgeologen u. Professors Dr. Woldstedt zum Regierungsgeologen, 20.9.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 28 f.; Duphorn, Nachruf Woldstedt (1974), S. 3–12.

WOLFF, WILHELM (1872–1951): 1891 Abitur, Bergbaubeflissener beim Oberbergamt Clausthal und praktisches Jahr auf verschiedenen Gruben im Harz, 1892–1896 Studium der Naturwissenschaften und Geologie in Bonn, Göttingen,

Bergakademie Berlin und in München, 1896 Promotion und Eintritt als Hilfsgeologe in PGLA, 1902 Bezirksgeologe, 1908 Landesgeologe, 1912 Professor, im I. WK. Wehrgeologe, 1923 Abteilungsleiter Kartierung im Flachland, 1933 aus politischen Gründen entlassen (SPD-Mitglied bis 1932), im II. WK wehrgeologische Tätigkeit, im Sommer 1945 Deutsche Geologische Landesanstalt Ost-Berlin, 1948 Pensionierung, gest. 1951 vgl. Heck, Nachruf Wolff (1952), S. XXXIX–LIV.

WOLFF, WILHELM (1902–1980): Abitur, 1922–1927 Studium des Bergbaues, 1921 Bergpraktikant, 1927 Diplom-Hauptprüfung in der Fachrichtung Bergbau, 1931 Promotion, 1927 technischer Hilfsarbeiter PGLA, 1928–1930 Geophysiker in der Privatindustrie, 1930 Geophysiker PGLA, 1931–1933 Geophysiker in der Privatindustrie, 1934 Wissenschaftlicher Angestellter PGLA (Geophysikalische Reichsaufnahme), 1942 Bezirksgeologe RfB, nach dem Zweiten Weltkrieg Landesstelle Nordrhein-Westfalen des Amtes für Bodenforschung in Düsseldorf, dann Krefeld, ab 1950 Lehrauftrag für angewandte Geophysik TH Aachen, 1958 Honorarprofessor, 1964 ständiger Vertreter des Leiters des Geologischen Landesamtes in Düsseldorf, die letzten zehn Monate vor seiner Pensionierung Leiter, 1967 Ruhestand, gest. 1980 – NSDAP 1933, zudem NSV, NSKK (FM), vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des wissenschaftlichen Angestellten Dr. Wolff zum Bezirksgeologen, 7.1.1942, BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unp.; BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 49590388, NSDAP-Gaukartei, Kasten 4959, Karte 388; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1942), S. 48; de la Sauce/Schorn/Schrödter, Jahrbuch (1954), S. 805, Closs, Hans: Nachruf Wilhelm Wolff 1902–1980, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2006 A 563.

RUDOLF VON ZWERGER (1902–1945): 1921 Abitur, 1921–1927 Studium des Bergwesens TH Berlin u. Bergakademie Clausthal, 1927 Diplom-Hauptprüfung, 1928–1930 Geophysiker Ohio Oil Company (USA), 1929 Promotion, 1931–1932 Beratender Geophysiker Wintershall AG Kassel, 1932–1933 selbständige praktisch-geophysikalische und wissenschaftliche Arbeiten Berlin, 1934 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Rahmen des Ingenieurdienstes der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung, Berlin, 1934 Geophysiker beim Mecklenburgischen Geophysikalischen Landesamt in Rostock, ab September 1934 Wissenschaftlicher Angestellter PGLA, 1938 außerplanmäßiger Geologe, 1941 Bezirksgeologe RfB, während des II. WK geophysikalische Arbeiten in Polen, Russland, Österreich und auf dem Balkan, 1944 Habilitation, 1945 als Angehöriger des Volkssturms gefallen – NSDAP 1940, zudem NSKK, NSV, RDB, RKB, NSBDT, DAF, NSFK, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Bezirksgeologen zum Bezirksgeologen, 6.1.1941, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 133 f.; Von v. Zwenger ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1941), BArch Berlin, R 71, Nr. 61, unp.; BArch Berlin, R 9361–IX Kartei, Nr. 50760553, NSDAP-Gaukartei, Kasten 5076, Karte 553; Closs, Nachruf auf Rudolf von Zwenger (1952), S. LVII–LX.

Teil 2 Tabellen

- Tab. 1: Tätigkeiten und Einsatzorte von Staatsgeologen während des Ersten Weltkrieges 1914–1918
- Tab. 2: Tätigkeiten von deutschen und österreichisch-ungarischen Staatsgeologen auf dem Gebiet der Kriegsgeologie 1914–1918
- Tab. 3: Untersuchungen von Geologen der PGLA über inländische Rohstoffvorkommen während des Ersten Weltkrieges
- Tab. 4: Schwerpunkte der Explorationsarbeiten der PGLA-Geologen in den preußischen Provinzen zwischen 1919 und 1932
- Tab. 5: Mitgliedschaften von PGLA-Geologen in nationalen Gremien interinstitutioneller Gemeinschaftsarbeit 1919–1932
- Tab. 6: Vom Büro Keppler geförderte Untersuchungsarbeiten 1937 (Auswahl)
- Tab. 7: Staatsgeologen in Gremien (Gemeinschaftsarbeit) 1933–1939
- Tab. 8: Staatsgeologen in Gremien (Gemeinschaftsarbeit) 1939–1945
- Tab. 9: Staatsgeologen als Teil der Besatzungsverwaltung 1939–1945
- Tab. 10: Staatsgeologen als Wehrgeologen im Zweiten Weltkrieg
- Tab. 11: Am Reichsamt für Bodenforschung und seinen Zweigstellen zwischen 1939 und 1945 beschäftigte Ausländer

Tab. 1: Tätigkeiten und Einsatzorte von Staatsgeologen während des Ersten Weltkrieges 1914–1918.³¹⁴⁴

Geologe PGLA	Tätigkeit im Krieg	Bemerkung (Einsatzorte)
Johannes Ahlburg	Frontdienst, dann kriegswirt. Tätigkeit	Kriegs-Phosphat- u. Manganerz-Gesellschaft
Paul Assmann	1914 Frontdienst, 1917 Kriegsgeologe	
Richard Bärtling	1914 Frontdienst, 1916 Kriegsgeologe	Serbien, Leiter der Abteilung Kohlenbergbau
Otto Barsch	1914 Frontdienst, 1917 Kriegsgeologe	Serbien, Leiter eines Militärbergamtes
Fritz Becker	1916–1917 Frontdienst (Marine)	
Fritz Behrend	1915 Frontdienst, 1917 Kriegsgeologe	Türkei
Georg Berg	1915 kriegswirtschaftliche Exploration	Norwegen, Türkei (Leiter techn. Betriebe)
Joh. Berglein	1914 Frontdienst	1915 gefallen
Franz Beyschlag	Lagerstättenkundliche Arbeiten	Serbien, Bulgarien, Baltikum, diverse Kriegsgesell.

3144 Für die in der Tab. genannten Geologen vgl. die Personalakten der oben aufgeführten Personen im Bestand BArch Berlin, R 71 (Reichsstelle für Bodenforschung), im Bestand BArch Koblenz, PERS 101 (Personalakten von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes) und die Nachrufe im Jahrbuch der PGLA, der RfB und in den Geologischen Jahrbüchern, hrsg. von den Geologischen Landesanstalten der Bundesrepublik Deutschland.

O. Clausnitzer	1914 Frontdienst	1914 gefallen
Rudolf Cramer	1915 Frontdienst, 1917 Kriegsgeologe	Frankreich, Russland, Serbien
Bruno Dammer	1914 Frontdienst, 1917 Kriegsgeologe	Russland, Serbien
Paul Dienst	Heeresdienst	Belgien
Friedr. Eisenbeis	1914 Frontdienst	1915 gefallen
Ludwig Finckh	1916 Kriegsgeologe	Litauen, Belgien, Frankreich
Gotthard Fliegel	Lagerstättenkundliche Arbeiten	Estland, Türkei
Wilhelm Frank	1914 Frontdienst	1914 gefallen
Alexander Fuchs	1917 Kriegsgeologe	Belgien (Geologengruppe Brüssel)
Curt Gagel	1916 Kriegsgeologe	1917 Zivilverwaltung Warschau
Eugen Geyer	1914 Kriegstopograph	Kriegsvermessungsdienst (Feldtopograf)
Walter Gothan	1915 Frontdienst, 1917 Kriegsgeologe	
Oskar Grupe	1916 Frontdienst, 1916 Kriegsgeologe	Litauen, Belgien (Geologengruppe Brüssel)
F. Günther	1915 Kriegstopograph	Kriegsvermessungsdienst (Feldtopograf)
Wilhelm Haack	1914 Frontdienst	
Erich Harbort	1914 Heeresdienst, 1916 Generalstab	1914 Sanitätsdienst Kiel, 1916 Politische Abt. (Stellvertretender Generalstab)
Fritz Herrmann	1916 Kriegsgeologe	Serbien, Mitglied des Militärbergamtes
Hess v. Wichdorf	1917 Kriegsgeologe	Litauen, Polen, Belgien (Geologengruppe Brüssel)
Ernst Heuseler	1915 Frontdienst	nach Erkrankung kriegswichtige Forschungen
F. Kaunhowen	1916 Kriegsgeologe	Aufträge OberOst
Wilhelm Kegel	Frontdienst, dann Kriegsgeologe	Geologengruppe Brüssel
Konrad Keilhack	1916 Kriegsgeologe	Generalgouvernement Belgien (Leiter Geologischer Dienst)
Adolf Klautzsch	1917 Kriegsgeologe	Belgien (Geologengruppe Brüssel)
Willi Koert	1915 Kriegsgeologe	Belgien, Türkei, Syrien, Palästina
Paul G. Krause	1917 Kriegsgeologe	Belgien (Geologengruppe Brüssel)
Paul Krusch	Lagerstättenkundliche Arbeiten	Frankreich, Ungarn, Serbien, diverse Kriegsgesell.
August Leppla	1915 Kriegsgeologe	Generalgouv. Belgien (Geol. Dienst)
Otto von Linstow	1917 Kriegsgeologe	Ostfront (Baltikum, Westrussland, Galizien)
Maxim. Meisner	1914 Frontdienst	Schwere Verwundung
Curt Mende	1915 Frontdienst	1916 gefallen
Heinrich Menge	1915 Frontdienst	
Hans Menzel	1914 Frontdienst	1914 gefallen
A. Mestwerdt	1915 Frontdienst	nach Verwundung kriegswichtige Forschungen
Erich Meyer	1914 Frontdienst	1915 gefallen

Richard Michael	1915 Kriegsgeologe	Zivilverwaltung Warschau (Geologische Abteilung)
Heinrich Müller	1914 Frontdienst	1914 gefallen
Leo v. z. Mühlen	1917 Kriegsgeologe	Dolmetscher für den Generalstab
Karl Muenk	1914 Frontdienst	1915 gefallen
F. Neubauer	1914 Frontdienst	
Georg Otto	1914 Frontdienst	
W. Paeckelmann	1914 Frontdienst	Belgien, Türkei
Edmund Picard	1916 Frontdienst, 1917 Kriegsgeologe	Belgien (Geologengruppe Brüssel)
Franz Pietzcker	1914 Frontdienst	1914 gefallen
Wilhelm Quitzow	1914 Frontdienst	1914 gefallen
Paul Range	1914 Frontdienst, 1915 Kriegsgeologe	Frankreich, Türkei, Palästina, Syrien
Otto Renner	1914 Frontdienst	Leitung Stollenbaukdo., 1915 gefallen
Karl Sandeck	Kriegsgeologe	1917 gefallen
Johann. Schlunck	1914 Frontdienst	1915 gefallen
W. E. Schmidt	1914 Frontdienst	nach Verwundung kriegswichtige Forschungen
Theod. Schmierer	1916 Kriegsgeologe	von Rütgerswerken reklamiert (Ölschiefer)
Friedrich Schucht	1914 Frontdienst, 1917 Kriegsgeologe	Belgien (Geologengruppe Brüssel)
Louis A. Schulte	1914 Frontdienst	Verwundung, in frz. Kriegs- gefangenschaft
Erich Seidl	1914 Fronteinsatz, 1916 Kriegsgeologe	Brennstoffkommando Arabien (Erdöl)
Leo Siegert	1917 kriegswirtschaftliche Exploration	1917 in Frankreich verstorben
Jakob Stoller	1917 Kriegsgeologe	
Friedrich Tornau	1914 Frontdienst	1914 gefallen
Herbert Tuchel	1915 Frontdienst	Kommandierung zur Kaiser-Wilhelm- Gesellschaft, 1918 gefallen
Karl Wagemann	1914 Frontdienst, 1915 Kriegsgeologe	Litauen
W. Weissermehl	1914 Heeresdienst (Reserveoffizier)	
Fritz Wiegers	1915 Frontdienst, 1916 Kriegsgeologe	Geolog. Abt. Armee-Abteilung Strantz
Wilhelm Wolff	Kriegsgeologe	Türkei
Georg Wolter	Kriegsgeologe	1916 gefallen
Oskar Zeise	1916 Kriegsgeologe	Russland
Erich Zimmermann	1914 Frontdienst, 1915 Kriegsgeologe	Westfront
Ernst Zimmermann	1914 Frontdienst, 1915 Kriegsgeologe	Ukraine

Tab. 2: Tätigkeiten von deutschen und österreichisch-ungarischen Staatsgeologen auf dem Gebiet der Kriegsgeologie 1914–1918.³¹⁴⁵

Geologe	Kriegsgeologische Tätigkeiten (u.a. Truppenteile)
PREUSSISCH GEOLOGISCHE LANDESANSTALT, BERLIN	
Johannes Ahlburg	Kriegskarten, Wasserversorgung, Entwässerung, Stellungsbau, Rohstoffe (an PGLA), Vermessungsabteilung 16 Slonim (bis Ende November 1916)
Paul Assmann	1917 Vermessungsabteilung 2, 16 und 17, 1918 Frontwasserversorgung Abt. 212, Geologenstelle VI im Fremicourt
Otto Barsch	1917 Oberleutnant bei Vermessungsabteilung 23 der 1. Armee
Georg Berg	Mineraliensammlung (Wumba), Herstellung von Karten für Luftangriffe, 1916 Betriebsleiter bei den technischen Instituten bei der Waffen-Inspektion in der Türkei
Franz Beyschlag	Herstellung von Karten für Luftangriffe
Johannes Böhm	Herstellung von Kriegskarten an PGLA
Ludwig Finckh	1916 Vermessungsstelle beim Armee-Oberkommando 10 in Wilna, 1918 Einsatz im Westen, um Lille und Mons
Eugen Geyer	1915 Topgraphische Abt. beim Stellvertretenden Generalstab der Armee, 1915 Festungs-Vermessungsabteilung 5a Lötzen, 1915 Vermessungsabteilung 17
Walter Gothan	1916/17 Vermessungsabt. 10, 1917/18 Vermessungsabteilung 7 u. 22; Geologische Unterstelle Etricourt beim Stabsoffizier des Vermessungswesens der 17. Armee
Oskar Grupe	Kriegskarten, Wasserversorgung, Entwässerung, Stellungsbau, Rohstoffbeschaffung, Kriegsgeologe an der Front in Kurland und bei der Geologengruppe Brüssel
F. Günther	1915 Topgraphische Abteilung beim Stellvertretenden Generalstab der Armee
Wilhelm Haack	Kriegskarten, Wasserversorgung, Entwässerung, Stellungsbau, Rohstoffe (an PGLA)
Erich Harbort	Herstellung von Karten für Luftangriffe, besondere Arbeiten für die Politische Abteilung des Großen Generalstabes (militärischer Geheimdienst)
Fritz Herrmann	1916 7. Res.-Korps (Wasserversorgung), dann 31. Pionier-Regiment, Kompanieführer der 4. Pio. 31, dann Kartenstelle 4 der Vermessungsabteilung 22 in Kowel
Hans Hess von Wichdorf	1915/16 Kriegsgeologe der Feste Boyen und der Feldstellung Lötzen, im Winter 1916/17 Leiter einer Kriegsgeologengruppe bei Dünaburg (Ostfront), dann Zivilverwaltung Warschau, zuletzt Geologengruppe Brüssel
Friedrich Kaunhowen	1917 Major Vermessungsabteilung 17 Armeeabteilung Gronau in Pinsk, dann Vermessungsabteilung 16 Heeresgruppe Woyrsch, später Abteilung 16 Slonim
Wilhelm Kegel	Kriegskarten, Wasserversorgung, Entwässerung, Stellungsbau, Rohstoffe (an PGLA), dann Armee-Abteilung C (von Stranz), 1916 Armee-Oberkommando 4 (Beratung Miniere), dann Kriegsgeologe beim Armee-Oberkommando 6 in Flandern

3145 In dieser Tab. werden nur die militärisch relevanten Tätigkeiten angezeigt. Daher finden die ebenfalls als Kriegsgeologen bezeichneten Vertreter der Besatzungsverwaltungen hier keine Berücksichtigung. Vgl. Krusch, Kriegsaufgaben (2021), S. CXXV–CLXII; Bärtling, Grundzüge (1916), S. 77. Zu Ahlburg vgl. Protokoll Ahlburs über die Sitzung der MEG in Berlin am 21.12.1916, 25.12.1916, GStA, I. HA. Rep. 194, Nr. 354, unp. Zu Grupe vgl. Bärtling, Grundzüge (1916), S. 77. Zu Kegel vgl. Willig, Otto Fußlein (2023), S. 168. Zu Beck, Spitz und Winkler-Hermaden vgl. Lein, Albrecht Spitz (2012), S. 30–36; Angetter/Hubmann, Kriegsgeologen (2015), S. 125 f., 131; Häusler, Winkler von Hermaden (2013), S. 24–51.

Konrad Keilhack	1915/16 beim Kommandeur der Pioniere des 7. Armeekorps an Westfront (Entwässerung von Schützengräben), dann Geologengruppe Brüssel
Paul G. Krause	Balneologie-Behandlung (Fango) von Kriegsverletzungen, Herstellung von Kriegskarten, 1917 Geologengruppe Brüssel
Willi Koert	1917 Vermessungsabteilung 27 (Syrien und Palästina)
Ernst Benno Kühn	Herstellung von Kriegskarten
August Leppla	Kriegskarten, Wasserversorgung, Entwässerung, Stellungsbau, Rohstoffe (an PGLA), dann Geologengruppe Brüssel
Otto von Linstow	1917 Vermessungsabteilung an der Ostfront
Richard Michael	1917 Mitarbeit bei geologischer Zentralstelle des Generalstabes in Berlin (Leitung der Aufnahmen im Osten), 1918 Untersuchung Trinkwasserverhältnisse für U-Bootstation Cattaro (Montenegro)
Leo v.z. Mühlen	Dolmetscher Generalstab
W. Paackelmann	Kriegskarten, Wasserversorgung, Entwässerung, Stellungsbau, Rohstoffe (an PGLA)
Edmund Picard	1917 Vermessungsabteilung 13 Colmar, dann Vermessungsabteilung 17 in Pinsk (geologische Auskunftsstelle der trigonometrischen Abteilung der Landesaufnahme) aber uk-gestellt für PGLA, dann Herstellung von Kriegskarten, Geologengruppe Brüssel
Paul Range	1917 Major, Wasserversorgung der osmanischen Armee (Palästina-Front)
Otto Renner	1915 Leitung eines Stollenbaukommandos
Theod. Schmierer	1916 Kriegsgeologe beim AOK 7 (General der Pioniere) in Laon
Friedrich Schucht	1914 Frontdienst, 1917 Kriegsgeologe, zunächst Mitarbeit bei geologischer Zentralstelle des Generalstabes in Berlin, dann vermutlich Vermessungsabteilung 9, dann Geologengruppe Brüssel
Jakob Stoller	1917/18 bei verschiedenen Vermessungsabteilungen auf dem östlichen und westlichen Kriegsschauplatz tätig, u.a. bei der Geologen-Unterstelle für die Etappe Valenciennes beim Stabsoffizier für das Vermessungswesen der 17. Armee
Karl Wagemann	1915–1918 beim Chef der Landesaufnahme, 1918 Vermessungsstab B Wilna (Vermessungsstab Litauen-Nord)
Fritz Wiegers	1916 Armee-Abteilung Strantz richtete drei geologische Abteilungen ein, Wiegers übernahm wissenschaftliche Leitung der Abteilung 3 (8. und 10. Ersatz-Division) der Pionier Kompanie 253, 1918 Landesaufnahme Berlin (Mitarbeit bei geologischer Zentralstelle des Generalstabes in Berlin)
Wilhelm Wolff	1914 Untersuchungen zur Bodenbeschaffenheit des Kanals zwischen Calais und Dover (betr. „Benutzbarkeit der Bänke in Kanal für die Fundierung von Betonbauten“), 1914 dem beratenden Hygieniker der VIII. Armee und der Fortifikation Lötzen zugeteilt (Brunnen für Kriegslazarette, Baumaterial für Festungsbauten), 1915/16 beim Kommandeur der Pioniere des VII. Armeekorps an Westfront (Entwässerung von Schützengräben), Herstellung von Karten für Luftangriffe

Zu Werveke vgl. Werveke, Ergebnisse (1916), S. 1. Zu Kossmat vgl. Cernajsek, Anmerkungen (2012), S. 12. Für die übrigen in der Tab. genannten Geologen vgl. die Personalakten der oben aufgeführten Personen im Bestand BArch Berlin, R 71 (Reichsstelle für Bodenforschung), im Bestand BArch Koblenz, PERS 101 (Personalakten von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes) und die Nachrufe im Jahrbuch der PGLA, der RfB und in den Geologischen Jahrbüchern, hrsg. von den Geologischen Landesanstalten der Bundesrepublik Deutschland sowie die Übersichten über Kriegsgeologen in der k.u.k. und deutschen Armee in Häusler, Kriegsgeologie (2000), S. 75, 102–141.

Oskar Zeise	1917 Heeresgruppe Linsingen, Vermessungsabteilung 22 in Kowel
Erich Zimmermann	1915–1918 Vermessungstrupp Armee-Oberkommando 1, Vermessungsabteilungen 9, 11, 7, 14, 9 (u.a. Leiter von Messtrupps, Kartenstellen und des Druckereizuges)
Ernst Zimmermann	Kriegsgeologe im Osten (Wasserfragen und Stellungsbau)
GEOLOGISCHE LANDESANSTALT VON ELSASS-LOTHRINGEN, STRASSBURG	
Werveke, L. von	Mehrfach zu geologischen Untersuchungen an der Westfront herangezogen
GEOLOGISCHE ABTEILUNG DES WÜRTTEMBERGISCHEN STATISTISCHEN LANDESAMTES, STUTTGART	
Martin Schmidt	1917 vorübergehende Leitung der Geologengruppe der Armee-Abteilung B im Elsass, dann Kriegsgeologe in Frankreich und Belgien, Ausbildung von Kriegsgeologen
Gustav Ad. Sauer	Leiter „Ersatz- und Versuchsstelle für das Vermessungswesen“, Stuttgart (Ausbildung)
GEOLOGISCHE LANDESUNTERSUCHUNG VON SACHSEN, LEIPZIG	
Franz Kossmat	1917–1918 Kriegsgeologe in einer Vermessungsabteilung (Mazedonien)
BADISCHE GEOLOGISCHE LANDESANSTALT, FREIBURG	
Karl Regelmann	Kriegsgeologe beim Armee-Oberkommando 6 in Flandern
Carl Schnarrenberger	Kriegsgeologe an der Westfront
GEOLOGISCHE LANDESUNTERSUCHUNG DES BAYERISCHEN OBERBERGAMTES, MÜNCHEN	
Matthäus Schuster	Kriegsgeologe beim Stabsoffizier für das Vermessungswesen, Geologenstelle Maas-West (Mont)
GEOLOGISCHE REICHSANSTALT ÖSTERREICH, WIEN	
Otto Ampferer	Beratung beim Bau von Luftschutzstollen
Heinrich Beck	1918 Leiter der Geologengruppe A bei der Kriegsvermessung 13 der 6. k.u.k. Armee, dann Unteroffizier beim Stabsoffizier des Vermessungswesens der 17. Armee (Frankreich), dann Leutnant-Ingenieur bei der Geologengruppe der k.u.k. Kriegsvermessung 5
Georg Geyer	1918 Kriegsgeologe an der Südwestfront
T. Ohnesorge	Als k.u.k. Oberleutnant als Kriegsgeologe eingesetzt
Albrecht Spitz	1918 Kriegsvermessung 8 der k.u.k. Armee (Ortlerfront)
Hermann Vettters	1915/16 Landsturm-Ingenieur Kommandant einer Instruktionsabteilung für Tiefbohrungen und Bohrburgen, 1916 Referent für Wasserversorgung, Tiefbohrungen und Geologie im Kriegsministerium
Artur v. Winkler-Hermaden	1918 Leiter der Kriegsvermessung 5 der k.u.k. Armee (Isonzofront)
GEOLOGISCHE REICHSANSTALT UNGARN, BUDAPEST	
Emerich Maros von Konyha	1918 Kriegsgeologe der Kriegsvermessung 13, Leiter der Geologengruppe B
Karl Roth von Telegd	1918 Kriegsgeologe der Kriegsvermessung 5

Tab. 3: Untersuchungen von Geologen der PGLA über inländische Rohstoffvorkommen während des Ersten Weltkrieges.³¹⁴⁶

Geologe	Lagerstätten (Gebiet)	Ergebnis
EISENERZ		
August Denckmann	Siegerland	Keine Produktionssteigerung mgl.
?	Peine	Vervielfachung Friedensprod.
?	Bentheim-Ahaus (Aptien), Alb-Überdeckung (Bayreuth)	Inbetriebnahme erfolglos
Fritz Behrend	Weser-Wiehengebirge, Harz	vermutlich keine Steigerung mgl.
Adolf Mestwerdt	Teutoburger Wald	vermutlich keine Steigerung mgl.
Georg Berg	Spessart, Odenwald, Oelsnitz (Vogtland)	vermutlich keine Steigerung mgl.
Paul Krusch	Klettgau (Bohnerze)	vermutlich keine Steigerung mgl.
EISEN-MANGANERZ		
Johannes Ahlburg	Lahn-Dillgebiet, Gießen, Waldalgesheim	Vervielfachung Friedensproduktion
Georg Berg	Elbingerode	Fördersteigerung
MANGANERZ		
Fritz Behrendt	Illfeld, Illmenau	Kleine Produktion
Georg Berg	Spessart und Odenwald	Kleine Produktion
BLEI, ZINK, SILBER		
Franz Beyschlag, Paul Krusch	Freudenzeche bei Haiger, Würgendorf, Peterszeche, Aachen, Mechernich	Keine Produktionssteigerung mgl.
Adolf Mestwerdt	Höxter	Keine Produktionssteigerung mgl.
KUPFERSCHIEFER		
Paul Krusch	Richelsdorf	Keine Produktionssteigerung mgl.
Georg Berg	Thalitter	Keine Produktionssteigerung mgl.
August Zöller	Wickerode	Keine Produktionssteigerung mgl.
KUPFERERZ		
Johannes Ahlburg	Nahegebiet (Oberstein)	Keine Produktionssteigerung mgl.
Alexander Fuchs	Grube Julie bei Selbecke	Keine Produktionssteigerung mgl.
Georg Berg	Wallerfangen u. St. Avold	Keine Produktionssteigerung mgl.
NICKEL-MAGNETKIES		
Sauerbrey	Sohland (Spree)	Kleine Produktion
Paul Krusch	Bottenhorn (Hessen)	unbedeutend
KOBALT, NICKEL, ZINN-FAHLBÄNDER		
Georg Berg	Querbach u. Giehren (Schlesien)	unbedeutend
MOLYBDÄN		
Paul Krusch	Wulfenitvorkommen Höllenthal	unbedeutend
Ernst Heuseler, Karl Klüss, Robert Wache	Richelsdorf (Kupferschiefer)	unbedeutend

3146 Vgl. Krusch, Kriegsaufgaben (1921).

ANTIMON		
Paul Krusch	Casparizeche bei Arnsberg	unbedeutend
Georg Berg	Lauterberg	unbedeutend
PLATIN		
Georg Berg	Am Zobten	unbedeutend
MANGANERZ		
Paul Krusch	Ramsbeck, Wenden, Deutz	unbedeutend
Ernst Zimmermann	Paläopikrite Ostthüringens	unbedeutend
WISMUT		
Georg Berg	Erzgebirge (Schneeberg)	Keine Produktionssteigerung mgl.
Paul Krusch	Kloster Wittichen (Schwarzwald)	Kein Wiederaufschluss
BAUXIT UND TON		
Paul Krusch	Vogelsberg	Feststellung bis 1918 nicht beendet
Johannes Behr	Tongrube Zinzendorf bei Niesky ?	
SCHWEFELKIES UND SCHWEFEL		
Wilhelm Erich Schmidt	Meggen (Westfalen)	Vervielfachung Friedensprod.
Georg Berg	Lautenberg, Elbingerode (Thür.)	unbedeutend
Oskar Grupe	Falkenhagen (Schwefelkies), Weenzen (Schwefel)	unbedeutend
GRAPHIT		
Johannes Behr	Bayerischer Wald	Keine Produktionssteigerung mgl.
Johannes Behr	Sakrau (Schlesien), Lobenstein	unbedeutend
PHOSPHAT		
Johannes Ahlburg	Lahn	Kleine Produktion
Henry Schroeder	Zilly und Helmstedt	?
Fritz Behrend	Schöningen	?
FLUSS-SPAT		
Theodor Schmierer	Ostharz, Bayerischer Wald	Gewinnbringender Abbau
ASBEST		
Georg Berg	Zeulenroda	unbedeutend
Ernst Zimmermann	Thüringen	unbedeutend
ÖL		
Erich Harbort, Theodor Schmierer	Provinz Hannover	Bestimmung von Bohrprofilen
Erich Harbort, Theodor Schmierer	Ölschiefer Schandelah	Produktionsanlage (Test)
Fritz Behrend, Theodor Schmierer, Oskar Grupe, Adolf Mestwerdt	Ölschiefer Oerlinghausen (Lippe), Westfalen, Hannover, Braunschweig, Baden, Württemberg, Bayern	?
Friedrich Kaunhowen, Adolf Klautzsch	Faulschlamm (Kurische Nehrung)	unbedeutend
KOHLE		
Maximilian Tornow	Inventur Braunkohle	?

Tab. 4: Schwerpunkte der Explorationsarbeiten der PGLA-Geologen in den preußischen Provinzen zwischen 1919 und 1932.³¹⁴⁷

Provinz bzw. Land	Revier (Rohstoffvorkommen)
Rheinprovinz	Aachen, Erkelenz, Niederrhein-Westfalen (Steinkohle), Köln (Braunkohle), Komern-Mechernich, (Bleierz), Velberter Sattel (Blei-Zinkerz), Wiedbachtal (Erze)
Westfalen	Westfalen, Ruhr, Ibbenbüren, Brilon, Arnsberg (Steinkohle), Ramsbeck (Eisenerz), Siegerland (manganreicher Spateisenstein), Adorf, Wiehengebirge (Eisenerze)
Hessen-Nassau	Westerwald (Basalt, Braunkohle), Lahn-Dill-Gebiet (Roteisenstein), Gießen-Stromberg, Taunus (Eisen-Manganerz), Kassel, Hofgeismar (Braunkohle), Werra (Kali)
Hannover	Nienhagen, Wietze, Eddesse, Oberg, Lüneburger Heide (Erdöl), Oberharz, Rammelsberg (Eisenerz), Südharz (Eisenstein, Fluss-Spat, Steinkohle), Salzgitter (Eisenstein), Wietze-Steinförde (Salz), Osnabrück (Steinkohlen, Eisenerz), Emsland (Ödland- und Moorkultivierung)
Schleswig-Holstein	Heide (Erdöl, Ölkreide)
Sachsen und Anhalt	Bitterfeld, Magdeburg, Niederlausitz, Zeitz, Geiseltal (Braunkohle), Mühlhausen, Volkenroda (Erdöl), Südharz, Bleicherode, Werra (Kali)
Brandenburg und Stadt Berlin	Lausitz, Frankfurt/Oder, Vetschau, Schwiebus (Braunkohlen), Gramzow (Erdgas), Schwiebus, Arnswalde, Landsberg (ostmärkisches Saatzuchtgebiet)
Pommern	Stettin, Lebatall, Stolp (Kalk, Mergel)
Nieder- und Oberschlesien	Oberlausitz, Sudeten (Braunkohle), Waldenburg, Beuthen, Hindenburg, Gleiwitz (Steinkohlen, Blei-Zink-Erz), Zobten, Frankenstein (Magnesit), Grafschaft Glatz (Roteisenstein)
Ostpreußen	Meliorationsmittel, Baumaterialien, Kalkstein

3147 Vgl. Arbeitspläne PGLA für 1919–1932 (1921ff.). In Thüringen, Sachsen und Mecklenburg wurden die Kartierungen aufgrund vertraglicher Vereinbarungen teilweise in Kooperation mit Geologen der dortigen Landesanstalten durchgeführt. Vgl. Arbeitsplan PGLA 1925 (1925), S. XLVI; Arbeitsplan PGLA 1928 (1928), S. LVIII.

Tab. 5: Mitgliedschaften von PGLA-Geologen in nationalen Gremien interinstitutioneller Gemeinschaftsarbeit 1919–1932.³¹⁴⁸

Gremium	Mitglied/Teilnahme
Sitzungen über allgemeine Düngerangelegenheiten im Preußischen Landwirtschaftsministerium (Düngerausschuss)	Krusch (1919), Schucht (1922), Trénel (1927), Utescher (1930), Görz (1931), Loebe (1931)
Wissenschaftlicher Ausschuss des Vereins für Schlickverwertung und Bodenverbesserung (Studien-Gesellschaft)	Schucht (1920)
Düngerabteilung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (Kalkfragen)	Wolff (1923)
Reichsausschuss für Bodenkalkung beim Reichsministerium für Gabel (1925)	
Ernährung und Landwirtschaft und dessen Arbeitsausschuss	
Kommission für Bodenuntersuchung und Düngungsversuche des Verbandes deutscher landwirtschaftlicher Versuchsstationen	Ganssen (1920), Böhm (1920), Trénel (1924), Utescher (1930), Loebe (1930)
Arbeitsgemeinschaft zur Schaffung einheitlicher Methoden für die Untersuchung des Bodens der Deutschen Bodenkundlichen Gesellschaft	Utescher (1930), Trénel (1930), Loebe (1931)
Enquete-Ausschuss des Reichswirtschaftsrates	Kaemmerer (1926)
Kaliberufungsstelle des Reichskalirates	Schroeder, Vertreter Harbort und Grupe (1919)
Beratergremium der Reichswehr zur Kampfstoff-Forschung	Trénel (1925)
Deutscher Ausschuss für wirtschaftliches Bauen	Ganssen (1921)
Deutscher Ausschuss für Baugrundforschung der Deutschen Gesellschaft für Bauingenieurwesen (ab 1931 Deutsche Gesellschaft für Bauwesen, DGBW)	Michael (1928), Dienemann (1928)

3148 Nach den Tätigkeitsberichten der PGLA im Jb. PGLA für 1919–1932; Niederschriften der Sitzungen über allgemeine Düngerangelegenheiten im Landwirtschaftsministerium 1919–1928, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60050, unpag.; II. Bericht über die Sitzung des Vereins für Schlickverwertung und Bodenverbesserung e.V. (Studien-Gesellschaft), 24.6.1920, GStA, I. HA, Rep. 194, Nr. 182, unpag.; Bericht von Wilhelm Wolff über eine Besprechung von landwirtschaftlichen Kalkfragen in der Düngerabteilung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, 27.4.1923, ebd., unpag.; Bericht von Robert Ganssen über die Teilnahme an der Sitzung des Ausschusses für Bodenuntersuchung durch Düngungsversuche des Verbandes der landwirtschaftlichen Versuchsstationen im Deutschen Reich in Würzburg am 18./19.9.1924, ebd., unpag.; Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft an PGLA betr. Sitzungen des Reichsausschusses für Bodenkalkung, 16.2.1925, ebd., unpag.; Institut für Agrikulturchemie und Bakteriologie der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin an PGLA, 12.12.1930, ebd., unpag.; Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Bauingenieurwesen (1929), S. 698; Schriftwechsel betr. Deutsche Forschungsgesellschaft für Bodenmechanik mit Sitz in Berlin (Degebo) in BAArch Berlin, R 5, Nr. 21289 und GStA, I. HA, Rep. 194, Nr. 611. Die Kaliberufungsstelle wurde auf Grund des 2. Reichskaligesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft vom 24.4.1919 im Rahmen der Reichsaufsicht über die Kaliindustrie als eine von fünf dem Reichskalirat unterstehenden Kalistellen errichtet. Sie blieb bei der Auflösung des Reichskalirats 1933 als Beratungsstelle im Geschäftsbereich des RWM bestehen. Vgl. Bestandsbeschreibung des Bundesarchivs zum Bestand R 8143 Kaliprüfungsstelle (https://portal.ehri-project.eu/units/de-002429-r_8143, eingesehen am 27.10.2023).

Unterausschuss für Entnahme von Bodenproben und Untersuchungsgерäte des Deutschen Ausschusses für Baugrundforschung der DGBW	Dienemann (1929 Obmann)
Unterausschuss für einheitliche Benennung der Bodenarten des Deutschen Ausschusses für Baugrundforschung der DGBW	Dienemann (1929 Obmann), Ganssen (1929)
Deutsche Gesellschaft für Bodenmechanik (Degebo)	Michael (1928), Fliegel (1928)
Arbeitsausschuss für die Untersuchung der für das Bauwesen wichtigen Eigenschaften der Tone der Degebo	Fliegel (1929)
Ausschuss 1 b Natürliche Gesteine als Baustoffe des Deutschen Verbandes für die Materialprüfungen der Technik	Leppla (vor 1925), Finckh (1925, Vorsitz), Burre (1925), Berg (1930)
Ausschuss 17 (Traß) des Deutschen Verbandes für die Materialprüfungen der Technik	Finckh (1926), Ganssen (1926), Wache (1926), Haller (1929)
Arbeitsgruppe „Bestimmung des Kieselsäuregehaltes im Traß“ im Ausschuss 17 (Traß) des Deutschen Verbandes für die Materialprüfungen der Technik	Ganssen (Vorsitz, 1926), Wache 1926
Ausschuss Schiefer des Deutschen Verbandes für die Materialprüfungen der Technik	Heykes (1930)
Ausschuss 60 der Deutschen Gesellschaft für Röntgenkunde beim Deutschen Verband für die Materialprüfungen der Technik	Loebe (1930)
Ausschuss für die Normung der Dachschiefer des Deutschen Normenausschusses	Finckh (1929), Berg, Heykes (1931)
Reichshochbaunormenausschuss des Deutschen Normenausschusses	Finckh (1928)
Ausschuss zur Normung der Körnungsgrößen für Straßenbaustoffe (Kies, Sand, Steinschlag und Splitt) des Deutschen Normenausschusses	Finckh (1926), Berg (1930)

Vgl. auch Tilly, Kriege (2006), S. 80 f. Zur Einbindung der PGLA in die Kaliberungsstelle vgl. Bekanntmachung betreffend die Zusammensetzung des auf Grund der §§ (...) der Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft vom 19. Juli 1919 (RGBl. S. 663) gebildeten Reichskalirates und der Kalistellen, Sonderdruck aus Nr. 276 des Deutschen Reichsanzeigers und Preußischen Staatsanzeigers vom 2.12.1919, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60095, unpubl. Zur Moorforschungskommission vgl. PGLA an die Zentralstelle für Balneologie, Moorkommission (z.Hd. des Herrn Geh. Bergrat Prof. Dr. Keilhack), 29.6.1928, GStA, PK, I. HA Rep. 194, Nr. 607, unpubl. Zum Reichswehrberatergremium zur Kampfstoffforschung vgl. Schmaltz, Kampfstoff-Forschung (2005), S. 50–53. Zum Arbeitsausschuss für Zeitschriften-Gestaltung im Fachnormenausschuss des Deutschen Normenausschusses vgl. Stöcken, Dokumentation (2020), S. 120, 177 f., 189, 200, 478. Zum Fachnormenausschuss für Dachschiefer beim Deutschen Normenausschuss vgl. Stöcke, Normenblätter (1933), S. 239–241. Zum Ausschuss für die Neufestsetzung der Zementnormen vgl. Ausschuss für die Neubearbeitung der Zementnormen aufgelöst, in: Zement 32 (1943), S. 25. Zum Ausschuss 1 b Natürliche Gesteine als Baustoffe und Ausschuss 17 (Traß) des Deutschen Verbandes für die Materialprüfungen der Technik (DVM) vgl. Stand der Arbeit in den Ausschüssen, in: Zwanglose Mitteilungen des DVM (1927), Heft 9, S. 99–114, hier S. 99, 105, 108 f. Zum Ausschuss 60 der Deutschen Gesellschaft für Röntgenkunde beim DVM vgl. Niederschrift über die Gründungssitzung des Ausschusses 60 – Deutsche Gesellschaft für Röntgenkunde beim DVM – am 4. Dezember 1930 im Ingenieurhaus zu Berlin, in: Zwanglose Mitteilungen des DVM (1931), H. 20, S. 279–284 (Für Hinweise auf die letzten vier Artikel danke ich Malte Stöcken).

Arbeitsausschuss für Zeitschriften-Gestaltung im Fachnormenausschuss des Deutschen Normenausschusses	Schmierer (1927)
Ausschuss für die Neufestsetzung der Zementnormen und Unterausschuss für die Naturzement-Normung des Reichsverkehrsministeriums	Bärtling (1929)
Ausschüsse Steinstraßen und Wissenschaftliche und praktische Straßenbauforschung der Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau	Finckh (1929), Burre (1930)
Ausschuss zur Untersuchung der Bergschläge in Oberschlesien	? (1926)
Rohstoffausschuss der Deutschen Keramischen Gesellschaft	Behr (1926)
Formsandausschuss für das deutsche Gießereiwesen	Behr (1931)
Fachausschuss für Aufbereitung der Gesellschaft deutscher Metallhütten- und Bergleute	Berg (1927)
Kommission der Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Heilquellenforschung der Balneologischen Gesellschaft	Heuseler (1929), Haller (1930)
Moorforschungskommission der Zentralstelle für Balneologie	Keilhack (1928), Böhm (1929)
Kommission zum Schutze der Thermalquellen von Wiesbaden sowie Wissenschaftlicher Beirat des dortigen Städtischen Forschungsinstituts für Bäderkunde	Fliegel (1931)
Quellenkommission von Bad Ems	Mestwerdt (1931)
Ausschuss des Landesgesundheitsrats Berlin betr. Nachprüfung der Anleitung für die Errichtung, den Betrieb und die Überwachung öffentlicher Wasserversorgungsanlagen	Fliegel (1929)
Wasserwirtschaftsrat	Josef Knauer (München) ³¹⁴⁹

Tab. 6: Vom ‚Büro Keppler‘ geförderte Untersuchungsarbeiten 1937 (Auswahl).³¹⁵⁰

Unternehmen	Untersuchungsgegenstand/Auftrag	Bewilligung in RM
Berg- und Hütten-AG (Buhag), Jannowitz, Riesengebirge	Untersuchungen, Schürfungen und Bohrungen auf Kupfermergel	440.000
Buhag	Bohrung Halbau 1 auf Eisenerz	105.000
Bergbau A.-G. Salzgitter, Salzgitter/Harz	Bohrung Alt-Walmoden 1 auf Eisenerz	93.100
Bergbau A.-G. Salzgitter, Salzgitter/Harz	Bohrung Calbrecht 2 (bei Salzgitter) auf Eisenerz	100.000
Bergbau A.-G. Salzgitter, Salzgitter/Harz	Bohrungen Groß Mahner 2 u. 3 (bei Salzgitter) auf Eisenerz	240.000

3149 Vgl. Vorstand des Bayerischen Oberbergamtes (München) an das Staatsministerium des Äußeren (München), 26.3.1929, BayHStA München, Geologisches Landesamt, Nr. 413, Bl. 37.

3150 Die Verwaltung der Projekte (Fondsverwaltung, Ausarbeitung von Verträgen, Kontrolle der Beträge) erfolgte meist über die Deutsche Revisions- und Treuhand A.G. im Namen des Reiches. Die Bewilligungen finden sich in BGR-Archiv Hannover, Nr. 9893, 9894, 9895, 9896, 9899; BArch Berlin, R 2301, Nr. 6044, 6049, unp.

Bergbau A.-G. Salzgitter, Salzgitter/Harz	Bohrung Gutstedt 3 (bei Salzgitter) auf Eisenerz	100.000
Bergbau A.-G. Salzgitter, Salzgitter/Harz	Bohrung Haverlahwiese 1 (bei Salzgitter) auf Eisenerz	100.000
Bergbau A.-G. Salzgitter, Salzgitter/Harz	Bohrung Neuwallmoden 1 (bei Salzgitter) auf Eisenerz	65.000
Bergbau A.-G. Salzgitter, Salzgitter/Harz	Bohrung Peine 4 (bei Peine-Stederdorf) auf Eisenerz	85.000
Bergbau A.-G. Salzgitter, Salzgitter/Harz	Bohrung Stedersdorf 5 (bei Peine-Stederdorf) auf Eisenerz	60.000
Bergbau A.-G. Salzgitter, Salzgitter/Harz	Bohrung Sundern 1 (bei Peine-Stederdorf) auf Eisenerz	100.000
Bergbau A.-G. Salzgitter, Salzgitter/Harz	Bohrung Isenbüttel 1 (bei Ribbesbüttel) auf Eisenerz	85.000
Bergwerksgesellschaft Hans Alms & Co, Wanbach, Nr. Taunus	Aufschlussarbeiten auf manganerzhaltigen Gängen	60.000
Braunschweigische Bohrgesellschaft mbH	Bohrung Börsum 13 (bei Salzgitter) auf Eisenerz	78.495
Braunschweigische Bohrgesellschaft mbH	Bohrung Harzburg 1 (bei Salzgitter) auf Eisenerz	100.000
Deutsche Tiefbohr A.G. (Deutag)	Bohrungen Steinlah 1-3 (bei Salzgitter) auf Eisenerz	182.000
Deutag	Bohrung Brendemühl 1 (Pommern, Ostpreußen) auf Eisenerz	30.000
Deutag	Bohrung Klemmen 1 (Pommern, Ostpreußen) auf Eisenerz	45.000
Deutsche Petroleum-AG (DPAG)	Bohrung Ringelheim 5 (bei Salzgitter) auf Eisenerz	150.000
Duisburger Kupferhütte, Duisburg	Untersuchung des Schwefelkiesvorkommens in der Hahnstätten-Katzenelnbogener-Mulde im Unterlahnkreis	50.000
Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte, Sulzbach-Rosenberg-Hütte	Bohrungen und Schürfungen auf Doggereisenerz im Raume von Hollfeld	28.000
Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte, Sulzbach-Rosenberg-Hütte	Bohrungen und Schürfungen auf Doggereisenerz im Raume Pottenstein und Vorra	67.000
Engelmann, Jakob, Kamp am Rhein	Aufschlussarbeiten auf Bleizinkerzgänge auf der Grube Gellertsberg bei Weyer, Kreis St. Goarshausen	70.000
Gewerkschaft Elwerath	Bohrung Gitter 2 (bei Salzgitter) auf Eisenerz	100.000
Gewerkschaft Saaleck, Neudorf über Gernode (Harz)	Untersuchungen und Aufschlussarbeiten auf Eisen-, Blei-, Zink- und Wolframerze auf den Gruben des Strassburg-Neudorfer Gangzuges, insbesondere zunächst auf der Grube Pfaffenberg-Meiseberg sowie dem Mariannenschacht	142.500
Gewerkschaft Vereinigte Borgholzhausen, Hannover	Bohrung Hornburg 8 (bei Hornburg) auf Eisenerz	50.000

Gewerkschaft Vereinigte Borgholzhausen, Hannover	Bohrung Peine 2 (bei Peine-Stederdorf) auf Eisenerz	50.000
Gewerkschaft Vereinigte Borgholzhausen, Hannover	Bohrung Isenbüttel 2 (bei Ribbesbüttel) auf Eisenerz	110.000
Haniel & Lueg GmbH, Düsseldorf-Grafenberg	Bohrung Ohlendorf 2 (bei Salzgitter) auf Eisenerz	70.000
Haniel & Lueg GmbH, Düsseldorf-Grafenberg	Bohrung Worms 1 auf Eisenerz	32.000
Internationale Tiefbohr-AG (ITAG)	Bohrung Bettingerode 1 (bei Salzgitter) auf Eisenerz	282.890
Preußische Bergwerks- und Hütten A.-G. (Preussag)	Bohrung Anna 2 (bei Salzgitter) auf Eisenerz	103.926
Preussag	Bohrungen Gutstedt 2 u. 4 (bei Salzgitter) auf Eisenerz	95.000
Preussag	Bohrungen Ringelheim 3 u. 4 (bei Salzgitter) auf Eisenerz	325.000
Preussag	Bohrungen Hornburg 1-4 (bei Salzgitter) auf Eisenerz	29.000
Thüringer Rohstoff AG (Thürag), Weimar	Untersuchung der Kupferschiefer-Lagerstätte Ilmenau-Elgersburg	65.000
Thürag	Untersuchungsarbeiten auf Antimon in den Grubenfeldern bei Oberböhmisdorf (in der Gegend von Schleiz, Zeulenroda)	146.250
Thürag	Untersuchungsarbeiten auf Manganerz in den Grubenfeldern der Gewerkschaft „Viktoria Adelheid“ in Geraberg	208.000
Tiefbau- und Kälte-industrie-AG, Nordhausen	Bohrung Lüttgenrode 1 (bei Salzgitter) auf Eisenerz	70.000
Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke A.G., Gleiwitz	Untersuchungen, Schürfungen und Bohrungen in den Kreisen Kreuzburg und Rosenberg (beide Oberschlesien) auf Eisenerz	132.000
Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke A.G., Gleiwitz	Untersuchungen, Schürfungen und Bohrungen auf Eisenerz bei Seitenberg in der Grafschaft Glatz	48.000
Westdeutsche Bohrgesellschaft A. Siep GmbH & Co., Köln-Braunsfeld	Bohrung Flachstöckheim 7 (bei Salzgitter) auf Eisenerz	90.000
Westdeutsche Bohrgesellschaft A. Siep GmbH & Co., Köln-Braunsfeld	Bohrungen Keilberg 1 u. 2 (in Süddeutschland) auf Eisenerz	55.000

Tab. 7: Staatsgeologen in Gremien (Gemeinschaftsarbeit) 1933–1939.

Mitglieder/Teilnahme	GLA	Gremium
Wilhelm Ahrens ³¹⁵¹	Berlin	Durchführung magnetischer Messungen im Rahmen der Geophysikalischen Reichsaufnahme (1934)
Otto Barsch ³¹⁵²	Berlin	Mitglied und Geschäftsführer der Kommission zur Geophysikalischen Reichsaufnahme (1934); Verwaltungsrat Prakla (1937); Mitglied des Vorstandsrats und der Fachgruppe „Geologie und Geophysik“ der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung (1935)
Johannes Behr ³¹⁵³	Berlin	Arbeitsausschuss „Wasser“ der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (1937 Teilnahme), zudem Arbeiten an der Reichswasserstatistik auf Veranlassung des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern
Fritz Behrend ³¹⁵⁴	Berlin	Arbeiten für das Kolonialpolitische Amt
Alfred Bentz ³¹⁵⁵	Berlin	Leiter des Reichsbohrprogramms, Mitglied der Kommission zur Geophysikalischen Reichsaufnahme (1934); Beirat des Unterausschusses Erdöl des Ausschusses für Bergbau der Kommission für Wirtschaftspolitik bei der Reichsleitung der NSDAP (1935); Leiter des Instituts für Erdölforschung an der TH Hannover (1936), Leiter einer Kommission der WiGru Kraftstoffindustrie zur Erstellung eines ‚Mob-Plans‘ der Erdölindustrie (1937); Beauftragter für die Förderung der Erdölgewinnung im Vierjahresplan (1938); Mitglied des Vorstandsrats (ab 1938 kommissarischer Vorsitzender) sowie Mitglied der Fachgruppe „Geologie und Geophysik“ der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung

3151 Vgl. Bericht über die Geophysikalische Reichsaufnahme in der Zeit vom 15. September bis 15. November 1934, ohne Datum (1934), BGR-Hannover, Nr. 68050, unpag.

3152 Vgl. Übersicht über den Vorstandsrat der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung (DGM), 1935, BArch Berlin, R 8128, Nr. 4958, unpag.; Richtlinien für die geophysikalische Erforschung Deutschlands, 24.7.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 68050, unpag.; Keppler (Ministerpräsident Generaloberst Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan, Arbeitsgebiet Keppler: Erforschung des deutschen Bodens) an Barsch (PGLA), 22.3.1937, BArch Berlin, R 71, Nr. 4, Bl. 125.

3153 Werner Koehne (Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung) an RR Dr. Schmidt (Reichsstelle für Raumordnung) (mit Protokoll der ersten Vollsitzung des Arbeitsausschusses „Wasser“ der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung), 6.10.1937, BArch Berlin, R 113, Nr. 18, Bl. 71; Arbeitsplan PGLA 1938 (1938), S. 47.

3154 Arbeitsplan PGLA 1938 (1938), S. 48. Die Arbeiten Behrends für das KPA zogen sich bis mindestens 1941 hin. Vgl. Vermerk der RfB Berlin, 16.1.1941, BArch Berlin, R 71, Nr. 6, Bl. 210.

3155 Vgl. Richtlinien für die geophysikalische Erforschung Deutschlands, 24.7.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 68050, unpag.; Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring (Beauftragter für den Vierjahresplan) an Bentz (Leiter des Instituts für Erdölgeologie an der PGLA), 8.7.1938, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30155, Bl. 33; Niederschrift über die Sitzung des Vorstands und des Vorstandsrats der DGM, 16.6.1936, BArch Berlin, R 8128, Nr. 4958, unpag.; DGM an die Mitglieder der DGM, 11.10.1938, ebd., unpag.; PGLA an RWM betr. Erdölversorgung Deutschlands, März 1935, BGR-Archiv Hannover, Nr. 86424, unpag.; DGM an die Mitglieder der DGM, 5.10.1936, PTB-Archiv Braunschweig, Nr. 1508, Teil 1, unpag.; Kockel, Ölpolitik (2005), S. 285.

Bernhard Beschoren ³¹⁵⁶	Berlin	Mitglied Deutsche Gesellschaft für Mineralölforschung (Fachgruppe „Geologie und Geophysik“)
Bernard Brockamp ³¹⁵⁷	Berlin	Geschäftsführer der Gesellschaft für praktische Lagerstättenforschung (Prakla)
Otto Burre ³¹⁵⁸	Berlin	Deutsche Steinbruchkartei (1936); Arbeitsgruppe „Steinstraßen“ der Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen e.V. (1936); Mitarbeiter im Verband der Materialprüfungen der Technik (1937)
Hans Closs ³¹⁵⁹	Berlin	Deutsche Forschungsgesellschaft für Bodenmechanik (Degebo) (1934)
Fritz Deubel ³¹⁶⁰	Jena	Mitglied Deutsche Gesellschaft für Mineralölforschung (1934), Sachbearbeiter im Fachamt Rohstoffe des Gauhauptamtes für den Vierjahresplan im Gau Thüringen (1937)
Wilhelm Dienemann ³¹⁶¹	Berlin	Deutsche Forschungsgesellschaft für Bodenmechanik (Degebo) (1935); Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen (Teilnahme an Sitzung der Fachgruppe „Natursteine“, 1936); Deutscher Ausschuss für Baugrundforschung bei der Deutschen Gesellschaft für Bauwesen, zudem Mitglied des dortigen Unterausschusses zur einheitlichen Bezeichnung der Bodenarten und des Unterausschusses Vorgehen und Verfahren bei Untersuchung des Baugrundes; Normenausschuss
Arthur Ebert ³¹⁶²	Berlin	Durchführung magnetischer Messungen im Rahmen der Geophysikalischen Reichsaufnahme (1934)

- 3156 Vgl. Mitgliederverzeichnis der DGM nach dem Stand vom 1. Oktober 1934, BArch Berlin, R 8128, Nr. 4958, unp.
- 3157 Vgl. Keppner, Waldemar Zettel (1998), S. 1469; ders., Mintrop (2012), S. 133 f.; Ausführungen Brockamps zu den Aufgaben der Prakla, ohne Datum (März/April 1937), BArch Berlin, R 26-I, Nr. 129, Bl. 60–63.
- 3158 Vgl. Arbeitsplan PGLA 1938 (1938), S. 47 f.; DAF (Reichsbetriebsgemeinschaft Stein und Erde, Berlin) an GISt, 24.7.1936, BArch Berlin, R 4601, Nr. 642, unp.; Stadtbaurat Dr. Trauer (Obmann Arbeitsgruppe „Steinstraßen“ der Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen an die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Steinstraßen“ (u.a. Burre), 1.11.1937, BArch Berlin, R 4601 Nr. 642, unp.; Entwurf Gesamtforschungsplan der Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen e.V. für das Geschäftsjahr 1936, hier Arbeitsgruppe Steinstraßen, UA Stuttgart, Nr. 33–1–1398, unp. (Ich danke Malte Stöcken für den Hinweis).
- 3159 Vgl. Lebenslauf von Hans Closs, März 1938, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 59739, Bl. 1; Zeugnis der Degebo für Closs, 11.12.1934, ebd., Bl. 32a.
- 3160 Vgl. Mitgliederverzeichnis der DGM nach dem Stand vom 1. Oktober 1934, BArch Berlin, R 8128, Nr. 4958, unp.; Kurt Bromme (Geschäftsführer des Gauhauptamtes zur Durchführung des Vierjahresplans und Bürgermeister, Weimar) an Deubel (Geologische Landesuntersuchung Thüringen, Jena), 19.1.1937, BGR-Archiv Hannover, Nr. 47967, Bl. 105; Vortrag von Gauleiter Fritz Sauckel über die Durchführung des Vierjahresplanes im Gau Thüringen, 7.1.1937, ebd., Bl. 108–117.
- 3161 Vgl. Theodor Vahlen (RMWEV) an Dienemann, 27.4.1935, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 7106, Bl. 162; Arbeitsplan PGLA 1938 (1938), S. 47; Bericht von Prof. Dr. Wilhelm Dienemann und Dr. Richard Köhler über die Tagung der Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen in München, am 16.–20.9.1936, 23.9.1936, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026379, Bl. 151–154.
- 3162 Vgl. Bericht über die Geophysikalische Reichsaufnahme in der Zeit vom 15. September bis 15. November 1934, ohne Datum (1934), BGR-Hannover, Nr. 68050, unp.

Gotthard Fliegel ³¹⁶³	Berlin	Mitglied Deutsche Gesellschaft für Mineralölforschung
Georg Görz ³¹⁶⁴	Berlin	Mitglied des Reichsschätzungsbeirats
Walter Gothan ³¹⁶⁵	Berlin	Vorsitzender der Deutschen Botanischen Gesellschaft (1939)
Rudolf Grahmann ³¹⁶⁶	Freiberg	Arbeitsausschuss „Wasser“ der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (1937 Teilnahme)
Oskar Grupe ³¹⁶⁷	Berlin	Mitglied Deutsche Gesellschaft für Mineralölforschung
Friedrich Härtel ³¹⁶⁸	Leipzig, Freiberg	Arbeitsgemeinschaft für Bodenkartierung (Mitglied des engeren Ausschusses, der sich mit der Herstellung von Einzelbodenkarten für praktisch-landwirtschaftliche Zwecke befasste) und Arbeitskommission für Bodenkartierung im Ackerbauausschuss der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (1933); Mitglied der Landesschätzungsbeiräte für die Oberfinanzbezirke Leipzig und Dresden (1936); Ständiger Sachbearbeiter des Forstlichen Reichsschätzungsbeirats; Vorsitzender der Kommission I (Geologische Bodenkunde) der Deutschen Bodenkundlichen Gesellschaft (1935); Reichsarbeitsgemeinschaft für forstliche Standortskartierung der DFG (Abteilung Reichsgemeinschaft der Forst- und Holzforschung) (1936); Arbeitsgemeinschaft für forstliche Standortuntersuchungen und ihrer Auswertung für die Bodenkultur in Sachsen und Thüringen (GLA Sachsen, Sächsisches Staatliches Forsteinrichtungsamt, Institut für Bodenkunde und Standortlehre, Forstliche Hochschule Tharandt)
Johann Heinrich Hellmers ³¹⁶⁹	Berlin	Unterausschuss für die Silikose im Flussspatbergbau (1937); Technischer Ausschuss der Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Staublungenkrankheit im Bergbau (1937)

3163 Vgl. Mitgliederverzeichnis der DGM nach dem Stand vom 1. Oktober 1934, BArch Berlin, R 8128, Nr. 4958, unp.

3164 Ein Hinweis auf Görz als Mitglied des „Reichsbewertungsrats“ findet sich in Präsident des Landesfinanzamtes Hannover an den RFM (Berlin), 6.10.1934, BArch Berlin, R 2, Nr. 20958 (Teil 1), Bl. 197 f.

3165 Vgl. Gothan an PGLA (Direktion), 28.12.1938, BArch Berlin, R 71, Nr. 18, Bl. 244.

3166 Werner Koehne (Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung) an RR Dr. Schmidt (Reichsstelle für Raumordnung) (mit Protokoll der ersten Vollversammlung des Arbeitsausschusses „Wasser“ der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, 6.10.1937, BArch Berlin, R 113, Nr. 18, Bl. 71.

3167 Vgl. Mitgliederverzeichnis der DGM nach dem Stand vom 1. Oktober 1934, BArch Berlin, R 8128, Nr. 4958, unp.

3168 Vgl. Tätigkeitsbericht Härtels über das Jahr 1932 und Arbeitsplan für das Jahr 1933, 8.4.1933, GLA Freiberg, A 02322/1, Bl. 20–27, hier Bl. 23 f.; Kurt Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiberg) an RfB Berlin, 11.2.1941, BArch Berlin, R 71, Nr. 22, Bl. 20; Pietzsch (Sächsisches GLA, Leipzig) an Sächsischen Wirtschaftsminister (Dresden), 6.4.1935, ebd., Bl. 85; Pietzsch (GLA Freiberg) an Reichsstatthalter in Sachsen (Landesregierung, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Dresden), 14.7.1937, ebd., Bl. 137.

3169 Vgl. Udluft, Stand (1938), S. 871 f.; Arbeitsplan PGLA 1938 (1938), S. 48; Bericht von Johann Heinrich Hellmers und Hans Udluft über die Sitzung des Unterausschusses zur Erforschung der Flussspatsilikose in Freiburg am 10.11.1937, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026471, Bl. 33 f.; Niederschrift über die Sitzung des technischen Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Staublungenkrankheit im Bergbau am 24.11.1937 in Bochum, ebd., Bl. 253–255.

Paul von Hoyningen-Huene ³¹⁷⁰	Berlin	Geschäftsführer des Ausschusses zur bodenkundlichen Reichsaufnahme des Reichsarbeits- und des Reichsernährungsministeriums und Geschäftsführer des dortigen engeren Ausschusses (1935)
Albert Hock ³¹⁷¹	München	Mitglied des Reichsschätzungsbeirats
Josef Knauer ³¹⁷²	München	Mitglied der Bayerischen Landesstelle für Naturschutz
Richard Köhler ³¹⁷³	Berlin	Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen (Teilnahme an Sitzung der Fachgruppe „Natursteine“, 1936)
Maximilian Meisner ³¹⁷⁴	Berlin	Geologisch-Bergbaulicher Ausschuss des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees e.V., Berlin (1938)
Kurt Pietzsch ³¹⁷⁵	Leipzig, Freiberg	Landesplanungsgemeinschaft Sachsen
Hermann Reich ³¹⁷⁶	Berlin	Durchführung magnetischer Messungen im Rahmen der Geophysikalischen Reichsaufnahme (1934); Mitglied des Vorstandsrats und der Fachgruppe „Geologie und Geophysik“ der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung
Leonhard Riedel ³¹⁷⁷	Berlin	Mitglied Deutsche Gesellschaft für Mineralölforschung
Wilfried von Seidlitz ³¹⁷⁸	Berlin	Kommission zur Geophysikalischen Reichsaufnahme (1934); Gutachter DFG; Vorsitzender des Ausschusses zur bodenkundlichen Reichsaufnahme des Reichsarbeits- und des Reichsernährungsministeriums und Mitglied des dortigen engeren Ausschusses (1935)
Max Trénel ³¹⁷⁹	Berlin	Reichsschätzungsbeirat (Reichsbodenschätzung, 1934); Deutsche Bodenkundliche Gesellschaft (1935 zweiter stellvertretender Vorsitzender)

3170 Vgl. Richtlinien für die bodenkundliche Reichsaufnahme, ohne Datum (1934), BArch Berlin, R 2, Nr. 20958, Bl. 567–569.

3171 Vgl. Vidal, Landesuntersuchung (1974), S. 105.

3172 Vgl. Aktenvormerkung des Bayerischen Oberbergamtes (München), 14.8.1936, BAyHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 413, Bl. 42.

3173 Vgl. Bericht von Prof. Dr. Wilhelm Dienemann und Dr. Richard Köhler über die Tagung der Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen in München, am 16.-20.9.1936, 23.9.1936, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026379, Bl. 151–154.

3174 Vgl. Kolonial-Wirtschaftliches Komitee e.V. (Berlin) an Meisner (PGLA), 10.3.1938, BArch Berlin, R 71, Nr. 36, Bl. 130.

3175 Vgl. Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiberg) an RfB (Berlin), 19.6.1940, GLA Freiberg, A 02287/1, Bl. 12.

3176 Vgl. Bericht über die Geophysikalische Reichsaufnahme in der Zeit vom 15. September bis 15. November 1934, ohne Datum (1934), BGR-Hannover, Nr. 68050, unpag.; Übersicht über den Vorstandsrat der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung (DGM), 1935, BArch Berlin, R 8128, Nr. 4958, unpag.

3177 Vgl. Mitgliederverzeichnis der DGM nach dem Stand vom 1. Oktober 1934, BArch Berlin, R 8128, Nr. 4958, unpag.

3178 Vgl. Denkschrift über die Notwendigkeit einer geophysikalischen Untersuchung Deutschlands. Überreicht von der Kommission zur geophysikalischen Reichsaufnahme, 27.5.1934, BGR-Archiv Hannover, Nr. 66179, unpag.; Richtlinien für die bodenkundliche Reichsaufnahme, ohne Datum (1934), BArch Berlin, R 2, Nr. 20958, Bl. 567–569.

Hans Udluft ³¹⁸⁰	Berlin	Teilnehmer der Arbeitstagung „Fragen der Entstehung und Verhütung der Silikose“ aus der vermutlich der Silikose-Forschungsausschuss des Grubensicherheitsamtes und der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsschutz hervorging (1934); Technischer Ausschuss der Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Staublungenkrankheit im Bergbau (1937); Silikose-Ausschuss der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsschutz und Unterausschuss für die Staublungenerkrankung durch Flussspat (1937)
Fritz Wiegers ³¹⁸¹	Berlin	Ausschuss zur bodenkundlichen Reichsaufnahme des Reichsarbeits- und des Reichsernährungsministeriums (1935)
Rudolf von Zwerger ³¹⁸²	Berlin	Mitglied Deutsche Gesellschaft für Mineralölforschung

3179 Vgl. Kurt Pietzsch (Sächsisches GLA, Leipzig) an Sächsischen Wirtschaftsminister (Dresden), 29.5.1935, BArch Berlin, R 71, Nr. 22, Bl. 90; Wilfried von Seidlitz (PGLA) an Ministerialrat Rothkegel (RFM) mit anliegender Niederschrift über die Sitzung in der PGLA am 21.12.1934, 7.1.1935, ebd., Bl. 562–566.

3180 Vgl. Udluft, Stand (1938), S. 871 f.; Arbeitsplan PGLA 1938 (1938), S. 48; Bericht von Johann Heinrich Hellmers und Hans Udluft über die Sitzung des Unterausschusses zur Erforschung der Flussspatsilikose in Freiburg am 10.11.1937, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026471, Bl. 33 f.; Niederschrift über die Sitzung des technischen Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Staublungenkrankheit im Bergbau am 24.11.1937 in Bochum, ebd., Bl. 253–255; Niederschrift über die Sitzung des Silikose-Ausschusses der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsschutz am 23.2.1937 in Berlin im RAM, ebd., Bl. 256–272.

3181 Vgl. Richtlinien für die bodenkundliche Reichsaufnahme, ohne Datum (1934), BArch Berlin, R 2, Nr. 20958, Bl. 567–569.

3182 Vgl. Mitgliederverzeichnis der DGM nach dem Stand vom 1. Oktober 1934, BArch Berlin, R 8128, Nr. 4958, unp.

Tab. 8: Staatsgeologen in Gremien (Gemeinschaftsarbeit) 1939–1945.

Mitglieder / Teilnahme	RfB	Gremium
Reichsstelle für Bodenforschung ³¹⁸³		Arbeitskreise der Fachgruppen Metallerzbergbau (WiGru Bergbau) und Metallerzeugende Industrie (WiGru Metallindustrie) betr. Metallgrundlage der deutschen Großraumwirtschaft
Fritz Behrend (eingeladen, Berlin aber verhindert) ³¹⁸⁴		Fachgruppe „Koloniale Geologie und Bodenforschung“ der Kolonialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft des RFR (1941)
Alfred Bentz ³¹⁸⁵	Berlin	Mitglied des Präsidiums des Deutschen Normenausschusses (1940); Mitglied des Aufsichtsrats der Erdölanlagen Gesellschaft mbH (1942); als Beauftragter für die Förderung der Erdölgewinnung im Vierjahresplan Mitglied des Kuratoriums des Reichsinstituts für Erdölforschung des RFR in Hannover (1943); Bevollmächtigter für Erdölforschung und Leiter des Arbeitsringes für Mineralölforschung im RFR (1944); Ausschuss für Bohrgeräteinsatz und Produktionsplanung der Fachgruppe Erdölförderung der WiGru Kraftstoffindustrie; angeblich „Sitzungsteilnehmer“/vermutlich Mitglied der Panzerkommission“ des RMRuK (1945)
Gerhard Brennich ³¹⁸⁶	Berlin	Fachgruppe „Koloniale Geologie und Bodenforschung“ der Kolonialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft des RFR (1941)
Bernhard Brockamp ³¹⁸⁷	Berlin	Sonderstab H (Höhlen) der Abteilung GLA A des RLM
Arnold Cissarz ³¹⁸⁸	Berlin	Arbeitskreis der Wissenschaftlichen Beratungsstelle im Planungsamt des RMRuK (1944)

3183 Vgl. Eichholtz, Geschichte Bd. I (2003), S. 348–350; Eichholtz/Schumann (Hg.), Anatomie (1969), S. 383–385.

3184 Vgl. Protokoll der 1. Arbeitstagung der Fachgruppe „Koloniale Geologie und Bodenforschung des Reichsforschungsrates“ am 28.3.1941, 4.4.1941, BArch Berlin, NS 21, Nr. 352, unp.

3185 Vgl. Bericht über die Sitzung des Präsidiums des Deutschen Normenausschusses, 6.12.1940, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960 - 1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 4, RBF 136, unp.; „Aufgaben der Fachgruppe Erdölgewinnung unter besonderer Berücksichtigung der Leistungssteigerung in Erdölbohr- und Erdölförderbetrieben“, Vortrag des Leiters der Fachgruppe Erdölgewinnung, Bergwerksdirektor Schlicht, gehalten auf der Arbeitstagung der Fachgruppe Erdölgewinnung in Wien am 19.10.1943, ebd., Roll 4, RBF 125, unp.; Gründungsurkunde betr. Ölanlagen GmbH (Nr. 347 der Urkundenrolle für 1942), 2.9.1942, BArch Berlin, R 121, Nr. 308, unp.; Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches an Gauleiter Lauterbacher (Hannover), 19.2.1943, BArch Berlin, R 26-III, Nr. 148, unp.; Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches an Bentz, 30.4.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30155, Bl. 5; Michaels, Rüstungsmanagement (2020), S. 591, 760, 775.

3186 Vgl. Protokoll der 1. Arbeitstagung der Fachgruppe „Koloniale Geologie und Bodenforschung des Reichsforschungsrates“ am 28.3.1941, 4.4.1941, BArch Berlin, NS 21, Nr. 352, unp.

3187 Vgl. Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Wirtschaft, Unterabteilung Bergbau, Krakau, an RWM (OBH Gabel), 12.4.1944, BArch Berlin, R 3101, Nr. 31199, Bl. 10 f.

3188 Vgl. Niederschrift der Wissenschaftlichen Beratungsstelle im RMRuK über die Besprechung der Arbeitskreise der Wissenschaftlichen Beratungsstelle betr. Generaluntersuchung über die derzeitige wirtschaftliche Lage der UdSSR, 10.11.1944, BArch Berlin, R 3, Nr. 1954, Bl. 85–87 (Ich danke Malte Stöcken für den Hinweis).

Fritz Dahlgrün ³¹⁸⁹	Berlin	Arbeitsgemeinschaft „Fluor“ des RWA (1942); Arbeitskreis 5 „Die klimatischen, geologischen, bodenkundlichen und hydrologischen Grundlagen“ der Deutschen Akademie für Wohnungswesen e.V., Abt. III Siedlungsgestaltung (1944)
Fritz Deubel ³¹⁹⁰	Jena	Ausschuss für Gebirgsdruckfragen im Kalibergbau der Fachgruppe Kalibergbau, WiGru Bergbau (1941)
Wilhelm Dienemann ³¹⁹¹	Berlin	Forschendes Mitglied der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens (1941); Leiter der AG Bodenmechanik in der Fachsparte Bodenforschung des RFR (1943); Erweiterter „Arbeitsstab U“ [=Untertageverlagerung] des RMRuK (1944); Arbeitskreis 5 „Die klimatischen, geologischen, bodenkundlichen und hydrologischen Grundlagen“ der Deutschen Akademie für Wohnungswesen e.V., Abt. III Siedlungsgestaltung (1944)
Heinz Ebert ³¹⁹²	Freiburg	Kommission für Raum- und Bodenforschung in der Sudeten-deutschen Anstalt für Landes- und Volksforschung (1940)
Georg Fischer ³¹⁹³	Berlin	Arbeitsgemeinschaft „Asbest“ des RWA (1942)
Manfred Frank ³¹⁹⁴	Stuttgart	Arbeitskreis 5 „Die klimatischen, geologischen, bodenkundlichen und hydrologischen Grundlagen“ der Deutschen Akademie für Wohnungswesen e.V., Abt. III Siedlungsgestaltung (1945)
Ernst Fulda ³¹⁹⁵	Berlin	Ausschuss für Gebirgsdruckfragen im Kalibergbau der Fachgruppe Kalibergbau, WiGru Bergbau (1941)

- 3189 Vgl. Arbeitstagung „Fluor“. 1. Tagung in Stuttgart am 17. Juli 1942, in: Chemische Berichte des RWA, Oktober 1942, AIP Maryland, Samuel A. Goudsmit Papers, 1921–1979, Box 31, Folder 1. Bei den Arbeiten der Deutschen Akademie für Wohnungswesen e.V. ging es um Wiederaufbaufragen. Roggatz (Deutsche Akademie für Wohnungswesen, Abt. III Siedlungsgestaltung) an Prof. Dr. Dahlgrün (RfB Berlin), 14.12.1944, BArch Berlin, R 4002, Nr. 22, Bl. 299.
- 3190 Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gebirgsdruckfragen im Kalibergbau, 24.2.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30237, Bl. 127–133.
- 3191 Dienemann an RfB (Berlin), 13.10.1941, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 7106, unpag.; Prof. Dr. Karl Beurlen (Leiter der Fachsparte Bodenforschung des RFR) an MR Prof. Dr. Rudolf Mentzel (Leiter des Geschäftsführenden Beirats des RFR), 14.7.1944, BArch Berlin, R 26–III, Nr. 164, unpag.; Halbjahresbericht des Leiters der Fachsparte Bodenforschung im RFR, 28.6.1944, ebd., unpag.; Niederschrift über die Besprechungen am 13. und 14.4.1944 beim Amt Bau [des RMRuK] (4. Sitzung des Arbeitsstabes), 17.4.1944, R 3101, Nr. 31173, Bl. 158; Roggatz (Deutsche Akademie für Wohnungswesen e.V., Abt. III Siedlungsgestaltung) an Prof. Dr. Dienemann (RfB-Berlin), 14.12.1944, BArch Berlin, R 4002, Nr. 22, Bl. 51.
- 3192 Kurt Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiburg) an Präsident RfB Berlin, 24.10.1940, BArch Berlin, R 71, Nr. 13, Bl. 11.
- 3193 Vgl. Bericht von Georg Fischer über die Tagung des Reichsamtes für Wirtschaftsausbaue in Dresden vom 11. u. 12.12.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60115, unpag. Die Einladung des RWA war an Arnold Cissarz (RfB Berlin) gerichtet, es ist jedoch unklar, ob Cissarz an der Tagung teilnahm. Vermutlich sollte Fischer als Vertreter des RfB fungieren. Vgl. RWA (Berlin) an Prof. Cissarz, 30.11.1942, ebd., unpag.
- 3194 Vgl. Abt. III Siedlungsgestaltung der Deutschen Akademie für Wohnungswesen e.V. (Berlin) an Prof. Dr. M. Frank (Stuttgart-Waiblingen), 22.1.1945, BArch Berlin, R 4002, Nr. 22, Bl. 2.
- 3195 Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gebirgsdruckfragen im Kalibergbau, 24.2.1942, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30237, Bl. 127–133.

Gustav Götzinger ³¹⁹⁶	Wien	Mitglied des Geologischen Arbeitsausschusses der Niederdonau Erdöl-Gesellschaft mbH (1944)
Arthur Groote ³¹⁹⁷	Berlin (Dienststelle Bentz)	Stellvertretender Leiter des Spezial-Sonderausschusses für Tiefbohrgeräte und Ölfeldbedarf beim RMBuM; Geschäftsführer Erdölanlagen GmbH; Stellvertreter des Beauftragten für die Förderung der Erdölgewinnung (1943)
Waldemar Heitz ³¹⁹⁸	Berlin (Dienststelle Bentz)	Leiter der Hauptkontingentstelle Ölfeld beim Beauftragten für die Förderung der Erdölgewinnung; Referent im RWM, Technischer Berater bei der Erdölanlagen GmbH, zudem nebenamtlich Technischer Gruppenleiter im Spezial-Sonderausschuss für Tiefbohrgeräte und Ölfeldbedarf beim RMBuM
Johann Heinrich Hellmers ³¹⁹⁹	Berlin	Fachgruppe „Koloniale Geologie und Bodenforschung“ der Kolonialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft des RFR (1941); Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung und Verhütung der Staublungenerkrankungen im RFR und Kuratorium des Reichsinstituts zur Verhütung der Staublungenerkrankungen des RFR (1944)
Wilhelm Kegel ³²⁰⁰	Berlin	Leiter Arbeitskreis 5 „Die klimatischen, geologischen, bodenkundlichen und hydrologischen Grundlagen“ der Deutschen Akademie für Wohnungswesen e.V., Abt. III Siedlungsgestaltung (1944)
Karl Krejci-Graf ³²⁰¹	Berlin	Mitglied des Kuratoriums des Reichsinstituts für Erdölforschung des RFR in Hannover
Franz Michels ³²⁰²	Berlin	Arbeitskreis 5 „Die klimatischen, geologischen, bodenkundlichen und hydrologischen Grundlagen“ der Deutschen Akademie für Wohnungswesen e.V., Abt. III Siedlungsgestaltung (1945)

- 3196 Vgl. Niederschrift über die in Wien stattgefundene Arbeitsausschuss-Sitzung des Aufsichtsrates der Niederdonau Erdöl-Gesellschaft mbH, 2.5.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 65525, unpubl.
- 3197 Legler (Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftragter für den Vierjahresplan) an den BFE (Berlin), 11.5.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 76376, unpubl.; Bentz (BFE) an den RWM (Abt. Bergbau), 31.8.1943, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30155, Bl. 15.
- 3198 Arthur Groote (Dienststelle des BFE) an Dipl. Ing. W. Heitz (Spezial-Sonderausschuss für Tiefbohrgeräte und Ölfeldbedarf, Berlin), 25.3.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 76376, unpubl.
- 3199 Vgl. Protokoll der 1. Arbeitstagung der Fachgruppe „Koloniale Geologie und Bodenforschung des Reichsforschungsrates“ am 28.3.1941, 4.4.1941, BArch Berlin, NS 21, Nr. 352, unpubl.; Karl Wilhelm Jötten an Rudolf Mentzel (mit „Vorschlägen für die Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung und Verhütung der Staublungenerkrankungen“ und „Vorschlägen für die Zusammensetzung des Kuratoriums des Reichsinstituts zur Erforschung und Verhütung der Staublungenerkrankungen“), 21.9.1944, BArch Berlin, R 26–III, Nr. 190, unpubl.
- 3200 Vgl. Kegel (RfB Berlin) an Deutsche Akademie für Wohnungswesen e.V., Abt. Siedlungsgestaltung, 19.9.1944, BArch Berlin, R 4002, Nr. 22, Bl. 279; Roggatz (Deutsche Akademie für Wohnungswesen, Abt. III Siedlungsgestaltung) an Kegel (RfB Berlin), 16.6.1944, ebd., Bild 286.
- 3201 Vgl. Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches an Gauleiter Lauterbacher (Hannover), 19.2.1943, BArch Berlin, R 26–III, Nr. 148, unpubl.
- 3202 Vgl. Deutsche Akademie für Wohnungswesen e.V. (Berlin) an Prof. Dr. Michels und Prof. Dr. Dienemann (RfB Berlin), 8.1.1945, BArch Berlin, R 4002, Nr. 22, Bl. 10 f.

Werner Paeckelmann ³²⁰³	Berlin	Arbeitsstelle Alme (Hydrologische Untersuchungen betr. Wasserversorgung der Wewelsburg – Kooperation mit Bauleitung Wewelsburg, SS-Nachrichtentruppe, Hygienisches Institut der Waffen-SS, Wasserwirtschaftsamt Lippstadt, 1943–1944)
Josef Schadler ³²⁰⁴	Wien	Arbeitskreis 5 „Die klimatischen, geologischen, bodenkundlichen und hydrologischen Grundlagen“ der Deutschen Akademie für Wohnungswesen e.V., Abt. III Siedlungsgestaltung (1945)
Otto Teuscher ³²⁰⁵	Berlin	Fachgruppe „Koloniale Geologie und Bodenforschung“ der Kolonialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft des RFR (1941)
Hans Udluft ³²⁰⁶	Berlin	Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung und Verhütung der Staublungerkrankungen im RFR und Kuratorium des Reichsinstituts zur Verhütung der Staublungerkrankungen des RFR (1944)
Adolf Watznauer ³²⁰⁷	Freiburg	Stellvertretender Leiter der Kommission für Raum- und Bodenforschung an der Sudetendeutschen Anstalt für Landes- und Volksforschung (1940); Naturschutzstelle beim Reichsstatthalter im Sudetengau (1940)
Fritz Weidenbach ³²⁰⁸	Stuttgart	Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion, Amt Bau, Amtsgruppe Technik (Berlin)
Fritz Wiegers ³²⁰⁹	Berlin	Beirat des Museums für Vor- und Frühgeschichte (1940)
Artur Winkler-Hermaden ³²¹⁰	Wien	Naturwissenschaftliche Gruppe der Arbeitsgemeinschaft für die Wasserwirtschaftliche Planung im Ingeringebiet (Wasserwirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft für das Mur-Gebiet) (1939–1941)
Paul Woldstedt ³²¹¹	Berlin	Arbeitskreis 5 „Die klimatischen, geologischen, bodenkundlichen und hydrologischen Grundlagen“ der Deutschen Akademie für Wohnungswesen e.V., Abt. III Siedlungsgestaltung (1945)

- 3203 Vgl. Bericht Paeckelmanns über die hydrologischen Untersuchungen der Arbeitsstelle Alme in der Zeit vom Herbst 1943 bis zum Frühjahr 1944, 8.3.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026067, Bl. 1–35.
- 3204 Vgl. Roggatz (Deutsche Akademie für Wohnungswesen e.V., Abt. III Siedlungsgestaltung) an Dr. Schadler (RfB Wien), 4.1.1945, BArch Berlin, R 4002, Nr. 22, Bl. 65.
- 3205 Vgl. Protokoll der 1. Arbeitstagung der Fachgruppe „Koloniale Geologie und Bodenforschung des Reichsforschungsrates“ am 28.3.1941, 4.4.1941, BArch Berlin, NS 21, Nr. 352, unpag.
- 3206 Vgl. Karl Wilhelm Jötten an Rudolf Mentzel (mit „Vorschlägen für die Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung und Verhütung der Staublungerkrankungen“ und „Vorschlägen für die Zusammensetzung des Kuratoriums des Reichsinstituts zur Erforschung und Verhütung der Staublungerkrankungen“), 21.9.1944, BArch Berlin, R 26-III, Nr. 190, unpag.
- 3207 Vgl. Kurt Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiburg) an RfB (Berlin), 4.1.1940, BArch Berlin, R 71, Nr. 56, Bl. 11; Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiburg) an RfB (Berlin), 3.10.1940, ebd., Bl. 19 f.
- 3208 Vgl. Wilhelm Dienemann (RfB Berlin) an Kurt Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiburg) (mit anliegender Liste der beim RMRuK und der OT eingesetzten Geologen und Übersicht über die Arbeitsgebiete der Zweig- und Arbeitsstellen der RfB für Verlagerungsarbeiten), 8.11.1944, GLA Freiburg, A 02287/1, Bl. 181–185.
- 3209 Vgl. Bernhard Rust (RMWEV) an Wiegers, 13.11.1940, BArch Berlin, R 71, Nr. 58, Bl. 407.
- 3210 Vgl. Allgemeiner Bericht Winkler-Hermadens über die naturwissenschaftlichen Vorarbeiten der Arbeitsgemeinschaft für die Wasserwirtschaftliche Planung im Ingeringebiet 1939–1940, ohne Datum (Mai 1941), BGR-Archiv Hannover, Nr. 66097, unpag.
- 3211 Vgl. Deutsche Akademie für Wohnungswesen e.V. (Berlin-Buch) an Pro. Dr. Paul Woldstedt (RfB Berlin), 10.1.1945, BArch Berlin, R 4002, Nr. 22, Bl. 7.

Tab. 9: Staatsgeologen als Teil der Besatzungsverwaltung 1939–1945

Mitglieder/Teilnahme	Stelle/Institut
Paul Assmann ³²¹²	1944 Leiter der RfB-Arbeitsstelle Kattowitz (Verlagerungsarbeiten in Oberschlesien)
Georg Bein ³²¹³	1942 Technische Brigade Mineralöl – Mineralöl-Kommando Romny (Geophysikalische Messungen); 1943 Erdölgeophysikalische Untersuchungen beim ‚Generalkommissar für die Ukraine‘, Kiew
Alfred Bentz ³²¹⁴	Dienststelle Bentz (Beauftragter Erdölförderung); Mitglied der „Erdölkommission Galizien“ (1939); Verwaltungsrat der Südostchemie Handelsgesellschaft mbH, Berlin (1940); Mitglied des Aufsichtsrats der Kontinentale Öl Aktiengesellschaft (1941)
Kurt Beyer ³²¹⁵	‚Reichskommissar für das Ostland‘ (für Erdgas und Sapropel-Forschungen, 1943), Technische Brigade Mineralöl (um 1944)
Gerhard Brennich ³²¹⁶	Stellvertretender Leiter Amt für Bodenforschung, Krakau, ‚Generalgouvernement‘ (1942–?)
Roland Brinkmann ³²¹⁷	Leiter des Amtes Bodenforschung Warschau, Generalgouvernement (1.4.1940–15.7.1944)

3212 Vgl. Wilhelm Dienemann (RfB Berlin) an Kurt Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiberg) (mit anliegender Liste der beim RMRuK und der OT eingesetzten Geologen und Übersicht über die Arbeitsgebiete der Zweig- und Arbeitsstellen der RfB für Verlagerungsarbeiten), 8.11.1944, GLA Freiberg, A 02287/1, Bl. 181–185.

3213 Vgl. Bericht von Georg Hermann Reich über den Einsatz der geophysikalischen Trupps bei Romny (Ukraine) im Sommer 1942, 25.7.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 65831, unpag.; Bericht über den Stand der Arbeiten der Bodenforschung in den Ostgebieten am 15.7.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 63056, unpag.

3214 Die 1939 gegründete Südostchemie Handelsgesellschaft, eine Tochtergesellschaft der Wirtschaftlichen Forschungsgesellschaft mbH (Wifo), sollte „den deutschen Einfluss in Rumänien durch Beteiligung am dortigen Mineralölhandel“ erhöhen. Fregattenkapitän Griebel (Wehrwirtschaftsstab, W Ro) an den Chef der Amtsguppe Wehrwirtschaftsstab, 2.9.1939, BArch-MA Freiburg, RW 19, Nr. 2517, Bl. 240. Zur Mitgliedschaft von Bentz im Vw-Rat der Südostchemie vgl. Protokoll der Gesellschafterversammlung der Südostchemie Handelsgesellschaft mbH in Berlin, 6.11.1940, ebd., Bl. 92; Protokoll der Verwaltungsratssitzung der Südostchemie Handelsgesellschaft mbH im großen Sitzungssaal der Wifo, 10.10.1941, ebd., Bl. 20–25; Zweiter Staatssekretär Erich Neumann (Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftragter für den Vierjahresplan, Berlin) an Bentz, 20.3.1941, BGR-Archiv Hannover, Nr. 76376, unpag.; Protokoll über die 4. Sitzung des Aufsichtsrates der Kontinentale Öl Aktiengesellschaft, 21.9.1943, BArch Berlin, R 176, Nr. 89, unpag.

3215 Vgl. Vermerk der Technischen Brigade Mineralöl (Arbeitsstab, Berlin-Schöneberg) betr. Kriegsbesoldung, Familienunterhalt, Friedensgebührrnisse des Reg.Baurats Dr. Kurt Beyer, 21.7.1944 u. 25.9.1944, BArch Berlin, R 71, Nr. 7, unpag.; Bericht über den Stand der Arbeiten der Bodenforschung in den Ostgebieten am 15.7.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 63056, unpag.

3216 Vgl. Bericht von Brennich über den Verlauf und die Ergebnisse der Expedition zur Preluczny vom 27.5. bis 14.6.1944, 26.6.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 62088, unpag.

3217 Siehe Kap. 5.2.1.

Bernhard Brockamp ³²¹⁸	Mitglied des Verwaltungsrates der Jugo-Montan-Aktiengesellschaft (1940); „im Ostministerium in der Abteilung Allgemeine Wirtschaft - Wehrwirtschaftsstab Ost - (Leiter Ministerialdirektor Dr. Schlotterer) verankert“; Beauftragter für Bodenforschung beim Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete (1942)
Otto Burre ³²¹⁹	Leiter RfB-Arbeitsstelle Metz
Arnold Cissarz ³²²⁰	Mitglied des Verwaltungsrates der Jugo-Montan-Aktiengesellschaft (1940)
Hellmuth Dantz ³²²¹	Ukrainischer Geologischer Trust (Kiew), Russisches Institut für mineralogische Rohstoffe, Zweigstelle Kiew, Kommission zum Studium des Quartärbasis (Kiew), Institut für Agrochemie und Bodenkunde (Kiew) (zumindest vorgesehen)
Ernst Fulda ³²²²	RfB-Arbeitsstelle Metz (1944 Vertretung des Leiters Otto Burre)
Albert Grader ³²²³	Auf Veranlassung und im Auftrag des Reichsernährungsministeriums und des Ministeriums für die besetzten Ostgebiete in der Ukraine mit der Leitung der bodenkundlichen Kartierung der Ukraine betraut (1943)
Karl Krejci-Graf ³²²⁴	Geophysikalische Abteilung der Kontinentale Öl AG Rumänien, Bukarest; Mitglied der Erdölkommission Galizien (1939)
Eduard Hartmann (München) ³²²⁵	1942-1943 Einheitsführer der ‚Organisation Todt‘ in Norwegen
Werner Heissel ³²²⁶	Mitarbeiter des Instituts für Erforschung der Bodenschätze, Riga

- 3218 Vgl. Vermerk über die Gründung und konstituierende Versammlung der Jugo-Montan-Aktiengesellschaft, 16.8.1940, NAW, RG 242, T-77, File Unit Number 1313, unpag.; Brockamp (RfB Berlin) an Robert Schnetzer (Minsk, Weißruthenien, OT-Park), 17.9.1942, BayHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 418, Bl. 101f.; III All Wi 12 [RMdbO] an das Geologische Amt in Wilna, 16.5.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 63064, unpag.; Brockamp (RfB Berlin) an RfB (Zweigstelle Freiberg), 30.1942, GLA Freiberg, A 02287/1, Bl. 111; Brockamp (RMdbO, III Wi. 2 Ost, Berlin) an Ministerialdirektor Schlotterer (RWM), 3.8.1943, RGVA, 1458k-40-220, Bl. 74; III All Wi 12 an Geologisches Amt (Wilna), 16.5.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 63064, unpag.
- 3219 Vgl. Bericht von Otto Burre (RfB-Arbeitsstelle Metz) über die Höhlen, unterirdischen Steinbrüche und Gipsgruben, Minette-Stollen und Schächte und die Steinkohlenschächte in der Westmark, 24.8.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 47179, unpag.; Burre (RfB-Arbeitsstelle Metz) an RfB Berlin, 17.7.1944, BArch Berlin, R 71, Nr. 16, unpag.
- 3220 Vgl. Vermerk über die Gründung und konstituierende Versammlung der Jugo-Montan-Aktiengesellschaft, 16.8.1940, NA Washington, RG 242, T-77, File Unit Number 1313, unpag.
- 3221 Hierbei handelt es sich um eine Karte, in die osteuropäische Forschungsinstitute und potentielle deutsche Leiter oder für sonstige Aufgaben vorgesehene RfB-Wissenschaftler eingetragen sind. Vgl. Karte betr. Forschungsinstitute in den besetzten Ostgebieten ohne Datum (um 1942, Nr. 43), BGR-Archiv Hannover, Nr. 63030, unpag.
- 3222 Vgl. Fulda (RfB-Arbeitsstelle Metz) an RfB Berlin, 20.7.1944, BArch Berlin, R 71, Nr. 16, unpag.
- 3223 Vgl. Brockamp (RfB Berlin) an Wehrbezirkskommando München II, 16.9.1943, BayHStA, Geologisches Landesamt 406, Bl. 69.
- 3224 Kontinentale Öl Gesellschaft mbH (Berlin) an Schott (RfB Berlin), 29.11.1943, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 40878, unpag.; Roelf, Erdölförderung (2016), S. 247.
- 3225 Vgl. Personalangaben zu Hartmann, ohne Datum (um 1943), BayHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 407, Bl. 1.
- 3226 Hierbei handelt es sich um eine Karte, in die osteuropäische Forschungsinstitute und potentielle deutsche Leiter oder für sonstige Aufgaben vorgesehene RfB-Wissenschaftler eingetragen sind. Vgl. Karte betr. Forschungsinstitute in den besetzten Ostgebieten ohne Datum (um 1942, Nr. 43), BGR-Archiv Hannover, Nr. 63030, unpag.; [Vermutlich Reichskommissariat

Heinrich Hiltermann ³²²⁷	1939 Einrichtung und Leitung eines Mikropaläontologischen Laboratoriums des RfB in Jaslo und ab 1942 bis September 1944 in Boryslaw (Galizien); 1941 zwischenzeitlich Leitung der Arbeitsstelle Lemberg der RfB; Beskiden Erdöl Gesellschaft
Josef Horvath ³²²⁸	1940–1945 Abteilung „Bergbau- und Bodenforschung“ in der Wirtschaftsabteilung (Gruppe V) beim Reichskommissar für die besetzten Norwegischen Gebiete, Oslo
Herbert Karrenberg ³²²⁹	Leiter des Instituts für Erforschung der Bodenschätze, Riga (zumindest vorgesehen)
Helmut Kiderlen ³²³⁰	1943 Erdölkommando Frankreich
Max Klöss ³²³¹	1943 Mitarbeiter im Referat für Bodenforschung beim ‚Generalkommissar für die Ukraine‘ (Hauptabteilung III a) in Goroschki
Huybrecht Knipscheer ³²³²	1943 Mitarbeiter Referats Bodenforschung, in der Abt. III All. Wi beim ‚Reichskommissar für das Ostland‘ (= Arbeitsstelle Minsk des RfB)
Karl Körner ³²³³	Leiter des Referats Bodenforschung in der Gruppe Wirtschaft des ‚Reichsprotektors von Böhmen und Mähren‘, Prag (= Arbeitsstelle Prag des RfB) (1939–1940)
Bernhard Körnke ³²³⁴	Leiter des Referats Bodenforschung, in der Abt. III All. Wi beim ‚Reichskommissar für das Ostland‘ in Riga (= Arbeitsstelle Minsk des RfB); Leiter der Weißrussischen geologischen Landesuntersuchung, Minsk und des Geologischen Instituts der weißrussischen Akademie der Wissenschaften, Minsk (vorgesehen, 1942)

Ostland] (III All Wi 12) an das Geologische Amt in Wilna, 16.5.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 63064, unpubl.

- 3227 Vgl. Lebenslauf und beruflicher Werdegang von Heinrich Hiltermann, 31.10.1963, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 45289, unpubl.; Othmar Kühn (Sektion Geologie IDO) an Heinrich Hiltermann (Beskiden Erdöl Gesellschaft, Untersuchungsstelle für Mikropaläontologie RfB, Jaslo), 6.8.1943, BArch Berlin, R 52–IV, Nr. 149, Bl. 47; Rooff, Erdölförderung (2016), S. 248–251.
- 3228 Siehe Kap. 5.2.3 und 5.3.1.
- 3229 Hierbei handelt es sich um eine Karte, in die osteuropäische Forschungsinstitute und potentielle deutsche Leiter oder für sonstige Aufgaben vorgesehene RfB-Wissenschaftler eingetragen sind. Vgl. Karte betr. Forschungsinstitute in den besetzten Ostgebieten ohne Datum (um 1942, Nr. 43), BGR-Archiv Hannover, Nr. 63030, unpubl.; [Vermutlich Reichskommissariat Ostland] (III All Wi 12) an das Geologische Amt in Wilna, 16.5.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 63064, unpubl.
- 3230 Vgl. Vermerke der RfB, 24.6.1943 u. 24.7.1943, BArch Berlin, R 71, Nr. 24, Bl. 73.
- 3231 Vgl. Bericht über den Stand der Arbeiten der Bodenforschung in den Ostgebieten am 15.7.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 63056, unpubl.
- 3232 RKO (Riga) an RMdbO (Berlin), 1.6.1943, BayHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 418, unpubl.; Bericht über den Stand der Arbeiten der Bodenforschung in den Ostgebieten am 15.7.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 63056, unpubl.
- 3233 Vgl. Hase (Prag) an von Knorre (RFM, Berlin) (mit anliegendem Geschäftsverteilungsplan der Gruppe Wirtschaft), 30.7.1940, BArch Berlin, R 2, Nr. 21325, unpubl.; Körner (Sonderreferat Bodenforschung, Reichsprotektor in Böhmen und Mähren) an Kurt Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiberg), 8.12.1939, GLA Freiberg, A 02287/1, Bl. 28.
- 3234 Von Körnke ausgefüllter Personalfragebogen, 15.2.1943, BArch Berlin, VBS 1027 (R 6), ZD I 2739, Bl. 1f.; Lebenslauf Körnkes, 15.2.1943, ebd. Bl. 3; Kulicke (RMdbO, III Fm, Nr. Verw.) an RMdbO (III Wi. Org., Berlin) 22.10.1942, ebd., Bl. 32; Bericht über den Stand der Arbeiten der Bodenforschung in den Ostgebieten am 15.7.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 63056, unpubl.; Brockamp (RfB Berlin) an RfB (Zweigstelle Freiberg), 30.1942, GLA

Herbert Lögters ³²³⁵	Leiter Amt für Bodenforschung, Krakau, und Stellvertretender Leiter des Amtes für Bodenforschung Warschau, ‚Generalgouvernement‘ (1941–1942)
Erich Malzahn ³²³⁶	1943 Erdölkommando Frankreich
Hans Joachim Martini ³²³⁷	Leiter des Referats Bodenforschung in der Gruppe Wirtschaft des ‚Reichsprotectors von Böhmen und Mähren‘, Prag (= Arbeitsstelle Prag des RfB) (Nov. 1940–Mai 1945); Leiter des Arbeitsausschusses für unterirdische Verlagerung des Luftwaffenausschusses (vermutlich für Böhmen und Mähren), Mitglied des Arbeitsstabes des Moldaueausschusses, Mitglied des Arbeitsstabes des Beraunausschusses, Mitglied der Sachverständigenorganisation für den Bau und Betrieb des Oder-Donau-Kanals (1944)
Alfred Mayer-Gürr ³²³⁸	1939 Mitglied der Erdölkommission Galizien und Leiter der Arbeitsstelle Jaslo der RfB; 1942 Technische Brigade Mineralöl (TBM) (Fachabteilung I Geologie) und Arbeitsstab Maikop der TBM in Apscheronskaja, Arbeitsstelle Russland
Gerhard Mempel ³²³⁹	1942 Leiter der Arbeitsstelle Boryslaw der RfB; Arbeitsstelle in Spišská Nová Ves (dt. Zipser Neudorf) Slowakei, die 1942 aufgelöst wurde
Hans Nathan (München) ³²⁴⁰	Arbeitsstelle Metz des RfB (1942, 1943); vermutlich Außenstelle Kiew des RfB (1943)
Walther Neben ³²⁴¹	Amt für Bodenforschung, Krakau, ‚Generalgouvernement‘ (Mitarbeiter, 1942)
Werner Paeckelmann ³²⁴²	Leiter des Amtes Bodenforschung Warschau, ‚Generalgouvernement‘ (1939–31.3.1940)

Freiberg, A 02287/1, Bl. 111; Karte betr. Forschungsinstitute in den besetzten Ostgebieten ohne Datum (um 1942, Nr. 43), BGR-Archiv Hannover, Nr. 63030, unpubl. Hierbei handelt es sich um eine Karte, in die osteuropäische Forschungsinstitute und potentielle deutsche Leiter oder für sonstige Aufgaben vorgesehene RfB-Wissenschaftler eingetragen sind.

- 3235 Vgl. Stellungnahme zu den gegen Professor Dr. Roland Brinkmann (Universität Rostock) erhobenen Vorwürfen (mit Anlagen), zusammengestellt von Dr. Kurt Behling, Rechtsanwalt (Berlin), S. 47, ohne Datum (1950), BArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unpubl.; Arbeitsplan für Monat November und Dezember 1940 von Roland Brinkmann (Dienststelle Bodenforschung, Krakau), 18.11.1940, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61986, unpubl.
- 3236 Vgl. Vermerke der RfB, 24.6.1943 u. 24.7.1943, BArch Berlin, R 71, Nr. 24, Bl. 73.
- 3237 Vgl. Kap. 5.2.2. Vgl. zudem von Martini ausgefülltes Formular „Persönliche Angaben“, ohne Datum, (um 1952), BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 85067, unpubl.; Vorschlagsliste für die Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes 1. Klasse ohne Schwerter für Hans Joachim Martini an den Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers, ohne Datum (1944), NAP, URP 114–323, Nr. 6, Bl. 29–31.
- 3238 Befehl der TBM über Bildung des Arbeitsstabes Maikop, 4.12.1942, BArch-MA Freiburg, RW 46, Nr. 703, unpubl.; Rooff, Erdölförderung (2016), S. 247, 255.
- 3239 Vgl. Bericht von Mempel über die Dienstreise in die Slowakei vom 25.1.–5.2.1942, 6.2.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 62603, unpubl.; Rooff, Erdölförderung (2016), S. 253.
- 3240 Vgl. Vidal Nachruf Nathan (1983), S. 210; Von Nathan ausgefüllter Fragebogen des Military Gouvernement von Germany, ohne Datum (um 1945), BAyHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 415, unpubl.; Matthäus Schuster (RfB-Zweigstelle München) an Brockamp (RfB Berlin), 27.8.1943, BAyHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 418, Bl. 114.
- 3241 Vgl. Stellungnahme zu den gegen Prof. Dr. Roland Brinkmann Universität Rostock erhobenen Vorwürfen, zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling (Berlin), S. 112 f., 1950, BArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unpubl.
- 3242 Siehe Kap. 5.2.1.

Walther Emil Wilhelm Petrascheck ³²⁴³	1943 Generalkommissar Melitopol und Leitung des Geologischen Instituts der Krim in Simferopol (vermutlich vorgesehen), gleichzeitig dem WiKdo 105 (Krim), Gruppe W, Nr. Referat Bergbau z.b.V. zugewiesen; 1944 Leiter des Amtes Bodenforschung Warschau, ‚Generalgouvernement‘
Alfred Pollak ³²⁴⁴	1940–1942 Abteilung „Bergbau- und Bodenforschung“ in der Wirtschaftsabteilung (Gruppe V) beim ‚Reichskommissar für die besetzten Norwegischen Gebiete‘, Oslo
Hans-Wilhelm Quitzow ³²⁴⁵	1943 Erdölkommando Frankreich
Georg Hermann Reich ³²⁴⁶	1942 Technische Brigade Mineralöl – Mineralöl-Kommando Romny (Geophysikalische Messungen); 1943 Geophysikalische Untersuchungen in Ukraine
Otto Reithofer ³²⁴⁷	1944 ‚Organisation Todt‘, Einsatzgruppe ‚Wiking‘, Oslo – Einsatz Finnland
Gerhard Richter (-Bernburg) ³²⁴⁸	Der RfB-Außenstelle Oslo zugewiesen (1943, 1944)
Anton Ruttner ³²⁴⁹	1944 Organisation Todt, Einsatzgruppe VIII, Prag
Robert Schnetzer (München) ³²⁵⁰	1942 Organisation Todt (Abteilung Wassererschließung) im Rahmen der Einsatzgruppe Russland-Mitte (Weißruthenien); 1943 Mitarbeiter des Referats Bodenforschung, in der Abt. III (All. Wi) beim ‚Reichskommissar für das Ostland‘ (= Arbeitsstelle Minsk des RfB), 1943 Zweigstellen Kiew und Prag der RfB

- 3243 Vgl. Bericht über den Stand der Arbeiten der Bodenforschung in den Ostgebieten am 15.7.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 63056, unp. Hierbei handelt es sich um eine Karte, in die osteuropäische Forschungsinstitute und potentielle deutsche Leiter oder für sonstige Aufgaben vorgesehene RfB-Wissenschaftler eingetragen sind. Vgl. zudem Wirtschaftskommando 105 (Krim, Gruppe W, Nr. Ref. Bergbau) an die WiIn Süd (Chefr. W, Nr. Gr. Bergbau, Dnjeprpetrowsk), 29.5.1943, BA-MA, RW 31, Nr. 974, Bl. 111; Brockkamp (RfB) an Wehrbezirkskommando Breslau II, 28.2.1944, BAArch Berlin, R 4901, Nr. 15135, Bl. 9; Głazek/Znosko, Roland Brinkmann (2004), S. 67.
- 3244 Vgl. Lebenslauf von Pollak, 24.9.1945, GLA Freiberg, A 02300/1, Bl. 5 f.
- 3245 Vgl. Vermerke der RfB, 24.6.1943 u. 24.7.1943, BAArch Berlin, R 71, Nr. 24, Bl. 73.
- 3246 Vgl. Bericht von Georg Hermann Reich über den Einsatz der geophysikalischen Trupps bei Romny (Ukraine) im Sommer 1942, 25.7.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 65831, unp.; Bericht von Reich über die seismischen Arbeiten in der Ukraine auf Grund der Besprechung vom 4.–7. August 1943 in Romny und Umgebung, 19.8.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 65892, unp.
- 3247 Vgl. Wilhelm Dienemann (RfB Berlin) an Kurt Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiberg) (mit anliegender Liste der beim RMRuK und der OT eingesetzten Geologen und Übersicht über die Arbeitsgebiete der Zweig- und Arbeitsstellen der RfB für Verlagerungsarbeiten), 8.11.1944, GLA Freiberg, A 02287/1, Bl. 181–185.
- 3248 Siehe Kap. 5.2.3.
- 3249 Vgl. Wilhelm Dienemann (RfB Berlin) an Kurt Pietzsch (RfB-Zweigstelle Freiberg) (mit anliegender Lister der beim RMRuK und der OT eingesetzten Geologen und Übersicht über die Arbeitsgebiete der Zweig- und Arbeitsstellen der RfB für Verlagerungsarbeiten), 8.11.1944, GLA Freiberg, A 02287/1, Bl. 181–185.
- 3250 Bei seinem „Ost-Einsatz“ für die OT sollte Schnetzer im „Abschnitt Minsk (...) die Wasserbeschaffung für die Eisenbahn, die geplante Reichsautobahn und die großen Durchgangsstraßen geologisch“ leiten. Schnetzer an Matthäus Schuster (RfB-Zweigstelle München), 6.3.1942, BAyHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 418, Bl. 86. Vgl. zudem OT Zentrale (Berlin) an RfB (Berlin), 7.10.1942, ebd., Bl. 75; Schnetzer an RfB-Zweigstelle München, 5.5.1944, ebd., unp.; Schnetzer an RfB (Berlin), 12.2.1943, ebd., Bl. 96. In Kiew und Prag

Karl Schober ³²⁵¹	Bodenkundliche Kartierung im Generalbezirk Estland (1943)
Ernst Schönhals ³²⁵²	1942 Mitarbeiter des Referats Bodenforschung in der Gruppe Wirtschaft des ‚Reichsprotektors von Böhmen und Mähren‘, Prag (= Arbeitsstelle Prag des RfB), 1943 und 1944 Reichskommissariat für das Ostland (Einsätze an den Geologischen Anstalten in Reval, Riga und Wilna sowie der Landwirtschaftlichen Akademie Dotnuva, Aufnahme von Bodenkarten)
Wolfgang Schott ³²⁵³	1942 und 1943 Erdölgeologische Arbeiten in Romny (Ukraine), 1942 Amt für Bodenforschung – Geologisches Institut Boryslaw („Generalgouvernement“), Sept. 1943 bis Aug. 1944 Leiter des Geologischen Dienstes der Kontinentale Öl AG in Ploiești (Rumänien)
Otto Teuscher ³²⁵⁴	1942–1943 Referent für Bodenforschung beim ‚Generalkommissar für die Ukraine‘ (Hauptabteilung III a) in Kiew, Leiter des Geologischen Instituts als Zentralinstitut für die Bodenforschung in der Ukraine, 1944 Sachbearbeiter des RfB für die Slowakei in Pressburg
Rudolf Wager ³²⁵⁵	1943 Erdölgeologische Arbeiten in Romny
Wilhelm Wolff ³²⁵⁶	Erdölgeophysikalische Untersuchungen beim Generalkommissar für die Ukraine, Kiew

- führte Schnetzer vermutlich Arbeiten für die örtlichen Generalverkehrsdirktion durch. Vgl. Matthäus Schuster (RfB-Zweigstelle München) an Brockamp (RfB Berlin), 14.8.1943, ebd., Bl. 108 f.; Brockamp an Schuster, 21.8.1943, ebd., Bl. 110; RKO (Riga) an RMdbO (Berlin), 1.6.1943, ebd., Bl. 112; Bericht über den Stand der Arbeiten der Bodenforschung in den Ostgebieten am 15.7.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 63056, unpag.
- 3251 Vgl. [RMdbO] (III All Wi 12 Bodenforschung) an die Geologische Abteilung des Instituts für Industrielle Forschungen, Reval, 15.5.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 63064, unpag.; Bericht über den Stand der Arbeiten der Bodenforschung in den Ostgebieten am 15.7.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 63056, unpag.
- 3252 Vgl. von Schönhals ausgefüllter Fragebogen des Military Government of Germany, 10.12.1946, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 48224, Bl. 12–15; Bericht über den Stand der Arbeiten der Bodenforschung in den Ostgebieten am 15.7.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 63056, unpag.
- 3253 Vgl. Kromer (RfB Berlin) an Schott, 9.11.1942, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 40878, unpag.; Vermerk der RfB Berlin, 9.11.1943, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 40878, unpag.; Kontinentale Öl Gesellschaft mbH (Berlin) an Schott (RfB Berlin), 29.11.1943, ebd., unpag.; Zusammenstellung der Auslandstätigkeit von Wolfgang Schott, 1955, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 40879, Bl. 37; Bericht über den Stand der Arbeiten der Bodenforschung in den Ostgebieten am 15.7.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 63056, unpag.
- 3254 Vgl. Dr. Puff (RKU, Hauptabt. III) an Generalkommissar in Kiew (Hauptabt. III), 24.9.1942, BGR-Archiv Hannover, Nr. 63196, unpag.; Prof. Dr. Paul W. Thomson (Geologisch-Paläontologisches Institut, Reichsuniversität Posen und Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, Hauptarbeitsgruppe Ukraine): Bericht über das geologische Institut in Kiew, 27.10.1942, BArch Berlin, NS 30, Nr. 82, unpag.; Brockamp (Bodenforschung III Wi 2 Ost [vermutlich Wirtschaftsstab Ost]) an Dr. Teuscher (Generalkommissar Kiew Hauptabteilung III a, Bodenforschung, Kiew, Ukraine), 19.2.1943, BAyHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 420, Bl. 53; RMdbO (Berlin) an Teuscher (Kiew), 5.7.1943, ebd., Bl. 105; Brockamp (RfB Berlin) an Dr. Erich Gebert (Deutsche Gesandtschaft, Pressburg, Slowakei), 13.7.1944, ebd., Bl. 108; Brockamp (RfB Berlin) an RfB (Zweigstelle Freiberg), 30.1942, GLA Freiberg, A 02287/1, Bl. 111.
- 3255 Vgl. Bericht über den Stand der Arbeiten der Bodenforschung in den Ostgebieten am 15.7.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 63056, unpag.
- 3256 Vgl. ebd.

Tab. 10: Staatsgeologen als Wehrgeologen im Zweiten Weltkrieg.

Name	Einheit/Gliederung
Wilhelm Ahrens ³²⁵⁷	1940 Wehrgeologe AOK 12, Armee-Pionierführer, Wehrgeologenstelle Bitburg, 1940 Wehrgeologenstelle 06931, 1940 Geologenstelle 3 Anopol (Goszieradow), 1940 Wehrgeologenstelle 3 beim General der Pioniere Befehlshaber im ‚Generalgouvernement‘
Gennadij Anuffrijew ³²⁵⁸	Geologe bei der „Forschungsstaffel z.b.V.“, beratende Mitarbeit bei der Herstellung der Karte der Pripjetsümpfe (1943)
Fritz Behrend ³²⁵⁹	1941 Wehrgeologenstab Wannsee, 1942 Wehrgeologenstelle 29 des Stellvertretenden General-Kommandos III. Armee-Korps (Kommandeur der Landesbautruppen I), 1943 Regierungs-Baurat bei OK/In.Fest., 1943 Wehrgeologenstelle 29 (Wehrgeologenstab Wannsee), 1944 Leiter der Wehrgeologenstelle 40 Festungs-Pionier-Kommandeur XX
Richard Brill ³²⁶⁰	1938, 1939 Geologischer Berater der Festungsspionierstäbe 11 und 18, 1940 Wehrgeologengruppe Oberrhein (zuvor AOK 7), Zweigstelle 3, Festungsspionierstab 15 in Freiburg (Später Außenstelle 4 Gray), 1941 Leiter der Wehrgeologenstelle 3 beim AOK 11
Roland Brinkmann ³²⁶¹	1944 Auftrag vom Leiter des Wehrgeologenstabes, Wilfried von Seidlitz, betr. Herstellung wehrgeologischer Karte des polnischen Gebietes
Otto Burre ³²⁶²	1939 beratender Geologe beim Baustab Luftverteidigungszone West, 1940 Wehrgeologenstelle beim AOK 16, dann Leiter der Wehrgeologenstelle Lille (zuvor AOK 16)

3257 Vgl. OKH (Gen. St. d. H. Gen. d. Pi. u. Fest. b. Ob. d. H. Az 39 Geol 18a Arb. Stb. Fest I Geol.) an Heeresgruppen A, B und C (mit anliegender Liste über die Kursteilnehmer), 9.1.1940, BArch-MA Freiburg, RH 20-7, Nr. 324, unp.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 9, 59.

3258 Vgl. Schlesinger, Manfred (IPW TEAM 191 MIS USFET G-2 SEC CHANOR BASE APO 562 US ARMY): Sonderkommando Dora, Forschungsstaffel z.b.V., 15. Oktober 1945, NAW, Records of the Army Staff. Records of the Office of the Assistant Chief of Staff, G-2, Intelligence. Records of the Investigative Records Repository (IRR). Security Classified Intelligence and Investigative Dossiers, 1939-1976 (Personal Name File), RG 319, IRR (Impersonal File), Box 38 (Sonderkommando Dora), unp.

3259 Vgl. Tätigkeitsbericht der Wehrgeologenstelle 29 des Stellv. Gen. Kdo. III. A.K. (Berlin) für Mai 1942, 3.6.1942, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 2307, Bl. 2 f.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 60.

3260 Vgl. ebd., S. 13, 62; Oberbaustab 7 (St. Qu.) an Festungsspionierstab 11, 15, 18, an Armeegeologe Prof. Dr. Frank, die Landesgeologen Dr. Hasemann (Freiburg) und Kiderlen (Stuttgart), 12.10.1939, BArch-MA Freiburg, RH 20-7, Nr. 324, unp.

3261 Vgl. Stellungnahme zu den gegen Professor Dr. Roland Brinkmann (Universität Rostock) erhobenen Vorwürfen (mit Anlagen), zusammengestellt von Dr. Kurt Behling, Rechtsanwalt (Berlin) (S. 138 f.), ohne Datum (1950), BArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unp.

3262 Vgl. OKH (Gen. St. d. H. Gen. d. Pi. u. Fest. b. Ob. d. H. Az 39 Geol 18a Arb. Stb. Fest I Geol.) an Heeresgruppen A, B und C (mit anliegender Liste über die Kursteilnehmer), 9.1.1940, BArch-MA Freiburg, RH 20-7, Nr. 324, unp.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 62.

Curt Dietz ³²⁶³	1939 Wehrgeologenstelle Dietz innerhalb der Wehrgeologenstelle 5 beim AOK 4 (Einsatz bei Abschnittsgruppe II des Festungs-Pionierstabes 22 in Hellenthal (Eifel) – u.a. geologische Gutachten für den Bau des Westwalls, 1940 Heeresgruppen-Kommando B, Festungspionierstab 22, Wehrgeologenstelle Schuh (bisher AOK 4), Festungspionierkommandeur XIII, Pioniererkundungsstab Belgien und Nordfrankreich, Brüssel, Außenstelle Charleville, 1940 Wehrgeologenstelle Brüssel (bisher AOK 4), Außenstelle 1 Mauberge, danach Wehrgeologenstelle 2, 1941 Leiter Wehrgeologenstelle 15 Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich (Amiens, Lille), 1943 Leiter Wehrgeologenstelle 5 Festungspionierkommandeur XVIII (Flandern), 1945 Wehrgeologenstelle 15 beim Höheren Pionierführer im ‚Generalgouvernement‘ Polen
Wilhelm Dienemann ³²⁶⁴	1939 Wehrgeologenstelle AOK 4, Festungspionierkommandeur IX, Wehrgeologengruppe beim Pioniererkundungsstab für Belgien und Nordfrankreich (Brüssel), Außenstelle Versailles, 1940 Wehrgeologenstelle 2, bis September 1941 Wehrgeologe (dann für RfB uk-gestellt)
Rolf Eigenfeld ³²⁶⁵	1940 Wehrgeologengruppe Nancy AOK 1, Pionier-Erkundungsstab Frankreich, Erkundungstrupp Epinal, 1941 Wehrgeologenstelle 6 AOK 15, 1941 Wehrgeologenstelle 3 AOK Norwegen, Befehlsstelle Finnland Pionierführer, 1942 Wehrgeologenstelle 27 AOK Lappland, Armee-Pionierführer, 1943 Wehrgeologenstelle 5, Sicherungsdivision 444, 1943 Wehrgeologenstelle 29, Höherer Pionierkommandeur I, 1943–1944 Wehrgeologenstelle 1 beim Festungs-Pionierkommandeur XIX, 1944 Wehrgeologenstelle 29 beim Höheren Pionierkommandeur I, Panzer-AOK 1

- 3263 Vgl. Dietz, C.: Wehrgeologische Tätigkeit während des Bewegungskrieges im Westfeldzug 1940 beim Fest.-Pi.-Stab 22, in: 6. Wehrgeologischer Lehrgang in Heidelberg 14. bis 20. XII. 1940 mit 2. XII. 40 verfügt durch OKH Gen. St. d. H. Gen. d. Pi. u. Fest. b. Ob.d.H. Az 39 Geol 18a/In Fest Geol. a, Nr. 18 870/40, Berlin 1941, S. 19–21, BArch-MA Freiburg, RH 12–20, Nr. 150, unpag.; OKH (Gen. St. d. H. Gen. d. Pi. u. Fest. b. Ob. d. H. Az 39 Geol 18a Arb. Stb. Fest I Geol.) an Heeresgruppen A, B und C (mit anliegender Liste über die Kursteilnehmer), 9.1.1940, BArch-MA Freiburg, RH 20–7, Nr. 324, unpag.; Lebenslauf von Curt Dietz, 16.10.1950, NLA Hannover, Nds. 505, Acc. 2002, Nr. 004, Nr. 4, Bl. 3f.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 63.
- 3264 Vgl. Dienemann an RfB, 23.10.1939, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 7106, Bl. 197; Lebenslauf Dienemanns, 15.2.1947, BArch Berlin, DO I, Nr. 95084, unpag.; OKH (Gen. St. d. H. Gen. d. Pi. u. Fest. b. Ob. d. H. Az 39 Geol 18a Arb. Stb. Fest I Geol.) an Heeresgruppen A, B und C (mit anliegender Liste über die Kursteilnehmer), 9.1.1940, BArch-MA Freiburg, RH 20–7, Nr. 324, unpag.; Erkennungsmarkenverzeichnis der Wehrgeologengruppe (Beamte), 31.10.1940, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 2310, unpag.; Wehrgeologengruppe beim Pioniererkundungsstab für Belgien und Nordfrankreich an den Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich, 21.7.1940, ebd., unpag.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 62.
- 3265 Vgl. Gutachten von TKVR Dr. Eigenfeld und Uffz. Leuthner (Wehrgeologenstelle 1 beim Festungs-Pionierkommandeur XIX) über die Wasserversorgung der Stützpunkte Tu 41a und Tu 42 bei Pornichet, 27.7.1943, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 3003, unpag.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 64.

Manfred Frank ³²⁶⁶	1939 KVR beim OKH/AHA/In Fest (Bearbeitung der wehrgeologischen Organisation), dann Technischer KVR beim AOK 7 (Wehrgeologische Beratung an der Front und Aufstellung der Einheit 7352 – Wehrgeologen-Gruppe b), dann Leiter der Armeegeologen beim AOK 7 (Oberbaustab 7), 1940 Pionier-Erkundungsstab Frankreich, 1940–1941 OKH/AHA/In Fest (Leiter der Wehrgeologenstelle bei der Kommandantur der Befestigungen Oberrhein)
Hans Rudolf von Gaertner ³²⁶⁷	1940 Wehrgeologenstelle beim AOK 16, 1940 Militärbefehlshaber der Luftwaffe in Norwegen, Flughafenbereich Christiansand, 1941 Wehrgeologenstelle 3 beim AOK Norwegen bei Befehlsstelle Finnland Pionierführer, 1941 Wehrgeologenstelle Festungspionierstab 18, dann Wehrgeologenstelle 3 Pionierführer beim AOK Norwegen, Befehlshaber Finnland, 1941/42 Wehrgeologenstelle 27 AOK Lappland, Armee-Pionierführer, 1942 Wehrgeologenstelle 27 AOK 7, Armee-Pionierführer 7, 1944 Wehrgeologenstelle 1 Festungs-Pionierkommandeur XIX, 1944 Pioniersonderstab 66, 1944 Wehrgeologenstelle 26 Außenstelle Saargemünd Festungs-Pionierkommandeur IV
Kurt Genieser ³²⁶⁸	1941 Wehrgeologenstelle AOK 1, 1944 Wehrgeologenstelle 9 beim General der Pioniere Heeresgruppe Mitte, 1944 Wehrgeologenstelle beim Höheren Pionierführer 19, 1944 Wehrgeologenstelle 9 beim Pionier-Sonderstab 8, Höheres Pionier-Kommando 2 (Polen), 1944–1945 Wehrgeologenstelle 2 beim Höheren Landesbau- und Pionierführer 8
Karl Gerstlauer ³²⁶⁹	1940 als Wehrgeologe (Truppführer) in einem Pionierbataillon gefallen

- 3266 Vgl. General der Pioniere b.d. Heeresgruppe C an Prof. Dr. M. Frank (Armee-Geologe beim AOK 7), 15.11.1939, BArch-MA Freiburg, RH 20–7, Nr. 324, unpag.; Armee-Pionierführer beim AOK 7 an Wehrmeldeamt Waiblingen, 22.11.1939, ebd., unpag.; KVR Prof. Dr. Frank an die Inspektion der Festungen (Berlin), 22.11.1939, ebd., unpag.; OKH (Chef H. Rüst u. BdE Az. 39 Geol 12b AHA/In Fest I Geol, Berlin) an Pi.Erk.Stab Frankreich (Metz), Wehrgeologen-Gruppe vormalig bei AOK 12 (Armeegeologe Prof. Wilser), Wehrgeologengruppe vormalig bei AOK 1 (Armeegeologe Prof. Röhrer), Wehrgeologengruppe vormalig bei AOK 7 (Armeegeologe Prof. Frank oder Vertreter), 12.7.1940, BArch-MA Freiburg, RH 12–20, Nr. 64, Bl. 1; In Fest (Berlin) an In T, 23.5.1941, BArch-MA Freiburg, RH 12–20, Nr. 74, Bl. 1; Häusler, Wehrgeologie Teil 2 (1995), S. 64; Oberbaustab 7 (St. Qu.) an Festungspionierstab 11, 15, 18, an Armeegeologe Prof. Dr. Frank, die Landesgeologen Dr. Hasemann (Freiburg) und Kiderlen (Stuttgart), 12.10.1939, BArch-MA Freiburg, RH 20–7, Nr. 324, unpag.
- 3267 Vgl. Lebenslauf v. Gaertners, 28.8.1957, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 87069, Bl. 5 f.; OKH (Gen. St. d. H. Gen. d. Pi. u. Fest. b. Ob. d. H. Az 39 Geol 18a Arb. Stb. Fest I Geol.) an Heeresgruppen A, B und C (mit anliegender Liste über die Kursteilnehmer), 9.1.1940, BArch-MA Freiburg, RH 20–7, Nr. 324, unpag.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 65.
- 3268 Vgl. Bericht von Regierungsbaurat Dr. Genieser (Wehrgeologenstelle 9, Gen. d. Pi. HGr. Kdo Mitte) über wehrgeologische Erkundung im Wolschanka-Abschnitt zwischen Podjasenka und der Eisenbahnlinie Bobruisk-Minsk, 2.4.1944, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 2876, unpag.; von Genieser ausgefüllter Personalbogen (Staatliche Plankommission der DDR, Personalabteilung), 25.10.1952, BArch Berlin, DO 1, Nr. 95952, Bl. 1 f.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 65.
- 3269 „Er machte den Vormarsch in Polen mit, wurde später im Vorfeld bei Saarbrücken eingesetzt, kam dann als Geologen-Truppführer z. b. v. zu einer anderen Einheit und kämpfte im Mai-Juni 1940 vom Durchbruch durch die Maginot-Linie an bis zur Beendigung des Vormarsches wieder in vorderster Linie. Als Zugführer mit der Beseitigung von Minenfeldern beauftragt, erhielt er am 9. VIII. 40 ein Sprengstück in den Unterleib, woran er

Walther Hasemann ³²⁷⁰	1939 geologischer Berater für den Festungspionierstab 15 (Armee-Pionierführer AOK 7, Oberbaustab 7, Erkundungsstab Süd), 1940 Wehrgeologenstelle Oberrhein (zuvor AOK 7)
Theodor Heinrichson ³²⁷¹	„als Sonderführer und Dolmetscher im zentralen Abschnitt des rückwärtigen Heeresgebietes“
Wilhelm Hollstein ³²⁷²	Zeitweiliger Mitarbeiter der Forschungsstaffel z.b.V., Forschungskommando Ost (Januar/Februar 1945), Mitarbeit an der Kartenübertragung für den Aufbau von Bodenbefestigungen (Grenze an der Oder, Spreewald, Prenzlau) Februar 1945
Werner Jacobsen (?) ³²⁷³	1942 Wehrgeologenstelle 14 beim AOK 11, Armee-Pionierführer, 1943 Wehrgeologengruppe 14 AOK 17 (Dnjepr)
Werner Jessen ³²⁷⁴	1939/40 vermutlich HWA (Wa Prüf Fest V)
Herbert Karrenberg ³²⁷⁵	1942 Wehrgeologenstelle 17 Stabsoffizier der Pioniere Festung Utrecht, 1943 Wehrgeologenstelle 17 beim Festungs-Pionierkommandeur XIV, 1943 Wehrgeologenstelle 17 Verbindungsstab Inspektion West bzw. Festungspionierstab 15

nach dreimaliger schwerer Operation am 31. X. 40 verstarb.“ N.N., Nekrolog Gerstlauer (1940), S. 605.

- 3270 Vgl. Oberbaustab 7 (St. Qu.) an Festungspionierstab 11, 15, 18, an Armeegeologe Prof. Dr. Frank, die Landesgeologen Dr. Hasemann (Freiburg) und Kiderlen (Stuttgart), 12.10.1939, BArch-MA Freiburg, RH 20-7, Nr. 324, unpag.; Häusler, Wehrgeologie Teil 2 (1995), S. 67.
- 3271 Vgl. Prof. Dr. Paul W. Thomson: Bericht über den Zustand der geologischen Institute, Sammlungen und Büchereien in Minsk, 11.9.1942, BArch Berlin, NS 30, Nr. 82, unpag.
- 3272 Vgl. Schlesinger, Manfred (IPW TEAM 191 MIS USFET G-2 SEC CHANOR BASE APO 562 US ARMY): Sonderkommando Dora, Forschungsstaffel z.b.V., 15. Oktober 1945, NAW, Records of the Army Staff. Records of the Office of the Assistant Chief of Staff, G-2, Intelligence. Records of the Investigative Records Repository (IRR). Security Classified Intelligence and Investigative Dossiers, 1939-1976 (Personal Name File), RG 319, IRR (Impersonal File), Box 38 (Sonderkommando Dora), unpag.
- 3273 Vgl. Bericht von Reg.Baurat Geol. Dr. Siegfried u. Uffz. Dr. Jacobsen (Wehrgeologenstelle 14 beim AOK 17/APIFü) über das Auftreten von Hoch- und Niederwasser der Flüsse des Armeebereichs, 20.10.1944, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 3471, unpag.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 69.
- 3274 Vgl. Jessen: Einsatz des erdelektrischen Gerätes (Wa Prüf Fest V), in: 6. Wehrgeologischer Lehrgang in Heidelberg 14. bis 20. XII. 1940 mit 2. XII. 40 verfügt durch OKH Gen. St. d. H. Gen. d. Pi. u. Fest. b. Ob.d.H. Az 39 Geol 18a/In Fest Geol. a, Nr. 18 870/40, Berlin 1941, S.129-132, BArch-MA Freiburg, RH 12-20, Nr. 150, unpag.; Häusler, Wehrgeologie, Teil 2 (1995), S. 69; OKH (Gen. St. d. H. Gen. d. Pi. u. Fest. b. Ob.d.H. Az 39 Geol. 18 Arb. Stb. Fest. I Geol.) an Heeresgruppenkommando B (Gen. d. Pi., Armeegeol.) und die Armeeoberkommandos 1, 7, 12, 16 (Armee-Pionierführer, Armeegeol.), 27.11.1939, BArch-MA Freiburg, RH 20-7, Nr. 324, unpag.
- 3275 Vgl. Gutachten des Gefr. Dr. Karrenberg (Fest. Pi. Kdr. XIV, Wehrgeologenstelle 17) über die Eignung der Höhle von Heer bei Maastricht für die Unterbringung kriegswichtiger Betriebe, 30.9.1943, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 2313, unpag.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 69.

Helmut Kiderlen ³²⁷⁶	1939 geologischer Berater für die Festungspionierstäbe 11 und 18 (Armee-Pionierführer AOK 7, Oberbaustab 7, Erkundungsstab Nord), 1940 Wehrgeologenstelle Oberrhein (Kommandantur der Befestigungen Oberrhein (Wehrgeologenstelle-Erkundungstrupp 2 Besancon, später Außenstelle 2 Besancon), 1941 Wehrgeologen-Erkundungsstab der Festungskommandantur Oberrhein (Leiter Wehrgeologenstelle 1), 1941 Leiter Wehrgeologenstelle 17 Militärbefehlshaber Niederlande, Den Haag, 1942 Wehrwirtschaftliche Ersatzabteilung Gruppe II Min., 1943 Technische Brigade Mineralöl
Christian Klein ³²⁷⁷	1940 Ehemaliger Oberbaustab 33, danach bei AOK 18, 1942 Wehrgeologe beim Festungs-Pionierstab 24 in Russland, 1943 Wehrgeologenstelle 24 beim Festungs-Pionierstab 24, 1943 Wehrgeologenstelle 24 Festungs-Pionierstab II Salamis, 1943 Wehrgeologenstelle 10 Festungs-Pionierstab 8
Johann Kliemstein ³²⁷⁸	1940 Wehrgeologengruppe Schuh (zuvor AOK 4), 1940 Wehrgeologengruppe, Pionier-Erkundungsstab für Belgien und Nordfrankreich, 1940 Heeresgruppe B, Wehrgeologengruppe 7, General der Pioniere Oberbefehlshaber Ost, Militärbefehlshaber im ‚Generalgouvernement‘, 1942 Erdelektrischer Erkundungstrupp 2 beim Inspekteur der Landbefestigung West
Huybrecht Knipscheer ³²⁷⁹	Geologe RfB
Richard Köhler (?) ³²⁸⁰	1942–1944 Wehrgeologenstelle 26, Festungs-Pionierkommandeur IV
Bernhard Körnke ³²⁸¹	„Forschungskommando Ost“ Forschungsgruppe Schulz-Kampfenkel (1944–1945)

- 3276 Vgl. Oberbaustab 7 (St. Qu.) an Festungspionierstab 11, 15, 18, an Armeegeologe Prof. Dr. Frank, die Landesgeologen Dr. Hasemann (Freiburg) und Kiderlen (Stuttgart), 12.10.1939, BArch-MA Freiburg, RH 20–7, Nr. 324, unp.; Häusler, Wehrgeologie Teil 2 (1995), S. 70.
- 3277 Vgl. Gutachten von KVR Klein (Festungs-Pionierstab 24) über die Unterstände des IV. Kgl. A.K. in Dolshik, 17.9.1942, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 2907, unp.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 70.
- 3278 Vgl. Inhaltsverzeichnis der Kriegsstammrolle für Offz. und Beamte der Wehrgeologengruppe, ohne Datum (um 1941), BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 2310, unp.; Erkennungsmarkenverzeichnis der Wehrgeologengruppe (Beamte), 31.10.1940, ebd., unp.; Wehrgeologengruppe beim Pi.-Erkundungsstab für Belgien und Nordfrankreich an den Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich, 21.7.1940, ebd., unp.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 71.
- 3279 Vgl. Gutachtlicher Bericht Knipscheers (RfB) für den Wehrmachtskommandeur Litzmannstadt (Stab Löwe), über die Eignung zum Bau einer westlichen und östlichen Stellung im Abschnitt westlich Kiernoza bis östlich Krepa der Löwenstellung, 2.12.1944, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 2910, unp.
- 3280 Vgl. Gutachten von Feldwebel, Dr. rer. nat. Köhler (Wehrgeologenstelle 26, Festungs-Pionierkommandeur IV) über die Stollenführung beim Miniervorhaben auf Stützpunkt 51, St. Jean de Luz, 8.8.1943, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 3049, unp.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 71.
- 3281 Vgl. Schlesinger, Manfred (IPW TEAM 191 MIS USFET G-2 SEC CHANOR BASE APO 562 US ARMY): Sonderkommando Dora, Forschungsstaffel z.b.V., 15. Oktober 1945, NAW, Records of the Army Staff. Records of the Office of the Assistant Chief of Staff, G-2, Intelligence. Records of the Investigative Records Repository (IRR). Security Classified Intelligence and Investigative Dossiers, 1939–1976 (Personal Name File), RG 319, IRR (Impersonal File), Box 38 (Sonderkommando Dora), unp.

Rostislaw Kostiljuk ³²⁸²	SS-Wehrgeologen-Bataillon (mot.), u.a. Kaukasus (1942–1944)
Fritz Kutscher ³²⁸³	1943 Wehrgeologenstelle 2 Panzer-Armeeoberkommando 2, 1943 Leiter Wehrgeologenstelle 16, Oberkommando Heeresgruppe A [Heeresgruppe Nordukraine/Heeresgruppe Süd], General der Pioniere, 1944 Wehrgeologenstelle 18 beim Festungs-Pionierkommandeur XVII
Kurt Lamcke (?) ³²⁸⁴	1942–1944 Wehrgeologenstelle, Marine-Gruppenkommando West, Admiral Frankreich, Oberfestungspionierstab
Kurt Lemcke ³²⁸⁵	1941 Reservegeologenstab Inspektion Ost, Außenstelle (Warschau), 1941 Geologenstelle 20 beim Festungspionierstab 6, 1941 Wehrgeologenstelle 20, Inspektion der Ostbefestigungen, 1941 Wehrgeologenstelle 13, AOK 9, Armee-Pionierführer, 1942 Wehrgeologenstelle 7 bei Wehrmachtsbefehlshaber Ukraine, Oberquartiermeister Poltawa, 1941–1944 Wehrgeologenstelle 13, AOK 9, Armee-Pionierführer Ostfront-Mitte, Ostfront-Süd, 1944 Wehrgeologenstelle 12 Heeresgruppe Südukraine, General der Pioniere, 1944 Wehrgeologenstelle 12 Heeresgruppe Süd, General der Pioniere
Erich Lemke ³²⁸⁶	1942 Wehrmachtsbefehlshaber Ukraine (Geol.), Poltawa; 1944 Wehrgeologenstelle 23 AOK 2, Armee-Pionierführer
Herbert Lögters ³²⁸⁷	1939 Wehrgeologenstelle Trier beim AOK 16, 1940 Wehrgeologenstelle Lille (zuvor AOK 16)
Friedrich-Karl Mixius ³²⁸⁸	1941–1942 Wehrgeologenstelle 8 (Crossen/Oder und Prag), 1942–1943 Wehrgeologenstelle 12 Deutsches Afrika Korps (Nordafrika, Sonderkommando Dora), 1943–1945 Wehrgeologenstelle 27, 20. Gebirgs-Armee Oberkommando Finnland/Lapland

- 3282 Vgl. von Kostiljuk ausgefüllter Fragebogen des Rasse- und Siedlungshauptamtes (mit anliegendem Lebenslauf), 15.7.1944, BArch Berlin, R 9361–III, Nr. 104505, unpag.
- 3283 Vgl. Bericht von Reg. Baurat Dr. Kutscher (Wehrgeologenstelle 16, Obkdo. H.Gr. A/Gen.d. Pi.) über den Arbeitsfortschritt bei den Felshohlbauten zwischen den Höhen 2062 und 2024 südöstlich von Javorina (Tatra), 19.10.1944, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 2876, unpag.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 73.
- 3284 Vgl. Gutachten von Marine-Artillerie-Maat Dr. Lamcke (Wehrgeologenstelle, Marine-Gruppenkommando West, Admiral Frankreich, Oberfestungspionierstab) über die Wasserversorgung der U-Bootslager Pontskorff I u. II, 29.9.1942, BArch-MA Freiburg, RM 45–IV, Nr. 12, Bl. 9.
- 3285 Vgl. Vorläufiger Bericht des Pioniers Dr. Lemcke (Reservegeologenstab, Inspektion Ost, Außenstelle, Warschau) über die Begehung des im Bau befindlichen Flugplatzes Krzewica, 23.4.1941, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 2876, unpag.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 73.
- 3286 Vgl. Kurt Pietzsch (RfB, Zweigstelle Freiberg) an RfB Berlin, 9.12.1942, GLA Freiberg, A 02287/1, Bl. 114; Gutachten von Feldwebel Dr. Erich Lemke (Wehrgeologenstelle 23): Beurteilung der neuen Behelfsbrücke bei Zambski auf Gefährdung durch hohe Herbst- und sehr hohe Frühjahrswasserstände, 17.8.1944, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 2876, unpag.
- 3287 Vgl. OKH (Gen. St. d. H. Gen. d. Pi. u. Fest. b. Ob. d. H. Az 39 Geol 18a Arb. Stb. Fest I Geol.) an Heeresgruppen A, B und C (mit anliegender Liste über die Kursteilnehmer), 9.1.1940, BArch-MA Freiburg, RH 20–7, Nr. 324, unpag.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 73.
- 3288 Vgl. Bericht von Hilfsgeologe Dr. Mixius (Wehrgeologenstelle 8, Crossen/Oder) über die Konstruktion der Nil-Übergänge, 4.9.1941, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 2902, unpag.; Reg.Rat Prof. Dr. Gallwitz (Referent im OKH, In Fest Geol, Berlin) an Uffz. Dr. Mixius (Wehrgeologenstelle 9, z.Zt. Prag), 20.1.1942, BArch-MA Freiburg, RH 12–20, Nr. 60, Bl. 13; Schlesinger, Manfred (IPW TEAM 191 MIS USFET G-2 SEC CHANOR BASE APO

Hans Nathan ³²⁸⁹	1939 Wehrgeologenstelle AOK 1, 1940 Wehrgeologenstelle (bisher AOK 1), Pionier-Erkundungsstab Frankreich, Wehrgeologen-Erkundungstrupp Longuillon, 1943–1944 Wehrgeologen Lehr- und Gerätestelle
Hans Neumann ³²⁹⁰	Vermessungsbatterie 624 Gross-Born (Beobachter am Theodolit für Landmessungen in Norwegen)
Josef Niedermayer ³²⁹¹	1942 Wehrgeologische Lehr- und Gerätestelle Sternberg (Neumark), 1941–1945 Wehrgeologenstelle 8 (Russland, Griechenland, Italien, Slowakei, Österreich)
Friedrich-Carl Nöring ³²⁹²	1942 Wehrgeologenstelle 18, Festungs-Pionierkommandeur XVII, Inspektion Landesbefestigung Nord, Festungs-Pionierstab Arendal, Festungspionier-Abschnittgruppe 26 in Kristiansand, 1944 Wehrgeologenstelle 18, Außenstelle beim Festungs-Pionierstab 31, 1944 Leiter der Wehrgeologenstelle 6 beim Höheren Pionierführer 30, 23 und Höheren Pionierkommandeur 1
Robert Potonié ³²⁹³	1941 Dozent an der Reichsanstalt der Luftwaffe für Luftschutz, Berlin-Tempelhof (Vertretung wehrgeologischer Fragen des Luftschutzes, wie Stellungsbau, Wasserversorgung, Baustoffbeschaffung)
Hannfrit Putzer ³²⁹⁴	1940 Geologenstelle 2 Pulawy, 1940 Geologenstelle 5 Dynow, 1941 Wehrgeologenstelle 16 beim Wehrmachtsbefehlshaber in den Niederlanden, 1941 Inspektion Ost, 1942 Wehrgeologenstelle 14 AOK 1, Armee-Festungspionierstab, 1942 Wehrgeologenstelle 16, 1943 Wehrgeologenstelle 16 Heeresgruppe Don, 1943 Leiter Wehrgeologenstelle 32, Festungs-Pionierstab 6 in Jugoslawien, 1944 Wehrgeologenstelle 36 AOK 6, Armee-Pionierführer Rumänien

562 US ARMY): Sonderkommando Dora, Forschungsstaffel z.b.V., 15. Oktober 1945, NAW, Records of the Army Staff. Records of the Office of the Assistant Chief of Staff, G-2, Intelligence. Records of the Investigative Records Repository (IRR). Security Classified Intelligence and Investigative Dossiers, 1939–1976 (Personal Name File), RG 319, IRR (Impersonal File), Box 38 (Sonderkommando Dora), unpubl.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 74; Flachowsky/Stoecker (Hg.), Amazonas, S. 357, 379.

- 3289 Vgl. OKH (Gen. St. d. H. Gen. d. Pi. u. Fest. b. Ob. d. H. Az 39 Geol 18a Arb. Stb. Fest I Geol.) an Heeresgruppen A, B und C (mit anliegender Liste über die Kursteilnehmer), 9.1.1940, BArch-MA Freiburg, RH 20–7, Nr. 324, unpubl.; Von Nathan ausgefüllter Fragebogen des Military Government of Germany, ohne Datum (um 1945), BArchStA, Geologisches Landesamt, Nr. 415, unpubl.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 75.
- 3290 Vgl. Von Neumann ausgefüllter Fragebogen des Military Government of Germany, 1.2.1946, und Lebenslauf Neumanns, 5.2.1946 beide in HHStAW, 527, X 313, unpubl.
- 3291 Vgl. von Niedermayer ausgefüllter Fragebogen für die politische Überprüfung des Niedersächsischen Ministers für die Entnazifizierung, Hannover, 29.10.1950, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 48215, Bl. 2 f.; Lebenslauf Niedermayers, ohne Datum (um 1949), ebd., Bl. 5a.
- 3292 Vgl. Wehrgeologisches Gutachten von Reg. Baurat Dr. Nöring (Wehrgeologenstelle 6 beim Höh.Pi.Fü. 23) über den ersten Kampfgraben der 3. Stellung im Heeresgruppenbereich im Bereich des Höheren Pionier Führer 23, 6.9.1944, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 2876, unpubl.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 75.
- 3293 Vgl. Potonié an RfB (Berlin), 5.4.1941, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 7110, Bl. 168.
- 3294 Vgl. Gutachten des Geologen Pionier Dr. Putzer (Wehrgeologenstelle 2, Pulawy) über die Wasserversorgung der Betonbauten bei Stützpunkt 101 und 109, 22.10.1940, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 2910, unpubl.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 77.

Friedrich von Raupach ³²⁹⁵	1944 Wehrgeologenstelle 2 beim Höheren Landesbau- und Pionierführer 8
Ulrich Rein ³²⁹⁶	1942–1945 Wehrgeologenstelle 27, AOK 20 (Finnland, Lappland)
Per Rössle ³²⁹⁷	Forschungsstaffel z.b.V. seit Mai 1944, Forschungskommando Süd (Geologe), 1945 Arbeit über das Forschungsprojekt zur geologischen Luftbildauswertung mit Prof. Dr. Cloos (Bonn)
Josef Schädler ³²⁹⁸	1942–1943 Wehrgeologe Organisation Todt in Norwegen
Erwin Karl Schenk ³²⁹⁹	Forschungsstaffel z.b.V. 1944 Forschungskommandos Ost und Süd
Wilhelm Friedrich Schmidt ³³⁰⁰	1941–1942 Wehrgeologe AOK 6, 1942–1943 Wehrgeologe In Nord in Norwegen, 1944 Leiter einer wehrgeologischen Außenstelle
Harras Schneider ³³⁰¹	1938–1941 Luftgaukommando Münster, 1941–1943 Luftgaukommando Westfrankreich (Paris), 1943–1945 Luftgaukommando Süd-Italien
Hans-Joachim Schoene ³³⁰²	1942 Wehrgeologenstelle 19 beim Festungspionierkommandeur I
Ernst Schönhals ³³⁰³	Ziviler Mitarbeiter der Forschungsstaffel z.b.V., Forschungskommando Ost, entsandt vom RfB, Bodenkundler zur Kartierung von Befestigungen nahe der Oder und im Spreewald 1945

- 3295 Vgl. Bericht von Sonderführer Dr. von Raupach (Wehrgeologenstelle 2 beim Höh. Ld.Bau. Pi. Fü. 8) über die Erkundung der Teiche bei Holtzhagen, Bl. Neuberun auf Panzersicherheit, 14.9.1944, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 2876, unp.; Bericht von Sonderführer (Z) Dr. von Raupach (Wehrgeologenstelle 2 beim Höh. Ld.Bau.Pi. Führer 8) über die Brunnenvermessung in Ossy, Bl. Tarnowitz, 8.9.1944, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 2910, unp.
- 3296 Vgl. Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 77.
- 3297 Vgl. Schlesinger, Manfred (IPW TEAM 191 MIS USFET G-2 SEC CHANOR BASE APO 562 US ARMY): Sonderkommando Dora, Forschungsstaffel z.b.V., 15. Oktober 1945, NAW, Records of the Army Staff. Records of the Office of the Assistant Chief of Staff, G-2, Intelligence. Records of the Investigative Records Repository (IRR). Security Classified Intelligence and Investigative Dossiers, 1939–1976 (Personal Name File), RG 319, IRR (Impersonal File), Box 38 (Sonderkommando Dora), unp.
- 3298 Mertz, Haidinger-Medaille (2020), S. 391.
- 3299 Vgl. Schlesinger, Manfred (IPW TEAM 191 MIS USFET G-2 SEC CHANOR BASE APO 562 US ARMY): Sonderkommando Dora, Forschungsstaffel z.b.V., 15. Oktober 1945, NAW, Records of the Army Staff. Records of the Office of the Assistant Chief of Staff, G-2, Intelligence. Records of the Investigative Records Repository (IRR). Security Classified Intelligence and Investigative Dossiers, 1939–1976 (Personal Name File), RG 319, IRR (Impersonal File), Box 38 (Sonderkommando Dora), unp.
- 3300 Vgl. Lebenslauf Schmidts, 26.6.1943, BArch Berlin, R 71, Nr. 48, Bl. 1f.; Schmidt an RfB, 24.7.1944, ebd., unp.
- 3301 Vgl. Ergänzungs-Gutachten der Wehrgeologenstelle des Marine-Gruppenkommandos West, Admiral Frankreich, Oberfestungspionierstab über die Wasserversorgung der Flakstellungen um Brest, 29.9.1942, BArch-MA Freiburg, RM 45–IV, Nr. 12, Bl. 19; Häusler, Wehrgeologie 2 Teil (1995), S. 81.
- 3302 Vgl. ebd.; Gutachten des Gefreiten Dr. Ing. Schoene (Wehrgeologenstelle 19 b. Fest. Pi.Kdr. I) über die Trinkwasserverhältnisse auf der Insel Port Cros (Hyères), 6.2.1944, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 2880, unp.
- 3303 Vgl. Schlesinger, Manfred (IPW TEAM 191 MIS USFET G-2 SEC CHANOR BASE APO 562 US ARMY): Sonderkommando Dora, Forschungsstaffel z.b.V., 15. Oktober 1945, NAW, Records of the Army Staff. Records of the Office of the Assistant Chief of Staff, G-2, Intelligence. Records of the Investigative Records Repository (IRR). Security Classified Intelligence and Investigative Dossiers, 1939–1976 (Personal Name File), RG 319, IRR (Impersonal File), Box 38 (Sonderkommando Dora), unp.

Walter Schottler ³³⁰⁴	1940 Wehrgeologe beim AOK 1
Eckart Schröder ³³⁰⁵	Vermutlich 1941 Wehrgeologenstelle 20 beim Inspekteur der Ostbefestigungen (Geol)
Fritz Schröder ³³⁰⁶	1938 Festungs-Inspektion VIII Trier, Festungspionierstab 13, 1940–1941 Wehrgeologenstelle 1 beim Festungspionierstab 6 Warschau (Polen), 1941 Reservegeologenstab, Inspektion Ost, Außenstelle, 1941 Wehrgeologenstelle 14 beim Festungs-Pionierstab 6 beim AOK 17 in Belgien, 1941 Leiter der Wehrgeologenstelle 20, Inspektion Ostbefestigungen, 1943 Wehrgeologenstelle 13 beim AOK 9, 1944, Nr. 45 Organisation Todt, 1945 Leiter der Wehrgeologenstelle 29 (Wehrgeologenstab Wannsee)
Alfred Seifert ³³⁰⁷	1942–1944 Panzer-Armeeoberkommando 3, Armee-Pionierführer, Wehrgeologenstelle 28
Boris Semljakow ³³⁰⁸	1944 Mitglied des Forschungskommandos Ost der Forschungsstaffel z.b.V., zur Ausarbeitung von Bodenkarten einiger Regionen Nord-Russlands (Karten 1:300.000), Leningrad und Narwa, welche als methodologische Proben dienten, um Boden und Relief in Geländebeurteilungskarten zu zeigen
Max Trénel ³³⁰⁹	1939 Sachbearbeiter bei der Gruppe „Forschung“ (Gruppe II Luftkriegsgeschichte bis 1932) der Kriegswissenschaftlichen Abteilung der Luftwaffe

- 3304 Vgl. OKH (Gen. St. d. H. Gen. d. Pi. u. Fest. b. Ob. d. H. Az 39 Geol 18a Arb. Stb. Fest I Geol.) an Heeresgruppen A, B und C (mit anliegender Liste über die Kursteilnehmer), 9.1.1940, BArch-MA Freiburg, RH 20–7, Nr. 324, unpubl.
- 3305 Vgl. Reg.Rat Prof. Dr. Gallwitz (OKH Chef H Rüst u. BdE, Az. 25 Geol. AHA/In Fest Geol., Berlin) an den Inspekteur der Ostbefestigungen (Geol.) Wehrgeologenstelle 29 (z.Zt. bei Oberbaustab 18), 19.11.1941, BArch-MA Freiburg, RH 12–20, Nr. 60, Bl. 18.
- 3306 Schröder, F.: Das Quartär im Gebiet des Brückenkopfes von Warschau in wehrgeologischer Hinsicht, in: 6. Wehrgeologischer Lehrgang in Heidelberg 14. bis 20. XII. 1940 mit 2. XII. 40 verfügt durch OKH Gen. St. d. H. Gen. d. Pi. u. Fest. b. ObdH Az 39 Geol 18a/In Fest Geol. a, Nr. 19 870/40, Berlin 1941, S. 77–83, BArch-MA Freiburg, RH 12–20, Nr. 150, unpubl.; Gutachten der Geologenstelle 1 beim Festungs-Pionierstab 6 (Warschau): Ist es möglich, das in einigen Abschnitten des trockenen Kampfwagenhindernisses zwischen Wolka Radzimska und Benjaminow, vor allem südlich Dabkoowizna eingedrungene Wasser zu beseitigen?, 25.9.1940, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 2876, unpubl.; Häusler, Helmut Stremme (2018), S. 31; ders., Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 81.
- 3307 Vgl. Gutachten von Regierungsbaurat Dr. Seifert (Panzer-Armeeoberkommando 3, A.Pi. Fü., Wehrgeologenstelle 28) über die wehrgeologischen Verhältnisse beim Bau einiger Unterstände bei Jam, 25.6.1943, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 2876, unpubl.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 83.
- 3308 Vgl. Schlesinger, Manfred (IPW TEAM 191 MIS USFET G-2 SEC CHANOR BASE APO 562 US ARMY): Sonderkommando Dora, Forschungsstaffel z.b.V., 15. Oktober 1945, NAW, Records of the Army Staff. Records of the Office of the Assistant Chief of Staff, G-2, Intelligence. Records of the Investigative Records Repository (IRR). Security Classified Intelligence and Investigative Dossiers, 1939–1976 (Personal Name File), RG 319, IRR (Impersonal File), Box 38 (Sonderkommando Dora), unpubl.
- 3309 Vgl. Vorschlag des RdL u. OBdL (Chef A.W.) zur Beförderung eines Hauptmanns der Ldw. zum nächsthöheren Dienstgrad, 19.11.1942, BArch-MA Freiburg, PERS 6, Nr. 166713, unpubl.; Beurteilungsnotiz der Kriegswissenschaftlichen Abteilung der Luftwaffe über den Hauptmann d. Ldw. Max Trénel, 30.3.1942, ebd., unpubl.

Hans Udluft ³³¹⁰	1940 Wehrgeologenstelle beim AOK 16, dann 1940 Wehrgeologenstelle Lille (zuvor AOK 16)
Leo Waldmann ³³¹¹	1940 Geologenstelle 4 Jaroslaw, 1940 Geologenstelle 5, 1941 Wehrgeologenstelle 24 beim Inspekteur der Ostbefestigungen, 1941 Wehrgeologenstelle 24, Festungs-Pionierkommandeur II (ab Oktober 1941 Leiter), 1942 Wehrgeologenstelle 3 Festungs-Pionierkommandeur XV, (ab Sept. 1942 Außenstelle Festungs-Pionierstelle II, Nr. 23), 1942–1943 Wehrgeologenstelle 3 Festungs-Pionierkommandeur XV, Außenstelle Narvik
Fritz Weidenbach ³³¹²	1939 Wehrgeologenstelle beim Armee-Pionierführer AOK 7, dann 1939 wehrgeologische Beratung für Luftgaukommando VII (Außenstelle Erkundungsstab Schwarzwald)
Ernst Wölk ³³¹³	1944 Wehrgeologenstelle 7 AOK 10, Armee-Pionierführer (Italien)

3310 Vgl. OKH (Gen. St. d. H. Gen. d. Pi. u. Fest. b. Ob. d. H. Az 39 Geol 18a Arb. Stb. Fest I Geol.) an Heeresgruppen A, B und C (mit anliegender Liste über die Kursteilnehmer), 9.1.1940, BArch-MA Freiburg, RH 20–7, Nr. 324, unp.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 87.

3311 Vgl. Gutachten von KVR Dr. habil. Leo Waldmann (Wehrgeologenstelle 3, Festungs-Pionierkommandeur XV, Außenstelle Harstadt) über Felshohlbauvorhaben auf Trondenes, 22.10.1943, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 3325, unp.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 87.

3312 KVR und Armeegeologe Prof. Dr. Frank (Wehrgeologengruppe beim Armee-Pionierführer AOK 7, St. Qu.) an die Zahlmeisterei des Oberbaustabs 7 beim AOK 7, 24.11.1939, BArch-MA Freiburg, RH 20–7, Nr. 324, unp.; Armee-Pionierführer beim AOK 7 an Luftgaukommando VIII und Armee-Pionierführer 7, Wehrgeologengruppe), 30.11.1939, ebd., unp.; Häusler, Wehrgeologie Teil 2 (1995), S. 88.

3313 Vgl. Gutachten des Gefreiten Dr. Wölk (Wehrgeologenstelle beim AOK 10, APiFü) über das Asphaltbergwerk Colle S. Magno, 9.5.1944, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 3343, unp.; Häusler, Wehrgeologie 2. Teil (1995), S. 89.

Tab. 11: Am Reichsamt für Bodenforschung und seinen Zweigstellen zwischen 1939 und 1945 beschäftigte Ausländer.³³¹⁴

Name	Geburts- jahr	Geburtsort, Herkunft	Anschrift 1945
RfB WIEN			
Dipl. Berging, Dr. Munda, Martin	19.10.1913	Marburg a.d. Drau, Jugoslawien	Marburg a.Drau, Khielgasse 3
Dr. Wiebols, John	6.9.1906	Pumerend, Niederlande	Wien III, Kundmannngasse 7
RfB MÜNCHEN			
Dr. Knipscheer, Huibrecht	16.2.1917	Blaricum, Niederlande	München-Obermenzing, Heerstr. 24
RfB JENA			
Dr. de Bruyne, Daniel	19.8.1911	Maastricht, Niederlande	Jena, Franz Kuglerstr. 1
Dr. van der Kaaden, Gerrit	17.12.1912	Buitenzoy, Niederländisch Ost.Ind., Java, Niederlande	Jena, Saalbahnhofstr. 19
RfB METZ			
Bajolet, Cäcilie	12.12.1914	Diblingen, Frankreich	Metz, Lehrstr. 10
RfB POSEN			
Jarowski, Eduard	29.12.1919	Köln, Polen	Posen, Humboldstr. 29
Koscielska, Helena	30.4.1900	Buystadt, Kreis Schrimm, Polen	Posen, Schützenstr. 13 W6
Krause, Irena	23.6.1923	Posen, Polen	Posen, Niederwall 3 W9
Rucska, Henriette	18.12.1923	Posen, Polen	Posen, Bodeckestr. 21 W14
Tylko, Andreas	1.1.1925	Posen, Polen	Posen Grenzstr. 14 W14
Tylko, Danuta	16.2.1922	Posen, Polen	Posen Grenzstr. 14 W14
Dr. Prokopowitsch, Nicoley	24.8.1918	Russland	Posen, Kepplerstr. Baracke III
Prof. Dr. Anuffrijew, Gennadij	22.8.1889	Wolsk, Gouvern. Saratow, Russland	Posen, zuletzt München Krankenhaus
Dipl.-Ing. Fedorowsky, Nicolay ³³¹⁵	5.9.1902	Stawropol, Russland	Posen, Kepplerstr. Baracke III, zuletzt in München

3314 Präsident der Deutschen Geologischen Landesanstalt (Ost-Berlin) an das Bezirksamt Berlin Mitte, 11.1.1946, Arolsen Archives, ITS Digital Archive, Reference Code: 10004870 1, Signatur 10004870 1, Document ID: 78859884–78859888 (2. Registrierungen von Ausländern und deutschen Verfolgten durch öffentliche Einrichtungen, Versicherungen und Firmen (1939–1947) / 2.1 Durchführung der Alliiertenbefehle zur Erfassung von Ausländern und deutschen Verfolgten sowie verwandte Dokumente / 2.1.5 Berlin, alle Sektoren / 2.1.5.1 Listen von Angehörigen der Vereinten Nationen, anderer Ausländer, deutscher Jüdinnen und Juden und Staatenloser, Berlin / Namenlisten über Ausländer, die sich in Berlin aufgehalten haben / Teil 1, <https://collections.arolsen-archives.org/de/document/78859887>, eingesehen am 27.8.2024).

3315 Vgl. ITS Digital Archive, 3 Registrations and Files of Displaced Persons, Children and Missing Persons / 3.2 Relief Programs of Various Organizations / 3.2.1 IRO "Care and Maintenance" Program /, Reference Code: 32110000 076.285, Personal file of FEDOROWSKY, NIKOLAJ, born on 5-Sep-1902, born in STAROPOL and of further persons,

Draschewska, Lubow	12.9.1910	Charkow, Ukraine	Posen, zuletzt Erding bei München
Platischinskaja, Natalja	22.8.1898	Noworschew, Pleskau, Russland	Posen, Kepplerstr. Baracke III
Kowalew, Alexandra	5.5.1899	Romanowo, Geb. Mogilew, Russland	Posen, Kepplerstr. Baracke III
Prof. Kowalew, Nikita	21.5.1898	Dubrowka, Weißruthenien, Russland	Posen, zuletzt Liskau i.d. Mark
RfB KAT'TOWITZ			
Kurpiers, Stanislaus	12.4.1924	Kattowitz, Polen	Kattowitz, Idaweide, Bienenweg 5
Kuschka, Ingeborg	14.12.1925	Königshütte, Oberschlesien, Polen	Rybnik, Kattowitzerstr. 109a
Zielonka, Maria	16.2.1915	Orzesche, Oberschlesien, Polen	Pleß, Oberschlesien, Gymnasialstr. 5
Schoo, Lamina	17.8.1921	Valthe, Kreis Drenthe, Niederlande	Posen, Bernhardinerplatz 1a W10
RfB BERLIN			
Zokun, Ludmilla, geb. v. Kobyletzky	23.9.1909	Wulin, Mandschukuo, Weißrussin	Bln.-Tiergarten, Klopstockstr. 9
Melnikow, Nikolaus	1.5.1899	?	?
Baikow, Vitali ³³¹⁶	10.4.1900	Wilno, Russland	Berlin-Schöneberg
Maloff, Galine	7.4.1913	Merw, Russland (Serbin?)	Berlin-Charlottenburg, Brauhofstr. 16
Dr. Prokopow, Konstantin ³³¹⁷	21.1.1882	Wladikawkas, Nordkaukasus, Russland	Berlin, Neue Ansbacherstr. 3, nach München am 30.11.44

DocID: 79076530–79076550, <https://collections.arolsen-archives.org/en/search/person/79076529?s=fedorowsky,%20nicolay&t=2852776&p=0>, eingesehen am 26.2.2025.

- 3316 Für Vitali Baikow vgl. ITS Digital Archive, 3 Registrations and Files of Displaced Persons, Children and Missing Persons / 3.1 Evidence of Abode and Emigration / 3.1.1 Registration and Care of DPs inside and outside of Camps / Reference Code: 03010101 02 025, Folder DP0146, names from BAIKASZEWSKI to BAJORAK, Ksawera (I), DocID: 66476025 (Vitali Baikow), <https://collections.arolsen-archives.org/en/search/person/66476025?s=Baikow&t=2735790&p=0>, eingesehen 26.2.2025); ITS Digital Archive, 3 Registrations and Files of Displaced Persons, Children and Missing Persons / 3.2 Relief Programs of Various Organizations / 3.2.1 IRO "Care and Maintenance" Program /, Reference Code: 32110000 012.247, Personal file of BAIKOW, VITALI, born on 10–Apr-1900, born in Wilno and of further persons, DocID: 78896601–78896603, <https://collections.arolsen-archives.org/de/document/78896601-78896603>, <https://collections.arolsen-archives.org/en/search/person/78896600?s=78896600&t=2820674&p=0>, eingesehen am 26.2.2025).
- 3317 Für Konstantin Prokopow vgl. Von Prokopow ausgefüllter Fragebogen des Intergovernmental Committee on Refugees, 17.5.1948, ITS Digital Archive, 3 Registrations and Files of Displaced Persons, Children and Missing Persons / 3.2 Relief Programs of Various Organizations / 3.2.1 IRO "Care and Maintenance" Program /, Reference Code: 1718000 046.462, Personal file of PROKOPOW, KONSTANTIN, born on 21-Jan-1892, born in WLADICANCASUS and of further persons, DocID: 81141223, <https://collections.arolsen-archives.org/en/document/81141223>, eingesehen am 26.2.2025.

Prokopow Natalie	22.8.1904	Jekaterinader, Kubanj, Nordkaukasus, Russland	Berlin, Neue Ansbacherstr. 3, nach München am 30.11.44
Bagriansky, George	16.4.1911	Wiatka, Russland	Berlin W15, Düsseldorferstr. 44, Nr. 45
Dr. Mitoff, Dimiter	4.9.1896	Kasanlik, Bulgarien	Brieselang 2, Gartenweg 2
van Huyste, Thomas	10.12.1905	Amsterdam, Niederlande	Berlin N W, Rathenowerstr. 27
Wogler, Jakob	24.12.1886	Malang, Java, Niederlande	Berlin-Tempelhof, Albrechtstr. 127
Stauskas, Alexander	17.6.1908	Petersburg, Tussland (Lette ?)	Berlin Artilleriestr. 25
Martirosjanz, Grunja	23.9.1923	Losoweija, Charkow, Russland	Falkensee, Adolf-Hitlerstr. 9
Ing. Popowskiy, Iwan	11.4.1904	Limforopol, Dorf Sofiewska, Russland	Grube Danielszug, Wipper- fürth, Nr. Rheinland
Prof. Semljakow, Boris	1.7.1898	Petersburg, Russland	Berlin N 4, Charitéstr. 6
Prof. Dr. Zalesky, Michael	16.9.1877	Orel, Russland	Berlin V 30, Bambergerstr. 31 bei Raab
Kisch, Kapitolina	26.3.1920	Makejewka, Stalino, Russland	Berlin N, Linienstr. 141 bei Hübner
Browzyna, Tatjana	1.4.1915	Petersburg, Russland	Berlin N 4, Augustastr. 92 bei Regel
Prof. Karpinski, Andrey	20.9.1900	Petersburg, Russland	Berlin-Charlottenburg, Roscherstr. 17
Karpinski, Barbara	29.3.1900	Isamara, Russland	Berlin-Charlottenburg, Roscherstr. 17
Prof. Lebedew, Alexander	6.8.1893	Iwergebiet, Russland	Berlin W 30, Bambergerstr. 31
Ing. Saischlow, Grigorij	22.1.1902	Ekaterinoslaw, Russland	Berlin N W, Karlstr. 39
Smirnow, Leonid	16.4.1900	Petersburg, Russland	Berlin-Bergfelde, Wilhelmstr. 24, Nr. 25 bei Köpp
Smirnow, Nina	2.2.1918	Troizk, Uralgebiet, Russland	Berlin-Bergfelde, Wilhelmstr. 24, Nr. 25 bei Köpp
Filatowa, Elisabeth	24.10.1914	Nowosybkow, Bezirk Orel, Russland	Berlin-Lichterfelde Ost, Ahornstr. 32
Lesnikowa, Alexandra	14.5.1921	Leningrad, Russland	Berlin W, Rosenheimerstr. 39
Lesnikowa, Maria	20.3.1924	Leningrad, Russland	Berlin W, Rosenheimerstr. 39
Dr. Zwierzyki, Josef	12.3.1888	Krobia, Gostyn, Polen	Berlin NW 21, Wilhelmshave- nerstr. 25 (im Juli 1944 nach Posen)
Prilipin, Dimitri	11.4.1924	Moskalenko, Russlan	?
Federenko, Karpo	23.2.1877	Winiza, Kreis Lipowez, Russland	
Melnik, Alexander	14.11.1885	Winiza, Kreis Mar- kuschnewa, Russland	Berlin N4, Invalidenstr. 44
Barkowski, Theodor	18.10.1909	Riga, Lettland	Berlin, Grolmannstr. 53, Nr. 54

Cukermanis, Karlis	24.3.1906	Libau, Lettland	Brieselang 2, Uhlandstr. 2
...ezs, Janina	17.1.1913	Lixana, Lettland	Berlin-Wilmersdorf, Günzelstr. 35
Lielkrasts, Ausma, geb. Anzius	2.4.1917	Leningrad, Russland (Lettin?)	Berlin, Grolmannstr. 53, Nr. 54
Rade, Irma, geb. Freimanis	11.8.1908	Gem. Zerranset, Blanska, Lettland	Brieselang (2), Langestr. 12
Dipl.-Ing. Krummins, Alfred	8.3.1911	Riga, Lettland	Brieselang (2), Uhlandstr. 2
Veiland, Erwin	22.7.1915	Twera, Russland (Lette?)	Berlin, Grolmannstr. 53, Nr. 54
Dipl.-Ing. Witkowsky, Roman	12.5.1913	Gem. Oriechow, Nowgorod, Russland (Lette?)	Berlin-Charlottenburg, Bleibtreustr. 4
Zalans, Jesufate geb. Muths	14.12.1912	Livann, Bez. Dünaburg, Lettland	Brieselang (2), Langestr. 64
Zans, Werner	15.7.1904	Wolmar, Gem. Vaidava, Lettland	Schöneiche bei Berlin, Hindenburgdamm 10
Z. Zt. NOCH BESCHÄFTIGTE AUSLANDER			
Prof. Delle, Nicoiei	15.8.1899	Nikolajewau, Ferner Osten, Russland (Lette?)	Berlin-Halensee, Joachim- Friedrichstr. 52
Embovics, Irmgard	14.4.1903	Riga, Lettland	Berlin-Lichterfelde, Marschnerstr. 18, 1950 in die USA ausgewandert ³³¹⁸
v. Stackelberg, Bengt	22.7.1887	Cotlard, Kreis Winland, Russland (Balte?)	Berlin-Wilmersdorf, Nikolausb.platz 6, Nr. 7
Orlow, Wenjamin	25.3.1894	Rostow, Russland	Berlin-Friedenau, Ringstr. 46
Rudnik, Paul	11.1890	Kokernd ?, Russland	Berlin-Schöneberg, Feurichstr. 34
Semljakow, Nadeshda	11.9.1901	Petersburg, Russland	Berlin N 4, Charitéstr. 6

3318 Vgl. ITS Digital Archive, Reference Code: 03010101 06 0613 Registrations and Files of Displaced Persons, Children and Missing Persons / 3.1 Evidence of Abode and Emigration / 3.1.1 Registration and Care of DPs inside and outside of Camps / Refugee/Displaced Person Statistical Card betr. Irmgarde Embovics (geb. 14.4.1903), Folder DP0953, names from ELZBIECIAK, ZOFIA to EMMI, Salvatore (1), in: DocID: 66989450 (Irmgarde EMBOVICS), <https://collections.arolsen-archives.org/en/search/person/66989450?s=Embovics&t=2737100&p=0>, eingesehen am 26.2.2025; ITS Digital Archive, Reference Code: DE ITS 2.1.2.1 NW 069 2 DIV ZM, 2 Registration of Foreigners and German Persecutees by Public Institutions, Social Securities and Companies (1939 - 1947) / 2.1 Implementation of Allied Forces' Orders on Listing all Foreigners and German Persecutees, and Related Documents / 2.1.2 British Zone of Occupation in Germany /, DocID: 70721293, in: <https://collections.arolsen-archives.org/en/document/70721293>, eingesehen am 26.2.2025; ITS Digital Archive, Reference Code: Reference Code 32110000 391.050 3 Registrations and Files of Displaced Persons, Children and Missing Persons / 3.2 Relief Programs of Various Organizations / 3.2.1 IRO "Care and Maintenance" Program /, Personal file of ZODS, RUDOLFS, born on 12-Nov-1925, born in Riga and of further persons, DocID: 79965058-79965065, eingesehen am 26.2.2025.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

Archiv der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover
(BGR-Archiv)

zahlreiche Akten (daher hier nicht im Einzelnen aufgeführt).

Archiv der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung, Berlin-Dahlem
(BAM-Archiv)

B2A 1567 Deutsche Steinbruchkartei, Bd. 1–6,

Ordner „Briefwechsel betr. betriebstechnische Untersuchung mit
Forschungsinstitut für Steine und Erden“,

Ordner „Deutsche Steinbruchkartei ‚Schriftwechsel‘“,

Ordner „Personal der II. Hauptabteilung“.

Archiv der Max-Planck-Gesellschaft (MPG-Archiv)

Abt. I, Rep. 1 A, Nr. 203, 228, 1789/1 (Generalverwaltung der KWG).

Archiv der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, Braunschweig
(PTB-Archiv)

Nr. 1508, Teil 1.

Archiv der Sicherheitskräfte [Archiv bezpečnostních složek], Prag

Oddělní archivních fondů, Fond ŠÚMV, 305–701–2,

Oddělní archivních fondů, Fond ŠÚMV, 305–515–6.

Archiwum Państwowego Muzeum Auschwitz-Birkenau w Oświęcimiu (Archiv
des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau in Oświęcim)

Fotografie obozowe więźniów, fotografia Maksymilian Fingerchuta
(nr obozowy 646).

Arolsen Archives, Arolsen

ITS Digital Archive, 1.2.7.8./82187513–82187514 (Schriftverkehr betr. Juden-Arbeitseinsatz in Zwangsarbeitslagern in Galizien 1942–1944),

ITS Digital Archive, Signatur 10004870 1, Document ID: 78859887 (2. Registrierungen von Ausländern und deutschen Verfolgten durch öffentliche Einrichtungen, Versicherungen und Firmen (1939–1947) /

2.1 Durchführung der Alliiertenbefehle zur Erfassung von Ausländern und deutschen Verfolgten sowie verwandte Dokumente / 2.1.5 Berlin, alle Sektoren / 2.1.5.1 Listen von Angehörigen der Vereinten Nationen, anderer Ausländer, deutscher Jüdinnen und Juden und Staatenloser, Berlin / Namenlisten über Ausländer, die sich in Berlin aufgehalten haben / Teil 1, hier: Präsident der Deutschen Geologischen Landesanstalt (Ost-Berlin) an das Bezirksamt Berlin Mitte, 11.1.1946, <https://collections.arolsen-archives.org/de/document/78859887>, eingesehen am 27.8.2024),

ITS Digital Archive, 3 Registrations and Files of Displaced Persons, Children and Missing Persons / 3.1 Evidence of Abode and Emigration / 3.1.1 Registration and Care of DPs inside and outside of Camps / Reference Code: 03010101 02 025, Folder DP0146, names from BAIKAS-ZEWSKI to BAJORAK, Ksawera (1), DocID: 66476025 (Vitali Baikow), <https://collections.arolsen-archives.org/en/search/person/66476025?s=Baikow&t=2735790&p=0>, eingesehen 26.2.2025),

ITS Digital Archive, 3 Registrations and Files of Displaced Persons, Children and Missing Persons / 3.2 Relief Programs of Various Organizations / 3.2.1 IRO “Care and Maintenance” Program /, Reference Code: 32110000 012.247, Personal file of BAIKOW, VITALI, born on 10-Apr-1900, born in Wilno and of further persons, DocID: 78896601–78896603, <https://collections.arolsen-archives.org/de/document/78896601–78896603>, <https://collections.arolsen-archives.org/en/search/person/78896600?s=78896600&t=2820674&p=0>, eingesehen am 26.2.2025),

ITS Digital Archive, Reference Code: 03010101 06 0613 Registrations and Files of Displaced Persons, Children and Missing Persons / 3.1 Evidence of Abode and Emigration / 3.1.1 Registration and Care of DPs inside and outside of Camps / Refugee/Displaced Person Statistical Card betr. Irmgarde Embovics (geb. 14.4.1903), Folder DP0953, names from ELZBIECIAK, ZOFIA to EMMI, Salvatore (1), in: DocID: 66989450 (Irmgarde EMBOVICS), <https://collections.arolsen-archives.org/en/search/person/66989450?s=Embovics&t=2737100&p=0>, eingesehen am 26.2.2025),

ITS Digital Archive, Reference Code: DE ITS 2.1.2.1 NW 069 2 DIV ZM, 2 Registration of Foreigners and German Persecutees by Public Institutions, Social Securities and Companies (1939 - 1947) / 2.1 Implementation of Allied Forces' Orders on Listing all Foreigners and German Persecutees, and Related Documents / 2.1.2 British Zone of Occupation in Germany /, DocID: 70721293, in: <https://collections.arolsen-archives.org/en/document/70721293>, eingesehen am 26.2.2025),

ITS Digital Archive, Reference Code: Reference Code 32110000 391.050 3 Registrations and Files of Displaced Persons, Children and Missing Persons / 3.2 Relief Programs of Various Organizations / 3.2.1 IRO "Care and Maintenance" Program /, Personal file of ZODS, RUDOLFS, born on 12-Nov-1925, born in Riga and of further persons, DocID: 79965058-79965065, eingesehen am 26.2.2025,

ITS Digital Archive, 3 Registrations and Files of Displaced Persons, Children and Missing Persons / 3.2 Relief Programs of Various Organizations / 3.2.1 IRO "Care and Maintenance" Program /, Reference Code: 32110000 076.285, Personal file of FEDOROWSKY, NIKOLAJ, born on 5-Sep-1902, born in STAROPOL and of further persons, DocID: 79076530-79076550, <https://collections.arolsen-archives.org/en/search/person/79076529?s=fedorowsky,%20nicolay&t=2852776&p=0>, eingesehen am 26.2.2025,

ITS Digital Archive, 3 Registrations and Files of Displaced Persons, Children and Missing Persons / 3.2 Relief Programs of Various Organizations / 3.2.1 IRO "Care and Maintenance" Program /, Reference Code: 1718000 046.462, Personal file of PROKOPOW, KONSTANTIN, born on 21-Jan-1892, born in WLADICANCASUS and of further persons, DocID: 81141223, <https://collections.arolsen-archives.org/en/document/81141223>, eingesehen am 26.2.2025,

ITS Digital Archive, Arolsen Archives, 1 Incarceration Documents / 1.1 Camps and Ghettos / 1.1.5 Buchenwald Concentration Camp /, Reference Code: 01010503 001.345.468, Personal file of MOOS, AUGUST, born on 10-Nov-1893, DocID: 6654823 (AUGUST ISRAEL MOOS), <https://collections.arolsen-archives.org/en/document/6654823>, eingesehen am 26.2.2025).

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München (BayHStA)

Bayerisches Oberbergamt Nr. 230,

Geologisches Landesamt Nr. 269, Schriftwechsel betr. Reichsbodenschätzung, 1935-1939,

Geologisches Landesamt Nr. 279, Allgemeiner Schriftwechsel mit RfB, 1936-1944,

Geologisches Landesamt Nr. 280, Allgemeiner Schriftwechsel mit RfB, RfM, 1935–1943,

Geologisches Landesamt, Nr. 399, Personalakte Gustav Theodor Abele,

Geologisches Landesamt, Nr. 406, Personalakte Albert Karl Grader,

Geologisches Landesamt, Nr. 407, Personalakte Eduard Hartmann,

Geologisches Landesamt, Nr. 408, Personalakte Fritz Heim,

Geologisches Landesamt, Nr. 409, Personalakte Albert Hock,

Geologisches Landesamt, Nr. 413, Personalakte Josef Knauer,

Geologisches Landesamt, Nr. 415, Personalakte Hans Nathan,

Geologisches Landesamt, Nr. 418, Personalakte Robert Schnetzer,

Geologisches Landesamt, Nr. 420, Personalakte Ernst Otto Teuscher.

Bundesarchiv Berlin (BArch Berlin)

NS 5–VI Deutsche Arbeitsfront – Zentralbüro, Arbeitswissenschaftliches Institut,

NS 19 Persönlicher Stab Reichsführer SS,

NS 21 Ahnenerbe der SS,

NS 48 Sonstige zentrale Dienststellen und Einrichtungen der SS,

NS 30 Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg,

R 2 Reichsfinanzministerium,

R 3 Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion,

R 5 Reichsverkehrsministerium,

R 26–I Beauftragter für den Vierjahresplan – Zentrale,

R 26–III Beauftragter für den Vierjahresplan – Reichsforschungsrat,

R 26–IV Beauftragter für den Vierjahresplan – Geschäftsgruppe Ernährung,

R 30 Deutsches Staatsministerium für Böhmen und Mähren,

R 43,

R 43–I,

R 43–II Reichskanzlei,

R 52–IV Institut für Deutsche Ostarbeit,

R 71 Reichsamt für Bodenforschung,

R 73 Deutsche Forschungsgemeinschaft,

R 83–NORWEGEN Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete,

- R 113 Reichsstelle für Raumordnung,
- R 121 Industriebeteiligungsgesellschaft mbH
(Abwicklung ehemaliger Reichsgesellschaften),
- R 152 Reichsausführungsbehörde für Unfallversicherung,
- R 176 Kontinentale Öl Aktiengesellschaft,
- R 187 Sammlung Schumacher,
- R 601 Präsidialkanzlei,
- R 901 Auswärtiges Amt,
- R 1501 Reichsministerium des Innern,
- R 1519 Physikalisch-Technische Reichsanstalt,
- R 2301 Rechnungshof des Deutschen Reiches,
- R 3001 Reichsjustizministerium,
- R 3017 Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof,
- R 3018 Nationalsozialistische Justiz,
- R 3101 Reichswirtschaftsministerium,
- R 3112 Reichsamt für Wirtschaftsausbau,
- R 4002 Deutsche Akademie für Wohnungswesen e.V.,
- R 4601 Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen,
- R 4602 Reichsautobahnen-Direktion,
- R 4901 Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und
Volksbildung,
- R 8122 Flick-Konzern,
- R 8128 I.G. Farbenindustrie AG,
- R 8136 Reichskreditgesellschaft AG,
- R 8729 Kriegskemikalien AG,
- R 8737 Kriegsmetall AG,
- R 8749 Manganerz GmbH,
- R 8773 Rohstoff- und Maschinenverteilungsstelle,
- R 8851 Kriegsausschuss für pflanzliche und tierische Öle und Fette,
- R 9361-I Sammlung Berlin Document Center (BDC): Personen-
bezogene Unterlagen der NSDAP,
- R 9361-II Sammlung Berlin Document Center (BDC):
Parteikorrespondenz,

- R 9361-III Personenbezogene Unterlagen der NSDAP:
 Personenbezogene Unterlagen der SS und SA,
 R 9361-V Personenbezogene Unterlagen der NSDAP: Personen-
 bezogene Unterlagen der Reichskulturkammer (RKK),
 R 9361-VIII (NSDAP-Zentralkartei),
 R 9361-IX NSDAP-Kartei.
 BArch Berlin, Bestandsergänzungsfilm Nr. 597, 601.
 DO 1 Ministerium des Innern (DDR).

Bundesarchiv Koblenz (BArch Koblenz)

- B 176 Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe,
 B 305 Zentrale Rechtsschutzstelle,
 PERS 101 Personalakten von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes,
 N 1614 Nachlass Wilhelm Keppler.

Bundesarchiv Ludwigsburg (BArch Ludwigsburg)

- B 162 Zentrale Stelle des Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung
 nationalsozialistischer Verbrechen.

Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (BArch-MA Freiburg)

- PERS 6 Personalunterlagen von Angehörigen der Reichswehr
 und Wehrmacht,
 PH 5-II Armeeoberkommandos des Deutschen Heeres,
 PH 5-IV Armeeabteilungen des Deutschen Heeres, Armeeabteilung
 Gronau,
 PH 8-II Reserve-Divisionen der Preußischen Armee,
 PH 14 Dienststellen und Einheiten des Ingenieurkorps und der
 Pioniertruppe der Preußischen Armee,
 PH 24 Dienststelle und Einheiten des Vermessungs- und Karten-
 wesens der Preußischen Armee (und Feldzeugmeisterei),
 PH 30-II Kaiserliches Generalgouvernement Warschau,
 RH 8-I Heereswaffenamt,
 RH 12-20 Inspektion der Festungen des Heeres (In Fest),
 RH 20-7 Armeeoberkommando 7,
 RH 32 Höhere Stäbe, Dienststellen und Einheiten der Landes-
 befestigung des Heeres (Festungspioniere),
 RM 3 Reichsmarineamt,

- RM 45-IV Dienststellen und Kommandostellen der Kriegsmarine im Bereich Belgien und Frankreich,
- RW 5 OKW/Amt Ausland/Abwehr,
- RW 19 OKW/Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt,
- RW 31 Wirtschaftsstab Ost mit nachgeordneten Einrichtungen,
- RW 42 Sonderbeauftragter für die Überprüfung des zweckmäßigen Kriegseinsatzes (OKW Stab z.b.V.) [Unruh-Kommission],
- RW 46 Nachgeordnete Dienststellen des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes bei Stäben des Heeres und für besondere Aufgaben.

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem (GStA)

- HA Rep. 76, Vc Sekt 2, Tit. 23 Litt. A
Preußisches Kultusministerium,
- HA Rep. 87B Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten,
- HA Rep. 90 A Staatsministerium, jüngere Registratur,
- HA Rep. 121 Ministerium für Handel und Gewerbe, Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung,
- HA Rep. 138 Preußische Oberrechnungskammer,
- HA Rep. 151 HB Preußisches Finanzministerium,
- HA Rep. 151 IC Preußisches Finanzministerium,
- HA Rep. 151 IV Preußisches Finanzministerium,
- HA Rep. 194 Preußische Geologische Landesanstalt.

GeoSphere Austria/Department Rohstoffgeologie, Wien (GeoSphere Austria)

- Personalakt Franz Pasching, A 11781-BM,
- Mauthausen Wiener Graben 033/149.

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStA Wiesbaden)

- 520/07, 1173 Personalakte Hans Udluft,
- 520/16, 3320 Personalakte Ernst Schönhals,
- 527, II 6252 Personalakte Franz Michels,
- 527, II 7599 Personalakte Otto Burre,
- 527, II 8778 Personalakte Karl Krejci-Graf,
- 527, II 15144 Personalakte Bruno Dammer,
- 527, II 16361 Personalakte Walter Schottler,

- 527, II 23168 Personalakte Ernst Schönhals,
527, X 359 Personalakte Hans Udluft.

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStA Darmstadt).
H 3 Darmstadt, Nr. 16414 (Otto Burre).

Historisches Museum, Sanok
Sammlung (Abbildung von Maksymilian Fingerchut, 1939).

Institut für Zeitgeschichte, München (IfZ München)
MA 144/3 Staatliche und parteiamtliche Akten / Deutsches Reich
(bis 1945) / NSDAP und angeschlossene Verbände /
Mischbestände NSDAP und angeschlossene Verbände
Bestand: Oberste Reichsbehörden, Folder 19, Repertorium
Oberste Reichsbehörden.

Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Sigmaringen
Wü 13 T 2,
Nr. 2433/059 Entnazifizierungsakte Walter Bertsch
(https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/bild_zoom/zoom.php eingesehen am 17.6.2024).

Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Freiburg (LABW-StAF)
D 180/2, Nr. 553,
1 Fasz. Spruchkammer Südbaden betr. Adolf Schinzinger,
D 180/2, Nr. 549,
1 Fasz. Spruchkammer Südbaden betr. Walter Hasemann,
D 180/2,
Nr. 206893 Spruchkammer Südbaden betr. Wilhelm Spitz.

Landesarchiv Berlin (LAB)
A Pr. Br. Rep. 042 Preußische Bau- und Finanzdirektion, Berlin,
C Rep. 900–01/155 Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) –
Bezirksorganisation Groß-Berlin.

National Archives London, Kew (NAL)
FO 1039 Oil Branch and North German Oil Control (NGOC).

Nationalarchiv Prag (NA Prag)
AMV 109–4, Nr. 1381 Německé státní ministerstvo pro Čechy a
Moravu (Deutsches Staatsministerium für
Böhmen und Mähren),

- AMV 110-4, Nr. 438, 500 Německé státní ministerstvo pro Čechy a Moravu (Deutsches Staatsministerium für Böhmen und Mähren),
- AMV 110-7, Nr. 55 Německé státní ministerstvo pro Čechy a Moravu (Deutsches Staatsministerium für Böhmen und Mähren),
- AMV 110-8, Nr. 41, 42 Německé státní ministerstvo pro Čechy a Moravu (Deutsches Staatsministerium für Böhmen und Mähren),
- M 1198/1, kart 7118 (Polizeidirektion Prag II – Allgemeine Registratur 1941–1950),
- 782 MHP, Karton 87 Ministerstvo hospodářství a práce (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit),
- MHP, Inv.-Nr. 596, Sig. 3404-1, 3404-34 Ministerstvo hospodářství a práce (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit),
- MHP, dodatky II, 62, 64 Ministerstvo hospodářství a práce – dodatky II (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit – Ergänzung-gen II),
- MHP dodatky II Inv-Nr. c115, Zkl-c-WIV-25-155 Ministerstvo hospodářství a práce (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit),
- 1004/0/MVP, dodatky I, Sig. 234b II, Karton 155, 157 Ministerstvo veřejných prací – dodatky I (Ministerium für öffentliche Arbeiten – Ergänzungen I),
- 1004 MVP, Karton 2144, 2147, 2183 Ministerstvo veřejných prací (Ministerium für öffentliche Arbeiten),
- URP 114-323/6 Úřad říšského protektora v Čechách a na Moravě (Reichsprotektor von Böhmen und Mähren),
- USp 1064, 1065, 1072 Ústřední správa státních báňských a hutních závodů (Zentralverwaltung der Protektorats Berg- und Hüttenwerke),
- USp. dodatky II, 4 Ústřední správa státních báňských a hutních závodů – dodatky II (Zentralverwaltung der Protektorats Berg- und Hüttenwerke – Ergänzung II).

National Archives Washington (NAW)

General Records of the Department of State, 1763–2002 Series: Subject Files, 1949 – 1952, Record Group 59, Entry A1 1494 D, Box 54, File Unit: Mica Prior to 1950, unp.

Schuster Files (Kaiser-Krosigk), Record Group 165, Entry 27, Box No. 4, File Keppler, Wilhelm, Exhibit # 9, “Hitler’s Economic Advisers”,

War Crimes Record Collection, Records of the U.S. Nuernberg War Crimes Trials Interrogations, 1946–49, Record Group 238, M 1019, Roll 34,

National Archives Collection of World War II. War Crimes Records 1933–1949, Reports, Interrogations, and other Records Received from Various Allied Military Agencies, 1945–1948, Interrogation Records Prepared for War Crimes Proceedings at Nuernberg, 1945–1947, Record Group 238, M 1270, Roll 25, File Keppler, Wilhelm (Interrogator’s Summery I),

National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, Record Group 242, 7 Microfilm Box, T-401, Microfilm Roll 1–7,

National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Military Agency Records, Captured German Records Collection, Record Group 242, T-71 (Reich Ministry of Economics), Roll 110,

National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of the Headquarters of the German Armed Forces High Command, 1956–1970, Record Group 242, T-77, Roll 1091, Roll 1313 (File Unit: Number 1313), Roll 1326 (File Unit 1326),

National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Various German Records, 1956–1998, Record Group 242, T-84, Roll 90, 146, 218,

Records of U.S. Occupation Headquarters, World War II, 1923–1972, Series: Contracts of Rehabilitation of Property, 1945–1951, Record Group 260, File Unit Vereinigte Aluminium-Werke AG (B) Mattigwerk, Braunau,

Records of U.S. Occupation Headquarters, World War II, 1923–1972, Series: Selected Records, 1945–1949, Record Group 260, File Unit: Claims-USSR, File Unit: Claims-Argentina, Austria, Belgium, and Czechoslovakia,

Records of U.S. Occupation Headquarters, World War II, 1923–1972, Series: Cultural Object Restitution and Custody Records, 1946–1951, Record Group 260, File Unit: Poland OAD 15,

Records of the Army Staff, 1903–2009, Office of the Assistant Chief of Staff for Intelligence, G-2, Records of the Investigative Records Repository. Series Intelligence and Investigative Dossiers Impersonal File, 1939–1980, Record Group 319, Entry A1 134 A, Container 4, File Unit: XE019389 – Documents Pool Library Lists Norway, File Unit: XE019400 – German Civil Power in Norway,

Records of the Army Staff. Assistant Chief of Staff (G-2), Intelligence. Administrative Division, Document Library Branch, Record Group 319, Entry 82a, Box 19, Reports and Messages, 1918–1951 (ALSOS-Mission),

Records of the Army Staff. Records of the Office of the Assistant Chief of Staff, G-2, Intelligence. Records of the Investigative Records Repository (IRR). Security Classified Intelligence and Investigative Dossiers, 1939–1976 (Personal Name File), Record Group 319, IRR (Impersonal File), Box 38 (Sonderkommando Dora), Schlesinger, Manfred (IPW TEAM 191 MIS USFET G-2 SEC CHANOR BASE APO 562 US ARMY): Sonderkommando Dora, Forschungsstaffel z. b. V., 15. Oktober 1945.

Niedersächsisches Landesarchiv Hannover (NLA Hannover)
Nds. 505, Acc. 2002/004, Nr. 4 Personalakte Curt Dietz.

Niels Bohr Library and Archives, American Institute of Physics, College Park, Maryland (MD), USA (AIP Maryland)
Samuel A. Goudsmit Papers, 1921–1979, Box 26, 31.

Norges Geologiske Undersøkelse Oslo, (NGU Oslo),
(Norwegischer Geologischer Dienst)
Bergarkivet (Bergarchiv)
BA 814, 1042, 1043, 1044, 1052, 1085, 1090, 1154, 1172, 1565,
3654, 3657, 3658.

Bergvesent (Norwegische Bergbaubehörde)
BV 3678, 3704.

Rossiiskii Gosudarstvenni Voennyi Arkhiv (RGVA) Moskau
Fond 700k Vierjahresplan,
Fond 1458k Reichswirtschaftsministerium,
Fond 1459k Reichsamt für Wirtschaftsausbau,
Fond 1525k Akten in Spezialverwahrung.

Sächsisches Geologisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie,
Referat 101 Geoarchive, Datenmanagement, Freiberg (GLA Freiberg)

A 02281/1, A 02282/1, A 02283/1, A 02287/1, A 02290/1, A 02297/1, A
02297/2, A 02297/3, A 02297/5, A 02297/7, A 02300/1, A 02321/1, A
02321/2, A 02321/3, A 02322/1, A 02325/1, A 02329/1, A 02337/1, A
02338/3, A 02340/1, A 03384,

Kartei Steinbruchkartei, hier Kartei 418/102, Kartei 419/62,
Kartei 419/96, Kartei 468/10, Kartei 514/01,

Ordner „L stek Steinbruchkartei“. Arbeit in der Lausitz, Anfragen,
Gutachten, Planungen“, Teil 1 und 2.

Sächsisches Staatsarchiv, Bergarchiv Freiberg (BA Freiberg)

40027 Oberbergamt Freiberg (neu),
40028 Oberbergamt (neu) Staatliche Bergwirtschaftsstelle,
40030 Oberbergamt (neu) Staatliche Lagerstättenforschungsstelle,
40105-1 Sachsenerz Bergwerks GmbH/AG,
BA-Görlitz Bergamt Görlitz,
OHA Oberhüttenamt.

Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv, Kiel (SHLA Kiel)

Abt. 47, Nr. 7104 Christian-Albrechts-Universität Kiel,
Abt. 358, Nr. 6867 Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Altona
bzw. Kiel.

Staatsarchiv Kalisz (Archivum Państwowe w Kaliszu)

Leiter des Bezirks Kalisz 1914–1918 [1919], Ref. 115.

Staatsarchiv Nürnberg (StAN)

KV-Prozesse, Fall 11, K-11, Prozessakte Wilhelm Keppler.

Stadtarchiv Hannover (StA Hannover)

HR 19, Nr. 195 (Kunst und Wissenschaft. TH Hannover, Institut für
Erdölforschung an der Technischen Hochschule und das
Hermann-Göring-Stipendium).

United States Holocaust Memorial Museum, Washington (USHMM, Washington)

RG 15.155M, Reel 25, File 287. Główna Komisja Badania Zbrodni
Niemieckich w Polce. Akta Reichsamt für Bodenforschung/Państwowy
Instytut Geologiczny w sprawie Dr. Amely, Leo; Dr. Mempel, Gerhard;
Dr. Brennich, Gerhard; Dr. Ganns, Ortwin; Dr. Brinkmann, Roland;
Dr. Rodeck, Alfred (Hauptkommission zur Aufklärung deutscher Verbre-

chen in Polen. Akten des Reichsamtes für Bodenforschung/Staatliches Geologisches Institut in den Fällen Dr. Amely, Leo; Dr. Mempel, Gerhard; Dr. Brennich, Gerhard; Dr. Ganns, Ortwin; Dr. Brinkmann, Roland; Dr. Rodeck, Alfred),

Martin and Emma Jonas papers, Accession-Number 2004.230.1.

Terezín Memorial

A 7853, Writings of the mica splitting plant.

Universitätsarchiv Leipzig (UA Leipzig)

Bestand Rektor Rep. III/V/129, Bd. 30.

Universitätsarchiv Montanuniversität Leoben (UAMU Leoben)

Biographien 1970 Lebenslauf Josef Horvath,

Prom.-Akt 1942 Horvath.

Universitätsarchiv Rostock (UA Rostock)

1.12.0: Personalakte Roland Brinkmann.

Universitätsarchiv Stuttgart (UA Stuttgart)

Nr. 33-1-1398 Forschungs- und Materialprüfungsanstalt für das Bauwesen (FMPA) – Otto-Graf-Institut.

Universitätsbibliothek Freiburg (Geologen-Archiv der Geologischen Vereinigung)
(UB Freiburg (GAGV))

Archiv-Nr. GA 11 Nachlass Walter Carlé,

Archiv Nr. GA 65 Nachlass Gerhard Richter-Bernburg,

Archiv-Nr. GA 68 Nachlass Heinrich Hiltermann,

Archiv-Nr. 20188-10190 Schriftwechsel Bentz-Fingerchut,

Archiv-Nr. 20489-20490 Schriftwechsel Bentz-Versé,

Archiv-Nr. 20533-20535 Schriftwechsel Bentz-Fingerchut,

Archiv-Nr. 20859-20867 Schriftwechsel Bentz-Krejci-Graf,

Unverzeichneter Teilnachlass Hans Joachim Martini.

The University of British Columbia Archives, Vancouver, Canada

Portrait of the attendees of the 12th Session of the International Geological Congress.

Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation, Podolsk (CAMO)
 Bestand 500, Findbuch 12478 – Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres, Akte 19 (1): Demeter, Karl: Die Kriegsmetall A.G. (Inventar des Reichsarchivs, Serie II, Heft 4), als Manuskript gedruckt, Potsdam, Dezember 1931, S. 4, (<https://wwii.germandocsinrussia.org/de/nodes/8676-akte-19-unterlagen-der-kriegsgeschichtlichen-abteilung-des-reichsarchivs-manuskript-f-r-das-inventar-des-reichsarchivs-serie-ii-heft-4-die-kriegs-metall-ag-bearbeitet-von-archivrat-dr-karl-demeter-dezember-1931#page/2/mode/inspect/zoom/6>, eingesehen am 15.6.2023).

Literatur

- Abel, Karl: Der Mechernicher Erzbergbau, 2004 (<http://www.wisoveg.de/wisoveg/heimatkalender-eu/2004b/61erzbergbau.html>, eingesehen am 23.3.2023).
- Abelshäuser, Werner u.a. (Hg.): Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990, Bd. 1–4, Berlin u. Boston 2016.
- Absolon, Rudolf: Die Wehrmacht im Dritten Reich, Bd. 6: 19. Dezember 1941 bis 9. Mai 1945, Boppard am Rhein 1995.
- Ackermann, Volker (Bearb.): Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung Nordrhein-Westfalen: 1954 bis 1958 (Dritte Wahlperiode), Siegburg 1997.
- Adam, Karl Dietrich: Dr. rer. nat. Karl Staesche 70 Jahre, in: Stuttgarter Beiträge zur Natur, Herausgegeben vom Staatlichen Museum für Naturkunde in Stuttgart Serie B (Geologie und Paläontologie), Nr. 4, Stuttgart 1973, S. 1–14.
- Adam, Karl Dietrich: Fritz Weidenbach – ein Gedenkblatt zum Tode des Nestors der süddeutschen Geologen, in: Jahreshefte der Gesellschaft für Naturkunde in Württemberg 157 (2001), S. 253–291.
- Ahrens, Ralf: Die nationalsozialistische Raubwirtschaft im Wilhelmstraßen-Prozess, in: Kim C. Priemel u. Alexa Stiller (Hg.): NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung, Hamburg 2013, S. 353–375.
- Ahrens, Wilhelm: Nachruf auf Wilfried von Seidlitz, in: Geologisches Jahrbuch 69 (1955), S. XXXV–XLIII.
- Ahrens, Wilhelm: Nachruf auf Gotthard Fliegel, in: Geologisches Jahrbuch 69 (1955), S. IX–XXI.
- Ahrens, Wilhelm: Nachruf auf Wilhelm Wunstorff, in: Geologisches Jahrbuch 69 (1955), S. XXIII–XXXIV.
- Alafaci, Annette: Horvath, Joseph (1900–1976), in: Encyclopedia of Australian Science an Innovation. A gateway to the history and archives of science, technology an innovation in Australia (<https://www.eoas.info/biogs/P001698b.htm>, eingesehen am 24.6.2024).

- Albrecht, Oskar: Beiträge zum militärischen Vermessungs- und Kartenwesen und der Militärgeographie in Preußen (1802–1921) (Schriftenreihe Geoinformationsdienst der Bundeswehr), Heft 1, Euskirchen 2004.
- Alliquander, Ödön: Die Bedeutung des Rotarybohrens bei der Erforschung der Erdkruste, in: Werner Arnold (Hg.): Eroberung der Tiefe, Leipzig 1983, S. 139–154.
- Altermann, Manfred: Bodenschätzung und Bodenbewertung, in: Hans-Peter Blume: Deutsche Bodenkundliche Gesellschaft 1926–2001 (Mitteilungen der Deutschen Bodenkundlichen Gesellschaft, Bd. 97), [Göttingen] 2001, S. 341–347.
- Aly, Götz u. Heim, Susanne: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Frankfurt am Main 1995.
- Ambrosius, Gerold: Der Staat als Unternehmer, Göttingen 1984.
- Ampferer, Otto: Georg Geyer, sein Leben und sein Werk, in: Jahrbuch der Geologischen Bundesanstalt 86 (1936), S. 373–390.
- Ampferer, Otto u. Hammer, Wilhelm: Erster Bericht über eine 1918 im Auftrage und auf Kosten der Akademie der Wissenschaften ausgeführte geologische Forschungsreise in Westserbien, in: Sitzungs-Berichte der Akademie der Wissenschaften in Wien, Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse, Abteilung 1, 127 (1918), S. 635–668.
- Ampferer, Otto u. Hammer, Wilhelm: Vorläufiger Bericht über ihre geologische Forschungsreise in Nordwestserbien, in: Anzeiger der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien, Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse 54 (1917), Nr. 20, S. 275–276.
- Amundsen, Gunnar Brekke: Krigsmetallet frå Ulefoss. Utnytting av niob og andre metall- og mineralforekomstar i Ulefoss 1918 til 1965, Masteroppgåva [Masterarbeit] Universität Agder 2015.
- Angenheister, Gustav: Bericht über die XIV. Tagung des Internationalen Geologenkongresses, Abteilung X: Geophysik, in Madrid, vom 24. bis 31. Mai 1926, in: Zeitschrift für Geophysik II (1926), S. 252–254.
- Angetter, Daniela u. Hubmann, Bernhard: Bedeutende österreichische Kriegsgeologen im Einsatz an der Südfront des Ersten Weltkrieges, in: Geo.Alp. 11 (2014), Bozen 2015, S. 117–133.
- Kleine Anfrage der Abgeordneten Hubertus Zdebel, Caren Lay, Herbert Behrens, Eva Bulling-Schröter, Birgit Menz, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE betr. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und Hans-Joachim-Martini-Fonds und -Stiftung, in: Deutscher Bundestag 18. Wahlperiode, Drucksache 18/9732 vom 21.9.2016.
- Anonymus: Der Mineur in Flandern ein Kriegs-Bilderbuch für die Feldgrauen mit Schlägel und Eisen, Oldenburg 1918 (https://www.europeana.eu/de/item/9200231/BibliographicResource_2000092035478, eingesehen am 7.6.2023).

- Arbeitsplan der Preussischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1919, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1918, Bd. XXXIX, Teil II, Berlin 1921, S. CXIX–CXXXVII.
- Arbeitsplan der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1920, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1919, Bd. XL, Teil II, Berlin 1921, S. CLXXXV–CC.
- Arbeitsplan der Preussischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1922, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1921, Bd. XLII, Berlin 1923, S. XLVIII–LVIII.
- Arbeitsplan der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1923, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1922, Bd. XLIII, Berlin 1923, S. XXIX–XLII.
- Arbeitsplan der Preussischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1924, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1923, Bd. XLIV, Berlin 1924, S. CXXII–CXXXVI.
- Arbeitsplan der Preussischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1925, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1924, Bd. XLV, Berlin 1925, S. XXXVIII–LI.
- Arbeitsplan der Preussischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1926, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1925, Bd. XLVI, Berlin 1926, S. XXXIX–LII.
- Arbeitsplan der Preussischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1927, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1926, Bd. XLVII, Heft 1 (Beyschlag-Band), Berlin 1926, S. CXXXV–CXLIX.
- Arbeitsplan der Preussischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1928, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1927, Bd. XLVIII, Berlin 1928, S. XLIV–LXII.
- Arbeitsplan der Preussischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1929, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1928, Bd. XLIX, Teil II, Berlin 1929, S. XLVII–LXXIII.
- Arbeitsplan der Preussischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1930, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1929, Bd. L, Teil II, Berlin 1929, S. LIII–LXVI.
- Arbeitsplan der Preussischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1931, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1930, Bd. 51, Teil 2, Berlin 1930, S. XXXVIII–LIV.
- Arbeitsplan der Preussischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1932, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1931, Bd. 52, Berlin 1932, S. 573–590.
- Arbeitsplan für das Jahr 1938, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1937, Bd. 58, B. Amtlicher Teil, Berlin 1938, S. 35–56.

- Arbeitsplan für das Jahr 1939, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1938, Bd. 59, B. Amtlicher Teil, Berlin 1939, S. 47–64.
- Arlt, Hans: Geologie und mineralische Rohstoffwirtschaft, in: Geologische Rundschau 26 (1935), April, S. 95–103.
- Arnold, Dietmar u.a.: Sirenen und gepackte Koffer. Bunkeralltag in Berlin, Berlin 2003.
- Ash, Mitchell G.: Pseudowissenschaft als historische Größe. Ein Abschlusskommentar, in: Dirk Rupnow u.a. (Hg.): Pseudowissenschaft. Konzeptionen von Nichtwissenschaftlichkeit in der Wissenschaftsgeschichte, Frankfurt am Main 2008, S. 451–460.
- Assmann, Aleida: Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention, München 2020.
- Die Aufrüstung Deutschlands. Eine Denkschrift über Umfang, Tempo und Art, April 1934, in: Deutschland Bericht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sopade, im Auftrag des Exilvorstandes der Sozialdemokratischen Partei, Paris 1 (1934), in <https://collections.fes.de/historische-presse/periodical/zoom/329311>, eingesehen am 18.4.2024.
- Ausführungsanweisung des Ministers zum Gesetz über die Beaufsichtigung von unterirdischen Mineralgewinnungsbetrieben und Tiefbohrungen vom 18.12.1933, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinen-Wesen im Preussischen Staate 81 (1933), Berlin 1933, S. A68.
- Ausschuss für die Neubearbeitung der Zementnormen aufgelöst, in: Zement 32 (1943), S. 25.
- Auschwitz/Buna/Monowitz, I.G. Auschwitz. Was sollte die I.G. Auschwitz produzieren?, in: wollheim memorial (http://www.wollheim-memorial.de/de/was_sollte_die_ig_auschwitz_produzieren), eingesehen am 13.8.2024).
- Babendreier, Jürgen: Über moralische Erdbeben und andere Katastrophen, in: Saur, Klaus G. u. Martin Hollender (Hg.): Selbstbehauptung – Anpassung – Gleichschaltung – Verstrickung. Die Preußische Staatsbibliothek und das deutsche Bibliothekswesen 1933–1945, Frankfurt am Main 2014, S. 69–96.
- Backofen, Karl: Zentralstelle für bautechnische Bodenkunde, in: Zentralblatt der Bauverwaltung 46 (1926), Nr. 44 vom 3.11.1926, S. 496–497.
- Bärtling, Richard: Grundzüge der Kriegsgeologie, in: Zeitschrift der Deutschen Geologischen Gesellschaft (1916), B. Monatsberichte, Nr. 4–6, S. 70–85.
- Bahr, H.: Die rumänische Erdölindustrie im ersten Weltkrieg, in: Oel und Kohle vereinigt mit Erdöl und Teer 38 (1942), Heft 4 vom 22.1.1942, S. 96–99.
- Bailey, Edward Battersby: Geological Survey of Great Britain, London 1952.
- Balcar, Jaromír: Die tschechische Industrie in der Kriegswirtschaft, in: Marcel Boldorf u. Jonas Scherner (Hg.): Handbuch Wirtschaft im Nationalsozialismus, Berlin u. Boston 2023, S. 691–714.
- Balcar, Jaromír u. Kučera, Jaroslav: Von der Rüstkammer des Reiches zum Maschinenwerk des Sozialismus. Wirtschaftslenkung in Böhmen und Mähren 1938 bis 1953, Göttingen 2013.

- Balcar, Jaromír u. Kučera, Jaroslav: Nationalsozialistische Wirtschaftslenkung und unternehmerische Handlungsspielräume im Protektorat Böhmen und Mähren (1939–1945). Staatlicher Druck, Zwangslagen und betriebswirtschaftliches Kalkül, in: Christoph Buchheim u. Marcel Boldorf (Hg.): Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie 1938–1945, München 2012, S. 147–171.
- Banken, Ralf: Die wirtschaftspolitische Achillesferse des „Dritten Reiches“: Das Reichswirtschaftsministerium und die NS-Außenwirtschaftspolitik 1933–1939, in: Albrecht Ritschl (Hg.): Das Reichswirtschaftsministerium in der NS-Zeit. Wirtschaftsordnung und Verbrechenskomplex (Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990, Bd. 2), Berlin und Boston 2016, S. 111–232.
- Banken, Ralf: Edelmetallmangel und Großraubwirtschaft. Die Entwicklung des deutschen Edelmetallsektors im „Dritten Reich“ 1933–1945, Berlin 2009.
- Banken, Ralf: Elektroindustrie, in: Boldorf, Marcel u. Jonas Scherner (Hg.): Handbuch Wirtschaft im Nationalsozialismus, Berlin u. Boston 2023, S. 323–347.
- Banken, Ralf: Reichsberggesetz und Einzelmaßnahmen. Die nationalsozialistischen Berggesetze in der Kontinuität der deutschen Bergrechtsentwicklung des 20. Jahrhunderts, in: Johannes Bähr u. Ralf Banken (Hg.): Wirtschaftssteuerung durch Recht im Nationalsozialismus. Studien zur Entwicklung des Wirtschaftsrechts im Interventionsstaats des „Dritten Reiches“, Frankfurt am Main 2006, S. 71–119.
- Banken, Ralf: Hitlers Steuerstaat. Die Steuerpolitik im Dritten Reich, Berlin u. Boston 2018.
- Baranowski, Frank: Rüstungsproduktion in der Mitte Deutschlands 1929–1945. Südniedersachsen mit Braunschweiger Land sowie Nordthüringen einschließlich des Südhazes: eine vergleichende Betrachtung des zeitlich versetzten Aufbaus zweier Rüstungszentren, Berlin ²2016.
- Barlösius, Eva: „Forschen mit Gespür für politische Umsetzung“ – Position, interne Strukturierung und Nomos der Ressortforschung, in: dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, 2009, Heft 2, S. 347–366.
- Barlösius, Eva: Ressortforschung, in: Dagmar Simon, Andreas Knie and Stefan Hornbostel (Hg.): Handbuch Wissenschaftspolitik, Wiesbaden 2010, S. 377–389.
- Barlösius, Eva: Ressortforschungseinrichtungen – Forschung im staatlichen Auftrag, in: Dagmar Simon u.a. (Hg.): Handbuch Wissenschaftspolitik Wiesbaden ²2016, S. 573–590.
- Barsch, Otto: Der Aufbau der geophysikalischen Reichsaufnahme, in: Oel und Kohle vereinigt mit Erdöl und Teer 13 (1937), Heft 25 vom 1.7.1937, S. 641–644.

- Barsch, Otto: Erdöl und Geophysik in Nordwestdeutschland (Vortrag, gehalten auf der Erdöltagung in Hannover am 5. Mai 1932), in: Die Erdöltagung der Deutschen Geologischen Gesellschaft in Hannover 5.-7. Mai 1932. Vorträge und Verhandlungen, Stuttgart 1932, S. 437–449.
- Barsch, Otto: Die planmäßige geophysikalische Erforschung Deutschlands als Grundlage weiterer erdölgeologischer Aufschlussarbeiten, in: Die Grundlagen der zukünftigen Versorgung Deutschlands mit Mineralölen und bituminösen Straßenbaustoffen. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung vom 17. bis 19. September 1933, in: Öl und Kohle. Zeitschrift für das gesamte Gebiet der Mineralöle, Bitumen und verwandten Stoffe 1 (1933), Heft 1 vom 1.12.1933, S. 79–81.
- Barsch, Otto: Die geophysikalische Reichsaufnahme als Grundlage für die Erschließung neuer Lagerstätten, in: Öl und Kohle vereinigt mit Erdöl und Teer 12 (1936), Heft 45 vom 1.12.1936, S. 1035–1039.
- Barsch, Otto: Übersicht über die geophysikalische Reichsaufnahme, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1935, Bd. 56, Heft 2, Berlin 1936, S. 111.
- Barsch, Otto: Über den Verlauf künstlicher elastischer Bodenwellen und die Berechnung der Tiefen der Unstetigkeitsflächen, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1928, Band XLIX, Teil I, Berlin 1928, S. 327–338.
- Bartenstein, Helmut: Carl A. Wicher 1901–1957, in: Micropaleontology 3 (1957), Heft 3, S. 268.
- Barthel, Johannes: Tätigkeit und Wirkung der Überwachungsstellen, Berlin 1939.
- Bauchmüller, Michael: Erdöl für den Führer, in: Süddeutsche Zeitung vom 8.10.2016 (<https://www.sueddeutsche.de/politik/ns-vergangenheit-erdoel-fuer-den-fuehrer-1.3191600>, eingesehen am 8.4.2021).
- Bauer, Kurt: Die Bunker der Neckar-Enz-Stellung in Neckarsulm, in: Historische Blätter des Heimat- und Museumsvereins Neckarsulm e.V. Nr. 85, Januar 2021.
- Bauer, Kurt: Die dunklen Jahre. Politik und Alltag im nationalsozialistischen Österreich 1938–1945, Frankfurt am Main 2017.
- Der Baugrund von Berlin, in: Vorwärts 48 (1931), Nr. 238 vom 24.5.1931, S. 8.
- Baumgart, Winfried (Hg.): Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg 1909–1921. Rekonstruktion seines verlorenen Nachlasses, Teilband I, Berlin 2021.
- Beck, Heinrich: Jahresbericht der Zweigstelle Wien der Reichsstelle für Bodenforschung über das Jahr 1938, in: Verhandlungen der Zweigstelle Wien der Reichsstelle für Bodenforschung (früher Geologische Bundesanstalt) (1939), Nr. 1–3, S. 2–31.
- Beck, Heinrich: Hermann Vettiers, in: Mitteilungen des Alpenländischen geologischen Vereins (Mitteilungen der geologischen Gesellschaft Wien) 34 (1941), S. 173–191.

- Beck-Mannagetta, Peter: Bergrat Dr. Heinrich Beck. Chefgeologe der Geologischen Bundesanstalt Wien, in: Verhandlungen der Geologischen Bundesanstalt Wien 1980, Heft 2, S. 3–6.
- Beer, Mathias, Güttler, Melanie u. Ruhkopf, Jan: Behördenforschung und NS-Belastung. Vermessung eines Forschungsfeldes, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 68 (2020), Heft 7/8, S. 632–651.
- Behr, Johannes: Nachruf auf Alfred Jentzsch, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1926, Bd. XLVII, Heft 2, Berlin 1926, S. XIX–LV.
- Behr, Johannes: Nachruf auf Alexander Fuchs, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1935, Bd. 56, Heft 2, Berlin 1936, S. 37–58.
- Behr, Johannes: Wasserwirtschaftliche Generalplanung und die deutsche Wasserwerkstatistik, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1937, Bd. 58, A. Wissenschaftlicher Teil, Berlin 1938, S. 863–864.
- Professor Dr. Johannes Behr 90 Jahre, in: Bohrtechnik, Brunnenbau, Rohrleitungsbau, Band 16, 1965, S. 229ff.
- Bekanntmachung des Leiters der Abteilung Wirtschaft im Amt des Generalgouverneurs über die Bestellung eines Sonderbevollmächtigten vom 19.4.1940, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Deutschen Reich 88 (1940), S. 113.
- Belli, Peter Josef: Das Lautawerk der Vereinigte Aluminium-Werke AG (VAW) von 1917 bis 1948. Ein Rüstungsbetrieb in regionalen, nationalen, internationalen und politischen Kontexten (zugleich ein Beitrag zur Industriegeschichte der Niederlausitz), Berlin 2012.
- Benade, Wilhelm: Bodenuntersuchungen nach der Keimpflanzenmethode, in: Erhard Hausendorff (Hg.): Deutsche Waldwirtschaft. Ein Rückblick und Ausblick, Berlin 1927, S. 59–71.
- Bentz, Alfred: Beiträge zur Geologie der Umgebung von Rosenberg, Westpreußen, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1925, Bd. XLVI, Berlin 1926, S. 206–209.
- Bentz, Alfred: Das Erdöl in Deutschland und die Frage seiner Aufsuchung, in: Petroleum, 29 (1933), Nr. 50 vom 20.12.1933, S. 3–7.
- Bentz, Alfred: Das Erdöl in Deutschland und seine Aufschließung. Planmäßige Erforschung erdölhaltiger Gebiete, in: Die Grundlagen der zukünftigen Versorgung Deutschlands mit Mineralölen und bituminösen Straßenbaustoffen. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung vom 17. bis 19. September 1933, in: Öl und Kohle 1 (1933), Heft 1, S. 29–31.
- Bentz, Alfred: Die Erdölbohrung Landesvater bei Salzwedel (Altmark), in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1930, Bd. 51, Teil 1, Berlin 1930, S. 505–523.

- Bentz, Alfred: Erdölgeologie, in: Ludwig Rüger (Hg.): Geologie und Paläontologie (Naturforschung und Medizin in Deutschland 1939–1945. Für Deutschland bestimmte Ausgabe der FIAT Review of German Science, Bd. 48), Wiesbaden 1948, S. 69–82.
- Bentz, Alfred: Erdölgeologie als Grundlage eines planmäßigen Bohrprogramms, in: Die Grundlagen der zukünftigen Versorgung Deutschlands mit Mineralölen und bituminösen Straßenbaustoffen. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung vom 17. bis 19. September 1933, in: Öl und Kohle 1 (1933), Heft 1, S. 82–84.
- Bentz, Alfred: Über das Mesozoikum und den Gebirgsbau im Preußisch-Holländischen Grenzgebiet, in: Zeitschrift der Deutschen Geologischen Gesellschaft 78 (1926), Abhandlungen Nr. 3, S. 381–500.
- Bentz, Alfred: Dr. August Moos zum Gedenken, in: Erdöl und Kohle 1 (1948), Nr. 1, S. 55–56.
- Bentz, Alfred: Professor Dr. Jakob Stoller und die Entwicklung des deutschen Erdölbergbaues, in: Petroleum XXVI (1930), Nr. 49 vom 3.12.1930, S. 1204–1206.
- Bentz, Alfred: Geologische Voraussetzungen für das Auftreten von Erdöllagerstätten in Deutschland (Vortrag, gehalten auf der Erdöltagung in Hannover am 3. Mai 1932), in: Die Erdöltagung der Deutschen Geologischen Gesellschaft in Hannover 5.–7. Mai 1932. Vorträge und Verhandlungen, Stuttgart 1932, S. 369–389.
- Bentz, Alfred u. Closs, Hans: Erdöl und geophysikalische Reichsaufnahme in Großdeutschland, in: Öl und Kohle vereinigt mit Erdöl und Teer, 15 (1939), Heft 41, S. 731–740.
- Benz, Wolfgang: Theresienstadt. Eine Geschichte von Täuschung und Vernichtung, München 2013.
- Berg, Georg: Neuzeitliche Aufgaben der praktischen Geologie, in: Forschungen und Fortschritte 18 (1942), Nr. 3/4 vom 20.1. u. 1.2.1942, S. 25–29.
- Berg, Georg: Der Bergbau in Rumänien, in: Metall und Erz XIV (1917), Heft 6 vom 22.3.1917, S. 103–113.
- Berg, Georg: Nachruf auf Oskar Grupe, in: Jahrbuch der Reichsstelle für Bodenforschung für das Jahr 1940, Bd. 61, Berlin 1941, S. 335–345.
- Berg, Georg: Nachruf auf Paul Krusch, in: Jahrbuch der Reichsstelle für Bodenforschung für das Jahr 1939, Bd. 60, Berlin 1941, S. 487–505.
- Berg, Georg: Nachruf auf Ernst Zimmermann, in: Geologisches Jahrbuch für das Jahr 1949, 65 (1951), Hannover 1951, S. XXVII–XLII.
- Berg, Georg [Besprechung von] Krusch, P.: Die bergwirtschaftlichen Kampfmittel der beiden Mächtegruppen im Weltkriege. Glückauf 1920, S. 393–401, in: Zeitschrift für praktische Geologie mit besonderer Berücksichtigung der Lagerstättenkunde 28 (1920), Heft 11 (November), S. 177–178.
- Berg, Georg: Mikroskopische Untersuchung an Erzen von Bor in Serbien, in: Zeitschrift für praktische Geologie mit besonderer Berücksichtigung der Lagerstättenkunde 26 (1918), Heft 7 (Juli), S. 108–109.

- Berg, Matthias: Krise und Neubeginn (1914–1930), in: ders. u.a. (Hg.): Die versammelte Zunft. Historikerverband und Historikertage in Deutschland 1893–2000, Göttingen 2018, S. 156–199.
- Berghahn, Volker R.: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935, Düsseldorf 1966.
- Berghoff, Hartmut, Köhler, Ingo u. Wixforth, Harald: Navigation im Meer der Interessen. Binnenwirtschaftliche Steuerungsinitiativen des Reichswirtschaftsministeriums, in: Carl-Ludwig Holtfrerich (Hg.): Das Reichswirtschaftsministerium in der Weimarer Republik und seine Vorläufer. Strukturen, Akteure, Handlungsfelder (Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990, Bd. 1), Berlin u. Boston 2016, S. 421–516.
- Bergmann, Werner: Deutschnationale Volkspartei, in: Wolfgang Benz (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Berlin u. Boston 2012, S. 191–197.
- Das Bergwesen Preußens im Jahre 1933, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen in Preussen 82 (1934), Heft 4, S. 223–268.
- Das Bergwesen Preußens im Jahre 1934, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Deutschen Reich 83 (1935), Heft 4, Berlin 1935, S. 141–191.
- Das Bergwesen Preußens und des Saarlandes im Jahre 1935, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Deutschen Reich 84 (1936), Heft 7, S. 261–306.
- Das Bergwesen des Deutschen Reiches im Jahre 1936, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Deutschen Reich 85 (1937), Heft 7, S. 347–407.
- Das Bergwesen des Deutschen Reiches im Jahre 1937, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Deutschen Reich 86 (1938), Heft 7, Berlin 1938, S. 215–277.
- Deutscher Bericht vom 5.9.1916, in: Flugsport. Illustriert-Technische Zeitschrift für das gesamte Flugwesen, 8 (1916), Nr. 19, S. 523.
- Sechster Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft umfassend ihre Tätigkeit vom 1. April 1926 bis zum 31. März 1927, Wittenberg 1927.
- Bericht über die Tagung der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft in Göttingen vom 7. bis 9. Dezember 1925 erstattet vom geschäftsführenden Vorsitzenden, in: Zeitschrift für Geophysik II (1926), S. 45–48.
- Bericht über die neunte Tagung der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft vom 11. bis 14. September 1930 in Potsdam, in: Zeitschrift für Geophysik VI (1930), S. 501–507.
- Bericht über die Tätigkeit der Königlichen Geologischen Landesanstalt im Jahre 1912, in: Jahrbuch der Königlich Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1912, Bd. XXXIII, Teil II, Berlin 1914, S. 594–618.

- Bericht über die Tätigkeit der Königlichen Geologischen Landesanstalt im Jahr 1914, in: Jahrbuch der Königlich Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1914, Bd. XXXV, Teil II, Berlin 1916, S. 644–666.
- Bericht über die Tätigkeit der Königlich Geologischen Landesanstalt im Jahre 1915, in: Jahrbuch der Königlich Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1915, Bd. XXXVI, Teil II Berlin 1917, S. 623–641.
- Bericht über die Tätigkeit der Königlich Geologischen Landesanstalt im Jahre 1916, in: Jahrbuch der Königlich Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1916, Bd. XXXVII, Teil II, Berlin 1919, S. 522–538.
- Bericht über die Tätigkeit der Königlich Geologischen Landesanstalt im Jahre 1918, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1918, Bd. XXXIX, Teil II, Berlin 1921, S. CXI–CXCIII.
- Bericht über die Tätigkeit der Königlich Geologischen Landesanstalt im Jahre 1920, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1920, Bd. XLI, Teil II, Berlin 1922, S. I–XXII.
- Bericht über die Tätigkeit der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1921, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1921, Bd. XLII, Berlin 1923, S. I–XLVII.
- Bericht über die Tätigkeit der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1922, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1923, Bd. XLIV, Berlin 1924, S. XCIII–CXXI.
- Bericht über die Tätigkeit der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1923, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1922, Bd. XLIII, Berlin 1923, S. I–XXVIII.
- Berichte des Reichsamts für Bodenforschung Jahrgang 1942, Wien 1942.
- Berichte des Reichsamts für Bodenforschung Jahrgang 1943, Wien 1943.
- Berichte des Reichsamts für Bodenforschung Jahrgang 1944, Wien 1944.
- Bernauer, Ferdinand: Die Phosphorite des Lias von Deutsch-Lothringen, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1919, Bd. XL, Teil I, Berlin 1921, S. 110–199.
- Berroth, Alfred: Gesichtspunkte zum neuen Plan der gravimetrischen Reichsaufnahme, in: Oel und Kohle vereinigt mit Erdöl und Teer 11 (1935), S. 6–8.
- Besondere Übersicht [hier: Serbien. Industrieller Aufschwung und Zusammenbruch], in: Balkan-Revue 3 (1916), Heft 6, S. 354–391.
- Besuch der Geologischen Landesanstalt durch Präsident Schacht, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zur Berlin für das Jahr 1936, Bd. 57, Heft 2, Berlin 1937, S. 32–33.
- Beyenburg, Edmund: Die Herkunft der Gerölle in den Osnabrücker Karbonkonglomeraten, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1931, Bd. 52, Berlin 1932, S. 526–552.
- Beyer, Herbert A. u. Mewes, Rudolf: Über die Entwicklung der Schwelung von Ölschiefer in Deutschland, in: Erdöl und Kohle 6 (1953), Nr. 4, S. 204–207.

- Beyschlag, Franz: Zeitgemäße Aufgaben der praktischen Geologie, in: Zeitschrift für praktische Geologie mit besonderer Berücksichtigung der Lagerstättenkunde 28 (1920), Heft 1, S. 1–5.
- Beyschlag, Franz: Neuere Beobachtungen an den Bauxitlagerstätten des Bihar-Gebirges in Ungarn, in: Zeitschrift für praktische Geologie mit besonderer Berücksichtigung der Lagerstättenkunde 26 (1918), Heft 3 (März), S. 35–40.
- Beyschlag, Franz: Gedächtnissrede auf Wilhelm Hauchecorne gelegentlich der Enthüllung seiner Büste in der Aula der Königl. Geologischen Landesanstalt und Bergakademie am 15. Januar 1902, in: Jahrbuch der Königlich Preussischen geologischen Landesanstalt und Bergakademie zu Berlin für das Jahr 1900, Bd. XXI, Berlin 1901, S. XCVI–CXIV.
- Beyschlag, Franz: Nachruf auf Heinrich Müller, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1918, Bd. XXXIX, Teil II, Berlin 1921, S. IX–XV.
- Beyschlag, Franz: Der Mineral-„Reichtum“ der Türkei, in: Zeitschrift für praktische Geologie mit besonderer Berücksichtigung der Lagerstättenkunde 26 (1918), Heft 6 (Juni), S. 81–88.
- Beyschlag, Franz: Unseren im Weltkrieg gefallenen Helden!, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1918, Bd. XXXIX, Teil II, Berlin 1921, S. I–VIII.
- Beyschlag, Franz: Ziegelsteine aus Oelschiefer, in: Zentralblatt der Bauverwaltung 43 (1923), Nr. 7/8 vom 24.1.1923, S. 41–43.
- Beyschlag, Franz u. von zur Mühlen, Leo: Die Bodenschätze Estlands, in: Zeitschrift für praktische Geologie mit besonderer Berücksichtigung der Lagerstättenkunde 26 (1918), Heft 10 (Oktober), S. 141–150.
- Beyschlag, Rudolf: Die Entwicklung der Schwelindustrie zur Gewinnung von Teer und Öl aus bituminösen Schiefen und Braunkohlen, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen 67 (1919), 185–256.
- Bezirkshauptmannschaft Perg: Expertenberichte zur Stollenanlage in St. Georgen /Gusen „Bergkristall“, Perg 2015.
- Bierod, Ralf: Die Versuchs- und Musteranstalt Bergwerk Riedel. Im Spiegel eines Fotoalbums der Wehrmacht, in: Der Anschnitt 55 (2003), Heft 2, S. 84–92.
- Rudolf Bilfinger, in: Propaganda – Luftfahrt – Erziehung – Ostgebiete. Beamte nationalsozialistischer Reichsministerien. Rekrutierung – Karrieren – Nachkriegswege (<https://ns-reichsministerien.de/2020/12/23/rudolf-bilfinger/>, eingesehen am 7.8.2024).
- Blänkner, Reinhard: Überlegungen zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Theorie politischer Institutionen, in: Göhler, Gerhard (Hg.): Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden 1994, S. 85–122.
- Blank, Ralf: Energie für die „Vergeltung“. Die Akkumulatoren Fabrik AG Berlin-Hagen und das deutsche Raketenprogramm im Zweiten Weltkrieg, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 66 (2007), S. 101–118.

- Blank, Ralf: Kriegsalltag und Luftkrieg an der „Heimatfront“, in: Jörg Echternkamp (Hg.): Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945, Teil 1: Politisierung, Vernichtung, Überleben (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/1), München 2004, S. 357–461.
- Blasius, Rainer A.: Fall 11: Der Wilhelmstraßen-Prozeß gegen das Auswärtige Amt und andere Ministerien, in: Gerd R. Ueberschär (Hg.): Der Nationalsozialismus von Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952, Frankfurt am Main 1999, S. 187–198.
- Blume, Hans-Peter: Deutsche Bodenkundliche Gesellschaft 1926–2001 (Mitteilungen der Deutschen Bodenkundlichen Gesellschaft, Bd. 97), [Göttingen] 2001.
- Blumenberg, Heinz K[arl]: Chronik der ersten Bohrung an den Wietzer Teerkuhlen, in: Erdöl und Kohle 11 (1958), Nr. 9, S. 594–596.
- Boberach, Heinz (Hg.): Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945, Berlin-West 1984.
- Dr. Ing. H. Bode 60 Jahre, in: Erdöl und Kohle 16 (1963), S. 433.
- Boelcke, Siegfried: Kriegsgeologie A. Die militärischen Grundlagen, in: Max Schwarte (Hg.): Die Technik im Weltkriege, Berlin 1920, S. 305–306.
- Boelcke, Siegfried: Das Kartenwesen, in: Max Schwarte (Hg.): Der Weltkampf um Ehre und Recht. Die Organisation der Kriegführung, Bd. 6, Teil 1: Die für den Kampf unmittelbar arbeitenden Organisationen, Leipzig 1921, S. 443–474.
- Boelcke, Willi A.: Die deutsche Wirtschaft 1930–1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums, Düsseldorf 1983.
- Böhme, Klaus (Hg.): Aufrufe und Reden deutscher Professoren im Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1975.
- Böick, Marcus u. Schmeer, Marcel: Aus dem toten Winkel ins „Kreuzfeuer der Kritik“? Organisationen in der zeithistorischen Theorie und Praxis, in: dies. (Hg.): Im Kreuzfeuer der Kritik. Umstrittene Organisationen im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2020.
- Börngen, Michael u. Bach, Frank: Das Sächsische Geologische Landesamt in Leipzig. Eine Geschichte im Spiegel Leipziger Universitätsakten, in: Leipziger Geowissenschaften 5 (1997), S. 217–241.
- Börngen, Michael u. Jacobs, Franz: Geowissenschaften. Geologie – Geophysik – Meteorologie, in: Ulrich von Hehl, Uwe John u. Manfred Rudersdorf (Hg.): Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009, Bd. 4/2: Fakultäten, Institute, Zentrale Einrichtungen, Leipzig 2009, S. 1285–1308.
- Börngen, Michael, Homilius, Joachim u. Jacobs, Franz: Die Deutsche Geophysikalische Gesellschaft, 1922–1997, in: Horst Neunhöfer u.a. (Hg.): Zur Geschichte der Geophysik in Deutschland. Jubiläumsschrift zur 75jährigen Wiederkehr der Gründung der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft, Hamburg 1997, S. 7–26.

- Böse, Christian: Krupp zwischen Erstem Weltkrieg und Versailler Vertrag – Verluste, Entschädigungen und Neuorientierung, in: Dieter Ziegler u. Jan-Otmar Hesse (Hg.): 1919 – Der Versailler Vertrag und die deutschen Unternehmen, Berlin u. Boston (2022), S. 167–189.
- Bohn, Robert: Im „Haltungskampf“ gegen die „Neue Ordnung“: Norwegen unter deutscher Besatzung 1940–1945, in: Wolfgang Benz (Hg.): Deutsche Herrschaft. Nationalsozialistischer Besatzung in Europa und die Folgen, Freiburg 2022, S. 139–156.
- Bohn, Robert: Die Instrumentarien der deutschen Herrschaft im Reichskommissariat Norwegen, in: ders. (Hg.): Die deutsche Herrschaft in den „germanischen“ Ländern 1940–1945, Stuttgart 1997, S. 71–109.
- Bohn, Robert: Reichskommissariat Norwegen. „Nationalsozialistische Neuordnung und Kriegswirtschaft“, München 2000.
- Boldorf, Marcel: Ordnungspolitik und kriegswirtschaftliche Lenkung, in: ders. (Hg.): Deutsche Wirtschaft im Ersten Weltkrieg, Berlin u. Boston 2020, S. 23–65.
- Boldorf, Marcel: Wirtschaftliche Organisation und Ordnungspolitik im Ersten Weltkrieg, in: ders. u. Rainer Haus (Hg.): Die Ökonomie des Ersten Weltkrieges im Lichte der zeitgenössischen Kritik (Die deutsche Kriegswirtschaft im Bereich der Heeresverwaltung 1914–1918. Drei Studien der Wissenschaftlichen Kommission des Preußischen Kriegsministeriums und ein Kommentarband, Bd. 4), Berlin u. Boston 2016, S. 139–173.
- Boldorf, Marcel: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftslenkung, in: ders. u. Jonas Scherner (Hg.): Handbuch Wirtschaft im Nationalsozialismus, Berlin u. Boston 2023, S. 17–41.
- Boldorf, Marcel u. Haus Rainer (Hg.): Die deutsche Kriegswirtschaft im Bereich der Heeresverwaltung 1914–1918. Drei Studien der Wissenschaftlichen Kommission des Preußischen Kriegsministeriums und ein Kommentarband, Bd. 1: Weyrauch, Robert: Waffen- und Munitionswesen, Berlin u. Boston 2016.
- Boldorf, Marcel u. Haus Rainer (Hg.): Die deutsche Kriegswirtschaft im Bereich der Heeresverwaltung 1914–1918. Drei Studien der Wissenschaftlichen Kommission des Preußischen Kriegsministeriums und ein Kommentarband, Bd. 2: Stellwaag, Alfred: Die deutsche Eisenwirtschaft während des Krieges, Berlin u. Boston 2016.
- Boog Horst: Strategischer Luftkrieg in Europa und Reichsluftverteidigung 1943–1944, in: ders., Gerhard Krebs u. Detlef Vogel: Das Deutsche Reich in der Defensive. Strategischer Luftkrieg in Europa, Krieg im Westen und Ostasien 1943–1944/45 (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 7), München 2001, S. 3–415.
- Born, A[xel]: Physikalische Landes-Untergrundaufnahme, in: Zeitschrift für praktische Geologie 34 (1926), Heft 12 (Dezember), S. 187–190.

- Born, Robert u. Störckuhl, Beate: Apologeten der Vernichtung oder Kunstschützer? Kunsthistoriker der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg, in: dies. (Hg.): Apologeten der Vernichtung oder „Kunstschützer“? Kunsthistoriker der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg, Köln u.a. 2017, S. 9–28.
- Botsch, Gideon u. Kopke, Christoph: Jungdeutscher Orden, in: Wolfgang Benz (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Berlin u. Boston 2012, S. 343–344.
- Brandes, Detlef: „Eines der bestbefriedeten neuen Gebiete im Grossdeutschen Reich“? Das Protektorat Böhmen und Mähren, in: Wolfgang Benz (Hg.): Deutsche Herrschaft. Nationalsozialistische Besatzung in Europa und die Folgen, Freiburg 2022, S. 101–118.
- Brandes, Detlef: Die Zerstörung der deutschen tschechischen Konfliktgemeinschaft 1938–1947, in: Dietmar Storch (Red.): Tschechen, Slowaken und Deutsche. Nachbarn in Europa, Hannover 1995, S. 50–66.
- Braun, Hans-Joachim: Konstruktion, Destruktion und der Ausbau technischer Systeme zwischen 1914 und 1945, in: ders. u. Walter Kaiser: Energiewirtschaft, Automatisierung, Information seit 1914 (Propyläen Technikgeschichte, Bd. 5), Berlin 1997, S. 11–279.
- Brechtken, Magnus: Albert Speer. Eine deutsche Karriere, München 2017.
- Brechtken, Magnus: „Madagaskar für die Juden“. Antisemitische Idee und politische Praxis 1885–1945, München 1997.
- Brendel, Marvin: Über 1945 hinaus: DEA und Wintershall als Nutzniesser des Reichsbohrprogramms, in: <https://wintershalldea.com/de/wer-wir-sind/historie/marvin-brendel-zu-dea>, eingesehen am 25.4.2024.
- Brennecke, E.: Fünfzig Jahre analytische Chemie. Wilhelm Böttger zum Gedächtnis, in: Angewandte Chemie, 62 (1950), Nr. 12, S. 279–280.
- Brinkhaus, Jörn: Luftschutz und Versorgungspolitik. Regionen und Gemeinden im NS-Staat, 1942–1944/45, Bielefeld 2010.
- Brinkmann, R.: Die sedimentären Eisenerzlagerstätten des Generalgouvernements, in: Zeitschrift für praktische Geologie 49 (1941), Heft 6 (Juni), S. 68–71.
- Brockamp, Bernhard: Die Anwendung der Geophysik im Salzgitter Gebiet, in: Metall und Erz 37 (1940), Heft 1, S. 1–6.
- Brockamp, Bernhard: Der Nachweis von minetteartigen Erzen im Korallenoolith von Braunschweig, in: Zeitschrift für praktische Geologie 49 (1941), Heft 1, S. 1–3.
- Brockamp, Bernhard (Hg.): Zur Paläographie und Bitumenführung des Posidonienschiefers im deutschen Lias, in: Archiv für Lagerstättenforschung Heft 77, Berlin 1944.
- Brockamp, Bernhard, Vorwort, in: ders. (Hg.): Zur Paläographie und Bitumenführung des Posidonienschiefers im deutschen Lias, in: Archiv für Lagerstättenforschung Heft 77, Berlin 1944.
- Eintrag Bernhard Brockamp, in: <https://ns-reichsministerien.de/2020/11/13/bernhard-brockamp/>, eingesehen am 26.4.2024.

- Broszat, Martin: Der Staat Hitlers, München ¹⁴1995.
- vom Bruch, Rüdiger: Wissenschaft im Gehäuse: Vom Nutzen und Nachteil institutionengeschichtlicher Perspektiven, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 23 (2000), S. 37–49.
- vom Bruch, Rüdiger u. Hofmeister, Björn (Hg.): Kaiserreich und Erster Weltkrieg 1871–1918 (Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellungen, Bd. 8), Stuttgart 2006.
- Brüggemeier, Franz-J.: Grubengold. Das Zeitalter der Kohle von 1750 bis heute, München 2018.
- Bruttmann, Tal, Hördler, Stefan u. Kreutzmüller, Christoph: Die fotografische Inszenierung des Verbrechens. Ein Album aus Auschwitz, Bonn 2020.
- Bryant, Thomas: Friedrich Burgdörfer (1890–1967). Eine diskursbiographische Studie zur deutschen Demographie im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2010.
- Buchenwald war überall. Projekt »Netzwerk der Außenlager«. Hadmersleben, in: <https://www.aussenlager-buchenwald.de/details.html?camp=38>, eingesehen am 8.8.2024).
- Budraß, Lutz: Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland 1918–1945, Düsseldorf 1998.
- von Bülow, Kurd: Die Kartierung im Flachland, in: Hans Udluft (Hg.): Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–1939 (Beihefte zum Geologischen Jahrbuch, Heft 78), Hannover 1968, S. 44–51.
- von Bülow, Kurd: 49 Jahre Mecklenburgische Geologische Landesanstalt, in: Mitteilungen aus der Mecklenburgischen Geologischen Landesanstalt 47 (N.F. 12), 1938, S. 87–100.
- von Bülow, Kurd: Das Material der Erdrinde, in: Robert Potonié u. Otto Seitz (Hg.): Geologie, Berlin u. Leipzig 1925, S. 89–135.
- von Bülow, Kurd: Nachruf auf Jakob Stoller, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1930, Bd. 51, Teil 2, Berlin 1930, S. LXXXVII–XCVIII.
- von Bülow, Kurd: Nachruf auf Theodor Schmierer, in: Geologie. Zeitschrift für das Gesamtgebiet der Geologie und Mineralogie sowie der angewandten Geophysik 2 (1953), Berlin-Ost, S. 449–454.
- von Bülow, Kurd, Kranz, Walter u. Sonne, Erich: Wehrgeologie, Leipzig 1938.
- Bütow, Tobias u. Bindernagel, Franke: Ein KZ in der Nachbarschaft. Das Magdeburger Außenlager der Brabag und der ‚Freundeskreis Himmler‘ Köln u.a. 2004.
- Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933, Bonn 2010.
- Buggeln, Marc: Großraumwirtschaft, in: Marcel Boldorf u. Jonas Scherner (Hg.): Handbuch Wirtschaft im Nationalsozialismus, Berlin u. Boston 2023, S. 641–665.
- Buja, Heinrich Otto: Die Bohrtechnik im Wandel der Zeiten. Vom Löffelbohrer der Steinzeit bis zum vollhydraulischen Großdrehbohrgerät, in: Bautechnik 80 (2003), Heft 9, S. 651–662.

- Burchardt, Lothar: Friedenswirtschaft und Kriegsvorsorge. Deutschlands wirtschaftliche Rüstungsbestrebungen vor 1914, Boppard am Rhein 1968.
- Burleigh, Michael: *Germany turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*, Cambridge 1988.
- Burre, Otto: Das Montan- und Bohrcharchiv, in: Hans Udluft: *Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–1939*, Hannover 1968, S. 123–127.
- Burre, Otto u. Graupner, Armin: Nachruf auf Wilhelm Dienemann, in: *Geologisches Jahrbuch* 84 (1967), S. XLV–LIV.
- Carl-Engler-Medaille 1973. Prof. Dr. rer. Nat. Alfred Mayer-Gürr, in: DGMK Deutsche Wissenschaftliche Gesellschaft für Erdöl, Erdgas und Kohle e.V. (https://dgmk.de/app/uploads/2019/09/Mayer_Guerr.pdf, eingesehen am 11.6.2024).
- Carlé, Walter Eduard Hermann: Nachruf für Gerhard Richter-Bernburg, in: *Jahresberichte und Mitteilungen des Oberrheinischen Geologischen Vereins* Band 73 (1991), S. 19–30.
- Carlé, Walter Eduard Hermann: Werner – Beyrich – von Koenen – Stille. Ein geistiger Stammbaum wegweisender Geologen (*Geologisches Jahrbuch* Reihe A, Heft 108), Hannover 1988.
- Carrier, Martin: Wissenschaftliche Expertise. Bedingungen ihrer Verlässlichkeit und Vertrauenswürdigkeit, in: Alfons Bora, Anna Henkel und Carsten Reinhardt (Hg.): *Wissensregulierung und Regulierungswissen*, Weilerswist 2014, S. 157–174.
- Cernajsek, Tillfried: Anmerkungen zu Julius Ludwig Wilsers Schriftenreihe „Die Kriegsschauplätze 1914–1918 geologisch dargestellt“, in: Daniela Angelter, Bernhard Hubmann u. Johannes Seidl (Hg.): *Geologie und Militär: Von den Anfängen bis zum MilGeo-Dienst. 11. Wissenschaftshistorische Tagung der Österreichischen Arbeitsgruppe „Geschichte der Erdwissenschaften“*, Wien 2012, S. 10–13.
- Cernajsek, Tillfried: Vierzig Jahre ein Leben für die Geologische Bundesanstalt: Zum 50. Todestag von Prof. Margarete (Rita) Girardi. Direktionssekretärin, Bibliothekarin, Kunsthistorikerin, Zeitzeugin: Ein Vorbericht, in: *Berichte der Geologischen Bundesanstalt Wien* 107 (2014), S. 8–9.
- Chrzastek, Alina, Górecka-Nowak, Anna u. Kryza, Ryszard: Józef Zwierzycki, a great geologist of the 20th century (reminiscence 50 year after decease), in: *Geologica Sudetica* 42 (2014), S. 167–180.
- Clar, Eberhard: Nachruf für Hans Peter Cornelius (1888–1950), in: *Verhandlungen der Geologischen Bundesanstalt Wien* 1951, S. 84–92.
- Clar, Eberhard Dietrich: Nachruf auf Wilhelm Petrascheck, in: *Mitteilungen der Geologischen Gesellschaft in Wien* 60 (1967), S. 129–140.
- Clauser, Christoph: *Grundlagen der angewandten Geophysik – Seismik, Gravimetrie*, Berlin 2018.
- Closs, Hans: Nachruf auf Otto Barsch, in: *Geologisches Jahrbuch für das Jahr 1950* 66 (1952), S. XXIX–XXXVII.

- Closs, Hans: Nachruf auf Rudolf von Zwerger, in: *Geologisches Jahrbuch für das Jahr 1950 66* (1952), S. LVII–LX.
- Closs, Hans: Die geophysikalische Reichaufnahme und ihre Vorgeschichte, in: H[erbert] Birett u.a. (Hg.): *Zur Geschichte der Geophysik. Festschrift zur 50jährigen Wiederkehr der Gründung der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft*, Berlin u.a. 1974, S. 115–130.
- Closs, Hans u. Wolff Wilhelm: Die Entwicklung der Geophysikalischen Reichaufnahme Deutschlands bis Ende 1938, in: *Oel und Kohle vereinigt mit Erdöl und Teer* 15 (1939), Heft 14 vom 8.4.1939, S. 275–284.
- Coldewey, Wilhelm G. u. Löhnert, Eckehard P.: Prof. Dr. habil. Wolfgang Hartung (18.02.1907–03.06.1995), in: *Nachrichten der Deutschen Geologischen Gesellschaft* 55 (1995), S. 10–11.
- Conze, Eckart, Frei Norbert, Hayes, Peter u. Zimmermann, Moshe: *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München 2010.
- Cornelius, Hans-Peter: Nachruf auf Otto Ampferer, in: *Mitteilungen der Geologischen Gesellschaft in Wien* 39–41 (1946–1948), Wien 1951, S. 195–213.
- Corni, Gustavo u. Frizzera, Francesco: Vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik, in: Horst Möller u.a. (Hg.): *Agrarpolitik im 20. Jahrhundert*, Berlin u. Boston 2020, S. 11–101.
- Corni, Gustavo u. Gies, Horst: *Brot, Butter, Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers*, Berlin 1997.
- Cramer, Peter: Nachruf auf Eduard Hartmann, in: *Geologica Bavarica* 14 (1952), S. 171–175.
- Crim, Brian E.: Weimar's „Burning Question“. Situational Antisemitism and the German Combat Leagues, 1918–33, in: Larry Eugene Jones (Ed.): *The German Right in the Weimar Republic. Studies in the History of German Conservatism, Nationalism, and Antisemitism*, New York and Oxford, 2016, S. 194–219.
- Daber, Rudolf: Bemerkungen zur Geschichte der Geologie in Berlin, in: *Berichte der Geologischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik*, 5 (1960), Heft 1–4, Berlin-Ost 1961, S. 147–159.
- Daber, Rudolf: Ein ganz normaler Lebenslauf eines „vor 100 Jahren“ in Berlin geborenen und dort 1967 verstorbenen Geologen, in: *Geohistorische Blätter* 7 (2004), Heft 1, S. 33–38.
- Eintrag Dahlgrün, Fritz (1894–1954), in: *Kalliope-Verbund* (<https://kalliope-verbund.info/de/eac?eac.id=116012889>, eingesehen am 28.3.2024).
- Dahlgrün, Fritz: Die paläographischen Verhältnisse der Unterkreide im Bildungsraume des Erzlagers von Salzgitter, in: *Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1926*, Bd. XLVII, Heft 1 (Beyschlag-Band), Berlin 1926, S. 383–416.
- Dahlgrün, Fritz: Wasser und Wasserbau im Aufgabenkreis des Reichsamtes für Bodenforschung, in: *Jahrbuch des Reichsamts für Bodenforschung für das Jahr 1942*, Berlin 1944, S. 194–203.

- Dahm, Volker: Die „deutsche Volksgemeinschaft“ und ihre Organisation, in: ders. u.a. (Hg.): Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente, Daten zum Dritten Reich, Berlin 2016, S. 213–242.
- Dammer, Bruno: Nachruf auf Edmund Picard, in: Geologisches Jahrbuch für die Jahre 1943–1948 46 (1950), S. XXIX–XXXVI.
- Dammer, Bruno: Nachruf auf Paul Gustav Krause, in: Geologisches Jahrbuch für die Jahre 1943–1948 46 (1950), S. XI–XX.
- Dammer, Bruno: Nachruf auf Benno Kühn, in: Geologisches Jahrbuch für die Jahre 1943–1948 46 (1950), S. XXI–XXVII.
- Dammer, Bruno: Nachruf auf Friedrich Schucht, in: Jahrbuch des Reichsamts für Bodenforschung für das Jahr 1941 62 (1944), S. 551–563.
- Dammer, Bruno: Nachruf auf Paul Range, in: Geologisches Jahrbuch 67 (1953), S. XXIII–XXXVI.
- Dams, Carsten u. Stolle Michael: Die Gestapo. Herrschaft und Terror im Dritten Reich, München 2008.
- Danner, Peter: Geowissenschaftliche Forschungen in Salzburg 1938–1945, in: Berichte der Naturwissenschaftlich-Medizinischen Vereinigung in Salzburg 17 (2014), S. 43–148.
- Danner, Peter: Der Geologe und Höhlenforscher Walter Biese im Exil, in: Mitteilungen des Verbandes deutscher Höhlen- und Karstforscher 66 (2020), Heft 4, S. 98–101.
- Danner, Peter: Görings Geologen in der Ostmark. „Bodenforschung“ in Österreich für den Vierjahresplan von 1936 bis 1939 – eine Archivstudie, Wien 2015.
- Deecke, Wilhelm: Die Erschließung des badischen Bodens, in: Die Universität Freiburg ihrem Doktor med. h.c. Ihrer Koeniglichen Hoheit Luise. Großherzogin-Witwe von Baden Prinzessin von Preußen zum 80. Geburtstage, 3. Dezember 1918, Freiburg 1918, S. 15–25.
- Deichmann, Ute: Flüchten, Mitmachen, Vergessen. Chemiker und Biochemiker in der NS-Zeit, Weinheim 2001.
- Demps, Laurenz (Hg.): Luftangriffe auf Berlin. Die Berichte der Hauptluftschutzstelle 1940–1945, Berlin 2012.
- Derix, Simone: Die Thyssens. Familie und Vermögen, Paderborn 2016.
- Deubel, Fritz: Entwicklung und Bedeutung des geologischen Kartenwesens, in: Wissenschaftliche Annalen 3 (1954), Heft 3, S. 174–184.
- Dienemann, Wilhelm: Die Arbeiten auf dem Gebiet der Ingenieurgeologie, in: Hans Udluft (Hg.): Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–1939 (Beihefte zum Geologischen Jahrbuch, Heft 78), Hannover 1968, S. 114–118.
- Dienemann, Wilhelm: Die Arbeiten der geologischen Beratung beim Straßenbau, insbesondere beim Bau der Reichsautobahnen, in: Zeitschrift für praktische Geologie 43 (1935), Heft 12, S. 177–184.
- Dienemann, Wilhelm: Geologische Beratungen im Dienste des modernen Straßenbaues, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1935, Bd. 56, Heft 1, Berlin 1936, S. 137–167.

- Dienemann, Wilhelm: Nachruf auf Wilhelm Haack, in: Geologisches Jahrbuch für das Jahr 1950 66 (1952), S. LXI-LXIX.
- Dienemann, Wilhelm: Nachruf auf Theodor Schmieder, in: Geologisches Jahrbuch 70 (1955), S. XV-XXII.
- Dienemann, Wilhelm: Nachruf auf Walther Schriell 1892–1959, in: Geologisches Jahrbuch Bd. 84 (1967), S. XXIII-XXX.
- Dienemann, Wilhelm: Aus alten Zeiten, in: Hans Udluft (Hg.): Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–1939 (Beihefte zum Geologischen Jahrbuch, Heft 78), Hannover 1968, S. 166–170.
- Dienemann, Wilhelm u. Köhler, Richard: Einige Beispiele aus dem Gebiet der Baugrundgeologie, in: Zeitschrift für praktische Geologie 46 (1938), Heft 1 (Januar), S. 5–13 und Heft 2 (Februar), S. 27–34.
- Dienst, Paul: Nachruf auf Richard Bärtling, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1936, Bd. 57, Heft 2 Amtlicher Teil, Berlin 1937, S. 3–18.
- Dietz, Curt: Nachruf auf Adolf Mestwerdt, in: Geologisches Jahrbuch 73 (1958), S. XIII-XIX.
- Dietzfelbinger, Eckart u. Liedtke, Gerhard: Nürnberg – Ort der Massen. Das Reichsparteitagsgelände. Vorgeschichte und schwieriges Erbe, Berlin 2004.
- Dillmann, Wolfgang: Nachruf für Walter Schottler, in: Jahresberichte und Mitteilungen des Oberrheinischen Geologischen Vereins 75 (1993), S. 27–32.
- Dirks, Christian: Einleitung, in: ders. u. Hermann Simon (Hg.): ... auf dem Dienstweg. Die Verfolgung von Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadt Berlin 1933 bis 1945, Berlin 2010, S. 12–22.
- Dirks, Christian, Pache, Jörg u. Beck, Thorsten: Aus Rot wird Braun. Die BVG 1929–1945, Halle 2015.
- Döbert, Frank: KZ-Pläne der Nazis: Jena statt Ettersberg? Als 1937 ein Lager in der Mitte Deutschlands errichtet werden sollte, waren mehrere Standort im Gespräch, in: Ostthüringer Zeitung Nr. 169 vom 21.7.2022, S. 3.
- Doelter, Cornelio: Über einige Erzlagerstätten Serbiens, in: Zeitschrift für praktische Geologie mit besonderer Berücksichtigung der Lagerstättenkunde 25 (1917), Heft 9 (September), S. 143–153.
- Dörner, Bernhard: „Heimtücke“. Das Gesetz als Waffe. Kontrolle, Abschreckung und Verfolgung in Deutschland 1933–1945, Paderborn u.a. 1998.
- Doflein, Franz: Mazedonien. Erlebnisse und Beobachtungen eines Naturforschers im Gefolge des deutschen Heeres, Jena 1921.
- Dohr, G[erhard], Dürschner, H[orst] u. Edelmann H[ans] A.K.: Exploration geophysics in Germany, in: First Break 7 (1989), Nr. 5, S. 153–172.
- Dolch, Paul: Die wirtschaftliche Bedeutung der Phosphoritlagerstätten an der Lahn, in: Zeitschrift für praktische Geologie, 43 (1935), Heft 4 (April), S. 49–54.
- Dommach, Hermann: Der Reichsparkkommissar Moritz Saemisch in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main u.a. 2012.

- Donges, Alexander: Die Vereinigte Stahlwerke AG im Nationalsozialismus. Konzernpolitik zwischen Marktwirtschaft und Staatswirtschaft, Paderborn 2014.
- Dowe, Christopher: Auch Bildungsbürger. Katholische Studierende und Akademiker im Kaiserreich, Göttingen 2006.
- Dräger, Johannes u. Reuter, Stefan: Der Westwall im Raum Dillingen von 1936 bis heute, Dillingen ²2018.
- Dürr, Christian u. Lechner, Ralf: Das Konzentrationslager Mauthausen-Gusen 1938–1945, in: Gerhard Botz u.a. (Hg.): Mauthausen und die nationalsozialistische Expansions- und Verfolgungspolitik, Wien u.a. 2021, S. 213–260.
- Dufek, Pavel u.a.: Handel im Herzen Europas. Deutsch-tschechoslowakische Wirtschaftsbeziehungen 1918–1992, Prag 2018.
- Duphorn, Klaus: Paul Woldstedt 14.10.1888–7.7.1973, in: Geologisches Jahrbuch A, Heft 25, Hannover 1974, S. 3–12.
- Ebel, Rainer: Er gab einem Ammoniten den Namen seiner Heimatstadt. Leben und Werk des Herforder Geologen Heinrich Monke (1959–1932), in: Historisches Jahrbuch für den Kreis Herford 13 (2006), S. 141–153.
- Eckart, Wolfgang U.: Medizin und Krieg. Deutschland 1914–1924, Paderborn 2014.
- Eden, Sören, Marx, Henry u. Schulz, Ulrike: Ganz normale Verwaltungen? Methodische Überlegungen zum Verhältnis von Individuum und Organisation am Beispiel des Reichsarbeitsministeriums 1919 bis 1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 66 (2018), Heft 3, S. 487–520.
- Eggstein, Michael u. Lothar Schirmer (Hg.): Verwaltung im Nationalsozialismus. Materialien zu einer Ausstellung der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin, Berlin 1987.
- Ehmke, Wolfgang: Die merkwürdigen „Traditionslinien“ der BGR vom 14.10.2016, in: Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Danneberg (<https://www.bi-luechow-dannenber.de/2016/10/14/die-merkwurdi-gen-traditionslinien-der-bgr/>, eingesehen am 6.9.2024).
- Eichholtz, Dietrich: Erdölimperialisismus auf dem Balkan. Deutsche Politik und rumänisches Öl (1938–1941), in: ders.: Texte 1992–2016, hrsg. von Roswitha Schlesinger, Berlin 2020, S. 239–278.
- Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, [Gesamtausgabe] Bd. I: 1939–1941, Bd. II/1 u. 2: 1941–1943 u. Bd. III/1 u. 2: 1943–1945, München 2003.
- Eichholtz, Dietrich: Deutsche Ölpolitik im Zeitalter der Weltkriege. Studien und Dokumente, Leipzig 2010.
- Eichholtz, Dietrich: Deutsche Pläne und Realität. Die „Neuordnung“ des europäischen „Großwirtschaftsraums“, in: ders.: Texte 1992–2016, hrsg. von Roswitha Schlesinger, Berlin 2020, S. 143–159.
- Eichholtz, Dietrich u. Wolfgang Schumann (Hg.): Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, Berlin-Ost 1969.
- Einecke, Ernst-Joachim: Bergbehörden und Bergbau in Hessen, München 1995.

- Eissmann, Lothar: Geologische Forschung in Sachsen – 125 Jahre amtliche geologische Landesuntersuchung. Mit Kommentaren zu Aspekten der jüngsten Geologie- und Bergbaugeschichte, in: *Mauretania (Altenberg)* 17 (1999), S. 217–248.
- Elberskirch, Wilhelm: Zur Tektonik der Trias der Eifelsenke, in: *Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1937*, Bd. 58, A. Wissenschaftlicher Teil, Berlin 1938, S. 37–81.
- Eltzbacher, Paul: Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungsplan. Eine Denkschrift, Berlin-Grunewald 1914.
- Elvert, Jürgen: Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918–1945), Stuttgart 1999.
- Emmes, Manfred P.: Die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges außerhalb des europäischen Zentrums. Im Fokus: Kolonien, Bagdadbahn, Erdöl und türkische Meerengen, Münster 2016.
- Enthüllung einer Gedenktafel für die im Weltkriege gefallenen Beamten der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1922, B. XLIII, Berlin 1923, S. LI–LV.
- Entschließung, in: Die Grundlagen der zukünftigen Versorgung Deutschlands mit Mineralölen und bituminösen Straßenbaustoffen. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung vom 17. bis 19. September 1933, in: *Öl und Kohle* 1 (1933), Heft 1, S. 92.
- Epkenhans, Michael: „Je eher, desto besser“. Die militärische Führung in Deutschland und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: Michael Jonas, Ulrich Lappenküper und Oliver von Wrochem (Hg.): *Dynamiken der Gewalt. Krieg im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Gesellschaft*. Festschrift für Bernd Wegner, Paderborn 2015, S. 131–147.
- Epkenhans, Michael u.a. (Hg.): *Geheimdienst und Propaganda im Ersten Weltkrieg. Die Aufzeichnungen von Oberst Walter Nicolai 1914–1918*, Berlin u. Boston 2019.
- Epple, Moritz: Handlungsspielräume von Wissenschaftlern im Nationalsozialismus: Metahistorische Vorüberlegungen und einige Beispiele aus der Mathematik, in: Volker Roelcke (Hg.): *Politik und Wissenschaft: Zur Evaluierung von „NS-Belastung“ in wissenschaftlichen Kontexten*, Halle 2024, S. 77–92.
- Eintrag Erdmannsdörffer, Otto: in *Munzinger Online/Personen - Internationales Biographisches Archiv*, URL: <http://www.munzinger.de/document/00000004428> (eingesehen am 8.5.2023).
- Erb, Ludwig: Adolf Schinzinger zum Gedächtnis, in: *Mitteilungsblatt der Badischen Geologischen Landesanstalt* 1948, S. 5–6.
- Erdöltagung in Hannover vom 5. bis 7. Mai 1932. Wissenschaftliche Sitzungen, in: *Die Erdöltagung der Deutschen Geologischen Gesellschaft in Hannover 5.–7. Mai 1932. Vorträge und Verhandlungen*, Stuttgart 1932, S. 361–367.

- Erlass des Ministers für öffentliche Arbeiten in Prag, betreffend Durchführung der Regierungsverordnung über die Bodendurchforschung nach Mineralien vom 7.5.1940, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Deutschen Reich 88 (1940), S. 273.
- Erlass des Reichwirtschaftsministeriums vom 16.2.1937 betr. Ausführung des Gesetzes zur Erschließung von Bodenschätzen, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinen-Wesen im Preussischen Staate 84 (1936), Berlin 1936, S. 545–548.
- Escher, Clemens: Politischer Katholizismus, in: Wolfgang Benz (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Berlin u. Boston 2012, S. 492–499.
- Fahlbusch, Michael: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik. Die »Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften« von 1931–1945, Baden-Baden 1999.
- Fahrion, Helmut: Erdöl, in: Carl Krecke (Hg.): Die Energiewirtschaft der Welt. Ergebnisse der III. Weltkraftkonferenz Washington 1936 in Deutscher Betrachtung, Berlin 1937, S. 67–84.
- Fahrion, Helmut: Geschichten und Geschichtchen aus der Frühzeit der deutschen Erdölgeologie. Persönliche Erinnerungen aus den Jahren 1936 bis 1939, in: Nachrichtenblatt zur Geschichte der Geowissenschaften 2009, Nr. 19, S. 69–84.
- Falter, Jürgen W.: Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945, Frankfurt am Main 2020.
- Farrenkopf, Michael: Schlattmann, Heinrich, in: Neue Deutsche Biographie 23 (2007), S. 28–29 (Online-Version, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd143148613.html#ndbcontent>, eingesehen am 20.2.2024).
- Feichtinger, Johannes, Corrandini, Doris A. u. Geiger, Katja: Die kaiserliche Akademie um die Jahrhundertwende. Die Entwicklung zur Forschungsakademie in drei Phasen, in: Johannes Feichtinger u. Brigitte Mazohl (Hg.): Die Österreichische Akademie der Wissenschaften 1847–2022. Eine neue Akademieggeschichte (Bd. 1), Wien 2022, S. 311–409.
- Die Feier des 50jährigen Bestehens der Geologischen Landesanstalt und der Abschied ihres langjährigen Präsidenten des Geh. Oberbergrats Prof. Dr. Beyschlag am 21. März 1923, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1922, Bd. XLIII, Berlin 1923, S. LVI–LXXI.
- Feldenkirchen, Wilfried: Siemens 1918–1945, München u. Zürich 1995.
- Feldman, Gerald D.: Die Allianz und die deutsche Versicherungswirtschaft 1933–1945, München 2001.
- Fenske, Reiner: Kolonialismus in der Weimarer Republik. Der „Deutsche Ostbund“ und die „Deutsche Kolonialgesellschaft“ in den 1920er Jahren, Berlin 2022.

- Fessler, Klaus: Ein „steiniger“ Weg. Das geologische Schaffen Johann August Malins (1902–1942), in: sperrung. Mitteilungen der johann-august-malin-gesellschaft Nr. 3, Brengenz 1986.
- Finker, Kurt: Wehrwolf. Bund deutscher Männer und Frontkrieger, in: Dieter Fricke u. a. (Hg.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland (Bd. 2), Berlin 1968, S. 835–840.
- Fisch, Stefan: Strukturwandel von Reichswirtschaftsamt und Reichswirtschaftsministerium im Übergang zur Weimarer Republik, in: Carl-Ludwig Holtfrerich (Hg.): Das Reichswirtschaftsministerium der Weimarer Republik und seine Vorläufer. Strukturen, Akteure, Handlungsfelder (Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990, Bd. 1), Berlin u. Boston 2016, S. 96–145.
- Fisch, Stefan: Wirtschaftliche Zentralstellen in Deutschland bis zur Gründung eines eigenständigen Reichswirtschaftsamtes 1917, in: Carl-Ludwig Holtfrerich (Hg.): Das Reichswirtschaftsministerium der Weimarer Republik und seine Vorläufer. Strukturen, Akteure, Handlungsfelder (Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990, Bd. 1), Berlin u. Boston 2016, S. 27–95.
- Fisch, Stefan: Willkür und Regelhaftigkeit. Personal und Organisation des Reichswirtschaftsministeriums im Dritten Reich, in: Albrecht Ritschl (Hg.): Das Reichswirtschaftsministerium in der NS-Zeit. Wirtschaftsordnung und Verbrechenskomplex (Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990, Bd. 2), Berlin und Boston 2016, S. 18–75.
- Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1984.
- Fischer, Georg: Globalisierte Geologie. Eine Wissensgeschichte des Eisenerzes in Brasilien (1876–1914), Frankfurt am Main 2017.
- Fischer, Hans: Dr. phil. habil. Hans Jüngst 1901–1944. Ein Leben im deutschen Zeitalter der Extreme, Karlsruhe 2012 (Open Edition 2017).
- Fischer, Wilhelm: Isolierstoffe in der Elektrowärmetechnik, in: Richard Vieweg (Hg.): Elektrotechnische Isolierstoffe. Entwicklung, Gestaltung, Verwendung, Berlin u. Heidelberg 1937, S. 251–287.
- Fischer, Wolfram, Hohlfeld, Rainer u. Nötzoldt, Peter: Die Berliner Akademie in Republik und Diktatur, in: Wolfram Fischer (Hg.): Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945, Berlin 2000, S. 517–566.
- Flachowsky, Sören: „Alle Arbeit des Instituts dient mit leidenschaftlicher Hingabe der deutschen Rüstung“. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Eisenforschung als interinstitutionelle Schnittstelle kriegsrelevanter Wissensproduktion 1917–1945, in: Helmut Maier (Hg.): Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer. Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung des Nationalsozialismus, Göttingen 2007, S. 153–214.
- Flachowsky, Sören: Imperiale Geognostik und Wissenschaftskolonialismus. Die Etablierung der Kolonialgeologie an der Preußischen Geologischen Landesanstalt bis 1914, Bielefeld 2026.

- Flachowsky, Sören: Europäische Großraumwissenschaft unter deutscher Hegemonie. Das Reichserziehungsministerium und die geplante Neuordnung des internationalen wissenschaftlichen Verbandswesens 1940–1942, in: Andrea Albrecht u.a. (Hg.): Internationale Wissenschaftskommunikation und Nationalsozialismus. Akademischer Austausch, Konferenzen und Reisen in Geistes- und Kulturwissenschaften 1933 bis 1945, Berlin u. Boston 2021, S. 183–210.
- Flachowsky, Sören: „So viel ich kann, bemühe ich mich, der Heeresverwaltung nützlich zu sein.“ Wissenschaftler als Krisenmanager zwischen 1914 und 1945. Emil Fischer – Rudolf Schenck – Adolf Fry, in: Matthias Berg, Jens Thiel u. Peter Th. Walther (Hg.): Mit Feder und Schwert. Militär und Wissenschaft – Wissenschaftler und Krieg, Stuttgart 2009, S. 107–135.
- Flachowsky, Sören: Kohle – Koks – Kanonen. Die Kooperation zwischen Wissenschaft, Armee und rheinisch-westfälischer Industrie im Ersten Weltkrieg am Beispiel der Kommission zur Beschaffung von Kokereiprodukten, in: Westfälische Forschungen 60 (2010), S. 19–50.
- Flachowsky, Sören: Krisenmanagement durch institutionalisierte Gemeinschaftsarbeit. Zur Kooperation von Wissenschaft, Industrie und Militär zwischen 1914 und 1933, in: Michael Grüttner u.a. (Hg.): Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010, S. 83–106.
- Flachowsky, Sören: Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat. Wissenschaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und Krieg, Stuttgart 2008.
- Flachowsky, Sören: Das Reichsamt für Wirtschaftsausbau als Forschungsbehörde im NS-System. Überlegungen zur neuen Staatlichkeit des Nationalsozialismus, in: Technikgeschichte 82 (2015), Heft 3, S. 185–224.
- Flachowsky, Sören: Precarious Services. Prussian Geological Survey and German Colonialism until 1914, in: Simon Große-Wilde, Elisabeth Koelmel u. Vivian Yurdakul (Hg.): Science and the State. Governmental Research in War and Peace during the Twentieth Century, Bielefeld 2026.
- Flachowsky, Sören: Saubere Stadt. Saubere Weste? Die Geschichte der Berliner Stadtreinigung von 1871 bis 1955 mit dem Schwerpunkt Nationalsozialismus, Berlin 2021.
- Flachowsky, Sören: „Zeughaus für die Schwerter des Geistes“. Die Deutsche Bücherei in Leipzig 1912–1945, Göttingen 2018.
- Flachowsky, Sören u. Nötzoldt, Peter: Von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zur Deutschen Forschungsgemeinschaft. Die „Gemeinschaftsarbeiten“ der Notgemeinschaft 1924–1933, in: Marc Schalenberg u. Peter Th. Walther (Hg.): „...immer im Forschen bleiben“. Rüdiger vom Bruch zum 60. Geburtstag, Stuttgart 2004, S. 157–177.
- Flachowsky, Sören u. Reinhardt, Carsten: Verwerfungen der NS-Vergangenheit. Zum Aufbau der Geologischen Dienste in Westdeutschland (1945–1962), Bielefeld 2026.

- Flachowsky, Sören u. Stoecker, Holger (Hg.): Vom Amazonas an die Ostfront. Der Expeditionsreisende und Geograph Otto Schulz-Kampfhenkel (1910–1989), Köln u.a. 2011.
- Fliegel, Gotthard: Nachruf auf Franz Beyschlag, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1935, Band 56, Heft 2, Berlin 1936, S. 3–36.
- Föllmer, Moritz: Die Verteidigung der bürgerlichen Nation. Industrielle und hohe Beamte in Deutschland und Frankreich 1900–1930, Göttingen 2002.
- Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (Deutsche Forschungsgemeinschaft), Heft 4: Geophysik und Aerologie, Berlin 1928.
- Frank, Heinrich: Die Verwertung von synthetischen Fettsäureestern als Kunstspeisefette in wirtschaftlicher, physiologischer und technischer Beziehung, Braunschweig 1921.
- Frebold, Georg: Wichtige natürliche Hochbaugesteine Niedersachsens und ihre Verwendung an Bauten des Mittelalters, in: Jahrbuch der Geographischen Gesellschaft zu Hannover für 1936 und 1937, Hannover 1937, S. 167–203.
- Freund, Florian: Ebensee, in: Wolfgang Benz u. Barbara Distel (Hg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 4: Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück, München ²2017, S. 354–360.
- Freund, Florian u. Bertrand Perz: Mauthausen – Stammlager, in: Wolfgang Benz u. Barbara Distel (Hg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 4: Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück, München ²2017, S. 293–346.
- von Freyberg, Bruno: Das geologische Schrifttum über Nordost-Bayern (1476–1965), Teil II: Biographisches Autoren-Register, in: Geologica Bavarica 71 (1974), München 1974.
- Freytag, Carl: Deutschlands „Drang nach Südosten“. Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag und der „Ergänzungsraum Südosteuropa“ 1931–1945, Göttingen 2012.
- Friedensburg, Ferdinand: Die Bergwirtschaft der Erde. Bodenschätze, Bergbau und Mineralienversorgung der einzelnen Länder, Stuttgart ²1942.
- Friedensburg, Ferdinand: Kohle und Eisen im Weltkriege und in den Friedensschlüssen, München u. Berlin 1934.
- Friederichsen, Max: Vorläufiger Bericht über die erste Arbeitsperiode (Januar bis April 1916) der „Landeskundlichen Kommission beim Generalgouvernement Warschau“, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin, 1916, Nr. 5, S. 320–327.
- Friedl, Karl: Erdöl in Österreich, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinen-Wesen im Preussischen Staate 85 (1937), Berlin 1937, S. 214–226.
- Fröhlich, Paul: „Der unterirdische Kampf“. Das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt 1924–1943, Paderborn 2018.

- Frøland, Hans Otto: Besatzungswirtschaft in Nordeuropa: Norwegen und Dänemark, in: Marcel Boldorf u. Jonas Scherner (Hg.): Handbuch Wirtschaft im Nationalsozialismus, Berlin u. Boston 2023, 793–818.
- Fuchs, Alexander: Nachruf auf August Denckmann, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1925, Bd. XLVI, Berlin 1926, S. LXIII–LXXIX.
- Das Deutsche Führerlexikon 1934/1935, Berlin 1934.
- Fulda, Ernst: Entstehung und Einteilung der deutschen Kalisalzlagerstätten, in: Zeitschrift für praktische Geologie 29 (1921), Heft 11 (November), S. 161–165.
- Funder, Ludger: Zur staatlichen Förderung und Lenkung der praktischen Lagerstättenuntersuchung im Vierjahresplan und in der Kriegswirtschaft, in: Metall und Erz 37 (1940), Heft 15 (August), S. 285–291.
- Funkwinkel, in: Vorwärts 45 (1928), Nr. 33 vom 20.1.1928, S. 6.
- Gabel, Oskar: Die Reichsbergbehörden und ihre Aufgaben, in: Der Vierjahresplan 7 (1943), Nr. 3 vom 15.3.1943, S. 99–101.
- Gärditz, Klaus Ferdinand: Hoflieferanten. Wie sich Politik der Wissenschaft bedient und selbst daran zerbricht, Stuttgart 2023.
- Gaertner, Hans-Rudolf: Nachruf auf Georg Berg, in: Geologisches Jahrbuch 69 (1955), S. XLV–LXI.
- Gagel, Curt: Geologische Beobachtungen aus Wolhynien. Vergleichende Studien über wolhynisches und deutsches Glazialdiluvium und über wolhynischen und deutschen Löß, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1922, Band XLIII, Berlin 1923, S. 273–322.
- Gagel, Curt: Nachruf auf Oskar Zeise, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1925, Bd. XLVI, Berlin 1926, S. LXXX–LXXXV.
- Gamsjäger, Heinz: Müller, Robert, in: Neue Deutsche Biographie 18 (1997), S. 474–475 (Online-Version, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd137857578.html#ndbcontent>, eingesehen am 4.4.2024).
- Gans, Robert: Kriegsarbeiten der Chemischen Abteilung der Geologischen Landesanstalt, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1919, Bd. XL, Teil II, Berlin 1921, S. CLXII.
- Ganss, Ortwin: Nachruf auf Joseph Knauer (1880–1966), in: Geologica Bavarica 63 (1970), S. 18–29.
- Gefallenengedenkfeier am 16. März 1935, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1934, Bd. 55, Heft 2, Berlin 1935, S. 34–38.
- Gehl, Otto: Abschied von Herbert Lothar Heck, in: Jahrbuch für Geologie Bd. 3 für 1967, Berlin 1970, S. 425–428.
- Gehring, Alfred, in: Wolfgang Böhm: Biographisches Handbuch zur Geschichte des Pflanzenbaus, München 1997, S. 79.

- Geiger, Katja u. Feichtinger, Johannes: Die kaiserliche Akademie im Ersten Weltkrieg (1914–1918), in: Johannes Feichtinger u. Brigitte Mazohl (Hg.): Die Österreichische Akademie der Wissenschaften 1847–2022. Eine neue Akademiegeschichte, Bd. 1, Wien 2022, S. 473–519.
- Geißler, Erhard: Biologische Waffen – Nicht in Hitlers Arsenalen. Biologische und Toxin-Kampfmittel in Deutschland 1915–1945, Münster 1999.
- Gemeinfassliche Darstellung des Eisenhüttenwesens, hrsg. vom Verein Deutscher Eisenhüttenleute, Düsseldorf 141937.
- Gemeinschaftsarbeiten auf dem Gebiet der Nationalen Wirtschaft, der Volksgesundheit und des Volkswohles, in: Fünfter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, Wittenberg 1926, S. 233–347.
- Georg, Enno: Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS, Stuttgart 1963.
- Gerlach, Christian: Krieg, Ernährung, Völkermord, Hamburg 1998.
- Gerlach, Christian: Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 2000.
- Germann, Klaus, Pagel, J.-M. u. Parekh, P. P.: Eigenschaften und Entstehung der „Lahn-Phosphorite“, in: Zeitschrift der deutschen Geologischen Gesellschaft 132 (1981), S. 305–323.
- Gerwarth, Robert: Reinhard Heydrich. Biographie, München 2011.
- Gesellschaft zur Förderung der Rheingauer Heimatforschung e.V.: Die Geschichte der Hindenburgbrücke – 1 (<http://www.rheingauer-heimatforschung.de/d.html>, eingesehen am 23.2.2023).
- Gesetz über die Beaufsichtigung von unterirdischen Mineralgewinnungsbetrieben und Tiefbohrungen vom 18.12.1933, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinen-Wesen im Preussischen Staate 81 (1933), Berlin 1933, S. A67.
- Gesetz zur Erschließung von Bodenschätzen vom 1.12.1936, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinen-Wesen im Preussischen Staate 84 (1936), Berlin 1936, S. 422–423.
- Gesetz zur Erschließung von Erdöl und anderen Bodenschätzen (Erdölgesetz) vom 12.5.1934, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinen-Wesen im Preussischen Staate 82 (1934), Berlin 1934, S. 97–99.
- Gess, Rolf-Heinz: 25 Jahre Prakla, in: Prakla Rundschau 5 (1962), Nr. 2 (Sonderausgabe Folge I), S. 1–8.
- Geyer, Michael: Deutsche Rüstungspolitik 1860–1980, Frankfurt am Main 1984.
- Geyer, Otto F. u. Gwinner, Manfred P.: Geologie von Baden-Württemberg, hrsg. von Matthias Geyer, Edgar Nitsch und Theo Simon, Stuttgart 2001.
- Glasow, Matthias: Bülow, Kurd von, in: Universität Rostock. Catalogus Professorum Rostochiensium, Rostock 2012 (https://cpr.uni-rostock.de/resolve/id/cpr_person_00002320, eingesehen am 7.3.2024).
- Glasow, Matthias: Schuh, Friedrich, in: Universität Rostock. Catalogus Professorum Rostochiensium, Rostock 2012 (https://cpr.uni-rostock.de/resolve/id/cpr_person_00003460, eingesehen am 20.9.2023).
- Glauning, Christine: Entgrenzung und KS-System. Das Unternehmen „Wüste“ und das Konzentrationslager in Bisingen 1944/45, Berlin 2006.

- Glazek, Jerzey u. Znosko, Jerzey: Professor Roland Brinkmann (1898–1995). Sein Leben, Unterstellungen und Fakten – ein Beitrag zur Geschichte der Geologie in Polen in der Zeit der Besetzung durch die Nationalsozialisten, in: *Geologisches Jahrbuch*, Reihe G, Heft 11, Hannover 2004, S. 55–78.
- Götzinger, Gustav: Die Tätigkeit der Nebenstelle in Kremsmünster (April bis September 1945), in: *Verhandlungen der Geologischen Bundesanstalt*, 1946, Heft 1–3, S. 8–11.
- Görz, Georg: Boden und Landwirtschaft im europäischen Rußland. Bericht über den 2. Internationalen Kongreß für Bodenkunde und die Exkursion durch das europäische Rußland, in: *Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1931*, Bd. 52, Berlin 1932, S. 32–58.
- Görz, Georg: Das Bodenschätzungsgesetz, in: *Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1935*, Bd. 56, Heft 2, Berlin 1936, S. 107–108.
- Görz, Georg: Ergebnisse der landwirtschaftlichen Bearbeitung der geologisch-agronomischen Spezialkarten und ihre wirtschaftlichen Folgerungen, in: *Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1931*, Bd. 52, Berlin 1932, S. 68–78.
- Görz, Georg: Elektro-physiologische Untersuchungen im Boden und im Baum, in: Erhard Hausendorff (Hg.): *Deutsche Waldwirtschaft. Ein Rückblick und Ausblick*, Berlin 1927, S. 36–58.
- Gogl, Simon: Die regionalen Dienststellen im Reichskommissariat Norwegen. Aufbau und Organisation, in: Dorothee Wierling (Hg.): „Wenn die Norskes uns schon nicht lieben,...“. Das Tagebuch des Dienststellenleiters Heinrich Christen im besetzten Norwegen 1941–1943, Göttingen 2021, S. 41–55.
- Gogl, Simon: *Laying the Foundations of Occupation. Organisation Todt and the German Construction Industry in Occupied Norway*, Berlin u. Boston 2020.
- van Gorsel, J. T. (Han), Chrzastek, Alina u. Gorecka-Nowak, Anna: Jozef Zwierzycki, a prolific Polish geological mapping expert in Indonesia, 1914–1938, in: *Berita Sedimentologi* 46 (2020), S. 61–73.
- Gothaischer genealogischer Hofkalender nebst diplomatisch-statistischem Jahrbuch 156 (1919), München 1919.
- Gotto, Bernhard: Adaption und Kooperation: Neue Geschäftspraktiken im Dritten Reich, in: Johannes Bähr u.a.: *Der Flickkonzern im Dritten Reich*, München 2008, S. 295–378.
- Gotto, Bernhard: Information und Kommunikation: Die Führung des Flick-Konzerns 1933–1945, in: Johannes Bähr u.a.: *Der Flick-Konzern im Dritten Reich*, München 2008, S. 165–294.
- Grabert, Hellmut: Eckart Schröder, in: *Decheniana* 122 (1969), Heft 2, S. 165–169.
- Grabert, Hellmut: Franz Lotze, in: *Decheniana* 125 (1972), Heft 1/2, 1–5.
- Graf, Mathias: „Aller Stürme ungeachtet“. Die rumänisch-deutschen diplomatischen Beziehungen von 1912 bis 1916. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der diplomatischen Kultur, Phil. Diss., Konstanz 2019.

- Grau, Conrad: Die Preußische Akademie und die Wiederanknüpfung internationaler Wissenschaftskontakte nach 1918, in: Wolfram Fischer (Hg.): Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945, Berlin 2000, S. 279–315.
- Grau, Conrad: Die Wissenschaftsakademien in der deutschen Gesellschaft: Das „Kartell“ von 1893 bis 1940, in: Christoph J. Scriba (Hg.): Die Elite der Nation im Dritten Reich – Das Verhältnis von Akademien und ihrem wissenschaftlichen Umfeld zum Nationalsozialismus, Halle 1995, S. 31–56.
- Grebing, Horst: Wilhelm Haack: 1947 inhaftiert und in sowjetischer Haft verstorben. Ein Geologenschicksal unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg, in: Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Geowissenschaften 171 (2020), Heft 1, S. 87–97.
- Grebing, Horst: Geologische Landesämter und deren Entwicklungen unmittelbar nach Zusammenbruch des „Reichsamtes für Bodenforschung“ nebst Vorgeschichte, in: Der Aufschluss 72 (2021), Heft 2, S. 96–103.
- Grewolls, Grete: Wer war wer in Mecklenburg und Vorpommern: Das Personenlexikon, Rostock 2011.
- Grieger, Manfred: Der DEA-Standort Rositz, in: <https://wintershalldea.com/de/wer-wir-sind/historie/der-dea-standort-rositz>, eingesehen 25.4.2024.
- Grieger, Manfred u. Karsch, Rainer: Treibstoff für den Weltkrieg. Die Deutsche Erdöl AG, 1933–1945, Frankfurt am Main 2024.
- Grieger, Manfred, Karlsch, Rainer u. Köhler, Ingo: Expansion um jeden Preis. Studien zur Wintershall AG zwischen Krise und Krieg 1929–1945, Frankfurt am Main 2020.
- Grimmelmann, W. u.a.: Roland Brinkmann 1898–1995, in: Geologische Rundschau 85 (1996), S. 186–190.
- Groehler, Olaf: Geschichte des Luftkrieges 1910–1980, Berlin-Ost 1981.
- Groß, Gerhard P.: Das Ende des Ersten Weltkrieges und die Dolchstoßlegende, Ditzingen 2018.
- Groß, Gerhard P.: Der osmanische Kriegsschauplatz im Ersten Weltkrieg, in: Bernhard Chiari u. Dieter H. Kollmer (Hg.): Naher Osten, Paderborn u.a. 2009, S. 51–57.
- Große-Wilde, Simon: Prüfen, forschen, regulieren. Die Chemisch-Technische Reichsanstalt als Ressortforschungseinrichtung von 1919 bis 1945, in: Lutz Budrass, Simon Große-Wilde u. Torsten Meyer (Hg.): Historische Produktionslogiken technischen Wissens. Helmut Maier zum 65. Geburtstag, Münster 2023, S. 181–202.
- Gründer, Horst: Geschichte der deutschen Kolonien, Paderborn 82023.
- Grüttner, Michael: Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, Heidelberg 2004.
- Grüttner, Michael: Talar und Hakenkreuz. Die Universitäten im Dritten Reich, München 2024.

- Grüttner, Michael u. Rüdiger Hachtmann: Wissenschaften und Wissenschaftler unter dem Nationalsozialismus. Selbstbilder, Praxis und Ressourcenmobilisierung, in: Grüttner, Michael u.a. (Hg.): Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010, S. 143–147.
- Grumbach, Salomon: Das annexionistische Deutschland. Eine Sammlung von Dokumenten, die seit dem 4. August 1914, in Deutschland öffentlich oder geheim verbreitet wurden, mit einem Anhang: Antiannexionistische Kundgebungen, Lausanne 1917.
- Gruner, Wolf (Bearb.): Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 1: Deutsches Reich 1933–1937, München 2008.
- Gudden, Helmut: Nachruf auf Fritz Heim (20. Juli 1887 bis 6. August 1980), in: *Geologica Bavarica* 83 (1982), S. 271–275.
- Gudden, Helmut: Nachruf auf Ernst Otto Teuscher 1907–1990, in: *Geologica Bavarica* 96 (1991), S. 239–145.
- Günther, Frieder: Verwaltungsstaat. Die Verwaltungskultur der deutschen Innenministerien 1919–1975, Göttingen 2025.
- Guntau, Martin: Zu einigen Aspekten der Geologie in der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland (1933–1945), in: *Geohistorische Blätter* 5 (2002), Heft 2, S. 125–150.
- Guntau, Martin: Biographie Adolf Watznauer, in: Helmut Müller-Enbergs u.a. (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biografien, Berlin ⁵2010, S. 1386–1387.
- Guntau, Martin: Gedanken zu einhundert Jahren Geologie in Deutschland 1770–1870, in: Hans Prescher (Hg.): Leben und Wirken deutscher Geologen im 18. und 19. Jahrhundert, Leipzig 1985, S. 9–17.
- Guntau, Martin: Geologische Institutionen und staatliche Initiativen in der Geschichte, in: M. Büttner u. E. Kohler (Hg.): *Geosciences/Geowissenschaften. Proceedings of the Symposium of the XVIIIth International Congress of History of Science at Hamburg-Munich*, 1.-9. August 1989, Teil III, Bochum 1991, S. 229–240.
- Guntau, Martin: Kurzbiografie Fritz Deubel, in: Helmut Müller-Enbergs u.a. (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biografien, Berlin ⁵2010, S. 230–231.
- Guntau, Martin u. Wirth, Uwe: Zur Entstehungsgeschichte der Preußischen Geologischen Landesanstalt in Berlin, in: *Zeitschrift für angewandte Geologie* 29 (1983), Heft 12, S. 616–621.
- Gunther, Albert Everard: *Oil Fields Investigation. The War Development of the German Crude Oil Industry 1939–1945, Part I: North West German Crude Oil Industry Exploration (Reichsbohrungen and Private) Wells 1939–1945 (BIOS Final Report No. 1010)*, London [um 1946].
- Gunther, Albert Everard: *Oil Fields Investigation. The War Development of the German Crude Oil Industry 1939–1945, Part II, Section 1: German Oil Industry. Exploration (BIOS Final Report No. 1011)*, London [um 1946].

- Gunther, Albert Everard: Oil Fields Investigation. Part II, Section 2: German Oil Industry. Exploration Structures 1939–1945 (BIOS Final Report No. 1012), London [um 1946].
- Gunther, Albert Everard: Oil Fields Investigation. The War Development of the German Crude Oil Industry 1939–1945, Part III, Section 1: German Oil Industry. Development and Exploitation of Oil Fields 1939–1945 (BIOS Final Report No. 1013), London [1946].
- Gunther, Albert Everard: Oil Fields Investigation. Part III, Section 2: German Oil Industry. Development and Exploitation of Oil Fields 1939–1945 (BIOS Final Report Nr. 1014), London [um 1946].
- Gunther, Albert Everard: Oil Fields Investigation. Part III, Section 3: German Oil Industry. Oil Production Statistics and Analyses (BIOS Final Report No. 1015), London [um 1946].
- Gunther, Albert Everard: Oil Fields Investigation. Part IV, Section 1: The War Structure of the German Crude Oil Industry 1934–1945 (BIOS Final Report No. 1016), London [um 1946].
- Gunther, Albert Everard: Oil Fields Investigation. Part IV, Section 2: The War Structure of the German Crude Oil Industry 1934–1945. Private Industry (BIOS Final Report No. 1017), London [um 1946].
- Gutberger, Jörg: Volk, Raum und Sozialstruktur. Sozialstruktur- und Sozialraumforschung im „Dritten Reich“, Münster 1996.
- Haack, Wilhelm: Über die Arbeiten des Instituts für Erdölgeologie an der Preußischen Geologischen Landesanstalt und den Stand des Erdölproblems in Deutschland, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1935, Bd. 56, Heft 2, Berlin 1936, S. 113.
- Hachmeister, Lutz: Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six, München 1998.
- Hachtmann, Rüdiger: Elastisch, dynamisch und von katastrophaler Effizienz – zur Struktur der Neuen Staatlichkeit des Nationalsozialismus, in: Sven Reichardt u. Wolfgang Seibel (Hg.): Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2011, S. 29–73.
- Hachtmann, Rüdiger: Der Ertrag eines erfolgreichen Wissenschaftsmanagements. Die Etatentwicklung wichtiger Kaiser-Wilhelm-Institute 1929 bis 1944, in: Helmut Maier (Hg.): Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer. Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung des Nationalsozialismus, Göttingen 2007, S. 561–598.
- Hachtmann, Rüdiger: Forschen für Volk und „Führer“, in: Dietmar Süß u. Winfried Süß (Hg.): Das „Dritte Reich“. Eine Einführung, München 2008, S. 205–225.
- Hachtmann, Rüdiger: Unter „deutscher Führung im großeuropäischen Raum“. Trends nationalsozialistischer Wissenschaftsexpansion seit 1938, in: Sören Flachowsky, Rüdiger Hachtmann u. Florian Schmaltz (Hg.): Ressourcenmobilisierung. Wissenschaftspolitik und Forschungspraxis im NS-Herrschaftssystem, Göttingen 2016, S. 33–81.

- Hachtmann, Rüdiger: „Neue Staatlichkeit“ im NS-System – Überlegungen zu einer systematischen Theorie des NS-Herrschaftssystems und ihrer Anwendung auf die mittlere Ebene der Gaue, in: Jürgen John, Horst Möller u. Thomas Schaarschmidt (Hg.): Die NS-Gaue – regionale Mittelins-tanzen im zentralistischen „Führerstaat“, München 2007, S. 56–79.
- Hachtmann, Rüdiger: Die Wissenschaftslandschaft zwischen 1930 und 1949. Profilbildung und Ressourcenverschiebung, in: Michael Grüttner u.a. (Hg.): Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010, S. 193–205.
- Hachtmann, Rüdiger: Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Göttingen 2007.
- Hachtmann, Rüdiger: Vom Wilhelminismus zur Neuen Staatlichkeit des Nationalsozialismus. Das Reichsarbeitsministerium 1918–1945, Göttingen 2023.
- Hachtmann Rüdiger u. Süß, Winfried: Editorial: Kommissare im NS-Herrschaftssystem. Probleme und Perspektiven der Forschung, in: dies. (Hg.): Hitlers Kommissare. Sondergewalten in der nationalsozialistischen Diktatur, Göttingen 2006, S. 9–27.
- Hackenholz, Dirk: Die Elektrochemischen Werke in Bitterfeld 1914–1945. Ein Standort der IG Farbenindustrie AG, Münster 2004.
- Häusler, Hermann: Militärisch angewandte geologische Arbeiten im Vorderen Orient während des Ersten und Zweiten Weltkrieges, in: Berichte der Geologischen Bundesanstalt Wien 140 (2021), S. 28–51.
- Häusler, Hermann: The northern Atlantic Wall: German engineering geology work in Norway during World War II, in: Edward P. F. Rose, Judy Ehlen, Ursula L. Lawrence (Ed.): Military Aspects of Geology: Fortification, Excavation and Terrain Evaluation, London 2019, S. 83–108.
- Häusler, Hermann: Beispiele wehrgeologischer Aufgaben im 2. Weltkrieg, in: Mitteilungen der Gesellschaft der Geologie- und Bergbaustudenten in Österreich 32 (1986), S. 12–136.
- Häusler, Hermann: Development of military geology in the German Wehrmacht 1930–45, in: Edward P. F. Rose and C Paul Nathanail (Ed.): Geology and Warfare: Examples of the Influence of Terrain an Geologists on Military Operations, London 2000, S. 141–158.
- Häusler, Hermann: Johann Samuel Gruner (1766–1824) und Dr. Walter Kranz (1873–1953) – die Begründer der Militärgeologie im deutschsprachigen Raum, in: Daniela Angetter, Bernhard Hubmann u. Johannes Seidl (Hg.): Geologie und Militär: Von den Anfängen bis zum MilGeo-Dienst. 11. Wissenschaftshistorische Tagung der Österreichischen Arbeitsgruppe „Geschichte der Erdwissenschaften“, Wien 2012, S. 18–23.
- Häusler, Hermann: Dr. Helmut Stremme (1916–2009): Wehrgeologe im 2. Weltkrieg, in: Berichte der Geologischen Bundesanstalt 130 (2018), S. 20–48.
- Häusler, Hermann: Improvement in German Military Geology from the Napoleonic Wars to First World War, in: Guth, Peter L. (Ed.): Military Geoscience. Bridging History to Current Operations, Cham 2020, S. 3–19.

- Häusler, Hermann: Die Österreichische und Deutsche Kriegsgeologie 1914–1918 (Informationen des Militärischen Geo-Dienstes, Milgeo-Info, Nr. 75), Wien 2000.
- Häusler, Hermann: Oberleutnant in der Reserve Dr. Artur Winkler von Hermaden – Leiter der Geologengruppe „Isonzo“ im Jahr 1918, in: Berichte der Geologischen Bundesanstalt 103 (2013), S. 24–51.
- Häusler, Hermann: Militärische Trinkwasserversorgung – einst und jetzt, in: Berichte der Geologischen Bundesanstalt Wien 113 (2015), S. 23–55.
- Häusler, Hermann: Von der Wehrgeologie in Norwegen 1940–45 zum „Salzburger Kreis“ der Geomechanik, in: Berichte der Geologischen Bundesanstalt 113 (2015), S. 56–84.
- Häusler, Hermann: Die Wehrgeologie im Rahmen der Deutschen Wehrmacht und Kriegswirtschaft, Teil I: Entwicklung und Organisation, Teil II: Verzeichnis der Wehrgeologen, Wien 1995.
- Häusler, Hermann: Von der Wehrgeologie in Norwegen 1940–45 zum „Salzburger Kreis“ der Geomechanik, in: Daniela Angetter u. Bernhard Hubmann (Hg.): Geologie und Medizin. 14. Wissenschaftshistorisches Symposium der Österreichischen Arbeitsgruppe „Geschichte der Erdwissenschaften“ am 4. Dezember 2014 (Berichte der Geologischen Bundesanstalt, Bd. 113), Wien 2015, S. 56–84.
- Hafeneder, Rudolf: Überblick über das Militärische Geowesen Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert (Schriftenreihe Geoinformationsdienst der Bundeswehr), Heft 2, Euskirchen 2004.
- Hagner, Michael: Bye-bye science, welcome pseudoscience? Reflexionen über einen beschädigten Status, in: Dirk Rupnow u.a. (Hg.): Pseudowissenschaft. Konzeptionen von Nichtwissenschaftlichkeit in der Wissenschaftsgeschichte, Frankfurt am Main 2008, S. 21–50.
- Hagspiel, Wolfram: Lexikon der Kölner Architekten vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert, Bd. A-G, Köln 2022.
- Hallon, Ludovít: Die Slowakei und NS-Deutschland. Über die Rolle des Satellitenstaates für die „deutsche Großraumwirtschaft“, Stuttgart 2021.
- Hameister, E.: Übersichtstabelle der Methoden der angewandten Geophysik in der praktischen Geologie, in: Zeitschrift für praktische Geologie 43 (1935), Heft 2 (Februar), S. 26–29.
- Hammans, Ferdinand: Die Bergrechtliche Gesetzgebung Preußens und des Reichs im Jahre 1934, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Preussischen Staate 83 (1935), Berlin 1935, S. 4–12.
- Hampe, Erich: Der zivile Luftschutz im Zweiten Weltkrieg. Dokumentation und Erfahrungsberichte über Aufbau und Einsatz, Frankfurt am Main 1963.
- Handbuch über den Preussischen Staat, hrsg. vom Preussischen Staatsministerium für das Jahr 1934, 138 Jahrgang, Berlin 1934
- Hansen, Ernst Willi: Reichswehr und Industrie. Rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit und wirtschaftliche Mobilisierungsvorbereitungen 1923–1932, Boppard am Rhein 1978.

- Hansert, Andreas: Das Senckenberg-Forschungsmuseum im Nationalsozialismus. Wahrheit und Deutung, Göttingen 2018.
- Harbort, Erich: Die Bodenschätze Rumäniens, in: Deutsche Kriegswochenschau 1918, Nr. 76 vom 19.5.1918, S. 1156–1160.
- Harbort, Erich: Nachruf auf Erich Meyer, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1918, Bd. XXXIX, Teil II, Berlin 1921, S. LVI–LXIX.
- Harkins, Hugh: Zeppelin Raid in Edinburgh & Leith, 2/3 April 1916, ohne Ort, 2019.
- Hardtwig, Wolfgang: Die Preußische Akademie der Wissenschaften in der Weimarer Republik, in: Wolfram Fischer (Hg.): Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945, Berlin 2000, S. 25–51.
- Harrach, Tamás: Nachruf. Professor Dr. Ernst Schönhals im 85. Lebensjahr verstorben, in: Oberhessische Naturwissenschaftliche Zeitschrift 55 (1993), S. 103–104.
- Hatke, Brigitte: Hugo Stinnes und die drei deutsch-belgischen Gesellschaften von 1916. Der Versuch der wirtschaftlichen Durchdringung Belgiens im Ersten Weltkrieg durch die Industrie-, Boden- und Verkehrsgesellschaft 1916 m.b.H., Stuttgart 1990.
- Hauchecorne, Wilhelm: Die Gründung und Organisation der Königlichen geologischen Landesanstalt für den Preussischen Staat, in: Jahrbuch der Königlich Preussischen geologischen Landesanstalt und Bergakademie zu Berlin für das Jahr 1880, Berlin 1881, S. IX–XCVIII.
- Haude, Reimund: Hertha Doreck, 15.7.1899–30.3.1991, in: Paläontologische Zeitschrift 66 (1992), S. 1–7.
- Haunschmied, Rudolf A., Mills, Jan-Ruth u. Witzany-Durda, Siegi: St. Georgen, Gusen, Mauthausen. Concentration Camp Mauthausen Reconsidered, Norderstedt 2004.
- Haus, Rainer: „Die deutsche Eisenwirtschaft während des Krieges“ von Alfred Stellwaag. Ein Standardwerk zur Eisen- und Stahlindustrie des Ersten Weltkrieges, in: Marcel Boldorf u. Rainer Haus (Hg.): Die deutsche Kriegswirtschaft im Bereich der Heeresverwaltung 1914–1918, Bd. 4: Dies. (Hg.): Die Ökonomie des Ersten Weltkrieges im Lichte der zeitgenössischen Kritik, Berlin u. Boston 2016, S. 193–221.
- Haus, Rainer: Lothringen und Salzgitter in der Eisenerzpolitik der deutschen Schwerindustrie von 1871–1940, Salzgitter 1991.
- Hausendorff, Erhard: Vorwort, in: ders. (Hg.): Deutsche Waldwirtschaft. Ein Rückblick und Ausblick, Berlin 1927, S. V–VII.
- Hauser, Christoph: Nachruf auf Chefgeologe Dr. Oskar Schmidegg 7. Februar 1898–11. Dezember 1985, in: Jahrbuch der Geologischen Bundesanstalt 129 (1986), Heft 2, S. 277–282.

- Hausmann, Frank-Rutger: Internationalität von Geistes- und Kulturwissenschaften in der NS-Zeit – die deutsch-französische Rivalität im Spiegel der romanistischen Fachzeitschriften, in: Andrea Albrecht u.a. (Hg.): „Zwischenvölkische Aussprache“. Internationaler Austausch in wissenschaftlichen Zeitschriften 1933–1945, Berlin u. Boston 2020, S. 117–137.
- Hayes, Peter: Carl Bosch and Carl Krauch. Chemistry and the Political Economy of Germany, 1925–1945, in: *Journal of Economic History* 47 (1987), Heft 2, S. 353–363.
- Heck, Herbert-Lothar: Nachruf auf Wilhelm Wolff, in: *Geologisches Jahrbuch für das Jahr 1950 66* (1952), S. IXL–LIV.
- Heeke, Matthias: Reisen zu den Sowjets. Der ausländische Tourismus in Rußland 1921–1941. Mit einem bio-bibliographischen Anhang zu 96 deutschen Reiseautoren, Münster u.a. 2003.
- von Hehl, Ulrich: In den Umbrüchen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Universität Leipzig vom Vorabend des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1909–1945, in: ders. u.a. (Hg.): *Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009*, Bd. 3: Das zwanzigste Jahrhundert 1909–2009, Leipzig 2010, S. 17–334.
- Heide, Anna-Magdalena: „Man kann Bergleute nicht grotesk schnitzen“. Bergmännische Darstellungen in der Kunstsammlung des Bochumer Bergbaumuseums (1928–1966), Berlin u. Boston 2023.
- Heimann, Siegfried: Der „Preußenputsch“ im Juli 1932 und die Regierung Otto Braun, in: Michael C. Bienert u. Lars Lüdicke (Hg.): *Preußen zwischen Demokratie und Diktatur. Der Freistaat, das Ende der Weimarer Republik und die Errichtung der NS-Herrschaft, 1932–1943*, Berlin 2018, S. 105–128.
- Heise, F[ritz] u. Herbst F[riedrich]: *Lehrbuch der Bergbaukunde mit besonderer Berücksichtigung des Steinkohlenbergbaues*, Bd. 1, Berlin u. Heidelberg ⁵1923.
- Heissel, Werner: Nachruf auf Otto Reithöfer, in: *Mitteilungen der Geologischen Gesellschaft in Wien* 58 (1965), S. 263–264.
- Heissel, Werner: Nachruf auf Otto Reithöfer, in: *Verhandlungen der Geologischen Bundesanstalt Wien* (1966), S. 3–7.
- Hensoldt, Ernst E.: Voraussetzungen und Grenzen der Mikropaläontologie, in: *Zeitschrift für praktische Geologie* 46 (1938), Heft 7 (Juli), S. 133–134.
- Herbert, Ulrich: Der deutsche Professor im Dritten Reich, in: Karin Orth u. Willi Oberkrome (Hg.): *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik*, Stuttgart 2010, S. 483–502.
- Herbert, Ulrich, Orth, Karin u. Dieckmann, Christoph: Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Geschichte Erinnerung, Forschung, in: dies. (Hg.): *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur*, Bd. 1, Frankfurt am Main 2002, S. 17–40.

- Herbst, Andreas: „Wenn das wahr ist, fliegen wir wohl alle raus...“. Zur Verfolgung Berliner Stadtverordneter und Magistratsmitglieder in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Vor die Tür gesetzt. Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933–1945, hrsg. vom Verein Aktives Museum e. V., Berlin 2006, S. 81–111.
- Herbst, Ludolf: Deutschland im Krieg 1939–1945, in: Martin Broszat u. Norbert Frei (Hg.): Das Dritte Reich im Überblick. Chronik, Ereignisse, Zusammenhänge, München ⁵1996, S. 65–79.
- Herbst, Ludolf: Das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg, Frankfurt am Main 1996.
- Herbst, Ludolf: Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945, Stuttgart 1982.
- Herf, Jeffrey: Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in Deutschland seit 1945. Anfänge, Hauptmotive und Kritik an der Erinnerungspolitik vonseiten des SED-Regimes und der radikalen Linken in Westdeutschland, in: Magnus Brechtken (Hg.): Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium, Göttingen ²2021, S. 38–60.
- Hergesell, H[ugo] u. Duckert, P[aul]: Sprengungen zu Forschungszwecken. Ergebnisse der vom 1. April 1923 bis zum 30. September 1926 an verschiedenen Orten Deutschlands ausgeführten Versuche, Braunschweig 1927.
- Herring, Beate: Wilhelm Jordan. Der Archäologe auf der Wewelsburg, in: Jan-Erik Schulte (Hg.): Die SS, Himmler und die Wewelsburg, Paderborn u.a. 2009, S. 196–208.
- Herrmann, Fritz: Über Erdbrände, in: Zeitschrift der Deutschen Geologischen Gesellschaft. B. Monatsberichte Nr. 5–7 1919 (Protokoll der Sitzung vom 7. 5. 1919), S. 66–77.
- Hesemann, Julius: Die Arbeiten auf dem Gebiet der Erz-, Kohlen- und Salzlagerstätten, in: Hans Udluft: Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–1939, Hannover 1968, S. 89–97.
- Eintrag Hesemann, Julius: Galerie der Professorinnen und Professoren, Universität zu Köln (<https://professorenkatalog.uni-koeln.de/person/show/1427>, eingesehen am 28.3.2024).
- Hess von Wichdorff, Hans: Nachruf auf Adolf Klautzsch, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1927, Bd. XLVIII, Berlin 1928, S. XLIV–XLIX.
- Hesse, Jan-Otmar: Fortsetzung des Wirtschaftskrieges. Die Neuordnung der globalen Wirtschaft nach Versailles und die deutschen Unternehmen, in: Dieter Ziegler u. Jan-Otmar Hesse (Hg.): 1919 – Der Versailler Vertrag und die deutschen Unternehmen, Berlin u. Boston 2022, S. 375–393.
- Heyer, Walter: Die Sprengtechnik im Minenkrieg, in: Zeitschrift für das gesamte Schieß- und Sprengstoffwesen XIX (1924), Nr. 12, S. 180–186.

- Hiltermann, Heinrich: Mikropaläontologie, in: Ludwig Rüger (Hg.): Geologie und Paläontologie (Naturforschung und Medizin in Deutschland 1939–1945. Für Deutschland bestimmte Ausgabe der FIAT Review of German Science, Bd. 48), Wiesbaden 1948, S. 203–212.
- Hiltermann, Heinrich: Carl A. Wicher zum Gedenken, in: Erdöl und Kohle, 10 (1957), S. 328.
- Hinz-Wessels, Annette: Unter dem Dach der Tierseuchenforschungsstiftung: Der Ausbau des Riems in den 1920er und 1930er Jahren, in: Annette Hinz-Wessels u. Jens Thiel: Das Friedrich-Loeffler-Institut 1910–2010. 100 Jahre Forschung für die Tiergesundheit, Berlin 2010, S. 57–86.
- Hinz-Wessels, Annette: Das Robert Koch-Institut im Nationalsozialismus, Berlin 2008.
- Hippel, Wolfgang von: Auf dem Weg zum Weltunternehmen (1865–1900), in: Werner Abelshauser (Hg.): Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte, München 2002, S. 17–116.
- Hirschfeld, Gerhard: Die Attraktion des Ersten Weltkrieges für die Nazi-Bewegung, in: Gudrun Brockhaus (Hg.): Attraktion der NS-Bewegung, Essen 2014, S. 63–78.
- Hirte, Ronald u. Stein, Harry: Die Beziehungen der Universität zum Konzentrationslager Buchenwald, in: Uwe Hoßfeld u.a. (Hg.): Kämpferische Wissenschaft. Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus, Köln 2003, S. 361–398.
- Hördler, Stefan: Ordnung und Inferno. Das KZ-System im letzten Kriegsjahr, Göttingen 2020.
- Höschle, Gerd: Die deutsche Textilindustrie zwischen 1933 und 1939. Staatsinterventionismus und ökonomische Rationalität, Stuttgart 2004.
- Hoffmann, Dieter u. Trischler, Helmuth: Die Helmholtz-Gemeinschaft in historischer Perspektive, in: Jürgen Mlynek u. Angela Bittner (Hg.): 20 Jahre Helmholtz-Gemeinschaft, Bonn 2015, S. 9–47.
- Hoffmann, Karl: Nachruf auf Leonhard Riedel, in: Geologisches Jahrbuch 72 (1957), S. XI–XVIII.
- Hofmeister, Björn: Anwalt für die Diktatur. Heinrich Claß (1868–1953). Sozialisation – Weltanschauung – alldeutsche Politik, Berlin u. Boston 2024.
- Hofmeister, Björn: Einführung, in: Heinrich Claß: Politische Erinnerungen des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes 1915–1933/36, hrsg. von Björn Hofmeister, Berlin 2022, S. 1–106.
- Hofmeister, Björn: From Colonial to Communist Geology. The Early Career of the President of East Germany's Geological Survey, Erich Lange, from 1913 to 1946, in: Simon Große-Wilde, Elisabeth Koemel u. Vivian Yurdakul (Hg.): Science and the State. Governmental Research in War and Peace during the Twentieth Century, Bielefeld 2026.
- Hofmeister, Björn: Between Monarchy and Dictatorship. Radical Nationalism and Social Mobilization of Pan-German League, 1914–1939, Dissertation Georgetown University, Washington DC 2012.

- Hohl, Rudolf: Herbert-Lothar Heck zum Gedenken, in: Berichte der deutschen Gesellschaft für geologische Wissenschaften 14 (1969), Heft 1, S. 123–129.
- Hohn, Hans-Willy u. Schimank, Uwe: Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem. Akteurskonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung, Frankfurt am Main u. New York 1990.
- Homburg, Heidrun: Das Reichswirtschaftsamt/Reichswirtschaftsministerium in der Formierungsphase 1917–1923. Strukturen und Akteure, in: Carl-Ludwig Holtfnerich (Hg.): Das Reichswirtschaftsministerium in der Weimarer Republik und seine Vorläufer. Strukturen, Akteure, Handlungsfelder (Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990, Bd. 1), Berlin u. Boston 2016, S. 148–223.
- Homilius, Joachim: Der Direktorenkreis, in: Ralph Hänel u. Joachim Homilius (Koordinatoren): Rechtsgrundlagen und Aufgaben der Staatlichen Geologischen Dienste in der Bundesrepublik Deutschland (Geologisches Jahrbuch Reihe G, Heft 3), Hannover 1998, S. 155–193.
- Honcamp, Franz. Düngung und Düngemittel, in: ders. (Hg.): Handbuch der Pflanzenernährung und Düngerlehre, Bd. 2: Düngemittel und Düngung, Berlin 1931, S. 1–61.
- Honcamp, Franz: Agrikulturchemische Probleme, in: Die Naturwissenschaften 16 (1928), Heft 4 vom 27.1.1928, S. 49–56.
- Hoppe, Andreas: Ein Forscherleben im Nationalsozialismus und danach. Der Paläobotaniker und Landesgeologe Franz Kirchheimer (1911–1984), in: Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Geowissenschaften 170 (2019), Heft 2, S. 211–233.
- Hoppe, Andreas: Unten und oben – Max Pfannenstiel im 20. Jahrhundert. Katholik mit jüdischen Vorfahren, Geologe und Bibliothekar, im Exil und bei der Wehrmacht, Ordinarius und Rektor, Freiburg u. München 2020.
- Hoppe, Andreas u. Hoppe, Dorothee: Geowissenschaftler und ihr Judentum im deutschen Sprachraum des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Geowissenschaften 169 (2018), Heft 1, S. 73–95.
- Hoppe, Dorothee, Hoppe, Andreas u. Heinz-Gerd Röhling: Die Mikropaläontologin Beata Moos (1902–1984) – Überlebende der Shoah, in: Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Geowissenschaften 174 (2023), Heft 2, S. 353–358.
- Eintrag Walter Hoppe, in: Mineralienatlas – Fossilienatlas (<https://www.mineralienatlas.de/lexikon/index.php/Hoppe%2C%20Walter>, eingesehen am 28.3.2024).
- Hoßfeld, Uwe u. Zachos, Frank E.: Namhafte Vertreter der Kieler Biowissenschaften im Nationalsozialismus, in: Christoph Cornelißen u. Carsten Mish (Hg.): Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus, Essen 2009, S. 323–340.

- Huck, Jürgen: Gegen Frankreich. Untersuchung zu Schlieffens Planung von Westfeldzügen 1905 und 1912, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 76 (2017), Heft 2, S. 381–418.
- Hübner, Christoph: Reichsflagge, 1919–1927, in: Historisches Lexikon Bayerns, publiziert am 11.5.2006 (https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Reichsflagge,_1919-1927, eingesehen am 1.8.2023).
- Hülsberger, Rainer: Hitlers Inspektionsfahrten am Westwall. Täuschung – Teilhabe – Verstrickung, in: Rheinisch-westfälische Zeitschrift für Volkskunde 66 (2021), S. 253–283.
- Hüntelmann, Axel C.: Hygiene im Namen des Staates. Das Reichsgesundheitsamt 1876 1933, Göttingen 2008.
- Huisman, Frank: Wilhelm Jordan. Als Wissenschaftler im besetzten Osten, in: Jan-Erik Schulte (Hg.): Die SS, Himmler und die Wewelsburg, Paderborn u.a. 2009, S. 209–226.
- Humann, Detlev: „Arbeitsschlacht“. Arbeitsbeschaffung und Propaganda in der NS-Zeit 1933–1939, Göttingen 2011.
- Hummel, K.: Die Bestandsaufnahme des Phosphorsäuregehaltes deutscher Gesteine als Maßnahme zur Sicherung der Phosphorsäure-Versorgung Deutschlands, in: Zeitschrift der Deutschen Geologischen Gesellschaft 90 (1938), Heft 6–7, S. 384–404.
- Hundert Jahre deutsche Eisenbahnen. Jubiläumsschrift zum hundertjährigen Bestehen der deutschen Eisenbahnen, hrsg. vom Reichsverkehrsministerium, Leipzig 1938.
- 100 Jahre Verein Deutscher Dünger-Fabrikanten = 100 Jahre Forschung für die Phosphorsäure, in: Im Dienst der Landwirtschaft. 60 Jahre Superphosphat-Industrie. 100 Jahre Verein Deutscher Dünger-Fabrikanten, Hamburg [1980], S. 9–12.
- Hundt, Rudolf: Wie weit ist Deutschland nach dem Weltkriege vom Bezug ausländischer Rohstoffe abhängig?, in: Metall und Erz. Zeitschrift für Metallhüttenwesen und Erzbergbau einschl. Aufbereitung 16 (1919), Heft 5, S. 102–103.
- Jacobs, Franz: Franz Kossmat (1871–1938). Mitbegründer der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft (DGG), in: Mitteilungen der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft, 2014, Bd. 2, S. 26–27 (https://dgg-online.de/WordPress_01/wp-content/uploads/2016/10/AdA20142Kossmat.pdf, eingesehen am 24.4.2024).
- Jahrbuch des Reichsamtes für Bodenforschung für das Jahr 1942, Bd. 63, Berlin 1944.
- Edward Walery Janczewski, in: https://historia.agh.edu.pl/wiki/Edward_Walery_Janczewski, eingesehen am 27.8.2024.
- Jansen, Christian: Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914–1935, Göttingen 1992.
- Janssen, Gregor: Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg, Berlin-West 1968.

- Jaskot, Paul B.: Concentration Camps and Cultural Policy: Rethinking the Development of the Camp System, 1936–41, in: Jeffrey Diefendorf (Ed.): Lessons and Legacies VI: New Currents in Holocaust Research, Evanston 2004, S. 5–20.
- Jentzsch, Alfred: Über Phosphatvorkommen in Westpreußen, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1918, Bd. XXXIX, Teil I, Berlin 1920, S. 96–132.
- Jentzsch, Alfred: Seeschlamm zur Streckung des Schweinefutters, in: Mitteilungen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft 31 (1916), Stück 23 vom 3.6.1916, S. 376–377 und Stück 27 vom 1.7.1916, S. 448–449.
- Jentzsch, Alfred: Der tiefere Untergrund Königsbergs mit Beziehung auf die Wasserversorgung der Stadt, in: Jahrbuch der Königlich Preussischen geologischen Landesanstalt und Bergakademie zu Berlin für das Jahr 1899, Bd. XX, Berlin 1900, S. 1–172.
- John, Jürgen u. Stutz, Rüdiger: Die Jenaer Universität 1918–1945, in: Traditionen, Brüche, Wandlungen: die Universität Jena 1850–1995, hrsg. von der Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert, Köln u.a. 2009, S. 270–587.
- Johnson, Jeffrey Allan: Weltkriege, in: Marianne Sommer, Staffan Müller-Wille u. Carsten Reinhardt (Hg.): Handbuch der Wissenschaftsgeschichte, Stuttgart 2017, S. 303–311.
- Jones, Larry Eugene: Conservative Antisemitism in the Weimar Republic. A Case Study of the German National People's Party, in: idem (Ed.): The German Right in the Weimar Republic. Studies in the History of German Conservatism, Nationalism, and Antisemitism, New York and Oxford, 2016, S. 79–107.
- Jüngst, Ernst: Die Gefährdung von Deutschlands künftiger Kohlenwirtschaft durch die Friedensbedingungen, in: Glückauf. Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift 55 (1919), Nr. 26 vom 28.6.1919, S. 486–491.
- Jung, Michael: „Voll Begeisterung schlagen unsere Herzen zum Führer“. Die Technische Hochschule Hannover und ihre Professoren im Nationalsozialismus, Norderstedt 2013.
- Jungcurt, Uta: Alldeutscher Extremismus in der Weimarer Republik. Denken und Handeln einer einflussreichen bürgerlichen Minderheit, Boston u. Berlin 2016.
- Kaemmel, Thomas: Erinnerungen an Friedrich (Fritz) Stammberger. Graphiker, Gulaghäftling, Geologe in Norilsk und Berlin, Berlin 2013.
- Kahlert, Heinrich: Chemiker unter Hitler. Wirtschaft, Technik und Wissenschaft der deutschen Chemie von 1914 bis 1945, Langwaden 2001.
- Kaienburg, Hermann: Die „Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH“ und ihre Wirtschaftstätigkeit in Gusen, in: coMMents 1 (2023), Heft 1, S. 7–19.
- Kaienburg, Hermann: Die Wirtschaft der SS, Berlin 2003.
- Kalkmann, Ulrich: Die Technische Hochschule Aachen im Dritten Reich (1933–1945), Aachen 2003.

- Kamps, H.-J.: Die Bildung und Entwicklung zentraler staatlicher geologischer Institutionen in Berlin in der Periode von der Entstehung des deutschen Imperialismus bis zum Inferno des faschistischen Krieges, in: Zeitschrift für angewandte Geologie 33 (1987), Heft 6, S. 148–153.
- Kann, Oliver: Karten des Krieges. Deutsche Kartographie und Raumwissen im Ersten Weltkrieg, Paderborn 2020.
- Kappen, Hubert: Die Bodenazidität. Nach agrikulturchemischen Gesichtspunkten dargestellt, Berlin 1929.
- Karlsch, Rainer: 1859–1945, in: ders. u. Raymond G. Stokes: „Faktor Öl“. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974, München 2003, S. 15–244.
- Karlsch, Rainer: Ein vergessenes Großunternehmen. Die Geschichte der Karpatten Öl AG, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1 (2004), S. 96–138.
- Karlsch, Rainer: Hitlers Bombe. Die geheime Geschichte der deutschen Kernwaffenversuche, München 2005.
- Karlsch, Rainer u. Schäfer, Michael: Wirtschaftsgeschichte Sachsens im Industriezeitalter, Dresden u. Leipzig 2006.
- Ein geologisches Kartenwerk von Deutschland, in: Vorwärts 39 (1922), Nr. 124 vom 14.3.1922, S. 2.
- Kasper, Hanns-Heinz: Die Ausplünderung polnischer und sowjetischer Erdölagerstätten im Gebiet der Vorkarpaten durch den deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978, Heft 2, S. 41–64.
- Kasper, Hanns-Heinz: Das Erdöl in den Raubplänen des deutschen Faschismus in Vorbereitung und bei der Durchführung des Zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, Heft III, S. 55–77.
- Kasper, Hanns-Heinz: Die Erdölgewinnung Deutschlands in der Zeit von 1933–1945, Diss. TU Dresden, Dresden 1974.
- Kater, Michael H.: Das „Ahnenerbe“ der SS 1935–1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches, München 32001.
- Kaunhown, Friedrich: Nachruf auf Oskar Tietze, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1920, Bd. XLI, Teil II, Berlin 1922, S. XXIII–XXX.
- Kaunhown, Friedrich: Über russische Phosphorite, in: Zeitschrift für praktische Geologie mit besonderer Berücksichtigung der Lagerstättenkunde 27 (1919), Heft 5 (Mai), S. 71–76, Heft 6 (Juni), S. 89–93.
- Kayser, Emanuel: Nachruf auf Fritz Herrmann, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1920, Bd. XLI, Teil II, Berlin 1922, Teil II, S. XII–XXII.
- Kegel, Wilhelm: Nachruf auf Johannes Ahlburg, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1920, Bd. XLI, Teil II, Berlin 1922, S. I–XI.
- Kegel, Wilhelm: Die Phosphoritlagerstätten in Nassau, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1922, Bd. XLIII, Berlin 1923, S. 197–240.

- Keilhack, Konrad: Bemerkungen zu einigen in den Jahren 1916 und 1917 erschienenen Arbeiten von E. Wunderlich, O. Jaekel und A. Penck, in: Jahrbuch der Königlich Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1917, Bd. XXXVIII, Teil I, Berlin 1919, S. 223–244.
- Keilhack, Konrad: Die Eisenerzlagertstätten des belgischen Kempenlandes, in: Glückauf. Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift 54 (1918), Nr. 24 vom 15.6.1918, S. 373–377.
- Kellershohn, Helmut: Im „Dienst an der nationalsozialistischen Revolution“. Die Deutsche Gildenschaft und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung 19 (1999–2004), Schwalbach 2004, S. 255–292 (<http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/kellershohn-gildenschaft-und-ns.pdf>, eingesehen am 2.8.2023).
- Keppler, Wilhelm: Die Erforschung des deutschen Bodens, in: Der Vierjahresplan 1 (1937), Folge 3 (März), S. 131–132.
- Keppler, Wilhelm: Mineralische Rohstoffe aus deutschem Boden, in: Der Vierjahresplan 1 (1937), Folge 8 (August), S. 454–455.
- Keppner, Gerhard: Ludger Mintrop. Der Mann, der in die Erde blickte. Die Eroberung des Untergrunds. Ein Lebensbild, Berlin 2012.
- Keppner, Gerhard: Waldemar Zettel and the rebuilding of Prakla, in: The Leading Edge 17 (1998), Heft 10, S. 1469–1477.
- Kerchnawe, Hugo: Die k.u.k. Militärverwaltung in Serbien, in: ders. (Hg.): Die Militärverwaltung in den von den Österreichisch-Ungarischen Truppen besetzten Gebieten, Wien 1928, S. 53–269.
- van de Kerkhof, Stefanie: Von der Friedens- zur Kriegswirtschaft. Unternehmensstrategien der deutschen Eisen- und Stahlindustrie vom Kaiserreich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Essen 2006.
- van de Kerkhof, Stefanie: Public-Private Partnership im Ersten Weltkrieg? Kriegsgesellschaften in der schwerindustriellen Kriegswirtschaft des Deutschen Reiches, in: Hartmut Berghoff, Jürgen Kocka u. Dieter Ziegler (Hg.): Wirtschaft im Zeitalter der Extreme. Beiträge zur Unternehmensgeschichte Österreichs und Deutschlands. Im Gedenken an Gerald D. Feldman, München 2010, S. 106–133.
- Kerner von Marilaun, Fritz: Über einige dalmatinische Asphaltvorkommen, in: Verhandlungen der Geologischen Reichsanstalt in Wien, Nr. 4, Sitzung vom 14.3.1916, S. 85–96.
- Kerner von Marilaun, Fritz: Geologische Beschreibung des Valbonatales in Nordostalbanien. Ergebnisse der im Auftrage der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften im Sommer 1916 unternommenen geologischen Forschungsreise nach Albanien, in: Denkschrift der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaft in Wien, Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse 95 (1918), Heft 7, S. 315–354.
- Kiener, Till: Die Neckar-Enz-Stellung. Gundelsheimer Bunkerwelten, Nürtingen 2002.

- Kiesewetter, Hubert: Industrielle Revolution in Deutschland. Regionen als Wachstumsmotoren, Frankfurt am Main 1989.
- Kirch, Paul: Krieg und Verwaltung in Serbien und Mazedonien 1916–1918, Stuttgart 1928.
- Kirchheimer, Franz: Aus der Geschichte der deutschen staatlichen Geologischen Dienste, in: Hans Dietrich Lang (Red.): 100 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt. Festakt am 1.6.1973 in Hannover. Grußworte – Vorträge – wissenschaftliche Beiträge (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 15), Hannover 1974, S. 51–62.
- Kirchheimer, Franz: Nachruf auf Carl Schnarrenberger 1875–1964, in: Geologisches Jahrbuch für das Jahr 1966 82 (1966), S. XXI–XXIV.
- Kirchheimer, Franz: Nachruf auf Carl Schnarrenberger 1875–1964, in: Mitteilungen des badischen Landesverbandes für Naturkunde und Naturschutz 4 (1965), N. F. 8, S. 545–548.
- Klapötke, Thomas M.: Chemie der hochenergetischen Materialien, Berlin u. New York 2009.
- Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. War war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 304.
- Klein, Ursula: Nützliches Wissen. Die Erfindung der Technikwissenschaften, Göttingen 2016.
- Klemun, Marianne u. Mattes, Johannes: Expeditionen und Forschungsreisen (1847–1918). Die kaiserliche Akademie als Förderer und Veranstalter, in: Johannes Feichtinger u. Brigitte Mazohl (Hg.): Die Österreichische Akademie der Wissenschaften 1847–2022. Eine neue Akademieggeschichte (Bd. 1), Wien 2022, S. 197–273.
- Klute, Fritz: Landeskundliche Arbeiten in Mazedonien, in: Walter Behrmann (Hg.): Verhandlungen des Zwanzigsten Deutschen Geographentages zu Leipzig vom 17. bis 19. Mai 1921, Berlin 1922, S. 98–106.
- Knauff, Wolfgang: Karl Hoffmann – ein Leben für den Jura. Rückblick und Würdigung anlässlich seines 90. Geburtstages, in: Stuttgarter Beiträge zur Naturkunde. Serie B (Geologie und Paläontologie), Nr. 137 vom 10.12.1987, S. 1–10.
- Knolle, Friedhart: Neue Forschungen zur NS-Geschichte der Harzer Höhlenforschung, Abhandlungen der Arbeitsgemeinschaft Karstkunde Harz, N.F., Nordhausen 2003 (https://www.karstwanderweg.de/publika/argenkaha/4_03/1-10/index.htm, eingesehen am 6.2.2024).
- Knolle, Friedhart: Walter Biese, die deutsch-österreichische Höhlenforschung und die Stillwasserfacetten, in: Die Höhle 65 (2014), Heft 1–4, S. 56–62.
- Knolle, Friedhart u.a.: Dr. Walter Biese (1895–1960) – verspäteter Nachruf auf einen politisch verfolgten Geologen und Höhlenforscher, in: Zeitschrift der Deutschen Geologischen Gesellschaft 173 (2022), S. 259–274.

- Knolle, Friedhart u.a.: Zur Erinnerung an Dr. Walter Biese (1895–1960), in: Mitteilungen des Verbandes deutscher Höhlen- und Karstforscher 56 (2010), Heft 4, S. 109–112 (<https://www.karstwanderweg.de/publika/vdhk/56/4/109–112/index.htm>, eingesehen am 1.8.2023).
- Knortz, Heike: Deutsche Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Zeit, Göttingen 2021.
- Kockel, Titus: Deutsche Ölpolitik 1928–1938, Berlin 2005.
- Kockel, Titus: Geologie und deutsche Ölpolitik 1928 bis 1938. Die frühe Karriere des Erdölgeologen Alfred Theodor Bentz, Phil. Diss. Technische Universität Berlin, Berlin 2003.
- Kockel, Titus: Geologie und Krieg. Die Erdölpolitik des Reichsamts für Bodenforschung und seiner Vorläufer, Magisterarbeit TU Berlin, Berlin 1994.
- Kockel, Titus: Zickzackkurs in den Krieg. Deutsche Ölpolitik von Achnacarry Castle bis Karinhall (1928–1938), in: Dietrich Eichholtz: Deutsche Ölpolitik im Zeitalter der Weltkriege. Studien und Dokumente, Leipzig 2010, S. 188–278.
- Köhler, Henning: Berlin in der Weimarer Republik (1918–1932), in: Wolfgang Ribbe (Hg.): Geschichte Berlins. Bd. 2: Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart, München 1987, S. 797–923.
- von Köhler, Ludwig: Die Staatsverwaltung der besetzten Gebiete, Bd. 1: Belgien, Stuttgart u.a. 1927.
- Köhler, Rudolf: Anfänge der Reflexionsseismik in Deutschland, in: H[erbert] Birett u.a. (Hg.): Zur Geschichte der Geophysik. Festschrift zur 50jährigen Wiederkehr der Gründung der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft, Berlin u.a. 1974, S. 99–113.
- Köhler, Rudolf: Seismik. Ihre Entwicklung von 1938 bis 1962, in: Prakla Rundschau 5 (1962), Nr. 3 (Sonderausgabe Folge II), S. 3–13.
- Kölbel, Heinrich: Die Internationalen Geologenkongresse von 1878 bis 1956, ihre Bedeutung und ihre Beschlüsse, in: Geologie. Zeitschrift für das Gesamtgebiet der Geologie und Mineralogie sowie der angewandten Geophysik 9 (1960), Heft 4, S. 346–390.
- Kölbl-Ebert, Martina: Geology in Germany 1933–1945: People, Politics and Organization, in: Earth Sciences History 36 (2017), Nr. 1, S. 63–100.
- Kölbl-Ebert, Martina: German petroleum geologists in World War II, in: J[onathan] Craig a. o. (Eds.): History of the European Oil and Gas Industry, London 2018, S. 391–407.
- Kölbl-Ebert, Martina: Closing the Iron Curtain: How Geologists in Berlin experienced the Cold War Era, in: Earth Sciences History 38 (2019), Heft 1, S. 94–123.
- Koenig, M.: Die Deutsche Geophysikalische Gesellschaft, 1922–1974, in: H[erbert] Birett u.a. (Hg.): Zur Geschichte der Geophysik. Festschrift zur 50jährigen Wiederkehr der Gründung der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft, Berlin u.a. 1974, S. 3–13.

- Körting, Eberhard: Vorwort, in: Christian Dirks u. Hermann Simon (Hg.): ... auf dem Dienstweg. Die Verfolgung von Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadt Berlin 1933 bis 1945, Berlin 2010, S. 7–11.
- Köster, Roman: Konsumgüterindustrien, in: Boldorf, Marcel (Hg.): Deutsche Wirtschaft im Ersten Weltkrieg, Berlin u. Boston 2020, S. 295–315.
- Kohl, Emil: Beiträge zur erdmagnetischen Erforschung Norddeutschlands I, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1927, Bd. XLVIII, Berlin 1928, S. 724–747.
- Kohl, Emil: Beiträge zur erdmagnetischen Erforschung Norddeutschlands II, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1928, Bd. XLIX, Teil I, Berlin 1928, S. 124–137.
- Kohl, Friedrich: Nachruf auf Albert Hock (1896–1964), in: *Geologica Bavarica* 63 (1970), S. 11–17.
- Koken, Ernst: Die Deutsche geologische Gesellschaft in den Jahren 1848–1898 mit einem Lebensabriss von E. Beyrich, Berlin 1901.
- Koloniale Leitsätze aufgestellt vom Vorstand der Deutschen Kolonialgesellschaft, in: *Deutsche Kolonialzeitung*, 55 (1916), Nr. 12 vom 20.12.1916, S. 185–186.
- Koppensteiner, Bruno W. u. Häusler, Hermann: Das Kaukasus-Öl – Ziel der Deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg, in: *Berichte der Geologischen Bundesanstalt* 140 (2021), S. 77–102.
- Kopper, Christopher: Hjalmar Schacht. Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier, München 2010.
- Kopper, Christopher: Das Ministerium Schacht und sein Einfluss, in: Albrecht Ritschl (Hg.): Das Reichswirtschaftsministerium in der NS-Zeit. Wirtschaftsordnung und Verbrechenskomplex (Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990, Bd. 2), Berlin und Boston 2016, S. 76–110.
- Kopper, Christopher: Transport und Verkehr, in: Marcel Boldorf (Hg.): *Deutsche Wirtschaft im Ersten Weltkrieg*, Berlin u. Boston 2020, S. 105–122.
- Kossmat, Franz: Bericht über eine Geologische Studienreise in den Kreisen Mitrovica, Novipazar und Prijepolja, Altserbien, in: *Berichte der Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften, Mathematisch-physische Klasse*, Leipzig 1916, S. 157–178.
- Kossmat, Franz: Gebirgsbau und Landschaft im Umkreis von Novipazar (Altserbien), in: *Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin*, Berlin 1917, Nr. 1, S. 49–61.
- Kranebitter, Andreas: Der Steinbruch „Wiener Graben“ und die Einrichtung des KZ Mauthausen, in: *KZ-Gedenkstätte Mauthausen. Mauthausen Memorial* 2008, S. 58–73.
- Kranz, Tomasz: Das KL Lublin – zwischen Planung und Realisierung, in: Ulrich Herbert, Karin Orth u. Christoph Dieckmann (Hg.): *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur*, Bd. II, Frankfurt am Main 2002, S. 363–389.

- Kranz, Tomasz: Lublin-Majdanek – Stammlager, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 7: Niederhagen/Wewelsburg, Lublin-Majdanek, Arbeitsdorf, Herzogenbusch (Vught), Bergen-Belsen, Mittelbau-Dora, München 2008, S. 33–84.
- Kranz, Walter: Militärgeologie, in: Kriegstechnische Zeitschrift, 16 (1913), Heft 10, S. 464–471.
- Kranz, Walter: Wehrgeologie, Pioniersprengdienst und Minierkampf, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinen-Wesen im Preussischen Staate 84 (1936), Berlin 1936, S. 65–67.
- Kranz, Walter: Was ist „Wehrgeologie“, in: Zeitschrift für praktische Geologie 46 (1938), Heft 2 (Februar), S. 35.
- Krause, Paul Gustav: Nachruf auf Friedrich Kaunhowen, in: Jahrbuch der Reichsstelle für Bodenforschung für das Jahr 1940, Bd. 61 (1941), S. 347–357.
- Krause, Paul Gustaf: Nachruf auf Willi Koert, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1927, Bd. XLVIII, Berlin 1928, S. XX–XXXVII.
- Krejci-Graf, Karl: Erdöl, Berlin 1936.
- Karl Krejci-Graf, in: Austria-Forum (https://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Karl_Krejci-Graf, eingesehen am 24.7.2024).
- Kress von Kressenstein, Friedrich: Überblick über die Ergebnisse an der Sinaifront von Kriegsbeginn bis zur Besetzung Jerusalems durch die Engländer Ende 1917, in: Zwischen Kaukasus und Sinai. Jahrbuch des Bundes der Asienkämpfer, Berlin 1921, S. 11–52.
- Kreutzmüller, Christoph: Grauen Übersehen. Reflektionen über die Bilder des Lili-Jacob-Albums, in: Michael Wildt u. Sybille Steinbacher (Hg.): Fotos im Nationalsozialismus. Neue Forschungen zu einer besonderen Quelle, Göttingen 2022, S. 117–138.
- Kreutzmüller, Christoph: Verfassung und Verwaltung der Hauptstadt, in: Michael Wildt u. Christoph Kreutzmüller (Hg.): Berlin 1933–1945, München 2013, S. 51–67.
- Kriegsentschädigung im Ersten Weltkrieg (Virtuelle Ausstellung, Bundesarchiv), in: <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Google-Galerien/kriegsentschaedigung-im-ersten-weltkrieg.html> (eingesehen am 6.9.2023).
- Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, Bd. 1: Die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Rüstung Deutschlands von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges, Berlin 1930, S. 336–344.
- von Kries, Wolfgang: Die wirtschaftliche Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau, in: Preußische Jahrbücher 235 (1934), S. 221–248.
- von Kries, Wolfgang: Deutsche Staatsverwaltung in Russisch-Polen, in: Preußische Jahrbücher 233 (1933), S. 130–156.

- Kroener, Bernhard R.: „General Heldenklau“. Die „Unruh-Kommission“ im Strudel polykratischer Desorganisation (1942–1944), in: Ernst Willi Hansen, Gerhard Schreiber u. Bernd Wegner (Hg.): Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs. Festschrift für Klaus-Jürgen Müller, München 1995, S. 269–285.
- Kroener, Bernhard R.: „Menschenbewirtschaftung“, Bevölkerungsverteilung und personelle Rüstung in der zweiten Kriegshälfte (1942–1944), in: Bernhard R. Kroener, Rolf-Dieter Müller u. Hans Umbreit: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942–1944/45 (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5/2), Stuttgart 1999, S. 777–1001.
- Kroener, Bernhard, R.: Die personellen Ressourcen des Dritten Reiches im Spannungsfeld zwischen Wehrmacht, Bürokratie und Kriegswirtschaft 1939–1942, in: Bernhard Kroener, Rolf-Dieter Müller u. Hans Umbreit: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–1941 (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5/1), Stuttgart 1988, S. 693–1001.
- Kroker, Evelyn: Das Bergbau-Archiv und seine Bestände, Bochum 2001.
- Król, Eugeniusz Cezary: Besatzungsherrschaft in Polen im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Charakteristik und Wahrnehmung, in: Bruno Thoß u. Hans-Erich Volkmann (Hg.): Erster Weltkrieg. Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland, Paderborn u.a. 2002, S. 577–591.
- Krusch, Paul: Der geologische Bau Belgiens unter besonderer Berücksichtigung der Steinkohlenvorkommen und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, in: Belfried. Eine Monatsschrift für Geschichte und Gegenwart der Belgischen Lande 1 (1917), S. 241–248.
- Krusch, Paul: Geologische Landesanstalten, in: Rudolf Dittler u.a. (Hg.): Handwörterbuch der Naturwissenschaften, Jena ²1934, S. 1089–1103.
- Krusch, Paul: Die wirtschaftliche Bedeutung der Erz- und Phosphatlagerstätten Belgiens, in: Belfried. Eine Monatsschrift für Geschichte und Gegenwart der Belgischen Lande 1 (1917), S. 529–540.
- Krusch, Paul: Das Campine-Kohlengebiet und seine Beziehungen zu den übrigen Steinkohlenbecken Belgiens und Nordwesteuropas in: Glückauf. Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift 51 (1915), Nr. 48 vom 27.11.1915, S. 1149–1154, Nr. 49 vom 4.12.1915, S. 1177–1190, Nr. 50 vom 11.12.1915, S. 1205–1214, Nr. 51 vom 18.12.1915, S. 1229–1235.
- Krusch, Paul: Die Eisenerze der Campine (Raseneisenerze und Campineerze) und ihre wirtschaftliche Bedeutung, in: Zeitschrift für praktische Geologie mit besonderer Berücksichtigung der Lagerstättenkunde 26 (1918), Heft 4 (April), S. 54–57.

- Krusch, Paul: Die Erz- und Phosphatlagerstätten Belgiens, in: Glückauf. Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift 52 (1916), Nr. 10 vom 4.3.1916, S. 185–189, Nr. 11 vom 11.3.1916, S. 210–219, Nr. 12 vom 18.3.1916, S. 233–236.
- Krusch, Paul: Die bergwirtschaftlichen Kampfmittel der beiden Mächtegruppen im Weltkriege, in: Glückauf. Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift 56 (1920), Nr. 20 vom 15.5.1920, S. 393–401.
- Krusch, Paul: Die Kriegsaufgaben der Geologischen Landesanstalt, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1919, Bd. XL, Teil II, Berlin 1921, S. CXXV–CLXII.
- Krusch, Paul: Die nutzbaren Lagerstätten Belgiens, ihre geologische Position und wirtschaftliche Bedeutung, Essen 1916.
- Krusch, Paul: Die nutzbaren Lagerstätten Serbiens und ihre wirtschaftliche Bedeutung für die Zentralmächte, in: Metall und Erz. Zeitschrift für Metallhüttenwesen und Erzbergbau einschl. Aufbereitung 13 (1916), Heft 4 vom 22.2.1916, S. 69–87.
- Krusch, Paul: Die Lebensdauer unserer Eisenerzlagerstätten und die Versorgung Deutschlands mit Eisen- und Manganerzen nach dem Kriege, in: Zeitschrift für praktische Geologie mit besonderer Berücksichtigung der Lagerstättenkunde 26 (1918), Heft 1 (Januar), S. 11–15, Heft 2 (Februar), S. 19–23.
- Krusch, Paul: Die Manganerzlagerstätten Belgisch-Luxemburgs in ihrer Beziehung zur Verwitterung der alten Oberfläche, in: Zeitschrift der Deutschen Geologischen Gesellschaft B. Monatsberichte Nr. 8–11 (1915), S. 204–217.
- Krusch, Paul: Nachruf auf Richard Michael, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1928, Bd. XLIX, Teil II, Berlin 1929, S. LXXXI–XCIV.
- Krusch, Paul: Nachruf auf Karl Schmeißer, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1926, Bd. XLVII, Heft 2, Berlin 1926, S. I–XVIII.
- Krusch, Paul: Über das Sinken der unteren Bauwürdigkeitsgrenze der nutzbaren Mineralien, vorzugsweise der Erze im Kriege infolge der höheren Metallpreise und der Fortschritte der Technik, in: Metall und Erz. Zeitschrift für Metallhüttenwesen und Erzbergbau einschl. Aufbereitung 14 (1917), Heft 21 vom 8.11.1917, S. 397–407.
- Krusch, Paul: Über die Stellung des Gelbbleierz (Wulfenits) in der Reihe der Leiterze im Lichte der im Kriege geschaffenen Aufschlüsse, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen 66 (1918), Heft 1, S. 56–69.
- Krusch, Paul: Die Untersuchung und Bewertung von Erzlagerstätten unter besonderer Berücksichtigung der Welt-Monatsstatistik, Stuttgart ³1920.
- Krusch, Paul: Die Versorgung Deutschlands mit metallischen Rohstoffen (Erzen und Metallen), Leipzig 1913.

- Krusch, Paul: Die Wirkung der Friedensbedingungen auf die Erz- und Kohlenversorgung Deutschlands, in: Metall und Erz. Zeitschrift für Metallhüttenwesen und Erzbergbau einschl. Aufbereitung 16 (1919), Heft 20 vom 22.10.1919, S. 473–484.
- Krusch, Paul, Fliegel, Gotthard u. Wolff, Wilhelm: Der Internationale Geologenkongreß Madrid 1926, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Preussischen Staate 74 (1926), Berlin 1926, S. B 139–B 148.
- Krusch, Paul, Schriel, Walter u. Reich, Georg Hermann: Der 15. Internationale Geologenkongreß in Pretoria (Südafrika), in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Preussischen Staate 77 (1929), Berlin 1929, S. B253–B312.
- Krzemiński, Adam: Polen im 20. Jahrhundert. Ein historischer Essay, München 1993.
- Kube, Alfred: Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München ²1987.
- Kühn, Ernst Benno: Die Bedeutung der geophysikalischen Methoden für Geologie und Bergwirtschaft, in: Zeitschrift für Geophysik II (1926), S. 342–350.
- Kühn, Ernst Benno: Zur Frage der Organisation physikalischer Landes-Untergundaufnahmen, in: Zeitschrift für praktische Geologie, 35 (1927), Heft 11 (November), S. 161–164.
- Kühn, Ernst Benno: Nachruf auf Curt Gagel, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr für 1927, Bd. XLVIII, Berlin 1928, S. I–XIX.
- Kühn, Ernst Benno: Nachruf auf Ludwig Finckh, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1930, Bd. 51, Teil 2, Berlin 1930, S. LXXXVII–LXXXVI.
- Kühn, P. u. Rohrbeck, F.: Die Preußische Geologische Landesanstalt in Berlin während der Zeit des Faschismus (Büro Keppler – Reichsamt für Bodenforschung), in: Wissenschaftlich-technischer Informationsdienst, ser. A, 1/28, Berlin-Ost 1987, S. 26–37.
- Kühne, Gunther: Das deutsche Bergrecht von 1865 bis zur Gegenwart, in: Klaus Tenfelde u. Toni Pierenkemper (Hg.): Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. und frühen 20. Jahrhundert (Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 3), Münster 2016, S. 495–531.
- Küpper, René: Karl Hermann Frank als Deutscher Staatsminister für Böhmen und Mähren, in: Monika Glettler, L'ubomír Lipták u. Alena Míšková (Hg.): Geteilt, besetzt, beherrscht. Die Tschechoslowakei 1938–1945: Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren, Slowakei, Essen 2004, S. 31–52.
- Küppers, Andreas: Quiring, Heinrich, in: Neue Deutsche Biographie 21 (2003), S. 50–51 (Online-Version, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd116318562.html#ndbcontent>, eingesehen am 28.6.2023).

- Kukuk, Paul: Geologie, Mineralogie und Lagerstättenlehre. Eine Einführung für Bergschüler, Gruben- und Vermessungsbeamte sowie für Studierende des Bergbaues, der Markscheidekunde, des Bauingenieurwesens und der Naturwissenschaften, Berlin u. Heidelberg ²1955.
- Kuller, Christiane: „Kämpfende Verwaltung“. Bürokratie im NS-Staat, in: Dietmar Süß u. Winfried Süß (Hg.): Das „Dritte Reich“. Eine Einführung, München 2008, S. 227–245.
- Kundmachung des Ministers für öffentliche Arbeiten in Prag, womit die mit der Durchführung der Bodendurchforschung nach Mineralien betrauten Organe bestimmt werden und der Umfang ihrer Betrauung abgegrenzt wird, vom 29. April 1940, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Deutschen Reich 88 (1940), S. 273.
- Kutscher, Fritz: Die Bibliothek, in: Hans Udluft: Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–1939, Hannover 1968, S. 119–122.
- Kutscher, Fritz: Nachruf auf Franz Michels, in: Jahrbuch des Nassauischen Vereins für Naturkunde 101 (1971), S. 10–16.
- Kutscher, Fritz: Die Veröffentlichungen, Karten und Schriftendruck, in: Hans Udluft: Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–1939, Hannover 1968, S. 137–160.
- Kutscher, Fritz: Die Vertriebsstelle, in: Hans Udluft: Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–1939, Hannover 1968, S. 161–163.
- van Laak, Dirk: Alles im Fluss. Die Lebensadern unserer Gesellschaft – Geschichte und Zukunft der Infrastruktur, Frankfurt am Main ²2018.
- van Laak, Dirk: Imperiale Infrastruktur. Deutsche Planungen für eine Erschließung Afrikas 1880 bis 1960, Paderborn 2004.
- Laba, Agnes: Im Dienst der Expansion. Polenforschung im Ersten Weltkrieg, in: Osteuropa 67 (2017), Heft 1/2, S. 97–105.
- Die Geologische Landesanstalt. Preußen fördert Technik und Landwirtschaft, in: Der Abend. Spätausgabe des „Vorwärts“ 45 (1928), Nr. 235 vom 19.5.1928, S. 7 [Technik].
- Prof. Dr. Erich Lange – 70 Jahre alt, in: Zeitschrift für angewandte Geologie 5 (1959), Heft 1, S. 2.
- Lange, Jürgen: Verzeichnis der Veröffentlichungen von Wolfgang Hartung, in: Oldenburger Jahrbuch 96 (1996), S. 313–317.
- Langer, Benjamin: „Fremde, ferne Welt“. Mazedonienimaginationen in der deutschsprachigen Literatur seit dem 19. Jahrhundert, Bielefeld 2019.
- Laubmann, H.: Nachruf auf Hermann Reisenegger, in: Zeitschrift für angewandte Chemie 44 (1931), Nr. 12 vom 21.3.1931, S. 213–215.
- Laufer, Johannes: Als Staatskonzern im ‚Dritten Reich‘. Die Preussag 1933 bis 1945, in: Bernhard Stier u. Johannes Laufer: Von der Preussag zur TUI. Wege und Wandlungen eines Unternehmens 1923–2003, Essen 2005, 155–386.

- Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbh (Hg.): Braunkohlenveredlung in Mitteldeutschland, Teil II (Süd), Senftenberg 2019 (https://agreement-berlin.de/wp-content/uploads/2020/01/Doku_Veredlung_Mideu-Sued_20200131_Web.pdf, eingesehen am 15.4.2024).
- Leber, Christoffer: Arbeit am Welträtsel. Religion und Säkularität in der Monismusbewegung um 1900, Göttingen 2020.
- Lee, Daniel: Der Sessel. Eine Spur in den Holocaust und die Geschichte eines ganz normalen Täters, München 2021.
- Lehmann, Ernst A.: Auf Luftpatrouille und Weltfahrt. Erlebnisse eines Zeppelinführers in Krieg und Frieden, Leipzig 1936 (vollständig überarbeitete Ausgabe, ungekürzte Fassung, Leipzig 2018, E-Book).
- Lehnstaedt, Stephan: Besatzungswirtschaft im Generalgouvernement Warschau und in Osteuropa, in: Marcel Boldorf (Hg.): Deutsche Wirtschaft im Ersten Weltkrieg, Berlin u. Boston 2020, S. 575–598.
- Lehnstaedt, Stephan: Dokumentation, in: Johannes Bähr u.a.: Der Flick-Konzern im Dritten Reich, München 2008, S. 745–956.
- Lehnstaedt, Stephan: Das Militärgeneralgouvernement Lublin. Die „Nutzbarmachung“ Polens durch Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 61 (2012), S. 1–26.
- Lehnstaedt, Stephan: Okkupation im Osten. Besatzeralltag in Warschau und Minsk 1939–1944, München 2010.
- Lehnstaedt, Stephan: Polen: Völkermord als Politik, in: Wolfgang Benz (Hg.): Deutsche Herrschaft. Nationalsozialistische Besatzung in Europa und die Folgen, Freiburg 2022, S. 119–137.
- Lein, Richard: Albrecht Spitz (1883–1918). Sein Einsatz als Kriegsgeologe und das frühe Ende eines hoffnungsvollen Talents, in: Daniela Angetter, Bernhard Hubmann u. Johannes Seidl (Hg.): Geologie und Militär: Von den Anfängen bis zum MilGeo-Dienst. 11. Wissenschaftshistorische Tagung der Österreichischen Arbeitsgruppe „Geschichte der Erdwissenschaften“, Wien 2012, S. 30–36.
- Die technisch-wissenschaftlichen Leistungen des StMPA Berlin-Dahlem in den Jahren 1935–1938, in: Mitteilungen der deutschen Materialprüfungsanstalten 28 (1941), S. 461–502.
- Lemberg, Hans: Tschechen, Slowaken und Deutsche in der Tschechoslowakischen Republik 1918–1938, in: Dietmar Storch (Red.): Tschechen, Slowaken und Deutsche. Nachbarn in Europa, Hannover 1995, S. 30–49.
- Lemberg, Jason: Stiftung – Wissenschaft – Krieg. Naturwissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt am Main im Nationalsozialismus, Göttingen 2024.
- Lemke, Heinz: Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im ersten Weltkrieg (Bis zur Februarrevolution), Berlin-Ost 1977.
- Lemmermann, Otto: Methoden für die Untersuchung des Bodens, Leipzig Teil 1 1932, Teil 2 1934.
- Leppla, August: Die Geologie in Belgien, in: Belfried. Eine Monatsschrift für Geschichte und Gegenwart der Belgischen Lande 2 (1918), S. 135–143.

- Leßau, Hanne: Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit, Göttingen 2020.
- Lieser, Paul: Bombardements durch deutsche Luftschiffe im Ersten Weltkrieg, München 2013.
- Lindner, Herbert: Nachruf auf Fritz Wiegers, in: Quartär 8 (1956), S. 243–244.
- Linne, Karsten: Afrika als „kolonialer Ergänzungsraum“. Kurt Weigelt und die kolonialwirtschaftlichen Planungen im „Dritten Reich“, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 47 (2006), Heft 2, S. 141–162.
- Linne, Karsten: Von der Arbeitsvermittlung zum „Arbeitseinsatz“. Zum Wandel der Arbeitsverwaltung 1933–1945, in: Buggeln, Marc u. Michael Wildt (Hg.): Arbeit im Nationalsozialismus, München 2014, S. 53–70.
- Liulevicius, Vejas Gabriel: Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg, Hamburg 2002.
- Eintrag Richard Loebe, in: Catalogus Professorum. Professorinnen & Professoren der TU Berlin und ihrer Vorgänger, [Berlin] 2019 (<https://cp.tu-berlin.de/person/223>, eingesehen am 20.2.2025).
- Löffler, Bernhard: Moderne Institutionengeschichte in kulturhistorischer Erweiterung. Thesen und Beispiele aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Kraus, Hans-Christof u. Thomas Nicklas (Hg.): Geschichte der Politik. Alte und neue Wege, München 2007, S. 155–180.
- Löffler, Bernhard: „Im Mahlstrom der Zeit“. Personalkontinuität und „Vergangenheitsbewältigung“ im Bundeswirtschaftsministerium, in: Stefan Creutzberger u. Dominik Geppert (Hg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972, Paderborn 2018, S. 87–107.
- Löffler, Bernhard: Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard, Stuttgart 2002.
- Löw, Andrea (Bearb.): Deutsches Reich und Protektorat Böhmen und Mähren September 1939–September 1941 (Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 3), München 2012.
- Lohmann, Heinrich: Der Bremer Fichtenhof und seine Bewohner. Ein wenig bekanntes Kapitel aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bremen 2018.
- Longerich, Peter: Heinrich Himmler. Biographie, München 2008.
- Loos, Wilhelm: Praktische Anwendung der Baugrunduntersuchungen bei Entwurf und Beurteilung von Erdbauten und Gründungen, Berlin u. Heidelberg 1937.
- Loose, Ingo: Josef Bühler. Regierung des Generalgouvernements. Ein Hintermann, in: Hans-Christian Jasch u. Christoph Kreutzmüller (Hg.): Die Teilnehmer. Die Männer der Wannsee-Konferenz, Berlin 2017, S. 145–161.

- Loose, Ingo: Das Reichswirtschaftsministerium und die nationalsozialistische Judenverfolgung 1933–1945, in: Albrecht Ritschl (Hg.): Das Reichswirtschaftsministerium in der NS-Zeit. Wirtschaftsordnung und Verbrechen-komplex (Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990, Bd. 2), Berlin und Boston 2016, S. 356–532.
- Ludendorff, Erich: Meine Kriegserinnerungen 1914–1918, Berlin 1920.
- Ludwig, Karl-Heinz: Technik und Ingenieure im Dritten Reich, Düsseldorf 1979.
- Lübbers, Gert Carsten: Wehrmacht und Wirtschaftsplanung für das Unternehmen „Barbarossa“. Deutsche Ausbeutungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges, Phil. Diss. Universität Münster, Münster 2010.
- Lüdtke, Gerhard (Hg.): Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1940/41, Bd. 1, Berlin 1941.
- Lütgert Stephan A.: „Ein Bergmann ging ins Öl...“. Zur Erinnerung an Bergassessor Dr.-Ing. E.h. Günther Schlicht (1901–1962), in: EEK 138 (2022), Heft 9, S. 34–46.
- Luger, Dario Alejandro: Othmar Kühn (2020), in: Lexikon der österreichischen Provenienzforschung (<https://www.lexikon-provenienzforschung.org/kuehn-othmar>, eingesehen am 12.2.2025).
- Lundgreen, Peter u.a.: Staatliche Forschung in Deutschland 1870–1980, Frankfurt am Main u. New York 1986.
- Lundgreen, Peter: Wissenschaft als öffentliche Dienstleistung. 100 Jahre staatliche Versuchs-, Prüf- und Forschungsanstalten in Deutschland, in: Rudolf Vierhaus u. Bernhard vom Brocke (Hg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Aus Anlaß ihres 75jährigen Bestehens, Stuttgart 1990, S. 673–691.
- Luttenberger, Julia Alexandra: Verwaltung für den Sozialstaat – Sozialstaat durch Verwaltung? Die Arbeits- und Sozialverwaltung als politisches Problemlösungsinstrument in der Weimarer Republik, Berlin 2013.
- Luxbacher, Günther: Kohle – Öl – Benzin. Die Fischer-Tropsch-Synthese in der interinstitutionellen Kooperation 1933–1944, in: Helmut Maier (Hg.): Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer. Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung des Nationalsozialismus, Göttingen 2007, S. 453–502.
- Machado, Fábio Braz: Prof. Dr. Heinz Ebert (<https://web.archive.org/web/20151116015233/http://www.rc.unesp.br/museudpm/ebert.html>, eingesehen am 7.3.2024).
- MacLeod, Roy: The Chemists go to War. The Mobilization of Civilian Chemists and the British War Effort, 1914–1918, in: *Annales of Science* 50 (1993), S. 455–481.
- MacLeod, Roy: ‚Kriegsgeologen and practical men‘: military geology and modern memory, 1914–18, in: *The British Journal for the History of Science* 28 (1995), No. 4 (December), S. 427–450.

- Maier, Helmut: Chemiker im „Dritten Reich“. Die Deutsche Chemische Gesellschaft und der Verein Deutscher Chemiker im NS-Herrschaftsapparat, Weinheim 2015.
- Maier, Helmut: Circulations: Colonial geology, the Prussian State Geological Institute and the South West African copper (1850–1919), in: *Journal of Namibian Studies. History, Politics, Culture* 28 (2020), S. 39–63.
- Maier, Helmut: Einleitung, in: ders. (Hg.): *Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer. Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung des Nationalsozialismus*, Göttingen 2007, S. 7–31.
- Maier, Helmut: *Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung 1900–1945/48*, Göttingen 2007.
- Maier, Helmut: Kurzgutachten zum Forschungsstand der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit des dem BMWi nachgeordneten Bereichs (insb. BAM, BGR, PTB) unter Mitarbeit von Sören Flachowsky, Carsten Reinhardt und Malte Stöcken, [Bochum] 2017.
- Maier, Helmut: Unbequeme Newcomer? Legierungen der Nichteisenmetalle (Al, Cu, Zn) vom Ersten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre, in: Elisabeth Vaupel (Hg.): *Ersatzstoffe im Zeitalter der Weltkriege. Geschichte, Bedeutung, Perspektiven*, München 2021, S. 83–133.
- Maier, Helmut: Privilegierung, Dienstleistung und das „Kunststoffwunder“. Chemiker im ‚Dritten Reich‘, in: Sören Flachowsky, Rüdiger Hachtmann u. Florian Schmaltz (Hg.): *Ressourcenmobilisierung. Wissenschaftspolitik und Forschungspraxis im NS-Herrschaftssystem*, Göttingen 2016, S. 268–294.
- Maier, Helmut: Expandierende Ressourcen und Innovationsschübe. Rüstungsforschung an Technischen Hochschulen 1933–1945, in: Michele Barri-cellì, Michael Jung u. Detlef Schmiechen-Ackermann (Hg.): *Ideologie und Eigensinn. Die Technischen Hochschulen in der Zeit des Nationalsozialismus*, Göttingen 2017, S. 189–222.
- Maier, Helmut: „Stiefkind“ oder „Hätschelkind“? Rüstungsforschung und Mobilisierung der Wissenschaften bis 1945, in: Christoph Jahr u. Rebecca Schaarschmidt (Hg.): *Die Berliner Universität in der NS-Zeit, Bd. I: Strukturen und Personen*, Stuttgart 2005, S. 99–114.
- Maier, Helmut: Aus der Verantwortung gestohlen? „Grundlagenforschung“ als Persilschein für Rüstungsforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung vor und nach 1945, in: Werner Lorenz u. Torsten Meyer (Hg.): *Technik und Verantwortung im Nationalsozialismus*, Münster 2004, S. 44–77.
- Maier, Helmut: „Wehrhaftmachung“ und „Kriegswichtigkeit“. Zur rüstungstechnologischen Relevanz des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Metallforschung in Stuttgart vor und nach 1945 (Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, *Ergebnisse* 5), Berlin 2002.

- Maier, Helmut: Wissenschaft und Rüstungsforschung, in: Marcel Boldorf u. Jonas Scherner (Hg.): Handbuch Wirtschaft im Nationalsozialismus, Berlin u. Boston 2023, S. 43–67.
- Maier, Klaus A. u. Umbreit, Hans: Direkte Strategie gegen England, in: Klaus A. Maier u.a. (Hg.): Die Errichtung der Hegemonie auf dem europäischen Kontinent (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 2), Stuttgart 1979, S. 365–416.
- Malich, Lisa: Eine Zukunft der Wissenschaftsgeschichte liegt in der Institution, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 41 (2018), S. 395–398.
- j.a. malin im widerstand – widerstand gegen j.a. malin, in: sperrung. mitteilungen der johann-august-malin-gesellschaft Nr. 1, Bregenz 1983.
- Malzahn, Erich: Gerhard Mempel 1905–1964, in: Geologisches Jahrbuch 84 (1967), S. XXXI–XXXVI.
- Manova, Dariya: „Sterbende Kohle“ und „flüssiges Gold“. Rohstoffnarrative in der Zwischenkriegszeit, Göttingen 2021.
- Marquardt, Erwin: Zum Geleit, in: Ludwig Bendel: Ingenieurgeologie. Ein Handbuch für Studium und Praxis. Erste Hälfte, Wien 1944, S. III–V.
- Marsch, Ulrich: Von der Syntheseindustrie zur Kriegswirtschaft. Brüche und Kontinuitäten in Wissenschaft und Politik, in: Helmut Maier (Hg.): Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften, Göttingen 2002, S. 33–51.
- Marsch, Ulrich: Zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Industrieforschung in Deutschland und Großbritannien 1880–1936, Paderborn u. a. 2000.
- Marszolek, Inge: Vom Proletarier zum ‚Soldaten der Arbeit‘. Zur Inszenierung der Arbeit am 1. Mai 1933, in: Buggeln, Marc u. Michael Wildt (Hg.): Arbeit im Nationalsozialismus, München 2014, S. 215–228.
- Marx, Christian: Enteignung – Entschädigung – Expansion. Der Versailler Vertrag und die Gutehoffnungshütte (1918–1923), in: Dieter Ziegler u. Jan-Otmar Hesse (Hg.): 1919 – Der Versailler Vertrag und die deutschen Unternehmen, Berlin u. Boston 2022.
- Marx, Henry: Arbeitsverwaltung im Nationalsozialismus. Disziplinierung und Gewalt, in: Das Reichsarbeitsministerium 1933–1945. Beamte im Dienst des Nationalsozialismus, hrsg. von der Stiftung Topographie des Terrors, Berlin 2019, S. 278–284.
- Marx, Henry: Die Verwaltung des Ausnahmezustandes. Wissensgenerierung und Arbeitskräfte lenkung im Nationalsozialismus, Göttingen 2019.
- Mast, Adolf: Von der Pike auf. Erlebnisse und Erinnerungen eines Bauunternehmers, Wiesbaden 1948.
- Matic, Igor-Philip: Edmund Veesenmayer. Agent und Diplomat der nationalsozialistischen Expansionspolitik, München 2002.

- Mayer-Gürr, Alfred: Der Alltag im Reichsamt für Bodenforschung zu Celle 1945–1947, in: Albert Everard Gunther, Alfred Mayer-Gürr u. Dieter Pfeiffer: Geologische Forschungen in Nordwestdeutschland unter der britischen Militärregierung (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 102), Hannover 1987, S. 23–44.
- Mayer-Gürr, Alfred: Die Erdölfelder des Grosny-Gebietes (Nord-Kaukasus), in: Oel und Kohle 37 (1941), Heft 45 vom 1.12.1941, S. 919–932 und Nr. 46 vom 8.12.1941, S. 943–948.
- Mayer-Gürr, Alfred: Die Erdölfelder Westgaliziens, in: Oel und Kohle 36 (1940), Heft 27 vom 15.7.1940, S. 251–254.
- Mayer-Gürr, Alfred: Die Erdöhlöflichkeit Afrikas, in: Oel und Kohle 38 (1942), Nr. 4 vom 22.1.1942, S. 73–94.
- Mayntz, Renate: Speaking Truth to Power: Leitlinien für die Regelung wissenschaftlicher Politikberatung, in: Der moderne Staat 2 (2009), Heft 1, S. 5–16.
- McMillan, Andrew: The Role of the British Geological Survey in the History of Geoconservation, in: Cynthia V. Burek a. Colin D. Prosser (Eds.): The History of Geoconservation, London 2008, S. 103–112.
- Medwenitsch, Walter: Nachruf auf Willi Scharf, in: Mitteilungen der Geologischen Gesellschaft in Wien 64 (1971), S. 247–249.
- Meinhold, Klaus-Dieter: Vorwort, in: ders.: 125 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt und ihre Nachfolger – Geschichte und Gegenwart (Geologisches Jahrbuch Reihe G, Heft 10), Hannover 2003, S. 5–7.
- Meinhold, Klaus-Dieter u. Haas, Irmgard: Geschichte und Aufgaben der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und ihrer Vorgänger, der Königlich Preussischen Geologischen Landesanstalt und Bergakademie zu Berlin und des Reichsamtes für Bodenforschung. – Eine Chronik, in: Klaus-Dieter Meinhold: 125 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt und ihre Nachfolger – Geschichte und Gegenwart (Geologisches Jahrbuch Reihe G, Heft 10), Hannover 2003, S. 9–190.
- Meisner, Maximilian: Bergwirtschaft und Wehrpolitik, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1936, Bd. 57, Heft 2, Berlin 1937, S. 63–64.
- Meisner, Maximilian: Kohle und Erdöl in der Weltpolitik, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinen-Wesen im Preussischen Staate 70 (1922), Berlin 1922, S. 99–107.
- Meisner, Maximilian: Kolonialförderung und Vierjahresplan, bergwirtschaftlich gesehen, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1937, Bd. 58, A. Wissenschaftlicher Teil, Berlin 1938, S. 867.
- Meisner, Maximilian: Zukunftswege der deutschen Rohstoffversorgung, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1934, Bd. 55, Heft 2, Berlin 1935, S. 47.

- Meissel, Lukas: Negativstreifen aus dem Konzentrationslager Mauthausen. Für eine integrierte visuelle Geschichte, in: Alina Bothe, Christoph Kreutzmüller u. Babette Quinkert (Hg.): Fotografie und Gewalt im Nationalsozialismus, Göttingen 2024, S. 161–176.
- Meisser, Otto: Praktische Geophysik für Lehre, Forschung und Praxis, Dresden u. Leipzig 1943.
- Memories of the Geological Survey of Great Britain and the Museum of Economic Geology in London, Part 1, London 2015.
- Mentel, Christian u. Weise, Niels: Die zentralen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung, München u. Potsdam 2016.
- Mentel, Christian u. Weise, Niels: Die NS-Vergangenheit Deutscher Behörden, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 14–15 (2017), S. 16–21 (digitaler Reprint, <https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/index/index/docId/1142>)
- Mertz, Gunnar: „Das Braun der Erde“. Die Träger der Haidinger-Medaille der Geologischen Bundesanstalt und der Nationalsozialismus, in: Jahrbuch der Geologischen Bundesanstalt 160 (2020), Heft 1–4, S. 359–408.
- Messerschmidt, A.: Das Rhenaniaphosphat, in: Zeitschrift für angewandte Chemie, 35 (1922), Nr. 79 vom 3.10.1922, S. 537–543.
- Mestwerdt, Adolf: Nachruf auf Erich Harbort, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin 51 für das Jahr 1930, Bd. 51, Teil 2, Berlin 1930, S. LXV–LXXVI.
- Mestwerdt, Adolf: Nachruf auf Wilhelm Erich Schmidt, in: Geologisches Jahrbuch für das Jahr 1950 56 (1952), S. XV–XXIII.
- Metzler, Gabriele: Deutschland in den internationalen Wissenschaftsbeziehungen, 1900–1931, in: Michael Grüttner u.a. (Hg.): Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010, S. 55–82.
- Meyer, Klaus-Dieter: Nachruf auf Kurt Genieser, in: Geologisches Jahrbuch 89 (1971), S. IXL–XLII.
- Michael, Richard: Die Entwicklung der Steinkohlenformation im westgalizischen Weichselgebiet des oberschlesischen Steinkohlenbezirks, in: Jahrbuch der Königlich Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1912, Bd. XXXIII, Teil I, Berlin 1914, 159–304.
- Michael, Richard: Geologischer Aufbau, in: Erich Wunderlich (Hg.): Handbuch von Polen (Kongreß-Polen). Beiträge zur allgemeinen Landeskunde, Berlin ²1918, S. 29–76.
- Michael, Richard: Nachruf auf August Leppla, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1924, Bd. XLV, Berlin 1925, S. LXI–LXXIII.
- Michael, Richard: Bergbau und Hüttenwesen, in: Wunderlich, Erich (Hg.): Handbuch von Polen (Kongreß-Polen). Beiträge zur allgemeinen Landeskunde, Berlin ²1918, S. 417–436.

- Michael, Richard u. Dienemann, Wilhelm: Die Rutschungen im Eisenbahnschnitt Rosengarten, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1926, Bd. XLVII, Heft 1 (Beyschlag-Band), Berlin 1926, S. 559–589.
- Michaels, Conrad: Rüstungsmanagement der Ministerien Todt und Speer. Das Beispiel Panzerentwicklung/Panzerkommission, Münster 2020.
- Mitgliederversammlung der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft am 23. September 1926 zu Düsseldorf, in: Zeitschrift für Geophysik 2 (1926), S. 301–304.
- Mitgliederverzeichnis der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft nach dem Stande vom 1. März 1927, in: Zeitschrift für Geophysik 3 (1927), ohne Seitenzählung.
- Mitgliederverzeichnis der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft nach dem Stande vom 1. November 1932, in: Zeitschrift für Geophysik 8 (1932), ohne Seitenzählung.
- Mitteilungen, in: Zeitschrift für Geophysik 1 (1924/25), S. 217.
- Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Bauingenieurwesen, in: Der Bauingenieur 10 (1929), Heft 39 vom 29.9.1929, S. 698.
- Mitzka, Rudolf: Die k.u.k. Militärverwaltung in Russisch-Polen, in: Hugo Kerchnawe (Hg.): Die Militärverwaltung in den von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten, Wien 1928, S. 8–52.
- Möhler, Rainer: Die Reichsuniversität Straßburg 1940–1944. Eine nationalsozialistische Musteruniversität zwischen Wissenschaft, Volkstumspolitik und Verbrechen, München 2020.
- Möller, Fritz: Bernhard Brockamp 1902–1968, in: Bernhard Brockamp, Karlheinz Bier. Ansprachen und Vorträge bei den Gedächtnisfeiern der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster am 25. Juni 1969 und am 6. Mai 1970, Münster 1971, S. 11–27.
- Möller, W. u. Seidler, P.: Düngemittel, künstliche, in: Fritz Ullmann (Hg.): Enzyklopädie der technischen Chemie, Bd. 4: Diäthylamin-Essigäther, Berlin und Wien 1916, S. 223–283.
- Mohr, Barbara A. R. u. Vogt, Annette: Berliner Geowissenschaftlerinnen an der Friedrich-Wilhelms-Universität von 1906 bis 1945, eine Fallstudie, in: Mitteilungen des Museums für Naturkunde Berlin, Geowissenschaftliche Reihe 6 (2003), S. 53–69.
- Moll, Martin: Führer-Erlasse 1939–1945. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, Hamburg 2011.
- Mollin, Gerhard: Montankonzerne und „Dritten Reich“. Der Gegensatz zwischen Monopolindustrie und Befehlswirtschaft in der deutschen Rüstung und Expansion 1936–1944, Göttingen 1988.
- Mommsen, Hans: Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966.

- Mommsen, Wolfgang J.: Bürgerliche Kultur und künstlerische Avantgarde. Kultur und Politik im deutschen Kaiserreich 1870–1918, Frankfurt am Main u. Berlin 1994.
- Mommsen Wolfgang J.: Wissenschaft, Krieg und die Berliner Akademie der Wissenschaften. Die Preußische Akademie der Wissenschaften in den beiden Weltkriegen, in: Wolfram Fischer (Hg.): Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945, Berlin 2000, S. 3–23.
- Mordziol, Carl: Einführung in die Wehrgeologie, Frankfurt am Main 1938.
- Morris, Peter: Substitutes for Natural Rubber in the First World War, in: Elisabeth Vaupel (Hg.): Ersatzstoffe im Zeitalter der Weltkriege. Geschichte, Bedeutung, Perspektiven, München 2021, S. 167–182.
- Morsch, Günter: Arbeit und Brot. Studien zur Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933–1936/37, Frankfurt am Main 1993.
- Mühle, Eduard: Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung, Düsseldorf 2005.
- Müller, Karl W.: Kupferbergbau und -verhüttung in Serbien, in: Glückauf. Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift 52 (1916), Nr. 14 vom 1.4.1916, S. 281–285.
- Müller, Rolf-Dieter: Die Mobilisierung der Deutschen Wirtschaft für Hitlers Kriegführung, in: Bernhard R. Kroener, Rolf-Dieter Müller u. Hans Umbreit (Hg.): Organisation und Mobilisierung des Deutschen Machtbereichs. Erster Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–1941 (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5/1), Stuttgart 1988, S. 349–689.
- Müller, Rolf-Dieter: Albert Speer und die Rüstungspolitik im totalen Krieg, in: Bernhard R. Kroener, Rolf-Dieter Müller u. Hans Umbreit (Hg.): Organisation und Mobilisierung des Deutschen Machtbereichs. Zweiter Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942–1944/45 (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5/2), Stuttgart 1999, S. 273–773.
- Müller, Rolf-Dieter: Der Manager der Kriegswirtschaft. Hans Kehrl: Ein Unternehmer in der Politik des „Dritten Reiches“, Essen 1999.
- Müller, Rolf-Dieter (Hg.): Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941–1943. Der Abschlussbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew, Boppard am Rhein 1991.
- Müller, Uwe: Landwirtschaft und Agrarpolitik, in: Marcel Boldorf (Hg.): Deutsche Wirtschaft im Ersten Weltkrieg, Berlin u. Boston 2020, S. 343–369.
- N.N.: Öl für den Endsieg. Das Unternehmen Wüste in der Überlieferung des Finanzministeriums Württemberg-Hohenzollern, in: Archiv-Nachrichten des Landesarchivs Baden-Württemberg, Sondernummer, September 2005, S. 28–30.

- Nachruf auf Erich Seidl, in: Werkstoff-Prüfung im Bergbau. Wissenschaftliche Abhandlungen der Deutschen Materialprüfungsanstalten, 1 (1939), Heft 3, S. II-V.
- Nachruf auf Fritz Behrend, in: Geologisches Jahrbuch 66 (1950), Hannover 1952, S. VII-XIII.
- Nachruf auf Herbert Lögters 1913–2001, in: Bulletin für angewandte Geologie 6 (2001), Nr. 2, S. 225.
- Nachruf auf Johannes Böhm, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1938, Bd. 59, B. Amtlicher Teil, Berlin 1939, S. 3–11.
- Nachruf auf Martin Schmidt, in: Geologisches Jahrbuch 66 (1950), Hannover 1952, XXV-XXVIII.
- Nagel, Günter: Wissenschaft für den Krieg. Die geheimen Arbeiten der Abteilung Forschung des Heereswaffenamtes, Stuttgart 2012.
- Nathan, Hans: Nachruf auf Matthäus Schuster, in: Geologica Bavarica 25 (1956), S. VI-XIII.
- „Nazis zählen reicht nicht“. Interview mit Martin Sabrow, in: Die Zeit vom 11.2.2016, S. 17.
- Nebelin, Manfred: Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg, München 2010.
- N.N.: Nekrolog – Dr. Karl Gerstlauer, in: Zeitschrift der Deutschen Geologischen Gesellschaft 92 (1940), S. 605 (https://www.schweizerbart.de/papers/zdgg_alt/detail/92/69959/Nekrolog_Dr_Karl_Gerstlauer, eingesehen am 24.2.2025).
- Neliba, Günter: Wilhelm Frick der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn u.a. 1992.
- Netter, Cornelius: Nachruf für Johann Puppe, in: Stahl und Eisen 62 (1942), Nr. 5 vom 29.1.1942, S. 108.
- Neukirchen, Florian u. Ries, Gunnar: Die Welt der Rohstoffe. Lagerstätten, Förderung und wirtschaftliche Aspekte, Berlin u. Heidelberg 2016.
- Zum Nickelerzbergbau bei Sohland an der Spree, Rosenhain/Rožany und Schluckenau/Šluknov, in: http://www.unbekannter-bergbau.de/inhalte/spot_12_2017_Nickel-Sohland.htm (eingesehen am 20.6.2023).
- Niedermayer, Josef: Nachruf auf Emil F. H. Koch, in: Geologisches Jahrbuch 78 (1961), S. XI-XXIV.
- Niederschrift über die Gründungssitzung des Ausschusses 60 - Deutsche Gesellschaft für Röntgenkunde beim DVM – am 4. Dezember 1930 im Ingenieurhaus zu Berlin, in: Zwanglose Mitteilungen des Deutschen Verbandes für die Materialprüfungen der Technik (1931), Heft 20, S. 279–284.
- Niese, Gerhard u.a. (Hg.): Kleine Enzyklopädie Technik, Leipzig 1985.
- Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. II: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992.
- Nöring, Friedrich: Nachruf auf Hans Udluft, in: Geologisches Jahrbuch 84 (1967), S. LV-LVI.

- Nolzen, Armin: Die NSDAP, der Krieg und die deutsche Gesellschaft, in: Jörg Echternkamp (Hg.): Die Deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945, Erster Halbband: Politisierung, Vernichtung, Überleben (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/1), München 2004, S. 99–193.
- Über die Notwendigkeit einer geologischen Aufnahme der Nord- und Ostsee, in: Zeitschrift für praktische Geologie 14 (1906), Heft Mai, S. 162–163.
- Nowack, Ernst: Die Frage der Eisenvorkommen in der Türkei, in: Zeitschrift für praktische Geologie 36 (1928), Heft 7 (Juli), S. 108–110.
- Nübel, Christoph: Krise ohne Ende? Kriegserwartungen und Kriegsbereitschaft in Europa vor dem Ersten Weltkrieg, Erfurt 2014.
- Oberkrome, Willi: Ordnung und Autarkie. Die Geschichte der deutschen Landbauforschung, Agrarökonomie und ländlichen Sozialwissenschaft im Spiegel von Forschungsdienst und DFG (1920–1970), Stuttgart 2009.
- Oburger, Wilhelm: Die Isolierstoffe der Elektrotechnik, Wien 1957.
- Oebbeke, Konrad: Die Stellung der Mineralogie und Geologie an den technischen Hochschulen, in: Beilage zur Allgemeinen Zeitung, Nr. 284 vom 11.12.1902, S. 473–477.
- Opfer, Björn: Im Schatten des Krieges. Besatzung oder Anschluss – Befreiung oder Unterdrückung? Eine komparative Untersuchung über die bulgarische Herrschaft in Vardar-Makedonien 1915–1918 und 1941–1944, Münster 2005.
- Orth, Karin: Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte, Hamburg 1999.
- Preuß, Rosemarie: Lange, Erich, in: Gabriele Baumgartner u. Dieter Hebig (Hg.): Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945–1990, München u.a. 1996, S. 459.
- Panesar, Rita: Medien religiöser Sinnstiftung. Der ‚Volkserzieher‘, die Zeitschriften des ‚Deutschen Monistenbundes‘ und die ‚Neue Metaphysische Rundschau‘ 1897–1936, Stuttgart 2006.
- Panesar, Rita: Religion im Abonnement. Zeitschriften als Medium religiöser Vergemeinschaftung in Deutschland um 1900, in: Michael Geyer und Lucian Hölscher (Hg.): Die Gegenwart Gottes in der modernen Gesellschaft. Transzendenz und Religiöse Vergemeinschaftung in Deutschland, Göttingen 2006, S. 277–319.
- Panthöfer, Sven: Rumänien als Verbündeter des Deutschen Reiches, in: Lemo. Lebendiges Museum Online 2015 (<https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/kriegsverlauf/rumaenien-als-verbuendeter-des-deutschen-reiches.html>, eingesehen am 29.7.2024).
- Parak, Michael: Hochschule und Wissenschaft: Nationalsozialistische Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Sachsen 1933–1945, in: Clemens Vollnhals (Hg.): Sachsen in der NS-Zeit, Leipzig 2002, S. 118–132.
- Pelzer, Birgit u. Reith, Reinhold: Margarine. Die Karriere der Kunstbutter, Berlin 2001.
- Pelzer-Reith, Birgit u. Reinhold Reith: „Fett aus Kohle“? Die Speisefettsynthese in Deutschland 1933–1945, in: Technikgeschichte 69 (2002), Nr. 3, S. 173–205.

- Personal-Bestand der Königl. Preuss. Geologischen Landesanstalt am 31. Dezember 1910, in: Jahrbuch der Königlich Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1910, Band XXXI, Teil II, Berlin 1913, 1910, Teil II, S. 675–678.
- Personal-Bestand der Preußischen Geologischen Landesanstalt am 31. Dezember 1921, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1921, Bd. XLII, Berlin 1923, S. LIX–LXVI.
- Personal-Bestand bei der Preuss. geologischen Landesanstalt am 31.3.1928, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das 1927, Bd. XLVIII, Berlin 1928, S. LXIII–LXVIII.
- Personalbestand der Preuß. Geologischen Landesanstalt am 1.4.1935, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1934, Bd. 55, Heft 2, Berlin 1935, S. 23–24.
- Personalbestand der Preuß. Geologischen Landesanstalt am 31.3.1936, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1935, Bd. 56, Heft 2, Berlin 1936, S. 80–84.
- Personalbestand der Preuß. Geologischen Landesanstalt am 1.4.1937, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1936, Bd. 57, Heft 2, Berlin 1937, S. 47–51.
- Personalbestand der Preuß. Geologischen Landesanstalt am 31. März 1939 einschl. der Freiwilligen Mitarbeiter, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1938, Bd. 59, B Amtlicher Teil, Berlin 1939, S. 65–72.
- Personal-Veränderungen der Preußischen Geologischen Landesanstalt vom 1. April 1933 bis 31. März 1934, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1933, Bd. 54, Berlin 1934, S. 720.
- Perz, Bertrand: Der Arbeitseinsatz im KZ Mauthausen, in: Ulrich Herbert, Karin Orth u. Christoph Dieckmann (Hg.): Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, Bd. II, Frankfurt am Main 2002, S. 533–557.
- Perz, Bertrand: Gusen I und II, in: Wolfgang Benz u. Barbara Distel (Hg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 4: Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück München 2017, S. 371–380.
- Perz, Bertrand: KZ-Zwangsarbeit für eine rationelle Rüstungsproduktion im Luftkrieg. Neue Dokumente zur Genese der unterirdischen Flugzeugfabrik „Esche II“ („Bergkristall“) der Messerschmitt GmbH Regensburg in St. Georgen an der Gusen, in: coMMents 1 (2023), Heft 1, S. 20–54.
- Peters, Christian: Nationalsozialistische Machtdurchsetzung in Kleinstädten. Eine vergleichende Studie zu Quakenbrück und Heide/Holstein, Bielefeld 2015.
- Petrascheck, Walther E. Nachruf auf Karl Krejci-Graf 15.4.1898–8.8.1986, in: Mitteilungen der Österreichischen Geologischen Gesellschaft 81 (1988), S. 259–260.
- Petrascheck, Wilhelm: Das Alter der polnischen Erze, in: Verhandlungen der Geologischen Reichsanstalt, 1918, Nr. 11, Wien 1918, S. 262–270.

- Petrascheck, Wilhelm: Die Kohlenversorgung des Balkans, in: *Balkan-Revue. Monatsschrift für die wirtschaftlichen Interessen der südosteuropäischen Länder* 3 (1916), Heft 3, S. 171–179.
- Petrascheck, Wilhelm: Der Ostrand des Kielce-Sandomirer Gebirges und seine Bedeutung für die Begrenzung des russischen Schildes, in: *Verhandlungen der Geologischen Reichsanstalt*, 1918, Nr. 2, Wien 1918, S. 53–61
- Petrascheck, Wilhelm u. Petrascheck Walther Emil: *Lagerstättenlehre. Ein kurzes Lehrbuch von den Bodenschätzen in der Erde*, Wien 1950.
- Petrack, Fritz: Der „Leichtmetallausbau Norwegen“ 1940–1945. Eine Studie zur deutschen Expansions- und Okkupationspolitik in Nordeuropa, Frankfurt am Main u.a. 1992.
- Petzina, Dieter: *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan*, Stuttgart 1968.
- Pfaffl, Fritz: Prof. Dr. Leo Waldmann (1888–1973) - ein bekannter Geologe des Mühl- und Waldviertels, in: *Der Bayerische Wald* 17/2 N.F., Dezember 2003, S. 25.
- Pfeffer, Paul: Nachruf auf Wilhelm Benade, in: *Notizblatt des Hessischen Landesamtes für Bodenforschung zu Wiesbaden*, VI. Folge, Heft 1, Wiesbaden 1950, S. 285–294.
- Pfeffer, Paul: Nachruf auf Karl Stockfish, in: *Geologisches Jahrbuch* 65 (1951), S. XI–XVII.
- Pfeffer, Paul u. Görz, Georg: Die Arbeiten im Chemischen Laboratorium sowie auf den Gebieten der Bodenkunde und der Landwirtschaft, in: Hans Udluft: *Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–1939*, Hannover 1968, S. 65–80.
- Pfeffer, Paul: Nachruf auf Adolf Geller, in: *Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1934*, Bd. 55, Heft 2, Berlin 1935, S. 27–33.
- Pfeiffer, Dieter: Dokumente zur Geschichte [des] staatlichen geologischen Dienstes in Preußen, in: Hans Dietrich Lang: *100 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt. Festakt am 1.6.1973 in Hannover. Grußworte – Vorträge – wissenschaftliche Beiträge* (*Geologisches Jahrbuch Reihe A*, Heft 15), Hannover 1974, S. 141–209.
- Pfeiffer, Dieter: Dokumente zur Errichtung der Bundesanstalt für Bodenforschung und des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung, in: *25 Jahre Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung* (*Geologisches Jahrbuch Reihe A*, Heft 73), Hannover 1984, S. 65–99.
- Pfeiffer, Dieter: [Nachruf auf] Wolfgang Richter 1912–1977, in: *Geologisches Jahrbuch* 1981, Reihe C. Hydrologie, Ingenieurgeologie, Heft 29, Hannover 1981, S. I–VI.

- Pfeiffer, Dieter: Das Reichsamt für Bodenforschung in Celle 1945–1947. Geschichte – Arbeiten – Personen, in: Albert Everard Gunther, Alfred Mayer-Gürr u. Dieter Pfeiffer: Geologische Forschungen in Nordwestdeutschland unter der britischen Militärregierung 1945 bis 1947 (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 102, Hannover 1987), S. 3–11.
- Pfeiffer, H.: Nachruf auf Arthur Böhm, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1928, Bd. XLIX, Teil II, Berlin 1929, S. LXXVII–LXXX.
- Pfeiffer, H. u. Dienemann, Wilhelm: Geologische, chemische und physikalische Untersuchungen von Erdrutschungen durch die Preußische Geologische Landesanstalt, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1928, Bd. XLIX, Teil I, Berlin 1928, S. 304–319.
- Pfeiffer, H. u. Dienemann, Wilhelm: Geologische, chemische und physikalische Untersuchungen von Erdrutschungen durch die Preuß. Geolog. Landesanstalt [mit einer Äußerung von Reichsbahnrat und Regierungsbaurat a.D. Karl Backofen], in: Zentralblatt der Bauverwaltung 48 (1928), Nr. 20 vom 16.5.1928, S. 323–326.
- Philipp, Hans: Kriegsgeologe. B. Die technische Ausführung, in: Max Schwarte (Hg.): Die Technik im Weltkrieg, Berlin 1920, S. 307–314.
- Philipps, Axel: Wissenschaftliche Orientierungen. Empirische Rekonstruktionen an einer Ressortforschungseinrichtung, Weinheim 2018.
- Phosphoritgesetz vom 16.10.1934, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinen-Wesen im Preussischen Staate 82 (1934), Berlin 1934, S. 269–270.
- Pierenkemper, Toni, Ziegler, Dieter u. Brüggemeier, Franz-Josef: Vorrang der Kohle. Wirtschafts-, Unternehmens- und Sozialgeschichte des Bergbaues 1850 bis 1914, in: Klaus Tenfelde (†) und Toni Pierenkemper (Hg.): Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. und frühen 20. Jahrhundert (Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 3), Münster 2016, S. 45–287.
- Platte, K.: Die für den Geologen wichtigen Änderungen des preußischen Bergrechts seit dem Weltkriege, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1932, Bd. 53, Berlin 1933 (Sitzungsberichte der Preußischen Geologischen Landesanstalt, S. 1–31, hier S. 20).
- Plumpe, Werner: Chemische Industrie, in: Marcel Boldorf (Hg.): Deutsche Wirtschaft im Ersten Weltkrieg, Berlin u. Boston 2020, S. 193–225.
- Plumpe, Gottfried: Die I.G. Farbenindustrie AG. Wirtschaft, Technik und Politik 1904–1945, Berlin 1990.
- Pöhlmann, Markus: German Intelligence at War 1914–1918, in: The Journal of Intelligence History 5 (2005), S. 33–62.
- Pöppmann, Dirk: Im Schatten Weizsäckers? Auswärtiges Amt und SS im Wilhelmstraßen-Prozess, in: Kim C. Priemel u. Alexa Stiller (Hg.): NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung, Hamburg 2013, S. 320–352.

- Pohl, Norman: Die Bergakademie Freiberg im Nationalsozialismus. Ein Werkstattbericht, in: Günther Heydemann, Jan Erik Schulte u. Francesca Weil (Hg.): Sachsen und der Nationalsozialismus, Göttingen 2014, S. 251–266.
- Pohl, Norman: Die Preußische Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene (WaBoLu) und die Absicherung des Inhumanen, in: Judith Hahn, Silvija Kavčič u. Christoph Kopke (Hg.): Medizin im Nationalsozialismus und das System der Konzentrationslager. Beiträge eines interdisziplinären Symposiums, Frankfurt am Main 2005, S. 188–208.
- Pollack, Valentin: Die Beweglichkeit bündiger und nicht bündiger Materialien (Abhandlungen zur praktischen Geologie- und Bergwirtschaftslehre, Bd. 2), Halle 1925.
- Pollak, Alfred: Arthur Winkler-Hermaden, in: Mitteilungen des naturwissenschaftlichen Vereins für Steiermark 94 (1964), S. 167–170.
- Pollak, Alfred, in: Geschichte der Technik in Graz (<https://history-tugraz.at/person.php?id=627>, eingesehen am 25.6.2024).
- Polsakiewicz, Marta: Spezifika deutscher Besatzungspolitik in Warschau 1914–1916, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 58 (2009), Heft 4, S. 501–537.
- Pommerin, Reiner: Bundesstaaten und Reichsleitung. Zur Entstehung deutscher Kriegsziele 1914, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 74 (2015), Heft 1–2, S. 1–26.
- Pomplun, Jan-Philipp: Thule-Gesellschaft, in: Wolfgang Benz (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Berlin u. Boston 2012, S. 596–599.
- Porstendorfer, Gottfried: Reich, Hermann, in: Neue Deutsche Biographie 21 (2003), S. 289 (Online-Version, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd116394536.html#ndbcontent>, eingesehen am 25.9.2023).
- Potonié, Robert: Die Arbeiten in den Sammlungen im Bereich der Paläobotanik, in: Hans Udluft: Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–1939, Hannover 1968, S. 56–64.
- Potonié, Robert: Geologie und Krieg, in: Die Woche, 16 (1914), Nr. 43 vom 24.10.1914, S. 1765–1766.
- Potonié, Robert: Nachruf auf Walter Gothan, in: Geologisches Jahrbuch 70 (1955), S. XXVII–LIII.
- Potonié, Robert: Der Wert der Mikropaläontologie für die Erschließung des deutschen Erdöls, in: Oel und Kohle vereinigt mit Erdöl und Teer 12 (1936), S. 889–890.
- Robert Potonié, in: Catalogus Professorum. Professorinnen & Professoren der TU Berlin und ihrer Vorgänger, [Berlin] 2019 (<https://cp.tu-berlin.de/person/2163>, eingesehen am 11.3.2024).
- Robert Potonié (1889–1974), in: Kalliope-Verbund (<https://kalliope-verbund.info/gnd/118595997>, eingesehen am 11.3.2024).

- Prehn, Ulrich: Mit der Kamera „zu Leibe rücken“. Zur fotografischen Erzeugung von Nähe und Distanz im nationalsozialistischen Deutschland, in: Michael Wildt u. Sybille Steinbacher (Hg.): Fotos im Nationalsozialismus. Neue Forschungen zu einer besonderen Quelle, Göttingen 2022, S. 49–71.
- Prey, Siegmund: Nachruf auf Gustav Götzinger, in: Mitteilungen der Geologischen Gesellschaft in Wien 62 (1969), S. 171–174.
- Prey, Siegmund: Prof. Dr. Josef Schadler (29.8.1889–8.4.1978), in: Verhandlungen der Geologischen Bundesanstalt 1979, Heft 3, S. 279–284.
- Price, P. R.: Gas Turbine Development by BMW. Combined Intelligence Objectives Sub-Committee, File No. XXVI-30, London (ohne Datum), S. 14 (<https://www.cdvandt.org/cios-xxvi-30.htm>, eingesehen am 27.6.2024).
- Priemel, Kim Christian: Flick. Eine Konzerngeschichte vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, Göttingen ²2008.
- Priemel, Kim Christian: Unternehmensgeschichte reloaded: Der Umgang der Friedrich Flick KG mit der NS-Vergangenheit in Öffentlichkeitsarbeit, Entflechtung und Restitution nach 1945, in: Johannes Bähr u.a.: Der Flick-Konzern im Dritten Reich, München 2008, S. 647–744.
- Die Proklamation des Führers auf dem Kongreß, in: Reden des Führers am Parteitag der Ehre 1936, München ⁴1936, S. 10–24.
- Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, Bd. XXVII, Nürnberg 1948.
- Putzer, Hannfrit: Wilhelm Kegel 1890–1971, in: Geologisches Jahrbuch 89 (1971), S. XIII–XIX.
- Pyta, Wolfram: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2009.
- Quiring, Heinrich: Über das Manganeisenerzvorkommen von Macskamező (Masca) in Siebenbürgen, in: Zeitschrift für praktische Geologie mit besonderer Berücksichtigung der Lagerstättenkunde 27 (1919), Heft 9 (September), S. 133–140.
- Raack, Wolfgang, Schorn, Paul u. Schrödter, Emil (Hg.): Jahrbuch des deutschen Bergbaues. Das Handbuch für Bergbau und Energiewirtschaft 56 (1963), Essen 1963.
- Range, Paul: Beiträge zur Kriegsgeologie, in: Zeitschrift der Deutschen Geologischen Gesellschaft 71 (1919), B. Monatsberichte, Nr. 8–12, S. 164–177.
- Range, Paul: Ergebnisse von Bohrungen in Deutsch-Südwestafrika, in: Beiträge zur geologischen Erforschung der deutschen Schutzgebiete, Heft 11, Berlin 1915.
- Range, Paul: Die Grundwasserverhältnisse von Keetmanshoop, in: Mitteilungen aus den deutschen Schutzgebieten 28 (1915), Heft 2, S. 99–105.
- Range, Paul: Hydrologische Beobachtungen in Palästina, in: Zeitschrift des Deutschen Palästina-Vereins 45 (1922), Heft 1/2, S. 31–39.
- Range, Paul: Die Wassererschließungsarbeiten an der Palästinafront in den Jahren 1915–1918, in: Zwischen Kaukasus und Sinai. Jahrbuch des Bundes der Asienkämpfer, Berlin 1921, S. 93–105.

- Rasch, Manfred: Geschichte des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kohlenforschung 1913–1943, Weinheim 1989.
- Rasch, Manfred: Flüssige Treib- und Schmierstoffe. Substitutionsmöglichkeiten für Deutschlands Industrie und Militär während des Ersten Weltkrieges, in: Elisabeth Vaupel (Hg.): Ersatzstoffe im Zeitalter der Weltkriege. Geschichte, Bedeutung, Perspektiven, München 2021, S. 183–235.
- Rasch, Manfred: Wissenschaft und Militär: Die Kaiser Wilhelm Stiftung für kriegstechnische Wissenschaft, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 49 (1991), S. 73–120.
- Rathenau, Walther: Die Organisation der Rohstoffversorgung. Vortrag, gehalten in der Deutschen Gesellschaft 1914 am 20. Dezember 1915 (Stenogramm H. Geitner, als Manuskript gedruckt) (<https://archive.org/details/dieorganisationd00rath/page/4/mode/2up>, eingesehen am 8.3.2023).
- Rauff, Hermann: Nachruf auf Robert Scheibe, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1926, Bd. XLVII, Teil II, Berlin 1927, S. LXIII–LXXI.
- Redepenning, [Karl]: Die gegenwärtige Lage der deutschen Erdölwirtschaft und ihre Entwicklungsmöglichkeit, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Preussischen Staate 80 (1932), Berlin 1932, S. B227–B242.
- Regierungsverordnung der Regierung des Protektorats Böhmen und Mähren, betreffend die Bodendurchforschung nach Mineralien vom 14.12.1939, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Deutschen Reich 88 (1940), S. 272–273.
- Reich, Hermann, in: Rudolf Vierhaus (Hg.): Deutsche Biographische Enzyklopädie (DBE), Bd. 8 Poethen-Schlüter, München 2007, S. 254–255.
- Reich, Hermann: Die Arbeiten auf dem Gebiet der Geophysik, in: Hans Udluft: Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–1939, Hannover 1968, S. 81–88.
- Reich, Hermann: Die Arbeiten der Geophysikalischen Reichsaufnahme in den deutschen Erdölgebieten (Stand im Herbst 1938), in: Oel und Kohle vereinigt mit Erdöl und Teer 15 (1939), Heft 2 vom 8.1.1939, S. 23–26.
- Reich, Hermann: Zur magnetischen Aufnahme des Münchner Tertiärbeckens und den daraus gezogenen erdölgeologischen Schlüssen, in: Öl und Kohle 2 (1934), Heft 3 vom 31.3.1934, S. 103–106.
- Reich, H[ermann]: Die Bedeutung der neuen geophysikalischen Untersuchungsmethoden für die Geologie nach den bisherigen Erfahrungen, in: Zeitschrift für Geophysik 1 (1924/25), S. 120–121.
- Reich, Hermann: Erdmagnetismus und glaziales Diluvium, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1925, Bd. XLVI, Berlin 1926, S. 249–291.
- Reich, Hermann: Zur Frage der regionalen, magnetischen Anomalien Deutschlands, insbesondere derjenigen Norddeutschlands, in: Zeitschrift für Geophysik IV (1928), S. 84–102.

- Reich, Hermann: Geophysikalische Lagerstättenforschung, in: Julius Bartels (Hg.): Geophysik, Teil 1 (Naturforschung und Medizin in Deutschland 1939–1945. Für Deutschland bestimmte Ausgabe der FIAT Review of German Science, Bd. 17), Wiesbaden 1948, S. 197–228.
- Reich, Hermann: Über die elektrische Leitfähigkeit von Gesteinen und nutzbaren Mineralien, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1925, Bd. XLVI, Berlin 1926, S. 627–634.
- Reich, Hermann: Magnetische Messungen im Aachener und Erkelenzer Steinkohlengebiet und ein Versuch ihrer geologischen Deutung, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1926, Bd. XLVII, Heft 1 (Beyschlag-Band), Berlin 1926, S. 84–115.
- Reich, Hermann: Über magnetische Messungen im Hannoverschen Erdölgebiet, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1932, Bd. 53, Berlin 1933 (Sitzungsberichte), S. 28.
- Reich, Hermann: Magnetische Messungen in Oberschlesien, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1923, Bd. XLIV, Berlin 1924, S. 319–342.
- Reich, H[ermann]: Instrumentelle Seismik und Geologie, in: Zeitschrift für Geophysik 1 (1924/25), S. 121.
- Reich, Hermann: Versuch einer Anwendung der Seismometrie auf die Geologie, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1921, Bd. XLII, Berlin 1923, S. 697–722.
- Reichel, Peter: Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus, Frankfurt am Main ²1994.
- Reichardt, Sven u. Wolfgang Seibel: Radikalität und Stabilität: Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus, in: dies. (Hg.): Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2011, S. 7–27.
- Reichardt, Sven u. Wolfgang Seibel (Hg.): Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2011.
- Reichelt, Andreas: Erfassung und radiologische Bewertung von Hinterlassenschaften mit NORM – Materialien aus früheren Tätigkeiten und Arbeiten einschließlich der modellhaften Untersuchung branchentypischer Rückstände, Teil 3b: Industrielle Hinterlassenschaften der Rohphosphat-Verarbeitung, hrsg. vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Reihe Umweltpolitik, BMU-2007–695), München 2007.
- Reichherzer, Frank: „Alles ist Front!“ Wehrwissenschaften in Deutschland und die Bellifizierung der Gesellschaft vom Ersten Weltkrieg bis in den Kalten Krieg, Paderborn u.a. 2012.
- Reichherzer, Frank: Wehrwissenschaften. Zum Wechselverhältnis von Krieg und Wissenschaften im Zeitalter der Weltkriege, in: Matthias Berg, Jens Thiel u. Peter Th. Walther (Hg.): Mit Feder und Schwert. Militär und Wissenschaft – Wissenschaftler und Krieg, Stuttgart 2009, S. 177–196.

- Reiff, Winfried: Zur Geschichte des Geologischen Landesamts Baden-Württemberg, in: Jahreshefte des geologischen Landesamtes Baden-Württemberg 34 (1992), S. 7–191.
- Reiff, Winfried: Nachruf für Fritz Weidenbach, in: Jahresberichte und Mitteilungen des Oberrheinischen Geologischen Vereins 84 (2002), S. 45–57.
- Reinbothe, Roswitha: Deutsch als internationale Wissenschaftssprache und der Boykott nach dem Ersten Weltkrieg. Frankfurt am Main u. a. 2006.
- Reuband, Karl-Heinz: Denunziation im Dritten Reich. Die Bedeutung von Systemunterstützung und Gelegenheitsstrukturen, in: Historical Social Research 26 (2001), Heft 2/3, S. 219–234.
- Richter, Max: Das Erdöl in Südbayern, geologische Stellung und Aussichten, in: Geologische Rundschau 27 (1937), Heft 1, S. 91–96.
- Riedel, Leonhard: Bemerkungen zur Stratigraphie der Kreide im Hannoverschen Erdölgebiet auf Grund von Makrofossilien, in: Öl und Kohle 2 (1934), Heft 7 vom 31.7.1934, S. 319–321.
- Riedel, Matthias: Eisen und Kohle für das Dritte Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft, Göttingen u.a. 1973.
- Riedel, Matthias: Keppler, Wilhelm, in: Neue Deutsche Biographie 11 (1977), S. 509–510 (Online-Version, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118777076.html#ndbcontent>, eingesehen am 20.2.2024).
- Rimmele, Eva: Keppler, Wilhelm, in: Hermann Weiß (Hg.): Personenlexikon 1933–1945, Wien 2003, S. 261.
- Ritschl, Albrecht: Vorwort, in: Carl-Ludwig Holtfrerich (Hg.): Das Reichswirtschaftsministerium der Weimarer Republik und seine Vorläufer. Strukturen, Akteure, Handlungsfelder (Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990, Bd. 1), Berlin u. Boston 2016, S. V–VI.
- Ritschl, Albrecht: Einleitung, in: ders. (Hg.): Das Reichswirtschaftsministerium in der NS-Zeit. Wirtschaftsordnung und Verbrechenskomplex (Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990, Bd. 2), Berlin u. Boston 2016, S. 1–17.
- Ritter, F[rantz]: Sprengungen für Forschungszwecke. Erste Mitteilung über die Schallwelle der Sprengung in Jüterbog am 3. Mai 1923, in: Beiträge zur Physik der freien Atmosphäre. Zeitschrift für die Erforschung der höheren Luftschichten, XII (1925), Heft 1 vom 10.2.1925, S. 1–10.
- Röhl, John C. G.: Kaiser, Hof und Staat. Wilhelm II. und die deutsche Politik, Nördlingen 2007.
- Röhling, Heinz-Gerd, Hoppe, Dorothee u. Hoppe, Andreas: Der Geologe Theodor Schmierer (1879–1953) – 1933 wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ aus der Preußischen Geologischen Landesanstalt entlassen, in: Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Geowissenschaften 174 (2023), Heft 2, S. 345–352.

- Roelevink, Eva-Maria: Deutschland und die bergbaulichen Rohstoffmärkte für Steinkohle, Eisenerz, Kupfer und Kali von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1930, in: Klaus Tenfelde u. Toni Pierenkemper (Hg.): Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. und frühen 20. Jahrhundert (Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 3), Münster 2016, S. 17–43.
- Roelevink, Eva-Maria u. Ziegler, Dieter: Rohstoffwirtschaft: die bergbaulichen Rohstoffe, in: Marcel Boldorf (Hg.): Deutsche Wirtschaft im Ersten Weltkrieg, Berlin u. Boston 2020, S. 125–155.
- Römpf, Hermann: Chemie der Metalle, Stuttgart 1949.
- Rössler, Mechthild: „Wissenschaft und Lebensraum“. Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Disziplingeschichte der Geographie, Berlin 1990.
- Rohlack, Momme: Kriegsgesellschaften (1914–1918). Arten, Rechtsformen und Funktionen in der Kriegswirtschaft des Ersten Weltkrieges, Frankfurt am Main u.a. 2001.
- Roof, Christoph: Vom „Altreich“ in die besetzten Gebiete. Die deutsche Paläontologie und Geologie im Zweiten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 65 (2018), Heft 3, S. 224–244.
- Roof, Christoph: Dinosaurier-Skelette als Kriegsziel: Kulturgutraubplanungen, Besatzungspolitik und die deutsche Paläontologie in Belgien im Ersten Weltkrieg, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 27 (2004), S. 5–26.
- Roof, Christoph: Erdölförderung im Zeichen von Aufrüstung und Krieg. Zur Entwicklung der Mikropaläontologie im deutschen Wissenschaftssystem 1927–1945, in: Sören Flachowsky, Rüdiger Hachtmann u. Florian Schmaltz (Hg.): Ressourcenmobilisierung. Wissenschaftspolitik und Forschungspraxis im NS-Herrschaftssystem, Göttingen 2016, S. 230–267.
- Roof, Christoph: Eine „günstige Gelegenheit“? Deutsche Wissenschaftler im besetzten Belgien während des Ersten Weltkrieges (1914–1918), in: Matthias Berg, Jens Thiel u. Peter Th. Walther (Hg.): Mit Feder und Schwert. Militär und Wissenschaft – Wissenschaftler und Krieg, Stuttgart 2009, S. 137–154.
- Rose, Edward P. F. (Ed.): German Military Geology and Fortification of the British Channel Islands During World War II, Cham 2020.
- Rose, Edward P. F., Häusler, Hermann u. Willig, Dierk: Comparisation of British and German Applications of Geology in Word War, in: Edward P. F. Rose and C Paul Nathanail (Ed.): Geology and Warfare: Examples of the Influence of Terrain an Geologists on Military Operations, London 2000, S. 107–140.
- Roth, Regina: Staat und Wirtschaft im Ersten Weltkrieg. Kriegsgesellschaften als kriegswirtschaftliche Steuerungsinstrumente, Berlin 1997.
- Rothe, Peter: Schätze der Erde. Die faszinierende Welt der Rohstoffe, Darmstadt 2010.
- Rüb, Renate: Grenzen eines tradierten Systems. Vier Jahrzehnte Mülldüngung bei Nauen, in: Susanne Köstering u. Renate Rüb (Hg.): Müll von gestern? Eine umweltgeschichtliche Erkundung in Berlin und Brandenburg, Münster u.a. 2003, S. 87–100.

- Walter Rüdorff, in: Nachrichten aus Chemie und Technik 17 (1969), Nr. 19, S. 333.
- Rühl, W[alter]: 125 Jahre Erdöl- und Erdgasgewinnung in Deutschland, in: Erdoel-Erdgas 100 (1984), Heft 1 (Januar), S. 15–29.
- Rüter, Horst: Geschichte der Geophysik in Bochum, in: Horst Neunhöfer u.a. (Hg.): Zur Geschichte der Geophysik in Deutschland. Jubiläumsschrift zur 75jährigen Wiederkehr der Gründung der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft, Hamburg 1997, S. 98–101.
- Ruske, Walter: 100 Jahre Materialprüfung in Berlin. Ein Beitrag zur Technikgeschichte, Berlin-West 1971.
- Rutschmann, Werner: Die deutsche Westbefestigung 1934–1940, in: Schweizer Soldat + FHD. Unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader 60 (1985), Heft 10, S. 14–18.
- Ruttner, Anton W.: Geologen-Wege – ein Rückblick (1930/95), in: Jahrbuch der Geologischen Bundesanstalt Wien 149 (2009), Heft 2 u. 3, S. 241–256.
- Eintrag „Anton Wolfgang Ruttner (19. Juni 1911–18. September 2006), in: GBA-Newsletter Oktober 2006 (https://www.geologie.ac.at/fileadmin/user_upload/dokumente/pdf/newsletterarchiv/gba_newsletter_20061001.pdf, eingesehen am 3.6.2024).
- Sandkühler, Thomas: „Endlösung“ in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsaktion von Berthold Beitz 1941–1944, Bonn 1996.
- Sandkühler, Thomas: Zwangsarbeit und Judenmord im Distrikt Galizien des Generalgouvernements. Die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz, in: Hermann Kaienburg (Hg.): Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939–1945, Opladen 1996, S. 239–262.
- de la Sauce, Wilhelm, Schorn, Paul u. Schrödter, Emil (Hg.): Jahrbuch des deutschen Bergbaus 47 (1954), Essen 1954.
- Sauer, Kurt: Richard Brill 1898–1964, in: Mitteilungen des badischen Landesvereins für Naturkunde und Naturschutz 8 (1965), Heft 4, S. 541–543.
- Schadler, Josef: Nachruf auf Friedrich Czermak, in: Mitteilungen der Geologischen Gesellschaft in Wien 53 (1960), S. 285–288.
- Schaefer, Leonhard: Leo Weismantel, in: Literaturportal Bayern (<https://www.literaturportal-bayern.de/autorinnen-autoren?task=lpbauthor.default&pnd=118630431>, eingesehen am 26.5.2023).
- Schalich, Jörg, Schneider, Friedrich K. u. Stadler, Gerhard: Die Bleierzlagerstätte Mechernich – Grundlage des Wohlstandes, Belastung für den Boden, in: Geochemie und Vererzung im Rheinischen Schiefergebirge. Geochemische, lagerstättenkundliche und bodenphysikalische Untersuchungen zur Mineralisation und zur Schwermetallbelastung der Böden (Fortschritte in der Geologie von Rheinland und Westfalen, Bd. 34), Krefeld 1986, S. 11–92.
- Schauz, Désirée: Umkämpfte Identitäten. Die Göttinger Akademie der Wissenschaften und ihre Mitglieder 1914–1965, Göttingen 2022.

- Schedl, Albert: Der Wiederaufbau nach 1945, in: Christina Bachl-Hofmann u.a. (Red.): Die Geologische Bundesanstalt in Wien. 150 Jahre Geologie im Dienste Österreichs (1848–1999), Wien 1999, S. 152–161.
- Schenk, Dieter: Hans Frank. Hitlers Kronjurist und Generalgouverneur, Frankfurt am Main 2006.
- Scheer, Tamara: Besatzungsregime im Vergleich. Serbiens Wirtschaft unter österreichisch-ungarischer und bulgarischer Herrschaft (1915–1918), in: Carola Sachse (Hg.): „Mitteleuropa“ und „Südosteuropa“ als Planungsraum. Wirtschafts- und kulturpolitische Expertisen im Zeitalter der Weltkriege, Göttingen 2010, S. 315–339.
- Scherner, Jonas: Metallbewirtschaftung, in: Marcel Boldorf (Hg.): Deutsche Wirtschaft im Ersten Weltkrieg, Berlin u. Boston 2020, S. 67–87.
- Scherner, Jonas: Nichteisenmetalle: Bergbau und Verhüttung, in: Marcel Boldorf u. Jonas Scherner (Hg.): Handbuch Wirtschaft im Nationalsozialismus, Berlin u. Boston 2023, S. 221–243.
- Schildt, Axel u. Siegfried, Detlef: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart, München 2009.
- Schindewolf, Otto Heinrich: Bericht über eine Amerika-Reise, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1933, Bd. 54, Berlin 1934, Sitzungsberichte S. 2.
- Schindewolf, Otto Heinrich u. Staesche Karl: Die Arbeiten in den Sammlungen, in: Hans Udluft: Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–1939, Hannover 1968, S. 52–56.
- Schinkel, Max: Versuche für die Dichtung der Dammstrecke des Mittellandkanals im Elbegebiet, in: Zeitschrift für Bauwesen 76 (1926), Heft 4 bis 6 (Ingenieurbauteil), S. 41–46.
- Schlegelmilch, Dana: Zwischen staatlicher Denkmalpflege, SS-Wehrgeologie und Kulturraubgut. Heinrich Himmler und sein Wewelsburger SS-Archäologe Wilhelm Jordan (1903–1983), in: Susanne Grunwald u.a. (Hg.): Die Spur des Geldes in der Prähistorischen Archäologie. Mäzene – Förderer – Förderstrukturen, Bielefeld 2016, S. 121–171.
- Schley, Jens: Nachbar Buchenwald. Die Stadt Weimar und ihr Konzentrationslager 1937–1945, Köln u.a. 1999.
- Schlie, Ulrich: Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Horst Möller u.a. (Hg.): Agrarpolitik im 20. Jahrhundert. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und seine Vorgänger, Berlin u. Boston 2020, S. 105–261.
- Schmaltz, Florian: Auschwitz III-Monowitz Main Camp (AKA Buna), in: Geoffrey P. Megargee (Ed.): The United States Holocaust Memorial Museum Encyclopedia of Camps and Ghettos, 1933–1945, Volume I: Early Camps, Youth Camps, and Concentration Camps and Subcamps under the SS-Business Administration Main Office (WVHA), Part A, Bloomington and Indianapolis 2009, S. 215–220.

- Schmaltz, Florian: Luftfahrtforschung auf Expansionskurs. Die Aerodynamische Versuchsanstalt in den besetzten Gebieten, in: Sören Flachowsky, Rüdiger Hachtmann u. Florian Schmaltz (Hg.): Ressourcenmobilisierung. Wissenschaftspolitik und Forschungspraxis im NS-Herrschaftssystem, Göttingen 2016, S. 326–382.
- Schmaltz, Florian: Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie, Göttingen 2005.
- Schmid, Bastian (Hg.): Deutsche Naturwissenschaft, Technik und Erfindung im Weltkrieg, München, Leipzig 1919.
- Schmieder, Theodor: Nachruf auf Henry Schroeder, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1927, Bd. XLVIII, Berlin 1928, S. LVI–LXX.
- Schnee, Heinrich (Hg.): Deutsches Koloniallexikon, Bd. II (H–O), Leipzig 1920.
- Schneiderhöhn, Hans: Der XV. Internationale Geologenkongreß in Südafrika, in: Metallwirtschaft, Wissenschaft und Technik 8 (1929), Nr. 50 vom 13.12.1929, S. 1215–1219.
- Schochow, Werner: Die Preussische Staatsbibliothek 1918–1945, Köln u. Wien 1989.
- Schoene, Hans-Joachim: Das Geophysikalische Laboratorium der Reichsstelle für Bodenforschung, in: Oel und Kohle vereinigt mit Erdöl und Teer 15 (1939), Heft 41 vom 1.11.1939, S. 759–761.
- Schönhals, Ernst: Aufgaben und praktische Durchführung der neuen bodenkundlichen Übersichtsaufnahme im Protektorat Böhmen und Mähren, in: Jahrbuch des Reichsamts für Bodenforschung für das Jahre 1942, Bd. 63, Berlin 1944, S. 334–349.
- Schönherr, Klaus: Die Rückzugskämpfe in Rumänien und Siebenbürgen, in: Karl-Heinz Frieser (Hg.): Die Ostfront 1943/44. Der Krieg im Osten und an den Nebenfronten (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 8), München 2007, S. 731–848.
- Scholtyssek, Joachim: Nur eine nachgeordnete Behörde ohne Kompetenzen? Das Reichswirtschaftsministerium 1933 bis 1945 und die Frage personeller Kontinuitäten in der Bundesrepublik, in: Manuel Becker u. Christoph Studt (Hg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit im „Dritten Reich“. „Horte des Widerstands“ oder „verbrecherische Organisationen“? Tagungsband zur XXV. Königswinterer Tagung, Augsburg 2013, S. 101–127.
- Schott, Wolfgang: Alfred Bentz als Wissenschaftler, in: Geologisches Jahrbuch 83 (1965), S. IXXX–XXXIX.
- Schott, Wolfgang: Daten aus dem Leben von Alfred Bentz, in: Geologisches Jahrbuch 83 (1965), S. XVII–XX.
- Schott, Wolfgang u. Udluft, Hans: Die Arbeiten auf dem Gebiet der Erdölgeologie, in: Hans Udluft (Hg.): Die Preussische Geologische Landesanstalt 1873–1939, Hannover 1968, S. 97–102.

- Schramm, Manuel: Wilhelm Jordan, die Professionalisierung der Geodäsie und die deutsche Vermessungstechnik in Afrika, 1870–1899, in: Uwe Fraunholz u. Sylvia Wölfel (Hg.): *Ingenieur in der technokratischen Hochmoderne*. Thomas Hänseroth zum 60. Geburtstag, Münster u.a. 2012, S. 103–113.
- Schreiber, Carsten: *Elite im Verborgenen. Ideologie und regionale Herrschaftspraxis des Sicherheitsdienstes der SS und seines Netzwerks am Beispiel Sachsens*, München 2008.
- Schröder, Eckard: Nachruf auf Fritz-Erdmann Klingner, in: *Geologisches Jahrbuch* 70 (1955), S. IX–XIII.
- Schröder, Eckart: Nachruf auf Rudolf Cramer, in: *Geologisches Jahrbuch* 70 (1955), S. XXIII–XXVI.
- Schröder Richard: Glimmer und Glimmerprodukte, in: Harald Schering (Hg.): *Die Isolierstoffe der Elektrotechnik*. Vortragsreihe, veranstaltet von dem Elektrotechnischen Verein E.V. und der Technischen Hochschule Berlin, Berlin 1924, S. 83–108.
- Schröder, Wilfried: Emil Wiechert. Physiker – Geophysiker – Wissenschaftsorganisator, in: *Mitteilungen des Arbeitskreises „Geschichte der Geophysik“ der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft* 19 (2000), Heft 1–2, Bremen 2000.
- Schröter, Alfred: *Krieg, Staat, Monopol 1914–1918. Die Zusammenhänge von imperialistischer Kriegswirtschaft, Militarisierung der Volkswirtschaft und staatsmonopolistischem Kapitalismus in Deutschland während des Ersten Weltkrieges*, Berlin-Ost 1965.
- Schuberth, Konrad u. Lindert, Wolfgang: Paul Assmann (1881–1967) – Erforscher der Geologie Oberschlesiens, in: *Hallesches Jahrbuch für Geowissenschaften* 41 (2018).
- Schüring, Michael: *Das Selbstverständnis der Max-Planck-Gesellschaft und der Umgang mit Emigranten in den 50er Jahren*, Ms. Vortrag am 11. Januar 2001, WissenschaftsForum Berlin.
- Schütz, Erhard u. Gruber, Eckhard: *Mythos Reichsaustobahn. Bau und Inszenierung der „Straßen des Führers“ 1933–1941*, Berlin 2012.
- Schuh, Friedrich: Die Isanomalienkarte der magnetischen Vertikalintensität von Mecklenburg und die neue Kossmat'sche Karte der Schwereanomalien Nordwestdeutschlands (Vortrag, gehalten auf der Erdöltagung der Deutschen Geologischen Gesellschaft in Hannover am 5. Mai 1932), in: *Die Erdöltagung der Deutschen Geologischen Gesellschaft in Hannover 5.–7. Mai 1932. Vorträge und Verhandlungen*, Stuttgart 1932, S. 449–454.
- Schulte, Jan Erik: *Zwangsarbeit und Vernichtung: Das Wirtschaftsimperium der SS. Oswald Pohl und das SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt 1933–1945*, Paderborn u.a. 2001.
- Schultze, Georg Richard: Nachruf auf Alfred Bentz, in: *Abhandlungen der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft* 17 (1965), S. 241–250.

- Schultze, Georg Richard: Nachruf auf Hans Joachim Martini (5.1.1908 – 22.10.1969), in: Abhandlungen der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft 12 (1969), S. 489–496.
- Schulz, David: Die Natur der Geschichte. Die Entdeckung der geologischen Tiefenzeit und die Geschichtskonzeption zwischen Aufklärung und Moderne, Berlin u. Boston 2020.
- Schulz, Herbert: Prof. Bergrat a.D. Wilhelm Schulz. Direktor des einstigen Institutes für Kohlen-, Erdöl- und Schieferbergbau *10.08.1880, †30.10.1951, in: TU Clausthal. Institute of Subsurface Energy Systems (<https://www.ite.tu-clausthal.de/ueber-uns/team/prof-bergrat-ad-wilhelm-schulz>), eingesehen am 13.9.2023).
- Schulz, Ulrike: Simson. Vom unwahrscheinlichen Überleben eines Unternehmens 1856–1993, Göttingen 2013.
- Schulz, Wilhelm: Die deutschen Erdölschätze und die wirtschaftliche Bedeutung des Erdöls für Deutschland, in: Die Grundlagen der zukünftigen Versorgung Deutschlands mit Mineralölen und bituminösen Straßenbaustoffen. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung vom 17. bis 19. September 1933, in: Öl und Kohle 1 (1933), Heft 1, S. 15.
- Schulze, Gerhard (Bearb.): Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38, Band 11/II: 14. November 1918 bis 31. März 1925, in: Jürgen Kocka u. Wolfgang Neugebauer (Hg.): Acta Borussica, Neue Folge, 1. Reihe: Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38, Hildesheim u.a. 2002.
- Schurig, Horst: Findbuch des literarischen Nachlasses von Leo Weismantel (1888–1964), Berlin-Ost 1981.
- Kurt Schuschnigg, in: Gedenkstätte Deutscher Widerstand (https://www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personenverzeichnis/biografie/view-bio/kurt-schuschnigg/?no_cache=1), eingesehen am 19.8.2024).
- Schuster, Friedrich: Dr. Walter Biese – ein Bericht aus Chile, in: Verbandsnachrichten. Mitteilungsblatt des Verbandes österreichischer Höhlenforscher 6 (1955), Heft 4 vom 20.5.1955, S. 37–38.
- Schwarte, Max: Einleitung, in: ders. (Hg.): Der Weltkampf um Ehre und Recht. Die Erforschung des Krieges in seiner wahren Begebenheit, auf amtlichen Urkunden und Akten beruhend, Bd. 8: Die Organisation der Kriegsführung, Dritter Teil: Die Organisation für das geistige Leben im Heere, Leipzig 1927, S. 1–10 (Erste Ausgabe u. d. T. Der große Krieg 1914–1918, Bd. 10, 1923).
- Schwarz, Gudrun: Die nationalsozialistischen Lager, Frankfurt am Main u. New York 1990.
- Schweydar, W[ilhelm]: Die Bedeutung der Drehwage von Eötvös für die geologische Forschung nebst Mitteilung der Ergebnisse einiger Messungen, in: Zeitschrift für praktische Geologie mit besonderer Berücksichtigung der Lagerstättenkunde 26 (1918), Heft 11 (November), S. 157–162.

- Seibold, E[ugen] u. Seibold I[lse]: Alfred Bentz – Erdölgeologe in schwieriger Zeit, 1938–1947, in: *International Journal of Earth Sciences (Geologische Rundschau)* 91 (2002), S. 1081–1093.
- Seidemann, Wolf-Ingo: „Eisen schaffen für das kämpfende Heer!“ Die Doggererz AG – ein Beitrag der Otto-Wolff-Gruppe und der saarländischen Stahlindustrie zur nationalsozialistischen Autarkie- und Rüstungspolitik auf der badischen Baar, Konstanz und München 2016.
- Seidl, Kurt: Die Erbohrung des Iraköls durch die Deutsche Wehrmacht während des ersten Weltkrieges, in: *Oel und Kohle vereinigt mit Erdöl und Teer* 38 (1942), Heft 3 vom 15.1.1942, S. 59–62.
- Seidler, Franz W.: Fritz Todt. Baumeister des Dritten Reiches, Frankfurt am Main u. Berlin 1988.
- Seifert, Dirk: Spurensuche: Gebaut auf den Verbrechen der Nationalsozialisten – “Versagen der jungen Bundesrepublik”, in: *umweltFAIRaendern*, 22.10.2016 (<https://umweltfairaendern.de/2016/10/22/spurensuche-gebaut-auf-den-verbrechen-der-nationalsozialisten-versagen-der-jungen-bundesrepublik/>, eingesehen am 6.9.2024).
- Seifert, Friedrich: Petrascheck, Walther, in: *Neue Deutsche Biographie* 20 (2001), S. 262 (Online-Version URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118593242.html#ndbcontent>, eingesehen am 8.6.2024)
- Siebert, Manfred: Geschichte des Instituts für Geophysik in Göttingen, in: Horst Neunhöfer u.a. (Hg.): *Zur Geschichte der Geophysik in Deutschland. Jubiläumsschrift zur 75jährigen Wiederkehr der Gründung der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft*, Hamburg 1997, 107–114.
- Sikora, Mirosław: Die Waffenschmiede des „Dritten Reiches“. Die deutsche Rüstungsindustrie in Oberschlesien während des zweiten Weltkrieges, Essen 2014.
- Singer, Max: *Der Baugrund. Praktische Geologie für Architekten, Bauunternehmer und Ingenieure*, Wien 1932.
- Soffel, Heinrich C. u. Vidal, Helmut: Geschichte der wissenschaftlichen Einrichtung „Institut für Allgemeine und Angewandte Geophysik und Geophysikalisches Observatorium“ der Universität München, in: Horst Neunhöfer u.a. (Hg.): *Zur Geschichte der Geophysik in Deutschland. Jubiläumsschrift zur 75jährigen Wiederkehr der Gründung der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft*, Hamburg 1997, S. 115–121.
- Soutou, Georges-Henri: Die Kriegsziele des Deutschen Reiches, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staates während des Ersten Weltkrieges: Ein Vergleich, in: Wolfgang Michalka (Hg.): *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*, München 1994.
- Spikermann, Uwe: *Künstliche Kost. Ernährung in Deutschland 1840 bis heute*, Göttingen 2018.

- Spilker, Martin: Ernst Fulda und der Mansfelder Kupferschieferbergbau, in: Mitteilungen des Vereins Mansfelder Berg- und Hüttenleute e.V., Mitteilung 127 (2014), 1, S. 2–5 (<http://www.vmbh-mansfelder-land.de/mitteilungen/mitteilungsblaetter/vmbh-127-1-2014.pdf>, eingesehen am 6.3.2024).
- Spoerer, Mark: Die soziale Differenzierung der ausländischen Zivilarbeiter, Kriegsgefangenen und Häftlinge im Deutschen Reich, in: Jörg Echternkamp (Hg.): Die Deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945, Zweiter Halbband: Ausbeutung, Deutungen Ausgrenzung (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/2), München 2005, S. 458–575.
- Stach, Erich: 25 Jahre Kohlenpetrographisches Laboratorium am Amt für Bodenforschung, in: Brennstoff-Chemie 33 (1952), Nr. 15/16, S. 278–279.
- Professor Dr. Erich Stach 60 Jahre, in: Erdöl und Kohle 9 (1956), Nr. 3 (Februar), S. 136–137.
- Stach, Stephan: Nationalitätenpolitik aus der zweiten Reihe. Konzepte und Praktiken zur Einbindung nationaler Minderheiten in Piłsudskis Polen (1926–1939), Göttingen 2024.
- Stand der Arbeit in den Ausschüssen, in: Zwanglose Mitteilungen des Deutschen Verbandes für die Materialprüfungen der Technik (1927), Heft 9, S. 99–114.
- Stargardt, Nicholas: Der Deutsche Krieg. Zwischen Angst, Zweifel und Durchhaltewillen – wie die Menschen den Zweiten Weltkrieg erlebten 1939–1945, Frankfurt am Main 2017.
- Stein, Harry: Funktionswandel des Konzentrationslagers Buchenwald im Spiegel der Lagerstatistiken, in: Ulrich Herbert, Karin Orth u. Christoph Dieckmann (Hg.): Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, Bd. 1, Frankfurt am Main 2002, S. 167–192.
- Stein, Harry (Hg.): Konzentrationslager Buchenwald 1937–1946. Begleitband zur ständigen historischen Ausstellung, Göttingen 2000.
- Steinbacher, Sybille: Differenz der Geschlechter? Chancen und Schranken für die „Volksgenossinnen“, in: Frank Bajohr u. Michael Wildt (Hg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2012, S. 94–104.
- Stensland, Rolf Harald: Zur Ersatzstoffproduktion im Ersten Weltkrieg – Schwefelbeschaffung und -bewirtschaftung in Deutschland, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 96 (2009), Heft 2, S. 173–194.
- Steuwer, Janosch: „Ein Drittes Reich, wie ich es auffasse“. Politik, Gesellschaft und privates Leben in Tagebüchern 1933–1939, Göttingen 2017.
- Stevenson, David: 1914–1918. Der Erste Weltkrieg, München 2010.
- Stier, Bernhard: Ein staatlicher Bergbaukonzern als Instrument der Wirtschaftspolitik in der Weimarer Demokratie. Gründung und Aufbau der „Preussischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft“ 1923–1932, in: ders. u. Johannes Laufer: Von der Preussag zur TUI. Wege und Wandlungen eines Unternehmens 1923–2003, Essen 2005, S. 25–153.
- Stille, Hans: Nachruf Gotthard Fliegel, in: Zeitschrift der Deutschen Geologischen Gesellschaft 102 (1951), Heft 1, S. 134–140.

- Stöcke, Kurt: Geologe und Ingenieur bei der technischen Gesteinsprüfung, in: Zeitschrift für praktische Geologie 46 (1938), Heft 2 (Februar), S. 21–27.
- Stöcke, Kurt: Mineralogisch-petrographische Gesichtspunkte bei der Prüfung von Straßenbaugesteinen, in: Stein-Industrie und Straßenbau 28 (1933), Heft 3, S. 38–41.
- Stöcke, Kurt: Die Normenblätter DIN DVM 2201–2206 zur Prüfung von Dach-schiefer, in: Stein-Industrie und -Straßenbau 28 (1933), Heft 24, S. 239–241.
- Stöcke, Kurt: Beurteilung der Wetterbeständigkeit von Naturgestein mittels der vom Deutschen Verband für Materialprüfung der Technik aufgestellten DIN-Verfahren, Sonderdruck aus Stein-Industrie und -Straßenbau 32 (1937), Heft 15.
- Stöcken, Malte: Dokumentation. Eine Wissenschaftsgeschichte der Auskunftsstellen, Referatenblätter, Dezimalklassifikation und des transnationalen Wissenstransfers von 1900 bis 1945, Phil. Diss. Universität Bielefeld, Bielefeld 2020.
- Stöcken, Malte: Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat“. Das Staatliche Materialprüfungsamt 1904–1945, Bielefeld 2026.
- Stoecker, Helmuth: Die Expansionsbestrebungen in Mittelfrika 1898–1914, in: ders. (Hg.): Drang nach Afrika. Die deutsche koloniale Expansionspolitik und Herrschaft in Afrika von den Anfängen bis zum Verlust der Kolonien, Berlin ²1991, S. 222–232.
- Stoecker, Helmuth: Der erste Weltkrieg, in: ders. (Hg.): Drang nach Afrika. Die deutsche koloniale Expansionspolitik und Herrschaft in Afrika von den Anfängen bis zum Verlust der Kolonien, Berlin ²1991, S. 239–261.
- Stoecker, Holger: Afrikawissenschaften in Berlin von 1919 bis 1945. Zur Geschichte und Topographie eines wissenschaftlichen Feldes, Stuttgart 2008.
- Stöver, Bernd: Geschichte Berlins, München 2010.
- Stoevesandt, G[ustav]: Die Kriegskohlenzentrale in Konstantinopel und der Braunkohlenbergbau in Westanatolien, in: Glückauf. Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift 55 (1919), Nr. 36 vom 6.9.1919, S. 693–700 und Nr. 37 vom 13.9.1919, S. 713–717.
- Stoff, Heiko: „Eine zentrale Arbeitsstätte mit nationalen Zielen“. Wilhelm Eitel und das KWI für Silikatforschung 1926–1945, in: Helmut Maier (Hg.): Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer. Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung des Nationalsozialismus, Göttingen 2007, S. 503–560.
- Stokes, Raymond G.: 1945–1974, in: Rainer Karlsch u. Raymond G. Stokes: „Faktor Öl“. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974, München 2003, S. 247–378.
- Stokes, Raymond G.: Der Siegeszug von Erdöl und Erdgas im 20. Jahrhundert, in: Dieter Ziegler (Hg.): Rohstoffgewinnung im Strukturwandel. Der deutsche Bergbau im 20. Jahrhundert (Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 4), Münster 2013, S. 515–538.

- Stoller, Jakob: Geologische Bemerkungen über die bis zum Jahre 1920 erfolgten Bohraufschlüsse im Erdölgebiet Horst-Wipshausen, Kreis Peine i. Han., in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1928, Teil II, Berlin 1929, S. 845–858.
- Stoller, Jakob: Das Erdölgebiet Hänigsen-Obershagen in der südlichen Lüneburger Heide, Berlin 1913.
- Stowasser, Hermann: Nachruf auf Leopold Sommermeier, in: Mitteilungen der Geologischen Gesellschaft in Wien 56 (1963), Heft 2 S. 657–661.
- Streb, Jochen: Das Reichswirtschaftsministerium im Kriege, in: Albrecht Ritschl (Hg.): Das Reichswirtschaftsministerium in der NS-Zeit. Wirtschaftsordnung und Verbrechenkomplex (Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990, Bd. 2), Berlin und Boston 2016, S. 533–610.
- Streit, Reinhard: Nachruf auf Peter Cramer (25.11.1910–15.9.2003), in: *Geologica Bavarica* 109 (2006), S. 197–202.
- Ströbel, W.: Nachruf Manfred Frank 1905–1976, in: Jahresberichte und Mitteilungen des Oberrheinischen Geologischen Vereins 58 (1976), S. 63–76.
- Süß, Winfried: Der „Volkskörper“ im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939–1945, München 2003.
- Superphosphat-Fibel. Von der Herstellung bis zur Anwendung, Hamburg 1958.
- Suppan, Arnold: Hitler – Beneš – Tito. Konflikt, Krieg und Völkermord in Ostmittel- und Südosteuropa, Wien 2014.
- Suttner, Andreas: Die Geologische Reichsanstalt am Beginn der Ersten Republik, in: *Berichte der Geologischen Bundesanstalt* 115 (2016), S. 8–15.
- Szöllösi-Janze, Margit: Fritz Haber 1868–1934. Eine Biographie, München 1998.
- Szöllösi-Janze, Margit: Die institutionelle Umgestaltung der Wissenschaftslandschaft im Übergang vom späten Kaiserreich zur Weimarer Republik, in: Rüdiger vom Bruch u. Brigitte Kaderas (Hg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2002, S. 60–74.
- Tacke, Bruno: Seeschlamm zur Streckung des Schweinefutters, in: *Mitteilungen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft* 31 (1916), Stück 25 vom 17.6.1916, S. 423.
- Tätigkeitsbericht der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1924, in: *Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1924*, Bd. XLV, Berlin 1925, S. I–XXXVII.
- Tätigkeitsbericht der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1925, in: *Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1925*, Bd. XLVI, Berlin 1926, S. I–XXXVIII.
- Tätigkeitsbericht der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1926, in: *Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1926*, Bd. XLVII, Heft 1 (Beyschlag-Band), Berlin 1926, S. XCIV–CXXXIV.

- Tätigkeitsbericht der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1927, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1927, Bd. XLVIII, Berlin 1928, S. I–XLIII.
- Tätigkeitsbericht der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1928, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1928, Bd. XLIX, Teil II, Berlin 1929, S. I–XLVI.
- Tätigkeitsbericht der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1929, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1929, Bd. L, Teil II, Berlin 1929, S. I–LII.
- Tätigkeitsbericht der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1930, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1930, Bd. 51, Teil II, Berlin 1930, S. I–XXXVII.
- Tätigkeitsbericht der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1931, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1931, Bd. 52, Berlin 1932, S. 532–572.
- Tätigkeitsbericht der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1932, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1932, Bd. 53, Berlin 1933, S. 976–1014.
- Tätigkeitsbericht der Abteilung Sammlungen für das Jahr 1933, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1933, Bd. 54, Berlin 1934, S. 709–715.
- Tätigkeitsbericht der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1934, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1934, Bd. 55, Heft 2, Berlin 1935, S. 3–13.
- Tätigkeitsbericht der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1935, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1935, Bd. 55, Heft 2, Berlin 1936, S. 59–70.
- Tätigkeitsbericht der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1936, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1936, Bd. 57, Heft 2, Berlin 1937, S. 19–33.
- Tätigkeitsbericht der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1937, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1937, Bd. 58, B. Amtlicher Teil, Berlin 1938, S. 7–31.
- Tätigkeitsbericht der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1938, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1938, Bd. 59, B. Amtlicher Teil, Berlin 1939, S. 13–45.
- Tätigkeitsberichte für das Jahr 1948 und Arbeitspläne für das Jahr 1949 der Geologischen Landesanstalten der Deutschen Bundesrepublik, in: Geologisches Jahrbuch für das Jahr 1949, Bd. 65, Hannover 1951, S. XLIII–LXXXIII.
- Take, Gunnar: Forschen für den Wirtschaftskrieg. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft im Nationalsozialismus, Berlin und Boston 2019.
- Tauchen, Jaromír: Die Arbeitsverwaltung im Protektorat Böhmen und Mähren (1939–1945), in: Journal on European History of Law 2 (2019), S. 2–14.

- Teichmüller, Marlies: Nachruf Erich Stach, in: Geologisches Jahrbuch, Mitteilungen Heft 6, 1988, S. 115–129.
- Tempel, Christoph: Kurze Beschreibung der Geschichte des Westwallbaues in den Jahren 1938–1945, in: Eckard Gruber (Red.): Wir bauen des Reiches Sicherheit. Mythos und Realität des Westwalls 1938–1945, Berlin 1992, S. 9–31.
- von Terzaghi, Karl: Erdbaumechanik auf bodenphysikalischer Grundlage, Wien 1925.
- Thaler, Johannes u.a.: Bergwetter 1938. Diktatur, Behörden, Wissenschaft. GBA und ZMAG im Schatten des Nationalsozialismus, Wien 2018.
- Thews, Joe-Dietrich: Geschichte des Hessischen Landesamtes für Bodenforschung 1946–1996, in: Geologisches Jahrbuch Hessen 124 (1996), S. 15–37.
- Thiel, Jens: Internationalität. Was für eine Internationalität? Exemplarische Überlegungen zu den Wissenschaftsakademien und ihren Periodika vor und im ‚Dritten Reich‘, in: Andrea Albrecht u.a. (Hg.): „Zwischenvölkische Aussprache“. Internationaler Austausch in wissenschaftlichen Zeitschriften 1933–1945, Berlin u. Boston 2020, S. 83–116.
- Thiel, Jens: Kriegswirtschaftliche Interventionen: die Etablierung von Zwangsarbeitsregimen im Ersten Weltkrieg, in: Jochen Oltmer (Hg.): Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Berlin und Boston 2016, S. 385–416.
- Thiel, Jens: „Menschenbassin Belgien“. Anwerbung, Deportation und Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, Essen 2007.
- Thiel, Jens u. Westerhoff, Christian: Zwangsarbeit, in: Marcel Boldorf (Hg.): Deutsche Wirtschaft im Ersten Weltkrieg, Berlin u. Boston 2020, S. 425–448.
- Thielecke, Albert: Deutsche landeskundliche Arbeiten im Weltkriege an der europäischen Ost- und Südost-Front und in den anschließenden Etappengebieten. Inaugural-Dissertation, Jena 1937.
- Thielmann, H.: Die Entwicklung des deutschen Erdölbergrechts seit der Machtübernahme, in: Oel und Kohle 38 (1942), Nr. 19 vom 8.3.1942, S. 237–244.
- Thomas, Georg: Wehrkraft und Wirtschaft, in: Richard Donnevert (Hg.): Wehrmacht und Partei, 1939 Leipzig, S. 152–166.
- Thompson, Dorothy: „Ich traf Hitler!“ Der Reportage-Essay von 1932 erstmals vollständig auf Deutsch mit sämtlichen Original-Abbildungen, hrsg. von Oliver Lubrich, Wien 2023.
- Thoms, Ulrike: Vom Nutzen der Wissenschaft für den Staat. Ressortforschung im Bereich der Milchwirtschaft, in: Christiane Pieper u. Frank Uekötter (Hg.): Vom Nutzen der Wissenschaft. Beiträge zu einer prekären Beziehung, Stuttgart 2010, S. 115–141.
- Thoms, Ulrike: Die Verwertung von Tierkadavern zur Herstellung von Tierersatzfutter, in: Elisabeth Vaupel (Hg.): Ersatzstoffe im Zeitalter der Weltkriege. Geschichte, Bedeutung, Perspektiven, München 2021, S. 301–326.
- Thyssen, Franz: Nachruf auf Bernhard Brockamp, in: Polarforschung 38 (1968), S. 188–190.

- Tiedemann, Bruno: Die Bedeutung des Bodens im Bauwesen, in: Edwin Blanck (Hg.): Handbuch der Bodenlehre, Bd. 10: Die Technische Ausnutzung des Bodens, seine Bonitierung und kartographische Darstellung, Berlin u. Heidelberg 1932, S. 138–196.
- Tietze, Emil: Jahresbericht für 1914, in: Verhandlungen der k.k. geologischen Reichsanstalt. Jahressitzung am 26. Jänner 1915, 1 (1915), S. 1–44.
- Tietze, Emil: Jahresbericht für 1916, in: Verhandlungen der k.k. geologischen Reichsanstalt. Jahressitzung am 30. Jänner 1917, Wien 1917, Nr. 1, S. 1–36.
- Tietze, Emil: Jahresbericht für 1917, in: Verhandlungen der k.k. geologischen Reichsanstalt. Bericht vom 29. Jänner 1918, Wien 1918, Nr. 1, S. 1–36.
- Tilly, Stephanie: Kriege, Krisen, Konkurrenzen. Monopolverlust und Konzentrationsprozesse (1914–1945), in: Dirk Reder, Severin Roeseling u. Thomas Prüfer (Hg.): Wachstum erleben - Die Geschichte der K+S Gruppe 1856–2006, Kassel 2006, S. 73–111.
- Todesanzeige für Walter Biese, in: Verbandsnachrichten. Mitteilungsblatt des Verbandes österreichischer Höhlenforscher 11 (1959/60), Heft 6 vom 25.8.1960, S. 49.
- Tooze, Adam: Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2008.
- Toprani, Anand: Germany's Answer to Standard Oil: The Continental Oil Company and Nazi Grand Strategy, 1940–1942, in: The Journal of Strategic Studies 37 (2014), Nr. 6–7, S. 949–973.
- Toprani, Anand: Oil and the Great Powers. Britain and Germany, 1914–1945, Oxford 2019.
- Torge, Wolfgang: Geschichte der Geodäsie in Deutschland, ²Berlin u. New York 2009.
- Tornow, Maximilian: Nachruf auf Otto Clausnitzer, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1918, Bd. XXXIX, Teil II, Berlin 1921, S. XXXIV–XXXV.
- Trappe, Friedrich: Die Anwendung der seismischen Reflexionsmethode in Deutschland, in: Oel und Kohle vereinigt mit Erdöl und Teer 12 (1936), Heft 42 vom 8.11.1936, S. 901–904.
- Trappe, Friedrich: Neuere Anwendungen des seismischen Verfahrens der Lagerstättenforschung, in: Oel und Kohle vereinigt mit Erdöl und Teer 12 (1936), Heft 18 vom 8.5.1936, S. 384–387.
- Trappe, Hans-Jürgen: Angewandte Geophysik im Bergbau, in: Glückauf. Zeitschrift für Technik und Wirtschaft des Bergbaues 117 (1981), Nr. 8, S. 433–445.
- Treber, Leonie: Mythos Trümmerfrauen. Von der Trümmerbeseitigung in der Kriegs- und Nachkriegszeit und der Entstehung eines deutschen Erinnerungsortes, Essen 2014.
- Friedrich Treiber, in: Propaganda – Luftfahrt – Erziehung – Ostgebiete. Beamte nationalsozialistischer Reichsministerien. Rekrutierung – Karrieren – Nachkriegswege (<https://ns-reichsministerien.de/2020/07/15/friedrich-treiber/>, eingesehen am 7.8.2024).

- Trénel, Max: Bodenkundliche Kartierung für Siedlung und Landesplanung, in: Zeitschrift für praktische Geologie 45 (1937), Heft 2 (Februar), S. 19–27.
- Trénel, Max, in: Wolfgang Böhm: Biographisches Handbuch zur Geschichte des Pflanzenbaus, München 1997, S. 356–357.
- Trénel, Max: Worauf beruht die toxische Wirkung des Aluminiums im sauren Mineralboden?, Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1932, Bd. 53, Berlin 1933 (Sitzungsberichte der Preußischen Geologischen Landesanstalt, S. 1–31, hier 14).
- Trenkle, Fritz: Bordfunkgeräte – Vom Funkensender zum Bordradar, Koblenz 1986.
- Treue, Wilhelm: Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), Heft 2, S. 184–210.
- Trischler, Helmuth: Die neue Räumlichkeit des Krieges. Wissenschaft und Technik im Ersten Weltkrieg, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 19 (1996), S. 95–103.
- Trischler, Helmuth: Das Rückstandssyndrom. Ressourcenkonstellationen und epistemische Orientierungen in Natur- und Technikwissenschaften, in: Karin Orth u. Willi Oberkrome (Hg.): Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik, Stuttgart 2010, S. 111–125.
- Tröger, Richard: Technik in der Metallwirtschaft, in: Max Schwarte (Hg.): Die Technik im Weltkriege, Berlin 1920, S. 514–524.
- Troll, Georg: Nachruf auf Georg Fischer (1899–1984), in: Geologische Rundschau 74 (1985), S. 443–446.
- Türk, Henning: Treibstoff der Systeme. Kohle, Erdöl und Atomkraft im geteilten Deutschland, Berlin 2021.
- Tury, Iwan Karl: Ist Afrika wirklich ölleer?, in: Montanistische Rundschau. Zeitschrift für Berg- und Hüttenwesen. Organ der Bezirksgruppe Ostmark der Wirtschaftsgruppe Bergbau 32 (1940), Nr. 20 vom 16.10.1940, S. 339–341.
- Ubbelohde, Leo: Der Aufbau der Vorträge unserer Tagung, in: Die Grundlagen der zukünftigen Versorgung Deutschlands mit Mineralölen und bituminösen Straßenbaustoffen. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung vom 17. bis 19. September 1933, in: Öl und Kohle 1 (1933), Heft 1, S. 19.
- Ubbelohde, Leo: Die Entstehung der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung und des neuen deutschen Mineralölwirtschaftsplanes, in: Die Grundlagen der zukünftigen Versorgung Deutschlands mit Mineralölen und bituminösen Straßenbaustoffen. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung vom 17. bis 19. September 1933, in: Öl und Kohle 1 (1933), Heft 1, S. 7–9.
- Ubbelohde, Leo: Die Gründung der Gesellschaft am 8. und 9. Mai 1933, in: Die Grundlagen der zukünftigen Versorgung Deutschlands mit Mineralölen und bituminösen Straßenbaustoffen. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung vom 17. bis 19. September 1933, in: Öl und Kohle 1 (1933), Heft 1, S. 10–13.

- Ubbelohde, Leo: Rückblick und Ausblick, in: Öl und Kohle 2 (1934), Heft 4, S. 135–137.
- Ubbelohde, Leo: Vorwort, in: Die Grundlagen der zukünftigen Versorgung Deutschlands mit Mineralölen und bituminösen Straßenbaustoffen. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung vom 17. bis 19. September 1933, in: Öl und Kohle 1 (1933), Heft 1.
- Udluft, Hans: Nachruf auf Eduard Beyenburg, in: Geologisches Jahrbuch 76 (1959), S. XV–XIX.
- Udluft, Hans: Nachruf auf Rudolf Fabian, in: Geologisches Jahrbuch 66 (1952), S. LV–LVI.
- Udluft, Hans: Nachruf auf Werner Paeckelmann, in: Geologisches Jahrbuch 67 (1953), S. VII–XVIII.
- Udluft, Hans: Geschichtlicher Überblick über die Gründung, Entwicklung und Auflösung der Preußischen Geologischen Landesanstalt, in: ders. (Hg.): Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–1939 (Beihefte zum Geologischen Jahrbuch, Heft 78), Hannover 1968, S. 8–34.
- Udluft, Hans (Hg.): Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–1939 (Beihefte zum Geologischen Jahrbuch, Heft 78), Hannover 1968.
- Udluft, Hans: Der Stand der Staublungenforschung und unsere Mitarbeit, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1937, Bd. 58, A. Wissenschaftlicher Teil, Berlin 1938, S. 871–872.
- Udluft, Hans: Vorwort, in: ders. (Hg.): Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–1939 (Beihefte zum Geologischen Jahrbuch, Heft 78), Hannover 1968.
- Udluft, Hans u. Hellmers, Johann Heinrich: In welchen Steinbruchbetrieben besteht eine Silikosegefahr?, in: Stein-Industrie und Stein-Strassenbau, 38 (1938), Heft 4 vom 17.2.1938, S. 55–59.
- Udluft, Hans u. Pfeiffer, Paul: Nachruf auf Johann Heinrich Hellmers, in: Geologisches Jahrbuch 68 (1954), S. V–XIII.
- Eine geologische Uebersichtskarte der Umgegend von Berlin, in: Vorwärts 45 (1928), Nr. 33 vom 20.1.1928, S. 7.
- Uekötter, Frank: Die Wahrheit ist auf dem Feld. Eine Wissensgeschichte der deutschen Landwirtschaft, Göttingen 2010.
- Uhl, Matthias u.a. (Hg.): Die Organisation des Terrors. Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1943–1945, München 2020.
- Ullrich, Volker: Die nervöse Großmacht 1871–1918. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs, Frankfurt am Main ²1999.
- Utescher, Kurt: Nachruf auf Robert Ganssen, in: Jahrbuch der Reichsstelle für Bodenforschung für das Jahr 1940, Bd. 61, Berlin 1941, S. 359–369.
- Vai, Gian Battista: Giovanni Capellini and the origin of the International Geological Congress, in: Episodes, 25 (2002), No. 4 (December), S. 248–254.
- Valentin, Veit: Deutschlands Außenpolitik von Bismarcks Abgang bis zum Ende des Weltkrieges, Berlin 1921.

- Vaupel, Elisabeth: Ersatzstoffe – Geschichte, Bedeutung, Perspektiven, in: dies. (Hg.): Ersatzstoffe im Zeitalter der Weltkriege. Geschichte, Bedeutung, Perspektiven, München 2021, S. 9–81.
- von Velsen, Stefan: Das Militäreisenbahnwesen (Eisenbahnen und Schifffahrt), in: Max Schwarte (Hg.): Der Weltkrieg um Ehre und Recht. Die Erforschung des Krieges in seiner wahren Begebenheit, auf amtlichen Urkunden in Akten beruhend, Bd. 6: Die Organisation der Kriegführung, Erster Teil: Die für den Kampf unmittelbar arbeitenden Organisationen, Leipzig 1927, S. 183–263.
- Verein deutscher Dünger-Fabrikanten (Hg.): Die Fabrikation des Superphosphats mit Berücksichtigung der anderen gebräuchlichen Düngemittel nach dem Handbuch von Ludwig Schucht, Braunschweig 1926.
- Verfügung des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete betr. Bergverwaltung im GG vom 8.12.1939, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Deutschen Reich 87 (1939), S. 365.
- Die Vermessungstruppen, in: Die Woche 20 (1918), Nr. 28 vom 13.7.1918, S. 701–704.
- Verordnung des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete über Bergwerksgerechtsame und Bergwerkanteile im GG vom 14.12.1939 und Verordnung des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete über die Wahrnehmung von Interessen der Inhaber von Erdölge Gewinnungsrechten im GG vom 14.12.1939, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Deutschen Reich 88 (1940), S. 111.
- Verordnung des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete über die Einsetzung eines Sonderbevollmächtigten für die Erdölwirtschaft vom 27.6.1940, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Deutschen Reich 88 (1940), S. 144.
- Verordnung des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete über die Bergverwaltung im GG vom 13.9.1940, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Deutschen Reich 88 (1940), S. 221.
- Verordnung des RWM und Preußischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit über die Berechtigung zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl und anderen Bodenschätzen (Erdölverordnung) vom 13.12.1934, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinen-Wesen im Preussischen Staate 82 (1934), Berlin 1934, S. 356–357.
- Verordnung des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministers zur Änderung der Erdölverordnung vom 11.9.1936, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinen-Wesen im Preussischen Staate 84 (1936), Berlin 1936, S. 308.
- Verzeichnis der ehemaligen wissenschaftlichen Beamten und Angestellten der Preußischen Geologischen Landesanstalt, in: Hans Udluft: Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–1939, Hannover 1968, S. 128–136.
- Vetters, Hermann: Bericht über eine geologische Studienreise nach Mittelalbanien, in: Anzeiger der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien, Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse 54 (1917), Nr. 5, S. 45–46.

- Eintrag Dr. Hermann Vettters, in: Evangelischer Friedhof Simmering (<https://www.evangel-friedhof.at/simmering/dr-hermann-vettters/>, eingesehen am 5.4.2024).
- Vettters, Wolfgang u. Hofmann, Thomas: Eine Balkankarte von 1876 – Vorstudie zur Militärgeologie des 1. Weltkrieges?, in: Daniela Angetter, Bernhard Hubmann u. Johannes Seidl (Hg.): *Geologie und Militär: Von den Anfängen bis zum MilGeo-Dienst*. 11. Wissenschaftshistorische Tagung der Österreichischen Arbeitsgruppe „Geschichte der Erdwissenschaften“, Wien 2012, S. 51.
- Vidal, Helmut: 123 Jahre geologisch-bodenkundliche Landesuntersuchung in Bayern. 25 Jahre Bayerisches Geologisches Landesamt, in: Hans-Dietrich Lang (Red.): *100 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt*. Festakt am 1.6.1973 in Hannover. Grußworte – Vorträge – wissenschaftliche Beiträge (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 15), Hannover 1974, S. 101–114.
- Vidal, Helmut: Nachruf auf Hans Nathan 1900–1982, in *Geologica Bavarica* 84 (1983), S. 207–213.
- Vidal, Helmut: Nachruf auf Heinrich-Paul Arndt 1887–1968, in: *Geologica Bavarica* 63 (1972), S. 5–10.
- le Vigouroux, Philippe: The XIII International Geological Congress of 1922 in Brussels (Belgium): between wounds of the Great War and theory passed under silence, in: *Episodes* 45 (2022), No. 4, S. 457–467 (<https://doi.org/10.18814/epiiugs/2022/022030>, eingesehen am 23.10.2023).
- Voelkel, Carl: *Grundzüge des Bergrechts unter besonderer Berücksichtigung des Bergrechts Preußens*. Systematisch dargestellt, Berlin u. Leipzig 1924.
- Vogel, F.: Nachruf auf Albert Grader, in: *Geologica Bavarica* 25 (1956), S. XV–XVII.
- Volkman, Hans-Erich: *Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges*, in: Wilhelm Deist u.a.: *Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 1)*, Stuttgart 1979, S. 177–368.
- Vorgänge an der Anstalt, in: *Verhandlungen der Zweigstelle Wien der Reichsstelle für Bodenforschung (früher Geologische Bundesanstalt) (1939)*, Nr. 1–3, S. 1–2.
- de Vos, Luc u. Lierneux, Pierre: Der Fall Belgien 1914 bis 1918 und 1940 bis 1944, in: Bruno Thoß u. Hans-Erich Volkman (Hg.): *Erster Weltkrieg. Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland*, Paderborn u.a. 2002, S. 527–553.
- Wachsmann, Nikolaus: *KL. Die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, München 2015.
- Wagenbreth, Otfried: *Geschichte der Geologie in Deutschland*, Berlin u. Heidelberg 2015.
- Wagenbreth, Otfried: *Technische Gesteinskunde (Naturwissenschaftliches Grundwissen für Ingenieure des Bauwesens, Bd. 3)*, Berlin-Ost 1969.
- Wagenbreth, Otfried u. Wächtler, Eberhard (Hg.): *Bergbau im Erzgebirge. Technische Denkmale und Geschichte*, Leipzig 2013.

- Wagner, Andreas: „Machtergreifung“ in Sachsen. NSDAP und staatliche Verwaltung 1930–1935, Köln u.a. 2004.
- Wagner, Bernd C.: IG Auschwitz. Zwangsarbeit und Vernichtung von Häftlingen des Lagers Monowitz 1941–1945, München 2000.
- Wagner, Jens-Christian: Geologen als NS-Täter: Das Beispiel Mittelbau-Dora. Vortrag zum Tag des offenen Denkmals in der Gedenkstätte Mittelbau-Dora, 8.9.2002 (Manuskript).
- Wagner, Jens-Christian (Hg.): Konzentrationslager Mittelbau-Dora 1943–1945. Begleitband zur Ständigen Ausstellung in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, Göttingen ³2014.
- Wagner, Jens-Christian: Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora, Göttingen 2015.
- Wagner, Jens-Christian: Zwangsarbeit für den „Endsieg“. Das KZ Mittelbau-Dora 1943–1945, Erfurt ²2020.
- Wagner, Patrick: Forschungsförderung auf der Basis eines nationalistischen Konsenses. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft am Ende der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, in: Michael Grüttner u.a. (Hg.): Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010, S. 183–192.
- Wagner, Patrick: Notgemeinschaften der Wissenschaft. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) in drei politischen Systemen, 1920 bis 1973, Stuttgart 2021.
- Wagner, Patrick: „Reservat der Ordinarien“. Zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft zwischen 1920 und 1970, in: Karin Orth u. Willi Oberkrome (Hg.): Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik, Stuttgart 2010, S. 23–38.
- Wager, Rudolf: Nachruf Friedrich Kühne, in: Geologisches Jahrbuch 89 (1971), Hannover 1971, S. XLIV–XLVII.
- Waldmann, Leo: Bericht über die Anstaltsereignisse im April 1945, in: Verhandlungen der Geologischen Bundesanstalt, 1946, Heft 1–3, S. 2–5.
- Walker, Mark: Die Uranmaschine. Mythos und Wirklichkeit der deutschen Atombombe, Berlin 1990.
- Walther, Hansjust Wolfgang: Nachruf auf Arnold Cissarz, in: Erzmetall 26 (1973), S. 527.
- Wasmund, Erich: Wehrgeologie in ihrer Bedeutung für die Landesverteidigung, Berlin 1937.
- Weber, Wolfhard: Erschließen, Gewinnen, Fördern. Bergbautechnik und Montanwissenschaften von den Anfängen bis zur Gründung Technischer Universitäten in Deutschland, in: ders. (Hg.): Salze, Erze und Kohlen. Der Aufbruch in die Moderne im 18. und frühen 19. Jahrhundert (Geschichte des deutschen Bergbaues, Bd. 2), Münster 2015, S. 217–408.
- Wedekind, Rudolf: Ölbohrungen und Mikrobiostratigraphie, in: Petroleum 33 (1937), Nr. 1, S. 12–14.

- Wegner: Verkehrsmittel, in: Max Schwarte (Hg.): Die Technik im Weltkriege, Berlin 1920, S. 219–244.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003.
- Weiken, Karl: Prof. Dr. Bernhard Brockamps Verdienste um die deutsche Polarforschung und um die Deutsche Gesellschaft für Polarforschung, in: Polarforschung 38 (1968), S. 190–193.
- Weilert, A. Katarina: Ressortforschung. Forschung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben unter besonderer Berücksichtigung des Bereichs staatlicher und unionsrechtlicher Gesundheitsverantwortung, Tübingen 2022.
- Weinmann, Martin (Hg.): Das nationalsozialistische Lagersystem (CCP), Frankfurt am Main 1990.
- Weise, Niels: „Mehr als Nazizählerei“. Die Konjunktur der behördlichen Aufarbeitungsforschung seit 2005, in: Magnus Brechtken (Hg.): Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium, Göttingen 2021, S. 286–404.
- Weiser, Thorolf: Zur Entwicklung der deutschen geologischen Landesämter, in: 100 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt. Festakt am 1.6.1973 in Hannover. Grußworte – Vorträge – wissenschaftliche Beiträge (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 15), Hannover 1974, S. 211–213 (mit anliegendem Faltblatt „Entwicklung der deutschen geologischen Landesämter“).
- Weismantel, Leo, in: Handbuch des literarischen Katholizismus (<http://www.ku-eichstaett.de/fileadmin/130204/handbuch/Weismantel2011.pdf>, 27.5.2023).
- Wellmer, Friedrich-Wilhelm: Begrüßung und Einführung: Von der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu den Nachfolgediensten, in: Klaus-Dieter Meinhold: 125 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt und ihre Nachfolger – Geschichte und Gegenwart (Geologisches Jahrbuch, Reihe G, Heft 10), Hannover 2003, S. 195–200.
- Wellmer, Friedrich-Wilhelm: Rohstoffversorgung und Geologische Dienste – Wandel der Aufgaben in den letzten 100 Jahren, in: Erzmetall 48 (1995), Nr. 9, S. 608–618.
- Wellmer, Friedrich-Wilhelm u. Harald Ehse: The German Geological Surveys, their Tasks, Networks, and Future Perspectives, in: Die Staatlichen Geologischen Dienste – Strategien, Persönlichkeiten, Geschichte (Geologisches Jahrbuch Reihe G, Heft 11), Hannover 2004, S. 5–22.

- Wellmer, Friedrich-Wilhelm u. Röhling, Heinz-Gerd: Die Institutionalisierung der geologischen Kartierung in der Preußischen Geologischen Landesanstalt – Das rohstoffwirtschaftliche und intellektuelle Umfeld. Ein Beitrag zum 125. Todestag von Heinrich Ernst Beyrich (1815–1896), des Mitbegründers der Preußischen Geologischen Landesanstalt und der Deutschen Geologischen Gesellschaft, in: Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Geowissenschaften 172 (2021), Heft 2, S. 187–204, hier S. 189. (online: https://www.schweizerbart.de/papers/zdgg/detail/172/99406/Die_Institutionalisierung_der_geologischen_Kartierung_in_der_Preussischen_Geologischen_Landesanstalt_Das_rohstoffwirtschaftliche_und_intellektuelle_Umfeld, eingesehen am 7.10.2021).
- Der Weltkrieg 1914–1918. Die militärischen Operationen zu Lande, Bd. 12: Die Kriegführung im Frühjahr 1917, Berlin 1939.
- Wer leitet? Die Männer der Wirtschaft und der einschlägigen Verwaltung einschließlich Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte 1941/42, Berlin 1942.
- Werberg, Dennis: Der Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten. Eine Veteranenorganisation als politischer Akteur und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus, Berlin u. Boston 2023.
- van Werveke, Leopold: Die Ergebnisse der geologischen Forschungen in Elsaß-Lothringen und ihre Verwendung zu Kriegszwecken. Vortrag in der Mitgliederversammlung der Wissenschaftlichen Gesellschaft in Straßburg am 19. Februar 1916 (Schriften der Wissenschaftlichen Gesellschaft in Straßburg, 28. Heft), Straßburg 1916.
- Wichert, Hans Walter (Hg.): Decknamenverzeichnis deutscher unterirdischer Bauten, Ubootbunker. Ölanlagen, chemischer Anlagen und WIFO-Anlagen des zweiten Weltkrieges, Marsberg 1999.
- Wiechert, E[mil]: Untersuchungen über die Beschaffenheit der Erdrinde und der Lufthülle, in: Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (Deutsche Forschungsgemeinschaft), Heft 4: Geophysik und Aerologie, Berlin 1928, S. 1–16.
- Wiefel, Heinz: Geschichte der geologischen Erforschung, in: Walter Hoppe u. Gerd Seidel (Hg.): Geologie von Thüringen, Leipzig 1974, S. 12–24.
- Wiefel, Heinz u. Wiefel, Josepha: Biographisches Lexikon zur Geschichte der Geowissenschaften in Thüringen. Biobibliographische Daten über Geowissenschaftler und Sammler, die in Thüringen tätig waren (Schriftenreihe der Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie, Ausgabe Nr. 95), Jena ²2010.
- Wieprecht, E[rich]: Metallbewirtschaftung im Weltkrieg 1914–1918, in: Metallwirtschaft XIX (1940), Nr. 29, S. 617–622.
- Wildt, Michael: Einführung, in: ders. u. Sybille Steinbacher (Hg.): Fotos im Nationalsozialismus. Neue Forschungen zu einer besonderen Quelle, Göttingen 2022, S. 7–22.

- Wildt, Michael: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2008.
- Will, Fabienne: Evidenz für das Anthropozän. Wissensbildung und Aushandlungsprozesse von Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften, Göttingen 2021.
- Willig, Dierk: Der Minierkrieg im Kampf um Festungen und befestigte Plätze bis zum Ersten Weltkrieg, in: ders. u.a. (Hg.): Militärgeschichte und militärgeologische Exkursion des ZGeoBw – Flandern 2015 (Schriftenreihe Geoinformationsdienst der Bundeswehr 1/2023), Euskirchen 2023, S. 17–140.
- Willig, Dierk: Oberstleutnant Otto Fußlein, der Kommandeur der Miniere, eine zentrale Figur im Minierkrieg und seine Rolle vor und nach den katastrophalen Minensprengungen im Wytschaete-Bogen am 7. Juni 1917, in: ders. u.a. (Hg.): Militärgeschichte und militärgeologische Exkursion des ZGeoBw – Flandern 2015 (Schriftenreihe Geoinformationsdienst der Bundeswehr 1/2023), Euskirchen 2023, S. 141–199.
- Willig, Dierk: Das Militärische Kriegskarten- und Vermessungswesen und die Kriegsgeologie, in: ders. u.a. (Hg.): Militärgeschichte und militärgeologische Exkursion des ZGeoBw – Flandern 2015 (Schriftenreihe Geoinformationsdienst der Bundeswehr 1/2023), Euskirchen 2023, S. 219–227.
- Willig, Dierk: Die militärische Wetterberatung im Heereswetterdienst, in: ders. u.a. (Hg.): Militärgeschichte und militärgeologische Exkursion des ZGeoBw – Flandern 2015 (Schriftenreihe Geoinformationsdienst der Bundeswehr 1/2023), Euskirchen 2023, S. 216–218.
- Willig, Dierk: Das Wirken von Professor Dr. Wilfried von Seidlitz in den beiden Weltkriegen, in: Nachrichtenblatt zur Geschichte der Geowissenschaften Heft 18, 2008, S. 64–92.
- Willig, Dierk u. Häusler, Hermann: Aspects of military hydrogeology and groundwater development by Germany and its allies in World War I, in: Edward P. F. Rose u. John D. Mather (Ed.): Military Aspects of Hydrogeology, London 2012, S. 85–103.
- von Winterfeld, Hans: Die deutsche Verwaltung des Generalgouvernements in Belgien 1914–1918, in: Max Schwarte (Hg.): Der Weltkrieg um Ehre und Recht. Die Erforschung des Krieges in seiner wahren Begebenheit, auf amtlichen Urkunden und Akten beruhend, Bd. 8: Die Organisation der Kriegsführung, Teil 3: Die Organisation für das geistige Leben im Heere, Leipzig 1927, S. 1–110 (Erste Ausgabe u.d.T. Der große Krieg 1914–1918, Bd. 10, 1923).
- Wittmann, Otto: Nachruf Walter Hoppe 1896–1976, in: Jahresberichte und Mitteilungen des Oberrheinischen Geologischen Vereins 59 (1977), S. 91–92.
- Wixforth, Harald: Die Gründung und Finanzierung von Kriegsgesellschaften während des Ersten Weltkrieges, in: Hartmut Berghoff, Jürgen Kocka u. Dieter Ziegler (Hg.): Wirtschaft im Zeitalter der Extreme. Beiträge zur Unternehmensgeschichte Österreichs und Deutschlands. Im Gedenken an Gerald D. Feldman, München 2010, S. 81–105.

- Wochinger, Ernst: Beitrag zur Geschichte der Ingenieurgeologie unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsgeologie, Diss. München 1917.
- Wohlfeld, Udo u. Burkhardt, Falk: Das Netz. Die Konzentrationslager in Thüringen 1933–1937, eine Dokumentation zu den Lagern Nohra, Bad Sulza und Buchenwald, Weimar 2000.
- Woldstedt, Paul: Nachruf auf Konrad Keilhack, in: Geologisches Jahrbuch für das Jahr 1949, 65 (1951), S. XIX–XXV.
- Wolff, Hellmuth: Einleitung, in: ders.: Die Erdölwirtschaft 1919–1924, Leipzig 1925.
- Hermann Wolff zum Gedenken, in: Oel und Kohle 1943, Nr. 3 vom 15.1.1943, S. 82.
- Wolff, Wilhelm: Bodenkarten für Landgüter, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1928, Bd. XLIX, Teil II, Berlin 1929, S. 1047–1079.
- Wolff, Wilhelm: Die Internationale Geologen-Tagung in Kopenhagen 1928 und die damit verbundene Hauptexkursion durch Seeland, Fünen, Langeland und Jütland, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinen-Wesen im Preussischen Staate 76 (1928), Berlin 1928, S. B331–B338.
- Wolff, Wilhelm: Nachruf auf Wilhelm Frank, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1918, Bd. XXXIX, Teil II, Berlin 1921, S. XXVII–XXIX.
- Wolff, Wilhelm, von Bülow, Kurd u. Görz, Georg: Neue bodenkundliche Gesichtspunkte bei der Kartierungstätigkeit der Preussischen Geologischen Landesanstalt, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1933, Bd. 54, Berlin 1934, S. 261–292.
- Wunderlich, Erich: 3. Tätigkeitsbericht der „Landeskundlichen Kommission beim Generalgouvernement Warschau“ für die Zeit von Oktober 1916 bis Anfang 1917, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin 1917, Nr. 2, S. 125–127.
- Wunderlich, Erich: Vorwort zur 1. Auflage, in: ders. (Hg.): Handbuch von Polen (Kongreß-Polen). Beiträge zur allgemeinen Landeskunde, Berlin ²1918, S. V–IX.
- Wunstorff, Wilhelm: Nachruf auf Leo Siegert, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1918, Bd. XXXIX, Teil II, Berlin 1921, S. LXXXI–CIII.
- Wurtzbacher, Ludwig: Die Versorgung des Heeres mit Waffen und Munition, in: Max Schwarte (Hg.): Der Weltkrieg um Ehre und Recht. Die Erforschung des Krieges in seiner wahren Begebenheit, auf amtlichen Urkunden in Akten beruhend, Bd. 6: Die Organisation der Kriegführung, Erster Teil: Die für den Kampf unmittelbar arbeitenden Organisationen, Leipzig 1927, S. 62–120.
- Yurdakul, Vivian Oktay: Eichen, forschen, führen. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt 1914–1945, Bielefeld 2026.
- Zapfe, Helmuth: Index Palaeontologicorum Austriae, Wien 1971 bzw. 1987 (https://www.zobodat.at/biografien/Sickenberg_Otto_ex_Zapfe.pdf, eingesehen am 13.8.2024).

- Zdebel, Hubertus: Dokumente über den Ex-BGR-Präsidenten Dr. Hans-Joachim Martini und die Kriegsführung im Nationalsozialismus, 6.10.2016, in: umweltFAIRaendern (<https://umweltfairaendern.de/2016/10/06/dokumente-ueber-den-ex-bgr-praesidenten-dr-hans-martini-und-die-kriegsfuehrung-im-nationalsozialismus/>), eingesehen am 6.9.2024).
- Zeppelin Air Raid on Edinburgh 1916 (National Records of Scotland), in: <https://www.nrscotland.gov.uk/research/learning/first-world-war/zeppelin-air-raid-on-edinburgh-1916>, eingesehen am 7.7.2023).
- Ziechmann, Wolfgang u. Müller-Wegener, Ulrich: Bodenchemie, Mannheim u.a. 1990.
- Ziegler, Dieter: Ein überforderter Frieden? Die Bestimmungen des Versailler Vertrages und die deutschen Unternehmen – eine Übersicht, in: ders. u. Jan-Otmar Hessen (Hg.): 1919 – Der Versailler Vertrag und die deutschen Unternehmen, Berlin und Boston 2022, S. 1–33.
- Ziegler, Dieter: Kriegswirtschaft, Kriegsfolgenbewältigung, Kriegsvorbereitung. Der deutsche Bergbau im dauernden Ausnahmezustand (1914–1945), in: ders. (Hg.): Rohstoffgewinnung im Strukturwandel. Der deutsche Bergbau im 20. Jahrhundert (Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 4), Münster 2013, S. 15–182.
- Ziegler, Dieter: Die „Kohlennot“ 1919–1923. Der Versailler Vertrag und der deutsche Steinkohlenbergbau, in: ders. u. Jan-Otmar Hessen (Hg.): 1919 – Der Versailler Vertrag und die deutschen Unternehmen, Berlin und Boston 2022, S. 35–68.
- Ziegler, Dieter: Das Zeitalter der Industrialisierung (1815–1914), in: Michael North (Hg.): Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, München 2005, S. 197–286.
- Zilt, Andreas: „Die Mangannot verlangt ganze Arbeit!“ Manganersatzverfahren und Sparstrategien der deutschen Stahlindustrie, in: Elisabeth Vaupel (Hg.): Ersatzstoffe im Zeitalter der Weltkriege. Geschichte, Bedeutung, Perspektiven, München 2021, S. 135–165.
- Zimmerer, Jürgen: Im Dienste des Imperiums. Die Geographen der Berliner Universität zwischen Kolonialwissenschaften und Ostforschung, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 7 (2004), Stuttgart 2004, S. 73–99.
- Zimmermann, Ernst: Nachruf auf Hans Hess von Wichdorff, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1932, Bd. 53, Berlin 1933, S. 1039–1062.
- Zusammenfassung der Bodenforschung in: Der Vierjahresplan 3 (1939), Nr. 7 vom 5.4.1939, S. 529.
- von Zwerger, Rudolf: Geophysikalische Verfahren der Bodenforschung, eine wichtige Waffe im Kampf um Deutschlands Rohstofffreiheit, in: Rundschau Deutscher Technik. Wochenzeitung des Nationalsozialistischen Bundes Deutscher Technik. NSBDT, 18 (1938), Nr. 33 vom 18.8.1938, S. 3–4.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
Abt.	Abteilung
ADV	Alldeutscher Verband
AdW	Akademie der Wissenschaften
AEG	Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft
AfB	Amt für Bodenforschung
AG	Arbeitsgemeinschaft
AGO	Apparatebau GmbH Oschersleben
AHA	Allgemeines Heeresamt
AIP	American Institute of Physics, Maryland
a.o.	außerordentlicher
AOK	Armeeoberkommando
apl.	außerplanmäßiger
APiFü	Armee-Pionier-Führer
AR	Aufsichtsrat
BAM	Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung
BArch	Bundesarchiv
BArch-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg
BASF	Badische Anilin- und Sodafabrik
BayHStA	Bayerischen Hauptstaatsarchiv, München
BBG	Berufsbeamtengesetz
Bd.	Band
BDC	Berlin Document Center
BdE	Befehlshaber des Ersatzheeres
Beskiden-Gewi	Beskiden Erdölgewinnungs-GmbH
BfB	Bundesanstalt für Bodenforschung
BFE	Beauftragter für die Förderung der Erdölgewinnung
Bg.	Bergbau
BIOS	British Intelligence Objectives Sub-Committee
Bl.	Blatt
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover
BHM	Berghauptmannschaft
BMW	Bayerische Motorenwerke
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Brabag	Braunkohle-Benzin AG
Bsp.	Beispiel
bspw.	beispielsweise
Buhag	Berg- und Hütten-AG, Jannowitz
BVP	Bayerische Volkspartei
Chef H Rüst	Chef der Heeresrüstung

CIR	Conseil International de Recherches
CISH	Comité International des Sciences Historiques
CTR	Chemisch-Technische Reichsanstalt
CTV	Chemisch-Technische Versuchsanstalt
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DBG	Deutsche Bodenkundliche Gesellschaft
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEA	Deutsche Erdöl AG
Degebo	Deutschen Forschungsgesellschaft für Bodenmechanik
DEKO	Gruppe Deutscher Kolonialwirtschaftlicher Unternehmungen
Ders.	Derselbe
DESt	Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH
Deutag	Deutsche Tiefbohr A.G., Aschersleben
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DFSE	Deutsches Forschungsinstitut für Steine und Erden in Köthen/Anhalt
DGBW	Deutsche Gesellschaft für Bauingenieurwesen
DGG	Deutsche Geologische Gesellschaft
DGM	Deutsche Gesellschaft für Mineralölforschung
DHI	Deutsches Historisches Institut
Dies.	Dieselbe/Dieselben
DIN	Deutsche Industrienorm
DKG	Deutsche Kolonialgesellschaft
DKS	Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika
DLG	Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DPAG	Deutsche Petroleum AG
DSBM	Deutsches Staatsministerium für Böhmen und Mähren
DVM	Deutscher Verband für Materialprüfung der Technik
DVP	Deutsche Volkspartei
EBAG	Erdölbergbau AG
ebd.	ebenda
f.	folgende
ff.	fortfolgende
Fa.	Firma
FaM	Frankfurt am Main
FM	Förderndes Mitglied
FU	Freie Universität Berlin
FuG	Flugzeug-Funkgerät
Fw	Focke-Wulf
GAGV	Geologen-Archiv der Geologischen Vereinigung, Universitätsbibliothek Freiburg
GBA	Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz

GBChem	Generalbevollmächtigter für Sonderfragen chemischer Erzeugung
GBI	Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt
GBN	Generalbevollmächtigter für technische Nachrichtenmittel
GBW	Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft
Gen. d. Pi. u. Fest.	General des Pionier- und Festungswesens
Gen.Kdo.	Generalkommando
Gen. St. d. H.	Generalstab des Heeres
Gezuvor	Gesellschaft zur Vorbereitung der Reichsautobahnen
GG	Generalgouvernement
GIStr	Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen
GLA	Geologische Landesanstalt
Glihag	Glimmer-Import- & Handels-GmbH, Berlin
GStA	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem
GZ	Geologische Zentralstelle für die deutschen Schutzgebiete an der PGLA
HAVoWi	Hauptabteilung Volkswirtschaft
He	Heinkel
Hg.	Herausgeber
HGr.	Heeresgruppe
HGW	Hermann-Göring-Werke
HHStA	Hessisches Hauptstaatsarchiv
H.i.O.	Hervorhebung im Original
HP	Haushaltsplan
hrsg.	herausgegeben
HSCHF	Hauptscharführer
HWA	Heereswaffenamt
IAK	Internationale Agrogeologische Konferenz
IBG	Internationale Bodenkundliche Gesellschaft
IDO	Institut für deutsche Ostarbeit
IG	Interessengemeinschaft
IGK	Internationaler Geologen-Kongress
IMKK	Interalliierte Militär-Kontrollkommission
In West	Inspektion der Westbefestigungen des Heeres
ITAG	Internationale Tiefbohr-AG
IUGG	Internationale Union für Geodäsie und Geophysik
IUPAC	International Union of Pure and Applied Chemistry
Jb.	Jahrbuch
Ju	Junkers
KA-AA	Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes
KAÖF	Kriegsausschuss für pflanzliche und tierische Öle und Fette GmbH
Kap.	Kapitel

KfdK	Kampfbund für deutsche Kultur
Kgl.	königlich/königliche/königlichen/königliches
KGL	Kriegsgefangenenlager
KM	Kultusminister
KMA	Kriegsmetall Aktiengesellschaft
Konti	Kontinentale Öl AG
KPA	Kolonialpolitisches Amt der NSDAP
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPG	Kriegs-Phosphat-Gesellschaft
KRA	Kriegsrohstoffabteilung
k.u.k.	kaiserlich und königlich
KVC	Kriegsvermessungschef
KVK	Kriegsverdienstkreuz
KVR	Kriegsverwaltungsrat
KWG	Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft
KWI	Kaiser-Wilhelm-Institut
KWIE	Kaiser-Wilhelm-Institut für Eisenforschung
KWKW	Kaiser Wilhelm Stiftung für kriegstechnische Wissenschaft
KZ	Konzentrationslager
LWM	Landwirtschaftsministerium/-minister
Me	Messerschmitt
Mebig	Mitteuropäische Bergbau- und Industrie-Gesellschaft
MEG	Manganerz GmbH/Manganerzgesellschaft
MföA	Ministerium für öffentliche Arbeiten
MHG	Minister/Ministerium für Handel und Gewerbe
MHP	Ministerstvo hospodářství a práce (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit)
MLDF	Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
MPA	Materialprüfungsamt
MWA	Minister/Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
MVA	Militärversuchsamt
MVP	Ministerstvo veřejných prací (Ministerium für öffentliche Arbeiten)
NAL	National Archives London (Kew)
NAP	National Archives Prag
NAW	National Archives Washington D.C.
N.F.	Neue Folge
NGU	Norges Geologiske Undersøkelse, Oslo
NL	Nachlass
NLFB	Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung
Nordag	Nordische Aluminium AG
NS/ns	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSBA	Nationalsozialistische Beamten-Arbeitsgemeinschaft der PGLA
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation

NSBDT	Nationalsozialistischer Bund Deutscher Technik
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDDB	Nationalsozialistischer Deutscher Dozentenbund
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSFK	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps
NSKOV	Nationalsozialistische Kriegsoferversorgung
NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund
NSRB	Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
o.	ordentlicher
ObdH	Oberbefehlshaber des Heeres
ObdL	Oberbefehlshaber der Luftwaffe
OBH	Oberberghauptmann
OBK	Oberste Bauleitungen für den Bau einer Kraftfahrbahn
OBM	Oberbürgermeister
OBR	Oberbaurat
Öffa	Deutsche Gesellschaft für Öffentliche Arbeiten
Oflag	Offizierslager
OHL	Oberste Heeresleitung
OKH	Oberkommando des Heeres
OKM	Oberkommando der Marine
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
ORR	Oberregierungsrat
OT	Organisation Todt
PAW	Preußische Akademie der Wissenschaften
PEIG	Prager Eisen-Industrie-Gesellschaft
PGLA	Preußische Geologische Landesanstalt Berlin
Pi.	Pionier
PIG	Państwowy Instytut Geologiczny, Warschau
PK	Preußischer Kultusminister
Pr.	Preußisch/Preußisches/Preußischer
Prakla	Gesellschaft für praktische Lagerstättenforschung
Preussag	Preußische Bergwerks- und Hütten AG
PSB	Preußische Staatsbibliothek
PTB	Physikalisch-Technische Bundesanstalt
PTR	Physikalisch-Technische Reichsanstalt
R	Rückseite
RAM	Reichsarbeitsminister/-ministerium
RB	Reichsbahn
RDB	Reichsbund der Deutschen Beamten
RdL	Reichsminister/Reichsministerium der Luftfahrt
RDS	Rohstoff- und Devisenstab
Ref.	Referat/Referent

REL	Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft
RfB	Reichsamt/Reichsstelle für Bodenforschung
RFM	Reichsminister/Reichsministerium der Finanzen
RFR	Reichsforschungsrat
RFSS	Reichsführer SS
RG	Record Group
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGVA	Rossijski Gosudartstwenny Vojenny Archiw, Moskau
RJ	Rechnungsjahr
RKA	Reichskolonialamt
RKB	Reichskolonialbund
RKF	Reichskommissar/Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums
RKI	Robert Koch-Institut
RKU	Reichskommissar für die Ukraine
RLB	Reichsluftschutzbund
RLM	Reichsluftfahrtministerium/-minister
RM	Reichsmark
RMdbO	Reichsminister/Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
RMBuM	Reichsminister/Reichsministerium für Bewaffnung und Munition
RMdI	Reichsminister/Reichsministerium des Innern
RMRuK	Reichsminister/Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion
RMWEV	Reichsminister/Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
RN	Reichskommissariat Norwegen
RR	Regierungsrat
RRH	Reichsrechnungshof
RSHA	Reichssicherheitshauptamt der SS
RSK	Reichsschrifttumskammer
RTE	Reichsstelle für technische Erzeugnisse
RuS	Rasse- und Siedlungshauptamt der SS
RVM	Reichsverkehrsminister/-ministerium
RWA	Reichsamt für Wirtschaftsausbau
RWM	Reichswirtschaftsminister/Reichswirtschaftsministerium
S.	Seite
SA	Sturmabteilung
SBK	Steinbruchkartei
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SD	Sicherheitsdienst der SS
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHD	Sicherheits- und Hilfsdienst
SLFS	Staatliche Lagerstättenforschungsstelle

SOBIA	Sonderluftbild-Abteilung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SSA	Spezial-Sonderausschusses für Tiefbohrgeräte und Ölfeldbedarf
TBM	Technische Brigade Mineralöl
TGL	Thüringische Geologische Landesuntersuchung
TH	Technische Hochschule
Thürag	Thüringer Rohstoff Aktiengesellschaft
TUB	Bibliothek der Technischen Universität
TKVR	Technischer Kriegsverwaltungsrat
u.	und
u.a.	und andere/unter anderem
UA	Universitätsarchiv
UAMU	Universitätsarchiv Montanuniversität Leoben
UAI	Union Académique Internationale
UB	Universitätsbibliothek
UDSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Ufa	Universum Film AG
Uffz.	Unteroffizier
Uk	unabkömmlich
unp.	unpaginiert (d.h. ohne Blattzählung)
USHMM	United States Holocaust Memorial Museum, Washington
URP	Úřad říšského protektora v Čechách a na Moravě (Reichsprotektor von Böhmen und Mähren)
USp	Ústřední správa státních báňských a hutních závodů (Zentralverwaltung der Protektorats Berg- und Hüttenwerke)
USTF	Untersturmführer
VDDF	Verein Deutscher Dünger-Fabrikanten
VDEh	Verein Deutscher Eisenhüttenleute
VDEStI	Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller
Verabor	Vereinigte Abrechnungsstelle Orient
VGH	Volksgerichtshof
Vgl.	Vergleiche
WaA	Waffenamt
Wa Prüf Fest	Amtsgruppe für Entwicklung und Prüfung, Festungspionier- abteilung des Heereswaffenamtes
WFSt	Wehrmachtsführungsstab
WHW	Winterhilfswerk
Wifo	Wirtschaftliche Forschungsgesellschaft mbH
WiGru	Wirtschaftsgruppe
WiIn	Wirtschaftsinspektion
WiKdo	Wirtschaftskommando
WiRüAmt	Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt

WiStab Ost	Wirtschaftsstab Ost
WK	Weltkrieg
WNE	Wehrwirtschaftler neuer Erzeugungsplan
WStb	Wehrwirtschaftsstab
Wumba	Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt
WVHA	Wirtschafts-Verwaltungshauptamt (der SS)
z.B.	zum Beispiel

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1: Der Geologe Martin Sylvester Zöllich (1913–1940), aus: Zeitschrift der Deutschen Geologischen Gesellschaft 92 (1940), Porträt auf nicht nummerierter Tafel zwischen Tafel 6 und Seite 205.
- Abb. 2: Der Geologe Martin Sylvester Zöllich (1913–1940), aus: Carlé, Stamm-
baum (1988), S. 339.
- Abb. 3: Die Preußische Geologische Landesanstalt, Invalidenstraße Berlin, aus:
Udluft, Hans (Hg.): Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–
1939 (Beihefte zum Geologischen Jahrbuch, Heft 78), Hannover 1968.
- Abb. 4: Franz Beyschlag (1856–1935), 1907–1923 Erster Direktor der PGLA, ab
1920 Präsident, aus: Gedächtnisrede des Präsidenten Prof. Dr. W. von
Seidlitz gehalten in der PGLA am 17.11.1935, BGR-Archiv Hannover,
Nr. 1953 K 1002.
- Abb. 5: Die Versuchsanlage Schandelah um 1919, aus: Beyschlag, Rudolf: Die
Entwicklung der Schwelindustrie zur Gewinnung von Teer und Öl aus
bituminösen Schiefern und Braunkohlen, in: Zeitschrift für das Berg-,
Hütten- und Salinenwesen 67 (1919), S. 185–256, hier S. 219.
- Abb. 6: Der Verwaltungschef beim General-Gouvernement in Belgien, Maximilian von Sandt, mit Mitgliedern der deutschen Zivilverwaltung (Foto von
Jules H. Wolf). Zweite Reihe: Der Geologe Wilhelm Bornhardt (linker
Pfeil) und der spätere Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht (rechter
Pfeil), aus: Die Woche 17 (1915), Nr. 8 vom 20.2.1915, S. 267.
- Abb. 7: Richard Michael (1869–1928), 1915–1917 Leiter der Geologischen
Abteilung in der Zivilverwaltung des Generalgouvernements Warschau,
aus: Krusch, Paul: Nachruf auf Richard Michael, in: Jahrbuch der Preußi-
schen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1928, Bd. XLIX,
Teil II, Berlin 1929, S. LXXXI–XCIV.
- Abb. 8: Der Schützengraben als Objekt wissenschaftlicher Forschung (hier als
Beispiel für die Beseitigung von Abwässern und Niederschlägen aus Feld-
stellungen) (Foto der „Presse-Zentrale“), aus: Die Woche 16 (1914), Nr. 49
vom 5.12.1914, S. 1979.

- Abb. 9: Karte „Oberflächengestaltung des Flandrischen Hügellandes“ aus Bericht des Kriegsgeologen Wilfried von Seidlitz (Armee-Oberkommando 4, Stabsoffizier des Vermessungswesens, Geologengruppe), April 1918, BArch-MA Freiburg, PH 5-II, Nr. 351, Bl. 10.
- Abb. 10: Der PGLA-Geologe Wilhelm Kegel (2. v. l.) als Berater der Mineur-Gruppe Wytschaete der 4. Armee bei Ypern in Belgien bei der Rückkehr aus der Stellung nach den Sprengungen von 7. Februar 1917, aus: Anonymus: Der Mineur in Flandern ein Kriegs-Bilderbuch für die Feldgrauen mit Schlägel und Eisen, Oldenburg 1918, S. 30 (https://www.europeana.eu/de/item/9200231/BibliographicResource_2000092035478, eingesehen am 7.6.2023).
- Abb. 11: Karte des Geologen Major Paul Range zur Wasserversorgung der Sinai-Front, 1917, aus: Range, Paul: Die Wassererschließungsarbeiten an der Palästinafront in den Jahren 1915–1918, in: Zwischen Kaukasus und Sinai. Jahrbuch des Bundes der Asienkämpfer, Berlin 1921, S. 93–105, hier S. 103.
- Abb. 12: Passierschein für den PGLA-Geologen Georg Berg anlässlich der von Türkischem Kriegsministerium, Preußischem Kriegsministerium, Reichsmarineamt, Kriegsrohstoffabteilung und PGLA organisierten Expedition in die Türkei (1916), aus: Passierschein für Georg Berg, 1916, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 7105, unp.
- Abb. 13: Gedenktafel in der Vorhalle der PGLA, enthüllt am 24. April 1923, aus: Enthüllung einer Gedenktafel für die im Weltkriege gefallenen Beamten der Preußischen Geologischen Landesanstalt, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1922, B. XLIII, Berlin 1923, S. LI–LV.
- Abb. 14: Paul Krusch (1869–1939), 1923–1933 Präsident der PGLA, aus: Berg, Georg: Nachruf auf Paul Krusch, in: Jahrbuch der Reichsstelle für Bodenforschung für das Jahr 1939, Bd. 60, Berlin 1941, S. 487–505.
- Abb. 15 u. 16: Geologische Sammlungen und Museum im Lichthof der PGLA, aus: BGR-Archiv Hannover, Aushang mit der Überschrift „Invalidenstrasse 44. Sitz staatlicher geologischer Behörden in Deutschland von 1878–1996“.
- Abb. 17: Übersichtskarte über den Stand der geologischen Kartierung des Deutschen Reiches im Maßstab 1:25.000 (Stand 1937, schraffiert: bereits kartierte Landesteile), aus: Kukuk, Paul u. Wolansky, Dora: Die geologische Forschung im Dienste vaterländischer Aufgaben, in: Der Bergbau. Bergtechnische Fachzeitschrift, Nr. 11 vom 27.5.1937, BArch Berlin, NS 5–VI, Nr. 17023, unp.
- Abb. 18: Neues Aufschlussgebiet im Feld Hänigsen-Nienhagen um 1930, aus: Aufnahmen über Bohrtätigkeit, BGR-Archiv Hannover, Nr. 76298, unp.
- Abb. 19: Rohr- und Gerätelager im Feld Oberg um 1930, aus: Aufnahmen über Bohrtätigkeit, BGR-Archiv Hannover, Nr. 76298, unp.
- Abb. 20: Erdölfeld Hänigsen-Nienhagen, um 1932, aus: Fotoalbum Alfred Bentz: Erdöltagung der DGG 1932 in Hannover, deutsche Erdölaufschlusstätigkeit in den dreißiger Jahren, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130798, unp.

- Abb. 21: Die Erdölhoffigkeit Deutschlands nach Alfred Bentz (1932), aus: Bentz, Alfred: Geologische Voraussetzungen für das Auftreten von Erdöllagerstätten in Deutschland (Vortrag, gehalten auf der Erdöltagung in Hannover am 3. Mai 1932), in: Die Erdöltagung der Deutschen Geologischen Gesellschaft in Hannover 5.-7. Mai 1932. Vorträge und Verhandlungen, Stuttgart 1932, S. 369–389, hier S. 384.
- Abb. 22: Refraktionsmethode. „Wo ein ‚Salzdom‘ unter der Erde ist findet man oft auch Erdöl. Um die Salzdome aufzusuchen, wendet man ein ‚Abhörverfahren‘ an, für das besonders meßempfindliche Geräte entwickelt wurden. Es beruht darauf, dass der Salzdom die von einer kleinen Sprengladung ausgehenden Schallwellen schneller hindurchlässt als die benachbarten Schichten. Zeichnet man die Laufzeiten der Schallwellen zu den einzelnen Abhörstationen in einer Karte ein, so hebt sich der Salzdom deutlich durch kürzere Schalllaufzeiten hervor.“ (Werkzeichnung Siemens), aus: Zeitschriftenartikel „nach einem Vortrag von Oberingenieur Marsch (Berlin): „Die Technische ‚Wünschelrute‘. Seismische und elektrische Aufschlussverfahren als Hilfsmittel der Bodenforschung“, vermutlich in: Das Industrieblatt (ohne Jahresangabe), S. 777–780, BArch Berlin, NS 5–VI, Nr. 17023, unp.
- Abb. 23: Teilnehmer der 12. Tagung des Internationalen Geologischen Kongresses 1913 in Toronto, aus: [Unknown]. (1913). [Portrait of the attendees of the 12th Session of the International Geological Congress] [P]. doi:<http://dx.doi.org/10.14288/1.0214799>, The University of British Columbia, Library, Open Collections.
- Abb. 24: Teilnehmer des XV. Internationalen Geologen-Kongresses in Pretoria (Südafrika) auf dem Hapag-Dampfer Toledo 1929, aus: Schneiderhöhn, Hans: Der XV. Internationale Geologenkongreß in Südafrika, in: Metallwirtschaft, Wissenschaft und Technik 8 (1929), Nr. 50 vom 13.12.1929, S. 1215–1219, hier S. 1216.
- Abb. 25: Erich Winnacker (1889–1944), 1933–1934 Oberberghauptmann im RWM, aus: Ubbelohde, Leo: Rückblick und Ausblick, in: Öl und Kohle 2 (1934), Heft 4, S. 135–137, hier S. 135.
- Abb. 26: Wilhelm Keppler (1882–1960), aus: Jahrbuch des Reichsamtes für Bodenforschung für das Jahr 1942, Bd. 63, Berlin 1944.
- Abb. 27: Besuch des Reichswirtschaftsministers Hjalmar Schacht (Bildmitte) und des Oberberghauptmanns Heinrich Schlattmann (ganz links) in der PGLA, 5. Januar 1937, aus: GStA, Rep. 151 I C, Nr. 7042, unp.
- Abb. 28: Wilfried von Seidlitz (1880–1945), 1934–1936 Präsident der PGLA, aus: Ubbelohde, Leo: Rückblick und Ausblick, in: Öl und Kohle 2 (1934), Heft 4, S. 135–137, hier S. 136.
- Abb. 29: Mitglieder der NS-Betriebszelle bzw. NS-Fachschaft der PGLA, um 1934, aus: BArch Berlin, R 9361–III, Nr. 569868, unp.

- Abb. 30: Julius Versé (1881–1966), 1936 bis 1939 kommissarischer Präsident der PGLA, aus: Udluft, Hans: Geschichtlicher Überblick über die Gründung, Entwicklung und Auflösung der Preußischen Geologischen Landesanstalt, in: Ders. (Hg.): Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–1939 (Beihefte zum Geologischen Jahrbuch, Heft 78), Hannover 1968, S. 8–34, hier S. 30 f.
- Abb. 31: Zentrale, Zweig- und Arbeitsstellen der RfB in ‚Großdeutschland‘ (um 1939), Die Grundlage bildete die Karte auf https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:State_of_Austria_within_Germany_1938.png. State of Austria (Land Österreich, „Ostmark“) within the German Reich. Borders shown are valid from March 13, 1938 the day Austria joins until September 30, 1938 the day before Germany invades Czechoslovakia, Urheber: „Kramler“, 24.5.2018, eingesehen am 30.4.2021). Die Eintragungen der einzelnen RfB-Stellen wurden vom Autor vorgenommen und auch die Farbe der Karte in schwarz/weiß verändert.
- Abb. 32: Aufgabenkreise der PGLA für Preußen und das Reich 1936, aus: Tätigkeitsbericht der Preußischen Geologischen Landesanstalt für das Jahr 1936, in: Jahrbuch der Preußischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1936, Bd. 57, Heft 2, Berlin 1937, S. 19–33, hier S. 19.
- Abb. 33: Ausweis der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft für den bei der Obersten Bauleitung Altona der Gesellschaft Reichsautobahnen tätigen Berliner Geologen Herbert-Lothar Heck (1934), aus: BArch Berlin, VBS 1009 (NS 23)/ZW 264 A.13, unp.
- Abb. 34: Der Leiter der Thüringischen Geologischen Landesuntersuchung bzw. der späteren RfB-Zweigstelle Jena, Fritz Deubel, 1934, BArch Berlin, R 71, Nr. 12, unp.
- Abb. 35: Der Landesgeologe an der PGLA, Maximilian Meisner (1939), aus: von Meisner ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BArch Berlin, R 71, Nr. 36, unp..
- Abb. 36 u. 37: Kolonialausstellung der PGLA in ihrer Schausammlung für angewandte Geologie, 1938, aus: Unverzeichneter Bildbestand im Bildarchiv der BGR-Außenstelle Berlin-Spandau, Karton mit der Altsignatur „Gruppe Bild IV, Lfd.Nr. 189–211“ (ehem. Bildersammlung der PGLA), Bild links mit der Aufschrift auf der Rückseite: „Gruppe B IV Lfd. Nr. 195d 3446“ und der handschriftlich hinzugefügten Nr. „1065“, Bild rechts mit der Aufschrift auf der Rückseite: „Gruppe B IV Lfd.Nr. 195b 3446“ und der handschriftlich hinzugefügten Nr. „1066“
- Abb. 38: Förderung von Ölsand bei Wietze (Besichtigung anlässlich der Erdöltagung der Deutschen Geologischen Gesellschaft 1932 in Hannover), aus: Fotoalbum Alfred Bentz: Erdöltagung der DGG 1932 in Hannover, deutsche Erdölaufschlusstätigkeit in den dreißiger Jahren, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130798, unp.

- Abb. 39: Refraktionsseismisches Verfahren. Zündung der Sprengladung (im Vordergrund), an den Fluchtstäben stehen die Geophone, der Pkw enthält u.a. den Oszillographen für die Zeitmessung, der mit den Geophonen verbunden ist (Foto: Weltbild, Zander-Multiplex-K.), aus: Zeitschriftenartikel „nach einem Vortrag von Oberingenieur Marsch (Berlin): „Die Technische ‚Wünschelrute‘. Seismische und elektrische Aufschlussverfahren als Hilfsmittel der Bodenforschung“, vermutlich in: Das Industrieblatt (ohne Jahresangabe), S. 777–780, BArch Berlin, NS 5–VI, Nr. 17023, unp.
- Abb. 40: Registrierwagen der Prakla zur Aufnahme seismischer Wellen (Gifhorn um 1936), aus: BGR-Archiv Hannover, Nr. 59953, unp.
- Abb. 41: Inneneinrichtung des Registrierwagens, aus: BGR-Archiv Hannover, Nr. 59953, unp.
- Abb. 42: Der Manager der Deutschen Erdöl AG, Wietze, Otto Lichtenberg und die Geologen, Karl Krejci-Graf, Alfred Bentz, Hermann Vettters und Erwin Veit (v.l.n.r.) bei der Begutachtung von Bohrkernen 1938 in Österreich, aus: Fotoalbum aus dem Nachlass von Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130806.
- Abb. 43: Rede von Alfred Bentz anlässlich der Einweihung der sich später als fündig erweisenden Reichsbohrung 506 St. Ulrich 1 in Österreich, 1938, aus: Fotoalbum aus dem Nachlass von Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130806.
- Abb. 44: Übersicht über die deutschen Erdölfelder (Stand August 1939), aus: Bentz, Alfred u. Closs, Hans: Erdöl und geophysikalische Reichsaufnahme in Großdeutschland, Sonderdruck aus „Oel und Kohle vereinigt mit Petroleum“ 1939, Heft 41, S. 731, BGR-Archiv Hannover, Nr. 1953 K 952, hier S. 7.
- Abb. 45: Ölproduktion und Ölimporte Deutschlands 1933–1939 in Tonnen.
- Abb. 46: Fragebogen der Deutschen Steinbruchkartei (RfB-Zweigstelle Wien) für den zum Konzentrationslager Mauthausen gehörenden Steinbruch Wiener Graben, September 1938, aus: GeoSphere Austria/Department Rohstoffgeologie, Mauthausen Wienergraben 033/149.
- Abb. 47: Aufnahme des Geologen Alois Kieslinger (RfB-Zweigstelle Wien) aus dem Steinbruch Mauthausen „Wiener Graben“ der Deutschen Steine und Erden GmbH, 1938, aus: GeoSphere Austria/Department Rohstoffgeologie, Mauthausen Wienergraben 033/149.
- Abb. 48: Der Steinbruch Wiener Graben (KZ Mauthausen) 1941/42, aus: Österreich.- Konzentrationslager Mauthausen, Steinbruch Wiener Graben, 1941–1942, (https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Bundesarchiv_Bild_192-317,_KZ-Mauthausen,_Steinbruch_Wiener_Graben.jpg, eingesehen am 22.5.2024). Das Bild stammt aus dem Bundesarchiv (Koblenz, Berlin), Inventarnummer (Signatur): Bild 192–317/ CC-BY-SA 3.0 / Fotograf: o. Ang.

- Abb. 49: Fragebogen der Deutschen Steinbruchkartei (RfB-Zweigstelle Wien) für den zum Konzentrationslager Mauthausen gehörenden Steinbruch Wiener Graben der Deutschen Erd- und Steinwerke GmbH, 1941, aus: Geo-Sphere Austria/Department Rohstoffgeologie, Mauthausen Wienergraben 033/149.
- Abb. 50: Der Bezirksgeologe Max Trénel (Hauptmann 1942) in Luftwaffen-Uniform, aus: Personalnachweis für den Hauptmann d. Ldw. Dr. Trenel, Max, ohne Datum (1942), BArch-MA Freiburg, PERS 6, Nr. 166713, unp.
- Abb. 51: Der Bezirksgeologe Robert Potonié (Oberleutnant 1939) in Luftwaffen-Uniform, aus: Beurteilung des Oberleutnants d. L. Dr. Robert Potonié, 1.3.1939, BArch-MA Freiburg, PERS 6, Nr. 180685, unp.
- Abb. 52: Außenstellen und Beauftragte des Reichsamtes für Bodenforschung im besetzten Europa 1939–1945, aus: Atlas of the World Battle Fronts - War against Germany: 1943–07–01. Map of the front against Germany: This map is taken from the source "Atlas of the World Battle Fronts in Semi-monthly Phases to August 15th 1945: Supplement to The Biennial report of The Chief of Staff of the United States Army, July 1, 1943 to June 30 1945 To the Secretary of War". 1945, Army Map Service (US Army) - File: 1943–07–01GerWW2BattlefrontAtlas.jpg (https://commons.wikimedia.org/wiki/Atlas_of_World_War_II#/media/File:1943-07-01GerWW2BattlefrontAtlas.jpg, eingesehen am 12.2.2025).
- Abb. 53: Roland Brinkmann – „ein Foto aus der Zeit in Polen“, aus: Głazek, Jerzey u. Znosko, Jerzey: Professor Roland Brinkmann (1898–1995). Sein Leben, Unterstellungen und Fakten – ein Beitrag zur Geschichte der Geologie in Polen in der Zeit der Besetzung durch die Nationalsozialisten, in: Geologisches Jahrbuch, Reihe G, Heft 11, Hannover 2004, S. 55–78, hier S. 57.
- Abb. 54: Zeugenaussage von Kazimierz Guzik von 1946, aus: Bericht Brinkmanns: Meine Tätigkeit im Generalgouvernement Polen in den Jahren 1940/44, 3.12.1946, UA Rostock, 1.12.0: Personalakte Roland Brinkmann, Bl. 75–80, hier Bl. 80.
- Abb. 55: Das ‚Amt für Bodenforschung, Zweigstelle Warschau‘ (Państwowy Instytut Geologiczny) im Mai 1944, aus: Bildsammlung von Alfred Rodeck (Lieskau) über das Amt für Bodenforschung im Generalgouvernement, Zweigstelle Warschau, um 1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026324, Bl. 27.
- Abb. 56–59: Das Amt für Bodenforschung in Warschau, November 1944 (oben links: Büro-Gebäude vom Garten aus gesehen, oben rechts: das Wohngebäude, unten links: Hauptgebäude, Bohrrarchiv, unten rechts: der Museumssaal), aus: Bildsammlung von Alfred Rodeck (Lieskau) über das Amt für Bodenforschung im Generalgouvernement, Zweigstelle Warschau, um 1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026324, Bl. 28–30.

- Abb. 60: Zwischenzeitliche Ausweichstelle des Amtes für Bodenforschung Krakau/Warschau im Websaal der Firma Karl Tiller in Bennisch 1944, aus: Bildsammlung von Alfred Rodeck (Lieskau) über das Amt für Bodenforschung im Generalgouvernement, Zweigstelle Warschau, um 1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026324, Bl. 31.
- Abb. 61: Die letzte Ausweichstelle des Amtes für Bodenforschung Krakau/Warschau im Schloss Lieskau, Niederlausitz, 1944, aus: Bildsammlung von Alfred Rodeck (Lieskau) über das Amt für Bodenforschung im Generalgouvernement, Zweigstelle Warschau, um 1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026324, Bl. 32.
- Abb. 62: Hans Joachim Martini. 1940–1945 Leiter des Referats Bodenforschung im Amt des ‚Reichsprotektors von Böhmen und Mähren‘ (hier im Mai 1945), aus: Antrag Martinis zur Ausstellung eines Führerscheins an den Polizeipräsidenten (Abt. III, Prag), 2.5.1945, NAP, M 1198/1 (Polizeidirektion Prag II – Allgemeine Registratur 1941–1950), kart 7118, unp.
- Abb. 63: Anteil von Bergbauprodukten und Metallen im Handel Norwegens mit Deutschland und Großbritannien 1938, aus: Horvath, Josef: Der norwegische Bergbau, seine Lagerstätten und Wirtschaft, Diss., Montanistische Hochschule Leoben [1942], UAMU Leoben (Kap. B. 1).
- Abb. 64: Von der deutschen Luftwaffe (Luftgaukommando Norwegen) im Zuge einer von Josef Horvath (RfB-Außenstelle Oslo) angeregten „Flugkartierung“ 1941 angefertigte „Luftaufnahme eines molybdänerzführenden Granitgebietes mit Verquarzung“. In der Mitte des Bildes ein See, aus: Horvath, Josef: Der norwegische Bergbau, seine Lagerstätten und Wirtschaft, Diss., Montanistische Hochschule Leoben [1942], UAMU Leoben (Kap. II C 4, Erschließung neuer Lagerstätten).
- Abb. 65: Reisepass des Berliner Bezirksgeologen Gerhard Richter[-Bernburg] mit Sichtvermerk über seine genehmigte Einreise nach Norwegen, 1943, aus: Reisepass Gerhard Richter-Bernburgs in UB Freiburg, GAGV, GA 65 (Nachlass Richter-Bernburg), unp.
- Abb. 66: Förderung und Verbrauch von Glimmer in Prozent der Weltförderung bzw. des Weltverbrauchs, 1938, aus: Einsatz von Glimmer in der Nachrichtentechnik und die Verwendung von Austauschstoffen. Bericht über eine Vortragsreihe veranstaltet vom Generalbevollmächtigten für technische Nachrichtenmittel und vom Sparstoffkommissar beim Wehrkreisbeauftragten III am 25. und 26. September 1942 in Berlin, BArch Berlin R 3, Nr. 4099, Anhang, Bild 3.
- Abb. 67: Glimmer Rohstoff-Fluss, 1942, aus: BArch Berlin, R 3101, Nr. 30820, Bl. 242.
- Abb. 68: Die Ballade von den Glimmer-Frauen, Theresienstadt, im Dezember 1944, aus: Die Ballade von den Glimmer-Frauen, Theresienstadt, Dez. 1944, USHMM Washington, Martin and Emma Jonas papers, Accession-Number 2004.230.1, unp.

- Abb. 69: Glimmervorkommen in Südnorwegen (rot: die wichtigsten Gruben der Fa. Preben L. Gjertsen A/S, Oslo, blau: die wichtigsten Gruben anderer Besitzer), aus: Ausschnitt aus Karte Glimmervorkommen (hier v.a. Legende: betr. Glimmerproduktion 1941 und 1942), BGR-Archiv Hannover, Nr. 61711, unp.
- Abb. 70: Die Organisation der deutschen Erdölindustrie während des Zweiten Weltkrieges, aus: Gunther, Oil Fields Investigation (BIOS FINAL Report No. 1016, Item No. 30), London [1946], hier: Volume 1: Government Control: Fig. 7 (zwischen S. 3 und 4).
- Abb. 71: RfB-Präsident Wilhelm Keppler und der Leiter der RfB-Erdölabteilung Alfred Bentz (Bildmitte) 1940, aus: Nachlass, Fotoalbum Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130806, unp.
- Abb. 72: Von Alfred Bentz aufgestellter „Kriegsplan Erdölgewinnung“, auch „Bentz-Plan“ genannt, vom 6. April 1940, aus: Alfred Bentz (BFE) an Göring (Vierjahresplan), E. R. Fischer (RWM, Abt. Mineralöl), OBH Gabel (RWM), Bergassessor Raab (Reichsstelle für Mineralöl), Krauch (GBChem), OKW (WiRüAmt), Keppler (RfB), Direktor Brochhaus, Direktor Grosse, Dr. Deicher (alle Arbeitsgemeinschaft für Erdölgewinnung und -verarbeitung), 11.4.1940, BArch Berlin, R 3101, Nr. 30514, Bl. 44–46.
- Abb. 73: Der mutmaßliche Sitz der Erdölgeologischen Arbeitsstelle des RfB in Jaslo 1939, aus: Nachlass, Fotoalbum Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130806, unp.
- Abb. 74: Alfred Bentz (links) und Alfred Mayer-Gürr (rechts) 1940 in Jaslo, aus: Nachlass, Fotoalbum Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130806, unp.
- Abb. 75: Der bei der „Beskiden Erdölgewinnungs-GmbH“ beschäftigte polnische Bergwerksingenieur Maksymilian Fingerchut als Häftling im KZ Auschwitz, aus: Aus: Archiwum Państwowego Muzeum Auschwitz-Birkenau w Oświęcimiu, Fotografie obozowe więźniów, fotografia Maksymilian Fingerchuta (nr obozowy 646).
- Abb. 76: Maksymilian Fingerchut (1891–1955), aus: Maksymilian Fingerchut (1939), Nieznany - Muzeum Historyczne w Sanoku (Sammlung des Historischen Museums in Sanok).
- Abb. 77: Häftlings-Personal-Karte des Konzentrationslagers Buchenwald betr. den Erdölgeologen August Moos mit Bemerkung zur „Todesursache“, aus: ITS Digital Archive, Arolsen Archives, 1 Incarceration Documents / 1.1 Camps and Ghettos / 1.1.5 Buchenwald Concentration Camp /, Reference Code: 01010503 001.345.468, Personal file of MOOS, AUGUST, born on 10-Nov-1893, DocID: 6654823 (AUGUST ISRAEL MOOS), <https://collections.arolsen-archives.org/en/document/6654823>, eingesehen am 26.2.2025).
- Abb. 78: V.l.n.r. Heinrich Hiltermann, unbekannt, Alfred Bentz, unbekannt, Leopold Sommermeier, Alfred Mayer Gürr (vermutlich in Polen 1940), aus: Nachlass, Fotoalbum Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130806, unp.

- Abb. 79: Erdölfeld Moreni (Rumänien 1939), aus: Nachlass, Fotoalbum Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130806, unp.
- Abb. 80: Karl Krejci-Graf 1943 in Rumänien, aus: Nachlass, Fotoalbum Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130807, unp.
- Abb. 81: Die Erdölvorkommen Sowjet-Russlands (Karte der RfB, Abteilung Erdöl, März 1941), aus: RfB (Abteilung Erdöl): Bericht über die Erdöl-Industrie der Sowjet-Union. Zusammenstellung von A. M. Stahmer, Anhang: Geologische Bemerkungen von A. Mayer-Gürr, 26.4.1941, BGR-Archiv Hannover, Nr. 48745, unp.
- Abb. 82: Deutsche Truppen im Erdölrevier von Romny (Ukraine), 1941, aus: Nachlass, Fotoalbum Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130806, unp.
- Abb. 83–86: Oben links: Von den sowjetischen Truppen zerstört zurückgelassene Pumpsonde, oben rechts: erster erfolgreicher Wiederherstellungsversuch im Feld Chadyschenskaja, die zu Reinigungszwecken ins Freie eruptiert, unten links: Gefangenenlager Schirokaja Balka, unten rechts: Sowjetische Kriegsgefangene im Feld Neftegorsk (alles Erdölrevier Maikop, Kaukasus). Die beiden Abbildungen oben (Abb. 83, 84) stammen aus: Nachbericht Nr. 1 des Betriebseinsatzes Erdölgewinnung, 8.1.1943, BGR-Archiv Hannover Nr. 48750, unp.; die beiden Abbildungen unten (Abb. 85, 86) stammen aus Fachbericht des Betriebseinsatzes K Erdölgewinnung für den Monat Januar 1943 sowie über die abschließend getroffenen Maßnahmen im Kaukasuseinsatz, Feb./März 1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 65827, unp.
- Abb. 87: Schema der Organisation des Kaukasuseinsatzes im Rahmen der Technischen Brigade Mineralöl von Mitte bis Ende 1942, aus: Bericht von Günther Schlicht über „die deutsche Expedition in den Kaukasus“, um 1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 58277, unp.
- Abb. 88: Der Leiter der Fachabteilung der Technischen Brigade Mineralöl Günther Schlicht (1. v. l.) und Alfred Bentz (2. v. l.) bei einer Inspektion des Ölfeldes Schirokaja Balka im Revier von Maikop (Kaukasus), Oktober 1942, aus: BGR-Archiv Hannover, Nr. 95477, unp.
- Abb. 89–90: links: Der Leiter der Fachabteilung der Technischen Brigade Mineralöl Günther Schlicht (links) und Alfred Bentz bei der Besichtigung zerstörter Erdölanlagen, im Revier von Maikop (Kaukasus), Oktober 1942, rechts: Bentz in der Uniform eines Kriegsverwaltungsvizechefs, aus: Nachlass, Fotoalbum Alfred Bentz, BGR-Archiv Hannover, Nr. 130806, unp.
- Abb. 91: Ölproduktion und Ölimporte Deutschlands 1939–1944 in Tonnen.
- Abb. 92: Karte über die „Einsatz-Gebiete des Reichsamtes für Bodenforschung für Verlagerungsarbeiten“, 1944, aus: Übersicht des RfB betr. Arbeitsgebiete der Zweig- und Arbeitsstellen für Verlagerungsarbeiten, ohne Datum (1944), GLA Freiberg, 02287/1, Bl. 183–186, hier Karte des RfB „Einsatz-Gebiete des Reichsamtes für Bodenforschung für Verlagerungsarbeiten“, 1944, ebd., Bl. 186.

- Abb. 93: Zerstörungen am Gebäude des Reichsamtes für Bodenforschung in der Berliner Invalidenstraße 44, um 1946, aus: BGR-Archiv Hannover, Ausgang mit der Überschrift „Invalidenstrasse 44. Sitz staatlicher geologischer Behörden in Deutschland von 1878–1996“.
- Abb. 94: Zerstörungen an der Fassade des Reichsamtes für Bodenforschung, Invalidenstraße 44 in Berlin, um 1945, aus: BGR-Archiv Hannover, Ausgang mit der Überschrift „Invalidenstrasse 44. Sitz staatlicher geologischer Behörden in Deutschland von 1878–1996“.

Verzeichnis der Tabellen (im Haupttext)

- Tab. 1: Arbeiten im Chemischen Laboratorium der PGLA während des Ersten Weltkrieges.
- Tab. 2: Verbrauch von Benzin, Leuchtöl und Schmieröl und Produktion derselben aus heimischen Rohölen und Braunkohlenteerölen sowie Einfuhr von Mineralerzeugnissen nach Deutschland 1910–1912 in Tonnen.
- Tab. 3: Forschungen von Geologen der PGLA über Rohstoffvorkommen in von den Deutschen besetzten Gebieten während des Ersten Weltkrieges.
- Tab. 4: Kräfteverhältnis für verschiedene Mineralrohstoffe zwischen den Mittelmächten und der Entente (mit Neutralen) sowie Maßnahmen der Mittelmächte zur Änderung dieses Verhältnisses während des Ersten Weltkrieges, 1914–1918.
- Tab. 5: Mitgliedschaften in und Mitarbeit an Kriegskommissionen von PGLA-Geologen während des Ersten Weltkrieges.
- Tab. 6: Mitglieder der Bergbaukommission der Kriegsrohstoffabteilung (1916).
- Tab. 7: Von der Kriegs-Metall A.G. zwischen Mai 1916 und Juli 1918 unterstützte und in Betrieb befindliche Gruben und ihre Erträge.
- Tab. 8: Forschungen von Mitarbeitern der PGLA über Rohstoffvorkommen in verbündeten und neutralen Ländern während des Ersten Weltkrieges (Auswahl).
- Tab. 9: Mitglieder des Aufsichtsrats der Manganerz GmbH (1917/18).
- Tab. 10: Mitglieder des Technischen Ausschusses (Aufsichtsrats) der Kriegs-Phosphat-Gesellschaft 1916.
- Tab. 11: Ernten und Anbauflächen 1913 und 1919.
- Tab. 12: Zufuhr von Nährstoffen (Stickstoff und Phosphorsäure) für die Ernten 1913 und 1919.
- Tab. 13 : Etatmäßige Einnahmen und Ausgaben der PGLA 1910–1932 (bis 1920 in Mark, ab 1924 in RM).
- Tab. 14: Mitarbeiterzahlen der PGLA nach den Haushaltsplänen 1913, 1926–1932.

- Tab. 15: Wissenschaftliche Beamte an der PGLA 1880–1932.
- Tab. 16: Organisationsstruktur der PGLA während der Weimarer Republik 1919–1933.
- Tab. 17: Erdölproduktion im Elsass und in der Provinz Hannover 1900–1920 in Tonnen.
- Tab. 18: Erdölförderung in Preußen (Reviere Wietze, Nienhagen-Hänigsen, Edisse-Oberg) in t 1927–1932.
- Tab. 19: Zwischen 1920 und 1932 bei der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft/DFG gestellte Forschungsanträge staatlicher Geologen.
- Tab. 20: Struktur des Instituts für die physikalische Erforschung der Erdrinde der PGLA um 1932.
- Tab. 21: Mitglieder der Deutschen Forschungsgesellschaft für Bodenmechanik (Degebo) 1928.
- Tab. 22: Deutschlands Verbrauch und Inlandserzeugung bei ausgewählten Rohstoffen 1935.
- Tab. 23: Planspiele des RFM zur Abgrenzung der Zuständigkeiten bei der Durchführung des Vierjahresplans, Oktober 1936.
- Tab. 24: Mitgliedschaften bzw. Nichtmitgliedschaften von Mitarbeitern der Staatlichen Geologischen Dienste in NS-Organisationen, 1933–1945.
- Tab. 25: Einnahmen und Ausgaben PGLA nach den Jahresrechnungen 1933 bis 1938 in RM.
- Tab. 26: Einnahmen und Ausgaben der Geologischen Landesanstalten und des Bohrchivs Hamburg nach den Haushaltplänen für 1937 und 1938 in RM.
- Tab. 27: Einnahmen und Ausgaben des Sächsischen Geologischen Landesamtes nach den Jahresrechnungen 1934–1938 in RM.
- Tab. 28: Mitarbeiterzahlen der PGLA nach den Haushaltsplänen 1933–1938.
- Tab. 29: Wissenschaftliche Beamte an der PGLA 1934–1938.
- Tab. 30: Zwischen 1934 und 1939 zur Verfügung gestellte bzw. beantragte Mittel für Bodenforschungsarbeiten des RMW und des Vierjahresplans (Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe, Dienststelle Keppler).
- Tab. 31: Personalstellen nach dem ersten Entwurf für den Haushaltsplan der RfB 1939.
- Tab. 32: Vergleich der 1938 an den Geologischen Landesanstalten beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter, der im Haushaltsplan der RfB 1939 angemeldeten Personalbedarfszahlen und der am 1.2.1940 tatsächlich vorhandenen Mitarbeiter.
- Tab. 33: Zahl der Beamten, beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter an der RfB nach den Haushaltsplänen 1939–1944.
- Tab. 34: Einnahmen und Ausgaben der Reichsstelle bzw. des Reichsamtes für Bodenforschung 1938–1942 nach Haushaltsrechnungen und 1943–1944 nach Haushaltsplänen.
- Tab. 35: Zuschüsse des Reiches (Büro Keppler, RfB) und des Landes Sachsen an die Gewerkschaft Zinnwalder Bergbau für Untersuchungsarbeiten auf Zinn-Wolframlagerstätten in Böhmisches- und Sächsisches-Zinnwald, 1937–1942.

- Tab. 36: Ölpolitische Strategien und ihre industriellen und staatlichen Verfechter, Anfang 1933.
- Tab. 37: Bewilligungen aus dem Etat des RWM für die Geophysikalische Reichsaufnahme 1934 bis 1939 in RM.
- Tab. 38: Allgemeiner Zeit- und Verwendungsplan für die Geophysikalische Reichsaufnahme, Rechnungsjahr 1939.
- Tab. 39: Übersicht über die in den elf Bohretappen des Reichsbohrprogramms 1934–1945 abgebohrten Bohrmeter, die dafür aufgewendeten Kosten sowie über die fündigen und nicht fündigen Bohrungen.
- Tab. 40: Wichtigste Verwendungszwecke für Erdöl.
- Tab. 41: Jährliche Bohrmeterleistungen in Nordwestdeutschland 1933–1939.
- Tab. 42: Zahl der in Westdeutschland 1933–1939 fertiggestellten Bohrlöcher.
- Tab. 43: Jährliche Produktion der wichtigsten Erdölfelder in Deutschland und Österreich 1933–1939 in t.
- Tab. 44: „Jahresproduktionskapazität des ‚europäischen‘ und des ‚angelsächsischen‘ Wirtschaftsraumes, Stand Mitte 1941“ (* = ohne europäisches Russland, ** = einschließlich europäisches Russland).
- Tab. 45: In verschiedenen Besatzungsverwaltungen bzw. -gebieten tätige Geologen der RfB 1939–1945.
- Tab. 46: Geologische Untersuchungen und Ausgaben der Kommission für Bodenforschung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten der Protektoratsregierung – für 1941 und 1942 tatsächliche Ausgaben, für 1943 geplante Ausgaben (Mittel für Betriebskosten und Investitionen in Kronen).
- Tab. 47: Übersicht der Reichsstelle für Bodenforschung über die wichtigsten Gruben Norwegens (1938).
- Tab. 48: Ausgaben für Untersuchungsarbeiten der vom Reichsamt für Bodenforschung finanzierten Gesellschaft A/S Malmundersökeler (Oslo) in norwegischen Kronen 1941–1945.
- Tab. 49: Für die Untersuchung und Erschließung norwegischer Vorkommen während der Besatzung 1941–1945 von deutscher Seite aufgebrachte Geldmittel (in norwegischen Kronen).
- Tab. 50: Ausfuhr von Muskovit-Glimmer aus Indien, Brasilien und Argentinien 1937 und 1938 in Kilogramm.
- Tab. 51: Gruben-Kriegsaufgaben für den Eigenabbau von Rohglimmer in Europa in Jahrestonnen 1944.
- Tab. 52: Kriegsaufgaben (Soll und Ist) Glimmer-Ankauf in Europa in Jahrestonnen 1944.
- Tab. 53: Bergwerks und Salinenerzeugnisse des Großdeutschen Reiches im Jahr 1943, hier: Glimmer (im Oberbergamtsbezirk Wien handelte es um den Abbau von Eisenglimmer).
- Tab. 54: Feldesbeauftragte des RWM (Stand: September 1939).
- Tab. 55: Plan von Alfred Bentz (Beauftragter des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring für die Förderung der Erdölgewinnung): „Produktion am Ende des 1. Mob-Jahres (Sept 1940)“.

- Tab. 56: Stand der deutschen Treibstoff-Bedarfsdeckung durch Erzeugung aus deutschen Rohstoffen (Mitte 1940).
- Tab. 57: Bewilligungen des Beauftragten für Mineralölforschung des RFR, Alfred Bentz (Auswahl).
- Tab. 58: Planungen von Alfred Bentz (Beauftragter des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring für die Förderung der Erdölgewinnung) im Reich und in den besetzten Gebieten: Erdölförderung 1939–1945.
- Tab. 59: Rumänische Erdölförderung und -ausfuhr nach Deutschland 1938–1944 (in Millionen Tonnen).
- Tab. 60: Jahresproduktion ausgewählter Erdölfelder in Prozent der Jahresproduktion Sowjet-Russlands 1938 bis 1942 (Jahressummen in 1.000 t) sowie Gesamtvorräte nach Angaben der RfB, Abteilung Erdöl 1941.
- Tab. 61: Erdölförderung in Polen (Galizien) 1939–1944.
- Tab. 62: Bei den Erdöl-, Bohr- und Werkstättenfirmen in der ‚Ostmark‘ eingesetzte deutsche und ausländische Fach- und Hilfskräfte sowie Kriegsgefangene (April, Juni 1943).
- Tab. 63: Im Bereich der Fachgruppe Erdölgewinnung der Wirtschaftsgruppe Kraftstoffindustrie beschäftigte deutsche und ausländische (‚Ostarbeiter‘, Zivilarbeiter, Kriegsgefangene) Arbeitskräfte (Ende 1943 bis Ende 1944).
- Tab. 64: Erdölförderung in Deutschland und in der ‚Ostmark‘ sowie Mineralölaufkommen durch Import und chemische Synthese 1939–1945.
- Tab. 65: Verbindungen staatlicher Geologen zum Terror- und Vernichtungsapparat des NS-Regimes.

Personenregister

- | | |
|--|--|
| Abel, August (1903–?) 518, 791 | Ames, Joseph Sweetman (1864–1943) 125 |
| Abele, Gustav (1899–1972) 190 | Ampferer, Otto (1875–1947) 95, 425, 792, 860 |
| Ackermann, Friedrich (1887–?) 348, 349 | Angenheister, Gustav (1878–1945) 462 |
| Ahlbrecht, Bernhard (1909–?) 592, 791 | Antonescu, Ion (1882–1946) 701, 708 |
| Ahlburg, Johannes (1883–1919) 144, 164 f., 167, 174–176, 181, 183, 791, 855, 858, 861 f. | Anuffrijew, Gennadij (1889–?) 884, 894 |
| Ahlfeld, Friedrich (1892–1982) 283 | Arbenz, Paul (1880–1943) 283 |
| Ahrens, Wilhelm (1894–1968) 190, 266, 270, 353, 869, 884 | Arlt, Hans (1883–1951) 283, 353 |
| Alten, Fritz (1886–1971) 291 | Arndt, Heinrich Paul (1887–1969) 443, 792 |
| Althans, Richard (1862–1939) 148 | Asmis, Rudolf (1879–1945) 78 |
| Ambronn, Richard (1887–1954) 256, 257 | |

- Assmann, Paul (1881–1967) 189,
348 f., 357–359, 744, 759, 792,
855, 858, 878
- Backofen, Karl Maria (1882–1968)
299, 301, 306
- Bärtling, Richard (1878–1936) 43,
72, 79, 93 f., 96, 115, 117, 123, 266,
270, 284, 359 f., 381, 424, 792,
855, 866
- Bagriansky, George (1911–?) 896
- Baikow, Vitali (1900–?) 895
- Bajolet, Cäcilie (1914–?) 894
- Barkowski, Theodor (1909–?) 896
- Barnitzke, Johannes E. 544 f.
- Barsch, Otto (1879–1946) 79, 94, 96,
207, 236, 248, 255, 259–261, 264,
268, 270 f., 273, 285, 317, 337, 360,
404, 451 f., 453, 461–464, 466,
470, 511, 662, 703, 766, 767, 775–
777, 784, 792, 855, 858, 869
- Bartenstein, Helmut (1914–2010)
680
- Barton, Donald Clinton (1889–1939)
255
- Baudisch, Roman (1905–1979) 563,
793
- Baumann, Heinrich 153, 156
- Beck, Heinrich (1880–1979) 394, 395,
404, 518, 528, 793, 860
- Becker, Fritz (1883–1945) 360 f., 365,
768, 855
- Becker, Fritz (1906–?) 360
- Běhounek, Rudolf (1902–1974) 565
- Behr, Johannes (1875–1973) 206,
243, 356, 359 f., 370, 381, 492,
498, 506 f., 794, 862, 866, 896
- Behrend, Fritz (1885–1949) 153, 158,
190, 204 f., 206, 445, 794, 855,
861 f., 869, 874, 884
- Bein, Georg (1904–?) 386, 878
- Beitz, Bertholt (1913–2013) 725
- Benade, Wilhelm (1893–1947) 282,
291 f., 518, 794
- Bendorf, Kurt (1913–?) 386
- Benthaus, Friedrich (1884–1978) 161
- Bentz, Alfred (1897–1964) 10, 12, 20,
22–24, 27, 29, 65, 207, 236, 239,
244, 246–250, 252–254, 273, 274,
317, 343 f., 347, 348, 357–359, 374,
376, 381, 401, 404, 407, 450–454,
456, 457 f., 460–464, 468, 472,
473, 474, 476–483, 511–513, 516,
526, 545, 547, 549, 585, 656–676,
678–680, 683–688, 690 f.,
693–701, 703–706, 708, 712, 713,
715 f., 719, 720, 721–727, 729–737,
761, 764, 767, 771 f., 775–778, 780,
783–789, 795, 801, 869, 874, 876,
878
- Berg, Georg (1876–1946) 79, 108,
144, 153–155, 156, 167, 189, 266,
404, 795, 855, 858, 861 f., 865 f.
- Berghold, Gerhard (1906–?) 592, 795
- Berglein, Joh. (?–1915) 855
- Bertrab, Hermann von (1857–1940) 116
- Bertsch, Walther (1900–1952) 563,
575 f., 587, 796
- Beschoren, Bernhard (1898–1982)
250, 365, 378 f., 796, 870
- Beseler, Hans von (1850–1921) 82, 86
- Bethmann Hollweg, Theobald von
(1856–1921) 97 f.
- Beurlen, Karl (1901–1985) 680,
682 f., 704
- Beyenburg, Edmund (1900–1959)
371, 378 f., 424, 796
- Beyer, Kurt (1907–1956) 386, 878
- Beyrich, Heinrich Ernst (1815–1896)
19, 24, 276
- Beyschlag, Franz (1856–1935) 18 f.,
40 f., 42, 48–51, 53, 63–67, 68,
69–73, 79, 84, 86–89, 94, 98,
105 f., 109–111, 114, 135, 136, 144,
147 f., 150 f., 153 f., 155, 160 f.,
163–167, 171 f., 175 f., 178, 181, 183,
187, 189, 193–196, 203, 204, 212,
213, 214–217, 219, 223, 224 f., 227,

- 231, 234–236, 250, 264, 276, 350, 797, 855, 858, 861
- Beyschlag, Rudolf (1891–1961) 67
- Bielenberg, Willy (1892–1949) 680
- Biese, Walter (1895–1960) 192, 207, 266, 351 f., 379, 780, 797
- Bilfinger, Rudolf (1895–1943) 740
- Bode, Hans (1903–1977) 744, 797
- Boeck, Oskar Johannes (1915–?) 680
- Böhm, Arthur (1873–1928) 56, 62–67, 68 f., 72, 135, 144, 156, 293, 797, 864
- Böhm, Johannes August (1857–1938) 51, 79, 858, 866
- Böhme, Erich 9 f.
- Boelcke, Siegfried (1876–1930) 116, 121
- Böttger, Wilhelm (1871–1949) 365
- Boltz, Hans (1910–?) 206, 348
- Born, Andries 175
- Born, Axel (1887–1935) 272, 283, 304 f.
- Bornhardt, Wilhelm (1864–1946) 74–76, 83, 244
- Borsig, Ernst von (1869–1933) 111
- Bosch, Carl (1874–1940) 101, 168
- Branca, Wilhelm von (1844–1928) 124
- Brandt, Johannes 10 f.
- Brass, Kurt (1880–1964) 680
- Braunmühl, Hermann von 283
- Braus, Karl (1902–1982) 760
- Bredereck, Hellmut (1904–1981) 680
- Bredt, Gustav (1877–1961) 148
- Breitkopf, Eugen (?–1941) 352
- Brennich, Gerhard (1899–?) 447, 540, 548, 549, 553, 744, 797, 874, 878
- Brill, Richard (1898–1964) 443, 457, 767, 798, 884
- Brinkmann, Roland (1898–1995) 525, 540, 545–552, 554–559, 611 f., 672, 698, 723, 760 f., 785–785, 798, 878, 884
- Brinkmann, Rudolf (1893–1973) 345
- Brockamp, Bernhard (1902–1968) 21, 336, 342, 345, 394, 400–404, 409, 525, 534, 536 f., 539, 552, 568, 579, 585 f., 593, 604, 654 f., 703, 733, 740, 743 f., 757, 799, 870, 874, 879
- Browzyna, Tatjana (1915–?) 896
- Bruyne, Daniel de (1911–?) 894
- Buck, Eberhard (1900–1975) 704
- Bühler, Josef (1904–1948) 543, 546 f.
- Bülow, Kurd von (1899–1971) 189, 207, 266, 293, 359, 440, 800
- Bürckel, Josef (1895–1944) 332
- Bürgl, Hans (1907–1966) 704
- Buff, Adolf 161
- Buch, Walter (1883–1949) 362
- Bugge, Carl (1881–1968) 362
- Burchardt, Lothar (1939) 43
- Burgers, Franz (1877–1930) 161
- Burre, Otto (1887–1975) 190, 206, 403, 424 f., 440, 443, 492, 495 f., 508, 540, 744, 800, 865 f., 870, 879, 800, 884
- Busch, Hermann 300, 303 f.
- Buschendorf, Friedrich (1898–1978) 58, 734
- Busemann, Ernst (1876–1939) 148
- Carlé, Walter Eduard Hermann (1912–1996) 24–26, 786
- Carol II. (1893–1953) 701
- Čeppek, Ladislav (1899–1974) 565
- Chambeau, Karl (1877–?) 223
- Čipera, Dominik (1893–1963) 564
- Cissarz, Arnold (1900–1973) 337, 402–404, 568, 620, 635, 683, 768, 800, 874, 875, 879, 800
- Clafß, Heinrich (1868–1953) 102
- Clausnitzer, Otto (1880–1914) 856
- Clausnitzer, Reichsbahnrat 304
- Claussen, Bruno (1884–1945) 312
- Cloos, Hans (1885–1951) 283, 891
- Closs, Hans (1907–1982) 255, 263, 386, 765, 776, 870

- Cole, Grenville Arthur James (1859–1924) *168*
- Coolidge, Calvin (1872–1933) *282*
- Cornelius, Hans Peter (1888–1950) *528, 801*
- Correns, Carl Wilhelm (1893–1980) *266, 678, 680, 734*
- Cramer, Peter (1910–2003) *707, 801*
- Cramer, Rudolf (1882–1949) *79, 94, 188, 189, 191, 348, 403, 521, 802, 856*
- Cremer, Gustav (1867–1938) *83*
- Crusius, Kurt (1894–?) *622*
- Cukermanis, Karlis (1906–1961) *897*
- Czermak, Friedrich (1890–1960) *745, 802*
- Daber, Rudolf (1929) *19–21*
- Dadieu, Armin (1901–1978) *434 f.*
- Dahle, Wilhelm (1871–?) *368*
- Dahlgrün, Fritz (1894–1954) *24, 217, 403, 424, 744, 750, 802, 875*
- Dammer, Bruno (1876–1957) *79, 94, 226, 403, 803, 856*
- Dantz, Hellmuth (1907–1945) *879*
- David, T. W. Edgeworth (1858–1934) *125*
- Deecke, Hermann *681*
- Deecke, Wilhelm (1862–1934) *216, 220, 267*
- Dehlinger, Alfred (1874–1959) *320*
- Deicher, Oskar (1900–1970) *657–660, 666*
- Delbrück, Clemens (1856–1921) *43*
- Delle, Nicolei (1899–?) *897*
- Demeter, Karl (1889–1976) *145*
- Denckmann, August (1860–1925) *188, 861*
- Deubel, Fritz (1898–1966) *16, 27, 230, 248, 372, 405, 436–439, 457, 477, 761, 803, 870, 875*
- Diehl, Otto (1879–1946) *405*
- Dienemann, Wilhelm (1891–1966) *191, 203, 206, 298 f., 301, 303, 307, 348, 360, 403, 421 f., 424, 440, 441, 683, 743 f., 755, 761, 767 f., 789, 803, 864 f., 870, 875, 885*
- Dienst, Paul Hermann (1881–1939) *206, 286, 381, 856*
- Dietz, Curt (1895–?) *457, 804, 885*
- Dollfuß, Engelbert (1892–1934) *527*
- Dorsch, Stanislaus *352, 379*
- Draschewska, Lubow (1910–?) *895*
- Dreibholz, Carl (1891–?) *191, 348, 403*
- Drescher-Kaden, Friedrich Karl (1894–1988) *333 f., 733*
- Duensee, Fritz *148*
- Ebeling, Hermann *352*
- Ebert, Arthur (1891–1978) *270, 404, 870*
- Ebert, Friedrich (1871–1925) *359*
- Ebert, Heinz (1907–1983) *191, 372, 425, 804, 875*
- Egeberg, Ferdinand Peder (1889–1965) *609*
- Eicke, Theodor (1892–1943) *437–439*
- Eigenfeld, Rolf (1903–1992) *885*
- Eisenbeis, Friedrich (1885–1915) *856*
- Eliáš, Alois (1890–1942) *574*
- Ellerbeck, Leopold (1872–1945) *303 f.*
- Eltzbacher, Paul (1868–1928) *106*
- Embovics, Irmgard (1903–?) *897*
- Emmerich, Walter (1895–1967) *543, 546 f.*
- Eötvös, Loránd (1848–1919) *242, 254 f.*
- Erdmannsdörffer Otto Heinrich (1876–1955) *95*
- Erb, Ludwig (1893–1978) *746*
- Erk, Karl-Ernst (1903–?) *676*
- Faatz, Andreas *304*
- Fabian, Rudolf (1912–1943) *498, 805*
- Fahrenhorst, Walther (1871–1938) *161*
- Fahrion, Helmut (1912–2013) *447–449, 487*

- Falkenhayn, Erich von (1861–1922) 130
- Falta, Václav 565
- Fangel, Holger (1902–1991) 606, 608, 637, 639, 640
- Feder, Gottfried (1883–1941) 312, 316, 450
- Federenko, Karpo (1877–?) 896
- Fedorowsky, Nicolay (1902–?) 894
- Fellgiebel, Erich (1886–1944) 624, 649
- Ferber, Erwin (1885–1976) 681
- Fiedler, Robert (1888–?) 133, 191, 358, 360, 805
- Filatowa, Elisabeth (1914–?) 714 f., 716, 896
- Finckh, Ludwig (1871–1930) 207, 488, 629, 856, 858, 865 f
- Fingerchut, Maksymilian (1891–1955) 694 f.
- Fischbeck, Otto (1865–1939) 214
- Fischböck, Hans (1895–1967) 342
- Fischer, Ernst Rudolf (1897–?) 699, 712
- Fischer, Franz 322, 449
- Fischer, Fritz (1908–1999) 97, 110
- Fischer, Georg (1899–1984) 188, 368, 421 f., 441, 805, 875
- Fischer, Georg (Historiker) 212
- Fischer, Hermann 161
- Fischer, Wolfram (1928–2019) 14
- Flegel, Kurt (1880–1923) 55
- Flemming, Ernst (1870–1955) 313
- Fliegel, Gotthard (1873–1947) 79, 153 f., 156, 189, 206, 211, 227, 230, 279, 285, 303, 306, 353, 805, 856, 865 f., 871
- Foerster, Richard (1869–1940) 161
- Foslie, Steinar (1887–1951) 601
- Fraj, Martin 565
- Francke, Kriegshilfsreferent 148
- Frank, Hans (1900–1946) 542 f., 546 f., 552, 689
- Frank, Karl Hermann (1898–1946) 562, 576, 587
- Frank, Manfred (1905–1976) 405, 425, 441, 443, 744, 806, 875, 886
- Frank, Wilhelm (1891–1914) 856
- Franzius, Otto (1877–1936) 304
- Frebold, Georg (1891–1948) 487 f., 494
- Frick, Wilhelm (1877–1946) 325
- Friederici, Erich 404
- Friedländer (Zürich) 283
- Friedländer, Immanuel (1871–1948) 283
- Früh, Gustav (1891–1988) 304, 306
- Fuchs, Alexander (1874–1935) 62, 79, 81, 153, 188, 856, 861
- Fulda, Ernst (1885–1960) 238, 262, 368 f., 378, 403, 521, 747–749, 761, 806, 875, 879
- Funder, Ludger (1899–1975) 11, 21, 337, 402–404, 644 f., 650 f., 653–655, 761, 806
- Funk, Walther (1890–1960) 339, 342, 395, 535, 563, 699
- Gabel, Oskar (1901–1988) 326, 339, 395, 654, 730 f., 732 f., 740, 742 f., 746, 807
- Gaber, Ernst (1881–1952) 494
- Gaertner, Hans-Rudolf von (1906–1982) 190, 424, 601, 807, 886
- Gägel, Curt (1865–1927) 62, 79, 89, 188, 206, 255, 266, 293, 808, 856, 864
- Galon, Rajmund (1906–1986) 545
- Gans (ab 1921: Ganssen), Robert (1865–1940) 54 f., 207, 281, 282, 290, 293, 303, 808, 864 f.
- Gavelin, Axel (1875–1947) 283
- Gawł, Anton (1901–1989) 548, 549
- Gehring, Alfred (1892–1972) 282
- Geilenberg, Edmund (1902–1964) 419, 754–756, 759 f., 768 f.
- Geller, Adolf (1900–1934) 351, 808

- Gemmingen-Gutenberg, Max von (1862–1924) 137
- Genieser, Kurt (1909–1970) 767, 808, 886
- Gerstlauer, Karl (1914–1940) 886
- Geyer, Eugen (1886–?) 369, 378, 809, 856, 858
- Geyer, Georg (1857–1936) 860
- Giesecke Dana (1974) 26
- Ginzl, Hubert (1874–1950) 122
- Girardi, Margarete (1888–1964) 527 f., 529, 809
- Gjertsen, Preben Lilloe (1904–1959) 608, 610, 634, 637–639, 640, 642
- Goebbels, Joseph (1897–1945) 367, 470, 765
- Göring, Hermann (1893–1946)) 10, 12, 313, 322–324, 326–331, 335 f., 338–340, 341, 342–344, 347, 364, 392 f., 395, 400, 407, 413, 434, 481 f., 512, 516, 518, 535, 538, 542, 547, 590, 657, 660 f., 663, 667, 669, 672 f., 674, 675, 678, 685, 688, 701, 708, 710, 719, 720, 726, 730–732, 735 f., 738, 740, 743, 774, 776, 783 f.
- Görlitzer, Artur (1893–1945) 360
- Görz, Georg 282, 289, 291 f., 293, 428, 864, 871
- Goettel, Walery Florian (1889–1972) 283
- Götte, August (1901–1983) 58
- Götzinger, Gustav (1880–1969) 284, 366, 378, 394, 425, 809, 876
- Gołąb, Józef (1904–1968) 548, 549
- Goldschald, Martin 506
- Gommlich, Hellmuth (1891–1945) 438 f.
- Gothan, Walter (1879–1954) 206 f., 266, 284, 381, 403 f., 809, 856, 858, 871
- Grader, Albert (1898–1954) 522, 810, 879
- Grahmann, Karl Rudolf (1888–1962) 532, 810, 871
- Granigg, Bartholomäus (1883–1951) 817
- Graupner, Armin (1906–1994) 386
- Grengg, Roman (1884–1972) 500 f.
- Groener, Wilhelm (1867–1939) 47, 166
- Groote, Arthur (1905–?) 676 f., 678, 727, 876
- Gropp, Willy (1886–?) 359, 403, 811
- Grosse, Karl (1886–1961) 657–660, 698
- Grossmann, Harry (1910–?) 386
- Grothe, Hans (1894–?) 58, 734
- Grundmüller, Viktor 543
- Grupe, Oskar (1878–1940) 79, 81, 108, 244, 811, 856, 858, 862, 864, 871
- Günther, Bergassessor Dr. Ing. 316
- Günther, f. 856
- Gürich, Georg (1859–1938) 241
- Guntau, Martin (1933–2019) 22 f., 317, 473, 661 f.
- Gunther, Albert Everard (1903–1998) 283
- Gutnick 283
- Guzik, Kazimierz (1911–1970) 548–550
- Haack, Wilhelm (1882–1947) 190, 381, 404, 457, 676, 677, 767, 811, 825, 856, 858
- Haardt, Walter 150
- Haarmann, Erich (1882–1945) 593, 595
- Haber, Fritz (1868–1934) 101, 168
- Haberfelner, Erich (1902–1962) 342, 370, 394, 395, 435, 528, 529, 751 f., 811
- Hácha, Emil (1872–1945) 562
- Hadrich, Robert (1877–?) 386
- Härtel, Friedrich (1892–1947) 283, 425, 428 f., 532, 812, 871
- Hager, Sophie 697, 698, 761

- Hallenbach, Franz (1909–1966) 386, 766
Haller, Hans (1887–1953) 293, 518, 766, 767, 812, 865 f.
Hamberger, Hildegard (1913–?) 386
Hammer, Wilhelm (1875–1942) 95, 283
Han 161
Hanneken, Hermann von (1890–1981) 343, 538
Harbort, Erich (1879–1929) 49, 64–67, 68 f., 103, 133–140, 813, 856, 858, 862, 864
Hartmann, Eduard (1887–1951) 190, 592, 739, 813, 879
Hartung, Wolfgang (1907–1995) 385, 813
Hasemann, Walter (1890–1961) 367, 368, 378, 405, 457, 744, 767, 814, 887
Hauchecorne, Wilhelm (1828–1900) 19, 276, 778
Haunz, Max (1901–?) 676
Hay, Alfons 503
Heck, Herbert–Lothar (1904–1967) 371, 405, 423 f., 814
Heckel, Hauptmann d. Res. Bergrat 148
Heide, Klaus (1938–2023) 24
Heim, Fritz (1887–1980) 192, 223, 424, 745, 814
Heinrichson, Theodor (1896–?) 887
Heinzmann, Friedrich (1891–?) 370, 403
Heissel, Werner (1908–1994) 879
Heitz, Waldemar (1911–?) 677, 678, 876
Hellmers, Johann Heinrich (1895–1953)) 293, 518, 630, 815, 871, 876
Henning, Fritz (1877–1958) 681
Henrici, Heinz (1906–?) 386, 766
Herrmann, Fritz (1883–1920) 79, 94, 856, 858
Hertwig, August (1872–1955) 304 f.
Herzog, Heinrich (1896–1969) 427
Hesemann, Julius (1901–1980) 191, 348, 424, 540, 744, 815
Hess, Rudolf (1894–1987) 11
Hess von Wichdorff, Hans (1877–1932) 79, 81, 90, 126, 856, 858
Heuseler, Ernst (1881–1941) 207, 404, 856, 861, 866
Heydrich, Reinhard (1904–1942) 574–576, 581, 585, 786
Heykes, Klaas, (1883–?) 865
Hiby, Wilhelm (1870–1929) 161, 167
Hiltermann, Heinrich (1911–1998) 460, 540, 693, 697, 698, 699 f., 723, 761, 815, 880
Himmler, Heinrich (1900–1945) 405, 413, 414, 438, 499, 524, 531, 552 f., 557, 574, 587, 725, 741, 757
Hindenburg, Paul von (1847–1934) 47 f., 90, 116, 124, 159, 372
Hirschwald, Julius (1845–1928) 488
Hitler, Adolf (1889–1945) 10, 189, 312, 316, 321, 323, 325, 326 f., 329, 331, 339, 341, 344, 347, 349, 351, 357, 359, 365, 366 f., 368, 372, 413, 420, 442, 464, 487, 499, 522, 530, 542, 548, 553, 562, 574, 591, 674 f., 689, 712, 738 f., 754, 774, 779, 819
Hock, Albert (1896–1964) 429 f., 522, 784, 816, 872
Hock, Heinrich (1887–1971) 681
Höppner, Wilhelm 79
Hochgesand, Julius (1856–1921) 161
Hoffmann, Karl (1897–1988) 337, 816
Hollstein, Wilhelm (1898–1973) 887
Holz, Otto (1875–1949) 161
Homburg, Erich (1886–1954) 712
Honcamp, Franz (1875–1934) 294
Horvath, Josef (1900–1976) 540, 589, 593–595, 597–602, 605–607, 610–613, 636, 637, 638–640, 642–644, 672, 735, 737, 761, 780, 785 f., 817, 880

- Hoyningen-Huene, Paul (1898–1969) 428, 872
- Hoppe, Walter (1896–1976) 293, 424, 817
- Horwitz, Ludwik (1875–1943) 549
- Hüffner, Ernst (1899–?) 766
- Hülsen, Friedrich Carl von (1901–1975) 563, 575, 580, 584, 818
- Hugenberg, Alfred (1865–1951) 312
- Hummel, Karl (1889–1945) 283
- Huyste, Thomas van (1905–?) 896
- Ihne, Wilhelm Carl (1878–1951) 161
- Jacobsen, Werner 887
- Jäger, Walter (1887–?) 726
- Janczewski, Edward Walery (1887–1959) 694
- Jarowski, Eduard (1919–?) 894
- Jentzsch, Alfred (1850–1925) 51, 63, 178
- Jessen, Werner (1907–?) 887
- Jonas, Emma (1889–1971) 632 f.
- Jonas, Martin (1885–1944) 632
- Jordan, Wilhelm (1903–1983) 553
- Jüngst, Hans (1901–1944) 337
- Kaaden, Gerrit van der (1912–1994) 894
- Kaemmerer, Oskar (1889–?) 270, 525, 818, 864
- Kaiser, Erich (1871–1934) 283
- Kammler, Hans (1901–1945) 587, 742, 747–750, 755
- Kamps, Hans-Jürgen 27
- Kapp, Wolfgang (1858–1922) 188
- Kármán, Theodore von (1881–1963) 304
- Karolczak, Willy (1901–?) 386
- Karpinski, Andrey (1900–?) 896
- Karpinski, Barbara (1900–?) 896
- Karrenberg, Herbert (1909–1983) 880, 887
- Kasper, Hanns-Heinz (1925–1999) 27, 473, 475
- Kast, Friedrich (1898–?) 359, 818
- Kaunhowen, Friedrich (1860–1940) 79, 90, 188, 819, 856, 858, 862
- Kauenhowen, Walter (1900–1942) 468, 690
- Kegel, Wilhelm (1890–1971) 127–129, 183, 188, 266, 270, 359 f., 370, 402–404, 418, 544, 568, 819, 856, 858, 876
- Kehrl, Hans (1900–1984) 326, 330, 563, 793
- Keilhack, Konrad (1858–1944) 51, 79, 80 f., 96, 206, 283, 819, 827, 856, 859, 866
- Keitel, Wilhelm (1882–1946) 476
- Keller, Artur 506
- Keppler, Wilhelm (1882–1960) 10, 12 f., 19–22, 27, 311, 321–332, 335–342, 344–348, 361–364, 389–397, 399–403, 405–413, 418 f., 430–436, 464, 469, 470, 473, 487, 498, 510 f., 516, 521, 523–525, 533–536, 545, 546, 552, 553, 568, 584, 586, 653, 654, 655, 662, 682 f., 690, 697, 698, 699, 703, 712, 731, 733, 743, 761, 774 f., 780, 788, 798 f., 801, 806 f., 816, 819, 822, 824, 828, 836, 845, 847, 849, 866
- Kerkhof, Stefanie van de (1971) 44
- Kerner von Marilaun, Fritz (1866–1944) 95
- Kesselring, Albert (1885–1960) 10, 13
- Kettner, Radim (1891–1967) 579
- Kiderlen, Helmut (1905–1995) 880, 888
- Kieslinger, Alois (1900–1975) 425, 499 f., 501, 503, 510, 528, 761, 820
- Kipper, Fritz 161
- Kirsten, Regierungsbaumeister Dr.-Ing. 304, 306
- Kisch, Kapitolina (1920–?) 896
- Klapka, Otakar (1891–1941) 574
- Klautzsch, Adolf (1869–1927) 51, 63, 79, 81, 856, 862
- Klefenz, Andreas (1875–1959) 492

- Klein, Christian (1910–?) 888
 Kleist, Ewald von (1881–1954) 718
 Klemm, Gustav (1858–1938) 267
 Klewitz, Otto (1886–1977) 453
 Klima, Karel 565
 Kliemstein, Johann (Hans) (1899–1961) 888
 Klingner, Friedrich-Erdmann (1901–1945) 385, 821
 Klöss, Max (1904–1982) 756, 880
 Klüss, Karl (1861–1925) 55, 861
 Knauer, Josef (1880–1966) 191, 424, 457, 821, 866, 872
 Kneule, Friedrich (1900–1983) 681
 Knipscheer, Huybrecht (1917–1987) 540, 821, 880, 888, 894
 Koch, Emil (1886–1960) 189, 404, 405, 744, 822
 Koch, Erwin 519
 Koch, Helmut 519
 Koch, Isa (1913–1984) 498, 503, 822
 Koch von Hernhaussen, Henning (1901–1970) 677, 678
 Kochanowski, Erich (1904–1945) 349
 Kockel, Carl Walter (1898–1966) 268
 Kockel, Titus (1965) 253, 336 f., 462, 473, 512
 Köhler, Richard (1902–?) 191, 206, 348, 369, 518, 823, 872, 888
 Kölbel, Heinrich (1910–1984) 337, 402, 768, 822
 Köllerer, Max (?–1929) 304
 Körner, Hiltraut (1912–?) 386
 Körner, Karl 540, 541, 563 f., 880
 Körner, Paul (1893–1957) 343, 391
 Körnke, Bernhard (1904–1945) 190, 540, 823, 880, 888
 Koert, Willi (1875–1927) 77–80, 93, 98 f., 101, 153, 156, 856, 859
 Koeth, Joseph (1870–1936) 46, 165 f.
 Kohl, Emil (1883–?) 206
 Kohlschütter, Ernst (1870–1942) 462
 Koppel, Mara (1914–?) 523, 714
 Kormann, Hubert 528
 Koscielska, Helena (1900–?) 894
 Kossmat, Franz (1871–1938) 95, 230, 261, 268, 284, 416, 860
 Kostiljuk, Rostislaw (1915–?) 889
 Kowalew, Alexandra (1899–?) 895
 Kowalew, Nikita (1898–?) 895
 Krahmann, Max (1863–1946) 148
 Krahberg, Cäcilie B. (1912–?) 386
 Kranz, Walter (1873–1953) 112–116, 121, 440
 Krauch, Carl (1887–1968) 322, 327, 342 f., 395 f., 475, 481, 486, 487, 512, 535, 656, 667, 668, 678, 685, 710, 737, 754 f.
 Krause, Irena (1923–?) 894
 Krause, Paul Gustaf (1867–1945) 79, 81, 188, 189 f., 206, 352, 856, 859
 Krejci-Graf, Karl (1898–1986) 21, 26, 248, 337, 401, 407, 477, 685, 690, 702–707, 823, 876, 879
 Kries, Wolfgang von (1868–1945) 82, 88
 Kroeger, Hans (1883–1956) 626
 Kromer, Karl (1899–?) 326, 402 f., 408, 525, 715 f., 824
 Krüger, Hans (1884–1945) 287
 Krug, Carl (1874–?) 56
 Krummins, Alfred (1911–?) 897
 Krusch, Paul (1869–1939) 20, 44–46, 49 f., 54 f., 57, 58, 60, 63, 73–77, 79, 81, 84, 93, 98, 106 f., 108–111, 113, 127, 141, 144 f., 147 f., 150, 152–154, 155, 160–167, 171, 172, 175 f., 178, 182, 186, 193–196, 199, 204, 206, 212–214, 219 f., 224, 228, 236, 243, 245 f., 249, 260, 261, 269 f., 280, 283, 285, 288, 299, 301, 305, 350, 352–354, 825, 856, 861 f., 864
 Kubach, Fritz (1912–1945) 822
 Kühn, Ernst Benno (1865–1949) 79, 89, 186, 188, 207, 255, 257, 260,

- 264, 268–270, 272, 488, 767, 825, 859
- Kühn, Gustav 175
- Kühn, Othmar (1892–1969) 545, 710
- Kühn, Peter 26
- Kühne, Friedrich (1894–1970) 381, 424, 457, 527, 768, 825
- Kuhlmann, Dietrich 161
- Kukuk, Paul (1877–1967) 283
- Kurpiers, Stanislaus (1924–?) 895
- Kuschka, Ingeborg (1925–?) 895
- Kutscher, Fritz (1907–1988) 889
- Laage, Alfred 56
- Lamcke, Kurt (1911–1945) 889
- Lammers, Hans Heinrich (1879–1962) 329, 739
- Lange, Erich (1889–1965) 447, 826
- Laubenheimer, Alfred (1901–1982) 492
- Lauterbacher, Hartmann (1909–1988) 685
- Lebedew, Alexander (1893–?) 896
- Lemcke, Kurt (1914–2003) 889
- Lemke, Erich (1910–?) 493, 498, 509, 826, 889
- Lemmermann, Otto (189–1953) 293
- Leppla, August (1859–1924) 79–81, 96, 171, 488, 827, 856, 859, 865
- Lesnikowa, Alexandra (1921–?) 715, 896
- Lesnikowa, Maria (1924–?) 715, 896
- Lichtenberg, Otto 477, 478
- Liebig, Justus von (1803–1873) 168
- Lieffers, August 304
- Lielkrasts, Ausma, geb. Anzius (1917–?) 897
- Lieser, Reichsbahnoberrat 304
- Liman von Sanders, Otto (1855–1929) 130
- Linsenmair, K. E. 408
- Linstow, Otto von (1872–1929) 206, 223, 856, 859
- Lipman, Jacob Goodale (1874–1939) 281
- Loebe, Richard (1877–?) 56–58, 71, 190, 207, 209, 293, 359, 381, 401, 827, 864 f.
- Lögters, Herbert (1913–2001) 540, 548, 555, 722, 827, 881, 889
- Lorent, Guido (1905–1944) 337, 402, 828
- Loth 283
- Lotz, Heinrich (1873–1943) 283
- Lotze, Franz Wilhelm (1903–1971) 24, 25, 394, 404, 828
- Ludendorff, Erich (1865–1937) 47, 72, 90
- Ludowici, Johann Wilhelm (1896–1983) 362
- Lüdtke, Werner 635 f.
- Lüttwitz, Walther von (1859–1942) 188
- Lutze, Viktor (1890–1943) 370
- Mahl, Constantin (1878–?) 370
- Mainka, Carl (1874–1943) 256
- Malin, Johann August (1902–1942) 529
- Maloff, Galine (1913–?) 895
- Malzahn, Erich (1909–1998) 676, 881
- Marder, Maximilian (1905–1943) 685
- Marguerre, Hans (1874–1947) 133 f., 137, 139
- Maros von Konyha, Emerich 860
- Marquardt, Emil 175 f.
- Marquardt, Erwin (1889–1955) 295
- Martini, Carl Christian (1786–1839) 29
- Martini, Hans Joachim (1908–1969) 21, 24, 26, 29 f., 441, 540, 564, 566 f., 568, 569, 571, 572, 574–577, 579–589, 611 f., 630, 672, 745, 785 f., 789, 828, 881
- Martirosjanz, Grunja (1923–?) 896
- Mast, Adolf (1873–1967) 304, 306
- Matějka, Alois (1898–1978) 565, 566, 568 f., 575, 579

- Maucher, Johann (1907–?) 602, 638, 639, 829
- Mayer-Gürr, Alfred (1912–2008) 540, 682, 690 f., 693, 698, 700, 707, 712, 715, 717 f., 829, 881
- Meffert, Hermann (geb. 1910–?) 602, 621, 642, 830
- Meffert, Robert (1902–?) 751–753
- Meisner, Maximilian (1883–1959) 51, 212, 348, 372, 403, 414, 443–445, 447, 830, 856, 872
- Meisser, Otto (1899–1966) 462
- Meister, Ernst (1887–1939) 403
- Melnik, Alexander (1885–?) 896
- Melnikow, Nikolaus (1899–?) 895
- Mempel, Gerhard (1905–1964) 385, 540, 549, 555, 698–700, 722, 831, 881
- Mende, Curt (?–1916) 856
- Menge, Heinrich (1889–?) 856
- Menzel, Hans (1875–1914) 856
- Mestwerdt, Adolf (1880–1956) 79, 108, 140, 191, 207, 404, 831, 856, 861 f., 866
- Meyer, Erich (1874–1915) 102–105, 112, 831, 856
- Meyer, Wilhelm (1867–1929) 108
- Michael, Richard (1869–1928)) 79, 83–90, 96, 127, 206 f., 298 f., 302–304, 832, 857, 859, 864 f.
- Michaely, Richard (1911–?) 521, 832
- Michels, Franz (1891–1970) 424, 443, 543, 832, 876
- Milch, Erhard (1892–1972) 742
- Mintrop, Ludger (1880–1956) 241 f., 257 f., 262, 269
- Mitoff, Dimiter (1896–?) 896
- Mixius, Friedrich-Karl (1911–1989) 889
- Moellendorff, Wichard von (1881–1937) 46, 231
- Monke, Heinrich (1859–1932) 236
- Moos, August (1893–1944) 248, 695 f., 788
- Moos, Beata (1902–1984) 696
- Moos, Marie (1873–1944) 696
- Moos, Walter (1930–1945) 696
- Morhof, Daniel Georg (1639–1691) 186
- Mráz, Emanuel 564, 575
- Mühlen, Leo von zur (1888–1953) 79, 188, 191, 267, 857, 859
- Mühlen, Walter von zur (1905–1990) 386
- Müller, Heinrich (1887–1914) 857
- Müller, Hertha (1917–?) 386
- Müller, Robert (1897–1951) 434
- Müller, Werner (1900–1982) 697
- Münichsdorfer, Franz (1882–1943) 293
- Muenk, Karl (1882–1915) 857
- Mürriger, Friedrich (1902–1953) 386
- Mulert, Botho (1883–1963) 474
- Mumford, Lewis (1895–1990) 212
- Munda, Martin (1913–?) 894
- Murray, Archibald (1860–1945) 130
- Mutschmann, Martin (1879–1947) 517
- Nadolny, Rudolf (1874–1953) 133 f.
- Napoléon Bonaparte (1769–1821) 9
- Nathan, Hans (1900–1982) 443, 457, 522, 760 f., 832, 881, 890
- Neben, Walther 881
- Neubauer, Friedrich (1876–?) 857
- Neubauer, Hugo (1868–1945) 292
- Neumann, Hans (1904–?) 890
- Neurath, Konstantin von (1873–1956) 562, 574
- Nicolai, Walter (1873–1947) 134
- Niedermayer, Josef (1911–1992) 890
- Nippoldt, Alfred (1874–1936) 462
- Noel, Miss 283
- Nöring, Friedrich-Carl (1912–2005) 890
- Nottmeyer, Otto (1894–1977) 646, 652, 654
- Oebbeke, Konrad (1853–1932) 113–115, 121

- Oehmichen, Hans 175 f.
 Ohnesorge, Theodor (1876–1952) 860
 Olbrich, Anton (1906–?) 507
 Orlow, Wenjamin (1894–?) 714, 897
 Ortner, Franz (1922–1988) 529
 Otte, Karolus (1908–1980) 592
 Otto, Georg (1883–?) 188, 191, 857
 Paackelmann, Werner (1890–1952) 153, 158, 267, 284, 403, 540, 544 f., 744, 833, 857, 859, 877, 881
 Paehr, Wilhelm 153
 Papen, Franz von (1879–1969) 312
 Papp, Frau von 283
 Papp, Karl von 283
 Pascha, Enver (1881–1922) 154
 Pasching, Franz 378 f.
 Paschke, Max (1884–1961) 220
 Pasel, Curt (1876–1944) 453 f., 472, 833
 Passarge, Siegfried (1866–1958) 128
 Pauker, Gebr. 506
 Peetz, Eugen 220
 Penck, Albrecht (1858–1945) 86, 95
 Peters, Rittmeister d. Res. 148
 Petersen, Otto (1874–1953) 108
 Petrascheck, Walther Emil W. (1906–1991) 540, 558 f., 593, 744, 834, 882
 Petrascheck, Wilhelm (1876–1967) 90, 337, 833
 Pfalz, Richard (1900–1947) 286
 Pfeffer, Paul (1898–?) 191
 Pfeiffer, Dieter (1926–2013) 24 f.
 Pfeiffer, H. 206, 293, 295, 297
 Pfeiffer, Heinz 629
 Pfeiffer, Rudolf (1905–?) 191, 365
 Pfeiler, Arthur (1903–?) 353, 355 f., 358, 360 f., 378
 Philipp, Hans (1878–1944) 122
 Picard, Edmund (1876–1949) 79, 81, 857, 859
 Pietrkowski, Edmund (1872–1936) 170, 172, 180
 Pietzcker, Franz (1885–1914) 857
 Pietzsch, Kurt (1884–1964) 10 f., 27, 405, 508, 517, 522 f., 532, 648, 744, 759, 761, 834, 872
 Pistor Gustav, Adolf (1872–1960) 175
 Platschinskaja, Natalja (1898–?) 895
 Pleiger, Paul (1899–1985) 324, 326, 363
 Pohl, Oswald (1892–1951) 557, 741
 Pollak, Alfred (1901–1991) 517, 601, 638, 835, 882
 Pompeckj, Josef Felix (1867–1930) 280
 Pontoppidan, Harald (1884–1945) 554
 Popowskij, Iwan (1904–?) 896
 Poschacher, Anton (1889–1967) 499
 Posse, Hans Ernst (1886–1965) 312, 339, 363
 Potonié, Robert (1889–1974) 44, 381, 459, 520 f., 835, 890
 Pratje, Otto (1890–1952) 283
 Prilipin, Dimitri (1924–?) 896
 Prokopow, Konstantin (1882–?) 714, 715, 895
 Prokopow, Natalie (1904–?) 714, 715, 896
 Prokopowitsch, Nicoley (1918–?) 894
 Puppe, Johann (1882–1941)) 316, 326, 836
 Purkert, Richard (1901–1968) 268
 Purkyně, Cyril (1862–1937) 283
 Putzer, Hannfrit (1913–2004) 337, 402, 836, 890
 Quensel, Percy Dudgeon (1881–1966) 283
 Quenstedt, Werner (1893–1960) 683
 Quiring, Heinrich (1885–1964) 167, 836
 Quitzow, Hans-Wilhelm (1911–2009) 882
 Quitzow, Wilhelm (1881–1914) 51, 857

- Rade, Irma, geb. Freimanis (1908–?) 897
- Ramann, Emil (1851–1926) 286
- Ramdohr, Paul (1890–1985) 283, 601
- Ramm, Eberhard (1861–1935) 171, 175, 180, 288
- Range, Paul (1879–1952) 101, 102, 127, 129–132, 267, 283, 857, 859
- Rathenau, Walther (1867–1922) 46, 52
- Rathjens, Carl August (1887–1966) 128
- Rauff, Hermann (1853–1942) 188
- Raupach, Friedrich von (1906–1992) 891
- Redepennig, Karl (1878–1936) 244 f.
- Regelmann, Karl (1873–1954) 860
- Regling, Elli (?–1943) 206
- Reich, Georg Hermann (1891–1976) 191, 257 f., 261 f., 263, 264, 268, 269, 270 f., 283, 285, 462, 465, 470, 478, 703, 777, 837, 882
- Reichert, Jakob Wilhelm (1885–1948) 108
- Rein, Ulrich (1911–2012) 891
- Reinhard, Wolfgang (1937) 30
- Remane, Adolf (1898–1976) 405
- Reimerdes, W. 156
- Reis, Otto Maria (1862–1934) 216
- Reisch, Hermann 283
- Reisenegger, Hermann (1861–1930) 175
- Reithofer, Otto (1902–1965) 740, 837, 882
- Renner, Otto (1888–1915) 857, 859
- Reusch, Paul (1868–1956) 161, 166, 232
- Ribbentrop, Joachim von (1893–1946) 341
- Richter, Max (1900–1983) 462
- Richter, Rudolf (1881–1957) 558
- Richter, Wolfgang (1912–1977) 540, 698, 723, 837
- Richter, Wolfgang Gauwirtschaftsberater 653
- Richter[–Bernburg], Gerhard (1907–1990)) 29, 385, 600 f., 610, 838, 882
- Riedel, Leonhard (1906–1944)) 267, 404, 457, 686, 838, 872
- Riesch 677
- Rimpl, Herbert (1902–1978) 742
- Rinne, Friedrich (1863–1933) 95
- Röchling, Hermann (1872–1955) 161, 220
- Röchling, Werner 161
- Rössle, Per (1906–1961) 891
- Rodeck, Alfred 549
- Rohrbeck, Fritz 26
- Rolshoven, Hubertus (1913–1990) 543
- Rommel, Erwin (1891–1944) 246
- Rosenberg, Albert (1896–?) 386
- Rosenberg, Alfred (1893–1946) 541
- Roth von Telegd, Karl 860
- Rothkegel, Walther (1874–1959) 427
- Rucska, Henriette (1923–?) 894
- Rudnik, Paul (1890–?) 897
- Rust, Bernhard (1883–1945) 319 f.
- Ruttner, Anton (1911–2006) 528, 740, 839, 882
- Ruttner, Franz (1882–1961) 839
- Salomon–Calvi, Wilhelm (1868–1941) 241
- Saischlow, Grigorij (1902–?) 715, 896
- Šámal, Přemysl (1867–1941) 579
- Sandeck, Karl (?–1917) 857
- Sandt, Maximilian von (1861–1918) 75
- Sauce, Wilhelm de la (1882–1955) 283
- Sauckel, Fritz (1894–1946) 727
- Sauer, Gustav Adolf (1852–1932) 49, 64, 122, 860
- Sauerbrey 861
- Sauerbrey, Hermann (1888–1946) 660, 732
- Saur, Karl–Otto (1902–1966) 660, 732

- Schacht, Hjalmar (1877–1970) 75,
316 f., 320–324, 326–328, 331,
334, 338 f., 347, 364, 535, 780
- Schadler, Josef (1889–1978) 439, 500,
744, 761, 788, 839, 877, 891
- Scharf, Willi (1896–1971) 191, 342,
348, 358–360, 363, 405, 424, 540,
840
- Scheibe, Karl (1895–1988) 659
- Scheibe, Robert (1859–1923) 188
- Schenk, Erwin Karl (1907–1975) 891
- Scheumann, Karl Herrmann (1881–
1964) 283
- Schiechel, Max (1872–1932) 175
- Schindewolf, Otto Heinrich (1896–
1971) 189, 284, 285, 404, 558
- Schinkel, Max (1879–?) 304
- Schinzinger, Adolf (1898–1946) 367,
378, 840
- Schlattmann, Heinrich (1884–1943)
316 f., 322–325, 332–334, 339,
362 f., 368, 428, 445, 470, 474,
476, 840
- Schleifenbaum, Ernst 161
- Schlempp, Walter (1905–1979) 742
- Schlicht, Günther (1901–1962) 659,
712, 718 f., 721, 725, 732
- Schlieffen, Alfred von (1833–1913)
42, 46
- Schlossmacher, Karl (1887–1980)
267, 734
- Schlotterer, Gustav (1906–1989) 536,
621, 879
- Schlüter, Heinrich (1899–?) 659, 665
- Schlumberger, Conrad (1878–1936)
252
- Schlumberger, Marcel (1884–1953)
252
- Schlunck, Johannes (1876–1915) 857
- Schmeisser, Karl (1855–1924) 18 f.,
45, 99–102
- Schmehl, Heinz (1900–1947) 462
- Schmidegg, Oskar Graf von (1898–
1985) 745, 840
- Schmidt, Adolf (1860–1944) 255, 261
- Schmidt, Carl 659
- Schmidt, Carl (1862–1923) 813
- Schmidt, Erich (1892–?) 386
- Schmidt, Friedrich Ludwig 175
- Schmidt, Martin (1863–1947) 860
- Schmidt, Wilhelm Erich (1882–1944)
51, 189, 857, 862
- Schmidt, Wilhelm Friedrich (1913–?)
891
- Schmitt, Kurt (1886–1950) 312 f., 316,
322
- Schmierer, Theodor (1879–1953) 22,
192, 207, 351 f., 379, 780, 797, 841,
857, 859, 862, 866
- Schnarrenberger, Carl (1875–1964)
204, 293, 366, 368, 443, 841, 860
- Schneider, Harras (1912–1966) 891
- Schneider, Kurt 679, 682, 685
- Schneider, Otto (1874–1955) 206 f.
- Schneiderhöhn, Hans (1887–1962)
283
- Schnetzer, Robert (1907–1945) 424,
522 f., 540, 587, 841, 882, 883
- Schober, Karl (1908–1945) 386, 883
- Schoene, Hans–Joachim (1906–1981)
386, 891
- Schönhals, Ernst (1909–1993) 573,
574, 842, 883, 891
- Schönleben, Eduard (1897–1985)
741 f.
- Scholem, Arthur (1863–1925) 369
- Schoo, Lamina (1921–?) 895
- Schott, Wolfgang (1905–1989) 385,
404, 457, 513, 707, 842, 883
- Schottler, Walter (1907–1991) 443,
744, 843, 892
- Schrader, Otto 403
- Schriel, Walter (1892–1959)) 24, 26,
191, 267, 283, 285, 357 f., 366, 749,
843
- Schröder, Eckart (1899–1968) 191,
348, 443, 457, 844, 892
- Schröder, Elly (1901–?) 386

- Schröder, Fritz 892
 Schroeder, Henry (1859–1927) 172, 192, 206, 862, 864
 Schröder–Stranz, Friedrich (1894–?) 9–12
 Schruff, Anton (1863–1940) 161
 Schubert, Richard Johann (1876–1915) 51
 Schucht, Friedrich (1870–1941) 79, 81, 127, 281, 857, 859, 864
 Schuh, Friedrich (1889–1981) 191, 255, 256, 262, 268, 885, 888
 Schulte, Louis August (1864–1926) 207, 857
 Schultze, Georg Richard (1903–1970) 246, 679, 682
 Schulz, Wilhelm (1880–1951) 244, 246
 Schulz–Kampfhenkel, Otto (1910–1989) 888
 Schumacher, Friedrich (1884–1975) 283, 734
 Schuschnigg, Kurt (1897–1977) 366, 527
 Schuster, Matthäus (1881–1953) 190, 405, 418, 744, 844, 860
 Schwartz, Brigitta (1912–?) 386
 Schwarzkopf, Hanns 622
 Schweydar, Wilhelm (1877–1959) 255, 262, 263
 Seblatnigg, Hubert 703
 Seeberg, Reinhold (1859–1935) 105
 Seeckt, Hans von (1866–1936) 222
 Seidel, Kurt (1909–?) 386
 Seidl, Erich (1880–1939) 153, 158, 283, 349, 494, 857
 Seidlitz, Wilfried von (1880–1945) 88, 118, 121, 189, 248, 268, 325, 337, 353–364, 372, 380 f., 382, 385, 388, 400, 416, 418, 456, 462–464, 489 f., 525, 767, 845, 872
 Seifert, Alfred (1906–1953) 892
 Seifert, Rudolf 304
 Seitz, Otto (1888–1976) 431, 845
 Selig, Stefan 113
 Sellien, Kurt (1897–?) 386
 Semljakow, Boris (1898–?) 892, 896
 Semljakow, Nadeshda (1901–?) 897
 Semper, Carl (1870–1962) 175
 Settegast 161
 Sickenberg, Otto (1901–1974) 744, 756, 759, 761, 845
 Sieberg, August Heinrich (1875–1945) 462
 Siegert, Leo (1872–1917) 79, 178, 857
 Siemens, Günter (1901–?) 386, 678, 767
 Siering, Wilhelm (1875–1945) 193, 213
 Sieverts[–Doreck], Hertha (1899–1991) 385, 845
 Silberstein, Georg (1879–1961) 360
 Silhan, Luise (1898–?) 714
 Smetana, Vojtěch (1890–1948) 579
 Smirnow, Leonid (1900–?) 715, 896
 Smirnow, Nina (1918–?) 715, 896
 Sokołowski, Stanisław (1900–1990) 548, 549
 Sommermeier, Leopold (1885–1963) 693, 700
 Spangenberg, Kurt (1889–1957) 335
 Spannagel, Clemens 543
 Speer, Albert (1905–1981) 487, 488, 495 f., 499, 524, 536, 740, 742, 749, 754
 Spengler, Günther (1912–1973) 572, 585
 Spielhagen, Max (1887–?) 403, 408
 Spitz, Albrecht (1883–1918) 51, 860
 Spitz, Wilhelm (1882–1944) 368
 Stach, Erich (1896–1987) 267, 520, 846
 Stache, Guido (1833–1921) 40
 Stackelberg, Bengt von (1887–1948) 897
 Staesche, Karl (1902–1981) 460, 846
 Stahl, Betriebsingenieur 408
 Stahl, Dr. 601
 Stahmer, Alfred (1907–?) 525, 717

- Stappenbeck, Richard (1880–1963) 283, 679
 Stark, Johannes (1874–1957) 464
 Stauskas, Alexander (1908–?) 896
 Steinmann, Gustav (1856–1929) 277
 Stekla, Friedrich (1905–?) 386
 Stellwaag, Alfred (1890–1977) 106
 Stille, Hans (1876–1966) 24–26, 267
 Stockfisch, Karl (1886–1945) 518, 768, 846
 Stöcke (Jochhaus–), Kurt (1898–1943) 492 f., 494 f., 498, 507
 Stojs, Adolf (1897–?) 498
 Stoller, Jakob (1873–1930) 207, 236 f., 239–249, 251, 252, 255, 258, 273, 846, 857, 859
 Storm, Ernst (1894–1980) 349
 Stremme, Hermann (1879–1961) 267, 282
 Strutz, Helmut 659
 Styskel, J. 630
 Suess, Franz Eduard (1867–1941) 283
 Świdorski, Bodhan (1892–1943) 548, 549
 Sydow, Reinhold von (1851–1943) 214
 Teichmüller, Rolf (1904–1983) 24, 337, 402, 403, 847
 Terboven, Josef (1898–1945) 591 f., 594, 602
 Teuscher, Otto (1907–1990) 517, 522 f., 540, 711, 847, 877, 883
 Teuter, Fritz 659
 Thomas, Georg (1890–1946) 595
 Thürach, Hans (1859–1927) 141
 Thyssen, August (1842–1926) 111
 Tietze, Emil (1845–1931) 16, 40, 277
 Tietze, Oskar (1874–1920) 169
 Tirpitz, Alfred von (1849–1930) 43
 Todt, Fritz (1891–1942) 362, 420–422, 442, 488 f., 495–497, 508, 536
 Tornau, Friedrich (1877–1914) 857
 Tornow, Maximilian 48, 862
 Trappe, Friedrich (1899–1945) 257
 Treiber, Friedrich (1902–?) 740, 742, 750
 Trénel, Max (1889–1966) 189, 223, 282, 290–293, 381, 404, 427, 520, 848, 864, 872, 892
 Tröger, Richard (1879–1966) 148, 152
 Tropsch, Hans (1889–1935) 322, 449
 Truman, Harry S. (1884–1972) 611
 Tschermak, Leo (1882–1969) 122
 Tuchel, Herbert (1887–1918) 56, 857
 Tylko, Andreas (1925–?) 894
 Tylko, Danuta (1922–?) 894
 Ubbelohde, Leo (1877–1964) 450
 Udluft, Hans (1900–1966) 189, 348, 365, 498, 630, 756, 848, 873, 877, 893
 Ullmann, Martin (1857–1921) 170
 Unruh, Walter von (1877–1956) 522
 Utescher, Kurt (1882–?) 207, 293, 864
 Veiland, Erwin (1915–?) 897
 Veit, Erwin (1909–?) 337, 342, 402, 477, 479, 849
 Verlohr, Konrad 161
 Věříš, Jindřich 565
 Versé, Julius (1881–1966) 339, 364 f., 371, 385, 387, 400, 525, 849
 Vettters, Hermann (1880–1941) 95, 96, 395, 404, 477, 479, 849, 860
 Vögler, Albert (1877–1945) 108, 111, 592
 Vogel, Dr. 742
 Volk, Julius 304
 Voß, Reimar 741
 Wache, Robert (1892–1944) 55 f., 156, 861, 865
 Wagemann, Karl (1888–?) 188, 191, 357, 850, 857, 859
 Wager, Rudolf (1906–1960) 883
 Wagner, Wilhelm (1884–1970) 498
 Waldmann, Leo (1899–1973) 518, 850, 893
 Wanner, Johannes (1878–1959) 821
 Warnecke, August C. 243 f.
 Wasmund, Erich (1902–1945) 405 f., 440, 850

- Watznauer, Adolf (1907–1990) 371,
522 f., 648, 851, 877
- Wedelstädt, Erich von (1904–1945)
563, 569, 575, 579, 583, 585, 589,
851
- Wegener, Alfred (1880–1930) 799
- Wegener, Kurt (1878–1964) 799
- Weidenbach, Fritz (1901–2000) 740,
851, 877, 893
- Weidert, Direktor Dr.–Ing. 304
- Weigelt, Kurt (1884–1968) 445
- Weismantel, Leo (1888–1964) 113
- Weissermel, Waldemar (1870–1943)
206
- Welt, Oskar 506
- Welter, Otto (1881–1950) 95
- Welzer, Harald (1958) 26
- Wencker, Hans 153
- Wenner, Paul 162 f.
- Wenzel, Hermann (1882–1954) 161
- Wepfer, Emil (1883–1930) 268
- Wernicke, Friedrich (1902–1982)
190, 191, 653
- Werveke, Leopold van (1853–1933)
114 f., 860
- Wicher, Carl Adam (1901–1957) 381,
404, 459 f., 852
- Wickern, Paul (1906–?) 677, 678
- Wiebols, John (1906–?) 894
- Wiechert, Emil (1861–1928) 241, 257,
263, 268, 271, 336, 799, 837
- Wiegiers, Fritz (1875–1955) 127, 188,
190 f., 325, 348–355, 357–361, 363,
365, 370, 372, 379, 381, 401, 404,
428, 779, 852, 857, 859, 873, 877
- Will, Erich (1896–1942) 543, 689
- Wilhelm II. (1859–1941) 97
- Wilser, Julius (1888–1949) 118, 122
- Wilson, Woodrow (1856–1924) 98
- Wimmer, Josef (1887–?) 9, 11
- Winkler-Hermaden, Artur von
(1890–1963) 395, 853, 860, 877
- Winnacker, Erich (1889–1944) 313–
316, 355, 362, 453, 853
- Wirth, E. cand. geol. 267
- Witkowsky, Roman (1913–?) 897
- Wölbling, Hans (1875–?) 56
- Wölk, Ernst (1906–?) 893
- Wogler, Jakob (1886–?) 896
- Woldstedt, Paul (1888–1973) 267,
359, 403, 853, 877
- Wolff 283
- Wolff, Hermann (1894–1943) 659
- Wolff, Wilhelm (1872–1951)) 126,
132 f., 153, 156, 158, 192, 206, 267,
279, 282, 284 f., 292 f., 350–352
379, 853, 857, 859, 864
- Wolff, Wilhelm (1902–1980) 386,
766, 854, 883
- Wolter, Georg (?–1916) 857
- Wunstorf, Wilhelm (1874–1945) 43,
51, 238, 284, 381, 767
- Zalans, Jesufate geb. Muths (1912–?)
897
- Zalesky, Michael (1877–?) 896
- Zans, Werner (1904–?) 897
- Zdebel, Hubertus (1954) 29
- Zeise, Oscar (1860–1925) 129, 857,
860
- Zeller, Johannes 304
- Zettel, Waldemar (1903–2002) 257
- Zielonka, Maria (1915–?) 895
- Zimmermann, Erich (1887–?) 857,
860
- Zimmermann, Ernst (1860–1944)
51, 862
- Zimmermann, Ernst (1882–1943)
857, 860
- Zöller, August (1876–1946) 861
- Zöllich, Martin Sylvester (1913–
1940) 25
- Zokun, Ludmilla, geb. v. Kobyletzky
(1909–?) 895
- Zwerger, Rudolf von (1902–1945) 386,
713, 714, 768, 854, 873
- Zwinscher, Rudolf (1892–?) 531
- Zwierzycki, József (1888–1961) 525,
548, 549, 694, 714

